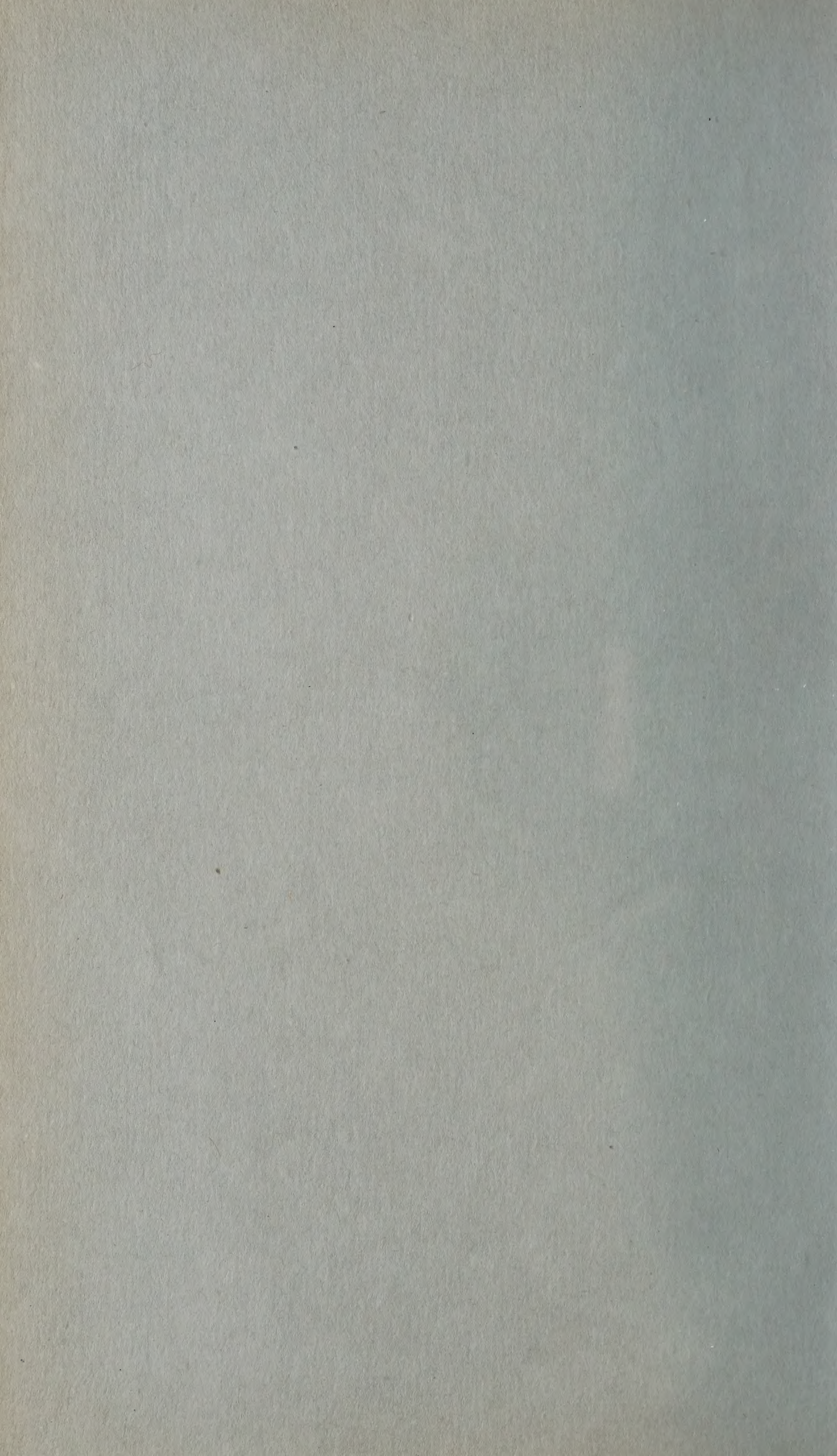






Die Neue Zeit

Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie

Unter ständiger Mitarbeiterschaft von A. Bebel,
Paul Lafargue, Fr. Mehring, F. A. Sorge u. A.
redigiert von Karl Kautsky

Dreiundzwanzigster Jahrgang * Zweiter Band



Stuttgart 1905
Verlag und Druck von Paul Singer

Inhalts-Verzeichnis.

(A. bedeutet Artikel, N. Notiz, R. Rezension, die Zahlen geben die Seiten an.)

I. Zeitgeschichte und soziale Zustände.

(Siehe auch II. und VI.)

1. Argentinien.

2. Belgien.

3. Dänemark.

4. Deutschland.

5. Frankreich.

6. Großbritannien.

7. Holland.

8. Italien.

9. Japan.

10. Österreich-Ungarn.

9. Jugendagitation.

10. Kaufmannsgerichte.

11. Konsumvereine.

12. Krankenkassen.

13. Militarismus.

14. Rechtswesen.

15. Schule und Volksbildung.

16. Wohnungsfrage.

III. Sozialismus, Sozialphilosophie und politische Ökonomie.

(Siehe auch I. und V.)

1. Allgemeines.

2. Geschichte des Sozialismus.

3. Philosophie.

4. Politische Ökonomie.

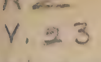
IV. Kunst und Literatur.

V. Naturwissenschaften, Hygiene, Technik.

VI. Geschichte, Urgeschichte und Ethnologie.

Autoren-Verzeichnis.

(Die Zahlen geben die Seiten an.)





Nr. 27 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Ein Bild der Zeit.

✗ **Berlin**, 29. März 1905.

Nicht weniger als vier Parlamente tagen augenblicklich in der deutschen Reichshauptstadt. In dem ehrwürdigsten von ihnen, wo die Creme der herrschenden Klassen ganz unter sich ist, eine holde Dreieinigkeit von erbgesessenem Großgrundbesitz, kapitalistischem Stadtklüngel und patentierter Gelehrsamkeit, werden begreiflicherweise auch die ehrwürdigsten Probleme erörtert. Man erwog heute in den prunkenden Hallen des preußischen Herrenhauses, ob es sich nicht empfehle, den Patriotismus durch üppigere Verteilung von Ordensdekorationen an kleine Leute zu stärken, und ob es kein Mittel dagegen gebe, daß bei Überfüllung der Eisenbahnzüge in den Abteilen erster Klasse Reisende untergebracht würden, die zur misera contribuens plebs gehören, zu dem elenden Pöbel, der Steuern zu zahlen, Soldat zu werden und den Mund zu halten hat.

Nach dem preußischen Herrenhaus das preußische Abgeordnetenhaus! Es ist lange nicht so aristokratisch und lange nicht so vornehm, aber auf der Höhe eines riesigen Geldsacks thront es noch immer hoch über dem gemeinen Pack der Sterblichen. Und so ergeht es sich mit spitzen Stachelreden gegen die Regierung, die ihm einige Schaumklöße auf den Tisch gesetzt hat, zum Preise und Ruhme des „Sozialen Königtums", das nach bekannter Melodie in der Hohenzollerndynastie verwirklicht sein soll. Das hohe Haus liebt diese Melodie nicht, mit der es nun manches Jahrzehnt schon angeödet worden ist. Im vorigen Monat waren es gerade vierzig Jahre, als sie innerhalb seiner vier Wände zum erstenmal von Bismarck angestimmt wurde und Schulze-Delitzsch ihm unter tosendem Beifall der Mehrheit zurief: Entfesseln Sie die Bestie nicht! Seit vierzig Jahren haben sie nichts gelernt und nichts vergessen, weder die einen noch die anderen. Die preußischen Minister preisen die rois des gueux, die Könige der Armen, und das preußische Geldsackparlament zwickt sie derbe, weil sie dadurch angeblich der sozialdemokratischen Agitation den Weg

bereiten wollen. Daß die „Entfesselung der Bestie“ vor vierzig Jahren von einer liberalen Mehrheit abgelehnt wurde und heute von einer konservativen Mehrheit abgelehnt wird, ist unter den Brüdern vom heiligen Geldsack ganz egal.

Folgt der deutsche Reichstag, der nun schon viel plebejischer ist als die beiden Häuser des preußischen Landtags, aber doch noch eine offizielle Körperschaft darstellt. In ihm kann die Stimme der Nation laut werden, aber sie wird wieder und wieder erstickt durch den satten Hohn der Satten, die die hungernden Massen immer noch zu ihren Vertretern wählen, uneingedenk des warnenden Wortes: Nur die allergrößten Kälber wählen ihren Metzger selber. Nichts ist leichter, als satte Bäuche zu selbstzufriedener Heiterkeit zu kitzeln, und diese einfache Tatsache begriffen zu haben, macht das Genie und den Ruhm des gegenwärtigen Reichskanzlers aus. Das konnte keiner seiner Vorgänger. Sie dachten, jeder in seiner besonderen Art, Bismarck wie Caprivi wie Hohenlohe, von ihrem Amte zu hoch, als daß sie ihre Aufgabe darin gesehen hätten, mit ihrem Auftreten auf der parlamentarischen Bühne den Anstoß zur allgemeinen Fidelitas zu geben. In diesem Punkte ist Graf Bülow zweifellos ein bahnbrechender Politiker, und es besteht einiger Grund zu der Vermutung, daß sein mit einem gewissen Raffinement ausgebildeter und heute wieder ausgeübter Spezialsport, über die wuchtigsten Ausführungen Bebels mit der Beweglichkeit einer schillernden Seifenblase hinwegzugaukeln, ihn in den Tagen des Zickzackkurses zu einer Art ruhenden Poles in der Erscheinungen Flucht macht.

Endlich das vierte Parlament, das gegenwärtig in Berlin tagt, ist ganz illegitimen Ursprungs, und jede offizielle Persönlichkeit flieht ängstlich seine Schwelle. Aber hier, auf dem Bergarbeitertag, ist Feuer und Kraft und Leben, hier ist eine große Zukunft. Mitten in das moderne Leben, mitten in das Spiel der großen Produktivkräfte, die mit Riesenhebeln eine neue Welt schaffen, führen seine Verhandlungen; sie reißen den Schleier von allem Lug und Trug, womit der Eigennutz der herrschenden Klassen den geschichtlichen Fortschritt absperren oder doch verzögern will; sie stellen klar und scharf die Aufgaben, die vom „Sozialen Königtum“ gelöst werden müßten, wenn es etwas anderes wäre oder sein könnte als eine oratorische Schaumschlägerei. Der Bergarbeitertag ist ein echtes Parlament von Proletariern, die das, was sie sonst trennen mag in ihren politischen oder religiösen Anschauungen, bereitwillig hintansetzen, um die Interessen der Arbeit gegen die Übergriffe des Kapitals zu verteidigen. Er ist kein revolutionärer Konvent und will auch gar keiner sein; er diskutiert und beschließt nur, was sich ausführen ließe, auch ohne daß die Grundlagen der kapitalistischen Gesellschaft erschüttert würden, aber was sich doch nicht ausführen läßt, weil die kapitalistische Gesellschaft nun einmal die kapitalistische Gesellschaft ist. Das verrät sich in der bangen Scheu, womit die Vertreter des „Sozialen Königtums“ an dem Bergarbeitertag vorbeischleichen; das verrät sich noch mehr in dem glorreichen Scherze des Reichskanzlers, ein langes und breites über die Unmöglichkeit des sogenannten „Zukunftsstaats“ zu deklamieren, zur selben Zeit, wo die Bergarbeiter gründlich, klar und unwiderleglich nachweisen, daß sie vom „Sozialen Königtum“ mit Schaumklößen abgespeist werden sollen.

Man muß auch gegen seine Gegner gerecht sein, und so glauben wir nicht, daß der Reichskanzler mit dem Geträtsche über die Utopie des sozialdemokratischen Zukunftsstaats, das er — wenn er es ernsthaft gemeint hätte, wie er es gewiß nicht gemeint hat — doch nur seinem intimen Seelenfreunde Eugen Richter abgemaust haben würde, wirklich den Reichstag hat erleuchten wollen. Diesem geistreichen Kopfe ist nicht zuzutrauen, daß er der Volksvertretung „einen beschnuffelten und beleckten Brei, der längst der Katze vorgesetzt ist, in den Mund schmieren" wolle — als zitatenfroher Mann wird es uns der Reichskanzler nicht verübeln, wenn wir trotz des „schlechten Tones" einmal Lessing zitieren. Er hat mit seinem Plagiat an Eugen Richter nur dem Bergarbeitertage eine versteckte, aber doch deutliche Antwort geben wollen; er hat ihm sagen wollen: Begnügt euch mit dem, was euch das „Soziale Königtum" bietet, und fordert nicht Dinge, die es euch nicht geben **kann**. Darauf könnte nun allerdings der Bergarbeitertag ein Plagiat an Fichte begehen, dem Lieblingsdenker des Reichskanzlers, dem er sogar ein Denkmal in Berlin errichten will, was er unseres Wissens nicht einmal für seinen intimen Seelenfreund Eugen Richter plant; der Bergarbeitertag also könnte mit Fichte zum Grafen Bülow sprechen: „Wo der eigentliche Streitpunkt zwischen uns liegt, das kann ich euch wohl mitteilen. Ihr wollt es freilich nicht ganz mit der Vernunft, aber auch nicht ganz mit eurem wohlgefälligen Freunde, dem Schlendrian, verderben. Ihr möchtet wohl gern ein wenig vernünftig handeln, aber ums Himmels willen nicht ganz. Ihr bleibt dabei, unsere Forderungen ließen sich einmal nicht ins Leben einführen. Das meint ihr denn wohl nur unter der Bedingung, wenn alles so bleiben soll, wie es jetzt ist. Aber wer sagt denn, daß es so bleiben solle? Wer hat euch denn zu eurem Ausbessern und Stümpern, zu eurem Aufflicken neuer Stücke auf den alten zerlumpten Mantel, zu eurem Waschen, ohne einem die Haut naß machen zu wollen, gedungen? Wer hat denn geleugnet, daß die Maschine dadurch völlig ins Stocken gerate, daß die Risse sich vergrößern, daß der Mohr wohl ein Mohr bleiben werde? Sollen wir den Esel tragen, weil ihr Schnitzer gemacht habt. Aber ihr **wollt**, daß alles hübsch bei dem alten bleibe; daher euer Widerstreben, daher euer Geschrei über die Unausführbarkeit unserer Forderungen. Nun, so seid wenigstens ehrlich und sagt nicht weiter: wir **können** eure Forderungen nicht ausführen, sondern sagt gerade wie ihr's meint: wir **wollen** sie nicht ausführen." Und wenn der Bergarbeitertag dem Reichskanzler so antworten würde, so würde er das „Soziale Königtum" und dessen neueste Gabe, die Novelle zum Berggesetz, erschöpfend gekennzeichnet haben.

Es ist merkwürdig, wie tief der Aberglaube an die Allmacht und die Allweisheit der Regierung noch immer in den Massen wurzelt. Nachdem der Streik im Ruhrrevier mit der ganzen Kraft einer elementaren Naturgewalt losgebrochen war und sich an dem so böswilligen wie hartnäckigen Widerstand der Grubenlords zur Siedehitze gesteigert hatte, genügt gleichwohl die Versicherung der Regierung, daß sie der Beschwerde der Bergarbeiter abhelfen werde, um Öl auf die erregten Wogen zu gießen. Gewiß nicht alle streikenden Bergarbeiter wurden dadurch irregeführt, aber doch ein mehr oder minder

großer Teil von ihnen, und namentlich die öffentliche Meinung, soweit sie von der bürgerlichen Presse fabriziert wird. Es wurde geradezu zu einer Art Hochverrat und Majestätsverbrechen gestempelt, daran zu zweifeln, daß nunmehr die Karre im richtigen Geleise sei, und den sozialdemokratischen Blättern wird es ja jetzt noch zum Vorwurf gemacht, daß sie den Kopf oben behielten. Und doch mußte die einfachste Überlegung, mußte die flüchtigste Erinnerung an eine vierzigjährige Geschichte und speziell noch an den Bergarbeiterstreik im Jahre 1889 ausreichen, um erkennen zu lassen, daß die Regierung gar nichts anderes tun werde, als was Fichte „ein Ausbessern und Stümpern", „ein Aufflicken neuer Stücke auf den alten zerlumpten Mantel" nennt.

Die Frage ist auch keineswegs damit erledigt, daß zur Entschuldigung der Regierung eingewandt wird, sie könne als Exekutivkomitee der herrschenden Klassen doch nicht über ihren Schatten springen. Gewiß kann sie das nicht, allein solche halsbrecherische Sachen mutet ihr auch niemand zu. Aber innerhalb ihrer historischen Schranken vermag sie allerdings viel mehr durchzusetzen, als sie in der Novelle zum Berggesetz geleistet hat, und das „Soziale Königtum", soweit es überhaupt denkbar und möglich ist, braucht an sich noch keineswegs solch geflicktes und gestümpertes Königtum zu sein, wie es sich in dieser Novelle darstellt. Dies aufgedeckt und bis ins einzelnste hin nachgewiesen zu haben, ist das große Verdienst des Bergarbeitertages, und man mag wohl verstehen, daß der Reichskanzler darüber etwas unwirsch geworden ist und sich nicht anders zu helfen gewußt hat, als über den sozialdemokratischen „Zukunftsstaat" ins Blaue hinein zu räsonieren.

Die einzige Entschuldigung, die man zu seinen Gunsten anführen kann, mag die Tatsache sein, daß es ihm an der nötigen Energie und Einsicht fehlt. Aber in der Politik ist Unfähigkeit kein mildernder, sondern ein erschwerender Umstand, und das „Soziale Königtum", das durch einen so unzureichenden Anwalt vertreten wird, täte wohl daran, lieber heute als morgen abzudanken. Es lockt doch keinen Hund mehr hinter dem Ofen hervor, geschweige denn, daß die Arbeiter sich durch das abgehauste Schlagwort über ihre wahren Interessen blenden lassen.

Das hat der Bergarbeitertag von neuem gezeigt, und es ist ein Bild der Zeit, wie dies proletarisch-illegitime Parlament neben den offiziellen Körperschaften der kapitalistischen Gesellschaft tagt, um sie alle intellektuell wie moralisch zu überflügeln.



Die Belgier und der Kongostaat.

Von **Emil Vandervelde.**

Man spricht fortwährend vom belgischen Kongoland. Man macht die Belgier verantwortlich für die Politik ihres Königs in Mittelafrika. Man wirft ihnen vor, sie täten nichts, um den Ausschreitungen des „Rubber-Systems" (Räubersystems) ein Ende zu machen. Und doch bestehen zwischen Belgien und dem Kongostaat nicht mehr amtliche Beziehungen, als einst zwischen Holland und England vor Ausbruch der Revolution von 1688.

Allerdings sind die belgischen Kapitalisten an den Unternehmungen im Kongogebiet stark beteiligt. Der belgische Staat hat dem Kongostaat viele Millionen geliehen. Das Kriegsministerium gibt seinen Offizieren den Abschied, um ihnen dafür zu gestatten, in der Schutztruppe des Kongostaats Dienste zu nehmen. Mehr als tausend sind dorthin gegangen. Hundertundfünfzig sind den Strapazen erlegen. Hundert andere befinden sich noch dort. Zahlreiche Abgeordnete und Senatsmitglieder, katholische wie liberale, sind Geschäftsteilhaber Sr. Majestät. Aber so oft sich im belgischen Parlament Radikale oder Sozialisten erheben, um wegen der Maßregeln, deren Opfer die Schwarzen sind, Erklärungen zu verlangen oder Protest einzulegen, so gibt man ihnen — und zwar vom juristischen Standpunkt mit vollem Rechte — zur Antwort, der Kongostaat sei, unter der Regierungsform der Personalunion, Belgien gegenüber ein fremder Staat.

Wir Belgier befinden uns mithin in der seltsamen Lage, die moralische Verantwortung für eine Angelegenheit tragen zu müssen, von der wir keinerlei Vorteile haben, und tief in die Wechselfälle einer Kolonialpolitik verstrickt zu sein, über die uns keine Kontrolle zusteht. Denn wie die Dinge gegenwärtig stehen, ist der Souverän des Kongostaats der absoluteste aller Selbstherrscher. Er verwaltet seinen Kolonialbesitz, ohne daß ihm Belgien irgendetwas dreinzureden hätte. Seit 1901 haben die belgischen Kammern sogar nicht einmal das Recht mehr, von ihm Auskunft über die finanzielle, kommerzielle und wirtschaftliche Lage des Kongostaats zu verlangen.

Immerhin behält das belgische Parlament die — freilich recht unbestimmt gehaltene — Befugnis, den Kongostaat zu annektieren: wir sind im Testament des Königs zu Erben dieses ungeheuren Territoriums eingesetzt. Und aus diesem doppelten Grunde können wir, von allen anderen Rücksichten und Erwägungen ganz abgesehen, offenbar unmöglich gleichgültig bei der Fehde bleiben, die in Amerika und England gegen die Verwaltungsmaßregeln des Leopoldischen Staates geführt wird.

Wir wollen im folgenden darzulegen versuchen, was man in Belgien über diese Fehde denkt; und zwar soll unser Versuch so objektiv gehalten sein, als dies für jemand möglich ist, dessen sozialistische Anschauungen der Kolonialpolitik in ihren heutigen Formen schlechtweg abgeneigt sind.

Für jeden, der seit einigen Jahren die Schwankung der öffentlichen Meinung hinsichtlich der Kongoangelegenheiten aufmerksam verfolgt hat, kann es nichts Anziehenderes geben als diesen doppelten Meinungswechsel, der sich zugleich innerhalb wie außerhalb unserer Landesgrenzen vollzogen hat.

Zu jener Zeit, als der Kongostaat eben erst ins Dasein getreten war, gab ganz Europa überlaut seine Begeisterung für das Unternehmen Leopolds II. kund. Nur Belgien blieb in diesem einstimmigen Jubelhymnus der Nationen kühl, gleichgültig oder gar feindselig. Heutzutage hingegen findet der Kongostaat fast in allen Ländern weit mehr Tadler als Fürsprecher, während er dafür umgekehrt in einem beträchtlichen Teile des belgischen Volkes leidenschaftliche Verteidiger gewonnen hat.

Es ist übrigens nicht schwer, die Gründe für diesen Stimmungswechsel festzustellen.

Vor der Vollendung der Kongobahn, deren Bau an unübersteiglichen Hindernissen scheitern zu sollen schien, war das Kongogebiet „nicht vier Sous wert“. Leopold II. erregte bei keinem einzigen Menschen Neid und bei manchen wegen

seiner Humanität atmenden Erklärungen sogar Bewunderung. Im Ausland hielt ihn, wer ihn ganz und gar nicht kannte, für einen edelmütigen Utopisten. In Belgien kargten die Großkapitalisten ihm gegenüber zwar nicht mit schönen Worten, aber desto mehr mit ihrem Gelde.

Heute hat sich das Blatt vollkommen gewendet. Die Kongobahn ist fertig. Auf die mageren Jahre sind die fetten gefolgt. Das Kongogebiet bringt reichen Ertrag, dank Anstrengungen und Opfern, deren Größe zu verkennen ungerecht wäre. Der Wert seiner Gesamtausfuhr beläuft sich auf mehr als 50 Millionen. Antwerpen ist eines der Hauptzentren, wenn nicht gar das Hauptzentrum, für den Kautschuk- und Elfenbeinhandel geworden. Nach anfänglich großen Risikos heimsen der König und allerhöchstdessen Kompagnons enorme Profite ein. Einige Brosamen von ihrer Tafel fallen der belgischen Industrie zu in Gestalt von Bestellungen und Fabrikationsaufträgen. Und während nun anderwärts Angriffe gegen den Kongostaat eröffnet werden, die vielleicht nicht immer von lauterster Uneigennützigkeit veranlaßt sind, hat sich in Belgien die königliche Koloniegründung mancherlei Anhang zu erobern verstanden — Anhang, dessen Kämpen desto energischer sind, je größer ihr Geschäftsinteresse ist.

Einzig und allein die Sozialisten und ein Teil der Radikalen bleiben unbekehrbar.

Sie weisen nach, daß Leopolds II. Absolutismus in seinem afrikanischen Reiche für Belgien die fatale Folge gehabt hat, auch in diesem selbst seine persönliche Macht zu erweitern. Sie fürchten, daß die Annektierung des Kongostaats auf das Mutterland durch ein Anwachsen des Militarismus zurückwirken wird. Endlich und vor allem verurteilen sie mit aller Kraft die Maßregeln, zu denen man seine Zuflucht genommen hat, um die Ausbeutung des Kongolandes lohnend zu machen.

Diese Maßregeln sind ja allgemein bekannt. Herbert Samuel, Charles Dilke und noch mehrere andere haben sie im englischen Unterhaus der Öffentlichkeit denunziert. Sie bilden seitdem einen internationalen Gesprächsstoff. Ganz Europa ist voll von diesen Schauergeschichten, in denen Dörfer niedergebrannt, Pflanzungen verwüstet, Hände abgehauen, friedliche Volksstämme niederfüsiliert werden, nur weil sie die Kautschuk-Abgabe zu leisten verweigert haben.

Die Kongoregierung zwar protestiert heftig gegen diese Anklagen. Darf man ihr glauben, so wären die gegen sie gerichteten Vorwürfe nichts weiter als Erfindungen von Missionaren, Verleumdungen abgesetzter Beamten. Sie rühmt sich, durch ihre Kriegszüge gegen die Araber am oberen Kongo dem Sklavenhandel ein Ende gemacht und alles nur Menschenmögliche getan zu haben, um die Eingeborenen zu schützen und strengstens gegen diejenigen einzuschreiten, die ihnen schlechte Behandlung widerfahren ließen. Sie erklärt endlich noch, der Handel aller Nationen genieße im Kongostaat vollkommene Freiheit, und die von ihr betreffs der noch nicht in Besitz genommenen Länderstrecken getroffenen Verfügungen seien in keiner Weise dem Art. 5 der Berliner Generalakte entgegen.

Jedoch diese Behauptungen finden, auch in Belgien selbst, unausgesetzt mancherlei Widerspruch; und zwar in erster Linie bei denen, die sich über die königliche Politik unmittelbar zu beklagen haben oder gehabt haben.

Tatsächlich diskutiert man bei uns zu Lande bereits seit mehr als zehn Jahren eben jene Streitfragen, die im englischen Unterhaus erst kürzlich aufgeworfen worden sind.

Als im Jahre 1891 die Kongoregierung zur leichteren Bestreitung der stetig wachsenden Ausgaben die Bestimmung traf, in Zukunft dürften die Eingeborenen gewisser Distrikte nicht mehr mit Kautschuk und Elfenbein freien Handel treiben, sondern müßten diese „Domänenerträge" an die Beamten Leopolds II. einliefern, da erhob sich hiergegen einstimmiger Protest selbst unter denen, die zur Erschließung und Rentabelmachung des Kongogebiets das meiste beigesteuert hatten. Die belgischen Kolonialschwärmer sahen sich plötzlich in zwei Lager geteilt: auf der einen Seite standen der königliche Kongosouverän, seine Geschäftsteilhaber und seine Strohmänner; auf der anderen die „Gruppe aus der Brederodestraße", das heißt die Kongobahngesellschaft nebst ihren Zweiggesellschaften, deren Handel sich durch die neue Politik der Regierung bedroht sah.

Gleich im Entstehen nahm dieser Konflikt scharfe Formen an. Man kann sich darüber ein Urteil bilden aus nachfolgender Stelle des am 19. Oktober 1892 den Aktionären der Oberkongo-Handelsgesellschaft vorgelegten Berichtes:

„Wenn es zuläſſig ist, daß noch nicht in Besitz genommene Landstrecken zur Staatsdomäne gehören und der Staat über deren Ausbeutung Verfügungen treffen kann, so ist es jedenfalls ratsam, genau zu bestimmen, was im Kongogebiet als ‚noch nicht in Besitz genommene Landstrecken' anzusehen ist, und zwischen ‚Ausbeutung' und ‚Handel' scharf zu unterscheiden.

„Den Eingeborenen den Verkauf von Elfenbein und Kautschuk, die sie aus den Wäldern und Steppen ihrer Volksstämme gewinnen und mit denen sie seit undenklicher Zeit frei handeln, zu verbieten, ist eine tatsächliche Verletzung des Naturrechtes. Den europäischen Kaufleuten aber verbieten, mit den Eingeborenen diesen Kautschuk und dieses Elfenbein auszutauschen; sie zum Kaufe von staatlichen Erlaubnisscheinen zwingen, damit sie mit den Eingeborenen ‚handeln' dürfen — das ist wider den Geist und Buchstaben der Berliner Generalakte, die für jedermann unbeschränkte Handelsfreiheit proklamiert und die Errichtung jedweden Monopols untersagt hat."

Angesichts dieses von Drohungen und heimlichen Vorbehalten strotzenden Protestes hielt es die Regierung Leopolds für geraten, gelindere Saiten aufzuziehen. Man knüpfte Unterhandlungen an. Man bemühte sich, über einen modus vivendi handelseinig zu werden, und verständigte sich, unter allen prinzipiellen Vorbehalten von beiden Seiten, zu guter Letzt dahin, daß das Kongoterritorium vorläufig in drei Zonen geteilt werden solle: die erste Zone sollte den Grundbesitz des Staates bilden; die zweite erst später, nach erst noch festzusetzenden Bestimmungen, zur Ausbeutung freigegeben werden; die dritte, die ungefähr den dritten Teil des gesamten Flächeninhaltes darstellte, sollte dem freien Handel offen stehen.

Diese Vereinbarung sollte aber mit dem Jahre 1900 enden, und seitdem hat die Herrschaft über Grund und Boden des Kongostaats wesentliche Veränderungen erlitten.

Gegenwärtig nehmen — auf einem Gebiet, das 82mal so groß ist wie ganz Belgien und insgesamt 2450000 Quadratkilometer umfaßt[1] — der private Grundbesitz des Staates und der der Krone zusammen eine Fläche von 1375000 Quadratkilometer (das 46fache Belgiens) ein; die Handelsgesellschaften

[1] Fast so groß wie die deutschen Schutzgebiete und fünfmal so groß wie das Deutsche Reich.

unter Staatsdirektion 865000 Quadratkilometer (das 29fache Belgiens); die Handelsgesellschaften, an denen der Staat als Aktionär beteiligt ist, mit der Hälfte oder zwei Dritteilen des Aktienkapitals, 180000 Quadratkilometer (das 6fache Belgiens).[1]

Es verbleiben mithin für die Missionen, die Faktoreien und die vom Staate unabhängigen Handelsgesellschaften, mit einem Worte: für den freien Handel, ungefähr 30000 Quadratkilometer, das will sagen ein ganzes Zweiundachtzigstel des Territoriums!

Der Kongostaat erscheint uns wie ein ungeheures Latifundium, das in eine kleine Zahl großer Landgüter aufgeteilt worden ist. Mit Ausnahme einiger Stückchen gehört dort der gesamte Grund und Boden dem Staate und vom Staate abhängigen Gesellschaften. Es gibt auf der ganzen Welt keine vollständigere Anwendung des Kollektivismus; aber, wohlgemerkt, es ist ein eigenartiger Kollektivismus, nämlich zu Nutz und Frommen eines einzigen. Denn, obwohl in Belgien konstitutioneller Monarch, kann Leopold II. in seiner Eigenschaft als Souverän des Kongostaats mit noch besserem Rechte als Ludwig XIV. sprechen: „Der Staat bin ich!"

Allerdings haben Privatleute das Recht, sich auf seinem Territorium niederzulassen. Sie können dort Handel treiben, können, wenn sie Land besitzen, darauf Gasthäuser errichten und Krambuden aufschlagen, um Konserven und Champagner zu verkaufen; und man beruft sich eben hierauf, um behaupten zu können, die Bestimmungen der Berliner Generalakte würden gewissenhaft respektiert. Indes die obengenannten „Domänenerträge" bleiben nach wie vor außerhalb des freien Handelsbereiches: an den Staat und die Pachtgesellschaften des Staates müssen die Eingeborenen gezwungenermaßen den gesamten Ertrag ihrer Elfenbein- und Kautschukernten abliefern. Und da die meisten unter ihnen jeder regelmäßigen Arbeit widerstreben und zumal die sehr mühsame Arbeit der Kautschukgewinnung noch ganz besonders verabscheuen, so legt man ihnen ein Frondienstsystem auf, das jenem stark ähnelt, wie es in Niederländisch-Indien vor der befreienden Einsprache Multatulis bestand.

---

[1] Im einzelnen verteilt sich der Besitz an Grund und Boden des Kongostaats folgendermaßen:

Grundbesitz des Staates:		
Privater Staatsgrundbesitz	1100000	Quadratkilometer
Grundbesitz der Krone	275000	"
Handelsgesellschaften unter Staatsdirektion:		
Spezialkomitee von Katanga	500000	Quadratkilometer
Kassai-Gesellschaft	300000	"
Gesellschaft der Großen Seen	65000	"
Handelsgesellschaften, an denen der Staat beteiligt ist:		
Abir-Gesellschaft	65000	Quadratkilometer
Antwerpener Gesellschaft	65000	"
Lomami-Gesellschaft	25000	"
Gesellschaft der Kongo-Kontors . . .	25000	"
Unternehmungen, an denen der Staat nicht beteiligt ist:		
3 Gesellschaften aus der Brederodestraße	10000	Quadratkilometer
2 Ikelemba-Gesellschaften	6000	"
Majumbeh-Gesellschaften	4000	"
Missionen und andere Gründungen . .	10000	"
Gesamtflächeninhalt des Kongostaats	2450000	Quadratkilometer

Man sagt uns freilich, diese Arbeiten werden um Lohn getan; aber dieser vom Staate nach seinem Wohlgefallen festgesetzte Lohn ist merklich geringer als der Preis, den Privatleute würden zahlen müssen. Man sagt ferner, das Kautschuklieferungssystem sei nichts anderes als eine Naturaliensteuer; das ist jedoch ein bloßes Spiel mit Worten, denn man vermengt und verwechselt da unter einer und derselben Benennung Leistungen, die tatsächlich nichts miteinander gemein haben. Man fügt noch hinzu, diese vermeintlichen Steuern seien nicht drückend, man verlange ja von den Einwohnern nur ganze vierzig Arbeitsstunden pro Monat; aber abgesehen davon, daß im Klima Afrikas vierzig Arbeitsstunden schon eine recht stattliche Zahl von Tagen repräsentieren, wo ist die Kontrolle, wo sind die Arbeitsinspektoren, um über die Anwendung solcher Bestimmungen zu wachen? Man versichert uns freilich, man habe sehr strenge Maßnahmen zur Verhütung etwaiger Grausamkeiten getroffen; aber gerade die Instruktionen, auf die man sich beruft, genügen für sich allein schon, um festzustellen, daß derlei Grausamkeiten unvermeidlich sind.

In einer zur Verteidigung der Kongoregierung in Belgien veröffentlichten Schrift finden wir zum Beispiel folgenden Auszug aus einem Rundschreiben, das der Generalgouverneur Wahis am 9. Januar 1897 an den Kommissar des Leopoldseebezirkes gerichtet hat:

„Das Gouvernement hat Verordnungen erlassen, damit die Eingeborenen überall und unter allen Umständen mit der größten Humanität behandelt werden. Diese Verordnungen schließen aber für Sie nicht auch die Verpflichtung ein, sich etwaiger Maßnahmen zu enthalten, um die Negerstämme zur Lieferung der übrigens ziemlich leichten Abgaben, denen sie unterworfen sind, zu zwingen. Da, wo die Eingeborenen hartnäckig die Arbeit verweigern, werden Sie sie dadurch zum Gehorsam nötigen, daß sie ihnen Geiseln abnehmen. Von den Waffen wird Gebrauch gemacht werden dürfen nur im Falle des Widerstandes und wenn die Sicherheit der Truppe gefährdet ist.“

Das heißt also: behandelt die Eingeborenen mit Milde, aber zwingt sie zur Arbeit; wenn sie diese hartnäckig verweigern, so nehmt Geiseln, nehmt ihre Kinder, nehmt ihre Frauen. Widersetzen, empören sie sich, so laßt die Waffengewalt einschreiten!

Nun weiß man aber, daß diese Waffengewalt, also unsere Schutztruppe in Stärke von etwa 17000 Mann, sich aus Eingeborenen zusammensetzt, welche anderen Stämmen angehören und ehemalige, durch die militärische Disziplin nur oberflächlich gezähmte Kannibalen sind. Sie wird befehligt von Offizieren und Unteroffizieren, die in ihrem Geburtsland gestern noch Korporale oder Sergeanten waren, jetzt fast jeder Kontrolle überhoben, nur zu oft durch die verderbliche Einwirkung des Klimas demoralisiert, durch die Widersetzlichkeiten, auf die sie stoßen, erbittert und überhaupt geneigt, die Eingeborenen als Tiere in Menschengestalt zu betrachten. Ist es nicht allzu klar, daß unter solchen Bedingungen Mißbräuche in verhängnisvoller Weise zutage treten müssen, sowie daß derlei Mißbräuche nicht bloß die, welche sie verüben, zu strafgerichtlicher Verantwortung, sondern auch die, welche daraus Nutzen ziehen, zu moralischer Verantwortlichkeit verpflichten?

Auch haben die belgischen Demokraten und Sozialisten nicht erst auf Proteste seitens des Auslandes gewartet, um an dem „Räubersystem“ Kritik zu üben und dessen Beseitigung oder allermindestens Reform zu fordern. Zu wiederholtenmalen, und namentlich im April 1900, wurden in der Abgeordneten-

kammer Interpellationen eingereicht; aber immer scheiterten diese an dem Einwand, unter der Regierungsform der Personalunion hätte das Parlament in die Angelegenheiten des Kongogouvernements, „dieses fremden Staates“, nichts dreinzureden.

So standen die Sachen, als im englischen Unterhaus die Interpellation des Mister Herbert Samuel erfolgte und seitens der englischen Regierung die Ankündigung, sie gedenke eine Note an die Mächte, die die Berliner Generalakte unterzeichnet haben, zu richten.

Eine neue Debatte in der belgischen Kammer war die Folge. Lorand und Vandervelde forderten die Regierung auf, „ihre freundschaftlichen Beziehungen zum Kongostaat zu benutzen“, um Aufklärung über die englischen Anklagen zu erhalten. Sie versicherten, Belgien könne bei diesen Anklagen nicht gleichgültig bleiben, da sie, trotz der wasserdichten Scheidewand der Personalunion, wohl geeignet wären, seinen guten internationalen Ruf zu kompromittieren.

Aber siehe da, just die nämlichen, die sich sonst immer auf diese Personalunion zu berufen pflegten, um sich die Beantwortung unbequemer Fragen zu ersparen, gaben diesmal zu verstehen, mit Rücksicht auf die tatsächlich zwischen beiden Ländern bestehenden engen Beziehungen würde es eine pflichtwidrige Verletzung des Patriotismus sein, wolle man sich, und sei es auch nur teilweise, der englischen Hetze gegen den Kongostaat anschließen. Kurz, mit Ausnahme einiger Radikalen waren die sozialistischen Abgeordneten die einzigen, welche die beiden Interpellanten unterstützten; und so nahm man denn, mit 91 Stimmen gegen 35 bei 7 Stimmenthaltungen folgende Tagesordnung an:

„Die Kammer hegt, in voller Übereinstimmung mit der Regierung, Vertrauen zur normalen und fortschrittlichen Entwicklung des Kongostaats unter dem Schilde des königlichen Souveräns und geht daher zur Tagesordnung über.“

So also lautet in Belgien das offizielle Urteil über die Kongoangelegenheiten. Aber diese seitens der gesetzgebenden Organe zum Ausdruck gebrachte Meinung des Landes reicht zur richtigen Erkenntnis der wirklichen öffentlichen Meinung im Lande noch nicht aus. In Wirklichkeit können zwischen dem, was man im Parlament redet, und dem, was man im Publikum denkt, erhebliche Unterschiede bestehen. Durch die Abstimmung in der Kammer erfahren wir zwar die Ansichten, die in den verschiedenen Parteien vorherrschen; aber außerhalb der organisierten Parteien gibt es noch die große Masse jener Leute, die keiner Partei angehören oder sich nur ziemlich lose an eine bestimmte Partei binden oder auch über spezielle Fragen, wie zum Beispiel die der Kolonialpolitik, anderer Meinung sein können als ihre Bevollmächtigten im Parlament.

Eben die Meinung dieser großen Masse möchten wir hier klarzustellen versuchen; freilich ohne zu verkennen, wie heikel ein solcher Versuch ist und wie sehr man dabei Gefahr läuft, die Ansicht anderer nur durch die Brille seiner eigenen Anschauungen zu sehen.

Immerhin erscheint es kaum zweifelhaft, daß, mit Abzug der höheren, der Kolonialpolitik entschieden günstig gestimmten Bourgeoisie und des sozialistischen, ihr unumwunden feindselig gesinnten Proletariats, die meisten belgischen Staatsbürger nur ziemlich mäßige Begeisterung für die Kongopolitik äußern. Früher machten sie ihr sogar starke Opposition. Heute, seitdem sie vor der vollendeten Tatsache stehen und in gewissen Industriezweigen die Aufträge seitens des Kongostaats einen flotten Geschäftsgang herbeiführen, sind sie ihr eher günstig gestimmt; aber im großen ganzen scheint doch in den mittleren Schichten der

Bevölkerung eine verhältnismäßige Gleichgültigkeit gegen diese Angelegenheit zu herrschen, die man weit mehr als das persönliche Werk eines einzelnen denn als ein nationales Unternehmen betrachtet.

Nichtsdestoweniger würde es irrig sein, daraus schließen zu wollen, die aus dem Ausland kommenden Angriffe gegen die Kongoregierung hätten nicht auch diese Schichten bis zu einem gewissen Grade aus ihrer Gleichgültigkeit aufgerüttelt.

In England oder Frankreich ist die Reizbarkeit des Nationalgefühls nur allzuwohl bekannt. Die Kritiken brauchen dort nur aus dem Ausland zu kommen, so ist das für viele Leute schon ein hinreichender Grund, sich gegen sie zu verhärten.

Andererseits darf man nicht vergessen, daß in Belgien alle oder doch fast alle bürgerlichen Zeitungen gewissermaßen die offiziellen Organe des Kongostaats sind. Seit lange schon sind ihre Spalten voller Dementis, Widerlegungen und entrüsteter Proteste, deren Wirkung um so entschiedener zu sein scheint, je unvollkommener die große Mehrzahl der Leser über die Vorgänge in Afrika oder die Urteile des Auslandes unterrichtet ist.

Endlich und vor allem dürfen wir nicht verhehlen, daß von vielen die Intervention Englands ganz anderen Beweggründen zugeschrieben wird als den in den amtlichen Noten geltend gemachten.

Man hat in Belgien gewisse Karten noch nicht ganz vergessen, auf denen der Plan einer eventuellen Aufteilung des Kongostaats dargestellt war. Man hat auch das Buch Mister Edmund D. Morels: „The british Case in french Congo“, worin die Internationalisierung der Kongobahn und die Liquidierung des Kongostaats angepriesen wird, gelesen oder wenigstens davon sprechen hören. Man beobachtet aufmerksam die Schritte Sir Charles Dilkes, der Frankreich bereden möchte, seine afrikanischen Besitzungen auf Kosten König Leopolds zu vergrößern. Und man fragt sich schließlich, ob die gegen die Kongoregierung laut gewordene Entrüstung nicht zum Teil in dem Sprichwort ihre Erklärung finde: „Wenn man seinen Hund umbringen will, sagt man, er sei toll geworden.“

Kurz, die Meinung des großen Publikums geht dahin: vielleicht, ja sogar wahrscheinlich seien im Kongostaat Mißbräuche vorgekommen oder kämen auch noch immer vor; aber im Ausland würde man trotzdem kaum daran denken, sich über dergleichen aufzuregen, hätte man nicht an solcher Entrüstung ein Geschäftsinteresse.

Und wir glauben, offen gestanden, nicht, daß das große Publikum darin so ganz unrecht hat.

Gewiß, wir sind selbst mit unter den ersten gewesen, die das im Kongostaat in Kraft stehende Frondienstsystem getadelt haben. Wir neigen sogar zu dem Glauben, daß die Ausbeutung der Eingeborenen dort zugleich einträglicher und brutaler ist als in anderen Kolonien, weil die Arbeitsorganisierung dort zentralisierter, disziplinierter, militarisierter ist. Doch, im Grunde genommen, herrschen ganz die nämlichen Grundsätze, fallen ganz die nämlichen Mißbräuche und Grausamkeiten allüberall vor, wo die kapitalistische Kolonisation vermeintlich-zivilisierte Völker mit sogenannten inferioren, minderwertigen Rassen in Berührung bringt.

Brauchen wir zum Beispiel noch an Bebels Reichstagsreden über die von Dr. Peters oder einem Prinzen v. Arenberg verübten Abscheulichkeiten zu erinnern? Oder etwa noch an jene Debatten in der italienischen Kammer, in

denen klärlich nachgewiesen wurde, daß die Mailändische Handelsgesellschaft an der Küste von Benadir offenkundig die Sklaverei betrieb?

Ebenso bekannt ist die Erklärung des französischen Komitees zum Schutze der Eingeborenen, die im Juli 1901 dem Präsidenten der französischen Republik eingereicht wurde:

„Im Sudan, in Madagaskar, in Indisch-China und Neukaledonien ist die Zwangsarbeit die Regel; trotz der uns zugesicherten Grundsätze, trotz des Abscheus, den uns das bloße Wort Sklaverei einflößt, finden wir, mehr oder minder verhüllt, in allen seitens der Verwaltung oder Privater zwischen Europäern und Eingeborenen hergestellten Beziehungen die alte Auffassung eines Sklavenverhältnisses wieder. Der Malaie, der Anamit, der Kanake werden als minderwertige Wesen angesehen, die an Faulheit gewöhnt sind und zur Arbeit gezwungen werden müssen."

Will man etwa behaupten, England mache eine Ausnahme, biete dank seiner längeren Erfahrung keinen Stoff zu Kritiken, wie sie andere über sich ergehen lassen müssen? Wir können das nicht zugeben. Für den unparteiischen Beobachter erscheint es zwar als sicher, daß in sehr vielen Hinsichten die englische Kolonisationstätigkeit der der meisten anderen Völker überlegen ist, aber auch nicht minder sicher, daß sie in manchen Verhältnissen Ausschreitungen ermöglicht oder ermöglicht hat, die den der Kongoregierung schuldgegebenen in nichts nachstehen.

Demgemäß habe ich im vergangenen Jahre, in einer zu London abgehaltenen sozialistischen Volksversammlung, darauf aufmerksam gemacht, daß die Fiskalverwaltung in Indien, der Vernichtungskrieg gegen die Matabele, die Konzentrationslager in Transvaal, die Pläne, chinesische Arbeiter in die südafrikanischen Goldbergwerke einführen zu wollen, auf dem Kontinent die nämliche Mißbilligung erregen oder erregt haben, wie jetzt in England der „rote Kautschuk" des Königs Leopold.

In Summa, es ist leider nur allzu gewiß, daß alle kolonisatorischen Völker sich gegenseitig nichts vorzuwerfen haben; und wenn man über die Kongoregierung Zeter schreit, so könnte diese sich auf die Antwort beschränken: „Wer unter euch ohne Sünde ist, werfe den ersten Stein auf mich!"

Doch es bedarf keiner Worte, daß für uns Sozialisten und Internationale dieses Argument keinerlei Gewicht hat. Unsere Rolle besteht darin, allezeit und allerorten die Ausbeutung des Menschen durch den Menschen zu verurteilen und alle Unterdrückten in Schutz zu nehmen, mögen die Unterdrücker sein, wer sie wollen. Der Reihe nach haben wir protestiert gegen die Lynchjustizmorde in den Vereinigten Staaten, die Judenniedermetzelungen in Rußland, die türkischen Greueltaten in Armenien und Makedonien, die internationalen Raubtaten, die die letztverwichene Expedition gegen China verunehrt haben: wir würden eine Gewissenspflicht verabsäumen, richtete sich unsere Entrüstung nur gegen Ziele jenseits unserer Grenzen und hätten wir nicht den Mut, die Sonde auch in unsere eigenen Wunden zu legen.

Gegner der Annektierung des Kongostaats seitens Belgiens, haben wir in dieser Streitfrage keinen anderen Zweck zu verfolgen als den, die Beseitigung der Mißbräuche, unter denen die Eingeborenen zu leiden gehabt haben, so nachdrücklich wie möglich zu verlangen und sicherzustellen. Und wir stehen daher naturgemäß von ganzem Herzen auf Seite derer, die das gleiche Ziel verfolgen, aufrichtig und ohne Hintergedanken. Damit jedoch unsere gemein-

samen Bemühungen in Belgien nicht an unüberwindlichen Vorurteilen und Mißtrauensregungen scheitern, müßten unsere Landsleute die Gewißheit erhalten, daß in der gegenwärtigen Fehde gegen den Kongostaat lediglich die Interessen der Menschheit und Menschlichkeit im Spiele sind. Möchten doch die Führer in dieser Fehde die Überzeugung gewinnen, daß es zu ihrer glücklichen Durchführung und um sich den Beistand aller Wohlgesinnten zu sichern, einzig darauf ankommt, die Sache der Eingeborenen zu verfechten um ihrer selbst willen, ohne daß man andere Zwecke und Vorurteile politischer oder merkantiler Art mit ihr verquickt.

Zur Generalstreik-Debatte.

Von **Eugen Umrath.**

Auf der kürzlich veröffentlichten Tagesordnung des zu Köln im Mai dieses Jahres stattfindenden Gewerkschaftskongresses steht unter anderem die Frage des Generalstreiks. Auch auf dem Parteitag zu Jena dürfte sie behandelt werden, nachdem der Antrag, sie auf die Tagesordnung des diesjährigen Parteitags zu setzen, dem Parteivorstand zur Erwägung überwiesen wurde.

Deshalb will ich im nachstehenden einige Daten aus der Geschichte des Generalstreiks zusammenstellen und einige Bemerkungen über sein Wesen anschließen. Die Darstellung will nicht als eine erschöpfende Behandlung des Gegenstandes betrachtet werden, sondern als ein Beitrag zur Klärung der Frage.

* * *

Die geschichtlichen Anfänge der Generalstreiksidee fallen mit dem Auftreten der *Internationale* zusammen. Allerdings war schon früher die Idee einer allgemeinen Einstellung der Produktion erörtert worden, und schon Mirabeau gab dem Gedanken, von welchen einschneidenden Wirkungen eine Suspendierung der Arbeit begleitet wäre, beredten Ausdruck. „Hütet euch“, rief er den privilegierten Ständen in der Nationalversammlung zu, „reizet nicht das Volk, *welches alles produziert* und das *nur unbeweglich* (immobile) zu *sein braucht*, um furchtbar zu werden.“ Später kehrte derselbe Gedanke in der Chartistenbewegung wieder, dieser ersten sozialrevolutionären Bewegung des modernen Proletariats, in deren Verlauf von verschiedenen Führern eine einmonatige Arbeitseinstellung, der „Holy Month“, der heilige Monat, lebhaft befürwortet wurde.

Aber erst aus den Tagen der Internationale datiert die Propaganda für den Generalstreik als ein Instrument der Befreiung des Proletariats aus den Fesseln der Lohnknechtschaft. So erklärte der Kongreß der Internationalen Arbeiterassoziation zu Brüssel im Jahre 1868,

„daß der Streik kein Mittel der endgültigen Befreiung der Arbeiterklasse, aber oft eine Notwendigkeit bei der gegenwärtigen Lage bilde“.

Zu der Idee eines *allgemeinen* Streiks bemerkte er,

„daß der Gesellschaftskörper nicht existieren könnte, wenn die Produktion während einer bestimmten Zeit unterbunden wäre; daß es also seitens der Produzenten genügen würde, das Produzieren einzustellen, um die Unternehmungen persönlicher und despotischer Regierungen unmöglich zu machen“.

Und das in Brüssel erscheinende Blatt „Die Internationale“ schrieb im März 1869:

„Wenn die Streiks sich ausbreiten und einander nähern, sind sie wohl nahe daran, ein Generalstreik zu werden; und ein Generalstreik kann bei den heute herrschenden Emanzipationsideen nur in einem die Gesellschaft erneuernden Zusammenbruch endigen.“

So hatte sich allmählich in den Reihen der Internationale eine Anhängerschaft des Generalstreiks gebildet, deren Kern aus den Anhängern Bakunins bestand; der Generalstreik wurde als Mittel, die Expropriation der Kapitalistenklasse herbeizuführen, propagiert. Diese Idee, die kapitalistische Herrschaft durch einen Handstreich des kaum erwachten, unorganisierten Proletariats zu stürzen, verlor jedoch alsbald ihre berückende Wirkung auf die Köpfe der Arbeitermassen, die sich unter dem steigenden Einfluß der Marxschen Lehren dem politisch-gewerkschaftlichen Erziehungs- und Organisationswerk hingaben, in dem Bewußtsein, daß die Erfüllung ihrer revolutionären Mission nicht das Werk einer unklaren Minorität, sondern nur das der organisierten und disziplinierten, zielbewußten Proletarier*massen* sein konnte. Selbst die bakunistische Richtung erklärte auf ihrem Kongreß zu Genf im Jahre 1873, nachdem die Internationale zwar nicht formell, aber doch faktisch 1872 auf dem Kongreß im Haag sich aufgelöst hatte:

„In Erwägung, daß bei dem gegenwärtigen Stande der Internationale in der Frage des Generalstreiks eine definitive Lösung nicht zu erzielen ist, empfiehlt der Kongreß den Arbeitern, die internationale, gewerkschaftliche Organisation sowie eine tätige sozialistische Propaganda auf beschleunigte Weise zu betreiben.“

Es war dies ein verklausuliertes Eingeständnis, daß, wer Schlachten schlagen will, erst die Bataillone und Armeen dazu formieren muß. Damit war vorläufig die Idee des Generalstreiks von der Tagesordnung der internationalen Arbeiterbewegung verschwunden.

Ein Jahrzehnt verging, ehe sie wieder ihre Auferstehung feierte. Die Macht des Proletariats war inzwischen allenthalben gestiegen; in allen kapitalistischen Ländern hatten sich stattliche Kampfesheere gebildet. Nichts natürlicher, als daß die Idee des Generalstreiks wieder auftauchte. In dem Bewußtsein, daß von den herrschenden Klassen eine ernstliche, grundsätzliche Verbesserung ihrer Lage auf friedlichem Wege nicht zu erwarten sei, und daß selbst erfolgreiche partielle Streiks nicht imstande seien, die Profitrate des Unternehmertums ernstlich zu gefährden, wurde der Gedanke des *allgemeinen* Streiks wieder mehr und mehr propagiert, als eines Mittels, die Lebenshaltung des Proletariats zu heben und gleichzeitig durch die Stärkung des Solidaritätsgefühls und des Klassenbewußtseins die soziale Revolution zu beschleunigen.

Teils als Wirkung dieser Propaganda, teils als Ausdruck spontaner Empörung gegen den stets wachsenden Druck des Unternehmertums, besonders der monopolisierten und kartellierten Industrien, bildete nun der Generalstreik eine immer häufigere Erscheinung im internationalen Klassenkampf.

Der erste gewaltige Kampf dieser Art brach in den *Vereinigten Staaten* aus. Im November 1885 beschloß der Kongreß der amerikanischen Gewerkschaften eine allgemeine Arbeitseinstellung zum 1. Mai 1886; nicht eher sollte die Arbeit wieder aufgenommen werden, bis der achtstündige Arbeitstag vom Unternehmertum bewilligt sein würde. Die Kapitalistenklasse der glorreichen „Republik“ rächte diese Auflehnung gegen ihre Ausbeutungs„freiheit“ mit furchtbaren Repressalien; die Bewegung, an der ca. 300000 Arbeiter

beteiligt waren, wurde in grausamer Weise unterdrückt. Den Höhepunkt erreichte die „Vergeltung" in der Verurteilung der Propagandisten des Generalstreiks zum Tode.

Dieser Einleitung folgte eine ganze Reihe von Kämpfen der spanischen Arbeiter, die durch ihre, ganze Städte und Provinzen umfassenden Generalstreiks unter ungeheuren Opfern ihre Klassenforderungen zur Geltung zu bringen suchen. Auch wer ihrer Taktik nicht zuzustimmen vermag, kann dem oft bewiesenen heroischen Mute und dem revolutionären Feuer des spanischen Proletariats, besonders der Barcelonaer Arbeiterschaft, seine Bewunderung nicht versagen.

Generalstreiks, an denen nicht die Gesamtarbeiterschaft einer bestimmten Stadt oder Provinz usw. beteiligt war, sondern die Arbeiterschaft eines bestimmten Berufs, fanden hauptsächlich in der Bergwerksindustrie statt. Infolge der Konzentration des Grubenkapitals ist der Generalstreik die fast einzige Waffe, die den Bergarbeitern verblieben ist, um der Allmacht der Grubenmagnaten einen Damm entgegenzustellen. So finden wir denn auch Generalstreiks der Bergarbeiter überall, wo es eine Minenindustrie gibt: in Pennsylvanien und Kolorado, in Frankreich und England, Belgien und Österreich, sowie Deutschland, das erst jetzt wieder einen der gewaltigsten Massenstreiks sich hat abspielen sehen.

Dann sind es die Angestellten der Eisenbahnen, denen die Natur des Betriebs den Generalstreik als Kampfmittel geradezu in die Hand drückt. Bei welcher Arbeiterkategorie wäre der einzelne, partielle Kampf aussichtsloser als bei ihnen, und wo hätte das Wort: „Alle Räder stehen still, wenn dein starker Arm es will" mehr Berechtigung als wieder bei ihnen? Wir sehen denn auch, daß nächst den Bergarbeitern die Eisenbahner es sind, die sich der Waffe des Generalstreiks am meisten bedienen. In aller Erinnerung sind die gewaltigen Streiks in Holland, Italien, Ungarn und jetzt in Rußland. Diese Nervenstränge des kapitalistischen Produktionssystems unterbinden, heißt seine Funktion an der empfindlichsten Stelle lahmlegen. Das fühlen auch die herrschenden Klassen und ihre Regierungen: in Holland antwortete die Regierung mit der Aufhebung des Streikrechtes für die Eisenbahner, in Italien mit der Einberufung der armeepflichtigen Streikenden unter die Waffen, um sie als Soldaten den Dienst verrichten zu lassen; in Ungarn wurden die für den Eisenbahndienst geeigneten Reserven eingezogen. Wie wenig diese Mittel helfen, zeigte die letzte Bewegung der Eisenbahnangestellten Italiens.

Noch wäre eine stattliche Liste von Generalstreikbewegungen vorzuführen, so die der Stahlarbeiter der amerikanischen Union, die der Dockarbeiter, der Bäcker Frankreichs, die der Feldarbeiter in Galizien und Ungarn, sowie der Reisarbeiterinnen in Norditalien. Auch die Bewegung des erwachenden Landproletariats in Südfrankreich mit der Tendenz, zum Generalstreik sich auszudehnen, ist hier zu erwähnen.

Die bisher aufgeführten Bewegungen lassen sich in zwei Gruppen scheiden: solche, die ein bestimmtes Gewerbe umfassen und eine Verbesserung der Arbeitsbedingungen für die Berufsangehörigen bezwecken, und solche, die sämtliche oder die hauptsächlichsten Gewerbe einer Stadt oder einer Provinz umfassen, und welche, bekannt unter dem Namen Solidaritäts- und Sympathiestreiks, als unmittelbarer Klassenkampf gegen die Kapitalsherrschaft, als Etappe und Vorpostengefecht der sozialen Revolution, wenigstens von den führenden Elementen, aufgefaßt werden.

Zu diesen beiden hat sich in den letzten Jahren eine dritte Art des Generalstreiks gesellt, als deren Zweck die Eroberung und Erhaltung politischer Grundrechte bezeichnet werden kann.

Die erste dieser Bewegungen brach in Belgien aus, im Jahre 1893, nachdem die belgische Arbeiterschaft zwanzig Jahre lang vergeblich die Einführung des allgemeinen gleichen Wahlrechtes in Versammlungen durch Petitionen und Manifestationen verlangt hatte. Die Bewegung war erfolgreich; der Generalstreik brachte das allgemeine Wahlrecht, allerdings nicht das gleiche, indem das Pluralsystem den herrschenden Klassen eine stärkere Vertretung sichert als dem Proletariat.

Dieser Bewegung folgte eine zweite im Jahre 1899; die Regierung bequemte sich zu Zugeständnissen, so daß von der Proklamierung eines Generalstreiks abgesehen wurde. Eine erneute Kampagne zur Erringung des gleichen Wahlrechtes wurde im Jahre 1902 unternommen, die mit einem Massenstreik endigte, der nach Verlauf von einer Woche resultatlos abgebrochen wurde.

„Die Erfahrung dieses Streiks", schrieb gelegentlich Vandervelde, „beweist vor allem, daß unter ernsten und außergewöhnlichen Umständen die Massenerhebung des Proletariats nicht unmöglich ist, und daß in einem Lande, wo das proletarische Bewußtsein stark entwickelt ist, die Massenerhebung hervorgerufen und beendigt werden kann (peut se faire et peut aussi prendre fin), ohne die Auflösung oder Desorganisation der Arbeiterkräfte zu bewirken."

Auf Belgien folgten Schweden und Holland.

Fast gleichzeitig mit dem belgischen fand der Generalstreik in Schweden statt, gleichfalls zugunsten des allgemeinen Wahlrechtes; er wurde mit Elan durchgeführt und mit Erfolg beendigt. Um der Agitation unserer Genossen nach Änderung des plutokratischen Wahlrechtes die Spitze abzubrechen, hatte die schwedische Regierung einen Gesetzentwurf eingebracht, der eine Verhöhnung der Arbeiterschaft darstellte. Um ihn zu Fall zu bringen, beschloß der Parteitag, die Kammerdebatten über diesen Entwurf mit einem Generalstreik zu begleiten, der dem schwedischen Parlament die Forderungen der Arbeiterschaft nachdrücklich in Erinnerung bringen sollte. Die Demonstration hatte einen vollen Erfolg. In Stockholm ruhte die Arbeit vollständig, im übrigen Lande zum größten Teile. Unter dem Eindruck dieser imposanten Erhebung verwarf die Kammer die gemachten Vorschläge und ersuchte die Regierung um Vorlegung eines neuen Entwurfes, welcher der Forderung des allgemeinen Wahlrechtes, nicht ohne Einschränkungen, entspräche. Der Streik hatte drei Tage gedauert und wurde geschlossen beendigt.

In Holland handelte es sich um die Abwehr des Antistreikgesetzes, das im Gefolge des Generalstreiks der Eisenbahner von den herrschenden Klassen über diese verhängt werden sollte. Obwohl der dagegen inszenierte Generalstreik der holländischen Arbeiterschaft die Annahme des Gesetzes nicht verhinderte, also mit einer Niederlage endigte, wurde auf dem folgenden Parteitag unserer holländischen Bruderpartei eine Resolution zugunsten des Generalstreiks votiert.

In lebendiger Erinnerung noch ist der italienische Generalstreik von 1904. Er war ein unmittelbarer Protest gegen die immer häufiger geübte Praxis, gegen streikende Arbeiter Militär mobil zu machen und auf friedliche Scharen schießen zu lassen. Zuerst in Mailand proklamiert, erfaßte er in einigen Tagen das ganze Land und brachte die Produktion völlig zum Stillstand. Wenn es auch nicht sogleich gelang, das für die Massakers verantwortliche

Ministerium Giolitti zu stürzen, so wurde ihm doch das Versprechen abgezwungen, daß die Verwendung von Truppen gegen friedliche Streikende für die Folge unterbleiben solle. Aber, was weit wichtiger und wertvoller: das italienische Proletariat hat bewiesen, daß es die Waffe des Generalstreiks zu handhaben weiß und sie nötigenfalls wieder handhaben wird, wenn die Bourgeoisie seine freie Entwicklung hemmen wird. Die moralische Wirkung dieses Bewußtseins ist nicht gering zu veranschlagen.

Augenblicklich vollzieht sich in Rußland eine Generalstreikbewegung, deren wesentlichsten Zug die Forderung nach der politischen Umgestaltung des Staatswesens bildet.

Die immer häufigere Anwendung des Generalstreiks fand ihr Echo auf den nationalen und internationalen Kongressen der neuen, im Jahre 1889 zu Paris begründeten Internationale. Sämtliche internationalen Kongresse bis zum Pariser im Jahre 1900 erklärten die Generalstreikidee für undiskutabel; die Tatsachen redeten jedoch eine immer deutlichere Sprache, so daß der Amsterdamer Kongreß im vergangenen Herbste eine Majorität zeitigte, die folgende Resolution zugunsten des Generalstreiks votierte.

Der Kongreß erklärt:

daß die notwendige Voraussetzung für das Gelingen eines Massenstreiks eine starke Organisation und strengste Disziplin des Proletariats ist,

daß der absolute Generalstreik, in dem Sinne, daß in einem bestimmten Augenblick alle Arbeiter die Arbeit niederlegen, undurchführbar ist, weil er jede Existenz, auch die des Proletariers, unmöglich macht;

erwägend, daß die Befreiung der Arbeiterklasse nicht Folge einer solchen plötzlichen Aufbietung aller Kräfte sein kann; daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sich über einige für das ökonomische Leben wichtige Industriezweige oder eine große Anzahl von Betrieben ausdehnt, ein äußerstes Mittel sein kann, um wichtige gesellschaftliche Veränderungen zu erringen oder sich gegen reaktionäre Anschläge zu verteidigen,

warnt der Kongreß die Arbeiter, sich gefangennehmen zu lassen von der Propaganda für den Generalstreik, die von anarchistischer Seite betrieben wird, um die Arbeiter abzuhalten von dem Kampfe, der Tag für Tag gemeinsam von den Gewerkschaften und der politischen Partei zu führen ist,

und fordert sie auf, durch Entwicklung ihrer Organisationen ihre Einheit und Kraft im Klassenkampf zu stärken, weil, wenn der Streik mit politischem Zwecke einst nützlich und nötig sein wird, sein Gelingen von der Stärke ihrer Organisation abhängt.

Ist diese Resolution auch für den weiter gehenden Anhänger des Generalstreiks nicht völlig befriedigend, so dürfte sie doch ihr Teil dazu beitragen, die blinde Voreingenommenheit auch der deutschen Generalstreikgegner zu beseitigen.

* * *

Wie die bisherige Darstellung ergibt, bezeichnet das Wort Generalstreik keinen scharfumrissenen Begriff; die verschiedenen Bewegungen tragen einen sehr unterschiedlichen Charakter. Die Anhänger der Idee spalten sich in verschiedene Gruppen, die sich zum Teil scharf bekämpfen. Diese verschiedenen Gruppen werden ihrerseits wieder unterschiedslos bekämpft von Gegnern der Idee, welche dieser eine Deutung geben, die von keinem Verfechter des Generalstreiks vertreten wird. Die Frage ist also berechtigt: Was ist unter einem Generalstreik zu verstehen und welchen Zwecken soll er dienen?

Als Generalstreik kann man kurz bezeichnen: einen allgemeinen Streik der Arbeiter einer bestimmten Industrie oder der Gesamtarbeiterklasse eines oder

mehrerer Länder. Nur um diese letztere Art der interprofessionellen Massenstreiks, die man im Gegensatz zu den Berufsgeneralstreiks Klassengeneralstreiks nennen kann, handelt es sich bei den nachstehenden Ausführungen.

„Zum Generalstreik ist es nicht nötig, daß die Gesamtheit der Industrien beteiligt ist; es ist selbst nicht notwendig, daß in denjenigen Industrien, welche an der Bewegung teilnehmen, die Gesamtheit der Arbeiter erfaßt wird. Es genügt, daß diejenigen Industrien, in welchen die kapitalistische Macht am meisten konzentriert ist und die Arbeiter am machtvollsten organisiert sind, und welche die Achse des Produktionssystems bilden, die Niederlegung der Arbeit beschließen, und es genügt, daß diese Parole von einer solchen Anzahl von Arbeitern befolgt wird, daß die Arbeit in den betreffenden Industrien faktisch suspendiert ist.

„Gegen den Generalstreik, so verstanden, kann man nicht einwenden, daß er utopisch oder unwirksam sei.“ [1]

Dieser klaren und erschöpfenden Definition des äußeren Charakters eines Generalstreiks ist kein Wort hinzuzufügen.

Nach der Wertung, die seine Anhänger dem Generalstreik für den Emanzipationskampf des Proletariats zukommen lassen, lassen sich jene in drei Gruppen unterscheiden: in Anhänger

des reformistischen Generalstreiks [2] zur Eroberung oder Festhaltung politischer Grundrechte, welche eine freie Entwicklung des Proletariats garantieren;

des ökonomisch-revolutionären Generalstreiks zur Herbeiführung und Durchführung der sozialen Revolution

und des politischen Generalstreiks schlechthin zur Unterstützung des Kampfes um die politische Macht.

* * *

Die Verfechter des reformistischen Generalstreiks erblicken das Allheilmittel in der Eroberung der parlamentarischen Macht. Von ihr erwarten sie die Erneuerung und Überwindung der kapitalistischen Welt. Der Generalstreik gilt ihnen nur als eine dem parlamentarischen Kampfe untergeordnete, ihn unterstützende Waffe. Durch seine Anwendung sollen die Macht und der Wille des Proletariats wirksam bekundet werden, wenn andere Möglichkeiten der Demonstration versagen oder fehlen. Besonders zur Eroberung und Festhaltung politischer Grundrechte, wie des allgemeinen Wahlrechtes, des Koalitionsrechtes usw., soll von dieser Waffe Gebrauch gemacht werden, um die politischen und sozialen Vorbedingungen für das kulturelle Aufsteigen der Arbeiterschaft zu garantieren.

* * *

Anders die Vertreter des ökonomisch-revolutionären Generalstreiks. Sie verwerfen jeden politisch-parlamentarischen Kampf als eine Kraftvergeudung und sogar als gefährliche Utopie, da die Niederwerfung der Klassenherrschaft nur das Resultat eines revolutionären Aktes sein könne, während das Proletariat durch die parlamentarische Tätigkeit in den entnervenden und jede revo-

---

[1] Jaurès in der „Petite République“ vom 29. August 1901.

[2] Um Mißverständnisse zu vermeiden, will ich bemerken, daß die Terminologie: reformistischer und revolutionärer Generalstreik sich in Frankreich herausgebildet hat, um damit zu bezeichnen, ob der Generalstreik der sozialen Reform oder der sozialen Revolution dienen soll; für den revolutionären Sozialisten brauchen beide durchaus keinen Gegensatz zu bilden. E. U.

lutionäre Energie lähmenden Glauben versetzt werde, daß eine friedliche Überwindung des Kapitalismus möglich sei. Die Ersetzung des eigenen, direkten Kampfes auf ökonomischem Gebiet gegen die Klassenherrschaft durch den parlamentarischen Kampf gewählter Vertreter entfremde das Proletariat dem eigentlichen Kampfesfeld und beraube es des Vertrauens auf seine eigene Kraft, diese vornehmste Voraussetzung seiner definitiven Befreiung.

Demgemäß erklären sie den Generalstreik für das einzige Mittel zur Niederwerfung der Klassenherrschaft, seine Vorbereitung für die alleinige Aufgabe des Proletariats. Sie sind daher bestrebt, jeder Streikbewegung einen allgemeinen Charakter zu geben; durch diese verallgemeinerten Streiks, diese Vorgefechte der letzten, entscheidenden Schlacht, soll das Solidaritätsgefühl in den Arbeitermassen erzogen und das revolutionäre Bewußtsein erweckt werden. In den stets umfangreicheren und stärkeren ökonomischen Kämpfen wird die Machtposition der Bourgeoisie immer mehr geschwächt, der Kapitalismus und seine staatliche Organisation schließlich von dem mit revolutionärer Energie erfüllten Proletariat im letzten, allgemeinen Ansturm überwältigt.

Hier bedeutet also Generalstreik die soziale Revolution selbst. Nicht die Form der aus der Unvereinbarkeit der ökonomischen Verhältnisse mit der überkommenen Eigentumsordnung notwendig gewordenen Revolution, sondern die Revolution als Wirkung des menschlichen Willens, unabhängig von dem gegebenen Entwicklungsgrad des Produktionsprozesses. Der Zusammenbruch des kapitalistischen Systems als Folge sich stets verschärfender Krisen vollzieht sich nicht nach ökonomischen Gesetzen, sondern als Ergebnis freier Willenshandlung. Ursache und Wirkung sind auf den Kopf gestellt.

* * *

Für den revolutionären Sozialdemokraten ist die Stellung zur Frage des Generalstreiks ebensowenig eine prinzipielle wie zu der des Parlamentarismus; die Anwendung dieses oder jenes Kampfmittels ist eine Frage der Zweckmäßigkeit. Jede Waffe, welche die Arbeiterschaft ihrem Ziele: der Eroberung der politischen Macht als Hebel der Umgestaltung der Dinge, näher bringt, muß von ihr benutzt werden, sofern sie sie aus eigener Kraft führen kann.

Die politische Macht kann nicht stückweise erobert werden; ebensowenig kann die Diktatur des Proletariats die Folge eines Parlamentsbeschlusses sein: der Parlamentarismus ist ein vielleicht unentbehrliches Mittel, um die Kulturfeindlichkeit und Widersinnigkeit des Klassenstaats zu demaskieren, ihm die Reformen abzuringen, deren das Proletariat zu seinem Aufstieg dringend bedarf, um kampfestüchtig zu sein; ein Mittel der politischen Erziehung und Organisierung der Massen, die erst durch ihn aus der Lethargie erweckt und dem proletarischen Emanzipationskampf zugeführt werden. Aber so notwendig und unentbehrlich der Parlamentarismus als Erziehungsmittel des Proletariats ist, er ist und bleibt ein bürgerliches Herrschaftsmittel, das die Bourgeoisie niemals zu einem Mittel ihrer Beherrschung verwandeln lassen wird.

Da die herrschenden Klassen alle Machtmittel usurpieren werden, um ihre Herrschaft auch dann aufrechtzuerhalten, wenn sie im Gegensatz zur ökonomischen Notwendigkeit steht, so muß das Proletariat sich nach solchen Machtmitteln umsehen, die es selbst hervorbringt, nach Waffen, deren Anwendung und Gebrauch nicht von dem Willen des Gegners abhängt.

Eine solche Waffe ist der Generalstreik. Wird sie von einem klassenbewußten, gut organisierten und gut disziplinierten Proletariat geführt,

das alle Schwächen und Stärken des Feindes im täglichen, politischen und gewerkschaftlichen Klassenkampf kennen gelernt hat, so kann sie zu einer wirksamen, für den Gegner furchtbaren Waffe werden, die berufen scheint, nicht nur der Eroberung und Festhaltung politischer Rechte im Klassenstaat zu dienen, sondern auch in der Epoche des entscheidenden Kampfes um die politische Macht eine bedeutende, vielleicht ausschlaggebende Rolle zu spielen.

Die Frage, ob der politische Generalstreik eine wirksame Waffe im Befreiungskampf des Proletariats spielen kann, ist daher zu bejahen. Es muß aber auch betont werden, daß seine Anwendung große Opfer in den Reihen der Arbeiterschaft erfordert und daß er daher stets nur als letztes und äußerstes Mittel betrachtet werden darf.

Ein Beitrag zur Agrarfrage.

Von Dr. **Salomea Perlmutter.**

„Die marxistische Lehre von der Konzentration der Betriebe trifft für die Landwirtschaft nicht zu. . . . Im allgemeinen werden die Voraussetzungen für den Kleinbetrieb bei wachsender Intensität günstiger als diejenigen des Großbetriebs. . . . Darum stehen wir nicht an, die Verwandlung der landwirtschaftlichen Großbetriebe in bäuerliche Kleinbetriebe als erstrebenswertes Ziel aufzustellen.“

In diese bedeutungsschweren Sätze klingen die Davidschen Forschungen auf dem Gebiet der Agrarfrage aus („Landwirtschaft und Sozialismus“, S. 688 bis 692).

Demnach sind ihm auch Parzellierung, Bauernschutz und bäuerliche Genossenschaften die ökonomischen und sozialpolitischen Folgen seiner Untersuchungen; der Kleinbetrieb, der ohne Hilfe von Lohnarbeitern eine ganze Familie beschäftigt und ernährt, ist die erstrebenswerte Zelle der zukünftigen Agrarordnung, als Übergangsstadium zum sozialistischen Staate.

Nach David geht also die Tendenz der agrarischen Entwicklung in der Richtung des Ideals Heinrichs IV., des Königs von Frankreich, der wünschte, ein jeder Bauer solle sein Huhn im Topfe haben, und er fordert von der sozialistischen Politik, sie solle diese Tendenz unterstützen und sie beschleunigen.

Ist aber der Kleinbetrieb wirklich berufen, die Erbschaft der heutigen Agrarordnung anzutreten? Zeigt er tatsächlich die Tendenz, im Laufe der weiteren Entwicklung als Stärkerer die anderen Produktionsformen in die Flucht zu treiben?

Fast gleichzeitig mit Davids Werk erschien in Warschau in polnischer Sprache ein bedeutendes Werk[1] des polnischen Soziologen und Ökonomen Ludwig Krzyricki, die Frucht zwölfjähriger eindringender Studien, die auch ihm die sich kreuzenden und verwirrenden Tendenzen der Agrarentwicklung aufdeckten und die Unterschiede enthüllten, welche Industrie und Landbau aufweisen. Und wenn auch der Autor nicht die letzten Konsequenzen der von ihm angeführten Tatsachen zieht, so läßt sich doch leicht feststellen, daß sie zu ganz anderen Resultaten führen, nämlich, daß der Kleinbetrieb am wenigsten imstande ist, die Agrarfrage zu lösen.

---

[1] Krzyricki, „Kwestya rolna“ (Agrarfrage). Warschau 1903.

1. Die Abhängigkeit der modernen Agrarentwicklung von der industriellen Entwicklung.

Der Autor geht vom Standpunkt aus, daß sämtliche Umwälzungen, welche der Landbau seit dem Ausgang des Mittelalters erfahren hat, nicht die Folgen sind der Tendenzen, welche die Entwicklung der Landwirtschaft von innen heraus beherrschen, sondern solcher, die von außen herkommen, von der industriellen Entwicklung.

Die Landwirtschaft ist eine passive Macht, wir könnten sagen die tragische Heldin im Entwicklungsprozeß der Gesellschaft, dem sie trotz Überlieferung und Schwerfälligkeit folgen muß. Daher die Windungen und Krümmungen, daher die vielfachen Abweichungen von der Linie der von Marx aufgefundenen Tendenz der ökonomischen Entwicklung, die doch trotz alledem sich durchringt und schließlich doch siegen muß.

Die Städte waren die ersten Organisatorinnen der modernen Wirtschaft; sie drücken der modernen Zivilisation den Stempel auf. Ist doch in England bereits jeder siebente Einwohner ein Londoner, im Reiche der Hohenzollern jeder siebzehnte Bürger Einwohner der Stadt Berlin. Dieses Anwachsen der Städte geht nicht nur infolge der natürlichen Vermehrung der Stadtbevölkerung vor sich, sondern auf Kosten der Landbevölkerung, welche nicht nur relativ, sondern in vielen Staaten bereits absolut abnimmt und die führende Rolle im ökonomischen, staatlichen, politischen und kulturellen Leben der Stadt überläßt.

Das Land muß nunmehr seine Bestimmung darin sehen, die Stadt zu ernähren und deren Bedürfnisse zu stillen, und die ganze Landproduktion, sich dieser neuen Rolle anpassen.

Diese Umgestaltung des Landbaus infolge der industriellen und städtischen Zentralisation hebt zuerst in der Sphäre des Austausches an. Zur regelmäßigen und sicheren Verteilung der Nahrungsmittel unter die Stadtbewohner wird zuerst der Verkauf der Lebensmittel zentralisiert sowohl für den Groß- als für den Kleinhandel. Es entstehen Börsen, Großlager und „Basare", Milchhallen usw., im Anschluß hieran vorher nichtgekannte Produktivunternehmungen, wie Großschlächtereien, Brennereien, Zuckerfabriken, Käsereien, Butterfabriken usw., welche wiederum ihrerseits auf die Urproduktion zurückwirken, auf Viehzucht, Getreide-, Garten-, Obst- und Weinbau und sie gemäß den neuen Absatz- und Verarbeitungsmethoden umgestalten.

Der Autor schildert den gewaltigen Aufschwung des Lebensmittelhandels und dessen Zentralisation im Gegensatz zu den alten Methoden. So eine Firma Potin in Paris, welche in einem Jahre bis an die 50 Millionen Franken Umsatz hat, die zum Beispiel 20000 Kilogramm Zucker an einem Tage verkauft, übt auf die Produktion einen erheblichen Einfluß aus. Und jede große Stadt kann einige solche Großfirmen aufweisen, die den Verkauf von Landprodukten vermitteln. So ist der Milch-, Butter- und Eierhandel in den Städten zentralisiert, und nicht nur die nächste Umgebung, sondern auch ferne Länder passen ihre Produktion den Großmärkten für diese Produkte an, wenn sie dort Absatz suchen. In Dänemark, welches 41,2 Prozent des englischen Butterbedarfes deckt, sehen wir eine Art Butterbörse sich entwickeln, welche nicht nur den Butterhandel für das Ausland vermittelt, sondern die Butter, die ins Ausland gehen soll, kontrolliert, die Preise feststellt usw.

Ähnliche Folgen der Zentralisation des Marktes für das Vieh sind die Viehhöfe, die wieder einen umwälzenden Einfluß auf das Schlachtsystem und das Fleischerhandwerk ausüben.

Auch der große Ackerbau entsteht erst mit der Entwicklung des Großmarktes, die Spezialisierung des Landbaus. Denn die bisherigen Großgüter, auf denen alles mögliche gepflanzt und gezogen wird, sind nichts weniger als Großunternehmungen im modernen Sinne. Im fernen Westen Amerikas, unbeengt von Tradition und anderen Rücksichten, realisieren sich auf unermeßlichen Flächen die „Phantasien" eines Fourier. Dort erstrecken sich weithin Aktienackerbauunternehmungen, Pflaumen-, Äpfel- und Birnenwälder liefern edles Obst für die Märkte Europas, und unter freiem Himmel tummeln sich Millionen von Viehstücken, welche die Nahrungsbedürfnisse weit entfernter Abnehmer befriedigen sollen. Den Eisen- und Zuckerbaronen der europäischen und außereuropäischen Industrie stellen sich mit Stolz die Beerenbarone, die Vieh- und Geflügelkönige der amerikanischen Landbauunternehmungen an die Seite, die gleich jenen die Lebensfäden ganzer Produktionszweige und Austauschmethoden in Händen haben.

Das ist der Weg, den die Entwicklung der Agrarverhältnisse durchläuft. Sie beginnt mit der Zentralisation des Absatzes und der Verarbeitung der Landprodukte, der die Viehzucht und der Landbau sich in der Folge fügen müssen. Die Wissenschaft wird in den Dienst des Ackerbaus und der Viehzucht gestellt, und ihre Laboratorien werden zu Werkstätten des wirtschaftlichen Fortschritts.

2. Das Großgut als Bahnbrecherin der technischen Umwälzung in der Landwirtschaft.

Den Ausgangspunkt der technischen Umwälzung in der Landwirtschaft bildet das Großgut. Erst auf großer Anbaufläche zahlt sich die Anschaffung von Maschinen und fortschrittlichen Geräten, wie auch deren Anwendung erst auf größerer Fläche durch größere Ergiebigkeit belohnt wird. Der Dampfpflug bearbeitet ein Grundstück von 10 Hektar in doppelt so kurzer Zeit als zwei Grundstücke zu 5 Hektar Fläche. Auch müssen bei komplizierten Maschinen intelligente Leiter derselben gehalten werden, was sich auch nur bei größerem Betrieb bezahlt. Eine weitere Bedingung, welche die Einführung von Maschinen erzwingt, ist Arbeitermangel und infolgedessen hoher Arbeitslohn. Daher konnten auch die großen technischen Umwälzungen auf dem Gebiet der Landwirtschaft in Amerika statthaben, wo alle oben erwähnten Bedingungen zusammentreffen. Seit 1850 stieg in den Vereinigten Staaten der Wert der Landprodukte, die mit Hilfe der Maschine hervorgebracht wurden, von 7 auf 91 Millionen Dollar im Jahre 1890, und es gibt keine noch so geringe Arbeit, für die der Erfindungsgeist nicht eine Maschine herzustellen sich bemühte. Überall verdrängt die Maschine die Handarbeit, so daß man in den Vereinigten Staaten schwerlich einen Arbeiter finden könnte, der es verstünde, die Sichel zu führen. Natürlich dürfen wir nicht vergessen, daß diese Tatsachen und Bestrebungen auf der Grundlage des wenig intensiven Raubbaus entstanden sind und daß eine dichtere Bevölkerung einen intensiveren Landbau verursachen würde. Aber die arbeitsparende Maschine, einmal eingeführt, wird eine dauernde Errungenschaft der Kultur bleiben, wenn sie sich auch an die Entwicklung der Verhältnisse anzupassen haben wird.

Aber nicht nur der Landbau, die ganze Farm hat ihre Gestalt geändert. Statt der Speicher sehen wir Elevatoren, die längs der Eisenbahnstationen sich erheben; die Ansiedlungen liegen fern voneinander und sind nicht mehr geeignet, jene nachbarlich-trauliche, poetische Atmosphäre herauszubilden, die das Leben in unseren Dörfern noch heute umgibt. Der Farmer verläßt im Winter die Farm und zieht in die Stadt, die alle seine Bedürfnisse befriedigt. Auch die Psychologie des Farmers ist eine ganz andere als die unserer Bauern. Er arbeitet mit anderen Organen als unser landwirtschaftlicher Handarbeiter; seine Muße sieht daher auch anders aus, und sein ganzes Sinnen und Trachten schlägt andere Bahnen ein. Natürlich gab es noch andere Bedingungen, welche diese Tatsachen bewirkt haben. Den Landmann des Westens bindet keine Tradition an alte Sitten, Gebräuche und Kultur. Nicht als Sohn, sondern als Ausbeuter des Bodens fühlt er sich, dem alles gut ist, was den Ertrag seiner Arbeit vermehrt. Geborener Unternehmer, ist er gewöhnt, alle Für und Wider einer neuen Einrichtung sogleich zu berechnen und sich ihrer zu bedienen, wenn er sie für gut befindet. Außerdem ist er auch nicht durch Kleinheit seines Grundstücks beschränkt; die Durchschnittsgröße einer Farm beträgt 140 Acres, und sie bildet stets ein geschlossenes Rechteck, auf dem die Anwendung jeglicher Maschine durchführbar ist. Da ist es in Europa anders, wo die Kleingüter unter 3 und 2 Morgen Fläche betragen; wo selbst die Grundstücke der Großgüter auseinanderliegen und wo man durch Tradition, billige Arbeitskraft, schlechte Kommunikation usw. an alte Produktionsmethoden gebunden ist.

Und doch hat sich auch Europa, wenn auch in kleinerem Maßstab, die technischen Erfindungen dienstbar gemacht. Zuerst war es England, das die Bahn der Produktionsreform betrat; England folgten Deutschland und Frankreich. Von den Maschinen findet die Dreschmaschine die größte Anwendung, wogegen die Dampfpflugmaschine weniger Verbreitung gefunden hat. Die Schwierigkeiten, die der Verbreitung des Dampfpflugs entgegentreten, sind genugsam bekannt, eine der größten ist, daß er sich nur bei sehr großen, ebenen Flächen lohnt.

Der Fortschritt der Technik in den Ackerbaugeräten bildet eine höhere Wirtschaftseinheit heraus, und jeder Phase der technischen Entwicklung auf dem Gebiet des Landbaus entspricht ein ihr eigentümliches Flächenminimum für die rationellste Produktion. Daher kann die amerikanische Landwirtschaft, wenn auch die Zeit der großen Bonanzafarmen vorüber ist, nicht tief unter die Grenze sinken, welche die Entwicklung der Ackerbaugeräte ihr anweist. Und in Europa bilden sich demgemäß allmählich zwei Wirtschaftstypen heraus, der eine, welcher des Dampfpflugs und der Dampfmaschinen sich bedient, der zweite, der die Spannkraft der Tiere noch lange in Anspruch nehmen wird, bis Kooperation und Assoziation ihm die Anwendung von Maschinen erleichtern werden. Organische Einheit und Organisation stellt aber noch keiner dieser Typen vor; erst die Einführung der elektrischen Kraft, die aus einer Zentralleitung nicht nur allen Teilen einer Großwirtschaft, sondern vielen kleineren Wirtschaften zufließt und sie in Abhängigkeit voneinander bringt, wird jenen höheren organischen Typus herausbilden, den heute eine Fabrik darstellt.

Den beiden Wirtschaftstypen im Landbau entsprechen auch verschiedene Typen der Landbevölkerungsdichtigkeit. Es bilden sich Gegenden dichterer und solche dünnerer Bevölkerung heraus, Gegenden erheblichen Bevölkerungszuwachses und solche der Entvölkerung infolge von Abwanderung.

Zwei entgegengesetzte Tendenzen zeigt auch die Entwicklung in bezug auf die Anwendung von Lohnarbeitern. Die Steigerung der Intensität des Landbaus macht die Zahl der erheischten Arbeiterhände wachsen, die Anwendung von Maschinen drückt diese Zahl herab. Die Entwicklung der Agrarverhältnisse reduziert im Wege der Teilung die Durchschnittsgröße der Bauernansiedlung, deren Eigentümer genötigt werden, Arbeit bei reicheren Nachbarn zu suchen, und vermehrt in letzter Linie die Reihen des besitzlosen Proletariats; die Einführung intensiverer Landbaumethoden gibt diesen Scharen Gelegenheit zur Arbeit, aber die Einführung von Maschinen vermindert diese Gelegenheit. Die letzte Konsequenz der Betätigung dieser Faktoren ist die Abwanderung der Bevölkerung aus den Gegenden der Latifundien. Die Latifundien geben zur Saison vielen Händen Arbeitsgelegenheit, aber nach der Saison finden diese Leute keine Beschäftigung. Not und Elend sind also Resultat dieser Gegensätze. Die Bevölkerung, die nicht Hungers sterben will, wandert in die industriellen Distrikte aus, und die Zurückbleibenden leiden Not. So entsteht das doppelte Schauspiel: einerseits Arbeitermangel, andererseits Übervölkerung. Der Arbeitermangel nötigt die Gutsherren wieder, vervollkommnete Maschinen einzuführen, und so ohne Ende. Die Folgen der Maschine als Erzeugerin einer relativen Übervölkerung erscheinen also auf dem Gebiet des Landbaus in einer charakteristischen Form infolge des Saisoncharakters der Landarbeit. Diese Saisonarbeit erfordert selbst bei gesichertem Absatz eine stete Reservearmee im Winter, welche in Amerika in der Stadt, in Europa auf dem Lande sich aufhält.

Die Tatsache, daß die Maschine in letzter Linie das Land entvölkert und das Zentrum des Lebens in die Stadt verlegt, erzeugt der Maschine so viele Gegner und verleitet auch die „Theorie", welche sich den Klasseninteressen zur Verfügung stellt, die Bedeutung der Maschine für die Landwirtschaft in Abrede zu stellen. Es wird hervorgehoben, daß die Entwicklung der Landproduktion eigentlich auf dem Gebiet der agronomischen Chemie liege und daß mit deren Hilfe auch der Spaten die größten Resultate erzeugen würde. Nun kann zwar nicht geleugnet werden, daß nicht alle Erfolge der Produktivitätserhöhung den verbesserten Bodenbearbeitungsmethoden zuzuschreiben sind; doch ist nicht minder wahr, daß der Dampfpflug, indem er die Tiefkultur ermöglicht, die Ergiebigkeit ganzer Ackerflächen hebt, daß die mechanischen Saatmaschinen Samen sparen usw. Nur die Tatsache, daß unseren Landwirten die Zeit so billig ist, hält sie davon ab, *arbeitsparenden* Maschinen die große Bedeutung zuzuerkennen und dieselben einzuführen, wenn ihre Anschaffung einen Kapitalaufwand erfordert. Aber das wird nicht immer der Fall sein. Der Bauer wird nicht immer auf Kosten seiner Freiheit und Muße die Maschine meiden. Die Einführung der Maschine kann noch andere Folgen haben. Die Maschine erfordert weniger Spannvieh, sie vermindert daher den Viehstand der Wirtschaft, was die Heranziehung von Grasland zum Getreidebau bewirken kann. Der Viehmangel wieder drängt den Wirt, künstlichen Dünger anzuwenden, und verwandelt den Ackerbau in einen Zweig der angewandten Chemie.

3. Die weiteren Ursachen der Umgestaltung des Agrarwesens.

Einen enormen Einfluß auf die Umgestaltung der Austauschmethoden und daher auch der Landwirtschaft übte die Entwicklung der Kommunikationen aus. Die Vollendung des Suezkanals, die Vervollkommnung der Schiffahrt, die Ausbauung der Bahnnetze und die Verbilligung der Tarife erleichterten und

beschleunigen nicht nur die Ein- und Ausfuhr von Landprodukten, sondern auch die Spezialisierung des Landbaus. So bildet sich allmählich der Weltwirtschaftsorganismus heraus, dessen einzelne Teile voneinander in Abhängigkeit geraten, so daß die Entwicklung der Landwirtschaft im Ausland und sogar in fremden Erdteilen uns nicht mehr gleichgültig ist. Infolge der Entwicklung der Kommunikation und der Spezialisation wird in vielen Ländern die Kultur verschiedener Pflanzengattungen aufgegeben, andere werden auf gegebenen Territorien zentralisiert.

Diese Spezialisierung der Produktionsaufgaben der verschiedenen Länder, die Einteilung der letzteren in Industriestaaten und Ackerbaustaaten und die Spezialisierung innerhalb derselben sowie die Abhängigkeit, in welche die Staaten infolgedessen voneinander geraten, kann sie in große Gefahr bringen. Aber es fällt heute niemand ein, dieser Gefahr, welche England schon zu fühlen bekam, als es noch kaum 9 Prozent seines Getreidebedarfes mit ausländischen Produkten deckte (im Jahre 1812), durch ein einfaches Zurück auf die ehemalige Vielseitigkeit im Landbau entgegenzuwirken.

Von allen oben angeführten Ursachen hat aber keine die alten Verhältnisse so gründlich aufgelöst, nichts die Landleute aus ihrer alten Routine und ihren Traditionen so sehr aufgeschreckt, wie die überseeische Konkurrenz. Sie kam ganz unverhofft, wenn auch dem scharfen Auge ihr Nahen nicht entgangen war, und stürzte sich gleich einem Bergstrome auf unsere Landwirte. Das überseeische Getreide ergoß sich über unsere Märkte im Jahre 1879, gerade in dem Augenblicke, wo man infolge der Ernteausfälle eine erhebliche Preiserhöhung erwartete. Es strömte zuerst von den Weizenzentren am roten Flusse herbei, wo es genügte, wie man sagte, den Boden nur leicht mit der Pflugschneide zu kitzeln, damit er uns dankbar mit hochwogendem Getreide entgegenlächle. Später sandten Ostindien, Argentinien, Australien ihre großartigen Ladungen; da erst wurde der Ernst der Situation begriffen und die gesunkenen Getreidepreise nicht als vorübergehende Erscheinung angesehen. Die große Menge des überseeischen Getreides und die Regelmäßigkeit seines Erscheinens auf dem Markte ohne Rücksicht auf die Jahreszeiten, nach denen der Getreidepreis sich früher richtete, senkten den Preis gewaltig und regelten ihn verhältnismäßig, indem sie der Spekulation auf Getreidemangel die Gelegenheit abschnitt. Der Preisfall fast sämtlicher Landprodukte infolge der überseeischen Konkurrenz ist enorm. Die englische Kommission zur Erforschung der Agrarkrisis konstatierte, daß zwischen 1874 bis 1893 der Weizen um 50 Prozent, Hammel- und Rindfleisch um 20 bis 40 Prozent, Schweinefleisch um 10 Prozent, Wolle um 5 Prozent, Milch und Butter um 33 Prozent, Kartoffeln um 20 bis 30 Prozent im Preise gesunken seien. Und wenn wir noch bedenken, welch große Flächen noch unbebaut liegen, die jeden Augenblick herangezogen werden können, sobald der Preis die Tendenz zeigt, zu steigen, so müssen wir die überseeische Konkurrenz noch auf lange Jahre hinaus als steten Faktor unserer landwirtschaftlichen Verhältnisse in Berechnung ziehen und die landwirtschaftliche Politik ihm anpassen.

Aber nicht nur die große Ausdehnung der Anbaufläche hat die Vermehrung der landwirtschaftlichen Produkte hervorgebracht. Auch die Produktivität der Arbeit ist bedeutend gestiegen. Ergab ein Hektar zum Beispiel in Frankreich im Jahre 1820 bis 1830 11 Hektoliter Weizen, so stieg dieser Durchschnitt im letzten Jahrzehnt auf 15 Hektoliter. Die Ergiebigkeit auf allen Gebieten der

landwirtschaftlichen Urproduktion und der Verarbeitung ist gestiegen, während das Tempo des Bevölkerungszuwachses nicht nur in Frankreich, das sogar einer Entvölkerung entgegenzugehen scheint, sondern, wie die Statistik zeigt, in allen europäischen Ländern gesunken ist.

Dieser Niedergang der Menschenvermehrung ist eine neue Erscheinung in der Geschichte des Industrialismus. Zeichnen sich die ersten Phasen der industriellen Entwicklung durch eine gewaltige Bevölkerungszunahme aus, so erfolgt die oben erwähnte Wendung mit der Entwicklung der Arbeiterorganisationen und des höheren Bedürfnisniveaus der Bevölkerung. Es folgt das Bevölkerungsvermehrungstempo den sozialen Verhältnissen, und es ist nicht ausgeschlossen, daß die zukünftige Entwicklung unsere heutigen Berechnungen Lügen strafen wird, wie es die heutigen Verhältnisse für die Malthusianischen Berechnungen bereits getan haben und noch tun werden, wenn die Verbesserung der Rassen der Pflanzen und Tiere noch weitere Fortschritte machen und die verbesserten Dungmittel, die Anwendung der Chemie und der Ergebnisse der Bakteriologie die Erträgnisse der Arbeit noch steigern werden.

Mit der Malthusianischen Bevölkerungstheorie erhält auch die Theorie vom abnehmenden Bodenertrag einen gewaltigen Stoß zugunsten einer Theorie des bis zu einer gewissen Sättigungsgrenze, die für unsere Nachkommen noch lange nicht zu erreichen sein wird, stets wachsenden Bodenertrags. Wir können also die Sorge darum, was später sein wird, getrost dem erfinderischen Geiste unserer späten Nachfolger überlassen.

4. Der Weltgetreidehandel.

Der Weltgetreidehandel und überhaupt der Welthandel mit Landbauprodukten hat auf die Entwicklung der europäischen Landwirtschaft einen großen Einfluß ausgeübt, indem er den ruhigen Verlauf der Umwandlungen, welche die industrielle Entwicklung Europas allein bewirkt hätte, vielfach beschleunigte, durchkreuzte oder aufhob. Dieser Handel erfährt selbst eine Entwicklung in dem Maße, als die Getreidemassen wachsen, die er zu befördern hat. Zwar haben wir es noch heute mit Provinzial- und Landesmärkten zu tun, aber über sie und sie beeinflussend erhebt sich der Weltmarkt. Diese Zentralisation des Getreidehandels ist aber wieder ein Hebel von Fortschritten und von Ersparnissen. Auf den großen Börsen werden große Getreidepartien gehandelt, die ein Gut zum Beispiel nicht zu liefern imstande wäre. Manche Börsen haben denn auch Minimalmengen festgestellt, unter welchen keine „Schlüsse" gemacht werden. Sie betragen zum Beispiel für Paris 25000 Kilogramm, für London 25000 Pfund, für New York 16000 Bushel usw. Können aber nur solche Partien auf den Weltmarkt gelangen, so muß für die Aufbewahrung des Getreides gesorgt werden, und die Aufbewahrungsmethoden erfahren nicht minder eine unerhörte Umwälzung. Natürlich geschieht auch dies zuerst und am meisten dort, wo die Entwicklung nicht von der Tradition gebunden wird, in Amerika.

So kennt die amerikanische Landwirtschaft fast keine Speicher auf den Gütern, sie lagert vielmehr alles zum Verkauf bestimmte Getreide in die längs der Bahnlinie befindlichen Elevatoren ab, von denen es zu den Häfen und nach Europa befördert wird.

Eine interessante Erscheinung, ebenfalls eine unmittelbare Folge dieser großen Transaktionen, ist die „Vereinheitlichung" des Getreides, das auf den

Weltmarkt gelangen soll. Auf dem europäischen Kontinent, wo der Boden in kleine Parzellen geteilt ist und nicht nur infolge seiner natürlichen Beschaffenheit, sondern infolge der verschiedenen Kultur, Tradition, ökonomischen und sozialen Verhältnisse sehr verschiedene Ernten gibt, kann das Getreide den Anforderungen des Weltmarktes nicht nachkommen. Daher „macht" sich der Zwischenhändler, der das Getreide zusammenkauft, die „Ware" selbst. Da sie auf dem Markte nach „Typen" und „Nomenklatur", nach Gattungsgewicht usw. gehandelt wird, nimmt er eine Mischung der verschiedenen Gattungen vor, um die erforderten Typen zu erhalten. Diese Tatsache fördert ganz eigentümliche soziale Situationen zutage. Die Lage des armen unwissenden und ratlosen Bauern ausnutzend, zahlt der Zwischenhändler dessen Getreide billiger, um das bessere Getreide des Gutsherrn für die „Mischung" sogar überzahlen zu können; und er zwingt so den Bauern, in dieser „modernen" Weise dem Gutsherrn seinen Tribut zu zahlen. Diese Verschiedenheit des europäischen Getreides ist auch noch eine Ursache mit, warum die Institution der Elevatoren in Europa nicht Fuß fassen konnte, während in Amerika 90 Prozent des Getreides durch die Elevatoren auf den Markt strömten.

Diese gewaltigen Getreideströme fließen nominell durch die Börsen, welche in ihren Mauern allen über die unmittelbaren Bedürfnisse der Gegend hinauslaufenden Umsatz zentralisieren.

Die heutige Börse ist weit davon entfernt, nichts als die Resultante der sich kreuzenden Wirtschaftskräfte zu sein. Die Fäden dieser Kräfte laufen in den Händen der Machthaber des Marktes zusammen, und am häufigsten sind es diese, welche den Preis diktieren. Natürlich können sie diese Macht nur bis zu einem gewissen Grade üben, aber er genügt, den Landmann zu unterdrücken. Dazu vereinigen sich die Börsen, die Elevatoren, die in den Händen von Aktiengesellschaften sich befinden, und die Müllereien; alle müssen sie das Getreide vom Landmann billig erstehen, um in Europa erfolgreich zu konkurrieren. Daher werden die Preise oft künstlich herabgedrückt, um, nachdem der Landmann geprellt wurde, wieder in die Höhe getrieben zu werden, damit nunmehr der Konsument den Machthabern des Handels seinen Tribut zahle.

Aber weder Unterdrückung der Landleute noch die Spekulation und der Schwindel sind notwendige Kennzeichen der Börse, und das desto weniger, je mehr die Börse die tatsächliche Krönung der existierenden Produktions-, Aufbewahrungs- und Transportverhältnisse des Landes ist.

Der große Umschwung im Vermittlungsmechanismus vollzog sich nicht nur auf dem Gebiet des Getreidehandels. Im Fleisch-, Butter-, Käse- und Eierhandel, überall auf dem Gebiet des Landproduktenaustausches sehen wir dieselbe Tendenz, die alten Formen durch neue, möglichst einfache zu ersetzen. Und wenn diese Einrichtungen den Landmann jetzt bedrücken, so bedeuten sie doch einen großen Fortschritt gegenüber den alten Formen. Anstatt sie also aufzuheben, wird er sich ihnen anzupassen suchen, wie er schon heute versucht, der Zentralisation des Handels die Kooperation der einzelnen Verkäufer entgegenzustellen.

Das Ende der Internationale in England.

Von **Gustav Jaeckh.**

Zweimal ist der Versuch mißlungen, eine selbständige Arbeiterpartei in England zu gründen. Der erste Versuch war die Chartistenbewegung, der zweite Versuch fällt in die letzten Zeiten der Internationale.

Die näheren Umstände, unter denen die Gründung einer englischen Arbeiterpartei im Jahre 1871 unternommen wurde, welche Erfolge und Mißerfolge sie hatte und unter welchen Einflüssen der Versuch schließlich mißlang, sind in der Geschichte der Arbeiterbewegung noch wenig geklärt. Die landesübliche Legende ist etwa die, daß die berühmte englische Prüderie, in der Bourgeoisie sowohl als auch in Arbeiterkreisen, an der Verteidigung der Kommune durch die Internationale Anstoß genommen habe, daß daraufhin die Trade Union-Chefs aus dem Generalrat der Internationale demonstrativ ausgetreten seien, daß sich damit auch die Trade Unions von der Internationale zurückgezogen hätten und infolgedessen die Gründung der englischen Arbeiterpartei, die nach dem Beschluß der Londoner Konferenz im September 1871 sich als englische Föderation mit einem eigenen Föderalrat konstituieren sollte, von Anfang an ein verfehltes Unternehmen gewesen sei.

An dieser ganzen Darstellung ist so viel richtig, daß zwei Trade Union-Führer, die allerdings seit den ersten Tagen der Internationale im Generalrat gesessen hatten, aus Anlaß der Adresse des Generalrats über den Bürgerkrieg in Frankreich ihren Austritt aus dem Generalrat erklärten. Alles andere ist Legende. Odger, der Schuhmacher, der eine parlamentarische Laufbahn einschlagen wollte und bereits viermal zu Nachwahlen kandidiert hatte, und Lucraft, der Tischler, der im Londoner Schulrat saß und dem in der „Daily News" vorgeworfen wurde, daß er, der Unterzeichner der Adresse des Generalrats über die Kommune, an der Seite von Lord Lawrence in einer metropolitanischen Institution sitze,[1] traten aus dem Generalrat der Internationale aus, als die politische Hochflut, die den Trade Unionismus der sechziger Jahre gekennzeichnet hatte, allmählich abflaute und die Trade Union-Führer durch die Lex Bruce im Frühsommer 1871 ihre Gewerkschaftskassen legalisiert sahen. Die Odger und Lucraft waren in den sechziger Jahren die Hauptvertreter der politischen Richtung im Trade Unionismus gewesen; sie hatten die Gewerkschaften zu der Wahlreformbewegung auf die Beine gebracht, und nachher hielten sie sie durch die Verteidigung gegen die Angriffe der Gerichte auf die Legalität der Gewerkschaften und der Kassen in Atem; in allen diesen Kämpfen hatten sie an der Internationale einen starken Rückhalt gefunden. Mit der Annahme der Lex Bruce durch das Parlament waren die Gewerkschaftskassen unter Dach, und die Internationale hatte für den grundsatzlosen Opportunismus dieser Trade Union-Staatsmänner ihren Wert verloren.

Übrigens war dieser Rücktritt der beiden ihre eigene Sache, nicht Trade Union-Sache. Applegarth, der Vorsitzende des vereinigten Zimmererverbandes, blieb noch bis vor dem Kongreß im Haag im Generalrat der Internationale und hat die Adressen des Generalrats gegen Cochrane, gegen den Universal

---

[1] Siehe „Daily News" vom 26. Juni 1871.

Federal Council und die Scissions Prétendues noch mitgezeichnet.[1] Und, was weit wichtiger ist, gerade im Sommer und Spätjahr des Jahres 1871 trat in der englischen Trade Union-Bewegung ein spontaner Aufschwung ein, der von der Provinz ausging, sich im Neunstundentag ein praktisches Ziel setzte und über die Köpfe der Gewerkschaftsführer hinwegging. Es war das jene Bewegung, die bei den Maschinenbauern in Sunderland anfing, zu dem großen Streik der Maschinenbauer in Newcastle führte und dann ihren Weg durch ganz England, Schottland und Irland machte. Burnett, der junge, begabte Führer der Neunstundenliga, sprach damals im Generalrat der Internationale vor und erbat sich dessen Eingreifen, um die Einfuhr deutscher, belgischer und dänischer Arbeitskräfte fernzuhalten.[2] Auch in Glasgow, wo die Kupferschmiede um den Neunstundentag kämpften, gelang es dem Generalrat, durch seine internationalen Beziehungen die Zufuhr von Streikbrechern zu unterbinden. In dieser ganzen großen Bewegung, die gegen den Willen der Trade Union-Chefs ausgebrochen war und der sie noch monatelang halb feindselig gegenüberstanden, arbeiteten die Trade Unions der Provinz mit dem Generalrat Hand in Hand, und der Erfolg war die Gründung zahlreicher Sektionen der Internationale in Manchester, Liverpool, Nottingham, Dundee, Glasgow, Edinburg, Aberdeen, Newcastle, Woolwich, Birmingham, Hull, Halifax, Sheffield, Plymouth, Leeds, Birkenhead, Buckfastleigh, Grimsby, Hinckley, Loughborough, Middlesborough, sowie vieler neuer Sektionen in London und Umgebung, endlich der kollektive Anschluß zahlreicher Trade Unions in der Provinz und die Anknüpfung wertvoller Verbindungen in weiteren Städten, wo sich später noch Sektionen bildeten. Auf dem Kongreß in Nottingham im Juli 1872, wo die englische Arbeiterpartei konstituiert wurde, musterte die Internationale Sektionen aus allen Industriestädten Großbritanniens; in den Industriezentren wie Manchester, Nottingham bestanden sogar drei und vier Sektionen und mehrere kollektiv angegliederte Trade Unions. Fast dieser ganze Bestand war die Frucht einer Agitation, die im Jahre 1870 eingesetzt hatte und deren Erfolge erst in dem Jahre nach dem Falle der Kommune zur Reife kamen.

Die Abkehr der Trade Unions und der englischen Arbeiterkreise von der Internationale und der englischen Föderation, also der jungen englischen Arbeiterpartei, begann erst nach dem Haager Kongreß, genauer nach der Spaltung der englischen Föderation am 26. Januar 1873, die mit den Vorgängen des Haager Kongresses in Zusammenhang steht. Und es waren viel weniger die englischen Arbeitermassen, die durch ihre Zurückhaltung gegenüber einer selbständigen englischen Arbeiterpartei diese zum Mißerfolg verurteilt hätten, als das politische Ungeschick und die grobe persönliche Taktlosigkeit einiger ehrgeizigen Führer der neugegründeten Partei. John Hales, der ein tüchtiger, gewandter Agitator, aber ein schlechter Politiker war, hatte bereits auf dem Kongreß in Nottingham Anträge eingebracht, die ein Zusammengehen der englischen Föderation mit den anderen Föderationen, also über den Kopf des

---

[1] Danach wären die Angaben Bachs in der „Neuen Zeit", XXI, 2, S. 21, zu verbessern.

[2] „Eastern Post" vom 12. August 1871. Karl Marx erwiderte Burnett, es sei das Unglück der Trade Unions, daß sie sich in ruhigen Zeiten gern der Internationale fernhalten und nur in Fällen der Not sich ihrer erinnern. Wenn die Maschinenbauer der Internationale angeschlossen gewesen wären, so hätte man die Zufuhr ausländischer Arbeiter von vornherein unterbinden können.

Generalrats hinweg, bezweckten, und auf dem Haager Kongreß kokettierten die englischen Vertreter Eccarius, Mottershead, Roach und Hales ganz ungeniert mit den Todfeinden des Generalrats und der Internationale, mit den Bakunisten. Die Verlegung des Generalrats nach New York, die die Eccarius, Jung, Mottershead, Roach — Hales war schon im August als Generalsekretär suspendiert worden — aller amtlichen Autorität entkleidete, führte vollends zum Bruche zwischen Marx und Engels einerseits und der großen Mehrzahl der alten Generalratsmitglieder andererseits, die nun den englischen Föderalrat zu einer Kampfposition gegen Marx und Engels organisierten und den englischen Föderalrat zum Mittelpunkt einer neuen Internationale zu machen suchten. Zu diesem Zwecke hatten sich die Hales und Genossen heimlich mit den übrigen Sezessionisten, den Jurassiern, den Spaniern, den Belgiern, abgesprochen, und als diese Föderationen die Beschlüsse des Haager Kongresses verworfen hatten, machten die Hales und Genossen ihren großen Staatsstreich: sie beriefen als „Majorität" des Föderalrats ebenfalls einen Sezessionistenkongreß in London ein, der die Beschlüsse des Haager Kongresses verwarf und darum mit den übrigen abtrünnigen Föderationen aus der Internationale ausgeschlossen wurde. Die näheren Umstände dieses Kongresses sind bereits in der „Neuen Zeit" erzählt worden; ich kann mich also hier darauf beziehen (siehe „Neue Zeit", XXI, 2, S. 27 ff. und S. 43 ff.).

Es liegt auf der Hand, daß diese Spaltung in der jungen Föderation auch die der Internationale treu bleibende Fraktion, die jetzt als einziger und wirklicher Föderalrat, mit Leßner und Weiler an der Spitze, die Leitung in die Hand nahm, in den Augen der englischen Arbeiterschaft schwer schädigen mußte. Den Hauptschaden hatten ja wohl die Sezessionisten selbst; die großen Sektionen in Nottingham, Manchester, Birkenhead, Halifax, Middlesborough, Hull usw., sowie die Sektionen in der Nähe von London, die West-End-, die South Lambeth-Sektion und viele andere mehr hielten treu zur Sache, und im „Exekutivkomitee" der Sezessionisten bekümmerte man sich überhaupt kaum noch um die englischen Angelegenheiten und wollte lieber wieder Generalrat spielen. Jung, dessen Mandat im Föderalrat von der Middlesborough-Sektion, die ihn delegiert hatte, sofort nach seinem Abfall vernichtet worden war, machte den Vorschlag, mit allen Richtungen zu paktieren, die ehrliche Arbeiterbewegungen oder demokratische Bewegungen seien, um so das in Arbeiterkreisen verlorene Terrain durch Zuwachs aus bürgerlichen Kreisen zu kompensieren. Im übrigen freute er sich königlich, daß der Föderalrat in direkter Beziehung zu sechs Föderationen stand und dadurch eine bessere Position hatte als je zuvor.[1]

Die ersten Anzeichen einer Verschlechterung der Position der jungen Arbeiterpartei kamen aus Trade Union-Kreisen. Der Londoner Trades Council, der einst, als noch Odger, Lucraft, Applegarth und Genossen dort ihren Stützpunkt fanden, mit dem Generalrat die intimsten Beziehungen gepflogen hatte, lehnte es jetzt kategorisch ab, einen Delegierten des Britischen Föderalrats bei sich aufzunehmen, mit der Begründung, daß diese Organisation in seinen Augen keine richtige Arbeitervereinigung sei.[2] Auch als der Föderalrat sich wenige Tage nachher um Hilfe für die Genfer Goldarbeiter, die um den Neunstunden-

---

[1] „Eastern Post" vom 29. März 1873.

[2] „International Herald" vom 12. April 1873.

tag kämpften, an den Londoner Trades Council wandte, wurde jede Unterstützung abgelehnt; der Council erklärte sich einzig bereit, statistische und andere Informationen mit dem Föderalrat auszutauschen.[1] Wohl aber griff der Föderalrat energisch und mit Erfolg ein, als bei einem Streik bei Siemens Brothers in Woolwich wiederum deutsche Arbeiter als Streikbrecher importiert werden sollten, und gewann sich dadurch großes Ansehen in der Provinz. Die größte Schwierigkeit', die die Internationale und damit auch die junge Partei überall bei den Trade Unions vorfand, war das Widerstreben der Gewerkschaftsführer, der Beamten. In einer späteren Sitzung des Föderalrats, in der es sich um die Unterstützung der Londoner Bauarbeiter handelte, wurde es ausgesprochen, daß es stets die Gewerkschaftssekretäre seien, die sich zwischen die Internationale und die Gewerkschaften stellen.[2]

An Rührigkeit und Umsicht ließ es der britische Föderalrat gewiß nicht fehlen. Er gab sich die größte Mühe, die Gewerkschaften für den Gedanken internationaler Trade Unions — ein Beschluß der Londoner Konferenz und des Haager Kongresses — zu gewinnen und verbreitete unter ihnen ein Zirkular, das heute noch als eine Musterleistung großzügiger Gewerkschaftspolitik gelten kann. Allein der Befähigungsnachweis der jungen Partei lag auf politischem Gebiet und hier wollte es nicht vorwärts gehen. Zwar die Sektionen nahmen zu; in der Agitation und Organisation wurde das Menschenmögliche geleistet. Es muß jedoch auffallen, daß auf dem zweiten Kongreß der englischen Föderation in Manchester nur das Programm von Nottingham wiederholt wurde, daß man aber völlig vergaß, ein Aktionsprogramm für die Wahlen, die im Frühjahr 1874 bevorstanden, zu entwerfen. Das einzige, was hier geschah, war die Bestimmung eines Komitees, das die Aufgabe hatte, den Kandidaten die hauptsächlichsten Grundsätze der Internationale vorzulegen und bestimmte Fragen für die Kandidaten zu formulieren.[3] Der Erfolg war denn auch danach: als Maltman Barry im Auftrag des Komitees bei einem Kandidaten in Marylebone (London) vorsprach und diesem seine Fragen vor dessen Wahlrede schriftlich vorlegte, mit der Bitte, sich in seiner Rede darüber zu äußern, ignorierte der Kandidat dies vollständig, und als ihn Barry nachher um Aufklärung ersuchte, erbot er sich, die Fragen in einem Privatbrief zu beantworten.[4]

Man geht wohl nicht fehl, wenn man als Grund dieser Zurückhaltung bei der Wahlbewegung von 1874 den Mangel an finanziellen Mitteln in Rechnung stellt. Bekanntlich haben in England die Parteien oder, genau genommen, die Kandidaten die sehr hohen Kosten des Wahlgeschäfts aufzubringen, so daß es den Arbeitern aufs äußerste erschwert ist, selbständig mit Kandidaten aufzutreten. Zwar die Trade Unions stellten bei diesen Wahlen nicht weniger als 13 Arbeiterkandidaten auf und brachten auch die beiden leitenden Beamten der Bergarbeiter-Union, Alexander Macdonald und Thomas Burt, ins Parlament. Allein den Trade Unions, die seit dem Jahre 1871 in ihrem Labour Representation Comittee eine gemeinsame Organisation für parlamentarische Angelegenheiten hatten, standen reichliche Mittel zur Verfügung, während der britische Föderalrat, nicht zum wenigsten infolge von Unregelmäßigkeiten einiger

[1] „International Herald“ vom 19. April 1873.
[2] „Eastern Post“ vom 20. Juli 1873.
[3] „Eastern Post“ vom 17. August und 26. Oktober 1873.
[4] „Eastern Post“ vom 8. November 1873.

zweifelhafter Mitglieder,[1] über größere Mittel nicht verfügte. Man wollte sich darum mit der Verpflichtung bürgerlicher Kandidaten auf einige leitende Grundsätze behelfen und gab sich damit natürlich völlig in deren Hände. Die Wahlen von 1874 mußten die Lebensfähigkeit der jungen Partei erweisen; mit ihrem erst „durch die Verhältnisse erzwungenen“ Verzicht auf selbständige Kandidaturen entkleidete sie sich der Funktion einer Arbeiterpartei, und der britische Föderalrat wurde wieder, was die Internationale gewesen war, eine Propagandagesellschaft.

Die Wahlen von 1874 brachten das liberale Kabinett Gladstone zu Fall. Das war ein indirekter Erfolg des Trade Unionismus, der durch die Aufstellung seiner Kandidaturen den Liberalen Abbruch getan und so mittelbar zu einer Mehrheit der Konservativen beigetragen hatte.

Das Jahr 1873/74 bedeutet überhaupt einen Höhepunkt des Trade Unionismus, der damals eine Landarbeiterbewegung organisierte und einen Augenblick Miene machte, eine politische Massenbewegung gegen die Bourgeoisie zu entfesseln.

Das neue Torykabinett erkannte die Macht, die in dieser Bewegung lag, und kam den Trade Unions durch Abschwächung der Ausnahmegesetze gegen Streikexzesse entgegen. Zugleich wurde damals der Grund gelegt zu den gemischten Arbeitsämtern, der gleitenden Lohnskala und allen den schönen Einrichtungen, durch die die Trade Unions praktisch und theoretisch auf die Sprengung des Lohnsystems verzichteten und sich der politischen Ökonomie der Bourgeoisie anpaßten.

Es ist zu bedauern, daß in diesem kritischen Moment, bei den allgemeinen Wahlen von 1874, die junge englische Arbeiterpartei durch ihre Spaltung und ihre Mittellosigkeit zur Erfolglosigkeit verurteilt war.

Es war nicht aussichtslos, die radikalen Bestrebungen in der Provinz über den Kopf der Trade Union-Chefs hinweg durch eine politische Organisation zu Wahlerfolgen zu führen. Allein dann mußte diese Organisation von Anfang an geschlossen sein und der englischen Arbeiterschaft die ganze Autorität der Internationale repräsentieren.

Ein gespaltener Föderalrat, dessen Fraktionen sich selbst befehdeten, gab dem Widerstand der Trade Union-Chefs eine gefährliche Waffe gegen diese politische Organisation in die Hand.

Es gab in London so viele Vereinigungen, die von der Internationale abgesprengt waren und einen erbitterten Krieg gegen sie führten; wie sollten die Massen der englischen Arbeiter entscheiden, welche von allen diesen die wahre Internationale repräsentierte?

Wenn der zweite Versuch, eine englische Arbeiterbewegung zu gründen, gescheitert ist, so liegt alles, soweit persönliche Umstände in Betracht kommen, einzig und allein an der Schuld der Führer, der Hales, Mottershead, Jung, Eccarius und Genossen, die ihre Verärgerung aus den Zeiten des alten Generalrats in die junge britische Föderation hineintrugen und so das hoffnungsvoll angefangene, von den englischen Arbeitern sympathisch aufgenommene Werk zerstörten.

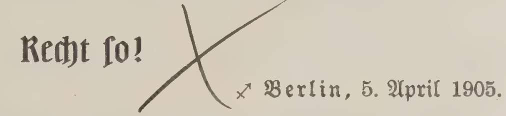
[1] „Eastern Post“ vom 17. August 1873.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.


Nr. 28 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Recht so!



Berlin, 5. April 1905.

Die Katze läßt das Mausen nicht — und die wohlwollenden Ideologen der Bourgeoisie, die beileibe nicht das Klassenbewußtsein des Proletariats antasten, sondern ihm aus reinem Edelmut eine möglichst reiche Zufuhr an Bildung verschaffen wollen, gehören auch zur Bourgeoisie. Ob sie sich dessen nun bewußt sind oder nicht, so arbeiten sie daran, das Klassenbewußtsein der Arbeiter abzuschwächen und der modernen Arbeiterbewegung die Spitzen abzubrechen, die der Bourgeoisie wehe tun könnten. Unter dem Vorgeben, die Arbeiterklasse nicht in einer „geistigen Grenzsperre" verknöchern zu lassen, wird der Versuch gemacht, ihr geistig die Knochen im Leibe zu zerbrechen oder doch zu erweichen.

Bei einem Rückblick auf das letzte Jahrzehnt kann man leider nicht sagen, daß diese Bemühungen ganz erfolglos gewesen seien. Der Respekt vor Kunst und Wissenschaft wurzelt tief im Wesen der Arbeiterklasse, und sie denkt zu naiv — wir meinen das Wort hier im Sinne Schillers, wonach alle ursprüngliche Genialität naiv ist —, um gleich das Raffinement zu durchschauen, womit allerlei verfängliche Konterbande unter dem Deckmantel von Kunst und Wissenschaft in ihr sturmfestes Lager geschmuggelt werden soll. Um so erfreulicher ist es, daß sich nunmehr sehr energisch eine Reaktion gegen solche Versuche geltend zu machen beginnt, daß die gesunden Instinkte der modernen Arbeiterbewegung auch auf einem Gebiet durchgreifen, auf dem eher als auf jedem anderen blauer Dunst gemacht werden kann, aber so wenig wie auf jedem anderen blauer Dunst geduldet werden darf. Es ist nicht ohne Interesse, ein paar solcher Fälle aus der jüngsten Vergangenheit zu registrieren.

Der eine ist in Leipzig passiert. Er liegt verhältnismäßig einfach. Die Leipziger Genossen stehen bei den wohlwollenden Gönnern, die der modernen Arbeiterbewegung in der bürgerlichen Ideologie erwachsen sind, längst in dem schmeichelhaften Rufe, daß an ihnen doch Hopfen und Malz verloren sei; mit diesem melancholischen Stoßseufzer begann Pfarrer Naumann erst kürzlich eine

Agitationsrede, die er in Leipzig hielt. Aber vielleicht wurde dadurch erst recht der jugendliche Ehrgeiz eines Leipziger Dozenten gereizt, der nun gleich im Sturme erreichen wollte, was so erprobten Einseifungskünstlern, wie Herrn Naumann, im Laufe der Jahre nicht gelungen war. In einem halben Dutzend Vorträge, die dieser Herr Biermann in den Leipziger Volkshochschulkursen über Anarchismus und Kommunismus hielt, sollte den Leipziger Arbeitern der Star gestochen werden. Allein der kühne Ritter holte sich eine so gründliche wie komische Niederlage; er hatte zum Schaden noch den Spott, denn seichteres Zeug, als er über die soziale Bewegung des neunzehnten Jahrhunderts zusammenredete, hatte seit lange nicht das Licht des Tages erblickt. Obendrein weigerte sich Herr Biermann zwar nicht selbst, aber ließ sich vom Professor Stieda, dem obersten Leiter der Kurse, verbieten, Fragen der Hörer zu beantworten, so daß jede Diskussion der Vorträge ausgeschlossen wurde. Darauf haben die Leipziger Arbeiter dieser „parteiisch gefärbten Wissenschaft“ abgesagt, nicht jedoch ohne den Volkshochschulkursen, soweit sie nicht Veranstaltungen zur höheren Ehre des Kapitalismus seien, sondern der Arbeiterklasse wissenschaftliche Erkenntnis zu vermitteln suchten, ihre Sympathie zu bezeugen.

Diese ebenso besonnene, wie entschiedene Haltung der Leipziger Arbeiter veranlaßt die bürgerliche Ideologie, soweit sie von Wohlwollen für die Arbeiterklasse trieft, zu den sonderbarsten Quersprüngen, aus dem durchschlagenden Grunde, weil sie vernünftige Einwände nicht dagegen vorzubringen weiß. Sie sagt, in extremen sozialdemokratischen Kreisen könne man sich gar nicht mehr vorstellen, daß ein anderer Mensch als ein „Genosse“ ehrlich sein könne. Das ist, wie auf der Hand liegt, eine arge Verwechslung sehr einfacher Begriffe. An der Ehrlichkeit des Herrn Biermann zweifeln die Leipziger Arbeiter vermutlich gar nicht, jedenfalls haben sie öffentlich — und darauf allein kommt es an — einen solchen Zweifel nicht einmal mit einer Silbe angedeutet. Was sie ihm bestritten haben, das ist seine Unparteilichkeit, und dazu haben sie — auch wenn seine Vorträge vom kapitalistischen Standpunkt aus so geistreich gewesen wären, wie sie es nicht gewesen sind — einen durchschlagenden Grund. Es mag ja für die herrschenden Klassen sehr bequem und nett sein, daß sie die Lehrstühle der Universitäten allen sozialdemokratisch gesinnten Gelehrten verschließen, aber dann sollen sie sich gefälligst auch mit der Konsequenz abfinden, daß nunmehr kein Universitätslehrer mehr den Anspruch erheben darf, als unparteiische Leuchte der Wissenschaft über den proletarischen Klassenkampf zu sprechen.

Diese Schlußfolgerung ergibt sich gerade vom bürgerlichen Standpunkt aus. Denn weshalb verbürgt der „bürgerliche Rechtsstaat“ die Unabsetzbarkeit der Richter? Doch nur deshalb, weil er dadurch die Unparteilichkeit der Rechtsprechung sichern zu können glaubt. Ob er sie wirklich sichert, das ist eine andere Frage, auf die es hier nicht ankommt. Wollte man sie verneinen, so würde das um so mehr gegen die Unparteilichkeit der Universitätsgelehrsamkeit in den Fragen der modernen Arbeiterbewegung sprechen. Denn ihr fehlt ja selbst die formale Garantie, die der Richterstand allerdings noch besitzt; sie fliegt ja

unbarmherzig auf die Straße, sobald sie eine Meinung äußert, die dem Kapitalismus widerwärtig oder mindestens nicht mehr erträglich ist. Mögen also sämtliche Universitätslehrer in Deutschland von der lautersten Begeisterung für den Kapitalismus entbrannt sein, so hat doch nicht einer das Recht, sich zum unparteiischen Richter über Anarchismus und Kommunismus aufzuwerfen. Man sollte meinen, daß diese Herren in ihrer so wenig beneidenswerten Lage schon durch den einfachsten Takt behindert wären, ein solches Recht zu beanspruchen, aber wenn sie keinen Takt besitzen und gar in der Weise des Herrn Biermann die Arbeiter mit kapitalistischen Tiraden gegen proletarische Weltanschauungen behelligen, so müssen sie sich eben gefallen lassen, mit ihrer „parteiisch gefärbten Wissenschaft" abgewiesen zu werden.

Verwickelter, aber auch interessanter als der Fall in Leipzig lag der Fall in Bremen. Dort besteht ein Goethebund, der eine politisch-neutrale Vereinigung sein will und stolz darauf ist, Anhänger aller Parteien zu Mitgliedern zu haben. Er zählt mehrere moderne Gewerkschaften und den Verein für Volkskunstabende, einen auf proletarischer Basis stehenden Verein, zu den ihm angeschlossenen Vereinen. Daneben gehören ihm bürgerliche Korporationen ohne ausgesprochenen Parteicharakter an, wie Lehrer- und Lehrerinnenvereine, endlich auch bürgerlich-politische Vereine, wie die liberalen Bürgervereine. Solange sich nun der Goethebund darauf beschränkte, gute Konzerte oder Theatervorstellungen zu veranstalten, war nichts dagegen einzuwenden. Aber sein Ehrgeiz reichte weiter; er wollte, wie sein Vorsitzender, Prediger Kalthoff, erläuterte, die Aufgabe übernehmen, „in allen großen Fragen der Weltanschauung zur Klärung und Orientierung mitzuwirken, wobei allerdings die Propaganda für eine bestimmte politische oder kirchliche Partei ausgeschlossen" bleiben müsse. Und so berief er Herrn Professor Sombart nach Bremen, um einen Vortrag über Wirtschaft und Kunst zu halten und dabei, wieder nach Herrn Kalthoffs Ab- und Ansicht, über den historischen Materialismus als über „ein wichtiges Problem der modernen Welt- und Lebensanschauung" klärend zu orientieren.

Herr Sombart ging nun auch nicht schlecht ins Zeug, und zwar, wie ohne weiteres anerkannt werden soll, viel geschickter als Herr Biermann. Er schilderte, manchmal etwas schief, aber doch nicht ganz uneben, die kapitalistische Verseuchung der Kunst, schalt auf die „Denkmalspest" als das „schrecklichste Erlebnis unserer Zeit", daß es nur so eine Art hatte, und meinte, die künstlerische Kultur verkümmere in dem Maße, wie sich die kapitalistische Produktionsweise entwickle. Freilich verfiel Herr Sombart auch hier schon in den bekannten demagogischen Mißgriff, das Kind gleich mit dem Bade zu verschütten. Er wollte die deutsche Kunst nur etwa bis zum Jahre 1850 (einschließlich Heines) gelten lassen, während die Arbeiter sich zwar keineswegs in Bausch und Bogen für die moderne Kunst zu begeistern, aber sehr wohl zu unterscheiden wissen, wo sich in ihr neue Lebenskraft zeigt und wo nicht.

Über den historischen Materialismus aber „klärte" und „orientierte" Herr Sombart in der Weise, daß er auf Marx zurückzuführen sei, allein infolgedessen an „unangenehmen Eigenschaften" leide. Erstens sei Marx ein ausgeprägter Sozialdemokrat gewesen, und so sei die materialistische Geschichts-

auffassung scheinbar unzertrennlich auch mit dem Sozialismus verknüpft, während man sich zu ihr bekennen und gleichwohl reaktionär oder sozialistisch oder liberal sein könne. Zweitens aber habe Marx sie nur „ziemlich vage formuliert“, denn die „begrifflich scharfe Formulierung“ habe er nicht geliebt. Um zu zeigen, wie viel schärfer er „formulieren“ könne, meinte Herr Sombart dann: „Ich halte es für eine gequälte Deutung der Geschichte, wenn man jede einzelne Erscheinung mühsam auf irgend ein ökonomisches Motiv zurückzuführen trachtet. ... Es wäre lächerlich, wenn wir den ‚Faust‘ auf irgend ein ökonomisches Motiv seines Schöpfers zurückführen wollten.“ Und so mit Grazie weiter in dem alten törichten Krimsgrams, über den kein Wort mehr verloren zu werden braucht.

Dagegen erhob sich nun die Bremer „Bürgerzeitung“, und Genosse Heinrich Schulz, der sie leitet, setzte sich in einer Reihe trefflicher Artikel mit Sombart auseinander. In ebenso ergötzlicher und treffender Weise kennzeichnet er Sombarts überhebende Redensarten gegen Marx, indem er schrieb:

Herr Sombart gehört zu jenen bürgerlichen Nationalökonomen, die das Beste, was sie zu bieten haben, der großen Denkarbeit von Marx und Engels verdanken. Aber sie erweisen sich nicht dafür dankbar, indem sie das Gelernte anwenden zur weiteren Erforschung der Geschichte und der Sozialzustände in der Richtung der Marxschen Gedankengänge. Sondern sie empfinden es im Gegenteil als recht peinlich, daß sie, die gelahrten Herren, die offiziellen Verkünder der Wissenschaft an den vornehmsten staatlichen Bildungsquellen, auf der von nicht „zünftigen“ und noch dazu sozialistischen, umstürzlerischen Männern geschaffenen Basis stehen, und so sind sie eifrigst bemüht, diese Basis zu verhüllen dadurch, daß sie sie mit „selbst“ erworbenen Decken und Teppichen zudecken. So läßt sich mancher Naive anführen: „Herr Sombart stände auf marxistischem Boden? I bewahre! Er steht ja auf seiner eigenen Fußmatte!“ Der Naive denkt nicht sofort daran, daß Herr Sombart ohne den festen marxistischen Boden trotz aller seiner Decken und Teppiche elendiglich in der Tiefe verschwinden würde.

Im allgemeinen führte Schulz aus, es gehe schlechterdings nicht an, daß Sozialdemokraten, wie es bei der gegenwärtigen Organisation des Goethebundes unvermeidlich sei, die Mitverantwortlichkeit für Bestrebungen trügen, die offensichtlich Verwirrung in die Arbeiterschaft zu tragen versuchten. Er forderte, daß die klassenbewußten Arbeiter Bremens dem Goethebund den Rücken kehren und eine eigene Organisation für ihre künstlerischen Bestrebungen schaffen sollten.

Darob natürlich große Entrüstung des Goethebundes und ebenso natürlich die bekannten Einschüchterungsmittelchen. Herr Kalthoff erklärte, wenn Schulz im Rechte sei, so seien „die vielen Lehrer, Juristen, Akademiker und Nichtakademiker“, die geglaubt hätten, „der Arbeiterschaft zu dienen, mit ihrer Auffassung der „Arbeiterbildungsfrage“ im Unrecht und könnten dann „nichts Eiligeres“ zu tun haben als ihre „ganze, nach dieser Seite hin entfaltete Tätigkeit einzustellen“. Auch Herr Kalthoff — dessen verdienstvolle, an dieser Stelle wiederholt gewürdigte Schriften über das Christusproblem wir übrigens deshalb nicht antasten wollen — erhielt seine gebührende Antwort. Genosse Schulz beansprucht gewiß nicht, an schwerer Gelehrsamkeit mit dem Prediger Kalthoff

oder dem Professor Sombart zu konkurrieren, aber seinen Goethe hat er besser kapiert als sie, und er wußte dem ganzen Goethebund heimzuleuchten nach dem Goetheschen Rezept: Es trägt Verstand und rechter Sinn Mit wenig Kunst sich selber vor.

Wenn wir ihn persönlich nennen und nicht das Bremer Parteiblatt als solches, so müssen wir von der sonst angemessenen Gewohnheit abweichen, weil Schulz den Kampf zunächst persönlich führen mußte, da die Bremer Genossen von vornherein keineswegs alle auf seiner Seite standen. Es bedurfte mehrerer stürmischer Versammlungen, ehe sie sich entschlossen, eine eigene Organisation für künstlerische Zwecke einzurichten und allen „Klärungen" und „Orientierungen" vom Schlage der Herren Kalthoff und Sombart den Rücken zu kehren, wie nunmehr geschehen ist. Aber daß es dazu erst längerer Auseinandersetzungen bedurfte, gibt dem Falle doch eine gewisse nachdenkliche Bedeutung.

Denn man sollte niemals vergessen, daß die Katze mausen muß, und daß auch der biederste Ideologe der Bourgeoisie seinen Profit verlangt, wenn er die Arbeiterklasse „klärt" und „orientiert". Im Grunde kann man es ihm nicht einmal verargen; Genosse Schulz hat auch darin recht, wenn er schreibt:

„Es sind Leute hervorragend am Goethebund beteiligt, bei denen ich — zu ihrer politischen Ehre — annehme, daß sie nicht ihren politischen Adam vom Kopfe bis zu den Füßen ausziehen können, sobald sie in eine Sitzung oder Versammlung des Goethebundes gehen. Ich schließe dabei allerdings von mir auf andere. Ich für meinen Teil gestehe offen zu, daß ich immer und überall Sozialdemokrat sein muß, ich kenne keine neutralen Gebiete im öffentlichen Leben, auf denen ich wirken könnte, ohne daß meine politische Gesinnung dabei ein Wort, und zwar das erste, mitzureden hätte."

Wozu wir unsererseits nur wiederholen können: Recht so!

Aus der neueren ethnologisch-sozialgeschichtlichen Literatur.

Von **Heinrich Cunow.**

I.

Das Interesse für ethnologische Studien, das nach dem Erscheinen von Friedrich Engels' Schrift über den „Ursprung der Familie, des Privateigentums und des Staates" ein Jahrzehnt lang in der deutschen Sozialdemokratie eine Rolle spielte, hat sich in den letzten Jahren mehr und mehr abgekühlt. Nur recht wenige sind es heute noch, die den Neuerscheinungen der ethnologischen Literatur einige Beachtung schenken. Der politische Tageskampf absorbiert alle Kräfte, alle geistige Tätigkeit. Damals, im Jahre 1884, als zuerst die Engelssche Schrift erschien, war es anders. Die Verwirrungen und Befürchtungen, die zunächst der Erlaß des Sozialistengesetzes hervorgerufen hatte, waren überwunden. Die zurückgestaute sozialistische Flut hatte ihr neues Bett gefunden, in dem sie sich wieder kraftvoll vorwärtswälzte. Der Bann war gebrochen, und mit der frohen Zuversicht, daß alle Verfolgungen die Partei in ihrem Laufe nicht aufzuhalten vermöchten, stellte sich zugleich neues Kraftgefühl, neuer Lern- und Werbungseifer ein. Man sah sich nach neuem geistigen

Kampf- und Agitationsmaterial um, und solches Material fand man nicht nur in der Engelsschen Streitschrift gegen Eugen Dühring und in Bebels Schrift „Die Frau", sondern fast mehr noch in dem kleinen Engelsschen Werke über den „Ursprung der Familie", das gar vielen ein völlig neues, ihnen bis dahin vollkommen unbekanntes Gedankengebiet erschloß. In kurzer Zeit (bis 1891) folgten drei weitere starke Auflagen dieser Schrift, so daß 1890 die Dietzsche Verlagsbuchhandlung sich entschloß, eine deutsche Übersetzung des Morganschen Originalwerkes „Ancient Society" (die Urgesellschaft) herauszugeben, auf dessen Darlegungen sich meistens Engels gestützt hatte. Und diese Übersetzung fand trotz ihrer schwerfälligen, ein beträchtliches Maß ethnologischer Kenntnisse voraussetzenden Ausführungen eine derartige Aufnahme, daß derselbe Verlag es sogar 1894 mit der Herausgabe einer starken Auflage meiner „Verwandtschaftsorganisationen der Australneger" versuchte, obgleich dieses Buch seinem Stoffe wie seiner ganzen Anlage nach nur für einen engbegrenzten Leserkreis bestimmt war. Und neben diesen Spezialschriften legen zahlreiche Vorträge und eine lange Reihe von ethnologischen, größtenteils in der „Neuen Zeit" erschienenen Abhandlungen Zeugnis von dem regen Interesse ab, das damals in unserer Partei für ethnologische Forschungen bestand.

Seitdem „ist's anders worden". Wie die ihr voraufgegangene naturwissenschaftlich-darwinistische Epoche im Entwicklungslauf des deutschen Sozialismus, so ist auch die ethnologisch-soziologische Epoche verschwunden, ohne daß man sagen könnte, an ihre Stelle wäre eine andere getreten. Der sich immer mehr ausbreitende politische und gewerkschaftliche Tageskampf und die Anforderung, die er an die verfügbaren Kräfte stellt, nehmen fast allein alle geistigen Interessen in Anspruch. Deutlich zeigt sich das darin, daß alle sogenannten theoretischen Schriften nicht mehr „ziehen" und selbst Engels' „Ursprung der Familie" es trotz der leichtverständlichen Darstellung seit 1896 nicht mehr zu einer neuen Auflage gebracht hat.

Dennoch möchte ich es wagen, auf einige in den letzten Jahren erschienene ethnologische und entwicklungsgeschichtliche Werke hinzuweisen, die auf Beachtung Anspruch erheben dürfen. Beginnen wir mit einem Werke, dem das Verdienst zuerkannt werden muß, manche neuen ethnologischen Fragen aufgeworfen und teilweise auch beantwortet zu haben: mit Dr. Heinrich Schurtz' Werk „Altersklassen und Männerverbände. Eine Darstellung der Grundformen der Gesellschaft" (Berlin 1902, Georg Reimer). Schon in seinem vor vier Jahren erschienenen größeren Werke „Urgeschichte der Kultur", das in seiner Anordnung des Stoffes und seiner Behandlung der urgeschichtlichen Probleme manches Gemeinsame mit der Lippertschen „Kulturgeschichte der Menschheit" hat, hatte Schurtz auf die Altersklassen und Männerbünde als gewichtige Faktoren im Entwicklungsgang der Menschheit hingewiesen. In seinem oben erwähnten neuesten Werke nimmt er diesen Gegenstand wieder auf.

Er geht von dem „Gesellschaftstrieb" aus, der sich auf den primitiven Entwicklungsstufen nicht nur im Zusammenleben der einzelnen in Horden und Stämmen äußert, sondern auch innerhalb dieser Gruppen immer wieder engere Vereinigungen schafft. Und zwar existiert dieser Trieb, wie Schurtz ausführt, selbständig und unabhängig vom Geschlechtstrieb, wie sich schon darin zeigt, daß er vielfach mit den Forderungen des Geschlechtslebens in Widerspruch gerät und sich im Widerstreit zu diesem durchsetzt. Der Träger dieses Triebes ist aber vorzugsweise der Mann, während das Weib weit mehr unter dem

Einfluß der Geschlechtsliebe, des Paarungstriebes und der aus ihm entstehenden Familiengefühle steht. „Darum ist das Weib der Hort aller Gesellschaftsformen, die aus der Vereinigung zweier Personen verschiedenen Geschlechtes hervorgehen, der Mann dagegen der Vertreter aller Arten des rein geselligen Zusammenschlusses und damit der höheren sozialen Verbände.“

Zumeist erfolgt nun der gesellige Zusammenschluß nach der Gleichartigkeit des Charakters und der Lebensverhältnisse. So pflegen „denn auch die Angehörigen der gleichen Altersstufen sich zueinander hingezogen zu fühlen; Alte und Junge dagegen werden in ihren Neigungen, Zielen, Hoffnungen und Gedanken immer mehr oder weniger verschiedene Wege gehen“. Deshalb finden wir naturgemäß fast überall bei den sogenannten Naturvölkern eine mehr oder minder scharfe Schichtung nach Altersklassen, wenn auch die Art der Trennung (Schichtung) vielfach variiert. Die typische primitive Unterscheidung, wie wir sie zum Beispiel bei den Australnegern vorfinden, ist die in drei Generationsschichten: in Unerwachsene, Erwachsene (Verheiratete) und Alte (solche, deren Kinder bereits wieder verheiratet sind). Doch ist die Unterscheidung hierbei nicht stehen geblieben. Indem man die Unerwachsenen in Kinder und Geschlechtsreife schied und ferner den Beginn des zweiten Zahnens und des Hervorsprießens der Barthaare als weitere Unterscheidungsmerkmale nahm oder Jungverheiratete von denen unterschied, die bereits Kinder erzeugt hatten, entstanden weitere Unter- und Nebenklassen, die, wie eine Betrachtung der Altersklassenteilung bei den verschiedenen Völkerschaften zeigt, da und dort ebenfalls zu wichtigen Altersabstufungen geführt haben.

Schurtz schildert im einzelnen diese verschiedenen Altersklassenbildungen bei den afrikanischen, australischen, amerikanischen und asiatischen Völkerschaften und weist dann weiter nach, wie aus den Altersklassen die sogenannten Männerbünde und aus diesen wieder die bei vielen Stämmen vorgefundenen Geheimbünde sich entwickelt haben. Manche bisher als ziemlich nebensächlich behandelten sozialen Institutionen erscheinen dadurch in einem anderen Lichte, zum Beispiel die weite Verbreitung der sogenannten Männerhäuser und der Klubverbände unter den amerikanischen und ozeanischen Völkerschaften, die Entstehung besonderer Kriegsgenossenschaften innerhalb der Dorfschaften und Stämme, die Erwählung besonderer Kriegsführer neben den Friedenshäuptlingen (den Geschlechts-, Sippen- und Dorfvorstehern) und die in manchen Stämmen zwischen diesen verschiedenen „Autoritäten“ bestehenden Rivalitätsstreitigkeiten.

Leider nur überschätzt Schurtz die ethnologische Bedeutung seines Nachweises, indem er nun die Altersklasse und die Männerbünde als „Grundformen der Gesellschaft“ hinstellt, die eine weit größere Beachtung verdienen als alle Familien- und geschlechtsgenossenschaftliche Bildungen. Behauptet er doch zum Beispiel S. 73: „Wir dürfen also nicht, wie das bisher immer geschehen ist, den Frauen mit ihrem Mutterrecht unsere ganze Aufmerksamkeit widmen, sondern wir müssen vor allem die Männer ins Auge fassen, wenn wir das Wesen der Sippe verstehen wollen. Wir können noch weiter gehen. Wenn sich die Entstehung der Familie auf den Gegensatz der Geschlechter gründet, so treten die rein gesellschaftlichen Triebe, wie wir gesehen haben, in den sympathischen Gruppen der Altersgenossen am entschiedensten hervor; und da nun die verheirateten Männer auch in mutterrechtlichen Zuständen verhältnismäßig eng an die Familie gebunden sind, Kinder und abgelebte Greise aber nicht in

Betracht kommen, so müssen die eigentlichen Träger der Sippenbildung die jungen, geschlechtsreifen, aber noch unverheirateten Männer sein, denen als eine parallele, aber für das Gesellschaftsleben weniger bedeutsame Gruppe die unverheirateten Mädchen gegenüberstehen."

Es fällt mir nicht ein, die Bedeutung der Altersklassenbildungen und ihrer Einflüsse auf die soziale Gliederung der Naturvölker leugnen zu wollen, darf ich doch für mich in Anspruch nehmen, zuerst auf die Altersklassenschichtung bei den Australnegern hingewiesen und dadurch auch Schurtz mit zu seinen Nachforschungen angeregt zu haben; aber die vorstehenden Ausführungen des verdienten Ethnologen zeigen denn doch eine beträchtliche Überschätzung des von ihm Gefundenen: eine Überschätzung, die bei den Entdeckern auf ethnologischem Gebiet allerdings fast noch verbreiteter zu sein scheint als bei den Entdeckern in anderen Wissenschaften. Wie sehr hat zum Beispiel nicht Bachofen die kulturhistorische Bedeutung des von ihm gefundenen „Hetärismus" und des „Mutterrechtes", Mac Lennan den Einfluß des Frauenraubs auf die Heiratsformen, Lewes H. Morgan die Bedeutung der Verwandtschaftsnomenklaturen für die Erkenntnis der Familiengliederung überschätzt. Zunächst sollten immer die neugefundenen ethnologischen Tatsachen fast alles und jedes erklären, bis dann eine auf neue Nachforschungen gestützte Kritik die Grenzen des Geltungsbereichs enger und enger zog.

Auch in bezug auf die Folgerungen, die Schurtz zieht, wird solche Korrektur nicht ausbleiben, ganz zweifellos nicht; denn verschiedene seiner Folgerungen lassen sich nur so lange aufrechterhalten, als man die Entwicklung der Altersklassen und Männerbünde für sich als selbständige Institutionen betrachtet, die neben den wechselnden Familienorganisationen einherlaufen. Untersucht man dagegen, wie weit sie voneinander abhängig sind und sich gegenseitig beeinflussen, so ergibt sich ein anderes Bild. Es zeigt sich dann, daß, wenn auch die rein geselligen mit den verwandtschaftlichen Verbänden oft in Widerspruch geraten, sie doch noch häufiger diese stützen, bedingen und ergänzen. Führt zum Beispiel die Altersklassenschichtung in manchen Fällen zur Herausbildung bestimmter abgeschlossener Genossenschaften im Stamme (zum Beispiel von Jagd-, Raub- und Kriegsgenossenschaften, sogenannten Medicin-lodges usw.), so finden wir andererseits, daß diese Verbände oft nur solche Mitglieder aufnehmen, die bestimmten Geschlechts- und Totemgruppen angehören, daß sie bestimmte Heiratsverbote respektieren und die alten überlieferten Formen des geschlechtlichen Verkehrs aufrechtzuerhalten suchen — also die vorhandene Familienorganisation stützen. Bei den Australnegern beruht sogar die anscheinend äußerst komplizierte Heiratsklasseneinteilung direkt auf der Altersklassenschichtung.

Die Bergarbeiterkonferenz in Berlin.

Von **Hermann Molkenbuhr.**

Die letzte Woche des März gehörte den Bergarbeitern. An drei Stellen wurde in Berlin über die Lage der Bergarbeiter beraten. Im preußischen Dreiklassenparlament, im Reichstag und im Gewerkschaftshaus. Im Landtag und Reichstag sprach auch der Reichskanzler Graf Bülow über den Bergarbeiterstreik. Im Gewerkschaftshaus aber war die Regierung nicht vertreten, — — weil sie keine Zeit hatte, auch nur einen Vertreter zu senden. Graf

Bülow brachte jedoch den schlagenden Beweis dafür, wie sehr die Regierung der Aufklärung bedarf. Der höchste Beamte des Reiches hat den großen Streik zwar mit erlebt, aber er hat nur das darüber erfahren, was die Scharfmacherblätter berichten. Er erblickte in dem Streik nur einen Massenvertragsbruch, der durch „Hetzer und Wühler“ veranlaßt ist. Im Reichstag, wo er von Bebel veranlaßt wurde, über denselben Gegenstand zu sprechen, sprach er auch über die Pflichten des Staates solchen Erscheinungen gegenüber, und hier bewies er, daß er dieselben Ansichten hat, die auch wohl ein Unteroffizier haben muß, der zur Gendarmerie übertreten will: daß die erste Pflicht der Monarchie sei, die Ruhe und Ordnung aufrechtzuerhalten. Jeder Gendarm glaubt, daß der normale Zustand unter gesitteten Menschen nur seiner Energie zu danken ist. Im Ruhrrevier ist es während des Streiks nicht zu Konflikten gekommen, das hat man nach Ansicht der Polizeidiener und des Grafen Bülow nur der Energie der Polizei zu danken. Daß der Streik eine Ausdehnung gewann, die es ausschloß, die Streikenden durch Streikbrecher zu ersetzen, und daß die wenigen Streikbrecher es nicht wagten, jene Konflikte hervorzurufen, die sonst bei Streiks eine Rolle spielen und zu schweren Verurteilungen ehrlicher Leute führen, das kam dem Reichskanzler nicht in den Sinn.

Durch die Ruhe im Ruhrrevier ist bewiesen, daß streikende Arbeiter keine Neigung zu Ruhestörungen haben. Die Reden des Reichskanzlers und auch des Handelsministers aber haben bewiesen, daß es der Regierung an dem Verständnis für große soziale Bewegungen fehlt. Reichskanzler und Minister hätten vieles lernen können, wenn sie nach dem Engelufer ins Gewerkschaftshaus gegangen wären und dort gehört hätten, was die Bergleute über die Bewegung sagten.

Aber das ist eben das Unglück der Vertreter der kapitalistischen Regierungen, daß sie nicht unterrichtet sein *dürfen*. Zur Konferenz der Bergarbeiter zu gehen, hatte nicht ein Geheimrat die nötige Zeit. Wäre an demselben Tage der Bergbauliche Verein oder der Zentralverband deutscher Industrieller in Berlin versammelt gewesen und hätten diese es gewünscht, dann hätten nicht nur ein Dutzend Geheimräte, sondern auch Minister Zeit gehabt, die Verhandlungen anzuhören. Würde für die Staatsmänner die Sprache nicht dazu da sein, die Gedanken zu verbergen, dann hätte man die an Reichs- und Staatsregierung gesandte Einladung nicht damit beantwortet, daß es in der Regierung an Geheimräten fehlt, die Zeit haben hinzugehen, sondern man hätte gesagt: Wenn ihr auch mit tausend Gründen beweist, daß die Gesetzgebung mehr für die Arbeiter tun muß, so kann euch unsere bessere Erkenntnis gar nichts nützen, denn wir dürfen nichts unternehmen, was gegen die Interessen der Kapitalisten verstößt.

Die im Gewerkschaftshaus tagende Bergarbeiterkonferenz war ein so eigenartiges Arbeiterparlament, wie es Deutschland noch nicht gesehen hat. Es war zwar nur eine Konferenz der *preußischen* Bergarbeiter. Aber mehr als in allen anderen Berufszweigen hat Preußen im Bergbau die Führung. Von der mittleren Belegschaft von 628630 Köpfen, welche im Jahre 1903 im Bergbau beschäftigt waren, waren 548482 in Preußen und nur 80148 in den anderen Bundesstaaten beschäftigt. Die preußischen Bergleute bilden also sieben Achtel der deutschen Bergleute überhaupt. Auf der Bergarbeiterkonferenz waren die preußischen Bergleute aus allen Revieren vertreten. Es war ein Arbeiterparlament im vollsten Sinne des Wortes. Mit sonstigen Parlamenten hatte

es auch das gemeinsam, daß verschiedene Parteien anwesend waren: 66 Delegierte des Bergarbeiterverbandes, 39 Delegierte des Verbandes christlicher Gewerkschaften, 7 Delegierte der Hirsch-Dunckerschen Gewerkschaften und 5 Delegierte der polnischen Vereinigung.

Also an politischen, religiösen und nationalen Gegensätzen fehlte es nicht. Und doch verliefen die Verhandlungen in seltener Harmonie. Es gab nämlich ein Bindemittel, welches stärker war als alle Gegensätze, nämlich das Klasseninteresse. Daß der gewaltige Kampf im Ruhrrevier alle Arbeiter zusammengeführt hatte, war leichter begreiflich, weil hier alle Arbeiter ein und denselben Gegner, nämlich das rheinisch-westfälische Kohlensyndikat hatten. An der Konferenz aber beteiligten sich Bergleute aller Orte und Arten. Neben den Kohlenbergleuten des Ruhr- und Wurmreviers saßen die Kameraden von der Saar und aus Oberschlesien. Außer dem Steinkohlenbergbau waren Braunkohlen-, Salz- und Erzbergbau vertreten. Es war also eine Versammlung, die gewiß kompetent war, über die Zustände im Bergbau zu urteilen.

Die Verhandlungen bildeten eine ununterbrochene Anklage gegen die bestehenden Zustände und gegen die Regierung, die die Kapitalisten schalten und walten läßt, wie sie es wollen. Selbst da, wo die Regierungen scheinbar eingreifen, halten sie immer dann ein, wenn die Kapitalisten es gebieten.

In dem einleitenden Referat hatte Hué nachgewiesen, wie die Kapitalisten sich die Machtstellung erobert haben. Während früher der Staat im Bergwesen die absolute Herrschaft hatte, haben die Zechenbesitzer Schritt für Schritt den Staat zurückgedrängt und jetzt alle Macht in ihrer Hand vereinigt. Die Zechenbesitzer sind jetzt die Herrscher, auch auf Gebieten, wo scheinbar die Rechte des Staates erhalten sind. Wie machtlos der Staat ist, das wurde hundertfach nachgewiesen. Unter den an die Teilnehmer verteilten Drucksachen befand sich eine 32 Seiten starke Broschüre, welche die Untersuchungskomödie grell beleuchtet.[1]

Bei Aufstellung der Tagesordnung hatte man sich an die Vorschläge der preußischen Regierung gehalten. Die drei Gesetznovellen, betreffend die Stilllegung der Zechen, die Verhältnisse der Bergarbeiter und das Knappschaftswesen, wurden der Reihe nach besprochen.

Das Zechenstillegen ist eine Erscheinung, die erst dann möglich wurde, als der Kapitalismus sich zu jener Höhe entwickelt hatte, wie sie im rheinisch-westfälischen Kohlensyndikat zutage getreten ist. Eine einzige Änderung der Satzungen des Syndikats wirkt einschneidender als irgend ein Gesetz. Während früher im Syndikat die Beteiligungshöhe nach der Anzahl der im Betrieb befindlichen Förderschächte bemessen wurde, hat man nach den neuen Satzungen die Leistungen jedes Bergwerks eingeschätzt, und mit dem Verkauf des Bergwerks geht die Beteiligungsziffer auf den Käufer über, der nun die ihm vom Syndikat zugeteilte Produktionsmenge fördern lassen kann, auf welchem Bergwerk er will. Infolgedessen werden die Zechen mit weniger starken Flözen angekauft, um sie stillzulegen. So wird das ganze südliche Ruhrrevier stillgelegt, weil die Beteiligungsziffer beim Syndikat für den Besitzer großer Werke im nördlichen Revier mehr wert ist als das ganze Bergwerk im Süden. Die Bewohner ganzer Städte werden brotlos gemacht und die Grundstücke und

---

[1] Der Bergarbeiterstreik und die Untersuchungskommissionen. Eine kritische Nachlese. Herausgegeben vom Vorstand des Deutschen Bergarbeiterverbandes. Bochum 1905.

Gebäude völlig entwertet. Die Kapitalisten zeigen ihre Macht. Ein Gesetz von so einschneidender Wirkung wie jene Satzungsänderung des Syndikats würde keine Regierung wagen, einem Parlamente auch nur vorzulegen. Diesen rücksichtslosen Kapitalisten gegenüber bringt die preußische Regierung die sehr schwächliche Novelle, die aber noch durch die Ausführung weiter abgeschwächt werden wird.

Der Referent, Herr Köster vom christlichen Verband, hielt eine sehr gute Rede, aber er sprach nur als christlicher Bergarbeiter. Er hofft, daß die Novelle Abhilfe bringen wird. Da unterschätzt er die Macht der Kapitalisten. Dieser Fehler ist in der Anschauung des Referenten begründet. Als Mitglied eines christlichen Vereins will er die Aufrechterhaltung der bestehenden Gesellschaftsordnung; in dieser sind aber solche Maßnahmen wie die Stillegung der Zechen nicht „Ausschreitungen", als welche Köster sie bezeichnete, sondern eine ganz notwendige Folge der kapitalistischen Entwicklung. Ihr gegenüber gibt es nur einen Ausweg: die Vergesellschaftung der Arbeitsmittel. Diese konnte Köster aber nicht fordern, weil er sich mit dieser Forderung von seiner Partei losgesagt und sich als Sozialdemokrat bekannt hätte.

Ein anderer Ausweg wäre, eine Verstaatlichung der Gruben zu fordern, denn auch der kapitalistische Staat kann in die Produktion eingreifen, und er könnte speziell den Bergbau im öffentlichen Interesse betreiben, wie ja auch die Post vom Reiche betrieben wird. Die Verstaatlichung der Gruben wurde auch von dem Mitglied des alten Verbandes, von Genosse Leimpeters, gefordert. Diese Forderung stieß aber auf erheblichen Widerspruch, weil viele Bergleute den Staat, das heißt den preußischen Staat, als Arbeitgeber zur Genüge kennen gelernt und dabei erfahren haben, daß der preußische Staat in der Unterdrückung und Ausbeutung der Arbeiter es mit dem brutalsten und habgierigsten Unternehmer aufnimmt. Die Verhältnisse in den königlichen Bergwerken wirken so abschreckend auf die Bergarbeiter, daß sie jede kapitalistische Ausbeutung vorziehen. Das führte dazu, daß der Vorschlag der Verstaatlichung zurückgezogen wurde.

Recht in Fluß kam die Debatte bei Besprechung der Novelle betreffend die Bergarbeiterverhältnisse. Der erste Punkt, die Dauer der Schichtzeit und die Überschichten, wurde durch ein treffliches Referat des Genossen Hüsemann vom alten Verband eingeleitet. Er übte eine ätzende Kritik an der Bestimmung der Novelle und zeigte, wie sie wenig Nutzen bringen werde, andererseits aber geeignet sei, Schaden anzurichten. Schlagend wies er nach, daß es völlig verfehlt sei, Durchschnittstemperaturen als Maßstab für den Arbeiterschutz zu nehmen und dabei noch solche Bestimmungen zu treffen, wie sie die Novelle vorsieht. Was kann es den Bergleuten, die in einer Temperatur von 27 Grad Celsius arbeiten, nutzen, wenn sie wissen, daß andere Arbeiter in derselben Grube nur 20 Grad Wärme haben. Hüsemann fordert die Achtstundenschicht und für besonders gesundheitsschädliche Arbeit die Sechsstundenschicht. Die Achtstundenschicht ist gerade für die Bergarbeiter keine sozialistische Forderung, denn sie ist schon in alten Zeiten Gesetz gewesen.

In der Debatte waren denn auch alle politischen und religiösen Unterschiede verwischt. Die Bergleute erzählten, was sie erlebt haben, und jede Rede war eine Anklage gegen die Regierung, die es immer unterlassen hat, gegen die Mißstände einzuschreiten. Zwar glaubte ein Mitglied des christlichen Verbandes, daß man der Regierung Dank schulde, weil sie die Novelle eingebracht habe. Hiermit stieß er aber bei seinen eigenen Parteigenossen auf heftigen

Widerspruch. Selbst die sehr patriotisch gesinnten Bergleute sind der Meinung, daß der Staat ein Unrecht nicht bestehen lassen dürfe. Wenn solche Mißstände so lange bestanden haben, dann habe der Staat eine grobe Unterlassungssünde auf dem Gewissen. Wenn jetzt eine Novelle komme, die die meisten Mißstände gar nicht berühre, so sei wenig Anlaß zur Dankbarkeit. Die Bergarbeiter fordern nicht ein Almosen, sondern ihr gutes Recht. Jeder Staatsbürger habe ein Recht auf Schutz von Leben und Gesundheit.

Über die folgenden Gegenstände: „Arbeiterausschüsse", „Grubenkontrolle", „Wagennullen", „Strafwesen", „Frauen- und Kinderarbeit" hatten J. Effert und K. Kühme vom Christlichen Verband, B. Hammacher vom Hirsch-Dunckerschen Gewerkverein, Regulski von der polnischen Vereinigung und Krolik vom Christlichen Verein Oberschlesiens die Referate.

Was hier von den Referenten und in den an die Referate anschließenden Diskussionen von den einzelnen Rednern aus dem Bergmannsleben mitgeteilt wurde, grenzte oft an das Unglaubliche. Jeder berichtete aus seinen eigenen Erfahrungen, und darum konnte man nie aus der Rede entnehmen, ob der Redner protestantisch oder katholisch, ob Sozialdemokrat oder Hirsch-Dunckerscher Richtung war. Es war auch eine seltene Übereinstimmung in den Plackereien, einerlei ob der Redner aus dem Ruhr- oder Wurmrevier, ob von der Saar oder aus Schlesien, ob er im Steinkohlen-, Braunkohlen- oder im Erz- oder Salzbergwerk arbeitete. Der Grundton der Klage war immer die Benachteiligung der Arbeiter zugunsten der Zechenbesitzer. Neben der in der Natur der kapitalistischen Produktion begründeten Ausbeutung läuft immer noch eine kleinliche Nebenausplünderung, die bald durch Wagennullen, bald durch Strafen oder andere Maßnahmen bewirkt wird. Immer ist das Leitmotiv der Klagen: „Wir werden benachteiligt." Wer alle diese Klagen anhörte, der begreift die Erregung unter den Bergarbeitern und glaubt nicht an die dumme Fabel, an die der Reichskanzler glaubt, indem er erzählte, daß Hetzer und Wühler es dahin bringen konnten, daß Hunderttausende Bergleute gleichzeitig ihre Arbeit verließen.

Die Regierung hat neue Untersuchungskommissionen eingesetzt, aber diese ermitteln wenig. Dieses Resultat war vorauszusehen. Erst wurde den Vorständen der Organisationen weniger Zeit zur Beibringung des Klagenmaterials gelassen, als ein Staatsanwalt Zeit gebraucht zur Herbeischaffung des Materials zur Erhebung der einfachsten Anklage. Hier sollten die Zeugen aus Belegschaften von mehreren tausend Köpfen ausgesucht werden. Dann hatte die Regierung versprochen, dahin zu wirken, daß die Zeugen nicht geschädigt werden. Anders dachten die Unternehmer. Sie entließen jeden, der Belastungsmaterial darbrachte.

Die Regierung kann auch gar nicht eine Aufklärung der Mißstände wollen. Wenn alle Mißstände in die Protokolle kämen, in welche Zwickmühle käme sie dann? Gegen die Mißstände einschreiten, kann sie nicht, weil dann auch eine völlige Umwälzung in den königlichen Gruben eintreten müßte. Da die Regierung aber ihre Ausbeuterpraktiken beibehalten will, darf sie nicht gegen die bei Privatunternehmern vorgehen. Und weil sie nicht vorgehen will, darf sie die Mißstände nicht in amtlichen Protokollen festlegen lassen.

Über die Komödie der Untersuchung herrscht bei den Bergarbeitern solche Mißstimmung, daß schon in weiten Kreisen die Ansicht vertreten wird, sich an diesen sogenannten Untersuchungen nicht weiter zu beteiligen.

Über die Reform des Knappschaftswesens sprach Genosse Sachse und über eine Normalarbeitsordnung Genosse Hausmann. In allen Fragen brachten die Bergarbeiter ihre Ansicht in Resolutionen zum Ausdruck, von denen mehrere einstimmig angenommen wurden. Der Grundgedanke der Resolutionen, betreffend den Arbeiterschutz, war schon in den Forderungen der streikenden Bergleute des Ruhrreviers vorhanden; nun wurde er zur Forderung aller preußischen Bergleute. Die streikenden Bergarbeiter stellten ihre Forderungen an die Zechenbesitzer des Ruhrreviers, jetzt sind sie an die preußische Regierung gestellt. Zum Schlusse einigte man sich dahin, mit den Forderungen an den Reichstag zu gehen, wenn das Kapitalisten- und Junkerparlament Preußens es ablehnt, die Minimalforderungen der Arbeiter zu erfüllen.

Ohne Zweifel hat die Konferenz einen gewaltigen Eindruck gemacht. Wohl selten sind so viel Leute sich so einig, wie es diese Versammlung war. Ein Fremder, der nicht wußte, daß die Anwesenden in so viele politische, religiöse und nationale Richtungen gespalten sind, konnte es aus den Verhandlungen nicht entnehmen. Hier zeigte sich deutlich, daß das Klasseninteresse schließlich alle Arbeiter zusammenbringt und alle sonstigen Gegensätze verschwinden läßt. Weil im Bergbau der Kapitalismus am weitesten entwickelt ist, und die Zechenbarone mit der größten Rücksichtslosigkeit ihre Macht anwenden, ist es zu der Einigkeit gekommen, die erst von den Steinkohlengruben des Ruhrreviers in dem gewaltigen Kampf in die Erscheinung trat, und nun von den Bergleuten aus ganz Preußen und aus allen Zweigen des Bergbaus bekundet wurde. Ist die Einigkeit aller Bergleute ein Erfolg des großen Kampfes, dann haben die Kämpfer mehr errungen, als die größten Optimisten geträumt haben.

Gewerbliche Friedensschwärmerei.

Von **Paul Umbreit.**

Es ist nichts Neues, daß bürgerliche Ideologen die Gewerkschaftsbewegung berufen wähnen, das „Dogma des Klassenkampfes“ zu überwinden und eine Ära der Klassenversöhnung anzubahnen. Es sind dieselben Leute, welche den Kampf gegen die Sozialdemokratie mit den friedlichen Mitteln der Sozialreform und der Rechtsgleichheit glücklicher zu führen gedenken und diese revolutionäre Bewegung durch konservative Gewerkschaften ersetzen möchten. So oft ihre Illusionen schon enttäuscht wurden, ihr Glaube ist unerschütterlich, daß schließlich jeder Erfolg der Gewerkschaftsbewegung ein Stück Loslösung von dem Ideal der sozialistischen Gesellschaft sei. Und da diesen geschäftigen Immen selbst die bescheidensten Blüten Nahrung bieten, so kann es nicht befremden, daß sie sich eilfertig auf die kollektiven Arbeitsverträge der Gewerkschaften stürzen, die diese dem Unternehmertum nach jahrzehntelangem Kampfe als Zeichen der Anerkennung und Respektierung ihrer Macht abgerungen haben. Über diese kriegerische Genesis setzt sich die bürgerliche Ideologie leicht hinweg; es genügt ihr vollkommen, daß Unternehmer und Arbeiter im Tarifvertrag gemeinsam die Arbeitsbedingungen festsetzen und die Dauer dieser Regelung bestimmen, und rasch sind sie fertig mit dem Urteil, daß dieses ersprießliche Zusammenwirken ehemaliger erbitterter Gegner eine neue Epoche des Friedens und der sozialen Harmonie ankündige. Manche dieser sozialen Astrologen prophezeien gar eine gemeinsame Organisation von Unternehmern und Arbeitern,

die berufen sei, die Arbeiterschaft mit neuem Geiste zu erfüllen und die goldene Zeit des Handwerkes auf einer höheren Stufe wieder neu zu verwirklichen. So siegesgewiß stellten sie dieses Horoskop, daß selbst in Arbeiterkreisen der Gedanke, die tarifliche Entwicklung könne in eine Wiederbelebung des Zunftwesens ausarten, unbequem aufstieß und polemisch bekämpft wurde.

So fern den leitenden Gewerkschaftskreisen, deren Geist sich naturgemäß in diesen Tarifverträgen wiederspiegelt, eine solche Entwicklungstendenz liegt, so zuversichtlich sind bürgerliche Gewerkschaftsfreunde bemüht, die Tarifvereinbarungen als Dokumente des Friedens zu markieren. Nicht immer ist bewußte Falschmünzerei dabei im Spiele; mancher glaubt den Gewerkschaften ehrlich zu dienen und das hemmende Vorurteil der Unternehmer gegen sie zu beseitigen, indem er ihnen die versöhnlichsten Absichten zuerkennt, und mancher legt der Sprache der Diplomatie, die viele dieser Verträge mit den Friedensverträgen der Nationen gemein haben, eine größere Bedeutung bei als dem Geiste, der die Organisationen selbst erfüllt; daß die Gewerkschaften auf dem Boden des Klassenkampfes stehen, beweist nicht bloß ihre ganze Geschichte, sondern auch die Vorgeschichte ihrer Tarifvereinbarungen, und wie wenig die letzteren an diesem Kampfcharakter etwas zu ändern vermögen, lassen die oft sehr scharfen Kämpfe erkennen, von denen oft genug diese sogenannten Friedensverträge unterbrochen werden.

Zu den Ideologen, die an die Friedensmission der Tarifgemeinschaften glauben, gehört auch Fanny Imle, die wandlungsfähige Verfasserin des neuesten umfangreichen Werkes der Tarifliteratur, betitelt „Gewerbliche Friedensdokumente".[1] Sie hat eine Fragebogen-Enquete bei ca. 5000 Gewerkschaftsfilialen veranstaltet und gibt nun eine Darstellung des wichtigsten Inhalts von ca. 736 kollektiven Arbeitsverträgen, begleitet von historischen Einleitungen der tariflichen Entwicklung in den einzelnen Gewerben und Randbemerkungen zu den verschiedenen bedeutungsvolleren Tarifpunkten. Die Theorie des Tarifvertrags liegt dem Werke ebenso fern wie eine wissenschaftliche oder statistische Bearbeitung der Tarifentwicklung, und wer hinter dem Titel desselben eine Begründung der Friedenstendenz der Tarifverträge erwartet, wird sehr enttäuscht sein. Um so mehr ist aber ihre ganze Auffassung der tariflichen Entwicklung, wie sie in ihren Randglossen zum Ausdruck kommt, von der Illusion beherrscht, daß das Ziel der Tarifgemeinschaften die dauernde Sicherung des gewerblichen Friedens und des gemeinsamen Wohles der Unternehmer und Arbeiter sei. Sie versteigt sich dabei zwar nicht zur gemeinsamen Organisation beider Parteien, ist vielmehr davon überzeugt, daß jede derselben ihre Kraft nur aus der eigenen Organisation schöpft. Aber sie setzt bei beiden Organisationen ein harmonisches Zusammenwirken voraus, das das eigene Wohl nur in gemeinsamer Arbeit erblickt, so daß der Gedanke an eine Modernisierung des Zunftlebens nicht ferne liegt.

Natürlich sind es zunächst die Arbeiter, die einer solchen Friedensallianz alle ihre revolutionären Theorien zum Opfer bringen müssen. „Tarifgemeinschaft und Revolutionarismus sind unaufhebbare Gegensätze", heißt es in ihrer Darstellung der Tarifentwicklung im Buchdruckergewerbe, und bedauerlich findet sie es, daß der Zentralverband der Maurer seiner verantwortungsvollen Aufgabe, den disziplinlosen Klassenhaß dieser derbgearteten Arbeiter zu zügeln,

---

[1] Verlag von Gustav Fischer, Jena. 566 Seiten, Preis 10 Mark.

sich so wenig bewußt sei. Sie schrieb dies, weil der „Grundstein“ vor allzu optimistischer Beurteilung der Korperativverträge warnte mit den Worten: „Tarifverträge sind keine Freundschaftsbündnisse.“ Zu den Klempnertarifen hat sie wenig Vertrauen, ihre „revolutionäre Vergangenheit“ lasse leicht darauf schließen, daß die Parteien sich verhältnismäßig schwer an die vertragliche Ordnung gewöhnen. Also nicht bloß Kronen ist der Ludergeruch der Revolution nachteilig.

Geringere Ansprüche stellt sie an das Unternehmertum, das nur seinen ausschließlichen Herrenstandpunkt aufzugeben und mit den Arbeitern auf gleichem Fuße zu verhandeln brauche, um Tarifverträge zu ermöglichen. Ja nicht einmal das scheint ihr die notwendige Voraussetzung für jenes „ersprießliche gemeinsame Wirken“ zu sein, denn sie verzeichnet in ihrer Sammlung nicht wenige sogenannte Tarifverträge, die nichts anderes als einseitige Unternehmertarife sind und nur durch widerspruchslosen Gebrauch Geltung erhielten, und in mehreren Fällen fungierten Vergnügungsvereine als Arbeiterkontrahenten, was F. Imle zu dem tiefsinnigen Geständnis veranlaßt, daß hier der Gewerkschaftsgedanke sich mit Urgewalt durchringe und, „wenn es nicht anders geht, seine tiefernste Gestalt im Narrenkleid des Tanzkränzchenvereins verhülle. ...“ Sie wird wenig Gewerkschaftler finden, die diesen sozialen Faschingsulk der Kölner Bäckermeister und des katholischen Gesellenvereins ernst nehmen.

Auch den Streik betrachtet die Verfasserin mit sehr gemischten Gefühlen; sie läßt ihn nur dort gelten, wo ein absolutistisches Unternehmertum zur Anerkennung des konstitutionellen Prinzips des Arbeitsvertrags bekehrt werden soll. Ist dieses Prinzip anerkannt, so muß jeder Streik durch gegenseitige Verständigung und durch geeignete Organe aus der Welt geschafft sein. Da dürfen die Arbeiter keine radikalen Forderungen mehr stellen, die die Unternehmer als provokatorisch empfinden könnten, sondern müssen stets auch auf das Wohl der Arbeitgeber bedacht sein: die Stunde Arbeitszeitverkürzung, die die deutschen Buchdrucker 1891 forderten, dünkt ihr unüberlegt radikal und als Anlaß „unseliger“ Kämpfe, während sie bei den allezeit kampfeslustigen Steinsetzern die Sehnsucht nach dem sozialen Frieden als treibendes Motiv der Tarifentwicklung proklamiert. Wo dagegen der Erfolg den Arbeitern günstig war, da hat sie gegen radikale Fortschritte nichts einzuwenden, sondern preist das soziale Verständnis der Arbeitgeber, das diese günstigen Wirkungen ermöglicht habe. Die Konsequenz dieses Widersinns ist natürlich die, daß die Tarifgemeinschaft die Arbeiter zu möglichst bescheidenen Forderungen und größter Rücksichtnahme auf die Arbeitgeber erziehen möge und daß nur diejenigen Erfolge dem Verhältnis beider Parteien dienlich seien, die die Arbeitgeber freiwillig oder wenigstens kampflos den Arbeitern zugestehen.

Es ist klar, daß eine solche Taktik die Gewerkschaften geradezu unfähig machen würde, die Lage der Arbeiter zu verbessern, weil die Unternehmer nur Zugeständnisse gewähren, um ernsten Kämpfen aus dem Wege zu gehen, wenn sie es nicht lieber doch auf solche Kämpfe ankommen lassen wollen. Nicht der Wille zum Frieden, sondern das Wollen des Fortschritts muß die treibende Kraft der Gewerkschaften sein. Um das Bessere durchzusetzen, darf eine Gewerkschaft vor dem Streik oder der Aussperrung nicht zurückscheuen, sondern sie muß darauf gerüstet sein. Je ernster sie auf diesen Ausgang vorbereitet ist, desto nachdrücklicher kann sie ihre Forderungen auch friedlich durch-

setzen. Auf diesem Wege sind die baugewerblichen Berufe dazu gelangt, die meisten Tarifverträge abzuschließen, während die Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereine, trotzdem sie seit fast vier Jahrzehnten das Prinzip der Harmonie zwischen Kapital und Arbeit predigen, keinen Unternehmerverband zur kollektiven Vertragsschließung verlocken konnten. Es gehört eben der ernste Wille zum Kampfe und die Macht zu erfolgreichem Kampfe dazu, um Tarifverträge durchzusetzen. Der „revolutionäre" Klassenkampf ist die Voraussetzung aller tariflichen Erfolge. F. Imle führt selbst ein bezeichnendes Beispiel hierfür an: in den Warenhäusern sind auffallenderweise gerade die niedersten Angestellten am ehesten zu Kollektivverträgen gelangt, die Packer und Hausdiener, während das gelernte kaufmännische Personal weder hier noch im ganzen Handelsgewerbe solche Erfolge aufweisen kann. Sie führt diesen Mangel auf die Standesillusionen der Kaufleute zurück, die sich nicht als Arbeiter fühlen und in törichtem Eigensinn an den wertvollsten Errungenschaften der mißachteten Arbeiter nicht teilnehmen wollen. Übersetzen wir diese Ideologie in greifbare Wirklichkeit, so ist es eben die Klassenkampforganisation der Handelshilfsarbeiter, die gegenüber den in Harmonieduselei verharrenden kaufmännischen Gehilfenverbänden diese Erfolge errungen hat.

So wenig ohne Klassenkampf ein Tarifvertrag erreicht werden kann, so kann auch eine langjährige Tarifgemeinschaft den Klassenkampf nicht aufheben, denn der beste Tarifvertrag würde illusorisch, wenn hinter ihm nicht die Macht einer starken Gewerkschaft und die Gefahr neuer Kämpfe stände. Auch fehlt es in der idealsten Tarifgemeinschaft nicht an steten Reibungen, die, so sehr sie auch immer wieder ausgeglichen werden mögen, doch latenter Kampf sind. Der Klassenkampf macht sich eben auch im Frieden geltend, er wechselt nur seine Formen. Es mag durch feste Vereinbarungen gelingen, größere Streiks einige Zeit lang zurückzuhalten — dann äußert sich der Gegensatz mehr in Entlassungen, Maßregelungen, nachteiligen Auslegungen der Tarifsätze usw., bis die Spannung auf beiden Seiten sich derart verschärft, daß aufs neue die Macht entscheidet, sei es durch Streik oder Aussperrung oder durch Nachgeben des Schwächeren. Die Ära der Tarifverträge ist eine solche der Tarifbrüche und Tarifkämpfe; nur bereitet sie immer größere und gewaltigere Kämpfe vor, wie uns die Geschichte der englischen Gewerkschaften beweist, weil eben ihre Tendenz zur Vereinheitlichung der Arbeitsbedingungen neigt und weil nur starke Organisationen Träger solcher Tarifgemeinschaften sein können.

Für die Gewerkschaften ist also der Tarifvertrag kein Friedens- und Freundschaftsbündnis, sondern eine Etappe des Klassenkampfes zur Sammlung und Rüstung für weitere Kämpfe und zur Sicherung der errungenen Erfolge. Er ist einem Waffenstillstand vergleichbar, der für die Arbeiter das wichtige Ergebnis hat, daß sie als gleichberechtigte und vertragsfähige Macht anerkannt werden. Der Frieden, den er mit sich bringt, ist nicht sein hauptsächlichstes Ziel, sondern nur eine seiner Wirkungen. Vielleicht ist er das Ziel der Arbeitgeber, denen bei Abschluß eines kollektiven Arbeitsvertrags in erster Linie an einer gewissen Sicherung des Friedens gelegen sein mag. Wer bei Lohnkämpfen nichts zu gewinnen, sondern lediglich bisher innegehabte Privilegien zu verteidigen hat, der bedarf des Friedens; um seinen Reichtum zu mehren und um Ruhe zu haben, macht er den Angreifern Konzessionen. Für die Gewerkschaften würde ein ewiger Frieden mit Stagnation und Versumpfung gleichbedeutend sein; sie müssen einen Druck ausüben, um einen höheren Anteil für

die Arbeiter am Ertrag ihrer Arbeit durchzusetzen. Wer die Tarifverträge als Friedensbündnisse auffaßt, der beweist lediglich, daß er dieselben nach dem Standpunkt des Unternehmertums beurteilt.

Nun ist es ja nicht ausgeschlossen, daß auch Gewerkschaften aus momentanem Ruhebedürfnis Tarifverträge eingehen müssen, wie andererseits auch die Arbeitgeber nicht lediglich aus diesen Gründen, sondern oft genug auch um materieller Vorteile willen solche Verträge abschließen. In solcher Zwangslage werden die Gewerkschaften sich aber mit minderen Erfolgen begnügen müssen, und dies muß für sie ein neuer Ansporn sein, zu rüsten, um mehr zu erreichen. Gerade ein einseitig aufgezwungener Vertrag kann ihnen am wenigsten als eine Grundlage dauernden Friedens geeignet erscheinen; hier wird ihnen die Waffenstillstandnatur desselben doppelt fühlbar.

Daß auch das Unternehmertum durch Tarifgemeinschaften Vorteile erwartet, kann unsere Stellungnahme nur wenig ändern. Die Gewerkschaften führen den Kampf nicht, um den Arbeitgebern durchaus Schaden zuzufügen oder ihnen jeden Vorteil abzuschneiden, sondern um die Lage der Arbeiter materiell und rechtlich zu bessern. Sie kämpfen auch dann für Arbeitszeitverkürzung, wenn diese den Unternehmern Vorteile bringt, und führen den Nachweis, daß die Industrie mit höchstgelohnten Arbeitern am besten floriert. Sie haben lediglich zu prüfen, ob dieser Vorteil der Unternehmer der Position der Gewerkschaften und Arbeiterklasse etwa nachteilig ist. So werden sie den Arbeitgebern nie das Recht auf eine einseitige Verwaltung des Arbeitsnachweises zugestehen, ebensowenig das Recht, Streikarbeit für berufsverwandte Betriebe anzufertigen, unorganisierte Hilfsarbeiter zu beschäftigen oder Arbeiterschutzbestimmungen im Wege freier Vereinbarung außer Kraft zu setzen, auch wenn sie nicht die Macht besitzen, jene daran zu verhindern. Dagegen können sie den Arbeitgebern nicht verbieten, sich für die höhere Bezahlung der Arbeitskräfte und für den Verlust an Arbeitsstunden schadlos zu halten durch bessere Betriebsmethoden, Einführung leistungsfähigerer Maschinen und Erhöhung der Preise der Produkte. Die letztere trifft zwar, sofern es sich um Konsumgegenstände der großen Masse handelt, vorzugsweise die Arbeiterklasse, aber die Bestimmung der Warenpreise liegt außerhalb der Machtsphäre der Gewerkschaften. Hier muß die Konsumentenorganisation als Gegengewicht eingreifen, um die Preise zugunsten der Arbeiter zu regulieren, eventuell durch Errichtung eigener Betriebswerkstätten. Jedenfalls kann eine Preiserhöhung der Erzeugnisse kein absolutes Hindernis für den Abschluß von Tarifverträgen sein, denn wo die Warenpreise durch die Ausbeutung der billigsten Arbeitskräfte (Kinderarbeit, Heimarbeit) derart gedrückte sind, daß der einzelne Unternehmer außerstande wäre, solche Waren unter gewerkschaftlich normalen Arbeitsbedingungen zu produzieren, da kann die Durchführung der letzteren nicht von gleichbleibenden Warenpreisen abhängig gemacht werden. Auch die Konsumenten müssen sich häufig entschließen, einen Teil der Kosten des höheren Lebensstandards der Arbeiter zu tragen, besonders dann, wenn sie bisher auf Kosten dieser Arbeiter unverhältnismäßig billig kaufen konnten. Wenn zum Beispiel durch die Verallgemeinerung von Schneidertarifen, die wirksam in die Konfektionsindustrie eingreifen, jene billigste Massenkonfektion unmöglich gemacht würde, so hätte die Arbeiterklasse daran wirklich nicht viel verloren.

So wenig es Aufgabe der Gewerkschaften sein kann, Preiserhöhungen unter allen Umständen zu verhindern, so kann es ihnen auch nicht verwehrt sein,

Tarifverträge mit Unternehmerkartellen abzuschließen, zu deren Aufgaben Preiskonventionen gehören. Sie müssen vielmehr ernsthaft damit rechnen, daß die maßgebendsten Industrien sich kartellieren und die Verkaufspreise regeln. Würden sie Verträge mit solchen Kartellen ablehnen, so fände die Einführung gewerkschaftlicher Bedingungen an diesen Preiskonventionen ein unübersteigbares Hindernis; den Vorteil davon hätten lediglich die Syndikate, die die Ausbeutung steigern und die Preise trotzdem erhöhen könnten. Der Kampf gegen die Preispolitik dieser Kartelle kann nicht Aufgabe der Gewerkschaften sein; es ist abermals Sache der Konsumenten, und falls öffentliche Interessen dadurch berührt werden, des Staates, der Macht der Kartelle Grenzen zu ziehen.

Ändert sich dies Verhältnis nun aber dort, wo die Gewerkschaften bewußt an der Preisgestaltung der Arbeitgeber mitwirken? Hört der Tarifvertrag dort auf, eine Etappe des Klassenkampfes zu sein — wird er da zu einem Friedens- und Beutebündnis mit Arbeitgebern? Das ist die Frage, die in der jüngsten Tarifentwicklung Anlaß zu erheblichen Meinungsverschiedenheiten gab und gerade in diesem Organ lebhaft umstritten wurde. Da sie zugleich mit der von Fanny Imle in ihrem Werke bekundeten Auffassung der Tarifgemeinschaften der Chemigraphen und Schläger in engster Beziehung steht, so wollen wir hier in Kürze auf dieselbe eingehen. Im Schlägergewerbe wie im graphischen Kunstgewerbe sind seitens der Gewerkschaften Tarifgemeinschaften mit den Arbeitgebern auf der Basis von Preiskonventionen, verbunden mit beiderseitigem Organisationszwang, abgeschlossen worden. In beiden Industrien waren außerordentlich gedrückte Preisverhältnisse der Erzeugnisse und mangelnde Organisation der Arbeitgeber ein ernstes Hindernis für eine gewerkschaftliche Regelung der Arbeitsverhältnisse. Im Schlägergewerbe waren sie dadurch entstanden, daß einer an sich technisch rückständigen, zur Hausindustrie herabgesunkenen Industrie infolge der Zollpolitik ein erhebliches Absatzgebiet verloren ging und ein scharfer Konkurrenzkampf um den verbliebenen Absatz begann, in der Chemigraphie durch technische Verfahren, die eine Massenproduktion mit billigsten Arbeitskräften herbeiführten und den an sich beschränkten Markt mit wohlfeilsten Erzeugnissen überschwemmte. Ohne gleichzeitige Regelung des Wettbewerbes wäre eine Verbesserung der Lage der Arbeiter nicht möglich gewesen, auch nicht mangels einer Organisation der Unternehmer, da diese Verbesserung nicht scheiterte am mangelnden Wollen der letzteren, sondern an ihrem Unvermögen. Geregelte Arbeitsbedingungen setzten eine Sanierung der Industrie voraus, und dieser glaubten die Gewerkschaften ihre Mitarbeit nicht entziehen zu sollen.

Nach unserem Dafürhalten haben sie recht gehandelt, denn sie handelten in einer Zwangslage, die keinen anderen Ausweg offen ließ. Wie bei den Arbeitern Tarifverträge nur auf der Voraussetzung starker Gewerkschaften möglich sind, so bedarf auch das Unternehmertum auf einer gewissen Stufe der Ohnmacht der einzelnen des korporativen Zusammenschlusses. Das haben die Gewerkschaften stets anerkannt, indem sie ihre Verträge mit Organisationen der Arbeitgeber schlossen. Wo solche Organisationen notwendig sind, da ändert es nichts an der Klassennatur der Gewerkschaften, daß sie die auseinanderstrebenden Elemente der Arbeitgeber zur Organisation zwingen, um hierdurch ihren Zweck zu erreichen. Daß Gewerkschaften unter Umständen die Unternehmer zu ihrem Besten zwingen müssen, ist auch sonst nichts Seltenes; durch Arbeitseinstellung erzwangen die englischen Baumwollspinner eine Pro-

duktionseinschränkung, zu der die Unternehmer aus eigener Macht nicht fähig waren. Und hat nicht in den meisten Gewerben das Vorgehen der Arbeiter den Anstoß zur Organisation der Arbeitgeber gegeben? Und welch anderer Weg hätte den Gewerkschaften den gleichen Erfolg gewährleistet? Hätten sie auf Staatshilfe für die daniederliegende Industrie warten oder eine genossenschaftliche Produktion aufnehmen sollen? Beides war völlig ausgeschlossen, letzteres schon deshalb, weil diese Industrien nur ein engbegrenztes Absatzgebiet hatten, auf welches die Arbeiter als Konsumenten nur geringen Einfluß ausüben können. So blieb ihnen nur der Tarifvertrag mit gegenseitigem Organisationszwang übrig. Sie gingen dabei noch nicht so weit, wie einige englische Gewerkschaften in ihren Trade-Allianzen, die den Arbeitern entweder einen von den Verkaufspreisen abhängigen Lohn (sliding scala) oder eine Gewinnbeteiligung gewährten. Diese Allianzen haben das eine mit den deutscherseits in Betracht kommenden Verhältnissen gemein, daß sie erstanden aus lokalen Kleinindustrien mit rückständiger Produktionstechnik, also gleichfalls unter gewissen Zwangsverhältnissen. Wir können auch in dieser Regelung noch keine zünftige erblicken, da gleitende Skala und Gewinnbeteiligung mehr eine andere Lohnform als eine andere Produktionsform darstellen. Im deutschen Chemigraphentarif und in den meisten Schlägertarifen, mit Ausnahme desjenigen der Silberschläger von Nürnberg-Fürth-Schwabach, haben jedoch die Arbeiter mit der Preisfestsetzung überhaupt nichts zu tun, und im Silberschlägertarif regelt zwar das gemeinsame Tarifamt die Verkaufspreise, um neuer Schleuderkonkurrenz vorzubeugen; indes ist davon nicht die Höhe der Löhne jeweils abhängig, sondern diese Maßregel steht vielmehr im engeren Zusammenhang mit der Regelung des Umfanges der Produktion. Der Charakter einer Notregelung dieser Schlägertarife ergibt sich schon daraus, daß der Feingoldschlägertarif eine Arbeitszeitregelung mit gleitender Skala, je nach dem Produktionsumfang, und eine Entschädigung der durch Betriebseinschränkung teilweise arbeitslos gewordenen Arbeiter nach der Zahl der ausgefallenen Formen vorsieht. Diese Entschädigung ist aus einer von den Arbeitgebern unterhaltenen Unterstützungskasse zu zahlen. Nichts deutet aber in diesen Abmachungen darauf hin, daß die Arbeiter sich mit den Arbeitgebern verbündet hätten, um mit vereinten Kräften die Konsumenten oder die Gesellschaft auszubeuten. Im Gegenteil, selbst innerhalb dieser Tarifgemeinschaften hat es an scharfen Konflikten zwischen Arbeitgebern und Arbeitern nicht gefehlt, die namentlich durch die Dreiteilung des Gewerbes (Verleger, Meister und Gehilfe) und durch Tarifbrüche der ersteren hervorgerufen wurden. Die Tarifgemeinschaft der Metallschläger, die durch das Fernbleiben der Lausitzer Schmutzkonkurrenz ohnehin auf schwachen Füßen stand, ist sogar vor kurzem gekündigt worden.

Weniger kompliziert liegen die Verhältnisse im chemigraphischen Gewerbe. Hier reichte der gegenseitige Organisationszwang aus, um binnen Jahresfrist die Organisationen beider Tarifparteien auf 95 Prozent der Berufsgenossen auszudehnen und damit dem Tarif eine feste Grundlage zu geben. Vielleicht hätte es hier weniger als in den Schlägergewerben eines solchen Zwanges bedurft, wenn nicht aus anderen Gründen beide Parteien in diesem Mittel eine wertvolle Ergänzung des Tarifs erkannt hätten, die Arbeitgeber, um wirksam jede Tarifdurchbrechung zu verhindern, die Arbeiter, um einer tariffeindlichen Sonderorganisation den Boden zu entziehen. Diese Sonderorganisation, ursprünglich dazu bestimmt, die Interessen der Lithographen wirksamer zu

vertreten, suchte auch die Branche der Chemigraphen und Kupferdrucker zu zersplittern, und hatte sich durch ihre Generalversammlungsbeschlüsse in strikten Gegensatz zur Tarifsache gestellt. Sie wäre ohne Zweifel für die Durchführung des Tarifs jahrelang ein ernstes Hindernis gewesen, wenn der auf dem Boden des Tarifabschlusses stehende Verband sie nicht durch eine nachdrückliche Aktion unschädlich gemacht hätte. Begreiflicherweise hat dies den hellen Zorn der Vertreter des Sonderverbändchens erweckt, der denn auch in mehreren Artikeln in diesem Organ sich Luft machte. Auch F. Imle polemisiert heftig gegen den „Organisationsexklusivismus", den sie im Sinne der Intoleranz kennzeichnet, und fast scheint ihr der Wunsch Vater des Gedankens zu sein, wenn sie es als noch sehr fraglich erklärt, ob unter ihm nicht schmutzkonkurrierende Prinzipale und lohndrückerische Gehilfen um so ungestörter ihr unkontrollierbares Handwerk betreiben würden. Daß die Verfasserin, die nach ihren zahlreichen Organisationsmetamorphosen selbst auf Toleranz im weitesten Maße rechnen muß, für das Recht auf Sonderbündelei eintritt, kann nicht befremden. Nur gerät sie mit sich selbst in Widerspruch, wenn sie bei Behandlung der Brauertarife die Organisationszersplitterung als einen die Tarifabschlüsse erschwerenden Umstand erwähnt. Dort mißbilligt sie sogar besondere Branchenorganisationen der Böttcher und der Transportarbeiter, während im Chemigraphengewerbe nur ein einziger Beruf vor schädlicher Zersplitterung bewahrt werden soll. Wie nützlich diese Maßregel war, erhellt aus dem jüngsten Jahresbericht des Tarifamtes der Chemigraphen, nach welchem seit der Einführung des Tarifs die Zahl der organisierten Mitglieder dieser Branche von 800 auf 1400 gestiegen ist.

Im mittelfränkischen Feingoldschlägertarif wurden bekanntlich die Mitglieder des Hirsch-Dunckerschen Gewerkvereins, die sich nicht im mindesten um die tarifliche Regelung der Berufsverhältnisse gekümmert hatten, von der Bestimmung getroffen, daß nur Mitglieder des Metallarbeiterverbandes in tariflichen Betrieben beschäftigt werden dürfen, und ein Gewerkvereinsmitglied klagte gegen die Verbandsleiter wegen absichtlicher Schädigung auf Schadenersatz. Er mußte sich aber vom Gericht belehren lassen, daß ein Abkommen, das die Arbeitsgelegenheit für Angehörige einer beteiligten Gruppe reserviert, gegen niemand zur Entschädigung verpflichte. Die rechtliche Zulässigkeit eines gegenseitigen Organisationszwanges in dieser Form war damit außer Zweifel gestellt. Ob er in jedem Falle zweckmäßig ist, das ist natürlich eine andere Frage, die nur je nach den besonderen Umständen zu entscheiden ist.

Wo aber ist nun bei den Tarifgemeinschaften die Grenze zwischen einer Aktion, die dem Klassenkampf der Arbeiter dient, und einer Wiederbelebung des Zunftwesens auf moderner Grundlage zu finden? Nicht in den größeren oder geringeren Vorteilen des Unternehmertums, nicht in der Organisation oder Desorganisation der Arbeitgeber, auch nicht in der bewußten oder unbewußten Einwirkung auf die Preisgestaltung, sondern in der Anerkennung des Klassengegensatzes zwischen Unternehmer und Arbeiter, der einen dauernden Frieden, eine Harmonie der Interessen beider ausschließt. Solange die Arbeiter sich als eine besondere Klasse mit eigenen, über den Tarifvertrag weit hinausgehenden und der kapitalistischen Ausbeutung entgegengesetzten Interessen fühlen, werden sie jeden Tarifvertrag stets nur als eine vorübergehende Erscheinung, als die unterste Stufe einer Leiter betrachten, deren höhere Sprossen Schritt um Schritt erkämpft werden müssen. Während

die Arbeitgeber sich fragen: werden wir jetzt Ruhe haben? müssen die Arbeiter bei jedem Tarifabschluß daran denken, wie sie das nächstemal ihre weiteren Forderungen durchsetzen. Wo die Arbeiter dieses Klassenbewußtsein verloren haben und sich auf einen dauernden Frieden mit den Unternehmern einrichten, da befinden sie sich auf der schiefen Ebene des Zunftgeistes, der sie von der modernen Arbeiterbewegung trennen muß. Also lediglich die Auffassung der Tarifgemeinschaften bildet die Grenze, wo die Geister sich scheiden. Gewiß, diese Grenze ist äußerst subtil, denn der Geist läßt sich nicht sezieren oder destillieren, und selbst einzelne Handlungen sind nicht immer beweiskräftig. Gewisse Formen von Tarifverträgen, die in dem einen Gewerbe als äußerst bedenklich erachtet würden, erklären sich bei anderen Gewerben aus dem Zwange der Verhältnisse, und manche den Arbeitern nachteilige Bestimmung mag ihnen aufgezwungen sein und wird dann sicher eher Erbitterung als Wohlbefinden hervorrufen. Auch auf Redewendungen in den Verträgen kann man kein Gewicht legen, denn die Diplomatie der Vertragstechnik schließt drohende Worte selbstverständlich aus. So schwer es indes ist, sich an Äußerlichkeiten zu halten, in der Wirkung der Tarifgemeinschaft auf alle Beteiligten kommt der Geist, von dem sie geleitet wird, sicher zum Ausdruck, und da wird die Kritik, soweit sie gerechtfertigt ist, stets am erfolgreichsten einsetzen. Ergibt sich aus dem Wirken eines Tarifvertrags, daß er die Arbeiter abstumpft gegen ihre Klasseninteressen und gegen die Klassenkämpfe anderer Arbeiterberufe, sie unempfänglich macht für die großen Ideen des Proletariats und sie mit Widerstreben gegen die notwendigen Kämpfe für die Durchsetzung weiterer Forderungen erfüllt, sie satt und zufrieden macht und ihr Interesse in müßigem Tand und Sport erschöpft, so ist er eine Gefahr für den Emanzipationskampf der Arbeiter, und wäre er noch so dürftig, wie nur je der „Tarifvertrag" eines Innungsgesellenvereinchens sein kann. Selbst bei den kompliziertesten Tariforganen aber, die kleinliche Differenzen friedlich beilegen, kann sich die Arbeiterschaft den Geist des Klassengegensatzes bewahren und im Bewußtsein ihrer Macht auf künftige Kämpfe vorbereiten; sie kann bei großen Klassenkämpfen des Proletariats ihrer Arbeitersolidarität einen Ausdruck geben, der sicher auf etwaige Friedensillusionen der Arbeitgeber eine zersetzende Wirkung ausüben würde.

Bisher hat der Geist der deutschen Gewerkschaften, der in den Tarifgemeinschaften zum Ausdruck kam, zu grundsätzlichen Bedenken keinen Anlaß gegeben. Kleine Fehler mögen hier und da in einzelnen Tarifabmachungen, in der Tarifsprache oder in Tarifformen gemacht sein — das kommt überall in Kämpfen vor —, in der Auffassung der Tarifgemeinschaften an sich stimmen die deutschen Gewerkschaften völlig überein. Desto mehr haben sie Ursache, sich gegen den Versuch zu wenden, der ihre erfreulichen Fortschritte herabsetzt auf das Niveau der Harmoniedusel ei und der sozialen Friedensschwärmerei. Soweit F. Imle sich zum Apostel dieser „Friedensmission" der Gewerkschaften berufen wähnt, wird sie bei den führenden Kreisen der Gewerkschaftsbewegung stets auf denselben Widerspruch stoßen, den auch ihre abstrakte Neutralitätstheorie, die die Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung geradezu toleriert, fand.

Immerhin hat ein Werk, das über die verschiedenartigste Tarifentwicklung in Industrie, Gewerbe, Handel und Verkehr eine schematische Darstellung gibt, für die Gewerkschaftskreise einen gewissen praktischen Wert. Es wird selbst erfahrenen Praktikern der Tarifverträge eine Fülle von Anregungen bieten, und

deshalb verdient es auch die Beachtung dieser Kreise. Daß es kritisch und mit zahlreichen Vorbehalten gelesen werden muß, bedarf nach dem Vorausgesagten keiner weiteren Erklärung. Leider hat der Gewerkschaftsbewegung eine statistische, wissenschaftliche und kritische Darstellung der deutschen Tarifentwicklung bisher gefehlt. Das Imlesche Werk kann diese Lücke ebenfalls nach keiner Richtung ausfüllen; es gibt nur eine allgemeine Übersicht und Anregungen für die Praxis. Es ist deshalb erfreulich, daß das Arbeitsstatistische Amt eine wissenschaftliche Durcharbeitung der von ihm mit Hilfe der Gewerkschaften gesammelten Tarifverträge nebst der Publikation des Wortlauts derselben plant. Dieses Werk wird für die deutschen Gewerkschaften, wie schon die bisher veröffentlichten Arbeiten im „Reichsarbeitsblatt" über die Tariflöhne und die tariflichen Arbeitszeiten erkennen ließen, ungleich wertvoller sein.

Ein Beitrag zur Agrarfrage.

Von Dr. **Salomea Perlmutter.**

(Schluß.)

5. Das Wesen der modernen Agrarfrage.

Alle die oben erwähnten kolossalen Einrichtungen des heutigen Austauschmechanismus vereinheitlichen und regeln die Preise der Landprodukte. Sie vermögen dieselben zeitweise zu erhöhen oder zu drücken, aber sie sind es nicht, die die Preise schaffen. Dies geschieht in der Produktionssphäre, welche heute ganz anders aussieht als im Anfang und in der ersten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts.

Vor der überseeischen Konkurrenz hatte die Produktion mit der Bevölkerungsvermehrung nicht Schritt gehalten. Es wurden infolgedessen Bodenstücke zum Anbau herangezogen, die früher wegen ihrer geringen Ergiebigkeit brach geblieben waren, und die Preise richteten sich nach den Produktionskosten auf dem schlechtesten Boden.

Seit dem Jahre 1880 bedrückt das überseeische Getreide den Markt schon durch seine bloße Existenz in den Produktionsländern; Überproduktion ist das Zeichen, in welchem der Getreidehandel sich in den letzten Jahren bewegt, und das Preisgesetz unterliegt einer gründlichen Umwandlung. Nunmehr sind es die billigsten Produktionsverhältnisse, welche die Preisbildung beherrschen, die Produktionsbedingungen auf den weiten Flächen der außereuropäischen Kolonien, wo die Naturkräfte dem Menschen unentgeltlich zur Verfügung stehen. Aber die Produktionsmächte, die für den Konsumenten so gütig sind, untergraben gleichzeitig die materielle Existenz der Landwirte, das heißt derjenigen wenigstens, die für den Markt produzieren, und so entsteht die Agrarfrage, die eigentlich eine Frage des Grundeigentums ist; die Frage der Erhaltung oder des Unterganges des heutigen Grundeigentums, keineswegs aber der Landwirtschaft.

Solange die Nachfrage dem Angebot vorauseilte und die Preise hoch standen, konnte die Steigerung der Intensität des Landbaus fortschreiten, und das ohne große Rührigkeit seitens der Landwirte und ohne Kapitalaufwand, auf dem Wege reicherer Düngung. Niedrige Preise stellen dem durchschnittlichen Landmann zwei Eventualitäten. Entweder er bestrebt sich, durch Anwendung neuer technischer Methoden und Düngmittel mit dem überseeischen Getreide erfolgreich zu konkurrieren, indem er durch erhöhte Arbeitsproduktivität den Preisfall wettmacht, oder er kehrt zu extensiveren Methoden zurück. Das erstere stellt

unserem durchschnittlichen Landmann manchmal unüberwindliche Schwierigkeiten, weil er weder über das nötige Kapital verfügt, noch die dazu notwendige Rührigkeit und Intelligenz besitzt. Das zweite Mittel wurde auch schon befolgt: in Amerika, Deutschland und England ist man vielerorts zu extensiverer Kultur übergegangen. Das Verhältnis zwischen Acker- und Weideland verschob sich zwischen 1875 und 1895 in England von 58 : 42 Prozent auf 48 : 52 Prozent. Und solange die überseeische Konkurrenz unseren Landproduktenmarkt beherrscht, kann von einer ernsten Intensifizierung des europäischen Landbaus nicht die Rede sein.

Mit den Getreidepreisen ist auch der Bodenwert gesunken, denn der Boden ist einer Aktie gleich; sein Wert wächst und fällt infolge von Faktoren, deren Entstehung und Wirkung der Landwirt nicht bewirkt. So gut, wie er ohne sein Verdienst die Früchte der sozialen Entwicklung einheimst, so ist er auch Opfer dieser sozialen Entwicklung. Die Folgen dieser Tatsache sind um so schlimmer, je mehr die Bodenpreise in den vorhergehenden Jahrzehnten künstlich hinaufgeschraubt wurden und viele Landwirte noch fortfahren, diese hohen Preise, für die sie ihre Landgüter gekauft haben, zu zahlen, während ihre Einkünfte so sehr gesunken sind. Aber die Grundbesitzer dürfen nicht mit der Landwirtschaft vermengt werden. Nach einem Besitzwechsel, der für die Nachfolger günstigere Bedingungen schaffen wird, werden diese sich vielleicht besser einzurichten wissen.

Jedenfalls aber ist die Hoffnung auf Beseitigung dieser Dissonanz nur relativ, und es ist die Frage, wie die Landwirte ihr entgegentreten werden: auf dem Wege der Zentralisation mit Intensifizierung auf Grundlage größerer Kapitalanlagen und der Anwendung von verbesserten technischen Mitteln, oder auf dem Wege der Dezentralisation, welche in der Zunahme von Kleinwirtschaften bestehen wird, die sich höchstens der intensiveren Handarbeit bedienen kann.

Mit einem Worte: es ist die Frage, ob Groß- oder Kleinbetrieb, und die Frage des Verhältnisses zwischen Klein- und Großbetrieb.

Was lehren die Tatsachen?

In England machte die Konzentration der Agrarunternehmungen bis zum Jahre 1885 unaufhörliche Fortschritte, aber seit dem Jahre 1885 trat eine Wendung ein. Die Zahl der Großwirtschaften und deren Größenfläche nimmt ab, gleichzeitig nehmen auch die Kleinwirtschaften ab, während die Zahl der Parzellen zunimmt.

Aber diese Tatsachen, die für den ersten Anblick zugunsten des Kleinbesitzes aussagen, müssen noch ins richtige Licht gezogen werden.

So sind es in diesem selben England die Wirtschaften von 100 bis 300 Acres, welche der Zersplitterung am meisten Widerstand geleistet haben, und solche Wirtschaften zählen auf dem Kontinent noch zu den Großgütern. Es fanden sich denn auch Stimmen in der englischen Enquete, welche als einzigen Ausweg für die englische Landwirtschaft die Bewirtschaftung großer Landflächen durch Ackerbausyndikate hinstellten.

Außerdem hat die Anschauung, daß der Gutshof und das kleine Bauerngut zwei ökonomische Kategorien sind, deren Verhältnis sich nur nach ihrer Dimension mißt, nur sehr relative Bedeutung. Selbst da, wo der Klein- und Großbesitzer für den Markt produzieren, werden sie nicht gleichmäßig von ihm berührt. Der Großbesitzer produziert für den Weltmarkt, der Kleinbesitzer,

wenigstens wo er kein Getreide produziert, für den lokalen Markt. Sie unterscheiden sich denn auch meistens durch den Produktionsgegenstand. Von den 2529132 Kleinwirtschaften in Deutschland, die weniger als 1 Hektar Fläche zählen, beschäftigen sich 28,1 Prozent mit Weinbau. Hingegen ist die Waldwirtschaft Aufgabe des Großbaus. Das wiederholt sich mehr oder weniger in allen Ländern. Und diese kleinen Gütchen, welche Garten-, Obst- und Weinbau betreiben, können nicht mit dem Maße der Getreide bauenden Güter gemessen werden, weil sie oft auf kleinem Umfang ein großes Vermögen darstellen.

Jedenfalls hat die tatsächliche Entwicklung die Meinung nicht gerechtfertigt, daß das Verhältnis zwischen Groß- und Kleinbesitz sich so gestalten werde, wie es auf dem Gebiete der industriellen Produktion geschah. Auf dem Gebiete der Landwirtschaft sind die Entwicklungstendenzen viel komplizierter und lassen sich nicht so absolut formulieren. Fast jede Provinz des gewaltigen internationalen Austauschgebietes stellt ein anderes Verhältnis zwischen Groß- und Kleinbetrieb dar. Eins ist sicher, daß dort, wo der Kleinbesitz die Grundlage der Produktion bildet, der agronomische Fortschritt wenig Boden zu seiner Entwicklung hat. Der technische Fortschritt setzt, wie wir es schon erwähnt haben, eine bestimmte Größeneinheit des Anbaugebiets voraus, ohne welche er nicht zur Anwendung gelangen kann. Wie groß diese Einheit ist, kann nicht von vornherein für immer festgestellt werden.

Dieser technische Fortschritt, verbunden mit Zeitgewinn infolge der zentralisierten Leitung und der Ersparnis an Ausgaben für Gebäude usw. sind es, welche für die Großwirtschaft sprechen. Erhält sich die Kleinwirtschaft trotz aller faux frais und trotz der wirtschaftlichen Rückständigkeit, während der Großbetrieb sich in Nöten befindet, so ist diese Tatsache eine Anklage nicht gegen den Großbetrieb, sondern sowohl gegen den Großbesitz, als auch gegen den Kleinbesitz, den nur seine Rückständigkeit über Wasser hält, also gegen den individuellen Bodenbesitz überhaupt, der zum Hemmnis des landwirtschaftlichen Fortschritts geworden ist. Denn in letzter Linie ist doch die vielgepriesene Begeisterung, mit welcher der Kleinbauer seinen Boden bearbeitet, nichts anderes als Überarbeitung und Aufreibung von Muskel- und Nervenkraft der ganzen Bauernfamilie, welche dem technischen Fortschritt die Wage halten soll und das kann doch nicht wirtschaftliche Überlegenheit genannt werden. Könnten wir noch dazu den Arbeitslohn berechnen, den der Bauer auf dem Markte für seine angestrengte Arbeit nimmt, so würden wir erst sehen, um wie viel der Kleinbauer, dieser moderne glebae adscriptus, hinter dem Lohnarbeiter steht. Der Bauer legt in sein Werk Arbeit hinein, ohne dieselbe zu berechnen, ohne auf Profit zu zählen, ohne den der Großbetrieb nicht existieren könnte. In seiner Unwissenheit und Ratlosigkeit ist er bereit, höheren Preis und Pachtzins für sein Grundstück zu bezahlen. Das ist auch eine Ursache mit, daß eben im Augenblicke, wo Bodenpreis und Bodenrente fallen, der Großgrundbesitz zerfällt. Der Bauer, der nur eine Arbeitswerkstätte sucht, kauft ihn dann für teures Geld, ohne sich um Rente usw. zu kümmern.

Im allgemeinen gestalten sich die Agrarverhältnisse verschieden in den verschiedenen Ländern Europas, je nach der Bodenbeschaffenheit, der Tradition, der Nähe der industriellen Zentren, der politischen Verhältnisse usw., so daß innerhalb desselben Staates große Unterschiede auftreten. Darum haben auch allgemeine Durchschnittszahlen keine große Bedeutung und geben wenig Bescheid über diese Verhältnisse.

In Belgien, für welches ausführlichere statistische Daten vorliegen, fiel die Zahl der Großgüter im Verhältnis zu den Kleingütern zwischen dem Jahre 1866 bis 1880, seit dem Jahre 1880 merken wir dagegen eine Wendung zugunsten der Großgüter. Aber diese Wendung, welche verschiedene sich kreuzende Faktoren bewirkt haben, hat nicht überall dieselben Verhältnisse zwischen Groß- und Kleinbesitz hervorgebracht. Die großen Industriezentren bewirken die Parzellierung des nächstliegenden Bodens. Die Spekulanten kaufen diesen Boden auf und parzellieren ihn zu hohen Preisen. Kleinpächter und Kleinwirte, die in der Stadt Lohnarbeit suchen, während deren Frauen und Kinder Gartenbau betreiben, finden sie immer die Fülle.

Im Lichte dieser Daten erhalten die Parzellenansiedlungen, wie auch viele Kleingüter einen ganz anderen Charakter, und sie treten auch nicht als höhere Wirtschaftskategorie, sondern als Resultat des Einflusses der Industrie auf die Agrarverhältnisse der nächsten Umgebung auf.

Außerhalb des Parzellenkreises, welcher seine Existenz der Nähe der Industriezentren verdankt, lagert sich, fast diesem konzentrisch, die Sphäre des intensiveren Landbaus, welcher seit 1880 Schauplatz der größeren Güterkonzentration ist. Städtische Kapitalisten kaufen dort kleine Ansiedlungen auf und vereinigen sie zu einem Ganzen entweder tatsächlich oder nur formell, ohne ihre Besonderheit zu vernichten. So ruft die Konzentration des Kapitals in der Stadt dieselbe Konzentration auf dem Lande hervor, indem es Grundstücke konzentriert. Und diese Konzentration ist so groß, daß sie die Parzellierung in der ersten und die noch zu erwähnende in der dritten Zone wettmacht. In der dritten von der Stadt entfernten Zone, welche sich durch extensiven Bodenanbau auszeichnet, sehen wir wiederum eine Parzellierung vor sich gehen, sie entsteht dadurch, daß die Latifundien schlechtere Bodenstücke verkaufen, um mit dem Gelde den Betrieb ihrer Güter zu verbessern.

Beweist schon diese Verteilung von Groß- und Kleingütern die Abhängigkeit des Agrarwesens von der kapitalistischen Entwicklung, so ist die Entwicklung des Pachtsystems in einem Lande ein noch größerer Beweis dieses kapitalistischen Charakters. Wie sieht es in Belgien damit aus? Von der ganzen bebauten Fläche waren im Jahre 1880 65,1 Prozent, im Jahre 1895 schon 68,9 Prozent verpachtet.

Und je schlimmer die Agrarverhältnisse, desto günstiger für den großen Grundeigentümer. In Zeiten der Krisis verkaufen die Bauern ihren Besitz, den der Kapitalist dann aufkauft, um ihn zu verpachten.

Für Deutschland ist es viel schwerer, ein Bild der Agrarverhältnisse zu geben; denn dies Land stellt größere Verschiedenheiten in bezug auf Bodenbeschaffenheit, Topographie, geschichtliche Tradition usw. vor, infolgedessen hat dort auch die Entwicklung des Kapitalismus nicht überall dieselbe Stufe erreicht. Hauptsächlich zerfällt das nördliche Deutschland in zwei Gebiete. Östlich der Elbe erstreckt sich das Gebiet der Latifundien und im Rheingebiet überwiegt der Kleinbauer. Der östliche Teil war vor der überseeischen Konkurrenz der Schauplatz sehr energischer Eigentumskonzentration. Unter dem Einfluß der wachsenden Getreideausfuhr erweiterten sich die Latifundien. Ganze Dörfer mit ihren Ansiedlungen verschwanden in der Umgegend Posens zugunsten der Großgüter. Nach 1880 folgt in diesem Prozesse eine Wendung. Der Preisfall wirkte natürlich zu allererst auf die schlechtbewirtschafteten Großgüter, welche auf dem Wege der Parzellierung schlechterer Bodenstücke sich retten wollten.

Die Fläche der Latifundien sank herab, und 168 größere Güter von mehr als 100 Hektar gingen ein. Trotzdem hat die Bodenkonzentration nicht aufgehört, und wenigstens in manchen Gegenden dieses Ostelbiengebietes verschärft sie fortwährend den Antagonismus zwischen Groß- und Kleingut.

Das Rheingebiet ist das klassische Gebiet des Kleinbaus. Und doch treffen wir dort ganz unerwartete Erscheinungen. Der Kleinbesitz verfällt, wobei nicht nur die Zahl der Bauerngüter, sondern auch deren Flächendimension herabgeht, während der Großbesitz sowohl an Güterzahl wie auch an Flächengröße zunimmt. Und nebst den Latifundien wächst auch der mittelbäuerliche Besitz an Kraft, was nicht nur für die Rheinländer, sondern auch für ganz Deutschland gilt. Die überseeische Konkurrenz hat in Deutschland auf die Latifundien nicht tödlich gewirkt, wie es den Anschein hatte.

Auch in Frankreich ging die Entwicklung in zweierlei Richtung vor sich, je nach den Bedingungen der Landteile. Das nördliche Frankreich, nördlich von der Loire und links des Isèreufers, ist Schauplatz der Bodenzerstücklung; südlich der Loire schreitet die Bodenkonzentration in viel größerem Maße fort, als wie die Statistik es verzeichnet. Die Zahl der Besitzer ist viel geringer als die der Ansiedlungen.

Außer in Deutschland also, wo durchschnittlich der Mittelbesitz die Überhand gewinnt, sehen wir in allen Ländern zwei Tendenzen hervortreten. Einerseits die Zunahme der Parzellen und der kleinbäuerlichen Wirtschaften, welche jede rationelle Bewirtschaftung unmöglich macht und den Mangel an Ausnutzung des technischen Fortschritts durch angestrengten Arbeitsaufwand wettmachen will; und gleichzeitig die Zunahme von Latifundien, trotzdem daß die Agrarkrisis sie stärker als alle anderen Formen angegriffen haben sollte.

Die statistischen Daten geben uns kein volles Material, an welchem die Bodenkonzentration studiert werden könnte. Viel Licht könnte in diesem Punkte eine entsprechend durchgeführte Bodenverpachtungsstatistik verbreiten, aber so, wie sie heute ist, klärt sie uns wenig über die Bodenkonzentration auf.

Das Pachtsystem ist überall, wo es auftritt, Erscheinung des in die Sphäre der Landwirtschaft eindringenden Kapitalismus. Es erlangt auch dort seine größte Entwicklung, wo die Geld- und Warenwirtschaft die größte Ausdehnung gewonnen hat. Mit dem Bodenpachtsystem tritt erst die Grundrente in ihrer eigentlichsten Gestalt und Reinheit auf, indem sie sich von Unternehmerprofit und Lohnarbeit trennt. Aber der Kleinpächter zeigt durch seine Existenz höchstens nur die Unterjochung des Bauern durch den Bodenmonopolisten an. In der Rente des Kleinpächters ist sehr oft ein Teil seiner Lohnarbeit mitenthalten, und daher verkündet die Zunahme der Parzellenpachtungen vergrößerte Abgaben des Bauern an den Kapitalisten. Darum bleibt eine jede Statistik so lange unvollkommen, als sie nicht nur die Einteilung in Kategorien nach Flächengröße, sondern auch die Konzentration der Eigentumstitel und die Entwicklung der verschiedenen Pachtformen und Bodennutzungen, wie Deputatsverhältnisse, Halbpacht, Instverhältnisse usw. berücksichtigt.

In solchem Lichte besehen, stellt sich uns die Entwicklung in wirtschaftlich fortgeschrittenen Ländern ganz anders dar, also nicht als Eldorado des unabhängigen Kleinbesitzes. Die Parzellen und ein ansehnlicher Teil der kleinen Landwirtschaften in Belgien, Holland, Frankreich und Westdeutschland treten zugleich mit großer Verbreitung des Pachtsystems auf. Und da der Prozentsatz der Pachtfälle in den westlichen industriellen Ländern wächst, so muß an-

genommen werden, daß diese Tatsachen miteinander zusammenhängen und daß hinter den Parzellenpächtern Kapitalisten stehen, die mehrere Eigentumstitel in ihren Händen vereinigen.

Der unabhängige Kleinbesitz geht zurück. Aber auch der Vorteil des Kleinbetriebs vor dem Großbetrieb ist sehr problematisch. Im „Vorteil" sind nur diejenigen Kleingüter, welche alle Familienkräfte in Anspruch nehmen, nur für Eigengebrauch arbeiten und mit dem Markte wenig in Berührung kommen. Diese werden in der Regel auch vom Fortschritt in der Technik gar nicht berührt und verdanken ihre Forterxistenz der Anspruchslosigkeit ihrer Eigentümer.

Die Kleingüter, welche für den Markt betrieben werden, hören auf, unabhängig zu sein, und stellen nur nominell „Kleinbetriebe" dar.

Sehen wir uns so einen Zuckerrübenrayon an, wie da alle „kleinen Güter" samt ihren Eigentümern nach der Pfeife der Zuckerfabrikkontors tanzen müssen. Da schwinden die alten Wege, die Raine, welche die Rübenfelder trennten, werden abgeschafft, Geräte, Dünger usw. müssen einheitlich, nach Plan angeschafft werden. Ist es dann „Kleinbetrieb", wenn auch jeder „Eigentümer" auf seinem Rübenfeld besonders die Befehle des Fabrikplans ausführt? Dasselbe gilt aber auch unseres Erachtens von der Bauerngenossenschaft. Welcher Art sie sein möge, Kredit-, Kaufs-, Verkaufs-, besonders aber „Produzenten"-(Produktiv)-Genossenschaft, wie zum Beispiel die Milcherei-, Käserei- usw. Genossenschaften, alle verschaffen sie nicht nur dem Kleinbetrieb die Vorteile des Großbetriebs, sondern sie heben vielfach die „vergenossenschaftlichten" Kleinbetriebe auf die Stufe eines Großbetriebs. Und darin liegt ihre Bedeutung. Im Vergleich zu den vereinzelten Kleinwirtschaften stellen sie ein höheres Gebilde dar, welches im Verein und parallel mit den Großbetrieben der Lösung der Agrarfrage entgegentreiben wird.

Doch werden weder der Kleinbetrieb noch deren Genossenschaften die Agrarfrage oder gar die soziale Frage lösen, so daß es erstrebenswert wäre, der Beschleunigung dieser Lösung halber eine Parzellierung sämtlicher Großgüter vorzunehmen.

Der Autor stützt diese Ansicht durch eine sehr eingehende und vielerorts originelle Erklärung der Bauernfrage und Darstellung der bäuerlichen Genossenschaftsbewegung, wobei die Frage der ländlichen Lohnarbeiter und die Lohnfrage der Kleinbesitzer und ländlichen Hausarbeiter sehr interessant beleuchtet wird.

Krzyrickis Buch ist daher auch für die westeuropäischen Sozialdemokraten eine sehr bedeutende Erscheinung und wert, ihnen zugänglich gemacht zu werden.

Selbstanzeige.[1]

Von **Max Maurenbrecher.**

Als Ende Juni letzten Sommers der Herausgeber der „Kulturbilder" an mich herantrat mit der Aufforderung, ich solle die Abfassung des in diesem Jahre fälligen Bandes übernehmen, wählte ich ohne langes Besinnen dafür das Thema der preußischen Geschichte. Nicht daß ich gerade für dieses Thema über intensivere

[1] Die Hohenzollernlegende, von Max Maurenbrecher. Zweiter Band der Sammlung: „Kulturbilder", herausgegeben von der Buchhandlung Vorwärts in Berlin. 50 Lieferungen à 16 Seiten für je 20 Pfennig. Das erste Heft wurde ausgegeben am 1. April 1905.

Vorarbeiten verfügt hätte; dazu hatten mir andere Tätigkeiten noch nicht Zeit gelassen. Aber es war mir seit lange ein Problem: wenn man einmal mit der alten Methode, alle politischen Schöpfungen rein aus dem Genie oder dem Wagemut „großer Männer" abzuleiten, gebrochen hat, welche Kräfte sind es dann gewesen, die den preußischen Staat schufen, aus welchen wirklichen Ursachen heraus ist sein Wachstum dann zu erklären? Ich wollte die Gelegenheit benutzen, zunächst mir selbst und dann vielleicht auch anderen auf diese Frage eine Antwort zu suchen.

Das Thema ist in seiner ganzen Ausdehnung meines Wissens in der sozialistischen Literatur noch nicht behandelt. Mehrings Lessing-Legende enthält ja eine ganz kurze Skizze der älteren preußischen Geschichte und in einigen Kapiteln eine tiefergreifende Analyse des preußischen Staates im achtzehnten Jahrhundert; seine „Geschichte der Sozialdemokratie" liefert dasselbe für die zweite Hälfte des neunzehnten. In beiden Darstellungen ist die Grundlage für eine auf der Marxschen Methode beruhenden Geschichtschreibung gegeben. Ich bekenne dankbar, einen starken Teil der eigenen Auffassung von daher gelernt zu haben. Aber auf Grundlage dieser Skizzen den vollen Ablauf der preußischen Geschichte zu schildern, ist bisher in der sozialistischen Literatur noch nicht versucht worden.

Dabei wird es je länger je mehr auch ein Bedürfnis der täglichen Agitation, eine solche Darstellung zu besitzen. Immer stärker ist der Geschichtsunterricht der Volksschule eine öde Heroisierung der Hohenzollern geworden; immer mehr durchsetzt sich auch die Universitätswissenschaft mit der Auffassung, die Hohenzollern seien ein besonders begnadetes Fürstengeschlecht von unbedingter Gerechtigkeitsliebe, Selbstaufopferung, Vaterlandsliebe, Nationalgesinnung und landesväterlicher Fürsorge gewesen. Es ist dieser steigenden Idealisierung gegenüber dringend nötig, daß endlich einmal wenigstens in den Köpfen des Proletariats ein bestimmtes Wissen, eine realistische Auffassung über diese Dinge Platz greife. Besonders im Hinblick auf die Zerstörung der Volksschullegende ist das vorliegende Buch geschrieben.

Es boten sich von vornherein zwei Wege, auf denen die Darstellung diese Aufgabe zu lösen versuchen konnte. Man konnte, anknüpfend an die unwahre Idealisierung der einzelnen Charaktere in der Schullegende und teilweise ja auch in der Wissenschaft, realistische Porträts der einzelnen Fürsten zu zeichnen versuchen. Es wäre bei den meisten nicht viel zu loben gewesen; namentlich das Idealbild eines Friedrich Wilhelm, der der „Große Kurfürst" heißt, wäre auf Grund neuerer Publikationen wohl endgültig in Trümmer gegangen. Man hätte so die Volksschullegende von den „Heiligen" zerstört und Bilder wirklicher Menschen an ihre Stelle gesetzt. Oder aber man konnte darauf ausgehen, das zufällig Persönliche überhaupt, soweit möglich, aus der Darstellung zu eliminieren. Man konnte versuchen, die tieferen Kräfte aufzuzeigen, die dieses Staatswesen schufen, und die sich immer durchgesetzt haben, mochte gerade ein Idiot oder ein „Genie" auf dem Throne sitzen. Man erreichte so eine entwicklungsgeschichtliche Darstellung, für die die persönlichen Vorzüge oder Schwächen der Fürsten eine sehr nebensächliche Sache werden; man überwand die Volksschullegende, indem man die Erzählung überhaupt auf einen ganz neuen Boden, vom Biographischen fort in das Entwicklungsgeschichtliche rückte.

Ich habe den zweiten, als den meiner Auffassung nach in der Sozialdemokratie allein wissenschaftlich heimatberechtigten Weg gewählt. Damit entfiel für diese Darstellung allerdings die Möglichkeit des moralischen Pathos, das die ältere bürgerlich-demokratische Bearbeitung der Fürstengeschichte in so reichlichem Maße durchzieht. Es ist das Lebensgesetz jedes Fürstentums, daß es nach Herrschaft strebt; Macht ist für den Monarchen, was der Profit für den Kapitalisten und die Sehnsucht nach Freiheit und Kultur für den Proletarier ist: die innere Triebfeder, das innere Selbstinteresse, das alle seine Handlungen leitet. Der Egoismus der Macht ist, rein abstrakt betrachtet, ebenso moralisch „berechtigt", besser gesagt, er ist ebensosehr eine geschichtliche, einfach vorhandene Kraft, die als solche jenseits von Gut und Böse steht, wie der Egoismus des Profits oder der Egoismus der Freiheit. Die

ganze Aufgabe kann nur sein, durch alle Ideologien des Patriotismus und der Treue hindurch diesen Egoismus der Macht zu zeigen und seine Adern bloßzulegen. Gerade je realistischer wir ihn erfassen, um so weniger werden wir in der Gefahr sein, von der geschichtlichen Kraft des Herrscheregoismus eine Emanzipation der Ausgebeuteten oder eine neue Gesellschaft zu hoffen. Die realistische Betrachtung, daß der Monarch seinem innersten Wesen nach gar nicht anders kann, als nach Macht und Herrschaft streben, mag ihn im Einzelfall moralisch entlasten; aber gerade sie wird der Arbeiterschaft immer wieder den Gedanken erzeugen, daß für ihre eigenen innerlichsten Interessen bei diesem Monarchen nichts zu hoffen ist. Sie wird daher auch der praktischen Agitation am besten dienen.

So ist die moralische Beurteilung meist auf das Motto gestimmt, das Hans Heinz Ewers mal in einer seiner Fabeln braucht: „Nur mach den guten Bandwurm mir nicht schlecht, von seinem Standpunkt hat er völlig recht.“ Aber für die historische Erklärung der Entwicklung ist damit allein noch nichts getan. Darum stand für mich im Vordergrund der Untersuchung immer wieder die Frage: wodurch wurde es möglich, daß im einen und anderen Falle das permanente Streben nach Macht Erfolg hatte und im anderen nicht? Mögen die moralischen Mittel des Sieges der Fürsten schließlich so gemein gewesen sein wie nur möglich: Treubruch, Gewalttat, Verstellung und Betrug — das alles soll natürlich nicht verheimlicht werden! — die entscheidende Frage ist doch immer die: warum haben sie siegen *können*? Und hier geben nur die Verhältnisse die Antwort. Ein gut Teil Mühe ist daher jedesmal auf die Klarlegung der geographischen, wirtschaftlichen oder politischen Verhältnisse gelegt worden, die Sieg oder Niederlage der Hohenzollern erklären. Das biographische, anekdotische Material tritt gegenüber dem zuständlich-statistischen oft mehr, als mir selber lieb war, zurück; aber der Raum gebot zu unnachsichtlich eine Beschränkung.

Hierin liegt auch der Unterschied dieser Darstellung der preußischen Geschichte von der, die die bürgerliche Wissenschaft gibt. Von Droysen bis Prutz bieten sie alle rein politische Geschichte mit angehängten Kapiteln über die innere Verwaltung. Und die politische Geschichte ist auch weiter nichts als Diplomatengeschichte. Prutz hat Bedeutendes geleistet für die Aufhellung der Geschichte des Kurfürsten Friedrich Wilhelm; aber eine tiefere Darlegung über die wirtschaftlichen Gründe der Überlegenheit Frankreichs sucht man bei ihm vergebens. Er ebensowenig wie seine Vorgänger heben die preußische Politik aus dem Zufälligen und Moralischen in das Notwendige und Entwicklungsgeschichtliche hinauf. Und dabei kommt ein solches Hinaufheben gerade den Monarchen selbst am meisten zugute. Nach Droysen und seinen Nachfolgern sind an allem Unglück nur die Charaktere der Fürsten schuld: sie waren zu weich, zu sentimental, zu furchtsam, zu unentschlossen, um große Taten zu tun. Mir war es ganz absonderlich zu Mute, gelegentlich einen Georg Wilhelm oder Friedrich I. gegen den Monarchisten Droysen, den Vater der Hohenzollernlegende, schützen zu müssen. Aber es ist einmal so: „Wir sind keine Monarchisten; aber eben deshalb wissen wir auch gegen Monarchen gerecht zu sein.“ (Mehring, „Neue Zeit“, XV, 1, S. 771.)

Es würde mir vermutlich wesentlich viel besser geglückt sein, meine Absicht voll zu erreichen und auch die entwicklungsgeschichtliche oder zustandsgeschichtliche Methode der Darstellung zu Anschaulichkeit und Plastik zu bringen, wenn ich, wie ein Universitätsprofessor, ein halbes Menschenalter für eigenes Durcharbeiten der primären Quellen hätte dransetzen können. Aber das ist ja dem Schriftsteller meist versagt, der vom Ertrag seiner Feder zu leben hat. So bin ich im wesentlichen ganz auf die Literatur angewiesen gewesen und habe mir aus ihr das Bild des Geschichtsverlaufs nachkonstruieren müssen. Das hat den Nachteil, daß ich in allem zitierbaren Quellenmaterial ganz von den Vorgängern abhängig war. Zweifellos hätte ich bei größerer Muße des Suchens noch prägnantere Beispiele zur Veranschaulichung zu finden vermocht, vielleicht auch ganz neue Seiten der Entwicklung er-

schlossen, für die die Droysen und Schmoller mit ihren Schulen blind waren. Aber ein Schelm gibt mehr, als er hat. Ich habe in den etwa fünfviertel Jahren, die bis zur letzten Vollendung des Manuskripts zur Verfügung stehen, mit der Bewältigung auch nur eines Bruchteils der vorhandenen Literatur reichlich genug zu tun gehabt. Nur das ist mein Bestreben gewesen, allein die Literatur zu benutzen, die selbst aus erster Hand, aus den Urkunden, schöpfte. Manche Lieblingsanekdote der Erzähler hat darüber fallen müssen; aber ich glaube dafür doch annähernde Zuverlässigkeit für die Dinge in Anspruch nehmen zu dürfen, die ich erzähle. Am Ende des Buches werde ich in Anmerkungen meine Quellen gewissenhaft namhaft machen. Die Fachgenossen mögen dann entscheiden, ob jener Grundsatz, nur Darstellungen erster Hand zu benutzen, mir annähernd geglückt ist oder nicht.

Zum Schluß gedenke ich noch der Illustrationen. Sie bieten, wie das bei einer modernen Illustration nicht anders sein darf, ausschließlich Dokumente aus den behandelten Zeiten selbst dar, haben also in sich urkundlichen Wert. Auf ihre Auswahl, Anordnung und Betitelung habe ich keinen Einfluß gehabt. Alles Lob, das ihnen etwa zu zollen ist, gebührt darum nicht mir, sondern dem Herausgeber und dem Verlag.

Literarische Rundschau.

Dr. Friedrich Fellner, Professor der Nationalökonomie an der Budapester Handelsakademie usw., **Die Schätzung des Volkseinkommens.** Vorgelegt der in Berlin abgehaltenen IX. Tagung des Internationalen Statistischen Instituts. Berlin 1904, Puttkammer & Mühlbrecht. 46 S. 8°.

Das Problem der Produktionsstatistik wie der Feststellung des Volkseinkommens oder gar des Volksvermögens hat Praktiker und Theoretiker, Statistiker wie Nationalökonomen stets lebhaft interessiert, aber man kann nicht behaupten, daß brauchbare Methoden für diese Untersuchungen gefunden wurden. Die Elemente für Statistiken dieser Art fehlen vollkommen, ja über die Grundlagen der Berechnungen herrscht keine Einigkeit. Dies beweist auch der Verfasser der vorliegenden Schrift, der lang und breit erörtert, ob die Arbeitslöhne zu den Produktionskosten zu rechnen sind, und zu dem merkwürdigen Schlusse gelangt, „daß die Arbeitslöhne volkswirtschaftlich nicht als Produktionskosten betrachtet werden können".

Den größten Umfang in der Arbeit nimmt die Schätzung des Volkseinkommens in Ungarn ein. Wenn der Verfasser den Beweis beabsichtigt hätte, daß eine Schätzung des Volkseinkommens mit den vorhandenen statistischen Behelfen unmöglich ist, so wäre ihm diese Absicht wohl gelungen. Aber der Verfasser geht mit fürchterlichem Ernst an seine Aufgabe, so daß wir ihm diese nihilistische Tendenz nicht zutrauen dürfen. Er operiert mit größtem Eifer mit Zahlen aus verschiedenen Jahren, mit unzulässigen Kombinationen und Vermutungen. Quantitativ könnte man seine Arbeit mit einiger Ironie als die größte Leistung der Konjekturalstatistik bezeichnen. Einige Stichproben sollen das beweisen. Bei der Wollproduktion „nimmt er an", daß in Ungarn ebensoviel Schafe wie Lämmer vorhanden sind, „er nimmt an", daß das in Ungarn konsumierte Federvieh und die verbrauchten Eier ebenso große Mengen darstellen, als die über die Grenzen gehenden Waren dieser Art. Bei der Obstproduktion stützt er sich auf Zahlen aus dem Jahre 1864, bei der Feststellung der steuerzahlenden Handwerker und Fabrikangestellten auf Angaben aus dem Jahre 1890, bei der Schätzung der ausländischen Wertpapiere in Ungarn auf Zahlen aus dem Jahre 1901. Obgleich für die ungarische Industrie das Kleingewerbe ausschlaggebend ist, muß er zugestehen, daß für dasselbe überhaupt gar keine Daten vorhanden sind. Für den Wert der Arbeitsmaschinen akzeptiert er eine willkürliche Schätzung. Er gesteht zu, daß ausführliche und genaue Daten über die vom Ausland nach Ungarn an Zinsen, Renten usw. einlaufenden Summen nicht vorhanden

sind, aber es hindert ihn nicht, zu „schätzen". Er vermutet, daß die aus dem Ausland einlaufenden Einkommen der sich im Inland aufhaltenden Ausländer ausgeglichen werden durch die vom Inland in das Ausland fließenden Einkommen der im Ausland lebenden Einheimischen, obgleich vieles dafür spricht, daß aus diesen Gründen der Abfluß von Geld aus Ungarn stärker sein muß als der Zufluß. Der Verfasser gesteht zu, daß die Schulden des Landes an Zinsen, Renten usw. mit „annähernder Pünktlichkeit nicht festgestellt werden" können, aber das hindert ihn nicht, bestimmte Summen hierfür in Rechnung zu stellen. Er nimmt das tatsächliche Einkommen dreimal so hoch an wie das zur Besteuerung festgestellte Einkommen, selbstverständlich könnte man es mit gleichviel Recht 2½- oder 4¼mal so hoch annehmen. Er bestimmt das Einkommen der „in niedrigen persönlichen Dienstleistungen" Beschäftigten mit 600 Kronen für die Männer und 300 Kronen für die Frauen, obgleich jede statistische Handhabe für eine derartige Annahme fehlt.

Und das Ergebnis dieser auf zahllosen luftigen Schlüssen beruhenden Rechnung ist mit frappierender Genauigkeit die Feststellung des reinen Volkseinkommens Ungarns mit 3210627497 Kronen, wozu noch ein Einkommen aus persönlichen Dienstleistungen von 605209890 Kronen kommt. Und mit ebensolcher Genauigkeit berechnet der Verfasser, daß 65,27 Prozent des Volkseinkommens aus der Urproduktion, 21,52 Prozent aus der Industrie, 11,47 Prozent aus Handel und Verkehr, 1,74 Prozent aus Zinsen und Renten aus dem Ausland stammen; und bis auf den Heller genau berechnet er das durchschnittliche Einkommen sowohl für den Kopf der Bevölkerung als für die Einheit der Familie, bis auf die zweite Dezimalstelle genau kann der Verfasser berechnen, wieviel Rente das Volksvermögen durch die Arbeit des Volkes abwirft. Wer guten Glaubens ist, der erfahre, daß es 10,32 Prozent sind.

Jeder Lehrer der Statistik sollte seinen Studenten als abschreckendes Beispiel für den Unfug, der mit der Statistik getrieben werden kann, die Schrift des Professors der Nationalökonomie Dr. Fellner zum genauen Studium empfehlen. ad. br.

Weidmann, A., Stud. jur., **Handbuch der eidgenössischen Fabrikinspektion.** Übersicht über alle Zweige der Inspektion auf Grund der Berichte von 1900/1901. (Separatabdruck aus der „Zeitschrift für schweizerische Statistik" 1904.) Bern 1904. IV und 159 S., kl. 8°.

Man kann behaupten, daß je ausgebildeter die Gewerbeaufsicht wird, desto weniger übersichtlich ihre Berichte erscheinen. Und man darf dies nicht zum Anlasse von Beschwerden machen, denn man würde damit den Regierungen wieder den Weg ebnen zu einer mit der Gefahr der Tendenzmacherei verknüpften Redigierung der Originalberichte. Was man fordern kann, ist absolut getreue Wiedergabe der Berichte, wie sie von den Beamten der vorgesetzten Stelle eingeliefert werden, und genaue, jede Einzelheit berücksichtigende Register. In Deutschland sind früher sehr berechtigte Beschwerden über die Unvollkommenheit der Register im Reichstage und in der Presse erhoben worden; die Berichte der Einzelstaaten erscheinen häufig noch heute, so zum Beispiel der badische, ohne Register und mit einem vollständig ungenügenden Inhaltsverzeichnis. Wohl die gleichen Klagen haben Anlaß gegeben zu der angezeigten Schrift, deren Titel freilich irreführend ist. In dankenswerter Weise sucht diese Zusammenfassung der Fabrikinspektorenberichte deren wertvollen Inhalt systematisch zu gruppieren, indem die Einzelangaben der Fabrikinspektoren über Betriebe, Betriebskräfte, Arbeiter, Arbeitszeit, Arbeitslokale, Fabrikordnung, Lohnwesen, Arbeitsmarkt, Arbeiterorganisation, Unfallwesen, Alkohol, Gesetzesvollzug, Wohlfahrtseinrichtungen zusammengestellt wurden. Fast jedes dieser Kapitel zerfällt in eine Reihe von Unterabteilungen, so daß man sich leicht über einzelne Erscheinungen informieren kann. Bedauerlich ist nur, daß im Jahre 1904 der Bericht für das Jahr 1900/1901 zur Grundlage der Arbeit genommen wurde. ad. br.

Notizen.

Konsumvereine und Sozialdemokratie. In Nr. 25 der „Neuen Zeit“ wirft Fleißner mir vor, daß ich in meiner Erwiderung in Nr. 23 auf den Kern seiner Ausführungen nicht eingegangen sei. Das ist Fleißners Ansicht; er wird mir gestatten, daß ich anderer Meinung bin. Fleißner meint ferner, es wäre ihm sehr interessant gewesen, wenn ich meine Stellung zu den von ihm behandelten Vorgängen klargelegt hätte. Ich hätte mich in bezug auf die prinzipielle Seite seiner Erörterungen auf die sonderbare Redensart zurückgezogen, das seien Ansichtssachen, über die sich nicht streiten lasse. Ich muß offen gestehen, daß ich in den Ausführungen Fleißners eine prinzipielle Seite nur insoweit gefunden habe, als es sich um die Neutralität der Konsumgenossenschaftsbewegung handelt, und ich meine auch klipp und klar zum Ausdruck gebracht zu haben, wie ich darüber denke.

Aus der Erwiderung in Nummer 25 will mir scheinen, daß auch Fleißner die Neutralitätsfrage als die prinzipielle Seite der Sache betrachtet, denn er schreibt wörtlich:

„Ich habe behauptet, daß die Konsumvereinsbewegung in Deutschland immer mehr von Leuten zu beeinflussen gesucht wird, die nach ihren Ausführungen in ihr ein Mittel zum Zwecke *gegen* die Sozialdemokratie zu erblicken scheinen, und daß ich diese Strömung in ihren Konsequenzen ebenso nachteilig für die Konsumvereinsbewegung wie für die sozialdemokratische Arbeiterbewegung halte. *Darauf allein* kommt es an. Genosse Kaufmann aber geht mit keinem Worte auf diese Feststellungen und Erörterungen ein.“

Dem gegenüber kann ich nur wiederholen, was ich schon in Nr. 35 der „Neuen Zeit“ gesagt habe, nämlich, daß die Konsumgenossenschaftsbewegung ebensowenig, wie sie ein Werkzeug *in der Hand* einer politischen Partei sein kann und will, auch sich nicht zu einem Werkzeug *gegen* irgend eine politische Partei mißbrauchen lassen wird. Die Ansicht Fleißners, daß in dieser Richtung sich eine steigende Gefahr bemerkbar macht, teile ich nicht. Nicht heute, sondern in früheren Jahrzehnten bestand in weiten Kreisen des Bürgertums die Hoffnung, mit Hilfe der Konsumgenossenschaftsbewegung der Sozialdemokratie die Arbeitermassen abwendig machen zu können. Diese Hoffnung mußte man fahren lassen, als die moderne Konsumgenossenschaftsbewegung den Standpunkt der Neutralität proklamierte. Das Aufgeben jener Hoffnung ist auch eins von den Flüßlein, die in den Meerbusen von Kreuznach mündeten. Wenn heute noch in dieser Beziehung gelegentlich Entgleisungen vorkommen, so sind sie nicht ernster zu nehmen, als Entgleisungen auf der anderen Seite, die zu verhindern wir ja auch nicht die Mittel haben. Wie Fleißner sich erinnern wird, besitzt der Anwalt Dr. Crüger einen ganzen Sack voll Zitate, durch die er den politischen Charakter der modernen Konsumgenossenschaftsbewegung zu beweisen versucht. Ich habe aber nie gefunden, daß ernsthafte Männer die Dr. Crügersche Beweisführung ernst genommen haben. Fleißner mag mir schon verzeihen, wenn ich seinem Zitatenmaterial auch keine größere Beweiskraft beimesse. Darin stimme ich selbstverständlich mit ihm durchaus überein, daß eine solche Strömung, wenn man ihr Raum geben würde, der Konsumgenossenschaftsbewegung schaden könnte und vermutlich auch schaden würde. Ich betone noch einmal, eine solche Strömung wird, wenn sie entstehen sollte — gegenwärtig ist sie meines Erachtens nicht vorhanden —, innerhalb des Zentralverbandes deutscher Konsumvereine keinen Boden gewinnen, wie ja jetzt auch immer mehr anerkannt wird, daß die von Dr. Crüger behauptete entgegengesetzte Strömung in unseren Reihen nicht vorhanden ist. Der Zentralverband deutscher Konsumvereine ist neutral und wird neutral bleiben.

Heinrich Kaufmann.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 29 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Das Eine und das Andere.

⸗ Berlin, 12. April 1905.

Während der Reichstag in seine Osterferien gegangen ist, unter wehmütigen Klagen der bürgerlichen Presse über das vollständige Absterben des bürgerlichen Parlamentarismus, ist das verehrliche Publikum um so stärker gefesselt worden durch eine Reihe von Skandalprozessen, die sich vor den gerichtlichen Schranken abgespielt haben oder noch abspielen: den Ruhstrat-Prozeß in Oldenburg, den Klatsch- und Meineidsprozeß in Detmold, den Prozeß in Worms wegen Sittlichkeitsverbrechen, den Prozeß in München wegen Urkundenfälschung und Betrugs und vermutlich auch noch wegen Gattenmordes. Dazwischen dann noch als heiteres Zwischenspiel den Prozeß in Stuttgart, wegen angeblicher Majestätsbeleidigung, die an dem König von Sachsen verübt worden sein sollte: als heiteres und gewissermaßen auch tröstliches Zwischenspiel, denn die glänzende Abfuhr, die der Staatsanwalt bei den Stuttgarter Geschworenen erlitt, zeigte in erfreulicher Weise, daß es auch in der bürgerlichen Welt noch gesunden und kernigen Menschenverstand gibt.

Sonst aber zeigen alle diese Prozesse, wie die verschiedensten Schichten der herrschenden Klassen von einer gemeingefährlichen Korruption zersetzt sind: neben dem Justizminister, der wildem Hasardspiel frönte, steht der hohe Geistliche, der Leib und Seele der heranblühenden Jugend verwüstete, und der Arzt, der ein reiches Mädchen heiratete und sich in heiterster Stimmung ihres Erbes bemächtigte, derweil sie selbst eines noch unaufgeklärten Todes starb. Und wenn im Detmolder Prozeß zweifelhaft geblieben sein mag, ob die Geschworenen das Richtige getroffen haben, als sie eine Frau aus den feinsten Kreisen der Bourgeoisie des Meineids für schuldig befanden, so enthüllten doch die Verhandlungen dieses Prozesses, daß in den „Kreisen von Besitz und Bildung" ein Intrigen- und Klatschwesen herrscht, wie es so boshaft und kindisch auch nur zu erfinden dem rachsüchtigsten Feinde der kapitalistischen Gesellschaft unmöglich sein würde. Es ist ein vollständiger Bankbruch an jeder intellektuellen und

moralischen Bildung, den man sich selbst dann nur mit Mühe vorstellen kann, wenn man seine urkundlichen Zeugnisse schwarz auf weiß liest.

Gleichwohl ist diese Häufung der Skandalprozesse längst nichts Neues mehr. Man kann bald noch eher die Sandkörner am Meeresstrande zählen als die Fäulnissymptome dieser Art, die seit einem Menschenalter unaufhörlich am Leibe des Deutschen Reichs erschienen sind, womit nicht gesagt sein soll, daß es in anderen Staaten auf gleicher Höhe der kapitalistischen Gesellschaft irgendwie besser aussieht. Es hieße nur das umgekehrte Spiel jener bürgerlichen Heuchler spielen, die angesichts solcher Erscheinungen noch den traurigen Mut haben, von „deutscher Ehrbarkeit und Zucht" zu sprechen, wenn man sagen wollte, es sehe in Deutschland schlechter aus als in anderen Ländern, in denen gleiche oder ähnliche soziale Voraussetzungen bestehen. Wenn es ein Trost ist, wie im Unglücke, so auch in der Korruption Genossen zu haben, so genießt Deutschland dieses Trostes allerdings in vollem Maße. Aber es ist freilich ein schlechter Trost, denn er besagt im Grunde nur, daß jede Möglichkeit fehlt, diese Dinge jemals zu bessern, es sei denn, daß die menschliche Gesellschaft auf ganz andere Grundlagen gestellt wird, als ihr die kapitalistische Gesellschaft zu bieten vermag.

Das wäre freilich nur ein schlechter Trost für die besitzenden Klassen, und man könnte meinen, es sei ein um so besserer Trost für das Proletariat. Allein wenn von unserer Seite früher argumentiert wurde, daß je mehr sich solche Skandale häuften, das Ende der kapitalistischen Herrschaft desto näher sei, so muß man je länger je schärfer erkennen, daß diese Beweisführung verfehlt ist. Weist man auf den Halsbandprozeß vor der großen französischen Revolution oder auf den Mord der Herzogin Choiseul-Praslin vor der Februarrevolution hin, als Vorboten eines nahenden Zusammenbruchs, so müßte nach der Analogie dieser Fälle von der heutigen Gesellschafts- und Staatsordnung längst kein Stein mehr auf dem anderen stehen; in so riesigen Dimensionen sind seit einigen Jahren nicht nur, sondern schon seit einigen Jahrzehnten die gesellschaftlichen Skandale innerhalb und außerhalb der deutschen Grenzen gewachsen. Aber von ihrer revolutionierenden Wirkung ist nichts zu spüren; konnte man früher häufig selbst in bürgerlichen Kreisen hören: So geht es unmöglich weiter, das muß ein Ende mit Schrecken nehmen, so sind diese Kassandrarufe längst verstummt. Im Gegenteil, solche Skandalfälle, wie wir deren nur aus den letzten Wochen aufgezählt haben, erwecken der bürgerlichen Gesellschaft nur noch das Gefühl angenehmen Gruselns, und die Zeitungsberichte darüber werden von den Lesern der bürgerlichen Presse eifriger verschlungen als die Verhandlungen des Reichstags und anderer parlamentarischer Körperschaften. Höchstens machen die Redaktionen dieser Blätter noch einige moralische Glossen dazu, mehr des äußeren Anstandes als der inneren Empörung wegen und sicherlich in dem Bewußtsein, daß damit nicht das geringste gebessert wird.

Der Grund davon ist auch nicht schwer zu entdecken. Ein gesellschaftlicher Körper reagiert, wie ein physischer Körper, auf Krankheiten, die ihn befallen, nur so lange, als er noch die Kraft besitzt, aus sich heraus zu gesunden. Dann kämpft er gegen seine innere Verseuchung an und sucht sie auszurotten. Aber

das Bewußtsein, aus eigener Kraft zu gesunden, hat die kapitalistische Gesellschaft in dem gegenwärtigen Stadium ihrer historischen Entwicklung längst verloren. Sie hat aus langer Erfahrung gelernt, daß alle Versuche, der übel Herr zu werden, an denen sie leidet, im letzten Grunde dazu führen, ihre Grundlage gänzlich umzuwälzen; das will sie nicht und das kann sie auch nicht wollen, denn freiwilligen Selbstmord übt keine Gesellschaft an sich aus. Deshalb nimmt sie alle Skandale, mögen sie auch noch so bedrohlich anwachsen, mit völligem Gleichmut hin. Von vornherein hat sie gewiß keine Freude daran; könnte sie sich mit einem Schlage davon befreien, so würde sie es sich wohl etwas und selbst viel kosten lassen, aber da für sie alles auf dem Spiele steht, da es hier nur die eine Rettung gibt, die kapitalistische durch die sozialistische Gesellschaftsordnung zu ersetzen, so sagt sie sich: Lieber so als gar nicht! Es entwickelt sich in ihr der Fatalismus, der ebenso dazu führt, daß sie die Zeugnisse ihrer unheilbaren Erkrankung, wie sie sich in den gesellschaftlichen Skandalen offenbarten, schließlich mit einem gewissen Kitzel genießt, aber völlig gleichgültig wird gegen den bürgerlichen Parlamentarismus, der doch von ihrem eigenen Standpunkt das einzige Mittel ist, das ihm noch helfen könnte, wenn ihr anders überhaupt noch zu helfen wäre.

So konnte man in den letzten Wochen kein bürgerliches Zeitungsblatt aufschlagen, ohne fünf oder sechs Spalten voll langer Berichte über den Prozeß in Oldenburg oder den Prozeß in Detmold oder den Prozeß in Mainz oder den Prozeß in München zu finden, während sich die dürftigen Berichte über die Verhandlungen des Reichstags in irgend einer verlorenen Ecke verkrümelten. Man sagt wohl: ja, das ist die Schuld der parteilosen Zeitungen, die ihr Publikum des Interesses an politischen Dingen entwöhnen, indem sie es mit Klatsch und Skandal füttern. Aber das ist gerade so, als wenn man das Wetter vom Thermometer abhängig machen wollte, während das Thermometer vom Wetter abhängig ist. Die parteilosen Zeitungen machen nicht die Stimmungen der bürgerlichen Welt, sondern sie sind nur das Produkt der Stimmungen, die in der bürgerlichen Welt herrschen und in ihrer sozialen Entwicklung wurzeln. Sie würden mit einem Schlage von der Bildfläche gefegt sein, wenn die bürgerlichen Klassen noch die Kraft in sich fühlten und somit noch den ernsten Entschluß fassen könnten, auf dem Wege politischer und sozialer Reformen die kapitalistische Gesellschaft wieder auf weidlich feste Füße zu stellen.

Aus alledem ergibt sich, daß man die revolutionierende Wirkung der gesellschaftlichen Skandale, die heute überall herrschen, wo die kapitalistische Produktionsweise auf ihren Höhepunkt gelangt ist, nicht überschätzen darf. Auf die herrschenden Klassen üben sie eine solche Wirkung in keiner Weise mehr aus, indem sie etwa ihren Trotz erschüttern; im Gegenteil, sie stärken diesen Trotz eher, indem sie klarstellen, daß einem so unaufhaltsam und unheimlich wachsenden Übel doch nicht mehr beizukommen ist. In den arbeitenden Klassen erwecken sie allerdings lebhafte Empfindungen des Abscheus, aber mit solchen Empfindungen macht man keine Politik. Da gilt es vielmehr vollkommen klar zu sein über die Bedingungen, unter denen die kapitalistische Gesellschaft bis auf die Wurzel ausgerottet werden kann. Weiß man das, so weiß man auch,

wie die Skandale verschwinden werden, die jetzt jeden neuen Tag schänden, allein wenn man sich nur über diese Skandale empört, so weiß man noch lange nicht, wie die kapitalistische Gesellschaftsordnung zu beseitigen ist, und die herrschenden Klassen verlieben sich am Ende noch mehr in ihre Skandale, wenn sie sehen, daß sich die „Canaille" nur daran zu ärgern weiß.

Je mehr sich diese häßlichen Dinge häufen — und sie müssen sich mehr und mehr häufen —, um so notwendiger ist es, sich über das Maß von Interesse klar zu werden, das sie für den proletarischen Klassenkampf haben. Gewiß wohnt ihnen auch eine propagandistische Wirkung inne, denn wenngleich die sittliche Empörung keine wirksame Politik machen kann, so kann sie doch dazu antreiben, die Bedingungen zu studieren, unter denen eine wirksame Politik möglich ist; auch wäre es eine allzu starke Zumutung für die Gutmütigkeit der Arbeiterpresse, wenn sie an dem häßlichen Krankheitsbild der kapitalistischen Gesellschaft mit geschlossenen Augen vorübergehen sollte.

Davon kann keine Rede sein. Es handelt sich nicht um das Eine **oder** das Andere, sondern um das Eine **und** das Andere. Aber wenn wir mit Recht sagen können, daß uns die kapitalistische Welt mit Agitationsstoff bis zum Ersticken überschüttet, so darf man sich diesen Segen, da er von den Gegnern kommt, wohl einmal näher ansehen und sich erinnern, daß **ein** Artikel über das Erfurter Programm je nachdem die Propaganda mehr fördert als zehn Artikel über den Prozeß Ruhstrat.

Die Differenzen unter den russischen Sozialisten.

Von **K. Kautsky.**

Gapon hat bekanntlich jüngst durch das internationale Sekretariat die russischen Sozialisten aufgerufen, sie sollten sich einigen, und der „Vorwärts" hat eine Anfügung dazu veröffentlicht, in der von dem „Chaos der Zwistigkeiten und Streitigkeiten, die das sozialistische Lager zerrissen", die Rede war, sowie von der „Einigungsnote", welche die Sozialisten-Revolutionäre in dieses „Chaos" gebracht. Einige Bemerkungen, die ich dagegen in der „Leipziger Volkszeitung" richtete, haben mir von verschiedenen Seiten die Aufforderung zugezogen, das russische Chaos selbst den deutschen Genossen zu schildern, und ich komme dieser Aufforderung um so lieber nach, da auch ich glaube, daß es notwendig geworden ist, die Genossen Deutschlands über die russischen Differenzen zu orientieren. Je weniger sie diese Differenzen begreifen, je mehr sie davon nur die undeutliche Ahnung eines Chaos haben, in das die Freunde der sozialistischen Einigkeit vergeblich Ordnung zu bringen suchen, desto größer die Gefahr, daß sie unsere russischen Genossen falsch beurteilen und in deren Unterstützung erlahmen. Das wäre aber ein großes Unglück für den Sozialismus nicht bloß Rußlands, sondern der Welt.

Gern hätte ich freilich die Schilderung der russischen Differenzen einer berufeneren Feder überlassen, einem Genossen, der den russischen Dingen näher steht als ich. Aber jeder derartige Genosse ist in den zu schildernden Differenzen Partei, und seine Darstellung käme dadurch, selbst wenn sie völlig unparteiisch wäre, in den Verdacht, eine gefärbte zu sein.

Sucht man sich in dem „Chaos“ der russischen Zwistigkeiten zurechtzufinden, so bemerkt man zunächst, daß nicht alle diese Zwistigkeiten gleicher Natur sind, und man kommt leicht dazu, sie nach verschiedenen Gruppen zu ordnen. Was sich in dem Kopfe des oberflächlichen Beschauers als ein unentwirrbares Chaos malt, wird dann mit einmal übersichtlich und leicht verständlich.

Man kann unter den Differenzen drei Gruppen unterscheiden.

Die erste ist die der nationalen Reibungen. Rußland umfaßt noch weit mehr Nationen als Österreich. Einige davon, wie die Polen, führten bis zu ihrer Vereinigung mit Rußland eine selbständige staatliche Existenz. Andere hatten sie früher schon verloren, wie die Armenier, oder haben nie eine gehabt, bilden Völkertrümmer, die oft noch Nomaden waren, als sie unter die Botmäßigkeit der Zaren gerieten. Aus diesem Völkergewirr rekrutiert sich das Proletariat Rußlands; dessen Völkermischung wird immer bunter, je weiter sich der Kapitalismus ausdehnt und neue Bezirke eröffnet. Die sozialistische Propaganda muß natürlich in jedem Volke in der ihm eigenen Sprache geführt werden; das führt, sobald die Partei dort stärker geworden ist, auch leicht zu einer gewissen organisatorischen Selbständigkeit mancher nationalen Parteigruppen, selbst wenn sie mit der Gesamtpartei über Programm und Taktik einig sind. Die Rückständigkeit des Verkehrs und die Unmöglichkeit einer öffentlichen Organisation verstärken noch die organisatorische Selbständigkeit einzelner Gruppen. Wo aber Selbständigkeit der Organisationen, da ergibt jede Meinungsverschiedenheit — und daran fehlt es natürlich nirgends — nur zu leicht Reibungen, Kompetenzkonflikte, Zwistigkeiten aller Art. Es bedarf nicht nur größter theoretischer und taktischer Einmütigkeit, sondern auch persönlicher Selbstlosigkeit, Klugheit und des feinsten Taktgefühls, soll die Solidarität alle diese Klippen vermeiden.

Angesichts dessen darf man sich nicht wundern darüber, daß unter den russischen Sozialisten solche Differenzen bestehen, sondern eher darüber, daß sie es verstanden haben, sie in hohem Grade zu überwinden. Die sozialdemokratischen Organisationen der kaukasischen Völker (Armenier, Georgier usw.) bilden integrierende Teile der russischen Sozialdemokratie. Andererseits haben erst jüngst diese letzteren als Ganzes, der Jüdische Arbeiterbund, die Sozialdemokratie Polens und Litauens und die lettischen Sozialdemokraten einen sozialistischen „Block“ gebildet, der das einmütige Zusammenwirken dieser Organisationen verspricht.

Ganz anderer Art als die nationalen Differenzen sind die innerhalb der einen Organisation der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands selbst bestehenden. Hier handelt es sich um sachliche Differenzen, die zur Bildung zweier Fraktionen innerhalb der Partei geführt haben, deren jede über ein besonderes Organ verfügt, die „Iskra“ (Der Funke), unter deren Mitarbeitern den deutschen Genossen besonders bekannt sind Axelrod, Deutsch, Plechanoff, Wera Sassulitsch, und der „Wperjod“ (Vorwärts), dessen hervorragendster Vertreter Lenin.

Über das Programm und die taktischen Grundsätze sind beide Richtungen vollkommen einig, viel einiger als etwa die deutsche Sozialdemokratie. Es gibt keine Revisionisten unter ihnen. Den Ausgangspunkt des Streites zwischen ihnen, die bis dahin in allen Beziehungen theoretisch und praktisch auf das innigste zusammengehalten hatten, bilden Differenzen über die beste Form der Parteiorganisation, die auf dem Londoner Kongreß 1903 ausbrachen. Es waren

Differenzen, die man mit denen zwischen den Lassalleanern und Eisenachern vergleichen kann, wie denn auch Lenin von seinen Kritikern oft mit Schweitzer auf eine Stufe gestellt wird. Er verficht einen strengen Zentralismus mit diktatorischen Befugnissen des Zentralkomitees, während Axelrod und seine Freunde den einzelnen lokalen Komitees größere Bewegungsfreiheit lassen wollen. Je länger der Zwiespalt dauerte, desto mehr wuchs, wie bei jedem Streit, mag er in seinem Ursprung noch so sachlich sein, die persönliche Verbitterung, desto mehr entwickelte er aber auch andere sachliche Gegensätze. Der organisatorische Streit ist in den Hintergrund gedrängt worden durch den taktischen über die besten Mittel, den Absolutismus zu stürzen.

Kein Zweifel, daß alles das ungemein wichtige Fragen sind, deren Diskussion dringend notwendig, aber ebenso kann kein Zweifel darüber sein, daß die Fehde der beiden Blätter gerade jetzt die russische revolutionäre Bewegung schädigt, was um so bedauerlicher, da die sachlichen Meinungsverschiedenheiten nicht so weitgehend sind, um ein Zusammenarbeiten der Streitenden unmöglich zu machen. Man darf sie nicht auf eine Stufe stellen mit jenen, die die Franzosen vom Pariser bis zum Amsterdamer Kongreß spalteten. In Frankreich handelte es sich um verschiedene *taktische Grundsätze*, die der *dauernden* Arbeit der Partei ein bestimmtes Gepräge geben. In der russischen Sozialdemokratie herrscht völlige Einheit über die taktischen Grundsätze, bestehen nur Differenzen darüber, welche Art der praktischen Anwendung dieser Grundsätze durch die *augenblickliche Situation* zur zweckmäßigsten gemacht wird. Diese Differenzen müssen mit der Situation verschwinden, die sie erzeugte. Sie können Meinungsverschiedenheiten, Diskussionen hervorrufen, brauchen aber nicht zum Auseinandergehen zu führen.

Aber weil die Gegensätze zwischen „Iskra“ und „Wperjod“ ganz andere sind als die zwischen dem Parti Socialiste Français und dem Parti Socialiste de France, ist es auch nicht angängig, daß das Ausland sich in diese Verhältnisse einmischt, daß sie etwa durch einen internationalen Kongreß entschieden werden. Aus unserem Programm folgen wohl taktische Grundsätze, die für alle sozialistischen Parteien die gleichen sein müssen; darüber kann ein internationaler Kongreß entscheiden, namentlich dann, wenn er bei einem Zwist darüber von den streitenden Parteien angerufen wird, wie das bei den Franzosen der Fall war, wo in Paris beide Richtungen, in Amsterdam wenigstens eine an den Kongreß appellierten. Wie sollte jedoch ein internationaler Kongreß entscheiden können, welche Organisationsform in Rußland die beste, oder unter welchen Umständen der bewaffnete Widerstand, der Streik, der Bauernaufstand am wirksamsten sei und was wir von den russischen Liberalen zu erwarten haben?

So dringend es wünschenswert ist, daß die beiden Richtungen zu einem Einverständnis kommen, so wenig kann das Ausland dazu tun. Höchstens wäre es möglich, das persönliche Mißtrauen und die persönliche Verbitterung, die heute jeder Einigung so sehr im Wege stehen, dadurch möglichst zu reduzieren, daß ein unparteiisches Schiedsgericht die persönlichen Anschuldigungen prüfte. Aber auch das ließe sich nicht aufoktroyieren und müßte dem Wunsche aller Beteiligten entsprechen. Die *sachlichen* Differenzen aber können nur die russischen Sozialdemokraten selbst beseitigen, was freilich nicht so einfach ist, da es den Anschein hat, als hielten sich beide Richtungen die Wage, so daß bei der Natur der geheimen Organisation jede etwaige Mehrheit für die eine Seite von der anderen als Zufallsmehrheit betrachtet werden wird.

Wir dürfen jedoch hoffen, daß es dem Kampfe gegen den gemeinsamen Feind und dem raschen Wechsel der politischen Situationen gelingen wird, die Streitobjekte zu beseitigen und die Einheitlichkeit in der Partei wiederherzustellen.

Wir kommen nun zur dritten Gruppe der russischen Differenzen, jenen, die zwischen den Sozialdemokraten verschiedener Organisationen und Richtungen („Iskra“, Wperjod“, Jüdischer Arbeiterbund, lettische Sozialdemokratie, Sozialdemokratie von Polen und Litauen) auf der einen Seite und den revolutionären Sozialisten oder, wie man sie gewöhnlich, allerdings höchst undeutsch, nennt, den Sozialisten-Revolutionären, bestehen, den „Terroristen“, die dem „Vorwärts“ zufolge die Träger der Einigungsbewegung in Rußland sind.

Unmittelbar nach dem Gaponschen Aufruf veröffentlichte der „Vorwärts“ (am 30. März) einen Brief, den Karl Marx im April 1881 an seine Tochter über die russischen Terroristen jener Zeit schrieb. Der „Vorwärts“ entnimmt den Brief der „Vie Socialiste“ und begleitet ihn mit einem Kommentar, der, soweit er historischer Natur, auch aus der „Vie Socialiste“ schöpft, so sehr, daß er die Namen der russischen Attentäter in französischer Schreibart angibt: Mikhailoff (statt Michailoff), Kibaltchich (statt Kibaltschitsch), Jeliaboff (statt Scheljaboff). Aus Eigenem bemerkt er dazu:

„In wenigen Zeilen erschöpft hier Karl Marx alles, was überhaupt über die Frage des russischen Terrorismus gesagt werden kann.“

Über dieses Urteil wäre niemand mehr erstaunt als Karl Marx selbst, könnte er es heute lesen. Denn was steht in dem Briefe drin?

Erstens die Konstatierung der Tatsache, daß die Urheber des Petersburger Attentats auf Alexander II. „wahre Helden sind, ohne melodramatische Pose“ usw.

Vollständig richtig. Das gilt aber heute nicht bloß für die russischen Terroristen, sondern für die gesamte Masse der russischen Revolutionäre, welcher Richtung immer sie angehören mögen. Es besagt also nicht das mindeste über die Frage des russischen Terrorismus.

Ebenso unzweifelhaft richtig ist die zweite Konstatierung, daß die Taktik der russischen Terroristen eine „spezifisch russische Taktik“ und „geschichtlich unvermeidlich“ war. Das hat auch meines Wissens niemand bestritten. Aber weit entfernt, „alles zu erschöpfen, was überhaupt über die Frage des russischen Terrorismus gesagt werden kann“, wird mit dieser Konstatierung vielmehr erst diese Frage selbst formuliert, ohne daß darin ein Sterbenswörtchen zu ihrer Beantwortung enthalten wäre. Da in dem Briefe aber sonst überhaupt nichts über den russischen Terrorismus zu finden ist, wird die Bewertung seiner „wenigen Zeilen“ nur verständlich als Ausdruck eines „Marxismus“, der alles in Schatten stellt, was der „orthodoxeste“ Marxist bisher geleistet. Diese Bewertung verrät aber auch die Ansicht, daß die heutige Frage des russischen Terrorismus und die vor einem Vierteljahrhundert ganz genau dieselben seien. Denn sonst wäre es doch unmöglich gewesen, selbst in einer vollendeten und bändereichen wissenschaftlichen Untersuchung, geschweige in „wenigen Zeilen“, schon im Jahre 1881 die Frage des Terrorismus von 1905 erschöpfend zu beantworten.

Versuchen wir die Frage, wenn auch nicht erschöpfend zu behandeln, so doch kurz anzudeuten, welches die spezifisch russischen Ursachen waren, die den russischen Terrorismus geschaffen.

Sind sie etwa im Absolutismus an sich zu suchen? Sicher nicht. Das ganze europäische Festland war im achtzehnten Jahrhundert dem Absolutismus

unterworfen, in der ersten Hälfte des neunzehnten noch Österreich und Preußen, ohne daß eine terroristische Taktik der politisch aufstrebenden Klassen sich aus dieser Situation entwickelte. Die Eigenart des russischen Absolutismus gegenüber dem westeuropäischen besteht darin, daß er ein orientalischer ist; nicht wie jener begründet auf einen Gleichgewichtszustand zwischen einer starken aufstrebenden Bourgeoisie und einem Feudaladel, der das Königtum zum Schiedsrichter und obersten Herrn über beide macht; sondern begründet auf die Abwesenheit einer Bourgeoisie, auf die Vorherrschaft der Landwirtschaft, auf die Zersplitterung des Volkes in unzählige Dorfgemeinden, die ohne jede Verbindung untereinander sind und daher der staatlichen Zentralgewalt ohnmächtig gegenüberstehen, so daß diese unumschränkt über alle die ungeheuren Mittel verfügt, die ihr aus dem Reiche um so mehr erwachsen, je größer es ist.

Im achtzehnten Jahrhundert kam dieser Absolutismus in nähere Berührung mit Westeuropa, dessen staatliche Machtmittel er sich sofort aneignete: Bureaukratie, Armee, Flotte und die dem entsprechende Technik. Dazu mußte er aber auch eine Klasse von Gebildeten schaffen, die aus dem orientalischen Milieu herauswuchs, um sofort alle die Anschauungen und Bedürfnisse der westeuropäischen Intelligenz anzunehmen. Diese Anschauungen und Bedürfnisse beeinflußten die regierende Schichte selbst bis zu einem gewissen Grade, solange sie sich dadurch gefördert fühlte. Als aber die Intelligenz immer zahlreicher wurde, immer mehr eine Klasse außerhalb der regierenden Schichte bildete und in Gegensatz zu dieser trat, da begann ein Kampf zwischen Intelligenz und Regierung, der sich um so mehr verschärfte und die Intelligenz um so revolutionärer, die Regierung um so reaktionärer machte, je länger er dauerte.

Bis in die achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts hinein stand aber die Intelligenz in diesem Kampfe allein, sie fand keine andere Klasse, auf die sie sich stützen konnte, keine starke, selbständige Bourgeoisie, kein rebellisches Kleinbürgertum. In Westeuropa war es diese Klasse gewesen, die von der englischen und französischen Revolution bis in die Mitte des neunzehnten Jahrhunderts den Kern der revolutionären Volksschichten abgegeben hatte. In Rußland stellte der Kleinbürger meist nichts dar als einen entwurzelten Bauern, der noch unter dem Bauern des Dorfes stand, da er in der Stadt den Rückhalt verlor, den diesem die Dorfgemeinde mit ihrem Bodenkommunismus gab. Der Bauer stand höher als der Kleinbürger, aber seine demokratischen und kommunistischen Einrichtungen und Instinkte gingen über den Bereich der *Dorfgemeinde* nicht hinaus. Für eine *staatliche* Demokratie fehlte dem russischen Bauern alles Verständnis und Interesse.

Alles das erfuhr die russische Intelligenz, die nach vielen fehlgeschlagenen Versuchen einer demokratischen Propaganda schließlich zur Erkenntnis kam, sie sei dem Absolutismus gegenüber bloß auf ihre eigenen Kräfte angewiesen. Mit diesen aber die ungeheuren Machtmittel einer modernen Staatsgewalt zu besiegen, war unmöglich. So blieb ihr als einzige Form des Kampfes die der *Einschüchterung* übrig, des Terrorismus, durch den Kampf einzelner Helden, die ihr Leben aufs Spiel setzten, um die Träger der Staatsgewalt am Leben zu bedrohen. Das war die Wurzel der „geschichtlich unvermeidlichen, spezifisch russischen“ Taktik der Terroristen.

Im Zusammenhang mit dieser Taktik standen aber auch ihre eigenartigen sozialistischen Anschauungen. Die russische Intelligenz war, wie wir gesehen, in ihren politischen Anschauungen und Bedürfnissen völlig vom Westen ab-

hängig. Zu der Zeit, als der Terrorismus sich vorbereitete, hatte aber schon der Liberalismus in Westeuropa aufgehört, revolutionär zu sein, war er eine konservative Macht geworden. Es gab da nur noch einen revolutionären Faktor, die Sozialdemokratie. Das wirkte auf die russischen Revolutionäre zurück. Sie wurden nun von vornherein auch Sozialisten. Wo aber in ihrem ökonomisch so rückständigen Lande die Ansatzpunkte für eine Umgestaltung der Gesellschaft im sozialistischen Sinne finden? Eine entwickelte Großindustrie, die solche Ansatzpunkte hätte bieten können, war nicht vorhanden; aber sie glaubten einen vollwertigen Ersatz dafür in einer Einrichtung zu entdecken, die im heutigen Europa „spezifisch russisch" ist, dem Bodenkommunismus der Dorfgemeinde. Das war die Theorie der Narodniki, der Volkstümler, die die theoretische Grundlage der terroristischen Agitation der „Narodnaja Wolja" wurde.

Ebenso wie der terroristische Kampf gegen die Regierung war auch der bäuerliche Sozialismus der russischen Revolutionäre „geschichtlich unvermeidlich". Damit ist jedoch nicht gesagt, daß ihm nun auch der Erfolg sicher war. Alle politischen Richtungen und Bestrebungen einer bestimmten Epoche sind „geschichtlich unvermeidlich", aber nur ein Teil davon ist bestimmt, zu siegen. Ein anderer Teil muß ebenso unvermeidlich erfolglos vergehen, wie er entstehen mußte. Vor vierundzwanzig Jahren konnte man aber noch nicht mit Bestimmtheit behaupten, daß die russische Dorfkommune nicht der Ausgangspunkt einer modernen Art Kommunismus werden könne. Die Gesellschaft als Ganzes kann kein Entwicklungsstadium überspringen; wohl aber können einzelne, rückständige Teile das tun; sie können einen Sprung machen, um sich anderen, vorgeschrittenen Teilen anzupassen. So war es möglich, daß die russische Gesellschaft das kapitalistische Stadium übersprang, um sofort aus dem alten Kommunismus zum neuen überzugehen. Aber Voraussetzung dafür war, daß der Sozialismus im übrigen Europa schon zu einer Zeit siegte, wo in Rußland die Dorfgemeinde noch als eine lebendige Kraft bestand. Das konnte anfangs der achtziger Jahre noch möglich erscheinen. Aber schon ein Jahrzehnt später lag die Unmöglichkeit dieses Überganges klar zutage. Die Revolution in Westeuropa ließ länger auf sich warten, und die Dorfgemeinde in Rußland verfiel schneller, als zu Anfang der achtziger Jahre noch wahrscheinlich erschien. Damit war entschieden, daß die spezifische Eigenart Rußlands, auf der der Terrorismus und Sozialismus der „Narodnaja Wolja" begründet waren, aufhörten, daß Rußland durch den Kapitalismus durchgehen mußte, um zum Sozialismus zu gelangen, daß also in dieser Beziehung Rußland denselben Weg zurückzulegen hatte wie Westeuropa. Hier wie dort muß der Sozialismus aus der Großindustrie erwachsen und ist das industrielle Proletariat die revolutionäre Klasse und daher die einzige, die imstande ist, bewußt und dauernd einen revolutionären Kampf gegen den Absolutismus zu führen.

Daß die terroristische Taktik der „Narodnaja Wolja" für sich allein nicht imstande war, den Absolutismus zu stürzen, zeigte sich bald nach dem Zeitpunkt, in dem der Marxsche Brief geschrieben wurde (April 1881). Die Tötung Alexander II. im März 1881 bedeutete den Höhepunkt der terroristischen Erfolge jener Zeit. Was hätten sie noch mehr erreichen können, als die Beseitigung des Zaren? Aber die Gesellschaft rührte sich auch nach diesen beispiellosen Erfolgen nicht, keine Klasse stand auf, die todesmutigen Kämpfer zu unterstützen, und so mußten diese schließlich in dem ungleichen Kampfe verbluten.

Marx hat das nicht mehr erlebt, gerade als es offenbar wurde, starb er, 1883. In demselben Jahre erstand aber in Rußland eine neue Richtung, die sich bemühte, die revolutionäre Bewegung auf eine neue Grundlage zu stellen. Seit den sechziger Jahren gab es einen industriellen Kapitalismus und ein industrielles Proletariat in Rußland; aber anfangs besaß dieses kein besonderes Klassenbewußtsein, stellte es gleich den städtischen Kleinbürgern nur entwurzelte Bauern vor mit bäuerlicher Beschränktheit, aber ohne jene bäuerliche Kraft, welche die Berührung mit der heimatlichen Erde verleiht. In den achtziger Jahren aber begannen Kapitalismus und Proletariat in Rußland sich rascher zu entwickeln. Hatte dieses schon in den siebziger Jahren vereinzelte revolutionäre Kämpfer geliefert, so trat jetzt deutlicher zutage, daß hier eine ganze revolutionäre Klasse neu erstand. Es waren Marxisten, die das zuerst erkannten, Axelrod, Deutsch, Plechanow, Wera Sassulitsch, die 1883 den „Bund zur Befreiung der Arbeit" gründeten, eine Organisation, die sich theoretisch vollständig auf den gleichen Boden mit der deutschen Sozialdemokratie stellte und nicht nur den Kampf gegen den Absolutismus, sondern auch die Aufklärung und Organisierung der Arbeiter zur Führung eines selbständigen Klassenkampfes auf ihr Programm setzte. Noch waren damals die Bedingungen für eine Arbeiterpartei in Rußland höchst ungünstig. Aber die genannten Genossen und ihre Freunde ließen sich dadurch nicht entmutigen. Unermüdlich setzten sie ihre Tätigkeit fort, bis es ihnen gelang, 1898 die russische Sozialdemokratie zu begründen.

Das erreichten sie aber nicht ohne ununterbrochenen energischen Kampf gegen die Narodniki und Terroristen, zu denen sie in der Zeit der größten Kraftentfaltung des Terrorismus selbst gehört. Sowohl ihr Endziel wie ihre Taktik brachte sie in Gegensatz zu den Sozialisten-Revolutionären, die, nachdem die alte Richtung des Terrorismus verschwunden war, mit dem Erstarken der Arbeiterbewegung eine Neubelebung der Traditionen der „Narodnaja Wolja" versuchten und sich endlich 1901 als „sozialistisch-revolutionäre Partei" konstituierten.

Die Sozialdemokratie sieht im industriellen Proletariat den Träger der Revolution und der sozialistischen Bewegung. Ein starkes industrielles Proletariat setzt aber einen entwickelten Kapitalismus voraus. Die Sozialdemokratie baut also auf die kapitalistische Entwicklung Rußlands, sieht in deren raschem Fortgang die unumgängliche Voraussetzung der Revolution.

Die Terroristen wollten den Sozialismus auf den überlieferten Dorfkommunismus begründen. Das setzte aber die Erhaltung dieses Kommunismus, seiner alten Traditionen und der mit ihm eng verbundenen bäuerlichen Kleinwirtschaft voraus. Die Schwärmerei für den Kleinbetrieb, die Abneigung gegen die ökonomische Entwicklung, die den Dorfkommunismus auflöst, der Wunsch, diese Entwicklung zu hemmen, erzeugten unter den Terroristen ökonomisch reaktionäre Tendenzen, brachten ihre ökonomischen Ziele in Gegensatz zu denen der Sozialdemokratie.

Andererseits aber beruhte der Terrorismus im Grunde in dem zur Zeit seiner Entstehung sehr begründeten Mißtrauen gegen die politische Selbsttätigkeit und revolutionäre Gesinnung der Volksmasse; auf der Überzeugung, daß nur durch den Heldenmut einiger weniger entschlossenen Individuen und nicht durch Massenaktionen der Absolutismus gestürzt werden könne. Die Sozialdemokraten wollten gerade dieses Mißtrauen zerstören, die Massen in Bewegung setzen, ihnen zeigen, daß nur sie selbst sich befreien könnten, daß sie auf keinen

Messias zu rechnen hätten, daß das kühnste und hingebendste Heldentum einzelner unfähig sei, das zu leisten, was nur die Erhebung der proletarischen Masse allein leisten könne.

Daher der erbitterte Kampf der russischen Sozialdemokraten zuerst gegen die Narodniki und dann gegen die Sozialisten-Revolutionäre, der nun schon über zwei Jahrzehnte lang währt, und der ebenso „spezifisch russisch“ und „geschichtlich unvermeidlich“ war, wie ehedem der Terrorismus selbst; unvermeidlich und notwendig, um die revolutionäre Bewegung über unzureichend gewordene Formen auf eine höhere Grundlage zu erheben.

Wenn sie heute diese höhere Grundlage erreicht hat und von ihr aus die Sozialisten dem Absolutismus mit ganz anderer Kraft und ganz anderen Aussichten auf Erfolg zu Leibe gehen, als die „Narodnaja Wolja“ es vermochte, so verdanken wir dies, abgesehen von dem mächtigsten Faktor, der ökonomischen Entwicklung, der russischen Sozialdemokratie und der unermüdlichen Kritik, die sie an den Narodniki und den an diese anknüpfenden Sozialisten-Revolutionären übte.

So gewaltig waren die Wirkungen der ökonomischen Entwicklung und die der Propaganda der russischen Sozialdemokratie, die dank ihrer theoretischen Schulung besser als jede andere revolutionäre Gruppe die Richtung dieser Entwicklung begriff und voraussah, daß die Sozialisten-Revolutionäre selbst sich ihr nicht entziehen konnten. Der Standpunkt der alten „Narodnaja Wolja“ ist heute allenthalben verlassen, der neue Terrorismus ist ein ganz anderer als der alte, er hat sich den neuen Tatsachen und Lehren anpassen und den Klassenkampf des industriellen Proletariats mehr und mehr in Rechnung ziehen müssen. Andererseits ist es naheliegend, daß in der Hitze der Polemik die Sozialdemokraten in ihrem Gegensatz gegen die Sozialisten-Revolutionäre mitunter über die Schnur hauten. Wenn sie die Massenaktion über die Aktion der Bombe setzten, so konnte das manchmal so erscheinen, als lehnten sie grundsätzlich jede terroristische Tat ab, was durchaus nicht in ihrer Absicht lag. Wenn sie das Hauptgewicht auf die Gewinnung und Organisierung der städtischen Proletarier legten und die reaktionären ökonomischen Tendenzen der Bauerngemeinde hervorhoben, so mochte es mitunter scheinen, als unterschätzten sie die Bedeutung, die ein Bauernaufstand in revolutionären Zeiten für die Schwächung des Absolutismus erlangen konnte — was ebenfalls nicht ihre Ansicht war.

Jedenfalls ist der sachliche Gegensatz zwischen den Sozialdemokraten und Terroristen heute geringer als vor zehn und zwanzig Jahren. Aber trotzdem sind die Differenzen groß genug geblieben, um die sozialdemokratischen Organisationen eine Einigung mit den Sozialisten-Revolutionären ablehnen zu lassen.

Diese selbst sind „toleranter“, aber aus dem Grunde, weil sie aus dem Stadium ständiger Gärung noch nicht herausgekommen sind, so daß sie bis heute noch kein festes Programm aufzuweisen haben. Ihre Reihen sind den verschiedensten Richtungen offen — ähnlich wie ehedem die der deutschen Nationalsozialen, mit denen ich sie allerdings sonst nicht vergleichen möchte. Wir finden unter ihnen Leute, die der Sozialdemokratie sehr nahe stehen, ebenso wie Elemente, die dem Anarchismus verwandt sind, und kleinbürgerliche Demokraten und Sozialliberale. Unbestimmt wie ihre Grenzen sind auch ihre Ziele und Kampfesmittel, aber immer wieder bricht der Gegensatz gegen die sozialdemokratische Auffassung durch; nicht bloß in der Theorie, sondern auch in der politischen Praxis.

Das trat zum Beispiel erst vor einigen Monaten zutage, als in Paris die Sozialisten-Revolutionäre im Gegensatz zu den russischen sozialdemokratischen Organisationen einen Bund mit den Liberalen schlossen. Der Riß zwischen ihnen und den Sozialdemokraten wurde dadurch erheblich erweitert — eine sonderbare Manier, das Bedürfnis nach Einigung mit den Sozialdemokraten zu betätigen. Dafür aber gewannen sie freilich die offene Zustimmung des „Vorwärts", dessen Sympathien sie schon lange hatten und der gegen die sozialdemokratischen Organisationen polemisierte, weil diese sich gegen das liberalsozialistische Bündnis ablehnend verhielten. Er hielt es für dringend notwendig, daß alle Gegner des Absolutismus sich vereinigten. Sicher, nichts wünschenswerter, als eine solche Vereinigung, denn in der Einigkeit liegt die Macht. Sollte aber den russischen Sozialdemokraten dieser Gemeinplatz nicht auch bekannt sein? In der Praxis fragt es sich jedoch stets, wozu man sich vereinigt. Sollten sich alle oppositionelle Elemente vereinigen bloß zu dem gemeinsamen Rufe: Nieder mit dem Absolutismus? Leider sind die Tage von Jericho vorbei. Also mit dem Rufen allein ist es nicht getan. Es heißt kämpfen. Aber zu einem gemeinsamen Kampfe gehört eine gemeinsame Taktik. Die Schaffung einer solchen Taktik ist die Voraussetzung jeder Kampfesgemeinschaft. Läßt man die taktischen Gegensätze bestehen, dann bleibt alle Vereinigung eine wirkungslose Pose. Und als solche hat sich auch der liberalsozialistische Block erwiesen, trotz der Begeisterung des „Vorwärts" für ihn. Seine erste Tat war auch seine letzte, der Erlaß einer von den verschiedenen Organisationen unterzeichneten Proklamation. Darüber ist er nicht hinausgekommen. Seine einzige Leistung waren also ein paar Redensarten.

Wie hätten denn auch zum Beispiel die Liberalen und die Sozialisten-Revolutionäre zusammen kämpfen können? Die Liberalen stützen sich zum großen Teil auf die Großgrundbesitzer, die Sozialisten-Revolutionäre zum Teil auf die Bauern; die ersteren fordern die Konstitution, um ihren Grundbesitz zu sichern, die letzteren wollen sich dieses Grundbesitzes bemächtigen. Der Kampf gegen den Absolutismus ist eben auch nur ein Klassenkampf, den jede Klasse in anderer Weise und zu anderen Zwecken führt.[1] Die verschiedenen Klassen können bei bestimmten Aktionen gelegentlich zusammenwirken; ein dauerndes Bündnis zwischen ihnen, noch dazu im Ausland, für eine ganze revolutionäre Periode mit ihren rasch wechselnden Konstellationen abzuschließen, ist von vornherein ein Unding.

Nur ein Moment außer dem Haß gegen den Absolutismus vereinigte die verschiedenen Organisationen, die den Bund zu Paris schlossen: ihr Mißtrauen gegen die Kampffähigkeit des russischen Proletariats.

Es beseelte die Liberalen. Ihr Vertreter in Paris, der Redakteur der „Oswoboschdenje", Peter Struve, war ehemals Sozialdemokrat gewesen. Er erklärte auch, seinen sozialdemokratischen Zielen nicht untreu zu werden, als er zu den Liberalen überging, sondern Liberaler nur für Rußland zu werden, weil dessen Proletariat noch nicht imstande sei, eine selbständige und kampfesfähige politische Partei zu bilden.

Den Sozialisten-Revolutionären steckt trotz aller Häutungen das Mißtrauen gegen die Kampfesfähigkeit des russischen industriellen Proletariats immer noch

[1] Eben, wie diese Zeilen in Satz gehen, wird mir von Petersburg mitgeteilt, daß dort liberale Blätter den Schatten von Preßfreiheit, dessen sie sich augenblicklich erfreuen, schon dazu benützen, gegen die Sozialdemokratie zu polemisieren.

von alters her im Blute. Die polnische sozialistische Partei endlich, die sich dem Pakte anschloß, steht wohl auf dem Boden des Klassenkampfes, aber nur für Polen, und sie motivierte ihre Sonderstellung gegenüber der russischen Sozialdemokratie damit, daß wohl das polnische Proletariat, nicht aber das russische reif zur Revolution sei und jenes sich durch die Rückständigkeit dieses nicht in seinem Befreiungskampfe hemmen lassen dürfe. Dies einer der Gründe der Gegnerschaft zwischen ihr und der Sozialdemokratie in Polen und Litauen, die den Kampf als ein Glied der Gesamtheit des Proletariats Rußlands führt.

Unmittelbar aber, nachdem die drei erstgenannten und noch einige weniger wichtige Organisationen im Verein mit dem „Vorwärts“ die Taktik der russischen Sozialdemokraten für verfehlt erklärt hatten, wurde sie glänzend gerechtfertigt durch die Ereignisse, die dem 22. Januar folgten und die das russische Proletariat als eine revolutionäre Kraft ersten Ranges und als die stärkste revolutionäre Kraft im russischen Reiche erwiesen. Trotzdem läßt der „Vorwärts“ nicht davon ab, die Sozialisten-Revolutionäre gegenüber den Sozialdemokraten herauszustreichen, wie erst jüngst wieder die Notiz über Gapon und die Glossierung des Marxschen Briefes zeigt, die völlig sinnlos wäre, wenn sie nicht besagen sollte, daß Marx in erschöpfender Weise dargetan habe, die Taktik der Sozialisten-Revolutionäre sei für die russischen Verhältnisse die einzig richtige.

Die deutschen Genossen merken alle diese Nadelstiche nicht, die der „Vorwärts“ ohne Unterlaß den russischen Genossen versetzt, da es meist auf indirekte Weise geschieht. Aber um so deutlicher merken es die Getroffenen selbst. Im russischen Proletariat herrscht die höchste Hochachtung, ja Verehrung für die deutsche Sozialdemokratie, die ihm als die Führerin und Vorkämpferin des gesamten internationalen Sozialismus erscheint. Jedes Wort aus dem Munde deutscher Sozialdemokraten wiegt schwer bei ihm. Um so bitterer empfinden es da unsere russischen Genossen, daß seit geraumer Zeit das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie eine Haltung einnimmt, die eine Ablehnung und Mißbilligung alles dessen bedeutet, was sie in mühevollster Propaganda seit zwei Jahrzehnten geleistet. Da die deutschen Genossen den russischen Verhältnissen fernstehen und daher in ihrer großen Mehrheit keine Ahnung von dieser Haltung und ihren Konsequenzen haben, ist es nötig, sie einmal darauf hinzuweisen.

Natürlich verlangen wir vom „Vorwärts“ nicht, daß er nun in das Gegenteil seiner bisherigen Haltung verfalle und den Sozialisten-Revolutionären feindselig entgegentrete. Trotz aller theoretischen Bedenken müssen wir doch diesen Kämpfern die wärmsten Sympathien entgegenbringen, die erhebliche Schichten des russischen Proletariats vertreten und heldenmütig in das große Ringen gegen den Absolutismus eingreifen, das sich vor unseren Augen vollzieht und ein neues Rußland schafft. Diese historische Aufgabe ist so kolossal, daß wir keine Kraft dabei entbehren können, und das Kampffeld ist weit genug, daß für alle Raum zur Betätigung bleibt. Wo wir den Sozialisten-Revolutionären in ihrem Kampfe gegen den Absolutismus helfen können, müssen wir es tun. Aber wir haben nicht die mindeste Ursache, ihnen beizustehen dort, wo sie in Konflikt mit einer sozialdemokratischen Organisation geraten. Diese haben nichts getan, was eine solche Parteinahme rechtfertigen würde.

Auch die sozialistische Einigkeit wird durch derartige Eingriffe nicht gefördert, möge dabei das Wort „Einigkeit“ noch so oft im Munde geführt werden.

Zum Glücke sind gerade jetzt weit gewaltigere Kräfte als die weisen Ermahnungen ausländischer Genossen am Werke, die Einigkeit unter den russischen

Sozialisten soweit herzustellen, als sie möglich ist. Diese Kräfte entspringen aus der Revolution selbst, die die Aktion der russischen Sozialisten immer mehr zu einer öffentlichen Massenaktion macht, in der sich die Differenzen der verschiedenen Gruppen immer mehr auflösen und aus der eine einheitliche Taktik herauswächst, die dann auch eine einheitliche Organisation ermöglicht.

Je weniger anscheinend eine Bewegung vorwärts geht, desto eifriger der Drang nach neuen taktischen Mitteln, ihr aufzuhelfen, desto größer aber auch die Verschiedenheiten der Ansichten darüber. Je kleiner eine Bewegung und je geheimer, desto mehr gewinnen aber auch die Meinungsverschiedenheiten der einzelnen Persönlichkeiten in ihr an Kraft, sich zu entfalten und die Parteiaktion zu beeinflussen. Desto leichter führen sie zu Differenzen und Spaltungen. Kleinheit der Partei, Langsamkeit ihres Wachstums und Zwietracht in ihren Reihen gehen meist Hand in Hand. Die letztere ist aber dabei viel mehr Wirkung als Ursache. Die Partei ist eher gespalten, weil sie klein und ohne äußere Erfolge, als klein und erfolglos, weil sie gespalten ist. Wird die Parteibewegung zu einer öffentlichen Massenaktion und erringt diese Sieg auf Sieg, dann verlieren die Differenzen von selbst an Kraft und Bedeutung, dann wird die Partei im Laufe des Kampfes immer geschlossener und einheitlicher — soweit sie auf einheitlichen Klasseninteressen beruht, wie die Sozialdemokratie. Eine Partei, die verschiedene und oft gegensätzliche Klassen umfaßt, wie die meisten bürgerlichen Parteien, wird freilich im Gegenteil in großen revolutionären Kämpfen eher zur Spaltung als zur Zusammenfassung neigen, wie die Parteientwicklung in Frankreich während der großen Revolution beweist. Gerade in Zeiten der Revolution ist ein „Block" verschiedener Klassen am schwersten zusammenzuhalten.

Der liberal-sozialistische Block war daher schon deshalb, weil die Revolution vor der Tür stand, ein totgeborenes Kind. Dagegen hat die Revolution bereits den sozialdemokratischen Block selbst erheblich gefördert. Aus Polen wie aus Rußland wird vielfach mitgeteilt, daß die jüngsten Aktionen gemeinsame Aktionen von sich früher lebhaft befehdenden sozialdemokratischen Organisationen waren.

Wie sich das Verhältnis der sozialdemokratischen Parteien zu den Sozialisten-Revolutionären gestalten wird, ist dabei noch nicht abzusehen. Klassenparteien werden in Revolutionen fester zusammengeschweißt, Parteien, die verschiedene Klassen umfassen, gesprengt. Die Sozialisten-Revolutionäre sind aber keine rein proletarische Partei; sie wollen den Interessen des gesamten „arbeitenden Volkes" dienen, worunter sie Bauern und Kleinbürger ebensogut verstehen wie Proletarier. Die Revolution wird diese Partei am tiefsten umwandeln; von der Richtung ihrer Umwandlung wird es abhängen, ob sie sich der Sozialdemokratie so weit nähert, daß das heute schon gelegentlich eintretende gemeinsame Zusammenwirken bei bestimmten Aktionen zu einer schließlichen Verschmelzung führt oder ob der Gegensatz zwischen ihnen sich verschärft.

Alles, was wir im Ausland dazu tun können, muß zwerghaft erscheinen gegenüber den kolossalen Kräften, die heute in Rußland entfesselt sind und die auch das Verhältnis der einzelnen Parteiorganisationen zueinander bestimmen. Diese Kräfte wirken aber so energisch, so unwiderstehlich im proletarischen Interesse, daß wir nicht die mindeste Ursache haben, den russischen Dingen mit Pessimismus gegenüberzustehen und von einem „Chaos" in der russischen Sozialdemokratie zu reden. Die Verhältnisse der russischen Genossen sind vollständig klar und verständlich für jeden, der ihre Entwicklung von Beginn an verfolgt

hat, und die Revolution selbst ist daran, sie noch weiter zu klären. Das Chaos ist weit weniger in den Reihen der Sozialisten zu finden, als in denen der herrschenden Klassen. Dort wachsen Zersplitterung, Anarchie, Kampf aller gegen alle. Zu diesem Chaos gesellt sich das Chaos der neu zu politischem Leben erwachenden Volksschichten, namentlich der Bauern. Dieses Chaos wird sich immer mehr steigern, aber in dem Maße, in dem es wächst, wird die Macht und der Einfluß des durch die Lehre vom Klassenkampf geeinigten industriellen Proletariats im Staate zunehmen und wird es immer mehr seinen Stempel dem neuen Rußland aufprägen, das schließlich aus dem Chaos erstehen wird.

Aus der neueren ethnologisch-sozialgeschichtlichen Literatur.

Von **Heinrich Cunow**.

(Schluß.)

II.

Nächst der Soziologie und der Urkulturgeschichte ist kein anderes Wissensgebiet in gleichem Maße durch die modernen ethnologischen Forschungen beeinflußt worden, wie die Rechtshistorik. An Stelle der philosophischen Rechtskonstruktionen, die einst die älteren Partien der Rechtsgeschichte füllten, ist mehr und mehr die Untersuchung der Rechtsinstitutionen primitiver Völkerschaften getreten, und damit hat zugleich die alte Frage: „Wo liegen die Keime des Rechtes?" eine wesentlich andere Bedeutung erlangt. Im ganzen ist allerdings bis heute die ethnologische Jurisprudenz noch kaum über das Bemühen hinausgelangt, Bausteine für eine Geschichte des Rechtes zusammenzutragen; sie steht noch auf der Stufe des Sammelns und Sortierens, des Einordnens der gefundenen Materialien unter bestimmte juristische Gesichtspunkte: eine Tätigkeit, der sich besonders Professor Kohler in seiner Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft gewidmet hat. An systematischen historischen Entwicklungsbetrachtungen fehlt es noch bis auf einige wenige Ausnahmen, und diese Ausnahmen behandeln nicht im Zusammenhang das Gesamtgebiet der Rechtserscheinungen, sondern nur bestimmte Einzelrechte: Erbrecht, Mutterrecht, Sachenrecht usw., und zwar auch diese durchweg nicht in ihrem Gesamtentwicklungsgang, sondern in ihrer speziellen Entwicklung bei einzelnen Völkern oder ihrer Ausgestaltung auf bestimmten Kulturstufen.

Auf breiterer Basis baut sich die jüngst erschienene dreibändige „Vorgeschichte des Rechtes" auf, die jüngst der Oberlandesgerichtsrat Paul Wilutzky (bei Ed. Trewendt, Breslau und Berlin) hat erscheinen lassen. Das Werk behandelt in drei Abteilungen: 1. Die rechtliche Stellung von Mann und Weib (Eheverfassungen), 2. Eltern und Kindern (künstliche Verwandtschaft, Kommunismus und Hausgenossenschaft, Anfänge des Vermögensrechtes), 3. Stammesverfassung und Anfänge des Staatsrechtes, Anfänge des Strafrechtes und -Prozesses, Sklaverei usw.

Wilutzky will die Frage untersuchen, wie sich das, „was wir heute Recht nennen", entwickelt hat. Er bezeichnet sein Werk als einen Versuch, einen Überblick über „das gewaltige Gewebe der Zeiten auf dem Gebiet des Rechtes" zu bieten. Ein Riesenunternehmen, viel zu umfangreich, als daß es — selbst wenn nur die wichtigeren Etappen des Entwicklungsganges in ihrem kausalen Zusammenhang dargelegt werden sollen — von einem einzelnen

durchgeführt werden könnte, wäre dieser einzelne auch mit den umfassendsten Rechts-, Sprach-, ethnologischen, wirtschafts- und sozialgeschichtlichen Kenntnissen ausgestattet. Dem Herrn Oberlandesgerichtsrat Wilutzky aber fehlen fast alle diese Voraussetzungen. Vor allem ist er viel zu sehr Durchschnittsjurist, um Historiker zu sein, oder richtiger, da es auch Historiker gibt, die nicht historisch zu denken vermögen, um historischer Denker zu sein. Allerdings fragt er selbst in seiner Einleitung: „Wie ward das Recht? Sicherlich nicht in Hin- und Herwägungen, in fragender Überlegung, sondern in Kämpfen — harten, schweren Kämpfen — wurde der Ursprung des Rechtes geboren. Dabei müssen wir uns gewöhnen, von unseren heutigen Begriffen des Rechtes völlig abzusehen. Auch hier gilt der Satz, daß alles ein Durchgangspunkt und jede Kulturerscheinung ewigem Wechsel unterworfen ist, daß tausendfältige Ursachen in Sitte, Anlagen und äußeren Schicksalen eines Volkes zusammenschaffen, um eine Wirkung hervorzurufen, und diese Wirkung wieder zur Ursache wird.“

Etwas anderes, als allgemeine evolutionäre Sätze auszusprechen, ist es jedoch, die aus solchen Sätzen sich ergebenden methodologischen Konsequenzen zu ziehen und diese bei der Untersuchung anzuwenden, das heißt in diesem Falle, jedes Recht als ein historisch Bedingtes, als eine auf bestimmten geschichtlichen Voraussetzungen beruhende, mit den sozialen Gesamtverhältnissen zusammenhängende und durch diese erst in ihrem eigentlichen Inhalt bestimmte Norm aufzufassen. Bei dem Verfasser bleiben die schönen evolutionstheoretischen Sätze nur leere Worte. In seiner Darstellung denkt er fast ausschließlich in heutigen starren Rechtsbegriffen, wie er denn auch nicht nur völlig den sozialen Hintergrund der Rechtsentstehung und -Veränderung ignoriert, sondern auch fast alle Kausalerklärung vermissen läßt. Das Recht entwickelt sich in seiner Darstellung gewissermaßen sprunghaft aus sich selbst infolge der Änderung der Rechtsanschauungen. Wodurch aber diese Änderung verursacht wird, das bleibt außer Betracht.

Indes wandelt Wilutzky, indem sich für ihn die Rechtsgeschichte auf die formale Änderung der Rechtsnormen reduziert, nur in den Bahnen, die heute überhaupt die ethnologische Rechtsforschung eingeschlagen hat. Vom Standpunkt des Entwicklungshistorikers erscheinen zum Beispiel jene Studien über primitives Recht, wie sie Professor J. Kohler in der Zeitschrift für vergleichende Rechtswissenschaft veröffentlicht hat, schon in ihrer Schematisierung und Zusammenfassung der Rechtsbräuche unter modernen Rechtsprinzipien als verfehlt; denn der formale Rechtsinhalt eines Rechtsbrauchs sagt uns noch recht wenig über seine soziale Bedeutung. Genau dasselbe Verbot, zum Beispiel Jagdverbot, kann je nach den besonderen wirtschaftlichen Verhältnissen, je nachdem, ob es sich um ein jagdtreibendes, ein Hirtenvolk oder ein ackerbautreibendes Volk handelt, und je nach dem Maße, in welchem es innerhalb dieser Kreise den Nahrungsmittelerwerb einschränkt, von ganz verschiedener Bedeutung sein. Und ebenso wissen wir noch gar nichts, wenn wir nur den formalen Inhalt eines Heiratsverbots kennen lernen und nicht zugleich erfahren, wie die Familienverfassung beschaffen ist, auf welche bestimmten Verwandtschaftskreise sich das Verbot erstreckt und welche Stellung diese Kreise in der gesellschaftlichen Gliederung einnehmen. Die Annahme, daß in gleichen oder analogen Rechtsbräuchen sich auch gleiche oder analoge Rechtsgedanken manifestieren, ist total verkehrt. Weder äußert sich in ihnen die gleiche Rechtsidee, noch darf aus der Gleichartigkeit ohne weiteres auf gleiche Rechtsmotive ge-

schlossen werden. Formell gleichartige Rechtsnormen können unter verschiedenartigen Umständen nicht nur aus verschiedenartigen Beweggründen herausgewachsen sein, sondern auch verschiedene Rechtszwecke verfolgen. Um bei dem eben erwähnten Beispiel zu bleiben, so kann dieselbe Heiratssatzung zum Beispiel bei dem einen Volke dem Motiv der Verhinderung bestimmter Verwandtschaftsheiraten entsprungen sein, bei einem anderen Volke dem Motiv der Aufrechterhaltung bestimmter Kastenunterschiede und bei einem dritten dem Bestreben, das Geschlechts- oder Familieneigentum zusammenzuhalten.

Außerdem aber fehlen Wilutzky die für seine Aufgabe erforderlichen ethnologischen Vorkenntnisse. Die in Betracht kommende Quellenliteratur ist ihm fast völlig unbekannt; er schöpft meist aus Werken zweiter, dritter Hand, in denen das urkundliche Material bereits unter bestimmten Gesichtspunkten zusammengefaßt und bearbeitet ist, wodurch eine eindringende Kritik von vornherein unmöglich gemacht wird. In seinem ersten Buche über die Eheverfassungen wandelt Wilutzky denn auch kritiklos in den Spuren Bachofens. Zuerst herrschte der Hetärismus, der völlig ungeregelte Geschlechtsverkehr, den Wilutzky sich ganz ebenso vorstellt, wie einst Bachofen, nur daß er einige neuere ethnologische Beobachtungen zur Bestätigung hinzufügt. Verbessert wird dadurch jedoch Bachofens Schilderung nicht; denn ohne alle nähere Kenntnis der verschiedenen primitiven Eheformen und ihrer Übergänge ineinander wirft Wilutzky unterschiedslos alles bunt durcheinander. So findet er zum Beispiel, daß noch heute bei den Australnegern der Hetärismus besteht, und sieht in dem bei manchen relativ hochstehenden Völkern üblichen mehr oder weniger freien Geschlechtsverkehr vor der Ehe und dem Brauch der Kinderverlobung Reste der Bachofenschen „Sumpfzeugung".

Zwischen den verschiedenen Verwandtschaftsnomenklaturen und ihrer Abhängigkeit von der verwandtschaftlichen Gliederung vermag Wilutzky sich absolut nicht zurechtzufinden; das ganze Gebiet ist ihm eine völlige terra incognita. Erwähnt sei nur, daß er auch in dem hawaiischen und irokesischen Verwandtschaftssystem einen Beweis für den Hetärismus erblickt, und daß er ferner die drawidische „Cousinenehe" als ein Zeichen „endogamischer Zustände" auffaßt, wie denn überhaupt Hetärismus und Endogamie (Inzuchtsheirat) für ihn im Grunde das gleiche ist. Die Tatsache, daß bei den drawidischen Stämmen die Cousins und Cousinen — das heißt die Kinder eines Bruders und einer Schwester; die Kinder zweier Brüder gelten nicht als Cousins beziehungsweise Cousinen, sondern als Geschwister — verschiedenen Geschlechtsverbänden angehören und deshalb ihre Heirat sich als strikte Exogamie (Heirat außerhalb des eigenen Familienverbandes) darstellt, das ist Wilutzky anscheinend ganz unbekannt.

Aus dem Hetärismus entsteht nach Wilutzky die Gruppenehe — infolge der Bildung von Totemfamilien, deren Entstehung er sich folgendermaßen vorstellt: Im Stamme bilden sich engere Familiengruppen, diese nehmen den Namen eines Tieres an und dieses Tier wird dann später zum Familiengötzen. So entsteht eine Totemgruppe und mit ihr der Ahnenkultus, die Gruppenehe (indem nämlich die Totemgruppen ihren Mitgliedern den geschlechtlichen Verkehr miteinander verbieten), sowie die Exogamie.

Wie und auf Grund welcher Motive sich dieser Entwicklungsprozeß vollzieht, wie zum Beispiel sich bei unterschiedslosem Geschlechtsverkehr in der Horde engere Familiengruppen herauszubilden vermögen: alle derartigen Fragen existieren für Wilutzky nicht; er dekretiert einfach: „Es entsteht, es bildet sich."

Er faßt den sozialen Entwicklungsprozeß gewissermaßen als Folge einer kontinuierlichen Ideen-(Vorstellungs-)Umwälzung auf. Mit den sozialen Fortschritten verändern sich auch die Vorstellungen, und indem die Menschen diese ihre neuen Vorstellungen zu realisieren suchen, entstehen neue Gebilde; so ist denn auch das Vaterrecht nach Wilutzky einfach die Folge „patriarchalischer Vorstellungen", die sich nach seiner Ansicht von selbst einstellen, wenn der Jäger oder Nomade zum „seßhaften Bauern" wird. Nur an einigen wenigen Stellen versucht der Verfasser eine Art Erklärung der Rechtsinstitutionen aus den sozialen Lebensbedingungen. Im dritten Bande erklärt er zum Beispiel die Entstehung der Sklaverei aus der auf gewisser Wirtschaftsstufe sich einstellenden Nachfrage nach Arbeitskräften. „Dies mußte", sagt er dort, S. 170, „sich ändern, wenn ein Volk seßhaft wurde, zu Viehwirtschaft und Ackerbau und damit zu festen Wohnsitzen überging; hier wurden Arbeitskräfte gebraucht, um Vieh zu weiden und den Boden zu bebauen, und lag der Gedanke nahe, die Kraft des überwundenen Feindes zu verwerten."

Natürlich ist diese Erklärung nach keiner Richtung hin ausreichend. Man braucht sich nur die Völkerschaften näher anzusehen, bei denen die Sklaverei existiert, und man findet sofort, daß, während viele ackerbautreibende Völker die Institution der Sklaverei nicht kennen, sie bei Viehzüchtern und selbst bei reinen Jäger- und Fischerstämmen eine große Ausdehnung erlangt hat. So finden wir bei den hochentwickelten Inkaperuanern keine Sklaverei, dagegen aber bei verschiedenen Fischer- und Jägervölkern an der Nordwestküste Amerikas, zum Beispiel den Tlinkiten und Haidahs. Die Frage, in welchen Umständen die Sklaverei wurzelt, hat denn auch schon recht oft die ethnologischen und soziologischen Forscher beschäftigt. Einen neuen Versuch zur Lösung des Problems macht die vor einigen Jahren erschienene Schrift Dr. H. J. Nieboers, „Slavery as an industrial system" (Haag, Martinus Nijhoff): ein interessantes, sich auf bedeutende Vorstudien stützendes Werk.

Nieboer, ein Schüler des bekannten holländischen Ethnologen Steinmetz und des italienischen Soziologen A. Loria, definiert zunächst die Sklaverei als die Tatsache, daß Menschen Eigentum anderer Menschen sind oder in deren unbeschränktem Besitz sich befinden und von ihnen in ihrem Nutzen zur Arbeit gezwungen werden — die Unterstellung der Frau und der Kinder unter die absolute Herrschaft des Mannes, die Tributpflichtigkeit unterworfener Stämme ebenso wie die Hörigkeit, Leibeigenschaft und Schuldsklaverei fallen nach seiner Ansicht nicht unter diesen Begriff — und untersucht dann die geographische Verbreitung der Sklaverei. Das Resultat, zu dem er gelangt, ist, daß die Sklaverei sich am häufigsten im malaiischen Archipel (bei 62 unter 69 untersuchten Stämmen) und in Afrika (bei 65 unter 93 Stämmen) vorfindet, weniger in Amerika, Mittel- und Nordasien sowie in der Inselwelt des Stillen Ozeans, und gar nicht unter den Australnegern. Sodann untersucht er, auf welchen Wirtschaftsstufen diese Völker beziehungsweise Stämme stehen. Er erhält folgendes Resultat: Sklaverei läßt sich nachweisen bei

	Anzahl der positiven Fälle	negativen Fälle
Jäger- und Fischerstämmen . .	18	65
Viehzüchtern	11	11
Ackerbauern niedrigster Stufe . .	31	36
Ackerbauern zweiter Stufe . . .	82	48
Ackerbauern dritter Stufe . . .	20	2

Gegen die von Nieboer aufgestellte Klassifikation, seine Einreihung der verschiedenen Stämme in diese Klassen wie auch gegen seine Definition der Sklaverei läßt sich im einzelnen manches einwenden. Die Leibeigenschaft und Hörigkeit hat bei manchen Stämmen eine derartige Form angenommen, daß sie sich von Sklaverei kaum unterscheidet; und warum soll die Schuldsklaverei nicht zur eigentlichen Sklaverei gerechnet werden, wenn der Gläubiger über seinen Schuldsklaven ein ähnliches oder gleiches Verfügungsrecht erlangt wie der Besitzer eines gekauften Sklaven über diesen? Indes irgendwo muß nun einmal eine Grenze gezogen werden, und im ganzen kann man zugeben, daß das Resultat, zu dem Nieboer gelangt, wahrscheinlich durch eine andere Abgrenzung nur wenig verändert werden würde.

Auf Grund dieser Zusammenstellung kommt Nieboer zu dem Ergebnis, daß bei eigentlichen Jägervölkern Sklaverei fast gar nicht vorkommt. Von den 18 Stämmen unter 83, bei denen er Sklaverei gefunden hat, gehören 15 dem nordwestamerikanischen Küstengebiet an von den Aleuten bis Oregon. Diese Stämme betreiben aber weit mehr Fischerei als Jagd, und außerdem findet man hier eine relativ hochentwickelte häusliche Industrie mit ausgebreitetem Handelsverkehr. Auch die Wirtschaftsstufe der Viehzüchter ist, wie Nieboer meint, der Sklaverei nicht günstig. Allerdings finde man meist bei den nomadischen Stämmen eine relativ angesehene Stellung der Frau, häufige Kriege sowie das Bestreben, die Kopfzahl der Geschlechter und Stämme möglichst groß zu gestalten: drei Faktoren, die nach Nieboers Ansicht die Entstehung der Sklaverei begünstigen; aber andererseits gäbe es bei den Nomaden meist einen Stand besitzloser Männer, die durch Dienstnehmen bei den reicheren Herdenbesitzern ihren Unterhalt gewännen, also die Sklavenarbeit entbehrlich machten, zweitens erfordere die extensive Viehwirtschaft, wie sie auf unterer Stufe betrieben werde, überhaupt nur wenige Arbeitskräfte, und drittens finde man bei nomadischen Stämmen vielfach, daß sie sich anwohnende ackerbautreibende Stämme tributpflichtig gemacht hätten und diese ihnen Bodenprodukte usw. liefern müßten.

Es läßt sich nicht leugnen, daß die letztgenannten Umstände der Ausbreitung der Sklaverei entgegenwirken; zu verhindern vermögen sie sie aber nicht, wie denn auch nach Nieboers Untersuchungen bei 50 Prozent der Nomadenvölker eine ausgeprägte Sklaverei besteht, und zwar gerade bei mehreren Stämmen, bei denen sich die obengenannten Hindernisse nachweisen lassen. Warum haben zum Beispiel die afrikanischen Massai und einige Bantustämme keine Sklaven, während bei anderen die Sklaverei in beträchtlichem Maße üblich ist? Es müssen also noch andere Motive vorhanden sein. Das sieht auch Nieboer ein; aber da er die wirtschaftlichen Ursachen nicht erkennt, verfällt er darauf, die Gründe für die weite Verbreitung der Sklaverei unter den Hirtenvölkern in der Tradition, der Gewohnheit zu suchen. Der Nordosten und Nordwesten Afrikas seien seit ewigen Zeiten Domänen des Sklavenhandels gewesen, erklärt er, und die dadurch gebotene Gelegenheit zum Sklavenerwerb verleite zum Sklavenhalten. Der Grund will mir nicht einleuchten. Der Sklavenhandel ist doch nicht das Primäre, das Sklavenhalten das Sekundäre. Zuerst hat sich jedenfalls der Bedarf, die Nachfrage nach Sklaven in jenen Gebieten eingestellt, und erst auf der Grundlage dieses Bedarfes hat sich dann der dortige Sklavenhandel entwickelt, und ferner würde er entschieden nicht den erreichten Umfang zu erlangen vermocht haben, wenn nicht die betreffenden Stämme Ver-

wendung für die gekauften Arbeitskräfte in ihrem Wirtschaftsbetrieb hätten. Es bleibt also die Frage: Welche wirtschaftlichen Gründe weckten in jenen Gegenden den Sklavenhandel und welche haben ihn bis jetzt erhalten?

Die weiteste Verbreitung hat die Sklaverei unter den Ackerbauern gefunden; unter 219 Stämmen fand Nieboer 133 mit Sklaverei. Am kleinsten bei den primitiven Ackerbauern, bei denen noch Jagd und Fischfang die Hauptbeschäftigung sind, steigt die Zahl der positiven Fälle, je mehr die Bodenbestellung zum ausschlaggebenden Faktor des Wirtschaftsgetriebes wird. Allerdings nicht überall finden wir die Sklaverei verbreitet, selbst nicht bei manchen hochstehenden Halbkulturvölkern. Warum halten zum Beispiel selbst die Ackerbauer der untersten Stufe in Afrika durchweg Sklaven, während die höherstehenden Stämme Nordamerikas, wie zum Beispiel die Huronen, Irokesen, Mandanen, Minnitaries, Creeks usw., ja selbst die Inkaperuaner die Sklaverei nicht kannten? Auch auf diese Frage gibt Nieboer keine stichhaltige Antwort. Er erklärt nur, daß die Stellung der Frauen auf die Institution der Sklaverei von bedeutendem Einfluß ist. Wo die Frau eine geachtete Stellung einnähme, sei die Sklaverei verbreiteter als dort, wo das Weib mißachtet würde. Auch das ist jedoch nur teilweise und unter besonderen Verhältnissen richtig. Gerade bei den obengenannten amerikanischen Stämmen nahm die Frau die höchste Stellung ein, weit höher als bei den sklavenhaltenden Fischerstämmen der Nordwestküste, und das gleiche läßt sich bei vielen Völkerschaften Polynesiens, Mikronesiens und des malaiischen Archipels nachweisen.

Nieboers Schrift beruht auf gründlichen Studien und bietet viel interessantes Material; er schlägt auch insofern den richtigen Weg ein, als er die Hauptursache in wirtschaftlichen Verhältnissen sucht; aber er schematisiert zu sehr und dringt nicht genügend in den Charakter der verschiedenen primitiven Wirtschaftsformen ein. Richtig ist die Beobachtung Nieboers, daß reine Jägerstämme keine Sklaverei kennen. Das meist bei solchen Stämmen übliche Umherwandern innerhalb eines bestimmten Gebiets hindert die Beaufsichtigung der Sklaven; noch weit maßgebender aber ist, daß auf dieser Stufe die Arbeit des Sklaven keinen Überschuß über die nötigen Unterhaltungsmittel liefert. Was der Sklave zu erjagen vermag, verbraucht er auch. Das Resultat der Sklavenhaltung würde nur sein, daß der Jägerhorde, die ohnehin bei ihren primitiven Jagdmethoden auf ihrem Gebiet meist kaum einen ausreichenden Unterhalt findet, der Nahrungserwerb noch mehr geschmälert würde. Deshalb wird auf dieser Stufe der Kriegsgefangene meist seiner wenigen Habseligkeiten beraubt und getötet, oft auch verspeist.

Sklaverei findet sich nur dort, wo Seßhaftigkeit besteht (das periodische Wechseln der Weideplätze bei Hirtenstämmen zeugt nicht von Unseßhaftigkeit), die Arbeit einen Mehrertrag über die Unterhaltungsmittel hinaus zu liefern vermag und drittens — diese Bedingung wird immer übersehen — die Möglichkeit gegeben ist, die gewonnenen Überschüsse im Austauschverkehr zu verwerten und sie in irgendwelchen Objekten, die allgemein begehrt und als Wertmesser (Matten, Decken, Kanoes, Schmucksachen, Muschel- und Steingeld usw.) angesehen werden, anzulegen. Solche Bedingungen finden sich aber bei reinen Jägerstämmen fast gar nicht, nur bei gewissen Fischervölkern, wie zum Beispiel an der Nordwestküste Amerikas, wo der große Fischreichtum eine höhere Lebenshaltung ermöglicht und auf dieser Grundlage bereits eine primitive häusliche Industrie und ein lebhafter

Austauschverkehr zwischen den Insel- und Küstenbewohnern und den weiter im Innern des Landes sitzenden Jägerstämmen entstanden ist.

Die Möglichkeit eines solchen kontinuierlichen Austausch- beziehungsweise Handelsverkehrs ist von größter Bedeutung. Es genügt keineswegs, daß die Sklavenarbeit einen Mehrertrag abzuwerfen vermag, es muß auch die Gelegenheit gegeben sein, den Mehrertrag im Handel umzusetzen. Wo diese Gelegenheit nicht gegeben ist, da finden wir, mag auch die Produktion recht weit vorgeschritten sein, keine Sklaverei. Betrachten wir zum Beispiel die ackerbautreibenden Indianerstämme östlich des Mississippi. Fleisch, Häute und Felle lieferte ihnen die Jagd der Männer, Mais und andere Früchte der Bodenanbau der Weiber. Was der Stamm und die Dorfschaft gebrauchte, erzeugte sie selbst. Zum Handel bot sich kaum Anlaß, denn was der eine Stamm produzierte, das erzeugte auch der andere; und wenn sich eine Vermehrung der Nahrungsmittel als nötig ergab, dann ließ sich diese weit besser erreichen durch Ausdehnung der Jagdzüge, nötigenfalls auch durch Einfälle in angrenzende Gebiete und Annexion wild- und fischreicher Gegenden sowie durch Ausdehnung des Acker- beziehungsweise Gartenbaus, als durch den Tauschhandel. Und andererseits wieder fehlte der Anlaß, durch Anwendung fremder Arbeit die Produktionserträge über ein bestimmtes Maß hinaus zu steigern. Liefert die Jagd und der Bodenbau dasjenige Quantum an Nahrungsmitteln, was zur Deckung des gewohnheitsmäßigen Bedarfes notwendig ist, so ist es zwecklos, die Produktion noch weiter zu steigern, wenn sich für den Produktionsüberschuß im Austauschhandel kein Absatz findet.

Ebenso finden wir auch bei jenen Hirtenvölkern, die fast ausschließlich für den eigenen Verbrauch produzieren, keine Sklaverei. Sie ist dort am weitesten verbreitet, wo neben mächtigen Strömen und Seen sich große Wüsteneien und Grasflächen, vielgestaltige Gebirgszüge und riesige Urwälder ausdehnen, wo in den verschiedenen Gegenden eine ganz verschiedene Fauna und Flora gedeiht und auf Grund dieser geographischen Verschiedenheiten sich nebeneinander in bunter Mannigfaltigkeit die verschiedenartigsten Wirtschaftsformen entwickelt haben, wo neben Hirten- und Jägerstämmen ackerbautreibende Völker primitiver und relativ hoher Stufe sitzen und sich zwischen allen diesen ein lebhafter Handelsverkehr herausgebildet hat. Deshalb finden wir auch nirgends die Sklaverei so verbreitet, als in Afrika und der malaiischen Inselwelt.

III.

Auf ein ganz anderes Gebiet führt uns Richard Schmidts Werk über die „Liebe und Ehe im alten und modernen Indien“ (Berlin, H. Barsdorf). Wie vielen gilt Indien als das Land der Weltflucht, des philosophischen Sichvergrabens, des grandiosen Geistesringens nach weltweiser Erkenntnis in stoischer Abgekehrtheit von aller Lebensfreude. Aber wer in das Liebes- und Geschlechtsleben der alten wie modernen Indier hineinblickt, der findet neben jener Welt des philosophischen Grübelns eine Welt des heißesten Lebensgenusses. Wohl nirgends schlingen sich die Extreme so sehr ineinander wie in Indien. Neben dem Spintisieren über die uralten Rätsel des Weltenwerdens und -Vergehens finden wir eine exzessive Freude am Sinnen- und Geschlechtsgenuß, eine raffinierte Wollustraserei. Wie auf religiösem, so hat auch auf erotischem Gebiet die durch die Eigenartigkeit der indischen Natur geweckte Phantasie der vom Norden über das Fünfstromland eindringenden Arier höchst

bizarre Kombinationen erzeugt, so daß man fast zur Annahme kommt, die völlige Hingabe an die Geschlechtslust sei nur eine andere Seite der religiösen Inbrunst.

Diesen Dualismus im Charakter des Indiers, die Vereinigung der anscheinend schreiendsten Gegensätze: der Askese und der Wollust, sucht Schmidt ausführlich nachzuweisen. In einem „Psychologie des Sexuellen in Indien" betitelten Abschnitt schildert er die verschiedenen obszönen symbolischen Opferriten des brahmanischen Kultus, die auf den Koitus bezüglichen Abbildungen in den indischen Tempeln, die Linga-(Phallus-)Verehrung, die sich mit der Entstehung dieses Dienstes beschäftigenden alten Legenden und den Charakter der älteren und neueren erotischen Literatur Indiens. In weiteren Kapiteln wird dann auf Grund der in diesen erotischen Schriften angestellten Betrachtungen und Erörterungen das Geschlechtsleben im alten und modernen Indien behandelt, woran sich eine Darstellung der verschiedenen Ehe- und Geburtsgebräuche sowie der religiösen und gewerbsmäßigen Prostitution schließt, und zwar beschränkt sich der Verfasser nicht auf Vorderindien, sondern zieht auch das Geschlechtsleben der Völker Hinterindiens und des indischen Archipels mit zum Vergleich heran.

Der Fleiß, mit dem der Verfasser aus allen Ecken und Winkeln Materialien heranschleppt, muß anerkannt werden. Er bietet eine reiche Materialiensammlung — leider aber auch nicht mehr. Von einer kritischen Durcharbeitung des Materials nach irgendwelchen ethnologischen beziehungsweise soziologischen oder sozialgeschichtlichen Gesichtspunkten ist keine Rede. Wie der Verfasser die Schilderungen in der altindischen Literatur oder in neueren ethnographischen Schriften gefunden hat, so reiht er sie unter Hinzufügung einiger Erläuterungen zusammen. Kritische Untersuchungen darüber, von welchen Anschauungen die von ihm benutzten Autoren ausgehen, inwieweit sie zu einem Urteil berechtigt sind und ihre Angaben sich mit denen anderer Schriftsteller decken, stellt Schmidt nicht an, und noch weniger macht er den Versuch, die von ihm geschilderten Sitten aus den sozialen Lebensverhältnissen zu erklären oder sie nach ihrer historischen Aufeinanderfolge zu unterscheiden und gewisse Richtungslinien der Entwicklung festzustellen.

Ebenfalls rein deskriptiven Charakters ist das von Professor Dr. A. Schultz veröffentlichte Werk: „Das häusliche Leben der europäischen Kulturvölker vom Mittelalter bis zur zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts" (München und Berlin, R. Oldenbourg). Dem Titel nach erwartet man eine Schilderung des Familien- und Ehelebens Europas vom sechzehnten bis achtzehnten Jahrhundert, tatsächlich ist aber neben Deutschland nur Frankreich etwas näher berücksichtigt worden, und außerdem füllt mehr als die Hälfte des Werkes eine Schilderung der Schloß- und Städteanlagen, der öffentlichen Bauten (Ratshäuser, Zunfthäuser, Theater, Wirtshäuser usw.) sowie der Trachten an der Wende des sechzehnten und siebzehnten Jahrhunderts. Das Familien- und Eheleben wird ziemlich kurz behandelt, und zwar gleichfalls nicht seinem Gesamtumfang nach. Das rechtliche Verhältnis der Ehegatten zueinander, der Eltern zu ihren Kindern, das Liebesleben der Unverheirateten und Verheirateten, die Familieninstitutionen bleiben zum Beispiel fast völlig unberücksichtigt. Zur Darstellung gelangen nur die Hochzeits-, Tauf- und Begräbnisgebräuche in den verschiedenen Ständen, die Erziehung der Kinder, Essen und Trinken sowie die Unterhaltung im Familienkreis.

Innerhalb dieses engen Rahmens bietet das Schultzsche Buch aber recht interessante, anschauliche Sittenschilderungen, die — wenigstens soweit sie deutsche Verhältnisse betreffen — auf fleißigen Quellenstudien beruhen, nur kann meines Erachtens dem Verfasser der Vorwurf nicht erspart werden, daß er in begreiflicher Reaktion gegen eine gewisse neuere Richtung der Kultur- und Sittenhistorik, die das endende Mittelalter als ein sittenloses, verfaultes Gomorrha hinzustellen liebt, in den Fehler verfällt, in den mittelalterlichen Roheiten allzusehr die Ausbrüche eines ungebändigten Kraft- und Lebensgefühls zu erblicken.

* * *

Interessant ist es, daß die moderne Ethnologie, soweit sie sich nicht mit bloßen Schilderungen und vergleichenden Zusammenstellungen begnügt, sondern die kausalen Zusammenhänge und wechselseitigen Beziehungen der ethnologischen Tatsachen zu erforschen versucht, immer mehr zu ökonomischen Interpretationen der Entwicklungsvorgänge gelangt. Nicht daß sie sich bewußt von vornherein auf den Boden der materialistischen Geschichtsauffassung stellt und von diesem aus an die Behandlung der betreffenden Probleme herangeht, wohl aber treten in ihren Kausaluntersuchungen mehr und mehr ökonomische Verhältnisse als bestimmende Momente der Entwicklungsrichtung in den Vordergrund. Bekanntlich ist bereits Lewis H. Morgan von Friedrich Engels unter die historischen Materialisten eingereiht worden — meines Erachtens mit Unrecht, denn wenn auch manche Vorgänge von Morgan ökonomisch interpretiert werden, so verfährt er bei der Erklärung anderer rein ideologisch, zum Beispiel in seinen Ausführungen über das Mutterrecht und das Matriarchat, deren Grundmotiv er in der Unmöglichkeit erblickt, die Vaterschaft festzustellen, und deren engen Zusammenhang mit den Wirtschaftsverhältnissen er gänzlich übersieht. In gewissem Sinne ist sogar seine ganze Entwicklungsdarstellung der Familien- und Verwandtschaftsformen ideologisch, denn diese Entwicklung vollzieht sich bei Morgan, nachdem der Abscheu vor bestimmten konsanguinen Heiratsverbindungen als Grundantrieb unterstellt worden ist, gewissermaßen automatisch aus sich selbst und läuft völlig selbständig neben der wirtschaftlichen Entwicklung einher, ohne daß Morgan versucht, fortlaufend den Einfluß der ökonomischen Entwicklung auf die Veränderung der Familienformen zu skizzieren. In einzelnen Fällen, zum Beispiel in seinen Ausführungen über das patriarchalische Familiensystem, weiß er sicherlich geschickt die wirtschaftlichen Einflüsse hervortreten zu lassen, aber von irgendwelcher streng durchgeführten ökonomischen Kausalbetrachtung kann weder in seiner „Urgesellschaft“ (Ancient Society) noch in seinem späteren, 1881 erschienenen Werke: „Houses and House-Life of the American Aborigines“ die Rede sein.

Auch Julius Lippert, indem er in seiner „Kulturgeschichte der Menschheit“ die „Lebensfürsorge als Grundantrieb und in gewissem Sinne als Leitmotiv der Kulturentwicklung postuliert, gelangt vielfach zu ökonomischer Erklärung der Entwicklungsvorgänge. Und noch weiter geht Ernst Grosse in seiner 1896 erschienenen Schrift: „Die Formen der Familie und die Formen der Wirrschaft.“ Er kommt ein gutes Stück Weges über Morgan hinaus, indem er den „wirtschaftlichen Faktor“ für den mächtigsten in der Familienentwicklung erklärt und zu der Ansicht gelangt: „Die größte Festigkeit und Kraft erhält aber auch die Sippe, wie die Familie, durch wirtschaftliche Interessen. Die Sippe erreicht den Gipfel ihrer Macht, indem sie sich zu einer Wirtschafts- und Besitzgemeinschaft ausbildet. Diese Entwicklung hat sich in-

dessen durchaus nicht überall, sondern nur unter ganz bestimmten wirtschaftlichen Bedingungen vollzogen, welche eine Produktions- und Besitzgemeinschaft für die Sippengenossen nicht bloß möglich, sondern auch vorteilhaft machten."

Und zum Schlusse seiner Darlegungen kommt er zu dem Ergebnis: „Jedem Typus der Wirtschaft entspricht ein besonderer Typus der Familie. ... Unter jeder Kulturform herrscht diejenige Form der Familienorganisation, welche den wirtschaftlichen Verhältnissen und Bedürfnissen angemessen ist."

Daß auch Nieboer versucht, die Ausbreitung der Sklaverei bei den verschiedenen Völkern nicht, wie früher vielfach geschehen ist, aus deren besonderen Rasseneigenschaften, sondern aus ihren wirtschaftlichen Lebensbedingungen zu erklären, haben wir bereits gesehen. Und ebenso greift Schurtz nach ideologischen Abschweifungen immer wieder zu ökonomischen Interpretationen. Nach seiner Ansicht hängt die Stellung der Frau im Stamme und der Familie durchaus nicht davon ab, ob die Abstammung in väterlicher oder mütterlicher Linie als die entscheidende gilt, sondern von der Stellung der Frau im wirtschaftlichen Leben, und in seiner schon erwähnten „Urgeschichte der Kultur" heißt es über den Einfluß der Wirtschaft auf die Kulturentwicklung:

„Immer bleibt die Wirtschaft die unmittelbarste Vorbedingung alles menschlichen Daseins, die wirtschaftliche Arbeit die erste und unerläßlichste von allen. Und wie der einzelne durch nichts gründlicher erregt und erschüttert wird, als durch eine Gefährdung oder gar Zerstörung seiner ökonomischen Grundlage, so auch jede größere Gruppe der Menschheit, der Stamm und das Volk. Aber ist sich der höher kultivierte Teil der Menschheit dieser Tatsache immer bewußt geblieben? Der Augenschein lehrt das Gegenteil. Wenn wir die Dokumente überblicken, die das Werden und Sein der Kulturvölker behandeln sollen, wenn wir also die Aufzeichnungen betrachten, die man etwas anmaßend schlechthin als ‚Weltgeschichte' zu bezeichnen pflegt, da machen wir die merkwürdige Erfahrung, daß von den wirtschaftlichen Fragen als Ursachen geschichtlicher Vorgänge immer nur sehr wenig die Rede ist; nur als Folgen der um ganz andere Dinge geführten Kämpfe scheinen Störungen oder Förderungen des wirtschaftlichen Daseins aufzutreten."

Noch mehr als in der eigentlichen Historik gewinnt demnach auf ethnologischem Gebiet die ökonomische oder, wie sie von Marx getauft worden ist, die materialistische Geschichtsauffassung an Bedeutung. Allerdings nicht in der philosophischen und universelleren Form, die sie in den Marxschen Definitionen hat. Es ist vielmehr nur ein Teil, und zwar ein primitiverer Teil der Marxschen Geschichtsauffassung, der vorerst zur Anerkennung gelangt. Es wird nämlich der ökonomische Faktor meist kurzweg mit dem ökonomischen Interesse identifiziert, so daß der Marxsche Satz, die ökonomische Struktur der Gesellschaft sei die reale Basis, worauf sich ihr juristischer und politischer Überbau erhebe, gewissermaßen die Form erhält: „Das bestimmende Moment der sozialen Verhältnisse ist das ökonomische Interesse der verschiedenen Gruppen."

Nun leugnet zwar die materialistische Geschichtstheorie keineswegs den Einfluß der ökonomischen Interessen auf die Entwicklungsrichtung; aber diese verschiedenen Interessen sind nach ihrer Lehre nur bloße Folgen der ökonomischen Struktur, der wirtschaftlichen Existenzbedingungen, und inwieweit sie die Ent-

wicklungsrichtung beeinflussen, das hängt nicht nur von ihnen selbst, nicht nur von ihrem eigenen Gehalt ab, sondern davon, inwieweit die wirtschaftlichen Gesamtexistenzbedingungen ihre Durchsetzung ermöglichen. Die ökonomischen Interessen sind also nur, wenn man so sagen darf, kausale Mittelsglieder in der Wirkung der ökonomischen Struktur, und zwar keineswegs die einzigen; denn auch dadurch, daß mit der Umwälzung der ökonomischen Struktur sich zugleich ein Teil der realen Substrate der sozialen Anschauung, der Vorstellungs- und Begriffswelt ändert, tauchen neue Ideen und ideelle Motive auf. Wohl lassen sich zum Beispiel manche religiösen Bewegungen und Stimmungen, die zeitweilig den größten Einfluß auf das gesellschaftliche Leben gehabt haben: die Verbindung des Geschlechts- mit dem Naturkultus, die religiöse Askese und die Abkehr vom Irdischen bei manchen Völkern, die chiliastischen Hoffnungen des Urchristentums usw., aus den wirtschaftlichen Existenzbedingungen jener Zeiten und der durch sie bestimmten sozialen Anschauungskomplexe erklären, nicht aber aus ökonomischen Interessen.

Es ist also nur eine primitive und einseitige Fassung der materialistischen Geschichtsauffassung, die zunächst in den neueren ethnologischen Forschungen zum Durchbruch gelangt; dennoch ist zu bedauern, daß in unseren Kreisen das Interesse für ethnologische Forschungen sich im letzten Jahrzehnt sehr verflüchtigt hat und die deutsche sozialistische Arbeiterpartei als Erbin Marxschen Geistes abseits von einer Bewegung steht, in der sich die Grundauffassung der Marxschen Gesellschaftslehre mehr und mehr Bahn bricht.

Bürgerliche oder proletarische Verstaatlichung der Kohlenbergwerke.

Von **Pius Julmann.**

Jeder Bergarbeiterstreik drängt das Verstaatlichungsproblem des Bergwerkseigentums in den Vordergrund des wirtschaftlichen Interesses. Jedoch sondern wir scharf, eine Folge der theoretischen Klarstellung durch die Diskussion von 1900,[1] die bürgerliche von der proletarischen Verstaatlichung. Jene ersteht das Grubeneigentum mindestens zum vollen Werte unter Vermeidung jeder Besitzesschmälerung, diese fordert vorherige starke Herabdrückung der Rente, wodurch erst billige Kohle und Hebung der Arbeiterexistenz gleichzeitig möglich werden.

Kautsky hält es für geboten, die bürgerliche Verstaatlichung als „gefährliches und nutzloses Experiment" abzulehnen, und meint, „daß trotz aller Palliativmittel der Kohlenwucher wachsen wird, bis das Proletariat die politische Macht erobert".[2] Hinwieder plaidieren Bebel, Hué und andere für die sofortige Verstaatlichung als eine drängende Frage des öffentlichen Wohles, der zunächst alle sozialistische oder auch nur staatssozialistische Momente fernstünden.[3]

Da die privaten Monopole im kapitalistischen System zur brennendsten Frage geworden sind, ist es unumgänglich nötig, diese Meinungsverschiedenheit zum Ausdruck zu bringen. Kautsky vermeint sie so zu überbrücken, daß er die

---

[1] Vergl. „Neue Zeit", XIX, 6, 8, 10.
[2] „Neue Zeit", XIX, 6, S. 178.
[3] „Neue Zeit", XIX, 8, S. 231.

verschiedenen Expropriationsmaßnahmen[1] auf ihre gegenwärtige Durchführbarkeit hin prüft und sie gleichermaßen für unsere Bourgeoisie als unannehmbar hinstellt. Inzwischen umklammern die liierten Kohlen-, Koks- und Großeiseninteressen immer drückender die ganze Volkswirtschaft, und die verflossenen vier Jahre haben wieder umfassende Neubildungen und Ausgestaltungen gezeitigt. Als Krisenjahre gewähren sie überdies verschärften Einblick in die Art der Wirtschaftspolitik der Monopole. So rechtfertigt sich von selbst der Versuch, einen Ausgleich zwischen den differierenden Ansichten der Partei zu suchen, um eine einheitliche Aktion derselben zu ermöglichen.

1. Zur Theorie der bürgerlichen Verstaatlichung.

Es handelt sich dabei im Kerne um die Möglichkeit oder Unmöglichkeit einer *sofortigen* Verstaatlichung. Eine Verständigung darüber muß mit der klareren Erfassung des Kohlenwuchers einsetzen, zeigen, was an ihm *allgemeines* Gesetz des modernen Kapitalismus und was ihm etwa noch von *besonderer Eigenart* anhaftet.

Allgemeines und vorauszusetzendes Gesetz des kartellierten Kapitalismus ist die Hochhaltung der Preise. Jedoch sind für die Gegnerschaft gegenüber dem Kohlenmonopol die hohen Kartellpreise allein nicht entscheidend. Zwar ist der Arbeiter ihnen gegenüber unter allen Umständen empfindlich, doch kann er nur in einer Verstaatlichung proletarischen Charakters auf seine Rechnung kommen. Der andere maßgebliche Konsumtionsfaktor, die Industrie, reagiert aber auf den gleichmäßigen, wenn auch hohen Preisstand bei guter Konjunktur höchstens dadurch, daß er den Druck auf die Nächsten der industriellen Stufenleiter abwälzt, durch weiter ausgreifende Kartellierung, Fracht- und Zollpolitik usw.

Nicht dort, wo sich die Politik des Kohlenmonopols mit jener der anderen Industriekartelle deckt, sondern dort, wo sie von ihr abweicht, zeigen sich die zu einer Verstaatlichung hindrängenden Kräfte.

Die Fähigkeit eines Kartells, zu monopolisieren, unbeschränkten Extraprofit einzuheben, ist *virtueller* Natur, zeitweilig durch die Rücksicht auf die In- und Auslandskonkurrenz unterbunden. Im natürlichen Monopol der Kohle ist diese Grenze durch das örtliche, gebundene Vorkommen und durch ihre gewerbliche Unentbehrlichkeit praktisch beseitigt. Von dem Zeitpunkt an, wo im Kohlenbergbau die Syndikatsbestrebungen beginnen, gelangt er müheloser und immer weniger der Gefahr von Rückfällen unterworfen — wie das Beispiel des rheinisch-westfälischen Syndikats lehrt — zu immer festeren Monopolverbänden. Die Gefahr eines unterbundenen Marktes ist durch die Sicherung der Fundorte[2] auf ein Minimum reduziert, damit aber die *konstante* Ausbeutung des beherrschten Marktes gesichert.

Aus dieser Allgewalt über die Kohle erwächst der *spezifische Kohlenwucher*, der zur Zeit günstiger Konjunktur in der Angst vor der Kohlennot mit ihren wahnsinnig hohen Preissätzen, in der Depression im starren Festhalten an den Tarifen der besseren Geschäftszeit zum Ausdruck gelangt.

---

[1] Kautsky stellt Achtstundentag, staatlicherseits bestimmte Minimallöhne und Maximalpreise als vorausgehende, auf die Entwertung abzielende Maßnahmen hin. Bebel will dies durch Heranziehung längerer Zeiträume zur Rentenfixierung und Abzüge für technische und hygienische Instandsetzung bewirken.

[2] Vergl. hierzu Hué, „Neue Zeit“, XIX, S. 400, und Heymann, „Die gemischten Werke im deutschen Großeisengewerbe“, 1904, S. 261.

An den Preiskurven der offiziellen Notierungen, die wir über einen größeren Zeitabschnitt unten reproduzieren,[1] erscheint das Gesagte deutlich illustriert. Man weiß, was gegen die Richtpreise spricht. „Die Börsennotierungen“, sagt Hué, „geben nur eine schwache Vorstellung von der Gestaltung der Kohlenpreise, die eigentliche Kohlenteuerung kommt darin nicht zum Ausdruck; sie dienen nur als Anhaltspunkt, das wirkliche Preisniveau liegt weit höher, wie sich aus den Werksabrechnungen und den Klagen der Kohlenkäufer ergibt.“ Nichtsdestoweniger vermag auch der offizielle Preisverlauf das Typische in der Preispolitik des konstanten Monopols nicht zu verschleiern, höchstens die Kraßheit der absoluten Zahl zu mildern.

Für die Industrie kommen vorzüglich die Kolumnen der Kokskohle und des Koks in Betracht. Hier spiegelt sich denn auch der irreguläre Zustand deutlicher ab als im Bereich der Flammkohle. Die bekannten „Nachwirkungen“ des Streikjahres 1889 treten plastisch durch das sofortige Zurückschnellen der Preise hervor. Auch die notorischen Notjahre 1899/1900 sind, wenn auch dürftig, erkennbar, und es müssen die Preise an der Hand der Huéschen Angaben hinaufkorrigiert werden. Wie sehr dabei ganz Deutschland ein „unbestrittenes Absatzgebiet“ darstellt, da doch von einem faktischen Konkurrenzzustand im Innern des Landes nicht die Rede sein kann, geht aus der Tatsache hervor, daß 1889/90 belgische Kohle wegen der Eisenbahntarife über die Grenzgebiete nicht hinausgelangen konnte.[2]

Dergleichen Preisorgien verursachen jedoch starke Unsicherheit und stellen die Kontinuität des Produktionsprozesses just dann in Frage, wenn an seinem ungestörten Verlauf am meisten gelegen ist, nämlich während des Aufschwungs. Sie gefährden die Rentabilität der weiterverarbeitenden Industrien, von deren Profit sie durch den jetzt stark ins Gewicht fallenden Kohlenposten den Rahm wegschöpfen. Sie haben nicht selten sogar die Betriebseinstellung erzwungen, namentlich in und nach Streikperioden. Und mit dem Ausstand als Handhabe

---

[1] Preisnotierungen des rheinisch-westfälischen Kohlen- und Kokssyndikats nach Vogelstein, „Industrie der Rheinprovinz“ 1900, für die letzten Jahre ergänzt aus „Stahl und Eisen“:

Pro Tonne in Mark:

	Flammkohle	Kokskohle	Koks
1888 . . .	6,40 bis 7,40	5,60 bis 6,00	—
1889 . . .	12,00 = 13,50	12,00 = 13,00	23,00
1890 . . .	9,50 = 12,00	7,50 = 8,00	30,00
1891 . . .	9,00 = 9,50	8,50 = 9,00	13,00
1892 . . .	9,00	6,50 = 7,50	12,00
1893 . . .	8,00 = 8,50	5,50 = 6,00	11,00
1894 . . .	8,50 = 9,00	5,50 = 6,50	11,00
1895 . . .	8,50 = 9,00	6,50	11,50
1896 . . .	8,50 = 9,00	7,00	11,50
1897 . . .	8,50 = 9,50	7,50	12,00 bis 13,00
1898 . . .	9,50 = 10,00	8,00	13,50 = 14,00
1899 . . .	10,50	9,00	14,00
1900 . . .	10,75	10,50	17,00 = 18,00
1901 . . .	10,25	9,50	15,00
1902 . . .	9,75 = 10,25	9,50	15,00
1903 . . .	9,75 = 10,25	9,50	15,00
1904 . . .	9,75 = 10,25	9,50	15,00

[2] Vogelstein, S. 59.

solcher Bedrängnisse muß die Industrie sich abfinden, denn seine Periodizität, die wir in keiner Arbeiterschicht so ausgeprägt wiederfinden, hat in letzter Linie gleichfalls das in seinen Marktoperationen ungefesselte Monopol zur Wurzel.

Seine lehrreichste Darstellung findet der anormale Preisdruck jedoch in den Preisen der auf 1900 folgenden Krisenjahre. In der ganz ähnlichen Situation wie 1889/90 bedeuten sie ein vollständiges Versagen der Krise im Industriedistrikt der Kohle. Die Preise der Kokskohle erscheinen auf einem Stande von 9,50 Mark, welcher den der gepriesenen Hochkonjunktur um ½ bis 1½ Mark übersteigt. Die Kokspreise weisen, ausgenommen das „Not"jahr 1900, in der ganzen glänzenden Epoche von 1894 ab nicht den „Krisenstand" von 15 Mark auf. Die Stabilisierung der Preise durch die Syndikatspolitik ist hier auf einem Niveau durchgeführt, dessen belastende Wirkung auf die Gewinne der Industrie fraglos ist, absolut, weil die Differenz zwischen Kostpreis und Warenpreis weiter vermindert, relativ, weil gleichzeitig eine eingeschränkte Produktion getroffen wird. Dieser Monopolstribut macht in der Zeit der mageren Jahre die Kohlenherren apoplektisch; die Krise infolge des Überflusses wird im Bereich der Kohle ersetzt durch den Überfluß *in* der Krise.

Der spezifische Kohlenwucher kann auch nicht in Kalkulation gezogen werden, weil er plötzlich zur Wirkung kommt und nur so wirken kann; als Krisenteuerung aber bringt das Kalkül nur die Bedrohung des Durchschnittsprofits zum Ausdruck.

So muß in der Tat der Industrielle und der Troß der mit ihm liierten Interessen im wachsenden Grade dem Gedanken der — als summarischer Akt oder in Raten genossenen — Verstaatlichung zugänglich werden. Der Kohlenkapitalismus befolgt innerhalb der Gesetze der kapitalistischen Warenproduktion seine eigenen Untergesetze, die sehr vernehmlich auf die bürgerliche Verstaatlichung hinweisen. Es ist ein dialektischer Prozeß im eigenen Gewand, daß die schroffste Kapitalsorganisation durch die natürlichen Bedingungen der Kohle möglich und dadurch immer unmöglicher wird. Mit gleicher Notwendigkeit wie die Eisenbahnen als Vermittler der Kapitalszirkulation muß die Kohle als Hebel der Produktion der — zunächst bürgerlichen — Verstaatlichung erliegen.

2. Verstaatlichung und Taktik.

Müssen wir uns aber nicht gegen diese Art von Verstaatlichung „wehren"? Betrachten wir zunächst die Natur der einzelnen Verstaatlichungsvorschläge.

Staatliche Minimallöhne und Maximalpreise[1] stehen der kapitalistischen Produktionsweise schnurstracks gegenüber, da diese in der Vertrags- und Marktfreiheit die unentbehrlichen Erfordernisse der Akkumulation sieht. Daß sie in alten Bergrechten bestanden, beweist nichts für heute, wo andere wirtschaftshistorische Grundlagen erwachsen sind. Stellt man also diese Bedingungen bei einer Verstaatlichung voran, so heißt das, nur mit der *proletarischen* Verstaatlichung rechnen.

Andererseits sind Verstaatlichungsformen, die auf einen mehr oder minder hohen Dividendendurchschnitt hinauslaufen, auf eine *bürgerliche* Verstaatlichung gemünzt. Man muß eben im Auge behalten, daß die seinerzeit im österreichischen Parlament zutage geförderten Propositionen mit ihrer Durchschnittsberechnung auf Grund der fünf Prosperitätsjahre 1894 bis 1899 faktisch

[1] Vom Achtstundentag wird hier abgesehen, weil bergtechnische Umstände seine Gewährung auch in der bürgerlichen Gesellschaft gebieterisch erheischen können.

eine Verstaatlichung weit über dem angemessenen Kapitalswert sind. Demgegenüber bedeutet ein anderer Modus auf Grund „sagen wir der letzten zwei Jahrzehnte" (Bebel) nur einen weiterzielenden Vorschlag, der, mag er auch weit mehr fordern, als es mit einer Aktion unserer Bourgeoisie verträglich ist, grundsätzlich aus dem Rahmen der bürgerlichen Verstaatlichung in keiner Weise heraustritt. Sein Ziel ist Verhinderung der Überwertung, die dem Kohlenkapital zu kapitalisiertem Extraprofit verhilft.

Was aber bietet eine derartige Verstaatlichung der Arbeiterklasse?

Direktes bietet sie ihr wohl nichts. Doch ist die Schädigung der Fabrikatsindustrie durch den Kohlenwucher in hohem Grade eine Schädigung des Arbeitsmarktes, der Nutzen einer Befreiung von der Kohlensyndikatspolitik auch des Arbeiters Nutzen.

Aber der Schwerpunkt einer bürgerlichen Verstaatlichung liegt mehr als in ihren mittelbaren Vorteilen in ihren unmittelbaren Antrieben. „Vernünftig durchgeführt", meint Bebel, „mag sie auch für den sozialistischen Gedanken Propaganda machen." Vernünftig durchgeführt, macht sie jedoch, ihrer inneren Bestimmung gemäß, nur dem spezifischen Wucher ein Ende, beläßt jedoch die Höhe der Kohlenpreise, da sonst die Rentenansprüche nicht herausgewirtschaftet werden können. Nur soweit als sie unvernünftig oder, genauer ausgedrückt, ungenügend ist und sein muß, wird sie propagandistisch wertvoll und zum Angriffspunkt für weitere Umbildungen, die auf eine proletarische Verstaatlichung hintreiben.

Und darin ruht unseres Erachtens die Auflösung des taktischen Gegensatzes, der scheinbar in der Parteidiskussion obwaltet. Beide darin zutage getretenen Anschauungen, j e d e f ü r s i c h g e n o m m e n, enthalten richtige, hochwertige Erkenntniselemente. Sowohl die theoretisch ungemein fruchtbare Unterscheidung der zweifachen Verstaatlichung, nicht minder die sofortige Aktion gegen den Wucher sind durchaus logisch aus dem Wesen der gegenwärtigen Gesellschaft abgeleitet.

Wo ist also der taktische Gegensatz?

In der ganzen Frage der Taktik steckt eben durchgehends ein Erkenntnisfehler, der seinen Ausdruck in der schiefen Formel, für oder gegen die sofortige Verstaatlichung findet. Bebel ficht für die b ü r g e r l i c h e, sofortige Verstaatlichung, Kautsky bestreitet die Möglichkeit der sofortigen p r o l e t a r i s c h e n Verstaatlichung. Der erstere will die Beseitigung des „notorischen Mißstandes" (spezifischer Kohlenwucher), letzterer beweist die Unmöglichkeit der Beseitigung der Hochstandspreise. Beides ist ohne weiteres n e b e n e i n a n d e r richtig. Dann aber wird jede Folgerung, die sich bloß auf die halbe Erkenntnis stützt, sei es das Widerstreben gegen die „sofortige" Verstaatlichung, sei es der Glaube unserer Sozialpolitiker an ihre Wunderkraft, hinfällig. T a k t i s c h r i c h t i g e r s c h e i n t a l l e i n, d i e u n v e r m e i d l i c h e b ü r g e r l i c h e V e r s t a a t l i c h u n g v o n d e r d r o h e n d e n Ü b e r w e r t u n g f e r n z u h a l t e n, d a n n a b e r f ü r s i e e i n z u t r e t e n, u m s o d i e K r ä f t e f ü r d i e p r o l e t a r i s c h e V e r s t a a t l i c h u n g f r e i z u s e t z e n.

Zu taktischen Einwänden — denn solche sind es nur —, finanzielle Stärkung des Staates, gefährdete ökonomische und politische Freiheit des Arbeiters usw., bietet der moderne Klassenstaat allerdings Handhaben; aber auch gegenteilige Versicherungen sind im Vergleich von Staatseigentum und Privatmonopol zulässig und beweisbar. Für jede Anklage ist sofort eine Abschwächung oder

besser noch eine Gegenanklage formuliert.[1] Diese verschiedene Bewertung hat ihre Fehlerquelle nicht in der Richtigkeit oder Unrichtigkeit des Beobachteten, als vielmehr in dem Aufbau von Schlüssen auf Teilbeobachtungen, denen die Erkenntnis der Notwendigkeit fehlt, die das Bürgertum selbst zum Träger der Verstaatlichung macht. Von da an kann der Widerspruch nicht mehr ihr selbst, nur ihren Gebrechen gelten, die Abwehr der bürgerlichen Verstaatlichung wird zur positiven Arbeit, sie aus der Taufe zu heben und die Konkretheit ihrer Laster und Übel durch proletarischen Nah- und Fernkampf zu beseitigen.

Zwei Momente endlich, die noch für die sofortige Verstaatlichung sprechen, sind 1900 übersehen worden.

Die Fixierung der Grubenrente in Schuldzinsen des Staates macht die Verbilligung, aber auch die weitere Verteuerung der Kohle unmöglich, soweit diese bloß monopolistische Frucht ist und nicht etwa aus technischen Schwierigkeiten resultiert. Noch 1898 beliefen sich die Preise der Grubenfelder (1 Feld = 218,5 Hektar) mit einer Mergeldecke von 450 bis 600 Meter im Ruhrrevier auf 23000 Mark, im Jahre 1901/02 kosteten Felder von ähnlicher Mergelstärke (300 bis 500 Meter) 400000 bis 650000 Mark.[2] Die sofortige Verstaatlichung bricht eine weitere Steigerung der Monopolgewinne ab.

Dann aber ist die richtigere Taktik stets die, welche auf das Minimum an Reibungen Bedacht nimmt, was für den Endzweck, sofern er nur unverrückt bleibt, sehr dienlich ist. Ein sozialistisches Regime wird natürlich sofort die proletarischen Maßnahmen zur Verbilligung der Kohle treffen. Allein es wird dies einfacher, glatter geschehen können, wenn durch den Wechsel der Gesellschaftsverfassung Staatseigentum unmittelbar zum Volkseigentum geworden ist, als wenn erst die doch stets geschlossenere Macht des Privateigentums zu überwinden ist. Ja, sie werden gewaltig verzögert werden, wenn erst die Wirkung proletarischer Reformen auf den Wert der Objekte zum Ausdruck gelangen muß. Ein sozialistisches Regime besitzt aber genug Wege, die aus der bürgerlichen Gesellschaft übernommenen Renten zu kürzen und so auf diesem „direkten" Wege die Entwertung des Ablösungskapitals herbeizuführen. Wege staatsfinanziellen Charakters, die heute schon gang und gäbe sind. Eine starke Konversion hat vielleicht den gleichen Erfolg und ist legislativ eine weit einfachere Operation, als es staatliche Maximalpreise je sein könnten.

Die bürgerliche Verstaatlichung vermindert die Reibungen, die einer jungen sozialistischen Regierung bevorstehen, die doch zunächst mit dem Kohlenkapitalismus anbinden müßte, und verleiht ihm mehr Stabilität und Stoßkraft für andere Dinge und nicht zuletzt auch für die Bergarbeit selbst.

Literarische Rundschau.

Freese, Heinrich, **Die Gewinnbeteiligung der Angestellten.** Gotha 1905, Friedrich Emil Perthes. 70 S., kl. 8°.

Unter den deutschen Fabrikanten ist Freese ein weißer Rabe. Zur Zeit des Scharfmachertums, der Bekämpfung jeder Sozialreform, der Sucht, die wenigen Rechte der

---

[1] Bebel, „Neue Zeit", XIX, 8, S. 233.
[2] Heymann, S. 120.

Arbeiter zu rauben oder doch zu mindern, wünscht er seine Berufsgenossen zu überzeugen, daß eine den Forderungen der Arbeiter entgegenkommende Politik im Interesse des Unternehmertums liege. Man kann sein Wirken auch als das eines sozialen Experimentators bezeichnen, der in seiner Fabrik den Einfluß der Verkürzung der Arbeitszeit, der Lohnmethoden, der Gewinnbeteiligung, der Wohlfahrtseinrichtungen usw. untersucht. Seine Experimente leiden an zwei Fehlern, zuerst an dem, daß er den Unternehmer nicht vollständig rein darstellen kann, daß immer ein wenig vom Humanitätsapostel in seinem Wirken zu finden ist, und zweitens, daß er den Fehler aller sozialen Experimentatoren mitmacht, die großen gesellschaftlichen Faktoren zu unterschätzen, zu meinen, daß das individuell Richtige von der Gesamtheit übernommen werden müsse, wenn sie vom Vorteil des Vorgeschlagenen überzeugt wird. In diesem Glauben berührt sich Freese als Utopist des Unternehmertums mit den sozialistischen Utopisten, die meinten, ihre Lehren verwirklichen zu können, wenn sie die Menschheit überzeugen, daß der von ihnen ersonnene Zustand der Gesellschaft vorteilhafter sei als der, in dem die Menschen zu leben gezwungen sind. Seit Jahren predigt Freese den deutschen Unternehmern die Vorteile des Achtstundentages. Er weist ihnen zahlenmäßig nach, daß die Verkürzung der Arbeitszeit für die Unternehmer keinen Nachteil, sondern im Gegenteil einen Vorteil bedeutet, und er hofft noch immer, daß sein Beispiel, seine Broschüren, seine Rechnungen die Unternehmer veranlassen werden, von ihrem Standpunkt abzugehen und freiwillig den Achtstundentag einzuführen. Er wartet vergeblich und wird so lange warten, bis die politischen und gewerkschaftlichen Kampfesorganisationen der Arbeiter derart gekräftigt sind, daß sie den Achtstundentag erzwingen werden. Im unverbesserlichen Optimismus hofft Freese immer weiter, vertraut er seiner Überzeugungskraft, so auch in seinem Plaidoyer für die Gewinnbeteiligung. Er entwickelt in der hier angezeigten Schrift sein System der Gewinnbeteiligung, das er seit dem Jahre 1888 in seinen eigenen Betrieben erprobt hat und das diesen Betrieben zum Vorteil gereichte und den Arbeitern eine Steigerung des Lohnes brachte. Eindringlich predigt er seinen Berufsgenossen, daß sie dieses System anwenden sollen, daß es ihnen vorteilhafter werden wird, als die ausgeklügelten Prämienakkordlohnsysteme und ähnliche Versuche, die Leistungen der Arbeiter zu steigern. Aber er wird auch auf diesem Gebiete ein Prediger in der Wüste bleiben, er wird kein Prophet der sozialen Versöhnung sein, er wird wie bisher tränenden Auges beobachten müssen, daß der Klassenkampf immer energischer in Erscheinung tritt, und er wird beobachten, daß diese Verschärfung nicht nur auf der Seite der Arbeiter zu beobachten ist, sondern zum mindesten ebenso kräftig ist auf der Seite der Unternehmer.

Freese ist bemüht, sein System der Gewinnbeteiligung von den meisten Einwänden zu befreien, die den Experimenten seiner Vorgänger zum Nachteil der Arbeiter eigen waren. Seine Gewinnbeteiligung soll kein Mittel sein, die Arbeiter an das Unternehmen zu fesseln. Jeder Arbeiter erhält vom Augenblick des Eintritts, also ohne sich erst das Recht auf Gewinnbeteiligung zu ersitzen, den gleichen prozentualen Anteil auf den Lohn wie der älteste Arbeiter des Betriebes, der Gewinnanteil geht auch nach dem Austritt aus dem Geschäft nicht verloren, er ist an keine Bedingungen geknüpft. Es ist dies also kein Mittel des modernen Fabrikfeudalismus, keine Kette, die die Arbeiter an das Unternehmen fesseln, sie gewissen Vorschriften und Wünschen des Unternehmers anbequemen soll. Unzweifelhaft hat Freese die größten Bedenken der Arbeiter gegen die Gewinnbeteiligung umschifft, aber er hat damit den Unternehmern den Anreiz genommen, das Anteilsystem einzuführen. Die Vorteile, die Freese aus der Anwendung der Gewinnbeteiligung gezogen hat, das größere Interesse der Arbeiter an hohem Ertrag, an Sparsamkeit mit Roh- und Hilfsstoffen, an Schonung von Maschinen und Werkzeugen, an gutem Willen bei der Arbeit, all das wird der moderne Unternehmer auf anderem Wege zu erreichen suchen.

Während heute kaum vereinzelte Berufsgenossen Freeses daran denken, auf dem Wege der Gewinnbeteiligung ein gutes Geschäft zu machen, wird überall in der Großindustrie ein raffinierteres System der Akkordarbeit, vor allem nach dem Muster der amerikanischen Prämienakkordsysteme erwogen. J. H. Halsey in den Vereinigten Staaten, Rowan in Schottland und andere Amerikaner und Engländer sind heute im Kreise der Unternehmer viel populärer als Freese. Man schlage nur die letzten Jahrgänge der Zeitschrift des „Vereins Deutscher Ingenieure" nach, und man wird finden, daß dort das Prämienlohnsystem ununterbrochen diskutiert wird. Wir wissen, daß es in England und Amerika große Fortschritte macht, daß es in den Heimatländern von deutschen Unternehmern vor allem anläßlich des Besuches der Ausstellung von St. Louis, aber auch in speziell zu diesem Zwecke unternommenen Reisen studiert wurde. Die Glasgower Fabrikanten Barr & Stroud haben in einer Broschüre für ihre Arbeiter alle bisher üblichen Formen der Entlohnung zusammengestellt und in dieser Schrift erklärt, daß die Gewinnbeteiligung vielleicht das schlechteste System von allen ist, weil Gewinn und Verlust aus anderen Ursachen entstehen als aus den Anstrengungen der Arbeiter; der Arbeiter kann die Feststellung des Gewinns nicht kontrollieren, gute und schlechte Arbeiter nehmen in gleicher Weise an den Ergebnissen teil, dagegen rühmen sie an dem Prämiensystem, daß es den Arbeiter instand setzt, seinen Lohn durch seine eigene persönliche Anstrengung zu erhöhen, von der Steigerung seines Lohnes schon am nächsten Zahltage und nicht erst nach der Inventur und Bilanz des Geschäftes seinen Vorteil zu haben; sie gestehen ein, daß die Lohnsteigerung eine Verminderung der Produktionskosten für den Unternehmer bedeutet, sie bedeutet aber auch ferner, was sie nicht sagen, die Möglichkeit ununterbrochener Lohnminderung, die Ersparnisse allgemeiner Geschäftsunkosten, sie schafft Gegensätze unter den Arbeitern, sie erschwert eine gemeinsame Aktion der Arbeiter, bildet ein Hemmnis der gewerkschaftlichen Organisation. Das sind Vorteile für die Unternehmer, die ins Auge springen, gegen die die warmen Farben des von Freese entworfenen Bildes der Gewinnbeteiligung verblassen.

Freese sucht seinen Plan den Unternehmern angenehm zu machen, indem er versichert, daß die Gewinnbeteiligung die Einschränkung der Lohnkämpfe bringen wird, daß sie die Arbeiter vor unbilligen Forderungen abhalten wird, daß sie die Widerstandsfähigkeit der Fabrik erhöhen wird und dergleichen. Den Arbeitern macht er sein System angenehm, indem er beteuert, aber dabei unberechtigterweise generalisiert, daß es willkürliche Eingriffe in den Lohn ausschließt, daß die festen Zeit- und Stundenlöhne nicht vermindert werden, daß er von einem beeideten Bücherrevisor sich ein Zeugnis ausstellen läßt, daß die von ihm verfügten Gewinnanteile den Voraussetzungen dieser Einrichtung entsprechen.

Seit mehr als zwei Menschenaltern werden in Frankreich, in Deutschland und in anderen Ländern Versuche mit der Gewinnbeteiligung gemacht, zum Teil von Ideologen wie J. H. Thünen und Freese, meist aber von Unternehmern, die nach der besten Form der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft suchten. Aber dieses System hat in Perioden, in denen der Klassenkampf noch lange nicht den heutigen Grad von Schärfe erreicht hatte, das Stadium des Experimentes nicht überwinden können. Es ist heute aussichtsloser wie jemals vorher, weil der kritische Geist der Arbeiter geschärft ist, weil diese heute wissen oder zum mindesten instinktiv fühlen, daß der Unternehmer auf dem schroffen Klassenkampfstandpunkt steht. Freese freilich hofft auf die Rechtschaffenheit, auf die Einsicht der deutschen Industriellen. Sein System, das die üblen Nebenwirkungen der Wohlfahrtseinrichtungen vermeiden will, wird von den Unternehmern noch kühler aufgenommen werden als die Agitation, die Böhmert in seinem „Arbeiterfreund" und in seinem bekannten Werk über die Gewinnbeteiligung ebenso eifrig als vergeblich getrieben hat. ad. br.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 30 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Maifeier und Berggesetznovelle.

♂ Berlin, 18. April 1905.

Die Maifeier des Proletariats trifft in diesem Jahre mit einem schnöden Gewaltstreich zusammen, den die verbündeten Land- und Schlotjunker gegen die deutschen Bergarbeiter planen. Auf den ersten Blick scheint es nur ein äußerliches Zusammentreffen zu sein, aber ein tieferer Zusammenhang tut sich auf, wenn man erwägt, daß seit der vorjährigen Maifeier aus der deutschen Arbeiterklasse einige Stimmen laut geworden sind, die sich grundsätzlich dafür ausgesprochen haben, den Maitag als eine proletarische Massenkundgebung überhaupt aufzugeben.

Diese Stimmen haben sich aus den Kreisen der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung erhoben. Ob oder inwieweit sie im Namen dieser Bewegung zu sprechen berechtigt waren, soll hier nicht untersucht werden; darüber wird voraussichtlich der Gewerkschaftskongreß, der im Laufe des Monats Mai stattfindet, die nötige Aufklärung schaffen. Von den Argumenten aber, die für die Beseitigung der Maifeier vorgebracht worden sind, läßt sich nur sagen, daß mit ihnen nicht viel Staat zu machen ist. Sie laufen wesentlich darauf hinaus, den wohlfeilen Spott der bürgerlichen Gegner über die Maifeier zu wiederholen, als sei sie nur ein Kaffeekränzchen oder ein Bierskat, ohne jede politische oder soziale Bedeutung. Für eine so gleichgültige Sache aber empfindliche Opfer zu bringen, könne man den Gewerkschaften nicht zumuten, die ihre Mittel für ungleich wichtigere Zwecke zusammenhalten müßten.

Diese ganze Beweisführung leidet nun aber an einem offenbaren Widerspruch. Wäre die Maifeier in der Tat nur ein Kaffeekränzchen oder ein Bierskat, so würde sie den Gewerkschaften keine empfindlichen Opfer auferlegen; legt sie ihnen aber empfindliche Opfer auf, so muß sie mehr als ein Kaffeekränzchen oder ein Bierskat, so muß sie eine politische Kundgebung sein, deren Teilnehmer vor ernsthaften Konflikten mit dem Kapital nicht zurückschrecken. Solche Klagen, wie sie von einzelnen gewerkschaftlichen Beamten laut geworden

sind, enthalten im Grunde eine Schmeichelei für die Maifeier, und es kann sich nur noch um die Frage handeln, ob die Opfer in richtigem Verhältnis zu dem Preise stehen, ob die Maifeier der Arbeitersache so viel bietet, wie sie ihr kostet. Diese Frage läßt sich nicht ziffermäßig beantworten, aber das Schicksal der Berggesetznovelle wirft ein sehr belehrendes Licht auf die Brüchigkeit der Argumente, mit denen die Maifeier von gewerkschaftlicher Seite angefochten worden ist.

Man will gewerkschaftliche Gelder nicht mehr für eine politische Kundgebung ausgeben, ein an sich durchaus anerkennenswerter Grundsatz, wie denn überhaupt kein Zweifel daran gestattet ist, daß die Abneigung, die manche gewerkschaftliche Beamte gegen die Maifeier bekundet haben, durchaus pflichtmäßiger Sorge für die ihnen anvertrauten Interessen entspringt. Allein man vergißt dabei, daß die gewerkschaftliche und die politische Arbeiterbewegung, so sehr jede ihren besonderen Weg gehen muß, um ihre ganze Kraft zu entfalten, doch einer Wurzel entspringen und auf ein Ziel steuern. Sie sind aufeinander angewiesen, wie zwei Arme desselben Körpers. Das ist auf jedem Blatt einer vierzigjährigen Geschichte zu lesen, aber wer es daraus noch nicht gelernt hat, der kann es aus der Geschichte der Berggesetznovelle lernen. Der große Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier ist so rein und streng, wie vielleicht nie ein Streik, als gewerkschaftlicher Kampf durchgeführt worden; nicht zum wenigsten die sozialdemokratischen Mitglieder der Siebener-Kommission haben ihm diesen Charakter aufzuprägen und zu erhalten gesucht. Dazu stand ihm die öffentliche Meinung auch der bürgerlichen Klasse so hilfreich zur Seite, wie vielleicht auch noch niemals einem Streik. Gleichwohl hat er gewerkschaftlich mit einer totalen Niederlage geendet; die Bergarbeiter haben bedingungslos die Waffen strecken müssen, und daran würde auch nichts geändert worden sein, wenn sie noch über einige Millionen verfügt hätten, um den Streik noch ein paar Wochen fortführen zu können. Soweit er einen Erfolg hatte, hat er ihn auf politischem Gebiet errungen, indem er die Regierung zwang, ein Gesetz zu versprechen, das wenigstens den ärgsten Beschwerden der Bergarbeiter abzuhelfen versprach.

Allein auch dieser politische Erfolg ist schnell zerronnen. Die Regierung konnte freilich ihr Wort nicht brechen, aber sie erfüllte es nur in der notdürftigsten Weise, durch die Berggesetznovelle, die auf dem Bergarbeitertag in Berlin mit Recht äußerst gering eingeschätzt worden ist. Jedoch auch mit den geringen Fortschritten, die sie enthielt, hat die Kommission des preußischen Abgeordnetenhauses gründlich aufgeräumt; sie hat sich nach ihren Kräften bemüht, aus dem Entwurfe, soweit er etwa ein Arbeiterschutzgesetz genannt werden konnte, ein Arbeitertrutzgesetz zu machen. Es ist möglich oder sogar wahrscheinlich, daß sich das Gros der Land- und Schlotjunker im preußischen Abgeordnetenhause schließlich etwas mäßigen wird, natürlich nicht aus Liebe für die Arbeiter, sondern um einen ihnen so dienstwilligen „Staatsmann", wie den Grafen Bülow, noch möglich zu erhalten, der, wenn es bei den Beschlüssen der Kommission bliebe, nach all den feierlichen Versprechungen, womit er den Bergarbeiterausstand zu beschwichtigen gesucht hat, die lächerlichste Person in

ganz Europa werden würde. Aber selbst wenn es dazu käme, was ja auch noch keineswegs sicher ist, so würde es sich nur um ein Minimum an Reformen zugunsten der Bergarbeiter handeln, um ein Minimum, das kaum noch mit der Lupe entdeckt werden könnte, sondern nur dem Reichskanzler die Möglichkeit schaffen würde, mit dem nötigen Aufwande seiner beliebten rhetorischen Mätzchen so zu tun, als habe er sein Versprechen eingelöst.

Der Hergang dieser Dinge ist gewissermaßen ein klassisches Beispiel dafür, wie sehr die gewerkschaftliche und die politische Arbeiterbewegung aufeinander angewiesen sind. Gewiß hat der große Bergarbeiterstreik im Ruhrrevier die Regierung so auf die Finger gebrannt, wie es eine politische Kundgebung der Arbeiterklasse nicht leicht hätte tun können, aber den damit erzielten Erfolg aufrecht zu erhalten, ihn nicht zu einer neuen Täuschung des Proletariats werden zu lassen, das kann die Arbeiterbewegung nicht mit ihrem gewerkschaftlichen Arm leisten, dazu bedarf sie politischer Macht. Und deshalb ist es von gewerkschaftlicher Seite ein schwerer Mißgriff, die Maifeier anzutasten, die von vornherein, als eine Kundgebung für den Achtstundentag, dessen die gewerkschaftliche Bewegung nicht zu entraten vermag, während ihn die politische Arbeiterbewegung erobern muß, gleichermaßen die beiden großen Zweige des proletarischen Klassenkampfes berücksichtigt.

Bekanntlich hat der Maitag, so sehr er eine gemeinsame Kundgebung des internationalen Proletariats ist, doch in den verschiedenen Ländern, gemäß ihrer verschiedenen Entwicklungsstufen, einen besonderen Charakter erhalten. Die deutsche Arbeiterklasse ist dabei gewissermaßen auf der mittleren Linie gegangen, wenn auch freilich nicht im Sinne des Grafen Bülow. Sie hat nicht, wie die englische Arbeiterklasse, die Maifeier von vornherein auf den ersten Sonntag im Mai verschoben, noch auch hat sie die allgemeine Arbeitsruhe so stark, wie die österreichische Arbeiterklasse, in den Vordergrund geschoben. Als sich unsere österreichischen Genossen vor langen Jahren einmal über die angeblich laue Haltung der deutschen Arbeiter zur Maifeier beschwerten, hat Bebel das Gesetz dieser Erscheinung in die richtigen Worte zusammengefaßt, daß überall, wo die Arbeiterklasse die Macht besitze, auf die politischen Angelegenheiten ihres Landes durch die Stimmzettel und durch ein gewisses Maß von Preß-, Vereins- und Versammlungsfreiheit einzuwirken, der Wert bloßer Demonstrationen desto kühler angesehen werde, je wirksamer sich der aktive politische Kampf erweise. Unter diesen Gesichtspunkten ist der Widerstand, der sich in der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung gegen die Maifeier geltend macht, ein erfreuliches Zeugnis für das Wachstum ihrer Kraft; sie glaubt genügend erstarkt zu sein, um auf den Wert bloßer Kundgebungen verzichten zu können. Aber sie überschätzt dabei ihre Macht, wie das Schicksal der Berggesetznovelle zeigt; ohne den Hebel der politischen Gewalt wird sie die lastende Wucht des koalierten Kapitals nicht von der Stelle rücken.

Auf der anderen Seite sind auch die politischen Rechte der Arbeiterklasse in Deutschland keineswegs so ausgiebig und namentlich nicht so gesichert, daß sie des „Druckes von außen“ entbehren könnten. Diesem Drucke ist es in erster Reihe zu danken, daß die Scharfmacher mit ihrem eifrig betriebenen

Spiele dennoch nicht ans Ziel gelangen. Wie wenig sich die edle Sippe daraus macht, das parlamentarische Recht niederzurennen, hat sie in der Dezembernacht von 1902 bewiesen. Es ist die Angst vor den drei Millionen und ihrer urwüchsigen Kraft, die den Scharfmachern immer noch rechtzeitig in die Arme fällt, wenn sie die paar Rechte der Volksmassen abwürgen wollen. Und wie wenig diese Rechte noch besagen, wie ohnmächtig das deutsche Proletariat auf weiten und wichtigen Gebieten der Gesetzgebung noch ist, das hat das Schicksal der Berggesetznovelle abermals gezeigt.

Entsprechend diesen Verhältnissen hat sich die Maifeier in Deutschland historisch entwickelt. Die deutschen Arbeiter haben sie nicht über das notwendige Maß hinaus zu einer Kraftprobe gemacht, bei der die Verluste den Gewinn überwiegen konnten, aber sie haben auch niemals vergessen, daß die würdigste Feier des Maitags allerdings die Arbeitsruhe ist. An diesem Verhältnis etwas zu ändern, liegt durchaus kein Grund vor. Ein Verzicht auf die Maifeier in der Form, wie sie bisher in Deutschland bestanden hat, wäre nur ein Gaudium für die Bourgeoisie. Gewiß bemüht sie sich jetzt krampfhaft, die Maifeier als ein Kaffeekränzchen oder einen Bierskat hinzustellen, aber wenn die deutschen Arbeiter selbst die Hand an die Maifeier legen würden, so würde sie aus einem ganz anderen Loche pfeifen, so würde sie ein lautes Triumphgeschrei erheben, das ganz anders aus ihrem Herzen käme als die abgeschmackten Witzeleien, mit denen sie jetzt die Maifeier lächerlich machen möchte.

Wir hoffen, daß es dazu nicht kommen wird. Gerade die gegenwärtige Maifeier kann in glänzendster und wirksamster Weise das Recht aufs Dasein beweisen, das dieser Kundgebung des internationalen Proletariats innewohnt, indem sie eine gewaltige Demonstration richtet gegen das schnöde Spiel, das die Land- und Schlotjunker mit den verratenen Bergarbeitern treiben. Den blindwütenden Eigentumsfanatikern mag sie dadurch wenig imponieren, denn in diesen Kieselherzen findet die Stimme der Vernunft sowenig einen Widerhall, wie die Stimme der Menschlichkeit. Aber wenn sich am ersten Mai Millionen deutscher Arbeiter erheben, um das schmähliche Unrecht zu brandmarken, das im preußischen Geldsacksparlament verübt werden soll, dann wird selbst der Feuilletonwitz des Grafen Bülow begreifen, daß der frivole Scherz, der etwa mit dem „sozialen Königtum“ getrieben werden sollte, sich bitter rächen wird an jedem Königtum.

Die Frauenarbeit in Frankreich.

Von **Paul Louis** (Paris).

Es ist merkwürdig, mit welcher Geschwindigkeit sich der Gedanke des Arbeiterschutzes in den letzten fünfzehn Jahren in Frankreich wie überhaupt allerwärts verbreitet hat.

Anläßlich der am 8. Mai dieses Jahres stattfindenden Berner Konferenz, auf der die Delegierten verschiedener Staaten das Verbot der Nachtarbeit für Frauen erörtern werden, ist es von großem Interesse, die Beratungen der Berliner Konferenz von 1890 wieder in Erinnerung zu rufen. Heute ist das

Verbot der Nachtarbeit von der französischen Regierung im Prinzip angenommen — aber freilich nur im Prinzip, denn auf keinem Gebiet wird die Theorie offenkundiger von der Praxis vergewaltigt wie auf diesem. Immerhin läßt Frankreich jetzt wenigstens die Theorie gelten, während es sie früher als ein Attentat auf die Freiheit zurückwies.

Mit welcher Vorsicht gab 1890 der damalige Minister des Äußern, Eugen Spuller, seine Zustimmung zu dem Antrag der Schweizer Regierung, dem sich die deutsche anschloß, eine Arbeiterkonferenz einzuberufen! Er betonte ausdrücklich, daß die Konferenz keinen diplomatischen Charakter tragen dürfe und er sich keinesfalls den anderen Staaten gegenüber durch einen Vertrag binden würde. Es könne sich nur darum handeln, Meinungen auszutauschen, wünschenswerte Maßnahmen kundzugeben und die Statistik zu studieren, aber um nichts weiter. Jeder Staat habe dann für sich allein daraus die ihm geeignet scheinenden Folgerungen zu ziehen. Selbst als das Programm schon aufgestellt war, suchte Frankreich es noch soviel wie möglich einzuschränken und widersetzte sich ängstlich jeder gesetzlichen Einmischung in den Arbeitsvertrag der Erwachsenen.

Um den Geist zu erkennen, von dem die leitenden Männer damaliger Zeit beseelt waren — und ist es etwa seitdem anders geworden? —, muß man sich das Resümee vergegenwärtigen, das der erste französische Delegierte in Berlin, Jules Simon, am 12. Mai 1890 an den Minister des Äußern sandte. Deutschland hatte für die erwachsenen Frauen das Verbot der Nachtarbeit und den Elfstundentag verlangt, und die erste der Forderungen war mit 8 gegen 5, die zweite mit 8 gegen 3 Stimmen angenommen worden. In beiden Fällen hatte Frankreich mit der Minorität gestimmt, und Jules Simon rechtfertigte diese Haltung folgendermaßen:

„Frankreich hat stets nur mit äußerster Zurückhaltung die gesetzliche Regelung der Arbeit Erwachsener in Erwägung gezogen. Diese Zurückhaltung, die auch in allen anderen Ländern anzutreffen ist, ist ganz besonders bei unseren Sitten und politischen Einrichtungen erklärlich. Wir sind Anhänger der individuellen Freiheit und würden es richtiger finden, anstatt den Gebrauch, den unsere Mitbürger von ihr machen, zu reglementieren, ihnen alle notwendigen Handhaben zu geben, um sich ihrer Rechte in nützlicher Weise zu bedienen."

Gegenwärtig muß sich die Regierung Frankreichs, so sehr sie auch bemüht ist, die Willkürherrschaft des Großkapitals zu verteidigen, wie mild sie auch die einschlägigen Gesetze anwendet, doch eingehender mit der Theorie des Arbeiterschutzes beschäftigen. Denn der manchesterliche Gedanke hat ausgelebt. Die Ausbreitung des Sozialismus und der gewerkschaftlichen Bewegung haben die Regierung gezwungen, jetzt eine ganz andere Haltung einzunehmen als früher. Allerdings ist der Wert der Arbeiterschutzgesetze einzig und allein bedingt durch die Energie, mit der die Gewerkschaften für sie eintreten, und wenn die Nachtarbeit morgen verboten würde, dann würden nur die Gewerkschaften dieses Verbot zur Durchführung bringen können.

In der ganzen Welt gibt es kein einziges Land, wo die Frau eine solche Rolle in der Industrie spielt wie in Frankreich.

Die neueste Statistik zählt in den verschiedenen Betrieben 1869000 Arbeiterinnen, von denen 1578000 in der Textil- und Bekleidungsbranche, 79000 in der Lebensmittelbranche, 45000 in der chemischen und Papierindustrie und ebensoviel in Leder und Häuten beschäftigt sind. In der Textil- und Bekleidungsindustrie ist viel mehr weibliches Personal tätig als männliches. Hier ist

das Verhältnis 2,5:1, in Belgien 2:1, in Deutschland 1:1. In gewissen Departements Frankreichs, wo die Weberei und die Spinnerei oder die Seidenfabrikation vorherrschen, steigt die Beschäftigung weiblicher Arbeitskräfte zu erstaunlicher Höhe: im Departement Ardèche auf 65 Prozent, in der Drôme auf 58 Prozent, in Basses Alpes und in Tarn und Garonne auf 56 Prozent.

Wir wollen hier nicht auf die Lohnfrage eingehen; das würde uns zu weit von unserem Gegenstand entfernen: der gesetzlichen Regelung der Frauenarbeit.

Die historischen Etappen der Arbeitergesetzgebung in Frankreich fallen in die Jahre 1841, 1848, 1874, 1892, 1900.

Das Gesetz vom 22. März 1841 bezieht sich nur auf die Kinder; es kam infolge der großen, Entsetzen erregenden Enquete von Villermé zustande. Dieser Schriftsteller, der durchaus kein Sozialist war, entwarf ein trauriges Bild der Manufakturwarenindustrie. Er zeigte, daß in Lille für Männer, Frauen und Kinder der Arbeitstag 14 Stunden betrug, daß er in Tourcoing auf 15, in Rouen auf 15½, in den Grenzorten der Umgegend von Rouen auf 16 und 17 Stunden stieg und auch in Tarare im Lyonnais noch 13 und 14 Stunden dauerte. Die Wollindustrie ist nicht menschenfreundlicher als die Baumwollindustrie: 14, 15, 16 Stunden waren die Regel in Reims, Rethel und Sedan. Die Löhne waren Hungerlöhne, aber, wie gesagt, wir können auf diese hier nicht eingehen.

Das Gesetz von 1841 beschränkte sich also darauf, die Kinder zu schützen. Die Republik von 1848 wollte etwas weiter gehen als das Julikönigtum — sie war noch in ihrem vorbereitenden revolutionären Stadium — und sie ergriff eine bedeutsame Maßregel.

Am 2. März 1848 wurde auf Veranlassung der Kommission des Luxemburg folgende bemerkenswerte Verfügung erlassen: „In Anbetracht dessen, daß eine zu lange Arbeitszeit nicht nur die Gesundheit des Arbeiters ruiniert, sondern ihn auch verhindert, seinen Geist zu bilden, und ihn so in seiner Menschenwürde verletzt ... wird für Arbeiter beiderlei Geschlechtes die Arbeitszeit in Paris auf 10, in der Provinz auf 11 Stunden herabgesetzt."

Das war ein Akt so ausgesprochenen Eingreifens des Staates in die wirtschaftliche Tätigkeit, wie es bis dahin noch in keinem Lande vorgekommen war. Sofort bekämpften die Konservativen in heftigster Weise diese Verfügung, die nur durch die Vorstädte von Paris aufgezwungen sei!

Die Verfügung vom 2. März 1848 wurde sehr bald aufgehoben und durch die vom 9. September 1848 abgelöst, welche die effektive Arbeitzeit auf 12 Stunden beschränkte, dabei aber die Möglichkeit zahlreicher Verlängerungen vorsah. Die Frau konnte die spärlichen theoretischen Rechtsgarantien, die sie vor einem halben Jahre erst erhalten hatte, hinter den Spiegel stecken.

Von 1848 bis 1892 blieb die erwachsene Arbeiterin von der französischen Gesetzgebung ganz unberücksichtigt. Das Gesetz vom 19. Mai 1874 zieht nur die Kinder und die minderjährigen Mädchen in Betracht. Sieben Jahre später sprach sich zwar die Deputiertenkammer für einen einheitlichen Arbeitstag von 11 Stunden für Kinder, minderjährige Mädchen und erwachsene Frauen aus. Aber der Senat blieb dem alten Schlendrian treu und verhielt sich diesem Fortschritt gegenüber feindselig. 1886 legte die Regierung der Kammer einen gleichlautenden Gesetzentwurf vor, aber noch weitere sechs Jahre lang wurde über die Dauer des Arbeitstags, über die Zweischichtenarbeit, über das Verbot der Nachtarbeit diskutiert. Die Abgeordneten wären nun ziemlich geneigt

gewesen, um den immer energischeren Forderungen des Proletariats zu entsprechen, einen Einheitstag von 10 Stunden für Mädchen, Frauen und Kinder zu gewähren, aber der Referent, ein konservativer Republikaner, erklärte, daß es genüge, den Kindern den Zehnstundentag zu geben, für die Frauen jedoch den Elfstundentag beizubehalten, da diese infolge der gemeinsamen Beschäftigung mit den Jugendlichen doch bereits nach 10 Stunden heimgeschickt werden müßten.

Das Gesetz vom 2. November 1892 erweiterte den Schutz auf Kinder, minderjährige Mädchen und Frauen in Hütten, Fabriken, Bergwerken, Steinbrüchen, auf Bauplätzen, Werkstätten aller Art, gleichviel ob sie öffentlich oder privat, in weltlichem oder kirchlichem Besitz sind. Die Heimarbeitsstätten — das sei hier gleich hervorgehoben — waren hiervon befreit, es sei denn, daß in ihnen ein mechanischer Motor benutzt oder lebens- oder gesundheitsgefährliche Arbeiten verrichtet wurden; in diesem Falle konnte die Gewerbeaufsicht Sicherheits- oder hygienische Maßregeln vorschreiben.

Dreierlei verschiedene Arbeitszeit wurde festgesetzt: für Kinder unter 16 Jahren 10 Stunden täglich; für Jugendliche von 16 bis 18 Jahren 60 Stunden wöchentlich bei einem täglichen Maximum von 11 Stunden; für minderjährige Mädchen von 18 bis 21 Jahren und für Frauen 11 Stunden täglich.

Nachtarbeit von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens war für alle geschützten Personen untersagt, doch war die Arbeit von früh 4 Uhr bis abends 10 Uhr erlaubt, wenn sie unter zwei Schichten von Arbeitern oder Arbeiterinnen verteilt wurde, von denen keine länger als 9 Stunden tätig war. Gestattet war jedoch die Verlängerung der Arbeitszeit bis 11 Uhr abends an höchstens 60 Tagen für Frauen in solchen Industrien, die im Gesetz ausdrücklich bezeichnet waren. Aber der Arbeitstag durfte dann nicht mehr als 12 Stunden betragen. Andere im Gesetz näher bestimmte Industrien durften ständige Nachtarbeit einführen, wenn die geschützten Personen innerhalb 24 Stunden nicht länger als 7 Stunden beschäftigt wurden. Für bestimmte Fabrikanlagen waren noch zeitweilige Ausnahmen vorgesehen. Endlich konnte die Gewerbeaufsicht, wenn der Betrieb durch Zufall oder durch höhere Gewalt unterbrochen werden mußte, gewisse Ausnahmen gewähren. So sah das im Gesetz proklamierte Verbot der Nachtarbeit in Wirklichkeit aus!

Prinzipiell durften die Frauen in den dem Gesetz unterstellten Betrieben nicht mehr als sechs Tage wöchentlich und nicht an den Festtagen beschäftigt werden. Aber auch hier gestattete das Gesetz Ausnahmen oder der Bezirksinspektor bewilligte sie zeitweise. Die Gewerbeaufsicht selbst wurde auf neuer Basis organisiert.

Die vom Gesetz zugelassenen Ausnahmen traten in Kraft durch die Verfügungen vom 15. Juli 1893 (Stickerei, Passementerie, Wäsche, Schneiderei, Modewaren, Zuckerwarenfabrikation usw.), vom 26. Juli 1895, 29. Juli 1897, 24. Februar 1898 und 1. Juli 1899. Tatsächlich wurden durch sie einige der Hauptbestimmungen aufgehoben, so daß die Überarbeit der unter Schutz gestellten Personen allerorten zu Klagen der Arbeiter Anlaß gab.

Zudem wurden auch die noch übrig gebliebenen Bestimmungen alle Augenblicke verletzt. Der Text des Gesetzes von 1892 war schlecht zusammengestellt, widerspruchsvoll, unanwendbar. Kinder mußten bis 11 Stunden und länger arbeiten, und die Frauen wurden auch über 11 Stunden dabehalten, weil ihre Arbeit mit der der Männer in engem Zusammenhang stehe. Übertretungen

schienen fast obligatorisch zu sein. Die Gewerbeinspektoren verlangten dringend die Vereinheitlichung der Arbeitszeit. Sie betonten die Machtlosigkeit der Kontrolle, den Mißbrauch der Ausnahmebestimmungen, die Verlängerung der Nachtarbeit, die Unzuträglichkeiten des Schichtensystems, das den Unternehmer ermächtigt, Tag und Nacht arbeiten zu lassen und so jedes Zusammensein zwischen Familienvater, seiner Frau und seinen Kindern zu verhindern. Dabei vermehrten sich die Streiks infolge der Willkür der Unternehmer.

Von 1893 bis 1900 beschäftigte sich von neuem das Parlament mit dieser Frage. Die Kammer wollte den Zehnstundentag für die geschützten Personen, der Senat forderte den Elfstundentag für alle. Für den Achtstundentag, diesen wesentlichen Bestandteil des sozialistischen Programms, fanden sich im Palais Bourbon nur 90 gegen 115 Stimmen.

Schließlich einigten sich die beiden Körperschaften auf vermittelnde Bestimmungen, die am 30. März 1900 Gesetz wurden und noch jetzt in Kraft sind. Für die Frauen soll die Arbeitsdauer zwei Jahre nach der Gesetzesverkündigung (1. April 1902) 10½ Stunden und nach einer weiteren Periode von zwei Jahren (also vom 1. April 1904 ab) 10 Stunden betragen. Zweitens müssen in allen Betrieben, ausgenommen in kontinuierlich betriebenen Hochöfen, für die geschützten Personen (Kinder, minderjährige Mädchen, Frauen und erwachsene Männer aus gemischten Betrieben) die Ruhepausen zu gleicher Zeit stattfinden. Der Artikel von 1892, welcher ausnahmsweise die Arbeit von 4 Uhr morgens bis 10 Uhr abends gestattet, wurde gestrichen. Eine einheitliche Vorschrift galt für die Nachtstunden, die von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens gerechnet wurden. Endlich wurde auch die Schichtarbeit, außer für die kontinuierlichen Hochöfen und diejenigen Betriebe, die in der Verordnung näher bezeichnet waren, im Prinzip verboten. Eine Ausnahme wurde nur beibehalten, wo die Arbeitszeit in zwei Schichten geteilt ist; dann aber muß die Arbeit ohne Rücksicht auf die Ruhepausen verrichtet werden.

Dies ist der gegenwärtige Rechtszustand, der dadurch entstand, daß die Gesetze von 1892 und 1900 miteinander verquickt wurden. Er zeigt dementsprechend große Mängel. Erstens weil er nur auf die in der eigentlichen Industrie beschäftigten Frauen anwendbar ist, zweitens, weil er für die Nachtarbeit und die wöchentlichen Ruhepausen, sowie die Feiertage zahlreiche Ausnahmen gestattet. Außerdem wird das Gesetz allerorten verletzt; die Arbeitgeber haben versucht, es zu umgehen, indem sie Frauen entließen oder die Löhne reduzierten, oder indem sie die Heimarbeit förderten. Die Gewerbeaufsicht ist dagegen ganz machtlos.

Im nachfolgenden gebe ich so kurz wie möglich eine Übersicht über den gegenwärtigen Stand der Arbeiterinnenschutzgesetzgebung.

Die weiblichen Handelsangestellten hat der französische Gesetzgeber bisher fast ganz vernachlässigt. Für sie trat nur eine ganz kurze Verfügung vom 29. Dezember 1900 ein, durch die die Ladeninhaber verpflichtet wurden, so viel Sitze anzuschaffen, als weibliche Angestellte vorhanden sind. Diese Verfügung wird kaum ihrem Sinne nach befolgt; viele Arbeitgeber schaffen wohl Stühle oder Bänke an, untersagen aber den Verkäuferinnen, sie zu benützen. Dazu kommt noch, daß die Handelsangestellten gar keine gesetzlich festgelegte Ruhezeit haben: sie können gezwungen werden, jeden Sonntag zu arbeiten oder ihre Arbeitszeit bis tief in die Nacht hinein auszudehnen. Kein Schutzgesetz beschränkt die Diktatur der Arbeitgeber.

Aber auch der Schutz der Industriearbeiterin ist nur ein sehr geringer, da die Verfügungen fortwährend neue Abweichungen vom Prinzip offenlassen und die Industriellen von diesen Ausnahmen einen sich immer mehr steigernden Gebrauch machen. Die Berichte der Inspektoren enthalten darüber sehr lehrreiche Angaben.

Zunächst dürfen fünf Industrien, welche zur Konfektion gerechnet werden, an 60 Tagen im Jahre 12 Stunden täglich, bis 11 Uhr abends, arbeiten lassen. Das ist eine Beeinträchtigung des Verbots der Nachtarbeit um zwei Stunden.

Ferner dürfen gewisse Arbeiten stets während der Nacht ausgeführt werden (Zeitungen falzen, Druckschriften heften). Diese Erlaubnis bringt jedoch die verhängnisvollsten Wirkungen hervor, denn man macht immer häufiger von ihr Gebrauch, und so sind zahlreiche Frauen Tag und Nacht tätig. In Kakesfabriken, Konservenfabriken und Bonbonsfabriken dürfen Frauen an 30 bis 120 Tagen jährlich 10 Stunden Nachtarbeit verrichten. Allein in dem Inspektionsbezirk von Nantes haben die Frauen auf diese Art über 54000 Arbeitsnächte geliefert. Bei den kontinuierlichen Hochöfen wird von den erwachsenen Frauen eine zehnstündige Nachtarbeit verlangt.

Zu diesen Durchlöcherungen des Gesetzes kommen noch die von den Gewerbeinspektoren ausdrücklich bewilligten hinzu.

Zunächst werden solche Überschreitungen geduldet, wenn in einer Fabrik der Betrieb durch eine zufällige Unterbrechung oder durch höhere Gewalt eingestellt werden muß. Besonders und viel häufiger kommen sie aber in anderen Fällen in Betracht. Eine ganze Reihe von Industrien, die im Gesetz näher bezeichnet sind, können um die Erlaubnis einkommen, ihre Arbeitszeit zu verlängern und die wöchentliche Ruhepause fortfallen zu lassen. Nach einem Rundschreiben von 1900 konnte an 60 Tagen der Arbeitstag 12 Stunden dauern und in einem Jahre 15 mal die wöchentliche Ruhepause wegfallen. Noch 1902 hat ein Rundschreiben die Zahl der Überarbeitstage, deren Erlaubnis dem freien Ermessen der Inspektoren überlassen bleibt, für die im Freien Beschäftigten auf 90 erhöht.

Hierüber haben wir eine genaue Statistik. Von 1900 bis 1903 stieg die Zahl der durch die beiden Erlasse ermöglichten Vergünstigungen von 1912 auf 4451 und die der verlängerten Arbeitstage — für Mädchen von 18 bis 21 Jahren und Frauen — von 1540000 auf 2376000; die zur Arbeit benutzten Ruhetagen wuchsen von 126000 auf 168000 an. Besonders in der Feinwäscherei, der Schneiderei und der Druckerei machten die Arbeitgeber von den ihnen gewährten Vergünstigungen Gebrauch.

Die Inspektoren beklagen sich über diesen unvermeidlichen Mißbrauch, der ihnen eine immer wachsende Menge Schreiberei und Schererei aufladet. In den großen Städten wird das Gesetz fast gänzlich zunichte gemacht durch die Menge von Ausnahmen, welche es zuläßt. Allein in Paris gab es im Jahre 1903 924000 verlängerte Arbeitstage für Arbeiterinnen (gegen 754000 im Jahre 1902) und 66000 Ruhetage wurden nicht eingehalten (gegen 55000 im Jahre 1902). „Durch die Zunahme der Genehmigungen wird eine wahre Flut von Schreibwerk nötig gemacht. Ich werde nicht aufhören, dagegen zu protestieren", sagt der Bezirksinspektor von Paris.

Die Übertretungen des Gesetzes sind unzählbar, weil, wie die offiziellen Berichte selbst zugeben, jede Überwachung illusorisch ist. Es ist sicher, daß die

Zuwiderhandlungen immer mehr überhandnehmen. 1903 stellten die Inspektoren 6121 Zuwiderhandlungen gegen die Vorschriften der Arbeitsdauer fest. Die Zahlen für Frauen und Kinder sind fast doppelt so hoch wie im Vorjahr: jedenfalls betrug die Zunahme 2923.

Der Inspektor des nördlichen Gebietes sagt in seinem Bericht, man müsse sich fragen, wie groß wohl die Zahl der Zuwiderhandlungen sein wird, wenn erst der Zehnstundentag eingeführt ist (1. April 1904). Schon seit der Einführung des Zehneinhalbstundentages sei die Zunahme sehr fühlbar, und besonders die Leinen- und Baumwollspinnereien richteten sich, wie er klagt, gar nicht nach den Gesetzesvorschriften. Man muß noch froh sein, wenn die Gerichte der ersten und zweiten Instanz nicht noch den Arbeitgebern, die das Gesetz übertreten, recht geben. Müssen doch in jener Gegend in den Zuckerfabriken und Brennereien am Sonntag bei Schichtwechsel die Frauen 18 Stunden lang in der Fabrik sein! Und kommt es zu einer Anklage, dann ziehen die Unternehmer das Gerichtsverfahren lange hin und verstecken sich hinter die Verordnungen, die ihnen ja so viel Spielraum gewähren!

Wenn sich die Unternehmer nicht in offenen Widerspruch mit den Gesetzen bringen wollten, so entließen sie die Frauen. Sie verzichteten nicht nur auf deren Dienste, weil sie nicht ganz nach ihrem Belieben mit ihnen umspringen konnten, sondern auch deshalb, weil dort, wo Frauen beschäftigt sind, die in denselben Räumen beschäftigten Männer denselben Schutzmaßregeln wie jene unterstehen. Für die Arbeiter in gemischten Betrieben tritt ja ganz von selbst der Zehnstundentag in Kraft. Um nun die Männer 11 Stunden und länger in den Fabriken halten zu können, scheute man sich nicht, das weibliche Personal zu entlassen. Dieselbe Maßregel traf die jugendlichen Arbeiter, weil ihre Anwesenheit dieselbe gesetzliche Folge für die Beschäftigung von Männern gehabt hätte. Das wird von sämtlichen Inspektoren gleichmäßig berichtet.

Weit häufiger aber haben die Industriellen versucht, den Tagelohn der Frauen um so viel herabsetzen, wie die gesetzlich vorgeschriebene ganze oder halbe Stunde, die sie weniger beschäftigt werden dürfen, ausmacht. Die Frauen ließen sich das natürlich nicht gefallen, und man muß sagen, daß die Konflikte im allgemeinen für die Arbeiterinnen günstig verliefen. So brachen im März 1902 96 Streiks aus, um die Fabrikanten zu zwingen, die früheren Löhne beizubehalten. Als die zweite Etappe, der Zehnstundentag, fällig wurde, war eine Zunahme der Arbeitseinstellungen zu verzeichnen: im Januar 1904 entstanden 73 Konflikte, bei einem fünfjährigen Durchschnitt von 46, im Februar waren es 95 statt des fünfjährigen Durchschnitts von 42, im März 98 gegen 52.

Aber die mächtigste Waffe der Unternehmer war die Ausbreitung der Heimarbeit. Indem sie die Frauen aus der Fabrik entließen und ihnen Heimarbeit mitgaben, entgingen sie nach der heutigen Rechtslage jeder Einmischung und Beaufsichtigung. In der Heimarbeit ist der Arbeitstag unbegrenzt, die Nachtarbeit wird in Permanenz erklärt, eine Sonntagsruhe existiert nicht. Wie will man eine Arbeiterin zu einem hygienischen Leben zwingen, wenn sie nicht genug verdient, um leben zu können!

Die Entwicklung der Heimarbeit ist in Frankreich wie überall die direkte und sofortige Folge der Schutzgesetzgebung für Fabrikarbeiterinnen.

Der Inspektor von Limoges stellt fest — es handelt sich immer um den letzten Bericht (von 1903) —, daß durch das Näherrücken des 30. März 1904, an

dem der Zehnstundentag für Fabrikarbeiterinnen in Kraft trat, in seinem Bezirk die Heimarbeit in der Familie sehr stark zugenommen habe. In der Wäschefabrikation liefern die Fabrikanten den ländlichen Familien Nähmaschinen: diese Maschinen werden mit der Verpflichtung verliehen, daß nur für diejenige Firma gearbeitet werden darf, von der sie stammen. Der Inspektor von Dijon beklagt die Ausbreitung der Heimarbeit in der Stickerei in Saone und Loire. Der Inspektor von Lille teilt eine charakteristischen Vorgang mit. Infolge eines gegen einen Wäschefabrikanten geführten Prozesses löste dieser seine Fabrik auf und die Maschinen wurden zu den Arbeitern geschafft. Auch aus Rouen und aus Elbeuf meldet die Inspektion, daß dieser neue Fabrikationsmodus der Heimarbeit sich unaufhaltsam ausbreitet. Man kann nicht offenkundiger sich über die Gesetze lustig machen oder vielmehr ihre Ohnmacht ausbeuten!

Nicht nur der Hausarbeit gegenüber sind die Gewerbeinspektoren machtlos, sie erklären sich auch für unfähig, eine wirksame Kontrolle über die Industrie auszuüben. Obwohl die Anzahl der Revisionen von Jahr zu Jahr wächst — 1901 waren 124000 und 1903 bereits 146000 —, werden doch gegenwärtig die Besichtigungen kaum in einem Drittel der dem Gesetz unterstehenden Betriebe vorgenommen. Die wirkliche Gesamtzahl müßte 529000 sein. Daraus ersieht man sogleich, daß die Tätigkeit der Inspektion der reine Hohn ist.

Die Gewerbeaufsicht ist in der Tat unzulänglich besetzt, nur 132 Beamte sind für die ungeheure Arbeit, die ihnen obliegt, angestellt. Ferner werden die Beamten, solange sie sich nicht aus der Arbeiterschaft rekrutieren, bureaukratische Gepflogenheiten annehmen, die ihre Tätigkeit lähmen. Wie sollte auch nicht so ein Inspektor zögern, gegen einen mächtigen Industriellen gerichtlich vorzugehen, der in intimen Beziehungen zur Regierung steht und der ihn womöglich um sein Amt bringen kann!

Die Reform der Gewerbeaufsicht ist dringend notwendig. Die Inspektoren selber erzählen mit Entrüstung von den Schwierigkeiten ihres Amtes, das immer komplizierter wird. Die Unternehmer bedienen sich unzähliger Schliche, um die Besichtigungen zu hintertreiben und um die widerrechtlich bis in die Nacht hinein dabehaltenen Frauen plötzlich verschwinden zu lassen.

Zur Vervollständigung dieses Bildes möge noch erwähnt werden, daß 1904, am Vorabend der Einführung des Zehnstundentages, eine Gruppe von Senatoren versuchte, das Gesetz von 1900, das in Unternehmerkreisen viel Mißfallen erregte, umzuarbeiten. Man beabsichtigte unter anderem, an die Stelle des Zehnstundentages die Woche von 60 Stunden zu setzen, denen 2 Stunden für die Reinigung der Fabrikräume hinzugefügt werden sollten. Der Senat stimmte dafür, die Kammer aber nicht.

Aus allen diesen Angaben ist zu ersehen, daß die Arbeitsbedingungen der Arbeiterin in Frankreich nichts weniger als glänzend sind. Die Gesetze sind so abgefaßt, daß die Vorrechte der Unternehmer fast ganz unangetastet bleiben, und bei der Durchführung der Vorschriften lassen die Behörden eine überraschende Milde walten. Speziell die Nachtarbeit blüht nach wie vor außerordentlich. Welchen Erfolg wird hiergegen die Berner Konferenz haben und wird Frankreich solche Bedingungen annehmen, daß von nun an seine Arbeiterinnen wirklich gegen die Überarbeit geschützt sind? Es ist ganz natürlich, daß wir recht skeptisch sind. Zumeist steht ja die Arbeiterschutzgesetzgebung nur auf dem Papier.

Damit sie Wahrheit werde, müssen die Arbeiterschutzgesetze nicht nur beschlossen, sondern auch von einer starken und wachsamen gewerkschaftlichen Organisation kontrolliert werden. Nun zählt Frankreich gegenwärtig 750000 Gewerkschafter, darunter sind aber nur ein Fünfzehntel, ungefähr 50000 Frauen. Es ist seltsam, daß das Departement der Seine, trotz seiner riesigen Zahl von Proletariern, nur 11000 organisierte Arbeiterinnen zählt, daß der Norden und „Seine inférieure“, die der Sitz der höchstentwickelten Textilindustrie ist, mit Lille, Roubaix, Armentier, Tourcoing, Rouen, Elbeuf nur 5000 und 1500 Organisierte aufweisen. Die Arbeiterschutzgesetze sind nur so viel wert, wie die Gewerkschaften Macht besitzen. Das ist eine Wahrheit, von der man leider in Frankreich nicht tief genug durchdrungen ist — und wenn die französische Frau so schwer überlastet ist, so kommt das zum großen Teil daher, daß sie weder zu kämpfen, noch sich zu organisieren gelernt hat.

Das Entstehen des neuen Rußland.

Von **Th. Dahn.**[1]

Und neues Leben blüht aus den Ruinen. . . .

Da sind sie vor uns, da erleben wir sie, diese großen Tage der russischen Befreiung, die als eine Sphinx, gewaltig und rätselhaft, vor den Augen derer standen, die in sehnsuchtsvollem Suchen der Freiheit in die nebelhafte historische Ferne hineinzublicken sich bemühten. . . .

In den vierziger Jahren entsteht bereits das Problem der russischen Freiheit in all seiner Kompliziertheit. Von zwei verschiedenen Ausgangspunkten aus sucht es der forschende Gedanke zu lösen. Russische „Eigentümlichkeiten“ — so lautet die eine Lösung des verwickelten Problems. In den Tiefen der „Volksseele“, in den uralten Eigentümlichkeiten seines Lebens und seiner Sitten, in der „Gemeindeverfassung“ der Bauern, in dem, was Rußland von allen Ländern der zivilisierten Welt unterschied, suchte das Slawophilentum das Werkzeug zu jener Umgestaltung, die das russische Volk von den Ketten des Selbstherrschertums befreien und es zugleich vor den Geschwüren, die den „faulen Westen“ zerfressen, sichern sollte. Rußland auf seinen eigenen Wegen, von seinen eigenen rückständigen Gesellschaftsformen aus zu seiner eigenen vollkommenen Freiheit gebracht — solche Perspektiven schwebten den idealistisch gestimmten Kreisen des Slawophilentums vor.

Anders wurde das Problem von den „Westlern“ (Zapadniki) gelöst. In der „Gemeinde“, die so sehr durch die Abfälle der Leibeigenschaftsepoche überdeckt war, daß es nur dem von außen gekommenen deutschen Baron v. Haxthausen gelang, diese kostbare „Perle“ aus dem großen Kehrichthaufen herauszugraben, in den „Eigentümlichkeiten“ des Volkslebens und den „Geheimnissen“ seiner „Seele“, die mit einem mystischen Wohlgefallen die Herzen der Slawophilen füllten, sahen die „Westler“ mit Recht die sicherste Stütze des zarischen Despotismus, des asiatischen Selbstherrschertums. Und mit der Entschlossenheit eines Freiheitskämpfers, der, im Dienste seiner Sache, einen Dolch ins eigene Herz zu stoßen bereit ist, rief Belinsky laut nach der „Bourgeoisie“, jener Bourgeoisie, die die Freiheit dem Westen erkämpfte, die sie auch Rußland erkämpfen

---

[1] Aus Nr. 89 der „Iskra“, Zentralorgan der sozialdemokratischen Arbeiterpartei Rußlands.

wird. Auf europäischen Wegen, von europäisch umgestalteten bürgerlichen Formen aus zur europäischen bürgerlichen Freiheit — so lautete die andere, diametral entgegengesetzte Lösung des Problems der historischen Sphinx. Von da an gehen diese beiden Lösungen, bald in mehr oder weniger reiner Gestalt, bald auf mannigfaltigste und sonderbarste Weise miteinander verflochten, durch die ganze Geschichte des russischen politischen Gedankens durch. Aber die Ideen des Slawophilentums herrschen anfangs bedeutend vor und erreichen in dem „Volkstümlertum" (Narodnitschestwo) der siebziger Jahre ihren höchsten revolutionären Ausdruck. Das „Volkstümlertum" — das ist das revolutionäre Slawophilentum, das aber an einem geheimen, peinlich vor allen und manchmal auch vor sich selbst verborgen gehaltenen Laster der Liebe zu den europäisch-freien bürgerlichen Gesellschaftsformen leidet. In dem Karikatur-Volkstümlertum unserer Tage wird dieses Laster kaum noch durch eine dünne Schicht von slawophiler Schminke verhüllt, und durch die Löcher der abgetragenen „vaterländischen" Lumpen schaut ganz deutlich der nackte bürgerliche Mensch hindurch.

Und doch ging die Geschichte der russischen Befreiung ihre eigenen Wege, die ebensoweit von den mystischen Träumereien des Slawophilentums wie von der nüchternen „Nachäffung" des „Westens" entfernt waren. Nur der Marxismus, die wissenschaftliche materialistische Analyse der Wirklichkeit, konnte geben und gab auch tatsächlich vor zwanzig Jahren die richtige Lösung des von der Sphinx gestellten Problems. Die europäische bürgerliche Umgestaltung des russischen Lebens — dies ist tatsächlich der Ausgangspunkt der russischen Befreiung; darin behalten die „Westler" recht. Im Unrecht waren sie aber, als sie meinten, daß diejenigen „gebildeten" und besitzenden Schichten der bürgerlichen „Gesellschaft" die Vorkämpfer der russischen Freiheit sein werden, die in der westeuropäischen Welt diese Rolle spielten. Als *Arbeiterrevolution* feiert die russische *bürgerliche* Revolution ihren Sieg — darin liegt ihre „Eigentümlichkeit", so verschieden von der, die die Denker des Slawophilentums träumten.

Bürgerliche Freiheit durch Arbeiterrevolution erkämpft — so lautete die durch die russische Sozialdemokratie gestellte historische Prognose, so lautet die historische Wirklichkeit der jetzigen revolutionären Tage. Und diese Eigentümlichkeit der historischen Lage drückt notwendig dem ganzen Gange der russischen Revolution ihren Stempel auf.

Achtstundentag, Lohnerhöhung, Verbesserungen der ökonomischen Lage — dies ist das unmittelbare Ziel der Arbeitererhebung neben ihren weitgehenden politischen Forderungen. *Achtstundentag!* Es sind keine bloßen Menschenrechte und sogar keine Rechte des arbeitenden Menschen überhaupt, es sind Rechte des Menschen, der ein *Lohnarbeiter* ist.

Indem das Proletariat als Vorkämpfer der bürgerlichen Revolution auftritt, macht es seine Klassenforderungen zur Achse, um die sich der Befreiungskampf dreht. Es fängt den Kampf für die bürgerliche Freiheit von einem Punkte aus an, von dem sie bisher niemals anfing und auch niemals anfangen konnte, da keine frühere Revolution solche große und konzentrierte kapitalistische Produktion, solche Riesenfabriken und Hütten, solches nach vielen Millionen zählendes, in Städten angehäuftes Proletariat sah, wie es jetzt bei der russischen Revolution der Fall ist. Die bürgerliche Gesellschaft zerbrach die Ketten der absoluten Monarchie überall früher, als die bürgerliche Produktion einen

solchen Grad oer Konzentration erreicht hatte, das Proletariat so zahlreich und so fest zusammengefügt wurde.

Rechte des Lohnarbeiters — das ist der Brennpunkt der russischen revolutionären Bewegung. Von ihnen gehen aus, ihnen werden angepaßt die Forderungen der politischen Freiheit. Deshalb wird uns auch keine Spur der Enttäuschung und des Pessimismus durch den Umstand eingeflößt, daß der fast das ganze Rußland umfassende Streik manchmal die Verbesserungen nur der ökonomischen Lage der Arbeiter zu seinem Banner macht. Es müssen diese „Lohnarbeiterrechte" in Fleisch und Blut eines jeden Proletariers einwachsen, sie müssen zum Abc des sozialen Denkens der ganzen Arbeitermasse werden, damit das Proletariat mit sicherer Hand die ihm durch die Geschichte auferlegte Mission der radikalen Reinigung des Augiasstalls des Zarismus und der gründlichen politischen Umgestaltung Rußlands im vollen Umfang erfüllen kann. Dadurch unterscheidet sich eben die bürgerliche Revolution von der durch das klassenbewußte Proletariat gemachten, daß die politische Freiheit der bürgerlichen Gesellschaft von der Arbeiterklasse und ihrer Vorhut, der Sozialdemokratie, niemals als Selbstzweck, der alle sozialen Probleme löst, alle sozialen Gegensätze beseitigt, aufgefaßt wird, sondern als das mächtige Mittel der Erleichterung des Klassenkampfes des Proletariats für seine soziale und ökonomische Befreiung. Für das klassenbewußte Proletariat ist die politische Freiheit immer nur ein Mittel, die Befreiung von ökonomischer Unterdrückung und Ausbeutung — das Ziel. Deshalb ist auch die politische Freiheit für das Proletariat nicht mit jenem mystischen Heiligenschein umgeben, mit welchem sie so gern die bürgerlichen Freiheitskämpfer umgaben und der schon so oft die Arbeitermassen in die bürgerlichen Moräste führte und sie so oft mit den bittersten Enttäuschungen bedachte.

Vom Anfang der Revolution an betrachten die bewußten Kämpfer die bürgerliche Freiheit nur als Mittel. Und dennoch macht dies der Lösung der Freiheitsfrage keinen Abbruch. Im Gegenteil! Obgleich die politische Freiheit für das Proletariat nur ein Mittel oder vielmehr, eben weil sie nur ein Mittel zu einem weit höheren Ziele ist, fordert es die Freiheit in solcher Fülle und Bestimmtheit, wie sie niemals in Anfangsstadien der Revolutionen zu beobachten war. In den ersten Tagen der gemeinsamen Massendiskussion über die täglichen Erfordernisse des Arbeiterkampfes wird schon von selbst, im Handumdrehen, die Notwendigkeit der Freiheit des Wortes, der Vereinigung, der Versammlung, des Streikens, der Unantastbarkeit der Persönlichkeit und der Wohnung proklamiert — die ganze Summe jener „Freiheiten", die jahrelang in den tiefsinnigen Leitartikeln der bürgerlichen Zeitungen durchgekaut wurden und werden und die beinahe das höchste „Ideal" so mancher „freiheitliebenden" Bürger bilden. Die Arbeiter gehen zum Zaren, sie glauben noch an sein „Wohlwollen", aber die unabweisbaren Erfordernisse ihres Kampfes lassen sie schon die „freche" Forderung der konstituierenden Versammlung in ihre Petition eintragen. Und bei den ersten Schüssen, die zeigten, daß der Zar ein Hindernis auf dem Wege des proletarischen Kampfes wird, ertönt das drohende: „Tod dem Zaren!" von Tausenden von Lippen, die vielleicht eine Minute vorher mit „Hurra" dem Selbstherrscher zuzujubeln bereit waren. Langsam, mit unsicherem Tritte ging der politische Gedanke des Proletariats durch alle Etappen der beratenden Volksvertretungen, Zensusparlamente, konstitutionellen Monarchie überall dort, wo die Arbeitermasse in die Revolution als elementare physische

Kraft eintrat, die sich im Schlepptau der bürgerlichen Führer bewegte und ihre Klasseninteressen nicht absonderte. Fast plötzlich dagegen, von Stunde zu Stunde, wächst das politische Bewußtsein der russischen Arbeiter dort, wo der Kampf für die politische Freiheit mit dem Klassenkampf des Proletariats eng verflochten ist. Und in dem heutigen, seit Jahrhunderten absolutistischen Rußland, mit seiner fast völligen Abwesenheit des politischen Lebens, ist bereits die Aufstellung der Frage eines demokratischen und republikanischen Rußlands möglich. Nur die Klassenorganisation und der Klassenkampf des Proletariats, das durch Vermittlung der Sozialdemokratie einen kondensierten Extrakt der historischen Erfahrungen seiner westeuropäischen Brüder erhalten hat, macht solche rasche und riesenhafte Fortschritte des politischen Denkens breiter Volksschichten möglich. Die „Bürgerrechte" werden sofort auf die entsprechende Höhe gehoben, weil sie als notwendige Garantie für die „Menschenrechte" des Lohnarbeiters erkannt werden. Der Klassenkampf des Proletariats stellt von Anfang an die Frage der politischen Befreiung in ihrer radikalsten Form, und der Prozeß der politischen Befreiung wird zum Prozeß der Ausbreitung des Klassenbewußtseins und der Klassenorganisation der Arbeitermassen.

Aber nicht genug damit. In allen vorhergehenden Revolutionen hat das Proletariat eine lange und opferreiche politische Schule unter Führung der Bourgeoisie durchgemacht. In der russischen Revolution zieht das Proletariat selbst immer weitere Schichten der Bevölkerung in sie hinein, wird selbst zum politischen Führer und Erzieher der bürgerlichen Klassen. Die Rückwirkung seines Kampfes war es, die das industrielle Millionenkapital in die offene politische Opposition stieß. Sein Kampf ist es, der der bürgerlichen Demokratie Tapferkeit und Energie einflößt und sogar so manche politische Losung diktiert. Noch mächtiger und offensichtlicher aber kam die führende Rolle des Proletariats zum Vorschein gegenüber den mit ihm sich unmittelbar in Berührung befindenden Schichten des städtischen Kleinbürgertums, namentlich des Beamtentums. Alle, die für Lohn arbeiten, sie alle hat der mächtige Vorstoß des Arbeiterkampfes in Bewegung gebracht. Bisher unerhörte Streiks der Bank- und Kontorbeamten, der Post- und Telegraphenbeamten und — sogar! — der Polizeibeamten; Streiks der Handlungsgehilfen, die so schwer sogar bei freien politischen Verhältnissen zu organisieren sind; noch seltenere und schwierigere Streiks wie zum Beispiel der Dienstboten — dies alles wurde plötzlich zur alltäglichen Erscheinung in einer ganzen Reihe der russischen Städte. Indem das Proletariat sein ökonomisches, soziales und kulturelles Niveau zu heben bestrebt ist, reizt es zu demselben sehnsuchtsvollen Streben, den gebückten Rücken gerade zu strecken, sich als Menschen zu fühlen, menschliche Existenzbedingungen zu erkämpfen, eine weite Schicht von Lohnsklaven, die bis jetzt in voller Passivität und Gleichgültigkeit das schwere Joch verhaßter Arbeit trugen. Es gibt vielleicht kein frappanteres Beispiel dieses sehnsuchtsvollen Durstes nach dem „Geradestrecken" der menschlichen Persönlichkeit, als die in Wilna und Charkow vorgekommenen Streiks der erbärmlichsten Parias der heutigen Gesellschaft — der unglücklichen Prostituierten gegen die Bordellwirte. Wie mächtig muß der Morast des russischen Lebens aufgewühlt sein, mit welcher unerhörten Kraft muß der große Kampf des Proletariats einen Widerhall in den Herzen der Millionen wecken, wenn sein Klang sogar in die von der ganzen Welt isolierten, mit Schmutz und Erniedrigung erfüllten Schlupfwinkel der Sklavinnen kapitalistischer Wollust zu dringen vermochte!

Riesenhaft ist der Sprung vom Selbstherrschertum zur demokratischen Republik, zu dem Rußland sich vorbereitet. In eiligem, fieberhaftem Jagen der Streiks, in wütenden Kämpfen für die Menschenrechte passen sich Millionen des Volkes den kommenden neuen Lebensverhältnissen an. Fast mit unbegreiflicher Schnelligkeit verwandelt sich der gestrige russische „Untertan", der verschlafene, ungekämmte, ungewaschene, in den künftigen Bürger der freien Demokratie. Der Tag ist schon nicht weit, wo dieser Verwandlungsprozeß mit ebensolcher Schnelligkeit auch das Bauerntum umfassen wird. Und das Entstehen dieser zukünftigen Bürger zieht eine kolossale und rasche Umgestaltung aller sozialökonomischen und kulturellen Verhältnisse Rußlands nach sich. Der Proletarier, der acht Stunden arbeitet; der Handlungsgehilfe, der nichts mehr von jener „patriarchalischen" Einfachheit wissen will, die ihn für das ganze Leben und fast ohne Unterbrechungen an den Laden fesselt und zum Laufburschen des Kaufmanns macht; die Dienstmagd, die ein apartes Zimmer für sich, Beschränkung der Arbeitszeit, Höflichkeit, Befreiung von erniedrigenden medizinischen „Besichtigungen" [1] oder Unterwerfung der Hausherren unter die gleiche Prozedur fordert; alle diese auf den ersten Blick so bescheidenen Veränderungen genügen, um die ganze heutige Lebensverfassung Rußlands umzuwälzen. Industrie, Handel, Haushalt — alles muß sich europäisieren, oder vielmehr — im Hinblick auf die Schnelligkeit der Umwälzung — amerikanisieren. Kolossale Erweiterung der Produktion mit Einführung der vervollkommneten Maschinerie muß die erste notwendige Folge der Erfüllung der Arbeiterforderungen sein; völlige Umwälzung des Handels, seine Konzentration, Errichtung kolossaler Warenhäuser muß unbedingt den erfolgreichen Kampf der Handlungsgehilfen begleiten; Umwälzung des ganzen Haushalts, Wachsen der Hotels, Gasthäuser, Restaurants, der Verkehrsmittel, des Straßenlebens — sonst ist eine „menschliche" Existenz der Dienstboten unmöglich. Und alle diese Umwälzungen ziehen wieder noch kolossalere Umwälzungen nach sich.

Alle sozialen und kulturellen Stützen des absolutistischen Rußland gehen in Trümmer, sobald auch sein politisches Gebäude in Trümmer zerfällt. Man hört schon das Krachen der verfaulten Balken, den Lärm der fallenden Gerüste. Ein neues, freies Rußland, ein demokratisches und zivilisiertes Rußland hebt sich schon deutlich aus dem Haufen der Trümmer der zusammenbrechenden asiatischen Karawanserei hervor. Nichts kann mehr den revolutionären Strom aufhalten, und spielend wird er den Damm wegfegen, den die sterbende Monarchie auf seinem Wege zu errichten strebt. Nach dem blutigen Petersburger Sonntag, nach den Metzeleien in Warschau, Lodz, Riga und vieler anderer Städte, nach den Schlachten in Baku, nach dem Durchpeitschen der Studenten in Moskau und Kasan und der Gymnasiasten in Saratow und Kursk steht die zarische Regierung vor einer noch drohenderen und entschlosseneren Bewegung als zuvor. Der Zar versuchte es in einem kläglichen Manifest, dem ganzen Lande eine Drohung zuzurufen und alle finsteren und blinden Kräfte des russischen Volkes zum heiligen Kriege gegen die „Rebellion" aufzuhetzen. Es war aber noch nicht die Tinte trocken, womit dieses Manifest unterschrieben war, das eigentlich, wenn auch mit anderen Worten, die berühmte Phrase wiederholte, daß „niemals ein Blatt Papier zwischen mir und

---

[1] So empörend es ist, existieren doch solche „Besichtigungen", und zwar einfach durch administrative Verordnungen eingeführt, in vielen russischen Städten!

dem Volke stehen wird", als schon die drohende Entschlossenheit des Petersburger Proletariats dem zitternden Träger der Krone den von ihm gewiß für sehr schlau gehaltenen Gedanken einflößte, ein Reskript zu schreiben, in dem dieses „Blatt Papier" versprochen wird. Der Gedanke war um so witziger, als das Manifest in allen Kirchen vom Katheder vorgelesen wird, während man seinen Abdruck sogar in jedem der Präventivzensur unterstehenden Blatte, und besonders in den billigen Volkszeitungen, verbieten kann — was auch tatsächlich geschehen ist. Durch einen plumpen Streich glaubt der Zar die ihn ergreifende historische Nemesis übervorteilen, die kolossale politische, soziale und kulturelle Umwälzung, die schon vor seinen Augen vor sich geht, zum Stillstand bringen zu können!

Die Arbeiterklasse wird wohl merken, daß ihr Kampf den Zaren schon zu dem — für russische Selbstherrscher unerhörten — Versprechen, durch das Volk gewählte Vertreter zusammenzurufen, gebracht hat, aber indem sie keine Hoffnungen auf die Versprechen des Zaren setzt und nichts von Reskripten des Zaren erwartet, wird sie zur Tagesordnung übergehen, zu ihrer großen Sache, die spurlos den Selbstherrscher und seinen Thron, Manifeste und Reskripte und alle leibeigenschaftliche und absolutistische Fesseln wegfegen wird. . . .

Der belgische Staat und die Kohlengruben.

Ein neues Bergwerksgesetz.

Von **Auguste Dewinne.**

Vor einigen Jahren trat in Belgien ein wirtschaftliches Ereignis ein, das für die Zukunft und die Geschichte dieses Landes von grundlegender Bedeutung ist: die Entdeckung eines großen Steinkohlenlagers in einer Ausdehnung von 180000 Hektar in der Campine, einem sandigen Landstrich im Norden Belgiens, im nördlichen Teile der Provinzen Antwerpen und Limburg.

Die Steinkohlenlager finden sich dort in einer Tiefe, die zwischen 400 und 600 Meter variiert. Man muß zwar erst durch Schwemmland, eine wasserhaltige Sandschicht von erheblicher Dicke, Schächte graben, aber dank den Fortschritten der Wissenschaft werden diese Schwierigkeiten leicht zu überwinden sein. Übrigens ist die Campine von Kanälen durchzogen, welche die Maas mit der Schelde verbinden, Belgien kann also auf einen großen überseeischen Kohlenexport rechnen. In einigen Jahrzehnten wird eine neue industrielle Kolonie aus den Tiefen der Erde erstanden sein. Man schätzt den Wert des Kohlenbeckens, das bald der Ausbeutung erschlossen sein wird, auf 80 Milliarden Franken.

Die Entdeckung dieses kostbaren Schatzes erregte natürlicherweise den Appetit unserer Kapitalisten, und es sind bei der Regierung bereits zahlreiche Konzessionsgesuche eingegangen.

Die Sozialisten organisierten alsbald mittels der Presse und öffentlicher Versammlungen einen Feldzug im Interesse einer Revision der Berggesetzgebung, um den unschätzbaren Reichtum, welchen der Untergrund der Campine einschließt, der Nation zu erhalten.

Bis jetzt unterstehen nämlich die belgischen Bergwerke immer noch dem französischen Gesetz von 1810, das durch das belgische Gesetz von 1837 nur unwesentlich abgeändert wurde.

Das Gesetz von 1810 wiederum stellt eine Modifikation des Gesetzes von 1791 dar, welches von der konstituierenden Versammlung erlassen worden war

und dessen leitender Gedanke auf unserem alten Rechte fußt: Die Bergwerksindustrie ist ein natürliches Monopol, es kann nur die Ausbeutung, nicht aber das Eigentum an Einzelne oder an Gesellschaften vergeben werden.

Das Gesetz von 1810, eine Folge der Spekulation und des finanziellen Banditentums, welche gemeinsam mit dem militärischen Banditentum die Regierungszeit des Konsuls und Kaisers Bonaparte charakterisieren, stürzte die ökonomischen und sozialen Grundlagen des Gesetzes von 1791 um und opferte sie dem Monopol. Von nun an wird durch die Konzessionserteilung das Bergwerk zum dauernden Eigentum, und dieses wird übertragbar wie andere Güter. Die unveräußerlichen Rechte des Volkes werden für ein Linsengericht verkauft: für eine feste jährliche Abgabe von 10 Franken pro Quadratkilometer und eine proportionale Abgabe auf den Förderungsertrag, welche aber niemals 5 Prozent des Reinertrags übersteigen darf. In Wirklichkeit übersteigt sie nicht $3^1/_2$ Prozent und bildet somit einfach nur eine der Grundsteuer ähnliche Steuer. Ohne Zustimmung der Regierung dürfen keine Anteile auf das Bergwerk ausgegeben, es darf auch nicht geteilt werden. Aber dieses Verbot wurde in Wirklichkeit durch die Übertragbarkeit der Aktien lahmgelegt, und so kommt es, daß in Wahrheit die konzessionierten Gesellschaften nur mehr die Beauftragten anderer in Brüssel oder Paris ansässiger Gesellschaften sind.

Ebenso duldet auch das Gesetz, daß mehrere Konzessionen in einer Hand vereinigt werden, sei es nun in den Händen einer Person oder einer Gesellschaft, und das ohne jede Begrenzung. Es handelte sich eben darum, die kapitalistische Zentralisation nicht zu erschweren!

Eine Expropriierung kann nur in denjenigen Fällen und unter der Form ausgesprochen werden, welche für die anderen Besitztümer vorgesehen sind, das heißt nur wenn ein öffentliches Interesse vorliegt, und dann nur mit Hilfe einer gerechten und angemessenen Entschädigung.

Wie hat nun die Initiative der Unternehmer und das Privateigentum diese ihnen durch das Gesetz von 1810 zur Verfügung gestellten ungeheuren Reichtümer benutzt? Was für Resultate hat die Ausbeutung der belgischen Kohlengruben ergeben?

Es ist bei uns eine mächtige Finanzaristokratie entstanden, deren Millionen durch die Ausbeutung der Arbeiter und des Publikums zusammengekommen sind. Die in Kartellen und Syndikaten organisierten Grubenbesitzer genießen tatsächlich ein Monopol und können ganz nach ihrem Belieben das Publikum im allgemeinen und den Staat und die Industriellen im besonderen überteuern. Mit Hilfe der Bourgeoispresse bemüht man sich, das Märchen glaubhaft zu machen, daß die Kohlengesellschaften minimale Überschüsse abwerfen, es ist aber nur ein Märchen.

Herr Hanrez in Brüssel, Ingenieur und radikaler Senator, dessen Kompetenz in industriellen Fragen niemand bestreiten wird, sagte in der Sitzung vom 20. Dezember 1900 im Senat, für alle Kohlengruben Belgiens wären 5 bis 6 Millionen schon ein sehr hübscher Überschuß, da außerdem seit langer Zeit auch Abschreibungen gemacht werden konnten.

Nun betrug aber nach der offiziellen Statistik der Reinüberschuß von 1891 bis 1903 375 Millionen Franken, was einem Jahresdurchschnitt von $28^4/_5$ Millionen Franken gleichkommt, also das Vier- bis Fünffache des „sehr hübschen Überschusses“, von dem Herr Hanrez gesprochen hatte. Dieselbe Statistik stellt

für 1845 bis 1903 einen Nettoüberschuß von 960 Millionen fest, also fast eine Milliarde!

Und wohl gemerkt, diese Milliarde repräsentiert bei weitem nicht alle Profite der Kohlenbaugesellschaften. In der Statistik handelt es sich nur um anerkannte, von den Kohlengruben selbst eingestandene Überschüsse. Vor einiger Zeit erzählte ein sozialistisches Blatt, das „Journal de Charleroi", daß die Kohlengesellschaften zwei Bilanzen hätten, die eine zum Gebrauch für das Publikum und das Personal des Bergwerkes, und eine andere, die sogenannte blaue Bilanz, die lediglich für die Aktionäre und den Verwaltungsrat der Kohlenwerke bestimmt ist.

Manche Kohlenbaugesellschaften konnten mit den Überschüssen eines einzigen Jahres — namentlich 1872 und 1900 — ihr ganzes Kapital zurückzahlen! Die Aktien einiger anderer stehen jetzt zwei-, drei-, ja viermal so hoch wie ihr Nominalwert.

Wie groß war nun neben diesem Anteil des Kapitals der Anteil der Arbeit? Die nachstehende Tabelle gibt eine Zusammenstellung der realisierten Reinüberschüsse und des mittleren Jahreslohns von 1891 bis 1903. (Die Zahlen für 1904 werden erst im nächsten Jahre bekannt gegeben. Die Statistik für 1903 ist erst soeben erschienen!)

Jahr	Überschuß in Millionen Franken	Jahreslohn
1891	35,9	1086 Franken
1892	11,8	957 "
1893	6,4	887 "
1894	8,1	941 "
1895	8,3	948 "
1896	10,9	980 "
1897	19,6	1023 "
1898	23,3	1097 "
1899	37,8	1168 "
1900	99,9	1413 "
1901	51,8	1247 "
1902	32,3	1171 "
1903	29,1	1206 "

In den drei Kohlenbecken des Hennegau haben die Löhne seit Oktober 1904 einen Rückgang um 5 und 10 Prozent erfahren. Außerdem wurde von Dezember an im Borinage nur fünf Tage wöchentlich gearbeitet, und der Tageslohn war in dieser Gegend auf 2,90 Franken gefallen! Es waren große Vorräte vorhanden, und da die Kapitalisten nie darauf eingehen, ihren Profit zu schmälern, so hat man den ohnehin so mageren Anteil der Arbeiter noch ein Stück beschnitten. Diese Verhältnisse und zugleich der Wunsch, den Ruhrbergleuten beizustehen, hatten den letzten Streik der Bergarbeiter Belgiens im Februar dieses Jahres veranlaßt.

Hätten aber die Konzessionsinhaber ein wenig Umsicht bewiesen und sich nicht von ihrer Gewinnsucht und ihrem Spekulationsgeist dazu verleiten lassen, die enormen Überschüsse wie die von 1892, 1893 und 1900 sofort zu realisieren, so konnten sie einen Reservefonds begründen und sich einen beträchtlichen jährlichen Reinüberschuß sichern. Gleichzeitig hätten sie dabei auch noch die Lohnverhältnisse regeln und die jammervolle Lage der Arbeiter aufbessern können. Aber der Kapitalismus hat in der Ausbeutung unserer Kohlenbergwerke wieder einmal bewiesen, daß er nicht Maß noch Ziel, nicht Gerechtigkeit noch Voraussicht

kennt. Die Konzessionsinhaber waren von dem einzigen Gedanken beherrscht: sofortigen Gewinn einzuheimsen. 1872/73 nimmt die Produktion infolge des deutsch-französischen Krieges plötzlich um 2 Millionen Tonnen zu, während bis dahin die durchschnittliche jährliche Zunahme nur ungefähr 350000 Tonnen betragen hatte. Man bringt alles einem zufälligen, aber sogleich auszuführenden Export zum Opfer. Das Resultat war, daß 1873 die Überschüsse auf die kolossale Summe von 93 Millionen stiegen, daß aber einige Jahre später, 1877, 1878 und 1879, die Kohlenbergwerke ein Defizit aufwiesen! 1873 kosteten 15½ Millionen Tonnen Kohlen 337 Millionen Franken, 1879 nur noch 145 Millionen! 1873 brachte die Tonne einen Gewinn von 5,98 Franken, 1878 liegt auf der Tonne ein Verlust von 10 Centimes.

Der Arbeiter will den aus dem Preisrückgang sich ergebenden Lohnrückgang durch längere Arbeitszeit wieder einbringen. Diese erneute Kraftverschwendung hat eine Überproduktion zur Folge, und diese wiederum führt ein erneutes Sinken der Arbeitslöhne herbei.

Die Anzahl der in Betrieb befindlichen Kohlengruben, die 1861 193 betrug, ist gegenwärtig auf 123 zurückgegangen. Man wird sagen, das sei das Resultat der industriellen Konzentration; das ist zwar richtig, aber nur teilweise; denn eine große Anzahl von Gruben ist mit den in ihnen ruhenden Reichtümern verlassen worden, weil die Konkurrenz ihren Betrieb unrentabel gemacht hat. Daher kommt es, daß die Anzahl der Kohlenzechen, die sich 1861 noch auf 519 belief, 1903 nur noch 333 betrug, das heißt daß 186 Zechen verlassen waren.

Ebenso haben sich die Konzessionsinhaber von der ausländischen Konkurrenz schlagen lassen, so daß unser Markt von englischen und deutschen Kohlen überschwemmt ist. Und um dieser durch ihren Mangel an Voraussicht und ihre Gier geschaffenen Konkurrenz die Spitze zu bieten, haben sie die Preise verschlechtert, die Löhne reduziert und vom Staate Tarifverbilligungen verlangt.

Kurz, das Kohlenmonopol hat nur Unordnung und Anarchie in der Produktion zu schaffen gewußt; es hat die öffentlichen Reichtümer vergeudet und die Zukunft der Mineninduſtrie aufs Spiel gesetzt; es hat die Arbeiter in unwürdiger Weise ausgebeutet, indem es sie in Elend und Unwissenheit dahinleben ließ, in Unsicherheit über den folgenden Tag; es hat den öffentlichen Frieden bedroht, indem es verderbliche und teilweise sogar blutige Streiks hervorrief.

Und nun nach diesen langen und traurigen Erfahrungen steht die Regierung im Begriff, ohne sich um die Interessen der Öffentlichkeit und der Arbeiter zu bekümmern, den Kapitalisten nicht nur die Ausbeutung, sondern sogar das Eigentum der Campine-Gruben auszuliefern!

Die soeben eingebrachte Vorlage hält im wesentlichen an dem Prinzip des Gesetzes von 1810 fest: „Durch die Konzessionserteilung geht das Bergwerk in das spezielle Eigentum einer Person — eines einzelnen Individuums oder einer Gesellschaft — über!" Die neuen Kohlenlager werden also den kapitalistischen Raubtieren zum Fraße hingeworfen.

In den Motiven wird der Antrag der sozialistischen Deputierten Hektor Denis und Emile Vandervelde abgelehnt, welche verlangen, daß alle bisher noch nicht vergebenen Minen Staatsdomänen bleiben sollen und daß die Ausbeutung der Bergwerke durch ein Gesetz geregelt werde.

Sogar der Antrag des Senators und Industriellen Hanrez, welcher in dem neuen Kohlenbecken wenigstens zwei Zonen dem Staate vorbehalten wissen will, bleibt unberücksichtigt. Dieser Antrag war bei einem Teile der konservativen Presse

der besten Aufnahme begegnet. Zweifellos hatte man den vom „Peuple“ aufgedeckten Skandal noch nicht vergessen, wo die Kohlenbarone dem Staate, der die Kohlen brauchte, bedeutend höhere Preise abverlangten als den Marktpreis!

Es war auch gefordert worden, daß die Dauer der Konzessionen beschränkt werden sollte. Die Regierung geht auch darauf nicht ein. Das Gesetz von 1810 hatte die ewige Fortdauer des Eigentums an den Minen bestätigt, dieses Prinzip wird jetzt von neuem als notwendig und heilsam proklamiert.

Die beiden Grundprinzipien des kapitalistischen Eigentums sind also wieder einmal bestätigt worden.

Die Regierung gibt bekannt, daß von nun an „nur noch Parzellen des Bergwerksgebiets der Campine vergeben werden“. Sie will augenscheinlich jeder Verschwendung vorbeugen und den Schatz an brennbaren Mineralien für die zukünftigen Bedürfnisse aufsparen. Diese Vorsicht ist nicht unnötig, wie wir aus der Geschichte der Vergangenheit sehen!

Die Regierungsvorlage bringt nur untergeordnete Änderungen zu dem Gesetz von 1810.

Da dieses letztere nicht die Möglichkeit in Betracht gezogen hatte, daß ein Konzessionsinhaber auf das Eigentum an der Mine verzichten könne — selbst wenn diese keine Steinkohle mehr enthielt, mußte er die mit der Konzession verknüpften Pflichten weiter erfüllen —, so beseitigt der neue Gesetzentwurf diese Anomalie.

Das Gesetz von 1810 spricht nicht klar aus, daß der Ausbeutende gehalten ist, die Beschädigungen an der Oberfläche, welche durch die im Bergwerk ausgeführten Arbeiten angerichtet werden, zu reparieren. Die neue Regierungsvorlage erklärt nun, daß der Ausbeutende zur Wiederherstellung verpflichtet sei, gleichviel ob eine Schuld seinerseits vorliege oder nicht.

Das neue Gesetz verstärkt die Macht der Verwaltung, so daß sie Maßnahmen zur öffentlichen Sicherheit, zur Erhaltung der Schächte, zur größeren Solidität der Arbeiten, zur Sicherheit der Arbeiter oder der Bewohner der Oberfläche vorschreiben kann.

Ein Artikel der Vorlage bestimmt den Anteil der Nation an „außergewöhnlichen Einnahmen, welche bisweilen den Ausbeutenden durch die Vorteile günstigerer Lagerungsbedingungen zufallen“. Außer der proportionalen Abgabe, die von allen Ausbeutenden gezahlt werden muß, ist noch von denen, die einen bestimmten Reingewinn pro Tonne erzielen, eine Zusatzsteuer zu entrichten, und zwar 1 Prozent vom Reinertrag, wenn der Reingewinn pro Tonne 3 Franken oder weniger beträgt; 2 Prozent, wenn der Gewinn mehr als 3 Franken und weniger als 4 Franken beträgt; 3 Prozent für einen Gewinn von 4 bis 5 Franken pro Tonne; 4 Prozent für einen Gewinn von 5 bis 6 Franken; 5 Prozent für einen Gewinn von mehr als 6 Franken.

Zu den Konzessionsbedingungen gehört auch die Verpflichtung der Konzessionsinhaber zur Aufnahme ihrer Arbeiter in die staatliche Pensionskasse. Die von den Arbeitgebern dazu zu leistenden Beiträge dürfen 50 Prozent der gesamten Einzahlungen nicht überschreiten.

Das sind die Konzessionen, die man den sozialen Forderungen der Arbeiterklasse gemacht hat. Sie sind gewiß nicht so viel wert wie die Bergwerkskonzessionen.

Bei der jetzigen Zusammensetzung der Kammern hat der Antrag Denis-Vandervelde, der das Eigentum und die Ausbeutung der neuen Minen in die Hände des Staates legen möchte, ganz sicher keine Aussicht auf Annahme.

Alle Anstrengungen der Sozialisten im Parlament werden nur erreichen können, daß das Eigentumsrecht des Staates anerkannt wird, und wenn die Anerkennung dieses Rechtes nicht erreicht werden kann, so werden sie die formelle Stipulierung des Rückkaufsrechtes unter bestimmten Bedingungen verlangen.

Wie dem aber auch sei, wir sehen mit großer Freude, wie hier eine der ärmsten, reaktionärsten, klerikalsten Gegenden des Landes industrialisiert wird. Der Kapitalismus wird in ihr seinen Einzug halten, und indem er die Reichtümer des Bodens der Campine vervielfältigt, wird er zu gleicher Zeit ein Proletariat zusammenscharen und disziplinieren, welches unserer Propaganda bisher schwer zugänglich war. Dann aber wird der Sozialismus seine Ernte halten.

Kant und Dietzgen.

Von **Otto Ehrlich.**

Wenn man auch nicht mit Adler[1] eine philosophische Fundierung der sogenannten Geisteswissenschaften für die unumgängliche Voraussetzung des wissenschaftlichen Charakters jeder Sozialtheorie zu halten braucht, so ist es doch durchaus zu begrüßen, daß sozialistische Theoretiker ihre Aufmerksamkeit immer mehr auch erkenntnistheoretischen Problemen zuwenden. Obwohl ein unmittelbares Interesse an der Geistesarbeit auf diesem Gebiet für die sozialistische Bewegung nicht zu ersehen ist, bewährt sich an dieser Erscheinung aufs neue der Engelssche Ausspruch, daß das Proletariat das Erbe der klassischen deutschen Philosophie anzutreten berufen sei.

In jenen erkenntnistheoretischen Diskussionen begegnen wir zunächst zwei besonders markanten Richtungen: „Kant" und „Dietzgen". Während nun die Anhänger Dietzgens (Kornelie Huygens, Pannekoek, Eugen Dietzgen) ziemlich einhellig in der Auffassung seiner Lehren sind, sehen wir auf seiten der Neukantianer unter den Sozialisten eine stark divergierende Stellungnahme.

Wo Genosse Adler in Dietzgens „nach mannigfachen Richtungen hin sehr merkwürdigen Schriften" „ein zufälliges Zusammentreffen mit Gedanken der kritischen Philosophie" findet, sieht Genosse E. Belfort-Bax „wenig mehr als eine Wiedergabe der empirischen Lehren, die ungefähr während des dritten Viertels des neunzehnten Jahrhunderts Mode waren, mit den ziemlich abgedroschenen Gemeinplätzen und den mit unterlaufenden Fehlschüssen, die zu dieser Denkweise bekanntlich gehören". Nun ist in dieser Zeitschrift bereits viel über dies Thema ausgeführt worden, doch haben Dietzgens Anhänger gerade sein Verhältnis zu Kant, das doch den Hauptgegenstand der betreffenden Erörterungen bildet, meines Erachtens gar zu sehr vernachlässigt.

So erwidert Genosse Pannekoek in seinem Artikel „Klassenwissenschaft und Philosophie" auf die Ausführungen darüber nicht mehr als: der Satz: „die Welt sei nur Bewußtseinsinhalt, Bewußtseinsobjekt", von seiner tiefsinnigen Hülle entkleidet, sage nichts anderes, als daß wir die Welt nur kennen durch unser Bewußtsein, und unsere Erkenntnis also ganz durch die Organisation unseres Geistes bedingt wird; und weiter hebe die modern-bürgerliche Erkenntnistheorie hauptsächlich Ansichten hervor, die die Welt als etwas von uns nur „Vorgestelltes" behandeln, und verkünde dies als ihren „Hauptstandpunkt", um dadurch den Blick von dieser Welt des Sinnenscheins emporzuleiten nach

[1] Max Adler, „Marx-Studien". Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft.

einer „höheren, übersinnlichen Welt“. Zunächst erscheinen mir diese beiden Urteile einander widersprechend. Erst soll jener Satz nicht mehr enthalten als einen Gemeinplatz, dann aber gar einen gefährlichen bürgerlichen Dualismus von allerschlimmster, übersinnenweltlichster Sorte! Mit dem etwas abgenutzten Vorwurf des Dualismus kommen wir unserer Materie nicht näher; sehen wir also zu, wie es um den sogenannten Neukantianismus steht.

Mit dem Hauptstandpunkt: „Die Welt, alles was entsteht und vergeht, ist Bewußtseinsinhalt, Bewußtseinsobjekt oder Bewußtseinsbestimmung, die Welt ist Vorstellung“ ist durchaus nicht, wie Genosse Pannekoek meint, nur gesagt, daß „wir die Welt nur kennen durch unser Bewußtsein, und unsere Erkenntnis also ganz durch die Organisation unseres Geistes bedingt wird“. Dann wäre auch Dietzgen modern-bürgerlicher Erkenntnistheoretiker; vielmehr soll damit ausgedrückt werden, daß die Welt „nichts“ ist als Vorstellung, und hier liegt auch der Gegensatz zur Dietzgenschen Philosophie, welche lehrt: „Die Objekte gehen nicht in die Erkenntnis auf. Zum Sehen gehört etwas, das gesehen wird, etwas also, das noch mehr ist, als wir sehen, zum Hören etwas, das gehört wird, zum Denken ein Objekt, das gedacht wird; also wieder ein Etwas, das auch noch außer[1] unserem Gedanken, außer unserem Bewußtsein etwas ist.“

Gerade das unterscheidet die Neukantische Philosophie von der klassischen, daß sie nichts hinter den Erscheinungen Liegendes anerkennt, „das“ da erscheine; so will sie auch das vielumstrittene „Ding an sich“ nur als Grenzbegriff aufgefaßt wissen, der nichts weiter sei als ein Hilfsmittel der Erkenntnis, eigentlich nur zu dem Zwecke, zu veranschaulichen, wie für uns die erfahrene Erscheinungswelt nicht mehr ist als Vorstellung, und alles darüber Hinausgehende außerhalb jeder kritischen Erkenntnistheorie gelegen.

Weit davon entfernt, dualistisch zu sein und von einer „anderen“ als der Vorstellungswelt zu sprechen, halten die Neukantianer vielmehr Dietzgen metaphysische Denkweise vor, weil für ihn die Welt wohl vorgestellt *wird*, aber mehr als Vorstellung *ist*. Wenn Belfort-Bax behauptet, Dietzgen befasse sich nicht mit dem, was er den Hauptstandpunkt der Philosophie nennt, und gebe nicht mehr als einen metaphysischen Materialismus, so kennt er ihn offenbar herzlich wenig. Dietzgen lehrt ausdrücklich, daß nichts außerhalb der Vorstellung ist, nur macht er jenen erkenntniskritischen Salto mortale nicht mit, der daraus folgert: mithin *ist* alles Vorstellung.

Die logische Begründung für die Vereinbarkeit der Sätze: „Die Welt ist nicht außerhalb der Vorstellung“ und „Die Welt ist mehr als Vorstellung“ liegt in der dialektischen Natur des Universums: alles ist nur in Kontakt, in Relation mit allem anderen; ein Ding aus dem Zusammenhang gerissen, hört auf zu sein; alles „ist“ nur, indem es „wirkt“ und „*erscheint*“. Auf den Dietzgenschen Begriff der Erscheinung kommen wir noch später zurück.

Wenn wir nun zu den einzelnen Lehren der kritischen Philosophie übergehen, kann es hier nicht unsere Aufgabe sein, all diese wiederzugeben und zu kritisieren. Wir werden uns vielmehr darauf beschränken, etliche Hauptmomente hervorzuheben und an ihnen zu zeigen, wie weit sich Kantsche und Dietzgensche Erkenntnistheorie berühren und worin sie divergieren.

Es ist ein Acquisit der Philosophie und bleibt das unsterbliche Verdienst der Geistesarbeit Kants, unumstößlich nachgewiesen zu haben, wie alle wirkliche

---

[1] Man beachte: „*nicht*“ *außerhalb* unseres Gedankens.

Erkenntnis nur durch Erfahrung möglich ist. Es ist seine historische Tat, all die damals herrschenden idealistisch-spekulativen Systeme vernichtet zu haben, die ihre Welt aus reiner Vernunft aufbauen zu können glaubten. Zwar kam auch er, wie alle Revolutionäre, nie ganz über die Grundvoraussetzungen der revolutionierten Denkweise hinweg, deren Mutterschoße sein Denken entsprossen. Aber er hat uns den Weg gewiesen, wie wir zu einer wissenschaftlichen Einsicht über das Wesen der menschlichen Erkenntnis gelangen können. Ebenso wie er jene spekulativen Anmaßungen zurückwies, daß man nur aus reiner Abstraktion von innen heraus die Welt erfassen könne, wies er auch die Haltlosigkeit der materialistischen Auffassung nach, als ließe sich das Wesen der Erkenntnis, des Geistes allein aus der Materie, aus der materiellen Struktur des Gehirnes begreifen. Es ist dies die Anschauung, wie sie noch heute in naturwissenschaftlichen Kreisen weit verbreitet ist, und man würde Dietzgen einen schlechten Dienst erweisen, wenn man ihn mit diesen Materialisten identifizierte. Bis hierher folgt also Dietzgen noch ganz der Kantischen Auffassung;[1] so sagt er:

„Denken ist eine Funktion des Gehirnes, wie Schreiben eine Funktion der Hand. Aber ebensowenig wie die Erforschung und Anatomie der Hand die Aufgabe zu lösen vermag, was heißt schreiben? Ebensowenig vermag die philosophische Erforschung des Gehirnes sich der Frage zu nähern: Was heißt denken? Mit dem anatomischen Messer mögen wir den Geist erwürgen, aber nicht entdecken."

Hatte nun Kant nachgewiesen, wie alle Erkenntnis nur mittels der Erfahrung möglich sei, so war sein Verharren in der idealistischen Denkweise nur dadurch möglich, daß er jene Erfahrungswelt, jene Welt der harten Dinge da draußen ganz restlos in den Geist aufgehen ließ, daß, wie Adler sagt, „es überall unser eigener Geist, das heißt die feste Regel seiner Vorstellungsverbindungen ist, an der wir uns so hart stoßen". Ob Kant das wirklich getan, ob für ihn das „Ding an sich" tatsächlich nicht mehr als ein Hilfsbegriff gewesen oder doch „das, was erscheint", das braucht uns nicht sonderlich aufzuhalten, jedenfalls ist die erstere Auffassung die der Neukantischen Philosophie, und an einer Gegenüberstellung ihrer Lehren mit denen Dietzgens ist uns vor allem gelegen. Betrachten wir also zunächst den Weg, wie diese Erkenntnistheorie zu der Auffassung der Welt als „Bewußtseinsinhalt, Bewußtseinsobjekt oder Bewußtseinsbestimmung" gelangt; da ist vor allem die Lehre von den „Erkenntnissen a priori". Ich möchte mich von vornherein gegen den Vorwurf verwahren, als wolle ich mich hier auf einen „falsch verstandenen" Erkenntnisbegriff versteifen und etwa mit Simmel[2] argumentieren, als Erkenntnis, das heißt bewußt, haben wir die Regelhaftigkeit des Denkens auch nur aus der Erfahrung, und was sonst noch von ihr übrig bleibe, sei nicht mehr als eine Kraft . . ., sondern ich akzeptiere die Definition Adlers: „Die apriorischen Bestandteile unseres Denkens unterscheiden sich also nicht nach ihrem Erwerb, nach ihrer historischen Entstehung, sondern nur nach ihrer Erkenntnisbedeutung für die Erfahrung."

Wie stellt sich Dietzgen zu diesem Problem?

Auch seiner Auffassung widerspricht die Lehre von der Gesetzmäßigkeit des Denkens in keiner Weise. Aber nicht kann er jenen Elementen, die nach Kant

---

[1] Danach beurteile man die tiefsinnige Bemerkung des Genossen Belfort-Bax, die Dietzgensche Philosophie erhebe den Anspruch, eine Lehre „unbefleckt von aller Verwandtschaft mit den Lehren bisheriger Denker" zu sein.

[2] Professor G. Simmel, Sechzehn Vorlesungen über Kant, gehalten an der Universität Berlin.

bei dem Zustandekommen jeder Erkenntnis die „Hauptvoraussetzung" bilden, solchen Charakter zuerkennen. Dies hat seine Ursache in der Verschiedenheit des Begriffs der „Erscheinung" bei Dietzgen und den Neukantianern. Dietzgen zeigt, wie alles nur ist in Relation, indem es wirkt und erscheint. Die Summe der Erscheinungen ist ihm das Sein, die Welt überhaupt. Aber Erscheinungswelt geht ihm nicht etwa, wie Adler, in Vorstellungswelt auf, jede Einzelerscheinung ist ihm eigentlich gar kein Produkt aus den zwei Faktoren Sinnlichkeit und Geist, sondern umgekehrt, Sinnlichkeit und Geist sind ihre Modi, sie ist geistig und materiell zugleich. Natürlich ist auch Dietzgen genötigt, im einzelnen von „sinnlich" und „geistig" zu sprechen, so wenn er die Struktur der Erscheinung erklärt: „Für unsere Sinne ist die Welt ein Mannigfaltiges. Der Kopf faßt sie zusammen als Einheit. Und was von der Welt, gilt von jedem besonderen Teile (das heißt gilt von jeder besonderen Erscheinung). Eine sinnliche Einheit ist ein Unding." Wenn Adler diese Stelle zitiert und darin ein Zusammentreffen mit den Lehren der kritischen Philosophie findet, so mißversteht er Dietzgen wohl, der meiner Auffassung nach damit nur zeigen will, welche Rolle die einzelnen Momente Sinnlichkeit und Geist bei dem Wahrnehmungsakt irgend einer Erscheinung spielen, daß dabei der Geist das Generalisierende, Vereinheitlichende (geistige Einheit!) ist. Für die Erscheinung selbst haben Sinnlichkeit und Geist eine Bedeutung nicht etwa, wie zwei Elemente für eine chemische Verbindung — wo die Teile auch ohne das Ganze als bestehend denkbar sind —, sondern wie Form und Inhalt für einen Gegenstand, die beide zusammen ihn eigentlich erst ausmachen. Demnach kann Dietzgen kaum mit obigem sagen wollen, daß jegliche Einheit reiner Geist, reine Vorstellung, „nichts als Vorstellung" ist, was zu seinen sonstigen Lehren in schroffem Widerspruch stehen würde.

Wenn wir von diesem Erscheinungsbegriff ausgehen, so wird uns nun unzweideutig klar, wie für Dietzgen wohl jede Vorstellung Erscheinung, und zwar eine in den beiden Momenten Sinnlichkeit und Geist bestehende und in gleicher Weise wie jede andere sinnlich wahrnehmbare Erscheinung, nicht aber jede Erscheinung „nur Vorstellung" ist.

Halten wir dies fest, so wird auch sofort ersichtlich, weshalb mit der Dietzgenschen Erkenntnistheorie der aprioriſche Charakter jener Regeln des Denkens unvereinbar ist. Sie tragen denselben (nach Adler), weil sie die Voraussetzung sind, damit Erkenntnis überhaupt zustande kommt.

Nun, sie sind dazu in derselben Weise die Voraussetzung, wie etwa — um ein Dietzgensches Beispiel zu brauchen — das Gesetz der Schwere bei der durch einen ins Wasser fallenden Stein verursachten Wellenbildung. Und wie sollte, nach diesem Erscheinungsbegriffe, nach dem Denken und Wellenbildung Erscheinungen gleicher Natur sind, das Denkgesetz einen anderen, besonderen (apriorischen) Charakter haben als das der Schwerkraft? Außerdem kann doch unmöglich ein Moment die Ursache einer Erscheinung sein. Die „kritische" Erkenntnistheorie lehrt: „Die Gesetzmäßigkeit des Denkens muß vorher da sein, damit Erkenntnis überhaupt zustande kommt."

Nach Dietzgen dagegen muß alles, das ganze Universum „vorher da sein", damit überhaupt irgend eine Erscheinung zustande kommt. Ist nicht die Existenz des Steines, wie die des Wassers und der Aggregatzustand des letzteren in gleicher Weise wie das Gesetz der Schwere Ursache der Wellenbildung? Die Summe aller Erscheinungen, das Universum, das ist das einzige a priori.

Von dieser Auffassung der Erscheinung und des Denkens als einer solchen von gleicher Natur mit allen anderen ausgehend, existiert für Dietzgen auch nicht jenes sogenannte Welträtsel, wie eigentlich sinnliche Empfindung in geistige Wahrnehmung übergehe. Nachdem er dargelegt, wie das Denken eine ebenso wie jede andere sinnlich wahrnehmbare Erscheinung ist, und zwar die, welche aus dem Besonderen das Allgemeine und aus dem Allgemeinen das Besondere ableitet, zeigt er, wie Erkennen nichts weiter heißt, als Systematisieren und Spezialisieren von Erscheinungen. Dies einmal als die Natur des Erkennens begriffen, ergibt sich das Unlogische jener Frage; wohl dürfte man forschen, welches die Erscheinungen beim Übergang sinnlicher Empfindung in geistige Wahrnehmung seien, ebenso wie man wissenschaftlich feststellen kann, welches die Erscheinungen beim Übergang von Wärme in Elektrizität sind. Aber all jene Fragen nach dem sogenannten „Wesen“ und nach einem „anderen“ Erkennen erübrigen sich durch den Dietzgenschen Erscheinungsbegriff. Die Erscheinung *ist* das Wesen: „Die Erscheinung ist wesentlich und das Wesen erscheint.“ So sagt er: „Was erscheint, das *ist*, jedoch nur insoweit, als es erscheint.“ — „Die Wärme selbst vermögen wir nicht wahrzunehmen, sagt die Physik des Professors Koppe, wir schließen nur aus den Wirkungen derselben auf das Vorhandensein dieses Agens in der Natur.“ Wir, umgekehrt, schließen aus der Unwahrnehmbarkeit der Wärme selbst auf das Nichtvorhandensein dieses Agens in der Natur, verstehen vielmehr die Wirkungen der Wärme als stoffliche Materiatur, aus welcher der menschliche Kopf den Begriff der „Wärme selbst“ geformt hat. Weil die Wissenschaft vielleicht noch nicht vermochte, diesen Begriff zu analysieren, sagt der Professor, wir vermöchten den Gegenstand des Wärmebegriffes nicht wahrzunehmen. „Die Summe ihrer verschiedenen Wirkungen, das *ist* die Wärme selbst, die Wärme ganz und gar.“

Es ist augenscheinlich, daß bei der Auffassung des Denkens als sinnliche Erscheinung seine Regelhaftigkeit aus der Höhe einer „apriorischen Erkenntnis“ hinabsteigt und ihre Geltung einfach als Daseinsweise des Denkens behält, als Bewegungsgesetz des Denkprozesses, das genau so empirisch entdeckt worden ist wie alle anderen Regeln und Gesetze. Damit verlieren diese sogenannten Kategorien aber auch den Charakter zeitloser Wahrheiten und gehen in den allgemeinen Entwicklungsprozeß der Erkenntnis ein. Wohl könnte man sagen, die Regelhaftigkeit des Denkens ist dem Geiste von vornherein gegeben, das heißt angeboren; doch fällt dies zusammen mit der Gegebenheit des Seins und seiner Daseinsweise überhaupt, und in diesem Sinne sagt ja auch Dietzgen: „Dem Bewußtsein ist nicht nur die Möglichkeit oder das Vermögen überhaupt zu wissen, sondern auch das Bewußtsein von der Universalität der Generalnatur angeboren.“ Doch ist dies wohl seine schwächere Seite, wo er noch ein wenig in der Terminologie spinozistischer Metaphysik befangen ist. Selbstverständlich folgt auch für ihn der Anspruch auf Allgemeinheit irgend eines Urteils aus der Regelhaftigkeit des Denkens, doch da ihm jene Regeln selbst, soweit sie von uns erforscht sind, den Charakter empirischer Erkenntnisse haben, wird man nach seiner Philosophie solche ein für allemal formulierten Kategorien nicht als „zeitlose Wahrheiten“ ansprechen dürfen. Vielmehr ergibt sich ihm der Begriff der Wahrheit aus der Natur des Denkprozesses, welche ist: aus dem Einzelnen das Allgemeine abzuleiten. So ist Wahrheit „das Allgemeine innerhalb eines gegebenen Zyklus sinnlicher Erscheinungen“; die einzelne sinnliche Erscheinung, „das Besondere, das Maß des Allgemeinen, das

Maß der Wahrheit"; und „innerhalb eines gegebenen Kreises sinnlicher Erscheinungen Einzelnes oder Besonderes als das Allgemeine ausgeben, heißt irren". — Indem die Neukantische Philosophie von der Vorstellung, dem Denken, dem Bewußtsein und seiner Regelhaftigkeit als dem Absoluten ausgeht, gelangt sie zu der dem Dietzgenschen Denken gerade entgegengesetzten Auffassung des Ichs als[1] „Erscheinungsform des Bewußtseins", und „es ergibt sich ihr, daß die Substantialität, Singularität und Identität des Ichs keine Eigenschaften eines Wesens sind, das als solches dann Inhaber des Bewußtseins wäre, sondern lediglich die Formen darstellen, unter denen Bewußtsein überhaupt vorkommt". Wenn man diese Zeilen liest, kommen einem unwillkürlich die Sätze aus der „Heiligen Familie"[2] von Marx-Engels ins Gedächtnis, wo sie jene spekulative „Kritische Kritik" mit ihren Äpfeln, Birnen und Pflaumen als „Erscheinungsformen" des Obstes so elendiglich zerpflücken. Jedenfalls sollte man es doch unterlassen, Marx für solchen Kritizismus in Anspruch nehmen zu wollen. „Das Denken geht nicht den Gedanken voraus, umgekehrt, an einzelnen sinnlichen Objekten erzeugte Gedanken sind es, an denen sich durch Generalisation der Begriff des Denkens bildet", sagt Dietzgen. Genau so steht's mit dem Ich. Nicht das Ich ist eine Erscheinungsform des Bewußtseins. Durch Generalisation der einzelnen Denk- und Empfindungsakte bildet sich der Begriff des Ichs, welches dann eine durchaus „reale" Erscheinung ist und auch „sein" Bewußtsein hat. Diese Definition des Ich ist auch sehr vereinbar mit der entwicklungsgeschichtlichen Auffassung der Naturwissenschaft, die dagegen, daß das Bewußtsein nur in der Erscheinungsform des Ich eine Daseinsmöglichkeit habe, berechtigte Bedenken hegen dürfte. Denn es ist im Denkprozesse niederer Organismen eine Bewußtseinsmöglichkeit ohne die Erscheinungsform des Ich durchaus anzunehmen, wenn man nicht — was doch dem Entwicklungsgedanken widersprechen würde — eine absolute Grenze zwischen bewußter und Reflexbewegung annehmen will.

Zuzugeben ist, daß Adler mit seinem „Bewußtsein überhaupt" einen Begriff einführt, dem das Bewußtsein in naturwissenschaftlichem Sinne möglicherweise nicht gerecht wird. Ihm ist Bewußtsein gleichbedeutend mit dem Universum, und darum kann für ihn das Ich Erscheinungsform des Bewußtseins sein, wie ja auch für Dietzgen alle Einzelerscheinungen Modi des Generalwesens sind. Die Gegensätze beider sind großenteils verursacht durch die elementare Schwierigkeit: die dialektische, höhere Einheit für die kontradiktorischen Begriffe „Denken" und „Sein" zu finden. Doch hat Dietzgen zweifellos durch seinen revolutionierenden Erscheinungsbegriff einen guten Schritt vorwärts zur Aufhellung dieses philosophischen Grundproblems getan, weit über Kant und alle Kantianer hinaus.

Religion und Volksschule.

Von **Heinrich Schulz.**

Der gegenwärtige Schulkampf in Preußen hat nicht in demselben Maße wie sein Vorgänger vom Jahre 1892 eine Unmasse von Broschüren auf den Markt geworfen. Der liberale Schulpolitiker und Lehrer Tews zwar hat seine fällige Schrift geliefert, auch Pfarrer Naumann hat sich im geistreichen feuille-

[1] M. Adler, „Marx-Studien". Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft.
[2] Marx-Engels, „Die heilige Familie".

tonistisch-politischen Plauderstil zu dieser Frage geäußert. Von jungliberaler Seite ist gleichfalls einiges beigesteuert worden. Aber das ist auch so ziemlich alles gewesen, bis im Anfang dieses Jahres der Marburger Universitätsprofessor Natorp[1] im wissenschaftlichen Zentralorgan des Deutschen Lehrervereins das Wort zum Schulantrag nahm.

Natorp gehört nicht zu denen, die zu jeder wichtigen und unwichtigen Frage, gerufen oder ungerufen, ihre Meinung breit darlegen. Zumal zu Fragen der Schulpolitik nimmt er nur selten das Wort, sein Gebiet ist die pädagogische Theorie und die Philosophie. Man ist darum von vornherein um so eher geneigt, den Natorpschen Deduktionen das Ohr zu leihen, weil man sicher sein darf, daß er wirklich etwas Neues zu sagen haben wird, wenn er schon einmal die stille Studierstube verläßt und sich in den Kampf des Tages mischt.

In dieser Erwartung wird man auch in der Tat nicht enttäuscht. Was Natorp ausführt, ist bei weitem das Tiefste und Konsequenteste, was von bürgerlicher Seite zum Schulkampf in Preußen gesagt worden ist. Mit schneidender Logik und unerbittlicher Folgerichtigkeit kritisiert Natorp die Stellung des Nationalliberalismus zum Schulantrag. Er deckt eine Phrase nach der anderen, mit denen der Liberalismus seinen kläglichen Umfall in der Schulfrage zu bemänteln versucht hat, auf, und mit offenherziger Deutlichkeit nennt er das nationalliberale Gerede von der angeblichen Wahrung der Gewissensfreiheit auch im konfessionellen Religionsunterricht „nichts als ekle Heuchelei". Natorp ist entschiedener Anhänger der Staatsschule. Jedes Verhandeln mit der Kirche als mit einer gleichstehenden Macht ist nach ihm schon ein Kapitulieren vor dem Feinde, das dieser auszunutzen wissen werde. Sei erst einmal der Anspruch der Kirche auf konfessionellen Unterricht gesetzlich festgelegt, so habe in Wirklichkeit nicht mehr der Staat, sondern die Kirche das oberste und letzte Wort in der Schule zu sprechen. Den Einwendungen, daß wir ja schon jetzt die Konfessionsschule in Wirklichkeit haben, daß demnach also der Schulkompromiß schon gar nicht mehr so sehr schlimme Gefahren zeitigen könne, tritt Natorp mit der Bemerkung entgegen, daß es ein Unterschied sei, ob die Schulverwaltung nach freiem Ermessen auf die konfessionellen Verschiedenheiten Rücksicht zu nehmen habe oder ob sie zu dieser Rücksichtnahme gesetzlich verpflichtet sei. Durch den Schulantrag werde die preußische Schule wie mit dem Beile auseinandergeschlagen in eine evangelische und eine katholische. Ist die Konfessionalität erst einmal Gesetz, so kann man nicht mehr irgend ein einzelnes Stück davon ausnehmen. Wir haben dann unweigerlich den katholischen Staatsbegriff, die katholische Geschichtsbetrachtung, das katholische Urteil über unsere Dichter und Denker, katholische Geographie und Naturkunde, katholische Wissenschaft und Philosophie in der Schule des Staates. Mit demselben Anspruch aber, mit dem die katholische Konfession auftritt, kann auch jede einzelne der protestantischen und ebenso jede nichtchristliche Konfession kommen, so daß eine ungeheure Zersplitterung des Schulwesens die Folge sein wird. Und schließlich: der Sieg des Konfessionalismus in der größten Provinz des nationalen Schulwesens wird die Konfessionalisierung der höheren Schulen und der Universität in den Kreis unmittelbarer und nächster Erwägung rücken.

Soweit Natorp sich kritisch gegen die Schulverschlechterungspläne wendet, können wir ihm fast bedenkenlos folgen. Etwas anders steht es aber um den

[1] Prof. Paul Natorp in Marburg, Ein Wort zum Schulantrag. Leipzig 1905, Verlag von Julius Klinkhardt. (Sonderabdruck aus „Deutsche Schule", Heft I u. II, 1905.) 50 Pfg.

zweiten Teil der Natorpschen Schrift, in dem er positiv entwickelt, welchen Weg er für den richtigen hält. Um es von vornherein und in aller Kürze zu sagen: Natorp begründet philosophisch und pädagogisch etwa den Standpunkt, den Genosse Heine auf dem preußischen Parteitag vertreten hat und der erfreulicherweise mit großer Mehrheit abgelehnt worden ist. Natorp will an Stelle des jetzigen konfessionellen Religionsunterrichtes „gemeinsame Belehrung über Religion, aber unter strengster Fernhaltung jedes dogmatischen Anspruchs, jeder Absicht, ein Bekenntnis irgendwelcher Art beim Schüler zu erzielen, dagegen bezweckend Kenntnis und, soweit möglich, inneres Verständnis des Religiösen in jeder für unsere heutige Kultur in Betracht kommenden Form" (S. 23). Mit Recht verwirft Natorp den Gewissenszwang, mit dem heute den Kindern von Staat, Kirche oder Familie ein Bekenntnis aufgedrängt wird; auch die Eltern hätten kein Recht, ihre Kinder einer bestimmten Religion zuzuführen, das müsse der selbsteigenen Entscheidung des herangereiften Kindes überlassen bleiben. Keinem solle das Recht zu „glauben" verkürzt werden: nur dürfe keiner dies Recht für sich in ein Recht über andere verwandeln und seinen oder überhaupt irgendeinen Glauben einem anderen aufzwingen wollen. Wem auch das „Bedürfnis" sei, dem müsse dies Bedürfnis ebenso ernstlich abgewöhnt werden, wie anderen das Bedürfnis zu rauben und zu morden.

So weit, so gut. Diesen schönen Zustand gesellschaftlicher Toleranz aber glaubt Natorp erreichen zu können, indem er nicht, wie wir es verlangen, den Religionsunterricht völlig aus dem Lehrplan der Volksschule beseitigen will — mit selbstverständlicher Ausnahme der der Kulturgeschichte zu überweisenden historischen Seite der Religion —, sondern indem er nach wie vor den Religionsunterricht der Schule beläßt, allerdings nicht in konfessioneller, sondern in „psychologisch-historischer Form". Solcher Unterricht solle die Schüler vor die Frage der Religion stellen, ihnen aber keinerlei Antwort aufzwingen. Wohin ein solcher Unterricht führen würde, geht aus einigen anderen Auslassungen Natorps hervor. In seiner „Sozialpädagogik" (Stuttgart 1899, S. 351) sagt er: „Der Mensch lebt nicht vom Brote der Vernunft allein ... er bedarf noch der Religion, und wenn die bisherige ihm nicht mehr genügen kann, so wird er sich eine neue, seinem gereifteren Stande angemessene schaffen. Wir möchten glauben, daß die alte Religion der notwendigen Umbildung an sich fähig ist." Einen ähnlichen Gedanken spricht er in seiner neuesten Schrift aus: ein Einheitsgrund der Religion, wenigstens der für Deutschland heute in Frage kommenden Religionsformen, müsse vorausgesetzt werden. Und in einer seiner früheren Schriften („Religion innerhalb der Grenzen der Humanität", Stuttgart 1894) verlangte er einen „allgemeinen religiösen Volksunterricht auf christlicher, aber darum nicht kirchlicher Grundlage". Nun legt aber andererseits Natorp klar, daß die Religion nicht etwas Äußerliches, Erlernbares ist, sondern daß man sie lebt, und daß ihr Quell im Menschen das Gefühl ist. Aus diesem Quell zögen auch die religiösen Begriffe ihre Nahrung. Darum wünscht Natorp als Religionslehrer auch nur Menschen, „denen Religion Herzenssache ist, die für ihren Gefühlsgehalt zum wenigsten nicht empfindungslos sind" („Sozialpädagogik", S. 347).

Das ergibt alles in allem eine Art idealisierten Religionsunterricht von heute. Der Inhalt des Christentums in reinster Form soll von wirklich berufenen Religionslehrern vorgetragen werden. Damit stehen wir gerade wieder am Ausgangspunkt. Wir haben uns einmal im Kreise herumgedreht. Denn

es erhebt sich sofort die Frage: Wie ist dieser Natorpsche Religionsunterricht, gegen den selbstverständlich viel weniger einzuwenden wäre als gegen den heutigen, zu verwirklichen? Natorp kann dafür keinen Weg angeben; er kennt nur den ersten Schritt: der jetzige Zustand der preußischen Schule darf nicht im Sinne des Kompromisses verschlechtert werden.

Nun tut aber Natorp die sozialdemokratische Forderung auf völlige Beseitigung des Religionsunterrichts aus dem Lehrplan der Volksschule mit dem doppelten Einwand ab, daß eine solche Absicht bei uns zurzeit ganz aussichtslos wäre, und daß damit in den Lehrplan der Staatsschule eine empfindliche Lücke gerissen würde. Den letzteren Schmerz würden wir gelassen zu ertragen wissen. Selbst wenn die Religion bislang mit allen übrigen Unterrichtsgegenständen und mit der gesamten Kulturentwicklung scheinbar so unlöslich verflochten war, so braucht dieser Zustand keineswegs immer anzudauern. Wenn wir davon überzeugt sind, daß die Kultur und der Schulunterricht ohne diese „unlösliche" Verquickung viel besser gedeihen werden, so werden wir die heutige Verquickung aufheben, und zwar mit einem Male durch einen deutlichen Schnitt. Alles Kompromisseln ist da vom Übel.

Einen ähnlichen Fall gibt es übrigens bereits in der Geschichte. Durch die Reformation wurde mit der katholischen Weltanschauung kurzer Prozeß gemacht. Die Luther, Bugenhagen und Melanchthon hätten auch sagen können: wir dürfen mit der katholischen Auffassung nicht so gewaltsam brechen; sie ist „ein so wesentlicher, mit allen übrigen so unlöslich verflochtener Bestandteil der bisherigen Kultur der Nation und der Menschheit", daß wir sie nicht so ohne weiteres auslassen können. Aber die Luther und Mitreformatoren haben nicht so gesprochen, sie waren konsequent, sie setzten der von ihnen bekämpften katholischen Welt- und Lebensauffassung die ihrige gegenüber. Und die Welt ging doch ihren Gang weiter. Und wir vermögen doch die historische Bedeutung des katholischen Christentums bis zur Reformation zu erfassen, obwohl wir mit dessen ganzer Gedankenwelt gar nichts mehr zu tun haben. So wird auch dermaleinst eine von allem offiziellen Religionswesen befreite Gesellschaft mit objektiver Würdigung auf die Zeit zurückzublicken vermögen, in der selbst ein Teil der Besten glaubte, ohne offiziellen Religionsunterricht fehle der heranwachsenden Jugend ein wesentlicher Bestandteil ihrer Erziehung.

Wenn Natorp aber unsere sozialdemokratische Forderung auf völligen Ausschluß des Religionsunterrichts mit der völligen Aussichtslosigkeit solcher Forderung abtun zu können meint, so darf man getrost seinem konfessionslosen Religionsunterricht dieselbe hoffnungsvolle Aussicht eröffnen. Eine Gesellschaft, die sich bis zu solcher Toleranz und sittlichen Erhabenheit aufschwingt, wie sie die Verwirklichung des Natorpschen Planes voraussetzen muß, ist auf der Basis der kapitalistischen Wirtschaftsordnung undenkbar. Eine solche Gesellschaft würde den Religionsunterricht um seiner selbst willen lehren, während er heute der herrschenden Klasse als Mittel zu dem biederen Zwecke dient, „dem Volke die Religion zu erhalten". Die Religion ist heute ein Herrschaftsmittel in der Hand der herrschenden Klasse. Darum steht die Sozialdemokratie dieser offiziellen Religion, aber auch allen gutgemeinten ideologischen Regenerationsbestrebungen auf dem Gebiet des Religiösen, mit größtem Mißtrauen gegenüber. Wir denken auf diesem Gebiet ganz so, wie Natorp es vom Staate gegenüber der Kirche wünscht, daß nämlich jedes Verhandeln schon ein Kapitulieren vor dem Feinde ist. Erst muß der beherrschende Einfluß der Religion

auf das öffentliche Leben gebrochen werden. Das geschieht wesentlich mit dadurch, daß man der Religion ihre bevorzugte Stellung in der Schule nimmt.

Das ist aber eine politische Frage, eine Machtfrage, die mit den Mitteln des politischen Kampfes ausgekämpft werden muß. Für den politischen Kampf eignen sich die schönen philosophisch-pädagogischen Utopien wie sie Natorp über einen Religionsunterricht der Zukunft entwickelt, nicht. Darüber können wir uns vielleicht später unterhalten, wenn die politische Entscheidung gefallen ist und damit an die Stelle der heutigen, zu politischen und geistigen Unterdrückungszwecken mißbrauchten Lernschule die auf dem Prinzip der „Arbeit" errichtete Erziehungsschule tritt. Dann mögen die Natorpschen Anregungen daraufhin geprüft werden, ob und inwieweit sie für die kulturgeschichtliche Aufklärung der Jugend über die Religion und zur Gewinnung eines selbständigen Standpunktes des einzelnen zum Religiösen zu verwerten sind. Bis dahin wollen wir die Debatte über die positiven Vorschläge Natorps vertagen und an der einzig richtigen, klaren und unzweideutigen Parole festhalten: Fort mit dem Religionsunterricht aus der Schule!

Literarische Rundschau.

Le Charbon dans le Nord de la Belgique. Le Point de vue technique par C. De Leener, Le Point de vue juridique par L. Wodon, Le Point de vue economique et social par E. Waxweiler. Brüssel 1904, Misch & Thron. VIII und 217 S. kl. 8°.

Diese Arbeit bildet einen Band des neuen Unternehmens des Solvayschen Instituts für Soziologie, „Actualités sociales". Veranlaßt ist die Schrift durch die Entdeckung großer Kohlenfelder in dem Bassin de la Campine. Es wird untersucht, ob die Ausbeutung dieser Kohlenfelder zu empfehlen ist, da Belgien seine bisherige Kohlenproduktion nicht aufbraucht, freilich aber bestimmte Kohlenarten, vor allem Fettkohlen zur Leuchtgaserzeugung, einführen muß; zum Teil ist der Transport deutscher Kohle zum belgischen Verbrauchsort billiger wie der von den bisherigen belgischen Kohlenwerken. Auch für den, der sich für die Spezialfrage nicht interessiert, bietet das Buch in seinem ersten Kapitel, das die Frage vom technischen Gesichtspunkt aus erörtert, vieles interessante Material über die bisherige Kohlenproduktion in Belgien, ihre rasche Entwicklung, dann über die Qualitäten der produzierten Kohlen. Eine Reihe interessanter Diagramme erläutert die statistischen Angaben. Vom technischen Standpunkt wird die Eröffnung der neuen Kohlenfelder warm empfohlen.

Die juristische Seite wird in viel zu breiter Weise erörtert; man erhält eine Darlegung der bergrechtlichen Prinzipien im allgemeinen und der Geschichte des Bergrechtes in Belgien. Im dritten Abschnitt wird die ökonomische und soziale Seite der Frage beleuchtet. Es wird festgestellt, daß die Kohlenförderung im rheinisch-westfälischen Revier erheblich billiger wie in Belgien ist und daß die neuen Kohlenbergwerke, die vor allem wegen der reichlichen Bedarfsdeckung durch die bisherige Kohlenförderung als Weltmarktware zu betrachten sind, nur dann vom kapitalistischen Standpunkt aus betrieben werden sollen, wenn der Preis der Förderung den der westfälischen Kohlen nicht übersteigt. Vom Standpunkt der Arbeiter, meint der Verfasser, liege ein Interesse an dem Abbau dieser Kohlenfelder nicht vor, weil es an belgischen Arbeitern fehlen würde, die für sie in Betracht kommen können. Waxweiler meint deswegen, daß die Frage der Ausdehnung der belgischen Kohlenproduktion keine brennende sei, daß man sie ruhig und ohne Übereifer diskutieren solle, daß das einzig Befriedigende eigentlich sei, daß die belgische Industrie über eine große Kohlenreserve verfügt. Der Staat solle sich vorläufig ein Gebiet für den Kohlenabbau vorbehalten, die geologischen und chemischen Vorarbeiten über die Tiefe

der Kohlenfelder und über die Qualität der Kohlen vornehmen. Im Interesse der Staatsfinanzen empfiehlt er, zu erwägen, ob der Staat den Abbau nicht selbst in die Hand nehmen soll, insbesondere soll dabei auch berücksichtigt werden, daß der belgische Staat selber ein großer Kohlenverbraucher ist. An dem Beispiel Preußens wird gezeigt, daß der Staat als Bergwerksbesitzer die Macht der Kartelle nicht bricht. Die soziale Seite des Kohlenbergbaus kommt in der Behandlung dieser „Soziologischen Publikation" etwas zu kurz. Es wird nur ins Gedächtnis gerufen, daß noch eine erhebliche Zahl von Knaben unter 14 Jahren unter der Erde arbeiten, und daß auch Mädchen unter 14 Jahren, wenn auch nicht unter Tag, im Bergbau verwendet werden. Frauen und Mädchen über 16 Jahren sind unter Tage und auch zur Nachtzeit im Bergbau tätig. Zirka 9000 erwachsene Männer arbeiten am Tage unter der Erde über elf Stunden und 3500 zur Nachtzeit. So steht Belgien hinsichtlich des Schutzes der Bergarbeiter in letzter Linie.

Den Schluß der sehr schön ausgestatteten Schrift bilden Auszüge aus den belgischen Berggesetzen von 1810 und 1837 und eine ziemlich reichhaltige Bibliographie über die in diesem Büchlein behandelten Fragen. ad. br.

Die Maschine in der Rohproduktion. Eine volkswirtschaftliche Studie von Dipl. Ing. Dr. Alexander Lang. Erster Teil: Allgemeines. Zweiter Teil: Die Maschine in der Landwirtschaft. Berlin 1904, Georg Siemens.

Lang stellt sich zur Aufgabe, auf Grund der Erkenntnisse der Nationalökonomie und der Maschinenwissenschaft „eine wissenschaftliche Übersicht über den Einfluß der Maschine auf die Rohproduktion in der Volkswirtschaft zu bieten". Unter Rohproduktion versteht er die Landwirtschaft und den Bergbau, die Maschine ist ihm „ein von Menschen bedientes Arbeitsmittel oder ein Komplex von solchen zwecks mechanischer Arbeitsrationalisierung, ein Arbeitsmittel also, welches nicht ... den Menschen unterstützt, ihm dient, sondern von ihm bedient wird". Dies soll eine ökonomische Definition der Maschine sein und sie zeigt schon den Hauptmangel, der dem allgemeinen Teile der Langschen Studie anhaftet. Nur in einer Gesellschaft von Maschinen könnten die Menschen den Maschinen dienen. Solange es eine menschliche Gesellschaft gibt und in ihr Maschinen angewandt werden, dienen die Arbeitsmittel den Zwecken irgendwelcher Menschen und nicht umgekehrt. Wohl wird in einer kapitalistischen Gesellschaft der überwiegende Teil der Menschheit zu einer Art Produktionsmittel, aber im Dienste anderer Menschen, nicht anderer Produktionsmittel. Lang bringt es fertig, von der Entstehung der Maschine zu sprechen, ohne den Kapitalismus auch nur zu erwähnen, und da braucht man sich nicht zu wundern, daß er die Maschine einem Bedürfnis nach Vorrichtungen zur Erleichterung des „menschlichen Daseins" entspringen läßt. Heiliger J. St. Mill!

Auch den anderen Kapiteln des ersten Teiles der Schrift, „Die Geschichte der Maschine, Die Entstehung des Maschinenzeitalters" usw., kann ich irgendwelche Bedeutung nicht zusprechen und für sie nur die Entschuldigung finden, daß sie mit den oben erwähnten Absichten des Autors in keinem Zusammenhang stehen.

Der zweite Teil der Arbeit Langs stellt in der Tat eine Übersicht über den Einfluß der Maschine auf die Landwirtschaft dar, wenngleich die Grundlage ökonomischer Theorie fehlt. Der Verfasser benutzt die landwirtschaftliche Literatur, um die „Rentabilität" der gebräuchlichen Arbeitsmaschinen und Motoren im Vergleich mit der Handarbeit aufzustellen, er berechnet, wie groß die Steigerung des Rohertrags ist, die Ersetzung von Gespannen, die Reduktion der Arbeitskosten, die Ersetzung von Arbeitern. Er vertritt die Meinung, daß die landwirtschaftliche Maschine nicht als Konkurrent, sondern als Ersatz fehlender Arbeitskräfte aufzufassen ist und kommt zu dem Schlusse, daß die Anwendung von Maschinen die Besitzverteilung in der deutschen Landwirtschaft nicht verändert hat und voraussichtlich auch nicht verändern wird. J. G.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 31 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Schiller und die Gegenwart.

Vor etwa dreißig Jahren erschien eine Übersicht über die Schillerliteratur in Deutschland, die nicht weniger als 67 Gesamtausgaben und 323 Einzelausgaben von Schillers Werken, sowie 711 Schriften über den Dichter verzeichnete. Seitdem ist diese Literatur ins Ungemessene angeschwollen, wie eben jetzt wieder, zum hundertsten Todestag des Dichters, eine wahre Meereswoge von Schillerschriften über den deutschen Büchermarkt hereinbricht. Rechnet man dazu, wie unzählige Male über Schiller gehandelt worden ist, in Erscheinungen der periodischen und nichtperiodischen Literatur, die sich nicht ausschließlich mit ihm beschäftigten, so sollte man meinen, nichts müsse leichter sein, als mit wenigen Worten zu sagen, wie es historisch um Schiller bestellt gewesen sei.

Gleichwohl ist diese Meinung durchaus hinfällig. Schon ein flüchtiger Blick in die gegenwärtig wie Pilze aus dem Boden schießenden Schriften über Schiller offenbart einen Sprachenwirrwarr wie einst beim Turmbau zu Babel. Es ist auch kein Zufall, daß es bei aller tropischen Überfülle der Schillerliteratur noch immer an einer leidlichen Biographie des Dichters fehlt, daß die drei großen Anläufe, die in den achtziger und neunziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von Brahm, Minor und Weltrich zu diesem Ziele gemacht wurden, in der Mitte oder gar schon im Anfang stecken geblieben sind. Und dabei hat man alle Vorarbeiten für eine abschließende Biographie Schillers längst erledigt. Seine Werke sind mit der berühmten „philologischen Akribie“ durchackert und wieder durchackert worden; keine Scholle ihres Erdreichs, die nicht drei-, die nicht zehnmal umgepflügt worden wäre, um jedem Fäserchen darin nachzuspüren, sei es nun des Krauts oder Unkrauts. Ebenso steht es mit dem Briefwechsel des Dichters bis auf die gleichgültigsten Zettel herab, und wie sein Geistesleben bis zu den trivialsten Erläuterungen klargestellt worden ist, so bietet sein einfacher Lebenslauf keine Rätsel irgendwelcher Art, zumal da auch in dieser Beziehung bis zur überflüssigsten Kleinkrämerei herab für das nötige Licht gesorgt worden ist.

Wo steckt denn nun eigentlich die Schwierigkeit, Schillers historische Erscheinung zu begreifen? Sie steckt in dem Walle der Tradition, womit sich die bürgerliche Klasse die Gestalt des Dichters verbaut hat. Ähnlich wie um Lessing hat sich auch um Schiller eine ganze Legende gewoben, wenn auch in einer anderen Tendenz; wie Lessing in unserer klassischen Literatur die historische Mission der Hohenzollern, so soll Schiller in ihr die historische Mission des deutschen Bürgertums versinnbildlichen. Von diesem Standpunkt aus ist alles Mögliche und Unmögliche in Schiller hineingelegt worden, wovon seine arme Seele nicht einmal etwas geahnt, geschweige denn gewußt hat. Und wenn es auch ungerecht sein würde zu sagen, daß diese Legende von vornherein in trügerischer Absicht herangezüchtet worden sei, so ist es doch nur richtig zu sagen, daß, wer als wissenschaftlicher Forscher an Schiller herantreten will, zunächst einmal mit der Legende über Schiller aufräumen muß. Das geht aber über bürgerliche Kraft, und es ist schon ein Kompliment für die ernsteren Literarhistoriker, daß sie sich nicht erst an die heikle Aufgabe wagen oder verstimmt abbrechen, sobald ihre historische Gewissenhaftigkeit in einen unlöslichen Konflikt mit ihren bürgerlichen Vorurteilen gerät. Nur die fingerfertigen Lieferanten der gerade fälligen literarischen Marktware schreiben ohne alle Skrupel ihre Bücher und ihre Büchlein über Schiller, die denn auch danach sind.

So ist es durchaus nicht übertrieben, wenn die deutschen Arbeiterblätter von einem „bürgerlichen Schillerrummel" sprechen. Sogar in die bürgerliche Presse dringt diese Auffassung ein, wenigstens in diejenigen ihrer Organe, die an ihrem Teile bestrebt sind, aus dem gegenwärtigen Schillertrubel mehr als ein bloßes Jahrmarktergötzen zu machen. Die „Frankfurter Zeitung" hat schon wiederholt darüber geklagt, so erhebend und schön wie die Schillerfeier von 1859 werde die Schillerfeier von 1905 nicht werden. Da hat sie freilich recht, aber wer hat sie auch geheißen, Feigen vom Distelstrauche zu ernten? Die Schillerfeier von 1859 beruhte ebenfalls auf der Schillerlegende; das deutsche Bürgertum feierte nicht den Schiller, der historisch — wirklich gewesen war, sondern den Schiller, den es sich für seine Bedürfnisse zurecht gemacht hatte, nicht den Schiller, der den Deutschen den Beruf abgesprochen hatte, jemals eine moderne Nation zu bilden, sondern den Schiller, der angeblich der Herold der deutschen Einheit im Sinne einer modernen Nation gewesen sein sollte. Aber diese Legende selbst hatte damals noch historische Kraft; sie war keine Lüge und keine Phrase; vielmehr war sie, wenn auch von keinem starken Willen gezeugt, so doch von einer großen Sehnsucht geboren, und so vermochte sie wirkliche Begeisterung zu entzünden, nicht sowohl eine Begeisterung *für* Schiller, als eine Begeisterung *in* Schiller. Aber wie kann heute von solchen Dingen überhaupt nur gesprochen werden? Was kann Schiller noch bedeuten für die Bourgeoisie, die ihre ästhetischen, politischen und sozialen Ideale längst an den baren Profit aufgelassen hat? Oder was kann er für das Kleinbürgertum bedeuten, das, vom großen Kapital unrettbar zerstampft, in mittelalterlichen Luftspiegelungen vom Schlage der Zunft sein illusorisches Heil erblickt? Wenn diese Klassen heute mit Schillers Namen krebsen, so ist es im schlimmeren Falle eine Lüge und im besseren Falle eine Phrase.

Anders steht die Arbeiterklasse zu Schiller. Frei von den bürgerlichen Vorurteilen, sieht sie ihn in der Zeit, worin er wirklich gelebt hat; indem sie die historische Bedingtheit seines geistigen Schaffens erkennt, weiß sie eben dadurch seine historische Größe zu würdigen. Sie kann niemals einen Kultus auch nur mit Schillers Geiste treiben, wie ihn die deutsche Bourgeoisie mit Schillers Namen getrieben hat; sie braucht für ihre großen Ziele keine Schwurzeugen aus der Vergangenheit, auch nicht aus der klassischen Literatur, selbst wenn sie nicht schon durch ihren historischen Instinkt davor bewahrt wäre, in der wunderlichen Weise der bürgerlichen Halbschlächtigkeit die Zeiten durcheinander zu werfen. Aber eine tiefe Sympathie verbindet sie mit diesem Dichter, dessen mächtiges Freiheitspathos erst in ihren gewaltigen Kämpfen das historische Echo gefunden hat, dessen heldenhaftes Arbeiten und Kämpfen und Leiden ihn immer einer Klasse teuer machen muß, deren Leben auch aus Arbeiten und Kämpfen und Leiden besteht, dessen ernstes Schicksal sie um so tiefer bewegt, als sie mitten in allem Elend doch schon des „Sieges hohe Sicherheit“ empfinden darf, die Schiller nur erst in den Wolken einer idealen Welt finden konnte.

Es ist eine kleinliche und dabei auch von völligem Mißverständnis des historischen Materialismus zeugende Auffassung, zu sagen, daß Schiller durch die höfische Umgebung, worin er als Mann gelebt habe, sozusagen entrevolutioniert worden sei. Gewiß hat dies höfische Milieu bis zu einem gewissen Grade auf Schiller abgefärbt, wie sich selbst der größte und stärkste Mensch nie völlig dem Einfluß seiner Umwelt zu entziehen vermag, aber nicht diese kleinen Flecken sind das Charakteristische an Schiller, sondern umgekehrt die Hoheit der Gesinnung, die er der unglaublichen Enge der Verhältnisse abzutrotzen wußte, in denen er lebte. Viel feiner und tiefer sagt Albert Lange: „In Schillers ganzem Wesen lag jener Zwiespalt sehr tief, der das achtzehnte Jahrhundert so mächtig bewegte, und an welchem nur wenige glückliche Naturen, wie Goethe, fast ahnungslos vorübergingen. Wie in seinem Naturell eine feurig zum Idealen emporstrebende Natur mit einer mächtigen Sinnlichkeit kämpfte, so führte ihm sein Bildungsgang tiefe, gewiß nie völlig geschwundene Eindrücke einer kindlichen Frömmigkeit zu, die bald mit seinem scharfen Verstande in Kampf geraten mußte.“ Damit ist treffend die Zwiespältigkeit der bürgerlichen Aufklärung gekennzeichnet, an der Goethe fast ahnungslos vorüberging, nicht weil er eine glückliche Natur, sondern weil er eine Künstler- und keine Kampfnatur war.

Schiller aber stand unter den großen Kampfnaturen der bürgerlichen Aufklärung in vorderster Reihe. Das erste Zeugnis, das urkundlich über sein persönliches Wesen überliefert worden ist, betont gerade diesen Punkt; Kraftäußerung vor allem habe ihn begeistert, schrieb sein Jugendfreund Scharffenstein, und wenn Schiller kein großer Dichter geworden wäre, so hätte er nur ein großer Mensch im aktiven öffentlichen Leben werden können. Sein ganzes Dichten und Trachten zeigt, daß er das wirkende Leben über das betrachtende erhob, das Tun dem Erkennen, die Tat, wie es im Fiesco heißt, der Kunst und dem Scheine vorzog. Und so sagte schon vor siebzig Jahren der bürger-

liche Literarhistoriker Gervinus mit Recht: „Nur da die wirkliche Welt gar zu steil vor den Gesinnungen des Jünglings dalag, ward er auf die Dichtung und das Reich der Ideale zurückgewiesen. Aber auch da nahm er den Stoff fast immer aus der wirklichen, handelnden Geschichte her, und schien es richtig für des Dichters höchsten Beruf zu halten, Taten zu besingen, wie er umgekehrt des Dichters Preis die schönste Krone der Taten nannte." Das ist wieder viel klarer und verständiger als die Auffassung, die materialistisch sein soll, aber tatsächlich nur naiv ist, wonach Schiller durch die höfische Umgebung von Weimar aus einem stolzen Revolutionär ein zahmer Philosoph geworden sei.

Der Dualismus, die Zwiespältigkeit der bürgerlichen Aufklärung war untrennbar von ihr und konnte selbst von ihren stärksten Kämpfern nicht überwunden werden; immer danach ringend, das wirkliche Leben über das betrachtende zu erheben, wurden sie immer wieder dazu gezwungen, das wirkliche dem betrachtenden Leben unterzuordnen. So auch setzte der Jüngling Schiller die Tat vor die Kunst und den Schein, während der Mann Schiller die Kunst und den Schein der Tat vorziehen mußte. Er hat seine Welt des Ideals, die heiteren Regionen, wo die reinen Formen wohnen, mit aller dichterischen Kunst geschmückt, über die er verfügte, und als Werk des Genius bleibt sie der Menschheit unverloren; wer sie rein ästhetisch genießen will — was immer nur die Sache Weniger gewesen ist und sein konnte —, der wird einen seltenen Genuß haben. Aber als Weltanschauung hat sie für die moderne Arbeiterklasse nur den Wert einer blinkenden Glasperle, denn diese Klasse braucht sich kein Reich in die Wolken zu bauen, da sie ihr Reich auf der festen Erde gründen kann und gründet.

Dies ist der große Vorbehalt, den die moderne Arbeiterbewegung gegen alle bürgerliche Aufklärung zu machen hat, und somit auch gegen den größten Dichter dieser Aufklärung. Denn wenn wir heute kaum noch begreifen, wie jemals ernsthaft darüber gestritten werden konnte, ob Goethe oder Schiller der größere Dichter gewesen sei, so darf man doch mit gutem Fuge sagen, daß unter den großen Gestalten der bürgerlichen Aufklärung, und nicht nur in Deutschland, keine mit dichterischen Gaben so reich gesegnet gewesen sei, wie Schiller. Weder höchste noch reine Kunst findet sich in seinen dichterischen Werken, und die herbe Kritik, die einst die romantische und dann die naturalistische Schule an seinem Dichterberuf übte, focht ästhetisch nicht eben mit ganz stumpfen Waffen. Aber immer wieder sank die Schale zugunsten Schillers, zumal in der Arbeiterklasse, die sich zu ihrem Glücke ihren Geschmack noch nicht von den starren Formen einer mehr oder minder einseitigen Ästhetik regeln zu lassen braucht.

Solange sie mitten in dem heißen Kampfe um der Menschheit große Gegenstände steht, wird sie gern die tönende Stimme dieses Kämpfers hören, der aus seinem tapferen Herzen den unversieglichen Mut schöpfte, alle Plagen einer geknechteten Welt zu überwinden.

Die Rebellionen in Schillers Dramen.

Von **K. Kautsky.**

I.

Schillers Dramen vor der Revolution.

Wenn am nächsten neunten Mai Schiller von allen Klassen und Parteien Deutschlands — abgesehen von ein paar verbohrten Zeloten — einmütig und begeistert gefeiert wird, so liegt darin sicher viel Gemachtes und Geheucheltes; der Enthusiasmus, den die deutsche Bourgeoisie am hundertsten Todestag Schillers entfaltet, ist weit mehr ein künstliches Gewächs als jener, mit dem sie seinen hundertsten Geburtstag beging. Um 1859 stand sie vor dem Höhepunkt ihres politischen Aufstiegs, wo sie dem Triumph jener Ideale, deren beredtesten Herold sie in Schiller sah, sich am nächsten glaubte. Seitdem aber hat sie eines dieser Ideale nach dem anderen als hindernden Ballast von sich abgeworfen, hat sie sich zur „Realpolitik" bekehrt, zu jener Politik, die sich nur um das Morgen kümmert und die Frage nach dem Übermorgen schon als eine unbequeme und überflüssige abweist: die richtige Politik für eine Klasse, die keine großen Ziele mehr hat, an ihre eigene Zukunft nicht mehr glaubt. Die großen und stolzen Ziele, welche die Bourgeoisie bei ihrem politischen Aufstieg sich setzte, sind für sie zu bloßen Redensarten geworden, die man gedankenlos nachschwätzt, wie für manchen „Christen" die Religion zu bloßer Redensart geworden ist, über die man selbst schon sich erhaben dünkt, die aber dem Volke noch erhalten bleiben muß, das man dadurch besser zu zügeln hofft. So rechnet der „aufgeklärte", „moderne" Bourgeois heute Schiller zu den Nationalheiligen, an die er selbst nicht mehr glaubt, deren Kultus er aber gewohnheitsmäßig fortsetzt, zum Teil in der Erwartung, daß sie gut sind für Kinder und für das Volk, die aus ihnen Vertrauen in die sittliche Weltordnung und den Glauben an die jugendliche Kraft der Schlagworte des Liberalismus saugen sollen.

Aber je mehr man sich unter den gesellschaftlichen Klassen Deutschlands dem denkenden und kämpfenden Proletariat nähert, desto wahrer, desto lebendiger wird die Begeisterung der Schillerfeier. Es gibt sicher keinen deutschen Dramatiker, der so volkstümlich geworden ist wie Schiller. Daß er dies wurde, verdankt er aber vor allem dem rebellischen Inhalt so vieler seiner Dramen, der den rebellischen Neigungen der arbeitenden Klassen so vortrefflich entspricht. Von ihrem *rebellischen*, nicht ihrem *revolutionären* Inhalt ist hier die Rede. Sicher war Schiller auch ein Revolutionär; unter den Idealen, die die aufsteigende bürgerliche Welt im Gegensatz zur Weltordnung, die sie vorfand, entwickelte, waren auch die seinen zu finden. Aber das ist es nicht, was Schiller besonders kennzeichnet. Was ihn jedoch über die anderen Dramatiker Deutschlands nach der *politischen* Seite hervorhebt — und nur von dieser, nicht von der *ästhetischen* sprechen wir hier —, das ist sein Interesse für die *Rebellion*, für die Auflehnung gegen die angestammte Obrigkeit. Immer und immer wieder behandelt er dies Thema, und er variiert es in der mannigfachsten Art.

Den *Ursachen* dieses Rebellentums nachzuforschen und es in seine Einzelheiten zu verfolgen, liegt nicht im Plane meiner Ausführungen. Es würde dies zu einer *materialistischen Erklärung* des ganzen dramatischen Schaffens

Schillers werden müssen, eine Aufgabe, die ich gerne kompetenteren Federn überlasse, ebenso wie die ästhetische Würdigung des Schillerschen Wirkens.[1]

Ich habe hier bloß die Absicht, die Formen zu untersuchen, die die Rebellion in den einzelnen Dramen Schillers annimmt, um daraus Schlüsse auf seine revolutionäre Eigenart zu ziehen.

Nur eine Frage sei hier noch berührt, bevor ich an diese Untersuchung gehe, die Frage, ob das dramatische Genie bei Schiller nicht auch in einem Zusammenhang mit seinem revolutionären Temperament steht. Das Drama und die Revolution sind einander insofern verwandt, als beide Katastrophen darstellen, die sich unmerklich, aber unwiderstehlich vorbereiten, um dann jäh hereinzubrechen. Je mehr das katastrophale Empfinden und Denken in einem Dichter entwickelt ist, desto besser muß ihm die dramatische Form gelingen, desto stärker muß die Wirkung seiner Dramen werden — natürlich bei sonst gleicher künstlerischer Begabung.

Wie das Empfindungsleben des Dichters selbst, muß aber auch die Stimmung der Zeit, in der er lebt, nicht bloß auf den Inhalt, sondern auch auf die Form und die Wirkung dieser Form seines Schaffens Einfluß nehmen.

In meiner Broschüre über die soziale Revolution habe ich auf die Tatsache aufmerksam gemacht, daß in den Naturwissenschaften die Katastrophentheorien vorherrschten, solange die Bourgeoisie revolutionär war; daß sie durch die Theorien der unmerklichen Entwicklung abgelöst wurden, als die Bourgeoisie in konservative Bahnen einlenkte. Dieser Zusammenhang wird niemanden überraschen, der weiß, wie sehr die gesellschaftlichen Bedürfnisse und Empfindungen nicht nur die gesellschaftlichen, sondern auch die naturwissenschaftlichen Theorien, das ganze Weltbild beeinflussen. Die wissenschaftliche Tätigkeit bedeutet ja nichts als die Ordnung der Fülle der Erscheinungen und die Trennung des Wesentlichen vom Unwesentlichen. Die Art und Masse der Erscheinungen, die die Wissenschaft in einem gegebenen Moment zu verarbeiten hat, hängt wesentlich von der gegebenen Höhe der Technik ab. Sie sind für alle Mitglieder einer gegebenen Gesellschaft die gleichen. Aber je nach dem durch die gesellschaftlichen Verhältnisse beeinflußten Empfinden und Denken werden dieselben Tatsachen von den Einzelnen verschieden bewertet werden, und in dieser verschiedenen Wertung beruhen vornehmlich die Differenzen der verschiedenen wissenschaftlichen Richtungen innerhalb einer bestimmten Gesellschaft. Die Tatsachen sind für alle dieselben, aber ihre Scheidung in wesentliche und unwesentliche ist nicht bei allen Klassen und Individuen die gleiche.

So wie die Wissenschaft muß auch die Kunst durch die sozialen Stimmungen und Bedürfnisse beeinflußt werden. Das ist ja ganz selbstverständlich, soweit es den Inhalt der Kunst anbelangt, aber es gilt auch für ihre Form. Und da ist es kein Zufall, daß jene Kunstgattung, die am meisten eine katastrophale Entwicklung darstellt, ihren Höhepunkt im Zeitalter der Revolutionen erlangte — allerdings in Deutschland, das die große bürgerliche Revolution philosophisch und künstlerisch reflektierte, nicht in England und Frankreich, die sie machten und ihre ganze intellektuelle Kraft in der Politik und im Kriegswesen aufbrauchten, so daß für Kunst und Philosophie nur wenig übrig blieb.

Und ebensowenig dürfte es Zufall sein, daß die dramatische Produktion an Kraft und Tiefe in Deutschland in demselben Maße zurückgeht, in dem seine

[1] Vorliegender Artikel wurde geschrieben, ehe ich Gelegenheit hatte, in Mehrings meisterhafte Schrift über Schiller Einsicht zu nehmen. K. K.

Bourgeoisie konservativer wird; daß aber auch in demselben Maße das Drama seinen Charakter ändert; das katastrophale Element wird aus ihm immer mehr ausgeschieden; das Drama wird immer mehr aus der Schilderung einer Handlung, einer Entwicklung, die Schilderung eines Zustandes, der nicht vom Flecke kommt; an Stelle eines kraftvollen Kampfes tritt müde Ergebenheit, schmerzvoller Pessimismus oder zynischer Hohn, die aber alle das gleiche Thema variieren: Es bleibt alles beim alten. Freilich, das Wesen des Dramas schreit gebieterisch nach Handlung, nach Katastrophen; das Milieudrama kann nie die Form des Dramas überhaupt werden; aber was heute noch an katastrophalem Drama daneben erzeugt wird, entspringt nicht dem modernen bürgerlichen Denken, sondern nur seinen Überlieferungen, wird immer mehr konventionell, verliert den Pulsschlag des warmen Lebens.

Ganz anders aber war die Zeit, zu der Schiller schrieb. Sie lechzte nach Kampf, nach rasch fortschreitender Handlung, nicht nach tatloser Stimmung. Kein dichterischer Genius kam diesem Bedürfnis mehr entgegen, als Schiller. Darin wurzelt seine mächtige Wirkung, darin seine Popularität. Und sie bleibt lebendig für das Proletariat, das auch heute nach Kampf und Handlung begehrt; sie läßt ihm Schiller auch an seinem hundertsten Todestag noch ewig jung erscheinen und wird ihn als populärsten deutschen Dramatiker fortleben lassen, solange nicht ein neues Genie erstanden, das ihm gewaltige Katastrophen lebendig vor die Augen führt.

Jedoch nicht nur durch die Größe, die Gewalt der Handlung sowie die Wucht der Sprache fesseln Schillers Dramen alle revolutionären Gemüter, sondern auch durch ihren rebellischen Inhalt. Aber freilich, dieser Inhalt zeigt nicht nur das Zeitalter der Revolutionen an, dem er entsprang, sondern auch die politische Rückständigkeit und Beschränktheit Deutschlands und die politische Naivetät, die sie in seinen besten Geistern erzeugte.

Der erste Rebell, den Schiller zeichnete, war Karl Moor, an dem er 1777 bis 1781 arbeitete. Noch haben wir es hier mit keiner politischen Rebellion zu tun, keinem Versuch, den Staat umzumodeln, sondern nur einer persönlichen Auflehnung gegen die Gesetze des Staates — einer Auflehnung, die selbst wieder nicht einmal durch schlechte Gesetze, sondern nur durch den persönlichen Schurkenstreich eines Halunken provoziert wird: „Mörder, Räuber durch spitzbübische Künste!“

Aber der edle Räuber ist keine rein phantastische Personifizierung der Auflehnung gegen Staat und Gesellschaft; er ist keine Erfindung Schillers. Dies Räuberwesen ist vielmehr eine Erscheinung, die mit gewissen sozialen Verhältnissen untrennbar verknüpft ist. Der Räuber der Wälder, der dem Einbrecher oder Raubmörder der modernen Großstadt nicht gleichzurechnen ist, entspringt aus der Auflösung des urwüchsigen Bodenkommunismus. Er tritt dort auf, wo dieser Kommunismus unfähig wird, allen Dorfbewohnern ihre Existenz zu sichern, wo namentlich das Latifundienwesen Bauern und auch kleine Adelige expropriiert, anderseits aber noch keine starke kapitalistische Industrie entstanden ist, die in der Lage wäre, die Expropriierten aufzusaugen, aber auch eine starke zentralisierte Staatsgewalt zu schaffen, wodurch jede gewaltsame Auflehnung gegen die Gesetze sofort niedergeschlagen werden könnte.

Die Schwächlinge unter den Expropriierten werden da Landstreicher und Bettler; die starken Naturen greifen zu den Waffen, um sich als Söldner zu verdingen, wenn Nachfrage nach solchen vorhanden. Wo diese fehlt, werden

sie Räuber; wo es eine politische Empörung gibt, schließen sie sich ihr an. In unseren Tagen noch sehen wir im Balkan, wie die Grenze zwischen dem Räuber und dem Freiheitskämpfer eine verschwimmende ist; wie je nach der Konstellation der Räuber von heute zum nationalen Helden von morgen und dieser wieder zum Räuber von übermorgen wird. Das Volk liebt ihn und verehrt ihn als Bekämpfer seiner Unterdrücker und Ausbeuter. In den serbischen und bulgarischen Volksliedern spielen die Heiducken, die Räuber, eine gefeierte Rolle.

Nichts irriger, als zu glauben, erst Schiller habe den Räuberkultus aufgebracht. Nicht bloß im Balkan, auch in Süditalien gilt der Räuber als ein edler Held; nicht minder war dies bis in die sechziger Jahre in Ungarn und Irland der Fall. Schiller konnte selbst aus dem Volksempfinden Süddeutschlands schöpfen, wo zu seiner Zeit der Räuber der Wälder nach eine lebhafte Praxis übte. Wir erinnern nur an den Schinderhannes und den bayerischen Hiesel. Ein württembergischer Räuber, der Sonnenwirt, wurde von Schiller in einer seiner Prosaschriften, dem „Verbrecher aus verlorener Ehre“, 1787, gerechtfertigt.

In einem ökonomisch rückständigen, agrarischen Lande, wo keine starke Bourgeoisie, kein trotziges Kleinbürgertum, kein kampffähiges industrielles Proletariat dem Absolutismus und der Feudalherrschaft entgegentreten, erscheint rebellischen Gemütern leicht das Räubertum als die einzig mögliche Form der Auflehnung gegen Staat und Gesellschaft. Noch 1869 schrieb Bakunin:

„Das Räubertum ist eine der ehrenhaftesten Formen des russischen Volkslebens. Der Räuber ist der Held, der Schirmer und Rächer des Volks, der unversöhnliche Feind des Staats und jeder vom Staat begründeten sozialen und bürgerlichen Ordnung.... Die in den Wäldern, Städten und Dörfern von ganz Rußland zerstreuten und in den zahllosen Kerkern des Reichs eingesperrten Räuber bilden eine einige und fest verbundene Welt, die Welt der russischen Revolution.... Wer in Rußland eine ernstliche Verschwörung will, wer die Volksrevolution will, muß in diese Welt gehen.“ (Zitiert in „Ein Komplott gegen die Internationale“, Braunschweig 1874, S. 56, 57.)

So führt von der Schillerschen Räuberromantik ein direkter Weg zum bakunistischen Anarchismus, zur Propaganda der Tat. Aber so modern in dieser Form die Rebellion erscheinen mag, sie ist eine der primitivsten; indes, wie gesagt, keineswegs eine rein phantastische, sondern eine sehr reale Form der Auflehnung gegen Staat und Gesellschaft.

Politisch viel höher als die „Räuber“ des einundzwanzigjährigen Schiller steht schon sein nächstes Drama, der „Fiesco“ des dreiundzwanzigjährigen (gedruckt 1783). Hier handelt es sich nicht mehr um die verzweifelte Auflehnung eines deklassierten Edelmanns gegen die Staatsordnung, ohne jedes positive Ziel, sondern um eine wohlüberlegte Aktion zur Umwälzung dieser Ordnung, zur Begründung einer neuen Staatsgewalt. Aber immerhin weist Schiller selbst in seiner Vorrede auf seine völlige politische Unwissenheit hin, und es gibt kaum eine Szene des Stückes, die sie nicht bezeugte. Ein „republikanisches Trauerspiel“ hat Schiller das Drama genannt. In der Tat ein Spiel, das jeden Republikaner traurig stimmen muß. Denn wo sind die Republikaner, die diese Republik lebensfähig machen sollen? Das Volk spielt hier in jedem Sinne des Wortes nur eine Statistenrolle; es ist nur unartikulierter Zurufe fähig und wechselt seine politischen Ansichten — soweit man von solchen sprechen kann — im Handumdrehen auf die erste beste demagogische Rede hin. Ein paar Worte Fiescos genügen, es zu überzeugen, daß die Demokratie, in der

die Mehrheit entscheidet, verderblich sei, denn „der Feigen sind mehr, denn der Streitbaren, der Dummen mehr, denn der Klugen“.

Aber nicht minder traurig als um die Demokraten sieht es um die Aristokraten in der Republik Genua aus. Fast lauter gedankenlose und unselbständige Gecken, deren ganze Politik in einem tatlosen Mißvergnügen besteht, deren ganzen Republikanismus der Widerwillen gegen die Subordination bildet.

Der einzige tatkräftige und weiterdenkende Politiker — neben Verrina — unter den Republikanern ist Fiesco. Er leitet nicht nur die Revolution, er macht sie von Grund aus, er schafft alle ihre Elemente; er ist die Revolution und mit ihm geht sie zugrunde. Besonders naiv ist es, daß Schiller diesem, alle anderen nicht bloß an Begabung, sondern auch an Kenntnis der Menschen und der Verhältnisse so riesenhaft überragenden Staatsmann sein eigenes jugendliches Alter von dreiundzwanzig Jahren verlieh.

Wenn wir darin, daß Schiller die republikanische Umwälzung Genuas zum Werk eines einzigen Mannes macht, einen Beweis seiner Verständnislosigkeit für das Wesen einer politischen Revolution — und sei es nur eine aristokratische Verschwörung — sehen, so soll damit natürlich nicht etwa gesagt sein, daß wir an Schiller die lächerliche Forderung stellten, sich von den Grundsätzen der materialistischen Geschichtsauffassung leiten zu lassen. Ganz abgesehen davon, daß von einer solchen Auffassung zu Schillers Zeit noch keine Rede war, so sind gerade vom Standpunkt der materialistischen Geschichtsauffassung die Aufgaben des Dramatikers ganz andere als die des Geschichtsforschers. Nach der herkömmlichen Auffassung stimmen sie insofern überein, als beide außergewöhnliche Einzelschicksale zu erforschen und darzustellen haben, für beide der hervorragende Mensch oder ein hervorragendes Menschenschicksal das Objekt ihres Schaffens ist.

Die materialistische Geschichtsauffassung sieht aber das die gesellschaftliche Entwicklung beherrschende Element im Gewöhnlichen, Alltäglichen, nicht im Außergewöhnlichen; in den gesellschaftlichen Verhältnissen der Menschen und nicht im Einzelmenschen.

Will man eine Zeit verstehen, muß man ihre Alltäglichkeit verstehen, gerade jene Verhältnisse erforschen, welche die Darsteller ihrer eigenen Zeit als selbstverständlich nicht aufzeichnen, die ja nur das Außergewöhnliche überliefern. Den späteren Verarbeitern der historischen Quellen wird das Außergewöhnliche, Abnorme einer Zeit eher bekannt als ihre normalen Verhältnisse; kein Wunder, daß sie zuerst in diesen außerordentlichen, namentlich persönlichen Erscheinungen die Triebkraft der gesellschaftlichen Entwicklung suchen, daß es viele Jahrhunderte dauerte, bis man die alltäglichen Massenbewegungen früherer Perioden einigermaßen kennen lernte und es damit ermöglicht wurde, in diesen Bewegungen die wirkliche Triebkraft der Geschichte zu entdecken.

Man könnte nun freilich glauben, als ob heute das Drama Miene machte, auch der Geschichte zu folgen, der Heldendarstellung zu entsagen und die Alltäglichkeit zu seinem Objekt zu machen. Aber diese Annäherung ist nur eine scheinbare. Wie immer man über die Aufgaben der Kunst denken mag — und diese Aufgaben sind ungemein wechselnd mit Zeit und Ort, mit den gesellschaftlichen Bedingungen und Bedürfnissen des Künstlers und seines Publikums — stets wird diese Aufgabe darin bestehen, das Publikum aus der Alltäglichkeit und über die Alltäglichkeit zu erheben. Das liegt schon im Wesen der Kunst, die eben ein Objekt künstlich, willkürlich schafft. Die Alltäglichkeit schafft sich

von selbst, sie zu schaffen, bedarf es keines Künstlers. Sobald ich mich zur Kunst wende, geschieht es zu dem Zwecke, aus dieser Alltäglichkeit herauszukommen.

Und wie immer der Künstler und sein Publikum von der Kunst denken mögen: auf jeden Fall will der Künstler auf das Publikum wirken; welche Wirkung er erzielen will, das ist wieder je nach den wechselnden gesellschaftlichen Verhältnissen und persönlichen Temperamenten sehr verschieden, ob er rühren will oder amüsieren, ob Lüsternheit oder Begeisterung erwecken, beschauliche Wehmut oder feurigen Tatendrang, Freude am Schönen oder Entsetzen über krasse Häßlichkeit — aber wirken will er auf jeden Fall. Die einzige Wirkung aber, welche die Alltäglichkeit erweckt, ist die der Langweile — gerade jene Wirkung, die unter allen Umständen perhorresziert wird, welches immer die Absichten und Bedürfnisse von Künstler und Publikum sein mögen.

Wenn nun heute zeitweise der Schein entsteht, als suchte die dramatische Kunst die Alltäglichkeit darzustellen, so ist dies teils gerade dem Suchen nach etwas Unerhörtem auf der Bühne zuzuschreiben: Ist die Darstellung der platten Alltäglichkeit auf der Bühne etwas Neues, Unerhörtes, so kann diese Tatsache eine Zeitlang als ein kühnes Experiment interessieren. Aber die Darstellung der Alltäglichkeit muß langweilen, wenn sie aufhört, ein vereinzeltes Experiment zu sein und auch auf der Bühne alltäglich wird.

Dann aber wird der Anschein, daß das Drama sich mehr der Alltäglichkeit zuwende, dadurch erweckt, daß, je mehr die proletarische Bewegung das öffentliche Leben beherrscht, desto größer das Interesse der Dichter und des Theaterpublikums für Stoffe aus dem Leben der unteren Klassen und für die Äußerlichkeiten ihres Lebens, zum Beispiel ihres Dialekts, wächst, also für Erscheinungen, denen wir auf Schritt und Tritt begegnen und die uns daher alltäglich erscheinen. Aber der Dichter wird uns nur dann fesseln, wenn er es versteht, uns diese Erscheinungen von einer Seite zu zeigen, die uns an ihnen neu ist, oder in Situationen, die außerordentlich sind.

Die Hauptmannschen Weber sind sehr alltägliche Menschen mit einer sehr alltäglichen Sprache; aber der Masse der Theaterbesucher sind ihre Verhältnisse, ihre Anschauungen doch etwas ganz Außerordentliches. Und die Situation, die die hungernde Masse zur Revolte treibt — ist sie etwas Alltägliches? Die Lumpenproletarier wieder im „Nachtasyl“ ergreifen uns deshalb so mächtig, weil wir sie von der Seite noch gar nicht kennen, die uns Gorki an ihnen enthüllt; weil er uns da einen Blick in eine Welt tun läßt, die uns nicht minder fremd ist wie das Innere von Afrika.

Weder das Aufkommen des Milieu-Dramas noch die Vorliebe für Erscheinungen und Ausdrucksformen der Alltäglichkeit hat etwas mit der materialistischen Geschichtsauffassung zu tun, die vielleicht noch jedem der modernen Dichtern ein Buch mit sieben Siegeln ist. Sie stehen nur insofern in einem inneren Zusammenhang, als sie alle Kinder der gleichen gesellschaftlichen Entwicklung sind.

Aber zu Schillers Zeit herrschten andere Bedingungen; und wie Dichter und Publikum im Drama nach Handlung suchten und nicht nach Stimmung, nach einer Handlung, die in einer Katastrophe mündete und nicht in einem Fragezeichen, so forderten sie auch einen Helden als Mittelpunkt des Dramas, der über seinem Milieu und im Kampfe dagegen steht, keinen seufzenden Schwächling, den seine kleine Umgebung langsam zermürbt. Daß Fiesco so

grandios dasteht, ist also kein Fehler, ist ein Vorzug des Dramas. Daß aber das Milieu, über welches er so kolossal emporragt, ein politisch so zwerghaftes und impotentes ist, das ist es, was beweist, wie fern Schiller allem politischen Denken stand.

Der einzige Mann mit republikanischen Grundsätzen unter den vielen Republikanern des „republikanischen Trauerspiels“ ist Verrina. Aber auch seine republikanischen Grundsätze entspringen nicht dem Vertrauen in die Republik. Wie könnte er denn Zutrauen haben zur demokratischen oder auch nur aristokratischen Selbstregierung angesichts all der haltlosen Schwätzer um ihn herum! Sein Republikanertum ist ein höchst persönliches, entspringt seinem Haß gegen jede Oberherrschaft, der er persönlich sich zu beugen hätte. Und rein persönlich, wie sein Republikanertum, ist auch sein politisches Handeln. Die entscheidende politische Tat, die die ganze Revolution zum Scheitern bringt und den alten Doria wieder zum Herrn macht, die Tötung Fiescos, unternimmt er auf eigene Faust, ohne jede Abrede mit den Genossen. Das ist nicht mehr Republikanertum, sondern Anarchismus, und zwar einer der weitestgehenden Art. Denn selbst die Anarchisten pflegen bei ihrer Propaganda der Tat Beschlüsse und Absichten von Genossen zu respektieren.

Für andere als persönliche Motive des politischen Handelns fehlte Schiller damals noch alles Verständnis. Er sagt das selbst in der Vorrede zum Fiesco:

„Wenn es wahr ist, daß nur Empfindung Empfindung weckt, so müßte, deucht mich, der politische Held in eben dem Grade kein Subjekt für die Bühne sein, in welchem er den Menschen hintansetzen muß, um der politische Held zu sein. Es stand daher nicht bei mir, meiner Fabel jene lebendige Glut einzuhauchen, welche durch das lautere Produkt der Begeisterung herrscht; aber die kalte, unfruchtbare Staatsaktion aus dem menschlichen Herzen herauszuspinnen und eben dadurch an das menschliche Herz wieder anzuknüpfen — den Mann durch den staatsklugen Kopf zu verwickeln — und von der erfinderischen Intrige Situationen für die Menschheit zu entlehnen — das stand bei mir. Mein Verhältnis mit der bürgerlichen Welt machte mich auch mit dem Herzen bekannter als mit dem Kabinett, und vielleicht ist eben diese politische Schwäche zu einer poetischen Tugend geworden.“

Da haben wir das ganze politische Elend Deutschlands am Vorabend der großen Revolution. Die Politik war zu einer Kabinettspolitik geworden, mit deren „kalten, unfruchtbaren Staatsaktionen“ die „bürgerliche Welt“ nicht das geringste zu tun hatte. Und da nur zu leicht einem jeden die Menschen, mit denen man zufällig verkehrt, als das Prototyp der Menschheit erscheinen, so war mit der Loslösung der „bürgerlichen Welt“ Deutschlands von der Politik für Schiller auch die Scheidung zwischen dem „politischen Helden“ und dem „Menschen“ gegeben. Die Politik erscheint ihm als etwas Unmenschliches; als menschliche Tugenden und Motive betrachtet er nur jene, die die unpolitische „bürgerliche Welt“ bewegen. Will man den „politischen Helden“ dem Publikum „menschlich näher“ bringen und sympathisch machen, so muß man in seine politischen Motive solche der bürgerlichen Alltäglichkeit hineinmengen, solche der persönlichsten Art. Schiller merkt nicht, wie gerade eine Politik, in die auf diese Art das „menschliche Herz“ hineinspielt — persönliche Neigungen und Abneigungen und Leidenschaften —, eine niedere Form der Politik darstellt, daß gerade durch solche Einflüsse des „menschlichen Herzens“ die Politik der „Kabinette“ zu einer rein persönlichen Politik wird, die den Staat zur Domäne des Fürsten herabsetzt und die „Staatsaktion“ „unfruchtbar“ macht.

Wir haben seitdem in Deutschland ein starkes politisches Leben im Volke bekommen. Aber die Schillersche Verständnislosigkeit für die Triebkräfte der Politik lebt heute noch unter manchen Belletristen fort. Weit entfernt, in einer Politik, die der Sorge für die Gesamtheit entspringt, die höchste Blüte menschlichen Tuns zu erkennen, betrachten sie immer noch jede Politik als etwas, was den Charakter verdirbt; sie können auch politische Motive nur dann begreifen, wenn sie rein persönlicher Art sind, das Empfindungsleben des unpolitischen Philisters nicht überragen, höchstens seine Verklärung darstellen.

Wenn diese Belletristen Politik zu schildern oder gar zu treiben haben, ist sie auch danach.

Von Schiller kann man leider nicht sagen, daß so rasch wie seine dichterische Reife sein politisches Verständnis wuchs. Freilich, der Rebell blieb er noch lange. Durch und durch rebellisch ist das dem „Fiesco“ folgende Werk, „Kabale und Liebe“ (1784), wohl neben dem „Wallenstein“ seine größte dramatische Leistung, von einer zermalmenden Wucht. Indessen haben wir es hier nur mit jenen seiner Dramen zu tun, in denen nicht bloß durch ihren Inhalt zur Rebellion aufgereizt, sondern diese auch betätigt wird. Zu einer solchen kommt es jedoch in „Kabale und Liebe“ nicht, wohl aber in seinem nächsten Trauerspiel, dem „Don Carlos“, der 1787 fertig wurde. Gegenüber dem „Fiesco“ bedeutet dieser einen Fortschritt nach der politischen Seite insofern, als die Politik hier nicht mehr bloß als „kalte, unfruchtbare Staatsaktion“ betrachtet wird. Schiller empfindet nun doch, daß neben dieser Art von Politik noch eine andere möglich ist, durch die das Glück der Völker begründet werden kann. Indes, auch in diese Politik mischt das „menschliche Herz“ sich bedenklich ein. Man kann sich des Gedankens nicht erwehren, daß der rebellische Kronprinz weit weniger rebellisch wäre, hätte ihm nicht sein Vater die Braut weggefischt, Elisabeth von Valois, die für eine französische Prinzessin auffallend liberal ist.

„Ich bin entschlossen“, ruft Carlos, „Flandern sei gerettet. Sie (Elisabeth) will es — das ist mir genug.“

Hätte Carlos seine Elisabeth heimgeführt und hätte diese jene reaktionären Gesinnungen besessen, die einer Königin ziemen, so wäre Posas Freund kaum in Konflikt mit der Inquisition gekommen.

Die Politik der Völkerbeglückung selbst aber, die Carlos und Posa entwickeln, war keineswegs die der Gesetzgebung und Regierung durch das Volk. Von oben herab, durch den Monarchen soll den Völkern die Freiheit gebracht werden. Der Erfolg der Rebellion der flandrischen Provinzen wird abhängig gemacht von der Entschließung des Kronprinzen.

Posa ruft ihm zu:

> „Ein Abgeordneter der ganzen Menschheit
> Umarm' ich Sie — es sind die flandrischen
> Provinzen, die an Ihrem Halse weinen
> Und feierlich um ihre Rettung Sie bestürmen. . . .
> Auf Kaiser Karls glorwürd'gem Enkel ruht
> Die letzte Hoffnung dieser edlen Lande.
> Sie stürzt dahin, wenn sein erhabnes Herz
> Vergessen hat, für Menschlichkeit zu schlagen.“

Das Trugbild, das seit einem Jahrhundert den deutschen Liberalismus äfft, der liberale Kronprinz, der dem reaktionären Vater entgegentritt, wird hier zum Mittelpunkt des Dramas, zum Hort der Rebellion.

Natürlich wußte Schiller sehr wohl, daß die Niederlande des liberalen Kronprinzen in Wirklichkeit nicht bedurften, um sich zu befreien. Aber ohne einen liberalen Prinzen ging es bei ihm einmal nicht.

So schrieb er denn auch in seiner Geschichte des Abfalls der Niederlande, nachdem er gezeigt, wie Philipp seine getreuen Untertanen zum Aufstand förmlich zwang: „Noch fehlt die letzte vollendende Hand — der erleuchtete unternehmende Geist, der diesen großen politischen Augenblick haschte und die Geburt des Zufalls zum Plane der Weisheit erzöge. Wilhelm der Stille weiht sich, ein zweiter Brutus, dem großen Anliegen der Freiheit." Und er zeigt dann, wie die Rebellen nicht zum wenigsten deshalb siegten, weil die Vertreter Philipps und ihre Verwaltungsgrundsätze rasch wechselten und dem Kriege „ebensoviel entgegengesetzte Richtungen gaben, während daß der Plan der Rebellion in dem einzigen Kopfe, worin er klar und lebendig wohnte, immer derselbe blieb", nämlich in dem Wilhelms von Oranien.

Also nicht bloß im Überschwang des Dramas, sondern auch in der nüchternen geschichtlichen Darstellung erscheint Schiller der Volksaufstand als eine „Geburt des Zufalls", die erst im Kopfe eines Prinzen zu einem planvollen Tun und dadurch zu einer lebensfähigen Erhebung „erzogen" wird. Prinz Wilhelm von Oranien ist hier derselbe „rettende Engel" der Rebellion, zu dem der Marquis Posa den spanischen Kronprinzen machen will.

Um die Völker zu befreien und glücklich zu machen, bedarf es nur des guten Willens ihrer Herrscher, die ihnen von oben herab mühelos alles schenken können, was sie brauchen. Der Freiheitsmann Posa ruft dem König zu:

„Ein Federzug von dieser Hand,
Und neu erschaffen wird die Erde."

Er denkt nicht daran, das Volk durch das Volk zu befreien:

„Die lächerliche Wut
Der Neuerung, die nur der Ketten Last,
Die sie nicht ganz zerbrechen kann, vergrößert,
Wird mein Blut nie erhitzen. Das Jahrhundert
Ist meinem Ideal nicht reif. Ich lebe,
Ein Bürger derer, welche kommen werden."

Und dieses Ideal der kommenden Jahrhunderte?

„Sanftere
Jahrhunderte verdrängen Philipps Zeiten;
Die bringen mildre Weisheit; Bürgerglück
Wird dann versöhnt mit Fürstengröße wandeln."

Schließlich beschwört der „sonderbare Schwärmer" den spanischen Despoten:

„Weihen Sie
Dem Glück der Völker die Regentenkraft,
Die — ach so lang — des Thrones Größe nur
Gewuchert hatte — stellen Sie der Menschheit
Verlornen Adel wieder her! Der Bürger
Sei wiederum, was er zuvor gewesen,
Der Krone Zweck — ihn binde keine Pflicht,
Als seiner Brüder gleich ehrwürd'ge Rechte."

Und früher schon:

„Geben Sie Gedankenfreiheit!"

Nach wie vor ist das Freiheitsideal Schillers kein demokratisches, sondern ein rein persönliches, anarchistisches; nicht die Forderung der Selbstregierung des Volkes, sondern die der Freiheit für den einzelnen, zu tun, was ihm behagt; bloß ist sie aus der wild überquellenden Gewalttätigkeit des Räubers Moor, der für sich das Recht in Anspruch nimmt, auf eigene Faust aller Niedertracht ein Ende zu machen, nun zu dem frommen Wunsche des „Abgeordneten der Menschheit“ „abgeklärt“, jeder möge frei reden und schreiben dürfen, was ihm gefällt.

Und diese sanfte Abklärung des ursprünglichen wilden Anarchismus ist aufgepfropft auf die Idealisierung einer Monarchie, die bei Lichte besehen nichts anderes ist als der aufgeklärte Despotismus des achtzehnten Jahrhunderts, oder vielmehr die Legende von seinem deutschen Heros, Friedrich II., die sich der liberale deutsche Bürger zu seiner Erbauung zurechtgemacht: Hatte doch der große Friedrich erklärt, der Fürst sei der erste Diener des Staates, und er hatte verfügt, „Gazetten sollten nicht geniert“ und jeder nach seiner Fasson selig werden.

War da nicht schon in den „kommenden sanfteren Jahrhunderten“ Posas Vision verwirklicht, die Gedankenfreiheit gegeben, der Bürger zum Zwecke der Krone geworden und das Bürgerglück mit Fürstengröße versöhnt?

Der Marquis Posa kommt eben aus den usurpierten flandrischen Provinzen, wo er „ein kräftiges, ein großes Volk, und auch ein gutes Volk“ sah; aber keinen Moment kommt ihm die Idee, wie herrlich es wäre, wenn dieses empörte Volk sich selbst befreite und selbst regierte. Nein:

> „Vater dieses Volks,
> Das dachte ich, das muß göttlich sein.“

So dachte Schiller noch am Vorabend der großen Revolution. Aber auch der kolossale Anschauungsunterricht, den diese erteilte, ging spurlos an ihm vorüber; ja, statt ihm tiefere Einsicht in das Wesen der Demokratie und der bürgerlichen Revolution zu verschaffen, entfernte ihn das große französische Schauspiel weiter davon als je.

II.

Schillers Dramen nach der Revolution.

Im Mai 1789 traten in Frankreich die Reichsstände zusammen und bezeugten der Welt, daß ein großes Volk im Begriff stehe, das Joch des absoluten Herrentums abzuwerfen. In demselben Mai trat Friedrich Schiller seine Professur in Jena an und verzichtete auf seine bisherige Freiheit, um das Joch des Herrendienstes auf sich zu laden. Damit vollzog sich eine große Wendung in der Lebenslage Schillers, aber es scheint mir, als überschätze man, zum Beispiel Kurt Eisner in der März-Schillernummer des Berliner Parteiverlags, die Wirkung dieser Wendung — des Eintritts in den Weimaraner Kreis — auf die Anschauungen Schillers. Man darf sich die Beeinflussung des einzelnen durch die gesellschaftlichen Bedingungen nicht rohmaterialistisch als ein bloßes „Anschmiegen an die Bedingungen der Gesellschaft, in der man zu leben gezwungen ist“, vorstellen. Nicht bloß das Anschmiegen an, auch das Kämpfen gegen die Bedingungen der Gesellschaft, in der man zu leben gezwungen ist, gehört zu den Wirkungen des gesellschaftlichen Milieus. Gerade bei einem gereiften Manne von Charakter dürfen wir nicht erwarten, daß er seine Überzeugungen aus dem rein äußerlichen Grunde wandelt, weil der

Kampf ums Brot ihn in eine Gesellschaft bringt, die seinen bisherigen Anschauungen zuwider ist. Bei der Ehrlichkeit, Überzeugungstreue und Leidenschaftlichkeit Schillers wäre es vielmehr nahe gelegen, daß er sich gegen die Anschauungen des Weimarer Kreises ebenso aufgelehnt hätte, wie ehedem gegen die Disziplin der Stuttgarter Karlsschule, wenn sie ihn beengt hätten und mit seinen Überzeugungen unverträglich gewesen wären.

Die persönlichen Lebensbedingungen des einzelnen sind von der größten Bedeutung für sein ganzes Empfinden und Denken, sein Weltbild, seine politischen und philosophischen Überzeugungen, solange er noch ein Werdender ist, den jeder persönliche Eindruck aufs tiefste bewegt. Aber bei jedem einigermaßen starken und tiefen Charakter tritt der Einfluß der persönlichen Bedingungen auf die Überzeugungen, zu denen er sich durchgerungen, in dem Maße immer mehr zurück, je gereifter und gefestigter er wird. Nur kleine und schwache Charaktere wechseln ihre Überzeugungen im Mannesalter unter dem bloßen Einfluß veränderter persönlicher Umstände. Dagegen kann sich auch der stärkste Charakter nicht den Veränderungen entziehen, die gewaltige historische Ereignisse in der gesamten gesellschaftlichen Atmosphäre bewirken. Ein solches Ereignis war nicht die Übernahme der Jenenser Professur durch Schiller, wohl aber die andere Veränderung, die im Mai 1789 eintrat: der Umsturz des französischen Feudalabsolutismus.

Von diesem welthistorischen Ereignis und nicht von der Veränderung seiner Einkommensquellen ist die Wandlung Schillers zu datieren. Man kann von dieser persönlichen Veränderung höchstens sagen, daß sie den Einfluß des historischen Ereignisses verstärkte, weil sie beide in gleicher Richtung auf ihn wirkten.

Also umgekehrt wird ein Schuh daraus. Nicht weil er sich dem neuen höfischen Milieu im Gegensatz zu seinen Überzeugungen anschmiegte, verlor er seine Sympathien für die französische Revolution; sondern vielmehr weil diese ihn abstieß, entwickelte sich in ihm aus seiner von Anfang an großen Verständnislosigkeit für das Wesen der Demokratie eine Stimmung, die es ihm ermöglichte, sich in den Weimarer Ton einigermaßen hineinzufinden. Schiller war als Charakter zu groß, als daß wir die gegenteilige Entwicklung bei ihm annehmen dürften.

Die französische Revolution bedeutet eben nicht die Verwirklichung, sondern den Zusammenbruch des revolutionären Ideals nicht bloß Schillers, sondern vieler seiner Zeitgenossen. Von der Freiheit, was immer sie darunter verstehen mochten, erwarteten sie eine neue Welt der Freude und des Friedens, der Brüderlichkeit und der Versöhnlichkeit. Schiller ebensowenig wie die anderen bürgerlichen Idealisten vor der Revolution hatten etwas geahnt von den Klassengegensätzen und den Klassenkämpfen, die die neue, bürgerliche Welt in ihrem Schoße barg, und sie wandten sich mit Entsetzen von der Revolution als dem Grabe ihrer Träume ab, als sie die wildesten Kriege nach innen und außen entzündete.

Freilich, für die kämpfenden und befreiten Klassen in Frankreich selbst, vor allem seine Bourgeoisie, sein Kleinbürgertum, seine Bauernschaft hatte die Revolution viel zu viele greifbare Vorteile gebracht, als daß der Abstand zwischen dem erträumten Ideal und der Wirklichkeit sie hätte der Revolution entfremden können.

Aber anders die Ideologen in Deutschland, denen die politischen Ideale der Bourgeoisie zunächst noch bloß ein wesenloser Reflex vom Ausland und das Produkt unbestimmten persönlichen Empfindens, nicht aber bestimmter Be-

dürfnisse kampffähiger und gesellschaftlich notwendiger Klassen waren. Sie sahen in der Revolution nur den Zusammenbruch ihrer Illusionen, begriffen nichts von dem, was sie wirklich erfüllte und leistete. Feindselig oder im besten Falle gleichgültig traten sie ihr gegenüber, und soweit sie auch weiterhin das Bedürfnis empfanden, der unbefriedigenden wirklichen Welt das Idealbild einer schöneren gegenüberzustellen, suchten sie es nicht mehr in der Zukunft, sondern in der Vergangenheit, im Mittelalter, das sie nun ebensosehr mit einem verklärenden Strahlenkranz umgaben, wie früher das erhoffte Zukunftsreich der Freiheit. Gerade bei den überschwenglichsten Gemütern trat nun an Stelle des revolutionären Sturmes und Dranges die Romantik, und einige der letzten Werke Schillers zeigen sich schon von ihrem Mystizismus infiziert, so die katholisierende „Maria Stuart" (1800), „Jungfrau von Orleans" (1801), „Braut von Messina" (1803).

Aber das rebellische Interesse bricht immer wieder durch und zeugt noch zwei große Dramen und das Fragment eines dritten: „Wallenstein" (1799), „Wilhelm Tell" (1804) und den „Demetrius".

Wenn man nicht wüßte, daß Schiller die Idee zum „Wallenstein" schon 1792 faßte, könnte man glauben, Napoleon habe ihm den Anstoß dazu gegeben. Der Schluß der Trilogie, „Wallensteins Tod", wurde am 20. April 1799 aufgeführt, der Staatsstreich des 18. Brumaire im November des gleichen Jahres. Schiller führte auf der Bühne noch vorher vor, was sich wenige Monate darauf im Leben vollzog, allerdings mit besserem Erfolg für den Helden der Aktion: die Vorbereitung zum Staatsstreich eines glücklichen Generals, dessen Armee durch eine lange Periode des Krieges zum entscheidenden politischen Faktor gemacht worden war.

Wie „Kabale und Liebe" ist auch die Wallensteintrilogie aus der Zeit geboren; gleich jener ist auch diese so realistisch, wie es für Schiller möglich war; beide Werke zusammen stellen das Bedeutendste dar, was Schiller geleistet. Und ist „Kabale und Liebe" eine leidenschaftliche Anklage gegen die Fürsten-, Maitressen- und Beamtenwirtschaft des ancien régime, so der Wallenstein eine, wenn auch nicht so leidenschaftliche, so doch eindringliche und machtvolle Anklage gegen die Greuel des Krieges und des Soldatenregimentes, unter dem Europa seit dem Ausgang der Revolution seufzte. Die Rebellion wie die Rebellen, die Schiller diesmal zeichnet, besitzen nicht mehr seine Sympathie. Mit der Freiheit haben sie nicht das mindeste mehr zu tun.

Und das gleiche gilt von der Rebellion des falschen Demetrius. So wie die Wallensteins dient auch diese nur rein persönlichen Zwecken. Wo aber darin vom Volke gesprochen wird, geschieht es gerade nicht in rühmender Weise. In diesem letzten Werke Schillers finden wir jene bekannten Worte, die die Reaktionäre seitdem so oft mit Vorliebe für sich ausgebeutet haben:

„Die Mehrheit?
Was ist die Mehrheit? Mehrheit ist Unsinn;
Verstand ist stets bei wen'gen nur gewesen.
Bekümmert sich ums Ganze, wer nichts hat?
Hat der Bettler eine Freiheit, eine Wahl?
Er muß dem Mächtigen, der ihn bezahlt,
Um Brot und Stiefel seine Stimm' verkaufen.
Man soll die Stimmen wägen und nicht zählen;
Der Staat muß untergehn, früh oder spät,
Wo Mehrheit siegt und Unverstand entscheidet."

Man vergesse indes nicht, daß schon im „Fiesco“, wie wir gesehen, die gleiche Weisheit ausgesprochen wurde.

Das ganze Drama läuft auf eine Verherrlichung des Zarengeschlechtes hinaus, und ihm gilt auch das letzte dramatische Produkt, das Schiller fertiggestellt, „Die Huldigung der Künste, ein lyrisches Spiel, Ihrer Kaiserlichen Hoheit, der Frau Erbprinzessin von Weimar, Maria Paulowna, Großfürstin von Rußland, in Ehrfurcht gewidmet“. Gerade jetzt wirkt diese Huldigung höchst humoristisch, wenn man liest, wie darin das „große Herz der Brüder“, der russischen Fürsten, gepriesen wird, sowie die siegreichen Waffen Rußlands:

> „Dieses Siegesbild (die Viktoria), das ich (die Skulptur) erschaffen,
> Dein hoher Bruder schwingt's in mächt'ger Hand;
> Es fliegt einher vor Alexanders Waffen,
> Er hat's auf e w i g an sein Heer gebannt.“

Diese Ewigkeit war freilich sehr kurz bemessen. Am 1. Dezember 1805 schlug Napoleon seinem russischen Kollegen Alexander bei Austerlitz das Viktoriabild so gründlich aus der „mächtigen Hand“, daß es in tausend Scherben zerschellte. Wenn Nikolaus II. Glück hat, kann er die hundertste Wiederkehr dieses Tages im Jahre der Schlacht von Mukden noch höchsteigenhändig feiern. Freilich hat er einen großen Fortschritt über Schillers Zeit hinaus zu verzeichnen. Seine „mächtige Hand“ schwingt nicht mehr heidnische Viktorien, sondern nur noch christliche Heiligenbilder, um den Sieg der Waffen „auf ewig an sein Heer zu bannen“.

Wie stimmt aber zu allen diesen Werken der letzten Periode Schillers sein „Wilhelm Tell“, dieses hohe Lied der Selbstbefreiung des Volkes, der Zerschmetterung der Tyrannen?

In der Tat, es wäre unbegreiflich, wenn wir annähmen, auf Schiller hätte seine höfische Umgebung abgefärbt und ihm allen Freiheitsdrang verekelt. Dagegen erklärt es sich unschwer, wenn wir Schillers Wandlung aus den Wirkungen der französischen Revolution erklären.

Sein Drang nach Freiheit, sein Haß gegen die Tyrannei blieb nach wie vor in ihm lebendig. Wohl erschien ihm die Revolution nach französischem Muster als ein verderblicher Abweg, aber um so stärker mußte er das Bedürfnis empfinden, der schlechten, der abscheulichen Revolution das Bild der schönen Revolution, der Revolution wie sie sein soll, gegenüberzustellen.

Eine solche Revolution hatte Schiller selbst erlebt, es war der Unabhängigkeitskrieg der Nordamerikaner gewesen. Was hatte aber diesen dem gesamten europäischen Publikum so sympathisch gemacht? Es war kein K l a s s e n k a m p f gewesen, sondern ein n a t i o n a l e r K a m p f; er entsprang nicht dem Streben, eine neue soziale Ordnung einzuführen, eine ausbeutende Klasse zu expropriieren, sondern dem Streben, das drückende Joch eines a u s w ä r t i g e n Herrschers abzuschütteln. Der Unabhängigkeitskrieg änderte nichts an den sozialen Verhältnissen des Landes. Er brachte die P h r a s e der „Freiheit“ zu Ehren, er veranlaßte die erste Erklärung der Menschenrechte. Aber die Verfasser der Menschenrechte erkannten die Negersklaverei als eine notwendige Einrichtung an, waren zum Teil selbst Sklavenhalter. Das war eine „schöne“ Revolution!

Ähnlicher Art, wie diese Revolution, die in Schillers Jugendjahre fiel, in die Zeit, wo er an den „Räubern“ und dem „Fiesco“ arbeitete, die auch in seiner „Kabale und Liebe“ noch nachzitterte, war die Revolution, die er dann studierte, die der Niederlande. Auch sie stellte keinen rechten Klassenkampf dar,

auch in ihr wirkten alle Klassen des Volkes zusammen zum Kampfe gegen den auswärtigen Unterdrücker, den Spanier. Das waren Kämpfe um die „Freiheit", die den Monarchen Europas durchaus nicht gefährlich erschienen. Die Gegner Spaniens unterstützten ebenso die aufständischen Niederländer, wie die Gegner Englands die aufständischen Amerikaner unterstützten — darunter Ludwig XVI., der genau zehn Jahre, nachdem er der amerikanischen Revolution zum Siege verholfen (20. Januar 1783, Friede von Versailles) von der Revolution im eigenen Lande aufs Schafott geführt werden sollte (21. Januar 1793). Eine solche Revolution kann wohl, muß aber nicht die Sache der politischen Freiheit fördern. Deutschland erlebte eine solche Revolution wenige Jahre nach Schillers Tode in den sogenannten Freiheitskriegen, die das Mittel waren, das bißchen Freiheit auszulöschen, welches die „Fremdherrschaft" des Korsen ihm gebracht. Es war eine Revolution, bei der die Fürsten selbst tatkräftig mitwirkten.

Zu dieser Sorte Revolutionen gehörte auch die Erhebung der Urkantone gegen das Habsburgische Regime. Ich möchte ebensowenig wie Mehring („Gesammelte Schriften von Marx und Engels 1841 bis 1850", II, S. 382) vorbehaltlos akzeptieren, was Engels darüber im Jahre 1847 schrieb:

> „Der Kampf der Urschweizer gegen Österreich, der glorreiche Eid auf dem Rütli, der heldenmütige Schuß Tells, der ewig denkwürdige Sieg bei Morgarten, alles das war der Kampf störrischer Hirten gegen den Andrang der geschichtlichen Entwicklung, der Kampf der hartnäckigen, stabilen Lokalinteressen gegen die Interessen der ganzen Nation, der Kampf der Roheit gegen die Bildung, der Barbarei gegen die Zivilisation. Sie haben gegen die Zivilisation gesiegt, zur Strafe sind sie von der ganzen weiteren Zivilisation ausgeschlossen worden" (S. 448).

Aber man darf dabei höchstens zur zivilisatorischen Mission der Habsburger des vierzehnten Jahrhunderts in der Schweiz ein Fragezeichen machen. Dagegen ist es sicher, daß die Erhaltung der Kantönlifreiheit ein höchst konservatives, durchaus nicht revolutionäres Ereignis war und mit der Zeit zu einem Mittel wurde, einen Herd der schwärzesten Reaktion im Zentrum Europas zu konservieren. Es waren die Urkantone, die in der Schlacht bei Kappel 1531 Zwingli mit seinem Heere schlugen und dem Fortschreiten des Protestantismus in der Schweiz eine Schranke setzten. Sie waren es dann, die jedem europäischen Despoten ihre Truppen lieferten, die treuesten Verteidiger Ludwigs XVI. gegen die Revolution, wofür ihnen die Republik in Luzern das bekannte Denkmal gesetzt. Notabene, es ist bemerkenswert, daß der junge Schiller schon mit einem gewissen Stolz in seinem „Fiesco" die „den Meistbietenden zu Gebote stehende Treue" (Engels über die Schweizer) der deutschen Landsknechte behandelte. Er läßt den Verschworenen Calcagno sagen:

> „Bären, die Deutschen! Pflanzten sich vor den Alten (Doria) wie Felsen. . . . Wenn sie das fremden Tyrannen tun, alle Teufel, wie müssen sie ihre Fürsten bewachen!"

Der Engelssche Artikel gegen die Urschweizer wurde veranlaßt durch den Sonderbund, den diese mit anderen ultramontanen Kantonen zum Schutze des jesuitischen Regimes 1843 stifteten und der 1847 zu offenem Bürgerkrieg, dem Sonderbundskrieg, gegen die Eidgenossenschaft führte.

Den konservativen Charakter der Erhebung der Urkantone hat Schiller nicht übersehen, ihn vielmehr ausdrücklich hervorgehoben. Er läßt die Verschworenen auf dem Rütli folgendermaßen ihre Ziele darlegen:

Walther Fürst.
Abtreiben wollen wir verhaßten Zwang;
Die alten Rechte, wie wir sie ererbt
Von unsern Vätern, wollen wir bewahren,
Nicht ungezügelt nach dem Neuen greifen.
Dem Kaiser bleibe, was des Kaisers ist;
Wer einen Herrn hat, dien' ihm pflichtgemäß.

Meier.
Ich trage Gut von Österreich zu Lehn.

Walther Fürst.
Ihr fahret fort, Östreich die Pflicht zu leisten.

Jost von Weiler.
Ich steure an die Herrn von Rappersweil.

Walther Fürst.
Ihr fahret fort, zu zinsen und zu steuern.

Rösselmann.
Der großen Frau (dem Nonnenkloster) zu Zürch bin ich vereidet.

Walther Fürst.
Ihr gebt dem Kloster, was des Klosters ist.

Mit einem Worte: alles bleibt beim alten, an kein Ausbeutungs- und Knechtschaftsverhältnis wird im mindesten gerührt; darauf darf sich die „Freiheit" nicht erstrecken, soll die Revolution eine schöne und respektable bleiben. Junker, Bauern, Knechte, alles arbeitet einträchtig zusammen, und statt sich den Klassenkampf anzusagen, umarmen sie sich gerührt, nachdem die von auswärts gekommenen Tyrannen vertrieben.

Bemerkenswert für Schillers politisches Denken ist auch der Umstand, daß keiner der Freiheitskämpfer aus einem Grunde politischer Überzeugung, aus anderen als persönlichen Motiven sich gegen die Tyrannen erhebt. Wie der dreiundzwanzigjährige weiß auch der fünfundvierzigjährige Schiller immer noch nur auf diese Weise „Staatsaktionen aus dem menschlichen Herzen herauszuspinnen".

Am auffallendsten tritt das bei dem Helden zutage, beim Wilhelm Tell selbst. Aufgefordert, sich der Verschwörung anzuschließen, findet er, zuerst:

Die einz'ge Tat ist jetzt Geduld und Schweigen,

dann:

Ein jeder zählt nur sicher auf sich selbst,

endlich:

Der Starke ist am mächtigsten allein.

Das sagt er nicht etwa aus gemeiner Selbstsucht. Wir sehen, wie er den Baumgarten unter Gefährdung des eigenen Lebens rettet. Mit Recht betont er auch:

Der Tell holt ein verlornes Lamm vom Abgrund,
Und sollte seinen Freunden sich entziehn?

Nur fügt er hinzu:

Doch was ihr tut, laßt mich aus eurem Rat!

Also er will den *Freunden* persönliche Hilfe leisten, soviel er vermag, aber nur fordere man von dem großen Freiheitsmanne nicht, daß er sich über

die Politik den Kopf zerbricht. So kommt er denn auch in den Konflikt mit dem Landvogt nicht aus politischer Widersetzlichkeit oder politischem Freiheitsdrang, sondern aus bloßer Achtlosigkeit, die sich um die Befehle der Obrigkeit ebensowenig kümmert wie um die Beratungen der Freunde. Und die entscheidende Tat, die Tötung des Tyrannen, entspringt denn auch nicht einem politischen Motiv, sondern rein persönlichem Selbsterhaltungstrieb. Sie steht nicht im geringsten Zusammenhang mit der auf dem Rütli beschlossenen Freiheitsaktion. Das wird auch als ästhetische Schwäche des Stückes empfunden, entspringt aber notwendig aus der Verständnislosigkeit Schillers für politische Motive. Ihn und ebenso sein deutsches Publikum hätte eine aus rein politischem Denken geborene Tat viel kälter gelassen wie eine aus persönlichen Veranlassungen entsprungene.

Und wie Tell sind auch die anderen Freiheitskämpfer beschaffen. Baumgarten tötet den Wolfenschießen, weil dieser seiner Frau nahetritt; Melchthal empört sich, weil sein Vater geblendet worden, Werner Stauffacher, weil ihn der Landvogt bedroht; Ulrich von Rudenz endlich ist höfisch gesinnt, solange er glaubt, dadurch seine geliebte Berta zu gewinnen; er wird im Handumdrehen ein glühender Republikaner, sobald sie ihm zu verstehen gibt, daß er auf diesem Wege bei ihr weiter kommt. Kein Zweifel, das wirkt viel drastischer, als ein Handeln aus gefestigter Überzeugung, aber sonderbar ist es doch, daß der Idealist Schiller keinen einzigen Freiheitsmann auftreten läßt, der die Demokratie um ihrer selbst willen liebte. Man hat in der Tat Tells oft die poetische Rechtfertigung der russischen Attentäter gesehen. Aber diese ideale Figur steht tief unter den großen Freiheitskämpfern der russischen Wirklichkeit, von denen kaum einer aus persönlichen Motiven dem Absolutismus den Krieg erklärt hat.

Unsere Idealisten werfen gern der Marxschen materialistischen Geschichtsauffassung vor, daß sie andere als persönliche Motive in der Geschichte nicht anerkenne. Das ist ein Unsinn, der bloß beweist, daß diese Herren keine Ahnung haben von dem, was Marx wirklich gelehrt. Aber jene Geschichtsauffassung, gegen die sie sich so entrüstet wehren, sie finden sie in dem idealsten Drama des großen Kantschen Idealisten Schiller angewandt, als Folge des Strebens, das politische Tun aus dem „menschlichen Herzen“ abzuleiten.

Daß aber der Tell trotz alledem als die großartigste Verherrlichung der Revolution und aller revolutionären Ideale erscheint, verdankt er dem leidenschaftlichen Schwung der Sprache, die, wie in allen Schillerschen Werken, so auch in diesem sieghaft alle Schwächen verdeckt und selbst dem philisterhaftesten Gemeinplatz die dröhnende Wucht titanenhafter Himmelstürmerei verleiht. Er verdankt aber seine politische Wirkung, wie andere Werke Schillers, zum Teil auch der Nebelhaftigkeit seines Freiheitsbegriffs, die jedem Revolutionär gestattet, ihn in seiner Weise auszulegen.

III.

Die Ursachen von Deutschlands politischer Rückständigkeit.

Wir haben gesehen, wie in Schiller ein revolutionäres Sehnen über das Bestehende hinaus lebte, das, trotz seiner Unklarheit, durch die ganze Atmosphäre der Zeit dem Liberalismus, dem damaligen Inhalt der bürgerlichen Revolution, in manchem auch dem Anarchismus, der heute noch eine revolutionäre Rolle spielt, verwandt war. Wir haben aber weiterhin auch gesehen,

wie Schiller eine Kühnheit des Denkens und einen rebellischen Trotz entwickelte, die ihn mit Vorliebe Rebellionen zum Gegenstand seiner Dramen wählen ließen. Endlich haben wir gesehen, wie er trotz alledem der wirklichen bürgerlichen Revolution verständnislos gegenüberstand, und nicht etwa bloß der französischen Revolution, deren blutige Kämpfe leicht einen Beschauer abschrecken konnten, wenn ihn mit den sich emporringenden Klassen kein direktes Interesse verband, sondern auch früheren bürgerlichen Revolutionen gegenüber.

Alle möglichen Rebellionen schildert er — den Krieg des Räubers gegen die Gesellschaft, die aristokratische Verschwörung, den Konflikt des liberalen Kronprinzen mit seinem Vater, den Staatsstreich des übermächtigen Generals, den Aufstand des Prätendenten, die Insurrektion von Bauern gegen einen auswärtigen Unterjocher — aber an den bürgerlichen Revolutionen, die vom siebzehnten Jahrhundert bis in seine Zeit sich abspielen, geht er achtlos vorüber. Selbst der Aufstand der Niederländer reflektiert sich bei ihm nur in einer Palastintrige.

Man sage nicht, daß Schiller ein Künstler war und kein Politiker, und daß dem Künstler diese Rebellionen dankbarere Stoffe boten als die Revolutionen der Bourgeoisie und des Kleinbürgertums. Sein auch vom künstlerischen Standpunkt aus großartigstes Werk ist gerade jenes, in dem er sich am meisten der Atmosphäre der bürgerlichen Empörung gegen den Feudalabsolutismus nähert, am meisten aus dem revolutionären Inhalt seiner Zeit schöpft, ist „Kabale und Liebe“. Weit mächtiger wirkt dies Drama als irgend eines der anderen, in denen er die Träger seiner Ideen und ihrer Konflikte in die Kostüme einer vergangenen Zeit steckte. Die Wirkung bildet aber schließlich den Maßstab auch für den ästhetischen Wert eines Kunstwerkes. Indes, wenn es wirklich bloß künstlerische Rücksichten gewesen wären, die Schiller mehr zu anderen Formen der Rebellion zogen, als denen der demokratisch-bürgerlichen Revolution, hätte sich in der Behandlung seiner Stoffe doch irgendwie ein Verständnis für die Bedingungen einer bürgerlichen Revolution zeigen können, ja müssen, wenn er eines besessen hätte. Aber alles, was er sagt, deutet auf das Gegenteil: sonderbares Verhängnis, das Schiller drängte, immer wieder politische Themata zu behandeln, und das ihm doch alles politische Verständnis versagte; das ihn immer wieder trieb, Rebellionen zu malen, und ihn blind machte für die größte, fruchtbarste Rebellion, die sich vor seinen Augen abspielte.

Woher rührt aber dieser eigenartige Widerspruch? Unsere Untersuchung wäre unvollständig ohne die Beantwortung dieser Frage. Nicht darum handelt es sich, Schiller zu verherrlichen oder ihn zu benergeln — nichts leichter, aber auch nichts unfruchtbarer als das. Was uns obliegt, ist jene Aufgabe, die Spinoza sehr schön in dem Satze aussprach: „Eifrig war ich bestrebt, die Handlungen der Menschen nicht zu verlachen, nicht zu betrauern, noch zu verabscheuen, sondern zu begreifen.“ Erst kürzlich trat uns dieser Satz wieder entgegen als Motto eines Werkes über die Kriminalität (Bonger, „Criminalité et conditions économiques“). Aber er gilt nicht minder für die Erforschung der Kunst wie für die Erforschung des Verbrechens. Einen großen Geist begreifen, das ist das beste Denkmal, das wir ihm setzen, das ist der beste Gewinn, den wir aus ihm ziehen können.

Wenn wir aber den Ursachen nachgehen, die die erwähnten Widersprüche herbeiführten, so finden wir vor allem, daß diese den Zeitgenossen Schillers

nicht auffielen — soweit mir bekannt. Sie lagen also nicht in persönlichen Eigentümlichkeiten des Dichters begründet, sondern in allgemeinen Zeitverhältnissen, die auf sein Publikum ebenso wirkten, wie auf ihn selbst. Und im allgemeinen sind diese Verhältnisse ja auch früher schon erkannt worden.

Sie entsprangen der ökonomischen Rückständigkeit Deutschlands, dessen kapitalistische Entwicklung im Innern und dessen Verkehr mit den weiterentwickelten Nachbarn schon weit genug fortgeschritten war, um seine besten Denker die Probleme und Bedürfnisse der neuen bürgerlichen Gesellschaft und die Richtung ahnen zu lassen, in der ihre Lösung und Befriedigung gesucht werden mußte, die aber noch nicht genug fortgeschritten war, um eine bürgerliche Gesellschaftsklasse zu schaffen, welche Kraft und Intelligenz genug besessen hätte, um den Kampf für ihre besonderen Interessen zu einem Kampfe für die neue Gesellschaft und den neuen Staat zu erweitern und diesen Kampf energisch und erfolgreich zu führen. Die bürgerlichen Denker Deutschlands in der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts waren daher in einer ähnlichen Lage wie die Sozialisten der ersten Jahrzehnte des neunzehnten. Sie mußten die Mittel und Kräfte zur Lösung der neuen gesellschaftlichen Probleme, zur Befriedigung der neuen gesellschaftlichen Bedürfnisse aus sich selbst schöpfen, da sie sie nicht in ihrem Milieu zu entdecken vermochten; sie mußten sie durch ihre Phantasie produzieren, waren imstande, dadurch alle zeitliche und räumliche Beschränktheit und Bedingtheit zu überwinden; aber den Blick in die Wolken gerichtet, stolperten sie zu leicht bei jedem Schritte, den sie auf dem Boden der Wirklichkeit zu gehen gedachten. So entstand der politische Idealismus eines Schiller und eines Kant, der als bürgerlicher Utopismus wesensverwandt ist dem sozialistischen Utopismus eines Fourier und Owen — die freilich als Engländer und Franzosen immer noch eine solide ökonomische und politische Basis unter sich fühlten, die den Idealisten unter den Deutschen im Zeitalter der großen Revolution gänzlich fehlte. Und bis heute glauben jene Sozialisten, die sich nicht zur materialistischen Grundlegung des Sozialismus durchgearbeitet haben und in seinem utopistischen Stadium stecken geblieben sind, er sei wesensgleich mit dem Idealismus von Schiller und Kant.

Indes wird die Eigenart des deutschen Idealismus des achtzehnten Jahrhunderts noch verständlicher, wenn man den Unterschieden zwischen Deutschland auf der einen Seite, Frankreich und England auf der anderen noch weiter nachgeht. Und da finden wir vor allem einen großen Unterschied, der durch die ökonomische Rückständigkeit Deutschlands allein nicht erklärt wird, wohl aber die Folgen dieser Rückständigkeit bedeutend verstärkt hat: *Deutschland fehlte eine Großstadt wie Paris und London.*

Diese beiden Städte waren schon Großstädte zu einer Zeit, wo Frankreich und England ökonomisch noch weniger entwickelt waren als Deutschland zu Ende des achtzehnten Jahrhunderts. Paris zählte 1715 bereits 500000 Einwohner, für London wird seine Volkszahl schon 1685 etwas höher (530000) angegeben. Dagegen zählten Deutschlands größte Städte: Wien 1754 erst 175000 Einwohner und Berlin 1755 126000; beide aber waren für das kulturelle Leben Deutschlands von geringer Bedeutung. In den Teilen Deutschlands, die als Zentren seiner Kultur angesehen werden dürfen, konnte man nur noch kleinere Städte finden. Die größte darunter, Hamburg, das samt Gebiet noch 1786 nur 120000 Einwohner umfaßte; die anderen Städte waren viel kleiner. Köln und Frankfurt umfaßten damals nur je 40000 Einwohner, Leipzig, dies

„Klein-Paris", hatte noch 1801 nur 32000, Stuttgart 1795 ganze 19000 Einwohner; Weimar dürfte kaum die Hälfte aufzuweisen gehabt haben. Noch 1871 enthielt es nur 16000 Einwohner.

Paris und London waren aber nicht bloß Großstädte, die im übrigen zivilisierten Europa ihresgleichen nicht fanden, denen nur noch Amsterdam mit seinen 300000 Einwohnern am Anfang des achtzehnten Jahrhunderts nahe kam, das auch einen ähnlichen Einfluß übte wie sie; sie fanden auch im eigenen Lande keine Stadt, die ihnen einigermaßen nahe kam. So waren zum Beispiel in England die beiden größten Städte nach London Bristol und Norwich, jedes um 1685 mit 29000 Einwohnern. Die zweitgrößte Stadt war also siebzehnmal kleiner als die Hauptstadt! Schon das allein mußte dieser eine ungeheure Macht über das ganze Land verleihen. Dazu kam die enorme Konzentration von Machtmitteln in der Stadt, während das flache Land und die Kleinstädte nicht nur über geringe Machtmittel verfügten, sondern auch durch die unentwickelten Verkehrsmittel außerstande waren, diese Machtmittel rasch zusammenzuziehen und zu benutzen. In der Großstadt waren sie auf den engsten Raum zusammengedrängt und konnten über Nacht mobil gemacht werden.

Da fanden sich zunächst die Machtmittel der Intelligenz. Die Großstadt zog sie an, sie schuf einen Markt für ihre Leistungen, der die Literaten und Künstler unabhängiger machte von reichen Gönnern. Eine starke oppositionelle Literatur, namentlich Zeitungsliteratur, konnte sich entwickeln zu einer Zeit, wo die deutschen Literaten entweder verhungerten oder auf die Gnade eines mehr oder weniger fürstlichen Mäcens angewiesen waren.

Zu den Machtmitteln der Intelligenz gesellten sich die des Geldes. Die reichsten Kaufleute des Landes sammelten sich in der Großstadt, alle die großen Ausbeuter des Adels, des Landvolks, des industriellen Proletariats, der Kolonien. Sie verfügten über Schätze, denen gegenüber die kleinen deutschen Fürsten wie arme Schlucker erschienen.

Und endlich die Machtmittel der Waffen. Noch waren die Handwerker nicht wehrlos, noch war die Differenz zwischen der Waffentechnik der fürstlichen Truppen und der der Bürgerschaft keine erdrückende. Und diese, auf engem Raum zusammengedrängt und leicht mobilisiert, bereitete den königlichen Regimentern einen schweren Stand. Zuzug von außen erhielten diese aber nicht so rasch.

So spielten die beiden Großstädte im siebzehnten und achtzehnten Jahrhundert eine entscheidende politische Rolle und wußten ihren Herrschern gewaltig zu imponieren, mit denen sie gar manchen Strauß siegreich ausfochten. Sie bildeten aber auch die Mittelpunkte großer Reiche, es waren große Fragen nationaler und internationaler Politik, um die sie sich kümmerten, um derenthalben sie zeitweise in Konflikt mit dem Herrn des Landes gerieten; da entwickelte sich im Bürgertum dieser Städte ein relativ bedeutendes politisches Interesse, politischer Weitblick, politischer Einfluß und damit auch ein politisches Selbstgefühl, wie es eine Kleinstadt damals nie erzeugen konnte. Wenn man von diesen Errungenschaften der revolutionären Bourgeoisie Frankreichs und Englands spricht, ist darunter in erster Linie die von Paris und London zu verstehen. Ohne die beiden Großstädte hätten diese Länder trotz ihrer sonstigen ökonomischen Entwicklung kein so revolutionäres und politisch so intelligentes Bürgertum und Kleinbürgertum erzeugt, wie sie in Wirklichkeit produzierten.

Seitdem haben die großen Hauptstädte an politischer Kraft und Führungsfähigkeit sehr eingebüßt. Für den proletarischen Emanzipationskampf haben sie weit geringere Bedeutung als für den der Bourgeoisie. Die bürgerliche Revolution ist dagegen nicht zu verstehen ohne Kenntnis der Geschichte von London und Paris.

In Deutschland fehlte die Großstadt und damit die belebende politische Wirkung, die sie üben konnte. Die hemmende Wirkung der Kleinstädterei Deutschlands wurde noch verstärkt durch die seiner Kleinstaaterei, zwei Faktoren, die sich gegenseitig bedingten und verstärkten. Ausgenommen in Berlin und Wien, die damals so wenig für die deutsche Kultur bedeuteten, wurde mit der wachsenden Souveränität der Kleinstaaterei und dem Schwinden der kaiserlichen Zentralgewalt das Treiben der Höfe selbst immer kleinlicher, engherziger, unpolitischer. Das Amüsement spielte bei allen fürstlichen Höfen des achtzehnten Jahrhunderts eine große Rolle, bei den meisten deutschen Höfen wurde es der einzige Lebenszweck, und das Volk konnte noch von Glück sagen, wenn der Drang nach Amüsement sich auf ästhetische Gebiete wandte, wenn das Theater der Mittelpunkt des Staates wurde und nicht die Kaserne und der Wildpark; wenn der Ehrgeiz des Landesvaters dahin ging, ein vortrefflicher Theaterdirektor zu sein, und nicht dahin, einen tadellosen Feldwebel, Militärschneider und Weidmann vorzustellen; wenn nur Schauspielerinnen und Ballerinen und nicht auch Kavalleriepferde, Hirsche und Eber Bürger und Bauern auspowerten. Im ersteren Falle fielen doch auch gelegentlich ein paar Brocken für einen Dichter ab.

Aus der Kleinstaaterei und Kleinstädterei entsprang das politische Elend Deutschlands, das nicht bloß in seiner Unfreiheit bestand, sondern auch in seiner Unfähigkeit, eine Bourgeoisie mit politischem Verständnis und politischer Selbständigkeit hervorzubringen. Gegen die Unfreiheit vermochte sich die Schillersche Feuerseele zu empören. Der allgemeinen Atmosphäre kleinstädtischen Philistertums erlag sie. Und weit entfernt, ihm das vorzuwerfen, muß man noch erstaunen über die sieghafte Kraft, mit der er in diesem trostlosen politischen Milieu sein Rebellentum zu entwickeln und so lange zu behaupten vermochte.

Politisches Verständnis und politische Selbständigkeit den aufstrebenden Klassen in Deutschland einzuflößen, vermochte erst — soweit das überhaupt ein Dichter vermag und soweit es zu seinen Aufgaben zählt — ein Dichter der nächsten poetischen Generation, aber kein Dramatiker, sondern ein Lyriker, Heinrich Heine, der wenige Jahre vor Schillers Tod geboren wurde. Indes auch dieser hätte seine politische Aufgabe kaum zu erfassen und zu lösen vermocht, wäre er in Deutschland geblieben. In Paris holte er sich die Kraft und die Einsicht, deren er dazu bedurfte. Bis zum Jahre 1848 war es die französische Großstadt, aus der die deutsche Bourgeoisie ihre revolutionären Anregungen, Gedanken und Ziele erhielt und erhalten mußte, da sie eine eigene Großstadt nicht besaß. Zur Zeit Schillers aber war die Brücke zwischen dem revolutionären Paris und Deutschland noch nicht geschlagen.

Für unser politisches Denken kann uns Schiller nur wenig geben. Für die Bildung des politischen Charakters ist jedoch sein Einfluß unschätzbar. Dadurch wird er vor allem als Politiker der Dichter der heranwachsenden Jugend, jenes Zeitalters, in dem es mehr die Bildung des politischen Charakters als des politischen Verstandes, mehr die des Empfindens als des Analysierens gilt; wo es heißt, die Fähigkeit der Begeisterung für hohe Ziele entwickeln,

aller dekadenten Altklugheit und selbstsüchtigen Weltklugheit vorbeugen. Er bleibt aber durch sein revolutionäres Temperament auch der Dichter jeder revolutionär aufstrebenden Klasse, auf die er gerade durch die Unbestimmtheit seines revolutionären Ideals noch ein Jahrhundert nach seinem Tode anfeuernd einwirken kann, da er ihr erlaubt, sein Freiheitsideal im Sinne ihrer besonderen, von denen seiner Zeit ganz verschiedenen Ziele zu deuten und sich aus seinem Schwung, seinem Trotz, seiner Kühnheit Zuversicht und Hoffnungsfreudigkeit zu holen.

So ist Schiller der Dichter der deutschen Arbeiterklasse geworden, gibt es bisher keinen Dramatiker, der ihn überholen und aus ihrem Herzen verdrängen könnte, hat gerade das Proletariat das Recht, ihn zu feiern. Denn dies Recht steht nur der Jugend zu und jungen Klassen mit hohen Zielen, nicht aber Klassen, für deren Greisenhaftigkeit das politische Ideal nichts mehr ist, als eine Erinnerung an längst vergangene Tage.

Schiller und die großen Sozialisten.

Von **Franz Mehring.**

Beim Schillertag drängt sich unwillkürlich auch die Frage nach dem Einfluß auf, den Schiller auf Marx, Engels und Lassalle gehabt hat. Es läßt sich nicht viel darüber sagen, denn Marx und Engels sind immer nur beiläufig, und Lassalle ist nicht viel häufiger auf Schiller zu sprechen gekommen. Ein Unterschied macht sich dabei insofern geltend, als sich in Lassalles gelegentlichen Äußerungen über Schiller eine lebhafte Sympathie für diesen kundgibt, von der bei Marx und Engels eher das Gegenteil zu spüren ist.

Gleichwohl bestehen hier tiefere Zusammenhänge, die ein gewisses historisches Interesse besitzen. Sagen, daß Marx und Engels von Schiller nicht viel hätten wissen wollen, weil Schiller „Idealist" gewesen sei, hieße vom „Idealismus" in jenem verschwommenen Sinne sprechen, den nicht sowohl Schiller selbst, als Schillers bürgerliche Ausleger aufgebracht haben. Von Fichte und Hegel, die „Idealisten" in der kühnsten Bedeutung des Wortes waren, haben Marx und Engels stets mit größter Hochachtung gesprochen und sich gern als ihre Schüler bekannt. Idealismus und Idealismus können je nachdem ganz verschiedene und unter Umständen ganz entgegengesetzte Anschauungen bedeuten.

So auch unterscheiden sich der Idealismus Schillers und der Idealismus Fichtes, was niemand klarer erkannte als Schiller und Fichte selbst, zur Zeit, wo sie — im letzten Jahrzehnt des achtzehnten Jahrhunderts — in Jena zusammenlebten. Schiller schrieb damals an Fichte (bei einem Streite, den sie wegen der Aufnahme eines von Fichte verfaßten Manuskriptes in die „Horen" hatten): „Wären wir bloß in Prinzipien geteilt, so hätte ich Vertrauen genug in unsere beiderseitige Wahrheitsliebe und Kapazität, um zu hoffen, daß der eine den anderen endlich auf seine Seite neigen würde; aber wir empfinden verschieden, wir sind verschiedene, höchst verschiedene Naturen, und dagegen weiß ich keinen Rat." In ähnlicher Weise, nur noch schroffer, ließ sich Schiller in seinen Briefen an Goethe über Fichte aus, den er einmal „die reichste Quelle von Absurditäten" nannte und den er auch öffentlich als „Weltverbesserer" verspottete.

Damit kommen wir auf den entscheidenden Punkt. Schillers ästhetisch-philosophischer Idealismus bestand in der Flucht aus dem erbärmlichen wirklichen Leben ins Reich der Kunst, während Fichte von dieser Resignation nichts wissen wollte, weshalb ihn Schiller eine „unästhetische“ Natur schalt. Fichte wollte vielmehr die Erbärmlichkeit des wirklichen Lebens durch das willenskräftige Ich in eine menschenwürdige Wirklichkeit umschaffen. Es ist leicht einzusehen, einerseits wie weit dieser historisch-philosophische Idealismus vom Idealismus Schillers entfernt, ja ihm geradezu entgegengesetzt war, andererseits wie sehr der Idealismus Schillers, immerhin in ganz mißverstandener und verzerrter Form, das Ideal des deutschen Philisters werden mußte, der sei' Ruh' haben wollte, während die Fichte und Hegel wie die Kraniche über die Köpfe des deutschen Bürgers flogen, bis sie in Marx und Engels die schöpferischen Umbildner ihres Idealismus fanden.

Unter diesem Gesichtspunkt begreift man denn aber auch sofort, weshalb Marx einmal sagt, Schillers Flucht ins Ideal sei nur die Vertauschung der gemeinen Misere mit der überschwenglichen, oder Engels ein andermal die Verketzerung des philosophischen Materialismus so erklärt, daß der Philister davon nur so viel verstehe, als er an einigen Bildungsbrocken aus Schillers Gedichten aufgeschnappt habe. Marx und Engels hatten gerade in ihren kräftigsten Entwicklungsjahren mit dem Popanz zu kämpfen, den die deutsche Spießbürgerei aus dem Idealismus Schillers gemacht hatte, und ihr Unwille darüber war um so größer, als leichte und leichtfertige Feuilletontalentchen vom Schlage der Karl Grün den mißverstandenen Idealismus Schillers mit dem mißverstandenen Idealismus Fichtes und Hegels in ein unglaubliches Sammelsurium zusammenkoppelten. Gegen solche belletristische Seichtbeuteleien hatten Marx und Engels immer einen unbändigen Zorn; sie sahen darin eine verhängnisvolle Verwüstung der Arbeiterbewegung, und gewiß mit vollstem Rechte; es wäre nur zu wünschen, daß ihr Zorn heute noch, in der Arbeiterbewegung der Gegenwart, ebenso lebendig wäre.

In diesem Zusammenhang ist nun freilich Schiller selbst bei Marx und Engels zu kurz gekommen. Sie haben sich nie die Mühe genommen, zu unterscheiden oder wenigstens öffentlich hervorzuheben, daß der Idealismus, so wie ihn Schiller meinte, für seine Zeit doch etwas anderes war als der Idealismus, den sich die deutschen Spießer, namentlich in den Jahren von 1815 bis 1848, für ihre Zeit aus Schillers Gedichten zurechtbrauten. Marx und Engels wurden sofort mißtrauisch, sobald sich der deutsche Bürgersmann für Schiller zu begeistern begann. Selbst die Franzosenhetze im Frühjahr des Jahres 1859 erschien ihnen in günstigerem Lichte als die Schillerfeier im Herbste desselben Jahres. „Sie war wirklich national“, schrieb Engels, „viel nationaler als alle Schillerfeste von Archangel bis San Francisco; sie entstand naturwüchsig, instinktiv, unmittelbar.“ Das ist aber unrichtig; von den beiden bürgerlichen Emotionen des Jahres 1859 war die Schillerfeier unzweifelhaft die naturwüchsigere. Lassalle erklärte sie ganz richtig aus dem Fichteschen Wort, daß die Literatur erst das einzige einigende Band der Nation sei. „In der geistigen Einheit seiner Literatur ist es, wo unser Volk die Bürgschaft seiner eigenen Geisteseinheit und somit das fröhliche Unterpfand seiner nationalen Auferstehung sieht.“

Lassalle war nicht minder, als Marx und Engels, ein Schüler Fichtes und Hegels. Er hat zu Schillers Idealismus keine nähere, aber eine unbefangenere

Stellung. Gegen die bürgerliche Verzerrung dieses Idealismus wendet er sich ebenso wie Marx und Engels, aber er tut das, was diese beiden in dem Eifer einer viel drängenderen Notwendigkeit und eines viel heißeren Kampfes unterlassen haben: er unterscheidet zwischen Schiller und dessen bürgerlichen Interpreten. Karl Grün war eben in den vierziger Jahren viel gefährlicher als Julian Schmidt in den fünfziger Jahren. In seinem Pamphlet gegen diese Helden der bürgerlichen Literarhistorie gibt Lassalle eine schöne und durchaus treffende Charakteristik des Schillerschen Idealismus. Er kommt dann noch — während er im allgemeinen die Versündigungen Julians an Schiller durch seinen Mitarbeiter Bucher abstrafen läßt — auf einen anderen Punkt von allgemeinem Interesse zu sprechen, auf die Frage nach dem Maße von Schillers Bildung.

Sie ist oft sehr wegwerfend beurteilt worden, und gewiß hatte sie manche Lücken, infolge des Verbrechens, das der Herzog Karl Eugen von Württemberg an dem Knaben Schiller beging, indem er ihn auf acht Jahre in die Karlsschule sperrte, Lücken, die Schiller auch durch das angestrengteste Studium späterer Jahre nicht mehr ausfüllen konnte. Es war nun aber rein lächerlich, wenn ein Julian Schmidt sich deshalb aufs hohe Pferd gegenüber einem Schiller setzte und den unglaublichen Gallimathias von sich gab: „Aus einem unendlich kleinen Vorrat des Stoffes hatte Schiller eine sehr vielseitige Weltanschauung gewonnen, die selbst die Fürstin zuweilen durch ihre geniale Wahrheit überraschte. Daher seine langsame Entwicklung, daher aber auch sein fester Glaube an die Gewalt des Geistes, dem die Wirklichkeit untertan sei."

Indem Lassalle diesen blühenden Unsinn zergliederte, fällte er über Schillers Bildung das bemerkenswerte und im ganzen gewiß zutreffende Urteil, daß der Verfasser „Wallensteins" und des dreißigjährigen Krieges, der Übersetzer des Euripides und der Kenner der antiken Tragödie, die er in seiner „Braut von Messina" wiederzubeleben suche, der gründliche Forscher der Schweizergeschichte, die er in seinem „Tell" so meisterhaft gestalte, und der Verfasser der Briefe über die ästhetische Erziehung einen achtungswerten und ausgedehnten Wissenshorizont gehabt habe, der nur hier und da etwas tiefer hätte sein können. Lassalle hat aber nicht bemerkt, daß Julian Schmidt sein sinnloses Gerede noch dazu in sinnlosester Weise abgeschrieben hat, nämlich aus folgenden Sätzen Wilhelm v. Humboldts über Schiller: „Es ist merkwürdig, aus welchem kleinen Vorrat des Stoffes Schiller eine sehr vielseitige Weltansicht gewann, die, wo man sie gewahr wurde, durch genialische Wahrheit überraschte; denn man kann die nicht anders nennen, die durchaus auf keinem äußerlichen Wege entstanden war. Selbst von Deutschland hatte er nur einen Teil gesehen, nie die Schweiz, von der sein ‚Tell' doch so lebendige Schilderungen enthält." Man vergleiche diese Sätze Humboldts mit dem, was Julian Schmidt daraus gemacht hat, und man beantworte dann die Frage, ob es je einen ruchloseren Schmierer gegeben hat als den wackeren Julian, und wie sehr die mitleidigen Seelen auf dem richtigen Wege sind, die dies unschuldige Opfer des bösen Lassalle heute noch bemitleiden.

Das Beispiel ist aber auch charakteristisch für die Art, wie der Idealismus Schillers, zu dessen tiefsten Kennern Wilhelm v. Humboldt gehörte, für das Verständnis der bürgerlichen Welt zurechtgemacht worden ist. Er wurde in die blödeste Wortmacherei versponnen und hat an seinem Teile dazu beigetragen, den bürgerlichen Klassenkampf in Deutschland zu entnerven. Marx und Engels

mußten ihn bekämpfen, wenn sie der großen Aufgabe ihres Lebens gerecht werden wollten; ist Schiller selbst dabei nicht zu seinem Rechte gekommen, so war das — auch in Schillers eigenem Sinne — ungleich leichter zu ertragen, als eine geistige Verseuchung der Massen mit belletristischen Salbadereien im Stile der Karl Grün, die ja in dem einen Sinne unsterblich sind, daß sie nie aussterben.

„Ehret die Frauen!“

Das Scheitern des Zehnstundengesetzes für Arbeiterinnen.

Von **Emanuel Wurm.**

Seitdem Schiller das Walten der Frauen am häuslichen Herde als das Ideal des bürgerlichen Lebens gefeiert, hat die kapitalistische Ausbeutung, die schon zu seiner Zeit die Frauen und Töchter des arbeitenden Volkes in das feindliche Leben hineintrieb, die Zehntausende der damaligen Zeit zu vielen, vielen Hunderttausenden anwachsen lassen. Ja 1903, bei der letzten Zählung, die von der deutschen Gewerbeaufsicht bis jetzt veröffentlicht ist, waren allein in Fabriken und den diesen gleichgestellten Betrieben neben 4 Millionen männlichen Arbeitern mehr als 1 Million Arbeiterinnen beschäftigt. Dabei wächst die Zahl der Arbeiterinnen verhältnismäßig rascher als die der Männer, und zwar um so mehr, je mehr sich die männlichen Arbeiter infolge ihrer besseren Organisation günstigere Arbeitsbedingungen erkämpfen, während die Arbeiterinnen leider noch immer ganz ungenügend organisiert sind, so daß sie in immer größerem Maße als gefügige Ausbeutungsobjekte in die Industrie geholt werden.

Nach der letzten Zusammenstellung der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands waren im Jahre 1903 in den 63 Zentralverbänden von 887698 Mitgliedern nur 40666 weibliche, also der zweiundzwanzigste Teil, während, wie erwähnt, die Zahl der in Fabriken und dergleichen beschäftigten Arbeiterinnen ein Fünftel der gesamten Arbeiterschaft betrug. Dabei war noch gerade im letzten Jahre ein außerordentlich großer Fortschritt in der Organisation der Arbeiterinnen zu verzeichnen, denn ihre Zahl ist vom Jahre 1902 auf 1903 um 12448, also um 44 Prozent, gestiegen, und seit 1894, wo die Gesamtzahl der organisierten Arbeiterinnen nur 5251 betrug, bis 1903 um das Achtfache! Die 40666 organisierten Arbeiterinnen des Jahres 1903 bilden aber nur den dreiundzwanzigsten Teil (4,4 Prozent) der Fabrikarbeiterinnen überhaupt, während von den Arbeitern doch wenigstens ein Fünftel (20,7 Prozent) gewerkschaftlich organisiert sind. So haben denn die Arbeiterinnen nur dort etwas bessere Arbeitsbedingungen, als sie sonst allgemein für Frauenarbeit bestehen, wo die männlichen Mitglieder desselben Berufs gut organisiert sind und sich infolgedessen bessere Arbeitsbedingungen erzwungen haben. Namentlich betrifft das die Dauer des Arbeitstags in gemischten Betrieben (mit Arbeitern und Arbeiterinnen), da aus technischen Gründen die Arbeit für Männer und Frauen zumeist gleichzeitig beendet werden muß. Die größte Zahl organisierter Arbeiterinnen weist die Textilindustrie auf, 12040 im Jahre 1903, und doch ist ihre Zahl verhältnismäßig die niedrigste aller organisierten Arbeiterinnen, denn diese beträgt im Durchschnitt 4,36 Prozent, bei den Textilarbeiterinnen nur 3,87 Prozent, während von den Textilarbeitern 30,86 Prozent — freilich auch noch zu wenig für erfolgreiche Kämpfe! — organisiert sind.

Die halbe Million Arbeiterinnen, die in der Heimarbeit ihr kärgliches Brot finden, sind ebensowenig organisiert wie die 3½ Millionen, die bei der Zählung von 1895 in der Landwirtschaft und Gärtnerei, im Handelsgewerbe und in Gast- und Schankwirtschaften beschäftigt waren. Bei den nicht in Fabriken tätigen Arbeiterinnen kann von einer kräftigen Selbsthilfe durch gewerkschaftliche Organisation erst recht nicht die Rede sein, und ihr gesetzlicher Schutz beschränkt sich auf die ungenügenden, zumeist unkontrollierten und für das jetzt vorhandene System der Gewerbeaufsicht auch unkontrollierbaren Vorschriften der Bundesratsverordnung für die Konfektion und Wäscheindustrie.

Für die Fabrikarbeiterinnen trifft ja die Gewerbeordnung freilich einige Bestimmungen, aber sie genügen keineswegs, um auch nur das Mindermaß an körperlicher Widerstandskraft auszugleichen, das der weibliche Organismus im Vergleich zum männlichen gegenüber den gesundheitlichen Schädigungen der Fabrikarbeit besitzt. Dafür liefern die für Arbeiterinnen weit mehr als für Arbeiter hohen Erkrankungsziffern den deutlichsten Beweis. Sind doch manche Krankenkassen, wie die der Textilindustrie, in der die Zahl der Arbeiterinnen 420000, die der Arbeiter 380000 im Jahre 1903 betrug, durch die hohen Erkrankungsziffern der Arbeiterinnen in der allerschlechtesten Lage! Was bot ihnen denn auch die offiziell und offiziös so gepriesene Sozialreform von 1890/91 Großes? Für Arbeiterinnen über 16 Jahre bestimmte die Gewerbeordnung fortan, daß Wöchnerinnen anstatt 3 Wochen nach der Niederkunft nunmehr 4 Wochen nicht in der Fabrik tätig sein dürfen und während der folgenden zwei Wochen nur dann, wenn der Arzt es für zulässig erklärt. Die sozialdemokratische Arbeiterinnenorganisation und unsere Fraktion hatten mit vollem Rechte auch den Schutz der Schwangeren *vor* der Niederkunft gefordert, so daß Wöchnerinnen vor und nach der Niederkunft im ganzen 8 Wochen nicht beschäftigt werden sollten, aber so weit reichte der Bewilligungseifer des Reichstags wie der Regierung nicht.

Wie ein wirklich großer Fortschritt sah nur das Verbot der Nachtarbeit aus. Aber seine Bedeutung schrumpft zusammen gegenüber der bereits durch die Enquete von 1884 festgestellten Tatsache, daß nur die Rübenzuckerfabrikation regelmäßige Nachtarbeit von den Arbeiterinnen verlangte. Es kamen einschließlich der in anderen Industrien mit Überarbeit bis in die Nachtstunden beschäftigten Arbeiterinnen etwa 13000 Arbeiterinnen in Frage und von ihnen blieben aber mehr als die Hälfte, nämlich die Arbeiterinnen der Zuckerindustrie, noch sechs Jahre lang, bis zum 1. April 1898, durch eine Ausnahmebestimmung zur Nachtarbeit verurteilt.

Also gar so groß war der neu gewährte Schutz für die Arbeiterinnen nicht.

Ebenso verhielt es sich mit dem *elfstündigen Maximalarbeitstag*. Gewiß war es ein Fortschritt, daß er 1891 für die Fabrikarbeiterinnen gesetzlich festgelegt wurde, zumal damit die deutsche Gesetzgebung zum erstenmal einen Maximalarbeitstag für Erwachsene anerkannte. Aber die Regierung selber sagte in der Begründung zu dieser Bestimmung: „Für die Mehrzahl der gewerblichen Arbeiterinnen bedeutet diese Einschränkung *keine wesentliche Verminderung* der bisherigen regelmäßigen Arbeitszeit.“ Und sie empfahl sie als besonders nützlich für die — *Unternehmer*, indem die Motive „die heilsame Wirkung“ des Elfstundentags damit begründeten, daß „die Beschränkung der weiblichen Arbeitszeit dem Bestreben, durch Massenerzeugung die Produktionskosten zu mindern“, Einhalt zu tun geeignet sei und so der „damit

zusammenhängenden Schleuderkonkurrenz einen Damm entgegensetzt". Der Elfstundentag war also mindestens in gleicher Weise, wenn nicht gar ausschließlich als eine Wohltat für die Unternehmer gedacht.

Seit jener „großen Zeit", in der die deutsche Sozialreform einen ach so kleinen Schritt vorwärts machte, ist, abgesehen vom Kinderschutzgesetz und einigen ebenso unzureichenden Bundesratsverordnungen für besonders gesundheitsschädliche Betriebe, nichts zum Schutze der arbeitenden Bevölkerung geschehen. Im Gegenteil — das Unternehmertum koalierte sich in einer in Deutschland bisher ungeahnten Weise gegen die Arbeiter und hatte dabei das lebhafteste Wohlwollen der Regierung auf seiner Seite, während Behörden wie Gerichte den Arbeiterorganisationen so viel Schwierigkeiten bereiten, als sie nur imstande sind. Namentlich der Verkürzung der Arbeitszeit setzt das Unternehmertum den zähesten Widerstand entgegen, wie der Kampf in Crimmitschau deutlich genug gezeigt hat.

Unsere Fraktion hatte schon 1877 den zehnstündigen Maximalarbeitstag für alle in Lohn-, Arbeits- und Dienstverhältnis im Gewerbe-, Industrie-, Handels- und Verkehrsleben beschäftigten Personen beantragt, von 1891 ab den achtstündigen. Da unseren Achtstundenantrag das Zentrum unter dem Vorwand ablehnte, daß „der Sprung auf acht Stunden zu groß sei", schlugen wir in der Session 1900/02 Übergangsbestimmungen vor: sofort die zehnstündige und innerhalb gesetzlich zu bestimmender Fristen die achtstündige Arbeitszeit. Darauf beantragte das Zentrum, daß in den der Gewerbeordnung unterstellten Betrieben die regelmäßige Maximalarbeitszeit zehn Stunden betragen soll. Bei der Verhandlung über diese Resolution am 12. Februar 1903 erklärte Herr Trimborn namens des Zentrums, daß es mit diesem Antrag zunächst nur die allgemeine Regel, das Prinzip, habe aufstellen und zur Anerkennung bringen wollen, die Regelung im einzelnen bleibe selbstverständlich dem Gesetz vorbehalten. Das heißt: es kann durch Ausnahmebestimmungen das Prinzip so viel durchlöchert werden, als die Unternehmer wünschen. Der nationalliberale Abgeordnete Paasche wandte sich gegen die Verkürzung der Arbeitszeit der Frauen, weil diese „die Gefahr in sich schließt, daß in vielen Industrien, wo Frauen und Männer nebeneinander arbeiten, der gesetzliche Arbeitstag für die Frauen auch den für die Männer nach sich zieht". Eine gewiß schreckliche Gefahr! Und der Redner der Freisinnigen Volkspartei, Dr. Crüger, erklärte, daß seine Fraktion „den Maximalarbeitstag, schematisch durchgeführt, auf das entschiedenste verwerfe".

Die Mehrheit des Reichstags lehnte sowohl unseren Antrag als den des Zentrums ab; beide bezogen sich auf Arbeiter und Arbeiterinnen. Angenommen wurde eine Resolution des nationalliberalen Abgeordneten v. Heyl und des Zentrums, daß die Beschäftigung von Arbeiterinnen über 18 Jahren in Fabriken und dergleichen die Dauer von zehn Stunden, an den Vorabenden der Sonn- und Festtage die Dauer von neun Stunden nicht überschreiten darf.

Inzwischen war im Februar 1901 der Bericht über die im Jahre 1899 von den Gewerbeaufsichtsbeamten ausgeführte Umfrage erschienen, die diese gemäß der vom Zentrum 1898 beantragten und vom Reichstag angenommenen Resolution veranstaltet hatten über die Möglichkeit und Zweckmäßigkeit eines Verbots der Beschäftigung verheirateter Frauen in Fabriken.

Die Umfrage hatte ergeben, daß ein Viertel der damals in Fabriken beschäftigten erwachsenen Arbeiterinnen, nämlich 229334, verheiratet, verwitwet

oder geschieden war, seit dem Jahre 1895 eine Zunahme um 70 Prozent! Fast die Hälfte aller in Fabriken beschäftigten Ehefrauen war in der Textilindustrie tätig. Bei den meisten Arbeiterinnen war die eigene Not oder die ihrer Angehörigen, Arbeitslosigkeit oder zu geringes Einkommen des Mannes Ursache ihrer Fabriktätigkeit gewesen. Unsere Fraktion hatte bei Besprechung dieser Umfrage gezeigt, wie das Verbot der Beschäftigung verheirateter Frauen nur deren Elend vergrößert, indem es sie der Heimarbeit zutreibt. Auch die überwiegende Mehrheit der Gewerbeaufsichtsbeamten hatte sich gegen den Ausschluß der verheirateten Frauen aus der Fabrik erklärt. Bei der Regierung war aber auch gar nicht die geringste Absicht vorhanden, an eine Neuregelung der Bestimmungen über die Frauenarbeit heranzutreten. Das wußte man in Unternehmerkreisen und hatte infolgedessen wegen der Umfrage nicht die geringste Besorgnis. Ihr Resultat war freilich den Gegnern des Arbeiterinnenschutzes nicht sehr genehm. Erstens wurde festgestellt, daß zwei Drittel aller Arbeiterinnen bereits den Zehnstundentag hatten und er nur in der Textilindustrie für drei Viertel der Arbeiterinnen nicht bestand, zweitens schlug die Mehrheit der Aufsichtsbeamten für die gesamte weibliche Arbeiterschaft den zehn- oder höchstens zehneinhalbstündigen Maximalarbeitstag vor, der Beamte für Hamburg den neunstündigen, der für Berlin und Württemberg II sogar den achtstündigen. Die Umfrage hatte also ein riesiges Fiasko für die Regierung ergeben. Die Einführung des Zehnstundentags für alle Fabrikarbeiterinnen erschien gerade auf Grund jener Umfrage vollständig spruchreif, und Optimisten glaubten wirklich schon, daß die neue Session eine entsprechende Vorlage seitens der Regierung bringen werde.

Statt dessen erklärte bei der Etatsberatung im Januar 1902 Graf Posadowsky, daß erst noch einmal eine Umfrage durch die Gewerbeaufsichtsbeamten veranstaltet werden solle über die Frage der zehnstündigen Arbeitszeit der Frauen in den Fabriken. Auf Grund des Materials werde man sich ein weiteres Urteil zur Sache bilden können. Sofort sprach der Abgeordnete Hitze „seine besondere Freude" aus, daß diese Erhebungen stattfinden sollen, und rühmte seine Zentrumsfraktion, die schon vor zwei Jahren den Zehneinhalbstundentag (63 Stunden pro Woche) für alle erwachsenen Arbeiter gefordert habe. In Wirklichkeit hatte damals (1897) das Zentrum neben dieser schon mehr als schwächlichen 63 Stunden-Woche noch unter Führung seines rechten Flügels (Dr. Hertling) beantragt, Erhebungen anzustellen, in welchen gewerblichen Betrieben durch übermäßige Dauer der täglichen Arbeitszeit die Gesundheit der Arbeiterinnen gefährdet wird — und nur dieser zweite Antrag, der also nur den sanitären Maximalarbeitstag in Betracht zog, gelangte zur Annahme, nachdem sich Dr. Hertling sehr schroff gegen einen allgemein geltenden Maximalarbeitstag ausgesprochen hatte.

Im Winter 1904 brachte das Zentrum eine Interpellation ein, die den Reichskanzler fragte, ob erwartet werden kann, daß die verbündeten Regierungen noch im Laufe der gegenwärtigen Session dem Reichstag einen Gesetzentwurf vorlegen werden, durch welchen die regelmäßige Arbeitszeit der Arbeiter (über 16 Jahre) in Fabriken und den diesen gleichgestellten Anlagen (§ 154 der Gewerbeordnung) auf höchstens zehn Stunden täglich beschränkt wird.

Diese Interpellation kam am 7. Februar dieses Jahres zur Besprechung — und das Resultat war, daß Graf Posadowsky erklärte, nach Ankündigung der Interpellation habe er sämtlichen verbündeten Regierungen die Frage vorgelegt,

wie sie sich zu dieser Interpellation stellen. Doch bis jetzt hätten nur 8 von den 26 Regierungen geantwortet, und sie stehen entweder auf einem unbedingt ablehnenden Standpunkt oder sie erklären, das sei eine Frage, die so tief in das wirtschaftliche Leben eingriffe, daß jedenfalls, ehe man sich über sie schlüssig mache, die allereingehendsten Erhebungen notwendig wären.

Also Erhebungen und abermals Erhebungen, obwohl zur Zeit, als die Regierungen diese Antwort gaben, ihnen das Resultat der Umfrage von 1902 bereits bekannt sein konnte. Dem Reichstag lag allerdings die Denkschrift noch nicht vor; sie kam — mit auffallender Verspätung — erst, als es zu spät war, das heißt die Etatsberatungen vorüber waren, so daß die Gelegenheit fehlte, diese Denkschrift hierbei eingehend zu erörtern.

Graf Posadowsky machte auch für den Zehnstundentag der Arbeiterinnen nicht die geringsten Hoffnungen. Wenn die Denkschrift vorliege, sagte er, würden sich die Regierungen mit der Frage beschäftigen, ob die Arbeitszeit für die weiblichen Arbeiter, eventuell mit Übergangsfristen, gesetzlich zu ermäßigen sein wird. Aber auch hier sei namentlich für die Textilindustrie die Frage der Konkurrenz des Auslandes eine ganz außerordentlich wichtige, und er habe deshalb bei den Regierungen von Italien, der Schweiz, Österreich-Ungarn und Belgien anfragen lassen, wie sie sich wohl zu der Frage stellen, auf diesem Wege gleichzeitig mit Deutschland vorzugehen. Die Schweiz hat eine wohlwollende Antwort gegeben — was die übrigen gesagt, darüber schwieg Graf Posadowsky.

Das „Deutschland in der Welt voran" war also wieder einmal, wie stets, wenn es sich um die Interessen der Arbeiter handelt, in den Hintergrund geschoben!

Das Zentrum war gegenüber dieser Absage der Regierung sehr kleinlaut. Bei der Abstimmung fiel seine zum Etat gestellte Resolution, in der es den Zehnstundentag für alle Arbeiter, im Falle der Ablehnung dieses Antrags den Zehnstundentag für Arbeiterinnen forderte; unsere Fraktion war, nachdem unsern Achtstundenantrag für alle Arbeiter die Mehrheit des Reichstags einschließlich des Zentrums abgelehnt hatte, für die Zentrumsresolution eingetreten. Der Unternehmertrutz hatte mit Hilfe der Regierung wieder gesiegt.

Erst einige Wochen später erschien die im Reichsamt des Innern nach Berichten der Gewerbeaufsichtsbeamten bearbeitete Denkschrift über die Arbeitszeit der Fabrikarbeiterinnen[1], ein Band von 543 Seiten mit zahlreichen Tabellen. Sein Inhalt beweist, daß die Sozialreform der Reichsregierung, welche sich gegen die sofortige Einführung des Zehnstundentags, mindestens für Fabrikarbeiterinnen, sträubt, vollständig bankrott ist und daß gegen besseres Wissen Zustände aufrecht erhalten bleiben, durch die die Arbeiterinnen verelendet werden.

Die Zahl der am Erhebungstage, 1. Oktober 1902, beschäftigten Arbeiterinnen in Fabriken und in den diesen gleichgestellten Betrieben belief sich auf 813560. Von ihnen entfielen auf die Textilindustrie 348538, also 42,9 Prozent, dann folgt die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel mit 119744 oder 14,7 Prozent, Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe mit 93635 oder 11,5 Prozent, die Industrie der Steine und Erden mit 49917 oder 6,1 Prozent. Auf diese vier Gruppen entfallen 75,2 Prozent Arbeiterinnen, der Rest verteilt sich auf die anderen 10 Gruppen.

---

[1] Berlin 1905, R. v. Deckers Verlag (G. Schenck).

Im Verhältnis zu den überhaupt beschäftigten Personen waren erwachsene Arbeiterinnen am meisten in der Gruppe Bekleidung und Reinigung vorhanden (53,1 Prozent), ihr folgte die Textilindustrie (46,6 Prozent), die Papierindustrie (33,1 Prozent), Nahrungs- und Genußmittel (25,0 Prozent), polygraphische Gewerbe (20,6 Prozent), die Industrie der Steine und Erden (9,9 Prozent).

Von den insgesamt gezählten 38706 Betrieben mit 813560 Arbeiterinnen hatten eine Arbeitszeit von 9 Stunden oder weniger 6768 Betriebe (17,5 Prozent) mit 86191 Arbeiterinnen (10,6 Prozent); von mehr als 9 bis einschließlich 10 Stunden 18267 Betriebe (47,2 Prozent) mit 347814 Arbeiterinnen (42,7 Prozent); also insgesamt von 10 Stunden oder weniger 25035 Betriebe (64,7 Prozent) mit 434005 Arbeiterinnen (53,3 Prozent).

Mehr als 10 Stunden betrug dagegen die Arbeitszeit in 14053 Betrieben (36,3 Prozent) mit 379555 Arbeiterinnen (46,7 Prozent).

Hiernach beschäftigten nahezu zwei Drittel (64,7 Prozent) aller in Betracht kommenden Anlagen ihre erwachsenen Arbeiterinnen nur 10 Stunden oder noch kürzere Zeit; jedoch entfielen auf diese Betriebe nur 53,3 Prozent, also etwas mehr als die Hälfte sämtlicher Arbeiterinnen. Dagegen wurden 46,7 Prozent der Arbeiterinnen in 36,3 Prozent der gezählten Fabriken länger als 10 Stunden beschäftigt. Von letzteren entfallen allein auf die Textilindustrie nahezu zwei Drittel, nämlich 246765, das ist 65 Prozent und auf die Industrie der Nahrungs- und Genußmittel 40,1 Prozent, also 10,6 Prozent. Die Textilindustrie hat die ungünstigsten Arbeitszeiten für Arbeiterinnen; nur 29,2 Prozent derjenigen, die in ihr beschäftigt waren, hatten höchstens 10 Stunden Arbeitszeit, während für 70,8 Prozent eine höhere Beschäftigungsdauer ermittelt wurde. Und während im polygraphischen Gewerbe mehr als die Hälfte der in ihm beschäftigten Arbeiterinnen (51,8 Prozent) nicht länger als 9 Stunden tätig war, im Bergbau 24,7 Prozent, im Bekleidungs- und Reinigungsgewerbe 19,2 Prozent, in der Papierindustrie 18,7 und in der Gruppe Maschinen und Werkzeuge 17,6 Prozent, besaßen in der Textilindustrie nur 2 Prozent der in ihr beschäftigten Arbeiterinnen eine neunstündige Arbeitszeit.

Die Denkschrift der Regierung teilt mit, daß der weitaus größere Teil der Berichterstatter die *Verkürzung* der bisher zugelassenen Maximalarbeitszeit der Arbeiterinnen von 11 auf 10 Stunden *für erwünscht und durchführbar* hält; von 84 Gewerbeaufsichtsbeamten sprachen sich 66 grundsätzlich für, 18 gegen die gesetzliche Festlegung des zehnstündigen Arbeitstages aus. Zwar fügen viele der befürwortenden Gutachten mancherlei Einschränkungen und Vorbehalte vornehmlich in Rücksicht auf die Textilindustrie an; es sind aber gerade die *größeren* Aufsichtsbezirke, aus denen *unbedingt zustimmende* Gutachten kamen. Die allgemeinen wie die besonderen gesundheitlichen Einflüsse, denen die Arbeiterinnen bei ihrer Tätigkeit ausgesetzt sind, die besondere Schutzbedürftigkeit der in den Entwicklungsjahren stehenden Arbeiterinnen, der weite, oft stundenlange Weg, den die außerhalb des Fabrikortes oder in Großstädten wohnenden zur Arbeitsstätte zurücklegen müssen, die Vernichtung des Familienlebens, unter der die Ernährung und Existenz der Kinder ganz besonders leiden muß, alle diese von den Beamten mit zahlreichen Beispielen belegten Gründe sprechen in den Berichten mit zwingender Gewalt nicht nur für die Notwendigkeit des Zehnstundentags, sondern für den Achtstundentag. — Unternehmertum und Regierung aber beharren bei ihrem Widerstand gegen jede Verkürzung des elfstündigen Frondienstes.

Die einer Verkürzung der Arbeitszeit der Arbeiterinnen entgegenstehenden Gutachten zeigen nur, daß ihre Verfasser auf sozialpolitischem Gebiet rückständiger sind, als sich mit ihrem Amte verträgt. So weiß der Beamte für Frankfurt a. O. keine bessere Erklärung für die Unterernährung der Arbeiterinnen, als „daß sie für Vergnügen und Putz so viel Geld ausgeben, daß für das Essen wenig bleibt, und von dem wenigen wird dann noch zu viel auf Kuchen und Leckereien verwandt, die dem Körper keine Kraft zuführen, sondern nur dazu dienen, den Magen zu schwächen". Welche vereinzelte Beobachtungen mögen den weisen Herrn zu solch lächerlichen Verallgemeinerungen geführt haben, die ihn veranlassen, nur eine Verkürzung der Arbeitszeit für die verheiratete Frau zu verlangen, „für die unverheiratete Arbeiterin aber nicht, solange man nicht überzeugt sein kann, daß sie ihre Freiheit nützlich verwendet". Kennzeichnend für den kurzen Blick des Beamten ist auch, daß er wohl erkennt, wie die erbärmlichen Wohnungen am Elend der Arbeiterinnen schuld sind, aber nicht sieht, wie die niedrigen Löhne und die hohen Mieten, also die kapitalistische Ausbeutung, diese Not verursachen.

Die übrigen ablehnenden Urteile sind von gleicher Güte; sie stammen aus Magdeburg, Bautzen, Chemnitz, Oppeln, Sigmaringen, Annaberg, Aue, Sachsen-Weimar, Ostpreußen, Pommern, Oberpfalz, Dresden, Plauen, Freiberg, Braunschweig, Sachsen-Meiningen. Aus den Tabellen und Mitteilungen ergibt sich übrigens auch, daß in derselben Gewerbeart an verschiedenen Orten bald elf-, bald zehnstündige Arbeitszeit herrscht, so daß deren Länge, wie die Assistentin in Darmstadt sehr zutreffend hervorhebt, weit mehr von lokalen Verhältnissen abhängt als von der Art des Betriebs. Die Stärke der gewerkschaftlichen Organisation wird hierbei hauptsächlich entscheiden.

Der überwiegende Teil der Beamten ist übrigens der Ansicht, daß wie bisher so auch in Zukunft die Verkürzung der gesetzlich zugelassenen Beschäftigung immer weiter um sich greifen werde. Es heißt darüber in der Denkschrift:

„Getragen werde diese Entwicklung insbesondere von den Bestrebungen der organisierten Arbeiterschaft, die seit Jahren fortgesetzt bemüht ist, überall die Herabsetzung der täglichen Arbeitszeit auf die Dauer von zehn Stunden zu erreichen. Mehrere Berichterstatter empfehlen im Hinblick hierauf, von gesetzlichen Maßnahmen abzusehen und das Weitere dem natürlichen Laufe der Dinge zu überlassen."

Diesen natürlichen Lauf der Dinge sucht freilich die Regierung, die den Unternehmern bei ihren Kämpfen gegen die Arbeiter jede nur mögliche Unterstützung durch Gerichte wie Gendarmen und Soldaten zuteil werden läßt, in sehr unnatürliche, den Arbeitern schädliche Bahnen zu lenken. Aber auch das wirkt schließlich nur erzieherisch auf die Arbeiter, die dadurch immer mehr zur Einsicht kommen, daß der Klassenstaat der natürliche Verbündete ihrer Ausbeuter ist. So sorgen Unternehmertum wie Regierung dafür, daß der Widerstand der Arbeiterklasse gegen ihre Unterdrücker unablässig wächst und damit auch ihre politische Macht, die nicht nur den Zehnstundentag für die Arbeiterinnen, sondern den Achtstundentag für alle Arbeiter erzwingen wird. Mag die Regierung Umfragen anstellen lassen so viel sie will — sie liefert damit nur Waffen für die Arbeiter. Die Verweigerung des längst spruchreifen Zehnstundentags für die Arbeiterinnen ist ein neuer Tribut von Menschenopfern für das Unternehmertum; er wird der Sozialdemokratie wie den Gewerkschaften wieder neue große Scharen von Mitkämpferinnen zuführen.

Literarische Rundschau.

Franz Mehring, **Schiller, ein Lebensbild für deutsche Arbeiter.** Leipzig 1905, Leipziger Buchdruckerei. 119 Seiten. Preis 1 Mark.

„Ein Lebensbild“ hat Mehring seine Schillerbroschüre genannt, und das ist sie im wahren Sinne des Wortes. Nicht eine Biographie, eine landläufige chronologische Sammlung von Daten aus einem Leben, sondern ein wirkliches Bild, ein plastisches, harmonisches Gemälde, das durch die klare Zeichnung und eine außerordentlich feine Abtönung von Anfang bis zu Ende einen hohen, rein ästhetischen Genuß bereitet.

Die Studie Mehrings erscheint gerade zur rechten Zeit wie eine hochwillkommene Gabe an die deutsche Arbeiterschaft, um ihr ein von bürgerlich-tendenziöser und andererseits auch von parteitendenziöser Verzerrung freies Bild des großen Dichters zu liefern. Schillers Dichtung ist nicht bloß zum ehernen Bestandteil der deutschen klassischen Literatur, sondern auch zum geistigen Hausschatz speziell des aufgeklärten kämpfenden Proletariats geworden, die Worte und Sprüche, die er geprägt, wurden zur Form, in der die deutsche Arbeiterschaft mit Vorliebe ihre revolutionären Gedanken und ihren Idealismus zum schwungvollen Ausdruck bringt. Die Verbreitung der Schillerschen Poesie in den proletarischen Schichten Deutschlands hat zweifellos zu ihrer geistigen Hebung und auch zur Revolutionierung beigetragen, insofern also gewissermaßen ihr Teil an dem Emanzipationswerk der Arbeiterklasse gehabt.

Allein es unterliegt keinem Zweifel, daß Schillers Rolle in dem geistigen Wachstum des revolutionären Proletariats in Deutschland nicht sowohl darin wurzelt, was Schiller mit dem Gehalt seiner Dichtungen in den Emanzipationskampf der Arbeiterschaft hineintrug, als umgekehrt darin, was die revolutionäre Arbeiterschaft aus eigener Weltanschauung, aus eigenem Streben und Empfinden in die Schillerschen Dichtungen hineinlegte. Es hat hier ein eigenartiger Assimilierungsprozeß stattgefunden, in dem sich das Arbeiterpublikum nicht den Schiller als ein geistiges Ganzes, so wie er in Wirklichkeit war, aneignete, sondern sein geistiges Werk zerpflückte und es unbewußt in der eigenen revolutionären Gedanken- und Empfindungswelt umschmolz.

Doch über diese Phase des politischen Wachstums, wo die gärende Begeisterung, das halbdunkle Streben zu den lichten Höhen des „Idealen“ den Anbruch der geistigen Wiedergeburt der deutschen Arbeiterschaft ankündigte, sind wir beträchtlich hinaus. Was die Arbeiterschaft heute vor allem braucht, ist: alle Erscheinungen der politischen und auch der ästhetischen Kultur in ihren klaren, streng objektiven historisch-sozialen Zusammenhängen, als Glieder jener allgemeinen sozialen Entwicklung aufzufassen, deren mächtigste Triebfeder heutzutage ihr eigener revolutionärer Klassenkampf ist. Auch Schiller kann und muß die deutsche Arbeiterschaft heute ganz wissenschaftlich-objektiv als einer mächtigen Erscheinung der bürgerlichen Kultur gegenüberstehen, statt in ihm subjektiv aufzugehen oder richtiger ihn in eigener Weltanschauung aufzulösen.

So war denn gerade jetzt, aus Anlaß der hundertjährigen Schillerfeier, offenbar der passendste Moment gegeben, die gegenseitige Stellung Schillers zur Arbeiterklasse, seine Dichtung vom Standpunkt der sozialdemokratischen Gedankenwelt einer Revision zu unterziehen.

Jedoch gerade diejenigen Kreise, die jederzeit bereit sind, an allen möglichen Revisionen der „wunden Punkte“ der Marxschen Lehre tapfer mitzumachen, zeigen nicht die geringste Lust, die landläufigen kritiklosen Urteile über Schiller zu revidieren. Es ist allerdings viel bequemer, Schiller nach abgebrauchtem Schema als den großen, von der Bourgeoisie verleugneten Apostel der bürgerlichen Revolution für das Proletariat in Anspruch zu nehmen, was jedoch höchstens auf eine gleichmäßige Verständnislosigkeit für den historischen Gehalt der Märzrevolution wie der Schillerschen Dichtung deutet.

Das Feiern Schillers als eines revolutionären Dichters par excellence verrät schon an sich einen Rückfall von der durch die Marxsche Lehre, durch den

dialektischen Geschichtsmaterialismus vertieften und geadelten Auffassung vom „Revolutionären" in jene spießbürgerliche Auffassung, die in jeder Auflehnung gegen die bestehende gesetzliche Ordnung, also in der äußeren Erscheinung der Auflehnung eine „Revolution" sieht, ungeachtet ihrer inneren Tendenz, ihres sozialen Gehaltes. Nur von diesem letzteren Standpunkt gelangt man dazu, in Karl Moor den Vorläufer Robert Blums, in der Luise Millerin „die Revolutionstragödie des Zusammenbruchs" und im Wilhelm Tell „das Revolutionsdrama der Erfüllung" — mögen die Götter immerhin wissen, was dieser begeisterte Gallimathias bedeutet — zu sehen. Durch dieselbe Auffassung wird man alsdann dazu geführt, einen künstlichen Widerspruch zwischen dem „revolutionären Idealismus" der Schillerschen Dramen und seinem Verhalten der großen französischen Revolution gegenüber, zwischen seiner „Revolution des Handelns" und seiner Flucht in den „ästhetischen Erziehungsstaat" zu konstruieren und schließlich zur Erklärung dieses vermeintlichen Widerspruchs mitten im geistigen Leben Schillers einen Bruch, einen tiefen Riß zu entdecken, der auf die „höfische Akklimatisation" Schillers durch den kleinstaatlichen Despotismus zurückgeführt wird.

Diese letztere Theorie ist ja auch eine Art „materialistische Geschichtsauffassung", aber eine ebenso verflachte und vergröberte Ausgabe derselben, wie die mit ihr korrespondierende Auffassung von der „Revolution". Danach wird nicht die ganze Weltanschauung und das Lebenswerk Schillers in seinen tiefen inneren Grundzügen aus der geschichtlichen und sozialen Misere des damaligen Deutschland erklärt, einer Misere, wovon der „höfische Duodez-Despotismus" nur das äußere, wenn auch den ganzen Leib der Nation bedeckende Geschwür war, sondern der angebliche revolutionäre „Umfall" Schillers auf der Höhe seines Schaffens und Lebens wird durch den persönlichen unmittelbaren Druck des Stuttgarter und Weimarer Hofes erklärt.

Gegen diese „materialistische" Mißhandlung durch eine überschwengliche Begeisterung findet der Schöpfer Wallensteins eine Ehrenrettung bei dem kühlen „orthodoxen" Materialisten Mehring, der bereits in dem Erstling Schillers, in den Räubern, jenen tiefen Zwiespalt, jenen Dualismus der Weltanschauung aufzeigt, der durch das ganze Leben und Schaffen Schillers geht und im „ästhetischen Staat" einen ganz konsequenten Abschluß findet, — die Flucht aus dem sozialen Elend in das abgeklärte Reich der Kunst am Ende einer geistigen Laufbahn, die mit der Flucht in den Wald eines kraftgenialischen Räubertums begonnen hatte. Der „revolutionäre Idealismus" ist eben, losgelöst von der Grundlage der materialistischen Weltanschauung, auf der er zum Beispiel heute in klassischer Weise in dem modernen Proletariat beruht, ein gar zwiespältig Ding, und um Schiller als Philosoph zu verstehen, muß man eben vor allem — Karl Marx verstehen.

Begreift man die Schillersche Dichtung von dieser Seite, so hat man auch nicht nötig, durch eine gewaltsame Konstruktion das einigende Grundelement seiner Dramen in den verschiedenen Erscheinungsformen der geschichtlichen Revolution zu suchen. Schiller war vor allem ein echter Dramatiker größten Stils, als solcher aber brauchte und suchte er gewaltige Konflikte, gigantische Kräfte, Massenwirkungen, und er fand seine Stoffe in den Kämpfen der Geschichte, nicht weil und insofern sie revolutionär waren, sondern weil sie den tragischen Konflikt in seiner höchsten Potenz und Wirkung verkörpern. Mehring hat dieses ganze Problem in zwei Sätzen gelöst, indem er sagt: „Als Dichter brauchte er den historischen Stoff" und „als Dramatiker war Schiller auch ein großer Historiker". Die große französische Revolution, die ihn gerade als Revolution abstieß, würde sicher, wenn er sie aus der Perspektive eines oder zweier Jahrhunderte hätte sehen können, als gewaltiges Schauspiel, als eine Riesenschlacht des historischen Geistes seine dramatische Ader gepackt haben und er hätte ihr dann wahrscheinlich als Dramatiker, durch den einfachen Künstlerinstinkt geleitet, ebensoviel Gerechtigkeit widerfahren lassen, wie der historischen Rolle des Friedländers oder dem Unabhängigkeitskampf der schweizerischen Bauerndemokratie, obwohl er mit der bürgerlichen Revolution geistig genau so wenig zu tun hatte wie Wallenstein oder Wilhelm Tell.

Um Schiller und sein Werk aus seiner psychischen Eigenart, aus der besonderen Mischung des philosophischen und des dichterischen Elements, seine Philosophie aber in ihren Wechselbeziehungen mit seinem politisch-geistigen Milieu zu erfassen, dazu findet der Leser in Mehrings Studie Fingerzeige und Anregungen auf Schritt und Tritt. Die Mehringsche Arbeit wird deshalb gerade den wichtigsten Dienst dem Lesepublikum erweisen, auf den es jetzt in der Parteiliteratur vor allem ankommt: sie wird auf Schritt und Tritt zum Nachdenken und zum weiteren Lernen lebhaft anregen. Und dadurch bringt Mehring, indem er den Leser vor kritiklosem Nachbeten und vor jeglichem Kultus Schiller gegenüber bewahrt, zugleich die wirkliche erhabene Schönheit seines großen Lebenswerks der deutschen Arbeiterschaft nur um so plastischer vor die Augen. R. Luxemburg.

Beiträge zur Geschichte der Bevölkerung in Deutschland seit dem Anfang des neunzehnten Jahrhunderts. Herausgegeben von Friedr. Neumann. Band VII: Die Entwicklung der Bevölkerung in Württemberg usw. Tübingen 1903, H. Lauppsche Buchhandlung. 247 Seiten und mehrere Karten.

Es ist eine fleißige und methodisch korrekte Arbeit, die der Verfasser hier geliefert hat. Auf Grund von zwölf Aufnahmen, die in den Jahren 1834 bis 1867 aufgenommen wurden, um die Zollabrechnungsbevölkerung festzustellen, hat er die sogenannte Wohnbevölkerung in ihrer Zunahme nach verschiedenen Bezirken ermittelt, während er für die Zu- und Abwanderung die örtlichen Tabellen der ortsanwesenden Bevölkerung benutzte, die schon seit dem Jahre 1757 periodisch aufgenommen wurden, allein in der Praxis ihrer Führung immer mehr mit fiktiven Zahlen operierten, da sie nicht die tatsächlich ortsanwesende, sondern die in die Familienregister eingetragene Bevölkerung angaben, so daß sie von Zeit zu Zeit durch Revisionen korrigiert werden mußten. Seit 1870 wurden die in den „Württembergischen Statistischen Jahrbüchern" alljährlich veröffentlichten Zahlen verwendet. Bei der Feststellung der Bevölkerungs*bewegung* wurde die jeweils *mittlere* Bevölkerung der einzelnen Jahre zugrunde gelegt.

Die Arbeit beginnt mit dem Jahre 1813 und zieht bis zum Jahre 1835 nur das ganze Königreich in Betracht; für die Jahre 1835 bis 1856 werden auch die vier Kreise des Königreichs untersucht, jedoch ist die Behandlung dieser Periode im ganzen summarisch. Das Jahr 1835 bildet einen statistischen Einschnitt dadurch, daß mit diesem Jahre, wie schon erwähnt, die Zollvereinszählungen begannen, das Jahr 1856 durch die große Krise Württembergs und den Beginn der Bahnbauten. Von 1856 an folgt dann ein zwölfjähriger Abschnitt (bis 1868) mit den vier letzten Zollvereinszählungsperioden, dann ein dreizehnjähriger (bis 1880) und dann ein fünfzehnjähriger (bis 1895) Abschnitt, diese beiden mit vier- und fünfjährigen Zählungsperioden. Für die neueste Zeit ist die Volkszählung vom 1. Dezember 1900 mitbenutzt.

Es ist nicht ohne Interesse, die hauptsächlichsten Resultate der Arbeit zusammenzustellen und den sozialen Gesetzen nachzuspüren, die den ermittelten Bevölkerungsbewegungen zugrunde liegen mögen. Die Darstellung kombiniert in sehr anschaulicher Weise die bereits skizzierten Zählungsperioden mit den größeren und kleineren Bezirken, mit Stadt und Land, und zwar für die Bevölkerungszunahme überhaupt, dann für die sogenannte natürliche Bevölkerung (Verhältnis von Sterbefällen und Geburten) und für die Aus- und Einwanderungen. Eine kurze Untersuchung über Stand und Bewegung der württembergischen Bevölkerung seit 1856, getrennt nach dem Geschlecht, schließt die Arbeit ab.

Bei der Abgrenzung der Bezirke, die der Verfasser seiner Arbeit zugrunde gelegt hat, hat er zwischen die Oberamtsbezirke und die Kreise eine Art von Zwischenstufe eingefügt, indem er die 64 Oberamtsbezirke zu 10 Bezirksgruppen vereinigte und dabei nach Möglichkeit eine gewisse Gleichartigkeit der einzelnen Gruppen berücksichtigte. Es lag gewiß nahe, die winzigen Oberamtsbezirke zu statistischen Zwecken in größere Gebiete zusammenzufassen; allein eine derartige Einteilung bekommt doch

etwas Gekünsteltes und Willkürliches, und der Leser, der doch diese Geographie ad hoc nicht im Kopfe hat, muß immer einige Seiten zurückblättern, wenn er auf dem Laufenden bleiben will.

Im Jahre 1835 betrug die mittlere Jahresbevölkerung Württembergs 1580238 Ortsanwesende oder 87 Einwohner auf den Quadratkilometer; im Jahre 1895 war die Bevölkerung auf 2074914 Einwohner = 106,3 Einwohner auf den Quadratkilometer gestiegen, oder um ein Drittel. Der prozentuale Jahreszuwachs in dieser Zeit beträgt 0,45. Im Jahre 1900 belief sich die Bevölkerung auf 2161986 = 110,9 Einwohner auf den Quadratkilometer; in diesen fünf Jahren hat sich die Bevölkerung um 0,83 Prozent, also annähernd doppelt so stark vermehrt wie im Durchschnitt von 1835 bis 1895. Dadurch stieg der Jahresdurchschnitt von 0,43 Prozent auf 0,48 Prozent.

Bei der nun folgenden Untersuchung über die Bevölkerungsverschiebung nach Bezirken und nach Stadt und Land kommen dieselben Gesetze über die Dichtigkeit der Bevölkerung zur Geltung, wie sie bereits aus den Resultaten der Berufs- und Gewerbezählung von 1895 bekannt sind. Wir wollen diese Zahlen mitberücksichtigen, obgleich sie der Verfasser fast ganz außer acht gelassen. Bekanntlich sind Bevölkerungsdichtigkeit, großstädtische und städtische Bevölkerung und industrielle und Handelsentwicklung ziemlich korrelate Begriffe, und so zeigt sich im Reiche der Zug, daß ausweislich der Aufnahme von 1895 Sachsen als der industriereichste Bundesstaat — wenn man von den Hansestädten absieht — bei 72 Prozent Industrie- und Handelsbevölkerung und 23,14 Prozent Großstadtbevölkerung eine Volksdichtigkeit von 250 Einwohnern auf den Quadratkilometer und einen jährlichen Bevölkerungszuwachs (seit 1882) von 24,49 Prozent hatte, während das Reich bei 50,64 Prozent Industrie- und Handelsbevölkerung und 13,58 Prozent Großstadtbevölkerung eine Volksdichtigkeit von 96 Einwohnern auf den Quadratkilometer und einen jährlichen Bevölkerungszuwachs (seit 1882) von 14,48 Prozent hat. Dieses Verhältnis würde noch greller in die Augen springen, wenn man für Sachsen auch die städtische Bevölkerung heranzöge, wie dies ja bei einer Vergleichung mit Württemberg, das nur eine Großstadt, aber mehrere Mittelstädte (20000 bis 100000 Einwohner), viele Kleinstädte (5000 bis 10000) und Landstädte (2000 bis 5000) in sich birgt, nahe liegt. Der Reichsdurchschnitt der städtischen Bevölkerung erreicht mit 49,83 Prozent beinahe den Reichsdurchschnitt der Handels- und Industriebevölkerung, und in Sachsen beträgt der Anteil der städtischen Bevölkerung 68,45 Prozent, die Industrie- und Handelsbevölkerung 72 Prozent, ein Beweis, daß die Industrie auf das Land flüchtet. In Württemberg beträgt der Anteil der städtischen Bevölkerung 40,5 Prozent, die Industrie- und Handelsbevölkerung 42,91 Prozent, die Bevölkerungsdichtigkeit, wie gesagt, 106 Einwohner auf den Quadratkilometer und der jährliche Bevölkerungszuwachs (seit 1882) 5,78 Prozent. Nähme man noch die Zahlen der Landwirtschaft hinzu, so wäre es evident — was sich übrigens von selbst versteht —, daß sich diese ganze Bevölkerungsbewegung auf Kosten der Landwirtschaft durchsetzt, daß es also soziale Gesetze sind, denen diese Bewegung folgt. Diese Erscheinung wird im einzelnen auch durch das vorliegende Buch bestätigt, und zwar ebenso durch die Vergleichung der regionalen Bezirke als durch den Querschnitt des geschichtlichen Wachstums.

Württemberg hat eine Großstadt und zahlreiche Mittelstädte, Kleinstädte und Landstädte. Die Industrie folgt den Tälern des Neckars, der Donau und den Seitentälern der Nebenflüsse dieser beiden Flüsse. Doch war das mittlere und untere Neckartal sowie einige Seitentäler am Neckar schon lange vor der industriellen Entwicklung der bevölkertste Teil Württembergs, weil der dort von alters her betriebene Gartenanbau, hauptsächlich Weinbau, die Parzellierung der Grundstücke beförderte und schon in den Zeiten, wo die landwirtschaftliche Produktion maßgebend war, einer größeren Bevölkerungszahl die Existenz ermöglichte. Besonders war das untere Neckargebiet von alters her die bevölkertste Gegend Württembergs, und in der neueren Zeit war hier der Bevölkerungszuwachs am größten. Im Jahre 1835 waren die

vier Kreise Württembergs annähernd gleich stark bevölkert, wenn auch in verschiedener Bevölkerungsdichtigkeit: der Neckarkreis hatte eine mittlere Jahresbevölkerung von 446322 bei einer Dichtigkeit von 134 Menschen auf den Quadratkilometer; der Schwarzwaldkreis hatte 416859 Bevölkerung bei einer Dichtigkeit von 87,2; der Donaukreis hatte 365827 bei einer Dichtigkeit von 58,5, und der Jagstkreis hatte 351230 bei einer Dichtigkeit von 87,2. Die dünne Bevölkerung des Donaukreises rührte in der Hauptsache daher, daß dort das System der „geschlossenen Bauernhöfe“, das heißt die ungeteilte Vererbung des bäuerlichen Besitztums, wenn auch nicht rechtlich, so doch tatsächlich besteht, und außerdem die bäuerliche Bevölkerung nicht in Dörfern vereinigt, sondern in Weilern zerstreut wohnt. Dadurch ist der Parzellierung des Grund und Bodens wirksam vorgebaut. Ähnliche Zustände bestehen im Hohenloheschen, also im Jagstkreis, daher auch hier die geringe Bevölkerungszunahme, und in einem Teile des Schwarzwaldkreises.[1] Bis zum Jahre 1895 hat sich das Verhältnis zwischen Donaukreis, Jagstkreis und Schwarzwaldkreis verschoben: der Donaukreis hat an mittlerer Jahresbevölkerung (495124) den Schwarzwaldkreis (487456) und den Jagstkreis (398795) geschlagen und ist auch in der Bevölkerungsdichtigkeit (79 auf den Quadratmeter) an die dritte Stelle gerückt. Das macht: die Industrie hat sich im Donaukreis eingebürgert, im Donautal selbst und in Göppingen, Geislingen, Ulm, während sie den Jagstkreis fast ganz mied, so daß mehrere Oberamtsbezirke dieses Kreises in den letzten Jahrzehnten sogar einen Bevölkerungsrückgang verzeichneten, und sich im Schwarzwaldkreis nur sporadisch als Hausindustrie einbürgerte. Die mittlere Jahresbevölkerung des Neckarkreises war 1895 auf 693540 bei einer Dichtigkeit von 208,2 angewachsen; hier hatte die industrielle Entwicklung sich am tiefsten festgesetzt. Daß die Überflügelung der anderen Kreise durch den Donaukreis und die rapide Bevölkerungszunahme des Neckarkreises ausschließlich der Industrie zu danken ist, zeigt noch die Heranziehung der Zahlen von 1856, welche noch dasselbe Verhältnis der vier Kreise aufweisen wie im Jahre 1835. Die Verschiebung tritt erst mit dem Jahre 1856 ein, wo der Bahnbau und die gewerbliche Entwicklung neue Bevölkerungsgesetze schufen.

Noch anschaulicher wird die Einwirkung der industriellen Entwicklung, wenn man innerhalb der einzelnen Kreise die industriellen und die landwirtschaftlichen Bezirke unterscheidet. Die sieben Oberamtsbezirke Stuttgart, Cannstatt, Heilbronn, Stuttgart-Amt, Ludwigsburg, Eßlingen, Besigheim, die nur 5 Prozent der Fläche des Königreichs betragen, umfaßten schon 1856 13 Prozent und 1895 21 Prozent der Gesamtbevölkerung Württembergs, so daß auf den Quadratkilometer 1856 in dieser Gruppe 227, 1895 427 Einwohner entfielen, das ist mehr als das Vierfache des Durchschnitts im ganzen Königreich. Noch mehr: in den vierzig Jahren von 1856 bis 1895 hat Württemberg um 402000 Personen zugenommen; die Hälfte davon, 200989, kam auf diese sieben Bezirke. Der ganze Neckarkreis hatte nur einen Zuwachs von 218547; von diesem fielen auf die sieben industriellen Bezirke 200989, auf die übrigen Oberamtsbezirke nur 17558. Die landwirtschaftliche Bevölkerung dieser Bezirksgruppe betrug 90813, die industrielle 197976.

Eine weitere Erscheinung der industriellen Bevölkerungsverteilung ist das enorme Wachstum der Gemeinden in der Nähe der Großstädte und industriellen Mittelstädte so Zuffenhausen und Feuerbach in der Nähe von Stuttgart, Böckingen in der Nähe von Heilbronn, so daß zu den fünf Städten dieses Kreises noch drei Arbeitervorstädte

---

[1] Im Jahre 1857 fielen auf einen Grundeigentümer in ganz Württemberg 8,99 Morgen, im Neckarkreis 5,06, im Schwarzwaldkreis 6,63, im Jagstkreis 11,68, im Donaukreis 16,29 Morgen. Nach der Berufs- und Gewerbezählung von 1895 betrug im Neckarkreis die durchschnittliche Größe eines landwirtschaftlichen Betriebs 17,21 Ar, im Schwarzwaldkreis 28,82, im Jagstkreis 35,16, im Donaukreis 53,99, in ganz Württemberg 31,35 Ar. Die landwirtschaftlichen Besitzverhältnisse weisen also die übliche Kontinuität auf. Näheres vergleiche Ergänzungsband I zu den „Württembergischen Jahrbüchern für Statistik und Landeskunde“, 3. Heft. 1900.

kommen. Von diesen ist Zuffenhausen von 1856 bis 1895 von 1867 auf 5581, Böckingen von 1715 auf 5012, Feuerbach von 2653 auf 6716 angewachsen; die prozentuale Durchschnittszunahme von Zuffenhausen und Böckingen übertrifft sogar diejenige von Stuttgart und Cannstatt, diejenige von Feuerbach die der Städte Heilbronn, Ludwigsburg, Eßlingen, wobei noch zu beachten ist, daß in den Städten Stuttgart, Heilbronn und Ludwigsburg beträchtliche Garnisonen liegen.

Ein kleineres Industriegebiet ist dasjenige in den Seitentälern des Neckars und der Donau, im Filstal, Rems- und Kochertal, im Brenz- und Lonetal; es umfaßt die Bezirke Göppingen, Geislingen, Gmünd, Aalen, Heidenheim und Ulm und umfaßt Gebiete des Donaukreises (Göppingen, Geislingen, Ulm) und die wenigen Industriestädte des Jagstkreises (Gmünd, Aalen und Heidenheim). Auch hier ist die Bevölkerungsdichtigkeit gewachsen, doch nicht annähernd so stark wie im Neckargebiet; eine ähnliche relative Zunahme weist das Industriegebiet des mittleren Neckars auf: Reutlingen, Tübingen, Urach, Nürtingen, Kirchheim. Im übrigen Württemberg hat die Bevölkerungsbewegung keine abnormen Erscheinungen aufzuweisen, wenn man nicht hieher den absoluten Rückgang der Bevölkerung in einigen vorwiegend landwirtschaftlichen Oberamtsbezirken rechnen will; es sind dies nicht weniger als 9 von 64, mit einem absoluten Rückgang von 5254 Personen in den Jahren 1856 bis 1895. Das ist das Gegenstück zu der industriellen Bevölkerungsverdichtung.

Der historische Querschnitt, den der Verfasser im folgenden Kapitel gibt, weist dieselben Gesetze auf: in früheren Zeiten kleinbäuerlicher und kleinbürgerlicher Struktur sind Bevölkerungsrückgänge die Folge von Kriegen, Mißernten, Auswanderungen; umgekehrt führen gute Zeiten zur Volksvermehrung und da, wo nicht der Gebrauch es verbietet, zur weitgehenden Parzellierung. Mit dem Einsetzen der Entwicklung des Verkehrs (Bahnbauten) und der Industrie zeigt die Bevölkerungsbewegung eine absolut und immer intensiver steigende Tendenz, sich wieder nach den industriellen Bezirken zu konzentrieren. Mit einem Worte: die geschichtliche Analyse liefert die Gegenprobe auf die Resultate der regionalen Untersuchung.

Auch Ermittlungen über die natürliche Zunahme der Bevölkerung, das heißt deren Gestaltung durch das Verhältnis zwischen der Zahl der Sterbefälle und der Geburten, führen zu keinen neuen Resultaten; die abnorme Fruchtbarkeit der württembergischen Bevölkerung wird durch eine ebenso abnorme Sterblichkeit, insbesondere Kindersterblichkeit, ausgeglichen, so daß sie mehr ethnographischen Wert, als eine soziale Wirkung hat. Auch die Ein- und Auswanderungsstatistik weist, soweit sie auf die Bewegung zwischen Württemberg und außerhalb Württemberg ein Licht wirft, nur den starken Wandertrieb des schwäbischen Stammes nach; soweit sie innerhalb Württembergs Resultate liefert, bestätigt sie wiederum die Untersuchungen über die Bevölkerungsbewegung, nur mit der Ergänzung des Woher und Wohin. Auch die Beigabe über Stand und Bewegung der Bevölkerung, getrennt nach dem Geschlecht, bringt keine neuen sozialen Gesichtspunkte oder Resultate auf, so daß wir sie an dieser Stelle übergehen können.

Es wäre zu wünschen, daß diese methodischen Untersuchungen auch auf andere Bundesstaaten ausgedehnt würden. Die Veröffentlichungen des Kaiserlichen Statistischen Amtes lassen hier eine Lücke. Während die Resultate der Berufs- und Gewerbezählung von 1895 sowohl in der Berufsstatistik als auch in der Gewerbestatistik nach Bundesstaaten, nach Großstädten und sogar nach Verwaltungsbezirken differenziert sind, ist der Stand und die Bewegung der Bevölkerung des Deutschen Reiches nur in einer Publikation gewürdigt, die die fremden Staaten hereinzieht und mit dem Jahre 1886 abschließt. Auch die Volkszählungsergebnisse — die letzte war am 1. Dezember 1900 — sind nicht nach Bundesstaaten verarbeitet. Hier hat die private buchhändlerische Initiative noch ein weites Feld. Nur das Württembergische Statistische Landesamt hat bis jetzt die Resultate der Bevölkerungszählung vom 1. Dezember 1900 verarbeitet. gj.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 32 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Johann Jacoby.

♂ Berlin, 3. Mai 1905.

Wenn es dem Wochenchronisten der „Neuen Zeit" gestattet ist, ausnahmsweise einmal von seiner Person zu sprechen, so mag er nicht verhehlen, daß ihm in den letzten Tagen bittere Vorwürfe aus ihrem Leserkreis gemacht worden sind. Man hat ihn als den „letzten Schüler von Guido Weiß" herbe getadelt, daß er zum 1. Mai, dem hundertsten Todestag Johann Jacobys, nicht einen huldigenden Artikel für diesen tapferen und treuen Mann geschrieben habe, wie es nicht nur von den sozialdemokratischen Tageszeitungen, sondern auch von manchen bürgerlichen Blättern, so von der „Vossischen Zeitung", in würdiger Weise geschehen ist.

Es soll hier keine lange Rechtfertigung gegen diese Vorwürfe versucht werden; worauf es eigentlich bei der Sache ankommt, spricht einer der Beschwerdeführer in den Worten aus: „Sie waren in ganz Deutschland der einzige, der über Jacoby schreiben konnte, so nämlich, wie es Jacoby verdient, in der Art, wie man noch zu Zeiten Guido Weißens schrieb." Aber das ist gerade die eigentliche Schwierigkeit; man kann heute nicht mehr in der Art schreiben, wie man in den Tagen schrieb, wo Guido Weiß seine kleinen stilistischen Kunstwerke schuf, die niemals übertroffen worden sind und in ihrer besonderen Art nun auch niemals mehr erreicht werden können. Will man über Johann Jacoby so schreiben, wie er es allein verdient — das heißt, so ehrlich wahr, wie er selbst dachte, sprach und schrieb —, dann fallen mehr die Schatten- als die Lichtseiten — zwar nicht seiner Person, aber seiner öffentlichen Tätigkeit — ins Auge. Das macht der Wandel der Zeiten, dem wir alle unterworfen sind.

Für seine Person steht Jacoby in makelloser Reinheit da. Aber dies höchste Lob der Person enthält schon, wenn nicht eine Anklage, so doch einen Verdacht gegen den Politiker. Denn die Politik ist ein hartes Handwerk, und wer in ihr Großes und Neues schaffen will, der kommt niemals ohne Risse und

Wunden, ohne Beulen in seiner Rüstung und ohne Staub auf seinem Kleide davon. Das gilt auch von den großen Vorkämpfern der Arbeiterklasse. Die Lassalle und Marx sind so wenig wie die Lessing und Schiller ohne Fehl durch ein bewegtes Leben des Kampfes geschritten. Jacoby wäre eine einzige Erscheinung in der Geschichte, wenn er ein großer Politiker gewesen und dabei doch — um die Sache etwas derb, aber ohne spöttischen Nebensinn auszudrücken — ein großer Musterknabe geblieben wäre. Allein man braucht nur ein paar Stunden daran zu wenden und die beiden kleinen Bände seiner Gesammelten Reden und Schriften durchzulesen, um sie mit der Erkenntnis aus der Hand zu legen: Jacoby war kein großer, ja er war auch nicht einmal ein konsequenter Politiker, so parador gerade diese Behauptung klingen mag.

Man rühmt an ihm, daß er schon im Juni 1848, inmitten der lärmenden Tagespolitik, seinen Berliner Wählern dargelegt habe, nicht die politische Freiheit sei das letzte Ziel, sondern auf sie gegründet die Reformation der Gesellschaft, das aus sittlicher Freiheit erwachsende Wohlergehen, das menschenwürdige Dasein Aller, und nicht sei das zu erreichen durch die Anstrengungen eines einzelnen Volkes, sondern durch aller Kulturvölker verbündete, durch internationale Arbeit. Jedoch man vergißt, hinzuzufügen, daß Jacoby zehn Jahre später, beim Eintritt der preußischen Regentschaft, den von Lassalle so scharf gegeißelten „Krönungsochsenjubel der Bourgeoisie“ mitgemacht, auf einige leere Worte hin „das wahrhaft männliche, verfassungsgetreue Auftreten des Prinzregenten“ — des späteren Kaisers Wilhelm — laut gepriesen und selbst das allgemeine, gleiche Wahlrecht, das den Massen durch einen schnöden Gewaltstreich geraubt worden war, zwar nicht preisgegeben, aber doch auf die lange Bank geschoben hatte. Jacoby ist zweimal den Weg vom preußischen Konstitutionellen bis zur Schwelle der Sozialdemokratie gegangen, das eine Mal von 1841 bis 1848, das andere Mal von 1858 bis 1872.

Bis zur Schwelle der Sozialdemokratie, denn Sozialdemokrat ist Jacoby nie gewesen. Er hat es auch nie sein wollen; er wollte mit seinem Übertritt zur Arbeiterpartei nur einen formalen Protest gegen ein Unrecht richten, das einigen Parteimitgliedern von der Klassenjustiz zugefügt worden war; als Grund seines Übertritts gab er allein „die Verhandlungen in dem Hochverratsprozeß gegen Liebknecht, Bebel und Genossen“ an. Es war eine ehrliche und mutige, aber eine politische Tat war es nicht, und das schmähende Wort der damaligen liberalen Presse: Wenn die Leutnants Sobbe und Putzki einen Hausknecht totstechen, so werde ich doch nicht Hausknecht, um meine Abscheu vor dem schmählichen Morde zu bekunden, war zwar in seiner brutalen Form verwerflich, aber gegen seine Logik war schwerer anzukommen. Das Grundprinzip der sozialdemokratischen Partei, den proletarischen Klassenkampf, lehnte Jacoby ab; er unterschrieb einen fortschrittlichen Aufruf, worin gesagt war, daß für diesen Kampf in Deutschland kein Raum sei, zur selben Zeit, wo er seine bekannte Rede über das Ziel der Arbeiterbewegung hielt und darin entwickelte, durch gemeinsames Handinhandgehen der Arbeiter mit den Unternehmern und der Staatsgewalt müsse die Arbeiterfrage gelöst werden. Von seinem Standpunkt durchaus konsequent weigerte sich Johann Jacoby dann auch, praktische Partei-

arbeit zu leisten, indem er das Mandat zurückwies, das ihm die sozialdemokratische Partei bei den Wahlen des Jahres 1874 im Leipziger Landkreise erobert hatte. Es ist auch ganz richtig, was die „Frankfurter Zeitung“ am 1. Mai in ihrem Gedenkartikel auf Jacoby schrieb: „Ob er, mit seinem vornehmen Geiste, auch die Fort- oder Rückentwicklung mitgemacht hätte, welche man nun an der sozialdemokratischen Partei beobachtet, und ob er nicht mit Sorge auf ihre Preß- und Wahlpraktiken sähe, ist eine leicht zu beantwortende Frage.“ Gewiß ist diese Frage leicht zu beantworten, und sie muß ganz im Sinne der Frankfurterin beantwortet werden, nur daß, was sie Jacobys „vornehmen Geist“ zu nennen beliebt, in der Tat Jacobys Verhängnis war.

Wie bei jedem ganzen Mann alle Stärke und alle Schwäche aus demselben Prinzip fließt, so auch bei Jacoby. Er war die fleischgewordene Ethik Kants, die er noch reiner und strenger lebte, als sie der Meister selbst gelehrt hatte; Jacoby hätte nie mit Klauseln und Kniffen zu beweisen gesucht, daß ein Prediger Lehren, an die er nicht glaube, von der Kanzel verbreiten dürfe. Hier liegt die wahre Konsequenz von Jacobys Leben, und ihr wird, so wie sie Jacoby weniger mit attischem Salze als mit spartanischem Mute vertrat, immer rücksichtslos die Sache über die Person stellend, niemand bewundernde Anerkennung versagen. Kants kategorischer Imperativ, das Recht, das doch Recht bleiben müsse, und ob eine Welt daran untergehe; das Unrecht, das man dem Gegner nicht tun dürfe, wenn man nicht wolle, daß es einem selbst geschehe — das war die Welt, in der Jacoby lebte, und mit den Waffen, die er aus ihr holte, bekämpfte er als bürgerlicher Liberaler unerbittlich die absolutistische und feudalistische Reaktion. Es darf auch keineswegs verkannt werden, daß alle Reaktion gerade von solchen Waffen am empfindlichsten berührt wird; Jacoby ist von den Reaktionären aller Sorte heftiger angefeindet worden als andere Gegner, die ihnen tatsächlich viel gefährlicher waren. Es ist die alte Geschichte: Niemand wird von Cäsar so ingrimmig gehaßt wie Cato, aber leider siegt Cäsar regelmäßig über Cato.

Jacoby hat nie erkannt, daß die kleinbürgerliche Ethik, die er aus Kant entnommen hatte, weder eine alte Welt zertrümmern noch eine neue Welt schaffen konnte. Abseits der großen historischen Entwicklung war sie ausspintisiert worden, und wie sein Meister selbst, so war Jacoby des historischen Sinnes bar. Hier tut sich die breite Kluft auf zwischen ihm und Marx. Beide Männer gehen in ihrem öffentlichen Leben von demselben Punkte aus, von dem Kampfe um eine preußische Verfassung, der nach der Thronbesteigung Friedrich Wilhelms IV. im Jahre 1840 entbrannte. Aber wie verschiedene Wege schlagen sie von vornherein ein! Jacoby pocht wieder und wieder auf das Verfassungsversprechen, das der Vater des Königs im Jahre 1815 feierlich verkündigt hatte; dies Versprechen mußte eingelöst werden, so gebot es der kategorische Imperativ. Marx dagegen beunruhigte den Hochseligen gar nicht erst wegen seines leichtfertigen Wortbruchs in der Gruft seiner Ahnen, sondern wies aus der Fülle der historischen Wissenschaft die Notwendigkeit einer preußischen Verfassung nach. Es war von vornherein klar, daß Jacobys Politik den neuen König und seine Junker aufs äußerste reizen mußte, aber sonst nichts erreichen konnte,

denn um des kategorischen Imperativs willen dachten so hartgesottene Sünder nicht daran, auch nur auf das kleinste ihrer Vorrechte zu verzichten. Freilich haben auch die damaligen Aufsätze von Marx keine praktische Wirkung gehabt, jedoch nur deshalb nicht, weil sie für den deutschen Philister zu hoch waren, während Jacobys damalige Broschüren die Standarten der deutschen Spießbürgerei wurden, unter denen sie sich glücklich im Kreise herumgedreht hat. Marx an seinem Teile suchte und fand andere Hebel, eine verrottete Welt aus den Angeln zu heben.

Dagegen mußte Jacoby mit seiner kleinbürgerlichen Ethik, die ihm kein Führer auf dem politischen Boden der modernen Klassenkämpfe sein konnte, ihn auf diesem Boden vielmehr irreführen mußte, zuletzt völlig vereinsamen. Ihr völliges Versagen lag nach dem großen Rechtsbruch von 1866 klar zutage. Nach dem kategorischen Imperativ hätte Bismarck gestürzt und der Deutsche Bund wiederhergestellt werden müssen, eine Konsequenz, die Jacoby doch nur mit den Worten anzudeuten wagte, daß Bismarcks Werk uns von dem ersehnten Ziele deutscher Einheit und Freiheit weiter entferne als selbst der frühere Bundestag. Augen- und Ohrenzeugen haben wiederholt den erschütternden Eindruck der Rede geschildert, mit der Jacoby im August 1866 im preußischen Abgeordnetenhaus gegen die Gewaltpolitik protestierte, aber es blieb ein unfruchtbarer Protest. In hellen Haufen verlassen von denen, die nur mit den Lippen die Grundsätze bekannt hatten, die er im Hirn und im Herzen trug, fand Jacoby den Weg nicht zu denen, in deren Schoße die Zukunft ruhte. So fremd ihm die Arbeiterbewegung war, so empfand er doch mit sicherem Instinkt, daß er in ihren Reihen nicht die kleinbürgerliche Ethik finden würde, die sein ganzes Leben bewegt und erfüllt hatte.

In einer der Zuschriften, die im Eingange dieser Zeilen erwähnt wurden, wird von der „tragischen Rolle dieses einsamen Literaten" gesprochen. Darin liegt viel Wahres. Jacoby wurde zum einsamen Manne unter den Seinen, durch die tragische Schuld, daß er ihre Ideale nicht in feiger Fahnenflucht verließ, aber sie ehrlicher und klarer vertrat, als sie verdienten und vertrugen.

Zum Jubiläum des Don Quixote.

Von **H. Ströbel.**

Vierhundert Jahre sind heuer gerade verflossen, daß der Don Quixote das Licht der Öffentlichkeit erblickte, jener Roman, der nicht nur als die tiefsinnigste Dichtung gefeiert worden ist, die je ein Romandichter geschaffen, sondern der auch einen geradezu beispiellosen Erfolg erlebte. In Spanien selbst wurden mehr als 400 Ausgaben des Don Quixote veranstaltet, von den englischen Übersetzungen mehr als 200, von den französischen etwa 170, von den italienischen zirka 100, von den deutschen einige 70 usw. Sogar eine Übertragung ins Lateinische wurde vorgenommen.

Manchem von uns Heutigen wird bei der Lektüre des Buches die Frage aufgestiegen sein: Wie war es nur möglich, daß das Buch bei aller seiner Vortrefflichkeit einen solchen Erfolg haben konnte? Stehen sein Witz, sein Tiefsinn

denn wirklich so außer allem Vergleich? Oder beruht nicht wenigstens der posthume Erfolg des Buches im Ausland auf einer Suggestion, ähnlich wie sie manchen Werken der Jetztzeit zu einer beispiellosen Popularität verhilft? Bevor wir diese Fragen zu beantworten versuchen, seien einige kurze Daten über die Persönlichkeit des Dichters vorausgeschickt.

Miguel de Cervantes Saavedra wurde 1547 zu Alcala geboren. Er studierte — so vermutet man — zu Salamanca und Madrid Theologie und schöne Wissenschaften. In Madrid publizierte er seine ersten dichterischen Versuche, die jedoch so wenig Teilnahme fanden, daß der junge Poet verdrießlich den Staub seines Vaterlandes von den Füßen schüttelte und 1569 nach Italien reiste. Dort war ihm jedoch das Glück so wenig hold, daß er sich gezwungen sah, Kammerdiener eines römischen Kardinals zu werden. Im Jahre 1570 ließ sich Cervantes als gemeiner Soldat zu den spanisch-neapolitanischen Truppen anwerben. Er machte im folgenden Jahre die Schlacht bei Lepanto mit, in der er sich durch Tapferkeit auszeichnete. Als Erinnerung an seine soldatische Bravour behielt der Dichter eine völlige Lähmung und Verstümmlung seines linken Armes zurück, der von mehreren Kugeln getroffen worden war. Im Jahre 1575 geriet Cervantes, auf einer Urlaubsreise begriffen, in die Gefangenschaft algerischer Seeräuber, aus der ihn erst, nachdem mehrere kühne Flucht- und Rebellionsversuche mißglückt waren, im Jahre 1580 das mühsam aufgebrachte Lösegeld der Familie befreite. Wiederum nahm Cervantes auf mehrere Jahre Söldnerdienste an, bis er sich 1583 verheiratete und abermals der literarischen Tätigkeit zuwandte. Er schrieb einen Schäferroman und einige dreißig Dramen; der Ertrag war aber kein besonders glänzender, so daß der Poet froh sein mußte, vorübergehend einen kleinen Beamtenposten zu erhalten, von dem er freilich nachträglich noch allerlei peinliche Scherereien hatte. Im Jahre 1605 veröffentlichte er den ersten Teil seines Don Quixote. Das Werk soll anfangs unbeachtet geblieben sein, bis der Verfasser durch einen Reklametrick — die Aussprengung, sein Buch sei ein Pasquill auf hochgestellte Personen — Sensationsinteresse dafür erweckt habe. Diese Lesart wird jedoch von anderer Seite entschieden bestritten. Nur das steht fest, daß von dem Buche binnen einem Jahre vier Auflagen erschienen. Das Werk wurde aber nicht nur eifrig gelesen, sondern auch so sehr angefeindet, daß Cervantes mehrere Jahre lang nichts mehr herauszugeben wagte. Erst 1615 veröffentlichte er, gereizt durch die unberufene Fortsetzung seines Romans durch einen anderen, den zweiten Teil des Don Quixote. Das letzte Werk des Dichters bildete ein schwulstiger, weitschweifiger und mirakelreicher Reise- und Ritterroman, so ziemlich Cervantes' schwächstes Werk, das der Verfasser gleichwohl in allem Ernste für sein wohlgelungenstes hielt.

Der Dichter starb am 23. April 1616 in den dürftigsten Verhältnissen. Die Verbreitung seines Don Quixote hatte wohl die Buchhändler, nicht aber ihn bereichert.

* * *

Der Don Quixote wurde in Deutschland berühmt durch die Romantische Schule. Tieck übersetzte den Roman, und seine literarischen Freunde feierten ihn als ein unübertreffliches poetisches Meisterwerk. A. W. Schlegel nennt ihn die „unvergleichlichste Historie“, was auch hinfüro noch ersonnen werden möchte. Die Romantiker erblickten in dem Roman ein drastisches Beispiel jener romantischen Ironie, jener überlegenen, spielerischen Weltbelächelung, die ihre ästhetische Konfession ausmachte, während das Werk in Wirklichkeit eher eine Ironi-

sierung der Romantik darstellte. Die hohe Schätzung der Romantiker brachten dem Werke auch die Gegner der Romantik entgegen. So auch Heine, der meint, Cervantes habe, freilich ohne sich dessen selbst bewußt zu werden, die „größte Satire gegen die menschliche Begeisterung" geschrieben. Andere Autoren gingen noch weiter. Während Heine doch nur von einer unbewußten Satire redet, legten sie dem Dichter die Absicht unter, durch eine großartige Allegorie die Gegensätze zwischen Geist und Materie, Ideal und Wirklichkeit, Poesie und Prosa zur Darstellung bringen zu wollen! Das ist freilich barer Unsinn, denn Cervantes war kein moderner Romantiker und Ästhet, sondern ein naives Kind einer naiven Zeit. Das beweist der literarische Gesamtcharakter des Dichters mit aller Deutlichkeit.

Cervantes' Dichtungen würden sich in keiner Weise, außer teilweise durch ihre rein ästhetischen Qualitäten, von den Produktionen der ganzen damaligen Dichtergeneration abheben, wenn er nicht seinen Don Quixote geschrieben hätte. Was der Dichter außer diesem satirischen Zeitroman verfaßt hat, seine Dramen, seine Komödien und Possen, seine Novellen und seine Schäfer- und Ritterromane, unterscheidet sich nach Form und Inhalt sehr wenig von den landläufigen Literaturerzeugnissen des damaligen Spanien. Von den zwei erhaltenen Dramen besitzt das eine nur historisches und biographisches Interesse durch die Schilderung der Behandlung, die den gefangenen Christensklaven in Algier zuteil wurde. Das andere Drama, „Numancia", schildert mit dramatischer Wucht und Steigerung den heldenmütigen Kampf der Stadt gegen Scipio Ämilianus. Die Dichtung verherrlicht den kriegerisch-patriotischen Geist der Verteidiger, die sich in heroischer Selbstvernichtung unter den rauchenden Trümmern ihrer Stadt begraben lassen, ist also ganz im Sinne jener Heldenverehrung gehalten, die zu Cervantes' Zeit neben der Heiligenverehrung und mystischer Wundersüchtelei die Gemüter erhitzte. In seinen Komödien und Possen ergötzt Cervantes gleich manchen dichtenden Zeitgenossen durch phantastische und witzige Einfälle, in seinen Novellen schildert er in derber Realistik komische Szenen aus dem niederen Volksleben, ein literarisches Motiv, das gleichfalls schon reichlich verwendet worden war. Sein letzter Roman, „Die Leiden des Persiles", vollends war eine mit abenteuerlichem Spuk vollgepfropfte Reiseerzählung, wie sie vor Cervantes so beliebt waren, ein Werk, das um so seltsamer anmutet, als es ganz im Stile jener weitläufigen, schnörkelhaften Ritterromane gehalten war, denen Cervantes doch durch seinen Don Quixote den Garaus machen wollte.

Und dieser Dichter, der so ganz Kind seiner Zeit war, dessen naive Weltanschauung in der seiner Zeit restlos aufging, der Verherrlicher des nationalen Heldentums, der willige Schleppenträger des Absolutismus und Pfaffentums, ist zugleich der Schöpfer des größten satirischen Zeitromans. Welch verblüffende Widersprüche!

* * *

Um den widerspruchsvollen Charakter der Dichtung und der Persönlichkeit des Cervantes zu verstehen, muß man sich in den Charakter seiner Zeit hineinversetzen. Der Dichter ist nur der getreue Spiegel seines Zeitalters. Von anderen Dichtern seiner Zeit unterscheidet er sich nur durch das reinere Kristall seines Geistes, das die kaleidoskopartigen Bilder seines Zeitalters besonders grell und klar reflektierte. Sehr richtig drückt das Heine mit den Worten aus: „Weder Shakespeare noch Cervantes können auf Originalität in unserem Sinne Anspruch machen. Sie unterscheiden sich von ihren Zeitgenossen keineswegs

durch besonderes Fühlen und Denken, sondern nur durch bedeutendere Tiefe, Innigkeit, Zärte und Kraft; ihre Dichtungen sind mehr durchdrungen und durchflossen vom Äther der Poesie."

Unsere biographischen Bemerkungen bewiesen, daß Cervantes mit Leib und Seele Nationalspanier war. Die Lust am soldatischen Treiben, das Entflammtsein für Waffenruhm waren ihm so gut eigen wie eine brünstige Rechtgläubigkeit, zwei Eigenschaften, die damals Gemeingut der Nation waren. Dieser spanische Nationalcharakter aber hatte sich überaus natürlich aus den politischen und sozialen Verhältnissen Spaniens heraus entwickelt.

Die kriegerischen Neigungen waren dem Volke durch die vielhundertjährigen Kämpfe gegen die erobernd eingedrungenen und allmählich wieder aus dem Lande herausgedrängten Araber eingeimpft worden. Dieser Kampf gegen das rassefremde Volk, gegen die Repräsentanten einer anderen Kultur war unter dem Kreuzeszeichen geführt worden. Wie überall, wo sich Rassenfeindschaft mit Religionshaß verquickt, hatte auch hier der Kampf einen besonders erbitterten und barbarischen Charakter angenommen. Solange die Mauren noch ebenbürtige Gegner waren, hatte die ihnen eigentümliche Ritterlichkeit auch auf die Spanier abgefärbt und manchen chevaleresken Zug in das blutige Ringen getragen; als aber die Macht der Mauren mehr und mehr dahinsank, verwandelten sich die siegreichen Spanier in immer fanatischere und unbarmherzigere Verfolger. Mit der spanischen Ritterlichkeit hatte es ohnehin seine eigene Bewandtnis: sie bestand zur Hauptsache in hohlen, konventionellen Ehrbegriffen, die mit wahrhaft hochherziger Gesinnung sehr wenig zu tun hatten und sich mit brutaler Grausamkeit und tückischer Hinterlist sehr wohl vertrugen. Der durch die eigenartige historische Entwicklung in Fleisch und Blut der Nation übergegangene kriegerische und bigotte Geist suchte und fand auch im sechzehnten Jahrhundert reiche Gelegenheit zur Betätigung. Die Entdeckung der neuen Welt lockte zu abenteuerlichen Eroberungsfahrten, zu den Raubzügen und Bekehrungsbestialitäten der Konquistadoren. Und gar die dynastische Heiratspolitik mit ihrer Verwicklung in die habsburgischen Weltherrschaftshändel brachte dem Lande eine nicht abreißende Kette kriegerischer Verwicklungen. Die spanischen Heere kämpften am Po, an der Elbe, in den Niederlanden, in Mexiko und Peru, und wenn etwa die ewigen Kämpfe gegen das Ausland einer Abwechslung bedurften, so war dafür durch Maurenaufstände im Innern des Landes ausgiebig gesorgt.

Der furor hispanicus, in dem sich kriegerische Abenteurersucht und religiöser Fanatismus innig durchdrangen, scheint die ganze Nationalseele verseucht und gegen andere Empfindungen abgestumpft zu haben. Zum mindesten suchen wir in der zeitgenössischen poetischen Literatur vergebens nach einem höheren Lebensinhalt, nach Idealen sozialer und humanitärer Art. Auch das erklärt sich aus der Geschichte Spaniens. Die Macht des Bürgertums war durch Karl V. völlig gebrochen worden. Der fürstliche Absolutismus und die mit ihm eng verbündete Kirche waren damals die einzigen öffentlichen Mächte. Im fünfzehnten Jahrhundert noch hatten die Städte eine Macht repräsentiert, die den Feudalismus durch ihre „heilige Hermandad" in Schranken zu halten wußte. Nachdem jedoch die Königsgewalt den unbotmäßigen Adel mit Hilfe der Städte zur Raison gebracht und in einen ergebenen Hof- und Beamtenadel verwandelt hatte, nachdem sie die Interessen der Kirche zu den ihrigen gemacht und sich in der Inquisition eine furchtbare Waffe gegen alle freiheit-

lichen Elemente geschaffen hatte, trat sie auch das Bürgertum der Städte unter ihre Füße. Die Städte erlagen nicht ohne tapfere Gegenwehr. Sie schlossen einen Verteidigungsbund und formulierten ein scharfes Programm gegen den Absolutismus. Sie verlangten Aufhebung der Steuerfreiheit des Adels, eine vernünftige Etatspolitik, weitreichende Selbständigkeit der Kommunen. Aber der Absolutismus siegte, und er und die Kirche teilten sich fortan in die Macht über Leib und Seele der Untertanen.

Man weiß, in welch furchtbarem Zusammenbruch das kurze Weltherrschaftsdelirium Spaniens endete. Die Niederländer erkämpften ihre Unabhängigkeit und vernichteten Spaniens Kolonialhandel und Seeherrschaft. Man weiß, wie Philipp II. durch ein unsinniges Steuersystem den Wohlstand des Landes untergrub, Gewerbe und Handel vernichtete, wie er durch Kriege, Inquisition und Maurenverfolgungen das Land entvölkerte. Die Bevölkerung war bei seinem Tode im Jahre 1598 von 10 auf 8 Millionen gesunken, dafür aber mit ungeheurer Steuer- und Schuldenlast beladen worden. Auch hatte das ausgeplünderte Volk 400000 geistliche Tagediebe zu unterhalten, sowie annähernd ½ Million gleichwertige Beamten. Die ehrliche Arbeit, mit der man ja doch nur Pfaffenbäuche mästen mußte, war in Mißkredit geraten. Wer es irgend vermochte, hatte sich eine Beamtensinekure ergattert oder in einem geistlichen Orden geborgen; eine Unzahl Bettler trieb sich trotzdem im Lande herum.

Und trotz dieses rapiden Zusammenbruchs atmen die Werke der damaligen Dichter keinerlei oppositionellen Geist. Trotz des unaufhaltsamen staatlichen und sozialen Zerfalls begegnen wir noch bei Calderon, der erst im Jahre 1600 geboren wurde, der dithyrambischen Verherrlichung des Absolutismus, des Rittertums und der Kirche! Aber auch diese auf den ersten Augenblick befremdende Erscheinung verliert ihre Seltsamkeit, wenn wir bedenken, daß die damaligen Dichter ausnahmslos dem Soldatenstande oder der Geistlichkeit angehörten, daß sich ihnen die Welt im Geiste dieser Stände spiegelte. Obendrein existierte in Spanien keine oppositionelle Klasse, die gegen das herrschende System und die herrschende Weltanschauung angekämpft hätte. Mit der Unabhängigkeit der spanischen Städte war es vorbei; die Bürgerfreiheit konnte um so weniger wieder aufleben, als die Nährquellen bürgerlicher ökonomischer Macht nach dem Sturz der spanischen Weltherrschaft immer hoffnungsloser versiegten.

* * *

Um die literarische Persönlichkeit Cervantes völlig zu verstehen und objektiv zu würdigen, ist es ferner nötig, daß wir uns den literarischen Zustand Spaniens kurz vergegenwärtigen.

Den ersten poetischen Niederschlag der Maurenkriege bildete die volksmäßige Heldenepik, deren Hauptgegenstand Cid Campeador, der unvergleichliche Heidenbesieger, bildet. Diese Heldenlieder, deren eigenartige Form die Romanze war, liefen jahrhundertelang nur von Mund zu Munde, um erst im fünfzehnten und sechzehnten Jahrhundert aufgezeichnet zu werden. Auch die schulgerechte Kunstpoesie knüpfte an den Heldenkreis der Volksdichtung an. Aus dieser Nationalepik und der von der Geistlichkeit schon früh sorgfältig gepflegten geistlichen Legende formte sich eine dritte Gattung der Poesie, die Ritterepopöe, deren Helden gleichermaßen Muster an kriegerischer wie an Glaubensstärke waren. Von dem ritterlichen Epos gelangte man zum Ritterroman. Neben dem Ritterroman gedieh auch der Schäfer- und Schelmenroman, der letztere bereits mit humorvoller Sittenmalerei und satirischer Spiegelung des Volks-

lebens. Zuletzt erschien das Drama auf der Bildfläche, jetzt aber auch gleich in ungeheuerlicher Wucherung, als Heldenstück, als religiöses Mysterium, als höfisches Salonstück, als Scherzspiel, als Burleske. Wenn man sich von dem tropischen Reichtum der dramatischen Literatur des damaligen Spaniens eine Vorstellung machen will, braucht man nur an die Produktivität und Vielseitigkeit des fruchtbarsten Komödiendichters zu denken: an Lope de Vega. Dieser Krösus in literarischer Scheidemünze schrieb annähernd 2000 Komödien und Dialoge; man rechnet ihm mehr als 21 Millionen Verse nach. Lope schrieb nicht nur vieles, sondern auch vielerlei. Er behandelte Haupt- und Staatsaktionen, er streute der Kirche qualmenden Weihrauch, er verherrlichte den Nationaldünkel, er zollte in simplen Possen voll anspruchsloser Situationskomik dem vulgärsten Geschmack seinen Tribut. Aus Geschichte und Mythe, aus dem öffentlichen und häuslichen Leben der höchsten wie der niedersten Schichten holte er sich seine Stoffe. Sein ästhetisches Programm war ein sehr einfaches: die Komödie, sagte er, habe den Zweck, die Handlungen der Menschen nachzuahmen und die Sitten der betreffenden Zeit zu malen; von der Tragödie unterscheide sich die Komödie dadurch, daß sie niedere und plebejische Handlungen darstelle, die Tragödie aber hohe und königliche. Lope de Vegas Dichtung spiegelt eine Fülle von Leben, eine schier unerträgliche, verwirrende Fülle für uns, die wir vom Dichter bei allem Realismus eine größere Souveränität gegenüber dem Stoff, einen sichtenden Kritizismus verlangen, wie ihn Lope nie besessen. Nach modernen Begriffen soll der Dichter nicht nur Bildner, sondern auch Denker sein. Lope dagegen war ganz befangen in den Masseninstinkten und Vorurteilen seiner Zeit. Und wie ihm erging es seinen Zeitgenossen, Cervantes nicht ausgenommen. Lope war so sehr fanatischer Katholik und Nationalspanier, daß er einen Nationalfeind wie den Engländer Franz Drake in einer törichten Dichtung als höllischen Drachen und Werkzeug des Teufels darstellte. Ebenso fand die Untertanenknechtsseligkeit, wie blinde Unterwerfung unter die absolutistischen Launen in ihm einen strammen Verteidiger. Ein Poet ganz gleichen Schlages ist auch der vier Jahrzehnte später geborene Calderon, der den geistlichen und leiblichen Kadavergehorsam gegen Kirche und Monarchen mit der gleichen Inbrunst verherrlichte. Die ganze spanische Dichtung der Zeit kennt keinerlei Problemdichtung, sie begnügt sich mit naiver Abschilderung des Lebens. Und da das Leben mit seinem kirchlichen und weltlichen Pomp, mit seinen kriegerischen Erregungen, seinen kräftigen Leidenschaften und den grellen Gegensätzen von Armseligkeit und Verschwendung, Gespreiztheit und Kümmerlichkeit das Bild einer schreiend bunten Maskerade bot, so glich auch die Dichtung einem wirren Mummenschanz. Diese Dichtung, oft in eine prunkende oder auch graziöse Form gekleidet, diente der Unterhaltung; sie mochte rühren oder erlustigen, aber den Zug einer wahrhaft großen Kunst trug sie nicht. Ihr fehlte das, was die Schulästhetik das „Ewig-Menschliche" genannt hat: der Pulsschlag des individuellen und sozialen Vorwärtsdrängens. Auf der klassischen Dichtung Spaniens lastete der Fluch der pfäffischen und absolutistischen Bevormundung, der Alp der sozialen Agonie. Ganz vergebens hat deshalb die romantische Schule seinerzeit versucht, die pfäffisch-servilistische spanische Dichtung in unserem modernen Leben einzupflanzen. So willig man die rein formalen Schönheiten einiger Dichtungen anerkannt hat, den anachronistischen Inhalt hat man kühl abgelehnt.

* * *

Wenn man den Don Quixote unbefangen liest, muß man sich eigentlich darüber wundern, wie man dem Werke überhaupt eine so abstrakte symbolische Bedeutung hat beilegen können. Sicher ist, daß es den Zeitgenossen des Dichters völlig ferngelegen hat, hinter den lustigen Schwankerzählungen derartiges zu wittern. Cervantes selbst will sein Werk als Verspottung der Ritterromane angesehen wissen. Das setzt er wiederholt mit aller Deutlichkeit auseinander. So in dem literarischen Autodafé, das gleich im Anfang des ersten Teils die besorgten Freunde des erkrankten Junkers, der Geistliche und der Barbier, vornahmen. So noch am Schluß des ein Jahrzehnt später erschienenen zweiten Teiles, wo nicht nur noch einmal mit dürren Worten die Absicht wiederholt wird, die Epidemie der Ritterromane durch Lächerlichmachung auszurotten, sondern wo der Dichter auch mit einigem Trotze feststellt, daß der beabsichtigte Erfolg auch bereits zum guten Teil eingetreten sei. Aber so sehr sich auch die literarischen Feinschmecker unter des Dichters Zeitgenossen an der köstlich gelungenen Verspottung einer abgeschmackten literarischen Mode gütlich getan haben mögen, so wenig wird doch andererseits geleugnet, daß die Masse der Leser sich an den grotesken Abenteuern des Ritters von der traurigen Gestalt mit aller Naivetät ergötzte, ohne viel nach der literarischen Absicht des Verfassers zu fragen.

Nun soll die Wirkung des Don Quixote aber die gewesen sein, der Manie der Ritterromane den Todesstoß zu versetzen. Und in der Tat ist richtig, daß nach dem Erscheinen des Buches keine Ritterromane mehr geschrieben wurden, und daß die Zahl der Neuauflagen früherer Ritterromane beständig zurückging, während in dem Jahrhundert vorher 150 Ritterromane in 500 Auflagen erschienen waren. Der letzte war 1602 erschienen, drei Jahre vor dem Don Quixote. Aus diesen Fakten scheint sich also zu ergeben, daß Cervantes Satire den Ritterromanen tatsächlich den Garaus gemacht hat. Aber auch noch ein anderes ist möglich: Die Abneigung gegen die kindische Phantastik und Spektakelromantik der Ritterromane war nicht etwa das isolierte persönliche Empfinden des Cervantes, sondern sie lag im Geiste der Zeit, so daß der Dichter des Don Quixote nur in genialer Weise und mit dichterischer Gestaltungskraft dem allgemeinen Empfinden Ausdruck verlieh! Eine Annahme, durch die von der poetischen Bedeutung des Dichters noch kein Stäubchen abgeblasen wird.

Und gerade, wenn man diese Annahme für die richtige hält, darf man in dem Don Quixote mehr als eine literarische Satire sehen, ohne doch in die gekünstelte Auslegungssucht der Romantiker und Philologen zu verfallen, die wir oben kennzeichneten. Wir sind davon überzeugt, daß Cervantes an dergleichen philosophische Subtilitäten nie gedacht hat. In seinem Roman wird niemals der Kontrast zwischen allgemeinen Idealen und der realen Wirklichkeit aufgezeigt, sondern stets nur die verschrobene Ritterromantik verschollener Zeiten dem nüchternen Leben der Gegenwart gegenübergestellt. Wenn zum Beispiel Don Quixote Galeerensklaven von der Kette befreit, so tat er dies nicht als Rebell gegen die Gesellschaft, die die Armen schuldig werden ließ, um sie dann der Pein zu überliefern, sondern aus dem unklaren Befreiungswahne des fahrenden Ritters heraus, der keinem Hilfsbedürftigen seine Hilfe versagen darf. Und wenn der Ritter einmal von dem goldenen Zeitalter fabuliert, so fehlt ihm dabei jede sozialkritische Absicht; er schwärmt davon nur aus Gefallen an dem Ausmalen eines märchenhaften Idylles ganz nach der

Art eines Ovid. Übrigens läßt Cervantes seinen Helden öfters lehrhafte Gespräche führen, die gar nicht recht zu dem Gesamtbilde des überspannten Hidalgos passen und die eigentlich nur als Randglossen des Dichters selbst zu betrachten sind, der ja, nach damaliger Erzählerart, auch ganz geradezu den Gang der Handlung nach Belieben unterbricht, um Reflexionen und Erzählungen ganz anderen Charakters einzuflechten.

Anders liegt es mit der Frage, ob Cervantes mit seiner Verspottung der Ritterromane nicht halbbewußt eine Zeitsatire hat schreiben wollen. In der Verhöhnung der literarischen Ritterromantik scheint wenigstens gleichzeitig eine Verspottung der nationalen Lebensromantik des spanischen Volkes zu stecken, die dann freilich auch zugleich als Selbstironie aufzufassen wäre. War doch Cervantes selbst ein invalider Haudegen, ein Abenteurer, der seine gesunden Glieder der Schimäre eines Ruhmes geopfert hatte, von dem er später die fatale Entdeckung machen mußte, daß er ihm das Unbehagen des knurrenden Magens nicht zu beschwichtigen vermochte.

* * *

Es wäre geradezu seltsam gewesen, wenn der allgemeine Niedergang zu Beginn des siebzehnten Jahrhunderts nicht einen gehörigen Katzenjammer ausgelöst und wenn diese Stimmung nicht auch ihren literarischen Ausdruck gefunden hätte. Das allerdings wissen wir, daß Cervantes weit entfernt von „umstürzlerischen Gedanken“ war. Er blieb der Kirche, der er ja selbst angehörte, und dem Absolutismus mit völliger Loyalität ergeben. Und derselbe Geist der Loyalität und Orthodoxie erfüllte das spanische Volk. Aber daraus folgt noch lange nicht, daß der wirtschaftliche Zerfall, die rapid zunehmende Verarmung und Verödung des Landes nicht empfunden worden wären. Nur äußerte sich der soziale Zersetzungsprozeß nicht in einer revolutionären Stimmung, sondern in einer Art Galgenhumor, in einer halb schmerzlichen, halb lustigen Selbstverspottung. Man nahm das Leben und sich selbst nicht mehr so bitter ernst wie in den Zeiten des nationalen Aufstiegs. Man besaß zwar noch den alten Stolz des Spaniers, aber man konnte nicht umhin, ihn gelegentlich etwas lächerlich zu finden. Das seidene Wams der nationalen Eitelkeit hatte zu viele Löcher, um noch den Eindruck der Erhabenheit machen zu können. Diese Stimmung findet ihren unverkennbaren Niederschlag in der Literatur. Das überhandnehmende Bettler- und Gaunerwesen gab den Stoff zu unzähligen Schwänken ab. Der Handwerker, der trotz aller Kümmerlichkeit nicht ohne Bedienten über die Straße gehen mochte, wurde Gegenstand dichterischen Spottes. Und der verarmte Adelige, dessen Bettelstolz sich mit der Würde eines Granden drapierte und der von vergangenen schöneren Zeiten träumte — ist er nicht im Grunde das Urbild des edlen Don Quixote de la Mancha? Und ist nicht dieser edle Don schließlich nur die Verkörperung des ganzen Volkes, das bei aller ausschweifenden Ritterlichkeit rettungslos dem Verfall entgegeneilte?

Trotz alledem möchten wir nicht behaupten, daß Cervantes wirklich die Absicht gehabt habe, den Zerfall seines Volkes in einem satirischen Epos symbolisch zu spiegeln. Ebensowenig wagen wir die Konjektur, daß die Leser eine solche Absicht erkannt und deshalb das Werk so gierig verschlungen hätten. Nur das scheint uns außer Zweifel zu stehen, daß die Dichtung des Cervantes gleich manchem Werke seiner Zeitgenossen aus einer allgemeinen — wenn auch ihrer selbst unbewußten — Zeitstimmung herausgeboren ist, jener Stimmung

des Galgenhumors, der Selbstparodie, die nichts anderes war als das psychische Produkt des allgemeinen Niederganges und der Auflösung.

Nicht ein glücklicher Einfall machte Cervantes so zum großen Satiriker, sondern das historische Milieu, das Poesie und Philosophie mehr beeinflußt, als sich die ideologische Geschichtschreibung bisher träumen ließ.

Eine wissenschaftliche Musterleistung des Zentrums.

Von **Gustav Hoch**-Hanau a. M.

Das Zentrum hat die Entdeckung gemacht, daß „die Frage der Stellung der Sozialdemokratie zu der Handelspolitik" noch immer nicht genügend beantwortet sei. Es hat daher den Reichstagsabgeordneten M. Erzberger mit einer besonderen Schrift über „Sozialdemokratie und Zollpolitik" [1] auf den Kampfplatz geschickt. „Die Sozialdemokratie", so erzählt uns in dieser Schrift Herr Erzberger, „ist freihändlerisch, heißt es gemeiniglich, und kennt keine andere Handelspolitik! Dieser Satz ist grundfalsch; im innersten Wesen kann die Sozialdemokratie gar nicht freihändlerisch sein; wenn sie derzeit in Deutschland eine solche Stellung einnimmt, so geschieht dies aus Gründen der Agitation."

Um dies zu beweisen, behandelt Herr Erzberger zunächst „Die Stellung der deutschen Sozialdemokratie in früheren Tagen zur Zollpolitik. a. Kundgebungen im Parlament". An der Wiege der deutschen Sozialdemokratie, heißt es hier, hätten die „ausgesprochensten Schutzzöllner" gestanden. Es sei der Nachfolger Lassalles — Herr v. Schweitzer — gewesen, der sich im Zollparlament von 1870 mit der Herabsetzung der Zölle nur in zwei Fällen einverstanden erklärte:

> „Erstens nämlich bei einem Industriezweig, der in voller Blüte ist, der dem Ausland gegenüber vollständig konkurrenzfähig ist ... ebenso im entgegengesetzten Falle: wenn nämlich ein Industriezweig vorliegt, der zweifellos dem Untergang geweiht ist."

Außerdem führt Herr Erzberger eine längere Stelle aus einer anderen Rede Schweitzers an, durch die die Übertreibungen der damaligen bürgerlichen Freihändler zurückgewiesen werden. Dann läßt Herr Erzberger unseren Liebknecht aufmarschieren, der wiederholt zu dieser Frage „recht treffende Bemerkungen" gemacht habe.

So am 22. November 1875:

> „Schutzzoll, Freihandel usw.; es sind durchaus keine prinzipiellen Fragen; es sind praktische Fragen, die je nach dem augenblicklich vorliegenden Falle beurteilt werden müssen."

Entscheidend müsse, führt dann Liebknecht weiter aus, für die Stellung der Sozialdemokratie der Umstand sein, ob die Schutzzölle den Arbeitern nützlich oder schädlich sind. Diese und ähnliche Äußerungen anderer Parteigenossen sind nach Herrn Erzberger die Beweise dafür, daß die Sozialdemokratie mit ihrer jetzigen Opposition gegen die Zollwucherwirtschaft Heuchelei treibe, daß sie „im innersten Wesen" gar nicht freihändlerisch sein könne.

---

[1] Soziale Tagesfragen. Zwanglose Hefte, herausgegeben vom Volksverein für das katholische Deutschland, Heft 39.

Herr Erzberger hat auch die Protokolle unserer Parteitage durchgesehen und verarbeitet das hier gefundene Material in einem besonderen Abschnitt: „Kundgebungen auf sozialdemokratischen Parteitagen.“ Wie er dabei mit den Tatsachen umgeht, das sei an einem charakteristischen Beispiel gezeigt. Er zitiert die folgenden Ausführungen des Genossen Auer auf dem Parteitag 1887 in St. Gallen:

„So hinfällig, durch die Tatsachen ad absurdum geführt, auch die Behauptung sei, daß durch Schutzzölle die soziale Frage in ihren Schärfen gemildert oder ihrer Lösung näher gebracht werden könne, so sei doch andererseits nicht zu leugnen, daß Schutzzölle als Kampfmittel gegen Staaten, welche jeder Arbeiterschutzgesetzgebung gegenüber sich ablehnend verhalten und so durch rücksichtslose Ausbeutung der Frauen- und Kinderarbeit eine unerträgliche Schmutzkonkurrenz bereiten, durchaus am Platze sein könnten. Gelänge es, eine internationale Regelung der Arbeiterschutzgesetzgebung anzubahnen, so würde gegen jene Staaten, welche sich einer solchen Regelung dauernd widersetzten, sogar eine vollständige Abschließung gegen ihre Industrieprodukte sich rechtfertigen lassen.“

Allmählich, schreibt unmittelbar hierauf Herr Erzberger, habe sich jedoch ein „Umschwung“ in der Sozialdemokratie vollzogen. Sie habe in den Zöllen ein ergiebiges Agitationsmittel erkannt, zumal die Getreidezölle mehr in den Vordergrund rückten. Und flugs — habe sich die Partei nach diesem neuen Winde gedreht, so daß Singer schon in Halle am 14. Oktober 1890 versprechen konnte, die sozialdemokratische Fraktion werde bei der Beratung ihres Antrags auf Aufhebung der Getreidezölle nachweisen, wie verheerend die Getreidezölle gewirkt haben; während sie das notwendigste Lebensmittel im Preise steigern, ziehe ein Teil der besitzenden Klassen, namentlich die Großgrundbesitzer, bedeutende materielle Vorteile aus den durch die Zölle erhöhten Getreidepreisen, und das arbeitende Volk zahle den Gewinn den Agrariern mit der Verteuerung des Brotes.

Herr Erzberger tue so, als ob wir die Getreidezölle erst seit jenem Kongreß von 1890 verurteilten. Die Wahrheit aber ist, daß unsere Partei den Brotwucher bekämpfte, seitdem er besteht, und daß sie bereits 1879 gegen die Getreidezölle stimmte. Und der im Jahre 1887 abgehaltene St. Galler Parteitag nahm in der deutlichsten Form Stellung *gegen* die Bismarcksche Schutzzollpolitik und ließ über die Gründe hierfür keinen Zweifel. In diesem Sinne sprach sich auch Auer als damaliger Referent aus, obgleich er selbstverständlich von den freihändlerischen Übertreibungen und Einseitigkeiten nichts wissen wollte. Dies muß Herrn Erzberger, wenn er das St. Galler Protokoll gelesen hat, bekannt sein. Er hat aber diese Tatsache einfach verschwiegen und deshalb *die von ihm zitierte Rede des Genossen Auer gerade dort abgebrochen, wo Auer die ablehnende Stellung der Sozialdemokratie zu Bismarcks Schutzzollgesetzgebung begründet.* Auer fährt nämlich in seiner Rede folgendermaßen fort:

„Etwas anderes sei es freilich mit der Schutzzollgesetzgebung, wie sie in *Deutschland* seit dem Jahre 1879 zum Durchbruch gelangt ist. Wenn zur Rechtfertigung derselben früher angeführt worden sei, daß die Industrie, sobald das heimische Gebiet gegenüber der ausländischen Schleuderkonkurrenz geschützt sei, auch die Arbeiter durch Erhöhung der Löhne an den ‚Segnungen‘ der neuen Gesetzgebung teilnehmen lassen werde, so gebe es heute wohl keinen urteilsfähigen Menschen mehr, der diese Phrase noch ernst nehme. Die

Arbeiter selbst haben auf diesen Köder freilich von Anfang an nicht angebissen.

„In ihren Kreisen erkannte man vom ersten Augenblick an, daß es sich nur darum handle, einerseits den Großindustriellen die leidige Konkurrenz des Auslandes vom Halse zu schaffen und ihnen so die heimischen Konsumenten noch in höherem Grade als bisher tributpflichtig zu machen, andererseits aber die Regierung in die Lage zu versetzen, sich auf dem Wege der indirekten Besteuerung diejenigen Millionen zu beschaffen, welche zum dauernden Unterhalt der riesigen Militärmacht notwendig seien. ... Daß die Schutzzollgesetzgebung eine übermäßige Belastung des armen Mannes im Gefolge habe, sei unbestreitbar richtig."

Der Parteitag in St. Gallen nahm dann auch einstimmig eine Resolution an, in der es unter anderem heißt:

„Der Parteitag verwirft als grundsätzlicher Gegner des Systems der indirekten Steuern alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, welche, wie die neuerdings in Deutschland eingeschlagene Zollgesetzgebung, in der Praxis auf solche hinauslaufen. Er ... brandmarkt auf das entschiedenste das bei der Branntwein- und Zuckersteuergesetzgebung sowie bei der geplanten Erhöhung der Getreidezölle zutage getretene Bestreben, die Klasse der Grundbesitzer auf Kosten der nichtbesitzenden Klassen zu bereichern."

Mit dieser Stellungnahme in St. Gallen im Jahre 1887 vergleiche man das Resultat, zu welchem die eingehende Behandlung der Schutzzölle mehr als zehn Jahre später auf dem Parteitag in Stuttgart im Jahre 1898 geführt hat. Herr Erzberger berichtet darüber, der Parteitag habe mit großer Mehrheit die Annahme einer Resolution beschlossen, die sich im wesentlichen gegen jede (!) Zölle bei der Industrie „im allgemeinen" ausspricht.

In Wahrheit hat die angenommene Resolution folgenden Wortlaut:

„In Erwägung:

1. daß Lebensmittelzölle eine künstliche Verteuerung der notwendigsten Lebensbedürfnisse herbeiführen und die Lebenshaltung der arbeitenden Klassen in Stadt und Land herabdrücken;

2. daß bei den heutigen Machtverhältnissen zwischen den herrschenden kapitalistischen Interessen im Deutschen Reiche die Industriezölle notwendigerweise mit Lebensmittelzöllen zusammenfallen;

3. daß die deutsche Industrie im allgemeinen weit genug entwickelt ist, um des Zollschutzes entraten zu können;

4. daß der Schutzzoll bei entwickelter Großindustrie das wirksamste Mittel ist, die Bildung von Kartellen, Trusts und anderen festgeschlossenen Unternehmerverbänden zu fördern;

5. daß diese Verbände die Aufgabe haben, die Preise der Waren über ihr normales Niveau zu erheben, wodurch sie stets die Masse der Konsumenten und speziell die Arbeiter, oft aber auch die Industrie selbst schädigen, die durch den ‚Schutz der nationalen Arbeit' angeblich gefördert werden soll, der sie aber die notwendigsten Rohmaterialien und Hilfsstoffe (Eisen, Kohle) verteuern;

6. daß diese Verbände aber auch ein mächtiges Mittel sind, die Vereinigungen der Arbeiter lahmzulegen, alle ihre Bestrebungen nach Hebung ihrer Lage zunichte zu machen und sie in ein modernes Helotenverhältnis herabzudrücken;

7. daß die Schutzzölle gleichzeitig als Finanzzölle wirken und den Regierungen die reichsten Mittel liefern, den Militarismus zu entwickeln, der ohne die Schutzzollpolitik nie zu seiner jetzigen Höhe hätte gelangen können;

8. daß endlich die Schutzzölle der internationalen Solidarität des Proletariats entgegenwirken, indem sie die aus den kapitalistischen Produktions- und Absatzverhältnissen entspringenden Interessengegensätze zwischen den Nationen künstlich vertiefen,

erklärt der Parteitag: die Schutzzollpolitik im Deutschen Reiche wie in jedem Staatswesen entwickelter Großindustrie ist unvereinbar mit den Interessen des Proletariats, der Konsumenten, der ökonomischen und politischen Entwicklung und liegt allein im Interesse der großen Land- und Industriemonopolisten sowie des Militarismus und der nicht unter demokratischer Kontrolle stehenden Regierungen. . . ."

Aus diesem Wortlaut der beiden Resolutionen, der von St. Gallen und von Stuttgart, ergibt sich, daß sich die Sozialdemokratie hier wie dort sowohl gegen die indirekten Steuern als auch gegen den Brotwucher in der denkbar schärfsten Weise ausgesprochen hat. In dieser Beziehung ist von der Zeit des Parteitags in St. Gallen bis zu dem Stuttgarter Parteitag kein „Umschwung" in der Sozialdemokratie eingetreten. Auch waren die Gründe, welche in St. Gallen für diese ablehnende Stellung gegen den Bismarckschen Schwindel vom „Schutze der nationalen Arbeit" geltend gemacht wurden, auf dem Parteitag in Stuttgart ebenfalls maßgebend. Allerdings ist in der Resolution des Stuttgarter Parteitags die Begründung unserer Stellung zu der Schutzzollpolitik eingehender und umfassender. Das ist aber durchaus begreiflich, da wir im Jahre 1887 erst am Anfang der Zollwucherwirtschaft standen und wir die schädlichen Folgen dieser Politik zu beobachten im Laufe der Zeit mehr und mehr Gelegenheit hatten. Bezeichnend aber für die Sozialdemokratie ist gerade die Tatsache, daß sie sich in dieser Frage von Anfang an bis auf unsere Tage stets einzig und allein durch die Rücksicht auf die Interessen der Arbeiterklasse hat leiten lassen.

Diese Tatsache erklärt auch jene Äußerungen, in denen unsere Führer den Übertreibungen der bürgerlichen Freihändler entgegentraten, und die jetzt Herr Erzberger als Beweise für die — Unwahrhaftigkeit unserer Agitation gegen den Brotwucher auszunutzen sucht. Wenn man den Sinn dieser Äußerungen nicht fälscht, dann kann man sie gar nicht in einen Gegensatz zu der jetzigen Stellung der Sozialdemokratie bringen. Schweitzer hat selbst nach dem, was Herr Erzberger über ihn berichtet, sich ausdrücklich mit der Herabsetzung der Zölle in dem Falle einverstanden erklärt, wenn ein Industriezweig in voller Blüte, dem Ausland gegenüber vollständig konkurrenzfähig ist. Diese Voraussetzung ist in der Tat erfüllt, wie in der Stuttgarter Resolution unter 3 ausgesprochen ist. Liebknecht hat in seiner „treffenden Bemerkung" im Jahre 1875 gar keinen Zweifel darüber gelassen, wie er über eine Zollpolitik, wie die gegenwärtige in Deutschland, denkt. Er sagte, wie Herr Erzberger selbst anführt: „Wenn man den Schutzzoll als Schutz für die Großindustriellen, für die Großkapitalisten verlangt, so wird selbstverständlich unsere Partei einer Staatshilfe in dieser Form entgegen sein." Mit dieser Erklärung hält sich Herr Erzberger nicht weiter auf. Für ihn kommen nur die weiteren Ausführungen Liebknechts in Betracht.

„Aber es läßt sich ja“ — so heißt es nach Herrn Erzberger in Liebknechts Rede weiter — „auch ein Schutzzoll denken für die Arbeit und für die Arbeiter. Setzen wir zum Beispiel den Fall, wir hätten in Deutschland eine Fabrikgesetzgebung, welche die Arbeitszeit auf ein bestimmtes Maß normiert, die Frauenarbeit beschränkt, die Kinderarbeit ganz und gar aufhebt; infolge dieser Beschränkung der Arbeitszeit und der Ausbeutung menschlicher Arbeit würde teurer produziert als in benachbarten Ländern, zum Beispiel in Belgien, wo derartige Gesetze nicht existieren, dann würde unzweifelhaft ein Schutzzoll zum Schutze der deutschen Arbeit gerechtfertigt sein und der Unterstützung eines jeden Sozialdemokraten gewiß sein. Aber in diesem Sinne wird die Schutzzollfrage nicht vor den Reichstag kommen.“

Diese Ausführungen nimmt Herr Erzberger als eine Rechtfertigung der Zollwucherpolitik des Zentrums in Anspruch. Denn für ihn steht es unzweifelhaft fest, „daß die Liebknechtschen Voraussetzungen im Jahre 1902 nahezu sämtlich erfüllt waren und das deutsche Unternehmertum noch die Lasten der Versicherungsgesetzgebung zu tragen hatte, wie sonst nirgends der Unternehmer in einem zivilisierten Staate“. In Wahrheit aber ist gerade das Gegenteil „unzweifelhaft“, nämlich daß der minimale Arbeiterschutz, den wir haben, die Konkurrenzfähigkeit des deutschen Unternehmertums ganz gewiß nicht vermindert hat. Überdies weiß jeder, daß die rücksichtslosesten Zollwucherer zu den entschiedensten Gegnern jedes wirklichen Arbeiterschutzes gehören.

Aber noch mehr! An einer späteren Stelle seiner Schrift erzählt uns sogar Herr Erzberger im Anschluß an eine Stelle aus Calwers Buch: „Arbeiterschutz und Schutzzoll sind im Wesen ganz gleiche Dinge; sie zielen auf den Schutz der Schwachen gegen den Übermächtigen, im ersteren Falle innerhalb des Vaterlandes, im letzteren zwischen den einzelnen Ländern. Arbeiterschutz und Schutzzoll gehören zusammen: ohne letzteren ist ersterer nie in genügendem Maße herbeizuführen.“

Endlich erbarmt sich Herr Erzberger auch der Sozialdemokratie und belehrt uns, welch ein „gedankenloser Nachplapperer von Marx“ ein Mann wie Molkenbuhr, wie „unbegreiflich und unlogisch“ das sei, was ein Mann wie Kautsky gegen den Brotwucher geschrieben habe. Zur Charakterisierung des Herrn Erzberger genügt es, wenn wir mit einigen Worten auf seine Kritik der Kautskyschen Schrift: „Handelspolitik und Sozialdemokratie“ eingehen, einer Schrift, die nach Herrn Erzberger „ein hilfloses Gezappel zwischen prinzipiellem Freihandel und praktischem Schutzzoll“ sei, während zum Beispiel Calwer „um vieles klarer sieht“. Kautsky habe, so erzählt uns Herr Erzberger, in seiner Schrift den Satz aufgestellt: „Es fällt uns nicht ein, die Notlage der Landwirtschaft zu leugnen.“ Kautsky sehe aber höhere Getreidezölle nicht als ein Mittel an, um dieser abzuhelfen; er komme vielmehr zu einem ganz „originellen“ Vorschlag. Zuerst berechne er die Mehrbelastung der Konsumenten durch den 5 Mark-Zoll auf 500 Millionen Mark pro Jahr und erkläre dann, er hätte nichts dagegen einzuwenden, wenn diese Summe zur Hebung der Landbevölkerung (durch bessere Schulen, Bau von Arbeiterwohnhäusern, Verbesserung der Verkehrsmittel usw.) ausgegeben würde. Und nun höre man die Belehrung, die Herr Erzberger dem Genossen Kautsky zuteil werden läßt:

„Unbegreiflich und unlogisch ist es, wie Kautsky ein Gegner der Getreidezölle sein kann. Er bekennt sich hier als einen Freund eines so weitgehenden staatlichen Protektionismus, wie wir ihn sonst noch nirgends gefunden haben,

und die Getreidezölle sind doch nur ein Teil dieses Protektionismus. Und nicht einmal der allein entscheidende. Wir erinnern nur an die Eisenbahntarife, deren Gestaltung den Schutzzoll erhöhen oder sehr herabdrücken kann! Wer so wie Kautsky für den Protektionismus im Wirtschaftsleben schwärmt, der hat sich des Rechtes beraubt, dem entgegenzutreten, der diesen Protektionismus in der Form der Zölle angewendet wissen will; da ist dann kein Wesensunterschied mehr vorhanden, sondern nur ein gradueller."

Wenn man dies liest, muß man zu der Meinung gelangen, daß Kautsky in seiner Hilflosigkeit es gar nicht gewagt habe, den angeblichen Widerspruch in seiner Haltung gegenüber der Notlage der Landwirtschaft zu begründen. Schlagen wir aber die Schrift von Kautsky nach, so finden wir unmittelbar nach den von Herrn Erzberger zitierten Sätzen folgende Ausführungen:

„Aber wir müssen uns dagegen erklären, daß dies (die Hebung der Landwirtschaft) durch den Zoll geschieht; einmal weil dieser eine Kopfsteuer darstellt, die alle, ob reich oder arm, gleich belastet, ja die Ärmeren eher noch mehr als die Reichen, weil sie mehr Brot, weniger Fleisch essen; dann aber, weil die so aufgebrachte Summe, wie wir gesehen haben, auf die Dauer nicht der bedrängten Landwirtschaft zugute kommt, sondern den Hypothekengläubigern, Güterspekulanten und Fideikommißbesitzern, den reichsten und überflüssigen Teilen der Nation."

Anstatt daß Herr Erzberger diese Gründe, wenn er sie für falsch hält, zu widerlegen sucht, erwähnt er sie mit keinem Worte, entrüstet sich aber dafür um so mehr, daß Kautsky so „unbegreiflich und unlogisch" sei.

In diesem Sinne ist die ganze Schrift Erzbergers gehalten. Sie verzichtet vollständig auf eine ernsthafte Polemik und begnügt sich mit Verdrehungen und unbewiesenen Behauptungen. Das ist der geistige Kampf des Zentrums gegen die Sozialdemokratie — es rechnet darauf, daß die Dummen nicht alle werden und seine Schäflein nicht in die Lage kommen, sozialdemokratische Schriften zu lesen und dadurch die Unwahrhaftigkeit der Erzbergerschen Zitierkünste zu durchschauen. Wahrlich eine saubere Kampfesweise!

Die Gewerbeaufsicht in Österreich.

Von Dr. **Fritz Winter** (Wien).

„Diese jetzt getroffenen Bestimmungen, für die die Gewerbeinspektoren als durchführende Organe erscheinen, haben in uns mit Recht oder mit Unrecht die Meinung wachgerufen, daß da dem liberalen Fabrikantenvolk ein wenig der rote Hahn des Sozialismus auf das Dach gesetzt werden soll", so sprach am 4. Mai 1883 der Abgeordnete v. Pacher in der Generaldebatte über das Gesetz „betreffend die Bestellung der Gewerbeinspektoren". Im Bericht des Gewerbeausschusses über den Gesetzentwurf aber heißt es: „Die Erfolglosigkeit der sozialistischen Systeme hat, zuerst in wissenschaftlichen, allmählich auch in staatsmännischen Kreisen die Überzeugung reifen lassen, daß die wirksame Abhilfe gegen das im gleichen Schritte mit der Verteuerung der Lebensmittel um sich greifende Elend nicht durch einseitige Opfer, sondern durch ein wohlorganisiertes Zusammenwirken der reichen und der armen Berufsgenossen zum Behuf der Behebung der Ursachen des Übels und der

Abschwächung seiner Wirkungen erwartet werden kann. Ein durchschlagender Erfolg in dieser Richtung wird nur von einer zielbewußten und wohlorganisierten, von christlichem Geiste getragenen legislativen und administrativen Staatsaktion gewärtigt, welche allerdings ihre Wirkung in vollem Maße erst dann erzielen kann, wenn eine christliche Lebensanschauung die beteiligten Kreise durchdringt. Über den Umfang und die Richtung dieser Aktion sind die Meinungen verschieden; daß aber dem Staate die imperative Aufgabe zufällt, in die chaotischen, das Elend erzeugenden wirtschaftlichen Verhältnisse der Gegenwart ordnend einzugreifen und im Gesetzgebungs- sowie im Verwaltungsweg dem Elend präventiv und repressiv entgegenzuwirken — darüber sind die Kulturvölker einig. Wenn die legislative und administrative Staatsaktion zum Schutze der gewerblichen Arbeiter in den meisten Kulturländern eine vielverheißende Entfaltung genommen hat, so ist dies vorzugsweise dem Umstand zu verdanken, daß in diesen Ländern die Überwachung der für den Arbeiterstand maßgebenden Erscheinungen des gewerblichen Lebens eigens hierzu bestellten Fachorganen übertragen wurde."

Heute ist man in Österreich längst über allen Idealismus hinaus. Die Partei, die mit Hilfe des „Zusammenwirkens der reichen und armen Berufsgenossen" und der „christlichen Lebensanschauung der beteiligten Kreise" das Elend aus der Welt schaffen wollte, ist längst verschwunden. Aber auch die Gegner, die in den Inspektoren die Apostel des Sozialismus, des roten Hahnes für das liberale Fabrikantenvolk sahen, haben ihre prinzipielle Feindschaft bereits abgelegt, wenn sie zwar auch heute noch bei manchen Gelegenheiten Sturm laufen, um den Inspektoren den Wirkungskreis zu verengen. In mehr als zwanzig Jahren — von 1883 datiert die österreichische Gewerbeinspektion — streift sich manches ab. Heute denkt niemand mehr daran, in den Gewerbeinspektoren mehr zu sehen als gewöhnliche Staatsbeamte, denen ein besonderer, wenn auch vielumstrittener Zweig des heutigen Polizeiwesens übertragen ist. Deshalb kann man auch jetzt, nachdem die Gewerbeinspektion ihren zwanzigsten Jahresbericht herausgegeben hat und ihn durch etwas ungewohntes Beiwerk als Jubiläumsband auszeichnen wollte, mit aller Ruhe und Objektivität das Wirken dieses Zweiges der Staatsverwaltung und ihre Erfolge betrachten.

Allerdings ist vor allem nicht zu vergessen, daß es sich uns um die österreichische Inspektion handelt und daß man eine österreichische Kritik an der Gewerbeinspektion nur verstehen kann, wenn man die österreichischen Verhältnisse kennt. Denn in diesem eigentümlichen Lande hat die Gewerbeaufsicht noch eine ganz andere, viel größere Bedeutung als in irgendeinem anderen Lande. In Österreich, dem Lande, in dem mit halben Mitteln nur Halbheiten zur Durchführung gelangen, hat die Gewerbeaufsicht nicht nur mit der natürlichen Feindschaft der Unternehmer gegen die Arbeiterschutzgesetze zu kämpfen. Sie hat auch gegen eine andere Seite Front zu machen, gegen die staatliche Verwaltung selbst, gegen ihre Bequemlichkeit, ihre schablonenmäßige Erledigung aller Aufgaben und ihr Übelwollen gegen die Arbeiter.

Die Gewerbeaufsicht müßte in Österreich als eine Behörde über den übrigen oder außerhalb der übrigen Behörden organisiert sein, sie müßte selbst mit der ganzen Exekutivgewalt der Verwaltungsbehörde ausgestattet sein, vielleicht weniger, um rasch eingreifen zu können, als deshalb, damit die Durchführung der Arbeiterschutzgesetze dem Geschäftsgang der übrigen Verwaltungsbehörden entzogen wird. Aber wenn man diese Forderung an die Organisation der

österreichischen Gewerbeaufsicht stellt, dann stellt man eigentlich die Forderung, daß sie selbst außerhalb des österreichischen Bureaukratismus stehen soll, daß sie weniger uneinsichtig, daß sie moderner, daß sie beweglicher und daß sie zielbewußter sein soll als die landläufigen Behörden, in deren Händen die eigentliche Durchführung des Arbeiterschutzes liegt; wenn man diese Forderung aufstellt, so verlangt man eigentlich, daß die österreichische Gewerbeinspektion nicht österreichisch sein soll. Es hätte ein Mittel gegeben, um dies herbeizuführen, man hätte Delegierte der Arbeiterschaft zu Inspektoren machen oder sie ihnen beiordnen können. Man hat dies bei der Schaffung des Gesetzes nicht getan und hat diesen Fehler auch heute, wo die Arbeiterschaft stärker und besser organisiert ist, noch nicht gut gemacht. Aber es ist jedem klar, daß gerade in Österreich aus der Arbeiterschaft hervorgegangene und ihr verantwortliche Delegierte das einzige Mittel auch heute noch sind, die Gewerbeaufsicht der verderbenbringenden Luft der österreichischen Amtsstube zu entziehen.

Aber wollte man dies überhaupt? Es ist schwer zu entscheiden, was man bei Begründung der Gewerbeinspektion eigentlich wollte. Im Motivenbericht steht ja, man wollte Fachorgane zur Überwachung der Durchführung der Arbeiterschutzgesetze. Man war sich auch klar, daß diese Beamten nicht in den österreichischen Bureaukratismus hineinpaßten, und unterstellte sie unmittelbar den Chefs der Landesverwaltungen, als wenn man mit ihnen neue Behörden erster Instanz schaffen wollte. Aber man nahm ihnen gleichzeitig jede Exekutivgewalt und verlangte von ihnen sogar, daß sie von dem Unternehmer nur die Abstellung von Gesetzwidrigkeiten und Übelständen zu verlangen und Anzeige erst „im Weigerungsfall zu erstatten“ hätten.

Man beschränkte „mit Rücksicht auf die Staatsfinanzen“ ihre Anzahl „auf das strikte Maß des wahrgenommenen Bedürfnisses“ und man wies ihnen gleichzeitig nicht nur die Revision sämtlicher Betriebe, auch der kleinsten Betriebe mit Ausnahme der Heimarbeit zu, sondern bestellte sie noch überdies als „beaufsichtigendes, berichtendes und beratendes Fachorgan“ der Gewerbebehörden, und man übergab ihnen später noch die Mitwirkung an den Unfallserhebungen. Was wollte man eigentlich mit der Gewerbeinspektion? Trotz der hochtönenden Worte von der Zusammenarbeit aller beteiligten Kreise zur Abschaffung des Elends ist der Gedanke nicht abzuweisen, daß die Gewerbeinspektion auch von vornherein kein allzu großes Feuer auf dem Dache des liberalen Fabrikantenvolkes anfachen sollte. Der christliche Sozialismus, dem Österreich seine Arbeiterschutzgesetze verdankt, hatte keine Reiterstiefel an, sondern weiche Filzpantoffel. Die Durchführung des Gewerbeinspektorengesetzes war noch überdies nicht den Rittern vom christlichen Sozialismus anvertraut, sondern den Beamten der österreichischen Bureaukratie, die damals noch allzusehr aus der eben abgetanen liberalen Epoche stammten, als daß sie die Grundsätze auch dieses verwässerten christlichen Sozialismus hätten verstehen können. So ist die Geschichte der österreichischen Gewerbeinspektion eine Leidensgeschichte, sie ist die Leidensgeschichte des österreichischen Arbeiterschutzes.

Äußerlich freilich zeigt die Gewerbeinspektion eine Entwicklung, aus der man schließen könnte, daß man heute gut machen will, was im Jahre 1883 verfehlt wurde. „Das strikte Maß des wahrgenommenen Bedürfnisses“ bedeutete, daß im Jahre 1883 ganz Österreich in neun Inspektionsbezirke mit neun Inspektoren, die auch keine einzige Hilfskraft zur Verfügung hatten, geteilt wurde. Heute verfügt die Gewerbeinspektion über 70 Beamte,

von denen 64 mit dem Aufsichtsdienst in den einzelnen Aufsichtsbezirken und einer mit der Aufsicht über die Schiffahrt betraut sind. Aber während dieser Zeit ist auch die österreichische Bevölkerung, ist die österreichische Industrie gewachsen. In den zwanzig Jahren ist ja das Österreich entstanden, in dem wir heute leben. In dieser Zeit ist die Zahl der Erwerbstätigen in Industrie und Handel von 2 830 172 im Jahre 1880 auf 4 174 182 im Jahre 1900 gestiegen. Sie hat einen Zuwachs von 47,48 Prozent erfahren. Die Vermehrung der Betriebe läßt sich bei dem Mangel einer Betriebszählung in früheren Jahren nicht feststellen. Die äußerliche Vermehrung der Gewerbeinspektoren besagt daher nicht viel anderes, als daß der Entwicklung Österreichs Rechnung getragen wurde, weil man mit neun Beamten eben nicht mehr auskam.

Einen raschen Überblick über die Tätigkeit der Gewerbeinspektoren mögen einige Zahlen liefern. Auf einen Aufsichtsbeamten entfielen im fünfjährigen Durchschnitt:

Jahre	Besuchte Betriebe	Beteiligung an Kommissionen	Reisetage	Geschäftsstücke	Unfallsanzeigen	Berichte und Gutachten
1884—1888 . .	309	34	232	—[1]	192	202
1889—1893 . .	229	48	106	1419[2]	592	223
1894—1898 . .	266	65	114	2316	1229	207
1899—1903 . .	289	64	118	2019	1042	181

Die Zahlen geben ein Bild über die einzelnen Zweige der Inspektionstätigkeit. Die Zahl der von einem Beamten besuchten Betriebe ist im ersten Jahrfünft am größten gewesen. Sie fällt im zweiten ganz außerordentlich und beginnt dann wieder zu steigen, ohne jedoch das erste Jahrfünft vollständig zu erreichen. Im Grunde genommen ist diese Inspektionstätigkeit eine sehr geringe. Die Beamten besuchen heute nicht einmal täglich einen Betrieb. Die Zahl der Beteiligung an Kommissionen, das sind Unfallserhebungen, Besichtigung zu genehmigender neuer Betriebsanlagen und dergleichen, ist erheblich gestiegen.

Die Zahl der Reisetage, der Zeit, die der Inspektor für den Dienst außerhalb des Amtsortes verwendet und die ein Maßstab für den Umfang der nicht bureaukratischen Tätigkeit ist, sinkt ganz erheblich. Sie nimmt kaum ein Drittel der im Jahre zur Verfügung stehenden Arbeitstage in Anspruch. Weitaus anders ist die Entwicklung der bureaukratischen Tätigkeit. Die Zahl der Geschäftsstücke hat erst im letzten Jahrfünft abgenommen. Ebenso die Zahl der Unfallsanzeigen. Die Zahl der Berichte und Gutachten ist seit dem zweiten Jahrfünft in langsamem Fallen begriffen. Sie stellen den zeitraubendsten Zweig der bureaukratischen Tätigkeit dar.

Zwischen all diesen Zahlen besteht eine gewisse Beziehung. Es ist derselbe Beamte, der all diese Tätigkeiten zu leisten hat, ein Beamter, der ein bestimmtes Durschnittsmaß von Arbeitskraft und von Arbeitszeit hat. Das Ansteigen des einen Zweiges der Tätigkeit bedingt die Verminderung des anderen, das Anschwellen der bureaukratischen Arbeit im zweiten Jahrfünft vermindert die Inspektionstätigkeit. Ebenso ist es umgekehrt in den nächsten Zeitabschnitten. Aber der bureaukratische Dunst, in den die Gewerbeinspektion gehüllt worden, ist heute noch nicht verflogen. Die Erstickungsgefahr ist noch nicht vorbei.

---

[1] Im ersten Jahrfünft fehlen genaue Angaben.

[2] Vierjähriger Durchschnitt.

Die Inspektoren haben nur gelernt, für einen besseren Bericht zu arbeiten. Denn die Zahlen sagen uns nicht die volle Wahrheit. Sie sagen uns nichts über die Qualität der Inspektion. Die Zahl der besuchten Betriebe, dieser Kernpunkt der Inspektionstätigkeit, ist nun allerdings gestiegen. Aber die Inspektoren haben eben inspizieren gelernt, sie haben gelernt, eine möglichst große Anzahl von Betrieben als inspiziert bezeichnen zu können. Sie besuchen mit Vorliebe Kleinbetriebe, weil dort der Besuch weniger zeitraubend ist. Von je hundert Betrieben, die besucht wurden, waren fabrikmäßig 1897 nur 38,3, 1898 42,7, 1899 44,9, 1900 41,0, 1901 38,4, 1902 46,1, 1903 39,9 Prozent. Der Besuch der Kleinbetriebe schwächt aber den Wert der Inspektion außerordentlich. Es ist gar kein Zweifel, daß die Beaufsichtigung der Kleinbetriebe mit ihren ungesunden Werkstätten, ihrer überlangen Arbeitszeit, der Überanstrengung und schlechten Behandlung der Lehrjungen und den ungesunden Schlafräumen sehr notwendig ist. Aber wenn der Aufsichtsbeamte einen solchen Betrieb besucht, so kann er nichts tun, als all das Elend zu konstatieren, an dem heute niemand mehr zweifelt. Mehr zu tun ist ihm nicht gestattet, weil die Arbeiterschutzbestimmungen in Österreich — für das Kleingewerbe nicht gelten und schließlich auch die dürftigen Vorschriften, die für Erhaltung der Gesundheit der Arbeiter dienen sollen, an den ärmlichen Verhältnissen der Kleinbetriebe scheitern. Diese Bevorzugung des Kleinbetriebes bedeutet aber nichts anderes als eine Entlastung der Großbetriebe von der Gewerbeinspektion. Die Fabrikbetriebe werden jahrelang nicht besucht, und es ist daher nicht nur unmöglich, neue Mißstände rechtzeitig festzustellen, sondern auch die alten zu beseitigen, weil der Inspektor in den seltensten Fällen sich überzeugen kann, ob seine Anordnungen befolgt wurden.

Die Art der Inspektion ist ein Zeugnis für ihr Unvermögen, ihre Aufgabe zu erfüllen. Dasselbe aber zeigt die Zunahme der Beteiligung an Kommissionen. Wieder wird man sagen müssen, daß die Anteilnahme der Inspektoren an der Begutachtung neuer Fabrikanlagen etwas außerordentlich Nützliches ist, weil es ihnen ermöglicht, den Übertretungen gegen den Arbeiterschutz vorzuarbeiten. Aber diese Sucht, schon bei der Anlage Betriebe, die allen Anforderungen entsprechen, entstehen zu lassen, ist auch nichts als ein Ausfluß der Erkenntnis, daß die Organisation der österreichischen Gewerbeinspektion eine Beaufsichtigung der bestehenden Betriebe verhindert und erschwert.

Die große Last der Bureauarbeit, die aus den oben angegebenen Zahlen erhellt, ist durch dieselben aber nicht einmal vollständig dargestellt. Die Zahlen sagen uns freilich schon, daß ein Beamter durchschnittlich täglich im letzten Jahrzehnt gegen sechs Geschäftsstücke durch seine Hand laufen lassen mußte. Daß er darunter beinahe jeden zweiten Tag eine recht umfassende Äußerung oder einen zeitraubenden Bericht als „beratendes und berichtendes Organ der Gewerbebehörden" zu verfassen hatte. Sie sprechen aber nicht von der großen Arbeit, die alljährlich die Zusammenstellung des Berichtes, die Instandhaltung der notwendigen Kataster, die Führung der Tagebücher macht. Wir sprechen nicht von den Besuchen der Arbeiter und Unternehmer, die eine Menge Zeit rauben, und von der in den letzten Jahren sehr steigenden, allerdings auch sehr erfolgreichen Vermittlungstätigkeit bei Lohnkämpfen. Diese bureaukratische Arbeit hat aber auch die Inspektoren mehr noch, als sie sie von ihrer eigentlichen Tätigkeit abhielt, zu wirklichen Bureaukraten gemacht. Sie, die auf-

gestellt sind, um die Arbeiter vor den Gefahren der Arbeit und des Betriebes zu bewahren, wissen nichts von den mächtigen Bundesgenossen, die neben ihnen emporgewachsen sind und die dasselbe Ziel wie sie verfolgen, von den Gewerkschaften. Die Beamten sehen heute freilich nicht mehr, wie in den ersten Jahren des Bestandes der Inspektion, die Gewerkschaften mit den Augen der Unternehmer an. Sie haben die Gewerkschaften achten gelernt. Sie haben aber nicht gelernt, sich ihrer zu bedienen. Der enge Zusammenhang, der in der Schweiz und in einigen süddeutschen Staaten, um von den Österreich angrenzenden Ländern zu sprechen, besteht, ist in Österreich nicht vorhanden. Und gerade bei uns, in dem Lande, wo die öffentliche Meinung den Staat so wenig als Organisation der herrschenden Klassen anzusehen gewöhnt ist, wäre ein solcher Zusammenhang ohne jede Erschütterung der Gewerbeinspektion leicht herzustellen.

Aber so, wie man die direkte Teilnahme der Arbeiter an der Inspektion seit jeher ängstlich vermieden hat, so auch jede indirekte Teilnahme. Die österreichische Gewerbeinspektion ist, trotzdem heute zweifellos ein anderer Geist das Institut beherrscht als in den ersten Jahrzehnten des Bestandes, noch immer nicht von all den Fesseln befreit, die man ihr aufgehalst hat, um sie möglichst unschädlich zu machen. Alle Aufgaben, die die Aufsichtsbeamten heute zu erfüllen haben, sind ja zweifellos sehr notwendige. Keine einzige könnte entbehrt werden. Der Fehler ist nur der, daß alle diese Aufgaben einem ungenügenden Beamtenstab übertragen sind. Der größte Fehler der österreichischen Gewerbeinspektion ist ihre verfehlte Organisation.

Die Früchte sind auch nicht ausgeblieben. Wenn man die Berichte durchblättert und die alten mit den neuen vergleicht, so wird man dieselben Klagen in allen finden. Der erste Bericht vor zwei Jahrzehnten rügt dieselben Übelstände wie der letzte vom Jahre 1903. Es hat fast den Anschein, als wenn die Gewerbeinspektion selbst gar keine Erfolge gehabt hätte. Wir wollen aber nicht ungerecht sein. Zweifellos sind im allgemeinen heute die Zustände in den Betrieben besser als vor zwanzig Jahren, nur läßt sich nicht feststellen, welchen Anteil daran die Inspektion allein hatte. Zweifellos aber sind auf einem Gebiet der Gesamttätigkeit der Inspektoren die Zustände ganz außerordentlich bessere geworden, auf dem Gebiet der gesetzwidrigen Verwendung von Frauen und Kindern und der Überschreitung der gesetzlichen Arbeitszeit in den Fabrikbetrieben. Das sind aber gleichzeitig auch die Gebiete, auf denen die Organisationen der Arbeiterschaft, die Gewerkschaften, am meisten leisten können.

Damit ist der Fingerzeig gegeben, wie die Frage der richtigen Organisation der Gewerbeinspektion zu lösen ist, so daß die Beamten alle ihre Funktionen behalten, sie aber auch wirklich ausfüllen können. Die Lösung besteht in der Heranziehung der Gewerkschaften in ihrer Gesamtheit oder durch Delegierte zur Teilnahme an der Inspektion. Geschieht dies in absehbarer Zeit nicht, dann wird die Gewerbeinspektion trotz aller Vermehrung der Beamten und der Verkleinerung der Aufsichtsbezirke immer nur ein untergeordnetes und vielfach unbrauchbares Instrument zur Durchführung der Arbeiterschutzbestimmungen bleiben.

Die Entwicklung der Parteipresse in Schlesien.

Von **Franz Klühs.**

Wenn in späteren Jahren einmal von berufener Seite eine zusammenhängende Darstellung der Geschichte unserer Parteipresse gegeben werden sollte, dann würde ohne Zweifel in erster Linie die „Neue Zeit" nach entsprechendem Material durchgeblättert werden. Einem solchen Geschichtswerk möchte ich nun einige Daten an die Hand geben, soweit sie sich auf die Entwicklung unserer Presse in Schlesien beziehen, wobei ich glaube, daß auch die heutigen Leser der „Neuen Zeit" daran einiges Interesse finden werden.

Bereits vor dem Sozialistengesetz hatte in Breslau ein sozialdemokratisches Tageblatt bestanden, das den Titel „Die Wahrheit" führte und von seiten der Lassalleaner unter der Redaktion von Maximilian Schlesinger herausgegeben wurde. Der Beginn des Ausnahmezustandes brachte das Verbot des sehr gut redigierten Blattes.

Solange das Ausnahmegesetz in Wirksamkeit blieb, gelang es nicht, für Schlesien ein anderes sozialistisches Blatt dauernd zu erhalten, mit Ausnahme der „Volksstimme", die vom Maurer Conrad verlegt und bei Bading in Berlin hergestellt wurde, aber nur eine vorübergehende Verbreitung fand.

Im Jahre 1887 wurden die „Schlesischen Nachrichten" gegründet, ein Wochenblatt, das anfänglich von Dr. Lux redigiert wurde und eine verhältnismäßig hohe Auflage erzielte. Im Jahre 1889/90, also kurz vor Ablauf des Sozialistengesetzes, übernahm Fritz Kunert die Redaktion. Das Verbreitungsgebiet des Blattes erstreckte sich weit über die schlesischen Grenzen hinaus über Brandenburg, Posen, Westpreußen, ja sogar bis Ostpreußen hinauf. Die Auflage bezifferte sich im Februar 1890, im Wahljahr, auf 11500 Exemplare. Der Abonnementspreis betrug 10 Pfennig pro Woche bei einem Umfange von 10 bis 12 Seiten.

Der Fall des Sozialistengesetzes und der gute Stand des Wochenblattes ließ die Genossen an die Gründung eines täglichen Organs denken, die bereits im Oktober 1890 beschlossen und am 1. November desselben Jahres ausgeführt wurde. An diesem Tage wurde die erste Nummer der „Volkswacht für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete" herausgegeben. Der Umfang betrug zunächst 8 Seiten kleines Format, der Abonnementspreis 20 Pfennig wöchentlich.

Das neue Organ florierte von Anfang an nicht so, als es gewünscht und erhofft worden war. Das große Absatzgebiet der „Schlesischen Nachrichten" wurde nämlich stark beschnitten, da einerseits in Forst die „Märkische Volksstimme" ins Leben gerufen wurde, und da andererseits August Kühn durch Übernahme eines bürgerlichen Lokalblättchens in Langenbielau den „Proletarier aus dem Eulengebirge" als Parteiorgan herausgab, das heute noch wöchentlich zweimal zum Preise von 10 Pfennig erscheint und, weit über das enge Gebiet des Eulengebirgs hinausgehend, der „Volkswacht" lange Zeit schwere Konkurrenz machte.

So war für das neue Tageblatt der schlesischen Parteigenossen die Zeit nicht sonderlich günstig. Zwar hatte man es auf den ersten Anlauf zu 1800 bis 2000 Abonnenten gebracht, und im Verlauf von 1½ Jahren war gar ein Abonnentenstand von 4500 erreicht. Die Herausgeber sahen sich aber veranlaßt, den Abonnementspreis zu erhöhen und zwar auf 25 Pfennig wöchentlich. Das war zweifellos ein verhängnisvoller Schritt, denn die Abonnentenziffer sank rapide. Zwar brachte das Wahljahr 1893 wieder einen Zuwachs, aber nach der Wahl begann der Rückgang der Abonnenten von neuem. Im Herbst 1894 war das Blatt dann auf dem niedrigsten Stande von 2750 Abonnenten angelangt.

Der Verlag sah sich damals außer stande, ohne Zuschüsse das Tageblatt aufrecht zu erhalten. Der Parteivorstand mußte zunächst mit 5000 Mark, später, im Anschluß an den Breslauer Parteitag 1895, mit größeren Summen aushelfen. Es wurde eine große Agitation entfaltet, aber ihr Ergebnis war gleich Null, so zwar,

daß 1897 die Frage ernsthaft erörtert werden mußte, ob nicht das Tageblatt eingehen und durch eine dreimal wöchentlich erscheinende Ausgabe ersetzt werden sollte.

Dieser Beschluß wurde nicht notwendig, und zwar half man sich aus der Verlegenheit, indem man den Umfang des Blattes reduzierte. Im Jahre 1898, dem Wahljahr, brachte es die „Volkswacht“ auf 5000 Exemplare. Mit geringen Schwankungen hat sich die Auflage auf dieser Höhe gehalten bis zum Jahre 1902. Zu Anfang des Wahljahres 1903 betrug sie rund 6000, am Schlusse desselben schon 8800, und seit der Zeit hat eine rapide Aufwärtsbewegung stattgefunden. Am 1. Dezember 1904 belief sie sich bereits auf 13300, während Ende April dieses Jahres die Zahl 19000 überschritten ist.

Dieser ungeahnte und geradezu frappierende Aufschwung ist in erster Linie den Erfahrungen des Wahljahres und der Brotwuchertaktik unserer Gegner zuzuschreiben die manchem die Augen geöffnet hat, der sie sonst ängstlich verschlossen hielt. In der Provinz konnte man bessere und neue Verbindungen anknüpfen und dadurch die „Volkswacht“ in Orte bringen, an denen bisher das pfäffisch verdummte Volk von der Sozialdemokratie keine Ahnung gehabt hatte. Aber auch — und das hat den Aufschwung in erster Linie bewirkt — das erst kurz vor der Wahl in Breslau eingeführte Bezirksführer-System hat vieles geleistet, nach dem die Genossen früher sehnsüchtig, aber vergeblich ausgeschaut hatten.

Die Bezirksführer, denen nach den Wahlen zunächst die aktive Betätigung fehlte, begannen einen friedlichen, aber eifrigen Wettbewerb im Abonnentensammeln. Die ersten, wenn auch noch so kleinen Erfolge spornten zu weiterer Tätigkeit an, und so wurden in der letzten Zeit oft Hunderte von Abonnenten an einem Sonntag gewonnen. Selbstredend ist auch die Agitation in den Gewerkschaften und die berufsmäßige Tätigkeit eines Abonnentensammlers, der in einem Jahre zirka 2000 Abonnenten gewann, nicht zu vergessen.

Neben der „Volkswacht“ erschien lange Zeit in Auflage von 4 bis 5000 eine Wochenausgabe, die denselben Titel führte, 10 Pfennig Abonnementspreis kostete und für die Landorte bestimmt war. Vom 1. Mai 1894 ab wurde für den Reichstagswahlkreis Waldenburg ein Kopfblatt unter dem Titel „Wahrheit“ gegründet, das zunächst sich ebenfalls gut entwickelte, später aber zurückging.

Vom Jahre 1899 erschien für den Kreis Görlitz-Lauban ein Kopfblatt der „Volkswacht“, das den Titel „Görlitzer Volkszeitung“ erhielt und dreimal wöchentlich herauskam.

So wurden nun in dem „Volkswacht“-Verlag außer der Tagesausgabe noch eine dreimal und zwei einmal wöchentlich erscheinende Parteizeitungen herausgegeben. Die Sache war sehr kompliziert. Im Jahre 1901 entschloß sich deshalb der Verlag, die beiden Wochenausgaben ebenfalls in dreimalige Ausgaben umzuwandeln. Gleichzeitig wurden einige weitere Kopfblätter gegründet, so daß die Zahl der in Breslau herausgegebenen Kopfblätter sich auf fünf belief und das Verzeichnis so aussah:

„Görlitzer Volkszeitung“, „Schlesische Volkswacht“, „Posener Volkszeitung“, „Wahrheit“ und „Volkszeitung für Landeshut-Bolkenhain-Jauer“.

Um es kurz zu sagen: die sämtlichen Kopfblätter sind jetzt beseitigt! Die Görlitzer Genossen, die während des Winterhalbjahrs 1903 die „Görlitzer Volkszeitung“ schon täglich bezogen, haben Ende desselben Jahres ihr Organ in eigenen Verlag übernommen, dergestalt, daß sie das Blatt in der Dresdener Parteidruckerei herstellen lassen. Die „Posener Volkszeitung“ reüssierte ganz und gar nicht und, obschon der Parteivorstand für sie das Defizit deckte, wurde ihre Verschmelzung mit der „Schlesischen Volkswacht“ nötig. Die Landeshuter Genossen hielten es für zweckmäßig, ihr Organ nur zweimal wöchentlich erscheinen zu lassen, und übertrugen die Herausgabe ihres Kopfblatts dem Verlag des „Proletarier“. Das war im Herbst 1904. Es blieben von den fünf Kopfblättern noch die „Schlesische Volkswacht“ und die „Wahrheit“ übrig, von denen die erstere am 31. Dezember 1904, die letztere am

31. März 1905 ihr Erscheinen eingestellt haben. An ihrer Stelle ist die Tagesausgabe in den betreffenden Bezirken eingeführt worden.

Der Entwicklungsgang war also hier ein ganz normaler: nachdem die Leser durch Wochenausgaben überhaupt an Parteilektüre gewöhnt waren, haben sie in Form der dreimaligen Ausgabe einen wesentlichen Fortschritt gehabt, um schließlich treue Anhänger des sozialdemokratischen Tageblatts zu werden.

Zurzeit hat unsere industriell-agrarische Provinz also drei Parteiblätter:

„Görlitzer Volkszeitung" in Görlitz, „Proletarier aus dem Eulengebirge" in Langenbielau, „Volkswacht" in Breslau.

Daneben erscheint in Oberschlesien die „Gazeta robotnicza" als Organ der polnischen Sozialisten.

Der „Proletarier" hat gegenwärtig eine Auflage von etwa 9000, inklusive seiner beiden Kopfblätter „Landeshuter Volkszeitung" und „Grünberger Volksstimme". Die „Volkswacht" hat, wie gesagt, 19000, die Auflage des Görlitzer Parteiorgans kann nicht genau angegeben werden. Die Gesamtauflage der Parteipresse in Schlesien ist zurzeit auf rund 35000 zu schätzen.

Das ist wenig und viel zugleich. Wenig im Verhältnis zu anderen Provinzen, die längst eine gute Verbreitung ihres Parteiorgans haben, viel im Vergleich zu den ausgesprochenen Parteizeitungen bürgerlicher Richtung. Es ist aber auch ein sehr schöner Stand in Anbetracht des schwierigen Bodens, der in Schlesien zu bearbeiten ist. Schlechte Löhne, niedrige Lebenshaltung sind hier eingewurzelt. Und die schlesischen Arbeiter sind in ihrer Bedürfnislosigkeit ja schon sprichwörtlich geworden. Unter diesen Gesichtswinkeln bedeutet der gegenwärtige Stand der Parteipresse in unserer Provinz einen gewaltigen Fortschritt. Daß dieser Kampf kein leichter war, ist bekannt, mag aber noch dadurch verdeutlicht werden, daß wir an die Opfer erinnern, die die schlesische Parteipresse der herrschenden Klasse bringen mußte. Der „Proletarier" hat etliche Jahre Gefängnis und hohe Geldstrafen auf dem Gewissen. Die „Volkswacht" aber hat in den fünfzehn Jahren ihres Bestehens nicht weniger als — zehn Jahre vier Monate achtzehn Tage Gefängnis und zirka 11000 Mark Geldstrafen tragen müssen — die Tausende Mark an Gerichtskosten ungerechnet.

Säuglingsschutz und städtische Verwaltung.

Von Dr. **Hermann Weyl**-Berlin.

Die Maßregeln zur Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit Berlins, welche ich im 23. Jahrgang dieser Zeitschrift, Band 1, Nr. 11 und 12, erörtert hatte, wurden im vergangenen Winter vom Magistrat Berlins, entgegen den Beschlüssen der Deputation, verschlechtert. Der Magistrat stimmte nur dem Vorschlag zu, mit Hilfe von Ärzten, Hebammen und Pflegerinnen durch Vorträge, Merkblätter und persönliche Belehrung die Mütter darauf hinzuweisen, daß sie ihren Kindern im Hinblick auf die Gefahren der künstlichen Ernährung möglichst die Mutterbrust reichen und dabei den Genuß von Alkohol meiden möchten. Für unbemittelte stillende Mütter empfahl die Deputation Barunterstützungen aus Mitteln der öffentlichen Armenpflege oder aus Wohltätigkeitsfonds. Der Magistrat erkannte die Notwendigkeit solcher Unterstützungen an, aber er wünschte, daß hierin über die Grenzen der öffentlichen Armenpflege nicht hinausgegangen werde. Die Deputation empfahl Einrichtung von öffentlichen Fürsorgestellen, die den Müttern für ihre Kinder unentgeltlichen ärztlichen Rat und auch einwandsfreie Säuglingsnahrung zu billigem Preise oder auch unentgeltlich gewähren sollten. Unter gewissen einschränkenden Bedingungen erklärte der Magistrat sich hiermit einverstanden. Dagegen konnte er sich nicht für den Gedanken erwärmen, daß im Interesse der Kinder, die erst geboren werden sollen oder eben geboren worden sind, auch den Schwangeren und Wöchnerinnen eine bessere Fürsorge als

bisher zuteil werde. „Das gehe", so meinte er, „über die durch die öffentliche Armenpflege gezogenen Grenzen hinaus", und er könne das „nicht für eine Aufgabe der Stadtgemeinde erachten". Für die höheren, sozialen Aufgaben einer modernen Großstadt hatte der Magistrat kein Verständnis, es war ihm noch nicht gelungen, sich loszumachen von den engherzigen und kleinlich-krämerhaften Grundsätzen freisinniger Kommunalpolitik.

Ein ganz besonderes Gewicht hatte die Deputation bekanntlich auf eine eingehende Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen gelegt. Kinderschutz ohne Mutterschutz ist und bleibt Stückwerk: ist doch die Mutter die kräftigste Lebensquelle des Kindes und zu seinem Gedeihen unentbehrlich. Es handelt sich hierbei hauptsächlich um den Schutz, den wir der ledigen Mutter angedeihen lassen müssen: wer ihr Ruhe und Pflege in ihrer schwersten Zeit verschafft, sie vor der kränkenden und das Leben verbitternden Verachtung ihrer Mitmenschen bewahrt, der schafft damit auch die Grundlage für leibliches und geistiges Gedeihen des Kindes und zugleich einen starken sittlichen Halt für die Mutter selbst. Die Gründe für sein ablehnendes Verhalten in dieser Frage hatte der Magistrat nicht ausführlich wiedergegeben; es schien jedoch der Gedanke mitgewirkt zu haben, daß bei einer so eingehenden Fürsorge für Schwangere und Wöchnerinnen ein ungebührlich großer Zulauf derartiger Personen von außerhalb stattfinden und sozusagen Berlin als bequeme Entbindungsanstalt angesehen werden könnte. Daß ein derartiger Grund natürlich gar nicht in Frage kommen konnte, lag auf der Hand; noch hinfälliger war der Versuch, die ablehnende Stellungnahme des Magistrats damit zu begründen, daß durch eine derartige Fürsorge der „Unsittlichkeit" Vorschub geleistet werden könnte. Die Vorlage wurde von der Stadtverordnetenversammlung einem Ausschuß überwiesen; das Ergebnis seiner Beratung war recht erfreulich. Gelang es doch im wesentlichen, die Beschlüsse der gemischten Deputation wieder herzustellen, ja sogar im Sinne unserer weitergehenden Forderungen erhebliche Verbesserungen vorzunehmen. Die Unterstützungen, welche im Rahmen dieser Beschlüsse den stillenden Müttern sowie den künstlich ernährten Kindern, den Schwangeren sowie den neu Entbundenen zuteil werden, sind völlig von der Armenverwaltung abgespalten. Die Frage, wie es möglich ist, ohne dem Manne die politischen Rechte zu nehmen, solche Unterstützungen den Müttern und Kindern zuwenden zu können, wurde recht glücklich dadurch gelöst, daß der sogenannten Schmidt-Gallisch-Stiftung unter Aufsicht der Waisenverwaltung mit einem jährlichen Zuschuß aus allgemeinen Etatsmitteln die Ausführung dieser ganzen Angelegenheit übertragen ward. Die Stiftung bildet eine eigene juristische Person, sie hat durch den Betrieb des städtischen Kinderasyls eine reiche Erfahrung auf dem Gebiet der Kinderpflege. Von Wichtigkeit ist ferner, daß dadurch die Schwierigkeit behoben wird, die bezüglich des Wahlrechtes entstehen könnte, wenn der Vater eines ehelichen Kindes die Fürsorgestelle — sei es auch nur für ärztlichen Rat — benutzt, sofern diese Anstalt von der Stadt selbst betrieben wird. Die ihm gewährte Unterstützung verliert den Charakter einer öffentlichen, wenn durch eine Subvention der Stiftung diese als die die Unterstützung gebende Stelle auftritt. Während die Vorlage des Magistrats nur eine jährliche Beihilfe von 40000 Mark vorsah, hatte der Ausschuß in zweiter Lesung eine Beihilfe bis zu 120000 Mark, sowie 10000 Mark für die erforderliche erste Einrichtung bewilligt.

Es sollen zunächst vier die ganze Stadt umfassende Fürsorgestellen für bestimmt abgegrenzte Bezirke eingerichtet werden, in denen die in diesen Bezirken wohnenden bedürftigen Mütter und Pflegemütter von Säuglingen (Kinder des ersten Lebensjahres) sich unentgeltlich spezialärztlichen Rat über die Wartung und Ernährung der Säuglinge einholen können. Die ärztlichen Leiter dieser Fürsorgestellen haben in geeigneten Fällen in erster Linie darauf hinzuwirken, daß die Mütter die Säuglinge stillen. Soweit es notwendig erscheint, kann bedürftigen, in Berlin ortsangehörigen Müttern, um ihnen das Stillen zu ermöglichen, auf Antrag des Arztes durch die Stiftung eine Beihilfe gewährt werden. Ferner sind die ärztlichen Leiter

der Fürsorgestellen ermächtigt, Müttern, die nicht stillen können, oder Pflegemüttern zubereitete Milch oder andere Nährpräparate in der für den speziellen Fall geeigneten Menge und Zubereitung bis zur Dauer von acht Tagen unentgeltlich abzugeben. Und zwar soll die Milch, dem Zustand des Kindes angepaßt, in Portionsflaschen fertig zubereitet, den Müttern zugestellt werden, damit nicht erst durch vieles Hantieren in der engen und meist elenden Häuslichkeit Staub und andere schädliche Stoffe der Milch beigemengt werden. Über den Zeitpunkt von acht Tagen hinaus soll eine derartige Abgabe der Regel nach nur gegen Erstattung des tarifmäßigen Selbstkostenpreises erfolgen. Ausnahmsweise darf in Berlin ortsangehörigen Müttern oder Pflegemüttern auf Antrag des Arztes durch die Stiftung der Bezug von Milch und Nährmitteln länger als acht Tage unter dem Selbstkostenpreis gewährt werden, wenn die Bedürftigkeit durch Organe der städtischen Verwaltung nachgewiesen ist. Die Benutzung der Fürsorgestellen und die Gewährung der Nährmittel darf nur so lange erfolgen, wie der ärztliche Leiter dies nach dem Gesundheitszustand des Kindes für notwendig erachtet und die Mütter sich der Aufsicht durch die Organe der Stiftung unterwerfen.

Ferner sollen, um die Not zu lindern, in welcher sich stillende Mütter — besonders zur Zeit der Entlassung aus den Entbindungsanstalten — häufig befinden, geeigneten Vereinen von der Stiftung Zuschüsse zum Pflegegeld gewährt werden bei Anstaltspflege oder bei Unterbringung in Familien. Zur Beaufsichtigung der unter Aufsicht der Schmidt-Gallisch-Stiftung stehenden Mütter und Kinder wird der Magistrat ersucht, auf Verstärkung der Gemeindewaisenräte durch weibliche Mitglieder hinzuwirken. Endlich sollen Vereine, welche sich der Fürsorge für Schwangere und neu Entbundene widmen und Gewähr bieten für eine modernen ärztlichen und hygienischen Anforderungen entsprechende Versorgung der Pfleglinge, durch einmalige oder regelmäßige Zuschüsse unterstützt werden.

Diesen Beschlüssen des Ausschusses ist dann der Magistrat, nachdem sie von der Stadtverordnetenversammlung einmütig angenommen wurden, materiell zwar beigetreten, jedoch war er der Meinung, daß eine Beihilfe von 80000 Mark außer den extraordinären 10000 Mark für die erste Einrichtung im ersten Jahre ausreichend sei, weil es sich zunächst um einen Versuch handelt und noch keinerlei Erfahrungen darüber vorliegen, in welchem Umfang die Bevölkerung die vier Fürsorgestellen benutzen wird.

Die neue Einrichtung ist nunmehr mit dem Beginn des neuen Etatsjahres 1905 in Kraft getreten. Bleibt sie auch weit hinter dem Ziele zurück, das die Sozialdemokratie ihr weist, so zeigt sie doch eine Vorwärtsbewegung nach diesem Ziele hin, so langsam und zaghaft sie auch sein mag. Die Einrichtung ist eine kleine Abschlagszahlung auf eine große Forderung. Wir wissen sehr wohl, daß durch diese Maßnahmen noch lange nicht die Not der Säuglinge und Mütter aus der Welt geschafft wird. Wir verhehlen uns nicht, daß die ausgeworfenen Mittel nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, doch müssen wir den bedeutsamen Fortschritt anerkennen, den die Stadt Berlin dadurch macht, daß sie überhaupt dieses Gebiet betritt. Die Verbesserungen, so unzureichend sie sein mögen, liegen immerhin in der Richtung sozialistischer Anschauung. Der Posten wird aus dem Etat der Stadt nicht mehr verschwinden, und daß die Fürsorge in unserem Sinne weiter ausgebaut wird, dafür wird die Sozialdemokratie im Berliner Rathaus Sorge tragen.

Literarische Rundschau.

Dr. Bernhard Rost, **Über das Wesen und die Ursachen unserer heutigen Wirtschaftskrisis.** Jena 1905.

„Die Entwicklungsgeschichte“, sagt Hermann Cohen einmal, „ist stets und lediglich eine analytische Aufgabe. Scheinbar naives Aufsuchen der Verbindungsstücke und glückliches Probieren, ob sie passen, ist ein ganz eitles Unterfangen. Die

Entwicklungsgeschichte des Organismus setzt ein hohes Stadium der Anatomie voraus, das sie alsdann erhöhen kann, aber die Entwicklungsgeschichte kann der deskriptiven Anatomie nicht vorausgehen."[1]

Wer die Wahrheit dieser Worte erkannt hat, der wird von der an den deutschen Universitäten gepflegten Vulgärökonomie — mag sie noch so laut der Gründlichkeit ihrer historischen Forschung sich rühmen und noch so oft den Mangel an historischem Sinn bei den Klassikern beklagen — nicht erwarten, daß sie uns auch nur ein Kapitel der Geschichte des Kapitalismus zu schreiben vermag. Ihn wird dann auch eine solche Leistung wie die Arbeit Rosts nicht weiter überraschen.

Eine historische Darstellung der wechselnden Konjunkturen in der deutschen Volkswirtschaft während des letzten Jahrzehnts wäre heute keine unlösbare Aufgabe mehr. In den Schriften des Vereins für Sozialpolitik, in Calwers Jahrbuch, in der Volkswirtschaftlichen Chronik der Conradschen Jahrbücher und auch in einer Reihe von Monographien ist, so verschieden auch der Wert dieser Arbeiten sein mag, immerhin reiches Material zusammengetragen, das es für den, der das Krisenproblem theoretisch erfaßt hat, nicht mehr unmöglich erscheinen läßt, die wirre Masse dieser Erscheinungen zu ordnen, jede einzelne von ihnen in ihrer Notwendigkeit, in ihrer kausalen Verknüpfung zu erkennen.

Leider fehlt es Rost zu solcher Arbeit an allen Voraussetzungen, nicht nur an theoretischer Einsicht, sondern, wie es scheint, auch an genügender Kenntnis des tatsächlich Gegebenen.

Nach Rost war die letzte Krise „in der Hauptsache eine Spekulationskrisis" (S. 33). Die Spekulationskrise hat das Vertrauen in die Gesundheit der deutschen Volkswirtschaft erschüttert. Die Folge davon war eine bedeutende Einschränkung der Nachfrage. Wenn nur wieder Vertrauen in das geschreckte Gemüt des deutschen Konsumenten einzöge, dann würde alles wieder gut werden. Nur sofern infolge der Spekulationskrise aus Furcht vor sinkenden Preisen die Nachfrage übermäßig eingeschränkt wurde, könne man von einer deutschen Absatzkrise sprechen.

Diese Darstellung ist gewiß unrichtig. Das Mißtrauen in die Weiterentwicklung der deutschen Industrie war nicht Ursache, sondern Folge des Sinkens der Nachfrage. Rost wurde zu seiner Behauptung wohl durch die Tatsache veranlaßt, daß die große Baisse an den deutschen Börsen, die von der zweiten Hälfte des April bis zum September 1900 ununterbrochen andauerte, der akuten Produktions- und Absatzkrisis in der Industrie vorausging. Indes ist diese oft gehörte Behauptung nicht völlig zutreffend. Vielmehr weist Jastrows Beschäftigungskurve gleichfalls vom April 1900 an ständiges Wachstum der Arbeitslosigkeit nach. Daß aber die Krise ihren Ursprung in der Produktion und nicht an der Börse hatte, läßt sich unschwer zeigen.

Die Jahre 1895 bis 1900 sahen eine rasche Veränderung in der organischen Zusammensetzung des deutschen Kapitals. 1895 bis 1900 wuchs der Kohlenverbrauch auf den Kopf der Bevölkerung um 31,3 Prozent, der Eisenverbrauch um 83,1 Prozent, dagegen stieg der Verbrauch von Baumwolle auf den Kopf der Bevölkerung nur um 11,9 Prozent, der Konsum von Roggen um 2,4, von Weizen um 0,9, von Zucker um 10,8, der Fleischkonsum in den größeren Städten, die darüber berichten, um 3 bis 20 Prozent. Der prozentuelle Anteil der Zahl der gegen Unfall versicherten „Vollarbeiter" der folgenden Industriegruppen an der Gesamtzahl der gewerblichen „Vollarbeiter" wuchs 1897 bis 1900 in der Eisen- und Stahlproduktion um 1,19 Prozent, im Bergbau um 0,44, in den Metallindustrien um 0,39 Prozent, er nahm dagegen ab in den Nahrungsmittelindustrien um 0,18 Prozent, in der Müllerei, Zuckerindustrie usw. um 0,59, in der Textilindustrie um 1,22 Prozent.[2]

---

[1] H. Cohen, „Kants Theorie der Erfahrung", S. 7. Berlin 1885.

[2] Wir begnügen uns hier mit diesen wenigen Zahlen. Die Berechnung der Veränderung des Anteils aller einzelnen Industriegruppen an der Gesamtzahl der gewerblichen Vollarbeiter ergibt, daß alle Industrien, deren Anteil 1897 bis 1900 abgenommen hat, Kon-

Diese Zahlen fallen um so schwerer ins Gewicht, als zum Beispiel in der Roheisenproduktion die Leistung auf den Kopf der mittleren Belegschaft 1897 bis 1900 von 225,9 auf 245,2 Tonnen stieg, während in den Konsumtionsgütergewerben eine ähnliche Produktionssteigerung zweifellos durchschnittlich nicht erfolgt ist. Erinnern wir uns noch daran, daß gerade in diesen Jahren auch der Anteil der Landwirtschaft an der Gesamtbevölkerung beträchtlich zurückgegangen ist — nie war die Klage über Leutenot auf dem Lande, über Wohnungsnot in der Stadt lauter als damals —, so dürfen wir es wohl als erwiesen betrachten, daß die Periode der Prosperität eine Zeit schnellen Fortschrittes zu höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals war.

Diese Veränderung in der Zusammensetzung des Kapitals hat aber damals natürlich weder ein Wachstum der industriellen Reservearmee noch ein Sinken der Profitrate herbeigeführt. Dem wirkten starke Gegentendenzen entgegen: Wandlungen im Aufbau und in der Länge der Umschlagszeit des Kapitals, welche den Anteil des produktiven Kapitals am Gesamtkapital gesteigert haben. 1895 bis 1900 sank der Metallbestand der deutschen Notenbanken von 1092,2 auf 899,6 Millionen Mark. Im Reichsbank-Giroverkehr blieben die eingezahlten Beträge 1895 durchschnittlich 2,63 Tage, 1900 nur 1,47 Tage auf den Girokonten stehen. Der auf 1 Mark des durchschnittlichen Giroguthabens entfallende Umsatz stieg von 274 auf 405 Mark. Der Kurs der festverzinslichen Wertpapiere sank. Das Kapital suchte gewaltige Summen den Kreditorganisationen zu entziehen, während es ihnen nur geringe zur Verfügung stellen konnte: diese Tatsache spiegelt sich im hohen Zinsfuß. Um die Jahreswende 1899/1900, als der größte Bedarf der Hochkonjunktur mit der Zurückziehung englischer Guthaben nach der Schlacht am Tugela zusammenfiel, betrug der offizielle Diskontosatz 7 Prozent. In diesem Augenblick spiegelt die Höhe des Zinsfußes nicht mehr das Wachstum der Profitrate wider, sondern seine Höhe drückt auf den Unternehmergewinn. Der Anteil des produktiven Kapitals am Gesamtkapital und mit ihm die Menge der durchschnittlich von jedem Teile des Gesamtkapitals bewegten lebendigen Arbeit läßt sich nicht mehr steigern. Die Gegentendenzen fallen weg, die die Wirkungen des Fortschritts zu höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals verhüllt hatten: das Wachstum der industriellen Reservearmee, das Sinken der Profitrate müssen jetzt zutage treten.

An dieser Stelle nun könnte Herr Rost sein psychologisches Moment einführen, nur — gerade im entgegengesetzten Sinne. Nicht das Sinken des Vertrauens war die Ursache der Krise, sondern das grenzenlose Vertrauen der deutschen Kapitalisten in die Fortdauer der Konjunktur, der glühende Wunsch, die hohen Preise auszunutzen, künstlich durch raffinierte Mittel den Bedarf zu steigern, hat der deutschen Wirtschaft noch durch einige Monate den Schein der Gesundheit gesichert, während die Krankheit längst in ihren Eingeweiden wütete. Gewaltige Spekulationskäufe täuschten einen nicht bestehenden Bedarf vor, wie etwa jenes famose Geschäft eines Mühlheimer Handlungshauses, das kurz vor Beginn des großen Preisfalls 33000 Tonnen Roheisen ohne Deckung durch Gegenverkäufe kaufte. Die Kartelle zwangen ihre Abnehmer zu langfristigen Schlüssen (Roheisensyndikat!). Der waghalsige Glaube des Spekulanten, einmal müsse es ihm noch glücken, sein Schäfchen ins Trockene zu bringen — das war jenes Vertrauen, aus dessen Schwinden Rost die Krise ableitet. Weil die Spekulation ein paar Monate den Wandel in der Konjunktur verdeckt hat, meint er, daß die Spekulationskrise die Ursache der Absatzkrise war. Nicht die Unterkonsumtion soll die Ursache der Baisse, sondern die Börsenkrise soll die Ursache der Unterkonsumtion gewesen sein!

---

sumtionsgüter, dagegen die Produktionszweige, deren Anteil zugenommen hat, fast durchweg Produktionsmittel erzeugen. Eine Ausnahme bildet die Bekleidungsindustrie, deren Anteil von 2,58 Prozent auf 2,74 Prozent gestiegen ist. Die Ausnahme dürfte nur eine scheinbare sein. Die mir zur Verfügung stehenden Zahlen umfassen ja nur die gegen Unfall versicherten Arbeiter.

Übrigens fühlt Rost selbst die Schwächen dieser Behauptung und gibt uns daher noch einige „primäre Ursachen" für die Krise an. Sie sind beiläufig von demselben Kaliber.

Man lese zum Beispiel folgendes: „Bei den hohen Arbeitslöhnen hatten es die Leute nicht mehr nötig, alle sechs Tage in der Woche zu arbeiten. Sie arbeiteten bisweilen nur drei bis vier Tage, in welcher Zeit sie dasselbe verdienen konnten wie früher bei sechstägiger Arbeit. Auch veranlaßten die hohen Löhne die Arbeiter, verschwenderischer zu leben. Das letztere gilt vor allem auch von den Kapitalisten, die Teile ihres Vermögens in industriellen Aktien angelegt hatten. Infolge der Abnahme des Fleißes und Sparsinns der Bevölkerung wurde der Mangel an Arbeitskräften und Kapitalien, der ohnehin schon in den letzten Jahren der Hochkonjunktur auftrat, immer größer, und im Zusammenhang hiermit wurde das Fundament der deutschen Volkswirtschaft immer mehr unterwühlt" (S. 46). Die Arbeiter, die während der Hochkonjunktur weniger arbeiten und weniger sparen als bei ungünstigem Geschäftsgang, dürften Rosts originellste Entdeckung sein.

Ein Historiker der letzten Krise hätte auch die Aufgabe, zu zeigen, worin sie sich von ihren Vorgängerinnen unterschied. Es wäre nicht uninteressant, darzustellen, wie die Großbanken und Kartelle die Erscheinungsform der Krise wesentlich verändert haben. Rosts Ansichten über die Funktion der Kartelle scheinen von dogmatischer Einseitigkeit völlig frei zu sein; er führt nämlich die Kartelle S. 41 als eine der Krisenursachen, S. 51 dagegen als ein Mittel zur Verhütung von Krisen an. Wer vieles bringt, wird manchem etwas bringen.

Sehr dankenswert sind auch die Ratschläge Rosts an die Kapitalisten. Den Kartellen rät er freundschaftlich davon ab, ihre Produkte im Ausland billiger zu verkaufen als im deutschen Vaterland; auch empfiehlt er ihnen, sie mögen ihre Ausfuhr nicht in den Zeiten der Depression, sondern während der Hochkonjunktur zu steigern suchen. Ja, wenn man den Gesetzen, die die kapitalistische Konkurrenz beherrschen, mit wohlgemeinten Ratschlägen beikommen könnte! O. Bauer.

Ergänzungshefte der Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft. Tübingen, Verlag der Lauppschen Buchhandlung.

Seit 1901 erscheinen neben den regelmäßigen Heften der jetzt von Professor Dr. Bücher herausgegebenen Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft in zwangloser Folge Ergänzungshefte, die einen Sammelpunkt bilden sollen für tüchtige monographische Arbeiten, welche wegen ihres Umfanges weder zur Aufnahme in die Zeitschrift selbst noch auch zum Einzelverlag geeignet erscheinen. Das uns vorliegende fünfte und sechste dieser Ergänzungshefte enthält zwei Monographien über wichtige Kapitel des Agrarwesens.

Im Ergänzungsheft VI (Preis im Einzelverkauf 2,75 Mark) behandelt Dr. Arno Pfütze die landwirtschaftlichen Produktiv- und Absatzgenossenschaften in Frankreich. Der Verfasser hat, ohne eigene Kenntnis des französischen landwirtschaftlichen Genossenschaftswesens und ohne theoretische Vertiefung in den Gegenstand seiner Untersuchung, die in Monographien und Jahresberichten verstreuten Angaben über die landwirtschaftlichen Genossenschaften in übersichtlicher Weise zusammengestellt. Darauf beschränkt sich der Wert seiner Arbeit. Die irrige Auffassung, als ob die Winzergenossenschaften in Frankreich eine mustergültige Entfaltung genommen hätten, wird von Pfütze dahin richtiggestellt, daß im Gegensatz zu Deutschland und in Anbetracht der hervorragenden Stellung, welche der Weinbau in der agrikolen Produktion Frankreichs einnimmt, dieser Zweig des Genossenschaftswesens nur als im ersten Entwicklungsstadium befindlich bezeichnet werden kann. Im übrigen ist es dem Verfasser nicht gelungen, irgendwelche neue Gesichtspunkte zutage zu fördern. Geradezu überrascht hat es uns, daß der Verfasser die wichtige Frage, welchen Einfluß die Genossenschaften auf die Betriebstechnik und

Arbeitsverfassung der bäuerlichen Kleinbetriebe ausüben, überhaupt gar nicht berührt hat.

Eine ungleich wertvollere Arbeit wird uns im Ergänzungsheft V (Preis im Einzelverkauf 6 Mark) geboten. Dr. Karl Hep, Landwirtschaftslehrer in Wurzen, gibt uns darin eine auf eigenen Erhebungen und Untersuchungen basierende Monographie über die Parzellenwirtschaften im Königreich Sachsen, die man als eine wirkliche Bereicherung der agrarökonomischen Literatur bezeichnen darf. Drei Punkte der Hepschen Darstellung scheinen uns besonderer Beachtung wert. Zunächst ist zu erwähnen, daß die große Masse der Parzellenwirte in Sachsen in ihrem Hauptberuf nicht landwirtschaftliche Tagelöhner, sondern Industriearbeiter sind. Diesem Umstand ist es zu danken, daß sie in ihrer Lebenshaltung durchgängig über den sächsischen Kleinbauern stehen, die mit Schulden überlastet sind und deren Betrieb ihre Arbeitskraft fast vollständig in Anspruch nimmt, ohne genügenden Ertrag abzuwerfen. „Was diese Zwergwirte in des Wortes schlimmster Bedeutung", sagt Hep, „die weder richtige Bauern noch Arbeiter sind, mit einem gewissen Heroismus ertragen, ist unglaublich, und ihnen gegenüber führt der minderbegüterte Parzellenwirt, der seinen Hauptverdienst in gutbezahlter Lohnarbeit sucht, wahrlich ein beneidenswertes Leben" (S. 154).

Von großer Bedeutung scheint uns ferner der Nachweis, daß der Parzellenbetrieb mehr und mehr in betriebstechnische Abhängigkeit vom größeren Grundbesitz gerät. Schon gegenwärtig hat der Ackerbau im Parzellenbetrieb seine Selbständigkeit fast verloren. Auf dem Boden des Zwergbetriebs pflügt, sät und erntet der Großbetrieb. Die betriebstechnische Überlegenheit des letzteren ist so groß, daß der sächsische Zwergwirt es aufgegeben hat, seinen Boden selbst zu bestellen. Der weitaus größere Teil der Parzelleninhaber läßt sein Land gegen Entgelt durch den Groß- respektive Mittelbetrieb bewirtschaften. Die Inhaber der größeren Betriebe sind zu Dienstleistungen gern bereit, wenn Frau und Kinder der Zwergwirte ihnen ihre Mithilfe bei den Erntearbeiten gewähren. Zu irgendwelchen Ausbeutungsverhältnissen soll dieser Zustand noch nicht geführt haben, da infolge der Leutenot der Wettbewerb, für kleine Leute Feld herzurichten, gewöhnlich unter den größeren Besitzern sehr stark ist.

Durch diese unseres Wissens bisher noch nicht genügend hervorgehobene Entwicklung fällt auf die Frage der Produktivität der Zwergbetriebe ein ganz neues Licht. Da der Großbetrieb es ist, der den Ackerbau des Zwergguts besorgt, so steht er auch nicht mehr hinter dem des Großguts zurück. Die verbesserten Bodenbearbeitungs- und Bestellungsgeräte, welche die größere Wirtschaft benutzt, kommen auch dem Zwergbetrieb zugute. Beim Kartoffellegen wird Säemaschine und Marqueur (Furchenzieher) benutzt, und wo Getreidebau stattfindet, wird das Getreide nicht nur mit der Säemaschine gesät, sondern auch mit der Dreschmaschine gedroschen. Der Ackerbau des Zwergbetriebs erlangt die Produktivität des Großbetriebs, indem er von der Bildfläche verschwindet und im Ackerbau des Großguts aufgeht. Wir haben es hier allem Anschein nach mit einer neuen bedeutungsvollen Entwicklungstendenz in der Landwirtschaft zu tun, die sich in der Folge wohl auch bei dem kleinbäuerlichen Betrieb durchsetzen dürfte.

Eine ähnliche Erscheinung ist übrigens auch bei der Viehzucht zu verzeichnen. Das zentrale Übel aller Zwergwirtschaften früherer Zeiten, der Futtermangel, ist zum größeren Teile durch die von der kapitalistischen Landwirtschaft erst geschaffene Möglichkeit, durch Kauf erworbenes Jungvieh mit gekauftem Futter großzuziehen, überwunden. Der Großbetrieb ist es, der für die sehr starke Viehhaltung der Parzellenbetriebe die erforderlichen Futtermengen beschafft, wobei freilich als Futterproduzent weniger der deutsche als der amerikanische Großbetrieb in Frage kommt. Ebenso ist es auch der Großbetrieb, der dem Zwergbetrieb das Jungvieh liefert. In welchem Umfang der Zukauf von Futtermitteln und Jungvieh sich in den Parzellenwirtschaften vollzieht, mag die Tatsache illustrieren, daß in einer Liliput-

wirtschaft von noch nicht 1/3 Hektar Gesamtfläche hierfür nicht weniger als 147 Mark verausgabt wurden. Hierdurch wird es auch erklärlich, daß in den Parzellenbetrieben auf je 100 Hektar landwirtschaftlich genutzter Fläche 81 bis 625 Rindereinheiten gehalten werden können, während im Großbetrieb jede Rindereinheit eine Wirtschaftsfläche von 2 Hektar erfordert.

Einigermaßen überraschend wirkt auch Heps Nachweis, daß selbst in den Parzellenbetrieben der Getreidebau eine immer noch erhebliche Rolle spielt. Ein Argument für die Erhöhung der Getreidezölle können unsere Agrarier aus dieser Feststellung freilich nicht ziehen, denn der Verfasser tadelt entschieden die falsche Richtung der Produktion, die in dem Körnerbau auf so kleiner Fläche recht drastisch zum Ausdruck kommt, und empfiehlt den Zwergwirten, ganz auf den Körnerbau zu verzichten und Kartoffeln mit Futter im Wechsel zu bauen, wodurch der Wirtschaftsertrag ganz erheblich gesteigert werden könnte. Ludwig Quessel.

François Cosentini, Professor an der Université Nouvelle in Brüssel, **La sociologie génétique.** Essai sur la pensée et la vie sociale préhistoriques. Mit Vorwort von Maxime Kovalewsky. Paris 1905, Felix Alcan. XVIII und 205 S. gr. 8°. Preis 3,75 Franken.

In seiner Vorrede zu dem Buche des Italieners Cosentini bemerkt Kovalewsky mit Recht, daß erst die moderne ethnologische und urgeschichtliche Forschung die Soziologie zu einer realen Wissenschaft gemacht hat. Tylor, Morgan, Lubbock, Maine, Mac Lennan, Waitz, Prichard, Post und so viele andere haben mit ihren ersten Untersuchungen über das soziale Leben der primitiven Völker eine fast unabsehbare Flut von Nachfolgern nach sich gezogen. Das hat zwar auch seine Nachteile. Wir stehen einer ungeheuren Masse von Tatsachen gegenüber, eine Menge Daten wurde zutage gefördert, die sich auf Schritt und Tritt zu widersprechen scheinen. Die Metaphysiker ziehen auch bereits Nutzen aus diesem embarras de richesse, aus der scheinbaren Unfähigkeit, allgemeine Regeln auf die ethnologischen Tatsachen aufzubauen. In England und Amerika und teilweise auch in Frankreich und Deutschland tauchen wieder die Theorien von angeborenen Ideen, von kategorischen Imperativen, von Naturrechten und dergleichen mehr auf, und an Stelle der positiven Forschung, der Beobachtung der objektiven Vorgänge tritt vielerorts wieder die „innere Beobachtung“ als einzige Methode der sozialwissenschaftlichen Forschung auf.

Der wissenschaftliche Sozialismus hat sich der Ergebnisse der urgeschichtlichen Forschung zeitig bemächtigt. Engels' an Morgan anknüpfende Untersuchungen über den Ursprung der Familie und des Staates, Letomneaus, Cunows usw. Arbeiten sind ihrem wissenschaftlichen Rüstzeug einverleibt. Doch es tat eine knappe, systematische Zusammenfassung der prähistorischen Forschungsergebnisse für die einzelnen sozialen Institutionen not. Diese haben wir nun in Cosentinis Buch. Nach mehreren einleitenden Kapiteln behandelt er einzeln den primitiven Menschen, die primitive Familie, die primitive Gesellschaft, Eigentum, Ideen, Sprache, Schrift, Religion, Moral, Recht, politische Organisation, Gesellschaftsklassen, schließlich Kunst, Industrie und Handel, überall bloß allgemeine Regeln aus dem bisher bekannt gewordenen Tatsachenmaterial ziehend.

Sowenig man sich auch allen seinen Folgerungen anschließen kann (was bei der großen Mannigfaltigkeit der behandelten Fragen auch niemand von einem Autor verlangen könnte), so sehr muß anerkannt werden, daß Cosentini von metaphysischem Einschlag vollkommen frei ist und auch ohne bürgerliche Vorurteile den Tatsachen gegenübersteht. Im großen und ganzen begegnen sich seine Schlußfolgerungen mit denen des historischen Materialismus. Eine Übersetzung seines Buches ins Deutsche wäre deshalb mit Freude zu begrüßen. E. Szabó.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 33 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Eine verfehlte Rettung.

↗ Berlin, 10. Mai 1905.

Als vor nunmehr zehn Jahren die bekannte Katastrophe über den damaligen leitenden Redakteur der „Kreuzzeitung", den Freiherrn Wilhelm v. Hammerstein, durch eine hinterlistige Intrige seiner bisherigen politischen Freunde hereinbrach, war es eine viel erörterte Frage, ob der Verratene aus der Schule schwatzen würde. Daran, daß er manches wußte, was das Licht der Öffentlichkeit nicht vertragen könne, war bei der Natur des ostelbischen Junkertums kein Zweifel. Aber Hammerstein schwieg, auch nachdem er seine Zuchthausstrafe verbüßt und nachdem sich herausgestellt hatte, daß die Junker ihn nach wie vor in dem Sumpfe stecken lassen würden, in den sie ihn gestoßen hatten. Man konnte dies Schweigen in dem Sinne auslegen, daß der kriminelle Verbrecher durch größere Würde die feigen Patrone beschämen wollte, die ihn umschmeichelt und dann preisgegeben hatten, je nachdem es ihr eigener Vorteil gebot.

Nun sind dem Toten doch noch durch seine Hinterbliebenen die Lippen gelöst worden, und zwar, wie man annehmen muß, wider seinen Willen. Was er selbst zu veröffentlichen beabsichtigt, dann aber auch zurückbehalten hatte, war ein Bericht über sein kriminelles Ende. Diese Aufzeichnung bildet den bemerkenswertesten Teil einer eben erschienenen Schrift, die weniger um ihrer selbst willen, als weil sie in der Tagespresse viel besprochen wird, hier mit einigen Bemerkungen begleitet werden mag.[1] Hammerstein plaidiert in der Sache, die ihn ins Zuchthaus brachte, nicht für ein Nichtschuldig, sondern nur für mildernde Umstände. Er will den Griff, den er in die Kasse der ihm anvertrauten Zeitung getan hat, damit entschuldigen, daß er sich finanziell habe aufrechterhalten müssen, um nicht die Sache, die er politisch vertrat, unheilbar zu schädigen. Daraus folgert er: „Dann müßten auch" — nämlich wenn er

[1] Wilhelm Freiherr v. Hammerstein. 1881 bis 1895 Chefredakteur der „Kreuzzeitung". Auf Grund hinterlassener Briefe und Aufzeichnungen von Hans Leuß. Berlin 1905, Hermann Walther.

seine politische Sache seiner persönlichen Integrität geopfert hätte — „die Völker auf die Erfolge ihrer Staatsmänner verzichten, weil diese zu Mitteln gegriffen haben, die, mit dem Maße christlicher Moral gemessen, sicher nicht, vielleicht aber auch vor dem Strafgesetz nicht bestehen würden.“ Das ist, vom „staatsmännischen“ Standpunkt der besitzenden Klassen aus, nicht so ganz unrichtig, und eine gewisse politische Konsequenz läßt sich der kriminellen Handlung Hammersteins allerdings nicht abstreiten. Hätte er industrielle Gründerbeteiligungen oder sonstige Börsenspenden, die er als leitender Redakteur eines sehr einflußreichen Blattes hundertfach hätte haben können, nach dem Beispiel so vieler liberalen Redakteure und Verleger angenommen, oder sich in Bismarcks Willen gefügt und sich nach berühmten Mustern seine Schulden aus dem Welfenfonds tilgen lassen, so wäre er in hohen Ehren gestorben oder lebte heute noch in hohen Ehren.

Indessen sind das Fragen, die für uns nur ein mittelbares Interesse haben. Dagegen berührt Hammerstein ein unmittelbares Interesse jeder oppositionellen Partei, wenn er sich darüber beschwert, wie er seinerzeit von der preußischen Regierung in Griechenland festgenommen worden ist. Das war, wie Hammerstein treffend nachweist, und wie übrigens auch schon zur Zeit, wo die Sache sich abspielte, alle unbefangenen Völkerrechtslehrer anerkannt haben, ein grober Rechtsbruch, der keineswegs dadurch beschönigt wird, daß die preußische Regierung ihm ein Rechtsmäntelchen umzuhängen versuchte. Sie hatte nach Lage der internationalen Verträge kein Recht, die Auslieferung Hammersteins von Griechenland zu verlangen; statt nun aber wenigstens den Mut der offenen Gewalt zu haben und ihn einfach in Griechenland aufzuheben, ließ sie ihn unter gehörigem Drucke auf die Regierung in Athen gewaltsam nach Italien schleppen, von wo er auf Grund der internationalen Verträge ausgeliefert werden konnte. Das ist ein Präzedenzfall der allerbedenklichsten Art, auch für jeden politischen Flüchtling, ein Fall, der um so stärker gekennzeichnet werden muß, als die liberale Presse ihn heute ebenso totschweigt wie damals, wo er passierte.

Sieht man von dieser eigenhändigen Aufzeichnung Hammersteins ab, die von seinem besonderen Standpunkt aus nicht ohne eine gewisse Würde abgefaßt ist, so wird die eben erschienene Schrift sein Andenken nicht rehabilitieren. Im Gegenteil! Herr Leuß, der ehedem zu Hammersteins und Stöckers Anhängern gehörte und sich dann, nach zeitweise ernsteren Anläufen, zu einem entgegengesetzten zwar, aber deshalb nicht höheren Standpunkt nicht sowohl entwickelt als bewegt hat, macht aus seinem Helden ein „echt tragisches“ Opfer, einen „Staatsmann von Rang“, der durch eine „politisch relativ rühmliche Handlung“, worunter Leuß den Kassendiebstahl Hammersteins versteht, daran verhindert worden sei, furchtbarstes Unheil über das Vaterland im allgemeinen und die deutschen Arbeiter im besonderen zu bringen. Nach einer — übrigens unerwiesenen — Behauptung des Herrn Leuß soll nach dem Sturze Caprivis die Reichskanzlerschaft dem Grafen Eulenburg angeboten worden sein, der sie aber nur unter der Bedingung habe annehmen wollen, daß ihm die Unterstützung aller Konservativen gewiß sei, wenn er das allgemeine Wahlrecht auf

einige Jahre suspendiere. Hammerstein, als der Kornak des Elefanten Eulenburg, habe eine Versammlung konservativer „Notabeln“ berufen, um ihnen die Sache plausibel zu machen, sei jedoch auf Widerstand gestoßen, so daß die Arbeiter sich bei diesen anonymen „Notabeln“ bedanken können, wenn sie noch das allgemeine Wahlrecht besitzen. Der noch lebende Graf Eulenburg wird sich ja wohl über die Sache äußern; mit allem, was sonst über die Krisis Caprivi-Eulenburg bekannt geworden ist, läßt sie sich nicht vereinigen, und es ist sehr wahrscheinlich, daß auch dies Histörchen zu dem sensationellen Aufputz gehört, womit Herr Leuß seinen „tragischen“ Helden schmücken möchte.

Nun ist ja gewiß Hammerstein selbst nicht verantwortlich für das, was sein „Biograph“ aus ihm macht. Aber auch das urkundliche Material, das Herr Leuß zu veröffentlichen in der Lage ist — mit Ausnahme der schon besprochenen Aufzeichnungen Hammersteins über sein kriminelles Ende —, stellt den ehemaligen Chefredakteur der „Kreuzzeitung“ in ein nichts weniger als günstiges Licht; es schädigt ihn schon insofern, als man danach nicht mehr anzunehmen braucht, daß er nach seiner Verurteilung aus einer anständigen Regung geschwiegen habe. Er kann es ebensosehr aus eigenem Interesse getan haben, denn so kläglich seine junkerlichen Korrespondenten dastehen, so kläglich steht er selbst auch da. Es kommt hinzu, daß dies Material, soweit es überhaupt beweiskräftiger Natur ist, eigentlich gar nichts Neues enthält; es bestätigt nur die alte Erfahrung, daß die ostelbische Junkerklasse von dem elendesten und nichtswürdigsten Intrigenspiel lebt, durch das sie sich der Krone zu bemächtigen sucht, um deren verfassungsmäßige Machtmittel für ihre Plünderungszwecke auszubeuten.

Dies Intrigenspiel erreichte einen seiner Höhepunkte in den letzten Jahren Wilhelms I., unter dem Kaiser Friedrich und in den ersten Jahren Wilhelms II. Es gibt darüber ja schon eine ausgedehnte Literatur, die in einzelnen Punkten durch die von Leuß veröffentlichten, möglicherweise den handschriftlichen Nachlaß Hammersteins freilich nicht erschöpfenden Dokumente bestätigt, aber, soviel wir sehen, nirgends berichtigt oder vermehrt wird. Höchstens laufen einige ergötzliche Kleinigkeiten mit unter, so der Brief, womit sich Herr Miquel bei Hammerstein entschuldigt wegen seines Schreibens an Marx, das Bebel veröffentlicht hatte. Dagegen ist es weder aufregend noch überraschend, zu lesen, wie die biederen Junker unter sich durchweg mit göttlicher Ungeniertheit über die Krone verhandeln und höchstens darüber in einen Streit geraten, ob es je nach den Umständen ratsamer sei, den Gegenstand ihrer gehorsamst ersterbenden Ehrfurcht an langsamem Feuer zu rösten oder an schnellem Feuer zu braten. Das ist in Ostelbien immer so gewesen, so empört sich einzelne liberale Blätter über die Despektierlichkeiten gebärden, die sich Herr v. Rauchhaupt und andere Korrespondenten des Herrn v. Hammerstein über die jeweiligen Träger der Krone erlaubten. Mit Ausbrüchen sittlicher Entrüstung imponiert man am wenigsten den Junkern, die sehr gut wissen, daß sie mit ihrer Methode ungleich bessere Geschäfte machen, als wenn sie das liberale Muster nachahmen und dreimal ihr Rückgrat verrenken, wenn ihnen nur einmal gnädig von der Krone zugewinkt wird.

Trieben die Junker ihr Spiel ehrlich und offen, so wäre dagegen in einem monarchischen Staate vom Standpunkt praktischer Politik eigentlich nichts einzuwenden, und zwar um so weniger, als dies Spiel dann ein sehr schnelles Ende finden würde. Ekelhaft und widerwärtig ist jedoch der Schleier verlogener Redensarten, hinter dem sie es treiben, die geflissentliche Verdummung der Massen, die sie brauchen, um das genasführte Volk bis auf die nackte Haut zu scheren. Für das gesunde moralische Gefühl gibt es deshalb nicht leicht etwas Abstoßenderes und Widerwärtigeres als ein Blick in die Hexenküche der Junker und daneben auch der Pfaffen, wie ihn der Briefwechsel Hammersteins eröffnet. Herr Leuß belehrt uns zwar, daß der Widerspruch zwischen dem religiösen Soll und dem menschlichen Haben, also das schöne Prinzip, öffentlich Wasser zu predigen und heimlich Wein zu trinken, „durchaus korrekt religiös" sei und nur „unreligiöse Beurteiler unangenehm berühre", aber wir müssen offen gestehen, daß unsere dogmatische Ausbildung in diesem delikaten Punkte viel zu wünschen übrig läßt. Zu dem heroischen Emanzipationskampf des modernen Proletariats gibt es kein abscheulicheres Gegenbild, als diese Politik des ostelbischen Junkertums, das öffentlich die heiligsten Gefühle heraushängt und hinter den Kulissen seine Schacherpolitik um das kläglichste Mein und Dein mit den Mitteln bald feigen Umschmeichelns, bald nicht weniger feigen Brutalisierens beliebt.

Hammerstein ragte über die Masse des ostelbischen Junkertums unzweifelhaft empor, weniger durch seine Intelligenz als durch seinen Charakter. Er war der „Mann mit dem Stiernacken", wie der Kaiser ihn genannt haben soll. Die Junker selbst fürchteten ihn sehr und wagten ihn, als er ihnen unbequem wurde, nur durch einen heimlichen Hinterhalt zu fällen, den sie ihm in der bürgerlich-demokratischen Presse legten. Dieser Umstand und das endlose Jubelgeheul der liberalen Presse über seinen Sturz konnten den Mann in eine verhältnismäßig günstige Beleuchtung rücken. Aber so wie ihn seine Korrespondenz zeigt, ist er ein gewissenloser Beutepolitiker und Intrigant gewesen wie die anderen auch, ohne alle höheren Gesichtspunkte; man braucht ihn nicht zu bedauern, daß er ein Ende mit Schrecken nahm, sondern nur zu wünschen, daß seine ganze Kumpanei bald ein gleiches Ende nehme.

Der Kölner Gewerkschaftskongreß.

Von **Adolf Braun.**

Es hat lange gewährt, bis die deutsche Gewerkschaftsbewegung bei den Arbeitern der Kulturwelt zu annähernd gleichem Ansehen gelangte wie die deutsche Sozialdemokratie innerhalb der gesamten Arbeiterschaft. Während die ununterbrochene Verfolgung der politischen Arbeiterbewegung in Deutschland zwar zeitweise kurze Rückschläge herbeiführte, aber die fast ununterbrochene Entwicklung nicht zu hemmen vermochte, ja aus all den Angriffen die politische Arbeiterbewegung immer von neuem gestärkt hervorging, lag es ganz anders bei der Gewerkschaftsbewegung. Wirtschaftliche Krisen, die Auslegungskünste der Polizeibehörden und Staatsanwaltschaften, die Urteile der Gerichte, die

Strafen und Auflösungen, die Angriffe des Unternehmertums und auch innere Differenzen haben lange Zeit die Entwicklungen der Gewerkschaften gehemmt, sie oft weit zurückgeworfen, ja sie zeitweise vom wirtschaftlichen Schauplatz fast vollständig verschwinden lassen, so in den ersten Jahren des Sozialistengesetzes. Über diese Zeit sind die deutschen Gewerkschaften nun längst hinaus, sie haben all die Hindernisse, wenn auch unter schweren Opfern, überwunden, und sie haben über alle Gegner triumphiert. Wenn ihnen auch in der Zukunft noch große Aufgaben bevorstehen, wenn sie auch noch auf viele Kämpfe gefaßt sein müssen, so ist doch ihre Position nunmehr eine so angesehene, ihre finanzielle und moralische Kraft von Bedeutung, ihr Einfluß weittragend, der Anteil ihrer Mitglieder an der Gesamtheit der industriellen Arbeiterschaft so stark, daß man mit ihnen als einem der gewichtigsten Faktoren des politischen und vor allem des wirtschaftlichen Lebens rechnen muß, daß es kaum eine Macht in Deutschland gibt, die sich für stark genug halten könnte, die Gewerkschaften mit gesetzlichen Mitteln zu vernichten, wie dies in den Jahren 1878 und 1879 mit Erfolg versucht werden konnte. Waren früher die englischen Gewerkschaften das Muster für die übrigen gewerkschaftlichen Organisationen, so sind heute in viel höherem Maße die deutschen Berufsorganisationen der Arbeiter das Vorbild der jüngeren und schwächeren Gewerkschaftsorganisationen anderer Länder geworden. Wohl ist die Zahl der Mitglieder der englischen Gewerkschaften noch erheblich größer wie die der deutschen, aber man darf dabei nicht vergessen, daß in den englischen Gewerkschaften wegen des Fehlens der staatlichen Arbeiterversicherung das Unterstützungswesen eine unverhältnismäßig größere Rolle spielt und eine stärkere Anziehungskraft bildet als in Deutschland, daß aber trotzdem die Einnahmen der deutschen Gewerkschaften heute größer sind wie die der englischen, daß somit ein viel größerer Prozentsatz der Geldmittel für die Zwecke des Kampfes, für die eigentlichen Aufgaben der Gewerkschaften, für die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen aufgewandt wird. In den deutschen Gewerkschaften ist auch das Prinzip der Zentralisation für eine viel größere Zahl von Arbeitern durchgeführt als in England.

Diese hervorragende Stellung, die sich nach langen Kampfesjahren die deutschen Gewerkschaften errungen haben, erklärt das außerordentliche Interesse, mit dem man dem demnächst stattfindenden allgemeinen deutschen Gewerkschaftskongreß entgegensieht. Aber es ist nicht die imponierende Stellung der deutschen Gewerkschaften allein, welche diese Anteilnahme erklärt, es wirkt da auch mit die Tagesordnung dieses Kongresses. Man vermutet, daß derselbe manche bisher nicht offenkundige Differenz zwischen den Leitern der Gewerkschaft und denen der politischen Arbeiterbewegung enthüllen könnte und damit zu einem Risse innerhalb der großen deutschen Gesamtarbeiterbewegung führen werde. Wenn auch manche Anzeichen auf einen Verlauf dieser Art hindeuten könnten, so darf man sich einer Schwarzseherei nicht zu schnell hingeben. Die deutschen Arbeiter wissen wohl den Wert der Einheit ihrer Bewegung zu schätzen. Ist auch Gewerkschaftsbewegung und politische Bewegung in Deutschland hinsichtlich der Organisation und auch der Ziele und Absichten von der politischen Bewegung formell getrennt, so ist auch vieles Verbindende vorhanden. Ein sehr starker Prozentsatz der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter gehört zu den Mitgliedern, ja zu den Trägern der politischen Arbeiterbewegung, und fast alle Führer der gewerkschaftlichen Arbeiterbewegung sind politisch organisiert, sie sind auch vielfach Leiter politischer Agitationen an ihrem Wohn-

ort. Ein großer Teil der sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten gehört zu den Leitern der Gewerkschaftsbewegung, wir nennen nur die Abgeordneten Legien, v. Elm, Bömelburg, Horn, Geyer, Hué, Koersten, Albrecht, Sachse; viele andere, die heute ihre Tätigkeit mehr oder minder ausschließlich der politischen Bewegung widmen, sind früher gewerkschaftlich in erster Reihe gestanden und haben noch heute viele Beziehungen mit ihren Organisationen, so die Abgeordneten Gerisch, Metzger, Pfannkuch, Tutzauer, Auer, Sperka, Meister, Molkenbuhr usw. Man kann endlich sagen, daß kein sozialdemokratischer Abgeordneter nicht schon in dieser oder jener Hinsicht im Dienste der Gewerkschaften gestanden und für diese gewirkt hat. Endlich darf man auch nicht vergessen, daß, selbst den Willen der Gewerkschaften zu einer Scheidung oder mindestens zum Abrücken von der Sozialdemokratie vorausgesetzt, dies nicht so einfach wäre, als sich das manche Gegner der deutschen Arbeiterbewegung und manche Träumer von einer gewerkschaftlichen, lediglich auf dem Boden der heutigen Ordnung stehenden parlamentarischen Vertretung der Arbeiter träumen lassen. Die große moralische Bedeutung der Parteileitung, der parlamentarischen Fraktionen, nicht nur der des Reichstags, und die täglich wirkende Beeinflussung der Massen durch Hunderttausende Zeitungsblätter ließen einen derartigen Traum nicht verwirklichen.

Wenn wir also auch durchaus nicht ängstlichen Gemüts sind, so bestreiten wir nicht, daß hinsichtlich manchen Streitpunktes die Meinungen der Gewerkschaftsführer und Parteiführer voneinander abweichen. Für die bevorstehenden Debatten auf dem Gewerkschaftskongreß kommt da vor allem die Maifeier in Betracht, dann herrscht in den Gewerkschaften die Auffassung, daß statt der langjährigen Forderung von Arbeitskammern die nach Arbeiterkammern aufgestellt werden soll, endlich will man zu der Frage des Generalstreiks Stellung nehmen und damit dem Beschluß des nächsten Parteitags zuvorkommen, so daß schwer zu entscheiden sein wird, ob dieser Beschluß des Gewerkschaftsparlamentes sich mit dem des Parteiparlamentes decken würde, wenn ein Beschluß dem Jenaer Parteitag vorangegangen wäre. Auch sonst mögen der Stimmung dieses oder jenes Delegierten oder von Gruppen von Delegierten entsprechend Reibungsflächen zwischen Partei und Gewerkschaft enthüllt werden, aber Anlaß zu Beschlüssen dürften bloß diese drei Punkte geben. Es kann nicht Aufgabe dieser Ausführungen sein, Vermutungen über die Beschlußfassung des Gewerkschaftskongresses zu äußern. Diese läßt sich schwerer voraussagen als die Entscheidungen auf unseren Parteitagen. Die Wahl zu unseren Parteitagen findet, wenn auch sicherlich nicht nach einem idealen System, zumeist direkt in Versammlungen statt, zu denen alle Mitglieder der Partei des betreffenden Ortes oder Wahlkreises Zutritt haben, während die Wahlen für den Gewerkschaftskongreß auf mannigfache Weise stattfinden. Vielfach wurde ein *indirektes* Wahlsystem beliebt, so wurde die Wahl auf den Kongressen der einzelnen Gewerkschaften, auf Gautagen derselben, anläßlich von Provinzialkonferenzen vorgenommen; wo direkte Wahlen beliebt wurden, waren die Wahlkreise meist so umfangreich, daß fast stets jene Kandidaten die beste Aussicht hatten, die als Beamte der Gewerkschaft in möglichst vielen Orten als Agitatoren, Streikleiter usw. bekannt waren.

So ist es nicht verwunderlich, daß auf dem nächsten Gewerkschaftskongreß die Zahl der Gewerkschaftsbeamten erheblich größer sein dürfte als jemals auf einem Parteikongreß die der Parteiangestellten. Nun ist der Parteiangestellte

fast stets in höherem Maße von der Parteileitung unabhängig und von der lokalen Parteimitgliedschaft, innerhalb der er wirkt, beeinflußt als der Gewerkschaftsbeamte, der mit seinem Zentralvorstand viel engere Beziehungen aufrecht hält als etwa ein Parteiredakteur mit seinem Landesvorstand oder dem Parteivorstand. So kann man vielleicht vermuten, daß der Gewerkschaftskongreß manchmal den Anschauungen der Zentralvorstände stärkeren Ausdruck verleihen wird als den Anschauungen, Auffassungen und Stimmungen der Gewerkschaftsmitglieder, soweit diese nicht übereinstimmen. Freilich darf man sich nicht einbilden, daß die Zentralvorstände und die Delegierten sich unabhängig von den Stimmungen der von ihnen vertretenen Berufsgenossen fühlen, sie sind für ihre Abstimmungen ihren nächsten Gewerkschaftskongressen gegenüber haftbar, sie unterstehen ebenso wie die Parteitagsdelegierten der Kritik derer, die sie entsenden, auch dem Urteil ihrer eigenen Gewerkschaftspresse, sie sind auch nicht gleichgültig gegen die Stellungnahme der politischen Parteipresse. All das sind Gründe, daß auch dort, wo vom gewerkschaftlichen Gesichtspunkt andere Schlüsse gezogen werden wie vom sozialdemokratischen, die Beschlüsse nicht so stark voneinander abweichen dürften, als man das hier und da befürchten hört.

Mit der Tatsache der Maifeier, mit den Beschlüssen der nationalen und internationalen Kongresse über die Maifeier rechnet sicherlich auch der Gewerkschaftskongreß. Auch auf unseren Parteikongressen sind schon sehr abfällige Äußerungen über die Maifeier gefallen, ja ihre Abschaffung wurde von sehr angesehenen und einflußreichen Parteiführern gefordert, von anderen wurde die Verlegung der Maifeier auf den ersten Sonntag des Monats Mai warm empfohlen, von anderen wieder wurde die Abschaffung der Arbeitsruhe als notwendig bezeichnet. Die alljährlich gefaßten Resolutionen über die Maifeier zeichnen sich nicht gerade durch ihre präzise und eindeutige Fassung aus. Sie enthalten Konzessionen an den Standpunkt derer, die die Arbeitsruhe verwerfen, man hat sich auch gehütet, mit aller Energie die Durchführung der Beschlüsse zu fordern und ihre oft wenig imponierende Durchführung mit der sonst gewohnten Schärfe zu tadeln. Auch der Gewerkschaftskongreß dürfte zu einem kompromißartigen Beschluß kommen. Die Gewerkschaften sind naturgemäß in höherem Maße einer Demonstration abgeneigt als die politischen Organisationen, und sie fürchten, vielleicht viel zu stark, die finanziellen Opfer eines durch die Maifeier verursachten Kampfes. Aber sie rechnen andererseits auch damit, daß das Aufgeben der Maifeier von dem Unternehmertum und von den sonstigen Arbeiterfeinden als ein Erfolg, als ein Zurückhufen von der nun einmal errungenen Stellung ausgelegt werden dürfte.

Seit zwanzig Jahren, eigentlich noch länger, gehört der Antrag auf Errichtung von Arbeitskammern zum Programm der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion. Es ist über denselben wenig geschrieben und gesprochen worden, bis sich vor kurzem bürgerliche Sozialreformer und Konkurrenzorganisationen unserer Gewerkschaften mit der gleichen Frage befaßten und vielfach weiter gingen als wir, indem sie statt Arbeitskammern mit Vertretern aus dem Kreise der Unternehmer und Arbeiter reine Arbeiterkammern forderten.

Auch in unserer Gewerkschaftspresse wurde der Gegenstand behandelt und von verschiedenen Seiten, so auch von dem Verfasser dieser Ausführung, betont, daß bei der Organisation der Unternehmer in Handels-, Gewerbe-, Handwerkskammern, Berufsgenossenschaften usw. die Arbeiter allen Anlaß haben, eine selbständige, von den Unternehmern vollkommen unabhängige berufliche Or-

ganisation zu wünschen, die auch viel eher Einfluß gewinnen und Praktisches leisten könnte, als eine wahrscheinlich zur Sterilität gezwungene Vertretung von Arbeitern und Unternehmern. Es ist hier nicht der Platz, die Gründe der Fraktion für die Arbeitskammer eingehend zu erörtern und abzuwägen, es kann aber bei der ganzen Stimmung der Arbeiterschaft, unter dem Eindruck der Bewegung der Bergarbeiter kaum einem Zweifel unterliegen, daß sich der Gewerkschaftskongreß für Arbeiterkammern entscheiden wird. Da außer den Beschlüssen der Fraktion keine Äußerung der Partei über diese Frage vorliegt, dürfte wohl ein Beschluß des Kongresses die Fraktion veranlassen, den meines Erachtens nach weitergehenden und dem Klassenkampfstandpunkt mehr entsprechenden Antrag aufzunehmen.

Finanzielle Rücksichten spielen selbstverständlich in den Gewerkschaften eine große Rolle, dies kommt nicht bloß zum Ausdruck bei der Behandlung der Maifeier, wo die Gewerkschaften große Opfer befürchten und, sicherlich nicht mit vollem Rechte, betonen, daß sie an der Fassung der Beschlüsse keinen Anteil genommen haben. Es wird der unzweifelhaft bedeutungsvolle finanzielle Gesichtspunkt vereinzelt etwas krämerhaft als ausschließlich entscheidend ins Feld geführt. Dieser Gesichtspunkt spielt aber naturgemäß eine noch viel größere Rolle bei der Beurteilung des Generalstreiks. Aller Vermutung nach wird diese Frage von einer Reihe anderer Gesichtspunkte aus gleichfalls beleuchtet werden, vermutlich werden sich die Gegner in der überwiegenden Mehrheit befinden, doch dürften die Ereignisse in Rußland auch diese Debatte beeinflussen.

Da auf unserem nächsten Parteitag gleichfalls die Maifeier und der politische Streik zur Debatte stehen werden, so sind abweichende Beschlüsse der obersten Organisation der Partei und der Gewerkschaften nicht ausgeschlossen, ja eher als wahrscheinlich zu betrachten. Daß diese Eventualität unerfreulich ist, fühlt man in beiden Lagern, jedenfalls wird die Zahl derjenigen, die sich über diese Aussicht freuen, innerhalb unserer Reihen so klein sein, wie sie außerhalb derselben anschwellen dürfte. Irgendwelche ernste Folgen scheinen aber nicht zu befürchten zu sein. Unsere Gegner sind so eifrig am Werke, dem deutschen Proletariat immer wieder von neuem den Klassenstandpunkt klar zu machen, daß die einigenden Faktoren auf weit absehbare Zeit ausschlaggebend bleiben müssen. Alles spricht dafür, daß die energischeren Ausdrucksformen innerhalb der Arbeiterbewegung auf weit mehr Beifall rechnen dürfen als die mäßigenden, friedlicheren, zu Kompromissen geneigten. Gerade Abweichungen, wie sie die beiden Kongresse des laufenden Jahres bringen können, werden meines Erachtens in dieser Richtung wirken.

* * *

Neben diesen Fragen, welche auch die politische Bewegung der Arbeiterschaft berühren, sollen in einem reichen Programm eine Reihe wichtiger gewerkschaftlicher Themata erörtert werden. In erster Linie stehen agitatorische Fragen. So erfreulich groß die Erfolge der gewerkschaftlichen Agitation seit dem Stuttgarter Gewerkschaftskongreß waren, so gibt es doch noch weite Gebiete, in denen die gewerkschaftliche Bewegung noch nicht kräftig genug Fuß gefaßt hat. Die vielen großen Opfer an Zeit, Mühe usw., die für die Verbreitung der Gewerkschaften im ostelbischen Gebiet aufgewandt wurden, haben leider die ersehnten Früchte noch nicht gezeigt, ja nicht einmal überall in Aussicht gestellt. Aber auch im Westen, wo zwar größere Erfolge zu verzeichnen sind, ist noch ein

weites Feld für die Wirksamkeit der gewerkschaftlichen Agitation; gilt das schon für das Gebiet zwischen Rhein und Weser, so in noch viel höherem Maße für das linksrheinische Gebiet, von geringen Ausnahmen abgesehen, von der schweizerischen bis zur holländischen Grenze. Auch in Bayern sind manche erfreuliche Ansätze der letzten Jahre erst zur völligen Reife zu bringen. Ebenso wie man geographisch unterscheiden kann zwischen Gebieten, in denen die gewerkschaftliche Agitation große Erfolge erzielt hat, und solchen, in denen diese die aufgewandte Arbeit noch nicht gelohnt hat, so gibt es auch Berufe, die relativ vortrefflich organisiert sind, und andere, in denen man erst von der Zukunft gleiche Ergebnisse hoffen kann. Zur letzteren Gruppe gehören die Bäcker, die Fleischer, Friseure, Gärtner, Gastwirts- und Hotelangestellte, dann die Papierarbeiter, die Arbeiter in Seifen- und Margarinefabriken und so manche andere. Besonders wenig Erfolg haben bisher die langjährigen Bemühungen gezeitigt, die Arbeiterinnen fachgewerblich zu organisieren. Die soziale Bevölkerungsbewegung führt alljährlich Wellen fremder, meist fremdsprachlicher Arbeiter über unsere Landesgrenzen: Russen, Polen, Tschechen und andere Slawen, Italiener, Dänen, Schweden und Holländer. In einzelnen Gewerben, so in der Schneiderei, im Baugewerbe, in den keramischen Berufen, kann diese Einwanderung lohndrückend wirken, so daß, von den ideellen Momenten ganz abgesehen, recht reale Motive für die Agitation unter den fremdsprachlichen Arbeitern ins Feld geführt werden. Sicherlich ist auf diesem Gebiet ebenso wie auf dem der Frauenagitation schon sehr vieles geschehen, doch wird mehr verlangt und vielleicht manches durch den Kongreß gebessert werden.

Im Zusammenhang mit diesen agitatorischen Fragen wird auch die Heimarbeit besprochen werden, doch wird man hier in höherem Maße durch den Druck auf die Gesetzgebung einen Vorteil erwarten können als durch die Versuche, die Hausindustriellen durch gewerkschaftliche Zusammenfassung gegen den auf ihnen lastenden Druck widerstandsfähig zu machen.

Auch dort, wo die gewerkschaftliche Organisation Befriedigendes und Erfolgreiches erzielt hat, bleiben der Agitation noch gewichtige Aufgaben. Von ganz vereinzelten Berufen abgesehen, ist die Zahl der Unorganisierten noch immer recht ansehnlich neben den Organisierten des betreffenden Berufes. Und die organisierten Arbeiter selbst sind nur zu oft bloß zahlende Mitglieder, nicht stets mitwirkende. Im engen Zusammenhange damit steht die auffallende Erscheinung, daß die Mitgliedsdauer innerhalb der Gewerkschaften, wenn auch ein Zug zur Besserung zu bemerken ist, noch immer nicht befriedigen kann, auch der Ausbau des Unterstützungswesens hat in der großen Fluktuation der Mitglieder nicht den erwarteten Wandel geschaffen. Im Zusammenhange damit steht das Streben, durch gewerkschaftliche Unterrichtskurse eine bessere Schulung der leitenden Personen und indirekt auch der gewerkschaftlichen Massen zu erzielen. Der Gedanke dieser Unterrichtskurse ist nicht neu. Katholische und evangelische Organisationen haben auf diesem Wege eine Schulung ihrer Mitgieder zu besserer agitatorischer Wirksamkeit versucht, anscheinend nicht mit großem Erfolge. Auch der Schreiber dieses Artikels hat in Nürnberg in einem halbjährigen Kursus allwöchentlich über Theorie und Praxis der Gewerkschaften in England und Deutschland vorgetragen, besonders ermutigend war der Erfolg nicht. Trotzdem kann man einen Versuch auf diesem Gebiete begrüßen, um so mehr als eben nur die Erprobung lehren kann, ob auf diesem Wege fortgeschritten werden soll. Es wird ebensosehr auf eine glückliche Auswahl

der Vortragenden als der Zuhörer ankommen. Eine große Gefahr für das Gelingen scheint mir darin zu liegen, daß man in kurzer Zeit eine übergroße Menge verschiedensten Wissensstoffes den Zuhörern zugänglich zu machen gedenkt. Es dürfte unmöglich sein, das in zirka täglich sechs Vortragsstunden Gehörte aufzufassen, geistig zu verdauen und festzuhalten für künftige Verwertung und Umformung in der Agitation. Indes, wenn auch ein Mißerfolg nicht ausgeschlossen ist, so dürfte ein Versuch wohl gewagt werden. Auch das in der „Neuen Zeit" mehrfach besprochene Projekt des Genossen Rühle wird auf dem Gewerkschaftskongreß zur Erörterung stehen. Die schon an dieser Stelle gepflogene Diskussion weiterzuführen, möchte ich aber unterlassen.

Der Kampf gegen die rückständige Form der Entlohnung, des Naturallohns, in zahlreichen Gewerben, wie bei Bäckern, Fleischern, Müllern, Schmieden usw., soll durch den Kongreß weiter gefördert werden, er ist durch die Schaffung einer besonderen Kommission im verflossenen Jahre schon erfolgversprechend eingeleitet worden.

Eine allgemeine Debatte dürfte sich bei dem Rechenschaftsbericht der Generalkommission ergeben, doch werden die Erörterungen hierüber wohl weniger Zeit beanspruchen als in früheren Jahren. Mit der Errichtung des Reichsarbeitersekretariats im Anschlusse an die Generalkommission dürfte man wohl in jeder Hinsicht zufrieden sein, eine weitere Ausgestaltung desselben mit Rücksicht auf die Überlastung der bisherigen Beamten dürfte allgemein als notwendig erkannt werden. Die Frage des Verhältnisses der Gewerkschaftskartelle zu den Zentralverbänden und der Generalkommission, die schon frühere Gewerkschaftskongresse lebhaft beschäftigt hat, wird auch der Kölner Gewerkschaftskongreß behandeln. Es ist wohl begreiflich, daß man nach einer Abgrenzung der gewerkschaftlichen Organe sucht, doch ist diese nur schwer abzustecken. Von Ausnahmen abgesehen, hat sich von den gefürchteten Mißständen in den letzten Jahren weniger ergeben, als dies früher der Fall war. Je besser die Schulung der Gewerkschaftler ist, je klarer die Streikreglements gefaßt sind, desto weniger ist ein verfehltes Eingreifen der Gewerkschaftskartelle in die Wirksamkeit der verantwortlichen Instanzen für jede Berufsorganisation zu befürchten.

Es gibt übrigens kaum jemanden mehr in unseren Reihen, der die Notwendigkeit und die Leistungsfähigkeit unserer Gewerkschaftskartelle unterschätzen könnte. Eine ganze Anzahl hervorragender gewerkschaftlicher Leistungen sind den Gewerkschaftskartellen zu verdanken; sie haben für die Ausbreitung der Gewerkschaften, für die Schaffung neuer Verwaltungsstellen, für die Gründung und Erhaltung der Arbeitersekretariate, für die richtige Besetzung der Gewerbegerichte, für die Schulung der Gewerkschaftsbeamten, für die Verbreitung der Bildung, für die Schlichtung von Streitigkeiten und für vieles andere ganz Hervorragendes geleistet.

Außer der reichen Tagesordnung des Kongresses heben wir noch hervor die Erörterung von Beziehungen zwischen Gewerkschaften und Genossenschaften. Es kann nicht aus der Tagesordnung geschlossen werden, ob man die Neutralität der Gewerkschaften zu den Genossenschaften zu einer aktiven Förderung derselben überleiten will, oder ob man bloß die gewerkschaftlichen Interessen der in den Genossenschaften tätigen Arbeiter besonders fördern will.

Wir vermuten, daß der Gewerkschaftskongreß über die Feststellung einer wohlwollenden Neutralität zu den Genossenschaften nicht hinausgehen wird, daß er sich zu einer Überschätzung derselben nicht verleiten lassen dürfte. Die

gewerkschaftlichen Interessen der in den Genossenschaften tätigen Arbeiter sind heute besser gewahrt als vor wenigen Jahren; die Gewerkschaften der betreffenden Berufe haben für ihre in den Konsumvereinen tätigen Angehörigen vieles erreicht, so daß eine besondere Kritik der Genossenschaften hinsichtlich der Behandlung ihrer Arbeiter heute nicht mehr so vonnöten ist, wie dies früher einmal der Fall gewesen war.

Eine außerordentlich große Anzahl von Anträgen sind zu dem Gewerkschaftskongreß gestellt. Mögen auch viele die erforderliche Unterstützung nicht finden, so zeigt doch ihre Gesamtheit, daß reges geistiges Leben innerhalb der Gewerkschaften vorhanden ist, daß auch die gewerkschaftliche Bewegung wie die politische kein stilles Dahinleben, sondern ein emsiges Weiterarbeiten charakterisiert. Im Rahmen dieses Artikels würde es zu weit führen, diese Anträge zu würdigen. Es muß genügen, auf ihren allgemeinen Charakter hinzuweisen. So wie diese Anträge, so wird auch der Gewerkschaftskongreß selbst ein Beweis sein für die viele Kraft und Fähigkeit, die in unseren Gewerkschaften vorhanden ist. Sicherlich wird die Zusammenkunft von Vertretern der deutschen Gewerkschaften ein anderes Bild gewähren wie unsere Parteitage. Das kann aber nur denjenigen überraschen, der sich nicht klar ist darüber, daß die Gewerkschaften innerhalb des Rahmens der heutigen Wirtschaftsordnung ihre Ziele erreichen müssen. Was man aber verlangen muß, was auch unzweifelhaft auf dem Gewerkschaftskongreß zum Ausdruck kommen wird, ist die Überzeugung, daß der gewerkschaftlichen Betätigung Grenzen gezogen sind, daß mit ihren Mitteln allein die Lage der Arbeiterklasse nur bis zu einem bestimmten Punkte gebessert werden kann, daß der große Befreiungskampf der Arbeiterklasse auf gewerkschaftlichem Boden wohl vorbereitet, aber nicht entscheidend geschlagen werden kann. Diese Überzeugung muß dazu führen, den politischen, den sozialistischen Gedanken innerhalb der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft zu pflegen und auszubilden. Dies kann sehr wohl geschehen, wenn man auch an dem heutigen Charakter und an der bisherigen Selbständigkeit der Gewerkschaften gegenüber der Partei nichts ändert.

Die Gewerkschaften benötigen ihre Selbständigkeit und Unabhängigkeit, sie dürfen aber niemals vergessen, daß sie nur ein Glied, wenn auch ein hochwichtiges der gesamten Arbeiterbewegung sind. Wir glauben, daß im Gegensatz zu England und zu den Vereinigten Staaten diese Anschauung in Deutschland immer die herrschende bleiben, daß daran auch der Kölner Gewerkschaftskongreß nichts ändern wird, dessen Verhandlungen wir alle mit den besten Wünschen begleiten.

Die belgische Arbeiterpartei und die Gewerkschaftsbewegung.

Von **Emil Vandervelde.**

Am 6. April dieses Jahres feierte die belgische Arbeiterpartei ihren zwanzigsten Jahrestag. Man verfehlte bei dieser Gelegenheit nicht, die Fortschritte zu feiern, die die Partei seit 1885 gemacht, das rapide Wachstum der politischen Organisation, welche heute nahezu 400000 Wähler in sich vereinigt, das Blühen und Gedeihen der Genossenschaften und der Gesellschaften auf Gegenseitigkeit, auf die das belgische Proletariat mit gutem Rechte stolz sein kann. Aber eine Partei der Tat wie die unsere hat die Pflicht, keine Zeit mit der

Betrachtung der erreichten Resultate zu verlieren. Daher hatte der Jahreskongreß, der am Ostersonntag und Ostermontag abgehalten wurde, sich besonders zur Aufgabe gestellt, die schwachen Stellen unserer Organisation herauszusuchen und Mittel aufzufinden, sie zu kräftigen.

Unter diesen schwachen Punkten ist aber einer, der leider sehr auffällt: das ist die relative Unzulänglichkeit unserer gewerkschaftlichen Organisation.

Jeder, der die Entwicklung der belgischen Arbeiterpartei während der letzten zwanzig Jahre objektiv betrachtet, muß einsehen, daß unser Genossenschaftswesen nicht einen so außerordentlichen Aufschwung nehmen konnte, ohne in mancher Beziehung unserer gewerkschaftlichen Bewegung Abbruch zu tun; man hat sich gewöhnt, in den Zeiten der Krisen auf die Genossenschaften als die „milchenden Kühe" der Partei zu rechnen; man glaubte, wenigstens in gewissen Gegenden, daß es nicht nötig sei, starke Gewerkschaften zu schaffen, da die Genossenschaften bei Streiks ja doch Hilfe leisteten, und um es gerade heraus zu sagen, viele Arbeiter fanden es bequemer, lieber mit den Überschüssen zu rechnen, welche die Genossenschaften geben, als mit den Opfern, welche die Gewerkschoften verlangen.

Daher ist, im Vergleich zu der politischen und genossenschaftlichen Macht der Arbeiterpartei, die Schwäche ihrer gewerkschaftlichen Organisation unbestreitbar.

Auch das ist ein Zeichen unserer Schwäche, daß wir keine neuere Statistik von den unserer Gewerkschaftskommission (commission syndicale) angehörenden Organisationen haben, welche ungefähr der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands entspricht.

Die letzte von der Gewerkschaftskommission veranstaltete Aufnahme datiert vom 31. Dezember 1902! Damals ergab sich folgender Stand der verschiedenen in Belgien existierenden Gewerkschaften:

	Sozialisten	Neutrale	Katholiken	Liberale
Handarbeiter	318	—	33	—
Transportarbeiter	900	—	41	567
Bergleute	55000	—	—	—
Weber	6263	2675	2560	1390
Metallarbeiter	7262	35	509	144
Glasarbeiter	—	6700	—	—
Bekleidungsindustrie	2252	—	130	—
Steinarbeiter	4503	—	130	—
Holzarbeiter	2116	175	106	32
Zigarrenarbeiter	1400	—	—	—
Buchdrucker und Buchbinder	727	2318	—	—
Leder und Häute	1090	—	—	—
Wagenbauer	338	—	—	—
Lebensmittel	522	—	28	—
Hutmacher	689	—	—	—
Diverse	297	—	210	—
	83677	11903	3747	2133

Es gab also so gut wie gar keine freisinnigen Gewerkschaften, die den deutschen Hirsch-Dunckerschen entsprächen — mit Ausnahme einiger Industriezweige in Gent. Auch die katholischen Vereine waren nur wenig zahlreich, weil sie am Mißtrauen der Konservativen scheiterten; immerhin blieben die von der Commission syndicale gegebenen Ziffern hinter der Wirklichkeit zurück, und

einige Zeit später schätzte Pater Rutten die Zahl der in katholischen Vereinen Organisierten auf 11000. Wenn man dieser Zahl diejenigen der neutralen und der sozialistischen Gewerkschaften hinzufügte, so käme man also auf ungefähr 110000 Gewerkschafter bei 800000 in der Industrie beschäftigten männlichen und weiblichen Arbeitern.

Aber diese Ziffern, die an und für sich schon wenig befriedigend sind, werden es noch viel weniger, wenn man sie näher untersucht.

Im allgemeinen haben die Gewerkschaften in Belgien nur minimale Einnahmen. Bis auf einige Ausnahmen verlangen sie von ihren Mitgliedern ganz ungenügende Beiträge, viele betragen kaum 30 Centimes pro Woche. Überdies gewähren die meisten von ihnen infolge ihrer übertriebenen Vorliebe für lokale Organisation und ihrer Antipathie gegen die so notwendige Zentralisation, der Commission syndicale nicht die Unterstützung, auf die sie zu zählen berechtigt wäre.

Daraus erklärt sich namentlich der ungenaue und lückenhafte Charakter der Angaben, die wir über die Gewerkschaftsbewegung besitzen. Da die Gewerkschaften zu nachlässig waren, um der Zentralkommission die Grundlagen zur Statistik zu liefern, müßte man, um ihren Kassenbestand und ihre Mitgliederzahl genau festzustellen, bei jeder einzelnen eine persönliche Enquete veranstalten.

Trotz alledem ist jedoch in den letzten Jahren ein gewisser Fortschritt zu konstatieren.

Während die liberalen Gewerkschaften ebenso wie ihre deutschen Ebenbilder ohne Bedeutung blieben, zählten die christlichen Gewerkschaften zur Zeit ihres letzten Kongresses (1904) insgesamt 14759 Mitglieder. Die sozialistischen und die neutralen Gewerkschaften sind, wie die letzten Gewerkschaftskongresse deutlich zeigen, bestrebt, ihre Beitragssätze zu erhöhen, ständige Sekretariate zu schaffen und durch eine beharrliche Agitation ihre Mitgliederzahl zu vermehren.

Man kann sagen, daß heute die gewerkschaftliche Frage für die Arbeiterpartei die Hauptfrage ist: nämlich Mittel zu finden, um die gewerkschaftliche Organisation auf gleiche Höhe mit der politischen und genossenschaftlichen Organisation zu bringen.

Zu diesem Zwecke wurde eben 1899 nach dem Beispiel von Deutschland neben der politischen Parteileitung die Commission syndicale begründet.

Um sich dieser Kommission anzuschließen, brauchen die beruflichen Vereinigungen nicht notwendigerweise zur Partei zu gehören. An den Gewerkschaftskongressen, die alljährlich am Weihnachtstage im Brüsseler Volkshause abgehalten werden, beteiligen sich neben ausgeprägt sozialistischen Gewerkschaften auch neutrale, wie die Diamantschleifer Antwerpens, die Glasmacher aus Charleroi, der Textilarbeiterverband aus Verviers, die Arbeiterverbände des Buchgewerbes — Buchdrucker, Buchbinder, Lithographen — und der Bergarbeiterverband.

Es ist sogar unzweifelhaft, daß mit Ausnahme einiger Gewerkschaften (wie die Genter Weber, die Zigarrenarbeiter, der Metallarbeiterverband) die hauptsächlichsten Gewerkschaften und gewerkschaftlichen Verbände der Arbeiterpartei nicht angehören.

Schon allein unter den neutralen Gewerkschaften und Verbänden finden sich alle nur denkbaren Abstufungen von wirklicher bis zu bloß nomineller Neutralität.

Der Bergarbeiterverband zum Beispiel, der schon für sich allein ungefähr die Hälfte der Gewerkschafter umfaßt, besteht lediglich aus sozialistischen Arbeitern, von denen die meisten der sozialistischen Arbeiterpartei als Mitglieder von Genossenschaften oder von Unterstützungskassen angehören. Seine Führer sind sämtlich entweder sozialistische Abgeordnete oder Agitatoren. Seine Zeitung steht politisch ganz und gar auf dem Boden der Partei. Wenn er dieser nicht formell angehört, so besonders deshalb, um nicht zur politischen Organisation Beiträge zu zahlen, die seine Mitglieder fast alle bereits in anderer Form schon entrichten.

Der Buchgewerbeverband enthält dagegen bei uns wie in den meisten anderen Ländern sowohl eine große Menge Sozialisten als auch solche Elemente, die der Arbeiterpartei gleichgültig oder gar feindlich gegenüberstehen. Auf den Gewerkschaftskongressen stellt er die ausschließlich, um nicht zu sagen egoistisch-gewerkschaftliche Tendenz dar, welche die großen englischen Trade Unions kennzeichnet. Wenn er der Commission syndicale überhaupt angehört, so geschieht dies nur zur Wahrung seiner Berufsinteressen.

Zwischen diese beiden Extreme, den Buchgewerbeverband und den Bergarbeiterverband, stellen sich die Glasmacher von Charleroi, die fast sämtlich Sozialisten sind, die Weber von Verviers, bei denen man ebenso wie bei der französischen Confédération du travail gewisse anarchistelnde Anwandlungen konstatieren kann, die mächtige Vereinigung der Diamantschleifer von Antwerpen, deren Führer sich mehr und mehr der Arbeiterpartei nähern.

Trotz scheinbarer Ausnahme bleibt also das Faktum bestehen, daß das Gros der gewerkschaftlichen Bewegung eng mit der politischen Bewegung der Arbeiterklasse verbunden ist.

Die Gewerkschaften nach englischem Muster sind in verschwindender Minderheit. Die wenigen anarchistelnden, welche versuchen, sich in die gewerkschaftlichen Vereinigungen einzuschleichen, sind im allgemeinen „Vögel, die aus Frankreich kommen". Außer den christlichen Gewerkschaften schließen sich fast alle gewerkschaftlichen Organisationen tatsächlich, wenn schon nicht formell an die Arbeiterpartei an.

Es kann also in Belgien gar nicht oder fast gar nicht von neutralen Gewerkschaften in dem Sinne die Rede sein, den die englischen Trade Unionisten oder die französischen Antiparlamentarier mit diesem Begriffe verbinden.

Manche unserer Genossen fragen sich nun aber, ob es nicht im Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung und sogar im Interesse der sozialistischen Bewegung in ihrer Gesamtheit ratsamer ist, die berufliche Organisation des Proletariats von der politischen zu trennen.

Indem man an alle Arbeiter appellierte, ohne von ihnen eine formelle Zustimmung zum sozialistischen Programm zu fordern, gab man sich der Hoffnung hin, sie leichter der Organisation zugänglich zu machen, sie schrittweise unter den Einfluß der Partei zu bringen, sie nach und nach von der Wahrung ihrer beruflichen Interessen zur Wahrung ihrer Klasseninteressen überzuführen.

In einem bestimmten Milieu mag diese taktische Neutralität möglicherweise günstige Resultate ergeben. Wir wollen sie nicht ganz und gar verdammen, aber andererseits wollen wir nicht verschweigen, daß sie uns Befürchtungen einflößt.

Das Beispiel der anderen Länder zeigt uns tatsächlich nur zu viele Unzuträglichkeiten, die sich sowohl für die politische als auch für die gewerkschaft-

che Tätigkeit der Partei aus der Errichtung einer dichten Scheidewand zwischen iesen beiden notwendigen proletarischen Betätigungsarten ergeben. In Eng- und beginnen selbst die Trade Unionisten nach langen Erfahrungen in dieser Richtung die Notwendigkeit zu erkennen, daß mit ihrer ökonomischen Tätigkeit ine unabhängige politische verbunden werden müsse. In Frankreich ist ohne Zweifel die Hauptursache für die Krise des Sozialismus in der Scheidung wischen parlamentarischem und gewerkschaftlichem Sozialismus zu suchen. Selbst eine parlamentarische Gruppe überzeugtester Sozialisten müßte, wenn e ganz sich selbst überlassen bleibt, wenn sie ausschließlich unter dem Einfluß er Couloirs und der Redaktionsbureaus steht und von einer ständigen, innigen nd tiefgreifenden Verbindung mit den proletarischen Massen abgeschnitten ist, chließlich in einen parlamentarischen Kretinismus verfallen, wie ihn Marx ereits diagnostiziert hat. Und was wird aus einer Gewerkschaft, mag sie sich uch der großen Interessen der Arbeiterklasse noch so sehr bewußt sein, wenn e lediglich auf ihre gewerkschaftliche Tätigkeit angewiesen ist und ohne jede Berührung mit dem politisch organisierten Sozialismus bleibt? Sie wird in erderblicher Weise entweder dem korporativen Egoismus, wie er in dem alten Trade Unionismus seinen Ausdruck findet, verfallen oder dem Revolutiona- ismus in Worten, den „Barrikadenhelden“ des Anarchismus modernen Stils.

Deshalb sind die belgischen Sozialisten in ihrer überwiegenden Mehrheit er Meinung, daß gewerkschaftliche Neutralität bisweilen durch die Umstände ebotene Taktik sein kann, daß aber stets ein Zweck im Auge behalten und in Endziel direkt oder indirekt erreicht werden muß, nämlich das ständige Zu- ammenwirken aller Formen proletarischer Betätigung.

Wenn man nicht will, daß die Politik zu einer öden Politisiererei degene- iert, daß die Gewerkschafter zu beschränkten „Praktikern“ herabsinken oder ich in unfruchtbarem Wortschwall ergehen, und daß das Genossenschaftswesen ur bloßen Geschäftssache wird, so erscheint es uns unerläßlich, daß die olitischen, gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen, anstatt ich gesondert zu entwickeln, sich lieber miteinander vereinigen, um zusammen in größeres Ganzes zu bilden: nämlich die Arbeiterpartei, daß heißt die nit allen Mitteln für eine vollkommene Befreiung kämpfende Arbeiterklasse.

Dies war stets unsere Taktik. Ehe wir die ändern, wollen wir erst warten, is die der anderen bessere Resultate gezeitigt hat.

Generalstreik und Maifeier auf dem Gewerkschaftskongreß in Köln.

Von **Emil Kloth.**

Er lebt immer noch, der Generalstreik, trotzdem man ihn schon so oft begraben hat, oft, ohne ihm auch nur ein anständiges Begräbnis bewilligen zu wollen. Und wie man im gewöhnlichen Leben dem Totgesagten ein langes Leben prophezeit, so wird auch der Generalstreik — wir wollen der Kürze wegen diesen Ausdruck bei- behalten — trotz seines Armesünderbegräbnisses eine fröhliche Urständ feiern. Daß ihm aber ein solches Begräbnis in Köln zugedacht ist, beweist ja der Beschluß der Konferenz der Vorstände der Zentralverbände, die im Oktober 1904 im Berliner Gewerkschaftshaus tagte und ausdrücklich einen Gegner des Generalstreiks als

Referenten verlangte. Wir halten die Nichtbestellung eines Korreferenten für einen um so größeren Fehler, als in jener bewußten Konferenz ferner ausdrücklich aus dem Grunde die Einsetzung des Tagesordnungspunktes: „Generalstreik“ verlangt wurde, „weil sonst die Partei auf ihrem nächsten Parteitag ähnlich wie bezüglich der Maifeier einen Beschluß fassen könnte, dem sich die Gewerkschaften dann wohl oder übel zu fügen hätten; nun könne man es auch einmal umgekehrt machen“.

Es muß ja nun ohne weiteres zugegeben werden, daß die Ansichten über den Generalstreik einem sehr starken Wechsel unterworfen gewesen sind; weniger in Deutschland als vielmehr in den romanischen Ländern, in denen die Anhängerschaft des Generalstreiks stets mit einer starken Dosis von Verachtung der politischen oder gar parlamentarischen Tätigkeit gewürzt war. Eine Ausnahme bildet in Deutschland jene bekannte Bewegung der „Jungen“, die aber die Arbeiterbewegung nur als kurzlebige Schaumwelle an ihrer Oberfläche beeinflußte und sie nicht aus ihrem tiefgründigen Bette der Betätigung auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens hinauszudrängen vermochte. Immerhin haben diese „Jungen“ einen gewissen Einfluß auf die damalige Gewerkschaftsbewegung, und das mit Recht, ausgeübt, da die Stärkung der Gewerkschaften damals eine zwingende Notwendigkeit war und ein prononziertes Betonen der Bedeutung der wirtschaftlichen Organisationen der Arbeiterklasse nicht schaden konnte. Dagegen waren die „Jungen“ mit ihrer Überschätzung des Generalstreiks genau so auf dem Holzweg, wie sie es jetzt mit der Unterschätzung desselben sind. Denn das muß festgehalten werden: fast alles, was sich von den ehemaligen „Jungen“ und den ihren namhaftesten Teil bildenden Akademikern noch öffentlich betätigt, ist entweder zum Bürgertum zurückgekehrt und hat damit seine Jugendeseleien „gesühnt“ oder gehört zur äußersten Rechten der Sozialdemokratie und wäscht hier mit evolutionistischem Rosenwasser die letzten Spuren seiner revolutionären Vergangenheit ab. Man braucht bloß an die Schippel, Hans Müller, Kampffmeyer und tutti quanti zu denken und besonders die Schrift Kampffmeyers aus dem Jahre 1892: „Die Bedeutung der Gewerkschaften für die Taktik des Proletariats“ mit seinem Artikel über den Generalstreik im Novemberheft 1904 der „Sozialistischen Monatshefte“ zu vergleichen, um zu erkennen, wie Kampffmeyer seinen Standpunkt um und um gewendet hat. Dort die kühne Verherrlichung des Generalstreiks und die Verachtung des parlamentarischen Kampfes: denn „die Arbeiter werden sich auf die Erwerbung der ökonomischen, der sozialen Macht zu verlegen haben. Sie brauchen sich nicht den Kopf mit dem Legalisieren und Kodifizieren der bereits vorhandenen Machtverhältnisse zu zerbrechen. Haben sich die Arbeiter eine gewisse Machtstellung erobert, gut, dann wird diese Machtposition auch ihren gesetzlichen Ausdruck erlangen. Sie setzt sich selbst dank ihrer eigenen Kraft in Macht um.“ Hier aber, in den „Sozialistischen Monatsheften“, der fromme Glaube, die Volksmassen würden bei Aufhebung des jetzigen Reichstagswahlrechtes „das, was sie nicht im Reichstag erreichen können, in den Landtagen der freiheitlichen süddeutschen Einzelstaaten zu erstreben suchen“. Ganz abgesehen von der etwas windigen „Freiheitlichkeit“ der süddeutschen Staaten — welch ein politischer Weitblick, zu glauben: bei einer Vernichtung des Reichstagswahlrechtes würden die freiheitlichen Institutionen Süddeutschlands unangetastet bleiben oder gar so ausgebaut werden, um das erstreben zu können, was im Reichstag verwehrt und unmöglich gemacht wurde! Wie denkt sich der „Praktiker“ Kampffmeyer eigentlich eine solche Möglichkeit? Es würde hier überflüssig sein, auf Wandlungen und Anschauungen Kampffmeyers und anderer einzugehen, wenn es nicht eine unleugbare Tatsache wäre, daß die große Mehrzahl der Gewerkschaftsführer die evolutionären Anschauungen Kampffmeyers mehr oder minder teilt, was besonders in bezug auf den Generalstreik gilt. Man hat daher den Wurzeln nachzuspüren, aus denen jene Anschauungen ihre Nahrung ziehen, will man die Stellung der deutschen Gewerkschaftsführer richtig erfassen.

Nun soll aber niemand ein Vorwurf daraus gemacht werden, wenn er seine Anschauungen selbst in einer so hochwichtigen Frage geändert hat, sondern es soll

ier kurz untersucht werden, ob jene diametral der heutigen entgegengesetzte An-
chauung ihren Untergrund in den politischen und wirtschaftlichen Verhältnissen fand
ind ob sich jetzt ein Wechsel aus denselben Gründen erklären läßt.

Wie war nun die Situation im Anfang der neunziger Jahre, als die Bewegung
er Jungen einsetzte und eine radikale Änderung der Taktik verlangte? Hinter
ins eine zwölfjährige Periode der Rechtlosigkeit, der grausamsten Verfolgungen, der
Vernichtung aller politischen und gewerkschaftlichen Organisationen und trotz alle-
em jener glorreiche Wahlsieg des Jahres 1890, der mit einem Schlage das Schand-
gesetz zerschmetterte. War das wirklich der Zeitpunkt, die Aussichtslosigkeit der
olitischen und parlamentarischen Bewegung zu predigen, nachdem soeben ad oculos
emonstriert worden war, wie tief breite Schichten des Volkes durch den politischen
Kampf aufgewühlt werden konnten? War dies auch wirklich der geeignete Augen-
lick, um die allsiegende Gewalt der nur wirtschaftlichen Aktion zu predigen, da doch
as Verhältnis der verschiedenen Bevölkerungsklassen für uns weit ungünstiger und
ie Betriebsformen noch viel weniger dem rein ökonomischen Kampfe der Arbeiter an-
gemessen waren als heute, wo Kampffmeyer die Sieghaftigkeit dieser Gewalt zu er-
weisen sucht? Diese Fragen müssen entschieden verneint werden, und deshalb wird mit
Recht behauptet werden können, die „Jungen" und mit ihnen Kampffmeyer haben sich
owohl in der Zeit wie in den Mitteln vergriffen; damals so gut wie jetzt. Denn mit
edem Tage entwickelt sich die ganze Struktur der bürgerlichen Gesellschaft günstiger für
olitisch-wirtschaftliche Aktionen, und daher ist es kein Zufall, wenn der Generalstreik
genau so gut wie die Sozialdemokratie nach jeder noch so gründlichen theoretischen
„Vernichtung" kühn sein Haupt erhebt: „Ich war, ich bin, ich werde sein!" Aber anstatt
iesen Umwandlungsprozeß zu erkennen, anstatt der wachsenden Macht der politischen
ind gewerkschaftlichen Organisationen steigende Aufgaben zuzuweisen, sehen die
Stürmer und Dränger von ehemals ihre ganze Lebensaufgabe darin, der Arbeiter-
klasse vorzumalen, was sie nicht kann. Ein schlaffer Opportunismus, ein aus tausend
Rücksichten zusammengesetzter Possibilismus ist an Stelle frischen Wagemuts ge-
treten, und die quälende Furcht vor dem Siege bei der noch „so unreifen" Arbeiter-
schaft schreckt vor jeder Tat zurück, die sich nicht im Geleise eines „ausgereiften"
Revisionismus bewegt. Dazu brauchen wir jedoch die Akademiker als Offiziere der
Arbeiterbewegung nicht; was wir nicht können, wissen wir als wirkliche Praktiker
auch ohne sie, und fast möchte man in dieser Entwicklung vom blutigen Radikalen
zum sanftesten Sozialreformer die Entwicklung der Bourgeoisie im kleinen wider-
gespiegelt finden.

Haben nun aber die Gewerkschaften Veranlassung, sich diesem Entwicklungsgang
anzupassen? Drängen sie starke Interessen dahin, allen Generalstreikideen feindlich
gegenüberzutreten? Wir behaupten: Nein! Denn in Deutschland wirkt die General-
streikidee durchaus nicht als Sprengpulver gegen die unablässige gewerkschaftliche
Kleinarbeit. Und gerade der letzte Generalstreik der Bergarbeiter ist der beste Beweis
dafür, der besser als hundert Versammlungsreden den Wert der gewerkschaftlichen
Organisation beleuchtete und zum Masseneintritt in letztere Veranlassung gab. Wir
meinen dabei niemals den Generalstreik als Allheilmittel in anarchistischer oder
Friedebergscher Couleur; wir sind auch weniger für den rein gewerkschaftlichen
Generalstreik eingenommen, der nur in sehr seltenen Fällen zur Anwendung kommen
und zum Erfolg führen dürfte, sondern wir können uns den Generalstreik nur als
politisch-ökonomischen Massenstreik denken, wie ihn Kautsky und Klara Zetkin auf-
fassen. Ob ein solcher Generalstreik mit Sparkassenbüchern der Gewerkschaften und
ihrer Mitglieder ausgefochten werden kann, bezweifle ich sehr, und wer den General-
streik nicht unter allen Umständen verwirft, der muß schon deswegen mit ganz
anderen Mitteln als diesen rechnen, als die Veranlassung zum Generalstreik niemals
eine Bagatelle sein wird, sondern eine ganze Kette von Gewalttätigkeiten, Ent-
rechtungen und Verfolgungen, wie sich dies bei allen bisherigen Generalstreiks ja auch
gezeigt hat. In einem solchen Kampfe können uns Mittel aufgezwungen werden

ganz anderer Art, als sie bei gewöhnlichen Lohnkämpfen in Anwendung kommen. Es ist aber keineswegs notwendig, daß der Generalstreik immer derartige Formen annimmt, und es wäre gerade unsere Aufgabe, auf Mittel zu sinnen, die in ebenso wirksamer Weise den Erfolg verbürgten.

Allerdings könnte von gewerkschaftlicher Seite mit einem gewissen Scheine von Recht gegen den Generalstreik auf den glänzenden Aufstieg der Gewerkschaften hingewiesen werden, der den Arbeitern ganz wesentliche Erfolge verschafft habe und bei gleichbleibendem Wachstum den Arbeitern noch ganz andere Erhöhungen ihrer Lebenshaltung bringen werde, so daß ein Generalstreik überflüssig sei. Ja, wenn die gesetzmäßige Entwicklung unter allen Umständen gewährleistet wäre, bei der wir nach Friedrich Engels rote Backen bekommen, so würde ja die Generalstreikdebatte eine müßige Spielerei sein. Allein von Bernstein, Kampffmeyer und Leimpeters bis Kautsky rechnen alle mit der Wahrscheinlichkeit, daß uns dieser bequeme oder doch wünschenswerte Weg, durch den Reichstag in das gelobte Land unserer Hoffnungen zu kommen, eines Tages abgeschnitten werden wird. Und über ihren guten Willen zu diesem Gewaltstreich lassen uns ja auch die Scharfmacher nicht im geringsten im Zweifel. Dann aber ade! gewerkschaftliche Organisation, dann wird man nicht zögern, genau so gut wie nach Erlaß des Sozialistengesetzes, die „legitimen Bestrebungen" der Arbeiter, das heißt die Gewerkschaften von Grund aus zu zerstören oder ihnen doch alle „Giftzähne" gegen das Kapital auszuziehen. Gewiß kann auch durch den Raub des Reichstagswahlrechtes die Arbeiterklasse nicht dauernd ihrer Macht entkleidet werden, und kein Mensch wird so töricht sein zu fordern: An dem Tage, wo uns das Reichstagswahlrecht genommen wird, müssen wir den Generalstreik proklamieren. Anderseits ist jedoch der Glaube: die Scharfmacher würden nach der politischen Entrechtung uns im Vollbesitz unserer sonstigen Rechte belassen, ein solcher, der keine Berge zu versetzen vermag und kaum einen Hund hinterm Ofen hervorlockt.

Außerdem ist der Strom der nurgewerkschaftlichen Bewegung nicht mächtig genug, um die Arbeiterklasse in stetiger Fahrt einer besseren Zukunft zuzuführen, es sei denn, er strebt dem Ziele zu, das uns in der Überführung der gesamten Produktionsmittel in den Besitz der Gesellschaft winkt. Bei dieser Behauptung gehen wir weniger von der Erwägung aus, daß in den großen monopolisierten und kartellierten Industrien der Einfluß der Gewerkschaften ein sehr geringer ist und kaum jemals zu einer mitbestimmenden Macht werden dürfte, sondern wir denken vielmehr an jenen Höhepunkt kapitalistischer Entwicklung, wie er nach und nach in allen Ländern der normale werden dürfte, das heißt, wo jedes Land imstande sein wird, von seiner überschüssigen Produktion große Mengen an das Ausland abzugeben, dieses selbst aber mit eigenen Produktionserzeugnissen übersättigt ist. In England scheint bereits der Gipfelpunkt erreicht zu sein; die ehemalige Werkstatt der Welt kann sich der Folgen dieser Entwicklung kaum mehr erwehren. Die Ein- und Ausfuhrziffern werden von anderen Ländern prozentual weit überflügelt, die Arbeitslosigkeit unter den Arbeitern nimmt demzufolge in erschreckender Weise zu. Von Lohnreduktionen wurden dort in elf Monaten des Jahres 1904 779372 Arbeiter betroffen, was für sie eine wöchentliche Lohneinbuße von 783640 Mk. bedeutete, während nur 12166 Arbeiter Lohnerhöhungen erhielten, gleich einer Lohnzulage von 18180 Mk. pro Woche. „Trotz der enormen Lohnreduzierungen der letzten Jahre sind die Streiks in steter Abnahme begriffen", schreibt das „Korrespondenzblatt der Generalkommission", dem wir vorstehende Zahlen entnehmen. Ja, wenn ein solcher Grad der kapitalistischen Entwicklung eingetreten ist, dann hören die Streiks so gut wie auf, sonst würde auch noch der letzte Trost, die trotzdem anhaltende Vermehrung der gewerkschaftlichen Fonds, zum Teufel gehen. In dem auf ganz andere Zeiträume industriellen Aufsteigens als Deutschland zurückblickenden England sehen wir das Spiegelbild unserer eigenen Zukunft trotz aller schönen Schlachtschiffe und Plätze an der Sonne. Einst wird auch für uns die Stunde schlagen, die mit eherner

Stimme die nahende Götterdämmerung der kapitalistischen Welt verkündet, die uns vielleicht zwingt, trotz aller Anathemen gegen den Generalstreik, ihn als schwerste Rüstung aus der Waffenkammer hervorzuholen. Hüten wir uns, daß wir dann nicht dieser Waffe völlig ratlos gegenüberstehen.

„Ein Generalstreik kann nur kommen, wie ein Dieb in der Nacht, ganz unverhofft, als eine spontane Eruption, aber niemals kann er vorbereitet werden“, schrieb der Redakteur der „Bergarbeiter-Zeitung“ im November 1904 in den „Sozialistischen Monatsheften“. Und darin hatte er recht, denn wir können das Erscheinen eines Generalstreiks, der mit Naturgewalt oder als „spontane Eruption“ wie der Bergarbeiterstreik an uns herantritt, ebensowenig zu einem bestimmten Zeitpunkt vorausbestellen wie das Kommen eines Diebes in der Nacht. Aber wir können uns sowohl auf den Dieb wie auf den Generalstreik vorbereiten und sie würdig empfangen — jeden nach seinem Wert —, wenn sie ohne unsere Einladung kommen sollten.

Fast möchten wir annehmen, daß jener Beschluß der Gewerkschaftskonferenz: einen Referenten gegen den Generalstreik zu ernennen, durch die Ereignisse überholt und vernichtet worden ist, da seitdem (außer dem deutschen Bergarbeiterstreik) jene politischen Massenstreiks in Rußland ausgebrochen sind, die unstreitig das gesamte öffentliche Leben Rußlands in ganz anderer Weise beeinflußt haben, als die jahrzehntelange Tätigkeit der „Intelligenz“ es vermochte. Und man darf wohl der Hoffnung Ausdruck geben, daß dieser Anschauungsunterricht auch an den deutschen Gewerkschaften nicht spurlos vorübergegangen sein und in dem Referat Bömelburgs zum Ausdruck kommen wird, zumal Bömelburg in seiner wirkungsvollen Schlußrede als Vorsitzender des Gewerkschaftskongresses zu Frankfurt a. M. im Jahre 1899 selbst erklärte:

„Und feststehend ist es auch, daß die weitaus größte Mehrzahl der Mitglieder in der deutschen Gewerkschaftsbewegung zu der festen Überzeugung gekommen ist, daß es nicht früher eine wirkliche Verbesserung der Lage des arbeitenden Volkes gibt, daß es nicht früher möglich ist, die soziale Ungerechtigkeit zu beseitigen, als bis die Grundwurzel alles Übels beseitigt ist, bis an Stelle der heutigen kapitalistischen Wirtschaftsweise die kollektivistische getreten ist. Diese Überzeugung ist heute nahezu Gemeingut in der deutschen Gewerkschaftsbewegung, und diejenigen, die eine Spaltung von der Zukunft erhoffen, werden sich davon überzeugen müssen, daß sie sich einem Irrwahn hingegeben haben.“

Und schrieb doch selbst das „Korrespondenzblatt der Generalkommission“ am 25. März 1905 über den Bergarbeiterstreik:

„Wir haben bereits am Abschlusse des Kampfes dargelegt, unter welchen strategischen Gesichtspunkten derselbe geführt wurde und einzig geführt werden konnte, — als ein sozialpolitischer Massenkampf mit dem Ziel einer gesetzgeberischen Pression.“

Also eine Empfehlung des politischen Massenstreiks!

Steht man dem Generalstreik feindlich oder mit sehr kühler Reserve gegenüber, so vermag man sich selbstverständlich nicht für die Maifeier zu begeistern, die mit Regelmäßigkeit alljährlich wiederkehrt und so bei strikter Durchführung eine Art angesagter Generalstreik bedeuten würde. Für manche Gewerkschaften fällt nun auch der 1. Mai in eine Zeit ungünstiger Geschäftskonjunktur; andere sind wieder durch kollektive Arbeitsverträge gebunden, und so ist es wohl begreiflich, wenn bei den verhältnismäßig hohen Kosten, die überdies die Maifeier mit sich bringt, eine gewisse Unlust vorhanden ist, den Beschlüssen der internationalen Arbeiterkongresse auf Arbeitsruhe nachzukommen. Vielfach steigert sich diese Unlust bis zum vollendeten Skeptizismus, der an der Maifeier kein gutes Haar mehr läßt und ihr jeden Wert abspricht. Das heißt weit übers Ziel hinausgeschossen, denn ohne Zweifel hat die Maifeier dem Streben der Arbeiterschaft nach Verkürzung der Arbeitszeit mächtige Impulse gegeben, und diese Wirkung wird sie auch in Zukunft sehr wohl auszuüben vermögen. Es wäre ja auch verwunderlich, wenn das feierliche Gelöbnis am

1. Mai, für den Achtstundentag zu kämpfen, keine Spuren in die Gemüter von Millionen eingegraben haben sollte. Und die Tränen, die wegen des verlorenen Arbeitslohnes am 1. Mai fließen, können kaum bestimmend sein, der Maifeier ihren Wert abzusprechen; hieße es doch dem Einfluß der Gewerkschaftsorganisationen auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse ein trauriges Zeugnis ausstellen, wenn durch den Verlust dieses einen Arbeitstages das Einkommen der Arbeiter wesentlich geschmälert würde. Es würde sich nach allem diesem empfehlen, daß der Gewerkschaftskongreß den Verbänden zur Pflicht machte, in ihren Forderungen an und in ihren Verträgen mit den Unternehmern die Freigabe des 1. Mai mit aufzunehmen. Mag man auch einwenden: gerade diese Forderung würde den größten Widerstand der Unternehmer hervorrufen und sie würde vielfach nur einen dekorativen Wert haben, so kann dem entgegengehalten werden, daß wir auch an die Gesetzgeber viele Forderungen immer wieder erheben, von denen wir wissen, daß ihnen nicht gleich Gesetzeskraft zuteil wird. Trotzdem hält uns dies nicht davon ab, diese Forderungen immer wieder aufzustellen. Will man, wie versichert wird, aber lediglich nur die heutige Form der Maifeier zerbrechen, so hüte man sich, daß nicht der Spiritus dabei zum Teufel geht und nur das Phlegma übrig bleibt.

Eine Fusion auf gewerkschaftlichem Gebiet.

Von **Hermann Müller.**

Daß eine Gewerkschaft, die weit über die Hälfte der Berufsangehörigen organisiert hat, durch ihre Machtstellung vielfach schöne Erfolge erzielte und eine Reihe Tarifabschlüsse durchsetzte, liquidiert und ihre Mitglieder der bisherigen Unterstützungsvereinigung derselben Berufe, die sich zu einer Gewerkschaft ausbaut, überweist, dürfte ein Vorgang sein, der in der Geschichte der Gewerkschaftsbewegung vereinzelt dasteht und daher wohl von allgemeinem Interesse ist.

Der Verband der Lithographen, Steindrucker und verwandten Berufe beschloß auf der zu Ostern im Berliner Gewerkschaftshaus tagenden Generalversammlung seine Auflösung. Andererseits beschloß der Senefelderbund, der bisher nur Unterstützungsvereinigung gewesen war, die Annahme eines neuen Statuts, die ihm den Charakter einer dem § 152 der Gewerbeordnung entsprechenden Organisation gibt, und zugleich beschloß er, am 1. Juli dieses Jahres die Mitglieder des Verbandes mit dessen sämtlichen Aktiven und Passiven zu übernehmen.

Der Senefelderbund macht dabei kein schlechtes Geschäft. Laut Rechenschaftsbericht des Verbandsvorstandes besitzt der Verband ein Vermögen von 218000 Mark, das dem Bund als Grundstock seiner Gewerkschaftskasse natürlich sehr willkommen ist. Der Umstand, daß der Verband mit einem solchen Vermögensbestand seine Liquidation beschloß, beweist, daß er nicht aus Schwäche kapitulierte, und der weitere Umstand, daß der Beschluß einstimmig, ohne Widerspruch, gefaßt wurde, zeigt, daß wichtige taktische Gründe ausschlaggebend gewesen sein müssen. Dem ist in der Tat so. Und obgleich der Verband seine Selbständigkeit dabei aufgegeben hat, so ist doch diese Zusammenlegung beider Organisationen zu einer einzigen und daher kräftigeren ein schöner Sieg des Verbandes in einem fast ein Jahrzehnt andauernden Kampfe. Ein Sieg, der ihm allerdings ziemlich unerwartet zugefallen ist.

Eine ganze Reihe von Gewerkschaften führt zurzeit ähnliche Kämpfe. Die beruflichen Kranken-, Zuschuß- oder sonstigen Unterstützungskassen sind vielfach zu einem Hindernis der Entwicklung der Gewerkschaften geworden. Die Kassen hindern diese, nicht nur das Unterstützungswesen, welches zur Festigung der Verbände außerordentlich viel beiträgt, auszubauen, weil es einen Einbruch in die Domäne der Kassen bedeutet, sondern sie verhindern auch, namentlich in wirtschaftlich zurückgebliebenen Gegenden, vielfach überhaupt, daß die Gewerkschaften festen Fuß fassen können. Fast ausnahmslos sind

sie die ältere Organisation, die Mitgliedschaft birgt weder Gefahren noch Mißhelligkeiten in sich, da ihre Beschränkung auf das Unterstützungswesen keinem Unternehmer gefährlich ist. Die älteren Arbeiter, der seßhafte Stamm ist es daher zumeist, der in den Kassen das Regiment führt. Sie fühlen sich äußerst wohl in der ihnen so zufallenden Rolle. Daß sie „solidarisch" denken, beweist ihre Mitgliedschaft in der Kasse, sie halten sich für organisiert und betrachten jeden als Friedensstörer, der ihnen nachweist, daß ihre Kasse nicht das ist, was der Arbeiter unter einer Organisation versteht, und daß ihre Kasse durchaus nicht geeignet ist, für Besserstellung der Arbeiter zu wirken. Sie gehen vollständig in ihrer Kasse auf, sind sonst für nichts zu haben und werden dadurch vielfach zu ausgesprochenen Gegnern der Gewerkschaften. In den großen Städten oder den Industriezentren sind ja die Arbeiter auch in den Unterstützungskassen über diese Käuze hinweggeschritten, aber selbst da findet man vielfach noch Leute in den Kassenleitungen, die nicht hineingehören, die aber gewissermaßen gewohnheitsmäßig wiedergewählt werden. Hier können sie allerdings keinen Schaden mehr anrichten, hier hat der Verband längst die notwendige Aufklärungsarbeit geleistet und den Unterstützungs- usw. Kassen den ihnen zugehörenden Platz angewiesen. Aber in der Provinz, da steht für viele Berufe die Sache noch so, daß die Gewerkschaft dort schwach bleibt, wo die Unterstützungskassen stark und bodenständig geworden sind. Daher das Bestreben der Gewerkschaften, die Selbständigkeit der Kassen aufzuheben und ihre Angliederung an die Gewerkschaft zu fordern — ein Bestreben, das unseres Wissens noch in keinem anderen als dem vorliegenden Falle, und auch hier nur auf Umwegen, zum Ziele geführt hat. Mehrfach haben die Gewerkschaften, des endlosen Verhandelns müde, trotz der nebenher bestehenden Kasse dieselben Unterstützungszweige eingeführt und sind so zu Konkurrenten der Unterstützungskasse geworden. So zum Beispiel die Tabakarbeiter, die auf ihrer letzten Generalversammlung die Krankenunterstützung obligatorisch im Verband einführten, obgleich eine Zentralkrankenkasse (Zuschußkasse) der Tabakarbeiter besteht, in der zwar ebenfalls die Majorität für Angliederung an den Verband ist, aber nicht die erforderliche statutengemäße Majorität. Die Metallarbeiter gedenken ebenfalls trotz ihrer allgemeinen Kranken- und Sterbekasse im Verband die Erwerbslosenunterstützung, also auch Unterstützung in Krankheitsfällen, einzuführen. Solch Vorgehen ist erklärlich, unter Umständen sogar notwendig.

Rivalitäten der geschilderten Art, uoch verschärft durch besondere Umstände, bestanden auch zwischen dem Senefelderbund und dem Verband der Lithographen und Steindrucker. Der Bund war die ältere der beiden Organisationen. Wenn er auch im Laufe der Zeit zu einer reinen Unterstützungsvereinigung geworden war, so hatten seinen Gründern doch andere Ziele vorgeschwebt. Die zwölf Delegierten, die sich am 29. November 1873 in Würzburg zur Gründung des Senefelderbundes zusammengefunden hatten, waren dorthin gegangen, um eine moderne Gewerkschaft zu gründen. Sie waren delegiert von achtzehn über ganz Deutschland verstreuten Ortsvereinen, die alle zur Aufgabe hatten, die materiellen und geistigen Bestrebungen ihrer Mitglieder zu fördern. Wirtschaftliche Kämpfe, die 1872 in Nürnberg und 1873 in Frankfurt a. M. ausgebrochen waren, hatten den Ortsvereinen die Notwendigkeit zentralen Zusammenschlusses vor Augen geführt, darum der Delegiertentag in Würzburg, darum aber auch das Beiseiteschieben Hirsch-Dunckerscher Vertreter, die sich dort ebenfalls eingefunden hatten, um die zu gründende Organisation in das Fahrwasser des „Gewerkvereins der Lithographen, Maler, Koloristen und verwandter Fächer" zu leiten. Von solchen Bestrebungen wollten die Delegierten nichts wissen, die direkte Veranlassung ihrer Konferenz, die vorangegangenen wirtschaftlichen Kämpfe, hatte ihnen schon so viel proletarische Dialektik eingepaukt, daß sie für eine Lehre von Harmonie zwischen Arbeit und Kapital nichts mehr übrig hatten.

Der Zweck des Bundes kam im § 2 seiner damaligen Statuten zum Ausdruck: Der Verband erstrebt die materielle Besserstellung und geistige Hebung seiner Mitglieder, sowie der Lithographen und Steindrucker über-

haupt. Seine Gründer wollten also eine Kampforganisation im Sinne der modernen Arbeiterbewegung. Daß sie dabei eines Bindemittels bedurften, war ihnen auch klar, und da sie bei ihrer Gründung die Organisation der Buchdrucker als Muster anerkannten, führten sie sofort Unterstützungen ein, und zwar wurde die Gründung einer Invalidenkasse mitbeschlossen. Der nächste, 1874 in Gotha stattfindende Verbandstag beschloß weiter die Einführung der Reiseunterstützung, und der dritte Verbandstag von Dresden nahm die Gründung einer eingeschriebenen Hilfskasse an, die ihren Sitz in Bremen haben sollte. So war der Bund auf dem besten Wege, sich zu einer seinem Vorbild, der Buchdruckerorganisation, entsprechenden gewerkschaftlichen Vereinigung auszubauen. Da kam das Sozialistengesetz. Wenn dieses auch den Bund nicht zur Auflösung brachte, so bereitete es ihm doch so viel Schwierigkeiten, daß er den Charakter einer Kampforganisation völlig abstreifte. Bei Inkrafttreten des Gesetzes war Leipzig Sitz des Bundes. Die sächsischen Mitgliedschaften wurden durch die Behörden aufgelöst, und eine Verlegung des Sitzes machte sich erforderlich. Er siedelte nach Hamburg über. Da aber auch dort die Behörden Schwierigkeiten machten, wurden die entmannenden Statutänderungen vorgenommen, und seitdem blieb der Senefelderbund eine Versicherungsgesellschaft. Er machte zwar eine Reihe innerer Wandlungen durch, nahm aber den Kampfcharakter auch nach dem Fall des Sozialistengesetzes nicht wieder an.

Selbstverständlich konnten aber die Lithographen und Steindrucker die gewerkschaftliche Organisation ebensowenig entbehren wie andere Berufe. Ihre erste Zentralorganisation — der Bund — hatte versagt, sie mußten von neuem aufbauen. Der Weg über die Lokalorganisationen, Berlin hatte schon 1885 wieder eine solche, Leipzig 1886, führte auch sie wieder zum Zentralverband, der vom zweiten Kongreß der Lithographen zu Weihnachten 1890 in Magdeburg — ein erster Kongreß hatte zu Weihnachten 1889 in Hannover getagt — ins Leben gerufen wurde und am 1. April 1891 in Wirksamkeit trat. Es ist bezeichnend, daß der Gedanke, den Senefelderbund wieder umwandeln zu wollen, auf beiden Kongressen gar keine Rolle spielte.

Trotz seiner wiederholten Statuten- und Kassenänderung hatte der Senefelderbund sein letztes Anhängsel, welches daran erinnerte, daß er früher andere, gewerkschaftliche, Ziele verfolgte: die Reiseunterstützung, beibehalten. Dies hinderte den Verband nicht, sie ebenfalls sofort bei seiner Gründung einzuführen, so daß beide Organisationen auf diesem Gebiet rivalisierten, was notwendigerweise sofort zu Streitigkeiten führte. Der Verband wollte die Reiseunterstützung für sich allein reklamieren, und es lagen auch der Generalversammlung des Bundes, die während der Weihnachtstage 1892 in Weimar tagte, schon aus drei Städten Anträge vor, die den Fortfall der Reiseunterstützung im Bunde forderten. Die Generalversammlung beschloß aber mit allen gegen drei Stimmen deren Beibehaltung. Dagegen lehnte sie die beantragte Einführung der Arbeitslosenunterstützung ab mit der Motivierung, daß sich der Bund damit vom neutralen Boden entferne und diese Unterstützung besser vom Verband eingeführt werde. Anderer Meinung war der Verband. Das Schlagwort, daß die Unterstützungseinrichtungen den Kampfcharakter der Gewerkschaften verwischen, herrschte damals weit mehr als heute, wo es gelegentlich auch noch auftaucht. Der Verband lehnte zuerst durch Urabstimmung, dann auch 1895 auf der Generalversammlung in Nürnberg die Einführung der Arbeitslosenunterstützung ab. Die Generalversammlung beschloß, daß eine gemeinsame Regelung des Unterstützungswesens dergestalt erfolgen möge, daß dem Verband die Reiseunterstützung allein zufallen, während der Bund an deren Stelle die Arbeitslosenunterstützung einführen solle. Ein späteres gemeinsames Zusammengehen wurde in der gleichen Resolution als erstrebenswert bezeichnet.

Tatsächlich führte der Bund auf seiner im gleichen Jahre ebenfalls in Nürnberg tagenden Generalversammlung die Arbeitslosenunterstützung ein. Aber er weigerte sich entschieden, die Reiseunterstützung fallen zu lassen, sie wurde als

das Lebenselement des Bundes bezeichnet, als die beste Zugkraft für den Eintritt. Sie wurde beibehalten. Auf dieser Generalversammlung schon sprach einer der Leipziger Delegierten aus, es sei ein Unding, daß beide Vereine nebeneinander bestünden. Einer müsse zugunsten des anderen und zum Wohle der Mitglieder verschwinden, der verbleibende dann im Sinne der Buchdrucker-Vereinigung ausgebaut werden.

Die Verschmelzungsbewegung kam langsam in Fluß. Schwere wirtschaftliche Kämpfe, die der Verband durchzuführen hatte, sowie die immer mehr zur Feindseligkeit sich auswachsende Gleichgültigkeit vieler Nur-Bundesmitglieder brachte in Verbandskreisen den Gedanken der Verschmelzung bald allgemein zur Geltung. Der zweite Gewerkschaftskongreß, der die Einführung der Arbeitslosenunterstützung den Gewerkschaften empfahl, verfehlte auch auf die Mitglieder des Verbandes seine Wirkung nicht. Sie sahen ein, daß es ein Fehler gewesen war, dem Bunde die Arbeitslosenunterstützung zu überlassen, und sie sprachen sich durch Urabstimmung für die Einführung derselben aus, ebenso die Generalversammlung von Frankfurt a. M. vom Jahre 1898. Nun hatten beide Organisationen die Reise- und die Arbeitslosenunterstützung.

Bis zu dieser Frankfurter Generalversammlung hatte der Verschmelzungsgedanke schon so viel Terrain gewonnen, daß in einer Sitzung beider Vorstände eine Resolution angenommen wurde, die die Verschmelzung auf Grund eines Zweikassensystems vorsah. Eine allerdings sonderbare Verschmelzung, die im Grunde genommen alles beim alten gelassen und als Neuerung nur eine einheitliche Verwaltung beider Vereine gebracht hätte. Trotzdem machte sich die Generalversammlung des Verbandes diese Resolution zu eigen. Aber den Mitgliedern des Bundes ging sie viel zu weit, sie nahmen durch Urabstimmung dazu Stellung und lehnten mit erdrückender Majorität die Verschmelzung ab. Ebenso die Bundesgeneralversammlung in Köln vom Jahre 1900. Diese brachte den Bund allerdings in eine sonderbare Situation. Sie hatte wohl den Antrag auf Verschmelzung abgelehnt, hatte aber merkwürdigerweise einen Antrag angenommen, wonach der Bund zu einer neutralen Organisation ähnlich dem Buchdruckerverband auszubauen sei.

Eine Urabstimmung mußte aus diesem Dilemma heraushelfen. Sie verwarf den Ausbau, erklärte sich aber damit einverstanden, daß die Reise- und Arbeitslosenunterstützung im Bunde beseitigt und dem Verband überlassen wurden. Auf dieser Basis kamen beide Vereine zur Gebietsabgrenzung. Die Generalversammlungen von Halle 1901 — Verband — und Saalfeld 1902 — Bund — hießen ebenfalls gut, daß der Bund als Unterstützungszweige die Kranken- und Invalidenunterstützung behalten solle, während dem Verband die Unterstützungen gewerkschaftlicher Natur allein zufallen sollten. Beide Organisationen übernahmen auch die Verpflichtung, auf ihre Mitglieder moralisch einwirken zu wollen, daß sie dem jeweilig anderen Verein beitreten sollten.

Es gab Illusionisten, die der Meinung waren, daß damit ein dauernder Friede geschaffen sei. Betont werden muß, daß der Verbandsvorstand und auch das Organ des Verbandes, die „Graphische Presse", diesen Frieden redlich gehalten haben. So redlich, daß sie beide von der neuerdings mit aller Macht hereinbrechenden neuen Verschmelzungsbewegung überrascht wurden und beide gewissermaßen mit fortgerissen werden mußten. Diesmal kam im Gegensatz zu früher die Anregung aus den Reihen der Bundesmitglieder. Aus nicht weniger als 21 Mitgliedschaften kamen 1904 zur Generalversammlung in Kassel die Anträge auf Verschmelzung beziehungsweise auf Ausbau des Bundes, und die Generalversammlung des Bundes beschloß mit 42 gegen 3 Stimmen im Prinzip die Verschmelzung. Auf der kurz vorher in Dresden stattgefundenen Generalversammlung des Verbandes erklärte sich dieser ebenfalls im Prinzip einstimmig dafür.

Was hatte binnen drei Jahren diesen großen Umschwung bewirkt? Einmal die rasche Entwicklung des Verbandes, der von 5000 Mitgliedern im Jahre 1900 auf

11000 im Jahre 1904 angewachsen war und in der gleichen Zeit sein Vermöge von 61000 Mark auf 222000 Mark erhöht hatte; dann aber auch das Stehenbleibe des Bundes. Er konnte 1904 zwar auch 9000 Mitglieder gegen 6500 im Jahre 190 aufweisen, aber sein Vermögen war nur um ein geringes, von 375000 Mark au 381000 Mark, gestiegen. Er war der Mitgliederzahl nach an zweite Stelle gerück sein Finanzgebaren hatte sich enorm verschlechtert. Die Zahl der Invaliden wa von 26 auf 154 gestiegen, was bedingte, daß er im Jahre 1904 69824 Mark In validenunterstützung zahlen mußte, gegen nur 16996 Mark im Jahre 1900. De Bund stand vor der Frage, entweder seine Leistungen herabsetzen oder seine Beiträg enorm erhöhen zu müssen. Eine gründliche Reform war unbedingt erforderlich. D lag der Gedanke sehr nahe, durch eine Massenzufuhr neuer Mitglieder den Bun zu kräftigen. Und diese Massen fanden sich im Verband, der mindestens 5500 Mit glieder hatte, die dem Bunde noch nicht angehörten. Selbstverständlich ergriff de Verband gern die Gelegenheit, dem Bruderzwist ein Ende zu machen.

Wie sollte aber die Vereinigung vor sich gehen? Sollte, wie früher in Frankfur beschlossen war, lediglich ein Zusammenlegen der Geschäfte erfolgen, womit keine Seite gedient war, oder sollten, wie von anderer Seite vorgeschlagen wurde, all Mitglieder allen Kassen angehören und dadurch die Einheitskasse und ein Einheits- beitrag geschaffen werden? Die Bundesleitung wollte von einer solchen Verpflichtung für die gegenwärtigen Mitglieder nichts wissen, sie wollte ihnen nur das Recht ein- räumen, allen drei Kassen beizutreten. Die neueintretenden Mitglieder sollten aller- dings allen drei Kassen, aus denen sich die Organisation nach der Verschmelzung zusammensetzen sollte, der Gewerkschafts-, der Unterstützungs- und der Invalidenkasse beitreten. Für die beiden letzten Kassen wünschte er ferner Beibehaltung der Alters- grenze und des Gesundheitsattestes. Der Verbandsvorstand sah in seinem Statuten- entwurf ebenfalls die drei Kassen vor, er wollte aber allen gegenwärtigen gesunden, nicht über vierzig Jahre alten Mitgliedern die Verpflichtung zum Eintritt auf- erlegen. Ältere oder kranke Mitglieder sollten nur der Gewerkschaftskasse angehören. Auch bei Neuaufnahmen sollte so verfahren werden.

Das wäre ein heilloses Durcheinander geworden. Bei Annahme der Bundes- vorstandsvorschläge wären nicht weniger als sechs verschiedenartige Mitglieder- kategorien mit sechsfach verschiedenen Beiträgen und Rechten geschaffen worden. Die Statutenberatungskommission machte durch all diese Vorschläge einen dicken Strich, sie warf Altersgrenze und Gesundheitsattest über Bord und legte den beider- seitigen Mitgliedern die Verpflichtung auf, allen drei Kassen beizutreten. Von der Einheitskasse sah sie ab, da sie den Einwand aus der Welt schaffen wollte, daß die Gelder des Bundes lediglich zu Streikzwecken vom Verband gewünscht und ver- braucht werden sollten. Die Generalversammlung des Bundes, die zu Ostern in Berlin tagte, stellte sich auch auf den Standpunkt der Kommission, sie fügte den schon bestehenden Kassen des Bundes noch die Gewerkschaftskasse an, stellte die ge- werkschaftlichen Aufgaben an erste Stelle und erhöhte den durch Neueinführung der aus der Gewerkschaftskasse zu zahlenden Reise-, Arbeitslosen- und Umzugsunter- stützung entsprechenden erhöhten Leistungen den Beitrag von 60 Pfennig auf 1,20 Mark. Die Existenz des Bundes wurde dabei nicht angetastet, der Bund erweiterte lediglich die Rechte seiner Mitglieder und führte einen entsprechend erhöhten Beitrag dafür ein. Der Verband, der gleichzeitig tagte, erklärte sich nun für überflüssig und er löste sich auf, indem er seine Mitglieder dem Bund überwies.

Der Vorgang ist taktisch nicht ohne Bedeutung. Wäre die Auflösung des Bundes gewünscht worden, so hätte sich bei einer eventuellen Urabstimmung nicht die erfor- derliche vierfünftel Majorität gefunden und beide Vereine hätten noch weiter neben- einander bestanden. Daß die Majorität der Bundesmitglieder für die Vereinigung in dieser radikalen Form ist, hat eine noch in letzter Stunde vor der Generalver- sammlung von den Verschmelzungsgegnern herbeigeführte Urabstimmung trotz ver- wirrender Fragestellung bewiesen.

Da sich auch die Gerichte mit der Neuregelung zu befassen haben, so gewinnt sie noch erhöhte Bedeutung für die Gewerkschaften. Fußend auf der Reichsgerichtsentscheidung, die im Jahre 1894 den Buchdruckerverband verpflichtete, einer Anzahl klagender Mitglieder ihre „wohlerworbenen Rechte“ auch nach seiner Umgestaltung zu sichern, ist eine Anzahl Bundesmitglieder klagbar geworden. Sie beantragen, daß der Bund verurteilt wird, anzuerkennen, daß er die Mitglieder seiner bisherigen Kassen nicht durch Majoritätsbeschluß unter Androhung des Ausschlusses und dadurch bedingten Verlust ihrer bisherigen Rechte zwingen kann, der Gewerkschaftskasse beizutreten.

Der Bund kann dem Ausgang der Klage mit Ruhe entgegensehen, denn die Kläger haben übersehen, daß früher die organisierten Buchdrucker einen Rechtsanspruch auf die Unterstützungen hatten, während der Bund auch schon bisher seine Unterstützungen als freiwillige, nicht einklagbare, bezeichnete. Immerhin wird dieser Prozeß nicht ohne Bedeutung sein, er wird weiteren zukünftigen Verschmelzungen anderer Organisationen in rechtlicher Beziehung die Wege ebnen. Der Bund wurde schon einmal verklagt, als er die Reise- und Arbeitslosenunterstützung aufgab. Auch da fanden sich Leute, die ihre „wohlerworbenen Rechte“ wahren wollten. Sie wurden abgewiesen. Das Gericht erkannte, daß der Verein Statutenänderungen ohne jede Ausnahme vornehmen könne.

Auch in bürgerlichen Blättern wird gegen die Verschmelzung Stellung genommen. Die „Staatsbürger-Zeitung“ schreit über sozialdemokratischen Terrorismus, durch den alten Mitgliedern ihre „wohlerworbenen Rechte“ genommen werden sollen, und in der „Sozialen Praxis“ artikelt das Verbandsmitglied Tischendörfer gegen den „Organisationszwang“. Das Gerede von den wohlerworbenen Rechten fällt sofort in sich zusammen, wenn die Kassenverhältnisse des Bundes, seine bisherigen Beiträge und Leistungen betrachtet werden. Der Bund stand vor der finanziellen Notwendigkeit, eine Reform vornehmen zu müssen. Nur durch den Masseneintritt der Verbandsmitglieder, die der Invalidenkasse, dem Schmerzenskind des Bundes, während der zehnjährigen Karenzzeit mindestens eine halbe Million Mark an Beiträgen zuführen, ohne bis dahin Ansprüche zu haben, ist den jetzigen alten Mitgliedern der Bezug der statutenmäßigen Unterstützung gesichert worden. Anstatt zu klagen, hätten die alten Bundesmitglieder eher Ursache zu danken. Auch die Erhöhung des Beitrags, die sie sich allerdings gefallen lassen müssen, können sie dabei ruhig in Kauf nehmen. Als das Privatversicherungsgesetz in Kraft trat, stellte ein Versicherungstechniker fest, daß für die alten Leistungen des Bundes ein Beitrag von 1,20 Mk. pro Woche, der jetzige Beitrag bei den erhöhten Leistungen, erforderlich sei, daß aber, um das damals vorhandene rechnerische Defizit zu decken, eigentlich 2 Mk. pro Woche erhoben werden müßten.

Wenn nun die Verbandsmitglieder den alten Bundesmitgliedern ihre Ansprüche sichern, so ist es nicht mehr wie recht und billig, daß sie als Gegenforderung den Eintritt in die Gewerkschaftskasse stellen. Die alten Mitglieder haben ohne jede Gegenleistung die Vorteile mit eingeheimst, die der Verband durch sein Wirken dem gesamten Beruf verschaffte, sie haben abseits gestanden und die Wirksamkeit des Verbandes gelähmt und unterbunden zum Schaden der Allgemeinheit. Daß sie jetzt aufgerüttelt und energisch an ihre längst versäumte und vergessene Organisationspflicht erinnert werden, mag manchem unbequem sein, aber es wäre vollständig verfehlt, in diesem besonderen Fall in ein Lamento über Organisationszwang einstimmen zu wollen.

Das französische Zunftwesen am Vorabend der großen Revolution.

Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie.

Von **Ludwig Quessel.**

I.

In der berühmten Nacht des 4. August 1789 hatte die Nationalversammlung auch die Reform der Meisterrechte beschlossen. Dem Programm folgte bald die Ausführung durch das Gesetz von 1791. Die alte gewerbliche Verfassung wurde durch dasselbe aufgehoben, es fielen die Zünfte, die Aufseherposten, die Reglements.[1]

Welchen Einfluß die Beseitigung der Gewerbepolizei des ancien régime auf die gewerbliche Entwicklung Frankreichs hatte, ist hier nicht zu untersuchen. Dagegen soll uns eingehend die Frage beschäftigen, welche Wirkung der Fall der Zünfte in sozialer Hinsicht gezeitigt hat und zeitigen konnte. Vertraut man sich in dieser Frage der Führung der liberalen Geschichtschreibung an, so wird man zu der Auffassung gedrängt, daß das Edikt von 1791 ein schmähliches Monopol zerbrochen und dem freien Wettbewerb die Bahn geöffnet habe. Dieser Auffassung haben sich selbst sozialistische Geschichtschreiber angeschlossen. Auch in sozialistischen Kreisen wurde es bisher im allgemeinen als feststehend erachtet, daß die Vorschriften der Zünfte in bezug auf die Erwerbung des Meisterrechtes den Zunftmeistern ein wirtschaftliches Monopol verschafft hätten, das sie zum Schaden ihrer Gesellen und Lehrlinge ausbeuteten. Der liberalen Behauptung, die monopolistische Politik der Zünfte sei die Ursache gewesen, daß ein protzenhaftes Zunftmeistertum auf dem Elend der von der Meisterwürde ausgeschlossenen Gesellenschaft emporwuchern konnte, ist unseres Wissens von sozialistischer Seite bisher nicht entgegengetreten worden.

Und doch geht auch hier die liberale Geschichtschreibung auf Schritt und Tritt fehl. Freilich, das Vorhandensein reicher Zunftmeister, deren protzenhafte Behäbigkeit sich grell von dem Elend ihrer Gesellen abzeichnete, soll von uns keineswegs bestritten werden. Es ist aber nicht wahr, daß Reichtum oder Behäbigkeit die Regel bei den Zunftmeistern bildete. Gerade das Gegenteil ist richtig. Wir behaupten, daß die Zahl der Zunftmeister, die über ein für die damalige Zeit erhebliches Betriebskapital und einen ansehnlichen Arbeiterstamm verfügten, außerordentlich beschränkt war und daß ihre Existenz nicht das Produkt der Zunftordnung, sondern gerade ihrer kapitalistischen Zersetzung war. Diese Erkenntnis hat nicht nur historisches Interesse, sie ist auch für die Gegenwart nicht ohne Bedeutung; denn sie lehrt, daß die zünftige Regelung des Kleingewerbes schon im achtzehnten Jahrhundert außer stande war, jene allgemeine Behäbigkeit des Handwerkerstandes zu begründen, die nach der Anschauung unserer Zunft- und Innungsschwärmer die direkte Folge jeder strengen Zunftordnung sein soll.

Wäre die Wohlhabenheit des Handwerkerstandes durch die Regelung der kleingewerblichen Produktion, wie sie unseren Zunftschwärmern als Ideal vor-

---

[1] Mataja, Die Gewerbegesetzgebung in Frankreich. Handwörterbuch der Staatswissenschaften, Band IV, S. 461.

schwebt, zu erreichen, so hätte die Lage der Handwerksmeister des ancien régime die denkbar glänzendste sein müssen. Denn alle Institutionen der mittelalterlichen Zunft übten noch am Vorabend der Revolution ihre volle Wirksamkeit aus. In Wirklichkeit aber finden wir bei der Masse der Zunftmeister nicht Wohlstand, sondern wirtschaftliche Bedrängnis, ja Pauperismus, nicht die beschauliche Ruhe des Monopols, sondern einen durch Überfüllung des Gewerbes krankhaft gesteigerten Kampf ums Dasein.

Daß trotz der Armut der meisten Zunftmeister eine tiefe Kluft zwischen ihnen und der Gesellenschaft gähnte, soll damit nicht geleugnet werden. Ist doch auch heute in den Gewerben, die von der kapitalistischen Produktion direkt noch nicht berührt worden sind, ein tiefer Gegensatz zwischen Meister und Geselle in der Regel vorhanden, obwohl keine rechtliche Schranke dem Gesellen den Eintritt in den Kreis der selbständigen Unternehmer versperrt. Dieser Gegensatz ist aber noch kein Beweis für den Wohlstand der Meister. Ganz entschieden ist der Auffassung entgegenzutreten, daß die Zunftmeister des ancien régime dank der monopolistischen Politik der Zünfte sich in einer günstigeren Lage befunden hätten als die freien Handwerksmeister unserer Tage, daß die rigorosen Vorschriften der Zünfte über den Zugang zum Gewerbe imstande gewesen wären, den Kampf ums Dasein auszuschalten und an die Stelle des erbitterten Konkurrenzkampfes einen Zustand beschaulicher Ruhe, Behaglichkeit und Behäbigkeit zu setzen.

II.

Die Autoren, welche sich mit dem französischen Zunftwesen im achtzehnten Jahrhundert beschäftigt haben, standen bis in die jüngste Zeit fast durchweg unter dem Einfluß der Darstellung, die Turgot als leitender Staatsmann von dem geltenden Rechte der Zünfte und seiner ökonomischen Wirkung in der Einleitung zu dem Edikt vom Jahre 1776 gegeben hat. Seine durch Eleganz der Diktion und Kühnheit der Sprache gleich ausgezeichnete Darstellung beginnt mit dem Hinweis, daß in fast allen Städten des Königreichs die Gewerbe in den Händen einer kleinen Anzahl von Zunftmeistern konzentriert seien, die ein Monopol auf Herstellung und Verkauf ihrer Produkte besitzen. Nach dem geltenden Rechte könne ein Geselle zur Selbständigkeit nur emporsteigen, wenn er das Meisterrecht erwerbe. Allein der Geist der Ausschließlichkeit, der die Zünfte erfülle, strebe stets dahin, die Zahl der Meister nach Möglichkeit zu beschränken. Zu diesem Zwecke werde jedem, der nicht Sohn oder Schwiegersohn eines Meisters sei oder eine Meisterwitwe heirate, durch eine Reihe rigoroser Vorschriften in bezug auf Lehr- und Gesellenzeit, Meisterstück und Gebühren der Erwerb des Meisterrechtes nahezu unmöglich gemacht. Der Mangel an Wettbewerb, eine Folge dieses Zustandes, beraube die Konsumenten der Vorteile billiger und guter Arbeit. Allerdings lasse die Zunft durch ihre Vorsteher die Güte der Arbeit kontrollieren, aber der Korporationsgeist, von dem alle Zunftmitglieder durchdrungen seien, mache die Kontrolle wirkungslos. Das zünftige Recht auf Prüfung der Waren erweise sich sogar als eine mächtige Waffe, um einerseits die auswärtige Konkurrenz fernzuhalten und andererseits jede Opposition gegen die Führer der Zünfte niederzuschlagen.[1]

Auf den ersten Blick scheint für die Richtigkeit dieser Darstellung der Umstand zu sprechen, daß sie uns als offizielles Dokument entgegentritt, als Ein-

[1] „Œuvres de Turgot", Paris 1808—1811, Bd. VIII, S. 330 ff.

leitung zu einem Gesetz, das einen Wendepunkt in der französischen Wirtschaft
politik, einen Bruch mit der Tradition bezeichnet, und daß sie aus der Fed
des mächtigen Generalkontrolleurs der Finanzen, des ersten Ministers d
Königreichs, geflossen, dem alle Mittel sachkundiger Information zur Verfügu
standen. Was uns aber mit Mißtrauen gegen sie erfüllen muß, ist der ne
Geist, aus dem heraus sie entworfen, der allen erworbenen Rechten, die s
nicht auf das Allrecht des Kapitals zurückführen lassen, den Krieg erklä
Turgot, der die im Geiste des ständischen Staates liegende erbliche Abschließu
der Zünfte als einen skandalösen Verstoß gegen das Naturrecht brandmar
betrachtet dagegen die lebenslängliche Lohnarbeit im Dienste des Kapitals a
etwas für alle Zeiten Selbstverständliches und Natürliches. „Die den Ga
des Verkehrs kennen", bemerkt er, „wissen auch, daß jede wichtige Unternehmu
in Handel und Industrie zwei Arten von Menschen erfordert: Unternehme
die die zu jedem Gewerbe notwendigen Rohstoffe und Werkzeuge vorschieße
und simple Arbeiter, die für einen vereinbarten Lohn auf Rechnung d
ersteren arbeiten. Das ist der wahre Ursprung des Unterschieds zwischen Meist
oder Unternehmer und Gesellen oder Arbeiter, der auf der Natur der Din
selbst beruht und nicht von der willkürlichen Institution der Zünfte a
hängig ist."[1]

Trotz seines unleugbaren Mitgefühls für die Leiden der unteren Schicht
des Volkes und der Lauterkeit seines Charakters steht Turgot — ohne si
freilich dessen bewußt zu sein — im Banne des Kapitalismus. Die noch lan
nicht zur Vollendung gekommene Scheidung der Arbeiter von ihren Produktion
mitteln erscheint ihm bereits als das Normale und die daraus resultieren
Klassenbildung als das in der Natur der Dinge Begründete. Die höhe
soziale Stellung der Meister, soweit sie nicht auf der Basis des Kapitalbesitz
ruht, ist Usurpation.

Diese Stellung Turgots nötigt zur Vorsicht und Nachprüfung. In erst
Linie: Ist es glaubhaft, daß die Zunftordnung die Gewerbe in fa
allen Städten in den Händen einer kleinen Anzahl von Zunf
meistern konzentriert hatte?

In Deutschland war der Geist der Ausschließlichkeit in den Zünften nic
weniger entwickelt, das Emporsteigen der Gesellen, die nicht durch verwand
schaftliche Bande mit den Zunftmeistern verknüpft waren, nicht weniger e
schwert, und doch: „trotz aller Schranken, mit welchen der Zugang zum Meiste
recht versperrt blieb, war es nicht gelungen, die Übersetzung zu verhüten."
Dies erklärt sich hinreichend aus dem Umstand, daß allen Meistersöhnen d
Zugang zur Meisterschaft ohne weiteres offen stand. Das Wachstum der B
völkerung seit dem fünfzehnten Jahrhundert, das von keiner Zunahme d
Intensität der Landwirtschaft begleitet war, nötigte die bäuerliche Bevölkerun
zu einer unrationellen Zerstücklung des Bodens und führte in den Städte
zur Überfüllung der Gewerbe, obwohl hier wie dort das Emporsteigen z
Selbständigkeit nur den Söhnen der jeweiligen Betriebsinhaber vorbehalte
war. Daß die Verhältnisse in Frankreich ähnlich lagen, daß Turgots B
hauptung in den Tatsachen keine Fundierung findet, dafür sprechen gewichtig
Gründe.

---

[1] Turgot, a. a. O., Bd. VIII, S. 340.

[2] Bücher, Entstehung der Volkswirtschaft, Tübingen 1898, S. 170.

An erster Stelle! Als Turgot Generalkontrolleur der Finanzen wurde, beauftragte er einen seiner Beamten, Bigot de Sainte-Croix, in einer Broschüre die öffentliche Meinung über die Maßregeln, welche er gegen die Zünfte plante, aufzuklären. In der Streitschrift Bigot de Sainte-Croix' wird unbeschränkte Gewerbefreiheit gefordert, das heißt das Recht für jedermann, jedes beliebige Gewerbe in jedem Umfange zu betreiben. Der Verfasser sieht, ebenso wie Turgot, den Krebsschaden der Zünfte darin, daß sie den freien Wettbewerb aufheben oder doch erheblich mindern. Bezeichnenderweise findet aber Bigot de Sainte-Croix die Ursache des Mangels an Wettbewerb nicht in der zu kleinen, sondern in der zu großen Zahl der Zunftmeister. Die Überfüllung der Zünfte, meint er, schließt die volle Beschäftigung der Meister aus. Um leben zu können, sehen sie sich genötigt, den Preis ihrer Arbeit so hoch zu setzen, daß sie auch bei nicht voller Beschäftigung den gewohnten Unterhalt finden. Der einzelne könnte wohl, wenn er mit dem Preis seiner Arbeit herunterginge, sich leicht ausreichende Beschäftigung verschaffen, aber der Korporationsgeist erweise sich stärker als das individuelle Interesse.[1]

Die Angaben dieses Verteidigers der Gewerbereform stehen in einem unversöhnlichen Widerspruch zu den Ausführungen des Edikts von 1776 über die Konzentrierung der Gewerbe in den Händen einer kleinen Anzahl von Zunftmeistern. Wir werden daher an der Hand der Gewerbestatistik prüfen müssen, welche der beiden Behauptungen einen höheren Grad der Wahrscheinlichkeit für sich in Anspruch nehmen kann.

Fassen wir zunächst die Verhältnisse der zünftigen Gewerbe von Paris ins Auge.

Wir besitzen eine für unsere Beweisführung hinreichend genaue Statistik über die Zahl der Meister in der Zunft der Bäcker und der Goldschmiede. Die Bäckerei hatte damals wie heute den Charakter eines ausgesprochen örtlichen Gewerbes, das nur für den lokalen Markt arbeitete. Hier läßt sich daher die Frage, ob der Betrieb dieses Gewerbes wirklich das Monopol einer kleinen Anzahl von Zunftmeistern gewesen, leicht und sicher beantworten, indem wir die Zahl der selbständigen Meister in Verhältnis zur Zahl der Pariser Bevölkerung setzen. Im Jahre 1721 zählte man in Paris 757 Bäckermeister; Paris hatte damals kaum mehr als 500000 Einwohner; auf je 660 Einwohner kam also schon ein Bäckereibetrieb. Im Jahre 1890, bei voller Gewerbefreiheit, hatte Paris mit einer Bevölkerung von 2400000 Einwohnern 1522 Bäckereibetriebe, auf je 1600 Einwohner also nur einen Bäckereibetrieb.[2] Unter der Herrschaft der Gewerbefreiheit ist also die Zahl der Betriebe im Verhältnis zur Bevölkerung ganz bedeutend zurückgegangen, und dies in einem Gewerbe, das sich seinen handwerksmäßigen Charakter bis auf den heutigen Tag zum größten Teil bewahrt hat. Die engherzigste Handhabung des Zunftzwanges und die unbarmherzigste Ausbeutung der zünftigen Zwangs- und Bannrechte seitens der Bäckerzunft vermochte also nicht, die Überfüllung im Bäckereigewerbe zu verhüten.

Die bedeutende Abnahme der Betriebe unter der Herrschaft der Gewerbefreiheit lehrt uns die Beobachtung Bigot de Sainte-Croix' von der allzu

---

[1] Des Cilleuls, Histoire et régime de la grande industrie en France, Paris 1898, S. 113.

[2] Levasseur, Histoire des classes ouvrières en France, Paris 1901, Bd. II, S. 762.

großen Zahl der Zunftmeister, die ein Hindernis des freien Wettbewerb sei, schätzen.

Bei der Gold- und Silberwarenfabrikation ist die Frage, ob der Betri dieses Gewerbes das Monopol einer kleinen Anzahl von Zunftmeistern wa weit schwieriger zu beantworten, weil das Gewerbe der Pariser Gold- un Silberschmiede hinsichtlich des Absatzgebietes einen nationalen und selbst inte nationalen Zug aufwies. Das numerische Verhältnis der Zunftmeister zu Bevölkerungszahl kann daher nur in bedingter Weise als Beweis für od gegen das Vorhandensein eines Monopols angeführt werden.

Die mächtige Korporation der Goldschmiede gehörte zu den reichsten un ältesten Zünften von Paris. Alle zünftigen Institutionen hatten sich in d Korporation der Gold- und Silberschmiede bis zum achtzehnten Jahrhunde in voller Kraft erhalten. Mit rigoroser Schärfe wurde von den Zunftvorsteher die Betriebs- und Warenkontrolle durchgeführt; neidisch wachten sie über d Gerechtsame der Zunft und führten zahlreiche Prozesse mit den benachbarte Gewerben wie den Goldschlägern, Edelsteinhändlern und Uhrmachern. Jed gewerbliche Tätigkeit außerhalb des Rahmens der Zunftordnung wurde m wilder Leidenschaft verfolgt, der Fälscher des Zunftstempels mit dem Tode, d für eigene Rechnung arbeitende Geselle mit der Galeere bedroht. Schon se dem sechzehnten Jahrhundert war die Zahl der Meister auf 300 statutaris beschränkt und die Assoziation mehrerer Meister verboten. Die Zahl der Leh linge, die der einzelne Meister — abgesehen von seinen Söhnen — halten durft hatte man auf einen beschränkt und dabei die Lehrzeit auf acht Jahre erhöh Die Gebühren bei Verleihung des Meisterrechts betrugen fast 2000 Livres Der Geist engherziger Exklusivität und kleinlicher Konkurrenzfurcht feierte als bei den Goldschmieden wahre Orgien. Und das Resultat? Da einerseits di Söhne der Meister ein erbliches Recht auf Zugang zum Meisterrecht hatte und auch den Meisterwitwen die Fortführung des Betriebes gestattet war, un andererseits die Zunft infolge hoher Besteuerung durch den Staat sich genötig sah, Meisterbriefe an Zunftfremde zu verkaufen, so konnte die statutarische Be schränkung der Zahl der Betriebe niemals durchgeführt werden. Statt 30 zählte man im achtzehnten Jahrhundert 400 und mehr Betriebe. Von einer Monopol der Zunftmeister wird man angesichts der Tatsache, daß schon au 1250 Einwohner ein Betrieb kam, kaum sprechen können, selbst wenn man di sich außerhalb des städtischen Weichbildes bietende Absatzgelegenheit in weit gehendem Maße berücksichtigt.

In diesem Zweige des Pariser Kleingewerbes hat sich freilich die Zahl de Betriebe unter dem Regime der Gewerbefreiheit vermehrt, da 1890 schon au 850 Einwohner ein derartiger Betrieb kam. Erwägt man aber, daß sich unte den Firmen des Pariser Adreßbuches von 1890 auch die befinden, welche der Imitationsgewerbe angehören, zieht man ferner in Rechnung, daß sich all diese Firmen auch mit der Herstellung und dem Vertrieb von Waren beschäftigen die nicht zu der alten Gerechtsame der Goldschmiede gehören, und berücksichtig man schließlich die Ausbreitung des Absatzgebietes durch den modernen Detail und Engroshandel, so kommt man zu dem Schluß, daß durch die Einführun der Gewerbefreiheit selbst in dieser Branche ein Monopol wirtschaftlicher Ar nicht zerbrochen werden konnte, weil ein solches nicht bestand.

---

[1] Levasseur, a. a. O., Bd. II, S. 725—732.

Nicht anders lagen die Verhältnisse in den anderen zünftigen Gewerben von Paris. Nach einer Gewerbezählung vom Jahre 1682, deren Glaubwürdigkeit von Kennern der gewerblichen Verhältnisse des ancien régime nicht angezweifelt wird, lebten damals in Paris 17080 Zunftmeister, 38000 Gesellen und 6000 Lehrlinge. Wenn wir die Bevölkerung von Paris gegen Ende des siebzehnten Jahrhunderts auf 500000 veranschlagen, was eher zu hoch als zu niedrig gegriffen erscheint, so erhalten wir schon auf 30 Einwohner einen zünftigen Gewerbebetrieb. Von einem Monopol der Zünfte ist da wenig zu erkennen. Im Gegenteil. Die Zahlen der Gewerbestatistik sprechen eindringlich von einer Überfüllung aller Gewerbe. Die Bigot de Sainte-Croixsche Behauptung hat daher alle Wahrscheinlichkeit für sich; denn daß sich im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts hierin eine wesentliche Änderung vollzogen, ist nicht anzunehmen. In den Provinzstädten aber war die Zahl der zünftigen Betriebe noch größer. In Sens, einer Stadt mit 6000 Einwohnern, zählte man 1767 21 Schnittwarenhandlungen und Gewürzkrämer, 11 Tuchhändler, 24 Schreiner, 25 Schuhmacher; im Jahre 1890 bei einer fast doppelt so starken Bevölkerung 12 Schnittwarenhandlungen, 14 Gewürzkrämer, 8 Tuchhändler, 8 Tischler, 13 Schuhmacher. Ähnliche Zahlen ergeben sich für Troyes und andere Provinzstädte.[1] Also auch hier keine Spur eines wirtschaftlichen Monopols! (Schluß folgt.)

Notizen.

Eine wichtige Aufgabe der Gewerkschaftspresse. Eine im besten Sinne des Wortes zünftlerische, wohl im falschen Zungenschlag entschlüpfte, aber unzweifelhaft ernstgemeinte Bemerkung eines Innungsobermeisters und Handwerkskammermitglieds hat jüngst der um das Münchener Fortbildungsschulwesen sehr verdiente Dr. Kerschensteiner in einer amtlichen Denkschrift über das gewerbliche Bildungswesen der Öffentlichkeit übergeben. Der Innungsobermeister hat erklärt:

„Die Aufgabe des praktischen Unterrichts in unseren fachlichen Fortbildungsschulen sei, den Lehrling in seiner praktischen Ausbildung zurückzuhalten; er dürfe keine fertigen Stücke machen, sonst verlange er als Geselle zu viel Lohn.“

Wer die Verhältnisse kennt, wird sich sagen, daß diese ungeheuerliche Anschauung nicht vereinzelt dasteht und daß in diesem inneren Widerwillen maßgebender kleingewerblicher Scharfmacher gegen eine gute gewerbliche Bildung eine der Ursachen liegt, daß es um die berufliche Qualität des jungen Handwerkers im allgemeinen sehr traurig bestellt ist. In seiner Denkschrift bestätigt das Dr. Kerschensteiner mit folgenden deutlichen Worten: „Eine Klage kam fast bei allen Beratungen (mit den Vertretern verschiedener Gewerbe) in bisweilen sehr betrübendem Umfang auf: die Klage nämlich über das Versagen so vieler Meisterlehren in bezug auf technische Ausbildung der Lehrlinge. Es ist gar nicht zu schildern, welche trostlosen Verhältnisse hier aufgedeckt wurden. Nicht wenige der geladenen Vertreter erklärten, daß junge Leute im zweiten, ja im dritten Lehrjahre bei ihnen eintraten, die nicht die einfachsten Manipulationen ihres Gewerbes verstanden.“ — Wenn also schon die praktische Meisterlehre in dieser Weise versagt, so kann man von der Fortbildungsschule, weder von der allgemeinen noch von der gewerblichen, verlangen, daß sie nun das Kraut fett machen und die Fehler der Meisterlehre beheben soll, um so mehr, als beide Arten der Fortbildungsschule von ganz falschen pädagogischen Grundsätzen geleitet werden.

---

[1] Levasseur, a. a. O., Bd. II, S. 319 und 762—763.

Es ist nun klar, daß solche junge, mangelhaft ausgebildeten Arbeiter einen gar bestimmten Einfluß auf den Arbeitsmarkt und damit zusammenhängend auf d Lohnverhältnisse haben können und nicht selten auch wirklich ausüben; unser zünf lerischer Biedermann hat ja in dieser Hinsicht aus seinem Herzen keine Mördergrut gemacht. Es scheint, als wenn hier eine beiläufige, aber gar nicht so nebensächlic Gewerkschaftsaufgabe vorläge. Allerdings könnten die Gewerkschaften an s nur auf literarischem Wege herantreten, und zwar mit Hilfe ihrer Organe, der Ge werkschaftsblätter. Darin läge zugleich ein Stück Entwicklungsmöglichkeit für d Gewerkschaftspresse, wodurch sicher deren Bedeutung steigen würde. Der Charakte der Gewerkschaftsblätter als Kampforgane wird darunter nicht leiden. Schon jet haben einige Gewerkschaftsblätter die Pflege der Fachliteratur in ihren Rahme gezogen, allerdings in sehr verschiedener Weise und in sehr verschiedener Wertschätzun Die beste Form dürfte die „Graphische Presse" gefunden haben, die monatlich ein selbständig redigierte, in separatem Format gehaltene fachwissenschaftliche Beilag gibt. Bei dem Gewerkschaftsorgan „Deutscher Maschinist und Heizer" ist der tech nische Teil ganz in den Vordergrund gedrängt. Der „Vereins-Anzeiger" (der Maler hat einen technischen illustrierten Teil, nach dem 1. Juli soll der technische Sto jedoch nur noch als Füllmaterial behandelt werden. Einige andere Gewerkschafts blätter bringen auch dann und wann technische Artikel, aber sehr selten. Es schein als wenn früher die Gewerkschaftsorgane etwas mehr Wert auf die technische, fach wissenschaftliche Literaturpflege gelegt hätten, was manche auf die damalige Au fassung der Gewerkschaftssache zurückführen werden, was aber auch nicht dagege spricht, daß die Gewerkschaftsblätter es auch jetzt noch tun dürfen, ohne ihre sonstige Aufgaben deshalb zurückzusetzen. Jedenfalls läßt sich kein triftiger Grund dagege anführen.

Hugo Hillig

Der Simplontunnel in seiner Wirkung auf die Gartenbauprodukte des Südens Frankreich und Italien liefern im Winter eine ungeheure Menge von Gartenbau produkten aller Art nach Deutschland. Der Durchstich des Simplon wird eine Be günstigung der italienischen Kulturen zum Nachteil der französischen im Gefolg haben, denn er bedeutet ein neues Ausfallstor für Genua. Der Transportweg au Italien ist jetzt kürzer geworden als der aus Frankreich, und ein kürzerer Transpor weg muß den Gartenbauprodukten zunutze kommen, nicht nur wegen der Ersparni an Frachtkosten, sondern die Frühtreibereien in Toskana, Neapel und Sizilien werde Gelegenheit nehmen, ihre Produktion anzuspornen. Daß eine solche Gefahr de französischen Kulturen in der Tat droht, wird von den Züchtern in einer Parise Fachzeitschrift selbst zugestanden, und gleichzeitig wird die Notwendigkeit betont, di Strecke Marseille bis Genf so kurz und so billig wie nur irgend möglich zu ge stalten. Natürlich werden die französischen Züchter auch sonst alles aufbieten, un durch Verbesserung ihrer Kulturmethoden und durch Erneuerung ihrer Kultur produkte der italienischen Konkurrenz zu begegnen. Im Jahre 1904 betrug di Einfuhr frischer Küchengewächse und Gemüse aus Italien 238464, aus Frank reich 82360 Doppelzentner, von Obst aus Italien 157346, aus Frankreich 23306 Doppelzentner, und von Blumen und Blättern, frisch und getrocknet, aus Italie 19998 und aus Frankreich 17573 Doppelzentner.

g—r

Berichtigung. In Nummer 31, in dem Artikel Mehrings über „Schiller und die großen Sozialisten", findet sich ein durch die schlechte Handschrift des Verfasser verschuldeter Druckfehler, um dessen Berichtigung wir die Leser ersuchen, da er den Herrn Julian Schmidt allzu arg mitspielt. Auf Seite 155, Zeile 21 von oben muß es statt: die Fürstin vielmehr heißen: die Kundigen.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 34 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Gewerkschaft und Partei.

Von **Heinrich Beer** (Wien).

Langsamer als in England vollzog sich die Entwicklung und Festigung der Gewerkschaften auf dem Festland. Ein Trugschluß ist es jedoch, die Hemmnisse, die dem Erstarken der Gewerkschaftsbewegung entgegenwirkten, auf das Konto der Sozialdemokratie zu setzen. Wenn auch einzelne Führer der Sozialdemokratie im Anfang der Gewerkschaftsbewegung ihr keineswegs freundlich gegenüberstanden, so war dieser Umstand keineswegs von jenem hemmenden Einfluß auf das weitere Fortschreiten der Gewerkschaften, wie vielfach irrtümlich angenommen wurde. Übrigens können den ungünstigen Voraussagungen sehr zahlreiche günstigere Ansichten über die Gewerkschaftsbewegung von hervorragenden sozialdemokratischen Theoretikern gegenübergestellt werden. Aber auch diese waren ohne wesentlichen Einfluß auf die Beschleunigung des Entwicklungstempos der festländischen Gewerkschaften. Das langsamere Fortschreiten der Gewerkschaften auf dem Festland ist vielmehr auf ganz andere Ursachen zurückzuführen. Die Gewerkschaftsbewegung ist ebenso wie die ausgesprochen politische Bewegung des Proletariats die *Folgeerscheinung der Entwicklung des Kapitalismus*. Lange bevor sich die ersten Anfänge der Großindustrie in Deutschland bemerkbar machten, war England schon die Werkstätte der ganzen Welt. Und daraus erklärt sich auch die Eigenart der britischen Gewerkschaften und ihre exzeptionelle Stellung. Die Großindustrie Deutschlands und weit mehr noch die Österreichs sind Spätlinge. Das Bürgertum begann erst seinen Kampf gegen die Herrschaft des Absolutismus und Feudalismus zu einer Zeit, da er in England bereits zugunsten der Bourgeoisie endgültig entschieden war. *Die Entscheidung dieses Kampfes freilich bleibt der klassenbewußten Arbeiterschaft vorbehalten.* Das Proletariat trat auf die Bühne des politischen Kampfes und es ist nur selbstverständlich, daß es sich *vor allem die Bewegungsmöglichkeit erkämpfen und ertrotzen* mußte.

Und so ist es nur zu leicht erklärlich, daß die Bedeutung des gewerkschaftlichen Kampfes für die proletarische Bewegung *unterschätzt* werden konnte.

Hierauf ist es auch vielfach zurückzuführen, daß im Anfang der Gewerkschafts-bewegung sich mancherlei Täuschungen über das Verhältnis der Sozialdemo-kratie zur Gewerkschaftsorganisation ergaben. Doch die Wucht der Tatsache spricht eine zu gebieterische Sprache. Der Kampf um eine höhere Lebenshaltun nötigte die Arbeiter zum Ausbau ihrer Kampfesorganisation, und allmählic trat auch hier die Teilung der Arbeit ein. Obliegt der Sozialdemokratie di Verfechtung der Interessen der Arbeiterklasse, so ist es Aufgabe der Ge-werkschaften, den Kampf um günstigere Gestaltung der Lebenslage der An-gehörigen der einzelnen Berufs- und Industriezweige zu führen. Der politische Partei obliegt es, den Kampf um die Macht des Proletariats in Staat, Stad und Gemeinde zu führen und in letzter Konsequenz des sozialdemokratische Programms die Vergesellschaftlichung der Produktionsmittel und die Soziali-sierung des Gemeinwesens zu erzwingen. So zweifellos diese Arbeit auc Gegenwartsarbeit im wörtlichsten Sinne des Wortes ist, nichtsdestoweniger ist ihre endgültige Lösung erst in einer Zeitperiode möglich, da de Kapitalismus überreif geworden.

Die politische Partei des Proletariats, die Sozialdemokratie, kann den täg-lichen Kampf der Arbeiter um Verkürzung der Arbeitszeit, höhere Löhn günstige Regelung des Arbeitsverhältnisses usw. nicht führen. Dazu bedarf e eigener Organisationen der Arbeiter, der Gewerkschaften. Der Kampf de Gewerkschaften ist ein Kampf um ein größeres Stück Brot, mehr Licht, meh Sonne. Es ist nicht der Kampf um die Befreiung des Proletariats, aber ei Teil dieses Ringens. Denn je größer die Zahl der Arbeiter, die wenige Stunden in der Woche in den kapitalistischen Tretmühlen zubringen, um s leichter ist das Proletariat befähigt, vorwärts zu dringen. Kürzere Arbeitsze im kapitalistischen Staate bedeutet naturgemäß ein rascheres Hinaufsteigen au eine höhere Kulturstufe. Sie verhindert das Modern nicht bloß de Leibes, sondern auch des Hirnes der Arbeiter. Und deshalb hat di Sozialdemokratie alles Interesse, die Entwicklung und Erstarkung der Gewerk-schaften zu beschleunigen und zu fördern. Hieran können auch die spezifische Eigenarten des gewerkschaftlichen Kampfes nichts ändern. Je inniger di Beziehungen zwischen Sozialdemokratie und Gewerkschaft zu-einander sind, um so befruchtender werden diese beiden Teile de proletarischen Klassenbewegung aufeinander einwirken.

Im letzten Jahrzehnt hat die deutsche Gewerkschaftsbewegung ungeahnt Fortschritte gemacht. Ist auch der Streit um die beste Form der Organi-sation und über die Zweckmäßigkeit der Unterstützungseinrichtungen entschieden so treten Fragen von weit wichtigerer Bedeutung immer entschiedener an di Gewerkschaften heran. Die Fragen der allgemeinen Gewerkschaftspolitik, de Tarifverträge, Neutralität, internationaler Beziehungen, der Führung groß entscheidender Kämpfe und der Kartellierung der Industrie treten in den Vorder-grund der gewerkschaftlichen Diskussion. Je machtvoller die Position der Ge-werkschaften wird und je mehr sie dem Stadium der Nur-Propaganda-organisation entwachsen, um so bedeutungsvoller ist die Stellung der Gewerk-schaften zu allen diesen Fragen.

Die allgemeine Gewerkschaftspolitik darf nicht gegen das Interess des gesamten Proletariats gerichtet sein. Moderne Gewerkschaftspolitik dar nicht darauf hinauslaufen, die Zahl der im Beruf auszubildenden Lehrling in einem Ausmaß zu beschränken, das zünftlerischen Maßnahmen gleichwerti

ist. Sie muß in dem ungelernten und angelernten Arbeiter keinen Proletarier zweiter Güte sehen. Sie muß sich unseres Erachtens fernhalten von allen Bestrebungen, die eine Verlangsamung des kapitalistischen Entwicklungsprozesses erzielen sollen, denn die Gewerkschaft ist so gut wie die Partei nicht Endzweck der Organisation, sondern ein Mittel zur Erreichung des Zweckes. Die Erfüllung dieses Zweckes kann sich nur dann durchsetzen, wenn der Kapitalismus an der Neige seiner Entwicklung angelangt ist, und je eher diese Entwicklungsstufe vom Kapitalismus erklommen wird, um so besser für das Proletariat. Das ist natürlich nicht gleichbedeutend mit der energischsten Bekämpfung der kapitalistischen Ausbeutung. Die Schaffung von Schranken willkürlicher Ausbeutung ist nicht identisch mit der Schaffung von Hindernissen der technischen Entwicklung. Das Bestreben nach Verlangsamung des technischen Entwicklungsprozesses ist ein nutzloses Beginnen, da der technische Fortschritt trotz aller zünftlerischen Maßnahmen sich doch durchsetzt. Aber es bringt moralische Bedenken für die Arbeiter mit sich. Sie werden dadurch von ihrer großen weltgeschichtlichen Aufgabe, die Fesseln des Kapitalismus zu zerbrechen, abgelenkt, und die Gefahr der leeren Nur-Gewerkschafterei tritt in die Erscheinung. Wir wissen uns vollkommen frei von der Unterschätzung der Bedeutung selbst auch des kleinsten Erfolges, der durch die Gewerkschaft errungen, und werten ihn voll. Nichtsdestoweniger können wir die Gefahren des Nur-Gewerkschaftertums nicht übersehen. Und darum halten wir innige Wechselbeziehungen zwischen Partei und Gewerkschaften für im wohlverstandenen Interesse der in den Gewerkschaften vereinigten Arbeiter gelegen.

Die Gewerkschaften sollen deshalb durchaus keine Rekrutierungsanstalten für die Partei sein. Das können sie schon aus dem Grunde nicht sein, weil es im Interesse des gewerkschaftlichen Kampfes liegt, die Arbeiter möglichst zahlreich ohne Ansehung ihres politischen und religiösen Bekenntnisses zu erfassen. Das schließt jedoch selbstverständlich nicht aus, die Arbeiter darüber zu belehren, daß sie sich keineswegs mit dem Erringen eines größeren Stückes Brot und der Lockerung der Fesseln, unter denen sie so schwer zu dulden und zu leiden haben, zufrieden geben können und daß die Lohnsklaverei durch die Lockerung der kapitalistischen Fesseln und Verringerung des Grades der Ausbeutung ihr Ende nicht erreicht. Tun wir Gewerkschafter dies in geeigneter Weise — und jeder Lohnkampf gibt hierzu Gelegenheit —, so verhindern wir dadurch das Entstehen zünftlerischer Denkweisen und kurzsichtiger berufsegoistischer Triebe. Die Geschlossenheit und Einheitlichkeit des gewerkschaftlichen Kampfes ist unter vielen anderen Bedingungen die wichtigste seines Erfolges. Berufsegoismus und zünftlerische Denkart führen notwendigerweise zur Spaltung im Gewerkschaftskampf. Sie überordnen das beschränkte Interesse der Angehörigen eines Berufs dem Gesamtinteresse der in der Industriegruppenorganisation vereinigten Arbeiterschaft. Sie führen zur Sonderung der gelernten und ungelernten Arbeiter und zur Disharmonie innerhalb der Gewerkschaft selbst. Sie spalten das Proletariat und die Folge ist Wehrlosigkeit der Arbeiterklassen. Sie fördern die kurzsichtigen Zweckmäßigkeitspolitiker, denen der Blick in die Weite ermangelt und die die Zusammenhänge der Entwicklung des Kapitalismus nicht mehr begreifen und verstehen. Niederlage um Niederlage muß die Folge einer solchen Gewerkschaftspolitik sein.

Eine Folge der Parteienbildung im Bürgertum ist die Verschiedenartigkei der Gewerkschaftbewegung und ihre Sonderung in katholische, evangelisch-sozial und sozialdemokratische Organisationen. Die bürgerlichen Parteien sind be strebt, wenigstens einen Teil des Proletariats zu ihren Gefolgschaften zu machen. Sie rechnen auf ihn in den Wahlkämpfen und bemühen sich, ihn der Sozialdemokratie fernzuhalten. Sie brauchen ihn, um ihre „Arbeiterfreundlich keit" sinnfälliger heucheln zu können. Es ist wohl überflüssig, darauf hinzu weisen, daß die halbschlächtige Politik der nichtsozialdemokratischen Gewerkschaften sich überall noch als unzulänglich, vielfach sogar als eine direkt arbeiter feindliche erwiesen hat. Die österreichischen christlich-sozialen „Ge werkschaften", so wenig sie auch in der Gewerkschaftsbewegung unseres Landes bedeuten, haben noch jede Gelegenheit benutzt, um den sozialdemokratischen Gewerkschaften in ihren schweren und harten Kämpfen in den Rücken zu fallen. Scheint dieses in Deutschland nicht in gleichem Maße der Fall zu sein, so kennt die Geschichte der deutschen Gewerkschaftsorganisation auch aus der letzten Zeit genug Vorkommnisse, daß Handlungen von nichtsozialdemo kratischen Gewerkschaften sich als arbeiterfeindliche erwiesen. Je schwieriger nun der gewerkschaftliche Kampf sich gestaltet, um so lebendiger ist das Bestreben eine möglichst große Zahl von Berufsgenossen in die Organisation zu bekommen Die Bestrebungen, die Gewerkschaften als neutral zu erklären, sind in letzte Linie auf propagandistische Rücksichten zurückzuführen. Die Rechnung geht je doch nicht ohne großen Bruch auf. Die sozialdemokratischen Gewerkschaften mögen ihre Neutralität noch so sehr betonen: für die Kapitalisten und ihre Vollzugsorgane, die Regierungen der Klassenstaaten, bleiben sie doch die sozialdemokratischen. Getäuscht können also nur die Arbeite selbst werden, in denen der Gedanke lebendig werden kann, es sei gleichgültig welcher Art von Gewerkschaft sie angehören. Und doch ist nichts falscher als dies Lassalles bekanntes Wort: Aussprechen was ist, dünkt uns auch in der ge werkschaftlichen Propaganda als das Klügste und Erfolgversprechendste, und schließlich hassen die Unternehmer jedwede selbständige Organisation der Arbeiter, sie mag sich als neutral bezeichnen oder nicht. Hierzu kommt noch daß die gegnerischen Gewerkschaften nur mit der Neutralität krebsen gehen, si aber niemals üben. Unsere christlichsozialen Gewerkschaften machen den sozial demokratischen Verbänden immer und immer den Vorwurf, nicht neutral zu sein obzwar gerade sie ganz offenkundige Parteiorganisationen der Christlich Sozialen des reaktionärsten Kalibers — Dr. Lueger ist ihr Führer — sind. Di Gewerkschaft frägt nicht den Arbeiter bei seinem Beitritt, welcher Partei er an gehört und was sein religiöses Bekenntnis ist. Und das genügt. Wenn jedoc der Gedanke der Neutralisierung der Gewerkschaften so weit geht, zwischen Arbeiter politik und sozialdemokratischer Emanzipationsbestrebung einen prägnanten Unter schied zu machen, so muß sich ein solches Beginnen als nachteilig erweisen Denn nicht jede Arbeiterpolitik muß im Interesse der Arbeiter gelegen sein Ist es doch sehr lehrreich, daß in der britischen Gewerkschaftswelt sich seh bezeichnende Anzeichen bemerkbar machen, die auf ein Abschwenken von de absoluten Neutralität schließen lassen. Wir werten die britischen Gewerkschafte sehr hoch und wissen wohl, was ein großer Teil der britischen Arbeiter ihne dankt, und wie sehr die kontinentalen Arbeiter von den englischen Gewerk schaften in der Strategie des Gewerkschaftskampfes und den inneren Einrich tungen der Gewerkschaftsverbände lernen können. Aber wir werden, wenn e

gilt, das Verhältnis zwischen ökonomischem und politischem Kampf festzustellen, von den englischen Trade Unions nur lernen, wie es nicht sein soll. Wenn wir also hinsichtlich der Methode des gewerkschaftlichen Kampfes von den englischen Arbeitern vielerlei lernen können, so heißt das durchaus nicht, ihnen in allem nachahmen, sondern ihre Erfahrungen uns zunutze machen und sie selbständig verwerten. Es will uns jedoch scheinen, daß in der deutschen Gewerkschaftswelt das Bestreben, den britischen Gewerkschaften blindlings nachzuahmen, immer lebendiger und kräftiger wird.

Die machtvolle Entwicklung der deutschen Gewerkschaften wird im Auslande mit dem lebhaftesten Interesse verfolgt. Und gerade wir Österreicher, die wir zu den deutschen Gewerkschaften in weit innigeren Beziehungen als zu denen irgend eines anderen Landes stehen, verfolgen diese Entwicklung mit um so größerem Interesse und aufrichtiger Freude. Von Gewerkschaftskongreß zu Gewerkschaftskongreß sehen wir das ununterbrochene Erstarken der deutschen Gewerkschaften und das Zunehmen ihrer Macht. Halberstadt, Berlin, Frankfurt und Stuttgart sind bedeutungsvolle Marksteine in der Entwicklung der deutschen Gewerkschaftsbewegung. Der fünfte Kongreß der deutschen Gewerkschaften, der in diesen Tagen in Köln am Rhein seine Beratungen abhält, wird nicht minder wie seine Vorgänger, ja mit noch weit größerem Interesse verfolgt werden. Seine Verhandlungen werden von großem Ernste getragen sein, mögen seine Beschlüsse befruchtet sein von dem Gedanken, daß Partei, Gewerkschaft und Genossenschaft, politische und ökonomische Organisation, zueinander in innigen Beziehungen stehen und sich gegenseitig fördern müssen, damit das Ringen des Proletariats um Aufhebung der Lohnsklaverei siegreich ende.

Das französische Zunftwesen am Vorabend der großen Revolution.

Eine wirtschaftsgeschichtliche Studie.

Von **Ludwig Quessel.**

(Schluß.)

III.

Uns scheint bei den herrschenden Klassen überhaupt wenig Neigung vorhanden gewesen zu sein, den Zunftmeistern eine monopolistische Stellung einzuräumen. Die Auswucherung der Zünfte von seiten des absoluten Monarchen durch Ausschreibung neuer Meister- und Zunftaufseherstellen weist eher auf das Gegenteil hin. In Paris wurden im achtzehnten Jahrhundert zu wiederholten Malen 800 bis 1200 königliche Meisterbriefe zum Verkauf ausgeboten. Man vergegenwärtige sich nur, was die Schaffung 1200 neuer Handwerksbetriebe in einer Stadt mit 500000 Einwohnern bedeutet hätte! Kein Wunder wahrlich, daß die in ihrer wirtschaftlichen Existenz bedrohten Zunftmeister alles aufboten, den Schlag abzuschwächen. Sie konnten das nur, indem sie selbst als Käufer der neu kreierten Meisterstellen auftraten, um sie dann, je nach den Vermögensverhältnissen, schneller oder langsamer, zu einem größeren oder kleineren Teile, wieder zu verkaufen. Die durch den Aufkauf der königlichen Meisterbriefe herbeigeführte Belastung der Zünfte war so stark, daß sich selbst die reiche Zunft der Pariser Goldschmiede gezwungen sah, eine größere

Zahl der erworbenen königlichen Meisterbriefe zu verkaufen, so daß die Zahl der Betriebe von 356 im Jahre 1701 auf 473 im Jahre 1707 stieg.[1] Farnams Behauptung, daß die Zünfte die neugeschaffenen königlichen Meisterstellen zwar aufkauften, sich aber „dann wohl hüteten, sie zu besetzen",[2] hat sich durch neuere archivalische Forschungen als falsch erwiesen.

Könnte noch ein Zweifel über das Nichtvorhandensein eines Monopols der Zünfte vorhanden sein, so müßte er durch die Zustände in den lieux privilégies zerstört werden. Als lieux privilégies bezeichnete man in den größeren Städten diejenigen Stadtteile, die der Zunftverfassung nicht unterworfen waren. Die Mehrzahl der Städte wies solche lieux privilégies auf, die dem zunftfremden Handwerker die rechtliche Möglichkeit boten, zur Selbständigkeit emporzusteigen. Nirgends aber waren die Fesseln, welche die Gewerbegesetzgebung des ancien régime dem Handwerk auferlegte, weniger lästig, und nirgends konnte sich der Geselle dem Joche der Zunftordnung leichter entziehen als in gewissen Stadtteilen von Paris.[3] Abgesehen von den Galeries du Louvre gab es in Paris neun solcher Stadtteile, unter denen der Faubourg Saint-Antoine und der Cour du Temple die größte Bedeutung hatten. Die Betriebe in diesen Stadtteilen standen nicht nur außerhalb der Zunftordnung, sie waren selbst in gewissem Umfang von der staatlichen Betriebs- und Warenkontrolle befreit.[4] Da sowohl die eine wie die andere dem Produzenten ganz erhebliche Lasten auferlegte, so nahmen die Handwerker der lieux privilégies in bezug auf die indirekte Besteuerung ihres Gewerbebetriebs eine bevorrechtete Stellung ein, die ihnen im Konkurrenzkampf gegen die Zunftmeister einen Vorsprung verschaffen konnte. Demgegenüber stand freilich das Verbot, die Erzeugnisse außerhalb der Grenzen der lieux privilégies abzusetzen. Allein wenn es auch den zunftfremden Handwerkern dieser Stadtteile verboten war, ihre Erzeugnisse in den anderen Teilen von Paris zum Verkauf auszustellen, so stand es doch den Konsumenten frei, ihre Einkäufe in den Läden der lieux privilégies zu besorgen und den dort domizilierten Handwerkern Aufträge zu erteilen. Die zunftfremden Handwerker dieser Stadtteile konnten demnach in Wettbewerb um die Kundschaft von ganz Paris treten.

Soviel ist klar: hätte eine monopolistische Preisbildung der Zünfte bestanden, sie wäre durch die zunftfremden Betriebe durchbrochen worden und das nichtzünftige Handwerk hätte sich in den lieux privilégies zu hoher Blüte entwickeln müssen. Das war aber durchaus nicht der Fall. Nicht das Handwerk, sondern die kapitalistische Unternehmung in der Form der Manufaktur, der Fabrik und der kapitalistisch organisierten Heimarbeit schoß hier geil ins Kraut und schuf Verdichtungszentren rein proletarischer Bevölkerung wie sonst an keinem anderen Punkte des Königreichs.

Die Gewerbefreiheit der lieux privilégies kam vor allem dem wertvolle Rohstoffe veredelnden kapitalistischen Mittelbetrieb zustatten, der aus der Vereinigung mehrerer zünftiger Handwerke erwuchs. So wurde die Herstellung von Gold- und Silberstoffen, Schmucksachen, Uhren, Gold- und Silberwaren, Kutschen und Luxusmöbeln eine Spezialität der lieux privilégies. Diese Be-

[1] Levasseur, a. a. O. Bd. II, S. 731.

[2] Farnam, Die innere französische Gewerbepolitik von Colbert bis Turgot. Leipzig 1878. S. 22.

[3] Tocqueville, „L'ancien régime et la révolution". Paris 1856. S. 133—140.

[4] Levasseur, a. a. O. Bd. II, S. 738—739.

triebe zählten acht und mehr Gesellen. Der scharfe Wettbewerb zwischen diesen zunftfremden und den zünftigen Betrieben um tüchtige Arbeitskräfte führte zu einer Erhöhung der Gesellenlöhne, was den Zunftvorstehern der Kupferschmiede, Gerber, Lederzurichter, Handschuhmacher, Tapezierer und Schlosser Veranlassung gab, mit lauten Verwünschungen und Drohungen gegen sie vorzugehen.[1]

Neben den kleinkapitalistischen Betrieben waren hier aber auch großkapitalistische Unternehmungen anzutreffen. Von der Gold- und Silberwarenfabrik François-Thomas Germain besitzen wir den urkundlichen Beweis, daß sich ihr Jahresumsatz auf nicht weniger als 3 Millionen Livres belief. Auch der von Anbeginn an außerhalb der Schranken der Zunftordnung sich befindende industrielle Großbetrieb hatte hier seine Stätte. Zwar wurde die Gewerbefreiheit von der Gewerbegesetzgebung des ancien régime für die großindustriellen Manufakturen grundsätzlich nicht anerkannt, indes war die Berechtigung zum Betrieb großindustrieller Unternehmungen leicht zu erlangen. Bei den Manufakturen ersetzten die königlichen Patente die Meisterbriefe. Anstatt des Patentes genügte aber auch schon der Nachweis, daß der Unternehmer in einer gleichgearteten Unternehmung längere Zeit tätig gewesen war. Die Patente wurden erteilt nach einer wenig strengen Prüfung der Erzeugnisse, ohne daß in eine Nachforschung über die Beteiligung des Unternehmers an ihrer Herstellung eingetreten wurde. Es wurde also nur ein Nachweis der Leistungsfähigkeit des Betriebs, nicht ein Befähigungsnachweis des Unternehmers verlangt.[2]

So waren die lieux privilégies am Vorabend der Revolution nicht etwa Sitze des freien Handwerkes, sondern Brennpunkte frühkapitalistischer Entwicklung. Gelernte Manufakturarbeiter und Hausindustrielle bevölkerten die engen Gassen der Pariser Vorstädte. Eine Bevölkerung lebenslänglicher Lohnarbeiter, die freilich das Band mit dem Handwerk noch nicht völlig zerrissen, gab diesen Stadtvierteln Stimmung und Gepräge. Man wird diesen Umstand im Auge behalten müssen, wenn man die revolutionäre Rolle der Pariser Vorstädte von 1789 richtig bewerten will.

IV.

Eine ganz besondere Erwähnung verdient die Zunft der Silber-, Gold- und Seidenstoffmacher in Lyon, einmal weil sie uns die sozialen Verhältnisse in einem dem Verlagssystem anheimgefallenen Zunfthandwerk deutlich illustriert, dann aber auch, weil sie die größte und bedeutungsvollste Zunft in Frankreich überhaupt war. Was den Geist engherziger Exklusivität und kleinlicher Konkurrenzfurcht betrifft, so zeichnete sich die Zunft der Lyoneser Weber hierin ganz besonders aus. Sogar die von den Zünften gemeinhin anerkannte Gleichberechtigung der Meistersöhne in bezug auf den Zugang zum Meisterrecht hatte hier eine wesentliche Einschränkung erfahren. Denn als Meistersöhne im Sinne der Zunftordnung galten nur solche, die nach Eintritt ihres Vaters in die Zunft geboren waren. Abgesehen von seinen Söhnen durfte jeder Meister nur einen Lehrling halten. Es durften ferner keine Lehrlinge aufgenommen werden, die außerhalb der Provinzen Lyonnais, Forest und Beaujolais geboren waren.[3]

---

[1] Levasseur, a. a. O. Bd. II, S. 536, 738—739, 833.
[2] Des Cilleuls, a. a. O. S. 120.
[3] Farnam, a. a. O. S. 27.

Aber alle diese Beschränkungen konnten die kapitalistische Zersetzung der Zunft nicht hindern. Schon 1712 unterschied man in der Lyoneser Industrie drei Arten von „Meistern":

1. Die kapitalistischen „Meister" (maîtres-marchands), die zwar keinen Webstuhl führen, auf deren Rechnung aber die ganze Produktion erfolgt; sie kaufen die Rohstoffe, liefern die Muster, besorgen den Absatz. Ihre Zahl beläuft sich auf 200. Die maîtres-marchands sind nichts anderes als kapitalistische Unternehmer. Die Konzentration des gewerblichen Kapitals ist schon zu Beginn des achtzehnten Jahrhunderts so mächtig, daß ein einzelner kapitalistischer Meister bis 100 hausindustrielle Meister beschäftigt.

2. Die hausindustriellen Meister (maîtres-ouvriers), deren Zahl sich auf 3000 bis 4000 beläuft. Sie erhalten von den kapitalistischen Meistern Rohstoffe und Muster und empfangen für die fertige Ware Stücklohn. Sie sind also Heimarbeiter und die kapitalistischen Meister sind ihre Arbeitgeber.

3. Die Meister alten Stiles, die sich selbst die Rohstoffe kaufen und selbständig den Absatz besorgen. Ihre Zahl änderte sich mit jedem Tage, weil bei jeder Ungunst des Marktes ein Teil von ihnen in die Masse der heimarbeitenden Meister versinkt. Diese Kategorie ist schon am Anfang des achtzehnten Jahrhunderts ein Rest der Vergangenheit, ein soziales Fossil, das sich in die neue Periode hinübergerettet hat.[1]

Die kapitalistischen und heimarbeitenden Meister waren im siebzehnten Jahrhundert Mitglieder der Zunft mit gleichem Titel und gleichem Rechte. Allmählich erweitert sich aber die Kluft zwischen ihnen. Die kapitalistischen Meister drängen auf Anerkennung ihrer sozial höheren Stellung. Sie wird ihnen von der Staatsgewalt gewährt. Durch den Beschluß des Staatsrats vom 8. Mai 1731 wird ihnen der Titel maîtres-marchands verliehen. Sie werden von den übrigen Zunftmeistern rechtlich abgesondert und erhalten eine besondere und ausgezeichnete Stellung innerhalb der Zunft. Die heimarbeitenden Meister, die fortan maîtres-ouvriers genannt werden, sind durch diese Scheidung tief gedemütigt und beginnen einen Feldzug gegen den Beschluß des Staatsrats. Während zwanzig Jahren erfolgt von beiden Seiten eine ununterbrochene Produktion von Denkschriften und Eingaben für und gegen die Aufrechterhaltung des Beschlusses. Erst 1769 findet der Kampf sein Ende. Die heimarbeitenden Meister erkennen freiwillig die höhere Stellung der kapitalistischen Meister, ihrer Arbeitgeber, an.[2]

Damit hörte die Zunft aber nicht auf, der Kampfplatz zwischen Kapital und Arbeit zu sein. Der Interessengegensatz gebar immer neue Streitigkeiten und hielt fortgesetzt das Mißtrauen wach. Zuweilen erhält die Zunft sogar den Charakter eines Gewerkvereins alten Stiles. Im Jahre 1785, einer Zeit flotten Geschäftsganges, treten die heimarbeitenden Meister in eine Lohnbewegung ein. In Gemeinschaft mit ihren Gesellen setzen sie den ganzen Mechanismus der politischen Agitation in Bewegung. Die Gewerbepolizei, durch aufsehenerregende Straßendemonstrationen der Zunftmeister und Gesellen in Schreck gesetzt, willigt endlich in die Erhöhung der Stücklöhne ein. Aber der Erfolg war nicht von langer Dauer. Als 1788 die Krise schärfer einsetzte, machten die kapitalistischen Meister die Lohnbewegung nicht nur wieder rück-

---

[1] H. Haußer, Les origines du capitalisme moderne en France. „Revue d'économie politique", 16. Jahrgang, 1902, S. 320—321.

[2] Levasseur, a. a. O. Bd. II, S. 471.

ängig, sondern gingen mit den Stücklöhnen noch unter die Sätze des alten Tarifs herab. In einer an die Behörde gerichteten Denkschrift beklagen sich ie heimarbeitenden Zunftmeister, daß die kapitalistischen Meister sie gezwungen ätten, für den halben Preis zu arbeiten, so daß sie mit Frau und Kindern enötigt wären, siebzehn bis achtzehn Stunden täglich zu schuften, und daß e doch nicht so viel verdienen, um ohne öffentliche Unterstützung leben zu önnen.[1]

Diese Klagen scheinen nicht ohne Grund gewesen zu sein. Arthur Young, er sich auf seiner Reise während der Krise in Lyon aufhielt, konstatiert, daß 0000 Einwohner, der fünfte Teil der Bevölkerung, durch Almosen erhalten verden müßten und das Elend des Volkes so groß sei, wie es noch niemals var oder wie man es sich nie vorgestellt hätte.[2] Die Not der Zunftmeister und ie kapitalistische Zersetzung der Zunft manifestierte sich übrigens auch bei den Wahlen zu den Generalständen von 1789. Die Bourgeois von Lyon, unter denen ich 400 kapitalistische Meister befanden, beriefen eine vorbereitende Versammlung ein. Auf Antrag eines Redners nahm die Versammlung eine Resolution n, daß das Stimmrecht auf die „aufgeklärten Bürger, die Grundsteuer zahlen und einen liberalen Beruf ausüben, beschränkt werden möge; denn dessen Verleihung an die besitzlosen und ungebildeten Arbeiter sei mit Gefahren verbunden". Mit den „besitzlosen und ungebildeten Arbeitern" meinte man die heimarbeitenden Zunftmeister. Dann schritt die Zunft zur Aufstellung ihres Cahiers, der Zusammenstellung ihrer Forderungen. Als die kapitalistischen Meister bemerkten, daß sie innerhalb der Zunft mit ihrem kapitalistischen Interesse nicht durchdringen würden, zogen sie sich ostentativ von den gemeinsamen Beratungen zurück, laut klagend über die „erniedrigende Nullität", zu der sie verurteilt wären. Die Redaktion des Cahiers blieb somit den heimarbeitenden Meistern überlassen, der gerade dadurch, daß in ihm lediglich Beschwerden von Heimarbeitern niedergelegt sind, einzig in seiner Art dasteht, denn die Klagen der Lohnarbeiter der anderen Erwerbszweige konnten nicht an das Ohr der konstituierenden Versammlung gelangen, weil sie von keiner gesetzlich anerkannten Körperschaft ausgingen.[3]

Was lehren uns nun die Zustände in Lyon? Zunächst ist so viel absolut sicher, daß die Schranken, welche den Zugang zum Meisterrecht versperrten, weder die Degradation der Zunftmeister zu Heimarbeitern, noch die Überfüllung des Gewerbes verhüten konnten. Von einem Monopol wird hier gewiß niemand sprechen wollen, da ja jede Absatzstockung, jeder ungünstige Ausfall der Seidenernte sofort einen erheblichen Teil der Webstühle stillsetzte und ihre Besitzer in tiefes Elend schleuderte.

V.

Wenn wir, alles zusammenfassend, uns fragen, wie die Lage der Zunftmeister im allgemeinen unter dem ancien régime war, so werden wir der Wahrheit ziemlich nahe kommen, wenn wir sie uns nicht als wohlhabende und unabhängige Leute vorstellen, sondern als bedrückte und beschränkte Gestalten, deren Lebenshaltung in der Regel an die der gelernten Arbeiter von heute nicht heranreichte. Die alten Handwerksquartiere der französischen Städte mit

[1] Levasseur, a. a. O. Bd. II, S. 776—777.
[2] Arthur Young, Reisen durch Frankreich. Berlin 1793. Bd. I, S. 492.
[3] Levasseur, a. a. O. Bd. II, S. 781 und 854—855.

ihren engen Gassen und Häuschen von zwei oder drei Fenster Front weis auf enge Verhältnisse hin. Und obwohl die Häuschen so klein waren, daß nach modernen Begriffen kaum einer Familie hinreichend Raum gewährte mußten sich die ärmeren Zunftmeister häufig mit einem Abschnitt des Haus begnügen. Die besser situierten Zunftmeister verfügten zwar — abgesehen vo dem Laden und der Werkstätte — über einen größeren Wohnraum, der d ganzen Familie als Küche, Speise- und Schlafzimmer dienen mußte; d ärmeren dagegen mußten sich mit einer Dachkammer zufrieden geben.[1] Nicht unrichtiger, als in den Zunftmeistern des ancien régime einen Haufen behäbig Privilegierter zu sehen. Ein Privileg besaßen sie wohl, aber es konnte ihne angesichts der Überfüllung der Zunft keine Behäbigkeit verschaffen. Wo ein solche vorhanden, war sie nicht das Werk der Zunftordnung, sondern das Pr dukt ihrer kapitalistischen Zersetzung. Die wohlhabenden Zunftmeister ware in der Regel nur noch dem Namen nach Handwerker, in Wirklichkeit abe kleine Fabrikanten oder kapitalistische Verleger wie in Lyon. Ihre sozia höhere Stellung gründete sich auf den Kapitalbesitz, nicht auf die rechtlich Ordnung der Zunft. Für sie war die Zunftordnung keine Schutzwehr, sonder eine Schranke ihrer wirtschaftlichen Macht. Hinter den Deklamationen de Liberalen von 1789 gegen die monopolistische Wirtschaft der Zünfte lauern zumeis kapitalistische Interessen. Denn man darf nicht vergessen, daß der Meistersohn der ein Recht der Erbfolge in der Meisterschaft hatte, sich nur in der äußerste Not entschloß, dieses in wirtschaftlicher Hinsicht allerdings sehr illusorisch Privileg aufzugeben und Lohnarbeiter zu werden. Damit wurde aber da Angebot von gelernten Arbeitskräften für den kapitalistischen Betrieb sehr ein geengt. Dazu kam, daß das von den Zünften bei der Lehrlingsausbildung angewandte Mittel der Zahlbeschränkung in wirksamer Weise die Lohnpoliti der Gesellenverbände unterstützte. Wahrlich Gründe genug, um das kapita listische Unternehmertum gegen die Zünfte mobil zu machen.

Allerdings hatten auch die Gesellen, welche nicht Söhne oder Schwieger söhne der Zunftmeister waren, begründete Ursache, gegen das Zunftwesen Front zu machen. Denn der zünftige Rechtssatz der Erbfolge im Meisterrecht führte zu einer weitgehenden Ausschließung der mittellosen Gesellen von der Meister würde. Die Meisterwürde erhielten und genossen die, welche „nichts getan hatten, als geboren zu werden". Doch hat man den Einfluß der Zunft ordnung auf den Ausschluß der mittellosen Gesellen von der Meisterwürde zumeist überschätzt. Man hat übersehen, daß in denjenigen Gewerben, zu deren selbständigem Betrieb ein größeres Kapital erforderlich war, das Emporsteigen des mittellosen Gesellen zur Selbständigkeit schon aus wirtschaftlichen Gründen ausgeschlossen war. Der Kreis solcher Gewerbe zeigte aber schon im achtzehnten Jahrhundert die Tendenz, sich ständig zu erweitern. Für den besitzenden Gesellen waren aber die Schranken, welche den Zugang zur Meisterwürde ver sperrten, keineswegs unüberschreitbar. Unter dem Rechtssatz der Erbfolge im Meisterrecht konnten also unmittelbar nur zwei Kategorien von Personen

---

[1] G. D'Avenel, „La fortune privée à travers sept siècles". Paris 1895. S. 377—378. In diesem Werke gibt der Verfasser ein Resümee seiner unter den Auspizien des Unterrichtsministeriums herausgegebenen vierbändigen „Histoire économique de la propriété, des salaires, des denrées et de tous les prix en général" (1200—1800), deren erste beiden Bände die Genesis des Kapitals, der dritte und vierte Band die soziale Lage der Bauern und Arbeiter im Laufe von sieben Jahrhunderten behandeln.

den: einmal die besitzlosen Gesellen derjenigen Gewerbe, zu deren Betrieb r ein mäßiges Kapital erforderlich war, wie es sich ein jeder während seiner esellenzeit ersparen konnte; dann aber auch die kleinen Kapitalisten, die, ohne Handwerk ordnungsmäßig erlernt zu haben, ihr Kapital in einem der unftordnung unterworfenen Gewerbe verwerten wollten.

Die Beschlüsse der berühmten Nacht des 4. August 1789 haben kein Monopol rbrochen, weil ein solches nicht bestand. Sie haben auch die Zahl der hand-erksmäßigen Betriebe nicht vergrößert, sondern vermindert. Ihre Wirkung schränkt sich auf die Beseitigung der erblichen Abschließung der Gewerbe, wo-urch lediglich ein Personenwechsel der Betriebsinhaber hervorgerufen wurde. orteil aus dieser Umwälzung zog an erster Stelle die kapitalistische Unter-hmung, die sich stellenweise innerhalb und außerhalb des Rahmens der Zunft-dnung schon zu hoher Blüte entwickelt hatte.

Die Bourgeois der konstituierenden Nationalversammlung wußten wohl, as sie taten, als sie in der denkwürdigen Nacht des 4. August die Handwerker-age durch Zertrümmerung der Zunftordnung in ihrer Weise zu lösen suchten. as „Fieber des Edelmuts", das „Delirium der Selbstverleugnung", das nach ouis Blanc die „mysteriöse Nacht" des 4. August erfüllte,[1] äußerte sich für e Bourgeoisie sehr vorteilhaft darin, daß den alten Gesellenverbänden mit r Zunftordnung ihre historische Grundlage genommen wurde. Gegen ihre rsetzung durch moderne Gewerkvereine schützte man sich dann in der Folge urch ein Ausnahmegesetz, das jede Verbindung zwischen Gewerbsgenossen „als n Attentat auf die Freiheit und die Menschenrechte mit 500 Livres bestraft". ein Wunder daher, daß Marat gegen diese Lösung der Handwerkerfrage Front machte und gegenüber den Deklamationen der Liberalen die alte Zunft-rdnung in Schutz nahm. Es war dies kein rollenwidriger Seitensprung; seine Stellungnahme war bedingt durch das vorwiegend proletarische Interesse der Pariser Vorstädte.

Freilich, einen Schutz gegen den Ansturm des Riesen Kapitalismus ver-mochten die verfallenen Festungswerke der Zunftordnung auch nicht zu ge-währen. Die Uhr der Zunftordnung war eben abgelaufen, ihre Beseitigung in Gebot der Notwendigkeit geworden. Aber ihr Fall leitete nicht eine neue Blüteperiode des Handwerkes ein, sondern gab nur das Signal zu einer um-fangreicheren Verdrängung durch den Kapitalismus.

Eine Revision der gewerkschaftlichen Taktik.

Von K. Kautsky.

Unter dem Titel „Löhne und Verkaufspreise" geht ein vom Genossen R. Calwer verfaßter Artikel durch die Parteipresse, der, soviel ich sehe, bisher keinen Kommentar gefunden hat, vielleicht deswegen, weil er von einem wenig bekannten Spezialfall ausgeht, dem Gedanken einer Preiskonvention in der Handschuhmacherbranche, in der die Löhne durch eine „Vereinigung von Kartell und Tarifgemeinschaft" festgesetzt werden sollten. Aber der Artikel ist von all-gemeinerem Interesse.

---

[1] Louis Blanc, „Histoire de la révolution française". Paris 1847. Bd. II, S. 414—415.

Der Verfasser beginnt folgendermaßen:

„rc. Die Aufgabe der Gewerkschaften besteht darin, dem Arbeiter einen mi lichst hohen Preis seiner Arbeitskraft zu sichern. Deshalb schließen sich die Arbei zu Organisationen zusammen. Ohne jede Rücksicht auf die geschäftliche Lage d Arbeitgeber verfolgen sie ausschließlich das eigene Interesse. Sie kümmern sich a nicht darum, ob ein Arbeitgeber bei einer gewissen Lohnhöhe bestehen kann od nicht, sondern verwenden ihre gewerkschaftliche Macht zur fortgesetzten Steigeru des Wertes der Ware Arbeitskraft. Diese Taktik der Gewerkschaften ist so lan richtig, als die Arbeiter und ihre Organisationen keinen mitbestimmenden Einfl auf die Regelung der Produktion, der Preise und des Absatzes haben. In de Moment aber, wo ein solcher Einfluß garantiert ist, fallen die Voraussetzungen f die bisher richtige Taktik weg. Da den Arbeitern dieses Mitbestimmungsrecht no für absehbare Zeit fehlt, so ist es ganz selbstverständlich, daß die bisherige Takt aufrechterhalten und geübt wird.

„Gleichwohl kann es keinem Bedenken unterliegen, wenn man die Möglichke einer anderen Taktik erörtert, die dann einzutreten hat, wenn die Voraussetzung gegenüber heute sich total verändert haben."

Er kommt dann auf die besonderen Verhältnisse der Handschuhmacher z sprechen, wo „der Gedanke eines Zusammengehens von Kartell und Tari gemeinschaft" erörtert wurde, weist „auf die Abhängigkeit der Löhne von de Verkaufspreisen" hin und fährt schließlich fort:

„In dem Augenblick, wo die Arbeiter eines Gewerbes Einfluß au die Regelung der Produktion gewinnen, können sie auf keinen Fall di gegenwärtige gewerkschaftliche Taktik länger einhalten, da sie son unter Umständen sich die Beschäftigung selbst nehmen würden. Rück sichten auf die ausländische Konkurrenz sind es vor allem, die de Lohnhöhe eine Grenze ziehen.

„Denn würden durch eine solche Vereinigung von Kartell und Tarifgemeinschaf Löhne festgesetzt, die die Verkaufspreise so steigerten, daß jede Konkurrenzfähigkei auf dem Markte ausgeschlossen wäre, so würde eben die in Frage kommende In dustrie ohne Absatz bleiben. Und weil dem so ist, hätten allerdings Arbeiter, di einer solchen Vereinigung angehören würden, bei ihren Lohnforderungen auf di ausländische Konkurrenz Rücksicht zu nehmen, da zu hohe Lohnsätze die Arbeits gelegenheit vermindern würden. Es ist also zweifellos richtig, daß in einem solche Falle die Löhne bis zu einem gewissen Grade sich nach den jeweiligen Verkaufs preisen, die mehr oder weniger von der Rücksicht auf die internationale Konkurren bestimmt werden, zu richten hätten."

Die Verhältnisse in der deutschen Handschuhmacherei sind mir nicht nähe bekannt, aber es handelt sich hier bei der „Vereinigung von Kartell und Tarif gemeinschaft" offenbar um eine jener Allianzen zwischen Unternehmern und Lohnarbeitern, die in England den Namen Trade Alliances erhielten, wo si zuerst auftauchten. Eine feste Vereinbarung zwischen einem Unternehmerkartell und einer Gewerkschaft, wodurch die Mitglieder des ersteren sich verpflichten, nur Gewerkschaftsmitglieder zu den vereinbarten Lohnsätzen zu beschäftigen, und diese wieder jede Arbeit für eine außerhalb des Kartells stehende Firma, die ihre Produkte zu niedrigeren Preisen verkauft als das Kartell, ablehnen, auch wenn diese Firma die gleichen Löhne zahlt, wie die mit dem Kartell vereinbarten. Also eine Tarifgemeinschaft, in der die Arbeiterorganisation dem Zwecke dient, nicht bloß die Löhne, sondern auch die Profite hochzuhalten. (Vergl. darüber unter anderem den Artikel von F. Schnetter über den „Zunftgedanken im Tarifvertrag", „Neue Zeit", XXIII, 1, S. 659 ff.)

Gegen derartige Vereinbarungen bestehen schwere Bedenken vom Stand-
unkt des proletarischen Klassenkampfes. Aber diese kommen hier nicht in
etracht, und wir können von ihnen absehen, da auch in dem Calwerschen
rtikel von ihnen nicht die Rede ist. Nirgends deutet Calwer an, daß ihm solche
onventionen bedenklich und nicht allgemein durchführbar erscheinen. Seine
usführungen haben keinen Sinn, wenn er nicht in der „Vereinigung von
artell und Tarifgemeinschaft“ und dem dadurch herbeigeführten „Einfluß der
rbeiter und ihrer Organisationen auf die Regelung der Produktion, der
reise und des Absatzes“ das erstrebenswerte Ziel des gewerkschaftlichen
ampfes erblickte. Wohl erregen auch ihm diese Konventionen Bedenken, aber
e sind ganz anderer Art als die eben angedeuteten.

Sobald solche Konventionen allgemein werden, dann, sagt er, entsteht die
efahr, daß dadurch die Preise zu sehr in die Höhe gehen und dadurch — die
onkurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt leidet. Diese
lein kümmert ihn hier, nicht die Belastung der Konsumenten des Inlandes.
s stimmt dazu, daß derselbe Calwer wohl ein Anhänger der Schutzzölle ist, aber
einem Artikel über „Syndikatspreise und Zollpolitik“, der ebenfalls jüngst
urch die Parteipresse ging, „Zollfreiheit für Rohstoffe und Halbfabrikate“
ganz allgemein und ständig“ verlangt, „sofern diese für Ausfuhrzwecke
Verwendung finden“. Das Inland mag nach wie vor teure Preise zahlen,
enn wir nur in das Ausland recht billig verkaufen können!

Indes wenn wir auch Calwer nicht darin zustimmen, daß ihn bloß die
Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf dem Weltmarkt kümmert, so ist damit
atürlich nicht gesagt, daß diese Konkurrenzfähigkeit gleichgültig sei. Sie inter-
ssiert uns freilich weniger als die Wirkung der Preispolitik der Kartelle auf
Produktion und Konsum im Inland, und die Aufrechthaltung der Konkurrenz-
fähigkeit der kapitalistischen Unternehmungen weniger als die Aufrechthaltung
er Kampffähigkeit der Gewerkschaften. Diese ist eine proletarische Aufgabe,
ie das Proletariat und auch seine proletarischen Vertreter zuerst angeht. Für
hre Konkurrenzfähigkeit mögen die Kapitalisten selbst sorgen; wir dürfen sicher
ein, daß sie diese historische Aufgabe nicht vernachlässigen werden. Die
Theoretiker und Zeitungen der Sozialdemokratie brauchen darüber nicht ängst-
ich zu wachen. Wir müssen vor allem dahin trachten, daß es nicht das
Proletariat ist, auf dessen Kosten die kapitalistischen Unternehmungen konkurrenz-
fähig erhalten werden.

Die Erfahrung zeigt, daß die Kartelle noch immer der Konkurrenzfähigkeit
hrer eigenen Produktionszweige auf dem Weltmarkt die höchste Aufmerksamkeit
gewidmet haben. Die Gefahren der Kartellpolitik rühren in dieser Beziehung
nicht daher, daß die Kartelle die Preise ihrer Produkte auf dem Weltmarkt
u sehr erhöhen, sondern daß sie sie im Inland zu sehr steigern, um dadurch
nstand gesetzt zu werden, die auswärtige Konkurrenz zu unterbieten. Wir haben
nicht die geringste Ursache, anzunehmen, darin würden Abmachungen mit den
Gewerkschaften etwas ändern. Die Kartelle würden auch solche Konventionen
dazu benutzen, das Inland möglichst zu schröpfen, um dadurch die Mittel zu
gewinnen, an das Ausland unter dem Produktionspreis zu verkaufen.

Aber nehmen wir an, Calwers Befürchtungen wären gerechtfertigt; die Kapi-
talisten wären dumm genug, infolge ihrer Abmachungen mit den Arbeitern auch
dort, wo nicht das Kartell, sondern die freie Konkurrenz herrscht, auf dem Welt-
markt, die Preise so sehr zu erhöhen, daß sie dadurch die Industrie konkurrenz-

unfähig machten. Was folgte daraus? Doch offenbar, daß das ein ne Grund für die Arbeiter wäre, auf solche Konventionen mit den Unternehm zu verzichten und alles zu vermeiden, was derartige schädliche Kartelle stär könnte.

Calwer ist anderer Meinung. Mit größter Gemütsruhe erklärt er, in ein solchen Falle müßten die Arbeiter eben auf ihre bisherige gewerkschaftliche Ta verzichten, von den Unternehmern so viele Konzessionen zu erzwingen, als sie ihn abzuringen vermögen, und sie müßten freiwillig ihre Forderungen auf e bestimmtes Maß beschränken. Mit anderen Worten, sie sollten freiwil das vornehmen, wozu sie heute durch die Kapitalisten gezwungen werden. D proletarischen Organisationen sollen die Macht gewinnen, die „Schmutzkonk renz" im Inland zu beseitigen, um den Kapitalisten der eigenen Nation d Möglichkeit zu geben, „Schmutzkonkurrenz" auf dem Weltmarkt zu mache Aus Organisationen des Kampfes gegen die Begehrlichkeit der Unternehm sollen sie Organisationen zur Bekämpfung der Begehrlichkeit der Lohnarbeit werden. Das ist, genau genommen, nicht mehr eine Revision der gewe schaftlichen Taktik, das ist ein völliger Umsturz der ganzen bisherigen gewe schaftlichen Theorie und Praxis.

Womit wird dieser Umsturz gerechtfertigt? Durch die Preiserhöhungen, welc die Kartelle vornehmen, und die die Konkurrenzfähigkeit der Industrie auf de Weltmarkt gefährden. Aber wodurch werden diese Preiserhöhungen verursach Einzig und allein durch die Lohnerhöhungen? Diese spielen meist eine unb deutende, nirgends die allein bestimmende Rolle dabei. Nein, durch die hohe Profite, die die kartellierten Unternehmer einstecken wollen. Warum also vo den Arbeitern fordern, daß sie ihren Löhnen eine Grenze ziehen, und nic von den Unternehmern, daß sie, im Interesse der Konkurrenzfähigkeit d Industrie, ihren Profiten eine Grenze ziehen?

Calwer erkennt theoretisch hier die Lohnpolitik der bürgerlichen Vulgärökonom als berechtigt an, die genau mit denselben Worten, wie er, behauptet, d „Arbeiter müßten bei ihren Lohnforderungen auf die ausländische Konkurren Rücksicht nehmen, da zu hohe Lohnsätze die Arbeitsgelegenheit verminder würden", indem sie „die Verkaufspreise so steigerten, daß jede Konkurren fähigkeit auf dem Markte ausgeschlossen wäre". Die „sozialistische" Lohnpoliti Calwers unterscheidet sich von dieser vulgärbürgerlichen bloß dadurch, daß er si in der Gegenwart wegen der Machtlosigkeit der Gewerkschaften noch für über flüssig hält und sie zu einem Ziel des proletarischen Emanzipationskampfes zu einem Stückchen seines Zukunftsstaates stempelt. In der Tat, eine e hebende und begeisternde Aussicht, die das kämpfende Proletariat zu de höchsten Opfern anstacheln muß, damit es „Einfluß auf die Regelung de Produktion gewinne".

Aber heute schon müßte diese Kapitulation sozialdemokratischer „Realpolitik" vor bürgerlicher Vulgärökonomie auf den gewerkschaftlichen Kampf, ja auf jed Betätigung proletarischer Macht lähmend einwirken, wenn die Anschauunger Calwers Geltung gewönnen. Denn ihre logische Konsequenz ist die, daß di Arbeiter bei jeder Lohnerhöhung, jeder Herabsetzung der Arbeitszeit auc heute schon sich ängstlich fragen müssen, ob sie nicht den Profit oder die Kon kurrenzfähigkeit ihrer Unternehmer dadurch beeinträchtigen, was diese ja stets mit großer Emphase versichern. Diese „Realpolitik" ist ein würdiges Seiten-stück zur Peusschen, die die Besteuerung der Konsumvereine rechtfertigt.

Ich habe von einer Kapitulation vor der bürgerlichen Vulgärökonomie ge-rochen. Es hieße der klassischen Ökonomie unrecht tun, wollte man hier n einer Kapitulation vor der bürgerlichen Ökonomie im allgemeinen reden. Schon vor hundertunddreißig Jahren erklärte Adam Smith:

„Unsere Kaufleute und Unternehmer klagen lebhaft über die schlimmen Wirkungen r Lohnerhöhungen, die die Preise erhöhen und dadurch den Absatz ihrer Waren Inland und Ausland verringern. Sie sagen nichts über die schlimmen Wirkungen her Profite. Sie schweigen über die verderblichen Wirkungen ihrer eigenen ewinne. Sie beschweren sich bloß über die anderer Leute."

Vier Jahrzehnte später bewies Ricardo, daß Lohnerhöhungen nicht not-endigerweise Preiserhöhungen nach sich ziehen müßten, unter Umständen sogar reissenkungen hervorrufen könnten. Aber freilich, wer wird sich mit so lang-eiligen theoretischen Dingen befassen und über den Zusammenhang zwischen öhnen und Warenpreisen nachdenken! Man sieht lieber hochmütig auf jeden Dogmenfanatismus" von oben herab, wird „Praktiker" und „Realpolitiker" nd endet damit, als Sozialdemokrat selbst nächstliegende praktische Forde-ungen des Proletariats preiszugeben, welche die klassische bürgerliche konomie gegen das interessierte Gerede der Anwälte der praktischen kapita-stischen Ausbeutung noch verteidigte. Welch ein Fortschritt!

Die Stellung der Gewerkschaften zur Partei in Holland.

Von **Henriette Roland-Holst.**

Die unabhängige Gewerkschaftsbewegung ist in Holland wie auf dem euro-äischen Festland überhaupt ein Kind des aufkommenden Sozialismus. Vor en Tagen der Internationale ist von ihr so gut wie gar keine Rede in nserem Lande; in den Jahren 1869 bis 1872 kommen dann einige Gewerk-haften zustande und schließen sich sowie die paar schon früher bestehenden jener lorreichen Arbeiterassoziation an. Alles jedoch in ganz kleinem Maßstab. lach der Auflösung der Internationale in den Jahren 1872 bis 1878 fällt ie Gewerkschaftsbewegung dem Niederländischen Arbeiterbund zu, der im egensatz zu den revolutionär-internationalen Strömungen von 1869 bis 1872 uf bürgerlich-nationaler Grundlage errichtet war. Im Jahre 1878 setzt dann ie Agitation von Domela Nieuwenhuis ein; es entstehen bald einige sozia-istische Vereine, die sich 1881 im Sozialdemokratischen Bund zusammen-chließen. Von diesem Zeitpunkt bis zur Abschwenkung des von Nieuwenhuis eleiteten Bundes zum Anarchismus (1880 bis 1892) bleiben politische und ewerkschaftliche Bewegung in Holland unausgesetzt eng verbunden. Bestehende owie neuentstehende Gewerkschaften schließen sich der Partei an; einige ver-flichten sich sogar in ihrem Programm auf die Aufhebung des Privatbesitzes n den Produktionsmitteln. An allen Kundgebungen der Partei auf dem ebiet der Sozialpolitik und gegen die Klassenjustiz usw. nehmen sie teil. Der ampf für das allgemeine Wahlrecht stand damals im Mittelpunkt der Be-trebungen der kämpfenden Arbeiterschaft; bei den großen Demonstrationen, die iederholt zugunsten dieses Rechtes in verschiedenen Städten stattfanden, gingen ie Fahnen aller unabhängigen Gewerkschaften im Zuge.

Gerade die enge Verbindung von Partei und Gewerkschaft in dieser „ersten Periode" der holländischen Arbeiterbewegung erklärt es, daß die anarchistische

Zersetzung nicht bei der politischen Bewegung Halt machte, sondern ebenso gewerkschaftliche durchseuchte. Es waren ja dieselben Männer, die in bei wirkten; die Gewerkschaftsmitglieder fühlten sich vor allem als Sozialisten; waren alle von der politischen Bewegung erweckt und angezogen worden; e Eigenart des gewerkschaftlichen Milieus, eine auf sich selbst stehende „Welt Gewerkschaften“ hatte sich noch nicht ausbilden können. So hielt der A archismus wie in der Partei so auch in den Gewerkschaften seinen Einz wenn seine Folgen hier auch nicht die gleichen waren. In der Partei füh er schon nach zwei Jahren (1894) zur Loslösung der sozialdemokratischen E mente vom alten Bund und zur Gründung der neuen sozialdemokratisc Arbeiterpartei. In den Gewerkschaften kam es vorläufig nicht zur aku Krise, sondern die Krankheit nahm bei ihnen schleppende Formen an. E äußerte sich erstens in wütendem Hasse gegen die Sozialdemokratie und star Abneigung gegen alle „Politik“, das heißt gegen jede Aktion für Sozialges gebung, Arbeiterschutz usw. Aber sie beeinflußte nicht weniger die ökonomisch Funktionen und den Bau der Gewerkschaften: die Abneigung gegen „Polit und „Politiker“ war kaum größer wie die gegen Gewerkschaftsbeamte, Stre und Unterstützungskassen, sorgfältige Vorbereitung und Organisierung d Streiks, feste Disziplin und zentralisierte Organisation — kurz gegen all was die moderne Gewerkschaftsbewegung braucht, um dem Unternehmert gewachsen zu sein und die Lage der Arbeiter bessern zu können. Es kam traurige Zeiten für die Gewerkschaften! Zwar hatten die anarchistischen E mente nicht in allen die Mehrheit, aber sie bildeten fast überall ei starke, rührige Minderheit. Von innerem Hader zerrüttet, unfähig zu ein ruhigen, festen und konsequenten Taktik, entwickelten die meisten Gewe schaften sich im vergangenen Jahrzehnt nur äußerst langsam. Ihre schle vorbereiteten Streiks mißlangen fast immer, da es den Unternehmern lei wurde, aus den zahlreichen Unorganisierten Arbeitswillige herbeizuschaffen, ihr Siege sind wenige, ihrer Niederlagen viele. Es fehlte ihnen jede Anziehung kraft auf die Massen: die christliche Gewerkschaftsbewegung zog aus diese Zustand den größten Vorteil.

Nur in der Gewerkschaft der Diamantarbeiter, 1894 gegründet, blieben d anarchistischen Elemente immer eine winzige, machtlose Minorität. Von tüc tigen Männern mit vielem Geschick geleitet, gelang es den Diamantarbeiter — freilich unter günstigen Umständen — in einigen Jahren alle Berufsgenoss zur Gewerkschaft zu ziehen und die Arbeiterschaft im unaufhörlichen Kampfe m einem protzigen Unternehmertum materiell und moralisch unglaublich empo zuheben. Der Diamantarbeiterverband stand immer zur Sozialdemokratie i besten Einvernehmen, und seine Mitglieder bildeten jahrelang das Rückgr unserer Wahlvereine zu Amsterdam.[1]

* * *

Die anfängliche Stellung der übrigen Gewerkschaften zu unserer junge Partei ist nach dem vorher Gesagten leicht begreiflich: in den ersten Jahre nach 1894 war sie die bitterer, unverhüllter Feindschaft. In dem Nationale Arbeitersekretariat, 1892 gegründet, worin die Partei ursprünglich ebens wie die Freien Sozialisten vertreten war, und das in den ersten Jahre

[1] Es war für die Partei eine große Enttäuschung, daß der Verband aus taktischen Rüc sichten am Internationalen Sozialistenkongreß zu Amsterdam nicht teilnahm.

seines Daseins 19000 bis 20000 Arbeiter umfaßte, fand sie alle Gewerkschaften gegen sich: die Partei stand vollkommen isoliert inmitten der unabhängigen Arbeiterbewegung. Und doch waren diese kämpfenden Gewerkschafter, die sich voll bitteren Hasses von ihr abwendeten, ihre natürlichen Verbündeten: der einzige Teil der holländischen Arbeiterschaft, der sozialistisch empfand, der den Klassenkampf führte. Die Partei brauchte sie ebensosehr zur Stärkung ihrer Vereine, wie die Gewerkschaften die Partei brauchten im Parlament, um für die Ausbildung der dürftigen Arbeitergesetzgebung zu wirken, und im Lande, um in zurückgebliebenen Gegenden durch sozialistische Agitation den Boden für die Gewerkschaftsbewegung vorzubereiten.

Die feindliche Haltung der Gewerkschaften, die Gefahren, die unserer Partei aus dieser unnatürlichen Lage sowie aus dem Umstand erwuchsen, daß sie in den ersten Jahren ihres Daseins ihre Hauptstütze auf dem flachen Lande, im fortschrittlichen Norden fand, wurden in der Partei sehr peinlich empfunden. Sie bildeten einen ständigen Gegenstand der Erörterung in der Presse, auf Versammlungen und Parteitagen, und es zeigte sich manche erklärliche Unsicherheit und manches Schwanken. Besonders die in den Gewerkschaften tätigen Genossen hatten es schwer, da sie unausgesetzt nicht nur Verdächtigungen und Schmähungen gegen die Partei entgegenzunehmen hatten, sondern auch eine gewerkschaftliche Taktik mitmachen mußten, die sie oft mißbilligten, ohne, aus Furcht vor Spaltung, sich den anarchistischen Treibereien mit Nachdruck widersetzen zu können. Da wurde ihnen dann wieder in der Partei zu großes Entgegenkommen gegen die Anarchisten vorgeworfen.

Die gesellschaftliche Entwicklung erwies sich aber auch in diesem Falle mächtiger, ein besseres Einverständnis herbeizuführen, wie die schönsten Reden und Resolutionen. Auch hier zeigte sich's, daß „jeder Schritt wirklicher Bewegung mehr wert ist wie ein Dutzend Programme". Die Bewegung kam von einer Seite, die von den Gewerkschaften gerade grundsätzlich ignoriert worden war: von dem Eingreifen der Gesetzgebung in das Leben der Arbeiterklasse.

Wenn auch für unsere Partei das rasche Gewinnen der Massen, wie in Dänemark oder Belgien, nicht in Frage kam, so erwuchs sie doch bald zu einem Faktor von Bedeutung im sozialen und politischen Leben. Der eine Grund hierfür lag in der Tüchtigkeit ihrer Mitglieder. Wer sich in Holland aus seinem kirchlichen, indifferenten oder anarchistischen Milieu zum Sozialdemokraten emporarbeitet, der gehört im allgemeinen zur geistigen und moralischen Elite der Arbeiterschaft. Ein zweiter Grund lag in der ziemlich großen Zahl tüchtiger und begabter Männer, unter ihnen nicht wenige Intellektuelle, die ihr zur Verfügung standen. Dies hatte dann wieder zur Folge, daß die parlamentarische Tätigkeit eine sehr rege und wirksame war und Presse wie mündliche Agitation sich im großen und ganzen durch ihren guten Gehalt auszeichneten. Endlich erwies sich auch wie anderwärts das Fehlen einer starken, ehrlichen bürgerlichen Demokratie als ein Vorteil für uns.

Dieser rasche Aufschwung der Sozialdemokratie, ihr wachsender Einfluß wie in der Politik so in jeder Sphäre gesellschaftlicher Betätigung, ihre Erfolge bei den Wahlen sowie der Umstand, daß die größere Hälfte der Arbeiterklasse seit 1895 über das Wahlrecht verfügte, dies alles veranlaßte die herrschenden Klassen endlich, die furchtbar zurückgebliebene Sozialgesetzgebung in die Hand zu nehmen, deren Vernachlässigung durch die liberale Bourgeoisie die anarchistischen Tendenzen der Arbeiterschaft am meisten gefördert hatte. 1895 wurde in der Frage der

Altersrente von der Regierung eine Untersuchungskommission ernannt: bei de niedrigen Löhnen der holländischen Arbeiter und der mangelhaften Armenpfleg erweckte die Frage wie fast keine andere das Interesse der Massen. Auf Ini tiative des Verbandes der Zimmerer kam ein Ausschuß zustande, worin zun erstenmal nach ihrem Ausschluß aus dem Arbeitersekretariat unsere Partei sic mit den Gewerkschaften zusammenfand. Diese Form des Zusammenarbeiten wurde typisch für die nächsten Jahre.

Das 1897 ans Ruder gekommene Kabinett Borgesius kündigte sich an als eine Regierung der sozialen Gerechtigkeit, und es brachte wirklich ein wenig Sozialreform zustande. 1899 kam der Schulzwang. Das Gesetz blieb wei hinter den Forderungen der Arbeiter zurück[1] und veranlaßte das Zustande kommen eines Nationalen Komitees für Unterricht, worin sich wieder die Sozialdemokratie mit einer Anzahl Gewerkschaften zusammenfand. Im nächsten Jahre wurde der Entwurf eines Gesetzes über Unfallrenten eingebracht. Vor der Ersten Kammer in der ursprünglichen Fassung verworfen, wurde es 1901 in geänderter, etwas abgeschwächter Form endgültig angenommen. Während dieser ganzen Zeit betrieben sozialdemokratische Partei und Gewerkschaften, wieder in dem unvermeidlichen Komitee zusammengeschlossen, im Lande eine rege Agitation.

Kurz, bei allen praktisch-wichtigen Fragen der Gesetzgebung stellte es sich heraus, daß Sozialdemokratie und Gewerkschaften aufeinander angewiesen waren. Die Gewerkschaften mußten sich mit diesen politischen Fragen befassen; die Sozialdemokratie aber zeigte sich als die natürliche Vorkämpferin der Arbeiterinteressen in allen Angelegenheiten der Sozialpolitik.

Da kam 1901 das Ministerium Kuyper ans Ruder; und nicht lange darauf fanden infolge des siegreichen Solidaritätsstreiks der Eisenbahner vom 31. Januar die bekannten Ereignisse vom Februar bis April 1902 statt. Im „Verteidigungskomitee" gegen die Zwangsgesetze fand sich unsere Partei mit allen unabhängigen Gewerkschaften (auch den dem Arbeitersekretariat angeschlossenen ausgesprochen antipolitischen) und den Freien Sozialisten zusammen. Im trüben Lichte der Niederlage, die die Arbeiterbewegung damals erlitt, und bei der Entrüstung über die darauffolgenden niederträchtigen Beschuldigungen des Verrats, ausgehend von den Anarchisten, die in der allgemeinen Niedergeschlagenheit nur bestrebt waren, die Sozialdemokratie bei der Gewerkschaftsbewegung zu verdächtigen, schien es manchem Genossen, als hätten wir besser getan, uns abseits zu halten und die Agitation gegen die Gesetze auf eigene Hand zu betreiben. In der „Neuen Zeit" trat ich damals diesen Anschauungen entgegen und führte aus, wie die Haltung unserer Partei die rechte gewesen war und in Zukunft gute Folgen zeitigen müßte.[2]

Die Ereignisse haben uns, die so dachten, recht gegeben. Gerade ein Jahr nach der Errichtung des „Verteidigungskomitees" kamen die Vertreter der Sozialdemokratie wieder mit allen unabhängigen Gewerkschaften zusammen, um eine gemeinsame Aktion zu beraten in betreff zweier wichtiger, von der Regierung eingebrachter Entwürfe über ein Arbeiterschutzgesetz und den Arbeitsvertrag. 30 Vereine und Verbände schlossen sich dem Komitee an, das über 40000

[1] Die sozialdemokratische Kammerfraktion stimmte gegen dieses Gesetz, das jeden sozialen Inhalts entbehrte.

[2] Der Kampf und die Niederlage der Arbeiter in Holland. XXI, 2, 1903, Nr. 30 S. 100 und Nr. 31 S. 141.

rbeiter vertrat. War auch manche Gewerkschaft vom Sturme des vorigen ahres hart mitgenommen, so daß sie Mitglieder verloren hatte, so war die insicht zweifelsohne gewachsen. Die Agitation gegen das Gesetz über den rbeitsvertrag, das zuerst an die Reihe kam, wurde — wenn es auch merkbar ar, daß sie in eine Zeit der Abspannung fiel — sehr sachgemäß und nicht hne Erfolg geführt.[1]

Unsere Partei hat aber in den vergangenen Jahren noch viele andere Be- ührungspunkte mit den Gewerkschaften gehabt, als das Zusammenwirken in ationalen Komitees. Wir meinen die lokalen Ausschüsse, die *Kartelle*, die, m Gegensatz zu den örtlichen nur aus Gewerkschaften bestehenden Arbeiter- ekretariaten, auch politische Vereine, Konsumgenossenschaften usw. aufnahmen. n manchen Städten haben unsere Mitgliedschaften die Initiative zur Bildung olcher Kartelle ergriffen, die vortrefflich gewirkt haben und die Zentralpunkte er lokalen Arbeiterbewegung geworden sind. Allerdings finden sich auch unter en Genossen Gegner dieser Kartelle, die meinen, daß die Gewerkschaftsbewegung ich besser ohne örtlichen Zusammenschluß mit politischen Vereinen entwickeln ürde.

* * *

Die Stellung der Gewerkschaften zur Partei hat sich also in den letzten Jahren sehr gebessert. Was bis jetzt noch fehlte, war die Möglichkeit des Zu- ammenwirkens der Sozialdemokratie mit einer *Gewerkschaftszentrale*. Bei eder Gelegenheit, wo die gemeinsame Aktion der politisch und gewerkschaftlich rganisierten Arbeiter zu sozialpolitischen oder ökonomischen Zwecken sich nötig eigte, auch zum Beispiel wenn es galt, Unterstützungen für große Streiks oder Aussperrungen zu sammeln, mußte wieder ein neues Komitee errichtet werden. Diese lose und rohe Form der Verbindung hat unendlich viel Zeit-, Kraft- und Geldvergeudung zur Folge gehabt.

Es war dies aber unvermeidlich, solange die Gewerkschaftsbewegung keine Zentrale besaß. Man kann dies ruhig sagen, obgleich das Nationale Arbeiter- ekretariat noch immer existiert. Es ist schon seit langem kein Mittelpunkt der iederländischen Gewerkschaftsbewegung mehr, sondern bloß Mittelpunkt aller nklaren, verworrenen, antipolitischen, anarchistischen, desorganisatorischen Be- trebungen und Tendenzen. Es hat nach und nach alle besseren Gewerkschaften erloren, und seine 4 bis 5000 Mitglieder gehören zu kleinen, einflußlosen, bskuren Vereinen. Aber führt es auch ein Schattendasein, so ist das N. A. S. (Nationale Arbeitersekretariat) doch ein ziemlich lärmender Schatten und der Schatten einer Vergangenheit, die leider noch in den Köpfen vieler holländischer Arbeiter spukt. Die Tendenzen, deren Träger es ist, finden noch in den meisten Gewerkschaften eine Minorität, in einigen sogar eine starke Minorität.

Diese Tatsache erklärt, daß die Spaltungsversuche, die das Arbeitersekretariat in der letzten Zeit in den außer ihm stehenden Gewerkschaften machte, nicht ohne Erfolg geblieben sind. Aus dem Verband der Zimmerer und dem der Zigarrenarbeiter hat die Minorität sich zurückgezogen, um eine „Freie Asso- ziation“ zu bilden, die sich wieder dem Nationalen Arbeitersekretariat angegliedert hat. Andere werden voraussichtlich folgen.

Das Elend dieser fortschreitenden Desorganisation veranlaßte im Februar dieses Jahres endlich den Verband der Diamantarbeiter zu einem Schritte, den

[1] Die Kammer ist eben auseinandergegangen, ohne diesen Entwurf verhandelt zu haben, und sie wird vor den allgemeinen Wahlen nicht mehr zusammentreten.

jeder, dem die unabhängige Gewerkschaftsbewegung am Herzen liegt, schon s
Jahren mit Ungeduld erwartete: zum Versuch, eine neue Gewerkschaftsföderati
zu gründen. Der Einladung zur vorläufigen Konferenz gaben fast alle G
werkschaften von einiger Bedeutung Gehör; treten diese alle der neuen Föderati
bei, so wird sie 14 Verbände mit zusammen 20000 Mitgliedern umfasse
freilich kommen von dieser Zahl über 7000 auf den Diamantarbeit
verband.

Mit der Gründung der neuen Föderation lenkt die holländische Gewe
schaftsbewegung entschieden in bessere Bahnen ein. Nur soll man für
ersten Jahre keine allzu kühnen Hoffnungen hegen: wahrscheinlich wird d
alte Sekretariat seine Wühlereien, seine Spaltungstaktik noch eine Weile fo
setzen und der Leitung der neuen Körperschaft manchen Stein in den W
legen. Diese verfügt aber über fast alle ökonomischen und organisatorisch
Kräfte der Gewerkschaftswelt;[1] sie bekennt sich zu den Prinzipien der modern
Arbeiterbewegung; sie wird die Organisation der Gewerkschaften verbesser
eine feste und vernünftige Gewerkschaftspolitik treiben und schon dadurch
Massen anziehen, die in den letzten Jahren von dem ewigen Gezänk angeek
wurden.

Auch für unsere Partei ist die Gründung der neuen Zentrale ein erfre
liches Ereignis. Es wird natürlich das gelegentliche Zusammenarbeiten
sozialpolitischen Angelegenheiten sehr erleichtern und hoffentlich im Lauf einig
Jahre zu einem ständigen Bündnis führen, wie eine von unserer Partei a
genommene Resolution dies befürwortet.

Das ist aber noch Zukunftsmusik. Vorläufig, das heißt bis das Verständn
für die Wege und Ziele der Sozialdemokratie auch bei diesem am weitest
vorgeschrittenen Teile der Arbeitermassen noch viel größer geworden sein wir
als es im Augenblick ist, wird das Verhältnis sich auf gutes Einvernehm
und gelegentliches Zusammenwirken beschränken. So wird sich auch das Sek
tariat dem Komitee für das allgemeine Wahlrecht voraussichtlich noch nic
anschließen, da dies bei der Mehrzahl der Gewerkschaftsmitglieder keine Z
stimmung finden würde.

* * *

Das gute Einvernehmen von Partei und Gewerkschaft ist überall wichti
nirgends aber dringender notwendig, als in einem Lande wie Holland. Da
in der Industrie angelegte Kapital ist bei uns gering im Vergleich zu de
Handels-, Geld- und kolonialen Kapital. In der Industrie wieder ist d
Klein- und Mittelbetrieb noch überwiegend; die Konzentration geht nur langsa
vor sich. Die eigentliche Grundlage des modernen Gewerbebetriebs fehlt: es gi
kein Eisen im Lande, der Kohlenbergbau im Süden ist noch ganz unbedeuten
Nur Torfgruben in abgelegenen Gegenden sind vorhanden. Die Textilindustr
ist vom Zentrum des Landes entfernt, in einigen Grenzbezirken des Oster
und Südens konzentriert. In der Zigarrenindustrie wirkt die Heimarbeit d
Organisation entgegen. Die Metallindustrie wieder ist über das ganze Lan
zerstreut. Die Hafenarbeiter sind, wie überall, eine unruhige, schwer zur O
ganisation zu bringende Masse.

---

[1] Genosse H. Polak, Vorsitzender des Bundes der Diamantarbeiter und langjährig
Vorsitzender unserer Partei, hat dies Amt niedergelegt, um dem neuen Sekretariat ein g
Teil seiner organisatorischen Kräfte widmen zu können.

Auf dem holländischen Proletariat lastet eine traurige Vergangenheit von urchtbarem Elend, Pauperismus und moralischer Degradation. Zudem hat s die Theologie im Blute; die Betonung der religiösen Anschauungen und ifferenzen entspricht einer vielhundertjährigen Tradition: sie weicht nur nach nd nach der wirtschaftlichen Entwicklung, deren Tempo ein langsames ist. ur ein schmaler Saum der holländischen Arbeiterschaft ist es, worauf die oderne Arbeiterbewegung sich aufbauen kann; und die besten Eigenschaften ieses Menschenmaterials, ihr Bedürfnis nach individueller Freiheit, ihr Haß egen Druck und Zwang, führen sie nur zu leicht, wo der Pfad so mühsam t, wie in Holland, die Erfolge so klein sind und so unsicher, auf Irrwege, em gleißenden Trugbild der anarchistischen „Freiheit“ nach.

Aber gerade weil die Vorbedingungen zum baldigen Erreichen kräftiger ewerkschaftlicher Organisationen fehlen, wäre es hier für die Arbeiter noch richter wie anderwärts, sich auf „Nur-Gewerkschaftler“ im englisch-neutralen inne oder „nur ökonomische Aktion“ im französisch-revolutionären beschränken u wollen. Die Entwicklung des Klassenkampfes macht überall das gute Einernehmen der politischen und wirtschaftlichen Organisationen des Proletariats wünscht, weil die gemeinsame Anwendung der ökonomischen und politischarlamentarischen Waffen gegen den Feind sich mehr und mehr notwendig erweist. Aber in Holland mit seiner furchtbar langen Arbeitszeit, seinen schlechten rbeitsbedingungen überhaupt wird erst die Sozialgesetzgebung für manche rbeiterschicht die Möglichkeit der gewerkschaftlichen Organisation schaffen: das and-in-Hand-arbeiten von politischer und gewerkschaftlicher Organisation ist ier unerläßlich.

Glücklicherweise geht die Entwicklung in dieser Richtung, wenn auch nicht schnell, wie wir wünschen. Die Gründung der neuen Föderation ist ein roßer Schritt vorwärts, der, hoffen wir, bald von einem weiteren gefolgt erden wird: die Ablösung der unbehilflichen „Komitees“, diesen Notbrücken, urch eine ausgebildete ständige Verbindungsform zwischen Gewerkschaft und artei.

Partei und Gewerkschaft in Dänemark.

Von **Gustav Bang**.

In Dänemark hat sich eine innige Wechselwirkung zwischen Partei und Gewerkchaft organisch herausgebildet, die sowohl der ökonomischen Organisation als der olitischen Aktion des Proletariats außerordentlich förderlich gewesen ist. Kaum t eine wesentlich andere Form unter den eigenartigen dänischen Verhältnissen berhaupt denkbar. Zwar sind die gewerkschaftlichen Korporationen formell eutral; ihre Mitglieder sind als solche nicht zur Parteiangehörigkeit verpflichtet. raktisch aber ist ihre Tätigkeit und die der sozialdemokratischen Partei in ein armonisches Ganzes verschmolzen, untrennbar miteinander verbunden wie die wei Seiten der Münze.

Ein Blick auf die historische Entwicklung wird die jetzige Situation verändlich machen.

Die ursprüngliche Organisationsbasis der dänischen Sozialdemokratie war erade die Gewerkschaft. Als im Jahre 1871 eine Sektion der Internatioalen Arbeiterassoziation gebildet wurde, waren nur in ein paar Industrie-

branchen die ersten Anfänge einer Organisation vorhanden. Mit der energ schen sozialistischen Propaganda änderte sich dies. Die rasch anwachsende Reihen der „Internationale" wurden nach den verschiedenen Berufen gegliede und bildeten so die Keime der zukünftigen gewerkschaftlichen Organisatione Auch wurden in verschiedenen Industrien selbständige Gewerkschaften erricht die sich als Ganzes der „Internationale" anschließen. Der sozialdemokratisc „Generalrat" hatte die Leitung des gewerkschaftlichen Kampfes sowie der sozi listischen Agitation in seinen Händen. Eine solche Zentralisation der ve schiedenartigen proletarischen Aufgaben war unter den damaligen Verhältnisse als es galt, zum erstenmal das Klassenbewußtsein des Proletariats anzufache unzweifelhaft von größtem Nutzen. Mit der Zeit aber, als es dringend nöti wurde, die im ersten Anlauf gewonnenen Resultate zu befestigen und fortz bilden, erwies sich eine freiere Organisationsform notwendig. Im Jahre 187 in einer außerordentlich kritischen Epoche, als die junge Sozialdemokratie vo einigen der hervorragendsten Führer verraten worden war und außerdem di industrielle Krisis das ganze organisatorische Gebäude der Arbeiter mit Ze trümmerung bedrohte, schritt man zur Trennung. Die Gewerkschaften wurde autonom, von der sozialdemokratischen Partei unabhängig; von jetzt an triebe sie ihre Tätigkeit auf eigene Faust. Es waren ausschließlich praktische Rück sichten, die dazu den Anlaß gegeben hatten, und trotz der formellen Spaltun hat sich eine intime Verbindung fortwährend erhalten. Der gewerkschaftlich und der sozialistische Kampf ist von denselben Individuen geleitet worden; i vielen wichtigeren Angelegenheiten sind die Beschlüsse durch Ausschüsse de Partei und der Gewerkschaften gefaßt worden; und — was von eminenter Be deutung in einem Lande, wo es keine Analphabeten gibt und das Zeitungs lesen außerordentlich verbreitet ist: die sozialdemokratische Presse blieb nac wie vor unter der Kontrolle der sozialdemokratischen Partei und der Gewerk schaften als ihr gemeinsames offizielles Organ.

Etwa vom Jahre 1880 begann die Periode des gewaltigen Wachstums de dänischen Gewerkschaften. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre wurde solide Organisationen errichtet in den meisten Schichten der qualifizierte Arbeiterschaft; in der zweiten Hälfte vermehrte sich ihre Mitgliederzahl, un sie erstarkten durch Zusammenwirken teils in lokalen Mischverbänden, teils i nationalen Berufsverbänden wesentlich; in der ersten Hälfte der neunzige Jahre begann die Organisationsarbeit unter den unqualifizierten Arbeitern, di jetzt zum größten Teile in einem gemeinsamen Verband organisiert sind; di Hochkonjunktur in der zweiten Hälfte des Jahrzehnts wirkte als ein mächtige Hebel der ganzen Bewegung. Im Jahre 1898 wurde der Zentralverband de Gewerkschaftsverbände gegründet, der etwa drei Viertel aller organisierte Arbeiter umfaßt. Das nächste Jahr brachte eine riesenhafte Aussperrung, di die Knechtung und Zersplitterung der Arbeiterorganisationen bezweckte, abe ihren Zweck völlig verfehlte. Dagegen hat natürlich die Depression der letzte Jahre mit ihrer schrecklichen Arbeitslosigkeit eine Stagnation auf dem gewerk schaftlichen Gebiet verursacht; doch ist im großen ganzen die Stellung behaupte worden, und nur wenige und wenig bedeutende Rückschritte sind zu ver zeichnen. Die Zahl der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter schwankt um 90000, etwa drei Viertel aller männlichen und ein Fünftel aller weibliche Industriearbeiter. Was in den meisten Ländern als Utopie gelten muß: daß die Organisationen alle Arbeiter umfassen können, ist in Dänemark zwar

noch bei weitem nicht erreicht, liegt aber innerhalb des Bereichs der Möglichkeit.

Wie außerordentlich bedeutungsvoll für die sozialistische Bewegung es ist, daß diese ganze Masse der gewerkschaftlich organisierten Arbeiter wenn auch nicht alle Mitglieder der Partei sind, doch in steter Berührung mit der Partei bleiben, braucht nicht weiter entwickelt zu sein.

Wir werden nur in kurzen Zügen die Beziehungen andeuten, in denen jetzt die Gewerkschaften formell zur Partei stehen.

Erstens die Presse. Das Tageblatt „Social-Demokraten“ in Kopenhagen hat sich seit seiner Gründung im Jahre 1871 in dem gemeinsamen Besitz der gewerkschaftlichen und der sozialdemokratischen Organisationen erhalten und tritt als ihr offizielles Hauptorgan hervor. Jeder der „kontrahierenden“ Vereine schickt einen oder mehrere Repräsentanten in den Ausschuß, der die redaktionellen und ökonomischen Angelegenheiten vorzubereiten und zu kontrollieren hat. Der Geschäftsüberschuß wird ausschließlich zu propagandistischen Zwecken verwendet, zur Bestreitung der Wahlausgaben und besonders zur Gründung neuer Provinztageblätter; zurzeit finden sich etwa zwanzig solche, die alle von gemeinsamen Ausschüssen der Gewerkschaften und der Partei geleitet werden. In die Zentralleitung der Partei werden zwei Mitglieder von der Direktion der zentralisierten Gewerkschaften gewählt; und umgekehrt werden zwei Mitglieder der Direktion des Gewerkschaftsverbandes von der sozialdemokratischen Partei gewählt. Auch in vielen einzelnen Fällen begegnen sich Repräsentanten der Gewerkschaften und der Parteiorganisationen zum gemeinsamen Ratschlag. So werden zum Beispiel in Kopenhagen bei allen Wahlen, die sich auf die ganze Stadt erstrecken (zum Kommunalrat und zur Ersten Kammer des Reichstags), die sozialdemokratischen Kandidaten von einer Plenarversammlung der Vorstände sowohl der Kopenhagener Gewerkschaften wie der sozialdemokratischen Vereine nominiert. Ein jährlicher Beitrag zur sozialdemokratischen Wahlagitation (mindestens 25 Öre, etwa 30 Pf.) wird in allen Gewerkschaften von den Mitgliedern als freiwillige Beisteuer zur Partei erhoben. Ein sozialdemokratischer Verein nimmt in der Regel keinen Arbeiter als Mitglied auf, der nicht vorerst Gewerkschaftler ist; die Angehörigkeit zur Gewerkschaft wird als die fundamentalste soziale Verpflichtung des Arbeiters anerkannt.

Dies sind die formellen Beziehungen zwischen Partei und Gewerkschaft. Dazu kommt noch der mächtige reelle Einfluß, den die Sozialdemokratie auf die Mitglieder der Gewerkschaften indirekt ausübt. Die sozialistische Presse, die fast jedem Gewerkschaftler unentbehrlich ist, bringt ihm tagaus tagein den Klassenkampf vor Augen; in Dutzenden von Vorträgen hört er die Ideen des Sozialismus allgemeinverständlich entwickelt; im Reichstag sieht er seine Klasseninteressen nur von der sozialdemokratischen Fraktion gefördert, während alle anderen Parteien ihnen kühl oder feindlich gegenüberstehen. Sehr wenige der Gewerkschaftsmitglieder können sich auf die Dauer allen diesen sozialistisch-erzieherischen Einflüssen entziehen. Mit den Spuren der kleinbürgerlichen Nur-Gewerkschaftlerei wird gründlich aufgeräumt. Ein wirklich proletarischer Geist bricht sich Bahn überall im gewerkschaftlichen Leben.

Die Konsumvereinsbewegung in Österreich.

Von **Sigmund Kaff.**

Wie das gesamte Genossenschaftswesen in Österreich, sind auch die Konsumverein recht schwach entwickelt. Es erklärt sich das aus den verschiedensten Ursachen: d allgemeine kulturelle, politische und wirtschaftliche Rückständigkeit, das ganz un genügende Volksschulwesen und der Mangel an Preßfreiheit, der eine wirtschaftlich Bildung der Bevölkerung ungemein erschwert. Dazu kommt, daß die Regierunge gerade den Konsumvereinen sehr feindlich gegenüberstehen und alle Anschläge de Gegner dieser Genossenschaften zur Ausführung bringen, während die liberale Part die Interessen der Krämer und nicht der den Proletariern nützenden Konsumverein vertritt. Die Arbeiter aber faßten, solange die Konsumvereine von einigen bürger lichen Gruppen protegiert wurden, kein Vertrauen und hielten sich fern. Ende de sechziger Jahre erwachte die Arbeiterbewegung in Österreich, und damit kam es auc zur Gründung zahlreicher Konsumvereine, die aber vielfach rasch wieder verschwanden Ein eigentlicher Aufschwung trat erst 1896 ein. Die Zahl der Konsumvereine betrug

1870	402	1895	451	1900	758
1875	394	1896	495	1901	784
1880	248	1897	604	1902	808
1885	231	1898	723	1903	841
1890	257	1899	742		

Auch die durchschnittliche Mitgliederzahl wuchs; 1878 war sie 203, 1897 bereits 369. Neuerdings stockt die Bewegung wieder; Schuld daran trägt die frisch an gefachte Kampflust der Krämer und Lebensmittelwucherer und das Vorgehen der Regierung, die jenen bereitwillig zu Diensten steht, während die bürgerlichen Par teien nicht einen Finger rühren, um die Konsumvereine zu verteidigen.

Beweis dafür ist, daß selbst der Deutsch-liberale Genossenschaftsverband, welcher als der älteste und größte Verband die stärkste Anziehungskraft ausüben sollte, nur in beschränktem Maße fähig war, die Konsumvereine sich anzugliedern, und daß die rein proletarischen unter ihnen, soweit sie ihm überhaupt beigetreten waren, sich in diesem Verband nie sonderlich heimisch fühlten. Im Jahre 1901 gehörten ihm 172 = 22 Prozent der Gesamtheit, 1902 171 = 21 Prozent, 1903 204 = 24 Prozent, 1904 273 Konsumvereine an. Allerdings war die Aufnahme in den Verband durch den deutschen Charakter desselben beschränkt und wurde daher nie der Versuch gemacht, die nichtdeutschen Vereine in die Verbandsorganisation einzufügen. Die nationalpolitische Tendenz des Allgemeinen Verbandes hat übrigens nicht einmal alle deutschen Genossenschaften zu vereinigen vermocht, und erst der vom Gesetz aus gesprochene Revisionszwang hat die Verbandsorganisation gefördert, weil letztere befugt war, die staatliche Revision zu ersetzen. Nichtsdestoweniger kann man in den Berichten dieses Verbandes alljährlich die stereotype Redewendung lesen, daß als eine der Ursachen für die langsame Entwicklung der Konsumvereine der „Versuch" anzusehen sei, dieselben „in den Dienst der sozialdemokratischen Partei zu stellen, wie sie auch zur politischen Propaganda zu benutzen", und daß eine andere als die neutrale, das ist pseudoliberale Luft dem Gedeihen der Konsumvereine nicht förderlich sei. Allein in früheren Jahren, da die Sozialdemokratie sich der Genossenschafts bewegung gegenüber ganz passiv verhielt, war die Sachlage keine bessere, und es zeigt sich vielmehr, daß gerade die konkurrenzlose Patronisation der Konsumvereine durch den Allgemeinen Verband denselben nichts frommte.

Wenn man den Ersten Wiener Konsumverein mit seinen wohlsituierten Mit gliedern und seinen sonstigen Ausnahmeverhältnissen außer Betracht läßt, ergibt sich, daß die meisten Konsumvereine sehr bescheidenen Umfang haben und viele von ihnen sogar stagnieren. Mit vollster Berechtigung kann daher die Verbandsleitung diese tristen Zustände den Anklagen der Lebensmittelhändler gegenüberhalten und an der Hand der Tatsachen den ziffernmäßigen Nachweis erbringen, daß die Konsumvereine

in Anbetracht ihrer mäßigen Leistungen die Vorwürfe der Kleinkaufleute gar nicht verdienen.

Einige Ziffern aus den Berichten des Allgemeinen Verbandes für die letzten fünf Jahre mögen diese Stagnation illustrieren. Es betrugen:

	1899	1900	1901	1902	1903
Barumsatz pro Verein (in Kronen) .	119940	122857	116456	109644	116560
Barumsatz pro Mitglied (in Kronen)	—	336	335	349	320
Bruttoertrag in Prozent des Umsatzes	13,72	13,92	14,00	14,20	13,50
Reingewinn in Prozent des Umsatzes	6,25	6,38	6,00	6,40	6,00
Zuwachs zum Reservefonds in Prozent des Reingewinns	—	5,40	5,85	5,50	6,00
Dividende in Prozent des Barumsatzes	4,80	4,80	3,60	5,10	4,50
Wert des Warenlagers in Prozent der Aktiva	50,00	49,70	51,50	53,00	48,50
Außenstände in Prozent der Aktiva	7,40	7,80	7,74	7,70	10,50
Eigenes Kapital in Prozent des Betriebskapitals	50,50	48,80	49,10	50,00	46,80

Der Kommentar, den die Verbandsleitung zu diesen Zahlen gibt, ist in jedem Jahre stets derselbe; es sind genau die gleichen Worte, die den fast unveränderten Zahlen beigegeben werden, so daß man versucht wäre, an eine Täuschung zu denken, wenn nicht das Titelblatt des Berichtes ausdrücklich angeben würde, daß wir ein anderes Jahr vor uns haben. Und in der Tat, man kann es dem Verbandsanwalt nicht verübeln: der Jammer ist von einer Dauerhaftigkeit, daß der Anwalt in seiner Verzweiflung darüber außer stande ist, andere Ausdrücke zu drechseln. Die Ohnmacht der Verbandsorganisation kann offenbar einen Wechsel nicht herbeiführen, auch verbietet es die doktrinär-liberale Auffassung von der genossenschaftlichen Autonomie und Selbsthilfe, auf die Entwicklung der Vereine einen größeren Einfluß zu nehmen, als es bisher üblich war. Und so kommt es denn, daß bloß die gewerblichen Vorschußkassen und die dem Kleinbürgertum dienenden Genossenschaften gedeihen — übrigens ist auch da nicht alles Gold, was glänzt —, indes die Konsumvereine notdürftig ihren Betrieb aufrechterhalten, von einigen Ausnahmen abgesehen, für die günstigere Voraussetzungen gelten.

Diese Tatsache, die der Verband selbst jahraus jahrein mit Gleichmut konstatiert, hat aber doch eine Wirkung gehabt, an die die Verbandsleitung vermutlich am wenigsten dachte: sie hat die proletarischen Konsumvereine dazu gebracht, es einmal ohne den bürgerlichen Verband zu versuchen. Der Versuch gelang zwar nicht auf den ersten Hieb, aber er gelang doch später. Vorerst erfuhren die betreffenden Vereine selbst eine kleine Umgestaltung insofern, als in ihre Verwaltungskörper immer mehr sozialdemokratische Genossenschafter eintraten, die auf eine stärkere Betonung des proletarischen Interessenstandpunktes drangen und eine Abkehr von der durch liberale Politiker geführten Genossenschaftsbewegung forderten. Leider konnte den Konsumvereinen nicht sofort für die liberale Verbandsorganisation ein Ersatz geboten werden, und so kam es, daß sich der Austritt aus der letzteren verzögerte. Als dies endlich möglich schien, zeigte sich's, daß man bei dem Bestreben, sich auf eigene Füße zu stellen, es an der nötigen Vorsicht hatte fehlen lassen, und daß die mangelnde Erfahrung manchen Fehlgriff hatte begehen lassen. Die Herren Liberalen triumphierten. Mit Geringschätzung sahen sie auf die sozialdemokratischen Genossenschaften herab, welche sich abmühten, den Klassencharakter der Konsumvereine für proletarische Interessen nutzbar zu machen. Bisher hatte man sich dem Wahne hingegeben, daß sich die Arbeiter mit ihren politischen Aspirationen, ihren Gewerkschaften und Krankenkassen begnügen würden. In der Tat war dies so lange der Fall, als die Arbeiter glauben durften, daß der Kampf gegen den Lebensmittel-

wucher bloß im politischen Rahmen der Organisation geführt werden könne un daß zunächst die Zölle und Kartelle ein würdiges Objekt des Kampfes seien, gege welche die Bedeutung der Zwischenhändler verschwinde. Allein die zunehmend Feindschaft des Kleinbürgertums, die sich bei den politischen und wirtschaftliche Aktionen des Proletariats immer gehässiger kundgab; der Umstand, daß die Arbeite immer lebhafter zum systematischen Kriege gegen den wucherischen Zwischenhand im Lebensmittelgewerbe hindrängten, dessen Träger sich zugleich als die ärgste politischen Gegner entpuppten, sowie die Überzeugung, daß der „neutrale" Bode des Allgemeinen Verbandes für die Konsumvereine steriler Steingrund ist, veranlaßte die sozialdemokratische Partei, aus ihrer Reserve herauszutreten. Leicht ist ihr de Entschluß angesichts der Fülle der Aufgaben, die sie ja überreichlich auf politische und wirtschaftlichem Gebiet zu erfüllen hatte, nicht geworden; allein das Verhalte des Gegners ließ keine Wahl, und so erklärte sie denn in der Erkenntnis, daß ei Kampf gegen den Lebensmittelwucher ohne Konsumvereine kaum möglich war, da diese Organisationen, soweit sie ihrem eigentlichen Zwecke entsprechen würden, au die Unterstützung der Partei rechnen dürfen, und daß es Pflicht der Arbeiter sei, si diesem Zwecke zuzuführen. Kaum wußten sich die sozialdemokratischen Genossen schafter dieser Unterstützung sicher, als sie sich auch schon an die Arbeit machte Und siehe da: die im „neutralen" Boden des bürgerlichen Verbandes erstarrte Kräfte erwachten wieder, die Selbsthilfe — verstärkt durch die klassenbewußte Soli darität mit dem gesamten Proletariat — bewährte sich und trug alsbald ihre Früchte

Am deutlichsten trat der Umschwung im Zentrum der Bewegung, in Wien zu tage. Daselbst bestehen außer den für die Bediensteten der Staats- und Privat eisenbahnen bestimmten nicht wenige Konsumvereine, ingesamt (nach einem Auswei für das Jahr 1901) 21, darunter auch einige Fabrikkonsumvereine, ein „katholischer und zwei oder drei bürgerliche Konsumgenossenschaften. Freie Arbeiterkonsumverein gab es bloß sechs. Seither hat sich deren Zahl zwar nicht vermehrt, wohl aber i ihr Mitgliederstand gestiegen. Ersteres ist darauf zurückzuführen, daß an Stell mehrerer schwächerer Organisationen ein großer Körper getreten ist, der der irrationelle Zersplitterung wenigstens zum Teil ein erfolgreiches Ende bereitete. Der Konsum verein „Vorwärts", von dem hier die Rede ist, hatte ursprünglich, da er die nicht weniger als reichliche Erbschaft der aufgelösten Vereine übernahm, mit große Schwierigkeiten zu kämpfen, die nur mit Hilfe der Partei überwunden wurden. Vo den alten fünf Konsumvereinen, die sich mit dem „Vorwärts" verschmolzen, trate sofort 3713 Mitglieder bei; später kamen ungefähr ebensoviele hinzu, so daß nach achtzehnmonatlicher Tätigkeit (April 1902 bis Oktober 1903) über 8200 Mitgliede vorhanden waren. Ende 1904 betrug die Mitgliederzahl 9400, und sie ist in fort gesetztem Wachsen begriffen.

Demgemäß nehmen auch Leistungen, Umsatz und Mitgliederzahl immer größer Dimensionen an. Freilich mit dem seit vierzig Jahren bestehenden bürgerliche Ersten Wiener Konsumverein, dessen Mitgliederzahl 1904 40000 und dessen Bar umsatz elf Millionen Kronen beträgt, kann er sich nicht messen. Allein ein solche Vergleich wäre ganz und gar nicht angebracht. Proletarierkonsumvereine entwickeln sich langsamer, weil die Schuldknechtschaft des Arbeiterhaushalts bei den kleine Händlern eine tief eingewurzelte ist und die Verbreitung und Durchführung genossen schaftlicher Grundsätze behindert. Auch ist die Fluktuation der Massen in de Arbeiterkonsumvereinen an und für sich eine weitaus stärkere, und ebenso muß di größere Abhängigkeit des Arbeiterhaushalts von der wirtschaftlichen Konjunktur i Betracht gezogen werden. Alle diese hemmenden Faktoren fallen bei einer bürger lichen Genossenschaft hinweg.

Wenn es eine Kraft gibt, die die Ungunst der Verhältnisse ausgleichen kann, s ist es der sozialdemokratische Solidaritätsgedanke, der den genossenschaftlichen Ideen, die in der Kleinbürgerbewegung verkümmerten, neues Leben einzuflößen vermag. Das zeigt sich deutlich an einem anderen großen Arbeiterkonsumverein, dem ersten

niederösterreichischen, dessen Mitgliederstand 1903/4 von 13200 auf 18500 und dessen Bruttogewinn in diesem Zeitraum von 687777 Kronen auf 989947 Kronen, dessen Umsatz von 3,4 Millionen auf 5,3 Millionen stieg.

Es wäre natürlich zu weitgehend, aus diesen zwei allerdings bemerkenswerten Beispielen Schlüsse für die Zukunft zu ziehen. Doch sprechen andererseits unverkennbare Anzeichen dafür, daß die Periode der Stagnation für die Konsumvereine in Österreich vorbei ist. Nach langjähriger Vorbereitung ist die Erkenntnis von der Bedeutung der Konsumgenossenschaft als Wirtschaftsorganisation innerhalb der Arbeiterschaft durchgedrungen, so daß es heute nicht mehr nötig erscheint, vor einer Überschätzung dieser Organisationsform zu warnen. Nunmehr handelt es sich darum, auf dem Grunde der gewonnenen Einsicht weiterzubauen und den Strom innerhalb der natürlichen Grenzen zu halten, das heißt die Bewegung so zu leiten, daß bei möglichst geringem Kraftaufwand der höchste Nutzeffekt erzielt wird. Immer mehr verbreitet sich die Überzeugung, daß allein die Konzentration der Kräfte die volle Entfaltung derselben ermöglicht und infolge der rationellsten Ökonomie den Solidaritätsgedanken am ausgiebigsten fruktifizieren läßt. Es ist daher nur ein weiteres Symptom von der wachsenden Einsicht innerhalb der österreichischen Arbeiterschaft, daß sich seit 1902 die proletarischen Genossenschaften zu einem selbständigen Verband organisierten, der seither durch den Austritt von Konsumvereinen aus dem Allgemeinen Verband eine beträchtliche Verstärkung erfuhr. Die Arbeiter sahen, daß die im Schlepptau der bürgerlichen Parteien befindlichen Genossenschaften nur insoweit auf eine Förderung rechnen konnten, als sie sich für die politischen Zwecke derselben gebrauchen ließen, und sie ahmten deshalb das Beispiel in voller Würdigung der Tatsache, daß die Arbeiterinteressen am zweckmäßigsten von den Arbeitern selbst wahrgenommen werden, bewußt nach — unbekümmert um die Verdächtigungen, die diese Rallierung der proletarischen Kräfte begleiteten. Am schamlosesten betreibt die Genossenschaftsförderung zu politischen Zwecken die christlich-soziale Partei. Die ihr zur Verfügung stehenden Mittel des Landes Niederösterreich, der Gemeinde Wien und der Kaiser-Franz-Josef-Stiftung zur Unterstützung des Kleingewerbes in Wien kommen fast ausschließlich den bäuerlichen und städtischen Genossenschaften christlich-sozialer Färbung zugute. Dabei wird die Demagogie so weit getrieben, daß man höhere Subventionierungen von den Leistungen der Handelskammer und des Staates, der ja auch die Gewerbebeförderung durch Genossenschaften auf sein Programm der Mittelstandspolitik geschrieben hat, abhängig macht. Vorsichtiger geht die liberale Partei zu Werke, deren Genossenschaftsbewegung im Allgemeinen Verband sich konzentriert. Der „neutrale" Boden, welcher sich hier den Konsumvereinen bietet, läßt nur die kleinbürgerlichen Vorschuß- und Kreditvereine gedeihen. Die Konsumvereine hatten deshalb die Wahl zwischen diesem und einem eigenen Verbande, in welchem sie selbst die dominierende Rolle spielen konnten. Die dominierende Rolle spielen, das hieß aber im gegebenen Falle, mehr als sonst die eigenen Interessen nachdrücklich und ausschließlich pflegen. Und das war nur in einem vom bürgerlich-konservativen Gedankenkreis unabhängigen Verbande möglich, der die Genossenschaftsideen mit frischem Inhalt versah und ihnen neue Ziele steckte. Dieser Verband ward gegründet (1902) und zählte Ende 1904 243 Genossenschaften, darunter 22 Produktiv- und 2 Wohnungsgenossenschaften. Ein Teil derselben gehörte vorher dem Allgemeinen Verbande an, der im Jahre 1903 einen Stand von 743 Genossenschaften, darunter 273 Konsumvereine aufwies. Seither hat die Zahl der Arbeitergenossenschaften noch um etliche Dutzend zugenommen — aus dem Allgemeinen Verbande allein traten 1903 etwa 30 Genossenschaften aus —, so daß der künftigen Entwicklung mit Zuversicht entgegengesehen werden darf.

Die Anlehnung der Konsumvereine und Arbeiterproduktivgenossenschaften an die Sozialdemokratie, die sich in Österreich einfacher, aber vollständiger vollzog als in Deutschland, wird aber nicht bloß einen verstärkten politischen Schutz für die Assoziationen zur Folge haben, den die bürgerlichen Parteien weder bieten können

noch wollen, sondern sie wird vor allem auch eine materielle Steigerung der Kräft bewirken insofern, als sie das Vertrauen der Arbeiter in die Nützlichkeit der Ge nossenschaften heben und diesen neue Massen zuführen wird. Das aber ist vorläufi das Wichtigste, wenn man bedenkt, daß erst ein verschwindender Teil der Arbeiter schaft wirtschaftlich organisiert ist und daß die vorhandenen Genossenschaften kaun mehr als die Kaders der künftigen Organisation vorstellen.

Konservierte Gesindesklaverei.

Von **Emil Fischer.**

Das einheitliche Recht, das durch das Bürgerliche Gesetzbuch geschaffer werden sollte, ist nicht zustande gekommen. Was man erzielt hat, ist eite Stückwerk. Ist doch unter anderem die reichhaltige Musterkarte der Gesinde ordnungen trotz des Widerspruchs unserer Fraktion konserviert worden, un zwar mit der fadenscheinigen Begründung, daß die Verhältnisse in den ein zelnen Landesteilen für eine einheitliche Regelung zu verschiedenartig seien.

Aus dem gleichen Grunde unterblieb auch eine einheitliche Regelung de Gesindegesetzgebung in Preußen, das für sich allein nicht weniger als neunzehn Gesindeordnungen aufweist, die alle ein mehr oder weniger ehrwürdiges Alte haben. Die Gesindeordnung für die alten preußischen Provinzen stammt au dem Jahre 1810. Etwas neueren Datums ist die für Neuvorpommern un Rügen, die im Jahre 1845 das Licht der Welt erblickte. Die Rheinprovin erfreut sich einer Gesindeordnung aus dem Jahre 1844, während die für Ost friesland, Harlingerland und das ehemalige Jadegebiet im Jahre 1859 ge schaffen wurde. Die Provinz Hannover gestattet sich außerdem noch den Luxu von weiteren vier Gesindeordnungen (außer der ostfriesischen), die in den Jahren 1844 und 1853 entstanden sind, und zwar für die ehemaligen Herzogtüme Bremen und Verden, für das Land Hadeln, für den Regierungsbezirk Osna brück und für die Regierungsbezirke Hannover, Hildesheim und Lüneburg nebs dem ehemaligen Harzbezirk. In dem verhältnismäßig kleinen Hessen-Nassau ist die Existenz von sechs Gesindeordnungen zu verzeichnen. Während die für die Landesteile des ehemaligen Großherzogtums Hessen und die für das ehe mals landgräfliche Hessen-Homburg das Geburtsjahr 1857 tragen, datiert di für Nassau aus dem Jahre 1819, die für das Großherzogtum Fulda aus dem Jahre 1816, die für die Landstädte aus dem Jahre 1801 und die für Kassel, Marburg, Rinteln und Hanau gar aus dem Jahre 1797.

Ferner sind noch zu verzeichnen die Gesindeordnungen für Schleswig-Holstein (1840), für Lauenburg, für Frankfurt a. M. (1822), für Hohenzollern-Sigmaringen und für Hohenzollern-Hechingen (1843). Daneben gibt es in Preußen auch noch eine Anzahl Polizeiverordnungen, die sich auf das Gesindewesen erstrecken.

In fast allen diesen Gesindeordnungen ist die kriminelle Bestrafung des Kontraktbruchs der Dienstboten und die zwangsweise Zurückführung in den Dienst vorgesehen. Ungehorsam oder Widerspenstigkeit gegen die Herrschaft und ihre Vertreter werden ebenfalls kriminell bestraft, desgleichen Verabredungen zur Erzielung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen usw. durch Arbeitseinstellung. Das Züchtigungsrecht der Herrschaft hat das Bürgerliche Gesetzbuch zwar beseitigt, aber Scheltworte der Herrschaft muß das Gesinde noch

immer „mit Ehrerbietung und Bescheidenheit" entgegennehmen, ohne daß eine gerichtliche Klage wegen etwaiger Beleidigungen zulässig ist. Vor Inkrafttreten des Bürgerlichen Gesetzbuchs war dem Gesinde in den altpreußischen Provinzen und in einigen anderen Landesteilen nicht einmal die Notwehr gegenüber Tätlichkeiten der Herrschaft gestattet, nur dann erst, wenn Leben und Gesundheit in Gefahr kämen. Eine in neuerer Zeit getroffene Entscheidung des Oberverwaltungsgerichtes in Preußen ist recht geeignet, der Konservierung des Züchtigungsrechtes gegenüber dem Gesinde zu dienen.

Ein wahres Prachtexemplar dieser bunten Musterkarte reaktionärer Gesetzesblüten ist unstreitig die Lauenburgische Gesindeordnung, die Seniorin aller deutschen Gesindeordnungen. Das „Dienstboten-Edikt für das Herzogtum Lauenburg" vom 22. Dezember 1732 — es handelt sich hier nicht etwa um einen Druckfehler in der Jahreszahl, wie mancher annehmen wird — hat fast zweihundert Jahre Lebensdauer hinter sich.

Gewaltige Umwälzungen haben sich in den zwei Jahrhunderten auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens vollzogen, aber das Lauenburger Dienstboten-Edikt hat allen Stürmen getrotzt und sich siegreich bis auf den heutigen Tag behauptet.

Und doch zeigt dieses Erbstück des achtzehnten Jahrhunderts recht moderne Züge, trotz der altertümlichen Sprache. So heißt es zum Beispiel in der Einleitung:

„Wir Georg der Andere usw. fügen hiermit zu wissen: „Ob zwar von Unseren Vorfahren an der Regierung durch mehrmals ausgelassene Verordnungen dem Frevel und Mutwillen des Gesindes und der Dienstboten ernstlich begegnet, dennoch über deren Inhalt von den Magistratspersonen der Gebühr nach nicht gehalten worden, daher dann öfters, zumal bei dem geringen Kornpreis, entweder gar keine Dienstboten oder nicht ohne besondere Mühe und gegen Erlegung übermäßigen Mietsgeldes und Lohnes zu bekommen gewesen, und solche, wenn sie sich je zum Dienen anheischig gemacht oder in Dienst getreten, Ihrer Herrschaft und Brotherrn oft mit größtem Ungestüm begegnet, wohl gar Mietsgeld genommen und sich anheischig gemacht, nachher aber ausgeblieben, das Mietsgeld von mehr als einer Herrschaft sich geben lassen, und darauf denjenigen gewählt, welcher ihnen am bequemsten zu sein schien, und den meisten Lohn gegeben, den anderen aber das Mietsgeld zurückgesandt, . . . ihrer Herrschaft und Brotherrn, wenn dieselben ihnen ihre Unart vorgehalten, mit unbescheidenen Worten begegnet und gegen sie allerhand Drohungen ausgestoßen, von Zeit zu Zeit höheren Lohn gefordert als versprochen oder gebräuchlich, auch ihre Nebendienstboten zu einer gleichmäßigen Unart verleitet und sich untereinander boshafterweise verbunden, wozu dann noch kam, daß dergleichen Gesinde öfters von ihren zuweilen liederlichen Eltern und Angehörigen angestiftet, oder auch von anderen, welche Dienstboten halten, in ihre Dienste verlangt, dazu angereizt und verleitet worden. Wir sind aber solchem Unwesen länger zuzusehen durchaus nicht gewillt und haben dieserhalben mit Unserer getreuen Ritter- und Landschaft Unseres Herzogtums Lauenburg communiciert und haben Folgendes zu verordnen in Gnaden für gut befunden."

Das Resultat des Kommunizierens „Georgs des Anderen" mit seiner getreuen Ritter- und Landschaft entspricht vollkommen dem, was sich aus der Einleitung erwarten läßt, deren Inhalt ganz moderne scharfmacherische Anklänge hat. Hören wir nicht auch heute noch die Räsonnements über den „Frevel und Mutwillen des Gesindes und der Dienstboten", über Dienstboten- und Gesindemangel, die „Leutenot", die übermäßigen Lohnansprüche, das „Ungestüm" gegenüber der Herrschaft, die „boshaften Verbindungen" usw.?

Und die gleichen Klagen wie über Dienstboten und Gesinde werden auc über die Arbeiter im allgemeinen laut. Ja, hier arbeiten unsere Scharfmache mit noch viel stärkeren Ausdrücken als „Georg der Andere" und seine getreu Ritter- und Landschaft. Aus „Frevel und Mutwillen" werden „Frechheit un Unverschämtheit", aus dem „größten Ungestüm" wird „ein unerhörter Terro rismus", aus der „boshaften Verbindung" ein „gemeingefährliches Komplott"

Nur eines vermissen wir in der alten Urkunde, den Hinweis auf die Ur sache der Unbotmäßigkeit. „Georg der Andere" beschränkt sich darauf, di „liederlichen Eltern und Angehörigen oder andere, welche Dienstboten halten" als die „Hetzer" hinzustellen, welche die Dienstboten und das Gesinde „zur Be gehrlichkeit anreizen und verleiten". Immerhin zeigt uns die Epistel des Lauen burger Herzogs, daß es auch zu jener Zeit an Unzufriedenheit nicht gefehl hat, obgleich doch von der Sozialdemokratie noch keine Spur vorhanden wa

Das Edikt feierte seine Wiederauferstehung im Entwurf des Zuchthausgesetzes Unbotmäßige Arbeiter gehören ins Gefängnis. In § 1 des Edikts heißt es

„Falls sich ein Gesinde gegen seine Herrschaft mit ungestümen groben Rede und widerspenstigen Bezeigungen, oder gar mit bedrohlichen Worten vergeht, solche freche Gesinde, nach Beschaffenheit der Umstände, mit einigen Tagen Gefängnis be Wasser und Brot, oder im letzteren Falle derer Drohworte, nach Befinden mit vie härterer Strafe, und wohl mit dem Karren und dem Zuchthause bestraft werden soll."

An Stelle dieser drakonischen Strafen kamen im Jahre 1869 die Übertretungs strafen des Strafgesetzbuches. Man glaube aber nicht etwa, daß diese nur au dem Papier stehen; sie kommen fortgesetzt zur Anwendung. Die geringste Wider setzlichkeit kann einen Dienstboten im Lauenburgischen ins Gefängnis bringen

Der § 3 des Edikts bestimmt, daß Knechte und Mägde ohne Unterschie sich auf ein ganzes Jahr vermieten müssen und daß die Loskündigung i den Städten ein Vierteljahr und vierzehn Tage, auf dem Lande aber ei halbes Jahr vor Ablauf des Dienstjahres geschehen muß. Wer diese Fesse durchbricht, ohne einen gesetzlichen Grund hierzu zu haben, das heißt, wer sic durch gesetzwidriges Verlassen des Dienstes des Kontraktbruchs schuldi macht, der soll nach § 11 wegen eines solchen „Frevels und Mutwillens" mi einer „geschärften Gefängnisstrafe bei Wasser und Brot beleget, auch hiernächs von der Obrigkeit, die seiner oder ihrer mächtig werden kann, auf Verlange des Brotherrn durch hinlängliche Zwangsmittel genötigt werden, bey ihm wiede in den Dienst zu kommen".

Hat der Dienstbote aber gar die Livree mitgenommen, so soll er „durc den Strafpfahl, welcher an den Orten, wo keiner vorhanden, zu Bestrafun des mutwilligen frevelhaften Gesindes, zu solchem Ende eigens aufgerichte werden soll, oder bei sich häufenden noch ärgeren Umständen, mit Karren schieben auf willkürliche Zeit bestraft werden".

Strafpfahl und Karrenschieben hat man allerdings bei Einführung der neu zeitlichen Strafvollstreckung opfern müssen, aber die Bestrafung des Kontrakt bruchs ist geblieben.

Auch die Verleitung zum Kontraktbruch wird, ganz so wie es im Zuchthausgesetzentwurf der Fall war, in dem Lauenburger Edikt mit Strafe bedroht, desgleichen die Beherbergung entlassenen Gesindes. Im § 13 heißt es: „Diejenigen, ... welche ein Gesinde im Bösen, Widersetzlichkeit und Un gehorsam steifen und sonst verführen, wenn es von seiner Herrschaft entlauft, es wissentlich aufnehmen oder nur Vorschub leisten, sollen mit Geld- oder nach

Befinden Leibesstrafe belegt werden." Diese Leibesstrafe besteht heute in der Übertretungsstrafe, die auch die Herrschaft trifft, welche einen kontraktbrüchigen Dienstboten in Dienst nimmt.

Den Dienstboten ist es laut § 11 nicht einmal gestattet, ohne weiteres den Dienst zu verlassen, auch wenn sie einen gesetzlichen Grund zur Aufgabe des Dienstes vor Ablauf der Dienstzeit haben. Sie müssen, „selbst wenn sie gegründete Ursachen hätten, solche der Obrigkeit zuvor anzeigen, widrigenfalls und da sie aus Frevel davongehen, sie am Leibe gestrafet werden sollen". Fortgesetzt erfolgen Bestrafungen, weil die Dienstboten wegen begründeter Ursachen den Dienst verlassen haben, ohne der Polizei vorher Mitteilung von der Sachlage zu machen.

Der § 14 enthält das Koalitionsverbot: „Sollten Dienstboten einander zur Widersetzlichkeit verleiten, ja sogar unter sich gegen die Herrschaft sich verbinden, sollen dieselben nach Befinden mit Gefängnisstrafe zu Wasser und Brot oder dem Karrenschieben nach Größe des Verbrechens (!) auf kurze oder längere Zeit bestraft werden." Das Koalitionsverbot ist noch in Geltung, die Strafe ist heute die übliche Übertretungsstrafe. Die gleiche Strafe tritt nach § 15 ein, wenn „Dienstboten allerhand schlimme und strafbare Gewohnheiten einführen, auch mit der gewöhnlichen bisherigen Speisung künftig nicht friedlich zu seyn, sich untereinander vergleichen und dadurch veranlassen wollten, daß denen Herrschaften der Dienst nicht, wie es sich gebühret, geleistet würde". Die „Urheber und Anstifter" sollen „besonders ernstlich bestraft" werden.

Im § 24 wird bei Strafe verboten, einen höheren Lohn als den in den letzten drei Jahren am meisten üblich gewesenen zu fordern, oder ein Mietsgeld, das in der Stadt 2,40 Mark und auf dem Lande 0,60 bis 1,20 Mark übersteigt. Es ist geradezu ungeheuerlich, wenn heute noch derartige Gesetzesbestimmungen, die nicht einmal vor zweihundert Jahren auch nur einen Schein von Berechtigung hatten, konserviert werden.

Das Lauenburger Dienstbotenedikt begnügt sich aber nicht damit, den Dienstboten Strafe anzudrohen, die höheren Lohn und höheres Mietsgeld fordern, sondern verbietet auch den Herrschaften, höheren Lohn an die Dienstboten zu zahlen, denn im § 25 heißt es: „Es soll auch die Darreichung des Linnens und der Schuhe an das Gesinde abgestellt sein, weil eben dadurch die Dienstboten unvermerkt den Lohn steigern, indem entweder das Linnen oder die Schuhe denselben nicht gut genug gemacht werden, folglich der Hauswirt, welchem es auf etwas feineres Linnen nicht ankommt, oder der besseres Leder kauft, als es ein anderer aus dem Haushalt schaffen kann, schon mehreren Zugang von Dienstboten, als dieser hat, und derjenige Hauswirt darunter leiden muß, welcher nicht den mehrbemittelten gleich geben kann."

Dieser gesetzliche Schutz der wirtschaftlich Schwachen ist wirklich rührend, nur schade, daß er sich nicht auf die wirtschaftlich Schwächsten, auf die Dienstboten, erstreckt, denen im Gegenteil die Verbesserung ihrer Lage bei Strafe untersagt wird.

Geradezu ungeheuerlich ist die Vorschrift des § 27, wonach „in denen Höfen nach Ermächtigung der Obrigkeit oder des Gutsherrn nur eine gewisse Anzahl von Söhnen, Töchtern, Brüdern oder Schwestern bleiben, die übrigen aber bei den andern in Dienst gehen sollen".

Allerdings ist dieser Paragraph, wenn auch nicht ausdrücklich aufgehoben, so doch durch die preußische Landes- und deutsche Reichsgesetzgebung hinfällig geworden. Er ist aber charakteristisch für die Art und Weise, in der die Lauen-

burger Junker seinerzeit versucht haben, der „Leutenot" abzuhelfen. Da hei
es: „Dafern in einem Hofe mehr Kinder, Schwestern und Brüder vorhande
als der Hauswirt zu einer Zeit gebrauchen kann; so soll ein Vollhüfener zw
Söhne und zwei Töchter, ein Halbhüfener aber, welcher zu seinem Ackerb
eines Knechtes und einer Magd bedarf, einen Sohn und eine Tochter, od
einen Bruder und eine Schwester bei sich und in seinem Brote behalten."

Und der § 28 führt dann weiter aus: „Alles, was sich von geringen Leut
in Unserm Herzogtum Lauenburg, sowohl in denen Städten und Flecken, a
auf dem platten Lande findet, und nicht bei denen Eltern und Geschwiste
freiwillig oder sonst bei einem Brotherrn dienet, noch sich zum Häusling qua
fiziert hat, oder ein von unseren Truppen abgedankter invalide Soldat i
wird unter die Zahl des herrenlosen Gesindes gerechnet, ratione wess
Wir hiermit und in Kraft dieses verordnen, daß ein Manns-Mensch wöchentli
zwei Schilling und ein Frauens-Mensch anderthalb Schilling Behuf der Arm
des Ortes, allwo sie sich aufhalten, erlegen, überdem ein Manns-Mens
monatlich 4 Schilling und ein Frauens-Mensch monatlich 3 Schilling der Obri
keit des Ortes bezahlen und endlich der Gemeine daselbst ein Manns-Mens
jährlich 1 Mark 8 Schilling, eine Frauens-Person 1 Mark zur Kontributi
zuschießen, welches alle Quartaliter voraus bezahlet werden soll. Es soll
auch abspezifizierte wöchentliche und jährliche prästanda nötigenfalls weiter
höhet werden."

So trieb man mittels der Kontributionspeitsche das „herrenlose Gesinde
gleichviel ob Frauens- oder Manns-Mensch, in die Gesindesklaverei und mach
damit der Leutenot, so gut es eben ging, ein Ende.

Dem Bestreben des „herrenlosen Gesindes", um die Saat- und Ernteze
vorübergehend Dienste anzunehmen und dann für ein Viertel- oder Halbja
einen ganzen Jahreslohn zu verlangen, schiebt der § 29 einen Riegel vor, d
vorschreibt, „daß in solchem Falle ein Acker-Knecht und eine Dienst-Magd n
dem ordinairen Lohn des Ortes von einem halben oder viertel Jahre sich b
gnügen und weder mehr fordern, noch der Brotherr mehr geben solle, beid
bei Strafe von 3 Thalern".

Diese Bestimmung ist heute noch in Kraft. Sie hindert die landwirtscha
lichen Arbeiter Lauenburgs an jeglicher Verbesserung ihrer Lohnverhältnis
denn jeder derartige Versuch wird mit Strafe belegt. Ja, selbst der einsichti
Arbeitgeber, der gern einen höheren Lohn zahlen möchte, wird durch d
Staatsgewalt daran gehindert!

Die preußische Herrschaft in Schleswig-Holstein ist bestrebt, mit den Übe
bleibseln der früheren Dänenherrschaft aufzuräumen; sie bemüht sich in d
nördlichen Gauen eifrig, dänische Sprache, dänische Sitten und Gebräuche au
zumerzen, aber sie hat alles, was an reaktionärer dänischer Gesetzgebung vo
handen war, mit Vorbedacht erhalten, so auch die alte dänische Gesindeordnun
In Lauenburg hat man es ebenso gemacht. Die Blütenlese aus der Laue
burgischen Gesindeordnung zeigt, mit welch einem mittelalterlichen Erzeugn
wir es hier zu tun haben. Die Existenz eines solchen Gesetzes ist geradezu e
Skandal für die Rechtsverhältnisse im neuen Deutschen Reiche. Die Besei
gung der ungeheuerlichen Gesindesklaverei, wie sie durch die bestehenden Gesind
ordnungen bedingt wird, ist deshalb eine der dringlichsten Aufgaben auf de
Gebiet der Reichsgesetzgebung.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 35 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Kolonialpolitik und die Arbeiter.

Von **Otto Bauer.**

I.

Wir kennen die Kolonialpolitik als eine der stärksten Triebkräfte kapitalistischer Entwicklung. Marx hat sie als eine der Methoden der „ursprünglichen Akkumulation" beschrieben. Wie eng heute die Schicksale der Völker mit den Wandlungen der Kolonialpolitik verknüpft sind, ist allgemein bekannt. Der große Kolonialkrieg im Osten zieht aller Augen auf sich. Die Gestaltung des Verhältnisses Großbritanniens zu seinen Kolonien ist die wichtigste Frage der englischen Politik. Das Deutsche Reich opfert in einem grausamen Kriege um die afrikanische Sandwüste das Blut seiner Söhne und den Schweiß seiner Arbeiter. Der Streit um Marokko wirft ein helles Licht auf die Gefahren, mit denen der Drang nach „öder Weltherrschaft" die europäischen Völker bedroht. Unter solchen Umständen ist eine theoretische Untersuchung der Wirkungen der Kolonialpolitik auf den Wohlstand der Arbeiterklasse für diese von großem Interesse.

Wir fragen nach den Wirkungen *kapitalistischer* Kolonialpolitik. Damit ist die Besiedlung fremder Länder, die nicht in den Kreis des Warenaustausches mit den kapitalistisch entwickelten Nationen einbezogen werden, unserer Untersuchung entrückt. Solche Siedlung wäre ebensowenig kapitalistische Kolonisation wie die Besiedlung des deutschen Ostens im Mittelalter.

Um die Wirkungen kapitalistischer Kolonialpolitik zu erforschen, werden wir — unter Anlehnung an die Klassifikation Roschers und Hübbe-Schleidens — eine Reihe von Typen kolonisatorischer Tätigkeit unterscheiden. Die Kolonien, die die europäischen Völker gegründet haben, sind natürlich selten reine Abbilder eines solchen Typus, sondern sie vereinen meist verschiedene Merkmale, die wir isoliert denken müssen, um aus dem Zusammenwirken der vereinzelt begriffenen Kräfte die Wirksamkeit der historischen Kolonisation verstehen zu lernen.

1. Ackerbaukolonien.

Solange die europäische Menschheit auf die Nutznießung ihres eigenen Bodens beschränkt ist, ist ihrem Streben nach möglichst voller Befriedigung

ihrer Bedürfnisse eine nahe Grenze gesetzt. Unabänderliche Naturbedingunge verwehren es uns, alle die verschiedenartigen Erdfrüchte, deren wir bedürfe dem heimischen Boden zu entlocken. Aber auch von jenen Früchten, dere Kultur auf eigenem Boden uns Klima und Bodenstruktur Europas gestatte bringt der Boden unter den heutigen Formen der Bewirtschaftung der wachsende Menschenzahl nicht hinreichend großen Ertrag. Wie auf der einen Seite da Klima und die Bodenbeschaffenheit, so setzt andererseits das private Grund eigentum der europäischen Landwirtschaft eine Schranke.

Ein doppelter Weg weist sich der europäischen Menschheit, die diese Schrank überwinden will.

Einmal können die europäischen Völker ihre eigene Jugend über das Welt meer senden, um fremden, noch herrenlosen und unbebauten Boden in Besi zu nehmen. Das ist der Weg der eigentlichen Kolonisation. In ferne Lande entstehen junge Völkerschaften europäischer Abstammung und Gesittung die uns die reichen Erträgnisse des jungfräulichen Bodens senden, um dafü — zunächst wenigstens — die Erzeugnisse unseres Gewerbefleißes als Gegen gabe zu empfangen.

Aber nicht überall vermag die weiße Rasse die schwere Arbeit der Boden bebauung zu leisten. Sie muß daran denken, sich auch am Ertrag der Boden kultur anderer Nationen einen Anteil zu sichern. Wo dies durch freien Aus tausch nicht möglich ist, beschreitet sie den Weg der „Kultivation“ (Hübbe Schleiden), der Begründung von Pflanzungskolonien (Roscher). Ihr überlegenen Waffen eröffnen ihr fremde Länder, wo fortan unter ihrer Leitung von ihrem Kapital beherrscht fremde Nationen — Hindus oder Javaner, Kulis oder Neger — dem tropischen Boden jene Güter abgewinnen müssen, deren si bedarf. Es sind die beiden Wege der eigentlichen Kolonisation und der Kul tivation, die der europäischen Menschheit offen stehen. Mitten zwischen beiden führt ein dritter Weg: die europäischen Völker haben es auch unternommen, fremde Länder neu zu besiedeln, aber nicht mit ihren eigenen Nachkommen, sondern mit den Kindern minder entwickelter Völkerschaften. Das gewaltigste Beispiel dafür bietet die Negerkolonisation in Amerika.

Daß durch die Methoden der Kolonisation und Kultivation der Reichtum der Gesellschaft ungeheuer gesteigert wird, ist gewiß. Wie viel ärmer wären wir ohne das Getreide und Fleisch, die Baumwolle und Wolle, den Kaffee und Tabak der Kolonialländer! Uns soll aber die Frage beschäftigen, welche Wirkung diese ungeheure Bereicherung Europas auf die Arbeiterklasse geübt hat. Hat auch sie ihren Anteil an dem Reichtum empfangen, den die weißen Völker aus dem fremden Boden ziehen?

Fassen wir zunächst die Pflanzungskolonien ins Auge, bei denen die Verhältnisse leichter zu durchschauen sind!

Die Politik der „Kultivation“ verschlingt gewaltige Kapitalien. Ein Teil des Kapitals der Gesellschaft, der sonst zur Beschäftigung europäischer Arbeiter hätte verwendet werden müssen, wandert in die Kolonien. Die Ausdehnung der Schiffahrt entzieht dem heimischen Markte gleichfalls Kapitalien, die wegen der Höhe der organischen Zusammensetzung des in der modernen Schiffahrt verwendeten Kapitals verhältnismäßig nur wenige Arbeiter beschäftigen. Endlich macht die Kultivationspolitik gesteigerte Rüstungen zur See und zu Lande notwendig. Angenommen selbst, daß der Staat die Kosten dieser Rüstungen nicht unmittelbar in der Form indirekter Steuern von der Arbeiterschaft tragen läßt,

sondern die Lasten des Militarismus und Marinismus vom Kapital getragen werden, so bedeutet dies doch jedenfalls, daß eine Quote des gesellschaftlichen Mehrwertes, von der sonst ein Teil hätte akkumuliert und teilweise auch in variables Kapital verwandelt, zur Beschäftigung von Arbeitern verwendet werden können, jetzt unproduktiv konsumiert, verzehrt wird. Die Politik der Kultivation senkt also auch die Akkumulationsrate, das Verhältnis des in Kapital verwandelten zum gesamten Mehrwert. Aus allen diesen Gründen — Wanderung des Kapitals in die Kolonien, in Gewerbe mit besonders hoher organischer Zusammensetzung, wie zum Beispiel das Schiffahrtsgewerbe, Senkung der Akkumulationsrate infolge der großen Lasten für Militär, Marine und den kolonialen Verwaltungsapparat — bedeutet die Politik der Kultivation für die europäischen Arbeiter eine Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt. Es werden daher die Löhne entweder geradezu sinken oder, wenn gleichzeitig in der Volkswirtschaft andere Kräfte wirksam sind, die die Löhne zu steigern die Tendenz haben, doch langsamer steigen, als es sonst der Fall gewesen wäre.

Gelingt es dem Mutterland, durch seine Verwaltung und Justiz volle Rechtssicherheit im Kolonialland herzustellen und dadurch das Kapitalrisiko zu verringern, so wird die Tendenz zur Ausgleichung der Profitraten auch für das Kolonialland wirksam werden. Nun sind die Produktionskosten in der Kolonie desto niedriger und die Profite desto größer, je niedriger der Preis der Arbeitskraft in der Kolonie ist. Je größer aber der Unterschied zwischen der Profitrate in der Kolonie und der Profitrate im Mutterland ist, desto stärker ist die Tendenz des Abströmens des Kapitals in das Kolonialland, desto schneller sinkt also die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt des Mutterlandes. Der Wohlstand der europäischen Arbeiter wird also durch die Kultivationspolitik desto mehr bedroht, je grausamer und rücksichtsloser die einheimische Bevölkerung der Kolonie vom europäischen Kapital ausgebeutet wird.

Auf dem Arbeitsmarkt wird also der Arbeiter durch die Kultivationspolitik geschädigt; anders auf dem Warenmarkt! Das Wachsen des Reichtums der Gesellschaft infolge der Nutzung fremden Bodens findet — vorausgesetzt, daß nicht privilegierte Ausbeutung der Kolonie durch Monopole die Preissenkung der Kolonialprodukte verhindert — ökonomisch seinen Ausdruck in der gesteigerten Kaufkraft gleicher Geldlöhne. Billige Baumwolle und billiger Tabak, billiger Kaffee und billige Gewürze sind ja auch Bedarfsartikel der Arbeiter. Freilich hat nicht jede Kultivationspolitik für den Arbeiter so günstige Folgen. Sofern die Pflanzungskolonien uns Luxusgüter liefern, ziehen die Arbeiter aus ihnen keinerlei Nutzen.

Stellen wir dem günstigen Einfluß der Pflanzungskolonien auf die Kaufkraft des Arbeitslohns ihre ungünstige Wirkung auf den Arbeitsmarkt und daher auf die Lohnhöhe gegenüber, dann erkennen wir sofort die wirtschaftliche Funktion der Pflanzungskolonien in der kapitalistischen Gesellschaft: die Begründung der Pflanzungskolonien ist *eine der Methoden, relativen Mehrwert zu erzeugen.* Sie machen es möglich, die gewohnten Bedürfnisse der Arbeiterklasse mit geringerem Aufwand gesellschaftlicher Arbeit zu befriedigen; aber da sie zugleich die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtern, machen sie es dem Proletariat unmöglich, seine Ansprüche zu steigern, beschränken sie es doch wieder auf jene Gütermenge, die es auch ohne Gründung der Kolonie hätte genießen können. Sie steigern den Reichtum der europäischen Nationen,

aber sie gewähren an dem neuen Reichtum der Arbeiterklasse keinen Antei
Der Klassenwohlstand der Arbeiterschaft wird durch die Kultivationspolitik nic
berührt, aber ihr Anteil am Volkswohlstand sinkt. Wenn aber eine Pflanzung
kolonie Europa nur Luxusgüter liefert und daher die Kaufkraft des Arbeit
lohns durch die Kultivation nicht erhöht wird, dann stehen den ungünstige
Wirkungen auf den Arbeitsmarkt keine Gegentendenzen gegenüber; in diese
Falle bewirkt die Gründung der Pflanzungskolonie geradezu eine Verschlecht
rung der Lage der Arbeiterklasse.

Was wir von der Kultivation ausgeführt haben, das gilt nun auch für di
eigentliche Kolonisation, die Urbarmachung und Besiedlung unbebaute
Landes durch weiße Kolonisten. Dem oberflächlichen Beobachter freilich erschein
dies anders. Die Kolonisation führt ja nicht nur Kapital, sondern auch weiß
Arbeiter über den Ozean, sie scheint also auch den Arbeitsmarkt des Mutte
landes zu entlasten. Aber eine kurze Überlegung wird uns zeigen, daß auc
die Begründung von Ackerbaukolonien in der kapitalistischen Gesellschaft di
selben Wirkungen hervorruft wie jede andere Steigerung der Produktivitä
menschlicher Arbeit.

Gesetzt, ein europäisches Volk verpflanze seinen Getreidebau in ein Kolonia
gebiet. Der Getreidebedarf des ganzen Volkes wird von der Kolonie gedeck
die dafür die Industrieprodukte vom Mutterland empfängt. Den Getreide
bedarf des ganzen Volkes — im Mutterland und in der Kolonie — nehme
wir zunächst als unverändert an. Das Kapital, das sonst im Mutterland i
der Landwirtschaft, in den dem Getreidetransport dienenden Eisenbahnen usw
hätte arbeiten müssen, findet nun im kolonialen Getreidebau und in den kolo
nialen Verkehrsmitteln, in Lagerhäusern, Eisenbahnen, Kanälen, Docks, Reede
reien, Hafenanlagen, Werften usw. seine Beschäftigung. Aber das Kapital, da
auf diese Weise in der Kolonie tätig ist, wird kleiner sein als das Kapital
das die Landwirtschaft des Mutterlandes hätte aufwenden müssen, um denselbe
Produktenertrag zu erzielen. Es wird also ein Teil des Kapitals, das ohn
Gründung der Kolonie im europäischen Getreidebau Beschäftigung gefunde
hätte, freigesetzt; wir wollen beispielsweise annehmen, daß die koloniale Land
wirtschaft sich mit drei Viertel des Kapitals begnügen kann, das der europäisch
Getreidebau gebraucht hätte, um dasselbe Produktenquantum zu erzielen. Ei
Viertel des Kapitals ist freigesetzt.

Wie steht es nun mit der Arbeitskraft? Auch an Arbeit wird die kolonial
Landwirtschaft zur Erzielung derselben Ernte weniger aufwenden müsse
als der schlechtere Boden des Mutterlandes erfordert hätte. Wie groß wir
aber der Teil der landwirtschaftlichen Bevölkerung sein, der durch das geringer
Arbeitsfassungsvermögen des kolonialen Getreidebaus freigesetzt wird?

Es ließe sich manches dafür geltend machen, daß der Teil der landwirt
schaftlichen Bevölkerung, der durch Übertragung des Getreidebaus in die Koloni
freigesetzt wird, größer sein wird als die Quote des Kapitals, das die besser
Qualität des kolonialen Bodens entbehrlich macht. Denn der Getreideimpor
aus der Kolonie setzt Unternehmungen mit hoher organischer Zusammensetzun
des Kapitals voraus. Wir haben sie schon angeführt: Lagerhäuser und Docks
Hafenanlagen und Kanäle, Dampfschiffahrtsunternehmungen und Werften. Auc
im Getreidebau selbst dürfte in der Kolonie auf gleiche Arbeitsmenge ei
größeres Kapital entfallen als im Mutterland, die Kapitalsintensität dürfte im
Vergleich mit dem Mutterland in geringerem Grade niedriger sein als die

Arbeitsintensität. Man denke zum Beispiel an die ausgedehntere Verwendung der Maschinen in der amerikanischen Landwirtschaft! Wenn dies zutrifft, dann würde, wenn die Verpflanzung des Körnerbaus in die Kolonie ein Viertel des Kapitals freigesetzt hat, durch sie vielleicht ein Drittel der Arbeitskräfte freigesetzt werden. Schon daraus würde sich dann ein Mißverhältnis zwischen Angebot und Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt des Mutterlandes ergeben.

Aber wir bedürfen dieser Annahme gar nicht. Nehmen wir selbst an, daß die Kolonie einer gleichen Quote der Arbeit des Mutterlandes Raum gibt wie des Kapitals, daß also drei Viertel der Arbeiter ebenso wie drei Viertel des Kapitals in der Kolonie Beschäftigung finden. Was geschieht nun im Mutterland mit dem freigesetzten Kapital und mit den freigesetzten Arbeitern?

Das Kapital wird danach streben, sich auf die einzelnen Produktionszweige so zu verteilen, daß durch das Spiel von Angebot und Nachfrage der Preis der einzelnen Waren so gestaltet wird, daß das Verhältnis von Preis und Kosten allen Produktionszweigen die Durchschnittsprofitrate zusichert. Es wird also auch nicht, wie wir bisher angenommen haben, in der Kolonie nur ebensoviel Getreide geerntet werden, als sonst auf heimischem Boden gebaut worden wäre, vielmehr wird auch noch von dem bisher als freigesetzt angenommenen Kapital noch so viel in die koloniale Agrikultur strömen, bis auch der letztaufgewendete Kapitalteil auf dem schlechtesten bebauten Boden seinem Anwender nicht mehr als den Durchschnittsprofit zuwendet. Aber nicht das ganze Viertel des Kapitals, das nach unserer Annahme freigesetzt wurde, und nicht alle die Arbeitskräfte, deren Schicksal wir jetzt verfolgen, werden in dem kolonialen Getreidebau Beschäftigung finden.

Was geschieht mit dem Reste? Der übrig bleibende Teil des Kapitals wird sich der Industrie des Mutterlandes zuwenden. Was bedeutet es nun, wenn ein Teil des Kapitals — nehmen wir beispielsweise an: $^1/_8$ —, das sonst in der Landwirtschaft tätig gewesen wäre, infolge der Übertragung des Körnerbaus auf kolonialen Boden in der Industrie Verwendung sucht? Es bedeutet einen Fortschritt zu höherer organischer Zusammensetzung des Kapitals. In der Industrie wird das Kapital weniger Arbeiter beschäftigen, als es in der Landwirtschaft beschäftigt hätte. $^3/_4 + ^1/_8$ des Kapitals und $^3/_4 + ^1/_8$ der Arbeiter haben in der Kolonie Verwendung gefunden; das noch übrige $^1/_8$ des Kapitals strömt in die Industrie. Aber dort kann es weniger als $^1/_8$ der Arbeiter beschäftigen. Es entsteht daher im Mutterland eine industrielle Reservearmee. Die Löhne sinken oder sie steigen doch langsamer, als sie ohne Gründung der Kolonie gestiegen wären.

Während so die Kolonisation die Lage auf dem Arbeitsmarkt verschlechtert, bessert sie andererseits die Lage der Arbeiter als Käufer auf dem Warenmarkt durch die Verbilligung der landwirtschaftlichen Produkte. Resultat: Die Steigerung der Produktivität der Arbeit durch Verpflanzung des Ackerbaus auf besseren Kolonialboden beeinflußt die Lage der Arbeiter nicht anders als die Dampfmaschine und die Mule, der mechanische Webstuhl und die Erfindung des Bessemer-Verfahrens. Indem sie die notwendige Arbeit verringert, steigert sie die Mehrarbeit. Auch die Kolonialpolitik wirkt wie jedes andere Mittel der Steigerung der Produktivität menschlicher Arbeit in der kapitalistischen Epoche: sie steigert den Reichtum der menschlichen Gesellschaft, aber sie gewährt Anteil an diesem Reichtum nur den Eignern der Produktionsmittel.

(Schluß folgt.)

Bemerkungen über politische Ökonomie von Wissenschaft und Kunst.

Von J. German.

1. Kapital und Wissenschaft.

Man denke sich eine Gesellschaft, in der alle menschliche Tätigkeit zu Schaffung von Gebrauchswerten ausschließlich der Warenproduktion un -Zirkulation dient. In anderer Form sei die Produktion was immer für eine Sache oder was immer für eines Gedankens von gesellschaftlichem Gebrauchs wert ausgeschlossen. Die Produktion braucht dabei nicht in allen Fällen kapi talistisch zu sein; dort, wo nur ein minimaler Aufwand an Produktionsmitteln notwendig ist, kann der Produzent diese besitzen, so daß eine sogenannte ein fache Warenproduktion stattfindet — aber immer eine Warenproduktion.

Eine solche Wirtschaft würde den Interessen der Herrschenden in diese Gesellschaft widerstreiten. Und es kennzeichnet die Güte unserer Wirtschafts ordnung, daß, je weiter sie ausgebaut würde, desto mehr Widersprüche ent stünden.

Alle Warenproduktion erfordert als Rechtsinstitution das Privateigentum am Produkt. Ohne sie geht die Sache nicht. Soll vollständige Warenproduktion sein, so muß jedes Produkt irgendeinen Privateigentümer haben.

Werden wir für einen Augenblick historisch. Daran, daß das römische Recht die Institution des geistigen Eigentums nicht kannte, erkennen wir schon, von anderen Dingen nicht zu sprechen, daß die Wirtschaft des römischen Reiches nicht eine völlige Warenwirtschaft war. Heute haben wir diese Institution wirklich, sie ist aber nur unvollständig geschaffen worden.

Was ist das geistige Eigentum? Für die Zwecke, die hier verfolgt werden, genügt es, ganz allgemein und negativ zu sagen, daß es jene ungewöhnlich be-eigenschafteten Produkte umfaßt, die durch das Sachgüterrecht nicht zum Privateigentum gemacht werden konnten. Solange die Produzenten dieser Produkte auf irgendeine Weise am Leben erhalten wurden, die nicht Waren-charakter der Produkte verlangte, solange weltliche oder geistliche Herrscher sie nährten, war zwar die Erzeugung solcher Güter auf diejenigen beschränkt, auf die die Laune des Schicksals fiel; aber da die Herrschenden das Bedürfnis nach mehr dieser Art nicht hatten, konnte man mit dem Sachgüterrecht aus-kommen. Als aber jene Produktion immer wichtiger wurde und die Quellen versagten, welche die Produzenten vordem gespeist hatten, mußte auch sie der Eigentumsordnung unterstellt werden. Es entstanden Patent- und Urheberrecht.

Aber obwohl dem Erfinder das Eigentum an der Erfindung in der mecha-nischen Industrie, in der chemischen Industrie das Eigentum an dem Verfahren zuerkannt wurde — nebenbei, es ist auch für den erstgenannten nur ein Eigentum an dem Verfahren —, obwohl ferner die Autoren aller Art Eigentums-recht an ihren Werken erhielten, so ging die Unterstellung dieser Produkte unter die Ordnung der Warenproduktion doch nicht so weit als für die so-genannten Sachgüter. Das Privateigentum wurde nur auf wenige Jahrzehnte gegeben. Diese Begrenzung wurde nicht etwa deshalb vorgenommen, weil sie vernünftig ist; weil es unvernünftig wäre, das Eigentum an einer Erfindung von einer Generation auf die andere in alle Ewigkeit des Privateigentums forterben zu lassen. Ist es denn vernünftiger, daß das Privateigentum an

einem Kunstwerk, an Grund und Boden, unter gewissen Bedingungen auch an einem Bergwerk sich unbegrenzt fortsetzt? Vielmehr nur deshalb konnten die neugeschaffenen Privateigentümer kein unbegrenztes Eigentumsrecht durchsetzen, weil ihnen die Macht fehlte, weil die herrschenden Klassen an dem neuen Eigentumsrecht nur so weit interessiert waren, als dadurch die Existenz der gesellschaftlich notwendigen Erfinder, Autoren usw. erhalten wurde. Ein Mehr verhindern sie nach Möglichkeit. Denn jeder Privateigentümer an einer Erfindung bezieht ebenso Rente wie der Privateigentümer an Grund und Boden und verringert dadurch den Mehrwert, der den Kapitalisten zur Verfügung steht. Die Grundeigentümer hatten ihr Privateigentum entgegen den Interessen des Kapitals zu erhalten gewußt, die neuen Monopolisten dagegen besaßen nicht die Macht, ihr Monopol dauernd zu machen. Die Frage, wie sich die arbeitende Klasse zu diesen Monopolen verhält, ist hier nicht zu betrachten, da ihre Interessen nicht entscheidend für die Einsetzung des neuen Rechtes waren.

Doch nicht jene Fälle sind die merkwürdigsten, in welchen die Herrschenden Monopole erteilen, wenn auch nur zeitlich begrenzte. Einem ungeheuren Gebiet menschlicher Produktion haben die herrschenden Klassen die Unterstellung unter die Eigentumsordnung fast überall verweigert. Alle Entdeckungen, alle Gedanken, die sich nicht als „Verfahren" in dem vorhin erwähnten Sinne rubrizieren lassen, sind frei, unterstehen nicht der Eigentumsordnung. Autorschutz findet statt an der Form eines Werkes, „nicht aber an dem Inhalt, an den belehrenden Gedanken, nicht an den wissenschaftlichen Entdeckungen, welche ein Werk enthält" (K. Kohler, „Das literarische und artistische Kunstwerk und sein Autorschutz"). „Und fürwahr", so fährt Kohler naiv fort, „es ist höchste Zeit, daß dies klar erkannt und herausgefühlt wird; denn die Mißverständnisse, welche darauf beruhen, daß der wissenschaftliche Inhalt des Werkes, als das Vornehmere, ebensosehr oder noch mehr des Autorschutzes wert sei als die Form, sind noch lange nicht verbannt; sie finden sich insbesondere in der sonst so vortrefflichen englischen und amerikanischen Jurisprudenz. Gewöhnlich spielt hier der Gedanke: Autorrecht ist Belohnung für Arbeit; wer etwas entdeckt, hat seine Arbeit daran gewendet: aber dem Entdecker gebührt ein anderer Lohn als das ausschließliche Publikationsrecht seiner Entdeckung." Das „Mißverständnis", von dem Kohler spricht, ist das Streben, die wissenschaftliche Produktion zur Warenproduktion unter dem Eigentumsrecht zu machen — ein sehr begreifliches Streben. „Ein solches System müßte", so erkennt er, „konsequent durchgeführt, zum schwersten Nachteil der Wissenschaft gereichen", und er hält die konsequente Durchführung für unmöglich. Sie ist es nicht. Will der Chemiker eine Platinschale benutzen, so muß er eine Rente an den Eigentümer der Grube bezahlen, aus der das Platin gewonnen wurde. Weshalb soll er nicht auch eine Rente dem Manne bezahlen, der die nützlichen Eigenschaften des Platins entdeckte? Oder an die Erben? Weshalb soll der Mathematiker nicht ebenfalls dafür bezahlen, wenn er eine von einem anderen gefundene Formel benutzt? Daß die Wissenschaft leidet, ist kein ausreichender Grund für die Verweigerung derartiger Monopole. Sie leidet an der Platingrubenrente doch auch und an den Patenten, welche die Produktionsmittel mancher wissenschaftlichen Betriebe verteuern. Es ist nichts anderes als eine Machtfrage, die hier völlig zugunsten des Kapitals entschieden ist, woraus der wissenschaftliche Fortschritt zufälligerweise ebenfalls Vorteil zieht.

Auf die Entdeckungen, belehrenden Gedanken und auf die Erfindunge deren Patente abgelaufen, ist es zu beziehen, wenn Marx gelegentlich sagt, di Wissenschaft koste dem Kapital nichts, was durchaus nicht verhindere, daß da Kapital sie ausnutze. Entsprechendes gilt auch für die Kunstwerke, deren Schut frist zu Ende. Für die patentierten Erfindungen und für die Werke der Dich kunst usw., solange sie unter dem Urheberrecht stehen, hat das Kapital Rent zu bezahlen, wenn es sie ausnutzen will. Ob die Erfindung selbst kapitalistisc erfolgt, was heute mehr und mehr der Fall ist, oder nicht, ändert daran nu wenig. Der Rentenaneigner ist dann nicht der Erfinder, sondern ein andere kapitalistischer Unternehmer. Der Erfinder bezieht einfach Lohn für verkauft Arbeitskraft, dessen besondere Eigenschaften in einer Lohntheorie zu untersuche wären.

Wenn aber die Produkte eines immensen Teiles der wissenschaftliche Produzenten aus dem Privateigentum ausgeschlossen sind, wovon sollen dies Produzenten in einer Gesellschaft leben, in der alle anderen Produkte Privat eigentum sind? Die kapitalistische Gesellschaft mußte für sie unkapitalistisch Formen ihrer Erhaltung schaffen oder sonstige Auswege. Ich sehe deren vier Der vielleicht hauptsächlichste, sicher aber schäbigste ist der, überhaupt nichts z tun und auf diese Weise nur jene zu der wissenschaftlichen Produktion zuzu lassen, die ihr Einkommen aus anderen, kapitalistischen Quellen beziehen; di Besitzlosen werden ausgeschlossen. Das zweite, nicht minder schäbige Mittel is das, den Gelehrten ein Einkommen aus Unterricht zu geben, das dritte, ihnen Produktionsmittel, Laboratorien, Bibliotheken usw., auf Staatskosten zur Ver fügung zu stellen. Viertens werden ihre Arbeitskräfte auch direkt von Unter nehmern gekauft, denn obwohl die Produkte der Allgemeinheit zur Verfügung stehen, ist die erste Ausnutzung doch mit Extraprofit verbunden. In den beiden letzten Fällen erhält der Satz, daß die Wissenschaft dem Kapital nichts koste, eine gewisse Einschränkung. Bei der Erhaltung auf Staatskosten wirkt auch das Kapital mit, aber selbst dagegen kann eingewendet werden, daß zum Bei spiel den englischen Kapitalisten die Entdeckungen gratis zur Verfügung stehen, die in Deutschland auf Staatskosten gemacht werden. Im letzten der vier Fälle endlich hat zwar das Kapital Kosten, aber nur deshalb, weil es erwartet, sie mit einem Extraprofit hereinzubekommen. Die Fälle vereinzelter Akte der Wohltätigkeit für die Wissenschaft, Carnegie und dergleichen, gehören nicht hier her, weil sie nicht gesellschaftliche Erscheinungen sind.

2. Die Produktivkraft künstlerischer Produktion.

„Die Ware ist zunächst ein äußerer Gegenstand, ein Ding, das durch seine Eigenschaften menschliche Bedürfnisse irgend einer Art befriedigt. Die Natur dieser Bedürfnisse, ob sie zum Beispiel dem Magen oder der Phantasie ent springen, ändert nichts an der Sache“, meint Marx mit Barbon in den ersten Sätzen des „Kapital“. Um die Phantasie ist es uns hier zu tun und um ihr vornehmstes Befriedigungsmittel, die Kunst.

Die Gestaltung der menschlichen Sinnesorgane ist bestimmend für die Ver fahrungsweisen der künstlerischen Produktion. Die Möglichkeiten der Konsum tion geben der Produktion die Richtung. Höhere Kunst wird in der Regel durch Aug' und Ohr genossen, damit ist die technische Form dessen, was kon sumiert werden kann, bereits bestimmt: Schallwellen und Lichtwellen, das sind die letzten technischen Formen, welche die Kunst annehmen muß. Nun wohl,

dann sind wir schon inmitten unseres Untersuchungsfeldes, wenn wir sagen: Hat sie der Künstler selbst erzeugt, sind sie das direkte Produkt der Arbeit seines Körpers, seiner Finger, seines Kehlkopfes, dann hat die Künstlerarbeit geringe Produktivkraft. Denn das technische Problem der Steigerung der Produktivkraft der Arbeit überhaupt ist hier und kann nichts anderes sein, als mit einem Quantum Künstlerarbeit möglichst viel Produkte zu erzeugen. Dabei wollen wir annehmen, die Künstlerarbeiten seien in ihrer Qualität gleichzusetzen, ein Musikstück befriedige die Phantasie ebenso wie der Anblick eines Gemäldes. Wir bringen also, um einen, wenn ich nicht irre, Lamprechtschen Ausdruck zu gebrauchen, die Produktivkräfte der verschiedenen Künstlerarbeiten auf einen gemeinsamen Nenner. Es ist das, mag der Vergleich auch trivial sein, ähnlich, wie wenn wir die Produktivkraft der menschlichen Arbeit bei Erzeugung des Nahrungsmittels Stärke untersuchen und dabei die Produktion mehrerer stärkehaltiger Produkte, Weizen, Kartoffeln und Reis, in Parallele setzen. Wenn ein Tag Arbeit x Kilogramm Stärke im Weizen-, 2 x im Reis- und 3 x im Kartoffelbau lieferte, so könnten wir sagen, die menschliche Arbeit bei der Stärkeerzeugung habe im Kartoffelbau die größte Produktivkraft. Ähnliches wollen wir auch für die Kunstproduktion tun, und diese Annahme wird wohl zulässig sein.

Und noch eines ist klarzustellen: Was ist das Kennzeichen für die Produktivkraft der Arbeit? Selbstredend ihre Eigenschaft, pro Arbeitszeit oder Arbeitsquantum ein größeres oder kleineres Quantum von Gebrauchswerten herzustellen. Wann ist der Gebrauchswert groß? Dann offenbar, wenn er die Bedürfnisse vieler zu befriedigen imstande ist. Jetzt ist es klar, in welchem Sinne wir vorhin sagten, die künstlerische Arbeit mit dem Kehlkopf usw. habe eine geringe Produktivkraft. Denn nur so viele hören, so viele sehen können, nur für so viel Menschen hat hier das Produkt Gebrauchswert. Nur während des direkten Kontaktes zwischen dem Künstler und den Genießenden, eines Kontaktes, den die Wellen herstellen, kann das Kunstwerk existieren, denn das Kunstwerk besteht aus nichts anderem als diesen Wellen. In dem Augenblick, da der Künstler endigt, ist auch der Kunstgenuß vorbei.

Wir können hier aber nur deshalb von geringer Produktivkraft sprechen, weil wir höhere kennen. Wenn es irgendwo in einer Epoche der Menschheit vor Erfindung der Schrift, der Malerei, Bildhauerei und Architektur eine künstlerische Musik, Tanz und Erzählungen gab, dann hatte die Arbeit der Sänger, Tänzer, Erzähler die größte Produktivkraft, die es eben damals geben konnte. So viele hörten, so viele sahen, für ebenso viele war das Kunstwerk geschaffen. Die bildenden Künste aber hatten es von Anfang an in ihrer Natur, das direkte Band zwischen Künstler und Genießenden zu zerstören. Maler und Bildhauer lenken und verändern nicht wie der Schauspieler jene Lichtwellen, durch welche das Publikum den Genuß empfindet, sondern sie schaffen ein Werk, ein dauerndes Ding, das diese Aufgabe übernimmt und durchführt, solange es in seiner Form besteht und Lichtstrahlen es erreichen. In der Musik usw. konsumiert man das direkte Produkt der persönlichen Leistung des Künstlers, in den bildenden Künsten wird nur die Nutzleistung des Produktes verbraucht. Daher geben die Künste der zweiten Art der Künstlerarbeit eine größere Produktivkraft — dank ihrer technischen Natur. Je dauerhafter das Produkt ist, die Farben, der Stein, desto größer die Produktivkraft, Generationen können vorbeiwandeln und genießen; ist das Kunstwerk

geschaffen, dann ist der Kunstgenuß von der weiteren Existenz und Arbeit d
Künstlers völlig unabhängig.

Ja, wird man sagen, die bildenden Künste hatten diesen dauerhaft
Charakter von Anfang an, wenn auch nicht in dem heutigen Ausmaß. D
Künstlerarbeit in der Musik hat ihn aber selbst heute noch nicht erreicht u
wird ihn niemals erreichen. Das liegt eben im Wesen dieser Kunst. Ist d
richtig? In der Musik steckt doch bekanntlich doppelte Künstlerarbeit, sie
das Werk des schaffenden und des ausübenden Künstlers. Das Werk d
schaffenden Tonkünstlers wurde zuerst ausschließlich in den Gehirnen fo
gepflanzt, dann kam die Notenschrift. Da aber die Kompositionskunst, wie i
glaube, zur ausübenden Musik sich verhält wie die Poesie zur Schauspi
kunst, so sei gestattet, das, was darüber zu sagen ist, an diesen Künsten
entwickeln.

Vergegenwärtigen wir uns nochmals, weshalb die Poesie in der Form d
Sprache eine geringe Produktivkraft hat. Es ist ihre Vergänglichkeit und au
die physiologisch begründete Begrenztheit der Hörerzahl. Mit der Erfindu
der Schrift wird die Poesie in dauerhafte Form gebracht, solange der Stei
das Pergament, das Papier und die Tinte bestehen, so lange ist der Kunstgen
möglich. Die Anwendung der Schrift steigert also die Produktivkraft d
Dichterarbeit — aber nur nach einer Richtung. Denn wieder aus physiol
gischen Gründen können wir in der Regel nicht derart schreiben, daß vie
gleichzeitig dieselbe Schrift lesen können. Folglich heißt es jetzt: nacheinand
konsumieren, in dieser Hinsicht ist also die Produktivkraft der Schrift gering
als die des gesprochenen Wortes. Um beide Methoden der Produktion verei
anwenden und so die Produktivkraft steigern zu können, ist die Vervie
fältigung notwendig, deren vorläufigen Höhepunkt der Druck bedeutet. Ei
größere Zahl von Menschen als jene, die das Kunstwerk hören könnten, kar
es nun gleichzeitig sehen, lesen, und das, was ihnen der materielle Träger des G
nusses ist, das Buch, kann fortbestehen und Generationen zum Genuß diene

Man bemerke hier zunächst das Folgende: Die Produktivkraft der Künstle
arbeit war in der Poesie ursprünglich kleiner als in den bildenden Künsten, d
Malerei und Bildhauerei. Als dann das Dichterwerk niedergeschrieben wurd
stand die Produktivkraft in den beiden Gebieten etwa gleich hoch. Es w
nämlich auch in der Poesie erreicht, daß nicht mehr das Werk des Dichte
selbst konsumiert, genossen wurde, sein gesprochenes Wort, sondern die Niede
schrift. Der weitere Genuß des Kunstwerkes war ebenso wie in der Maler
von der ferneren Existenz und Arbeit des Künstlers unabhängig geworden. A
aber in der Poesie zur Reproduktion des Geschriebenen geschritten wurd
war die Produktivkraft der Malerei übertroffen, denn diese kannte ein reprod
zierendes Verfahren nicht.

Daran anschließend ist zu konstatieren:

Es dürfte in der Ästhetik aller Richtungen anerkannt sein, daß zum Wes
eines Kunstwerkes der individuelle Stempel des Künstlers gehört. Konra
Lange zum Beispiel spricht dort, wo er die Vorstellungsreihen anführt, d
uns den ästhetischen Genuß der Betrachtung eines Gemäldes oder der Lektü
eines poetischen Werkes ermöglichen, in fast den gleichen Worten von der No
wendigkeit, sich den Schöpfer, den Maler oder Dichter, vorzustellen, vo
Gefühl für seine schaffende künstlerische Persönlichkeit und seine Absicht, a
uns zu wirken (Lange, „Das Wesen der Kunst“). Und Werner Sombar

ein ästhetischer Nationalökonom, spricht von dem „unersetzlichen, höchst persönlichen Schaffen des Individuums“ in den Kunstindustrien. Dennoch aber geht aus dem bisher von uns Entwickelten mit aller Schärfe hervor, daß ein Werk ein Kunstwerk sein, das individuelle Schaffen des Künstlers zum Ausdruck bringen kann, obwohl es nicht das Werk des Künstlers ist! Die gedruckte Dichtung vermittelt uns ein Kunstwerk, obwohl sie das Resultat eines Produktionsprozesses unkünstlerischer Produzenten darstellt.

Daß die Produktivkraft in der Poesie — und dasselbe gilt für die schaffende Tonkunst — eine solche Entwicklung nehmen konnte, hat ein technischer Umstand, der Wechsel der aufnehmenden Sinnesorgane, ermöglicht. Ursprünglich war das Aufnahmsorgan für Poesie das Ohr. Indem dem Auge diese Funktion übertragen wurde, konnte das Produkt der Dichterarbeit dauerhaft werden — die Schrift — und reproduzierend — die Abschrift und der Druck. Hier sehen wir auch, daß die darstellende Kunst und die ausgeübte Musik ganz andere, für die Verfahrungsweisen der Menschen viel schwierigere Wege wandeln müssen, um reproduzierend zu werden, weil sie an den Schall gebunden sind. Indem der Schall sich indirekt in die Phonographenwalze eingräbt, wird die gesprochene Kunst dauerhaft, und indem der Phonograph den Schall aufs neue erzeugt, wird sie reproduzierend. Es ist — um einen Vergleich mit der schaffenden Dichtkunst zu ziehen —, als ob der Dichter ein Werk in einer uns fremden Sprache niedergeschrieben hätte und die Druckmaschine es uns verständlich wiedergäbe. Daß die Phonographen heute die Kunst in einer Form reproduzieren, in der sie diesen Namen nicht verdient, vielleicht sogar niemals künstlerische Illusion hervorrufen wird, ändert für unsere Untersuchung nichts, denn die Tendenz, den Schall zu reproduzieren, besteht deshalb doch. Die Menschheit hat das Bestreben, auf diesem Wege die Produktivkraft dieser Künstlerarbeit zu steigern. Man wird übrigens später sehen, was unter der Menschheit hier zu verstehen ist. In demselben Sinne ist der Kinematograph als zukünftiger Reproduzent der Schauspielkunst zu betrachten. Vorläufig aber stehen ausübende Musik und Schauspielkunst noch auf der tiefsten Stufe der Produktivkraft, der Konsument genießt das direkte, im Augenblick des Genusses vergehende Werk des Künstlers.

Kehren wir zur Malerei und Plastik und ihren von Anbeginn an „dauerhaften“ Werken zurück. Ob die Produkte der Malerei heute schon derart reproduziert werden können, daß auch die Reproduktionen Kunstwerke sind, möchte ich nicht zu sagen wagen, wie ich es überhaupt vermeiden will, ein Urteil in ästhetischen Fragen zu fällen. Wem die Autorität Sombarts als Ästhetiker genügt, der muß die Frage bejahen; denn ihm erscheinen die Reproduktionen im „Studio“, der „Modernen Kunst und Dekoration“ künstlerisch. Sicherlich aber besteht die Tendenz, auch die Produktivkraft in der Malerei denselben Weg wandeln zu lassen. Unbestritten ist aber der künstlerische Charakter der graphischen Künste, eines von Künstlerhand geschnittenen oder gestochenen Holzschnitts oder Kupferstichs, obwohl die Blätter, die wir genießen, Reproduktionen sind, nicht die Spur einer direkten Einwirkung der Künstlerhand enthalten. Und die Plastik? Mit dem dauerhaften Charakter des eigenhändigen Werkes des Künstlers ist es hier nicht weit her; das Modell ist nicht von langer Lebensdauer. Das, was als das Kunstwerk bezeichnet wird, das Marmor- oder Bronzebild, ist eine Reproduktion. Und man sage nicht, es erhalte seinen künstlerischen Charakter erst durch die letzte Nacharbeitung, die der Künstler daran

vornimmt. Denn selbst diese Arbeit wird speziell bei Marmor geschickten itali nischen Arbeitern überlassen. In den wenigen Fällen, da der Künstler selb den Marmor bearbeitet, steht der Prozeß auf der Höhe jenes der Malerei.

Besonders interessant ist in der Hinsicht, in welcher wir hier die Küns betrachten, die Architektur. Denn sie war fast von Anbeginn an eine reprod zierende Kunst. Das, was uns den Genuß vermittelt, ist die Reproduktio des Werkes, das der Künstler auf dem Papier entworfen. Daran ände auch die Erscheinung nichts, daß der Architekt manchmal Details, zum Beispi der Fassade, abändern läßt, sobald er sie in der Reproduktion, das heißt a dem Bauwerk, gesehen. Denn selbstredend hat der Künstler, indem er mit de Stifte arbeitet, die Vorstellung des fertigen, reproduzierten Werkes; und wen diese Vorstellung sich als irrig erwiesen, ändert er ab. Aber der neue Teil i in seiner tatsächlichen Ausführung ebenfalls nur Reproduktion.

Wissen wir aber, daß die Baukunst eine reproduzierende ist, dann fällt da Urteil über die Steigerung der Produktivkraft in den dekorativen Künste nicht schwer. Wenn ein Dom ein Kunstwerk ist, weshalb sollte es ein Möb nicht sein, dessen Zeichnung ein Künstler geliefert? In der sogenannten Hand werksepoche der dekorativen Kunst schuf der Künstler selbst das Kunstwerk, da schmiedeiserne Gitter, die kunstvollen Kirchenstühle usw. Die Produktivkra stand auf der Höhe jener der Malerei. Heute ist sie größer.

3. Kapital und Kunst.

In all den Künsten, die wir durchstreift, erkennen wir ein und denselbe Zug: Hinaus mit dem Künstler aus der Produktion dessen, was de Konsumenten den Kunstgenuß verschaffen soll unter Aufrechterha tung des Kunstcharakters des zu konsumierenden Produktes. Un die meisten und die gewaltsamsten Anstrengungen, dieses Ziel zu erreichen, sehe wir in unserer Zeit, in der Zeit des Kapitalismus.

Die Mittel zur Befriedigung unserer Phantasie können Waren werden w jene zur Befriedigung unseres Magens. Sie sind damit auch Mittel der Profi erzeugung oder Rentenaneignung, und das Kapital will deshalb auch sie b zwingen. Aber solange der Künstler im Produktionsprozeß drinnen steckt, gib es größere Schwierigkeiten und Hemmnisse der Entfaltung der Produktivkra als in anderen, simplen, unkünstlerischen Produktionsprozessen.

Die Arbeitskraft des Künstlers hat zunächst einmal die vertrackte Eige schaft, darunter zu leiden, wenn sie in den direkten Dienst des Kapitals gestel wird. So sagt Lange, ein Kennzeichen der Kunst sei die Freiwilligkeit, un zur künstlerischen Tätigkeit sei es notwendig, daß im Bewußtsein des Künstler außer der Lust kein weiterer Zweck vorhanden. Marx bemerkt gelegentlich i seinem jüngsten Nachlaßwerk, Milton habe „Das verlorene Paradies" geschrieben wie der Seidenwurm Seide spinnt. Solche Eigenschaften reimen sich schlec zusammen mit dem Bedürfnis des Kapitals, aus jeder Arbeitskraft mindesten die Durchschnittsprofitrate zu erlangen, und dem Brauche, jede Arbeitskraft a diesem Gesichtswinkel zu betrachten. Die Arbeitsordnung des Schauspieler und die Art ihrer Erfüllung ist deshalb wohl das Schwierigste, was Unte nehmerhirn auf diesem Gebiet zu ersinnen hat. Und Sombart sagt von de dekorativen Künsten: „Was an der heutigen Organisation als störend für d Intentionen des Künstlers sich erweist, ist vornehmlich die Unterwerfung de konzipierenden Kopfes unter die Herrschaft einer Unternehmung. Handelt e

ch dabei um eine große Kraft, so muß sie sich rasch erschöpfen, weil sie im ienste eines Geschäftes zu stark genutzt wird.“ Dazu kommt aber noch das olgende.

Solange der Künstler im Arbeitsprozeß der Kunstwarenerzeugung tätig ist, önnen die höchsten Formen des Prozesses, jene mit größter Produktivkraft, icht sich entfalten. Solange zum Beispiel in der Porzellanindustrie jedes einelne Figürchen von einem Künstler modelliert wird, kann der Gesamtbetrieb icht die Richtung zum völlig automatischen Produktionsprozeß einschlagen. rbeitsteilung und Kooperation sind die alleinigen Mittel der Produktivkraftteigerung. In der Musik zum Beispiel ist die höchste Form des Arbeitsrozesses, das Orchester, eine typische Manufaktur. Sind die Künstler hinausgeworfen, wird uns ihre Musik von einer Anzahl Musikmaschinen wiedergegeben, dann haben wir die typische automatische Fabrik vor uns, bei der ur ein Einleiten, Überwachen und Abbrechen des Produktionsprozesses notwendig ist. Entsprechendes gilt vom Theater. Sollte es einmal so weit kommen, ann werden die ausübenden Künstler vielleicht versuchen, so zu handeln wie ne Kupferstecher, die ihre Platten nach einer beschränkten Zahl von Abzügen ernichten, um am Seltenheitswert zu profitieren!

Das reproduzierende Verfahren verwandelt die Kunstproduktion in einen Produktionszweig gleich jedem anderen. Sie muß sich dabei ja nicht bis zum utomaten entwickeln wie etwa im Buchgewerbe oder in der Herstellung ausend gleichartiger Stuhlbeine auf einer Maschine nach der Zeichnung eines Künstlers. Das Baugewerbe ist, obwohl es bereits sehr lange von der Künstlerrbeit sich losgelöst hat, noch nicht viel weiter als zur Manufaktur gelangt. Die Künstler selbst werden in relativ geringerer Zahl notwendig. Sie veraufen entweder ihr hauptsächlich in freier Laune hergestelltes Produkt dem Kapital — nicht ihre Arbeitskraft; oder diese selbst, falls der Umfang der notwendigen Produktionsmittel es erheischt, wie beim Theater. Immer aber wird as Werk des Künstlers Produktionsmittel in einem weiteren, kapitalistischen Produktionsprozeß von Kunstwaren.

Die sozialdemokratische Bewegung in Belgien vor 1848.

Von **Louis Bertrand.**

(Aus seiner gegen Ende dieses Jahres in Brüssel erscheinenden „Histoire de la démocratie et du socialisme en Belgique“.)

Petitionen von Buchdruckern im Jahre 1845 um das allgemeine Stimmrecht und die Organisation der Arbeit. — Aufruf an die Belgier. — Verhaftungen. — Politische Prozesse. — Angriffe auf Leopold I. — Die Zeitungen „Der Argus“ und „De Hoop van Belgie“ (Die Hoffnung Belgiens). — Der „Demokratische Verein“ in Brüssel; sein internationaler Charakter. — Karl Marx. — Die Vereinigung der deutschen Arbeiter. — Der Verein Agneessens. — Ein Arbeiterbankett im Jahre 1847. — Karl Marx als Abgesandter des Brüsseler Demokratenvereins in London. — Lebhafte demokratische Propaganda. — Gründung demokratischer Vereine in der Provinz. — Volksversammlung in Gent. — Berangers im September 1847 entstandenes Lied „Le déluge“ (Die Sintflut), eine Prophetenstimme.

Die Jahre 1846 und 1847 waren ziemlich lebhaft.

In Frankreich befand sich damals die demokratische und revolutionäre Bewegung gerade auf der Höhe. In England gewann die chartistische Bewegung

eine große Ausdehnung. Auch in Deutschland, obwohl dort die Kamp
bedingungen weniger günstig waren, suchten aufopferungsvolle Männer d
Ideen politischer und sozialer Befreiung auszubreiten, allen Verfolgungen ein
despotischen Willkürherrschaft zum Trotze.

In Belgien war damals das ganze politische Leben in den Zänkerei
zwischen Liberalen und Katholiken konzentriert: die Demokratie hatte hierb
fast nichts zu suchen; „es handelte sich", wie Lucien Jottrand in seiner Schri
über Charles Louis Spilthoorn (1872, S. 31) schrieb, „dabei fast nur u
einen Mitbewerb um den parlamentarischen Einfluß, den man ausschließli
daraufhin abschätzte, wie weit er den Siegern in diesem auf eine Zensu
wahl von nur 50000 Staatsbürgern beschränkten Wahlkampf materielle Vo
teile verschaffte".

Trotzdem machten die demokratischen Ideen in Belgien zusehends For
schritte. Ende des Jahres 1845 petitionierten Buchdruckereiarbeiter bei d
Abgeordnetenkammer um das allgemeine Stimmrecht und die Organisation d
Arbeit. Im April 1846 wurden Flugschriften, in französischer und flämisch
Sprache, in verschiedenen Städten des Landes verteilt. Sie trugen die Au
schrift: „Aufruf an alle wahren Belgier" und die Unterschrift: „Vo
Freunden des flandrischen Volkes".

Aus Anlaß dieser Flugschriftenverteilungen fanden mehrere Verhaftunge
statt, namentlich die von Labiaux, Verbaere, Pellering und Deveyne, die i
Anklagezustand versetzt wurden, weil sie „direkt zum Ungehorsam gegen d
Gesetze des Königreichs aufgereizt" hätten. Der Text dieses in mehreren d
maligen Zeitungen (namentlich im „Eclair" und dem „Débat Social" al
gedruckten Schriftstücks lautete:

„Aufruf
an alle wahren Belgier
von Freunden des flandrischen Volkes.

„Das Maß des Elends ist voll, übervoll! ... Noch nie ist unser fruchtbare
Vaterland dermaßen von Hungersnot ausgezehrt worden! ... Täglich sieht ma
arbeitskräftige und rechtschaffene Arbeiter dem Hunger erliegen! ... Groß ist d
Zahl derer — und sie wächst noch von Tag zu Tag —, die aus Armut zu Ver
brechern werden, um im Gefängnis wenigstens Brot zu erhalten! ...

„Was soll denn noch aus uns werden?! Jetzt, wo die Hungrigen nicht einm
in den Arbeitshäusern mehr Zuflucht finden, weil diese sonst so abschreckenden An
stalten mit Unglücklichen bereits sämtlich überfüllt sind! Jetzt, wo die Felder kein
Rüben noch sonstwelche Gemüse mehr tragen, die noch vor kurzem die Unglück
lichen zu stehlen kamen, um ihr schreckliches Dasein zu verlängern!

„Jetzt, wo die Kleinbürger fast nichts mehr besitzen, um ihren mit dem Hunger
tod ringenden Brüdern hilfreich die Hand reichen zu können!

„Jetzt, wo die Bauern sozusagen nichts mehr zu geben haben!

„Jetzt, wo die Handwerker nicht mehr aus noch ein wissen, ... was, frage
wir, was in aller Welt soll da nur noch aus uns werden?!

„Die Zukunft ist von grauenhaft beunruhigender Ungewißtzeit! ... Ihr Reiche
der Erde! Aristokraten! Ihr seid gar sehr zu beklagen, trotzdem ihr im Vergnüge
schwimmt und alle materiellen Schätze besitzt!

„Eure Härte, eure Selbstsucht, eure Raubgier, euer unmenschliches Verhalten wir
den Diebstahl, wird Mord und Brand mit allen ihren Folgen nach sich ziehen!..

„Falls man nicht schleunigst Abhilfe zur Linderung der Not bringt, so wir
sich — zwar nicht seitens der eigentlichen Bettler von Profession — wohl abe
seitens derer, die ihre Menschenwürde und ihre Macht zu genau kennen, um sich bi

u solch äußerstem Grade zu erniedrigen, die oben ausgesprochene furchtbare Voraus-
age erfüllt sehen, denn, wie schon ein Sprichwort sagt,

Not kennt kein Gebot!

„Um dieser drohend über Belgien schwebenden Landplage vorzubeugen, haben ie Freunde des flandrischen Vaterlandes eine heilige Pflicht zu erfüllen, und sie lauben den Reichen nicht minder als ihren vor Elend mit dem Tode ringenden Brüdern einen großen Dienst zu erweisen, indem sie hiermit einen Aufruf an alle oahren Belgier richten, um diese dadurch zu veranlassen und einzuladen, sich an en König und die Volksvertreter am 14. April in Masse zu wenden und ihnen die Not des Volkes darzulegen, auf daß es diesen Regierenden endlich belieben möge, ür Existenzmittel für die von ihnen Regierten Sorge zu tragen.

„Dieser Schritt ist das einzige Mittel, um denen, die über die Interessen des elgischen Volkes zu wachen geschworen haben, zur Einsicht zu verhelfen, daß es llerhöchste Zeit ist, dieses Volk zu hören und zu erhören, denn durch Petitionieren ommen wir weder zu Recht noch Gerechtigkeit. ... Kaum daß man unsere Bitt-chriften des Lesens würdigt, oder man legt sie beiseite ... für immer ... und ümmert sich nicht weiter um unsere flehentlichen Bitten! Unsere Staatsmänner neinen wohl, die Belgier petitionierten nur so zum Vergnügen? ... Sobald sie agegen eine ganze große Anzahl ihrer Vaterlandsgenossen vor sich erscheinen sehen nit der Forderung: ‚Arbeit und Brot', so steht — wir zweifeln nicht daran! — zu offen, daß sie doch endlich die Augen öffnen und wirksame Mittel anwenden werden, m den Folgen, die das allgemeine Elend haben könnte, zuvorzukommen.

„In Anbetracht dessen werden alle wahren Söhne des Vaterlandes der Jakob van Artevelde, Johann Breydel, Peter van Conninck, Ackerman, Zannequin nd so vieler anderer flandrischen Volkshelden hierdurch eingeladen, sich am 3. April (dem zweiten Osterfeiertag) bis 10 Uhr vormittags in Gent auf dem Platze larché du Vendredi (Freitagsmarkt) einzufinden, von da sich um 10 Uhr auf den Weg nach Brüssel zu begeben und dort am Mittag des folgenden Tages auf der Grand' Place einzutreffen; von hier sich sodann in feierlichem Zuge um 1 Uhr nach em Palais de la Nation (Parlamentsgebäude) zu begeben und der belgischen Regie-ung die Bitten des Volkes zu unterbreiten.

„Wir dürfen wohl hoffen, daß die Brabanter und unsere Brüder aus den wallo-ischen Provinzen sich mit ihren flandrischen Mitbrüdern vereinigen werden, um sie um Parlamentsgebäude zu begleiten. Die Flamländer wollen in dieser Angelegen-eit die Initiative ergreifen: aber ihre Sache ist nicht bloß die von Flandern, ondern von ganz Belgien, ja aller Völker.

„Wir bitten den König, die Minister, die Volksvertreter und die Senatoren, uch ihrerseits zur Stelle zu sein, um über die Beschwerden des Volkes urteilen und ntscheiden zu können. Diese Anzeige ist in zwei Sprachen in 100000 Exemplaren edruckt und wird in ganz Belgien in der Zeit vom 9. bis 10. April verteilt werden.

„Zum Schlusse noch ein Wort an die Armee.

„Brüder im Militärrock!

„Es sind eure Eltern, eure Brüder, eure Freunde, die sich mit der Absicht ragen, der Regierung den hohen Grad ihrer Not klarzulegen: wir wollen keinen Krieg mit euch, kommen einzig und allein deshalb, uns Arbeit und Brot zu erbitten amit wir nicht Hungers sterben. ... Seid also nicht gegen uns, denn ihr Soldaten eid auch Kinder des Volkes, und wenn ihr etwa auf Befehl unbarmherziger oder nit den Verhältnissen unbekannter Führer Feuer auf das Volk geben solltet, so vürden eure Flinten- und Kanonenkugeln auf eure eigenen Väter und Mütter ge-ichtet sein, würden eure eigenen Brüder, eure lieben Freunde treffen ... und das ieße euch des abscheulichsten aller Verbrechen schuldig machen. ... Schießt also nicht uf das Volk, sondern sprecht:

„‚Wir Soldaten sind auch aus dem Volke. Wir wollen nicht unsere eigenen Henker sein!'" — — —

Labiaux, Verbaere, Pellering und Deveyne wurden vor das Schwurgeric gestellt und zu sechs Monaten Gefängnis verurteilt. Sie reichten jedoch e Kassationsgesuch ein, und das Kassationsgericht sprach sie frei, indem es, oh die Sache noch einmal an das Brabanter Schwurgericht zurückzuverweise dessen Urteil einfach aufhob und zwar mit der Begründung: es ermangle d Erweises, daß die Verfasser des „Aufrufs an die Belgier" in böser Absic gehandelt hätten. Ihre Verteidiger waren Lucien Jottrand und Louis Spi hoorn; und kurioserweise hatte auch der Rechtsanwalt van Hoorebeeke, d später Minister der öffentlichen Arbeiten war, gebeten, der Verteidigung be geordnet zu werden.

Besonders aber war das Jahr 1847 reich an Prozessen. Im Febru wurden, unter der Anklage, die Person des Königs öffentlich und in bewußt böser Absicht beleidigt zu haben, vor das Brabanter Schwurgericht verwiese P. A. Parys, Verleger der Zeitschrift „Der Argus", P. A. Wuillot, Doktor d Philosophie, Ch. A. Deschamp, Redakteur des „Mephistopheles", C. Michael Schriftsetzer, B. Dewallens, Herausgeber des „Mephistopheles", Ch. Verrass Buchbinder und Buchhändler, J. Sacré, Buchdrucker und Verleger, P. J. Dussar Korrektor.

Leopold I. war nach Tirol auf Reisen gegangen. Der „Argus" veröffen lichte darüber mehrere Artikel. Aus einem von ihnen hob man folgende fi beleidigend erklärte Worte heraus:

„Leopold ist nach Tirol gegangen, um zur Herstellung seiner Brust Ziegenmil zu sich zu nehmen; man behauptet allen Ernstes, seine Brust sei geradeso ruinie wie die eines Schauspielers, der etwa seit vierzig Jahren auf die Bretter steigt. D Vergleich stimmt: nur daß Leopold nicht auf den Brettern, sondern auf dem Thro Komödie spielt."

Ferner:

„Sobald Leopold von den Tiroler Ziegen genug Milch gesogen hat, wird zurückkehren, um alsdann von den Steuerzahlern Geld zu saugen: er ist ein unermü licher Mensch!"

Am Tage vor der Eröffnung der Kammern, im November 1845, hat Wuillot ein Gedicht veröffentlicht und der Oberstaatsanwalt de Bunz in fo gendem Passus eine neue Majestätsbeleidigung erblickt:

C'est mardi que l'airain de la garde comique,
Par vingt-un craquements de son tonnerre étique,
Publiera que Cobourg, vrai pasteur de troupeau,
Daigne parler au peuple en gardant son chapeau.
C'est mardi qu'un monarque, amateur de laitage,
De la Suisse quittant le riant pâturage
Et de son Amalthée abondonnant le pis,
Fera montre au public de ses traits récrépis.
Ce sera magnifique! A son auguste vue
Nos pauvres députés gagneront la berlue,
Et Rodenbach, au sein du rayonnant milieu,
En revoyant son roi croira voir le bon Dieu:
Le ciel de l'Helvétie a refait sa figure,
Sa chèvre etait si jeune et si douce et si pure!
Avec tant de ferveur il en suça le lait
Qu'après tout le Cobourg ne doit plus être laid, etc.

Nächsten Dienstag läßt die kom'sche Garde ihr Geschütz erschallen,
Einundzwanzigmal die altersschwachen Donnerbüchsen knallen,
Kundzutun, daß Koburg, seiner Schäflein wahrer Hirt, geruht
Huldreichst dann zum Volk zu reden, aufbehaltend stolz den Hut.
Nächsten Dienstag, merkt's! läßt leuchten ein Monarch, der Milchwerk liebt
Und der Schweiz anmut'gen Triften eben erst den Abschied gibt,
Abschied auch der Amalthea,[1] die so liebreich ihn gepflegt,
Vor dem Publikum sein Antlitz, frisches Rot daraufgelegt.
Das wird eine Pracht! Es werden, schaun sie den erhabnen Rex,
Unsre braven Volksvertreter ganz geblendet und perplex,
Und gar Rodenbach, sieht wieder unter diesen Sternen stehn
Seinen König er, glaubt sicher dann den Herrgott selbst zu sehn:
Seinen Leib der Schweizer Himmel neu erblühn ließ und gedeihn,
War doch seine Schweizerziege, ach, so jung, so hold, so rein!
Ihre Milch hat eingesogen mit so feur'ger Inbrunst er,
Daß seit dieser Milchkur Koburg häßlich sein kann nimmermehr, usw.

Die Verteidigung hatten übernommen Hohn, D. Picard, Eduard de Linge, Julius Gendebien, Jottrand, d'Aguilar, Huyaux und Wargnies. Die Verhandlung dauerte vier Tage. Zwölf Schuldfragen wurden den Geschworenen gestellt, die auf alle mit Nein antworteten, und die Angeklagten wurden freigesprochen.

Im März 1847 wurden die beiden flämischen Volksredner J. Kats und Johann Pellering verhaftet. Als sie in einer Volksversammlung sprachen, verursachten die Polizei und polizeilich bestellte Aufwiegler Ruhestörungen, und diese benutzte man dann als Vorwand für die Verhaftung jener beiden Arbeiter. Das war bereits die dritte Arretierung, die Pellering in demselben Monat über sich hatte ergehen lassen müssen. Diese letzte aber wurde aufrechterhalten und er des Widerstandes wider die Staatsgewalt, des Mordversuchs und der Aufreizung zum Sturze der Regierung angeklagt.

Am 25. Juni wurde das Geschworenengericht von Westflandern einberufen zu dem Zwecke, um über Napoleon Arlequeeuw, Herausgeber der flämischen, in Courtrai erschienenen Zeitschrift „De Hoop van Belgie“ (Die Hoffnung Belgiens) abzuurteilen. Arlequeeuw war gleichfalls der Aufreizung zum Massenmord, zur Plünderung, Verwüstung und gewaltsamen Empörung angeklagt!

Die Zeiten waren übrigens hart, und fast täglich schlug der eine oder der andere Arbeiter, weil ohne jede Arbeit, absichtlich die Fenster eines Bäckers oder anderen Händlers entzwei, lediglich zu dem Zwecke, ins Gefängnis zu kommen, um nicht Hungers sterben zu müssen! „Der Angeklagte“, sagte die Anklageschrift, „hat eine Zeitung gegründet, um die Unzufriedenheit des durch Hungersnot leidenden Volkes auszubeuten. Er hat tadelnswerte Artikel veröffentlicht.“ Arlequeeuw wurde von Josef Bartels, Rechtsanwalt in Brüssel und Sekretär der „Alliance“, und von dem Brügger Rechtsanwalt de Schrijver verteidigt. Er wurde ebenfalls freigesprochen.

[1] Amalthea, die bekannte mythologische Ziege, die den Griechengott Zeus auf der Insel Kreta großgesäugt haben soll; Wuillots Spott zielt hier aber offenbar nicht auf vier-, sondern zweifüßige Amaltheen, auch soll ja nach anderer Fassung der Sage Amalthea eine Nymphe gewesen sein, die Zeus mit Ziegenmilch nährte.

Neben der „Alliance“, einem Verein zu politischen und Wahlzwecken, unter seinen Mitgliedern demokratische Elemente aus den Kreisen der Bo geoisie zählte, bildeten sich bald weiter vorgeschrittene Gruppen.

Im Jahre 1847 befanden sich in Belgien zahlreiche politische Flüchtli aus dem Ausland: Deutsche, Franzosen, Polen, Italiener und auch ein Ru Michael Bakunin, der kurz vorher aus Frankreich vertrieben worden w Unter den Deutschen war auch Karl Marx.

Brüssel zählte ferner unter seinen Einwohnern viele deutsche Arbeiter, im Oktober 1847 einen „Verein der deutschen Arbeiter“ gründeten. Mitgliederzahl dieses Vereins belief sich auf 70; sein Versammlungslokal w das Wirtshaus Le Cygne (Zum Schwan) auf der Grand' Place, und s Vereinszweck war, „unter dem Schutze der belgischen Gesetze friedliche D kussionen über solche Fragen zu veranstalten, die sich auf die politische La der Arbeiter aller Länder, besonders aber Deutschlands, beziehen“. Die Verein hielt wöchentlich zwei Versammlungen ab.

Auch existierte damals in Brüssel ein deutsches sozialdemokratisches Bla „Die deutsche Brüsseler Zeitung“, zum Teil von jenen deutschen Arbeite und hauptsächlich von Karl Marx herausgegeben.[1]

Die belgischen Arbeiter blieben ihrerseits gleichfalls nicht untätig. Zu Begi des Jahres 1847 wurde in Brüssel der Verein „Agneessens“ gegründet. hielt seine Zusammenkünfte in der Schenke Saint-Michel (Zum heiligen Micha in der Rue de la Pierre plate und hatte zum Hauptzweck die Verteidigung d Interessen der arbeitenden Klasse.

Eine Genossenschaft von Arbeitern des Schneiderhandwerks bestand sch damals mit einer gewissen Mitgliederzahl. Im Oktober ließ diese Vereinigu in der Zeitung bekannt geben, daß sie sich soeben, unter der Leitung des Her van den Driesch, in der Pepite rue de l'Ecuyer 14, in der Nähe vom Treure berg, niedergelassen habe und sich dort mit Anfertigung von Männerkleide beschäftige.

Bald zeigten sich noch ernstlichere Bestrebungen.

Am Montag den 27. September 1847 fand in Brüssel ein Arbeite bankett statt. Bankette waren in damaliger Zeit stark in der Mode, namentli in Frankreich, denn sie waren ein gutes Mittel zur Veranstaltung von Ve sammlungen, ohne daß man in diesen die Einmischung von Polizisten u polizeilich bestellten Störenfrieden, die damals bei allen politischen Kun gebungen eine große Rolle spielten, zu fürchten hatte.

Das Bankett, von dem hier die Rede ist, war vom Verein der deutsch Arbeiter und vor allem von v. Bornstedt und anderen Redakteuren der „Deutsch Brüsseler Zeitung“ (siehe „Débat Social“ vom 3. Oktober 1847) veranstalt worden und hatte, laut Erklärung der Veranstalter, den Zweck, zu zeigen, da „die Arbeiter der verschiedenen Länder brüderliche Gesinnung einander en gegenbringen“.

An der Festtafel saßen 120 Gäste, darunter Belgier, Deutsche, Schweize Franzosen, Polen, Italiener und ein Russe, wahrscheinlich Michael Bakuni

---

[1] Vergl. über „Die deutsche Brüsseler Zeitung“ und den Deutschen Arbeiterver Mehrings Mitteilungen in seiner Ausgabe der gesammelten Schriften von Marx und Enge (1841—1850), II. Band, S. 343, 344, sowie seine Geschichte der deutschen Sozialdemokrat I. Band, das Kapitel über den „Bund der Kommunisten“. Die Redaktio

Der Vorsitz an der Festversammlung wurde dem General Mellinet, einem der Mitkämpfer der belgischen Revolution von 1830, angetragen; er lehnte diese Ehre jedoch wegen seines Gesundheitszustandes ab, und so wurde denn Lucien Jottrand mit der Leitung des Bankettes und der darauf folgenden Diskussion betraut. Zu Vizepräsidenten wählten die Festteilnehmer einen Franzosen, Imbert, und einen Deutschen, Engels (jedenfalls Friedrich Engels, den Freund und Mitarbeiter von Karl Marx).

„Trinksprüche und Tafelreden", berichtet der „Débat Social", „die sich auf Menschen und Verhältnisse bezogen, von denen die Arbeiter aller Länder Europas ihre Befreiung erwarteten, belebten diese Versammlung. Die verschiedenen Redner sprachen, nach freier Wahl, in französischer, deutscher oder flämischer Sprache. Die Einheitlichkeit der Ansichten aller kam mitten im Gewirr dieser verschiedenen Sprachen vollkommen deutlich zutage. Diese Ansichten liefen sämtlich auf das eine, was not tut, einträchtig hinaus: nämlich den Arbeitern an der Erörterung und Beratung über die Reformen aller Art, von denen Europa in diesem Zeitpunkt bewegt wird, wirksamen Anteil zu verschaffen. Vereinigung der Arbeiter untereinander wurde natürlich als das beste Mittel zur Erreichung dieses Zieles angesehen. Auf das Beispiel Englands, der Schweiz und der Vereinigten Staaten wurde von allen Rednern mit Erfolg hingewiesen."

Indes noch weit größere Bedeutung erlangte diese Versammlung dadurch, daß in ihr zwei wichtige Beschlüsse, und zwar auf den Vorschlag zweier Redner: Adolf Bartels und Heilberg, per Akklamation gefaßt wurden. Der erste Vorschlag bestimmte, daß am nächsten 29. November in Brüssel eine Gedächtnisfeier für den Jahrestag der polnischen Revolution stattfinden solle. Man wünschte ihr einen imposanten Charakter zu geben und wollte dazu die Vertreter der Demokratie aller Länder einladen. Der zweite Beschluß betraf die Gründung eines ständigen Vereins von Reformfreunden in Belgien nach dem Muster des großen Chartistenvereins in England.

„Das Bankett, auf dem diese beiden Beschlüsse gefaßt wurden", erklärte der „Débat Social", „wird unseres Erachtens in der Geschichte unseres Landes unvergeßlich bleiben."

Zur Gründung des auf dem Bankett vom 27. September angeregten Reformvereins berief man, auf den 7. November 1847, abends 8 Uhr, die belgischen und ausländischen Demokraten nach der Maison des Meuniers, rue de la Tête d'Or, nahe dem Rathause, und zwar, wie die Einladung besagte, „zu dem Zwecke, um über die Gründung eines Vereins zu beraten, der die Bestimmung haben soll, die demokratischen Lehren in Belgien wie im Ausland mit allen Mitteln, deren Anwendung die belgische Verfassung gestattet, zu verbreiten".

127 Personen entsprachen der Aufforderung der Einberufer der Versammlung. Unter ihnen bemerkte man Vertreter verschiedener Berufe und Nationalitäten: Kaufleute, Rechtsanwälte, Ärzte, Studenten, Arbeiter aus Brüssel, Gent, Lüttich usw. Unter den Ausländern erschien auch ein holländischer Publizist, Adrian van Bevervoorde, aus dem Haag, Redakteur zweier Zeitungen: des „Batavischen Kourriers" und des „Asmodeus".

Der Verein nannte sich: „Demokratische Gesellschaft für Vereinigung aller Länder".

(Schluß folgt.)

Ein Buch über die Revolution in Rußland.

Von **A. Bebel.**

Professor von Reusner, der Mann, der als Ankläger und Belastungszeuge geg das russische Schandregiment im berüchtigten Königsberger Hochverratsprozeß d aufhorchenden Welt enthüllte, was der russische Despotismus ist und bedeutet, h unter dem vorstehenden Titel ein Buch erscheinen lassen, dem die weiteste Ve breitung zu wünschen ist.[1]

Rußland und seine inneren Zustände waren bis vor kurzem selbst für die gro Mehrzahl der Politiker und Volkswirtschafter gleich einem versiegelten Buche. Wo wußte dieser und jener, der sich mit dem Studium russischer Verhältnisse beschäfti hatte, Genaueres; aber wie gering war die Zahl jener in Westeuropa, die sich dam beschäftigten. Das ungeheure Reich im Osten Europas, das in den letzten zw Jahrzehnten auf dem besten Wege war, sich allmählich ganz Asien zu unterwerfe galt für die meisten schlechtweg als ein Reich, in dem zwar der vollendetste Desp tismus herrschte, in dem aber auch das Volk auf einer so ungemein tiefen Kultu stufe stand, daß dieser Despotismus als die einzig mögliche Regierungsform erschie Man freute sich, daß Rußland seit zwei Jahrzehnten sich immer stärker in Asi engagierte, wo man ihm eine besondere Kulturmission zuschrieb, und daß es dadur verhindert war, sein politisches Schwergewicht in Europa zur Geltung zu bringe Denn daß die Gewitterwolke, die seit dem deutsch-französischen Kriege über Euro hing, sich nicht entlud und einen Krieg hervorrief, so zerstörerisch und blutig, w die Welt kaum einen erlebte, ist in erster Linie der Expansion Rußlands nach de fernen Osten zu danken.

Aber auch um seine Mission im fernen Osten zu erfüllen, waren Opfer un Anstrengungen notwendig, für die in einem reinen Agrarstaat, wie es Rußland b vor kurzem war, die materiellen und geistigen Kräfte fehlten. Der Übergang z moderner Industrie und modernem Verkehr war für Rußland eine zwingende No wendigkeit geworden, um das Rüstzeug zu erhalten, das ihm die Durchführung sein Ziele ermöglichte. Damit wurden aber auch die Bedingungen geschaffen, die al Grundlagen des Absolutismus zerstörten. Es wurden die Totengräber gezeugt, d alle Pfeiler des Systems der Reihe nach untergruben und jetzt an der Arbeit sin das Reich des absoluten Zaren in Trümmer zu zerschlagen. Es erschienen d Scharen der modernen Industriearbeiter — die Bauern von gestern — konzentrie in den immer größer werdenden oder aus dem Boden gestampften Städten, die na menschenwürdiger Existenz, nach Licht und Luft sich sehnten; es entstand die zah reiche Schicht der Intellektuellen, die nach freier Betätigung ihrer Kräfte und Fähi keiten in Staat und Gesellschaft lechzten; es wuchs eine Bourgeoisie empor, dere Lebens- und Entwicklungsbedingungen mit dem herrschenden System in imme schrofferen Widerspruch trat; endlich untergrub die aufkommende neue soziale Ord nung die alte agrarische Verfassung und trieb die Bauern, die festeste Stütze de bisherigen Systems, in hellen Haufen zur Empörung.

Es begann die revolutionäre Wühlerarbeit, erst vereinzelt und schwach, dan immer stärker und zielbewußter, mit einer Energie, einem Mute und einer Opfe willigkeit, welche die höchste Anerkennung und Bewunderung verdient. Die fürchte lichsten Strafen und Verfolgungen, die das herrschende System gegen seine Tod feinde in Anwendung brachte, erhöhte nur deren Kühnheit und Ausdauer. Tausend und aber Tausende der besten Männer und Frauen Rußlands und Polens fielen i diesem unterirdischen Kampfe ihren Verfolgern zum Opfer; ihre Leiber zierten di Galgen, die das Zarat für sie errichten ließ, oder sie gingen in den Verließen de Gefängnisse unter furchtbaren Qualen zugrunde, oder ihre Knochen bleichten in de

---

[1] Prof. M. v. Reusner, „Die russischen Kämpfe um Recht und Freiheit“ Halle a. S., Gebrüder Schwetschke.

Eisfeldern Sibiriens. Wird einst die Leidensgeschichte der russischen Revolutionäre geschrieben, so reiht sie sich würdig an den Märtyrerleiden der Christen in den ersten acht Jahrhunderten unserer Zeitrechnung.

Aber diese revolutionäre Wühlerarbeit, so hoffnungslos sie vielen, die sie mit Interesse und Mitgefühl beobachteten, erscheinen mochte, trug endlich ihre Früchte. Die propagierten Ideen schlugen Wurzel. Und als die geeignete Stunde kam, erlebte die Welt das überraschendste Schauspiel: das bisher kulturell so geringschätzig betrachtete Rußland befindet sich im Zustand der Revolution.

Über die Ursachen und den bisherigen Verlauf dieser Revolution, die sich seit Monaten vor unseren überraschten Augen vollzieht, berichtet uns Reusner als ein Berufener. Er, der das Leben und Wirken des russischen Volkes und das Wesen des russischen Staates als Volksgenosse an der Quelle beobachtete und studierte, er, der in seiner Stellung als vieljähriger Lehrer an der Universität zu Tomsk in regsten Beziehungen zur russischen Intelligenz und zu einem großen Kreise hervorragender Persönlichkeiten der russischen Gesellschaft stand und noch steht, schreibt mit der Wärme und Begeisterung des Mitkämpfenden und Wissenden.

Wer Reusners Buch gelesen hat, für den ist Rußland und das russische Volk kein verschlossenes Buch mehr. Er charakterisiert zunächst in demselben alle in dieser Bewegung in Frage kommenden volksfeindlichen Kräfte: den Zaren, die Dynastie, die Hofgesellschaft, die Polizei und Bureaukratie, kurz alle Mächte der Unterdrückung und Korruption, die das russische Volk wie Vampire aussaugen, es schinden und schlagen, daß es aus tausend Wunden blutet und ihm die Lust am Leben vergällt wird. Das wahre Wesen des russischen Absolutismus, die Gottgleichheit des Zarismus, die Selbstherrlichkeit der Bureaukratie, die brutalste Rechtlosigkeit des Volkes, sie finden in Reusner einen beredten Schilderer. Wir sehen in dem absoluten Zaren einen Gefangenen seiner Umgebung, einen an Händen und Füßen Gefesselten, einen Ohnmächtigen, der glaubt, alles zu können, und nichts wider den Willen seiner Umgebung tun kann. Wir sehen, wie die herrschende Klasse ihre Erziehung und ihre Ausbildung für ihre Herrschaftsrolle erlangt, wie dieser Staat eine ungeheure Maschine ist, in der jeder für seine Stellung zurechtgeknetet und geformt wird, um als Rädchen in diesem Organismus für die allgemeine Aussaugung und Unterdrückung des Volkes sein Bestes zu leisten.

Reusner zeigt uns aber auch, wie es unter diesem Schandregiment sondergleichen allüberall sich regt, wie in allen Kreisen des russischen Volkes, vom Adeligen bis zum Arbeiter und Bauern die Empörung wächst und der revolutionäre Geist alle Schichten ergreift, der früher oder später dem herrschenden Regiment den Todesstoß versetzen wird.

Reusner hat alle Akte der Opposition und Empörung, die seit einer Reihe von Monaten aus den Reihen des Adels, der Semstwos, der Magistrate der Städte, der gelehrten Berufe aller Art, der Intelligenz, der Arbeiter und Bauern bekannt geworden sind, berücksichtigt und widmet ihnen eine ausführliche Darstellung mit entsprechenden Kommentaren.

Kein Zweifel. So verschiedenartig sich die russische Revolution von den Revolutionen jedes andern Landes darstellt, in ihrer Art ist sie die großartigste Revolution, welche die Geschichte kennt. Die Streiks der Gelehrten, der Lehrer und Studenten der Universitäten und Hochschulen, die Massenstreiks der Arbeiter, die sich bisher auf über hundertundfünfzig Städte des ungeheuren Reiches erstrecken und immer wieder von neuem zum Ausbruch kommen, der zähe Widerstand der Massen gegen die Barbareien und Brutalitäten der Polizei und Soldateska, die Proteste und Kundgebungen, an denen die Vertreter aller Klassen und Schichten sich beteiligen und die vielfach mit einer Entschiedenheit erfolgen, für die wir in der neueren Geschichte Westeuropas vergeblich nach einem Beispiel suchen, sind die eigenartigen Erscheinungen dieser großen Bewegung. Indem Reusner alle diese Vorgänge Revue passieren läßt, gibt er ein möglichst vollständiges Bild der russischen Revolution.

Insbesondere läßt er auch dem russischen Arbeiter, „der in dem russischen B freiungskampf einen Ehrenplatz einnimmt", vollste Gerechtigkeit widerfahren. W bezweifeln, daß ein deutscher Professor dieses fertig brächte. Und in der Tat, wa das russische Proletariat an Tatkraft, Ausdauer und Selbstaufopferung bisher g leistet hat, übertrifft weit, was das westeuropäische Proletariat ihm an die Sei stellen kann. Aus Reusners Schilderung der Lage des russischen Arbeiters werde uns auch die Ursachen klar, die den Geist der Solidarität erzeugten, den der russisch Arbeiter in so staunenerregender Weise in dieser Bewegung betätigte. Was w unsern Arbeitern erst mühsam anerziehen müssen, das Gefühl vollendeter Solidarită der eben erst auf die politische Bühne tretende russische Arbeiter betätigt es i vollstem Maße.

Reusner gibt in seinem Buche auch eine Darstellung der achtzehn politische Parteien, die an dieser Bewegung sich beteiligen, ein embarras de richesse vo Partien, deren Bildung sich aus der Verschiedenartigkeit der Völkerschaften, die i der russischen Bewegung in Aktion getreten sind, erklärt. Doch ist es bedauerlic daß die russische Sozialdemokratie sich in eine Anzahl Gruppen spaltete, wo vollende Geschlossenheit und einmütiger Kampf gegen den gemeinsamen Gegner als ein Selbstverständlichkeit erscheint.

Reusner ist in bezug auf den Verlauf der Bewegung Optimist, aber er ver hehlt sich nicht, daß die russische Revolution einen langsamen und schmerzlichen Ver lauf nehmen, daß sie noch viel Blut, viel Leid und viel Tränen kosten wird. Tro alledem rechnet er auf ihren vollen Sieg. Er schließt sein Buch also:

„Der Tag, den wir erwarten, wird kommen. Die düstere Feste des Absolutismu wird fallen unter den Schlägen des Volkszorns. Die siegreiche Armee des Volke wird auf den Trümmern des verbrecherischen Regimes die Fahne der Freihei hissen.

„Durch die Souveränität des Volkes wird Rußland sich würdige Vertreter schaffe und eine Armee treuer Diener des Volkes erzeugen. Doch mehr! Das russische Vol wird sich nicht mit einer bürgerlichen Revolution nach dem alten Muster begnügen es wird in seinem Staate um die Verkörperung der soziaen Ideale besorgt sein, di uns von den westeuropäischen Brüdern überliefert worden sind! Wir werden di europäische Geschichte am Ende des achtzehnten und am Anfang des neunzehnte Jahrhunderts nicht sklavisch kopieren. Wir werden versuchen, die Ideen der Gleich heit, Brüderlichkeit und Freiheit nicht nur auf dem Gebiete des Rechts, sonder auch im sozialen Leben der Massen einzuführen.

„Wir wollen nicht nur Westeuropa einholen, sondern ihm vorauseilen!

„An Kraft dazu soll es uns nicht gebrechen . . ."

Das sind hoffnungsvolle, kühne Worte, die um so höher zu schätzen sind, als Reusner nicht Sozialdemokrat ist. Das westeuropäische Proletariat wünscht dem russischen Proletariat den Sieg. Es wird ihm diesen Sieg nicht neiden. Es weiß, daß, was das Proletariat eines großen Landes erobert, dem Proletariat aller anderen Länder zugute kommt. Möglich, daß dieses Mal die Sonne der Freiheit im Osten aufgeht und es der Westen ist, der, statt zu geben, empfängt.

Beiträge zur Eccarius-Frage.

Von **Gustav Jaeckh.**

I.

Es ist nicht nur eine persönlich-psychologische, sondern auch eine historisch interessante Frage, wie es gekommen ist, daß Eccarius, der schon im Jahre 1847, als er noch ein blutjunger Mann war, als ein zu theoretischer Kenntnis her-vorragend befähigtes Mitglied des Kommunistischen Arbeiterbildungsvereins

bezeichnet wird (vergl. Engels, „Enthüllungen über den Kölner Kommunistenprozeß", S. 10), der bei der Gründung der Internationale sofort Mitglied des Generalrats geworden und vorübergehend dessen Generalsekretär gewesen war, der auf den internationalen Kongressen in Genf, Lausanne, Brüssel und Basel der beste und treueste Interpret der Marxschen Anschauungen war und diesen durch seine durchsichtig klaren Darlegungen mehr als einmal zum Siege über den Proudhonismus verholfen hat, schließlich sich feindselig von Marx abkehren und gehässig sich gegen ihn wenden und nicht wenig zum Zusammenbruch der alten Internationale und zur Spaltung in der jungen britischen Föderation beitragen konnte. Man steht hier vor einem historischen Rätsel. Vor einem historischen Rätsel darum, weil die Gründe, die schließlich zum Bruche zwischen Marx und Eccarius führten, wesentlich in den komplizierten Zusammenhängen der letzten Jahre der Internationale zu suchen sind und diese, ebenso wie die Eccarius-Frage, in manchen Dingen noch geschichtliche Probleme bilden, die nur durch die Heranziehung des schriftlichen Nachlasses von Personen aufzuhellen sind, welche damals im Generalrat handelnd auftraten.

Dazu soll auch die Veröffentlichung einiger Briefe von Eccarius ein bescheidenes Teil beitragen, die aus dem Nachlaß des Generalratsmitglieds Jung stammen und die mir unser sorgsamer Parteiarchivar Motteler nebst vielem anderen Material zu meiner kurzen Geschichte der Internationale zur Verfügung gestellt hat. Diese Briefe fallen ihrem Datum nach aus der Zeit der Internationale heraus, hängen jedoch aufs engste mit dieser zusammen, wie sich überhaupt fast die ganze Korrespondenz, die Jung mit Eccarius, Lawroff, Paul Brousse und anderen mehr geführt hat, fast ausschließlich auf die Internationale bezieht. Was den Anlaß des Bruches zwischen Eccarius und Marx gebildet hat, darf ich wohl als bekannt voraussetzen; die in der „Neuen Zeit", XXI, 2, S. 47 veröffentlichte Korrespondenz zwischen Engels und Liebknecht verbreitet darüber genügend Aufklärung. Daß die Neigung von Eccarius, über Vorgänge der Internationale für die bürgerliche Presse zu korrespondieren und dabei teils indiskret, teils unrichtig zu referieren, ein altes Übel bei ihm war, habe ich durch gelegentliche kurze Briefe von Marx an Jung, von denen ich einen veröffentlichte, bestätigt gefunden. Hier handelt es sich um einige weitere Beiträge, die zur Klärung der Eccarius-Frage dienen mögen.

Ich beginne mit einem Briefe vom 10. Juni 1874. Er lautet:

My dear Jung,

I have just received the following telegram from Geneva:

„Grève générale déclarée par patrons, envoyez fonds."

A few days ago I received, what purports to be a copy of the letters sent to the two great Carpenters and Joiners societies in this country and that letter, in which they state that their society was founded in 1833; that they have 312 members; that their ordinary contributions are 60 cent. a month and that since they have prepared for the present emergency they have paid 1 fr. a fortnight. I suppose they think, because they have no money themselves — it is hardly possible out of such contributions — that the English societies set to work to raise levies a soon as they hear of the strike and lockout. They commenced by a strike against four shops.

I think I told you the other day that Hodgson Pratt had brought me some papers from Burkli. I have received them at last and a letter amongst them in which Burkli says:

„Du glaubst wohl nicht an meinen Abfall, sowenig als ich an den Deinigen je geglaubt, trotzdem es hieß, Du seiest untreu geworden, von Marx abgefallen,

mit Bakounin unter einer Decke usw. Du wirst Deine guten Gründe haben w Jung, Greulich und ich, die wir indessen ums Leben gern wissen möchten. Wen Du, oder Jung, daher noch etwas Zeit hast, so sei barmherzig und schreibe un darüber etwas."

I have given my bons raisons in a letter about half as long again as m two column reports in the „Times". Of course your reasons only commence when both my personal friendship and party allegiance were already hopeless severed, so that yours will, as it were, complete the history of disastrous tactic

I saw in Reynolds' that preparations are being made to receive Henri Roche fort and as Ranvier is among the getters up, I guess you can tell me as muc about it as anybody. You will much oblige me by letting me know what the natur of the welcome is likely to be and also wether Rochefort is already aware of i I suppose you know that he refused to be made a show of by the Commu nards resident at New York.

Do you see any signs of a Congress at Brussels in September next? Th nights are too short and I get too tired to pay you a personal visit just now.

Yours faithfully

J. George Eccarius

Mein lieber Jung,

Ich habe soeben folgendes Telegramm von Genf bekommen:
„Generalstreik von den Meistern erklärt. Schickt Geld!"

Wenige Tage zuvor erhielt ich eine Abschrift der beiden Briefe, die sie an die beide großen Zimmerer- und Tischlergewerkschaften hierzulande geschickt haben, und diese Brief, worin sie feststellen, daß ihr Verein im Jahre 1833 gegründet worden ist, daß si 312 Mitglieder hätten, daß ihre regelmäßigen Beiträge 60 Centimes im Monat be tragen und daß sie, seit sie sich auf die jetzige Bewegung vorbereitet haben, noc alle vierzehn Tage 1 Franken bezahlt haben. Ich vermute, sie denken, weil sie selbs kein Geld haben — das ist auch schwer möglich bei solchen Beiträgen —, daß di englischen Vereine sich sofort ans Werk machen und Ausnahmesteuern erheben, so bald sie von einem Streik oder einer Aussperrung hörten. Sie haben damit be gonnen, die Arbeit in vier Betrieben einzustellen.

Ich denke, ich habe Ihnen neulich erzählt, daß Hodgson Pratt mir einig Papiere von Bürkli gebracht hat. Ich habe sie in Empfang genommen und dabe auch einen Brief, in dem Bürkli sagt:

(Hier folgt das oben deutsch Zitierte.)

Ich habe meine guten Gründe gegeben in einem Briefe beinahe halb so lang als meine zwei Seiten langen Berichte in der „Times". Zufällig begannen Ihre „Gründe" gerade da, wo meine persönliche Freundschaft und Parteianhänglichkeit hoffnungslos getrennt wurden, so daß Ihre Gründe, wenn es an dem wäre, die Geschichte einer verhängnisvollen Taktik ergänzen würden.

Ich las in Reynolds Blatt,[1] daß Vorbereitungen getroffen werden, um Henri Rochefort zu empfangen, auch daß Ranvier unter den Veranstaltern ist. Ich vermute, Sie können etwas darüber erzählen. Sie würden mich sehr verbinden, wenn Sie mich wissen ließen, was der Charakter des Empfanges etwa ist und auch, ob Rochefort darauf vorbereitet ist. Ich vermute, Sie wissen, daß er es verschmäht hat, zu einem Schaustück der in New York sitzenden Kommunarden gemacht zu werden.

Sehen Sie einige Anzeichen von einem Kongreß in Brüssel im nächsten September? Die Nächte sind zu kurz und ich bin zu müde, um Ihnen jetzt einen persönlichen Besuch zu machen.

Ihr getreuer

J. Georg Eccarius.

---

[1] Gemeint ist „Reynold Newspaper", ein radikales Blatt, das die Vorgänge in der Internationale aufmerksam verfolgte und stets gute Berichte darüber brachte.

Der Brief ist nach mehr als einer Seite hin interessant. Der Streik in Genf ist vermutlich ein Goldarbeiterstreik, wie er auch ein Jahr zuvor in Genf stattgefunden hatte. Damals hatte der britische Föderalrat noch nach besten Kräften geholfen. Die blasierten Bemerkungen, die Eccarius hier fallen läßt, beweisen, wie sehr ihm in den letzten Jahren das internationale Solidaritätsgefühl verloren gegangen war, wie tief er bereits im Sumpfe des Trade Unionismus steckte.

Die Zeilen von Bürkli beweisen, daß nach dem Zusammenbruch der Internationale die Stimmung gegen Marx auch in solchen Kreisen gereizt war, die den Bakunisten fernstanden. Mit der Verlegung des Generalrats nach New York konnte man sich nicht befreunden, und man sympathisierte mit den alten Generalratsmitgliedern Eccarius, Jung usw., von denen man annahm, daß sie sich wegen dieser Maßnahme mit Marx verfeindet hätten. Eccarius freilich schreibt verbittert. Über die Differenzen, die Jung mit Marx entzweiten, hat dieser selbst sich am rückhaltlosesten auf dem Londoner Sezessionistenkongreß am 26. Januar 1873 geäußert. Der Bericht, den die „Neue Zeit“ im Anschluß an die „Eastern Post“ im Jahrgang XXI, 2, S. 45 über die Rede Jungs gibt, läßt diese Gründe wohl erkennen; ausführlicher ist ein Bericht in der „Times“ vom 28. Januar 1873, der vermutlich aus Eccarius' Feder ist. Auch ein zwölfseitiges Pamphlet, das die Gruppe der Sezessionisten als Antwort auf das in der „Neuen Zeit“, XXI, 2, S. 29 ff. veröffentlichte Rundschreiben erließ, bestätigt, daß Jung Engels und dessen angeblich selbstherrliches Auftreten für die Entzweiung verantwortlich gemacht hat. Diese Entfremdung trat offenbar endgültig bei Gelegenheit der spanischen Affäre ein, wo Jung Engels in den Arm fiel, als dieser einen öffentlich verwertbaren Beweis für die Geheimorganisation der Bakuninschen Allianz in Spanien gegen den allianzistischen Generalrat dort ausspielen wollte, das heißt wenige Wochen vor dem Haager Kongreß, während Eccarius, wie der Brief von Engels an Liebknecht (siehe „Neue Zeit“, XXI, 2, S. 49 ff.) ausweist, schon im Mai 1872 mit Marx völlig zerfallen war.

Die letzten Zeilen beziehen sich auf den Empfang Rocheforts. Rochefort war es am 19. März 1874 gelungen, zugleich mit Paschal Grousset und Jourde an Bord eines australischen Fahrzeugs aus Neukaledonien zu entweichen. Grousset und Jourde haben dann in der „Times“ einen exakten Bericht über die fanatische Grausamkeit der Behandlung gegeben, mit der die Deputierten der Kommune von der Rachsucht der Versailler gequält wurden. Lissagaray hat diese Berichte in seinem Buche über die Kommune veröffentlicht. Ranvier war früheres Kommunemitglied; er war Blanquist und mit mehreren anderen Blanquisten nach der Kommune in den Generalrat aufgenommen worden. Er präsidierte auf dem Haager Kongreß. Noch vor Schluß des Kongresses verließen die Blanquisten den Kongreß und traten aus der Internationale aus. Die Verlegung des Generalrats nach New York hatte ihnen jede Hoffnung genommen, aus dem Generalrat ein Revolutionskomitee zur Revanche für die Kommune zu machen. Aus der Bemerkung über die Kommunarden in New York spricht der Ärger von Eccarius über Dereure, auch Blanquist und Kommunemitglied, der den Engländern auf dem Haager Kongreß entgegengetreten war.

Der Kongreß in Brüssel sollte nach Beschluß des Genfer Kongresses am 7. September zusammentreten. Es war ein Kongreß der abtrünnigen Föde-

rationen, der Jurassier, Spanier, Belgier, Italiener und der sezessionistisch Engländer. Der Genfer Kongreß, der in der ersten Woche des September 18 stattgefunden, hatte einen kläglichen Verlauf genommen. Diese sezessionistisch Föderationen, die mit Ausnahme der Belgier sich bald im „autonomen Anarchismus auflösten, hatten keine Gestaltungskraft. Darum mißlangen au alle Versuche, die Eccarius und Jung machten, um die alte Internationa wieder aufleben zu lassen. Denn die lebens- und entwicklungsfähigen Organ sationen wollten von Eccarius und Jung nichts wissen. (Schluß folg

Schlimmer als Streikbruch.

Von **Stephan Heise.**

Rheinland-Westfalen ist von den Scharfmachern zum Schauplatz ihrer Kämp gegen die Organisationen der Arbeiter ausersehen. War es im Anfang des Jahr das gewaltige Ringen der Bergsklaven mit ihren Ausbeutern, so ist es jetzt d Kampf um das Koalitionsrecht der Brauereiarbeiter, den das im Boykottschutzverbar organisierte Brauereikapital den Arbeitern aufgenötigt hat. Aufgabe dieser Zeil soll es nicht etwa sein, die Entstehung und den bisherigen Verlauf dieses Kampf zu schildern — das ist durch die Tagespresse zur Genüge geschehen —, sondern d Waffen dieses Kampfes und den Gebrauch der Kampfmittel einer kritischen Betrac tung zu unterziehen.

Für die Brauereiarbeiter ist ein Streik sehr schwer durchzuführen. Mit ein kleinen Anzahl gelernter Leute kann der Betrieb aufrechterhalten werden, wenn si Angelernte in genügender Anzahl finden. Nun kann man ja leider bei jedem Loh kampf beobachten, daß eine Anzahl Arbeiter im Betrieb bleiben und die ungelernte Arbeiter, die überall zu haben sind, in der Arbeitsmethode unterweisen. Daß die Erscheinung insbesondere in den gesegneten Gefilden des Zentrums zutage tritt, i allbekannt und bedarf keiner näheren Begründung. Unter solchen Umständen ist d gewichtige Waffe, mit der die Anmaßungen des Unternehmertums dieses Beru zurückgewiesen werden können, der Boykott.

Der Boykott, den die englischen und amerikanischen Arbeiter schon längst erfol reich im Kampfe gegen das Unternehmertum angewandt haben, ist für die deutsch Arbeiterschaft eine noch verhältnismäßig neue Waffe, deren Wert noch nicht i genügendem Maße geschätzt wird. Und doch ist er eines der wichtigsten Kampfe mittel, das in den meisten Fällen da einsetzen kann, wo die Macht der gekreuzte Arme versagt oder ein Streik auch schon wegen der Schwäche der Berufsorgan sation aussichtslos erscheint. Hätte man den Wert des Boykotts schon richtig e kannt, so wäre es nicht möglich, daß organisierte Arbeiter den Boykottbruch milde beurteilen als den Streikbruch. Aus welchen Gründen dies geschieht, ist ja leic ersichtlich. Der Streikbrecher versündigt sich an dem Klasseninteresse des Proletariat jeder Arbeiter kann bei einem Streik durch den Arbeitswilligen um seiner Opfe Lohn gebracht werden; daher wird der Streikbruch von allen Arbeitern gleic mäßig als gemeingefährlich empfunden. Der Boykott kann aber nur einer eng un grenzten Arbeiterschicht direkt nützen, nur vereinzelte Berufe können von ihm Ge brauch machen.

Und doch ist der Boykottbruch verwerflicher als der Streikbruch! De Streikbrecher wird oft durch seine materielle Not gezwungen, dem Kapital zu dienen er wird zum Verräter an seinen kämpfenden Klassengenossen, weil hungernde Kinde um Brot schreien und die graue Sorge mit ihren Knochenfingern an seine Tür pocht. So kann man den Streikbruch in bestimmten Fällen verstehen, wenn auch nich entschuldigen.

Für den Boykottbruch gibt es jedoch keinerlei Milderungsgründe. Denn der oykottbrecher wird nur durch seine mangelnde Energie, durch seinen schwächlichen harakter zum Verräter an seinen kämpfenden Genossen. Für die blinde Unterwerfung unter kleinliche Gewohnheitstriebe gibt es keine Entschuldigung; darum muß ihm das Odium des Verrats für immer angehängt erden. Daß selbst die organisierte Arbeiterschaft den Boykottbrecher milder beandelt als den Streikbrecher, ist nur zu verstehen, wenn man annimmt, daß sie ber den Wert des Boykotts noch nicht im klaren ist.

Der Boykott — den man so recht eigentlich als den Zwillingsbruder des Streiks ezeichnen kann — zeitigt allerdings bei flüchtiger Betrachtung einen Zustand, den an für eine Anerkennung von Arbeiterforderungen als unzweckmäßig erachten onnte. Zur Arbeitsverweigerung greift man nur, wenn ein Arbeitsandrang den ieg der Arbeiter wahrscheinlich macht. Umgekehrt führt aber der Boykott eine rbeitsverminderung herbei. Das kann den noch nicht genügend geschulten Arbeiter tutzig machen und verleitet manchen dazu, den Boykott für wenig geeignet zu alten, um den Forderungen der Arbeiter Nachdruck zu geben. Es sei als Beleg ierfür der Ausspruch eines Arbeiters registriert, der, obwohl schon vier Jahre ewerkschaftlich organisiert, auf meine Ermahnung, durch strikte Innehaltung des oykotts den Kampf der Brauer zu unterstützen, entgegnete: „Das begreife ich nicht! an sollte doch gerade jetzt recht viel trinken, damit die Brauereien bald bewilligen üssen." Es bedurfte einer langen Darlegung, um ihm das Irrige seiner Anschauung beizubringen. So wie dieser Arbeiter denkt aber leider noch eine ganze nzahl Gewerkschaftler!

Diese Behauptung wird mancher nicht gelten lassen wollen; aber ich möchte iese Zweifler nur ermahnen, bei der Beurteilung der Intelligenz der Gewerkchaftler nicht immer nur die treibenden Kräfte innerhalb der Organisationen im uge zu haben, sondern auch derer zu gedenken, die man erst vor kurzem aus dem chlamme des Indifferentismus herausgeholt hat. Ich möchte ferner auf die leider icht geringe Zahl derer hinweisen, die ihre Gewerkschaft nur als Versicherungsnstitut gegen die mannigfaltigen Schicksalsschläge des Arbeiterlebens betrachten. ergißt man diese Momente nicht, dann wird man gar bald erkennen, daß es eine bsolute Notwendigkeit ist, den Boykott in den Vordergrund der Gewerkschaftsebatten zu stellen und ihn auf seine Anwendungsmöglichkeiten zu prüfen.

Der Boykott ist eine Waffe, die nicht wie die Arbeitsverweigerung in die Lebenserhältnisse seiner Anwender tief einschneidet, sondern die ihn sogar — wie ein ierboykott — unter Umständen zur Sparsamkeit anhalten kann und doch außerrdentlich nutzbringend für die Streikenden wirkt. Die Verluste, welche der Unterehmer durch einen Streik erleidet, sind durch den nach seiner Beendigung einretenden flotten Geschäftsgang bald wieder wettgemacht. Der Boykott schädigt daegen den Unternehmer oft dauernd, da sich die Kundschaft seinem Konkurrenten uwendet und er ein mehr oder minder großes Absatzgebiet für seine Produkte verert. Würde die Arbeiterschaft von ihrer Macht, die sie als Konsument repräsentiert, inen ausgiebigen Gebrauch machen, so könnten mit Hilfe des Boykotts gar manche ißstände beseitigt werden, unter denen die Arbeiter heute schwer zu leiden aben!

Allerdings, um solche Kämpfe siegreich durchzufechten, ist die Mitarbeit der rbeiterfrau, die ja alle Einkäufe zu besorgen hat, unbedingt notwendig; die rbeiterfrau muß erst über ihre Konsumentenpflicht aufgeklärt sein, ehe ein Boykott ie Lohn- und Arbeitsbedingungen ganzer Arbeiterschichten günstig beeinflussen kann. nd daran mangelt es eben! „Davon verstehst du nichts", ist noch immer die ehende Redensart, mit der die Fragen der Frau auch von vermeintlich aufgeklärten rbeitern abgetan werden. Kläre man daher vor allem die Gewerkschaftsmitglieder ber den Wert des Boykotts auf, mache man ihnen begreiflich, daß ohne die tätige ithilfe der Arbeiterfrau eine so scharfe Waffe wie der Boykott stumpf und schartig

ist, dann wird gar mancher auch seine Frau oder Tochter für den Klassenkampf Proletariats erziehen.

Mit ethischen Ermahnungen wird aber freilich auch nicht viel ausgerich werden. Um zu erreichen, daß mindestens die gewerkschaftlich organisierten Arbe samt und sonders die Boykotts streng beachten, müssen andere Organe als ethisches Empfinden in Aktion treten.

Voraussetzung muß dann selbstverständlich sein, daß Boykotts nicht von jed Organisation eines Ortes beliebig verhängt werden können, sondern daß sie von gesamten am Orte bestehenden Gewerkschaften gemeinsam beschlossen sein müss Wo das der Fall, könnte man so weit gehen, den Bruch des Boyko mit Ausschluß aus der Organisation zu bestrafen. Die Gewerkschaf müßten die Bestimmung in ihr Statut aufnehmen, daß jedes Mitglied, welches ei vom Gewerkschaftskartell des Ortes beschlossenen Boykott nicht einhält, von sei Organisation ausgeschlossen wird.

In Köln haben während des jetzigen Bierboykotts eine Anzahl Gewerkscha zahlstellen Resolutionen angenommen, welche fordern, daß gegen Boykottbrecher Ausschlußverfahren eingeleitet werde. Andere Ortsgruppen haben solche Reso tionen abgelehnt; sie sind im Prinzip mit ihnen einverstanden, schrecken aber vor Durchführung zurück, da sie fürchten, durch solchen Beschluß Mitglieder zu verlier

Das ist sehr kleinlich gedacht! Nicht allein in der Zahl der Mitglieder ber die Stärke einer Kampforganisation, sondern vor allem auch in der Kampf freudigkeit ihrer Mitglieder. Boykottbrecher können sich nur aus unzuverlässig Elementen rekrutieren, und wenn eine Gewerkschaft diese los wird, ist es um besser. Hält man den Streikbrecher für unwürdig, einer Arbeiterorganisation zugehören, so ist auch der Boykottbrecher nicht zu dulden. Wer nicht einmal wenig Bequemlichkeit opfern, wer nicht auf alte Gewohnheiten Verzicht leisten ka wo es der Klassenkampf erfordert, der wird auch nicht die stets weit größe materiellen Opfer eines Streiks auf sich nehmen! Darum: Heraus mit d Boykottbrecher aus der Organisation!

Selbstanzeige.[1]

Von **Georg Weill.**

Der freundlichen Aufforderung der Redaktion der „Neuen Zeit", ihren Les das Erscheinen meiner Arbeit über „Die Lage der Kanalschiffer in Elsaß-Lothring mitzuteilen, komme ich um so lieber nach, als sie mir Gelegenheit gibt, zu zeig von welchem allgemeinen Gesichtspunkt aus meine Untersuchung geleitet war.

Um die jetzige Lage der Schiffer zu schildern, war vor allem erforderlich zeigen, wie sie sich gestaltet hat, wie sie geworden ist, so daß die Entwicklung d Schiffahrtsgewerbes die Richtlinie der ganzen Erörterung werden mußte. D Kanalschiffahrtsgewerbe ist aber ein Verkehrsgewerbe, dessen Entwicklung nur erf werden kann, wenn der enge Zusammenhang, der zwischen ihm und d gesamten Wirtschaft besteht, nie aus dem Auge verloren wird. Somit wa für meine Arbeit von vornherein zwei Grundfragen maßgebend, die in folgen Worten ihren knappen Ausdruck finden: Welche Momente wirken entscheidend die Entwicklung eines Verkehrsgewerbes? und: Wie läßt die Entwicklung eines V kehrsgewerbes die Lage der in ihm tätigen Elemente sich gestalten? Die Bea wortung dieser Fragen war die Lösung der Aufgabe, die ich mir gestellt hatte, e warf das Bild von der Lage der Kanalschiffer in Elsaß-Lothringen. Ich erla mir, an dieser Stelle darauf hinzuweisen, daß meiner Abhandlung in mehre

[1] „Die Lage der Kanalschiffer in Elsaß-Lothringen", von Georg Weill, Do der Staatswissenschaften. Straßburg 1905, Verlag von Josef Singer.

ezensionen, so auch seitens des Genossen Ed. Bernstein in den „Dokumenten des ozialismus", vorgeworfen worden ist, sie gebe zuviel und verleugne ihren Titel. licht die Lage der Kanalschiffer zeichne sie, sondern Kanalschiffahrt und Kanalschiffer abe sie zum Objekt. Vielleicht habe ich mich durch die obige Angabe der für meine chrift maßgebenden Fragestellung gerechtfertigt: die Entwicklung des Schiffahrts-ewerbes mußte eingehend verfolgt werden, da erst ihre Kenntnis die Lage der chiffer verständlich erscheinen lassen konnte.

Ein Verkehrsgewerbe ist ein Hilfsgewerbe, vornehmlich für Handel und ndustrie, deren Bedürfnisse seine Entwicklung bestimmen. Erst die eriode der Industrie läßt mächtige Verkehrsmittel entstehen und ausbauen, wie sie ndererseits, in der Handelspolitik, auf die Niederwerfung der Verkehrshemmnisse rängen muß. So ist auch das Kanalschiffahrtsgewerbe in Elsaß-Lothringen in der rsten Hälfte des neunzehnten Jahrhunderts entstanden, als die prohibitiven Gesetze nd die durch sie hervorgerufene Schädigung des Transitverkehrs ihr Ende gefunden atten. Ursprünglich stand jedoch die Kanalschiffahrt in enger Verbindung mit der och vorhandenen Rheinschiffahrt, und erst als diese durch verschiedene Umstände ernichtet war, konnte das Kanalschiffahrtsgewerbe entstehen, das wir heute noch ennen. Dank dem unvollkommenen Ausbau des Kanalnetzes vermochte sich aber ie Betriebsweise nicht zu entfalten, und das Kanalschiffahrtsgewerbe war daher on Anfang an ein Kleingewerbe. Und ein Kleingewerbe ist es trotz der allgemeinen erkehrszunahme geblieben; zunächst, weil durch den immer noch ungenügenden lusbau nur eine beschränkte Ausnutzung der Wasserstraßen möglich war und ist, nd ferner, weil die Erhebung von drückenden Schiffahrtsabgaben, die zur Amorti-ation des in einer sehr bescheidenen Verbesserung des Netzes angelegten Kapitals ienen sollen, die Rentabilität der Schiffahrt völlig zunichte gemacht haben. Deshalb ehört auch der Kanalschifferstand zum schlechtest gestellten Mittelstand, der dem lntergang geweiht ist, da er bei Ermöglichung größerer Rentabilität der Groß-eederei weichen oder aber in der Verschuldung eingehen muß. Das ist die heutige age der Schiffer, und ich habe mich bemüht, sie deutlich, in allen Einzelheiten zu ennzeichnen, zunächst rein wirtschaftlich, wie sie sich in der Gliederung der Schiffer-evölkerung nach Unternehmern und Lohnarbeitern darstellt, ferner in den Ein-ommensverhältnissen, sodann auch sozialpsychologisch, in der eigenartigen Lebens-veise der ganzen Volksschicht. Wie wird sich aber die künftige Entwicklung estalten? Die Verkehrszunahme in der Wirtschaft, die Ausgestaltung von Handel nd Industrie, verlangt eine leistungsfähige Schiffahrt, da die Schienenwege für Massengüter wegen der hohen Spesen nicht oder nur wenig in Betracht kommen. llein der mangelhafte Ausbau des Kanalnetzes entspricht diesen Anforderungen on Handel und Industrie nicht, und die aus den Verhältnissen im Schiffahrts-ewerbe für dasselbe resultierende Entwicklung läßt nur auf Verschuldung oder lntergang schließen. Hier müßte also die Politik einsetzen. Die bisherige Re-ierungspolitik war lediglich durch fiskalische Motive bestimmt und jedes weiteren Blickes bar, der die Notwendigkeit der Hebung der Verkehrsmöglichkeit im leichen Verhältnis mit dem Wachsen der Ansprüche von Handel und Industrie erkennen müßte. Eine derartige weitherzige Politik müßte aber durch Schaffung einer rentablen Schiffahrt die Schiffahrt erhalten, die freilich dann durch Großreederei betrieben würde.

Früher oder später wird sich die Politik auch in diesem Sinne, entsprechend en Bedürfnissen von Handel und Gewerbe richten. Dann wird sich aber unter den inzelnen Teilen des Handels und der Industrie eine genügende Interessengemein-chaft herangebildet haben, damit der Staat zur Übernahme des Schiffahrtsverkehrs chreiten müßte, während heute die Binnenschiffahrt nur im Dienste von einigen venigen Erwerbszweigen steht, so daß meines Erachtens eine Verstaatlichung dieses Verkehrsmittels, die auch im Parteiprogramm vorgesehen ist, der Situation der Wirtschaft noch nicht entsprechen würde.

Diese Selbstanzeige gibt den Inhalt der Schrift nur sehr ungenau wieder ist deshalb vielleicht eine schlechte Rezension. Ich hielt es aber für wichtiger, di Klarlegung des meine Schrift leitenden Gedankens zu zeigen, wie ich auf dem biet der rein beschreibenden Sozialwissenschaften eine dialektische Untersuchun methode anwenden mußte, wenn ich meiner Arbeit einen wissenschaftlichen W geben wollte.

Literarische Rundschau.

Das Reichsgesetz, betreffend Kaufmannsgerichte vom 6. Juli 1904 nebst zwei A hängen. Erläutert von M. v. Schulz. Jena 1905, Verlag von Gustav Fisch

Von dem Inhalt des 385 Seiten starken Buches entfallen nur 67 Seiten das Kaufmannsgerichtsgesetz. Der Rest wird durch den Abdruck von Auszü aus dem Gewerbegerichtsgesetz, der Zivilprozeßordnung, der Gebührenordnung, Handelsgesetzbuchs, der Gewerbeordnung, des Bürgerlichen Gesetzbuchs sowie Lohnbeschlagnahmegesetzes und der preußischen Ausführungsbestimmungen zum Ka mannsgerichtsgesetz ausgefüllt. Der Verfasser wollte durch diese Zusammenfassun dem Praktiker eine handliche Zusammenfassung aller einschlägigen Bestimmun geben. Allein diese Absicht ist nicht erreicht und konnte auf diesem Wege auch ni erreicht werden. Insbesondere die materiellrechtliche Seite des dem Kaufman gericht unterstellten Stoffes läßt sich von dem allgemeinen Recht nicht loslös Neben den zum Abdruck gelangten Vorschriften des Dienstvertrags aus dem Bürg lichen Gesetzbuch kommen fortwährend zum Beispiel die Vorschriften des allgemein Teils der Bürgerlichen Gesetzbuchs, sowie seine teilweise sozialpolitisch bedeutsam Vorschriften über das Recht der Schuldverhältnisse im allgemeinen (Verzug, A rechnung, Erlöschen usw.) bei der Rechtsfindung zur Anwendung. Häufig wi ferner die Anwendung und Auslegung der Versicherungsgesetze, hier und da a strafrechtlicher Vorschriften erforderlich. Es läßt sich nicht ein Rechtsgebiet aus d Rahmen des gesamten materiellen Rechts loslösen. Wenn der Verfasser du Wiedergabe einzelner, besonders häufig zur Anwendung gelangender Gesetzesie den Gebrauch der weitschichtigen Gesetze überflüssig machen wollte, so konnte diesen Zweck aus den in der Sache selbst liegenden Gründen, insbesondere dem materiellrechtlichen Gebiete nicht erreichen. Will man die nicht in einem Ge geordnete, sondern in vielen Gesetzen zerstreut geregelte Materie des kaufmännisch Dienst- und Lohnverhältnisses zusammenfassend darstellen, so läßt sich das nur du eine vom Gesetzestext losgelöste systematische Darstellung des kaufmännischen V tragsverhältnisses erreichen. Entbehrlich kann auch durch sie die Benutzung d Gesetze selbst nicht werden. Das Erscheinen so vieler handlicher Textausgaben b weist ihre praktische Notwendigkeit. Konnte das v. Schulzsche Buch den Zwe andere Gesetzestexte für den praktischen Gebrauch entbehrlich zu machen, nicht e reichen, so hat es andererseits den Zweck, einen brauchbaren zuverlässig Kommentar zum Kaufmannsgerichtsgesetz zu schaffen, in hohem Maße e füllt. Der als Vorsitzender des Berliner Gewerbegerichts und durch eine Rei sozialpolitischer Abhandlungen als vorurteilsloser und gediegener Kenner sozi politischer Verhältnisse vorteilhaft bekannte Verfasser gibt in den Anmerkung zum Kaufmannsgerichtsgesetz ein klares Bild über die Geschichte, den Zweck u die Tragweite der einzelnen gesetzlichen Bestimmungen. Die prozeßrechtliche Literat ist in erschöpfender Weise beachtet. Das Buch ist für das prozessuale Gebi für Vorsitzende von Kaufmannsgerichten fast unentbehrlich. Kurze, aber inhalt reiche Bemerkungen zu den materiellrechtlichen Vorschriften erschöpfen zw keineswegs die mit so außerordentlich viel Streitfragen durchsetzte Materie d Arbeitsvertragsrechts, enthalten aber vielfach wertvolle Hinweise für Vorsitzend

von Kaufmannsgerichten. Für Kaufleute und Handlungsgehilfen bietet der materiell-rechtliche Kommentar zu wenig, setzt zu viel Literaturkenntnis voraus und entbehrt wie alle Kommentare der für Laien durchaus erforderlichen systematischen und dogmatischen Darstellung des Rechtsstoffs. Arthur Stadthagen.

Moderne Landsknechte. Erzählungen aus dem Kolonial-Soldatenleben von Ernst Däumig. Halle a. Saale, Verlag der Volksbuchhandlung.

Der Genannte ist den Lesern der „Neuen Zeit" kein Unbekannter. Über das gleiche Thema hat er unter dem Titel „Schlachtopfer des Militarismus" in Jahrgang XVIII, 2, S. 365 u. f. berichtet, und zwar über die schaurigen Zustände in der französischen Fremdenlegion, wobei er auf den starken Anteil hinwies, den deutsche Militärflüchtlinge in ihr bilden. Die vorliegende Schrift behandelt das gleiche Thema, nur daß der Verfasser seine Erlebnisse in Novellenform kleidete, in der Hoffnung, dadurch einen größeren Leserkreis anzuziehen. Was Däumig über das Leben und Treiben in der Fremdenlegion im mexikanischen Kriege, in dem der unglückliche österreichische Erzherzog Maximilian als Opfer napoleonischer Staatskunst zugrunde ging, in Algier und Tonkin erzählt, ist ebenso interessant als spannend. Wer eine aufregende Lektüre liebt, wird sie in dem Büchlein finden. Zu wünschen wäre, daß unsere ganze militärpflichtige Jugend, von der ein nicht unerheblicher Teil alljährlich leichtsinnig genug die Kaders der französischen und holländischen Fremdenlegion oder die Reihen der Freiwilligen für alle möglichen kolonialen Abenteuer füllt, das Schriftchen zu Gesicht bekäme, viele würden vor der Zerstörung ihrer Illusionen bewahrt und vor einem bösen Ende gerettet. Leider wird es in diese Kreise am wenigsten eindringen, weil uns auf diese zumeist noch der Einfluß fehlt. Wenn die Tagespresse der Partei sich mit dem Verfasser ins Benehmen setzte und die einzelnen Abschnitte seiner Schrift in ihren Feuilletons veröffentlichte, würde in weit höherem Grade dieser Zweck erreicht werden. A. B.

Notizen.

Die Agitation für die Parteipresse. Der Ausbau der Parteipresse gehört mit zu unseren wichtigsten Aufgaben. Während im Jahre 1903 die Zahl der für unsere Partei abgegebenen Stimmen drei Millionen betrug, hatte unsere Presse nur einen Abonnentenstand von zirka 600000 aufzuweisen. Wir haben also keine Ursache, uns mit dem Stande der Parteipresse zufrieden zu erklären.

Mag es nun auch auf dem flachen Lande schwieriger sein, unserer Parteipresse Eingang zu verschaffen, in den Industriezentren beziehungsweise Großstädten muß es möglich sein, eine entschiedene Wandlung zum Bessern herbeizuführen. Relativ am besten floriert wohl die Parteipresse in Sachsen, aber in Preußen, Bayern bis herab zu Mecklenburg und den drei Hansestädten läßt ihr Stand noch sehr viel zu wünschen übrig. Man verweist auf Berlin mit seinen 92000, auf Hamburg mit seinen zirka 45000 Abonnenten, vergißt dabei aber das große Verbreitungsgebiet mit seinen Hunderttausenden von sozialdemokratischen Wählern, so daß in Wirklichkeit die Abonnentenzahl auf einen sehr mageren Prozentsatz zusammenschmilzt.

Zu den gebräuchlichsten Mitteln, Abonnenten für die Parteipresse zu erwerben, gehören: 1. die Aufforderung durch die Presse selbst, 2. die Aufforderung in politischen und gewerkschaftlichen Vereinen und Versammlungen, 3. Kolporteure, 4. Übersendung von Probeexemplaren auf Wochen oder Monaten an Nichtabonnenten, 5. Abonnentensammler. Ein sechstes Mittel, das mit oder ohne Verbindung mit einer statistischen Er-

hebung durch die Partei oder Gewerkschaft am Orte angewandt wird, besteht da[illegible] daß in den Distrikten und Bezirken in gewissen Zeiträumen eine intensive Ha[illegible] agitation entfaltet wird.

Über die ersten vier Punkte brauche ich mich hier wohl nicht ausführlicher [illegible] verbreiten, da deren Erfolge allgemein bekannt sind. Es genügt, an dieser St[illegible] festzustellen, daß die Anwendung der besagten Mittel nur in seltenen Fällen [illegible] überraschenden Erfolgen geführt hat, zum Beispiel in Wahlzeiten, bei Attenta[illegible] auf Volksrechte usw. Was insbesondere die Agitation durch die Kolporteure [illegible] betrifft, so verhindert deren anstrengender Beruf sie schon daran, den sie ja übrig[illegible] mit größter Beschleunigung ausführen müssen.

Besondere Beachtung verdient dagegen die Anstellung von Abonnente[illegible] sammlern, die sich mit voller Kraft ihrer Tätigkeit zu widmen und in den [illegible] Orte befindlichen Gewerkschaftshäusern oder den sonst irgendwo tagenden politisc[illegible] und gewerkschaftlichen Versammlungen Mann für Mann zu fragen haben, ob [illegible] auf die Parteipresse abonniert sind und eventuell zum Abonnement aufzuforde[illegible] Diese persönliche Aufforderung noch dazu in Gegenwart anderer, die vi[illegible] leicht schon die Arbeiterpresse halten, übt vielfach einen starken moralisch[illegible] Eindruck auf die Betreffenden aus.

Daß der Parteiverlag dem Abonnentensammler, der selbstverständlich Part[illegible] genosse sein muß, für seine nutzbringende Tätigkeit eine angemessene Entschädigu[illegible] gewährt, versteht sich von selbst. Die Höhe derselben bemißt man am besten proze[illegible] weise und pro Abonnent. Die „Volkswacht" in Breslau kostet zum Beispiel [illegible] Woche 20 Pfennig. Auf diese Summe hat der Abonnentensammler für jeden Ne[illegible] gewonnenen Anspruch, sofern der letztere 4 Wochen hindurch Abonnent geblieben [illegible]

Die Hausagitation ist nur da erfolgreich möglich, wo ein gut ausgebildet[illegible] Distrikts- und Bezirksführersystem vorhanden ist, das bis jetzt ja vorwiege[illegible] in den Großstädten existiert. In den Distrikten und Bezirken hat die Agitation f[illegible] die Parteipresse in der Weise einzusetzen, daß zunächst eine gründliche Ausspra[illegible] stattfindet, Straßen und Häuser genau abgegrenzt werden, damit jeder Mitwirken[illegible] genau über das von ihm zu bearbeitende Gebiet orientiert ist. Es ist ganz nützli[illegible] wenn die Bewohner durch ein aufklärendes Flugblatt über den Wert der Arbeit[illegible] presse vorbereitet werden. Die Hauptagitation, das heißt die Nachfrage bei d[illegible] Bewohnern und das Einsammeln der neuen Abonnenten muß aus leicht ersic[illegible] lichen Gründen möglichst an einem Sonntag erfolgen. An Stelle des Flugblatt[illegible] können übrigens auch Probeexemplare der Parteipresse verteilt werden.

Die gute Wirkung der Hausagitation für die Parteipresse durch die Distri[illegible] beziehungsweise Bezirke zeigt die Breslauer „Volkswacht". An verschiedenen Son[illegible] tagen gewann sie an Abonnenten: 388, 262, 576, 505. Diese Summen erstreck[illegible] sich über einen Zeitraum von nur 2 Monaten, es macht also die Ernte üb[illegible] 1700 Abonnenten. Die Parteipresse nahm von diesem Wachstum fast über[illegible] Notiz und spornte die einheimischen Genossen zu intensiver Tätigkeit auf diesem no[illegible] kräftig zu beackernden Gebiet an.

Außerordentlich erfreulich ist es aber, daß in verschiedenen Städten, wir dürf[illegible] an Leipzig, Magdeburg, Halle, Kassel und Dessau erinnern, die Gewerkschaft[illegible] die Initiative ergreifen, Enqueten veranstalten, um festzustellen, wieviel der Orga[illegible] sierten die Parteipresse lesen. Die Gewerkschaften, Sekretariate und Kartelle hab[illegible] dabei mit Nachdruck darauf hingewiesen, wie notwendig und wertvoll es ist, we[illegible] die Organisierten die Parteipresse an Stelle der Schund-, Lokal- und Generalanzeige[illegible] Presse mit ihrer Links- und Rechtsschreiberei lesen.

Es wäre erwünscht, wenn die Agitation für unsere Parteipresse überall e[illegible] etwas lebhafteres Tempo annehmen würde.

Ludwig Radlof, Bresla[illegible]

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 36 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Parlamentarismus und Proletariat.

⸗ Berlin, 31. Mai 1905.

Die große Seeschlacht in der Koreastraße drängt das Interesse an allen Tagesfragen in den Hintergrund; der Atem einer weltgeschichtlichen Entscheidung weht durch die Völker des Erdballs, und eine gewaltige Zukunft drängt heran, nachdem die Pranken zerschmettert worden sind, mit denen der zarische Despotismus noch um den Sieg kämpfen konnte. Nun, da er nur noch konvulsivisch um sein nacktes Dasein ringen kann, wachsen auch gewaltig die Aufgaben der russischen und mit ihnen die Aufgaben der internationalen Revolution, von denen es nicht heißen darf, daß der große Augenblick ein kleines Geschlecht gefunden habe.

Freilich wenn man am Maße der deutschen Volksvertretung messen will, deren Session durch einen urplötzlichen Beschluß der Regierung beendigt worden ist, so kann man nicht behaupten, daß die deutsche Nation auf der Höhe der historischen Situation stände. Es ist so etwas wie ein Verfaulen des bürgerlichen Parlamentarismus bei lebendigem Leibe, was sich am deutschen Reichstag vollzieht. Seine Verhandlungen sind auch der bürgerlichen Welt, und gerade ihr, längst zum Ekel geworden; niemand liest sie mehr, als wer berufsmäßig dazu gezwungen ist, und die beiläufigste Sensation des Tages läuft ihnen den Rang ab. Man kann tausend gegen eins wetten, daß die Hofansage für eine historisch und politisch so gleichgültige Sache, wie eine demnächst stattfindende Hochzeit im Hause des Kaisers ist, in den „Kreisen von Besitz und Bildung“ gründlichere und zahlreichere Leser gefunden hat, als die Berichte über die Reichstagsverhandlungen des ganzen Winters zusammengenommen.

Oft ist darauf hingewiesen worden, daß die Beteiligung der Arbeiterklasse an den Reichstagswahlen und damit auch am Reichstag selbst dieser Körperschaft neues Leben eingehaucht habe. Das ist bis zu einem gewissen Grade

richtig, aber eben doch nur bis zu einem gewissen Grade. Der bürgerli Parlamentarismus ist ein bürgerliches Gewächs, und nur aus seinem mütte lichen Boden vermag er eigene und frische Kraft zu saugen. Versagt dies Boden, so kann ihm solche Kraft nicht von außen eingeimpft werden; das Bl des Proletariats muß auf die Dauer vertrocknen, wenn es in die ve schrumpfenden Adern eines bürgerlichen Parlamentes übergeführt werden so So läßt sich der Verfall der deutschen Volksvertretung aufhalten, aber ve jüngen läßt sich der Reichstag auf diese Weise nicht.

Es war eine grobe Ungezogenheit und ein Hohn auf die Verfassung, ab es war deshalb noch keine historische Unwahrheit, als vor dreißig Jahr Ludwig Bamberger den ersten größeren Trupp von Sozialdemokraten, der den Reichstag gelangte, als „Gäste" ansprach, die sich fein artig zu benehme hätten, wenn die Hausherren nicht kurzes Federlesen mit ihnen machen sollte Auf dem Boden des bürgerlichen Parlamentarismus ist das Proletariat zw kein willkommener und am wenigsten ein bequemer, aber immerhin nur ei „Gast", den man mit mehr oder weniger guten Mienen zum bösen Spiele dulde weil man ihn dulden muß, aber den man weit entfernt ist, als Kind de Hauses zu betrachten, weil man ihn dafür gar nicht zu erkennen braucht. W einst die bürgerliche Opposition in den feudalen Ständekammern eine illegitim Opposition war, die sich nicht ausrecken konnte, ohne den verrotteten Bau z zertrümmern, so wird der proletarische Emanzipationskampf das Gebäude de bürgerlichen Parlamentarismus sprengen, und eben deshalb wird er, solang er zu dieser entscheidenden Leistung noch nicht fähig genug ist, in diesen Mauer niemals seine ganze oder auch nur seine eigentümlichste Kraft entfalten könne Diese Kraft wird immer viel urwüchsiger in der gewerkschaftlichen und politische Organisation leben, die er sich selbst schafft, in souveräner Machtvollkommen heit, nicht zwar von Gottes, aber von der Geschichte Gnaden.

Die Arbeiterklasse muß ihren Befreiungskampf auf dem Boden der bürge lichen Gesellschaft führen und somit auch auf dem Boden des bürgerliche Parlamentarismus. Allein sie sinkt nicht mit, wenn dieser Boden versinkt denn sie hat ihre Hütten auf festeren Grund gebaut. Sicherlich könnte es ih lieber sein, wenn andere Einrichtungen des Klassenstaates eher verfielen, al der bürgerliche Parlamentarismus, so etwa die Monarchie, aber dies zu ent scheiden liegt nicht in ihrer Macht; verliert der deutsche Reichstag nicht zun wenigsten deshalb jedes Ansehen, weil er sich keine selbständige und unab hängige Stellung gegenüber der Krone zu sichern weiß, so kann ihm das Prole tariat nicht ein Rückgrat steifen, woran es ihm so gänzlich fehlt. Überaus charakteristisch sind in dieser Beziehung die Umstände, unter denen der Reichs tag eben geschlossen worden ist. Vierundzwanzig Stunden, ehe es geschah ahnte er noch nichts von dem, was kommen sollte; nur etwa so viel Zeit früher als jedem armen Sünder zur Verdauung der Kunde gewährt wird, daß er an den Galgen gehenkt werden soll, wurde ihm mitgeteilt, daß die Session nicht, wie er selbst wünschte, vertagt, sondern vielmehr geschlossen werden solle. Der Präsident der allezeit getreuen Körperschaft aber nahm den unerforschlichen Ratschluß der Regierung mit demütig gekrümmtem Rücken hin und verbreitete

ehrfurchtsvoll die tröstliche Mär, aus „gereizter“ Stimmung sei der Reichstag nicht wie eine Klippschule nach Hause geschickt worden.

Aus „gereizter“ Stimmung in der Tat nicht, sondern aus der tiefen staatsmännischen Erwägung, es vertrüge sich nicht mit dem Geiste der Reichsverfassung, daß der Reichstag durch fortgesetzte Vertagungen sozusagen zum Schrecken aller Schrecken würde, zu einem „Reichstag in Permanenz“. Niemals zeigen sich unsere Regierungen von einer großartigeren Seite, als wenn sie anfangen, „verfassungsmäßig“ zu denken und zu handeln. Was dazu geführt hat, die einzelnen Sessionen des Reichstags nicht zu schließen, sondern zu vertagen, ist die chronische Beschlußunfähigkeit des Hauses, die es nicht mehr gestattet, ganze Arbeit zu machen, sondern die dazu zwingt, die einmal angesponnenen Fäden mühsam zu erhalten, bis sie zu gelegener Stunde abgesponnen werden können. Die chronische Beschlußunfähigkeit des Reichstags wurzelt aber — wenn auch keineswegs allein, und selbst nicht einmal in erster Reihe, aber zum großen Teile — in dem Mangel an Diäten, der sicherlich im schroffsten Gegensatz zum „Geiste der Reichsverfassung“ steht, jedoch das verfassungstreue Gewissen der verbündeten Regierung noch nie im leisesten beunruhigt hat. Dies Gewissen wird erst rebellisch, wenn ein „Reichstag in Permanenz“ droht, wenn die einzelnen Sessionen nicht geschlossen, sondern nur vertagt werden, um überhaupt noch irgendwelche parlamentarische Arbeit fertig zu bringen, wenn die Eisenbahnfreikarte der Reichstagsabgeordneten aus einem, im Sinne der Regierungen, vorübergehenden Übel ein dauerndes Übel zu werden verspricht. Von der Höhe und Weite der staatsmännischen Erwägungen, die deutsche Minister in ihren untadeligen Gemütern wälzen, hat der profane Untertan nicht leicht eine zutreffende Vorstellung.

Eine „gereizte“ Stimmung haben sie deshalb doch nicht gegen den bürgerlichen Parlamentarismus, mögen sie ihn auch noch so sehr von oben herab behandeln. Für den preußischen Landtag hat der Reichskanzler sogar eine Art zärtlicher Vorliebe, wie er eben in Sachen der Berggesetznovelle bewiesen hat. Graf Bülow hat es sich ruhig gefallen lassen, daß ihm die Vertretung der preußischen Geldsäcke das kümmerliche Almosen vollends verschandelt hat, womit er sich von den feierlichen Verpflichtungen lösen wollte, die er zur Beschwichtigung des großen Bergarbeiterstreiks eingegangen war. Es gibt wirklich noch einen Punkt, wo die deutschen Regierungen „parlamentarisch“ zu denken und zu handeln wissen, nämlich wenn es darauf ankommt, sich sanfte Daumschrauben anlegen zu lassen gegenüber den Zugeständnissen, die ihnen eine kraftvolle Bewegung der Massen entrissen hat. Da sind sie „konstitutionell“ vom Wirbel bis zur Zehe. Und nichts kennzeichnet treffender die historische Stellung des deutschen Parlamentarismus, als daß er sich praktisch nur als brauchbar erweist, wenn er als Hemmschuh für den Staatswagen dienen soll, den die Kraft der Arbeiterklasse einmal mit einem plötzlichen Ruck von der Stelle geschoben hat.

Für den Reichstag war es freilich noch eine Art Kompliment, daß er dem Reichskanzler für diesen schmählichen Dienst doch nicht schlecht genug erschien; und auch die Scheu der Regierungen vor dem „Reichstag in Permanenz“ ist

nicht ganz eine leere Vorspiegelung. Das allgemeine Stimmrecht ist nun e
mal ein besonderes Ding, selbst in der verkrüppelten und verstümmelten For
worin die Massen der deutschen Nation es nur erst besitzen, und verglich
mit den Klassenvertretungen der Einzelstaaten hat der Reichstag immer n
einen Trumpf in der Hand, den er nur auszuspielen brauchte, um doch me
zu sein, als bloß ein Feigenblatt des Absolutismus. Aber um so schmählich
für ihn, daß er sein Schwert, dessen bloßes Blinken die Regierungen bei al
dem fürchten, aus freien Stücken abstumpft durch die selbstmörderische Erkläru
seines Präsidenten, es sei aus keiner „gereizten" Stimmung, daß die Regierung
den „Reichstag in Permanenz" nicht haben wollen.

Der Verlauf des Kölner Gewerkschaftskongresses hat in der sozialdem
kratischen Tagespresse zahlreiche Klagen über die abflauende, sich in Klein
keiten und selbst Kleinlichkeiten verlierende Kampfesstimmung der deutsch
Arbeiterklasse hervorgerufen. Es ist hier nicht der Ort, das Maß der B
rechtigung zu untersuchen, das diesen Klagen innewohnt; soweit sie aber b
rechtigt sind, spielt dabei die Überschätzung des bürgerlichen Parlamentarism
mit, Überschätzung natürlich nicht in dem Sinne, daß man von den bürgerlich
Parteien mehr erwartet, als sie leisten können, aber in dem Sinne, daß m
von dem bürgerlichen Parlamentarismus mehr erwartet, als er leisten kan
wenn man ihn auch nur als bloßes Kampffeld für die proletarischen Interess
betrachtet. Es ist nicht bloß ein zeitlicher Zusammenhang, wenn der bürg
liche Parlamentarismus in dem Maße verfällt, wie sich die Arbeiterbewegu
kräftig entwickelt, und es liegt eine ernste Lehre darin, daß sich die hipp
kratischen Züge des deutschen Reichstags niemals krasser ausgeprägt haben a
in den 193 Sitzungen, die er nunmehr seit dem großen Dreimillionensieg d
deutschen Sozialdemokratie abgehalten hat.

Auch hier treibt die historische Entwicklung ihr dialektisches Spiel: die ne
Kraft, die dem bürgerlichen Parlamentarismus aus fremdem Erdreich zugefüh
wird, offenbart nur, wie völlig erschöpft das alte Erdreich ist, worin er histori
wurzelt.

Die sozialdemokratische Bewegung in Belgien vor 1848.

Von **Louis Bertrand.**

II. (Schlu

Das von Alfred Picard geführte und aufbewahrte Protokoll der erst
Sitzung der „Demokratischen Gesellschaft" wurde 1872 von Lucien Jottra
in seiner schon erwähnten Studie über Charles Louis Spilthoorn teilwe
abgedruckt.

In Anbetracht der Wichtigkeit, die dieses Schriftstück für die Geschichte d
belgischen Sozialdemokratie hat, wollen wir hier mehrere Auszüge dara
wiedergeben:

„Demokratische Gesellschaft.
Sitzung vom 7. November 1847.

„Mehrere Demokraten haben den Gedanken, in Brüssel einen Verein zur E
zielung der Eintracht und Brüderlichkeit der Völker zu gründen, gefaßt und ein vo

läufiges Komitee gebildet. Nachdem in den Zeitungen eine Aufforderung hierzu an alle Freunde der demokratischen Sache gerichtet wurde, fand man sich in der Maison des meuniers, rue de la Fête d'Or, zusammen, um den Verein endgültig zu konstituieren. Über diese Sitzung wurde folgendes Protokoll aufgenommen:

„Der (vorläufige) Vorstand wird gebildet aus den Herren: General Mellinet, der zum Altersvorsitzenden gewählt wird, Rechtsanwalt Spilthoorn von der Genter Advokatur, und Maynz, Professor an der Brüsseler Universität.

„Herr General Mellinet legt den Zweck der heutigen Versammlung dar und das Ziel des Vereins. Er ersucht Herrn Spilthoorn, den von den Gründern des Vereins verfaßten und gutgeheißenen Statutenentwurf zu verlesen, dessen Inhalt folgendermaßen lautet:

I. Es wird ein Verein unter dem Namen ‚Demokratische Gesellschaft', mit dem Ziele der Einigkeit und Brüderlichkeit aller Völker, errichtet aus den unterzeichneten Gründern und allen denen, die, ohne Unterschied des Landes, Berufs oder Standes, ihm noch beizutreten wünschen und, nach dem weiter unten angegebenen Verfahren, in ihn aufgenommen werden.

II. Alle Verhandlungen dieses Vereins sollen öffentlich sein und sich innerhalb der von der belgischen Verfassung für seine Betätigung gezogenen Grenzen halten. Der Verein wirkt durch die Presse und regelmäßige oder öffentlich einberufene unregelmäßige Versammlungen. In diesen bringt er die zur Erreichung seines Zieles geeigneten Mittel und Maßnahmen zum Vorschlag, zur Verhandlung, zur Beschlußfassung. Er ist für seine Zwecke tätig durch Manifeste, Adressen, Petitionen sowie durch engen Anschluß an ähnliche in Belgien oder anderen Ländern bestehende Vereine.

III. Der Verein wird geleitet und verwaltet von einem Zentralkomitee, das zusammengesetzt ist aus einem Vorsitzenden, zwei stellvertretenden Vorsitzenden, einem Kassenwart, einem Schriftführer und vier Beisitzern mit Dolmetscherfunktionen: alle diese werden in allgemeiner Sitzung der Mitglieder des Vereins gewählt, in geheimer Abstimmung über mehrere zugleich vorgeschlagene Kandidaten, durch Stimmenmehrheit, und für jedes Amt auf ein Jahr. Jedoch darf, auf einen von zehn Vereinsmitgliedern begründeten und unterstützten Antrag hin, eine allgemeine Versammlung des Vereins die Komiteemitglieder noch vor Ablauf ihres Amtsjahres mit Zweidrittel-Stimmenmehrheit ihres Amtes entsetzen. Der Vorsitzende darf nicht zweimal hintereinander gewählt werden.

IV. Der Vorsitzende — und, in seiner Abwesenheit, einer der beiden stellvertretenden Vorsitzenden, nach der Altersfolge — hat für die Ausführung und Vollziehung aller vom Zentralkomitee gefaßten Beschlüsse zu sorgen. Der Kassenwart ist mit Einziehung und Aufbewahrung der Geldmittel des Vereins betraut, sowie mit der Bestreitung der Ausgaben auf Anweisung dessen, den das Komitee mit der Erteilung von Zahlungsanweisungen beauftragt. Der Schriftführer führt die Korrespondenz und Bücher des Komitees.

V. Alle Beamten des Zentralkomitees versehen ihr Amt unentgeltlich, mit Ausnahme des Schriftführers, dessen Entschädigung vom Verein in allgemeiner Versammlung festgestellt wird.

VI. Der Verein nimmt Mitglieder auf in unbegrenzter Zahl; über die Aufnahme wird in allgemeiner Versammlung durch Zweidrittel-Stimmenmehrheit der anwesenden Mitglieder, die ihre Ansicht durch Erheben oder Sitzenbleiben kundgeben, entschieden. Jede Aufnahme muß laut beantragt und unterstützt werden von mindestens sechs anwesenden Mitgliedern.

Das Zentralkomitee kann, mit einer Mehrheit von mindestens fünf seiner Mitglieder, die Abstimmung über einen von Vereinsmitgliedern gemachten Vorschlag bis zur nächsten Versammlung vertagen.

VII. Jedes Vereinsmitglied zahlt eine monatliche Beisteuer zu den Kosten des Vereins in Höhe von 50 Centimes pränumerando. Ein Zahlungsrückstand von zwei

Monaten hintereinander hat von Rechts wegen Verlust der Vereinsmitgliedscha
zur Folge; doch kann das Zentralkomitee, mit einer Mehrheit von mindestens fü
seiner Mitglieder, denjenigen, der seine rückständigen Beiträge nachzahlt und a
nehmbare Entschuldigungsgründe für seine Säumnis geltend macht, von diesem Ve
lust wieder befreien.

VIII. Außer dem Falle säumiger Beitragzahlung kann die Ausschließung ein
zum Mitglied Aufgenommenen erfolgen lediglich durch eine allgemeine Versammlun
bei Zweidrittel-Stimmenmehrheit und in geheimer Abstimmung, nachdem zuvor d
Verteidigung des Betreffenden gehört worden ist.

IX. Jede Einberufung einer allgemeinen Versammlung hat die Angabe des
ihr zu verhandelnden Gegenstandes zu enthalten. Jedoch kann die Versammlung m
Stimmenmehrheit die angekündigte Tagesordnung abändern.

X. Gegenwärtiges Statut darf, auf Antrag von zehn Mitgliedern, durch d
allgemeine Versammlung Änderungen erfahren, durch Zweidrittel-Stimmenmehrhe

„Nach dieser Verlesung stellt Herr Mellinet die Artikel des Statuts zur Di
kussion.

„Herr Brec findet die Aufnahmebedingungen zu streng.

„Herr Tedesco trägt einige allgemeine Bemerkungen über Gründung und Zwe
des Vereins vor und bittet schließlich um Streichung des Artikels, der die Arbeit
des Vereins auf die von der belgischen Verfassung gezogenen Grenzen beschränkt.

„Der Vorsitzende macht ihn darauf aufmerksam, daß diese Diskussion nicht z
gelassen werden könne und übrigens auch mit der Tagesordnung nichts zu tun hat

„Herr Breyer sucht die Bemerkungen des Herrn Tedesco zu widerlegen. E
meint, der Verein sei kein Aktionsverein und könne sich daher auf die Grenze
einer Verfassung beschränken, die die unumschränkteste Gedanken- und Redefreihe
heilige. Er wünscht jedoch, der erste Artikel möge deutlicher und bestimmter gefa
werden.

„Herr Heilberg findet, die Bezeichnung ‚demokratisch‘ sei deutlich und bestimm
genug.

„Nach langer Diskussion wird folgender Abänderungsvorschlag des Herr
Faider einstimmig angenommen: ‚Das gegenwärtige Statut soll vorläufig bindend
Kraft für die Dauer von drei Monaten haben. Nach dieser Zeit soll es einer Rev
sion unterworfen werden und endgültige Fassung erhalten.‘

„Das Statut wird von nachfolgend genannten Personen unterzeichnet:

„General Mellinet. L. Jottrand, Rechtsanwalt. Imbert. Spilthoorn, Recht
anwalt. Fried. Crügel, Schriftsteller. Maynz, Rechtsanwalt. v. Bornstedt, Reda
teur der ‚Deutschen Zeitung‘. Heilberg, Professor. Jakob Kats. H. Wolff, Schrif
steller. J. Born. Karl Marx, Schriftsteller. C. Zalewski. J. Pellering. Lelewe
Ludwig Lubliner. Kordawski. G. Weerth. Tedesco, Rechtsanwalt. Breyer, Dokto
der Medizin. E. Brec. J. Kerou. Viktor Faider, Rechtsanwalt. Clemens Wyßma
Mitglied des liberalen Komitees in Dendermonde. J. N. Colard. De Mesmaeke
A. Deloy. Ferdinand Verhaghen. H. Neerinckx. M. Heß. Anton Kats. Fun
Rechtsanwalt. Paul de Thomis. Hautot. A. Puraye. F. J. Dassy. Philipp Gigo
C. J. Voglet. Adrian van Bevervoorde. Neubeck. Genouvez. Brotbeck. Ferdinan
Wolff. M. Pellering. H. Vankwalie. L. Senault. Chevrile. B. Fleracker. Schlo
mann. Balliu. Bataille. Ohnemans. Albert Picard, Rechtsanwalt. Aug. Massar
Rechtsanwalt. Parmentier. Dumont. Labiaux. Ch. Dupré, Zivilingenieur in Ger
Blaß. Lhor. J. Meskens. Clemens Dirckx. Auvenne.

„Nach beendigter Namensunterzeichnung erklärt der Herr Vorsitzende den Vere
für endgültig konstituiert und teilt den anwesenden Mitgliedern mit, daß am Mont
den 15. November eine zweite Sitzung stattfinden wird, in der zur Bildung d
definitiven Vorstandes geschritten werden soll. Die Sitzung wird aufgehoben u
9 Uhr.“

Ehe wir den Charakter des neugegründeten politischen Vereins hervorheben, müssen wir erst noch die für das Verständnis wichtige Zusammensetzung seines definitiven Vorstandes mitteilen.

„Die Sitzung am 15. November 1847 in der Maison des meuniers wird um 7 Uhr eröffnet. Das Protokoll der vorhergehenden Sitzung wird verlesen und genehmigt.

„Der Vorsitzende ladet die anwesenden Mitglieder des Vereins ein, zur Bildung des definitiven Vorstandes zu schreiten. 49 Mitglieder antworten auf den Namensaufruf und beteiligen sich an der Wahl. Die Herren Maynz und Picard werden mit dem Sammeln und Prüfen der Stimmzettel betraut.

„Die geheime Stimmabgabe ergibt folgende Resultate:

Herr Jottrand ist mit 47 Stimmen zum Vorsitzenden ernannt;

zu stellvertretenden Vorsitzenden: Herr Imbert mit 37 und Herr Marx mit 36 Stimmen;

zum Schriftführer Herr Picard mit 35 Stimmen;

zum Kassenwart Herr Funck mit 46 Stimmen;

zu Dolmetschern: Herr Lelewel mit 35, Herr Maynz mit 35, Herr Spilthoorn mit 33, Herr Weerth mit 25 Stimmen.

„Auf Antrag des Herrn Wolff wird General Mellinet, einstimmig und per Akklamation, zum Ehrenvorsitzenden ernannt.

„Vor Einsetzung des definitiven Vorstandes hält Herr General Mellinet eine Rede, in der er dem Worte ‚Demokrat' seine wahre Bedeutung wiederzugeben sucht. Er geht die verschiedenen Bezeichnungen durch, welche die Parteien der demokratischen Sache gegeben haben, und legt zum Schlusse die wahren Prinzipien der Demokratie dar.

„Hierauf wird der definitive Vorstand eingesetzt. Der Herr Vorsitzende beantragt, dem provisorischen Vorstand, und namentlich dem würdigen provisorischen Vorsitzenden, Herrn General Mellinet, den Dank des Vereins zum Ausdruck zu bringen. Dieser Antrag wird mit lebhaftem Beifall angenommen."

Das Protokoll der Sitzung erzählt deren Fortsetzung, die zu einer Streitfrage führt, die aus Anlaß der Aufnahme eines Vereinsmitglieds aufgeworfen wird. Diese Diskussion bleibt ohne Resultat, und die Sitzung wird um 9½ Uhr aufgehoben, nachdem die nächste Versammlung auf den 28. November festgesetzt worden ist.

„Diese ‚Demokratische Gesellschaft'", schreibt Lucien Jottrand in seiner schon zitierten Studie, „hatte vollkommen den Charakter jener politischen Vereine, die ihm in unserem Lande vorausgegangen sind. Ihre Verfassungsmäßigkeit war durch den Artikel 2 des Statuts geschützt, und zwar um so entschiedener und feierlicher, als sie dem — übrigens vereinzelt gebliebenen — Einwand, den man in der Diskussion über das Statut gegen sie erhoben, standgehalten hatte. Die obligatorische Öffentlichkeit aller Verhandlungen des Vereins wahrte ihm jenes Gepräge, das den politischen Vereinen in allen Epochen unserer Nationalgeschichte eigen gewesen ist: die ‚Weißkappen' in den Tagen der beiden Artevelde, die Geusen zur Zeit Philipps II., die ‚pro aris et focis' (für Altar und Herd)-Kämpfer der sogenannten brabantischen Revolution kannten niemals sozusagen die mysteriösen Weihen, die geheimen Statuten, die sorgsam verheimlichten Verhandlungen, wie sie den politischen Vereinen der anderen Länder eigen sind. Wenn, im Unterschied von den seit 1830 bei uns geplanten oder gegründeten Vereinen, die ‚Demokratische Gesellschaft' den von Adolf Bartels 1834 für die Organisation der Arbeiter in Gent in Erinnerung gebrachten Prinzipien: ‚Keine Fremden, keine Franzosen; selbst keine Polen, außer wenn sie

bescheiden zurücktreten und sich im Hintergrund halten!' seinerseits entgeg
handelte, so erklärt sich das daraus, daß im Jahre 1847 die von Gendebi
1839 kundgegebenen Ideen inzwischen auf die Geister gewirkt hatten und s
besonders gut anwenden lassen konnten auf neue Unternehmungen, die zu dies
Ideen des großen Patrioten zu passen und Belgien anzuspornen schienen,
Initiative zu deren praktischer Anwendung zu ergreifen. Die erste Zusamm
setzung des Vereins von 1847 rechtfertigt übrigens die besondere Bedeutu
die man dabei der Aufnahme der Fremden geben mußte. Diejenigen un
ihnen, die, wie der General Mellinet, der Professor Maynz, der Doktor Brey
seit lange ihren festen Wohnsitz unter uns genommen, uns bereits Dienste
wiesen hatten und noch erwiesen, die unsere Gastfreundschaft reichlich beza
machten, traten in die ,Demokratische Gesellschaft' mit dem nämlichen Vorhab
wie die Belgier: das heißt in Betätigung ihres Strebens, vor allem die Int
essen des Volkes in ihrem neuen Vaterland zu schützen. Die Ausländer, d
wie der große Pole Joachim Lelewel, der Marseiller Publizist Imbert,
Deutschen Karl Marx und v. Bornstedt, bei uns das Los der Verbannu
trugen, zu dem sie antidemokratische Achterklärungen in ihren Heimatlände
gezwungen hatten, wurden in den Verein aufgenommen und darin sogar
bedeutenden Ämtern berufen, damit auf diese Weise der Widerwille der b
gischen Demokraten gegen die Tyrannei bei allen Nationen desto deutlicher zu
Ausdruck käme."

In seiner dritten Versammlung vom 28. November 1847 beschloß d
„Demokratische Gesellschaft", eine Adresse an das Schweizer Volk zu senden a
Anlaß der dort soeben geschehenen Ereignisse, das heißt des Kampfes der v
einigten sieben katholischen Kantone der mittleren Schweiz gegen die Bund
regierung auf Anstiften der Jesuiten. Eine Bundesarmee bemächtigte sich d
Städte Freiburg und Luzern, und der sogenannte Sonderbund der katholisch
Kantone wurde zersprengt und die Jesuiten ausgetrieben.[1]

---

[1] Die an die Schweizer Tagsatzung gesandte Adresse war unterzeichnet von:

General Mellinet, Führer der belgischen Legionen in der Revolution des Jahres 18
Ehrenvorsitzender des Vereins.

L. Jottrand, Rechtsanwalt, ehemaliges Mitglied der belgischen Nationalversammlu
von 1830, Vorsitzender des Vereins.

Imbert, ehemaliger Redakteur des „Peuple Souverain" in Marseille, stellvertreten
Vorsitzender des Vereins.

Joachim Lelewel, Mitglied der (polnischen) Nationalregierung.

A. v. Bornstedt, Redakteur der „Deutschen Zeitung" in Brüssel.

Pellering, Schuhmacher.

Maynz, Rechtsanwalt am Appellationsgericht in Brüssel.

Georg Weerth.

Spilthoorn, Rechtsanwalt am Gericht in Gent, Chef der provisorischen Regierung v
Flandern im Jahre 1830.

Für gleichlautende Abschrift:

Der Schriftführer des Vereins: A. Picard, Rechtsanwalt am Appellationsgericht
Brüssel.

Gegenwärtiger Adresse haben beigestimmt die in einem Verein verbundenen deutsch
Arbeiter in Brüssel.

Diese Beistimmung wird bezeugt durch die unterzeichneten Mitglieder des Vorstan
dieses Vereins:

Brüssel, den 30. November 1847.

Vorsitzender: Wallau, Schriftsetzer.

Die Gedächtnisfeier der polnischen Revolution fand statt im November, am Jahrestag der Erhebung Warschaus am 29. November 1830.

Die Brüsseler „Demokratische Gesellschaft" war ferner für ihre Verbrüderung mit anderen demokratischen Vereinen in Belgien wie im Auslande tätig. Was auch Lucien Jottrand in seinem Buche über Spilthoorn über den Verein sagen mag, dieser hatte sehr wohl einen internationalen Charakter. Seine Zusammensetzung beweist es ganz augenscheinlich, ebenso wie seine Tätigkeit im Verkehr mit ausländischen Demokraten.

In seiner Sitzung vom 29. November teilt der Vorsitzende mit, daß Karl Marx nach London abzureisen im Begriff stehe, um dort den Brüsseler Demokratenverein bei dem Verein der „Fraternal Democrats" (Brüderlichen Demokraten) zu vertreten. In derselben Sitzung richtet der Vorsitzende an die Versammlung den Antrag, Herrn Ferdinand Flocon (demselben, der später an der provisorischen Regierung der französischen Republik des 24. Februar mitbeteiligt war) den Dank des Vereins kundzugeben, da Flocon soeben auf dem Wahlbankett in Dijon einen Trinkspruch auf die „Demokratische Gesellschaft" in Brüssel ausgebracht hatte.

In der nächstfolgenden Sitzung, der vom 5. Dezember, legt ein Mitglied die letzterschienene Nummer des Londoner „Northern Star" vor, in der von dem warmen Empfang, den die „Fraternal Democrats" dem Abgesandten der Brüsseler „Demokratischen Gesellschaft" bereitet hatten, berichtet wird. Der Entwurf der Dankadresse an Flocon wird verlesen und gutgeheißen. Dann wird davon Kenntnis genommen, daß der Verein „Agneessens" in Brüssel, ein demokratischer Verein in Tournay und ein anderer in Lüttich in Verbindung zu treten wünschen.

In den Protokollen der nächsten Sitzungen finden wir ähnliche Gesuche um Anschluß seitens holländischer Demokratenvereine, sowie eines großen demokratischen Vereins, der sich soeben in Gent nach den Grundlagen des Brüsseler konstituiert hatte. Spilthoorn war sein Urheber gewesen.

Im Laufe des Dezember macht ein Brief des Herrn Adrian van Bevervoorde, Redakteurs des „Batavischen Kourriers" im Haag, der Brüsseler Vereinsversammlung die Mitteilung, daß alle holländischen Publizisten auf den 26. des Monats nach Utrecht zusammenberufen werden aus Anlaß eines soeben den Generalstaaten vorgelegten Preßgesetzes; und Herr van Bevervoorde, bereits Mitglied und Mitbegründer der belgischen „Demokratischen Gesellschaft", bittet diese um die nötigen Vollmachten und Instruktionen zur Errichtung einer Filiale dieses Vereins in Holland.

In dem nämlichen Monat Dezember, in der Sitzung vom 19., wird ein Brief des Herrn Harney, Redakteur des „Northern Star", verlesen, der im Namen des Vereins „Fraternal Democrats" die Einberufung eines allgemeinen demokratischen Kongresses nach Brüssel für das Jahr 1848 vorschlägt.

Die Engländer erbieten sich, dorthin zu kommen, und wollen auch die Einladung der französischen Demokraten übernehmen, damit deren Gegenwart auf einer in Belgien tagenden Versammlung von jeder bösen Deutung verschont bleibe. Ein Mitglied, der Bürger Engels, zeigt an, er habe von den „Fraternal Demo-

---

Für den abwesenden stellvertretenden Vorsitzenden: M. Heß, ehemaliger Redakteur des „Gesellschaftsspiegels".
Kassenwart: Riedel, Tapezierer.
Schriftführer: W. Wolff, Journalist.

crats“ bereits eine ausdrückliche Vollmacht zu dieser eventuellen Einladung
französischen Bürger erhalten; und er bittet um Ermächtigung, sie im vor
den Mitgliedern des „Comité de la Réforme“ in Paris mitteilen zu dürf

Die Adresse der „Fraternal Democrats“ in London an ihre „Brüder“
Belgien ist ein merkwürdiges Schriftstück. Der Leser urteile selbst darü
nach folgenden Stellen daraus:

„Brüder!

„Eure Adresse vom 26. November 1847 wurde entgegengenommen in einer V
sammlung der Mitglieder und Freunde dieses Vereins, die am 29. als Gedächtn
feier der polnischen, trotz ihres Mißerfolges so glorreichen Erhebung von 1830
gehalten wurde.

„Euer Delegierter, unser Freund und Bruder, der geschätzte Doktor Karl Ma
wird euch erzählen, mit welchem Enthusiasmus wir sein Erscheinen und die V
lesung eurer Adresse begrüßt haben! Alle Augen strahlten vor Freude, alle Stimm
riefen ‚Willkommen!‘, alle Hände streckten sich brüderlich der Hand eures Vertrete
entgegen.

„Die Namen der Mitglieder eures Vereins wurden mit lebhaftem Beifall unse
ganzen Versammlung empfangen. Die Menschheit muß ihnen sehr dankbar sein f
die Dienste, die sie der Sache der Freiheit geleistet, und für die Opfer, die sie dies
gebracht haben. Ein Verein, der in seinen Reihen den heldenmütigen General Melli
und den ruhmreichen und unbestechlichen Patrioten Lelewel zählt, darf das Vertrau
der Demokraten aller Klassen verlangen. Was uns betrifft, — wir nehmen mit d
Gefühlen der lebhaftesten Freude das Bündnis an, das ihr uns anbietet.

„Unser Verein besteht seit mehr als zwei Jahren mit der Devise: ‚Alle Mensch
sind Brüder!‘

„. . . Bei Gelegenheit unseres letzten Stiftungsfestes, am 22. September d.
haben wir die Bildung eines demokratischen Kongresses aller Nationen empfohle
und wir sind erfreut zu hören, daß ihr die gleichen Vorschläge öffentlich kun
gegeben habt.

„Die Verschwörung der Könige muß bekämpft werden durch die Verschwörun
der Völker. Wo auch immer dieser demokratische Kongreß sich versammeln mög
— ihr dürft darauf rechnen, daß die englische Demokratie auf ihm vertreten se
wird. Es wird die Aufgabe eures Vereins ebensosehr sein wie des unsrigen, ei
Zusammenkunft der Vertreter unserer Brüder von ganz Europa zu veranstalten.

„. . . Es gibt zwei Punkte, in denen sich die Demokratie aller Länder ve
einigt, das sind: die Souveränität des Volkes und die Verbrüderung de
Nationen.

„. . . Wir sind überzeugt, daß man sich an das wirkliche Volk, an die Prol
tarier, an die Männer, die täglich ihren Schweiß und ihr Blut unter dem Joch
das ihnen noch durch die gegenwärtigen Gesellschaftssysteme auferlegt ist —, w
sind überzeugt, daß diese das Volk sind, an das man sich wenden muß, um di
Herstellung der allgemeinen Brüderlichkeit durchzusetzen.

„Das Interesse der Herren der Erde und der Herren des Kapitals besteht dari
die Nationen getrennt zu erhalten. Dagegen ist es das Interesse der Proletarie
die überall von der nämlichen Sorte Herren unterdrückt und allüberall von de
nämlichen Art Räuber der Frucht ihres Fleißes beraubt werden —, des Prole
tariers Interesse ist es, sich gegen sie zu vereinigen! Aus der Hütte, der Dachstub
oder dem Keller, vom Pfluge, der Fabrik oder dem Amboß weg wird man komme
sehen, ja sieht man schon die gleiche Straße daherkommen die Träger der Brüder
lichkeit und die auserwählten Retter der Menschheit. . . .“

Dieses Schriftstück ist ein Vorbote des „Kommunistischen Manifestes“ vo
Marx und Engels, das einige Monate später erschien; es zeigt ebenso wi
dieses, daß die erst 1864 wirklich gegründete „Internationale Arbeiterassociation“

im Herzen und Kopfe der bewußten Proletarier schon siebzehn Jahre früher bestand. Es ist unterzeichnet: für den Verein der „Fraternal Democrats“ von J. J. Harney, E. Jones, Ch. Kean, Thomas Clark; für Frankreich von Bornard, Michelot; für Deutschland von Karl Schapper und Josef Moll; für Polen von Ludwig Oborki; für die Schweiz von J. Schabelitz; für Skandinavien von Peter Holm.

Die Idee eines internationalen Demokratenkongresses lag damals in der Luft, denn in demselben Zeitpunkt fordert der Redakteur der „Deutschen Zeitung“ in Basel zu einem ähnlichen Kongresse auf, indem er dem Brüsseler Demokratenverein die Nummern seines Blattes übersendet, in denen von der vorzüglichen Aufnahme, die die Adresse vom 29. November in der Schweiz gefunden hat, berichtet wird.

„Man kann nach dem Vorausgehenden sagen“, schreibt Jottrand, „daß die Brüsseler ‚Demokratische Gesellschaft‘ gegen Ende des Jahres 1847 der Mittelpunkt eines großen Bundes im Sinne des von Gendebien schon 1839 gewünschten zu werden begann.“

Während die „Demokratische Gesellschaft“ in Brüssel diese Beziehungen anknüpfte, die so fruchtbringend an zivilisatorischen Erfolgen hätten werden können, wenn die damals sich in Paris vorbereitende Revolution geglückt wäre, brachte der Verein auch die hauptsächlichsten Reformtheorien, die in den voraussichtlichen Ereignissen Anwendung finden konnten, zur Diskussion. So zum Beispiel hatte er, in verabredeter Übereinstimmung mit dem Verein „Agneessens“ und in ganz zufälliger mit dem großen Verein, der sich die „Alliance“ nannte und seit dem berühmten „Liberalen Kongreß“ von 1846 seine Sitzungen immer in der Maison des Brasseurs abhielt, Petitionen an die gesetzgebenden Kammern um Verminderung des Militärbudgets diskutiert und beschlossen.

Ferner hatte er, diesmal im Gefolge der „Alliance“, die Freihandelsfrage zur Diskussion gebracht.

Ein kurzer Bericht über die in der „Demokratischen Gesellschaft“ zu diesem Thema geäußerten Ansichten dürfte vielleicht von Interesse sein, hauptsächlich wegen des Anteils, den Karl Marx, damals von seiner Londoner Mission zurückgekehrt, an der Diskussion nahm.

In der Sitzung vom 9. Januar 1848 begann die Diskussion über die Freihandelsfrage.

Karl Marx verlas in ihr eine Abhandlung, in der er die Frage vom Gesichtspunkt des Proletariers prüft und nachzuweisen sucht, daß die Handelsfreiheit zur unmittelbaren Folge lediglich die Begünstigung des Kapitals zum großen Nachteil der Arbeiter haben wird. Er verwirft sie trotzdem nicht als den Prinzipien der Volkswirtschaft entgegen; aber er meint, sie werde zum Kampfe bis zum äußersten zwischen Kapital und Arbeit führen und daher eine Lösung des großen Problems der gesellschaftlichen Organisation befördern.

Diese Abhandlung fand lebhaften Beifall. Labiaux beantragte, sie auf Kosten des Vereins in französischer und flämischer Sprache drucken zu lassen.

Picard unterstützte diesen Antrag, trotzdem er erklärte, die von Marx ausgesprochenen Ansichten nicht zu teilen, und in dieser Hinsicht alle Vorbehalte machte.

Die Tätigkeit der Brüsseler „Demokratischen Gesellschaft“, ihr Eingreifen in die Politik der benachbarten Nationen, zog die Aufmerksamkeit der europäischen Presse auf sie und des weiteren die der belgischen katholischen Zeitungen, die,

wie gewöhnlich bei solcher Gelegenheit, das rote Gespenst heraufbeschworen und die Erklärung abgaben, ihr Zeil sei, die Anarchie zu säen, das Volk gegen die Regierung aufzuhetzen usw. usw.

Doch diese unverschämten Angriffe brachten dem Verein, weit entfernt ihm zu schaden, im Gegenteil nur Vorteil.

Die Zahl seiner Mitglieder stieg rapid, sogar so rapid, daß im Januar das bisherige Vereinslokal in der Maison des meuniers zu eng ward und die „Demokratische Gesellschaft" hierauf ihre Unterkunft in der Vieille Cour de Bruxelles, rue des Sœurs Noires, suchte.

Andere Vereine der gleichen Art wurden im Januar gegründet, namentlich am 23. Januar 1848 einer in Gent: „auf denselben Grundlagen", sagt das Rundschreiben, „wie der in Brüssel".

Die Eröffnung fand im Salon de Flore in der Holstræt statt, in einem weiten Saale, der mehr als 2000 Hörer fassen konnte.

Mehrere Reden wurden dabei gehalten. Deutsche, französische und polnische Redner, die vom Brüsseier Verein delegiert waren, ergriffen das Wort und fanden jubelnden Beifall.

Diese Volksbewegung gab deutlich Zeugnis vom Erwachen des demokratischen Geistes und vom Herannahen ernster Ereignisse.

Schon im September 1847 schickte Beranger sein neues Lied in die Welt, das von mehreren demokratischen Zeitungen in Belgien abgedruckt ward. Dieses Lied, mit der Überschrift: „Le Déluge" (Die Sintflut) ist ein wirkliches Prophetenwort. Die nachfolgenden zwei Strophen mögen dieses Urteil rechtfertigen:

Toujours prophète, en mon saint ministère,
Sur l'Avenir j'ose interroger Dieu —:
„Pour châtier les Princes de la terre,
Dans l'ancien monde un déluge aura lieu.
Déjà près d'eux, l'Océan sur ses grèves
Mugit, se gonfle; il vient, maître, voyez!" — —
„Voyez!" leur dis-je. Ils répondent: „Tu rêves!"
Ces pauvres rois — ils seront tous noyés!

Cet Océan, quel est-il, ô prophète? —
Peuples, c'est nous, affranchis de la faim,
Nous plus instruits, consommant la défaite
De tant de rois inutiles enfin.
Dieu fait passer sur ces fils indociles
Nos flots mouvants, si longtemps fourvoyés —:
Puis le ciel brille, et les flots sont tranquilles,
Ces pauvres rois ils seront tous noyés! — —

Allzeit Prophet, wag' Gott ich zu befragen
Kraft meines heil'gen Amts, was kommen werd':
„Die alte Welt wird neue Sintflut plagen
Zur Züchtigung der Fürsten dieser Erd'.
Schon, ihnen nah, will durch die Dämme brechen
Der Sturmflut Brandung: Meister, sieh den Schwall!" — —
„Seht!" ruf' ich jenen zu. „Du träumst wohl?" sprechen,
Bald fortgeschwemmt, die armen Kön'ge all!

Wen soll, Prophet, der Sturmflut Bild besagen? —
Uns, Völker, uns! Wir, frei vom Hungerjoch
Und besser unterrichtet, wir verjagen
So viel unnütze Kön'ge endlich doch!
Auf sie, die unbelehrbar, Gott ergießet
Lang-irrgeführter Völker Wogenschwall —:
Dann strahlt der Himmel, still das Weltmeer fließet,
Fort sind geschwemmt die armen Kön'ge all! — —

Einige Monate später brach die Revolution in Paris aus, Louis Philipp griff die Flucht, die Republik ward proklamiert und ganz Europa auch seinerseits heftig erschüttert.

Der Kongreß von Köln.

Von **K. Kautsky.**

Der Gewerkschaftskongreß hat manche Enttäuschung gebracht, vor allem für ne Biedermänner, die da hofften, er werde das Tischtuch zwischen Sozialemokratie und Gewerkschaft zerschneiden und beide Teile des proletarischen laffenkampfes voneinander isolieren, also gerade das tun, was, wie diese ılschen Freunde der Gewerkschaften wohl wissen, die Kraft des Proletariats ı diesem Kampfe am empfindlichsten schwächen müßte. So innerlich schwach ie Gewerkschaften dort sind, wo nicht sozialistischer Geist sie beseelt, so unsicher ie Kraft der Sozialdemokratie dort, wo nicht die festgefügte Massenorganisation er Gewerkschaften hinter ihr steht.

Nun, zu dem erwarteten Abrücken der Gewerkschaften von der Partei ist s nicht gekommen. Deswegen brauchen wir aber auch noch nicht einen riumphgesang anzustimmen. Gar mancher Mißton ließ sich in Köln verehmen, der jeden Verfechter eines innigen Zusammenwirkens der beiden Arme er proletarischen Bewegung peinlich berühren mußte.

Freilich, wenn man die beiden Punkte, die für die Darlegung des politischen Denkens und Verhaltens der Gewerkschafter Deutschlands diesmal am charakeristischsten waren, bloß nach den gefaßten *Beschlüssen* beurteilen wollte, ieße sich nicht viel darüber sagen. Über die *Maifeier* wurde überhaupt kein Beschluß gefaßt, um dem nächsten internationalen Kongreß nicht vorzugreifen; s bleibt da bis auf weiteres wenigstens formell alles beim Alten.

Über den *Generalstreik* aber wurde eine Resolution angenommen, von er der Referent, Genosse Bömelburg, selbst sagte, daß sie zu nichts verpflichte. In der Tat sagt sie über die Bedeutung des Massenstreiks für den proletaischen Emanzipationskampf *gar nichts*. Sie erklärt bloß:

„Auch die Taktik für etwa notwendige Kämpfe solcher Art hat sich nach den eweiligen Verhältnissen zu richten.

„Der Kongreß hält daher auch alle Versuche, durch die Propagierung des poliischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik festlegen zu wollen, für verwerflich; er mpfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen energisch entgegenzureten."

Damit wird höchstens die *Propagierung* des politischen Massenstreiks ıbgelehnt. Aber man könnte die Resolution auch dahin auslegen, daß sie bloß ene Bestrebungen treffen wolle, die durch diese Propagierung eine „bestimmte

Taktik festlegen" wollen. Damit würde sie freilich gegenstandslos, da e irgendeinen ernsthaften Politiker nicht gibt, der die Propaganda des politische Massenstreiks in diesem Sinne betreibt.

Oder soll der Satz der Resolution so gemeint sein, daß die Festlegung eine bestimmten Taktik schon in dem bloßen Verlangen liegt, den politischen Masser streik als eine Waffe zu betrachten, die eventuell notwendig werden könnte un mit der wir uns daher schon heute vertraut machen müssen? Wenn ich mi einen Revolver kaufe und mich mit seiner Handhabung vertraut mache, un sollte ich einmal von einem Rowdy attackiert werden, ihm nicht wehrlos gegen überzustehen, lege ich mich damit auf eine bestimmte Taktik fest oder erlang ich damit nicht vielmehr größere Freiheit in meiner Taktik?

Ebensowenig wie die Resolution sagt uns das Referat Bömelburgs, wa wir vom politischen Massenstreik zu halten haben. Er verurteilt ihn nic unbedingt, wenigstens nicht in seinem Schlußwort, wo er sagt:

„Die Resolution denkt nicht daran, die Propagierung des Generalstreiks fü verwerflich zu erklären. Sie legt die Gewerkschaften auch nicht unter allen Un ständen gegen den Generalstreik fest. Sie protestiert nur gegen die Festlegung de Gewerkschaften auf den Generalstreik. Es war bisher nicht üblich, die Taktik fü fernere Kämpfe im voraus festzulegen (Sehr wahr!), und das darf auch in Zukun nicht sein. (Sehr wahr!) Wenn Sie ein Kampfmittel unwirksam machen woller so brauchen Sie nur seine Anwendung vorher festzulegen."

Wer wird nicht die „Sehr wahrs" zu diesen Ausführungen um sein „Seh wahr" vermehren wollen? Bloß wer mit diesen Wahrheiten getroffen werden wer sie geleugnet haben soll, ist nicht recht klar. Aber einen Sinn habe diese Ausführungen doch nur dann, wenn man den Generalstreik zu den wirk samen Kampfesmitteln rechnet, die nur dadurch unwirksam werden, daß ma ihre Anwendung vorher festlegt.

Im Referat aber erklärt Bömelburg:

„Der Massenstreik erscheint mir als ein äußerst zweifelhaftes Kampfmittel."

Und früher schon:

„Die Propaganda so unsinniger Ideen (des anarchistischen Generalstreiks) i Proletariat ist recht gefährlich, weil sie von dem langsamen Vorwärtsschreiten ab lenken, mit dem wir allmählich das Ziel der Arbeiterbewegung erreichen. Deshal bedaure ich, daß im Gegensatz zu den früheren Beschlüssen der internationalen Kon gresse von Zürich und London der Amsterdamer Kongreß den ausgedehnten Strei in einzelnen wichtigen Betriebszweigen als das äußerste Mittel anerkannt hat, un bedeutende wirtschaftliche Veränderungen herbeizuführen oder sich reaktionären An schlägen auf die Volksrechte zu widersetzen. Ich sehe darin nur eine sehr bedauer liche Konzession an den Generalstreik" —

das heißt den Generalstreik im anarchistischen Sinne, diese „unsinnige und ge fährliche Idee".

Lehnt also Bömelburg die Amsterdamer Resolution ab? Aber was besag diese? Sie erklärt „den absoluten Generalstreik in dem Sinne, da alle Arbeit niedergelegt wird, für undurchführbar, weil derselbe jede Existenz also auch die des Proletariats, unmöglich macht". Ferner betont sie, „daß di Emanzipation des Proletariats nicht das Resultat einer derartigen, plötzliche Kraftanstrengung sein kann, daß es aber möglich ist, daß ein Streik, der sic über einzelne, für das Wirtschaftsleben wichtige Betriebszweige oder über ein

ße Anzahl Betriebe ausdehnt, ein äußerstes Mittel sein kann, um be=
tende gesellschaftliche Veränderungen herbeizuführen oder sich reaktionären
schlägen auf die Rechte der Arbeiter zu widersetzen", und warnt „die Arbeiter
vor, sich durch die von anarchistischer Seite betriebene Propaganda für den
neralstreik ins Schlepptau nehmen zu lassen, die den Zweck hat, sie von der
wichtigen gewerkschaftlichen, politischen und genossenschaftlichen Kleinarbeit
Tages abzuhalten". Endlich fordert sie die Arbeiter auf, ihre Organisa=
nen zu stärken, „weil, sollte der Streik mit einem politischen Ziele sich
t als nötig und nützlich herausstellen, sein Gelingen von der Kraft der
ganisationen abhängen wird".

Wo in aller Welt steckt hier die „bedauerliche Konzession" an die „un=
nigen Ideen" des anarchistischen Generalstreiks? Wo das Festlegen auf die
wendung eines bestimmten Kampfmittels? Von alledem, was Bömelburg
en den politischen Massenstreik sagte, trifft nichts, gar nichts die Amster=
mer Resolution. Er selbst erklärte denn auch in seinem Schlußwort, seine
solution kollidiere nicht mit der Amsterdamer. Warum dann aber das Be=
uern über die Annahme dieser letzteren Resolution?

Bei einem so gewiegten und erfahrenen Politiker wie Bömelburg darf man
e Widersprüche und Unklarheiten nicht einfach aus einem Denkfehler ab=
en. Auch hat er sich ihrer nicht allein schuldig gemacht, sondern mit ihm
Mehrheit des Kongresses, die sein Referat ebenso begeistert aufnahm wie
e Resolution. Hier haben wir Widersprüche und Unklarheiten, die, un=
hängig vom Denken des Einzelnen, in dem Widerspruch zwischen den Er=
dernissen der allgemeinen Situation und den besonderen Bedürfnissen der
werkschaften begründet sind. Die allgemeine Situation macht den politischen
ssenstreik immer notwendiger. Aber die besonderen Bedürfnisse der Gewerk=
aften liefern ein mächtiges Motiv gegen ihn.

Dieses Motiv, das die Antipathie der Mehrheit der Gewerkschafter gegen
Generalstreik hervorruft, hat Bömelburg selbst ausgesprochen in einem
ssus, der gleichzeitig eine Quintessenz seiner Widersprüche bietet:

„Das sind Argumente, die gegen die Anwendung des Generalstreiks überhaupt
echen.[1] Aber wir haben keine Veranlassung zu sagen, daß er nie angewendet
den wird.[2] Die Entscheidung über eine solche Frage schiebt man am besten auf.[3]
elfache Zustimmungsrufe, die fast jeden Satz des Redners bis zum Schlusse be=
ten.) Wir können über den politischen Massenstreik sehr viel diskutieren, aber
müssen uns ernsthaft überlegen, ob wir ihn anwenden. Und aus der deutschen
verkschaftsbewegung muß auch die Diskussion über den Generalstreik verschwinden.
lch ungeheure Mühe, welch ungeheure Opfer hat es gekostet, bis die deutsche
werkschaftsbewegung die jetzige hohe Stufe ihres Könnens und ihrer Macht er=
hte. Sie ist die Frucht mühsamer Arbeit von drei bis vier Jahrzehnten. Zum
eiterstreben bedürfen wir der Ruhe. Aber da setzen sich die Literaten hin
schreiben und schreiben."

---

[1] Also müssen wir wohl dafür sorgen, daß er nie angewendet wird? K.

[2] Ist das nicht auch eine „bedauerliche Konzession" an die „unsinnigen Ideen" des
rchistischen Generalstreiks? K.

[3] Welche Entscheidung? Die über die Anwendung des Generalstreiks in einem gegebenen
le? Aber darüber war der Kongreß gar nicht befragt worden. Oder die Entscheidung
über, ob der Massenstreik studiert und diskutiert werden soll? Schiebt man das am besten
aus, bis es zur Aktion kommt? K.

Die verfluchten Literaten! Könnte man ihnen nicht das „Schreiben un Schreiben" verbieten? Scheint es doch, als wären sie die einzigen Störer d Ruhe, deren die Gewerkschaften ebenso dringend bedürfen wie Europa.

Bömelburg glaubt natürlich nicht, daß die Literaten durch ihre Diskussion über den Generalstreik die Stürme entfesseln, in denen dieser Streik notwend werden könnte. Er fragt selbst, was wir anfangen sollen, wenn man un unsere primitivsten Rechte raubt. Aber die Antwort darauf macht er sich g zu leicht.

„Wir werden dann im Kampfe die Mittel anwenden, die wir als zeitgem betrachten. Und wenn uns die Reaktionäre trotzdem das Wahlrecht nehmen, glaub Sie, daß wir dann am Ende unseres Lateins sind? (Vielfache Zurufe: Nein, no lange nicht!) Und wenn man uns auch noch das Koalitionsrecht nähme, glaub Sie, wir wären dann am Ende unseres Lateins? (Erneute Zurufe.) Heute hat d Gefühl in der Arbeiterschaft Wurzel gefaßt, daß wir ungerecht behandelt werde Wir wissen, was wir für Menschenrechte haben, und keine Reaktion wird imstan sein, diesen Gedanken in der Bevölkerung auszurotten. Wenn wir die Organisation stärken und ihre Mitglieder zu klassenbewußten, überzeugungstreuen Genossen e ziehen, können wir mit ruhigem Mute der Zukunft entgegensehen."

Das ist sehr tapfer gesprochen und ist auch ganz richtig, bildet aber kei Antwort auf die Frage, die er selbst stellt: Was werden wir anfangen, wer man uns unsere Rechte raubt? „Wir werden dann nicht am Ende unser Lateins sein," erwidert unter lebhaftem, andauerndem Beifall Bömelburg.

Die Haltung des Gewerkschaftskongresses in dieser Frage erinnert etw an die der Frankfurter Nationalversammlung von 1848 und 1849. Glei nach ihrem Zusammentritt verlangten die energischen, namentlich proletarisch Elemente, sie solle sich der nötigen Machtmittel versichern, um den unvermei lichen Konflikt mit den Regierungen ausfechten zu können. Aber die Nationa versammlung fand, sie brauche nicht Machtmittel, sondern Ruhe; dadurch wer sie den Konflikten am ehesten entgehen. Sollten aber die Regierungen es wage sie anzutasten, dann — ja dann wäre sie noch lange nicht am Ende ihr Lateins, dann würde sie an die unwiderstehliche Freiheitsliebe des deutsch Volkes appellieren.

Trotz aller Nachgiebigkeit der Nationalversammlung brach schließlich do der Konflikt über sie herein, und damit wurde auch der Appell an den Au stand notwendig. Aber unvorbereitet und kopflos kam dieser mit seinem Late nicht über die ersten Buchstaben hinaus. Das Ruhebedürfnis der Nationa versammlung sicherte nicht die Ruhe und schon gar nicht den Sieg; es bewirk bloß, daß die zahlreichen Opfer, die der Aufstand schließlich kostete, umson fielen.

Das Ruhebedürfnis der Mehrheit unserer heutigen Gewerkschafter geht ab noch weiter als das der Frankfurter Nationalversammlung. Diese lehnte es a sich eine eigene Armee zu schaffen, also einen entschieden revolutionären Akt z vollziehen, eine Kriegserklärung an die Regierungen zu erlassen. Der Referen des Kölner Kongresses dagegen erklärte unter allgemeinem Beifall, im Interes der Ruhe, deren die Gewerkschaften bedürfen, müsse auch schon die bloße „Di kussion über den Generalstreik verschwinden". Man verlangt von ihnen nich sie sollen in kühner Tat ein Machtmittel *erobern*, sondern nur ein Mach mittel *diskutieren*, das in künftigen Kämpfen anwendbar werden könnt Aber ihr Ruhebedürfnis ist so stark, ihre Abneigung gegen größere Kämpfe groß, daß es ihnen gefährlich erscheint, wenn ihre Mitglieder auch nur b

deres Nachdenken über solche Kämpfe aufwenden. Im Grunde war es
ies Nachdenken, was in Köln verpönt wurde. Die Resolution des Kon-
sses erklärt nicht die eventuelle Anwendung des Generalstreiks für verwerf-
, wohl aber seine Propagierung.

„Zum Weiterstreben bedürfen die deutschen Gewerkschaften der Ruhe.“ Mit
iem Worte hat Bömelburg das Leitmotiv des Kölner Kongresses aus-
prochen. Es zieht sich nicht bloß durch seine Verhandlungen über den
neralstreik, sondern auch durch die über die Maifeier, wo das Ruhe-
ürfnis mitunter geradezu die Form der Erbitterung gegen die Sozial-
nokratie annahm, die durch ihre Aktionen dies Bedürfnis so unangenehm
chkreuzt.

Beim Generalstreik handelt es sich vorläufig, wenigstens in Deutschland,
 um die Zukunft, bei der Maifeier um die Gegenwart; dort bisher noch
 theoretische Propaganda, hier um praktische Durchführung. Dort um bloße
danken, die nicht nur zollfrei, sondern auch ganz umsonst zu haben sind,
r um eine Demonstration, die jedes Jahr einen Griff in die Kassen er-
scht, ohne die geringste sofortige Lohnerhöhung zu bewirken. So mußte
ade in jenen Nurpraktikern, die bloß dem praktischen Bedürfnis des Augen-
ks leben, der Widerspruch zwischen dem besonderen Verlangen nach Ruhe
 Gewerkschaften und dem allgemeinen Klassenkampf bei der Maifeier noch
l schärfer zutage treten, als bei den Diskussionen über den Generalstreik.

Kein Zweifel, diese Widersprüche und Gegensätze sind der Sache des Prole-
iats nicht sehr förderlich; und die Tendenzen, die dabei zutage treten, wären
hst bedenkliche, wenn sie konsequent weiterentwickelt würden. Sie führten
ekt dorthin, wo heute die englischen Gewerkschafter stehen, mit ihren großen
ssen und ihrer ebenso großen Impotenz und Apathie, ihrem krankhaften
ihebedürfnis, das sie die schlimmsten Demütigungen und Entrechtungen ruhig
inehmen läßt, und ihrem hochgradigen Krämersinn, der jede Aktion ver-
scheut, die sich nicht sofort in klingender Münze bezahlt macht.

Indes ist zu einer so pessimistischen Auffassung nicht der mindeste Grund
rhanden. Denn so real diese Tendenzen auch sein mögen, sie stoßen zum
ück in Deutschland auf noch stärkere Gegentendenzen, die in England in
 Jahrzehnten nach dem Erlöschen des Chartismus fehlten. Wir meinen
mit nicht persönliche Gegentendenzen, den Widerstand einzelner Personen.

Man tut überhaupt gut, bei derartigen Untersuchungen das persönliche
oment möglichst auszuschalten. Natürlich kann man die einzelnen sozialen
ndenzen nur an dem Wirken bestimmter Personen erkennen. Aber wenn
m auf Reden und Taten dieser Personen hinweist, so geschieht es nur, um
 ihnen die Symptome allgemeiner Tendenzen aufzuzeigen, nicht aber, um
se Personen dafür besonders verantwortlich zu machen.

Wenn unter den deutschen Gewerkschaftern sich anglisierende Tendenzen
merkbar machen, so liegt das nicht an einzelnen Führern, sondern an dem
esen der Gewerkschaft selbst. Je größer eine solche Korporation, desto weiter-
agend auch die Konsequenzen jedes ihrer Schritte, desto mehr hat sie bei jeder
iederlage zu verlieren, desto schwerer die Verantwortlichkeit, die auf ihren
amten lastet. Das gilt in gewissem Sinne auch für die Partei, macht sich
er in der Gewerkschaft viel mehr geltend, einmal weil sie weniger unter dem
wange der politischen Situationen steht, die immer wieder neue Kämpfe erzeugen,
nen die Partei nicht ausweichen kann, während die Gewerkschaft freier ist

in der Wahl ihres jeweiligen Kampffeldes und des Kampfobjektes. Dann abe weil bei der Gewerkschaft jeder Mißerfolg sofort viel greifbarere Nachteile na sich zieht. Vor allem aber deswegen, weil die Grundlage der Kraft der Part fast ausschließlich in der Zahl und der Qualität ihrer Mitglieder, ihr Intelligenz, ihrem Opfermut, ihrer Disziplin, ihrer Rücksichtslosigkeit, ihr Kampfesfreudigkeit beruht, während bei den Gewerkschaften daneben noch i großem Maße ihre Kassen in Betracht kommen. Der Besitz macht aber imm ruhebedürftig, der kollektive ebenso wie der private, ja jener fast mehr noch al dieser. Denn der Privatbesitz kann durch kühnes Wagen gewinnen, das i beim kollektiven fast immer ausgeschlossen.

In dieser Wirkung des Besitzes ist die Achillesferse von Gewerkschaften un Genossenschaften zu finden.

Das entscheidende Machtmittel des kämpfenden Proletariats wird stets di überlegene Zahl und Qualität seiner Menschen bilden, nie ihr Besitz. De Glaube, das Proletariat könne jemals durch seine Geldmittel dem Kapita auch nur unbequem werden, ist der schlimmste Köhlerglaube, den es gibt. Selbst verständlich, ganz ohne Geld geht's in der kapitalistischen Gesellschaft nirgends und je mehr Geld die proletarischen Organisationen haben, um so kraftvolle sind sie — solange jene moralischen Qualitäten ihrer Mitglieder darunter nich leiden, auf denen die Stärke jeder proletarischen Organisation beruht. Wir deren Besitz — so klein er auch sein mag, im Verhältnis zu den Geldkräfte des Kapitals — so einflußreich, daß er anfängt, die Rücksichtslosigkeit un Kampfesfreudigkeit ihrer Mitglieder zu verringern, dann fängt er an, au einem Element der Stärke eines der Schwäche zu werden, dann fängt er an die Wurzeln der Kraft dieser Organisationen zu untergraben. So kann auch eine Armee ohne Train nicht auskommen. Nimmt dieser aber solche Dimen sionen an, daß er ihre rasche Beweglichkeit hindert, dann kann er direkt di Ursache von Niederlagen werden, muß er auf jeden Fall ihre Schlagkraf einschränken.

Das sind Faktoren, die unabhängig sind vom Wollen und Wünschen de einzelnen, die aber ihrerseits ihr Wollen, Wünschen und Handeln, ihre Takti und ihre Prinzipien aufs stärkste beeinflussen müssen.

Wenn heute so gute Parteigenossen und energische Kämpfer, wie Bömelburg, erklären, was die deutschen Gewerkschaften jetzt brauchen, sei Ruhe, das heißt mit anderen Worten, sie müßten darauf verzichten, weitere erhebliche Erobe rungen zu machen und sich im wesentlichen auf die Behauptung des Gewonnenen beschränken, so sehen wir darin das, wenn auch vielleicht noch unbewußte Ge ständnis dafür, daß der wachsende Besitz der deutschen Gewerkschaften anfängt, ihre Kampfesfreudigkeit und Rücksichtslosigkeit einzuengen, daß die Gewerkschaften anfangen, mehr Gewicht auf die Fülle der Kassen als auf die moralische Qualität der Massen zu legen. Nur jene Fülle kann durch Ruhe gewinnen, nie diese Qualität.

Diese Tendenz wird noch verstärkt durch das Wachstum der Unternehmer verbände, wodurch das Gebiet immer mehr eingeengt wird, auf dem die ge werkschaftliche Aggressive nach der bisherigen Methode noch Erfolg verspricht. Es wächst das Gebiet, auf dem man entweder mit der Behauptung des Er rungenen zufrieden sein oder zu neuen Methoden des Kampfes übergehen muß.

Aber so sehr dieses letztere Moment augenblicklich das Ruhebedürfnis der Gewerkschaften verstärken mag, gerade darin liegt einer der Faktoren, die es

nmöglich machen, daß dieses Ruhebedürfnis im deutschen Gewerkschafter die)enkweise des englischen einwurzeln läßt.

Die englische Entwicklung wiederholt sich nicht. In England selbst waren ie Verhältnisse, die zur gewerkschaftlichen Stagnation führten, nur ausnahms- reise und vorübergehende. Sie haben freilich lang genug gedauert, um heute och die englischen Arbeiter kampfunfähiger zu machen, als man für möglich alten sollte, und um immer wieder jeden zu enttäuschen, der erwartet, die eitschenhiebe der Herren Englands würden seine Proletarier aus ihrem chlummer erwecken. Aber man darf sicher sein: wären die Kapitalisten und legierungen Englands zur Zeit der Internationale so arbeiterfeindlich gewesen, ie sie es heute sind, trotz aller vollen Kassen und allen Ruhebedürfnisses aller orsichtigen Kassenbeamten hätte sich damals aus den englischen Gewerkschaftern ine kraftvolle und kampfeslustige sozialdemokratische Partei gebildet, die heute ielleicht an der Spitze der neuen Internationale marschierte. An persönlicher ntelligenz und Tatkraft fehlt es dem britischen Arbeiter wahrlich nicht. Nur ie Ungunst der Verhältnisse ließ ihn politisch entarten — das heißt jene Un- unst, die man gewöhnlich als die Gunst der Verhältnisse bezeichnet, die den Gewerkschaftern etwas von der Ruhe erlaubte, nach der sie verlangten, als sie tark geworden waren.

Ist es heute selbst in England mit diesen schönen Zeiten vorbei, so sind e außerhalb Englands erst recht völlig ausgeschlossen. Und niemals tritt das eutlicher zutage als im jetzigen Augenblick.

Vor wenigen Jahren mußten wir uns mit den Revisionisten noch über jene Frage herumstreiten, die den Kern unseres Gegensatzes zu ihnen bildete: über ie, ob die Klassengegensätze sich verschärfen oder mildern. Heute wird es niemand mehr einfallen, diese Frage diskutieren zu wollen, wo die nächst- iegenden Tatsachen sie auf Schritt und Tritt auch für den Kurzsichtigsten be- ntworten.

Es bildet eine sonderbare Ironie des Schicksals, daß auf dem Gewerkschafts- ongreß das Bedürfnis der Gewerkschaften nach Ruhe in einem Jahre pro- lamiert wird, das revolutionärer ist als irgend eines seit einem Menschenalter. Es wird proklamiert fast in derselben Woche, in der die Streiks in Warschau ind Chicago den Charakter von veritablen Bürgerkriegen angenommen aben: in Rußland die Empörung gegen den Absolutismus des Zaren, in lmerika die Revolte gegen den Absolutismus des Trust. Man sage nicht, as vollziehe sich unter Verhältnissen, die uns nichts angehen. Kein Regime n Europa steht dem russischen so nahe wie das deutsche; und nirgends in Europa sind die Unternehmerverbände so stark wie in Deutschland. Haben wir n Deutschland nicht einen so nackten Despotismus wie in Rußland, keine so tarken und brutalen Trusts wie in Amerika, so haben wir dafür eine aus- iebige Mischung beider.

Und der Ruf nach Ruhe für die Gewerkschaften erscholl in Köln fast zur elben Stunde, als in Hamburg der Wahlrechtsraub praktiziert und offen rklärt wurde, das Wahlrecht müsse stets so gestaltet werden, daß es das Proletariat von der Mehrheit ausschließe; wo der preußische Landtag den Bergarbeiterschutz begrub und der Reichskanzler den Krieg gegen die — Krankenkassen ankündigte.

Wenn es je eine proletarische Organisation gab, die mit Fug sagen durfte, aß sie der Ruhe bedarf, sind es die Krankenkassen. Sie dienen bloß der

Unterstützung, stehen zu keiner Klasse in einem Gegensatz; nicht zu den Unternehmern, wie die Gewerkschaften; nicht zu den Zwischenhändlern, wie die Genossenschaften. Aber sie sind Organisationen, in denen die Arbeiter vertreten sind und ihre Rechte wahren, und das ist Grund genug, daß sie seit Jahr und Tag nicht zur Ruhe kommen und jetzt offiziell mit dem Kriege bedroht werden.

Mögen die Gewerkschafter in dieser Situation noch so sehr das Bedürfnis nach Ruhe haben. Sie sind zu starke und selbständige Arbeiterorganisationen, als daß sie ihnen zuteil würde. Und mögen die deutschen Gewerkschafter das Ruhebedürfnis mit den englischen gemein haben, so ist es bei den ersteren doch noch viel zu wenig entwickelt, als daß es sie veranlassen könnte, sich zu ducken und alles ruhig hinzunehmen.

Sie werden in den kommenden Kämpfen ihren Mann stellen; und sie werden sie ausfechten Seite an Seite mit der Sozialdemokratie, trotz einzelner Friktionen. Dafür werden die Verhältnisse schon sorgen. Und wenn das augenblickliche Ruhebedürfnis der deutschen Gewerkschafter zum Teil dem Empfinden entspringt, daß die bisherigen Methoden des Kampfes für weite und stets wachsende Gebiete des gewerkschaftlichen Kampfes immer unzureichender werden, so wird dies selbe Empfinden vielmehr das Suchen nach neuen und wirksameren Methoden des Kampfes hervorrufen, wenn es sich herausstellt, daß die angestrebte Ruhe ein unerfüllbarer frommer Wunsch ist.

Und so dürfte der Massenstreik, dessen Diskussion diesmal von den Gewerkschaftern mit so großer Mehrheit verpönt worden, bald wieder von neuem, und fruchtbarer als bisher, von den Gewerkschaftern Deutschlands ebenso diskutiert werden, wie er von denen der ganzen Welt diskutiert wird.

Partei und Einigkeit in England.

Von **Th. Rothstein.**

Der schöne Sieg, den der Einigkeitsgedanke in Frankreich errungen, hat wahrscheinlich in keiner Partei einen so tiefen Neid erweckt, wie in der englischen Sozialdemokratie. Wir Sozialisten in England sind knapp an Zahl; uns umgibt eine ganze und große Welt von Feinden — die listigsten Feinde, mit denen je eine aufstrebende Bewegung zu kämpfen hatte; und doch sind wir zersplittert, in tausend Fetzen und Fetzchen zerrissen, und vermögen keine große Partei zu schaffen. Das ist um so mehr bedauernswert, als gerade in diesem Augenblick, wo die alten „fortschrittlichen" Kräfte sich erschöpft haben, eine starke, organisierte Aktion des klassenbewußten Teiles des Proletariats durchaus geeignet wäre, einen Kristallisationspunkt für die große Masse des unbestimmten, im ganzen Lande verbreiteten sozialistischen Gefühls zu bilden und die zahlreichen, durch die langjährige Propaganda ausgebildeten, aber jetzt meistens zerstreuten Elemente in eine Parteiorganisation zusammenzuschweißen. Es ist gerade ein Moment, wo „mit der Gründlichkeit der geschichtlichen Aktion der Umfang der Masse zunehmen wird, deren Aktion sie ist" — und da stehen wir, die wir in England kämpfen, ratlos vor dem Problem, wie diese Aktion zu vereinheitlichen, wie ihr die elementarste — nicht etwa prinzipielle, nicht etwa taktische, sondern bloß organisatorische — Einigkeit zu verleihen.

Ich weiß ganz gut, der Kurs der englischen Sozialdemokratie steht auf dem Festland nicht allzu hoch. Sie hatte das Unglück, vor der Zeit geboren zu werden, und dies ist in der menschlichen Geschichte eine fast ebenso unverzeihliche Ungeschicklichkeit, wie das Gegenteil davon. Man warf ihr „Starrheit“ und „Unbiegsamkeit“ vor, als die mindeste taktische Nachlässigkeit gleichbedeutend mit einem politischen Selbstmord war, und man beschuldigte sie der „Sektiererei“, als das Zusammengehen mit anderen Parteien nichts als einen Anschluß an den linken Flügel der Liberalen nach sich ziehen konnte. Zwar gingen diese Vorwürfe und Beschuldigungen meistenteils entweder von Engländern vom Typus der Fabianer oder von in England lebenden Ausländern aus, die auch in dem Zusammengehen mit der liberalen Partei kein großes Unglück, vielmehr die wirkliche Aufgabe einer englischen sozialistischen Partei erblickten. Das Märchen aber von der „Starrheit“ der Sozialdemokratischen Föderation (S. D. F.) gewann leichten Glauben hauptsächlich dadurch, daß man auf dem Festland, wo keine ernsthafte liberale Bewegung vorhanden war, sich wirklich die eigentümlichen englischen Verhältnisse nicht vorstellen konnte und das, was jede andere sozialdemokratische Partei an der Stelle der S. D. F. getan hätte, ihrer taktischen Ungeschicklichkeit zugeschrieben wurde. Man wird vermutlich auch jetzt die Zerrissenheit der sozialistischen Bewegung in England der „Starrheit“ und „Sektiererei“ der S. D. F. zuschreiben, obwohl bereits in Amsterdam eine Einsicht in die wirkliche Sachlage gewonnen werden konnte.

Nun aber steht die Sache so, daß es gerade die S. D. F. immer gewesen ist, die für sozialistische Einigkeit agitierte. Es ist nicht abzuleugnen, daß, als die I. L. P. (Independent Labour Party — die Unabhängige Arbeiterpartei), die einzige hier in Betracht kommende Partei, entstand, diese auf die unverhüllte Feindseligkeit der S. D. F. stieß. Dafür waren zwei Gründe maßgebend, erstens der allgemeine, daß das kämpfende Proletariat sich den Luxus zweier sozialistischen Parteien nicht erlauben dürfe, und zweitens der besondere, daß mit ihrer Scheu vor einer ausgesprochen sozialistischen Parteirichtung — einer Scheu, diktiert von propagandistischen Rücksichten — die I. L. P. die in den Köpfen des englischen Proletariats herrschende Verwirrung noch steigere. Als es sich aber nach Verlauf einiger Jahre herausstellte, daß das Bestehen der neuen Partei sich nicht mehr wegkritisieren ließ, während von der anderen Seite die I. L. P. selbst die Überzeugung gewann, daß ihre Diplomatie vergeblich sei, da entstand in den beiden Organisationen der Wunsch, dem schädlichen Zanke ein Ende zu setzen und zu einer festen Verständigung zu kommen. Die Frage war nur die, ob diese Verständigung in der Form einer vollständigen Verschmelzung der beiden Organisationen oder in der eines Bündnisses mit einem gemeinsamen Leitungskomitee zu verwirklichen sei. Zu diesem Zwecke fand eine private Konferenz der Führer der beiden Organisationen statt, die nach mehrtägiger Beratung, auf Antrag des Genossen Keir Hardie, sich für Verschmelzung aussprach. Das war eben das, was die S. D. F. verlangte, und es freute sie sehr, daß der bedeutendste Führer der I. L. P. von demselben Wunsche erfüllt war. Allein der Beschluß der Konferenz war für die Parteien nicht bindend, und die Frage wurde jetzt zur Urabstimmung den beiden Organisationen vorgelegt. Das Ergebnis brachte dem Einigkeitsgedanken einen vollen Sieg: die S. D. F. fast einstimmig und die I. L. P. mit einer großen Majorität sprachen sich zugunsten einer vollständigen Verschmelzung aus. Es

ist erreicht! jubelte gar mancher. Und wirklich, was konnte jetzt der Einberufung eines Einigkeitskongresses noch im Wege stehen? Da plötzlich geschieht etwas Unerwartetes: die Parteileitung der I. L. P., deren Vorsitzender Keir Hardie selbst war, weigerte sich, den Beschluß der Partei auszuführen, und schlug anstatt der Verschmelzung ein bloßes Bündnis vor! Das war ein Treubruch, wie die Annalen der sozialistischen Bewegung keinen zweiten aufzuweisen haben, und dazu gesellte sich noch die plumpe Motivierung, daß die beiden Parteien unmöglich sich verschmelzen könnten, da sie auf verschiedenen Standpunkten stünden: die einen seien Materialisten und Hetzer, die anderen — Ethiker und Versöhner! Kein Wunder, daß die Unterhandlungen sofort von der S. D. F. abgebrochen und nicht mehr erneuert wurden.

Das war im Jahre 1897. Man kann sich vorstellen, wie erbitternd das Scheitern des Einigungsversuchs auf die Beziehungen zwischen den beiden Parteien wirkte. Die Erbitterung aber verschärfte sich noch mehr, als im Jahre 1899/1900 der bekannte Ausschuß für Arbeitervertretung (L. R. C. — Labour Representation Committee) gegründet wurde. Dieser Ausschuß wurde gemäß einer Resolution des Trade Union-Kongresses gebildet und sollte alle Arbeiterorganisationen, sozialistische eingeschlossen, umfassen, die sich für eine von beiden bürgerlichen Parteien unabhängige Vertretung der Arbeiter im Parlament erklärten. Natürlich begrüßte die S. D. F. sein Entstehen auf das herzlichste und schloß sich dem L. R. C. an. Zur selben Zeit aber machte sie sich über die Bedeutung der neuen Organisation keine Illusionen. Gleich wie ihre Vorgängerin des Anfanges der siebziger Jahre — die Liga für Arbeitervertretung — war der Ausschuß im Grunde genommen nicht mehr als die Frucht der Enttäuschung, die die Zersetzung der liberalen Partei in den Arbeiterkreisen verbreitete, und ob die von diesem Ausschuß eingeleitete Bewegung bloß dem Zwecke der Aufrüttlung der Liberalen dienen soll, um gleich darauf von ihnen aufgesogen zu werden — wie das eben der Fall in 1874/95 war —, oder zu einer wirklich selbständigen politischen Betätigung des englischen Proletariats führen wird, hängt durch und durch von der Auffassung ab, die die Bewegung von ihren eigenen Zielen hat. Darüber eben bemühte sich die S. D. F. das L. R. C. aufzuklären. Sie sagte ihm, daß, so wichtig auch das Anerkennen der Notwendigkeit einer selbständigen politischen Klassenaktion sei, doch die Selbständigkeit nicht mehr als ein formelles, organisatorisches Prinzip ohne praktische Bedeutung bleibe, solange sie nicht auf einer Einsicht in den grundsätzlichen Klassengegensatz beruhe; deshalb sei ein ausgesprochenes Programm nötig, das den Klassenkampf zum leitenden Prinzip der Taktik mache und das sozialistische Endziel anerkenne.

Allein diese Bemühungen der S. D. F. stießen auf eine wuchtige Opposition, und zwar vor allem bei den Vertretern der I. L. P., die wieder mit einem „denaturierten" Programm sich aufs „frohe Jagen" nach der Gunst der Arbeiterschaft begab. Der Ausschuß, sagte sie, sollte gegenüber allen bestehenden Parteien selbständig sein, denn nur auf solche Weise könne er die verschiedensten Elemente der Arbeiterschaft in sich vereinigen. Folglich dürfe er auch kein Parteiprogramm aufstellen und nur ein Prinzip anerkennen — nämlich Selbständigkeit in allen Arbeiterfragen. Die Kandidaten, die er aufstelle, dürften bloß als Arbeiterkandidaten gelten. Bezüglich ihrer weiteren Qualifikation und dessen, was sie, wenn erwählt, zu tun hätten, sei nur dem irischen Muster zu folgen, das heißt, sie hätten eine besondere Fraktion zu

[bil]den und als solche in allen Arbeiterangelegenheiten — aber auch nur in [di]esen — aufzutreten.

Natürlich fand diese Meinung das größte Wohlwollen der Trade Unionisten, [un]d die S. D. F. wurde aufs Haupt geschlagen. Was hatte sie nun zu tun? [M]an riet ihr, in dem Ausschuß zu verbleiben: die Sache fordere Geduld, und [in]dem sie an dessen Geschäften teilnehme, könne sie die Taktik überwachen, [sie] vielleicht beeinflussen, jedenfalls die Folgen der Irrtümer immer aufdecken [un]d so schrittweise die ganze Bewegung nach einer sozialistischen Richtung [len]ken. Würde sie sich zurückziehen, so verlöre sie die Gelegenheit, die Trade [U]nionisten zu beeinflussen, ihr Handeln würde als ein weiterer Beweis ihres [S]ektenpartikularismus angesehen, und die Kluft zwischen ihr und der breiten [A]rbeitermasse würde größer und tiefer werden.

Indes abgesehen davon, daß mit einer Masse liberal denkender Trade [U]nionisten auf einer Seite und der I. L. P., die auf das Niveau dieser Masse [he]runterzusteigen beschlossen hatte, auf der anderen, die S. D. F. auf lange [D]auer zur Ohnmacht verurteilt wäre, was würde ihre Position inzwischen [ge]wesen sein? Sie wäre für Handlungen und Kandidaturen verantwortlich [ge]worden, die sie aus prinzipiellen und taktischen Rücksichten als sozialdemo-[kr]atische Partei keineswegs billigen könnte, und dadurch hätte sie nicht nur ihr [ga]nzes Programm, sondern auch ihre ganze fast zwanzigjährige Aufklärungs-[tä]tigkeit preisgegeben. Man sehe nur zu, wie die Dinge sich später entwickelt [ha]ben. Eine ganze Reihe von Kandidaturen, wie die der Herren Shackleton, [B]ill Crooks und Henderson, wurde aufgestellt, vom L. R. C. unterstützt und [au]ch mit Erfolg durchgesetzt. Was wäre die Aufgabe der S. D. F. — ja [ir]gendeiner anderen sozialdemokratischen Partei — gewesen, wäre sie im L. R. C. [ve]rblieben? In aller Loyalität hätte sie diese Kandidaturen sämtlich unter-[st]ützen müssen. Was aber würde dann vom ganzen Parteiprogramm, ja [üb]erhaupt von der Sozialdemokratie geblieben sein? Ist doch Shackleton nicht [m]ehr als ein Trade Unionist der alten Schule, der für Kinderarbeit öffentlich [ei]ntritt (sogar im Parlament), ist doch Herr Crooks bis zu seiner Kandidatur [ei]n offizieller Liberaler gewesen, war doch auch Herr Henderson bis zum Vor-[a]bend seiner Wahl der liberale Wahlagent in seinem Kreise! Ganz gewiß, [a]lle diese Herren haben feierlich die schriftliche Verpflichtung abgegeben, daß [si]e nicht mehr zur liberalen Partei gehören und sich in der Zukunft als Mit-[g]lieder einer unabhängigen Arbeiterpartei betrachten werden. Allein was ist [d]er Wert einer „unabhängigen" Arbeiterpartei, die aus solchen Elementen zu-[sa]mmengesetzt ist und die kein Programm besitzt? Man kann doch wohl „un-[a]bhängig" sein und just denselben Weg gehen wie die anderen Parteien! Die [B]efriedigung, die man dabei empfinden darf, ist gleicher Art wie die jenes [I]rländers, den man in einem Tragsessel ohne Boden zum Feste führte. „Bei [G]ott", sagte er, „wäre es nicht der Ehre wegen, könnte ich ganz bequem zu [F]uß gehen!"

Nun aber ist die S. D. F. nicht ehrgeizig, und so, nach langem Überlegen, [sc]hied sie aus dem L. R. C. aus. Jedoch nicht mit einer Feindseligkeit, sondern [m]it einer „wohlwollenden Neutralität", die sie durchaus seitdem bewahrt hat. [Z]war das Recht auf Kritik gab sie nicht auf; vielmehr ebenso, wie es Marx [u]nd Engels in bezug auf demokratische, aber noch nicht „kommunistische" Par-[t]eien empfohlen hatten, kritisierte die S. D. F. jeden Fehler des neuen „Blocs", [u]m ihn zu einem mehr entschiedenen Handeln anzuspornen. Jedoch tat sie

nichts, was ihn in seiner Tätigkeit hätte schädigen können, ja in manch Fällen hat sie sogar seine Kandidaten unterstützt. Dagegen bot jetzt die I. L. alles auf, um die S. D. F. in den Augen der Arbeitermasse zu diskreditier und sie als Partei zu schädigen. Man sprach von ihren „verfaulten marxist schen Dogmen", von ihrem „fast viehischen Materialismus", der das ethisc Gefühl des Volkes beleidige, man machte sich lustig über die Marxsche „Schlagworte" vom Klassenkampf und dergleichen, und endlich, als Genos Quelch für die Nachwahl in Dewsbury aufgestellt worden war, wurde ih nicht nur jede Unterstützung versagt, sondern man bemühte sich ganz offen, ih von dort herauszudrängen.

Und so ging es bis zum Kongreß in Amsterdam. Die L. R. C.-Bewegun machte unterdessen große Fortschritte, aber auch die S. D. F., trotz den Be mühungen der I. L. P., befand sich ganz wohl und setzte ihre agitatorische Arbei ruhig fort. Einen peinlichen Zwischenfall bildete in dieser Zeit der Streit u die Vertretung auf dem Internationalen Bureau, der vom Pariser bis zu Amsterdamer Kongreß dauerte. In Amsterdam versuchte die I. L. P. die S. D. F ihrer Vertretung im Internationalen Bureau zu berauben. Doch mißlang ih dieser Coup.

Von Amsterdam nach Hause zurückgekehrt, folgten die Führer der I. L. P dem französischen Beispiel und begannen einen Feldzug in der Presse, um da bürgerliche Publikum zu überzeugen, daß die von der I. L. P. vertreten Richtung die wahre Siegerin auf dem Kongreß sei. Die Dresdener Resolutio sei nur mit der Hilfe von nichtparlamentarischen Nationen durchgesetzt worden während in der Tat die Empörung gegen die marxistischen „Dogmen" un „Schlagworte" eine allgemeine sei. Allein dieses Geschwätz machte nur sie selbs lächerlich, und als die Kunde von der Anerkennung der Amsterdamer Resolutio durch die P. S. F. in Frankreich und der auf Grund dieser Resolution voll zogenen Einigung kam, wurde alles mäuschenstill.

Und so blieb es bis in die jüngste Zeit, als eine kleine Verschiebung des Schauplatzes eintrat. Die S. D. F. nämlich war das ganze Jahr durch außer ordentlich tätig, und dank einer unermüdlichen und geschickten Agitation gelang es ihr, zwei wichtige Fragen — die über Arbeitslosigkeit und die über di Speisung der Schulkinder aus öffentlichen Mitteln — der Aufmerksamkeit des Parlaments und der Regierung aufzudrängen, so daß die letztere sich endlich veranlaßt sah, der Agitation entgegenzukommen und in einem Falle auf ge setzgeberischem, in dem zweiten auf administrativem Wege Maßregeln zu treffen. Natürlich bezwecken diese Maßregeln nichts weiteres, wie der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln zu nehmen; allein dieses selbst bedeutet für die S. D. F. einen großen Sieg, der auch, als solcher, von den reaktionären Parteien mit Widerstreben anerkannt wird. Andererseits aber befindet sich seit einiger Zeit die L. R. C.-Bewegung in recht trübem Wasser. Manche Arbeiter kandidaten, wie Herr Bell, der Führer der Eisenbahner, erklärten sich für ganz und gar unfähig, beim besten Willen in der Welt, zu begreifen, wozu sie eigentlich unabhängig sein müßten, wenn die Statuten des L. R. C. keine politische Gesinnung ausschließen und überhaupt kein bindendes Programm aufstellen. Sollte mit der „Unabhängigkeit" ein Mißtrauen in die liberale Partei aus gesprochen werden, dann müsse es auch in einem Programm formuliert sein; sei dem nicht so, dann brauche man sich von ihr überhaupt nicht loszureißen. Und Herr Bell warf die Verfassung des L. R. C. über Bord und seine Gewerk-

schaft unterstützte ihn. Das L. R. C. geriet in eine verzweifelte Lage. Was sollte man tun? Herrn Bell ausschließen? Dazu war man nicht imstande, und sogar wenn man es vermocht hätte, wäre es ein sehr gefährliches Spiel gewesen, da Bell eine der hervorragendsten Personen in der Arbeiterwelt ist. Eine solche Insubordination verzeihen konnte man aber auch nicht, da dies hieße einen Präzedenzfall schaffen, der die ganze Bewegung zersprengen könnte. Also nach langem Streite ging man mit dem Parlamentarischen Komitee des Trade Union-Kongresses auf einen Ausgleich ein: das Komitee möge auch Arbeiterkandidaturen aufstellen, die von dem L. R. C. unterstützt werden sollen, die aber keine „unabhängigen" sein müssen! Das ist etwa wie jener Ausgleich, mit dem einst Gladstone die Spencersche Versöhnung der Religion mit der Wissenschaft verglich. Einmal, erzählt er, stritten zwei Brüder um das Haus, das ihnen vom Vater hinterlassen worden war. Der eine sagte, es ist mein; der zweite sagte auch, es ist mein. Der Streit endigte mit einem „Ausgleich"; das Haus wurde verteilt — der eine Bruder nahm das Innere und gab dem anderen die Außenseite des Hauses. Wir überlassen es dem Leser, zu urteilen, wer von den in unserem Falle streitenden Parteien das „Innere" bekam und wer das „Äußere".

Vermutlich aber glaubte die I. L. P., daß *sie* das „Äußere" bekam. Und nicht mit Unrecht, denn mit dem Anerkennen der nicht-unabhängigen Arbeiterkandidaturen der Gewerkschaften ging sogar der formelle Sinn der Unabhängigkeitsklausel der L. R. C.-Verfassung verloren, aber damit auch das ganze Streben der I. L. P., die Bewegung in ihren Händen zu behalten. Sie sah jetzt endlich ein, daß die ganze Bewegung in dem Sande — und zwar dem *liberalen* Sande — verlaufen wird, falls ihr nicht der Stempel einer politischen Eigenart aufgeprägt wird, und da dazu die Hilfe der S. D. F. sehr wertvoll wäre, so soll nun auch diese zurück ins L. R. C. kommen. Und so bewirkte man auf der jüngsten Konferenz des L. R. C. in Liverpool, daß in die Verfassung der Partei das sozialistische Endziel aufgenommen und die Formel, welche die Zusammensetzung des L. R. C. bestimmt, so ausgedehnt werden soll, daß auch andere sozialistische Parteien, außer der dort bisher genannten Fabian-Gesellschaft und der I. L. P., sich ihm anschließen können. Auf diese Weise kam die I. L. P., von der Not gedrängt, auf denselben Punkt zurück, dem sie 1897 mit aller Mühe auszuweichen suchte.

Jedoch scheint es, als ob der Stall nicht eher zugemacht wurde, als bis die Pferde gestohlen waren. Hätte man gleich von Anfang an das sozialistische Endziel als das Streben der „Arbeiterpartei" aufgestellt, so wären solche Kandidaturen, wie die des Herrn Shackleton e tutti quanti, ganz unmöglich gewesen und die S. D. F. würde sich nicht zurückgezogen haben. Jetzt aber können solche Sätze nur einen rein platonischen Wert haben, wie etwa die sozialistischen Resolutionen, die die Trade Union-Kongresse mehreremal in der Vergangenheit annahmen. Die Shackletons, die Crooks, die Hendersons sind schon da, und sie werden, zusammen mit dem Herrn Macdonald und anderen, ruhig ihren liberalen Weg gehen, wie ihrer Zeit, trotz der Resolutionen der Kongresse, die Broadhursts, die Pickards, die Burts. Jedenfalls fühlt sich die S. D. F. keineswegs durch solche Sätze veranlaßt, ihre bisherige Stellung gegenüber der Bewegung zu ändern. Es ist für sie nicht genug, daß das sozialistische Endziel jetzt anerkannt wurde — sie will, daß auch die Aktion dem entspreche. In diesem Sinne hat sie sich auch unlängst auf ihrem Northamptoner Parteitag ausgesprochen.

Es bleibt abzuwarten, was nun kommt. Zwar hat die I. L. P. jetzt an das Internationale Bureau geschrieben, daß sie vollkommen bereit sei, mit der S. D. F. sich zu vereinigen, falls die letztere sich dem L. R. C. anschließt. Aber abgesehen davon, daß solche Bedingungen zur Einigung gar nicht am Platze sind — was hat das eine mit dem zweiten zu tun? —, bezeichnet doch die Amsterdamer Resolution ausdrücklich, auf welcher Basis die Einigung der sozialistischen Parteien sich vollziehen dürfe — auf der Basis der Dresdener Resolution, die die Anerkennung des Klassenkampfes fordert und jedes Verwischen desselben verurteilt. Meint aber die I. L. P. mit ihrem Schreiben an das Bureau zu sagen, daß, indem sie am L. R. C. beteiligt ist und zu einer ähnlichen Beteiligung auch die S. D. F. auffordert, sie sich auf den Boden der Dresdener Resolution stellt? Ist es nicht vielmehr das Recht — ja die Pflicht — der S. D. F., die I. L. P. aufzufordern, ehe eine Einigung möglich ist, daß sie sich vom L. R. C. zurückziehe, da die Beteiligung an ihm mit dem Prinzip des Klassenkampfes unvereinbar sei? Die I. L. P. fühlt sich offenbar im L. R. C. sehr unwohl und sie will, bevor sie es verläßt, die letzte Anstrengung machen, um die S. D. F. auf ihre Seite zu bekommen und mit ihrer Hilfe die Bewegung aus dem liberalen Sumpfe zu retten. Allein die S. D. F. kann ihr darin nicht helfen: die I. L. P. muß aus dem L. R. C. heraus, wenn sie überhaupt eine sozialistische Partei verbleiben will. Dann erst wird die Einigung erfolgen, und gerade auf Grund der Dresdener Resolution, wie es der Fall unter auffallend ähnlichen Verhältnissen in Frankreich war. . . .

Damit sind wir zu Ende gekommen. Man mag uns wohl fragen, wozu haben wir all diesen „Zank“ in die Öffentlichkeit herausgetragen — könne man nicht die schmutzige Wäsche bei sich zu Hause waschen? Die Antwort ist diese: Seit Amsterdam gibt es in der sozialistischen Bewegung nicht mehr private „Heiligtümer“, alles ist und muß öffentlich sein. Die internationale Bewegung hat sich als die oberste Gerichtsinstanz in nationalen Parteistreitigkeiten konstituiert — sie muß alles wissen, um richtig zu urteilen. Hoffentlich wird sie auch in unserem, dem englischen Falle, so urteilen wie im französischen.

Der geplante Wahlrechtsumsturz in Hamburg.

Von **Otto Stolten**.

Die Geschichte bietet oft merkwürdig widerspruchsvolle Parallelen. Zur selben Zeit, da in Sachsen die Reaktion zum Schlage ausholte, um durch brutalen Wahlrechtsraub die Sozialdemokratie aus dem Landtag zu entfernen, in dem sie den Gegnern unbequem zu werden anfing, wurde in unserer Plutokratenrepublik Hamburg eine Verfassungsrevision abgeschlossen, die zum erstenmal den Arbeitern die Möglichkeit eröffnete, in unsere gesetzgebende Körperschaft, „Bürgerschaft“ genannt, einzudringen und einigen Einfluß zu gewinnen. Freilich nicht so bald; das hinderten die Bedingungen für die Erwerbung des Bürgerrechtes, auf dem das Wahlrecht beruht. Bis dahin (November 1896) hatte man das Bürgerrecht für 30 Mark kaufen können. Nunmehr wurde als Hauptbedingung gesetzt die ununterbrochene fünfjährige Versteuerung eines Einkommens von 1200 Mark. Diese Bedingungen konnten damals nach Ausweis der Steuerlisten nur relativ wenige Arbeiter erfüllen, und so glaubten die Urheber der

form die hamburgische Bürgerschaft gegen ein ihnen unbequem werdendes
rkeres Eindringen der Sozialdemokratie genügend geschützt.

Die damalige Reform war ja keineswegs eine ganz freiwillige. Sie erfolgte
ter dem Drucke der öffentlichen Schande, welche die Enthüllung der furcht-
ten Mißwirtschaft gelegentlich der Choleraepidemie über Hamburg und seine
ker und Leiter brachte. Es ging einfach nicht mehr so weiter. Man mußte
i immer mehr zusammenschrumpfenden Kreis der zur Mitwirkung an den
aats- und Stadtgeschäften Berufenen erheblich erweitern, sollte die Karre
ht ganz zum Stillstand kommen. Mit Zagen ging man ans Werk, und wie
roter Faden zog sich durch die ganzen, mehr als dreieinhalb Jahre dauernden
rhandlungen die Furcht, zu weit zu gehen und dadurch der Sozialdemokratie
i Weg in die Bürgerschaft zu bahnen.

So kam man zu der oben genannten Einkommensgrenze von 1200 Mark
d hoffte damit geborgen zu sein. Die Rechnung war gleichwohl falsch. Ein
ktor war dabei außer Ansatz geblieben: daß schon zahlreiche Arbeiter mit
em Einkommen dicht vor der Berechtigungsgrenze standen und die nächste
te Geschäftskonjunktur sie darüber hinausheben mußte. Diese bessere Ge-
äftskonjunktur hatte aber bereits Mitte der neunziger Jahre begonnen.
ßer Betracht hatte man auch gelassen, daß die Selbsteinschätzung zur Ein-
nmensteuer nicht immer so ganz gewissenhaft ausfällt; die Herren mit großem
nkommen wissen das ja am besten. Was oben in zahlreichen Fällen ge-
ieht, kann man unten kaum zum Vorwurf machen.

Mit dem Moment aber, wo die Steuerzahlung in gewisser Höhe Vor-
dingung für die Erwerbung politischer Rechte geworden, war damit für die
veckte sozialdemokratische Arbeiterschaft Hamburgs ein starker Anreiz gegeben,
Einkommen auch dann ehrlich voll zu versteuern, wenn es zum Teil aus
n der Steuerbehörde nicht auffindbaren Nebeneinnahmen bestand. So wuchs
ch die Zahl der Steuerzahler mit 1200 Mark und mehr Einkommen und
ch Verlauf der fünf Jahre auch die Zahl der Bürger, besonders aus den
neren Volksschichten. Die vor 1896 auf etwa 22000 zusammengeschmolzene
hl der Bürger ist bis 1904 auf 58000 gestiegen.

Seit der Reform haben dreimal Wahlen zur Bürgerschaft, die alle drei
hre halbschichtig erneuert wird, stattgefunden: 1898, 1901 und 1904. Im
tgenannten Jahre kamen **Arbeiterbürger** noch wenig in Frage; dagegen
gte sich infolge des Anwachsens der Neubürger aus Mittelstands- und Unter-
amtenkreisen eine starke Hinneigung zum Antisemitismus. 1901 brachte die
zialdemokratie in einer Reihe von Wahlbezirken schon nicht ganz unerhebliche
inoritäten auf; aber in keinem gelang es ihr, aus eigener Kraft zu siegen.
r eine Sozialdemokrat, der gewählt wurde, dankte sein Mandat dem Um-
nd, daß in dem betreffenden Bezirk die Gegner sich zersplittert hatten. Erst
der Wahl von 1904 konnte endlich die Wirkung des neuen Bürgerrechts-
etzes einigermaßen voll zur Geltung kommen. Das Resultat war die Wahl
n 12 Genossen, so daß die sozialdemokratische Fraktion der Bürgerschaft jetzt
von insgesamt 160 Mitgliedern der Bürgerschaft zählt. Vorher aber hatte
n eine Änderung des Wahlgesetzes dahin vorgenommen, daß an die Stelle
Entscheidung nach relativer Majorität die nach absoluter mit Einführung
n Stichwahlen gesetzt wurde. Die Änderung entsprang der Besorgnis, daß
folge der starken Zunahme der Bürger aus Arbeiterkreisen die Sozialdemo-
tie in zahlreichen Bezirken die relative Mehrheit erlangen werde; auf viele

absolute Mehrheiten hatte man noch nicht gerechnet. Der Erfolg der Änderu
bestand für die Gegner darin, daß die Sozialdemokratie zwei Mandate wenig
erhielt, als ihr bei Entscheidung nach relativer Mehrheit zugefallen wären.

Das ist in aller Kürze der Gang der Dinge seit der Reform von 189
der rekapituliert werden mußte, um die ganze Nichtswürdigkeit der jetzt g
planten Rückwärtsrevidierung des Wahlrechtes richtig zu würdigen. Dabei i
noch zu betonen, daß nur erst in der einen Hälfte der Bezirke die Wirku
der Erweiterung des Bürgerrechtes zur Geltung kommen konnte; erst 19
würde in der anderen Hälfte die volle Wirkung sich zeigen können. Bei E
haltung des jetzigen Systems würde sich für die Sozialdemokratie in dies
zweiten Hälfte ungefähr die gleiche Aussicht eröffnen wie bei der letzten Wah
so daß die Zahl ihrer Vertreter in der Bürgerschaft sich annähernd verdoppel
könnte.

Die sozialdemokratischen Erfolge von 1904 sind aber unseren bürgerliche
Elementen schon sehr auf die Nerven gefallen, und in ihrer von der Furcl
gestachelten Phantasie malen sie sich wahre Schreckbilder von der Möglichke
sozialdemokratischer Siege bei den nächsten Wahlen aus. Stellenweise läu
dabei offenbar absichtliche Übertreibung mit unter, um ängstliche Gemüter, d
sonst widerstreben könnten, einer gründlichen Wahlrechtsverschlechterung genei
zu machen. Schon alsbald nach den letzten Wahlen fing man in den Bürge
vereinen an, sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie dem weiteren Vordringe
der Sozialdemokratie begegnet werden könne, ohne daß sich die Erwägunge
zu greifbaren Vorschlägen verdichteten. Etwa seit Beginn dieses Jahres liefe
allerlei dunkle Gerüchte um darüber, daß in geheimen Konventikeln eine Ve
schwörung gegen das Wahlrecht ins Werk gesetzt werde. Positives war auc
dann nicht zu erfahren, als vor einigen Monaten auf Grund einer Mitteilun
der „Frankfurter Zeitung“ die Angelegenheit in die öffentliche Diskussion g
zogen wurde. Die Verschwörer arbeiteten unter so strenger Wahrung des Ge
heimnisses, daß nichts Bestimmtes durchsickerte und man nicht einmal wußt
ob nur die Scharfmacher und die um ihre Sitze besorgten Spießbürger ode
auch der Senat bei dem reaktionären Techtelmechtel beteiligt sei.

Während noch alles hin und her riet, erschien plötzlich am 14. Mai di
fertige Senatsvorlage, die nichts Geringeres als einen vollständigen Um
sturz des bisherigen Wahlsystems durchführen will. Alle Änderungs
vorschläge sind mit wahrhaft mephistophelischer Raffiniertheit darauf zugespitz
die Vertretung der Sozialdemokratie in der Bürgerschaft auf ein bedeutungs
loses Minimum herabzudrücken, das zu einem wahren Hohne wird gegenübe
der großen Bevölkerungsmasse, deren Interessen sie vertritt.

Die Gründlichkeit des geplanten Umsturzes hat auch in bürgerlichen Kreise
überrascht und Besorgnisse erweckt, weil auch das Verhältnis der verschiedene
bürgerlichen Interessengruppen zueinander in bedenklicher Weise verschoben z
werden droht. Selbstverständlich soll an dem bestehenden Privilegium de
Grundeigentümer und Notabeln (gegenwärtige und ehemalige Mitgliede
der Gerichte und Verwaltungsbehörden), die je ein Viertel der Bürgerschafts
mitglieder wählen, nicht gerüttelt werden. Die eine Hälfte der Bürgerschaf
bleibt also nach wie vor dem Besitz reserviert, der damit die sichere Gewäh
hat, immer in der Majorität zu bleiben.

Dieser Schutz ist unseren „Staatserhaltenden“ aber nicht genug. Obwoh
sie bei den schweren Bedingungen für die Erwerbung des Bürgerrechtes noc

j lange darauf rechnen könnten, auch von der anderen Hälfte der Sitze den ößten Teil zu erlangen, fürchten sie doch, durch eine größere Zahl von Sozial-nokraten in ihrer rücksichtslosen Sonderinteressenwirtschaft, in der Klassen-litik zugunsten des Besitzes gestört zu werden. Dem soll durch eine gründ-he Umgestaltung der sogenannten „allgemeinen" Wahlen vorgebeugt rden.

Zur Teilnahme an diesen „allgemeinen" Wahlen sind bisher alle Bürger echtigt, die nicht nur Steuern zahlen, sondern sie auch zur Zeit der Wahl zahlt haben. Alle drei Jahre wählt abwechselnd die eine örtlich in Be-ke abgegrenzte Hälfte 40 Abgeordnete auf sechs Jahre. Bei der letzten ahl im Februar 1904 brachte die Sozialdemokratie von 24238 abgegebenen 45 Stimmen auf. Das sind 37,7 Prozent, wonach sie von den 40 Mandaten hätte erlangen müssen, aber nur 12 erlangte. Sie war also noch im Nach-l. Damit sich aber nicht das Verhältnis zu ihren Gunsten verschiebe, soll e eiserne Besen der Reaktion Kehraus halten.

Der zu dem Zwecke ausgeheckte Plan macht der Demagogenkunst der Ur-ber alle Ehre. Unter dem Scheine von Gerechtigkeit und Billigkeit — welche önen Worte in den Motiven für die Vorlage überhaupt reichliche Verwen-ng gefunden haben — wird dem Rechte der Arbeiterklasse der Strick gedreht. ie Bürger in der Stadt sollen in Zukunft in drei Klassen geteilt werden, d zwar nach dem Einkommen. Die Grenzen sind bei 3000 und 6000 Mark zogen; alle Bürger mit weniger als 3000 Mark Einkommen werden in die itte, diejenigen mit über 6000 Mark in die erste Klasse versetzt; die Ein-mmenstufen zwischen 3000 und 6000 Mark bilden die zweite Klasse. Über e zahlenmäßige Verteilung der Bürger auf die drei Klassen läßt sich für die egenwart nur wenig sagen, da die hamburgische Statistik sehr langsam beitet und die neuesten Zahlen nur bis 1901 reichen. Nach einem Vergleich vischen Steuerstatistik und Bürgerstatistik dieses Jahres würden der dritten lasse etwa 24000, der zweiten 9000 und der ersten 7000 Bürger angehören. ir die Gegenwart stellt sich das Verhältnis sehr viel ungünstiger, denn von n inzwischen hinzugekommenen 15000 Bürgern gehört zweifellos die weit erwiegende Mehrzahl zu den Einkommensstufen unter 3000 Mark.

Aber ganz abgesehen davon, wie sich die Bürger und Wähler auf die ein-lnen Klassen verteilen, ist die Klassenteilung an sich ja ein unerhörter Ein-uch in das bisher gleiche Recht der Bürger, das wenigstens bei den so-nannten „allgemeinen" Wahlen besteht. An Stelle der drei Klassen würde in Zukunft fünf geben. Die rein mechanische Teilung nach dem Einkommen ißt dazu viele sozial einigermaßen gleichgeartete Elemente auseinander, so hr, daß z. B. dieselben Beamtenkategorien derselben Gehaltsklasse zum Teil in e eine, zum Teil in die andere Wählerklasse versprengt werden. Daß es bei n sonstigen Erwerbsgruppen ebenso ist, braucht an dieser Stelle nicht des iheren dargelegt zu werden. Wenn deshalb die der Senatsvorlage bei-gebenen Motive die Klasseneinteilung damit mundgerecht zu machen suchen, solle die Möglichkeit gewährt werden, daß zusammengehörige Interessen-uppen gemeinsam ihr Interesse bei der Wahl wahren, so ist das eine Spiegel-hterei, durch die nur ganz Dumme getäuscht werden können.

Als Mittel zur Wahrung solcher gemeinsamen Interessen will man den wa bedenklichen bürgerlichen Kreisen die Proportionalwahl aufschwätzen. ber es gehört schon unheilbare Borniertheit dazu, den Plan nicht zu durch-

schauen. Während die Verhältniswahl, allgemein auf alle Wahlen zu Bürgerschaft in gleicher Weise angewendet, der Sozialdemokratie geben könnt was ihr zukommt, erhöht sie, innerhalb der einzelnen Klassen an gewandt, die schon an sich in der Klassenscheidung liegende Ungerechtigkeit un Benachteiligung der minderbegüterten Wähler. Von den für jede Klasse vo gesehenen 24 Mandaten (die restlichen 8 sollen im Landgebiet wie bisher na Bezirken gewählt werden) wird die Sozialdemokratie bei proportioneller Ve teilung nach der Stimmenzahl noch immer einen Teil nicht erlangen, weil al bürgerlichen Stimmen voll zur Geltung kommen werden. Dagegen ist es au offenbare Täuschung berechnete Sophisterei, wenn in den Motiven zu de Vorlage der Anschein zu erwecken versucht wird, als ob in der zweiten ode gar in der ersten Klasse die Proportionalwahl der Sozialdemokratie Nutze bringen und auch für sie „ausgleichend" wirken könne. Die Zahl der sozia demokratischen Bürger mit Einkommen von über 3000 Mark ist vermutlich s gering, daß die von ihnen in der zweiten oder gar in der ersten Klasse ab gegebenen Stimmen bei der Mandatsverteilung kaum ins Gewicht falle werden.

Die Einführung der Verhältniswahl ist aber nicht der einzige „liberale Aufputz der Vorlage, mit dem rückschrittliche Wirkungen erzielt werden sollen Dem gleichen Zwecke dient die vorgesehene Verleihung des passive Wahlrechtes an die Beamten. Bislang haben die hamburgischen Staats beamten wohl das aktive, nicht aber das passive Wahlrecht zur Bürgerschaf Begründet und verteidigt wird diese Zurücksetzung der Beamten in der Haupt sache mit der Besorgnis vor einem Konflikt zwischen den parlamentarischen un amtlichen Pflichten etwa gewählter Beamten. Besonders der Senat hat sic einer Aufhebung dieser das Vollbürgerrecht der Beamten einschränkenden Ver fassungsbestimmung bisher stets entschieden widersetzt. Jetzt sind auf einma die Bedenken geschwunden. Die Beamten sollen mit eigenen Kandidature zur weiteren Zersplitterung der Wählermasse mithelfen; sie, denen man bishe verwehrt hat, mit den anderen Bürgern gemeinsam Männer ihres Vertrauens zu wählen, werden jetzt von oben herab direkt dazu aufgestachelt, ihre be sonderen Interessen als Beamte in unmittelbarem Gegensatz zum übrigen Bürgertum zur Geltung zu bringen. Der Kernpunkt dieser beabsichtigten Neuerung ist aber, daß eine Absplitterung sozialdemokratischer Stimmen in de dritten Klasse erreicht werden soll. Die kleinen Beamten, die bisher für di Sozialdemokratie stimmten, sollen durch den Köder besonderer Beamtenkandi daturen von ihr fortgelockt werden.

So sind allerlei an sich demokratische Momente in die Vorlage hinein gebracht worden, die in der Art ihrer Verwendung den reaktionären Charakter derselben noch verschärfen. Die Vertretung der Sozialdemokrati wird gewissermaßen in der dritten Klasse kontingentiert; aber auf dem Weg der Verhältniswahlen und unter Zuhilfenahme der Beamtenkandidaturen sol dieser „Besitzstand" noch weiter verringert werden.

Die Scharfmacher und der Senat haben große Eile, ihr rechtsschänderisches Werk fertigzustellen. „Jetzt oder nie", so behauptet der Senat, müsse di weitere Beschneidung der beschränkten Rechte der minderbegüterten Bevölkerungs kreise geschehen, weil später, wenn die Sozialdemokratie 40 oder mehr Sitz erobert habe, Verfassungsänderungen, zu denen Dreiviertelmehrheit er forderlich ist, nicht mehr möglich seien. Die Furcht, daß die Sozialdemokratie

o bald die 40 Sitze erobern könne, entbehrt jeder realen Grundlage. Sie ient nur als Schreckargument. Aber wenn unsere Partei diese Mandatszahl rreichen würde, so wäre damit nur reaktionären Verfassungsänderungen orgebeugt. Dazu will man sich aber eben den Weg offen halten.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß in der Bürgerschaft eine große Mehrheit orhanden ist, die dem Angriff auf das Wahlrecht der Masse sehr geneigt und ventuell bereit ist, die Vorlage unbesehen zu akzeptieren. Die Angst sitzt ihnen llen im Nacken; die Sorge um ihre geliebten Mandate macht sie zu jeder Tollheit fähig. Eine Tollheit ist aber die Annahme des Gesetzentwurfes auch om Standpunkt des kleinen und mittleren Bürgertums. Die Macht des roßen Besitzes würde dadurch ungemein gestärkt auf Kosten auch der weniger emittelten bürgerlichen Elemente. Aber die Angst macht blind. Abwehr der Sozialdemokratie um jeden Preis ist ihre Losung. Um vor dieser geschützt zu ein, opfern sie ihre eigenen Interessen der Plutokratie. Der „Liberalismus" ieser Kreise zeigt sich dabei in seiner ganzen gottverlassenen Jämmerlichkeit.

Die sozialdemokratische Fraktion in der Bürgerschaft geht den scharfmache-ischen Wahlrechtsattentätern mit dem scharfen Geschütz guter Gründe zu Leibe. Sie allein kann den Angriff nicht abwehren. Die begonnenen Debatten werden, ndem sie die ganze Heimtücke des sauberen Planes in allen Einzelheiten bloß-egen, doch vielleicht noch dem einen oder anderen die Augen darüber öffnen, aß der gegen die Sozialdemokratie geführte Schlag nicht diese allein, sondern uch den Einfluß des kleinen und mittleren Bürgertums trifft. Vielleicht wird och noch manch einer von ihnen, den die Sozialistenangst ins Gefolge der Scharfmacher getrieben hat, zur Besinnung kommen. Davon, ob dies geschieht und so die Zahl der Gegner sich in dem Maße erhöht, daß die von der Ver-assung geforderte Dreiviertelmehrheit unmöglich wird, wird es abhängen, ob ie Vorlage Gesetz wird oder nicht.

Literarische Rundschau.

Stefan Großmann, **Österreichische Strafanstalten.** Wiener Verlag, 1905.

Das kleine Buch führt uns in lebendigen Bildern das Leben der Sträflinge in österreichischen Gefängnissen vor.

Zweierlei wird uns daraus klar: daß es einerseits zumeist an ehrlichem, treuem Willen fehlt, den Gefangenen ihr Los so erträglich als möglich zu machen und alles zu vermeiden, was sie körperlich und geistig gefährdet, und daß andererseits auch der beste Wille nur in ganz vereinzelten Fällen und auch da nur unvollkommen nützen könnte.

Wie sehr die Statistik die Richtigkeit des Eindrucks bestätigt, den man beim Anblick der zwecklosen, unaussprechlichen Leiden empfängt, denen die Gefangenen ausgesetzt sind, ersehen wir aus den Zahlen, die Großmann anführt. 37,6 bis 97,7 Prozent aller Sträflinge sind Rückfällige, und zwar steigt der Prozentsatz der Rückfälligen mit der Strenge der Disziplin, die in den einzelnen Strafhäusern an-gewendet wird. Schlechte sanitäre Verhältnisse, elende Kost, Mangel an Reinlich-keit, Mangel an Bewegung und barbarische Disziplinarstrafen zerstören die Gesund-heit der meisten Gefangenen in kurzer Zeit und raffen noch schneller die vielen dahin, die schon körperlich oder geistig erkrankt ins Strafhaus gekommen sind. Trotzdem ist die Sterblichkeitsziffer keine sehr hohe, denn es herrscht die Gepflogenheit, den sicheren Todeskandidaten Begnadigung zu erwirken. Das wäre durchaus an sich kein

Fehler, wenn es auch in den meisten Fällen, wie Großmann behauptet, nur geschähe um die Statistik zu „verschönern". Es wäre dann kein Fehler, wenn diese aus der Haft entlassenen Sterbenden der Aufnahme in ein anständiges Krankenhaus sicher wären. Daß dem in der Mehrzahl der Fälle nicht so ist, kann sich aber jeder ausmalen, der die Rücken und Tücken unserer Heimatsberechtigungsgesetze kennt und weiß, wie es selbst in Wien noch mit den Spitälern aussieht.

Wie hell aber auch die Gnadensonne über den Todeskandidaten leuchtet, so schwer ist für die jüngeren, kräftigeren und relativ hoffnungsvollsten Elemente unter den Gefangenen die Beendigung ihrer Qual auf dem Gnadenweg zu erreichen. Daß Gefangene nicht begnadigt werden, selbst jugendliche nicht, für die der Gefängnisdirektor um Begnadigung einkommt, von denen er versichert, daß sie gebessert seien und ein längerer Aufenthalt im Gefängnis diese Besserung nur gefährden könne, das ist wohl der schlagendste Beweis dafür, wie gewissenlos und herzlos man hohen und höheren Ortes sozialen Aufgaben gegenübersteht.

Daß innerhalb der letzten sechzehn Jahre trotz des Anwachsens der Sträflingszahl die Verpflegungskosten in den österreichischen Strafanstalten um ein Drittel gefallen sind, das wird gewiß ein unauslöschliches Schandmal in der Geschichte österreichischer Verwaltung bleiben. Die unmittelbarste Folge davon ist, daß jede Kerkerstrafe durch Hunger verschärft wird. Zwei kärgliche Mahlzeiten täglich, das ist alles, was der Geiz dieser Verwaltung den Gefangenen der meisten Strafhäuser gönnt, dazu meistens noch verdorbenes, verunreinigtes Wasser!

Die Kranken werden vernachlässigt und müssen vernachlässigt werden, da Anstalten mit 1000 Insassen nur einen einzigen Arzt beschäftigen. Was bleibt diesem übrig, als die meisten Kranken für Simulanten zu erklären?

Die Prügelstrafe ist in Österreich abgeschafft, aber man gebraucht in den Strafhäusern Disziplinarmittel, die nicht weniger grausam sind. Man läßt die Gefangenen in kalten, feuchten Löchern ohne Strohsack, ohne Decke frieren und dabei fasten, man fesselt sie mit einem Leibring an die Wand, stehend, das Gesicht gegen die Mauer gekehrt. Ein Direktor hat selbst angegeben, daß er einen Gefangenen durch neunzig Stunden ununterbrochen dieser Tortur ausgesetzt hat.

Wie gut und erfolgreich der Unterricht in den Gefangenenschulen sein kann, weiß man, wenn man erfährt, daß der einzige Lehrer, der an einer Anstalt wirkt, 50 Gulden Jahresgehalt empfängt. Die Gefängnishausbibliotheken sind mit Andachtsbüchern und Heiligenlegenden gefüllt. All das in Männerstrafanstalten. Man kann danach beurteilen, welcher Geist in den Weiberstrafanstalten herrschen mag, die in alten Klöstern untergebracht sind und von Nonnen geleitet werden. An den Klostermauern hört in Österreich bekanntlich die Staatsgewalt auf — —!

Erschüttert legt man das Buch aus der Hand, bedrückt durch so viel Elend, für das es keine Hilfe gibt.

Angenommen, all diese Opfer der sozialen Mißordnung, all diese Kranken und Degenerierten würden nicht in den Strafanstalten mutwillig vernachlässigt und gequält, man würde sie nicht durch schlechte und ungenügende Kost und barbarische Disziplinarmittel entkräften, nicht durch idiotische Lektüre und immerwährendes Beten und ungeeignete Arbeit verdummen, wie könnte man hindern, daß entweder die Einzelhaft sie durch Vereinsamung wahnsinnig macht oder die Gemeinschaftshaft jedes Laster des einzelnen zu einer bösartigen ansteckenden Krankheit werden läßt?

Wir gehen gewiß einem Zeitalter entgegen, in welchem einem glücklicheren Geschlecht die Gefängnisstrafe ebenso barbarisch erscheinen wird, als uns Scheiterhaufen und Rad, einem Zeitalter, das jene Verbrechen wird aus der Welt geschafft haben, die lediglich der heute geltenden Eigentumsordnung entspringen, und dem es darum möglich sein wird, einzelne Entartete, die der Gesellschaft Gefahr zu bringen drohen, mit jener Schonung, auf die der Kranke ein Anrecht hat, daran zu hindern, sich und anderen Schaden zuzufügen. Therese Schlesinger-Eckstein.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 37 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Dem Fürsten Bülow.

Berlin, 7. Juni 1905.

Was dem einen seine Eule ist, das ist dem anderen seine Nachtigall — dies alte Sprichwort aus der niedersächsischen Heimat derer von Bülow mag dem glücklichsten Sproß dieses Zaunjunkergeschlechtes wohl in die Ohren geklungen haben, als ihm derselbe Tag die „Erhebung" in den „Fürstenstand" und den Sturz eines diplomatischen Gegners brachte. Ob zwischen den beiden Ereignissen ein ursächlicher Zusammenhang bestand, kann den Gebärdespähern und Geschichtenträgern der bürgerlichen Presse zur Untersuchung überlassen werden; das zeitliche Zusammentreffen legt jedenfalls jenes niedersächsische Sprichwort nahe, und obendrein in doppelter Beziehung. Denn Delcassés Eule war wieder Frankreichs Nachtigall, während Bülows Nachtigall in ihrer Art Deutschlands Eule ist. Frankreich wird einen Russenknecht los, was unter allen Umständen ein Vorteil ist, während Deutschland seinen Russenknecht mit der höchsten Ehre gekrönt sieht, über die das Königtum zu verfügen hat.

Als richtiger Faiseur und Feuilletonist hat es der Reichskanzler verstanden, ein Trompeterkorps um sich zu scharen, das seinen Ruhm bis tief in die liberale und selbst demokratische Presse hinein zu blasen weiß. Diese braven Musikanten sind denn auch außer sich über ihren Hans im Glücke. Dagegen macht sich unter den Monarchisten vom alten biederen Schlage, so viel es deren noch geben mag, ein gewisses Mißbehagen über die „Standeserhöhung" des zwar nicht kenntnis-, aber doch zitatenreichsten aller Minister geltend, die Preußen je besessen hat. Sie haben die Empfindung, als würde der Ahnen ehrwürdiger Hausrat auf dem Jahrmarkt der Eitelkeiten ausgeboten. Soweit der Fürstentitel nicht eine bloße höfische Spielerei sein, sondern politische Verdienste ehren sollte, ist die hohenzollernsche Dynastie damit stets etwas rar umgegangen. In ihrer bisherigen Geschichte hat sie ihn nur dreimal verliehen: an den Minister Hardenberg und den Feldmarschall Blücher nach dem Pariser

Frieden von 1814 und an Bismarck nach dem Frankfurter Frieden von 187
Selbst Moltke hat ihn nicht erhalten. Wenn jetzt aber Bülow damit geschmüc
und nicht etwa nur — was doch nicht anzunehmen ist — im Reichskanzl
der geschmeidige Höfling geehrt werden, sondern Bülows Verdienst eben i
seiner Eigenschaft als preußischer Staatsmann verewigt werden soll, so schä
die preußische Monarchie ihre historische Leistungsfähigkeit damit selbst in ein
Weise ein, von der man wohl begreift, daß sie alte getreue Monarchisten ei
wenig bange machen kann.

Weder Hardenberg noch Blücher noch Bismarck waren ideale Gestalten, un
am wenigsten wir haben irgend einen Anlaß, ihnen Loblieder zu singen. Ab
historische Gestalten waren sie allerdings, und es macht einen sonderbare
Eindruck, ihnen jetzt einen leichten Plauderer angereiht zu sehen, dem selb
seine Bewunderer weder Größe noch Kraft noch Tiefe nachzurühmen wage
Es ist im Grunde ja freilich nicht der erste Fall dieser Art; die Verleihun
des Ordens pour le mérite an den russischen General Stössel, von dem alsbal
festgestellt wurde, daß er Port Arthur in leichtfertiger Pflichtvergessenheit übe
geben hat, als es sich noch lange halten konnte, oder die Ernennung einige
Friedensgenerale zu Generalfeldmarschällen, die kürzlich erfolgte, gehören i
dasselbe Kapitel. Ähnliches ist auch wohl schon früher in der Geschichte de
preußischen Monarchie vorgekommen, in denjenigen ihrer Perioden, über di
selbst die Hofgeschichtschreiber gern hinweggleiten: Ähnliches, obgleich nicht ent
fernt so Auffallendes. Weder hat Friedrich Wilhelm II. seinen Bischoffwerde
noch hat Friedrich Wilhelm IV. seinen Manteuffel gefürstet oder auch nu
gegraft.

An und für sich sind diese Dinge ja nicht von großem Werte, aber ihr
symptomatische Bedeutung besitzen sie doch. Scheinbar hat das monarchisch
Prinzip im Imperialismus eine gewaltige Steigerung seiner Macht erfahren
aber dabei spielt eine optische Täuschung mit. Mag der Imperialismus sic
noch so schrankenlos gebärden, so hat er doch das instinktive Gefühl der innere
Sicherheit eingebüßt, das ehedem den Absolutismus wie einen Felsen von Er
erscheinen ließ. Statt dessen ist er von einer flatternden Unruhe ergriffen un
von einem Bedürfnis, immer wieder seine Macht zu zeigen, das immer wiede
verrät, wie wenig sicher er sich dieser Macht fühlt.

Am wenigsten ist historische Logik seine Stärke. Die ist vielmehr ganz au
seiten der französischen Republik, wenn der Russenknecht Delcassé nach de
Seeschlacht in der Koreastraße stürzt. Und selbst wenn er um der marokkanische
Frage willen gestürzt sein sollte, so hätte die offizielle Politik des Deutsche
Reiches doch keinen Anlaß, auf diesen „Triumph“ Bülows mit staunender Be
wunderung zu blicken. Im besten Falle hat Bülow dann einem diplomatische
Gegner mit einer gewissen Geschicklichkeit ein Bein zu stellen gewußt, ein
Leistung, die in längst vergangenen Tagen höher geschätzt wurde als in unsere
Zeit, wo eine große und starke Politik in letzter Instanz nur mit offene
Karten gespielt werden kann. In solcher Politik war nun freilich auch Del
cassé kein Meister, dafür war er eben auch nur ein Diplomat der bürgerliche
Klassen. Aber der Staatskunst Bülows hat er sich immer noch überlegen ge

igt; selbst aus seiner Russenknechtschaft hat er immer noch mehr herauszuschlagen ewußt, als einen Königsberger Prozeß mit zarischen Fußtritten. Vollends berlegen hat er sich dem Deutschen Reiche dadurch gezeigt, daß er eine enge reundschaft zwischen England und Frankreich zu schließen verstand, obgleich ie französischen Spießer sich womöglich noch lärmender für die Buren be- eistert hatten als die deutschen.

Gleichwohl ist Delcassé ruhmlos gefallen, zum schlagenden Beweise dafür, aß sich die nationalen Interessen in einer bürgerlichen Republik — und sei e selbst von so wenig idealem Charakter, wie die französische ist — leichter nd schneller durchsetzen als in einer scheinkonstitutionellen Monarchie. Die anzösische Bourgeoisie begreift doch, daß der Wert der Russenknechtschaft auf er politischen Börse tief unter Pari gesunken ist, und sie sieht ein, daß mit em Mantel auch der Herzog, mit dem Werkzeug der Revanche auch die Revanche fällt. Die Zerschmetterung des zarischen Despotismus ist der eigent- che Grund von Delcassés Sturz, und man mag es eine Ironie des Schicksals ennen, daß er äußerlich gefallen zu sein scheint, weil er sich in den kleinen Tücken, die er gegen Deutschland heckte, von einem kleineren Nebenbuhler hat berholen lassen.

Man pflegt zu sagen, daß mit dem Amte der Verstand zu kommen pflegt, ber mit dem Titel kommt er sicherlich nicht. Der Fürst Bülow wird keine ndere Politik treiben, wie der Graf Bülow oder der einfache Junker Bülow etrieben hat. Es ist nicht das geringste Anzeichen dafür vorhanden, daß er ch, so günstig die Sterne winken, von der russischen Hegemonie emanzipieren der den Deutschenhaß zu entwaffnen wissen wird, der in England herrscht. Dazu wäre eine Umwälzung der deutschen Politik notwendig, die weit über en Willen und — um gerecht zu sein — auch über die Fähigkeiten des Reichs- anzlers geht. Wie an seinem Vorgänger, dem Fürsten Hohenlohe, so rühmt nan an ihm die ausgleichende, beschwichtigende, verhütende Tätigkeit, die er inter den Kulissen zu entfalten wisse; sein immer gleich geschicktes Anschmiegen n ein impulsives Temperament soll manche unangenehme Überraschung ver- indern. Das mag der Ruhm eines Hofmarschalls sein, aber es ist nicht der Ruhm eines Ministers, geschweige denn eines Staatsmanns, und läuft am Ende doch nur auf den leidigen Trost hinaus, daß ein Schrecken ohne Ende esser sei als ein Ende mit Schrecken. Dafür ist hinkünftig gesorgt, daß auch ie impulsivste Politik nicht in den Himmel wachsen kann, und wenn sie sich inmal tüchtig den Kopf an einer Mauer zerstößt, so ist dadurch mehr geholfen, ls mit den geistreichsten Begütigungen und Beschwichtigungen.

Zudem erscheint auch diese angeblich heilsame Tätigkeit des Reichskanzlers urchaus fragwürdig. Sonst hätte er vor allen Dingen seine sogenannte „Er- ebung“ in den „Fürstenstand“ hintertrieben, die vom Standpunkt der herrschen- en Klassen als eine ebenso scharfe wie überflüssige Herausforderung gequälter Massen erscheinen muß. Die Hardenberg und Blücher und Bismarck wurden och nur für Taten gefürstet, in denen die große Masse der Nation, gleichviel b mit Recht oder Unrecht, nationale Verdienste sah; im Falle Bülows aber vird in gleicher Weise ein Mann geehrt, der eben durch den Tarif des Brot-

wuchers die große Masse der Nation gezwungen hat, den Schmachtriemen eng
zu ziehen, der eben durch die Berggesetznovelle an einer breiten Schicht d
Arbeiterklasse mehr als nur ein arges Unrecht begangen hat. Wenn ande
das angebliche Verdienst des Reichskanzlers darin bestehen soll, die Spitz
der imperialistischen Politik abzustumpfen, so hat er in diesem seinem eigenst
Falle das gerade Gegenteil getan, denn mit dem törichten Gerede, als sei
wider seinen Willen gefürstet worden, soll hoffentlich niemand getäuscht werde

Nicht Fürst Bülow wird die heilsamen Wirkungen liquidieren, die d
furchtbare Zusammenbruch des zarischen Despotismus für die europäische Zivil
sation haben muß, sondern die Arbeiterklasse. Das Gespenst der Revanche h
weder die französischen noch die deutschen Arbeiter je beunruhigt, aber inde
es versinkt, ist den einen wie den anderen freiere Bahn geschaffen, zwischen d
beiden großen Kulturvölkern des europäischen Kontinents die freundliche u
friedliche Nachbarschaft anzubahnen, in der schon Lassalle die erste und sichers
Bürgschaft einer menschlichen Gesittung sah, die historisch diesen Namen ve
dient.

Die soziale Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands.

Von **A. Bebel.**

Im dritten Hefte des zwanzigsten Bandes des „Archivs für Sozialwisse
schaft und Sozialpolitik" (Neue Folge des „Archivs für soziale Gesetzgebur
und Statistik") hat Dr. R. Blank-Berlin unter obiger Überschrift eine Arbe
veröffentlicht, die unser lebhaftes Interesse in Anspruch nimmt. Über die sozia
Zusammensetzung der sozialdemokratischen Wählerschaft Deutschlands Genauere
zu erfahren, interessiert nicht nur die Gegner der Sozialdemokratie, es inte
essiert vor allen Dingen die sozialdemokratische Partei selbst, die aus ein
solchen Untersuchung lehrreiche Winke für ihre künftige agitatorische Tätigke
und ihr politisches Verhalten zu ziehen vermag.

Eine solche Arbeit ist schwierig, und daß die zahlenmäßig gewonnene
Resultate genaue sind, ist unmöglich. Das wird auch von dem Verfasser d
Arbeit nicht behauptet, der glaubt, auf Grund des ihm zur Verfügung stehe
den Materials zu annähernd richtigen Zahlen gekommen zu sein. Wir bezweife
dies innerhalb gewisser Grenzen. Indes eine Gegenuntersuchung liegt nicht
unserer Absicht, sie wäre ebenso zuverlässig oder unzuverlässig wie diejeni
Blanks. Wir sind sogar geneigt, seine Zahlenresultate im ganzen als nic
unzutreffend anzusehen; anders aber ist es mit den Folgerungen, die er a
den Resultaten seiner Arbeit zieht.

Blank entwickelt folgenden Gedankengang in seiner Arbeit. Die sozialdem
kratische Wählerschaft besteht aus sehr heterogenen Elementen. Eine sozial ei
heitliche Partei von der Stärke der deutsch-sozialdemokratischen sei unter d
gegenwärtigen Verhältnissen überhaupt nicht möglich. Die sozialdemokratisc
Wählerschaft des Jahres 1903 sei weit stärker als die Zahl der das Reich
tagswahlrecht besitzenden Arbeiter in Industrie, Handel und Verkehr, was
sich schon beweise, daß ein erheblicher Teil bürgerlicher Elemente sich unter d
sozialdemokratischen Wählerschaft befinde. Dieser bürgerliche Teil sei um

[er]heblicher, da notorisch ein Teil der Arbeiter, namentlich der katholischen, nicht [s]ozialdemokratisch wähle. Die Sozialdemokratie dränge mit steigender Energie, [w]ie ein nach seiner Methode angestellter Vergleich der Wahlresultate von 1893 [b]is 1903 ergebe, über die Grenzen der Arbeiterklasse hinaus in die bürgerlichen [K]reise. Die bürgerliche Demokratie schließe sich der sozialdemokratischen Wählerschaft immer mehr an, wodurch der Satz des „Kommunistischen Manifests“: [P]roletarier aller Länder, vereinigt euch! immer weniger zur Geltung komme, [j]a geradezu abgeleugnet werde.

Nur das katholische Volk halte unbedingt fest an seinen Führern, das sei [e]ine merkwürdige, zurzeit ohne Analogon dastehende Erscheinung.

Aus alledem schließt Blank, daß das Zentrum allein gegen die Sozialdemokratie Widerstand leisten könne; daß die Sozialdemokratie nach ihrer Zusammensetzung keine Klassenpartei sei und auf die Dauer einen Klassencharakter [n]icht bewahren könne; der Gegensatz zwischen Theorie und Praxis werde immer [s]tärker. Die Partei werde immer mehr im vollsten Sinne Volkspartei, die [V]olkspartei. Nach ihrer Zusammensetzung wie in ihrem sozialpolitischen [C]harakter sei sie eine große Koalitionspartei, in der sich die demokratischen [E]lemente verschiedener sozialer Klassen, die nach Freiheit, Gleichheit und sozialem [F]ortschritt streben, vereinigt hätten, zum gemeinsamen Kampfe für ihre gemeinsamen Bestrebungen und zum Widerstand gegen ihre gemeinsamen Feinde. [A]uch glaubt Blank behaupten zu dürfen, daß zwischen dem sozialdemokratischen [P]arteivorstand und Parteitag und der sozialdemokratischen Wählerschaft tiefgehende Gegensätze bestünden. Die sozialdemokratische Wählerschaft werde von [d]er sozialdemokratischen Fraktion repräsentiert, die hiernach ebenfalls im Gegensatz zu Parteivorstand und Parteitag stehe.

Neben den Zahlenresultaten sind es eine Reihe Momente anderer Art, [a]uf die wir noch eingehen werden, die Blank zu diesem Urteil veranlassen.

Zunächst wollen wir uns mit dem wertvolleren, den Tatsachen mehr ent[s]prechenderen Teile der Blankschen Ausführungen beschäftigen, mit seinem Zahlenmaterial.

Auf Grund der Gewerbezählung vom 14. Juni 1895 stellt Blank fest, daß [d]ie Zahl der männlichen Arbeiter in Industrie, Bauwesen und Bergbau [4]963409 betrug. Von diesen waren auf Grund einer von ihm angestellten Berechnung, die wir ohne weiteres als ziemlich zutreffend annehmen wollen, [2]896149 Arbeiter über fünfundzwanzig Jahre alt, also wahlberechtigt. Die Zahl der männlichen Arbeiter im Handel und Verkehr war 1895 868042, von [d]enen Blank, nach der gleichen Methode wie bei den Industriearbeitern, 552074 [ü]ber fünfundzwanzig Jahre alt, also als wahlberechtigt annimmt. Beide Gruppen zusammen ergeben 3448223 im wahlfähigen Alter stehende Arbeiter. In der Statistik über die Gewerbezählung sind der Eisenbahn-, Post- und Telegraphenbetrieb ausgeschlossen, die in denselben beschäftigten Arbeiter be[l]aufen sich aber auf Hunderttausende, die zu einem erheblichen Teile sozialdemokratisch wählen. Daß diese in die Berechnung Blanks nicht aufgenommen wurden, trübt das Bild, das er gibt. Blank meint, von Arbeiterwählern seien aber viele nicht in die Wählerliste eingetragen; er schätzt deren Zahl nach [v]orgenommenen Stichproben auf ½ bis 1 Million Köpfe. Wir halten diese [l]etztere Zahl für zu hoch. Blank stellt weiter fest, daß die Beteiligung an den Wahlen im Jahre 1903 sich im Reiche auf durchschnittlich 76 Prozent der Wähler belief, es sei aber anzunehmen, daß bei den Arbeitern die Zahl der

Wähler, die sich an der Wahl beteiligten, eher kleiner sei, wegen der Hinde nisse, die sich besonders einer Beteiligung der Arbeiter an der Wahl entgege stellen, Fernsein vom Wohnort, Unabkömmlichkeit bei der Arbeit usw. Andere seits ist aber dem entgegenzuhalten, daß durch das Zusammenarbeiten i Fabriken, auf Bauten, Werften usw. die Anregung zur Wahlbeteiligung ei lebhaftere als bei den bürgerlichen Wählern ist. Blank nimmt indes auch b den Arbeitern eine Wahlbeteiligung von 76 Prozent an, wonach von denselbe vermutlich, unter Zugrundelegung obiger Zahlen, im ganzen 2620649 Stimme abgegeben worden seien.

Von dieser Stimmenzahl sind aber nach Blanks Ansicht höchstens zw Dritteile auf die Sozialdemokratie gefallen, das letzte Drittel müsse man a die katholischen Arbeiter rechnen, die für das Zentrum stimmten. Letztere A nahme ist entschieden übertrieben. Das wären rund 873000 industriel Arbeiterstimmen. Da aber von den 1875000 Stimmen, die das Zentru 1903 erhielt, nicht weniger als 1033000 auf das platte Land entfallen, so ve bleiben nur 842000 Stimmen für die Orte über 2000 Einwohner; es müßte also alle diese Stimmen sämtlich Arbeiterstimmen sein, was sie kaum zur Hälft sein dürften. Blank vergißt auch, daß es außer Zentrum und Sozialdem kratie noch eine Anzahl bürgerlicher Parteien gibt, die zusammen immerhi ebenfalls einige Hunderttausend Industriearbeiter unter ihren Wählern habe dürften.

Nach der Annahme Blanks würden von den 2620649 Wählern aus de Industrie und dem Handel und Verkehr 1747095 auf die Sozialdemokrati gefallen sein, wonach uns, da wir am 16. Juni 1903 3010771 Stimmen e hielten, noch 1263676 Stimmen fehlten. Vom Jahre 1895 ab — dem di der Berechnung zugrunde liegenden Zahlen entstammen — bis zum Jahre 190 hat aber eine erhebliche Vermehrung der Bevölkerung und eine noch höhe Zunahme der Arbeiterzahl stattgefunden. Blank glaubt für die gestiegene Zah der Arbeiterwähler 40 Prozent in Ansatz bringen zu können, wonach sich di Zahl der Arbeiterwähler für die Sozialdemokratie auf 2466000 im Jahre 190 erhöhte. Hiernach verblieben noch rund 544000 Stimmen, die nach Blank de Sozialdemokratie aus bürgerlichen Kreisen zufielen. Er glaubt aber diese Zah auf Grund einer Berechnung, die er für die Wahl von 1898 aufmacht, au mindestens 750000, das heißt auf nahezu so viel Stimmen schätzen zu sollen als Freisinnige Volkspartei und Freisinnige Vereinigung zusammen erhielten auf deren Kandidaten sich 785700 Stimmen vereinigten.

Dieser starke Prozentsatz bürgerlicher Wähler in der sozialdemokratische Wählerschaft drücke der Partei den ihr von ihm zugesprochenen Charakter auf und das geschehe in immer steigendem Maße, weil der Prozentsatz der bürger lichen Wähler in der Sozialdemokratie bei jeder neuen Wahl ein stärkere werde, was er meint nachgewiesen zu haben.

Wir möchten zunächst konstatieren, daß nach dieser Auffassung Blanks di Sozialdemokratie weit mehr bürgerliche Wähler besitzen würde, als das durchau bürgerliche Zentrum. Das ist aber eine bare Unmöglichkeit.

Seine Rechnung hat noch ein Loch. Blank läßt ganz aus seiner Rechnun den Bruchteil, den die Landarbeiter zur sozialdemokratischen Wählerschaft stellen

Allerdings spricht Blank in seiner Arbeit auch von der sozialdemokratische Wählerschaft auf dem Lande, aber ohne diese Zahlen bei seinen sonstigen Be rechnungen in Berücksichtigung zu ziehen.

Blank weist darauf hin — und diese Angaben haben für die Sozialdemo-
ratie ein besonderes Interesse —, wie sich die ländliche Wählerschaft — es
nd hierfür die Stimmen an den Orten mit unter 2000 Einwohnern berück-
chtigt — auf die verschiedenen Parteien verteilte. Danach erhielten im
Jahre 1903 rund:

Das Zentrum	1033000 Stimmen
Die Sozialdemokratie . . .	735000 "
Die Deutschkonservativen . .	667000 "
Die Nationalliberalen . . .	546000 "
Die Deutsche Reichspartei . .	206000 "
Die Freisinnige Partei . . .	174000 "



Es war also die Sozialdemokratie bereits 1903 die zweitstärkste Partei auf
em platten Lande; sie hatte nahezu so viel Stimmen für sich allein, wie die
lgrarparteien par excellence, die Deutschkonservativen und die Deutsche Reichs-
artei zusammen. Das ist ein Resultat, das viele überraschen dürfte. Und
iese Stimmen erhielten wir, wie Blank richtig bemerkt, ohne ein eigentliches
lgrarprogramm. Von diesen Stimmen dürfte aber ein nicht unerheblicher Teil
on Industriearbeitern herrühren. Wie groß diese Zahl ist, ist schwer zu
agen. Die Industriearbeiter auf dem Lande sind bekanntlich unsere besten
lgitatoren, sie sind die Pioniere, die den Samen der Sozialdemokratie unter
ie ländlichen Arbeiter tragen. Mit der steigenden Dezentralisation der In-
ustrie, mit ihrer stärkeren Übersiedlung auf das Land, werden auch die länd-
ichen Arbeiter revolutioniert. Nimmt man an, daß etwa zwei Fünftel der
Stimmen, die auf dem platten Lande auf unsere Kandidaten fielen, von
Industriearbeitern herrühren, das wären rund 300000, so blieben noch
435000 Stimmen übrig, die auf Landarbeiter und Kleinbauern in proletarischer
Lebenslage kämen. Die 300000 Stimmen müssen aber den 2466000 Stimmen
zugezählt werden, die wir nach Blank aus den Arbeitern der Industrie, des
Handels und Verkehrs erhielten. Das wären zusammen 2766000, wonach
also für Stimmen aus dem bürgerlichen Lager im Jahre 1903 nur 239000
verblieben. Nun ist diese Zahl auch nach unserer Meinung entschieden zu
gering, sie dürfte sich auf das Doppelte belaufen. Und wo bringen wir die
435000 Stimmen der Landarbeiter und Kleinbauern hin, die nach unserer
Berechnung noch vorhanden sind? Man geht vielleicht nicht irre, anzunehmen,
daß bei Aufstellung der Wahllisten durch mangelhafte Eintragung der Arbeiter-
wähler für diese ein erheblicher Ausfall entsteht, also weniger Arbeiterstimmen
abgegeben wurden, als Blank annimmt.

Wäre unsere Annahme über die Zahl der Stimmen aus den bürgerlichen
Lagern richtig, und sie dürfte der Wahrheit erheblich näher kommen als die
Blanksche Annahme, so wäre das Resultat, daß ungefähr auf sechs Arbeiter-
wähler ein bürgerlicher Wähler käme. Das dürfte ziemlich zutreffen.

Die Auffassung Blanks, der Zuwachs der Stimmen aus dem bürgerlichen
Lager sei im Jahre 1903 ein ungewöhnlich starker gewesen und dieser Prozent-
satz sei überhaupt im Wachsen, ist nach unserer Auffassung ebenfalls falsch.
Und zwar aus folgenden Gründen. Der Zersetzungsprozeß der bürgerlichen
Gesellschaft und die dadurch hervorgerufene, immer prekärer werdende Lage der
mittel- und kleinbürgerlichen Schichten hat auch eine Veränderung in der poli-
tischen Struktur des Bürgertums hervorgerufen. Es sind neue politische Par-
teien entstanden, welche die Interessen der sozial gefährdeten bürgerlichen

Schichten parlamentarisch wahrzunehmen suchen. Zum Beispiel die anti-semitischen und Mittelstandsparteien, die im Reichstag als antisemitische Frak-tion und Fraktion der Wirtschaftsreformer sich konstituierten. Das politisch Parteileben des Bürgertums hat sich also entsprechend seiner ökonomischen Ent-wicklung differenziert. In erster Linie zum Nachteil der liberalen Parteien, di dadurch am meisten an Anhang einbüßten.

Aber zunächst auch nicht zum Vorteil der Sozialdemokratie. Diese hat da-durch ebenfalls eine Einbuße erlitten, wenn sich dieses auch nicht zahlenmäßi nachweisen läßt. Ein typischer Fall mag hierfür angeführt werden. In de Jahren 1877 und 1878 eroberte die Sozialdemokratie das Reichstagsmanda im damals noch sehr kleinbürgerlichen Dresden, wenn auch beide Male erst i der Stichwahl. Aber 1881 ging das Mandat verloren, obgleich sich bei de Hauptwahl die Zahl der sozialdemokratischen Stimmen erhöht hatte. Der Ver-lust des Mandats trat ein, weil bei dieser Wahl zum erstenmal ein Kandida der neugebackenen christlichsozialen Partei auftrat, der rund 2000 Stimmen au sich vereinigte, die nunmehr in der Stichwahl bis auf den letzten Mann den Kandidaten der sogenannten Ordnungsparteien zufielen. Diese 2000 Stimmen rekrutierten sich aus den Kleinbürger- und Beamtenkreisen, die von jetzt ab de Sozialdemokratie entfremdet wurden. Erst siebzehn Jahre später gelang e der Partei, das Dresdener Mandat wieder zu erobern. Ähnliche Erscheinunger lassen sich vielfach nachweisen. Die liberalen Parteien verlieren einen Teil de bürgerlichen Elemente an die Mittelstandsretter und die Arbeiter an die Sozial-demokratie, und diese verlor wieder vielfach früher besessene bürgerliche An-hänger an die Mittelstandsretter.

Die Macht der sozialen Interessen tritt immer klarer hervor und wird immer ausschlaggebender für die Parteibildung, nicht nur für die bürgerlichen Par-teien, sondern auch für die Sozialdemokratie. Eine Änderung für die Sozial-demokratie wird erst eintreten, wenn die dem Untergang oder immer prekärere Existenz verfallenden Mittelschichten zur Erkenntnis kommen, daß die ganze Handwerker- und Mittelstandsretterei für die Katze ist. Diese Erkenntnis kommt; sie muß kommen, weil feststeht: die Proletarisierung der Masse der Gesellschaft nimmt zu und nicht ab; das Kapital demokratisiert sich nicht, sondern es wird immer plutokratischer, und der Liberalismus wird nicht demo-kratischer, sondern reaktionärer. Mit einem Worte: die Klassengegensätze verschärfen sich. Selbst dort, wo bisher diese Klassengegensätze in minderer Schärfe zutage traten. So ist die Sozialdemokratie in Baden und Württem-berg wider den ausgesprochenen Willen eines Teiles ihrer Führer zu einer schrofferen Stellungnahme gegen die bürgerlichen Parteien übergegangen. In Bayern würde die gleiche Erscheinung zutage treten, würde die Partei in dem Kampfe um ein gerechteres Wahlrecht nicht zu einem unnatürlichen Wahlkartell mit dem Zentrum gezwungen. Über den Gegensatz der Interessen und der Anschauungen täuscht man sich in Bayern in keinem der beiden Lager. Und sobald ein neues Wahlgesetz errungen ist, wird der Kampf zwischen Zentrum und Sozialdemokratie mit einer Schärfe ausbrechen, wie nur irgendwo. Auch die großen Klassenkämpfe der letzten Jahre, voran der Crimmitschauer- und der Bergarbeiterstreik, und die Stellung, welche zu denselben die verschiedenen Parteien einnahmen, lassen über diese Tatsache keinen Zweifel. Wenn jemals die Versöhnungs- und Vermittlungsmelodien zwischen Arbeiterklasse und einem Teile der bürgerlichen Klassen, wie sie vor einigen Jahren hier und da in

nseren eigenen Reihen gesungen wurden, sich als schrille Dissonanzen erwiesen, o hier.

Und dem entspricht die tatsächliche soziale Entwicklung, wie kurz nachgewiesen erden soll.

* * *

Die Gesamtzahl der selbständigen Betriebe in Industrie, Handel und Ver-ehr und Landwirtschaft stieg in den Jahren von 1882 bis 1895 von 5190687 uf 5474046, das heißt um 283359 gleich 5,5 Prozent. Es braucht nicht ervorgehoben zu werden, daß zwischen der Zahl der Betriebe und der Eigen-ümer ein Unterschied ist. Die Zahl der letzteren ist erheblich kleiner. Die Zahl er Angestellten wuchs in diesem Zeitraum von 307268 auf 621825, das heißt m 314557 gleich 102 Prozent; die Zahl der Arbeiter stieg von 10705324 uf 12816552, das heißt um 2111228 gleich 20 Prozent. Die Bevölkerung uchs in diesem Zeitraum um 14,8 Prozent. Daß in der Industrie die Be-riebe sich um 5 Prozent verminderten, in der Landwirtschaft um 12½ und m Handel und Verkehr um fast 20 Prozent zunahmen, ändert an dem Gesamt-harakter der Gesellschaft nichts. Daß die Gesamtarbeiterzahl sich erheblich tärker vermehrte als die Bevölkerung, und die Vermehrung der Gesamtzahl er Betriebe erheblich hinter der Steigerung der Bevölkerung zurückblieb, ist ntscheidend. Die gewaltige Vermehrung der Angestellten spricht für die zu-ehmende Konzentration und intensivere Ausnutzung der Betriebe. Unter diesen Angestellten, in denen Illusionisten einen neuen Mittelstand entdeckten, sind Hunderttausende in rein proletarischer Existenz. So gibt es zum Beispiel Zehn-ausende von Industriearbeitern, die besser bezahlt und besser behandelt werden nd unabhängiger sind als Zehntausende von Kauflenten und Kontoristen. Daher erklärt sich, daß bei den Wahlen zum Kaufmannsgericht am 7. Mai in Berlin, trotz der vielen konkurrierenden Kandidatenlisten, die sozialdemokratischen Kandidaten — über deren politischen Charakter kein Zweifel bestand — 21 Prozent der abgegebenen Stimmen auf sich vereinigten, das heißt die Sozial-emokratie erwies sich als die zweitstärkste Partei. Daß die ca. 450000 Stimmen, velche die Sozialdemokratie nach unserer Annahme am 16. Juni 1903 aus den ürgerlichen Kreisen auf ihre Kandidaten vereinigte, sich aus den verschiedensten ozialen Schichten rekrutierten, wird wohl nicht bestritten. Es sind Hand-verker, kleine Kaufleute, Kleinbauern, kleine Beamte, Lehrer, Künstler, An-estellte in den verschiedenen Betrieben usw. Die Angehörigen keiner dieser Schichten und sie alle zusammen nicht sind stark und einflußreich genug, die ozialdemokratische Partei ihres proletarischen Charakters zu entkleiden und hr einen anderen Stempel aufzudrücken. Alles was Blank hierüber philosophiert, eruht auf Selbsttäuschung. Außerdem übersieht er, daß unter diesen aus dem ürgerlichen Lager stammenden sozialdemokratischen Wählern viele überzeugte Sozialdemokraten sind, die ganz auf dem Standpunkt des Klassenkampfes stehen. Niemand wird auch nachzuweisen vermögen, daß die sozialdemokratische Ver-retung im Reichstag heute bürgerlicher auftrete als früher. Das Gegenteil ist ichtig. Die Sozialdemokratie hat an Aggressivkraft zugenommen, nicht verloren.

Wird die Sozialdemokratie in den Parlamenten immer mehr zum Sprach-ohr aller Geschädigten und Bedrückten — woraus Blank schließt, daß sie mmer mehr den Charakter einer Volkspartei, einer Koalitionspartei annehme —, o nicht, weil sie bürgerlich demokratischer wird, sondern weil bürgerliche Demo-

kratie und Liberale immer mehr versagen und die Sozialdemokratie deren Missio miterfüllen muß. Außerdem tritt der politisch reaktionäre Charakter unsere Staatseinrichtungen und Staatsgesetzung stets schärfer hervor und zwingt di Sozialdemokratie, einen besonders großen Teil ihrer Kraft und Tätigkeit de Bekämpfung dieser Tendenzen zu widmen.

Aus dem Umstand, daß die Sozialdemokratie aus dem Erfurter Program den Satz ihres früheren Programms: „Der Sozialdemokratie gegenüber sin alle anderen Parteien eine reaktionäre Masse“ fortließ und Liebknecht diese auf dem Erfurter Parteitag damit motivierte, daß dieser Satz falsch sei, glaub Blank auch eine Desavouierung des „Kommunistischen Manifestes“ und vo Marx und Engels herauslesen zu können. Das ist wieder ein Irrtum. E waren gerade Marx und Engels, die den zitierten Satz als falsch bekämpften er widerspricht auch dem „Kommunistischen Manifest“, in dem es heißt: I Deutschland kämpft die kommunistische Partei, sobald die Bourgeoisie revolu tionär auftritt, gemeinsam mit der Bourgeoisie gegen die absolute Monarchi das feudale Grundeigentum und die Kleinbürgerei. Sie unterläßt aber keine Augenblick, bei den Arbeitern ein möglichst klares Bewußtsein über den feind lichen Gegensatz zwischen Bourgeoisie und Proletariat herauszuarbeiten. . . .

Der fallen gelassene Satz war ein Diktum Schweitzers, der durch ihn in Allgemeinen Deutschen Arbeiterverein Geltung erlangte, und auf dessen Auf nahme in das Gothaer Einigungsprogramm im Jahre 1875 die Vertreter de Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins Wert legten, ein Wunsch, dem sich di Gegenseite fügte. War aber der Satz bisher falsch, so muß leider konstatier werden, daß die immer schwächlicher werdende Haltung der bürgerlichen Par teien ihn zur Wahrheit zu machen droht.

Durch die bereits hinlänglich charakterisierte falsche Auffassung kommt Blan auch dazu, den Fall Göhre als einen Beweis anzusehen für den von ihm be haupteten Gegensatz zwischen sozialdemokratischer Wählerschaft und Fraktio einerseits und Parteivorstand und Parteitag andererseits. Dieses Urteil zeig daß ihm die Natur des Falles Göhre fremd ist. Was lag denn demselbe zugrunde? Göhre hatte, verärgert durch gewisse Vorgänge auf dem Dresdene Parteitag, ohne die Parteigenossen seines Wahlkreises, die seine Kandidatu aufgestellt und für dieselbe gearbeitet hatten, zu fragen, das Mandat nieder gelegt und damit die Partei zu einer Neuwahl genötigt, die schwere Opfer a Zeit, Geld und Kraft erforderte. Kurze Zeit darauf nahm er, als sei nicht geschehen, eine Kandidatur für ein erledigtes Mandat eines anderen Kreises an Über diese Art der Verfügung über Mandate und Kandidaturen entstand i der Parteileitung wie in der gesamten Partei einschließlich der Fraktion ein große Mißstimmung. Zum erstenmal in der Geschichte der Partei trat de Parteivorstand dieser Handlungsweise entgegen, unterstützt von der Fraktion Die Angelegenheit wurde in der bekannten Weise erledigt; sie ist heute end gültig abgetan, und einer erneuten Kandidatur Göhres steht nichts mehr in Wege.

Auch in dem Umstand, daß die Partei sich 1891 sozialdemokratische Partei statt früher sozialistische Arbeiterpartei nannte, sieht Blank einen schwerwiegende Grund für seine Auffassung von dem immer mehr verschwimmenden Charakte der Partei. Da Schreiber dieses den neuen Namen vorschlug, kann er woh auch am besten Auskunft über die Motive zu diesem Vorschlag geben. Unte der Herrschaft des Sozialistengesetzes hatte sich allerlei „Sozialismus“ heraus

ebildet; man sprach in dem bürgerlichen Lager von christlichem Sozialismus, on Regierungssozialismus — unter Hinweis auf die Versicherungsgesetz- ebung —, von konservativem Sozialismus usw. Demgegenüber war eine .are Unterscheidung notwendig. Sozialdemokratisch wagte sich niemand zu ennen, so wurde der Name Sozialdemokratie, der sich der Kürze halber längst ingebürgert hatte, gewählt. Dieser Name verhinderte aber auch, daß sich ndere Elemente als solche, die das Ziel der Partei billigten, ihr anschlossen.)aß diese Namensänderung besondere Kämpfe hervorgerufen habe, wie Blank .ngibt, ist uns nicht bekannt.

Blank sieht auch einen tiefgehenden Unterschied zwischen der Theorie und er Praxis der Partei, und zitiert zu diesem Zwecke eine mißverstandene Äuße- ung Liebknechts; auch sei die Partei eine opportunistische Partei. Untersuchen oir. Die Theorie befaßt sich mit den Grundanschauungen der Partei über das Vesen von Staat und Gesellschaft; die Praxis befaßt sich zunächst mit der Bekämpfung beziehentlich der Umgestaltung der Einrichtungen und Zustände n Staat und bürgerlicher Gesellschaft. Die Theorie umfaßt die Begründung es Zieles, die Praxis befaßt sich mit dem Wege zum Ziele. Sollen Theorie ınd Praxis übereinstimmen, so darf die Handlung mit der Theorie nicht im Widerspruch stehen; die Handlungen, die auf Beseitigung oder Änderung ge- oisser Einrichtungen abzielen, müssen im Hinblick auf das Ziel erfolgen. Kämpfe h zum Beispiel für ein freies Vereins- und Versammlungsrecht, so kämpfe h für eine bürgerliche Forderung, die scheinbar mit der sozialistischen Theorie ınd unserem Endziel nichts zu tun hat. Aber indem ich dieses freie Vereins- ınd Versammlungsrecht erreiche, erleichtert es mir die Propaganda für eine anze Reihe anderer Forderungen, die auf dem Wege zum sozialistischen End- iel liegen, und die Propaganda für dieses selbst. Hier steht also Praxis und Theorie im Einklang und nicht im Widerspruch. Die politische Taktik der Bartei besteht in der Anwendung der richtigen Mittel; sie muß prüfen, ob iese auf dem Wege zur Verwirklichung des Zieles liegen, und sie muß alles erwerfen, was von ihrem Endziel abführt oder den Weg dorthin erschwert oder erdunkelt. Das Endziel muß der Leitstern, der Kompaß für ihr Handeln sein.

Blank dürfte es schwer fallen, nachzuweisen, daß die Tätigkeit der sozial- emokratischen Partei nicht konsequent dieser Taktik entspricht. Gewiß, es kommt ei dieser Taktik mancher in unsere Reihen, der unser Endziel nicht billigt. Es ind dies die sogenannten Mitläufer. Aber die Tatsache, daß die Partei sich onsequent bleibt und stetig wächst, zeigt, daß mit der Zeit aus den Mitläufern iberzeugte Genossen werden. Wohl kommt es auch vor, daß der Wahlkampf ier und dort nicht mit der nötigen Schärfe und klaren Hervorhebung der Grundsätze der Partei und ihres Zieles geführt wird. Aber was hier die Ge- rossen versäumen, holen in der Regel die Gegner nach, die nicht unterlassen, ie Grundsätze und Ziele der Partei in der abschreckendsten und häßlichsten Gestalt den Wählern vor Augen zu führen. Wer dann trotzdem einen sozial- emokratischen Kandidaten wählt, der dürfte die Feuerprobe bestanden haben.

Allerdings ist die Partei auch, horribile dictu, eine opportunistische Partei. Aber jeder Mensch, der nicht mit dem Kopfe durch die Wand rennen will, ist in Opportunist, und eine Partei, die im Kampfe für ihr Ziel nicht den Um- ständen, das heißt den sich ihr entgegenstehenden Hindernissen Rechnung trägt, wäre verloren. Daher ist auch die Unterscheidung zwischen radikal und oppor- tunistisch hinkend und häufig falsch. Der Opportunismus darf aber nicht ein-

gebildeten Hindernissen oder Hemmnissen zum Opfer fallen, er darf nicht z
Vertuschungen und Täuschungen greifen, er darf keine Verwischung oder Über
brückung vorhandener Gegensätze versuchen, er darf endlich nie vergessen, aus
zusprechen das, was ist, sonst wird er zum Parteiverderb und Parteiverra
Wo die Grenzlinie, die innegehalten werden muß, liegt, darüber kann Strei
entstehen, und das ist dann der Kampf über die Taktik. Hier ist es der Klassen
kampfstandpunkt, der als Kompaß dient und sehr rasch Klarheit bringt.

* * *

Es bleibt uns nunmehr noch übrig, zu untersuchen, was an der Blanksche
Auffassung richtig ist, daß das Zentrum der widerstandsfähigste Gegner de
Sozialdemokratie sei, ja daß der Widerstand des Katholizismus gegen die sozial
demokratische Bewegung stärker sei als der Widerstand der wirtschaftlichen un
sozialen Rückständigkeit gegen diese Bewegung.

Blank sucht diese Anschauung durch ein großes Zahlenmaterial zu beweisen
Wenn in den überwiegend protestantischen Gegenden und namentlich in de
Großstädten — Städte mit mehr als 100000 Einwohner — sich herausstelle
daß die sozialdemokratische Wählerschaft erheblich stärker sei als die Zahl alle
in der Industrie beschäftigten Erwerbstätigen und berufslosen Selbständigen
so sei in katholischen Bezirken das Gegenteil Tatsache. Hier bleibe die Zah
der sozialdemokratischen Wählerschaft hinter der Zahl der in der Industri
Erwerbstätigen und berufslosen Selbständigen zum Teil stark zurück. Zun
Beispiel die industriell am höchsten entwickelten katholischen Gebiete wie Schlesien
mit 36,2 Prozent, Rheinland mit 47,9 Prozent, Westfalen mit 50,8 Prozen
Erwerbstätigen in der Industrie gaben nach Blank für die Sozialdemokrati
nur 24,6 Prozent, 20,9 Prozent und 24,7 Prozent der Wahlstimmen ab. Bayern
lieferte für die Sozialdemokratie 21,7 Prozent Wähler, die Zahl der industriel
Erwerbstätigen betrug aber 28 Prozent. Umgekehrt war die Zahl der industriel
Erwerbstätigen in überwiegend protestantischen Gegenden wie Berlin 52,9 Prozent
die Zahl der sozialdemokratischen Wähler 66,8 Prozent. In gleicher Weis
ergaben sich für Hamburg 38,6 Prozent und 62,2 Prozent, für das Königreic
Sachsen 55 Prozent und 58,8 Prozent, für Mecklenburg-Schwerin 23,9 Prozen
und 41,3 Prozent, für Schleswig-Holstein 29,8 Prozent und 44,3 Prozent usw

Nun ist es eine unbestreitbare Tatsache, daß in den katholischen industrielle
Gegenden die Sozialdemokratie erheblich weniger Anhänger zählt als in de
protestantischen, mit anderen Worten, daß bisher das Zentrum den stärkste
Damm gegen die Sozialdemokratie bildete. Dieses liegt aber nicht am Katholizis
mus beziehungsweise an der katholischen Kirche, sondern an den Entwicklungs
bedingungen, die das Zentrum zu einer großen, zeitweilig der größten politische
Partei Deutschlands machten. Der Geburtshelfer der Zentrumspartei und ih
stärkster Förderer war der Bismarcksche Kulturkampf. Was das Zentrum verderbe
sollte, machte es groß und gab ihm die Bindekraft für seine Wähler. Schade
daß Bismarck nicht zehn Jahre länger Reichskanzler bleiben konnte, er wär
am eigenen Leibe für seine Kulturkampfsünden gestraft worden; er wäre de
politische Gefangene des Zentrums geworden. Doch was Bismarck gesündigt
sucht Wilhelm II. doppelt und dreifach am Zentrum und der katholischen Kirch
gut zu machen. Jerusalem, Maria-Laach, Rom, Metz.

Hatte schon die Agitation Lassalles die Ketteler und Moufang aufgescheucht
und hatten sie mit der feinen Spürnase, die allezeit die katholische Klerisei aus

bezeichnet hat, entdeckt, daß es hier gelte, beizeiten auf der Hut zu sein und durch entsprechende Stellungnahme die katholischen Arbeiter an ihre Kirche zu bannen, der Ausbruch des Kulturkampfes nach dem Ende des deutsch-französischen Krieges rief mit Gewalt diese Taktik hervor. Galt es doch nunmehr alle katholischen Kräfte zusammenzufassen und zu entfesseln, um den Kampf mit Aussicht auf Erfolg führen zu können. Mit Feuereifer warf sich vor allen Dingen der Klerus in den Kampf, und unter der Vorgabe, die Kirche sei in Gefahr, verstand er es, alle katholischen Kräfte zusammenzuschweißen.

Andere Momente kamen hinzu. Unter der Herrschaft des allgemeinen Stimmrechtes wurden die katholischen Arbeiter, namentlich in den großen Industriebezirken von Rheinland, Westfalen und Oberschlesien, zu einem politischen Machtfaktor, der, koste es was es wolle, der Kirche erhalten werden mußte. Und als nun bei Beginn der großen industriellen Prosperitätsepoche mit dem Jahre 1871 auch die Sozialdemokratie immer kräftiger ihre Schwingen regte, die Streiks zu Hunderten aus dem Boden wuchsen und unter der Gunst der ökonomischen Verhältnisse zahlreiche Siege erfochten wurden, da hatte der katholische Klerus doppelten und dreifachen Grund, sich der Arbeiter anzunehmen und ihnen seine soziale Hilfe in Aussicht zu stellen.

In der Kaplanokratie besaß die katholische Kirche die geborenen Agitatoren, die jetzt ihrer sonstigen Fesseln und Rücksichten los und ledig, mit dem ganzen Feuer der Jugend und als fanatisierte Gegner der herrschenden Gewalt der Agitation ein so radikales Gewand gaben, daß sie sich nur wenig von der sozialdemokratischen unterschied. Köln, Aachen, der Niederrhein wurden die Hauptherde dieser Agitation, die bei den bedächtigeren Elementen und namentlich bei der katholischen Bourgeoisie ein gelindes Gruseln erweckte. Schreiber dieses hat damals im Hinblick auf diese Art der Agitation mehr als einmal den Ausspruch getan: Einstweilen kommen wir bei den katholischen Arbeitern nicht an, wir können ihnen nur die irdische Seligkeit versprechen, die katholischen Agitatoren stellen ihnen aber die irdische und die himmlische Seligkeit in Aussicht, damit können wir nicht konkurrieren.

Es muß hierbei festgehalten werden, daß in der ersten Hälfte der siebziger Jahre die katholischen Handwerker und Bauern sich mit der demokratischen Opposition des Zentrums gegen die Bismarcksche innere Politik und seine Militärpolitik begnügten, einer Opposition, die an Schärfe nichts zu wünschen übrig ließ. Erst als in den großen Krisenjahren auch das Handwerk und der sogenannte Mittelstand in schwere ökonomische Bedrängnis gerieten und mit der massenhaften Einfuhr überseeischer Lebensmittel die Agrarier begannen zu klagen und sich zu regen, kam die Arbeiterpolitik des Zentrums in eine prekäre Situation. Jetzt wollten auch die anderen Schichten sozial gerettet werden. Es begann die Ära der Hochschutzzollpolitik, die das Zentrum in Rücksicht auf Bauern und Mittelstand von vornherein unterstützte, die aber die Kulturkampfpolitik in den Hintergrund drängte, weil Bismarck für seine Schutzzollpolitik der Hilfe des Zentrums bedurfte. Außerdem waren in den konservativen Kreisen bis hinauf zum alten Kaiser immer lebhaftere Zweifel über die Zweckmäßigkeit des Kulturkampfes entstanden.

Jetzt begann aber auch die eigentliche Eiertanzpolitik des Zentrums, zu der es von Ende der siebziger Jahre bis heute in immer stärkerem Maße gezwungen wurde. Der Gegensatz der Interessen der verschiedenen Klassen und Gruppen, aus denen es sich zusammensetzt, trat immer schärfer hervor. Um

diese heterogenen Elemente zusammenzuhalten, war es zu einer Politik d
Diplomatisierens und Temporisierens genötigt. Heute suchte es die Handwerk
durch irgendeine wertlose Konzession zufriedenzustellen, morgen mußte es d
Arbeitern einen Brocken Arbeiterschutz hinwerfen, übermorgen mußte es den Hei
hunger der Bauern befriedigen. Und diese, die im Zentrum nach ihrer Za
die Hauptmacht bilden — wie oben angeführt, zählte es von den 1875000 Wähler
die es im Jahre 1903 auf seine Kandidaten vereinigte, allein auf dem Lan
1033000 Stimmen —, trugen denn auch die Löwenvorteile seiner Politik davo
Diese übermäßig stark agrarische Zusammensetzung seiner Wähler erklärt au
seine agrarische Politik. Das Zentrum verschaffte seinen agrarischen Wähler
nicht nur die handelspolitischen Konzessionen — die hohen Agrarzölle —
sondern auch durch die Agrarpolitik, die es seitdem im Reichstag und in de
Landtagen befolgte, zahlreiche anderweite Vorteile. Da es aber bei dies
Politik mehr und mehr auf ein Zusammengehen mit den Regierungen a
gewiesen war, wurde es genötigt, trotz des lebhaften Murrens eines groß
Teiles seiner Wähler, den Regierungen anderweitig entgegenzukommen,
unterstützte ihre Militär-, Flotten- und Kolonialpolitik. Die Politik des do
des wurde von ihm inauguriert. Eine andere Wirkung der in seiner Mit
vorhandenen sozialen Gegensätze war, daß es seine Arbeiterpolitik mäßige
mußte, die seine Bauern und Handwerker schon längst mit den scheelsten Auge
ansahen, ja daß es zu offenen Zweideutigkeiten, wie letzthin in der Frage d
Bergarbeiterschutzgesetzgebung, genötigt wurde, die im preußischen Landtag ei
andere als im Reichstag ist.

Es soll anerkannt werden, daß die Führer des Zentrums bisher diese f
sie notwendig gewordene Schaukel- und Eiertanzpolitik mit großem Geschi
exekutierten und darin vom Klerus und ihrer Parteipresse kräftig unterstüt
wurden. Aber eine solche Politik wird immer schwieriger, je mehr sich d
wirtschaftlichen Gegensätze verschärfen und die im Kampfe stehenden Masse
zu klarer Erkenntnis ihrer Interessen kommen. Kein Zweifel, daß diese Er
kenntnis namentlich bei den katholischen Industriearbeitern seit den letzte
großen handelspolitischen Debatten im Reichstag und dem Bergarbeiterstre
große Fortschritte gemacht hat und weiter machen wird. Die Kugel ist einma
im Rollen, und kein Aufhalten gibt's. Der Moment kommt, in dem die soziale
Interessen sich stärker erweisen als die religiösen, und dann ist der Abmarsc
der katholischen Arbeiter in die Reihen der Sozialdemokratie unabwendba
Dieser Moment wird beschleunigt in dem Maße, wie das Zentrum die Militär
Flotten- und Kolonialpolitik der Regierungen immer mehr unterstützen und de
sozialen Forderungen der Menge der rückständigen Elemente in seiner Mitte i
immer höherem Maße Rechnung tragen muß, was beides nur auf Kosten de
Arbeiter geschehen kann.

Die Sozialdemokratie kann diesem Entwicklungsprozeß mit Ruhe entgegen
sehen; was sie tun kann, wird sie tun, um ihn zu klären und zu fördern
schließlich fallen ihr die Früchte in den Schoß, wenn auch nicht auf eine
Schlag. Es ist das eherne Muß der Geschichte, daß alle Resultate einer welt
geschichtlichen Entwicklungsphase derjenigen Partei zufallen, die die Missio
übernommen hat, die Keime einer neuen sozialen Ordnung der Ding
zur lebenskräftigen Gestaltung zu bringen. Heute und morgen ist noch da
Zentrum Trumpf, übermorgen ist es die Sozialdemokratie.

Patriotismus, Krieg und Sozialdemokratie.[1]

Von K. Kautsky.

1. Der Patriotismus.

Die vier Fragen, welche die Redaktion der „Vie Socialiste“ uns stellt, önnten kurz mit ein paar Sätzen beantwortet werden. Aber sie umfassen so roße und schwere Probleme, daß man auch vier dicke Bücher darüber zu schreiben ermöchte. Das letztere ist hier ausgeschlossen, zu meiner Leser und meinem Glücke, ber das erstere wieder scheint mir ziemlich zwecklos, denn die Meinung eines Nenschen hat höchstens Kuriositätswert, wenn man nicht die Gründe kennt, uf die sie aufgebaut ist. Ich möchte daher versuchen, meinen Standpunkt venigstens einigermaßen zu begründen. So flüchtig es geschieht, werde ich doch icht ganz kurz sein können, angesichts der Kompliziertheit der vorgelegten ragen.

So ist gleich die erste Frage, ob Patriotismus und Internationalismus sich iteinander vereinbaren lassen, keine einfache. Sie hängt davon ab, was man nter Patriotismus versteht. Der Patriotismus ist aber nicht etwas von der latur Gegebenes, er ist ein gesellschaftliches Produkt. Das Vaterland wechselt it den gesellschaftlichen Verhältnissen, und innerhalb einer gegebenen Gesellhaft wieder ist die Rolle, die das Vaterland spielt, für jede Klasse eine andere, nd damit auch ihr Patriotismus ein anderer.

Die Fragestellung weist auf das „Kommunistische Manifest“ hin, aber erade die Haltung, die Marx und Engels gegenüber den nationalen Fragen hrer Zeit einnahmen, zeigt am besten, wie kompliziert das Problem des Patriotismus ist, denn diese Haltung war anscheinend eine sehr widerspruchsolle. Sie verfochten mit aller Entschiedenheit die nationalen Bestrebungen er Italiener, Ungarn, Polen, ebensosehr aber auch die der Deutschen; dies in

---

[1] Vorliegender Artikel wurde für unser französisches Bruderorgan, „La Vie Socialiste“, eschrieben, in Beantwortung einer Aufforderung, die folgendermaßen lautet:

Werter Genosse,

Angesichts der heutigen Situation, wo der Bourgeoisimperialismus den Weltfrieden bedroht, und nach den jüngsten Polemiken in Frankreich, glaubt die „Vie Socialiste“, es sei von Interesse, eine ausgedehnte Enquete über den sozialistischen Internationalismus und seine praktischen Konsequenzen zu eröffnen.

Marx und Engels schrieben vor mehr als einem halben Jahrhundert im „Kommunistischen Manifest“:

„Die Arbeiter haben kein Vaterland. Man kann ihnen nicht nehmen, was sie nicht haben. Indem das Proletariat zunächst sich die politische Herrschaft erobern, sich zur nationalen Klasse erheben, sich selbst als Nation konstituieren muß, ist es selbst noch national, wenn auch keineswegs im Sinne der Bourgeoisie.“

1. Was halten Sie von diesem Satze und wie fassen Sie ihn auf; lassen sich Patriotismus und Internationalismus miteinander vereinbaren?

2. Welche praktische Haltung, welche Form der internationalen Propaganda bedingt er für die Sozialisten angesichts des Militarismus, der Kolonialpolitik, ihrer Ursachen und ihrer ökonomischen Rückwirkungen?

3. Welche Rolle haben die Sozialisten in den internationalen Beziehungen (Schutzzöllen, Arbeiterschutz usw.) zu spielen?

4. Welche Pflichten haben die Sozialisten im Falle eines Krieges?

Wir hoffen, werter Genosse, daß Sie uns Ihre persönliche Ansicht mitteilen werden, wie sie aus der Situation der sozialistischen Partei Ihres Landes entspringt usw.

einem Maße, daß man sie für deutsche Patrioten ansehen könnte, wenn
nicht 1870 auf Seite der französischen Republik gegen das kaiserliche Deut
land getreten und die Abtrennung Elsaß-Lothringens von Frankreich auf
lebhafteste bekämpft hätten. Die zweite Adresse des Generalrats der Int
nationale über den deutsch-französischen Krieg protestierte energisch gegen
„Verbrechen, daß man in der zweiten Hälfte des neunzehnten Jahrhunde
die Politik der Eroberungen aufs neue ins Leben gerufen hat", und gegen
„Raub an französischem Gebiet".

Aber so lebhaft sie sich aller dieser Nationen annahmen, den Un
hängigkeitsbestrebungen der kleineren slawischen Nationen in Österreich u
der Türkei standen sie stets mit Mißtrauen, ja mit Abneigung gegenüber.

Das erscheint sehr widerspruchsvoll, wenn man sich auf den Standpu
des bürgerlichen Begriffs von Nationalität und Patriotismus stellt, nicht ab
wenn man diese Erscheinungen vom Standpunkt des Emanzipation
kampfes des Proletariats aus betrachtet.

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß das Proletariat
unterste aller Klassen sich nicht befreien kann, ohne aller Unterdrückung u
Ausbeutung ein Ende zu machen, also auch der nationalen. Die proletarisch
Mitglieder einer Nation, die von einer anderen unterdrückt, ausgebeutet o
auch nur in ihrer Selbständigkeit bedroht wird, müssen diese Unterdrücku
ebenso bekämpfen wie jede andere. Andererseits aber haben die proletarisch
Mitglieder einer ihre Nachbarn drückenden und ausbeutenden oder doch
drohenden Nation nicht das geringste Interesse an dieser Stellung, die n
den herrschenden Klassen ihrer Nation zugute kommt, denselben, die sie sel
ausbeuten und unterdrücken. Die Proletarier der beherrschten Nation dage
sind ihre natürlichen Verbündeten. Die nationalen Gegensätze brauchen a
im Proletariat keinen Raum zu finden. Sie sind ihm dort fremd, wo
geistig und politisch selbständig geworden ist. Wo es so weit gekommen
wird es nie einen aggressiven Patriotismus entfalten, nie das eigene Vat
land, die eigene Nation auf Kosten anderer fördern wollen.

Das ist indes nur die eine Seite des proletarischen Patriotismus und ni
seine kennzeichnendste. Auch andere Klassen, die nicht zu den ausbeutend
gehören, können einen ähnlichen friedfertig-toleranten Patriotismus erzeug
wie der kleinbürgerliche Radikalismus beweist.

Aber der proletarische Emanzipationskampf ist nicht bloß ein Kampf geg
jede Art der Unterdrückung und Ausbeutung; er ist auch ein Kampf um ei
neue Produktionsweise und damit um eine neue Gesellschaftsform, durch
allein die Aufhebung jeder Art von Unterdrückung und Ausbeutung mögl
ist. Dieser neuen Gesellschaft entspricht auch eine neue Ethik.

Die Warenproduktion ist die Produktion selbständiger Produzenten, die
vollster Freiheit miteinander konkurrieren. Das führt zu dem ethischen Id
des Liberalismus und Anarchismus, der vollen Freiheit der Persönlichkeit,
sich ganz ausleben soll. Der Liberalismus unterscheidet sich hier vom Anarch
mus bloß dadurch, daß er seine Ethik den Bedürfnissen der kapitalistisch
Warenproduktion anpaßt, mit ihren sozialen und nationalen Gegensätzen, wel
die Zwangsorganisation des Staates notwendig machen, während der Anarch
mus antikapitalistisch ist, was ihn zwingt, wenn er sich auch noch so mode
gibt, in der einfachen Warenproduktion, der kleinbürgerlichen und kleinbäu
lichen, sein Ideal zu suchen. Der Anarchismus ist Liberalismus für al

…e Liberalismus Anarchismus für die herrschenden Klassen und ihre
…rasiten.

…ber die kapitalistische Produktionsweise kann nicht überwunden werden
…ch Rückkehr zur einfachen Warenproduktion, sondern nur durch Eroberung
…r technischen Errungenschaften der kapitalistischen Privatproduktion für die
…mte Gesellschaft, also durch gesellschaftliche Produktion, durch Produktion,
…von der Gesellschaft und für die Gesellschaft betrieben wird. Dies wird
…s Ideal des Proletariats der kapitalistischen Produktionsweise, sobald es sich
…ig und politisch von Liberalismus und Anarchismus befreit hat. Damit
…ihm aber auch die Persönlichkeit nicht Selbstzweck, sondern Mittel zum
…cke; dieser Zweck ist indes nicht ein anderes Individuum, sondern die Ge-
…haft, die Gesamtheit, der der einzelne nun zu dienen hat. Nicht das rück-
…slose Ausleben der Persönlichkeit, sondern die rückhaltlose Hingabe an die
…amtheit wird der kategorische Imperativ der neuen, sozialistischen Ethik, ein
…gorischer Imperativ, der nicht wie der Kantsche aus irgendeiner mystischen
…t der Dinge an sich, sondern aus der sehr realen Welt der Dinge für uns,
… Produktionsweise, entspringt. Der Proletarier sieht sein Glück nicht in der
…ße und Macht seiner eigenen Persönlichkeit, sondern in der Größe und
…cht der Organisation, welcher er angehört.

Damit wird die freie Entwicklung der Persönlichkeit jedoch nicht aufgehoben,
…wird vielmehr erst aus einem Privilegium weniger „Übermenschen", das sie
…te ist, zum Gemeingut aller. Denn erst die gesellschaftliche Produktion, die
… einzelnen zum bloßen Rädchen eines großen Mechanismus macht, schafft
… Möglichkeit ausreichender Muße für alle, in der sie, nach getaner Pro-
…tionsarbeit, sich frei ausleben und entfalten können.

Doch dies nur nebenbei, um ängstliche Verehrer der freien Persönlichkeit
…r deren Schicksale zu beruhigen. Mit unserem Thema hat die letztere Be-
…kung nichts zu tun.

Wie aber die Einverleibung aller Persönlichkeiten in einen großen produk-
…n Mechanismus, dem sie als kleine Teilchen zu dienen haben, das Ziel
… proletarischen Emanzipationskampfes bildet, ist es auch heute schon das
…htigste seiner Kampfesmittel. Durch die Entwicklung seiner Organi-
…ionen schreitet es siegreich vorwärts, Organisation heißt aber nichts
…eres als Unterordnung des einzelnen unter eine Gesamtheit, Einschränkung
…er persönlichen Freiheit. Unsere Gegner zetern denn auch über nichts mehr,
… über den „Terrorismus" in der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften,
… vergessen aber, daß die „freie Persönlichkeit" ein Luxus ist, den sich heute
…ßer den Lumpenproletariern, den Bohèmiens, nur noch die Reichsten der
…ichen erlauben können; daß die Frage nicht mehr die ist, ob die Organi-
…ion oder die freie Persönlichkeit in der Produktion und in der Gesellschaft
…rschen soll, sondern die, ob kapitalistische Organisation im Dienste
…iger Personen oder sozialistische Organisation im Dienste der
…sellschaft.

Was sollen aber alle diese Ausführungen? werden die meisten Leser fragen.
… handelt sich doch um die Frage des Patriotismus, nicht um die der Ethik.
…hr richtig; indes sind beide aufs innigste miteinander verwachsen und der
…terschied zwischen bürgerlichem und proletarischem Patriotismus wird am
…sten begriffen, wenn man den zwischen bürgerlicher und proletarischer Ethik
…annt hat.

Für das bürgerliche Denken steht die Persönlichkeit des einzelnen im Vo
grund. Das Gemeinwesen ist bloß seinetwegen da, hat bloß dafür zu so
daß die einzelnen sich nicht gegenseitig ins Gehege kommen. Wie die Erklä
der Menschenrechte der Revolution sagte: „Die Ausübung der natürl
Rechte jedes Menschen hat keine anderen Schranken als die, welche and
Mitgliedern der Gesellschaft den Genuß derselben Rechte sichern." Unter s
Persönlichkeit versteht der Bourgeois aber nicht bloß das, was er
— das ist so unbedeutend, daß niemand es bedroht —, sondern auch das, wa
hat; das wird aber von niemand ernstlicher bedroht als von denen, die ni
haben, den Proletariern. Die Erklärung der Menschenrechte der Revolu
zählte das Eigentum zu diesen unveräußerlichen Rechten. Nicht etwa
das Produkt der persönlichen Arbeit, nein, alles, was einer besitzt,
immer er es erworben haben mag, wie sehr es das Produkt anderer Per
lichkeiten sein, wie wenig es seiner eigenen Person entstammen mag. Der S
des Eigentums gilt dem bürgerlichen Vaterland ebenso als Schutz der Persön
keit, wie Freiheit, Sicherheit und Widerstand gegen Unterdrückung. Und in
Praxis wird es zur vornehmsten Aufgabe des bürgerlichen Vaterlandes,
Eigentum zu schützen, wird das Vaterland als der Inbegriff alles Reicht
der Nation selbst zur Verkörperung der Gesamtheit des Eigentums.

Für die besitzenden Klassen ist das Vaterland der Inbegriff ihres eige
Reichtums, ihrer eigenen Macht. Vor allem für die Kapitalistenklasse
das Vaterland immer mehr zu ihrer Domäne, die sie beherrscht, von de
Ausbeutung sie ebenso wie die konkurrierenden Kapitalisten des Auslandes
auch die Proletarier des eigenen Landes auszuschließen vermag. Wie sel
süchtig der einzelne Kapitalist sein mag, wie gleichgültig gegen das Gem
wohl, in allen Fragen, in denen es sich um Klasseninteressen, nicht
persönliche handelt, sind die besitzenden Klassen hochpatriotisch, setzen sie
Vaterland höher als irgendeine andere gesellschaftliche Institution.

Andererseits aber heißt das Eigentum schützen nichts anderes, als diejeni
davon ausschließen, die keines haben. Und betrachtet man das Vaterland
den Inbegriff aller Reichtümer, die es enthält, dann ist der Proletarier da
ausgeschlossen. Das sagt nicht bloß das „Kommunistische Manifest",
sprach schon Tiberius Gracchus in jener berühmten Rede aus, in der
darauf hinwies, daß wohl die wilden Tiere Italiens ihre Höhlen und La
hätten, auf denen sie ruhen könnten, die Männer aber, auf denen die Gr
des italienischen Vaterlandes beruhte, mit Weib und Kind ohne festes Obd
seien:

„Es ist ein Hohn, wenn die Feldherren in der Schlacht sie auffordern,
ihre Hausgötter und die Gräber ihrer Väter (also für das Vaterland)
kämpfen; denn unter allen ist kaum ein einziger, der eine Grabstätte der Sei
und einen eigenen Hausaltar besitzt. Nur um anderen Reichtümer, Gla
und schwelgerische Genüsse zu verschaffen, tragen sie das Schwert und sterb
sie auf dem Schlachtfeld. Sie haben die Welt besiegt und werden ihre Herr
genannt; ihnen selbst gehört aber nicht eine Scholle Landes."

Aber die Proletarier wollen das private Eigentum an dem kapitalistisch
Reichtum der Nation, am Vaterland, aufheben, um es zum Gemeingut al
zu machen; sie wollen den Staat aus einer Organisation der Herrschaft u
Ausbeutung in einen Organismus der gesellschaftlichen Produktion verwandel
Die Proletarier haben also noch kein Vaterland, sie wollen es sich aber

n und wollen sein Bereich erweitern, indem sie es, das heißt seinen
ntum, allen Mitgliedern der Nation zugänglich machen, und wollen es von
l Herrschaft einheimischer oder fremder Unterdrücker und Ausbeuter befreien.
diesem Sinne sind sie national und haben sie ein lebhaftes Interesse an
n Gedeihen und an der Unabhängigkeit des Vaterlandes.

lber der gesellschaftliche Organismus der gesellschaftlichen Produktion, den
nstreben, kann sich nicht auf eine Nation, ein Land beschränken. Die
alistische Produktionsweise hat den Weltmarkt geschaffen; wurde ehedem
chen den Ländern nur Überflüssiges ausgetauscht, produzierte jedes Land
Wesentliche selbst, was es brauchte, so ist heute der internationale Handel
Lebensbedingung für alle kapitalistischen Nationen geworden, kann keine
r Nationen für sich allein mehr existieren. Die Aufhebung der Waren-
uktion führt daher notwendigerweise schließlich zu einer gesellschaftlichen
elung der gesamten internationalen Produktion, zur Herstellung eines Organis-
n der gesellschaftlichen Produktion, der den ganzen Weltmarkt umfaßt; damit
aber auch die Gesamtheit, der der einzelne zu dienen hat, nicht mehr das
erland oder die Nation, sondern die Kulturmenschheit.

Das ist aber nicht etwa eine phantastische Utopie der Zukunft, das macht
heute schon auf höchst praktische Weise geltend im proletarischen Klassen-
pf, der immer mehr und mehr zu einem internationalen wird.

Wohl muß auch die bürgerliche Welt eine Art Internationalität anerkennen,
der Weltverkehr mit sich bringt. Aber diese Internationalität ist nur eine
tragung des Verhältnisses, das nach der bürgerlichen Ethik zwischen den
ividuen herrschen soll, auf das Verhältnis zwischen den Nationen. Die
talistische Ethik proklamiert für das einzelne Land wie für das einzelne
ividuum das Recht, sein Eigentum und sein Machtbereich auf Kosten der
eren so weit auszudehnen und so zu gebrauchen, wie es seine Machtmittel
atten. Nicht so brutal ist der kleinbürgerliche Radikalismus oder Anarchis-
, der der einfachen Warenproduktion entspricht. Dieser fordert das laisser
e, laisser aller für die Nationen wie für die Individuen; aber wie diese,
der Erklärung der Menschenrechte, so sollen auch jene ihre Schranken in
gleichen Rechte der anderen finden.

Ganz anders als diese Art Internationalität, die jede Nation treiben läßt,
sie will, solange sie den anderen nicht zu nahe tritt, ist die des Prole-
ats, die die Zusammenfassung ebenso der Nationen wie der Individuen zu
neinsamem planvollem Handeln fordert und dementsprechend heute
n die proletarischen Organisationen der verschiedenen Nationen zu solchem
ndeln zusammenfaßt.

Das Endziel der internationalen sozialistischen Gesellschaft und die Be-
gung des internationalen Emanzipationskampfes des Proletariats sind nicht
einander zu trennen, sind gleichbedeutend. Nichts absurder als die Idee,
eine als nichts und das andere als alles hinzustellen. Mag man aber
Endziel ins Auge fassen oder die Bewegung oder beide zusammen, stets
d diesem Ziele und dieser Bewegung gegenüber das Vaterland ebenso wie
Individuum aufhören, der Angelpunkt zu sein, um den sich unser ganzes
tisches und soziales Denken und Arbeiten dreht. Wohl muß die Erreichung
sozialistischen Endziels die Masse der Individuen weit mehr befreien, muß die
zelnen Nationen reicher und sicherer machen, als es irgendeine gesellschaftliche
ganisation bisher vermochte. Und wohl muß die Bewegung zu diesem End-

ziel im ganzen und großen auch schon von einer steigenden Befreiung Individuen, vom Wachstum des Reichtums und der Sicherheit der einz Nationen begleitet sein. Aber immerhin sind Individuum wie Nation internationalen Emanzipationskampf des Proletariats unterzuordnen, und eines ihrer Sonderinteressen in Gegensatz zu den Bedürfnissen dieses Em pationskampfes tritt, da hat das individuelle oder nationale wie auch andere Sonderinteresse, zum Beispiel das zünftige oder berufliche, dah zurückzutreten.

Der kapitalistisch denkende Nationalist mag erklären: right or wrong, country — ob es recht oder unrecht tut, ich stehe stets auf der Seite meines V landes; der Sozialdemokrat muß Intelligenz und Mut genug haben, es erke zu können, wenn das Sonderinteresse einer Nation, und wäre es auch seine ei dem Emanzipationskampf des Proletariats in den Weg tritt, und dementsprec zu handeln. Aus dieser Überzeugung ist es zu erklären, wenn Marx und En sich nicht nur den nationalen Aspirationen der Slawen Österreichs (mit nahme der Polen) und der Türkei widersetzten, solange sie glaubten, daß schlimmste Feind des internationalen Emanzipationskampfes daraus N ziehe; es ist daraus auch zu erklären, daß sie es unternahmen, und die samte deutsche Sozialdemokratie mit ihnen, im deutsch-französischen Kriege Nationalismus der eigenen Nation entgegenzutreten, als er Formen ann die nur das Hohenzollerntum und den Zarismus fördern konnten, die die Demokratie in Deutschland wie in Frankreich aufs tiefste schädigen muß

Soviel über die erste Frage, über das Verhältnis von Vaterland Internationalität. Und nun zu den anderen, von denen ich nur die v behandeln möchte; die zweite und dritte erledigen sich nebenbei von selbst. vierte dagegen erheischt einige längere Ausführungen. (Schluß f

---

Die internationale Organisation des Kleinbürgertums.

Von **Georg Stiekloff.**

I.

Beim Lesen dieser Überschrift wird sich der Leser eines verwunderten K schüttelns nicht enthalten können. Und wirklich liegt in den Worten: „In nationale Organisation des Kleinbürgertums“ etwas Seltsames und erwartetes.

Aber die Politik des Kleinbürgertums, die in Deutschland und Österr unter dem Namen „Mittelstandspolitik“ und „Handwerkerpolitik“, in Fr reich und Belgien unter dem Namen „Politique des classes moyennes“ beka ist, hat in den letzten Jahren neue Bahnen eingeschlagen. Bisher war Internationalismus als eine für die Denk- und Wirkungsweise des Proletari aber nicht des Kleinbürgertums charakteristische Eigenschaft betrachtet word In dem Maße nun, als das Kleinbürgertum in die politische Arena eint oder vielmehr hineingezogen wurde, hat es für seinen Gebrauch eine g andere Lehre ausgearbeitet, einen eifersüchtigen und exklusiven Nationalism der die internationalistischen Proletarier als „vaterlandslose Gesellen“ zeichnet und wie Aussätzige der gegenwärtigen Gesellschaft behandelt. Alle, jenseits der Grenzen ihres Vaterlandes Mitarbeiterschaft, Rat und Rückh

…ren, wurden mindestens zu Landesverrätern erklärt. In ökonomischen …zen reichte der Horizont der Kleinbürger bis an ihre Ladentür und kaum …über hinaus; auf politischem Gebiet erhob er sich nicht über die traditio…en politischen Legenden. Und die höchste soziale Philosophie, zu der sich …Kleinbürgertum und seine Ideologen aufschwingen konnten, war der Anti…itismus, der — im besten Falle — die soziale Frage mit der Rassenfrage …chmolz.

…Aber heute ist alles anders. Die idyllischen Tage des kleinbürgerlichen …njuez sind unwiderruflich vorüber. Die patriotischen Handwerker und die …vinistischen Geschäftsleute nahmen sich die Pietätlosigkeit zum Beispiel und …lgten die Politik der „Landesverräter“. Diese Bekehrung zum Internatio…smus vollzog sich, und das ist besonders lehrreich, unter der tatkräftigen …hilfe, wo nicht gar auf direkte Veranlassung der bestgesinnten und …olischsten aller gegenwärtigen Regierungen, der belgischen. So stark ist die …ik der Tatsachen, so augenfällig ist der Parallelismus der ökonomischen …wicklung in allen kapitalistischen Ländern der Welt, so klar ist, selbst für …Kleinbourgeoisie, die Notwendigkeit des gemeinsamen Widerstandes gegen … gemeinsames Übel.

…Was die belgische Regierung durch diese Rolle der Initiative bei der inter…ionalen Organisation des Kleinbürgertums gewonnen hat, ist leicht zu er…n. Aus einem feudal-plutokratisch-kleinbürgerlichen Bündnis hervorgegangen, … sie ihrem ganzen Wesen nach dazu ausersehen, sich zu jedem reaktionären …entat herzugeben und den demagogischen Instinkten zu schmeicheln oder un…ichbare Ziele zu stecken, unerfüllbare Hoffnungen zu erwecken. Andererseits … die katholische Partei von einem unbestimmten Gefühl der Angst vor dem …nmenden erfüllt durch die seit 1885 einsetzende Entwicklung des neuen histo…hen Faktors, der Arbeiterpartei, welche in Belgien, dieser „Werkstatt des …opäischen Kontinents“, verhältnismäßig weit vorgeschritten, vielleicht dort …tiger als irgendwo anders war. Diese Entwicklung der proletarischen Or…isation war hauptsächlich den enormen Fortschritten der Großindustrie zu …danken, durch welche der Kleinbetrieb von dem Platze, den er sich erobert …te, verdrängt wurde; dann kam die Entwicklung der großen Magazine und … Genossenschaften, für welche Belgien eine Art gelobten Landes ist. Aus …n diesen Gründen mußte die herrschende Klasse zu ihrer Selbsterhaltung … bemühen, den Mittelstand zu heben, sie mußte seine Position stärken und … neuen wachsenden Kraft des Proletariats die ebenfalls organisierte des …inbürgertums entgegenstellen.

…Es ist zum Beispiel bekannt, daß die belgische Organisation der christlichen …mokraten, die „Ligue démocratique“, jene kühne klerikale Nachahmung der …gischen Arbeiterpartei, das Kleinbürgertum an sich heranzuziehen versuchte. …ssens, der berühmte Staatsmann der katholischen Partei und der erste …inister für Industrie und Arbeit in Belgien, sagte am 24. Juni 1896 im …nat: „Es ist nicht zu bestreiten, daß uns das Los des Mittelstandes sehr am …rzen liegen muß. Und ebenso unzweifelhaft müßte ein Verschwinden oder … Verminderung dieser vermittelnden Klasse für unser Vaterland und für …ere soziale Organisation geradezu als ein Unglück betrachtet werden.“ Und … anderes belgisches Kammermitglied, der frühere Handelsminister Cooreman, …ückte sich in seiner Rede im Abgeordnetenhaus (11. Juli 1898) noch deut…her aus: „Es ist für das soziale Gleichgewicht von Wichtigkeit, daß der

Mittelstand — dessen Charakteristikum die Vereinigung von Kapital Arbeit in einer Hand ist — den Abstand zwischen der Kapitalisten- und Arbeiterklasse ausfülle. Damit volle Harmonie in der Gesellschaft herrsch es unerläßlich, daß die soziale Stufenleiter zwischen ihrer niedersten und höchsten Sprosse noch eine Reihe von Zwischenstufen besitze, welche die Ext durch zahlreiche kleine Stufen verbinden."

Dieser Klasse ist also ganz einfach die Rolle des Puffers zugedacht. im vorliegenden Falle geben die Staatsmänner nur die Gedanken der ko vativen Fraktion der katholischen Partei wieder, die unter Woestes Füh steht. Auf die Anregung dieses letzteren hin und unter seinem Vorsitz f die „Fédération des cercles et associations catholiques" anfangs 1899 Schutz des Kleinbürgertums auf die Tagesordnung ihres Kongresses. W sich die Katholiken damit nicht früher beschäftigten, so hatten sie für diese H lungsweise ihre guten Gründe, über die sich Herr Lambrechts in der „R des questions scientifiques" (Januar 1899) folgendermaßen äußert:

„Zweifellos spricht man weniger von diesem Problem als von dem der Arbe klasse, wahrscheinlich weil wir es dort mit Massen zu tun haben, mächtig an Z lärmend aus Gewohnheit und gefährlich durch die Heftigkeit, mit der sie ihre In essen vertreten; hier aber haben wir Gruppen, deren Reihen sich immer mehr lic aus Leuten zusammengesetzt, die aus Tradition friedliebend sind, fügsam wie Un gebene, Feinde des Streites und der Veränderung.

„Die guten Handwerker und Kleinbürger sind so bescheiden (!), daß man Letzten von ihnen davonjagen könnte, ohne auch nur ein revolutionäres Murre hören.

„Deshalb hat man sie ganz einfach vergessen; und so geschah es, daß sie n nur um ihr Vermögen, sondern auch um ihre wesentlichen Existenzbedingungen kommen sind.

„Niemand hat sich bisher etwas daraus gemacht, bis man eben jetzt bem daß das Verschwinden dieser kleinen Leute das allgemeine Gleichgewicht ganz deutend ins Wanken bringt."

Einer der ersten Versuche zur Organisierung des Kleinbürgertums, der Rücksicht auf die katholische Partei von einem Abgeordneten, dem Profe der Architektur Helleputte (auch aktivem Mitglied der „Ligue démocratiqu unternommen wurde, war die Gründung der „Gilde des métiers et négoc in Löwen, die sich 1878 konstituierte und aus Unternehmern und Arbeit bestand. 1885 nahm sie Statuten an, die so viel wie möglich denen der a Zünfte nachgebildet waren; gegenwärtig zählt sie zu ihren Mitgliedern ungef 130 Unternehmer und 700 Arbeiter. Sie hat eine Volksbank, eine Spar- u Reisekasse, eine Bibliothek, eine Gewerbeschule gegründet und mehrere A stellungen veranstaltet. In Brüssel, Antwerpen usw. sind nach ihrem Mu andere Vereinigungen gegründet worden.[1]

Das Interessante und Charakteristische an dieser Gilde ist, daß sie sich n damit begnügt, die Interessen des Kleinbürgertums wahrzunehmen, daß sie v mehr außerdem auch versucht, zwischen Kapital und Arbeit gute Beziehung herzustellen. Auf diese Seite des Einflusses, den die katholische Partei auf d Kleinbürgertum ausübt, kommen wir später noch zurück.

[1] Man vergleiche unter anderem Victor de Clercq, „L'organisation professi nelle de la petite bourgeoisie en Belgique", Paris 1904, und über Details aller dieser Organisationen das sehr interessante Werk des Jesuiten Vermeer „Manuel social" (2. vermehrte Auflage, 1904).

Unter allen den in mehreren Großstädten Belgiens existierenden Vereini-gungen, die sich den Schutz der kleinbürgerlichen Interessen zur Aufgabe gemacht …en, ist die tatkräftigste der „Burgerkring“ (zu deutsch Bürgerverein) in …t, der zu seinen Mitgliedern den Exminister Cooreman und den Pro-…or Pyfferoen zählt. Auf Anregung dieses Vereins wurde im Jahre 1897 … Enquete über die lokalen Verhältnisse des Kleinbürgertums veranstaltet, … obwohl diese Enquete wenig praktische Resultate zeitigte, so diente sie doch …igstens dazu, die öffentliche Aufmerksamkeit auf diese Frage zu lenken. Anderer-…s trug auch die von einer so starken Vereinigung, wie dem „Syndicat général … voyageurs, employés, négociants et patrons“ ausgehende Propaganda …t wenig dazu bei, das allgemeine Interesse für das Kleinbürgertum zu er-…rken. (Um den „demokratischen“ Charakter dieser Gesellschaft zu demonstrieren, …en die Angestellten voran, die Unternehmer kommen zuletzt, auf dem Papier …ürlich.) Diese Vereinigung erstreckte ihren Einfluß über ganz Belgien; sie …faßte 21 Gesellschaften und zählt 8000 Mitglieder. Nach ihrem Muster …rden außerdem noch andere Gesellschaften gegründet, nämlich die „Fédé-…ion nationale de l’Agriculture, du Commerce et de l’Industrie“, das …mité des syndicats bourgeois“, die „Association pour l’étude et la défense … intérêts de la bourgeoisie“.[1]

Am 25. März wurde ein Ministerium der Arbeit gegründet (eigentlich der …dustrie und der Arbeit), das sich lebhaft für die Lage des Kleinbürgertums …eressierte. Das Resultat dieses Interesses war eine Enquete über die Lage … Hausindustrien in Belgien; das Gesetz von 1898 über die gewerkschaftlichen …reinigungen (unter Nyssens); unter dem Ministerium Cooreman wurde zum …tenmal ein Posten von 5000 Franken in das Budget mit folgender Be-…rkung aufgenommen: „Zur Förderung des Organisationsgeistes unter den …inen Kaufleuten und kleinen Industriellen“. Schließlich fand unter dem …inisterium Liebart und unter seinem Proktorat der erste **internationale** …**ngreß des Kleinbürgertums** statt.

Der kleinbürgerliche Internationalismus ist wie der des Proletariats nur …glich geworden infolge der stufenweise fortschreitenden Entwicklung der natio-…len Organisation des Kleinbürgertums. Wir wollen hier nicht von der klein-…rgerlichen Reaktion gegen die liberale Gesetzgebung des neuen Deutschen …eiches sprechen, wie sie besonders seit der „Milliardenkrise“ der siebziger Jahre …ftrat, jener Bewegung, die von den protestantischen Konservativen und vom …tholischen Zentrum sofort unterstützt wurde und die schließlich zu dem Gesetz vom … Juli 1897 führte, welches unter gewissen Umständen den Eintritt der Hand-…erker in die Innungen obligatorisch machte (Zwangsinnungen). Wir wollen …ch nicht von der entsprechenden Agitation in Österreich sprechen, wo sich …sonders der bekannte Baron Karl v. Vogelsang in der Besorgung der reaktio-…ären Geschäfte auszeichnete, noch von dem unter dem Ministerium Taaffe …rausgekommenen Gesetz betreffend die obligatorische Organisation der kleinen

[1] Es ist interessant, daran zu erinnern, wie in Rußland zur Zeit der berühmten …lemik zwischen den „Marxisten“ und den „Volkstümlern“ (Narodniky) diese letzteren das …ort „Kleinbürgertum“ als Beleidigung auffaßten. Die Ideologen des europäischen Klein-…rgertums wählten im Gegenteil gerade diesen Ausdruck nach reiflicher Überlegung als den …gemein gebräuchlichen und wissenschaftlich genauesten. Vergl. zum Beispiel die Rede von …yfferoen auf dem Ersten Internationalen Kongreß des Kleinbürgertums (Kongreßbericht, … 50).

Handwerker (Gewerbegenossenschaft). Die deutschen Leser wissen über Dinge Bescheid. Wir wollen nur bemerken, daß die reaktionären Parteien besonders die Antisemiten in deutschen Landen aus dem Elend und dem Ruin Mittelstandes Nutzen zu ziehen wußten, und daß die Demagogen jeden Schl in ihren „antikapitalistischen“, „antiliberalen“ und bisweilen „antisemitisc Netzen den naiven, fanatisierten kleinbürgerlichen Fisch zu fangen verstan Die Sozialdemokraten, besonders in Österreich, wissen ein Lied davon zu sin

In Holland stützen sich die beiden reaktionären Parteien, die Kathol und die Calvinisten, ebenfalls auf das Kleinbürgertum; die ersteren vorz weise auf die Kaufleute, die anderen auf die Handwerker (von den Ba ganz zu schweigen). Auf dem sozialpolitischen Kongreß in Amsterdam 1 wurde sogar einer besonderen Kommission das Studium der Probleme behalten, die das Kleinbürgertum berühren. Tatsächlich erwähnt das Progra der Arbeiten des Kongresses diese Klasse gar nicht, aber die holländis Katholiken beschäftigten sich im allgemeinen viel damit. Pyfferoen versic daß die meisten holländischen Kleinhändler katholisch sind.[1] Ein gut un richtetes Mitglied der antirevolutionären Partei erzählte sogar, daß die Kl die Kleinhändler geschäftlich unterstützten.

Die Handwerker und die Bauern, mit Ausnahme derjenigen in katholis Provinzen, nähern sich den Antirevolutionären. Der Führer dieser Pa Herr Kuyper (jetzt Kabinettschef), früher Pastor, Publizist, Redner, Sta mann und außerdem Demagoge erster Ordnung, wußte aus den Fehlern liberalen Partei, die in Holland wie auch anderwärts die Interessen des Gr kapitals vertritt, Nutzen zu ziehen.

Indem er sich als Verteidiger der „kleinen Leute“ gerierte, gewann er ei Teil der zur konservativen Partei gehörigen Arbeiterklasse und fast das ga Kleinbürgertum. Und so begann die alte Geschichte von neuem: das gegen kapitalistischen Liberalen mobil gemachte Kleinbürgertum wurde zu einem We zeug für die Vertreter der rückständigen Formen des nationalistischen u imperialistischen Kapitals. Die Liberalen geben zu, daß in ihrer systematisc Vernachlässigung der kleinbürgerlichen Interessen eine der Hauptursachen ih Zusammenbruchs bei den Wahlen von 1901 lag.

„Das Fiasko der liberalen Partei in den letzten Wahlen von 1901“, s der Professor des öffentlichen Rechtes an der Universität Leyden, Oppenhe — welcher selbst der liberalen Partei angehört —, „ist verschuldet durch i Haltung gegenüber dem Mittelstand. Man vernachlässigte die Interessen d Kleinbürger und im Gegensatz dazu wuchsen die Gesetze zugunsten der Arbei lawinenartig (!!) an. Dieses fehlende Gleichgewicht brachte der liberalen Par eine Niederlage ein, wie man sie seit fünfzig Jahren nicht gekannt hatte. Dara erklärt es sich auch, daß ein Mann von den großen Verdiensten des Professo Drukker, den man den Wohltäter seiner Stadt nennen kann, der er gro Dienste erwiesen hat, keine Majorität auf sich vereinigen konnte: die klein Geschäftsleute fanden seine Politik zu radikal. Die Klagen des Bürgertun sind begründet, denn seine Interessen werden vernachlässigt.“[2]

---

[1] Siehe Pyfferoen, „La petite bourgeoisie aux Pays-Bas“. Brüssel 1902, S. 1 Dieses Buch enthält den Bericht, den der Autor dem belgischen Industrieminister vorleg auf dessen Aufforderung hin Pyfferoen seine interessante Enquete über die Lage des Klei bürgertums in Holland angestellt hatte.

[2] Pyfferoen, ebenda, S. 13—14 (vergl. vorige Fußnote).

Und selbst in Frankreich sind es, wie jedermann weiß, nicht nur die Antisemiten und die Nationalisten, die ihre Anhänger aus den Reihen des Kleinbürgertums erhalten; an manchen Orten haben selbst die Royalisten ihre Anhänger im Kleinhandel und dem Kleingrundbesitz gesucht, die sich von den Brosamen nähren, welche von der Tafel der Herren fallen. Das geschah in Südfrankreich und sogar in Paris im XIX. und XX. Arrondissement, wo die monarchistischen Kandidaten einige bürgerliche Stimmen erhielten.

Von wichtigen nationalen Organisationen des Kleinbürgertums ist noch die „Union Suisse des Arts et Métiers" (Schweizerischer Gewerbeverein) zu erwähnen; am 16. November 1879 gegründet, umfaßt der Verein 108 Gesellschaften mit 23168 Mitgliedern, von denen 20767 dem industriellen Kleinbürgertum angehören (Statistik von 1899). Im Jahre 1897 fand in Stuttgart der Kongreß des Deutschen Gewerbeverbandes statt, und die dort anwesenden schweizerischen Delegierten Krebs und Boos-Jäger machten den Deutschen den Vorschlag, einen internationalen Kongreß des Kleinbürgertums einzuberufen. Auf dem Erfurter Kongreß von 1898 sprach der Generalsekretär des Schweizerischen Gewerbevereins, Werner Krebs, den Wunsch aus, daß 1900 während der Weltausstellung in Paris ein internationaler Kongreß der Kleinindustriellen und Kleinkaufleute stattfinde.

Gleichzeitig mit dem Stuttgarter Kongreß wurde in Arnheim der Kongreß der kleinbürgerlichen und antigenossenschaftlichen holländischen Liga „Maatschappelijk Belang" (1900 eingegangen) abgehalten. Dadurch, daß auch belgische Delegierte auf diesem Kongreß anwesend waren, erhielt er einen einigermaßen internationalen Charakter. Auf diese Weise bereiteten sich die späteren internationalen Kongresse des Kleinbürgertums vor. Der Gedanke drang von allen Seiten herein. (Fortsetzung folgt.)

Beiträge zur Eccarius-Frage.

Von **Gustav Jaeckh.**

II. (Schluß.)

Der zweite Brief, den ich hier zur Veröffentlichung bringe, greift noch tiefer in die Internationale zurück. Er ist vom 30. Dezember 1875 datiert und lautet:

My dear Jung,

I have to trouble you again. I wrote to Willebrord last week enquiring wether he could procure to me a copy of Fribourg's pamphlet. He knows nothing about and applied to Depaepe and he writes that he gave his to Marx four years ago but that te knows no one else who is in possession besides Martelet, whom, he sais, I saw at Bruxelles and who was going to visit me an his arrival in London, which he has not done. He then continues: „Je n'ai pas l'adresse précise de Martelet, mais je sais qu'il demeure chez Ranvier." If such be the case, I should like to have the book next Sunday, but should not care about making the journey in vain. If you could ascertain and let me know by Saturday afternoon I should be much obliged, perhaps I could send Harry, who is not working this week.

Another favour I ask is replies, to the best of your recollection, to the following questions:

1. Were the provisional rules of the International send to Paris in English manuscript without the inaugural adress? or was the printed adress with the rules attached forwarded?

2. Was the inaugural adress ever printed either in Paris or elsewhere?

3. Did Varlin visit the Day-working Bookbinders Society while he was here in September 1865?

4. Do you remember wether anything was said about the supression of the words as a means in the Paris translation of the rules either then or before and how it was interpreted or excused both here and Paris?

5. Do you remember any occasions, previous to the Basel-Congress, on which the Council received letters about intended political demonstrations on the part of the Paris members of the International?

6. Was the 3d levy which the Council of the Amalgamated Engineers agreed to propose to the Society for the benefit of the Paris Iron moulders carried and paid?

I remember Dupont and Duval coming to me to tell me of their success with the Council but I don't remember what became of it. That it was shortly before the war I know, but whether the war interrupted it or not I do not know.

To save trouble you better number your replies and send my questions back with them.

Yours faithfully

J. Georg Eccarius.

Mein lieber Jung,

Ich muß Sie schon wieder belästigen. Ich schrieb letzte Woche an Willebrord und frug an, ob er mir ein Exemplar von Fribourgs Broschüre verschaffen könne. Er weiß nichts davon und wandte sich an de Paepe, und der schreibt, daß er sein Exemplar vor vier Jahren Marx gegeben habe, daß er aber keinen Menschen kenne, der im Besitz der Schrift sei, außer Martelet, den ich, wie er behauptet, in Brüssel gesehen habe und der mir bei seiner Ankunft in London einen Besuch gemacht habe, was er indes nicht getan hat. Dann fährt er fort: „Ich habe die genaue Adresse von Martelet nicht; aber ich weiß, daß er bei Ranvier wohnt." Wenn das der Fall ist, so könnte ich das Buch nächsten Sonntag bekommen; doch möchte ich den Weg nicht umsonst machen. Wenn Sie mich vergewissern können und mich die Sache Sonnabend nachmittag wissen lassen, wäre ich Ihnen sehr verbunden; vielleicht könnte ich Harry schicken, der diese Woche nicht arbeitet.

Eine andere Gefälligkeit, um die ich bitte, sind Antworten auf folgende Fragen, die Sie nach Ihrem besten Erinnern abfassen wollen.

1. Sind die provisorischen Statuten der Internationale in englischem Manuskript ohne die Inauguraladresse nach Paris geschickt worden? Oder war die gedruckte Adresse mit den Statuten zugleich verschickt worden?

2. Wurde die Inauguraladresse in Paris oder sonstwo früher gedruckt?

3. Hat Varlin bei seinem Besuch in London im September 1865 die Buchbindervereinigung aufgesucht?

4. Erinnern Sie sich, daß die Unterdrückung der Worte: als ein Mittel in der Pariser Übersetzung der Statuten damals zur Sprache gekommen ist, und wie die Sache erklärt oder entschuldigt worden ist, hier und in Paris?

5. Erinnern Sie sich an einige Fälle, kurz vor dem Baseler Kongreß, über die der Generalrat Briefe betreffs politischer Demonstrationen empfing, die von den Pariser Mitgliedern der Internationale ausgehen sollten?

6. Ist die dritte Auflage, die der Vorstand der Vereinigten Maschinenbauer seiner Gewerkschaft zum Besten der Pariser Former vorgeschlagen hat, genehmigt und bezahlt worden?

Ich erinnere mich, wie Dupont und Duval zu mir kamen, um mir von ihrem Erfolg beim Vorstand zu erzählen, allein ich erinnere mich nicht mehr, was aus der

Sache geworden ist. Daß es kurz vor dem Kriege war, weiß ich; aber ob der Krieg dazwischen kam oder nicht, erinnere ich mich nicht mehr.

Damit keine Verwirrung entsteht, numerieren Sie am besten Ihre Antworten und schicken mir meine Fragen mit ihnen zurück.

Ihr getreuer
J. Georg Eccarius.

Diese Fragen umfassen ein gutes Stück Geschichte der Internationale. Allein bei einigen ist es fast unverständlich, daß Eccarius sie überhaupt stellt. Wenn jemand die Internationale im Generalrat selbst miterlebt hatte, konnte er diese Fragen unmöglich stellen, wenn ihm nicht sein eigenes Gedächtnis durch Verdächtigungen und Verleumdungen getrübt worden war, denen er vielleicht nicht ganz ungern sein Ohr lieh und deren Berechtigung er doch mit einigem Vergnügen bestätigt erhalten hätte. Wer die Anschuldigungen kennt, mit denen die Bakunisten den Generalrat in den letzten Jahren der Internationale beworfen haben, der hört aus der Mehrzahl der Fragen von Eccarius unschwer diese Verunglimpfungen heraus.

Der erste Teil des Briefes bezieht sich auf Quisquilien in der Internationale. Schon in den ersten Jahren der Internationale hatte es persönliche Zänkereien gegeben, insbesondere unter den Franzosen, infolge deren Vésinier ausgeschlossen wurde. Auch zwischen Tolain, Fribourg und Lefort — dieser war der Organisator der französischen Arbeiter in London — gab es Differenzen, und nach langwierigem Hin und Her schrieb Fribourg im Jahre 1868 eine Broschüre: „Quelques mots d'explication". Diese ist hier offenbar unter der Broschüre gemeint. Willebrord war ein Brüsseler Genosse, der öfters dem Generalrat Berichte über Brüsseler Verhältnisse geliefert hatte. Daß Eccarius sich so eifrig für diesen alten Krakeel interessierte, würde auffallen, wenn seine übrige Fragestellung nicht noch viel merkwürdiger wäre.

Zum besseren Verständnis der Sache müssen wir mit Frage 4 beginnen, die den Kern der Anschuldigungen — denn das sind mehrere der Fragen — bildet. Es handelt sich um die von den Bakunisten bis zum Überdruß wiederholte Behauptung, der Generalrat — speziell Karl Marx und die „marxistische Clique" — habe in dem Absatz der Generalstatuten, der ausdrückt, „daß die ökonomische Befreiung der Arbeiterklasse das große Endziel ist, dem jede politische Bewegung als Mittel unterzuordnen ist", die Worte als Mittel auf eigene Faust nachträglich in die vom Genfer Kongreß angenommenen Statuten „hineingefälscht", angeblich zu dem Zweck, die politische Aktion obligatorisch zu machen. Die innere Albernheit dieser Behauptung liegt auf der Hand: wenn der Generalrat wirklich die Bedeutung der politischen Aktion durch eine schärfere Fassung hätte besonders accentuieren wollen, so erfüllte gerade eine Formulierung, die die Unterordnung der politischen Aktion zu einem bloßen Mittel im Befreiungskampf herausarbeitete, am wenigsten diesen Zweck. Die törichte Insinuation tauchte zum erstenmal in der Bakuninschen „Egalité", die in Genf, und im ebenfalls Bakuninschen „Progrès" auf, der in Le Locle erschien, und zwar kurz nach dem Baseler Kongreß, als es Bakunin nach seinen Mißerfolgen in Basel geraten erschien, die Attacke gegen den Generalrat durch eine andauernde Beschießung aus mehreren Organen der Internationale vorzubereiten. Der Generalrat hat damals an den Föderalrat der romanischen Schweiz in Genf ein Rundschreiben erlassen, das in „Neue Zeit", XX, 2, S. 475 ff. abgedruckt ist und worin er sich auch — siehe S. 479 — auf die einfältige Verleumdung

der „Fälschung“ dahin äußert, daß die Worte: „als ein Mittel“ nicht vom Generalrat in den französischen Text hineingefälscht, sondern vom Pariser Komitee unterdrückt worden seien, und zwar, wie sich dieses Komitee entschuldigt habe, aus Gründen seiner politischen Situation. Trotz dieser durchaus zureichenden Erklärung kroch dieses Lügengewürm weiter; im „Memoire“ der Jurassischen Föderation ist es bereits zu einem formlosen Ungetüm angeschwollen: dort wird von einem „offiziellen französischen Text“ erzählt, der in Genf 30 Seiten stark herausgekommen sein soll. Es ist das jedenfalls jene namenlose Broschüre, die ohne irgend welche Verantwortung, 30 Seiten stark, in Genf gleich nach dem ersten Kongreß erschienen ist, und die ein kurz gedrängtes Bild der Verhandlungen und Beschlüsse im Telegrammstil gibt.[1] Es ist jedem, der die Geschichte der Internationale auch nur oberflächlich kennt, geläufig, daß die Abfassung des offiziellen Textes des Genfer Protokolls infolge zahlloser Fährlichkeiten kaum bis zum Kongreß in Lausanne 1867 geliefert werden konnte, wo der Generalrat einen ausführlichen Bericht über die Verzögerung gab. Trotzdem schleppte sich der Lügenbandwurm fort und wurde überall gastlich aufgenommen, wo man der „coterie marxiste“ etwas anhängen wollte. Unnötig zu sagen, daß auch Paul Brousse noch im Jahre 1882 den Schwindel andächtig nachbetete; vergleiche sein Pamphlet: Le Marxime et l'Internationale, S. 19 bis 21. Freilich, wer will ihm schließlich einen Vorwurf machen, wenn selbst das frühere Generalratsmitglied Eccarius seiner Sache nicht mehr sicher war?

Damit hängen auch die Fragen 1 und 2 zusammen. Je mehr die Bakunisten durch die durchaus loyalen und einleuchtenden Aufklärungen des Generalrats in die Enge getrieben wurden, um so unerschöpflicher waren sie in der Erfindung neuer Phantasien. So entstand zuletzt um die Inauguraladresse und die Generalstatuten der Internationale eine eigene Bakuninsche Legende. Auf der Londoner Konferenz 1871 wurde die Echtheit der Worte: „als ein Mittel“ ausdrücklich festgestellt und die Verpflichtung zur politischen Aktion aus allen offiziellen Verlautbarungen der Internationale, von der Inauguraladresse an, zusammengetragen. Flugs wiederholten die Bakunisten dasselbe Spiel: auch die Inauguraladresse war vom Generalrat erst nachträglich zurechtgestutzt worden, und aus Eccarius Fragen ersehen wir, daß man sogar darüber Unklarheit verbreitete, ob die Inauguraladresse in London oder sonstwo zuerst gedruckt worden sei, ob die provisorischen Statuten als Manuskript nach Paris zum Druck geschickt worden, oder ob Inauguraladresse und provisorische Statuten zusammen in Druck nach Paris weggegangen seien. Danach scheint die Bakuninsche Legende Paris zur Zentraldruckstelle der Internationale gemacht zu haben. Der Generalrat hätte wirklich nichts Unsinnigeres tun können, als die Drucklegung seiner Erlasse, die durch die Einwirkungen des bonapartistischen Gouvernements sogar in London behelligt wurden, unter den Augen der napoleonischen Polizei in Paris in Druck zu geben. Vielmehr wurde die Adresse wie auch die vorläufigen Statuten, wie später alle Erlasse des Generalrats, zuerst in Englisch vorgelegt, in Englisch gedruckt und verbreitet, hernach in andere Sprachen übersetzt, in London gedruckt und nach auswärts versandt. So berichtet der „Beehive“ in seiner Nummer vom 5. November 1864 die Annahme des Marxschen Entwurfs über Adresse und Statuten und veröffentlicht in

[1] Congrès Ouvrier de l'Association Internationale des Travailleurs tené à Genève du 3 au 8 septembre 1866. Genève 1866, Ducommun et Öttinger.

derselben Nummer das provisorische Statut; in der Nummer vom 7. Januar 1865 wird mitgeteilt, daß Adresse und Statuten ins Deutsche übersetzt worden seien und daß 50000 Exemplare nach Deutschland versandt worden seien. Ebenso wurde es mit den anderen Nationen gemacht; auch wurde 1867 das Genfer Protokoll in London in Englisch und Französisch stereotypiert und gedruckt. Auch die Adresse über den Bürgerkrieg in Frankreich wurde später in London in alle fremden Sprachen übersetzt und von London aus im Druck verbreitet. Ein langjähriges Generalratsmitglied mußte das wissen.

Die übrigen Fragen beziehen sich wieder auf Kleinigkeiten. Ob Varlin, als er die Londoner Konferenz besuchte, die Londoner Buchbindervereinigung — Varlin war bekanntlich Buchbinder — aufgesucht hat usw., sind Fragen, deren Beantwortung kein historisches Interesse hat. Allein der ganze Brief ist von historischem Interesse, indem er ein Dokument dafür ist, daß in der Entzweiung zwischen Marx und Eccarius kein sachliches Moment enthalten war, sondern nur persönliche Verstimmung auf der Seite von Eccarius, die ihm mit der Zeit jedes sachliche Urteil und sogar jede sachliche Erinnerung trübte. Allmählich sah er die Internationale, die er an der Seite von Marx erlebt hatte, in Bakuninscher Beleuchtung; er lebte in einer Art von krankhafter Selbsthypnotisierung, und in dieser Verfassung schrieb er dann Erinnerungen aus der Internationale und machte sich „seine eigenen Gedanken über den Streit zwischen Marx und Bakunin“, wie er in einem Brief an Jung aus derselben Zeit schrieb.

Im übrigen hatten diese Fragen auch einen Vorzug, nämlich den, daß Eccarius sich mit ihnen an die richtige Adresse wandte. Niemand im Generalrat, Marx und Engels ausgenommen, kannte die Materie der Bakuninschen Alliance besser als Hermann Jung. Er hatte die Korrespondenz mit dem geheimen Zentrum der Alliance, mit der Jura-Föderation, geführt, er hatte den Jurassiern in seinen Briefen ganze Abhandlungen über die politische Aktion geschrieben, und niemand war geeigneter als Jung, das verdüsterte Gedächtnis von Eccarius durch die Sprache der Tatsachen aufzuhellen. Als nach dem Haager Kongreß der Streit zwischen einigen Führern des englischen Föderalrats und Marx und Engels jäh aufloderte, verwiesen diese beiden in einem offenen Schreiben die Hales und Genossen, die bereits unter der Hand ihren Pakt mit den Sezessionisten geschlossen hatten, auf das frühere Generalratsmitglied und jetzige Föderalratsmitglied Jung, der als Sekretär für die Schweiz die Geheimnisse der Alliance und als Mitglied der Subkommission des Generalrats auch die Bakuninsche Verschwörung kenne.[1] Jung hat auch auf dem Londoner Sezessionskongreß ausdrücklich betont, daß er bestrebt sei, die englische Sonderföderation nicht in die offenen Arme der Bakunisten laufen zu lassen; und in der Tat hat sich Jung stets einen gewissen sicheren Takt bewahrt, den Eccarius mehr und mehr verlor. Eccarius war ein Mann von Kopf, der aber einen intellektuellen und moralischen Halt brauchte. Sein Bruch mit Marx war das große Unglück seines Lebens.

---

[1] „International Herald“ vom 21. Dezember 1872.

Berufsgliederung und betriebstechnische Entwicklung in Ungarn.

Von **Erwin Szabó.**

Der vor kurzem erschienene zweite Band der „Volkszählung Ungarns im Jahre 1900“ enthält interessante Daten zur Frage der wirtschaftlichen Konzentration und zugleich zur Industrialisierung Ungarns. Es seien einige angeführt, wobei zu bemerken ist, daß sie sich bloß auf das eigentliche Ungarn beziehen; von Kroatien-Slawonien, das staatsrechtlich und wirtschaftlich von Ungarn stark abweicht, haben wir absehen zu sollen geglaubt.

Von der Bevölkerung entfielen auf die einzelnen Hauptwirtschaftszweige:

	1890	1900	Im Verhältnis der Gesamtbevölkerung 1900
Urproduktion	10800205	11193807	66,5 (—4,3)
Bergbau	124036	161233	1,0 (+0,2)
Industrie, Handel und Verkehr	2474088	3329991	19,7 (+3,4)
Taglöhner n. b. g.	551722	606157	3,6 —
Häusliche Dienstboten	358170	403963	2,4 (+0,1)
Öffentlicher Dienst, freie Berufe, Militär, Unbekannt usw.	953643	1143104	6,8 (+0,6)
Zusammen	15261864	16838255	100,0

Mit Ausnahme der Urproduktion ist also in allen Berufen eine relative Steigerung zu konstatieren. Das auffallende Gleichbleiben der relativen Zahl der Taglöhner ist durch die größere Genauigkeit der statistischen Aufnahme zu erklären; es sind nämlich diesmal alle Taglöhner, die bloß in einem Beruf tätig sind, den Erwerbenden dieses Berufs zugeteilt worden.

Interessanter gestaltet sich das Verhältnis innerhalb der einzelnen Berufe. Von der Landwirtschaft und Gärtnerei treibenden Bevölkerung waren:

	1890	1900
Selbständige Grundbesitzer und Pächter	1613742	1537092
Aushelfende Familienangehörige	1095748	1479433
Wirtschaftsbeamte	9927	9920
Landwirtschaftliches Gesinde	526272	503719
Landwirtschaftliche Arbeiter	1214723	1385844
Erhaltene	6229480	6147376

Die Zahl der selbständigen Besitzer fiel also sowohl relativ als absolut, desgleichen die des Gesindes und der Erhaltenen, während die Zahl der aushelfenden Familienangehörigen und der Arbeiter absolut und relativ bedeutend gestiegen ist. Im Jahre 1890 waren von 100 im Ackerbau tätigen Personen 36 selbständig und 27 Lohnarbeiter, im Jahre 1900 hingegen 31 bezw. 28. Am auffallendsten ist die rapide Zunahme der aushelfenden Familienangehörigen, wobei die Verteilung zwischen den Geschlechtern nicht außer acht zu lassen ist. Es waren nämlich Familienangehörige in der Wirtschaft mittätig:

	1890	1900	Zunahme
Männlich	654910	764071	16,82 Prozent
Weiblich	440838	715362	62,27 „

Dazu bemerkt der offizielle Begleittext: „Die Zunahme der Zahl der weiblichen aushelfenden Familienangehörigen um mehrere Hunderttausend erklärt sich offenbar

aus dem Umstand, daß in immer weiteren Kreisen der Kleingrundbesitzerklasse die weiblichen Angehörigen darauf angewiesen sind, für den Lebensunterhalt mitzusorgen; darauf ist auch die Abnahme der Erhaltenen zurückzuführen."

Das Verhältnis der selbständigen Besitzer wäre noch ungünstiger, wenn die Statistik mit kaum verschleierbarer Tendenz die Zahl dieser nicht künstlich steigern würde. Es waren nämlich von den Selbständigen

		In Prozent
Mittel- und Großgrundbesitzer (über 100 Katastral-Joch [1])	13058	0,85
Mittel- und Großpächter (dito)	3809	0,25
Kleingrundbesitzer und Kleinpächter	1074694	69,92
Taglöhner mit Land	409246	26,62
Hälftler (Teilbauern)	30119	1,96
Meier und Geflügelzüchter	2497	0,16
Gärtner	3669	0,24

Es gehört gewiß sehr viel Optimismus dazu, die 409000 Taglöhner mit Land und die 30000 Hälftler zu den Selbständigen zu zählen. Ziehen wir deren Zahl, das heißt 439465, ab und schlagen sie den Arbeitern zu, so bleiben bloß 1097827 Selbständige, während die Zahl der Arbeiter auf 1825109 steigt. Damit verschiebt sich das Verhältnis der Selbständigen und der Arbeiter ganz bedeutend, indem auf 100 nur mehr 22 Selbständige, hingegen 37 Arbeiter entfallen, gegenüber den 31 bezw. 28 der offiziellen Berechnung.

Nicht weniger auffallend ist die Entwicklung zum Kapitalismus in der Industrie, was sich in erster Reihe in der Zunahme der Frauenarbeit offenbart. In der eigentlichen Industrie waren beschäftigt

	1890	1900	Zunahme
Männer	668277	824858	23,4 Prozent
Frauen	108036	168012	55,5 "
Zusammen	776313	992870	27,9 Prozent

Dasselbe zeigt sich in der Verschiebung des Verhältnisses der Selbständigen zum Hilfspersonal. Es waren

	1890	1900	Zunahme
Selbständige	341514	348682	2,10 Prozent
Angestellte	434799	644188	48,16 "

Während die Gesamtzunahme der Erwerbstätigen in der Industrie 27,9 Prozent betrug, vermehrten sich die Selbständigen um 2,1 Prozent, die Lohnarbeiter um 48,16 Prozent. Im Jahre 1890 kamen auf 100 Selbständige 127 Lohnarbeiter, im Jahre 1900 nicht weniger als 185.

Auffallender ist diese Tendenz, wenn wir die männlichen und weiblichen Erwerbstätigen scheiden. Es waren

	Selbständige 1890	Selbständige 1900	Zu- (+) bezw. Abnahme (—) in Prozent	Angestellte 1890	Angestellte 1900	Zunahme in Prozent
Männlich	298343	284362	— 4,53	369934	540496	+46,1
Weiblich	43171	64320	+49,00	64865	103692	+60,0

Die Zahl der männlichen Selbständigen ging also absolut und relativ zurück, während die der weiblichen um fast 50 Prozent stieg. Den Grund hiefür sieht der offizielle Text darin, daß früher häusliche Beschäftigungen allmählich ins Gebiet der selbständigen Gewerbe übergehen.

[1] 1 Katastral-Joch (oder österreichisches Joch à 1600 Quadratklafter) = 57,54 Ar.

Die Gesamtzahl der Gewerbebetriebe betrug 426090 (um 88000 mehr als Selbständige); davon waren

Alleinbetriebe	271642	63,8 Prozent
Gehilfenbetriebe mit 1 Person	80023	18,8 „
„ „ 2 bis 5 Personen	63347	14,8 „
„ „ 6 „ 20 „	9029	2,1 „
„ „ über 20 „	2049	0,5 „

Ein Vergleich mit den Daten von 1890 ist hier leider nicht möglich. Der Anteil der Kleinbetriebe an der Gesamtsumme der Betriebe beträgt also nicht weniger als 97 Prozent. Der Anteil der Großbetriebe an der Zahl des Hilfspersonals beläuft sich auf 212097 von 644188, also bloß 33 Prozent.

Man zählte in der Großindustrie

	Betriebe	Hilfspersonen
Mit 21 bis 50 Personen	1230	38606
„ 51 „ 100 „	423	29670
„ 101 „ 300 „	265	45827
„ 301 „ 500 „	65	24738
„ 501 „ 1000 „	37	23910
„ über 1000 „	29	49346
Zusammen	2049	212097

Einige Kategorien der Großbetriebe lassen sich mit denen von 1890 vergleichen. In diesen waren

	1890	1900
Betriebe	1129	1756
Hilfspersonal	102812	196920

Während also die Gesamtzunahme der gewerblichen Bevölkerung 3,4 Prozent betrug, vermehrten sich die Großbetriebe um 55,5, das Hilfspersonal der Großbetriebe um 91,5 Prozent.

Im Bergbau und Hüttenwesen war die Zahl der Erwerbstätigen 56424, der Erhaltenen 104809. Fast alle, das heißt 56409, waren in 202 Großbetrieben beschäftigt. Sie verteilten sich wie folgt:

	Betriebe	Hilfspersonen
Mit 21 bis 50 Personen	51	1708
„ 51 „ 100 „	46	3511
„ 101 „ 300 „	45	8210
„ 301 „ 500 „	30	11334
„ 501 „ 1000 „	18	11498
„ über 1000 „	12	20148

Für Handel und Verkehr stehen die spezifizierten Daten noch aus. Immerhin gestatten auch die vorliegenden bereits einen Einblick in die wirtschaftliche und gesellschaftliche Struktur eines Landes, das bald aufhören wird, reiner Agrikulturstaat zu sein.

* * *

Es soll zum Schlusse nicht unerwähnt bleiben, daß der Band des Volkszählungswerkes, dem wir diese Daten entnehmen, ein wahres Muster an minutiöser, sorgfältiger Darstellung, Detaillierung und Gruppierung statistischer Ergebnisse ist und die früheren Leistungen des ungarischen statistischen Zentralbureaus weit übertrifft. Wenig seinesgleichen dürfte der zweite Teil des etwa 1100 Seiten starken Bandes haben, in welchem der gesamte Stoff nach den 20000 Gemeinden des Landes einzeln in 110 Abteilungen zergliedert ist: fast zu viel des Guten!

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



ℛr. 38 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Von frischem Blute.

☍ Berlin, 14. Juni 1905.

Sobald die politisch tote Jahreszeit begonnen hat, pflegt sich die bürger-
:che Presse in allerlei katzenjämmerlichen Betrachtungen zu ergehen. Bei all
)ren Großsprechereien kann sie sich des instinktiven Gefühls nicht erwehren,
aß es mit ihrer Herrlichkeit bergab geht, und sie sucht mit einem krampfhaften
Eifer nach Mitteln, um wieder auf einen grünen Zweig zu kommen. Das ist
)r an und für sich natürlich nicht zu verdenken, und man muß es sogar als
inen Fortschritt begrüßen, daß sie jetzt wenigstens vor der eigenen Türe kehrt,
vährend sie sich vor zwanzig und selbst noch vor zehn Jahren die Zeit der
auren Gurke mit phantastischen Betrachtungen über den „Rückgang" und die
Spaltungen" der Sozialdemokratie zu verkürzen pflegte.

In diesem Jahre klagt sie nun über den Mangel an „frischem Blute", der
ich in den bürgerlichen Parteien immer fühlbarer mache. Sie schildert in herz-
ewegender Weise, wie ihre „alten, verdienten Kämpfer" matt und müde
verden, wie sie mehr und mehr zusammenbrechen, wie namentlich die ver-
lossene Reichstagssession einen Zug der Erschöpfung und Müdigkeit gezeigt
abe, nicht allein in den Verhandlungen, sondern auch in den Persönlichkeiten.
Diese Klagen werden in den verschiedensten Organen der bürgerlichen Presse
rhoben, mögen sie sich sonst auch noch so feindlich gegenüberstehen. Eine
olche Jeremiade, die in der „Kölnischen Volkszeitung" angestimmt wird, unter-
chreibt die „Vossische Zeitung" trotz ihres sonstigen Hasses gegen den Ultra-
nontanismus kurz und bündig mit den Worten: „Dem Rufe nach jungen,
rischen und tüchtigen Kräften können sich alle Parteien ohne Vorbehalt an-
chließen." Alle Parteien, das heißt alle bürgerlichen Parteien, denn der Sozial-
demokratie hat es noch nie an jungen, frischen und tüchtigen Kräften gefehlt.

Bei aller Berechtigung dieser Weheschreie sind sie aber nicht mehr als ein
nutzloser Zeitvertreib. Die bürgerlichen Blätter mögen soviel „rufen", wie sie

wollen, so wird das „frische Blut“ nicht kommen. Und wie der ganze „Ruf“ ein instinktives Bekenntnis unaufhaltsamen Niederganges ist, so haben sie auch eine instinktive Empfindung von dem eigentlichen Sitze des Übels. Die „Kölnische Volkszeitung“ sagt: „Das Zentrum hat gewiß schwerere Zeiten durchgemacht, mit heftigeren Kämpfen als die gegenwärtigen. Aber mehr noch als ein fröhlicher, offener Kampf setzt es den Nerven zu, wenn man ununterbrochen auf der Wacht stehen muß, überall dabei sein muß und niemals versagen darf.“ Das ist ja sehr schief ausgedrückt, denn gerade im „fröhlichen, offenen Kampfe“ muß man erst recht „ununterbrochen auf der Wacht stehen, muß überall dabei sein und darf niemals versagen“. Aber die Grundempfindung des Kölner Zentrumsblatts ist ganz richtig, und es will nur nicht das Kind beim richtigen Namen nennen. Die „Kölnische Volkszeitung“ mag nicht klipp und klar aussprechen das, was ist, nämlich daß nur der Kampf frisches Blut erzeugt und daß mit dem Diplomatisieren, Intrigieren, Kompromisseln und Kulissenschieben die Nerven allerdings ganz anders strapaziert werden als mit einem noch so heftigen und langwierigen Streite, wo sich ehrlich und offen Klinge mit Klinge kreuzt.

Männer machen die Geschichte, pflegen die bürgerlichen Blätter mit großem Aplomb zu sagen. So wie der Satz gemeint ist, im Sinne des Heroenkultus, ist er falsch, aber wenn man ihn in die richtige Fassung bringt, enthält auch er ein Stück Wahrheit. Männer machen die Geschichte; nur daß die Männer, die Geschichte machen sollen, erst von der Geschichte gemacht werden müssen; in dem Bette, worin die Feigheit mit dem Despotismus buhlt, werden sie nicht erzeugt. Solange eine Partei ehrliche Ziele hat, für die sie ehrlich zu kämpfen weiß, fehlt es ihr nie an frischem Blute. Ein großer Held ist der deutsche Liberalismus ja nie gewesen, aber solange er noch halbwegs zu kämpfen verstand, hat es ihm an respektablen Persönlichkeiten gewiß nicht gefehlt. Erst als er nach 1870 gänzlich abdankte, blieb der Nachwuchs aus. Damals als die Jacoby, Hoverbeck, Waldeck, Ziegler ausstarben und niemand da war, sie zu ersetzen, als der große Parteiverderber Eugen Richter, hob zuerst die Klage um den Mangel an „frischem Blute“ an. Man konnte in jener Zeit überall hören und lesen, als beschränkt-eigensinniger Parteityrann dränge der spätere Vater der Spar-Agnes jedes frische Talent aus der Partei heraus. Wie viel ist damals über die Knörcke und die sonstigen dunklen Ehrenmänner gespottet worden, die von der „Stadt der Intelligenz“ in den Reichs- und Landtag geschickt wurden! Aber ob auch viel Wahres an alledem sein mochte, so wurde das Warum des Warum damit noch nicht berührt. Die Partei kam nicht um, weil sie diesen oder diese blamablen Führer besaß, sondern darin, daß solche Elemente überhaupt ihre Führer werden konnten, offenbarte sich nur ihr historischer Verfall.

Während in der freisinnigen Partei längst der „Ruf“ nach „frischem Blute“ erscholl, war die ultramontane Partei noch obenauf. Sie führte in den siebziger Jahren den sogenannten „Kulturkampf“, und von ihrem Standpunkt aus mit einem Eifer und einer Konsequenz, gegen die sich nichts einwenden ließ. Da hat sie auch nie den leisesten Anlaß gehabt, über Mangel an „frischem Blute“

ı klagen. Ebenso wurde damals im voraus die Hinfälligkeit einer anderen ledewendung aufgedeckt, worin sich die „Kölnische Volkszeitung“ jetzt gefällt, ämlich die Behauptung, daß der „Parlamentarismus seine Leute in ungewöhnlich ohem Grade verschleiße“. Zum Teil waren ja die Führer des Zentrums im Kulturkampf“ recht alte Knaben; Mallinckrodt und die beiden Reichensperger ßen schon seit einem Vierteljahrhundert im preußischen Landtag, und Windt-orst zählte bereits sechzig Lebensjahre, als er in den Kampf eintrat, den er ann bis in sein achtzigstes Lebensjahr geführt hat, ohne daß er oder die nderen „verschlissen“ wären. Sie haben ganz munter bis zu ihrem natürlichen nde ausgehalten. Windthorst hat ja auch im Zentrum seine Kritiker gehabt, nd einer von ihnen — irren wir nicht ganz, so war es sogar August leichensperger — hat von ihm gesagt: „Er war ein parlamentarischer Advokat n höchsten Sinne des Wortes, aber kein Staatsmann, obwohl er sich dafür ielt und als solcher erscheinen wollte.“ Nun, wenn dies Wort richtig sein llte, was hier dahingestellt bleiben mag, so kann sich Windthorst beim Kulturkampf“ bedanken, der ihn zwang, sich als „Staatsmann“ zurückzu-alten und als Kämpfer bis in ein hohes Greisenalter frisch im Geiste zu leiben. Was sonst wohl aus ihm geworden wäre, kann man an den gegen-ärtigen „Staatsmännern“ des Zentrums sehen, die vorzeitig „verschleißen“, ie die „Kölnische Volkszeitung“ nach ihrer vermutlich genauen Personenkenntnis eklagt.

Es würde uns zu weit führen, denselben Nachweis, den wir an der frei-nnigen und der ultramontanen Partei geführt haben, nun auch an anderen ürgerlichen Parteien zu führen. Wir verweilen nur noch einen Augenblick ei dem Gegenstück, bei der sozialdemokratischen Partei, der es nie an „frischem Blute“ mangelt. Das gilt nicht nur von dem gewöhnlichen, sondern selbst von em außergewöhnlichen Laufe der Dinge, von dem Falle, daß ihr, wie es im nfang des Sozialistengesetzes geschah, alle bisherigen Führer mit einem Schlage hmgelegt wurden. Deshalb trat auch nicht ein Augenblick der Stockung ein; n Nu waren „junge, frische und tüchtige Kräfte“ da, die auf die leer ge-ordenen Posten traten und ihre Sache ebenso gut machten wie die lahmgelegten ührer. Diese Erfahrung gehörte zu den allerunangenehmsten Überraschungen erer, die mit dem Sozialistengesetz einen zerschmetternden Schlag geführt zu aben glaubten, und sie wird sich in gleicher Weise unter gleichen Voraus-tzungen immer wiederholen. Sicherlich verzehrt der proletarische Emanzipations-ampf ein ungeheures Maß von Menschenkraft, mehr als jeder politische Kampf ürgerlicher Parteien je verzehrt hat oder verzehren wird, aber was ihm voll-ommen fremd und mit seinem innersten Wesen unvereinbar ist, das ist jene reisenhafte Ermüdung vor der Zeit, die heute als hippokratischer Zug an allen ürgerlichen Parteien zu beobachten ist und ihren Blättern so schmerzliche lagen entlockt.

Es gibt nur ein Heilmittel für dieses Leiden: Macht eine junge, frische und ıchtige Politik, und ihr werdet junge, frische und tüchtige Kräfte haben! Es hlt den bürgerlichen Parteien ja nicht an jungen Leuten, wenn man nur auf ie Lebensjahre sieht, aber diese jungen Leute müssen erst alle Frische und

Tüchtigkeit abtun, sie müssen sich zu künstlichen Greisen machen, ehe sie auf dem Parkett der bürgerlichen Politik ihren Eiertanz vollführen können. Zur Hälfte sieht dies die bürgerliche Presse ein, indem sie nicht sowohl nach jungem als nach frischem Blute lechzt, aber zur anderen Hälfte übersieht sie, daß frisches Blut nicht zu haben ist ohne frische Gedanken und ohne frischen Willen, woran es eben überall in der bürgerlichen Welt hapert.

So gern wir deshalb an dem diesjährigen Sommervergnügen der bürgerlichen Presse anerkennen, daß es vor ihrer eigenen Türe fegt, so müssen wir darauf doch unser Lob einschränken. Sonst hat das Gerede keinen Zweck und wird wirkungslos verhallen, es sei denn, daß es uns die von seinen Urhebern gewiß nicht beabsichtigte Gelegenheit bietet, an dem Thema vom frischen Blute einen der unerreichbaren Vorzüge klarzustellen, die der proletarische Emanzipationskampf vor allen seinen Gegnern hat.

Patriotismus, Krieg und Sozialdemokratie.

Von **K. Kautsky.**

2. Der Krieg.

(Schluß.)

Wenn man die Frage des Krieges zu unbedingt beantwortet, kann man leicht in eine unangenehme Zwickmühle geraten; sowohl dann, wenn man meint, es sei die Pflicht der Sozialdemokratie, jeden Krieg, welcher immer er sei, zu verabscheuen und unmöglich zu machen, als auch dann, wenn man erklärt, es sei die Pflicht der Sozialdemokratie, wenn immer das Vaterland in Kampf mit einem auswärtigen Feinde gerate, freudig alles zu seiner Verteidigung aufzubieten.

Der letztere Punkt ist schon im vorigen Artikel gestreift worden. Wenn für den Sozialdemokraten das Vaterland der Güter höchstes nicht ist, wenn dessen Interessen untergeordnet sind denen des allgemeinen proletarischen Emanzipationskampfes, dann kann seine Verteidigung auch nicht unter allen Umständen Pflicht der Sozialdemokratie sein, sondern nur dann, wenn das patriotische Interesse mit den proletarischen Interessen oder denen der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung zusammenfällt. Notabene, wir sprechen hier von jener Teilnahme der Sozialdemokratie, die eine freiwillige ist, nicht von jener, die sie etwa unter dem Zwange der Wehrpflicht zu leisten hat. Von dieser handeln wir noch später.

Kann es aber nicht Pflicht der Sozialdemokratie eines Landes sein, sich unter allen Umständen für jeden Krieg, sei er auch ein Verteidigungskrieg, zu begeistern, den es etwa zu führen hat, so ist es ebensowenig ihre Pflicht, von vornherein jede freiwillige Teilnahme an einem Kriege in Bausch und Bogen zu verurteilen, etwa mit der Motivierung, der Krieg sei ein unsittliches, barbarisches Mittel, wir wollten Frieden zwischen allen Völkern.

Sicher wollen wir den ewigen Frieden, aber nicht mehr, als wir etwa die Aufhebung der Klassengegensätze wollen. Folgt aber aus diesem Wollen, daß wir auf den Klassenkampf verzichten? Im Gegenteil, gerade wir erkennen dessen Notwendigkeit in der heutigen Gesellschaft weit schärfer als alle diejenigen, die diese Gesellschaft der Klassengegensätze und des Klassenkampfes ver-

vigen wollen. So verhält es sich auch mit dem Kriege. Wir Sozialdemo-
:aten wollen einen internationalen gesellschaftlichen Organismus schaffen, in dem
lle großen sozialen und nationalen Gegensätze überwunden sind und eine ge-
ıeinsame gesellschaftliche Macht gegeben ist, die jede einzelne Nation überragt und
adurch über ihnen allen steht als Schiedsrichter in etwaigen kleinen Differenzen.
so wollen wir die Möglichkeit eines ewigen Friedens zwischen den Nationen
haffen. Aber gerade deswegen erkennen wir um so deutlicher die Unmöglich-
eit dieses Friedens heute, wo wir noch weit entfernt von einer derartigen
ıternationalen sozialistischen Gesellschaft sind, und wissen um so besser, daß
lle Versuche Utopien sind, durch Schiedsgerichte der souveränen kapitalistischen
legierungen der einzelnen Länder und ähnliche Schönheitspflästerchen die tiefen
lbgründe zu überbrücken und zu verdecken, die zwischen ihnen gähnen und
enen immer wieder neue Kriegsursachen entsteigen. Der Krieg wie die Revolu-
ion sind Katastrophen, die von Zeit zu Zeit mit eherner Notwendigkeit die
ıeutige Gesellschaft heimsuchen und nur mit ihr verschwinden können.

Seit einem Jahrhundert sind beide schon unzähligemal totgesagt worden,
ıber nur, um allen Leichenreden zum Trotze immer wieder zu neuem, robustem
leben zu erwachen. Stets war bei diesen Prophezeiungen nur der Wunsch
ier Vater des Gedankens gewesen, der Wunsch, der Tatsache entspringend, daß
krieg und Revolution für die bürgerliche Gesellschaft in demselben Maße zu
mmer furchtbareren Geißeln werden, je mehr sie wächst und die Keime zu
ıeuen Kriegen und Revolutionen in ihrem Schoße entwickelt.

Wohl sind manche der früheren Kriegsursachen zurückgetreten, aber nur, um
ıeuen Platz zu machen. Die kapitalistische Produktionsweise eines Landes be-
darf beständiger Entfaltung, beständiger Ausdehnung ihres Marktes und Macht-
bereichs, das führt aber zu ständiger Eroberungspolitik aller großen kapita-
listischen Nationen. Allerdings ist in Europa selbst seit dreißig Jahren ein Gleich-
gewichtszustand hergestellt, der nur unter den furchtbarsten Katastrophen gestört
verden könnte und der daher vorläufig keine Nation an Eroberungskriege in
ınserem Erdteil — außer etwa gegen die Türkei — denken läßt. Aber um so
eifriger sind sie alle bemüht, in Asien und Afrika so viel Gebiete zusammenzu-
raffen, als noch „herrenlos", das heißt ohne einen *europäischen* Herrn, daliegen.
Jeder derartige Eroberungszug birgt aber den Keim auch zu europäischen Verwick-
lungen und Kriegen in sich. Man braucht bloß an Faschoda und Marokko zu denken.

Jede Gesellschaft, die auf Gegensätzen von Klassen oder Nationen beruht,
bedarf der Gewalt der Waffen zu ihrer Erhaltung. Es ist eine Torheit, wenn
die bürgerlichen Friedensschwärmer die kapitalistische Produktionsweise aufrecht-
erhalten und den Krieg, ihre notwendige Folge, aufheben wollen.

So groß unsere Friedenssehnsucht sein mag, so sehr wir vor allen Gewalt-
mitteln zurückscheuen mögen, wir werden es nicht verhindern, daß in den
modernen Kämpfen der Klassen und Nationen ebenso wie in früheren Zeiten
Situationen sich einstellen, in denen von der einen oder der anderen Seite
Gewalt angewandt wird und nur Gewalt imstande ist, die Gewalt abzuwehren,
die Anwendung von Gewalt eine Notwendigkeit wird. Wer à la Tolstoi die
Anwendung von Gewalt unter allen Umständen für sündhaft erklärt, hilft
damit nur jenen unter den herrschenden Klassen, die am skrupellosesten mit der
Gewalt verfahren.

Hält man aber unter Umständen Gewalt für gerechtfertigt, dann kann man
auch den Krieg als solchen nicht von vornherein unter allen Umständen in der

heutigen Gesellschaft verurteilen. Der Krieg ist bekanntlich die Fortsetzung der Politik mit der Gewalt der Waffen. Wollen wir über die Berechtigung eines Krieges vom proletarischen Standpunkt aus urteilen, müssen wir vor allem zu einem Urteil über die Politik kommen, deren Fortsetzung der Krieg darstellt. Das, und nicht die bloße Tatsache der Anwendung der Gewalt, ist für uns entscheidend.

Daß angesichts der Greuel, die jeder Krieg verursacht und unter denen die arbeitenden Klassen weit mehr noch als alle anderen leiden, die Anwendung kriegerischer Gewalt nur in den dringendsten Fällen gerechtfertigt sein kann, ist selbstverständlich. Aber ein Sozialdemokrat könnte in große Verlegenheiten kommen, wollte er mit Hinblick auf diese Greuel jeden Krieg verurteilen. Nicht einmal jeder Angriffskrieg ist zu verurteilen.

Die Unterscheidung zwischen Angriffs- und Verteidigungskrieg ist überhaupt in den meisten Fällen eine sehr zweifelhafte. Der Krieg bildet ein so furchtbares Wagnis, daß es wenige Regierungen geben dürfte, wie despotisch und frivol sie auch wären, die ihn gern unternähmen. In der Regel greifen sie zu ihm nur in einer Zwangslage, in einem Konflikt, den die Verhältnisse schaffen und aus dem die beiden Gegner keinen friedlichen Ausweg mehr finden. Wer dann den Anfang macht und den Krieg erklärt, das ist eine Frage sehr sekundären Ranges, darüber entscheiden weniger Rücksichten auf „Gerechtigkeit" und „Volkswohl" der einen oder anderen Seite als diplomatische Geschicklichkeit und strategische Erwägungen hier und dort.

War Japan der angreifende Teil im jetzigen Kriege? Waren es die Buren den Engländern gegenüber? Wer könnte mit Gewißheit diese Fragen entscheiden? Wer seine Zustimmung zu einem Kriege davon abhängig machen wollte, ob seine Nation angegriffen oder der Angreifer ist, dürfte selten früher als einige Jahre nach Friedensschluß in die Lage kommen, diese Frage präzis entscheiden zu können.

Die Sozialdemokratie kann aber sogar in die Lage kommen, selbst einen Angriffskrieg zu fordern. Im Jahre 1848 hielten Marx und Engels den Angriffskrieg Deutschlands gegen Rußland für notwendig. Am 2. Juli 1848 schrieb die „Neue Rheinische Zeitung":

„Nur ein Krieg mit Rußland ist ein Krieg des revolutionären Deutschlands, ein Krieg, worin es die Sünden der Vergangenheit abwaschen, worin es sich ermannen, worin es seine eigenen Autokraten besiegen kann, worin es, wie es einem die Ketten langer, träger Sklaverei abschüttelnden Volke geziemt, die Propaganda der Zivilisation mit dem Opfer seiner Söhne erkauft und sich nach innen frei macht, indem es sich nach außen befreit." („Gesammelte Schriften von Marx und Engels", herausgegeben von Mehring, 3. Band, S. 114.)

Später suchten Marx und Engels auf die öffentliche Meinung Englands zu dem Zwecke einzuwirken, dies Land zu kriegerischem Vorgehen gegen Rußland anzustacheln. Der Zarismus erschien ihnen als der gefährlichste Feind der europäischen Freiheit und nur die Gewalt der Waffen eines westeuropäischen Großstaats imstande, ihn unschädlich zu machen. Dürfen wir sie deswegen tadeln? Sicher nicht.

Aber hier handelt es sich um mehr als um ein bloßes Urteil über die Vergangenheit, was ja ziemlich nebensächlich wäre. Es handelt sich vielmehr um eine Frage, die gerade jetzt durch die russische Revolution jeden Augenblick zu einer akuten werden kann. Nehmen wir an, die Revolution siege in Rußland

nd ihre Rückwirkung bringe auch in Frankreich ein proletarisches Regime ans uder, veranlasse dagegen eine Koalition der europäischen Monarchen gegen ie russische Revolution. Würde da die internationale Sozialdemokratie daegen protestieren, wenn die französische Republik der russischen zu Hilfe käme? Vir glauben kaum. Dann aber tut sie gut, nicht jeden Krieg von vornherein nter allen Umständen zu verurteilen.

Freilich, solange wir nur mit kapitalistischen Regierungen zu tun haben, wird fast jeder Krieg, den diese anzetteln, den Interessen des Proletariats und en mit diesen übereinstimmenden Interessen der allgemeinen gesellschaftlichen Entwicklung schädlich und daher vom proletarischen Standpunkt verwerflich sein.

Bei den jüngsten Diskussionen über die Hervésche Propaganda in Frankreich wurde dem Genossen Hervé zwar von manchen Seiten entgegengehalten, wenn s zum Kriege zwischen Frankreich und Deutschland käme, könnte das ein Krieg wischen Republik und Monarchie werden, in dem mit Frankreich auch die Demokratie bedroht wäre; es wurde sogar das Schreckgespenst heraufbeschworen, das von Deutschland besiegte Frankreich liefe Gefahr, seine nationale Integrität, eine Eigenart, ja seine Sprache zu verlieren. Aber alles das sind leere Phantastereien.

Selbst 1871, als Frankreich wehrlos zu Boden lag, seine Republik die Eierschalen ihres revolutionären Ursprungs noch nicht abgestreift hatte und der republikanische Gedanke noch propagandistische Kraft im Liberalismus aller Länder besaß, hütete sich Bismarck, Frankreich die Monarchie aufzudrängen. Und jetzt sollte irgend ein deutscher Stoatsmann daran denken, wo die bürgerliche dritte Republik eine konservative Macht geworden ist, die sich mit dem Erbfeind der Demokratie verbrüdert und die Marseillaise im Reiche des Zaren hoffähig gemacht hat? Wo der Gedanke der bürgerlichen Republik jede propagandistische Kraft verloren hat und die Monarchien sich nur noch von der Sozialdemokratie und nicht vom bürgerlichen Republikanismus bedroht fühlen? Wo Paris das Mekka aller Monarchen geworden ist, dessen bürgerliche Bevölkerung ihnen heute begeisterter zujubelt, als etwa 1867 unter dem Bas-Empire?

Aber ebensowenig denkt irgend ein deutscher Staatsmann daran, wenn es einmal zu einem Kriege mit Frankreich kommen sollte, als Siegespreis ein Stück des französischen Gebiets in Europa zu fordern. Deutschland leidet noch heute genug daran, daß es kein reiner Nationalstaat ist, daß es an seinen Grenzen Franzosen, Dänen, Polen sitzen hat, die ihm oft schwer im Magen liegen. Eine Vermehrung dieser Elemente bedeutete nur eine Vergrößerung der Verlegenheiten des Deutschen Reiches.

Und ist das deutsche Kaisertum nicht protestantisch? Jedes Stück Frankreichs, das es annektierte, würde aber bloß seine katholische oder, was noch bedenklicher, seine unchristliche Bevölkerung vermehren. Schon der Partikularismus der katholischen Bayern ist dem preußischen protestantischen Kaisertum unbequem genug.

Deutschland hat eine Seite, nach der es sich noch ausdehnen könnte, ohne allzuviel Widerstand zu finden. Die Deutschen in Österreich würden in ihrer Mehrzahl der Annexion an Deutschland freudig zustimmen, die altersschwache Monarchie der Habsburger könnte keinen erheblichen Widerstand leisten. Trotzdem haben die preußischen Staatsmänner den deutschen Irredentismus in Österreich stets abgelehnt, weil es ihnen gefährlich erschiene, die nichtpreußischen,

nichtprotestantischen Elemente im Reiche zu vermehren. Wo sollte da ein deutsches Verlangen nach französischem Gebiet aufkommen können!

Nur zwei Ursachen gibt es, die Frankreich heute in einen Krieg verwickeln können: seine Allianz mit Rußland und seine Kolonialpolitik.

Und wie in Frankreich, steht es in den übrigen Staaten Europas. Es ist im Moment, wo das zarische Rußland zu Boden liegt, kein europäischer Krieg denkbar, der nicht aufs äußerste ruchlos und verwerflich wäre. Keiner, der nicht die Interessen des Proletariats und der gesellschaftlichen Entwicklung aufs tiefste schädigte. Keiner, dessen Verhütung es nicht mit allen Erfolg versprechenden Mitteln anzustreben hätte.

Welche Mittel kann es aber dazu anwenden?

Ein sehr wirksames Mittel wäre die Umwandlung der stehenden Heere in Milizheere. Diese Umwandlung macht die Kriegführung nicht unmöglich, macht das Land nicht wehrlos. Wohl ist bei dem heutigen Stande der Kriegskunst oder Kriegswissenschaft eine erfolgreiche Kriegführung nur möglich durch geschulte Soldaten unter der Führung eines wissenschaftlich gebildeten Offizierskorps. Aber es ist ein Unsinn, zu behaupten, dies sei nur durch die Form des stehenden Heeres zu erreichen, nur durch ein Offizierskorps, das eine privilegierte Kaste bildet, nur durch die Loslösung des Soldaten vom Volke, durch die Unterstellung des zu schulenden Wehrmanns unter ein besonderes Militärrecht, das ihn in allen Dingen, innerhalb und außerhalb des Dienstes, zum willenlosen Sklaven desjenigen macht, der ihn im Schießen, Marschieren, Fechten in Verbänden zu unterrichten hat; und daß diese Schulung endlich erfordere, daß die Wehrmänner, die nicht in der Kaserne unter dem Regime des Kadavergehorsams stehen, waffenlos seien.

Das Milizsystem hindert nicht die genügende Schulung des Wehrmanns, ermöglicht es eher, noch mehr Wehrmänner zu schulen als das stehende Heer; aber es macht es unmöglich, die Armee als blindes Werkzeug der Regierung zu verwenden. Damit ist die Möglichkeit ausgeschlossen, daß die Regierung einen Krieg unternimmt, für den im Volke keine Begeisterung herrscht, und so wird die Kriegsgefahr, wenn auch nicht völlig beseitigt, so doch erheblich reduziert.

Gegen das stehende Heer in jeder Weise, auch bei Budgetabstimmungen, aufzutreten, ist eine der ersten Pflichten jedes sozialistischen Politikers. Wer sich dagegen versündigt, übt Verrat an der Sache des Proletariats.

Indes sind wir noch nicht soweit, dadurch die Durchführung des Milizsystems erzwingen zu können. Es wird einer Revolution bedürfen, um dahin zu gelangen.

Giebt es aber inzwischen kein anderes Mittel, Kriege zu vereiteln? Seit Jahren schon glaubten die Anarchisten, wie sie überhaupt die „direkte Aktion“ lieben, einen direkten Weg gefunden zu haben, der sofort zum Ziele führt, und von ihnen haben es die stark anarchistisch durchsetzten Gewerkschafter in Frankreich übernommen, aus deren Reihen wieder Anhänger dieses direkten Weges auch in die sozialistische Partei gelangt sind. Dieser Weg ist einfach die Dienstverweigerung der Soldaten oder wenigstens der Reservisten, wie sie unter anderem Genosse Hervé propagiert, was ja die Veranlassung zur jetzigen Enquete wurde.

In der Tat, das Mittel ist ein sehr einfaches und, wenn durchgeführt, ein unfehlbares. Würde seine Anwendung tatsächlich bewirken, einen Krieg unmöglich zu machen, so könnte man dagegen kaum etwas in jenen Fällen — und

sind 99 von 100 — einwenden, in denen der Krieg dem Volksinteresse ver-
rblich werden muß. Ich sehe keine ethischen Gründe, die vom Standpunkt
s proletarischen Patriotismus von vornherein dagegen sprächen.

Aber wird und kann es durchgeführt werden?

Das ist die entscheidende Frage.

Zunächst, soll das Mittel den Krieg unmöglich machen, so darf es nicht
nseitig, sondern muß auf beiden Seiten angewandt werden. Kommt es
ır auf der einen Seite in Anwendung, so bewirkt es nicht die Verhinderung
s Krieges, sondern die Öffnung der Landesgrenze für eine feindliche
nvasion, bewirkt also bloß, daß der Krieg für das Land die schlimmste
orm annimmt, die er anzunehmen vermag. Das kann aber doch nicht die
ufgabe einer proletarischen Aktion sein. Eine Invasion feindlicher Kriegsheere
deutet so namenloses Elend für das ganze Land, daß sie von selbst die ge-
mte Bevölkerung zur Abwehr dagegen aufruft und keine Klasse sich der
ächtigen Strömung entziehen kann.

In der Tat, wenn manche Genossen den Unterschied machen zwischen Ver-
idigungs- und Angriffskrieg und meinen, im ersteren Falle müsse unter allen
mständen jedermann, der dazu imstande, ob verflichtet oder nicht, gegen den
eind zu Felde ziehen, so haben sie jedenfalls unter dem Verteidigungskrieg
e Abwehr einer feindlichen Invasion im Auge gehabt. Doch sind das zwei
rschiedene Dinge. Welches immer die Kriegsursache sein mag, jede Nation,
e angegriffene wie die angreifende, muß danach trachten, den Kriegsschauplatz
om eigenen Lande fernzuhalten und ins feindliche Land zu verlegen. Ob es
azu kommt, das hängt aber nicht davon ab, wer den Krieg verursacht, sondern
avon, wer der Stärkere und Flinkere ist. Notabene, ein Milizheer schließt
eineswegs aus, daß der Krieg in Feindesland getragen ist. Im Gegenteil.
s erlaubt, das Heer zahlreicher zu machen und rascher zu mobilisieren — da
der Wehrmann seine Ausrüstung zur Hand hat — als das System der stehenden
eere mit Reserven, die sich ihre Ausrüstung erst holen müssen.

Man mag den Krieg noch so sehr verurteilen, so kann man doch unmöglich
n dadurch bekämpfen wollen, daß man die schlimmsten seiner Verheerungen
oß dem eigenen Lande aufhalst. Die Idee des Militärstreiks hat also von
ornherein nur dann einen Sinn, wenn sie von beiden Seiten ausgeht. Die
nseitige Propaganda des Militärstreiks wäre sinnlos. Wer damit vorgehen
ill, muß sich zum mindesten vergewissern, daß in den anderen Nationen eine
leiche Agitation hervorgerufen wird.

Damit sei aber nicht gesagt, daß der zweiseitige Militärstreik besseren
rfolg verheißt.

Sollte dieser Streik wirken, so müßte er ein wahrhafter Massenstreik
erden. Ist das zu erwarten? Beim stehenden Heere gibt Hervé die Sache
lbst auf. Bleiben die Reservisten. Aber die Bauern werden sicher nicht
reiken, ebensowenig die Kleinbürger, auch nicht die indifferenten Proletarier.
lso nur die organisierten Proletarier kommen in Betracht, das heißt jene
nter ihnen, die Reservisten sind. Aber glaubt man denn, daß auch nur diese
llgemein streiken werden? Ein Streik, dessen Teilnehmer mit dem Tode be-
afts werden können! Und das ist nicht der Tod, dem man sich, umgeben von
r Masse der Kameraden, in der Leidenschaft des Kampfes aussetzt, sondern
ir den man sich kalten Blutes zu entscheiden hat, im Schoße der Familie!
Väre es nicht unerhörter Optimismus, anzunehmen, daß in irgendeinem

Staate 10000 Mann dieses Heroismus fähig wären? Was sind abe 10000 Mann für ein modernes Massenheer? Man würde ihre Abwesenhei kaum merken.

Ein jeder Versuch einer massenhaften Fahnenflucht würde sofort im Blut der tapfersten Kämpfer des Proletariats erstickt. Aber es könnte nicht einma zum bloßen Versuch kommen ohne eine vorhergegangene jahrelange und eindring liche Propaganda der Fahnenflucht. Weiß man aber, was das in den meiste Staaten heißt? Würde die deutsche Sozialdemokratie den Militärstreik au einem ihrer Kongresse als taktische Waffe anerkennen und dann diesem Beschlu entsprechend propagieren, so wäre dies das beste Mittel, die deutschen Gefäng nisse zu überfüllen und die Redaktionen und Organisationen der deutsche Sozialdemokratie hinwegzufegen.

Will man schließlich noch sagen, daß man dieses Risiko um der große Idee willen auf sich nehmen müsse, die man da verfechte? Aber was würd man erreichen? Ein Martyrium um einer Idee willen, die der Masse de Bevölkerung als ein Verbrechen erschiene, als das Verbrechen, im Kriegsfal das Land der feindlichen Invasion mit allen ihren Schrecknissen zu öffnen.

Ohne die geringste Möglichkeit, einen Krieg wirklich zu verhindern, würd man die schlimmsten Verfolgungen provozieren, bloß um das eine Resultat z erzielen: die Partei aufs tiefste zu kompromittieren, ihre propagandistische Kraf völlig zu lähmen. Und dies letztere müßte auch in Ländern eintreten, in dene die Freiheit der Presse und der Rede derartige Agitationen erlaubt. Si können unsere Sache unter allen Umständen nur schädigen.

Die Idee des Militärstreiks ist also sicher gut gemeint, höchst edelmüti und heroisch, aber eine heroische Torheit. Er ist heroischer, aber nicht wenige Torheit als die Versuche der bürgerlichen Friedensschwärmer, durch Schieds gerichte die Kriege aus der Welt zu schaffen.

Die eine wie die andere Torheit beruhen auf dem Fehler, daß der Krie als ein isoliertes Faktum aufgefaßt wird. Dem gegenüber müssen wir un immer wieder erinnern, daß er nur die Fortsetzung der Politik mit gewal samen Mitteln ist. Solange wir nicht die Kraft haben, die Politik zu hinder die zum Kriege führt, so lange haben wir auch nicht die Kraft, den Krieg z hindern. Haben wir aber einmal das Vermögen, diese Politik zu hinder dann müssen wir es aufwenden, ehe sie so weit geführt hat, daß de Krieg in drohende Nähe gerückt ist. Nur auf diese Weise lassen si Kriege vermeiden. Alle Bestrebungen, dem Kriege im Gegensatz zu den Regi rungen erst dann entgegenzuwirken, wenn er zur greifbaren Tatsache zu werde droht, sind zum Scheitern verurteilt.

In dieser vorbeugenden Weise ist aber unsere Partei in allen Ländern un seit langem tätig. Nur unter außergewöhnlich günstigen Umständen, die si nicht voraussehen lassen, dürfte es ihr möglich sein, durch eine vereinzelt heroische Kraftäußerung einen Krieg zu vereiteln, der schon proklamiert is überall aber wirkt sie ununterbrochen dahin, die Bande der Internationalitä zu stärken und die Verhetzung der Nationen zu paralysieren. Durch ihre prinzi pielle Bekämpfung der modernen Schutzzöllnerei und Kolonialpolitik und dur den Nachweis, daß diese nicht den Interessen des Proletariats oder der G samtheit der Gesellschaft, sondern nur denen einzelner privilegierter Schichte im Staate zum Schaden von Proletariat und Gesellschaft dienen, daß di Völker nicht den mindesten Grund haben, sich wegen Zöllen und Kolonien i

e Haare zu geraten; durch diese Propaganda hat sie es verhindert, daß olonialkriege und Zollkriege populär wurden, hat sie es den Regierungen ımöglich gemacht, große Volksbewegungen für ihre völkerverhetzenden Absichten ı entfesseln.

Das stärkste Hindernis eines europäischen Krieges bilden aber die sozia- tischen Parteien der verschiedenen Länder schon durch die bloße Tatsache ihrer aftvollen Existenz und ihres revolutionären Programms, wodurch jedes kapi- listische Regime bedroht wird, das infolge einer Katastrophe zusammenbricht. iejenige Katastrophe, die zum gründlichsten Zusammenbruch führt, ist aber e Niederlage in einem frivolen Kriege.

Das wissen alle Regierungen; sie wissen, daß dort, wo eine starke Sozial- mokratie besteht, eine Niederlage im Kriege für sie weit mehr bedeutet als oß eine Einbuße an Macht, Geld, vielleicht auch Steuerzahlern, und restige: daß sie das Ende alles bürgerlichen Regimentes im Lande bringen nn. Und darum vertragen sie sich immer wieder und vertagen ihre Abrech- ıngen miteinander.

So wenig wir daher heute noch in der Regel gegen einen Krieg ausrichten nnen, wo er unmittelbar vor dem Ausbruch steht, so brauchen wir doch nur ısere Pflicht im Alltag zu erfüllen, unserem Programm gemäß zu kämpfen ıd unsere Kraft zu mehren, um alles für den Weltfrieden zu tun, was bei n heutigen Machtverhältnissen für ihn getan werden kann.

Sollte es aber trotzdem zum Kriege kommen, dann freilich ist das Prole- riat heute noch kaum irgendwo stark genug, um durch eine Revolution — und r Militärstreik bedeutet eine Revolution, und noch dazu eine vorbereitete, machte — vor dem Kriege den Krieg unmöglich zu machen. Aber schon ist in allen kapitalistischen Staaten stark genug, daß jeder verlustreiche, vergeb- he Krieg der Ausgangspunkt werden muß zu einer Revolution, die ein prole- risches Regime begründet und damit die Bahn zu einer Entwicklung eröffnet, e zum ewigen Weltfrieden führt.

Die internationale Organisation des Kleinbürgertums.

Von **Georg Stiekloff.**

II. (Schluß.)

Der erste internationale Kongreß des Kleinbürgertums wurde in Antwerpen n 17. und 18. September 1899 der zweite am 15. und 16. September 1901 Namur (der für 1900 in der Schweiz projektierte fiel aus), der dritte n 2. und 3. September 1902 in Amsterdam abgehalten.[1] Es liegt ein enig Übertreibung darin, wenn man diese Kongresse „internationale" nennt, nn auf dem ersten derselben war das ausländische Element nur vertreten ırch den Franzosen Funck-Brentano von der „Société d'économie sociale", litarbeiter der Zeitschrift „La Réforme sociale" und Vertreter der Schule m Le Play; ferner durch den Schweizer Génoud von der „Union suisse Arts et Métiers" und durch einen Deutschen, den katholischen Reichstags-

[1] Der Kongreßbericht des Kongresses von Antwerpen und Namur wurde in französischer d in flämischer Sprache veröffentlicht, der Amsterdamer Kongreßbericht nur in holländischer prache.

abgeordneten Retzbach. Fast alle anderen Delegierten waren Belgier, einig
von kleinbürgerlichen Vereinen aus der Provinz delegiert, der Rest setzte sic
aus großen Finanzleuten, Fabrikanten (alle natürlich warme Anhänger de
Kleinindustrie und des Kleinhandels), aus früheren Ministern, Senatore
Deputierten und Provinzialräten zusammen, lauter Mitgliedern der katholische
Partei. Die belgische Regierung war offiziell vertreten durch den Advokate
Lambrechts, der Beigeordneter beim Arbeitsministerium und Verfasser zah
reicher Broschüren und Artikel ist. Die zirka 400 Delegierten wurden i
Provinzialhaus, wo der Kongreß stattfand, offiziell von dem Provinzia
gouverneur empfangen. Wir erwähnen diese kleinen Details, weil sie für d
ganze Bewegung charakteristisch sind. Nicht minder charakteristisch ist die Re
des Gouverneurs, in welcher dieser mit ganz militärischer Gradheit d
Kongreßteilnehmer kurzweg „Philanthropen" nennt und in welcher er das Feu
eröffnet gegen „die Genossenschaften und die unaufhörlich wachsenden Ansprüc
der Arbeiter".

Auch der Kongreß von Namur verdient den Namen eines internationale
nur, wenn man das Wort geradezu widersinnig ausdehnt. Unter seine
800 Delegierten war ein Holländer: der Delegierte der niederländischen Regi
rung, Nordtzij; ein Serbe (risum teneatis, amici!): Herr Antoine, Konsul i
Antwerpen — folglich kann man ihn eigentlich nicht als Ausländer b
trachten —; ein dritter ein Franzose: der bekannte französische Schriftstell
Blondel aus Paris. Stuttgart und Freiburg hatten je einen Delegierte
entsandt; alle übrigen waren Belgier. Der Kongreß trat zusammen unter de
hohen Protektorat des berühmten Konseilspräsidenten, Finanzministers un
Ministers der öffentlichen Arbeiten, Smet de Nayer; des Industrie- und Arbeit
ministers, Baron Surmont de Volsberghe; des Justizministers Van den Heuve
und unter dem Ehrenvorsitz des Barons de Montpellier, Gouverneurs d
Provinz Namur; des Senators Mélot, Bürgermeisters der Stadt Namur, un
des Senators Andrimont. Die belgische Regierung war vertreten durch d
Herren Stevens und Lambrechts, die beide Beamte des Ministeriums für I
dustrie und Arbeit sind (der zweiten Sitzung wohnte der Minister in eigen
Person bei), und durch Herrn de La Vallée-Poussin, der vom Justizministeriu
delegiert war. Die „Association pour l'étude et la défense des intérêts de
petite bourgeoisie"[1] hatte mit der Organisation des Kongresses die Namur
Ortsgruppe des obenerwähnten „Syndicat général des voyageurs etc." betrau

Im Bureau saßen der frühere belgische Minister de Bruyn und alle d
klerikal-plutokratischen Berühmtheiten. Gleich beim Beginn des Kongresses len

---

[1] Diese Vereinigung wurde am 18. Februar 1900 von 29 belgischen Gesellschaften g
gründet, die den ersten internationalen Kongreß des Kleinbürgertums beschickt hatten. S
hat zum Präsidenten den katholischen Abgeordneten Julien Koch, und der eine ihrer Viz
präsidenten ist der Professor Pyfferoen. Im Jahre 1901 gehören ihr schon 34 Gesellschaft
an, und sie wird eine mächtige Waffe in den Händen der katholischen Partei zur Fabrikati
der „öffentlichen Meinung" des Kleinbürgertums, während sie gleichzeitig durch die Pers
des Herrn Lambrechts mit der Regierung liiert ist. Sie unternahm die Enquete über d
Warenhäuser und Genossenschaften, begründete eine Kreditabteilung unter dem Vorsitz v
Cooreman, übte bei verschiedenen Gelegenheiten einen Einfluß auf die Regierung aus un
veranstaltete mit ihrer pekuniären Hilfe mehrere Versammlungen, infolge deren einige kleinbürg
liche Verbände und sonstige Organisationen gegründet wurden. Und im allgemeinen kämpf
sie gegen den traditionellen Individualismus und Egoismus der Kleinbürger und suchte ihn
Solidaritätsgefühl beizubringen.

r Präsident Van Cutsen die bisher gänzlich von dem Interesse für die Arbeiter-
asse in Anspruch genommene (!!!) Aufmerksamkeit der Gesetzgeber auf die
age des Kleinhandels und der Kleinindustrie. Aber da hätte um ein Haar
r Baron de Montpellier, der gewandte Verwaltungsbeamte, der aber nicht
ußte, daß es sich um hochdiplomatische Fragen handelte, die ganze Geschichte
rdorben, denn er erklärte, daß er keinen Unterschied zwischen Groß- und
leinindustrie sehe. Für ihn gäbe es nur „ehrenwerte Leute, welche — die
nen mit der Hand, die anderen mit der Intelligenz — versuchten, ihre Lebens-
ge zu verbessern, ohne aber ihren Mitmenschen dadurch zu schaden". Wenn
r Baron selbst seine Lebenslage verbessert, so geschieht dies vermutlich nicht
urch seine Intelligenz. Die Kleinbürger haben aber glücklicherweise so viel
espekt vor der Autorität, daß dieser ihnen nicht erlaubte, über solche Worte
achzudenken, sonst hätten sie sicher gemerkt, daß man sich über sie lustig
achte.

Auf dem Amsterdamer Kongreß endlich waren nur Holländer und einige
elgier anwesend. Daher war die Sprache des Kongresses ausschließlich die
olländische.

Was für Tendenzen traten nun bei diesen Kongressen des Kleinbürgertums
utage? Welche Interessen wahrte es? Welche Kampfesweise empfahl es?
as sind die Fragen, die sich uns aufdrängen. Vor allem muß bemerkt
erden, daß auf allen diesen Kongressen die Lage der Kleinkaufleute Gegen-
and der Diskussion war. Man beschäftigte sich sehr wenig mit den anderen
ategorien von Kleinbürgern (Angestellten,[1] Vertretern der liberalen Berufs-
rten, Handwerkern, Beamten), und wo man es tat, geschah es vielfach, wie
ir noch sehen werden, in direkt feindseliger Weise. Die Interessen der Klein-
idustrie begeisterten die Kongreßteilnehmer sehr wenig.[2] Die Sorge für den
leinhandel war unstreitig das dominierende Problem auf diesen Kongressen,
nd der Schatten des Kleinkrams schwebte über ihnen wie der Geist über dem
haos. Will dies besagen, daß die Kongreßmitglieder sich über die verzweifelte
istorische Lage der Kleinproduktion klar waren? Oder erklärt sich diese Tatsache
us der Erwägung, daß von allen Kategorien der kleinbürgerlichen Klasse die-
enige der Kleinkaufleute die zahlreichste und einflußreichste ist, daß in ihr wie
i einem Brennpunkt sich alle typischen Eigentümlichkeiten des Kleinbürger-
ums als sozialer Kategorie konzentrieren? Oder erklärt sich dieses Still-
chweigen etwa aus dem Umstand, daß den Kleinindustriellen als wahres
Element der Zersetzung nicht eine Arbeitervereinigung, sondern der Groß-
abrikant, die Aktiengesellschaft gegenübersteht, und daß diejenigen, die an der
Spitze der Bewegung stehen und die Anschauungen des Kleinbürgers nach ihrem
Bilde formen, es nicht für klug hielten, das Problem der kritischen Situation
er Kleinindustrie anzuschneiden, da es in dem gegebenen Falle allzu schwierig
ewesen wäre, die Wut des ruinierten Handwerkers von dem Großunternehmer

---

[1] Die meisten Ideologen des Kleinbürgertums rechnen die Angestellten zum Klein-
ürgertum.

[2] Fast einstimmig wurde den Kleinindustriellen die Schaffung von Rohstoffeinkaufsgesell-
chaften empfohlen, für gemeinsamen Einkauf der Rohmaterialien, für Ausstellung und Ver-
auf, ferner Syndikate, Volksbanken, Fachschulunterricht und Verbesserung der Werkzeuge.
Wir brauchen uns nicht darüber zu verbreiten, wie diese letztere in dem Maße, wie sie aus-
eführt werden kann, zur Desorganisation des Kleinbürgertums und zur erneuten Konzen-
ration der industriellen Unternehmungen führen muß.

ab= und auf irgendwelche Arbeiterorganisationen hinzulenken, wie man es be der Frage der Lage des Kleinhändlers getan hatte? Alle diese Vermutunge sind wahrscheinlich; besonders aber die letzte, was aus dem Folgenden ersichi lich ist.

Wie dem auch sei, der Antwerpener Kongreß beschäftigte sich hauptsächlic mit den Interessen des Kleinhandels. Der französische Delegierte Func Brentano verlas einen Bericht, der einen großen Eindruck auf die Höre machte. Nachdem er ein ergreifendes Bild von der schwierigen Lebenslage un der Ausbeutung entworfen hat, deren Opfer der Kleinbürger in Frankreic — und ganz speziell in Paris — ist, schiebt er die ganze Schuld daran de großen Warenhäusern zu; denn nicht genug damit, daß sie den Kleinhand ruinieren, dehnen sie ihre Ausbeutung bis auf die Kleinindustrie aus un rauben ihr Saft und Kraft, indem sie das System der „Heimarbeit" im große züchten, ein System, welches schließlich zur Degeneration der Rasse, zum al mählichen Erlöschen der physischen und geistigen Energie der Arbeiter führ Dieser von verzweifeltem Pessimismus erfüllte Bericht ist ein wahrer Grab gesang für das Kleinbürgertum. Krieg, Krieg bis aufs Messer den große Warenhäusern: das ist die einzige Logik und die natürliche Schlußfolgerun dieses bemerkenswerten Berichtes.

Die Erwägung, daß dies eine reaktionäre Parole ist, konnte das Klein bürgertum, das auch bei anderen Gelegenheiten sich nicht scheut, die Rückkeh zum alten ökonomischen System zu verlangen, nicht davon zurückhalten. Da sich eine ganze soziale Klasse mit dem Gedanken einer nahe bevorstehende Auflösung nicht befreunden kann, ist ganz natürlich; daß ein Teil ihrer Kampf mittel sich schließlich gegen sie selber kehrt, ist auch ziemlich begreiflich, abe daß sie, gegen die wirklichen Urheber ihrer Not blind, sich voller Wut auf ein andere, noch viel mehr als sie selbst enterbte Klasse wirft, das könnte be fremdlich und unbegreiflich scheinen, wenn wir nicht wüßten, wer die führende Elemente der kleinbürgerlichen Bewegung sind.

Als natürliches Produkt der Konzentration des Kapitals und der Bevölke rung schreiten die Warenhäuser vorwärts und zermalmen wie der Wagen de Jaggernaut die armen Teufel, die ihren Weg kreuzen, als wären sie Ameisen. Überall findet man, daß die herrschenden Klassen die Warenhäuser schützen un stützen. Wie Herr Simais dem Antwerpener Kongreß bewies, betragen di Steuern der kleinen Geschäftshäuser 3 Prozent von ihrem Jahresumsat während die Großwarenhäuser nur ein Zehntel der Abgaben zu tragen haben Während der Debatte berief Funck=Brentano sich auf Karl Marx! Di Prophezeiungen von Marx gehen bei der Entwicklung der Warenhäuser i Erfüllung: auf der einen Seite die Masse des Proletariats und auf der andere die winzige Handvoll von Magnaten des Kapitals. Gegen diese Entwicklun empfiehlt Funck=Brentano den fortgesetzten Ausbau des Gewerbesteuergesetzes i dem Sinne, daß diese Leviathans des modernen Handels mit viel größere Steuern belastet werden.

In Bayern müssen die Warenhäuser (außer der festen Steuer der „Normal anlage" von 40 bis 250 Mark) eine Zusatzsteuer (die Betriebsanlage) zahlen

[1] Wir wollen nur ein Beispiel anführen: Wenn wir, wie dies einige Ökonomen tun den Jahresumsatz eines Kleinhändlers mit 15000 Franken veranschlagen, so sehen wir, da fünf der größten Pariser Warenhäuser mit einem Jahresumsatz von etwa 400 bis 500 Mil lionen hinreichen, um 27000 bis 33000 kleine Läden zu ersetzen.

e mit der ersteren zusammen ½ bis 3 Prozent ihres Jahresumsatzes betragen
ll (Gesetz vom 9. Juni 1899). Diese Steuer trifft aber nicht nur die Waren-
iuser, sondern auch die großen Geschäftshäuser, die eine große Menge von
lialen unterhalten.[1] In Sachsen wurde den Gemeinden 1896 durch eine
erordnung der Regierung das Recht erteilt, von allen großkapitalistischen
etrieben auf dem Gebiet des Detailhandels eine Sondersteuer zu erheben.[2]
inf der größten Städte des Königreichs lehnten es ab, diesen Weg zu be-
reiten; die weniger bedeutenden Städte machten von dem ihnen gewährten
echte Gebrauch und ließen keine Gelegenheit vorübergehen, die Genossen-
aften zu schikanieren. In Preußen belegt das Gesetz vom 18. Juni 1900
as Warenhaussteuergesetz) mit einer Spezialsteuer (1 bis 2 Prozent vom
nsatz) alle die Kaufleute, deren Jahresumsatz nicht unter 4 Millionen Mark
trägt und die von den im Gesetz bezeichneten vier Warenkategorien zwei feil-
lten. Um ganz von den Schwierigkeiten zu schweigen, die eine Klassifizierung
r Waren in vier Kategorien bietet, bringt dieses Gesetz noch folgende Un-
träglichkeiten mit sich: die Festsetzung einer gleich hohen Umsatzziffer für alle
rte des Staates beraubt die Geschäftsleute der kleinen Städte des Schutzes,
n sie vielleicht nötiger brauchten als ihre Kollegen in den großen Städten.
o ist zum Beispiel ein Warenhaus, das 399000 Mark Umsatz macht, in einer
rovinzialstadt ein viel gefährlicherer Konkurrent, als eines mit 400000 Mark
irgendeinem kommerziellen Zentrum. Außerdem finden die Warenhäuser
mer Mittel und Wege, um die Zahlung der Steuern zu umgehen, indem sie
r eine Warenkategorie verkaufen. Der Görlitzer Wareneinkaufsverein zum
eispiel ist dadurch, daß er auf den Verkauf gewisser Gegenstände verzichtet,
n der Spezialsteuer auf seinen Umsatz von 8,4 Millionen frei und konnte so
Prozent Dividende verteilen.

In Frankreich, diesem Lande des Kleinbürgertums par excellence, hatte
is Gesetz vom 15. Juli 1880 eine besondere Warenhaussteuer auf vielfältiger
asis geschaffen: 100 Franken für jede Warenkategorie; 25 Franken pro Kopf
s Angestellten und 10 Prozent von der Ladenmiete (exklusive der Neben-
gaben). Infolge dieses Gesetzes mußten die Warenhäuser im Jahre 1880
8000 Franken an den Staat zahlen, und im Jahre 1889 stieg diese Summe
f 1130000 Franken. Nach Cochery zahlten sie im Jahre 1897 in Paris
gefähr 1478000 Franken. Gegenwärtig liegt ein Gesetzentwurf vor — den
enat und Kammer sich gegenseitig immer wieder zurückschicken —, der die Er-
hung der Warenhaussteuer bezweckt. Bisher waren die Waren in 16 Gruppen
ngeteilt, diese Zahl ist auf 24 erhöht worden. Dem nationalistischen Pariser
bgeordneten Georges Berry, Spezialisten auf dem Gebiet der kleinbürgerlichen
emagogie, gelang es für einen Augenblick, einen Tarif zur Annahme zu bringen,
ch dem die Pariser Warenhäuser bloß an Gewerbesteuer 4276000 Franken
itten zahlen müssen, aber der Senat, der wachsame Hüter der plutokra-
ichen Interessen, gestattete nicht, die Steuer über 517000 Franken hinaus zu
höhen.[3]

---

[1] Bei der Debatte im bayerischen Landtag (14. bis 15. November 1891) wurde eine
rma genannt, die 400 Filialen besitzt, und ein Münchener Bäcker mit 90 Geschäften.

[2] Bebels Interpellation (26. November 1896) im Reichstag.

[3] Was bedeutet diese Summe für so ein großes Warenhaus? Man kann sich das klar
achen, wenn man bedenkt, daß jeder der drei Direktoren des Bon Marché 200000 Franken
ic!) Jahresgehalt bezieht.

Nach den vom Abgeordneten Simais gemachten Angaben zahlt der B
Marché jährlich 2200000 Franken Steuern, bei einem Jahresumsatz v
162000000 Franken.

Es wäre ein Irrtum, zu glauben, daß die gegen die Warenhäuser
griffenen Repressivmaßregeln (verstärkte Steuerzahlung usw.) irgendwie he
mend einwirken könnten auf die von dem gesamten modernen Leben genäh
Schnelligkeit ihrer Entwicklung; übrigens würde der Untergang der Großware
häuser durchaus nicht die Interessen der Masse der Konsumenten im groß
Publikum begünstigen. Der Kleinhändler urteilt natürlich nicht so. Er v
langt, daß dem kapitalistischen Betrieb Schranken gesetzt werden, aber die v
ihm gewünschten Maßnahmen kehren sich zuletzt doch nur gegen das Klei
bürgertum selbst, wenn nicht gegen die Kleinhändler, dann gegen andere M
glieder dieser Klasse: zum Beispiel gegen die Angestellten und die Handwerk
So hat denn auch die Vermehrung der vom Bon Marché und anderen Ware
häusern zu zahlenden Steuern zu einem Sinken der Gehälter der Angestellt
geführt und hat ihre Lage wie auch diejenige der für diese Warenhäuser
beitenden kleinen Handwerker: Tischler, Schneider, Tapezierer usw., nur n
unsicherer gemacht. Da die Warenhäuser einmal die Herren der letzteren war
so begannen sie einfach, deren Arbeit schlechter zu entlohnen.[1]

Die Leiter der kleinbürgerlichen Kongresse bemühten sich, die Bedeutung d
Warenhäuser geringer darzustellen, als sie ist. Aus diesem Geiste heraus hi
der belgische Exfinanzminister Francotte auf dem Namurer Kongreß eine Re
worin er zu beweisen suchte, daß die Entwicklung der Großwarenhäuser
Zahl der Kleinhändler nicht verringert habe. (Als ob es sich darum handelt
Er erklärt, loyal genug übrigens für einen katholischen Politiker, daß niema
eine Regierung darein willigen würde, die Warenhäuser abzuschaffen.[2]

Herr Simais, der auf dem Antwerpener Kongreß über denselben Gege
stand sprach, schloß mit den bezeichnenden Worten: „Die von uns vorgeschlage
progressive Steuer wäre nicht illegal, denn sie hätte auch ihre nützliche Sei
nämlich die, ihre (der Warenhäuser) wucherischen Aufkaufsgelüste zu zügeln u
Gleichheit aller Bürger gegenüber den fiskalischen Lasten zu schaffen. W
wünschen, es möge so kommen. Der Kleinhandel hat ebensoviel Anspruch a
die Fürsorge der öffentlichen Gewalt wie die großen Finanziers. Die Klei
händler bilden die ehrenwerteste und arbeitsamste von allen den Klassen,
die bestehende Ordnung aufrecht erhalten wollen. Sie im Stiche lassen, d
hieße den Sozialismus begünstigen, denn jeder ruinierte Geschäftsmann wi
zu einem Empörer und verstärkt die Reihen der Oppositionspartei."[3]

Unnötige Flausen! Leere Drohungen! Mit der folgenden kühlen Erkläru
schiebt der Präsident die von dem kleinbürgerlichen Enfant terrible aufgeworfe
Frage beiseite: „Die von den verehrten Vorrednern angeschnittene Frage st
nicht ausdrücklich auf unserer Tagesordnung. Diese Herren verlangen nicht n
die Reform der Gewerbesteuer, sondern unseres gesamten Steuersystems üb

---

[1] Auf dem zweiten Kongreß wurde zum Beispiel bemerkt, daß die Vermehrung der A
zahl von besteuerten Warenkategorien nicht den großen, sondern wahrscheinlich den mittler
Geschäften schaden würde. (Einzelne Beispiele siehe S. 93, 94 des Kongreßberichtes.)

[2] Bericht des Namurer Kongresses, S. 88. Die betreffende Statistik siehe ob
Blondel druckt sie ohne irgendwelche Kritik in seinem Artikel „La petite bourgeoisie"
der „Revue sociale" ab (1901, II, S. 836).

[3] Internationaler Kongreß des Kleinbürgertums zu Antwerpen, S. 303.

ıupt. Wenn wir jedoch diese Materie diskutieren wollten, so würde uns das ırch mindestens zehn Sitzungen beschäftigen."

Das war kurz, aber deutlich. Der Wink wurde verstanden, und die Miß-ergnügten gaben klein bei. Die Warenhäuser, denen in den Verhandlungen s bayerischen Landtags die wenig schmeichelhaften Epitheta „Vampire" und Raubtiere" beigelegt worden waren, wurden in Ruhe gelassen. Herr Tits richt ein paar Worte über die mit Fabriken verbundenen Kantinen und Kauf-iden.[1] Auch diese nehmen den Kleinhändlern noch Kunden fort, nur gehören nicht Sozialisten, sondern ehrenwerten Leuten, Mitgliedern der christlich-zialen „Gilden" oder der gemischten Syndikate.

Die auf dem Antwerpener Kongreß ausgesprochenen „Wünsche" enthalten icht ein Wort an die Adresse der Großwarenhäuser oder der Fabriksläden. Bir lassen die wichtigsten dieser Wünsche folgen:

1. Die Volksbanken müssen für die Vergünstigungen, die sie vom Staate er-ılten, dem Kleinhandel eine Unterstützung gewähren.
2. Die Summe von 20 Millionen wird von der Regierung[2] zur Verfügung der reditvereinigungen auf Gegenseitigkeit gehalten.
3. Die Kompetenz der Industrie- und Arbeitskammern wird auf die Klein-ıdustriellen und Geschäftsreisenden ausgedehnt.
4. Die Kleinbürger sollen sich zum Zwecke des gemeinsamen Einkaufs und der roduktion der Rohmaterialien zusammenschließen.
5. Die Vorschriften über Öffentlichkeit, Bilanz, Mitgliederliste, Er-ennung der Direktoren (der Genossenschaften) sind strikt zu befolgen.
6. Den Konsumgenossenschaften ist — anders als den landwirtschaft-chen Genossenschaften[3] — verboten, an andere als ihre Mitglieder zu erkaufen.
7. Den Staatsangestellten ist verboten, Genossenschaften zu gründen der zu leiten, an denen mehr als fünf Angestellte eines Verwaltungszweiges teiligt sind.
8. Mittel sind zu suchen, um zu verhindern, daß die Gewinne der Ge-ossenschaften ihrer eigentlichen Bestimmung entzogen werden.
9. Die Gerichtskosten zu verringern und die Kompetenz der Friedensrichter zu weitern.
10. Die Konkurrenz zu unterdrücken, die der Staat den Kleinbürgern durch die efängnisarbeit macht.[4]

So waren diese internationalen Kongresse, indem sie sich in der Richtung es geringsten Widerstandes bewegten, ganz plötzlich in die Bahn des Kampfes egen die Genossenschaften geraten, eine Bahn, die selbst ein so warmer nhänger des Kleinbürgertums wie der Professor Brants aus Löwen in seinem tzten Werke über die Kleinindustrie für falsch erklären mußte. Die klerikale emagogie hat unter dem Kleinbürgertum mit großem Eifer das Märchen ver-reitet, daß die Genossenschaften von der belgischen Regierung mit Güte über-äuft werden, aber dieses Märchen entbehrt jeder Grundlage. Der Bericht des

[1] Bericht über den Kongreß zu Antwerpen, S. 271 bis 272.

[2] Der belgischen. Auf diesen internationalen Kongressen wurden in Belgien belgische, Holland holländische Resolutionen gefaßt.

[3] Die landwirtschaftlichen Genossenschaften gehören fast sämtlich der katholischen artei an.

[4] Diese Wünsche wurden in ihrer Gesamtheit (besonders aber die die Genossenschaften etreffenden) auf dem Namurer und dem Amsterdamer Kongreß erneuert.

Deputierten Colſs über die Genoſſenſchaften in Belgien (abgedruckt in Band
der Verhandlungen des Namurer Kongreſſes)[1] enthält durchaus überzeugen
Angaben über dieſen Gegenſtand. Sie haben zwar ihre Publikationen i
„Moniteur“ unentgeltlich, aber dieſe winzige Erſparnis (etwa 20 Franken) en
ſpricht bei weitem nicht den Unannehmlichkeiten einer obligatoriſchen hal
jährlichen Veröffentlichung der Mitgliederliſte, die auf dem Handelsgeric
deponiert werden muß, wo jedermann ſie einſehen kann. Ihre Gewerbeſteu
geht nach der Umſatzziffer, ohne auf Gewinn und Verluſt Rückſicht zu nehme
wohingegen die Aktiengeſellſchaften und unter ihnen auch die Großwarenhäuſ
die Gewerbeſteuer nach ihren Überſchüſſen bezahlen. Trotz alledem wendet ſi
die Unzufriedenheit der verkommenden Klaſſen am liebſten gerade gegen d
allerſchwächſten ſozialen Elemente. Sie begnügt ſich dem Großkapital gege
über mit Seufzern und platoniſchen Forderungen. Sobald aber die Rede a
die Arbeiterorganiſationen kommt, da verwandelt ſich der ſchüchterne Ton d
um Unterſtützung bettelnden kleinen Bourgeois plötzlich in den drohenden Ru
„Nieder mit ihnen!“

Nachträgliches zum Eiſenbahnerſtreik.

Von **Oda Olberg** (Rom).

Es iſt ſehr einfach und wohlfeil, nach dem ungünſtigen Ausgang ein
Streiks mit der Weisheit herauszurücken, daß man beſſer getan hätte, d
Streik gar nicht anzufangen. Nur ſchade, daß dieſes nachträgliche Urteil durc
aus nicht immer richtig iſt. Es gibt nämlich Lagen, in denen das Unterlaſſ
eines Streiks verhängnisvoller und entmutigender iſt als das Verlieren.

Der jüngſte italieniſche Eiſenbahnerſtreik iſt aus einer ſolchen Lage gebor
worden. Wollte man nur die Gewinnchancen bei ſeiner Proklamierung in Rec
nung ziehen, ſo wäre man freilich ſchnell mit dem Urteil über ihn fertig: d
Ausſichten waren minimal. Aber das wiſſen nicht nur die Klugſchwätzer vo
heute, das wußten auch geſtern die Eiſenbahner, als ſie ſich ſchweren Herzens f
den Streik entſchloſſen. Nur konnten ſie es damals nicht ſagen, ebenſo wie d
Journaliſten der Parteipreſſe es nicht ſagen konnten; wenn trotzdem ein Ko
reſpondent eines franzöſiſchen Parteiblatts mit ſeiner hoffnungsloſen Progno
herausrückte, ſolange der Kampf noch währte, ſo beweiſt das weniger d
Schärfe ſeines Blickes als die Stumpfheit ſeines Verantwortungsgefühls. W
dem auch ſei: es war kein ſiegverheißender, aber ein notwendiger Streik. Un
die Wurzeln ſeiner Notwendigkeit liegen Jahre zurück und reichen weit üb
das Verantwortungsgebiet der diesmaligen Streikkommiſſion hinaus.

Die Geſchichte der italieniſchen Eiſenbahnerbewegung iſt ſo alt wie d
dieſer Tage ablaufenden Pachtverträge vom Jahre 1885. In dieſen Verträge

---

[1] Bericht des Namurer Kongreſſes, S. 95 ff. (Band II). Man wird dort auch d
Bericht von Maurice Wille finden: Gewerbeſteuer und Warenhäuſer, deſſen Ziffe
beweiſen, daß in Belgien die großen Baſare nur ſehr mäßige Steuern zu zahlen haben (Geſ
vom 6. Juli 1891). In Löwen zahlt das Warenhaus „L'Innovation“ bloß für einen Umſ
von 250000 Franken, das heißt 481,20 Franken. Die „Grands Magasins de la Pla
verte“ zahlen nur für einen Umſatz von 445000, das heißt 706,30 Franken, während do
die wirkliche Umſatzſumme weit höher iſt als dieſe Summen. Und trotz alledem laſſen d
Kongreßteilnehmer ihren Zorn an den unglücklichen Genoſſenſchaften aus.

rch die der Betrieb der Staatsbahnen drei großen Aktiengesellschaften über-
agen wurde, befanden sich Bestimmungen, die dem Personal die der Bahn-
rwaltung sowie den Hilfs- und Pensionskassen gegenüber erworbenen Rechte
herten und die berühmten §§ 103 und 98, die den Gesellschaften zur Pflicht
achten, eine Gehalts- und Avancementsordnung sowie ein Dienstreglement
r das Personal auszuarbeiten und der Regierung vorzulegen. Mit diesen
gen Versprechungen versehen, ging das alte Personal der Staatsbahnen in
n Dienst der Privatgesellschaften über. Seit 1885 hängt es so — um es
it den Worten des jüngst verstorbenen republikanischen Abgeordneten Pelle-
ini zu sagen — am Kreuze, wie Christus zwischen den Übeltätern, zwischen
r Regierung und den Gesellschaften.

Diese letzten, weit entfernt, die erworbenen Rechte anzuerkennen oder eine
chalts- und Beförderungsordnung vorzulegen, begannen langsam und syste-
atisch die Lage des Personals zu verschlechtern. Zunächst verminderte man
e Gehaltsaufbesserungen der einzelnen Kategorien und verlängerte die Zeit-
ume, in denen sie erlangt werden. Man trieb es so, daß das ganze Strecken-
rsonal (etwa 17000 Mann) und ein Teil des niederen Stationspersonals
egen 15000) in zwanzig Jahren nur um 20 Centesimi im Monat gestiegen
d. Am frechsten gingen die Gesellschaften vor in ihrer Verkürzung der
ebenbezüge der Eisenbahner; sie setzten sie einfach auf die Hälfte oder auf
n Drittel herab. Den Zuschuß zu den Bekleidungsgeldern schafften die Mittel-
eerbahnen bei den von ihnen eingestellten Beamten einfach ab. Sie hatten
hon 3 Millionen profitiert, als ein Gerichtsurteil ihr Vorgehen als gesetz-
idrig bezeichnete. Sogar die Eisenbahner in den Malariagegenden bekamen
e Krallen der Habgier zu spüren; ihr monatlicher Zuschuß wurde von 40 auf
) Lire herabgesetzt.

Es wurden Interpellationen im Parlament gemacht, aber sie lockten keinen
und vom Ofen. Die Eisenbahner riefen die Gerichte an — dem Rate des
maligen Arbeitsministers Saracco folgend —, und diese gaben ihnen recht
d verurteilten in nicht weniger als sechzehn Prozessen die Mittelmeerbahnen,
m klageführenden Personal die „unterschlagenen Summen“ zurückzuzahlen.
ls aber die adriatischen Bahnen von ihrem Personal auch vor den Richter
fordert wurden, da vollzog sich eines jener „geschichtsmaterialistisch“ zu er-
ärenden Wunder, an denen die Geschichte der bürgerlichen Rechtsprechung so
ich ist. Die adriatischen Bahnen besitzen nämlich eine sehr bedeutende Macht,
ein Teil der von ihnen betriebenen Strecken, die Südbahnen, ihr Eigentum
t und sie so ziemlich die leistungsfähigste Kapitalistenvereinigung Italiens dar-
ellen. Und siehe da, als die „Adriatica“ zur Verantwortung gezogen wurde,
erklärte auf einmal der Kassationshof von Rom, die Gerichte seien in-
mpetent in allen Streitfragen zwischen Personal und Eisenbahngesellschaft,
nd verurteilte die Eisenbahner zur Tragung der kolossal hohen Kosten!

Des Genarrt- und Begaunertwerdens müde, schlugen endlich die Eisenbahner
ne neue Taktik ein: sie drohten. Ihre seit Anfang der neunziger Jahre datie-
nden Organisationen waren durch die Stürme des Jahres 1898 zerrüttet
orden. Sie bauten sich eigentlich während dieser Zeit, in der eine kleine
Minderheit energisch mit ihren Forderungen hervortrat, erst auf. Im
anuar 1902 übergaben sie den Gesellschaften ein von der Organisation aus-
earbeitetes Memorial mit ihren Forderungen, mit dem Streik drohend, falls
e nicht erhört würden.

Es begab sich nun etwas ganz Merkwürdiges. Der Eisenbahnerstreik e schien auf einmal als ein Schreckbild sondergleichen, auch die den Eisenbah gesellschaften sehr gut gesinnte Presse fand plötzlich die Lage des Persona beklagenswert, und die Gesellschaften dachten nicht daran, zu versichern, da sie auf einen Streik vorbereitet seien und die Aufrechterhaltung des Dienst gewährleisteten. Und so brachte man es dahin, daß die Regierung mit d Eisenbahnern in Unterhandlung trat — obwohl nicht sie, sondern die Bah gesellschaften im Spiele waren — und der Staat auf seine Kosten den we aus größten Teil der Gehaltsaufbesserungen übernahm. Für die Verpflichtung von Privatunternehmern sprang also die Regierung ein und belastete die öffen liche Kasse um ungefähr 10½ Millionen für die bis zum Ablauf der Konve tionen noch fehlenden dreieinhalb Jahre. Die Eisenbahner erhielten numme auch endlich die ihnen 1885 versprochene Gehalts- und Avancementsordnun Über ihre übrigen Forderungen versprach man ihnen, bis 1905 mit ihren Ve tretern zu verhandeln.

Die Eisenbahner sind seitdem von ihren Forderungen nicht abgegange Sie verlangten weiter die Festsetzung der Nebenbezüge in der Höhe, in der das von den Privatgesellschaften übernommene Personal bezog, Gehaltsaufbess rungen des niederen Personals, Sicherstellung der im Dienste verunglückt Eisenbahner — deren Elend heute wirklich unbeschreiblich ist, da ihnen unt gesetzlichen Formen alle Rechte durch juristische Spitzfindigkeiten forteskamotie und ihrer Notlage Verzichtserklärungen abgepreßt werden, die sich kaum vo Selbstmord unterscheiden —, schließlich Entschädigung für den Nachtdienst - 10 Centesimi für die Stunde! — und Gehaltsaufbesserungen für einige Kat gorien des ältesten Personals.

Nachdem der Schreck, den die Streikdrohung vom Frühjahr 1902 veranla hatte, verflogen war, dachte kein Mensch mehr an die Eisenbahner. Und warteten wieder, aber weit drohender, weit weniger geduldig als bisher. De Generalstreik des September 1904 blieben ihre Organisationen fern, sei e daß sie eine Bewegung von dieser Größe und Allgemeinheit nicht erwartete sei es, weil sie für den großen ökonomischen Konflikt, den sie herankomm sahen, ihre Kräfte aufsparen wollten.

Nach dem Generalstreik blähte sich die Reaktion und ging mit dem G danken um, gesetzliche Beschränkungen der Streikfreiheit zu schaffen. Als Ve suchsobjekt sollten die Eisenbahner dienen, die immer energischer auf Erfüllun der 1902 gegebenen Versprechen drängten. Ganz unvermutet, ohne irgendein plausiblen Grund, wich Giolitti von all seinen Grundsätzen über Arbeite rechte ab und schlug in dem Gesetzentwurf über die Verstaatlichung der Eise bahnen ganz nebenbei und gleichsam aus dem Hinterhalt ein Ausnahmeges für die Eisenbahner vor: obligatorisches Schiedsgericht, bei dem den Vertrete des Personals die gleiche Zahl der Vertreter der Bahnverwaltung plus dr hohe Justizbeamte gegenüberstehen, und Streikverbot, mit Gefängnisstrafen un Dienstentlassung für die Zuwiderhandelnden.

Auf diese Provokation, die wohl das Höchste darstellt, was je einer orga sierten Arbeitermasse geboten wurde, antworteten die Eisenbahner durch d Obstruktion. Viele „Akademiker" in der Partei haben sehr geringschätzend v dieser Taktik gesprochen, wohl, weil sie wenig heroisch aussah. Sie war a der täglichen Praxis des Dienstes geboren. Nur die Eisenbahner selbst konnt auf dieses Kampfmittel verfallen, das gleichzeitig die beißendste Kritik d

reaukratischen Widersinns und eine unbesiegbare Waffe darstellte, denn nur
s Personal selbst wußte, was es für eine Bewandtnis hat mit diesem Regle-
nt, dessen Übertretung Vorbedingung des ganzen Bahnverkehrs ist und so
nge Pflicht der Eisenbahner bleibt, bis das schlechte Material, der Personal-
ngel oder ein Zufall ein Unglück herbeiführt: dann wird das tote Regle-
nt auf einmal lebendig und stellt sich schützend zwischen Bahngesellschaften
d Justiz. Die Eisenbahner haben es gewagt, auf eigene Faust das Regle-
nt anzuwenden, damit es einmal nicht der Gerechtigkeit, sondern dem
recht den Weg sperre. Der Erfolg ist bekannt. Der Bahnverkehr geriet
ort ins Stocken, verknäuelte und verwirrte sich so heillos, daß die ge-
mte Güterbeförderung eingestellt werden mußte. Nur auf den Haupt-
ecken zirkulierten noch zwei Züge alle vierundzwanzig Stunden. Dieser in
r Wirkung einem Generalstreik der Eisenbahner fast gleichkommenden Taktik
chten Giolittis Demissionen und der daraus folgende Fall des Knebelgesetzes
Ende.

Die beiden Gegner, Eisenbahner und Regierung, hatten sich nun gemessen.
s lag auf der Hand, daß das neue Kabinett in der reaktionären Kammer
r dann auf Existenzmöglichkeit rechnen konnte, wenn es den einmal be-
nnenen Kampf wieder aufnehmen würde. Andererseits hatte die Erfahrung
zeigt, daß eine Antastung des Streikrechtes nicht ratsam wäre und den Sturm
r Septembertage wieder heraufbeschwören könnte. In dieser Zwangslage,
n reaktionären Gelüsten der Kammer genug zu tun, und andererseits eine
erletzung allgemeiner proletarischer Klasseninteressen zu verhüten, verfiel
ortis auf den naheliegenden Ausweg: er behielt die reaktionäre Form bei
d ließ den reaktionären Kern fallen.

Sein neuer Gesetzesentwurf enthält keine Ausnahmebestimmungen
gen Streikende. In ihm bestimmt einfach der Unternehmer „Staat", daß er
ine Arbeiter im Streikfall entlassen kann.

„Alle Angestellten der vom Staate betriebenen Eisenbahnen, welches immer
r Grad und ihre Dienstpflicht sei, sind als öffentliche Beamte anzusehen. Es
eiben für sie in Kraft die dem königlichen Dekret vom 4. August 1902 S. 379
gefügten Bestimmungen, in Ausführung des Gesetzes vom 7. Juli 1902. Die-
nigen, die freiwillig ihren Dienst verlassen oder ihn nicht antreten oder ihn
der Weise versehen, daß seine Regelmäßigkeit gestört wird, werden als auf
genes Nachsuchen dienstentlassen angesehen und ersetzt. Der Generaldirektor
nn, im Einverständnis mit dem Verwaltungsausschuß, in Erwägung be-
nderer persönlicher Verhältnisse und Verantwortlichkeit, an Stelle der Ent-
ssung eine Disziplinarstrafe treten lassen."

Dies der Wortlaut des § 17, den der § 24 auch auf die Linien ausdehnt,
e im Privatbetrieb verbleiben. Es handelt sich um einen juristischen Wechsel-
lg der allermerkwürdigsten Art, dessen juristische Mißbildungen Turati in
r „Critica Sociale" sehr fein hervorgehoben hat, aber das Gesetz setzt für den
isenbahner nur das fest, was für jeden Arbeiter allezeit im Ermessen des
nternehmers steht. Von einer Ausnahmegesetzgebung kann absolut nicht die
ede sein. In den Paragraphen kam nichts anderes zum Ausdruck als der
unsch, formell den Eisenbahnern kein Zugeständnis zu machen und ihnen
ch tatsächlich den Boden für eine Klassenagitation zu entziehen. Die Regie-
ng wagte nicht, das Streikrecht anzutasten, und wollte doch gleichzeitig so
n, als hätte sie es gewagt.

Die Veröffentlichung des Entwurfes Fortis fiel in eine Zeit sehr groß Erregung der Geister. Die Agitationskommission wurde selbst nicht dara klug. Unter dem ersten Eindruck nannte der „Avanti" den zweiten Entwu schlechter als den Giolittis; man sprach davon, daß der § 181 des Strafgese buchs, der Beamte, die ihren Dienst verlassen, mit Geldstrafe bis zu 3000 Li und der zeitweiligen Dienstenthebung bedroht, auf Grund der jetzigen Vorla auf streikende Eisenbahner anwendbar sei. Die Agitationskommission beschlo ein Referendum unter den organisierten Eisenbahnern anzusagen. Inzwisch verging die Zeit. Die Parlamentsfraktion widerriet den Streik, die Parte leitung, nicht interpelliert, verhielt sich passiv. Jeder fühlte es, daß die R gierung die Eisenbahner provozieren wollte und das ruhige Hinnehmen d Provokation als ein Eingeständnis ihrer Schwäche auffassen würde. Nicht n den Eisenbahnern, sondern jedem mit der Frage Vertrauten war es klar, da die Stunde gekommen war, die alten Drohungen einzulösen. Die Eisenbahn mußten zeigen, daß ihre als Drohung seit Jahren kursierenden Scheine d Metalldeckung des Willens und der Tat hatten. Zweifellos hätten selbst d unorganisierten Eisenbahner, dieselben, die entschlossen waren, morgen zu Strei brechern zu werden, die organisierten als Maulhelden angesehen, wenn sie gege über der provokatorischen Haltung der Regierung noch einmal den seit 1902 a gedrohten Streik hinausgeschoben hätten. Und so beschloß man den Streik – nicht mehr als Abwehr eines Versuchs, das Streikrecht zu kürzen, wie beim En wurf Giolitti, sondern als Einlösung der alten Drohung und zur Betonung all im Memoriale geltend gemachten wirtschaftlichen Forderungen der Eisenbahne

Wir haben keine Elemente, um zu entscheiden, ob die Regierung mehr Glü gehabt hat oder mehr Verstand, als sie den Dingen diese Wendung gab. Wen sie in bewußter Berechnung gehandelt hätte, so hätte sie geradezu ein Meiste stück vollbracht. Denn sie hat einmal den Zeitpunkt des Streiks selbst bestimm dann hat sie ihm die Basis eines Prinzipienkampfes entzogen, wodurch d Eisenbahner auf ihre eigenen Kräfte beschränkt wurden, und schließlich hat s bei alledem noch in der reaktionären Kammer die Illusion erweckt, als unte nähme sie den ersten entscheidenden Schritt gegen das Streikrecht.

Daß ein Eisenbahnerstreik, auf den die Regierung seit einem Monat vo bereitet ist, nur sehr geringe Aussichten auf Erfolg haben kann, ist ohne weiter klar. Um so mehr, wenn dieser Ausstand nicht in einer Stunde der Begeist rung unternommen wird, sondern nach langem, abspannendem Warten, un zwar von einer Arbeiterschaft, die bisher den modernen Arbeiterkämpfen fern geblieben ist. Ohne eine gewisse Dosis Terrorismus ist wohl ein Eisenbahne streik nur durchführbar, wenn auch das höhere Bahnpersonal solidarisch is Mit Marinemaschinisten und Soldaten des Eisenbahnerkorps auf den Maschine den höheren Beamten als Zugspersonal und einigen Streikbrechern auf de Strecken war es möglich, einen Minimalverkehr aufrecht zu erhalten, und dam war der Streik geliefert.

Der Verlauf ist bekannt. Nach fünftägiger Dauer, während das Parlamen das Eisenbahngesetz durchwürgte, trat das Streikkomitee durch drei sozialistisch Abgeordnete mit Fortis in Verhandlung und beschloß die Wiederaufnahme d Arbeit, nachdem der Ministerpräsident sich verpflichtet hatte, dafür Sorge z tragen, daß keine Maßregelungen, auch nicht beim Aushilfspersonal, vorkomm sollten. Fortis versprach weiter, den Forderungen der Eisenbahner in eine Zusatzgesetz tunlichst Rechnung zu tragen. Und seit die Eisenbahner ihre Drohun

...ngelöst haben, hat auch die Regierung ihren Versprechungen kürzere Verfalls-...sten gesetzt.

Am 29. Mai hat sie dem Parlament einen neuen Gesetzesentwurf vorgelegt, ...r folgende Zugeständnisse für das Personal enthält: 1. Die Regierung ver-...lichtet sich, im Laufe des zweiten Halbjahrs 1905 die Extrabezüge des Per-...nals mit Rücksicht auf die von diesem erworbenen Rechte zu revidieren und ...r alle Angestellten des neuen Staatsbetriebs zu vereinheitlichen, bis zu einer ...hrlichen Erhöhung von 1 Million Lire. 2. Die Regierung vereinigt, gemäß ...r Forderung der Eisenbahner, die verschiedenen Pensions- und Hilfskassen ...s Personals zu einer einzigen, ohne allerdings dem Personal die Verwaltung ...eser Kassen, die es auch gefordert hatte, zu übertragen. 3. Bei allen Streit-...agen zwischen Personal und Bahnverwaltung muß ein Schiedsgericht angerufen ...erden, das zu gleichen Teilen aus Vertretern des Personals und Vertretern ...r Verwaltung gebildet ist, die durch direkte Wahl bezeichnet werden und außer-...alb des Personals und der Bahnverwaltung zwei Präsidenten wählen. Kann ...ne Einigung der Parteien bei der Wahl des Präsidiums nicht erzielt werden, ... wird dieses vom Präsidenten des Senats, der Kammer und des römischen ...assationshofs bezeichnet. Der Kompetenz dieses Schiedsgerichtes unterstehen ...lle Fragen, bei denen es sich um Dienstenthebung von mehr als neun Tagen ...andelt. 4. Für die Aufbesserung der ältesten Beamten bestimmt der Ent-...urf, den Forderungen des Personals gemäß, eine vom 1. Januar 1906 ...atierende außerordentliche Gehaltsaufbesserung von 1200000 Lire im ersten ...Jahre, aufsteigend bis zu einem Maximum von 3 Millionen in den nach-...olgenden Jahren.

Mit der Annahme dieses Entwurfes wären somit alle wesentlichen Forde-...ungen des Personals, wenigstens teilweise, erfüllt. Wie steht es demnach, ...enn wir das Fazit der Bewegung ziehen, mit der Niederlage der Eisen-...ahner?

Ein Teil der Parteigenossen hat den Streik betrachtet und eingeschätzt, ganz ...osgelöst von seinen ferner liegenden Ursachen und Folgen. Man hat konstatiert, ...aß die Streikbewegung nicht die Annahme der Eisenbahngesetze verhindert hat ...nd also unterlegen ist. Je nach dem Standpunkt suchte man die Schuld an ...ieser Tatsache hier oder dort.

Turati (in der „Critica Sociale" vom 16. April) meint, der Streik stelle die Feuerprobe der neuen revolutionären Taktik dar, die ihren ersten lärmenden ...usdruck im Generalstreik des September gefunden hat. Seine Charakteristika ...ären gewesen: „Beständige und gewaltsame Einschüchterung, Verachtung der ...Mitarbeit oder des Einverständnisses mit verwandten Parteien oder politischen Vertretungen, offene Herausforderung der Staatsgewalt, ausschließlicher Appell ...an die Solidarität der anderen proletarischen Schichten, die man zur äußersten Verteidigung aufrief, reines Gewerkschaftlertum, das heißt absolutes Vor-...wiegen der direkten Aktion gegenüber der politischen und besonders der parla-...mentarischen."

Die Folgen sind nach Turati: 1. Die Durchsetzung der Eisenbahngesetze. 2. Die Bankrotterklärung des Streiks, der seine einschüchternde Wirkung gründlich verloren hat. 3. Ausbleiben der praktischen Solidaritätsbetätigung ...von seiten des übrigen Proletariats.

Was den ersten Punkt betrifft, so glauben wir, daß die Eisenbahngesetze das geworden sind, was sie bei dieser Kammer und bei den von außen auf

sie einwirkenden Einflüssen werden konnten; außerdem ermöglicht ja das am 29. Mai vorgelegte Zusatzgesetz einen ruhigen Ausbau. Wenn Turati beklagt, daß der Streik aus einer Drohung zur Wirklichkeit geworden ist, so scheint das doch nur verständlich, wenn er die Drohung als solche beklagt. Das tut aber Turati nicht, im Gegenteil, er schreibt die Errungenschaften von 1902 nächst der Vermittlung der Abgeordneten der Streikdrohung zu. Auch wir sind — was die Drohung betrifft — derselben Meinung, aber gerade darum glauben wir, daß die Eisenbahnerorganisation sich lächerlich gemacht hätte, wenn sie nicht im entscheidenden Moment von der Drohung zur Tat übergegangen wäre. Turati hebt die Aktion von 1902 in den Himmel. Nun, die von daher datierende Rechnung haben die Eisenbahner aber erst jetzt beglichen. Wenn einer durch Drohung etwas erreicht, so bedeutet das doch nicht, daß die Drohung die einzig wirksame Taktik ist; es bedeutet lediglich, daß der Gegner die Drohung ernst nahm. Hört er auf, dies zu tun, so liegt das nicht daran, daß etwa die Kunst, zu drohen, verloren gegangen ist, sondern einfach, daß jetzt den Worten die Tat folgen muß. Die Taktik von gestern stand nicht im Gegensatz zu der von heute: die eine ist vielmehr die natürliche Folge und Krönung der anderen. Auf das Ausbleiben der Solidaritätsbetätigung kommen wir später.

Auch die Parlamentsfraktion hat zu dem Streik in einer Veröffentlichung Stellung genommen und ihre geringe Vertretung der Eisenbahnerinteressen in der Kammer damit begründet, daß sie den Streik für aussichtslos hielt. Wenn ihre Aktion im Parlament wirkungslos gewesen, so seien daran die Eisenbahner selbst schuld, die von jeder Unterstützung durch die Fraktion offiziell Abstand genommen hätten. Daß aber die parlamentarische Vertretung des Proletariats kaum zur Hälfte der Diskussion der Eisenbahngesetze in der Kammer beiwohnte, wird in dem Bericht gar nicht erwähnt. Und doch liegt gerade hier die Anklage: nicht, daß sie nichts ausgerichtet haben, sondern daß sie gar nichts versuchten, nicht das Bedürfnis verspürten, einen Widerhall des Eisenbahnerkampfes ins Parlament zu tragen, wird ihnen verübelt. Jedenfalls ist die Interesselosigkeit der Fraktion ein Zeichen der tiefgehenden Entfremdung zwischen dem organisierten Proletariat und seiner parlamentarischen Vertretung.

Auch die revolutionäre Gruppe, die in der Mailänder „Avanguardia“ ihr Organ sieht, hat bei Gelegenheit des Streiks schwere Anklagen erhoben. Soweit sie sich gegen die Fraktion wenden, decken sie sich mit dem von uns Gesagten. Sie richten sich aber auch gegen die Generalkommission der Gewerkschaften. Man rechnet es ihr zur Schuld an, zur Unterstützung der Eisenbahner den Generalstreik nicht proklamiert zu haben, und ferner, während des Streiks, als die Regierung noch voll Besorgnis mit der Möglichkeit des Generalstreiks rechnete, den Arbeitskammern Telegramme gesandt zu haben mit dem Beschluß, nicht den allgemeinen Ausstand zu proklamieren.

Was diese telegraphische Konterorder betrifft, so wird jeder, der sich der Panik der Regierung in den Streiktagen erinnert, einräumen, daß sie objektiv einem Verrat gleichkommt, was natürlich nicht ausschließt, daß die Generalkommission sie in gutem Glauben erlassen hat.

Die posthume Frage nach der Zweckmäßigkeit des Generalstreiks wird voraussichtlich noch auf längere Zeit hinaus unsere Parteipresse beschäftigen. Man könnte sie sehr einfach beantworten: Wenn in der organisierten Masse

r Enthusiasmus und die mannhafte Entschlossenheit zum Generalstreik
wesen wäre, so hätten ihn tausend Generalkommissionen nicht aufhalten
nnen. Der Generalstreik des September war ein Tatsache, ehe er offiziell
schlossen war. Was die Kommission verhindert hat, war nur das vereinzelte
fflackern des Streiks; es wäre phantastisch, anzunehmen, daß sieben Menschen
e Massenbewegung, die potentiell gegeben ist, eindämmen könnten. Sie
nnen den Stand der Bewegung falsch interpretieren und werden dann von
überflutet oder im Stiche gelassen; und sie können ihn richtig deuten und
dadurch Gleichzeitigkeit und Einheitlichkeit verleihen, weil jedem zum Be-
ßtsein der eigenen Kraft oder Kraftlosigkeit ergänzend die Kunde vom Stande
r anderen Zentren kommt, in der Form der Order zum Streiken oder Nicht-
eiken.

Bei einem wirtschaftlichen Streik ist die richtige Erwägung der leitenden
telle von großem Werte, weil es sich darum handelt, zu berechnen, ob die
äfte der Unternehmerschaft denen der Streikenden gewachsen sind oder nicht,
die erringbaren Verbesserungen den Preis aufwiegen, um den sie zu haben
d. Ganz anders beim politischen Streik, bei dem von dieser Proportio-
lität nicht die Rede sein kann. Die Errungenschaften des politischen Streiks
d nicht einzuschätzen: je nach dem Grade des proletarischen Klassenbewußt-
ns wechselt ihr Wert. Ein mit Kraft und Solidarität durchgeführter poli-
cher Streik ist immer unverloren, weil er das ist, was er *bezweckt*, eine
achtentfaltung des Proletariats, bei der die Kämpfenden ihre Kraft und ihr
rantwortungsgefühl stählen und die herrschenden Klassen der Stärke der
egner bewußt werden. „Wie jeder wiegt, wird ihm gewogen“, das gilt für
im politischen Streik stehende Arbeiterschaft. Die Führer können da nichts
sklügeln, sie können nichts raten: sie können nur intuitiv die revolutionäre
aft in der Masse erkennen und nach dieser Erkenntnis handeln.

Nachträglich müssen wir, also scheint mir, unbedingt zugeben, daß die
eneralkommission richtig erkannt und entsprechend gehandelt hat.

Es muß auch ausgesprochen werden, daß äußere Umstände zur Auslösung
ner revolutionären Kraftaufwendung nicht vorlagen. Die leider so große und
lgemeine Unkenntnis italienischer Verhältnisse hat *Bömelburg* auf dem
ewerkschaftskongreß sagen lassen, die Italiener hätten das Koalitionsrecht der
isenbahner eingebüßt. Das ist eine ganz falsche Darstellung des angeführten
aragraphen. Durch ihn hat der Staat als Unternehmer sich lediglich das
echt jeden Unternehmers zugesprochen, sein streikendes Personal zu entlassen.
o ist eine Arbeiterschaft, der gegenüber sich die Kapitalisten prinzipiell dieses
echtes begeben hätten? Von Fall zu Fall hat man es ihnen abringen müssen,
d für den letzten Streik haben es ja die Streikenden — trotz des bereits in
aft getretenen Gesetzes — erzwungen, daß keinerlei Maßregelungen vor-
men. Mit Recht hat *Enrico Leone* hervorgehoben, daß es ein Unding sei,
n der Bourgeoisie das „Exequatur“ für den Klassenkampf zu fordern. Sollte
s italienische Proletariat den Generalstreik proklamieren, um den Eisen-
hnern das verbriefte Recht zu verschaffen, ohne Risiko zu streiken? Das ist
ch eine ziemlich weit hergeholte Ursache zum politischen Streik.

Es ist natürlich, daß das Proletariat das empfand. Daß es trotz der syste-
ischen Hetzarbeit der bürgerlichen Presse von jedem Versuch allgemeinen
treiks absah, ist ein erfreulicher Beweis seiner Reife und Tüchtigkeit. Ebenso
freulich ist die Art, wie die Eisenbahner ihre „Niederlage“ tragen: ohne Ent-

mutigung, fast ohne Erbitterung. So bietet der Eisenbahnerstreik in seinem Gesamtverlauf keinerlei Anlaß zu pessimistischen Betrachtungen. Die Streikenden haben in ihrem ersten proletarischen Lohnkampf wacker ihren Mann gestanden; daß er nicht eine Klassenaktion des Proletariats auslöste, teilt er mit jedem anderen wirtschaftlichen Konflikt eines Berufs. Sollen wir jeden Streik als verfehlt ansehen, aus dem kein politischer Massenstreik wird? Das wäre der allergrößte Unsinn. Ist doch der politische Streik nicht der Superlativ, die natürliche Krönung des wirtschaftlichen, sondern etwas ganz anderes, das andere objektive Bedingungen voraussetzt, die im Eisenbahnerstreik nicht gegeben waren.

Die Streikenden selbst haben das verstanden, und es wäre zu wünschen, daß nun auch die beiden extremen Flügel der Partei sich darüber klar würden und ihr Urteil danach richteten.

Den 1. Juni 1905.

Der erste Akt des hamburgischen Wahlrechtsumsturzes.

Von **Otto Stolten.**

Die Wahlrechtsumsturzvorlage des Hamburger Senats, deren Vorgeschichte und Inhalt wir in Nr. 36 der „Neuen Zeit" einer Erörterung unterzogen, hat inzwischen die erste Beratung in der Bürgerschaft passiert. Die Verhandlungen sind interessant und lehrreich genug, um ihnen an dieser Stelle für einen kurzen Moment Aufmerksamkeit zu schenken.

Die bei den scharfmacherischen Urhebern des ganzen Planes unzweifelhaft bestandene Absicht, die Beratungen nach Möglichkeit abzukürzen, um schnell fertig zu werden und die reaktionäre Beute einzubringen, ist vereitelt worden. Es mußten vier lange Sitzungen darangewendet werden, bis die Debatte einigermaßen erschöpft war und es zur ersten vorläufigen Entscheidung kam. Da in der Bürgerschaft eine große Mehrheit für die Vorlage oder doch für etwas Ähnliches, was denselben Zweck erfüllt, vorhanden ist und sie die den Reichstag so aktionsunfähig machende Krankheit der chronischen Beschlußunfähigkeit nicht kennt, die fraglichen Sitzungen sogar eine ungewöhnlich hohe Präsenz aufwiesen, so hätte man der Debatte ja durch einen Schlußantrag früher ein Ende machen können. Ganz freiwillig ließ man auch der Debatte nicht den breiten Spielraum; es geschah unter dem Zwange des Umstandes, daß die Erreichung der für Verfassungsänderungen erforderlichen Dreiviertelmehrheit eventuell von wenigen Stimmen abhing und einige nicht völlig ins Horn der Scharfmacher blasende Abgeordnete gedroht hatten, gegen die Verfassungsänderung stimmen zu wollen, wenn der Debatte nicht freier Lauf gelassen werde.

So mußten auch die Verfechter des Wahlrechtsumsturzes sich in größere rednerische Unkosten stürzen, als ihnen selbst lieb war. Einen erheblichen Teil davon trugen die Kommissare des Senats, die ganz gegen die sonstige Gepflogenheit gleich fünf Mann hoch aufmarschierten und zum Teil mehrfach in die Debatte eingriffen. Von den siebzehn Rednern aus dem Hause sprachen sechs unbedingt für, und neun, darunter drei Mitglieder der sozialdemokratischen Fraktion, gegen die Vorlage; die letzten zwei hatten zwar Bedenken gegen die vorliegenden Gesetzentwürfe, waren aber anderen auf den gleichen Zweck gerichteten Maßnahmen nicht abgeneigt.

Das Übergewicht der Argumente war naturgemäß auf der Seite der Gegner der Rechtsbeschränkung. Für eine schlechte Sache gibt es keine guten Gründe. Aber brutale Offenheit kann man den Verteidigern nicht absprechen. Während die vom Senat der Vorlage mit auf den Weg gegebenen Motive noch scheinheilig den Versuch machen, die Rechtsverkürzung für die Massen mit Phrasen von Gerechtigkeit und Billigkeit zu schmücken, indem ihr der Zweck zugeschrieben wird, zu verhindern, daß die Vertretung der bürgerlichen Interessen durch die sozialdemokratische Über-

tung hinweggespült werde, ließ man in der Debatte diese Maske völlig fallen, chdem der erste Redner der Opposition die Vorlage als ein offenes Kampfgesetz egen die Sozialdemokratie gekennzeichnet hatte. Die lügnerische Vorspiegelung, ß unter dem heutigen Wahlrecht die „Gefahr“ bestehe, die bürgerlichen Elemente on der ausreichenden Vertretung in der Bürgerschaft durch die Sozialdemokratie rdrängt zu sehen, wurde zwar von einzelnen krampfhaft festzuhalten versucht; bei deren klang jedoch klar und ungedämpft der Grundton heraus: Wir wollen erren im Hause bleiben; das Recht muß weichen, wenn es unseren Interessen cht dient; noch haben wir die Macht und wollen sie nutzen, das gefährliche Recht r Massen so zu beschneiden, daß uns die Macht für immer erhalten bleibt. Selbst- rständlich versäumten die Herren dabei nicht, ihre eigenen oft nur eingebildeten erdienste um das Wohl des Staates ins hellste Licht zu stellen und als abschreckendes egenstück die Gefahren auszumalen, die dem Gemeinwesen drohen sollen, wenn es nter dem Einfluß der Massen in die Hände der Sozialdemokratie geraten würde. hnen ist der Kollektivismus nicht nur das Ende der lieben Gewohnheit der Mehr- ertsaneignung, sondern auch das Ende aller Kultur.

Die Opposition, sozialdemokratische wie bürgerliche, ging mit der Vorlage und ren Urhebern unbarmherzig ins Gericht. Der Appell an die Moral und den Ge- chtigkeitssinn ist solchem aus dem Klasseninteresse geborenen reaktionären Wollen egenüber natürlich unwirksam. Unentbehrlich ist er für die Wirkung nach ußen, und in dem Sinne wurde scharfer Nachdruck darauf gelegt. Sehr peinlich ar den Urhebern der von mehreren Seiten geführte Nachweis, daß das statistische laterial, durch welches das Verlangen nach der Wahlentrechtung der Massen ge- ützt werden sollte, in tendenziöser Weise zugestutzt sei, daß neuere Zahlen ver- hwiegen seien, weil sie das Gegenteil dessen beweisen würden, was man beweisen ollte, nämlich daß die Zahl der neuen Bürger aus den unbemittelteren Volks- hichten bis zuletzt in steigendem Maße gewachsen sei, während in Wirklichkeit schon n Nachlassen sich zeigt. An der Hand des Zahlenmaterials wurde der unumstöß- che Beweis geliefert, daß die „Gefahr“ sozialdemokratischer Überflutung in Wirk- chkeit gar nicht besteht, daß bewußte Übertreibung für einen schlechten Zweck arbeitet nd daß die zu errichtenden Schutzwehren ganz überflüssig sind.

Die vorgesehene Klasseneinteilung der Bürger wurde nicht nur von sozial- emokratischer, sondern auch von bürgerlicher Seite mit aller Entschiedenheit bekämpft. ie trifft auch beim Bürgertum manche sehr empfindliche Stelle. So lüftet sie enigstens zum Teil das in Hamburg bisher immer als unantastbar angesehene teuergeheimnis und würde für den Kredit manches kleineren Geschäftsmanns erhängnisvoll werden können. Aber schlimmer ist die politische Wirkung der lassenscheidung auch für die unbemittelteren bürgerlichen Elemente. Ihr Einfluß ürde auf das allerbescheidenste Maß herabgedrückt werden; die Großbourgeoisie, ie schon heute in Hamburg so großen Einfluß hat, würde völlig dominieren. Das t der Punkt, wo man das Kleinbürgertum bei seinem eigenen Interesse packen ann, und hier wurde auch von den sozialdemokratischen Rednern der Hebel an- esetzt, um den in heilloser Verblendung im Gefolge des Scharfmachertums arschierenden Vertretern des Kleinbürgertums zu zeigen, wie sie in ihr eigenes erderben rennen, wenn sie der Vorlage zur Gesetzeskraft verhelfen. Aber diese lemente sind so von der Furcht vor der Sozialdemokratie gepackt, daß sie auf die timmen der Vernunft auch dann nicht hören wollen, wenn sie aus ihren eigenen eihen ertönt. Wenn es einmal ans Gefressenwerden geht, wollen sie schon lieber on der Plutokratie als von der Sozialdemokratie vertilgt werden.

Große Besorgnisse bestehen in den bürgerlichen Kreisen in bezug auf die Ein- ührung der Verhältniswahl. Sie ist für sie in der Tat ein Sprung ins Dunkle; iemand weiß, wohin der Sprung führt. In Verbindung mit der Klasseneinteilung t sie ja überhaupt ein Widersinn; ihr Zweck wird in das direkte Gegenteil verkehrt, nd statt der Gerechtigkeit im Wahlrecht zu dienen, führt sie zum Gipfel der Un-

gerechtigkeit. Was sie aber den bürgerlichen Kreisen so ungenießbar macht, ist die Tatsache, daß dadurch ihre ganze Machtorganisation in den Bürgervereinen aktionsunfähig gemacht wird. Der bezirksvereinlichen Kirchturmspolitik macht sie ein Ende mit Schrecken. Und mit beißender Ironie hielt einer der sozialdemokratischen Redner den blindwütig für die Vorlage sich begeisternden Bezirksgrößen vor, daß sie doch selbst nicht glauben könnten, gewählt zu werden, wenn das nicht mehr vom Bezirksklüngel allein abhängt, vielmehr ganz Hamburg über sie abstimmt. Vom Standpunkt der Sozialdemokratie könne das ja nur erwünscht sein, weil dadurch das politische Element gestärkt werde; für die bisherigen bürgerlichen Vertreter sei das aber ein selbstmörderisches Unterfangen.

Bei den Urhebern der Vorlage herrschte offenbar die Empfindung, daß diese Argumente ihren Erfolg am ehesten gefährden könnten, denn ihnen sind die in dieser Weise in ihrem parlamentarischen Besitz Bedrohten noch am leichtesten zugänglich. Darum mühten sich besonders die Senatskommissare, diese Beweisführung zu entkräften. Gelingen konnte das nicht, wenigstens nicht bei denen, die kaltblütig die Wirkungen der vorgeschlagenen Wahlrechtsänderung abschätzen können. Aber die Mehrheit der bürgerlichen Vertreter ist so blind in den Gedanken verrannt, daß eine Schutzwehr gegen die Sozialdemokratie geschaffen werden müsse, daß sie sich von der falschen Gegenbeweisführung nur zu gern überzeugen läßt. Erst wenn die von der Opposition vorausgesagten Folgen eintreten werden, wird das Heulen und Zähneklappern losbrechen.

Daß die Mehrheit sich auch durch die besten Gründe nicht überzeugen lassen wollte, bewies sie dadurch, daß sie selbst den in der Opposition befindlichen angesehensten bürgerlichen Mitgliedern des Hauses lärmenden Widerspruch entgegensetzte, der gegenüber den Sozialdemokraten sich natürlich noch steigerte, wo man nicht die gegenteilige Taktik vorzog, in Scharen hinauszugehen und den Redner vor gelichtetem Hause seine Gründe entwickeln zu lassen. Dagegen wurden die fadenscheinigsten Argumente der Befürworter des Wahlrechtsraubs mit tosendem Beifall begrüßt.

Immerhin hatte die kritische Beleuchtung aller Einzelheiten der Vorlage den Erfolg, daß gegen manche derselben doch auch bei der Mehrheit, die unter allen Umständen etwas schaffen will, starke Bedenken aufgetaucht sind, die es ihr ratsam erscheinen ließen, die Sache im einzelnen zu prüfen. Aber ganz ohne Erfolg wollten sie die erste Schlacht nicht verlassen. Nicht durch das Übergewicht guter Gründe konnten sie diesen Erfolg erzielen, wohl aber durch die Übermacht der Zahl. So wurde denn die Verweisung der *ganzen* Vorlage zur Ausschußprüfung *abgelehnt* und über die Verfassungsänderungen, welche die *Zulassung der Klasseneinteilung* und die Gewährung des *passiven Wahlrechtes der Beamten* aussprechen, sofort im Plenum beschlossen. Die Abstimmung ergab 125 Stimmen dafür, 30 dagegen. Das *Wahlgesetz*, das die Einzelheiten der Änderungen enthält, wurde dagegen an einen Ausschuß verwiesen.

Dieses unsinnige Verfahren, über eine Verfassungsänderung zu beschließen, deren Tragweite man noch gar nicht kennt, weil sie davon abhängt, wie das Wahlgesetz im einzelnen gestaltet werden wird, läßt sich nur daraus erklären, daß die Mehrheit noch immer zweifelhaft war, ob die Dreiviertelmehrheit für die Verfassungsänderung zur Verfügung stehen werde. Das wollte man unter allen Umständen erst einmal festgestellt haben. Lächerlich war der Vorbehalt einiger Freunde der Vorlage, daß die Abstimmung weder für die verfassungsmäßig frühestens drei Wochen nach der ersten stattfindende zweite Beratung der Verfassungsänderung, noch für die Arbeiten des Ausschusses bindend sein sollte. Noch unverständlicher war das Verhalten einiger angeblichen *Gegner* der Vorlage, die *für* die Verfassungsänderung stimmten, um sie nicht ohne genaue Prüfung zur Ablehnung zu bringen. An diese Art Gegnerschaft kann man wirklich im Ernste nicht glauben. Aber unser kleinstaatlicher Parlamentarismus, der noch immer in den Banden altüberlieferten Klüngelwesens liegt, zeitigt merkwürdige „Politiker“.

Jedenfalls ist die Absicht, den Wahlrechtsumsturz mit Hurra durchzuführen, ver-
telt worden. Vor den im Juli beginnenden Sommerferien wird die Sache nicht
ehr erledigt werden, denn über die Einzelheiten wird man sich im Ausschuß wohl
och einigermaßen in die Haare geraten. Einmal hat man gegen die Klassen-
inteilung auch in bürgerlichen Kreisen schwere Bedenken, und der Verhältnis-
ahl stehen viele mit einem Gefühl des Unbehagens gegenüber. Aber: „es muß
twas geschehen“, um die Angst vor der Sozialdemokratie los zu werden. Und so
ird man sich schließlich schon über die Sache verständigen. Leider ist zu befürchten,
aß sich auch am Ende die Dreiviertelmehrheit dafür finden wird, denn auf die
ersicherung einiger unsicherer Kantonisten, die erst für die Verfassungsänderung
estimmt haben, daß sie dagegen stimmen werden, wenn die Klasseneinteilung auf-
echterhalten wird, ist nicht viel zu geben.

Literarische Rundschau.

Billiam Thompson, **Untersuchung über die Grundsätze der für das menschliche Glück dienlichsten Verteilung des Reichtums.** Übersetzt nach der englischen Original-ausgabe (1824) von Oswald Collmann. Nebst einer Einleitung: Geschichte der sozialistischen Ideen in England. 2 Bände. Berlin 1904, Verlag von R. L. Prager.

„Wenn ich die Courage meines Freundes H. Heine hätte, würde ich Herrn
jeremias ein Genie in der bürgerlichen Dummheit nennen“, sagt Marx einmal von
Bentham. Thompson aber rühmt Bentham als einen, „der für die moralische
Bissenschaft mehr getan hat als Bacon für die Naturwissenschaften“. Die vollständige
Berschiedenheit zwischen Marx und Thompson, diesem angeblichen Vorläufer Marxens,
ann nicht schärfer ausgedrückt werden, als durch die Gegenüberstellung dieser beiden
lrteile über Bentham. In Bentham seinen Lehrer sehen, wie Thompson es tat,
eißt zugleich bekennen, daß die eigene Lehre durchweg innerhalb der bürgerlichen
Erkenntnis bleibt, daß die Kritik nie über den bürgerlichen Gesichtskreis hinaus-
egangen ist. Und tatsächlich hat Thompson nichts anderes getan, als den Wert-
aßstab der bürgerlichen Kritik an die bürgerliche Gesellschaft angelegt und vom
Standpunkt der bürgerlichen Ökonomie, vor allem aber vom Standpunkt der primi-
iven utilitaristischen Ethik aus die bürgerliche Gesellschaft verurteilt. Er ist so ein
Repräsentant jener zahlreichen englischen Sozialisten, die, ohne irgendwie unsere
Erkenntnis zu vermehren — unsere theoretische Einsicht, denn durch Aufzeigung der
atsächlichen Zustände haben sie sich oft große Verdienste erworben —, einfach die
Ergebnisse der bürgerlichen Wissenschaft gegen die bürgerliche Gesellschaft gewandt
aben. Die bürgerliche Gesellschaft wurde beschuldigt, daß sie anders sei, als ihre
Borkämpfer versprochen hätten, und ermahnt, endlich diese Versprechen einzulösen.
Die Waffe, mit der diese Sozialisten kämpfen, ist vor allem das sittliche Pathos. Die
ürgerliche Gesellschaft ist ungerecht, beseitigen wir diese Ungerechtigkeit. Ungerecht
t sie aber, weil der Arbeiter nicht seinen Arbeitsertrag erhält, wo doch, wie Ricardo
achgewiesen hatte, die Arbeit allein Wert schafft. So wird die Bedingung der
ürgerlichen Gesellschaft umgewandelt zu einer ethischen Forderung an diese Gesell-
chaft, ein Quidproquo, das Marx bereits im „Elend der Philosophie“ aufgedeckt
atte.

Auch Thompson kommt nirgends über diese Kritik hinaus. Das Übel der
apitalistischen Gesellschaft ist die Unsicherheit; denn es ist nicht dafür gesorgt, daß
as ganze Produkt der Arbeit den Erzeugern gehöre. Die Gesellschaft, deren Auf-
abe es ist, das größte Glück der größten Zahl zu gewähren, muß diese Unsicherheit
eseitigen und so eingerichtet werden, daß größte Sicherheit mit größter Gleichheit
usammen bestehen kann. Diese Forderung erfüllt ein System freien individuellen
Wettbewerbs, wo alle Vorrechte der Kapitalisten, alle Monopole und ungerechten

Steuern beseitigt sind. Nur hat ein solches System den Nachteil, daß es die Selb sucht des einzelnen als Motiv seines Handelns fortbestehen läßt. Diesem Übel hil das Kooperativsystem Robert Owens ab, das größere Vorteile gewähren kann als e noch so vollkommenes System individuellen Wettbewerbes. Da aber das eine Syste das andere nicht ausschließt, müßte man beide erproben können. Das Bessere würd sich dann durch die offenbaren Vorteile, die sich der Gesellschaft darbieten, von selb durchsetzen.

Man ist einigermaßen enttäuscht, wenn man die beiden dicken Bände durc gelesen hat. Denn die wenigen ökonomischen Stellen, die gelegentlich vorkomme hat man schon früher aus Marx kennen gelernt, und zwar in größerem Umfang a in Mengers „Recht auf den vollen Arbeitsertrag“. Aber an dieser Enttäuschun ist Thompson weniger schuld als Anton Menger, der die lächerliche Fabel au gebracht hat, daß Thompson der Ökonom sei, aus dem Marx seine Theorie geschöp habe,[1] eine Fabel, die in der belletristisch-oberflächlichen Einleitung, die Profess H. S. Foxwell eine „Geschichte der sozialistischen Ideen in England“ nennt, no englisch-patriotisch ausgebeutet wird, um den deutschen Lesern zu versichern, daß alle was ihre Marx und Lassalle gedacht und gelehrt haben, „made in England“ sei.

Liest man aber Thompsons Werk, ohne an diese jetzt schon verschollene Legen zu denken, so ist es oft interessant zu sehen, wie dieser Sozialist, der eigentlich n die radikalen Konsequenzen des bürgerlichen Liberalismus zieht, so vielfach Ansicht vertritt, die auch heute noch als letztes Wort des bürgerlichen Radikalismus gelte und teilweise, wie in dem bemerkenswerten Kapitel über „Jugenderziehung als Mitt zur Verbreitung von Bildung“, darüber weit hinausgehen.

Thompson steht an der Scheide zwischen dem kleinbürgerlichen Sozialismus, d „das Recht auf den vollen Arbeitsertrag“ in einer Gesellschaft der freien Konkurren des „individuellen Wettbewerbs“, verwirklichen möchte und dem proletarischen Sozi lismus, dessen Ziel die Herrschaft über den vergesellschafteten Produktionsprozeß i und der in England seinen höchsten utopischen Ausdruck in dem System Owens e reicht, dessen eifriger Förderer Thompson am Schlusse seines Lebens war, währen er in diesem Buche noch unentschieden zwischen den beiden Formen des Sozialismu schwankt. R. Hilferdin

---

Georg Gothein, **Die Verstaatlichung des Kohlenbergbaus.** Vortrag, gehalte in der Sitzung der Volkswirtschaftlichen Gesellschaft zu Berlin am 20. Januar 190 „Volkswirtschaftliche Zeitfragen“, Heft 210. Berlin, Leonhard Simion. 3[illegible] Seite

Gothein ist der Meinung, daß, „je mehr der Staat Einfluß auf die Erwerb tätigkeit gewinnt, um so mehr die Neigung dahin gehen wird, das Staatswesen de eigenen Interessen und damit den Sonderinteressen nutzbar zu machen“. Da ab die herrschenden Parteien möglichst wenig Steuern aufbringen wollen, werden die verstaatlichten Bergwerke als milchende Kuh behandeln. Das ist die erste d gefährlichen Seiten der Bergwerksverstaatlichung. Zweitens tritt eine staatlic Monopolverwaltung den Großen weit weniger scharf gegenüber als den Kleine Beide Beobachtungen hat Gothein an der preußischen Eisenbahnverwaltung gemac Drittens bedeutet die Verstaatlichung eine Gefahr für die Technik. Die Staat verwaltung ist viel schwerfälliger als die Privatverwaltung und kann Neuerung nicht so leicht einführen. Auch die Kohlennot wird sie nicht verhindern könn — das zeigt der Wagenmangel bei den preußischen Bahnen — vielleicht in solch Zeiten auch Kohlenwucher betreiben. Die Lage der Arbeiter in Staatsbergwerk ist ebenfalls nicht rosig — siehe Saarrevier. „Wir finden also kaum irgende Moment, das für das Monopol des Staates im Kohlenbergbau spricht“, resümie Gothein und beginnt — die Nachteile der gegenwärtigen Syndikatswirtschaft a zuzählen. Hier brauchen wir ihm nicht im einzelnen zu folgen. Die Dinge sind

---

[1] Siehe den Artikel „Juristensozialismus“ von Engels-Kautsky, „Neue Zeit“, V, S. 4

kannt. lnd wieder resümiert der Verfasser, diesmal in Sperrdruck: „Dieses Privat-onopol (der Syndikate) hat alle wesentlichen Gefahren und Nachteile des Staats-onopols, ja vielleicht noch in verstärktem Maße." Man sollte meinen, das t eines der von Gothein vorhin vermißten Momente und spricht für die Ver-aatlichung des Bergbaus.

Doch es kommt noch besser. Nebenbei, Gothein ist der Meinung, mit der Ver-aatlichung des Bergbaus werde die Grundrente „expropriiert". Das ist keineswegs r Fall. Sie bleibt ihren gegenwärtigen Aneignern erhalten, wird ihnen sogar abilisiert und der Staat übernimmt die Garantie dafür. Möglicherweise wird gar die ganze Kartellrente oder ein Teil davon in Staatspapieren garantiert, aber e Spießer schreckt es wohl, von „Expropriation" zu hören, und sie sind dann leicht avon zu überzeugen, daß Gotheins Weg der beste ist. Er will die Gefahren so-ohl des Staats- als des Privatmonopols abwenden. „Und da die Entwicklung im rivatbesitz zum Privatmonopol gedrängt hat, so bleibt nur die Konkurrenz von iten des Staates übrig." Der Staat ist bereits Besitzer zahlreicher großer teinkohlengruben und sehr ausgedehnter Kohlenfelder, er kann sie zu diesem Zwecke nergischer in Angriff nehmen als bisher; er kann ferner durch Änderung der Gesetz-ebung die weitere Verleihung von Bergwerkseigentum an private Mieter aus-hließen, und das Eindringen ausländischer Kohlen nach Deutschland durch Fracht-mäßigung erleichtern. Sehr wohl! Aber, meint Gothein weiter mit Recht, das nn nur dann der Fall sein, „wenn der Staat seinen Besitz nicht zur Erzielung öchster Reinerträge, sondern im wirtschaftlichen Interesse des Volkes verwaltet. as erscheint aber ausgeschlossen, solange das Parlament eine Klassen- und nteressenvertretung ist . . ." usw. Das heißt also, solange der jetzige Zustand be-eht, nutzen die Gotheinschen Vorschläge zur Beseitigung der „Gefahren" nichts, sind e wertlos. Wird er aber geändert, ist es möglich, daß wirklich das Volk Einfluß uf die Staatsverwaltung in der bürgerlichen Gesellschaft erlangt, ja dann muß erst echt der ganze Bergbau verstaatlicht werden, denn dann ist der weitaus rößte Teil der eingangs von Gothein konstatierten Nachteile staat-icher Bergbauverwaltung gefallen. Der Staatsbergbau ist nicht mehr milchende Kuh". Er bevorzugt nicht mehr die Großen und Mächtigen. Die Arbeiter erden nicht mehr vergewaltigt. In Zeiten der Kohlennot werden nicht mehr die reise erhöht — würde Gothein dann nicht doch die größere Schwerfälligkeit der Staatsverwaltung in technischen Entscheidungen mit in Kauf nehmen? Die Gothein-chen Wünsche sind sehr gut. Ihre Erfüllung würde uns nämlich die Mittel geben, ie Verstaatlichung — erfolge sie jetzt oder später — wirksamer zu machen, nicht e zu ersetzen.

Liberale Wirtschaftspolitik! Freie Konkurrenz in allen Fällen! Wir erinnern ns do an ein verachtungsvolles Wort Sir Oliver Lodges: Konkurrenz ist das knurren und Beißen der Hunde an ein und demselben Knochen. J. G.

H. Hardegg, Baurat, württembergischer Gewerbeinspektor, **Arbeitnehmer und Arbeitgeberverbände.** Zwei Vorträge, gehalten am 22. Februar und 1. März 1905 im Württembergischen Goethebund. Stuttgart 1905, Konrad Wittwer. 76 S. kl. 8°.

Diese Schrift ist von dem gleichen Geiste, dem des verstorbenen badischen Fabrik-nspektors Wörrishofer erfüllt, wie die früher an dieser Stelle besprochene Schrift Aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung". Sie ist ein schönes Zeugnis für das Bemühen des Verfassers, sich in die wirtschaftlichen Motive, in die taktischen Maß-ahmen und in die Psychologie der gewerkschaftlich organisierten Arbeiterschaft ineinzudenken. Wenn der Verfasser auch nicht viel Neues zu sagen vermag, was em Publikum gegenüber, für das sein Vortrag bestimmt war, auch nicht beabsichtigt ein konnte, so ist die Klarheit seiner Ausführungen und ihre Gruppierung so an-rkennenswert, daß auch mit dem Gegenstand der Darstellung vertraute Personen

nicht bedauern werden, den Abschnitt über die „Arbeitnehmerverbände" gelesen haben. In ein weniger bearbeitetes Gebiet führt uns der Verfasser in dem zweit etwas umfangreicheren Vortrag über die Arbeitgeberverbände. Nach einer kurz Betrachtung von Kartellen, Ringen, Trusts kommt er auf die Unternehmerverbär im engeren Sinne. Hinsichtlich der Kartelle ist eine Feststellung wichtig, daß Verfasser in seinem Beobachtungsgebiet durch Kartelle bewirkte Erhöhungen Löhne nicht beobachten konnte. Seine Darstellung der gegen die Arbeiter gerichte Unternehmerverbände gründet sich insbesondere auf Mitteilungen über den Gesa verband deutscher Metallindustriellen. Er zählt, wenn auch nicht vollständig, Kampfmittel der Unternehmerorganisationen auf, dringt aber in die sehr int essanten Kampfmethoden der Unternehmerorganisationen nicht tiefer ein. Freilich dies auch eine schwierige Aufgabe und eine Darstellung bloß durch Abstraktion a faktischen Beobachtungen der Lohnkämpfe der letzten Jahre möglich. Der zwe Teil des Schriftchens mit seinem Anhang, den Satzungen der Hauptstelle und Vereins deutscher Arbeitgeberverbände kann manche Belehrung auch in den Kreis der gewerkschaftlich geschulten Arbeiter verbreiten.

An dem schön ausgestatteten Schriftchen ist der Titel das am meisten zu B mängelnde; durchsichtiger und knapper würde er lauten: Arbeiter- und Unternehm verbände. Wenn schon unsere Gesetzgebung an den häßlichen und schiefen Au drücken Arbeitnehmer und Arbeitgeber krampfhaft festhält, so sollte man doch in Literatur auf ihre Anwendung verzichten; leider geschieht dies aber nicht einm in der Arbeiterpresse, obgleich dort doch das Gefühl für die Unrichtigkeit dieser au sprachlich unschönen Ausdrücke stark genug entwickelt sein sollte. Wenn man d früher üblichen Ausdruck „Brotherr" lächerlich findet, so verdient der sehr ähnlic Ausdruck „Arbeitgeber" keine günstigere Beurteilung. Vor bald vierzig Jahren h Marx auf das Unsinnige dieser Bezeichnungen hingewiesen, wie es scheint vollkomm vergebens.

ad. b

Geschichte der Nationalökonomie. Eine erste Einführung, von Adolf Damaschk Jena 1905, Verlag von Gustav Fischer. IV und 231 S.

Das Buch will „eine erste Einführung sein. Es setzt also nichts voraus. E ist geschrieben nicht sowohl für Volkswirtschaftler von Fach, als für Männer u Frauen aller Berufe, die sich auf einem Gebiet unterrichten wollen, aus dess Kenntnis allein ein zutreffendes Urteil über unsere Zeit und ihre Aufgaben g wonnen werden kann". Also eine populäre Geschichte der Nationalökonomie. W aber nun eine Darstellung der ökonomischen Theorie und ihrer Entwicklung erwart würde, sieht sich enttäuscht. Vielmehr gibt Damaschke eine Geschichte der Volk wirtschafts*politik*, gesehen aus dem Gesichtswinkel der Bodenreform. Sie begin bei dem jetzt so beliebten Hammurabi, dem ältesten Bodenreformer, und endet b Damaschke, dem jüngsten Bodenreformer. Dazwischen liegt das Altertum, das kan nische Recht, der Merkantilismus, die liberale Schule, Kommunisten und Anarchiste vor allem aber die Physiokraten, die unmittelbaren Vorläufer des Bundes deutsch Bodenreformer, und Friedrich List oder, wie er auch heißt, „das nationale System

Mit dieser Übersicht hoffen wir dem überaus reichen Inhalt des Buches einige maßen gerecht geworden zu sein.

Formell ist das Buch gut gemacht. Es bringt von Vertretern der verschiedenste Anschauungen ausführliche Zitate, die nicht immer auf das Gebiet der Volkswir schaft beschränkt bleiben und so mannigfach das Interesse fesseln. Der Schluß be leuchtet im Anschluß an die Darstellung der Bodenreformlehre kurz, aber grell di Schäden des Bodenmonopols. Aber ist das eine „Geschichte der Nationalökonomie"

rl

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 39 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Imperialistisches.

Berlin, 21. Juni 1905.

Der moderne Imperialismus, namentlich in seiner preußisch-deutschen Spielart, marschiert auf zwei Beinen: einer Riesenarmee, deren Offizierkorps naturgemäß noch stark mit feudalen Elementen durchsetzt ist, und einem Riesenkapital, das ebenso naturgemäß den alten Haß der Bourgeoisie gegen den Adel noch nicht völlig ausgezogen hat. Der große historische Klassengegensatz zwischen Feudalismus und Kapitalismus ist mehr oder weniger durch die mächtig aufsteigende Arbeiterbewegung verwischt worden; in ihr sehen Junkertum und Bourgeoisie den gemeinsamen Feind, um dessentwillen sie ihren eigenen Zwist vertagen, der doch immer ein häuslicher Span innerhalb der Klassengesellschaft ist. Aber wie alte Liebe nicht rostet, so auch nicht alter Haß, nur daß was sich einst als historischer Prozeß auf öffentlicher Bühne vollzog, sich jetzt hinter den Kulissen des Imperialismus abspielt, der Herrschaftsform, in der sich die Klasseninteressen des Junkertums und der Bourgeoisie ausgleichen.

Der Imperialismus kann weder die alten Junkergeschlechter Preußens entbehren, in deren Händen sich einstweilen das „Volk in Waffen" befindet, noch auch die großen Kapitalmagnaten, ohne deren Gunst seine höchst kostspielige Existenz nicht denkbar ist. Deshalb gehen am Berliner Hofe nicht nur die Itzenplitze und Zitzewitze, sondern auch die Krupp und Stumm, die Ballin von der Hamburg-Amerika-Linie und die Wiegand vom Lloyd aus und ein. Die Tatsache, die sich sofort erklärt, wenn man die Klassenkämpfe der Gegenwart in ihrem historischen Zusammenhang zu begreifen versteht, bereitet bürgerlichen Politikern natürlich viel Kopfzerbrechen und fördert in ihnen die seltsamsten Marotten zutage. So wenn Herr Naumann auf den persönlichen Beziehungen des Kaisers zu den mächtigsten Kapitalmagnaten die wunderbare Utopie aufbaut, der Kaiser als ein „moderner Mensch" sei fähig oder gar schon willens, an der Spitze einer aus Bourgeoisie und Proletariat gebildeten Demokratie das preußische Junkertum für immer niederzuwerfen.

Vor solchen weltfremden Träumen fürchten sich die Junker nun zwar nich
aber in ihrer hartgesottenen Klassenselbstsucht vermögen sie doch nicht d
historische Notwendigkeit zu begreifen, die neben den Itzenplitz und Zitzew
auch den Ballin und Wiegand die Tore des Berliner Schlosses öffnet. Un
da die heimlich tuschelnde und zischelnde Verleumdung von jeher ihre liebs
und am Ende auch wirksamste Waffe gewesen ist, so ist aus ihren Kreise
schon seit Jahren das Gerücht verbreitet, der Kaiser persönlich stehe bei de
Krupp und Genossen tief in der Kreide. Diese Mär raunte und rauschte a
lautesten, wo die Binsen königstreuer Gesinnung am dichtesten im Sump
der Klassengesellschaft wachsen; wir, die wir auf festem Lande wohnen, sin
diesmal vor jedem Verdacht gefeit, den Felsen der Monarchie untergraben z
haben. Denn erstens sind uns die persönlichen Angelegenheiten des Kaiser
ebenso fremd wie gleichgültig, und zweitens ist es für arme Teufel eine märchen
haft unfaßbare Vorstellung, daß ein Mann mit der kolossalen Zivilliste de
Kaisers nicht sollte auskommen und am Ende nicht noch etwas auf die hoh
Kante sollte legen können.

Nun ist das Gerücht von den Schulden des Kaisers bis in die englisch
Presse gedrungen, und zwar in der charakteristischen Fassung, nicht bei seine
adeligen „Untertanen" habe der Kaiser große Darlehen aufgenommen, sonder
bei Industriemillionären und ähnlichen Leuten. Es klingt beinahe so, als o
die adeligen „Untertanen" darin eine Art Zurücksetzung sähen. Oder es so
damit gesagt sein, daß ein Pump bei Industriemillionären am Ende noch be
greiflicher wäre, als ein Pump bei adeligen „Untertanen", was übrigens seh
anfechtbar sein würde. Denn die Industriemillionäre sind für solche Ding
da, während der richtige Junker, auch wenn er's dazu hat, immer zum Stamm
Nimm gehört und jedes Darlehensgesuch beantwortet wie der alte Fritz: Mei
Sohn, ich habe heute Schaden am linken Ohr. Wie dem aber immer sei, s
richtet das offiziöse Hauptblatt ein klobiges Dementi gegen die Mitteilung de
englischen Preßorgans, die es für eine „boshafte" und „freche Erfindung" erklärt
Es sagt feierlich, der Kaiser habe noch von niemanden einen Pfennig geborgt

Das ist durchaus glaubhaft, und wir zweifeln keinen Augenblick daran
Höchstens gegen das allzu lebhafte Kolorit des Dementis ließe sich eine klein
Einwendung machen. Weshalb soll es denn „boshaft" und „frech" sein, z
behaupten, daß ein Hohenzoller auch einmal ein Darlehen aufnehme. Di
Junker, aus deren Kreise das Gerücht von den Schulden des Kaisers stammt
mögen es „boshaft" und „frech" gemeint haben, aber dann hätte die „Nord
deutsche Allgemeine Zeitung" sagen sollen, wohin sie eigentlich schieße. Im
allgemeinen sich über die Möglichkeit zu empören, daß einmal ein Hohenzolle
einen Pfennig oder auch mehr borge, heißt manchen Ahnen des Kaisers
verletzen. Sein Vater ist doch oft genug in der unangenehmen Lage gewesen
zu borgen, ohne seine Schuld, denn er wurde von seinem Vater allzu knapp
gehalten, gemäß der monarchischen Tradition, daß ein Kronprinz niemals in
der Lage sein dürfe, sich Freunde zu machen mit dem ungerechten Mammon
Es war so ein hilfsbereiter Gönner, der vom damaligen Kronprinzen ein un
gefähres Kopfschütteln zur Antwort erhielt, als er ihm die geistreiche Ansicht

ıggerierte, daß die antisemitische Bewegung eine Schmach des neunzehnten ahrhunderts sei. Und nun gar der alte Fritz, was hat der als Kronprinz ei Christen, Juden und Türken zusammengeborgt! Später, als er den hron bestieg, hat er's dann heimgezahlt, jedem nach seiner Art, mit Zinsen nd Zinseszinsen, wie es sich gerade traf. Dem Wiener Hofe gab er mit einer and den Sack voll Dukaten zurück, mit dem ihm dieser ausgeholfen hatte, nd mit der anderen Hand raubte er demselben Wiener Hofe die Provinz chlesien. Aber „boshaft" und „frech" oder nicht, als „Erfindung" ist es nun bgetan, daß die Verbindung des Berliner Hofes mit großen Kapitalmagnaten uf irgendwelchen persönlich drückenden Schulden beruhe, und damit ist — womit ir nun zufrieden sein können, ein Schleier zerrissen, der künstlich vor das nere Getriebe der imperialistischen Herrschaftsform gezogen war.

Nach der positiven Seite hin wird die Zerstörung dieser Fabel ergänzt urch ein famoses Plänchen, das gegenwärtig in der bürgerlichen Presse vielen staub aufwirbelt. Einige patriotische Männer, darunter der Reichsbankpräsident, aben an die Creme der Hochfinanz die Bitte gerichtet, zur silbernen Hochzeit es Kaiserpaares, die in ein paar Jahren stattfindet, einen Zehnmillionenfonds usammenzubringen, aus dessen Erträgen armen Familien von Adel auch ernerhin ermöglicht werden soll, ihre Söhne die Offizierskarriere einschlagen u lassen. Sie sollen damit angeblich jedoch keine Gegenliebe gefunden haben, a jene Creme, in der das jüdische Kapital stark vertreten ist, mit allem Nännerstolz vor Königsthronen erklärt habe, da ihre eigenen Söhne nicht zur)ffizierskarriere zugelassen würden, so hätte sie keinen Anlaß, eine fremde Brut dahinein zu lanzieren.

Diese heroische Position entlockt manchen bürgerlichen Blättern heiße Tränen er Rührung, und sie singen den modernen Makkabäern ein lautes Lied des obes. Doch ist die Position nicht ganz so heldenhaft, wie sie aussieht. Einem ann wirklich übel werden, wenn man die kapitalistische Presse fort und fort lagen hört, die verfassungsmäßige „Gleichheit vor dem Gesetze" werde dadurch erletzt, daß der jüdische Nachwuchs, namentlich der Hochfinanz, auch wenn er onst alle Qualifikationen zum Offizier habe, doch nicht zu diesem Berufe zuelassen würde. Die „Qualifikationen zum Offizier" sind an und für sich eine robe Verletzung der verfassungsmäßigen „Gleichheit vor dem Gesetze", und venn schon einmal die Verfügung über die Machtmittel des Staates in den Händen einer besonderen Kaste liegen soll, so ist gegenüber diesen schreienden Vor- und Unrechten wirklich nicht erst der Rede wert, ob sich diese Kaste nun uch noch gegen einige Leute absperrt, an deren Nasen sie einen lächerlichen Anstoß nimmt. Das Gleichnis vom Splitter und Balken wird wörtlich wahr, venn man in der kapitalistischen Presse eher hundert Klagen über den Ausschluß der Juden vom Offizierkorps, als eine Klage über die Ausschließlichkeit iner besonderen Offizierskaste findet. Man hat kein Recht, den Märtyrer zu pielen, wenn man nicht die Beseitigung eines Vorrechtes, sondern nur die Teilnahme an einem Vorrecht verlangt, ohne sie zu erhalten.

Deshalb macht es durchaus keinen imponierenden Eindruck, wenn die Hochfinanz die Bewilligung des Zehnmillionenfonds mit der etwas sehr trivialen

Redewendung ablehnt: Haut ihr meinen Juden, so hau' ich euren Junke
Hätte sie geantwortet: Laß sie betteln gehn, wenn sie hungrig sind, so ließe si
das schon eher hören. Aber das hat sie nicht geantwortet und das wird s
auch nicht antworten. Wir haben keinen Anlaß, auf die famose Finanzoperatio
näher einzugehen, und auch nicht einmal die Möglichkeit, zu unterscheiden, wa
an ihren Einzelheiten bloßer Klatsch und was tatsächliche Wahrheit ist. Abe
der Kern der Geschichte, an dem kein Zweifel besteht, nämlich das dem große
Kapital gestellte Ansinnen, den „historischen Familien des alten Preußens“ di
Möglichkeit des Offiziersdienstes zu erhalten, ist kein „Skandal“ in dem Sinn
daß es sein könnte oder nicht sein könnte, sondern eine durchaus logische En
wicklung der Dinge. Je mehr die kapitalistische Entwicklung das ostelbisch
Junkertum entwurzelt, um so dringenderen Anlaß haben ihre Träger, darau
zu achten, sich die Truppe zu sichern, die am letzten Ende denn doch nach ihre
eigenen Ansicht ihre Geldschränke schützen soll.

Von unserem Standpunkt aus brauchen wir uns über die ganze Affär
nicht aufzuregen. Was geht uns denn „der alte Charakter des preußische
Offizierkorps“ an, der nun durch den Kapitalismus vernichtet werde, oder wi
die tönenden Worte sonst lauten? Es ist der historische Beruf des Kapitalismus
alle ehrwürdigen Traditionen zu zerstören, und je gründlicher er dabei verfährt
um so günstiger ist es für uns. Der Schein, als wäre das Offizierkorps ein
nationale Einrichtung, die notwendig sei für die Selbständigkeit und Unab
hängigkeit der Nation, ist für uns viel gefährlicher, als wenn vor aller Wel
Augen liegt, daß es ein Werkzeug des Kapitalismus ist.

Möglich, daß der ganze Plan noch einmal vertagt wird, um den für der
Augenblick arg erschreckten Philister allmählich daran zu gewöhnen. Aber e
wird wiederkehren, in dieser oder jener Form. Denn wenn es beim alten
preußischen Absolutismus nach dem Worte Bismarcks hieß, mächtiger als der
König sei das Offizierkorps, so heißt es im neuen deutschen Imperialismus
mächtiger als das Offizierkorps ist der Drang und Sturm der kapitalistischen
Entwicklung.

Die internationale Organisation des Kleinbürgertums.

Von **Georg Stickloff.**

III. (Fortsetzung.

Man kann sagen, die Frage der Konsumgenossenschaften lastete wie ein
Alp auf den Seelen der Kongreßteilnehmer und verhinderte sie, die Dinge zu
sehen, wie sie wirklich liegen; die bloße Erwähnung dieser friedlichen Konsum-
gesellschaften wirkte auf sie wie das rote Tuch auf den Stier und verhüllte
ihnen alle anderen Fragen hinter einer Wolke von Empörung. Die Kongreß-
berichte sind voll von der Genossenschaftsfrage; sie schlagen alle nur denkbaren
Arten von Repressivmaßregeln vor und denken gar nicht daran, wie wider-
gesetzlich die Anwendung solcher Repressivmaßregeln wäre, und daß sie dem
Kleinbürgertum mehr schaden als nutzen würde. Ein paar schüchterne Stimmen
erhoben sich wohl, nicht zugunsten der Genossenschaften, sondern um sich über

ie übertriebene Bedeutung zu beklagen, die man diesen beilegte, und über die bsurdität einiger dieser Maßregeln, aber sie wurden niedergeschrien, und die ir gewöhnlich so friedliche und so eintönige Versammlung verwandelte sich in ne Versammlung von aufgeregten Leuten mit leidenschaftlichen Zügen, mit ballten Fäusten und drohenden Gesten. Diese Wutepidemie würde uns unerständlich erscheinen, wenn wir nicht wüßten, welche Hand sich hinter den ulissen verbirgt und diese aufgeregten Marionetten tanzen läßt.

Wenn man zum Beispiel die Erklärung liest, die dem Antwerpener Konreß von der „Association des commerçants de la Louvière“ (einer kleinen tadt im Arrondissement Soigny, Provinz Hennegau) überreicht wurde, dann eginnt man zu verstehen, warum die kleinbürgerliche Bürgergarde ohne jeden nlaß auf die Manifestanten des Borinage während des Generalstreiks 1902 uerte. So voll von Übertreibungen ist diese Erklärung, so sehr atmet sie Haß nd Abscheu. „In dem Zentrum (Belgiens) nämlich, da wo die erste und ächtigste der sozialistischen Genossenschaften ihren Sitz hat, führen die zahlichen Wagen, die das Brot in die Häuser liefern, alles mögliche mit sich bis Apothekerwaren wie Vaniers Sirup, Chinawein usw. . . ., die zu billigeren reisen als von den Apothekern an jedermann, ob Genossenschafter oder nicht, erkauft werden. Freilich konnte die Regierung, als sie den Genossenschaften re Privilegien verlieh, nicht vorhersehen, daß derartiger Mißbrauch begangen erden würde, aber mit welchen Mitteln soll man jetzt, wo das Übel einmal orhanden ist, dagegen ankämpfen? Mit neuen Gesetzen? Werden sich die Geossenschaften danach richten? Es ist vorauszusehen, daß alle die Mißbräuche rtbestehen werden. Fühlt sich nicht die sozialistische Partei wie ein Sieger einem unterworfenen Lande, sicher, in kurzer Frist die öffentliche Gewalt zu obern? Ist nicht das Benehmen ihrer Parlamentsabgeordneten ein Beweis ir die Richtigkeit des hier Gesagten?“ [1]

Ganz besonders lebhaft wurden auf dem Kongreß die Konsumgenossenschaften er Beamten angegriffen. Es ist merkwürdig, zu hören, in welchem Tone das leinbürgertum, das doch sonst den Behörden gegenüber so respektvoll ist, von en Beamten spricht, sobald die geheiligten Interessen des Einkommens auf em Spiele stehen. „Faulenzer“, „Budgetfresser, die das Budget ernähren uß“, „Parasiten“ usw., solche Epitheta wurden der Bureaukratie entgegenschleudert. Und der Bericht des „Syndicat général des voyageurs“ schließt it den Worten: „Nieder mit den Privilegien! Nieder mit den Genossenchaften der Staatsbeamten!“ (Antwerpener Kongreßbericht, S. 242 ff.)[2] Das leinbürgertum argumentiert so: „Wir ernähren sie, also ist es nicht mehr wie illig, daß sie uns dazu verhelfen, unseren Lebensunterhalt zu verdienen.“ Und as vom Standpunkt der Moral und der „reinen Gerechtigkeit“. Aber die praktische Vernunft“, wenn man so sagen kann, führt zu noch anderen Erägungen. Auf dem Kongreß wurde ein Brief des Exministers de Bruyn 1888), nachmaligem Bürgermeister von Termonde, an den Gouverneur von Westflandern verlesen. Nachdem de Bruyn auf die Tatsache hingewiesen, daß ie Beamtengenossenschaften schließlich zum „Verschwinden der Masse der Mittelschichten“ führten, fährt er fort: „Ist das gut für unsere konservativen Prinzipien? Ich glaube nicht.“ Und der Direktor der Volksbank von Löwen,

[1] Kongreßbericht, S. 218.

[2] Wir müssen bemerken, daß in Belgien die Beamtengenossenschaften bei weitem nicht o in Blüte stehen wie in anderen Ländern, zum Beispiel in Deutschland.

Herr Tits, drückte sich auf dem Kongreß so aus: „Wie ich bereits bei ve schiedenen Gelegenheiten äußerte, würde es, wenn man alle Arbeiter und al Angestellten zu Genossenschaftern machen könnte, unweigerlich dazu komme daß die (kleine) Bourgeoisie verschwände, diese Kategorie von Bürgern, die ich u bedenklich als bemitleidenswert bezeichnen möchte, weil sie stets den größten Te der öffentlichen Lasten getragen hat, weil sie bis jetzt nur wenige Verteidig gefunden hat, weil sie vom Gesetzgeber nicht beschützt worden ist und weil s trotzdem für die Staatseinrichtungen, die Dynastie und die Religion die größ Ergebenheit bewahrt, wie sie auch am meisten zur Aufrechterhaltung der Or nung beigetragen hat“ (Bericht, S. 124).

Hieran schließen sich Erwägungen anderer Art. Gegen die Arbeiter läs sich nichts unternehmen (obwohl, wie wir später sehen werden, auch Mitt gegen sie existieren). Jedem, der ein öffentliches Amt bekleidet,[1] kann ma einfach jede Beteiligung an Genossenschaften verbieten.[2] In Namur wurd vielfach vorgeschlagen, jeder vom Staate bezahlten beamteten Person zu ve bieten, sich an einer Konsumgenossenschaft zu beteiligen, sei es selbst als einfache Mitglied. Bei dieser Gelegenheit ereigneten sich stürmische Skandalszenen, un nur schwer drang der Präsident M. de Bruyn mit seinem Widerspruch gege die Annahme dieser Resolution durch (es wurde nur eine solche angenomme die das Verbot der Besetzung von Genossenschafts-, Direktions- und Verwa tungsposten durch Beamte fordert).

Unter anderem nahm der Kongreß eine Resolution an, worin die Ernennun einer Kommission zur Anstellung einer nationalen Enquete über die Lage d Kleinbürgertums gefordert wurde. Diese Kommission sollte Repräsentanten d mittleren Klasse, Soziologen, Männer des öffentlichen Lebens, Regierung beamte, Interessenten dieser und jener Reformen umfassen. (Eine solche wurd durch den königlichen Erlaß vom 17. April 1902 ernannt.) Mit Bezug a den Wunsch einiger Mitglieder, in die Kommission keine Beamten hineinz wählen, bemerkt der französische Abgeordnete Blondel, daß, während man hi in Belgien die Beamten als Feinde betrachte, sie in Frankreich als ein Te des Kleinbürgertums behandelt würden.[3] Und in seinem bereits zitierten Artik über das Kleinbürgertum[4] erinnert er daran, daß die Beamten (die er nebe dem Kleinhandel und der Kleinindustrie in das Kleinbürgertum verweist) nic nur auf dem Kongreß nicht vertreten,[5] sondern daß sie obendrein Gegenstan lebhafter Angriffe wären. Das kann uns nicht wundernehmen, da, wie gesag der Kleinhandel im Mittelpunkt des Interesses stand.

---

[1] Bis zu welchen Übertreibungen sich die Kongreßteilnehmer hinreißen ließen, kann ma daraus ersehen, daß der Lütticher Delegierte Petit beantragte, den Arbeitern der Staatswer stätten die Gründung von Genossenschaften zu verbieten, und zwar unter dem Vorwand, d sie ihr gutes Auskommen hätten.

[2] Im Jahre 1896 verlangte eine Gruppe von Restaurateuren aus großen französische Städten von der Regierung, sie solle den Offizieren und Beamten die Gründung von G nossenschaften untersagen. Freycinet weigerte sich das zu tun, „da ihm die Offiziere eben berechtigt erschienen wie alle anderen Personen, durch Zusammenschluß ihre Interessen bess zu wahren“ (Senatssitzung vom 27. Februar 1896).

[3] Bericht vom Namurer Kongreß, Band I, S. 176—187.

[4] Das Kleinbürgertum, „Revue sociale“, 1901, II, S. 386 ff.

[5] Blondel meint den Namurer Kongreß, aber dieselbe Sache trug sich in Antwerpe und Amsterdam zu.

Bei dem Thema Arbeitergenossenschaften beriefen sich die Redner und die Verfasser der Kongreßberichte auf deren „Mißbräuche" und beantragten gegen sie eine ganze Reihe von aggressiven Maßnahmen. Besonders sollten den Genossenschaften Gewerbesteuern auferlegt werden, und zugleich sollte ihnen untersagt sein, außer an ihre Mitglieder auch noch an andere Kunden zu verkaufen. Schließlich sollte die obligatorische Veröffentlichung der Mitgliederliste und das Verbot festgesetzt werden, ihre Einkünfte teilweise anderweitig, das heißt für politische Zwecke, zu verbrauchen.

Die Auferlegung der Gewerbesteuer und das Verbot, an Nicht-Genossenschafter zu verkaufen, sind zwei einander ausschließende Maßregeln.[1] Sobald eine Genossenschaft sich der Verpflichtung der Gewerbesteuer unterwirft, erwirbt sie dadurch allein alle Rechte des gewöhnlichen Handeltreibenden, somit auch das, ihre Ware zu liefern, an wen es ihr beliebt. Die Verwirklichung dieser Forderung würde gegen die Interessen des Kleinbürgertums selber gewesen sein. Die Folge des Verbots, an das Publikum zu verkaufen, wäre eine Vermehrung der Genossenschafter und eine Vergrößerung des Umsatzes der Genossenschaften. In der folgenden Tatsache haben wir einen Beweis dafür: In Deutschland ist durch das Gesetz vom 12. August 1896 der Verkauf an Nicht-Genossenschafter verboten. Die genossenschaftliche Bewegung aber hatte dadurch keinen Schaden und die Zahl der Genossenschafter nahm um ungefähr 30 Prozent zu. Die Zahl der Genossenschaften änderte sich nicht wesentlich (1895 1400; 1896 1409; 1897 1396), aber im Jahre 1895 hatten 490 Gesellschaften 292077 Mitglieder (Umsatz 81600000 Mark), 1896 zählte man 468 Gesellschaften mit 321186 Mitgliedern und 91500000 Mark Umsatz und 1897 489 Gesellschaften mit 403872 Mitgliedern und 96700000 Mark Umsatz. So waren denn die Resultate dieser Maßregel ganz andere, als man erwartet hatte, von der Ungerechtigkeit eines solchen Verfahrens ganz zu schweigen.

Was die Verpflichtung der Genossenschaften zur Veröffentlichung ihrer Mitgliederliste betrifft, so besteht über den geheimen Zweck dieser Maßregel gar kein Zweifel für irgendwen. Man beabsichtigt damit, ein großes Spionagesystem zu organisieren. Um zu ersehen, welche Zwecke die Gegner dieser Gesellschaften verfolgen, wenn sie gegen ihre „Mißbräuche" kämpfen, braucht man nur auf den Ton der Kongreßreden zu achten und den ganzen großen Plan der geheimen Überwachung der Genossenschaften anzusehen, den der Vorsitzende der ersten Sektion auf dem Antwerpener Kongreß[2] skizziert hat. Interessant war es, als Portelange aus Brüssel dem Vorsitzenden vorhielt, daß „es nicht Sache des Privatmanns sei, die Mißbräuche der Genossenschaften oder ihre Gesetzesverletzungen abzustellen, sondern Sache der Regierung", wie da der Vorsitzende als Antwort auf diese verständige Bemerkung des Redners eine ganze Reihe von erbärmlichen Ausflüchten vorbrachte: „Verteidigt euch selbst! Erwartet nicht alles von der Regierung" usw. . . . Daraus hätte das Kleinbürgertum deutlich ersehen müssen, daß die klerikale Regierung sich ganz einfach drücken will, daß es ihr nicht im geringsten einfällt, den Kleinhändlern zu helfen, und daß sie vor allem nur ihre politischen Zwecke im Auge hat.

[1] In Frankreich und Deutschland ist es den Konsumgenossenschaften verboten, an Nichtmitglieder zu verkaufen.

[2] Kongreßbericht, S. 273 ff.

Wie will man die Listen verwenden? Pyfferoen, einer der Organisatore der kleinbürgerlichen Bewegung, also im vorliegenden Falle ein mehr als un parteiischer Zeuge, gibt uns darüber Auskunft: „In Gent hat man den Kamp gegen die Genossenschaften und ihre Kunden bis zum Exzeß getrieben. Ma hat versucht, die Genossenschaften oder ihre Kunden zu boykottieren. Man ga die Namen einiger der letzteren, besonders aus der wohlhabenden und reiche Bourgeoisie, öffentlich bekannt; man folgte den Brotausträgern, um die Kund schaft auszuspionieren. Es ist außer Zweifel, daß man gegen einen bescheidene Arbeiter, kleinen Angestellten oder Handwerker noch überzeugendere Argument anwenden kann, als Spionage und Denunziation. Hektor Lambrechts sieh sich gezwungen, zu gestehen, obwohl er ein entschiedener Anhänger des Klein bürgertums ist, daß „es unlauterer Wettbewerb wäre, erlangten die Kleinhändle die Mitgliederliste einer Konsumgenossenschaft, die doch zugleich die Liste ihre Kundschaft ist“.[1]

Schließlich die Verwendung eines Teiles der genossenschaftlichen Einkünft zu fremden, außerhalb ihrer Ziele liegenden Zwecken. Aber hier haben wi es vielleicht mit einem der sonderbarsten Züge des kleinbürgerlichen Tempera mentes zu tun, der fürs erste als psychologisches Rätsel erscheinen könnte, de aber, wenigstens soweit es aus diesen internationalen Kongressen hervorgeht klar enthüllt, welche Interessen die kleinbürgerliche Bewegung in Wirklichkei verteidigt. Man weiß, daß manche Genossenschaften (besonders in Belgien einen Teil ihrer Überschüsse für politische Zwecke, zur Unterstützung der Arbeiter partei, ausgeben. So haben zum Beispiel in Frankreich die Genossenschafte des Nordens die französische Arbeiterpartei unterstützt, und bis heute ist diese Departement die Hochburg der Arbeiterbewegung geblieben. Die Rolle de belgischen Genossenschaften, wie „Vooruit“ in Gent, „Maison du Peuple“ in Brüssel, „Progrès“ in Jolimont, „Werker“ in Antwerpen usw. ist bekannt Das Brüsseler „Maison du Peuple“ allein gibt der Partei jährlich 25000 bis 30000 Franken.

Wenn das Kleinbürgertum die Dinge ein wenig mehr vom ökonomischen Standpunkt aus betrachtet, und wenn es sich nicht lediglich mit der Wahrung seiner rein beruflichen Interessen beschäftigt hätte, so hätte es sich nicht darum zu bekümmern brauchen, was für einen Gebrauch die Genossenschaften von ihren Einkünften machen. Man könnte sagen, die von den Genossenschaften der Arbeiterpartei gewidmete Unterstützung ist in ökonomischer Hinsicht für die Kleinhändler eher nützlich als schädlich. Denn zugegeben, daß es möglich wäre, auf gesetzlichem Wege die Genossenschaften zu verhindern, einen Teil ihrer Überschüsse einem politischen Zwecke zuzuwenden, so könnte dies dem Kleinhandel nur schaden, denn es würde den Genossenschaften gestatten, die Preise ihrer Waren noch weiter herabzusetzen oder aber ihre Dividende zu erhöhen: sowohl dieses als jenes würde ihnen neue Mitglieder und eine noch zahlreichere Kundschaft zuführen und dem Kleinhandel neue Schädigungen zufügen. Und wenn trotz alledem die Händler wutschäumend die Abschaffung dieses „Privilegiums“ der Genossenschaften verlangen und so eifervoll die armen Arbeiter gegen die „Tyrannei“ der Konsumgenossenschaften in Schutz nehmen, die sie zwingen, zugunsten irgendeiner Arbeiterpartei auf einen Teil ihrer Überschüsse zu verzichten, so ist es offensichtlich, daß mit alledem das Kleinbürgertum Interessen fördert, die ihm selbst durchaus fremd sind.

[1] H. Lambrechts, „Le probleme social de la petite bourgeoisie“, S. 206—207.

Und dabei würde ein derartiges Einschreiten des Gesetzgebers zu gar nichts …ühren. Man darf nicht vergessen, daß, wie Delvaux auf dem Internationalen …andels- und Industriekongreß in Brüssel (September 1897) sehr richtig sagte, …ie Arbeiter ja nicht gezwungen werden, in die politischen Konsumgenossen…haften einzutreten; wenn sie es tun, so geschieht das freiwillig; sie …issen im vorhinein, daß sie auf einen Teil des Überschusses ver…chten müssen, der ihnen aber als politische Propaganda wieder zu…te kommt, und ich finde diesen Gebrauch, den sie von ihrem Gelde machen, …cht vornehm."

Außer diesen Erwägungen, die die Ungerechtigkeit der vorgeschlagenen Maß…gel deutlich beweisen, darf man auch nicht vergessen, daß ein soziales Be…rfnis sich immer einen Weg zu bahnen weiß, daß es sogar Mittel findet, …n das Gesetz zu umgehen, wenn es sein muß. Das führte der Antwerpener …dvokat de Meester auf dem ersten internationalen Kongreß des Kleinbürger…ms an.[1] Wenn das Gesetz den Genossenschaften verbietet, einen Teil ihrer …berschüsse für einen politischen Zweck zu verwenden, so können diese Gesell…haften eine fingierte Bilanz veröffentlichen, worin große Gehälter für ihre …irektoren figurieren usw. Und was wollte das Gesetz nun wirklich dagegen …achen, wenn zum Beispiel der „Vooruit" seinem Direktor Anseele 10000 Franken …ehalt pro Jahr aussetzte und dieser aus freien Stücken sie dann der Partei …pferte? Bei der allgemein bekannten Rechtschaffenheit von Anseele und …inen Waffengefährten und bei der Hingebung, die sie für die Arbeitersache …gen, würde ganz sicher auch nicht ein Centime dem Zwecke entzogen, für …n er bestimmt ist.

Die intelligenten Ideologen des Kleinbürgertums stimmen in der Über…ugung überein, daß die gegen die Genossenschaften gerichteten Repressiv…aßregeln ihr Ziel verfehlen. Wenn also diese intelligenten Ideologen vom …chlage der Pyfferoen, Funck-Brentano, Brants oder Lambrechts es gewöhnlich …rziehen, zu schweigen oder gar ihre Stimme mit in dem aufgeregten Chor …r Kleinhändler erklingen zu lassen, so kommt das daher, daß kein Ideologe …ch für lange Zeit über das Niveau der von ihm vertretenen Klasse zu erheben …rmag; andererseits daher, daß die reaktionären Parteien, denen diese Ideo…gen entstammen und die sie inspirieren, die Unzufriedenheit des Kleinbürger…ms zu nähren und die Blitze ihres Zornes von den wahren Urhebern ihrer …otlage abzuwenden gezwungen sind.

Um gerecht zu sein, müssen wir ja sagen, daß von Zeit zu Zeit in der …iteratur dieser Partei und bisweilen auf Kongressen sich vernünftige Stimmen …hoben haben, welche versuchten, das Kleinbürgertum von unüberlegten Hand…ngen zurückzuhalten und sie von der Begeisterung für Repressivmaßregeln …nd Verbotspolitik abzubringen. Aber diese schüchternen Stimmen wurden …fort durch entrüstetes Murren zum Schweigen gebracht, und die Autoren …ieser verständigen Warnungen mußten manchmal gar noch Beleidigungen ein…ecken. Auf dem Namurer Kongreß[2] wurde Gilain, als er seine Stimme zu…unsten der Genossenschaften erhob, in der gröbsten Weise unterbrochen: Er …ihrte nämlich folgendes aus: „Warum soll man nicht noch weiter gehen und …n ganzen ökonomischen Fortschritt schlechthin bekämpfen? . . . Geht es denn …n, am Beginn des zwanzigsten Jahrhunderts sich gerade auf den Kampf

[1] Kongreßbericht, S. 255—257.

[2] Bericht des Namurer Kongresses, Band I, S. 172 ff.

gegen die Genossenschaften und die Gewerkschaften zu werfen? (Lärm u heftige Unterbrechung.) ... Besonders aber vergessen Sie nicht, daß nichts nützt, sich einer Idee auf dem Marsche entgegenzustellen."

Aber dieser eine, der da voll unbefangenen Erstaunens sprach, blieb Prediger in der Wüste. Die Kongreßteilnehmer standen unter der Leitu einer resoluten Hand, die wohl wußte, was sie wollte. Als einer der De gierten, der ebenfalls nicht ganz auf dem laufenden war über die Geheimni der hohen Politik, bemerkte, daß die den Genossenschaften gemachten Vorwü ebensogut auch an die Aktiengesellschaften, ja sogar an gewisse Privateige tümer großer Magazine, wie zum Beispiel das Haus Delhaize gerichtet werd könnten, da rief ihm der Delegierte von Tournai, Gahide, zu:[1] „Nein, de die Delhaize treiben keine Politik!" Also da liegt der Hund begraben. Hi nach kann man sich nicht wundern, wenn man einen Architekten aus Vervie Herrn Meunier, die Meinung äußern hört: „Daß man den Genossenschaft nicht gestatten dürfte, ihrem Etablissement ein Café anzufügen. ... Diese Caf sind die Zusammenkunftsorte, wo fortwährend über Politik gesprochen wird.

Ja, die Delegierten vertraten sogar sehr oft ganz andere Interessen a die des Kleinbürgertums. Als zum Beispiel auf dem Antwerpener Kongr Maßnahmen besprochen wurden, die von der „Union suisse des Arts Métiers" ersonnen waren, um die Streiks zu beseitigen und Boykottierung vorzubeugen, da ging ein ungeheurer Ruf der Zustimmung durch die Ve sammlung: „Sehr gut!" Und als Genoud bei Aufzählung der Verdienste d Union auch das „schwarze Buch" nannte, in welches die Namen der sogenannt „Rädelsführer" eingeschrieben werden, zeigte der Kongreß unverhohlen sei Befriedigung.[3]

„Sie, in deren Händen Kapital und Arbeit vereinigt ist, werden doch nic die Gegner des Kapitals sein!" rief auf dem Antwerpener Kongreß Pyfferoe als er gegen die falschen Lehren der Leute zu Felde zog, die den „Klasse kampf" predigen. Diese Worte müßten in goldenen Lettern vor die „inte nationale Organisation des Kleinbürgertums" gesetzt werden, weil sie für d ganze Bewegung so sehr charakteristisch sind. Durch diese Tendenzen erhält d Plan, den Herr Julien Schoonheydt in Antwerpen entwickelte, eine ganz b sondere Bedeutung, der Plan, in die Industrie- und Arbeitskammern, die bish aus Unternehmern und Arbeitern bestanden, Vertreter des Kleinbürgertums a vermittelndes und ausgleichendes Element zu entsenden. Nach den Worten d belgischen Deputierten Ligy ist das Kleinbürgertum imstande, in den Konflikt zwischen Kapital und Arbeit, bei Streiks usw., die Vermittlerrolle zu spiele

---

[1] Bericht des Antwerpener Kongresses.

[2] Vergl. im selben Bericht S. 267. Der Antwerpener Kongreß nahm unter andere folgende Tagesordnung an: „Der Kongreß spricht den Wunsch aus, daß ein von ihm sel zu designierendes permanentes Komitee alle Mißbräuche, zu denen die Anwendung des G nossenschaftsgesetzes Anlaß gibt, zusammenstellen solle. Er lenkt die besondere Aufmerksamk des permanenten Komitees auf die Beamtengenossenschaften. Er spricht den Wunsch au daß das permanente Komitee für den nächsten Kongreß einen Vorentwurf ausarbeiten mög der die am Genossenschaftsgesetz anzubringenden Modifikationen enthalten solle." Dies das permanente Komitee, welches verlangt hatte, daß eine Kommission mit einer national Enquete über die Lage der mittleren Klassen in Belgien beauftragt werden sollte. Die Kommission wurde im April 1902 ernannt.

[3] Antwerpener Kongreßbericht, S. 321 ff.

(S. 180, 190 und 191.) Kurz, alles weist auf das Bedürfnis hin, im Interesse ir Befestigung der gegenwärtigen Gesellschaft eine Pufferklasse zu schaffen, elche die allzu heftigen und allzu plötzlichen Stöße, die aus den Kollisionen ir beiden fundamentalen Klassen der kapitalistischen Ordnung resultieren, zu ildern vermag.

Das war das Grundthema und der Grundton, der sich durch diese Kon-esse zog. Es wurden wohl auch andere Fragen dort erörtert, zum Beispiel e des Fachunterrichtes, des Kredits, der gewerkschaftlichen Organisation. Aber ibei findet sich schon nicht mehr dieser Enthusiasmus und diese Einstimmigkeit r Ansichten. Es ist interessant festzustellen, daß, während einige Redner be-upteten, man solle lieber, anstatt die Genossenschaften anzugreifen, „ihnen ssere gegenüberstellen", andere sich ganz entschieden gegen die Schaffung von onsumgenossenschaften durch das Kleinbürgertum aussprachen und die Ein-chtung von Produktivgenossenschaften empfahlen. Diese Handlungsweise steht vollkommener Harmonie mit der Politik der „Ligue Démocratique" und mit r belgischen katholischen Partei überhaupt, die die Konsumgenossenschaften rchtet wie der Teufel das Weihwasser. Diese Partei, die aus Gründen olitischer Konkurrenz nur dort zur Errichtung von Konsumgenossenschaften it, wo solche bereits seit langen Jahren existieren und wo der genossenschaft-che Gedanke schon tief Wurzel gefaßt hat (Gent, Charleroi), trägt kein Be-nken, den kleinen Handwerkern die Gründung von Produktivgenossenschaften nd ähnlichen Unternehmungen anzuempfehlen (Vereinigungen zum gemeinsamen inkauf der Rohmaterialien und zum gemeinschaftlichen Verkauf des Fabrikats, olksbanken usw.).[1]

Die intelligentesten unter den Vertretern des Mittelstandes versuchen ihm ie Überzeugung beizubringen, daß er nicht durch einen ausschließlich gegen die Genossenschaften gerichteten Kampf seine Lage verbessern kann, sondern im Gegenteil durch die Praxis der Vergesellschaftung und Vergenossenschaftlichung. lber trotz der ziemlich ansehnlichen Erfolge dieser Gesellschaften aller Art in Deutschland, ist es sehr schwierig, in den Kopf des Kleinbürgers, der den Individualismus mit der Muttermilch eingesogen hat, diese Ideen hinein-ubringen. Der Genter Rechtsanwalt de Cuyper nannte auf dem Kongreß[2] ie Vereinigung das „Kriterium der Lebensmöglichkeit" einer sozialen Klasse.

Aber Herr Pyfferoen mußte ebenso gestehen, wie der holländische Minister-räsident in der Kammer im Dezember 1901 getan, daß die Arbeiterklasse die Vorteile der Vereinigung besser zu schätzen weiß als die Bourgeoisie, und daß ie in dieser Beziehung der letzteren weit überlegen ist.[3] Die Versuche, gegen ie traditionelle Engherzigkeit und den bornierten Egoismus des Kleinbürger-ums anzukämpfen, hatten keinen nennenswerten Erfolg. So nahm der Amster-amer Kongreß (zum drittenmal) einstimmig eine Resolution an, die beantragte, en Beamten zu verbieten, daß sie Direktions- oder Verwaltungsstellen bei Genossenschaften bekleiden; dagegen fand der folgende Antrag (der schließlich uch angenommen wurde), sich zu Vereinigungen für den Einkauf des Roh-naterials zusammenzuschließen, bei weitem nicht dieselbe Sympathie und Ein-

[1] Betreffend die Ansichten der katholischen Partei über die Genossenschaften vergl. Bertrand, „Histoire de la coopération en Belgique". II. S. 260 bis 281 und 600 bis 618. Brüssel 1903.

[2] Antwerpener Kongreßbericht, S. 306.

[3] La Petite Bourgeoisie aux Pays-Bas, S. 56.

stimmigkeit. Und der Antrag, nationale Vereinigungen bürgerlicher Kleinka leute zu organisieren, wurde nur unter der Bedingung zugelassen, daß di Vereinigungen einen föderativen Charakter haben sollten, und den lokal Gruppen ihre Autonomie unbenommen bliebe.

Es ist sehr interessant zu beobachten, wie sich, sobald die Frage auf d Boden der Wirklichkeit gestellt wurde, die inmitten des Kleinbürgertums t stehenden Widersprüche enthüllten, die Widersprüche zwischen den Interess derjenigen seiner Mitglieder, welche den „beati possidentes" näherstehen, u derjenigen, die mit dem Proletariat mehr Berührungspunkte haben, besonde der Angestellten. (Auf dem Namurer Kongreß hatten diese einen oder zw Delegierte.) Ein gewisser Herr Boux-Dewandres (aus Brüssel) sprach geg den Antrag, der empfahl, kleinbürgerliche Syndikate großen Stiles zu organ sieren. Er suchte zu beweisen, daß die Schaffung derartiger Syndikate nu den Sozialisten zugute kommen würde (die ja immer der Wauwau auf de kleinbürgerlichen Kongressen sind), und zitierte die Worte Vanderveldes: „ mehr Genossenschaften und sonstige Gesellschaften sie gründen, desto mehr a beiten sie dem Sozialismus in die Hände."

Dieses Argument hielt Herr Boux-Dewandres für unerläßlich zur Wahrun der Interessen der von ihm vertretenen sozialen Gruppe. Die kleinbürgerlich Syndikate, erklärt er, werden den Großhandel töten, und da die von Klei bürgern gebildeten Syndikate nicht so viele Angestellte brauchen wie die groß Unternehmungen, so wird die Masse der jetzt von diesen beschäftigten Angestellte dann brotlos aufs Pflaster geworfen.[1]

Dieser kaum angedeutete Interessenkonflikt brach da ab und verlor sich s zusagen in dem Getöse der allgemeinen Erklärungen der „Harmonie". Un dennoch hatte er seine Bedeutsamkeit. Wie absurd auch die Argumente d Herrn Boux-Dewandres sein mögen, so enthüllte doch seine Rede das Vo handensein eines Zwiespalts, der von den Vertretern der fortschrittlichen Idee mit der Zeit vergrößert werden kann, bis eine tiefe Kluft und schließlich ei ganzer Abgrund sich zwischen diesen zusammengewürfelten sozialen Elemente auftut, die man heute unter der ziemlich unbestimmten Bezeichnung „Klei bürgertum" begreift, die aber sehr verschiedenartige, oft sogar ganz entgegen gesetzte Interessen haben.

Man unterhielt sich auf diesen Kongressen viel über den Kredit. Ei dekadente Klasse ist geneigt, die Ursachen ihrer elenden Lage nicht in den ök nomischen Grundgesetzen der Entwicklung, sondern in den „kleinen Fehlern de Mechanismus" zu suchen. Die Lieblingsthemata des Kleinbürgertums ware immer Beschwerden über die „schlechte Organisation" des Kredits und über di Notwendigkeit, ein System eines billigen Volkskredits zu schaffen. Aber di „privilegierte" Lage des großen Kapitals, gegen welche das Kleinbürgertu unaufhörlich murrt, ist in Wahrheit nur seine n o r m a l e Lage. Nicht weil di Gesetzgebung das Großkapital schützt, besitzt dieses einen größeren und wenige kostspieligen Kredit, sondern weil das G r o ß k a p i t a l das ökonomische Lebe unserer Zeit beherrscht. Und im Gegenteil ist auch die Tatsache, daß der Kredi für das Kleinbürgertum schwer zugänglich oder ihm nur zu Wucherbedingunge zugänglich ist, ein Beweis für den Verfall dieser Klasse, für den Rückgang ihre ökonomischen Bedeutung.

---

[1] Bericht des Namurer Kongresses. I. S. 145.

Die kleinbürgerlichen Kongresse verbreiteten sich auch über die Notwendig[ke]it einer Ausdehnung der „Volksbanken“, die dazu bestimmt sein sollen, dem [Kl]einbürger einen billigen persönlichen Kredit zu gewähren. Aber die Ideologen [die]ser Bewegung mußten bekennen, daß bisher die Gründungen dieser Art noch [ke]ine besonders guten Resultate geliefert hätten; diese famosen „humanitären“ [Vo]lksbanken pflegen, wenn sie nicht ganz verkrachen, sich in ganz gewöhnliche [fin]anzielle Unternehmungen zu verwandeln. Hieran allein kann man die [S]chwierigkeiten erkennen, an denen der Weg des bequemen Volkskredits reich [is]t. Ganz und gar gerichtet werden aber die Institutionen dieser Art durch [de]n von einigen kleinbürgerlichen Theoretikern ausgesprochenen Wunsch, den [Vo]lksbanken einen „philanthropischen“ Charakter zu verleihen. Hektor Lambrechts [zu]m Beispiel kommt auf Grund des Studiums zahlreicher Tatsachen zu fol[ge]ndem Schlusse: „Ich bin der Meinung, daß der Kleinkredit niemals seine [wa]hren Resultate sozialer Verbesserung hervorbringen kann, wenn er nicht wie [ei]n Liebeswerk unternommen wird, in der einzigen Absicht, den Schwachen [be]izustehen, wenn er nicht fortgeführt wird wie ein Liebeswerk, durch die [u]neigennützige Arbeit und einen Wetteifer an Hingabe, wenn er nicht wie ein [Li]ebeswerk zu seinem Endziel geführt wird, die größtmögliche Summe sozialen [W]ohles zu verwirklichen.“[1]

Die andere Seite der Kreditfrage sieht kaum erfreulicher aus. Der Klein[hä]ndler begnügt sich nicht damit, sich etwas zu borgen, er verleiht auch. Die [gr]oßen Magazine verkaufen, bis auf einige unbedeutende Ausnahmen, nur [ge]gen bar, der kleine Kaufmann verkauft in der Regel auf Kredit. Und zwar [ni]cht nur an seine Arbeiterkundschaft, sondern auch an seine wohlhabende Kund[sch]aft. In Europa herrscht vielfach der Brauch, die Lieferanten erst am Ende [de]s Jahres zu bezahlen. Van der Cruyssen, der Sekretär des Syndikats der [T]apezierer in Gent, schildert sehr treffend die Lage des kleinbürgerlichen Ge[sch]äftsmanns und seine geschäftlichen Beziehungen zu den aristokratischen [F]amilien, die den Kunstgriff anwenden, vorzugsweise bei den Lieferanten ihres [V]iertels, den Modewarenhändlern, Tapezierern, Schneidern, Möbelhändlern usw. [zu] kaufen.[2] Da die Kundschaft eines solchen Mannes aus sehr reichen und [da]her sehr launenhaften Leuten besteht, so ist er gezwungen, eine ziemlich große [A]uswahl von Waren vorrätig zu halten, mehr Angestellte zu engagieren, als [er] eigentlich braucht, und die dann sechs Tage in der Woche nichts zu tun [ha]ben, aber stets bereit sein müssen, die Wünsche der Komtesse X. oder der [F]rau Soundso zu erfüllen. Er muß auch ein anständiges Lokal haben, denn [d]iese Damen haben es nicht gern, in ein Loch kommen zu müssen“ (sic!) usw. [I]st aber der Augenblick des Zahlens herangekommen, so vertröstet man ihn [in]s Unendliche: „Wir bezahlen Neujahr“, sagt die gnädige Frau. Und der [K]aufmann, der seine Waren, wenn sie vom Ausland stammen, nach 30 Tagen [v]iel, wenn sie im Inland gekauft sind, nach drei Monaten zu bezahlen hat, [m]uß bedeutende Summen auslegen und diesen Leuten Kredit gewähren. [O]der: „die gnädige Frau ist plötzlich nach Ostende gereist und bleibt vierzehn [T]age fort und der gnädige Herr ist auch verreist“ oder auch „die Pachtzinsen [si]nd noch nicht angekommen“. Dagegen protestieren, würde für den kleinen

---

[1] „Le Problème social“, S. 376.

[2] Diese Fraktion des Kleinbürgertums stellt eine solide Stütze dar für die reaktionären [P]arteien aller Länder (in Frankreich zum Beispiel für die royalistische Partei).

Geschäftsmann gleichbedeutend sein mit dem Verlust eines vorteilhaften Kund
auf Zahlung bestehen, das wäre für den gnädigen Herrn und die gnäd
Frau eine tödliche Beleidigung. Was? Sie haben kein Vertrauen zu un
Dabei riskiert man, den guten Kunden zu verlieren — wie soll man sich n
da herausfinden!

Gegen diese Unsitte des reichen Kunden ist schon viel geschrieben und v
geredet worden; die Geistlichen haben sie zum Thema ihrer Predigten gema
und erklärt: „Auf Kredit zu kaufen, das heißt das Gesetz Christi verleugne
Aber wie oft man auch den Leuten erklärt hat, daß diese Unsitte der Mens
lichkeit, dem Christentum, ja selbst den Interessen der konservativen Par
zuwiderläuft, es hat nichts genützt. Alle möglichen Mittel wurden versuc
um diese Methode des Aufkreditkaufens abzuschaffen (zum Beispiel ein Nachl
auf den Kaufpreis bei Barzahlung und die Verpflichtung, Zinsen zu zahl
wenn die Ware erst drei Monate nach der Lieferung bezahlt wird). Verschiede
Gesellschaften wurden gegründet, um das Publikum daran zu gewöhnen, geg
bar einzukaufen. Der Baseler „Gewerbeverein“ versucht seit 1900, dieses Syst
einzuführen. Die 1878 gegründete Genter „Ligue de Commerce et de l'Industri
gibt ihren Mitgliedern Auskunft über die Pünktlichkeit ihrer Kunden im Zahl
und übernimmt kostenlos die Eintreibung der Außenstände. In Tournai wur
1897 die „Ligue de paiement comptant“ gegründet und Pyfferoen gründ
gleich nach dem Namurer Kongreß nach dem Modell des Baseler Vereins f
Belgien die „Ligue nationale du paiement comptant“. Ähnliche Versuche wurd
in Frankreich gemacht, aber das sind eben nur Palliativmittel, bei denen n
obendrein die Gefahr besteht, daß sie sich gegen das Kleinbürgertum sel
kehren. Selbst wenn man annimmt, daß es diesem jemals gelingen wird, d
Hinausschieben der Bezahlung auszurotten, was aber wenig wahrscheinlich i
so riskiert es, einen großen Teil seiner gegenwärtigen Kundschaft an die Ware
häuser zu verlieren, die niedrigere Preise und eine größere Auswahl von War
haben. Dann aber wäre das Heilmittel schlimmer als das Übel.[1]

Die Kongresse des Kleinbürgertums zeigten eine wirklich komische Sei
Die Arbeiterbewegung bedroht augenblicklich, wenn man die indirekte Wirku
der Arbeitergesetze ausnimmt, das Kleinbürgertum weniger, als irgend etw
auf der Welt, trotzdem lastete sie während der ganzen Dauer der Kongre
wie ein drückender Alp auf den Vorstellungen der Kongreßteilnehmer. Ander
seits aber kann man merkwürdigerweise konstatieren, daß das Kleinbürgertu
beginnt, die Taktik der Arbeiterklasse nachzuahmen, wenn auch nicht dem Wes
nach (die Siebenmeilenstiefel des Proletariats sind für die von der Rhachit
geschwächten Beine des Kleinbürgertums viel zu groß), so doch der Form na
Die internationalen Kongresse des Kleinbürgertums selbst waren nur ei
Nachahmung der internationalen proletarischen Kongresse, aber diese Nac
ahmung dokumentierte sich auch in einer Unmenge von kleinen Einzelheite
Es existieren bekanntlich „Volkshäuser“, die von den Arbeitern errichtet si
und ihnen wichtige Dienste leisten; alsbald verlangen die kleinbürgerlich
Kongresse die Errichtung von „Bürgerschaftshäusern“, nur vergaßen sie zu b

[1] Der Namurer Krongreß nahm auch eine Resolution an, welche die gesetzliche Fe
setzung der wöchentlichen Ruhepause für Handwerker, Kleinkaufleute, Angestellte und Arbei
verlangte, der Antwerpener Kongreß ebenfalls. Ferner sprach er den Wunsch aus, daß d
Angestellten, deren Einkommen 2000 Franken übersteigt, eine progressive Gewerbesteuer au
erlegt werden möge.

[be]nken, daß die Erbauung solcher Häuser der verfallenden Klasse doch nicht [di]e Homogenität und Solidarität geben kann, durch die sich die Arbeiterklasse [au]szeichnet.

Eine der Forderungen der Arbeiterklasse, die eines ihrer dringendsten Be[dü]rfnisse zum Ausdruck bringt, ist die Schaffung gesunder und billiger Arbeiter[w]ohnungen; der Namurer Kongreß verlangt „Modifikationen an dem Gesetz [üb]er wohlfeile Wohnungen, derart, daß das Kleinbürgertum daraus Vorteil [zi]ehen kann“. In Belgien, England, Frankreich und Deutschland gibt es auf [de]n Eisenbahnen „Arbeiterzüge“ und „ermäßigte Arbeitertarife“; der Namurer [Ko]ngreß verlangt „die Gleichstellung der Geschäftsreisenden mit den Arbeitern [be]züglich der Wochenkarten auf den Eisenbahnen“. Die Arbeiter gründen alle [Ar]ten von Organisationen, die sie in ebensoviele Waffen zu ihrer Befreiung [um]zubilden wissen, und die Kongresse empfehlen den Kleinbürgern, sich in [Ve]reinigungen zusammenzuschließen, fordern aber gleichzeitig, daß gegen die [Ar]beitergenossenschaften drakonische Gesetze in Kraft treten sollen.[1] (Schluß folgt.)

Der ostasiatische Krieg und die Volkswehr.

Von **Rudolf Krafft.**

Man mag es drehen und wenden, wie man will: Der ostasiatische Krieg [ha]t die Überlegenheit einer wohldurchdachten und energischen Offensive aufs [ne]ue bewiesen. Er hat jene Auffassung, die angesichts der heutigen Waffen[w]irkungen Angriffe im allgemeinen für undurchführbar erklärte und im An[fa]ng des Burenkriegs eine Bestätigung der Richtigkeit ihrer Anschauung sah, [gr]ündlich desavouiert. Ja er hat noch mehr bewiesen, als selbst die feurigsten [A]nhänger der Offensive auszusprechen wagten: Bis zum russisch-japanischen [Kr]iege hielt es niemand für möglich, daß man kolossale Feldbefestigungen, die [pe]rmanenten Festungswerken nur wenig nachstehen und mit allen Mitteln der [he]utigen Waffentechnik verteidigt werden, in acht bis vierzehn Tagen nehmen [kö]nne, ohne über eine bedeutende Übermacht zu verfügen. Und dabei waren [di]e Verluste der japanischen Armee verhältnismäßig nicht groß. Vom [m]enschlichen Standpunkt ist es freilich furchtbar, wenn von 350000 Mann [..]000 getötet oder verwundet werden, aber der Militärsmann, der ebenso wie [de]r Geldspekulant nur abwägt, ob mit dem Verlust zugleich auch ein großer [G]ewinn erzielt wird, kann eine solche Einbuße keineswegs als abnorm ansehen. [U]nd zwar um so weniger, als die großen Schlachten im ostasiatischen Kriege [ei]ne Reihe von Tagen dauerten. Die deutsche Armee hatte im Jahre 1870/71 [ni]emals solche Positionen zu nehmen wie die Japaner bei Liaujang und [M]ukden, auch war die Bewaffnung viel geringwertiger — die französische

[1] Die kleinbürgerliche Psychologie mit ihrer Tendenz sich abzuschließen, gab sich auch [w]ieder auf diesen internationalen Kongressen kund. Kein internationaler proletarischer Kongreß [w]ürde sich erlaubt haben, eine Steuer auf den Arbeitslohn der Ausländer zu beantragen. [Un]ser letzter, 1904 in Amsterdam abgehaltener internationaler Kongreß beauftragte die [so]zialistischen Parlamentsmitglieder, die Abschaffung sämtlicher Ausnahmegesetze gegen aus[lä]ndische Arbeiter zu verlangen. Der zweite Kongreß des Kleinbürgertums dagegen tat das [G]egenteil: er verlangte, daß den ausländischen Geschäftsreisenden bei ihrem Eintritt in [be]lgisches Gebiet eine Zusatzsteuer auferlegt wird! Jagt nur die Natur zur Tür hinaus, [si]e wird durchs Fenster wieder zurückkommen!

Artillerie schoß noch mit Vorderladern, die deutsche Infanterie, abgesehen v
einigen mit dem Werdergewehr ausgerüsteten bayerischen Bataillonen,
miserablen Hinterladern — aber trotzdem betrugen die Verluste nicht sel
mehr als 10 und 12 Prozent. Ein drastisches Beispiel bieten hier die Dezemb
kämpfe des I. bayerischen Armeekorps. Dieses hatte vom 1. bis 11. Dezember 18
acht Gefechtstage, in denen es die Hälfte seiner Offiziere und ein Drittel sei
Mannschaften verlor! Und dabei waren keine mit Schnellfeuergeschützen u
Magazingewehren verteidigten und mit Drahtverhauen, Wolfsgruben und Min
geschützten Schanzen zu erstürmen.

Es kann also gar kein Zweifel sein, daß auch jetzt noch die planmäßi
und konsequent durchgeführte Offensive die bessere Kampfmethode ist.
Parenthese sei bemerkt, daß natürlich blinde Draufgängerei den Namen ein
planmäßigen Offensive nicht verdient. Mit ihr wird man sich, sofern nicht
Zufall hilft, immer blutige Köpfe holen.

Nun ist es unverkennbar, daß die Anhänger der Volkswehr mehr od
weniger offene Gegner des Angriffs sind. Der Grund liegt wohl darin, d
sie an die Miliz in der Schweiz denken, die nach der Lage der Dinge an ei
strategische Offensive überhaupt nicht denken kann, weil die Schweizer Repub
nur von großen Militärstaaten umgeben ist. Überschritte die Schweizer Arm
die Grenze ihres Landes, so würde sie, ehe vierzehn Tage vergingen, ein Sed
erleiden. Ein solches Schicksal bliebe ihr nur dann erspart, wenn sie verei
mit einem starken Bundesgenossen die Offensive ergreifen würde. Dies wide
spräche aber dem neutralen Charakter der Schweiz. Außerdem ist die Schw
von der Natur so begünstigt, daß sie einem Feinde auch mit der strategisch
Defensive schwere Stunden bereiten könnte. Um die taktische Offensive ab
kommt auch die Miliz der Schweiz nicht herum. Ohne sie könnte sie nic
einmal Manöver abhalten, denn eine Gefechtsübung ist nur dann möglic
wenn mindestens ein Teil eine taktisch-offensive Aufgabe hat.

Angesichts des ostasiatischen Krieges und der Abneigung der Milizanhäng
gegen den Angriff müssen wir die Frage aufwerfen, ob eine Volkswehr, w
sie uns vorschwebt, nicht auch strategisch und taktisch in der Offensive ve
wendet werden könnte.

Die Gegner der Volkswehr behaupten, daß eine aktive Dienstzeit vo
wenigen Monaten zur Erziehung tüchtiger Soldaten nicht genüge. Unter de
Verhältnissen, die jetzt im Deutschen Reiche herrschen, trifft dies allerdings z
Denn erstens wird in den deutschen Soldaten eine große Quantität unnütze
Ballastes hineingepumpt, weil man sich von dem friderizianischen Zopfe, de
allerdings vor 160 Jahren sehr berechtigt war, nicht lossagen kann. Zweiten
soll die Kaserne als Züchtungsanstalt verlässiger Hurramenschen dienen. Un
drittens kann im Deutschen Reiche, namentlich auf dem Lande, viel eher vo
einer staatlichen Jugendvernachlässigung als von einer staatlichen Jugend
erziehung gesprochen werden. Die Hauptsache scheint nicht darin zu bestehe
daß die Kinder der ländlichen Bevölkerung einen guten Unterricht in geistig
und körperlicher Hinsicht genießen, sondern darauf hinauszulaufen, daß die Guts
besitzer billige Arbeitskräfte zur Heu- und Getreideernte, zum Kartoffelklaube
und Rübenziehen erhalten. Und so kommt denn der Bauernbursche in körper
licher Hinsicht gewöhnlich als Mehlsack und in geistiger als halber Botoku
zum Militär. Die Sozialdemokratie aber fordert im Verein mit dem Übergan
zur Volkswehr auch eine gründliche Jugendausbildung in geistiger und körpe

her Beziehung. Wird in den Volks- und Fortbildungsschulen ein gründlicher nterricht erteilt, lernt schon der Knabe Turnen und der junge Mann mit sechhu Jahren das Schießen und wird in der Kaserne nur das gefordert, was an im Kriege braucht, so werden eine Präsenz von drei Monaten und später vei bis drei kurze Übungen völlig genügen, um eine Infanterie zu erzielen, e auch in der Offensive mindestens gerade so viel leisten würde wie die zige.[1] Welchen großen Vorteil eine gute körperliche Ausbildung für den ilitärischen Dienst hat, kann man an den Kadettenanstalten beobachten. Als seinerzeit aus dem bayerischen Kadettenkorps in die Truppe übertrat, war n sehr heißer August. Am ersten Tage war bei einer Gluthitze von 6 Uhr orgens bis mittags gegen 12 Uhr Regimentsexerzieren. Obwohl ich bis hin Helm und Gewehr, abgesehen von zwei bis drei Felddienstübungen im ahre, niemals länger als zwei Stunden getragen hatte und mir die Belastung it dem gerollten Mantel und dem Tornister neu war, ermüdete mich die bung nicht im geringsten. In den nächsten Wochen machte ich das Brigadeerzieren und die Manöver mit, ohne mich jemals wirklich ermüdet zu fühlen. nd so wie mir ging es allen meinen Kameraden. Es ist allerdings richtig, aß früher im bayerischen Kadettenkorps eine wahrhaft spartanische Erziehung blich war — Sommer und Winter Aufstehen um 5 Uhr und dazu eine elfündige Arbeitszeit —, aber den größten Teil der Zeit nahm doch der wissenhaftliche Unterricht in Anspruch. Auf körperliche Übungen wurden im age durchschnittlich nicht mehr als höchstens zwei Stunden verwendet.

Nun lägen aber die Verhältnisse bei den gewöhnlichen Militärpflichtigen och viel günstiger als bei den Kadetten. Die meisten künftigen Soldaten üben hon von ihrem dreizehnten und vierzehnten Jahre an einen sogenannten rperlichen Beruf aus, der sie nicht nur ein paar, sondern neun bis zehn oder enigstens acht Stunden im Tage zur körperlichen Bewegung zwingt. Ihr örper wird also in viel höherem Maße gestählt. Lernen sie Turnen, so nnen sie ihre Kraft nicht nur in der Richtung, die der Beruf erheischt, sondern uch in jeder beliebigen anderen verwenden und also auch das Exerzieren und länkeln spielend lernen, während jetzt zum Beispiel dem Bauernburschen seine meist große Körperkraft beim Eintritt in die Armee nichts hilft, weil er sie isher nur einseitig gebrauchte.

Die Kosten für eine turnerische Ausbildung der Jugend wären gewiß icht erheblich. Turnplätze finden sich jetzt schon in den meisten größeren Orten. okale, in denen auch im Winter geturnt werden kann, wären leicht zu haben. Ind die Dörfer, die über Turnplätze nicht verfügen, könnten sich solche leicht erschaffen. Zwei Recke, zwei Barren, zwei Sprunggestelle mit Sprungbrettern nd ein Klettergerüste würden kein Vermögen kosten. Eventuell könnte der Staat, der ja für die Aufbesserung von Ministergehältern, für Orden, für die Restaurierung alter Burgen und ähnliche Zwecke so viel Geld hat, mit seinen igenen Mitteln ganz oder teilweise einspringen. Turngelegenheit wäre also ehr leicht zu schaffen. Und der Turnzwang für alle gesunden Knaben und Jünglinge wäre auch leicht einzuführen. An Turnlehrern würde es ebenfalls

[1] Auch für die technischen Truppen würde eine ähnlich kurze Präsenz genügen, wenn an ihren Ersatz nur aus Arbeitern und Handwerkern nähme, die durch ihren Zivilberuf it den bei den technischen Truppen nötigen Arbeiten vertraut wären. Bei den berittenen Truppen wäre allerdings eine längere Präsenz nötig, aber sechs bis sieben Monate würden ewiß hinreichen.

nicht fehlen. Es ist durchaus nicht nötig, daß ein Turnlehrer selbst ein vorzüglicher Turner ist. Die Hauptsache ist, daß er ein Verständnis für das Wesen des Turnens und für das, was damit erreicht werden soll, besitzt. Hat er es, so wird er ein guter Turnlehrer sein, auch wenn er nur mittelmäßig turnen kann. Am besten würden die Turnlehrer aus den Reihen der Volksschullehrer entnommen.

Was nun die Ausbildung der jungen Leute im Schießen anbelangt, so könnte damit im sechzehnten Lebensjahr begonnen werden. In den ersten zwei Jahren hätten sie mit einem Gewehr zu schießen, das wohl äußerlich (Visier, Korn und Lademechanismus) dem Armeegewehr gleich, aber im Gewicht leichter wäre und mehr den Charakter eines Zimmergewehrs hätte. Wir wollen es Vorübungsgewehr nennen. Auf mehr als 20 bis 30 Meter Entfernung wäre überhaupt nicht zu schießen, so daß die Herstellung eines Schießplatzes und bei ungünstiger Witterung die Bereitstellung eines passenden Lokals auch in kleinen Orten auf keine Schwierigkeiten stoßen würde.

Vom achtzehnten Jahre an hätte das Präzisionsschießen mit dem wirklichen Armeegewehr zu beginnen. Hierzu wären die vielen bereits vorhandenen Schießplätze von Privatschützengesellschaften zu benutzen, eventuell vom Staate entsprechend auszubauen. Sie brauchten nicht länger als 200 Meter zu sein, denn ein Schütze, der auf 200 Meter sicher schießt, erzielt auch auf 500, 1000 und 1600 Meter gute Resultate. Würden die jungen Leute durchschnittlich alle zwei Monate auf einem solchen Schießplatz etwa zwei Bedingungen schießen und sich in der Zwischenzeit an dem oben erwähnten Schießen mit dem Vorübungsgewehr beteiligen, so wäre der Mann als Rekrut nur mehr im Gefechtsschießen zu unterrichten. Die Armee erhielte dann ein wesentlich besseres Schützenmaterial als jetzt, wo die meisten Soldaten vor ihrem Eintritt in die Armee noch keinen Schuß abgefeuert haben und besonders die Bauernburschen „lauter Daumen" mitbringen.

Die nötige Zeit zum Turnen und Schießen wäre sehr leicht zu erübrigen. In der Volksschule wären jede Woche zwei Turnstunden zu erteilen. Ferner müßten die Unternehmer und Prinzipale gezwungen werden, ihren Arbeitern und Angestellten unter zwanzig Jahren in der Woche einen Nachmittag freizugeben. An diesen Nachmittagen wäre eine Stunde dem Turnen und zwei Stunden dem Schießen mit dem Vorübungsgewehr zu widmen. Die Übungen mit dem Armeegewehr selbst würden für einen Teil der Schützen wahrscheinlich eine kleine Reise zum Schießplatz nötig machen, und daher wäre in derartigen Fällen ein ganzer Tag freizugeben.

Der Armee bliebe unter solchen Umständen nur mehr die Ausbildung im Felddienst, im Gefechtsschießen, im Exerzieren und Gefecht, eine Arbeit, die in drei Monaten sehr leicht zu bewerkstelligen wäre, sofern nicht unnütze Dinge gelehrt werden müssen. Eine solche Armee würde nur aus Männern bestehen, die von Jugend auf ihre Muskeln mit Turnen geübt und so vollkommen gebrauchsfähig gemacht hätten und schon mit sechzehn Jahren in der Führung des Gewehres unterwiesen worden wären. Dazu käme infolge einer besseren Schulbildung eine höhere Durchschnittsintelligenz als jetzt. Mit einem derartigen Heere könnte man getrost auch offensiv vorgehen.

An der nötigen Disziplin würde es auch nicht fehlen, denn die Erfahrung zeigt zur Genüge, daß gerade die Mannschaften, die kurz dienen, am besten gehorchen, während eine lange Dienstzeit die Leute mürrisch und widerwillig

acht. Die gefügigsten Menschen sind die Rekruten, wie die Geduld, mit der ele von ihnen die schwersten Mißhandlungen hinnehmen, beweist. Und wenn r Deutsche für sein Vaterland kämpft, so wird er es, so wenig wie der apaner, an Opfermut fehlen lassen. Welch ein Gemeinsinn, welche Opfer- illigkeit und welch ein Charakter speziell in der deutschen Arbeiterschaft cken, lehren ihre Kämpfe um eine bessere ökonomische und eine politisch wür- ge Position im Reiche. Sache einer vernünftigen Regierung ist es freilich, e Reaktion nicht so weit zu treiben, daß das Volk, wie jetzt das russische, in Heil in einem verlorenen Kriege erblicken müßte.

Die Kolonialpolitik und die Arbeiter.

Von **Otto Bauer.**

2. Koloniale Edelmetallproduktion. (Schluß.)

Die Kolonialpolitik hatte von alters her und hat auch heute noch die Auf- ;be, den Reichtum der europäischen Völker an Edelmetallen zu vermehren. ir haben daher die Wirkung gesteigerter Edelmetallproduktion auf den Klassen- ohlstand der Arbeiterschaft zu untersuchen. Wir setzen bei der folgenden ntersuchung kapitalistisch betriebene bergmännische Goldproduktion voraus.

In irgendeinem Kolonialgebiet stößt man auf unbekannte Goldlager. Es : nicht schwer, die Rentabilität neuer Goldminen zu berechnen. Die Kosten erden in Geld, also in Gold veranschlagt, ebenso wie das Mehrprodukt aus old besteht. Übertrifft nun das Verhältnis des Mehrproduktes zu den Kosten e Durchschnittsprofitrate, so werden so lange Kapitalien in den Goldbergbau nströmen, bis das letztaufgewendete Kapital in der mindest ertragreichen Mine cht mehr als den Durchschnittsprofit an sich zu ziehen vermag.

Nehmen wir zum Beispiel an, die Durchschnittsprofitrate sei 30 Prozent. uch im heimischen Goldbergbau vermag das letztaufgewendete Kapital, das ne Differenzialrente empfängt — von der absoluten Rente kann hier ab- sehen werden —, mit einem Kostenaufwand von 100 Mark ein Mehrprodukt n 30 Mark zu gewinnen. Nun werden in der Kolonie Goldminen entdeckt, o mit 100 Mark Kosten 160 Mark Gold gefördert werden können. Sofort ginnt das Kapital, dem Goldbergbau zuzuströmen, wo ihm so hohe Extra- ofite winken. Es werden nicht etwa nur Kapitalien, die sonst im heimischen oldbergbau Verwendung gefunden hätten, sich nun dem kolonialen zuwenden. olange vielmehr die Profitrate im Goldbergbau der Kolonie höher ist als i allen anderen Produktionszweigen, werden ihm Kapitalien zuströmen, die ne die Veränderung der Produktionsbedingungen des Goldes in anderen roduktionszweigen hätten wirken müssen. Diese Veränderung in der Ver- ilung des gesellschaftlichen Kapitals hat freilich ihre Grenzen. Denn je mehr apital sich der kolonialen Goldproduktion zuwendet, desto schneller sinkt auch rt die Profitrate des letzten, keine Rente empfangenden Kapitals: einmal egen der technisch bedingten fallenden Produktivität der zuschüssigen Kapitalien, nn aber weil das Steigen der Warenpreise, welches, wie wir sehen werden, rch die veränderten Produktionsbedingungen des Goldes mittels der ver- derten Verteilung des produktiven Kapitals der Gesellschaft herbeigeführt rd, auch die Produktionskosten im Goldbergbau wachsen läßt. Sobald das

letzte, keine Rente tragende Kapital nicht mehr als den Durchschnittsprofit empfängt, hört das Zuströmen von Kapital in den Goldbergbau auf. Unterdessen hat sich freilich, wie wir sehen werden, die Durchschnittsprofitrate selbst verändert.

Welche Wirkung übt nun die Steigerung der Goldproduktion auf die Preise der Waren? Die Entdeckung neuer Goldlager lockt Kapitalien, die sonst in anderen Produktionszweigen verwendet worden wären, in die Goldproduktion. Das Angebot aller Waren wird dadurch verringert; die Nachfrage nach Waren dagegen ist weder größer noch kleiner, als sie ohne Entdeckung der neuen Goldminen gewesen wäre; denn der steigenden Nachfrage der Goldproduzenten nach jeder einzelnen Ware steht entsprechend gesunkene Nachfrage der Gesamtheit der Warenproduzenten gegenüber. Ist aber bei verringertem Angebot die Nachfrage unverändert geblieben, so müssen die Warenpreise steigen.

Wir möchten an dieser Stelle schon den Verdacht abwehren, als wollten wir uns mit dieser Behauptung zu irgendeiner neuen Spielart der alten Quantitätstheorie bekennen. Wir glauben vielmehr, auf dem Boden der Marxschen Geldtheorie zu stehen. Nach Marx steigt der Preis aller Waren, wenn der Wert des Geldes — die zur Herstellung der Gewichtseinheit des Goldes gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit — sinkt. Diese Formulierung findet sich aber auf einer Stufe der Marxschen Analyse, die noch unterstellt und unterstellen muß, daß die Waren zu ihren Werten ausgetauscht werden. Hier, wo wir die Wirkungen vermehrter Goldproduktion unter den komplexen Verhältnissen der kapitalistischen Wirtschaft untersuchen, sind wir zu dieser Voraussetzung nicht berechtigt. Hier ist auch für das Austauschverhältnis zwischen Ware und Geld nicht mehr schlechthin der Wert, sondern der Produktionspreis bestimmend. Da nun die Entdeckung neuer Goldminen eine Herabsetzung des Kostenpreises des Goldes bedeutet, hat sie eine Steigerung der Warenpreise zur Folge.

Hier stoßen wir aber auf ein merkwürdiges Problem. Infolge der Steigerung der Goldproduktion steigen in allen anderen Produktionszweigen bei gleichbleibenden Kosten die Preise.[1] Das bedeutet eine Vermehrung der Summe der Profite, also auch der Masse des Mehrwertes. Steht es nun nicht im Widerspruch mit der Marxschen Wertlehre, daß die Masse des Mehrwertes gestiegen sein soll, obwohl in der ganzen Gesellschaft weder der Arbeitslohn herabgesetzt, noch der Arbeitstag verlängert wurde? Nur scheinbar! Infolge des Sinkens des Kostenpreises des Goldes bedeutet gleicher Geldlohn nicht mehr dasselbe wie früher. Da die Warenpreise gestiegen sind, ist die Kaufkraft des Geldes gefallen. Während aber die Kapitalisten durch das Steigen der Profitrate für das Sinken der Kaufkraft des Geldes entschädigt werden, bleibt der Geldlohn der Arbeiter unverändert; denn daß das Kapital sich der Goldproduktion zuwendet statt anderen Produktionszweigen, ändert nichts an der Lohnhöhe. Von dem gesellschaftlichen Arbeitsprodukt fällt daher ein geringerer Teil auf die Arbeiterklasse, von dem Arbeitstag ein geringerer Teil auf die notwendige Arbeit, ein größerer Teil auf die Mehrarbeit. In dem Steigen der Profitrate infolge der allgemeinen Preissteigerung drückt sich nichts anderes als das Steigen der Mehrwertrate aus.

[1] Die Produktionskosten des einzelnen Produktionszweigs werden natürlich durch die Preissteigerung erhöht; fassen wir aber die Produktion als Ganzes ins Auge, so sind die Kosten unverändert geblieben, die Preise gestiegen.

Die literarische Diskussion der letzten Jahre macht es unmöglich, diese Worte
ne Vorbehalt auszusprechen. Daß die Steigerung der Goldproduktion Preise
nd Profite erhöht, ist ja keine neue Erkenntnis, vielmehr eine nur allzuoft in
rer Bedeutung überschätzte alte Wahrheit. Indem wir unsere Behauptung
er auf die Marxsche Werttheorie stützen, gewinnen wir ein exaktes Größen-
aß für die Wirkungen, die wir von der Erschließung neuer Goldminen er-
arten dürfen. In den zuerst betriebenen Goldbergwerken stellt das Mehr-
rodukt im Verhältnis zu den Kosten eine weit höhere Profitrate dar als die
s gesellschaftlichen Durchschnitts. Das Zuströmen von Kapitalien in den
oldbergbau bewirkt nun eine Ausgleichung der Profite, das heißt gleichmäßige
ufteilung des in der Goldproduktion erzeugten Mehrwertes auf alle — in
elchen Produktionszweigen immer beschäftigten — Kapitalien der Gesellschaft.
un ist der Mehrwert, der zum Beispiel in der südafrikanischen Goldproduktion
zeugt wird, gewiß sehr beträchtlich; aber im Verhältnis zu den gewaltigen
apitalien, die im ganzen europäischen und amerikanischen Wirtschaftsgebiet
berhaupt tätig sind, erscheint er doch sehr klein. Wenn man die großen
chwankungen der Konjunktur während der letzten fünfzehn Jahre aus der
erteilung jenes Mehrwertes auf diese Kapitalien erklären will, so beweist man
amit nichts anderes als die theoretische Ratlosigkeit der Verächter einer „dis-
ursiven Nationalökonomie".

Wenn wir also auch die unrichtigen Anwendungen der Lehre vom Einfluß
esteigerter Goldproduktion auf Preise und Profite zurückweisen, so halten wir
s darum doch nicht für minder nötig, diese Wirkungen selbst und ihren Ein-
uß auf die Lage der Arbeiterklasse festzustellen. Sofern die Kolonialpolitik
n Mittel der Steigerung der Edelmetallproduktion ist, bewirkt sie verminderte
aufkraft unveränderter Geldlöhne, also keineswegs nur — wie wir dies bei
en Ackerbaukolonien gefunden haben — eine Verringerung des Anteils der
rbeiterklasse am Nationalreichtum, vielmehr eine absolute Verringerung des
lassenwohlstandes des Proletariats.[1]

---

[1] Allerdings wird die Steigerung der Masse des Mehrwertes auch eine beschleunigte
kkumulation zur Folge haben und daher die Nachfrage auf dem Arbeitsmarkt wieder er-
öhen. Aber damit ließe sich auch jede Lohnherabsetzung rechtfertigen! Auch den Arbeitern
t die Taube in der Hand lieber als der Spatz auf dem Dache. Wenn der Wohlstand der
rbeiterklasse auch in Zeiten gesteigerter Goldproduktion gestiegen ist, so dankt sie dies einmal
n Fortschritten der gewerkschaftlichen Organisation, dann aber zum Beispiel auch der Stei-
erung des Anteils des produktiven Kapitals am Gesamtkapital. Mit der Kolonialpolitik
at das nichts zu tun. Wenn allerdings die Entdeckung neuer Goldlager in eine Depressions-
eriode fällt und den Abfluß unproduktiv akkumulierten Kapitals in die Produktionssphäre
eschleunigt, dann mag sie zeitweilig mit der Nachfrage nach allen anderen Waren auch die
ach Arbeitskräften steigern. Hier aber, wo wir die dauernden Wirkungen gesteigerter Gold-
roduktion auf den Wohlstand der Arbeiterklasse suchen, haben wir von den Wechselfällen des
idustriellen Zyklus abzusehen. Die Entdeckung neuer Goldminen bedeutet für uns daher
mächst nicht Vermehrung, sondern veränderte Verteilung des produktiven Kapitals. Daß
ach ohne Kolonialpolitik auf Perioden massenhafter „Totlegung" des Kapitals Jahre
hneller produktiver Akkumulation folgen würden, wird noch gezeigt werden. — Daß gegen-
ber dem von uns gezeichneten typischen Bilde die großen kalifornischen und australischen
oldfunde vielfach etwas modifizierte Charakterzüge trugen, kann hier nur angedeutet werden.
er „Goldsucher" der fünfziger Jahre war weder Kapitalist noch Lohnarbeiter „im katego-
schen Sinne", vielmehr häufig ein ehemaliger Bauer, der vor seiner Auswanderung noch
icht einmal in den Kreis der Warenproduktion einbezogen war.

Dabei haben wir bisher noch den für die Arbeiterschaft günstigsten Fall angenommen, daß nämlich das in die koloniale Goldproduktion strömende europäische Kapital doch auch dort europäische Arbeiter beschäftigt, daß mit dem Kapital auch Arbeiter in das neue Goldland auswandern. Wo das nicht der Fall ist, kommt zu all dem noch eine Verschlechterung der Lage auf dem Arbeitsmarkt des Mutterlandes. Der Arbeiter des Mutterlandes wird dann nicht nur von höheren Warenpreisen, sondern auch von verminderter Arbeitsgelegenheit bedroht.

Machen wir uns unseren Gedankengang an einem Beispiel aus jüngster Zeit klar! Die Entdeckung reicher Goldlager in Südafrika hat bekanntlich gewaltige Kapitalien aus Europa und Amerika der Goldproduktion zugewendet, Kapitalien, von denen sonst gewiß nur ein sehr kleiner Teil in der Goldproduktion Europas und Amerikas Verwendung gefunden hätte. Woher kamen nun diese Kapitalien? Zum Teil mögen sie neu akkumulierter Mehrwert gewesen sein, der sich nun in die Goldproduktion ergoß, statt sich irgendeinem anderen Produktionszweig zuzuwenden. Sofern dies der Fall ist, ist es klar, daß die Entdeckung neuer Goldminen nichts anderes bewirkte, als eine veränderte Verteilung des gesellschaftlichen Kapitals, eine Neuverteilung, die die Preise steigerte, aber nicht die Löhne, die daher den Wohlstand der Arbeiterklasse verringerte. Ein anderer Teil des in die südafrikanische Goldproduktion strömenden Kapitals wäre freilich, hätte sich ihm diese Gelegenheit zu produktiver Anlage nicht geboten, sonst wohl zeitweilig unproduktiv akkumuliert, totgelegt geblieben. Das ist ja die Wirkung der Entdeckung neuer Goldlager, die gewöhnlich beobachtet wird: sie scheucht das Kapital aus träger Muße auf und jagt es in die Produktionssphäre; sie steigert daher auch die Nachfrage nach Waren und mit ihr die Preise; sie vermehrt damit auch die Nachfrage nach Arbeitskräften. Wer der Meinung ist, daß die vor der Erschließung neuer Goldminen unproduktiv akkumulierten Kapitalien den Zugang zur Produktionssphäre nie mehr gefunden hätten, der mag sich mit dieser Beschreibung begnügen. Uns aber scheint es gewiß, daß das Kapital auch ohne den zufälligen Anstoß der Veränderung der Produktionsbedingungen des Goldes immer wieder den Weg in die Produktionssphäre einschlägt; daß der Mechanismus der Bewegung des Zinsfußes, der Preise und Löhne dauernde Totlegung des Kapitals nicht gestattet. Die während der Depression 1890 bis 1894 unproduktiv akkumulierten Kapitalien sind während der folgenden Prosperitätsjahre vollständig wieder vom Produktionsapparat der Gesellschaft aufgesaugt worden; der niedrige Zinsfuß und die niedrigen Produktionskosten — notwendige Wirkungen unproduktiver Akkumulation — hätten auch jene Millionen der Produktionssphäre wieder zugeführt, die heute im Goldbergbau Südafrikas wirken. Wir haben daher den Zustand nach dem Einströmen des Kapitals in die koloniale Edelmetallproduktion nicht zu vergleichen mit einem Zustand, wo dieses Kapital unproduktiv akkumuliert geblieben wäre, sondern mit einem Zustand, wo es gleichfalls in der Produktionssphäre gewirkt, aber freilich in anderen Produktionszweigen gearbeitet hätte. Die Erschließung neuer Goldminen bedeutet daher steigende Warenpreise bei unveränderten oder doch viel langsamer steigenden Löhnen. Sie schädigt die Arbeiter selbst dort, wo das Kapital auch im kolonialen Goldbergbau europäische Arbeiter beschäftigt. In unserem Falle ist aber die Wirkung der veränderten Verteilung des gesellschaftlichen Kapitals um so gefähr-

cher, als mit dem Kapital nicht auch Arbeiter nach Südafrika auswandern, as Kapital dort vielmehr fremde Arbeiter beschäftigt und daher dem euro= äischen Arbeitsmarkt überhaupt verloren geht.

Bekanntlich hat die britische Regierung dem internationalen Kapital erlaubt, ulis nach Afrika zu importieren. Die gelben Sklaven werden von Südchina ach dem Rand gebracht, wo sie für drei Jahre zur Arbeit verpflichtet sind. ie gesamten Kosten sollen pro Mann — franko hin und zurück — 16½ Pfund sterling, also monatlich 9 Schilling 2 Pence betragen![1] Dabei rühmen englische Blätter noch, wie gut es den schmutzigen armen Kulis geht, die das gleißende Gold em afrikanischen Quarz abringen; sollen sie doch Bäder und elektrische Be= euchtung in ihren Kasernen finden! Zwei Fahrten über den Indischen Ozean, ahrung, Wohnung, Bäder und elektrische Glühlampen — alles das für 9 Mark onatlich! Welcher Triumph der Methoden des relativen Mehrwertes! Der niedrige Preis der Arbeitskraft infolge des Kuliimportes bedeutet aber eine künstliche Senkung der Produktionskosten des Goldes. Es wird daher noch viel mehr Kapital ach Südafrika wandern, als wenn die britische Regierung dem internationalen Kapital, das die Goldminen ausbeutet, die Erlaubnis zur Einfuhr der gelben Sklaven verweigert hätte. Dadurch werden aber die europäischen Arbeiter oppelt getroffen: als Warenkäufer wie als Verkäufer ihrer Arbeits= raft. Auch hier erkennen wir wieder, was wir schon bei den Pflanzungs= olonien gesehen haben, daß die Ausbeutung tiefstehender Rassen in ihren Rück= irkungen auch die europäischen Arbeiter schädigt. Es wurzelt eben tief im Wesen der kapitalistischen Produktionsweise die Interessensolidarität der Prole= arier aller Länder.

3. Handelskolonien.

Die wichtigste Aufgabe der modernen Kolonialpolitik ist die Erschließung euer Handelsgebiete. Panzerkreuzer und Geschütze eröffnen den Zugang zu euen Handelswegen, die Marineinfanterie bahnt dem Kaufmann den Weg.

Es wird behauptet, daß die kapitalistische Gesellschaft ohne fortwährende oloniale Expansion nicht lebensfähig wäre. Ihr Problem soll ja die Unter= onsumtion sein: die Unfähigkeit der Massen, die von ihnen selbst mittels des großen Produktionsapparats unserer Gesellschaft erzeugten Güter zu verbrauchen. Nur durch die Erschließung neuer Absatzgebiete könne die kapitalistische Gesell= chaft diesen inneren Widerspruch überwinden.

Ich halte diese Anschauung — so gewiß auch ein Stück Wahrheit in ihr erborgen ist — im wesentlichen doch für irrig. Die Unterkonsumtion der reiten Massen ist für den Kapitalismus ein Hemmnis ununterbrochener Auf= värtsentwicklung, das in der Form von Krisen periodisch in Erscheinung ritt, aber auch immer wieder durch den Mechanismus der kapitalistischen Produktionsweise selbst auch ohne Öffnung neuer Handelsgebiete überwunden verden kann.

Man kennt die Lehre der klassischen Ökonomie von der Unmöglichkeit all= gemeiner Überproduktion. Es sei wohl möglich, daß von einer Ware mehr produziert würde, als die Gesellschaft bedarf; aber unmöglich sei der Überfluß n allen Waren. Denn es gebe keine bessere Bedingung für die Absatzmöglich= eit einer Ware, als wenn möglichst viel von allen anderen Waren produziert wurde.

[1] „Frankfurter Zeitung" vom 15. Dezember 1904.

Soweit diese Lehre richtig ist, ändert an ihr die Tatsache der Ausbeutung, der Teilung des Arbeitsproduktes zwischen Kapital und Arbeit nichts. An die Stelle des Konsums der Arbeiter tritt eben zum Teil der Konsum des Fabrikanten, des Bankiers, des Grundeigentümers. Die Unterkonsumtion der einen ist bedingt durch die Überkonsumtion der anderen.

Man muß schon tiefer graben, um die Erscheinung der Unterkonsumtion in der kapitalistischen Gesellschaft zu begreifen. Sie entspringt im letzten Grunde der Tatsache, daß in der kapitalistischen Wirtschaft jede Steigerung der Produktivität der Arbeit mit der Freisetzung von Arbeitern, mit der Ausschaltung menschlicher Arbeit aus der Produktion und damit auch aus der Konsumtion erkauft wird. Dieses Gesetz wird durch gewaltige Anspannung der Produktion, die beinahe den letzten müßigen Kapitalteil in die Produktionssphäre jagt, zeitweilig verdeckt; es wird aber schließlich sichtbar in der Gestalt der Krise. Aber kein Arbeiter bleibt lebenslänglich arbeitslos; das Kapital zieht ihn schließlich wieder an sich. Lohnherabsetzungen während der Krise ermöglichen es, trotz der relativen Verringerung des variablen Kapitals doch wieder die freigesetzten Arbeiter zu beschäftigen. Indem die Lohnherabsetzung der Produktivitätssteigerung folgt, setzt sich das Gesetz des Wertes der Arbeitskraft durch. Kein Kapital bleibt dauernd totgelegt: gerade das Sinken der Preise, der Löhne, des Zinsfußes während der Depression schafft die Bedingungen für das Wiedereinströmen des Kapitals in die Produktionssphäre.

Die koloniale Expansion ist also für die kapitalistische Produktion keineswegs schlechthin notwendig; auch ohne sie wird die periodisch sichtbare Unterkonsumtion überwunden. Trotzdem aber zwingt die Entwicklung des Kapitalismus die Kapitalistenklasse, immer wieder die Erschließung neuer Absatzwege zu fordern. Die koloniale Expansion soll ihr die Möglichkeit schaffen, das Sinken der Profitrate abzuwehren, partielle und allgemeine Krisen mit geringeren Opfern zu überwinden. Daraus mag gelegentlich auch die Arbeiterschaft zeitweiligen Nutzen ziehen; hier aber gilt es, zu untersuchen, ob und unter welchen Bedingungen der dauernde Vorteil der Kapitalisten und der vorübergehende Nutzen der Arbeiter durch dauernde Schädigung des proletarischen Klassenwohlstandes erkauft wird.

Der freie Warenaustausch mit dem Kolonialland steigert den Volkswohlstand des Mutterlandes. Selbst abgesehen von allen Fällen, in denen der Handel nur eine Verhüllung brutalen Raubes und nackter Ausbeutung ist, selbst angenommen, daß die Gesetze der Konkurrenz dem Kolonialhandel gegenüber vollkommen wirksam werden, leistet doch das Kolonialland dem Mutterland einen Arbeitstribut. Denn da die organische Zusammensetzung des Kapitals im Mutterland höher, seine Arbeit höher qualifiziert ist, ist in den Produkten, die das Mutterland empfängt, mehr menschliche Arbeit vergegenständlicht als in denen, die es hingibt.

Daß der Reichtum des Mutterlandes an Gebrauchswerten durch den Kolonialhandel vergrößert wird, drückt sich im Sinken der Warenpreise aus. Der Wohlstand der Arbeiterklasse hängt bei unveränderten Geldlöhnen von der Kaufkraft des Geldes ab. Vom Standpunkt der Arbeiterschaft sind daher die Handelskolonien zunächst danach zu beurteilen, ob die aus der Kolonie importierten und durch den Kolonialhandel verbilligten Waren Gebrauchsgüter des Proletariats sind oder nicht.

Wie wirkt nun die Begründung der Handelskolonie auf den Arbeitsmarkt? Daß die Erschließung neuer Handelswege Depressionsperioden abkürzen, ihre

kungen mildern kann, haben wir bereits zugegeben. Dagegen leugnen wir, a die Kolonialpolitik es erst möglich machen würde, Arbeiter zu beschäftigen, sonst dauernd keine Arbeitsstelle fänden. Kraft der Gesetzlichkeit seiner nen Bewegung zieht das Kapital die immer wieder erzeugte industrielle ervearmee doch auch immer wieder an sich. Die dauernden Wirkungen der onialpolitik auf den Arbeitsmarkt sind anderwärts zu suchen. Wir kennen us unserer Besprechung der Pflanzungskolonien. Auch die Handelskolonien en das Kapital in Produktionszweige mit hoher organischer Zusammen- ng (Schiffahrt usw.); auch sie senken durch Vergrößerung der unproduktiven atsausgaben (Militär, Marine, Verwaltung) die Akkumulationsrate.

Damit haben wir nun einen Maßstab für die Beurteilung der Handels- nien aus proletarischem Gesichtspunkt gewonnen: nur jene Handelskolonien dem Proletariat nützlich, welche eine so bedeutende Erhöhung der Kauf- t des Arbeitslohns bewirken, daß dadurch die nachteiligen Wirkungen auf Arbeitsmarkt aufgewogen werden; halten sich die günstigen Wirkungen auf Konsumtionskraft des Arbeiters und die ungünstigen auf den Arbeitsmarkt Wage, so erscheint die Handelskolonie als ein Werkzeug, relativen Mehr- t zu erzeugen, sie ist dem Proletariat weder nützlich noch schädlich, steigert r den Reichtum der anderen Klassen; Handelskolonien endlich, welche die ufkraft des Arbeitslohns nicht erhöhen, während sie im Mutterland das ital in einen Zustand höherer Zusammensetzung überführen und schwere ien für Militarismus und Marinismus durch indirekte Steuern unmittelbar e durch Senkung der Akkumulationsrate mittelbar dem Proletariat auferlegen, digen den Wohlstand der Arbeiterklasse.

Aber die bisher besprochenen Gefahren der Handelskolonien für die Arbeiter unbedeutend neben der großen Gefahr, die der weißen Arbeiterschaft aus Tatsache droht, daß die Kolonialpolitik die schlafende Bevölkerung ferner der erweckt und in Bewegung setzt und so danach strebt, einen Welt- eitsmarkt zu schaffen, auf dem der bedürfnislose Kuli, Hindu oder Neger weißen Arbeiter unterbietet.

Ist es auch zunächst unmöglich, die in den entwickelten Kulturländern wir- en Kapitalien in die Kolonialgebiete zu übertragen, so kann doch das ital die einmal in Bewegung gekommene Bevölkerung der Kolonialländer jene Gebiete verpflanzen, wo die sozialen Produktionsbedingungen bereits eben sind. Man denke an den Import der Kulis nach Amerika, Australien Afrika, der eine heftige Abwehrbewegung der Arbeiter dieser Länder ent- elt hat.

Die Einwanderung der Nachkommen minder entwickelter Rassen in ein dernes Industrieland läßt sich nicht unter demselben Gesichtspunkt behandeln die Wanderungen europäischer Arbeiter aus einem Lande in das andere. ist ein sehr wesentlicher Unterschied zwischen der Einfuhr chinesischer Arbeiter h Südafrika und etwa den Wanderungen slawischer und italienischer Arbeiter h Deutschland. Und zwar aus zwei Gründen!

Einmal wegen der Unwahrscheinlichkeit, den Kuli in absehbarer Zeit der ge- rkschaftlichen Organisation zu gewinnen. Dann aber aus folgendem Grunde: an die amerikanischen Arbeiter ihre politische Macht dazu benutzen, die Ein- nderung gelber Arbeiter zu verhindern, so machen sie es dem amerikanischen pital wirklich unmöglich, Mongolen statt weißer Arbeiter zu verwenden. nn einer Auswanderung amerikanischen Kapitals nach China stehen noch

allzu große Hindernisse entgegen. Wenn dagegen die Arbeiter eines eur päischen Landes die Einwanderung ausländischer europäischer Arbeiter verbiet wollten, so würden sie damit das Kapital ihres Landes nur zur Auswanderu in die anderen Länder, in denen die Mehrwertrate und daher auch die Prof rate höher ist, veranlassen. Im Verkehr von Ländern, zwischen denen Fr zügigkeit des Kapitals besteht, ist die Hemmung der Freizügigkeit der Arbeit eine Maßregel von fragwürdigem Erfolg. Solange dagegen der Auswand rung des Kapitals in die Kolonien enge Grenzen gesetzt sind, kann sich d Arbeiterschaft des Mutterlandes der Gefahr des Lohndrucks durch die Arbeit des Koloniallandes erwehren, indem sie die Einwanderung dieser Arbeiter das Mutterland verhindert.[1]

Nun strebt aber die Kolonialpolitik notwendig danach, in den Kolonia gebieten solche Verhältnisse zu schaffen, daß die Hindernisse der Auswanderu von Kapital in die Kolonie beseitigt werden. Das europäische Proletariat mu mittelbar oder unmittelbar selbst die Kriegsschiffe, Soldaten und Beamten b zahlen, die es dem europäischen Kapital möglich machen sollen, statt sein begehrlichen Arbeiter von keiner Gewerkschaft gestärkte Kulis zu beschäftige Dabei sind es gerade die Produktionszweige mit niederer organischer Zusamme setzung des Kapitals, also mit hohem Arbeitsfassungsvermögen, die am eheste durch die mit europäischem Kapital genährte und durch die Kolonialpolitik d europäischen Staaten ermöglichte industrielle Entwicklung der Koloniallände bedroht werden. Die Gefahr des Abströmens europäischen Kapitals ist des größer, je größer die Ausbeutung der fremden Völker, je größer daher d Profitrate in den Kolonialländern ist. Vor allem auch in ihrem eigenen Inte esse wünschen die Arbeiter Europas und Amerikas, es möge gelingen, auch d Arbeiter der gelben Rasse dem Klassenkampf zu gewinnen und zu höher Lebenshaltung zu erziehen.

4. Eroberungskolonien.

Roscher bezeichnet als „Eroberungskolonien“ koloniale Gründungen, i denen die europäischen Völker sich durch brutale Ausbeutung sans phrase a Kosten der Unterworfenen zu bereichern suchen. In Wirklichkeit trägt fast je Kolonie neben anderen auch Züge dieses Typus. In diesen Zusammenha gehören die verschiedenen Formen des Bodenraubs, der unbezahlten Zwang arbeit der Eingeborenen, der maßlosen Besteuerung, des sogenannten „Handels“ der den Unterworfenen mit allen Mitteln der Erpressung und des Betrugs d wertvollen Erträge ihrer Arbeit und ihres Bodens gegen lächerlich gerin Gegengabe abnimmt.

Die Bereicherung der europäischen Nationen auf diesem Wege kommt u mittelbar nur der Kapitalistenklasse zustatten. Immerhin mag von den a diese Weise entstandenen Kapitalien dann doch auch ein Teil zur Beschäftigun europäischer Proletarier verwendet werden. Diesem Vorteil stehen allerding gewisse schon bei den Pflanzungs- und Handelskolonien beschriebene ungünstig Einflüsse auf die Lohnhöhe gegenüber. Aber welches immer die wirtschaftliche Wirkungen dieser Kolonisationsmethoden sein mögen: gerade ihnen hat imme

[1] Diese Bemerkungen wollen das Streben der Arbeiter einiger Länder, die Einfu gelber Arbeiter zu verhindern, erklären und den wirtschaftlichen Erfolg solcher Maßregel prüfen, keineswegs aber diese Maßregeln beurteilen. Die politische Stellungnahme z diesen Forderungen muß von Erwägungen ganz anderer Natur bestimmt werden.

ischärfste Kritik der Wortführer der Arbeiterschaft in allen Ländern gegolten.
i Entrüstung der Arbeiterschaft über die maßlose Ausbeutung wehrloser
iker — der realpolitische Staatsmann, der mitten zwischen einer Kant- und
ir Schillerfeier sittliche Empörung aus der Reihe der Bestimmungsgründe
otischer Stellungnahme streichen möchte, möge uns das Wort Entrüstung
eihen — wurzelt tief im Grunde proletarischer Ethik.

* * *

Wir können nun endlich zusammenfassen, was wir als Wirkung der Kolonial-
itik auf den Wohlstand der Arbeiterklasse erforscht haben.

Die Ackerbaukolonien, die Pflanzungskolonien und in der Mehrzahl der
le wohl auch die Handelskolonien erhöhen zwar die Kaufkraft des Arbeits-
ns, verschlechtern aber zugleich die Lage auf dem Arbeitsmarkt. Sie gehören
en Methoden der Erzeugung relativen Mehrwertes; sie steigern den Wohl-
d der Nationen, aber sie verringern den Anteil der Arbeiterklasse an diesem
hlstand; der Reichtum des Proletariats an Gebrauchswerten wird durch sie
er vermehrt noch vermindert.

Geradezu schädlich sind dagegen dem Proletariat jene Kolonien, deren Auf-
e es ist, den Reichtum der europäischen Nationen an Edelmetallen zu
ern, ferner jene Pflanzungs- und Handelskolonien, welche die Kulturvölker
Luxusgütern, nicht mit Gütern, die in den Konsum der Arbeiterschaft ein-
en, versorgen.

Weitaus am größten ist aber die Gefahr, die dem Proletariat aus der
fuhr kolonialer Arbeiter in die Kulturländer und aus der Auswanderung
europäischen Kapitals in die Kolonien zur Beschäftigung der kolonialen
beiterschaft droht. Indem die Kolonialpolitik zum Mittel wird, Arbeiter
der entwickelter Rassen dem Kapital dienstbar zu machen, wird sie zur
ßten Gefahr für die in schwerem Kampfe errungene Lebenshaltung der
ßen Arbeiter.

So zeigt uns auch die Kolonialpolitik wieder den zwieschlächtigen Charakter
r Kulturerrungenschaften der kapitalistischen Epoche. Die Kolonisations-
gkeit der weißen Rasse bedeutet ja zweifellos einen ungeheuren Kulturfort-
itt: sie hat ungenutzten fruchtbaren Boden urbar gemacht; sie hat uns
den üppigen Früchten der Tropen reichen Anteil gesichert; sie hat ganze
lker aus jahrhundertelangem Schlafe erweckt. Aber diese gewaltige Steige-
ng menschlichen Vermögens und menschlichen Könnens geschieht nicht zum
rteil, zum Teil sogar auf Kosten der arbeitenden Menschen, die die Be-
gungen dieses großen Fortschritts schaffen.

Es wird für den Kulturhistoriker kommender Zeiten eine reizvolle Aufgabe
, zu schildern, wie die Kolonialpolitik den Geist der Menschen unseres Jahr-
nderts gewandelt hat. Berauscht von dem Reichtum, der ihnen aus fernem
nde und fremder Arbeit fließt, von der Macht, die sie über fremde Völker
ungen, haben die herrschenden Klassen unserer Tage alles vergessen, was
en selbst einst groß und heilig gegolten. Mit gierigem Blicke sehen sie den
ichtum der fremden Länder, bestimmt, ihre Beute zu werden. Mit grau-
er Lust genießen sie ihre unbegrenzte Herrschaft über wehrlose Millionen —
iben, „jenseits von Suez, wo die zehn Gebote nicht mehr gelten". Nur die
beiterschaft ist — kaum berührt von den Strömen von Gold, die sich aus
est und Ost und Süd nach Europa ergießen — allein nüchtern geblieben

mitten im tollen Taumel der Phantasierenden, der Lüsternen, der Berauscht
Sie allein mahnt, nicht durch profitlüsternen Raubbau kommenden Zeiten
Schätze zu rauben, deren auch sie bedürfen werden; sie allein warnt vor d
tiefen Hasse, den die europäische Menschheit in die Herzen der Millionen
fremden Rassen senkt; sie allein klagt die Einrichtungen an, die die Bereicheru
eines kleinen Teiles der europäischen Nationen erkaufen durch den Ruin gan
Länder und den Untergang ganzer Völker. Ihre Wortführer sind die Sa
walter der kommenden Geschlechter.

Die Reform des deutschen Strafprozesses.

Von Dr. **Ludwig Frank** (Mannheim).

Die Geschichte der Strafjustiz ist die Geschichte der Klassenkämpfe. D
Richter verkünden und vollstrecken den Willen der politischen Machthab
unter dem Scheine und oft im Glauben, einer abstrakten Gerechtigkeitsidee
dienen. Mit dem Wechsel der Wirtschaft werden die Begriffe von Recht u
Unrecht umgewertet, andere Interessengruppen erhalten staatlichen Strafschu
und es entstehen neue Herrschaftsformen, zu denen auch ein den veränderte
Machtverhältnissen angepaßtes Strafverfahren gehört.

So übernehmen die deutschen Fürsten im sechzehnten und siebzehnten Jah
hundert aus dem kanonischen Rechte als starke Stütze ihrer Thrönchen den
genannten Inquisitionsprozeß, ein geheimes, schriftliches Verfahr
vor einem beamteten Richter — der Absolutismus wird in der Strafrech
pflege widergespiegelt. Die alten „peinlichen Halsgerichtsordnungen“ bleib
in Kraft, bis die Bastille gestürmt wird. Auch in Deutschland beginnt du
die Aufwärtsbewegung des Bürgertums der Kampf um andere Prozeßregel
Es werden nach englischem und französischem Vorbild Öffentlichkeit u
Mündlichkeit des Verfahrens und Mitwirkung der Laien verlangt. D
Revolutionsjahr 1848 gibt diesen Forderungen wirksamen Nachdruck, und d
deutschen Vaterländer haben mit wenigen Ausnahmen, zu denen natürlich d
beiden Mecklenburg gehören, bei Gründung des Deutschen Reiches sch
modernisierte Prozeßordnungen. Als dann die Grundsätze nationalliberal
Einheit und Freiheit auf die Rechtspflege übertragen werden sollten, wurd
die Gerichtsverfassung vom 27. Januar 1877 (abgeändert am 17. Mai 189
und die Strafprozeßordnung für das Deutsche Reich vom 1. Febru
1877 geschaffen. Diese beiden heute gültigen Gesetze stellen, wie die Reich
verfassung und unser ganzes Staatsleben, eine seltsame Mischun
absolutistischer und demokratischer Einrichtungen dar. Im Vor
verfahren gilt noch der „gemeine“ Inquisitionsprozeß, das geheime Verfahre
vor dem gelehrten Staatsrichter (die Folter ist durch die Untersuchungsha
ersetzt), für die Hauptverhandlung ist Öffentlichkeit, Mündlichkeit und, m
gewissen Beschränkungen, Mitwirkung des Volkes bei der Rechtsprechung g
sichert. Aus diesem zwiespältigen Charakter des Verfahrens entspringen d
meisten und größten Mängel des Strafprozesses, und als in Parlament un
Presse immer dringlicher eine Abhilfe der schweren Mißstände verlangt wurd
berief die Reichsregierung im Dezember 1902 eine Kommission, bestehend au
14 Staatsbeamten, 5 Rechtsanwälten und 2 Professoren, zur Vorberatun

n „Reform“ oder vielmehr zur Beantwortung von Fragen, die ihnen das
ichsjustizamt zur Begutachtung vorlegte. Zwei Jahre lang haben die Herren
rbeitet, die Protokolle ihrer Tagungen sind noch nicht veröffentlicht — aber
h die Beschlüsse, die als Ergebnis ihrer 86 Sitzungen jetzt bekannt werden,[1]
ienen die aufmerksamste Prüfung und politische Beachtung: Einstimmig
de vorgeschlagen, daß die Mitwirkung der Laien bei der Rechtsprechung nur
er Form der Schöffengerichte erfolgen dürfe, während die Schwur-
chte abgeschafft werden sollen.

Der Gedanke ist nicht neu. Schon der Regierungsentwurf der deutschen
afprozeßordnung vom Jahre 1873 enthält, unter Ausschaltung der Schwur-
ichte, die Bestimmung, daß die erkennenden Gerichte erster Instanz Schöffen-
chte sein sollen, abgestuft nach der Schwere der abzuurteilenden Delikte
leine, mittlere und große Schöffengerichte. Die alte Abneigung der Beamten-
: gegen die Schwurgerichte, die fast überall den Höfen abgetrotzt wurden,
wohl begreiflich. Den Schwurgerichten haftet der „Ludergeruch der Revo-
on“ an. Sie sind ein Denkmal des tiefen Mißtrauens gegen die abhängigen
atsrichter. Sogar unter die Grundrechte des deutschen Volkes
ichsverfassung von 1849, §§ 178, 179) ist aufgenommen, daß in schwereren
afsachen und bei allen politischen Vergehen Schwurgerichte urteilen
n, und Mecklenburg, Lippe, Lübeck, Sachsen-Altenburg sind die einzigen
schen Stätchen, die bis zur Einführung der Reichsprozeßordnung noch keine
wurgerichte besaßen. In den siebziger Jahren hatte die Bourgeoisie noch
ug Respekt vor der eigenen Vergangenheit, um die Schwurgerichte gegen
Bureaukratie zu schützen. Es lebten noch Männer in ihren Reihen, die
st Gefängnisluft hatten atmen müssen, die politischen Prozesse gegen
ldeck und andere Fortschrittler waren noch nicht vergessen. Jetzt ist es
ers worden. Das Bürgertum hat längst seinen vollen Frieden mit der
schenden Bureaukratie geschlossen und läßt sich nach Parvenuart nicht mehr
n an die Jahre der Not erinnern. Man fühlt sich sicher vor dem Schusse
billigt jetzt die gegen die Schwurgerichte erhobenen Vorwürfe, die schon
einem halben Jahrhundert von den Reaktionären Schopenhauer und Bis-
ck mit viel mehr Geist, aber ohne Erfolg vorgetragen wurden.

Gegenüber der so oft wiederholten, aber nie bewiesenen Behauptung des
enteils sei festgestellt: Die Geschworenen irren in ihren Entschei-
ngen nicht häufiger als die gelehrten Richter, nur mit dem Unter-
ed, daß die Fehler der Gelehrten meist zuungunsten, die der
en meist zugunsten der Angeklagten gemacht werden. Der wirk-
e Mangel, der das Institut der Schwurgerichte verunstaltet, ist in den
gen der bürgerlichen Kritiker ein Vorzug: die Arbeiter sind durch die drei-
e Siebung der Geschworenenlisten und durch die Diätenlosigkeit von der
eiligung an der Rechtsprechung der Schwurgerichte fast ganz ausgeschlossen.
r wäre der Hebel einzusetzen, wenn wirklich eine Reform und nicht eine
ckbildung des Strafprozesses geplant wäre.

An Stelle der Schwurgerichte sollen Schöffengerichte treten, also Gerichts-
e, die aus Laien und Staatsrichtern sich zusammensetzen. Die Schöffen-
ichte sind eine Schöpfung der Reaktionszeit. Sie wurden zuerst 1850 in
nnover und dann rasch in den meisten anderen deutschen Ländern ein-

---

[1] Vergl. „Deutsche Juristenzeitung“ vom 1. Mai 1905, S. 423.

geführt. Ihr Vorzug besteht darin, daß in ihnen „die beamteten rechtsgelehrte Richter wieder eine ihrer würdige Stellung erlangen“, und fast immer d Meinung des gelehrten Vorsitzenden bei der Beratung durchdringt. Die bitte Pille der Abschaffung der Schwurgerichte soll verzuckert werden durch die Ein führung der Berufung gegen alle Strafurteile erster Instanz. Wie in de berühmten „Carolina“ (der Halsgerichtsordnung des Kaisers Karl V. vom Jahre 1532) hielt man bis in die neueste Zeit eine Appellation für unver einbar mit der Würde des Richterstuhls, und sehr „liberale“ Juristen, die da unfehlbare Lehramt des Papstes überlegen belächeln, glauben an die Unfeh barkeit des gelehrten Richterkollegiums — es gibt auch Rechtspfaffen.

Die Preisgabe eines so alten Dogmas, dieses Zugeständnis an den Wille der Menge, will natürlich bezahlt oder — staatsmännisch gesprochen — „kom pensiert“ sein, deshalb soll fortan auch nach Ablauf der Berufungsfrist An schlußberufung zulässig sein. Die Begründung ist köstlich: „Man hofft, da der Angeklagte sich von der Einlegung einer unbegründeten Berufung eher ab halten lassen wird, wenn er weiß, daß der Staatsanwalt auch nach Fristablau durch Anschlußberufung eine höhere Bestrafung herbeiführen kann“ (!!!). Un wie viele arme Teufel werden sich aus Angst vor der höheren Strafe von eine begründeten Berufung abhalten lassen! Von dem gleichen engherzigen Geist erfüllt ist der Vorschlag, das Wiederaufnahmeverfahren zu erschwere und zu beschränken, weil jetzt durch die Berufung eine genaue Prüfung de Schuldfrage gewährleistet sei.

Weitere „große Mittel“ weiß die Kommission nicht zu empfehlen — si plagt sich noch ab mit der Verbesserung einzelner kleiner Schönheitsfehle unseres Verfahrens: So sollen die Zeugen künftig erst nach der Vernehmun beeidigt werden, statt daß man den Eid ganz abschafft. Die Geistliche sollen über die ihnen bei Ausübung der Seelsorge anvertrauten Tatsachen nich mehr vernommen werden. Dem Beichtgeheimnis hat man aber da Redaktionsgeheimnis nicht gleichgestellt. Der verantwortliche Redak teur nur wird von der Zeugnispflicht befreit, wenn er gemäß § 20 Absatz des Preßgesetzes für die Handlung haftet, die den Gegenstand eines Straf verfahrens bildet. Der Verteidiger wird von dem Wachtposten befreit, de ihm bisher beim Besuch des verhafteten Angeschuldigten zur Seite gestell werden konnte. Privatklage ist auch zuzulassen bei den Vergehen des Haus friedensbruchs, der erschwerten Körperverletzung, der Bedrohung, der Sach beschädigung und bei Entwendung von Nahrungs- oder Futtermitteln (§ 370 Ziff. 5 und 6 des Reichsstrafgesetzbuchs). Dann folgen noch einige Vorschläge die beweisen, wie sehr das Vertrauen auf die gelehrten Richter gewachsen ist: der Kreis derjenigen Delikte, gegen die amtsrichterliche Strafbefehle ohne Verhandlung erlassen werden können, soll erweitert werden. Bei allen Übertretungen soll ein abgekürztes Verfahren von dem Einzelrichter ohne Mitwirkung von Schöffen zulässig sein.

Im Privatklageverfahren hat das Gericht nach dem Wunsche der Kommission künftig die Befugnis, auf Antrag eines Prozeßbeteiligten die Öffentlichkeit auszuschließen, auch wenn Gefährdung der Sittlichkeit nicht zu befürchten wäre. Wenn also zum Beispiel ein Hilger gegen einen Bergmann Krämer Privatklage wegen Beleidigung erheben würde, könnte das Gericht auf Hilgers Antrag ohne weitere Begründung die Hauptverhandlung hinter verschlossenen Türen stattfinden lassen.

Aber besser noch als durch ihre Vorschläge wird die Kommission durch [ih]n Unterlassungen gekennzeichnet. Mit einigen verlegenen Redensarten [en]tschuldigt sie die Tatsache, daß sie nicht eine einheitliche Regelung des [Str]afvollzugs verlangt. In Artikel XI der peinlichen Gerichts[o]rdnung des Kaisers Karl V. und des heiligen römischen Reiches [vo]m Anno 1532 wird vorgeschrieben,

„daß die Gefängniß zu Behaltung und nicht schwerer, gefährlicher Peinigung [d]er Gefangenen sollen gemacht und zugerichtet seyn".

Bedarf dieser alte Grundsatz nicht dringend neuer gesetzlicher Festlegung? [Wä]re nicht manches zu sagen über die Behandlung der jugendlichen Verbrecher [u]n der Geisteskranken und über die Selbstbeschäftigung in den Strafanstalten? [Di]e Kommission hat es abgelehnt, sich mit diesen Dingen zu befassen, und sie [is]t der Ansicht, daß auch die sogenannte bedingte Verurteilung (Straferlaß [dur]ch das Gericht unter der Bedingung des Wohlverhaltens) sich nicht [emp]fehle trotz der guten Erfahrungen, die das Ausland mit dieser Einrichtung [ma]chte — es soll die verkrüppelte deutsche Ausgestaltung der Idee, die [bed]ingte Begnadigung, erhalten bleiben: Nicht der Richter, sondern der [Lan]desherr oder sein Minister haben über das Schicksal eines reuigen Sünders [zu e]ntscheiden.

Und natürlich hat diese Kommission sich auch nicht erkühnt, die Abschaffung [uns]eres geheimen inquisitorischen Vorverfahrens zu empfehlen oder [wen]igstens öffentliche Verhandlung über die Fortdauer der Unter[such]ungshaft zu fordern. Die Haftbeschwerden, die „nach Lage der Akten" [ents]chieden werden, sind wertlos. Der Verhaftete ist ohne Schutz. Geschäfts[übe]rlastung, Vergeßlichkeit oder Urlaub des zuständigen Beamten können eine [Unt]ersuchung monatelang verzögern — der Untersuchungsgefangene ist dagegen [gan]z machtlos. Erschreckend häufig steht die Dauer dieser nach gedrucktem [For]mular begründeten Einsperrungen in keinem Verhältnis zu der Schwere [de]s Deliktes oder dem Umfang der notwendigen Erhebungen. Wie mancher [arm]e Teufel, der ein Stück Brot oder ein paar Pfennige gebettelt hat, wartet [in d]er Gefängniszelle zwanzig und dreißig Tage auf sein Urteil! Es ist nichts [Sel]tenes, daß die Untersuchungshaft zehnmal so lange dauert als die Gefängnis[str]afe, die schließlich ausgesprochen wird. Es wäre eine verdienstliches [We]rk, alle derartigen Fälle zu sammeln — ich weiß, daß erschütternde [Bi]lder zerstörten Glückes darunter sind. Der amtlichen vorläufigen Freiheits[ent]ziehung, auch der fahrlässigen und leichtfertigen, sind keine Schranken ge[set]zen, während zum Beispiel die alte badische Prozeßordnung die Höchst[dau]er der Untersuchungshaft bei „Kollusionsgefahr" auf zehn Tage, für [Ver]brechen auf zwanzig Tage festsetzte, damit die Untersuchung be[sch]leunigt wurde. Im Zeitalter des Telegraphen und Telephons [mü]ßten diese Fristen für jede Untersuchung genügen, wenn die per[sön]liche Freiheit respektiert würde. Die reichen Kreise werden sich ja meist [dur]ch Kautionen gegen die Untersuchungshaft schützen können, während die [Bes]itzlosen die Opfer der rückständigen Gesetzgebung werden. Eine Straf[pr]ozeßreform, die nicht der Hand der Bureaukratie die Geißel der [Un]tersuchungshaft entwindet, verdient nicht den Namen einer [Re]form.

Literarische Rundschau.

Wem gehört die Zukunft? Zwei Aufsätze zur Reform der höheren Schulen vo Paul Selge, Oberlehrer an der Oberrealschule zu Groß-Lichterfelde. Leipzi 1905, Verlag von Raimund Gerhard, Buchhandlung für Erziehung und Unte richt. 1,35 Mark.

Der Verfasser ist ein enragierter Neuphilologe. Die ganze Schulreform erledi sich deshalb für ihn unter dem Gesichtswinkel der neueren Sprachen. Er denkt si eine „Einheitsschule" — armes, oft mißhandeltes Wort! —, die durch einen Umba der jetzigen Realschule hergerichtet werden soll. In dieser Realschule der Zukun soll in den unteren und mittleren Klassen ein umfassender Sprachunterricht im Fra zösischen und Englischen und in den oberen Klassen ein breit angelegter Physi unterricht getrieben werden. Auf die übrigen Fächer sieht der Verfasser von obe herab. Was er zur Kritik der alten Sprachen zu sagen weiß, ist oft zutreffend, au sonst findet sich dieses und jenes anregende Wort in dem Büchlein. Aber als Bau stein für die wirkliche Einheitsschule der Zukunft, die nicht auf dem Boden de neueren Sprachen und zum Zwecke eines nationalen Utilitarismus, sondern auf de Fundament der „Arbeit" und — wenn schon Utilitarismus — so zum Zwecke eine sozialen Utilitarismus errichtet wird, ist die Selgesche Schrift kaum zu gebrauche Zu welchen Phantastereien die einseitige neuphilologische Begeisterung des Verfasser führt, beweist die naive Bemerkung, daß wir in Gefahr geraten, ein zweites Serbie und Bulgarien zu werden, wenn wir zögern, die Kenntnis fremder Sprachen i Deutschland zu verallgemeinern. Der Verfasser redet zum Schlusse der Pflege de Grammatik, die in den letzten Jahren glücklicherweise etwas in den Hintergrun gedrängt worden ist, das Wort. Auch darin können wir ihm nicht zustimme

H. Sc

Die Deutsche Revue von K. Gutzkow und L. Wienbarg (1835). Herausgegebe von J. Dresch. Berlin, B. Behrs Verlag.

Obwohl sie nie erschienen ist, spielt die „Deutsche Revue" in der Geschichte de jungen Deutschland eine wichtige Rolle. Ihre Ankündigung war für Menzel de Anlaß zu der bekannten Denunziation der jungen Schriftsteller, die nicht nur dere gerichtliche Verfolgung, sondern auch das Verbot aller künftigen Schriften de „jungen Deutschland" zur Folge hatte. Das erste Heft der „Deutschen Revue", da vor Erscheinen unterdrückt wurde, galt lange als verschollen. Neuerdings wurde aber die Korrekturbogen in der Frankfurter Stadtbibliothek aufgefunden und nu durch den vorliegenden Neudruck, dem eine von kundiger Feder geschriebene ausführ liche Einleitung vorausgeht, weiteren Kreisen zugänglich gemacht.

Dieses mit der kleinen Verspätung von siebzig Jahren erschienene Heft ist ei echtes Produkt des jungen Deutschland. Es fehlt weder die Charakteristik eine hervorragenden Persönlichkeit („Bernadotte" von Gutzkow), noch der Reisebrief („Elb und Nordsee" von Wienbarg), noch der streitbare Artikel über neueste Literatur, i dem Gutzkow mit den Gegnern der jungen Literatur abrechnet: mit Tieck, mit de schwäbischen Schule und vor allem mit Wolfgang Menzel. Interessant ist eine Auf forderung an Mörike und Fr. Th. Vischer, sich der jungdeutschen Tendenzdichtun anzuschließen, ein Appell, der wohl, auch wenn er an seine Adresse gelangt wäre keinen Erfolg gehabt hätte. Immerhin ist eine Anerkennung des „ausgezeichnete Talents" Mörikes außerhalb Schwabens für jene Zeit etwas Außerordentliches.

Im ganzen ist das Heft ein neuer Beweis dafür, wie zahm doch dieses jung Deutschland war, gegen das die weisen deutschen Regierungen mit solch unerhörte Gewaltmaßregeln vorgingen. Der schärfste Satz, dem wir in der „Deutschen Revue" begegneten, ist eine Klage Wienbargs über den „Jammer rechtlicher und soziell Zustände" in Holstein.

A. G

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



r. 40 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Kriegssachen.

⚔ Berlin, 28. Juni 1905.

„Solche Sachen kommen doch in allen Kriegen vor.“ Mit diesem geflügelten orte hat die Strafkammer in Halle den Zitatenschatz des deutschen Volkes überaus dankenswerter Weise bereichert. So sehr der Genosse Kunert auf sere Sympathie rechnen darf, weil er dies Bekenntnis eines preußischen richtshofs mit drei Monaten Gefängnis wegen angeblicher Beleidigung des asiatischen Expeditionskorps büßen soll, so wissen wir doch, daß er ein viel guter Parteimann ist, um sich nicht über den Erfolg zu freuen, den er für Sache der Humanität und damit auch für die Sache der Arbeiterklasse er-litten hat.

Das Urteil der Strafkammer in Halle erinnert an die Praxis jenes Bären, seinem schlafenden Herrn eine Fliege von der Stirn scheuchen wollte, und n das Haupt mit einem schweren Steine zerschmetterte. Genosse Kunert hat r ein paar Jahren in einer öffentlichen Rede die bekannte und im Ernste n keinem vernünftigen Menschen bestrittene Tatsache erwähnt, daß von An-hörigen des ostasiatischen Expeditionskorps schwere Missetaten in China gangen worden sind, und nach der Bekundung eines subalternen Polizisten, r allerdings andere, gewichtigere Zeugnisse gegenüberstanden, soll er für seine ußerung eine Form gewählt haben, die der formalen Rechtsprechung, wie sie i uns landesüblich ist, eine Handhabe zum Einschreiten bot. Es versteht h, daß diese Handhabe nicht unbenutzt blieb. So wurde den Worten des enossen Kunert eine Bedeutung beigelegt, die sie an und für sich — er wird ese Bemerkung nicht mißverstehen — nicht gehabt haben würde. Die Er-ähnung einer notorischen Tatsache brauchte die elefantendicke Haut des ilitarismus nicht einmal zu kitzeln; indem Moloch aber mit blinder Wut rauf losstürmte, rannte er sich an dem Spieße des Gegners auf, so daß man n durch das auseinanderklaffende Fell sein ganzes inneres Nervensystem in ler Greulichkeit studieren kann.

Die Strafkammer in Halle hat die formale Handhabe, die sich ihr bo dazu benutzt, den Genossen Kunert wegen formaler Beleidigung zu verurteilen Das war nicht anders zu erwarten bei dem ganzen Charakter und den historischen Wesen unserer gelehrten Rechtsprechung. Juristisch mag die Sach in Ordnung sein, das heißt natürlich nach den Begriffen einer Justiz, die dem Rechtsempfinden des Volkes vollkommen entfremdet und von ihrem antike Muster gänzlich abgeirrt ist. Der Jurist, sagten die römischen Juristen, hab nur auf id, quod plerumque fit, zu sehen, „auf das, was meistens geschieht" Ein römischer Jurist — und das moderne Recht der kapitalistisch produzierende Nationen ist bekanntlich nichts als ein mehr oder minder mißlungener Abklatsc des römischen Rechtes — würde also den Genossen Kunert freigesprochen haben da dieser massenhafte Greueltaten, die von Angehörigen des ostasiatische Expeditionskorps begangen worden sind, allerdings schlüssig bewiesen hat Umgekehrt deduziert die Strafkammer in Halle: da Kunert nur die Regel aber nicht die Ausnahmen ins Auge gefaßt und zum Maßstab seines Urteils gemacht hat, so ist er wegen Beleidigung der Chinakämpfer zu ver urteilen.

Lassen wir indessen die juristische Seite der Sache und halten wir uns an ihre historische Seite. Da hat nun die Strafkammer in Halle eine Unmasse patriotischer Geschichtsliteratur als kriminell abgestempelt. Wenn die Häußer, Sybel, Treitschke und wie sie sonst heißen, von den „Plünderungen der napoleo nischen Marschälle" in Deutschland schreiben, so waren sie nach Ansicht der Richter in Halle leichtfertige Lästerer, denn Plünderer wie jene Marschälle in der Regel sein mochten, so gab es doch Ausnahmen unter ihnen, durchaus ehrenwerte und saubere Charaktere, wie Macdonald und diesen oder jenen sonst noch. Oder wie kann man, ohne sich der Lästerung schuldig zu machen, von den namenlosen Greueln sprechen, mit denen die englischen Truppen in den fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts den indischen Aufstand nieder warfen, oder von den nicht minder scheußlichen Greueln, womit ungefähr gleich zeitig die französischen Truppen in China hausten? Denn es untersteht nicht dem geringsten Zweifel, daß sich sowohl unter den englischen wie unter den französischen Truppen Offiziere und Mannschaften genug befanden, die sich von aller grausamen Kriegführung freigehalten und über die von ihren Kameraden verübten Scheußlichkeiten so schroff geurteilt haben, wie anständig und human denkende Menschen nur immer darüber urteilen können.

Jedoch das Urteil der Strafkammer in Halle gleicht auch jenem Speere des Achilles, der die Wunden heilte, die er schlug. Mag es juristisch und historisch noch so anfechtbar sein, so huldigt es einer unanfechtbaren Wahrheit, indem es sagt: Solche Sachen kommen doch in allen Kriegen vor. Selbst verständlich meinen wir nicht, daß der Satz wahr sei, weil ihn eine preußische Strafkammer ausgesprochen hat; wäre es nur dies, so wäre eher darauf zu wetten, daß er ein gründlicher Irrtum sei. Mit Strömen von Blut und Schmutz ist er auf alle Blätter einer Geschichte von Jahrtausenden geschrieben worden, aber es ist immerhin ein Ereignis, wenn ihn jetzt eine offizielle und noch dazu richterliche Behörde des klassischen Militärstaats mit dürren Worten bekennt,

ls eine ganz selbstverständliche Sache, so beiläufig in einem Bagatellinjurien-rozeß, den man sehr zu unrechter Zeit angestrengt hatte.

Was immer die Geschichte an bestialischen Greueln zu berichten hat, die on Menschen an Menschen begangen worden sind, das wird erreicht von dem, as vor den gerichtlichen Schranken in Halle über Angehörige des ostasiatischen rpeditionskorps unter dem Zeugeneid ausgesagt worden ist. In eitel Zunder t die Heuchlermaske zerfallen, unter der die deutschen Patrioten so tapfer ber die plackenden und plündernden, marternden und mordenden Heereszüge nderer Völker geschmält haben. Es steht darin bei ihnen nicht anders, nicht esser und nicht schlimmer, als bei anderen Völkern, denn der Krieg ist ein jötze, der seiner nicht spotten läßt, von keinem derer, die ihn anbeten. Er erbestialisiert die Menschen, mögen sie wollen oder nicht; mag er aus diesen bründen geführt werden oder aus jenen, mag er jene Ziele haben oder diese, ag er ein sogenannter heiliger Verteidigungs- oder ein sogenannter ruchloser laubkrieg sein: Krieg ist immer Krieg, und es bleibt bei der trostlosen Wahr-eit, die nun auch eine preußische Strafkammer verkündet hat: Solche Sachen ommen doch in allen Kriegen vor.

Noch einmal: diese Wahrheit ist längst jedem bekannt, der sich je mit der beschichte des Krieges beschäftigt hat. Die herrschenden Klassen jeder Nation eben es nur, die Berge von Schmutz vor der eigenen Türe zu übersehen und esto eifriger vor der Türe des Nachbarn zu fegen. Französische Truppen lündern immer, aber deutsche Truppen plündern nie: so heißt es diesseits er Vogesen, und jenseits heißt es umgekehrt. Aber immer ist nur wahr, was ian dem Gegner vorwirft, was man von sich selbst rühmt, ist es nie. Denn a solche Sachen nach der autoritativen Ansicht der Strafkammer in Halle in llen Kriegen vorkommen, so ist es klar, daß der Krieg selbst ihr Erzeuger sein uß, wie er es denn auch ist. Wenn die Menschen wie wilde Tiere über-inander herfallen, so werden sie eben zu wilden Tieren. Es gibt keine Logik, ie einfacher und schlüssiger wäre.

Nichts ist freilich törichter oder mindestens zweckloser, als darüber in senti-ientales Jammern auszubrechen, wie es die bürgerlichen Friedensschwärmer un. Die drehen sich ewig im Kreise und kommen deshalb keinen Schritt vor-värts. Da loben wir uns die Strafkammer in Halle, die selbst ein zorniges Wort über unsagbare Greuel mit dem kategorischen Verdikt niederschlägt: solche Sachen kommen doch in allen Kriegen vor. Sie setzt den Krieg als eine un-usrottbare Erscheinung voraus, als ein „Element in Gottes Ordnung", wie Moltke zu sagen pflegte, dessen Gott eine merkwürdige Ähnlichkeit mit dem ztekischen Vitzliputzli gehabt haben mag. Aber wenn wir einmal den Herrgott us dem Spasse lassen, so hat Moltke darin recht, daß der Krieg ein un-ntbehrliches Element der Klassenherrschaft ist, und so ist auch die Strafkammer n Halle allen bürgerlichen Friedensschwärmern überlegen, wenn sie mit kühler Gelassenheit erklärt, Greuel, die den Namen der Menschheit schänden, seien om Kriege unzertrennlich.

Das gilt vom Kriege, wie es von der Klassenherrschaft gilt, deren not-vendige Begleiterscheinung der Krieg ist. Unter den historischen Umständen,

die heute obwalten, ist der Krieg nicht zu beseitigen ohne die kapitalistische Gesellschaft, aber mit der kapitalistischen Gesellschaft fällt auch der Krieg dahin. Der moderne Krieg ist das Kind des modernen Kapitalismus, wie der feudale Krieg das Kind der feudalen oder der antike Krieg das Kind der antiken Gesellschaft war. Blut- und schmutztriefend wie er ist, vom Scheitel bis zur Zehe, ist er das würdige Kind seiner Mutter.

Nichts wäre erfreulicher, als wenn die Strafkammer in Halle den psychologischen Scharfsinn, den sie am Kinde so trefflich bewährt hat, nun auch an der Mutter erproben wollte. Aber darüber werden wohl noch einige Tropfen Wasser die Saale hinabfließen.

Marxismus und Teleologie.

Von **Anton Pannekoek** (Leyden, Holland).

I.

Es ist schon oft darauf hingewiesen worden, daß die Bedeutung des Marxismus darin liegt, daß er die Erscheinungen der Geschichte und des Geisteslebens der Menschen überhaupt zu einer Wissenschaft zusammenfaßt, wissenschaftlich erklärt, gleichwie es die Naturwissenschaft mit den Naturerscheinungen tut. Das besagt, daß diese Erscheinungen in ursächlichen (kausalen) Zusammenhang gebracht werden, wodurch das Chaos der Tatsachen übersichtlich und klar geordnet wird; aus den besonderen Erscheinungen werden allgemeine Regeln abgeleitet, die umgekehrt wieder gestatten, besondere Tatsachen, auch zukünftige, vorauszusagen.

Außerhalb des Sozialismus hat es auch nicht an Versuchen gefehlt, zu einer kausalen Erklärung der Gesellschaft zu gelangen, welche für die Zukunft der bürgerlichen Ordnung weniger verhängnisvolle Konsequenzen bedingte. Obwohl dieselben über weit entfernte Perioden oder unbedeutende Einzelheiten oft treffende Gedanken aussprachen, mußte es doch auffallen, wie ungeschickt und zwieschlächtig sie wurden, sobald sie sich mit aktuellen Zuständen befaßten. In der Karikaturgestalt, in der die materialistische Erklärungsweise in der bürgerlichen Gelehrtenwelt umherspukt, ist die Klarheit und die Fülle von Einsichten, die sie uns gewährt, nicht zu ahnen; außerdem ist der Grundgedanke dieser Methode dem bürgerlichen Geiste völlig fremd; so mußte das Mißlingen der bürgerlichen Geschichtserklärungen zu Zweifeln führen, ob denn eine befriedigende Erklärung der Geschichte und eine kausale Geisteswissenschaft überhaupt möglich sei.

So entstand nach und nach bei gewissenhaften Denkern (Windelband, Dilthey) eine neue Anschauungsweise, welche, allmählich ausgearbeitet, den Anspruch erhob, eine andere, gleichwertige Auffassung der Wissenschaft, schließlich sogar die bessere, auf dem Gebiet des Geistigen allein brauchbare und richtige zu sein. Sie wird dadurch gekennzeichnet, daß sie das Besondere dem Allgemeinen, die Persönlichkeit der Masse, die persönliche Wertschätzung der Erklärung, die Zwecktätigkeit, Teleologie der Kausalität gegenüberstellt. Hier folgt eine kurze Übersicht ihrer Hauptansichten:

Die Wissenschaft, wie sie in ihrem reinsten Typus, in den Naturwissenschaften erscheint, bezweckt, aus den besonderen Erscheinungen, Tatsachen,

3egenständen das Allgemeine, das Gesetz, den Typus herauszuholen; dann ɔird in der Folge jede besondere Erscheinung als Ausfluß der allgemeinen ℓegel, jeder Gegenstand als Exemplar des Typus begriffen und erkannt, das eißt erklärt. Sie beschäftigt sich mit dem Besonderen nur, um von ihm zum llgemeinen zu geraten; hat sie dieses als Regel oder abstrakten Typus efunden, so kümmert sie sich um das Besondere weiter nicht. Der Inhalt der Vissenschaft sagt also über das Besondere nur so viel, als es das Allgemeine arstellt, und über die Abweichungen von diesem nur dann etwas, wenn diese lbweichung selbst zu etwas Allgemeinem wird. Ihre Thesen sagen nur etwas ber Abstraktionen aus der Wirklichkeit; nur abstrakt haben ihre Formeln unedingte Gültigkeit; die reiche, unendlich verschiedene Welt der wirklichen, beonderen Dinge schließen sie nicht ein. Was sie aus ihr herausnimmt, ist ein ɛxtrakt, ein Formelsystem, ein totes Gerippe, nicht die wirkliche Lebensfülle. Ɔurch die Formulierung in Gesetze geht die Realität selbst verloren. In der 'uftigkeit der Abstraktion verschwindet das Tatsächliche, das immer das Beondere, das Einzelne, das Individuelle ist.

Mag dies für die Natur kaum als Mangel erachtet werden, so ist es das ɔohl, wo der Mensch und die geistigen Erscheinungen den Gegenstand der Vissenschaft bilden. Während der besondere Fall einer allgemeinen Regel oder as besondere Individuum einer Gattung uns nicht mehr kümmert als jedes ndere, fühlen wir im Gegenteil das größte Interesse für den besonderen Nenschen und sein Geistesleben. Am stärksten trifft uns immer das Individuelle, ɔeil wir selbst Persönlichkeiten sind, die in der Persönlichkeit eines anderen 3erwandtes fühlen.

Als Persönlichkeit stehen wir der Welt gegenüber als wollende und fühlende Vesen, für die die Dinge einen Wert haben. Die Welt, wie sie in der Wissenhaft vor uns tritt, ist uns persönlich gleichgültig; es ist Unsinn, über sie zu eden als gut oder böse, wahr oder falsch, schön oder häßlich; sie ist für uns lle dieselbe gleiche Welt, sie ist etwas Objektives. Aber die Tatsachen der ɔirklichen Welt sind uns nicht gleichgültig; wir erleben sie; wir nehmen zu ɔnen Stellung, und das Gefühl der Zweckmäßigkeit leitet uns bei diesen perönlichen Wertschätzungen. Der ganze Lebensinhalt eines Menschen besteht aus ɔlchen Stellungnahmen; darin ist für jeden die Welt anders, etwas Subjekives; nicht allgemein, sondern etwas Besonderes. In diesen Stellungnahmen eigt sich die unendliche Verschiedenheit der Persönlichkeiten.

Wenn wir also der Gesellschaft gegenüber der in der Naturwissenschaft blichen Methode folgen, durch stetiges Eliminieren des Besonderen zum Allemeinen emporzusteigen, so geht eben das Besondere, das Persönliche verloren, as das Wesentliche und das Wertvollste am Menschen ist. Nennt man Wissenhaft ein Ganzes von Gesetzen, dem die Erscheinungen ausnahmslos zu ehorchen haben, so ist Geschichte als Wissenschaft nicht möglich.

Doch ist sie wohl auf andere Weise möglich. Was in der Gesellschaft eschieht, können wir, weil wir selbst stellungnehmende Wesen sind, nachbilden nd von unserem Innern heraus verstehen. Die Natur ist uns fremd, ußerlich; die Gesellschaft ist unsere eigene Welt; ihre Ereignisse erleben wir ɪit, und das Bild ihres Zustandes bemeistern wir in immer regsamem Werturteil. In der Geschichte findet man die Taten großer Männer, Helden und 3enies; vergebens ist es, sie durch Erklärungen begreifen zu wollen, weil sie ls absonderliche, abweichende Individuen außerhalb der Typen und Gat-

tungen fallen; nur subjektiv, durch Erlebnis der Wirkung ihres Genies auf uns selbst können wir sie verstehen. Die ganze Geschichte besteht aus Ereignissen, die nur einmal geschahen, also immer das Besondere waren; hier können also keine allgemeinen Begriffe oder Gesetze in Anwendung kommen. Die Geschichtswissenschaft kann nichts erklären, sie sucht nur zu verstehen; durch Interpretation und Intuition, also nicht durch Abstraktion, sucht sie das Ziel aller Geisteswissenschaft zu erreichen, „das Verständnis der ganzen menschlich-geschichtlichen Individuation aus dem Zusammenhang und der Gemeinsamkeit in allem Seelenleben“ (Dilthey). So ist die Methode der Wissenschaft, also auch ihr Begriff selbst in der Geisteswissenschaft ein anderer als in der Naturwissenschaft; sie sucht nicht durch Abstraktion aus der Wirklichkeit zu einem System von Gesetzen und Formeln zu gelangen, die das Allgemeine ausdrücken, sondern sie sucht eine Reihe Wirklichkeiten so zu beschreiben, daß das Besondere und die Individualität eines jeden zum Ausdruck kommen.

Hier erscheint noch die neue Auffassung der Wissenschaft, eine von persönlichen Wertschätzungen bedingte Darstellung einer besonderen Wirklichkeit, als eine zwar für die Geisteserscheinungen notwendige und unumgängliche, dennoch aber gegenüber der objektiven Allgemeingültigkeit der Naturwissenschaft minderwertige Auffassung. Die Weiterentwicklung der teleologischen Ansichten hebt diese Verschiedenheit auf, indem sie nachweist, daß alle Wissenschaft in letzter Instanz auf Wertschätzungen beruht. In einer Gedächtnisrede über Kant nennt Windelband als Kants Hauptbedeutung, daß er endgültig die Auffassung der Philosophie als Untersuchung des Verhaltens von Denken und Sein, die der Wahrheit als Übereinstimmung der Vorstellungen mit den Dingen selbst beseitigt hat. Wir können unsere verschiedenen, einander folgenden Vorstellungen auf unendlich viele Weisen miteinander verknüpfen; doch es gibt nur eine einzige Art der Verknüpfung, diejenige nämlich, wobei wir sie als Gegenstände außerhalb unserer selbst auffassen, welche allgemeine Gültigkeit besitzt. Diese Verknüpfung nennen wir daher Wahrheit, alle andere Phantasie, Wahn, Irrtum. Daß diese nicht notwendig immer von selbst stattfindet, zeigt das Vorkommen fehlerhafter Verknüpfungen, das heißt von Irrtümern. Man kann sich ein Normalbewußtsein vorstellen, das immer nach dieser Regel, also normal denkt; unser natürliches Bewußtsein sucht sich dieser Norm zu nähern, weicht aber stets mehr oder weniger von ihr ab. Hier tritt eine weitgehende Analogie mit dem sittlichen Bewußtsein zutage; obgleich jedermanns Willen durch natürliche Einflüsse bestimmt wird und jedermann also wollen und handeln muß, wie er handelt, so fühlt er doch zugleich eine Norm, nach der er Werturteile ausspricht; unter allen natürlichen Handlungen gibt es nur einige, die gut und sittlich sind und daher gewollt werden sollen. Ebenso denkt auch jedermann, wie er durch natürliche Einflüsse denken muß, doch daneben weiß er eine Norm, nach der er denken soll, und unter allen realen Vorstellungsverbindungen gibt es nur einige, die wahr sind, das heißt die anerkannt, bejaht werden sollen. Windelband arbeitet diese Analogie systematisch aus und redet von einem logischen Gewissen (das sich für seine Aussprüche verantwortlich fühlt und sich der Irrtümer schämt), ebenso wie von einem sittlichen und einem ästhetischen Gewissen. Und wie beim Sittlichen die Norm auf einen höchsten Zweck als ihren Grund hinweist, so auch bei der Verstandestätigkeit; die Norm der Wahrheit ist der Zweck der Allgemeingültigkeit des Wissens. Jede Wissenschaft setzt Axiome voraus, die sie als selbstverständlich betrachtet und ohne

elche sie nicht möglich ist. Mit logischen Hilfsmitteln sind sie nicht zu be=
eisen; denn daß jedermann sie anerkennt, ist kein Wahrheitsbeweis. Ihre
ültigkeit beruht auf einer teleologischen Notwendigkeit; nur als Mittel zum
wecke der Allgemeingültigkeit können die Axiome unbedingte Geltung und
nerkennung fordern. Der Grund der Axiome ist also auch ein Sollen, denn
stehen und fallen mit der Tatsache, daß es Normen gibt, nach denen Wahr
nd Falsch beurteilt, anerkannt oder verworfen werden soll. So zeigt sich die
leologie schließlich als die erkenntnistheoretische Basis aller Wissenschaft.

II.

Die Unrichtigkeit der im letzten Teile des vorigen Abschnitts skizzierten
leologischen Erkenntnistheorie ist ohne große Mühe zu durchschauen. Irrtum
nicht eine abnormale Vorstellungsverbindung; sie kommt auf dieselbe nor=
ale Weise zustande wie die Wahrheit und ist von ihr nur graduell ver=
hieden. Wird einem Urteil eine allgemeinere Geltung zugeschrieben, als nach
r Erfahrung gestattet ist, so wird es zum Irrtum, obgleich es zugleich inner=
alb eines bestimmten Umkreises von Erfahrungen Wahrheit sein kann. Daß
le Säugetiere vier Füße haben, war so lange Wahrheit, als man die Walfische
cht als Säugetiere kannte; jetzt ist es Irrtum, aber auf die auf dem Lande
benden Säugetiere beschränkt, ist es noch immer wahr. Ausführlich ist dieses
erhältnis von Wahr und Falsch zum Beispiel in Dietzgens „Wesen der
enschlichen Kopfarbeit" behandelt.

Die Teleologen geben von diesem Verhältnis also eine ganz schiefe Vor=
ellung, die ihren Grund zum Teil in dem doppelten Gebrauch von „normal"
ndet. Wahrheit und Irrtum kommen durch die nämlichen Denkgesetze zu=
nde, die Gesetze des normalen Denkens, die ausdrücken, was tatsächlich ist.
bnormale Vorstellungsverbindungen finden sich nur bei verschiedenen Formen
s Wahnsinns. Im Sittlichen dagegen wird hier normal genannt, was nach
r Norm ist, die nicht ausspricht was ist, sondern was *sein soll*. Wer gegen
e sittliche Norm handelt, ist sich dessen bewußt; wer irrtümlich denkt, glaubt
ahr zu denken. Der Gegensatz zwischen Sollen und Müssen besteht auf dem
ebiet des Logischen nicht.

Kann man nun auch auf diese Weise leicht einsehen, daß die erkenntnis=
eoretische Grundlage der neuen Wissenschaftsauffassung nicht haltbar ist, so
arf doch unsere Betrachtung damit nicht enden. Denn die teleologische Auf=
ssung ist nicht aus einer fehlerhaften Einsicht in das Wesen der Erkenntnis
tstanden, und sie wird auch nicht verschwinden, sobald dieser Fehlschluß auf=
deckt ist. Umgekehrt sind diese erkenntnistheoretischen Ansichten ausgearbeitet
orden, weil man das Bedürfnis fühlte, die anderswo gewachsenen Auffassungen
gen Angriffe der üblichen Erkenntnistheorie sicherzustellen. Es bleibt also
ch die Hauptsache, nämlich dem Ursprung und der Bedeutung der teleolo=
schen Auffassung nachzuspüren, speziell ihrer praktischen Seite, ihrer Geschichts=
eorie. Ihre auffallendsten Züge sind ihr reaktionär=bürgerlicher Charakter
d ihr gerader Gegensatz zu der sozialistischen, materialistischen Geschichts=
ffassung.

Die sich ursprünglich am ersten aufdrängende Auffassung sieht in den Er=
gnissen der Geschichte das Werk größerer Persönlichkeiten, wodurch die
eschichte zu einem Gewirr von Zufälligkeiten wird, abhängig von den Ent=

scheidungen des freien Willens dieser Individuen. Als das Streben nach eine wissenschaftlichen Geschichtslehre zuletzt in eine Theorie gemündet war, die da nahende Ende der bürgerlichen Welt vorhersagte, konnte sich die Bourgeoisi damit nicht befreunden; auch eine Klasse liebt es nicht, ihren Tod ankündige zu hören, namentlich nicht, wenn sie das ewige Leben zu besitzen glaubte. Abe was konnte sie dieser Prophezeiung gegenüberstellen?

Die Fortschrittler entlehnten der sozialistischen Theorie so viel, als nöti war, um den Schein der Wissenschaftlichkeit zu wecken, und ließen als „Über treibung" alles fort, was die Seelenruhe der Bourgeoisie stören konnte; so ent stand die schöne Zukunftsidylle eines temperierten, gemäßigten Kapitalismus Für diejenigen, die an solchem Mischmasch kein Gefallen fanden — das ware die ehrlichsten Denker, bei welchen die bürgerliche Gedankenwelt am reinste lebte, die am wenigsten von unmittelbarer Furcht vor der Arbeiterklasse beirr dem gesellschaftlichen Kampfe am fernsten standen, in einem Worte die reaktio närsten —, lag es nahe, zu der ursprünglichen Auffassung zurückzukehren. In Anbetracht der Zukunft herrscht unter der Bourgeoisie die Ansicht vor, da keiner in ihre Geheimnisse zu dringen vermag. Nun ist dieses oberflächlich Philistergerede leicht durch Hinweis auf die Vorhersagungen der Naturwissenschaf abzutun; daher führt die Furcht der Bourgeoisie, in die Zukunft zu blicken, zu der Konsequenz, daß, wenn schon nicht für die Naturerkenntnis, so doch fü die Erkenntnis der Geschichte eine solche Wissenschaft nicht möglich sei. Di Gesellschaft sei viel zu verwickelt, ihre verschiedenen Wirkungen seien zu ver schlungen, die Mittel zur Messung und Untersuchung zu beschränkt, als da man jemals hoffen könnte, den Bau des gesellschaftlichen Körpers kennen z lernen.

Das Altbürgerliche der teleologischen Auffassung zeigt sich am deutlichste in der Hervorhebung der freien, individuellen Persönlichkeit. Das Ziel alle Geisteswissenschaft ist, nach Dilthey, Einblick in die formenreiche Verschiedenhei zu erhalten, in der sich die Persönlichkeit des Menschen in den Jahrhunderte der Geschichte entfaltet hat. Also nicht die Erkenntnis der Gesellschaft ist da Ziel, nicht die Erkenntnis ihrer Gesetze, sondern die Erkenntnis der Persönlich keiten in ihren vielen Gestaltungen. Die Geschichte ist für ihn nicht die Ent wicklungsgeschichte der Gesellschaft, sondern eine Schaubühne für nach- und nebeneinander auftretende Personen.

Demgegenüber sagen wir, daß die Geschichte nicht die Geschichte von Per sonen, sondern die der Massen ist. Während bei Individuen die persönlichen Eigenschaften immer eine bedeutende Rolle spielen, fallen diese bei der Masse fort, wo die entgegengesetzten Abweichungen einander im Durchschnitt aufheben. Hier findet sich also etwas Allgemeines, welches Objekt einer erklärenden Wissen schaft sein kann. Hier zeigt sich aber zugleich der Grund, warum alle Versuche bürgerlicherseits, zu einer Wissenschaft der Gesellschaft zu gelangen, dazu ver dammt sind, scheitern zu müssen.

Nimmt man die Masse ganz im allgemeinen, das ganze Volk, so findet man, daß bei der gegenseitigen Aufhebung entgegengesetzter Auffassungen und Willen an scheinend nichts übrig bleibt als eine willenlose, launenhafte, zügellose, charakter lose, passive Masse, hin und her schwankend zwischen verschiedenen Antrieben, zwischen aufbäumendem Impuls und dumpfer Gleichgültigkeit — bekanntlich das Bild, in dem die liberalen Schriftsteller am liebsten das Volk darstellen. In der Tat muß es den bürgerlichen Forschern scheinen, daß bei der unendlichen

erschiedenheit der Individuen Abstraktion vom Individuum zugleich Ab-
raktion ist von allem, was den Menschen zu einem wollenden, lebendigen
esen macht, so daß nur eine eigenschaftslose Masse bleibt. Denn zwischen
r kleinsten Einheit, der Einzelperson, und dem ganz Allgemeinen, in dem
le Unterschiede aufgehoben sind, der inerten Masse, kennen sie kein Zwischen-
ied; sie kennen nicht die Klassen. Demgegenüber ist es die Kraft der sozia-
stischen Geschichtslehre, daß sie in die unendliche Verschiedenheit der Persönlich-
iten Ordnung und System brachte durch die Verteilung der Gesellschaft in
lassen. In jeder Klasse findet man die Individuen beisammen, die ungefähr
eselben Interessen, denselben Willen, dieselben Ansichten haben, welche denen
r anderen Klassen entgegengesetzt sind. Unterscheidet man in den geschicht-
chen Massenbewegungen die besonderen Klassen, so tritt aus dem zuvor un-
ntwirrbaren Nebelbild auf einmal ein übersichtlicher Kampf der Klassen klar
rvor, mit seinen wechselnden Momenten von Angriff, Rückzug, Verteidigung,
ieg und Niederlage. Man vergleiche nur die Darstellungen, die Marx von
n Revolutionen von 1848 gegeben hat, mit denen bürgerlicher Autoren. Die
lasse ist das Allgemeine in der Gesellschaft, das zugleich einen besonderen
nhalt behalten hat; hebt man dieses Besondere auf, um zu einem schlechthin
llgemein-Menschlichen zu gelangen, so bleibt nichts Bestimmtes übrig. Eine
esellschaftswissenschaft kann nur Inhalt haben, wenn sie sich mit den Klassen
schäftigt, wo die Zufälligkeit des Einzelindividuums aufgehoben ist und zu-
eich das Wesentliche des Menschen, ein bestimmtes, von anderem verschiedenes
Wollen und Fühlen, in reiner, abstrakter Gestalt geblieben ist.[1]

Wie aber sind wir nun imstande, aus den materiellen Verhältnissen das
istige Verhalten der verschiedenen Klassen abzuleiten? Es ist vollkommen
chtig, wenn Dilthey sagt, daß wir das Denken und Wandeln anderer nur
rstehen, weil wir selbst Menschen sind, die es mitfühlen. Diese These steht
doch nicht im Gegensatz zu unseren Ansichten; sie ist die selbstverständliche
asis der marxistischen Erklärungen. Wenn wir aus den Produktionsverhält-
issen, also dem gegenseitigen Verhältnis der Klassen, ihre Gedanken und Taten
greifen, können wir das nur, weil wir uns selbst in Gedanken in dieselbe
age versetzen können. Einen Mangel aber kann man es nicht nennen, wenn
as alles nicht erwähnt wird; weiß doch jeder, daß wir in Ökonomie und Ge-
hichte über Menschen reden. Den Teleologen wird es dagegen niemals ge-
ngen, die Vergangenheit nur durch „die Gemeinsamkeit in allem Seelenleben"
u verstehen, da ihnen die Kenntnis des veränderlichen Elementes der sich stetig
ntwickelnden Produktionsweise abgeht.

Dies gilt alles für die Massenerscheinungen; aber es kann vorkommen, daß
ir eine bestimmte Person kennen wollen. Ist hier vielleicht die teleologische
uffassung der unserigen überlegen? Nein; sogar da, wo sie am stärksten zu
in glaubt, zeigt sich unsere Überlegenheit. Wie die Arbeiten von Kautsky
ber Thomas More und von Mehring über die Lessing-Legende zeigen,
at der historische Materialismus gerade bei der Behandlung von Einzel-
ersonen seine besten Schlachten geschlagen. Nur wir können den hervor-
agenden historischen Persönlichkeiten gerecht werden, weil wir sie inmitten der
esellschaft ihrer Zeit betrachten. Jeder Mensch lebt nur als Teil der Masse;

---

[1] Vergl. Dietzgen, „Das Wesen der menschlichen Kopfarbeit", S. 123: „Der Gegenstand
r Vernunft ist das Allgemeine, aber — das Allgemeine eines besonderen Gegenstandes."

in seinem bestimmten gesellschaftlichen Milieu wächst er auf, und er kann nu leben und schaffen, denken und handeln in fortwährendem Kontakt mit de ganzen Gesellschaft. Ist er ein Gelehrter, ein Denker: die Lösung der Auf gaben, denen sein Genie sich zuwendet, ist ein Bedürfnis seiner Zeit; müht e sich mit anderen Fragen ab, die keinen interessieren, so beeinflußt er seine Zei nicht; sein Werk bleibt verborgen, bis es vielleicht in späteren Zeiten al Kuriosum ans Licht gezogen wird. Ist er ein Dichter, ein Künstler: was i seinem Werke ausklingt, ist das Geistesleben seiner Zeit, der Klasse, die zurzei die Gesellschaft beherrscht oder um die Herrschaft kämpft; daß er den ver borgensten Gedanken und Wünschen, den Idealen und Hoffnungen der Ringende und Siegenden, der Klage der Besiegten durch seine Stimme Ausdruck, Lebe und Gestalt verleiht, verbürgt ihm Größe und Ruhm. Ist er ein tatkräftige Führer: er kann nur dorthin führen, wohin die Masse geführt werden wil und sie ist es, die sein Genie in ihren Dienst nimmt, um umzustürzen un emporzubauen, was die gesellschaftliche Entwicklung gebietet; und nur solang seine Führer diesen Zielen gehorchen, wird ihm gefolgt, und nur so lang dauert seine Macht. Wenn eine gesellschaftliche Umwälzung sich vorbereitet wenn die sich entwickelnden Produktionskräfte mit den althergebrachten gesell schaftlichen Verhältnissen in Widerspruch geraten, wenn eine neue Klasse empor steigt, so formen sich die neuen Gedanken und das Bewußtsein des neu ent standenen Gegensatzes zuerst klar bei den genialsten, weit vorausschauende Denkern, denen dann immer größere Scharen begeistert zuhören; dem ober flächlichen Zuschauer kann es dann scheinen, als ob die neuen Ansichten allei seinem Geiste entsprießen und ohne ihn nicht da sein würden. Kommt di Masse in Bewegung, bricht eine Revolutionsperiode an, so werden di energischsten und tatkräftigsten Männer in die Führerstelle gedrängt; und wiede muß es scheinen, als habe ihre Energie diese Revolution gemacht und geleitet Gewiß, nur durch ihre besondere Begabung, durch scharfen Verstand, durc geniale Anlage, durch starken Willen gelangten sie auf die hervorragende Stellen; aber was sie durch diese Begabung geworden sind, was sie dachten dichteten oder taten, das wurde von der Gesellschaft, in der sie lebten, bestimmt Darum wird jeder Versuch, sie zu verstehen, ohne tiefgehende Kenntnis der ge sellschaftlichen Verhältnisse notwendig scheitern.

Der Wahn der teleologischen Schriftsteller, daß man die großen Männe ohne diese Kenntnis, nur aus der Gemeinsamkeit in allem Seelenleben ver stehen könne, kommt daher, daß Mitglieder derselben Klasse einander bis zu einem ziemlich hohen Grade verstehen, weil ihre Gedanken und Gefühle nur wenig verschieden sind, und dann daher, daß die Geschichte der Bourgeoisie einen bedeutenden Teil der ganzen Geschichte ausmacht, und daß die Mehrzahl der großen Denker und Dichter der bürgerlichen Kultur angehört. Dieser Wahn stammt also von der bekannten Beschränktheit der Bourgeoisie her, die den Kapitalismus für ewig, die bürgerlichen Auffassungen für die einzig natürlichen hält und daher in den verschiedensten Persönlichkeiten aller Zeiten nur Repräsen tanten ihrer eigenen Klasse sieht.

Allem, was die Vertreter der teleologischen Auffassung dem Naturalismus entgegenhalten, liegen große Mißverständnisse der sozialistischen Geschichtstheorie zugrunde — die übrigens sehr erklärlich sind, da sie den Marxismus selbst nicht kennen und sich nur mühsam aus ihrer oft noch unvollkommenen Kenntnis der Naturwissenschaft ein Phantasiebild machen müssen, wie eine nach natur-

…enschaftlichem Muster aufgebaute Geisteswissenschaft wohl aussehen würde. …s Oberflächlichste und Sonderbarste dieser Mißverständnisse ist wohl die …inung, daß wir nur für die Verstandestätigkeit der Menschen Interesse …en und alles andere vernachlässigen.

Wir sagen: der Mensch in der Praxis, wie wir ihn vor uns sehen, ist …t allein ein Verstandeswesen, das die Welt zu begreifen sucht, sondern in … erster Linie ein fühlendes, wollendes, handelndes Wesen, das alles nach …sönlicher Wertschätzung beurteilt und gut oder böse, wahr oder falsch, schön …r häßlich findet. Darin haben die Teleologen sicher recht; aber gibt es …ol auf der ganzen Welt einen Menschen, der hierin nicht mit ihnen einig …re? Die Frage, um die es sich handelt, ist nicht die, ob wir die Welt nur …standesmäßig betrachten oder als fühlende und wollende Menschen in ihr …en; denn die Wirklichkeit ist, daß wir praktische Menschen sind, die leben … leben wollen und dazu auch die Wissenschaft benutzen, die immer nur …ttel zu einem praktischen Zwecke ist. Die eigentliche Frage, über die wir …einander streiten und die sich hinter jener verbirgt, ist: ob Gefühle, Willens…ßerungen, Interessen und Taten, ob in einem Worte der praktische Mensch …genstand der Wissenschaft sein kann. Die Frage ist, ob man über die Wert…teile und die Stellungnahmen der Menschen allgemeine Regeln aufstellen … Ordnung und System in sie bringen kann. Der bürgerlichen Wissenschaft … das nicht gelungen, und sie verneint die Möglichkeit; der Marxismus hat …s angeblich Unmögliche geleistet, und das konnte ihm nur dadurch gelingen, …ß er die Menschen nach ihrer Stellungnahme in verschiedene Klassen gruppierte. …r praktische Standpunkt, der von den Teleologen dem theoretischen gegen…ergestellt wird, wird von uns weder bestritten noch verneint — er bildet das …tsachenmaterial der Geschichte, das wir durch unsere Wissenschaft systemati…ren und erklären.

Doch dies gerade wollen sie nicht. So tief wurzelt das Gefühl des …ysteriösen in ihnen, daß der Versuch, es als ein natürliches Phänomen zu …lären, für sie der Verneinung dieses Gefühls gleichsteht. Sie leugnen, daß … möglich ist, ihr inneres Seelenleben allgemeingültigen Gesetzen zu unter…rfen und ihre Willensfreiheit durch Vorhersagungen zu binden. Wenn das …arfe Seziermesser einer kühl zergliedernden Analyse an das gelegt wird, was … heiliges Besitztum in den Tiefen ihres Gemüts wohnt, so empfinden sie …s als schmerzliche Verletzung. Allen wissenschaftlichen Einwänden gegenüber …rufen sie sich auf das religiös-sittliche Bewußtsein, das ewig Unerklärliche, …heimnisvolle unseres Lebens, das als innere Erfahrung unmittelbar feststeht. …ierin zeigt sich, daß diese teleologische Denkweise eng verbunden ist mit der …ückkehr der Bourgeoisie zur Religion; ihre Vertreter rühmen den hohen Wert …r Religion und weisen darauf hin, daß diese sich, allen Anfeindungen der …issenschaft zum Trotze, immer siegreich behauptet hat. „Das metaphysische …dürfnis der Person ist ewig“, sagt Dilthey. Indem sie sich so von der …nntnis der Außenwelt abwendet, sich in das eigene Tief-Innerste versenkt …d im persönlichen Erlebnis, in der inneren Erfahrung einen unfehlbaren …senfesten Stützpunkt gewinnt, zeigt sich die teleologische Auffassung als ein … in wissenschaftliche Formen hüllender moderner Mystizismus. (Schluß folgt.)

Eine englische Sozialkritik im Jahre 1805.

Von **M. Beer.**

Die industrielle Revolution und die Sozialkritik.

Gleichzeitig mit dem Beginn der industriellen Revolution um die Mitte d
achtzehnten Jahrhunderts zeigten sich in England die ersten Spuren d
politisch-radikalen und sozialrevolutionären Bewegung. Öffentliche Versam
lungen wurden einberufen, politische Vereine gebildet, und Petitionen an d
Krone und das Parlament wurden zahlreich unterzeichnet. England stand v
dem ersten demokratischen Versuch, das Parlament durch den Druck von auß
zu reformieren und zu beherrschen. Die Agitation der Massen geriet in Fl
(C. B. R. Kent, „The English Radicals“, S. 17).

Als die erste sozialrevolutionäre Kritik dieser Periode muß Burkes „Vi
dication of Natural Society“ (Rechtfertigung der natürlichen Gesellscha
1756) betrachtet werden. Sie erschien sechs Jahre vor Rousseaus „Contr
Social“, und während Rousseau für die Souveränität der Nation gegenüb
dem Monarchen eintritt, ist Burke bemüht, die Souveränität des arbeitend
Volkes gegenüber den adeligen Müßiggängern zu verteidigen. Der „Contr
Social“ ist politisch revolutionär, die „Vindication“ wirtschaftlich rev
lutionär. Burke hat auch den Unterschied zwischen der natürlichen u
künstlichen zivilisierten Gesellschaft ökonomisch herausgearbeitet — e
Unterschied, der von den auf ihn folgenden anarchistischen Kritikern beibehalt
wurde. Der springende Punkt in Burkes Kritik ist der folgende Satz: „J
natürlichen Zustand ist es das unabänderliche Gesetz, daß die Aneignung i
Verhältnis zur geleisteten Arbeit steht; im künstlichen Zustand ist gerade d
Gegenteil der Fall: die am meisten arbeiten, genießen das wenigste.“

Im Jahre 1775 erklärte der Buchhändler Thomas Spence, daß al
gesellschaftlichen Übel dem Privateigentum an Grund und Boden geschuld
seien. Spences Schriften wurden viel gelesen; sie beeinflußten auch Robe
Owen; sie führten ferner zur Gründung weitverzweigter geheimer Verbi
dungen, die den Kommunismus lehrten und von der Regierung als sehr g
fährlich betrachtet wurden („Report of a Select Committee of the Lords
1817).

Im Jahre 1793 erschien Godwins „Political Justice“, die auf Grund de
Prinzips der Gerechtigkeit für vollständige soziale Gleichheit eintritt, jede R
gierung als ein Übel betrachtet und jede Gewalt verurteilt.

Eine merkwürdige Gestalt aus jener Zeit ist J. Thelwall, ein englisch
Jakobiner und Lehrer der Beredsamkeit. In seinen „Natural and Constitu
tional Rights“ (Natürliche und Verfassungsrechte, 1795) wird zum erstenm
ein demokratisches und soziales Programm formuliert. Das Buch ist ein
Verteidigungsrede gegen eine Anklage wegen Hochverrats. Die Rede wurd
aber nicht gehalten, da er sich vor Gericht viel kürzer hatte fassen müsse
Thelwall verlangt das allgemeine Wahlrecht, damit der Arme sich gegen de
Reichen wehren kann. „Warum dürfen Kaufleute, Großkaufleute und Fabr
kanten sich vereinigen, Monopole bilden, Preise festsetzen, während Arbeite
wie Verbrecher ins Gefängnis geworfen werden, wenn sie sich vereinigen, u
ihre eigene Arbeit zu schützen? Weil nur die Reichen und Machtvollen i
Parlament vertreten sind. Wenn die Reichen behaupten, daß nur Eigentu
das Recht gibt, im Parlament vertreten zu sein, so antworte ich darau

entum ist nichts als menschliche Arbeit; das unschätzbarste aller Besitz-
er ist der Schweiß des Armen, aus diesem Schweiß kommt alles Eigentum."
Zu bemerken ist hier, in der ganzen sozialreformerischen Literatur jener
versteht man unter Armen (poor) die Arbeiter, unter Reichen (rich) die
ernehmer, Geldleiher, Kapitalisten. „Labouring poor", die arbeitenden
nen, ist ein stehender Ausdruck.

Wie der englische Literaturhistoriker Henry Morley in seiner Einleitung zu
T. Coleridges „Table Talk" (Tischgesprächen) erzählt, wurde im Jahre 1795
r den Studenten in Oxford und Cambridge eine Verbindung der All-
ichen gegründet, die den Zweck verfolgte, nach Amerika auszuwandern und
die All-Gleichheit zu verwirklichen. Die bedeutendsten Mitglieder dieser
bindung waren die Dichter Southey und Coleridge; beide nannten sich
rger", wurden aber später erzreaktionär, besonders Coleridge, der an
ellings Philosophie genascht hatte.

Allein die eingehendste soziale Kritik jener Zeit findet sich in einem im
re 1805 herausgegebenen Buche, „Effects of Civilisation" (Die Wir-
gen der Zivilisation). Sein Verfasser ist Charles Hall, der als Arzt in
don und Südengland lebte und die Zustände unter der Arbeiterklasse ein-
end studierte. Auch er versteht unter „rich" die Unternehmer, Fabri-
en usw., und unter „poor" die Arbeiter, obwohl er oft die Worte „manu-
urer" (Fabrikant) und „workman" gebraucht. Seine Schreibweise ist sehr
, seine Beweisführung logisch und geschlossen. Seine Grundgedanken, die
möglichst mit seinen eigenen Worten angebe, lassen sich wie folgt wiedergeben.

Die Klassenteilung der Gesellschaft.

Die Einwohner eines zivilisierten, das heißt auf Privateigentum, Handel
Industrie beruhenden Staates können zwar in verschiedene Stände ein-
eilt werden, aber wenn man die Bedingungen ins Auge faßt, unter denen
leben, so genügt es, sie in zwei Klassen einzuteilen: in Reiche und Arme.
ch sind diejenigen, die die Dinge besitzen, durch welche sie die Arbeit der
nen beherrschen. Reichtum ist Macht. Und diese Macht der Reichen ist
nso groß und wirkungsvoll wie die des absolutesten Monarchen. Wahr-
einlich ist die Macht des Reichtums noch wirkungsvoller, denn es ist zweifel-
, ob es je eine Macht gegeben, die die Armen so beherrschen konnte, wie
Macht des Reichtums dies tut. Um imstande zu sein, eine so große An-
l von Menschen zu Grubenarbeiten und zu anderen, noch schmutzigeren
lebensgefährlicheren Beschäftigungen zu verurteilen, wie die Reichen dies
, dazu gehört schon etwas mehr als königliche Gewalt. Die Strafen, die
annen austeilen, fallen nur auf diejenigen ihrer Untertanen, die ihnen nahe
, aber die Macht des Reichtums durchdringt das ganze Land und unter-
ft jeden Armen unter ihre Herrschaft. Auf diese Weise zwingt der Fabrikant
Arbeiter, für ihn zu schaffen und ihm den Löwenanteil zu geben von dem,
s er erzeugt. Von irgendeinem freien Vertrag kann da gar keine Rede sein.
ist absoluter Zwang von seiten der Unternehmer und absolute Notwendig-
von seiten der Arbeiter, diese Bedingungen anzunehmen (S. 1—58).

Zunahme des Reichtums und Wachsen der Armut.

Es ist eine unleugbare Tatsache, daß es die Natur des Reichtums ist, sich
den Händen seines Besitzers stark zu vermehren. Man muß nur die Zu-

stände beobachten, in denen die Reichen vor fünfzig Jahren gelebt haben u
wie sie jetzt leben, um die Wahrheit dieser Tatsache einzusehen. Aber der Z
nahme des Reichtums entspricht eine Zunahme der Armut unter dem arb
tenden Volke, denn je größer der Reichtum, desto wirkungsvoller seine Mac
sich das Produkt der Arbeit anzueignen. Die Zunahme des Reichtums u
der Macht des einen ist die Ursache der Zunahme der Armut und der Degr
dation des anderen. Dies geschieht nicht nur direkt, indem die Macht d
einen größer wird gegenüber der wachsenden Schwäche des anderen, sonde
noch dadurch, daß die Zahl der Armen wächst, indem es dem wachsend
Reichtum des einen möglich wird, den minder Reichen auf die Stufe der arb
tenden Armen herabzudrücken. Die Zahl der Reichen nimmt ab, die der Arm
nimmt zu und gleichzeitig auch ihre Degradation (S. 77—81). Nun sagt ma
die Reichen seien den Armen ebenso nützlich, wie die Armen den Reichen. Al
diese Behauptung ist unhaltbar. Der arme Mann erzeugt durch seiner Hän
Arbeit fast alles, was der Reiche verzehrt. Was aber erzeugt der Reich
Nichts. Aber, sagt man, er gibt den Armen Geld. Allein auch das Geld
das Erzeugnis des Armen, der das Gold und Silber zutage fördert, und sei
Hand hat auch alle Dinge geschaffen, die mit Gold und Silber gekauft werd
(S. 81—85).

Der unversöhnliche Klassengegensatz.

Wir haben gesehen, daß in den zivilisierten Staaten fast die ganze Gewa
in den Händen der Reichen liegt. Sie sind die Gesetzgeber, die Regierun
und die Richter. In einer Republik liegt diese Tatsache klar zutage; in ein
Monarchie ist sie ein wenig verschleiert, aber der Monarch regiert nur, we
die Reichen seine Macht stützen. Die Arbeiter sind von jeder Macht au
geschlossen, und auch wenn ein Armer zuweilen eine Stimme hat, so geschie
es fast immer, daß er durch irgendwelchen Einfluß seine Stimme dem Reich
gibt. Daraus könnte man vielleicht geneigt sein zu schließen, daß dies n
deshalb geschieht, weil die Interessen der Reichen und Armen übereinstimmte
und daß, indem die Reichen ihre eigenen Interessen wahrnehmen, sie gleic
zeitig die Interessen der Armen förderten. Allein ich fürchte, daß dies e
Trugschluß ist. Es ist jedermann klar, daß die Interessen der Verkäufer un
Käufer immer und überall entgegengesetzt sind. Es ist das Interesse d
Käufers, so wenig als möglich für eine Ware zu zahlen; ebenso ist es i
Interesse des Verkäufers, so viel als möglich für eine Ware zu erhalte
Jeder Reiche muß als ein Käufer von Arbeit betrachtet werden, und jed
Arme als ein Verkäufer der Arbeit. Es ist im Interesse des Reichen, so vi
Arbeit als nur möglich aus dem Armen herauszukriegen; ebenso ist es i
Interesse des Armen, von seinem Arbeitsprodukt so wenig als möglich abz
geben. Je weniger der Arbeiter von dem Arbeitsprodukt erhält, desto meh
fällt davon dem Unternehmer zu. Der Gegensatz ist unversöhnlich. Die Inte
essen des Unternehmers und des Arbeiters stehen, gleich den algebraischen Au
drücken: plus und minus, in direktem Gegensatz zueinander und vernichten si
gegenseitig (S. 54). Dieser Interessengegensatz, sagt man, wird aufgehobe
durch die Konkurrenz unter den Unternehmern selbst. Aber wir werden spät
sehen, daß dies nicht zutrifft; wir werden zahlenmäßig zeigen, wie wenig d
Arbeiter von ihrem Produkt erhalten. Vorläufig bleiben wir bei dem Gesagte
daß die Unternehmer sich bemühen, den Teil des Arbeitsproduktes, den d

rbeiter erhält, so niedrig als möglich zu halten. Der Arbeiter will diesen
il erhöhen, aber da er machtlos ist, hat sein Bestreben wenig Erfolg. Man
rd wohl bemerkt haben, daß die Reichtumserzeuger gewöhnlich eine Nieder=
ge erleiden, sobald sie den Kampf gegen die Unternehmer aufnehmen.
reiken sie, so dauert's nicht lange, bis sie, durch Hunger getrieben, sich den
dingungen der Unternehmer unterwerfen. Oft werden sie durch das Ein=
reiten des Militärs zur Unterwerfung gezwungen. Denn die Unternehmer
itzen den Reichtum und deshalb alle Gewalt, und sie benutzen sie mit allen
nen zu Gebote stehenden Mitteln, während die Armen widerstandslos und
ch mutlos sind, da sie das Elend zu Sklaven degradiert hat. Denn ebenso
e zwischen den Interessen des Unternehmers und Arbeiters keine Harmonie
tehen kann, so auch zwischen Privateigentum und Freiheit (S. 50, 90).

Der Anteil des Arbeiters am Produkt.

England hat jetzt eine Bevölkerung von ungefähr 10 Millionen. Davon
d etwa acht Zehntel Arbeiter. Angenommen, daß fünf Köpfe auf je eine
milie kommen, so beläuft sich die Zahl der Arbeiterfamilien auf 1600000.
s Jahreseinkommen eines Arbeiters ist 25 Pfund Sterling. 1600000 mit
multipliziert ergibt 40000000. Das heißt: die Arbeiter Englands haben
Gesamteinkommen von 40 Millionen Pfund Sterling jährlich.

Wie viel Werte produzieren sie jährlich? Nach Adam Smith und anderen
rschern belief sich die Bodenrente vor zwanzig Jahren auf 20 Millionen
und Sterling. Wir dürfen annehmen, daß sie jetzt um ein Drittel mehr
rägt, also 30 Millionen. Dieselben Forscher sind der Ansicht, daß die
nte nicht mehr als ein Drittel des Wertes der Bodenprodukte darstellt.
ese belaufen sich jetzt demgemäß auf 90 Millionen. In seiner unlängst er=
ienenen Abhandlung über die Einkommensteuer gibt Dr. Gray diesen Wert
f 112 Millionen an. Dies ist also der Betrag des Wertes dieser Produkte,
die Armen im Ackerbau erzeugen.

Wie Mr. Pitt im vorigen Jahre (1803) erklärte, beläuft sich die Ausfuhr
Fabrikwaren auf ungefähr 50 Millionen jährlich.

Die meisten Forscher nehmen an, daß die heimische Konsumtion den
eifachen Wert der Ausfuhr beträgt, also 150 Millionen. Die englischen
beiter erzeugen demnach einen jährlichen Warenwert von 312 Millionen,
alten aber nur 40 Millionen oder ein Achtel ihres Produktes. Acht Zehntel
Bevölkerung erhalten ein Achtel des Produktes, das heißt der Arme arbeitet
en Tag für sich und sieben für den Unternehmer.

„Sic vos non vobis mellificatis, apes,
Sic vos non vobis aratra, boves.“[1]

Die Schlüsse, die ich hier ziehe, sagt der Verfasser, beruhen auf Angaben,
nicht bestritten werden können, da sie von Leuten geliefert wurden, die keine
nung hatten, daß aus ihnen derartige Schlüsse gezogen werden könnten; ja,
würden es bedauerlich finden, wenn sie wüßten, daß sie auf diese Weise
nutzt würden. Ebenso sind es Leute, die jede Befähigung und jede Gelegen=
t haben, solche Ziffern festzustellen.

---

[1] „Nicht für euch sammelt ihr Bienen den Honig,
Nicht für euch zieht ihr Ochsen den Pflug.“

Reformvorschläge und ihr Motiv.

Halls Grundgedanken lassen sich demnach dahin zusammenfassen: Die Arbei ist die Quelle aller Werte, aber es ist der Reiche, der sich ihrer bemächtigt, d er die Instrumente besitzt, die zur Herstellung der Existenzmittel nötig sind Der daraus entspringende Klassengegensatz ist unversöhnlich. Die Reiche werden reicher, die Armer ärmer; die Zahl der Reichen nimmt ab, die de Armen nimmt zu; mit dem Wachsen der Macht der Reichen wächst das Elen und die Degradation der Armen.

Wie das im einzelnen geschieht, darüber sagt Hall sehr wenig. Er mein „der sehr komplizierte Zustand der Zivilisation, der durch das Dazwischentrete des Geldes und durch die große Arbeitsteilung in den Fabriken veranlaß wird“, mache es nicht leicht, die geschilderte Sachlage genau zu zerlegen un aufzuklären. Unbestreitbar und allen sichtbar sei aber die Tatsache, daß de Arbeiter sehr wenig von der Frucht seiner Arbeit erhält. Es sei indes höch merkwürdig, daß die Wahrheiten, die er in seinem Buche beschreibt, so weni bekannt seien. Dies könne nur dadurch erklärt werden, „daß die Leute, di diese Wahrheiten entdecken, kein Interesse haben, sie auszuarbeiten. Und e geschieht gewöhnlich, daß Entdeckungen, die unserem Interesse entgegengese sind, nicht weiter verfolgt oder ganz unterdrückt werden. Die Leute tun die unwillkürlich und unbewußt; sie kommen gar nicht dazu, eine derartige Hand lungsweise als unanständig und unehrlich zu betrachten. So wie das Interes uns für Dinge heimlich einnimmt, die uns förderlich sind, ebenso lenkt e unsere Aufmerksamkeit weg von Dingen, die uns entgegengesetzt sind“ (S. 183 Allein dies sei ungerecht. Das ganze Verhältnis zwischen Reichen und Armer zwischen Unternehmern und Arbeitern beruhe auf Ungerechtigkeit und Grausam keit. Es sei auch unfrei, denn eine Grundbedingung der Freiheit sei das Rech auf den vollen Ertrag der Arbeit.

Wie kann dieser Ungerechtigkeit abgeholfen werden?

Hall schlägt folgende Reformen vor: Beseitigung der Primogenitur; schar Besteuerung der Luxusfabrikate; Verstaatlichung des Grund und Bodens un dessen Aufteilung unter den Familien je nach ihrer Kinderzahl, und da di Größe der Familien variiert, so ist von Zeit zu Zeit eine Neuaufteilung de Grund und Bodens vorzunehmen.

Die Nachfolger Halls haben bis auf Marx nichts Wesentliches zu seine Kritik hinzugefügt. Die Probleme, die Hall stellte: den komplizierten Mechanis mus der Ausbeutung aufzuklären, die Wirkung des Dazwischentretens de Geldes und des ganzen Regimes der Fabrikarbeit zu beleuchten, wurde vo keinem Utopisten in Angriff genommen. Von Krisen wußte Hall noch nicht da zu seiner Zeit Konsumtion und Produktion noch Hand in Hand gingen.

Das Wesen seiner Reformvorschläge kann uns nicht überraschen, da da soziale Problem sich bis auf Marx so stellte: Finde eine Gesellschaftsform, di der menschlichen Natur und der Gerechtigkeit entsprechen würde. Erst Mar hat das Problem umgedreht und erweitert und so formuliert: Finde die Ur sachen, die zur jetzigen Gesellschaftsform geführt haben, und untersuche, ob nic neue Ursachen wirksam sind, die zu einer Umwandlung der Gesellschaft führe

* * *

Über Halls Leben finden sich nur wenige Daten. Er wurde um das Jah 1745 geboren und starb um das Jahr 1825. Er studierte Medizin in Eng

nd und, wie es sehr wahrscheinlich ist, auch in Leyden. Die erste Ausgabe eshier besprochenen Buches war nur in engen Kreisen bekannt. Erst die ite Ausgabe, die im Jahre 1849 erschien, erregte die Aufmerksamkeit des blikums. Er wird nur von einem seiner Zeitgenossen erwähnt. Der Owenist sozialreformerische Schriftsteller John Morgan Minter veröffentlichte im hre 1834 ein zweibändiges Werk: „Hampden in the 19. century“ (oder Geiche über die Irrtümer und Reform der Gesellschaft), worin er erzählt: Hall sein Buch veröffentlichte, befand er sich in Armut, da er kurz zuvor en Zivilprozeß verloren hatte, der sein Vermögen verschlang. Seine Freunde lten für ihn alle Schulden bezahlen, aber Hall lehnte jeden Beistand ab, er überzeugt war, er sei zu Unrecht verurteilt worden. Er ging sodann ins uldengefängnis, wo er seinen Lebensabend zubrachte: er starb im Gefängnis. inter besuchte ihn zuweilen und fand seine Gespräche ungemein anziehend. ll beherrschte nicht nur die klassischen Sprachen, sondern studierte auch eifrig turwissenschaften.

Rententheoretisches über das Zechenlegen.

Von J. German.

Als im Vorjahr das Stillegen zahlreicher Zechen im Ruhrrevier die allmeine Aufmerksamkeit erregte, mußte das Interesse naturgemäß vornehmlich n Tausenden Bergarbeitern gelten, die durch diesen Vorgang betroffen wurden. e die Sache vom Standpunkt der Gesellschaft, vornehmlich dem der kohlensumierenden Massen der Bevölkerung, zu betrachten sei, daran wurde erst zweiter Linie gedacht, und nicht mit gebührender Gründlichkeit. Der hauptchlichste Zweck dieser Zeilen ist es deshalb, zu zeigen, was das Zechenlegen die Gesellschaft bedeutet, einmal in Zeiten freier Konkurrenz der Grubentzer, das andere Mal in Kartellzeiten. Die Grubenbesitzer erhalten in beiden llen Kapitalprofit und Renten als Eigentümer des Erdinhaltes, aber die ge haben sich unter der Syndikatswirtschaft gewandelt und mit ihnen die deutung des Zechenlegens.

Um gleich zur Sache zu kommen: In freier Konkurrenz — diese wollen r zunächst betrachten — wird der Preis der Kohle bestimmt durch die Protionskosten in den ungünstigsten Gruben, deren Betrieb eben noch gesellaftlich notwendig ist, um die Nachfrage zu decken. Die Differenz zwischen ren Produktionskosten und jenen günstigerer Gruben ist Bergwerksdifferentialnte und wird von den glücklichen Besitzern dieser Gruben eingesteckt. Daraus lgt, daß die Gesellschaft an zwei Dingen Interesse hat: erstens, daß immer nstigere Gruben die Rolle derjenigen einnehmen, deren Produktionskosten isbestimmend sind, daß also der Kohlenpreis fällt; zweitens, daß bei gegebenem hlenpreis die Produktionskostendifferenz zwischen den günstigsten und ungünstigsten, aber notwendigen Gruben möglichst klein sei, denn dann ist die ntenmasse, welche die Bergwerksbesitzer aus der Gesellschaft ziehen, möglichst ring. Betrage zum Beispiel der Kohlenpreis 10 Mark, so ist zu wünschen, ß möglichst wenig Kohle mit Produktionskosten von 5 Mark gefördert werde, nn die konsumierende Bevölkerung muß alle Kohle mit 10 Mark bezahlen, ag auch ein noch so großer Teil davon dem Kapital nur 5 Mark gekostet ben. Die Existenz und die Ausnutzung der günstigen Gruben wird den

Konsumenten gar nicht bemerkbar, die Bevölkerung wird um die günstig Eigenschaften der unersetzbaren Flöze und Gruben beraubt. Dieser Raub um so größer, je größer die gesamte Differenz der Produktionskosten. Ei kapitalistische Bewirtschaftung des Bergbaus mit großen Differenzen dieser A gleichzeitigem Betrieb von sehr günstigen und sehr ungünstigen Bergwerke bedeutet also in diesem Sinne Raubwirtschaft.

Geht die Entwicklung dahin, daß neue, billig produzierende Bergwerke ei gerichtet werden, so ist sie nicht immer im Interesse der Konsumenten. Di ist nur dann der Fall, wenn die teuerst produzierenden Bergwerke dadurch ih preisbestimmende Funktion verlieren. Liegt die Sache aber so, daß mit d Ausdehnung der Gesamtproduktion infolge der Inbetriebsetzung der neu Grubenanlage gleichzeitig in demselben Maße der Konsum wächst, so daß d ungünstigen Gruben nach wie vor notwendig bleiben, dann bedeutet die Grü dung der billig produzierenden Grube nur eine Vergrößerung der an die Ber werksbesitzer zu zahlenden Rentensumme. Dies nur nebenbei. Sicher ist abe daß die Ausschaltung ungünstiger Gruben aus der Preisbestimmung der Kohl einen Vorteil für die Konsumenten darstellt, sowohl in Sachen Kohlenpreis a in Sachen Rentensumme.

Im Ruhrrevier liegen nun die Dinge folgendermaßen. Der heutige Sta der Bergbautechnik gestattet es, die im nördlichen Teile des Reviers vo kommenden mächtigeren Flöze mit geringeren Produktionskosten zu erschließ und abzubauen, als die schwächeren im südlichen Teile, obwohl das Kohle gebirge im Norden in größerer Teufe sich vorfindet. Die Leistungsfähigk der nördlichen Gruben ist heute bereits so groß, daß die südlichen zum T ökonomisch nicht mehr notwendig, ihre hohen Produktionskosten nicht me preisbestimmend sind. Dies alles natürlich unter der getroffenen Vorau setzung, daß freie Konkurrenz herrscht; dann würde ein Teil der Zechen berei mit Verlust arbeiten, ein anderer Teil mit der fortschreitenden Erschließu des Nordens demselben Ziele entgegeneilen. Nur die Hoffnung auf ein A schwellen des Kohlenkonsums, derart, daß dann dennoch wieder die u günstigen Zechen preisbestimmend werden und wieder Profit liefern, kann unt diesen Umständen die Bergwerksbesitzer zur Fortführung des Betriebs veranlasse

Die Entwicklung liegt demnach in dem dargelegten Interesse der Kons menten. Aber sind die Interessen der Konsumenten bereits erschöpfend b handelt? Keineswegs. Es ist ein bekanntes Argument gegen das Zechenlege daß dadurch die Schächte verfallen, die Qualität der Kohlen sich verschlecht und daß dann, wenn die günstigeren Flöze erschöpft sind, weit mehr Arb notwendig sein wird, um die jetzt vernachlässigten Flöze auszubeuten. D Aufrechterhaltung des Betriebs der ungünstigsten Schächte liegt also, so sa man, im Interesse der Nation, das ist der Konsumenten. Wenn die u günstigen Zechen wieder gesellschaftlich notwendig werden, so wird der Kohle preis höher sein als bei gegenwärtigem Abbau derselben Flöze, desgleich — auf dem Boden der vorhin geübten Auffassung — die Rentensumme. B dem so beschleunigten Tempo der Erschließung der günstigen Flöze sinken zw die Kohlenpreise und verlieren die ungünstigen Gruben ihre preisbestimmen Funktion, später aber werden die Preise um mehr steigen, als sie jetzt falle Die Konsumenten müssen, wenn man beide Zeiträume zusammenfaßt, me bezahlen, denn die Gesellschaft wirtschaftet irrationell mit den Naturschätze Also Raubwirtschaft der Grubenbesitzer und deshalb Raubbau.

Diese Argumentation ist löcherig. Was darin nicht berücksichtigt ist, ist der itpunkt, an welchem die verfallenden Gruben wieder gebraucht werden. llte es sich herausstellen, daß die verfallenden Zechen erst nach Generationen der in die Reihe der notwendigen einrücken, dann kann man nicht von ubbau sprechen. Denn in einem solchen Zeitraum wird infolge technischer rtschritte die Produktivkraft der Bergwerksarbeit dermaßen zugenommen en, daß die Schädigung durch das Stillegen, das Plus an Arbeit, aufogen sein wird. Die Rücksicht auf spätere Generationen, die noch dazu e vergesellschaftlichte Produktion haben und überhaupt keine Bergwerksrente ahlen werden, brauchte uns nicht zu hindern, uns heute der niedrigen Kohlenise und niedrigen Bergwerksrenten ruhig zu freuen.

Wie es mit diesem entscheidenden Moment im Ruhrrevier bestellt ist, darr scheinen einigermaßen verläßliche Schätzungen nicht gemacht zu sein. Die n preußischen Handelsministerium in Sachen Zechenlegen ausgearbeitete nkschrift bemerkt: „Bei höheren Kohlenpreisen, als sie jetzt bestehen, kann r, wenn auch vielleicht erst nach vielen Jahrzehnten, wenigstens ein l der eingestellten Ruhrtalzechen, wenn sie mit Nachbargruben zu größeren rgwerken vereinigt und mit neuzeitlichen Anlagen ausgerüstet werden, wieder Aussicht auf Gewinn in Betrieb genommen werden.“ Dem bergmännischen en erscheint dieser Zeitraum nicht unwahrscheinlich. Wird doch die Lebenser des Reviers ausschließlich der abnormen Teufen auf fünfhundert Jahre schätzt!

* * *

Wie weit gilt das bisher Entwickelte im Machtbereich des Syndikats? Diese age ist bald beantwortet. Selbstverständlich ist, daß im Augenblick des rfalls des Syndikats das für den Zustand freier Konkurrenz Dargestellte in scheinung tritt, und deshalb ist es wichtig. Ich kann daher nicht begreifen, shalb Cunow[1] zwar einen wirtschaftlichen oder technischen Fortschritt in Konzentration der kartellierten Eisen- und Stahlindustrie anerkennt, nicht r in der Konzentration des Bergbaus. Es ist auch unrichtig, wenn Cunow t, die Überweisung des Förderquantums der stillgelegten Zechen auf günstigere mindere deren Förderungskosten nicht (S. 273), da doch das verbrauchte Kapital, die Kosten der Werksleitung usw. auf ein größeres Förderquantum verteilen. Besonders bedenklich ist es aber, wenn Cunow die Verzinsung zum Ankauf der stillgelegten Zechen notwendigen Kapitals zu den Proktionskosten rechnet und derart zu dem Resultat kommt, „daß sich durch Erwerbung von ‚Eiberg‘ künftig für die Gewerkschaft ‚Ewald‘ die Kosten er Tonne Kohlen, die in ihren Gruben gefördert wird, um etwa 40 Pfennig höhen“ (S. 274).

Doch gehen wir zu der Rententheorie der Syndikatswirtschaft.

Nicht mehr bestimmen die Produktionskosten des ungünstigsten, aber notndigen Bergwerkes den Kohlenpreis, sondern ein Monopolpreis ist stipuliert, seine Grenze findet in der Möglichkeit ausländischer Konkurrenz im Absatzbiet der Ruhrkohlen, der eventuell beeinflußt ist durch die Erwägung, daß wisse Preisübertreibungen eine solche Minderung des Verbrauchs zur Wirg haben, daß der Gesamtprofit der großen Gruben leidet. Vielleicht wird

---

[1] Die Kartelle in Theorie und Praxis, „Neue Zeit“, XXI, Nr. 35.

der Kohlenpreis auch deshalb nicht über eine gewisse Höhe hinausgetriebe damit die ungünstigsten Gruben auch wirklich nicht Profit liefern und so en sprechend dem neuen Syndikatsvertrag den großen günstigen Gruben billig in die Hände fallen. Das nennt man dann „maßvolle Preispolitik“.

Da die Produktionskosten des ungünstigsten, aber notwendigen Bergwerk nicht mehr den Kohlenpreis bestimmen, ist es für die Konsumenten oh Belang, ob die ungünstigsten Bergwerke ausgeschaltet werden, indem günstige sich auftun. Eine Funktion, die man nicht hat, kann man nicht verlieren. D Minus an Produktionskosten verwandelt sich in ein Plus an Rente, die je Monopol-, nicht reine Bergwerksrente ist. Ja, es ist nicht einmal ausgeschlosse daß der Kohlenpreis und die Rente infolge der Ausschaltung der ungünstig Gruben nicht nur nicht sinken, sondern sogar steigen. Sobald der Ruhrkohle bergbau und das Syndikat nur mehr aus einer geringen Zahl von billig prod zierenden Riesengesellschaften besteht, fällt ein preisretardierendes Mome hinweg; man hat keine kleinen, ungünstigen Zechen mehr, die man mit de relativ niedrigen Preise totzuquetschen hat. Das Zechenlegen kann hier für d Konsumenten äußerst nachteilig sein. Die günstigsten Gruben werden ausgenut die Kohlen aber zu Preisen verkauft, als stammten sie aus ungünstigen.

Wenn der Syndikatskohlenpreis völlig unabhängig von den Produktion kosten ist, nicht sinkt, wenn diese sinken, dann verlangt das Konsumenteninteres nach möglichst *hohen* Produktionskosten, nach dem Abbau möglichst ungünstig Flöze. Deren Ausschaltung durch die Inangriffnahme günstiger Flöze erschei ihm mit Recht als Raub infolge zuschüssiger Monopolrente, die in Riese gewinnen der Zechengesellschaften sich ausdrückt. Solange das Syndikat b steht, hat die Gesamtheit nichts von der Ermäßigung der Produktionskoste Die Bevölkerung der stillgelegten Reviere hingegen wird durch das Zechenleg ebenso schwer betroffen, als im vorhin erörterten Falle freier Konkurrenz.

* * *

Wir wollen nun das Verhältnis der Gesellschaft zur Bevölkerung d Ruhrreviers betrachten, zunächst unter der Voraussetzung freier Konkurrenz i Bergbau.

Die Interpellation der Reichstagsfraktion über das Zechenlegen richtete a den Reichskanzler die Frage, welche Maßnahmen er gegen die dadurch hervo gerufene Arbeitslosigkeit und die Existenzvernichtung von Bauern, Handwerke und Geschäftsleuten im Ruhrrevier zu ergreifen gedenke. Die Regierung t natürlich nichts. Daß sie aber nach unserer Meinung zu handeln hätte, d geht auf Motive zurück, welche die Regierung in einem anderen Falle meh als zu würdigen weiß, im Falle der *Landwirtschaft*. Die Lage des deutsch Getreidebaus und des Kohlenbergbaus im südlichen Ruhrrevier weist vi Gemeinsames auf, worauf auch Graf *Kanitz* in der Reichstagsdebatte, alle dings in verdrehter Form, aufmerksam machte.

Wir verlangen für die deutschen Arbeiter den Weltmarktspreis des Bro getreides. Wir wissen aber auch, daß aus mehrfachen Gründen der Masse d landwirtschaftlichen Bevölkerung eine Entschädigung geboten, daß ihre Existe gestützt werden muß, wenn diese infolge der Konkurrenz billiger produzierend Länder gefährdet ist. *Hier* greift die Regierung ein durch die Getreidezöll *Wir* aber wollen diese *Kopfsteuer* zugunsten der Landwirtschaft um weniger, als sie nur zum Teil und nicht auf die Dauer der Masse der lan

tschaftlichen Bevölkerung zugute kommt, sondern den großen Grundrenten-
signern. Die Kopfsteuer dient zur Erhöhung der Grundrente. Dagegen
uben wir, die Sozialdemokratie wäre mit Kautsky bereit, dieselbe, aber durch
e progressive Einkommensteuer aufgebrachte Summe alljährlich der landwirt-
aftlichen Bevölkerung hinzugeben, jedoch in einer solchen Form, daß tatsächlich
Bevölkerung den Nutzen davon hat für Schulen, Kommunikationen usw.
Ganz ähnlich liegt die Sache der südlichen Ruhrkohlenzechen. So wie das
ikalste, aber beste Mittel, um der landwirtschaftlichen Bevölkerung zu helfen,
Verstaatlichung wäre, die beste Form, die Zuschußsumme an die richtige
elle zu bringen, so auch bei den unrentablen Ruhrkohlenzechen. Würden diese,
er der Herrschaft freier Konkurrenz im Bergbau, also Fehlen des Syndikats,
n Staate erworben, in Betrieb gehalten, die Kohle aber zu dem Preise
kauft, der den geringeren Produktionskosten der günstigeren Gruben ent-
icht — wie ja nicht anders möglich —, dann hätte die Bevölkerung billige
hle, würde aus Steuergeldern den bisherigen Bergwerksbesitzern eine Rente
len, dabei aber doch die gefährdete Existenz der Bevölkerung des Ruhrtals
ten. Aber auch ohne Verstaatlichung ließe sich analog dem Kautskyschen
rschlag für die Landwirtschaft eine Vorgangsweise zugunsten der Gegenden
den, in welchen das Privatkapital jetzt Zechen stillegt. Etwa durch
bventionierung der betroffenen Gemeinden, Bau von Kleinbahnen und
gleichen. Der primitive und wirtschaftlich reaktionäre Mechanismus der
hutzzollpolitik ist hier nicht anwendbar. Das analoge reaktionäre Mittel
atlicher Politik, das ebenso im Sinne einer Belastung der Konsumenten durch
he Preise und im Sinne einer Erhaltung und Erhöhung der Renten wirken
rde — hier der Bergwerks-, dort der Grundrente —, wäre ein Verbot der
neren Abteufung günstigerer Schächte, eine künstliche Aufrechterhaltung der
ntabilität ungünstiger Gruben. Dann würde die Bevölkerung zugunsten des
hlenbergbaus ebenso mit einer Kopfsteuer belastet sein wie zugunsten der
ndwirtschaft — beides gleich verwerflich.
Auch in Zeiten der Syndikatswirtschaft kann der Staat der not-
wenden Bevölkerung zu Hilfe kommen, und zwar ganz in derselben Weise
weder durch Verstaatlichung oder durch Subventionierung usw. Die Sache
gt aber jetzt ganz anders. Heute schon, nachdem die Bergwerksunter-
hmungen durch viele Jahre Syndikatswirtschaft nicht normale Bergwerks-
nten, sondern höhere Monopolsrenten erzielen, müßte der Staat die
Monopolsrente kapitalisieren, um in den Besitz von Bergwerken zu
langen. Die Aktionäre der „Hibernia" zum Beispiel würden die Monopols-
nte auch weiter beziehen, wenn sie das Angebot der Regierung annähmen;
se Rente steckte in den preußischen Konsols, welche sie für ihre Aktien er-
lten würden. Der Unterschied gegenüber der jetzigen Form des Renten-
hebens bestünde nur darin, daß die Rente nicht mehr auf dem Wege einer
pfsteuer durch den Kohlenpreis, sondern aus Steuergeldern den Aktionären,
nun wirkliche „Rentiers" sind, dargebracht würde. Im Jahrzehnt 1880
1889 betrug die Durchschnittsdividende der „Hibernia" nur zirka 6 Prozent,
ersten Jahrfünft der Syndikatswirtschaft 9,3 Prozent, im letzten Jahrfünft
12 Prozent. Die Regierung wollte die „Hibernia"-Aktien zum Kurse von
20 Prozent erwerben. Es ist daher begreiflich, daß diese Art der Verstaat-
lung wenig Begeisterung erweckt. Nur einem weiteren Steigen der Rente
nnte damit eventuell vorgebeugt sein.

Aber bleiben wir auf der Basis, auf welcher wir die Dinge unter d
Voraussetzung freier Konkurrenz untersucht hatten; betrachten wir die Verstaa
lichung der ungünstigen Zechen, zu welchen doch die „Hibernia“ nicht gehör
Auch diese Zechen sind heute nur zu Preisen zu kaufen, die der höhere Kohle
preis der Syndikatswirtschaft beeinflußt. Ihr Defizit würde ohne Syndik
noch größer sein. Also auch wenn die „unrentablen“ Gruben vom Staa
erworben würden, müßten die Steuerzahler den bisherigen Besitzern Monopol
renten bezahlen. In dem vorhin betrachteten Falle freier Konkurrenz war d
Stillegung der ungünstigen Zechen eine Folge davon, daß die Kohlenprei
sanken, die konsumierende Bevölkerung also Vorteil hatte. Dieselbe kons
mierende Bevölkerung opferte dann (in Form von Steuern) einen Teil ihr
Vorteils, um die Existenz des betroffenen Teiles der produzierenden Bevölk
rung zu stützen. Hier, unter der Syndikatswirtschaft, hat sie nur die Möglic
keit des Opfers, außerdem ist sie aber in noch höherem Maße zur Rente
zahlung verpflichtet. Nur ein Zusammenbruch des Syndikats oder die Konku
renz eines syndikatsfremden Produktionsgebiets kann der Bevölkerung d
Vorteile der tatsächlich eingetretenen Produktivkraftsteigerung verschaffen.

Nach dem alten Syndikatsvertrag mußte jedem Besitzer von Grubenfelder
der einen neuen Schacht niederbringen ließ, ein bestimmtes Quantum d
Gesamtförderung zugewiesen werden. So gerieten jene Grubenbesitzer in Nac
teil, deren Besitz bereits derart ausgenutzt war, daß er neue Schachtanlag
nicht gestattete. Es wurde ihnen stückweise ihre Förderung und damit ih
Bergwerksrente genommen. Dem sollte der neue Syndikatsvertrag abhelfe
indem er festsetzte, daß jedes Syndikatsmitglied bis zum Jahre 1915 die f
das Jahr 1904 festgelegten Quoten der Gesamtförderung zugeteilt erhält. W
nun meint, das jetzige Tempo des Ankaufs und Stillegens der weniger leistung
fähigen Zechen durch die großen, günstig arbeitenden Grubengesellschaft
beweise, daß der neue Vertrag seinen Zweck nicht erfüllt, der befindet sich völl
im Irrtum. Nicht um die Erhaltung des bisherigen Förderquantums, nic
um die Erhaltung des Betriebs handelte es sich den mit dem alten Vertr
unzufriedenen kleinen Zechen. Nur die Rente und der Kapitalprofit komm
den Besitzern in Betracht, und sie werden ihnen durch den neuen Vertrag au
reizenderweise in allen Fällen gesichert, am besten aber gerade jenen B
sitzern, die ihre Anlagen verkauften und stillsetzen ließen: sie erhalten im Prei
der Gruben jene Monopolsrente kapitalisiert, die für sie aus dem neu
Syndikatsvertrag günstigenfalls folgen konnte. Auch die heute unrentabl
unter den stillzulegenden Zechen haben doch eine Profitmöglichkeit für die Z
kunft, sie dient als Grundlage einer Rentenschätzung, durch die der Preis dies
Zechen bestimmt wird. Es ist nicht anders als in der Landwirtschaft: der Zo
schutz bezweckt ebenfalls nicht, die deutsche Landwirtschaft zu erhalten oder sell
den Grundbesitzern in aller Zukunft die Existenz zu sichern, sondern dient au
schließlich dazu, den gegenwärtigen Rentenbesitzern ihre Rente zu erhalt
oder zu erhöhen. Auch hier ist die erhöhte Rente gerade jenen Leuten am best
gesichert, die ihren Besitz verkaufen, dessen Preis nach der Zollerhöhung dur
Kapitalisierung der erhöhten Rente fixiert wird. Diese Herren beziehen dan
in aller Ewigkeit kapitalistischer Wirtschaft eine erhöhte Rente, die aber g
nicht mehr mit der Landwirtschaft in Zusammenhang steht.

Das Zechenlegen bei freier Konkurrenz ist also, wenn nicht der Staat ei
greift, verderblich für die Bevölkerung der betreffenden Gegend, aber vo

rteil für die Gesamtheit der Konsumenten. Das Zechenlegen unter der ndikatswirtschaft ist verderblich für die Bevölkerung der betroffenen Gegend, ichzeitig aber auch schädlich für die Konsumenten. Staatshilfe für die vom chenlegen bedrängten Gebiete bedeutet nun aber doppelte Belastung der Konnenten. Alle beteiligten Faktoren leiden hier — ausgenommen die großen onopolisten, die allein den ganzen Profit einsacken. Nur durch deren Expriierung könnte den Schäden des Zechenlegens in einer Weise abgeholfen rden, die den Konsumenten wie den Bergarbeitern in gleicher Weise nützt.

Die internationale Organisation des Kleinbürgertums.

Von **Georg Stiekloff**.

IV.

(Schluß.)

Die in den früheren Artikeln beleuchteten drei Kongresse haben die Physioomie der Organisation des internationalen Kleinbürgertums zur Genüge kennzeichnet. Aber man blieb dabei nicht stehen. Die Regisseure der Begung hatten die Absicht, eine Art ständigen Sekretariats der internationalen inbürgerlichen Organisation zu begründen, das sich nicht auf die periodischen ngresse von kurzer Dauer beschränken sollte. Daraufhin versammelten sich n 23. April 1903 in Stuttgart einige Nationalökonomen, zunächst nur rteilose Priester der reinen Wissenschaft. Die Versammlung setzte sich zum ößten Teile aus Belgiern und Süddeutschen zusammen (die süddeutschen einstaaten sind das wahre Eldorado des Kleinbürgertums). Paris war dort rch Georg Blondel vertreten, Rußland durch einen gewissen Borodiewski er Borodaewski, einen großen Unbekannten, Österreich, Holland und die chweiz schickten schriftliche Erklärungen. Auf dieser Zusammenkunft wurde der rundstein zu dem „Institut international de Bruxelles pour les études relaives à la petite bourgeoisie“ gelegt.

Dieses Institut hat nicht die Aufgabe, der praktischen Mittelstandspolitik gendwelche Direktiven zu geben. Es hat die bescheidene Aufgabe übernommen, ntersuchungen anzustellen, Enqueten zu veranstalten, die Lage der Kleindustrie und des Kleinhandels in den verschiedenen Ländern und den verhiedenen Zweigen ihrer Tätigkeit auf ökonomischem Gebiet zu studieren. Es ill die Dokumente und andere Angaben über die Lage und die Bedürfnisse s Kleinbürgertums sammeln und ordnen und hofft so mit der Zeit ein entrum der Information und Vereinigung zu werden. Seine Mission ist so ganz streng wissenschaftlich und objektiv und vermeidet von vornherein den politischen oder religiösen Streit. Es will seinen Mitgliedern nichts efern als „Beiträge“. Es werden drei Kategorien von Mitgliedern unterhieden: Ehrenmitglieder, aktive und korrespondierende Mitglieder. Die Exekutivwalt liegt in den Händen eines Zentralkomitees, in dem zwei Delegierte für des Land sitzen, die von der Plenarversammlung der aktiven Mitglieder auf ei Jahre gewählt werden. Das Amt des Präsidenten geht alle drei Jahre auf ne andere Nation über. Zum Sitze des Komitees wurde natürlich Brüssel wählt; das kann nach allem oben Gesagten nicht wundernehmen.[1] Die

[1] Wir wollen nur bemerken, daß das Sekretariat der internationalen Arbeiterorganition sich, freilich aus ganz anderen Gründen, auch in Brüssel befindet.

belgische Regierung beeilte sich, dem Institut Räumlichkeiten für sein Archi und seine Bibliothek, sowie Leute, die den Auskunftsdienst versehen können, zu Verfügung zu stellen. Zum Generalsekretär wurde der Ministerialdirektor an Ministerium für Industrie und Arbeit, Stevens, ernannt; zusammen mit dem Rechtsanwalt Lambrechts, der an demselben Ministerium angestellt ist, hatt er sich bei der internationalen Organisierung des Kleinbürgertums lebhaft be tätigt. Komiteemitglieder sind: für Frankreich der bereits oben erwähnte Pro fessor Blondel, Professor an der Handelshochschule in Paris, und Vikto de Clercq, ein katholischer Publizist und Archivverwalter der klerikal-royalisti schen Organisation „L'Action Libérale" (der stärksten aller reaktionären Or ganisationen Frankreichs), für Belgien Hektor Lambrechts und ein Professo der katholischen Universität in Loewen, der gelehrte Nationalökonom Vikto Brants, für die Schweiz Eugen Girard.

Am 2. und 3. März fand unter freundlicher Mitwirkung des Industrie und Arbeitsministers, Herrn Francotte, die erste Zusammenkunft dieses Komitee statt. Das Präsidium wurde Herrn Boediker übertragen, der durch sein Tätigkeit in Sachen der Arbeiterversicherung in Deutschland bekannt geworde ist. Nach drei Jahren wird das Präsidium auf den Delegierten derjeniger Nation übergehen, die im Alphabet zunächst steht, also nach Österreich (Autriche) das auf Deutschland (Allemagne) folgt. Deutschland, Österreich, Luxemburg Holland, Belgien, Frankreich waren auf dieser internationalen Konferenz ver treten. Herr v. Girard (Schweiz) konnte nicht kommen.

Es ist interessant, auf die Zusammensetzung der Delegationen der ver schiedenen Nationen einen Blick zu werfen. Wir erhalten dann folgende be merkenswerte Tabelle:

Deutschland: Dr. Heiligenstadt, Präsident der Berliner Genossenschaftskasse und Dr. Kroidl, Sekretär der Nürnberger Handwerkskammer
Österreich: Dr. Schwiedland, Professor an der Universität Wien.
Belgien: Julien Koch, Stadtrat in Antwerpen (früherer Deputierter) Viktor Brants, Professor an der katholischen Universität Loewen Pyfferoen, Professor an der katholischen Universität Gent Lambrechts, Bureauchef am Industrie- und Arbeitsministerium
Luxemburg: Dr. Kaufmann, Staatsrat.
Holland: Herr Nolthenius, Bankier aus Amsterdam, und Pater Nouwens Lehrer in Heeswyck.
Frankreich: V. de Clercq, von der „Association catholique".

Es unterliegt also keinem Zweifel: wir haben es hier mit einer kleinbürger lichen Bewegung zu tun, die von den Katholiken hervorgerufen und geleite ist[1] (unter dem schüchternen Beistand reaktionärer Protestanten). Man wil versuchen, eine „schwarze Internationale" zu schaffen, um sie der „roten Inter nationale" entgegenstellen zu können. Und daraus erklären sich auch gewisse auf den ersten Blick befremdliche Beschlüsse dieser kleinbürgerlichen Kongresse Beschlüsse, die mit den Interessen des Kleinbürgertums nichts zu tun haben ja ihnen bisweilen direkt zuwiderlaufen. Das Kleinbürgertum besorgt hier nicht seine eigenen Geschäfte, es füllt mit seiner Ernte die Scheuern anderer Jedenfalls aber bezeugen diese Versuche die Tatsache, daß der Nationalismus

[1] Bei der Einladung der Mitglieder des Zentrums im deutschen Reichstag stellte Herr Pyfferoen dem Dr. Retzbach die Frage: Was haben die Deutschen für die Verbesserung und die Entwicklung der Lage des Mittelstandes getan? Besonders die Katholiken.

d der Antisemitismus, die durch die reaktionären Parteien erweckt, genährt
d großgezogen wurden, ihre Unzulänglichkeit und, trotz der wiederholten An-
engungen, sich der direkten Vormundschaft der katholischen Partei zu ent-
hen, ihren Mangel an Initiative bewiesen haben. Man mußte daher etwas
deres ersinnen, über Antisemitismus und Nationalismus hinaus, man mußte
e Organisation schaffen, die in ganz direkter Abhängigkeit von der Reaktion
nd. Ein Experiment nach dieser Richtung hin war nun die internationale
ganisation des Kleinbürgertums.

Wie wenig Glauben den Erklärungen der Führer dieser Bewegung zu
enken ist, wenn sie von politischer und religiöser Neutralität sprechen, kann
an aus der Tatsache ersehen, daß die katholische Partei, als die Schaffung
er wirklich neutralen und unabhängigen kleinbürgerlichen Bewegung in
age kam, gegen diese einen wütenden Feldzug eröffnete. Herr Pyfferoen gibt
s offen zu:

„Diese Unzufriedenheit gab sich bereits auf politischem Gebiet kund. Politiker
mächtigten sich der Kleinbürgerfrage und beuteten sie zu ihren Gunsten aus. In
nchen Städten hielt es das Kleinbürgertum für richtig, ohne sich gerade den
zialisten in die Arme zu werfen, sich doch in Gegensatz zu den konstitutionellen
rteien (lies: zur katholischen Partei) zu stellen. Unter dem Vorwand, daß diese
rteien nichts für sie getan hätten oder nicht genug für sie täten, wollte es eine
ue Partei gründen (schauderhaft!). Mit der Taktik eines Macchiavelli redeten die
ihrer dieser neuen Partei den Leichtgläubigen vor, daß sie ihre Organisation außer-
lb jeder politischen Partei errichteten. Sie waren ‚neutral‘. In Belgien ist
eutralität fast immer bei den einen Lüge, bei den anderen Betrug.“

Das Kapitalverbrechen der neuen Organisationen („Burgersbond“ in Gent,
eringboenden“ in Antwerpen) war folgendes: Sie führten heftige Wahl-
mpfe gegen die katholische konservative Partei und bemühten sich, ihr Wahl-
andate für die Kammer, die Kommunal- und Provinzialkollegien, die Handels-
richte usw. zu entreißen. Nun begründeten die Katholiken gegen diese wahr-
ft neutralen Vereinigungen katholisch-kleinbürgerliche Vereine („Burgerkring“
Gent, „Burgersbelang“ in Antwerpen usw.) und bemühten sich, die Klein-
urgeoisie zu überreden, daß eine „legitime“ Erfüllung ihrer Wünsche nur zu
hoffen sei, wenn sie sich als Fraktion der konservativen Partei, nicht aber als
re Gegnerin organisiere.[1]

Die Brüsseler Vereinigung beschäftigte sich hauptsächlich mit dem in diesem
ahre während der Weltausstellung in Lüttich (also wieder in Belgien) statt-
ndenden internationalen Kongreß, dem die Leiter diesmal einen ganz beson-
ren Glanz verleihen wollen.

Es wurde beschlossen, daß jedes Land einen oder zwei Referenten ernennen
llte, die in kurzen Berichten den Stand der auf das Kleinbürgertum bezüg-
hen Gesetzgebung darzulegen haben, und zwar nach drei Richtungen hin:
eschichtliches, Beschreibendes, Kritisches.

Der zweite Teil des Programms dieses künftigen Kongresses umfaßt eine
nze Reihe von Fragen, die dort besprochen werden sollen; nämlich den tech-
schen und gewerblichen Unterricht des Mittelstandes, die Verbesserung des
erkzeugs und besonders die kleinen Maschinen und kleinen Motoren im Hand-
erk,[2] endlich die Organisierung des Kredits für den Mittelstand.

[1] „La petite Bourgeoisie d'après une enquête officielle à Gent“, S. 12—13.

[2] Unter tätiger Mithilfe von Herrn Pyfferoen wurde vor kurzem in Gent im Herbst
04 eine internationale Ausstellung kleiner Maschinen und Werkzeuge arrangiert. Ungefähr

Wir sehen, welcher Geist nach dem Wunsche der Organisatoren des Klei
bürgertums, leider mit nur zu gutem Erfolg, in dieser Bewegung herrsch
sollte. Mit dem Schicksal des Kleinbürgertums selbst, einem Schicksal, da
bisweilen sehr bemitleidenswert ist, beschäftigten sie sich weniger als mit alle
anderen. Es lag ihnen nur daran, das Elend und die Erregung des Klei
bürgertums auszubeuten, um aus ihm eine furchtbare, unwissende und gefügi
Armee machen zu können, die von ihren Führern alles Heil erwartet, dere
Worte aufmerksam befolgt, dabei voller Haß ist gegen ihre Feinde und voll
Hochachtung für ihre Götzen. Im gegebenen Moment wollen sie sich dies
Armee dann gegen ihre Widersacher bedienen, in Friedenszeiten auf dem Wah
schlachtfeld, in Kampfeszeiten überall, wo es nötig sein sollte. Wenn wir b
denken, daß diese Masse entweder bereits im Besitz von Waffen ist (wie d
aus Kleinbürgern gebildete belgische Bürgergarde) oder sich leicht welche ve
schaffen kann, so müssen wir sagen, daß sich die Reaktion an die Spitze ein
ernst zu nehmenden Kraft gestellt hat. Deshalb kommt es uns so vor, a
nähmen die sozialistischen Parteien diese internationale Organisation[1] etwa
gar zu leicht, die sie bisher meist zu „verulken“ pflegten und die sie nur m
Beinamen wie „Paraden“, „Theatervorstellungen“ und dergleichen zu beleg
wußten.

Die sozialistischen Parteien müssen diese neue Form der kleinbürgerlich
Organisation aufmerksam studieren und das Proletariat auf sie aufmerksa
machen als einen ungeheuren Konzentrationsversuch reaktionärer und u

---

2000 Quadratmeter waren mit den verschiedenen, bei kleinen Handwerkern verwendet
Maschinen: kleinen Motoren, Geräten für Drucker, Bäcker, Schlächter, Schneider u
Schuster, für Holz- und Eisenbearbeitung besetzt. . . . Wir geben hier eine Stelle aus d
Rede des Präsidenten des Exekutivkomitees, Herrn Brunel, bei Eröffnung der Ausstellu
wieder: „Die Genter Ausstellung wird trotz ihrer Unvollkommenheit einen Wendepunkt
der ökonomischen Geschichte des Kleinbürgertums bilden. Wir wollen hoffen, daß sie d
Ausgangspunkt sein wird für eine gründliche Umänderung der Bedingungen des Ge
bewerbes zugunsten der Handwerker. Sie wird auch dazu beitragen, in diesen Kreisen te
nische Kenntnisse zu verbreiten; der gewerbliche Unterricht ist das wirksamste und das edel
Mittel der Erlösung der mittleren Klassen und der Arbeiter.“ (Internationale Ausstellu
für Kleingerät, Bericht des Generalkommissars, von Pyfferoen, Gent 1904, S. 22.)

Es ist interessant, den Triumphgesang dieses Pindars der kleinen Maschinerie mit d
Meinung von Brants zu vergleichen, die er darüber und speziell über die Dezentralisati
der motorischen Kraft äußert, auf welche einige Anhänger der Bourgeoisklasse große Ho
nungen setzen. Nachdem er gezeigt hat, daß die Kraft des Motors noch nicht alles ist, d
die Maschine selbst teuer sein kann (auf der Genter Ausstellung waren kleine Maschinen, d
2000 bis 4000 Franken kosten), daß ihre Installation von großen Kosten begleitet ist, ve
sucht er, vor dem „unüberlegten Enthusiasmus“ zu warnen, und gibt den Rat, nicht
früh „Heureka“ zu rufen. Es ist nicht sehr wahrscheinlich, daß die Kleinindustrie ihre ve
lorenen Positionen wieder wird erobern können, und das Beispiel der Tischler aus de
Faubourg St. Antoine, die ja über kleine Maschinen verfügten, kann nicht gerade glänzen
Hoffnungen wachrufen. Die Herren Julin und Dubois, welche sich speziell mit der Frag
„Die Elektromotoren in der Hausindustrie“ beschäftigten (Brüssel 1902), sind zu de
Resultat gekommen, daß die Verwendung des Elektromotors wohl in manchen Fällen d
schmerzhaften Wirkungen der unvermeidlichen industriellen Umwandlungen etwas abschwäch
kann, daß wir aber in ihm nicht etwa das Instrument zur Befreiung der dezentralisiert
Produktion zu sehen haben (siehe Brants, „La petite industrie“. S. 146—156).

[1] Natürlich ist das noch keine vollkommene, fertige Organisation, sondern vielmehr ei
solche, deren Elemente erst in der Bildung begriffen sind.

[...]ssender Kräfte. Gleichzeitig aber müssen sie verstehen, aus der Divergenz [de]r Interessen dieser mittleren Klasse, in der sich die heterogensten Elemente [zu]sammenfinden, Nutzen zu ziehen.

Der neue Mittelstand, von dem in letzter Zeit sowohl die Sozialisten [al]s auch die Reaktionäre sprechen, und der infolge der Entwicklung von Pro[du]ktion und kapitalistischem Warenaustausch, das heißt infolge der Konzentration [de]r Produktion und des Handels mehr und mehr den alten Mittelstand der [Ha]ndwerker und kleinen Ladenbesitzer ersetzt, besteht aus sehr verschiedenartigen [E]lementen. Neben den „Beamten des Kapitals" existiert tatsächlich noch eine [Ka]tegorie von höheren Angestellten, deren Lage bedeutend besser ist als die der [fr]üheren „unabhängigen Prinzipale", und die durch ihre Lebenshaltung, [du]rch ihre politischen und philosophischen Anschauungen eigentlich zu der [he]rrschenden Klasse gehören, welcher sie sogar Theoretiker und „Hauptleute" stellen.

Aber die größte Fraktion des neuen Mittelstandes, die Masse der kleinen [An]gestellten, ist in Wirklichkeit nur eine Abart des Proletariats, die erst [sp]äter zum Klassenbewußtsein kommt. Diese sind nicht einmal Beamte, [so]ndern vielmehr Hörige des Kapitals. Die Lage dieser unglücklichen Sklaven [de]s Kapitals ist bisweilen unsicherer als die der Arbeiter der Großindustrie [u]nd erinnert viel eher an die Lage der Opfer des „sweating system". Die [un]mäßige Länge des Arbeitstags, das unzulängliche Gehalt, die vollständige [A]bhängigkeit vom Prinzipal, der ihnen verbietet, sich zur Wahrung ihrer Inter[es]sen zu organisieren, oder, was noch schlimmer ist, ihr Mangel an Bewußt[se]in ihrer eigenen Lage, das sind die charakteristischen Züge dieser sozialen [K]ategorie.

Ihre Repräsentanten waren zum Namurer Kongreß eingeladen, aber diese [E]inladung war ein Betrug und ein Reinfall. Ein Betrug insofern, als die [A]rrangeure des Kongresses im Publikum den Glauben erwecken wollten, als seien [do]rt die Handlungskommis vertreten, während in Wahrheit nur die Vertreter [ei]niger belgischer gemischter Syndikate der Art wie das früher erwähnte „Syndicat [de]s voyageurs, employés, négociants et patrons" dort waren. Ein Reinfall [in]sofern, als die kleinbürgerlichen Regisseure des Kongresses sich mit der Hoff[n]ung schmeichelten, die große Masse der Angestellten in den engen, von ihnen [be]herrschten Reihen der Bewegung zurückhalten zu können; und insofern, als [si]e die Wahrheit gar nicht verstanden oder sich zu verhehlen suchten, daß die [H]andlungsgehilfen durch ihre wirtschaftliche Lage und ihre fundamentalen [I]nteressen nicht eine Gruppe der bürgerlichen Klasse, sondern eine Fraktion [d]es Riesenheeres der Arbeit bilden, und daß sie früher oder später doch zu [d]ieser Erkenntnis kommen müssen.

Tatsächlich hat dieser Prozeß der Entwicklung des Klassenbewußtseins bei [d]en kleinen Angestellten schon an manchen Orten begonnen. In fast allen [G]egenden Europas gibt es Gewerkschaften und andere Vereinigungen von An[g]estellten, die gar nicht daran denken, den Platz zu wählen, den die Regisseure [d]er kleinbürgerlichen Kongresse ihnen anweisen möchten. Ohne uns auf Details [e]inzulassen — denn diese Frage hängt nur indirekt mit dem Gegenstand des [v]orliegenden Artikels zusammen —, möchten wir doch bemerken, daß im [S]eptember 1903 in Brüssel ein Kongreß tagte, wo der Grundstein zu der [„]Fédération internationale des employés" gelegt wurde. Dieses Datum können [w]ir beinahe als symbolisch betrachten; fast alle kleinbürgerlichen Kongresse [w]urden im September abgehalten; derjenige von 1903 aber fand nicht statt,

und statt seiner tagte nur der Internationale Kongreß der Angestellten, di
die Leiter der kleinbürgerlichen Bewegung dem Mittelstand zurechnen, die sic
aber den Wünschen der letzteren zum Trotze selbständig organisierten.

Um sich eine Vorstellung von dem Geiste zu machen, der in dieser Organ
sation herrscht, genügt es, einen Blick auf die erste Sitzung des internationale
Bureaus der Angestellten zu werfen, die am 18. bis 19. Dezember 1904 stat
fand und von Delegierten der verschiedenen Nationalitäten besucht war. Diese
Sitzung wohnten die Delegierten der „Ligue nationale des employés de Belgique
bei, ferner die der Trade Union der englischen Angestellten, ein Vertreter de
„Fédération nationale française des syndicats d'employés de France“[1] un
einer von der spanischen Föderation. Außerdem sandten die Gewerkschafte
der Angestellten von Holland, Deutschland, Österreich-Ungarn, der Argentinische
Republik, der Vereinigten Staaten, Portugals und anderer Länder viele Briefe
Aus den auf diesem Kongreß gemachten Äußerungen geht hervor, daß momenta
im Mittelpunkt der Interessen der französischen Angestellten der Kampf un
die Sonntagsruhe steht; in England verlangen sie die Beschränkung der Arbeits
zeit auf 60 Stunden wöchentlich (inklusive der Mahlzeiten); in Österreich di
Altersversicherung; in Spanien, wo seit kurzem die obligatorische Sonntagsruhe
existiert, wollen die Angestellten, wie in England, eine Herabsetzung der Arbeitszeit

Der Generalsekretär der Internationalen Föderation, Bruggeman (zugleic
Delegierter der „Ligue nationale des employés de Belgique“) erstattet Berich
über die internationale Konferenz, die während des Sommers 1904, auf An
regung einer Hamburger Organisation von Angestellten, zugleich mit dem inter
nationalen Sozialistenkongreß in Amsterdam stattfand. Auf dieser Konferen
wurde die Internationale Föderation der Angestellten beschuldigt, ihre Tätig
keit nicht auf dem Prinzip des Klassenkampfes aufzubauen. Der englisch
Delegierte Turner beantragte, auf diese Kritik gar nicht zu reagieren, aber de
Delegierte der „Fédération nationale des syndicats d'employés de France“
der Genosse Lucas, war anderer Meinung: er erinnerte daran, daß auf dem
ersten internationalen Kongreß der Angestellten in Paris (1900) bereits ein
Resolution in diesem Sinne angenommen worden sei, und empfiehlt den An
wesenden, sich klar über diesen Gegenstand auszusprechen. Die Versammlung
nahm folgende prinzipielle Erklärung an:

„Das internationale Bureau der Internationalen Föderation der Angestellten
erneuert die von dem 1900 in Paris abgehaltenen ersten internationalen Kongreß
der Korporation angenommene Resolution und erklärt, daß:

---

[1] Hier wie überall geben die Franzosen das bedauerliche Beispiel der Spaltung. In
Frankreich existieren gegenwärtig drei Föderationen: 1. „La Fédération nationale des
syndicats d'employés“, deren Mittelpunkt die Arbeitsbörse in Paris ist und zu der
54 Syndikate mit 50000 Mitgliedern gehören (sie ist die bedeutendste von allen drei); 2. das
„Syndicat des employés du Sud-Ouest“; schließlich 3. die „Fédération des employés
de France“, die gemischten Charakter hat, da sie auch Prinzipale aufnimmt. Auch diese
ist ein Hindernis für die Einigkeit, mit der die beiden anderen Föderationen einverstanden
sind, da sie auf dem Boden des Klassenkampfes begründet sind. Möglicherweise gibt es im
nächsten Jahre in Frankreich nur noch eine einzige nationale Föderation, welche alle die
Organisationen der Angestellten umfaßt. Ihre Sache kann dadurch nur gewinnen.

[2] Es ist interessant, daß sich unter den spanischen Liberalen Männer gefunden haben,
wie zum Beispiel der Graf Romanones, die sich gegen diese Maßregel der konservativen
Regierung aussprachen, weil sie ihnen zu klerikal ist!

„die Arbeiter ihre völlige Befreiung nur von der Abschaffung der Klassen
d von einer Umänderung der gegenwärtigen Gesellschaft erwarten können;
„daß diese Umänderung nicht nur für das Proletariat, sondern für die ge-
nte Menschheit günstig sein wird;
„daß alle Arbeiter, ohne Unterschied der Nationalität, der Konfession, der
sse und des Geschlechtes, sich solidarisch fühlen müssen, da die Befreiung der
beiter nicht ein nationales, sondern ein internationales Werk ist.
„Infolgedessen ist das Bureau der Meinung:
„daß die Angestellten mit allen ihnen zu Gebote stehenden Mitteln kämpfen
issen, besonders aber durch die Betätigung auf ökonomischem Gebiet, Ent-
cklung der gewerkschaftlichen Vereinigungen und unaufhörliche Propaganda
r unsere Prinzipien." [1]

Diese junge Bewegung übertrifft gewaltig die kleinbürgerliche Organisation;
finden sich in ihr Elemente, die wohl fähig wären, jene Organisationen zu
ralysieren und harmlos zu machen.

Andererseits beeinflußt die Ideologie der Arbeit das Kleinbürgertum in
ch direkterer Weise. Von überallher treten vereinzelte Elemente des Klein-
rgertums zur Arbeiterpartei über, sei es, weil diese der konsequenteste Ver-
chter demokratischer Prinzipien im allgemeinen ist; sei es, weil diese Elemente
h als Mitglieder der arbeitenden Klassen fühlen. Deshalb haben wir trotz
r Gefahr, mit der der Fortschritt der Menschheit durch das Kleinbürgertum
droht ist, für den schließlichen Sieg unserer Ideale nichts zu fürchten.

Was nun die rein wissenschaftlichen Fragen betrifft, die das „Institut de
uxelles" zu lösen beabsichtigt, so können wir ihm nach dieser Richtung hin
r besten Erfolg wünschen. Je mehr Tatsachen über die Frage nach der Lage
s Kleinbürgertums gesammelt und systematisch geordnet sein werden, je mehr
onographien über diesen Gegenstand geschrieben werden, um so besser. Wir
rchten nicht die objektive Wahrheit; im Gegenteil, wir sind bereit, mit allen
räften an ihrer Aufdeckung mitzuarbeiten, und wir sind überzeugt, daß sie,
eit entfernt, mit dem von uns Erstrebten in Widerspruch zu stehen, ihm viel-
ehr eine neue und noch viel positivere Grundlage geben wird.

Kapitalismus und Sozialismus in Argentinien.

Von **Germán Avé-Lallemant.**

Argentiniens Entwicklung als Ackerbau- und Viehzuchtland hat wohl ihres-
eichen nicht in der Welt.

Die bebaute Fläche im Jahre 1904 wird nach offiziellen Angaben auf
500000 Hektar angegeben gegen etwa 5000000 im Jahre 1895. Ebenso entwickelte
h die Ausfuhr in dieser Zeit von 400 Millionen Mark auf 1056 Millionen, wobei
e den Wert der Einfuhr um 308 Millionen überstieg. Der Überschuß der Ein-
anderung über die Auswanderung hat dabei auch stetig zugenommen, nämlich von
517 Köpfen im Jahre 1900 auf 86791 im Jahre 1904. Die Zahl der Einwohner
t von 4 Millionen (1895) auf 5 Millionen gestiegen.

Auch das Eisenbahnnetz hat stark zugenommen und umfaßt jetzt 19238 Kilometer
395 14000) mit einem Kapitalwert von 2292 Millionen Mark, alles englische
onds, die eine mittlere Dividende von 5,42 Prozent abwarfen. Bei alledem ist die

[1] Der nächste Kongreß der Angestellten wird zu Ostern 1906 in London zusammentreten.

Finanzlage des Staates noch schlechter geworden, denn trotzdem die Einnahmen u
20 Millionen seit dem Vorjahr zunahmen, wuchs die Staatsschuld um 28 Millione

Also im allgemeinen läßt sich die Lage so auffassen: eine ungeheure Zunahm der produktiven Arbeit, deren größter Profit dem ausländischen Kapital zufällt, be sonders dem englischen, bei steter Verschlechterung des Staatshaushaltes.

Die Zunahme des Reichtums der oberen Zehntausend spricht sich aus in de großen Zunahme der Einfuhr von Luxusartikeln und dem stetigen Anwachsen de Zahl der argentinischen Familien, die in Paris und anderen großen europäische Städten verweilen. Kürzlich verlangte die liberale Presse des Landes, die Regierun solle diesem stets zunehmenden Absentismus durch eine spezielle hohe Steuer entgegen wirken, denn die sich Vergnügungs wegen im Ausland aufhaltenden Familien ver zehrten daselbst mehr als 100 Millionen Mark jährlich. Allerdings ist das Sehne und Verlangen jedes Geldprotzen hierzulande dahin gerichtet, als Rastaquouèr (lächerlicher, barbarischer Geldverschwender) auf den Pariser Boulevards zu flanieren

Wie steht es denn nun aber um die Lage der arbeitenden Menschheit im Lande

Seit dem Antritt der neuen Regierung im Oktober vorigen Jahres und de Beginn der Ernte brachen überall im Lande zahllose Streiks aus. Die Landfluc der Arbeiter in die großen Städte nahm dabei besonders große Proportionen a derartig, daß der Arbeitermangel das Einbringen der Ernte ernstlich bedrohte un auch wirklich schwer schädigte, während die Arbeitslosigkeit in den Städten anwuchs

Überall griff die Regierung mit Polizei und Militär ein, gegen die Streikende Partei ergreifend, so daß es zu bösen Unruhen und Kämpfen kam, wobei es Tot und Verwundete auf beiden Seiten gab. Die Spannung in Arbeiterkreisen war au den Höhepunkt gestiegen, als am 4. Februar in den fünf größten Städten des Lande eine Militärrevolte ausbrach, bei der es zu blutigen Gefechten kam, aus denen di Regierung aber überall siegreich hervorging.

Der Belagerungszustand wurde erklärt und die Schuldigen schwer bestraft durc Deportation in die Zwangskolonien auf Feuerland, dem argentinischen Sibirien Mit besonderer Wut fiel die Regierung über die Arbeiter her, welche doch gar keine Teil an der Revolution genommen hatten. Alle Arbeiterklubs wurden geschlossen ihre Zeitungen unterdrückt, alle Versammlungen verboten und fünfzig Ausländer ohne alle gerichtliche Vernehmung, rein auf administrativ-polizeilichem Wege deportiert Als der erste Termin des Belagerungszustandes abgelaufen war, ward derselb weiter verlängert, und zwar unter dem Vorwand, daß große Streiks zu befürchten ständen, wodurch Ernte und Ausfuhr schwer geschädigt werden könnten.

Natürlich ist die Arbeiterbewegung unter solchen Umständen völlig gelähmt. Un so mehr, als eine beständige Unruhe der Gemüter auch jetzt noch herrscht, verursach durch die beständige Furcht der Regierung vor dem Ausbruch einer neuen Revolu tion, deren Unterdrückung durch alle möglichen Militärkonzentrationen und Polizei maßregeln sie vorbereitet.

Die kleine sozialistische Partei hat natürlich dabei auch schwer gelitten, obwoh ihr Auftreten kaum leiser und vorsichtiger sein konnte. Die Führer sind durchweg in Turatis Lager gegangen, wie das ja auch auf dem Kongreß zu Amsterdam so auffällig zum Ausdruck kam. Das hat der Partei bei der großen Masse der hiesigen Arbeiterschaft wenig Sympathien eingetragen, obwohl man von einem positiven Schaden wohl nicht sprechen kann. Denn die hiesigen Arbeiter stehen mit sehr wenig Ausnahmen dem Sozialismus fremd gegenüber, ja zum großen Teile selbst feindlich, und die eigentlich bewegenden Elemente in der sozialistischen Partei sind bürgerliche Ideologen, welche nicht über einen bestimmten Rubikon hinauszuschreiten gewillt sind, auch gar nicht gewillt sein können. Daher ihr Turatismus.

Die Anarchisten verfügen dafür hier heute über einen sehr bedeutenden Anhang, dessen größter Teil freilich gar nicht weiß, was Anarchismus heißt, der sich abe glühend an den Kraftphrasen und dem Lärme seiner Agitatoren begeistert, indes zu Taten gar nicht geneigt ist. Spanier und Italiener stellen das Hauptkontingent zu

[...]sem anarchistischen Treiben, und die zahlreiche Einwanderung aus den beiden [...]ndern führt dieser Gesellschaft täglich neue Mitglieder zu, was die Regierung [...]n veranlaßt, immer strenger und böswilliger gegen die ganze Arbeiterschaft im [...]gemeinen vorzugehen.

In dieser Weise entwickelt sich das kapitalistische Zeitalter immer rascher in [...]gentinien. Der Boden wird durch den rücksichtslosesten Raubbau nach und nach [...]chöpft und das Proletariat täglich in roherer Weise ausgebeutet und verelendet. [...]e herrschende politische Ordnung, eine tatsächliche Autokratie ohne Grenzen im [...]enste der englischen hohen Finanz, befördert diesen Prozeß nach Kräften.

So treibt Argentinien mehr und mehr russischen Zuständen zu. Das spricht [...] treffend in allen staatlichen und sozialen Institutionen aus, im Unterrichtswesen, [...] den religiösen Verhältnissen, in der Verwaltung und allen sonstigen öffentlichen [...]gelegenheiten.

Die bisherigen Resultate der bedingten Begnadigung.

Von Dr. **Siegfrieda.**

Als kleiner Ersatz für die noch immer fehlende bedingte Verurteilung ist in den [...]utschen Einzelstaaten bekanntlich auf dem Verordnungsweg die bedingte Begnadi[...]ng — offiziell auch „Aussetzung der Strafvollstreckung mit Aussicht auf Begnadi[...]ng" genannt — geschaffen worden. Alljährlich wird über deren Anwendung dem [...]eichstag Bericht erstattet in der offiziellen „Zusammenstellung betreffend die An[...]endung der in den Bundesstaaten für die bedingte Begnadigung geltenden Vor[...]riften". Die neueste, die Zeit bis Ende 1904 umfassende Zusammenstellung ist [...]ngst erschienen. Aus ihr seien im folgenden einige Zahlen mitgeteilt, die über [...]nwendung und Erfolg der bedingten Begnadigung unterrichten.

Die Zahl der Fälle, in denen die Aussetzung der Strafvollstreckung mit Aussicht [...]f Begnadigung gewährt wurde, betrug seit Einführung der bedingten Begnadigung [...] in Preußen am 23. Oktober 1895 — bis zum Ende des Jahres 1898 durchschnittlich [...]hrlich 6041. Über die weitere Entwicklung gibt nachstehende Tabelle Auskunft. [...]s betrug die Zahl der Fälle ausgesetzter Strafvollstreckung zwecks künftiger Be[...]nadigung:

Im Jahre	Zahl der Fälle	Zunahme gegenüber dem Vorjahr	
		Absolut	In Prozent
1899	7000	—	—
1900	7177	177	3
1901	8381	1204	17
1902	11415	3034	36
1903	13779	2364	21
1904	14783	1004	7

Die Gesamtzahl der Anwendungsfälle der bedingten Begnadigung in den [...]eutschen Bundesstaaten beträgt seit ihrer Einführung 80830. Scheinbar eine recht [...]ohe Zahl, die jedoch im Hinblick auf die Millionen von Verurteilungen in den [...]tzten neun Jahren gar winzig erscheint. Die Zunahme der Anwendungsfälle im [...]tzten Jahre ist, besonders im Vergleich mit der Zunahme früherer Jahre, wie obige [...]abelle zeigt, eine kärgliche.

Nach einer Vereinbarung zwischen den Regierungen der deutschen Einzelstaaten [...]ll die bedingte Begnadigung in der Hauptsache nur Jugendlichen bis zu achtzehn [...]ahren, und auch unter diesen nur bisher Unbestraften, zugute kommen. Dem[...]emäß entfallen von der Gesamtzahl der Fälle im Jahre 1904 80 Prozent auf Per[...]onen unter achtzehn Jahren, 97 Prozent auf bisher unbestrafte Personen.

Von 100 Strafen, deren Vollstreckung ausgesetzt worden ist, waren im Jahre 190

Haft	Gefängnis				
	Mehr als 6 Monate	Mehr als 3 Monate bis 6 Monate	Mehr als 1 Monat bis 3 Monate	Mehr als 1 Woche bis 1 Monat	1 Woche oder weniger
13	1	3	9	24	50

In einem einzigen Falle (in Bremen) wurde sogar ein mit Zuchthaus Be strafter der bedingten Begnadigung teilhaftig. In der Hälfte der Fälle aber hande es sich um geringfügige Freiheitsstrafen bis zu einer Woche.

Über den Erfolg der bedingten Begnadigung orientiert weiter das Folgende. Be kanntlich geht die bedingte Begnadigung in der Weise vor sich, daß dem Verurteilte eine Bewährungsfrist (durchschnittlich etwa drei Jahre) gesetzt wird. Führt er sic während dieser Frist so, daß er mit den Strafgesetzen nicht in Konflikt gerät, s wird in der Regel die Begnadigung zu einer endgültigen. Von je 100 erledigte Fällen hatten nach der offiziellen Zusammenstellung ein derartiges günstiges Resultat im Jahre 1900 80,2 Fälle, 1901 81 Fälle, 1902 80,9 Fälle, 1903 78,8 Fälle un 1904 78,5 Fälle.

In Wirklichkeit sind die Ziffern noch günstiger. Es sind nämlich unter den er ledigten Fällen viele, bei denen, trotzdem die Bewährungsfrist noch nicht abgelaufe war, sich bereits infolge erneuter Verurteilung ein ungünstiges Resultat ergeben hat während die günstigen Fälle sich sämtlich erst nach Ablauf der Bewährungsfrist ent scheiden. Bei dem stetigen Steigen der Zahl der bedingten Begnadigungsfäll leuchtet es ein, daß die Statistik infolgedessen ein ungünstigeres Resultat ergibt, al der Wirklichkeit entspricht.

Aber selbst ohne Berücksichtigung dieses Umstandes ergibt sich, daß durch di bedingte Begnadigung vier Fünftel derer, denen der Strafaufschub bewilligt ist, vor der oft so verhängnisvoll gewordenen Bekanntschaft mit dem Gefängnis verschon geblieben sind. Unter den 80000 Anwendungsfällen insgesamt sind ungefähr 64000 bei denen sich die Einführung der bedingten Begnadigung bewährt hat. Ein Resultat das durchaus geeignet ist, zu weiterem Fortschreiten auf dieser Bahn anzuspornen wobei freilich zunächst zu fordern ist, daß das Willkürsystem der bedingten Begnadi gung umgewandelt wird in das belgisch-französische Rechtssystem der bedingten Ver urteilung.

Literarische Rundschau.

Die weltliche konfessionslose Schule. Von Dr. Rudolf Penzig. Berlin 1905. Kampf-Verlag.

Das Büchlein enthält die Wiedergabe eines Vortrags, in dem der Verfasser vom Standpunkt der ethischen Bewegung — Penzig ist bekanntlich Redakteur der „Ethi schen Kultur" — den Schulkampf in Preußen beleuchtet. Neue, bedeutungsvolle Gedanken werden nicht entwickelt, doch tritt der Verfasser mit anerkennenswerter Entschiedenheit für völlig religionslose Schulen ein. Nach seiner Meinung ist jeder vom Staate erteilte Religionsunterricht der Schule ein Übergriff des Staates, eine Vergewaltigung der Bürgerschaft und der Kinder. Wohl wäre es eine Barbarei, die Kinder ohne Kenntnis der religiösen Vergangenheit der Menschen aufwachsen zu lassen, aber das gehöre zur Kulturgeschichte. Als bescheidener Beitrag zum Kampfe gegen die fortschreitende Verpfaffung Preußens ist die Schrift immerhin anzu erkennen.

H. Sch.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



:r. 41 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Reflexe der russischen Revolution.

⚹ Berlin, 5. Juli 1905.

„Des Reiters Koller, Stück für Stück, zerfällt wie mürber Zunder" — :ser Vers aus Bürgers berühmter Ballade taucht unwillkürlich im Gedächtnis :f, wenn man die Nachrichten über die russischen Ereignisse liest, wie sie der :ktrische Draht jeden Tag in sinnverwirrender Hast um den Erdball trägt. :ırch dies wirre Konzert von vielfach noch unklaren und vielfach auch sich :dersprechenden Berichten dringt dennoch sieghaft das Triumphlied der Revo: :ion. Stück für Stück zerbricht sie die Gewalt einer asiatischen Despotie, und :t der Meuterei der Schwarzenmeerflotte liegt es offenbar vor aller Welt :ıgen, daß die letzte Stunde des Zarentums geschlagen hat.

Grauenvoll wie sein Leben war, ist sein Tod. Es verwest bei lebendigem :ibe. Vergebens sucht man nach einem Zuge menschlicher Größe in seinem :urze. Vom Zaren bis zum letzten Zarenknecht ist das Zarentum mit Feig- :it und Verrat geschlagen; mit blöder Angst und Wut in den halb schon :oschenen Augen starrt es in den klaffenden Abgrund, der sich vor ihm auf- :tan hat; nur noch im Morden Wehrloser kann es ein Leben betätigen, das :hrlos gegen den auswärtigen Feind, wehrlos gegen die Meuterei der eigenen :erkzeuge ist. Noch knattern seine Standrechtsschüsse, noch knarren die Tore :ner Kerker, noch verschlingt es Menschenleben, wie es deren seit den Tagen :van des Schrecklichen unzählige verschlungen hat. Aber zum letztenmal schändet : das Angesicht der Erde durch seine Greuel; der Tod sitzt ihm im Nacken und :rnichtet schonungslos seine letzte Kraft.

Wird nun die europäische Reaktion ruhig zusehen, wie ihr „letzter Hort" :rröchelt? Die Geschichte wiederholt sich nicht, und im Schlosse Pillnitz wird :ne Monarchenzusammenkunft stattfinden, um eine bewaffnete Invasion in :s revolutionäre Rußland zu beschließen. Wenn der Zarenthron rettungslos :sammenkracht, läßt keine europäische Macht marschieren. Um so weniger, als

für die russische Revolution nicht die Notwendigkeit besteht wie einst für d
französische, über die Grenzen des Landes hinauszufluten. Die bürgerlic
Revolution konnte sich am Ende des achtzehnten Jahrhunderts nur dadur
in Frankreich halten, daß sie mit der feudalen Trümmerwelt auf dem übrig
Kontinent aufräumte; die russische Revolution steht zunächst vor der Aufgab
nachzuholen, was überall sonst auf dem Kontinent mehr oder weniger sch
durchgeführt ist.

Auf der anderen Seite treibt in der russischen Revolution eine ganz ande
Kraft wie ehedem in der französischen. Proletarier mußten ihre Knochen z
Markte tragen, um den Thron der Bourbonen zu stürzen, wie heute Proletari
ihr Blut in Strömen vergießen müssen, um den Thron der Romanows we
zuschwemmen. Aber das russische Proletariat ist im Anfang des zwanzigst
Jahrhunderts ein anderes, als das französische Proletariat am Ende des ach
zehnten Jahrhunderts war. Es läßt sich nicht mehr mit so spielender Leichti
keit über seine Klasseninteressen hinwegtäuschen wie einst die Stürmer der Bastil
Das macht die russische Revolution freilich noch viel grauenvoller für da
moderne Europa, als die französische Revolution für das feudale Europa wa
Allein die Lust, unberufene Finger in diese Pastete zu stecken, wird in demselb
Maße abnehmen. Man mag davon träumen und man mag auch davon rede
aber deshalb ist bis zum Handeln ein nicht minder weiter Weg; auch bei d
feudalen Invasion in das revolutionäre Frankreich im Jahre 1792 war d
„ritterliche" Gesinnung des preußischen Königs Friedrich Wilhelm II. ke
Motiv, sondern nur eine Phrase.

Wenn aber auch die herrschenden Klassen des übrigen Europa nicht dar
denken werden, sich durch tollkühne Abenteuer zu Väterchens Rettern un
Rächern aufzuwerfen, so werden sie doch nicht tatlose Zuschauer bleiben bei
Versinken ihres „letzten Hortes". Sie werden sich in ihren eigenen Länder
um so fester in den Sattel zu setzen versuchen, und eine neue Ära der Ve
folgungen wird für die arbeitenden Klassen anheben, deren Tiefe und u
auslöschliche Sympathien der russischen Revolution gehören. Es ist kein Zufa
daß die Scharfmacher im Deutschen Reiche wieder Morgenluft spüren un
für die nächste Zukunft große Taten der Sozialistenvernichtung verheiße
Es ist ihnen damit bitterer Ernst, und sie rühmen sich schwerlich ohne triftig
Grund, daß sich das schwankende Rohr der Regierung unter dem Winde beug
den sie mit allen Blasebälgen machen.

Unter diesen Umständen kann man es nur mit doppelter Freude begrüße
daß der Parteivorstand auf die Tagesordnung des nächsten Parteitages d
Erörterung des politischen Massenstreiks gesetzt hat und eben einen Aufr
erläßt, worin er zu Geldsammlungen für die Opfer der russischen Revolutio
auffordert, worin er zugleich erklärt, daß die deutsche Arbeiterklasse dem russisch
und polnischen Proletariat einen vollen Erfolg seiner heldenmütigen A
strengungen zum Sturze des russischen Despotismus und für eine neue, besse
und gerechtere soziale und politische Ordnung der Dinge im russischen Reic
wünsche. Es ist gerade die rechte Zeit, sich zu dem „heldenmütigen und u
vergleichlichen Kampfe" zu bekennen, „den das russische und polnische Prol

[...]riat unter Führung unserer Genossen gegen das fluch- und schmachbeladene [...]gziment des russischen Zarismus führt". Je mehr sich die Scharfmacher in [...]ohungen ergehen, um so deutlicher muß ihnen gesagt werden, daß sie damit [...]nanden schrecken, oder höchstens eine Handvoll bürgerlicher Philister, aber [...] wenigsten die Arbeiter, die sie schrecken wollen.

Eine andere Notwendigkeit der Lage, die durch die russische Revolution [...]haffen wird, ist der enge Zusammenschluß aller europäischen Arbeiterparteien. [...] alle haben das gleiche Interesse am Sturze des Zarismus, und sie alle [...]en im Banne der Wirkungen, die von diesem weltgeschichtlichen Ereignis [...]gehen. Je enger sie zusammenhalten, um so spurloser werden die Blitz[...]hlen an ihnen abgleiten, die im hohen Olymp der Reaktion geschmiedet [...]den. In erster Reihe ist ein nahes Bündnis zwischen der deutschen und [...] französischen Arbeiterklasse notwendig, zumal da die Diplomaten beider [...]der künstlich Zwist zwischen den beiden großen Kulturvölkern schüren, gerade [...]dem Augenblick, wo der drohende Schatten des Zarismus weicht, der allzu [...]ge zwischen ihnen stand. Es ist deshalb ein glücklicher Gedanke, daß Jaurès [...]den Berlinern und Bebel zu den Parisern sprechen soll, im Sinne eines [...]einsamen Handinhandgehens der deutschen und der französischen Arbeiter[...]sse gegen die eigensüchtigen und volksverräterischen Pläne der europäischen [...]lomatie.

Inzwischen ist es fraglich geworden, ob Jaurès, dessen Rede auf den [...] Juli festgesetzt worden war, in Berlin wird sprechen können. Etliche Scharf[...]cher verlangen, daß er durch die Polizei daran gehindert werden soll, andere [...]chten derselben Zunft meinen jedoch, es sei schlauer, ihn sprechen zu lassen [...] einen Freund des Deutschen Reiches, der die Intrigen Delcassés gegen [...]low bekämpft habe, gewissermaßen von Gnaden der deutschen Regierung, [...] weil Jaurès ein ganz anderer Mann sei, maßvoller, patriotischer, ver[...]ndiger als die deutschen Sozialdemokraten. Diese Biedermänner wollen also [...] beabsichtigten Kundgebung den revolutionären Kern ausbrechen, so gut das [...]ihren schwachen Kräften steht.

An und für sich ist nun dieser innere Zwist der Scharfmacher für uns [...]ichgültig. Wird die Versammlung verboten, so erzielt dies Verbot min[...]tens dieselbe Wirkung für den engeren Zusammenschluß der deutschen und [...] französischen Sozialdemokratie, wie eine noch so vortreffliche Rede, die [...]urès gehalten hätte, erzielt haben würde; wird die Versammlung aber nicht [...]boten, so binden die Motive, aus denen die Scharfmacher für dieses Mal [...]len geliebten Polizeiknüppel haben ruhen lassen, nur sie und nicht uns. In[...]weit ist die Sache ganz einfach und klar. Verwickelt wird sie erst dann, [...]nn von sozialdemokratischer Seite bewegliche Vorstellungen an die Einsicht [...]r den Patriotismus oder die Friedensliebe des Reichskanzlers gerichtet [...]rden, um das polizeiliche Verbot zu verhindern. Denn wenn man diesen [...]treichen Herrn in die Lage versetzt, von seinem Standpunkt aus mit einem [...]wissen Rechte zu sagen: Na, weil ihr eine gar so gute Meinung von mir [...]bt, so will ich kein Spielverderber sein, so drückt man die beabsichtigte Kund[...]bung in der Tat von der politischen Höhe herab, in der sie geplant war,

und sicherlich fehlt ihr dann jede revolutionierende Wirkung. Unter d schützenden Fittichen des Fürsten Bülow würde die Versammlung, gerade „imposanter“ sie verliefe, um so weniger imponieren.

Wir haben diese Bedenken nicht zurückhalten wollen, da sie den Verla der Dinge selbst nicht mehr beeinflussen können. Ehe diese Zeilen gedru worden sind, ist der 9. Juli vorüber. Die faktische Rücksicht auf die etwai Schädigung einer einmal unternommenen Parteiaktion fällt also fort, und n haben zu dem Fürsten Bülow das gute Zutrauen, daß er die Partie ergreif wird, die uns dennoch auf unsere Kosten kommen läßt. Prinzipiell aber m darauf gehalten werden, daß je lauter die Scharfmacher zum Sammeln blase ihnen um so rücksichtsloser die scharfe Seite gezeigt wird, wie es der Part vorstand in seinen beiden Kundgebungen aus dieser Woche getan hat.

Die Folgen des japanischen Sieges und die Sozialdemokrati

Von **K. Kautsky.**

1. Die Revolution in Rußland.

Noch ist der Friede nicht geschlossen, noch schlagen die Völker tief unten der Mandschurei aufeinander los, aber dennoch darf man den Sieg Japa heute schon als endgültig ansehen. Es kann sich nur noch darum handel wie groß der Siegespreis sein wird, der ihm zufällt, eine Frage, sehr wich für die Japaner und namentlich ihre herrschenden Klassen, aber von relat untergeordneter Bedeutung für das internationale Proletariat.

Wie immer aber dieser Preis des japanischen Sieges ausfallen mag, a jeden Fall muß er Konsequenzen für den proletarischen Emanzipationskam nach sich ziehen, deren Bedeutung heute schon kaum überschätzt werden kan

Vor allem, das ist ja das nächstliegende und am meisten auffallende, h dieser Sieg den russischen Absolutismus so sehr ins Wanken gebracht, daß für diesen unmöglich wird, wieder ins Gleichgewicht zu kommen. Man kön sagen, die Theorie der Katastrophen und Zusammenbrüche feierte hier ih schönsten Triumphe, wenn es eine solche Theorie gegeben hätte. Aber m darf sich durch die Begeisterung über diesen Zusammenbruch nicht verführ lassen, zu vergessen, daß er unmöglich wäre, ohne die unermüdliche langsa und unbemerkte Arbeit der Aushöhlung des Absolutismus, die jahrzehn lang vorhergegangen.

Nichts ist weniger berechtigt als das Trennen von unmerklicher Evoluti und stürmischer Revolution, von Aushöhlung und Zusammenbruch. Bei gehören vielmehr notwendigerweise zusammen. Ohne Aushöhlung kein Z sammenbruch. Man darf nicht glauben, die Siege der Japaner allein v schuldeten die Katastrophe des russischen Absolutismus. Viele absolutisti Regierungen haben Unglück im Kriege gehabt und schmähliche Frieden bedingungen sich gefallen lassen müssen, ohne daß sie darüber zusamme gebrochen wären. Nur die in langwieriger Aufklärungs- und Organisation arbeit geschaffene Armee des kämpfenden Proletariats in Rußland vermoch dessen Niederlagen zu einer Katastrophe des Absolutismus zu gestalten.

Gibt es aber ohne Aushöhlung keinen Zusammenbruch, so auch ohne Z sammenbruch keinen Sieg der aushöhlenden Klasse. Nur in einer gewaltig

aftprobe kann zutage treten, wie morsch die Stützen der herrschenden Klassen worden sind, wie unfähig, den Stößen der aufstrebenden Klassen Widerstand leisten. Die stärkste Kraftprobe, die ein Regime auszuhalten hat, ist aber Krieg. Mit ehernem Besen fegt er hinweg, was aufgehört hat, lebensfähig sein. Es ist ein Unsinn, ihn, namentlich bei der modernen Waffentechnik, ein Mittel der Auslese der tüchtigsten Individuen oder gar der Züchtung onders erhabener moralischer Triebe zu erklären. Aber er bildet zweifels- ne in einer Gesellschaftsordnung, die auf Klassengegensätzen aufgebaut ist, machtvolles Mittel, gesellschaftliche und staatliche Formen aus dem Wege umen zu helfen, die sich überlebt haben und kraftvollen aufsteigenden Klassen freie Entwicklung versperren. Insofern kann ein Krieg ein Mittel sein, s der sozialen Entwicklung dient, und unter den Kriegen, die eine solche rkung übten, verdient der russisch-japanische in erster Linie genannt zu rden.

Welches werden aber nun die nächsten Konsequenzen des Krieges für Ruß- nd sein?

Wir dürfen nicht den Illusionen der bürgerlichen Demokratie anheimfallen, , blind für die Klassengegensätze, glaubt, das einzige, dessen ein absolu- ischer Staat bedürfe, sei politische Freiheit, und mit deren Erringung habe Revolution zu schließen. Noch ist die politische Freiheit nicht errungen, und on sondern sich die Wege der Liberalen und der Sozialdemokraten. Mit cht hat die Genossin Luxemburg jüngst in der „Sächsischen Arbeiterzeitung" f den offenen Brief hingewiesen, den der Exmarxist Struve, heute ein echter beraler, an Jaurès gerichtet. Das Kennzeichnende dieses Briefes ist das rlangen nach einer s t a r k e n Regierung, die O r d n u n g schafft. Der größte rwurf, den er der Autokratie zu machen weiß, ist der Hinweis darauf, daß se nicht mehr imstande sei, die Volksmassen zu bändigen, so daß sie die narchie überhandnehmen lasse. Die Furcht vor der „Anarchie", das heißt r der Erhebung der unteren Volksklassen, wird immer mehr der hervor- chendste Charakterzug der russischen Liberalen; dabei sind aber vielfach ßerlich Liberale und Sozialisten in Rußland bisher so wenig scharf getrennt wesen, das heißt haben sich russische Liberale so sehr als Sozialisten gefühlt, ß diese Furcht vor der Anarchie selbst in den sozialistischen Reihen hier und einen Widerhall fand.[1]

---

[1] Stellenweise hat sie sogar die russische Politik des „Vorwärts" beeinflußt und ihm ht pessimistische Äußerungen über die russische Revolution entlockt. Ich hatte schon einmal legenheit, eine solche Äußerung über drohende Bauernunruhen (im „Vorwärts" vom . Februar) in der „Neuen Zeit" zu beleuchten (Nr. 21 dieses Jahres). Eine ähnliche immung sprach erst jüngst wieder aus dem Briefe seines Korrespondenten in Petersburg . Juni), der von „Pessimismus" und „Müdigkeit" überströmt und über das „Chaos" nmert, „wo von Ordnung, Gesetz und zweckmäßiger Tätigkeit keine Spur . . . dann rden die Gefühle müde, man hört beinahe auf zu hoffen, und ohne Hoffnung bleibt der litische Gedanke tot".

Diese ganz unglaubliche Jeremiade veröffentlicht der „Vorwärts" ohne ein Wort des mmentars — wenn man nicht einen Kommentar darin sehen will, daß er unmittelbar runter die Nachricht von der Versammlung der rebellischen Offiziere bringt, eine Nachricht, einem wirklichen Revolutionär alles andere einflößen mußte als Pessimismus, Müdigkeit, offnungslosigkeit.

Ganz anders und sehr erfrischend wirkt dagegen ein Brief aus Rußland, den die Dort- under „Arbeiter-Zeitung" veröffentlicht und der jubelt: „Es ist eine Lust zu leben." Der

Die Liberalen mögen nach einer starken Regierung schreien und dem s
mehrenden Chaos mit angstvoller Beklemmung entgegensehen, das revolutionä
Proletariat hat alle Ursache, es mit hochgespannten Hoffnungen zu begrüße
Dies „Chaos“, das ist nichts anderes als die Revolution in Permanen
Die Revolution ist aber unter den heutigen Verhältnissen jener Zustand,
dem das Proletariat am raschesten reift, am vollkommensten seine intellektuelle
moralischen, ökonomischen Kräfte entwickelt, dem Staate und der Gesellscha
am tiefsten seinen Stempel aufprägt und die meisten Konzessionen von ihn
erringt. Kann auch diese dominierende Position des Proletariats in eine
ökonomisch so rückständigen Lande wie Rußland nur eine vorübergehende sei
sie schafft Resultate, die sich nicht wieder beseitigen lassen, und zwar um
größere und tiefer gehende, je länger sie dauert.

Bis heute wirken in Frankreich die Ereignisse der großen Revolution na
Wenn das Proletariat trotz der relativen Schwäche der sozialistischen Orga
sationen in Frankreich mehr Macht ausübt als in Deutschland mit sein
drei Millionen sozialistischer Wähler, so ist das ganz und gar nicht d
ministerialistischen Taktik und nur sehr wenig den demokratischen Form
der bürgerlichen Republik, wohl aber den revolutionären Instinkten
verdanken, die bis in unsere Zeit aus den Tagen der Jakobinerherrscha
nachwirken. Wäre es nach dem Willen der Liberalen von Anno dazum
gegangen und hätte die Revolution mit der Umwandlung der Genera
stände in eine Nationalversammlung aufgehört, um einem Regime gesetzlich
Ordnung Platz zu machen, kurz, wäre die Revolution eine nach bürge
lichen Begriffen so „schöne“ geblieben, wie es die von Schiller im „Tell“ ve
herrlichte war und heute zur Befriedigung aller Gutgesinnten die der Norweg
ist; hätte sich die französische Revolution nicht durch die „Schreckensherrschaf
„befleckt“, dann wären die unteren Klassen Frankreichs politisch ganz unreif u
machtlos geblieben, wir hätten kein 1848 erlebt, der Emanzipationskampf d
französischen und damit der des internationalen Proletariats wäre unendli
verlangsamt worden.

Die Revolution in Permanenz ist also gerade dasjenige, was das Prol
tariat in Rußland braucht. Heute schon hat sie es, namentlich in Polen, u
gemein gereift und gestärkt. Einige Jahre Dauer werden es zu einer Eli
truppe, vielleicht zu der Elitetruppe, des internationalen Proletariats mache
einer Truppe, die mit allem Feuer der Jugend die Erfahrungen einer Prax
weltgeschichtlicher Kämpfe und die Kraft einer den Staat beherrschenden Mac
vereinigt.

Wir haben aber alle Ursache, zu erwarten, daß es zur Revolution in Pe
manenz oder, um bürgerlich zu reden, zum Chaos, zur Anarchie kommt un
nicht zu der starken Regierung, die Herr Struve und seine liberalen Freun
herbeisehnen. Selbst unter den Sozialisten gab es einige, die betrübt darüb
waren, daß Nikolaus nicht der Revolution durch rechtzeitige Konzessionen en
gegenkam oder am 22. Januar durch die Gaponsche Bewegung dazu gezwunge
wurde. Aber gerade dieser rasche Sieg der Revolution hätte nur einer starke
Regierung des Liberalismus die Wege geebnet. Die Fortdauer der Autokratie da
gegen bedeutet die Eröffnung der Revolution in Permanenz. Nichts wirkt revolu

Korrespondent gibt ein herzerfreuendes Bild der unermüdlichen Arbeit des revolutionäre
Kampfes, der Organisation und Aufklärung der Proletariermassen, die von unseren Genosse
jetzt in Rußland geleistet wird.

närer, nichts untergräbt mehr die Fundamente aller Staatsgewalt als die ortdauer dieses erbärmlichen und hirnlosen Regimes, das gerade noch die raft hat, sich an seine Ämter zu klammern, aber nicht die mindeste Kraft ehr, zu regieren, das Staatsschiff in einem bestimmten Kurse zu steuern. ie Autokratie hat eben noch die Kraft, den Abschluß des Friedens zu verndern, aber nicht mehr die Kraft, siegreich Krieg zu führen. Eben noch die raft, eine liberale Regierung hintanzuhalten, nicht aber die Kraft, der Selbsttigkeit des Volkes noch Schranken zu setzen. Die Autokratie wird selbst zu ner Quelle der Anarchie, indem sie in ihrer Verzweiflung, um sich zu beupten, Bürgerkriege entfesselt, in den Städten das Lumpenproletariat aufzt, im Kaukasus die Mohammedaner, seine wildesten und unbotmäßigsten nsassen. Sie hofft mit diesen Werkzeugen ihre Gegner niederschlagen zu nnen und merkt nicht, daß sie damit nur die Revolutionäre anstachelt, gleichitig aber auch die friedlichsten und zahmsten Bürger in das Lager ihrer egner treibt. Derartige Methoden der Konterrevolution haben stets nur dazu dient, die Revolution entschiedener und kraftvoller zu machen, die rücksichtssesten unter den Revolutionären immer mehr in den Vordergrund zu drängen. hne die Erhebungen in der Vendée, die im März 1793 begannen, hätte die ergpartei vielleicht nie die Kraft erhalten, die Gironde zu stürzen (Juni 1793) nd das System des kleinbürgerlich-proletarischen Schreckens zum Siege zu ihren.

Je länger es der Autokratie gelingt, den Frieden nach außen, eine liberale legierung nach innen zu verhindern, desto furchtbarer muß ihr schließlicher usammenbruch werden, desto gründlicher die Auflösung aller Regierungsewalt. Und wir dürfen überzeugt sein, daß der Zar und seine Leute alles ufbieten werden, was sie können, das ganze russische Volk in die wildeste evolution hineinzupeitschen. Das ist ihre historische Mission geworden, und lles deutet darauf hin, daß sie sie erfüllen werden.

* * *

Nachschrift. Eben, wie diese Zeilen in die Druckerei wandern sollen, kommt nir ein Artikel der Wiener „Arbeiterzeitung" zu Gesicht, der mich zu einigen Benerkungen veranlaßt. Unser Wiener Bruderorgan schenkt seit langem den russischen Dingen besondere Aufmerksamkeit und liefert über sie oft wertvolle Informationen. Sie ist auch wie keine andere Tageszeitung durch ihre ganze Situation dazu beufen, der proletarischen Bewegung deutscher Zunge das Verständnis der slavischen u vermitteln. Um so peinlicher wirkt eine gelegentliche Entgleisung.

Jenes famose Ereignis, durch das die Schwarzemeerflotte in eine rote Meerlotte verwandelt zu werden drohte, hatte den offiziellen und offiziösen Telegraphen u besonderer Verlogenheit angestachelt. Gar manche Zeitung fiel auf seine Nachricht erein, die Besatzung des „Knjäs Potemkin" habe ohne den Versuch einer Gegenwehr apituliert; unter diesen Zeitungen befand sich auch die Wiener „Arbeiterzeitung". Das wäre nicht so schlimm, das kann einer jeden Zeitung passieren, die auf Fixigeit etwas hält. Schlimmer aber ist es, daß es dem Lügentelegramm trotz der kurzen Beine, die Lügen bekanntlich haben, gelang, der „Arbeiterzeitung" ein Bein zu stellen und sie zum Stolpern zu bringen. Die Nachricht von der Kapitulation der Meuterer veranlaßte sie zu folgendem Kommentar:

„Ein Trotz, der sich zur vermessensten Tat auflehnt, und am nächsten Tage Ergebung, Unterwerfung — feige, traurige Auslieferung an den Henker! Das ist die ‚breite, russische Seele', die Brutalität und frauenzartes Mitleid in einem Sacke hat, das ist das slavische Schwanken von jähen Äußerungen ge-

waltiger Kraft zur Erschlaffung in erbärmlicher Schwäche; jenes Umkippen der Empfindungen, das uns im Roman die Tiefen der menschlichen Seele enthüllt und beim Zusammentreffen im Leben so fremd und wunderlich anmutet." (Nummer vom 2. Juli.)

In der Tat, wenn uns etwas „fremd und wunderlich anmutet", so sind es diese Worte, die, wenn ich nach mir schließen darf, auf jeden Freund der russischen Revolution einen beklemmenden Eindruck machen müssen. Es wäre lebhaft zu wünschen, daß die Redaktion der „Arbeiterzeitung" Veranlassung nähme, sie als einen individuellen Lapsus zu desavouieren und diese ungeheuerliche Auffassung nicht als die eines der vornehmsten publizistischen Organe der Sozialdemokratie deutscher Zunge gelten zu lassen.

Ganz abgesehen davon, daß diese Sätze nach der modernen, ebenso widersozialistischen wie unsinnigen Rassentheoretik riechen, daß sie einen slavischen Gesamtcharakter konstruieren, wo es kaum eine Völkergruppe gibt, die so verschiedenartige Elemente umfaßt, wie die slavische; ganz abgesehen davon, daß jeder Slave nur zu leicht aus diesen Worten einen deutschvölkischen Hochmut herauswittern kann — welche Prognose stellte die „Arbeiterzeitung" der russischen Revolution, wenn die zitierten Worte ihre wirkliche Anschauung aussprächen? Müßten wir nicht darauf gefaßt sein, daß die revolutionäre Bewegung der „russischen Seele" morgen ebenso unvermittelt zusammenbricht, ohne eine Spur zu hinterlassen, wie ihrer Ansicht nach die Besatzung des „Potemkin" feig und traurig sich unterwarf?

Zum Glücke sind die fraglichen Bemerkungen über die russische und slavische „Seele" nichts als belletristische Redensarten, aus Romanen geschöpft, die uns angeblich die „Tiefen der menschlichen Seele enthüllen". Wer sich geschichtlich mit dem russischen Volke beschäftigt hat, der erstaunt nicht über seine Wankelmütigkeit, sein „slavisches Schwanken", sondern vielmehr über seine Hartnäckigkeit und Zähigkeit, die auch den russischen Soldaten seit jeher kennzeichnen, wie sie zum Beispiel Friedrich der Große und Napoleon zu empfinden bekamen. Diese Eigenschaft beruht indes ebenfalls nicht auf irgend einer mystischen Eigenart der „slavischen Seele", sondern auf der russischen Produktionsweise. Der Ackerbau beherrschte sie bisher fast vollständig, und der erzeugt überall schwerfällige, aber auch zähe und hartnäckige Naturen.

Das Schwanken zwischen unvermittelten Extremen, zwischen „gewaltiger Kraft" und „erbärmlicher Schwäche", jenes „Umkippen der Empfindung" von „himmelhoch jauchzend" bis „zum Tode betrübt", ist das Kennzeichnen nicht der Bauern, sondern von Berufen, die die Nervosität entwickeln, findet sich also namentlich bei den Intellektuellen der Großstädte. Es tritt im engen Raume der meisten westeuropäischen Redaktionen viel stärker zutage, als in der „breiten russischen Seele".

Da aber die Russen ebenfalls eine Klasse der Intelligenz haben, so ist diese psychische Eigentümlichkeit auch bei ihnen zu finden und vielleicht noch ausgeprägter als in Westeuropa, nicht wegen ihrer slavischen Rasseneigentümlichkeiten, sondern wegen ihrer historischen Position. Wir finden viele Hamlets unter den russischen Intellektuellen, weil ihnen wie Hamlet eine Aufgabe zuteil wurde, die ihre Kräfte überstieg:

> „Die Zeit ist aus den Fugen, Schmach und Gram,
> Daß ich zur Welt, sie einzurichten kam."

Ihnen, der kleinen machtlosen Schar von Gebildeten, fiel die Aufgabe zu, dem Herrn des größten Weltreichs, der stärksten Armee, der unterwürfigsten Bureaukratie, diesem Koloß, vor dem alle Reiche sich beugten, den Krieg zu erklären. Kein Wunder, daß bei vielen von ihnen ihre Empfindungen leicht umkippten, daß sie sich heute an der Riesengröße ihrer Aufgabe bis zu den Wolken erhoben, um morgen unter ihrer Riesenlast im Staube zermalmt zu werden.

Derartige Intellektuelle im Ausland aber sind es, die dem Westeuropäer am meisten auffallen und dann als der Typus des Russen überhaupt erscheinen; der-

rige Intellektuelle sind es aber auch, die uns vielfach die Kenntnis der russischen
olksseele" vermitteln, welche in einem solchen Spiegel natürlich ebenso schwankt
r er selbst, die in ihm einmal als Ausbund aller Tugenden und aller Heldengröße,
dann wieder als stumpfes Tier und unterwürfiger Sklave erscheint. Auch jetzt
der sind es solche Intellektuelle, die vielfach noch der eigenen Revolution mit
gemischtesten Gefühlen zusehen, ihr heute als dem Erlöser zujauchzen und sie
rgen als eine grauenhafte Götterdämmerung aller Kultur beweinen.

Aber die Revolution als Selbsttätigkeit der Proletarier und Bauern Rußlands
t inzwischen ihren Weg und läßt die Leute schwätzen — getreu dem Grundsatz,
schon Dante ausgesprochen und Marx sich zum Motto gewählt. Noch nie gab
eine Revolution, die sich so ausgezeichnet hätte durch die Hartnäckigkeit der
olutionäre, durch solche Abwesenheit von Schwanken und Wankelmütigkeit wie
russische. Die westeuropäischen, die von 1789 bis 1871 in den Großstädten sich
pielten, vollzogen jede ihrer entscheidenden Aktionen binnen wenigen Tagen, in
en sie nach kurzem Sturme entweder siegten oder unterlagen. Heute haben wir
unermüdliche zu Tode hetzen des Absolutismus ausgeführt, nicht durch die Be-
kerung einer einzigen Großstadt, sondern durch die eines ungeheuren Reiches.
on seit einem halben Jahre geht die wilde Jagd, und kein Erschlaffen, kein Er-
tten der Verfolger ist zu fühlen. Unzähligemal niedergeworfen, erheben sie sich
ner wieder mit vermehrter Kraft, zu immer wilderem Vorwärtsstürmen. Und
ade darin, in dieser Hartnäckigkeit und Zähigkeit, mit der sie das Wild des Ab-
utismus zum Verbluten bringen, liegt die Gewähr, daß die russische Revolution
t vorzeitig zusammenklappen wird, daß der Sieg ihr sicher ist.

2. Die revolutionäre Situation in Europa.

Die Revolution in Permanenz in Rußland kann aber nicht ohne Rück-
kung bleiben auf das übrige europäische Festland.

Vor allem bedeutet sie den Staatsbankrott, den Verlust der vielen Milliarden,
das europäische Kapital dem russischen Absolutismus geliehen hat, um mit
die Früchte der Unterdrückung und Ausbeutung des russischen Volkes zu teilen.

Freilich, käme es zur starken, liberalen Regierung, so wäre es eine ihrer
en Sorgen, den russischen Staatskredit zu heben, die Schuldenzinsen getreulich
zahlen. Das schon aus allgemein kapitalistischem Klasseninstinkt, dem Profit
Zins die höchsten Heiligtümer sind, an die zu tasten eine Todsünde wider
heiligen Geist. Dann aber auch aus praktischem Bedürfnis; denn eine
ke Regierung braucht eine starke Armee; deren Reorganisation wäre die
e Aufgabe des neuen liberalen Regimes. Das ist aber nicht möglich ohne
ke Anleihen.

Kommt es aber nicht dazu, gelingt es der Autokratie, eine liberale Regie-
ng unmöglich und die Revolution permanent zu machen, dann ist die erste
lge die, daß keine Steuern mehr entrichtet werden, und wovon soll man
n die Coupons bezahlen? Gerade das ist übrigens auch einer der Gründe,
es sehr erschweren, daß es zu einer starken, liberalen Regierung kommt.
nn eine ihrer Hauptaufgaben wäre die, die Steuern einzutreiben und zu
bestehenden neue hinzuzufügen.

Es ist aber nicht notwendig, daß etwa eine Diktatur des Proletariats zu-
nde kommt, um den Staatsbankerott zu erklären. Das bringt auch der
kerotte Absolutismus selbst fertig, wenn er in dieser verzweifelten Maßregel ein
ttel sieht, seinen politischen Bankerott um eine Galgenfrist hinauszuschieben.
ist sehr leicht möglich, daß die Kapitalisten Europas gerade mit dem gestraft
rden, womit sie gesündigt. Hätten sie rechtzeitig ihren Einfluß dahin auf-

geboten, den Zaren zu zwingen, ein liberales Regime einzuführen, so hätte
sie wohl die Revolution verhindern und ihre Coupons retten können. Durc
ihre bedingungslose Unterstützung aller Infamien und Dummheiten des absolu
tistischen Systems haben sie es glücklich dahin gebracht, das einzige Regierungs
system verhindert zu haben, das den russischen Staatsbankerott aufhalten konnt
das liberale.

Kommt es aber zu diesem Bankerott, und wie die Dinge heute stehen, i
hundert gegen eins zu wetten, daß er kommt, dann gibt es einen Krach, wi
ihn die Welt noch nicht gesehen, gegen den der Panamakrach noch ein Kinder
spiel. Denn der betraf nur Frankreich, nur dessen Kleinbürgertum. Der ru
sische Krach trifft die ganze Kapitalistenklasse Europas; er trifft nicht bloß di
„kleinen Sparer“, sondern auch die großen Banken und damit indirekt auc
die Industrie — dort, wo Banken und Großindustrie aufs engste liiert sind
diese auch direkt. Beim Panamakrach handelte es sich um ungefähr eine Mi
liarde; bei den russischen Staatsschulden um das Fünfzehnfache. Nun brauch
man sich bloß der Erregung zu erinnern, die der Panamakrach in Frankreic
hervorgerufen, wie er diesen Staat an den Rand einer Revolution geführ
und man kann sich ungefähr vorstellen, welches die Wirkungen eines Krache
sein müssen, der die Verheerungen des Panamakrachs vielleicht verzehnfacht un
der mit einem wilden Bürgerkrieg in Osteuropa zusammenfällt.

Aber dabei bleibt die Rückwirkung der russischen Revolution auf West
europa nicht stehen. Zu dem Staatsbankerott gesellt sich das Ausbleibe
des russischen Getreideexports.

Wenn der russische Bauer heute Getreide verkauft, so tut er es nicht, we
er Überfluß daran hat, sondern weil er Steuern zahlen muß. Er verhunger
aber verkauft Getreide, um den Steuerexekutor zu befriedigen. Sobald di
Revolution in Permanenz die Angst vor den Steuerbehörden aufhebt, beseitig
sie damit auch das Motiv zum Getreideverkauf. Der Bauer wird die Ohn
macht der Regierung während der Revolution dazu benützen, sich einmal sa
zu essen. Sollte aber die Ernte so reichlich ausfallen, daß er einen Überschu
über sein Nahrungsbedürfnis hinaus erzielt, dann verwendet er diesen siche
auch nicht dazu, Steuern zu zahlen, sondern Industrieprodukte zu kaufen. De
Getreideüberschuß wandert dann nicht zur Bezahlung der Coupons ins Aus
land, sondern zur Bezahlung von Lohnarbeitern und Unternehmern in di
russischen Industriebezirke.

Sollte es also nicht baldigst zu einer „starken“ liberalen Regierung kommen
die es versteht, „Ordnung“ und „Gesetzlichkeit“ in der Bauernschaft aufrech
zu halten, dann haben wir im nächsten Jahre — ja vielleicht schon in diesen
Herbste — mit einem plötzlichen Nachlassen der russischen Getreideausfuhr z
rechnen. Welche Bedeutung das für den Getreidehandel und die Getreidepreis
erlangen muß, kann man daraus ersehen, daß an der Getreideausfuhr de
Exportstaaten Rußland je nach der Ernte mit einem Viertel bis einem Dritte
beteiligt ist (1903 fast 10000 Millionen Kilogramm). Auch die günstigste Ernt
in den anderen Ausfuhrgebieten dürfte kaum imstande sein, ein erhebliche
Defizit im russischen Getreideexport zu decken. Die Folge davon muß ei
starkes Hinaufschnellen der Getreidepreise sein. Und mit den Viehpreisen wir
sich's ähnlich verhalten.

Diese unbeabsichtigte Teuerung wird aber im Deutschen Reiche zusammen
treffen mit der absichtlich, künstlich durch den neuen Zolltarif herbeigeführten

:e für sich allein schon genügen wird, die arbeitenden Klassen aufs schwerste
z belasten, die aber zu den unerträglichsten Zuständen führen muß, wenn sie
rstärkt wird durch eine allgemeine Teuerung auf dem Weltmarkt und voll=
zen während einer schweren wirtschaftlichen Krisis.

Damit müssen sich die Klassengegensätze auch außerhalb Rußlands zu un=
örter Schärfe zuspitzen und die Klassenkämpfe um so gewaltsamer werden,
mehr die gleichzeitige Revolution Rußlands die Erregung der unteren Klassen
e die Nervosität der herrschenden steigert.

Aber mit alledem dürfte noch nicht genug des Unheils für diese sein.

Der militärische Zusammenbruch Rußlands hat das europäische Gleichgewicht
bedenkliches Schwanken gebracht und dadurch die schwierigsten internationalen
robleme geschaffen. Das erheischt mehr als je eine weitschauende, ruhige und
klare äußere Politik. Aber die europäischen Regierungen lassen wenig in
eser Beziehung erwarten. Frankreich wie England stehen vor Parlaments=
flösungen, die die mannigfachsten Überraschungen bringen können. In Öster=
ch haben wir einen altersschwachen Kaiser, der die Zügel der Regierung
mer mehr dem Thronfolger auszuliefern scheint, einem Heißsporn des Kleri=
lismus und des persönlichen Regiments. Diesem ist es wohl namentlich
zuschreiben, wenn jetzt die Wiener Hofburg den Kampf gegen die politische
lacht des ungarischen Junkertums eröffnet hat — eines Junkertums, weit
otziger, unbotmäßiger und kraftvoller noch als das Ostelbiens. Das ist ein
ampf, der für die Union zwischen Ungarn und Westösterreich leicht so enden
nn, wie eben ein ähnlicher Kampf für die Union zwischen Schweden und
orwegen, der aber auf keinen Fall sich in so gemütlichen Formen vollziehen
ird. Und das in einem Moment, wo die Revolution an den Grenzen
aliziens wütet und neue Unruhen auf dem Balkan drohen.

Die politisch entscheidende Macht für die internationale Politik Mitteleuropas
aber das Deutsche Reich geworden, und gerade dessen äußere Politik wird
begreiflicher als je. Sicher hat die deutsche Regierung nicht die Absicht, um
arokkos willen, also um nichts und wieder nichts einen Krieg mit Frankreich
beginnen, um einer Lappalie willen einen Weltkrieg zu entzünden, der zum
uin aller Beteiligten führen müßte. Eine solche Absicht wäre Wahnsinn oder
erbrechen. Aber gerade weil die Reichsregierung eine solche Absicht nicht
hegt haben kann, ist ihre Politik um so unbegreiflicher, diese Politik der
litze aus heiterem Himmel, aus irgend einer Laune, die, ohne den Krieg zu
ollen, die Gegenseite in den Glauben versetzt, daß ein Krieg geplant sei und
durch einen Zustand nervöser Spannung erzeugt, in dem ein Ungefähr eine
ituation schaffen kann, die tatsächlich zum Kriege führt.

Schon einmal hatte die preußische Regierung eine Revolution im Nachbar=
nd zu ähnlicher Politik benützt. Als die große Revolution in Frankreich
usbrach, und gleichzeitig Rußland und Österreich im Kriege mit den Türken
gen, da hielt Preußen den Moment für gekommen, Österreich zu schwächen
nd ein neues Stück Polen zu annektieren. Noch dauerte die Revolution in
rankreich kein Jahr, und schon drängte Friedrich Wilhelm II. zum Kriege
egen Österreich. Nur die Nachgiebigkeit Österreichs, das alle Forderungen
reußens annahm, verhinderte ihn. Aber die polnische Frage war einmal
ufgeworfen und bildete nun den Zankapfel zwischen den drei Mächten, die
m Schlusse der Revolution die heilige Allianz gegen sie bilden sollten, zu
hrem Beginn aber, statt gemeinsam gegen den gemeinsamen Feind, die Revo=

lution in Frankreich, mit voller Kraft vorzugehen, den Krieg gegen diesen entweder gar nicht — wie Rußland — oder nur unentschlossen führten, wie Preußen und Österreich, da jede dieser Mächte fürchtete, von den anderen betrogen und überfallen zu werden.

So unbegreiflich es ist, die monarchische Diplomatie hat damals in ihrer kurzsichtigen Habgier und Unwissenheit es fertig gebracht, sich wegen der Teilung einer Beute in einem Augenblick zu zerzanken, wo die Grundlagen ihrer Herrschaft selbst bedroht waren.

Aber noch weit unbegreiflicher ist die heutige Diplomatie. Polen besaß doch noch eine ganz andere Bedeutung für Preußen, als sie Marokko heute hat. Außerdem gab es damals in Preußen wie in Österreich noch keine Spur einer politischen Opposition. Ihre Regierungen waren zunächst nur von außen bedroht, durch die französischen Revolutionsheere, nicht von innen. Ihre Niederlage bedeutete den Sieg der Revolution in Frankreich und damit die Bildung eines Revolutionsherdes im Herzen Europas, aber noch lange nicht den sofortigen Zusammenbruch der absolutistischen Regierungssysteme in den übrigen Teilen des europäischen Festlandes. Seit 1870 dagegen bedeutet jeder unglückliche Krieg für einen europäischen Staat die Revolution in seinem Innern.

Das marokkanische Abenteuer läßt also nicht gerade erwarten, daß die Reichsregierung zurzeit über jene Qualitäten verfügt, die es ihr ermöglichten, ohne erhebliche Friktionen die internationalen Schwierigkeiten zu überwinden, welche der Zusammenbruch Rußlands nach sich ziehen muß.

So deutet alles darauf hin, daß wir einer Epoche der größten Verschärfung der Gegensätze der Staaten und Klassen entgegengehen, einer Epoche, in der die Revolutionierung des Nachbarlandes ohne alles Zutun einzelner Personen oder Parteien revolutionäre Situationen in Westeuropa selbst schaffen kann.

(Fortsetzung folgt.)

Marxismus und Teleologie.

Von **Anton Pannekoek** (Leyden, Holland).

III.

(Schluß.)

Ausführlich dargelegt und behandelt wurde die teleologische Auffassung im ersten Bande der „Marx-Studien", in Max Adlers Abhandlung: „Kausalität und Teleologie im Streite um die Wissenschaft", mit der wir uns nunmehr befassen wollen. Trotz ihrer Ausführlichkeit müssen wir diese Behandlung aber als sehr unvollständig erachten; sie enthält nichts als eine Kritik der erkenntnistheoretischen Grundlagen, in der die bei jedem unmittelbar aufkommenden und auch oben von uns kurz angedeuteten Einwürfe ausführlich und gründlich, zugleich aber sehr umständlich und in allerhand Nebenfragen abschweifend, erörtert werden. Weder der gesellschaftliche Ursprung der teleologischen Auffassung, noch ihre Bedeutung als Kulturerscheinung, als Ausdruck des Geistes- und Gemütszustandes der untergehenden Bourgeoisie, noch ihr scharfer Gegensatz zum Marxismus wird erwähnt. Darum haben wir versucht, in den vorigen Abschnitten, wenn auch nur in kurzer, skizzenhafter Darstellung, auf diese Momente hinzuweisen.

Die modernen Erkenntniskritiker sehen die Philosophie als eine Art Mathematik an, deren Geschichte —, und ebenso die jeder anderen wissenschaftlichen

[Di]sziplin, nur lose und zufällig mit der ganzen Weltgeschichte zusammenhängt. [Di]eser dürren, an Begriffen herumklaubenden Auffassung hat schon Windelband in [sei]ner „Geschichte der neueren Philosophie“, über Kant redend, entgegengehalten, [d]aß die Geschichte der Philosophie nicht ist das Abspinnen ideeller abstrakter [N]otwendigkeiten, sondern das Ringen denkender Menschen, und daß wir in [j]edem bedeutenden System die weltbewegenden Geistesmächte in individueller [Ko]nzentration vor uns sehen“. In der Tat: nicht als Gelehrte, die einen [lo]gischen Fehlschluß machten, sondern nur als ringende Denker kann man die [Te]leologen und ihre Ansichten begreifen, indem man die sie bewegenden [„G]eistesmächte“, die wir als sehr materielle, greifbare Mächte erkannt haben, [un]tersucht. Darum ist für uns der Nachweis der gesellschaftlichen Wurzel der [Te]leologie und ihres Verhältnisses zum Marxismus viel wichtiger als alle [er]kenntnistheoretischen Beweisführungen. Denn jener läßt uns erkennen, woher [es] kommt, daß uns sofort die Unrichtigkeit einleuchtet von Ansichten, deren [R]ichtigkeit namhafte Wortführer mit warmer Überzeugung verteidigen. Vor [de]m Widerspruch zwischen dem von jedem anerkannten tiefen Wissen dieser [G]elehrten und ihren so leicht ins Auge fallenden Irrtümern bleibt die sie [er]kenntnistheoretisch widerlegende rein formelle, theoretische Betrachtungsweise [ste]hen, und die bewundernden, preisenden Worte über ihren Scharfsinn und ihre [G]elehrtheit können diesen Widerspruch nicht verdecken, lassen ihn im Gegenteil [gr]eller hervortreten.

Überhaupt erhalten die verschiedenen Lehren und Richtungen, die jetzt unter [de]r Bourgeoisie emporkommen und von den bürgerlichen Gelehrten verteidigt [w]erden, erst dann Wert und Interesse für uns, wenn wir sie in ihrem gesell[sch]aftlichen Zusammenhang und in ihrem Verhältnis zum Marxismus be[tr]achten. Man bezeichnet sie wohl mitunter zusammenfassend als das „moderne [G]eistesleben“, was genauer das Geistesleben der modernen, das heißt der [un]tergehenden Bourgeoisie heißen muß; seine theoretische Gestalt findet es in [de]m, was die bürgerlichen Gelehrten zur Verteidigung der kapitalistischen Ord[n]ung gegen die Angriffe des Sozialismus ausgedacht haben. Der Sozialismus [tr]at auf mit dem Anspruch, die Ökonomie als Wissenschaft zu vollenden, der [R]echts- und Staatslehre eine natürliche Grundlage zu geben und die Philo[so]phie vom Kopfe auf die Füße zu stellen, während er seine Lehre von der [E]ntwicklung der menschlichen Gesellschaft an den Darwinismus anschloß. Dem[g]egenüber entwickelte die bürgerliche Welt eine neue Ökonomie, mit der sie die [so]zialistischen Ansprüche bekämpfen konnte; sie ging bis zu den Grundlegern [d]er klassischen Philosophie zurück, um durch vertieftes Studium ihrer Arbeiten [ei]ne kritische Philosophie auszubilden, welche die Nichtigkeit alles Materialis[m]us demonstrierte, und auf den Darwinismus baute sie eine Anthropologie [a]uf, welche die Unmöglichkeit der sozialistischen Zukunft nachwies. Auf allen [d]iesen Gebieten entstand Bewegung in der bürgerlichen Wissenschaft; ein respek[ta]bles Quantum geistiger Arbeit ist hier von den besten Denkern der Bour[g]eoisie geleistet worden, und es versteht sich, daß dies auch für die Wissenschaft [b]leibenden Nutzen gebracht hat. Um so mehr ist es notwendig, daß der gesell[sc]haftliche Ursprung dieser geistigen Bewegung und der Klassencharakter dieser [n]euen Lehren nachgewiesen wird.[1] Wenn die bürgerlichen Gelehrten durch

[1] In dem Programm der „Marx-Studien“, wie es in den Ankündigungen auf dem [U]mschlag der „Neuen Zeit“ und anderswo gegeben wird, findet man als Aufgabe der neuen Zeitschrift, die Lehren von Marx und Engels derart der Kritik zu unterziehen, daß sie mit

diese Lehren die sozialistischen Ansichten bekämpfen, bemühen sie sich zugleich aufs sorgsamste, die Illusion zu erwecken, daß eine unparteiische Wissenschaft das Wort führe, die vom Klassenkampf nicht berührt wird. Demgegenüber sagen wir, daß dieser geistige Kampf zwischen dem Marxismus und dem modernen bürgerlichen Geistesleben ein Teil und zugleich eine Widerspiegelung des heutigen Klassenkampfes ist; ihr Gegensatz ist der Gegensatz zweier Weltanschauungen, der der emporstrebenden Arbeiterklasse und der der untergehenden, sich dem Sozialismus widersetzenden bürgerlichen Welt.

Dieses Verhältnis hat Adler nicht in Betracht gezogen, und daher stammt der Hauptmangel seiner Arbeit. Weil er weder die Bedeutung der Teleologie als Kulturerscheinung, als Ausdruck der Geistes- und Gemütsstimmung der reaktionären Bourgeoisie, noch ihren scharfen Gegensatz zu der sozialistischen Weltauffassung bemerkt hat, beschränkt sich seine Beurteilung nur auf die erkenntnistheoretische Kritik. Seine Ausführungen über den „Ursprung des Streites" zeigen keine Einsicht dafür, daß ein Kampf auf dem Gebiet der Wissenschaft eine Äußerung eines unvermeidlichen Klassengegensatzes, ein Teil eines nicht zu schlichtenden Klassenkampfes sein kann.

„Woher", sagt er S. 230, „jene Verwirrung, jene Unsicherheit der Methoden, jene Unbestimmtheit der Grundbegriffe und Verschwommenheit der Abgrenzungen? Wer erkühnte sich heute, etwa eine Definition der Nationalökonomie geben zu wollen mit der Prätension, daß sie allgemein anerkannt sei, oder vollends gar der Soziologie? Und was soll man dazu sagen, wenn die Gesellschaftswissenschaften heute noch so wenig eine einheitliche klare Auffassung vom Wesen der Gesellschaft zum Gemeingut ihrer Arbeit machen konnten, daß es sogar Vertreter dieser Disziplinen gibt, die in dem Begriff der Gesellschaft nur einen Notbegriff erblicken? . . ." Es liegt nahe, einfach das zu antworten, daß es zwei miteinander kämpfende Klassen gibt, von denen die eine durch ihre Lage genötigt ist, die Wahrheit über die Gesellschaft mit allen Kräften zu suchen, die andere aber, sie möglichst zu vertuschen, die also unmöglich eine Grundauffassung als Gemeingut haben können. Weiß Adler nicht, daß gerade die Nationalökonomie mitten im Streitfeld steht, und daß Einigkeit darin nie kommen kann, solange der Klassengegensatz währt? Adler hat eine andere Erklärung. „Diese Verwirrung kommt meines Erachtens daher, weil die sogenannten Geisteswissenschaften . . . nie einheitlich aufgefaßt werden konnten, da die naturwissenschaftliche Betrachtung eben nicht die *einzige* Art ist, in der das Geistesleben beobachtender Aufmerksamkeit zugänglich werden kann. . . . Von nun an wird es unmöglich, sich auch über die elementarsten Voraussetzungen zu verstehen; ob das soziale Gesetz, nach dem gesucht wird, eine objektiv gültige Allgemeinbeziehung ist oder, wegen der hineinspielenden freien Persönlichkeit, eine bloße unverbindliche Regelmäßigkeit . . ., ob die Notwendigkeit auf geistig-sozialem Gebiet eine tatsächliche des Geschehens oder eine moralische des Sollens ist. . . ." Das ist sehr schön und auch ziemlich richtig; doch hätte es an Richtigkeit noch gewonnen, wenn daneben bemerkt wäre, daß dieser Gegensatz zweier Auffassungen etwas mit dem Klassengegensatz zu tun hat; liegt der Zusammenhang doch klar zutage, da der Marxismus, wie Adler selbst aus-

dem gesamten modernen Geistesleben in Zusammenhang gebracht werden. Es sollte besser heißen: das moderne (bürgerliche) Geistesleben einer Kritik unterwerfen, die sich auf den Marxismus stützt, wodurch zugleich unsere Theorie von verschiedenen Seiten besser beleuchtet wird.

ckt, die „konsequenteste Ausbildung der naturwissenschaftlichen Betrachtungs-
se“ und die an keine kausalen] Gesetze gebundene „freie Persönlichkeit“
nntlich eine bürgerliche Fiktion ist.

Fragt man, woher es wohl kommt, daß ein so guter Kenner der Marx-
n Schriften diesen Klassencharakter der modernen bürgerlichen Lehren nicht
t, so wird man darin zu allererst den Einfluß der offiziellen Universitäts-
senschaft suchen müssen. Seine Arbeit trägt ganz den Charakter eines aka-
nischen Werkes; sie besitzt die Tüchtigkeit und zugleich die Weitschweifigkeit
s solchen und scheint mehr von einem Gelehrten für Mitglieder der Ge-
tenzunft, als für Führer der Arbeiterklasse bestimmt zu sein. Zu diesem
rakter paßt es auch, daß er die von ihm bekämpften Professoren als
lehrte betrachtet, die etwas abweichenden Meinungen anhängen, über die
n sich freundschaftlich verständigen kann. So etwas kann wohl der Fall
auf dem Gebiet der Naturwissenschaft, wo zwei Forscher durch das näm-
e Streben nach Wahrheit oft in einer tiefgehenden Meinungsverschiedenheit
Quelle freundschaftlichsten Zusammenarbeitens finden: doch hier, auf dem
biet der Geisteswissenschaften, jenem Streitfeld der jetzt miteinander
npfenden Klassen, stehen unsere Gegner uns als Vertreter der besitzenden
sse, als Verteidiger der bürgerlichen Gesellschaft gegenüber; hier kann also
Illusion, daß man sich verständigen könne, und daß nur ein Gelehrtenstreit
r philosophische Grundbegriffe sei, was in Wirklichkeit den Gegensatz zweier
eltanschauungen ausdrückt, zu großen Fehlern in der Beurteilung führen.

Doch nicht nur in dem, was Adler wegläßt, sondern auch in dem, was er gibt,
gt sich, daß der Einfluß der Universitätswissenschaft seinen philosophischen
andpunkt bestimmt. In seiner Besprechung der „Marx-Studien“ äußert
tterbaum die Ansicht, daß diese Abhandlung nicht in die Marx-Studien
höre, da derartige philosophische Fragen dem Marxismus fern liegen. Dies
gt jedoch nur an der Behandlungsweise und dem Standpunkt Adlers. Er
npft hier nicht den Kampf des Marxismus gegen eine bürgerliche Lehre,
ndern er nimmt teil an einem Streite im bürgerlichen Lager, mit dem unsere
hre nur entfernt etwas zu schaffen hat. Denn wir halten die Auffassung
r einen Partei für falsch, obgleich wir sie historisch begreifen, ohne mit den
gumenten der anderen einverstanden zu sein, denn wir haben zur Wider-
gung viel bessere Mittel; ungefähr so, wie wir auch dem Kampfe der bürger-
hen Freigeisterei gegen die Religion gegenüberstehen. Ein Nicht-Sozialist
tte diese Widerlegung der Teleologie, die nach Adlers eigenen Worten „sich
so prinzipiell mit der gegnerischen Ansicht auf den gleichen Boden der
itischen Philosophie zu stellen gesonnen ist“, der Hauptsache nach genau
schreiben können.

Adlers Arbeit hätte, gerade so gut wie in dem ersten Bande der Marx-
dien, in den „Kant-Studien“ stehen können; sie stützt sich ganz auf die
antsche Philosophie, und wo darin von Marx die Rede ist, muß das haupt-
chlich dazu dienen, seine enge Verwandtschaft mit Kant nachzuweisen. Denn
ischen den beiden gleich hoch verehrten Denkern darf kein Widerspruch be-
hen. Nach der revisionistischen Einfalt, welche durch Kant die marxistische
orniertheit aufheben wollte, stellt dies schon einen höheren Standpunkt in der
ertschätzung des Marxismus dar; aber ist er begründeter? Im Schlußwort
ird hervorgehoben, wie Kants „große Lehre vom Primat der praktischen Ver-
unft über die theoretische“ zurückkehrt bei Marx, wo dieser den praktischen

Menschen zum Hauptobjekt seiner Lehre macht mit den Worten: „Die Philosophen haben die Welt nur verschieden interpretiert; es kommt aber darauf an, sie zu verändern." Aber für wen war der Mensch nicht in erster Linie eiwollendes und handelndes Wesen? Sucht man, was beide mit diesem Prima gemeint haben, so findet sich ganz Verschiedenes; für Kant lag der Vorzug de praktischen Vernunft darin, daß diese mit Bestimmtheit über Begriffe aussage kann (Gott, Freiheit und Unsterblichkeit), von denen die theoretische Vernun nichts weiß.[1] Wo findet sich hier die Verwandtschaft mit Marx?

Ein ganzes Kapitel wird darauf verwendet, die Übereinstimmung von Marx philosophischen Ansichten mit dem modernen Kritizismus nachzuweisen. Doc mit Recht geschieht das mit einigem Vorbehalt: „Nur eine übelwollende Auslegung", sagt er, „könnte ihn (diesen Abschnitt) so auffassen, als würde ic Marx zu einem Erkenntniskritiker und noch dazu Kantscher Observanz mache wollen" (S. 324). Man findet in den langen Erörterungen auch wenig andere als den Versuch, die Bedeutung von Marx' eigenen Aussprüchen über seine Materialismus, diesen Stein des Anstoßes für das moderne Gelehrtentum, zu verkleinern, und den Nachweis, daß Kant und Marx beide tiefe Denker waren die mit klarem Geiste vorurteilsfrei und nach wissenschaftlicher Methode geforscht haben — was sie bekanntlich mit mehr Forschern gemein haben.

Ein dritter Fall, daß Adler eine Verwandtschaft zwischen diesen beiden Männern konstruiert, liegt vor in seiner Betrachtung über den sozialen Charakter des Bewußtseins: wohl der wertvollste Teil seiner ganzen Arbeit. Kant ha nachgewiesen, daß die Einheit des Bewußtseins, welche die Bedingung alles Denkens bildet, nicht das Recht verleiht, diese Einheit zu einem aparten, einfachen, unsterblichen Wesen (die Seele) zu machen, daß vielmehr das Ich, die Persönlichkeit, nur die Form ist, in der das Bewußtsein auftritt. Darauf weiterbauend, beantwortet Adler die Frage, wie dasjenige, das in der Organisation meines Geistes begründet ist, zugleich den Anspruch auf allgemeine Anerkennung erheben kann, folgendermaßen: Wo die Einheit des Denkens Bewußtsein ist, kann sie nur als ein Selbstbewußtsein, als ein Ich bewußt sein; daß jeder von seinem eigenen Bewußtsein spricht, ist also nicht der Ausdruck einer Verschiedenheit, eines Individuellen, sondern gerade der Gemeinschaftlichkeit alles Bewußtseins. Das absonderliche persönliche Bewußtsein weist also von selbst hin auf das „Bewußtsein überhaupt"; man darf daher von dem sozialen Charakter der Erkenntnislehre sprechen, die von dem Individuum auf die Gesellschaft hinweist und das Individuum nur als Teil, als Spezimen der Gesellschaft betrachtet.

Auf diese Weise hat uns gerade Marx das Wesen des Einzelmenschen kennen gelehrt, wie er allseitig von der Gesellschaft bedingt wird und kaum eine Faser an sich hat, die er nicht der Gesellschaft verdankt. Von den Auffassungen Kants liegen diese Betrachtungen jedoch weit entfernt. Kant antwortet auf die oben gestellte Frage ganz anders: er sagt, daß wir notwendig den Dingen solche Eigenschaften a priori zuerkennen müssen, wodurch wir sie allein denken können; von einem denkenden Wesen kann man nur durch unser eigenes Bewußtsein eine Vorstellung haben.[2] Kant betrachtet alles von den formellen Bedingungen des Denkens aus, und soziale Betrachtungen herbeizuholen, liegt ganz außerhalb seiner Denkrichtung.

[1] Kant, „Kritik der praktischen Vernunft", Reclamsche Ausgabe, S. 144.
[2] Kehrbachsche Ausgabe der „Kritik der reinen Vernunft", S. 296.

Kirch

Es liegt in dem Suchen nach solcher Verwandtschaft ein völliges Verkennen historischen Entwicklung, welche die einzig reale Verwandtschaft zwischen t und Marx bildet. Diese unhistorische Betrachtungsweise, die in der groß- zen Entwicklung der klassischen Philosophie von Kant bis Hegel und Marx eine sterile Wüste bedauernswerter Abirrungen sieht, ist der Hauptmangel modernen, auf den Universitäten dozierten Kritizismus und damit zugleich Adlerschen Arbeit. Da Marx den Abschluß einer Entwicklung bildet, die Kant anfängt, finden sich selbstverständlich Analogien; da aber Marx' An- en auf dem neugewonnenen Einblick in das Wesen der Gesellschaft fußen, selbst erst durch eine hohe Entwicklung der kapitalistischen Produktionsweise lich war, ist eine tiefere Übereinstimmung in den Grundanschauungen aus- lossen.

Die Adlerschen Ausführungen über den gesellschaftlichen Charakter des Be- tseins bieten ein treffliches Beispiel dafür, welch große Bedeutung die rxschen Arbeiten für die Erkenntnistheorie besitzen. Für das sogenannte oblem der Persönlichkeit" ist Adlers Hinweis auf Marx' „Kapital", wo mit Wesen der Gesellschaft zugleich das Wesen der Persönlichkeit beleuchtet , von größerer Wichtigkeit als alles, was von bürgerlicher Seite mit tief- igen Gebärden darüber philosophiert wurde. Um so mehr schade, daß Adler bemerkt hat, wie bei Marx historische und logische Entwicklung eine Ein- bilden, wie geistige und materielle Entwicklung zusammenhängen, und daß icht den Sinn des Marxschen Satzes verstanden hat, den er selbst aus dem laß (I, S. 259) anführt: „Die Philosophen wachsen nicht wie Pilze aus Erde; sie sind die Früchte ihrer Zeit, ihres Volkes, dessen subtilste, kost- te und unsichtbarste Säfte in den philosophischen Ideen roulieren. Derselbe t baut die philosophischen Systeme in dem Hirne der Philosophen, der die nbahnen mit den Händen der Gewerke baut" — das heißt auf unseren angewendet: die modernen philosophischen Ansichten oder Systeme sind aus den modernen gesellschaftlichen Verhältnissen zu begreifen.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

Von **Gustav Hoch**-Hanau a. M.

Die „Christlichen" wissen es „bekanntlich seit jeher" ganz genau, daß ihre eiterorganisationen die einzig richtigen und wahren sind, allein den eitern zum wirklichen Nutzen gereichen und deshalb den sozialdemokra- en Gewerkschaften unbedingt vorgezogen werden müssen. Wie kommt es , daß dennoch die sozialdemokratischen Gewerkschaften im Laufe der Zeit immer mehr ausgebreitet haben und erstarkt sind? Vielleicht hat hier der tand mitgewirkt, daß es bis jetzt an einer „wissenschaftlichen Darstellung der tlichen Gewerkvereine" gefehlt hat. Diese Lücke wollte Herr Dr. O. Müller h ein umfangreiches Buch über „Die christliche Gewerkschafts- egung Deutschlands mit besonderer Berücksichtigung der Berg- eiter- und Textilarbeiterorganisationen"[1] ausfüllen.

Mit der Wissenschaftlichkeit dieser Arbeit ist es freilich sehr schlecht bestellt. Verfasser hat weder das in Betracht kommende Material genügend

[1] Volkswirtschaftliche Abhandlungen der badischen Hochschulen. 8. Band, 1. Ergänzungs- r. Karlsruhe 1905, G. Braunsche Hofbuchhandlung. Preis 3 Mark.

durchgearbeitet, noch es fertig gebracht, Licht und Schatten einigermaß gleichmäßig zu verteilen. Die Schrift ist vielmehr nichts als eine durcha einseitige Verteidigung der „christlichen Gewerkschaften“. Als solche ist jedoch nicht wertlos, zumal Dr. Müller, wie er selbst berichtet, seit 18 als Präses eines größeren Arbeitervereins (M.-Gladbach) und seit 19 als Generalsekretär des Verbandes der Arbeitervereine der Erzdiözese K tätig, durch sein Amt gezwungen war, fortgesetzt der christlichen Gew schaftsbewegung seine Aufmerksamkeit zu schenken, und er überdies als Ehr mitglied mehrerer Gewerkvereine (Textilarbeiter, Metallarbeiter usw.) an gewerkschaftlichen Generalversammlungen wiederholt teilgenommen, allen G werkschaftskongressen beigewohnt sowie auch sämtliche Gewerkschaftsführer kenn gelernt hat. Er hat demnach die Gelegenheit gehabt und hat sie auch — d muß ich ihm bezeugen — nach Kräften ausgenutzt, alles, was zur Verteidigu der christlichen Gewerkschaften beigebracht werden kann, zu sammeln und verwerten.

Dr. Müller hat vor allem darauf Wert gelegt, die Entstehung des chr lichen Gewerkschaftsgedankens und seine allmähliche Ausprägung zu sein heutigen Gestalt zu schildern.

Als Ende der sechziger und anfangs der siebziger Jahre des vorigen Ja hunderts die sozialdemokratischen und liberalen Gewerkschaften ihre Tätigk zu entfalten begannen, bemühten sich, so berichtet Dr. Müller, die Vertre der christlichen, insbesondere der katholischen Kirche, die christlichen Arbei von dieser unchristlichen Gesellschaft fernzuhalten. Die christlichen Herr forderten als erste Bedingung jeder wirtschaftlichen Reform die Anerkennu der Lehren des Christentums auch für das wirtschaftliche Leben. Jede O nung desselben, von seiten des Staates wie der bürgerlichen Gesellschaft sel müsse den Glauben an das Christentum mit seinem jenseitigen Endziel Voraussetzung haben und die Beobachtung seiner Gesetze insbesondere der G rechtigkeit und der Nächstenliebe zur Erfüllung bringen, anderenfalls sei e Heilung der sozialen Zustände ausgeschlossen, da ihr die wahre Grundl fehle. Darum müsse das Ziel einer gesunden Wirtschaftsreform vorderha darin bestehen, mit dem Geiste praktischen Christentums wiederum alle Gebi des wirtschaftlichen Lebens zu durchdringen.

Der Wortführer dieser christlichen Sozialreform war der Bischof von Mai Freiherr v. Ketteler. Seine Sorge war denn auch der Errichtung solc Vereine für Arbeiter zugewandt, die im engen Anschluß an die Kirche u unter der Leitung von Geistlichen die Pflege religiöser Gesinnung an er Stelle und daneben freilich auch die Verwirklichung sozialer, ihren Sta fördernder Einrichtungen sich zur Aufgabe stellen. In einem der Bischo konferenz zu Fulda unterbreiteten Referat hat Ketteler die Notwendigkeit u Einrichtung solcher „christlichen Arbeitervereine“ des näheren dargelegt und A regung zu ihrer Gründung gegeben. So erhielten die verschiedenen Regun katholischerseits bestimmte Form.

Das Ergebnis war jedoch ein mehr negatives: man legte den Hauptn der Tätigkeit in die Abwehr sozialistischer und liberaler Einwirkungen. Dies Zwecke dienten außer den Gesellenvereinen die christlich-sozialen Vereine, namentlich in Rheinland und Westfalen nach dem vom Bischof v. Kette gezeichneten Programm in den Jahren 1869 bis 1872 ins Leben traten. Zw finden sich in diesen Vereinen einzelne Ansätze zu einer gewerkschaftlic

…ganisation. Jedoch ist ihre wirtschaftliche Tätigkeit keine durchgreifende ge…sen. Die Pflege religiöser Interessen gegenüber dem „materialistischen Zeit…ist“ stand im Vordergrund. Bezeichnend für die christlich-sozialen Vereine ist … daß ihnen als Patrone — Fabrikherren gestellt wurden, damit sie „den …beitern Anleitung und Rat geben und sie in der Überzeugung leiten“. Als …nn der Kulturkampf kam, wurden sie in das Fahrwasser der kirchlichen Politik …ogen. Das gab der Regierung Anlaß zum Einschreiten. So wurde der …istlich-soziale Verein zu Essen „wegen eines die gesetzliche Freiheit und Ord…ng gefährdeten (!) Mißbrauchs des Vereins- und Versammlungsrechtes“ im …hre 1877 aufgelöst, und nach dem Erlaß des Sozialistengesetzes im Jahre 1878 …rden auch anderswo die Vereine in ihrer Tätigkeit so beschränkt, daß sie …weder sich auflösten oder zu religiösen Korporationen sich umgestalteten.

In Deutschland setzte nun die Praxis von Peitsche und Zuckerbrot für die …beiter ein, Sozialistengesetz und Sozialreform. Die christliche Sozialpolitik …hm zu dieser Zeit ebenfalls den Charakter einer bevormundenden Fürsorge … Sie bewegte sich ganz und gar auf dem Boden einer Wohltätigkeit, die …ht ein selbständiges Mitwirken des Arbeiters will, sondern nur die Dankbar…, die man für empfangene Gunsterweisungen schuldet. Die Gründung des …rbandes „Arbeiterwohl“ durch katholische Industrielle und Arbeiterfreunde … Jahre 1880 ist der äußere Ausdruck dieser Politik. Dementsprechend war …h die Art der sozialen Tätigkeit, die in den religiös-wirtschaftlichen Vereinen, …onders in den Arbeitervereinen, gepflegt wurde. Diese Vereine, die als …chfolger der christlich-sozialen Vereine seit dem Jahre 1884 zahlreich ins …en traten, befaßten sich zwar in weit höherem Maße, als es in den siebziger …hren der Fall war, mit wirtschaftlichen Angelegenheiten, im wesentlichen …r kamen sie über die Einrichtung von Unterstützungskassen (Sterbekassen, …terstützung für Notfälle, Sparkassen) und die Pflege der sogenannten sozialen …andestugenden, der Arbeitsamkeit, der Zufriedenheit und Mäßigkeit nicht …aus. Was aber allen diesen Bestrebungen als letztes Ziel vorschwebte, …r die Aussöhnung der Arbeiterklasse mit den übrigen Klassen, zumal den …ternehmern.

Das Resultat dieser Taktik war ein klägliches Fiasko. Sowohl das …zialistengesetz als auch die Sozialreform verfehlten ihren Zweck vollständig. …e Sozialdemokratie stand Ende der achtziger Jahre stärker da als je. In…gedessen wurde eine andere Taktik eingeschlagen. Das Sozialistengesetz trat …ßer Kraft, und eine Ära f r e i h e i t l i c h e r Sozialreform sollte durch die kaiser…hen Februarerlasse im Jahre 1890 eingeleitet werden. Diesem Umschwung …ßte sich auch die christlich-soziale Bewegung an. So wurde von der Zentrums…rtei noch im Jahre 1890 ein eigener Verein, der „Volksverein für das …holische Deutschland“ gegründet, durch welchen eine große antisozialistische …beiterbewegung inmitten der unteren Volksklassen selbst geschaffen werden …lte. Im folgenden Jahre erhob sogar der Papst in seinem Rundschreiben …r die Arbeiterfrage (Enzyklika: Rerum novarum vom 15. Mai 1891) seine …imme in dieser Sache und empfahl als Mittel der Selbsthilfe im wirtschaft…hen Leben die freien Vereinigungen, unter denen die Arbeitervereine die erste …lle einnehmen. Hauptziel der Vereine muß „die Pflege der Religion und … Sittlichkeit“ sein. Deshalb ist dem religiösen Unterricht der gebührende …atz anzuweisen und der Arbeiter zum „Gottesdienst und zu den Übungen der …ömmigkeit anzueifern“. In wirtschaftlicher Hinsicht sollen die Vereine einer-

seits das Einvernehmen zwischen Arbeiter und Arbeitgeber wiederherstellen un
erhalten, andererseits Sorge tragen, daß „die Rechte und Pflichten der Lohn
herren im Einklang stehen mit den Rechten und Pflichten der Arbeiter“. Be
Streitigkeiten zwischen Arbeiter und Arbeitgeber sollen „kluge und unbescholten
Männer beider Parteien durch Schiedsspruch nach den Vereinsgesetzen de
Streit entscheiden“.

Die Folge des päpstlichen Rundschreibens war die Förderung der katho
lischen Gesellen- und namentlich der katholischen Arbeitervereine in doppelte
Beziehung: einmal traten zahlreiche Neugründungen ins Leben, dann abe
wurde neben der Pflege der eigentlich religiösen Aufgaben auch die Wahr
nehmung der wirtschaftlichen Standesinteressen mehr denn ehemals betont. Di
Einrichtung verschiedener Unterstützungskassen, wie Sterbe-, Krankengeldzuschuß
kassen usw., ferner die Einrichtungen zur Pflege der geistigen Bildung, wi
Bibliotheken, Unterrichtskurse wurden eifrig gefördert, wenn auch nicht imme
mit nötigem Geschick ausgeführt.

Auch in diesen Vereinen war anfänglich die Abwehr sozialistischer „Irr
tümer“ der hauptsächliche Zweck ihrer Tätigkeit. Nachdem die Gewalt de
Polizei gegen die Sozialdemokratie versagt hatte, gedachte man jetzt durc
Hinlenkung auf die Inangriffnahme wirtschaftlicher Reformen die katholische
Arbeiter vor der Sozialdemokratie zu bewahren. Je mehr aber die katholisch
Arbeiterschaft sich in diesen Reformen praktisch betätigte und damit den wirt
schaftlichen Bestrebungen höheres Interesse als bisher zuwandte, um so meh
wurde die soziale Reformarbeit ihrer selbst wegen Gegenstand der Tätigkeit i
den Arbeiter- und Gesellenvereinen. Damit war auch der Gedanke einer be
ruflichen Organisation der christlichen Arbeiterschaft angeregt. Hierzu drängte
namentlich, außer der tieferen Einsicht in die wirtschaftlichen Schäden de
Arbeiterklasse, die Erfolge, welche die gewerkschaftlichen Organisationen de
Sozialdemokratie aufwiesen.

Es kam zur Gründung von Fachabteilungen. Sie vereinigten ausschließlic
Arbeiter desselben Gewerbes und sind die ersten christlichen Vereinigungen
denen mit einigem Rechte der Name einer gewerkschaftlichen Organisation bei
gelegt werden kann. Ihre Mitgliedschaft war an die Zugehörigkeit zu de
betreffenden konfessionellen Vereinen gebunden oder beschränkte sich wenigsten
tatsächlich auf die katholischen Vereine. Auch wollte man die Leitung der ein
zelnen Fachsektionen der Leitung des zugehörigen Vereins vollständig unter
stellen. Es heißt darüber in einem von Kochmeyer, dem Diözesanpräses de
Gesellenvereine der Diözese Münster, im Jahre 1894 erstatteten Bericht: „De
Präses muß die Wahl des Vorsitzenden bestätigen. Alle Beschlüsse, die gege
die Prinzipien des Vereins verstoßen, sind ungültig, die Entscheidung darübe
hat der Präses. Sämtliche Bücher, Fachzeitungen usw., kurz das gan
Inventar der Fachabteilung, sind und bleiben Eigentum des Gesellen- respektiv
des Arbeitervereins, um Sonderbestrebungen vorzubeugen.“

In der Ausführung der eigentlichen gewerkschaftlichen Aufgaben hatten di
Fachabteilungen freilich das Wesen einer auf die Besserung der Lohn- un
Arbeitsverhältnisse hinzielenden Arbeiterorganisation noch wenig erfaßt. Si
hielten in einseitiger Weise an der Interessenharmonie zwischen Arbeitern un
Arbeitgebern fest und vermeinten einzig durch „ruhige Vorstellungen gerech
fertigter Beschwerden“ die Wünsche der Arbeiter bei den Arbeitgebern durch
zusetzen. Auch fanden die Fachabteilungen nicht die gehoffte Verbreitung. Vo

katholischen Gesellenvereinen haben fast nur die der größeren Städte, wie
n, Düsseldorf, Münster ihre Fachabteilungen zu einiger Blüte gebracht.
lfach wurde ferner aus Rücksicht auf die Meister, die den Gesellenvereinen
Ehrenmitglieder angehörten, von der Einrichtung von Fachabteilungen Ab-
nd genommen, oder man drückt sie zu Kursen für ausschließlich fachlichen
terricht herab.

In den katholischen Arbeitervereinen haben die Fachabteilungen zwar von
fang an die gewerkschaftliche Tätigkeit mehr entfaltet, als es in jenen der
sellenvereine geschah. Als aber das Verlangen der christlichen Arbeiter nach
werkschaftlicher Organisation ein lebhafteres und allgemeineres wurde, konnten
im engen Rahmen einer beschränkten Mitgliederzahl sich bewegenden Fach-
eilungen nicht mehr genügen. Zunächst kam es zu einem Zusammenschluß
evangelischen und katholischen Arbeiterorganisationen. Der gemeinsame
wehrkampf gegen die Sozialdemokratie hatte sie einander genähert, so
rennt wegen der religiösen Anschauungen ihre Mitglieder auch sein mochten.
hatten die gleiche Abneigung gegen die Sozialdemokratie und deren gewerk-
iftliche Organisationen, aber sie empfanden auch die gleichen wirtschaftlichen
dürfnisse, und es lag nahe, nunmehr ihrerseits einen gemeinsamen Boden
Wahrnehmung der beruflichen Interessen zu suchen. Sie wollten als
hristen" sich zusammenfinden, um als „Christen gemeinsam für die Staats-
eressen einzutreten". Wie nun aber das Christentum die Einzelheiten des
ialen Lebens zu erfassen und umzugestalten habe, oder welches gar im ein-
nen die den beiden Konfessionen gemeinsamen Wahrheiten seien, darüber zu
iten lag den Arbeitern fern; ihnen genügte es, alle, die irgendwie zum
ristentum sich noch bekannten, zur gemeinsamen Vertretung beruflicher Inter-
n in der Weise zusammenzuführen, daß der Einfluß sozialistischer Be-
bungen ausgeschaltet blieb. Ferner vollzog sich allmählich die Verschmelzung
verschiedenen christlichen Vereine gleicher Erwerbszweige zu Zentral-
bänden, sowie die Einigung der christlichen Zentralorganisationen in einem
samtverband.

Auf dem ersten Kongreß der christlichen Arbeiter 1899 zu Mainz wurden
tsätze beschlossen, deren erster mit den Worten beginnt: „Die Gewerkschaften
en interkonfessionell sein, das heißt Mitglieder beider christlichen Konfessionen
fassen, aber auf dem Boden des Christentums stehen." Ferner heißt es im
ten dieser Leitsätze, der von der Taktik der Gewerkschaften handelt: „Es ist
t zu vergessen, daß Arbeiter und Unternehmer gemeinsame Interessen haben....
rum soll die ganze Wirksamkeit der Gewerkschaften von versöhnlichem Geiste
chweht und getragen sein. Die Forderungen müssen maßvoll sein, aber
und entschieden vertreten werden. Der Ausstand aber darf nur als letztes
ttel und wenn Erfolg verheißend angewandt werden."

Als jedoch im Jahre 1900 die Delegierten der christlichen Gewerkschaften in
nkfurt a. M. sich wiederum zu einem Kongreß versammelten, war die enge
rührung mit dem wirtschaftlichen Leben, das mehr oder minder schwere
mpfe fast für jede Organisation gebracht hatte, nicht ohne Einwirkung an
christlichen Arbeiterschaft vorübergegangen. Die frühere Anschauung von
Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Kapital und Arbeit war gegenüber
anderen, daß zwischen Kapital und Arbeit ein naturgemäßer Gegensatz be-
he, durch die Erfahrung in den Hintergrund gedrängt worden. Außerdem
ten die Streitigkeiten mit den sozialdemokratischen Gewerkschaften nicht nach-

gelassen, aber eine andere Form erhalten. In den meisten Arbeiterausständen waren christliche und sozialdemokratische Organisationen in gleicher Weise ver wickelt gewesen und ein gemeinsames Vorgehen bei der Stellung von Lohn oder sonstigen Forderungen zur Notwendigkeit geworden. Trotz den dabei vor gekommenen Zwistigkeiten unter ihnen führten derartig gemeinsam zu bestehend Kämpfe der Arbeiterschaft vor Augen, wie sehr eine einheitliche Organisation sämtlicher Arbeiter eines Berufs ohne Rücksicht auf ihre religiöse und politisch Anschauung das zu erstrebende Ziel sein muß. So fand unter den christliche Arbeitern der Grundsatz immer mehr Anklang, daß sich eine wirtschaftlich Organisation ausschließlich mit den rein wirtschaftlichen Angelegenheiten de Berufs ihrer Mitglieder befassen müsse, damit eine Vereinigung sämtliche Arbeiter des Berufszweigs möglich werde.

Durch die Anerkennung dieses Grundsatzes war in den Reihen der christ lichen Arbeiter selbst Uneinigkeit entstanden, da ein Teil derselben aus religiöse Gründen daran Anstoß nahm. Unter diesen Umständen zog es der Kongre vor, eine Entscheidung der strittigen Frage zu vermeiden; er verwies die Sach an den Ausschuß mit der Maßgabe, in seinem „Korrespondenzblatt" eine Meinungsaustausch darüber herbeizuführen. Der „Meinungsaustausch" wa dann auch ein sehr lebhafter und zwang den Ausschuß, zu der Frage Stellun zu nehmen. Er tat dies durch eine Resolution, in welcher es unter anderem heißt

> Wir erklären es als selbstverständlich und mit Nachdruck, daß wir nac wie vor in Durchführung der gewerkschaftlichen Ziele die christlichen Grund sätze als Richtschnur anerkennen. Eine Vereinigung aller Arbeiter der ver schiedenen Berufe in einheitlichen Organisationen ist allerdings das zu er strebende Ziel, doch muß verlangt werden, daß solche Verbände in ihre Wirksamkeit den christlichen Grundsätzen nicht widersprechen. Da unter de obwaltenden Verhältnissen in absehbarer Zeit solche Gewerkschaften aus geschlossen erscheinen, halten wir an dem auf dem Kongreß zu Mainz auf gestellten Programm fest, nach welchem unsere christlichen Gewerkschaften interkonfessionell und politisch unparteiisch auf christlicher Grundlage stehe sollen.

Der nächste Kongreß der christlichen Arbeiter im Jahre 1901 zu Krefel billigte mit 40 gegen 11 Stimmen die Erklärung des Ausschusses mit dem Zusatz, daß eine abweichende Meinung in dieser Frage die Beteiligung an de Gewerkschaftskongressen und dem Gesamtverband der christlichen Gewerkschafte Deutschlands nicht ausschließt. Wie sich aber die christliche Arbeiterbewegun seitdem entwickelt hat, zeigt uns das Zusammengehen der christlichen mit de freien Gewerkschaften während und nach dem letzten Bergarbeiterstreik.

So haben sich nach Dr. O. Müller die christlichen Gewerkvereine aus an fänglich unvollkommenen Gebilden zu wahrhaft wirtschaftlichen Vereinigunge entwickelt. (Schluß folgt

---

Zu den bayerischen Landtagswahlen.

Von Dr. **Max Alberty.**

Am 10. Juli finden die Wahlen zum bayerischen Landtag statt. Auf de ganzen Linie ist der Kampf entbrannt, allabendlich finden Bezirksversamm lungen statt, von denen durchgängig gesagt werden kann, daß sie weit besse

ucht sind, als es in früheren Jahren der Fall war. Denn wenn auch dank schnöden Volksverrats der Liberalen die Wahlen noch einmal, hoffentlich letztenmal, unter dem den Willen des Volkes fälschenden indirekten System vollziehen, so hat doch die im Mittelpunkt des Kampfes stehende Parole „Für allgemeine direkte Wahlrecht“ immerhin einiges Leben in die Massen der beiterschaft gebracht, und die brutalen Riesenaussperrungen in der Metall- ustrie und im Baugewerbe haben es nicht unwesentlich gesteigert.

Die von der Sozialdemokratie in diesem erbitterten Kampfe befolgte Taktik d wesentlich durch die eben genannte Wahlparole diktiert.

Der Augsburger Parteitag im Jahre 1904 hatte hinsichtlich der bei den hlen innezuhaltenden Taktik folgenden Beschluß einstimmig gefaßt:

„In diesem Sinne erklärt der Parteitag, daß die sozialdemokratische Partei, r Überlieferung getreu, den Wahlkampf von allen übrigen Parteien un- hängig und in voller prinzipieller Schärfe führen, des weiteren aber mit m Nachdruck dahin wirken wird, daß eine sichere Zweidrittelmajorität für Wahlreform aus den Wahlen hervorgeht.“

Diesem Entschluß entsprechend wird der Wahlkampf geführt. Wohl von nem der sozialdemokratischen Referenten wird der prinzipielle Gegensatz zu n bürgerlichen Parteien, die, wie Bebel in seinem letzten Artikel in dieser tschrift mit vollem Rechte ausführte, sich immer mehr zu einer reaktionären asse zusammenschließen, irgendwie abgeschwächt. Auf der anderen Seite aber t es, in diesem Kampfe auch dem letzten Satze des Parteitagsbeschlusses Rech- ng zu tragen, nämlich dafür zu sorgen, daß eine sichere Zweidrittelmajorität die Wahlreform zustande kommt.

Die Taktik, die sich hieraus für uns ergibt, ist nur zu verstehen aus der schichte der Wahlrechtsfrage in Bayern, die ich deshalb hier kurz rekapitu- ren muß.

Seitdem wir im Landtag eine sozialdemokratische Vertretung besitzen, also dem Jahre 1893, hat unsere Fraktion mit zäher Energie als ihr vornehm- stes Ziel die Beseitigung des bestehenden indirekten Systems gefordert. Sie d damit anfänglich keine Gegenliebe bei irgendeiner bürgerlichen Partei. er dank unserer unermüdlichen Agitation kam die ganze Ungeheuerlichkeit s herrschenden Systems immer weiteren Massen des Volkes zum Bewußtsein, Stimmen gegen das indirekte Wahlrecht mehrten sich infolgedessen ständig, d die beiden großen Parteien des Landtags, Zentrum und Liberale, mußten fürchten, das Vertrauen weiter, bisher zu ihnen gehöriger Volksmassen zu rlieren. Nun erst einigten sich Regierung und die drei Parteien, Sozial- mokratie, Liberale und Zentrum, in dem zur Beratung unseres Antrags gesetzten Ausschuß auf 14 Punkte, die freilich hinter unseren Forderungen sentlich zurückblieben, vielmehr offensichtlich darauf hinausgingen, den bürger- hen Parteien soweit als irgend möglich ihren Besitzstand zu wahren und die ahlreform in möglichst enggezogenen Grenzen zu halten. Die sozialdemo- tische Fraktion stand nun vor der Alternative: Sollte sie dem im Augen- lick Erreichbaren zustimmen oder sollte sie, weil wichtige prinzipielle Forde- ngen nicht erfüllt waren, gegen diese 14 Punkte stimmen und damit nicht nur s Odium auf sich laden, gegen die Einführung des direkten Wahlrechtes stimmt zu haben, sondern auch den Gegnern im bevorstehenden Wahlkampf e wuchtige Waffe gegen uns in die Hand zu geben, daß wir die Wahlreform m Scheitern gebracht hätten.

Werfen wir einen kurzen Blick auf die Vorteile und Nachteile, die Verbesserungen und Verschlechterungen der Reformvorlage gegenüber dem bestehenden Gesetz. Vor allem enthielt das neue Gesetz die direkte Wahl. Damit war die Möglichkeit gegeben, eine ganz andere Wahlbeteiligung, ein ganz anderes Interesse in breiten Schichten zu erwecken, als es unter dem indirekten System der Fall gewesen. Im Jahre 1898 hatten sich an der Reichstagswahl in Bayern 63 Prozent, an den Landtagswahlen noch nicht die Hälfte, nämlich 31 Prozent, beteiligt. Auch der weitere Übelstand, daß wir auf dem Lande überhaupt keine Wahlmänner aufstellen konnten, selbst nicht in Bezirken, wo wir bei den Reichstagswahlen Tausende von Stimmen erhielten, wurde jetzt beseitigt. Ferner sollte dem neuen Gesetz nicht mehr wie bisher die Volkszählung von 1875, sondern die vom 1. Dezember 1900 zugrunde gelegt werden, so daß es für die Zukunft verhindert wurde, daß ein an der Peripherie der Großstädte wohnender Arbeiter vielfach nur den vierzigsten bis sechzigsten Teil des Wahlrechtes eines ländlichen Wählers ausüben konnte. Ferner sollten die permanenten Wählerlisten, die Tausende von Arbeitern, den fluktuierendsten Teil der Bevölkerung, entrechteten, abgeschafft und das Wahlgeheimnis mehr als bisher gesichert werden.

Diesen großen und prinzipiellen Verbesserungen gegenüber stand freilich als Verschlechterung die Heraufsetzung des Wahlalters von einundzwanzig auf fünfundzwanzig Jahre und die Verlängerung der Karenzzeit für Steuerzahlung und Staatsangehörigkeit von einem halben auf ein Jahr. Auch wurde anderen prinzipiellen Forderungen, vor allem dem Wahlrecht der Frauen, nicht Rechnung getragen.

Immerhin waren die Zugeständnisse, die wir zu machen hatten, nicht annähernd die gleichen, die man jetzt in Württemberg und in Hessen, nachdem die erste Kammer gesprochen, von uns verlangt, und so war es geradezu Pflicht der Partei, für die Wahlreform einzutreten, die uns in Bayern endlich aus dem Jammer des indirekten Wahlsystems herausbringen sollte.

Einmütig wurde die Resolution in der Abgeordnetenkammer angenommen, und dem Eindruck dieser Haltung vermochte sich auch die reaktionäre Reichratskammer nicht zu entziehen; auch sie gab der Resolution ihre Zustimmung. Nach den 14 Punkten der Resolution arbeitete nun die Regierung einen Gesetzentwurf aus und legte ihn der Kammer vor. Alle Welt glaubte, jetzt endlich sei man am Ziele angelangt, habe das direkte Wahlrecht schon in der Tasche.

Allein die Liberalen hatten sich inzwischen anders besonnen. Es waren nämlich 1903 die Reichstagswahlen gewesen, bei denen die Liberalen sehr schlecht abschnitten — sie brachten in der Hauptwahl aus eigener Kraft nicht einen einzigen Abgeordneten durch, ja sie blieben mit ca. 40000 Stimmen hinter der Sozialdemokratie zurück. Sie mußten also erkennen, daß nur ein Wahlunrecht, wie das bestehende, ihnen künstlich eine Machtposition belassen konnte, die ihrer wirklichen Stärke in keiner Weise entsprach. Mit allen Mitteln suchten sie nun die Wahlreform zum Scheitern zu bringen. Sie hatten im Ausschuß seinerzeit selbst die relative Mehrheit beantragt, vorausgesetzt, daß der betreffende Kandidat ein Drittel der gesamten abgegebenen Stimmen erhielte. Jetzt erklärten sie plötzlich, sie würden gegen das Gesetz stimmen, falls nicht die relative durch die absolute Mehrheit ersetzt werde. Die sozialdemokratische Fraktion, die den Liberalen diesen Vorwand, das Ganze scheitern

zu lassen, nehmen wollte, bemühte sich mit Erfolg, das Zentrum umzustimmen; man gab dem Verlangen der Liberalen nach der absoluten Majorität nach. Darauf äußerte der liberale Führer und Abgeordnete Dr. Casselmann selbst zu einem Mitglied unserer Fraktion: „Sie haben heute der Wahlreform einen großen Dienst geleistet, ich werde nun dafür eintreten, daß ein Teil meiner politischen Freunde dem Gesetz zustimmt.“ Allein es zeigte sich bald, daß der Protest der Liberalen gegen die relative Majorität eitel Spiegelfechterei gewesen war. Denn nun suchten sie neue Hindernisse aufzutürmen, um das Gesetz zu Fall zu bringen. Sie bearbeiteten das Zentrum, wenigstens für Nürnberg in eine solche Wahlkreiseinteilung einzuwilligen, die den Liberalen von den sechs projektierten Sitzen zwei garantierte. In dieser Richtung unterhandelte Casselmann mit dem Zentrumsabgeordneten Lerno. Diese Versuche scheiterten aber, und nun stimmten die Liberalen geschlossen mit dem Bauernbund, den reaktionärsten, antisemitisch gefärbten Elementen des Landes, gegen die Wahlreform.

Aus wie egoistischen Motiven die Liberalen handelten, erhellt aus einer sehr interessanten Rede, die der freisinnige Abgeordnete Sartorius im Landtag bezüglich der von den Liberalen vorgeschlagenen Wahlkreiseinteilung in Nürnberg hielt. In dieser Rede, einem wahren Musterstück engherziger Fraktionspolitik, hieß es wörtlich: „Ich habe mich immer in Nürnberg an jemand gewendet, mit dem ich in regelmäßiger Korrespondenz stehe . . ., ich kann hier vollständig offen sein. Ich habe an den betreffenden Herrn das Gesuch gerichtet, uns zwei Wahlkreiseinteilungen zu besorgen, eine für sechs Abgeordnete mit zwei sicheren Kreisen für unsere Leute — ich habe ja die Sache nicht im Interesse der Sozialdemokraten, sondern im Interesse meiner Freunde gemacht (!) — und eine Einteilung mit sieben Abgeordneten, wenn es möglich sei, drei sichere Wahlkreise für die Liberalen herauszuschneiden. Ja — ich bin ganz ehrlich, ich habe dazu geschrieben, wenn sie keine drei Wahlkreise herausbekommen bei sieben, so hat diese zweite Einteilung gar keinen Wert, weil wir ja dann bloß uns abmühen, um den Sozialdemokraten weitere Sitze zu sichern. Daraufhin ist mir von Nürnberg die Antwort geworden: unter keinen Umständen könnten sie mehr als zwei Liberale herausbekommen.“

Also nicht danach richten diese Volksfreunde ihre Forderungen ein, ob Nürnberg nach seiner Einwohnerzahl sieben Abgeordnete beanspruchen kann, nicht nach den elementarsten Forderungen der Gerechtigkeit, sondern allein danach, wieviel Mandate mit allen Künsten einer höchst ungerechten Wahlkreiseinteilung für sie zu ergattern wären! Als bei dieser „liberalen“ Erklärung Vollmar das Wort „Krämerpolitik“ dazwischenwarf, erklärte Herr Sartorius: „Nun, das ist ein etwas hartes Wort; allein ich will sogar zugeben, daß, wenn man von der Form dieser Bezeichnung absieht, man ihr eine gewisse Wahrheit zubilligen kann.“

Die bayerische Regierung hatte während der Verhandlungen im Landtag feierlich erklärt, daß, falls das Gesetz nicht zur Annahme gelangen sollte, sie für die kommenden Wahlen auf dem Verordnungswege eine Änderung der bestehenden Wahlkreiseinteilung vornehmen werde, welche sich an die Einteilung des Entwurfes soweit wie möglich anlehnen sollte. Über diese Wahlkreiseinteilung ist es im Schoße des Ministeriums zu ernsten Konflikten gekommen, die beinahe mit einer Demission eines Teiles des Ministeriums geendigt hätten. Mit ihrer neuen Einteilung hat die Regierung ihr Wort nur

schlecht eingelöst. Denn trotzdem die Liberalen jetzt so tun, als ob sie ihnen von Nachteil wäre und allein dem Zentrum Vorteil brächte — daß sie uns in der Pfalz und in Franken geradezu totgeteilt hat, geben auch die Liberalen zu —, ist diese Einteilung ein Beweis für die starken liberalen Einflüsse, die sich bei ihrer Ausarbeitung hinter den Kulissen geltend gemacht haben.

So steht heute die Sache. Nach der geradezu jammervollen Rolle, welche die Liberalen, diese Partei der verkörperten Charakterlosigkeit, bei der Wahlaffäre gespielt haben, indem sie aus elendem Fraktionsegoismus jahrzehntelanges Mühen zerstörten, kann es gar keine Frage sein, daß alle Kräfte aufgeboten werden müssen, um dieser schmählichen Partei des Volksverrats den verdienten Denkzettel zu geben. Wohin wir blicken, nach Preußen, nach Sachsen, nach Lübeck, nach Hamburg, überall sind es die Liberalen im holden Bunde mit der konservativ-antisemitischen Reaktion, die bei einer Minderung der Rechte des Volkes elende Minierarbeit leisten. Eine solche Partei mit allen Mitteln, die zu Gebote stehen, zu schädigen und wenn irgend möglich ihres politischen Einflusses zu berauben, ist größtes Verdienst. Und da dies Ziel zurzeit unter dem indirekten System gar nicht anders erreicht werden kann, als durch ein Zusammengehen mit dem Zentrum zur Erreichung dieses einen Zweckes, so muß jeder, der nicht eine Politik in den Wolken treiben will, einsehen, daß unter diesen Umständen die Sozialdemokratie Selbstmord begehen würde, wollte sie aus prinzipiellen Bedenken nicht mit dem Zentrum zusammengehen. Täte sie es nicht, so wäre die Folge die, daß keine Zweidrittelmajorität zustande käme, daß dann auf lange Zeit hinaus das direkte Wahlsystem begraben würde, daß wir uns noch von Wahl zu Wahl mit dem elenden indirekten System herumschlagen könnten, daß wir aus dem politischen Sumpfe, wie er zurzeit besteht, auf absehbare Zeit nicht heraus kämen. Das kann niemand im Ernst wollen, dem das Wohl, die Aufklärung, der Einfluß des Volkes ehrlich am Herzen liegt.

Daß aus diesem temporären Zusammengehen mit der schwarzen Partei nicht — wie Naumann kürzlich meinte — ein dauerndes schwarz-rotes Kartell hervorgehen kann — diese Gefahr besteht in keiner Weise. Dafür trennt uns gerade vom Zentrum eine weltenweite Kluft. Vielmehr kann überhaupt erst, wenn wir im Besitz des direkten Wahlrechtes sind, in all den Bezirken ein erfolgreicher Kampf gegen das Zentrum entbrennen, wo wir heute, bei der Abhängigkeit der Arbeiter, überhaupt keine Wahlmänner aufstellen können.

Die Liberalen in ihrer kläglichen Position suchen nun freilich mit allen nur möglichen Mitteln den Ehrentitel der Wahlrechtsräuber, den wir ihnen beigelegt, von sich abzuschütteln. Jüngst fand in Augsburg ein Prozeß von Zentrumsabgeordneten gegen die „Augsburger Abendzeitung“ statt. Den Ausgang dieses Prozesses preisen die liberalen Blätter als einen großartigen Triumph ihrer Sache, weil in ihm zwei liberale Abgeordnete unter ihrem Eide ausgesagt haben, daß die Liberalen keine prinzipiellen Feinde des allgemeinen direkten Wahlrechtes wären. Der Jubel zeigt nur, wie bescheiden die Liberalen geworden sind. Als ob es darauf ankäme, was die Liberalen im Prinzip wären! Das ist ja gerade das Skandalöse bei dieser infamen Partei, daß sie stets und ständig in der Praxis das verleugnet, was sie auf dem Papier stehen hat. Das hat ja diese Partei gerade so auf den Hund gebracht, daß ihre ganze Geschichte der letzten Jahrzehnte eine ununterbrochene Kette von Verräterstücken ist, daß sie ein Prinzip nach dem anderen schmählich im Stiche gelassen hat.

Kurzum, die Liberalen mögen sich drehen und wenden, wie sie wollen, die Tatsache, daß sie das bayerische Volk um sein direktes Wahlrecht betrogen haben, werden sie nicht totlügen können.

Die Arbeiterschaft Bayerns ist sich all dessen vollauf bewußt, und die Hoffnung der Liberalen, die Arbeiter würden ihren Führern die Gefolgschaft versagen, ist vollkommen in nichts zerflossen. Das scheinen die Liberalen jetzt selbst einzusehen, denn in letzter Zeit haben sie plötzlich ihre arbeiterfreundliche Maske, die sie beim Streik im Ruhrrevier aufgesetzt hatten, abgestreift und hetzten wacker und unverdrossen gegen die ausständigen Metallarbeiter. Auch ist es höchst possierlich, zu beobachten, wie die liberalen Organe — die umgekehrte Taktik wie in Norddeutschland, wo man der Partei den Genossen Vollmar als Muster vorführt — den Genossen Bebel und die sogenannten Radikalen uns als nachahmenswerte Beispiele aufstellen.

Die große Bedeutung der kommenden Wahlen in Bayern wird kein Einsichtiger leugnen. Unterliegt es doch keinem Zweifel, daß alle Bestrebungen, die auf einen Umsturz des bestehenden Reichstagswahlrechtes hinzielen, ein schwer zu überwindendes Hemmnis erfahren, wenn in den süddeutschen Staaten, und vor allem im zweitgrößten Bundesstaat, in Bayern, das allgemeine direkte Wahlrecht zur Durchführung gelangt.

So kann das gesamte Proletariat, über Bayerns Grenzen hinaus, mit lebhaftem Interesse den Kampf verfolgen, der in Bayern mit einer Leidenschaft wie nie zuvor — kämpfen doch die Liberalen um ihre Existenz — entbrannt ist.

Literarische Rundschau.

Dr. Hugo Preuß, **Das Recht der städtischen Schulverwaltung in Preußen.** Berlin 1905, Verlag von R. L. Prager.

Der letzte Berliner Schulstreit, hervorgerufen durch die Verfügung des preußischen Kultusministers vom 17. November 1903, wonach für die Verwendung und Überlassung der für Elementarschulen hergestellten oder bestimmten Gebäude und Räume zu anderen Zwecken als zu denen des öffentlichen Elementarunterrichtes die Genehmigung der Schulaufsichtsbehörde eingezogen werden solle, hat dem Verfasser die letzte und direkte Veranlassung zu seiner Schrift gegeben. Doch beschränkt sich diese keineswegs auf eine Darstellung des Berliner Konfliktes, der erst gegen Schluß im Rahmen der historischen Darstellung die ihm gebührende Beleuchtung erhält. Der juristisch wohlorientierte und auf dem Gebiet des preußischen Kommunalrechtes besonders gut bewanderte Verfasser nimmt den Berliner Streit nur zum Anlaß, um seine prinzipielle Grundlage, das überaus verzwickte Rechtsverhältnis von Stadt und Staat auf dem Gebiet des Schulwesens zu erörtern, und zwar in seiner historischen Entwicklung und unter den Gesichtspunkten des öffentlichen Rechtes.

Der Kultusminister stützt sich bei seinem Vorgehen besonders auf einen Ausspruch des Oberverwaltungsgerichtes: „Das preußische Schulwesen ist nicht auf dem Boden des Gemeinderechtes erwachsen, vielmehr bilden die darauf bezüglichen Normen einen besonders gestalteten, für sich bestehenden Teil des öffentlichen Rechtes.“ Preuß hält diese Entscheidung für falsch. „Gemeine Schulen“ habe es in Preußen zwar schon gegeben, als es noch keine kommunale Selbstverwaltung gab. Aber das heutige Gemeindeschulwesen der Städte sei ganz unzweifelhaft auf dem Boden der kommunalen Selbstverwaltung erwachsen. Leider gibt es in Preußen kein einheitliches Schulrecht, kein Unterrichtsgesetz, ministerielle Willkür hat von jeher auf dem Gebiet der Volksschule die schlimmsten Orgien gefeiert. An Stelle klarer, gesetzlicher Be-

stimmungen herrscht ein ungeheurer Wirrwarr von Ministerialerlassen, Geboten und Verboten, die aus den verschiedensten Zeiten stammen und sich zum Teil auf das gröbste widersprechen. Preuß geht die wichtigsten gesetzlichen Grundlagen für die preußische Volksschule, das allgemeine Landrecht, die Städteordnung und die Verfassung und eine Reihe ministerieller Instruktionen und Reskripte durch und stellt dabei die heillose, oft trotz des Ernstes des Gegenstandes spaßhaft anmutende Verwirrung dar, in die die verschiedenen Kultusminister durch fälschliche Anwendung oder Interpretation der einzelnen Gesetzesparagraphen und Verordnungen geraten sind. In dem Kampfe, den die städtische Verwaltung gegen die ministeriellen Attacken auf das Selbstverwaltungsrecht dauernd geführt hat, hat der Berliner Magistrat in früheren Jahren einigermaßen mit Ehren seinen Mann gestanden; aber nicht ohne Bitterkeit macht Preuß darauf aufmerksam, daß es sich damals um „streng konservative, um nicht zu sagen reaktionäre" städtische Behörden in Berlin gehandelt habe. Erst dem neuzeitlichen Kommunalliberalismus in Berlin blieb es vorbehalten, vor der Angriffen der Staatsbureaukratie feige die Segel zu streichen; freilich handelte es sich dabei auch um einen in die Schuldeputation gewählten Sozialdemokraten, der geschützt werden mußte. Lieber opferte der „liberale" Magistrat die alte Festigkeit in der Aufrechterhaltung der Selbstverwaltung, als daß er für den angegriffenen Sozialdemokraten eintrat.

Preuß erörtert in weiteren Kapiteln das Verhältnis von Verwaltungspraxis und Judikatur zueinander, von Gemeindeschulen und Gemeindelehrern zum Staate, von staatlicher und städtischer Schulinspektion und von Schulaufsicht und Kommunalaufsicht zueinander. Eine Hauptursache für die Verwirrung auf dem Gebiet des Schulrechtes sieht er in dem Dogma von der Abmessung der Kompetenzen von Staat und Stadt nach den inneren und äußeren Schulangelegenheiten, deren Ursprung auf kirchliche Verhältnisse zurückzuführen sei. Demgegenüber verlangt Preuß, daß der Staat die Aufsicht über die kommunale Verwaltung der städtischen Schulen nach Maßgabe der Staatsgesetze führe.

Eine wirkliche durchgreifende Änderung der preußischen Schulverwirrung erwartet Preuß übrigens nicht mehr von Preußen. Er setzt seine Hoffnungen auf die Reichsgesetzgebung, die vom Banne des „preußischen Staatsgeistes" frei sei und eben darum die Bedeutung der autonomen Selbstverwaltung auf dem Gebiet der Schule unbefangen würdigen könne. Wir können dem Verfasser in dieser Ansicht im allgemeinen nur beipflichten. Aber recht hat er auch, wenn er bis dahin als eine der wichtigsten Aufgaben der preußischen Städte bezeichnet, das ihnen positiv zustehende Recht der Schulverwaltung gegen jeden Verdunkelungsversuch und jede Grenzverrückung mit zähester Energie zu verteidigen. Ob aber die bürgerlichen Mannesseelen in den städtischen Kollegien dieser Aufgabe gewachsen sein werden?

Heinrich Schulz.

Albert Kohn, **Unsere Wohnungsenquete im Jahre 1904.** Im Auftrage des Vorstandes der Ortskrankenkasse für den Gewerbebetrieb der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker bearbeitet. Berlin 1905, Verlag dieser Ortskrankenkasse. 32 Seiten 4° und acht ganzseitige Bilder.

Dieser Bericht ist der vierte über die dankenswerten Erhebungen, welche diese Ortskrankenkasse durch ihre Krankenkontrolleure über die Wohnungszustände der erwerbsunfähig Kranken regelmäßig vornehmen läßt. Man kann das Verdienst dieser Arbeit nicht hoch genug anschlagen, sie verdient einen hohen Rang unter den neueren Veröffentlichungen über die Wohnungszustände in Deutschland. Durch einen klaren und wenig umfangreichen Fragebogen wird eine Reihe bedeutungsvoller Einblicke in das Wohnungselend einer ökonomisch besser gestellten Schicht der Berliner Arbeiterklasse erzielt. Die Arbeit macht ebensosehr Ehre ihren Anregern wie den Sammlern des Materials und dem Verarbeiter desselben. Würde man die Fest-

stellung für die gesamte Arbeiterbevölkerung von Groß-Berlin verallgemeinern, so fände man ein erschreckendes Bild sozialer Notlage und niedrigster Befriedigung des Wohnungsbedürfnisses entrollt und erhielte doch eine zu günstige Darstellung des tatsächlichen Zustandes, weil unzweifelhaft die Kaufleute, Handelshilfsarbeiter und Apotheker über dem Durchschnitt der Lebenshaltung der gesamten Berliner Arbeiterbevölkerung stehende Einkommensverhältnisse aufzuweisen haben.

Dankenswert ist die ständige Beziehung der gewonnenen Resultate zu den Anforderungen, die in der Wissenschaft an die gesundheitliche Seite des Wohnungswesens gestellt werden, so daß die praktische Bedeutung der Erhebung für eine richtige Krankenkassenpolitik stets klar zutage tritt und auch dem Laien die bedenklichen Konsequenzen der Wohnungsmängel für die versicherten Personen veranschaulicht werden. So ist diese Arbeit nicht bloß eine Feststellung der Tatsachen, sondern auch Quelle wertvoller hygienischer Belehrung.

Es geht leider nicht an, eine Inhaltsangabe hier zu geben, bloß einige besonders traurige Ergebnisse seien hervorgehoben. 62,4 Prozent der Männer, 62,43 Prozent der Frauen haben eine zu geringe Bodenfläche in ihren Wohnungen zur Verfügung, somit entspricht bloß ein Drittel der Wohnungen den Anforderungen der Hygiene. Über ein Fünftel der Wohnungen haben ein geringeres Höhenmaß, als von der Berliner Baupolizeiordnung verlangt wird; über die Hälfte der Wohnungen bietet einen zu geringen Luftraum, die Heizungsverhältnisse sind so ungünstig, daß dadurch die Durchlüftung der ohnedies zu engen Wohnungen vermindert wird. Alle diese Tatsachen werden in Beziehung gebracht zu den verschiedenen Krankheitsgruppen, zu Stockwerkshöhen und Lage der Wohnung (Vorderhaus, Hinterhaus). Besonders eingehend werden die Beziehungen zwischen Tuberkulose und Wohnungszustand festgestellt. Die Belichtung der Wohnung, die Zahl der Personen, die auf ein Klosett entfallen, werden in besonderen Tabellen dargelegt. Nicht vereinzelt sind die Fälle, wo ein Klosett auf 41 und mehr Personen entfällt, und zwar ist dies am häufigsten der Fall bei Klosetts, die sich im Hofe befinden. Mit diesen Angaben ist durchaus keine vollständige Übersicht über den statistischen Teil der Schrift gegeben.

Neben dem statistischen Teile finden wir eine Reihe von Einzelschilderungen, die zu den betrübendsten sozialen Dokumenten gerechnet werden müssen, so zum Beispiel die folgende. „Kellerwohnung. Der kleine Raum, der an zwei Schlafleute vermietet ist, ist ohne Heizung, Türen und Fenster schließen schlecht. Das ganze Mobiliar besteht aus zwei schmutzigen Betten, einem Tische und einem Schemel. Alte Kleidungsstücke hängen an den Wänden herum." Über eine Dachwohnung wird berichtet: „Zu der unter dem Dache gelegenen Wohnung führt eine schlecht zu steigende Treppe, mit einem abgebrochenen Geländer, welches mit einem Stricke befestigt ist. Die Wohnung ist mit Schimmel und Pilzen bedeckt, die Tapeten hängen in Fetzen herunter, auch der Putz ist an verschiedenen Stellen abgefallen. In der Küche sind die Dielen halb verfault, es befinden sich große Löcher in denselben, einen Schlupfraum für Mäuse bildend. Ofen und Kochmaschine rauchen. Dem Patienten mit Frau und drei Kindern steht nur ein Bett zur Verfügung." Eine andere Schilderung sagt: „In der kleinen Stube von 4,40 Meter Länge und 3,70 Meter Breite schlafen acht Personen. Der Lungenkranke schläft mit einem Kinde zusammen."

Eine ganze Anzahl ähnlicher Berichte, die aber wieder nur ein Bruchteil derer ist, die dem Bearbeiter vorlagen, findet sich in der besprochenen Arbeit veröffentlicht. Den Schluß derselben bildet eine Reihe Reproduktionen nach photographischen Aufnahmen, die noch deutlicher als Worte und Tabellen den Wohnungszustand beträchtlicher Teile der Berliner Arbeiterbevölkerung veranschaulichen.

Wir würden uns freuen, wenn die Schrift vor allem die Verwaltungen anderer Krankenkassen zur Nachahmung anregen möchte. Die Ausstattung ist mit Ausnahme einer an manchen Stellen ungenügenden Korrektur eine vortreffliche. ad. br.

Dr. M. Ettinger, **Der Streik in der Herrenkleiderkonfektion und seine Lehren für die industrielle und gewerbliche Organisation.** Wien und Leipzig 1904, Wilhelm Braumüller. 54 S. gr. 8°.

Wir besitzen mehr Darstellungen von Streiks in Romanen und Dramen, als in der nationalökonomischen Literatur. Deswegen wurden wir lebhaft durch die hier angezeigte Schrift interessiert, weil sie mehr als durch den Titel durch die einleitenden Sätze eine deskriptive Darstellung einer umfangreichen und in jeder Hinsicht interessanten Streikbewegung versprach. Leider enttäuscht die Schrift sehr. Eine Darstellung des Streiks fehlt eigentlich vollkommen. In dem ersten Teile wird eine Darstellung des Konfektionsarbeiterelends auf Grund nicht neuer Quellen gegeben, dann werden eine Reihe von Aktenstücken über den Streik veröffentlicht, die man aber auch schon an anderer Stelle findet. Ein besonderes Kapitel wird dem Wesen der Heimarbeit gewidmet. In diesem Kapitel ist das Gute nicht neu, aber noch weniger ist das Neue gut, denn neu ist in diesem Kapitel nur die ebenso von Unkenntnis der Heimarbeit wie der industriellen Reservearmee zeugende Behauptung, daß die Heimarbeit zum Teil nichts anderes ist als das „Reservoir, welches wir die industrielle Reservearmee nennen". An einer anderen Stelle heißt es gleichfalls wörtlich: „Die Heimarbeiter stellen die industrielle Reservearmee dar, welche für die Etablierung lohnender Produktionszweige stets zur Verfügung stehen." Den Lesern dieser Zeitschrift braucht man nicht auseinanderzusetzen, daß die industrielle Reservearmee mit der Heimarbeit so ziemlich gar nichts zu tun hat. Bemerkt soll nur werden, daß zum Beispiel jahrzehntelange Bemühungen der preußischen Regierung, die schlesischen Handweber in andere Berufe überzuführen, von sehr geringem Erfolg begleitet waren. Daß in den Prosperitätsperioden eine Minderung der Hausindustrie in irgend erheblicher Weise konstatiert werden konnte, ist nicht zu behaupten. Die Überführung der Hausindustriellen in lohnendere Industriezweige gelang, abgesehen von anderen Ursachen, schon wegen der körperlichen Degenerierung der Heimarbeiter nicht.

Charakteristisch für diese Arbeit, die ein erweiterter Sonderabdruck aus der „Zeitschrift für Volkswirtschaft, Sozialpolitik und Verwaltung" ist, die bekanntlich unter anderem von Böhm-Bawerk und Wieser herausgegeben wird, ist die Tatsache, daß sie ein Kapitel über die Grenznutzentheorie oder die Lehre von den Bedürfnisgraden enthält, was eigentlich für die Leser dieses Organs der österreichischen Schule nicht nötig sein sollte. Auf fast dem vierten Teile der Schrift wird vom Grenznutzen gehandelt, und zwar nicht vom Grenznutzen bei Jacketts und Hosen, sondern beim Bier. Doch wir wollen uns bei dieser Leistung nicht weiter aufhalten, da der Verfasser uns noch viel Interessanteres bietet. Er besitzt den Schlüssel zur Lösung des sozialen Rätsels! Dies sind seine Worte selbst. Er weiß, „daß bei Wiederherstellung der Einheitlichung der Produktion und Konsumtion auch ohne die Utopie des Kommunismus jene Funktionsstörungen unseres Wirtschaftssystems zu beseitigen sind". Seine kapitalistische Utopie ist begründet auf einer absoluten Kartellierung der Produktion, dem „früher oder später das Kartell der Konsumenten entgegentreten wird". Für die Messung der Unternehmergewinne beruft er sich auf den Zensus der Vereinigten Staaten, was ihm jedenfalls bei Statistikern den Ruf eines gutgläubigen Mannes eintragen wird. Es ließe sich noch sehr vieles gegen die Schrift und manches Erheiternde aus ihr anführen. Wir beschränken uns auf zwei Sätze. „Die ‚Allianz' zwischen Unternehmer- und Arbeiterschaft wird den erträumten ‚Zukunftsstaat' charakterisieren. . . . Nicht Kommunismus und Anarchismus, sondern vernünftig organisierter Individualismus wird die Erlösung bringen."

Der Individualismus in einer Wirtschaft kartellierter Produktion und Konsumtion ist mehr vom Standpunkt der Psychologie wie der politischen Ökonomie einzuschätzen.

Bemerkenswert ist nur, daß die Herren Böhm-Bawerk, Inama-Sternegg, Philippovich, Plener, Wieser mit ihren Namen ein derartiges Machwerk decken.

Fünf Redakteure, darunter drei Exzellenzen und vier Professoren der Nationalökonomie, müßten doch eine Zeitschrift vor so kläglichen Beiträgen bewahren können.
ad. br.

Germinal. Ausgehend von dem Wunsche, daß alle sozialistischen Broschüren von der gesamten organisierten Arbeiterschaft gelesen werden möchten, haben unsere belgischen Genossen ein beachtenswertes Unternehmen geschaffen, das ist das von der „Société Cooperative ‚Volksdrukkerij'", in Gent, Rue Hautport 29, herausgegebene Abonnement „Germinal". Germinal ist die Ausgabe aller von der sozialistischen Partei kommenden Broschüren, die einen Verkaufswert von 25 Centimes oder weniger haben. Gegen den geringen Preis von 1 Francs (80 Pfennig) pro Jahr in Belgien, 2 Francs für das Ausland, beide Preise inklusive Zusendungsporto, erhält man das Recht auf sämtliche im Jahre erscheinenden Broschüren des Germinal. Jeden Monat wird mindestens eine Broschüre herausgegeben. Im verflossenen, ersten Abonnementsjahre, das am 1. Mai 1905 ablief, erschienen 18 Broschüren mit einer Gesamtseitenzahl von 690, in diesem Jahre soll diese Ziffer noch überschritten werden. Germinal ist einem Redaktionskomitee von drei Mitgliedern anvertraut worden, dem zurzeit die Abgeordneten Destrée und Vandervelde angehören. Das Redaktionskomitee hat die Auswahl der Broschüren vorzunehmen und Lücken zu ergänzen. Germinal wird sowohl in französischer wie in flämischer Sprache herausgegeben. Die im verflossenen Jahre der Reihe nach in französischer Sprache erschienenen Schriften sind folgende:

1. Die belgische Regierung und der Alkohol.
2. Der Kollektivismus vor der belgischen Kammer (Reden der sozialistischen Abgeordneten Destrée, Furnémont und Vandervelde).
3. Genossenschaft und Sozialismus.
4. Die Verfassungsrevision (Wahlrechtsfrage) in der belgischen Kammer (Sitzung vom 5. Mai 1904).
5. Der Staat und die Bergwerke.
6. Einige Grundsätze für die Landbewohner (Agitationsbroschüre).
7. Ein Schritt vorwärts oder Betrachtungen über die Entdeckung des Radiums (eine wissenschaftliche, freireligiöse Schrift).
8. Der Achtstundenarbeitstag.
9. Die belgische Genossenschaft „Le Progrès" und die Sozialdemokratie.
10. Der Staat und die Kirchen (Bericht auf dem internationalen Kongreß der Freidenker in Rom am 21. September 1904).
11. Die Wagnerschen Dramen.
12. Auszüge aus den sozialistischen Schriften von Paul Lafargue.
13. Lassalles Arbeiterprogramm.
14. Das Recht auf Ruhe (Stellung der Sozialdemokratie zu dem Gesetz über einen wöchentlichen Ruhetag).
15. Die Kommune von Paris.
16. Der Arbeiterkatechismus (Rechte und Pflichten der Arbeiter in der kapitalistischen Gesellschaft, Agitationsbroschüre).
17. Germinal, Warum, wie und was muß der Arbeiter lesen?
18. Die Volksuniversitäten (Kurse in Arbeiterbildungsvereinen usw.).

Diese bisher erschienenen Schriften zeigen, welch große Bedeutung das Abonnement „Germinal" für die Erziehung der Arbeiter in politischer, intellektueller und moralischer Hinsicht hat; unsere belgischen Genossen haben ein Propagandawerk geschaffen, das schöne Resultate zeitigen wird.
Martin Lähner.

Notizen.

Von der Brauerei- und Mälzereiberufsgenossenschaft. Nach dem soeben erschienenen Geschäftsbericht dieser Berufsgenossenschaft, die meist nur von Kommerzienräten verwaltet wird, ist die Zahl der versicherten Betriebe gegen das Vorjahr nur um 8 gestiegen, von 9562 auf 9570. Obwohl allein 2158 Kleinbrauereien im Kataster geführt werden, ist die Zahl der Brauereien an sich zurückgegangen. Im Jahre 1903 waren noch 7791 Brauereien, dagegen 1904 nur noch 7662 (—129) versichert. Dagegen ist die Zahl der Bierniederlagen, eine Folgeerscheinung der Großproduktion, von 1010 auf 1151 gestiegen. Die Zahl der versicherten Arbeiter betrug im Durchschnitt 1903 106180, im Jahre 1904 109579 = + 4000 Personen.

Unfälle wurden 1904 insgesamt 13284 gegen 12087 im Vorjahr gemeldet, so daß auf 1000 Arbeiter durchschnittlich 122 Unfälle entfallen. Über diesem Durchschnitt stehen vier Sektionen mit 160, 145, 144 und 137 Unfällen, während die niedrigste Ziffer 75 die Sektion Elsaß-Lothringen hatte. In Vorbehandlung wurden 2004 Unfälle genommen, davon entfielen auf Sektion VI Berlin allein 1920 Fälle. Innerhalb der Vorbehandlung wurden 1891 Fälle = 94 Prozent erledigt. Die Ziffern für die Sektion VI sind noch günstiger. Diese Sektion, ein Vorbild für alle Berufsgenossenschaften, hatte 36 Prozent aller gemeldeten Unfälle in Vorbehandlung genommen und in 1920 Fällen 1865 = 97 Prozent innerhalb der Vorbehandlung erledigt, so daß nur noch 55 Fälle mit Rente „versorgt" werden mußten. Die Nettoausgaben für dieses Heilverfahren betrugen 103965,67 Mark, wovon auf Berlin allein 93109,26 Mark entfielen. Diese Ausgaben rentierten sich, wie Figura zeigt. Von 13284 gemeldeten Unfällen wurden nur 1640 entschädigt. Davon hatten 121 tödlichen Ausgang. 30 waren mit völliger, 701 mit teilweiser und 788 mit vorübergehender Erwerbsunfähigkeit verbunden.

Von 1379 Berufungen gegen die Rentenbehörde wurden 73 Prozent zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur 27 Prozent zugunsten der Verletzten entschieden! Das gleiche Resultat hatten auch die Rekurse, da nur 66 Rekurse zugunsten der Verletzten und 207 zugunsten der Berufsgenossenschaft „erledigt" wurden. Der Geschäftsbericht betont, es sei erwiesen, daß „die mittleren Brauereien von 10000 bis 15000 Hektoliter das geringste Unfallrisiko aufweisen".

Gefahrenziffer der mittleren Brauereien . .	64 bezw. 69
„ „ Großbrauereien	80
„ „ Kleinbetriebe	89 bezw. 98

„Diese merkwürdige Tatsache wird man sich wohl damit erklären müssen, daß bei diesen mittleren Betrieben einerseits gegenüber den Kleinbetrieben die größere Ordnung und bessere Einrichtung gefahrmindernd wirkt, während andererseits der Betrieb im allgemeinen mit größerer Muße als bei den ganz großen Betrieben geführt wird, bei welch letzteren, abgesehen von den vielerlei maschinellen Einrichtungen und der großen Zahl von Arbeitern, auch der Betrieb mit größerer Eile und Unruhe verbunden ist, was natürlich die Gefahr wesentlich erhöht." Die Berufsgenossenschaft hatte bekanntlich im Vorjahr der Genossenschaftsversammlung vorgeschlagen: als Ergänzung der Unfallverhütungsvorschriften in Großbrauereien die Freibiergewährung von über 4 Liter täglich an den einzelnen Arbeiter zu untersagen. Die Versammlung lehnte aber diese Vorschläge aus Rücksicht auf den Geldbeutel ab, um den Brauereiarbeitern das Bier nicht in bar ersetzen zu müssen, und hat nur den Branntweingenuß im Betrieb verboten. Das Reichsversicherungsamt hat aber mit Recht sich mit diesen Beschlüssen nicht einverstanden erklärt und die Genossenschaft aufgefordert, die Frage der Freibiergewährung zum drittenmal auf die Tagesordnung der Versammlung zu setzen! Ob's hilft?

E. G.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 42 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Furcht vor dem Sozialismus.

Berlin, 12. Juli 1905.

Das Vertrauen, das wir vor acht Tagen auf den Reichskanzler setzten, hat sich vollkommen bewährt; er hat die Kundgebung der Berliner Genossen vom 9. Juli von jedem Schatten zu befreien gewußt, der etwa auf ihren revolutionären Charakter hätte fallen können; durch die Furcht, die er vor ihr verriet, hat er willig die Bedeutung anerkannt, die sie nach der Absicht ihrer Urheber haben sollte.

Vermutlich hat er geglaubt, besonders geistreich und geschickt zu verfahren, indem er den alten preußischen Polizeistock mit den Rosen seiner feuilletonistischen Beredsamkeit umwand. Aber damit setzte er sich vollends zwischen zwei Stühle. Modernen Menschen erscheint ein polizeilicher Gewaltakt nur um so widerlicher, wenn er mit süßlichen Redensarten beschönigt werden soll, und die patriotischen Gemüter regten sich mächtig darüber auf, daß ein Sozialdemokrat, und sei es auch nur ein ausländischer, von dem ersten Beamten des Deutschen Reiches mit Komplimenten überschüttet wurde. So was kann der bürgerliche Biedermann schlechterdings nicht vertragen, und Fürst Bülow muß sich deshalb von den sonst getreuesten Blättern die anzüglichsten Sachen sagen lassen.

Darauf kann er sich freilich berufen, daß er so wenig wie irgendwer sonst aus seiner Haut zu fahren vermag. Sich selbst ist er bei dieser ganzen Haupt- und Staatsaktion durchaus treu geblieben. Einen wirklichen Bruch mit der altpreußischen Polizeipraxis zu wagen, geht über seine Kraft wie über seinen Willen, geschweige denn, daß eine ernsthafte Sozialpolitik, soweit sie vom bürgerlichen Standpunkt aus überhaupt möglich ist, im Bereich seiner Fähigkeiten läge. Aber er konnte diese oder jene scheinbaren Zugeständnisse machen, die immerhin dem Eindruck der beabsichtigten Kundgebung einen gewissen Abbruch zu tun vermocht hätten, zumal da der Fehler vorfiel, daß auch von einer Seite, der die strengste Reserve gegenüber den etwaigen Entschließungen des Fürsten Bülow geboten war, sein Wille zu beeinflussen gesucht wurde. Die

Sache lag so günstig für ihn, daß sogar die Mehrzahl der bürgerlichen Blätter sie ganz gut begriff und ihm den von seinem Standpunkt aus zutreffenden Rat erteilte, sich auf den „vornehmen Staatsmann“ herauszuspielen und der Kundgebung vom 9. Juli freien Lauf zu lassen.

Aber dazu langte es eben doch nicht bei dem großen Diplomaten. Zu dieser Taktik, so sehr sie nur auf ein Augenverblenden hinausgelaufen wäre, gehörte ein Maß von Geistesfreiheit, das Fürst Bülow gegenüber dem Sozialismus nicht besitzt. Er ist viel zu sehr Junker, um eine sozialistische Kundgebung zu gestatten, wo doch der Polizeiknüppel zur Hand lag, sie zu hindern. Wozu er sich wirklich aufschwang, war nur ein bißchen belletristische Schaumschlägerei, war der Versuch, der einem plumpen Demagogen viel besser angestanden hätte als einem geriebenen Diplomaten, durch kindliche Lobhudeleien an die Adresse des Genossen Jaurès und durch kindliche Verdächtigungen an die Adresse der deutschen Sozialdemokratie Unfrieden in einer Welt zu stiften, zu der seine Händchen auch nicht entfernt hinaufreichen. Begreiflich genug, daß dieser Versuch den bürgerlichen Blättern schwer auf die Nerven fällt, wobei sie dann auch an ihrem Teile der kapitalistischen Schwäche ihren Tribut abstatten, indem sie die Lobsprüche, womit Jaurès vom Fürsten Bülow überschüttet wird, am meisten ärgern.

Es ist von einzelnen sozialdemokratischen Blättern getadelt worden, daß Jaurès sich durch die diplomatische Note Bülows abwinken ließ und nicht dennoch dem Rufe der Berliner Genossen nach Berlin folgte. Wir vermögen jedoch nicht, diesen Tadel als berechtigt anzuerkennen. Was wäre dabei herausgekommen, wenn Jaurès in höflicher Weise nach Frankreich zurückkomplimentiert worden wäre, sobald er irgendwo versucht hätte, die deutsche Grenze zu überschreiten? Es war viel richtiger, den Fürsten Bülow mit seinem eigenen Fette zu beträufeln und ihn auf dem Wege des diplomatischen Notenwechsels abzutrumpfen. Dies hat Jaurès in durchaus anerkennenswerter Weise besorgt; namentlich sein Telegramm an die Berliner Versammlung wies die aufdringlichen Liebeserklärungen Bülows mit der wünschenswerten Entschiedenheit zurück. Er hat aber auch darin recht, daß er das ganze tragikomische Abenteuer, womit der Reichskanzler seinen neuen Fürstentitel eingeweiht hat, auf die Furcht vor dem Sozialismus zurückführt.

Diese Furcht soll zwar nur — nach dem angenehmen Stile der bürgerlichen Presse — im „Größenwahn“ der Sozialdemokratie existieren, aber sie ist gleichwohl eine unanfechtbare Tatsache, und sie ist nirgends unanfechtbarer, als im Militärstaat Preußen. Jede historische Erscheinung, mag sie sonst sein wie sie will, hat immer einen sehr sicheren Instinkt für die Grundbedingungen ihres Daseins, und wenn der deutsche Militarismus öffentlich auch aus guten Gründen wenig Aufhebens davon macht, so beschäftigt er sich im geheimen um so eingehender mit der Psychologie der Massen, besonders mit der Frage, wie sie durch die sozialdemokratische Propaganda beeinflußt und umgestaltet wird. Der alte Fritz hatte dafür noch ein sehr einfaches Rezept, er sagte: der Soldat muß seine Offiziere mehr fürchten als den Feind; sonst bringt man ihn nicht ins Feuer. Das wurde anders, als zur Zeit der napoleonischen Kriege die

Einführung der allgemeinen Wehrpflicht zur absoluten Notwendigkeit wurde; damals stöhnten die militärischen Kamaschenknöpfe: Nun läßt sich kein Angriffskrieg mehr ohne den Willen des Volkes führen. Leider erwies sich diese Ansicht als allzu optimistisch; der Krieg von 1866 war von preußischer Seite ein Angriffskrieg, und er ist gegen den Willen des Volkes siegreich geführt worden. Allein die Träger des Militarismus wissen sehr gut, daß der deutsche Sozialismus schneller marschiert als die preußische Landwehr, und daß in demselben Maße, wie proletarisch empfindende oder gar schon sozialistisch durchgebildete Rekruten eingestellt werden, das Heer untauglich wird — zwar nicht als Werkzeug der nationalen Verteidigung, aber als Werkzeug für die eigensüchtigen Interessen der herrschenden Klasse.

Nicht als ob sie, oder als ob wenigstens die Klügeren von ihnen an militärische Verschwörungen und Revolten oder dergleichen Dinge glaubten! Hat doch dieser Tage erst der Vertreter der Anklage in einem militärgerichtlichen Verfahren ausgesprochen, die Sozialdemokraten seien Mustersoldaten. Aber eben hierin besteht die Furcht vor dem Sozialismus, daß er ein weit größeres Maß von Energie und Intelligenz in das Heer bringt, als eine willenlose Maschine zu ertragen vermag, ohne auf die Dauer zu zerbrechen. Die Militärbehörden, die etwas von diesen Dingen verstehen, sind weit entfernt von dem wohlfeilen Radotiren und Renommieren der bürgerlichen Presse, als könnten große Heere einfach durch die Kriegsartikel diszipliniert werden. Sie vertrauen auf diese Kriegsartikel, solange es denn geht, aber sie kennen die Grenze, wo es mit bloßen Kriegsartikeln nicht mehr geht, und daher stammt ihre Furcht vor dem Sozialismus.

Diese Furcht ist keine Gespensterseherei, schon deshalb nicht, weil sie sich vor irgendwelchen romantischen Katastrophen nicht fürchtet und davor auch nicht zu fürchten braucht. Sie beruht in der einfachen Erkenntnis, daß ein Heer, in dessen Reihen sich das proletarische Klassenbewußtsein durchgesetzt hat, eben nicht mehr von der herrschenden Klasse als willenloses Werkzeug gehandhabt werden kann. Das ist eine Rechnung, so sicher wie das Einmaleins, und der Militarismus ist viel zu sehr von der Notwendigkeit und Wichtigkeit seines Daseins durchdrungen, als daß er sich im stillen Kämmerlein dies interessante Rechenexempel versagen sollte. Die bürgerliche Friedensschwärmerei macht ihm sehr geringe Sorgen; die fertigt er mit einem leichten Achselzucken ab. Aber den Kundgebungen des Proletariats für den Weltfrieden steht er ganz anders gegenüber, denn sie tasten, um mit dem Dichter zu sprechen, an seines Wesens Wesenheit.

Es ist deshalb auch ein Spott, der keineswegs bis auf die Tiefe der Dinge geht, wenn man sich darüber aufhält, daß die deutsche Regierung, die fortwährend ihre Friedensliebe beteure, gleichwohl Kundgebungen der Arbeiterklasse für den Weltfrieden verhindere. Die Friedensliebe der deutschen Regierung kann in ihrer Art ganz echt sein; keine Regierung, die überhaupt noch etwas zu verlieren hat, drängt sich heutzutage zu einem Kriege. Aber sie denkt deshalb nicht im entferntesten daran, auf das Heer als ihr gewaltigstes Machtmittel zu verzichten; sie ist noch ganz durchdrungen von der uralten Weisheit

jeder Klassenherrschaft: Wenn du den Frieden willst, so rüste den Krieg. Die Friedensliebe des Proletariats aber hat zu ihrer Voraussetzung den Sturz aller Klassenherrschaft, die Ausrottung des Militarismus bis auf die letzte Wurzel, und jede Regierung, die auf dem Klassengegensatz beruht, steht deshalb in einem unversöhnlichen Gegensatz zum Friedensbekenntnis des Proletariats, mag ihr auch noch so sehr und noch so aufrichtig an der Erhaltung des Weltfriedens gelegen sein.

Insoweit käme denn auch der Reichskanzler zu seinem Rechte. Er weiß allerdings besser um sich als diejenigen, die ihm einreden wollten, er solle doch in aller Seelenruhe der Kundgebung der Berliner Genossen vom 9. Juli zusehen, die ja seinen eigenen Bemühungen um den Frieden hilfreich entgegenkäme. Die Torheit des Streiches, der ihm das Gelächter von ganz Europa eingetragen hat, besteht nur darin, daß er eine Entwicklung, die er mit Recht fürchtet, durch täppisches Eingreifen um so mehr beschleunigt hat. Ebendies ist auch die eindringliche Lehre, die sich für uns aus dem ganzen Zwischenfall ergibt. Wie in allen anderen Fragen, so sind wir in der Kriegs- und Friedensfrage von der bürgerlichen Weltanschauung durch einen tiefen Abgrund getrennt, und es ist nur ein künstliches Aufhalten des historischen Fortschritts, wenn um irgendwelcher scheinbaren Augenblicksvorteile willen dieser Abgrund verdeckt werden soll.

In der neuesten Nummer der „Hilfe" veröffentlicht der Pfarrer Naumann einen ellenlangen Artikel, wie er dem Reichskanzler gütlich zuredet, sich doch nicht vorm Sozialismus zu fürchten; der sei gar nicht so böse, wie er aussehe; als „vaterländischer Mann", der „die Entwicklung der Sozialdemokratie seit Jahrzehnten kenne", glaubt sich Herr Naumann ein „gewisses Urteil zutrauen" zu dürfen. Liest man aber seinen langen Artikel, so ergibt sich als dessen kurzer Sinn, daß die Sozialdemokratie gar nicht daran denke, Komplotte und Meutereien im Heere anzustiften. So klug ist Fürst Bülow am Ende auch, aber als ein Mann, dem sein Amt den nötigen Verstand gibt, sieht er in der revolutionären Arbeiterbewegung immerhin etwas anderes als ein Thema für gemütliche Nachmittagspredigten, und mit seiner Furcht vor dem Sozialismus hat es doch einen anderen Haken, als Herr Naumann annimmt.

Mit seiner Note gegen Jaurès hat Fürst Bülow sich selbst den denkbar schlechtesten, uns aber immerhin einen ganz annehmbaren Dienst geleistet, an dessen Unfreiwilligkeit wir um seiner propagandistischen Wirksamkeit willen keinen Anstoß zu nehmen brauchen.

Die Folgen des japanischen Sieges und die Sozialdemokratie.

Von **K. Kautsky**.

(Fortsetzung.)

3. Die Stimmung in der deutschen Sozialdemokratie. Ein kritisches Intermezzo.

Heute schon wird durch die im letzten Artikel geschilderten Verhältnisse das Denken und Empfinden weiter Parteikreise beeinflußt, und zwar vor allem jener, die einen weiteren Blick haben über die Traditionen des Herkömmlichen

und über die lokalen Schranken des „Vaterlandes“ hinaus. Dadurch wird es auch verständlich, warum das Interesse für die Idee des politischen Massenstreiks lawinenartig wächst, eine Idee, die vor zwei Jahren noch für unsere Partei eine rein akademische Bedeutung hatte.

Bömelburg meinte in Köln, je länger er sich die Frage des Generalstreiks überlegt habe, desto mehr habe er sich überzeugt, daß es sich dabei um eine Revolution handle; es könne dabei nichts herauskommen als die Revolution. Das ist nicht ganz richtig, wie schon das Beispiel Belgiens, Schwedens, Hollands, Italiens beweist. Der Massenstreik bedingt nicht notwendig die Revolution. Er ist ein Mittel politischer Pression, politischer Gewalt, das unter verschiedenen politischen Situationen und Bedingungen sehr Verschiedenes bedeuten kann. Aber eines ist richtig: unter den besonderen politischen Verhältnissen Deutschlands ist ein erfolgreicher Massenstreik nur denkbar in einer revolutionären Situation, und wäre es darum aussichtslos, ja verderblich, wollte man ihn anwenden in einer Situation, die zu einer revolutionären nicht werden kann. Es wäre zum Beispiel die größte Torheit, wollte man heute in Hamburg zur Verteidigung des dortigen Wahlrechtes einen Massenstreik inszenieren! Den Massenstreik für eine einzelne Stadt; das Aufgebot der letzten und schärfsten Waffe des Proletariats, die seine vollste Hingebung und seinen höchsten Opfermut erfordert, bloß zu dem Zwecke, um das jetzige, schon miserable Klassenwahlrecht gegen weitere Verschlechterungen zu schützen!

Aber selbst wenn es zur Aufhebung des Reichstagswahlrechtes käme, müßte man sich es noch sehr überlegen, ob man ohne weiteres mit dem Massenstreik darauf antworten sollte; das käme ganz auf die Situation an, in der sich dies vollzieht. Wenn wir es für notwendig halten, den Massenstreik zu diskutieren und die proletarischen Massen mit seiner Handhabung vertraut zu machen, so vor allem deswegen, weil wir auch für Deutschland revolutionäre Situationen erwarten, die den Massenstreik ebenso geboten wie möglich machen. Eine Verschlechterung des Wahlrechtes zum Reichstag könnte zur Herbeiführung einer solchen Situation allerdings sehr viel beitragen und insofern eine Provokation zum Massenstreik werden.

Wir halten es aber nicht minder für notwendig, ihn deswegen zu diskutieren, weil er nicht überall unter allen Umständen anwendbar ist und seine verkehrte Anwendung großes Unheil nach sich ziehen kann.

Wir müssen damit rechnen, daß die Situation in den verschiedensten Ländern außerhalb Deutschlands sich in einer Weise gestaltet, die den Massenstreik dort nötig und möglich macht, und daß diese Erfolge dazu verführen, ihn dann ohne weiteres auch in Deutschland zur Anwendung zu bringen, aber unter Bedingungen, die seinen Erfolg ausschließen. Hat man doch schon davon gesprochen, ihn in Hamburg zu proklamieren, um das bestehende Wahlrecht zu verteidigen, in Preußen und Sachsen, um das Klassenwahlrecht zu stürzen. Studieren wir nicht die Bedingungen und Methoden des Massenstreiks, dann laufen wir Gefahr, nicht bloß, daß wir ihn dort nicht anwenden, wo seine Anwendung geboten, sondern auch, daß wir ihn dort anwenden, wo seine Anwendung verderblich. Wer die Theorie verachtet, wer sich darauf verläßt, daß Probieren über Studieren geht, der muß stets teures Lehrgeld zahlen.

Trotzdem beharrt unser Zentralorgan dabei, jedenfalls, um den Einklang zwischen Partei und Gewerkschaften aufrechtzuhalten, das Diskutieren des Massenstreiks zu verpönen. Es hatte das in seinem Artikel über den Gewerk-

schaftskongreß erklärt. Als ich in meiner Vorrede zur Schrift der Genossin Roland-Holst über den Generalstreik diesen sonderbaren Standpunkt kritisierte, beschwerte sich der „Vorwärts“, ich hätte ihm unrecht getan und seine Argumente falsch wiedergegeben. Er hat mich aber von meinem Irrtum nicht überzeugt, und ich sehe keine Veranlassung, von dem, was ich dort gegen den „Vorwärts“ geschrieben, ein Wort zurückzunehmen.

Seitdem hat er denselben Standpunkt von neuem vertreten in einer ausführlichen Besprechung der in Rede stehenden Schrift, wobei er sich anderer Argumente bedient, aber wie mir scheint nicht besserer.

Er hat einmal die ganze Schrift nicht verstanden, wenn er ihr vorwirft, sie mache den politischen Streik „aus einem unter ganz bestimmten Verhältnissen möglichen und erforderlichen Akt der proletarischen Notwehr zur Methode des Klassenkampfes, zum eigentlichen Mittel des proletarischen Sieges“.

In der Roland-Holstschen Schrift heißt es ausdrücklich:

„Sie (die Sozialdemokratie) sieht im politischen Massenstreik keinen Gegensatz, sondern eine Ergänzung ihrer bisherigen Mittel und Methoden, eine Ergänzung, die der Arbeiterklasse im Verlauf und als Folge der sozialen Entwicklung — ihr eigenes Wachstum an Kraft und Selbstbewußtsein einbegriffen — als geschichtliches Produkt des Klassenkampfes aufgedrängt wird. Vor allem trennt kein Widerspruch den politischen Massenstreik vom Parlamentarismus. Der Parlamentarismus bleibt ein äußerst geeignetes, vielleicht unentbehrliches Mittel, die Massen über den kulturwidrigen Charakter des modernen Staates aufzuklären, sie aus dumpfer Teilnahmlosigkeit zu erwecken und dem proletarischen Emanzipationskampf zuzuführen, den bürgerlichen Parteien Reformen abzuringen, sie vorwärts zu treiben und die Differenzen auszunutzen. Er bleibt das einzige Mittel, das gesamte Proletariat unausgesetzt und unaufhaltsam gegen die gesamte herrschende Klasse zu organisieren und ins Feld zu führen. Der politische Massenstreik, der eine nur selten, in bestimmten geschichtlichen Situationen anwendbare Waffe ist, kann den Parlamentarismus nie ganz oder teilweise überflüssig machen. Er kann ihn keineswegs ersetzen, wie dies jetzt von der äußersten Linken der französischen und italienischen Partei, wohl als Reaktion gegen den parlamentarischen Illusionismus der letzten Jahre, gepredigt wird. Wohl aber wird er wahrscheinlich als ein Mittel in Betracht kommen, die parlamentarische Aktion des Proletariats erst möglich zu machen, zu erhalten und zu erweitern“ usw.

So die Genossin Holst, deren Schrift wohl die bei weitem wichtigste sozialistische Publikation dieses Jahres über eine taktische Frage ist, die ihrerseits wieder die größte Bedeutung unter allen taktischen Problemen unserer Zeit besitzt. Unser Zentralorgan aber kritisiert sie, ohne auch nur begriffen zu haben, was sie sagt.

Dies Mißverständnis ist das einzige, was es vorzubringen weiß, um Methode und Schlußfolgerungen des Buches abzulehnen. Was es außerdem darüber sagt, gilt dem Nachweis, daß die ganze Diskutierung des Massenstreiks überflüssig ist. Denn es bestehe die Gefahr, daß „durch das eifrige Studieren und Diskutieren solcher Fragen die Phantasie der Arbeiter auf unsichere Hoffnungen gerichtet und von wichtigen, näherliegenden Aufgaben abgezogen wird — ganz abgesehen davon, daß das reichliche Reden von und Drohen mit der Revolution mehr geeignet ist, die reaktionären Zettelungen gegen die Sozialdemokratie zu stärken, als die Arbeiterschaft zur Entschlossenheit zu erziehen“ usw. Dann: „der oberste Grundsatz der sozialdemokratischen Taktik ist und bleibt die Revolutionierung der Köpfe“; weiter: in einem Ausnahmezustand „sind alle Mittel der Notwehr berechtigt, nicht nur der Massenstreik“; ferner ist „in jedem

Lande die Situation eine besondere", und endlich „wir wünschen wenig Worte, kraftvolles Handeln".

Die ganze lange Litanei, aus der wir hier nur einen Auszug geben können, erinnert lebhaft an die Reden, die Sancho Pansa an Don Quixote richtet, wobei er, wenn er recht weise erscheinen will, einen Haufen von Sprichwörtern zusammenträgt, die kein Mensch bestreiten kann, die aber mit der Sache nichts zu tun haben oder vielmehr ebensogut bei jeder anderen Gelegenheit vorgebracht werden können.

Es gibt in der Tat keine große taktische Frage in der Partei, von Fragen des Endziels gar nicht zu reden, deren Diskutierung man nicht mit diesem Ragout von Gemeinplätzen ablehnen könnte.

Diese Armseligkeiten aber sind alles, was unser Zentralorgan bisher aus eigenem zur Diskutierung des Massenstreiks beizubringen gewußt hat. Kein Wunder, daß sie ihm unbequem ist. Ist doch noch nie die Unfähigkeit des „Vorwärts", der Partei in inneren Parteifragen als führendes Organ in seiner jetzigen Form zu dienen, so deutlich zutage getreten als bei dieser Gelegenheit. Natürlich ist unter einem führenden Organ nicht ein kommandierendes zu verstehen, sondern eines, das durch die Tiefe und Wucht seiner Gründe, durch sein Wissen und seine Erfahrung allgemeine Beachtung und Anerkennung erobert.

Zum Glücke steht der „Vorwärts" aber mit seiner Abneigung gegen „das Studieren und Diskutieren solcher Fragen" in der Partei so ziemlich allein: soweit man nach der übrigen Parteipresse urteilen darf, teilen außerhalb der Redaktion unseres Zentralorgans nur wenige Parteigenossen die etwas kosakische Anschauung, daß durch derartiges „Studieren und Diskutieren" nur die Phantasie der Arbeiter ungesund entzündet und von nützlicher Tätigkeit abgelenkt wird, und so hat auch fast die gesamte Parteipresse der Diskutierung des Massenstreiks bisher schon mehr Interesse und Verständnis entgegengebracht als unser Zentralorgan, so daß dessen Verständnislosigkeit nicht der Partei aufs Konto geschrieben werden darf.

Neben dem in den letzten zwei Jahren rapid gewachsenen Interesse und Verständnis für den politischen Massenstreik ist aber noch eine Erscheinung bemerkenswert: die wachsende Mißachtung des Parlamentarismus im Proletariat, die sich in allen kapitalistischen Staaten geltend macht, auch in Deutschland. Ein Sympton davon scheint mir unser Stimmenrückgang bei den Nachwahlen zum Reichstag zu sein.

Manche Leute lieben es, diesen Rückgang auf das Konto des Dresdener Parteitags zu setzen. So erst jüngst wieder Herr v. Gerlach in der „Nation" („Die Sozialdemokratie seit Dresden"). In gewissem Sinne haben sie recht, nur in anderem, als sie meinen. Nicht weil, wie Herr v. Gerlach schreibt, der Ton dort „so beschimpfend, der Kampf so rein persönlich war". Wäre das richtig, so träfe das viel weniger den „Radikalismus" als dessen Gegner. Aber Herr v. Gerlach selbst legt nicht besonderen Nachdruck auf diesen Punkt, wohl aber darauf, daß der Parteitag von Dresden weite Kreise enttäuschte.

„Der 16. Juni", erzählt Herr v. Gerlach, „hatte die deutsche Sozialdemokratie als die mächtigste Sozialdemokratie der Welt und zugleich als die stärkste Partei Deutschlands erscheinen lassen. ‚Unser der Sieg, unser die Welt!' hatte der ‚Vorwärts' im Siegestaumel ausgerufen."

Was geschah aber? Nichts. Es blieb alles beim alten. In Dresden wurde keine neue Route eingeschlagen. Kein Zweifel, daß mancher dadurch enttäuscht

werden mußte, um so mehr enttäuscht, je größer die Erwartungen, die man an den Dreimillionensieg geknüpft, je fester man geglaubt, als läge nun die Welt offen vor uns, und wir brauchten uns bloß darüber zu einigen, wie wir am besten zulangen. Aber diese Erwartungen waren eben nur Illusionen naiver Gemüter, die die Partei keineswegs beherrschten. Ich darf wohl, als das mir nächstliegende Beispiel nüchterner Anschauungen, die Worte anführen, die ich unmittelbar nach dem großen Siege, noch vor den Stichwahlen, in der „Neuen Zeit" schrieb:

„Erwägen wir alle die Widersprüche und Gegensätze innerhalb der Regierung selbst wie innerhalb der herrschenden Klassen und Parteien, dann kann es keinem Zweifel unterliegen, daß heute, wo unsere Gegner notwendiger als je einer einheitlichen und konsequenten, auf große Ziele gerichteten Politik bedürfen, die Politik, die sie wirklich befolgen werden, kleinlicher, widerspruchsvoller, konfuser sein wird denn je. Wir dürften große Worte zu hören bekommen, große Anläufe sehen, sowohl zu einer Politik der Reformen wie zu einer Politik der Verfolgungen und der Einschränkungen der staatsbürgerlichen Freiheiten und Rechte, aber über gewaltige Versprechungen und Drohungen wird man nicht weit hinauskommen. Keine Taten werden ihnen folgen, sondern höchstens noch krampfhafte Zuckungen, die sehr gewaltsam sein mögen, aber rasch vorübergehen. Macht man dem Proletariat Konzessionen, so wird das Erfüllte so weit hinter dem versprochenen zurückstehen, daß es, weit entfernt, auch nur vorübergehend zu befriedigen, vielmehr fast ebenso erbittert und empört wie Drohungen und Beschimpfungen, denen keine Tat folgt, die einschüchternd wirken könnte."

Und ähnlich äußerten sich zahlreiche andere Stimmen in der Partei.

Man sieht, man hat keine Ursache, der ganzen Sozialdemokratie „Siegestaumel" vorzuwerfen. Wir haben vielmehr schon vor Dresden ganz genau die Folgen erkannt, die der Dreimillionensieg nach sich ziehen wird.

Daß aber mancher unter den „Siegern" mehr erwartete und enttäuscht wurde, liegt nahe. Daraus folgte, daß unser Sieg wohl auf der einen Seite die Wirkung hatte, die Gegner aufzupeitschen, so daß sie bei allen Nachwahlen mit verstärkter Wucht gegen uns losgehen, daß aber die arbeitenden Massen diesem vermehrten Drucke nicht einen vermehrten Gegendruck, keinen gesteigerten Enthusiasmus entgegensetzen.

Das ist sicher nicht angenehm, aber der Partei könnte man daraus nur dann einen Vorwurf machen, wenn es in ihrer Macht gelegen gewesen wäre, den Dreimillionensieg zu „positiven" Erfolgen auszunutzen, und sie das versäumt hätte. Das wird auch von manchen Kritikern behauptet.[1] Aber wo-

---

[1] Der „Vorwärts" scheint ebenfalls dieser Ansicht zu huldigen oder vielmehr, genau gesagt, die Mehrheit seiner Redaktion, von der allein das in diesem Artikel über den „Vorwärts" Gesagte gilt. Vorliegende Ausführungen waren schon geschrieben, als der Leitartikel des „Vorwärts" über die „Tagesordnung des Parteitags" erschien (6. Juli), in dem dieselbe Melodie angestimmt wird, die Herr v. Gerlach vorgesungen. Es wird dort darauf hingewiesen, daß „wir (die Redaktion) vor zwei Jahren eindringlich bedauert haben, daß der Parteitag schon durch seine Tagesordnung sich gehindert hat, der großen politischen Situation gerecht zu werden, welche damals infolge des überwältigenden Wahlsiegs vom 16. Juni gegeben war". Er habe sich dadurch „der unmittelbaren Einwirkung auf das politische Leben Deutschlands in nicht unerheblichem Maße entschlagen".

Diese Auffassung hätte absolut keinen Sinn, wenn der „Vorwärts" nicht der Meinung wäre, durch eine andere, mehr „positive" Gestaltung der Tagesordnung hätten sich praktische Erfolge aus dem Wahlsieg ziehen lassen. Denn er kann nicht sagen, daß der Dresdener

durch hätten diese „positiven" Erfolge errungen werden sollen? Durch ein Entgegenkommen gegen die Reichsregierung, durch den Versuch, Konzessionen gegen Konzessionen einzutauschen? Jeder derartige Wunsch, wenn er gehegt worden sein sollte, wurde allerdings in Dresden im Keime erstickt. Und mit Recht.

Wenn je eine Situation dem sozialistischen Ministerialismus günstig war, so die Frankreichs nach dem Dreyfusprozeß. Es erforderte damals wirklich große Klarheit und Charakterstärke, sich dieser Lockung zu entziehen. Heute ist der sozialistische Ministerialismus auch in Frankreich tot und begraben. Aber in Deutschland war von vornherein nicht die mindeste Lebensbedingung für ihn gegeben, vermochten nur politische Kinder oder politische Hanswurste an ihn zu glauben. In Deutschland können höchstens Differenzen über den Ton und die theoretische Begründung, nicht aber über die Praxis unserer Opposition aufkommen. Noch weniger als anderswo ist in Deutschland von der Reichsregierung oder der Mehrheit des Reichstags etwas für das Proletariat zu erwarten. An dieser Tatsache konnte auch der Dreimillionensieg nichts ändern.

Er hat sie im Gegenteil noch stärker zum Ausdruck gebracht. Er hat den herrschenden Klassen die Gefahren gezeigt, die das allgemeine und gleiche Wahlrecht für sie birgt; aber noch war er nicht gewaltig genug, um ihnen das Wasser an die Kehle reichen zu lassen und sie zu drängen, die nicht minder große Gefahr der direkten Abschaffung dieses Wahlrechtes auf sich zu nehmen. Wohl aber bildet er ein mächtiges Motiv, das Produkt des allgemeinen und gleichen Wahlrechtes, den Reichstag, noch ohnmächtiger zu machen, als er bisher schon gewesen. Mehr noch als bisher werden alle wichtigen Materien

---

Parteitag die Reichstagswahlen ignoriert hätte. Der Punkt 4 der Tagesordnung lautete: Taktik der Partei — Reichstagswahlen, Vizepräsidialfrage, die revisionistischen Bestrebungen.

Freilich solche taktische Diskussionen passen dem „Vorwärts" nicht. Sein Artikel hat die Tendenz, die Parteitage mehr nach bürgerlichem Muster zu agitatorischen Schaustellungen zu gestalten, in denen nicht über jene Fragen diskutiert wird, über die wir uneinig, sondern über jene, über die wir einig sind, wie Zehnstundentag, Kampf gegen Marinismus und Militarismus.

Die propagandistische Behandlung solcher Fragen fällt jedoch in erster Linie der Reichstagsfraktion zu. Die letztere wäre ein ebenso kostspieliges wie überflüssiges Luxusmöbel, würde sie diese Aufgabe nicht genügend lösen. Der Parteitag aber soll das kräftigste Mittel der Weiterentwicklung der Partei sein, soll alle jene Fragen zur Entscheidung bringen, die innerhalb der Partei selbst auftauchen und in ihr geteilte Anschauungen hervorrufen. Der geistige Fortschritt der Partei wäre völlig gehemmt, wenn nicht solche neue Streitfragen von Zeit zu Zeit auftauchten, aber sie würden zur Zersetzung der Partei führen, würden sie endlos debattiert. Die Parteitage haben die Aufgabe, ebenso die freie Diskussion solcher Fragen zu entfesseln, wie auch, nachdem alle Argumente erschöpft, erkennen zu lassen, wie die Mehrheit der Partei darüber denkt, und der Diskussion dadurch einen Abschluß zu geben.

Wie weit ein Parteitag die Möglichkeit hat, daneben noch Fragen zu behandeln, über die wir im wesentlichen einig sind, die bloß der propagandistischen Wirkung wegen auf die Tagesordnung kommen, hängt davon ab, wie zahlreich und wichtig die Meinungsverschiedenheiten in unserer Mitte.

Gerade in der heutigen revolutionären Situation gibt es aber keine Frage, die für uns größere Wichtigkeit hätte als die des Massenstreiks. Dem „Vorwärts" mag sie ebenso minim erscheinen wie alle anderen großen Streitfragen der letzten Zeit, in denen er nur kleine persönliche Reibereien zu entdecken vermochte; der Parteivorstand hat sicher dem Empfinden der Masse der Parteigenossen Ausdruck gegeben, als er den Massenstreik auf die Tagesordnung setzte.

den Landtagen zugeschoben; mehr noch als bisher wird der Reichstag mit Mißachtung behandelt — unter Zustimmung seiner Mehrheit, auch des Zentrums.

So sucht man das allgemeine und gleiche Wahlrecht, dessen offene Aufhebung man noch scheut, hinterrücks hinwegzueskamotieren, indem man dem aus ihm hervorgehenden Körper alle Bedeutung, alles Leben nimmt.

Die notwendige Rückwirkung dieser schlauen Politik ist die wachsende Gleichgültigkeit der arbeitenden Massen für den Reichstag und die Reichstagswahlen. Sie zweifeln immer mehr daran, auf diesem Wege noch etwas Erhebliches zu erreichen. Deshalb unser Stimmenrückgang bei den Nachwahlen.

Aber derjenige würde sich sehr täuschen, der aus dieser wachsenden Ohnmacht des Reichstags auf die Ohnmacht der Sozialdemokratie, aus ihrem Stimmenrückgang bei den Nachwahlen auf einen Rückgang ihres Einflusses im Volke schlösse. Wir haben zum Glücke neben dem Reichstagswahlrecht noch einen anderen Maßstab für die Größe dieses Einflusses: die Verbreitung unserer Presse. Keine Presse trägt so entschieden den Parteicharakter an der Stirne wie die sozialdemokratische, und keine hat mehr mit der Konkurrenz der parteilosen Presse zu kämpfen, da sie mehr als jede andere von aller gewissenlosen Spekulation auf die Sensationslust der indifferenten Masse sich frei hält und halten muß. Wer ein sozialdemokratisches Blatt liest, der bekundet daher damit auch Interesse und Sympathie für die Gedankenwelt und die Tätigkeit der Sozialdemokratie. Da ist es denn doch bemerkenswert, daß trotz allen Stimmenrückganges bei Nachwahlen die Zahl der Leser der Parteipresse in steter und rascher Steigerung begriffen ist. Der Dresdener Parteitag hat hier nicht die mindeste Änderung gebracht.

Bemerkenswert ist auch das gleichzeitige Wachstum der gewerkschaftlichen Organisationen.

Das zeigt doch deutlich, daß die arbeitenden Massen bei der augenblicklichen Situation in der Presse und den Gewerkschaften schärfere Waffen ihres Emanzipationskampfes erblicken als in den Reichstagswahlen. Die bürgerlichen Parteien bezeugen aber ihre ganze Kurzsichtigkeit, wenn sie diese Entwicklung mit Freuden begrüßen. Der Einfluß der Sozialdemokratie auf das arbeitende Volk schwindet damit nicht. Das wäre nur dann möglich, wenn das politische Interesse im Proletariat geringer würde oder neben der Sozialdemokratie eine andere Partei aufkäme, die, wenn auch nur anscheinend, besser als sie die proletarischen Interessen zu wahren verstände. Damit aber hat es seine guten Wege.

Die Gleichgültigkeit gegenüber den Reichstagswahlen muß auch in dem Moment wieder verschwinden, in dem der Reichstag wieder der Mittelpunkt einer großen politischen Aktion wird. Sollten aber Reichsregierung und Reichstagsmehrheit das zu verhindern wissen und fortfahren, den Reichstag zu immer größerer Nichtigkeit herabzudrücken, so müßte das nur dazu führen, jener revolutionären Stimmung neue Nahrung zu geben, die durch die russische Revolution und ihre Konsequenzen ohnehin im deutschen Proletariat erzeugt werden muß.

Das Interesse an der Politik und an der Gesetzgebung wird dadurch nicht vermindert, sondern eher verstärkt werden, denn die Wirkungen, die Gesetze und Behörden auf das ökonomische Leben und damit auch auf die proletarischen Bewegungen üben, werden dann nur noch fühlbarer zutage treten. Aber dies politische Interesse muß sich dann von der Wahlbeteiligung um so mehr

abwenden, je wirkungsloser sie gemacht wird; es muß sich um so mehr allen Methoden und Aktionen zuwenden, die geeignet erscheinen, die gesetzgebende Maschinerie von außen zu beeinflussen und in einem Sinne umzugestalten, der sie wieder zu einem tauglichen Werkzeug des proletarischen Emanzipationskampfes gestaltet. Diejenigen, die das Wahlrecht verschlechtern oder die Bedeutung des Reichstags verkümmern, leiten damit also nur Wasser auf die Mühle derjenigen, die im Massenstreik ein Mittel sehen, die schwindende Macht des Reichstags neu zu beleben und ihm neue und höhere Macht und den Willen wie die Kraft zu einer wirklich proletarierfreundlichen Gesetzgebung einzuflößen. Das deutsche Proletariat läßt sich auf die Dauer um das allgemeine gleiche Wahlrecht ebensowenig betrügen, als es sich dies Recht offen rauben läßt.

(Schluß folgt.)

Die gegenwärtigen russischen Zeitschriften.



Von **D. Davidow.**

In diesen Tagen der russischen Revolution, wo unter dem Donnern der Geschütze fern im Osten wie im Innern des Reiches das neue Rußland heranwächst, wird es nicht uninteressant sein, sich mit den verschiedenen Gruppen der russischen Journalistik bekannt zu machen, die eine große Rolle in der Umwandlung Rußlands spielten oder jetzt noch spielen.

Im Rahmen eines kleinen Artikels ist es mir leider nicht möglich, die Tagespresse sowie die Wochenschriften und die russischen Organe, die im Ausland erscheinen, zu berücksichtigen. Als Gegenstand dieses Aufsatzes sollen lediglich nur die derzeitigen dickbändigen Monatsschriften in Betracht kommen, welche in Petersburg und Moskau erscheinen und in denen die hauptsächlichsten politischen Gruppen vertreten sind.

Wenn man von den zeitgenössischen russischen Schriftstellern spricht, denkt man immer nur an Leo Tolstoi und Maxim Gorki. Nur ein ganz kleiner Teil des lesenden Publikums Europas kennt noch die Namen der Belletristen A. Tschechow (im vorigen Jahre gestorben), Korolenko, Tschirikow.

Unserer Ansicht nach verdienen aber die russischen Schriftsteller, oder doch der größte Teil von ihnen, mehr Beachtung durch das zivilisierte Europa, nicht nur ihrer Talente wegen, sondern auch wegen des Einflusses, den sie auf das russische lesende Publikum ausüben.

Im russischen kaum zu übersehenden gewaltigen Reiche der Selbstherrschaft, wo weniger Universitäten als in der kleinen Schweiz vorhanden sind, wo die kolossalen Reichseinnahmen zum größten Teil für Polizei, Gendarmerie und Militär verausgabt und nur winzige Budgetabfälle dem sogenannten „Ministerium für Volksaufklärung“ überwiesen werden, in einem Reiche mit zweifelhaften provinzialen und städtischen Selbstverwaltungen, ist es klar, weshalb der bessere Teil der Intelligenz sich auf das Gebiet der Journalistik begab und warum diejenigen Zeitschriften, welche die Popularisierung der Wissenschaft, die Aufklärung über politische Fragen und Darstellung der vaterländischen Not sich zum Ziele gesetzt hatten, für das russische Volk von sehr hoher Bedeutung wurden.

Alles Talentvolle, Unabhängige, das seinem Volke und Vaterland dienen wollte, eilte zu ihnen, und diese Journale und Zeitschriften stellten eine Art Universität dar, ein, man kann sagen, politisches Tribunal für alle verschiedenen Gruppen der russischen Intelligenz.

Im verflossenen Jahrhundert waren von sehr großer Bedeutung zwei solcher Zeitschriften: der „Sowremennik“ (Der Zeitgenosse) und „Otetschestwennija Sapiski“ (Vaterländische Notizen). Beide Zeitschriften wurden eine Zeitlang von dem in Rußland sehr berühmten Dichter Nekrassow herausgegeben, so der „Sowremennik“ von 1847 bis 1866, die „Otetschestwennija Sapiski“ von 1868 bis 1884. Die erste der obenerwähnten Zeitschriften, die zu Mitarbeitern die berühmten Kritiker Bjelinsky, Tschernischewsky und Dobroljubow, die berühmten Belletristen Turgenjew, Dostojewski, Leo Tolstoi und andere zählte, nahm in ihr Programm vor allen Dingen den Kampf gegen die damals noch bestehende Leibeigenschaft auf. Auf den Seiten dieser Zeitschrift kämpfte Tschernischewsky für die Bauernbefreiung, für Preßfreiheit und andere notwendige Fortschritte. Tschernischewsky und seine ganze Gruppe durchschauten die ganze Heuchelei der zarischen Bauernbefreiung. Sie wußten, daß die verkündeten Reformen bei dem autokratischen Regime nicht von langer Dauer sein würden. Und deshalb kritisierten sie die Regierungsmaßnahmen und auch die liberalen Optimisten, die der liberalen Regierung ihr Vertrauen schenkten und in jener Zeit des „Frühlings“ jubelten.

Die zweite Zeitschrift („Vaterländische Notizen“) — deren Mitarbeiter der Satiriker Saltykow-Schtschedrin, die Publizisten Ellissejew, Schelgunow, der berühmte Kritiker und Soziolog Michajlowsky und die Belletristen Gleb Uspensky, Garschin, der Dichter Nadson und andere waren — setzte sich zum Hauptziel die Bekämpfung des Kapitalismus, der zu jener Zeit seinen Einzug in das wirtschaftliche Leben Rußlands hielt, indem diese Zeitschrift die Schattenseiten des Kapitalismus kritisierte und bekämpfte. Diese Zeitschrift entwickelte die Ideen eines Sozialismus, aber nicht des Sozialismus, der nach dem Kapitalismus kommen muß, sondern eines Sozialismus, der ohne Kapitalismus in Rußland auf Grund des bestehenden bäuerlichen Kommunismus sich entwickeln soll. In den „Otetschestwennija Sapiski“ wurde dargelegt, daß die Russen dem kapitalistischen Elend, welches Europas Los geworden ist, ausweichen sollen und können. Zugleich mit der satirischen Verhöhnung des bureaukratisch-kapitalistischen Regimes durch Saltykow, mit den Liedern Nekrassows, mit den populärwissenschaftlichen Aufsätzen Michajlowskys wurden hier auch die interessanten Artikel über die Dorfgemeinde von G. Uspensky und Slatowratsky veröffentlicht. Diese Zeitschrift war eine theoretische Darstellerin der revolutionären Bewegung, die die damalige Jugend der siebziger Jahre erfaßte. Von dieser Zeitschrift wurden die berühmten Scheljabow, Sofie Perowskaja und andere hervorragende Persönlichkeiten jener Zeit erzogen.

Von den späteren russischen Zeitschriften hat die Zeitschrift „Russkoje Bogatstwo“ (Russischer Reichtum) die Traditionen der eingegangenen „Otetschestwennija Sapiski“ übernommen und den Faden — den ihre Vorgängerin zu spinnen angefangen hat — weitergesponnen. Als hauptsächlichste Leiter dieser Zeitschrift dürfen der Kritiker und Soziolog Michajlowsky (der im vorigen Jahre gestorben ist), die Belletristen Korolenko, Melschin, Mamin, Dmitrijewa, die Publizisten Suschakow, Annensky, Peschechonow, Kudrin und andere genannt werden (die meisten von ihnen waren nach dem blutigen 9./22. Januar zusammen mit Maxim Gorki verhaftet worden).

In den neunziger Jahren hat dieses Organ eine breite Polemik gegen den Marxismus aufgenommen, der nach der allgemeinen Annahme in Rußland erst mit dem Erscheinen der Bücher „Kritische Notizen über die wirtschaftliche Ent-

wicklung Rußlands“ von Peter Struve (zurzeit Herausgeber der liberalen Zeitschrift „Oswoboschdenije“ in Paris) und „Zur Frage der monistischen Geschichtsauffassung von N. Beltow (Plechanow) in den Jahren 1894/95 literarisch aufgetreten ist.

Die Gegner der Marxisten, die „Narodniki“, die vielfach selbst den 19. Februar 1861 (die Aufhebung der Leibeigenschaft) miterlebt, hatten angefangen, der Regierung ihr Vertrauen zu schenken. Die „Marxisten“ aber, deren Aufkommen in die Zeit der Regierung Alexanders III. fällt, konnten selbstverständlicherweise ein solches Vertrauen zur Regierung nicht haben.

Der Hauptpunkt, um den sich der ganze Streit drehte, war der: wird es Rußland irgendwie möglich sein, das Stadium des Kapitalismus zu überspringen? Die „Narodniki“ (Danielson, Woronzow und andere) behaupteten, daß der Kapitalismus in Rußland eine ganz fremde Giftpflanze darstellt, welche hier keinen guten Boden finden wird; sie sahen im Kapitalismus nur die negative Seite. Die „Marxisten“ dagegen (Struve, Beltow, Wolgin, Iljin und andere) wiesen nach, daß der Kapitalismus in Rußland schon vorhanden sei und sogar sich schon bedeutend entwickelt hat, daß es töricht sei, von seinem Vermeiden noch zu sprechen, und endlich, daß Rußland derselbe Weg bevorsteht, den alle Staaten Europas zurückzulegen haben. Und dieser Weg ist durch keine Mittel zu vermeiden. Das Leben hat die Anschauungen der russischen Marxisten bestätigt.

Die Marxisten waren der Meinung, als ob die Narodniki die historische Notwendigkeit leugneten, daß diese behaupteten, „die Person könne alles“ und die Geschichte selbst werde durch die großen Männer, die „Helden“, gemacht, die zu ihren Zwecken die willenlose Menge des Volkes benutzten. Des weiteren wiesen noch die Marxisten auf das kleinbürgerliche Agrarprogramm der Narodniki und auf die Unmöglichkeit der Verbesserung der Lage der Bauern bei dem gegenwärtigen absolutistischen Regime hin.

Andererseits wurden die Worte des im Jahre 1894 marxistischen Peter Struve: „Wir wollen doch unsere eigene Kulturarmut eingestehen und bei dem Kapitalismus lernen gehen“ — von den Narodniki in dem Sinne aufgefaßt, daß die Marxisten den Prozeß segnen, durch welchen die Bauern ihr ganzes Hab und Gut verlieren und gezwungen werden, in die Fabrik zu gehen. Sie taten, als verständen sie nicht, daß die Marxisten dieser Erscheinung als einer eisernen Notwendigkeit gegenüberstehen. Das Buch eines anderen damaligen Marxisten, Gwosdjew, über die „Bauernwucherer“ hatte den Schein erweckt, als ob die Marxisten den Kampf gegen die Auswucherung der Bauernschaft von sich weisen und die ganze Sache „ihrem natürlichen Gange“ überließen. Das Mißtrauen der Marxisten gegenüber der Intelligenz, solange diese nicht durch ein organisiertes Proletariat gestützt und gestärkt werde, sahen die Narodniki als eine Unterschätzung und Mißachtung der Intelligenz an. Das Mißtrauen der Marxisten gegenüber den Bauern, die nicht imstande seien, ohne die Initiative der Proletarierklasse von sich aus den Anfang einer Bewegung zur Herbeiführung bedeutender gesellschaftlicher Reformen zu übernehmen, wurde von den Narodniki so aufgefaßt, als ob die Marxisten von den Bauern überhaupt nichts wissen wollten.

Der Hauptführer dieser Polemik war der berühmte Kritiker und Soziolog Michajlowsky. Er war gegen die Einführung des Darwinismus in die Soziologie, kritisierte Spencers „organische Theorie“ und bildete eine eigene Theorie

unter dem Namen „Der Kampf um die Individualität“, in der er die Rechte und Interessen der im Kampfe gegen andere „Individualismen“ — Familie, Staat, Nation — stehenden Persönlichkeit charakterisierte. Michajlowsky war auch ein ausgezeichneter Literaturkritiker. Ihm entstammten viele Aufsätze über Leo Tolstoi, Turgenjew, Dostojewsky, Garschin, Tschechow, Gorki, Andrejew usw. Seine Schriften über die kollektive Psychologie zeichnen sich durch große Originalität aus und wurden viele Jahre früher vor Tarde, Sighele und anderen geschrieben.

Die Marxisten, gegen die Michajlowsky und seine Gruppe polemisiert hatten, gaben hintereinander drei Zeitschriften heraus: „Nowoje Slowo“ (Das neue Wort), „Natschalo“ (Der Anfang) und „Schisnj“ (Das Leben). In der letzteren Zeitschrift veröffentlichte Maxim Gorki seine meisten Werke: „Phoma Gordejew“, „Troje“, „Muschik“, „Sechsundzwanzig und Eine“, „Der Sturmvogel“ und andere.

Alle diese Zeitschriften sind im Kampfe mit den Zensoren und Ministern unterlegen. Dank der besonderen Aufmerksamkeit, die die Zensoren diesen Zeitschriften schenkten, konnten sie ihre Ideen nicht offen predigen, sondern waren gezwungen, sie möglichst tief zu verstecken. Als ein solches Versteck diente seinerzeit ein Streit über Hegel und andere Philosophen, den die Zeitschriften aufgenommen hatten, um zwischen den Zeilen, unter Anwendung von philosophischen Ausdrücken, die richtigen Ideen entwickeln zu können. Manchmal mußten sie auch ihre Ideen unter einem Haufen von statistischem Material, hinter den trockenen Ziffern, verstecken, die ebenso wie die philosophischen Diskussionen für das große Publikum unverständlich blieben. Trotz alledem erfreuten sich diese Zeitschriften einer großen Popularität. Sie wurden sehr viel gelesen, auch verstanden und übten eine große Wirkung.

Nachdem die letzte der drei Zeitschriften von der Regierung unterdrückt worden war, fand unter den Marxisten eine Spaltung statt, und es bildeten sich zwei Gruppen.[1]

Trotzdem verschiedene Ansichten unter ihnen herrschten, hatten die Marxisten bis dahin zusammengehalten, denn es galt den gemeinsamen Gegner, die Narodniki, zu besiegen; nun aber lag der Gegner besiegt am Boden, und sie konnten ohne Gefahr auseinandergehen. Da die Hauptzensurverwaltung auf jede Weise der Gründung von neuen marxistischen Zeitschriften entgegenzutreten suchte, blieb nichts anderes übrig, als alte bestehende Zeitschriften anzukaufen. Sofort wurden auch diese für die Volksschul-, Gymnasial- und Volksbibliotheken verboten.

Den „reinen Marxismus“ vertritt jetzt die Zeitschrift „Obrasowanije“ (Bildung), deren Mitarbeiter Jordansky, Izgojew, Berlin, Kleinbort, Kranichfeld, Tarle, Ascheschow und andere sind.

Andere Marxisten unter Mitwirkung der Herren Lunascharsky, Bogdanow, Frank, Maslow, Fritsche und andere suchen in der von ihnen herausgegebenen Zeitschrift „Prawda“ (Wahrheit) Marx mit Mach und Avenarius zu versöhnen.

---

[1] In dem Artikel ist nur von der Spielart der rein literarischen, legalen Marxisten in Rußland die Rede, nicht von den in den revolutionären Organisationen kämpfenden. Deren Spaltungen sind jüngeren Datums und haben mit der oben erwähnten nichts zu tun. Die letztere ist rein theoretisch-literarisch, die andere entsprang praktischen, namentlich organisatorischen Differenzen, bei vollständiger theoretischer Übereinstimmung. Die Redaktion.

Eine zweite Gruppe stellt die Zeitschrift „Mir Boschij“ (Gottes Welt) dar, welche den Marxismus mit dem metaphysischen Idealismus auszusöhnen sucht. Immer und immer wieder kritisieren sie die Marxsche Theorie und suchen ganze Teile davon als unbrauchbar zu erklären. In diesem Organ figurieren als Mitarbeiter Tugan-Baranowsky, Berdjajew, Schelpanow, Bogdanowitsch, Batjuschkow. Weil es nicht gut möglich ist, den Marxismus und die Metaphysik zu vereinigen, so kommt diese Gruppe mit jedem Tage weiter und weiter vom Marxismus ab.

Folgender Auszug aus dem Buche des Herrn Tugan-Baranowsky: „Betrachtungen über die neueste Geschichte der politischen Ökonomie“ soll diese Gruppe charakterisieren:

„Das Alte stürzt und überall wachsen die Anfänge eines neuen Lebens. Es kommt eine neue Welt, es werden neue Formen der Kunst geschaffen, es erstarken die neuen Strömungen in der Philosophie und in dem wissenschaftlichen Denken, es entwickelt sich im Grunde des Alten eine neue soziale Ordnung. Dem Ansturm des neuen Lebens kann der erkaltete Marxismus nicht mehr standhalten. In dem vom Verfasser des ‚Kapital‘ errichteten majestätischen theoretischen Bau klafft jetzt ein Riß nach dem anderen, und wenn er sich noch zusammenhält, so ist es nur deshalb, weil das neue soziale System, welches den morsch gewordenen Marxismus ersetzen soll, noch nicht reif genug ist. Nach ihren philosophischen Vorausschickungen muß die neue Doktrin das gerade Gegenteil des sozialen Materialismus sein.“

Ein Teil der gewesenen Marxisten, jetzt Metaphysiker und opportunistische Revisionisten, zum Beispiel Bulgakow und Berdjajew, begnügen sich nicht mehr mit dem Rahmen des „Mir Boschij“, welcher für ein sich selbst bildendes lesendes Publikum zugeschnitten ist, und konzentrieren sich jetzt in einem neuen Organ, „Woprossi Schysni“ (Lebensfragen). „Woprossi Schysni“ erscheint statt der früheren Zeitschrift „Nowy putj“ (Der neue Weg), welche durch ihren Mystizismus und ihr besonderes Interesse für religiöse Fragen auf Kosten von Wissenschaft und Politik bekannt war. Man darf erwarten, daß bei der jetzigen Zusammensetzung der Mitarbeiter die Zeitschrift sich noch weiter im Nebel der Metaphysik verlieren wird.

Alle diese Zeitschriften stellen sozusagen die progressiven Organe der äußerst radikalen russischen Journalisten dar.

Andere zwei Zeitschriften: „Russkaja Mysl“ (Der russische Gedanke) und „Westnik Ewropi“ (Europäischer Bote) sind im Vergleich zu den ersteren mehr gemäßigt. Während die ersten Organe eine bestimmte Stellung eingenommen haben und eine bestimmte Richtung verfolgen, ist die Richtung der letzten zwei Zeitschriften zuweilen sehr unbestimmt. In den Spalten der „Russkaja Mysl“ findet man Aufsätze der Marxisten sowie der Narodniki, Metaphysiker und Empiro-Kritizisten. Die Hauptmitarbeiter sind hier: Golzew, Kisewetter, Karejew, Boborikin. Der „Westnik Ewropi“ kämpft ähnlich wie die anderen Zeitschriften für Rede-, Gewissens- und Preßfreiheit, kritisiert das bureaukratische, alleinherrschende Regime — er wäre aber zufrieden mit irgendeiner europäischen Konstitution, was die anderen Organe als für Rußland ungenügend ansehen. In dieser Zeitschrift wirken die Herren Arsenijew, Staßjulewitsch, Boborikin, Ljatzky, Spassowitsch und andere.

Um diese Journalisten: Positivisten in „Russkoje Bogatstwo“, Marxisten in „Obrasowanije“, Metaphysiker in „Mir Boschij“ und „Woprossi Schysni“,

Empiro-Kritizisten in „Prawda", gruppieren, richtiger gruppierten sich alle angesehenen Belletristen und Dichter. Neuerdings suchen sie sich von der Vormundschaft der politisch-wissenschaftlichen Redaktionen freizumachen. Den Anfang machte Maxim Gorki mit der Herausgabe des „Sbornik Snanie" (Sammlung Wissen), in dem er seine und auch fremde Werke veröffentlicht. Der „Sbornik" erscheint unregelmäßig. In letzter Zeit haben sich, dem Beispiel Gorkis folgend, viele Belletristen und Dichter zusammengetan, um gemeinsam solche Sborniks herauszugeben.

Die Reaktion besitzt nur eine Monatsschrift, „Russkij Wjestnik" (Russischer Bote). Dieses Organ wurde zuerst in den sechziger Jahren bis in die achtziger von Katkow herausgegeben, mit dem der „Sowremennik" und die „Otetschestwennija Sapiski" seinerzeit viel polemisierten. Die derzeitigen Herausgeber des „Russkij Wjestnik", die Epigonen Katkows, sind nicht mehr ernst zu nehmen, sie besitzen nicht einmal den hundertsten Teil des Talentes ihres Vorgängers, und die ganze Existenz hat das Journal nur der Unterstützung der Regierung zu verdanken. Nicht ein einziger bedeutender Belletrist, Dichter, Kritiker wirkt an diesem Organ mit.

Bürgerliche Ideologien.

Von **Otto Ehrlich.**

Wenn Marx uns gelehrt, wie jede zur Herrschaft gekommene Klasse ihre Ideologien zu denen der ganzen Gesellschaft erhebt, wie Religion, Philosophie, Recht und Moral nur der ideologische Ausdruck ökonomischer Verhältnisse sind, so darf das selbstverständlich nicht so aufgefaßt werden, als gäbe es zu einer Zeit in irgendeiner Gesellschaft nur *eine* Ideologie, und als bleibe auch nur die einer bestimmten Klasse stetig die gleiche. Es werden vielmehr die einander bekämpfenden Klassen ihre eigenen Ideologien nebeneinander haben, und nur wenn es einer gelingt, eine überwältigende Machtstellung zu erringen, so daß auf längere Zeit ein Kampf überhaupt ausgeschaltet ist, wird der Geist dieser Gesellschaftsschicht den gesamten Zeitgeist repräsentieren. Ebenso wird die Ideologie jeder einzelnen Klasse je nach dem Stande ihrer Entwicklung verschieden sein. Doch während früher die ökonomischen und politischen Verhältnisse und mit ihnen die Ideologien jahrhundertelang fast unverändert blieben, hat seit dem Aufkommen der Bourgeoisie der Entwicklungsprozeß ein solches Tempo angenommen, daß in wenigen Generationen eine fortwährende Umwälzung der Lebens- und Weltanschauungen stattfand, so daß viele diesen Prozeß persönlich durchleben konnten. Dabei mußte notwendig ein allgemeines Ineinanderwirken der verschiedenartigsten Ideologien vor sich gehen, wobei zuletzt zahllose Differenzierungen herauskamen. Auf all diese Neben- und Unterströmungen kann hier natürlich nicht eingegangen werden, es soll vielmehr nur versucht werden, den inneren Zusammenhang der wichtigsten bürgerlichen Ideologien zu veranschaulichen.

Auf dem Wege, den die bürgerliche Gesellschaft im letzten Jahrhundert zurückgelegt, lassen sich im ganzen drei besonders charakteristische Entwicklungsphasen unterscheiden. In der ersten, der *rationalistisch-optimistischen* Periode, fühlte sich die junge aufstrebende Bourgeoisie durch die Schranken der veralteten feudalen Gesellschaftsformen gehemmt. Durch Erkenntnis und Be-

herrschung der Naturkräfte führte sie die Menschheit zu nie geahnten Höhen, und so erschien ihr das Mittel, das sie von Erfolg zu Erfolg trug, der menschliche Geist, die Vernunft, als das einzig Wahre, das Absolute, das in jeder Beziehung allein Maßgebende. Kraft dieser Vernunft erklärte sie alles ihrem Fortschritt im Wege Stehende für unvernünftig und schlecht, alles ihm Förderliche für gut und vernünftig. Sie entthronte die Ideologien der alten Gesellschaft und setzte ihre neuen Ideale der Freiheit, Gleichheit und Brüderlichkeit an deren Stelle. Wo die Religion ein Machtfaktor der herrschenden feudalen, antibürgerlichen Klassen, wurde auch sie gestürzt; und vorwiegend dieser Umstand, nicht, wie vielfach angenommen wird, allein die Erkenntnis und Beherrschung der Naturkräfte war die Ursache der Religionslosigkeit der Bourgeoisie. Ein Beweis dafür ist England, wo das Bürgertum seinen Klassenkampf in religiös-puritanischen Formen ausfocht und gerade Vertreter der regierenden Klassen offiziell antireligiös waren. Aber maßgebend ist in der ganzen ersten Periode stets das rationalistische, die Vernunft als höchsten Richter anrufende Moment, selbst in der in religiösen Formen vor sich gehenden englischen Revolution. Auch jene Puritaner waren hervorragende Rationalisten, sie wollten mit ihrem Verstand die Bibel auslegen und danach über Recht und Unrecht entscheiden.

Wir nannten vorhin die erste Phase eine rationalistisch-optimistische. Nun, daß sie optimistisch gewesen, diese junge, kämpfende Bourgeoisie, bedarf wohl kaum einer Beweisführung. Sie war damals wirklich Vorkämpferin der Interessen der gesamten Menschheit, sie war die Verkörperung der aufstrebenden Kultur, und mit ihr schienen alle einem Zustand von bisher unerreichter Glückseligkeit entgegenzugehen. Da kam der Rückschlag, und damit kommen wir zu dem zweiten Stücke unserer tragischen Trilogie, der naturalistisch-pessimistischen Periode. Die Bourgeoisie hat sich die nötige Bewegungsfreiheit erkämpft, und jetzt zeigt sich die Kehrseite der neuen Gesellschaftsordnung. Die Vernichtung des Kleinbürgertums beginnt und gleichzeitig die Leiden des Proletariats. Nun haben sie ausgespielt, die Leute von Rousseau bis Kant, und Schopenhauer kommt zu seinem Rechte. Eine dumpfe, das Leben verneinende Weltanschauung verbreitet sich in den Kreisen des Kleinbürgertums, vor allem des Handwerkerstandes, der seiner Vernichtung durch die Großindustrie entgegensieht. In der Literaten- und Künstlerwelt herrscht der Naturalismus. Die Erinnerung an die Jugend ist noch zu wach, als daß man sich schon religiösen Ideologien wieder zuwenden könnte. So bleibt denn nichts, als die Schäden der Gesellschaft getreu nachzuzeichnen und alles in seiner krassen, traurigen Wirklichkeit wiederzugeben. Man hat diese ganze Kunstrichtung zu einer proletarischen stempeln wollen, doch ist sie nichts mehr als eine Aufrüttlung der Bourgeoisie durch ihre eigenen Klassengenossen, die durch Aufdeckung des Elends Mitleid erregen und vor allem ihre Leute mahnen wollen, Abhilfe zu schaffen, damit sie nicht von den drohenden Gewalten verschlungen würden. Und damit kommen wir zur letzten Phase, der metaphysisch-deterministischen Periode.

Das Proletariat, die Klasse, die unter den bestehenden Zuständen am meisten zu leiden hat, ist immer zahlreicher geworden, hat sich immer fester zusammengeballt, nun steht es dräuend da, der Totengräber der Bourgeoisie, den sie nicht entbehren und dem sie darum auch nicht entrinnen kann. Da gibt's denn keinen anderen Ausweg als „Resignation“ oder zurück zur Metaphysik! Allerdings, so ganz dogmatisch-religiös darf's nicht mehr geschehen,

man hat doch Ahnung von Naturwissenschaften und ist doch „gebildet". Da heißt es denn eine modifizierte, modernere Form der Befriedigung metaphysischer Bedürfnisse finden, und man hat sie im Mystizismus. Das Proletariat hat die Erkenntnis der Naturkräfte vom Bürgertum übernommen und die der gesellschaftlichen Kräfte selbst hinzuerworben. Ihm kann die letztere Art Erkenntnis nur Mut und Zuversicht einflößen, da sie ja ein Beweis für die Notwendigkeit der sozialistischen Ordnung ist. Aber aus demselben Grunde mußte diese Erkenntnis auch der Bourgeoisie stets verschlossen bleiben, denn diese will die sozialen Entwicklungstendenzen nicht kennen, denn sie will ja von ihrem Untergang nichts wissen. So bleibt ihr denn — wenn sie nicht in die Arme der dogmatischen Religionen zurück mag — nichts anderes übrig, als in mystisch-metaphysischen Ideologien sich selbst zu betäuben. Unsere heutige Bourgeoisie hat einen ernstlich religiösen Trieb, sie läuft nicht mehr ohne eigenes Bedürfnis in die Kirchen, wie vielleicht noch vor fünfzehn bis dreißig Jahren, nur damit dem Volke ein gutes Beispiel gegeben und die Religion ihm erhalten werde. In der Kunst findet diese Erscheinung ihren Ausdruck im Mystizismus, dessen klassischste Vertreter wohl Maeterlinck, v. Hofmannsthal und Beer-Hofmann sind. Der Mystizismus sucht die unerkannten gesellschaftlichen Mächte, die den modernen Menschen in seiner Existenz vielleicht noch stärker bedrohen als je den Wilden die Naturkräfte, zu rätselhaften, geheimnisvollen Gewalten zu verdichten, die in ihrer Art den alten Rachegöttern gar nicht so unähnlich ausschauen. Nun mußte aber eine so gewaltige Kulturbewegung wie der Emanzipationskampf des modernen Proletariats ihre Wellen notwendig auch in die Ideologien der Bourgeoisie hinüberschlagen; und so hat in den letzten Jahren eine Vermischung proletarischer und bürgerlicher Theorien stattgefunden, die dann gar eigenartige Früchte zeitigte. Es ging nämlich jener bürgerliche Mystizismus eine Verbindung mit einer der Grundlehren des philosophischen Marxismus ein, welche gerade von jener Seite bisher nicht scharf genug bekämpft werden konnte; und zwar ist diese Lehre: der „soziale Determinismus". Marx hatte zum erstenmal wissenschaftlich nachgewiesen, wie jedes Volk, jede Klasse und jeder einzelne Mensch in allen ihren Handlungen in letzter Linie durch ökonomische, soziale Bedingungen bestimmt werden. Nun hatte sich schon früher in den Köpfen bürgerlicher Ideologen eine Karikatur dieses Determinismus gebildet, die sie dann, wie einen selbst zurechtgestutzten Popanz, „mit Leichtigkeit" gar jämmerlich zu Fetzen schlugen. Sie schoben nämlich dem sozialen Determinismus unter, er lehre ein „blindes" Walten „toter" Produktionsverhältnisse, die den lebendigen Menschen, die Wirkung der Ideen usw. völlig ausschalteten und den einzelnen zum automatischen Werkzeug degradierten. Diese guten Leute und schlechten Musikanten sahen nämlich in *ihrer* „Blindheit" nicht, daß in dem Begriff *Produktionsverhältnis* schon der ganze lebendige Mensch mit Fleisch und Bein und Wollen und Handeln *eingeschlossen* ist, daß dieser Begriff stets eine Beziehung *des Menschen*, des Menschen ganz und gar, zur Natur und den Mitmenschen ausdrückt. Und dieser entstellte Determinismus, der bisher so billig als sozialistischer, historischer Materialismus bekämpft wurde, man denke, er ist neuerdings von einzelnen und nicht unbedeutenden bürgerlichen Ideologen in den eigenen Geistesschatz übernommen worden. Unter den Literaten ist wohl der bedeutendste Apostel jener neuen Religion Beer-Hofmann mit seinem „Grafen von Charolais". Dieses Stück ist fast von der gesamten bürgerlichen

Kunstkritik als das bedeutendste hingestellt worden, das überhaupt im letzten Jahrzehnt in Deutschland geschrieben wurde. Wir finden darin eine mystisch-deterministische Lebensauffassung, welche die soziale Notwendigkeit als ein unabwendbares Fatum auffaßt, eine dunkle, rätselhafte Macht, der der einzelne vergeblich zu entrinnen suche. Da ist ein berühmter Sänger, der durch Erkältung seine Stimme verlor, zum Kuppler geworden, ein Jüngling wird durch seinen Drang zum Leben in den Tod gejagt, eine Frau gerät durch ihr Mitleid in Schande und Verderben, und der Held selbst wird durch seine Liebe in den Abgrund der Verzweiflung gestürzt. So kommt er zuletzt zu der Erkenntnis, nicht sie, alle die einzelnen sind es, die in ihr Unglück gegangen, es trieb sie, es zog sie, es! Nicht ich, nicht du, nicht er hat dies oder jenes getan, es ist mit ihnen so geworden.... Doch was ist dieses es? Man weiß es nicht, es ist etwas Mystisches, Rätselhaftes, Gott, Schicksal, Notwendigkeit! Da haben wir ihn, den bürgerlichen Determinismus, das ist er ganz und gar, in seiner klassischsten Gestalt! Auch er hat das Notwendigkeitsprinzip übernommen und sogar das soziale Notwendigkeitsprinzip, aber abgesehen davon, daß ihm jene bestimmenden gesellschaftlichen Mächte, das heißt in die Ökonomie übersetzt, die Bewegungsgesetze der kapitalistischen Produktionsweise unbekannt sind, gerät er durch Betonung des sozialen Bestimmungsprinzips in das Extrem, die Motivierung jeder Einzelhandlung ganz außerhalb des Individuums zu legen, das heißt dasselbe eigentlich überhaupt auszuschalten. Selbstverständlich hat der soziale oder besser der dialektische Determinismus nie verkannt, daß die Form, in der die einzelnen menschlichen Handlungen vor sich gehen, eine individuelle ist, das heißt daß das Einzelindividuum nach eigenem Willen und Entschluß handelt. Nur daß gerade dieser Wille und Entschluß in ihm überhaupt entstanden ist, das ist sozial bedingt, jedoch bleibt er deshalb nicht minder mein, dein, sein Wille. Wir waren bisher den bürgerlichen Ideologen gegenüber gezwungen, ihren individualistischen Anmaßungen mit der Betonung des sozialen Motivs entgegenzutreten. Jetzt ist nun der neuen Apostel wegen das Umgekehrte notwendig. Allerdings, wenn wir solchem Determinismus huldigten, dann hätte Eduard Bernstein mit seiner Forderung recht, daß wir neben den ökonomischen auch die intellektuellen Motive berücksichtigen müßten. Wir wissen, daß alles Individuelle gesellschaftlich ist, daß die persönlichsten Gefühle wie Liebe, Haß, Furcht und Zorn soziale Affekte sind; aber gerade deshalb wissen wir, daß auch alles Individuelle nicht minder hausbacken wirklich ist, das heißt daß alle die gesellschaftlichen Affekte gar keine andere Daseinsmöglichkeit haben als eine individuelle, und insofern alles Gesellschaftliche individuell und alles Individuelle gesellschaftlich ist. Deshalb können wir recht wohl das Individuum mit seinem eigenen Denken und Wollen bestehen lassen und brauchen es nicht zu einem Korkstückchen herabwürdigen, das leblos auf einem großen Strome schwimmt. Es ist in unseren Kreisen diese Art bürgerlicher Dramatik arg überschätzt worden, wenn auch andererseits entschuldigend hinzukommt, daß man sich schließlich überhaupt freute, wirkliche dramatische Kunstwerke zu haben, in denen die bestimmende Wirkung des Milieus zum Ausdruck gebracht wurde. Wie sämtlichen Dramen der bedeutendsten deutschen Naturalisten eigentlich das fehlt, was doch den Hauptcharakter jedes dramatischen Kunstwerkes ausmacht, nämlich: Handlung, dieselbe Erscheinung haben wir bei Beer-Hofmann; es ist eben mit jenem mystischen Determinismus jegliche wollende, aktive Individualität

unvereinbar, und deshalb passen die aus dieser Lebensanschauung heraus geborenen Charaktere niemals in ein von lebendiger Handlung bewegtes Drama. Hauptmann, der lange Zeit der beste Vertreter des reinen Naturalismus war, zeigt in seinen letzten Werken eine deutliche Wendung zum Mystizismus („Die versunkene Glocke"). Überhaupt scheint er ein Sammelbecken für alle Richtungen bourgeoiser Ideologien geworden zu sein.

Selbst wo der Mystizismus nicht aus den Bedingungen spätkapitalistischer Produktionsweise hervorgegangen, beruht auf ihr seine Wirkung und Verbreitung in der Kulturwelt. So bei Tolstoi, dessen Mystizismus die Ideologie des untergehenden russischen Kleinbauern ist.

Auch in der Philosophie macht sich das Zurückgehen auf metaphysische Motive immer deutlicher bemerkbar, und wir sehen die bedeutendsten bürgerlichen Philosophen bis auf Kant zurückgehen, wobei sie nicht nur seine revolutionäre Kritik der reinen Vernunft, nein, auch den ganzen metaphysisch praktischen Kant, noch dazu mit teleologischer Spitze, in die Welt hinauspredigen. Im ganzen haben wir alle Ursache, mit dieser letzten, deterministischen Wendung der bürgerlichen Ideologien zufrieden zu sein, denn sie ist uns ein sicheres Zeichen dafür, daß das Bürgertum tatsächlich schon die Vorwehen seines Unterganges zu fühlen beginnt, und dann kann auch seine Sterbestunde nicht mehr fern sein.

Die christliche Gewerkschaftsbewegung in Deutschland.

Von **Gustav Hoch**-Hanau a. M.

(Schluß.)

Vergegenwärtigen wir uns nun den Weg, den die christlichen Gewerkvereine bei ihrer Entwicklung zurückgelegt haben. Die christliche Arbeiterbewegung war anfangs im wesentlichen nur gegen die Sozialdemokratie gerichtet. Den christlichen Arbeitern wurde es als ein Gebot ihrer Religion auferlegt, alles Heil einzig und allein von der christlichen Gerechtigkeit und Nächstenliebe zu erhoffen und sich unbedingt von dem unchristlichen Klassenkampf der Sozialdemokratie fernzuhalten. Nach dem Falle des Sozialistengesetzes sahen sich aber auch die christlichen Arbeiterfreunde zu einer bedeutungsvollen Änderung ihrer Taktik gezwungen: sie räumten den christlichen Arbeitern das Recht ein, selbst die Hand anzulegen, um ihre Lebens- und Arbeitsverhältnisse zu verbessern. Die christlichen Arbeiter begannen sich ernsthaft mit den wirtschaftlichen Fragen zu beschäftigen und waren damit auf die Bahn gelangt, die sie aus der religiösen Schwärmerei zum praktischen Handeln und schließlich in den — Klassenkampf führt. Sie erkannten allmählich die Notwendigkeit, ihre Lohn- und Arbeitsbedingungen zu verbessern, an, lernten aber aus ihrer Erfahrung mit den „christlichen" und unchristlichen Unternehmern, daß auch sie jede Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Lage den Unternehmern in einem schweren wirtschaftlichen Kampfe abzwingen müssen. Sie passen ihre Organisationen diesen Kämpfen nach und nach an und nehmen den Kampf immer häufiger und nachdrücklicher auf. So werden aus religiösen Vereinen wirtschaftliche und schließlich Klassenkampfvereine; aus betenden Christen werden kämpfende Arbeiter.

Freilich ist diese Entwicklung noch lange nicht zum vollen Abschluß gekommen. Die eine Gruppe der christlichen Arbeiter hat kaum die ersten Schritte

auf dieser Bahn getan, während andere Gruppen bereits in eine ganze Reihe von Lohnkämpfen verwickelt waren. Außerdem fallen selbst die am weitesten vorgeschrittenen christlichen Arbeiter nur zu oft in die Fehler der früheren Zeit zurück. Das um so mehr, weil ihre guten Freunde, die christlichen Sozialpolitiker, sich eifrigst bemühen, diese Entwicklung der christlichen Arbeiterbewegung möglichst zu verhindern.

Die Bergarbeiter des Ruhrreviers hatten bereits im Jahre 1872 im Anschluß an einen erfolglos gebliebenen Streik einen „Verband rheinisch-westfälischer Grubenarbeiter zur Wahrung berechtigter Interessen des Bergarbeiterstandes“ gegründet, der Angehörige aller Parteien und Konfessionen umfaßte. Das provisorische Statut nannte als Zweck des Verbandes die „Wahrung berechtigter Interessen des Bergarbeiterstandes“. Laut § 3 des Statuts sollte der Verein erstreben: Verkürzung der Schichtzeit, fachtechnische unentgeltliche Ausbildung der Bergleute auf den Bergschulen, Gewährung von Rechtsschutz, Auszahlung von Kranken- und Sterbegeld; Beschaffung von Vereinshäusern und eigener Presse; Unterstützung von Gemaßregelten. § 8 des Statuts enthielt ein vollständiges Streikreglement. Von Religion und Politik, so berichtet Genosse Hué in seiner Schrift über „Neutrale oder parteiische Gewerkschaften“ aus dem Jahre 1900, war in dem Statut nur im ausschließenden Sinne die Rede. Den Vorstand bildeten zwei Christlichsoziale, zwei Lassalleaner und ein Evangelischsozialer. Das Statut wurde jedoch vom Minister Eulenburg nicht genehmigt. Erst im Jahre 1877 konnte die Gründung eines derartigen Verbandes von neuem in Angriff genommen werden. Am 18. November 1877 fand in Essen eine Versammlung statt, die von mehr als 6000 Bergleuten aus dem ganzen Ruhrgebiet besucht war. In dieser Versammlung trat der Sozialdemokrat Hasselmann für einen durchaus unparteiischen Bergarbeiterverband ein. Der Zentrumsabgeordnete Stötzel sprach sich für eine Vereinigung „auf christlich-sozialer Grundlage“ aus. Ihm antwortete ein christlich-sozialer Arbeiter, der Bergmann Rosenkranz, der sich zwar stets als ein entschiedener Katholik und Mitglied der Zentrumspartei bekannte, trotzdem erklärte, daß der Verband, wolle er groß und mächtig werden, *jeden* Bergarbeiter aufnehmen müsse. Demgemäß wurde dann auch die Gründung des Vereins vollzogen.

Nun aber begann der offene und wilde Kampf gegen die Neutralität der Gewerkschaft. Dr. Müller berichtet hierüber: Das tatsächliche Gebaren der jungen Organisation habe sehr wenig den nach außen hin verkündeten Grundsätzen entsprochen. Ihre kurze Geschichte trage ein ganz sozialistisches Gepräge. Schon auf der ersten Generalversammlung im Februar 1878 schieden die Vorbecker Bergleute aus, „weil sie keine Sozialdemokraten seien“. In den übrigen Orten außer Essen, wo Rosenkranz einigen Anhang hatte, gehörten fast nur Sozialdemokraten dem Verein an. Letzterer soll es auf 3000 Mitglieder gebracht haben. Aber die Bekämpfung durch die Tagespresse und die Geistlichkeit ließ ihn schnell wieder zurückgehen, zumal die Verbandsleitung in den Ruf kam, Kassengelder unterschlagen zu haben.

Mit diesem knappen Bericht in dem umfangreichen Buche des Herrn Dr. Müller vergleiche man die folgende Darstellung des Sachverhaltes, die Hué in der bereits erwähnten Broschüre, ebenfalls nach ultramontanen Quellen, bringt.

Der Kampf begann auf der ersten Generalversammlung am 2. und 3. Februar 1878, die das Statut endgültig feststellen sollte. § 1 des Statuts lautete:

Zweck des Verbandes ist, unter Ausschließung aller politischen, religiösen und öffentlichen Angelegenheiten die Ehre und die materiellen Interessen seiner Mitglieder lediglich durch gemeinsames Handeln bei der Verwertung ihrer Arbeitskraft zu wahren.

Hiergegen sprach zunächst Kaplan Laaf: „Wenn er auch eine Vereinigung der Bergleute als eine unbedingte Notwendigkeit erachte, so müsse er ganz entschieden gegen ein Zusammengehen mit den Sozialdemokraten sein, nachdem dieselben in Berlin ‚Vernichtung des Christentums' auf ihre Fahne geschrieben. Aber nicht allein der religiöse Grund sei es, der ihn veranlasse, die katholischen Bergleute vor einer Gemeinschaft mit den atheistischen Sozialdemokraten zu wahren, als Parteimann müsse er auch aus politischen Gründen dagegen sein. Nachdem die Sozialdemokraten im Kreise Essen bis jetzt nichts ausgerichtet, wolle man, da man die Tür verschlossen gefunden, durch das Fenster hinein, und deswegen habe die Sozialdemokratie, mit Herrn Hasselmann an der Spitze, die gegenwärtige Bewegung in Szene gesetzt" („Christlich-soziale Blätter", Heft 5, S. 141 bis 142).

Der Sozialdemokrat Hasselmann trat dann wieder für den Zusammenschluß aller Arbeiter ein. Schließlich wurde die Vorlage mit 39 gegen 14 Stimmen angenommen.

Die ultramontane Presse stempelte die Majorität sofort zu Sozialdemokraten, obgleich sie selbst berichtet, daß sich mehrere katholisch-soziale Bergarbeiter im Sinne Rosenkranz' für die Vorlage erklärt haben. Nach Annahme des Statuts handelte es sich noch um den Namen des Vereins. Rosenkranz wollte, aus Furcht, die Zentrale könnte später nach dem „sozialdemokratischen Sachsen" verlegt werden, einen „Verband rheinisch-westfälischer Bergleute". Schröder-Dortmund beantragte den Titel: „Deutscher Bergarbeiterverband", der auch angenommen wurde. Um aber die ohnedies schon schwierige Stellung Rosenkranz' nicht noch schlechter zu machen, wurde der Verein am nächsten Tage in den „Verband rheinisch-westfälischer Bergleute" umgetauft.

Und wegen dieser Differenzen schieden die Borbecker Bergleute aus. Das führt Dr. Müller als den einzigen Beweis für das von ihm behauptete „ganz sozialistische Gepräge" des Vereins an. So steht es — nebenbei bemerkt — mit der wissenschaftlichen Genauigkeit des Müllerschen Buches!

Nach der Generalversammlung begann sofort eine wütende Hetze der ultramontanen Presse gegen den Verband, ja Laaf, Stötzel und andere Zentrumspolitiker gingen an die Gründung des ersten Gegenverbandes. Als aber am 18. Februar 1878 der Grubenbesitzerverein allen Bergleuten, die einem Verband, gleichgültig, ob dem allgemeinen oder dem ultramontanen, beitreten würden, mit Entlassung drohte, fielen die Christlichen eiligst um, indem sie beschlossen, einstweilen den geplanten Verein nicht ins Leben treten zu lassen. Das eine wurde aber erreicht: der von Rosenkranz geleitete Verband ging rapide zurück infolge der klerikalen Bekämpfung. Er wurde nicht anders wie der „sozialdemokratische Verband" genannt, obgleich sein hervorragender Leiter ein streng katholischer Zentrumsmann war. Ultramontane Blätter scheuten sogar nicht davor zurück, die Verbandsleitung — und damit in erster Linie einen Angehörigen ihrer eigenen Partei — der Unterschlagung von Geldern zu bezichtigen. Dies war die Methode, nach welcher die christlichen Arbeiterfreunde die christlichen Arbeiter zu jener Zeit führten.

Als später mehr und mehr auch von den christlichen Arbeitern die Notwendigkeit erkannt wurde, daß die Arbeiter der einzelnen Gewerbszweige sich

zusammenschließen, waren es, wie selbst Dr. Müller hervorhebt, in erster Linie die „Freunde“ der christlichen Bewegung (Geistliche usw.), die den Gedanken, die Fachabteilungen mit den konfessionellen Vereinen eng zu verknüpfen und sie der Kontrolle der geistlichen Vorsitzenden der letzteren zu unterstellen, anregten. Auf diese Weise hofften sie, unchristliche, zumal sozialistische Ideen auch in Zukunft von den christlichen Arbeitern fernhalten zu können. Und auch als diese Schranke sich als unhaltbar erwiesen und die christlichen Gewerkschaften sich auf eigene Füße gestellt hatten, zeigt sich immer wieder das Bestreben, eine scharfe Grenze zwischen den braven christlichen und den bösen sozialdemokratischen Arbeitern zu ziehen. Daher das wütende Geschrei der „Christlichen“, als unmittelbar vor und dann auf dem Frankfurter Kongreß der christlichen Arbeiter die Frage der ehrlichen Neutralität der Gewerkschaften ernsthaft debattiert wurde. Damals fiel auch das bittere Wort des Erzbischofs von Freiburg, die christlichen Gewerkschaften bedienten sich des christlichen Namens nur als Aushängeschild und huldigten in Wirklichkeit dem unchristlichen Klassenkampf. Der Ausschuß der christlichen Gewerkschaften verwahrte zwar die Mitglieder der christlichen Gewerkschaften gegen diesen Vorwurf auf das entschiedenste. Was aber mag wohl der Herr Erzbischof denken, wenn er den neuesten Bericht des Ausschusses über die christlichen Gewerkschaften liest? Der Bericht stellt fest, daß der Geschäftsgang im Jahre 1904 befriedigend gewesen ist. Dann heißt es wörtlich weiter:

„Daher konnte auch die Gewerkschaftsbewegung an dasselbe (das Wirtschaftsjahr 1904) günstige Erwartungen stellen.... Doch von selbst fallen derselben keine Früchte in den Schoß, dafür sorgen schon ihre Gegner. Und so trug das Berichtsjahr gleich seinem Vorgänger das Merkmal eines Kampfjahres.“

Hierauf berichtet der Ausschuß über die große Zahl von Streiks im letzten Jahre als eine ganz selbstverständliche Sache, als die naturnotwendige Folge der „Herrenmoral der deutschen Großindustriemagnaten“ — also ganz nach sozialdemokratischem Muster.

Hier zeigt sich der Unterschied in den Verhältnissen jetzt und früher. Vor dreißig Jahren konnten noch die christlichen Arbeiterfreunde den Versuch der christlichen Arbeiter, sich eine Klassenorganisation zu schaffen, zum Scheitern bringen. Heute ist das nicht mehr möglich. Die christliche Arbeiterbewegung entwickelt sich unter dem Drucke der wirtschaftlichen Verhältnisse trotz aller Hindernisse weiter und weiter in der Richtung nach einer wirklichen Arbeiterbewegung, nach einer Klassenkampforganisation, nach der Sozialdemokratie.

Daran ändert auch die so sehr berufene Neutralität der Gewerkschaften nichts. Die Christlichen haben seit jeher ihre Gewerkschaften nur Gesinnungsgenossen geöffnet, die Sozialdemokraten haben seit jeher anerkannt, daß die Gewerkschaften allen Arbeitern ohne Unterschied der Parteianschauung zugänglich sein müssen. Was die christlichen Arbeiterfreunde erstreben, ist nichts weniger als die völlige Unterwerfung der Arbeitervereine unter die Kirche als das einzige Mittel, um die Arbeiter auf dem richtigen Wege zu halten. Diesen Standpunkt nimmt auch heute noch wenigstens die christliche Sozialtheorie ein. Dagegen haben sich schon die Lassalleaner Schweitzer und Fritzsche mit ihrem Aufruf vom 30. August 1868 zur Beschickung eines allgemeinen deutschen Arbeiterkongresses an alle Arbeiter gewendet. Der Aufruf schloß mit den Worten:

„Arbeiter Deutschlands! Ihr alle, wo ihr auch sein und weilen möget, seufzet unter dem Drucke des Kapitals. Ihr alle fühlet über euch jene gemüt- und schonungslose, jene unersättliche Macht, der eure Arbeitskraft dienen muß! Stehet zusammen, wo es gilt, das moderne Joch zu bekämpfen und für die ewigen Menschenrechte einzustehen. Seid einig und erkennet eure ungeheure Macht!“

Ferner hat, wie Bebel in seinem Vortrag über „Gewerkschaftsbewegung und politische Parteien“ im Jahre 1900 erinnerte, der Gewerkschaftskongreß (Eisenacher Richtung) zu Erfurt 1872

„in Erwägung, daß die Kapitalmacht alle Arbeiter, gleichviel ob sie konservativ, fortschrittlich, liberal oder Sozialdemokraten sind, gleich sehr bedrückt und ausbeutet“,

es für heilige Pflicht der Arbeiter erklärt,

„allen Parteihader beiseite zu setzen, um auf dem neutralen Boden einer einheitlichen Gewerkschaftsorganisation die Vorbedingungen eines erfolgreichen kräftigen Widerstandes zu schaffen, die bedrohte Existenz sicherzustellen und eine Verbesserung ihrer Klassenlage zu erkämpfen.“

Nach der Vereinigung der „Eisenacher“ mit den Lassalleanern fand am 28. Mai 1875 in Gotha ein gemeinsamer Gewerkschaftskongreß statt, auf dem von einzelnen Delegierten besonders lebhaft die Notwendigkeit hervorgehoben wurde, daß in den Gewerkschaftsversammlungen die Politik fernzuhalten und überhaupt von den Gewerkschaften als Gewerkschaften keine Politik zu treiben sei. Es sei nicht die Sache der Gewerkschaftsverbindungen, sich mit Politik zu befassen. Wolle der Arbeiter Politik treiben — und er müsse sich auch dieses Gebiets bemächtigen, will er seine Klasseninteressen gefördert und vertreten sehen —, so möge er sich der sozialistischen Arbeiterpartei Deutschlands anschließen, deren Programm und Organisation genügende Garantie dafür bieten, daß ihre Angehörigen nur für und im Interesse der Arbeiter wirken werden. Diese Ausführungen fanden von keiner Seite Widerspruch. Folgende Resolution wurde einstimmig angenommen:

„Die Konferenz erklärt: Es ist Pflicht der Gewerkschaftsgenossen, aus den Gewerkschaftsorganisationen die Politik fernzuhalten, dagegen sich der ‚Sozialistischen Arbeiterpartei‘ Deutschlands anzuschließen, weil nur diese die politische und wirtschaftliche Stellung der Arbeiter in vollem Maße zu einer menschenwürdigen zu machen vermag.“ [1]

Daher ist es gerade für die von den Gegnern stets als sozialdemokratisch denunzierten Gewerkschaften charakteristisch, daß sie von Anfang an bis auf den heutigen Tag allen Arbeitern offen standen, welche die Notwendigkeit eines gemeinsamen Kampfes um möglichst günstige Lohn- und Arbeitsbedingungen anerkennen, gleichgültig welchen politischen und religiösen Ansichten sie im übrigen huldigen.

Diese Auffassung ergibt sich aus den verschiedenen Aufgaben der politischen und der gewerkschaftlichen Bewegung. Die Gewerkschaften haben die Interessen der Arbeiter der einzelnen Gewerbszweige zu vertreten, die politische Partei dient den Interessen der Arbeiterklasse als Ganzes. Die Gewerkschaften erkämpfen den Arbeitern einen immer größeren Einfluß auf die Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den einzelnen Gewerbszweigen, die politische Partei dagegen erstrebt

[1] August Bringmann, Geschichte der deutschen Zimmererbewegung. Hamburg 1903, Verlag von Fr. Schrader, Band 1, S. 198.

einen immer größeren Einfluß der Arbeiter auf das öffentliche Leben. Allerdings ist das Endziel beider Bewegungen das gleiche: die Überwindung der kapitalistischen Ausbeutungswirtschaft. Ebenso sind beide Bewegungen von demselben Geiste beseelt: dem Geiste des Klassenkampfes. Außerdem ergänzen die beiden Bewegungen einander. Die Gewerkschaften müssen stets im Einklang mit den Interessen der gesamten Arbeiterklasse bleiben, und die politische Partei muß stets den Bedürfnissen der Arbeiter in den einzelnen Gewerbszweigen Rechnung tragen. Aber die Truppen, welche jeder der beiden Zweige der Arbeiterbewegung in den Kampf führt, sind nicht dieselben. Denn nicht alle Arbeiter, die den Klassenkampf in ihrem Gewerbe als notwendig anerkennen, haben auch schon die daraus sich ergebende Konsequenz für ihre Stellung im öffentlichen Leben gezogen. Deshalb ist jene Neutralität, wie sie in den freien Gewerkschaften grundsätzlich zugestanden ist, unerläßlich, um der wirtschaftlichen Bewegung eine möglichst große Kraft zu verleihen. Die Bekehrung der christlichen Arbeiter zu dieser Art Neutralität bedeutet demgemäß ebenfalls nur die Abwendung von dem „christlichen" Wege zur Sozialdemokratie.

Die Sozialdemokratie kann daher mit der Entwicklung der christlichen Gewerkschaftsbewegung durchaus zufrieden sein. Sie kann hoffen, daß, je mehr die sozialen Gegensätze sich verschärfen, auch in den katholischen Gegenden desto schneller alle Arbeiter sich in ihrem gemeinsamen Kampfe gegen die jetzige Ausbeutungswirtschaft zusammenfinden werden.

Die Arbeitsverhältnisse in der Schweiz.

Nach den Berichten der Fabrikinspektoren.

Von Dr. J. **Hertz** (Herisau).

I.

Nach dem schweizerischen Fabrikgesetz vom 23. März 1877 haben die Kantone das Vollziehungsrecht; sie entscheiden über Arbeitszeitverlängerung, Sonntags- und Nachtarbeit, wie sie auch die Gesetzesübertretungen bestrafen. Dem Bunde steht die Aufsicht zu. Zur Durchführung der Aufsicht ernannte er drei Inspektorate und setzte deren Pflichten und Rechte fest. Strafbefugnisse besitzen sie nicht, sie kontrollieren nur. Auch sind sie nach den Haftpflichtgesetzen von 1881 und 1887 mit der Wahrung der Interessen der verunglückten Arbeiter betraut. Die Inspektoren haben die dem Fabrik- und Haftpflichtgesetz unterstellten Betriebe periodisch zu inspizieren und darüber alle zwei Jahre zu berichten.

Im nachstehenden soll auf Grund der Berichte aus dem Jahrzehnt 1891/1901 ein allgemeines Bild der Arbeitsverhältnisse gegeben werden.

Fabrikbetriebe. 1891 waren dem Fabrikgesetz unterstellt 4393 und 1901 6080, das ist eine Vermehrung um 38,5 Prozent. Ganz besonders stark war sie in agrikolen und alpinen Kantonen beziehungsweise Kantonsteilen. So im Tessin um 268, Neuenburg 198,5, Wallis 93,7, Bern 90,5 Prozent. Das ganze Jahrzehnt zeigt, wie allmählich die Industrie auf Kosten der Landwirtschaft Boden gewinnt. Nach den Erhebungen vom 5. Juni 1895 und 1901 zeigen die größte Zunahme die chemische und physikalische Industrie (71 Prozent), die Holzindustrie (63,5 Prozent) und die Metallindustrie (63,3 Prozent); dann die Industrie der Edelmetalle (36,7 Prozent), Steine und Erden (35,3 Prozent), Maschinen (32,5 Prozent), Lebensmittel (19 Prozent), Papier (18,6 Prozent), Leder (17,7 Prozent). Einzig die Textilindustrie zeigt eine Abnahme (3,5 Prozent).

Kohlen hat die Schweiz nicht, dafür aber ausgiebige Wasserkräfte; allerdings sind diese wenig konstant, weshalb man in Reserve Dampfmotoren hält. Das Charakteristikum des vergangenen Jahrzehnts war eine systematische Nutzbarmachung der Wasserkräfte, insbesondere durch deren Überleitung in elektrischen Strom, namentlich in der Ost-, Zentral- und Westschweiz. So sind z. B. in Genf Werke von erheblichem Umfang entstanden, die ihre Kräfte in die entferntesten Uhrmacherdörfer des Jura abgeben. 1893 besaß Genf 73 HP Elektrizität und 2148 HP Wasser; 1901 5988 HP Elektrizität und 20903 HP Wasser. Somit in acht Jahren eine elffache Vermehrung! Die Gesamtzahl der Betriebskräfte in der schweizerischen Industrie stieg von 1891 bis 1901 von 152718 HP auf 320432 HP. Von 100 vorhandenen HP (Pferdekräften) entfielen auf:

	Wasser	Dampf	Elektrizität	Sonstige Motoren
1895	57,6	34,9	4,8	2,7
1901	57,9	26,2	11,7	4,2

Die mit Motoren arbeitenden Betriebe haben in diesem Zeitabschnitt eine Zunahme von 37 Prozent erfahren. 1895 war das Verhältnis der mit Motoren arbeitenden Fabriken zur Gesamtzahl 67 : 100, 1901 war das gleiche Verhältnis 75 : 100. 1895 kamen im Durchschnitt auf ein Etablissement 31 HP, 1901 47,6 HP. Während 1895 das Verhältnis der Arbeiter zu den Betriebskräften 100 Arbeiter : 73,6 HP war, stieg es 1901 auf 100 Arbeiter : 119,4 HP, so daß wir jetzt 19,4 Prozent HP mehr Betriebskräfte als menschliche Arbeitskraft in den schweizerischen Fabriken finden.

Arbeiter. 1891 betrug die Gesamtzahl der Fabrikarbeiter 176175, die Statistik von 1901 zeigt einen Bestand von 242534 = 37,9 Prozent mehr. Auch hier zeigen alpine und agrikole Kantone die größte Zunahme, so Uri 273 Prozent, Schaffhausen 79,5, Luzern 62,1, Bern 58,4 und Graubünden 54,3 Prozent.

Der Anteil der Gesamtarbeiterzahl nach den Industriegruppen gruppiert sich nach folgender Rangordnung:

	1895	1901
1. Textilindustrie	45,60 Prozent	40,10 Prozent
2. Maschinenindustrie	11,94 „	13,45 „
3. Uhren- und Bijouterieindustrie . . .	8,17 „	10,22 „
4. Lebensmittelindustrie	7,00 „	7,59 „
5. Holzindustrie	5,67 „	5,97 „
6. Industrie der Steine und Erden . .	4,85 „	5,02 „
7. Leder- und Häuteindustrie	4,25 „	3,82 „
8. Chemische und physikalische Industrie	2,02 „	2,89 „

Während die letzte Industrie bezüglich ihres Anteils an Betriebskräften gegen 1895 um 649,5 Prozent zugenommen hat, zeigt sie hinsichtlich der Arbeiterzahl diese minimale Zunahme; erklärlich ist diese Erscheinung, wenn man in Betracht zieht, daß zu dieser Gruppe die elektrische Industrie mitgerechnet ist, wo mit einer ganz kleinen Arbeiterzahl riesige Kräfte tätig sind: im Durchschnitt arbeitet ein elektrisches Kraftwerk mit 385 HP.

Nach dem Lebensalter gruppieren sich die schweizerischen Fabrikarbeiter:

	Kinder (14—18 jährige)	18—50 Jahre	über 50 Jahre
1895	14,3 Prozent	76,7 Prozent	9,0 Prozent
1901	14,6 „	76,1 „	9,3 „

Also Abnahme der Arbeiter im Vollbesitz der Kräfte, Zunahme der Kinder und alter Leute.

Betrachten wir zunächst die Veränderung der Kinderzahl im allgemeinen, so hatten wir 1891 einen Bestand von 25176 = 14,3 Prozent der Totalarbeitersumme! 1901 waren es 35272 = 14,6 Prozent! Während die Gesamtzahl der Arbeiter sich um

37,9 Prozent vermehrt hat, weist die Zahl der Kinder bei 40,5 Prozent Vermehrung eine viel raschere Zunahme auf. Kinderarbeitskraft ist eine sehr begehrte Ware; findet man sie nicht billig genug im Lande selbst, so importiert man sie aus der italienischen Schweiz und den benachbarten rückständigen italienischen Hochtälern; einige Tausend solcher italienischer Mädchen arbeiten gegenwärtig in der schweizerischen Textilindustrie; 3000 bis 4000 davon sind eingesperrt in Arbeitshäusern unter Aufsicht frommer Nonnen. Im vorigen Jahre hat Genosse Greulich, Arbeitersekretär in Zürich, den schweizerischen Bundesrat auf die gesetzwidrigen Zustände in diesen Arbeitshäusern aufmerksam gemacht und Abhilfe verlangt. Allerdings verbietet das schweizerische Fabrikgesetz die Verwendung von Kindern unter 14 Jahren in den Fabriken. Aber die kapitalistischen Unternehmer verstehen die Kunst, solche Verbote teilweise illusorisch zu machen. So gebraucht man zum Beispiel bei den aus Italien importierten Mädchen die billige Ausrede, „die gesetzlich verlangten Altersausweise seien aus deren Heimatsgemeinden in der vorgeschriebenen Form nicht erhältlich", andererseits richtet man unter dem Patronat irgendeiner „gemeinnützigen Gesellschaft" unter der Firma „Versorgungs"- oder „Arbeitsanstalt" usw. eine Fabrik ein und beschäftigt dort arme und Waisenkinder in jedem Alter. „Eine Fabrik im Kanton Tessin beschäftigte 20 junge Mädchen von 7 bis 15 Jahren in einem sogenannten Waisenhaus, auf Grund einer Stiftung. Die Mädchen erhielten bloß eine Stunde Unterricht täglich."

Das Verhältnis der weiblichen Arbeiter in Fabriken zur Gesamtzahl der Fabrikarbeiter war 1895 40,4 Prozent und ist 1901 auf 38 Prozent gesunken. Das Hauptkontingent der Arbeiterinnen beansprucht die Textilindustrie: 1895 65,2 Prozent und 1901 65,8 Prozent. Nach den Altersklassen verteilen sich die Arbeiterinnen:

	14—18 Jahre	18—50 Jahre	über 50 Jahre
1895	19,0 Prozent	74,6 Prozent	6,4 Prozent
1901	20,2 "	72,9 "	6,9 "

Also wieder Zunahme der Minderjährigen und Alten auf Kosten der volljährigen Arbeiterinnen im Alter von 18 bis 50 Jahren.

Die Statistik vom 5. Juni 1901 unterscheidet verheiratete Arbeiterinnen und solche mit Kindern unter 12 Jahren. Von der Gesamtzahl 92331 Fabrikarbeiterinnen waren verheiratet 24042 (26 Prozent), und von diesen haben 11786 (49,2 Prozent) Kinder unter 12 Jahren. Zur Gesamtzahl der Arbeiter verhält sich die Zahl der verheirateten Arbeiterinnen wie 100 : 9,9.

Das schweizerische Fabrikgesetz bestimmt, daß schwangere Frauen während acht Wochen in der Fabrik nicht beschäftigt werden dürfen und seit der Niederkunft mindestens sechs Wochen verflossen sein müssen.

Diese Schonzeit ohne ökonomischen Mutterschutz hat sich nicht bewährt. Schwangere Frauen oder Wöchnerinnen nehmen oft keine Rücksichten auf die gesetzliche Schonzeit, und nur um den Lohn nicht zu verlieren, wechseln sie die Fabrik und kommen in Betriebe, wo ihr Zustand nicht bekannt ist. Diesen Gesetzesübertretungen kann nur ein ausgiebiger ökonomischer Mutterschutz abhelfen.

Nach der Nationalität zeigt die Arbeiterschaft zu Anfang und zu Ende der sechsjährigen Periode (1895 bis 1901) ein sehr verschiedenes Bild. Während einerseits die gesamte Fabrikarbeiterschaft von 100 auf 121,1 stieg, haben sich die Ausländer in der Fabrikbevölkerung vermehrt von 100 auf 156,8. Weitaus am meisten haben zugenommen die Italiener (273,7 Prozent); ferner die Österreicher (61,5 Prozent), Franzosen (25,3 Prozent), Deutsche (23,6 Prozent), andere Nationen (55,6 Prozent) und die Schweizer (nur 15,6 Prozent); 1895 war der ausländische Anteil an der gesamten Fabrikarbeiterschaft 12,6 Prozent und 1901 16,4 Prozent.

Die Deutschen haben absolut und relativ von allen Ausländern die größte Vertretung, 1895 betrug ihre Zahl 14872 (= 7,4 Prozent), 1901 18375 (= 7,6 Prozent). Von diesen Zahlen entfallen auf die Textilindustrie 30,6 bezw. 30,4 Prozent, auf

Maschinen 14,8 bezw. 15 Prozent, Holz 13,1 bezw. 12,9 Prozent, Lebensmittel 11,3 bezw. 11,4 Prozent usw. Den Deutschen stehen nur wenig nach die Italiener mit 5124 (2,5 Prozent) 1895 und 14028 (5,8 Prozent) im Jahre 1901. Ihr Haupttrupp stellt sich in der Industrie der Steine und Erden ein (26,9 bezw. 22,4 Prozent) und Textilindustrie (21,3 bezw. 28,8 Prozent), dort ausschließlich Männer, hier ebenso ausschließlich importierte Mädchen. Früher waren italienische Arbeiter (vulgo „Erdarbeiter") unsere Sommergäste; als Straßen- und Bauarbeiter zählten sie in der Fabrikstatistik nicht mit. Jetzt hat sich zu dieser temporären Zuwanderung eine konstant im Lande bleibende zugesellt; sie lassen sich fest mit Familien hier nieder und bilden einen dauernden Bestandteil unserer Arbeiterschaft; dieser Teil wird in der statistischen Enquete mitgezählt. Sogar in kleineren industriellen Ortschaften der Schweiz findet man jetzt italienische Arbeiterquartiere; am 1. Dezember 1900 zählte man in der Schweiz 117059 (am 1. Dezember 1888 41881) Italiener; da die Volkszählungen in einer Jahreszeit vorgenommen werden, in welcher die italienischen Saisonerdarbeiter heimwärts gezogen sind, repräsentiert diese Ziffer die Quote der dauernd in der Schweiz ansässigen italienischen Leute, insbesondere die Quote der italienischen Arbeiterbevölkerung samt ihren Familienangehörigen. Der Grund dieser Erscheinung liegt in der kapitalistischen Wirtschaftsproduktion. Auch der schweizerische Kapitalist sucht billige und willige Arbeitskräfte; als Lohndrücker und Streikbrecher gegen die einheimischen Arbeiter werden Arbeitswillige aus rückständigen Ländern importiert. Allerdings haben unsere Kapitalisten mit den herangezogenen italienischen Proletariern keine guten Erfahrungen gemacht; die intelligenten Leute schließen sich rasch zusammen, assimilieren sich unseren Lohnverhältnissen, werden „aufbegehrerisch", das heißt sie organisieren sich und streiken: sie machen bei uns teilweise eine Schule in der modernen Arbeiterbewegung durch. Um die importierten Mädchen dem Einfluß ihrer Kameraden, nicht etwa, wie es die billige Ausrede will, im Interesse ihrer Moralität, fernzuhalten, sind unsere Kapitalisten auf die Idee verfallen, diese Mädchen in von Nonnen geleiteten Arbeitshäusern zu plazieren und gesetzeswidrige bindende Verträge mit Kindern abzuschließen; sie gedenken auf diese Art sich billige und willige Arbeitskräfte zu sichern.

Die Erfahrungen, die unsere Unternehmer mit den italienischen Proletariern machten, veranlaßten sie in der neuesten Zeit, sich weiter umzusehen; es beginnt jetzt eine neue Ära proletarischer Wanderung, der ferne slawische Osten soll Ersatz bieten: Tschechen, Galizier, Bosniaken werden herangelockt. Diese Wanderung hat schon vor dem Jahre 1895 begonnen. Sie findet den statistischen Ausdruck in der Einwanderung aus Österreich: 1895 notiert die Statistik 1896 österreichisch-slawische Arbeitereinwanderer und 1901 3063 (= +61,5 Prozent).

Im Jahre 1901 wurde zum erstenmal eine teilweise Zählung der Heimarbeiter durchgeführt, und zwar nur so weit, als sie mit der Fabrikarbeit aushelfend in Beziehungen standen. Die Zahl solcher Heimarbeiter belief sich nach der nicht einwandfreien Zählung auf 52591, oder auf 100 Fabrikarbeiter 21,5 ergänzende Heimarbeiter. Einzelne Industrien beschäftigen bedeutend mehr Heim- als Fabrikarbeiter. So zum Beispiel Halbwolle 452,5 : 100, Holzschnitzerei 300 : 100, Strumpfwirkerei 233 : 100, Zündholz 228 : 100 usw. Die Textilindustrie, welche allein der Aushilfe von 39838 Heimarbeitern bedarf, zeigt das Verhältnis von 41 Heimarbeitern auf 100 Fabrikarbeiter.

Der im Mai 1903 verstorbene verdiente Fabrikinspektor Dr. Schuler schätzt als „nicht zu hoch gegriffen" die Summe der Hausarbeiter (ohne obige 52591) auf 133000. Die Zahl ist entschieden zu klein, insbesondere bezüglich der Kinder, weil sich die Kinderarbeit jeder Schätzung entzieht. Die gleichen Übel- und Mißstände wie allerorts findet man auch in der schweizerischen Heimindustrie. Als den ärgsten Übelstand nennt Schuler die Verwendung der Kinder. Er sagt: „In der Heranziehung der Kinder im zartesten Alter, in ihrer Beschäftigung um des Verdienstes statt um der Erziehung willen liegt das Unglück! Wie viele Schilderungen

empörendsten Mißbrauchs kindlicher Arbeitskräfte sind schon in die Öffentlichkeit gedrungen ..." usw. Auf Schulers Veranlassung wollte 1902 die Schweizerische Gemeinnützige Gesellschaft eine Enquete über die in der Heimindustrie beschäftigten Kinder veranstalten. Die Idee scheiterte bis jetzt an der Abneigung vieler Kantonsregierungen. (Fortsetzung folgt.)

Der Nutzen der Zechenstillegungen.

Eine kurze Antwort auf J. Germans Ausführungen in Nr. 40 der ‚Neuen Zeit'.

In Nr. 40 der „Neuen Zeit" veröffentlicht J. German einen Artikel „Rententheoretisches über das Zechenlegen", in dem er die Frage behandelt, ob und inwieweit die Zechenstillegungen im Ruhrrevier von wirtschaftlichem Vorteil für die deutsche Bevölkerung sind. Meines Erachtens leidet der Artikel an mehreren Begriffsfehlern; doch habe ich durchaus nicht das Bedürfnis, die Auffassungen des Genossen German zu korrigieren. In verschiedenen Artikeln der „Neuen Zeit" und des „Vorwärts" habe ich meine Ansichten über die betreffenden Fragen wiederholt dargelegt und verspüre nicht die geringste Neigung, heute, wo andere, wichtigere Fragen im Vordergrund stehen, nochmals darüber lang und breit zu debattieren; nur einige kleine unrichtige Urteile J. Germans über meine Auffassung möchte ich richtigstellen, da dazu lange Auseinandersetzungen nicht erforderlich sind, sondern ich mich meist kurz auf frühere Ausführungen beziehen kann.

Seite 443 seines Artikels sagt Genosse J. German: „Ich kann daher nicht begreifen, weshalb Cunow zwar einen wirtschaftlichen oder technischen Fortschritt in der Konzentration der kartellierten Eisen- und Stahlindustrie anerkennt, nicht aber in der Konzentration des Bergbaus." Schon möglich, daß Genosse German diese Nichtanerkennung nicht begreift; nur ist das nicht meine Schuld, sondern seine eigene. Es fällt mir absolut nicht ein, jede Konzentration in der Eisen- und Stahlindustrie ohne Rücksicht auf die besonderen Wirtschaftsverhältnisse, die Formen der Konzentration, die Rückwirkung auf andere Branchen usw. für einen „wirtschaftlichen oder technischen Fortschritt" zu halten; manche der in den letzten Jahren von der Bankfinanz eingefädelten Fusionen halte ich, obgleich sie sich unzweifelhaft als bedeutende Konzentrationen darstellen, keineswegs für wirtschaftliche und technische Fortschritte. Ich spreche an der betreffenden Stelle (Die Kartelle in Theorie und Praxis, Heft 35, Jahrgang 1904 der „Neuen Zeit", S. 271—273) nur von einer bestimmten Art der Konzentration, der Vereinigung von Hochöfen mit Stahlwerks- und Walzwerksbetrieben, dem sogenannten amerikanischen Betriebssystem. Wie ich aber durchaus nicht jede Konzentration in der Eisenindustrie für einen technischen Fortschritt halte, so fällt mir andererseits absolut nicht ein, leugnen zu wollen, daß nicht in der Konzentration des Bergbaus, sogar in der Zechenstillegung, ein solcher Fortschritt liegen kann; was ich bestreite, ist lediglich, daß die jüngst erfolgten Zechenstillegungen unter den Umständen, unter welchen sie sich vollzogen haben, und unter dem heutigen Regiment des Kohlensyndikats, seiner Preispolitik und seiner jetzigen Produktionskontingentierung einen technischen Fortschritt bedeuten. Ausdrücklich hebe ich hervor, daß sich den Konzentrationen, die unter dem früheren Statut des Kohlensyndikats stattgefunden haben, der „Charakter eines technischen Fortschritts" nicht absprechen läßt.

Und warum vermag ich in den neueren Zechenstillegungen einen solchen Fortschritt nicht zu erkennen? Weil zwar durch den Ankauf von weniger leistungsfähigen Zechen zum Zwecke der Stillegung die großen Bergbaugesellschaften unter der jetzigen Form der Produktionskontingentierung ihren Jahresprofit steigern; aber die Übernahme der Förderungsziffer der stillgelegten Betriebe weder eine Verbesserung der technischen Betriebseinrichtungen noch eine Verringerung der Produktionskosten der großen leistungsfähigen Zechen zur Folge hat, sondern diese im Gegenteil

mit einem bedeutenden toten Kapital, nämlich dem für die stillgelegten Zechen ausgegebenen Ankaufskapital belastet. Doch ich kann mich einfach auf folgende kurze Ausführungen in meinem früheren Artikel (S. 273/274 des Heftes 35, Jahrg. 1904) beziehen:

„Selbst jener Konzentration, wie sie unter dem früheren Statut des Kohlensyndikats stattfand, läßt sich nicht der Charakter eines technischen Fortschritts absprechen; denn es wurden neue Grubenfelder aufgeschlossen, auf ihnen neue, der fortgeschritteneren heutigen Technik entsprechende Schachtanlagen geschaffen oder zum wenigsten benachbarte Gruben unter eine einheitliche Verwaltung gebracht. Welcher technische Fortschritt aber steckt in der heutigen Erwerbung von Zechen zum Zwecke ihrer Stillegung und der Übertragung ihrer Anteilquoten auf andere, besser rentierende Gruben? Gewiß erfährt dadurch der Profit der aufkaufenden Zechen eine Steigerung; keineswegs aber werden durch dieses Verfahren die Betriebseinrichtungen der Gruben, denen die Beteiligungsziffer der stillgelegten Zechen zugewiesen wird, technisch vervollkommnet oder deren Förderungskosten vermindert. Von einer technischen Verbesserung ließe sich nur dann sprechen, wenn die angekauften Zechen nicht stillgelegt, sondern ihre Leistungsfähigkeit durch technische Verbesserungen erhöht würde. . . .

„Tatsächlich ist das Ergebnis der heutigen Übertragung der Förderquoten der weniger leistungsfähigen Betriebe auf die rentableren nur ein weit schnellerer Abbau der oberen besseren Kohlenflöze, und da mit dem Vordringen zu größeren Tiefen auch die Förderkosten steigen, zugleich eine Zunahme der Produktionskosten. Das Verfahren gleicht dem landwirtschaftlichen Raubbau, der auch für den Besitzer rentabler sein kann als die rationelle Bewirtschaftung — ja es ist noch weit schädlicher als dieser, denn der bis zur Erschöpfung ausgemergelte Boden vermag sich wieder zu erholen und kann durch Dünger wieder nutzkräftig gemacht werden; die abgebauten Flöze sind dagegen nicht zu ersetzen. Zudem aber bedeutet die Stillsetzung der Zechen deren Entwertung; eine Vergeudung von Nationalvermögen, da, wie nicht erst nachgewiesen zu werden braucht, jede Außerbetriebsetzung alsbald einen Verfall der Gruben zur Folge hat. Oft tritt schon nach kurzem ein vollständiges ‚Ersaufen' durch das eindringende Wasser ein, und diese Gruben dann später, wenn sich der heutige Raubbau abgewirtschaftet hat, wieder zum Befahren herzurichten, wird bedeutende Arbeit kosten; ganz abgesehen davon, daß durch das Eindringen des Wassers die Qualität der Kohlen vermindert wird.

„Außerdem belastet die Brachlegung der aufgekauften Gruben die aufkaufenden Zechengesellschaften mit einem beträchtlichen toten Kapital und erhöht dadurch die Produktionskosten; denn die Verzinsung der zum Ankauf aufgenommenen Kapitalien und die Kapitalverluste, die aus der Entwertung der brachgelegten Gruben erwachsen, müssen aus den anderen Gruben, die im Betrieb bleiben, mit herausgeholt werden."

Um diese Belastung der Zechen an einem Beispiel nachzuweisen, zeige ich dann, wie der Gewerkschaft „Ewald" aus dem Ankauf der Zeche „Eiberg" eine jährliche Mehrausgabe von 636000 Mark erwächst, so daß ihr die Erzeugung einer Tonne Kohlen um etwa 40 Pfennig höher zu stehen kommt.

Ist Genosse J. German mit diesen Ausführungen nicht einverstanden, so mag er nachweisen, daß tatsächlich die Übertragung der Anteilsquoten von den stillgelegten auf die aufkaufenden Zechen technische Betriebsverbesserungen, Verringerungen der Förderkosten der großen Gruben und keine Erhöhung der Zinslasten usw. zur Folge habe. Der Versuch würde mich sehr interessieren. Leider begnügt sich German damit, daß er ohne jeden Beweis meine obigen Ausführungen für „unrichtig" und „bedenklich" erklärt. Vielleicht ist er so liebenswürdig und holt die Beweise nach — das heißt natürlich unter Berücksichtigung der heute im Ruhrkohlenrevier unter der dortigen Syndikatsherrschaft bestehenden Verhältnisse. Ich bin recht neugierig darauf.

Heinrich Cunow.

Notizen.

Die internationale Organisation der Angestellten. Der Schlußartikel über die internationale Organisation des Kleinbürgertums von Georg Stiekloff (Nr. 40 der „Neuen Zeit") behandelt auch die Versuche, unabhängig von dieser Organisation eine internationale Organisation der Angestellten zu schaffen. Stiekloff meint, daß die im September 1903 auf einem Angestelltenkongreß in Brüssel begründete „Fédération internationale des employés" (Sitz Gent, Sekretär August Bruggemann) eine den Wünschen der kleinbürgerlichen Bewegung zum Trotz gebildete selbständige Organisation der Angestellten repräsentiere. Das beweise die Sitzung des Bureaus der „Fédération" vom 18. und 19. Dezember 1904, in der man sich erneut auf den Boden einer von dem ersten internationalen Kongreß der Angestellten in Paris (1900) gefaßten sozialistischen Resolution gestellt habe. Zu dieser Sitzung seien auch Briefe von den Gewerkschaften der Angestellten vieler Länder, unter anderen von Holland, Deutschland, Österreich-Ungarn, gesandt worden. Damit sei die Kritik einer „auf Anregung einer Hamburger Organisation von Angestellten" während des letzten internationalen Sozialistenkongresses in Amsterdam abgehaltenen internationalen Konferenz widerlegt, welche die „Fédération" beschuldigt habe, nicht auf dem Boden des Klassenkampfes zu stehen.

Hierzu sei folgendes bemerkt. Die „Fédération internationale des employés" steht keineswegs im Gegensatz zu der Organisation des Kleinbürgertums, denn ihr gehören sowohl „gemischte" belgische Syndikate an, von denen Stiekloff auf S. 451 im vierten Absatz spricht, als auch die „Fédération des employés de France", die Stiekloff selbst in der Fußnote 1 auf S. 452 als „gemischt" bezeichnet. Die „Fédération" steht auch nicht auf dem Boden des Klassenkampfes, des Sozialismus. Wenn die zu der Sitzung des Bureaus im Dezember 1904 erschienenen Delegierten einer dahingehenden Erklärung zugestimmt haben, was übrigens aus dem offiziellen Protokoll, abgedruckt in Nr. 2 und 3 von „Le Trait d'Union" 1905, keineswegs klar hervorgeht, so haben sie damit sicherlich gegen die Anschauungen ihrer Auftraggeber gehandelt. Die zu der Sitzung gesandten Briefe sind auch durchaus nicht von den „Gewerkschaften" der Angestellten in Holland, Deutschland, Österreich-Ungarn usw. gekommen, sondern von bürgerlichen, zum Teil von „gemischten" Vereinen. Das Schreiben aus Deutschland zum Beispiel war vom „Kommisverein von 1858", Sitz Hamburg, der 60000 Angestellte und 10000 Prinzipale umfaßt. Dem Vorstand dieses Vereins gehören 8 Prinzipale und 7 Angestellte an.

Dagegen war die gelegentlich des internationalen Kongresses in Amsterdam abgehaltene erste internationale Konferenz von Handelsangestellten (employés de commerce) nicht „auf Anregung einer Hamburger Organisation von Angestellten", sondern auf Anregung der Gewerkschaft der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands einberufen. Diese Konferenz hat eine wirklich selbständige internationale Organisation derjenigen Handelsangestellten-Vereinigungen geschaffen, die grundsätzlich auf dem Boden des Klassenkampfes stehen.

Am 17. August 1904 faßte die in Amsterdam abgehaltene internationale Konferenz von auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handlungsgehilfen folgende Beschlüsse:

1. Situation und Organisation.

Die wirtschaftliche Lage der Handlungsgehilfen (Laden- und Kontorangestellten) wird durch die in allen Ländern fortschreitende Konzentration der kaufmännischen Betriebe sowie durch die damit verbundene Arbeitsteilung, die es ermöglicht, ungelernte Kräfte in großer Zahl zu verwenden, immer ungünstiger gestaltet. Zugleich schwindet die Möglichkeit für den Handlungsgehilfen, selbständiger Unternehmer zu werden. Deshalb gleicht heute die Existenz des Handlungsgehilfen, obwohl er in der Distribution (Güterverteilung) in mancher Hinsicht unter anderen Bedingungen tätig ist als der industrielle Proletarier bei der Produktion (Gütererzeugung), mehr und mehr derjenigen des Proletariers; sie wird immer unsicherer und weniger

lohnend. Die Handlungsgehilfen aller Länder müssen erkennen, daß sie in der heutigen Gesellschaftsordnung zur Klasse der Lohnarbeiter gehören, der die Klasse der Besitzenden schroff gegenübersteht. Weiterhin müssen die Handlungsgehilfen erkennen, daß von den Unternehmern im Handelsgewerbe für die Angestellten nichts zu erwarten ist, sondern daß bessere Arbeitsbedingungen für die Handlungsgehilfen nur auf dem Wege des Kampfes gegen die Interessen der Unternehmer errungen werden können. Dieser Kampf kann mit Erfolg nur geführt werden von Organisationen, welche die Handlungsgehilfen ohne Unterschied der Religion, des Geschlechtes und der Abstammung vereinigen und welche sich der auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Arbeiterbewegung anschließen, um mit dieser gemeinsam für die Interessen aller Lohnarbeiter einzutreten.

2. Stellung zu bürgerlichen Vereinen.

In Erwägung, daß die von den Unternehmern im Handelsgewerbe teils materiell, teils moralisch unterstützten Vereinigungen der auf dem bürgerlichen Standpunkt stehenden Angestellten für den notwendigen Kampf um Schutzgesetze für die Angestellten gänzlich untauglich sind;

in weiterer Erwägung, daß in diesen Vereinen nicht nur eine große Anzahl klassenbewußter Gehilfen vorhanden, sondern auch in den Leitungen der Vereine solche Kollegen tätig sind, die, bereits klassenbewußt, durch ihre Mitarbeit die verderbliche Tendenz dieser Vereine unbewußt unterstützen,

beschließt die Konferenz:

Die klassenbewußten Angestellten allerorts werden eingeladen, zu geeigneter Zeit selbständige Vereine aus gleichgesinnten Kollegen zu gründen oder solchen bestehenden Vereinen beizutreten und in bürgerlichen Vereinen Funktionen irgendwelcher Art fortab nicht mehr auszuüben.

3. Stellung zur Internationalen Föderation in Gand.

Die Konferenz erklärt, daß die „Fédération internationale des employés“, Sitz Gand (Belgien), als eine geeignete internationale Interessenvertretung für die auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handelsangestellten nicht betrachtet werden kann, weil sie alle Arten von Angestelltenvereinen der verschiedensten Richtungen umfaßt.

4. Internationale Verbindung.

Die Konferenz beschließt die Errichtung einer Internationalen Auskunftsstelle für alle auf dem Boden des Klassenkampfes stehenden Handlungsgehilfenorganisationen. Der Internationalen Auskunftsstelle sollen alle sich ihr anschließenden Organisationen ihre Publikationen jeglicher Art (Fachzeitungen, Berichte, Petitionen usw.) in drei Exemplaren zusenden. Der Internationalen Auskunftsstelle sind die Barauslagen zu ersetzen. Der Sitz der Internationalen Auskunftsstelle ist Deutschland; ihre Geschäfte sind von der Leitung der deutschen Organisation, des „Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands, Sitz Hamburg“, zu erledigen.

Der neuen internationalen Organisation haben sich bisher die nationalen Gewerkschaften der Handelsangestellten von Deutschland, Österreich, Ungarn, Böhmen, Kroatien, Serbien, Holland und Schweden angeschlossen. Als internationaler Sekretär fungiert der unterzeichnete Leiter der deutschen Gewerkschaft. Die Wirksamkeit der klassenbewußten, internationalen Organisation hat bereits verschiedentlich dazu geführt, daß die sozialistisch denkenden Handelsangestellten den „gemischten“ Vereinen den Rücken gekehrt haben und gewerkschaftliche Organisationen gründeten. Damit werden die Handelsangestellten nicht weiterhin, was bisher tatsächlich zumeist der Fall war, den Schwanz der kleinbürgerlichen Bewegung bilden, sondern der klassenbewußten Arbeiterbewegung neue Kaders zuführen.

Max Josephsohn-Hamburg.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 43 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdrück der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Der Parteitag zu Jena.

Von **Artur Stadthagen.**

Auf der provisorischen Tagesordnung des nach Jena zum 17. September einberufenen Parteitags der sozialdemokratischen Partei stehen außer den Berichten des Vorstandes, der Kontrollkommission und der Fraktion sowie der Beschlußfassung über die an den Parteitag eingegangenen Anträge als besondere Punkte der Tagesordnung: die Parteiorganisation, die Maifeier, der politische Massenstreik und die Sozialdemokratie. An dieser Tagesordnung wurde im „Vorwärts“ vom 6. Juli in längeren Ausführungen bemängelt, daß sie nicht auch Punkte von aktueller Wichtigkeit enthält. Als solche hebt er „die Wandlungen der Weltpolitik und die Stellung der Sozialdemokratie“ und auf dem inneren Gebiet den Stillstand der Sozialreform und die Pläne gegen die sogenannte Selbstverwaltung der Krankenkassen hervor. Weniger diese Anregungen zur Bereicherung der Tagesordnung als die Begründung dieser Anregungen fordert zu einem ausführlicheren Eingehen auf die im „Vorwärts“ niedergelegte Ansicht heraus.

Er beklagt bitter die Tagesordnung und den Verlauf der letzten Parteitage, die Tagesordnung des diesjährigen Parteitags und die Art der Feststellung der Tagesordnungen für die Parteitage. Der Verlauf der letzten Parteitage würde ein besserer gewesen sein, wenn die früheren Vorschläge des „Vorwärts“ nicht abgelehnt worden wären, die Tagesordnung in Dresden durch das Thema „Die Wahlrechtskämpfe in Deutschland“, die in Bremen durch das Thema „Die Schulfrage“ zu bereichern. Der Artikel bringt dann die oben wiedergegebenen Anregungen für den Jenaer Parteitag und fordert zur Diskussion über die von ihm aufgerollten Fragen auf.

All diese Klagen und Anregungen des „Vorwärts“ beruhen auf einem „grundsätzlichen Irrtum“. Der „Vorwärts“ dagegen behauptet, es habe sich „ein grundsätzlicher Irrtum in die Parteitage eingeschlichen. Unsere Parteitage werden vollständig ausgefüllt durch die Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten und die Beratung über innere Parteifragen. Dagegen ist die politische Stellungnahme der Partei zu den Ereignissen der Zeit zurückgedrängt worden und geradezu gänzlich entschwunden“.

Unsere Parteitage sind keine Paradevorstellungen, sondern sind nach dem Organisationsstatut (§ 19) und dem Wesen der Sozialdemokratie als demokratischer und als Kampfpartei in allererster Linie den inneren Angelegenheiten der Partei gewidmet. Die innere Festigung der Partei, die unbeschränkte Kritik an allen Fragen des Parteilebens, die Prüfung und Schärfung der Waffen des Proletariats, der Verbreitung und Vertiefung der sozialdemokratischen Anschauung und der Mittel zur Eroberung der politischen Macht bildeten bislang die Hauptfragen auf den Parteitagen. Ausschließlich inneren Parteifragen muß die oberste Instanz einer demokratischen Kampfpartei gewidmet sein. Diese das Parteileben berührenden Fragen wurzeln zum großen Teile in den jeweiligen aktuellen politischen Verhältnissen: die Sozialdemokratie lebt und kämpft auf dem Boden der Wirklichkeit, nicht in Utopien. Es gibt daher auch kaum ein „Ereignis der Zeit", das nicht in der Debatte über den Rechenschaftsbericht des Vorstandes und der Fraktion besprochen werden könnte. Die Konstruktion eines Gegensatzes zwischen „inneren Parteifragen" und den „Ereignissen der Zeit" ist verfehlt. Die „Ereignisse der Zeit" bilden die Grundlage aller „inneren Parteifragen".

In allererster Linie sind die das innere Leben der Partei aufs tiefste angehenden Fragen auf dem Parteitag zu verhandeln: solche sind die auf die provisorische Tagesordnung gesetzten Punkte. Bei ihrer Behandlung können und werden wohl auch die vom „Vorwärts" bezeichneten Themata zur Erörterung gelangen, aber freilich unter anderen Gesichtspunkten, als der „Vorwärts" sie behandelt wissen will. Die Behandlung von Ereignissen der aktuellen Politik auf dem Parteitag kann außer ihrer das Parteileben beeinflussenden Wirkung eine propagandistische Wirkung nach außen üben, wenn die tägliche Agitationsarbeit die Behandlung der Frage auf eine gewisse Höhe gehoben hat. Diese Werbearbeit durch grundsätzliche Behandlung der Tagesfragen ist nicht Aufgabe des Parteitags, sondern der Agitation von Tag zu Tag in Versammlungen, in Vereinen, im Parlament und vor allen Dingen in der Presse. Der Zusammenhang der Weltpolitik mit der kapitalistischen Produktionsordnung, die voraussichtliche Entwicklung und Folgen dieser Weltpolitik sind in dieser Zeitschrift häufig von den verschiedensten Gesichtspunkten aus behandelt und werden noch oft zu behandeln sein. Es mag dem „Vorwärts" zugegeben werden, daß eine ausgiebigere Behandlung der Weltpolitik in der Tagespresse vom grundsätzlichen sozialdemokratischen Standpunkt aus außerordentlich agitatorisch wirken würde. Wer hindert den „Vorwärts" an solcher Behandlung? Weshalb hat der „Vorwärts" von den vielen anregenden Darlegungen, die auf diesem Gebiet in der „Neuen Zeit" und in der Tagespresse, zum Beispiel dem „Hamburger Echo" und der „Leipziger Volkszeitung", gegeben sind, nicht einmal Notiz genommen? Die tägliche Propagierung der sozialdemokratischen Grundanschauungen bei Behandlung der Tagesfragen ist Sache der Presse. Der Parteitag kann auf diesem Gebiet nur die Presse zur Erfüllung ihrer Pflicht anfeuern, aber nicht diese Pflicht ihr abnehmen. Für ihn müssen bei Behandlung der Weltpolitik wesentlich andere Gesichtspunkte maßgebend sein, nämlich die Prüfung, ob und welche Wirkung die weltpolitischen Ereignisse auf die Stellung der Sozialdemokratie in taktischer Beziehung auszuüben vermögen.

Der „Vorwärts" will die „Wandlungen in der Weltpolitik" als besonderen Punkt besprochen haben, damit der „Standpunkt der internationalen Sozial-

demokratie unter Zustimmung des deutschen Parteitags aufs neue bekräftigt" und so eine „Aktion" ausgeführt werde, die „auf Freund und Feind des größten Eindrucks nicht verfehlen" würde. Dadurch könne der Parteitag vor dem grundsätzlichen Irrtum bewahrt bleiben, der sich in die früheren Parteitage eingeschlichen habe. Der Parteitag müßte in der Tat außerordentlich viel Zeit übrig haben, wenn er den weltpolitischen Ereignissen gegenüber weiter nichts zu tun hätte, als den Standpunkt der internationalen Sozialdemokratie aufs neue zu bekräftigen. Ein selbstgenügsamer Illusionär sondergleichen müßte er aber sein, wenn er diese Betätigung seiner sozialdemokratischen Überzeugung für eine „Aktion" hielte, die „auf Freund und Feind des größten Eindrucks nicht verfehlen würde". Nicht das Brillantfeuerwerk eines noch so glänzenden Vortrags über die Vorgänge der letzten, insbesondere des letzten Jahres auf dem Gebiet der Weltpolitik, sondern die ernste Frage drängt sich dem Parteitag auf: Sind aus den Machtverschiebungen am Stillen Ozean, in Rußland, in den Kolonialländern Folgerungen für die sozialdemokratische Taktik, für ihre Agitation und Organisation zu ziehen? Diese Frage dürfte bei der Erörterung der Stellung der Partei zum Massenstreik zu prüfen sein. Der Parteivorstand hat bei Festsetzung der Tagesordnung, entsprechend einem Beschluß des Bremer Parteitags, vorgeschlagen, das Thema des Massenstreiks als besonderen Punkt der Tagesordnung zu behandeln. Es wäre auf das lebhafteste zu wünschen, daß der Parteitag der Einstellung dieses Tagesordnungspunktes zustimmt, der eine Beleuchtung der gesamten politischen Situation erheischt.

Die Bekräftigung des Standpunktes der internationalen Sozialdemokratie durch die deutsche Sozialdemokratie soll nach Ansicht des „Vorwärts" des „größten Eindrucks" auch auf den Feind sicher sein. Ein solcher Eindruck könnte doch wohl nur hervorgerufen werden, wenn gerechtfertigte Ursache zu der Annahme bestände, die Sozialdemokratie würde ihren durch nationale und internationale Beschlüsse und ihr Programm betätigten Standpunkt verlassen, und gar just zu der Zeit, wo die politischen und ökonomischen Verhältnisse ihre Anschauung so scharf rechtfertigen. Gerade auf dem Gebiet der Weltpolitik hat noch bei der letzten Etatsdebatte der Reichskanzler der Sozialdemokratie das Zeugnis ausstellen müssen, daß sie die Trägerin und Förderin des Friedens sei. Er führte am 5. Dezember 1904 im Reichstag aus:

„Der Herr Abgeordnete Bebel hat weiter gemeint, die Früchte eines großen europäischen Krieges würde in erster Linie die Sozialdemokratie davontragen. Diese Auffassung halte ich für richtig, und das ist ein Grund mehr, warum die Regierungen aller großen Länder, wie ich hoffe, festhalten werden an ihrer jetzigen ruhigen und besonnenen Friedenspolitik."

Der Eindruck einer Kundgebung der Sozialdemokratie auf die Gegner des Befreiungskampfes der Arbeiterklasse aus ihrer wirtschaftlichen Botmäßigkeit und ihren politischen Fesseln wird vom „Vorwärts" irrig bewertet. Je größer die Macht der Sozialdemokratie ist, desto geringer erscheinen ihre äußeren Erfolge, desto mehr wehrt sich der „Feind" vor einer Anerkennung ihrer Macht. Dieselbe Dialektik, die der immer größeren Vertiefung des Gegensatzes zwischen den Produktivkräften und der Produktionsform innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung zugrunde liegt, kommt bei dem Gegensatz zwischen der inneren Macht der Sozialdemokratie und ihrer äußeren Erfolge zur Geltung. Dieser Gegensatz, der nicht die Folge unserer Wirksamkeit, sondern

der unserer Gegner ist, wirkt aufklärend und revolutionierend. Seit dem größten äußeren Erfolg der Sozialdemokratie bei den Reichstagswahlen — den Februarwahlen 1890 — ist in der Presse, in Versammlungen und auf dem Parteitag mit vollem Rechte betont: je schärfer die Gegensätze in der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sich zuspitzen, je größer das Wachstum der Sozialdemokratie ist, desto lebhafter ist der Zusammenschluß der bürgerlichen Parteien, ihr Ruf nach Ausnahmegesetzen gegen die Arbeiterklasse auf wirtschaftlichem und politischem Gebiet und die Zuspitzung der Gesetzgebung, Verwaltung, Rechtsprechung, kurz aller Machtmittel der herrschenden Klasse zu Instrumenten des Klassenkampfes. Daß dies zutrifft, beweist der Gang der Ereignisse: wir erinnern an die Versuche einer Verschlechterung des Koalitionsrechtes durch den Berlepschschen Entwurf von 1890, an die Umsturzvorlage von 1894, an die Zuchthausvorlage von 1899, an die Vorlagen zur Verteuerung der notwendigen Lebensmittel, an die Versuche einer Verschlechterung der Strafprozeßordnung in den Jahren 1894, 1896 und an die Vorschläge der zu diesem Zwecke im Reichsjustizamt zusammengetretenen Kommission. Diesen reichsgesetzlichen Ausnahmegesetzen reiht sich eine Reihe von landesgesetzlichen, teilweise in die Tat umgesetzten Versuchen von ausnahmegesetzlichen Vorschriften an, so die Kontraktbruchs-Gesetze und -Gesetzentwürfe gegen die Landarbeiter, gegen die Bergleute, gegen das Gesinde, die Versuche das Koalitionsrecht auch der gewerblichen Arbeiter landesgesetzlich lahmzulegen und die auf dem vereinsrechtlichen Gebiet liegenden Rechtsbedrückungen. Mit der Gesetzgebung geht die Verwaltung Hand in Hand. Eine bis an die Grenze völliger Rechtlosigkeit der arbeitenden Klasse gehende Rechtsprechung auf strafrechtlichem Gebiet: Anwendung der §§ 110, 240, 241, 253, 254 (Aufforderung zum Ungehorsam gegen die Gesetze), §§ 123, 124 (Hausfriedensbruch), 125 (Landfriedensbruch), 240, 241 (Nötigung), 253, 254 (Erpressung), 360 (grober Unfug) Str.G.B. neben den §§ 185 bis 187 Str.G.B. (Beleidigung), 153 G.O. und neben einer Fülle sogenannter Straßenpolizeiverordnungen zur Bestrafung wegen Gebrauchs des reichsgesetzlich verbrieften Koalitionsrechtes, Verzerrung der §§ 185 bis 196 (Beleidigung), § 130 (Aufreizung zu Gewalttätigkeiten) und damit Unterdrückung freier Kritik und der Wahrheit. Solche „Rechtsprechung" wirkt in wachsendem Maße durch die Art und Höhe der Strafen gegen Angehörige der Arbeiterklasse und durch völliges Versagen gegenüber offen liegenden Vereinbarungen des Unternehmertums zur Begehung strafbarer Handlungen revolutionierend auf die Anschauung von Tausenden und aber Tausenden. Auf militärischem Gebiet sehen wir die Fortdauer scheusäligster Mißhandlungen, die Gesinnungsschnüffeleien und die bekannten, seit Anfang der neunziger Jahre wiederholten Korpsbefehle gegen sozialdemokratische Betätigung, auf Grund deren Bestrafungen deshalb ausgesprochen wurden, weil ein Soldat auf Befragen dem Vorgesetzten gegenüber und nach Beeidigung vor Gericht der Wahrheit gemäß sagte, daß er Sozialdemokrat sei. Die Beispiele ließen sich außerordentlich vermehren. Hingewiesen sei noch auf die Wahlrechtsattentate und Attentatsgelüste, Experimente, die an den Versuch jenes Irrsinnigen erinnern, durch Verkleisterung der Fensterscheiben die Sonne zu vernichten. An die schleichende Trockenlegung des Koalitionsrechtes und parlamentarischen Rechtes, überhaupt aller Mittel zur Geltendmachung des ökonomischen und politischen Einflusses der Arbeiterklasse reihen sich die öffentlichen Aufforderungen zur Gewalt gegen die Arbeiterklasse, zum

Niederschlagen der sozialdemokratischen „Ideen mit dem Knüppel“, wie die „Post“ im Jahre 1889 und später anriet, zum „Aderlassen“ der Arbeiter, wie die „Hamburger Nachrichten“ und in ähnlicher Weise die Hardensche „Zukunft“ seit 1894 sich ausdrückten, die Behandlung Arbeitsloser mit Gummischläuchen durch in Lumpen gekleidete Polizisten (Berlin, Januar 1894, just um die Zeit, in der konservative, von Leuten wie Tausch und Normann-Schumann bediente Granden einen Hochverrat gegen die Reichsverfassung berieten), zur Speisung der Arbeitslosen mit „blauen Bohnen“, zur Behandlung der Arbeiter als „Objekt der Gesetzgebung“, wie konservative Abgeordnete verlangten usw., bis in die neuesten Kundgebungen des preußischen Herrenhauses hinein.

In diesen brutalen Vergewaltigungsversuchen gegenüber der arbeitenden Klasse spiegelt sich die Furcht der herrschenden Ausbeuterklasse vor der Sozialdemokratie und ihr Gefühl der Ohnmacht gegenüber den aus dem Boden der Ausbeutungsordnung immer mächtiger anwachsenden Gegnern dieser Ausbeutungsordnung wider. Kleine Reförmchen werden der arbeitenden Klasse hin und wieder bewilligt, um die Arbeiterklasse als solche leistungsfähig zu erhalten und um zu großes Anwachsen der Sozialdemokratie zu hindern, und um nach Hardenschem Rezept, an das noch jüngst der gelehrige Schüler des Gewaltsapologeten, Fürst Bülow, im Abgeordnetenhaus erinnerte, die Anwendung von Gewalt mit dem „guten Gewissen“ zu rechtfertigen, alles zugunsten der wirtschaftlich Gedrückten getan zu haben, was sie hätte zufriedenstellen sollen. Daneben das lebhafte Bestreben der Geschäftsführer der herrschenden Klasse in der Regierung, in der Presse und im Parlament, vor dem roten Gespenst graulich zu machen und die ausgebeuteten Klassen untereinander durch Histörchen über Unregelmäßigkeiten, bewegliche Klagen über Gewalttätigkeiten und schlechten Ton, wie durch Konzessiönchen an die etwas minder schlecht situierte Arbeiterschicht in Uneinigkeit und Verwirrung zu bringen.

Der Wunsch der bürgerlichen Heerführer nach völliger Entrechtung der arbeitenden Bevölkerung und nach gewalttätigen Putschen gegen sie hat die Arbeiterklasse bislang weder nervös gemacht noch verleitet, an Stelle der revolutionären auf Eroberung der politischen Macht abzielenden Taktik eine Taktik des Entgegenkommens an die bestehende Ordnung der Dinge treten zu lassen. Die Taktik des Agitierens, Organisierens und des Bereitseins gegenüber allerlei Strömungen auch nach der Reichstagswahl von 1903 festgehalten und besonders betont zu haben, ist das große, gewaltige Verdienst insbesondere des Dresdener Parteitags. Wenn der Vorwärtsartikel vom 6. Juli fortgesetzt über den Verlauf gerade dieses Parteitags schilt, so beruht seine Mißstimmung auf dem „grundsätzlichen Irrtum“, den Wahlen von 1903 hätte eine „Weltwende“ folgen müssen. Der Kampf der Sozialdemokratie wird von Tag zu Tag schwieriger, den größten Kämpfen gehen wir erst entgegen. Nicht ein interessantes Raketenfeuerwerk zur Belustigung von „Freund und Feind“, nicht Schaustellungen können insbesondere unter diesen Umständen die Parteitage darbieten, sondern die ernste, schwierige, verantwortungsreiche Alltagsarbeit zur Förderung des Proletariats auf ökonomischem und politischem Gebiet. Wenn der Parteitag in Dresden bei der Regelung seiner inneren Parteiangelegenheiten drei Tage gebrauchte, um einer Resolution über die Mitarbeit an bürgerlichen Blättern zur Annahme zu verhelfen, so ist es gewiß bedauerlich, daß eine solche Resolution überhaupt erst notwendig wurde. Glaubt in der Tat der „Vorwärts“, die dreitägige Debatte wäre dem Parteitag erspart

geblieben, wenn er den Tagesordnungspunkt, wie ihn der „Vorwärts" vorschlug: „Die Bedeutung und die Lehren der Reichstagswahl", angenommen hätte? Glaubt er in der Tat, durch mechanische Mittel ließen sich innerhalb einer demokratisch denkenden und fühlenden Partei die Folgen von sachlichen Meinungsverschiedenheiten verkleistern oder solche Verkleisterung wäre von Nutzen für die Partei?

Auch der Bremer Parteitag hat's dem „Vorwärts" angetan. In Bremen ist aus in der Sache liegenden Gründen eine Behandlung der hochbedeutsamen Schulfrage mit überwältigender Mehrheit abgelehnt und bei der Begründung der Ablehnung darauf verwiesen, daß die Schulfrage in dem von den Antragstellern skizzierten Rahmen auf einen preußischen Parteitag gehöre. Dort ist sie, nach Ansicht des „Vorwärts" mit propagandistischem Erfolg, behandelt. Damit soll nun „ein vollgültiger Beweis erbracht sein, daß die Ablehnung ein Fehler gewesen ist". Gerade umgekehrt. Der Bremer Parteitag hat für die Agitation und Organisation, wie ja auch der „Vorwärts" anerkennt, Vortreffliches geleistet und hat die Aufgaben, zu deren Erfüllung andere Instanzen vorhanden sind, diesen nahegelegt. Dieser Anregung des Parteitags ist, nach Ansicht des „Vorwärts" mit außerordentlichem propagandistischem Erfolg, die preußische Sozialdemokratie gefolgt. Wenn solche Erfolge auf einem „grundsätzlichen Irrtum" des Bremer Parteitags beruhten, so kann man nur wünschen, daß die kommenden Parteitage sich ebenso „grundsätzlich irren" mögen. In der Schulfrage, insbesondere auf dem in Preußen abgesteckten kleinen Gebiet, ist es Sache der fortdauernden täglichen Agitation, propagandistisch zu wirken. Auf dem Gebiet der Schulfrage sind täglich Hunderte von Parteigenossen in Kommunen propagandistisch wirksam, und jede Gelegenheit wird propagandistisch verwertet. So dürfen sich aus dem letzten Jahre die Aktionen der Leipziger und Bremer Genossen anläßlich der Hochschul- und Kunstkurse an propagandistischer Wirkung getrost der preußischen feierlicheren Aktion auf dem preußischen Parteitage an die Seite stellen. Der Bremer Parteitag zeigt aufs schlagendste, wie gründlich verfehlt der Vorschlag des „Vorwärts" zu einer Revision der Grundsätze der Parteitage ist. Auch wenn man etwa aus propagandistischen Gründen die Tagesordnung des Parteitages um die vom „Vorwärts" vorgeschlagenen Punkte bereichern könnte und wollte, müßte die Art der Begründung der Vorschläge des „Vorwärts" stutzig machen.

Gründlich verfehlt wäre es, die Hände auf parlamentarischem Gebiet in den Schoß zu legen, weil die herrschende Klasse den Reichstag zur Untätigkeit auf sozialem Gebiet zu verurteilen sucht. Gerade umgekehrt. Der Verzettelung und Zersplitterung gilt es entgegenzutreten und auf sozialem Gebiet volle, gedeihliche Arbeit zu verlangen. Bei dem Bericht der Fraktion wird voraussichtlich zur Sprache kommen: der Stillstand der Sozialpolitik, die Bedrängung des Koalitionsrechts, die wachsende Macht der Trusts, die Vorenthaltung des Reichsrechts an breite Schichten der Arbeiterklasse, die Mängel und drohende Verschlechterung der Versicherungsgesetzgebung und die Bedrohung mit neuen Ausnahmegesetzen — geht man doch mit dem Plane um, unter dem Namen Arbeiterkammern nach Art der Bergarbeiterausschüsse konstruierte Vertretungskörper der Unternehmer zu schaffen. Es wäre zu wünschen, daß die in der Reichstagsfraktion gebilligte Anregung Förderung erhält, einen Arbeiterschutzgesetzentwurf großen Stils (unter Einbeziehung der Landarbeiter- und Bergarbeiterverhältnisse) auszuarbeiten, der die wesentlichsten auf dem Gebiet

des Arbeitsvertragsrechts zu stellenden, schon heute erfüllbaren Forderungen unter Mitwirkung der gesamten Partei in Anlehnung an den seit dem Jahre 1877 vorgelegten Gesetzentwurf der sozialdemokratischen Fraktion enthält. An Stelle intellektueller Abhängigkeit von der Scheinreformarbeit bürgerlicher Ideologen sollte kraftvolles Vorantragen der vom Standpunkt der Arbeiterklasse zu erhebenden Forderungen treten. Die Fraktion ist um so mächtiger, je mehr sie in diesem Bestreben tatkräftig von der Gesamtpartei unterstützt wird. Wenn an Stelle bürgerlicher Mache abgelauschter Sensationshäscherei sich in unserem Zentralorgan wieder schneidige Geltendmachung der auf dem Gebiet der Sozialreform zu erhebenden Forderungen einstellte, so würde das Zentralorgan keinen „grundsätzlichen Irrtum" auf diesem Gebiet begehen. Brennend wird eine andere Frage auf parlamentarischem Gebiet. Die von den bürgerlichen Parteien seit einem Dezennium angestrebte, bislang vereitelte Verschlechterung der strafprozessualen Vorschriften ist auf dem Marsch. Die Arbeit der eigens zu diesem Zwecke eingesetzten Kommission hat die Dunkelkammer des Reichsjustizamts verlassen. Der Reichstagsfraktion fällt damit eine schwere Aufgabe zu. Die außerordentliche Tragweite der strafprozessualen Zuspitzung der Klassenjustiz scheint bislang auch in Parteikreisen vielfach unterschätzt zu sein.

Die wichtigste, schon seit einigen Jahren ihrer Lösung harrende Aufgabe des Jenenser Parteitags dürfte die Änderung des Organisationsstatuts sein. Die Schlagworte „zentralistisch" oder „dezentralistisch" verfangen für die Frage der Organisation nicht. Die Organisation einer Partei ist kein künstliches Produkt, sondern ein historisches Produkt, das von den jeweiligen politischen Gesamtverhältnissen und der Stärke der Partei abhängt. Die Aufklärungsarbeit und Kampfbereitschaft der Partei soll durch die Organisation gefördert werden. Eine Kampfpartei, die in freiwilliger Unterordnung unter den Gesamtwillen die Klassenvertretung des Proletariats und aller unterdrückten Opfer der bürgerlichen Gesellschaft sich zur Aufgabe gestellt hat, richtet ihr Hauptaugenmerk auf die stete Kampfbereitschaft durch Aufklärung gegenüber den Fernstehenden und durch Vertiefung der Einsicht der Genossen in den ökonomischen und politischen Zusammenhang der Dinge. Ellbogenfreiheit den einzelnen Organisationskörpern — Dezentralisation — und gemeinsames Marschieren — Zentralisation — sind einer demokratischen Kampfpartei unentbehrlich: Zentralisation nicht in dem Sinne einer bureaukratischen oder militärischen Leithammelei, Dezentralisation nicht in dem Sinne einer Anarchie gegenüber dem Gesamtkörper. Freieste Entfaltung der einzelnen agitatorischen Kräfte bei strengster Unterordnung unter den Gesamtwillen. Die Rücksichtnahme auf die bunte Vereinsgesetzgebungskarte Deutschlands ist für die äußere Gestaltung der Organisation maßgebend. Entscheidend bleibt aber nicht der Wortlaut, sondern der Geist, mit dem das Organisationsstatut belebt wird. Vertiefung der grundsätzlichen Einsicht und aus ihr entspringende Opferwilligkeit für die Ziele der Sozialdemokratie sind dringender als je notwendig.

Die Organisation unserer Partei baut aus praktischen Rücksichten auf den einzelnen Reichstagswahlkreisen auf.

Die wesentlichsten der von dem vorjährigen Parteitag eingesetzten Kommission gemachten Vorschläge sind:

„§ 7. Die Grundlage der Organisation bildet für jeden Reichstagswahlkreis der Sozialdemokratische Verein, dem jeder im Wahlkreis wohnende Parteigenosse, sofern ihn nicht zwingende Gründe daran hindern, als Mitglied anzugehören hat.

Erstreckt sich der Wahlkreis über eine Mehrzahl von Ortschaften, so können in allen Orten, in denen Parteigenossen vorhanden sind und die sonstigen Verhältnisse es zulassen, Ortsvereine des Sozialdemokratischen Vereins gebildet werden.

§ 8. Die Sozialdemokratischen Vereine schließen sich zu Bezirksverbänden sowie zu Landesorganisationen zusammen, denen die selbständige Führung der Parteigeschäfte nach eigenen Statuten obliegt; diese dem Parteivorstand mitzuteilenden Statuten dürfen mit dem Organisationsstatut der Gesamtpartei nicht im Widerspruch stehen. Die Vorstände haben ihre erfolgte Wahl dem Parteivorstand mitzuteilen.

§ 10. Die Festsetzung der Mitgliederbeiträge ist den Bezirksverbänden überlassen. Die Wahlkreise haben mindestens 25 Prozent ihrer aus den Beiträgen und Eintrittsgeldern sich ergebenden Einnahmen an die Zentralkasse abzuführen. Der Parteivorstand ist berechtigt, einzelnen Wahlkreisen im Bedarfsfalle einen über 75 Prozent dieser Einnahmen hinausgehenden Betrag zur Eigenverwendung zu überlassen.

Die Vertrauenspersonen sind berechtigt, freiwillige Beiträge entgegenzunehmen und durch besondere Marken zu quittieren."

Ferner ist vorgeschlagen, daß bei Differenzen, die sich bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen zwischen den Genossen eines Wahlkreises und den Bezirks- oder den Vorständen der Landesorganisationen ergeben, der Parteivorstand entscheide, und endlich eine Reihe Besserungen des schiedsgerichtlichen Verfahrens vorgesehen. Die Vorschläge halten sich durchweg an das Mindestmaß dessen, was in der Praxis als notwendig sich herausgestellt hat.

Die Reichstagswahlkreise sind weder gleich groß, noch enthalten sie auch nur annähernd dieselbe Anzahl organisierter Parteigenossen. Dem demokratischen Prinzip dürfte es entsprechen und die Organisationsausdehnung fördern, wenn die Vertretung der Wahlkreise auf dem Parteitag nach Maßgabe der Anzahl der organisierten Genossen erfolgt. Die praktische Schwierigkeit, daß einige Vaterländer ein Vereinsrecht nicht kennen, dürfte nicht unüberwindbar sein. Die Genossen eines jeden Kreises sollten das Recht haben, auf dem Parteitag vertreten zu sein; aber es ist nicht abzusehen, weshalb 5000 organisierte Parteigenossen eines Kreises so lange, bis die Reichsregierung nicht einer gerechten Wahlkreiseinteilung zugestimmt hat, nur so viel Rechte haben sollen als 100 Parteigenossen eines anderen Kreises. Entweder müßte der größere oder besser organisierte Kreis das Recht haben, durch mehr Delegierte auf dem Parteitag vertreten zu sein, oder wenigstens müßte bei Abstimmungen nach Maßgabe der Zahl der organisierten Genossen abzustimmen sein, die den oder die Delegierten entsendet haben.

Der Jenenser Parteitag ist wesentlich der Prüfung und Schärfung der Waffen der Sozialdemokratie gewidmet. Hoffen wir, daß er ebenso treffliche Agitations- und Organisationsarbeit leistet wie seine Vorgänger in Bremen und Dresden und zeigt, daß die höchste sozialdemokratische Instanz in der gewaltigen welthistorischen Zeit trotz aller Schwierigkeiten der Situation ihre hohe Aufgabe erfüllen wird, ohne sich von irgend einer Sensationslüsternheit „von Freund und Feind" beirren zu lassen.

Die Folgen des japanischen Sieges und die Sozialdemokratie.

Von **K. Kautsky**. (Schluß.)

4. Ostasien und Amerika.

Wenden wir uns nun von den uns zunächstliegenden zu den am weitesten von uns entfernten Gebieten.

Daß die japanischen Siege auf Japan selbst den größten Einfluß haben müssen, ist klar. Und doch können wir darüber hier kurz hinweggehen, da sie in der Richtung und der Art seiner Entwicklung keine Änderung hervorbringen, sondern nur ihr Tempo beschleunigen werden. Im einzelnen mögen daraus sehr wichtige Erscheinungen resultieren, darüber zu urteilen, wäre aber wohl nur einem genauen Kenner von Land und Leuten möglich. Im allgemeinen kann man bloß sagen, daß das Land noch mehr als bisher die kapitalistische Produktionsweise in seiner besonderen Art entwickeln wird. Es ist das Kennzeichen Japans und die Wurzel seiner Kraft, daß es ihm möglich war, ein wichtiges Entwicklungsstadium zu überspringen, das der Decadence des Feudalismus. Mochte auch sein Feudalwesen schon im Niedergang sein, als es sich der kapitalistischen Produktionsweise erschloß, so war es doch noch weit davon entfernt, solche Fäulniserscheinungen zu produzieren, wie sie etwa das siebzehnte und achtzehnte Jahrhundert in Westeuropa erzeugten. Mit einem Menschenmaterial, das noch nicht Jahrhunderte feudalen Verkommens und ursprünglicher Akkumulation des Kapitals entnervt und korrumpiert hatten, das etwa noch auf derselben Höhe stand, wie die Menschen der Renaissance, bemächtigte es sich sofort der Technik und des Wissens der bisher höchsten Stufe des Kapitalismus. Mit der ganzen ritterlichen Tatkraft und Tatenlust, aber auch spartanischen Einfachheit der Feudalzeit vereinigt es die ganze Macht der modernen Produktions- und Kriegstechnik, aber auch den ganzen Expansionsdrang und die ganze revolutionierende Unruhe des modernen Kapitals.[1]

Diese eigenartige und vielleicht kraftvollste unter den verschiedenen Erscheinungsformen des Kapitalismus im zwanzigsten Jahrhundert wird jetzt durch ihre Siege vermehrte Kapitalien und ein stark vergrößertes Ausbeutungsgebiet erhalten. Sollte, wie wahrscheinlich, Rußland außerstande sein, eine Kriegsentschädigung zu zahlen, so muß um so umfangreicher das Gebiet werden, das Japan besetzt, und der größte Teil der mandschurischen Eisenbahn fällt ihm dann sicher kostenlos zu, deren Erbauung allein Rußland rund eine Milliarde Mark gekostet hat. Und neue Kapitalien werden der rasch aufstrebenden neuen Großmacht auf dem Wege des Kredits zuströmen, den sie weit profitabler anwenden wird als Rußland die unzähligen Milliarden, die es aus Europa herausgepumpt.

Mit dem japanischen Kapitalismus muß sich aber auch der japanische Sozialismus entwickeln, und wir dürfen annehmen, daß er die gleiche Tatkraft und das gleiche Expansionsbedürfnis äußern wird wie die Gesamtheit der japanischen Nation, wenn auch natürlich in ganz anderer Weise und auf ganz anderen Gebieten als die herrschenden Klassen. Der Eigenart seines Kapitalismus entsprechend wird auch sein Sozialismus ein eigenartiger sein

[1] Sehr anregend ist, was Genosse Beer darüber in seinem Artikel „Der Kampf um den Stillen Ozean", „Neue Zeit", XXIII, 1, S. 419 geäußert hat.

müssen; aber wie jener wird auch dieser sein Handwerkszeug aus Europa und den Vereinigten Staaten holen, und je mehr Japan durch seine ökonomische Entwicklung in den Weltverkehr eintritt, desto mehr wird auch der japanische Sozialismus trotz aller Eigenart einen internationalen Charakter entwickeln.

Aber mehr noch vielleicht als Japan wird China durch dessen Siege beeinflußt werden. Sie dürften hier eine völlige Umwälzung der Situation herbeiführen, der Politik der Abschließung den Todesstoß versetzen.

China ist von Natur aus ein von der übrigen Welt abgeschlossenes Land. Im Osten von einem Meere begrenzt, das bis vor kurzem aus dem Weltverkehr heraus-, nicht in ihn hineinführte, mit einer Küste, die, namentlich nördlich des Jangtsekiang wenige gute Häfen enthält, welche geeignet wären, tiefgehende Schiffe aufzunehmen, im Süden von fast unzugänglichen Gebirgen und Wildnissen begrenzt, im Norden von einem dünn bevölkerten Gebiet, im Westen von der Wüste, war es gegen Einbrüche oder Einwanderungen großer Völkermassen sehr geschützt. Mochte es auch von räuberischen Nomaden hin und wieder belästigt werden, im ganzen konnte sich seine Bevölkerung in den fruchtbaren Flußebenen ganz dem Ackerbau widmen, ohne daß über dem Ackerbauer eine eigentliche Kriegerkaste, ein Feudaladel, auf die Dauer stark geworden und sich als solche behauptet hätte. Wenn ein solcher sich bildete, verweichlichte er bald aus Mangel an Übung. Der seßhafte Ackerbauer aber wird durch seine Beschäftigung friedliebend und abweisend gegen alles Fremde, das ihm Furcht einflößt; ihm fehlt der Wagemut, die Rastlosigkeit und Rücksichtslosigkeit des Jägers, Seefahrers und nomadischen Hirten. Ohne gründliche Schulung gibt er daher einen schlechten Soldaten ab. Diese Schulung und ein aneiferndes Vorbild kann er dort erhalten, wo ein starker und stets tätiger Kriegsadel mit ihm zusammenlebt. Der fehlte aber in China. Seine Aristokratie bilden Bureaukraten, nicht Krieger.

Als daher die Europäer zur See dies Land erreichten, da fühlte es sich von ihnen trotz seines Volksreichtums gefährdet, und es sah seine beste Verteidigung darin, die Abschließung, die ihm von der Natur auferlegt worden, künstlich fortzusetzen. Die wachsende Macht der Europäer schoß zwar immer mehr Bresche in dies System, trotzdem beharrten die chinesischen Behörden bei ihrer unbehilflichen und unzulänglichen Methode des zähen, passiven Widerstandes, weil sie sich eben zu jedem aktiven Widerstand unfähig fühlten. Wohl zwang sie das stete Vordringen der Europäer, diesen ihre Waffen zu entlehnen, aber es fehlte an der kriegerischen Mannschaft, ohne welche die beste Waffe unnütz wird; bei jedem gewaltsamen Zusammenstoß zog China den kürzeren und sah sich dadurch in der Politik des passiven Widerstandes immer wieder neu bestärkt. Es war aber klar, daß diese Politik auf die Dauer keinen Erfolg haben konnte, daß sie nur die Schwäche und Widerstandslosigkeit des Landes maskierte. So schien China eine leichte Beute der europäischen Mächte zu werden, ein Opfer, das sein Leben nur noch dadurch zu fristen vermochte, daß diese über seine Teilung nicht einig werden wollten.

Dieser Zustand muß jetzt ein Ende nehmen. Japan hat nicht nur den gefährlichsten Feind Chinas, Rußland, so zu Boden geworfen, daß ihm die Lust zu weiterer Eroberungspolitik in Ostasien für lange hinaus vergangen sein dürfte, es hat damit auch den Beweis geliefert, daß die Europäer nicht unüberwindlich sind. Es hat aber auch aufs deutlichste gezeigt, wie sie nicht dadurch überwunden werden können, daß man sich von ihnen abschließt, sondern

nur dadurch, daß man aufs eifrigste alles von ihnen übernimmt, was sie Großes geschaffen haben. Geschah bisher das Eindringen moderner Technik und modernen Wissens in China nur mühsam, wurde es nur widerwillig geduldet und möglichst abgewehrt, so muß jetzt das japanische Beispiel maßgebend, müssen die Japaner selbst die Lehrmeister werden. Nicht nur in Wissenschaft und Technik, da können die Chinesen auch direkt von den Europäern lernen, sondern auch und namentlich im Kriegswesen. Was China fehlt, hat Japan in reichem Maße, einen zahlreichen, ritterlichen Kleinadel, der vortrefflich geeignet ist zum Führer im Kriege und befähigt und gewillt, den friedfertigen chinesischen Bauern zum Mordhandwerk zu drillen.

Es ist bezeichnend, daß, wie das „Independent Magazine“ in Amerika berichtet (zitiert im Londoner „Social-Democrat“ vom 15. Juni), von 1100 Büchern, die im letzten Jahre in China gedruckt wurden, meist Übersetzungen aus europäischen Sprachen ins Chinesische, nicht weniger als 120 vom Kriegswesen handelten.

Aber nicht nur daraus muß eine gewaltige Erstarkung Chinas erfolgen, sondern auch aus der Kräftigung, die sein nationaler Geist durch die japanischen Siege erfahren hat.

Die bisherige Produktionsweise Chinas — Überwiegen des Ackerbaues, einfache Warenproduktion in den Städten — ist einem nationalen, das heißt das ganze Gebiet der Nation umfassenden Denken und Empfinden nicht günstig. Jedes Dorf ist ein Organismus für sich, die Städte selbst haben nur wenige Beziehungen untereinander, die Provinzen bilden fast selbständige Staaten. Man bedenke, daß das Reich ebensoviel Bewohner zählt wie ganz Europa. Wenig mehr als eine Tributzahlung fesselt die Provinzen an die Zentralgewalt. Diese herrscht freilich unumschränkt, aber sie hat wenig Gelegenheiten, in das Leben des Volkes einzugreifen. Ihre wichtigste ökonomische Funktion war bisher die Instandhaltung der Wasserbauten, Schutzdämme und Kanäle, die in den Flußebenen für den Fortgang der Landwirtschaft zum Schutze gegen Überschwemmungen, Berieselung des Kulturbodens, sowie zum Lastentransport unentbehrlich sind, die aber die Kräfte der einzelnen Gemeinden übersteigen.

Für die gemeinsamen Angelegenheiten des ganzen Reiches herrschte wenig Interesse, selbst die Kriege, welche China führte oder vielmehr, von denen China heimgesucht wurde, betrafen stets nur einzelne Provinzen und erregten über deren Gebiet hinaus keine tieferen Wirkungen.

Indes haben sie doch begonnen, die Keime eines nationalen Geistes zu entwickeln, und der ist rasch erstarkt, als in den letzten Jahren die Gefahr einer Aufteilung Chinas unter die Europäer greifbarere Formen annahm und Rußland die Mandschurei, Deutschland Kiautschou „pachtete“. Nicht minder tiefen Eindruck, aber einen ganz anderen, als den beabsichtigten, machte der „Hunnenfeldzug“. Und die japanischen Siege über die russischen Eindringlinge haben endlich ganz China aufgewühlt.

Daß das aber nicht ein vorübergehendes Strohfeuer bleibt, dafür werden die ökonomischen Verhältnisse sorgen. Der Bau von Eisenbahnen und Telegraphen, der Ausbau des Postwesens, bisher widerwillig und zögernd betrieben, muß unter dem Anstoß Japans ein rascheres Tempo annehmen, damit werden aber alle Teile des Reiches in innigere Beziehung zueinander gebracht und so eine solide ökonomische Grundlage eines nationalen Bewußtseins und des Interesses für die Angelegenheiten des gesamten Reiches geschaffen.

Das oben zitierte „Independent Magazine" teilt mit, daß noch vor wenigen Jahren nur 7 Zeitungen in China existierten; heute gibt es ihrer 157. Der staatliche Postverkehr, den Sir Robert Hart kürzlich organisierte, zählt 1192 Postämter. 1903 beförderte er 49 Millionen Postpakete, 1904 bereits 72 Millionen.

So wird das ungeheure Gebiet immer mehr und mehr zu einem festgefügten Reiche zusammengeschweißt, dessen 400 Millionen bald geschlossen und wohlgerüstet jeden europäischen Angriff abzuwehren und jeden Eindringling hinauszuwerfen imstande sind. Kommt es so weit, so wird jede Aufteilung Chinas unmöglich.

Daß aber China unbelästigt bleibt, bis es so weit erstarkt ist, dafür zu sorgen hat jetzt Japan die Macht. Und es wird wohl auch den Willen haben. Denn für absehbare Zeit wenigstens gehen seine Interessen parallel mit denen Chinas. Es hat die gleichen Feinde und es hat dasselbe Interesse, keiner europäischen Macht zu gestatten, festen Fuß in China zu fassen. Endlich muß es aber schon durch seine geographische Lage und durch die Kulturverwandtschaft bei der ökonomischen und militärischen Reorganisationsarbeit in China um so mehr die Hauptrolle spielen, je mehr europäische Einflüsse ausgeschaltet werden, und muß seine Industrie bei der Politik der offenen Thüre in China am meisten profitieren.

Die Siege Japans dürften also nicht bloß dieses, sondern auch China gerettet, damit aber auch jede weitere Expansionspolitik der kapitalistischen Nationen weißer Rasse unmöglich gemacht haben. China war das letzte große Gebiet, das noch der Verteilung offen schien. Ist seine Aufteilung unmöglich geworden, dann ist die Welt verteilt. Dann kann keine kapitalistische Nation mehr auf anderem Wege als auf Kosten ihrer Genossen sich erweitern. Damit beginnt auch in dieser Beziehung eine neue Epoche der Weltgeschichte.

Natürlich kann diese plötzliche Ausweitung des Ausbeutungsgebiets für den japanischen Kapitalismus und die Verbesserung und Ausdehnung der Militärmacht und der Kommunikationen Chinas nicht vor sich gehen, ohne auch den Markt für den ganzen internationalen Kapitalismus zu erweitern. In weiten Kreisen wird denn auch vom Friedensschluß eine neue Ära der Prosperität, ein neuer „Boom", erwartet. Aber es scheint doch, als dürfte man die Erwartungen, namentlich in Frankreich und Deutschland, nicht allzu hoch spannen.

Freilich, wenn es gelingt, ein kraftvolles liberales Regime an Stelle des permanenten Aufruhrs in Rußland zu setzen, ein Regime, das die Finanzen ohne Bankrott in Ordnung zu bringen und das Reich kreditfähig zu machen weiß, so wird es, namentlich zur Neuausrüstung der Armee und Schaffung einer neuen Flotte, die Industrie des Auslandes in hohem Maße heranziehen müssen, und dabei würden die getreuen Helfer in der Not, die dem Zarismus so viele Gefälligkeiten erwiesen, wohl in erster Linie berücksichtigt werden. Von solchen Neuanschaffungen kann jedoch keine Rede sein, wenn die Anarchie in Rußland noch länger andauert.

Von Japan und China aber haben Deutschland und Frankreich nichts zu erwarten, gerade wegen der Liebesdienste, die sie Rußland während des Krieges erwiesen. Und Kiautschou bleibt ein Pfahl im Fleische Chinas, der dieses stets aufs neue gegen Deutschland aufreizt. Dies Plätzchen an der Sonne dürfte die Ursache werden, daß die Industrie Deutschlands in Ostasien noch recht oft in den Schatten gestellt wird, bis zu jenem Moment, wo China stark

+) hoffentlich

genug geworden ist, den „Pächtern“ seines Grund und Bodens die Türe zu weisen.

Der Löwenanteil an der neuen Prosperität wird jedenfalls den Vereinigten Staaten zufallen, die durch ihre geographische Lage wie durch ihre kluge Politik dem ostasiatischen Markte am nächsten gerückt sind. Gleichzeitig aber wird für sie eine besondere Seite der Arbeiterfrage besonders brennend werden: die der chinesischen Einwanderung.

In jedem Lande beginnt die kapitalistische Produktionsweise damit, einen Teil der Landbevölkerung durch die verschiedensten Methoden zu expropriieren und damit eine große Armee Arbeitsloser zu schaffen, die nur langsam und niemals völlig durch die anwachsende Industrie aufgesaugt wird, die aber, ehe es eine starke kapitalistische Industrie gibt, nicht bloß eine Reservearmee von Lohnarbeitern bildet, sondern auch eine Bevölkerungsschicht, die nur die Wahl hat entweder zwischen der Auswanderung oder Betteln und Stehlen. Je nach den Verhältnissen der Nachbarländer und der Höhe des Verkehrswesens wird der eine oder der andere Ausweg ergriffen.

Amerika aber ist das Eldorado aller dieser Elemente, Amerika mit seinem vielen noch unbebauten Ackerland und seiner starken Industrie. Die Überzähligen aller Nationen strömen mit Vorliebe dahin. So auch die Chinesen. Ihr Andrang muß sich um so mehr steigern, je weiter die Eisenbahnen ins Innere Chinas dringen, je lebhafter der Schiffsverkehr zwischen China und den Vereinigten Staaten.

Die australischen und amerikanischen Arbeiter, kurzsichtige und prinziplose Nurgewerkschaftler, haben es bisher vermocht, sich der Konkurrenz der lohndrückenden Arbeiter der gelben Rasse dadurch zu erwehren, daß sie ihnen kurzweg die Einwanderung verboten. Diese Einwanderungsverbote dürften aber jetzt ein Ende nehmen. Die neue Großmacht Japan wird es nicht dulden, daß man ihre Bürger auf eine niedrigere Stufe stellt als die anderer Länder; aber auch China scheint nicht gewillt, sich die Ausschließung seiner Söhne länger gefallen zu lassen. Es kann ihre Zulassung freilich nicht durch die Macht der Kanonen erzwingen, aber der Markt, den es bietet, ist ein so ausgedehnter, daß es sehr wohl imstande ist, durch die Drohung seiner Abschließung eine gewisse Pression auszuüben. Es ist aber sehr fraglich, ob die Kapitalisten der Vereinigten Staaten gewillt sein werden, ihren Absatz in China zu schädigen, bloß um lohndrückende Elemente von ihrem Lande fernzuhalten.

So kann die Chinesenfrage noch zu einem wichtigen Streitobjekt zwischen amerikanischen Arbeitern und Kapitalisten werden, einer Ursache, den Gegensatz zwischen beiden zu vertiefen. Trotzdem würde freilich zunächst die Position der Sozialdemokratie in Amerika dadurch nicht erleichtert werden. Sie käme in eine schwierige Zwickmühle zwischen der Verfechtung der Interessen der amerikanischen Lohnarbeiterschaft und der der internationalen Solidarität. Selbstverständlich hat sie alle Ursache, jeder Einwanderung *unfreier* Arbeiter, von Schuld- oder Kontraktsklaven, entgegenzuwirken. Aber ebenso sicher verbietet es ihr die internationale Solidarität, die Lohnarbeiter irgendeiner Nation, wenn sie freie Menschen sind, von der internationalen Freizügigkeit auszuschließen. Wie immer aber die Kämpfe sich gestalten mögen, die hieraus resultieren, die amerikanischen Arbeiter werden schließlich zur Erkenntnis kommen müssen, daß alle Abschließungspolitik ein vergebliches Wehren ist, die ihrige nicht minder wie die bisherige chinesische; daß nur im Fortschritt zum inter-

nationalen Sozialismus ihr Heil liegt, was in diesem Falle bedeutet, daß si
die Organisation und sozialistische Aufklärung der Japaner und Chinesen i
Amerika wie in Ostasien für eine der wichtigsten Aufgaben der amerikanische
Arbeiterbewegung erkennen und dementsprechend fördern.

5. Indien und England.

Neben Japan und China gibt es aber noch ein gewaltiges Gebiet in Asien
das durch die japanischen Siege aufgestachelt und vielleicht mehr noch revolu
tioniert wird als das Reich der Mitte. Es ist dies Indien mit seinen
300 Millionen Einwohnern.

Wie China war auch Indien bisher schwach durch den Mangel eines ein-
heitlichen nationalen Bewußtseins. Dieselbe Produktionsweise wie in China
machte auch in Indien jede Dorfgemeinde zu einer Welt für sich, die sich um
die übrige Welt nicht kümmerte. Wenn aber in China wenigstens eine gemein-
same Sprache, Religion, Literatur Bande sind, die die ganze Nation umfassen
und das Aufkommen eines einheitlichen nationalen Gefühls sehr erleichtern, so
fehlt diese Gemeinsamkeit in Indien. Weit leichter fremden Eroberern zu-
gänglich, hat es von Zeit zu Zeit Masseneinbrüche fremder Völker gesehen, die
sich nicht immer mit den früheren Bewohnern völlig vermischten. So hat sich
im Laufe der Jahrtausende auf dem weiten Gebiet eine bunte Musterkarte der
verschiedensten Völkerschaften, Sprachen, Religionen und Kasten entwickelt, die
einander nicht bloß fremd, sondern oft direkt feindselig gegenüberstehen. Das
ist eine der stärksten Wurzeln des absoluten Regimes, welches die Engländer
in Indien errichtet haben. Und daneben stützt es noch der durch so viele
Niederlagen in Kriegen und Empörungen bekräftigte Glaube an die Unüber-
windlichkeit europäischer Kriegskunst.

Diesem Glauben wurde ein Ende bereitet durch die glänzende Kriegführung
Japans, seine Niederwerfung jenes Feindes, den die Herren Indiens selbst so
sehr fürchteten, daß sie ihm eine Konzession nach der anderen machten und ihn
widerstandslos bis an die Tore ihres Reiches gelangen ließen. Aber diese
Kriegführung hat nicht nur das Selbstgefühl der Asiaten gehoben, sondern
auch eine Art asiatisches Nationalgefühl erzeugt, in dem die bisherigen
Stammesgefühle wenn auch nicht ganz verschwinden, so doch so weit zurück-
treten, daß ein gemeinsames Handeln gegen den gemeinsamen Feind dadurch
erheblich erleichtert wird.

In den letzten Tagen ging ein Artikel durch die Parteipresse über „Das
Erwachen Asiens", der einige sehr bemerkenswerte Tatsachen darüber mitteilt,
daß man in Indien beginnt, auf den höheren Schulen Japanisch zu lehren, daß
indische Studenten nicht mehr nach England, sondern nach Japan studieren
gehen und Japan dort in allen Dingen für vorbildlich gehalten wird. Ähn-
liches wird auch von anderer Seite berichtet, unter anderem hat Genosse
Hyndman, der genaue Kenner Indiens, darauf hingewiesen, daß unter dem
Einfluß der japanischen Siege das Selbstgefühl und die oppositionelle Stim-
mung gegen England in Indien rasch wächst. Bei den gut entwickelten Kom-
munikationen, der großen Vereins- und Versammlungsfreiheit, der gut ent-
wickelten Presse kann aber eine solche Stimmung dort rasche Verbreitung
finden, und wie leicht, selbst bei mangelnder Preß- und Vereinsfreiheit, die
Opposition gegen einen unerträglichen Druck die Angehörigen der verschiedensten

Nationen zu einheitlichem Vorgehen vereinigen kann, zeigt eben jetzt Rußland im großartigsten Maße.

Die Niederlage Rußlands kann aber noch in anderer Weise das Wachstum der indischen Opposition gegen die britische Herrschaft begünstigen. Solange ein starkes, angreifslustiges Rußland an den Grenzen Indiens lauerte, lief jede energische Bewegung gegen das englische Regime Gefahr, nur die Pläne Rußlands zu fördern. Wie drückend aber auch die britische Verwaltung empfunden werden mag, so steht sie doch noch hoch über der russischen. Die Indier kämen vom Regen in die Traufe, würden sie das englische Joch mit dem russischen vertauschen. Diese Erwägung mußte gerade die intelligentesten und weitestblickenden Inder davon zurückhalten, eine Bewegung zu fördern, die Englands Position zu schwächen vermochte.

Jetzt, nach Rußlands Niederlage, sind diese Befürchtungen für lange hinfällig geworden. England in Indien schwächen, heißt jetzt nicht mehr, Rußlands Eindringen dort fördern. Schon einmal haben ähnliche Erwägungen die Engländer eine Kolonie gekostet. Solange die Franzosen in Nordamerika ein großes Kolonialreich besaßen, dicht an den Grenzen der englischen Kolonien, und durch ihr Vordringen deren Unabhängigkeit bedrohten, waren diese voll der größten Loyalität für das Mutterland, das sie schützte und dessen Oberhoheit sie dem Regime der Soldaten, Bureaukraten und Jesuiten des französischen Absolutismus vorzogen. Als aber Frankreich geschlagen war und im Pariser Frieden auf seine nordamerikanischen Besitzungen verzichten mußte, da begann sich sofort in den englischen Kolonien der Geist der Unabhängigkeit und der Widerspenstigkeit gegen das Mutterland zu regen, dessen Schutz man nicht mehr brauchte, und es dauerte nur wenige Jahre, so hatten sie dem Stammland den Krieg erklärt und sich von ihm losgerissen. 1763 wurde der Pariser Friede geschlossen, und schon 1773 brach die Rebellion in Boston los, mit der der Unabhängigkeitskrieg begann, der dann, wieder zehn Jahre später, 1783 durch die Anerkennung der Vereinigten Staaten seinen Abschluß fand.

Natürlich ist nicht zu erwarten, daß die anregenden Wirkungen des japanischen Krieges auf Indien sich sofort in einer Losreißungsbewegung äußern werden. Wohl aber dürften sie die Opposition gegen das jetzige Regime erheblich verstärken und verschärfen. Das kann zweierlei Folgen haben: entweder das Streben, die Opposition durch Gewaltmittel niederzudrücken, was dann der Bewegung erst recht einen rebellischen Charakter verleihen müßte; oder das Streben, sie durch Konzessionen zu entwaffnen, wodurch freilich England sich den Besitz von Indien noch für längere Zeit sichern könnte, aber nur durch Verzicht auf die reiche Beute, die es bisher jahraus jahrein aus dem Lande zog. Die allgemeinen Tendenzen der englischen Kolonialpolitik und der englischen Politik überhaupt sprechen für das letztere Verfahren. Aber man darf nicht vergessen, daß die Engländer die Methode der Konzessionen in der Regel nur dort anwenden, wo sie durch die entgegengesetzte wenig zu gewinnen haben. Es ist die Methode des berechnenden Kaufmanns. Aber so sehr ein solcher sonst bereit sein mag, mit sich handeln zu lassen und durch Entgegenkommen die Kundschaft zu fesseln, er wird unerbittlich, brutal, grausam, wo großer Gewinn lockt oder auf dem Spiele steht. Das hat England erst jüngst in Südafrika bewiesen.

In Indien handelt es sich aber um noch viel mehr als in Südafrika. Es ist heute die einzige große Kolonie alten Stils. Während die Kolonien der

anderen Länder alle viel kosten, die anderen englischen Kolonien mindesten keinen erheblichen Ertrag abwerfen, alle aber, englische wie andere, Kapitalie bloß importieren, nicht exportieren, ist das britische Indien noch ein Übe bleibsel jener Periode, in der die Kolonien ein Mittel ursprünglicher Akkum lation von Kapital waren, Kapitalien exportierten oder vielmehr Reichtüme die zu Kapital werden konnten, sehr unfreiwillig abgaben und dadurch de Kapitalreichtum des Stiefmutterlandes rasch vergrößerten. Enorme Reichtüme wandern heute noch jedes Jahr von Indien nach Großbritannien. Dadabh Naorodschi berechnet sie in seinem Buche über Indien („Poverty and unbritis Rule in India", London 1901, Swan Sonnenschein) auf 600 Millionen Mar in einem Artikel der „Justice" vom 24. Juni dieses Jahres auf 700 Millione (über 34 Millionen Pfund Sterling) jährlich.

Seit Jahrhunderten wird Indien von England geplündert. Aber anfang waren es die großen Machthaber, deren Schatzkammern geleert wurden; da konnte das Land ertragen. Je leerer diese wurden, desto mehr trat die Au plünderung durch Besteuerung der armen Volksmasse in den Vordergrun und diese Art der Plünderung wächst zusehends und wird immer verderbliche Ihr Betrag hat sich in den letzten hundert Jahren verzehnfacht. Das be deutet eine Verelendung der Volksmasse, eine Lähmung des Hauptproduktions zweigs, der Landwirtschaft, in einem nicht geringeren Maße, als dies in Ruß land der Fall. Hier wie dort ist denn auch die Hungersnot ein ständige Gast, ist eine Umwälzung dieses Systems zu einer Lebensfrage geworden.

Aber sie bedeutet eine Lebensfrage nicht bloß für Indien, sondern, wen auch in anderer Weise, für die herrschenden Klassen Englands. Der ein Pfeiler seiner ökonomischen Macht, seine industrielle Alleinherrschaft, ist freilic schon geborsten, aber noch steht der andere: die Ausbeutung Indiens. Un je mehr der erstere zusammenbricht, um so wichtiger wird der zweite. Mi Recht erklärte Lord Curzon, der Vizekönig Indiens, in der „Times" (3. Dezembe 1898): „Indien ist der Angelpunkt unseres Reiches. Den Verlust jeder andere seiner Besitzungen könnte es überleben, aber wenn wir Indien verlören, ging die Sonne für unser Reich unter."

Das heißt, die Sonne für das Reich der Reichen. Dieses versänke i finstere Nacht. Sein ganzes ökonomisches System erlitte einen Zusammen bruch, aus dem der Sozialismus den einzigen Ausweg zu erneutem Wohlstan böte.

Aber schon eine Politik der Konzessionen an Indien, die, um dem Verlus vorzubeugen, seine Ausbeutung erheblich verminderte und damit die Summ der Reichtümer einschränkte, die nach England fließt und bis in einen Tei seiner arbeitenden Klassen hinein Wohlstand verbreitet, schon eine solche Politi müßte die Arbeitslosigkeit und die Staatslasten in England vermehren, di Staatseinnahmen aus den bisherigen Quellen vermindern, die Klassengegensätz verschärfen.

Wohl haben sich alle Erwartungen bisher als trügerische erwiesen, die wi seit einem Vierteljahrhundert immer wieder von neuem auf das Erwachen de englischen Arbeiterklasse aus der Tatsache ableiteten, daß die Ausnahmestellung Englands als industrieller Alleinherrscher auf dem Weltmarkt ihr Ende er reicht hat. Bisher hat nur die Kapitalistenklasse Englands die Konsequenzen daraus gezogen durch wachsende Feindseligkeit gegen jegliche Art proletarische Kampforganisationen. Aber vielleicht wird die Erhebung Indiens endlich zum

Anstoß werden, das schlafende Proletariat Englands zu erwecken, indem dadurch der zweite Pfeiler jener Ausnahmestellung Englands ins Wanken gebracht wird, die gegenüber dem Ausland eine Art Interessenharmonie zwischen seinen Kapitalisten und Proletariern wenigstens für kurzsichtige Beschauer herstellte. Wachsende Schwierigkeiten in Indien, ökonomische Krise, vermehrte Steuern, vielleicht Lebensmittelzölle in England, zusammenfallend mit der russischen Revolution in Permanenz, mit großen politischen Kämpfen in Deutschland und Frankreich, mit Umwälzungen in Österreich und der Türkei, vielleicht gar noch internationalen Kriegen — wenn das die englischen Arbeiter nicht aufrüttelt, dann ist auf sie in unseren nächsten Befreiungskämpfen überhaupt nicht mehr zu rechnen, dann wird das auserwählte Volk der Nurgewerkschaftlerei für den Sozialismus erst dann reif werden, wenn auch Japaner, Chinesen, Hindus dazu reif sind — von den Botokuden wollen wir vorläufig noch absehen.

Aber trotz aller trüben Erfahrungen ist zu einer derartigen pessimistischen Auffassung noch keine Veranlassung. Noch dürfen wir hoffen, daß die gewaltige Umwälzung der politischen und sozialen Verhältnisse des gesamten Erdballs, die der russisch-japanische Krieg entfesselt hat, auch am britischen Proletariat nicht spurlos vorübergeht und daß er es vermag, jede der drei großen konservativen Mächte, die jeglicher Revolution unzugänglich schienen, China, Rußland, England, mitten in die Strömung der großen Emanzipationskämpfe unserer Zeit hineinzuziehen und damit deren Tempo enorm zu beschleunigen.

Wie immer diese Kämpfe in Wirklichkeit sich gestalten, wie Unerwartetes sie bringen, wie sehr sie die Schlußfolgerungen, die ich hier aus den vorliegenden Tatsachen zu ziehen versucht, modifizieren mögen, eines kann man jetzt schon mehr als wahrscheinlich, kann man als sicher betrachten: eine Ära revolutionärer Entwicklung hat begonnen; das Zeitalter langsamen, mühsamen, fast unmerklichen Fortschreitens wird weichen einer Epoche der Revolution, sprunghaften Vorwärtsschnellens — freilich vielleicht auch zeitweiliger großer Niederlagen, aber, so viel Zutrauen müssen wir zur Sache des Proletariats haben, auch schließlicher großer Siege. Damit werden wir aber nur ernten, was wir und unsere Vorgänger gesät. Ohne die Aufklärungsarbeit unserer großen Theoretiker und Redner, ohne die unermüdliche propagandistische und organisatorische Kleinarbeit unserer zahllosen anonymen Kämpfer, ohne alle jene Arbeiten, die oft als Sisyphusarbeiten erschienen, deren geringe äußerliche Erfolge manchen entmutigten, indes sie manchem anderen den Blick so verengten, daß er andere Methoden des Fortschreitens nicht mehr für möglich hielt — ohne all diese emsige Vorbereitungsarbeit von Jahrzehnten, ebenso wie ohne die unermüdliche revolutionierende Tätigkeit des Kapitalismus, der alle alten Verhältnisse ausgehöhlt und haltlos gemacht —, ohne alles das wäre es unmöglich, daß jetzt das kleine, ferne Japan eine solche Summe revolutionärer Energie in der Welt auslöste.

Daß aber Japan dies vermochte, daß der Sieg einer weit entfernten ostasiatischen Macht den proletarischen Klassenkampf in Europa so gewaltig anzustacheln vermag, beweist auch, wie sehr das Proletariat eine Weltmacht geworden ist, daß nichts Großes mehr in der Welt sich vollziehen kann, das nicht den Siegeszug des Sozialismus beschleunigt.

Die Wahlentrechtung in Dresden.

Von G. Riem.

Wir leben in Deutschland in der Zeit der Wahlentrechtungen. Zwar erhob Bülow in der verflossenen Reichstagssession noch in seiner letzten gegen unser Partei gerichteten Rede den Vorwurf, sie wolle nicht praktisch mitarbeiten am Wohle des Staates, sie negiere nur und treibe Agitation, aber trotzdem fürchte die Regierung wie das Bürgertum nichts mehr als unsere praktische Mitarbei in Staat und Kommune. Und deshalb verrammelt man uns mit den skrupel losesten Mitteln die Pforten der Land- und Stadthäuser.

Dieser Furcht der bürgerlichen Gesellschaft haben wir die zahllosen Wahl rechtsräubereien und -Mogeleien der letzten Jahre, im sächsischen Landtag wi in den großen Kommunen und auch die jüngste in der sächsischen Haupt- un Residenzstadt Dresden zu danken.

Lange Jahre sah die Bourgeoisie Dresdens die Arbeiter als Eindringling an, und die Hausbesitzer, von denen ja der jetzige Stadtrat Leberecht Hartwi der ureigenste, auch auswärts bekannte Typus ist, sorgten durch hohe Mieter dafür, daß die Arbeiter in die billigeren Vorstädte zogen, wo sie auch noch den Vorteil hatten, ihre Lebensmittel nicht noch zum dritten oder vierten Mal durch den städtischen Oktroi verteuern zu lassen. Die verhältnismäßig weniger Arbeiter, die aus diesen oder jenen Rücksichten in Elbflorenz zu wohnen gezwungen waren, wurden gründlich geschröpft. Was ihnen der Hausbesitzer noch ließ, nahm ihnen der Steuererheber ab; denn die Steuern sind bekanntlic allgemein in Sachsen riesig hoch, die kommunalen aber in Dresden noch gan besonders, weil eben die Hausbesitzer im Bunde mit den in ihrem Schlepp tau segelnden antisemitischen „Reformern“ es meisterhaft verstanden hatten, di Lasten auf die „starken Schultern der breiten Masse“ abzuwälzen. Die Sozial demokratie hatte in der Stadtverwaltung keine Vertretung, dafür sorgte ein hoher Rat durch allerhand künstliche Mittel: sonderbare Auslegung des Begriffs „Selbständigkeit“, hohe Bürgerrechtsgebühren und eine unendliche Menge Scherereien, so daß nur in sehr spärlichem Maße Arbeiter Bürger werden konnten. Dazu kam auch — das soll durchaus nicht verschwiegen werden — ein gewisser Indifferentismus der Arbeiter gegenüber kommunalen Dingen und die anscheinende gänzliche Aussichtslosigkeit, jemals so viel Arbeiterbürger zu bekommen, um die bürgerlichen Gegner zu schlagen.

So blieben die Hausbesitzer und Reformer, die sich verbündet hatten, un beschränkt im Besitz der kommunalen Herrschaft. Die anständigen, einiger maßen auf politische Reputation haltenden Leute zogen sich zurück oder wurden, wenn sie durch einen Zufall ins Kollegium kamen, herausgebissen, so daß das Stadtverordnetenkollegium auf einen argen Tiefstand des Intellektes geriet.

Die Wahlen wurden von einigen geschickten und unverfrorenen Drahtziehern gemacht. An dem antisemitisch-hausbesitzerlichen Wahlkuddelmuddel waren an die achtzig Vereine, Bezirks-, Krieger-, Schützenvereine usw., beteiligt; da das Listenwahlsystem bestand, bei dem alle Stadtverordneten in jedem Jahre zu einem Drittel auf einer Liste, zur Hälfte Ansässige, zur Hälfte Unansässige, gemeinsam gewählt wurden, so kam niemand herein, den dieser Ring nicht haben wollte!

Zur Kennzeichnung des „Geistes", der im Dresdener Stadtrat herrschte, nur einige Beispiele aus der Fülle der vorhandenen: Der Führer der Hausbesitzerpartei, Baumeister Hartwig, trat, als die Errichtung von städtischen Badeanstalten in Frage kam, diesem Plane mit dem Argument entgegen, daß er in seinem Heimatdorf Heckersdorf auch nicht habe baden können, und sei doch groß und stark geworden. Als in einer Petition der städtischen Arbeiter eine Erhöhung der elenden Löhne verlangt wurde, meinte er:

„Ich habe früher als Zimmermann 9 bis 15 Mark verdient. Warum spart der Arbeiter heute nichts, warum ahmt er nicht den Italienern nach!"

Als es sich um eine Unterstützung der Arbeitslosen handelte, meinte er:

„Ganz ausgeschlossen von jeder Hilfsaktion bleiben die unbotmäßigen Jungens und Hetzer. Hilf dir selber, dann wird dir Gott helfen!"

Und der Antisemitenführer Häckel, seines Zeichens Rechtsanwalt, sagte gar, die Arbeitslosigkeit sei durch die Schuld der Sozialdemokratie entstanden. „Sie zieht das Proletariat in so erheblichem Umfang in den Großstädten zusammen, um bei den Wahlen die Übermacht zu haben, um dem Staat und der Stadt zu zeigen: wir sind die Stärkeren." Er meinte dann weiter: „Wenn wir nicht ganz vorsichtig sind, befördern wir das Anwachsen des Proletariats, und die Residenzstadt Dresden erfährt nochmals den zweifelhaften Ruhm, durch einen Sozialdemokraten, der noch dazu ein Jude ist, im Reichstag vertreten zu sein!"

Hartwig bekämpfte den freien Sonntag der Kaufleute mit dem Hinweis, daß „wenn jemand am Sonntag Besuch bekäme, er nicht einmal imstande wäre, einen kalten Aufschnitt zu besorgen."

Solche lächerliche und kindische Aussprüche könnte man noch zu Dutzenden aufzählen, aber die Taten bewegten sich tatsächlich in diesen Geleisen einer öden Mittelstandsretterei, brutaler Arbeiterfeindlichkeit und unverfrorenen Eigennutzes.

Eine Arbeitsordnung wurde für städtische Arbeiter getroffen, die allen Ernstes von den Arbeitern, wenn sie nach zehnjähriger Tätigkeit „ständige Arbeiter" werden wollen, verlangt, daß sie den Eid auf ihre Königstreue ablegen, und weiter, daß sie nicht Mitglieder des — Konsumvereins sind.

Von den Steuerlasten wußte aber die Hausbesitzerpartei ihre Angehörigen frei zu halten. So zahlte beispielsweise München 1901 mit seinen 441 000 Einwohnern 2 244 815 Mark Grundsteuer, Dresden mit 380 000 Einwohnern nur 767 901 Mark. Es ist klar, daß dieser Ausfall von 1½ Millionen Mark auf andere Weise herausgeholt werden mußte, und das geschah durch die städtische Besteuerung der Lebensmittel. Zirka 25 Prozent der Steuereinnahme überhaupt wurden dadurch aufgebracht. Die werktätige Bevölkerung mußte ihren Lebensunterhalt um zirka 2 Millionen Mark verteuern lassen.

Da 1910 die städtischen indirekten Abgaben durch Reichstagsbeschluß bei den Handelsverträgen den Kommunen unmöglich gemacht werden, so beschäftigt man sich jetzt im Kollegium mit einer Umsatzsteuer, die den Ausfall wett machen soll. Auf der anderen Seite ist man ungeheuer freigebig. Schützenfeste, Sportfexereien usw. werden gut bedacht, ein Bismarckdenkmal errichtet, sogar neuerdings ein Crispidenkmal. Daneben war man auch agrarierfreundlich, der Mindestfettgehalt der nach Dresden eingeführten Milch wurde von 3 auf 2⁸⁄₁₀ Prozent bereitwilligst heruntergesetzt. Als eine Vorlage vom Rat über Verordnungen zum Schutze gegen Bleierkrankungen an das Stadtverordnetenkollegium gelangte, meinte der Wortführer der Antisemiten, Ahlhelm, ein Ver-

sicherungsagent, sie sei zu wenig arbeitgeberfreundlich, und sie wurde zurück verwiesen. Oberbürgermeister Beutler proklamierte bei der Entlohnung de städtischen Arbeiter die Rücksicht auf die privaten Unternehmer. Dabe erhalten von 3539 städtischen Arbeitern 38 Prozent 18 bis 24 Mark, 45 Pro zent 18 Mark, 27½ Prozent bis 15 Mark. Der § 616 findet keine An wendung. Sie wurden aus der Ortskrankenkasse, in der sie sich sehr zu frieden fühlten, herausgenommen und mußten in die vom Rate errichtet Betriebskrankenkasse gehen, um sie dem „sozialdemokratischen Einfluß" zu entziehen. Arbeiter wurden wegen ihrer Zugehörigkeit zur Organisation wieder holt gemaßregelt. Das Gewerbegerichtsstatut wurde betreffs Entschädigung fü die Arbeiterbeisitzer wesentlich verschlechtert.

So zeigt sich auf allen Gebieten eine eminent arbeiterfeindliche, sozial rück ständige, bornierte und kurzsichtige Kommunalpolitik, die geeignet war, di Arbeiter aufs äußerste zu erbittern.

Durch die Einverleibung einer ganzen Reihe von Arbeitervororten mit zahl reichen Arbeiterbürgern, durch die Hinwegräumung der vom Rate künstlich konstruierten Erschwernisse zur Erwerbung des Bürgerrechtes durch das Ober verwaltungsgericht kam in den letzten Jahren mehr Leben in die Betätigung auf kommunalem Gebiet. Es bildete sich ein Bürgerkomitee, das ständig un systematisch arbeitete und Tausende von Arbeitern zur Erwerbung des Bürger rechtes aufmunterte. Dresden ist inzwischen — nach der Einverleibung im Jahre 1903 — zur größten sächsischen Industriestadt geworden: 1624 Betrieb mit 54958 Arbeitern. Die Mehrheit der Bevölkerung stand schon bei der Wah im Jahre 1898 auf seiten der Sozialdemokratie. Sie musterte 30324 Stimmen oder 51,02 Prozent gegen 29108 Stimmen oder 48,48 Prozent der gesamten Gegner. Und dabei keinen einzigen Vertreter im Kollegium!

Das mußte anders werden, und es wurde von unserer Seite mächtig agitiert

Und diese Arbeit hatte Erfolg. Im vorigen Jahre fehlten uns nur noch zirka 1000 Stimmen an der relativen Mehrheit. Wäre im vorigen Jahre ein von den Freisinnigen und den Nationalsozialen angebotenes Kompromiß ode vielmehr eine gemeinsame Liste von uns akzeptiert worden, wir hätten sechs Vertreter im Rathaus bekommen.

Jetzt stand aber den Gegnern das Wasser an der Kehle, und man arbeitete mit Hochdruck, um bis zur nächsten Stadtverordnetenwahl den Weg zu einer sozialdemokratischen Mehrheit zu verrammeln. Wäre in diesem Jahre noch einmal unter dem bestehenden Wahlrecht gewählt worden: eine Wahländerung wäre überhaupt voraussichtlich unmöglich geworden, und die sächsische Haupt und Residenzstadt wäre in zwei Jahren von einer sozialdemokratischen Stadt verordnetenmehrheit beherrscht worden. Es wären in diesem Jahre mindestens 32 Stadtverordnete zu wählen gewesen, und da zirka 2000 sozialdemokratische Bürger seit der letzten Wahl hinzugekommen sind, so wäre ein sozialdemokra tischer Wahlsieg auf der ganzen Linie die größte Wahrscheinlichkeit gewesen Deshalb wurde nun von den verschiedenen Gruppen unserer Gegner verzweifel gesucht, ein Wahlrecht zu erfinden, das ihnen nach wie vor den größten Ein fluß garantiert, aber die bösen Sozialdemokraten ausschließt oder wenigstens so beschränkt, daß sie nicht gefährlich werden können.

Besonders die Antisemiten oder Reformer, wie sie sich nennen, wollten nu ein Wahlrecht, durch das ihnen die Macht verblieb und unter dem in langen Jahren kein Sozialdemokrat ihre Kreise stören könnte.

Schon im Jahre 1899 hatte der Oberbürgermeister Beutler, dem die Herrschaft der Hausbesitzer und Reformer denn doch zu blamabel war, dem Kollegium ein Berufs- und Klassenwahlrecht vorgelegt, hatte aber, da damals an einen Sieg der Sozialdemokraten in Menschengedenken nicht zu hoffen war (wir hatten zirka 700 Stimmen gegenüber 10000 bürgerlichen), bei der herrschenden Clique, die den Braten roch, kein Glück. Sie gaben damals vor, sie hätten keinen Anlaß, den Sozialdemokraten, die sie begreiflicherweise fürchten, den Eintritt ins Stadtverordnetenkollegium zu verschaffen. Jetzt, als den gesamten Gegnern das Feuer auf den Nägeln brannte, konstruierten sie schleunigst Wahlrechtsvorlagen.

Der Bürgermeister Beutler kam zunächst wieder mit dem Berufswahlrecht von 1899, das etwas modifiziert war und das auch die Billigung des Vorstandes des Kollegiums und des Rechts- und Verfassungsausschusses fand. Danach sollten die Bürger, die ein steuerpflichtiges Einkommen über 2500 Mark haben, die erste, die anderen die zweite Klasse bilden. Außerdem waren noch vier Abteilungen vorgesehen. Die Hälfte der zu wählenden Stadtverordneten mußte ansässig sein. Da man der Abteilung B, zweite Klasse, wo für die Arbeiter die Möglichkeit eines Erfolges vorhanden war, im ganzen sechs Mandate zuerkannt hatte, so wären sie bei Annahme dieses Wahlrechtes die Höchstzahl gewesen, die je von der Sozialdemokratie hätte erreicht werden können. Die Antisemiten hatten zwei verschiedene Entwürfe vorgelegt: den Entwurf Krumbiegel, der den Wählern je nach dem Alter ihres Bürgerrechtes das Wahlrecht zuteilen wollte, und zwar in vier Altersabteilungen, in denen die abgegebenen Stimmen mit 1, $^1/_2$, $^1/_3$ und $^1/_4$ Stimme bewertet werden sollten.

Bei diesem Wahlrecht hätten wir in den nächsten zehn Jahren nicht ein einziges Mandat bekommen. Es lag noch ein dritter Entwurf vor, der eine Proportional- und Klassenwahl vorschlug. Die Bürger mit über 2000 Mark Einkommen sollten 54, die anderen 30 Mandate bekommen nach dem Verhältnissystem.

In der entscheidenden Stadtverordnetensitzung wurden alle drei Wahlvorschläge abgelehnt.

Der Rat machte sich schleunigst daran, ein neues System zu erfinden, das die Mehrheit auf sich vereinigen konnte. Er verquickte nunmehr das Berufswahlrecht mit dem Alterswahlrecht (Krumbiegel). Danach sollten in den vier Abteilungen die erste Klasse diejenigen Bürger bilden, die über zehn Jahre das Bürgerrecht besitzen, die zweite Klasse die übrigen Bürger. In der nächsten Sitzung wurde diese Vorlage dem Rechts- und Verfassungsausschuß überwiesen, der in seiner Mehrheit in der letzten Sitzung dieses Wahlrecht empfahl, während die Minderheit nochmals das Krumbiegelsche Wahlrecht hochhielt. Nach scharfen Auseinandersetzungen wurde es dann mit einer Stimme Majorität angenommen, außerdem einige Zusatzanträge. Nach dem einen sollten den einverleibten Vorortbürgern ihre Jahre angerechnet werden, nach dem anderen wurde die Klasse der Industriellen und Gewerbetreibenden usw. geteilt. Handel und Industrie erhielten 12, die Gewerbetreibenden usw. 24 Mandate. Das Gesamtergebnis der gesamten Wahlrechtskampagne ist das folgende:

Die Zahl der Stadtverordneten beträgt künftig 84, davon entfallen 42 auf die ansässigen, 42 auf die unansässigen Bürger. Die Stadtverordneten werden auf die Dauer von sechs Jahren gewählt. Neuwahlen finden nur noch alle zwei Jahre statt, und zwar wird dabei ein Drittel sowohl der Ansässigen wie der Unansässigen ersetzt.

Für die Wahlen werden die stimmberechtigten Bürger in vier Abteilungen geteilt, und zwar gehören zur Abteilung A diejenigen, welche keinerlei Beruf ausüben oder keiner der drei anderen Abteilungen zugehören (Rentner, Pensionäre usw.), zur Abteilung B die Arbeiter und die Gewerbsgehilfen, soweit sie nach dem Invalidenversicherungsgesetz der Versicherungspflicht unterliegen (das heißt Personen, welche als Arbeiter, Gehilfen, Gesellen, Lehrlinge oder Dienstboten gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt werden), sowie Lohn- und Akkordarbeiter und diejenigen Personen im öffentlichen und Privatdienst, auf welche die Bestimmungen in § 30 der Revidierten Städteordnung nicht Anwendung finden. (Der Paragraph lautet: Wenn Gemeindeanlagen nach dem Maßstab des Einkommens erhoben werden, sind festes Diensteinkommen, Wartegeld und Pensionen nur zu vier Fünftel in Anschlag zu bringen.) Der Abteilung C gehören an die im Dienste befindlichen öffentlichen und nichtöffentlichen Beamten und Angestellten, die Geistlichen, die Lehrer an öffentlichen oder nichtöffentlichen Lehranstalten, welche zu ihrer Errichtung der Genehmigung der Königlichen Ministerien des Innern oder des Kultus und öffentlichen Unterrichtes bedürfen, die Rechtsanwälte, die approbierten Ärzte, die Künstler. Als Beamte oder Angestellte sind jedenfalls diejenigen Personen anzusehen, auf welche die Bestimmungen in § 30 der Revidierten Städteordnung Anwendung finden, sowie ferner die in einem Ehrenamt befindlichen Personen dann, wenn sie für letzteres eidlich in Pflicht genommen und einem gesetzlich geordneten Dienststrafverfahren unterstellt sind. Der Abteilung D gehören an die selbständigen Handel- und Gewerbetreibenden einschließlich der Selbständigen in Gärtnerei und Landwirtschaft. Nach einem ebenfalls angenommenen Zusatzantrag des Stadtverordneten Ahlhelm wird diese Abteilung noch getrennt, und zwar werden von den dieser Abteilung angehörenden 36 Sitzen 12 den Industrie- und Handeltreibenden und 24 den Gewerbetreibenden eingeräumt. Der Abteilung A werden im ganzen 12, der Abteilung B ebensoviel, der Abteilung C 24 und der Abteilung D 36 Sitze zugesprochen. In jeder Abteilung bilden diejenigen Bürger, welche bei Aufstellung der Wahlliste bereits länger als zehn Jahre im Besitz des Bürgerrechtes sind, die erste, und die übrigen Bürger die zweite Klasse. Denjenigen früheren Gemeindemitgliedern einverleibter Vororte, welche entweder das besondere Gemeindebürgerrecht eines dieser Vororte besessen haben oder im ersten Jahre nach der Einverleibung zum Erwerb des Bürgerrechtes sich selbst gemeldet haben, oder aber zu gleichem Zwecke vor der Einverleibung durch den Gemeinderat ihres Vorortes angemeldet worden sind, ist eine bis zur Einverleibung ununterbrochen gebliebene Zeitdauer des besonderen Gemeindebürgerrechtes oder der Gemeindemitgliedschaft auf die Erfüllung der in Absatz 3 gedachten Bürgerrechtsjahre anzurechnen.

Bei den alle zwei Jahre stattfindenden Stadtverordnetenwahlen haben zu wählen: in Abteilung A die Wahlberechtigten der 1. Klasse 1 Ansässigen, 1 Unansässigen; die Wahlberechtigten der 2. Klasse 1 Ansässigen, 1 Unansässigen; in Abteilung B die Wahlberechtigten der 1. Klasse 1 Ansässigen, 1 Unansässigen; die Wahlberechtigten der 2. Klasse 1 Ansässigen, 1 Unansässigen; in Abteilung C die Wahlberechtigten der 1. Klasse 3 Ansässige, 3 Unansässige; die Wahlberechtigten der 2. Klasse 1 Ansässigen, 1 Unansässigen; in Abteilung D die Wahlberechtigten der 1. Klasse 5 Ansässige, 5 Unansässige; die Wahlberechtigten der 2. Klasse 1 Ansässigen, 1 Unansässigen. Außerdem sind bei jeder Stadtverordnetenwahl, und zwar in einer und derselben Wahlhandlung für jede Abteilung, Ersatzmänner aus den Ansässigen und Unansässigen auf die Dauer von zwei Jahren zu wählen.

Nach diesem Wahlrecht wird die Sozialdemokratie in Klasse B die 12 Mandate bekommen. Es werden also bei der im November oder Dezember dieses Jahres stattfindenden Wahl erst 4, im Dezember 1907 abermals 4 und im Jahre 1909 die letzten 4 Mandate dieser Klasse geholt werden. Mehr zu erreichen wird ihr in absehbarer Zeit nicht möglich sein. Ein „Erfolg“ des

neuen Wahlrechtes ist auch der Bruch der Antisemitenherrschaft. Sie verlieren, wie sie das Reichstagsmandat verloren haben, auch ihren Einfluß in kommunalen Dingen. Mehr wie 24 bis 30 Mandate können sie unter dem neuen Wahlrecht nicht bekommen.

Vor zehn Jahren hätte noch kein Mensch gedacht, daß die Sozialdemokratie ins Stadtverordnetenkollegium je einziehen würde. Durch ungeheure Agitation und Anstrengung ist es nun dahin gekommen, daß die Gegner, um eine völlige Überflutung des Stadtverordnetenkollegiums zu verhüten, ihr wenigstens ein Dutzend Sitze überlassen müssen.

Der zu wählenden Genossen wartet eine große Arbeit. Kaum in einem anderen städtischen Parlament ist eine solche soziale Rückständigkeit, ein so niederes geistiges Niveau, eine solch brutale Arbeiterfeindlichkeit und eine solche Interessenwirtschaft zu finden gewesen wie in dem der Hauptstadt des reaktionären Musterländles Sachsen. Da gibt es viel zu tun, und die kleine sozialistische Schar wird alle Energie aufwenden müssen, um erst einmal die schlimmsten Mißstände, die sich hier aufgehäuft haben, zu beseitigen.

Die Wahlentrechtung in der sächsischen Metropole ist nur ein Glied in der Kette der unaufhörlichen Attentate auf die Volksrechte. Sie zeigt die gewaltige Furcht, die man vor der Arbeiterbewegung hat. Aber mag das Bürgertum noch so sehr alle Zugänge zur politischen Macht in Stadt und Land zu verrammeln suchen, unentwegt schreitet der Riese Proletariat seinen Weg fort zum endlichen letzten entscheidenden Siege.

Der Ausfall der bayerischen Landtagswahl.

Von Dr. **Max Alberty.**

Das Erwartete ist eingetreten: die Wahlen haben eine sichere Zweidrittelmehrheit für die Wahlreform gebracht, die Liberalen trotz der ihnen überaus günstigen Wahlkreiseinteilung ein Drittel ihrer Mandate eingebüßt; nicht mehr 44, sondern nur 20 bis 25 Abgeordnete werden in das Haus an der Prannerstraße zurückkehren. In zwei Wahlkreisen mit 5 Abgeordneten wird erst in vier Wochen die Entscheidung fallen. Selten hat eine Partei solch empfindlichen Denkzettel so sehr verdient wie die bayerischen Liberalen. Ohne Übertreibung kann man hier von einem wirklichen Volksgericht sprechen. Und auch der angebliche Triumph in Nürnberg, von dem noch besonders zu sprechen sein wird, kann daran nicht das mindeste ändern. Das bayerische Volk hat sich mit enormer Majorität für die Einführung des allgemeinen direkten Wahlrechtes ausgesprochen, und sollten abermals liberale Einflüsse in der Regierung oder in der Reichsratskammer gegen die Wahlreform sich geltend machen, oder sollten etwa Berliner Einflüsse in der gleichen Richtung in Wirkung treten, so wird es — darüber kann kein Zweifel bestehen — zu einem Konflikt zwischen Regierung und Kammer kommen, wie ihn Bayern noch nicht erlebt hat. Aber ich glaube nicht, daß es dahin kommen wird. Die Regierung wird eingesehen haben, daß sie sich auf den verkrachten bankrotten Liberalismus nicht länger stützen kann, und wird sich weiter sagen, daß ein direktes Wahlsystem dem Zentrum auch keine größere Majorität verschaffen wird, als es diesmal schon unter dem indirekten System gewonnen hat. Eher im Gegenteil; denn von den 19 Mandaten, die

allein München und Nürnberg erhalten, dürften dann mindestens 12 uns zufallen, 7 bis 8 in München und 5 in Nürnberg.

Die gegenwärtige Lage scheint demnach folgendes Prognostikon für die Zukunft zuzulassen: Sofort nach Zusammentritt des Landtags wird die bayerische Regierung aufgefordert werden, ein neues Wahlgesetz vorzulegen, das in allem Wesentlichen dem durch den Verrat der Liberalen im vorigen Landtag abgelehnten entspricht; dann wird die Kammer den Etat beraten und kann ihn in der Gesamtabstimmung meines Erachtens nur dann bewilligen, wenn die Regierung, woran kaum zu zweifeln ist, inzwischen das Wahlgesetz eingebracht hat. Das Zentrum, das sich so stark für das Zustandekommen des direkten Wahlrechtes engagiert, das den ganzen Wahlkampf nur mit dieser Parole geführt hat und das unter dem indirekten System seine ländlichen Wähler auf die Dauer immer schwerer an die Wahlurne bringt, muß alles daran setzen, die Wahlreform durchzuführen, selbst mit Zuhilfenahme der äußersten Mittel. Aber, wie gesagt, ich glaube nicht an diese Eventualität. Vielmehr wird aller Voraussicht nach, sowie der Etat fertiggestellt, das Wahlgesetz beraten und vielleicht nahezu einstimmig votiert werden. Denn ich zweifle, ob die Gegner, vor allem die Liberalen, danach Verlangen tragen, noch einmal einen Wahlkampf unter der Parole: „Gegen die Wahlrechtsräuber" über sich ergehen zu lassen. Im Frühjahr oder Sommer 1907 werden dann Neuwahlen zum erstenmal unter dem direkten System vor sich gehen, die zwar uns noch lange nicht die unserer Masse entsprechende Zahl von Mandaten, aber doch eine ansehnliche Vermehrung derselben, auf mindestens 20 bis 22, bringen werden.

Nun aber noch einige Bemerkungen zum jetzigen Wahlausfall. Daß das Zentrum den Löwenanteil des Erfolges davongetragen, ist richtig und war vorauszusehen. Mit mindestens 102 Mandaten wird es bei einer Gesamtzahl von 159 Abgeordneten eine starke absolute Majorität haben. Darauf mußte man von vornherein gefaßt sein, und das war, wenn man das direkte Wahlrecht durchsetzen wollte, so bedauerlich es an sich sein mag, nicht abzuändern.

Es wird uns nun von liberaler Seite höhnisch vorgeworfen, wir Sozialdemokraten seien vom Zentrum genasführt worden und hätten keinen Gewinn von unserem Vorgehen gehabt. Ich halte diese Ansicht für grundfalsch. Wir haben durch das Zusammengehen mit dem Zentrum zunächst einmal drei Sitze in Augsburg-Stadt, in Kempten und in Schweinfurt gewonnen, von denen wir die beiden letzten — in Kempten gaben wir mit nur 6 Wahlmännern den Ausschlag —, wahrscheinlich sogar alle drei nicht gewonnen hätten, außerdem haben wir in der Pfalz auch noch 3 Sitze durch die Koalition gewonnen und unsere 3 Sitze in Ludwigshafen und Pirmasens, die durch die Wahlkreiseinteilung stark bedroht waren, behauptet. Ebenso muß es als fraglich erscheinen, ob wir in München I unsere 3 Sitze bei der uns ungeheuer ungünstigen Einteilung der Wahlkreise neu erobert hätten. Diesem absoluten Gewinn von 6 Mandaten steht nun freilich der herbe Verlust der 4 Nürnberger Sitze, unseres ältesten Besitzstandes in Bayern, gegenüber. Aber diese Mandate haben wir ja nicht an das Zentrum und nicht durch die Schuld des Zentrums, sondern an die vereinigten Liberalen, Demokraten, Konservativen und Antisemiten verloren, verloren durch die raffiniert zurechtgestutzte Einteilung des Wahlkreises, die uns zweifellos die ausreichende Grundlage zu einem erfolgreichen Wahlprotest geben wird. Unter diesen Umständen hätten wir Nürnberg mit und ohne Koalition mit dem Zentrum verloren.

Mit dem Verlust Nürnbergs, so überraschend er manchem Außenstehenden gekommen sein mag, mußte von allen Eingeweihten ernstlich gerechnet werden. Schon am Vorabend der Wahl beurteilte die „Münchener Post“ in einem Artikel „Die Landtagswahlaussichten in Nordbayern“ die Lage in Nürnberg wie folgt:

„Der Mischmasch ist von großer Siegeszuversicht erfüllt und entfaltet eine fieberhafte Tätigkeit. Tagtäglich hält er Versammlungen ab, in denen die Referenten gleich viertel- oder dritteldutzendweise auftreten. Mit imponierendem Selbstbewußtsein verkünden sie, die Sozialdemokratie werde am 10. Juli in Nürnberg ihr „blaues Wunder“ erleben. Und in der Tat hat unsere Partei Ursache genug, alle ihre Kräfte anzuspannen, um den Gegner auch diesmal wieder zu überwinden. Die überwiegende Mehrheit der Wähler stimmt allerdings sozialdemokratisch, aber das ist ja bei dem verrückten Wahlsystem nicht allein entscheidend. Dadurch, daß bei der Wahlbezirkseinteilung die Volkszählung von 1875 zugrunde gelegt wird, kann eine Partei sehr wohl die Mehrheit der Wähler auf ihrer Seite haben, aber trotzdem mit den gewählten Wahlmännern in der Minderheit bleiben. Bei den Urwahlen werden im Wahlkreise Nürnberg 259 Wahlmänner gewählt, die Mehrheit beträgt somit 130 Wahlmänner. Bei der letzten Wahl 1899 wurden von unserer Partei 170 Wahlmänner gewählt. Diesmal werden wir eine ganze Reihe von Bezirken in der inneren Stadt verlieren, und das sind gerade solche Bezirke, die bei einer Wählerzahl von 400 bis 700 6 oder 7 Wahlmänner zu wählen haben, während die Vorstadtbezirke mit 2000 bis 4000 Wählern nur 3 oder 4 Wahlmänner wählen dürfen. Die sozialdemokratische Wählerschaft in der Altstadt ist teilweise erheblich zurückgegangen, weil viele frühere Wohnhäuser in Geschäftslokale umgewandelt wurden und die Arbeiter, die dort wohnten, vielfach in die Vorstädte hinauszogen. Auch die Verlegung der großen Fabriken an die Peripherie spielt dabei mit. Außerdem hat sich die Stadtverwaltung, in der die liberalen Agitatoren sitzen, bemüht, die Wahlbezirkseinteilung so viel als möglich zugunsten des Kuddelmuddels zurechtzuschneiden. Trotz der Ministerialverordnung, möglichst kleine Urwahlbezirke mit drei Wahlmännern zu bilden, hat man die Zahl der Bezirke von 49 auf 48 herabgemindert und überall da, wo das Bürgertum stark vertreten ist, sechs- und siebenmännige Bezirke gebildet, dagegen dort, wo die Arbeiterbevölkerung dominiert, die Zahl der Wahlmänner herabgesetzt. Bei der Einteilung ist, um sichere Wahlbezirke für die bürgerlichen Parteien zu bilden, der natürliche Zusammenhang einzelner Straßen und Distrikte vielfach ganz außer acht gelassen worden. So hat man durch eine raffiniert ausgeklügelte Wahlbezirkseinteilung das Unrecht des bayerischen Wahlsystems noch verschärft. Die Sozialdemokratie wird also einen heißen Kampf zu führen haben, wenn sie trotz dieser empörenden Vergewaltigungen Sieger bleiben will.“

Die Tatsachen haben der pessimistischen Grundstimmung dieser Ausführungen leider recht gegeben. Wir haben diesmal in Nürnberg nur 108 Wahlmänner gegen 151 der Gegner aufgebracht. Dabei sind unsere Stimmen nicht zurückgegangen, im Gegenteil: wir haben über 22000 Stimmen aufgebracht, 4000 mehr als 1899, wir haben gegen 7000 Stimmen mehr aufgebracht als unsere vereinigten Gegner. Und wir hätten eine noch bedeutend größere Stimmenzahl erreicht, wenn nicht infolge der raffinierten Wahlbezirkseinteilung Tausende von Parteigenossen um ihr Wahlrecht gebracht worden wären. Wir haben Wahl-

lokale gehabt, in denen bis zu 4500 Wählern das Stimmrecht hätten ausüben sollen. Und als um 4 Uhr die Wahlzeit zu Ende war, standen noch Hunderte von Wählern draußen vor der Tür, auf der Straße, denen man einfach die Tür vor der Nase zuschlug.

Nicht lange werden so unsere Gegner ihres Erfolges sich freuen können. Außer den bereits angeführten sind auch sonst Unregelmäßigkeiten vorgekommen, die eine Kassation der unrechtmäßig gewonnenen Mandate als sicher erscheinen lassen. Immerhin ist nicht zu leugnen, daß der vorläufige Verlust Nürnbergs, so wenig er unerwartet kam, so begreiflich er unter den obwaltenden Umständen erscheint, doch einen bitteren Tropfen in den Becher der Freude über den Gewinn von 6 Mandaten und den überall erheblichen Stimmenzuwachs goß, und es war ein Moment bangen Schweigens, als in der Münchener Versammlung Vollmar das Nürnberger Resultat mitteilte.

Um so erfreulicher sind die Erfolge unserer Partei in München, wo wir über 25000 Stimmen aufbrachten und einen Zuwachs von 5000 Stimmen gegenüber 1899 erzielten, in der Pfalz, und vor allem auch in Augsburg, wo die koalierten Parteien 8500 gegenüber 4500 liberalen erhielten, und unsere Partei zweifellos den weitaus größten Teil der Wähler an die Urne brachte. Allein die uns ganz gehörenden Wertachvorstädte ergaben an 2500 Stimmen für uns. Selbst die „Augsburger Abendzeitung“ bestätigt, daß der große Sieg in Augsburg der Sozialdemokratie zuzuschreiben ist, deren Wähler in enormer Beteiligung antraten.

Neben dem Algäu, wo der liberale Führer Wagner gefallen ist, ist Augsburg, das seit 36 Jahren ununterbrochen im Besitz der liberalen Partei stand, der schwerste Verlust für die Liberalen. Sie brachten hier von 114 Wahlmännern nur noch 13 auf, ihre scheinbar sichersten Bezirke gingen verloren. So übertrifft der Augsburger Sieg selbst die kühnsten Erwartungen der Optimisten.

Im ganzen hat so die Wahlschlacht von neuem die Unhaltbarkeit des bestehenden indirekten Systems und das brennende Verlangen der großen Mehrheit des bayerischen Volkes nach dem direkten Wahlrecht deutlich dargetan. Selbst dem Blödesten müssen darüber die Augen aufgegangen sein, daß ein Wahlsystem, bei dem zum Beispiel in München in 5 Bezirken 745 liberale Wähler 35 Wahlmänner und 4629 sozialdemokratische Wähler nur 16 Wahlmänner wählen, eine Absurdität ist.

Somit kann die Sozialdemokratie, wenn auch ihr direkter Gewinn nur 2 Mandate beträgt, wenn auch der Verlust Nürnbergs schmerzlich und die Zentrumsmajorität unerfreulich sein mag, mit dem Ausfall der Wahl insofern zufrieden sein, als ihre Erwartungen, mit dem sie in den Wahlkampf einzog, erfüllt sind, da eine sichere Zweidrittelmajorität für die Einführung des direkten Wahlrechts reichlich gewonnen ist. 106 Stimmen würden dazu genügen, mindestens 115 stehen zu Gebote.

Mit diesem Wahlausfall ist freie Bahn geschaffen für einen prinzipiellen Kampf, bei dem wir überall mit eigenen Kandidaten in Aktion treten, unsere Stimmen in ganz Bayern zählen und ohne Pakt und Kompromiß, ganz auf eigene Füße gestellt, vordringen können gegen Liberale und gegen Zentrum.

Die Arbeitsverhältnisse in der Schweiz.

Nach den Berichten der Fabrikinspektoren.

Von Dr. J. Hertz (Herisau).

II. (Fortsetzung.)

Arbeitszeit. Das Fabrikgesetz normiert den Maximalarbeitstag auf 11 Stunden, Samstags auf 10 Stunden; seit drei Jahren arbeitet unser Parlament an einer weiteren Verkürzung um eine einzige Stunde in der Woche, nämlich Samstags auf 9 Stunden. Seit 27 Jahren kämpft die schweizerische Arbeiterschaft resultatlos um den zehnstündigen Normalarbeitstag. Inzwischen haben eine große Anzahl von Betrieben, durch Produktionsverhältnisse und die Arbeiterbewegung gedrängt, die Arbeitszeit unter die gesetzliche Norm herabgesetzt. Einen präzisen Vergleich hinsichtlich dieser Reduktionen gestatten die Statistiken der Jahre 1895 und 1901.

1895 arbeitete man 65 Stunden pro Woche in 57,1 Prozent, 62½ Stunden in 9,3 Prozent, 57 Stunden in 28,3 Prozent, 54 Stunden in 3,3 Prozent und unter 54 Stunden in 1,5 Prozent der Betriebe.

1901 arbeitete man 65 Stunden pro Woche in 41,7 Prozent, 62½ Stunden in 12,2 Prozent, 57 Stunden in 38,1 Prozent, 54 Stunden in 4,6 Prozent und unter 54 Stunden in 3,4 Prozent der Betriebe.

Berechnet man den Durchschnitt pro Arbeiter und Woche, so ergeben sich pro 1895 62 Stunden und 51 Minuten und pro 1901 62 Stunden und 3 Minuten, also eine effektive durchschnittliche tägliche Arbeitszeitverkürzung um 8 Minuten! Diese etwas auffallende Erscheinung erklärt sich dadurch, daß insbesondere diejenigen Industriezweige (beispielsweise Textil- und Steinindustrie), welche die großen Massen der Arbeiter beschäftigen, immer noch an der längsten Arbeitszeit festhalten. So kommen 65 Stunden pro Woche in der Baumwollenindustrie auf 73 Prozent der Betriebe, in der Seidenindustrie 56, in der Wollindustrie 37, in der Leinenindustrie 57, in der Industrie der Steine und Erden 69. Dagegen haben in der Maschinenindustrie nur 8,7 Prozent der Betriebe 65 Arbeitsstunden, 81 Prozent 57 Stunden, 5,7 Prozent 54 Stunden und 0,4 Prozent unter 54 Stunden.

Von allen Industrien in der Schweiz stellt sich bezüglich der Arbeitszeit die große Baumwollenindustrie am ungünstigsten und die relativ kleine Maschinenindustrie am günstigsten. Diese Tatsache erklärt, warum gerade von den Baumwollefabrikanten, bei denen es noch dazu seit zwei Dezennien auf und ab kriselt, gegen jede Verkürzung der Arbeitszeit Widerspruch erhoben wird.

Überarbeit kann von Gemeinde-, Bezirks- und Kantonsbehörden bewilligt werden, und manchenorts wird davon so ausgiebig Gebrauch gemacht, daß die gesetzliche Norm nur auf dem Papier steht. Überzeitbewilligungen von 9 Monaten und täglich 2 bis 3 Stunden sind ein Hohn auf das Gesetz, ebenso Bewilligungen auf „unbestimmte Zeit". Überschreitungen der Arbeitszeit und planlose Überzeitbewilligungen kommen insbesondere da vor, wo eine schwache oder gar keine organisierte Arbeiterschaft sich befindet.

Werke mit permanentem Betrieb sind gezwungen, Schichtarbeit einzuführen, in der Regel drei Schichten zu 8 Stunden; es dürfen nicht zwei Schichten nebeneinanderstehen, aber auch hier erlaubt das Gesetz Ausnahmen. Die Frauen- und Kinderarbeit ist jedoch in der Nacht verboten, ebenso die Sonntagsarbeit; für erwachsene Männer (über 18 Jahren) können für Nacht- und Sonntagsarbeit Überzeitbewilligungen erteilt werden.

Ein zuverlässiges Material über das Lohnwesen besitzen wir, dank den Bemühungen des Dr. F. Schuler, weiland Inspektor des I. Kreises, für diesen Kreis, der die Kantone Zürich, Glarus, St. Gallen, Graubünden, Uri, Schwyz, Unterwalden und Zug umfaßt. Für 1890 bis 1891 berechnen sich die Durchschnittslöhne im Jahre in der Baumwollenindustrie auf 633 Franken, in der Stickerei auf 757, Seide 772,

Wolle und Leinen 664, Färberei 674, Gerberei und Schuhmacherei 667, chemische Industrie 866, Papierindustrie 847, Buchdruckerei und Lithographie 902, Metallindustrie 915, Gießerei und mechanische Werkstätten 1182 Franken. Der Gesamtdurchschnitt stellt sich auf 832 Franken (= 665,60 Mark).

Für den gleichen Kreis waren notiert für 1898/99 Taglöhne: Spinner 2,80 bis 3,20 Franken, Baumwollwebereien 2,60 Franken (Maximum 3,50 bis 3,90 Franken) oder Jahresverdienst im Durchschnitt 642,50 Franken. Der Jahresverdienst eines Heimarbeiters in der Seidenweberei stellt sich auf 350 bis 400 Franken; Fabrikarbeiter verdienen 2 bis 4 Franken täglich; Sticker erhielten durchschnittlich 4 Franken, Brauer in Zürich 6,50 Franken.

Für 1900/01 lauten die Angaben: Mittlerer Jahresverdienst in der Textilindustrie 628 bis 771 Franken, Sticker verdienten durchschnittlich 3 Franken, in der Schiffchenstickerei ist der Lohn von 7—8 Franken auf 4—6 Franken gesunken, Seidenweber notieren 2,35 Franken Taglohn.

Für die gesamte Fabriktextilindustrie des I. Kreises rechnet Schuler aus:

1. Lohngruppe	1,00—1,50	Franken	= 14,3	Prozent der Arbeiter
2. "	1,50—2,00	"	= 28,0	" " "
3. "	2,00—2,50	"	= 22,3	" " "
4. "	2,50—3,00	"	= 13,6	" " "
5. "	über 3,00	"	= 21,8	" " "

Die schlechtesten Lohnverhältnisse zeigt die große Gruppe der Baumwollarbeiter, etwas bessere die Wollindustrie: 6,5 Prozent verdienen 3—3,50 Franken; Leinen: 9 Prozent der Arbeiter 3—3,50 Franken. Solche Hungerlöhne beziehen 40,1 Prozent, das heißt zirka 100000 (genau 99450) des schweizerischen Fabrikproletariats! — Solche Löhne widerlegen deutlich ein ganzes Dutzend opportunistisch-revisionistischer Argumente! Was nutzt die weitgehendste Demokratie, was nutzen alle sozialpolitischen Palliativmittel, wenn zwei Fünftel der Demokraten permanent hungern müssen! Und daß sie in der Tat hungern müssen — bei unseren hohen Lebensmittelpreisen ist es anders nicht möglich —, dies offenbaren wenigstens hinsichtlich der schweizerischen Jungmannschaft alljährlich unsere Rekrutenaushebungen: in den Landesteilen, wo die Textilindustrie dominiert, sind 60 bis 65 Prozent der sich stellenden Burschen dienstuntauglich. Mit welcher Quote insbesondere die jugendlichen Textilarbeiter daran partizipieren, darüber schweigt die Statistik! Wohl nicht besser, eher noch schlimmer wird der Gesundheitszustand der Textilarbeiterinnen beschaffen sein. Beweise dafür — auf die hier nicht genauer eingegangen werden kann — liefert die Statistik: besonders hohe Säuglingssterblichkeit, Tot- und Frühgeburten!

Folgende Tabelle gibt eine Übersicht über Lohnverhältnisse einiger wichtiger Industriebranchen. Das Material hierzu ist ebenfalls aus: „Die Arbeitslöhne in den industriellen Betrieben des ersten schweizerischen Fabrikinspektionskreises" von Dr. F. Schuler geschöpft.

Leder und Häute:

1. Lohngruppe	1,00—1,50	Franken	= 11,0	Prozent der Arbeiter
2. "	1,50—2,00	"	= 16,8	" " "
3. "	2,00—2,50	"	= 10,6	" " "
4. "	2,50—3,00	"	= 11,0	" " "
5. "	3,00—3,50	"	= 14,0	" " "
6. "	3,50—4,00	"	= 11,6	" " "

Lebensmittel:

1. Lohngruppe	1,00—1,50	Franken	= 10,1	Prozent der Arbeiter
2. "	1,50—2,00	"	= 15,0	" " "
3. "	3,50—4,00	"	= 18,1	" " "
4. "	4,00—4,50	"	= 17,0	" " "
5. "	4,50—5,00	"	= 10,3	" " "

Chemische Industrie:

1. Lohngruppe	2,00—2,50	Franken	=	9,0	Prozent	der Arbeiter
2. =	3,00—3,50	=	=	18,8	=	= =
3. =	3,50—4,00	=	=	24,5	=	= =
4. =	4,00—5,00	=	=	14,7	=	= =

Papier- und graphische Industrie:

1. Lohngruppe	1,00—1,50	Franken	=	13,8	Prozent	der Arbeiter
2. =	1,50—2,00	=	=	13,2	=	= =
3. =	2,00—2,50	=	=	8,7	=	= =
4. =	2,50—3,00	=	=	13,0	=	= =
5. =	3,00—3,50	=	=	8,5	=	= =

Holzindustrie:

1. Lohngruppe	2,50—3,00	Franken	=	7,5	Prozent	der Arbeiter
2. =	3,00—3,50	=	=	13,6	=	= =
3. =	3,50—4,00	=	=	18,7	=	= =
4. =	4,00—4,50	=	=	24,0	=	= =
5. =	4,50—5,00	=	=	14,6	=	= =

Steine und Erden:

1. Lohngruppe	2,50—3,00	Franken	=	12,3	Prozent	der Arbeiter
2. =	3,00—3,50	=	=	38,6	=	= =
3. =	3,50—4,00	=	=	17,4	=	= =
4. =	4,00—4,50	=	=	6,1	=	= =

Metalle und Maschinen:

1. Lohngruppe	2,50—3,00	Franken	=	6,6	Prozent	der Arbeiter
2. =	3,50—4,00	=	=	17,1	=	= =
3. =	4,00—4,50	=	=	14,4	=	= =
4. =	4,50—5,00	=	=	10,1	=	= =
5. =	5,00—6,50	=	=	15,4	=	= =

Für den ganzen I. Inspektionskreis:

1. Lohngruppe	1,00—1,50	Franken	=	11,5	Prozent	der Arbeiter
2. =	1,50—2,00	=	=	21,0	=	= =
3. =	2,50—3,00	=	=	11,7	=	= =
4. =	3,00—3,50	=	=	11,1	=	= =
5. =	3,50—4,00	=	=	9,1	=	= =

Für die Lohngruppen über 4 Franken sind die Angaben lückenhaft und unzuverlässig, so daß sich eine relative Quote nicht gut bestimmen läßt. Für zirka 30 Prozent der Arbeiter war es Schuler unmöglich, irgendwelche Auskunft zu erhalten. Im ganzen erfahren wir aus der Schulerschen Arbeit, daß 64,4 Prozent der Fabrikarbeiter Löhne zwischen 80 Pfennig und 3,20 Mark verdienen, bei 35,6 Prozent sind die Lohnverhältnisse unbekannt.

Hinsichtlich Alter und Geschlecht der Arbeiter verteilen sich die Lohngruppen derart, daß die erste Lohngruppe ausschließlich Minderjährige, die mittlere Frauen und ungelernte Männer und die höchste ausschließlich qualifizierte Arbeiter beziehen.

Auch für den III. Kreis, umfassend die Kantone Bern, Luzern, Solothurn, Basel, Schaffhausen, Appenzell, Aargau und Thurgau, liegen Zahlen aus den Jahren 1891, 1893 und 1895 vor. Ich notiere hier diese Zahlen für die wichtigsten Industrien, ausgedrückt in Jahreseinkommen und in der Reihenfolge dieser Jahre. Die gesamte Textilindustrie 667, 613 und 651 Franken, darunter Baumwollindustrie 577 Franken (1893) und 650 Franken (1895), Seide 645 und 686 Franken, und die übrigen Textilbranchen 626 und 610 Franken; Metallindustrie 1044, 1210 und 1029 Franken;

Maschinen 1235 Franken (1895), Papier- und graphische Industrie 676, 909 und 969 Franken; Leder 713 und 609 Franken (1893/95); Schuhwaren 1042 Franken (1893); Holz 822, 731, 915 Franken; Steine und Erden 814, 824, 947 Franken; Uhren und Bijouterie 1408 (1893) und 1092 Franken (1895). Die Folgen einer Krisis mußte hier jeder Proletarier mit 316 Franken (= circa 253 Mark) aus seinem Jahreseinkommen bezahlen! Chemische Industrie 1033 und 1155 Franken (1893/95). Der Gesamtdurchschnittslohn für den III. Kreis stellt sich auf 842, 842 und 819 Franken.

Kreis I und III umfassen sämtliche deutsch-schweizerischen Kantone, die Arbeitslohnverhältnisse, wesentlich übereinstimmend, offenbaren uns ein deutliches Bild der ökonomischen Verhältnisse des größten Teiles der schweizerischen Fabrikarbeiter.

Die Lohnverhältnisse der Heimarbeiter sind noch schlechtere. Dr. Schuler äußert sich in seiner 1904 (nach dem Ableben des Verfassers) herausgegebenen Monographie: „Die schweizerische Hausindustrie" wie folgt: „Der Lohn der Heimarbeiter ist in den meisten Fällen ein ungemein bescheidener. Mit wenigen Ausnahmen ist er geringer als derjenige der Fabrikarbeiter für die gleiche Leistung. Er reicht zuweilen nicht einmal hin für den notdürftigsten Lebensunterhalt." Speziell auf diese Verhältnisse kann Raummangels halber nicht eingegangen werden. Für eine große Zahl von Heimarbeitern beträgt der Lohn zwischen 50 und 80 Pfennig! 1—1,50 Franken dürfte den normalen Lohnansatz präsentieren, 1,50—2 Franken den guten, 2—2,50 Franken den besten. Mit solchen Löhnen werden zirka 200000 Heimarbeiter abgespeist.

Die Lohnzahlung soll nach dem Fabrikgesetz mindestens vierzehntägig sein; Ausnahmen sind gestattet. In der deutschen Schweiz beziehen rund 10 Prozent der Arbeiter den Lohn wöchentlich, 77,5 Prozent zweiwöchentlich und 12,5 Prozent monatlich, in der französischen Schweiz 23,5 Prozent wöchentlich, 47,5 Prozent zweiwöchentlich und 29 Prozent monatlich. Kurze Lohnauszahlungsfristen bieten für den Arbeiter wesentliche Vorteile, insbesondere kann er besser Ursache und Betrag der Lohnbußen kontrollieren. Längere Fristen sind für den Kapitalisten besser. So profitiert die ganze schweizerische Fabrikantenschaft bei zweiwöchentlichen Zahlungsfristen jährlich an Kapitalzinsen 325000 Franken. Ein schönes Trinkgeld! Bei kürzeren Lohnfristen ist der Arbeiter auch weniger abhängig vom Kredit beim Krämer usw.

In 91 Prozent der Fälle wird der Samstag als Zahltag angegeben. Längst verlangt schon unsere organisierte Arbeiterschaft aus praktischen Gründen die Verlegung des Zahltags auf einen anderen Wochentag; da aber der Samstag für die Fabrikanten besser paßt, bleibt es meist beim alten.

Vom Trucksystem hört man in der Schweiz wenig, hingegen zahlen viele Fabrikanten ungesetzlicherweise in ausländischer Münze, wobei sie zum Beispiel an der deutschen Mark 1¼ Pfennig profitieren. Ein Profit, welcher manchem Fabrikanten reichlich die Kosten einer Sommerreise deckt. Einen weiteren kleinen Nebenprofit leisten sich die Fabrikanten durch Lohneinbehaltung (Decompte); das Fabrikgesetz erlaubt eine solche bis zur Höhe eines Wochenlohns. Von dieser Erlaubnis wird durchwegs Gebrauch gemacht. Diese Einrichtung bedeutet ein zinsloses Darlehen in der Höhe von 4 bis 5 Millionen Franken. Arme arbeitende Proletarier sind die Gläubiger, die kapitalistische Klasse der Fabrikunternehmer die Schuldner!

Die Bußen sollen im Interesse der Arbeiter verwendet werden, insbesondere fallen sie den Krankenkassen zu. Von den Bußen wird unterschieden der Schadenersatz für schlechte Arbeit und verdorbenes Material. Diese Beträge fallen dem Fabrikanten zu. Sie bringen manchem Unternehmer ein schönes Nebeneinkommen, denn nicht die Selbstkosten des Materials, sondern den Verkaufswert des fertigen Stückes muß der Arbeiter zahlen. So zum Beispiel meldet der

Inspektionsbericht des II. Kreises pro 1900/01: Ein Uhrensteinarbeiter, welcher für 52 Franken Arbeit abgeliefert hatte, erhielt ausbezahlt 1,93 Franken; für schlechte Arbeit hatte man ihm 50,07 Franken abgezogen. Dieses eine Beispiel aus vielen. Besonders stark floriert das Abzugswesen in der Maschinenstickerei; hier arteten die Lohnabzüge zum wahren Raubsystem aus und sind wesentlich schuld an der gegenwärtig herrschenden Misere dieser Industrie (meistens Heimindustrie). Den Arbeitern fehlt meistens der Mut, gegen dieses Unwesen aufzutreten, oder die Möglichkeit, die nötigen Beweismittel zu geben. Um welche Summen sich die schweizerischen Fabrikanten aus diesen Abzügen auf Kosten des Fabrikproletariats bereichern, ist unbekannt, da nur eine kleine Zahl gravierender Fälle zur Kenntnis der Inspektoren gelangt.

Anders verhält es sich mit den ordentlichen Bußen. Das Gesetz verlangt Führung von Bußenregistern, enthaltend Betrag und Grund der Buße. Die Höhe der Bußen richtet sich nach Gnade der Aufseher und nach den Industrien. Bei Kindern erreichen sie manchmal 70 bis 80 Prozent des Taglohns. 1890/91 ergeben pro Jahr und durchschnittlich pro Arbeiter 66 Centimes, 1894/95 88 Centimes, 1900/01 76 Centimes; Sticker (2,30 Franken) und Metallarbeiter (4,08 Franken pro Kopf) erfreuen sich der höchsten Bußen. Rund 200000 Franken jährlich werden unseren Fabrikarbeitern an Bußen von ihrem kargen Lohne abgezwackt.

Haftpflicht und Betriebsunfälle. Das Haftpflichtgesetz vom 25. Juni 1881 unterstellt sämtliche Fabrikbetriebe der Haftpflicht. Entschädigt wird jeder Unfall, und zwar der volle letzte Lohn und Verpflegungs- und Heilkosten. Das Maximum der Entschädigung für Tod oder gänzliche Erwerbsunfähigkeit beträgt 6000 Franken (4800 Mark), bleibender Nachteil wird entschädigt nach Prozenten der Erwerbsunfähigkeit, bei der Feststellung der Summe kommen in Betracht das Alter des Verunglückten und die Lohnhöhe. Ein bleibender Nachteil muß innerhalb Jahresfrist nach dem Unfall geltend gemacht werden. Hafterſatzpflichtig ist der Arbeitgeber; die meisten wälzen das Risiko durch Versicherung bei schweizerischen Gesellschaften ab, die Unfallprämien zahlen zur Hälfte Arbeiter und Fabrikant, mehrere Fabrikanten verzichten darauf, hierfür den Arbeitern Lohnabzüge zu machen. In Streitfällen sieht das Gesetz für den Verunglückten kostenfreien Rechtsbeistand (sogenanntes Armenrecht) vor. Streitigkeiten entscheidet der kantonale Richter, beziehungsweise das eidgenössische Bundesgericht in Lausanne. Mittels Novelle vom 26. April 1887 wurden weitere mit besonderen Gefahren verbundene, dem Fabrikgesetz nicht unterstellte, über fünf Arbeiter beschäftigende Gewerbe der Haftpflicht unterstellt; so zum Beispiel das Baugewerbe, Transport, Fuhrhalterei, Straßenbau, Steinbruch usw.

Die Gesamtzahl der angezeigten Unfälle in den Fabriken betrug für den Zeitraum 1891 bis 1900 100227. Zur Anzeige sind verpflichtet nur „erhebliche Unfälle“, das heißt Unfälle, die eine über sechs Tage dauernde Arbeitsunfähigkeit verursachen. Jeder angezeigte Unfall wird von einer Ortsfabrikkommission administrativ untersucht, wobei dem Verunglückten Belehrung über die Tragweite des Unfalls und seine Rechte gegeben werden soll. Die Ortsfabrikkommissionen beziehungsweise die kantonalen Aufsichtsbehörden und die schweizerischen Fabrikinspektoren führen darüber Kontrolle, ob der Verunglückte zu seinem Rechte gekommen ist, sie sind befugt, gegebenenfalls, auch ohne Reklamation des Verunglückten, einzuschreiten. Wie solches Einschreiten manchmal geschehen kann, zeigt folgender Fall. Ein dreißigjähriger Metallarbeiter verliert den linken Zeigefinger, sein letzter Lohn war 4,50 Franken, der Unfall wird geschätzt: Bleibender Nachteil, Verlust der Erwerbsfähigkeit = 8 Prozent. Fabrikant und Versicherungsagent erklären die Sache als Bagatelle, der Arbeiter glaubt es, läßt sich mit 100 Franken abspeisen und unterzeichnet eine Bescheinigung, daß er voll befriedigt sei und auf weiteres Verzicht leiste. Die kantonale Regierung bekommt von dem Falle Kenntnis, erklärt, ohne jede Reklamation seitens des verunglückten Arbeiters, die ganze Abmachung als ungesetzlich und verlangt eine Enschädigung für den bleibenden Nachteil im Betrag von

1250 Franken (1000 Mark), welchen Betrag, entsprechend einer achtprozentigen Erwerbsunfähigkeit, die Versicherungsgesellschaft auch ohne weiteres dem verunglückten Arbeiter ausbezahlte.

Die Fabrikunfälle zeigen von Jahr zu Jahr große Steigerungen, von 6756 im Jahre 1891 auf 12861 im Jahre 1899. Setzen wir die Zahl der Unfälle im Jahre 1891 = 100, so erhalten wir für dies Wachstum während der zehn Jahre folgende Reihe: 100, 110, 113,7, 125, 142,5, 156,5, 177,5, 183,5, 190,5, 185,5. Als Durchschnitt erhalten wir ferner für das Jahr 1891 auf je 100 Fabrikarbeiter 3,83 Unfälle, für 1899 stellt sich das Verhältnis auf 5,45 und für 1900 auf 5,16.

Die Gesamtzahl der Unfälle in haftpflichtigen, dem Fabrikgesetz nicht unterstellten Betrieben belief sich in den Jahren 1891 bis 1900 auf 78336. Auch hier kommt ein ähnliches Wachstum der Unfälle wie bei den Fabrikunfällen vor, auf das Jahr 1892 kommen 7,43 Prozent, während das Jahr 1900 mit 13,44 Prozent aller Unfälle partizipiert. Nach den einzelnen Gewerben verunglückten: 54,2 Prozent im Baugewerbe, 24,1 im Straßen- und Bahndienst, 13,05 in Steinbrüchen, Wasser- und Brunnenbau, 6,57 in der Fuhrhalterei und 2,08 Prozent in verschiedenen Gewerben. Da hier die Zahl der versicherungspflichtigen Betriebe wie auch die Zahl der Arbeiter unbekannt sind, so können keine Durchschnittswerte angegeben werden. (Schluß folgt.)

Notizen.

Die Schiffbrüche an den deutschen Küsten. Seit dem Jahre 1865 besteht die Deutsche Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger. Wie sie mitteilt, sind seit 1865 2693 Schiffe mit 14615 Personen verunglückt; von ihnen sind nachweislich gerettet 13439, nachweislich umgekommen 1172. Gerettet durch Selbsthilfe wurden 5166, durch Hilfe seitens anderer Schiffe 2896, durch Privathilfe vom Lande 2192 und durch Rettungsstationen der Gesellschaft zur Rettung Schiffbrüchiger 3185 Personen, davon 2682 durch Rettungsbote und 503 durch Raketenapparate. Infolge der Witterungsverhältnisse ist die Zahl der in den einzelnen Jahren in Seenot geratenen Schiffe und Personen naturgemäß eine sehr verschiedene. Die größte Zahl der durch Rettungsstationen der Gesellschaft Geretteten zeigt das Jahr 1899/1900 mit 207 Personen, die kleinste das Jahr 1886 mit 10 Personen. Im Durchschnitt sind seit 1865 jährlich durch Schiffbrüche an den deutschen Küsten 375 Personen in Seenot geraten; davon sind durchschnittlich gerettet 344, umgekommen 30 Personen. Von den geretteten Personen wurden durchschnittlich 132 durch Selbsthilfe, 74 durch Hilfe anderer Schiffe, 56 durch Privathilfe vom Lande und 82 durch Rettungsstationen der Gesellschaft gerettet.

Unter den 2693 verunglückten Schiffen befanden sich 1749 deutsche, 261 englische, 246 schwedische und norwegische, 179 niederländische, 118 dänische, 71 russische, 18 französische, 7 amerikanische, 5 spanische und portugiesische, 3 italienische, 1 österreichisches und 1 griechisches Schiff, während die Nationalität von 34 Schiffen nicht ermittelt werden konnte. Der Klasse nach verunglückten 1005 Seeschiffe, 180 Dampfer und 1508 Küstenfahrer. Von diesen Schiffen verunglückten in der Nordsee: 603 zwischen Ems und Weser, 267 zwischen Weser und Elbe, 567 vor der Elbe und an der schleswig-holsteinschen Küste; in der Ostsee: 210 an der schleswig-holsteinschen Küste, 78 an der Küste von Mecklenburg, 355 an der Küste des Regierungsbezirkes Stralsund, 305 an den Küsten der Regierungsbezirke Stettin und Cöslin, 138 an der Küste des Regierungsbezirkes Danzig und 170 an der Küste des Regierungsbezirkes Königsberg.

rts.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 44 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Friedrich Engels.

Von **Franz Mehring.**

Am 5. August dieses Jahres vollenden sich zehn Jahre, seitdem Friedrich Engels für immer die Augen geschlossen hat, nicht sowohl am Schlusse, als auf der Höhe eines glücklichen und reichen Lebens. Ihm war vergönnt, jung zu bleiben bis ins biblische Alter hinein, und ins Greisenalter fiel der Schwerpunkt seiner historischen Wirksamkeit, wie bei Lassalle ins Jugend- und bei Marx ins Mannesalter.

Freilich wäre es falsch, daraus zu schließen, daß Engels ein langsam reifender Geist gewesen sei. Er war vielmehr ein frühreifer Kopf, wie Lassalle und auch Marx. Ja, in noch jüngerem Lebensalter als diese schrieb er ein epochemachendes Werk, ein Buch von bleibender Bedeutung, die erste große Urkunde des wissenschaftlichen Sozialismus. Er zählte erst vierundzwanzig Jahre, als er die Schrift über die Lage der arbeitenden Klasse in England verfaßte. Ein so glänzender Eintritt in die Wissenschaft, in so jungen Jahren, ist immer ein sehr seltener Erfolg, ist ein um so untrüglicherer Beweis des Geistes und der Kraft, als sich die stete Entwicklung eines halben Jahrhunderts daran geknüpft hat. Der Greis hat nur vollendet, was der Jüngling versprochen hatte.

Als Engels seinen bahnbrechenden Erstling verfaßte, war er bereits mit Karl Marx bekannt. Sie hatten nicht nur Briefe miteinander gewechselt, sondern auch einige Tage persönlich verkehrt und den Plan einer gemeinsamen Schrift entworfen, die später unter dem Titel „Die Heilige Familie" erschienen ist. Allein auf das Buch über die Lage der englischen Arbeiterklasse hat Marx keinen Einfluß geübt, in keinem Sinne; es trug ihm vielmehr vieles entgegen, was ihm noch fremd war. Aber schon wenige Jahre später, als sie gemeinsam das „Kommunistische Manifest" verfaßten, stand Engels in zweiter Reihe, wie er selbst immer mit allem Nachdruck betont hat. Und so als der fähigste zwar und der treueste, aber doch immer nur als der Helfer seines Freundes kämpft er die Revolutionsjahre durch und verschwindet dann fast für ein Menschenalter — bis auf spärliche Lebenszeichen — von der öffentlichen Bühne. Darauf

tritt er, ein fast sechzigjähriger Mann, mit seiner zweiten großen Schrift hervor, die wieder bahnbrechend in die Geschichte des wissenschaftlichen Sozialismus eingreift, und indem er die Waffen aufnimmt, die der müden Hand des sterbenden Freundes entgleiten, ist er noch eine lange Reihe von Jahren der erste Mann der internationalen Arbeiterbewegung.

Was ihm Morgen und Mittag versagt hatten, das hat ihm der Abend in reicher Fülle gegeben. Wie Engels selbst meinte: in überreicher Fülle, wenn er auch wohl zugab, daß ihm sein Schicksal manches schuldig geblieben sei. In der Tat — seine Freundschaft mit Karl Marx ist das große Glück, aber auch das geheime Leid seines Lebens gewesen. Er hat ihr manches opfern müssen, was zu opfern selbst dem tapferen Manne schwer fällt, aber es ehrt ihn mehr, als die größte Geistestat ihn ehren könnte, daß er nicht leidigen und verdrossenen Mutes, sondern in freier Hingebung dem größeren Genius huldigte. Da er wußte, was die Kraft eines Marx für die Arbeiterschaft bedeutete, so wußte er sich zu bescheiden, und wenn manches nicht unbeträchtliche Talent an dem Genius zerschellte, an dem es neidisch aufbegehrte, so ist Engels — und Ähnliches gilt von Lassalle — eben dadurch der Pair des Meisters geworden, daß er ihm ohne jede Spur von Eifersucht zur Seite trat.

Es hieße müßigen Träumen nachhängen, wenn man darüber spintisieren wollte, was aus Engels oder aus Marx geworden wäre, wenn sie nicht miteinander zusammengetroffen wären. Sie mußten sich finden, so wie sie nun einmal waren, und nur so viel mag den dankbaren Erben ihres gemeinsamen Lebenswerkes gestattet sein, auch den Sterblichen gerecht zu werden an dem, was unsterblich ist. Hell und heiter scheint das Leben dahinzufliegen, das Engels geführt hat, verglichen mit den Stürmen, die das Leben eines Lassalle und eines Marx zerwühlt haben, allein ohne Strudel, ja Wirbel ist es nicht gewesen, und was ihm das Schicksal auf eine Weise erspart hat, das mag es wohl auf andere Weise desto unbarmherziger eingetrieben haben. Sogar dem Toten hat es jähen Wechsel nicht erspart; nur daß der Lebende mit der gelassenen Ruhe des Weisen diesen Wechsel voraussah: Engels pflegte in seinen letzten Jahren zu sagen, daß die Anerkennung, die ihm, wie er meinte, überschwenglich entgegengebracht würde, sich schon ins richtige Gleichgewicht setzen werde, sobald er nicht mehr unter den Lebenden weile.

Das ist denn auch geschehen, und heute ist die Gefahr viel größer, ihn zu unter-, als ihn zu überschätzen. Denn mächtiger und wuchtiger hebt sich Karl Marx empor, trotz oder auch wegen des Liliputanergeschlechtes, das an dem Fußgestell seines Monumentes in hilfloser Eitelkeit emporklettern möchte, um ihm den Lorbeer vom Haupte zu reißen. So scheint er auch weit über Engels hinauszuwachsen. Jedoch Marx kann nicht steigen, ohne daß Engels mit ihm steigt. Denn Engels war niemals bloß sein Ausleger und sein Helfer, wie Marx deren bei seinen Lebzeiten und nach seinem Tode manchen gefunden hat, sondern sein selbständiger Mitarbeiter, ein ihm nicht gleicher, aber doch ihm ebenbürtiger Geist, und man darf — um einen in mancher Beziehung naheliegenden Vergleich zu ziehen — die historische Bedeutung Lessings nicht verkennen, weil Leibniz ein universellerer Kopf gewesen ist.

Doch wenn man von Engels nicht sprechen kann, ohne von Marx zu sprechen, und von beiden nicht, ohne ein leise wägendes Wort ihrer Freundschaft zu widmen, so war es am wenigsten die Art von Engels, über das zu greinen, was ihm das Schicksal etwa versagt hatte. „Die Geschichte wird das alles schließlich in Ordnung bringen", meinte er wohl, „und bis dahin ist man glücklich um die Ecke und weiß nichts mehr von nichts." Ungleich näher, als die Sorge um seinen Nachruhm, ging ihm die Freude darüber, zu sehen, wie herrlich die Ernte seines Lebens in die Halme schoß. Nur der eine Tropfen Wermut fiel ihm in diesen Freudenbecher, daß Marx nicht mehr neben ihm stehe, um desselben Anblicks froh zu werden. So ist sein reiches Leben denn auch ein glückliches Leben gewesen; spurlos gingen die Jahre und die Jahrzehnte an ihm vorüber, und nach einem kurzen Krankenlager, über dessen Qualen ihn sein heiteres Temperament hinwegführte, raffte ein leichter Tod den Fünfundsiebzigjährigen dahin.

Auch wir mögen heute klagen, daß er nicht mehr neben uns steht, um des Anblicks froh zu werden, den die Revolution bietet, wie sie herrlich in die Halme schießt. Sicherlich nicht allem, was sich seit zehn Jahren in der internationalen und namentlich auch in der deutschen Sozialdemokratie abgespielt hat, hätte Engels seinen Beifall gespendet. Und wenn es wahr ist, daß kein Mensch unersetzlich sei, so ist es doch nicht minder wahr, daß sein durchdringender Blick und sein weiser Rat der modernen Arbeiterbewegung manchen Umweg erspart hätte, wenn ihm ein längeres Leben beschieden gewesen wäre. Aber über alles andere, über manches Kleine und Kleinliche würde ihn das weltgeschichtliche Schauspiel des revolutionären Rußlands erheben, das gewaltige Auflodern der Flammen, deren Funken geschürt zu haben nicht zu den letzten Verdiensten gehört, die Engels und Marx sich um die internationale Arbeiterbewegung erworben haben.

Als Revolutionäre, die sie vom Scheitel bis zur Zehe, die sie all ihr Lebtag waren, haben sie im Sturze des zarischen Despotismus stets eine große Wende der proletarischen Revolution gesehen. Zum Kriege gegen dies von Blut und Schmutz triefende Regiment riefen sie schon in der „Neuen Rheinischen Zeitung", und ihm den Stoß ins Herz zu führen war eine Aufgabe, die sie nie aus den Augen verloren haben. An ihrem Geiste und an ihren Lehren hat sich die Kerntruppe der russischen Revolution genährt, und der Morgensonnenschein, der im Osten sich verbreitet, sendet seine Grüße zum Friedhofshügel in der englischen Metropole, wo der Revolutionär Marx schlummert, und über die Wogen des Meeres, in denen die Asche des Revolutionärs Engels zerstäubt ist.

Immer strahlte ihr Geist am hellsten, war ihr Gedanke am schärfsten und ihr Wort am kühnsten, wenn das alternde Europa unter dem ehernen Tritte der Revolution ächzte. So ist ihr Andenken lebendig unter denen, für die sie gelebt, gekämpft und Unsterbliches geschaffen haben; jeder Gedenktag ihrer Geburt und ihres Todes frischt es noch lebendiger auf, aber als lebten sie noch unter uns, so hören wir den metallenen Klang ihrer Stimme, wenn ein neues revolutionäres Zeitalter heraufdämmert über die zu Tode keuchende Misere der Welt, die nur Unterdrücker und Unterdrückte kennt.

Persönliche Erinnerungen an Friedrich Engels.

Von **Paul Lafargue.**

Ich machte Engels' Bekanntschaft im Jahre 1867, dem Jahre der Veröffentlichung des ersten Bandes des „Kapital".

„Ich muß dich jetzt, wo du der Bräutigam meiner Tochter bist, Engels vorstellen", sagte mir Marx, und wir reisten nach Manchester ab.

Engels lebte mit seiner Frau und deren Nichte, die damals sechs bis sieben Jahre alt war, in einem Häuschen am äußeren Ende der Stadt; einige Schritte weiter befand man sich schon im freien Felde. Er war zu jener Zeit Teilhaber an einem Unternehmen, das sein Vater gegründet hatte. Gleich Marx war er nach der Niederschlagung der Revolution auf dem Kontinent nach London geflüchtet, und er wollte sich ebenso wie dieser völlig der politischen Agitation und den wissenschaftlichen Studien hingeben.

Doch Marx hatte sein Vermögen und das seiner Frau im Sturme der Revolution verloren, und auch Engels besaß keine Hilfsmittel; er mußte daher auf Einladung seines Vaters nach Manchester zurückkehren und in dessen Unternehmen die Stellung eines Kommis, die er schon 1845 bekleidet hatte, wieder einnehmen, während Marx durch seine wöchentlichen Korrespondenzen für die „New York Tribune" kaum die dringendsten Bedürfnisse seiner Familie zu befriedigen vermochte.

Engels führte von da bis 1870 eine Art Doppelleben: die sechs Wochentage war er von 10 bis 4 Uhr Kaufmann, der hauptsächlich die vielsprachige Korrespondenz des Hauses zu führen hatte und auf die Warenbörse ging; im Mittelpunkt der Stadt hatte er eine offizielle Wohnung, wo er seine Geschäftsfreunde empfing, während er in seinem kleinen Vorstadthäuschen nur seine politischen und wissenschaftlichen Freunde zuließ, unter ihnen der Chemiker Schorlemmer und Samuel Moore, der spätere Übersetzer des ersten Bandes des „Kapital" ins Englische. Seine Gattin, von irischer Abstammung und eine heißblütige Patriotin, stand in fortgesetzter Verbindung mit Irländern, deren es in Manchester sehr viele gab, und war stets auf dem laufenden über ihre Komplotte; mehr als ein Fenier fand Unterkunft in ihrem Hause, und ihr verdankte es der Führer des Handstreichs, der die zum Tode verurteilten Fenier auf dem Wege zum Galgen befreien wollte, daß er der Polizei entwischen konnte. Engels, der sich für die Fenierbewegung interessierte, hatte Dokumente zu einer Geschichte der englischen Herrschaft in Irland gesammelt; einige Teile davon müssen niedergeschrieben sein und sich unter seinen Papieren vorfinden.

Wenn er des Abends, befreit von der geschäftlichen Sklaverei, in sein Häuschen heimgekehrt, wieder ein freier Mensch wurde, so führte er tagsüber nicht nur das Geschäftsleben der Industriellen Manchesters, sondern er teilte auch ihre Vergnügungen; er nahm teil an ihren Versammlungen, an ihren Banketten und an ihren Sports. Als vortrefflicher Reiter besaß er ein eigenes Jagdpferd (hunter), um an den Fuchsjagden teilzunehmen; niemals versäumte er, dabei zu sein, wenn Adel und Gentry der Umgebung nach altem feudalen Brauche alle Reiter in der Runde einluden, die Fuchshatz mitzumachen: er war der ersten einer unter den Eifrigsten bei der Verfolgung, der alle Gräben, Hecken und sonstigen Hindernisse nahm. „Ich fürchte immer, eines Tages zu hören, daß ihm ein Unfall zugestoßen ist", sagte mir Marx.

Ich weiß nicht, ob seine Bourgeoisbekannten Kenntnis von seinem anderen Leben hatten; die Engländer sind so ungemein diskret und so wenig neugierig für alles, was sie nichts angeht; aber auf alle Fälle wußten sie absolut nichts von den hohen geistigen Eigenschaften des Mannes, mit dem sie täglich verkehrten, denn Engels zeigte ihnen sehr wenig von seinem Wissen. Er, den Marx als einen der gelehrtesten Männer Europas schätzte, war für sie nichts als ein lustiger Kumpan, der einen guten Tropfen zu würdigen wußte. So war die Meinung der Kaufleute von Manchester über ihn, wie sich einer von ihnen Frau Marx gegenüber äußerte. „Engels ist ein frivoler Mensch", hatte eine Dame 1848 von ihm gesagt. Nie war ein Gelehrter weniger pedantisch als er.

Bis zum Ende seiner Tage ist er der heitere Gefährte, der angenehme Kamerad geblieben. Er liebte stets die Gesellschaft der Jugend und er war stets ein gastfreier Wirt. Zahlreich sind die Sozialisten Londons, die durchreisenden Genossen, die Flüchtlinge aus allen Ländern, die am Sonntag sich an seinem brüderlichen Tische versammelten, und sie alle verließen sein Haus entzückt von diesen Abenden, die er durch seine hinreißende Lebhaftigkeit, seinen Geist, seine nie alternde Heiterkeit belebte.

* * *

Man kann an Engels nicht denken, ohne daß Marx unmittelbar in der Erinnerung auftaucht, und umgekehrt: ihre Existenzen haben sich so ineinander verflochten, daß sie sozusagen ein einziges Leben bildeten; dennoch waren sie stark ausgeprägte und sehr voneinander verschiedene Persönlichkeiten nicht bloß nach der äußeren Erscheinung, sondern auch nach Temperament, Charakter und nach der Art, zu denken und zu fühlen. In den letzten Novembertagen des Jahres 1842 lernten sie sich persönlich kennen, bei einem Besuche, den Engels der Redaktion der „Rheinischen Zeitung" abstattete. Als Marx „eine durch die Zensur verursachte Einstellung der ‚Rheinischen Zeitung' dazu benutzte, um zu heiraten" und nach Frankreich zu gehen, besuchte ihn Engels im September 1844 auf einige Tage in Paris. „Beide waren", wie Engels in seiner Biographie von Marx mitteilt, „seit der gemeinsamen Arbeit an den ‚Deutsch-französischen Jahrbüchern' in Briefwechsel getreten, und von hier an datiert das Zusammenwirken beider, das nur mit dem Tode von Marx ein Ende nahm." Anfang 1845 wurde Marx durch das Ministerium Guizot auf das Verlangen der preußischen Regierung aus Frankreich ausgewiesen und zog nach Brüssel; bald darauf kam auch Engels dorthin, und als die Revolution von 1848 die „Rheinische Zeitung" wieder ins Leben rief, war Engels an Marx' Seite und vertrat ihn in der Leitung der Zeitung, wenn dieser abwesend sein mußte. Doch gewann Engels trotz seiner geistigen Überlegenheit nicht dieselbe Autorität wie Marx gegenüber seinen Mitredakteuren, jungen Leuten, die sich alle durch Talent, revolutionären Geist und Kampfesmut auszeichneten. Marx erzählte mir, daß er nach der Rückkehr von einer Reise nach Wien die Redaktion durch Streitigkeiten zersplittert fand, die Engels nicht hatte beilegen können; die Gegensätze waren so zugespitzt, daß man sie nur durch Duelle lösen zu können glaubte; es hätte seiner ganzen Diplomatie bedurft, um den Frieden wiederherzustellen. Marx war ein geborener Leiter der Menschen; er übte seinen Einfluß auf alle aus, die mit ihm in Verbindung traten. Engels war der erste, dies anzuerkennen; oft hat er mir gesagt, daß Marx seit seiner frühesten Jugend allen durch die Klarheit und Entschiedenheit seines Charakters imponiert hätte, er war der wahre Führer, in den alle vollstes Vertrauen setzten,

selbst bei Dingen, die außerhalb seiner Kompetenz lagen, wie folgende Tatsache beweisen mag. Wolff, dem der erste Band des „Kapital“ gewidmet ist, war in Manchester, wo er wohnte, schwer erkrankt. Die Ärzte gaben ihn auf, aber Engels und seine Freunde wollten den schrecklichen Urteilsspruch nicht glauben und erklärten einstimmig, Marx müsse telegraphisch herbeigerufen werden, um seine Meinung abzugeben.

Engels, der in England gelebt und daselbst die Theoretiker der politischen Ökonomie, die Lage der Arbeiter, die Bedingungen der Großindustrie und die chartistische Bewegung studiert hatte, nahm einen entscheidenden Einfluß auf die geistige Richtung von Marx, der bis dahin sich mehr mit Philosophie, Geschichte, Rechtswissenschaft und Mathematik befaßt hatte. Er war die veranlassende Ursache, die diesen bestimmte, sich der politischen Ökonomie zu widmen, von der seine Familie und seine Universitätsprofessoren nur eine sehr geringe Meinung hatten. Bald wurde es Marx klar, daß in den ökonomischen Erscheinungen der Schlüssel zur Geschichte der Gesellschaft und der Ideen zu suchen sei. Engels erzählte mir, daß Marx 1848 in Paris im Café de la Regence, einem der ersten Zentren der Revolution von 1789, ihm zum erstenmal den ökonomischen Determinismus seiner Theorie der materialistischen Geschichtsauffassung vortrug.

Engels und Marx hatten die Gewohnheit angenommen, zusammen zu arbeiten; Engels, der doch die Genauigkeit bis zum äußersten trieb, konnte dennoch manchmal über die Skrupulosität von Marx ungeduldig werden, der keinen Satz aufstellen wollte, den er nicht auf zehn verschiedene Arten beweisen konnte.

Nach der Niederwerfung der Revolution mußten die beiden Freunde sich trennen. Der eine ging nach Manchester, der andere blieb in London; aber sie hörten nicht auf, in Gedanken miteinander zu leben: jeden Tag oder doch fast jeden Tag, während siebzehn Jahren, teilten sie sich durch Briefe ihre Eindrücke und ihre Betrachtungen über die politischen Ereignisse und die Fortschritte ihrer Studien mit. Diese Korrespondenz existiert noch. Engels verließ Manchester, sobald er sich von dem kaufmännischen Joche freimachen konnte, und eilte nach London, wo er sich in Regent's Park Road niederließ, zehn Minuten von Maitland Park, wo Marx wohnte. Jeden Tag gegen 1 Uhr begab er sich zu Marx, und wenn das Wetter schön und Marx disponiert war, so gingen sie zusammen nach der Heide von Hampstead spazieren; wenn nicht, dann blieben sie eine oder zwei Stunden beisammen, um zu plaudern, wobei sie im Arbeitszimmer von Marx auf und ab gingen, der eine in der einen Diagonale, der andere in der anderen. Ich entsinne mich einer Diskussion über die Albigenser, die sich durch mehrere Tage hinzog. Marx studierte eben die Rolle der jüdischen und christlichen Finanzmänner des Mittelalters. In den Zwischenzeiten bis zu ihrem Wiedersehen machten sie Nachforschungen über die strittige Frage, um zum gleichen Resultat zu gelangen. Keine andere Kritik ihrer Gedanken und Arbeiten hatte für sie dieselbe wichtige Bedeutung, als ihre wechselseitige: sie hatten die höchste Meinung voneinander. Marx wurde nicht müde, die Universalität des Wissens von Engels zu bewundern, wie auch seine wunderbare geistige Elastizität, die ihm gestattete, mit Leichtigkeit von einem Gegenstand zum anderen überzugehen, und Engels liebte es, die Macht von Marxens Analyse und Synthese anzuerkennen. „Gewiß“, sagte er mir eines Tages, „wäre man auf jeden Fall dahin gelangt, den Mechanismus

der kapitalistischen Produktionsweise zu verstehen und auseinanderzusetzen und die Gesetze ihrer Entwicklung zu entdecken und zu erklären, allein man hätte viel Zeit dazu gebraucht und die Arbeit wäre Stückwerk und Flickwerk gewesen. Nur Marx allein war imstande, alle ökonomischen Kategorien in ihrer dialektischen Bewegung zu verfolgen, ihre Entwicklungsmomente mit den sie bestimmenden Ursachen zu verbinden und den Bau der Gesamtheit der Ökonomie in einem theoretischen Monument zu rekonstruieren, dessen einzelne Partien sich gegenseitig stützen und beherrschen."

Doch nicht nur arbeiteten ihre Gehirne gemeinsam, es beseelte sie auch die zärtlichste Zuneigung füreinander: immer war der eine darauf bedacht, dem anderen eine Freude zu machen; der eine war auf den anderen stolz. Eines Tages bekam Marx einen Brief seines Hamburger Verlegers, der ihm von einem Besuch erzählte, den ihm Engels gemacht, und den er dabei als einen der reizendsten Menschen kennen gelernt habe. „Ich wollte den sehen", rief er sich beim Lesen unterbrechend aus, „der Fred nicht ebenso liebenswürdig als gelehrt findet!"

Alles hatten sie gemeinsam: die Börse und das Wissen. Als Marx mit der Korrespondenz für die „New York Tribune" betraut wurde, lernte er Englisch: Engels übersetzte seine Artikel, ja schrieb sie sogar, wenn es nötig war. Und als Engels seinen „Anti-Dühring" vorbereitete, unterbrach Marx seine Arbeiten, um für ihn eine ökonomische Abhandlung zu schreiben, von der Engels einen Teil benutzte, wie er öffentlich erklärt hat.

Engels dehnte seine Freundschaft auf die ganze Familie aus; die Töchter von Marx waren seine Kinder, sie nannten ihn ihren zweiten Vater. Seine Freundschaft ging bis über das Grab hinaus. Nach Marx' Tode war nur Engels imstande, seine Manuskripte zu sichten und seine nachgelassenen Werke herauszugeben. Er setzte seine allgemeine Philosophie der Wissenschaften zur Seite, an der er seit mehr als zehn Jahren arbeitete und für die er eine Übersicht über alle Wissenschaften und deren letzte Fortschritte gemacht hatte, um sich ganz der Veröffentlichung der beiden letzten Bände des „Kapital" zu widmen.

Engels liebte das Studium um des Studiums willen: ihn interessierten alle Gebiete. Nach der Niederwerfung der Revolution 1849 war er auf ein Segelschiff gegangen, um von Genua nach England zu gehen, da ihm die Reise von der Schweiz durch Frankreich unsicher schien. Diese Gelegenheit hatte er benutzt, um seemännische Kenntnisse zu erwerben; er hatte an Bord ein Tagebuch geführt, worin er die Veränderungen im Stande der Sonne, die Windrichtungen, die Beschaffenheit des Meeres usw. notierte. Dieses Tagebuch muß sich unter seinen Papieren finden; denn der bewegliche, ungestüme Engels war methodisch wie eine alte Jungfer. Er bewahrte alles und registrierte es mit der peinlichsten Genauigkeit.

Philologie und Kriegskunst waren seine ersten Lieben gewesen; er wurde ihnen niemals untreu und hielt sich stets über ihre Fortschritte auf dem laufenden. Die geringfügigsten Details erschienen ihm wertvoll; ich entsinne mich, wie er mit seinem Freunde Mesa, der aus Spanien kam, laut den Romancero las, um eine Lektion im Akzentuieren zu nehmen. Seine Kenntnis der europäischen Sprachen, ja sogar der Dialekte war unglaublich groß. Als ich nach dem Falle der Kommune mit den Mitgliedern des Nationalrats der Internationale in Spanien zusammentraf, erzählten sie mir, daß ein gewisser

Angel mich im Sekretariat des Generalrats für Spanien vertrete, der das reinste Kastilianisch schreibe; dieser Angel war der spanisch ausgesprochene Engels; als ich mich nach Lissabon begab, meldete mir Francia, der Sekretär des Nationalrats für Portugal, daß er von Engels Briefe im tadellosesten Portugiesisch bekäme — eine hübsche Leistung, wenn man die Ähnlichkeiten und kleinen Differenzen zwischen den beiden Sprachen untereinander und dem Italienischen bedenkt, das er mit gleicher Meisterschaft beherrschte. Er legte eine gewisse Koketterie darein, den Personen, mit denen er korrespondierte, in ihrer Muttersprache zu schreiben: er schrieb russisch an Lawroff, französisch an Franzosen, polnisch an Polen usw. Er schwelgte in der Lektüre von Lokaldialekten, er beeilte sich, die populären Schriften von Bignami kommen zu lassen, die im Mailänder Dialekt abgefaßt waren. Am Strande von Ramsgate zeigte ein Schaubudenbesitzer, der von einer Menge kleiner Leute aus London umlagert war, einen bärtigen Zwerg in brasilianischer Generalsuniform. Engels sprach ihn portugiesisch, dann spanisch an — keine Antwort. Endlich ließ der General ein Wörtchen fallen. „Aber", rief Engels aus, „dieser Brasilianer ist ja ein Irländer!" — und er apostrophierte ihn in seinem heimischen Dialekt. Der arme Unglückliche weinte vor Freuden, als er ihn hörte. „Engels stottert in zwanzig Sprachen", sagte ein Kommuneflüchtling, indem er sich über Engels' leichtes Stottern in Augenblicken der Erregung lustig machte.

Kein Gebiet war ihm gleichgültig; in seinen letzten Lebensjahren begann er Werke über Geburtshilfe zu lesen, weil eine bei ihm wohnende Frau F.... sich auf ein medizinisches Examen vorbereitete. Marx warf ihm vor, daß er sich so zersplittere, auf so vielerlei Gegenstände, nur zum Vergnügen, „ohne daran zu denken, für die Welt zu arbeiten". Er gab ihm den Vorwurf zurück, indem er sagte: „Ich würde mit Vergnügen die russischen Veröffentlichungen über die Lage der Landwirtschaft verbrennen, die dich seit Jahren hindern, das ‚Kapital' zu vollenden."

Marx hatte sich nämlich an das Studium der russischen Sprache gemacht, weil einer seiner Freunde, D.... aus Petersburg, ihm die zahlreichen und dicken Berichte einer landwirtschaftlichen Enquete geschickt hatte, deren Veröffentlichung von der russischen Regierung verboten worden war wegen der schrecklichen Zustände, die sie offenbarten.

Es genügte Engels, seinen Drang nach Erkenntnis zu befriedigen; doch war seine Wißbegierde erst befriedigt, wenn er sich bis ins kleinste Detail zum Herrn des Gegenstandes gemacht, den er studierte. Wenn man sich annähernd eine Vorstellung von der Ausdehnung und der unendlichen Mannigfaltigkeit seiner Kenntnisse gemacht hat und dabei sein tätiges Leben in Betracht zieht, muß man darüber erstaunen, wie Engels, der nichts vom Stubengelehrten an sich hatte, dahin gelangen konnte, eine solche Summe von Wissen in seinem Kopfe aufzuspeichern. Er verband mit einem ebenso sicheren wie umfangreichen und schlagfertigen Gedächtnis sowie mit einer außerordentlichen Schnelligkeit des Arbeitens eine nicht weniger bewunderungswürdige Leichtigkeit der Auffassung. Er lernte schnell und mühelos. In seinen beiden großen hellen Arbeitszimmern, deren Wände von Bücherschränken bedeckt waren, lag kein Schnipfelchen Papier auf dem Boden, und die Bücher, mit Ausnahme von etwa einem Dutzend auf dem Schreibtisch befindlichen, standen alle an ihrem Platze. Diese Räume erschienen eher als Empfangszimmer wie als Studierzimmer eines Gelehrten.

Seine eigene Person war ebenso sorgsam gehalten: immer stramm und peinlich nett, sah er stets aus, als sei er bereit, bei einer Revue zu erscheinen, wie damals, wo er als Einjährigfreiwilliger in der preußischen Armee diente. Ich kenne niemand, der so lange dieselben Kleider trug, ohne sie zu zerdrücken oder aus der Form zu bringen. War er für seine Person auch haushälterisch und machte bloß solche Ausgaben, die er für unbedingt nötig hielt, so war er doch von unbegrenzter Freigebigkeit gegenüber der Partei und den Parteigenossen, die in der Not sich an ihn wendeten.

* * *

Engels lebte in Manchester, als die „Internationale“ gegründet wurde. Er dachte ziemlich skeptisch über die damaligen Aussichten einer Wiederbelebung der kommunistischen Bewegung, die in der Niederlage der Revolution von 1848 zusammengebrochen war; er hätte sich anfangs wenig dafür interessiert, wäre nicht Marx unter den Begründern der Organisation gewesen, der übrigens auch gezögert hatte, ehe er daran teilnahm. Engels unterstützte die Internationale pekuniär und arbeitete an deren Zeitung „The Commonwealth“ mit, die der Generalrat gegründet hatte. Aber nach der deutsch-französischen Kriegserklärung und nach seiner Übersiedlung nach London widmete er sich ihrer Entwicklung mit jenem Eifer, der ihn bei allem auszeichnete, was er unternahm.

Der Krieg begeisterte ihn zuerst als militärischen Taktiker; von Tag zu Tag verfolgte er die kriegführenden Armeen, und mehr als einmal kündigte er im vorhinein die Maßnahmen des deutschen Generalstabs an, wie dies seine Artikel in der „Pall Mall Gazette“ bezeugen. Zwei Tage vor Sedan hatte er die Umzinglung der napoleonischen Armee vorhergesagt. Diese Voraussagungen, die übrigens in der englischen Presse viel bemerkt wurden, trugen ihm von Marx' ältester Tochter Jenny den Titel „General“ ein. Nach dem Sturze des Kaiserreichs hatte er nur den einen Wunsch und die eine Hoffnung: den Triumph der französischen Republik. Engels und Marx hatten kein Vaterland; sie waren nach Marx' Ausspruch Weltbürger.

Gewerkschaften und „sozialistischer Geist“.

Von **H. Ströbel.**

Als vor fünf Jahren Genosse Kautsky und der Verfasser sich in dieser Zeitschrift mit dem Verhältnis der Gewerkschaften zu der Partei beschäftigten und die Gefahren darlegten, die aus einer „Neutralisierung“ der Gewerkschaften der sozialistischen Bewegung erwachsen müßten, gab es nicht wenige „Praktiker“ und „Kenner“, die überlegen und mißbilligend ihr Haupt über eine solche „Gespensterseherei“ wiegten. Jetzt, nach dem Kölner Gewerkschaftskongreß, ist mit einem Male aus manchem gutgläubigen Paulus ein zweifelsbanger Saulus geworden. So hat sich auch des Genossen v. Elm, der noch im Jahre 1900, und zwar ebenfalls in dieser Zeitschrift, über die „ängstlichen Sozialisten“ spottete, nunmehr schwerste Besorgnis bemächtigt. In einem Artikel in den „Sozialistischen Monatsheften“ erklärt er rundheraus:

„Nach Köln kann ich nur sagen: Die deutsche Gewerkschaftsbewegung steht vor der Gefahr, in die Bahnen der englischen Gewerkschaftsbewegung hineinzukommen. Die Führer der großen Gewerkschaften

fangen an, wie in England, die Stellungnahme zu allgemeinen Fragen rein rechnerisch zu erwägen; mehr und mehr tritt das ideale Moment in den Hintergrund."

Nachdem Genosse v. Elm die Beschlüsse des Kongresses über die Frage des Massenstreiks als „Maulkorbgesetz in schlimmster Form" bezeichnet, das einem „bedauerlichen Bedürfnis nach Ruhe" entsprungen sei, zieht er folgende historische Parallele:

„Der Kenner der Geschichte der englischen Arbeiterbewegung wird hier unwillkürlich an den unglücklichen Verlauf der Chartistenbewegung in England erinnert: auch dort verlangten die Gewerkschaftsführer Ruhe im Interesse der Entwicklung der Gewerkschaften. Die Arbeiter folgten ihren Ratschlägen und die Gewerkschaften erstarkten mächtig. Aber in diesem Streben nach rein materiellen Vorteilen, nach höheren Löhnen und kürzerer Arbeitszeit, verkümmerte bald der Sinn für politische Ideale."

„... Aber, vergessen wir es nicht: das war die Entwicklung in England, und es ist für bürgerliche Elemente nicht ganz unberechtigt, auch für Deutschland solche Hoffnungen zu hegen, wenn Gewerkschaftsführer einen so fatalistischen Standpunkt gegenüber den Attentaten auf die politische Freiheit vertreten, wie dies in Köln geschehen."

Wie seltsam klingen diese Klagen über eine drohende Verkümmerung des idealen Geistes innerhalb der deutschen Gewerkschaften gegenüber Elms siegessicheren Prophezeiungen im Jahre 1900:

„Die Angst, daß die Sozialdemokratie bei einer solchen Taktik (der striktesten Neutralität der Gewerkschaften) Schaden nehmen könnte, kommt mir, je mehr ich darüber nachdenke, immer närrischer vor. Die Sozialdemokratie in Deutschland ist etwas geschichtlich Gewordenes und so eng mit dem Fühlen und Denken des politisch aufgeklärten Teiles des Proletariats verknüpft, daß dieselbe ihre führende Rolle in der Arbeiterbewegung in Deutschland stets behalten wird.

„England ist nicht Deutschland — das englische Volk unterscheidet sich in seinen Charakterzügen doch ganz wesentlich von dem deutschen Volke. ..."

Wir haben diese Auslassungen des Genossen Elm natürlich nicht deshalb einander gegenübergestellt, um den armseligen Triumph persönlicher Rechthaberei zu genießen. Wir wollten an diesem Falle nur zeigen, daß jetzt auch Genossen die Zeichen der Zeit zu verstehen beginnen, denen man doch wahrhaftig nicht Schwarzseherei und praktische Unkenntnis des Gewerkschaftswesens nachsagen kann. Genosse v. Elm steht mit seiner harten Beurteilung des Gewerkschaftskongresses auch unter den Gewerkschaftlern nicht allein. Nicht nur auf dem Kongreß selbst fehlte es ja nicht an Protesten gegen den Geist der Nichtsalsgewerkschaftlerei, der die Rücksichtnahme auf die Partei und die politischen Prinzipien kaltblütig ablehnte, sondern auch in der Gewerkschaftspresse wurden nach dem Kongreß bittere und unwillige Urteile laut. So machte sich der „Fachgenosse", das Organ der Glasarbeiter, das Urteil Kautskys über die verfehlte Stellungnahme zur Maifeier und zum Massenstreik in aller Schärfe zu eigen. Der „Tabakarbeiter" schrieb in aller Derbheit, die steigende Mitgliederzahl scheine manchen Gewerkschaftsführern den Kopf verdreht zu haben. Der „Steinarbeiter" bedauerte lebhaft die Stellungnahme zur Maifeier und verzeichnete Leimpeters' Diktum von dem „lendenlahmen Gaul" als bedenkliches Symptom. Auch die „Dachdeckerzeitung" wendete

sich entschieden gegen die Auffassung, daß die Maifeier in ihrer bisherigen Form die Gewerkschaften geschädigt habe.

Freilich beweist eine Durchsicht der Gewerkschaftspresse gleichzeitig, daß es nur die Organe kleinerer, minder gut organisierter Gewerkschaften sind, die an die Verhandlungen in Köln den sozialistischen Maßstab anlegen. Die Organe der größeren Gewerkschaften drücken zwar teilweise ihr Bedauern über gewisse „Entgleisungen“ aus, finden aber im großen ganzen an dem Geiste der Verhandlungen und der Stellungnahme des Kongresses nichts auszusetzen. Fast alle diese Blätter betonen, wie zum Beispiel der „Grundstein“, das Organ des Maurerverbandes, daß „im Prinzip“ keinerlei Differenz zwischen der Gewerkschaftsbewegung und der Partei bestehe, daß aber die Gewerkschaften in ihrer „Taktik“ unabhängig seien. Was in der Praxis bedeutet, daß die Gewerkschaften alle Fragen — auch solche von der eminentesten allgemeinen Bedeutung, wie die der Maifeier und des politischen Massenstreiks — vom einseitigsten Gewerkschaftsstandpunkt aus zu betrachten haben und daß der Partei die platonische Versicherung genügen muß, daß man ja doch „im Prinzip“ einig sei!

Wir sind trotzdem weit davon entfernt, diese Beteuerungen, im Prinzip sei die Gewerkschaftsbewegung völlig eins mit der Sozialdemokratie, der Geist, der die Gewerkschaften beseele, bleibe trotz aller Kollisionen mit der Partei ein sozialistischer, für bloße Beschwichtigungsphrasen zu halten. Nein, diese Versicherungen entsprechen der ehrlichen Überzeugung der betreffenden Personen. Die Bömelburg und Legien sind zu alte, bewährte Genossen, als daß man annehmen könnte, ihre Erklärungen entsprängen einem anderen Motiv, als innigstem Wunsche und felsenfester Überzeugung. Und was von ihnen gilt, gilt auch von den Gewerkschaftsredakteuren. Und dennoch: man würde einem sträflichen Optimismus anheimfallen, wollte man sich durch die guten Absichten dieser Genossen über die wahre Lage, über die tatsächlichen Gefahren hinwegtäuschen lassen.

Die Gesamtentwicklung des Gewerkschaftslebens ist eben unabhängig von den gutgemeinten Privatabsichten eines Häufleins von Führern. Dadurch, daß alle Jubeljahre einmal emphatisch erklärt wird: „Gewerkschaften und Partei sind eins!“ wird nicht verhindert, daß die vom Standpunkt des reinen Gewerkschaftlertums aus geleiteten Berufsorganisationen sich immer mehr dem Charakter des englischen Trade Unionismus nähern und sich von der sozialistischen Auffassung immer mehr entfernen. Solange die Führung und Repräsentation der Gewerkschaften noch in den Händen von Männern liegt, die in der großen Tradition der sozialdemokratischen Bewegung ergraut sind, mag die allmählich eintretende Entfremdung noch verhüllt bleiben, käme aber erst einmal eine jüngere Generation von Führern ans Ruder, die einseitig gewerkschaftlich gebildet und nicht durch die Schule des politischen Klassenkampfes gegangen wäre, so müßte der dann vielleicht gar noch persönlich zugespitzte Gegensatz um so schroffer zutage treten. Nichts wäre verkehrter, als noch jetzt, wo selbst ein Optimist wie v. Elm Alarm schlägt, die Gefahr leugnen zu wollen. Ebenso müßig und zwecklos wäre es freilich, Jeremiaden anzustimmen und Anklagen gegen einzelne Personen zu erheben. Es heißt die unerbittlichen Tatsachen ruhig ins Auge zu fassen, den Fehler des Systems zu erkennen und den Versuch zu machen, das System zu beseitigen.

Man hat den unerfreulichen Charakter des Kölner Kongresses auf das Überwiegen des Gewerkschaftsbeamtentums zurückgeführt. Die Auffassung der

Gewerkschaftsbeamten, so behauptete man, decke sich keineswegs mit den Ansichten und Wünschen des Gros der Mitglieder, der Idealismus der Mitglieder müsse deshalb gegen den Bureaukratismus der Beamten mobil gemacht werden. Diese Auffassung, über deren Berechtigung wir gleich sprechen werden, hat nun einen wahren Entrüstungssturm in einem Teile der Gewerkschaftspresse entfacht. Die „Bergarbeiterzeitung" protestierte in der gereiztesten Form gegen diese Verunglimpfung der „persönlichen Ehre" der bezahlten Funktionäre. Dieser „Appell an die schwielige Faust" laufe auf die „Auflösung der gewerkschaftlichen Disziplin", das heißt den „Zerfall der Gewerkschaften" hinaus und stehe auf einer Stufe mit der bürgerlichen Schimpferei auf die „Parteibudiker". Sie „warne" eindringlichst vor einem solchen Verdächtigungsfeldzug, „im anderen Falle müßte den ‚Literaten' recht deutlich begreiflich gemacht werden, wie das Wort zu verstehen ist: Die Befreiung der Arbeiterklasse kann nur das Werk der Arbeiter selbst sein." (!) Andere Gewerkschaftsblätter, zum Beispiel die „Holzarbeiterzeitung" und die „Bildhauerzeitung", machten sich diese „Warnung" seltsamerweise zu eigen. Seltsamerweise, denn von irgendwelchen Angriffen auf die „persönliche Ehre" der Gewerkschaftsbeamten konnte doch gar nicht die Rede sein. Die Anspielung auf die „Parteibudiker" war deshalb schon an den Haaren herbeigezogen. Es handelte sich doch lediglich um den gut demokratischen Appell an die Massen, der in der Partei ein ganz gebräuchliches und sehr notwendiges Mittel ist und der mit der demagogischen Umschmeichlung der Massen, der Verherrlichung der schwieligen Faust nicht das geringste zu tun hat. Doch gleichviel: darin hatte die „Bergarbeiterzeitung" nicht so ganz unrecht, wenn sie meinte, ohne das Vertrauen der Massen könnten sich die Gewerkschaftsbeamten nicht halten; gefielen den Gewerkschaftsmitgliedern ihre gewählten Führer nicht, so würden sie einfach nicht wieder gewählt. Wir wenigstens glauben nicht, daß die Majorität der Gewerkschaftsmitglieder zurzeit eine andere Taktik wünscht, als sie von ihren Beamten vertreten wird. Die Sache ist leider die, daß die Masse der Gewerkschaftler infolge der seit Jahren beobachteten „Neutralität" politisch indifferent geworden ist und die Gewerkschaftsbewegung tatsächlich nur vom Standpunkt des kleinlichsten Berufs- und Augenblicksinteresses aus beurteilt. Daß dem so ist, beweist die Tatsache, daß die Frage der Maifeier auf den Generalversammlungen der Gewerkschaften, wo doch die Beamten nicht überwogen, vielfach genau so engherzig und politisch verständnislos behandelt worden ist wie auf dem Kongreß zu Köln.

Wenn es aber schon keinen Zweck hat, Personen die Schuld für ein System zuzuwälzen, so hat es vollends keinen Sinn, gleich dem Genossen v. Elm Wehklagen über den kurzsichtigen, unsolidarischen Geist anzustimmen, der sich in der Gewerkschaftsbewegung geltend mache, wenn man, wie Elm, so gar kein Mittel vorzuschlagen hat, um dem beklagten Übel zu begegnen. Allerdings, wie will ein Arzt eine Krankheit bekämpfen, deren Ursachen er nicht kennt! Genosse v. Elm befindet sich eben in dieser hilflosen Lage. Nicht das ist bei ihm das Schlimme, daß er heute erschreckend deutlich sieht, was ihm noch vor fünf Jahren völlig entgangen, sondern daß ihm auch heute noch die Schuppen erst halb von den Augen gefallen sind, daß sich seine Gedankengänge infolgedessen in den krausesten Widersprüchen bewegen.

Wir zeigten, wie sehr v. Elm in Köln den Geist der Solidarität, den sozialistischen Geist vermißte. Und doch hält er es in demselben Artikel für

angebracht, sich darüber zu beschweren, daß Bömelburg in Köln die Einheit von Partei und Gewerkschaft betont habe, während sich die Gewerkschaften doch nirgends auf das Endziel der Sozialdemokratie verpflichtet hätten. „Die Gewerkschaften sind Organisationen zu dem ausgesprochenen Zweck, auf dem Boden des heutigen Gegenwartsstaats für die Arbeiterklasse die größtmöglichen Vorteile zu erringen; die Fragen einer zukünftigen Gesellschaftsordnung zu erörtern, haben alle Gewerkschaften bisher abgelehnt.“ Dem Genossen v. Elm geht also die bisherige Neutralität der Gewerkschaften noch nicht weit genug, er will sogar die platonischen Liebeserklärungen für die Sozialdemokratie unterlassen wissen. Und ein solcher Neutralitätsschwärmer klagt dann über den Mangel an solidarischem, sozialistischem Geist unter den Gewerkschaften! Er wirft ihnen vor, daß sie sich durch Erörterung von hochpolitischen Problemen wie des Massenstreiks die Ruhe ihrer gewerkschaftlichen Entwicklung nicht stören lassen sollten, während er gleichzeitig durch Beobachtung striktester Neutralität verhindert haben will, daß die Gewerkschaftsmitglieder durch sozialistische Beleuchtung der Dinge das Wesen des Klassenstaats und die Notwendigkeit des Klassenkampfes überhaupt erst begreifen lernen! Er bedauert die kühle Ablehnung der Maidemonstration und schreibt darüber wörtlich:

> „Nun ist es vom rein gewerkschaftlichen Standpunkt aus ja sehr begreiflich, daß die Führer nicht sehr entzückt davon sind, wenn der Maifeier durch Arbeitsruhe an irgend einem Orte eine Aussperrung folgt, durch welche die von ihnen getroffenen gewerkschaftlichen Kampfdispositionen völlig durchkreuzt werden. Würde es sich bei der Maifeier lediglich um eine rein gewerkschaftliche Angelegenheit handeln, so würde auch ich dafür sein, von einer Arbeitsruhe Abstand zu nehmen. Das ist aber längst nicht mehr der Fall. Die Maifeier ist zu einer Demonstration nicht nur für den Arbeiterschutz und Verkürzung der Arbeitszeit, sondern auch für die politische Freiheit, für den Sozialismus geworden. Der 1. Mai gilt dem idealen Streben der Arbeiterschaft, den großen Zielen, deren Propagierung im täglichen Kleinkrieg der Gewerkschaften um Erhöhung der Lebenshaltung der Arbeiter nicht besonders gefördert wird, und auch nicht gefördert werden kann.“

Mit Verlaub, lieber Genosse v. Elm, das sind alles Argumente, die für Sie, den Sozialisten, durchschlagend sind. Wie können Sie aber von einem Nurgewerkschaftler Respektierung Ihrer sozialistischen Motive verlangen, ja nur erwarten? Es gibt logischerweise kein anderes Mittel: Wenn Sie von den Gewerkschaften sozialistisches Empfinden verlangen, so müssen Sie auch für dessen Pflege sorgen, also nicht für gewerkschaftliche Neutralität eintreten. Wie kann man hoffen, zu ernten, wo man nicht gesät hat!

Nichts ist irriger, als die Annahme, schon die rein gewerkschaftliche Praxis führe zum Klassenkampf, zum Sozialismus. Die ganze Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung beweist das Gegenteil. Man kann sogar behaupten, daß der Gewerkschaftsbewegung an sich eher ein konservatives als ein revolutionäres Element innewohne. „Je mehr die nächsten Interessen des Berufs und der Berufsorganisation betont werden, desto mehr rücken die Verschiedenheiten der allgemeinen gesellschaftlichen Auffassung ... in den Hintergrund, desto mehr treten aber die Verschiedenheiten in den Vordergrund, welche die Arbeiter des Berufs von den Arbeitern der übrigen Berufe sondern“ (Kautsky). Es entstehen zünftlerische Strömungen, die die proletarische Soli-

darität zersetzen und den Klassenkampf des Proletariats gefährden. Daß diese Gefahren in der Tat durch die reine Gewerkschaftsaktion heraufbeschworen werden, läßt sich dutzendfach aus der englischen Arbeiterbewegung nachweisen; daß sie in der deutschen Gewerkschaftsbewegung bisher noch nicht hervortraten, liegt einzig an der Einwirkung des sozialistischen Geistes. Aber dieser sozialistische Geist muß auch aus der deutschen Gewerkschaftsbewegung mehr und mehr entschwinden, je mehr man in die Bahnen des reinen Gewerkschaftlertums einlenkt, je strenger man es mit der Neutralität nimmt.

Wir können nur wiederholen, was wir schon vor fünf Jahren sagten: der „sozialistische Geist“, der ja doch nach der Auffassung der Elm, Bömelburg und Legien das Gewerkschaftsleben erfüllen soll, kann sich nur dann betätigen, wenn für seine Erhaltung und Verbreitung Sorge getragen wird, das heißt, solange man sozialistische Gedanken in den Gewerkschaften propagiert. Geschieht das nicht, so wird die beträchtliche Zahl der politisch Indifferenten in den Gewerkschaften nicht ab- sondern zunehmen, was dann die Organisationen der Gefahr aussetzt, immer mehr in das englische Fahrwasser hineinzusteuern. Ja, wenn Gewerkschaftsangehörige und tätige Parteimitglieder sich aus derselben Personengruppe rekrutierten! Dann brauchte man um den sozialistischen Geist der Gewerkschaften nicht besorgt zu sein! In Wirklichkeit aber besteht nur ein Bruchteil der Gewerkschaftler aus aufgeklärten Genossen; ein nicht geringer Bruchteil liest weder sozialdemokratische Zeitungen noch besucht er sozialdemokratische Versammlungen. Es ist also ein vollständiges Mysterium, woher bei diesen Elementen der „sozialistische Geist“ kommen soll. Vollends aber muß sich dieser Geist verflüchtigen, wenn, was sehr leicht der Fall sein kann, ja bei der fortschreitenden Differenzierung der Tätigkeiten auf Grundlage der gewerkschaftlichen Neutralität unbedingt eintreten muß, auch die Mehrzahl der Gewerkschaftsführer erst einmal aus den Kreisen der politisch Indifferenten hervorgegangen sein wird!

Schon heute sieht sich Genosse Elm veranlaßt, über das Versagen, das Abflauen des sozialistischen Geistes bei manchen Führern zu klagen. Er vermißt das Gefühl der Klassensolidarität, er tadelt die politische Kurzsichtigkeit, den einseitigen rechnerischen Standpunkt. Hätte er seinen Webb mit vollem Verständnis gelesen, so würde ihm diese Erscheinung weniger überraschend und befremdend gewesen sein. In ihrer von mir schon 1900 angezogenen Charakteristik der typischen Gewerkschaftsbeamten sagen die Webb: „Das Gefühl der Klassensolidarität ... weicht allmählich einem engherzigen Sonderinteresse ... Eben die genaue Kenntnis der technischen Einzelheiten eines besonderen Gewerbes und die Vertiefung in dieselben, die sie zu so sachverständigen Spezialisten macht, hemmt bei ihnen die Entwicklung der höheren Eigenschaften, welche die politische Führerschaft der Gewerkschaftswelt erfordert.“

So die Geschichtschreiber der englischen Gewerkschaftsbewegung über den Beamtenbureaukratismus. Sie fällen kein moralisches Urteil, sondern sie konstatieren einfach eine psychologische Tatsache. Nichts anderes taten aber auch die Genossen, die bei Besprechung des Kölner Kongresses vom Bureaukratismus der Gewerkschaftsbeamten sprachen. Es lag nicht die mindeste Ursache zu einer Entrüstung vor. Allerdings verwahren sich unsere Gewerkschaftler entschieden dagegen, solch nüchterne, der Theorie abholde Bureaukraten und technische Spezialisten zu sein. Sie erklären, die Bedeutung unserer großen Theoretiker durchaus nicht zu verkennen, sie verwahrten sich nur gegen die

Kritiksucht Unberufener. Zu solchen Unberufenen zählt der „Correspondent“, das Organ der Arbeiter der Hut- und Filzwarenindustrie, nun aber auch den Genossen Kautsky. Die Gewerkschaften wollten Ruhe haben vor Kritikern, die von der Technik (!) des Gewerkschaftskampfes nichts verständen. Es sei total verkehrt, die politische Bewegung für etwas Besseres (!) anzusehen, als die gewerkschaftliche Bewegung. Auch der „Vereins-Anzeiger“, das Organ der Maler, hält Kautsky für einen Mann, der vom Gewerkschaftswesen im Grunde recht wenig versteht. Er behauptet nämlich, der Satz Kautskys, es sei unmöglich, das gesamte Proletariat gewerkschaftlich zu organisieren, klinge wie ein „Märchen aus alten Zeiten“. Dabei lag dem Kölner Gewerkschaftskongreß eine treffliche graphische und statistische Darstellung von Louis Brunner vor, aus der mit förmlich in die Augen springender Deutlichkeit zu erkennen war, wie ungeheuer groß noch die Zahl der nichtorganisierten Arbeiter ist, und daß es gerade die Berufe mit der größten Zahl der Berufsangehörigen sind, deren Organisationen nur einen bescheidenen Prozentsatz der Arbeiter umfassen! Man sieht also, daß in der Tat der Respekt vor der Theorie und theoretische Kenntnisse bei manchen Gewerkschaftsführern keineswegs auf der Höhe ihrer technischen Spezialkenntnisse stehen! Aber diese theoretischen Lücken, diese Einseitigkeit in der Beurteilung des politischen und sozialen Lebens ist keineswegs irgendwelcher Lernfaulheit oder Denkunfähigkeit zuzuschreiben, sondern der überwiegenden Beschäftigung mit Spezialfragen, die nun einmal bei Durchschnittsmenschen die Gefahr der Einengung des geistigen Horizontes mit sich bringt.

Es ist deshalb auch kein Zufall, daß gerade die Führer und Mitglieder der technisch fortgeschrittensten Gewerkschaften am meisten einem politischen Indifferentismus zuneigen. Als besonders konservative Gewerkschaft gilt ja die der Buchdrucker. Genosse v. Elm behauptete seinerzeit, die Haltung dieses Verbandes sei hervorgerufen worden durch „die Erziehungsmethode unserer Nurpolitiker“. Gegen diese nicht besonders tiefe Auffassung wendet sich das Organ der Buchdrucker selbst in einer der letzten Nummern. Da heißt es:

> „Wird man nun nach diesen Darlegungen in der Parteipresse vorurteilslos genug in Kollegenkreisen sein, einzusehen, daß nicht aus persönlichem, sondern aus einem tiefen sachlichen Widerspruche heraus unsere Stellungnahme zur Partei erfolgt? Wenn die Parteipresse anerkennen muß, daß ‚Gegensätze zwischen Partei und Gewerkschaften‘ vorhanden sind, müssen sie naturgemäß am frühesten und schärfsten sich dort äußern, wo die fortgeschrittenste Gewerkschaft vorhanden ist, denn bei den anderen Gewerkschaften treten diese Widersprüche auch erst in einem vorgeschrittenen Stadium der gewerkschaftlichen Entwicklung auf.“

Der „Correspondent“ fordert dann von der Partei, falls sich die Gewerkschaften nicht völlig von ihr abwenden sollten, eine Absage an die „unfähige Politik des jakobinischen Systems“, von der sich selbst der „fossile versteinerte Professor“ Bernstein noch nicht freigemacht habe, und die Inangriffnahme einer „positiven Politik“, das heißt die Wandlung der Sozialdemokratie in eine bürgerliche Reformpartei. So offen wagt heute nur das Buchdruckerorgan aufzutreten — aber die ersten Präludien zu dieser Zukunftsmusik der reinen Gewerkschaftspolitik kann man auch schon anderwärts vernehmen!

Wenn man dieser verhängnisvollen Entwicklung begegnen will, gibt es kein anderes Mittel, als die Gewerkschaftsbewegung wieder mehr mit sozialistischem Geiste zu erfüllen. Dieser Geist kann aber den Gewerkschaften nicht durch

gelegentliche Kongreßreden eingeflößt werden, sondern nur durch einen Bruch mit der Neutralitätsdiplomatie. Die Solidarität zwischen Partei und Gewerkschaften muß wieder tagtäglich bekundet und gepflegt werden wie einst, der sozialistische Gedanke muß unter den Gewerkschaftlern wieder bei allen sich bietenden Gelegenheiten gepflegt werden: durch Artikel in der Gewerkschaftspresse, durch Vorträge, durch die Bibliotheken, durch Werben für die Parteipresse usw. Und wir behaupten, daß durch diese Rückkehr zu den guten alten Traditionen der Gewerkschaftsbewegung — denn mehr verlangen wir nicht — den Organisationen nicht der mindeste Nachteil erwachsen wird.

Man hat ja die Neutralität der Gewerkschaften als das Mittel bezeichnet, der Zersplitterung der Gewerkschaftsbewegung ein Ende zu machen. Man glaubte, daß die christlichen und Hirsch-Dunckerschen Verbände dadurch jede Berechtigung einer Sonderbündelei verlieren und sich mit den freien Gewerkschaften verschmelzen würden. Diese Erwartung ist aber bis jetzt nichts als eine vage Hoffnung geblieben. Weder die Neutralität der freien Gewerkschaften noch große gemeinsame Kämpfe haben sich als Bindeglied erwiesen. Genosse v. Elm schrieb 1900:

> „Das Weitere werden die wirtschaftlichen Kämpfe, die protzenhafte Haltung der Großkapitalisten besorgen. Ein einziger großer Kampf einer bedeutenden Gewerkschaft kann plötzlich den feindlichen Brüdern die dringende Notwendigkeit einer Einigung mit solchem Nachdruck demonstrieren, daß dieselbe dann nur noch eine Frage der Zeit ist."

Durch den gewaltigen Bergarbeiterstreik, gewiß einen gemeinsamen Kampf allergrößten Stiles, ist die Erwartung Elms nicht bestätigt worden. Beide Verbände stehen einander noch genau so gegenüber wie vor dem Streik. Der christliche Verband hat im Gegenteil durch den Streik derartig an Mitgliedern gewonnen, daß er an seinem Fortbestand weniger als je zu verzweifeln braucht. Gerade daß er mit dem alten Verband gemeinsam gekämpft hat und bei ähnlicher Gelegenheit abermals geneigt sein wird, Schulter an Schulter mit ihm einen neuen Kampf aufzunehmen, muß seine Sonderexistenz in den Kreisen der christlichen Arbeiter als durchaus kein Hindernis des gewerkschaftlichen Kampfes erscheinen lassen. Im übrigen fährt das Organ der Christlichen fort, sich an der „Bergarbeiterzeitung" zu reiben. Es wirft ihr vor, ihre Neutralität nicht ernst zu nehmen! Habe sie doch ihren Lesern die „Neue Gesellschaft" empfohlen, in der eine gewisse Ellen Key höchst unchristliche Anschauungen vertreten habe!

Nun hat man weiterhin die Statutenänderung, die der christliche Verband auf seiner kürzlichen Generalversammlung vorgenommen hat, als Anzeichen dafür begrüßt, daß beide Verbände sich schließlich doch verschmelzen würden. Die Änderung bestand in der Beseitigung des Passus, daß jedes Mitglied durch seinen Beitritt sich zur Gegnerschaft des Sozialismus bekenne, und in der Aufnahme der Bestimmung, daß die Mitgliedschaft die politische und religiöse Überzeugung jedes Mitglieds unangetastet lasse. Wir vermögen darin ein Symptom des Bedürfnisses nach einer Verschmelzung nicht zu entdecken, vielmehr nur einen klugen Schachzug der Christlichen, der der Absicht entspringt, dem alten Verband nach Kräften den Wind aus den Segeln zu nehmen. Auch erscheint es uns ausgeschlossen, daß der christliche Verband seine Neutralität wirklich ernst nehmen wird. Solange das Proletariat in seiner politischen Weltanschauung gespalten ist, halten wir schon aus psychologischen Gründen eine

ehrliche Neutralität für ausgeschlossen. Eine gewerkschaftliche Einigung wird erst dann möglich sein, wenn sich die Arbeiterschaft in ihrer überwältigenden Mehrheit der Sozialdemokratie angeschlossen haben wird. Dann aber wäre die Neutralität ebenso überflüssig, wie wir sie im allgemeinen für die moderne Klassenbewegung für schädlich halten.

Genosse v. Elm hat nur noch eine einzige Hoffnung, daß — trotz der Neutralität — den Gewerkschaften der Geist der Klassensolidarität und des Sozialismus erhalten bleiben würde — die Hoffnung auf das sinnlose, die Massen erbitternde Wüten des sozialen Scharfmachertums. Die deutschen Kapitalisten, meint er, würden nie so einsichtig sein wie die englischen und die Arbeiter willig als gleichberechtigten Faktor anerkennen. Ob das wirklich unter allen Umständen so bleiben muß? Auch dann, wenn die Gewerkschaften noch stärker, zugleich ihre Mitglieder aber auch — namentlich politisch — immer bescheidener würden? Hören wir, was ein bürgerlicher Kritiker, Dr. Eugen Katz, in der „Frankfurter Zeitung“ zu diesem Troste sagt:

> „In mehreren Zeitungen wird ausgedrückt, daß man infolge des Unverstandes der Regierung und des Bürgertums eine Trennung von Partei und Gewerkschaften nicht zu befürchten brauche, denn unter den gegenwärtigen Verhältnissen sei,. auch trotz der größten Disharmonien, die Gewerkschaftsbewegung auf die Sozialdemokratie schlechthin angewiesen. Also der Philister und der Polizeistaat als Eckpfeiler des Marxismus! So sieht in Wirklichkeit die ‚Theorie‘ der modernen Arbeiterbewegung aus.“

Der Spott ist berechtigt, nur daß er an die falsche Adresse gerichtet ist. Der Marxismus rechnet auch ruhig mit der Möglichkeit kapitalistischer Berückungsversuche. Seine Siegeszuversicht ist nicht abhängig von den taktischen Manövern der Bourgeoisie, sondern stützt sich auf die Wirksamkeit der unverrückbaren Entwicklungstendenzen des Kapitalismus. Diese Tendenzen aber besiegeln die ewige Lohnsklaverei des immer zahlreicher anschwellenden Proletariats, sie schaffen dadurch eine immer stärkere Disposition für das Verständnis des Sozialismus und dadurch wieder den proletarischen Klassenkampf.

Der Sozialismus ist aber auch stark genug, um die gekennzeichneten rückläufigen Tendenzen des Gewerkschaftswesens zu überwinden. Nur freilich muß er sich der Gefährlichkeit dieser Tendenzen erst bewußt sein, um den Kampf überhaupt erst aufzunehmen. Die Tendenzen bestehen in der zünftlerischen Verknöcherung der Gewerkschaften, der Neigung, auch die wichtigsten Dinge stets vom Standpunkt der kleinlichsten Kassenpraxis aus zu beurteilen. Dieser nüchterne Geist, dem jeder Maßstab für die großen Fragen des sozialen und politischen Lebens fehlt, muß überwuchern in einer Gewerkschaftsbewegung, die sich ängstlicher Neutralität befleißigt. Er wird aber auf ein unschädliches Maß eingedämmt werden, sobald die Genossen erst wieder beginnen, sich innerhalb der Gewerkschaften rühriger zu betätigen und die Parteianschauungen zur Geltung zu bringen. Die derzeitige Personalunion einer Anzahl von Führern genügt nicht als Bindeglied; die Tausende tätiger Genossen, die das Fundament der Parteiorganisation bilden, aber sich in gewerkschaftlicher Beziehung mit dem Zahlen der Beiträge und passiver Gefolgschaft begnügten, müssen künftig auch an der Ausgestaltung des Gewerkschaftslebens ernsten Anteil nehmen. So schwer diese Doppeltätigkeit sein mag, sie erscheint uns unerläßlich!

Der sechste internationale Textilarbeiterkongreß in Mailand.

Von **K. Baudert.**

Wir marschieren! Es geht vorwärts! So konnte mit vollem Rechte von dem vor drei Jahren, im Jahre 1902, in Zürich abgehaltenen internationalen Textilarbeiterkongreß die „Neue Zeit" schreiben. Ganz anders liegen die Dinge jetzt, nach dem sechsten Kongreß, der vom 26. Juni bis 1. Juli dieses Jahres in Mailand abgehalten wurde. Wenn auch vor drei Jahren nicht alles Gold war, was glänzte, so machte sich doch damals der Gedanke des einmütigen Handelns viel impulsiver bemerkbar wie jetzt. Die anarchistischen Elemente spielten eine mehr untergeordnete Rolle. Selbst die Engländer trugen, offenbar angeregt durch die scharfe Kritik der verschwommenen Taktik der christlichen Gewerkschaftler, eine beachtenswerte radikale Gesinnung zur Schau. Auch in einigen rein technischen, beruflichen Fragen herrschte eine Einmütigkeit, die wohltuend von der Stellungnahme zu denselben in Mailand abstach.

Während in Zürich 69 Delegierte anwesend waren, die etwas über 300000 organisierte Textilarbeiter vertraten, hatten sich diesmal aus acht Ländern 86 Delegierte zusammengefunden; sie vertraten über 360000 Organisierte. Dänemark, das sich seit einem Jahre der internationalen Verbindung angeschlossen hat, war ohne Vertretung, weil die dänischen Textilarbeiter am 1. Juli in den Kampf gegen die Generalaussperrung traten. Vertreten waren England, Deutschland, Österreich, Frankreich, Belgien, Holland, Italien und die Schweiz. Schon auf früheren Kongressen war festgelegt, daß die Abstimmungen nur nach Nationalitäten vorgenommen werden sollen. Die Delegierten von Deutschland, Österreich, Belgien und Holland standen geschlossen auf dem Boden des Sozialismus, und wiederholt wurde von den einzelnen Delegierten betont, es sei Pflicht der Gewerkschaften, mit allen Mitteln danach zu streben, die politische Macht des Proletariats dadurch zu stärken, daß die gewerkschaftlichen Organisationen bei allen politischen Wahlen helfen, der arbeitenden Klasse einen größeren Einfluß in den Parlamenten zu sichern.

Auch die Schweizer Delegation äußerte sich in gleichem Sinne; als es sich jedoch bei entscheidenden Abstimmungen darum handelte, diesen Standpunkt auch praktisch zu vertreten, da stimmte man — um es mit den Engländern nicht zu verderben — anders. In der italienischen und französischen Delegation herrschte das anarchistische Element vor, und man konnte so die Wahrnehmung machen, daß ein Teil der Delegierten sich für die parlamentarische Aktion der Arbeiterklasse aussprach, während vom anderen Teile derselben Delegation diese Ansicht bekämpft und — im entscheidenden Augenblick auch niedergestimmt wurde. Die englische Delegation war schon immer durch zwei Gruppen vertreten. Die große Mehrheit, 37 Delegierte, waren Vertreter der Trade Unions, und nur 3 Delegierte waren Vertreter der kleinen Yorkshirer Gruppe, die sich offen auf den Boden der sozialdemokratischen Propaganda stellt. Unter den Delegierten der Trade Unions befanden sich eine ganze Anzahl, die aus ihrer Gegnerschaft gegenüber der Sozialdemokratie gar kein Hehl machten. Ging doch einer dieser Delegierten so weit, als über die parlamentarische Aktion gesprochen wurde, an die deutsche Delegation die Frage zu richten, was denn eigentlich die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion

schon für die Arbeiter getan habe. Das Schönste dabei war dann, daß man die weitere Erörterung dieser Frage und ihre Beantwortung durch Schluß der Debatte verhinderte. Erst später konnte dem Fragesteller die gebührende Antwort erteilt werden. Eigentümlich mußte es den aufmerksamen Zuhörer berühren, daß fast in allen Fragen sich die kleine sozialistische Gruppe der Engländer unter dem Einfluß der großen englischen Organisation beugt. Es mögen daran die besonderen Verhältnisse in England einen guten Teil Schuld mit tragen. Daß aber unter einem solchen System der Zerfahrenheit, gepaart mit Überhebung und Dünkel, nicht viel für die internationale Vereinigung herauskommt, wenn deren Leitung sich in einem solchen Lande befindet, das haben die Vorbereitungen und noch mehr die Verhandlungen des Kongresses in Mailand bewiesen. Als einen Monat zuvor die Tagesordnung durch den internationalen Sekretär Mr. Wilkinson-Lancashire bekanntgegeben wurde, da fand man auf ihr nur alte Bekannte, alte Ladenhüter, keinen neuen Gedanken, keinen neuen Gesichtspunkt! Trotzdem innerhalb der letzten drei Jahre sich so gewaltige Kämpfe in der Textilindustrie abgespielt haben! Trotzdem auf dem Festland die Textilindustriellen in der letzten Zeit gegenüber der Arbeiterschaft eine so herausfordernde Sprache führten! Trotz alledem wurde dieser Kongreß mit derselben Tagesordnung einberufen, die der letzte Kongreß durch die Annahme recht treffender Resolutionen erledigt hatte. Wären die Verhandlungen in allen Fragen wenigstens noch in dem Sinne geführt, wie man vor drei Jahren in Zürich einstimmig beschloß: „weil der Boden, auf dem der Kongreß und die internationale Vereinigung stehen, der des Klassenkampfes ist", so hätte man sich einigermaßen zufrieden geben können. Doch die Verhandlungen ließen zumeist das Bild des einmütigen Handelns und des Gedankens an den Klassenkampf vermissen. Schon der Bericht des internationalen Sekretärs über die Kassenverhältnisse und seine Tätigkeit ließ sehr viel zu wünschen übrig. Er teilte nur mit, daß alle Länder zum internationalen Streikfonds beigesteuert hätten und über 12000 Mark eingegangen seien. Er bittet dann, daß die internationalen Vertrauensleute öfter mit dem Sekretär zusammenkommen möchten, denn die Kapitalisten kämen ja auch öfter zusammen. Darüber, was auf Grund der früheren Beschlüsse jedes Land zu zahlen hatte, ob es diese Verpflichtungen auch erfüllt hat, schwieg sich der Sekretär vollständig aus. Selbst in dem gedruckt vorliegenden Bericht, den die meisten Delegierten erst auf dem Kongreß zugestellt erhielten, wurden nur Nebensächlichkeiten behandelt. Kein Wunder also, daß von deutscher und österreichischer Seite diese Art Geschäftsführung eine sehr scharfe Kritik erfuhr, der sich auch die Delegierten der anderen Länder mehr oder weniger anschlossen. Nur die Engländer wollten nicht begreifen, daß die Tätigkeit ihres Sekretärs, der ja, wie sie mehrfach behaupteten, der „Beste" unter ihnen sei, etwas zu wünschen übrig lasse. Um ein genaues Bild darüber zu haben, wie die einzelnen Länder ihren Verpflichtungen nachgekommen seien, wurden einer besonderen Kommission, die auch andere strittige Fragen zu entscheiden hatte, die Kassenbelege zur Nachprüfung unterbreitet. Der Bericht der Kommission lautete dahin, daß an der Richtigkeit der Kassenführung nicht der geringste Zweifel bestehe. Jedoch wurde auch festgestellt, daß außer Italien, das überhaupt nichts geleistet hatte, England, das sonst immer mit seiner gut gefüllten Kasse paradiert, seinen Verpflichtungen am allerschlechtesten nachgekommen war. Diese „Schlamperei" wurde von Deutschland und Österreich

besonders scharf gerügt. All dies, und besonders der Umstand, daß sich scho
seit Jahren eine Unzufriedenheit mit der englischen Leitung der internationale
Verbindung der Textilarbeiter mehr und mehr bemerkbar gemacht hatte, führ
dazu, daß diesmal die Österreicher im Einvernehmen mit der deutschen Del
gation den Antrag stellten, das internationale Sekretariat nach Deutsch
land zu verlegen. Trotzdem nun, mit Ausnahme der Engländer, al
übrigen Länder die schwächliche Haltung des internationalen Sekretärs ve
urteilt hatten, nahmen drei dieser Länder eine recht sonderbare Stellung b
der Abstimmung ein. Italien und Frankreich stimmten gegen Deutschlan
gleichsam als Protest gegen die deutsche Gewerkschaftsbewegung, soweit sie a
dem Boden des Sozialismus und der parlamentarischen Aktion steht. J
diesen Ländern gab die anarchistische Mehrheit der Delegation den Ausschla
Die Schweiz gab durch ihren Vertreter, den Pfarrer Eugster, eine Erklärun
ab, daß sie vor der deutschen Gewerkschaftsbewegung alle Hochachtung hätt
sie glaube sogar, wenn das internationale Sekretariat nach Deutschland ve
legt werde, daß es dann Großes leisten werde, aber bei all dieser Anerkennun
werde die Schweiz dafür stimmen, daß das Sekretariat in England verbleib
um bei den englischen Kollegen keine Mißstimmung zu erregen und weil Eng
land versprochen habe, es besser zu machen.

Diese Haltung ist um so begreiflicher, als kurz zuvor von England erklä
wurde, sie würden sich dem Beschluß des Kongresses fügen, natürlich baten s
darum, das Sekretariat in England zu belassen. Selbstverständlich stimmte
sie also auch gegen Deutschland. Für letzteres erklärten sich nun, außer Deutsc
land, nur noch Österreich, Belgien und Holland. Der Antrag war also m
vier gegen vier Stimmen abgelehnt. Rechnet man die prinzipielle Gegne
schaft der Mehrheit in der italienischen und französischen Delegation ab, dan
trifft die Schuld für das Resultat der Abstimmung, die trotz aller Schlamper
den Engländern ein Vertrauensvotum ausstellt, lediglich die Schweiz. Die In
konsequenz bei der weiteren Erledigung dieser Frage sollte sich bald noc
einmal zeigen. England schlug seinen alten „bewährten“ Sekretär Mr. Wil
kinson wieder vor, der aber nur die Stimmen seiner Landsleute, sowie de
Belgier und Holländer, die erst gegen England gestimmt hatten, erhiel
Hierauf schlugen die Engländer Mr. Marsland vor. Von Deutschland un
Österreich wurde der sozialistische Delegierte Turner-Yorkshire in Vorschlag ge
bracht. Die Wahl ergab, daß Turner mit allen Stimmen gegen die seine
Landsleute gewählt wurde. Nun zeigten sich die Delegierten der großen eng
lischen Trades Unions in ihrer wahren Gesinnung. In einer sofort zusammen
getretenen Besprechung zwangen sie Turner, die Wahl nicht anzunehmen und —
der Kongreß beugte sich samt der kleinen sozialistischen englischen Gruppe unte
den Terrorismus der Trades Unions, die nun dem Kongreß ihren Mr. Marslan
aufnötigten. So wurde diese wichtige Frage erledigt. Erst verurteilte ma
das System und kritisierte die Tätigkeit des nach diesem System handelnde
Sekretärs, dann sägte man den „Besten“, wie ihn die Engländer selbst be
zeichneten, ab und man behielt das System mit einem anderen Sekretär, de
innerhalb desselben Systems gar nicht anders handeln kann.

Bei der Behandlung der Frage betreffend Verkürzung der Arbeitszei
wurde die Behauptung eines französischen Delegierten, daß eine Verkürzun
der Arbeitszeit eine Verringerung der Arbeitslöhne herbeiführe, unter lebhaften
Protest der weitaus großen Mehrheit entschieden zurückgewiesen. Wunder

muß man sich aber jedenfalls, daß auf einem Arbeiterkongreß derartige Ansichten überhaupt noch geäußert werden können.

Eine zu dieser Frage von Deutschland eingebrachte Resolution wurde gegen die Stimmen von Italien und Holland angenommen. Auch die Frage der einheitlichen Garnnumerierung nach dem Dezimal- beziehungsweise metrischen System wurde diesmal nicht mit der Einmütigkeit wie auf dem vorigen Kongreß behandelt. Während damals selbst die Engländer der Resolution zugestimmt hatten, durch die sich der Kongreß auf den Boden der Beschlüsse des internationalen Garnnumerierungskongresses (Paris 1896) stellt — Einführung des metrischen Systems, der die Vertreter der meisten Regierungen zugestimmt hatten —, ging diesmal England mit Belgien und Holland, die sich für die allgemeine Einführung des Yardsystems aussprachen. Es kam auch hier treffend zum Ausdruck, daß die als so „praktisch" gepriesenen Engländer weniger den Gründen der Vernunft und Praktik als mehr den partikularen, altgewohnten Einrichtungen Rechnung trugen.

Volle Einmütigkeit herrschte bei der Beratung über die Schäden der Überzeitarbeit, sowie der Ausdehnung der Arbeitsruhe vom Sonnabend Mittag bis zum Montag früh 8 Uhr. Bei dieser Gelegenheit konnte die deutsche Delegation den Engländern auch die treffende Antwort auf die Frage geben, was in dieser Beziehung die deutsche sozialdemokratische Reichstagsfraktion im Interesse des arbeitenden Volkes geleistet hat. Gegenüber dem Hinweis, daß die Forderungen der Arbeiter bezüglich der Verkürzung der Arbeitszeit in den einzelnen Ländern nur dann erfolgreich durchgeführt werden können, wenn die Arbeiter in den Parlamenten einen größeren Einfluß errungen haben, stellte sich ein Vertreter der Trades Unions auf den Standpunkt, daß dies schon durch eine starke Gewerkschaftsorganisation, ohne die Hilfe des Parlaments zu erringen sei. Das schließe jedoch nicht aus, daß die gewerkschaftliche Organisation mit der politischen Organisation Hand in Hand gehen könne. Diesen Ausführungen trat der englische Delegierte Turner (sozialistische Gruppe) energisch entgegen. Er stellte sich vollständig auf den von den anderen Nationen eingenommenen Standpunkt. — Bei der Beratung über Aufhebung des Stücklohns, bezw. Bekämpfung des Akkordsystems war es wieder ein Delegierter der Trades Unions, der eine Ansicht äußerte, wie man sie sonst nur auf einem Unternehmerkongreß zu hören bekommt. Er betonte, es sei notwendig, daß die Akkordarbeit bestehen bleibe; das erfordere schon die Konkurrenz. Ohne Konkurrenz würde sich die Leistungsfähigkeit der Arbeiter ebensowenig steigern, wie ohne Konkurrenz überhaupt kein Fortschritt der Industrie möglich sei. Dieser Standpunkt wurde selbst mehrfach von englischer Seite bekämpft und schließlich eine Resolution angenommen, die die Einführung eines Maximalarbeitstages, Festsetzung eines Maximalarbeitslohnes, Beseitigung des Prämiensystems sowie der Akkordarbeit verlangt. Gegen die letztere Forderung stimmte eine Anzahl der englischen Delegierten!

Beschämenswert war das Verhalten der Engländer auch insofern, daß sie am Freitag die Erklärung abgaben, sie würden am Sonnabend, trotzdem noch die wichtigsten Punkte bezüglich der Aufgaben des Sekretariats zu erledigen waren, nicht mehr an den Verhandlungen teilnehmen, obschon die Dauer des Kongresses von ihrem eigenen Mitgliede, dem internationalen Sekretär, festgesetzt war. Trotz aller Einreden und Aufforderungen, doch das Ende der Verhandlungen abzuwarten, dampfte am Freitagabend der größte Teil der

Engländer nach — Venedig ab. Am Sonnabend war nur noch der neugewählte internationale Sekretär mit einem einzigen englischen Kollegen anwesend.

Den einzigen Erfolg des Kongresses findet man in dem Beschluß, ein internationales Komitee einzusetzen, das je nach Bedarf mit dem internationalen Sekretär zusammentritt und ihm die Direktive erteilt, was im Interesse der internationalen Vereinigung der Textilarbeiter zu tun ist. Jedes an die internationale Vereinigung angeschlossene Land ist berechtigt, zwei Mitglieder zu diesem Komitee, das sich innerhalb zwei Monaten konstituiert haben soll, zu entsenden. Unter den gegebenen Verhältnissen ist also der jetzige internationale Sekretär von vornherein unter Kuratel gestellt und ist so die Möglichkeit vorhanden, daß durch den Einfluß des Komitees nach drei Jahren auf dem in Wien stattfindenden nächsten internationalen Textilarbeiterkongreß sich ein etwas erfreulicheres Bild zeigt.

Vor allen Dingen wird das Komitee seine Aufmerksamkeit darauf lenken müssen, daß die gefaßten Beschlüsse über die zu leistenden Beiträge (4 Pfennig pro Mitglied und Jahr zum internationalen Streikfonds, 1 Pfennig zu den allgemeinen Ausgaben des Sekretariats) von allen Ländern auch eingehalten werden. Dann aber ist es auch Pflicht der Gewerkschaften, soweit sie Anspruch darauf erheben, als Kampforganisation geachtet und anerkannt zu werden, dafür zu sorgen, daß ihre Delegationen auf einem internationalen Kongresse in diesem Sinne handeln und beschließen. Der Mailänder Kongreß hat gezeigt, daß in solchen Gewerkschaften, denen die innere Festigkeit fehlt, die nicht auf dem ehernen Fundament des Sozialismus aufgebaut sind, die die parlamentarische Aktion unterschätzen oder als einen überwundenen Standpunkt betrachten, die Prinzipienlosigkeit und Inkonsequenz noch Triumphe feiern können. Tragen die Kongreßverhandlungen in Mailand dazu bei, daß die gewerkschaftlich organisierten Mitglieder der betreffenden Länder die gemachten Fehler erkennen und dementsprechend dafür sorgen, daß ihre Organisationen in des Wortes wahrster Bedeutung Kampforganisationen werden, dann sind auch die Tage in Mailand nicht als verlorene zu bezeichnen. Sollte aber wider Erwarten die große englische Organisation noch weiter das Bleigewicht an der modernen Entwicklung der internationalen Vereinigung der Textilarbeiter bleiben, dann darf vor dem entscheidenden Schritt nicht zurückgeschreckt werden.

Die internationalen Zusammenkünfte finden nicht statt, um gegenseitig Höflichkeiten und Komplimente auszutauschen, sondern es sollen auf ihnen die Waffen geschmiedet werden, mit denen erfolgreich die kapitalistische Gesellschaft und das kapitalistische System bekämpft werden können. Um dies aber zu ermöglichen, ist die Einheit des Gedankens und des Handelns notwendig. Solange die Einheit des Gedankens in wirtschaftlicher und politischer Beziehung den einzelnen Organisationen der Textilarbeiter fehlt, können sich die Tage von Mailand wiederholen. Möge aus jenen Verhandlungen in alle Länder der Mahnruf erklingen: Baut eure Organisationen so aus, daß sie vom Freund geachtet und vom Feind gefürchtet werden! Ihr seid gewarnt!

Moderne Hanseaten.

Von **Rudolf Wissel.**

Die freien Hansestädte haben für den Binnenländer immer noch einen ganz besonderen Schimmer. Vielleicht ist es der Abglanz längst vergangener Tage, der ihn hervorruft. Man hat aus der Geschichte der Hansa im Gedächtnis behalten, daß der Geist der Gemeinsamkeit und des opfermutigen Eintretens für die erworbenen Rechte in den Hansestädten Schirm und Stätte hatten. Vielleicht ist es auch der Umstand, daß die Hansestädte seit langer Zeit Hochburgen der Sozialdemokratie sind, der die günstige Meinung über sie hervorruft und stärkt. Und so meint man noch heute, daß es mit der Bürgerfreiheit und den Volksrechten in den Hansestädten nicht schlecht bestellt sei.

Und doch ist in den letzten Jahren wohl in keinem Bundesstaat so viel geschehen, diese Illusionen zu zerstören, als in den Republiken im Norden Deutschlands. Ganz speziell gilt dies von Lübeck, dem Haupte der einstigen Hansa. Was Lübecks Namen in den letzten Jahren in aller Mund gebracht hat, war der Versuch, auf dem Wege der Landesgesetzgebung einen Teil der seligen Zuchthausvorlage für die Republik zu retten, war das Streikpostenverbot des Senats, das durch Reichsgerichtsurteil ein so jähes Ende nahm. Und jetzt wieder ist es die Wahl„reform", die den freiheitlichen Geist unserer modernen Hanseaten im hellen Lichte erstrahlen läßt. Für Hamburg hat Stolten den dort geplanten Wahlrechtsumsturz in dieser Zeitschrift besprochen.[1] Doch so meisterhaft man es dort verstanden hat, dem Rechte der Arbeiterklasse den Strick zu drehen, in Lübeck haben die überall an der Wühlarbeit befindlichen Wahlrechtsfeinde doch wohl das dankbarste Feld für ihre Betätigung gefunden. Mit einer Schamlosigkeit sondergleichen wird die unverhüllteste Interessenpolitik getrieben und dabei der Begriff „liberal" mit Füßen getreten, wie es nur von einem politisch total verkommenen Bürgertum geschehen kann.

Man sagt dem Handel im allgemeinen nach, daß er eine freiere Auffassung vom Leben habe, als sie sonst wohl zu finden ist, daß er nicht so rücksichtslos brutal wie der moderne Industriekapitalismus sich gebärde, daß die Berührung mit den verschiedensten Institutionen des Auslandes ihn über den engen Horizont des Philisters hinausgehoben habe. Mag das im allgemeinen zutreffend sein, für Lübeck gilt es nicht. Der protzigste Herrenstandpunkt wird hervorgekehrt, der Unrecht Recht sein läßt, wenn es gilt, seine Macht zu befestigen, der sich bei der alle Gemüter in unserem Kleinstaat bewegenden Wahlrechtsänderung in einer solchen Weise zeigt, daß alle anderen Versuche, das Volk zu knebeln, als die reinen Kinderspiele dagegen erscheinen.

Bis vor einigen Jahren war das Wahlrecht zur Bürgerschaft in Lübeck, rein äußerlich betrachtet, ein in der Tat recht liberales. Alle Bürger waren durchaus gleich in ihren Rechten, die Stimme des Arbeiters galt genau so viel wie die des reichen Handelsherrn. Bei geheimer Abstimmung kamen direkte Wahlen zustande. Doch war das Wahlrecht insofern kein allgemeines, als nicht jeder Staatsangehörige wahlberechtigt war, sondern nur der „Bürger". Das Bürgerrecht konnte jedoch der volljährige Staatsangehörige gegen eine Gebühr von 28 Mark erwerben. Die Wirkung dieser seit 1870 erhobenen Gebühr war, daß die Zahl der Bürger von Jahr zu Jahr in ein immer stärkeres Miß-

[1] Nr. 38 vom 17. Juni dieses Jahres.

verhältnis zur Gesamteinwohnerzahl geriet. Nicht nur relativ, sondern auch absolut nahm die Zahl der Bürger ab. Waren 1875 ihrer noch 7708 vorhanden, waren es 1901 bei etwa 24000 volljährigen männlichen Bewohnern des Staatsgebiets nur noch 5177. Die Unhaltbarkeit des bisherigen Systems machte sich denn auch so dringend bemerkbar, daß sich der Senat wohl oder übel bequemen mußte, der Bürgerschaft die Aufhebung der Bürgerrechtsgebühr in Vorschlag zu bringen. Um aber bei der dann unentgeltlichen Erwerbung des Bürgerrechtes die befürchtete und in sechs Jahren sicher zu erwartende Majorität der Sozialdemokratie zu verhindern — es findet im zweijährigen Turnus die Ergänzung der Bürgerschaft jeweils zu einem Drittel statt —, änderte man auch gleich die Verfassung dahin ab, daß das Wahlrecht abhängig war von der Versteuerung eines Einkommens von mindestens 1200 Mark in fünf hintereinander folgenden Jahren. Um dem zu erwartenden Entrüstungssturm vorzubeugen, hatte man die Sache so eilig, daß, kaum bekannt geworden, die Vorschläge auch schon Gesetz wurden. Nur der auf dem Posten befindlichen Sozialdemokratie war es möglich, eine von Tausenden besuchte Versammlung zustande zu bringen, die zwar schärfste Kritik an den Senatsvorschlägen übte, doch deren Annahme am nächsten Tage durch die Bürgerschaft nicht zu hindern vermochte.

Aber auch unter den neuen Verhältnissen war die Sozialdemokratie nicht müßig, und zahlreiche Arbeiter erwarben nun das Bürgerrecht. Bei der ersten dann stattfindenden Bürgerschaftswahl — am Tage nach der Reichstagswahl 1903 — stellte sich auch schon heraus, daß trotz des 1200 Mark-Zensus die Sozialdemokratie sehr günstig abschnitt. In zwei Bezirken blieb ihre Stimmenzahl nur um 11 bezw. 20 hinter der der bürgerlichen Parteien zurück. Ließ das für die künftigen Wahlen den Sieg also erwarten, so hatte es doch auch derart auf das Bürgertum gewirkt, daß schon im März 1904 der Senat an die Bürgerschaft den Antrag stellte, durch eine gemeinsame Kommission die Wirkung der im Dezember 1902 beschlossenen Wahlrechtsänderung zu prüfen. Der Antrag fand natürlich Annahme, und die gewählte Kommission hat nun zehn Monate über ihrer Aufgabe gesessen. Im Februar dieses Jahres trat sie dann mit Abänderungsvorschlägen hervor, die darauf hinausliefen, jede natürliche Entwicklung im politischen Leben Lübecks unmöglich zu machen und die parlamentarische Macht ein für allemal den herrschenden Klassen zu sichern.

In dem Bericht der Kommission hieß es, daß die Gefahr der Herrschaft einer sozialdemokratisch geleiteten Arbeiterklasse in der Bürgerschaft und damit in der gesamten öffentlichen Verwaltung Lübecks binnen kürzerer oder längerer Frist zweifellos vorliege. Gerade für Lübeck gelte das Wort eines bekannten sozialistischen Parteiführers: „Durch die Hansestädte wollen wir in den Bundesrat gelangen.“ [1] Mit voller Einmütigkeit sei sich die Kommission der Pflicht

---

[1] Wer dieser sozialdemokratische Parteiführer sein soll, hat das Lübeckische Amtsblatt, die „Lübeckischen Anzeigen“, ausgeplaudert, indem es Bebel als den Urheber bezeichnete. Als dieser dann ganz energisch bestritt, diesen oder irgendeinen ähnlichen Ausspruch je getan zu haben, berief sich das Amtsblatt auf den Kommissionsbericht. In einer Polemik mit dem Lübecker Parteiorgan sagte das Blatt:

„Er kann eben die Tatsache nicht wegdiskutieren, daß wir in der Lage sind, uns auf einen amtlichen Bericht der gesetzgebenden Körperschaften Lübecks zu stützen.“

Woher nun der Bericht der gesetzgebenden Körperschaften Lübecks diese Behauptung hat, ist nicht aufgeklärt, sie stammt aber wahrscheinlich wohl wieder aus den „Lübeckischen An-

bewußt gewesen, „zum Schutze unseres Bürgertums und unseres gesamten Staatswesens einen Damm aufzurichten, der auf absehbare Zeit eine unbedingt zuverlässige Abwehr gegen eine sozialdemokratische Mehrheitsherrschaft bietet".

Das könne aber geschehen mit einer gleichzeitigen „Reform" des Wahlrechtes „in durchaus liberalem Sinne". Man wolle den Zensus fallen lassen. Die Tatsache, daß in Lübeck zahlreiche Bürger das Wahlrecht aus dem Grunde nicht besitzen, weil sie ein ausreichendes Einkommen nicht versteuern, biete den geeigneten Angriffspunkt für die Agitation zur Erkämpfung des Wahlrechtes für die jetzt „angeblich" rechtlosen Bürger. Das Amtsblatt versetzte nachträglich noch der Einführung des Zensus im Jahre 1902 den Eselsfußtritt, indem es schrieb: „Die Beseitigung des Zensus wird man freudig begrüßen können. Fällt doch dadurch in bezug auf die Gewährung eines wichtigen politischen Rechtes eine plutokratische Schranke." Aber, hieß es im Kommissionsbericht weiter, wenn man nun in liberalem Sinne das Wahlrecht reformiere, so könne doch nicht auch noch von einem gleichen Wahlrecht die Rede sein. Die Abwehr des an sich zu befürchtenden zahlenmäßigen Übergewichtes der sozialdemokratischen Arbeiterpartei könne nur in der Weise erfolgen, daß der Arbeiterklasse — übrigens durchaus in Übereinstimmung mit dem von ihr aufgebrachten Anteil an dem Gesamterträgnis der direkten Steuern — ein verhältnismäßig geringer Einfluß auf die Zusammensetzung der Bürgerschaft eingeräumt werde.

Das sollte nun in der Weise geschehen, daß die Bürger, welche in den letzten drei Steuerjahren vor der Wahl durchschnittlich mindestens 2000 Mark versteuert haben oder die einen Landbesitz von mindestens 3 Hektar für eigene Rechnung bewirtschaften, 105 Vertreter wählten, und die übrigen Bürger, welche mindestens vier Jahre in Lübeck gewohnt und alljährlich Steuern bezahlt haben, 15 Bürgerschaftsmitglieder wählen sollten.

Diesen Vorschlägen gegenüber machte eine Minderheit der Kommission den Einwand, daß man nicht nur den Gegensatz zwischen Bürgertum und Arbeiterschaft betrachten dürfe, sondern durch Schaffung weiterer Abteilungsbildung der Mannigfaltigkeit der bürgerlichen Gesellschaft überhaupt Rechnung tragen müsse. Demgegenüber meinte wieder die Kommissionsmehrheit, in ganz richtiger Erkenntnis der Sachlage, einmal liege die Besorgnis nahe, daß in einigen Abteilungen das politische Leben zum Stillstand geraten werde; „der durch Intelligenz und Vermögen hervorragende Teil des Bürgertums wird dem allgemeinen Wahlkampf entzogen werden", und vor allem bestehe die Gefahr, daß durch Teilung in einer Zeit, die so dringend zu möglichster Zusammenfassung aller staatserhaltenden Elemente des Bürgertums auffordere, ein höchst bedauerlicher und in seinen Folgen bedenklicher Zwiespalt in die Reihen des nichtsozialdemokra-

---

zeigen", denn diese brachten am 6. März 1904 folgende Bemerkung: „Wie weit übrigens die Pläne der Sozialdemokratie gehen, zeigt eine allerdings nicht verbürgte Äußerung eines sozialdemokratischen Führers, die — irren wir nicht — auch vor einiger Zeit in der Presse kolportiert wurde. Der betreffende Führer soll nämlich gesagt haben: Wir werden die Hansestädte dazu benutzen, um Sitz und Stimme im Bundesrat zu erlangen."

Die Vermutung dürfte wohl der Tatsache sehr nahe kommen, daß sich der Kommissionsbericht auf das Amtsblatt gestützt hat, welches sich nun wieder seinerseits auf den Kommissionsbericht beruft. Nur daß im Laufe eines Jahres das damals Unverbürgte jetzt als Tatsache unterstellt wird. Mit solcher Gewissenhaftigkeit kommen in Lübeck amtliche Berichte zustande.

tischen Bürgertums hineingetragen würde. Man lasse sich auch nicht durch das „mehr ästhetische Bedenken" der formell genommen recht erheblichen Ungleichheit der auf die beiden Abteilungen entfallenden Zahlen der Vertreter beeinflussen. Entspreche diese Verteilung der Vertreter auch nicht den Anforderungen mechanischer Gleichheit, so doch durchaus dem Verhältnis der steuerlichen Leistungen der beiden Bürgergruppen. Für das äußere Ansehen möge die Einteilung in mehr Abteilungen einen gefälligeren Anblick gewähren, in der Sache selbst werde jedoch dadurch nichts geändert. Der Vorschlag der Kommissionsmehrheit habe jedenfalls den Vorzug, daß er das von sämtlichen Mitgliedern der Kommission gebilligte Ziel, unbedingte Sicherheit gegen eine sozialdemokratische Mehrheitsherrschaft und gegen eine Behinderung der Arbeitsfähigkeit der Bürgerschaft durch eine starke sozialistische Minderheit, auf dem kürzesten, einfachsten Wege zu erreichen geeignet sei.

Von einer kleinen Minderheit der Kommission sei dann auch noch die Einführung der Verhältniswahlen empfohlen, doch „einigte man sich schließlich in der Überzeugung, daß die Einrichtung der Verhältniswahlen gegenwärtig noch zu wenig erprobt sei und daß gerade unsere Verfassungsverhältnisse ein Experimentieren auf diesem Gebiet nicht gestatteten".

Natürlich erregten diese von blöder Sozialistenfurcht diktierten Vorschläge einen Sturm der Entrüstung, nicht nur bei der Arbeiterschaft, die ja in erster Linie getroffen wurde, sondern bis weit in die Reihen des Bürgertums hinein. Man mußte es ja als Hohn und Ironie empfinden, bei einer solchen Ausgeburt reaktionären Geistes noch von Liberalismus zu sprechen und, wie es auch geschehen, von einer angemessenen, seiner Bedeutung im öffentlichen, insbesondere im wirtschaftlichen Gesamtleben der Stadt entsprechenden Vertretung des Handarbeiterstandes! Und das Amtsblatt trug nicht wenig durch seine Verteidigung der Kommissionsvorschläge dazu bei, im Kleinbürgertum Erbitterung zu erzeugen. Obgleich dies Blatt anerkennen mußte, daß die Klassenscheidung böses Blut errege und etwas Bedenkliches habe, meinte es doch, daß sich die vielen niedriger besoldeten Beamten, Lehrer, Unterbeamten, Handwerker und „*sonstige brave Kleinbürger*" mit der „harten Notwendigkeit abzufinden" hätten, mit den sozialdemokratischen Arbeitern in eine Abteilung zu kommen.

Hinzu kam ferner noch, daß die Bürgerschaft sich die eigenen Mandate verlängerte, um das Machwerk ödester Interessenpolitik unter Dach und Fach zu bringen. Verfassungsmäßig wären die Neuwahlen zur Bürgerschaft nämlich im Juni zu vollziehen gewesen. Bis dahin den Entwurf zum Gesetz zu erheben, erschien aber den eigenen Machern zu bedenklich. Man hat im Laufe der Jahre doch allerlei unangenehme Erfahrungen mit der zu schnellen Verabschiedung von Gesetzesvorlagen gemacht. Zwölf Nachträge zu einem Gesetz sind gar keine Seltenheit, und wenn gar ein Nachtrag einmal vergessen wird, beziehungsweise der fällige Nachtrag eine höhere Nummer erhält, als es eigentlich geschehen dürfte, ist dies in Lübeck auch nichts Neues. Eine eingehende Prüfung der Vorlage wäre aber bis zu den Neuwahlen unmöglich gewesen, und da diese unzweifelhaft die Wahl von Sozialdemokraten zur Folge gehabt hätte, entschloß man sich, um diese unlieben und unerbittlichen Kritiker bei der Wahlrechtsänderung nicht hören zu müssen, durch Gesetz einfach die Neuwahlen bis auf den November zu verschieben. Das sei, so begründete der Senator Schön diese Senatsvorlage, keineswegs eine Verlängerung der Mandate (was es denn sonst sei, wurde nicht gesagt), und im Jahre 1870

habe man die am 31. August 1870 ablaufende Legislaturperiode des Reichstags auch bis auf den 31. Dezember 1870 verlängert. Zwar sei damals der Krieg ein wichtiger Grund gewesen, aber „sehr wichtig ist für uns die Frage, die wir beraten sollen, auch". So sprach der Herr und setzte sich, und „Lebhaftes Sehr richtig" verzeichnet der stenographische Bericht der Bürgerschaftssitzung. Ganze sechs Männer fanden sich, die gegen die Verlängerung der Mandate stimmten, die sich schämten, für das Angstprodukt der Lübecker Geldprotzen zu stimmen, und nur zwei Bürgerschaftsmitglieder — zwei Freisinnige — fanden sich, die die Konsequenz ihrer Gegnerschaft gegen diese Mandatsverlängerung zogen und nach Ablauf ihrer eigentlichen Wahlzeit aus der Bürgerschaft austraten.

Ende Mai stand die Wahlrechtsvorlage in der Bürgerschaft zur Beratung. Darüber war man sich einig, daß „ein Damm gegen die Sozialdemokratie" aufgerichtet werden sollte, aber man fand die Zahl der der Sozialdemokratie zufallenden Mandate noch zu hoch; man hoffte durch eine entsprechende Änderung der Vorlage noch einige Mandate für die Bürgerlichen zu retten. Und zu diesem Zwecke schlug man vor, das Prinzip der Verhältniswahlen zu mißbrauchen und sie für die unterste Klasse mit ihren 15 Mandaten einzuführen. Für die obere Klasse der Höchstbesteuerten mit den 105 Mandaten wollte man aber die Verhältniswahlen nicht haben. Man verwies deshalb die Vorschläge an eine neue Bürgerschaftskommission, und nunmehr hat diese Kommission das Produkt ihrer Arbeit gezeigt. Es setzt allem je Dagewesenen die Krone auf.

Zunächst wird das Wahlrechtsalter von 21 auf 25 Jahre erhöht; es werden zwei Wahlklassen gebildet mit einer Steuergrenze von 2500 Mark. Der Zensus von 1200 Mark bleibt bestehen. In der ersten Klasse wählen alle wahlberechtigten Bürger nach den Grundsätzen der Verhältniswahl 30 Vertreter. In der zweiten Klasse wählen die Bürger mit einem Einkommen von mehr als 2500 Mark nach relativer Mehrheitswahl 90 Vertreter.

Man verstehe recht: nicht etwa wählen in der ersten Klasse nur die Bürger mit einem Einkommen von 1200 bis 2500 Mark die dieser Klasse zugewiesenen Vertreter, sondern auch die höher besteuerten Wähler wählen in dieser Klasse mit; sie haben also ein doppeltes Wahlrecht, indem sie unter sich noch 90 Vertreter wählen.

Leitender Grundsatz — so wurden diese ungeheuerlichen Vorschläge begründet — sei der Wille der überwiegenden Mehrheit der Bürgerschaftsmitglieder gewesen, dem Eintritt einer größeren Zahl von Vertretern der Sozialdemokratie für die Bürgerschaft sicher vorzubeugen und andererseits auch den Weg zu finden, den minderbemittelten Wählern bürgerlicher Gesinnung — „den braven Kleinbürgern" — die Möglichkeit zu gewähren, sich mit Erfolg am Wahlkampf zu beteiligen. Die Minderheit der Kommission bringt ferner den Vorschlag, nach dem Grundsatz der Verhältniswahl in der Wählerklasse bis zu 2500 Mark Einkommen 24 Vertreter wählen zu lassen.

Eine Kritik dieser ungeheuerlichen Vorschläge erübrigt sich wohl in dieser Zeitschrift. In Lübeck hat man diese Vorschläge wie einen Faustschlag ins Gesicht empfunden. Selbst das Amtsblatt des Senats hat nicht umhin können, an diesen Vorschlägen Kritik zu üben. Die Empörung über diese Vergewaltigung ist bei der Arbeiterschaft aufs höchste gestiegen.

Ob die Vorschläge angenommen werden, steht dahin, unmöglich ist es bei der Zusammensetzung des Parlamentes der kleinen Republik nicht. Sicher wird

aber das Wahlrecht derart geändert, daß ein Mensch, der Anspruch darauf macht, liberal zu sein, nicht dafür stimmen könnte. Und sicher wird das „liberale" Bürgertum, ob in dieser oder jener Form, sich dauernd die Herrschaft zu sichern suchen. Die Interessen des Geldsacks stehen jenen Leuten ja so hoch, daß sie nichts danach fragen, ob sie sie unter Preisgabe ihrer einstigen Ideale zur Geltung bringen. Macht geht ihnen vor Recht, und sie benutzen die jetzt noch in ihren Händen befindliche Macht dazu, das Gesetz so zu gestalten, daß dauernd ihnen die Macht bleibt und dieser Macht das dünne Mäntelchen äußerlichen Rechtes umgehängt wird. Daß dabei das geschriebene Recht zum offenbarsten Unrecht wird, das kümmert jene Herren nicht. Und daß sie dabei den Sinn, das Gefühl, das Empfinden für Recht untergraben, kommt ihnen nicht zum Bewußtsein. Sie, die das geschriebene Recht so gestalten, daß es noch gelten soll, wenn es offenbarstes Unrecht geworden ist, die das Unrecht zum Ziele ihrer Politik machen, sie erwarten dabei, daß dieselben Leute, denen sie das Recht nehmen, die ihrer Armut wegen zu Heloten der Besitzenden gemacht werden sollen, daß diese als „Recht" betrachten und einem „Rechte" sich beugen, das blutiges Unrecht ist.

Wirft man einen kurzen Rückblick auf die Verfassungsänderungen, wie sie Lübeck seit der Mitte des vorigen Jahrhunderts durchgemacht hat, dann sieht man, wie unsagbar traurig der Niedergang des lübischen Bürgertums gewesen, wie der alte Hansageist öder, dürrer Interessenpolitik gewichen ist.

Bis 1848 hatte die Bürgerschaft aus elf Korporationen (Kaufleute, Seefahrer und Handwerksämter) bestanden. Als dann das Revolutionsjahr durchs Land brauste, änderte man auch die Staatsverfassung und pries es als eine Errungenschaft, die Bürgerschaft auf den Gemeingeist zu gründen, statt wie bisher auf den Korporationsgeist. Damals, im roten Jahre, veröffentlichten auch die „Lübeckischen Anzeigen", das Leibblatt des Senats, einen Aufruf zugunsten der Märzgefallenen, und in Lübecks Mauern stadtbekannte Namen wie Behn, Gaedertz, Kulenkamp gehörten zu den Unterzeichnern.

Der „hohe" Senat ordnete das Tragen der schwarz-rot-goldenen Farben an. „Indem er mit freudiger Erhebung dem auch im Freistaat allgemein lohenden Vaterlandsgefühl dies gemeinsame Zeichen darbringe, erfülle ihn die feste Zuversicht, daß mit ihm vereint Lübecks Angehörige nicht zögern werden, dem Rufe des Vaterlandes zu folgen, wo es Opfer und tätige Mitwirkung gilt, um das freie einige Deutschland im Innern und nach außen zu sichern und zu schirmen."

Anfangs der siebziger Jahre wurde dann wegen der veränderten Stellung Lübecks im neuen Deutschen Reiche die Verfassung wieder revidiert. Der Senat bezeichnete es 1873 als wünschenswert, eine Vereinfachung des Wahlverfahrens zur Bürgerschaft im Anschluß an die für die Reichstagswahlen getroffenen Anordnungen erfolgen zu lassen, und in dem Bericht einer Kommission des Senats und der Bürgerschaft vom Jahre 1874 wird es als der republikanischen Staatsform entsprechend bezeichnet, daß die Bürger in umfassenderer Weise zum Mitraten und Taten in Staatsangelegenheiten herangezogen werden.

Im Jahre 1902 beschließt man Zensuswahlen und 1905 will man Klassenwahlen einführen mit Bürgern ohne, mit einfachem und mit doppeltem Wahlrecht. Da — schreibt das Amtsblatt des Senats, bei einer Befürwortung des gleichen Wahlrechtes — „wären wir ja beim Reichstagswahlrecht angelangt".

Beim Reichstagswahlrecht wären wir angelangt!

Nun sind sie auf den Hund gekommen, die modernen Hanseaten. Sie geben ihre Vergangenheit preis, aus Angst vor der Gegenwart, vor der Zukunft.

Und der Gegenstand ihrer Angst, ihrer Furcht, ihrer Sorge, die moderne Arbeiterschaft, schreitet vorwärts — immer weiter, auch in Lübeck. Fast scheint es ja, als ob ein Gradmesser dieses Fortschreitens zu finden sei in dem Wühlen gegen die Rechte des Volkes.

Die Arbeitsverhältnisse in der Schweiz.

Nach den Berichten der Fabrikinspektoren.

Von Dr. J. **Hertz** (Herisau).

III.

(Schluß.)

Zu den haftpflichtigen Unfällen zählt das schweizerische Gesetz auch Berufskrankheit, worunter die gewerblichen Vergiftungen verstanden sind. Leider geben hinsichtlich dieser Kategorie von Unfällen die Inspektoratsberichte kein genügendes und brauchbares Material. Ebenso fehlt in den Berichten die sehr wünschenswerte Auskunft über die Schwere der Unfälle, wie: über gänzliche, partielle Invalidität und vorübergehende Arbeitsunfähigkeit. Einzig über die Todesfälle erhalten wir genaue Auskunft: die Zahl der Todesfälle in den Fabriken belief sich auf 482 für das ganze Jahrzehnt und in den Nichtfabriken auf 751. Die Gesamtzahl der Unfälle betrug im allgemeinen in den Nichtfabriken 43,8 Prozent, sie war kleiner als in den Fabriken mit 56,2 Prozent; aber das Verhältnis für die Todesfälle ist ein ganz anderes: 60,9 Prozent in Nichtfabriken und 31,9 Prozent in Fabriken. Die Gesamtzahl der unmittelbaren Unfalltodesfälle in allen haftpflichtigen Betrieben beläuft sich im Jahrzehnt auf 1233. Über die mittelbaren Todesfälle, das heißt über solche Personen, die an Krankheiten, verursacht durch die Unfälle, gestorben sind, geben die Jahresberichte keine Auskunft. Die kleinste Zahl, 81 Tote = 6,5 Prozent, entfällt auf das Jahr 1892, die größte Ziffer 175 = 15,4 Prozent auf das Jahr 1899. Die Zahlen der jährlichen Todesfälle sind größeren Schwankungen unterworfen: 1891 kamen auf 1000 Verunglückte 8,1 Tote, 1899 7,6, 1900 5,2. Für die zehn Jahre stellt sich der Durchschnitt auf 6,92 Tote auf 1000 Unfälle.

Allen Neuerungen auf dem Gebiet der Schutzvorrichtungen widmen die Inspektoratsberichte großen Raum, sie regen die Einführung solcher Vorrichtungen an und stehen den Unternehmern mit Rat und Tat zur Seite. In der gewerbehygienischen Sammlung des Polytechnikums in Zürich sind für die Interessenten Modelle von vielen Apparaten zur Ansicht und Belehrung vorhanden. An der Einführung und Nutzbarmachung von Schutzvorrichtungen versündigen sich oft Arbeiter und Arbeitgeber.

Der Gesamtbetrag der gezahlten Entschädigungen für alle Unfälle beziffert sich auf 28465239 Franken, und zwar für Fabrikunfälle auf 16325353 Franken und für Unfälle in anderen Gewerben auf 12139886 Franken. Der einzelne Unfall wurde durchschnittlich entschädigt mit 159,50 Franken, und zwar in den Fabrikunfällen mit 164 Franken und in den Unfällen der dem Fabrikgesetz nicht unterstellten Betriebe mit 155,50 Franken; diese Tatsache läßt schließen, daß die Lohnverhältnisse in diesen letzten Gewerben wesentlich schlechter sind als in den Fabriken, wobei bei diesen noch insbesondere in Betracht zu ziehen wäre die bedeutend höhere Ziffer der maximal entschädigten Todesfälle.

Den Vollzug des Gesetzes spiegelt bis zu einem gewissen Grade die Zahl und die Höhe der Bußen wegen Gesetzesübertretungen wider. Das Bild, welches hier zum Vorschein kommt, ist kein erfreuliches, unsere Gerichte tun den Unternehmern so wenig wie möglich weh. ... In den in Frage stehenden

zehn Jahren kamen 1926 Fälle von Gesetzesübertretungen seitens der Fabrikunternehmer vor mit einer Gesamtbuße von 42827 Franken! Das macht durchschnittlich auf eine Gesetzesverletzung 22,30 Franken (= 17,75 Mark). Die höchsten Bußen haben ausgesprochen St. Gallen 41,50 Franken, Aargau 42,80, Solothurn 45,20 Franken. Die geringsten Bußen wurden in der französischen Schweiz verhängt, wo Freiburg eine Übertretung des Fabrikgesetzes mit 5,40, Genf mit 7,10 und Wallis mit 7,50 Franken sühnen ließ.

Viele Bußen sehen eher einer Aufmunterung gleich. Wenn eine große Fabrik mit einigen Hundert Arbeitern wochenlang, oft bis tief in die Nacht hinein, mit Männern, Frauen und Kindern arbeiten läßt, und wenn eine solche schwere Gesetzesverletzung, monatelang am Orte bekannt, endlich vor den gnädigen Richter gelangt und dieser dann den Herrn Fabrikanten mit 30 bis 40 Franken straft, so wird der Fabrikant diese Buße mit Ruhe bezahlen, denn die Gesetzesübertretung hat ihm das Hundertfache der Bußenhöhe eingebracht, und vorkommendenfalls wird er sich nichts daraus machen, wiederum das Gesetz zu übertreten; er weiß nur zu gut, daß ein Strafrückfall gegenüber großen Herren nicht in die Wagschale fällt, und wenn es schlecht geht, wird er dann mit 10 Franken höher bestraft werden!

Charakteristisch ist die Strafhöhe nach Artikeln des Fabrikgesetzes, die verletzt worden. Die Tendenz des Fabrikgesetzes ist doch insbesondere eine sozialhygienische, eine schützende des schwächsten Teiles der Fabrikarbeiterschaft, des unmündigen Kindes und der Frau. Man sollte meinen, daß die Übertretung der bezüglichen Artikel (15 und 16) am schwersten gestraft werden. Nein — am härtesten werden gestraft Übertretungen mehr formeller Natur, wie Mängel in der Führung der Arbeiterlisten, der Fabrikordnung, Kündigung, Unregelmäßigkeit in der Lohnzahlung, Übertretung der Vorschriften über Arbeitslokal, Bau und Betrieb usw.

Die Geringfügigkeit der Strafen erscheint erst in voller Deutlichkeit, wenn man sich vergegenwärtigt, daß ihnen nicht selten „Rügen und Verwarnungen" usw. vorausgegangen sind. Zur Illustrierung dieser Behauptung notieren wir aus einem Inspektionsbericht folgende Stelle: „Einige Male waren wir genötigt, gegen die Langmut Verwahrung einzulegen, mit welcher straffällige Fabrikanten, sogar bei Rückfällen, behandelt werden wollten oder behandelt worden sind. Obschon nicht Freund von Strafen, können und dürfen wir nicht zusehen, wenn die Verhältnisse nach mehrfacher Verwarnung sich nicht bessern, und dann erst recht nicht, wenn es sich um schwerere Übertretungen und um ungenügende Erfüllung der Haftpflicht, also um eine Vernachlässigung des Verletzten handelt."

Von den sogenannten „Wohlfahrtseinrichtungen" will ich nur eine, die wichtigste, die Arbeiterwohnhäuser, kurz erwähnen, und zwar insbesondere deshalb, weil für das Jahr 1891 die schweizerischen Fabrikinspektoren von Amts wegen über sie Erhebungen aufgenommen haben. Wir entnehmen diesen Erhebungen, daß damals von 4398 Fabrikbetrieben 257 Betriebe 1598 Arbeiterwohnhäuser, bewohnt von rund 6000 Arbeiterfamilien mit 25037 Einwohnern, besaßen. Die durchschnittliche Miete einer Wohnung betrug jährlich 180 Franken, der Kündigungstermin deckte sich meistens mit der Kündigungsfrist laut Fabrikordnung. Diese letzte Bestimmung kennzeichnet den Wohlfahrtscharakter der ganzen Einrichtung. Es mag wohl richtig sein, daß einzelne Unternehmer bei der Herstellung solcher Häuser sich von Wohlfahrtstendenzen leiten lassen — immerhin in dem Sinne, daß die angelegten Gelder 3 bis 5 Prozent Interessen abwerfen —, aber schließlich tendiert doch alles dahin, einen sicheren Stamm billiger und williger Arbeitskräfte dauernd für die Fabrik zu gewinnen. Rechnet man doch zu den Wohlfahrtseinrichtungen auch die bekannten Arbeiterinnenhäuser für italienische Arbeitsmädchen! Auffallen muß auch und spricht für diese Meinung, daß von den 1598 Arbeiterhäusern 1145 von Textilarbeitern, von der sozial am tiefsten stehenden Arbeiterschaft, bewohnt werden. Als ein Hohn auf unsere Demokratie kann folgender mir bekannte, vielleicht nicht vereinzelte Fall angesehen werden. Ein armer

Textilarbeiter, Mieter einer solchen Wohnung, will seinen intelligenten, aus der Elementarschule entlassenen vierzehnjährigen Sohn in eine Realschule schicken, sein wohlwollender Kapitalist, zugleich Eigentümer des Arbeiterwohnhauses, versucht zuerst mit väterlich-gnädigen Argumenten die Sache ihm auszureden, auch der Appell an den Egoismus fruchtete nichts. Jetzt folgt die Drohung — er, der Arbeitgeber, disponiere über die Kinder seiner Arbeiter, er brauche die Kinder nicht für die Schule, sondern als Arbeitskräfte für die Fabrik, und wenn sich der Arbeiter diesem Machtgebot nicht unterziehen wolle, dann könne er ziehen wohin er wolle, bei ihm habe er ferner weder Arbeit noch Wohnung, in vierzehn Tagen möge er sich entschließen! So blieb dem Proletarier-Vater nichts anderes übrig, als dem Machtgebot des gnädigen Herrn sich zu unterwerfen! Der Fall mag vereinzelt dastehen, er mag öfters vorgefallen sein — aber schon die Möglichkeit eines solchen Vorkommnisses zeigt die Gemeinschädlichkeit der so gepriesenen Wohlfahrtseinrichtungen!

Wohlfahrtsinstitutionen in der wahren Bedeutung des Wortes sind nur solche, die von Arbeitern selbst geschaffen, selbst alimentiert und verwaltet sind. Solche Einrichtungen sind unsere Arbeiterkrankenkassen. Für das Jahr 1900 wurde eine Enquete über sie von den Fabrikinspektoren aufgenommen. Es bestanden damals 555 solcher Kassen mit zusammen 101031 Mitgliedern = 41,7 Prozent der gesamten Fabrikarbeiterschaft und einem Vereinsvermögen von 3454803 Franken. Auf eine Kasse entfallen somit als Durchschnitt 182 Mitglieder und pro Mitglied 34,20 Franken (= 27,36 Mark) Vermögen. Die jährlichen Einnahmen der Kassen betragen 1756411 Franken; es fließen aus den Mitgliederbeiträgen 1408771 Franken, aus den Fabrikbußen ca. 150000 Franken, aus den Vermögenszinsen 138000 Franken und aus den Beiträgen der Fabrikanten 59640 Franken. Dieser letzte kleine Betrag ist der wirkliche Obolus, den die kapitalistische Fabrikantenklasse für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen jährlich opfert. 30,4 Prozent der Mitglieder zahlen bis 9 Franken, 17,2 Prozent 9 bis 12 Franken, 19 Prozent 12 bis 15 Franken, 7,6 Prozent 15 bis 18 Franken, 6,4 Prozent 18 bis 21 Franken, 9,6 Prozent 21 bis 24 Franken und 9,8 Prozent über 24 Franken. Die kleinsten Beiträge zahlten Textilarbeiter, und ihnen fallen, wie recht und billig, nahezu ausschließlich die Fabrikantensubventionen zu. — Die Totalsumme der Ausgaben betrug 1719973 Franken, davon 59,3 Prozent an Krankengeldern, 40,7 Prozent an Arzt-, Verpflegungs- und Krankenhauskosten. 3,8 Prozent der Kassen zahlen nur Heilkosten, 30,6 Prozent Heilkosten und Krankengeld und 65,6 Prozent nur Krankengeld; 3 bis 8 Franken wöchentlich zahlen jene Krankenkassen, die beides Heilkosten und Krankengeld leisten, 27 Prozent der Kassen zahlen Beiträge von 5 bis 10 Franken und 38,5 Prozent über 10 Franken wöchentlich. Nur eine Krankenkasse entschädigt mit 20 Franken das Wochenbett und unterstützt kranke Wöchnerinnen, wenn sie über 2 Wochen krank sind.

Eine zuverlässige Statistik der schweizerischen Arbeiter besitzen wir bis jetzt nicht. Gelegentlich des Referendums über das im Mai 1900 verworfene Kranken- und Unfallgesetz schätzte damals das eidgenössische statistische Amt die Zahl der versicherungspflichtigen Personen auf 650000, ausgeschlossen waren aber von der Versicherungspflicht die Heimarbeiter, nach Inspektor Dr. Schulers Schätzung 133000 Arbeiter. — Aus diesen beiden Schätzungen zusammen resultiert eine Arbeiterzahl von 783000 Köpfen.

Wie ist nun diese Volksmasse, die mit ihren unmündigen Kindern und sonstigen arbeitsunfähigen Familienangehörigen die absolute Mehrheit — das demokratische Prinzip — des schweizer Volkes überragt, organisiert? — Unsere älteste politische Arbeiterorganisation, der bereits 1840 gegründete „Schweizerische Grütliverein", seit drei Jahren mit der Gewerkschaftsleitung der schweizerischen sozialdemokratischen Partei betraut, zählte Ende 1903 8912 Mitglieder; mit etwa annähernd weiteren 15000 eingetragenen Mitgliedern der schweizerischen sozialdemokratischen Partei repräsentiert er die gesamte politische Organisation unseres Proletariats, welches bei kantonalen und eidgenössischen Wahlen und Abstimmungen ca. 80000 Stimmen ab-

giebt und in das aus 211 Abgeordneten bestehende schweizerische Parlament gegenwärtig 6 Vertreter delegiert. — Ähnlich verhält es sich mit unserer gewerkschaftlichen Organisation. Am 1. Januar 1904 zählte der „Allgemeine schweizerische Gewerkschaftsbund" 31000 Mitglieder, eine winzig kleine Ziffer im Verhältnis zu der Masse der Proletarier. Die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter rekrutieren sich aus drei verschiedenen Arbeiterkategorien: aus den Fabrikarbeitern 242534 (1901); aus den Heimarbeitern 187291 (nach der Enquete von 1901 und nach Schulers Schätzung von 1903) und aus Arbeitern in haftpflichtigen, dem Fabrikgesetz nicht unterstellten Betrieben. Aus der großen Zahl von 10470 Betriebsunfällen (1900) kann man die Zahl der hier arbeitenden Arbeiter auf wenigstens 150000 schätzen (242534 Fabrikarbeiter: 12861 Betriebsunfälle) = 572000 Arbeiter — die Differenz 210000 zwischen dieser Ziffer und der Schätzung des schweizerischen Statistischen Amtes rührt davon her, daß in der letzten Schätzung landwirtschaftliche Arbeiter, Dienstboten und subalterne Handels-, Industrie-, Gewerbeangestellte usw. als krankenversicherungspflichtige Kategorien mit inbegriffen sind. Schon diese Tatsache spricht für die annähernde Richtigkeit meiner Schätzung. — Bei einer Prüfung der gewerkschaftlichen Organisation sollen nur die oben genannten drei Kategorien, zusammen also 572000, in Betracht kommen, somit sind von der gesamten schweizerischen Arbeiterklasse nur 5,47 Prozent gewerkschaftlich organisiert. Absolut die höchste und relativ vielleicht die tiefste Zahl der Organisierten zeigen die Textilarbeiter, von 99450 Fabriktextilarbeitern sind nur 2700 organisiert, und von annähernd 110000 Textilheimarbeitern 6600. — Diese auffallende Erscheinung, daß Heimarbeiter besser organisiert sind, rührt davon her, daß vor vier Jahren Genosse Pfarrer Eugster in Hundwil, dem Landgemeindeort des Kantons Appenzell A.-Rh., sich besonders eifrig der Organisation der Textilarbeiter angenommen hat. So ist es seinen Bemühungen gelungen, in seinem Heimatort von 3000 Blattstichwebern 2016 zu organisieren, letztes Jahr dehnte er seine agitatorische Tätigkeit weiter aus, gründete mit dem Genossen Greulich den „Schweizerischen Textilarbeiterverband" und organisierte im Laufe des letzten Jahres 3000 weitere Heim- und Fabrikarbeiter. Ende Juni l. J. zählte dieser Verband schon über 8000 Mitglieder; weitere 1300 Textilarbeiter gehören zwar zum Schweizerischen Gewerkschaftsbund, aber noch nicht zum Textilarbeiterverband. Unsere organisierten Textilarbeiter haben ihr eigenes Organ: „Der Textil-Arbeiter", welcher unter tüchtiger Redaktion des Genossen Eugster alle 14 Tage in einer Auflage von 8000 Exemplaren erscheint. Die Textilarbeiterorganisation ist also erst jüngsten Datums, weist aber schöne Resultate auf. Hoffentlich gelingt es mit der Zeit, diesen so tief stehenden Teil unseres Proletariats — die längste Arbeitszeit und die schlechtesten Löhne — zu Leben und Tat zu wecken! — Am besten organisiert sind unsere Buchdrucker, von 2536: 2050; Metall- und Maschinenarbeiter zählen 5000 Organisierte, Holzarbeiter 4630, Uhrenarbeiter 3000, Graveure und Guillocheure 820, Brauer 800 und achtzehn weitere Verbände zusammen 6530 Mitglieder. Da hinsichtlich aller dieser Gewerbe nur einzig die Zahl der in den Fabriken beschäftigten Arbeiter bekannt sind, wäre es müßig und irreleitend, wollte man die Verhältnisse der organisierten zu den nichtorganisierten Arbeitern feststellen; beispielsweise sei erwähnt: Holzarbeiter arbeiten in Fabriken nur 14500, die größte unbekannte Zahl aber in haftpflichtigen, dem Fabrikgesetz nicht unterstellten Betrieben. Wollte man behaupten, daß von 14500 schweizerischen Holzarbeitern 4630 = 32 Prozent organisiert sind, so wäre eine solche Behauptung grundfalsch. Im großen und ganzen darf gesagt werden, daß der schweizerische Gewerkschaftsbund, bestehend seit 1880, in diesen 24 Jahren für die gewerkschaftliche Organisation wenig geleistet hat. Der Grund davon, auf den hier näher nicht eingegangen werden kann, liegt in dem politisch-indifferenten und konservativen Sinn der Masse der schweizerischen Arbeiter und insbesondere in unseren Produktionsverhältnissen.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 45 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Verfassungskämpfe in Württemberg.

Von **Wilhelm Keil.**

Mit großer Geschwindigkeit, so ganz im Vorbeigehen, wollte die württem-
bergische Regierung im Verein mit den sogenannten liberalen Parteien die Ver-
fassungsreform endlich durchführen, die in jahrzehntelangen Kämpfen bisher nicht
gelungen war. Sie mußte sich aber bald überzeugen, daß man mit der Zauber-
parole „Geschwindigkeit ist keine Hexerei“ im Kampfe mit privilegierten Klassen-
interessen nicht weit kommt. Am 15. Juni dieses Jahres legte die Regierung der
Zweiten Kammer ihren Entwurf vor in der Berechnung, daß er während der
wenigen Wochen, die der Landtag noch versammelt bleiben sollte, seine Erledi-
gung finden werde, und daß die Erste Kammer, die sich dann im Herbst damit
beschäftigen sollte, unter dem Drucke der politischen Gesamtsituation auch ihre
Zustimmung geben müßte. Die Zweite Kammer ging auch sofort an die Arbeit.
Binnen vier Wochen war sowohl die Generaldebatte im Plenum wie auch die
Spezialberatung in der Kommission, diese in zwei Lesungen, vorgenommen,
dann aber wurden die eiligen Arbeiten plötzlich abgebrochen, weil die große
Gefahr bestand, daß das ganze Werk ebenso schnell, wie es von der Regierung
hervorgezaubert worden war, in der Versenkung wieder verschwinden würde.
Das Zustandekommen der verfassungsmäßigen Zweidrittelmehrheit war äußerst
zweifelhaft; man ließ daher unter dem Vorwand, die Durchpeitschung eines so
wichtigen Gesetzes bei der sommerlichen Hitze sei nicht zu empfehlen, die Arbeit
stecken und vertagte den Landtag bis zum Herbst in der Hoffnung, daß bis
dahin die nötige Zahl von Stimmen für die Reform noch gewonnen werde.
Ob sich diese Hoffnung erfüllen wird, ist sehr zweifelhaft.

Es ist kein Wunder, daß das, was in den vielen Versuchen der Reformie-
rung der württembergischen Verfassung, die seit Mitte des vorigen Jahrhunderts
angestellt wurden, nicht gelungen ist, auch jetzt nicht im Handumdrehen durch-
zusetzen ist. Der allen seitherigen Reformversuchen gemeinsame Hauptzweck war
der, die Sondervertretung des Kleinadels und der Kirchen in der Zweiten
Kammer zu beseitigen. Das kann aber, wenn der durch die Verfassung von
1819 vorgeschriebene Weg eingehalten werden soll, wie die Dinge liegen, nur
unter Mitwirkung und Zustimmung der Privilegierten geschehen, und ihre Zu-

stimmung haben neuerdings zwar die Prälaten, nicht aber die ritterschaftlichen Vertreter in Aussicht gestellt. Da die aus 93 Mitgliedern bestehende Zweite Kammer neben 23 Privilegierten (13 Ritter, 6 evangelische Prälaten, 3 Vertreter der katholischen Kirche und der Tübinger Universitätskanzler) 70 aus dem allgemeinen Wahlrecht hervorgehende Abgeordnete (63 Vertreter der 63 Oberämter und 7 Vertreter der 7 „guten" Städte) zählt, so sollte die Bildung einer Zweidrittelmehrheit ohne und gegen die Privilegierten nicht unmöglich sein. Allein das württembergische Zentrum hat unter Gröbers Führung die Frage der Verfassungsreform unter den konfessionellen Gesichtspunkt gestellt und verhält sich von diesem aus absolut ablehnend. Das Zentrum aber verfügt über 18 sichere Sitze, so daß alle übrigen Parteien, unter denen übrigens die Begeisterung für die Reform auch noch eine sehr abgestufte ist, günstigstenfalls noch 52 Stimmen zusammenbringen, während 62 zur Zweidrittelmehrheit nötig sind.

Der konfessionelle Gesichtspunkt tritt am stärksten hervor bei der Frage der Zusammensetzung der Ersten Kammer, die bei allen seitherigen Reformversuchen mit dem Ausscheiden der Privilegierten aus der Zweiten Kammer in engste Verbindung gebracht worden ist.

Obgleich die Bevölkerung Württembergs zu stark zwei Dritteilen protestantisch ist, weist die Erste Kammer, eine ausgesprochene Vertretung des Hochadels, eine überwiegende katholische Mehrheit auf. Das hat seinen Grund in den Zufälligkeiten, auf welche die zu Anfang des vorigen Jahrhunderts erfolgte Zuteilung der Entschädigungsobjekte an die ehemals reichsunmittelbaren Herren und Herrchen, die durch Abtretung des linken Rheinufers an Frankreich zu Schaden kamen, zurückzuführen ist. Daß bei der großen Teilerei, die durch den Reichsdeputationshauptschluß die gesetzliche Sanktion erhielt und bei welcher Kriecherei, Bestechung, schmutzige Intrigen aller Art eine große Rolle spielten, namentlich die katholische Kirche, dem Protest des Papstes und des Kaisers von Österreich zum Trotze, betrogen und bestohlen wurde, hindert heute die Zentrumspartei nicht, sich als den entschiedensten Anwalt der „historischen Rechte" der Standesherren aufzuspielen. Die hochadeligen Familien sind in ihrer überwiegenden Mehrheit dem württembergischen Volke nicht stammesverwandt, sie haben ihre Wohnsitze in Baden, Bayern, Preußen, Österreich und selbst in Holland, soweit sie aber katholisch sind, bewegen sich ihre Anschauungen ganz in der Richtung des Ultramontanismus. Kein Wunder daher, daß das württembergische Zentrum seit seiner im Jahre 1895 erfolgten Gründung eifrig darauf bedacht ist, sich das schwarze Bollwerk zu erhalten, das in der katholischen Mehrheit der Ersten Kammer besteht. Kein Wunder aber auch, daß die pietistisch veranlagte, vom Kulturkampfgeist beeinflußte württembergische Regierung und die von demselben Geiste erfüllten „liberalen" Parteien das Bestreben haben, die katholische Mehrheit der Ersten Kammer durch eine protestantische zu ersetzen. Dieser konfessionelle Mittelpunkt der bürgerlichen Verfassungsreformkämpfe trat in den Anläufen der sechziger, siebziger und achtziger Jahre des vorigen Jahrhunderts weniger deutlich hervor, weil damals die konfessionellen Gegensätze noch nicht die politische Zuspitzung erfahren hatten, die ihnen heute das Gepräge gibt, und weil infolgedessen auch die Haltung der katholischen Standesherrenmehrheit keine so stockultramontane war wie heute. Die früheren Verfassungsreformversuche wurden fast nur begründet mit dem Verlangen nach einer Säuberung der Zweiten Kammer von den kirchlichen und

ritterschaftlichen Privilegierten; in einem Teile der zahlreichen alten Revisionsentwürfe, die sämtlich gescheitert sind, sollte diesen Herrschaften durch Aufnahme etwa der Hälfte von ihnen in die Erste Kammer eine Entschädigung gewährt werden für den Verlust ihres „historischen“ Rechtes in der Zweiten Kammer. Hiermit wollte man zugleich die Degeneration des Hochadels, die nirgends augenfälliger ist als in der württembergischen Kammer der Standesherren, ein wenig korrigieren.

Während es nämlich im Jahre 1819 36 standesherrliche Familien gab, die einen Sitz in der Ersten Kammer hatten, ist deren Zahl, meist durch Aussterben, heute auf 19 gesunken, und es ist mit dem Erlöschen einiger weiterer Häuser binnen wenigen Jahrzehnten zu rechnen. Da nun außer den Häuptern der standesherrlichen Familien und den Prinzen des Königlichen Hauses nur noch einige vom König zu ernennende hohe Staatsbeamte, deren Zahl ein Drittel der Standesherren nicht übersteigen darf, der Ersten Kammer angehören, wächst sich die stete Verminderung der Zahl der Standesherren allmählich zu einer „Gefahr“ für den Bestand des ganzen Oberhauses aus. Dazu kommt, daß die Inzucht und andere „Sitten“ der Hochadelsgeschlechter auch die geistigen Qualifikationen der erblichen Gesetzgeber auf einen bedenklich tiefen Durchschnitt haben sinken lassen, der sogar fürstlichen Führern dieser erhabenen Leuchten schon wiederholt den Notschrei nach mehr Arbeitskräften abpreßte. Diese Verhältnisse bilden einen gewissen Ansporn für die Regierung in der Richtung, mit mehr Eifer als das sonst von klassenstaatlichen Regierungen zu geschehen pflegt, für eine Neuordnung der Zusammensetzung der Kammern einzutreten, und sie erleichtern es ihr auch, die antiultramontane Triebfeder ihrer Reformbemühungen zu verschleiern. Die Regierung kann mit treuherziger Miene erklären, daß es ihr beileibe nicht um eine andere konfessionelle Zusammensetzung der Ersten Kammer, sondern nur darum zu tun sei, deren Bestand und Arbeitsfähigkeit zu sichern. Die Protestbewegung, die im vorigen Jahre durch die Verwerfung eines winzigen Volksschulgesetzchens seitens der Ersten Kammer entstand, und der die Regierung sympathisch gegenüberstand, hat indessen ziemlich tief in die Kulturkampfabsichten aller derer, die der veränderten Zusammensetzung der Ersten Kammer das Wort reden, hineinblicken lassen. Mit der Vereitlung des genannten Gesetzchens aus schulpolitischen Motiven, die sich völlig mit der mittelalterlich-kirchlichen Schulpolitik des Zentrums decken, hatte die Erste Kammer zwar bewiesen, daß die rückständigen Volksschulverhältnisse Württembergs eine durchgreifende Verbesserung nicht erfahren können, solange eben diese Erste Kammer ein entscheidendes Wort mitzureden hat; aber auf anderen, nicht minder wichtigen Gebieten der Landespolitik hatte sich der reaktionäre Charakter der Ersten Kammer schon viel früher und ebenso deutlich enthüllt. So namentlich bei Beratung der neuen Steuergesetze, wo die Erste Kammer für ihre widerwillige Zustimmung zu einer Einkommensteuer, die die Höchstbesteuerten bei weitem nicht mit der Schärfe trifft wie etwa die preußische, sich von der bürgerlichen Mehrheit der Zweiten Kammer das Steuerbewilligungsrecht erpreßte, dessen Ausübung allein durch die erwählten Vertreter des Volkes einen Ruhmestitel in der dreihundertjährigen Verfassungsgeschichte Altwürttembergs bildet. Und ähnliche in plutokratischen Grundsätzen wurzelnde Taten sind von der standesherrlichen Oligarchie in den letzten Jahrzehnten eine Unzahl verübt worden. Bei diesen Taten unterschieden sich die protestantischen von den katholischen Mitgliedern der Ersten Kammer durch nichts.

Natürlich hat die Sozialdemokratie alle diese Gelegenheiten ausgenützt zur Verbreitung von Aufklärung über die Vernunftwidrigkeit einer solchen auf Erblichkeit beruhenden gesetzgebenden Körperschaft, deren Beseitigung nach dem Tübinger Staatsrechtslehrer Gaupp „als erster Schritt einer jeden Verfassungsreform die Ehre des Landes fordert". Gegen die Preisgabe des Steuerbewilligungsrechts an die Erste Kammer wurde auch im Abgeordnetenhaus von der sozialdemokratischen Fraktion der allerschärfste Protest erhoben. Der bürgerliche Liberalismus aber beugte sich im Verein mit der Regierung in allen diesen Fällen vor dem Willen der erblichen Gesetzgeber. Erst mit dem Falle des kleinen Volksschulgesetzes, das fakultativ — und zwar nur in ganz vereinzelten Fällen — fachmännische Bezirksschulaufseher neben den geistlichen zulassen wollte, erhob er sich zum Protest — zum Protest nicht gegen die ganze Existenz der Ersten Kammer, sondern nur gegen deren heutige Zusammensetzung.

Wenn diese Protestbewegung einen Umfang annahm, der zu ihrem kleinen unmittelbaren Anlaß in gar keinem Verhältnis stand, und wenn die Sozialdemokratie mit ihrem gegen den Bestand der Ersten Kammer gerichteten Protest die liberale Protesthalbheit in den Hintergrund drängte, so erklärt sich das daraus, daß die breiten Massen der Bevölkerung die zahllosen volksfeindlichen Taten der Oberhäusler, ohne Unterschied der Konfession, sich wohl gemerkt hatten und mit gesünderen und logischeren politischen Empfindungen darauf reagierten, als die liberalen Führer. Dazu kommt noch, daß sich nicht zum erstenmal ein Sturm gegen die Erste Kammer erhob. In der Revolution von 1848/49 hatte sie für 1½ Jahre ganz zu existieren aufgehört. Sie selbst hatte sich durch plötzliches Verschwinden ihrer Mitglieder das Lebenslicht ausgeblasen, ihre Führer hatten offen verkündet, es könne keine Rede davon sein, daß sie je wieder ins Leben treten könnte. Auf Grund eines Gesetzes vom 1. Juli 1849 wurde eine „Landesversammlung" gebildet, die eine neue Verfassung schaffen sollte. Diese Kammer wurde dreimal gewählt und dreimal aufgelöst, ohne die neue Verfassung zustande gebracht zu haben. Am 6. November 1850 wurde durch einen Staatsstreich die durch die Grundrechte aufgehobene Verfassung von 1819 wieder in Kraft gesetzt. Gegen diesen verfassungswidrigen Akt ist in den fünfziger und sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts von der alten bürgerlichen Demokratie der heftigste Protest erhoben worden, dem sich auch die um die Mitte der sechziger Jahre ins Leben getretene deutsche (nationalliberale) Partei anschloß. Unter Berufung auf Uhland, der dem „entwürdigenden Aristokratismus" Fehde geschworen und das „wohlerworbene Recht des Volkes zurückverlangt" hatte, wurde die Wiederherstellung des Gesetzes vom 1. Juli 1849 verlangt und zu diesem Zwecke mit der Steuerverweigerung gedroht.

Damals gab es noch keine Sozialdemokratie, die mit eiserner Konsequenz das wohlerworbene Recht des Volkes im Interesse des Volkes ausnützen konnte. So war die Forderung der Rechtsgleichheit damals für die bürgerliche Linke „ungefährlich". Heute wird diese Linke von den kapitalistischen Besitzinteressen beherrscht, die demokratischen Prinzipien werden wenn nicht offen preisgegeben, so nur noch hinter dem Glaskasten gezeigt. Die herangewachsene Sozialdemokratie müßte in einer wirklich demokratisch ausgestalteten Gesetzgebung sofort zu einem enormen Einfluß gelangen. Daher werden heute die Epigonen der haßerfüllten Feinde des entwürdigenden Aristokratismus zu ebenso lebhaften Verteidigern desselben. Gewiß, in der Protestbewegung des Vorjahrs

sind selbst in den Reihen der nationalliberalen Partei Stimmen laut geworden, die rückhaltlos die Beseitigung der Ersten Kammer forderten, aber das waren weiße Raben, und wenn die Leitung der schwäbischen Volkspartei in einer unzweideutig formulierten Resolution aussprach, die Taten der Ersten Kammer hätten gezeigt, daß jeder politische Fortschritt in Württemberg insolange ausgeschlossen sei, als die Erste Kammer bestehe, so ließ die Haltung des ersten Führers dieser Partei, K. Haußmann, der vierundzwanzig Stunden nach jener Beschlußfassung öffentlich warnte: „Keine Politik mit dem Kopfe durch die Wand!“, erkennen, wie ernst jene von ihm mit unterstützte Resolution gemeint war. Diese Abschwächungs- und Entkräftungspolitik der liberalen Führer — andere Häupter der Volkspartei und die Führer der Deutschen Partei folgten den Haußmannschen Fußstapfen — war um so gemeinschädlicher, als im württembergischen Volke die Erinnerung an die demokratischen Kämpfe gegen die landfremde Standesherrenkammer noch fortlebt und daher die Vorbedingungen zu einem geschlossenen Kampfe gegen die Adelsvorrechte besser als in irgend einem anderen Lande vorhanden sind. Wenn in dem stockkatholischen und politisch rückständigen Bayern ein geschlossener Heerhaufen gegen eine bürgerliche Partei, die sich im Kampfe um das direkte Wahlrecht als unehrlich erwiesen hat, gebildet werden konnte, so hätte sich in dem lebendigeren, demokratischer veranlagten Schwabenvolke eine Armee bilden lassen, der bei ehrlicher und fehlerloser Führung der Sieg über die Vorrechte einer Handvoll adeliger Gesetzgeber, die das vorwärts strebende Volk seit Jahrzehnten auf Schritt und Tritt vergewaltigten, gewiß gewesen wäre. Württemberg, das vom Mittelalter her durch seine konstitutionelle Verfassung mit der auf dem Tübinger Vertrag von 1514 beruhenden landständischen Vertretung sich vor allen anderen kontinentalen Staaten auszeichnete, hätte so auch in der Wegräumung der letzten Reste der feudalaristokratischen Volksbedrückung vorangehen können. Wenn das nun vorläufig aussichtslos ist, so tragen die Schuld daran die liberalen Parteien, deren bürgerliches Klasseninteresse sie das Volk irreführen hieß.

Immerhin hat die intensive Agitation der Sozialdemokratie bereits den Erfolg zu verzeichnen, daß man sich in Württemberg nicht nur in Presse und Volksversammlungen, sondern auch im Parlament ernstlich mit der Frage beschäftigt, ob die Erste Kammer erhalten bleiben soll, und auch die Regierung ist genötigt, zu ihr Stellung zu nehmen. Daß die Regierung bei der geschilderten Haltung der liberalen Parteien zur Bejahung der Frage kommt, kann nicht wundernehmen. Sie will den auch von ihr selbst gehegten Wünschen nach einer anderen Zusammensetzung der Ersten Kammer entsprechen, wobei sie zu einer beträchtlichen Stärkung dieser Körperschaft kommt. Heute besteht die Erste Kammer aus 29 Mitgliedern (4 Prinzen, 19 Standesherren und 6 Staatsbeamten), künftig soll sie nach dem Regierungsentwurf 47 Mitglieder zählen, und zwar sollen zu den genannten Herren noch kommen 6 Vertreter des ritterschaftlichen Adels, 4 Vertreter der evangelischen, 2 Vertreter der katholischen Kirche, je 1 Vertreter der Universität Tübingen und der Technischen Hochschule in Stuttgart, und je 2 Vertreter des Handels- und Gewerbestandes und der Landwirtschaft. Durch die Anträge der Kommission soll die Gesamtzahl der Mitglieder sogar auf 49 erhöht werden, und zwar sollen statt 6 Vertretern der Ritterschaft deren 7, statt 4 „berufsständischen“ Vertretern deren 5 Aufnahme finden. Mit der Vermehrung der ritterschaftlichen Vertreter hofft man die Abneigung der heutigen Ritterschaftsvertreter in der Zweiten Kammer gegen

ihre Entfernung aus derselben zu überwinden. Auch die Erhöhung der Zah der gewerblichen und landwirtschaftlichen Vertreter ist vorwiegend eine Konzession an die Herren Ritter. Da die Zweite Kammer mit dem Ausscheiden der Privilegierten eine „reine Volkskammer“ wird, so fordern diese Herren al Gegengewicht eine möglichst weitgehende Stärkung und volkstümliche Verbrämung der Ersten Kammer. Diesem Zwecke soll auch die von der Kommissio beschlossene Wahl der berufsständischen Vertreter durch die Berufsorganisatione dienen, während die Regierung deren Ernennung durch den König vorgeschlage hatte. 2 Vertreter sollen von den Handelskammern, 2 von den Vorstände der landwirtschaftlichen Bezirksvereine, 1 von den Handwerkskammern gewähl werden. Daß nicht auch den Arbeitern eine Vertretung eingeräumt wird, da entschuldigt man mit dem Fehlen einer gesetzlich anerkannten Berufsorganisation der Arbeiter; von unserer Fraktion wurde indessen erklärt, daß sie di Aufnahme eines Arbeitervertreters in die Erste Kammer, welch letztere ihren Zwecke nach nur gegen die Interessen der Arbeiterklasse gerichtet sei, als ein Verhöhnung der Arbeiterklasse ansehen würde.

Der bei den Privilegierten nicht auffallende, aber auch von der Regierun vertretene Standpunkt, daß ein „mäßigendes und ausgleichendes Element, wi es in einer richtig zusammengesetzten Ersten Kammer gegeben sei“, um so wenige entbehrt werden könne, wenn die Zweite Kammer zur reinen Volkskammer ausgestaltet werde, erfuhr bei der bürgerlichen Linken auch nicht den leisesten Widerspruch. Der Redner unserer Fraktion legte Protest ein gegen diese Auffassun und stellte ihr die demokratischen Grundgedanken unseres Programms gegenübe

Mit der Stärkung der Ersten Kammer soll aber nach dem Regierungsentwurf eine Schwächung der Zweiten Kammer verbunden sein. Sie sol künftig statt aus 93 nur noch aus 75 Mitgliedern bestehen. Die 63 Oberämte sollen wie seither je einen Vertreter wählen, ebenso die Städte Ludwigsburg Heilbronn, Reutlingen, Tübingen, Ulm und Ellwangen, die als „gute Städte gelten, je einen, ferner soll die Hauptstadt Stuttgart, die mit ihren nunmeh 240000 Einwohnern als gleichfalls „gute“ Stadt seither mit einem Vertrete gerade so stark vertreten war wie Ellwangen mit 4000 Einwohnern, sechs Vertreter erhalten, bei deren Wahl das Proportionalverfahren Anwendung finde soll. Es liegt auf der Hand, daß eine derartige Verschiebung des numerische Stärkeverhältnisses der beiden Kammern, mit der in der Ersten Kammer noc eine geistige Auffrischung verbunden ist, eine Schwächung des Einflusses de Zweiten und eine Stärkung des Einflusses der Ersten Kammer auf die Staatsverwaltung zur Folge haben müßte. Mit Nachdruck erhob daher unsere Fraktio die Forderung, daß für die ausscheidenden Privilegierten ein demokratische Ersatz geschaffen werde, damit die Zweite Kammer ihre seitherige Stärke behalte In diesem Punkte schlossen sich die übrigen Parteien unserer Forderung an und in der Kommissionsberatung wurde beschlossen, daß zu den erwähnte 75 Mitgliedern noch 17 Vertreter auf dem Wege der Verhältniswahl mi einer fürs ganze Land gültigen Liste zu berufen seien. Die Zweite Kamme würde hiernach im ganzen 92 Mitglieder zählen. Auf die 17 Sondervertrete und auf das zweierlei Wahlverfahren hätte verzichtet werden können, wen der von unserer Fraktion gestellte Antrag Annahme gefunden hätte, wonac die Zweite Kammer aus 93 Mitgliedern bestehen sollte, die sämtlich, und zwa getrennt in den vier Kreisen des Landes, mittels allgemeiner Verhältniswah zu wählen seien. Die Zahl der auf die einzelnen Kreise entfallenden Vertrete

sollte nach der Bevölkerungszahl bemessen sein. Ein solches Wahlverfahren hätte einmal die Rechtsgleichheit der Staatsbürger in Hinsicht auf ihren verhältnismäßigen Anteil an der Bildung der Zweiten Kammer, die heute durch die ungleiche Größe der Wahlbezirke illusorisch gemacht ist, zur Wahrheit gemacht. Sodann wäre die Kammer auf ein höheres Niveau gestellt, die Kirchturmsinteressen, die bei den Bezirkswahlen im Vordergrund stehen, wären zurückgedrängt worden, man hätte seitens aller Parteien mit größerer Sicherheit die tüchtigsten Männer in die Gesetzgebung gebracht als bei den Bezirkswahlen, die oft unter dem Einfluß des Zufalls stehen. Trotz dieser und vieler weiterer Vorzüge, die zugunsten der Proportionalwahl für alle Abgeordnete geltend gemacht werden konnten, lehnten die bürgerlichen Parteien den Antrag geschlossen mit der Redensart ab, daß man die „historische" Einrichtung der Bezirkswahlen nicht verlassen könne. Die Ungleichheit der Wahlkreise bleibt erhalten. Die rein ländlichen Bezirke Spaichingen und Sulz haben zum Beispiel kaum den dritten Teil der Einwohnerzahl der industriellen Bezirke Stuttgart Amt, Göppingen, Eßlingen und anderer aufzuweisen, die Vertretung aller Bezirke aber ist gleichstark. Auch die „guten Städte" behalten ihre in nichts begründete Sondervertretung; daß ein Antrag, wenigstens der in der Entwicklung ganz zurückgebliebenen Stadt Ellwangen ihren Vertreter zu streichen, in der Minderheit blieb, ist die Schuld eines Mitglieds der — Volkspartei, der für dieses Privileg stimmte. Ein Wähler Ellwangens kann nach wie vor denselben Einfluß ausüben wie elf Wähler von Göppingen und zehn von Eßlingen. Andererseits wurde auch der sozialdemokratische Antrag, der Stadt Stuttgart die ihrer heutigen Bevölkerungszahl entsprechende Zahl von acht Vertretern einzuräumen, abgelehnt, es bleibt bei den vorgeschlagenen sechs, für deren Wahl aber die sonst so sehr verteidigte Bezirkswahl nicht beliebt wurde. Mit dem Proporz hoffen die bürgerlichen Parteien der Sozialdemokratie einen größeren Teil der Vertretung Stuttgarts vorenthalten zu können als bei der Einerwahl in Bezirken, darum wird in diesem Falle das Prinzip der Vertretung der Minderheiten anerkannt, während es bei der Wahl der übrigen 69 Bezirks- und Städtevertreter verworfen wird.

Großes Aufsehen macht die Haltung des Zentrums zur Frage der Zusammensetzung der Zweiten Kammer. Bei mehreren allgemeinen Landtagswahlen hat das Zentrum die Forderung erhoben: „Ersatz der Privilegierten der Geburt und des Amtes in der Zweiten Kammer durch Abgeordnete, welche aus allgemeinen, gleichen, unmittelbaren, geheimen Verhältniswahlen hervorgehen." Zur Verdeckung seiner konfessionellen Gründe motivierte es jetzt seine ablehnende Haltung zur ganzen Vorlage mit dem Wauwau der „radikalen Gefahr". Der „Radikalismus" werde die Herrschaft gewinnen, der Aufwand für Gewerbe und Landwirtschaft werde gestrichen werden, der Kultminister werde seinen Etat nicht durchbekommen usw. Mit diesen Schreckbildern begründete Herr Gröber den Verrat des eigenen Programms, der in der Verleugnung des allgemeinen Wahlrechts und der Empfehlung der berufsständischen Vertretung besteht. In Baden und Bayern führt das Zentrum Kämpfe um das direkte und allgemeine Wahlrecht sowohl als um die Schaffung gleich großer Wahlkreise, in Württemberg bekämpft es eine gerechte Wahlkreiseinteilung und erhebt den Vorwurf gegen das allgemeine Wahlrecht, daß es eine radikale Kammer bringe, von der die Regierung die notwendigsten Gesetze nicht genehmigt bekomme. Wenngleich die Hervorhebung der „Gefahr des

Radikalismus" durch Herrn Gröber im Augenblick nur den Zweck hatte, die Vertreter der Ritterschaft in ihrer Abneigung gegen die Reform zu bestärken, so ist doch mit der Wahrscheinlichkeit zu rechnen, daß das Zentrum eines Tages auch gegen die „radikale Gefahr" des Reichstagswahlrechts die berufsständische Vertretung empfehlen wird. Diese reaktionäre Gefahr ist um so größer, als nicht nur die Konservativen, sondern auch die Bauernbündler im württembergischen Landtag ihrer Sympathie für die berufsständische Vertretung offen Ausdruck gaben, und selbst die Nationalliberalen den Gröberschen Vorschlag als diskutabel bezeichneten, der nur deshalb „im Augenblick" unausführbar sei, weil noch nicht für alle Berufsstände gesetzliche Interessenvertretungen gebildet seien. Nur aus diesem Grunde entschied sich diesmal die Mehrheit der bürgerlichen Abgeordneten noch gegen die Durchlöcherung des allgemeinen Wahlrechts.

Für die Wahl der Bezirksabgeordneten hatte die Regierung das romanische Verfahren vorgeschlagen, das im ersten Wahlgang das Erfordernis der absoluten Mehrheit vorschreibt, während es im zweiten die relative Mehrheit gelten läßt und das Auftreten neuer Kandidaten zuläßt. Die Kommission beschloß, am seitherigen Stichwahlverfahren festzuhalten, an dessen Stelle, falls es, was wahrscheinlich, im Plenum eine Mehrheit nicht erhalten sollte, die relative Mehrheit mit nur *einem* Wahlgang den Vorzug finden wird.

Neben diesen Hauptpunkten des Entwurfes bildet noch einen wichtigen Gegenstand des Kampfes das *Budgetrecht*. Heute hat die Erste Kammer kein Budgetrecht. Nimmt sie zu einzelnen Positionen des Etats Stellung und faßt von den Beschlüssen der Zweiten Kammer abweichende Beschlüsse, so werden diese von der Zweiten Kammer ignoriert. Für den noch nie eingetretenen Fall, daß bei der Schlußabstimmung die erforderliche Zweidrittelmehrheit in einer der beiden Kammern nicht erzielt wird, ist in der Verfassung die Durchzählung vorgesehen. Die Privilegierten der Zweiten Kammer möchten nun von ihrem seitherigen Budgetrecht wenigstens einen Teil mit in die Erste Kammer hinaufnehmen; das früher schon an die letztere ausgelieferte Recht der Mitwirkung bei der Steuerfestsetzung genügt ihnen nicht. Die Regierung kommt ihnen schon ein Stück Weges entgegen und schlägt vor, daß die Zweite Kammer abweichende Beschlüsse der Ersten noch einmal in Beratung nehmen muß, daß jedoch der nunmehrige Beschluß der Zweiten Kammer endgültig ist. Die Ritterschaftsvertreter aber verlangen in Anlehnung an den Mittnachtschen Entwurf von 1897, daß die Erste Kammer zwar nur mit Zweidrittelmehrheit abweichende Beschlüsse soll fassen dürfen, daß dann aber die Zweite Kammer auch nur mit Zweidrittelmehrheit an ihren ersten Beschlüssen festhalten darf, und wenn eine solche nicht zustande kommt, in jedem einzelnen Differenzfall Durchzählung stattfinden soll. Diese Forderung, die schon praktisch zu den größten Verwicklungen führen muß, aber auch prinzipiell eine beträchtliche Rechtsbeschneidung für die Zweite Kammer bedeutet, ist von der Kommission der letzteren vorläufig abgelehnt worden. Bis zum Herbst werden es die Führer der liberalen Parteien an Einigungsversuchen nicht fehlen lassen. Die Sozialdemokratie lehnt selbstverständlich jedes Entgegenkommen an die Erste Kammer ab, und für ihre Schlußabstimmung wird, so sehr sie auch das Ziel der reinen Volkskammer zu erreichen bestrebt ist, die Regelung der Budgetrechtsfrage von entscheidendem Einfluß sein.

Von den sonstigen Einzelheiten der Vorlage ist noch zu erwähnen, daß die Voraussetzungen des allgemeinen aktiven Wahlrechts die alten bleiben: männ-

liches Geschlecht, Staatszugehörigkeit, fünfundzwanzigstes Lebensjahr. Die Streichung der Entrechtung der Armenunterstützungsempfänger, von unserer Seite beantragt, wurde abgelehnt, doch kann durch Rückzahlung der Armenunterstützung das Wahlrecht wieder erlangt werden. Als Mindestalter für das passive Wahlrecht schlug die Regierung in Übereinstimmung mit dem bestehenden Rechte das dreißigste Lebensjahr vor, die Kommission setzte es auf das fünfundzwanzigste herab. Die Legislaturperiode behält die respektable Dauer von sechs Jahren. Voraussetzung der Zugehörigkeit zum Landtag ist ein „Wohnsitz“ in Württemberg, der die volle Steuerpflicht begründet, was vielleicht die Wirkung hat, daß einige der fremdländischen Standesherren auf ihre schwäbische Gesetzgeberwürde verzichten. Ferner wird das Institut der „Geisterstimmen“, bei dem ein anwesendes Mitglied der Ersten Kammer zugleich für eine Anzahl abwesender Kollegen die Stimme abgeben konnte, aufgehoben, doch bleibt die Möglichkeit der Stellvertretung durch einen Agnaten. Unser Fraktionsvertreter blieb in der Kommission mit einem Antrag auf Streichung des Stellvertretungsrechtes in der Minderheit.

Wägt man die Licht- und die Schattenseiten der Reform gegeneinander ab, so fällt einem die Entscheidung schwer. Der einzige nennenswerte Vorteil, der geboten wird, ist die reine Volkskammer, aber auch ihr haftet der Mangel der alten ungleichen Wahlkreise an. Die Privilegien aber, die in der Zweiten Kammer aufgehoben werden, finden in der Ersten aufs neue ihre Bestätigung. Wenn dazu noch eine Einschränkung des Budgetrechts der Zweiten Kammer kommen sollte, so kann der neue Zustand als eine Verbesserung nicht bezeichnet werden. Von unserem sozialdemokratischen Standpunkt aus brauchen wir uns über das Zustandekommen der Reform um so weniger den Kopf zu zerbrechen, als ihre eifrigsten Befürworter aus Furcht vor dem Anwachsen des Radikalismus für sie eintreten. Wir haben also vom Scheitern keinen Schaden zu befürchten. Im Falle des Gelingens aber werden diejenigen sich sehr täuschen, die glauben, der Sozialdemokratie den Wind aus den Segeln genommen zu haben. Mit solchen Scheinreformen befriedigt man die Bevölkerung nicht. Soll den Erwartungen des württembergischen Volkes entsprochen werden, so muß den Vorrechten grundsätzlich zu Leibe gegangen werden. Die Sozialdemokratie wird, mag aus dem soundsovielten Versuch einer Verfassungsreform werden was will, ihren Kampf gegen alle Vorrechte des Besitzes, der Geburt und des Standes fortsetzen, und die Erfahrungen der letzten Ersatzwahlen bürgen ihr dafür, daß sie bei den allgemeinen Neuwahlen zum Landtag im nächsten Jahre neue Erfolge erzielen wird.

Die Streiks in Frankreich.

Von **Paul Louis.**

Die Streiks haben in Frankreich im Laufe der letzten Jahre eine bedeutende Entwicklung genommen, die auch vom ökonomisch-sozialen Standpunkt aus charakteristisch für unsere Zeit ist. Ihre Anzahl hat sich in fünfzehn Jahren verdreifacht, in zehn Jahren verdoppelt. Und eben diese rapide Ausdehnung gab den Anstoß zur Ausarbeitung reaktionärer Gesetzesvorlagen: der des Senats (1894 bis 1896), die den Beamten der Eisenbahnen, der Artilleriewerkstätten und anderer Staatsbetriebe die verabredete Arbeitseinstellung unter-

sagte, und der von Millerand und Waldeck-Rousseau (1900), die das Streikrecht reglementierte und ein obligatorisches Schiedsgericht einführte. Letztere wurden bekanntlich von der „Confédération générale du travail“, dem Zentralorgan der französischen Gewerkschaften, nachdrücklich als Eingriff in die Freiheit des Proletariats abgelehnt. Dennoch wurden sie von der Arbeitskommission der Kammer in einem Bericht gutgeheißen, den ein Sozialist — der jetzt der „Einheit“ ferngebliebene Genosse Colliard — unterzeichnet hatte.

Wenn man die Zeitungen der Großbourgeoisie, den „Temps“, das „Journal des Débats“, den „Figaro“, liest, so bemerkt man, daß sie einen systematischen Feldzug gegen den Streik führen. Ihnen genügen nicht die polizeilichen Mittel, die der Staat gegen die Arbeiterorganisationen besitzt, trotz des Inkrafttretens der Gesetze von 1864 über die Koalition und von 1884 über die Gewerkschaften. Ohne sich auf nähere Angaben einzulassen, werfen sie dem Proletariat vor, daß sich unter den Arbeitern eine schlechte Gesinnung, der Geist der Auflehnung und des Umsturzes breit mache. Sie heißen von vornherein jede Einschränkungsmaßregel gut. Die Streikbewegung flößt ihnen Schrecken ein, wie wir sehen werden, besonders aber die mehr und mehr befriedigenden Resultate, welche diese Bewegung zeitigt.

Wenn die Streiks sich an Zahl und Umfang entwickelt haben, so kommt das daher, daß sie das Werk immer besser ausgestatteter Gewerkschaften sind. Gegenwärtig hat Frankreich zwar weniger gewerkschaftlich organisierte Arbeiter als England, Amerika oder Deutschland, aber es sind jedenfalls nicht weniger als 750000. Im Jahre 1893 waren es aber erst 400000 und 1903 640000. Der Zuwachs beträgt durchschnittlich 50000 Mann pro Jahr. Aber nicht nur an Mitgliederzahl vermehren sich die Gewerkschaften rapid, auch ihre Geldmittel nehmen zu und die Konzentration des zielbewußten Proletariats wächst von Tag zu Tag immer mehr, seitdem der „Arbeitsbund“ sich mit den Arbeitsbörsen in Verbindung gesetzt hat und die großen Verbände in Industrie und Handwerk sich fest aneinander geschlossen haben.

Im Laufe der drei oder vier letzten Jahre stieg die gewerkschaftliche Bewegung sogar viel schneller als die politische sozialistische, und diese beiden Strömungen in Einklang zu bringen, ist augenblicklich nicht das leichteste Problem.

Diese Ausbreitung der Gewerkschaften, welche mit einem Schlage die Erziehung der Arbeiterklasse bedeutend vorwärts brachte, trug viel dazu bei, gerade im Streik die geeignete Form des Klassenkampfes zu sehen. Und er selbst entsprach der neuen Entwicklung des industriellen und landwirtschaftlichen Kapitalismus, wir sagen auch des landwirtschaftlichen, denn einer der bedeutungsvollsten Züge der beiden letzten Jahre ist gerade das Erwachen des ländlichen Proletariats, der Holzhauer und der Winzer.

Man hat wohl den Umwandlungen der Arbeitsmittel, die sich in Frankreich seit 1900 vollzogen, keine genügende Aufmerksamkeit geschenkt. Um besser mit dem Ausland konkurrieren zu können und um die Wirkungen der Arbeiterschutz- und Versicherungsgesetze wieder einzubringen, nahmen die Fabrikanten vervollkommnete Maschinen zu Hilfe. Wie immer, zog auch diese Revolutionierung der Fabrik eine Reihe von Konflikten nach sich, so daß die systematische Zunahme der Arbeitseinstellungen in letzter Instanz dem industriellen Fortschritt zuzuschreiben ist.

Wir wollen einmal die soeben erschienene Statistik von 1904 aufmerksam betrachten, da sie uns höchst interessante Daten bietet.

Es werden da 1026 Streiks gezählt, welche 271097 Streikende umfassen, die in 17250 Betrieben beschäftigt waren. In diesen 1026 Streiks wurde an 3934884 Tagen gefeiert, und zwar an 707347 Tagen von 37943 nichtstreikenden Arbeitern und an 3227537 Tagen von den Streikenden. Wenn wir das Jahr 1904 mit den vorhergehenden vergleichen, so ergibt sich folgende Tabelle:

Jahr	Anzahl der Streiks	Arbeiter	Streiktage
1894	391	54700	1062000
1895	405	45800	617000
1896	476	48000	644000
1897	356	68000	780000
1898	390	57000	623000
1899	740	176000	3550000
1900	902	222000	3760000
1901	523	111000	1862000
1902	512	212000	4675000
1903	576	123000	2441000
1904	1026	271000	3934000

Aus dieser Tabelle geht hervor, daß zwar die Anzahl der Streiktage 1904 geringer war als 1902 — dem Maximum der Periode —, die Anzahl der Streiks und der Ausständigen aber 1904 größer war als je vorher. Zum erstenmal betrug die Summe der gesamten Ausstände in Frankreich mehr als 1000.

Hier ist das erstaunliche Mißverhältnis auffallend, das sich zwischen dem Zeitraum 1894 bis 1898 und dem 1899 bis 1904 zeigt. Im ersteren sind 2018 Streiks, 273500 Ausständige und 3726000 Streiktage, im zweiten, obwohl er nur einen Jahrgang mehr enthält, 4279 Streiks, 1115000 Ausständige und 20222000 Streiktage. Das Jahr 1904 allein weist ungefähr ebensoviel Ausständige auf und mehr Streiktage, als der Zeitraum 1894 bis 1898 im ganzen genommen.

Drei verschiedenartige Ursachen liegen der Ausbreitung der Streikbewegung im Jahre 1904 zugrunde, und sie gelten auch für die unmittelbar vorhergehenden Jahre.

1. Lange Zeit hindurch waren die landwirtschaftlichen Bevölkerungsschichten Frankreichs jeder proletarischen Bewegung unzugänglich. Ihre Anspruchslosigkeit, ihre Schüchternheit waren sprichwörtlich, sie schienen die Pfeiler des Konservativismus zu sein, und man stellte sie mit Vorliebe der vom Sozialismus bearbeiteten, immer weniger fügsamen Bevölkerung gegenüber. Schließlich überzeugten sich auch die Landleute, daß die Revolution von 1789 zwar mit den Ständen aufgeräumt hatte, daß aber an die Stelle der alten Standesunterschiede jetzt die verschiedenen Gesellschaftsklassen getreten sind.

Unter dem Drucke des Elends kamen die Wald- und Feldarbeiter zum Bewußtsein ihrer wirklichen Lage. In den Wäldern von Mittelfrankreich, Cher, Nièvre, Yonne begann der neue Vorstoß, aus dem die ersten *proletarischen* landwirtschaftlichen Gewerkschaften hervorgingen, während bis dahin nur die gemischten, von den Großgrundbesitzern beherrschten Syndikate bestanden. Von dort sprang der Gedanke auch auf die Berufsgenossen im Süden über — bis in die Departements Aude, Herault und Ostpyrenäen, wo in den Weinbergen Tausende von Arbeitern beschäftigt sind. Zu wiederholten Malen hallte das französische Parlament wider von den Debatten um diese wachsenden

ökonomischen Kämpfe des Südens. Die radikalen Herren dieses ganzen Gebiets begannen um ihre Mandate zu zittern, als sie Dutzende von Gewerkschaften rings um Narbonne, Cette, Montpellier und Béziers sich bilden sahen. Heute steht die proletarische Organisation dort unten fertig da: sie war bald die Ursache und bald das Resultat der vielfachen Konflikte von 1903 und 1904.

Im letzten Jahre fanden im Landwirtschafts- und Weinbaugebiet 129 Streiks statt, das heißt 12½ Prozent der Gesamtzahl, es wurden 10515 Besitzungen davon betroffen, 49343 Personen (18 Prozent der Gesamtzahl) waren beteiligt und es wurde 222000 Tage (5½ Prozent) gestreikt. Das sind schon ganz ansehnliche Zahlen. Und wir müssen hinzufügen, daß diese landwirtschaftlichen Streiks in der Regel sehr kurz waren, 112 von den 129 dauerten nur einen bis sieben Tage. Meistens gaben die Besitzer schleunigst diesen ersten Forderungen des ländlichen Proletariats nach.

2. Auch in den Häfen zeigen die Streiks eine zunehmende Tendenz. Lange Jahre hindurch, als die anderen Kategorien des französischen Proletariats längst zum Kampfe erwacht waren, blieben die Arbeiter der Stapelplätze noch immer unbeweglich. Man rechnete auf ihre traditionelle Fügsamkeit. Aber auch sie haben sich nun organisiert. Durch die in Marseille 1904 ausgebrochenen Differenzen wurde der Handel fast fortwährend in Furcht gehalten. Nacheinander traten die Maschinisten, die Heizer, die Matrosen und die Dockarbeiter in den Ausstand. Von Marseille aus griff die Bewegung immer weiter um sich. In demselben Maße, wie die Gewerkschaft der Seeleute an Mitgliedern zunahm, brachen diese mit der bisherigen Schüchternheit. Von den eigentlichen Hafenarbeitern ging die Agitation über auf die Arbeiter der Arsenale, besonders von Brest, Toulon, Lorient, so daß jetzt das Proletariat der Küstenstriche sich durch besondere Festigkeit seiner Forderungen auszeichnet. 1904 kamen auf diese Kategorie 79 Streiks mit 58000 Ausständige und 974000 Streiktage.

3. Das volle Inkrafttreten des Gesetzes von 1900, das, etappenweise eingeführt, 1904 seine letzte Etappe erreichte, trug ebenfalls dazu bei, die Anzahl der Streiks zu vermehren. Bekanntlich wurde darin festgesetzt, daß der Arbeitstag der Frauen, Kinder und erwachsenen Personen in gemischten Betrieben vom 1. April 1902 an 10½ Stunden, vom 1. April 1904 an 10 Stunden dauern sollte. Natürlicherweise suchten die Arbeitgeber die ganze Last des Gesetzes auf das Personal abzuwälzen, indem sie den Lohn verkürzten. Bei den Proletariern, die um Stücklohn arbeiteten, genügte es, die in Kraft befindlichen Tarife mit aller Strenge durchzuführen, um schließlich zu einer effektiven Verminderung zu gelangen. Aber mochte nun Stücklohn oder Tagelohn gezahlt werden, die Arbeitergewerkschaften waren fest entschlossen, sich die tägliche Lohnsumme nicht verkürzen zu lassen. Überall beantworteten sie derartige Versuche der Arbeitgeber mit Arbeitseinstellungen. 1902 war es schon ebenso gewesen. 1904 brachen aus diesem Grunde 92 Streiks in 465 Betrieben aus, die 51000 Personen umfaßten und 1185000 Streiktage zählten.

Sicherlich ist schon die große Zunahme der Streiks eine bedeutungsvolle Tatsache, aber noch wichtiger ist es, ihre Ergebnisse kennen zu lernen. Durch ein fortgesetztes Scheitern der Streiks wird das Proletariat entmutigt und kampfesmüde, es kommt in die Gefahr, wieder in Stumpfheit zu verfallen. Umgekehrt wird durch gute Resultate bei der Arbeiterklasse der Appetit nach mehr geweckt, und ihre Triumphe stärken und vergrößern ihre Organisation.

Wie ein fruchtloser Streik eine Gewerkschaft schwächt und oft sogar auflöst, so wird sie durch einen erfolgreichen Streik gestärkt und angeregt.

Das Jahr 1904 spielt nun nicht bloß darum eine entscheidende Rolle, weil es Arbeiterkategorien, wie die Seeleute, Winzer usw., die bisher der Bewegung ferngestanden, erweckte und ebenso schlummernde, unter der Herrschaft der Geistlichkeit stehende Departements, Finisterre, Morbihan, Marne und Loire, aufrüttelte, sondern es ist auch von größter Wichtigkeit im Hinblick auf die in den Streiks errungenen Ergebnisse.

Die offizielle Statistik des Arbeitsamts verzeichnet das Verhältnis der erfolgreichen Streiks (berechnet auf die Anzahl der Streiks überhaupt) mit 29 Prozent; Vergleiche oder teilweise Erfolge mit 38,4 Prozent; verlorene Streiks mit 32,6 Prozent. Wenn wir die früheren Jahre betrachten, so finden wir folgende Durchschnittszahlen: erfolgreiche Streiks 22,4 Prozent; Vergleiche 35,4 Prozent; verlorene Streiks 42,2 Prozent. Die höchste Erfolgsziffer hatte das Jahr 1896 mit 26,5 Prozent erreicht, das Minimum 1897 mit 19,1 Prozent. Auch die verlorenen Streiks erreichten im Jahre 1896 ihr Maximum mit 49,7 Prozent; im Jahre 1900 ihr Minimum mit 37,3 Prozent.

Bei der Betrachtung des Jahres 1904 und seiner Ergebnisse nach Kategorien zeigt es sich, wie ungeheuer verschieden sich die verschiedenen Berufe verhalten. Volle Erfolge wurden nur errungen in der Hüttenbranche: 8,3 Prozent; in der Textilbranche: 10,3 Prozent; in der Landwirtschaft steigen die erfolgreichen Streiks bis 36 Prozent und in der Metallbearbeitung sogar auf 86 Prozent. Ein Fiasko ist ganz unbekannt in der Holzindustrie, selten in der Landwirtschaft und der Lebensmittelbranche, aber häufig in der Bekleidungs- und in der chemischen Industrie.

Seit mehreren Jahren läßt die Verwaltung die pekuniären Folgen der Streiks feststellen. Obwohl diese Enquete offiziell ist, so ist sie doch sehr lehrreich, denn sie zeigt, welcher Nutzen der Arbeiterklasse aus einer guten Organisation erwächst.

Aus den Untersuchungen von 1904 geht hervor, daß 363 Streiks wegen der Forderung von Lohnerhöhungen geführt wurden, 21 dagegen wegen Lohnkürzungen.

Im ersteren Falle waren 67 291 Arbeiter beteiligt; sie verloren 898 250 Arbeitstage mit 2 212 264 Franken Lohn: dafür hob sich der Lohn, der vor dem Streik 2,46 Franken betragen hatte, nach demselben auf 2,76 Franken. Dadurch werden die Arbeiter nach Ablauf eines Jahres, vom Schlusse des Konfliktes an gerechnet, einen Nettoüberschuß von 6 345 161 Franken haben, und außerdem werden von dem neuen Lohne schon nach 166 Tagen die Streikkosten gedeckt sein. Diese Berechnung ist aber noch ganz unzureichend: die erfolgreichen Streiks kommen nämlich nicht nur den Siegern zugute, sondern der Gesamtheit der in dieser Branche überhaupt beschäftigten Arbeiter, und diesen Reingewinn anzugeben, der weit bedeutender ist als der obige, hat die Enquete unterlassen.

Bei den 21 Streiks wegen Lohnkürzung mußten 2565 Arbeiter 25 463 Tage feiern und 64 701 Franken Lohn opfern. Dafür aber blieb der Lohn, der auf 2,54 Franken durchschnittlich herabgesetzt werden sollte, auf dem vorherigen Niveau von 2,92 Franken: das ergibt demnach einen Reinüberschuß in einem Jahre von 114 382 Franken, wobei außerdem auch der Verlust an Lohn in den 108 Tagen ausgeglichen ist.

Bei den landwirtschaftlichen Arbeitern sind die Resultate ganz besonders befriedigend. Von 104 Streiks sind 84 in diese Untersuchung einbezogen worden. Sie umfaßten 27278 Streikende, die 100058 Tage feierten und an verlorenem Lohne 235947 Franken opferten. Der wahrscheinliche Überschuß beträgt 4746463 Franken nach 300 Tagen, das heißt jeder Arbeiter hatte eine jährliche Mehreinnahme von 174 Franken, und seine Verluste waren schon nach 14 Tagen wieder eingeholt.

Natürlicherweise muß jede richtige amtliche Statistik den Streik als verwerflich hinstellen. Das Gesetz von 1864 hat zwar die Koalitionsfreiheit proklamiert und das Gesetz von 1884 noch den Artikel 416 des Code Pénal abgeschafft, der mit Gefängnis von sechs Tagen bis zu drei Monaten und Geldstrafe von 16 bis 300 Franken oder mit einer dieser beiden Strafen alle diejenigen bedroht, welche mittels Geldbußen, Absperrung, Ächtung oder einem ausdrücklichen Verbot nach verabredetem Plane die freie Ausübung von Handel oder Gewerbe zu hindern versuchen.

Man hat jedoch die Artikel 414 und 415 bestehen lassen, die der Polizei immer das Recht geben, zu verhaften, und dem Gericht, zu verurteilen. Und wiewohl unzählige Male ihre Abschaffung verlangt worden ist, ist doch heute noch nicht abzusehen, wann sie wohl verschwinden werden.

Der Artikel 414 bestraft mit Gefängnis oder Geldstrafe denjenigen, der mit Hilfe von Mißhandlungen, Gewalt, Drohungen oder betrügerischen Manipulationen (diese letzten beiden Worte lassen für Verfolgungen einen unerschöpflichen Spielraum) eine verabredete Arbeitseinstellung zum Zwecke einer Erhöhung oder Verminderung des Lohnes herbeiführt oder unterstützt oder versucht herbeizuführen oder zu unterstützen, und so die Freiheit der Industrie und der Arbeit beeinträchtigt.

Der Artikel 415 verschärft noch die Strafen, wenn die oben erwähnten Tatsachen auf einem vereinbarten Plane beruhen.

Dieses Arsenal von Strafen genügt, um den Behörden die vielfältigsten Mittel zum Eingreifen gegen die Arbeiter in die Hand zu geben, und ganz besonders gegen diejenigen, welche juristisch als „Rädelsführer" bezeichnet werden.

Von 1885 bis 1896 wurden 2437 Verurteilungen ausgesprochen, also durchschnittlich 200 jährlich. Auf 1904 kommen 177 Verurteilungen in 32 Streiks.

Und welchen Erfolg hatte das Gesetz von 1892, das versöhnend und vermittelnd wirken sollte? Dieses Gesetz, um welches viel Lärm gemacht wurde und in welchem die Konservativen ein Mittel sahen, die Klassengegensätze zu versöhnen und den sozialen Frieden zu stiften, gibt Arbeitern wie Arbeitgebern das Recht, zur Schlichtung einer gemeinsamen Differenz sich an eine Vergleichskommission oder mangels einer solchen an ein Schiedsgericht zu wenden. Wenn ein Streik ausbricht und keiner der beiden Beteiligten sich an ihn wendet, kann der Friedensrichter sie zur Schlichtung der Differenz vorladen. Das ganze Verfahren ist aber jedenfalls rein fakultativ. So hat es denn auch bisher noch nicht funktioniert, und das Fiasko des Gesetzes von 1892 bezeugt, wie töricht es ist, die Klassengegensätze verschwinden lassen zu wollen. Von 1893 bis 1901 spielte das Gesetz nur in 24 Prozent aller Fälle eine Rolle, aber nur die Beilegung von kaum 10 Prozent der Differenzen brachte es zuwege.

Im Jahre 1904 wurde es nur bei 247 Streiks angewendet, und da diese insgesamt die Zahl von 1026 erreichten, so ergibt sich für dieses Jahr ein Prozentsatz von nur 24 Prozent.

Besonders charakteristisch ist aber, daß die Arbeitgeber noch weit mehr als die Arbeiter einem Verfahren antipathisch gegenüberstehen, durch welches eine öffentliche Erörterung des Streiks herbeigeführt wird. In 115 Streiks gaben die Angestellten die Initiative zu dem Vergleichsversuch, während er nur in zehn Fällen von den Arbeitgebern ausging. In 68 Fällen antworteten die Unternehmer mit einer Weigerung, während sich die Angestellten nur sechsmal einem Vergleichsversuch widersetzten. Denselben Verhältniszahlen begegnen wir auch bei der Ablehnung schiedsgerichtlicher Vermittlung: Unternehmer vierzehnmal, Arbeiter einmal.

Man schätzt die Anzahl der Streitigkeiten, die auf Grund der Gesetzesbestimmungen von 1892 beigelegt wurden, auf 142. Das ergibt einen nur etwas höheren Prozentsatz als den durchschnittlichen von ungefähr 14 Prozent.

Wir sehen also, daß die kapitalistische Gesellschaft es weder verstanden hat, Streiks zu verhüten, noch sie auf gerichtlichem Wege zu schlichten. Immer mehr in Furcht und Schrecken versetzt durch die stetig zunehmende Ausdehnung und Anzahl der Arbeitseinstellungen und durch die Drohung mit dem Generalstreik, der für einen bedeutenden Teil des französischen Proletariats zur Parole geworden ist, wollte sie dem entgegenwirken. Aber sie fühlt sich nicht mehr stark genug, ein erworbenes Recht brutal zu verweigern, und hat — in Frankreich — auch nicht mehr Kraft genug, die Ausübung dieses Rechtes zu beschränken und es bestimmten Kategorien von Arbeitern zu entreißen; das Scheitern des Senatsentwurfes von 1894 ist in dieser Beziehung kennzeichnend.

Der Gesetzentwurf Waldeck-Rousseau-Millerand über das obligatorische Schiedsgericht würde nur ein Mittel bieten, um indirekt die Streikfreiheit zu vernichten. Aber die Opposition der Gewerkschaften und der sozialistischen Partei wird zweifellos verhindern, daß dieser Entwurf überhaupt erst im Parlament zur Diskussion kommt. Und eben weil die Streikagitation immer intensiver wird, so wird diese zu ihrer Niederhaltung und Erstickung bestimmte Vorlage niemals Gesetz werden. Das Proletariat kann allerdings noch nicht immer die ihm zusagenden Maßregeln durchsetzen, aber es ist bisweilen schon mächtig genug, um diejenigen zu verhindern, welche seinem Wachstum und seiner Organisation feindlich entgegenstehen.

Die russische reaktionäre Presse.

Von **D. Davidow.**

Die reaktionäre Presse in Rußland ist quantitativ viel größer als die fortschrittliche.[1] Während die letztere aus den Dörfern, Volks- und Stadtschulen und sogar Gymnasien ausgeschlossen ist, überflutet die reaktionäre Presse mit ihren Erzeugnissen das Dorf, die Stadt, die Lesehalle, die Bibliothek, die Kaserne usw. Im Dienste dieser Presse stehen gewöhnlich: die offiziellen Zeitungen, die Gouvernementsnachrichten, die Popen und die von der Zensur natürlich nie beanstandeten „Broschüren für das Volk".

Unter den Vertretern dieser Presse gibt es nicht einen einzigen hervorragenden Namen: alles ist grau, kleinlich, boshaft, alles ist in unsauberen Händen; jeder von ihnen besitzt eine dunkle Vergangenheit. Alle sind entweder

[1] Vergl. „Die gegenwärtigen russischen Zeitschriften" in Nr. 42, S. 499.

Renegaten, Überläufer, die ihre Vergangenheit für 30 Silberlinge verkauft haben, oder durchgebrannte Lebemänner, bankrotte Adelige und endlich Geschäftsmacher, die durch ihre Schwindeleien heruntergekommen sind und nun suchen, bei der Literatur ihre leeren Taschen wieder vollzupfropfen.

Es gibt aber trotz alledem auch zwischen diesen Organen kleine Unterschiede.

An die Spitze dieser Presse muß man ohne Zweifel die „Moskowskija Wjedomosti" (Moskauer Nachrichten) stellen. Einst, noch zu den Zeiten Alexanders II. und III., leitete dieses Organ der Inspirator der jetzigen Reaktion, Katkow, welcher seinerzeit auch aus einem anderen Lager in das reaktionäre Lager übergelaufen war. Alle Gymnasial- und anderen Schulbibliotheken sind gezwungen, seine Werke zu besitzen. (Es gab Fälle, wo die Witwe Katkow sich bei den betreffenden Behörden beschwerte, daß sie von den Werken ihres verstorbenen Gatten nichts mehr los wird, und forderte, die Obrigkeiten möchten doch für einen genügenden Absatz sorgen.) Katkow war nicht ohne Talent; seine Epigonen geben sich jetzt Mühe, sich in seine Maske zu stecken, aber weil sie in den Dimensionen bedeutend kleiner und nichtiger sind, so kommt nur Lächerliches zum Vorschein, was von der liberalen, radikalen und sozialdemokratischen Presse sehr gut als Material verwendet wird. Überhaupt haben die „Wjedomosti" mehr als alle anderen Zeitungen eine Rolle gespielt, und zwar in unserer Massenagitation, denn sie lieferte den Revolutionären Unmengen von Material für die Propaganda im Volke.

Dieses Organ, wie alle übrigen dieser Sorte, wird von der Regierung unterstützt, es werden darin die behördlichen usw. Bekanntmachungen veröffentlicht, die Luft der freien Konkurrenz hätte es nicht vertragen können. Die Selbstherrschaft, der dieses Organ dient, stellt es sich als einen Götzen mit ewig knirschenden Zähnen und mit Blut angefüllten Augen vor, welcher über der Wüste Rußland schwebt und vor dem alles den Nacken beugen muß. Daraus erklären sich die Ausfälle, die dieses Organ nicht nur gegen die sozialistische, radikale und liberale Presse richtet, sondern auch gegen solche Institutionen, welche, wenn auch vom selbstherrschenden Rußland geschaffen, sich doch erlauben, von Zeit zu Zeit etwas vom Wege des Ideals des Götzen abzukehren. Es braucht bloß irgendein Gericht einen „Verbrecher" freizusprechen oder ein mildes Urteil zu fällen, so gerät die Zeitung gleich in einen Jähzorn und veröffentlicht in ihren Spalten eine Denunziation nach der anderen — in diesem Falle gegen das Geschworenengericht.

In Denunziationen ist die reaktionäre Presse überhaupt sehr groß, aber die „Moskowskija Wjedomosti" übertrumpft sie in dieser Beziehung vollständig: sie denunziert die Zensoren, die Ministerzirkulare, die Tätigkeit der Administratoren, die Senatsbeschlüsse, die Ministerien usw. Da ist wohl ohne weiteres klar, wie sie sich den Liberalen, Radikalen und Sozialisten gegenüber benimmt. Solche Feinheiten zu unterscheiden, ob jemand liberal, radikal oder sozialistisch ist, gibt sich die Zeitung keine besondere Mühe, sie wirft alles in einen Topf, welcher die Aufschrift „Nihilist" trägt. Als Nihilist wird auch bezeichnet derjenige, welcher nur verlangt, daß man auf den Polizeirevieren die Verhafteten nicht mißhandeln soll, sowie derjenige, welcher Gewissensfreiheit verlangt, auch der, welcher die Abschaffung der Ausnahmegesetze fordert usw.

Die Muse, die die Publizisten dieses Organs inspiriert, ist die schlecht verhüllte arge Mißgunst gegen das Volk. Diese Publizisten können sich noch immer

nicht mit der Bauernbefreiung aussöhnen und träumen sehr oft von den Zeiten Nikolaus I. Es braucht bloß irgendwo ein Zusammenstoß oder ein Prozeß zwischen Gutsbesitzern und Bauern zugunsten der Bauern ausfallen, so bekommen sie ein Gefühl, als wären sie in eine Tierhöhle hineingeraten, wo von allen Seiten Füchse und Wölfe sie anheulen.

Diese chauvinistische Zeitung, die Zeitung der orthodoxen Popen, Bureaukraten und Gutsbesitzer mit großem Appetit für Leibeigenschaft, stellt den Mittelpunkt dar, um welchen sich das sogenannte „schwarze Hundert" (Tschornaja Sotnja), die „Huligans" scharen, um die Intelligenz zu mißhandeln und auf diese Weise die Alleinherrschaft zu retten.

Dieses Organ ist für die Verlängerung des Krieges um jeden Preis, für die Bestrafung der „frechen Japs", auf deren Insel man unbedingt hinspazieren müßte, und für Niederdrückung der Unruhen im Innern.

Ihre Devise ist: Krieg, Wiederherstellung des Prestiges und keine Reformen!

Interessant ist der Stil, die Schreibart dieser Zeitung des Herrn Gringmut (der Verfinsterungsteufel, aber dabei das beratende Mitglied im Ministerium für Volksaufklärung) — das ist keine Literatur, sondern eine Art Regimentsbefehlsstil: „Es darf nicht mehr geduldet werden", „man muß gehorchen", „es ist abzustellen", „es ist zu regeln" usw.

In dieser Zeitung arbeitete (nebenbei bemerkt) Tichomirow mit, der einst ein angesehenes Mitglied der „Narodnaja Wolja" war und zuletzt zusammen mit dem auf dem Gebiet des „Polizeisozialismus" sehr berühmt gewordenen Oberspitzel Subatow wirkte. Jetzt singt der gewesene Revolutionär Hymnen dem Selbstherrschertum, wie selten ein anderer.

Wie sich ehrliche Konservative zu diesem Organ stellen, beweist ein kürzlich veröffentlichter Brief des Bischofs Issidor (von Balachnini). In diesem Briefe nimmt der Bischof Bezug auf das Bündnis, das zwischen Gringmut und etlichen Popen geschlossen worden ist, um die Führung der „Huligans" zu übernehmen, und fragt: „Was für Gemeinschaftliches kann zwischen Finsternis und Licht existieren?" indem er unter Finsternis den Herrn Gringmut und unter Licht die orthodoxe Kirche bezeichnet. Natürlich hatte die „Moskowskija Wjedomosti" für diesen Brief des Bischofs nur einen Kübel voll Schmutz als Antwort.

Der zweite Platz der Reihe nach gebührt dem „Graschdanin" (Der Bürger) des Fürsten Meschterski, dem der Beiname „Fürst Totschka" (Punkt) beigelegt worden ist, weil er seinerzeit die Regierung aufforderte, nach den Reformen des Jahres 1861 einen Punkt zu machen. „Moskowskija Wjedomosti" ist das Organ der selbstherrschenden Bureaukratie, „Graschdanin" dagegen das der höfischen, steinreichen Großagrarier. Daher auch die kolossale Ähnlichkeit und nur einige Unterschiede, welche durch ihre verschiedenen Positionen entstehen. Das Organ der selbstherrschenden Bureaukratie ist manchmal gezwungen, da es vor sich verschiedene Klassen hat, auf die Seite der einen oder der anderen Klasse überzugehen, was die dem Herzen des Selbstherrschertums besonders geliebte Klasse der Großagrarier unangenehm berührt. Der „Graschdanin" kennt solche Konzessionen nicht, daher auch seine offene Kritik einiger Regierungsmaßnahmen. So beschuldigte er vor kurzem den Reichsrat, daß er kein bißchen lebendigen, gesunden Verstandes besitze, weil er die Wirkung des neuen Strafgesetzbuchs auch auf die Bauern ausdehne. Trotzdem kriecht

er doch vor der Regierung, da er ihre Unterstützung braucht. Der Hauptteil des Ruhmes des Fürsten Meschterski besteht in seiner Offenheit, die bisweilen in unverschämten Zynismus ausartet. Wenn es auch mitunter gelingt, die Wilden von der „Moskowskija Wjedomosti“ und andere „Hüter von Thron und Altar“ zum Schweigen zu bringen, ist es dagegen nie möglich, den Fürsten Meschterski zum Schweigen zu veranlassen. So hat zum Beispiel keiner von den anderen Reaktionären sich getraut, so offen und so lange für die Prügelstrafe einzutreten wie er. Durch diese seine Offenheit wird er oft seinen Gesinnungsgenossen, deren Verschleierungen er enthüllt und deren Ideen er bis zu ihrem logischen Ende verfolgt, außerordentlich unbequem. Indem er aber seine Gesinnungsgenossen bloßstellt, deren nur unklar angedeutete Gedanken er vervollständigt, liefert er wie die „Moskowskija Wjedomosti“ seinen Gegnern im anderen Lager reichhaltiges Material, das bei der politischen Erziehung Rußlands sehr gut verwertet wird. Schon ein Vierteljahrhundert schreibt der Fürst; seine Schriften werden in die kleinsten Dörfchen hingebracht, aber eine besondere Wirkung außer auf die Vertreter seiner Klasse — mit Knechtschaftsinstinkten ausgerüstete Agrarier — haben sie nie ausgeübt. Daß es ihm an einem großen Leserkreis mangelt, hat der Fürst nach seinem fünfundzwanzigjährigen Jubiläum selbst zugeben müssen. Die Klasse der Knechtschaftsgutsbesitzer weist außer dem räuberischen Appetit noch andere Eigenschaften auf:

1. Verachtung der Idee der Gleichstellung der Frau mit dem Manne — daher die Artikel des Fürsten Meschterski gegen die höhere Bildung der Frauen usw.;

2. Liebe zur geschlechtlichen Liederlichkeit — daher die Artikel des Fürsten, die eine krankhafte Demoralisation der Sinnlichkeit ausströmen und an den Marquis de Sade erinnern;

3. Liebe zur Willkür — daher die Ausfälle gegen diejenigen, die Preßfreiheit usw. verlangen, gegen die Semstwo- und Stadtselbstverwaltungen.

In den ökonomischen Artikeln des „Graschdanin“, in den Klagen über den Niedergang des Adels und in der Beschuldigung der Leiter der Adelsbank hört man klar den Jammer einer absterbenden Klasse, die ehemals zu den Zeiten Nikolaus I. sehr mächtig war. Reist der Fürst ins Ausland, sieht er, daß dort trotz größerer Freiheit sich alles für seine Clique gerade so in Ordnung befindet wie im lieben Vaterlande, dann erfüllt ihn die Hoffnung, daß noch nicht alles verloren sei, und in dieser Verfassung schreibt er gewöhnlich einige sehr friedliche Artikel. Aber die ausländischen Eindrücke verlieren sich bei ihm sehr bald, und dann kommt wieder der alte zum Vorschein, tritt uns wieder die Figur eines Herrschers entgegen, der gewohnt ist zu befehlen und zu mißhandeln. Der Fürst fühlt im Gegensatz zu den „Moskowskija Wjedomosti“, daß die Japaner nicht zu besiegen sind, daß der Krieg ein sehr ernsthafter sei, er fühlt die ganze Gefahr des Krieges von außen und innen, und deshalb fordert er mit Beharrlichkeit den Friedensschluß, damit man die inneren Unruhen unterdrücken könnte. Seine Devise ist: Friedensschluß und Befestigung der Selbstherrschaft.

Das dritte Organ der Reaktion ist die „Nowoje Wremja“ (Die Neue Zeit) von Ssuworin-Vater.

Als vorhin von Renegaten die Rede war, die irgendwas verraten haben, irgendwem untreu wurden, von irgendwoher irgendwohin übergelaufen sind — wurde besonders dieses Organ gemeint. Abgesehen von den Hauptmitarbeitern: Ssuworin, Burenin, Menschikow, die früher im fortschrittlichen Lager

ich befanden, findet man hier noch Juden, die zu Antisemiten wurden, Deutsche, die sich in Slawophilen umgewandelt haben usw.

Die Hauptideen dieser Zeitschrift, die philosophischen und ökonomischen, bestehen im Antisemitismus, in der Verhetzung der nicht rechtgläubigen Untertanen, in besonderer Liebe zu Schutzzöllen, Lieferungen für die Regierung, Konzessionen und Stipendien. Außer diesen Themata findet man in den Spalten dieser Zeitung lauter unsinniges Geschwätz; sie stellt eine Wetterfahne dar und richtet sich nach jeder Windrichtung. In früheren Zeiten trat sie für die Befreiung der Slawen auf dem Balkan ein; nachher hat sie diese im Stich gelassen und war für ein Bündnis mit China und Japan. In den siebziger bis achtziger Jahren, wo die Intelligenz auf einen „Semsky Sobor" hoffte, schrieb die „Nowoje Wremja" eine Reihe Artikel, in denen sie Hymnen auf den „Semsky Sobor" sang. Nun kam aber die Zeit von Alexander III., wo von einem „Semsky Sobor" nicht mehr die Rede sein konnte, und sofort führte auch die „Nowoje Wremja" eine andere Sprache. Als sich der Kapitalismus in Rußland entwickelte, machte sich die Zeitung zu seiner Verfechterin, wobei sie über das Dorf spottete, über seine Rückständigkeit usw. Nachdem aber der Kapitalismus seinen Gegensatz erzeugt hat, das Proletariat, und eine Arbeiterbewegung sich zu entwickeln begann, schenkte die beunruhigte Zeitung ihre wohlwollende Aufmerksamkeit wieder dem Dorfe, indem sie bei ihm Schutz gegen die herannahende Bewegung suchte.

Heute bringt die „Nowoje Wremja" Artikel über Peter den Großen, in denen dieser Monarch mit seinen Reformen bis in den Himmel erhoben wird; morgen aber werden dieselben Reformen wieder kritisiert und dem Leser nachgewiesen, daß das ganze Unglück noch von jener Reformzeit herstammt. Ideen- und prinzipienlos bringt diese Zeitung es fertig, sich in ein und derselben Nummer etliche Male zu widersprechen. Ihre Leiter sind nur leere Gefäße, welche warten, bis sie gefüllt werden. Und weil das Leben so vielseitig und reich an aller Art Erscheinungen ist, saugen diese Journalisten alles auf und verbreiten nachher in ihrer Zeitung einen erstickenden Wirrwarr und eine Verwechslung der Begriffe. Ähnlich dem irrsinnigen Verhalten der Zeitung den Lebenserscheinungen und Ideen gegenüber ist ihr Verhalten zu den eigenen Mitarbeitern. Manchmal schimpfen sie öffentlich in ihrer Zeitung einen von ihnen fortgegangenen Mitarbeiter aus; letzterer reagiert darauf in irgend einem anderen Organ, und nach einiger Zeit kann man denselben Mitarbeiter, als ob gar nichts passiert wäre, wieder bei der „Nowoje Wremja" „arbeiten" sehen.

Wenn die „Moskowskija Wjedomosti" und der „Graschdanin" sich offen als Wölfe zeigen, so ist diese Zeitung — eine giftige Schlange. Prinzipienlos ohne feste Haltung überfällt sie desto wilder die ihr verhaßte progressive Presse und am meisten die Zeitungen, die entschlossen ihre einmal festgesetzte politische Richtung verfolgen.

Sie versucht noch jetzt mit dem russischen Leser zu spielen. Wenn es ihr aber früher noch gelang, jemanden zu foppen — jetzt kennt jeder ihre Tendenz und den wahren Charakter. Das Hauptmaterial in ihren Spalten besteht in der „Kritik" und Verspottung der radikalen Presse; die eigene Initiative, um etwas durchzuführen, zu erläutern, besitzt sie nicht. Sie hat nur ein Ziel — sich möglichst zu bereichern, was ihr auch gelang — sie wird als die reichste Zeitung Rußlands angesehen. Sie bedient die reichste Kapitalistenklasse, und

dem entsprechend ist auch „ihre Haltung" dem Kriege und den inneren Ereig-
nissen gegenüber.

Weil die endgültige Niederlage Rußlands den Kapitalisten schöne Perspek-
tiven in Form von Konzessionen, Lieferungen usw., deren sie im fernen Osten
beinahe sicher waren, zerstören wird, so treten diese Kapitalisten und ihre
Journalisten „mit Leib und Seele" für den Krieg ein und . . . . einen Sieg.
Den Kapitalisten ist das bureaukratische Regime auch nicht besonders vorteilhaft;
ihnen, die in solchem Maße ihre Geldmacht fühlen, schaden die Polizeimaß-
nahmen, die Politik der selbstherrschenden Regierung, die auf der Kapitalisten
Kosten die Arbeitermassen beruhigen will. Deshalb sind auch die Journalisten
der „Nowoje Wremja" für die Beschränkung der Selbstherrschaft, sind aber
nicht etwa für eine demokratische Konstitution, sondern begnügen sich schon
mit einem Parlament, das nur beratende Stimme hat und aus Vertretern der
privilegierten Klassen besteht.

Diese drei Devisen: 1. siegreicher Krieg und Befestigung des Absolutismus
(„Moskowskija Wjedomosti"), 2. Frieden und Befestigung des Absolutismus
(„Graschdanin") und 3. Krieg und kleine Reformen zugunsten der privilegierten
Klassen („Nowoje Wremja") werden auch von der übrigen reaktionären Presse,
die sich fortwährend dem einen oder dem anderen Organ anschmiegt, angebetet.
So zum Beispiel die Zeitung des Obersten Komarow „Swjet" (Licht) —
sie wird von allen Kasernen auf Befehl abonniert — die Ausgaben des Generals
Bogdanowitsch, der Herren Scharapow, Jarmonkin und andere. Diese drei
Organe sind angesehene Zeitungen in dem Sinne, daß hinter jeder von ihnen
eine ganze Klasse steckt.

Es gibt noch einen vierten Typus der reaktionären Presse — das ist das
Organ des „berühmten" Judenfressers Kruschewan.

Kruschewan treibt wegen seiner mangelhaften Bildung keine Politik; er
beschäftigt sich nur mit seinem Lieblingsthema: mit der Propaganda des Anti-
semitismus und mit der Inszenierung von Judenmetzeleien. Er ist ein Mann
mit einer Vergangenheit, die noch schwärzer ist als die jedes anderen Reak-
tionärs — seine Karriere hat er im Polizeidienst begonnen.

Mit ihm zu polemisieren lohnt sich nicht, da er als geistig nicht normal
betrachtet wird.

Sein Eintreffen in irgend einer Stadt wird als Voranzeige zu einer bevor-
stehenden Judenmetzelei angesehen, und wenn die Polizei aus irgend einem
Grunde die Metzelei nicht mehr zu inszenieren wünscht, so sieht sie sich genötigt,
um die Bevölkerung zu beruhigen, offiziell bekannt zu machen, daß die Nach-
richt vom Eintreffen Kruschewans erlogen sei. Er residiert in der zu so
traurigem Ruhm gelangten Stadt Kischinew. Früher gab Kruschewan die
Zeitungen „Bessarabetz" (Der Einwohner von Bessarabien) und „Snamja"
(Die Fahne) heraus, jetzt die Zeitung „Drug" (Der Freund).

Nur dank der Stipendien (Erpressungen) ist er imstande, sein Organ zu er-
halten. Allein seine Gesinnungsgenossen (Gringmut, Meschtersky, Ssuworin
und andere) schämen sich seiner und suchen ihre Solidarität mit ihm möglichst
zu verheimlichen; damit ist auch die Tatsache zu erklären, daß er bis jetzt in
ihre Organe nicht aufgenommen worden ist.

Zur Nachwahl im Königreich Krupp.

Von **W. Düwell.**

Überraschende, unsere Gegner verblüffende und erschreckende Erscheinungen im Königreich Krupp nahmen in den letzten Jahren das öffentliche Interesse wiederholt stark in Anspruch. Das ist nun wiederum der Fall anläßlich der bevorstehenden Nachwahl zum Reichstag. Es dürfte kaum noch ein zweiter Wahlkreis vorhanden sein, in dem sich das politische Gepräge in so kurzer Zeit, so von Grund auf umgestaltete wie in Essen. Bis zum Jahre 1902 warf das soziale und politische Streben der Arbeiter in dieser Arbeiterstadt höchst selten und kaum erkennbare Wellen an die Oberfläche. Die Wahlen, soweit der Kapitalismus und der Industriefeudalismus nicht einfach kraft seiner wirtschaftlichen Diktatur die Mandate durch die Farce der öffentlichen Stimmabgabe und Klasseneinteilung vergab, wurden konfessionell ausgetragen. In dem kapitalistisch bearbeiteten, mit konfessionellen Hetzereien gedüngten Boden schienen die Lehren der modernen Arbeiterbewegung nicht Wurzel fassen zu können. Die Zahl derer, die sich mehr oder minder frei zur Sozialdemokratie bekannten, war verschwindend gering, von einem Parteileben war kaum etwas zu spüren. Bis zum Jahre 1898 schwankte in ziemlich starkem Wechsel die Zahl der Abonnenten des Parteiorgans („Arbeiterzeitung" Dortmund) zwischen 100 bis 200. Im Jahre 1893 brachte die Sozialdemokratie es allerdings schon auf fast 6000 Stimmen, aber 1898 belief sich die auf die Parteikandidatur L. Schröder vereinigte Stimmenzahl nur auf 4400. Die Gewerkschaftsorganisationen der bedeutendsten Berufe, wie Bergarbeiter, Metallarbeiter und Bauarbeiter, figurierten mit Mitgliederzahlen, die hinter der genannten Abonnentenziffer noch zurückblieben. Nur die Bergarbeiter hatten noch in verschiedenen ländlichen Bezirken Zahlstellen. Zu gewerkschaftlichen Kämpfen rafften sich zunächst nur die Bauarbeiter auf, jedoch die Schwäche der Organisation ließ die Unternehmer stets leicht siegen. Aber trotz der äußeren Schwäche der ganzen Arbeiterbewegung, trotz der vielen, vielen Mißerfolge, trotz der anscheinend unüberwindlichen Indifferenz der Masse, trotz des allgemeinen Ohnmachtsgefühls gegenüber der wirtschaftlichen Übermacht des großindustriellen Unternehmertums, trotz des Fatalismus, der, wie der Kölner Parteitag lehrte, auch bei den Führern zu Hause war, trotz des wilden Fanatismus züchtenden geistigen Terrorismus des Klerikalismus hielt eine kleine Garde unverzagt das Banner der Bewegung hoch. Immer und immer wieder nahm die kleine Schar den Kampf auf. So mancher von auswärts kommende Genosse, der mit kühnem Mute, kraftbewußt in die Reihen einsprang, nach kurzer Zeit war er müde; die Widerwärtigkeiten machten den Stolzbeschwingtesten bald flügellahm, und nach einer Weile — er war verschwunden. Es war wirklich oft zum Verzagen — und es ging doch vorwärts.

Das von Dortmund bezogene Parteiblatt, welches schon wegen seines geringen Umfanges lokale Verhältnisse nicht berücksichtigen konnte, hatte für die Reichstagswahlen so gut wie gar keine Bedeutung. Im Winter 1897 beschlossen deshalb die Essener Genossen, für die bevorstehende Wahlkampagne ein periodisch — zunächst zweimal im Monat — erscheinendes Flugblatt im Umfang und in technischer Anordnung einer Zeitung herauszugeben. Im Jahre 1898 erschien unter dem Titel „Weckruf" die erste Nummer dieser Wahl-

Flugblattzeitung. Es war bestimmt, daß die Genossen 10 Pfennig für jede Nummer zahlen sollten, um auf diese Weise die Druckkosten zu decken. Das Blatt fand Anklang. Zirka 1000 Nummern wurden verkauft, gerade so viel gratis verteilt. Sehr bald machte sich das Bedürfnis des öfteren Erscheinens des „Weckruf“ bemerkbar. Nach vielen, vielen Sitzungen, nachdem endlich der Pessimismus besiegt war, ging man ebenso zaghaft zunächst an die vierzehntägige, dann zu der wöchentlichen Herausgabe des „Weckruf“ über.

Mit diesem Organ drang man langsam, aber sicher tiefer in die Masse ein; es war der Pflug, der den bisher wenig zugänglichen Boden für die Aufnahme sozialistischer Ideen bearbeitete. Das erzielte Wahlresultat schien das allerdings nicht zu bestätigen. Das ziffernmäßige Ergebnis war aber nur ein Beweis für den Mangel an Prinzipientreue und Zielklarheit. Die Umstände erklärten alles. Der Essener Meineidsprozeß vom Jahre 1895 spielt da stark hinein. Das Urteil gegen Schröder und Genossen rief eine äußerlich stark in Erscheinung tretende gewaltige Empörung in der Arbeiterschaft hervor. Sofort nach Urteilsfällung fand eine Volksversammlung statt, in der unter großer Begeisterung L. Schröder als Protestkandidat für die nächste Wahl aufgestellt wurde. Da es sich nur um eine Zählkandidatur handelte, brauchte man sich wegen der Ungültigkeit der für Schröder, dem durch das Urteil das passive Wahlrecht genommen war, abgegebenen Stimmen keine Kopfschmerzen zu machen. Daß durch die Protestkandidatur von vornherein eine Stichwahl überflüssig gemacht wurde, war unter den obwaltenden Umständen nur von Vorteil. Das Wahlresultat zeigte, daß man sich über den Intellekt, über die Tiefe und nachhaltende Kraft der Empfindungen der Masse getäuscht hatte. Nicht ohne Erfolg, pfiffig-dumm markierten besonders die Agitatoren der Krupp-Partei große Entrüstung über „Gefährdung“ des Reichstagswahlrechtes, durch bewußte Abgabe ungültiger Stimmzettel, durch „Spielerei“ mit einer zwecklosen Protestkandidatur. Und um die noch zu wenig geschulten, nicht klar denkenden Arbeiter noch sicherer zu düpieren, wurden am Tage vor der Wahl an allen Ecken rote Plakate angeschlagen mit der Aufschrift: „**Sozialdemokraten, wählt Krupp!**“ Man hatte erreicht, in die Reihen der für die sozialistische Propaganda Empfänglichen, aber im politischen Erkennen und Wollen noch nicht Gefestigten Verwirrung hineinzutragen; sogar das sonst bei den Bergarbeitern stark ausgeprägte berufliche Solidaritätsgefühl versagte. Die Gegner der Sozialdemokratie jubelten, nun glaubte man, noch auf Jahrzehnte vor der „roten Gefahr“ gesichert zu sein.

Enttäuscht, aber nicht entmutigt hielt die kleine Schar der Unentwegten von neuem Kriegsrat. Die Scharte mußte ausgewetzt werden, darüber war keine Frage, aber das „Wie“ war ein heikler Punkt. Es herrschte auch kein Zweifel darüber, daß die Grundbedingung erfolgreicher Werbearbeit die systematische Agitation und Aufklärung durch das gedruckte Wort, durch die Presse, sei. Die 4400 für Schröder abgegebenen Stimmen bildeten die Truppe, auf die Verlaß war; aus dieser mußte das Fundament gewonnen werden, auf welchem weitergebaut werden konnte. Ließ man nun aber den „Weckruf“ wieder eingehen, dann war das verbindende geistige Band auch wieder fast vollständig zerschnitten. Doch wegen der Kosten glaubte man den Plan, das Blatt dauernd als Parteiorgan weiter erscheinen zu lassen, nicht durchführen zu können. Nach wiederum vielen Sitzungen war der Pessimismus wiederum besiegt, oder richtiger, die Pessimisten sagten sich: es muß gewagt werden — und stimmten zu. Das Blatt sollte wie in den letzten Wochen vor der Wahl vorläufig wöchentlich

erscheinen — zum Preise von 30 Pfennig pro Monat. Und damit bekam Essen den ersten Arbeiterbeamten; an besoldete Gewerkschaftsbeamte war noch gar kein Gedanke. An Vergütung für den Beamten wurden zunächst pro Woche 20 Mark ausgesetzt — für Redaktion, Expedition und sachliche Ausgaben. Die Privatwohnung des Beamten war auch Geschäftslokal; erst zwei Jahre später wurde auf Geschäftskosten ein Pult angeschafft, es waren längst zwei Beamte an der Zeitung tätig.

Das einmal wöchentlich erscheinende Organ konnte natürlich nicht lange den Bedürfnissen genügen; schon nach kurzer Zeit stellte sich die Notwendigkeit des öfteren Erscheinens heraus. Aber an eine vermehrte Ausgabe des „Weckruf“, als selbständiges Organ, konnte aus finanziellen Gründen nicht gedacht werden. Wieder gab es viele Sitzungen, aus denen endlich der Beschluß hervorging, mit auswärtigen Parteidruckereien in Verbindung zu treten zwecks Druck des „Weckruf“ als Kopfblatt mit besonderem lokalen Teil. Bisher wurde das Blatt in der Druckerei des Bergarbeiterverbandes hergestellt. So kam man dazu — Februar 1900 —, unter Beibehaltung des alten Titels die dreimal wöchentlich erscheinende „Bergische Arbeiterstimme“ in Solingen als Kopfblatt einzuführen. Aber auch damit war den Bedürfnissen nicht lange gedient. Immer mit dem finanziellen Schreckgespenst kämpfend, trotz der Stimmen, welche ein Fiasko voraussagten, zwangen die Verhältnisse zur Ausführung eines täglich erscheinenden Organs.

Vom Juli 1900 bezog man die täglich erscheinende „Arbeiterzeitung“ in Dortmund als Kopfblatt mit einem verhältnismäßig umfangreichen selbständigen lokalen Teile. Nun wurde aber auch die Anstellung eines zweiten Beamten notwendig. Die Abonnentenzahl stieg, der Redakteur fuhr jeden Tag von Essen nach Dortmund und brachte die fertige Zeitung gleich mit; dazu war auch noch beschlossen worden, den bisher von privater Seite betriebenen Parteischriftenhandel auf das Geschäft zu übernehmen und stärker zu forcieren. Schließlich konnte man sich aber auch der Ansicht nicht mehr verschließen, daß in einer Privatetagenwohnung ein Geschäft sich über gewisse enge Grenzen hinaus nicht entwickeln kann. Obwohl die Pessimisten den baldigen Zusammenbruch prophezeiten, wurde ein kleines Lokal gemietet, sogar die nötigste Einrichtung schaffte man an, unter anderem das schon erwähnte Pult. Mit Hilfe eines Personalkredits konnte man neben dem Literaturvertrieb auch einen direkt und indirekt vorteilhaften Zigarrenverkauf etablieren.

Es gab keinen Zusammenbruch. Die Unkosten deckten sich, ja man erzielte von vornherein einen kleinen Überschuß, der aber für die allmählich ungünstiger werdende Bilanz der Zeitung, die man stets in eigener Verwaltung hielt, verbraucht wurde. Je mehr man in die ländlichen Bezirke eindrang, in denen der Vertrieb nicht nur die Abonnementsbeträge, sondern oft noch erhebliche Zuschüsse absorbierte, desto mehr kam man mit der Bilanz aus dem Gleichgewicht; wesentlich aber infolge der sprunghaften Steigerungen der Papierpreise machten sich für ein paar Jahre Zuschüsse, die relativ aber als nicht erheblich betrachtet werden konnten, erforderlich. Doch mit Eröffnung des Geschäftes bekam die Partei, überhaupt die gesamte Bewegung erst festen Boden unter den Füßen. Die im Kreise vorhandenen Kräfte, die wohl den guten Willen zur Betätigung hatten, aber ohne Leitung, ohne Unterstützung ganz verkümmerten, in beschränktem Kreise sich nutzlos abquälten, diese und alle anderen, denen politisches und soziales Streben innewohnte, wußten nun,

wo sie Verbindung anknüpfen, zu jeder Zeit Rat und Unterstützung finden konnten. Die Geschäftsstelle wurde bald der Zentralpunkt der gesamten Bewegung, der eine Beamte funktionierte als Kreisvertrauensmann der Partei, der andere als Vorsitzender des Gewerkschaftskartells, und erteilte Rechtsschutz; dazu übernahm die Geschäftsstelle für die meisten Gewerkschaften die Auszahlung der Reiseunterstützung. So spannen sich allmählich Tausende Fäden hin und her, die sich für die Partei schließlich zu dem Netze eines geschlossenen Vereins verknoteten. Der Essener Verein, der lange, lange Jahre mit 50 bis 60 Mitgliedern dahinvegetierte, ist jetzt mit seinen zirka 3000 Mitgliedern die stärkste Parteiorganisation in Rheinland-Westfalen. Selbstverständlich war das Geschäft nicht die eigentliche Ursache, sondern nur das fördernde Mittel zu solchen Erfolgen.

Unter den Gewerkschaften gewann naturgemäß die Organisation der Maurer zuerst eine lokale, soziale Bedeutung. Allerdings, bis zum Jahre 1901 waren die unternommenen Streiks nie siegreich durchgefochten, aber man konnte mindestens schon kämpfen. Natürlich war das merkliche Erstarken der freien Gewerkschaften für die Klerikalen das Signal zur Gründung christlicher Konkurrenzorganisationen. Christliche Holzarbeiter-, Maurer-, Metallarbeiter-, Schneider- usw. Organisationen, von denen man bisher kaum etwas verspürt hatte, wurden etabliert; sie traten nach jesuitisch-demagogischem Rezept zunächst mit einer sehr stark radikal kolorierten Agitation in die Öffentlichkeit. Der Radikalismus war ein gutes Werbemittel, und er ließ am besten die eigentlichen Absichten der Gründer verschleiern. Mehrmals erlebte man das Schauspiel, daß die christlichen Gewerkvereine mit den freien Gewerkschaften die gleichen Forderungen vertraten — ja auch das Ultimatum stellten: **Anerkennung der Forderung oder Streik!** Manche Gewerkschaftler ließen sich täuschen. Es kam in einzelnen Fällen zu einer entente cordiale, ständige, gemeinsame Kommissionen traten in Funktion, Bruderschmätze wurden gewechselt, aber gewöhnlich verfolgten die christlichen Vertreter die russische Politik des Hinhaltens. War es damit vorbei, so wurde irgend ein Streit vom Zaune gebrochen, oder man verhandelte hinterrücks mit den Unternehmern, verriet die „Verbündeten“, und unsere Genossen waren die Genarrten. So erging es unter anderem auch den Maurern im Jahre 1901, als man sicher hoffte, in Verbindung mit der christlichen Organisation die heute weit überholte Forderung eines Stundenlohns von 42 Pfennig durchzudrücken. Es war das bekannte Schauspiel mit den bekannten Requisiten. Die freie Gewerkschaft formulierte Forderungen, die von den Christlichen akzeptiert, in den von ihnen einberufenen Versammlungen unter großem rhetorischen Aufwand vertreten wurden. Unter den Führern waren Verständigungen erzielt über eventuelle Arbeitseinstellung, falls die Forderungen abgelehnt würden. Die Unternehmer antworteten mit einer glatten Absage — sie wußten, was sie riskieren konnten! Eine allgemeine Versammlung mit der Tagesordnung: „Beschlußfassung über den Streik“ wurde einberufen. Nun kam das christliche Heldenstückchen. Die christlichen Führer beriefen heimlich auf den jener Versammlung voraufgehenden Tag eine Zusammenkunft der Christlichen ein. Diesen konnten sie mitteilen, daß sie mit den Unternehmern verhandelt hätten (heimlich); **es sei den Christlichen eine Lohnzulage von 1 Pfennig** zugestanden, wenn sie die Arbeit fortsetzten. Man beschloß, sich am Streik nicht zu beteiligen! Nicht um 30 Silberlinge, nein, um **einen Pfennig** waren die Arbeitsbrüder verraten.

Ein feines Plänchen war erdacht; die freie Organisation sollte obendrein zersprengt werden. Die numerische Schwäche der Christlichen ließen der Gewerkschaft immer noch Hoffnung, ohne deren Mitwirkung den Kampf durchzuführen. Man merkte aber bald Verrat Nr. 2. Mit der Angel des Judaspfennigs zogen christliche Führer nach außerhalb und versuchten Streikbrecher und damit Mitglieder für ihre Organisation nach Essen zu locken. Daß dieser schwarzen Tat der erwünschte Erfolg versagt blieb, ist kein Verdienst der mit dem Namen Christi Unfug treibenden Demagogen. Um solche Verrätereien zu vertuschen, weisen die christlichen Agitatoren mit Vorliebe darauf hin, daß sie in diesem oder jenem Falle ehrlich gekämpft haben.

Papperlapapp! Den Führern sind die Trauben immer zu sauer — wenn sie zu hoch hängen. Die christlichen Organisationen können das Vorwärtsschreiten der Arbeiter nicht verhindern, sie können nur hemmen. Die Regisseure wissen ganz genau, daß besonders dort, wo die Christlichen nicht die absolute Macht haben, deren Organisation durch Fraternisieren mit den freien Gewerkschaften länger existenzfähig gehalten wird, darum macht man unter solchen Umständen tapfer mit; das ist doch noch besser, als vollständig an die Wand gedrückt zu werden. Die verschlagenen klerikal-ultramontanen Politiker haben einen feinen Instinkt für die psychologischen Momente, in denen die Gefahr besteht, daß durch Widerstand gegen die Empfindungen der Masse der Geistessklave dazu gereizt wird, die Fesseln mit einer gewaltigen Kraftaufbietung zu sprengen; sie wissen momentane revolutionäre Bewegungen, die von nachhaltiger Wirkung sein könnten, durch anscheinenden Radikalismus möglichst gefahrlos vorübergleiten zu lassen. Die „Besserung" der schwarzen Demagogen besteht nur in größerer Vorsicht und Verschlagenheit.

Im Jahre 1901 forderte das Gewerkschaftskartell in Essen das christliche Kartell auf, gemeinschaftlich an die Stadtverwaltung den Antrag zu stellen, für die Gewerbegerichtswahlen das Proporzsystem einzuführen. Unter fadenscheinigen Gründen lehnten die Christenbrüder ab, sie hatten ja die unbestrittene Majorität und durften hoffen, auf absehbare Zeit die Wahlen zu beherrschen. Die Stadtverwaltung lehnte natürlich die Einführung des Proporzsystems ebenfalls ab, — um sich nach zwei Jahren als begeisterte Anhängerin der Verhältniswahl wiederzufinden. Auch die Christen schwärmen heute für das schöne Kind, mit dem man früher nur liebäugelte, aber nicht legitim lieben mochte. Die „Moral" ändert sich zuweilen sehr schnell und plötzlich kommt das „Gerechtigkeitsgefühl" elementar zum Durchbruch, — wenn's vorteilhaft ist.

Bei der Gewerbegerichtswahl im Jahre 1900 siegte der schwarz-blaue Mischmasch noch mit 2670 Stimmen gegen die freien Gewerkschaften, die 1670 Stimmen aufbrachten. Diese waren mit dem erzielten Resultat schon ein gutes Stück vorwärts gekommen; auch die Mitgliederzahlen stiegen, aber das auf der Kruppschen Fabrik heimisch gewordene Ohnmachtsgefühl, das sich auch auf andere Kreise ausdehnte, tötete allzusehr die Kraft des Vorwärtsdrängens, der Hoffnung auf Erfolg. Da trat ein Ereignis ein, welches wie mit einem Schlage den Bann brach, das wie der Blitz einschlug, die dumpfe Atmosphäre reinigte und vom Druck befreite. Die Unzufriedenheit der Kruppschen Arbeiter war in der letzten Zeit durch die Maßnahmen hervorragend schneidiger Beamten bis zum Überkochen gesteigert worden. Und es kochte über! Im Juni 1901 wurde den Arbeitern in einer Schmiede entgegen der Arbeitsordnung, einfach durch Anschlag ganz unvermittelt die Mittagpause entzogen. Da flammte die Em-

pörung auf, der Deutsche Metallarbeiterverband berief sofort Versammlungen ein, um gegen die unerhörten Maßnahmen Protest einzulegen. Und es gab in Essen ein verblüffendes, unerwartetes Schauspiel. Zu Tausenden und aber Tausenden strömten die sonst aus bekannten Gründen so sehr versammlungsscheuen Kruppschen Arbeiter zu den Versammlungslokalen und erhoben Protest, frei und offen! Der Alp war gewichen, man spürte den belebenden Hauch der sich aufreckenden, in den Staub getretenen Menschenwürde. Den Gewerkschaften strömten nun in stärkerem Fluß Mitglieder zu, die Metallarbeiter waren bald in der Lage und genötigt, einen Verwaltungsbeamten anzustellen. Essen erhielt den ersten Gewerkschaftsbeamten. Nicht lange dauerte es, und auch der Sozialdemokratische Verein konnte sich der Anstellung eines Verwaltungsbeamten nicht mehr entziehen, dem später noch eine Kraft für das Geschäft zur Seite gestellt werden mußte. Ebenso mußte der Metallarbeiterverband bereits im vorigen Jahre den zweiten Beamten einstellen; längst ist ein Beamter für das Rechtschutzbureau angestellt, die Maurer haben einen Verwaltungsbeamten und jetzt auch die Bergarbeiter. Hierzu tritt noch eine Reihe von Angestellten in der Bäckereigenossenschaft und in den sich kräftig entwickelnden Konsumvereinen. An eine solche Entwicklung haben vor fünf Jahren selbst die Optimisten nicht gedacht.

Ehe die gegnerischen Parteien Gelegenheit fanden, erneut bei einer Wahl die Kräfte zu messen, erlebten wir die bekannte Kruppaffäre und als deren unmittelbare Folge die Tischtuchrede Wilhelms II. auf dem Essener Bahnhof. Die Gegner jubelten, hatten sie doch mit bangen Erwartungen das kräftige Vorwärtstreiben der Arbeiterschaft wahrgenommen. Dem sollte jetzt nicht nur ein Halt geboten sein, nein, man hoffte, die ganze Bewegung sei nun zu Boden geworfen. Einige vorwitzige christliche Unteroffiziere glaubten nun, ohne den Rat ihrer klerikalen Kommandeure einzuholen, eine große taktische Schlacht wider die roten Verbände führen zu können, lärmend versuchten sie, sich in die vorderste Reihe der „Entrüsteten“ im Geschimpf auf die Elenden breit zu machen. Das ist den Herrschaften schlecht bekommen! Bei der Gewerbegerichtswahl, die vier Monate später unter ungeheurer Beteiligung stattfand, lagen die Sieggewohnten am Boden. Das war der Beginn des Tischtuchzerschneidens! Man wollte sich wegen des Nasenstübers, der angesichts der bevorstehenden Reichstagswahl doppelt unangenehm schmerzte, rehabilitieren und erhob Wahlprotest, aus dem formalen Grunde, weil wegen des starken Andranges und wegen Überfüllung der Lokale viele Wähler ihre Stimmen nicht hatten abgeben können. Dem Protest wurde stattgegeben, aber zunächst gab die Reichstagswahl den aus ihrer Lethargie erwachten Arbeitern Gelegenheit, die Tischgemeinschaft mit den bürgerlichen Parteien weiter zu stören. Die Sozialdemokratie, die man bisher höchstens als Zünglein an der Wage, aber nicht als ernsthaften Mitbewerber gewürdigt hatte, warf mit Elan einen Gegner vollständig aus dem Sattel und stellte sich mit ihren von 4400 auf 22700 emporgeschnellten Stimmen neben das Zentrum zur Stichwahl, um in dieser mit 34000 gegen 39900 Stimmen zu unterliegen. Das war ein großartiger Erfolg, ein Sieg, eine Tat! — Krachend brach eine Stütze des Ordnungstisches, dieser wackelte verdächtig.

Und ein relativ noch gelungenerer Kaiserschnitt war die im Januar 1904 stattfindende neue Gewerbegerichtswahl für die Stadt Essen. Unter nationalliberal-ultramontaner Agitation erhielt sie einen fast rein politischen Charakter; die Gegner inszenierten eine schwarz-blaue, religiöse und politische Kraftprobe. Mit einer bisher noch nirgends erreichten Wahlziffer traten die Wähler an

die Urne. 15000 Stimmzettel gaben Zeugnis von dem gewaltigen Ringen. — Hierbei ist zu bemerken, daß die Bergarbeiter hier nicht mitwählen, weil für sie ein besonderes Gewerbegericht zuständig ist. — Und wiederum lagen die vereinigten Gegner am Boden — und danken den Stadtvätern, daß für die Folge nach dem Proporzsystem gewählt wird. Mit 8000 Stimmen gingen die freien Gewerkschaften siegreich aus dem Kampfe hervor. Das starke Anwachsen der Verbände hatte auch zur Folge, daß die Unternehmer ihren bisherigen diktatorischen Standpunkt verließen. Ohne Streik ist zum Beispiel den Maurern jetzt schon ein Stundenlohn von 52 Pfennig zugestanden. Die übrigen Bauberufe erzielten ebensolche Erfolge. Kruppsche Arbeiter, die früher kaum vereinzelt wagten, in Versammlungen zu erscheinen, halten jetzt zum Teil ganz ungeniert Werkstattbesprechungen ab, erörtern frei die Mißstände und künden eventuellen Kampf an.

Bei einem solchen kräftigen Wachsen und Gedeihen trat man erklärlicherweise auch bald dem Gedanken an eine eigene Presse näher. Obwohl die „Arbeiterzeitung“, in die bei Einführung des Rotationsdrucks und Erweiterung des Umfanges der „Weckruf“ aufging, täglich mindestens achtseitig erscheint, kann sie für das ungeheure Gebiet der Wahlkreise Hamm-Soest, Dortmund, Essen und Duisburg-Mülheim die lokalen Bedürfnisse auch nicht annähernd genügend befriedigen. Man beschloß daher, baldigst in Essen ein eigenes Organ herauszugeben; die Sammlungen für den Preßfonds werden kräftig betrieben, vor der nächsten allgemeinen Reichstagswahl soll das Blatt erscheinen, und man glaubt sofort mit 8000 bis 10000 Abonnenten beginnen zu können.

Nun stehen die Genossen in Essen aber erst noch vor einer Nachwahl. Natürlich bieten die Gegner alles auf, die Sozialdemokratie wieder aus der Stichwahl zu drängen. Dem Zentrum dürfte es diesmal aber doch etwas schwül ums Herz werden. Parlamentarisch als Bülowretter hat es ja durch den Bergarbeiterstreik respektive bei der Gesetzgebungsaktion, die dieser im Gefolge hatte, einen großen Erfolg, eine Machtstärkung, die Position als Regierungsengel erlangt. Aber die Arbeiter hat man doppelt und dreifach verraten und betrogen! Bis zur nächsten Wahl dürfte das Zentrum hoffen, die Arbeiter wieder genügend eingeseift, mit irgend einer kirchenpolitischen, vom Zaun gebrochenen Frage so gründlich religiös-konfessionell fanatisiert zu haben, um sie trotz aller Verräterei doch wieder an den ultramontanen Wagen spannen zu können. Das ist ja schon oft geglückt, warum sollte es nun fehlgehen! Nun kommt plötzlich die Nachwahl, dazu in einem Kreise, deren Wähler zu einem großen Teile durch die Zentrumsverrätereien direkt getroffen und schwer geschädigt sind. Heute noch, oder schon, den Arbeitern vorreden, sie hätten Vorteile errungen, darf die gewagteste Sophistik sich nicht gestatten. Pfiffig demagogisch wie die klerikalen Politiker sind, wollen sie es nun mit einer neuen Leimrute versuchen. Das Zentrum ist verantwortlich für die Hohnreform der neuen Berggesetznovelle; lediglich das Zentrum hat die Verabschiedung der Reformkarikatur ermöglicht und absichtlich eine reichsgesetzliche Aktion verhindert — aus parteipolitischen Gründen, unbekümmert um das Wohl und Wehe einiger hunderttausend Bergarbeiterfamilien. Die christlichen Gewerkschaften natürlich müssen die christliche Arbeiterfreundlichkeit retten und verurteilen aufs schärfste das **Machwerk der Zentrumsfraktion!** Der Zweck heiligt die Mittel! Das Zentrum stellt nun einfach einen Kandidaten auf, der unter gewerkschaftlicher Flagge segelt. Der Kandidat agiert gewerkschaftlich, er stellt Forderungen auf, die gerade nicht durch Bescheiden-

heit auffallen, er ist christlicher Gewerkschaftsführer: ergo können ihm sowohl evangelische wie katholische Gewerkschaftler die Stimme geben! Das Plänchen ist wirklich nicht dumm, aber doch noch mehr dreist als schlau. Von den Arbeitern verlangen, den ultramontanen Schwindel für bare Münze zu nehmen, erscheint uns denn doch etwas zu stark, als daß die Spekulation vollen Erfolg haben könnte. Der Abgeordnete würde natürlich, gerade wie sein Kollege Brust im Abgeordnetenhaus, den Gewerkschaftsrock schleunigst ausziehen müssen, er müßte den ultramontanen Fraktionsfrack anziehen und die Arbeiter wären doppelt belogen und betrogen.

Aber selbst wenn die Wähler diesmal wiederum wie die Schäfchen ihren Metzger selber wählen, jedenfalls bereitet Essen sich darauf vor, eine Hochburg der Sozialdemokratie zu werden.

Literarische Rundschau.

Dr. Seiffert, Privatdozent, Leipzig, **Säuglingssterblichkeit, Volkskonstitution und Nationalvermögen.** Jena 1905, Verlag von Gustav Fischer. 30 Seiten. 1,50 Mark.

Wenn man die Kulturhöhe eines Volkes nach der Pflege bemißt, welche dem jungen Nachwuchs gleich im ersten Lebensjahr zuteil wird, dann steht Deutschland in der Kultur ziemlich weit hinter anderen Ländern zurück. Fast 21 Kinder von je 100 Lebendgeborenen gingen im Jahre 1901 im Deutschen Reiche zugrunde, bevor sie das erste Lebensjahr erreicht hatten. Ungünstiger als in Deutschland waren die Verhältnisse nur in Rußland mit 27,4 Prozent Säuglingstodesfällen und Österreich mit 23,1 Prozent, während zum Beispiel Frankreich 14,1 Prozent, Norwegen nur 9,3 Prozent der Lebendgeborenen verlor.

Die Bekämpfung der Säuglingssterblichkeit bedarf einer breiteren Grundlage, als sie durch die in ihr tätigen Kinderärzte, Hygieniker und Menschenfreunde geschaffen werden kann.

In seinem vor kurzem erschienenen vortrefflichen Werke weist Dr. Seiffert eindringlich darauf hin, wie wichtig und notwendig ein gesunder, vollkräftiger Nachwuchs für die politische und wirtschaftliche Zukunft der Nation ist. Mit vielem Fleiße hat er das vorhandene statistische Material zusammengetragen und gründlich verarbeitet, wobei er durch graphische Darstellungen das Verständnis erleichtert.

Seiffert macht den vortrefflich gelungenen Versuch, den Schaden, den die Nation durch den mangelnden Säuglingsschutz erleidet, einzuschätzen, und er kommt auf Grund zuverlässiger rechnerischer und wirtschaftlicher Unterlagen dazu, den Geldwert eines Neugeborenen auf etwa 100 Mark festzusetzen.

Nun beträgt für das Jahr 1900 die Sterblichkeit der Kinder im ersten Lebensjahr 426485 von 1612616 Kindern im ersten Lebensjahr überhaupt. Der dieser Sterblichkeit entsprechende Kostenwert beträgt 42648500 Mark, und da etwa neun Zehntel von ihnen (in Berlin kamen auf 1000 gestorbene Kinder 103 Brustkinder) künstlich genährt wurden, so gibt dieser Wert, um ein Zehntel verringert, das Beispiel für den Schaden, welchen das Experiment der künstlichen Ernährung dem Volksvermögen im Jahre 1900 zugefügt hat. Auch die Krankheiten, welche nicht direkt mit Ernährungsstörungen verbunden sein müssen, verlaufen bei Brustkindern leichter als bei den künstlich Genährten.

„Diese 38383650 Mark sind Ausgaben, welche von der Nation in einem Jahre gemacht worden sind für die Produktion und Erhaltung eines Nachwuchses, dessen Bestand überhaupt nicht das erste Lebensjahr zu überdauern vermochte."

Von Kindern, die in dem Alter des steigenden Kostenwertes standen, im Alter von 1 bis 15 Jahren, starben im Jahre 1900 166683 (9,45 Promille dieser Kinder).

Eine zahlenmäßige Feststellung, wie viel von den hier durch den Tod vernichteten Werten noch auf die Nachwirkung von Störungen der Entwicklung im Säuglingsalter entfällt, ist unmöglich. Es ist aber allbekannt, daß diese Nachwirkungen zu einem sehr erheblichen Teile in der Blutarmut, in der Skrophulose, in der Rhachitis und anderen Verschlechterungen der Körperbeschaffenheit bestehen.

Ferner ist überhaupt nicht zu schätzen, welche Summen außer diesen dem Tode geopferten wirtschaftlichen Werten durch die nicht tödlich verlaufenden Krankheitsfälle dem Nationalvermögen entzogen werden. Jene Ausgaben wachsen natürlich im Verhältnis des steigenden Kostenwertes mit in jedem Jahre noch erhöhten Summen für jene, welche mit geschädigter oder gebrochener Körperkraft in das arbeits- und wehrpflichtige Alter eintreten.

Wie viel könnte mit diesen Summen Besseres, Produktiveres geleistet werden, wenn es möglich würde, die Zahl und Schwere der Erkrankungen auch nur auf das Maß herabzudrücken, welches die Brustkinder in dieser Hinsicht gegenüber den künstlich Ernährten aufweisen?

Mit eindringlichen Worten weist der Verfasser jene unbegründete und widersinnige Anschauung zurück, daß im Wegsterben des jungen Nachwuchses eine wünschenswerte wirtschaftliche Entlastung des schaffenden und erhaltenden Altersanteils des Volkes zu sehen und unsere Wertschätzung „unproduktiven Lebens“ eine Phantasterei sei. Manche vor „Übervölkerung“ bangende Politiker betrachten die Säuglingssterblichkeit als eine willkommene Hemmung allzu rascher Zunahme des Nachwuchses (Selbststeuerung der Volksvermehrung). Von sparsamen Stadtvätern wird gern mit diesem Argument gearbeitet, daß die moderne Gesundheitspflege durch den Schutz und die Erhaltung der Schwachen die gesunde Gesellschaft schädige, und daß durch Erschwerung des Daseinskampfes der kräftigsten Elemente, durch die Beseitigung der Auslese eine Entartung herbeigeführt werde. Man hat so der Säuglingssterblichkeit nicht bloß einen ursächlichen Anteil an der Herabsetzung der Gesamtsterblichkeit zugeschrieben, sondern sie auch für eine angebliche Verbesserung der sogenannten „Volksgesundheit“ verantwortlich gemacht. Die Säuglingssterblichkeit wirke insofern günstig, als infolge des frühzeitigen Wegsterbens der gegen die ersten Einflüsse des Lebens minder Widerstandsfähigen die Widerstandsfähigeren erhalten bleiben und so eine Besserung der Volksgesundheit zustande käme, die mit der Übertragung der Widerstandsfähigkeit jener „Ausgelesenen“ in späteren Generationen sich steigern würde.

Seiffert weist nun demgegenüber darauf hin, daß bei einer so kräftig betriebenen Auslese die bei den Rekrutenaushebungen beobachtete zunehmende Verringerung der körperlichen Leistungsfähigkeit als ein unwiderlegliches Zeichen der Verschlechterung der physischen Konstitution des Volkes gar nicht begreiflich wäre. „Auch dem blödesten Auge muß die ‚Auslese‘ durch die Verdauungskrankheiten der Säuglinge nicht als ein bei aller Grausamkeit durch seinen tiefen Sinn erhabenes Naturgesetz, sondern als ein in grauenhafter Monotonie sich wiederholender, sinnlos mechanischer Vernichtungsprozeß erscheinen.“

Seiffert erbringt für das Nachwirken, das der Stillstand in der Entwicklung auf spätere Lebensalter und ganz besonders in das wehr- und arbeitspflichtige Alter hinein ausübt, auf tatsächlicher Beobachtung und statistischer Grundlage beruhende Nachweise. Diese statistischen Feststellungen sind allerdings infolge des Mangels an Material unzureichend. Bei der Musterung der Gestellungspflichtigen findet eine Rückfrage nach Ernährungskrankheiten im ersten Lebensjahr nicht statt. Insbesondere bei den Zurückgestellten stellt sich eine Verschlechterung der physischen Konstitution der zum Heeresdienst herangezogenen Altersklassen unbestreitbar heraus. Es muß berücksichtigt werden, daß der durchschnittliche Soldat von heute hinter dem von früher zurücksteht. Die Zunahme der militärisch Minderwertigen bedeutet eine Verringerung der Wehrkraft der Nation. Die Berichte der untersuchenden Militärärzte

sprechen überall, wo ein Niedergang des Kraftmaßes der jungen Leute sich wahrnehmbar macht, von einem Rückgang der natürlichen Kinderernährung als Ursache. Ein Beispiel für viele: Oberbayern, der weitaus beste bayerische Bezirk bezüglich der Militärdiensttauglichkeit, weist eine natürliche Kinderernährung von 60 Prozent auf, während in dem schlechtesten Aushebungsbezirk mit dem geringwertigsten Rekrutenmaterial bloß 5 Prozent die Mutterbrust bekommen. Die militärpflichtige Bevölkerungsklasse stellt heute die zur Mannheit sich entwickelnde Jugend der Nation dar. Sie muß auch in physischer Beziehung ein Spiegelbild dessen sein, was die Nation in ihrer Gesamtheit an physischer Kraft zu leisten vermag.

„Eine weise Regierung", sagt Seiffert, „hat die ernsteste Aufgabe, keine Mühe zu scheuen, das Rekrutierungsgeschäft nicht nur seinem nächsten Zwecke, dem des Heeresersatzes, sondern noch mehr dem weiteren und höheren Zwecke des Staates überhaupt nutzbar zu machen." Die Kennziffer der Wehrkraft ist eine Mahnziffer, die Hygiene des kindlichen Organismus mit größerem Ernste als bisher zu behandeln.

Die Sozialdemokratie hat stets den Kampf gegen die Kindersterblichkeit und gegen die von ihr ausgehende Verschlechterung der Volkskraft als eine aus wirtschaftlichen Gründen dringend gegebene Aufgabe anerkannt. Sie weiß aber auch, daß das gesamte soziale Niveau der Arbeiterklasse gehoben werden muß, wenn die Sterblichkeit der Säuglinge verringert werden soll. Ist sie ja doch nur eine der so mannigfachen Verkörperungen des Proletarierelends! Mag die Mutter aus körperlicher Schwäche infolge von Unterernährung und Überanstrengung ihrem Kinde die Brust nicht reichen können, mag sie durch Erwerbsarbeit daran gehindert sein, immer ist der Rückgang der natürlichen Säuglingsernährung eine Folge der Verelendung des arbeitenden Volkes und wird daher nur mit dessen allgemeiner sozialen Besserstellung in genügender Weise zurückgedrängt werden können.

Seifferts Werk bietet für die Propaganda unserer Grundsätze eine reiche Fundgrube. Durch die sachliche Vertiefung des Lehrstoffs wie durch den sittlichen Ernst der Darstellung und durch den echt humanen Zug, der das Ganze durchweht, verdient die Arbeit lebhafte Beachtung und weiteste Verbreitung. Ihre Anschaffung kann den Wahlvereins- und Gewerkschaftsbibliotheken warm empfohlen werden. Dr. H. Weyl.

Konni Zilliacus, **Das revolutionäre Rußland.** Eine Schilderung des Ursprungs und der Entwicklung der revolutionären Bewegung in Rußland. Autorisierte Übersetzung aus dem Schwedischen von Friedrich v. Könel. Frankfurt a. M. 1905, Literarische Anstalt Rütten & Loening.

Jeden Tag bringt uns der Telegraph immer neue Nachrichten über die außergewöhnlichen Ereignisse, die sich in Rußland abspielen. Mit gespannter Aufmerksamkeit verfolgt die ganze zivilisierte Welt die Zeitungen, in Erwartung noch wichtigerer Nachrichten, noch unwahrscheinlicherer Vorgänge. Und selbst die lebhafteste Phantasie ist nicht imstande, das vorauszusehen, was sich jetzt schon seit mehreren Jahren täglich in Rußland abspielt. Ich glaube, die Vorgänge in Rußland lassen sich mit den Vorkommnissen analoger Epochen in anderen zivilisierten Ländern gar nicht vergleichen. Viele Ereignisse aus dem Kampfe, den die Bevölkerung des russischen Reiches gegen dessen Regierung führt, haben nicht nur einen grandiosen Charakter, sondern erscheinen uns manchmal geradezu unwahrscheinlich, ja märchenhaft.

Der europäische Leser, der meistenteils nur sehr wenig von diesem großen Lande weiß, fragt sich mit Verwunderung, wodurch sich so ein hartnäckiger und langwieriger Kampf, wie ihn das empörte russische Volk, augenscheinlich mit so geringem Erfolge, führt, erklären läßt. Auf diese und ähnliche Fragen bemüht sich die immer umfangreicher werdende Literatur über Rußland nach Möglichkeit Antwort zu geben. Das Buch von Zilliacus will das gleiche Ziel verfolgen. Die Herausgeber begleiten es mit einer Erklärung, worin es heißt, dieses Buch sei nicht nur „eine

interessante Neuerscheinung", sondern sei „unentbehrlich zum Verständnis der heutigen Vorgänge in Rußland"!

Wir wollen nun nachprüfen, ob es sich wirklich so verhält.

In dem Vorwort sagt Herr Zilliacus: „Einen großen Teil des Materials, wohl den interessantesten, hat der Verfasser dem bekannten russischen Schriftsteller und Freiheitskämpfer Felix Volchofsky und anderen Freunden in den fortschrittlichsten Kreisen der russischen Opposition zu verdanken" (S. VII).

Die Mitwirkung einer so kompetenten Persönlichkeit hätte, wie anzunehmen ist, von diesem Buche eine richtige Auslegung wenigstens der hervorragendsten Ereignisse des revolutionären Kampfes in Rußland erwarten lassen und eine Garantie bieten sollen gegen bedeutende Fehler und Irrtümer. Auf Grund der Angaben von Persönlichkeiten wie F. Volchofsky „und anderer Freunde in den fortschrittlichsten Kreisen der Opposition" hätte der Verfasser es verstehen müssen, Wesentliches von weniger Wichtigem zu unterscheiden, und in seinem Buche dem einen wie dem anderen den entsprechenden Raum zumessen sollen. Schließlich sollte man von einem Buche, das Anspruch darauf erhebt, einen wenn auch noch so kurzen Überblick über die ganze russische revolutionäre Bewegung, von ihren frühesten Anfängen bis auf unsere Tage, zu geben, einen Hinweis auf die wesentlichsten Gründe zur Entstehung der einen oder anderen Richtung, der einen oder anderen Kampfesmethode verlangen können. Alles dies erwarten wir jedoch vergeblich von dem Buche des Herrn Zilliacus. Es ist auf die oberflächlichste, keinen Ansprüchen genügende Weise zusammengestellt; es zeichnet sich durch gänzliches Fehlen der hervorragendsten Tatsachen und Ereignisse des „revolutionären Rußland" aus; wir finden darin auch nicht eine Andeutung der in Rußland bestehenden oppositionellen Richtungen, geschweige denn eine Erklärung der Ursachen ihrer Entstehung und ihres Wechsels. Es ist schwer, sich eine ungeschicktere Verteilung des Materials vorzustellen. Und die wenigen ganz nebenbei angeführten Tatsachen aus dem wirklichen revolutionären Kampf sind ebenfalls mangelhaft, entstellt und in falscher Beleuchtung wiedergegeben. Personen, die mit der Geschichte der revolutionären Bewegung in Rußland halbwegs vertraut sind, werden es kaum glauben, daß in dem Buche des Herrn Zilliacus mit keinem Worte der Fall Petraschewsky (1848) erwähnt ist, ebensowenig der Fall Netschaeff (1870/71), die Gesellschaft „Semlja i Wolja", die eine Zeitung des gleichen Namens herausgab (1878/79), ferner die Gruppe der Emanzipation der Arbeit und die Gruppe der schwarzen Landaufteilung (Tscherny Peredel). Ja, der Leser dieser Zeilen wird es wahrscheinlich für kaum möglich halten, wenn ich ihm sage, daß in dem ganzen Buche des Herrn Zilliacus nur ein einziges Mal die sozialdemokratische Partei erwähnt wird, die doch so viel getan hat, und zwar geschieht diese Erwähnung in folgender Fassung: „In den letzten Tagen des Dezember veranstaltete ein anderer, ebenfalls sehr lebenskräftiger Arbeiterbund, „die sozialdemokratische Arbeiterpartei" eine größere politische Demonstration in Ekaterinoslaw" (S. 338—339). Und das ist alles! Kein Wort weiter über die Sozialdemokratie in Rußland! Was der Verfasser sonst noch über den Sozialismus im allgemeinen und über die sozialistische Bewegung in Rußland zu berichten weiß, ist auch nicht viel umfassender: „Die sozialistische Literatur . . . stand in schönster Blüte. Sie mußte auf die meist noch sehr jungen Leute Einfluß üben, die darüber nachgrübelten und davon sprachen, auf welche Art am besten für das Wohl des Volkes zu wirken sei . . ." „Allein Sozialist zu sein, bedeutete so viel als Revolutionär sein" (S. 69). Ferner auf Seite 84: „Die Verbrüderung des ganzen Volkes, die Arbeit aller für alle — mit einem Wort, die fortgeschrittensten Prinzipien des Sozialismus waren Gegenstand ihrer Wünsche und die Durchführung derselben das Ziel, dem sie zustrebten." Eine Erklärung, welche Unterschiede in den verschiedenen sozialistischen Richtungen in Rußland bestanden und noch bestehen, würde man vergeblich suchen; wodurch sich beispielsweise die Anhänger Lawrows von denen Bakunins unterscheiden, oder die heutigen Marxisten von den

Sozialrevolutionären — alles dieses hält der Verfasser auch nicht der flüchtigsten Erwähnung wert.

Man kann mir nicht entgegenhalten, daß in einem Buche von nur 390 Seiten es nicht möglich sei, alle Namen, wie Lawrow, Bakunin, Marx, und die durch sie ins Leben gerufenen Richtungen zu erwähnen, da der Umfang des Buches es nicht gestatte. Diese Einwendungen sind nicht richtig: Obgleich das Buch von Zilliacus die Überschrift „Das revolutionäre Rußland" trägt, so sind den Ereignissen aus der wirklichen revolutionären Geschichte doch nur sehr wenig Seiten darin eingeräumt, während der größte Teil desselben (ungefähr 9/10), nebensächlichem Material, das nur in entfernter Beziehung zum „revolutionären" Rußland steht, gewidmet ist. Man findet darin — ob richtig oder unrichtig ist eine andere Frage — Erklärungen für Entstehung der Leibeigenschaft (S. 55—56), des Semstwo (S. 58—59), der Bauerngemeindeversammlung (S. 57), der öffentlichen Rechtsprechung (S. 60—63) usw. Da ist es freilich nicht verwunderlich, daß dem Verfasser nur sehr wenig Raum für wirkliche revolutionäre Ereignisse übrig blieb.

Und das Wenige, was Herr Zilliacus vom revolutionären Kampfe erwähnt, ist das wenigstens richtig? Zu meinem Bedauern kann ich das nicht behaupten. So schreibt er auf Seite 96 unrichtig, daß die Terroristen im Jahre 1879 Alexander II. vorher Bedingungen gestellt hätten, auf Grund deren sie sich einverstanden erklärten, keine weiteren Attentate auf ihn zu verüben. Falsch ist ferner die Erklärung für das Mißglücken des Attentates auf den Zaren in Nikolajew (S. 70); seine Mitteilung, daß der Zug, in dem Alexander II. fuhr, vollständig zerstört und „eine Menge Personen getötet" wurde, ist falsch (S. 98); ebenso unrichtig ist seine Behauptung, daß am 1. (13.) März 1881 bei der Explosion außer Alexander II. „vierzehn, nach damaligen Angaben, Kosaken tot und verwundet aus den Sätteln geschleudert wurden" (S. 120). Vollständig unhaltbar ist die Behauptung des Verfassers, daß im Jahre 1879 sich die russischen Revolutionäre in Sozialisten und Revolutionäre geteilt hätten (S. 231), sowie daß der ökonomische Teil des Programms der Partei „Narodnaja Wolja" „klar genug beweist, daß sie Sozialdemokraten waren" (S. 233). Eine derartige Beschuldigung hat bisher noch niemand gegen diese Partei erhoben. Durch diesen einen Satz allein beweist Herr Zilliacus schon seine vollständige Unkenntnis unserer revolutionären Bewegung und sein gänzliches Mißverstehen der Ziele und des Wesens derselben.

Um *alle* faktischen und logischen Irrtümer und Fehler des besprochenen Buches richtigzustellen, wäre es erforderlich, ein anderes, nicht weniger umfangreiches Buch zu schreiben. Ich glaube jedoch, daß auch die wenigen von mir angeführten Beispiele genügen dürften, um meine Behauptung zu bekräftigen, daß *der deutsche Leser aus dem Buche des Herrn Zilliacus nicht nur kein Verständnis für die größte revolutionäre Bewegung der Geschichte*, die sich jetzt in Rußland abspielt, *schöpfen kann*, sondern daß er aus ihm auch *nicht die hervorragendsten Begebenheiten kennen lernen kann*. Und ich glaube, nur durch die vollständige Unkenntnis der Ausländer bezüglich unserer revolutionären Bewegung läßt sich die schmeichelhafte Kritik erklären, die die deutschen Rezensenten diesem mehr als schwachen Werke bisher angedeihen lassen.

Der einzige Vorzug des genannten Buches ist der, daß der Verfasser sich durchweg sehr sympathisch zu den Revolutionären und ihrem Wirken stellt, während er umgekehrt sich in überaus abfälliger Weise über unsere despotische Regierung ausläßt. Aber wer stellte sich heutzutage nicht auf die Seite der russischen Kämpfer, mit Ausnahme des Fürsten Bülow und seiner Gesinnungsgenossen? Zweitens aber: Auch im Loben wie im Tadeln muß der Verfasser eines Buches, das Anspruch auf historischen Wert erhebt, Maß zu halten verstehen, was man durchaus nicht immer von Herrn Zilliacus behaupten kann.

Leo Deutsch.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.


Nr. 46 | 23. Jahrgang, 2. Band | 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Der Kampf um den Stillen Ozean.

Von **M. Beer.**

Port Arthur; Mukden; Tsuschima.[1]

In Nr. 13 dieser Zeitschrift von Ende Dezember 1904 wurde am Schlusse des Artikels über dasselbe Thema gesagt: „... Wird Rußland imstande sein, eine erdrückende Überlegenheit an Streitkräften aufzubringen? Dies hängt fast vollständig von der gegenwärtig nach dem fernen Osten fahrenden baltischen Flotte ab. Gelingt es ihr, die chinesischen Gewässer zu erreichen und Togo zu vernichten, so ist Japan höchst wahrscheinlich besiegt. Die japanische Armee wäre sodann auf die unsichere Verbindungslinie Liaujang-Widschu-Fusan angewiesen und könnte den Krieg nicht mehr mit der erforderlichen Energie fortsetzen. Fällt aber Port Arthur, ehe Roschdjestwensky das Gelbe Meer erreicht, so hätten die Japaner gute Aussicht, die russische Flotte in Schach zu halten. Die Russen hätten sodann nur noch Wladiwostok offen, und die Japaner wären wohl imstande, das Gelbe Meer und den Golf von Petschili freizuhalten. Sieg oder Niederlage hängt da von der Seeherrschaft ab."

Die Ereignisse der ersten sechs Monate des Jahres 1905 bewiesen, daß man sowohl in Petersburg wie in Tokio von denselben Erwägungen geleitet war. In Petersburg wurde man sich erst im Laufe des Krieges über die Wichtigkeit der Seeherrschaft klar. Bis dahin war die russische Politik, trotzdem sie maritime Ziele hatte, ganz von kontinentalen Gesichtspunkten beherrscht. Dafür sprechen folgende zwei Tatsachen: erstens hat sie es verfehlt, auf der weiten Linie zwischen der Ostsee und dem Stillen Ozean für Stützpunkte und Kohlenstationen zu sorgen. Sie besetzte oder pachtete keinen einzigen Punkt an den afrikanischen und asiatischen Küsten, wo ihre Schiffe einen Ruheplatz hätten finden können; zweitens vernachlässigte sie es, die ihr zur Verfügung stehende Seekraft in Ostasien zu konzentrieren. Diese Fehler ließen sich während des Krieges nicht mehr gut machen. Dagegen hat man in Tokio alle wichtigen Faktoren von Anfang an in Rechnung gezogen. Über die Wichtigkeit der Seeherrschaft war man da keinen Moment im Zweifel. Dafür sprechen drei Tat-

[1] Vergl. Nr. 12 und 13 der „Neuen Zeit", 1904/05.

sachen: erstens der plötzliche und ungestüme Torpedoangriff Togos am 8. Februar 1904 gegen die Port Arthur-Flotte; zweitens die Vorsicht Togos bei den Seetreffen im Jahre 1904, als die kleine japanische Flotte noch mit der baltischen Flotte zu rechnen hatte; drittens die großen Opfer, die General Nogi im November und Dezember 1904 vor Port Arthur brachte, um eine Position zu erobern, von wo aus er mit seinen Landbatterien den russischen Hafen beherrschen könnte.

In der Belagerung von Port Arthur, die im Juni 1904 begann und am 1. Januar 1905 endete, gibt es zwei Zeitabschnitte. Der erste, der bis Oktober dauerte, war von dem strategischen Gedanken geleitet, daß die Eroberung Port Arthurs nötig sei, um die allgemeinen Ziele zu verwirklichen, wegen welcher Japan in den Krieg gegangen war. Im zweiten Zeitabschnitt herrschte der Gedanke vor, der Hafen muß um jeden Preis genommen und die dort übrig gebliebenen russischen Schiffe müssen zerstört werden, um der herankommenden baltischen Flotte den wichtigsten Zufluchtsort zu rauben und ihre Vereinigung mit dem pazifischen Geschwader unmöglich zu machen, da sonst die ungeheuren Opfer, die Japan seit Februar 1904 zu Wasser und zu Lande gebracht, zunichte gemacht würden. Denn von der pazifischen Flotte waren immer noch fünf Schlachtschiffe, einige Kreuzer und Torpedofahrzeuge geblieben, die in Verbindung mit der Flotte Roschdjestwenskys den Russen die Seeherrschaft bringen könnten. Nogi fiel demgemäß die Aufgabe zu, nicht nur die belagerte Armee, sondern auch die nach Port Arthur geflüchteten Schiffe zu vernichten.

Ende Mai 1904 siegte Oku bei Kintschou und schnitt Port Arthur vom Lande ab. Wäre Nogi sofort bereit gewesen, die Belagerung zu unternehmen, dann hätte er sein Ziel viel früher und mit weniger Opfern erreicht. Allein der Mangel an Geld verhinderte den japanischen Generalstab, prompt zu handeln. Ein mit der japanischen Regierung vertrauter englischer Schriftsteller sagte mir: „Im Jahre 1895 wurden die Japaner infolge des mangelhaften Schiffsmaterials verhindert, ihren Sieg vollständig auszunutzen; im Jahre 1904 wurden sie durch Geldmangel gezwungen, langsam vorzugehen und den Russen Zeit zu lassen, während des Krieges ihre Rüstungen zu vollenden.“ Dies zeigte sich sowohl bei Port Arthur wie bei Liaujang. Erst zwei Monate nach Okus Sieg bei Kintschou konnte Nogi es unternehmen, die belagerte Armee aus ihren Außenwerken zu vertreiben. Während dieser zweimonatigen Pause haben die Belagerten unter Leitung Stössels und Kondratjenkos ihre Befestigungen vollendet: in den Wallgräben wurden kugelsichere Zufluchtsorte gebaut, die Forts mit elektrisch geladenen Stacheldrahtzäunen umgeben, Handgranaten mit hochgradigen Explosivstoffen verfertigt und alle schwachen Punkte befestigt.

Ende Juni besetzte Nogi nach einem kurzen Kampfe die in der östlichen Peripherie Port Arthurs gelegenen Außenwerke. Am 3. Juli versuchte General Fock, der die Außenwerke zu verteidigen hatte, die verlorenen Positionen zurückzunehmen, gab aber nach drei vergeblichen Gegenangriffen den Versuch auf. Dann ließen die Japaner aus den oben genannten Gründen wieder eine Pause von drei Wochen eintreten. Erst am 26. Juli konnte Nogi seine Armee in Bewegung setzen und die Eroberung der Festung beginnen. Diese Kämpfe dauerten mit kurzen Unterbrechungen bis Ende August.

Für unsere Zwecke, die politisch und sozialpolitisch sind, ist es nicht nötig, sich in Schlachtenmalereien einzulassen und die schrecklichen Episoden zu schildern,

n denen der Kampf um Port Arthur so überreich war. Als Beispiel mag
olgender Brief eines japanischen Soldaten dienen: „Keine Schlacht", schrieb
: über einen dieser Kämpfe, „ist so schrecklich wie ein Angriff auf ein Fort.
lle Maschinengewehre der umgebenden Forts waren auf uns gerichtet. Alle
uerten sie ohne Unterbrechung; die Hälfte unserer Leute fiel, ehe wir das
iel unseres Angriffs erreichten. Aber wir waren entschlossen, das Festungs-
erk um jeden Preis zu nehmen, und nach schweren Kämpfen gelang es uns
hließlich, es zu erobern. Kaum hatten wir es besetzt, da begannen die russi-
hen Batterien von rechts und links und von der Front mit verstärkter
nergie auf uns zu feuern. Unsere Soldaten fielen einer nach dem anderen,
nd wir waren schließlich gezwungen, das Werk zu verlassen, das wir nach
 vielen Opfern besetzt hatten. Während des Rückzugs wurde ich verwundet
ıd fiel neben einem Drahtzaun nieder. Ich konnte nicht weiter und blieb da
egen. Neben mir lagen mehrere tote Russen, einer auf dem anderen. Etwa
rei Stunden später fühlte ich einen brennenden Durst, aber meine Wasser-
asche war leer. Als ich mich auf dem Boden hinschleppte und nach Wasser
chte, entdeckte ich unter den Leichen der Russen eine Blutlache. Über die
atur dieser Flüssigkeit konnte ich mir nicht den geringsten Gedanken machen.
h schöpfte das Blut mit beiden Händen und stillte meinen Durst."

Solche Kämpfe dauerten mit kurzen Unterbrechungen bis Ende August.
llein die errungenen Vorteile standen in keinem Verhältnis zu den gebrachten
pfern. Am 21. August mußte Nogi nach Tokio berichten, es sei keine Aus-
cht vorhanden, daß er mit seiner Armee zu Oyama stoßen könnte, um am
ampfe um Liaujang teilzunehmen.

Nogi, der sich bis jetzt auf die Tapferkeit seiner Armee verlassen und Port
rthur durch direkte Angriffe zu nehmen gedacht hatte, mußte sich dazu ent-
hließen, eine regelrechte Belagerung zu unternehmen. Die direkten Angriffe
urch Artillerie und Infanterie wurden aufgegeben zugunsten langsamer
appeurarbeiten. Die Glacis, Grabenkasten und Brustwehren wurden unter-
öhlt, dann mit Dynamit zerstört und mit den Trümmern die Wallgräben
ısgefüllt. Die tödlichen Drahtzäune wurden entweder mit Handgranaten zer-
ssen oder mit Scheren von Soldaten durchschnitten, die zu diesem Zwecke mit
ummihandschuhen versehen waren, um sich gegen die Elektrizität zu isolieren.
rst nach diesen Vorarbeiten kamen die elfzölligen Haubitzen in Aktion, die
n Angriff vorbereiteten. Auf diese Weise unternahm Nogi Ende September
e Reduktion der einzelnen Forts, die nach und nach in seine Hände fielen.
ber der Fortschritt war langsam und die Beherrschung des Hafens wurde
n so dringender, als die baltische Flotte am 16. Oktober in See stach und
 Januar vor Port Arthur erwartet wurde. Angesichts dieser neuen Lage
r Dinge wurde General Kodama, der Chef des Generalstabs und der hervor-
agendste Schlachtendenker Japans, von Tokio nach Dalny geschickt, um mit
ogi zu beraten. Bei dieser Beratung wurde der Plan zur Besetzung des
03 Meter-Hügels entworfen. Dieser Hügel, der etwa 8 Kilometer nordwestlich
on Port Arthur liegt, beherrscht den Hafen. Er ist sehr steil und war an
n Abhängen und am Gipfel von Laufgräben und Batterien umgeben. Die
n umgebenden Höhen befanden sich ebenfalls in russischen Händen, so daß
e Eroberung mit ungeheuren Opfern verbunden war. Aber von der Be-
tzung des 203 Meter-Hügels hing die Sicherheit Japans ab. Am 27. November
egann der Kampf, der ohne Unterbrechung bis zum 5. Dezember dauerte und

mit der endgültigen Besetzung des Hügels endete. Was dieser Sieg den Japanern kostete, weiß man im Ausland nicht. Aber der Sieg war entscheidend. Binnen einer Woche konnte Togo melden, daß das pazifische Geschwader zu existieren aufgehört hat. Dann ging es mit Port Arthur rasch zu Ende. Nogi wandte sich sodann den östlichen Forts zu, die eines nach dem anderen in die Gewalt der Japaner fielen. Ende 1904 war der Mut der Belagerten gebrochen. Am 1. Januar 1905 beschloß Stössel die Kapitulation, und am 2. Januar wehten die Banner der aufgehenden Sonne über der Festung im Golf von Petschili. Etwa 1300 russische Offiziere und 24000 russische Soldaten, 59 Forts, 700 Geschütze und viel Munition und Vorräte fielen den Siegern in die Hände. Nachdem die Übergabe offiziell vollzogen war, zog am 13. Januar 1905 die siegreiche Armee in Port Arthur ein. Still, prunklos war der Einzug; die asiatischen Heiden waren von keinen Malern, keinen Hofdichtern und Reklamemachern begleitet; ein tiefer Ernst bemächtigte sich ihrer, als sie die stolze Feste besetzten, von der aus der erste Monarch Europas seine Herrschaft über Asien auszudehnen gedachte.

Am 3. März 1905 erließ der Zar ein Manifest, in dem er unter anderem sagte: „Es gefiel einer unerforschlichen Vorsehung, unser Vaterland mit schweren Prüfungen heimzusuchen. Ein blutiger Krieg im fernen Osten, die Ehre Rußlands und die Beherrschung der Gewässer des Stillen Ozeans, der so nötig ist für die Befestigung des friedlichen Wohlergehens nicht nur Rußlands, sondern aller christlichen Nationen zu allen Zeiten, üben einen großen Druck auf die Stärke des russischen Volkes aus und verschlingen viele Opfer, die unserem Herzen teuer sind. ... Möchte Gott herabsenden Heiligkeit auf unsere Geistlichkeit, Gerechtigkeit und Wahrheit auf alle Autoritäten, Macht auf unsere Gesetze, Stärke auf den Glauben, um die Autokratie und das Wohlergehen unserer lieben Untertanen zu befestigen.“ Als der Zar seine Unterschrift unter dieses von Pobjedonoszew verfaßte Manifest setzte, tobte bereits die Schlacht um **Mukden**. Die Schlacht begann am 19. Februar und nahm folgenden Verlauf. Kuropatkins Heer war in drei Armeen geteilt. Die erste Armee, die seine Linke bildete, befand sich im Süden von Fuschun und wurde von Linewitsch befehligt. Zwischen Fuschun und Mukden und im Süden bis an den Schaho reichend, stand das russische Zentrum unter General Bilderling. Um Mukden und südwestlich davon befand sich die russische Rechte unter Kaulbars. Die Gesamtzahl dieser Truppen belief sich auf etwa 360000; ihre Artillerie bestand aus 1300 Geschützen.

Das japanische Heer unter Oyama war in fünf Armeen geteilt. Seine Rechte war in zwei Armeen geteilt: eine unter Kawamura, die aus älteren Reservisten bestand und im Südosten von Fuschun operierte; die andere befand sich südlich von Fuschun unter Kuroki. Das rechte Zentrum unter Nodzu stand südlich des Schaho. Das linke Zentrum, an der Eisenbahn südlich von Mukden, wurde von Oku befehligt. Hinter Oku — und von Kuropatkin ganz unbemerkt — bewegten sich in nordwestlicher Richtung die Veteranen von Port Arthur, die von Nogi geführt wurden und die Aufgabe hatten, den Westen und Norden von Mukden zu nehmen und den Russen den Rückzug abzuschneiden. Die Truppenzahl der Japaner betrug insgesamt 400000.

Seit der Schlacht am Schaho um die Mitte Oktober 1904 war Oyama bemüht, seinem Gegner den Glauben einzuflößen, daß der Hauptangriff vom Osten gegen Fuschun kommen würde. Demgemäß waren auch Kuropatkins

Vorbereitungen. Der weite Kriegsschauplatz zwischen dem Schaho und dem Hun wurde durch alle Mittel der modernen Technik befestigt und die Streitkräfte unter Linewitsch verstärkt. Fuschun war für die Russen besonders wichtig, da sie dort über Kohlenfelder verfügten. Allein während Kuropatkin um seine Linke besorgt war, traf Oyama seine Vorbereitungen im Südwesten von Mukden gegen die russische Rechte, wo eine japanische Übermacht konzentriert wurde.

Die Schlacht um den Besitz Mukdens wurde am 20. Februar von Kawamura im Südosten von Fuschun eröffnet. Diese Eröffnung bestärkte Kuropatkin in seinem Glauben, daß die Entscheidung auf diesem Teile des Schlachtfeldes fallen werde. Am 24. griff auch Kuroki ein, so daß die ganze russische Linke engagiert wurde. Um dieser beizustehen, sandte ihr Kuropatkin seine Reserven. Kawamura und Kuroki machten nur langsame Fortschritte, da diese beiden Generale in erster Linie die Aufgabe hatten, die Russen im Osten zu beschäftigen und deren Hauptmacht zu erschöpfen. Am 27. kam Nodzu in Aktion, aber auch da war der Fortschritt langsam, nur das Artilleriefeuer aus etwa 500 japanischen Geschützen war ungemein heftig, so daß Kuropatkin annahm, Nogi mit seiner Port Arthur-Artillerie sei zu Nodzu gestoßen.

Indes, trotz der langsamen Fortschritte Kawamuras, Kurokis und Nodzus waren sie am 6. März im Besitz wichtiger Stellungen zwischen dem Schaho und dem Hun und warteten auf den Vormarsch Okus und Nogis, um mit ihnen bei der Einschließung der russischen Armeen Hand in Hand gehen zu können.

Am 27. Februar setzte sich Oku in Bewegung, und nach schweren Kämpfen war er am 6. März einige wenige Kilometer westlich von Mukden angelangt.

Bis zum 6. März war die Lage Kuropatkins scheinbar keine besonders schlechte. Die vierzehn Tage langen Kämpfe haben auf beiden Seiten bedeutende Opfer gekostet. Die Russen waren zwar aus ihren Positionen am Schaho herausgeworfen und nach dem Hun zurückgedrängt, aber irgend ein entscheidender Schlag war gegen sie nicht geführt worden. Sie konnten sogar hier und da kleine Erfolge verzeichnen, indem sie einige Dutzend Japaner gefangen und einige Maschinengewehre genommen hatten.

Der kritische Moment trat erst am 7. März ein. Im Rücken Okus hatte sich — ganz unbemerkt von Kuropatkin — Nogi nach dem Nordwesten bewegt. Am 1. März besetzte er die Bahnstation Hsinmintun, etwa 32 Kilometer nordwestlich von Mukden, von wo aus er eine östliche Richtung — also nach dem Norden von Mukden — einschlug. Am 6. März war er bereits so weit, daß sein rechter Flügel sich mit Okus linkem vor Mukden vereinigen konnte, während seine äußerste Linke auf dem Sprunge war, sich der Eisenbahn im Norden von Mukden zu bemächtigen und den Russen die Rückzugslinie abzuschneiden.

Erst in diesem Moment wurde sich Kuropatkin des Ernstes seiner Lage bewußt und telegraphierte nach Petersburg: „Ich bin umzingelt.“ In der Nacht vom 7. zum 8. März gab Kuropatkin den Befehl zum Rückzug, aber schon wenige Stunden nach dem Beginn des russischen Rückzugs waren sich die Japaner über das Geschehene klar und begannen die Verfolgung des geschlagenen Feindes. Am 8. März waren Nogis Leute damit beschäftigt, die Eisenbahn im Norden von Mukden zu zerstören, während Oku Mukden besetzte, Nodzu den Hun östlich von Mukden überschritt und den fliehenden Feind vom Osten faßte. Die Armeen Nogis, Okus und Nodzus bildeten eine

Gasse, durch die die Armeen Bilderlings und Kaulbars' Spießruten laufen mußten. Der 10. März war der schrecklichste Tag der russischen Heerschaaren unter Kuropatkin — ein Tag, an dem die russische Zähigkeit gebrochen wurde und einer heftigen Nervenkrise Platz machte; Tausende junger Muschiks fielen den japanischen Bajonetten zum Opfer, aber Tausende fielen verwundet auf den Wegen und Tausende ergaben sich und flehten fußfällig um Gnade. Auch die Sieger wurden des Schlachtens müde, aber ihr Heerführer war unerbittlich. Etwa 40 Kilometer von Mukden liegt Tieling mit seinen starken Festungswerken, und diese galt es zu besetzen, ehe sich der geschlagene Feind reformierte. Die Verfolgung wurde fortgesetzt, und am 16. März eroberte Oyama Tieling, den Schlüssel zur Südmandschurei. Die Schlacht um Mukden war zu Ende. Sie kostete den Russen 30000 Tote, 80000 Verwundete und 40000 Gefangene; die Japaner verloren 60000 Mann an Toten und Verwundeten. Kuropatkin legte sodann den Oberbefehl nieder, und Linewitsch trat an seine Stelle. Seitdem befindet sich die russische Armee um Kirin.

Ebenso wie nach Liaujang wurden auch nach Mukden Gerüchte verbreitet, daß der Friede nahe sei. Jedoch wurden sie von keinem ernsten Beobachter geglaubt. Diese waren vielmehr der Überzeugung, daß der Krieg dauern wird, solange Rußland noch über eine kampffähige Flotte verfügt. Und diese befand sich damals im Indischen Ozean und dampfte nach einem der französischen Häfen in Indochina. Noch im August 1904 wurde Admiral Roschdjestwensky mit dem Oberbefehl der baltischen Flotte betraut, aber erst um die Mitte Oktober konnte er in See gehen. Seine Aufgabe war nichts weniger als leicht. Die Flotte war nicht homogen, das heißt sie bestand aus Schiffen mit verschiedener Schnelligkeit; viele der Mannschaften mußten erst zu Seeleuten ausgebildet werden; alle waren vor lauter Warnungen gegen japanische Überraschungen nervös; dazu war die Flotte auf fremde Kohlenstationen und Stützpunkte angewiesen. Schon am 21. Oktober, also wenige Tage nach der Abreise, attackierten die russischen Seeleute englische, schwedische und deutsche Boote in der Nordsee, die sie für japanische Torpedofahrzeuge hielten. England erwies sich indes ungemein friedlich; seine Aufregung legte sich bald, nachdem sich die russische Regierung zu einem angemessenen Schadenersatz bereit erklärt hatte. Dank der sehr weitherzigen Auslegung der Neutralität Frankreichs konnte die russische Flotte längere Zeit in Dschibutil, dann in Madagaskar verbleiben, schließlich sich im April und Mai in indochinesischen Häfen kriegsfertig machen. Erst Ende Mai 1905, über sieben Monate nach dem Verlassen der Ostsee, konnte Roschdjestwensky den Feind aufsuchen, um mit ihm um die Seeherrschaft im fernen Osten zu ringen. Der russische Admiral war voller Hoffnung auf einen günstigen Ausgang, aber auch in den verschiedenen maritimen Kreisen Europas hielt man einen Erfolg der Russen für wahrscheinlich. Schlachtschiffe werden als das Rückgrat der Flotten betrachtet, und an Schlachtschiffen waren die Russen den Japanern überlegen. Die Flotte Roschdjestwenskys bestand aus 7 Schlachtschiffen, 4 Küstenverteidigern (Schlachtschiffe dritter Klasse), 3 Panzerkreuzern, 6 geschützten Kreuzern, 13 Torpedojägern, 6 Hilfskreuzern und mehreren Reparatur- und Transportschiffen. Dieser Flotte gegenüber hatte Togo 4 Schlachtschiffe, 8 Panzerkreuzer, 17 geschützte Kreuzer und mehrere Flottillen von Torpedojägern und Torpedobooten. Roschdjestwenskys Ziel war Wladiwostok, das er erreichen konnte entweder durch die Koreastraße oder durch die Tsugarustraße oder schließlich durch die Perousstraße. Togos schwierigste

Aufgabe bestand vor allem darin, zu berechnen, welche dieser Straßen sein Feind wählen würde. Togo entschied, daß Roschdjestwensky nur die Koreastraße wählen werde. Er blieb deshalb in Masampo, im Hafen Südkoreas. Seine Berechnung erwies sich als richtig. Trotz allerlei russischer Manöver und Gerüchte, die geeignet waren, Togo in seinem Entschluß irre zu machen, konzentrierte er seine ganze Flotte zum Hauptschlag. Am Morgen des 27. Mai 1905 meldete ihm der Funkentelegraph seiner Aufklärungskreuzer, daß die ganze russische Flotte sich auf der Höhe der Insel Quelpart befinde. Er machte klar zum Gefecht und sandte einige leichte Kreuzer nach dem Nordosten der Insel Tsuschima, die die Aufgabe hatten, den Feind zu ermutigen und ihn nach dem Nordosten zu locken. Um 2 Uhr 8 Minuten nachmittags befanden sich beide Flotten in Schlachtordnung, und die Russen eröffneten das Feuer. Um 2 Uhr 47 Minuten war Togo bereits seines Sieges sicher. Was nachher folgte, war nicht mehr eine Schlacht, sondern ein Abschlachten der eingeschlossenen russischen Flotte. Artilleriefeuer und Torpedogeschosse bohrten ein russisches Schiff nach dem anderen in Grund. Von der ganzen baltischen Flotte entkam ein Kreuzer zweiter Klasse nach Wladiwostok, um Rußland von dem Untergang seiner Macht Kunde zu bringen, und drei beschädigte Kreuzer unter Admiral Enquist flüchteten sich nach Manila. Ein Schlachtschiff und drei Küstenverteidiger unter Admiral Nebogatoff ergaben sich den Japanern und Roschdjestwensky wurde gefangen. Etwa 10000 russische Seeleute gingen mit ihren Schiffen unter, 6000 wurden gefangen. Die Japaner verloren im ganzen drei Torpedoboote und etwa 600 Mann an Toten und Verwundeten.

Die Port Arthur-Flotte eingerechnet, verlor Rußland in diesem Kriege 15 Schlachtschiffe, 3 Küstenverteidiger, 6 Panzerkreuzer, 8 geschützte Kreuzer und eine Anzahl von Torpedofahrzeugen und Hilfsschiffen.

Es wäre indes ein Irrtum, die Korruption des russischen Regimes für den Zusammenbruch seiner Seemacht verantwortlich zu machen. Korruption hat es seit der Entstehung des Privateigentums und noch mehr seit der Überhandnahme der Geldwirtschaft gegeben, aber nur dort ihre zerstörende Wirkung geltend machen können, wo ein sozialer Organismus altersschwach war oder die Organisationsform ihren Zwecken nicht mehr entsprach. Die Verteidigungsmittel eines Staates beruhen auf sehr realen Grundlagen und Bedürfnissen. Die militärische Landmacht kann sich nur dort entwickeln, wo die Landesgrenzen in Gefahr sind. Die Seemacht kann sich nur dort entwickeln, wo sie bedeutende maritime Handelsinteressen zu verteidigen hat — mit anderen Worten: die Seemacht setzt das Vorhandensein einer Bourgeoisie voraus. Ohne diese wirtschaftliche Grundlage und gesellschaftliche Gruppierung bleibt die Seemacht ein Spielzeug, ein Kartenhaus, das beim ersten feindlichen Zusammenstoß zusammenbricht.

Der Zusammenbruch der russischen Armada an der japanischen Küste erinnert nicht nur technisch an den Zusammenbruch der spanischen Armada im Jahre 1588 an der englischen Küste, sondern auch politisch und wirtschaftlich an die Zustände Spaniens und Englands. Die Geschichte Spaniens im sechzehnten und siebzehnten Jahrhundert findet ihre Wiederholung in der Geschichte Rußlands im achtzehnten und neunzehnten Jahrhundert. Die spanischen Könige erblickten ihre wirtschaftlichen Quellen nicht in der gewerblichen Arbeit der entstehenden Städte, sondern im kolonialen Raub. Und ihre Sicherheit erblickten sie in der polizeilich-religiösen Inquisition, die die entstehende bürgerliche Kultur unter-

drückte und alle selbständigen Köpfe dem Scharfrichter überlieferte. Spanien blieb in der Autokratie stecken und konnte sich nicht zum national-bürgerlichen Staate entwickeln. Als dann der koloniale Raub durch den maritimen Aufschwung Englands und Hollands den Spaniern unmöglich geworden, ging es mit Spanien rasch zu Ende. Die spanische Armada war die Schöpfung spanischer Könige, ebenso wie die russische die Schöpfung der Zaren war. Allein auch der mächtigste Wille einer Selbstherrschaft kann die Kraft nicht ersetzen, die nur reale Verhältnisse und Bedürfnisse geben können. Es ist sicher: raffen sich nicht die städtischen und die fortschrittlichen Elemente Rußlands jetzt auf, um mit der Autokratie, in der Rußland seit Peter dem Großen stecken geblieben ist, gründlich aufzuräumen, so wird das Schicksal des russischen Reiches dasjenige Spaniens sein. (Schluß folgt.)

Ursprung, Wesen und Grenzen der Theorie.

Von **Janko Sakasow.**

Alle Theorien, wissenschaftliche, philosophische und soziale, haben einen Ursprung: die menschliche Gesellschaft und ihre Bedürfnisse. Wie entlegen dieser Ursprung auch sei, durch welche scheinbar auch ungesellschaftliche Milieus — geistige, logische, ästhetische — sich eine solche Theorie durchbricht, in letzter Instanz findet sich ihre Wurzel immer in den wirklichen oder vermeintlichen Bedürfnissen der Gesellschaft oder Teilen derselben. Wenn dies für die wissenschaftlichen und philosophischen Theorien wahr ist, um so unzweifelhafter ist dies der Fall bei den sozialen Theorien: der Theorie des Absolutismus im Ausgang des Mittelalters, der des Liberalismus während des achtzehnten und neunzehnten Jahrhunderts und der modernen Theorie des Sozialismus. Die Bedürfnisse bestimmter emporkommender Klassen sind es, welche die sozialen Theorien erzeugen. Die gesellschaftliche Theorie faßt die gesellschaftlichen Bestrebungen der einzelnen Menschen zusammen, schafft ihnen ein gemeinsames Ziel, durchdringt mit dem Streben nach diesem Ziele alle ihre gesellschaftlichen Handlungen. Sie erscheint für diese Klassen als eine zusammenfassende, leitende und vorwärts zu einem Ziele treibende Kraft. Es ist also augenscheinlich, daß ihre Wurzel, ihr Ursprung ein gesellschaftlicher ist.

Aber nicht alle Gesellschaften erzeugen als Hilfsmittel für ihre weitere Entwicklung Theorien, obgleich auch alle diese Gesellschaften ihre Entwicklung und ihre Bedürfnisse haben. Eine Theorie entsteht nur dort und inmitten solcher Gesellschaften, in denen es langdauernde Kämpfe gibt, seien es die eines unterdrückten Stammes gegen den herrschenden, seien es die einer unterdrückten Klasse gegen die herrschende. Dort, wo die Gesellschaft in den Tag hineinleben kann, wo es keine Teilung in Klassen gibt und demzufolge auch keine Klassenkämpfe, wo die entstandenen Bedürfnisse ihre Befriedigung von heute auf morgen finden, wo die Gedanken sich bald in Taten umsetzen, mit anderen Worten: in Gesellschaften, wo die entstandenen Bedürfnisse die einzelnen Menschen nicht in gesonderte gesellschaftliche Klassen trennen, wo die unbefriedigten Bedürfnisse die Klassen nicht nötigen, sich entrechtet zu fühlen, und unter den Angehörigen dieser Klassen kein Gefühl der Solidarität erzeugen, wo die entrechteten Klassen nicht gezwungen sind, zusammengepreßt als ein Ganzes, auf Leben und Tod um ihr Dasein zu kämpfen — in solchen Gesellschaften ent-

stehen keine sozialen Theorien, diese Gesellschaften bedürfen auch solcher nicht. Eine gesellschaftliche Theorie ist der in wenige Sätze zusammengefaßte ideelle Ausdruck der Vorwärtsbewegung der unterdrückten Klasse vom ersten Beginn des Bewußtseins ihrer unmittelbaren Interessen bis zur endgültigen Erreichung ihres gesellschaftlichen Zieles, das heißt, bis sie herrschende Klasse geworden ist. Nur die aufstrebenden Klassen, welche auf ihrem Wege der Macht der herrschenden begegnen, nur diese erzeugen soziale Theorien und zwingen damit auch ihre Gegner, ihnen solche entgegenzustellen. Die Theorien der aufstrebenden Klassen tragen einen zersetzenden und zugleich aufbauenden Charakter, die Theorien der herrschenden Klassen haben zu ihrer Grundlage die Stetigkeit der gesellschaftlichen Ordnung, sie tragen einen defensiven Charakter. Die ersteren sind *revolutionäre* Theorien, die letzteren sind Theorien der Stabilität, und da es für die menschliche Gesellschaft kein Stehenbleiben auf einem Punkte gibt und jedes Stehenbleiben auf einem Punkte nichts anderes ist als Zurückhalten der vorwärtsstrebenden Kräfte, so verwandeln sich die Theorien der Stabilität in *Theorien der Reaktion*.

In der neuen europäischen Geschichte der Menschheit begegnen wir nur *zwei echten* aufstrebenden gesellschaftlichen Klassen: der *Bourgeoisie*, welche ihren Aufstieg schon im vierzehnten Jahrhundert in den mittelländischen italienischen Republiken beginnt, dann in den Niederlanden, in England (im siebzehnten Jahrhundert), in Frankreich (im achtzehnten Jahrhundert) und in fast ganz Europa im neunzehnten Jahrhundert siegreich vorschreitet, und dem *Proletariat*, das seinen Aufstieg am Ende des achtzehnten Jahrhunderts in England beginnt und am Ende des neunzehnten Jahrhunderts in ganz Europa hervortritt. Demgemäß haben wir auch *zwei echte* soziale Theorien — den *Liberalismus* und den *Sozialismus*, welche beide zwei wirtschaftlichen Epochen, zwei Produktionsweisen, zwei Arten menschlichen Zusammenlebens entsprechen.

Der Ursprung der sozialen Theorien birgt sich also in den gesellschaftlichen Bedürfnissen und besonders in den Bedürfnissen der *aufstrebenden* gesellschaftlichen Klassen, wenn sie einem langdauernden Widerstand der herrschenden Klassen begegnen. Das erklärt uns in großen Zügen, warum die englische Arbeiterbewegung mit ihren Erfolgen auf verschiedenen Berufsgebieten keine sozialistische Bewegung erzeugt hat, warum die französische Arbeiterbewegung trotz ihres revolutionären Schwunges und ihrer politischen Erfolge uns keine einheitliche sozialistische Theorie geschaffen hat. Diese Ehre fiel der damals schwächsten Arbeiterbewegung zu, vor der ein unerbittlicher Feind stand und die über die Erfahrungen der beiden damals stärkeren Arbeiterbewegungen — der englischen und der französischen — verfügte. Die *deutsche* Arbeiterbewegung, welche damals noch in ihren Kinderjahren stand, sah gerade ihrer Schwäche wegen weit, weit vor sich hin auf den Weg ihrer Entwicklung — und zurück auf den Weg, den die beiden anderen Arbeiterbewegungen, die englische und französische, zurückgelegt hatten. Dadurch erhielt sie die Grundlagen für die Theorie des Sozialismus. Die Wortführer dieser Bewegung, Marx und Engels, mußten, getrieben vom revolutionären Feuer und gejagt von den reaktionären Stürmen, persönlich die Methoden und die Resultate der abendländischen revolutionären und proletarischen Bewegungen durcherleben und aufs genaueste prüfen, um uns die Theorie einer allgemeinen Arbeiterbewegung zu geben, die Theorie des Überganges vom Kapitalismus

zum Sozialismus, die Theorie der Ersetzung der Bourgeoisie durch das Proletariat.

So ist der Ursprung der Theorien überhaupt und der sozialdemokratischen Theorie im besonderen. Betrachten wir jetzt das Wesen, die Natur der sozialen Theorie.

Eine Theorie ist eine Generalisation, eine Verallgemeinerung der Erscheinungen. Die sozialistische Theorie ist nur die „Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung".[1] Das heißt also, daß diese Theorie eine Verallgemeinerung der Erscheinungen ist, daß sie die Bedingungen des Entstehens der Arbeiterbewegung feststellt, welche den Gang der Bewegung bestimmen und die allgemeinen Resultate derselben Bewegung darstellen. Mit anderen Worten: die sozialistische Theorie ist eine ideale Darstellung der allgemeinen Schicksale der Arbeiterbewegung in der kapitalistischen Gesellschaft.

In dieser Definition der Theorie gibt es zwei grundlegende Momente. Sie ist vor allem eine Abstraktion von allen möglichen konkreten Formen, welche eine gegebene Arbeiterbewegung annimmt; sie greift nur die allgemeinen Merkmale dieser Bewegungen heraus; sie stellt uns mit einem Worte eine abstrakte Arbeiterbewegung dar. Sie ist zweitens ein Voraussehen der möglichen Entwicklung und der möglichen Resultate dieser Bewegung, es heißt also, sie eilt der wirklichen Entwicklung voraus, sie stellt uns eine Entwicklung, welche noch nicht verwirklicht ist, dar. Die soziale Theorie ist ein Voraussehen in abstracto. Dies ihr Wesen behält sie unabhängig davon, ob die Abstraktion richtig und den wirklichen konkreten Erscheinungen entlehnt ist, und unabhängig auch davon, ob dem Voraussehen in die Zukunft eine tatsächliche Bewegung der Erscheinungen entspricht. Ihr Wesen bleibt bestehen unabhängig davon, ob sie richtig oder falsch ist. Der Maßstab für die Richtigkeit oder Unrichtigkeit einer sozialen Theorie liegt nicht in ihrem logischen Aufbau, sondern in etwas ganz anderem, das wir an seinem Orte näher betrachten werden.

Es bleiben uns noch einige Worte über die Grenzen der sozialen Theorien zu sagen.

Da der Ursprung der sozialen Theorien in den Bedürfnissen der Gesellschaften wurzelt und da ihr ganzes Wesen Voraussehen in abstracto der Schicksale dieser Gesellschaften ist, so entsteht natürlich die Frage: Bis wohin kann sich die leitende Rolle einer sozialen Theorie für das Leben und die Bestrebungen der Gesellschaft erstrecken? Vor allem müssen wir bemerken, daß der Grad des Einflusses einer Theorie außer anderen Bedingungen abhängt von ihrer abstrakt genauen Übereinstimmung mit der Bewegung der Erscheinungen selbst, welche sie darstellt; so daß nur aus der Analyse des Wertes irgendeiner Theorie zu erkennen ist, in welchem Grade sie Einfluß auf die Tätigkeit ihrer Anhänger ausüben wird.

Jede Theorie hat ihre Grenzen in ihrem Wesen. Ihre Abstraktionen können weder die faktische Konkretheit der Erscheinungen ersetzen, noch die ideelle Darstellung der Bewegung der Erscheinungen den Platz der tatsächlichen

---

[1] Im „Kommunistischen Manifest", S. 14, heißt es: „Die Kommunisten . . . haben theoretisch vor der übrigen Masse des Proletariats die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung voraus."

Bewegung einnehmen. Zudem noch hebt jede Theorie die abstrakte Bewegung der Erscheinungen aus einem Komplex sie begleitender oder mit ihr verflochtener Nebenerscheinungen heraus, während in der Wirklichkeit die Erscheinungen nie in gereinigter, logisch abstrahierter Form zu finden sind, sondern lebendige, konkrete, vielfach gemischte Aggregate darstellen. Die Bedeutung der Theorie ist nicht die, uns die Wirklichkeit zu ersetzen, sondern sie uns zu beleuchten, sie hat uns zu helfen, uns in der Mannigfaltigkeit der Wirklichkeit zu orientieren, um unsere Kräfte verstandesgemäß in dieser Wirklichkeit zu betätigen mit Vorauswissen und Vorauserwarten bestimmter Resultate. Womit die Menschen im Leben zu tun haben, das sind die konkreten Zusammenhänge von Erscheinungen, und die menschlichen Kämpfe richten sich nach der wirklichen Bewegung der Tatsachen und der Ereignisse, nicht aber nach den Abstraktionen, die uns die Theorie gibt. Diese schützt uns nur davor, daß wir uns nicht in der Mannigfaltigkeit der Erscheinungen und in deren scheinbarem Widerspruch verlieren. Sie hilft uns nur, diese oder jene Zusammenhänge zu erklären, die geringe oder große Unregelmäßigkeit oder Abweichung der Bewegung gewahr zu werden, aber sie kann uns nicht helfen, diese Vielfältigkeit oder Unregelmäßigkeit zu überspringen. Faktisch, in der Wirklichkeit müssen wir mit dem Leben in der Art kämpfen, wie es uns entgegentritt, aber nicht so, wie es im Buche steht. Die Grenzen des Einflusses der Theorie sind also durch das Leben selbst gegeben in der faktischen Verflechtung und Komplexität der Erscheinungen. Und wenn es sich nach wiederholten Versuchen und Anstrengungen zeigt, daß das Licht der Theorie nicht mehr den Weg weist, dann ist es die Theorie, die eine Veränderung oder einen Zusammenbruch zu erleiden hat. Schließlich ist es das Leben, welches die Theorien korrigiert oder begräbt, weil es das Leben ist, welches sie erzeugt.

Aber es gibt auch noch andere Grenzen der Theorien, bei deren Aufzeigung wir einen Augenblick verweilen wollen. Eine soziale Theorie wird ursprünglich erzeugt für die gesellschaftlichen Bedürfnisse einer Klasse. Die Grenzen ihres Einflusses sind also eingeschlossen in die Grenzen dieser Klasse, deren Aufwärtsbewegung zu fördern sie bestimmt ist. Aber mit dem Wachstum dieser Klasse und mit der Verbreitung ihres Einflusses auf die anderen gesellschaftlichen Klassen bekommt auch ihre Theorie Bedeutung für die übrige Gesellschaft. Die Haupt- und Grundelemente dieser Theorie bekommen eine allgemeine soziale Geltung, sie umfassen die Bewegungen auch der anderen Klassen und werden auch für diese maßgebend. Je mehr die aufkommende Klasse maßgebend wird in dem neuen Leben, um so mehr erhebt sich auch ihre Theorie zu einer Theorie der sich neu aufbauenden Gesellschaft und wird auch für diese maßgebend, so daß die ursprünglich engen Klassengrenzen sich bis zu den Grenzen der modernen Gesellschaft erweitern und die ursprüngliche Rolle der Theorie, die sich darauf beschränkte, der Entwicklung der Klasse zu dienen, sich nun bis zu den Dimensionen einer Theorie der sozialen Entwicklung überhaupt ausdehnt. Wenn die aufkommende Klasse bestimmt ist, alle anderen Klassen aufzuheben, ihnen ihre Interessen, ihre Ideale aufzuerlegen, dann erweitert sich auch die Theorie dieser Klasse, indem sie mehr und mehr neue Elemente in sich aufnimmt, zu den Dimensionen einer universellen Weltanschauung, zu einer Philosophie der ganzen Menschheit. So ist es der Fall gewesen mit der Theorie der Bourgeoisie am Ende des achtzehnten und am Anfang des neun-

zehnten Jahrhunderts, gerade so ist es auch heute in höherem Grade mit der Theorie des Proletariats, welche sich in dem heutigen Marxismus von dem Maßstab einer einfachen Klassentheorie zu einer Theorie der modernen sozialen Entwicklung erweitert hat und immer mehr ihre Flügel ausbreitet, um die Weltanschauung der ganzen modernen Menschheit zu umfassen. Die historische Kraft der Klasse ist es, welche auch die Grenzen ihrer Theorien erweitert.

Aus der neuesten Literatur über die wirtschaftlichen Ursachen der Kriminalität.

Von **Mich. Sursky.**

Noch lange bevor Marx und Engels die Theorie des historischen Materialismus ausgearbeitet hatten, verstanden es ihre „Vorläufer", wie Thomas Morus, Jean Meslier, wo man die Ursachen der Kriminalität aufsuchen müsse. Das Herz dieser edlen Denker blieb den Leiden der unterdrückten Klassen gegenüber nicht verschlossen, ihr scharfer Blick sah die Quelle des Elends der Volksmassen Englands und Frankreichs nicht in der „sündhaften Menschennatur", sondern in der Gesellschaft selbst, in der ungerechten Verteilung der Güter auf der Erde. „Was tut ihr", rief zornig Morus den herrschenden Klassen zu, „ihr macht Leute zu Dieben, um sie später aufhängen zu lassen!"

Jahrhunderte vergingen seit der Zeit, wo der große Utopist lebte, es herrschte unter den Nationen bald Krieg, bald Frieden, nur der Kampf des Staates mit dem „inneren Feinde" dauerte ununterbrochen fort, und so konnte man „das Schwert der Gerechtigkeit nicht in einen friedlichen Pflug umschmieden". Und je mehr die Polizeistaaten Europas zu Rechtsstaaten wurden, je heiliger und unantastbarer das private Eigentum und das Leben des biederen Bürgers geschätzt wurden, desto peinlicher, desto lästiger waren die „Ruhestörer" für die Gesellschaft. Und ihre Zahl wuchs dazu im letzten Jahrhundert immerzu. Die Wissenschaft kam dem Staate in seinem Kampfe mit dem Verbrechertum zu Hilfe, sie übernahm auf sich die Aufgabe, Klärung über die Ursachen der Kriminalität zu schaffen, die Rolle, die der oder jener Faktor darin spielt, näher zu bestimmen. In den letzten zwei Jahrzehnten waren es die sozialen Faktoren, und unter ihnen die wirtschaftlichen, die am meisten die Aufmerksamkeit der Kriminalisten auf sich zogen.

Daß der Schwerpunkt der Untersuchungen auf die wirtschaftlichen Faktoren übertragen war, erklärt sich aus der Rolle, die jetzt die Arbeiterfrage im Leben Europas spielt; bewußt oder unbewußt übt die Tätigkeit der Sozialdemokratie unverkennbaren Einfluß auf die Gedankenwelt eines wissenschaftlichen Forschers so gut wie eines Proletariers. Auch die Strafrechtswissenschaft wurde vom Wehen der Zeit ergriffen, ihre neue soziologische Schule wurde in den Kreis der sozialen Kämpfe mit hineingezogen.

In dem wissenschaftlichen Suchen und Forschen auf dem Gebiet der Kriminalität haben die Anhänger des wissenschaftlichen Sozialismus bisher sehr wenig geleistet. Ihre Kräfte haben sie fast ausschließlich den volkswirtschaftlichen Fragen gewidmet, die bürgerlichen Kriminalisten dagegen erwiesen in den letzten Jahren eine rege Tätigkeit, und mit Recht bemerkt Professor v. Liliental, daß die Literatur über die wirtschaftlichen Ursachen der Kriminalität eine „un-

gemein ausgedehnte" geworden ist.[1] Eine dringende Notwendigkeit war es, das vorhandene Material nun endlich zu sammeln, es systematisch und kritisch darzulegen, damit jeder neue Forscher auf diesem Gebiet eine klare Vorstellung von der schon gemachten Arbeit gewinnen konnte. Diese Erwägungen bestimmten auch die juristische Fakultät der Amsterdamer Universität, einen Preis für das Jahr 1900 auszuschreiben für den kritischen und systematischen Bericht über die Literatur, die den Zusammenhang der wirtschaftlichen Verhältnisse mit der Kriminalität behandelt. Zwei Arbeiten gingen der Fakultät zu. Die eine — von J. van Kan — ist später vom Verfasser ins Französische übersetzt worden und so für die Kriminalisten zugänglich gemacht,[2] die andere gehört Dr. W. A. Bonger. Die letztere, die erst nur eine kritische Übersicht der Literatur enthielt, ist in den letzten Monaten als ein ganz neues Werk erschienen, denn Dr. Bonger hat inzwischen selbständige Untersuchungen unternommen, die den Inhalt des zweiten Teiles seines Buches bilden.[3]

Die Arbeit von van Kan ist von der Fachkritik überaus mit Beifall empfangen worden. Die Strafrechtswissenschaft entbehrte bisher so einer systematischen Übersicht der Literatur über die wirtschaftlichen Faktoren der Kriminalität. „Sicher", sagt Dr. Näcke, „wird über den Zustand der ganzen Frage kein Buch einen so ausgezeichneten und tiefen Blick gewähren, wie das von van Kan."[4] Es bleibt natürlich die eine oder andere Arbeit von ihm nicht erwähnt; die Klassifikation ist, wie van Kan selbst zugibt, nicht ganz stichhaltig, eine mehr oder weniger klare Vorstellung von der betreffenden Literatur erhält aber der Leser jedenfalls. Von diesem Standpunkt aus ist das wahrhaft mit holländischem Fleiße geschriebene Buch von van Kan nur zu begrüßen. Weit dürftiger sind die kritischen Ergebnisse seines Buches; van Kan kommt auf Grund der von ihm studierten Literatur zum Schlusse, daß die schlechte wirtschaftliche Lage vermehrend auf die Eigentumsdelikte einwirke, der materielle Wohlstand (bien-être matériel) einen günstigen Einfluß auf diese Verbrechen ausübe, dagegen aber die Sittlichkeitsdelikte in höherem Maße fördere. In bezug auf die übrigen Klassen von Delikten herrsche Meinungsverschiedenheit. Es spielen nach van Kan die wirtschaftlichen Verhältnisse zwar eine wichtige Rolle in der Kriminalität, aber sie sind keineswegs ihre einzigen Faktoren. Im Vergleich mit anderen Faktoren — kosmischer, biologischer, sozialer, aber nicht ökonomischer Natur — sind die wirtschaftlichen Faktoren größeren zeitlichen Veränderungen ausgesetzt, was ja auch die Kriminalisten, die die Bewegung der Kriminalität studierten, verleitete, eine zu nichtige Bedeutung ihnen zuzuschreiben. Wenn man aber die Kriminalität in ihrer Statik untersucht, so wird man gleich einsehen, daß auch die anderen Faktoren — von mehr beständiger Natur — einen großen Teil der Kriminalität von sich bestimmen lassen. Auf solche Weise erklärt van Kan die Tatsache, daß einige Kriminalisten, wie Garofalo, Morrison, den wirtschaftlichen Faktoren jede Bedeutung

---

[1] Monatsschrift für Kriminalpsychologie und Strafrechtsreform. Herausgegeben von Professor Aschaffenburg; Verlag von Winter, Heidelberg. 1. Jahrgang 1904/05, S. 137.

[2] J. van Kan, Les causes économiques et la criminalité. A. Stork & Co., Paris 1903. 496 S. 10 Frank.

[3] Dr. W. A. Bonger, Criminalités et conditions économiques. J. P. Tieric, Amsterdam 1905. 750 S. 10 Mark.

[4] Archiv für Kriminalanthropologie und Kriminalistik. Herausgegeben von Professor Groß; Leipzig 1904. 14. Band, S. 192.

absprechen, andere dagegen, wie Turati, Colajanni, in ihnen die einzige Ursache der Kriminalität sehen.

Wir können dieser Erklärung van Kans ganz und gar nicht beistimmen. Nicht die statische oder dynamische Betrachtung führt die Kriminalisten zu solch verschiedenen Ergebnissen. Der Schwerpunkt liegt darin, ob die Kriminalisten volle Einsicht in die Natur der kapitalistischen Gesellschaft besitzen, ob sie die Bedeutung der heutigen Produktionsweise für die Gestaltung des gesamten gesellschaftlichen Lebens genug zu würdigen verstehen. Mit dieser Einsicht hängt es aber auch enge zusammen, was man sich unter den „wirtschaftlichen" Faktoren vorstellt.

Es sind die Kriminalisten, die kein Verständnis für die Natur der heutigen Gesellschaft erweisen, die den Einfluß der wirtschaftlichen Verhältnisse auf die Kriminalität leugnen, wobei sie natürlich den Begriff derselben so enge, wie es möglich ist, auffassen. Denn wie konnte zum Beispiel solcher Kriminalist wie Baron Garofalo einen Einfluß der wirtschaftlichen Lage der Arbeiterklasse auf die Kriminalität zuschreiben, wenn er in kategorischster Weise behauptet, daß in unserer Zeit es nur rein zufällig — von Krisen abgesehen — vorkommen kann, daß ein Arbeiter keine Beschäftigung findet („La criminalogie", S. 170). Von der Existenz der Reservearmee hat Garofalo allem Anschein nach so gut wie nichts gehört. Und je eingehender die Kriminalisten die soziale Lage verschiedener Klassen studierten, desto besser erkannten sie den tiefsten Zusammenhang der gesamten wirtschaftlichen Verhältnisse mit der Kriminalität. Weit entfernt von Lombroso, der genug naiv ist, zu behaupten, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse in der Kriminalität eine kleine Rolle spielen, weil Diebstähle aus Hunger nur in verschwindend kleiner Zahl vorkommen, steht zum Beispiel H. Müller,[1] der sich schon nicht begnügt, das Fallen oder Steigen der Getreidepreise zu studieren und daraus auf die Bewegungen der Kriminalität zu schließen, sondern darauf hinweist, daß die jeweilige Lage des Erwerbslebens, das größere oder geringere Maß der Arbeitsgelegenheit, die Blüte des gesamten wirtschaftlichen Lebens, andererseits die Geschäftskrisen usw. weit bedeutungsvoller für die Zu- oder Abnahme des Verbrechertums geworden sind. Aber was alle Kriminalisten, die Sozialisten natürlich ausgenommen, kennzeichnet, ist das, daß sie alle die „wirtschaftlichen Verhältnisse" viel zu eng auffassen und darum den anderen Faktoren, sei es kosmischer, biologischer oder sozialer, nicht ökonomischer Natur, eine nicht minder wichtige Rolle einräumen. Keiner der Kriminalisten, über die van Kan berichtet, hatte es unternommen, klar und gründlich darzustellen, wie die auf kapitalistischer Produktionsweise basierte Gesellschaft alle Verbrechen erzeugt und dank ihrer Natur auch mit Notwendigkeit sie erzeugen muß, keiner hatte es zu beweisen gesucht, daß nur die „wirtschaftlichen" Faktoren — im weitesten Sinne des Wortes — es sind, von denen die gesamte Kriminalität abhängt.

Diese dankbare Aufgabe hat nun Dr. Bonger auf sich übernommen und in glänzendster Weise gelöst. Wenn auch früher den Sozialisten der Gedanke eigen war, daß die heutige Kriminalität in letzter Linie von der kapitalistischen Struktur abhängt, so behandelten sie die Frage meistenteils in allgemeinen Umrissen; den skrupulösen, bis in die letzten Einzelheiten gehenden Beweis er-

[1] H. Müller, Untersuchungen über die Bewegungen der Kriminalität in ihrem Zusammenhang mit den wirtschaftlichen Verhältnissen. Inaugural-Dissertation. 72 S. Verlag von Cämmerer, Halle a. S. 1899.

brachten sie nicht, und dazu waren sie zu oft recht wenig in der Fachliteratur bewandert. Ganz anders Bonger. Er tritt gerüstet mit der Kenntnis der kriminalistischen Literatur auf, er ist auf diesem Gebiet ganz zu Hause. Kein bedeutendes Werk hat er unbeachtet gelassen, und im Gegensatz zu van Kan hat er sein Buch von manchem unnötigen Ballast verschont. Die Arbeit zerfällt in zwei Teile; der eine stellt die kritische Übersicht der Kriminalisten dar, der zweite (S. 312—726) enthält kritische Untersuchungen. Beide Teile stehen in engem Zusammenhang miteinander, denn mehr als einmal begnügt sich Bonger mit Wiedergabe der Meinung dieses oder jenes Kriminalisten, die Kritik darüber wird aber erst in dem zweiten Teile gegeben, wo der Verfasser seine Ansichten entwickelt und verteidigt. Ein Werk nach dem anderen unterwirft Bonger der schärfsten Kritik. Er zeigt klar, wie die Kriminalisten einseitig und eng die wirtschaftlichen Faktoren verstehen, wie sie meistenteils nur ihre direkten Folgen beachten, den gesamten Einfluß der modernen Produktionsweise aber auf das gesellschaftliche Leben und die Gestaltung der Kriminalität außer acht lassen. Bonger beweist, daß diese einseitige Auffassung der Kriminalisten von ihrer nichtsozialistischen Weltanschauung abhängt, daß in unserer Klassengesellschaft es keine Wissenschaft geben kann, die nicht den Klassencharakter, bewußt oder unbewußt, bekundet.

Den zweiten Teil beginnt Bonger mit der Analyse der kapitalistischen Gesellschaft, der modernen Produktionsweise und der Konsequenzen, die daraus fließen. Er analysiert die einzelnen Klassen, eine nach der anderen, von der Großbourgeoisie bis zum Lumpenproletariat herab. Bonger hebt hervor, daß die Tauschwerte produzierende Gesellschaft nur egoistische Triebe in Mitgliedern aller Klassen züchten kann, was für die Kriminalität von größter Wichtigkeit ist. Es wird dann die moderne Ehe betrachtet, deren Form so eng mit der wirtschaftlichen Struktur der Gesellschaft zusammenhängt, die Kindererziehung in allen Schichten der Bevölkerung, und Bonger weiß dem Leser nahe zu bringen, wie die junge Generation verwahrlost in der Arbeiterklasse — vom Lumpenproletariat gar nicht zu sprechen — aufwächst, und was für rein äußerliche, egoistische Erziehung die Kinder in den bürgerlichen Kreisen genießen. Nur dank der Aufsicht begehen diese Kinder keine Verbrechen, und dann schützt sie die Umgebung, denn bevor sie aufwachsen, wird schon für alles gesorgt. So rekrutiert sich die junge Verbrecherwelt vorwiegend aus ärmeren Kreisen, aus verwahrloster Jugend. Die Waisen, die Kinder der Prostituierten, der Verbrecher sind einfach verdammt, das Leben ihrer Eltern fortzuführen. Keine Schattenseite des heutigen Familienlebens läßt Bonger unerwähnt, und das alles rein objektiv, ohne jegliche Verherrlichung der einen Klasse und Herabsetzung der anderen. Die Schlüsse, die er zieht, haben für den Kriminalisten die größte Tragweite, denn das Familienleben und die Erziehung der Kinder ist für ihr späteres Leben ausschlaggebend, und unsere Gesellschaft, die eigentlich den Kindern keine Erziehung zuerteilt, „hat die Verbrecher, die sie verdient" (Lacassagne). Im Kindesalter und in früherer Jugend reift die „Eigenart" des zukünftigen Verbrechers. Weiter zeigt Bonger, wie die Prostitution, der Alkoholismus dem Boden des Kapitalismus entwächst, unter den niederen Schichten der Bevölkerung wüste Orgien feiert, furchtbare Opfer fordert, auf die Nachkommenschaft degenerierend wirkt und so der Kriminalität die Wege ebnet. Von Natur aber ist der Mensch keineswegs so egoistisch, so schlecht angelegt, wie wir ihn in der heutigen Gesellschaft vorfinden. Die neuesten For-

schungen — von Kropotkin, Kowalewsky, Steinmetz, Nansen — bestätigen das, worauf schon Morgan hingewiesen hat, daß nämlich den Völkern, die kein Privateigentum kennen, auch die Habgier, der Egoismus fremd bleibt. Mit der Entwicklung des Privateigentums entwickeln sich auch die antisozialen, egoistischen Triebe in den Menschen, und unter der Herrschaft des Kapitals hat dieser Egoismus seine höchste Höhe erreicht. Diese Analyse der modernen Gesellschaft gibt dem Leser eine volle Vorstellung dessen, was nun unter den „wirtschaftlichen" Faktoren ein Sozialist versteht, sie beweist, wie unrecht die Kriminalisten haben, die den Sozialdemokraten ihre „Einseitigkeit" vorwerfen.

Jetzt kommt Bonger zur Analyse der Ursachen der einzelnen Verbrechensarten, die er vom Standpunkt eines Soziologen nach den Motiven der Begehung, nicht nach juristischen Merkmalen klassifiziert. In dem Kapitel der „ökonomischen" Verbrechen zeigt Bonger zuerst, wie die Hauptursachen der Bettelei, des Landstreichertums nicht in der „Arbeitsscheu" zu suchen sind, sondern in der Arbeitslosigkeit, der Verwahrlosung der Kinder und der Invaliden. Hier stützt sich Bonger auf die neuesten Arbeiten von Flynt und Ostwald, die selbst einige Jahre als Landstreicher gelebt haben. Die Diebstähle werden nicht nur aus Not, sondern auch aus Habsucht verübt, die die ungerechte Güterverteilung in breiten Volksschichten heute erweckt. Interessante Betrachtungen macht Bonger über die Warenhäuser, die gerade auf die Erweckung der habsüchtigen Gefühle beim Publikum abzielen. Dann bespricht Bonger die Verbrechen, die von der Bourgeoisie begangen werden, so den Bankrott, Fälschung der Nahrungsmittel, von ihrer künstlichen Verteuerung schon nicht zu sprechen. Er untersucht auch die Verbrechen aus ökonomischen Motiven, die vom professionellen Verbrechertum, von „Gewohnheitsverbrechern" nach der Terminologie von Liszt, verübt werden, wie sie in kapitalistischen Großstädten üppig blühen.

Dann geht Bonger zu den *sexuellen* Verbrechen über, zu einem Gebiet, wo manchmal auch dem Marxisten der Mut versagt, weil er die Wirkung der kapitalistischen Ordnung nicht so scharf festzustellen vermag. Bonger geht davon aus, daß unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen das geschlechtliche Leben ganz anormal sich gestaltet, die Prostitution hervorgerufen wird. Die überwiegende Mehrzahl der Kriminalisten haben festgestellt, daß die geschlechtlichen Delikte da zunehmen, wo die wirtschaftliche Lage des Landes sich bessert. Mit Recht weist Bonger darauf hin, daß zwar die bessere Lebensweise, die reichlichere Nahrung den geschlechtlichen Trieb steigert, aber keineswegs kann man daraus auf die Unvermeidlichkeit, ihn auf verbrecherische Weise zu befriedigen, schließen. Die Sittlichkeitsdelikte kommen, wie die Statistik zeigt, hauptsächlich in den niederen Schichten der Bevölkerung vor, wo große Unwissenheit herrscht und Mangel an Kultur und Bildung, wo der Alkoholismus am verbreitetsten ist. Die Ledigen und Witwer beteiligen sich mehr an diesen Verbrechen, als die Verheirateten. Und wenn die Kriminalisten vom „Überfluß" sprechen, in dem die Arbeiter dann und wann leben, so beweist das, wie Bonger ganz treffend bemerkt, nur ihre große Unwissenheit des herrschenden wirtschaftlichen Systems. Die Vergnügen, die sich die wohlhabenden Klassen erlauben können, sind gerade dem Arbeiter unzugänglich, und wo er von seiner Klassenpartei nicht genug aufgeklärt ist, wird er natürlich seine „überflüssigen" paar Groschen in der Schankwirtschaft lassen. Von dem Kulturniveau der Arbeiter hängen auch die Verbrechen ab, die aus *Rache*, *Zorn* und dergleichen

egangen werden und die in Körperverletzungen, Raufereien, Schlägereien usw. ch äußern. Der Zahl nach spielen diese Verbrechen eine sehr große Rolle in er Kriminalität. Von großem Interesse ist die von Bonger gemachte Zusammen- ellung der sozialdemokratischen Stimmenzahlen, der Analphabeten bei den Rekrutenaushebungen und der Zahl der Körperverletzungen in Deutschland in en Jahren 1893 bis 1897. In denjenigen Teilen Deutschlands, in denen die meisten sozialdemokratischen Stimmen abgegeben sind, war die Zahl der An- lphabeten und die Zahl der Verbrechen am kleinsten, und umgekehrt. Bonger eht natürlich ein, daß der kulturelle Einfluß der Sozialdemokratie nicht auf alle Schichten der Bevölkerung sich verbreiten kann. So ist von ihm das Lumpen- roletariat, aus dem sich das professionelle Verbrechertum rekrutiert, aus- eschlossen. Auch die politischen Verbrechen behandelt Bonger, die ja, wie edem klar ist, von der politischen und ökonomischen Struktur der Gesellschaft ervorgerufen werden. Bonger gibt den Anthropologen den guten Rat, die Schädel eines Plehwe und Bobrikoff zu untersuchen statt die ihrer Hinrichter, vielleicht werden sie dann eher die Ursachen der politischen Kriminalität verstehen.

Nur ein winzig kleiner Teil der Verbrechen erklärt sich aus der „Eigenart“ des Verbrechers und müssen nur aus den individuellen Faktoren erklärt werden. Aber das sind die „pathologischen“ Verbrechen, Erscheinungen, die der krank- haften Natur der desequilibrierten (aus dem psychischen Gleichgewichtszustand gebrachten) oder degenerierten Individuen entspringen. Fragen wir nach den Ursachen dieser Degenerierung, so werden wir stets auf die elende wirtschaft- liche Lage der Eltern, auf die Prostitution, Alkoholismus usw. stoßen.

Das Endergebnis, zu dem Bonger gelangt, ist, daß die „wirtschaftlichen“ Faktoren auf die Kriminalität einzig und allein bestimmend wirken. Die Formel: das Verbrechen sei das Resultat der individuellen und sozialen Fak- toren, ist ungenau, wenn man nach den Ursachen des Verbrechens forscht, nicht aber nach dem, warum dieses oder jenes Individuum das Verbrechen begangen hat. Für den Kriminalisten-Soziologen ist es klar, daß der mit schwachen sozialen Instinkten Geborene mehr der Gefahr ausgesetzt ist, das Verbrechen zu verüben, als der andere mit stärkeren sozialen Trieben, aber eine Gewiß- heit, daß er es begeht, existiert nicht: das hängt von der Umgebung ab. Auf diesen Standpunkt stellt sich auch v. Liszt, der betont, daß der individuelle Faktor nur dann in Betracht gezogen werden müsse, wenn man eine bestimmte Tat eines bestimmten Individuums untersucht, in der Untersuchung des Ver- brechens als einer Erscheinung des gesellschaftlichen Lebens spiele er keine Rolle.[1] Bonger faßt hier ganz richtig den Unterschied auf zwischen den Motiven des einzelnen Verbrechens und den Faktoren der Kriminalität. Was aber Bonger von Liszt und anderen Anhängern der Theorie des Milieus trennt, ist wie die verschiedene Beurteilung der „wirtschaftlichen“ Faktoren, so ihre „Kriminalpolitik“. Nur von einem Übergang der kapitalistischen Gesellschaft in eine sozialistische — und das ist die eiserne Konsequenz seiner Diagnose der Ursachen der Kriminalität — erwartet Bonger die Befreiung der Menschheit von der Kriminalität, wie sie heute gestaltet ist.

Nur in kurzen Abrissen ein unvollkommenes Bild konnten wir von dem Buche Bongers geben. Es läßt sich eben das gewaltige Thema, das dieses ungemein reichhaltige Werk behandelt, nicht in einige Seiten zwingen. Jedem

[1] In der „Zeitschrift für die gesamte Strafrechtswissenschaft“, Berlin, J. Guttentag. Band XXIII, 1903, S. 208.

würde ich raten, sich an das Original selbst zu wenden. Und dieses Buch ist keineswegs für den engen Kreis der Fachleute geschrieben. Den Soziologen bietet es ein großes Interesse. Wie Bonger selbst aus der Quelle der Soziologie reichlich schöpfte, so verarbeitete er seinerseits das kriminalistische Material für die Soziologie vorzüglich. Den Kriminalisten vom Fache wird das Buch auch Dienste leisten. Ein ungemein reicher Literaturapparat, scharfe Kritik, die Untersuchung der Kriminalität nach soziologischen Kategorien, die eiserne Konsequenz in der Durchführung seines Grundgedankens, das wird auch bei seinen Gegnern lebhaftes Interesse für das Buch erwecken. Vielleicht wird es auch die Kriminalisten anregen, den historischen Materialismus etwas näher, nicht aus der zweiten Hand, kennen zu lernen. Dann werden sie einsehen, daß die Anhänger des historischen Materialismus unter den wirtschaftlichen Faktoren nicht die Armut und das Elend der niederen Klassen, sondern die gesamte ökonomische Struktur der Gesellschaft verstehen, mit all ihren üblen und guten Folgen. Aber wie das Urteil der Kriminalisten auch ausfallen mag, wir können Bonger von ganzem Herzen begrüßen als einen Forscher, der sein Talent, sein Wissen und seine Kraft der Sache des Proletariats und somit der Befreiung der ganzen Menschheit gewidmet hat.

Die Weber.

Von **Richard Wagner** (Bant).

Der kleine Lohnkampf in Glauchau und Meerane, der in eine riesenhafte Aussperrung umgeschlagen ist, weil die Ausständigen auf ihrem bescheidenen Verlangen nach Erhöhung des Wochenlohns von 13,50 Mark auf 15 Mark bestanden, führt uns wieder einmal recht drastisch die erbärmlichen Hungerlöhne vor Augen, die die deutsche Textilindustrie zahlt und, wie sie behauptet, zahlen muß, um mit der ausländischen Textilindustrie konkurrieren zu können, obwohl diese ein Vielfaches des deutschen Lohnes zahlt.

Ein ganzes Volk, ein Heer von über 100000 Menschen, ist bei bienenemsiger Tätigkeit in elf- bis zwölfstündiger, oft noch längerer Arbeitszeit zu einer Lebenshaltung verdammt, die einem Einkommen des Familienvaters von monatlich 54 Mark entspricht. Und die hungernden Lohnsklaven der deutschen Textilindustrie stellen so bescheidene Ansprüche an das Leben, daß sie sich mit einem Einkommen von monatlich 60 Mark, also mit einem ganz erbärmlichen Hungerlohn, zufrieden geben wollen. Wo nehmen diese Menschen die Geduld her, um sich unter lebenslänglicher Hungerqual langsam hinmorden und ihre ganze Nachkommenschaft systematisch verkümmern zu lassen? Ist es etwa sozialistische Einsicht, ist es die Überzeugung, daß der Klassenstaat über kurz oder lang zusammenbrechen müsse und daß dann auch ihnen geholfen wird, was den Webern ihre entsetzliche Lage einigermaßen erträglich macht? Gewiß, eine große Zahl der deutschen Weber hegt diese Hoffnung und gibt ihr durch Zugehörigkeit zur Sozialdemokratie auch äußerlich Ausdruck. Aber eine große Zahl deutscher Weber, namentlich die ältere Generation, „die alten treuen Elemente", wie sie die bürgerliche Presse nennt, „die jahrzehntelang in Unterwürfigkeit und Ergebenheit geschafft haben", hält ihre Mörder noch immer für ihre Wohltäter und ehrt sie in patriarchalischer Demut noch immer als ihre angestammten Herren, obwohl diese sich schon längst aller patriarchalischen

Verpflichtungen entledigt haben und unter den modernen Unternehmern vielleicht die rücksichtslosesten Ausbeuter sind.

Man glaubt hier auf den ersten Blick vor einem psychologischen Rätsel zu stehen. Wer aber unter einer Weberbevölkerung aufgewachsen ist, kann in der sprichwörtlichen Engelsgeduld der Weber nur ein naturnotwendiges Produkt der wirtschaftlichen Entwicklung sehen. Ich bin nun allerdings mit den Lebensverhältnissen der sächsisch-thüringischen Weber weniger bekannt, dagegen als Angehöriger einer oberhessischen Textilfabrikantenfamilie von Jugend auf mit den Verhältnissen der oberhessischen Weber vertraut, die noch viel trauriger waren als die der sächsisch-thüringischen. Es dürfte deshalb gerade jetzt interessant sein, diese typischen Verhältnisse, in denen sich auch das Fabrikpatriarchentum gar treulich spiegelt, aus langjähriger Erfahrung und persönlicher Anschauung heraus zu beleuchten.

Die Familie meines Großvaters, in der ich aufgewachsen bin, war Generationen hindurch in dem hessischen Kreisstädtchen Lauterbach ansässig, betrieb die Fabrikation oder vielmehr den Verlag leinener und baumwollener Webereierzeugnisse. Ich sage Verlag; denn die oberhessische Textilindustrie beschäftigt auch heute noch in der Hauptsache ländliche Hausweber, die nebenbei als Taglöhner auf den großen Gütern arbeiten oder Zwergbauern sind. Diese Hausweber hatten schon Generationen hindurch stets für dieselbe Fabrikantenfamilie gearbeitet, sie fühlten sich gleichsam als die Leibeigenen oder Hörigen dieser Familie und erblickten in dem jeweiligen Familienoberhaupt ihren angestammten Herrn, der einfach für sie zu sorgen habe.

Da die Weber sowohl über das Absatzgebiet der fertigen Ware als auch über das Bezugsgebiet des Rohmaterials und die Marktpreise vollständig im Dunkeln gelassen wurden, war ihnen jede Kontrolle des Unternehmergewinns unmöglich. Sie mußten dem Fabrikanten blindes Vertrauen entgegenbringen. Dieses Vertrauen war denn auch so rührend, daß sie die einseitige Festsetzung des Lohnes durch den Fabrikanten ganz in der Ordnung fanden und ihm alles glaubten, was er ihnen sagte. Der Fabrikant machte allerdings von der ihm übertragenen Despotie insofern keinen Gebrauch, als er sich wohl hütete, den Akkordlohnsatz herabzusetzen, dafür dachte er aber auch niemals an eine Erhöhung. Ich habe Geschäftsbücher bis zu den vierziger und fünfziger Jahren des vorigen Jahrhunderts eingesehen und überall denselben Lohnsatz gefunden. Dieser Satz war so niedrig, daß Ende der achtziger Jahre selbst die unter etwas besseren Bedingungen als die Hausarbeiter arbeitenden Websaalweber höchstens 8 Mark wöchentlich verdienen konnten. Die Zettelmacher, Kesselheizer, Schlichter, Appreteure und Färber, die ein Fixum von 10 Mark wöchentlich erhielten, galten schon für Aristokraten. Die Spulweiber verdienten etwa 60 bis 70 Pfennig täglich.

Bei dem Gleichbleiben der Löhne und dem Sinken des Geldwertes wurde das tatsächliche Einkommen der Weber immer geringer. Den ländlichen Hausarbeitern blieb dies aber deshalb lange Zeit verborgen, weil sie zunächst durch allmähliche Verlängerung der Arbeitszeit das stetige Sinken des Lohnwertes bis zu einem gewissen Grade unmerklich ausgleichen konnten und sodann auf ihren Zwerggütchen den allernotwendigsten Bedarf an Lebensmitteln und Kleidern, über den ihre Ansprüche kaum hinausgingen, selbst produzierten.

Auch die Weber im Kreisstädtchen besaßen meist ein armseliges Häuschen, ein winziges Äckerchen und ein paar Ziegen, aber bei ihnen machte sich das

Sinken des Geldwertes doch viel bemerkbarer, sie wurden zum Verkauf gedrängt und saßen jetzt, nachdem sie Wohnungsmiete zahlen und Kartoffeln kaufen mußten, erst recht im Elend. Ihre Wohnungen, die man nur Schlaflöcher nennen kann, sind mir noch in guter Erinnerung. Ihre Nahrung beschränkte sich auf Kartoffeln. Heringe galten schon als Sonntagsspeise und Käse zum Brot als ganz besonderer Luxus. Wurst gab es nür bei festlichen Gelegenheiten und Fleisch eigentlich nur als Hochzeitsspeise. Natürlich konnte unter diesen Bedingungen nur ein verkrüppeltes, verkümmertes, sieches Geschlecht heranwachsen. Ich habe noch nirgends eine so große Menge skrofulöser, verwachsener, schiefbeiniger, mit Ausschlag bedeckter Kinder gesehen, als unter der Proletarierjugend meines Heimatstädtchens. Ein normales Kind war eine Ausnahme, ja man kann dreist sagen ein Wunder. Kretins gab es massenhaft. Es war eine Seltenheit, wenn ein Weber zum Militärdienst tauglich war.

Wenn nun das Elend seinen Höhepunkt erreichte und trotz der Virtuosität der Weber im Kargen und Darben nicht mehr zu ertragen war, dann sprachen die beherzteren Naturen wohl auch einmal bei ihrem „Herrn" vor und baten um Lohnerhöhung. Sie wurden aber stets mit Almosen abgespeist. Der Lohnsatz war heilig und unverletzlich, und der Fabrikant machte ihnen damit graulen, daß er behauptete, eigentlich des schlechten Geschäftsganges halber die bisherigen Löhne gar nicht mehr zahlen zu können und nur aus Gutmütigkeit und Pietätsgefühl für altehrwürdigen Lohnsatz, den schon sein Großvater und Urgroßvater gezahlt habe, von einer Herabsetzung des Lohnes abzusehen. So wurde der Hungerlohn stets wieder aufs neue verbrieft und besiegelt.

Daß unter diesen Umständen der geistige Tiefstand der Weber erbarmungswürdig war, und daß sie nur ihre Körperschwäche vor gänzlicher Verrohung bewahrte, brauche ich kaum zu erwähnen. Obwohl dies alles des Fabrikanten Schuld, tat er doch sehr entrüstet, wenn die Weber, um über die schlimmste Not hinauszukommen, für einige Pfennig Einschlaggarn unterschlugen und das Gewebe entsprechend dünner herstellten. Man sieht hier, wie der Hungerlohn die Qualität der Ware ganz direkt verschlechterte. Hauptsächlich um dies zu verhindern, hatten verschiedene Fabrikanten Websäle errichtet, in denen sie die Weber überwachen lassen konnten.

Die Weber lebten also ärmlich und erbärmlich, aber doch in einer gewissen Sicherheit, in einem gesicherten Elend, in dem es, so unglaublich es auch klingen mag, einige Hungerkünstler sogar zu kleinen Sparanlagen brachten. Und dieses gesicherte Elend, dessen Sicherheit und dessen Elend zu erhalten der Fabrikant eifrigst bemüht war, versöhnte sie mit ihrem Lohn und bewog sie, auch ihre Kinder wieder dem gesicherten Elend anzuvertrauen. So wurden sie zu stumpf dahinvegetierenden, in der muffigen Zufriedenheit der Aussichtslosigkeit befangenen, geduldigen Kindern, zu deren Leitung es kaum eines harten Wortes bedurfte. Sie fühlten sich als geborene Sklaven, die von Gott und Rechts wegen nichts als das nackte Leben zu beanspruchen hätten, und sahen in ihrem „Herrn" ein ihnen von einer höheren Gewalt zum natürlichen Herrscher gesetztes Wesen.

Es war lediglich die Anspruchslosigkeit der Weber, die sich mit den unglaublichsten Hungerlöhnen zufrieden gaben, was die oberhessischen Fabrikanten befähigte, trotz der Kleinheit und Rückständigkeit ihrer altmodischen Betriebe, ohne bessere Maschinen anzuschaffen oder das Unternehmen in sonstiger Weise

leistungsfähiger zu gestalten, noch lange Zeit hindurch mit den modernen Großbetrieben fortgeschrittener Industriegebiete zu konkurrieren.

Aber dieser vom kleinlichsten Krämergeist inspirierte unkluge Raubbau an der menschlichen Arbeitskraft konnte nicht ungerächt bleiben. Die Hungerlöhne hatten die oberhessischen Fabrikanten veranlaßt, in alter Weise fortzuwursteln und immer mehr Kapital auf die hohe Kante zu legen, statt dieses in den Betrieb zu stecken, oder sich zu Aktiengesellschaften zu vereinigen und die Weberei großkapitalistisch zu betreiben. Solange sie auf Grund der Hungerlöhne ebenso billig fabrizieren konnten wie die Großkapitalisten, fanden sie noch immer Absatz; als dies aber nicht mehr ging und die Aushungerung der Weber ihre unüberschreitbare Grenze erreicht hatte, war der Krach unvermeidbar. Die Betriebe rentierten nicht mehr. Trotz der Hungerlöhne mußten die Fabrikanten zusetzen. Eine Liquidation folgte der anderen. Die oberhessische Textilindustrie ging mit Riesenschritten rückwärts. Sie ist heute überhaupt nicht mehr konkurrenzfähig. Nur einige Spezialitäten ziehen noch. Die meisten Fabrikanten halten sich lediglich dadurch über Wasser, daß sie sich in Großhändler verwandeln und schlesische oder westfälische Produkte als eigene Erzeugnisse verschleudern. An ihnen selbst hat sich der Hungerlohn der Arbeiter gerächt.

Die Arbeiter dagegen haben, nachdem die schwere Übergangszeit überwunden war, vom Zusammenbruch der oberhessischen Textilindustrie nur Vorteil gehabt. Es sind andere Industriezweige aufgetaucht, die ja auch keine hohen Löhne zahlen, aber die Arbeiter doch ganz anders entlohnen, als es zurzeit der Alleinherrschaft der Textilindustrie in Oberhessen üblich war. Mit dem Zusammenbruch der Textilindustrie ist indessen auch der Geist der sklavischen Unterwürfigkeit und der patriarchalischen Demut aus dem oberhessischen Proletariat gewichen. Dieselben Arbeiter, die in den achtziger Jahren noch stumpfsinniges nationalliberales Stimmvieh waren, sind jetzt überzeugte Sozialdemokraten und bilden im Wahlkreis Lauterbach-Alsfeld den Kern unserer Partei.

Die sächsisch-thüringische Textilindustrie ist zwar in der kapitalistischen Entwicklung zu einer höheren Phase gelangt als die oberhessische; aber auch sie hat den Hungerlohn in ihr Kalkül eingesetzt, sich dadurch gewissermaßen zur Bequemlichkeit verleiten und ihre Betriebe technisch herunterkommen lassen, so daß sie jetzt nur noch auf Grund der Hungerlöhne konkurrenzfähig ist. Das muß aber, da der Hungerlohn, auch wenn er nominell gleich bleibt, beim stetigen Sinken des Geldwerts tatsächlich immer geringer wird, ebenso wie in Oberhessen mit Naturnotwendigkeit zur Katastrophe führen.

Der Übergang zu einer anderen Industrie wird für das große Heer der sächsisch-thüringischen Textilarbeiter natürlich viel schwerer sein, als für die kleine Schar der oberhessischen Weber; aber er ist, wenn die sächsisch-thüringische Industrie sich nicht mehr technisch so vervollkommnen kann, daß sie auch ohne Hungerlöhne mit dem Ausland konkurrenzfähig ist, unvermeidlich. Das Weiterhungern kann nicht immer so weitergehen. Wenn die sächsisch-thüringische Textilindustrie nur noch bei Zahlung der erbärmlichsten Hungerlöhne existieren kann, dann ist sie überhaupt nicht mehr existenzberechtigt. Jedenfalls aber kann es nicht die Aufgabe der Arbeiter sein, den Regierungen und dem Unternehmertum zu Gefallen einen nicht mehr lebensfähigen Industriezweig durch Übernahme einer lebenslänglichen Hungerkur künstlich aufrecht zu erhalten. Der Zusammenbruch ist hier nur eine Frage der Zeit.

Jugenderziehung.

Von **E. Rieger** (Spandau).

Die Frage der Erziehung unserer Jugend zum Sozialismus und ihre Gewinnung für unsere antimilitaristischen Ideen bildet ein Spezialgebiet, das leider innerhalb der deutschen Sozialdemokratie viel zu geringe Beachtung findet. Der Bremer Parteitag hat sich im vorigen Jahre mit einem Antrag (105) zu beschäftigen gehabt, welcher forderte, daß „unter den zur Armee einberufenen Proletariern in geeigneter Weise Propaganda für den Sozialismus gemacht werden solle" usw. Dieser Antrag, der von Karl Liebknecht begründet wurde, und ebenso ein von diesem Genossen gestellter abgeänderter Antrag, der mehr die sozialistische Propaganda unter der Jugend schlechthin, unter besonderer Betonung unseres Standpunktes zum Militarismus, forderte, hat auf dem Parteitag eine Behandlung erfahren, wie sie selbst den verwässernden Bestrebungen unserer Reformisten kaum je zuteil geworden ist. Daß der Antrag in seiner ursprünglichen Fassung in juristischer, vielleicht auch in praktischer Hinsicht eine so brüske, ja verletzende Ablehnung fand, mochte noch hingehen, obwohl einzelne Redner, wie mir scheint, denn doch ein gar zu großes Gottvertrauen in die „fortschreitende Selbstzersetzung des Militarismus" hatten! Daß aber auch der Antrag Liebknecht auf „sozialistische Jugendpropaganda" gleich schroff zurückgewiesen werden konnte, mußte denn doch füglich jeden in Erstaunen setzen, der da weiß, wie sehr gerade auf diesem Gebiet so manches im argen liegt. Sehr zutreffend hat bereits Genosse Liebknecht den Gegnern beider Anträge vorgehalten, daß sich unsere ganze antimilitaristische Propaganda — hauptsächlich in Wahlzeiten — nicht so sehr an die noch vor ihrer Militärdienstzeit stehende Jugend, als gerade an die bereits wahlfähigen Arbeiter, die ihre Militärjahre schon längst hinter sich haben, wendet, und daß die Jugend von dieser Propaganda nicht erfaßt werde.

Der Parteitag wollte in seiner großen Mehrheit von einer besonderen „Jugendpropaganda" nichts wissen, denn, so führte ein Redner (Lementzow-Hamburg) aus: „Infolge solcher Jugenderziehung würden die jungen Leute sehr leicht dazu gedrängt werden, in irgend einer Form Unbesonnenheiten zu begehen, die sie nachher schwer zu büßen haben." Die Furcht vor den strafrechtlichen und sonstigen Konsequenzen spielte in dieser Debatte überhaupt eine entscheidende Rolle, wiewohl eine derart übertriebene Furcht sich bei einer revolutionären Partei denn doch etwas wunderbar ausnimmt. Und dennoch sollten gerade wir Sozialdemokraten uns ernsthaft die Frage vorlegen, ob es nicht dringend nötig wäre, dem Militarismus energischer auf den Pelz zu rücken, als dies bisher in Flugblättern und Versammlungen und durch die jährlichen Militärmißhandlungsdebatten im Reichstag geschieht. Gewiß, die letzteren haben für die Aufklärung der öffentlichen Meinung eine keineswegs zu unterschätzende Bedeutung, aber sie sind im Kampfe gegen den Militarismus als dem festesten und sichersten Bollwerk des Kapitalismus durchaus nicht ausreichend! Die Notwendigkeit einer planmäßig betriebenen Erziehung unserer Jugend zum Sozialismus wird ja hier und da anerkannt (und selbst in Bremen war dies der Fall). Genosse Schöpflin führte zum Beispiel aus: „Der Kampf gegen den Militarismus muß doch anders geführt werden. Wir müssen versuchen, die Jugend im allgemeinen zum

Sozialismus zu erziehen, und nicht im speziellen am Militarismus herumpfuschen." Andere Redner auf dem Bremer Parteitag machten sich diese Aufgabe recht bequem, indem sie gleich dem Genossen Richard Fischer-Berlin ihre Auffassung von der Sache in folgende Worte kleideten: „Ich müßte ein schlechter Vater sein, wollte ich nicht meinen Sohn in meiner Gedankenwelt erziehen, und der müßte ein schlechter Arbeitskamerad sein, der nicht schon den Lehrling zum Sozialdemokraten macht!" Daß beides aber einen bösen Haken hat, sollte diesem Genossen denn doch nicht unbekannt sein. Die Eltern des Knaben und seine späteren Arbeitskameraden müßten doch zunächst selbst schon so viel an Kenntnis vom Wesen des Sozialismus in sich aufgenommen haben, so viel Liebe und Begeisterung für die Sache besitzen, daß sie sich mit ausdauerndem Eifer und mit Geschick solcher Erziehungsarbeit widmen können. Bei unseren heutigen Schulzuständen ist der Vater oder der Arbeitskamerad, auch wenn er seiner Gewerkschaft und der politischen Organisation angehört, nicht immer befähigt, das heranwachsende Menschenkind in geeigneter Weise zum tüchtigen und zielbewußten Sozialisten heranzubilden, ganz zu schweigen davon, daß ja dem proletarischen Vater der Kapitalismus häufig genug keine ausreichende Zeit läßt, sich um die Erziehung seiner Kinder gewissenhaft zu kümmern, und daß der jugendliche Arbeiter sich gewöhnlich mit gleichalterigen Arbeitskameraden hält, die ebenfalls nur geringe und unvollkommene Kenntnis vom Sozialismus und dessen Zielen haben. Im proletarischen Elternhaus liegt der Hauptteil der Kindererziehung in den Händen der Mutter, die oft genug selber im Dienste des Kapitals fronden muß, und deren Schulkenntnisse im allgemeinen und die Kenntnisse vom Sozialismus im besonderen infolge der widersinnigen Erziehung des weiblichen Geschlechtes zumeist noch unendlich geringere sind wie die des Mannes. Wo kann da bei solchen Zuständen von einer wirklich befriedigenden Erziehung der proletarischen Jugend die Rede sein? Weit schlimmer steht es aber da, wo die Kenntnis der Arbeiter über die Sozialdemokratie gerade so weit reicht, daß sie es für zweckmäßig halten, bei einer Reichstagswahl ihre Stimme für die „Roten" in die Wahlurne zu werfen — die keiner Organisation angehören, keine Arbeiterzeitung lesen, und die vom Sozialismus nur höchst verschwommene Begriffe haben. Daß dies bei der großen Mehrzahl der sozialdemokratischen Wähler noch so ist und daß es sich hierbei nicht nur um „zurückgebliebene Gegenden" handelt, sondern daß wir diese Art Genossen gerade in den Industriestädten noch in Haufen antreffen, kann — so bedauerlich diese leidige Tatsache auch ist — doch nicht geleugnet werden. Nach alledem wird man doch denen recht geben müssen, die da fordern, daß die deutsche Sozialdemokratie schon zu besonderen Maßnahmen greifen muß, um den verblödenden und absichtlich irreleitenden Einflüssen der heutigen Volksschule mit Erfolg entgegenzuarbeiten und die sozialistische Erziehung der Jugend systematisch zu betreiben. Unsere ganze propagandistische Tätigkeit wendet sich heute leider gar zu ausschließlich an den älteren Arbeiter; die Wahlvereine nehmen ausnahmslos nur solche Mitglieder auf, die das achtzehnte Lebensjahr überschritten haben. Hierbei darf nicht übersehen werden, daß heute unter der Arbeiterschaft so ziemlich allgemein die Anschauung besteht, daß es für den jugendlichen Arbeiter besser wäre, wenn er erst seine Militärzeit abwarte, ehe er sich dem Wahlverein anschließe. Dieser Anschauung werden leider noch gar zu viel Konzessionen auch von tätigen Genossen gemacht, ob-

wohl feststeht, daß gerade der als Sozialdemokrat gekennzeichnete Rekrut am sichersten darauf rechnen darf, daß seine Vorgesetzten ihm gegenüber eine weise Zurückhaltung beobachten werden. Man könnte mir nun entgegenhalten, daß es ja dem jugendlichen Arbeiter freistehe, sich einer Gewerkschaft anzuschließen, in der er dann mit sozialistischen Anschauungen in nähere Berührung käme. In größeren Städten, wo die gewerkschaftlichen Organisationen einen gewissen Einfluß erlangt haben, wird dies der junge Arbeiter gewiß auch tun. Aber was ist denn damit viel im Interesse einer Heranbildung dieses jungen Menschenkindes zum bewußt handelnden Sozialdemokraten gewonnen? Bei der jetzt so überwuchernden Neutralitätsduselei betrachten es manche Gewerkschaften schon längst nicht mehr als ihre Aufgabe, eine klare und unzweideutige Propaganda für die politische Partei zu betreiben. Ich will es mir versagen, an dieser Stelle des näheren auf gewisse Tendenzen, wie sie auf dem Kölner Gewerkschaftskongreß und oft genug vorher offen zutage getreten sind, zu verweisen!

Dabei hätten gerade unsere modernen Gewerkschaften alle Ursache, die proletarische Jugend mit antimilitaristischem Geiste zu erfüllen, und zwar zum eigenen Schutze. Sind es doch gerade die Gewerkschaften, die bei ihren großen Streiks die für die herrschende Klasse so wichtige Bestimmung des Militarismus kennen lernen: Schutzgarde des ausbeuterischen Kapitals zu sein. Die französischen Gewerkschaften betrachten es darum auch als ihre Aufgabe, die jungen männlichen Arbeiter über das Wesen des Militarismus und über ihre Pflichten gegenüber ihren Arbeitsbrüdern aufzuklären.

Nach dem von der „Confédération Générale du Travail" der Gewerkschaftskonferenz in Dublin 1903 vorgelegten Bericht geschieht diese antimilitaristische Propaganda durch öffentliche Versammlungen für die Gestellungspflichtigen, Gesellschaftsabende, Maueranschläge, Manifeste, Broschüren, Flugblätter usw. In den Gewerkschaftshäusern werden um die Zeit des Einrückens der Rekruten oder der Gestellung der Militärpflichtigen alljährlich Feste und Versammlungen für die jungen Leute veranstaltet. Auch publiziert das Organ der französischen Gewerkschaftsföderation „La Voix du Peuple" (Die Volksstimme) zu eben jener Zeit regelmäßig eine lediglich der antimilitaristischen Propaganda gewidmete illustrierte Spezialnummer, welche massenhaft verbreitet und in vielen Städten den Militärpflichtigen durch die Post ins Haus geschickt wird. Ein Schriftchen „Neues Handbuch des Soldaten" wurde im Jahre 1903 in 100000 Exemplaren abgesetzt.

Der Bericht konstatiert, daß die Erfolge dieser Propaganda erfreuliche Resultate gezeitigt haben: das geistige Niveau der Armee sei ein bedeutend höheres geworden, und bei verschiedenen Streiks — in Dünkirchen, Creuzot, Montceau-les-Mines usw. — erklärten sich die Soldaten für die Streikenden. Darum sei es bei diesen Streiks auch nicht zu einem Eingreifen des Militärs gekommen, „die führenden Offiziere schreckten ersichtlich vor einem Eingreifen zurück, weil ihnen die Gesinnung der Soldaten wohl bekannt war!"

Daneben werden von den französischen Gewerkschaften besondere Fonds unterhalten, die dazu benutzt werden, solchen Gewerkschaftsmitgliedern, welche als Soldaten dienen müssen, dann und wann kleine Geldbeträge (Sous du soldat) nebst einem aufmunternden Schreiben zukommen zu lassen. Alle Gewerkschaftshäuser in Frankreich nehmen die in der betreffenden Stadt kasernierten Soldaten gastlich auf. In vielen Arbeiterbörsen ist den Soldaten ein besonderer Saal eingeräumt, wo ihnen Schreibmaterial und Briefmarken un-

entgeltlich verabfolgt werden und ihnen auch die Benutzung der Bibliothek freisteht. Einige französische Gewerkschaften unterhalten sogar besondere Solidaritätskassen, aus denen — Flüchtlinge, die „aus sozialer oder philosophischer Überzeugung sich dem Militärdienst entziehen“, unterstützt werden, damit sie „auch im fremden Lande leichter ihr Brot finden und sich auch dort der Gewerkschaft ihres Berufs anschließen können“.

Die meisten dieser Mittel werden uns Deutsche etwas eigen anmuten, zumal wenn man sich vergegenwärtigt, wie dick die chinesische Mauer ist, mit der unser Klassenstaat den Soldaten von dem geistigen und politischen Leben außerhalb der Kaserne abzuschließen weiß. Aber dennoch ist eine antimilitaristische Propaganda auch selbst in Deuschland nicht zur Unmöglichkeit gemacht, nur muß sich selbstredend unsere Taktik hierin den gegebenen Verhältnissen anpassen; auf jeden Fall muß versucht werden, dem Einfluß der Militärvereine tatkräftiger entgegenzuarbeiten. Ist bei uns an eine Propaganda unter den aktiven Soldaten auch nicht zu denken, so greifen wir eben zu dem Mittel einer besonderen Jugendpropaganda, welche ein zwar arbeits-, aber dafür auch erfolgreiches Tätigkeitsgebiet abgibt. Hierzu bedarf es natürlich in erster Linie der Mitarbeit der organisierten Parteigenossen.

Diese wären zunächst einmal selbst darüber zu belehren, wie dringend nötig eine möglichst frühzeitige Gewinnung des Proletarierkindes für unsere Ideen ist und wie sehr sich ein jeder Vater die Erziehung seiner Kinder zum Sozialismus angelegen sein lassen muß. Flugblätter, Versammlungen, Ausflüge, Vereinigungen, die in harmonischer Weise Ernst und Sport verbinden, würden das übrige tun, um das der Schule entwachsene Proletarierkind uns zu gewinnen. Auch in dieser Hinsicht können wir — wie so oft — von unseren Gegnern lernen! Eine gediegene geistige Aufklärung der proletarischen Jugend über das Verhältnis von Kirche und Schule zum Staat wird hier die besten Früchte tragen und das Proletariat zum selbständigen freien Denken erziehen!

Die Kaufmannsgerichtswahlen.

Von **Martin Lähner.**

Am 16. Juni vorigen Jahres nahm der Reichstag und am 6. Juli der Bundesrat das Gesetz betreffend Kaufmannsgerichte an. Diese Gerichte sollen entscheiden über Streitigkeiten aus dem Dienst- oder Lehrverhältnis zwischen Kaufleuten einerseits und ihren Handlungsgehilfen oder Handelslehrlingen andererseits. Die Beisitzer müssen zur Hälfte aus Prinzipalen und zur Hälfte aus den Handlungsgehilfen entnommen werden. Die ersteren Beisitzer werden mittels direkter und geheimer Wahl der Kaufleute, die letzteren mittels gleicher Wahl der Handlungsgehilfen bestellt. Die Verteilung der Mandate erfolgt nach dem Proportionalsystem. Das Gerichtsverfahren ist dasselbe wie vor den Gewerbegerichten, die Verhandlungen finden möglichst in den gleichen Räumen statt; der Vorsitzende eines Kaufmannsgerichtes — als solcher kann auch der Vorsitzende des Gewerbegerichtes fungieren — muß die Fähigkeit zum Richteramt erlangt haben. Rechtsanwälte sind nicht zugelassen; die Berufungssumme ist 300 Mark.

Die klassenbewußte Gehilfenschaft ist weit entfernt, mit dem Gesetz zufrieden zu sein, hat doch der Reichstag wichtige Forderungen der klassenbewußten Gehilfen, die die Sozialdemokratie im Reichstag zu den ihren gemacht hat, abgelehnt, so die Altersgrenze für die Teilnahme an den Beisitzerwahlen von 21 Jahren. Der Reichstag

setzte das Wahlalter zur aktiven Wahl auf 25 Jahre, zur passiven Wahl (Fungierung als Beisitzer) auf 30 Jahre fest, wodurch 51 Prozent Gehilfen vom aktiven, 69 Prozent vom passiven Wahlrecht ausgeschlossen sind. Den 500000 Handlungsgehilfinnen wurde weder das aktive, noch das passive Wahlrecht eingeräumt. Abgelehnt wurde auch die obligatorische Errichtung von Kaufmannsgerichten, nur in Gemeinden von mehr als 20000 Einwohnern ist die Errichtung obligatorisch, sonst bleibt es den Gemeinden und Kommunalverbänden überlassen, ob sie sich zur Errichtung eines Kaufmannsgerichtes für ihre Bezirke vereinigen wollen. Von der freiwilligen Errichtung durch die Gemeinden ist nichts zu hoffen, hier müssen die Gehilfen von vorne an den Kampf beginnen.

Das Gesetz überließ die Festsetzung des Wahlverfahrens den Gemeinden, die meistens die kaufmännischen Organisationen zu Rate zogen. Letztere waren sich über das Wahlverfahren keineswegs einig. Die durch ihre sehr verschiedenen Forderungen geschaffene Konfusion wurde noch vermehrt durch die vielen, voneinander abweichenden Bestimmungen, nach denen in den einzelnen Gemeinden gewählt werden sollte. Meistens wurde das System der gebundenen Listen (unveränderte Vorschlagslisten) angewendet, anderwärts das System der freien, ungebundenen Listen. In Hamburg wurde nach dem System der freien Listen mit Stimmenhäufung gewählt, dadurch brauchte man zur Feststellung des Resultats mehrere Tage. In der Regel erfolgte die Wahl für dreijährige Amtsperioden; an verschiedenen Orten wurden Wählerlisten aufgestellt, anderswo genügten Legitimationskarten als Wahlrechtsausweis. Die Gerichte sollten bereits am 1. Januar in Tätigkeit treten, doch noch heute sind in einem Drittel der zur Errichtung eines Kaufmannsgerichtes verpflichteten Gemeinden die Wahlen noch immer nicht erledigt. Auch die Reichshauptstadt zählt zu diesen rückständigen Gemeinden, erst am 7. Mai konnte in Berlin gewählt werden.

Das sächsische Ministerium verbot übrigens, daß die Wahlen in Sachsen an einem Sonntag stattfinden.

Die ersten Wahlen fanden im November statt; sehr schwach beteiligten sich die Prinzipale an der Wahl ihrer Vertreter, für sie kam fast ausnahmslos eine Liste in Betracht. Unter schwacher Beteiligung litten auch dort die Wahlen der Gehilfenvertreter, wo nur die Liste eines Verbandes oder eine Kompromißliste in Frage kam. Heftiger gestaltete sich der Wahlkampf, wo die verschiedenen Verbände mit eigenen Listen auftraten; jeder Verband wollte den anderen überflügeln, die Wahlen sollten eine Art Gradmesser für die Organisation werden. Es traten vor allen Dingen folgende Richtungen auf den Kampfplatz:

1. die alten Verbände, die vollkommen unter dem Einfluß der Prinzipalität stehen und Gehilfenorganisationen nicht genannt werden können,
2. an verschiedenen Orten lokale Berufsvereinigungen, die meistenteils auch mit der Prinzipalität sympathisieren,
3. die Deutschnationalen, die sich im antisemitischen, reaktionär-kleinbürgerlichen Fahrwasser befinden,
4. der Zentralverband der Handlungsgehilfen- und Gehilfinnen, die Organisation der klassenbewußten Gehilfenschaft.

Die ersteren drei Gruppen haben öfter Kompromisse geschlossen, der Zentralverband ging überall selbständig vor, mit Ausnahme von Köln, Nürnberg, Mannheim und Frankfurt. In den zwei letzten Orten strichen die bürgerlichen Wähler entgegen den Abmachungen von den ungebundenen Listen die Zentralverbändler, die dadurch durchfielen. Dieser Verrat wird den Zentralverband zukünftig von Kompromissen, die übrigens seinen Prinzipien zuwiderlaufen, abhalten.

Überall da, wo der Zentralverband auftrat, war der Kampf ein erbitterter, es war selbstredend, daß die klassenbewußte Organisation die Wahlagitation zur Aufklärung über den Interessengegensatz zwischen Prinzipalität und Gehilfenschaft ausnutzte. Die Gegner, besonders die Deutschnationalen, arbeiteten mit allen Mitteln, nichts war zu gemein, als daß man es nicht gegen den Zentralverband hätte vor-

bringen können; es galt absolut die Wahl von klassenbewußten Gehilfen, von Sozialdemokraten, zu verhindern.

Die Wahlresultate sind heute von 192 Orten bekannt, sie lauten: alte Vereine (Leipziger Verband und Kommisverein zu Hamburg von 1858, 138000 Mitglieder) 602 Beisitzer, lokale Vereine 829 Beisitzer, Deutschnationale (60000 Mitglieder) 567 Beisitzer, Zentralverband (4000 Mitglieder) 93 Beisitzer.

Die bürgerlichen Verbände haben nur die Stimmen ihrer Mitglieder erhalten, anders liegt es beim Zentralverband, der mit einer geringen Mitgliederzahl eine ganz stattliche Anzahl Beisitzer, die natürlich auch eine stattliche Stimmenzahl auf sich vereinigt haben, erhalten hat. So erhielt der Zentralverband in Berlin 2146 Stimmen, obwohl er daselbst höchstens 400 wahlberechtigte Mitglieder hat. Das Resultat ist für den Zentralverband aber noch günstiger, wenn berücksichtigt wird, daß er sich von den 192 Orten nur in zirka 30 an der Wahl beteiligen konnte. Denn bei der großen Rückständigkeit der Handlungsgehilfen konnte der Zentralverband bisher nur an wenig Orten festen Fuß fassen, auch konnte er nicht immer die besonders zu gebundenen Listen erforderliche Anzahl Kandidaten an einzelnen Orten finden.

Nachstehend eine Übersicht der aus dem Zentralverband und dem Lagerhalterverband (die zusammen gingen) bis jetzt gewählten Beisitzer:

Barmen	1	von	18	Köln	2	von	26
Berlin	21	„	100	Leipzig	4	„	30
Breslau	4	„	25	Lichtenberg	1	„	6
Charlottenburg	3	„	12	Magdeburg	2	„	30
Chemnitz	4	„	30	München	9	„	45
Dresden	6	„	40	Nürnberg	1	„	18
Dessau	1	„	12	Rixdorf	3	„	9
Elberfeld	2	„	20	Schöneberg	2	„	9
Forst	1	„	6	Stettin	4	„	30
Halle	2	„	20	Straßburg	7	„	28
Hamburg	3	„	30	Stuttgart	7	„	30
Kiel	2	„	16	Weißensee	1	„	6

Zusammen 93 Beisitzer von 596, das sind rund 16 Prozent der Beisitzer an obigen Orten. Besonders günstig sind die Resultate von Berlin und von mehreren süddeutschen Plätzen, wo die deutschnationalen Phrasen nicht mehr einschlagen. Wie die Verhältnisse im Handelsgewerbe liegen, kann die klassenbewußte Gehilfenschaft zufrieden sein; sie wird dafür sorgen, daß sie das nächste Mal weitere Fortschritte macht.

Unterdessen sind die Kaufmannsgerichte an der Arbeit, und die vielen Fälle, die sie bereits erledigt haben, beweisen, wie notwendig diese Gerichtsbarkeit ist. Da die Kaufmannsgerichte auch berechtigt sind, Gutachten über das kaufmännische Dienst- oder Lehrverhältnis abzugeben, Anträge an Behörden usw. zu stellen, können die klassenbewußten Beisitzer hier bahnbrechend wirken.

Literarische Rundschau.

Alexander Herzen, **Rußlands soziale Zustände.** Neu herausgegeben von Dr. Hans Landsberg. Band II des „Museums“, Panverlag Berlin. 150 S. 8°.

Vor fünfzig Jahren, während der Reaktionsperiode gegen die achtundvierziger Bewegung, schrieb Herzen in London seine „Sozialen Zustände Rußlands“, die er über Frankreich auch nach Deutschland sandte. Der Titel der französischen Ausgabe „Du développement des idées révolutionnaires en Russie“ entsprach der Gesamttendenz des Buches entschieden besser; doch scheint Herzen, der die Meerengen deutscher Ver-

hältnisse kannte, eine friedlichere Flagge in diesen Gewässern für ratsam gehalten zu haben. Ihn leitete, wie schon in seiner früheren Broschüre „Vom anderen Ufer“, die Absicht, den Europäern endlich einmal zu zeigen, „wer diese Russen, diese Barbaren, diese Kosaken sind, was das für ein Volk ist, dessen jugendliche Kraft von Europa so geschätzt war in jenem Kampfe, aus dem es als Sieger hervorging“. Herzen war es, als seien damals die unsichtbaren Vorzeichen einer slawischen Überschwemmung zu verspüren, „ein dumpfes Dröhnen . . ., als höre er in unbekannter Ferne die Schritte eines Riesen, die immer näher kommen“.

Heute, da die Zahl der Schilderungen russischer Verhältnisse täglich stärker anschwillt, heute, wo wir mit gesteigertem Interesse, aber weniger mit den Augen der Furcht als denen der Hoffnung auf Rußland blicken, gibt Landsberg Herzens Buch von neuem heraus. Das ist ein verdienstvolles Unternehmen. Denn kein Zweifel, ganz abgesehen von seiner historischen und literarischen Bedeutung, die längst gewürdigt ist, besitzt dieses Werk in vielen Abschnitten noch heute eine erstaunliche Aktualität. Allerdings verdankt diese Herzen mehr noch als der geistreichen Vielseitigkeit seines Talentes dem Umstand, daß noch immer seine schwere Anklage gilt: „Von allen Herrschern des Hauses Romanow hat seltsamerweise nicht einer etwas für sein Volk getan.“ Wenn sich nun auch in Rußland die „sozialen Zustände“, die der deutsche Titel betont, wie eine ewige Krankheit fortgeerbt haben, in der Entwicklung der „revolutionären Ideen“ und ihrer Träger sind Wandlungen eingetreten die dem Leser des Herzenschen Buches doppelt zum Bewußtsein kommen.

Verändert hat sich die Zusammensetzung der revolutionären Faktoren: einmal haben sich diese an Zahl stark vermehrt und, was noch wichtiger ist, sie sind auch ihrer Art nach teilweise anders geworden. Den alten Streitern hat sich heute ein weiterer zugesellt, ein jugendlicher, der im Begriff ist, seine Mitkämpfer zu überflügeln und die Last der Revolution auf seine Schultern zu nehmen.

Der Kampf gegen den Absolutismus, wie ihn Herzen und seine Freunde führten, war trotz der sozialistischen und sogar anarchistischen Ideen, mit denen sich viele trugen, im Grunde eine bürgerliche Revolution. Eine solche war es auch, was Herzen für die kommende Zeit voraussah; ihr hat er mit Einsatz seiner besten Kräfte die Wege geebnet. Dieser Vorarbeit für die bürgerliche Revolution im allgemeinen und Herzens belletristischer Veranlagung im besonderen entspricht durchaus das große Gewicht, das der Schilderer sozialer Zustände auf die geschichtliche und literarische Vergangenheit Rußlands legte. Sind auch die Schläge des „Kolokol“ (Glocke) lange verhallt, auf dem Gebiet einer geistreichen, hochgebildeten Publizistik ist sein Vorgang bis heute bahnbrechend geblieben. Erst kürzlich ist ein junger Russe, Alexander Ular, aufgestanden, der das Erwachen Rußlands feierte und gewillt scheint, Herzens geistiges Erbe anzutreten.

Herzens politischer Scharfblick hat sich nicht getäuscht: die bürgerliche Revolution ist gekommen. Wir haben sie mit eigenen Augen gesehen. Die Intelligenz hat sich am Anfang der jetzigen Bewegung laut genug vernehmen lassen — überall, wo es Protestversammlungen, Deputationen und Bittschriften zu konstituieren galt. Nach den Erfahrungen unserer letzten bürgerlichen Revolutionen zu schließen, hätte es jedoch damit vermutlich sein Bewenden gehabt, wenn ein weiterer sozialer Faktor, das russische Proletariat, der Bourgeoisie nicht unter die Arme gegriffen hätte. Seitdem nun die Revolution „auf ehernen Sandalen einherschreitet“, sind die Wortführer der Intelligenz mit erstaunlicher Geschwindigkeit verstummt.

Vom russischen Proletariat aber steht in Herzens Werk so gut wie nichts. Das ist begreiflich, da dieses seinerzeit erst in der Loslösung aus dem Bauernstand begriffen war, ein Übergangsstadium, das auch jetzt noch lange nicht seinen Höhepunkt erreicht hat. Herzen selbst nahm von dieser Entwicklung wohl einige Zeichen wahr, jedoch ohne daß er sie zu deuten gewußt hätte. Herzen lebte damals lange Jahre in London, zur selben Zeit, da Marx ebendort das Wesen des Kapitalismus und des Proletariats erforschte.

Nach den Memoiren Malwidas von Meysenbug, der großen Idealistin, die eine intime und geistesverwandte Freundin der Herzenschen Familie war, scheint Herzen mit Marx nie in persönliche Berührung gekommen zu sein. Jedenfalls verhielt er sich gegen die Resultate seiner Forschung ablehnend. In gewissem Sinne war diese Verständnislosigkeit Herzens, der von jenem ganzen Kreise internationaler Exilierter, den Kossuths und Mazzinis, dem Sozialismus am nächsten stand, sein tragisches Verhängnis: sie hat mitgewirkt, daß Herzen heute in Rußland teilweise, wenngleich nicht so völlig, wie Landsberg meint, vergessen ist. Für Rußland mindestens bestritt Herzen auch nur die Möglichkeit eines zahlreichen Proletariats energisch. Und merkwürdig, just zur Begründung dieser vom Standpunkt des modernen Sozialismus durchaus unsozialistischen Anschauung bedient er sich einer kommunistischen Institution, der bäurischen Gemeindeverfassung, der „Mir", auf deren Erhaltung und Ausbau übrigens auch bei uns allerhand Hoffnungen gesetzt wurden. Nach dem Rechte der Mir konnte der Anteil am gemeinsamen Grundbesitz keinem Mitglied ohne dessen Zustimmung entzogen werden. Auch dem auswandernden Bauern, der in der Stadt Arbeiter wurde, blieb der Anspruch auf sein Stück Gemeindeland erhalten. In dieser Einrichtung sah Herzen ein Hindernis für die Enteignung des Bauernstandes und ein probates Schutzmittel gegen Lohnsenkungen durch die Unternehmer. „Die städtischen Arbeiter verlieren ihr Gemeinderecht nicht; die Fabrikanten müssen also notwendigerweise dem Arbeiter etwas mehr bezahlen, als ihm die Feldarbeit einbringen würde." Der Gedankengang ist bestechend einfach. Mit dieser Theorie von der Paralysierung des ehernen Lohngesetzes kann sich allerdings die später von Marx aufgestellte Lohntheorie nicht messen. Nur schade, daß sie die proletarisierende Macht des Kapitalismus auf der einen Seite und auf der anderen die Brutalität des russischen Feudalismus, der seine Bauern mit der Hörigkeit zugleich vom Grundbesitz befreite, gründlich unterschätzt hat! In Wirklichkeit sind die Mir — da hat Landsberg ganz recht — heute in völliger Auflösung begriffen. Und einen Maximallohn von ganzen 2½ Mark bei zwölf- bis achtzehnstündiger Arbeitszeit haben die Mir nicht verhindern können. In ganz anderer Weise, als Herzen erwartete, sind sie von Nutzen gewesen, aber erst nachdem sich in Rußland ein zahlreiches Proletariat gebildet hatte. In diesem haben sie nach Ulars Zeugnis einen starken Sinn für organisierten Zusammenschluß entstehen lassen. Das Prinzip, das bei den Bauern zu endlosen Streitigkeiten Anlaß gab, wiewohl es in seinem eigentlichen Sinne „Frieden" bedeutet, hat unter den Arbeitern endlich seinem Namen Ehre gemacht.

In der Bewertung der Mir hat sich Herzen also auf jeden Fall getäuscht; das kann unumwunden zugegeben werden. Es ist jedoch irrig, dies auf ein Übermaß von „grauer Theorie" zurückzuführen. Im Gegenteil war es eher der Mangel an systematischer Theorie und an ökonomischen Kenntnissen, der Herzen nicht weiter als bis zu einem ziemlich unklaren, in den verschiedenen Perioden seines Wirkens sehr verschiedenartigen Sozialismus kommen ließ. Herzens Bedeutung liegt aber auch auf einem ganz anderen Gebiet: die revolutionäre Glut seiner Gedanken und die künstlerische Kultur, die seine Schriften ausstrahlen, haben dem „Belletristen des Sozialismus" heute wie vor fünfzig Jahren den Hauch frischester Jugendlichkeit gesichert.

H. D.

R. Kuczynski, **Ist die Landwirtschaft die wichtigste Grundlage der deutschen Wehrkraft?** (Volkswirtschaftliche Zeitfragen, Heft 213/214). 75 S. 8°. Berlin 1905, Leonhard Simion Nachf.

Dr. Anton v. Vogl, Generalstabsarzt z. D., **Die wehrpflichtige Jugend Bayerns.** 96 S. 8°. München 1905, J. F. Lehmanns Verlag.

Diese Schriften bilden einen Nachklang von Debatten, die durch die Zollkämpfe der letzten Jahre veranlaßt wurden. Man kann sie auch, soweit dies bei wissenschaftlichen Diskussionen überhaupt möglich ist, als einen vorläufigen Abschluß dieser Debatten betrachten. Unter den vielen Scheingründen, welche die Agrarier

ins Feld führten, um eine staatliche Pflicht des Schutzes der agrarischen Interessen zum Schaden der städtischen Bevölkerung zu konstruieren, gehörte auch die Behauptung, daß die Wehrkraft des Deutschen Reiches durch den Übergang zum Industriestaat gefährdet sei. Diese Frage interessiert wegen ihres Zusammenhanges mit zahlreichen sozialhygienischen Problemen und wegen ihres sowohl anthropologischen als sozialen Untergrundes, endlich wegen des an sich hochinteressanten bevölkerungsstatistischen Problems auch weite Kreise, die die Wehrkraft Deutschlands unter anderen Gesichtspunkten betrachten als die Väter der Offiziere, die in den Berliner und Potsdamer Garderegimentern kommandieren. Es soll durchaus nicht bestritten werden, daß die agrarische Behauptung von den Wurzeln der deutschen Wehrkraft auf dem Lande zuerst viel Glauben fand, daß sie als die Konstatierung einer allgemein anerkannten Tatsache erschien. Gerade deswegen war es ein anerkennenswertes Verdienst von Lujo Brentano, die Nichtigkeit dieser Behauptung wenn auch nicht nachgewiesen, so doch wahrscheinlich gemacht und eine große Debatte, eine Reihe amtlicher Erhebungen und wissenschaftlicher Untersuchungen über diesen Gegenstand angeregt zu haben. Eine Reihe seiner Schüler, vor allem Kuczynski, haben Material zur Begründung der Behauptungen ihres Lehrers herbeigeschafft und die Agrarier zu einem ununterbrochenen Abwehrkampf veranlaßt. Die agrarischen Verteidiger waren im erheblichen Nachteil. Ihre statistischen Argumentationen waren nicht schlüssig, sie konstruierten zu viel, widersprachen sich häufig, während der Verfasser der erstgenannten Schrift ihnen durch statistische Folgerichtigkeit, klare Logik und Objektivität überlegen war.

In der hier angezeigten Schrift zieht er sein Ergebnis aus der Debatte, er kritisiert eindringlich und scharf die amtlichen Erhebungen über die Gebürtigkeit der Rekruten und die ungenügende Bearbeitung dieses Materials durch wenig geeignete, für diesen Zweck durchaus nicht vorgebildete Militärpersonen. Der Verfasser kommt zu folgendem Ergebnis: „Bisher hieß es: Schutz der Landwirtschaft, weil ihre Angehörigen quantitativ so zahlreich und qualitativ so kräftig sind, daß sie die absolute Mehrheit der deutschen Rekruten liefern! Nunmehr heißt es: Schutz der Landwirtschaft, weil ihre Angehörigen quantitativ so hinter der Industrie zurücktreten und qualitativ den Industriellen so wenig überlegen sind, daß sie nur mehr eine geringe Minderheit der deutschen Rekruten liefern.“ Endlich schreibt er: „Für die Wissenschaft und diejenigen, die sich von ihr beraten lassen, ist die Legende von der Landwirtschaft als der gegenwärtig wichtigsten Grundlage der deutschen Wehrkraft endgültig zerstört.“

Den größeren Teil der Schrift bilden Beilagen, welche den Gang der merkwürdigen Polemik veranschaulichen, statistisches und bibliographisches Material bieten.

Behandelt der Verfasser der ersten Schrift ausschließlich als Bevölkerungsstatistiker den Gegenstand, so geht der zweite Verfasser von militärischen Gesichtspunkten an die Frage heran. Er will nicht wie Kuczynski eine wissenschaftliche und wirtschaftspolitische Streitfrage beleuchten und entscheiden, sondern im Interesse der Heeresergänzung die Bedeutung von Stadt und Land, landwirtschaftlicher und gewerblicher Betätigung prüfen. Man muß anerkennen, daß diese Schrift auf gründlichen Studien beruht und mit großer Ruhe und Sachlichkeit geschrieben ist, die auch diejenigen belehrt und sympathisch berührt, die von ganz anderen Gesichtspunkten ausgehen als der Verfasser. Die Agrarier werden freilich von dieser Schrift um so weniger erbaut sein, weil sie vom Interesse für die Wehrfähigkeit des deutschen Volkes ausgeht; es wird ihnen sehr schwer fallen, dieser Schrift eines im Militärdienst ergrauten Arztes die Sachkunde im Rekrutierungswesen zu bestreiten. Das ist für sie um so peinlicher, als Vogl fast zu denselben Resultaten gelangt ist wie die Brentanos und Kuczynskis. Der Verfasser kommt zu dem Schlusse, daß auch in Bayern, dessen Landwirtschaft weniger bedrängt ist wie die des gesamten Deutschen Reiches, die Industrie den weitaus überwiegenden Anteil der Wehrpflicht, somit die höchste Wehrkraft besitzt. Hieraus folgt, daß in der Zunahme der Industrie keine Gefahr für die Wehrkraft liegt, sie könne auch nicht in der Abnahme der Land- und

der Zunahme der Stadtbevölkerung gefunden werden. Ganz besonders beachtenswert ist seine Feststellung, daß das, was das Land besser macht, nicht die Landwirtschaft, sondern das Landgewerbe und das, was die Stadt schlechter macht, nicht die Industrie und das Gewerbe ist, sondern der Handel und die übrigen Erwerbsarten sind. Der Verfasser ist übrigens durchaus nicht blind für die die Gesundheit untergrabenden Wirkungen der Industrie, aber er stellt fest, und sicher in der Regel mit Recht, daß eine gewerbliche Berufstätigkeit in den wenigen Jahren vor Antritt der Militärpflicht kaum so tief und so rasch in den Gesundheitszustand einzugreifen vermag, um die Tauglichkeit aufzuheben. Hieran schließt er folgende im Kampfe um besseren Arbeiterschutz wohl verwertbaren Sätze: „Frühes Heranziehen schulpflichtiger Kinder zu Arbeiten, denen der unreife Organismus noch nicht gewachsen ist, bildet allerdings eine stetig wiederkehrende Klage in ärztlichen Musterungsberichten.“ Der Verfasser meint, daß in der Regel diese frühen Schädigungen erst zwischen dem zwanzigsten und dreißigsten Lebensjahr in der Fabrikindustrie zur Geltung gelangen. Der Zurückführung der militärischen Tauglichkeit auf die Eltern, die die Agrarier so häufig ins Feld führen, steht der Verfasser skeptisch gegenüber; er meint, daß in der überwiegenden Mehrzahl der Fälle für Untauglichkeit die Erwerbstätigkeit der Eltern n i c h t m e h r, diejenige der Wehrpflichtigen n o c h n i c h t als Ursache nachgewiesen werden kann. Große Bedeutung mißt der Verfasser häuslichem Elend, insbesondere dem von den ersten Tagen der Kindheit an verderblich wirkenden Wohnungsübel zu. Diese Wohnungsübel sowie das häusliche Elend sind nicht nur Gefahren für den Stadtbewohner, sondern auch für den Landbewohner. Die Wohnungsdichte auf dem Lande ist oft größer als die in der Stadt. Die Dauer des Aufenthaltes in der Wohnung auf dem Lande dürfte nicht sehr verschieden sein von der der städtischen Bevölkerung. Abfuhrverhältnisse, Trinkwasser, Reinheit der Luft, Beleuchtung, sowohl natürliche als künstliche, Ventilation sind in der ländlichen Wohnung sicherlich nicht günstiger als in der städtischen. Der erfahrene Arzt behauptet, daß heute der Typhus nur mehr vom Dorfe in die Stadt gebracht wird. Die Agrarier wird es besonders betrüben, daß der kundige Militärarzt dem Rekruten vom Lande eine geringere Eignung zum Militärdienst zuspricht. Er fand, daß der städtische Rekrut für das militärische Leben schon viel mehr vorbereitet ist durch besser geschulte Willensstärke. Auch eine höhere Sittlichkeit der ländlichen Jugend, von der die Agrarier sprechen, bestreitet der Verfasser entschieden. Interessant ist auch die Feststellung, daß hinsichtlich der Kindersterblichkeit ländliche Bezirke oft erheblich schlechter gestellt sind, als mit städtischer Bevölkerung mehr durchsetzte Bezirke. In Niederbayern, dem agrarischen Regierungsbezirk, ist die Kindersterblichkeit in Bayern am höchsten, in dem industriellsten Regierungsbezirk, in der Rheinpfalz, ist die geringste Kindersterblichkeit, in Niederbayern wird am wenigsten gestillt, in der Pfalz sind 90 Prozent Brustkinder. Die angeführte Schrift enthält eine Reihe weiterer sehr wichtiger Vergleiche zwischen Stadt und Land, auf die einzugehen wir uns leider versagen müssen. Desto mehr wollen wir das anregende Büchlein zum Studium empfehlen, lehrt es uns doch vor allem eines, daß wir über den Schäden, unter denen die städtische Bevölkerung schwer leidet, schwerhörig geworden sind für das oft viel größere Elend auf dem Lande.

Falsch wäre es, wollte man aus den hier besprochenen Schriften den Schluß ziehen, daß der gesundheitliche Zustand der Stadtbevölkerung ein günstiger sei, es handelt sich bei beiden Untersuchungen nur um den Vergleich zwischen landwirtschaftlichen und städtischen Rekruten, nur um die Feststellung einer Relation und nicht eines absoluten Zustandes. Tatsächlich ist die gesamte Bevölkerung, wie die niedriger werdenden Anforderungen an die Militärtauglichkeit beweisen, körperlich im Rückgang. Die Schriften erbringen den Nachweis, das dies nicht bloß, wie wir längst wissen, für die industrielle Bevölkerung, sondern auch in sehr hohem Maße für die landwirtschaftliche gilt. Diese Feststellung ist selbstverständlich vom sozialpolitischen Standpunkt noch bedeutend wichtiger als vom militärischen, sie mahnt uns dringend, neben der industriellen Arbeiterschutzpolitik unser Augenmerk auf die Einschränkung

der Ausbeutung der ländlichen Bevölkerung und auf die Assanierung der Lebensbedingungen auf dem Lande zu richten.

Für die spezielle Frage, die in dem nie ruhenden Kampfe zwischen agrarischen und städtischen Interessen so lange zur Diskussion stand, können beide Arbeiten als im hohen Maße informativ und gründlich dem Studium empfohlen werden. Der Statistiker, der Volkswirt, der Arzt und der Politiker können Nutzen aus beiden Schriften ziehen. ad. br.

Notizen.

Zur Theorie des Zechenlegens. In Nr. 42 der „Neuen Zeit“ fordert mich Genosse Cunow auf, nachzuweisen, daß die Übertragung der Anteilsquoten von den stillgelegten auf die aufkaufenden Zechen technische Betriebsverbesserungen, Verringerungen der Förderkosten der großen Gruben und keine Erhöhung der Zinslasten usw. zur Folge habe.

Der Nachweis des ersten Teiles ist sehr einfach. Die großen Schächte, deren Förderung gesteigert wird, waren vordem unvollkommen ausgenutzt. Mit unverändertem fixen Kapital, bestehend aus Schacht und Fördermaschine, wird nachher ein größeres Quantum Bergleute ein- und ausgefahren und ein größeres Quantum Kohle gefördert; mit unverändertem fixen Kapital, bestehend aus Ventilatoren und Pumpen, dürfte in den meisten Fällen die Wetterführung für die erhöhte Zahl der Bergleute und die Wasserhaltung der erweiterten Anlagen bewältigt werden. Verringerung des fixen Kapitals, notwendig zur Erzielung eines bestimmten Produktes, ist ein Kennzeichen „technischer Betriebsverbesserungen“. Sofern Genosse Cunow nicht noch den Nachweis dieses letzten Satzes verlangt, ist also dieser Punkt erledigt.

Sprechen wir korrekt und setzen wir statt „Produktionskosten“ Kostpreis (das haben sowohl Cunow als ich bisher unterlassen), so ist auch diese Frage beantwortet, denn in jeder Tonne Kohle steckt bei gesteigerter Förderung ein kleinerer Teil des durch Verschleiß der Maschinerie in Zirkulation geratenen fixen Kapitals. Dazu kommt aber noch, daß der Betrieb billiger ist, weil die Krafteinheit billiger erzeugt wird und weil sowohl die Oberleitung als die Maschinenwartung nicht mehr oder nur in geringerem Maße mehr Arbeit erfordert. Zirkulierendes konstantes und variables Kapital sind gesunken.

Daß diese Beweise überhaupt von mir verlangt wurden, scheint die folgende Ursache zu haben: Cunow sieht nicht, daß eine große moderne Schachtanlage, die nicht voll ausgenutzt wird, bei der Steigerung des Betriebs noch mehr Vorteile bietet als die Möglichkeit, große moderne Schächte abzuteufen — und eben das ist nach dieser Hinsicht der Unterschied zwischen dem neuen und dem alten Syndikatsvertrag im Ruhrrevier.

Nun komme ich zum letzten Punkte, dem Cunowschen Gebrauch, die Zinsen des zum Ankauf stillzulegender Zechen aufzuwendenden Kapitals zu den Produktionskosten zu rechnen. Cunow teilt diesen Brauch mit den Kapitalisten, nicht mit den politischen Ökonomen. Das „tote Kapital“, von dem er spricht, ist wirklich tot, die ersoffenen Gruben sind wirklich nicht mehr Kapital, weil sie nicht mehr Produktionsmittel sind. Der Kapitalist, der in der Syndikatszeit sich selbst in die Lage versetzt, Eigentümer eines so merkwürdigen Kapitals zu werden, hat nicht die Absicht, seinen Verlust einzugestehen. Da er sich gleichzeitig in den Besitz einer enormen Monopolrente (aus den modernen Gruben) gesetzt, so teilt er diese fein säuberlich in „Verzinsung“ des toten Kapitals und in Profit. Wir haben keinen Anlaß, ihm auf diesen Weg zu folgen, der die Monopolrente kleiner erscheinen läßt, als sie ist. Und Cunow ist tatsächlich so weit gegangen, sowohl im allgemeinen als im speziellen Beispiel Eiberg, an dem er berechnet, „daß die Erzeugung einer Tonne Kohlen um etwa 40 Pfennig höher zu stehen kommt“. J. German.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 47 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Der Kampf um den Stillen Ozean.

Von **M. Beer.**

(Schluß.)

Die weltpolitische Lage.

Es hat wahrscheinlich noch nie einen Krieg gegeben, der einen so großen Teil der Menschheit in Spannung gehalten hätte, wie der japanisch-russische Krieg. Asiaten und Europäer, Amerikaner und Australier verfolgten seinen Verlauf, und die meisten empfanden, daß etwas Großes geschehen ist. Das Ergebnis dieses Krieges besteht darin, daß erstens ein starkes Hindernis hinweggeräumt wurde, welches den geschichtlichen Gang Europas in den letzten zwanzig Jahren gehemmt oder gefälscht hatte; zweitens, daß der Ausbruch eines neuen weltpolitischen Konflikts — des deutsch-englischen — beschleunigt wurde.

Kein Zweifel, wir empfinden bereits den stärkeren Pulsschlag des Völkerlebens. Die sozialen Kräfte können ihr Wirken freier entfalten, sich folgerichtiger ausleben, besonders in Europa, wo sie so lange durch einen mechanischen Druck niedergehalten wurden. Es ist nur natürlich, daß ihr Wirken sich vorerst etwas chaotisch äußert. Die langsame, scheinbar planlose Umwälzung in Rußland; die Zunahme der Selbstachtung chinesischer Kaufleute, die amerikanische Waren boykottieren, weil die Vereinigten Staaten die Chinesen ausschließen; die wundervolle Energieentfaltung des jüdischen Proletariats in Polen und Südrußland; das brüske Auftreten der deutschen Diplomatie gegenüber Frankreich; die Friedenskundgebung des deutschen und französischen Sozialismus; die Auflösung der skandinavischen Union, die lange durch die Furcht vor Rußland zusammengehalten wurde; die Armierung des Bosporus durch die türkische Regierung; schließlich das allgemein vorherrschende Gefühl, daß wir vor schweren internationalen Konflikten stehen, — dieses scheinbare Chaos von Ereignissen und Stimmungen gehört zu den ersten Wirkungen des japanisch-russischen Krieges. Wie der Titel dieses Abschnitts besagt, werden wir uns hier nur mit den Vorgängen der äußeren Politik beschäftigen.

Die äußere Politik der Staaten beruht auf der Gewalt. Ein Völkerrecht gibt es nicht. Es gibt nur internationale Gebräuche, die ohne jeden praktischen Wert sind, da es keine richterliche und exekutive Gewalt gibt, die einen

zuwiderhandelnden Staat zur Verantwortung ziehen könnte. Wenn die offiziellen Vertreter der Staaten von Zeit zu Zeit dem Volke erzählen, daß ihre Beziehungen zu den anderen Mächten gute seien und daß der Friede gesichert sei, so meinen sie damit, ihre Gewalt sei so groß, daß sie auf die anderen Mächte lähmend wirkt; es sei der blasse Schrecken, der die anderen Staaten in Ruhe hält. Das Wort „Friede" im Munde eines Diplomaten hat eine andere Bedeutung als im Munde eines Sozialdemokraten. Jener sagt, es sei ihm gelungen, die Völker voneinander zu trennen und sie im Interesse seines eigenen Landes so gegeneinander zu gruppieren und zu bewaffnen, daß die von ihm errungene Stellung sicher sei. Der Sozialdemokrat versteht unter Friede die Vereinigung der Völker auf Grund der internationalen Interessenharmonie und gegenseitiger Dienstleistungen zum Wohlergehen aller. Man denke indes nicht, daß die Personen, die im diplomatischen Dienste stehen, an sich schlecht seien. Unter den obwaltenden Umständen ist es zwar ganz unmöglich, daß ein Diplomat ein ehrlicher Mensch bleibt, aber schlechter als andere Menschen sind sie an sich nicht. Es ist ihr Metier, das sie moralisch herunterbringt. Talleyrand sagte einmal, der Unterschied zwischen Richelieu und Metternich bestand darin, daß Richelieu selten log, aber immer betrog, während Metternich immer log, aber nie betrog. Das sind tatsächlich die beiden Typen, zu denen die Diplomaten je nach ihren Fähigkeiten gehören: entweder zu den Betrügern oder zu den Lügnern. Jene sind die Erfolgreichen, diese sind die Dummen. Aber schlecht sind sie alle, da Mißtrauen und Gewalt ihr Prinzip ist, und dieses Prinzip aus den tatsächlich vorhandenen nationalen Gegensätzen fließt. Und seitdem Europa sich in Nationen absonderte, hat es nationale Gegensätze gegeben, die im letzten Grunde wirtschaftliche Gegensätze sind und die, wenn auf die Spitze getrieben, zum Kriege führen. Es liegt deshalb im Interesse der Mächte, keine einzige Macht so stark werden zu lassen, daß sie allen anderen Mächten straflos trotzen könnte. Sind aber die Mächte so geteilt, daß sie sich in annähernd gleich starken Gruppen gegenüberstehen, so spricht man von einem Gleichgewicht der Mächte. Dieses Gleichgewicht hält den Frieden aufrecht. Da aber jede Macht — infolge des Prinzips des Mißtrauens und der Gewalt — stärker zu werden strebt als andere Mächte, so nehmen die Rüstungen fortwährend zu.

Bis zum letzten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts verstand man unter „Gleichgewicht der Mächte" das Gleichgewicht *Europas*. Wenn sich eine Macht in außereuropäischen Ländern ausdehnte, betrachteten die anderen Mächte dies nicht als eine Störung des Gleichgewichts; der kleinste Distrikt in Europa schien ihnen wertvoller als die größte überseeische Kolonie. Erst in unserer Zeit nahm der Begriff des Gleichgewichts eine weltumfassende Bedeutung an; heute versteht man darunter das Gleichgewicht der *Welt*; Reiche, die eine allzu starke überseeische Ausdehnung genommen haben, werden als Erschütterer des Gleichgewichts betrachtet; aus der nationalen Politik ist eine Weltpolitik geworden, obwohl die Folgen der vorhergegangenen nationalen Konflikte noch in unsere Zeit hineinspielen und die internationale Lage noch verwickelter gestalten, wie zum Beispiel Elsaß-Lothringen, die Balkanhalbinsel, die Teilung Polens, die österreichisch-ungarischen Wirren, das unerlöste Italien, die römische Frage. Aber das weltpolitische Moment wird immer mehr vorherrschend und kann zu einer langen Reihe von internationalen Kriegen führen, wie sie das achtzehnte Jahrhundert gesehen hat. Die inneren Trieb-

federn und die Äußerungen dieser Politik, die man die imperialistische nennt, wurden zum Teil vor einigen Jahren in dieser Zeitschrift besprochen. Diese Triebfedern sind: die unausgesetzte Entfaltung der Produktionskräfte, die Anhäufung des Reichtums, die relative Erschöpfung der Mineralien, Rohmaterialien und des Ackerbaus in Europa, — mit einem Worte: das Wirtschaftsleben Europas drängt zur wirtschaftlichen Eröffnung der ganzen Welt, aber unter den obwaltenden rechtlichen und politischen Zuständen kann dieser Drang nur durch Konflikte und schwere Kämpfe befriedigt werden. Das Mittel zum Austragen dieser Konflikte ist die Seemacht: Kriegsflotte, Kriegshäfen, überseeische Kohlenstationen und Stützpunkte, Beherrschung wichtiger Seestraßen. Es folgt daraus, daß diejenige Macht, die an sich zwar stark ist, aber bei der Weltaufteilung schlecht weggekommen ist, Anstrengungen machen wird, dieses Schicksal zu korrigieren, und zwar auf Kosten derjenigen Macht, die sich ein großes Reich aufgebaut und die scheinbar ein Übergewicht in der Weltpolitik besitzt. Solche sich gegenüberstehende Mächte sind Deutschland und England. Der japanisch-russische Krieg hat durch seine Erschütterung des Zarismus nicht nur den sozialen Bewegungen freieren Raum geschaffen, sondern auch das europäische Gleichgewicht der letzten dreißig Jahre hinweggeräumt und Deutschland auf dem europäischen Festlande das militärische Übergewicht gegeben, ebenso wie derselbe Krieg dem britischen Reiche das weltpolitische Übergewicht gegeben hat. Diese beiden Mächte werden nunmehr versuchen, die Mittelpunkte neuer weltpolitischer Gruppierungen zu werden. Wir sind bereits am Anfang dieses diplomatischen Duells.

Bis zum japanisch-russischen Krieg war das Gleichgewicht der Mächte folgendermaßen gestaltet: Rußland-Frankreich; Deutschland-Österreich-Italien; das britische Reich. Es war das Ergebnis folgender politischer Faktoren: Der deutsch-französische Krieg hatte ein rasches Wachsen Preußen-Deutschlands zur Folge, das die russische Regierung beunruhigte. Als im Jahre 1875 Deutschland eine weitere Demütigung Frankreichs plante, trat die russische Regierung zugunsten Frankreichs ein. Dieses Eintreten Rußlands beantwortete Bismarck damit, daß er im Jahre 1878, beim Abschluß des russisch-türkischen Krieges, auf dem Berliner Kongreß im Einverständnis mit England den russisch-türkischen Vertrag von San Stefano zerriß und Rußland demütigte. Gleichzeitig wurden Österreichs Wünsche erfüllt: Österreich dehnte sich nach der Balkanhalbinsel aus und trat in einen scharfen Gegensatz zu Rußland. Die politische Gruppierung war sodann von selbst gegeben: Deutschland-Österreich, Rußland-Frankreich. Bismarck hat sich zwar bis zum Abschluß seiner diplomatischen Laufbahn in Anstrengungen verzehrt, eine russisch-französische Entente zu verhindern, aber die Verhältnisse waren stärker als er. Alle seine Intrigen, wovon manche recht schmutzig waren, zerrissen wie Spinngewebe an dem Gange der Dinge. Einen Moment glaubte Gambetta, den russisch-deutschen Gegensatz ausnutzen zu können, um Bismarck einige Konzessionen für Frankreich abzuringen, allein das deutsch-österreichische Einvernehmen machte Deutschland von Frankreich unabhängig. Im Jahre 1882, als Italien in seinen nordafrikanischen Kolonialplänen sich durch die französische Besetzung von Tunis enttäuscht sah, entstand der Dreibund: an Deutschland-Österreich gliederte sich Italien an. In den folgenden Jahren verschlimmerten sich die deutsch-russischen Beziehungen immer mehr. Alexander III. begann die Russifizierung der baltischen Provinzen, der deutschen Kolonien

in Rußland, ebenso begann er die Konzentration seiner Armeen an den deutsch-österreichischen Grenzen. Bismarck antwortete durch finanzielle Maßregeln, ebenso durch seine Rede vom 6. Februar 1888, in der er die Bilanz der preußisch-deutschen Beziehungen aufstellte und die gegenseitigen Rechnungen für beglichen erklärte. Trotz dieser russisch-deutschen Rekriminationen bestand zwischen beiden Mächten seit 1884 ein Rückversicherungsvertrag, in dem sie sich verpflichtet hatten, die Neutralität zu wahren, wenn eine der Vertragsmächte angegriffen wird, allein dieses Blatt Papier hat an den Handlungen der Mächte nichts geändert. Seine Nutzlosigkeit hat Bismarcks Nachfolger sofort eingesehen. Als Caprivi die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten übernahm, ließ er den deutsch-russischen Rückversicherungsvertrag nicht erneuern.

Während dieser rein europäischen Vorgänge verfolgte England im großen ganzen die Politik der glänzenden Isolierung. Es war ein System für sich. England ist ein überseeisches Reich. Sein Verteidigungsmittel ist die Seemacht. Seit Trafalgar (1805) bis ungefähr 1890 hatte es keinen Rivalen auf dem Meere. Europa war schwach zur See, hatte keine Flotten und bedrohte deshalb nicht die englische Macht. Irgend ein Anschluß an die politischen Systeme Europas war für England nicht notwendig. Im Jahre 1887 schloß es zwar mit Italien gegen Frankreich einen Vertrag ab, um Egypten gegen die französischen Ansprüche zu schützen, allein die englische Politik blieb nach wie vor von Europa abgewendet.

Im letzten Jahrzehnt des neunzehnten Jahrhunderts trat ein tiefer Umschwung ein. Rußland nahm den Bau der transsibirischen Bahn in Angriff; Deutschland begann seine Aufmerksamkeit auf Kleinasien zu lenken; Japan siegte über China zu Wasser und zu Lande; Rußland, Frankreich und Deutschland demonstrierten in Asien und Europa (Schimonoseki und Kiel) freundschaftlich zusammen; Österreich traf ein Abkommen mit Rußland über ihre Einflußsphären auf dem Balkan; Deutschland rückte in Ostasien vor; die Vereinigten Staaten dehnten sich nach Asien aus; Italien und Frankreich begruben ihre Streitaxt; England war in Afrika engagiert. Die alten politischen Systeme waren aufgelöst. Die Mächte des europäischen Festlandes vergaßen ihre alten Streitobjekte und gingen zum Haager Friedenskongreß.

Was war geschehen? War der Friede in Europa eingetreten? Nein, Europa war nur in den Hintergrund getreten vor dem weiten asiatischen Kontinent. Als die alten europäischen Streitpunkte und Systeme erblaßten, gingen die europäischen Mächte daran, Flotten zu bauen und Weltpolitik zu treiben. Die alten Bündnisse lösten sich auf, weil neue Streitobjekte in die Erscheinung traten, die neue politische Systeme verlangten. Allein wie die Neugruppierungen aussehen werden, konnte man im ersten Jahre des zwanzigsten Jahrhunderts nicht sagen. Man sah nur die überragende Macht Rußlands, den stürmischen Ausdehnungsdrang Deutschlands, die Schwäche Englands und die gefährliche Konkurrenz Amerikas. Inzwischen kamen die chinesischen Wirren heran, die den Anfang einer neuen Politik bilden sollten. Auf dem europäischen Festlande wurde sie nicht begriffen, besonders nicht in Deutschland. Am klarsten waren sich die Regierungen in Tokio, Washington und etwas später in London. In Petersburg dachte man an nichts Geringeres als an die Unterwerfung Chinas unter die russische Oberherrschaft. In Berlin dachte man nur an die Eroberung eines Teiles der chinesischen

Beute. Dagegen stimmten Tokio und Washington darin überein, daß die Zukunft Japans und der Vereinigten Staaten von der Integrität und der wirtschaftlichen Erschließung Chinas abhängt und daß Rußland viel zu schwach ist, einen ernsten Kampf um China aufzunehmen. In England betrachtete man die chinesische Frage als einen Teil einer neu zu ordnenden britischen Politik, die die vollständig neue Weltlage nunmehr notwendig machte und deshalb nur in Verbindung mit dieser zu lösen sei. Für England bestand das Neue vor allem darin, daß Europa seemächtig geworden ist, wodurch die Politik der glänzenden Isolierung Englands ihre Grundlage verloren hat.

Zu Anfang des Jahres 1902, beim Abschluß des südafrikanischen Krieges, begann in London eine ernste Untersuchung der Weltlage und besonders des britischen Reiches, das in Südafrika eine schwere Krise durchgemacht hatte. Der alte Lord Salisbury, der seit 1895 die auswärtigen Angelegenheiten geleitet hatte, fühlte sich der neuen Lage nicht mehr gewachsen und trat aus dem Auswärtigen Amt aus. Seine Stelle wurde von Lord Lansdowne, einem Nachkommen Sir William Pettys, übernommen. Sei es, daß Lansdowne ein tüchtiger politischer Kopf ist, oder daß er sich, im Gegensatz zu seinem Vorgänger, von den ständigen und sehr erfahrenen Beamten seines Ressorts belehren läßt, jedenfalls begann seit seinem Eintritt in das Auswärtige Amt die englische Politik eine systematische und sichere zu werden. Die angestellte Untersuchung ergab, daß erstens die englische Politik darauf gerichtet sein müsse, das britische Reich zusammenzufassen; zweitens, daß diese Zusammenfassung von Rußland und Deutschland gehemmt wird: von Rußland in Asien, von Deutschland auf dem Meere. In der englischen Presse waren die Meinungen geteilt darüber, wie diese Schwierigkeiten am besten überwunden werden könnten. Die meisten Schriftsteller waren der Ansicht, daß ein Ausgleich mit Rußland nötig und auch möglich sei. Rußland wolle einen eisfreien Zugang zum Weltmeer; möge England ihm Bunder-Abbas am Persischen Golf oder ihm den Bosporus öffnen. Dagegen hielten einige Schriftsteller einen Ausgleich mit Deutschland für wünschenswert und traten ein für eine englische Mitwirkung am Bau der Bagdadbahn, für eine Anerkennung der deutschen Einflußsphäre in China. In hochkonservativen Kreisen wurden sogar Stimmen laut, Deutschlands Pläne in Südamerika zu fördern, um in Amerika ein Gegengewicht gegen die Vereinigten Staaten zu haben. Lansdowne lehnte jedoch beide Meinungen ab; er meinte, man könnte Deutschland nicht von Rußland trennen; Deutschland würde zwar alle englischen Konzessionen dankend annehmen, aber hübsch auf seiten Rußlands bleiben, wenn der englisch-russische Konflikt in Asien akut werden sollte; England müsse vielmehr in seiner Politik sowohl mit der russischen wie mit der deutschen Feindschaft rechnen; irgend ein Kompromiß sei da unmöglich. Lansdowne schloß sich deshalb in Asien den Ansichten Japans und der Vereinigten Staaten an und akzeptierte den ihm vom Marquis Ito im Januar 1902 angebotenen Vertrag. Die Zeit der glänzenden Isolierung war vorbei und England trat wieder in ein System von Bündnissen ein. Seines Bundesgenossen in Asien sicher, begann Lansdowne zu Ende des Jahres 1902 eine Annäherung mit Frankreich anzubahnen und der zwanzigjährigen Feindschaft ein Ende zu machen, die mit der englischen Besetzung Egyptens begonnen hatte, und die von Deutschland zur Förderung seiner eigenen Interessen aus-

genutzt und geschürt wurde. Ein Verständnis mit Frankreich war für England aus zwei Gründen nötig: erstens, um sich seine Verbindungen im Mittelmeer, dessen westliche Hälfte durch die französische Seemacht beherrscht wird, zu sichern; zweitens, um Deutschland in Schach zu halten und den seit 1870 bestehenden deutsch-französischen Gegensatz ebenso auszunutzen, wie Deutschland den französisch-englischen Gegensatz seit 1882 ausgenutzt hat. Lansdowne fand bei Delcassé, dem französischen Minister des Außeren, das gewünschte Verständnis, und beide machten sich im Jahre 1903 daran, ein allgemeines Abkommen zustande zu bringen, das auch im April 1904 unterzeichnet wurde. Egypten wurde den Engländern überlassen, Marokko den Franzosen. Außerdem existieren aus den letzten Jahren verschiedene freundschaftliche Abkommen zwischen England und Portugal, zwischen Frankreich und Italien, und infolge des französisch-englischen Abkommens auch ein französisch-spanisches Abkommen, so daß alle wichtigen Mittelmeermächte in Freundschaft mit England leben. Dazu kommt das Bündnis zwischen Frankreich und Rußland, ferner das Ergebnis des japanisch-russischen Krieges, das teilweise darin besteht, daß Rußland auf lange Zeit hinaus aufgehört hat, eine Gefahr für England in Asien zu sein. Parallel mit diesen Abmachungen und Vorgängen regelte Lansdowne alle Schwierigkeiten, die seit Jahrzehnten mit den Vereinigten Staaten bestanden: die Beseitigung des Cleyton-Bulwer-Vertrages über einen interozeanischen Kanal, dann die Absteckung der Alaskagrenze.

Man denke sich nun die Position, die England zu Anfang des Jahres 1905 in der Welt einnehmen konnte: die Mittelmeermächte dem deutschen Einfluß entzogen; der Dreibund wertlos; Rußland zu Boden geworfen; Frankreich der offene Freund des britischen Reiches; Amerika nicht nur befriedigt, sondern auch auf die Freundschaft Englands angewiesen; alle britischen Seeverbindungen gesichert; Möglichkeit einer Konzentration der ganzen britischen Flotte um die Nordsee.

Seit Waterloo ist die Stellung Englands nicht mehr so stark gewesen. Und dies alles hat Marquis of Lansdowne in vier Jahren geleistet und blieb nach wie vor nur Marquis. Denn was kann ein König von England einem englischen Lord geben?

Dagegen wurde Deutschland isoliert und in seinen überseeischen Plänen mattgesetzt. Große Schwierigkeiten hat es Lansdowne nicht gekostet, ein solches Ergebnis herbeizuführen. Er hat dabei auch viel „Glück“ gehabt. Allein „Glück“ heißt gewöhnlich das Geschick, die Fehler des Gegners auszunutzen. Und Fehler hat die deutsche Politik viele gemacht. Die Ursachen dieser Fehler sind teils in den sozialen Verhältnissen Deutschlands zu finden, teils in den leitenden Persönlichkeiten. Daß Deutschland in seinem offenbaren Ausdehnungsdrang nur dem allgemeinen Gesetz der bürgerlichen Gesellschaft folgt, ist zweifellos richtig. Aber es wird in seinem Ausdehnungsdrang erstens durch den Mangel an innerer Freiheit gehindert. Solange die feudal-absolutistischen Überreste nicht beseitigt sind, kann sich der moderne Imperialismus nicht durchsetzen. Ein freieres Deutschland wäre der natürliche Mittelpunkt für alle kleineren germanischen Völker, wie das holländische, dänische und skandinavische. Dagegen fühlen diese sich von einem unfreien Deutschland abgestoßen. Nur die österreichischen Deutschen, die unter noch unfreieren Verhältnissen leben, erblicken in einem Anschluß an das Reich einen Fortschritt. Dann kann ein unfreies Deutschland nicht die Verwaltungskräfte entwickeln, die zu einer erfolg-

reichen Ausdehnungspolitik nötig sind. Schließlich verlangt der moderne Imperialismus eine freie Diskussion der äußeren Politik, und diese wird in Deutschland verpönt, da eben das ganze Verfassungsleben undemokratisch ist. Hierzu kommen persönliche Faktoren. Man versteht in Deutschland nicht das Gesetz der Konzentration in der Politik. Man wirft sich auf viele Objekte, zersplittert die Kraft und erregt überall Mißtrauen. Konzentration ist mit Opfern verbunden. Man muß vieles opfern, um nur ein einziges Objekt im Auge zu haben. Dies setzt einen disziplinierten Willen voraus. Und der politische Wille einer leitenden Persönlichkeit kann nur durch öffentliche Kritik, und zuweilen durch rücksichtslose Kritik, diszipliniert werden. Ist aber eine solche Kritik in Deutschland möglich? Gewiß nicht. Deutschland hat sich in den letzten fünfzehn Jahren Einflußsphären schaffen wollen in Kleinasien, wo es gegen die russischen Interessen verstieß; dann in Südafrika, wo es gegen die britischen Interessen verstieß; gleichzeitig in Südamerika, wo es auf die Monroedoktrin stieß. Und das sind die stärksten Mächte gewesen, gegen die man nicht gleichzeitig kämpfen konnte. Ein Feldmarschall, der eine solche Strategie verfolgte, wäre in wenigen Tagen ein geschlagener Mann. Das ist doch den Deutschen aus den Schriften von Clausewitz wohl bekannt. Und vieles, was Clausewitz über den Krieg sagt, gilt auch für die praktische Politik.

In den Jahren 1898 bis 1901 hat England Versuche gemacht, Deutschland zu gewinnen und seiner Politik eine bestimmte Richtung zu geben. Aber die deutsche Diplomatie konnte sich nicht meisterhaft beschränken. Was blieb denn England anders übrig, als es mit Japan und Frankreich zu versuchen und Deutschland zur Vernunft zu bringen. Im April 1904 sah sich Deutschland im Netze gefangen, aber es mußte gute Miene zum bösen Spiele machen, da noch das russische Gespenst nicht gelegt war. Erst nach den Schlachten am Schaho, bei Mukden und bei Tsuschima machte die deutsche Diplomatie einen kräftigen Versuch, einige Maschen des Netzes durchzubeißen. Dies war das Auftreten Deutschlands gegen Frankreich wegen Marokkos. Aber die Art und Weise, wie das französische Kabinett aufgefordert wurde, Delcassé zu entlassen und das Marokko-Abkommen zu revidieren, dürfte kaum geeignet sein, ein neues, der deutschen Politik günstigeres Gleichgewicht der Mächte herzustellen. Dieser Eindruck ist in Frankreich allgemein. Noch mehr: das deutsche Auftreten könnte als eine Bestätigung der englischen Behauptung aufgefaßt werden, daß Deutschland nach der Hegemonie Europas und des Atlantischen Ozeans strebe. Wie käme denn Deutschland sonst dazu, sich in die inneren Angelegenheiten Frankreichs zu mischen und noch obendrein das Verlangen zu stellen, einen Vertrag einiger europäischen Mächte zur deutschen Begutachtung vorzulegen! Daß Marokko vor vierundzwanzig Jahren der Gegenstand einer internationalen Konferenz war, ist noch kein Grund, ein solches Verlangen zu stellen. Warum haben denn zum Beispiel Rußland und Österreich ihr Balkan-Abkommen vom Jahre 1897 den Mächten des Berliner Kongresses nicht mitgeteilt? Und wenn es überhaupt ein europäisches Konzert gibt, so doch sicherlich über die orientalische Frage.

Der deutsche Erfolg gegenüber Frankreich ist übrigens nur ein scheinbarer. Er hat aber die allgemeine diplomatische Lage Deutschlands noch verschlimmert. Er hat bei allen Mächten den Eindruck hinterlassen, daß Deutschland jede Gelegenheit ergreifen wird, seine Expansionspläne rücksichtslos durchzusetzen. Unter diesem Eindruck wandten sich England und Frankreich an das

Washingtoner Kabinett, zwischen Tokio und Petersburg Friedensunterhandlungen einzuleiten, um dem Kriege ein Ende zu machen und Rußland nicht zu sehr schwächen zu lassen, da dieses zum Schutze Frankreichs gegen Deutschland nötig sei. Das Bedürfnis nach Frieden wurde — infolge des deutschen Auftretens — in Europa fühlbar. Es ist die gestörte europäische Lage, die die soeben eingeleiteten Friedensunterhandlungen beherrscht.

Zur Taktik der Sozialdemokratie.

Betrachtungen eines Lohnarbeiters.

Von **Otto Geithner.**

„... Da ich Gelegenheit fand, auf den friedfertigen Opportunismus ... und das frisch-fromm-fröhlich-freie ‚Hineinwachsen‘ der ‚alten Sauerei in die sozialistische Gesellschaft‘ loszuhauen."
(Brief von Friedr. Engels an Kautsky 1891, „Neue Zeit", XX, 1, S. 5.)

Da wir auf dem kommenden Parteitag in Jena sowohl bei der Frage der Maifeier als auch bei der über den „Generalstreik" eine ausführliche Erörterung über Taktik zu erwarten haben, so sei es auch einem Lohnarbeiter einmal gestattet, in dieser Zeitschrift seine Meinung über einige Vorkommnisse der letzten Zeit zu sagen und dabei zugleich einige Streiflichter auf unsere heutige Taktik und auf die Notwendigkeit ihrer revolutionären Vertiefung zu werfen. Es ist selbstverständlich, daß ich bei meinen Ausführungen gezwungen bin, mir die größtmögliche Beschränkung aufzuerlegen, weshalb ich auch nur aus der Fülle der Erscheinungen einige herausnehme, um sie kritisch zu zergliedern und um daran zu prüfen, welche Taktik das Proletariat einzuschlagen hat.

Da muß ich nun zunächst gegen den „Vorwärts" wiederholen, was Genosse Julian Borchardt über unsere Provinzpresse sagte.[1] Der „Vorwärts" erfüllt seine Aufgabe, auch eine theoretische Schulung seiner Leser zu bewirken, absolut nicht. Ein wirklich wertvoller wissenschaftlicher Artikel wird immer seltener in ihm. Ich gestehe ganz offen, daß mir die 92000 Abonnenten durch eine Annäherung an die „Berliner Morgenpost" zu teuer erkauft worden sind und mir, so wenig ich als Demokrat auf dem Standpunkt sektiererischer Beschränkung stehen kann, die Hälfte Abonnenten *mehr* wären, wenn ich dafür die Gewähr hätte, nur *sozialistisch geschulte* Genossen als Abonnenten zu haben. Mir kommt es nicht darauf an, daß der „Vorwärts" das Organ für Hinz und Kunz sein kann, sondern die qualitative Verbesserung steht mir über der quantitativen Vermehrung. Wie wenig der „Vorwärts" selbst in den internsten Parteifragen seine Aufgabe erfüllt, beweisen die ewigen Klagen auf unseren Parteitagen, daß er nicht zur „Stellungnahme" zu bringen ist. Er markiert auch in unseren Parteikämpfen und Diskussionen die „unparteiische Presse", um nicht rechts und links anzustoßen und er verstärkt dadurch die Verwirrung und Unsicherheit.

Nun einige Worte über die Leitung der Streiks. Schon seit langer Zeit gehen die Bestrebungen der Verbandsvorstände der Zentralverbände darauf hinaus, das alleinige Bestimmungsrecht darüber zu haben, ob ein Streik ein „berechtigter", also auch unterstützungsberechtigter ist. Die Verbandsvorstände argumentieren dabei so: „Haben die Verbandsvorstände in der Hauptsache die

---

[1] „Neue Zeit", XXII, 1, S. 157.

Mittel zu beschaffen, so haben sie auch die Entscheidung zu treffen" („Korrespondenzblatt der Gewerkschaften Deutschlands", 7. Jahrgang, Nr. 28). Das sieht so aus, als ob die armen Verbandsfunktionäre die Kosten der Lohnbewegungen aus ihrer Tasche zu decken hätten und die Kassen die Hauptsache wären, die Lohnbewegungen lästige Nebenerscheinungen der Gewerkschaftsbewegung. Wir kommen auf diese Weise, nur von einer anderen Seite her, zu denselben Nietzscheschen Übermenschen, die allein von ihrem hohen Piedestal aus entscheiden können, ob ein Streik „wirklich berechtigt" ist, während sich die Masse der Mitglieder einfach zu fügen hat. Es ist immer wieder das alte Lied von der dumpfen, trägen Masse, die von „oben" herunter geleithammelt werden müßte, das Lied, das der Genosse Bernhard in seinem berüchtigten „Parteimoral"-Artikel sang, dasselbe Lied, dem kürzlich Herr Tischendörfer im „Korrespondenzblatt der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands" folgende wunderschöne Melodie gab: „Die ‚Masse' fühlt sich bei ihren beschränkten Kenntnissen nicht nur sehr *wohl*, sondern kommt sich noch außerordentlich klug vor. . . ." Er führt dann weiter aus, daß im Kampfe mit dieser verblödeten Masse „fortgeschrittene Gewerkschaftsführer deshalb vielfach zu einem geradezu traurigen Dasein verurteilt seien". Sie müssen oft „entgegen ihrer eigenen Überzeugung Dinge sagen, welche die Masse ‚vertragen' kann", und haben nur den einen Trost, „daß die Masse erst durch Schaden klug werden" würde, und daß sie die Sache so „schieben können, wie es ihrer weisen Einsicht entspricht", entgegen den Beschlüssen ihrer Kampfgenossen und Auftraggeber. Und in einer Replik an den „Vorwärts" führt Herr Tischendörfer aus, daß er nur die Erlebnisse sozialdemokratischer Gewerkschaftsführer verarbeitet habe, und konstatiert, „daß sozialdemokratische Gewerkschaftsführer den Ausführungen seines Artikels", der gleichzeitig für „tendenzlose Wissenschaft" eintrat, „durchaus zugestimmt haben". Bis jetzt hat sich meines Wissens kein „Gewerkschaftsführer" veranlaßt gesehen, gegen diese Verdächtigungen zu protestieren. Freilich, wer da weiß, welch eigentümliche Vorstellungen selbst über das Wesen des Sozialismus und des Klassenkampfes sowie über die Klassengegensätze in manchen gewerkschaftlichen Kreisen herrschen, der wird sich über nichts mehr wundern. Man betrachte nur die Schildbachschen Ausführungen in „Der Zunftgedanke im Tarifvertrag",[1] in denen er als eine der größten Errungenschaften der „modernen" Arbeiterbewegung die Auferstehung des Zunftgedankens feiert.

„Zur Grundlage eines soliden Produktionspreises gehörte dann auch — da die Arbeitskraft noch einen wesentlich höheren Bestandteil des Produktionsprozesses bildete, als heute im Zeitalter der Maschinen — eine gewisse Regelung der Löhne, wie sie als ‚Lohnordnung' im Baugewerk in einigen *privilegierten*, teilweise örtlich begrenzten Branchen der Metall- und Textilindustrie bestimmt, in anderen Gewerben allem Anschein nach bestanden haben. . . . Die Organisationslosigkeit der Gewerbe drängte die Arbeiter auf den Weg der Revolte, bis endlich die gewerkschaftliche Organisation der Arbeiter den Bewegungen klare Ziele setzte, die — bezeichnend genug für den *sozialistischen* Geist der Zunft — in denselben Forderungen und denselben Einrichtungen gipfelte, welche ehedem der Geist des industriellen Liberalismus zerstört hatte."

Was ist nun der „Geist des industriellen Liberalismus" anders als der des „uneingeschränkten Rechtes des Privateigentums"?

---

[1] „Neue Zeit", XXIII, 1, S. 204/205.

Die berühmte Parole des „laisser faire“, eine historisch notwendige Forderung, entsprungen den Bedürfnissen einer Produktion, welche alle staatlichen Bevormundungen und alle Schranken von Zunft- und Provinzialverordnungen, die der freien Konkurrenz entgegenstanden, niederrennen mußte, das ist der eigentliche Geist des „industriellen Liberalismus“. Gewiß, auch wir betrachten den Geist dieses „industriellen Liberalismus“ als einen Hemmschuh der modernen Entwicklung, ohne ihn jedoch dadurch überwinden zu wollen, daß wir den noch unmöglicheren „Zunftgeist“ wieder heraufbeschwören, sondern dadurch, daß wir auf höherer Stufenleiter die Vorteile beider Produktionsweisen, nämlich größtmögliche Steigerung der Produktivität der Arbeit und Sicherung der Existenz der Arbeiter, in die sozialistische Produktionsweise aufzulösen gedenken. In der Forderung des Genossen Schildbach liegt das unbewußte Eingeständnis der Unmöglichkeit, auf anderem als revolutionär-sozialistischem Boden den Kapitalismus zu beseitigen. Die große historische Aufgabe, welche die Gewerkschaften haben, liegt darin, für die Arbeiterklasse die Konjunktur des Marktes auszunutzen, die kapitalistische Ausbeutung in „normale Schranken“ zu weisen und nach Möglichkeit die Mehrwertsrate zu verringern. Anders bei Genosse Schildbach. Er sieht den Zweck der gewerkschaftlichen Organisationen nicht darin, die Ausbeutung des Arbeiters zu verringern, respektive aufzuhalten, sondern darin, gemeinschaftlich mit den Unternehmerorganisationen die Ausbeutung der Konsumenten zu betreiben. Wahrhaftig ein großes, erhabenes Ziel, den Schweiß der Edlen wert! Nicht in der Aufhebung, sondern in der „Sozialisierung“ der Ausbeutung liegt hier das sozialistische Endziel des Proletariats!

Aber selbst diese Entwicklung der gewerkschaftlichen Taktik hat ihren begrenzten Spielraum, da sie nur dort Anwendung findet, wo das Kapital allein nicht stark genug ist, die Preise zu diktieren. Nur in denjenigen Produktionszweigen, wo ein handwerksmäßiger Betrieb vorherrscht und deshalb die Konkurrenz unter den Unternehmern eine größere ist, oder aber in kleineren Gewerbegruppen verstehen sich Kapitalisten dazu, mit „ihrer“ Arbeiterschaft den Profit zu teilen, natürlich gewöhnlich so, daß die Arbeiter die über den Löffel Barbierten sind.

In großen Industrien, wo eine gewaltige Kapitalakkumulation stattgefunden hat, ja Voraussetzung ist, Hand in Hand damit aber auch Kapital- und Betriebskonzentration geht, wie die der Großeisenindustrie, und vor allem im Kohlenbergbau, wo die Riesenkartelle die Produktionspreise selbstherrlich festsetzen können, da fällt das Ideal der Tarifverträge und die „konstitutionelle Fabrik“ in sich zusammen. Kann bei der mehr handwerksmäßigen Betriebsweise der Abschluß von Tarifverträgen immerhin noch die Möglichkeit bieten, den degenerierenden Einfluß der Konkurrenzverhältnisse des Marktes auf die betreffenden Arbeiterschichten aufzuhalten, so nur deshalb, weil sich die politischen Verhältnisse einer durchgreifenden Arbeiterschutzgesetzgebung nicht günstig zeigen. Weil die herrschenden Klassen in den Parlamenten wie in den Regierungen, welch letztere ja nur „Handlanger“ der Kapitalisten sind, selbst einer „Sanierung“ kapitalistischer Zustände feindlich gegenüberstehen, ist die Arbeiterschaft auch hier auf die „Selbsthilfe“ angewiesen. Diese Anwendung der Selbsthilfe ist aber nur dann geraten, wenn hinter ihr die klare sozialistische Erkenntnis steht, denn nur damit bietet sie die Gewähr, daß nicht auf Kosten der Gesamtarbeiterschaft für bestimmte Berufe Vorteile erreicht werden. Die Tatsachen, die bekanntlich „hartnäckige Dinge“ sind, zeigen uns, daß in denjenigen

Berufen, in denen die kapitalistische Konkurrenz noch rückständige Produktionsweisen bestehen läßt, wie zum Teil in der Korbmacherei, Schuhmacherei, landwirtschaftlichen Kleinbetrieben, Spielwarenindustrie usw., besonders aber in der Tabak- und Konfektionsindustrie, wo die Betriebswerkstätten gegen die mörderische Konkurrenz der Hausindustrie nicht aufkommen können, an den Abschluß von Tarifverträgen nicht zu denken ist. Hier ist die berühmte „Selbsthilfe" machtlos und Staatshilfe geboten, natürlich nur in dem Sinne, daß die politische Macht des Proletariats durch die Gesetzgebung der kapitalistischen Ausbeutung Schranken setzt, respektive diese aufhebt.

Selbst ein Kapitalistenblatt wie die „Kölnische Zeitung" bemerkt: „Erfreulicherweise macht die Neigung, in derartigen Verträgen eine lediglich einseitige Bindung der Arbeitgeber zu sehen, bei diesen einer immer größeren Wertschätzung Platz." Aber leider habe sich die Großindustrie an solchen kollektiven Arbeitsverträgen bisher nur sehr wenig beteiligt, obgleich sie ein besonders großes Interesse an Tarifverträgen habe. Warum das Kapitalistenblatt ein lebhaftes Interesse für den Abschluß von Tarifverträgen hat, gesteht es mit den Worten:

„Man muß das (Nichtvorhandensein von Tarifverträgen) um so mehr bedauern, als die langfristigen Tarifverträge einer der wesentlichsten Punkte sind, an denen die Stellung der Gewerkschaften zu den wirtschaftlichen Verhältnissen sich unverkennbar scheiden von der Auffassung der marxistischen Sozialdemokratie und wo der Standpunkt des Klassenkampfes verlassen wird. Mit großer Schärfe kam das Aufgeben des Klassenkampfes zum Ausdruck in dem Referat über die Tarifgemeinschaft auf dem allgemeinen Gewerkschaftskongreß zu Frankfurt a. M. 1899, dessen erdrückende Mehrheit sich die dabei entwickelten Gesichtspunkte zu eigen machte. Aber abgesehen von dieser erzieherischen Wirkung auf die Arbeiterschaft machen sich die Opfer, welche die Ausstände den Beteiligten auferlegen, und die schweren Schädigungen, die sie dem Gewerbe zufügen, dringend wünschenswert, daß, soweit als möglich, durch Abschluß von Verträgen wenigstens für geraume Zeit das Wirtschaftsleben vor Störungen bewahrt und der gewerblichen Tätigkeit die Möglichkeit gegeben wird, sich in sichere Verhältnisse einzurichten."

Wie unangenehm der „Kölnischen" die Ausstände sind, ja schon die Einleitung einer Lohnbewegung, geht daraus hervor, daß sie rät: „daß das Eingreifen (von Schiedsgerichten) zu einem möglichst frühen Zeitpunkt erfolgen soll, womöglich noch ehe es zum Ausstand gekommen ist. Mit dem Ausstand wächst die Erbitterung der streitenden Parteien, vergrößert sich der Kreis der Beteiligten, nimmt die Zahl der Streitpunkte zu. . . ."

Hand in Hand mit der „Kölnischen Zeitung" geht auch der „Vorwärts", der aus Anlaß der Beendigung der Holzarbeiteraussperrung in Berlin es als einen „Sieg" betrachtete, daß der Holzarbeiterverband nicht vernichtet ist und ein Tarifvertrag zum Abschluß kam. Er schreibt: „Nach alledem ergibt sich als das Resultat des fünfzehn Wochen währenden Kampfes: Der Holzarbeiterverband hat bewiesen, daß er durch den schärfsten Angriff, dessen die Unternehmer der Holzindustrie fähig sind, nicht besiegt, ja nicht einmal in seiner Macht und seinem Einfluß geschädigt werden kann. Die Unternehmer mußten wohl oder übel diese Tatsache anerkennen und einen Vertrag mit den organisierten Arbeitern abschließen, der an die Stelle der Willkür festumgrenzte, beide Teile verpflichtende Bestimmungen, an die Stelle des Unter-

nehmerabsolutismus ein sozusagen konstitutionelles Verhältnis setzt. Die Arbeiter brauchen nicht mehr durch Streiks, die ihnen Opfer kosten und nicht immer Erfolg haben, in jedem Einzelfall um ihr Recht zu kämpfen, es muß ihnen vielmehr werden, ohne daß sie Opfer zu bringen und Kämpfe zu liefern haben." Und: „So ist für die Berliner Holzindustrie ein Vertragsverhältnis geschaffen, welches für längere Zeit stabile Lohn- und Arbeitsverhältnisse schafft."

Das Ideal der „Kölnischen" ist also erreicht. Wenn man aber einmal im Siegefeiern schwelgt, so ist es auch nicht verwunderlich, wenn vom „Vorwärts" noch folgender Hymnus auf den paritätischen Arbeitsnachweis angestimmt wird. „Außer dieser zweifellosen Errungenschaft (Sicherung des Lohnes mit 95 Prozent des durchschnittlichen Lohnes) bringt der Vertrag noch eine andere, deren Bedeutung nicht unterschätzt werden darf. Der Arbeitsnachweis der Tischlerinnung, der eingerichtet worden ist als eine Stelle der Kontrolle und Maßregelung ‚mißliebiger' Arbeiter, muß beseitigt werden, und an seine Stelle tritt ein paritätischer Arbeitsnachweis, der zu gleichen Teilen von Arbeitern und Arbeitgebern verwaltet wird. Auch hier ist den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht gesichert, welches ihnen die Unternehmer bisher hartnäckig vorenthielten." Ja, ja, man wird bescheiden. Die Umwandlung des völlig bedeutungslosen Innungsarbeitsnachweises in einen paritätischen Nachweis ist auch ein Sieg, der um so „bedeutungsvoller" wird, wenn man weiß, daß dadurch der gut funktionierende Arbeitsnachweis des Verbandes — unter den Tisch fiel. Eine Konzession an die Unternehmer, die der Verbandsleitung die meiste Entrüstung aus den Mitgliederkreisen eingetragen hat, wird hier zum Siege!

Durch alle diese Bestrebungen und Maßnahmen zieht sich wie ein roter Faden das Bedürfnis nach Ruhe, lange vorher schon, ehe ihm auf dem letzten Gewerkschaftskongreß Bömelburg die klassische Formel gegeben hat: „Zum Weiterstreben bedürfen wir der Ruhe." Es gibt ja auch schon Beispiele in der Geschichte, wo diesem Ruhebedürfnis Rechnung getragen wurde, nämlich die englischen Gewerkschaften. Genosse Gustav Jaeckh berichtet in seiner vortrefflichen „Geschichte der Internationale" einiges von den Früchten dieses „Ideals", auf das die Gewerkschaften mit vollen Segeln lossteuern.

Fast alle Berichte der Gewerkschaftsvorstände jammern über die Mitgliederfluktuationen trotz der „Vorteile", die die Organisationen bieten; wenn es auch besser geworden ist durch diese Unterstützungseinrichtungen, so bedenken die Vorstände nicht, daß bei der Agitation für die Verbände fast nur noch auf diese „Vorteile" aufmerksam gemacht wird, nicht aber darauf, daß der Klassenkampf Opfer, Kraft und Heroismus erfordert. Man „verkauft sich eben nicht mehr mit Haut und Haaren einer politischen Partei".

Es gibt freilich auch bei uns und nicht bloß in England Gewerkschaftsbeamte, deren „Ideal" die „erste Million" Verbandsvermögen ist und die mit schwärmerischer Verehrung an dieses Ideal denken. Gefüllte Kassen, leistungsfähige Unterstützungseinrichtungen und „sozialer Friede", ganz wie bei der Bourgeoisie, die auch friedliebend wurde, sobald ihre sozialen Entwicklungsbedingungen Erschütterungen, wie sie Kriege usw. darstellen, nicht mehr vertragen konnten, und deshalb verpönten. Die Besorgung dieses gewaltigen Unterstützungswesens bringt, wie die beiden Webbs, die Geschichtsschreiber des britischen Trade Unionismus, so zutreffend konstatieren: „ihre eigene Idiosynkrasie mit sich".[1]

[1] S. und B. Webb, „Geschichte des britischen Trade Unionismus", S. 269.

Manche dieser Beamten wundern sich dann, daß ihnen die Bewegung über den Kopf wächst und daß die Arbeitermassen eine politische Reife entwickeln, zu der sich viele von diesen „Führern“ oft nicht aufschwingen können.

Freilich, wir sozialistischen Gewerkschaftler sind jetzt übel daran. Gerade die Frage, die uns bei unserer revolutionären Propaganda eine der wichtigsten zu sein scheint, ist für uns verboten, zu diskutieren, denn „der Kongreß der Gewerkschaften Deutschlands empfiehlt der organisierten Arbeiterschaft, solchen Versuchen (durch die Propagierung des politischen Massenstreiks eine bestimmte Taktik ‚festlegen‘ zu wollen) energisch entgegenzutreten“.

Das gerade Gegenteil ist richtig. Was uns bitter not tut, ist, theoretische Erkenntnisse zu verbreiten.

„Was ihnen fehlte (den englischen Gewerkschaftsführern), das war die theoretische Grundlage, der Sinn für die Verallgemeinerung. Sie waren nie etwas anderes gewesen, als „grundsatzlose Opportunisten“, schreibt Jaeckh sehr richtig.[1] Je mehr sich die Klassenkämpfe zuspitzen, um so fühlbarer wird die Notwendigkeit, daß „die Leiter gewerkschaftlicher Aktionen Politiker großen Stiles werden müssen, die neben einem weiten Blicke die Erkenntnis der tieferen ökonomischen Zusammenhänge, der Beziehungen zwischen Politik und Ökonomie besitzen und in engster Fühlung mit der Gesamtbewegung des Proletariats stehen“.[2]

Überall sehen wir, daß die herrschenden Klassen bestrebt sind, die wenigen Rechte der Arbeiterschaft zu verkümmern. Dem Wahlrechtsraub in Sachsen folgten Hamburg, Dresden, Lübeck, Württembergs Verfassungskampf usw. Die Behandlung des Kontraktbruchgesetzes gegen die Landarbeiter im Gegensatz zur Reichsverfassung zeigte die Junkerclique in ihrer revolutionären Größe. Die stolpern nicht über die „Zwirnsfäden“ der Reichsverfassung, für die ist nur die eine Frage maßgebend: „Was nutzt uns?“ Auch die Behandlung der Kanalvorlage kann der Arbeiterschaft als Muster dienen. Es gibt keine konservativen Scharfmacher, die „Friedsamkeit“ und „Gesetzlichkeit“ predigen. Gewiß erstreben wir eine friedliche Lösung der sozialen Frage, aber eben eine Lösung auf jeden Fall, nicht aber Friedfertigkeit auf jeden Fall. Unser Wollen und Wünschen ist eben nicht allein maßgebend, deshalb stimme ich auch der Genossin Roland-Holst zu, wenn sie schreibt:[3] „Aber das kämpfende Proletariat ist zum Glücke für die Sache der Menschheit solchem Troste (daß die moralische Verurteilung auf die Urheber des eventuellen Staatsstreichs zurückfällt) nicht zugänglich. Es brennt vor Begierde, so schnell als möglich ans Ziel zu kommen. Es will handeln und findet für den Raub seiner Rechte keinen Ersatz in ethischen Betrachtungen über die ‚ewige Gerechtigkeit seiner Sache‘.“ Was uns allen not tut, ist die Beherzigung des Dantonschen Wortes: Das erste Erfordernis eines großen Kampfes ist „Kühnheit, Kühnheit und noch einmal Kühnheit“. Wer aber nur von einer zahlenmäßigen Stärkung der Gewerkschaften das Heil erwartet, der wird vielleicht noch manche Enttäuschung erleben. Sind doch die gewerkschaftlich Organisierten kaum 15 Prozent der gesamten gewerblichen Lohnarbeiter, deren Zahl 1895 schon fast 7 Millionen betrug und jetzt nach zehn Jahren sicher die neunte Million fast erreicht haben dürfte. Rechnen wir aber alle Lohnarbeiter, auch die landwirtschaftlichen hinzu, so kommen wir auf ungefähr 18 Millionen

---

[1] Jaeckh, „Internationale“, S. 152.

[2] Kautsky, Vorwort zu Roland-Holsts „Generalstreik und Sozialdemokratie“.

[3] Ebendaselbst, S. 127.

und damit schrumpft das Verhältnis der 1¼ Million Organisierten auf höchstens 7 bis 8 Prozent zusammen.

Und wer schon im voraus auf die absolute Unmöglichkeit eines Generalstreiks sich versteift, dem antworte ich mit Genossen Hilferding:[1] „Der Generalstreik muß möglich sein, soll anders der Sieg des Sozialismus, der Sieg des Proletariats möglich sein. ... Die Verneinung der Möglichkeit des Generalstreiks bedeutet, wenn nicht eine Gedankenlosigkeit, so eine Selbstaufgabe des Proletariats."

Freilich, die Kleingläubigkeit in unseren eigenen Reihen wird nicht dazu beitragen, den Entwicklungsprozeß zu beschleunigen. Lesen wir doch bei Bernstein:[2] „Trotz der großen Fortschritte, welche die Arbeiterklasse in intellektueller, politischer und gewerblicher Hinsicht seit den Tagen gemacht hat, wo Marx und Engels schrieben, halte ich sie doch selbst heute noch nicht für entwickelt genug, die politische Herrschaft zu übernehmen."

Leider gibt es noch Sozialisten und Gewerkschaftsführer, die wohl das Interesse ihrer engeren Berufsgenossen wirksam vertreten, aber den Blick für das Ganze vollständig verloren haben. Indem sie ihre ungeteilte Aufmerksamkeit einem engen Interessenkreis zuwenden, sehen sie wohl, daß ein Teil dieses Kreises sich günstigere Lebens- und Arbeitsbedingungen erringt, schlußfolgern aber dann schablonenhaft, daß „die Lebenslage des gesamten Proletariats sich mächtig gehoben hat". Ein schlimmer Trugschluß!

In unserer ganzen Presse muß fortgesetzt die Unvereinbarkeit und der schroffe Gegensatz zwischen bürgerlicher und proletarischer Weltanschauung hervorgehoben und der unversöhnliche Klassencharakter der Arbeiterbewegung energischer als bisher zum Ausdruck gebracht werden. Unsere Presse muß wieder mehr sowohl einen propagandistischen Charakter als auch den einer wissenschaftlichen Fundgrube annehmen, wie es früher der Fall war. Niemals war wissenschaftliche Klarheit notwendiger als jetzt, wo die Klassenkämpfe immer mehr die Form von „Machtproben" annehmen. Nicht Ruhe, sondern *Kampfbereitschaft* tut uns not!

Politischer Massenstreik und politische Krisis.

Von **Paul Lensch**, Leipzig.

Es ist wie in einer Periode ungeheurer Erdrevolutionen, wo himmelhohe Berge zusammenstürzen und vom Meere verschlungen werden und an anderer Stelle die Fluten wieder zurückweichen müssen vor plötzlich aus der Tiefe auftauchenden ungeahnten Kontinenten. Da dauert es eine geraume Zeit, bis aus dem Chaos sich die Umrisse einer neuen Erdoberfläche abheben, die für eine geraume Zukunft die Grundlage von Werden und Vergehen bieten soll. Erst allmählich treten die aus ihrem Gleichgewicht gerissenen Elemente in den Zustand der Ruhe zurück, nachdem sie ihre neuen Schwerpunkte gefunden haben.

In einem derartigen Zustand befinden sich augenblicklich die politischen Verhältnisse der europäischen Staaten. Die Grundlage, auf der sich das politische System Europas aufbaute, war die Schiedsrichterrolle Rußlands auf dem

---

[1] „Neue Zeit", XXII, 1, S. 142.
[2] „Voraussetzungen des Sozialismus", S. 183/184.

Kontinente. Jetzt, wo Rußland durch Japans derbe Schläge vom Stuhl gestoßen ist, fällt das ganze politische System Europas zusammen wie ein Kartenhaus. Die politischen Kräfte Europas drängen zu einer neuen Konsolidierung, und dieses Drängen offenbart sich auf der einen Seite durch neue Bündniskonstellationen, auf der andern durch fortwährende Kriegsgerüchte. Bald soll Frankreich am Vorabend eines Krieges mit Deutschland stehen, bald England, bald soll sich das Verhältnis zwischen England und Frankreich zu einem Bündnis verengen, bald das von Deutschland und Rußland. Jedenfalls befinden wir uns mitten in einer heftigen politischen Krisis, und die Arbeiterklasse hat die Aufgabe, auf der Hut zu sein, damit in dieser Krisis nichts geschehe, was ihre Interessen bedrohen könnte.

Tatsächlich ist denn auch innerhalb des Proletariats das Bewußtsein vom Ernste der augenblicklichen Situation sehr lebendig, und als bester Beweis hierfür gilt uns das plötzlich so lebhaft erwachte Interesse an der Diskussion des politischen Massenstreiks. Man hat die Empfindung, daß man der neuen politischen Situation gegenüber auch neuer Waffen bedürfe, und als solche neue Waffe faßt man den politischen Massenstreik mit Recht auf. Daß in der Parteipresse augenblicklich eine so lebhafte Aussprache über ihn stattfindet und daß seine Erörterung auch auf die Tagesordnung des nächsten Parteitags gesetzt wurde, ist keineswegs dem dämonischen Einfluß irgend eines mächtigen „Theoretikers“ und „Literaten“ zuzuschreiben, sondern ist ein Ausfluß der gesamten weltpolitischen Krise und als solcher außerordentlich bemerkenswert. Der Vorgang beweist eben, wie tiefgehend die allgemeine Erschütterung aller Verhältnisse ist, und daß die Arbeiterklasse von ihr beeinflußt wird, sie mag wollen, oder nicht.

Während nun so die Arbeiterklasse sich nach neuen Mitteln umsieht, um ihre alten Rechte zu verteidigen, zu denen in erster Linie das Wahlrecht zum Parlament gehört, geht es mit dem Parlamentarismus selber stetig bergab. Die bürgerlichen Klassen verlieren mit jedem Tage mehr das Interesse an der Wahrung der an sich schon geringen parlamentarischen Rechte. Das schwache Echo, das der letzte Alarmruf der „Kölnischen Volkzeitung“ wegen des bedrohten Budgetrechts des Reichstags in der bürgerlichen Presse gefunden hat, ist in dieser Hinsicht ebenso bezeichnend, wie die Wollust, mit der man in Regierungskreisen dieses Recht immer und immer wieder so recht mit Herzenslust zertrampelt. Die Rechte des Reichstags zu wahren, fällt den bürgerlichen Parlamentariern nicht ein, und zwar deswegen nicht, weil sie damit zugleich auch die Rechte der Arbeiterklasse wahren würden. Lieber aber ist sie selber politisch ohnmächtig, als daß sie ein politisches Erstarken des Proletariats zuließe. Ein ohnmächtiges Parlament jedoch reizt die Regierung zu immer neuen Versuchen, seine Ohnmacht noch zu vertiefen, und die letzten fünf Jahre deutscher Parlamentsgeschichte stellen nichts anderes dar, als eine ununterbrochene Kette derartiger Versuche. Aus diesem Irrsal bieten auch die Attentate der bürgerlichen Parteien auf das Wahlrecht der Arbeiter kein Entrinnen. Im Gegenteil. Dadurch wird das Übel nur noch vermehrt; denn die Regierung weiß, daß die auf Grund von Wahlrechtsräubereien zusammengesetzten „Volksvertretungen“ im Volke keinen Boden mehr haben und deshalb nicht imstande sind, ihr ernsthafte Opposition zu machen. Diesen immanenten Widerspruch des Parlamentarismus „löst“ die Bourgeoisie dadurch, daß sie ihm unwillig den Rücken kehrt und einige mißvergnügte Worte über ihn vor sich her murmelt. Sie schafft sich in ihren

berufsständischen Organisationen, in den Handelskammern, den landwirtschaftlichen und industriellen Zentralverbänden usw. sehr wirkungsvolle Vertretungskörper ihrer materiellen Interessen, die häufig den Einfluß des Parlaments weit überragen. Dadurch wird die Abkehr des Bourgeois vom Parlamentarismus aus einer vorübergehenden eine dauernde Erscheinung. Damit wird aber auch die politische Ohnmacht des Parlaments verewigt.

Die Arbeiterklasse befindet sich also in der Notwendigkeit, ein neues und sehr gewagtes Mittel, eben den politischen Massenstreik, anzuwenden, um sich das Wahlrecht zu einem Parlamente zu sichern, dessen Einflußlosigkeit mit jedem Tage klarer wird. Das ist ohne Frage ein vollendeter Widerspruch, aber aus derartigen dialektischen Schönheiten besteht bekanntlich die gesamte kapitalistische Gesellschaftsordnung, und wie jeder Widerspruch trägt auch er seine Lösung in sich selbst. Sobald die Arbeiterklasse ihre gesamte organisierte wirtschaftliche Macht in Gestalt des politischen Massenstreiks zugunsten des Wahlrechts in die Wagschale wirft, in demselben Augenblick wird das Parlament, zu dem dieses Wahlrecht den Schlüssel bietet, ein anderes. Es erfährt eine ungeheure Erweiterung seiner Kraft, die genau der Kraft entspricht, die das Proletariat zur Verteidigung des Wahlrechts aufgewandt hat.

Der politische Massenstreik würde uns also neben anderen Dingen nicht bloß das bisherige Wahlrecht zum Parlament sichern, sondern würde uns überhaupt erst ein wirkliches Parlament schaffen. Damit hätte die Arbeiterklasse das Instrument in der Hand, mit dem sie ihrem Willen nicht bloß, wie bisher, platonischen „Ausdruck", sondern auch den nötigen Nachdruck geben könnte. Und das hat sie in den kommenden Jahren weltpolitischer Entscheidungen bitter nötig. Freilich! Auch hier muß man sich vor der Illusion hüten, als könne man mit dem Stimmzettel die Welt erobern. Umgekehrt! Je mehr Einfluß die Arbeiterklasse in einem wirklich machtvollen Parlament besitzt, desto mehr werden sich die Verhältnisse zuspitzen und zu politischen Katastrophen treiben. Aber nicht die Arbeiterklasse ist es, die am letzten Ende diese Katastrophen zu fürchten hat.

Die Arbeitergesetze und die Gerichte in den Vereinigten Staaten.

Von **Josef Herzfeld.**

Jüngst wurde in den Zeitungen berichtet, daß das Oberbundesgericht der Vereinigten Staaten ein Gesetz des Staates New York, wodurch die Arbeitszeit für Bäckereiarbeiter auf zehn Stunden festgesetzt wird, für verfassungswidrig und deshalb nichtig erklärte. Mitte Juni dieses Jahres sind die beiden folgenden ähnlichen Urteile ergangen.

Im Staate New Jersey war ein Gesetz erlassen, wonach die Nachahmung der Gewerkschaftskontrollmarke für strafbar erklärt und bestimmt wird, daß die Strafe, eine Geldbuße von 200 bis 300 Dollar, der Gewerkschaft (Union) zufällt. Das Obergericht von New Jersey erklärte dieses Gesetz für verfassungswidrig, weil es die geschädigte Person im Widerspruch mit der Verfassung ermächtige, für den erlittenen Schaden obendrein eine Buße einzuziehen.

In Massachusetts hatte die Schuhmachergewerkschaft mit einer Schuhfabrik einen schriftlichen Vertrag geschlossen, nach welchem die Fabrik nur Mitglieder

der Schuhmachergewerkschaft beschäftigen durfte. Ein Schuhmacher, der keiner Gewerkschaft angehörte, wurde infolge dieses Abkommens entlassen. Er verklagte die Gewerkschaft auf Schadenersatz und erzielte ihre Verurteilung. Das Obergericht entschied, daß der Vertrag mit der Firma verfassungswidrig und deshalb nichtig sei, weil er die Konkurrenz unterdrücke und ein Monopol schaffe.

Die formelle Berechtigung zu diesen Entscheidungen nehmen die Gerichte der Vereinigten Staaten und der Einzelstaaten derselben aus Artikel III und VI der Verfassung der Vereinigten Staaten, welche ihnen die Prüfung der Verfassungsmäßigkeit der Gesetze übertragen in der Weise, daß von der Entscheidung des Obergerichtes eines Staates an das Bundesobergericht als letzte Instanz appelliert werden kann, und aus dem 5. und 14. Amendement zur Bundesverfassung. Das 5. Amendement lautet: „No person shall be deprived of life, liberty or property without due process of law.“ (Niemandem soll Leben, Freiheit oder Eigentum ohne ordentlichen Rechtsgang genommen werden.) Und das 14. Amendement: „No state shall deprive any person of life, liberty or property without due process of law, nor deny to any person within its jurisdiction the equal protection of the law. (Kein Staat soll irgend jemandem Leben, Freiheit oder Eigentum ohne ordentlichen Rechtsgang nehmen, noch irgend einer Person innerhalb seiner Jurisdiktion den gleichen Schutz der Gesetze versagen.)

Die Verfassung von 1787, welche diese Amendements enthält, war das Resultat der siegreichen Revolution der amerikanischen Kolonien gegen ihr Mutterland England, zu deren Durchführung sie bis zu ihrer fast vollständigen Erschöpfung von 1775 bis 1783 mit England Krieg geführt und deren Ziel vor allem die Sprengung der Fesseln war, welche England der Entwicklung der kapitalistischen Produktion in den Vereinigten Staaten angelegt hatte. Seit seiner siegreichen Revolution von 1688 bis zum Beginn des amerikanischen Unabhängigkeitskriegs 1775 hatte das englische Bürgertum zur Entwicklung des bürgerlichen Eigentums in England, der englischen Industrie, des englischen Handels und Verkehrs nicht weniger als 29 Parlamentsakte gegen die Entwicklung des bürgerlichen Eigentums in den Kolonien, ihrer Industrie, ihres Handels und Verkehrs ergehen lassen. Die industrielle Warenproduktion in den Kolonien, insbesondere die Erzeugung von Eisen-, Stahl- und Wollwaren, war verboten und selbst die handwerksmäßige Erzeugung in weitem Maße eingeschränkt. Solche Waren durften nur von englischen Händlern auf englischen Schiffen bezogen werden. Der Handel mit landwirtschaftlichen Rohstoffen und Produkten zwischen den Kolonien war den Kolonisten verboten und den Engländern monopolisiert, der Export dieser Rohstoffe und Produkte durfte nur nach England und auf englischen Schiffen erfolgen, der Import derselben von England nur auf englischen Schiffen oder sonst belastet mit Eingangszöllen, welche die Konkurrenz fast ausschlossen. Kein Wunder, daß die Kolonisten, als sie 1783 ihren Unabhängigkeitskrieg endlich siegreich beendet hatten, in der Verfassung des Staatsgebildes, welches das politische Resultat dieses Krieges darstellte, in der Verfassung der Vereinigten Staaten von Amerika, Bestimmungen aufnahmen, welche das bürgerliche Eigentum von den Fesseln befreiten, die bis dahin seine Entwicklung niedergehalten hatten. Diesem Zwecke diente das 5. und 14. Amendement, von denen das 5. 1789 in der ersten Session der ersten Legislaturperiode des Bundeskongresses erlassen wurde und das 14. 1866, nach Besiegung der Südstaaten im Sezessionskrieg, um auch in diesen dem kapitalistischen

Privateigentum freie Bahn zu schaffen. Die „Freiheit", welche hier als Grundrecht festgelegt wurde, bedeutete daher wirtschaftlich die bürgerliche Vertragsfreiheit, und das „Eigentum", welches für unantastbar erklärt wurde, war das kapitalistische Privateigentum an den Produktionsmitteln. Diese Grundrechte entsprachen den „Menschenrechten" der Unabhängigkeitserklärung von 1776, mit der die amerikanische Revolution eröffnet wurde und die heute noch in allen amerikanischen öffentlichen Schulen auswendig gelernt und als die magna charta des amerikanischen Bürgertums gepriesen wird, obgleich in dem Lande der Trusts „von der Warenproduktion selbständiger Produzenten, die in vollster Freiheit miteinander konkurrieren" (Kautsky in Nr. 37 dieser Zeitschrift), wenig übrig geblieben ist. Aber als Wächter dieser magna charta setzte man von Anfang als Gegengewicht gegen die demokratisch gewählten Gesetzgebungskörperschaften das Bundesobergericht, dessen Mitglieder vom Präsidenten der Vereinigten Staaten mit Genehmigung des durch indirekte Wahl der Staatslegislaturen gewählten Bundessenats auf Lebenszeit ernannt, und die Obergerichte der Einzelstaaten, deren Mitglieder meistens in derselben Weise von den Gouverneuren der Einzelstaaten angestellt werden. Man entzog also diese magna charta von Anfang an dem allgemeinen gleichen und geheimen Wahlrecht und legte sie vertrauensvoll den Richtern in den Schoß, den Erwählten der Präsidenten, der Senate und der Gouverneure, von denen man mit Recht annehmen konnte, daß sie die wirtschaftspolitischen Anschauungen der herrschenden Schichten des Bürgertums zum Ausdruck bringen würden. Und dies Vertrauen haben sie von Anfang an bis auf den heutigen Tag gerechtfertigt. So sind die Entscheidungen der Obergerichte zugunsten der Trusts und sind ihre Entscheidungen gegen die Arbeiterklasse erklärlich. Die Grundrechte sind die magna charta des Großbürgertums im Klassenkampf mit dem Proletariat geworden, weil die Handhabung und Auslegung dieser magna charta in die Hände des Großbürgertums gelegt ist. Einen Beitrag zur Geschichte dieses Klassenkampfes liefert eine jüngst erschienene Schrift.[1] Das Buch hat insofern einiges Interesse, als es die in den verschiedenen Staaten über Arbeitergesetze ergangenen Entscheidungen und ihre hauptsächliche Begründung zusammenstellt. Im übrigen ergeht sich der Verfasser in wenig klarer Weise und ungewöhnlich schlechtem Deutsch in allerlei Betrachtungen über diese Entscheidungen, ohne irgendwie in die wirtschaftlichen, politischen und gesellschaftlichen Zusammenhänge einzudringen, unter denen sie ergingen. Ihm bedeuten sie Beispiele der Beschränkung der legislativen Gewalt durch das richterliche Prüfungsrecht, wie die Reden des seligen Cicero für Philologen vielfach nur Beispiele für die lateinische Grammatik bedeuten. Und doch wäre es eine der interessantesten Aufgaben, diese Entscheidungen an der Hand der wirtschaftspolitischen Geschichte der Vereinigten Staaten zu beleuchten. Die materialistische Geschichtsauffassung würde dabei sicherlich eine glänzende Rechtfertigung erfahren.

Ich lasse hier die hauptsächlichsten von Loewy angeführten Entscheidungen und ihre Begründung folgen:

Im Jahre 1890 erklärte der Supreme Court of California eine Verordnung der Stadt Los Angeles, die den achtstündigen Arbeitstag für städtische

[1] „Die bestrittene Verfassungsmäßigkeit der Arbeitergesetze in den Vereinigten Staaten von Nordamerika." Ein Beispiel der Beschränkung der legislativen Gewalt durch das richterliche Prüfungsrecht, von Dr. Walther Loewy. Heidelberg 1905, Karl Winters Universitätsbuchhandlung.

Arbeiter vorschrieb, für verfassungswidrig. „Der Grundsatz" — so sagt das Gericht — „steht fest, daß jede Person die Freiheit hat, jedem Beruf nachzugehen und dies auf ihre eigene Art zu tun, wenn sie sich nicht an Rechten anderer vergreift." (Man sieht, die fast wörtliche Wiederholung des betreffenden Satzes in der Erklärung der Menschenrechte.)

Im Jahre 1891 nahm die Legislatur von California ein Gesetz an, das die prompte Zahlung des Arbeitslohns zum Zwecke hatte. Das Gericht legte es als der Vereinbarung der Parteien unterliegend aus und nahm ihm dadurch seinen Wert.

1897 nahm darauf die Legislatur das Gesetz in zwingender Form an und bestimmte ferner, daß der Lohn in bar gezahlt werden muß. Der Supreme Court of California erklärte es im selben Jahre für verfassungswidrig. „Dies ist ein Eingriff in die Vertragsfreiheit (freedom of private contract)", sagt das Gericht. „.... Die Rechte einer Korporation sind mit demselben Maßstab zu messen wie die Rechte einer Person. Der Korporation und dem Arbeiter ist der Vertrag verboten, durch den der Lohn auf längere Zeit als auf einen Monat rückständig wird oder in etwas anderem als Geld gezahlt wird. Der Arbeiter von Intelligenz wird als schwachsinnig behandelt, obgleich großjährig und nicht irrsinnig, des Rechtes beraubt, einen Vertrag darüber zu schließen, wann sein Lohn fällig sein soll."

In Colorado, dem Staate der großen Minenindustrie, in dem infolge der langen Arbeitszeit und der Betrügereien bei der Lohnzahlung zahlreiche blutige Ausstände stattgefunden haben, nahm die Legislatur im Jahre 1899 ein allgemeines Antitruckgesetz an wie auch ein Gesetz, das den Arbeitstag der Bergarbeiter auf acht Stunden festsetzt. Noch im selben Jahre wurde es vom Obergericht von Colorado für verfassungswidrig erklärt mit folgender Begründung:

1. Es ist klar, daß dieses merkwürdige und extreme Gesetz nicht nötig ist und nicht zum Schutze des Publikums beabsichtigt war. Sein einziger Zweck ist, private Interessen zu schützen, den Arbeiter zu schützen nicht gegen andere, sondern gegen sich selbst.

2. Dieses Gesetz ist Klassengesetzgebung, weil es grundlos sich nur auf Bergarbeiter beschränkt.

3. In keinem Sinne ist das Gesetz eine Ausübung der Polizeigewalt. Selbst diejenigen, die es befürworten, behaupten nicht, daß sein erster Zweck der Schutz der öffentlichen Gesundheit sei.

In Illinois erklärte das Obergericht 1886 ein Gesetz, welches die Lohnzahlung für Kohlen nach Gewicht anordnete, für verfassungswidrig, da es einen Eingriff in die Vertragsfreiheit bedeute.

1892 wurde ein Antitruckgesetz für Bergarbeiter und ein Gesetz betreffend die Zeit der Lohnzahlung von demselben Gerichtshof aus demselben Grunde für verfassungswidrig erklärt.

Ein Gesetz von 1897, welches bestimmte, daß Bergarbeitern der Lohn für die ganze geförderte Kohle ohne Abzug bezahlt werden solle, erklärte das Gericht für dispositiv und nahm ihm dadurch jeden Wert.

In Kansas nahm die Legislatur im Jahre 1897 ein Antitruckgesetz an. Dasselbe war aber auf Korporationen und Trusts beschränkt, welche mehr als zehn Arbeiter beschäftigen. Das Obergericht von Kansas erklärte das Gesetz für verfassungswidrig mit folgender Begründung:

1. Das Gesetz ist ungerecht und ungleich. Es klassifiziert Korporationen nach der Zahl der Angestellten. Warum sollen nicht die neun Angestellten, welche für eine Korporation arbeiten, gleich geschützt sein mit den elf Angestellten der anderen Korporation? Wenn diese Klasseneinteilung verfassungsmäßig ist, so folgt, daß die Legislatur das Gesetz nur auf verheiratete Leute beschränken könnte usw.

2. Dieses Gesetz stellt den Arbeiter unter die Hilflosen und spottet seines Berufs; denn er hat ein durch die Verfassung geschütztes Recht, seine Arbeit für irgend ein ihm beliebiges Wertobjekt einzutauschen. Unter Personen sui juris, welches Recht hat die Legislatur, anzunehmen, daß der eine Schutz gegen den anderen gebraucht? In diesem Lande mag der Arbeitgeber von heute im nächsten Jahre der Arbeitnehmer sein.

Dagegen hielt das Gericht 1899 ein Gesetz, welches Bezahlung der Kohle nach Gewicht vorschreibt, für verfassungsmäßig.

Das Obergericht von Kentucky hat es fertig gebracht, eine Verfassungsbestimmung dieses Staates, welche eine Antitruckvorschrift enthält, 1898 für nicht zwingenden Rechtes zu erklären, weil sie sonst den Arbeiter schädigen könnte, während sie zu seinem Schutze in die Verfassung aufgenommen sei.

In Maryland hielt das Obergericht ein Antitruckgesetz für gewisse Korporationen im Jahre 1880 für verfassungsmäßig, weil die Legislatur die Vertragsfreiheit der Korporationen kraft ausdrücklich reservierten Rechtes bestimme. Als aber 1898 ein Gesetz erlassen wurde: „Nicht nur gewisse Korporationen, sondern auch ihre Beamten sollen aus einem Truckladen keine Vorteile ziehen", hielt dasselbe Gericht dieses Gesetz für verfassungswidrig. „Während das Verbot den Korporationen gegenüber keinen Einwand zuläßt" — sagt das Gericht —, „so überschreitet es deren Beamten gegenüber die Gewalt der Legislatur. Es wird gesetzwidrig für diese, einem gesetzmäßigen Geschäft nachzugehen."

In Massachusetts gab das Obergericht 1895 auf Wunsch der Legislatur ein Gutachten über einen Gesetzentwurf zur Regelung der Zeit der Lohnzahlung ab. Der Gerichtshof sagte: „Die Motive, welche die Legislatur zur Überzeugung gebracht haben, daß Gesetze dieser Art von einer vernünftigen Fürsorge für das öffentliche Wohl gefordert werden, unterliegen nur unserem Urteil, insoweit dies zum Schutze der Verfassung nötig ist. In Anbetracht ähnlicher Gesetze, welche in modernen Zeiten in vielen fremden Ländern und in vielen der Staaten angenommen worden, können wir nicht sagen, daß dieses Gesetz so unzweifelhaft unvernünftig und ungesund ist, daß die Legislatur es nicht für die Förderung des öffentlichen Wohles geeignet halten könnte." Infolgedessen wurden 1895, 1896, 1898 Gesetze betreffend die Regelung der Lohnzahlung in Massachusetts erlassen. Die Entscheidung des Bundes-Obergerichts über diese Gesetze ist noch nicht angerufen worden.

In Missouri erklärte das Obergericht 1893 ein Antitruckgesetz für gewisse Gewerbe und 1896 ein Sonntagsgesetz für Barbiere als „Klassengesetzgebung" für verfassungswidrig. Ebenso erklärte es 1895 ein Gesetz, wonach Verträge, die dem Arbeiter den Beitritt zu einer Gewerkschaft verböten, nichtig seien, als einen Eingriff in die Vertragsfreiheit und verfassungswidrig. 1899 dagegen wurde ein allgemeines Antitruckgesetz und ein allgemeines Gesetz über die Zeit der Lohnzahlung von demselben Gerichtshof als verfassungsmäßig anerkannt.

In Nevada wurde ein Gesetz betreffend den Achtstundentag für Bergarbeiter für verfassungsmäßig, in Nebraska dagegen ein gleiches Gesetz als Klassengesetzgebung und als ein Eingriff in die Vertragsfreiheit für verfassungswidrig erklärt, dagegen 1902 ein Gesetz betreffend die Arbeitszeit der Frauen für verfassungsmäßig, weil dieses Gesetz zum Schutze gegen Bedrückung angenommen sei. Das Gericht fügte hinzu, daß es ein Gesetz, welches erwachsenen Männern das Recht nehme, nach Belieben einen Arbeitsvertrag abzuschließen, für verfassungswidrig erklären würde.

In New York bestimmte 1897 ein Gesetz, daß Gemeindearbeiter nicht weniger als den ortsüblichen Tagelohn erhalten sollen. Das Obergericht erklärte dieses Gesetz für verfassungswidrig. „Die Stadt ist eine Korporation" — sagt das Gericht —, „welche alle Rechte einer Korporation besitzt, und deshalb kann ihr Eigentum nicht ohne ihre Zustimmung genommen werden. Die Gewalt, dem Arbeitgeber und dem Arbeiter das Recht zu nehmen, sich über die Höhe des Lohnes zu verständigen, ist eines der Dinge, die man als durch das Grundgesetz verboten betrachten kann." Ebenso wurde 1903 von demselben Gericht ein Gesetz als Ausnahmegesetz für verfassungswidrig erklärt, welches für die auf öffentlichen Bauten usw. mittelbar oder unmittelbar vom Staate Angestellten den Arbeitstag festsetzt.

Ferner ein Sweatshop-Act, weil er einen Eingriff in die Vertragsfreiheit darstelle.

In Ohio wurde 1888 ein Gesetz, welches allgemein die Zeit der Lohnzahlung regelte, als Eingriff in die Vertragsfreiheit für verfassungswidrig erklärt.

In Oregon dagegen ein Sonntagsgesetz für Barbiere 1902 für verfassungsmäßig.

In Pennsylvania wurde 1886 ein Antitruckgesetz für verfassungswidrig erklärt mit folgender Begründung:

„Dieses Gesetz ist gänzlich verfassungswidrig und nichtig, da durch dasselbe ein Versuch gemacht wird, das zu tun, was in diesem Lande nicht getan werden kann, das heißt Personen sui juris daran zu verhindern, daß sie ihre eigenen Verträge schließen. Dieses Gesetz ist ein Eingriff sowohl in die Rechte des Arbeitgebers als des Arbeiters, mehr wie das, es ist ein beleidigender Versuch, den Arbeiter unter Vormundschaft der Legislatur zu stellen, welcher nicht nur seine Männlichkeit verletzt, sondern auch seine Rechte als Bürger der Vereinigten Staaten untergräbt. Er darf seine Arbeit verkaufen, gerade wie es ihm gut dünkt, ebenso wie sein Herr Eisen und Kohlen zu seinem Preise verkaufen darf. Irgend ein Gesetz, welches dieses verbietet, ist eine Verletzung seiner Privilegien und deshalb nichtig."

Ebenso wurde 1901 ein Gesetz, welches, um dem Trucksystem zu Leibe zu gehen, eine Steuer von 25 Prozent auf Lohnanweisungen legte, die in dreißig Tagen nicht eingelöst werden, für verfassungswidrig erklärt.

Dagegen wurde 1900 der zwölfstündige Arbeitstag für Frauen von einem unteren Gericht aufrecht erhalten mit der Begründung: „Die Tatsache, daß das Individuum willens ist, auf den Schutz zu verzichten, ist nicht maßgebend. Das öffentliche Wohl erfordert Schutz, und wenn, um diesen Schutz zu gewähren, der Schutz dem Individuum aufgedrungen werden sollte, muß dasselbe sich dennoch fügen."

In Tennessee wurde ein Antitruckgesetz 1892 als Eingriff in die Vertragsfreiheit vom Obergericht für verfassungswidrig erklärt, dagegen 1899 „als

eine rechtmäßige Ausübung der Polizeigewalt" aufrecht erhalten und diese Entscheidung vom obersten Bundesgericht bestätigt.

In Texas bestimmt die Verfassung, daß Gesetze zum Schutze der Lohnzahlung der Arbeiter erlassen werden sollen. Als darauf 1889 ein Gesetz erlassen wurde, welches bestimmte, daß, falls Eisenbahnarbeiter ihren Lohn nicht fünfzehn Tage nach Fälligkeit erhielten, die Bahn ihnen einen Schadenersatz von 20 Prozent der Lohnforderung zu zahlen verpflichtet sei, erklärte das Obergericht von Texas 1892 dieses Gesetz für verfassungswidrig.

„Man mag sich oft fragen" — sagt das Gericht —, „wer bei diesen eingreifenden Gesetzen der Arbeitnehmer und wer der betreibende Unternehmer ist. Der Staat schreibt vor, unter welchen Sicherheits- und Gesundheitsmaßregeln der Arbeiter arbeiten soll, der Staat macht den Vertrag für einen Arbeitstag von nicht mehr als acht Stunden, er schreibt vor, wann und wie die Kohlen gewogen werden sollen. Er bestimmt, daß der Arbeiter zweimal monatlich und in bar zu bezahlen ist. Wenn die öffentlichen Interessen dies verlangen, um Streiks zu vermeiden, dann müßte der Staat auch den Lohn selbst festsetzen, denn dem Streit über den Lohn entspringen die meisten Streiks.

„Zählt man die Arbeit zum Rechte des Eigentums, so bedeuten diese Gesetze nichts anderes als das Nehmen des Eigentums des einen, um es dem anderen zu geben, das heißt das Nehmen des Eigentums ohne Entschädigung und ohne ordentlichen Rechtsgang."

In Utah bestimmt die Verfassung den Achtstundentag für alle Arbeiten und Unternehmungen des Staates, ebenso, daß die Legislatur Gesetze zum Schutze der Gesundheit und Sicherheit der Arbeiter in Fabriken, Hochöfen und Bergwerken erlassen solle. Auf Grund dieser Verfassungsbestimmung wurde 1896 ein Achtstundengesetz für Bergarbeiter vom Obergericht von Utah für verfassungsmäßig erklärt. Und das Oberbundesgericht bestätigte 1898 diese Entscheidung als im Einklang mit den Bestimmungen der Bundesverfassung. Dieses Gericht sagte:

„Das Vertragsrecht selbst steht unter gewissen Beschränkungen, welche der Staat mit Recht auferlegen darf in Ausübung der Polizeigewalt. Die Legislatur hat auch die Tatsache anerkannt, welche durch die Erklärung der Gesetzgeber vieler Staaten verbürgt wird, daß die Besitzer dieser Bergwerke und ihre Angestellten nicht auf gleichem Fuße stehen und daß ihre Interessen in gewissem Maße widersprechend sind. In solchem Falle ist das Interesse ein unsicherer Führer; die Legislatur mag mit Recht einschreiten. Der Umstand, daß beide Parteien volljährig sind und vertragsfähig, nimmt nicht notwendigerweise dem Staate das Recht, einzuschreiten, wenn die Parteien nicht auf gleichem Fuße stehen oder die Erhaltung der Gesundheit fordert, daß eine Partei gegen sich selbst geschützt werde. Der Staat behält immer noch ein Interesse an seinem Wohlergehen, wie unvorsichtig der Vertragschließende selbst auch sein mag. Es ist nicht unsere Absicht, die vielen Präjudizien zu kritisieren, welche entscheiden, daß Gesetze, die den Arbeitstag bestimmen, verfassungswidrig sind. Es ist genug, von ihnen zu sagen, daß sie keine Anwendung finden, wo die Legislatur entschied, daß eine Beschränkung für die Gesundheit der Angestellten nötig, und vernünftige Gründe vorhanden sind, anzunehmen, daß solche Feststellungen den Tatsachen entsprechen. Die Frage in jedem Falle ist, ob die Legislatur das Gesetz angenommen in Ausübung einer vernünftigen Diskretion, oder ob ihre Handlungen nur ein Vorwand sind für ungerechte Maßregeln zur Bedrückung einer bestimmten Klasse."

Hier stellt also der oberste Gerichtshof der Vereinigten Staaten den Grundsatz auf, daß Gesetze, welche einen Eingriff in die Vertragsfreiheit oder die Freiheit des Eigentums darstellen, verfassungsmäßig und gültig sind, wenn sie „in Ausübung einer vernünftigen Diskretion“ erlassen sind. Mit anderen Worten, sie sind gültig, wenn das Obergericht sie für angebracht hält und ihnen zustimmt. Von der politischen Zusammensetzung des Obergerichtes der Vereinigten Staaten hängt daher augenblicklich in hohem Maße die Entwicklung der Arbeitergesetzgebung in denselben ab. Die Stärke der Organisation und der Selbsthilfe ist somit für die amerikanischen Gewerkschaften von noch ausschlaggebenderer Bedeutung als für die deutschen. Daraus erklären sich manche Erscheinungen im amerikanischen Gewerkschaftsleben.

Auf der anderen Seite sind diese Gerichtsentscheidungen eine Folge und ein Ausdruck der politischen Machtlosigkeit der amerikanischen Arbeiterschaft und drängen diese mit Notwendigkeit auf den Weg der politischen Organisation zur Eroberung der politischen Gewalt. Es scheint, daß auch in den Vereinigten Staaten die Gerichte gegen ihren Willen ein mächtiger Hebel zur Entwicklung der sozialdemokratischen Partei sind.

Eine Frage der Handlungsgehilfenbewegung.

Von **Max Cohen**, Frankfurt a. M.

Trotz eifrigster Agitation und unermüdlichster Aufklärungsarbeit, die eine ganze Reihe von Berufsgenossen schon seit Jahren betreibt, kann man leider auch heute noch nicht von einer Handlungsgehilfenbewegung in dem Sinne sprechen, in dem man von einer Arbeiterbewegung spricht. Von den 800000[1] männlichen und weiblichen Handelsangestellten des Deutschen Reiches sind nämlich nur 4600 auf der rein gewerkschaftlichen Basis organisiert, die den Organisationen der gewerblichen Arbeiter entspricht. Diese 4600 Mitglieder sind im „Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Deutschlands“ mit dem Sitze in Hamburg zusammengeschlossen.

Den Anforderungen einer Gewerkschaft entspricht dann noch einigermaßen der „Deutschnationale Handlungsgehilfenverband“, der rund 54000 Mitglieder zählt. Alle anderen kaufmännischen Verbände (auch die verschiedenen weiblichen) müssen bei diesen Betrachtungen von vornherein deshalb ausscheiden, weil in ihnen die Harmonie zwischen Prinzipalen und Angestellten immer noch ein alter Bestandteil ihres Programms ist, auf den sie weder verzichten wollen noch können. Nun gibt es zwar auch im Deutschnationalen Verband eine stattliche Anzahl von Prinzipalen; auch nimmt dieser Verband bekanntlich nur „rein deutsche Gehilfen“ und keine Frauen auf, so daß er bei der wichtigsten Frage für die Gehilfenschaft, der Lohnfrage, zur Untätigkeit gezwungen ist, so sehr er — wie gerne anerkannt werden soll — im großen und ganzen, nächst dem Zentralverband, die Interessen der Handlungsgehilfen entschieden vertritt. Es ist für den Geist der Handlungsgehilfenbewegung außerordentlich bezeichnend, daß sie die Lohnfrage, die für die Arbeiterbewegung die Hauptfrage von An-

---

[1] Diese Zahl gilt nur schätzungsweise, dürfte aber, soweit man die vorhandenen Zahlen der früheren Entwicklung gemäß ergänzen darf, annähernd richtig sein.

fang an war, bis heute noch nicht als den Punkt erkannt hat, der in den Vordergrund der Agitation gestellt werden muß und die allerernsthafteste Würdigung verdient. Man hat für die Kaufmannsgerichte gekämpft, kämpft weiter für vollständige Sonntagsruhe, Achtuhrladenschluß, Handelsinspektoren usw., die Lohnfrage aber ist für alle Organisationen ein Kräutchen „Rühr-mich-nicht-an" geblieben; nur der Zentralverband ist ihr in letzter Zeit näher getreten. Mit kurzen Worten habe ich bereits gesagt, weshalb die bestehenden kaufmännischen Verbände dieser Frage nicht auf den Leib rücken können, selbst wenn alle Angestellten in ihnen organisiert wären. Solange man noch dem Wahne huldigt, daß der Interessengegensatz zwischen Arbeitgeber und Arbeitnehmer im Handel weniger scharf sei, als in der Industrie, ist hier nichts zu erwarten; ebensowenig, wenn man von vornherein ein gutes Drittel aller Handelsangestellten von der Organisation ausschließt, wie dies der Deutschnationale Verband tut. Denn hierdurch sorgt man in verblendeter Weise selbst für die nötige Anzahl von Streikbrechern, die, da die Macht zum Streik hinter jeder Lohnforderung stehen muß, das praktische Anfassen dieser Frage mit Notwendigkeit illusorisch macht. Hier ist also dem Zentralverband, der einzigen modernen Gewerkschaft für jeden männlichen und weiblichen Handelsangestellten, ein Gebiet zur alleinigen Beackerung geblieben, das gute Früchte tragen muß, wenn seine Bearbeiter diese Aufgabe bewältigen können. An gutem Willen und Fähigkeit fehlt es ihnen wohl nicht, ob sie aber auch die nie erlahmende Energie dazu aufbringen werden, eine Energie, die auch dann nicht nachläßt, wenn trotz mühevollstem Schaffen kaum sichtbare Fortschritte zu erblicken sind, die immer wieder den Kampf aufnimmt gegen die Verschleierungsbestrebungen der alten Verbände, gegen die Teilnahmslosigkeit der eigenen Berufsgenossen?

Praktische Gegenwartsarbeit in dieser Sache: Lohnerhöhungen zu erringen, kann der Zentralverband heute eigentlich noch gar nicht leisten (wenn ihm auch hier und da ein kleiner Streik bereits gelungen ist und noch ferner gelingen mag), dafür ist die Zahl seiner Mitglieder zu gering. Aber viel mehr als bisher auf die Wichtigkeit der Lohnfrage hinweisen, die Agitation für sie mit allen Mitteln betreiben, das kann er, kann er besonders aus Gründen, die jetzt dargelegt werden sollen.

Der Zentralverband hat vor allen anderen kaufmännischen Verbänden das Eine voraus, daß er die Handlungsgehilfenbewegung als einen Teil der Arbeiterbewegung überhaupt ansieht, er hat die entsprechende Konsequenz dieser Auffassung ja längst gezogen und sich, als Gewerkschaft, der Gesamtheit der freien Gewerkschaften angeschlossen, hat also einen festen Rückhalt bei der Arbeiterschaft, deren Unterstützung er bei allen seinen Kämpfen genießt. Das hat — außer der materiellen Hilfe in Kampfeszeiten — eine doppelte Bedeutung. Einmal ist die Arbeiterschaft eine große Macht als Konsumentin, dann aber auch als Arbeitgeberin in den Konsumgenossenschaften.

Vom 19. bis 21. Juni dieses Jahres hat in Stuttgart der Zweite ordentliche Genossenschaftstag des „Zentralverbandes deutscher Konsumvereine" stattgefunden, auf dem unter anderem eine Reihe von Bestimmungen angenommen worden ist, die vom Vorstand des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen vorgeschlagen wurden, und die das Verhältnis zu den in Genossenschaften tätigen kaufmännischen Angestellten regeln. Die wichtigsten dieser Vereinbarungen lauten:

1. Für Ladenangestellte: Achtuhrladenschluß.
2. Für Kontor- und Lagerangestellte: achtstündige Arbeitszeit.
3. Für alle Angestellten: Arbeitsruhe an Sonn- und Festtagen; jährlich eine Woche Ferien unter Fortzahlung des Gehalts.
4. Bei Differenzen ist der Vertrauensmann des Gehilfenverbandes als Vertreter der Angestellten anzusehen.
5. Der Stellennachweis des Verbandes ist bei Einstellung kaufmännischer Kräfte in Anspruch zu nehmen.

Diese Abmachungen verdienen volle Anerkennung; was ich bei ihnen aber vermisse, ist eine Bestimmung über die zu zahlenden Löhne: ein Lohntarif. Hiervon hat man vorläufig Abstand genommen; warum, ist nicht recht verständlich; denn die Grundlagen hierfür dürften bei gutem Willen leicht zu gewinnen sein, und bei Arbeitern als Arbeitgebern sollte man mit Recht nicht nötig haben, auch nur ein einziges Wort über die Notwendigkeit und den Nutzen eines Lohntarifs zu verlieren. Es muß unbedingt darauf gedrungen werden, daß die Arbeiten für einen Lohntarif sofort in Angriff genommen werden, daß die Arbeiter ihren Angestellten gegenüber ohne weiteres das tun, was auch sie als Angestellte von ihren Arbeitgebern fordern. Die Einführung eines Lohntarifs für 6475 kaufmännische Angestellte im Jahre 1904 (3927 weibliche und 2548 männliche) wäre nämlich — und gerade hierauf ist das entscheidende Gewicht zu legen — ein großer Fortschritt von prinzipieller Bedeutung. Es handelt sich allerdings meist um Angestellte der Kolonialwarenbranche, aber gerade ihre Angestellten gehören bei Privatunternehmen mit zu den am schlechtest bezahlten, die einer Hebung ihrer Lebenshaltung sehr bedürfen. Ein einmal vorhandener Lohntarif müßte, wenn er agitatorisch geschickt ausgenutzt würde, eine große Wirkung ausüben und eine recht beträchtliche Zahl von Angestellten privater Kolonialwarengeschäfte dem Zentralverband zuführen, abgesehen von denen der deutschen Konsumvereine, deren Anschluß, in ihrer Gesamtheit an den „Zentralverband" dann aus eigenstem Interesse heraus sich wohl von selbst vollzöge. Auf diese Weise wäre der erste Schritt gemacht für den Versuch, in der Lohnfrage an Privatbetriebe, wenigstens dieser bestimmten Branche, heranzutreten. Diese Möglichkeit läge dann um so näher, als gerade die Arbeiterschaft oft einen ausschlaggebenden Teil der Kundschaft der Kolonialwarenhandlungen stellt.

Auf diesem Wege ist doch wenigstens Aussicht vorhanden, daß ein bescheidener Anfang in einer überaus wichtigen Frage gemacht wird, die nur dann erfolgreich angegriffen werden kann, wenn die Zahl der im Zentralverband organisierten Angestellten ganz erheblich gewachsen ist. Dies Wachstum kann durch einen noch so kleinen Erfolg auf dem besprochenen Gebiet stark beeinflußt werden; dann wird auch die Propagierung der Streikidee in kaufmännischen Betrieben nicht mehr so schwierig sein und mehr Verständnis finden als heute. Wenn irgend etwas auf den rückständigsten aller Arbeiter, den Handlungsgehilfen, einen Eindruck hervorbringen kann, so ist es die Vorhaltung von etwas Geschaffenem, das ihm als ein Erreichtes am ehesten imponiert. Auch dann noch (ebenso bis dahin) ist eine ungeheure Arbeit zu bewältigen, das aber darf nicht irre machen, da nur auf diesem Wege ein Erfolg winkt. Durchführbar ist das Gesagte auch nur von dem Zentralverband, der keinen Unterschied macht zwischen Arbeiter- und Handlungsgehilfenbewegung, der es weiß und auch ausspricht, daß die Entwicklung im Handels-

gewerbe — sichtbar vor aller Augen — die gleichen Bahnen wandelt wie in der Industrie. Zweifellos vollzieht sich diese Entwicklung zur Konzentration im Handel bei weitem nicht mit solchen Riesenschritten wie in der Industrie, ein Umstand, den man nicht außer acht lassen darf, wenn man den Handlungsgehilfen vorwirft, daß sie für politische Schulung mit das schlechteste Menschenmaterial sind. Ihnen sitzt die große Lehrmeisterin, die Not, noch nicht so derb fühlbar im Nacken wie den Arbeitern. Nicht als ob sie besser entlohnt würden als diese, nein, aber für die todsichere Tatsache, daß ihr Stand nicht mehr das Übergangsstadium zur Selbständigkeit ist, haben sie noch nicht das notwendige starke Empfinden. Der Deutschnationale Verband trägt mit die Hauptschuld, daß diese Wahrheit so schlecht in die Köpfe der Gehilfen eindringt, er ist es, der gegen die Großunternehmungen im Handel so erfolglos Sturm läuft und den Angestellten das falsche Bild vorgaukelt von dem kleinen Herrn, der besser sei, als ein großer Knecht. Diesen irrigen Vorstellungen muß überall mit Macht entgegengetreten werden, damit die Handlungsgehilfen endlich begreifen lernen, daß ihre Bewegung die gleichen Voraussetzungen hat wie die des modernen Proletariats, zu dem sie wirtschaftlich gehören, sie mögen wollen oder nicht.

Der oberschlesische Industriebezirk.

Von **Julius Bruhns.**

Es ist immer noch ein unbekanntes Land, das längliche Dreieck Tarnowitz-Gleiwitz-Myslowitz, das den oftgenannten oberschlesischen Industriebezirk umfaßt, an der äußersten Südostecke des Deutschen Reiches liegt und einer Pfeilspitze gleich in das Gebiet Rußlands und Österreichs sich hineinbohrt. Mit seinem wirren Gemisch von Industriestädten und Dörfern, deren rußige, einförmig häßliche Rohziegelhäuser in engen, oft entsetzlich schmutzigen Wohnungen eine Million Menschen beherbergen, mit seiner jedes landschaftlichen Reizes beraubten, durch die Unterwühlung wild zerklüfteten Oberfläche, seinen Wäldern von Schloten, Rädern und Gestängen, seinem rastlosen Schaffen und Treiben, dem bunten Grenzverkehr mit dem benachbarten Rußland und Österreich und mit hundert anderen Eigenarten bietet dieses fernab vom Leben des übrigen Deutschen Reiches gelegene Land schier unerschöpflichen Stoff zu immer neuen Betrachtungen. Es gleicht den wallenden Dämpfen und glühenden Gasen, die seine zahllosen Schlote in die Lüfte senden. Wenn in den Nächten weiße, gelbe, blaue, rote und orangefarbene Feuergarben diesen Schloten entströmen und weithin den dunklen Himmel in leuchtenden Farben malen, wenn diese Schlote am Tage ungeheure Massen wirbelnder Dämpfe in schwarzen, braunen, gelben, grünen, blauen Farbentönen ausstoßen, so täuscht doch dies bunte Spiel niemanden. Wir wissen, daß diese Dämpfe und Gase giftigen Hauch emporsenden, die Sonne verhüllen, den Boden mit einer Kruste bedecken, in das Blut von Mensch und Tier, in den Saft der Pflanzen eindringen und sie bleich und schwach und krank machen. Nicht anders ist es mit dem eigenartigen, interessanten Leben und Treiben des oberschlesischen Industriebezirks, das für seine proletarischen Bewohner so viel Not und Unglück bringt.

Was auf sozialem und politischem Gebiet in neuerer Zeit über den Industriebezirk veröffentlicht wurde, ist sowohl dürftig wie einseitig. Besonders die von

der mächtigen oberschlesischen Kapitalistenorganisation, dem „Berg- und Hüttenmännischen Verein“ ausgehenden oder inspirierten Veröffentlichungen über wirtschaftliche, soziale, sanitäre usw. Verhältnisse des Bezirks zeichnen sich durch ihre schönfärberische Tendenz aus. Ihre Aufgabe ist, die Lebensverhältnisse der oberschlesischen Arbeiter in rosigster Beleuchtung zu zeigen und der Welt zu beweisen, wie vortrefflich alles unter der Herrschaft des Geldsacks gerade hier bestellt ist. Diese lieblichen Märchen werden wohl nur von naiven Leuten für lautere Wahrheit genommen. Der preußische Kultusminister gehört gewiß nicht zu diesen Leuten; das zeigt seine pessimistische Rede über die furchtbare Kindersterblichkeit in Oberschlesien, die er gelegentlich der Landtagsdebatte über die zur Abwechslung hier einmal grassierende Genickstarre hielt. So wenig man außerhalb, selbst in der 170 Kilometer entfernten Provinzialhauptstadt, von den eigenartigen inneren Verhältnissen des oberschlesischen Industriebezirks kennt, so steht doch allgemein fest, daß dort eine ungebildete, rohe, überaus schlecht gelohnte Bevölkerung haust und daß politische, kulturelle wie auch klimatische Verhältnisse es gebildeten und besser situierten Leuten schwer, ja unmöglich machen, dort zu leben. Diese traditionelle Überzeugung vermag kein schönfärbender Bericht kapitalistischer Soldschreiber zu ändern.

Ein unbekanntes Land ist der oberschlesische Industriebezirk auch für unsere politische wie gewerkschaftliche Arbeiterbewegung. Genosse Dr. Winter, der tapfere Pionier der deutschen Arbeiterbewegung in Oberschlesien, der im Kampfe unheilbare Wunden davontrug, hat sich wiederholt bemüht, in der Arbeiterpresse Aufklärung über das Land und seine Bedeutung für die Bewegung zu geben. Die ganze Eigenart dieses merkwürdigen Grenzdistrikts mit seiner gewaltigen großkapitalistischen Entwicklung, der Differenzierung seiner kulturellen und sozialen Verhältnisse gegenüber allen anderen Teilen des Deutschen Reiches erfordert aber mehr wie gelegentliche Aufklärungsarbeit.

Gegenwärtig ist es ebensowohl möglich wie notwendig, mit größerer Kraft wie bisher an die Eroberung des oberschlesischen Industriebezirks für die Arbeiterbewegung zu gehen. Der starke Aufschwung der politischen wie der gewerkschaftlichen Bewegung hat uns zweifellos die Möglichkeit gegeben. Und die Notwendigkeit, insbesondere für die Gewerkschaften? Dies fern vom heiß pulsierenden Leben der deutschen Arbeiterbewegung gelegene unbekannte Land birgt die Quellen, die in ununterbrochenem Strome „Arbeitswillige“ in die deutschen Lande ergießen. Wo nur Arbeiter einen Strauß mit Unternehmern auszufechten haben, da erscheinen gar bald als beliebteste Hilfstruppen des Kapitalismus oberschlesische Proletarier, um ihren kämpfenden Brüdern in den Rücken zu fallen. Man kann den Armen daraus nicht einmal einen Vorwurf machen. In Jahrhunderte dauernder Knechtschaft unter brutalen polnischen wie deutschen Herren ist ihnen sklavische Unterwürfigkeit eingebläut worden. Die Pfaffen haben in ihnen den demütigen, leidgewohnten Sinn, das entnervende Hoffen auf die jenseitige bessere Welt geweckt. Von Erkenntnis ihrer Klassenlage, von solidarischem Gefühl für ihre Klassengenossen kann bei diesen Leuten nicht die Rede sein, um so weniger, als sprachliche Schwierigkeiten und künstlich gesteigerte nationale Gegensätze die Annäherung an aufgeklärte Arbeiter bedeutend erschweren. Und doch steckt trotz allem ein tüchtiger Kern in den polnischen Proletariern, ein natürliches Brüderlichkeitsgefühl und gute geistige Anlage. Es gilt nur, hier die Schlacken der Knechtschaft zu beseitigen, um vollwertige Mitkämpfer im proletarischen Emanzipationskampfe zu gewinnen.

Wie groß der materielle und moralische Schaden ist, den die deutschen Gewerkschaften im Laufe der Jahre durch das massenhafte Auftreten oberschlesischer Streikbrecher in wirtschaftlichen Kämpfen erlitten haben, das ist in Ziffern natürlich nicht auszudrücken. Aber sehr groß ist dieser Schaden gewiß und die Gewerkschaften haben alle Ursache, ihm nach Kräften zu wehren. Ist doch die industrielle Entwicklung Oberschlesiens in weiterem raschen Aufsteigen begriffen! Nicht nur im jetzigen Industriebezirk entstehen immer neue Anlagen neben Erweiterung und Vervollkommnung bestehender, auch über das bisherige Gebiet hinaus nach Süden und Südwesten hin erobert besonders die Montanindustrie immer neue Positionen. Während die Gruben und Hütten in den Wäldern und Feldern des Kreises Pleß-Rybnik jetzt noch weit verstreut umherliegen, wird im Laufe einiger Jahrzehnte dieser Kreis eine gewaltige Erweiterung des oberschlesischen Industriebezirks darstellen.

Schwerer wie irgendwo sonst im Reiche wird in diesem Industriebezirk die Arbeiterbewegung festen Fuß fassen. Wenn im allgemeinen die Unternehmerorganisationen erst mit oder nach den Organisationen der Arbeiter entstanden sind und mit diesen mehr oder weniger gleichen Schritt gehalten haben, so ist es in Oberschlesien anders. Hier stehen der Masse unorganisierter und völlig indifferenter Arbeiter vortreffliche, seit Jahren bestehende Unternehmerorganisationen gegenüber, die in den wichtigsten Industriezweigen, der Montan- und der Metallindustrie, sämtliche größere Betriebe umfassen. Nimmt man dazu die echt russische Urwüchsigkeit der oberschlesischen Polizei gegen jede selbständige Regung der Arbeiter, die kulturelle Rückständigkeit dieser, den starken feindlichen Einfluß der Geistlichkeit, die sprachlichen Schwierigkeiten und gewisse nationale Hindernisse, dann wird man begreifen, daß es sich nirgend im Reiche so schwer arbeiten läßt, wie in Oberschlesien. Das sollte nun freilich für Partei und Gewerkschaften ein Grund sein, hier, wo so viel zu gewinnen ist, mit doppelter, mit zehnfacher Energie an die Lösung der Aufgabe zu gehen. Geschieht das aber? Nein!

Mit *einer* Ausnahme hat nach meiner Auffassung keine der hier beteiligten Gewerkschaften bisher in vollem Umfange getan, was im eigenen wie im allgemeinen Interesse der gewerkschaftlichen Bewegung notwendig wäre. *Diese Ausnahme ist der Maurerverband*, der auch größere Opfer nicht scheute, um die oberschlesischen Berufsgenossen für die Organisation zu gewinnen. Das ist denn auch in sehr erfreulichem Maße *gelungen*, die Organisation hat vielfach Lohnaufbesserungen erzielt, es wurden sogar Tarifverträge mit der Unternehmerorganisation abgeschlossen und die Zeit ist nahe, wo kein oberschlesischer Maurer mehr sich als Streikbrecher gebrauchen läßt, ja wo es den deutschen Bauunternehmern infolge der Wachsamkeit der oberschlesischen Maurer unmöglich sein wird, aus dem benachbarten galizischen Revier Arbeitswillige zu erlangen.

Vielleicht sind die nomadisierenden oberschlesischen Maurer den Lehren der Arbeiterbewegung etwas leichter zugänglich, als die hier mehr oder weniger fest an der Scholle klebenden Industrieproletarier. Aber zu gewinnen sind diese ebenso gewiß, wenn es an der nötigen Arbeit nicht fehlt, wenn die erforderlichen Mittel aufgewendet werden. Das aber geschieht weder seitens der vor allem interessierten Bergarbeiter, noch seitens der Metallarbeiter, für die sehr große Interessen im Spiele sind, der Handels- und Transportarbeiter, Holzarbeiter, Fabrikarbeiter usw. *Zunächst müßten die hier interessierten Gewerkschaften die Mittel für die Beschaffung von Versammlungs-*

lokalen hergeben. Was will es heißen, daß im ganzen Industriebezirk mit seinen 200000 männlichen Arbeitern seit reichlich einem Jahre ein einziges kleines Versammlungslokal in Kattowitz vorhanden ist, das etwa 300 Personen faßt, dessen Miete übrigens nur zur Hälfte von den Gewerkschaften beziehungsweise der Generalkommission getragen wird. Soll die gewerkschaftliche Organisation der oberschlesischen Arbeiter vorwärts kommen, dann müssen in wenigstens acht bis neun der hauptsächlichsten Orte des Bezirks Versammlungslokale vorhanden sein. Und soweit solche nicht zu mieten sind, was meist große Schwierigkeiten hat, darf man auch davor nicht zurückschrecken, eigene Versammlungslokale zu errichten, was hier mit verhältnismäßig geringen Kosten geschehen könnte.

Das zweite wichtige und notwendige Mittel zur Entwicklung der Gewerkschaftsbewegung ist die Anstellung besonderer Beamten für Oberschlesien. Es ist zwar für den hier ansässigen Genossen eine rechte Freude, in der Wüstenei hier einmal einen von Breslau, Berlin oder Hamburg usw. kommenden Gewerkschaftsleiter und guten alten Genossen begrüßen zu können, für die weitere Entwicklung der hiesigen Bewegung aber hat solch ein gelegentlicher Besuch fast gar keine Bedeutung und es ist schade um die darauf verwendete Mühe, um Zeit und Geld. Hat der Besuch den Rücken gekehrt, so ist alles wie es war, weil niemand da ist, der die ausgestreute Saat hegt und pflegt. Wenn die hier in Betracht kommenden Gewerkschaften, die, mit Ausnahme der Maurer, gar keine oder, wie die Bergarbeiter, zu wenig besoldete Beamte für Oberschlesien haben, diesem Mangel gleich dem Lokalmangel abhelfen, dann, aber auch nur dann werden sie sicheren Erfolg haben. So lange das nicht geschieht, werden sie dagegen immer mit geringen Mitgliederzahlen, mit schlechter, leider gar zu oft mit ungetreuer Verwaltung rechnen müssen, dabei aber Ausgaben haben, die in schreiendem Gegensatz zu den jämmerlichen Resultaten stehen. Schließlich mag doch auch die Tatsache erwähnt werden, daß seit einiger Zeit die christlichen Gewerkschaften ihre Arme lebhaft nach Oberschlesien ausstrecken und daß andererseits die radikalen Polen unter Korfantys Führung sich in der Begründung rein polnischer Gewerkvereine versuchen, zwei Dinge, die durchaus geeignet sein dürften, den Eifer der freien Gewerkschaften um Gewinnung des „unbekannten“ Landes anzuspornen.

Was dann die politische Bewegung betrifft, so sind für diese die Schwierigkeiten gewiß noch größer wie für die gewerkschaftliche Bewegung. Die plötzliche starke Zunahme der sozialdemokratischen Wählerstimmen in den Industriekreisen Kattowitz-Zabrze und Beuthen-Tarnowitz bei der achtundneunziger Wahl hat 1903 keinen entsprechenden Fortgang genommen. Die instinktive Erkenntnis der Massen von der Notwendigkeit, gegen die unerträglichen Verhältnisse rebellieren zu müssen, hat uns, der damals in Oberschlesien einzigen radikalen Partei, 1898 den unerwarteten Aufschwung verschafft. Dann aber trat der Radikalpolonismus in die Arena und es gelang ihm, uns den Zuzug weiterer Unzufriedener zum erheblichen Teile abzuschneiden. Seine „Verteidigung bedrohter nationaler Rechte“, seine scheinbare Vertretung von Arbeiterinteressen in Verbindung mit starker Betonung religiöser Beweggründe machten und machen ihn auch weiter noch zu einem bedeutenden Hindernis der Gewinnung des polnischen Proletariats Oberschlesiens für die Sozialdemokratie. Und nur unausgesetzte, methodische und — opferreiche Arbeit wird uns in den Stand setzen, auch dieses Gegners Herr zu werden.

Leider wird dieser Kampf der Partei ganz wesentlich erschwert durch ihre Zwiespältigkeit, dadurch, daß die sozialdemokratische Partei in Oberschlesien in zwei selbständige Gruppen, die deutsche sozialdemokratische und die polnisch-sozialistische Partei (P. P. S.) getrennt ist. Von irgend welchen Zerwürfnissen, persönlichen oder sachlichen Streitigkeiten zwischen beiden Gruppen ist im Industriebezirk erfreulicherweise nicht die Rede, vielmehr arbeiten beide Organisationen harmonisch zusammen, was eben jetzt wieder der gemeinsam geführte Wahlkampf in Kattowitz-Zabrze zeigt. Aber dies „Getrennt marschieren, vereint schlagen" genügt keineswegs den hohen Anforderungen, die gestellt werden müssen, wenn das wertvolle Gebiet für die Sozialdemokratie gewonnen werden soll.

Der mündlichen Agitation erheblich größeren Spielraum zu schaffen durch Vermehrung der Versammlungslokale liegt ebenso im Interesse der Gewerkschaften wie der Partei und letztere wird es wie bisher so auch ferner nicht an Opferwilligkeit fehlen lassen. Von allergrößter Wichtigkeit ist aber die schriftliche Agitation, die ständig nur durch ein gutes, billiges, täglich erscheinendes Blatt ausgeübt werden kann. Zentrum und Hakatisten verfügen über eine ganze Anzahl täglicher Zeitungen. Aber auch die Polen haben solche Blätter gegründet und in der polnischen Arbeiterbevölkerung eine sehr große Abonnentenzahl gefunden. Soll dem Einflusse dieser Blätter erfolgreich entgegengewirkt werden, die allesamt nicht einen Tag vorübergehen lassen, ohne in der raffiniertesten, oft verlogensten Weise gegen die Sozialdemokratie zu Felde zu ziehen, dann müssen wir für den Industriebezirk ein selbständiges tägliches Parteiorgan oder, präziser ausgedrückt, zwei solcher haben, ein polnisches und ein deutsches. Letzteres nicht nur der vielen Tausende deutscher Arbeiter wegen, sondern auch deshalb, weil eine große und stets wachsende Zahl polnischer Arbeiter wohl polnisch sprechen, aber infolge des deutschen Schulunterrichts nur deutsch lesen kann.

Wenn auch dem Agitationsbedürfnis für die deutschlesenden Arbeiter zunächst, wenn auch naturgemäß sehr unvollkommen, noch die im fernen Breslau erscheinende „Volkswacht" genügt, so ist doch das in Kattowitz zweimal wöchentlich in kleinem Umfang erscheinende Parteiorgan der P. P. S., die „Gazeta Robotnicza", für die Propaganda in der polnischen Bevölkerung gegenüber der radikalpolnischen Presse ganz bedeutungslos. Hier müßte so schnell wie möglich eine Änderung eintreten. Aber wie? Die kleine, pekuniär auch deshalb besonders schwache polnisch-sozialistische Organisation, deren Angehörige ausschließlich zu den schlechtestbezahlten Proletariern zählen, ist nicht in der Lage und wird allein auch wohl nie in die Lage kommen, ein solches tägliches Blatt herauszugeben. Für ein derartiges Unternehmen könnten allein die Mittel der deutschen sozialdemokratischen Partei in Betracht kommen. Das aber darf nach Ansicht der deutschen Parteigenossen nur geschehen, wenn die P. P. S. ihre das Ziel verfehlende jetzige Selbständigkeit aufgibt und wieder, wie vor Jahren, ein Bestandteil der Gesamtpartei wird, ähnlich vielleicht, wie es die einzelnen Landesorganisationen der Partei sind.

Vor einigen Monaten schien dies wünschenswerte Ziel fast erreicht, als der damals in Berlin domizilierte Vorstand der P. P. S. mit dem deutschen Parteivorstand ein Abkommen über die Angliederung der P. P. S. an die Gesamtpartei getroffen hatte. Leider wurde dies Abkommen nicht perfekt. Der Kattowitzer Parteitag der P. P. S. wies die von den Vorständen festgestellten Bedingungen zurück und stellte einseitig neue Bedingungen für die Vereinigung

auf, die von der anderen nicht gehörten Seite abgelehnt wurden und abgelehnt werden mußten.

Man kann auch vom Standpunkt des deutschen Parteigenossen aus mit dem Kattowitzer Parteitag der P. P. S. die von den beiden Vorständen verabredete Bedingung, daß in das polnisch-sozialdemokratische Parteiorgan auch ein vom deutschen Parteivorstand ernannter Redakteur eintreten müsse, verwerfen, wie ich sie verwerfe aus Gründen, auf die hier nicht weiter eingegangen werden soll. Kein deutscher Parteigenosse aber dürfte wohl der vom Kattowitzer Parteitag der P. P. S. aufgestellten Bedingung zustimmen, laut welcher für alle die polnische Arbeiterbevölkerung betreffenden Angelegenheiten der Parteitag der P. P. S. die höchste Instanz bleiben muß. Eine solche Ausschaltung des allgemeinen Parteitags, der höchsten Instanz der gesamten Partei, in wichtigen, die ganze Partei berührenden und verpflichtenden Angelegenheiten, ist jedenfalls nicht angängig, ganz abgesehen davon, daß eine derartige Ausnahmebestimmung die Grundlage unserer Organisation empfindlich berührt und einen Präzedenzfall schafft, der zu bedenklichen Folgen für die Einheit und innere Geschlossenheit der Partei führen könnte.

So bleibt es denn beim alten: Die polnisch-sozialdemokratische Partei behält ihre „Selbständigkeit“, die sozialdemokratische Partei Deutschlands behält ihr Geld, und die Gegner — behalten den oberschlesischen Industriebezirk! Die Aussicht, mit all den verfügbaren reichen Mitteln und Waffen den Kampf zu führen, den Industriebezirk für die Sozialdemokratie zu erobern, ist vorläufig geschwunden und wir müssen weiter in der bisherigen unzulänglichen Weise unsere Aufgabe zu erfüllen suchen. Das muß demjenigen um so bedauerlicher erscheinen, der weiß, welch gewaltiger Agitationsstoff für uns hier auf allen Gebieten des politischen, sozialen, wirtschaftlichen Lebens, in den kulturellen, den kommunalen, den sanitären Verhältnissen liegt und nach Ausnutzung geradezu schreit.

Gelingt es uns über kurz oder lang, die in uns selbst liegenden Hindernisse hinwegzuräumen, dann wird weder Pfaffenlist noch Herrentrotz, weder bureaukratische Tücke noch läppischer Nationalitätenhader unseren Sieg hindern und bald wird die rote Fahne flattern auch über dies arme, geknechtete „unbekannte Land“!

Literarische Rundschau.

Aschaffenburg, **Das Verbrechen und seine Bekämpfung.** Heidelberg, Karl Wintersche Universitätsbuchhandlung.

Durch den Standpunkt des Verfassers als auch durch die wissenschaftliche Verwertung der Tatsachen schließt sich Aschaffenburgs Buch der neuen Strömung in der Beurteilung des Verbrechens, die sich in einer sozialen, biologisch-psychologischen Auffassung desselben kundgibt, vollwertig an.

Die Statistik des Deutschen Reiches verzeichnet für das Jahr 1898: Verbrechen und Vergehen gegen Reichsgesetze 572381, Verurteilte 477807, darunter 48 Todesfälle, 38000 Jahre Zuchthaus, 49000 Jahre Gefängnis. Durch Körperverletzungen allein ist ein Arbeitsverlust von 1834,3 Jahren verursacht. Die Kosten der Strafverfolgung und des Strafvollzugs sind von dem bekannten Kriminalisten Seuffert auf 100 Millionen Mark geschätzt worden. Das alles in einem einzigen Jahre! Wie verhält sich Aschaffenburg zu diesen Erscheinungen unseres gesellschaftlichen Lebens, wie schätzt er sie ein? Er antwortet mit Corré („Essai sur la criminalité“): „Die Verbrecher dürfen nicht als der Auswurf der Gesellschaft betrachtet werden,

sie sind vielmehr mit ihr verbunden wie die Wunde mit dem Körper." Aschaffenburg fordert die Berücksichtigung der psychologischen Motive des Verbrechens, er nennt die bestehenden Bestimmungen über die Notlage, die mildernden Umstände, die Unzurechnungsfähigkeit der Geisteskranken usw. „wenige kümmerliche Gesichtspunkte". Als Biologe sieht er die sozialen und individuellen Ursachen des Verbrechens nicht nur, sondern zeigt auch in wissenschaftlich gesichteten statistischen Tabellen den Einfluß der Jahreszeit, der Rasse, der Religion auf die Art und die Häufigkeit der Verbrechen. Von großem Interesse sind auch die Angaben über die mittelbare und unmittelbare Wirkung des Alkohols. So sind zum Beispiel nach der Statistik von Bär unter 30041 männlichen Gefangenen 43,9 Prozent Trinker. Unter 54 erwachsenen Überlebenden aus 50 Familien, in denen Vater und Mutter trunksüchtig waren, fand Legrain 63 Prozent Trinker und 44 Geisteskranke. Und wenn der Herr Professor Aschaffenburg auch nicht umhin kann, einmal bei der Besprechung der Alkoholausschreitungen zu sagen: „Die Lebensweise unserer Arbeiterschaft ist durchaus keine zweckmäßige. Das Geld, das in der Kneipe vertan wird, würde gewiß besser für Nahrungsmittel, für geräumigere und luftigere Wohnungen verwertet werden oder als Sparpfennig für schlechte Zeiten zurückgelegt" — so hat er doch die Folgen der Armut nicht verkannt. Wenn in den letzten achtzehn Jahren (1882 bis 1899) die Zahl der Verurteilten in Deutschland zugenommen hat, trotzdem dies eine Zeit großen wirtschaftlichen und kulturellen Aufschwunges war, so meint der Verfasser, daß „hier die großen Umwälzungen in den äußeren Verhältnissen die Schuld tragen". Weniger vorsichtiger ausgedrückt, könnte man ja von der Verschärfung der Klassengegensätze mit dem Wachsen des Kapitalismus sprechen. In diesem Sinne wird hier v. Mayr („Gesetzmäßigkeit im Gesellschaftsleben", München) zitiert: „Es hatte in der Periode 1835 bis 1861 im bayerischen Gebiet diesseits des Rheins so ziemlich jeder Sechser, um den das Getreide im Preise gestiegen ist, auf je 100000 Einwohner einen Diebstahl mehr hervorgerufen, während andererseits das Fallen der Getreidepreise um einen Sechser bei der gleichen Zahl der Einwohner je einen Diebstahl verhütet."

Es ist nur eine Konsequenz seines Standpunktes, wenn Aschaffenburg die physische, intellektuelle und moralische Unzulänglichkeit, die ein Individuum als solches sozial untauglich und so zum Hauptinsassen der Gefängnisse macht, als die Folge schlechter Erziehung, der Abstammung von Geisteskranken oder Trinkern, materiellen Elends in der Familie, schlechter Beispiele usw. bezeichnet. Er braucht keinen uomo delinquente, keinen geborenen Verbrecher, wie Lombroso. Schlechte Pflege, zu vieles Arbeiten der schwangeren Mutter und ähnliche Schönheiten des Lebens genügen ihm zur Erklärung des „verbrecherischen" Individuums. Von besonderem Interesse sind seine Beobachtungen (er ist leitender Arzt an einer Beobachtungsabteilung für geisteskranke Verbrecher) über die so schwer einzuschätzenden Übergänge zur Idiotie, zum Schwachsinn, bis zu ausgesprochenen Geisteskrankheiten, Epilepsien usw. Von 114 verbrecherischen Irren Mecklenburgs fand Scheven 49, die zu Unrecht bestraft worden waren.

Strafe ist für Aschaffenburg die notwendige Repression der Gesellschaft, von Besserung und Abschreckung kann er, nach der Statistik zu urteilen, nicht viel halten. Deshalb wendet sich seine Kritik hauptsächlich gegen das bestehende stereotype Strafausmaß. Während er für jugendliche Verbrecher (ihre Zahl steigt von Jahr zu Jahr) Fürsorgeerziehung von seiten des Staates in größtem Maße fordert, tritt er, was die Erwachsenen betrifft, für das sogenannte „irische Strafsystem" ein, nach welchem dem Verbrecher, der probeweise freigelassen wird, je nach seiner Aufführung in der Freiheit die Strafe, das heißt die Freiheitsentziehung, erleichtert, eventuell fast völlig erlassen werden kann. Und so dürfen wir denn die Ausführungen Aschaffenburgs als die Erfahrungen und Meinungen eines im besten Sinne modernen Kriminalpsychologen, der seinen sozialen Standpunkt konsequent innehält, auf das freudigste begrüßen. Dr. J. H—rk.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 48 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Die Fortsetzung einer unmöglichen Diskussion.

Von K. Kautsky.

1. Guter Ton und richtige Auffassung.

In meinem Artikel über „Die Stimmung in der deutschen Sozialdemokratie" („Neue Zeit", Nr. 42) hatte ich unter anderem auch den „Vorwärts" kritisiert. Dieser antwortete am 19. und 20. Juli, eben, als ich meine Ferien angetreten. So komme ich erst jetzt dazu, ihm zu antworten.

Aber ist es überhaupt möglich, die Diskussion fortzuspinnen? Der „Vorwärts" betitelt die eine seiner Erwiderungen mit: „Unmögliche Diskussion" und sucht nachzuweisen, daß meine Art der Kritik jede Diskussion unmöglich mache. In der Tat könnte eine Fortsetzung des Diskutierens nichts erzielen als Unerquicklichkeiten, wenn man es, wie der „Vorwärts" wieder einmal tut, auf das Gebiet des „guten Tones" lenkt. Ein Entrüstungsduett über den guten Ton kann naturgemäß nicht anders enden als mit dem schlechtesten. Das zeigen unsere Erfahrungen immer wieder von neuem.

Ich begnüge mich daher hier damit, einfach zu konstatieren, daß ich in meinem Artikel keine einzige Person direkt oder indirekt angegriffen habe. Der „Vorwärts" dagegen, der mir eine „Polemik der persönlichen Herabsetzung" und „das tiefe Niveau der persönlichen Reibereien" vorwirft, spricht gleichzeitig von meinem „Hochmut", meiner „höchst unzureichenden Kritik", meiner „Überhebung" und „Anmaßung", meinen „publizistischen Unsitten", „Literatenmätzchen" und „bösartigen Unrichtigkeiten". Es fehlt nur noch, daß er, wie Herr v. Trotha einen unbequemen Kritiker, mich für völlig „unreif" erklärt.

Indes, wenn meine Kritik auch ganz unpersönlich gehalten war, so fällt es mir doch nicht ein, leugnen zu wollen, daß sie zu sehr scharfen sachlichen Urteilen kam, vor allem zu dem, daß unser Zentralorgan „in seiner jetzigen Form unfähig" sei, „der Partei in inneren Parteifragen als führendes Organ zu dienen".

Den Anlaß dazu gab die Haltung des „Vorwärts" gegenüber einer inneren Parteifrage von so hervorragender Wichtigkeit, wie sie der politische Massen-

streik darstellt, der augenblicklich in der ganzen Partei auf das lebhafteste diskutiert wird.

Was hat der „Vorwärts" zu dieser Diskussion beigetragen? Das kritische Referat über die Schrift der Genossin Roland-Holst. Das ist meines Erinnerns bisher seine einzige größere Auseinandersetzung über die Frage des politischen Massenstreiks. Und gerade die erschien mir völlig „unzureichend". Ich fand, der „Vorwärts" habe „die ganze Schrift nicht verstanden, wenn er ihr vorwirft, sie mache den politischen Streik aus einem unter ganz bestimmten Verhältnissen möglichen und erforderlichen Akt der proletarischen Notwehr zur Methode des Klassenkampfes, zum eigentlichen Mittel des proletarischen Sieges". Dies Mißverständnis aber sei das einzige Argument, das der „Vorwärts" vorzubringen wisse, um Methode und Schlußfolgerungen des Buches abzulehnen. Und ich zitierte (S. 494) einen langen Passus aus der Schrift, in dem es ausdrücklich heißt, daß „der politische Massenstreik eine nur selten, in bestimmten geschichtlichen Situationen anwendbare Waffe ist". In diesem Passus hatte also die Genossin Roland-Holst ausdrücklich jenen Gesichtspunkt hervorgehoben, den der „Vorwärts" bei ihr vermißte, und jene Auffassung abgelehnt, die der „Vorwärts" ihr vorwirft.

Was antwortet dieser mir darauf? Hält er mir nun Zitate entgegen, aus denen er die Richtigkeit seiner Auffassung ableitet? Keine Zeile! Meinem ausführlichen Zitat begegnet er mit der allgemeinen Versicherung, er habe sich nicht geirrt. Außer diesem Zeugnis, das er der eigenen Glaubwürdigkeit ausstellt, weiß er nur noch zu sagen, die Verfasserin der Schrift bewege sich in Widersprüchen, was aber auch nur behauptet, mit keinem einzigen Zitat bewiesen wird.

Mit leeren Behauptungen wird meine Feststellung natürlich nicht erschüttert, die durch ein unzweideutiges Zitat belegt ist. Übrigens ist die Auffassung der Roland-Holstschen Schrift, die ich vertrete, auch die der anderen Referenten darüber in der Parteipresse, soweit sie mir zu Gesicht gekommen. Das könnte genügen. Aber ich glaubte noch ein übriges tun zu müssen und wendete mich an die Verfasserin selbst. Diese schien mir am kompetentesten zur Entscheidung der Frage, wer sie verstanden. Sie antwortete mir folgendes:

„Natürlich haben Sie in der Streitfrage mit dem ‚Vorwärts' vollständig meine Absicht wiedergegeben. Wie der ‚Vorwärts' dazu kommt, aus meiner Schrift herauszulesen, daß ich den Massenstreik als die Methode des proletarischen Klassenkampfes betrachte, ist mir unbegreiflich. Gegen eine solche Überschätzung, wie er durch die revolutionären, antiparlamentarischen Gewerkschafter stattfindet, ist die Schrift ja zum Teil gewandt. Auch habe ich mich gerade bemüht, den innerlichen Zusammenhang der verschiedenen Waffen des Proletariats und der verschiedenen Methoden des proletarischen Kampfes zu betonen, hervorzuheben, wie sie einander ergänzen."

Welcher Hochmut der Genossin Roland-Holst! Sie erfrecht sich, etwas ganz anderes geschrieben zu haben, als der „Vorwärts" aus ihrer Schrift „herausgelesen" hat. Eine arge „publizistische Unsitte"! Unsere Freundin ist offenbar schon auf demselben „tiefen Niveau persönlicher Reibereien" angelangt wie ich!

2. Die Diskussion des Massenstreiks.

Indes, meine Polemik gegen die falsche Auffassung der Schrift durch den „Vorwärts", erschien ihm, wenn auch „hochmütig" und „höchst unzureichend", so doch noch diskussionsfähig. Dann aber sieht er mich Gräßliches vollbringen

und so „oberflächlich" und „unsachlich" werden, daß jede weitere Diskussion unmöglich wird und der „Vorwärts" sich mit hochgradiger Entrüstung begnügt. Hier versagt ihm selbst das, was er eine „sachliche" Widerlegung nennt, nämlich die emphatische Wiederholung der Behauptung, er habe sich nicht geirrt.

Welches ist nun meine Missetat?

Nachdem der „Vorwärts" die Schrift der Genossin Roland-Holst falsch aufgefaßt und kritisiert hat, geht er in seinem Artikel dazu über, die Diskussion des Massenstreiks überhaupt zu verpönen, und er tut dies in einer Weise, die meiner Ansicht nach nichts anderes verdient als Hohn und Spott. Ich habe allerdings gemeint, die Unhaltbarkeit der Logik des „Vorwärts" liege so klar zutage, daß es genüge, sie mit ein paar Worten zu kennzeichnen. Wenn das aber unserem Zentralorgan als bloße Polemik „persönlicher Herabsetzung" erscheint, kann ich auch sachlicher und gründlicher werden. Allerdings erfordert das einige Geduld unserer Leser.

Der Gewerkschaftskongreß hatte den „Vorwärts" gezwungen, sich mit der Frage des politischen Massenstreiks zu beschäftigen. Am 8. Juni veröffentlichte er einen Artikel: „Gewerkschaft und Partei", in dem er unter anderem über den Massenstreik folgendes ausführte:

„Daß die Gewerkschaftsorganisation mit dem politischen Massenstreik nichts zu tun haben will, halten wir für ganz richtig. Wir wünschen nicht, daß die politischen Aufgaben der organisierten Arbeiterklasse von den Gewerkschaften übernommen werden. . . . Hätte der Gewerkschaftskongreß erklärt, wir haben lediglich gewerkschaftliche Aufgaben, in diesen Rahmen gehört der politische Massenstreik zur Erkämpfung politischer Rechte oder zur Verhinderung politischer Entrechtung nicht hinein, das überlassen wir der politischen Organisation der Arbeiter, dann hätte kaum jemand etwas dagegen einzuwenden. . . . Wozu haben wir denn die sozialdemokratische Propaganda? Deren Aufgabe ist es, die Köpfe zu revolutionieren und die Arbeiter reif zu machen für die Tat, sie dahin zu bringen, daß sie für die Erkämpfung politischer Rechte und Freiheiten im Notfall das Letzte wagen. . . . Also, wenn schon zugegeben wird, daß hier Fragen zur Erörterung stehen, deren Lösung der politischen Organisation zufällt (Abwehr von Gewaltstreichen der Reaktion), wozu verlangt man dann von den Gewerkschaften, sie sollten erklären, wie sie sich die Lösung denken? . . . Es ist dann erhebliches Gewicht darauf gelegt worden, daß den Gewerkschaften empfohlen wird, den politischen Massenstreik nicht zu diskutieren. Es ist ja nun dadurch die Partei nicht verhindert, dieses wie irgend ein anderes Kampfmittel zu diskutieren."

Hier wird also der Beschluß des Gewerkschaftskongresses nicht damit gerechtfertigt, daß die Diskussion des Massenstreiks überhaupt ein Nachteil ist, sondern damit, daß sie eine Aufgabe der politischen Organisation, der Partei sei, von der man verlangen darf, daß sie uns sage, wie sie sich die Lösung der Frage des Massenstreiks, der „Abwehr von Gewaltstreichen der Reaktion", denkt.

Als dann der „Vorwärts" am 25. Juni, also etwa zwei Wochen später, die Schrift der Genossin Roland-Holst besprach, hätte man annehmen dürfen, er werde diese Gelegenheit ergreifen, nun selbst als „führendes Organ" der übrigen Parteipresse bei dieser Lösung, wenn schon nicht voranzugehen, so doch mit Anstand nachzuhinken. Statt dessen erklärte er als einen „weiteren Fehler der Schrift" folgendes:

„Kautsky fordert ausdrücklich in seiner Vorrede zum Diskutieren und Studieren des politischen Massenstreiks als Vorbereitung für kommende Kämpfe auf. Diese

Aufforderung hat einen guten Sinn, wenn man dem politischen Massenstreik die hervorragende und entscheidende Rolle für die Arbeiterbewegung zuschreibt, wie es in der Schrift der Genossin Roland-Holst geschieht. . . . Dann müßten die Diskussionen über den Massenstreik allerdings in alle Kreise der Partei und der Gewerkschaften getragen werden, und es gäbe keine wichtigere Aufgabe als diese. In Wahrheit aber hat die Sozialdemokratie keinen Anlaß, dem politischen Massenstreik die unbedingte und außerordentliche Bedeutung zuzuschreiben, auf welche die Betrachtungen der vorliegenden Schrift hinausgehen. Vielmehr besteht die Gefahr, daß durch das eifrige Studieren und Diskutieren solcher Frage die Phantasie der Arbeiterklasse auf unsichere Hoffnungen gerichtet und von wichtigen näher liegenden Aufgaben abgezogen wird — ganz abgesehen davon, daß das reichliche Reden von und Drohen mit der Revolution mehr geeignet ist, die reaktionären Zettelungen gegen die Arbeiterschaft zu stärken, als die Arbeiter zur Entschlossenheit zu erziehen für den Fall, wo es sich noch lange nicht um den endgültigen Sieg, wohl aber um die Abwehr von Angriffen auf bestehende Rechte handelt."

Am 8. Juni fand also der „Vorwärts", die Diskussion des politischen Massenstreiks sei eine Aufgabe der Partei, deshalb aber keine Aufgabe der Gewerkschaften. Am 25. Juni dagegen erklärte er, wäre die Diskussion des politischen Massenstreiks so wichtig, wie die Genossin Roland-Holst und ich meinen, dann müßte sie in alle Kreise der Partei und der Gewerkschaften getragen werden. Es sei aber besser, wenn weder diese noch jene sich viel damit abgäben, denn durch das eifrige Studieren und Diskutieren derartiger revolutionärer Dinge werde die Arbeiterklasse von wichtigeren Aufgaben abgezogen und die Reaktion gestärkt.

Diese Ausführungen vom 25. stehen im vollstem Widerspruch zu denen vom 8. Juni. Es scheint also, als sei man in der Redaktion unseres Zentralorgans bei der Diskussion über den Massenstreik noch nicht einmal so weit gekommen, sich darüber einig zu werden, ob, wo und wie eine solche Diskussion ratsam sei.

Aber noch sonderbarer als die Haltung des „Vorwärts" gegenüber der Frage, ob der Massenstreik überhaupt zu diskutieren sei, sind die Gründe, mit denen er schließlich vor der eifrigen Diskussion dieser Frage warnt. Einige davon haben wir schon kennen gelernt. Der eine davon ist der Hinweis auf die Gefahr, daß durch eine derartige Diskussion die „Phantasie der Arbeiterklasse auf unsichere Hoffnungen gerichtet und von wichtigen näher liegenden Aufgaben abgezogen wird".

Sollte diese Maxime Geltung in der Partei erlangen, dann muß gleich jede Diskussion verpönt werden, die über unsere nächstliegenden Aufgaben hinausgeht. Wenn schon der Massenstreik „unsichere Hoffnungen" erweckt, wie viel mehr dann unsere Endziele oder die Eroberung der politischen Macht, die Revolution! Über alle diese Themata dürfte nicht mehr gesprochen werden, wenn unser Zentralorgan recht hätte. Und solche Argumente soll man ruhig hinnehmen oder gar noch ernsthaft und leidenschaftslos würdigen!

Und nun gar der folgende Satz, in dem darauf hingewiesen wird, daß „das reichliche Reden von und Drohen mit der Revolution mehr geeignet ist, die reaktionären Zettelungen gegen die Sozialdemokratie zu stärken, als die Arbeiterschaft zur Entschlossenheit zu erziehen usw." Als ich diesen Satz las, sah, wie im Jahre der glorreichen russischen Revolution das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie über die Revolution zu reden wagt, da stieg mir die Schamröte ins Gesicht. Dieser Satz war's, der meinen ganzen „Hochmut" erregte, der mich zu der „Anmaßung" und dem „publizistischen Unfug" trieb,

gegen eine derartige Sprache zu protestieren. Wenn ich dabei einen Fehler beging, so war es höchstens der, daß ich das nicht energisch genug tat.

Vor allem, verehrter Kollege vom „Vorwärts“: wer hat mit der Revolution gedroht? Wo ist in einer Schrift der Genossin Roland-Holst, oder von mir, oder sonst einer sozialdemokratischen Untersuchung über den Massenstreik mit der Revolution gedroht worden? Es war eine Zeitlang ein Unfug der Staatsanwälte, jede Untersuchung über die Möglichkeit oder Wahrscheinlichkeit einer Revolution als eine Drohung damit aufzufassen. Sie haben sich das abgewöhnen müssen, nun aber kommt das Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie und sieht in der Diskutierung eines neuen Kampfsmittels der Partei die Drohung mit der Revolution!

Aber schon das bloße „reichliche Reden“ davon verursacht ihm Beklemmungen! Welche Seelenqualen müssen da seine Redakteure erdulden, die jetzt seit Monaten durch die russischen Vorgänge gezwungen werden, tagaus tagein aufs reichlichste von der Revolution zu reden und dadurch die „reaktionären Zettelungen“ zu stärken!

Die Stellung unseres Zentralorgans zur Revolution erhält eine weitere Beleuchtung in dem folgenden Argument:

„Wir meinen, daß die Arbeitsverweigerung zu politischen Zwecken ein Kampfsmittel der Arbeiterklasse ist. Es ist aber nicht ein Kampfesmittel, dessen Propagierung den obersten Grundsatz der sozialistischen Taktik aufheben oder stören oder nur irgendwie verschleiern darf. Der oberste Grundsatz der sozialdemokratischen Taktik ist und bleibt aber allerdings die Revolutionierung der Köpfe, die gerade darum, wie unsere Gegner gesagt haben, tödlich ist, weil sie sich der Gesetze bedient und durch Gesetze nicht unterdrückt werden kann.“

Selbstverständlich haben wir an der Revolutionierung der Köpfe zu arbeiten. Wem fiele es ein, das zu leugnen? Aber was ist darunter zu verstehen? Aufklärung des Proletariats über seine Stellung in Staat und Gesellschaft, über die historischen Aufgaben, die ihm daraus erwachsen, über die Kräfte, die Mittel und Wege, die ihm zu deren Lösung zu Gebote stehen. Wie aber soll die Diskutierung oder Propagierung des Massenstreiks imstande sein, diese Aufklärung zu stören? Zu welchem Resultat dies Studium immer führen mag, es selbst muß zu einem wirksamen Mittel werden, die Revolutionierung der Köpfe zu fördern. Gestört kann diese Revolutionierung eher dadurch werden, daß man, wie der „Vorwärts“, fürchtet, solche Studien würden die Phantasie der Arbeiter auf unsichere Hoffnungen richten und von näher liegenden Aufgaben abziehen.

In der Tat, wie kann man die Köpfe der Arbeiter revolutionieren, ohne ihr Interesse von den nächstliegenden auf fernerliegende Aufgaben zu lenken, ihren politischen Horizont zu erweitern und sie mit Hoffnungen für die Zukunft zu erfüllen? Freilich mit „unsicheren“ Hoffnungen, aber sichere Hoffnungen gibt es einmal nicht.

Ich will nicht weiter die Theorie untersuchen, die der „Vorwärts“ nun über die „allein wesentliche Taktik der Sozialdemokratie“ aufstellt, worunter er das Streben versteht, die „uns noch verständnislos gegenüberstehenden Massen mit Verständnis zu erfüllen oder doch mindestens einen solchen Eindruck auf die öffentliche Meinung hervorzurufen, daß die wenigen Prozent derer, welche durch ihre bevorzugte Stellung in der heutigen Ordnung naturgemäß Feinde der Arbeiterbewegung und aller Volksrechte sind, zur Ohnmacht verurteilt werden“.

Wie immer er sich einen Zustand vorstellen mag, in dem die „öffentliche Meinung“ allein genügt, unsere Gegner „zur Ohnmacht zu verurteilen“, auf jeden Fall bekommt diese famose „allein wesentliche“ Taktik ein Loch schon im nächsten Absatz, der mit der Möglichkeit rechnet, daß unsere Gegner auf die öffentliche Meinung pfeifen und es wagen, uns mit Gewalt alle „Wege der Gesetzlichkeit zu versperren“.

Was dann? Man sollte meinen, wer mit dieser Möglichkeit rechnet, sollte auch die Notwendigkeit einsehen, den Massenstreik eifrig zu diskutieren und zu studieren. Mit nichten:

„Welche Mittel in solchen Fällen die geeigneten sind, das läßt sich nicht vorher studieren und nicht vorher diskutieren.“

Das ist sicher richtig. Welche Mittel wir in jeder bestimmten Situation in Anwendung bringen, das hängt von dieser Situation ab, und es wäre das verkehrteste, was wir tun könnten, wollten wir jetzt schon bestimmen, was wir in Situationen, die wir gar nicht kennen, tun werden.

Aber darum handelt es sich bei der Diskussion des Massenstreiks gar nicht. Nicht, welche Mittel wir anwenden wollen und werden, sondern welche Mittel wir eventuell anwenden können, welche Mittel überhaupt uns zu Gebote stehen, das ist die Frage. Wir haben zu untersuchen, ob der politische Massenstreik unter bestimmten Verhältnissen ein wirksames Mittel des Kampfes sein kann, nicht aber uns zu verpflichten, ihn unter allen Umständen anzuwenden. Wer das Bewußtsein hat, großen Kämpfen entgegen zu gehen, muß vorher seine Waffen prüfen. Die Anwendung der Waffen ist dann eine Frage für sich, mit der ihre Prüfung nichts zu tun hat. Auf jeden Fall aber muß die Prüfung der Anwendung vorausgehen.

Der „Vorwärts“ dagegen hält sich — unglaublich aber wahr! — lieber an das umgekehrte Verfahren. Wenige Zeilen, nachdem er erklärt, man könne nicht vorher die Mittel diskutieren, die man anwenden werde, wenn uns die Gesetzlichkeit versperrt sei, erklärt er:

„Ist dieser Widerstand (gegen einen Staatsstreich) nicht genügend stark, so ist für die Arbeiterschaft jedes Mittel des Kampfes gerechtfertigt, so ist insbesondere die Arbeitsverweigerung, die Stillegung der Produktion und des Verkehrs Pflicht aller Staatsbürger.“

Also ohne jede Diskutierung der Bedingungen und Möglichkeiten des Massenstreiks dekretiert er sofort eine allgemeine Verpflichtung, ihn in einem bestimmten Falle anzuwenden.

Indes geht der „Vorwärts“ noch weiter. Genosse Katzenstein hatte die Arbeiter Lübecks aufgefordert, die Wahlverschlechterung mit dem Generalstreik zu beantworten. Was bemerkt der „Vorwärts“ dazu, der die eifrige Diskutierung des Massenstreiks in der Arbeiterschaft gefahrvoll findet? Er hat gegen die sofortige Anwendung des Massenstreiks nur das eine einzuwenden: die Rückständigkeit der Arbeiter, die ihre politischen Freiheiten noch nicht genug zu schätzen wissen. Gäbe es nicht die Indifferenz der Arbeiter, der „Vorwärts“ wäre bereit, sofort den Lübecker Generalstreik zu proklamieren!

Damit übertrumpft er freilich an „Radikalismus“ eine ganze Reihe von Anhängern des Massenstreiks, die gerade durch dessen Studium und dessen Diskutierung zur Ansicht gekommen sind, ein vereinzelter, lokaler Versuch seiner Anwendung in einer Situation, wie der augenblicklich in Deutschland bestehenden, wäre ein kopfloses Abenteuer, das nur mit einer Niederlage enden könnte.

Aber der „Vorwärts" weiß uns noch in anderer Weise zu übertrumpfen. Und er macht dabei zwei Entdeckungen, die seinen Beruf als führendes Organ der Partei glänzend demonstrieren, denn vor ihm ist keinem Genossen auch nur eine Ahnung derartiger Ideen gekommen. Während wir Toren, die wir den Massenstreik studieren und diskutieren, uns mit der Untersuchung der Frage abmühen, welche Arbeiterkategorien dabei wohl in Betracht kämen, dekretiert der „Vorwärts" gleich frisch den Streik aller — Staatsbürger. Also zum Beispiel auch der Bauern. Wie die sich beeilen werden, ihr Rindvieh nicht mehr zu füttern, um die Regierung auszuhungern!

Man kann wirklich nicht verlangen, daß wir diesen „Radikalismus" unseres Zentralorgans ernsthaft diskutieren!

Aber es hat noch eine zweite sublime Idee: Im Falle des Staatsstreichs, ruft es, „sind alle Mittel der Notwehr berechtigt", ist „jedes Mittel des Kampfes gerechtfertigt". Und das ist nicht eine gelegentliche Entgleisung, sondern eine taktische Entdeckung, auf die es sich besonders viel einbildet. Es wird nicht müde, sie zu wiederholen, und in seiner Erwiderung auf meine Kritik läßt es die Konstatierung fett drucken, der „Vorwärts" vertrete den Standpunkt, „daß nämlich in bestimmten Situationen das Proletariat jedes Mittel des Kampfes, nicht nur den politischen Massenstreik benutzen soll".

Aber dieser Aufwand an Druckerschwärze erinnert an die Ankündigungen mancher Haarwuchsmittel. Auch diese „alle Mittel" bleiben Geheimmittel, über deren Beschaffenheit der „Vorwärts" kein Sterbenswörtchen verlauten läßt. Und doch wäre das so wichtig! Wenn die Frage des Massenstreiks heute die Geister in der Partei immer mehr beschäftigt, so geschieht es, weil man immer mehr zur Ansicht kommt, daß diese Art Streik das einzige Gewaltmittel darstellt, das dem modernen Proletariat in einem entwickelten kapitalistischen Staate zu wirksamem Massenkampf bei versagendem Parlamentarismus, bei der Abwehr von Gewalt zu Gebote steht. Eifrig haben wir alle noch nach einem anderen Mittel ausgeschaut, das in solchen Situationen verwendbar wäre — vergebens. Der „Vorwärts" aber hat nicht bloß ein anderes, sondern gleich eine ganze Reihe anderer Gewaltmittel für Fälle der Notwehr parat, er spricht von allen Mitteln neben dem Massenstreik. Ist es Bescheidenheit, die ihn hindert, mit dieser epochemachenden Erfindung vor die Öffentlichkeit zu treten?

Oder sollte der Satz von „allen Mitteln" so zu verstehen sein, daß im Falle eines Staatsstreichs das Proletariat berechtigt sei, alle Mittel der Gewalt anzuwenden, die ihm gerade in den Sinn kommen, wie unzweckmäßig sie auch für unsere Situation sein mögen? Daß es dann „berechtigt" ist, auf die Barrikaden zu steigen, Bomben zu schmeißen, Paläste und Fabriken anzuzünden?

Der Wortlaut des Satzes würde diese Deutung rechtfertigen. Aber ich nehme an, daß der Satz so nicht gemeint war.

Auf jeden Fall wäre es höchst wünschenswert, wenn unser Zentralorgan diese seine taktische Erfindung näher erklärte, sonst könnten böse Menschen noch auf die Idee verfallen, der Verfasser dieses Satzes habe bei seiner Niederschrift vielleicht sehr energisch und radikal empfunden, aber gar nichts gedacht.

Damit sind die Gesichtspunkte erschöpft, die unser Zentralorgan zur Frage des politischen Massenstreiks vorzubringen hat. Da ihm ihre erste Beleuchtung durch mich zu „oberflächlich" und „höchst unzureichend" erschienen war, hoffe ich jetzt, seinem Bedürfnis nach ausreichender Gründlichkeit wenigstens einigermaßen Genüge geleistet zu haben. Ich muß es nun den Parteigenossen über-

lassen, zu beurteilen, ob ich dem „Vorwärts" unrecht getan habe mit der Behauptung, seine Behandlung des Massenstreiks habe deutlicher als je seine Unfähigkeit erwiesen, in seiner jetzigen Form der Partei in inneren Parteifragen als führendes Organ zu dienen.

3. Die Tagesordnung des Parteitags.

Ich hatte meinen anmaßenden Hochmut so weit getrieben, dem „Vorwärts" gegenüber derselben Ansicht zu sein wie der Parteivorstand und dessen Vorschläge zur Tagesordnung für Jena für gerechtfertigt zu erklären. Auch dies hat mir eine strenge Zensur des „Vorwärts" zugezogen in einem Artikel: „Ein Haufen Unrichtigkeiten". Ich gedenke jedoch nicht, diesen Artikel ebenso eingehend zu beantworten wie den vorhergehenden. Er bietet zu geringen Anlaß zu sachlichen Auseinandersetzungen, ist vorwiegend persönlicher Natur, sucht zu erweisen, daß ich an „bösartigen Unrichtigkeiten" meine Freude finde, also böswilligerweise dem „Vorwärts" mit Unrecht alles mögliche Schlechte in die Schuhe schiebe. Derartige Unterhaltungen über die Auslegung dieses oder jenes Satzes sind für den Leser selten interessant, nie belehrend. Ich will mich damit begnügen, an *einem* Beispiel zu zeigen, welcher Art die „bösartigen Unrichtigkeiten" sind, die der „Vorwärts" in meinem Artikel findet.

Er schreibt:

„Unsere Meinung über den Dresdener Parteitag ‚hätte absolut keinen Sinn, sagt Kautsky, wenn der „Vorwärts" nicht der Meinung wäre', die Sozialdemokratie müßte der Regierung entgegenkommen, müßte versuchen, Konzessionen gegen Konzessionen einzutauschen. Besessen von der Furcht des Kompromißgespenstes, vermag Kautsky den klaren Sinn unserer Ausführungen nicht zu erfassen. Wie kann Kautsky uns zumuten, auf das auszugehen, was er uns unterstellt? Nicht ein Wort unseres Artikels kann Anlaß zu solchen groben Mißdeutungen geben."

Fürwahr, ist das nicht richtig? Hat der „Vorwärts" nicht den nachdrücklichsten Kampf gegen die Regierung gefordert? Wie komme ich dazu, ihm die Meinung unterzuschieben, die Sozialdemokratie müsse der Regierung entgegenkommen? Wenn es jemals eine bösartige Fälschung gegeben hat, so liegt sie hier vor!

Dem will ich nicht widersprechen, nur darf man diese Fälschung nicht mir zur Last legen, denn den Satz, den der „Vorwärts" mir in den Mund legt, habe ich nie ausgesprochen. Mein Satz lautet vielmehr folgendermaßen (ich stelle das Zitat im „Vorwärts" und den wirklichen Satz in der „Neuen Zeit" nebeneinander):

„Vorwärts".	„Neue Zeit".
„Unsere Meinung über den Dresdener Parteitag ‚hätte absolut keinen Sinn, sagt Kautsky, wenn der „Vorwärts" nicht der Meinung wäre', die Sozialdemokratie müsse der Regierung entgegenkommen, müßte versuchen, Konzessionen gegen Konzessionen einzutauschen."	„Diese Auffassung hätte absolut keinen Sinn, wenn der ‚Vorwärts' nicht der Meinung wäre, durch eine andere, mehr ‚positive' Gestaltung der Tagesordnung (des Dresdener Parteitags) hätten sich praktische Erfolge aus dem Wahlsieg ziehen lassen."

Von Entgegenkommen an die Regierung also *kein Wort*. Es hätte auch keinen Sinn, an einer Stelle, wo ich gegen den „Vorwärts" deshalb polemisiere,

weil er behauptet, daß der Dresdener Parteitag „schon durch seine Tagesordnung sich gehindert hat, der großen politischen Situation gerecht zu werden".

Freilich, ganz frei erfunden ist der Satz vom „Entgegenkommen an die Regierung" nicht; er findet sich in demselben Artikel, aber in einem anderen Zusammenhang. Der Anfang des im „Vorwärts" als meine „bösartige Unrichtigkeit" zitierten Satzes findet sich in einer Fußnote, in der ich gegen den „Vorwärts" wegen seiner Bemängelung der Tagesordnung polemisierte, der Schluß, die Worte vom „Entgegenkommen an die Regierung" usw. finden sich im Texte, den ich einige Tage vor der Fußnote schrieb, wie in dieser erwähnt. Dort erwäge ich anläßlich einer Polemik gegen Herrn v. Gerlach und andere Kritiker der Partei, ob es für diese möglich gewesen wäre, den Dreimillionensieg vom 16. Juni zu positiven Erfolgen auszunutzen, wie jene Herren behaupten, und warf die Frage auf, durch welche Mittel das hätte erreicht werden können. Da fuhr ich nun fort: „Durch ein Entgegenkommen gegen die Reichsregierung, durch den Versuch, Konzessionen gegen Konzessionen einzutauschen? Jeder derartige Versuch, wenn er gehegt worden sein sollte, wurde allerdings in Dresden im Keime erstickt."

Hier stellte ich es also als fraglich hin, ob überhaupt irgend jemand in der Partei eine derartige Politik wünschte. An den „Vorwärts" dachte ich dabei gar nicht und ließ mir nicht träumen, daß dieser inzwischen ein neues Mittel entdeckt habe, den Dreimillionensieg zu „positiven Erfolgen" auszunutzen, nämlich eine „richtigere" Gestaltung der Tagesordnung in Dresden, worüber ich dann einige Bemerkungen in der Fußnote hinzufügte. Die Art, wie dann der „Vorwärts" Worte des Textes und der Fußnote zu einem Satze zusammenkoppelt, ist reine Arbeit einer fruchtbaren Phantasie. Ich habe jedoch nicht die Absicht, nun meinerseits den Spieß umzudrehen und ihm „bösartige Unrichtigkeiten", das heißt böswillige Fälschungen vorzuwerfen. Ich zweifle nicht im mindesten an dem guten Glauben meines Kritikers im „Vorwärts". Und ich beschwere mich auch gar nicht über seinen Irrtum. Warum soll es mir besser gehen als der Genossin Roland-Holst und der „Vorwärts" nicht auch aus meinen Schriften „einen Haufen Unrichtigkeiten" herauslesen?

Von sachlichem Interesse ist in diesem „Haufen" nur der Hinweis auf die früheren Kongresse, die angeblich die Auffassung des „Vorwärts" bestätigen. In seinem Leitartikel vom 6. Juli über die Tagesordnung des Parteitags hatte er behauptet:

„Es hat sich nach unserer Überzeugung ... ein grundsätzlicher Irrtum in die Parteitage eingeschlichen. Unsere Parteitage werden ausgefüllt durch die Erledigung der Verwaltungsangelegenheiten und die Beratung über innere Parteifragen. Dagegen ist die politische Stellungnahme der Partei zu den Ereignissen der Zeit zurückgedrängt worden und geradezu gänzlich entschwunden."

Diese Tendenz soll sich seit dem Dresdener Parteitag geltend machen.

In dem „Haufen"artikel vom 20. Juli will der „Vorwärts" das erweisen, indem er sich auf „das sozialdemokratische Muster der früheren Parteitage" beruft:

„Die Partei hat behandelt: auf dem Parteitag zu Köln 1893 ‚Das allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen'; zu Frankfurt a. M. 1894 ‚Die Bedeutung der Trusts, Ringe, Kartelle usw. in unserer wirtschaftlichen Entwicklung'; zu Breslau 1895 ‚Schwitzsystem, Hausindustrie und Arbeiterschutz'; zu Gotha 1896

‚Frauenagitation'; zu Hamburg 1897 ‚Die bevorstehenden Reichstagswahlen'; zu Stuttgart 1898 ‚Das Koalitionsrecht' (Zuchthausvorlage), ‚Bergarbeiterschutz', ‚Die deutsche Zoll- und Handelspolitik'; zu Mainz 1900 ‚Die Weltpolitik', ‚Die Verkehrs- und Handelspolitik'; zu Lübeck 1901 ‚Zolltarif und Handelsverträge', ‚Die Wohnungsfrage'; zu München 1902 ‚Arbeiterversicherung', ‚Kommunalpolitik'."

Diese Aufzählung beweist gar nichts. Nicht darauf kommt es an, was in der Tagesordnung eines Kongresses steht, sondern darauf, was seine Verhandlungen beherrscht, ihnen ihr Gepräge gibt. Wenn das nicht der Fall wäre, könnte man die Aufzählung ruhig fortsetzen: Bremen 1904: Kommunalpolitik.

Sehen wir einmal unsere früheren Parteitage darauf hin an, was ihnen ihr Gepräge gab, ob die politische Stellungnahme der Partei zu den Ereignissen der Zeit früher auf ihnen mehr hervortrat wie jetzt, ob Verwaltungsangelegenheiten und innere Parteifragen früher eine geringere Rolle auf ihnen spielten als jetzt. Das ist die Frage, darin soll der grundsätzliche Irrtum liegen, den unser Zentralorgan in unseren Parteitagen entdeckt haben will. Es hieße die Frage völlig verschieben, wollte man sie jetzt dahin zuspitzen, ob früher überhaupt auf den Parteitagen noch andere Dinge verhandelt wurden als Verwaltungsangelegenheiten und innere Parteifragen.

Unser erster Parteitag, nach dem Fall des Sozialistengesetzes, der von Halle, 1890, zeigte sich schon von dem gleichen „grundsätzlichen Irrtum" durchseucht wie die vorgeschlagene Tagesordnung für Jena. Beide Tagesordnungen laufen fast parallel. Beide gelten der Organisation der Partei und der Diskussion eines Kampfmittels: 1890 „Streiks und Boykotts", 1905 „Der Massenstreik". Einen sehr erheblichen Teil der Verhandlungen füllten die Diskussionen über die Tätigkeit der Reichstagsfraktion aus, die namentlich durch die „Jungen" die schärfsten Anfeindungen erfuhr. Dagegen war von einer „politischen Stellungnahme zu den Fragen der Zeit" überhaupt keine Rede.

Ebensowenig 1891 in Erfurt. Verwaltungsangelegenheiten und innere Parteifragen beherrschten diesen Kongreß so sehr, daß er nicht einmal dazu kam, das neue Programm zu diskutieren, sondern es ohne Diskussion akzeptierte.

Nun 1892, Berlin. Wieder derselbe „grundsätzliche Irrtum", der sich angeblich erst seit Dresden „eingeschlichen" hat. Beherrscht wird der Kongreß durch innere Parteifragen, namentlich durch die Diskussion über die von Vollmar angeregte Frage des Staatssozialismus und über unsere Stellung zum Genossenschaftswesen.

Der „Vorwärts" beginnt denn auch seine Berufung auf unsere Parteitage erst mit dem Jahre 1893. Aber auch da war's nicht besser. Eine innere Parteifrage erfüllte den Kölner Kongreß, eine Frage, die auch jetzt nach dem jüngsten Kölner Kongreß uns wieder lebhaft beschäftigt: das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaft. Daneben wurde allerdings auch das „allgemeine Wahlrecht und die Wahlrechte zu den Landtagen" behandelt, aber ganz kurz. Von den 285 Seiten des Protokolls nimmt dieser Gegenstand nicht ganze 16 ein, dagegen 43 Seiten die Gewerkschaftsfrage, 56 Seiten Verwaltungsangelegenheiten.

Dabei kann man aber die Frage der Wahlrechte zu den Landtagen auch zu den „inneren Parteifragen" rechnen. Damals wurde zum erstenmal jenes Problem diskutiert, das uns seitdem so viel beschäftigt hat und noch nicht völlig zur Ruhe gekommen ist, die Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen.

Nun 1894, Frankfurt. Der „Vorwärts“ verweist auf die dortigen Verhandlungen über Trusts und Kartelle. Aber er vergißt, daß viel mehr als diese Verhandlungen die Diskussionen über die badischen Stegmüllereien und über die bayerische Budgetbewilligung den Parteitag erfüllten, daneben aber die Debatte über das Agrarprogramm, also auch eine innere Parteiangelegenheit.

Und gar erst 1895, Breslau. Merkt der „Vorwärts“ denn gar nicht, wie komisch es wirkt, wenn er auf die Breslauer Verhandlungen über das Schwitzsystem hinweist als Beweis dafür, daß erst in neuester Zeit die Stellungnahme zu den „Fragen der Zeit“ erstickt wurde durch die Diskussion von „inneren Parteiangelegenheiten“? Hat er noch nie etwas von der Agrardebatte gehört, die diesen Kongreß fast völlig erfüllte? Dem Schwitzsystem sind 6 Seiten des Protokolls gewidmet, der Diskussion über die Vorschläge der Agrarkommission 78! In der Tat, aus dem „Vorwärts“ lernt man die Parteigeschichte in sonderbarer Weise kennen.

Aus der Tagesordnung des Gothaer Kongresses, 1896, weiß der „Vorwärts“ selbst keinen anderen Punkt herauszufinden als den: „Frauenagitation“. Aber mit Verlaub, gehörte der nicht mindestens ebensosehr zu den „inneren Parteifragen“ wie der Massenstreik? Oder bedingt die Debatte über diesen nicht ebensoviel Stellungnahme zu den Ereignissen der Zeit, als die Diskutierung der Frauenagitation? Gerade der Gothaer Kongreß gehörte aber zu denjenigen, in denen die „Verwaltungsangelegenheiten“, namentlich Fragen der Parteipresse, besonders stark in den Vordergrund traten.

Folgt 1897, Hamburg. Der „Vorwärts“ weist auf den Punkt: „Die bevorstehenden Reichstagswahlen“ hin als einen, der beweise, daß damals die Stellungnahme zu den Fragen der Zeit die Verwaltungsangelegenheiten und inneren Parteifragen überragte. Aber leider gestaltete sich gerade die Behandlung dieses Punktes wesentlich zu einer Diskussion innerer Parteifragen, einmal zu der unseres Verhältnisses zu dem polnischen Proletariat, und dann zu einer „Abrechnung“ mit Schippels Anschauungen vom Militarismus. Daneben aber erhielt der Parteitag sein Gepräge durch die Diskussion über die innere Parteifrage der Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen.

Es wäre zu ermüdend, die Liste weiter fortzuführen. Die neueren Parteitage sind ja allenthalben noch in frischer Erinnerung, und jeder weiß, wie sehr sie von Stuttgart bis Dresden von „inneren Parteifragen“ erfüllt waren, von Diskussionen über die Beteiligung an den Landtagswahlen, Budgetbewilligungen, Revisionismus und dergleichen.

Man sieht, von Anfang an, seit dem Fall des Sozialistengesetzes — und für die Zeit vorher gilt dasselbe — haben unsere Parteitage stets das gleiche Gepräge gehabt, sie zeigen alle den gleichen „grundsätzlichen Irrtum“, den unser Zentralorgan beklagt, und wenn es vermeint, er habe sich erst neuerdings in die jüngsten Parteitage eingeschlichen und bedeute eine Verleugnung alter, ruhmreicher Traditionen, so beweist das nichts geringeres, als ein völliges Verkennen des Wesens unserer Partei und ihrer Geschichte.

Die Erledigung innerer Parteifragen war stets eine der wichtigsten Aufgaben, wenn nicht die wichtigste, unserer Parteitage, wie auch das Bestehen innerer Parteifragen keineswegs eine Ausgeburt neuester Parteischlechtigkeit ist, sondern auch die „gute alte Zeit“ unserer Partei kennzeichnete. Was sich dabei geändert hat, ist nur die Haltung des „Vorwärts“ zu diesen inneren Parteifragen.

Beim Durchblättern der alten Protokolle bin ich da auch wieder auf das Referat gekommen, das Liebknecht 1892 hielt, als Vollmar einige Äußerungen über den Staatssozialismus getan, die sehr bedenklich erschienen, worauf der „Vorwärts" sofort entschieden dagegen aufgetreten war. Als Referent sagte Liebknecht darüber:

„Es ist gegen mich vielfach der Vorwurf erhoben worden, daß ich diesen ‚Streit' vom Zaune gebrochen habe; man hat sogar davon gesprochen, daß für mich persönliche Momente maßgebend gewesen seien. Das ist nicht der Fall. Wenn der ‚Vorwärts' diese Polemik begonnen hat, so ist er nach meiner innersten Meinung hierzu verpflichtet gewesen, und die Ausführlichkeit der Debatte, welche sich in der Presse entsponnen hat, zeigt, wie notwendig es war, die Frage aufzuwerfen, auf daß Klarheit geschaffen werde.... Wir sind die Partei der freien Kritik. In dieser freien Kritik, die, um frei zu sein, auch scharf geübt werden muß, liegt ein Moment unserer Stärke."

Wie ganz anders der „Vorwärts" von heute! Was damals Liebknecht vorgeworfen wurde, das wirft er heute jedem von uns vor, die wir im Liebknechtschen Sinne uns im Innersten verpflichtet fühlen, Kritik zu üben. Seit dem Vorabend von Dresden liebt er es, uns anzuklagen, daß unsere Kritik zu scharf sei, daß wir die „Streitigkeiten" vom „Zaune" brechen, daß für uns „persönliche Motive" maßgebend seien. Der „Haufen"artikel schließt mit der Beschuldigung, daß ich die Diskussion auf das „tiefe Niveau persönlicher Reibereien" herabdrücke, und so meint auch wieder Kurt Eisner in einem Artikel über den „guten Ton" vom 12. August, die „Parteistreitereien" seien nur noch „persönliche Literatenreibungen".

Aber es wäre freilich zuviel verlangt, wollte man fordern, daß der „Vorwärts" die Konsequenzen derartiger Beschimpfungen selbst erkenne. Seine Unfähigkeit, in den inneren Parteifragen führend und befruchtend durch sachliche Vertiefung voranzugehen, und seine seit Dresden immer wieder erneuten Hinweise darauf, daß diese Fragen nur frivoler Literateneitelkeit und Gehässigkeit entspringen, bringen ihn immer mehr in Gegensatz zu jenen, denen diese Fragen als Lebensfragen der Partei erscheinen, und bewirken, daß er ihnen immer mehr als ein die innere Klärung hemmendes und die darauf gerichteten Bestrebungen degradierendes Element erscheint, dessen Wirken in den inneren Parteifragen daher bei ihnen steigende Gereiztheit und Erbitterung erweckt, bis die übervolle Schale schließlich nur eines Tropfens bedarf, um überzuquellen. Trotzdem bleibt natürlich jede sachlich unberechtigte Kritik am „Vorwärts" verwerflich. Ja, selbst ihre sachliche Richtigkeit bedeutet nicht auch schon, daß sie politisch richtig, daß sie am Platze ist. Die schroffe Kritik einer so wichtigen Parteiinstitution, wie es das Zentralorgan ist, kann selbst wenn sie sachlich richtig, oder vielmehr gerade dann erst recht, lähmend und deprimierend wirken, also die Partei schädigen, wenn sie rein negativ bleibt. Dagegen wird sie befruchtend und erhebend, wenn sie positiv ausgeht, die Möglichkeit zeigt und die Anregung gibt, die vorhandenen Fehler zu ändern und so die Kraft der Partei zu vermehren. So hätte ich mich denn auch sehr wohl bedacht, gegen unser Zentralorgan so schroff vorzugehen, wie ich es getan, wenn ich nicht glaubte, nicht bloß seine schwachen Seiten, sondern auch deren Gründe herausgefunden zu haben und so deren Beseitigung um so eher anzuregen, je schroffer meine Kritik wurde.

(Schluß folgt.)

Die „Wiedergeburt" des Liberalismus in Sachsen.

Von **Hans Block.**

Sachsen ist das klassische Land des Kartells der bürgerlichen Parteien. Hier hat es vor dem Jahre 1887 bestanden, als das Kartell im Reich geschlossen wurde; hier blieb es bestehen, als es im Reich wieder zerfiel. Die stetig zunehmende Industrialisierung des Landes, das kräftige Wachstum der Sozialdemokratie trieben in Sachsen die bürgerlichen Parteien frühzeitig zusammen, schliffen die Unterschiede ab. Die Liberalen wurden in kurzer Frist so reaktionär, daß sie nur noch als Interessenvertretung der Industriellen sich von den Konservativen unterschieden, die naturgemäß vor allem agrarisch dachten. Indes war der Interessengegensatz zwischen Industrie und Landwirtschaft in Sachsen lange Zeit wenig lebendig. Zurzeit des agrarisch-industriellen Zollkompromisses der achtziger Jahre war er auf ein Minimum reduziert. In solcher Zeit konnte es den Industriellen ziemlich gleichgültig erscheinen, ob der Kandidat, der sich ihnen präsentierte, nationalliberal oder konservativ firmierte, da ein Unterschied zwischen den beiden Parteien kaum noch zu entdecken war. Allenfalls empfahlen sich ihm die Konservativen noch besonders als die energischsten Vertreter einer scharfen Arbeitertrutzpolitik, die ihm angesichts der stetig anschwellenden sozialdemokratischen Flut für das Gedeihen der Industrie vor allen Dingen nötig erschien. Natürlich haben die Nationalliberalen in dieser Beziehung auch jederzeit ihren Mann gestanden. Nur dort, wo die Interessen der Exportindustrie mit dem Schutzzollsystem überhaupt kollidierten, standen die Industriellen in Opposition zum Kartell und in den Kreisen, wo die Exportindustrie herrschte, fristete ein schwächlicher Freisinn ein kümmerliches Dasein. Sonst war von einer Scheidung der herrschenden Klasse nach agrarischen und industriellen Interessen nur wenig zu bemerken. Nur die Konservativen waren eifrig bedacht, diesen für sie günstigen Zustand zu erhalten. Im Jahre 1894 schrieb das Zentralorgan der sächsischen Konservativen, das „Vaterland", in einem Artikel, der das Verhältnis der Partei zum Bund der Landwirte behandelt, daß die Konservativen den Bund als den Keim der korporativen Zusammenfassung eines wichtigen Berufsstandes begrüßen, daß sie in freundschaftlichem Verhältnis mit ihm leben wollen, daß sie sich aber niemals mit ihm identifizieren können. „Eine ausschließliche Agrarpartei ist sie (die konservative Partei) nicht, kann sie nicht und soll sie nicht sein, wenigstens bei uns nicht. . . . Das war einer ihrer größten Erfolge in den letzten beiden Jahrzehnten, daß sie das Mißtrauen der Industrie überwunden und teilnehmendes Verständnis für ihre Bestrebungen auch in industriellen Kreisen erweckt und erhalten hat. Daß sie dies Verständnis bewahrt, muß ihre Sorge sein, nicht aus taktischen, sondern aus inneren Gründen. . . ." Das „Vaterland" trat denn auch seinerzeit leidlich energisch für den österreichischen Handelsvertrag ein, bezeichnete seine Annahme für Sachsen geradezu als geboten. Der russische Handelsvertrag ist dann allerdings vom Zentralorgan der sächsischen Konservativen bekämpft worden. Die Konkurrenz der Antisemiten, die damals in ihrer Blüteperiode standen und als „radikale Mittelstands- und Bauernpartei" den Konservativen besonders gefährlich wurden — bei den dreiundneunziger Reichstagswahlen hatten sie mehrere konservative Mandate erobert — gebot ohnehin ein schärferes Betonen der agrarischen Zuverlässigkeit der kon-

servativen Partei. Doch wird dabei sorgsam stets hervorgehoben, daß sie ebenso eifrig über das Wohl der Industrie wache. Das Votum gegen den russischen Handelsvertrag wird auch damit motiviert, daß er der Industrie zu wenig Vorteile biete. Sichtlich ist das „Vaterland“ damals bemüht, die Meinung zu bekämpfen, es sei die Ablehnung des Vertrags eine aus den konservativen Grundsätzen fließende Tat. Das Blatt hebt immer wieder hervor, daß die Abstimmung nicht zur Fraktionssache gemacht werden dürfe, daß keinem Konservativen, der etwa den Vertrag akzeptiere, aus seiner Abstimmung ein Vorwurf gemacht werden dürfe, da die Haltung in wirtschaftlichen Fragen nicht Prinzipiensache sei. Gerade nach der Annahme des russischen Handelsvertrags erschien im „Vaterland“ jener oben zitierte Artikel, der die Bewahrung des Vertrauens der Industrie als wichtige Aufgabe der Konservativen Sachsens bezeichnet.

Jedenfalls hat der Streit um den russischen Handelsvertrag nicht vermocht, ernsthaften Zwiespalt in das schöne konservativ-liberale Verhältnis zu tragen. Da der Vertrag Annahme fand, fehlte den Industriellen der dringliche Anlaß zur Aufregung. Brennendere Gefahren bedrohten sie — die Sozialdemokratie und der Antisemitismus, der damals, in seines Bierbank-Radikalismus Maienblüte, den ängstlichen Ordnungsphilistern fast ebenso gefährlich erschien, wie die Umsturzpartei. So ist es erklärlich, daß am selben Tage, da der russische Handelsvertrag im Reichstag gegen die Stimmen fast aller Konservativen angenommen wurde, zu Dresden beim Schluß der Landtagssession 109 Mitglieder beider Ständekammern einen Aufruf erließen, worin es hieß, daß sie „ein Zusammengehen der staatserhaltenden Parteien — wie solche auch in diesem Landtag bestanden und sich bewährt hat — auch außerhalb des Landtags allenthalben zum Wohle des sächsischen Volkes und Vaterlands dringend geboten erachten und daß sie gewillt sind, hierfür und für gemeinsames Eintreten beider Parteien bei öffentlichen Wahlen zu wirken“. Gleichzeitig erfolgte die Einsetzung eines Seniorenkonvents, bestehend aus vier Konservativen, zwei Nationalliberalen und zwei Fortschrittlern. (Der sächsische „Kammerfortschritt“, der sich frühzeitig von der deutschen Fortschrittspartei abgelöst hatte, war ebensowenig wie die Nationalliberalen noch von den Konservativen zu unterscheiden; jetzt ist er ganz verschwunden.) Auch ein Freisinniger (!) hatte den Aufruf unterschrieben, sowie zwei antisemitische Abgeordnete von der deutsch-sozialen, den Konservativen nahestehenden Fraktion, die mit dem damals noch ziemlich ungebärdigen Reformertum in Fehde lebte. Das „Vaterland“ bemerkte zu dieser erneuten Proklamation des sächsischen Kartells: „... Wir haben sozusagen seit fünfzehn Jahren ein Kartell gehabt, einmal, weil uns die sozialdemokratische Gefahr zuerst und zunächst auf die Nähte brannte, dann, weil bei uns die Parteigehässigkeit und der Parteifanatismus nie so ausgeprägt und ausgebreitet waren, wie beispielsweise in Preußen und in der Presse der Reichshauptstadt...“ Unter der „minderen Ausprägung der Parteigehässigkeit und des Parteifanatismus“ ist zu verstehen, daß der sächsische Liberalismus noch um einige Grade rückgratloser ist, als der deutsche Liberalismus ohnehin, sowie, daß der agrarische Charakter der sächsischen Konservativen bis zum Auftreten des Bundes der Landwirte und der Antisemiten weniger hervortrat, als im ostelbischen Preußen.

Den fünfzehn Jahren, die das Kartell damals nach dem Zeugnis des „Vaterlands“ bestand, sind noch etwa zehn Kartelljahre gefolgt. Und die Konservativen haben diese Konjunktur ausgenützt. Zwei Jahre nach jener Erklärung des 16. März 1894 wurde der Wahlrechtsraub am sächsischen Volke vollzogen.

Er zeigte das Kartell auf der Höhe seiner volksfeindlichen Wirksamkeit. Er legte aber auch zugleich den Keim seines — zeitweisen — Zerfalls. Er führte den wuchtigen Protest der Reichstagswahlen von 1903 herbei, der das Kartell, das inzwischen durch den Beitritt der altersschwach und zahm gewordenen Reformer komplettiert worden war, zerschmetterte. Er schuf die Zweidrittelmehrheit der Konservativen im Landtag, jener Konservativen, die unter dem Drucke des Bundes der Landwirte und im Gefühl ihrer Macht immer unverhüllter als reine Agrarpartei auftraten. Der einzige ernsthafte Gegner, den sie fürchten mußten, die Sozialdemokratie, war ja unschädlich gemacht worden; die famose Wahlkreiseinteilung aber mit dem Übergewicht ländlicher Wahlkreise, aus denen die Städte wie Rosinen aus dem Kuchen gepflückt sind, mußte ihnen etwaige Rebellionsgelüste der Nationalliberalen gegen die Ketten des Kartells als wenig gefährlich erscheinen lassen. Da die Regierung Sachsens völlig im Banne der Konservativen ist, so wurde der industriellste Staat Deutschlands bald wie ein großes Rittergut regiert. Die Industriellen begannen zu murren, erst leise, dann lauter. Als der 16. Juni 1903 nun noch gar gezeigt hatte, daß das Kartell nicht einmal den angeblichen Schutzwall gegen die Umsturzflut bilde, begann die Opposition der Industriellen gegen Konservative und Kartell sich energischer zu regen. Indes wurde bei den letzten Landtagswahlen — vom Oktober 1903 — von den Nationalliberalen noch im allgemeinen am Kartell festgehalten. Nur in drei Kreisen wagten die nationalliberalen Organisationen einen Ansturm auf konservative Sitze, der in überraschender Weise gelang. Diese Erfolge, sowie die Fortdauer des agrarischen Regiments haben dem jüngeren linken Flügel der Nationalliberalen, der in scharf akzentuierter Weise die Beschwerden der Industriellen gegen das herrschende Agrariertum vertritt, Oberwasser gegeben.

Das Kartell ist jetzt — wenigstens offiziell — gefallen. Die Nationalliberalen ziehen selbständig in die Wahlschlacht, die Mitte September geschlagen werden soll. Sachsen soll — nach der Nationalliberalen Versicherung — einen großen Kampf des Liberalismus gegen die Konservativen erleben.

Bis jetzt hat man allerdings — abgesehen von einigen Zeitungsartikeln — von diesem pomphaft angekündigten Kampfe fast gar nichts gemerkt. Obgleich die Wahlmännerwahlen in einigen Wochen schon stattfinden werden, ist von einer Wahlbewegung noch wenig zu spüren. Der große Vernichtungskampf des Liberalismus gegen das Agrariertum, gegen die unerträgliche konservative Herrschaft läßt auf sich warten und wird voraussichtlich gar nicht stattfinden. Der nationalliberale Landesparteitag mag noch so laut und entschlossen das selbständige Vorgehen der Partei proklamieren, und der Delegiertentag der Nationalliberalen des Reichs mag diesem Vorhaben noch so feierlich seine Sanktion erteilen; schließlich kommt es doch darauf an, ob die Partei da ist, die diese Beschlüsse ausführt, das heißt, ob die örtlichen, die Kreisorganisationen vorhanden sind, die sich den Kampf zu führen getrauen. Und das ist's, woran es hapert. Die neuere frischere Regung im sächsischen Nationalliberalismus beschränkt sich auf so kleine Kreise, daß die Gestaltung der Partei dadurch nicht wesentlich beeinflußt wird. Die lebendigeren Elemente geben allenfalls auf den Zusammenkünften der Spitzen der Partei den Ton an, da sie die energischsten und tatkräftigsten sind. Alle Zellen der Partei, alle die unteren Organisationen mit ihrem erweckenden Einfluß zu durchdringen, dazu reicht aber ihre geringe Zahl nicht aus, und so entspricht denn auch das Resultat den großen Aufrufen nicht. Die Gewöhnungen des Kartells hängen den National-

liberalen da und dort so fest an, daß ihre Haltung einen schroffen Gegensatz zu den kriegerischen Kundgebungen der Blätter und den oberen Instanzen der Partei bildet. Einige Wahlkreise sind bis jetzt erst zu zählen, wo die Nationalliberalen konservativen Besitzstand angreifen. Mehrfach kann man beobachten, daß der Nationalliberalismus den Kampf zu vermeiden sucht: So im Wahlkreis Meißen-Roßwein, wo er die Konservativen hat wissen lassen, daß er bereit sei, auf eine eigene Kandidatur zu verzichten, wenn die Konservativen statt ihres bisherigen Vertreters, des erzreaktionären Bürgermeisters Rüder, einen gemäßigt-konservativen Industriellen aufstellen würden. Ein Weg, den die Konservativen denn auch bereitwilligst gegangen sind. Im Wahlkreise Marienberg-Öderan aber haben die Nationalliberalen gar ihren bisherigen linksstehenden Vertreter geopfert und dafür einen Kandidaten aufgestellt, der einem Konservativen zum Verwechseln ähnlich sieht. Sie hoffen, für ihn die konservativen Stimmen zu erhalten. Der bisherige Abgeordnete muß es entgelten, daß er bei der dreiundneunziger Reichstagswahl gegen die Wahl des Agrarierhäuptlings Örtel gewirkt hat! Das Tollste aber haben die Nationalliberalen des Wahlkreises Mylau-Treuen geleistet. Diesen städtischen Kreis vertrat seit langem der Führer der Konservativen, Justizrat und Rittergutsbesitzer Opitz, ein extremer Agrarier, ein fanatischer Reaktionär. Seit Mehnert den Präsidentensitz der Zweiten Kammer eingenommen hat, ist Opitz der Sprecher der herrschenden Partei. Wenn ein Kampf gegen die Konservativen geführt werden sollte, so mußte er in diesem Kreise, gegen diesen Kandidaten, mit besonderer Verve geführt werden. Die Nationalliberalen des Kreises haben sich denn auch schandenhalber zu der Tat aufgerafft, Herrn Opitz einen nationalliberalen Kandidaten entgegenzustellen. Wie sie aber den Wahlkampf eröffneten, das grenzt ans Unglaubliche. Sie sandten ein Entschuldigungsschreiben an Herrn Opitz, worin sie ihm mitteilten, daß sie leider, trotz aller Hochachtung, die sie dem Herrn Geheimrat zollen, aus „wirtschaftspolitischen Gründen“ gezwungen seien, ihm einen Kandidaten entgegenzustellen. Sie werden aber nie vergessen, daß der verehrte Herr Geheimrat im Laufe einer so langen Periode den Wahlkreis in so hervorragender Weise vertreten hat.

„Allseitig wurden Ihre ganz besonderen Verdienste nicht nur für unseren engeren Kreis, nein, auch für unser gesamtes Sachsenland hervorgehoben und einmütig ist der Beschluß gefaßt, Ihnen für Ihre hervorragende Tätigkeit den wärmsten Dank der versammelten Vertrauensmänner auszusprechen, und der ergebenst Unterzeichnete wurde beauftragt, diesen ehrlich und aufrichtig gemeinten Dank Ihnen, verehrter Herr Geheimrat, zu übermitteln. Sind wir auch, wie gesagt, durch nur sachliche, wirtschaftspolitische Gründe zur Aufstellung einer Kandidatur von der nationalliberalen Partei bewogen worden, so tut das doch unserer Anerkennung für Ihre segensreiche Wirksamkeit keinen Abbruch! Wir hoffen und wünschen, daß Ihre fruchtbringende Tätigkeit noch lange Jahre hindurch unserem geliebten Sachsenland erhalten bleiben möge.“

Wonach Herr Opitz mit vollem Rechte die Herren Nationalliberalen fragen könnte, weshalb sie denn nicht selbst dahin wirken wollen, daß ihre Hoffnung und ihr Wunsch, seine fruchtbringende Tätigkeit noch lange Jahre hindurch ihrem geliebten Sachsenland erhalten zu sehen, erfüllt werde!

Allzusehr braucht man sich über solch klägliche Erscheinungen nicht zu wundern, wenn man im offiziellen Organ der sächsischen Nationalliberalen, in der „Sächsischen Nationalliberalen Korrespondenz“, liest:

„... Wir meinen, die nationalen Parteien sollten sich nicht wieder von vornherein Kugeln ans Bein binden, sondern, wenn die Tage einer neuen Entscheidung kommen, frisch und frei in den Kampf ziehen; aber — sie sollen auch von vornherein die politische Einsicht zu Rate ziehen und wo es nur irgend möglich ist eine Zersplitterung vermeiden. Vermag man in einem Wahlkreis einen Mann zu finden, dessen persönliche Eigenschaften dafür bürgen, daß sich Konservative und Nationalliberale mit seinen Anschauungen abfinden können, dann soll man alles daransetzen, von vornherein ein Zusammengehen zu erzielen. Ist dieser Mann nicht zu finden, und das wird ja der häufigste Fall sein, so muß eben getrennt marschiert werden. Kommt es zur Stichwahl, dann gilt es allerdings vereint zu schlagen.“

So wird also das Kartell selbst noch in der Ankündigung, daß der selbständige Kampf meist unvermeidlich ist, als das Bessere empfohlen!

Die männermordende Schlacht gegen das sächsische Agrariertum, die bevorstehen sollte, wird also nur in der Phantasie der liberalen Presse geschlagen werden, besonders der außersächsischen, deren Blick nicht durch Sachkenntnis getrübt ist. In einigen der neunundzwanzig Wahlkreise, deren Vertretung diesmal erneuert wird — alle zwei Jahre wird ein Drittel der sächsischen Landboten gewählt —, mag es zu einem möglichst grundsatzlos geführten Kampfe, oder besser gesagt, zu einer zahmen Balgerei um das Mandat kommen — von einem ernstlichen Kampfe gegen die konservative Herrschaft ist nicht die Rede und kann auch nicht die Rede sein. Dazu ist der Nationalliberalismus den Konservativen viel zu wesensgleich, dazu hat er von den Sünden der sächsischen Reaktion viel zuviel auf dem Kerbholz. Wenn man die volksfeindlichen Taten der Herrschenden Sachsens aufzählt, kann man stets die Nationalliberalen als die Mitschuldigen nennen.

Es wäre auch gröbliche Selbsttäuschung, wenn man das, was jetzt im liberalen Lager Sachsens rumort, als eine Wiedergeburt liberaler Gesinnung, als den Anfang einer Abwendung von der reaktionären Richtung der bisherigen Nationalliberalen ansehen wollte. Nicht das erwachte liberale Gewissen, sondern das geschädigte industrielle Interesse ist der treibende Faktor der Bewegung. Der Anstoß ging aus vom Verband sächsischer Industrieller.

Diese Organisation, die ein gutes Wachstum zu verzeichnen hat, war in den letzten Jahren sehr rührig in der Propaganda und im Angriff auf das konservativ-agrarische Regiment. Und Beschwerdematerial ist ihr allerdings genug geliefert worden. Sowohl von der Reichs- wie von der Landespolitik. Die neuen Handelsverträge haben große Kreise der sächsischen Industriellen in helle Bestürzung versetzt. Daß sie für ihr stillschweigendes Zuschauen bei den agrarischen Vorbereitungen für die Handelsverträge eine solche Quittung erhalten würden, das hatten die Herren Fabrikanten nicht erwartet. Nach dem Geschrei, das sie heute anstimmen, muß man annehmen, daß sie über die Tragweite des Hungertarifs nicht entfernt im klaren gewesen sind. Daß er eine Verteuerung der wichtigsten Lebensmittel, eine Verschlechterung der Lebenshaltung der großen Volksmassen bedeute, das wußten sie allerdings und das bedrückte sie weiter nicht. Aber daß die hohen Agrarzölle auch den deutschen Export schwer schädigen müßten, das scheinen sie sich wirklich nicht klar gemacht zu haben. Sie hatten wahrhaftig erwartet, daß die Reichsregierung auch mit diesem unbrauchbaren Instrument, das der Hungertarif darstellte, gute Handelsverträge herstellen werde, und die Erfahrungen, die sie jetzt machen müssen,

hat sie schwer erbittert. Die neuen Verträge werden nämlich auf verschiedene bedeutsame Zweige der sächsischen Industrie eine beinahe verwüstende Wirkung üben. Noch ist das Unheil ja nicht einmal eingetroffen, und schon hat eine Auswanderungsbewegung unter den Industriellen um sich gegriffen. Eine Rundfrage des Verbandes sächsischer Industrieller über die voraussichtliche Wirkung der Handelsverträge hat folgendes Ergebnis gehabt: 9 Firmen erwarten eine Förderung, und zwar verweisen sie zum Teil auf die vermutlich steigende Kaufkraft der ländlichen Bevölkerung, 97 Firmen glauben, daß die Verträge keinen Einfluß auf ihre Betriebe ausüben werden, und 251 erklären, daß die Verträge einen Export nach einzelnen Ländern ungemein erschweren, wenn nicht unmöglich machen. Vielfach wird darauf hingewiesen, daß an eine Aufrechterhaltung des bisherigen Exports nach Rußland und Österreich-Ungarn nicht zu denken sein wird und viele Fabrikanten deshalb voraussichtlich zu erheblichen Betriebseinschränkungen greifen müßten. Mehrere Befragte geben an, daß sie Verhandlungen wegen Anschaffung neuer Maschinen abgebrochen, Erweiterungsbauten unterlassen haben. Aus österreichischen Grenzorten werden zugleich Steigerungen des Grund- und Bodenwertes auf Grund der Nachfrage deutscher Firmen nach Areal für Fabrikbauten gemeldet. Der „Frankfurter Zeitung" wurde jüngst aus Dresden gemeldet, daß man in industriellen Kreisen kaum noch eine andere Überzeugung treffe, als daß mit dem Inkrafttreten der neuen Verträge umfangreiche Arbeiterentlassungen stattfinden müßten, große Kapitalien verloren gehen und die sächsische Industrie eine Krisis durchmachen werde, die auch das Handwerk in Mitleidenschaft ziehen müsse und in der viele Betriebe zugrunde gehen würden. Nicht gerade selten findet man in den Tagesblättern Meldungen über die Verlegung ganzer Betriebe nach Österreich oder von der Errichtung von Filialen im Ausland, die mit Einschränkung des Betriebs im Inland verbunden ist. Wie die Arbeiterschaft dabei fährt, zeigt eine Notiz der „Vossischen Zeitung", die da sagt, daß viele Arbeiter durch die Verlegung der Fabriken beschäftigungslos werden, „denn wenn die Fabrikanten in ihrem eigenen Interesse die Techniker, Werkmeister und Vorarbeiter mit hinübernehmen, so werden sie schwerlich die gewöhnlichen Arbeiter verpflanzen, da in Böhmen die Arbeitskräfte bedeutend billiger sind".

Nun ist freilich der sächsische Landtag nicht direkt für diese neuen Handelsverträge verantwortlich. Aber immerhin übt er Einfluß auf die Haltung der sächsischen Regierung im Bundesrat aus und die Agrarier haben diesen Umstand auch zu nützen verstanden. Zurzeit der Vorbereitung des Hungertarifs versuchten sie, die Regierung durch eine Interpellation zu bestimmen, für höhere Getreidezölle einzutreten, als sie später die Reichsregierung in ihren Entwurf einsetzte. Und ebenso hat die konservative Fraktion durch Interpellationen die sächsische Regierung für die ungeschmälerte Aufrechterhaltung der Viehsperren scharf gemacht. Und wenn nun auch feststeht, daß die Nationalliberalen am Durchdrücken des Antrags Kardorff ebensoviel Verdienst hatten wie die Konservativen, so ist's doch natürlich, daß diese den ganzen Unwillen der sächsischen Industriellen vor allem auszubaden haben, da die sächsischen Nationalliberalen bei den vorhin erwähnten Gelegenheiten die Bremser gewesen sind.

Aber auch auf dem Gebiet der Landespolitik haben die Konservativen den Industriellen Anlaß zu den bittersten Klagen gegeben. Den unverfrorensten Gebrauch haben die Agrarier von ihrer politischen Macht gemacht, als sie die

neue Vermögenssteuer, die, nebenbei gesagt, so zaghaft ist, daß sie die finanziellen Verlegenheiten des Landes nicht beseitigen kann, der Industrie aufwälzten. Das landwirtschaftliche Betriebskapital ist nämlich von dieser Steuer frei! Sehr splendid sind die Konservativen mit den Staatsmitteln umgegangen, wenn es agrarische Zwecke galt. Die Schlachtviehversicherung ist eine direkte Liebesgabe an die Landwirte auf Kosten des Landes und der Fleischer. Im Interesse der „Volksgesundheit“ forderten die Konservativen eine Verschärfung der Einfuhrbedingungen für ausländisches Fleisch, im Interesse ihres Geldbeutels lehnten sie den Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung der Rindertuberkulose ab, der den Viehbesitzern nur 80 Prozent Entschädigung bot, statt der 100 Prozent, die sie verlangten. Den landwirtschaftlichen Genossenschaften „liehen“ die Konservativen nach und nach 5 Millionen Mark Staatsgelder, die mit $1^1/_2$ bis 2 Prozent verzinst werden. Die Tarife der sächsischen Bahnen sind ganz auf die Interessen der Agrarier zugeschnitten. Düngemittel werden nach der Behauptung der Industriellen unter dem Selbstkostenpreis befördert. Notstandstarife für Futtermittel usw. werden auf die erste Vorstellung der Landwirte schleunigst gewährt. So, als die Dürre des Sommers 1904 den Saaten verderblich geworden war. Dieselbe Dürre trocknete die Elbe aus, so daß die Schiffahrt lahmgelegt wurde. Der Fortfall der billigen Wasserfracht, die Notwendigkeit, mit der Bahn zu verfrachten, bedeutete für viele industrielle Unternehmungen Sachsens eine völlig unvorhergesehene und ganz erhebliche Verteuerung der Produktionskosten. Ihre Forderung indes nach Notstandstarifen lehnte die sächsische Regierung ab.

Die sächsische Regierung steht eben völlig unter konservativ-agrarischem Einfluß. Nur ganz übertriebenen agrarischen Forderungen hat das Ministerium Metzsch hin und wieder scheinbaren Widerstand zu leisten gewagt. Natürlich ist auch die Verwaltung völlig von konservativ-agrarischem Geiste erfüllt. Die Beamten werden von den Konservativen nach alter Tradition als Wahlmacher in Anspruch genommen. Die „Dresdener Zeitung“ erzählte jüngst, daß ein nationalliberaler Kandidat, der in einem bis dahin konservativen Wahlkreise aufgestellt wurde, vom Amtshauptmann geradezu beschworen wurde, zurückzutreten, da sonst des Herrn Amthauptmanns Karriere gefährdet sei. Dem nationalliberalen „Radebeuler Tageblatt“ wurde der Amtsblattcharakter entzogen, weil es die Giesebrechtschen Pläne auf Raub des Reichstagswahlrechts enthüllt und dabei die Konservativen in etwas temperamentvollerer Weise angegriffen hatte, als es die liberale Presse Sachsens im allgemeinen fertig bringt.

(Schluß folgt.)

Partei und Gewerkschaft.

Von **Hermann Fleißner.**

Es kann für den Kenner und Beobachter der Dinge keinem Zweifel unterliegen, daß die Gewerkschaftsbewegung in Deutschland in den letzten zehn Jahren unverhältnismäßig mehr in die Breite als in die Tiefe gegangen ist. Die für Klassenkampforganisationen unbedingt nötige Aufklärung über Entwicklung und Ökonomie des kapitalistischen Klassenstaats ist in den Hintergrund gedrängt, die gewerkschaftliche Propaganda innerhalb und außerhalb der Organisation ist zu sehr auf den Augenblickserfolg und die Augenblicksinteressen gestimmt.

Die Theorie ist vielfach geradezu verpönt, und mit überlegener Miene und mitleidigem Achselzucken wird der Parteigenosse von dem Gewerkschaftsleiter bedacht, der warnend und ermahnend auf diese Vernachlässigung hinweist. Diese Entwicklung der modernen Gewerkschaftsbewegung hat zurzeit einen Grad erreicht, der naturnotwendig zu Zusammenstößen und Auseinandersetzungen zwischen Partei und Gewerkschaft führen muß. Ein „Verschulden" an dieser Situation ist eigentlich niemand zuzuschreiben; hoffen darf man aber, daß das Ergebnis der Kollision ein der gesamten modernen Arbeiterbewegung nützliches ist.

Eine Reihe sozusagen natürlicher oder doch leicht erklärlicher Ursachen zeitigten diese Situation. Dem schier hoffnungslosen Stagnieren der deutschen Gewerkschaften anfangs der neunziger Jahre ist eine Periode fast treibhausmäßiger Entwicklung gefolgt, was zahlenmäßig festgestellt ist. Der damals herrschende Pessimismus machte einer Methode der Mitgliederwerbung um jeden Preis und mit allen Mitteln Platz. Die Zahl der Mitglieder ist enorm gewachsen, die wünschenswerte geistige Schulung und Disziplin ist bei dieser Jagd nach Mitgliedern um ein gut Teil zu kurz gekommen. Und man kann zugeben, daß unter den gekennzeichneten Verhältnissen vielleicht die Erfüllung dieser Aufgaben über die Kräfte der Gewerkschaftsleiter, Beamten, Führer, Agitatoren ging. Der Mangel ist bis heute nicht beseitigt. Und aus den Gewerkschaftskreisen selbst einen den Massen entsprechenden, genügenden Stab das Übel bekämpfender Leute in absehbarer Zeit heranzuziehen, kann nicht gehofft werden. Die Beamten der Gewerkschaften sind recht oft so sehr mit zunächstliegenden Alltags- und mechanischen Arbeiten überhäuft, daß sie nicht einmal Zeit haben, sich selbst, geschweige andere weiterzubilden. In den Versammlungen wird viel weniger als sonst die theoretische Weiterbildung der Mitglieder besorgt. So bleibt als wesentliches Abhilfsmittel die Gewerkschaftspresse übrig. Ein Blick in diese zeigt, daß hier und da unverkennbare Bemühungen zur geistigen Fortbildung und theoretischen Aufklärung der Mitglieder vorhanden sind. Genügend ist das aber bei weitem nicht, und manche Gewerkschaftsblätter vernachlässigen ihre Aufgabe in dieser Beziehung unverantwortlich.

Das massenhafte und schnelle Zuströmen der Arbeiter in die Gewerkschaften ohne die Möglichkeit entsprechender geistiger Schulung hat für die Gewerkschaften selbst große Gefahren, führt zur Unsicherheit ihrer Betätigung, ihrer Aktionen im wirtschaftlichen Kampfe und unter Umständen zur Desorganisation oder in den Sumpf — nach englischem Muster. Früher, als die Gewerkschaften noch klein waren, als die Masse noch draußen, der kleine Teil drinnen stand, da hatte man zwar ein kleines Heer, aber Soldaten, die gut diszipliniert und deshalb in allen Situationen zuverlässig waren. Wer in die Organisation kam, tat diesen Schritt erst nach reiflicher Überlegung, er tat ihn aus Klassenbewußtsein. Die Eintretenden waren bereits aufgeklärt. Heute haben wir gerade in den zahlenmäßig starken Organisationen, in denen der größere Teil der Berufsangehörigen der Gewerkschaft angehört, mit ziemlich indifferenten Massen zu rechnen, die lediglich materieller Vorteile halber — je schneller und je mehr desto besser — in den Verband eintreten, und weil die größere Anzahl der in der Werkstatt, auf dem Bau, in der Fabrik organisierten Kollegen einen moralischen Druck ausübt. Wie viele zahlen so ihren Beitrag, ohne sich um die Gewerkschaft — außer wenn es Vorteile einzuheimsen gilt — zu kümmern, ohne eine Ahnung von deren wirklicher Bedeutung zu haben!

So fallen heutzutage den Gewerkschaften viel, viel mehr Aufgaben zu, die Mitglieder innerhalb der Organisation aufzuklären, sie erst zu wirklichen Klassenkämpfern zu erziehen, als früher. Da ist es denn im höchsten Grade bedauerlich und bedenklich, wenn diese Gelegenheit der Mitglieder, Aufklärung zu erhalten, verhältnismäßig bedeutend geringer geworden ist. Hier müssen die Gewerkschaften unter allen Umständen Abhilfe schaffen, das weitere lässige Zusehen müßte sich bitter an der Gesamtheit der modernen Arbeiterbewegung rächen.

In der Agitation wird die Erringung besserer Lohn- und Arbeitsbedingungen vielfach in den schönsten Farben ohne genügende Betonung der Schwierigkeiten geschildert. Die so Bearbeiteten bekommen eine ganz falsche Auffassung des Ganges der Dinge. Als neue, und zwar sehr leicht geworbene, aber auch sehr optimistische Mitglieder sehen sie die Situation durch die Brille an, die man ihnen aufsetzte. Sie fordern, noch ehe sie gegeben haben. Hinzu kommt, daß die Methode der Aussperrung, die beim Unternehmertum immer mehr Anklang und Anwendung findet, die Arbeiter, der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, in die Gewerkschaften treibt. Lediglich der Unterstützung wegen! Auch das beeinflußt die Qualifikation der Gewerkschaftsverbände ungünstig!

Die Gewerkschaftsführer trösten sich damit, daß den Mitgliedern, wenn sie erst einmal im Verband sind, die nötige Erleuchtung schon von selbst und auch sehr bald kommt. Der Verband tut aber nichts oder nicht viel dazu; in den Versammlungen hat man gerade genug Arbeit, um mit dem Laufenden fertig zu werden. Nun denke man sich unter solchen Verhältnissen eine Massenversammlung von unaufgeklärten Mitgliedern, die über wichtige Fragen — Streik usw. — zu entscheiden haben! Die Konsequenzen ergeben sich von selbst. Wird die Leitung des Verbandes von solchen Mitgliedern gedrängt, unter allen Umständen Aktionen gegen das Unternehmertum ins Werk zu setzen, so kommt sie in eine schwierige Lage. Sie gibt vielleicht gegen ihren Willen nach, um die Mitglieder nicht wieder zu verlieren, die da glauben, mit Recht verlangen zu können, daß ihnen früher gemachte Versprechungen recht rasch eingelöst werden. Auf solchem Boden erwachsen verfehlte gewerkschaftliche Aktionen. Schlecht und recht sucht man sich dann, ohne das Ansehen der Gewerkschaft zu schädigen, aus der Affäre zu ziehen; aus offenbaren Niederlagen werden halbe oder ganze Siege gemacht. Die Folge solcher Vorgänge aber ist, daß die Gewerkschaftsleiter nicht nur durch Schaden klug, sondern mit der Zeit übermäßig vorsichtig und zu energischen Aktionen gegen das Unternehmertum fast unbrauchbar werden. Um die Mitglieder auf andere Weise bei guter Laune zu erhalten, verfällt man auf allerhand nicht direkt mit den gewerkschaftlichen Aufgaben zusammenhängende Dinge. Die schiefe Ebene des „Ausbaus" der Unterstützungseinrichtungen wird betreten. Die Mitglieder werden an die Organisation „gefesselt" — aber wie, unter welchen Umständen! Dann bleibt vollends für die bisher schon so sehr vernachlässigten ideellen Aufgaben der Gewerkschaften, deren Erfüllung zugleich eminent praktische Bedeutung für eine klassenbewußte Bewegung ist, nichts mehr übrig. Man gerät in ein förmliches System hinein, Aufregungen möglichst zu vermeiden. Der Gemaßregelte wird unterstützt, der Maßregelnde bleibt ungeschoren und wird so zu weiteren solchen Heldentaten ermutigt.

Das Überwuchern der Unterstützungseinrichtungen braucht aber nicht nur die vorhandenen Kräfte ganz und gar für Verwaltungszwecke auf, es benachteiligt auch die Partei, weil die notwendig sehr in die Höhe getriebenen

Gewerkschaftssteuern vielen Arbeitern die Zahlung von Parteibeiträgen sehr erschweren. Beim schlechtbezahlten Arbeiter spielen eben auch Groschen eine Rolle.

Diese Entwicklungstendenzen der Gewerkschaften können zur Versumpfung à la England führen. Unter deutschen Verhältnissen ist das vielleicht trotz alledem nicht zu befürchten. Lähmend und hemmend auf die Zuverlässigkeit und Aktionsfähigkeit der modernen Arbeiterbewegung wirken sie aber auf alle Fälle. Das läßt sich vielleicht heute schon nachweisen. Es ist nicht gut, wenn die kalte Pfennigberechnung zu sehr an die Stelle idealer Begeisterung tritt. Sehr interessant ist das in Webbs „Geschichte der englischen Gewerkschaftsbewegung" nachzulesen. Dort werden die Aussprüche zweier bekannter Arbeiterführer zitiert. Demnach äußerte Tom Mann im Juni 1886:

„Wie lange noch werdet ihr euch mit der gegenwärtigen schwachmütigen Politik eurer Gewerkvereine zufrieden geben? ... Die wahre Politik der Gewerkschaften, die des Angriffs, scheint vollständig aus dem Gesichtskreis gefallen zu sein. Wahrhaftig, der Durchschnittsgewerkschafter von heute ist ein Mann mit verknöchertem Gehirn, entweder hoffnungslos apathisch oder der Unterstützer einer Politik, die direkt den Ausbeutern in die Hände spielt. Ich trage meinen Anteil an der Arbeit der Gewerkschaft, der ich angehöre, bei, aber ich gestehe offen, daß, wenn sie nicht mehr Energie an den Tag legt wie im gegenwärtigen Moment, ich mich — gegen meinen Willen — zu der Ansicht gezwungen sehen werde, daß es eine nicht zu rechtfertigende Verschwendung seiner Kräfte ist, wenn man fortfährt, mit der gewöhnlichen Politik der Untersuchung von Zänkereien und sonst nichts Zeit zu vergeuden. Ich bin überzeugt, daß noch Tausende gleich mir denken."

Und John Burns sagte im September 1887:

„So wie sie jetzt konstituiert sind, tragen die Gewerkschaften die Quelle ihrer Auflösung in sich selbst. ... Dadurch, daß sie ... unüberlegt die Pflichten und Verantwortlichkeiten auf sich genommen haben, die nur der Staat oder die ganze Gemeinschaft erledigen können: die der Kranken- und Altersunterstützungen, dadurch werden die größeren Vereine völlig erdrückt, indem sie ihre Mitglieder in unerträglicher Weise besteuern. Dies lähmt die Mitglieder in solchem Maße, daß sie sich aus Furcht, sie könnten sonst ihren Unterstützungsverbindlichkeiten nicht nachkommen, oft Übergriffen der Prinzipale ohne Protest unterwerfen. Die Folge davon ist, daß sie alle aufgehört haben, Vereine zur Aufrechthaltung der Rechte der Arbeit zu sein, und zu bloßen Institutionen zur Ermäßigung der Steuern der mittleren und oberen Klassen herabgesunken sind."

Als warnende Stimmen können diese Auslassungen immerhin auch bei uns beachtet werden.

Ein Teil Schuld an dieser Entwicklung mag der hier und da herrschende Neutralitätsdusel tragen. Die kindliche Angst vor dem Vorwurf, sozialdemokratisch zu sein, die auch die feine Unterscheidung von Politik und Parteipolitik erfand, ist ganz gewiß der Möglichkeit theoretischen Erkennens und Vertiefens, und damit dem Eindringen „sozialistischen Geistes" hinderlich gewesen. Und zwar ohne daß der gewollte Zweck erreicht worden wäre. Die modernen Gewerkschaften werden heute mehr denn je als sozialdemokratische bezeichnet. Und es ist nicht einzusehen, warum man sich gar so sehr darüber alterieren soll. Die geistige Zusammengehörigkeit zwischen Partei und Gewerkschaft ist doch ganz selbstverständlich. Nur von sozialdemokratischen Abgeordneten werden

die Interessen der Gewerkschaften im Reichstag, Landtag, Gemeinderat vertreten. Und die Kämpfe der Gewerkschaften gegen das Unternehmertum sind ohne die Unterstützung der sozialdemokratischen Tagespresse gar nicht denkbar. Man möchte nur wünschen, daß die Behauptung der Gegner viel zutreffender wäre, als sie es in Wirklichkeit heute ist. Ein großer Teil der Gewerkschafter liest noch andere als sozialdemokratische Zeitungen, und mit der Mitgliedschaft im sozialdemokratischen Verein steht es ebenso. Die Gewerkschaften verlangen mehr und mehr, daß die sozialdemokratischen Organisationen ihre Mitglieder den Gewerkschaften zuführen, ohne daß letztere mit ebenso großer Energie dem politischen Verein gegenüber handeln. Mehr Nachdruck wird schon in Gewerkschaftskreisen darauf gelegt, daß die Arbeiter die sozialdemokratische Presse lesen. Das liegt freilich im wohlverstandenen eigensten Interesse der Gewerkschaften, weil, wie schon erwähnt, die sozialdemokratische Presse ein wichtiges, unentbehrliches, täglich nötiges Kampfmittel der Gewerkschaften geworden ist.

Der Zusammenhang der Gewerkschaften mit der Partei ist also ein ganz natürlicher, im inneren Wesen gegebener. Die Aktionsfähigkeit der gesamten modernen Arbeiterbewegung wird in Zukunft noch viel mehr als bisher davon abhängen, inwieweit Partei und Gewerkschaft sich gegenseitig im Kampfe unterstützen, planmäßig zusammengehen, soweit die besonderen Aufgaben der beiden Organisationsarten das zulassen. Wenn man das anerkennt, dann hat es auch keinen Sinn, fortwährend nach außen hin in übertriebener Neutralität zu machen, nur um den Schein zu wahren. Partei und Gewerkschaft brauchen sich wahrhaftig ihres natürlichen innigen Verwandtschaftsverhältnisses nicht zu schämen, sie dürfen und sollen es offen bekennen, allerdings nicht nur mit Worten, sondern auch mit der Tat. Dann wird der jetzt so sehr vermißte sozialistische Geist in den Gewerkschaften mehr Wurzel fassen.

Die Erziehung der Massen zu Sozialdemokraten ist für die Gewerkschaften von größter Bedeutung, wenn sie wollen, daß auch in der Politik, in der Gesetzgebung die Interessen der Arbeiter im Rahmen der bürgerlichen Gesellschaftsordnung gefördert werden. Der Druck politisch geschulter Arbeitermassen löst Konzessionen der herrschenden Gesellschaft an die Arbeiter aus. Das beweist die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung!

Der Kölner Kongreß soll viel „positive“ Arbeit geleistet haben. Das mag sein. Er hat aber auch unverkennbar einen erschreckenden geistigen Niedergang der Gewerkschaftsbewegung aufgezeigt. Es wäre verkehrt, einzelnen Personen das vorzuwerfen. Sie sind Produkte der von uns geschilderten Entwicklungstendenzen, obwohl manche Gewerkschaftsführer unbewußt auch persönlich mit dazu beigetragen haben mögen, daß die Entwicklung der Gewerkschaften diese Bahnen einschlug. Auf jeden Fall muß dieser Zustand beseitigt werden. Und das kann nur durch ein größeres Handinhandarbeiten, durch vermehrten Einfluß der Partei auf die gewerkschaftliche Propaganda erreicht werden. — Die Nurgewerkschafterei beginnt um sich zu greifen in ganz bedenklichem Maße. Das offizielle Bestreiten dieser Tatsache ändert daran nichts, wer Gelegenheit zum Beobachten hat, weiß es. Sie drückt sich darin aus, daß Gewerkschaftsbeamte, die sonst gute, tätige Parteigenossen waren, sich oft wenig oder gar nicht mehr um die Partei kümmern. Ob absichtlich oder wegen zu großer Anspannung ihrer Arbeitskraft in der Gewerkschaft, läßt sich im einzelnen Falle nicht erweisen. Jedenfalls rauben der Partei rein gewerkschaftliche Dinge diese Kräfte, die nicht einmal in dem gewünschten Sinne nutzbar

für die Gewerkschaften werden. Denn sie betätigen sich eben auch in den Gewerkschaften nicht in der Richtung, daß sie „sozialistischen Geist" in sie einführen. Sie sind sozusagen Sozialdemokraten unter Ausschluß der Öffentlichkeit. Und wenn man in privaten Gesprächen die Anschauungen solcher Leute über die gewerkschaftliche Aktion und das Thema Gewerkschaft und Partei hört, so könnte man manchmal meinen, daß wir schon mitten im Sumpfe sitzen. Besonders macht sich eine Überhebung geltend, die der Sozialdemokratie das Recht abspricht, sich um speziell gewerkschaftliche Dinge zu kümmern. Davon versteht ihr nichts, wird den Genossen, die von diesen Leuten sozialistischen Geist verlangen, erklärt. Ein tieferes Eindringen in das Alltagsleben würde noch eine Menge Symptome zutage fördern, die nicht an die Oberfläche kommen, unbeachtet bleiben und gerade deshalb das Übel verschlimmern helfen. Wir haben tatsächlich schon Anfänge einer Gewerkschaftsbeamtenbureaukratie, die vorsichtig, schwerfällig, ruhebedürftig ist, wozu die auf ihr lastende große Verantwortung ein gut Teil beiträgt. Der Hang zum Vermeiden von Konflikten fängt an, System zu werden. Mehr Aufklärung in den Gewerkschaften tut dringend not, damit dieses System beizeiten ausgerottet werden kann, ehe es größeren Schaden anrichtet.

Glücklicherweise wird schon jetzt eine gesunde Reaktion in den Mitgliederkreisen der Gewerkschaften bemerkbar. Der sozialistische Geist regt sich. Die Erziehung in der sozialdemokratischen Organisation setzt sich durch. Die Partei hat dafür zu sorgen, daß diese Bestrebungen gefördert werden. Andererseits muß sich ja auch die vernachlässigte Erziehung der Gewerkschaftsmitglieder an den Führern und Beamten selbst rächen. Denn mangelnder Weitblick, Denkfaulheit und rein egoistische Denkweise würden sich schließlich auch gegen sie selbst unangenehm fühlbar machen. — Das Thema: Partei und Gewerkschaft bedarf meines Erachtens wieder einmal gründlich der Erörterung in weitesten Kreisen der organisierten Arbeiterschaft.

Die Aussichtslosigkeit der Landtagswahlbeteiligung in Preußen.

Von **Hans Marckwald.**

Die soeben erschienene amtliche Statistik über die preußischen Landtagswahlen für das Jahr 1903, welche als Mitglied des Preußischen Statistischen Landesamtes Oberregierungsrat Evert bearbeitet hat, berechtigt mich, auf die Einwände zurückzukommen, die gegen meinen unmittelbar nach den Landtagswahlen in Nummer 9 des XXII. Jahrganges der „Neuen Zeit" vom 28. November 1903 erschienenen Artikel „Das Fiasko der preußischen Landtagswahlbeteiligung" erhoben wurden. Die amtliche Statistik beweist, daß, was ich damals behauptete, richtig ist: „Die Urwahlbezirke, in denen nur oder fast nur Arbeiter und Kleinbürger wohnen, sind so gering an Zahl, daß sie an der Unmöglichkeit, bei diesem Wahlsystem auch nur einen Abgeordneten gegen den Willen der besitzenden Klassen zu wählen, nichts ändern."

Anderer Ansicht war Genosse Paul Hirsch, der mir in Nummer 10 der „Neuen Zeit" vom 5. Dezember 1903 in seinem Artikel „Die Erfolge der Landtagswahlbeteiligung in Preußen" antwortete:

„Marckwald begründet seine Vermutung auf die Statistik von 1898 (die von 1903 zu Rate zu ziehen, wäre wohl angebrachter gewesen), wonach unter je 25404 Urwahlbezirken sich nur 5570 zweiter und 580 erster Abteilung befinden, in denen die Arbeiterklasse den Mittelstand und die Besitzenden überstimmen könnte. Wären diese für uns günstigen Urwahlbezirke gleichmäßig über die ganze Monarchie verteilt, so hätte Marckwald recht; dann wären unsere Aussichten gleich Null. Aber die so zusammengesetzten Urwahlbezirke verteilen sich sehr ungleichmäßig auf die einzelnen Wahlkreise. So gibt es zum Beispiel unter den 1291 Urwahlbezirken Berlins im Jahre 1903 230, in denen die zweite Klasse mit 36 Mark Steuern und weniger abschließt, und von diesen 230 Bezirken entfällt mehr als die Hälfte, nämlich 136, auf den dritten Berliner Landtagswahlkreis, etwa ein Viertel, nämlich 56, dagegen nur 33 auf den ersten. Die Hoffnung, daß wir infolge der Bezirksdrittelung dermaleinst in diesem oder jenem Wahlkreise die absolute Mehrzahl der Wahlmänner durchbringen, braucht also keineswegs eine trügerische zu sein."

Des weiteren bemerkt Hirsch, ihm scheine, vorausgesetzt, daß unsere Agitation nicht nachläßt, die Eroberung von Berlin III beim nächsten Ansturm sicher zu sein, die Eroberung einer Reihe anderer Kreise halte er dagegen nur für eine Frage der Zeit. — Prüfen wir nun, welche Berechtigung diese Erwartung hat.

Da ich meine Berechnungen am Tage nach der Abgeordnetenwahl anstellte, konnte ich selbstverständlich nur die Statistik von 1898 zugrunde legen, denn eine andere lag nicht vor. Hat doch der Oberregierungsrat, dem der behördliche Apparat zur Seite steht, 1¾ Jahr zur Aufstellung der Statistik gebraucht. Nun hat Genosse Hirsch darin recht, daß sich die wenigen unserer Partei günstigen Urwahlbezirke erster und zweiter Klasse nicht gleichmäßig über das ganze Land verteilen. Wollte man die Erwartungen hoffnungsfreudiger Parteigenossen mit mathematischer Genauigkeit widerlegen, so müßte man für jeden einzelnen Wahlkreis die Steuerhöhe feststellen, welche für jeden einzelnen in ihm befindlichen Urwahlbezirk nötig ist, um zum Wähler erster oder zweiter Abteilung aufzurücken. So weit in die Einzelheiten geht leider auch die amtliche Statistik nicht, doch bietet sie immerhin genügend Material, um die Aussichten eines sozialdemokratischen Sieges würdigen zu können.

Für einen Wahlkreis kann man die Berechnung sogar ganz genau machen, nämlich für den günstigsten, dessen Eroberung beim ersten Sturm Hirsch für sicher hält, während er von den anderen erst in künftigen, besseren Zeiten den Sieg vorausahnt. Auch Genosse Leo Arons meint in seinem Artikel „Wie entstand die Taktik für die preußischen Landtagswahlen?" (Nummer 11 des XXII. Jahrganges der „Neuen Zeit"): „Jeder Vertrauensmann in Berlin III ist der Überzeugung, daß, wenn sofort eine Neuwahl vorzunehmen wäre, wir auf Grund der gewonnenen Erfahrungen hier die absolute Majorität der Wahlmänner erhalten würden!"

Hatte diese stolze Überzeugung Berechtigung? Nehmen wir mit Hirsch an, wir könnten in jedem Berliner Urwahlbezirk unsere Kandidaten durchbekommen, in dem der ärmste Wähler 36 Mark Steuern zahlt! Proletarische Wähler zahlen weder Gewerbesteuer noch Gebäudesteuer; die Stadt Berlin erhebt zur Einkommensteuer, der einzigen von Proletariern gezahlten direkten Steuer, 100 Prozent Kommunalzuschlag; wer mit 1500 Mark eingeschätzt ist, zahlt erst 32 Mark Steuer. In denjenigen Urwahlbezirken zweiter Klasse, in denen der ärmste Urwähler 36 Mark Steuern zahlt, muß der schlechtest gestellte Wähler, sofern er weder Hausbesitzer noch selbständiger Gewerbetreibender ist, mit mehr

als 1500 bis 1650 Mark Einkommen eingeschätzt sein. Nun wollen wir mit Hirsch annehmen, in allen Urwahlbezirken zweiter Klasse, die mit 36 Mark Steuerleistung abschließen, könnten die proletarischen Wähler die kleinbürgerlichen und begüterten an Zahl übertreffen. Wir wollen ferner annehmen, daß uns die dritte Abteilung ausnahmslos zufällt. Es gehören zum dritten Berliner Landtagswahlkreis 505 Urwahlbezirke; es sind mithin 1515 Abteilungen vorhanden, denn in jedem Bezirk wird in jeder Abteilung ein Drittel der Wahlmänner gewählt. Wir würden — nach unserer obigen Fiktion — siegen in 1. sämtlichen Urwahlbezirken dritter Abteilung, das heißt in 505, 2. in denjenigen Urwahlbezirken zweiter Abteilung, in denen die zweite Klasse mit 36 Mark Steuer und weniger abschließt, das heißt in 136, also insgesamt in 641.

Da nun von 1515 die Mehrheit erst bei 758 erreicht ist, ist ein Sieg vollkommen ausgeschlossen. Sicher, daß wir in diesem oder jenem Urwahlbezirk erster Abteilung noch siegen, aber diese Korrektur, die wir an obiger Zahl vornehmen müßten, wird natürlich vielfach durch das gewagte unserer obigen Annahme ausgeglichen, daß unsere Gegner in keinem einzigen Urwahlbezirk dritter Abteilung und keinem der mit 36 Mark oder weniger abschließenden Uhrwahlbezirke der zweiten Abteilung siegen würden.

Mit Recht hatte ich in meinem Artikel 1903 angeführt, daß bei den preußischen Landtagswahlen durchschnittlich die 15 Reichsten unter je 100 Wählern zu den beiden obersten Abteilungen gehören, welche zwei Drittel der Wahlmänner wählen. Die Verschiebungen, welche von Wahl zu Wahl eintreten können, sind so unbedeutend, daß sie an dem Gesamtresultat nichts Wesentliches ändern. Es gehörten in ganz Preußen zur ersten Abteilung 1898 3,26 Prozent, 1903 3,36 Prozent, zur zweiten Abteilung 1898 11,36 Prozent, 1903 12,07 Prozent, zur dritten Abteilung 1898 85,38 Prozent, 1903 84,57 Prozent.

Nun liegen im Gegensatz zum platten Land in den für uns so sehr viel aussichtsreicheren Städten diese Ziffern noch ungünstiger. Hier gehörten 1903 zur ersten Abteilung 2,63 Prozent, zur zweiten Abteilung 10,31 Prozent, zur dritten Abteilung 87,06 Prozent. Noch etwas schlimmer sind aber die Zahlen in den für uns eigentlich nur wesentlich in Frage kommenden Städten mit mehr als 10000 Einwohnern, wo zur ersten Klasse 2,40 Prozent, zur zweiten Klasse 10,05 Prozent, zur dritten Klasse 87,55 Prozent gehörten.

In den Wahlkreisen, auf die wir unsere Hoffnungen fast allein gründen können, haben es beinahe die 13 Reichsten unter je 100 Wählern in der Hand, die übrigen 87 zu majorisieren. Und wenn nun auch in manchen, in gar nicht allzu vereinzelten Urwahlbezirken diese 13 „Reichsten" zum Proletariat gehören und nur „reich" sind im Vergleich mit den anderen, so kann eine derartige Zufallsbildung, wie unser obiges Beispiel (Berlin III) beweist, niemals dahin führen, der Partei ein Mandat zu verschaffen, welche unter je hundert Personen durchschnittlich die Interessen der etwa 80 Ärmsten vertritt. Mehr oder weniger wird im ganzen Wahlkreis immer ein Ausgleich zugunsten der besitzenden Klasse stattfinden.

Wenn übrigens eingewandt werden sollte, daß die Majorisierung der 85 Prozent durch die 15 Prozent Reichsten nur im Durchschnitt stimmt und deshalb in diesem oder jenem Wahlkreis günstiger sein könnte, so seien die beiden in dieser Hinsicht extremsten Wahlkreise angeführt. Im Wahlkreis Rastenburg-

Gerdauen-Friedland (neunter Regierungsbezirk Königsberg) gehören 92,66 Prozent der Wähler zur dritten Abteilung, im Wahlkreis Biedenkopf (erster Wiesbaden) 70,98 Prozent. Im „günstigsten“ Falle haben also die 29 Reichsten unter je 100 Wählern die „Zweidrittelmajorität“; im ungünstigsten Falle sind es sogar die 7 Reichsten, die unter je 100 Wählern über die Zweidrittelmehrheit verfügen. Für unsere Partei ist es wirklich ziemlich gleichgültig, ob die Arbeitermassen von den oberen Zehntausend oder von den oberen Hunderttausend vergewaltigt werden, ob 7, 15 oder 30 Prozent der Wähler auf Grund ihres Reichtums oder ihrer bevorzugten wirtschaftlichen Lage den Ausschlag geben.

Trotzdem seien die entsprechenden Zahlen der drei Wahlkreise, auf deren Eroberung die Befürworter der Landtagswahlbeteiligung am allermeisten rechnen, angeführt.

In Berlin III gehörten 87,44 Prozent, in Teltow-Beeskow-Storckow-Charlottenburg 85,50 Prozent, in Linden (sechster Hannover) 86,46 Prozent der Wähler zur dritten Abteilung. Die amtliche Statistik ist übrigens nicht nach Wahlkreisen, sondern nach Verwaltungsbezirken aufgestellt, und die sind in bunter Reihe ohne Rücksicht auf ihre Zusammengehörigkeit zu Wahlkreisen nacheinander geordnet. Es bedarf also recht eifriger Rechenarbeit, um sich die Zahlen für die einzelnen Wahlkreise zu verschaffen.

Wenn ich wieder, wie in meinem Artikel „Das Fiasko der preußischen Landtagswahlbeteiligung“ die Möglichkeit eines Wahlsieges in der ersten und zweiten Abteilung überall da annehme, wo nicht mehr als 30 Mark nötig sind, um in einer dieser Abteilungen wählen zu können, so bleiben unter den 27 182 Urwahlbezirken 6154 zweiter Abteilung und 481 erster Abteilung übrig. Von diesen waren aber nur 992 der zweiten und 25 der ersten Abteilung auf städtischem Gebiet gelegen. Wie nach alledem auch nur in einem einzigen Wahlkreis ein Sieg *aus eigener Kraft* möglich sein soll, erscheint unerfindlich; an die Möglichkeit von Kompromissen glaubt doch wohl sicher kein Parteigenosse mehr.

Aber auch noch in einer anderen Beziehung hat sich Hirsch als ein schlechter Prophet erwiesen.

In meinem Artikel hatte ich geschrieben:

„Nachgerühmt wird unserer Wahlbeteiligung, diese habe die ‚Unhaltbarkeit‘ des Dreiklassenwahlsystems dargetan; die Szenen in Linden, in Teltow-Beeskow hätten den besitzenden Klassen selbst gezeigt, daß es ‚so‘ nicht weiter gehen kann. Mit Verlaub, die an sich anerkennenswerte Energie, mit welcher unsere Genossen das komplizierte Verfahren der Wahl verdienter Lächerlichkeit preisgaben, wird die Regierung nur davon überzeugen, daß das *Wahlreglement noch einmal geändert werden muß*; das *Wahlgesetz* wird man aber bestehen lassen oder wenn man es ändern sollte, keineswegs im Sinne der Demokratie umgestalten.“

Darauf erwiderte Hirsch: „Mit einer Änderung des Reglements, wie Marckwald meint, ist hier nichts zu machen, das Gesetz selbst muß geändert werden, und es wird geändert werden. Verschlechtert werden kann es unmöglich, es sei denn, daß man die Bezirksdrittelung beseitigt. Doch ist dafür keine Aussicht vorhanden, da sich *nur* die Freisinnigen und die Nationalliberalen dafür erwärmen, während das auf diese seine Idee stolze Zentrum und die Konservativen nicht dafür zu haben sind.“

Und was geschah, bald nachdem Hirsch „nur" den Freisinnigen und Nationalliberalen die einzige mögliche Verschlechterung zugetraut hatte? Daß diese vom Freikonservativen Zedlitz beantragt wurde, dem natürlich mit Ausnahme des Zentrums das ganze Haus begeistert zustimmte. Die unbegründete Hoffnung einzelner Sozialdemokraten, dank der Bezirkseinteilung könne möglicherweise einmal ein Vertreter der Arbeiterklasse in das Abgeordnetenhaus gelangen, hatte genügt, dieselbe Erwartung als, wenn auch unbegründete, Furcht in den Köpfen einiger Bourgeois und Junker zu erzeugen. Der Antrag will bekanntlich, daß an die Stelle der Drittelung die Zwölftelung tritt, die an der Zweidrittelmehrheit der Reichen in jedem Wahlkreis nichts ändert, weil die Einteilung für jede Gemeinde, nicht mehr für die einzelnen Urwahlbezirke vorgenommen werden soll. — Und auch das Wahlreglement soll dahin geändert werden, daß die Herren Bourgeois, die, dank der Wahlbeteiligung unserer Genossen, recht langen Aufenthalt im Wahllokal nehmen mußten, alle Unbequemlichkeiten sparen. Urwahlen wie Abgeordnetenwahlen sollen nicht mehr durch Aufruf der Wahlberechtigten erfolgen, so daß, wer nicht im Wahllokal anwesend ist, seines Stimmrechts verlustig geht, sondern wie bei der Stadtverordnetenwahl soll jeder Wähler berechtigt sein, im Verlauf bestimmter Stunden im Wahllokal zu erscheinen und sein Stimmrecht auszuüben. Eine etwaige Stichwahl soll dann an einem andern Tage vorgenommen werden.

Nun sollen sich freilich die Opfer an Zeit und Geld, welche die Wahlbeteiligung erfordert, durch den agitatorischen Erfolg rechtfertigen, der damit verknüpft ist. Sehr tapfer haben sich freilich unsere Genossen geschlagen; sie haben gezeigt, daß auch bei öffentlicher Stimmabgabe keine Partei so viele Anhänger auf die Beine bringen kann wie die unsere. Nach der amtlichen Statistik stehen wir freilich an zweiter Stelle, denn für die Konservativen stimmten bei den Urwahlen insgesamt 324157, für unsere Partei 314149 Urwähler, also etwas weniger. Wenn die Sozialdemokraten mit 18,79 vom Hundert aller Urwähler an zweiter, die Konservativen mit 19,39 vom Hundert an erster Stelle standen, so ist dabei zu berücksichtigen, daß dieses Ergebnis nur auf die Wirkung der Öffentlichkeit der Wahl in den verjunkerten Gefilden des platten Landes zurückzuführen ist. Auf dem Lande bekamen die Konservativen die Stimmen von 28,53 vom Hundert der Urwähler, während für unsere Partei nur 6,05 vom Hundert einzutreten wagten. In den Städten war die Sozialdemokratie an Stimmenzahl allen anderen Parteien weit voraus; hier stimmten für uns 29,87 vom Hundert der Urwähler, während die in den Städten an zweiter Stelle stehenden Nationalliberalen nur 17,95 vom Hundert der städtischen Urwähler, die Konservativen gar nur 11,45 vom Hundert auf ihrer Seite hatten.

Aber wo liegt trotz des relativ günstigen Resultats die agitatorische, das heißt werbende Kraft der Landtagswahlbeteiligung? Trotz der musterhaften Haltung unserer Genossen bei den Landtagswahlen, die unmittelbar nach dem Dresdener Parteitag stattfanden, hat unsere Partei bei sämtlichen Nachwahlen zum Reichstag, die seitdem innerhalb Preußens stattfanden, keineswegs derartig abgeschnitten, daß auch nur eine Stimme der Zufriedenheit innerhalb der Partei laut wurde.

Wie auch soll die Tatsache, daß wir uns an der Wahl beteiligen, agitatorisch und werbend wirken? Agitatorisch wirkt vielmehr das Dreiklassenwahlgesetz selbst, der Umstand, daß bei der Beratung der preußischen Ge-

setze, der Steuern und Ausgaben im preußischen Staat, auch nicht der geringste Einfluß des Proletariats möglich ist, und bei der Gesetzgebung lediglich diejenigen Klassen beteiligt sind, die an der Ausbeutung und Unterdrückung der breiten Massen das intensivste Interesse haben.

In einigen Parteiversammlungen wurde mir der Vorwurf gemacht, solche Artikel wie der meinige „Das Fiasko der preußischen Landtagswahlbeteiligung“ wirkten lähmend. Aber unsere Art ist es nicht, uns durch Illusionen zu begeistern, sondern auszusprechen das, was ist. Nicht durch die aussichtslose Beteiligung an den preußischen Landtagswahlen, sondern durch Ausnützung der agitatorischen Wirkung, die das „elendeste und erbärmlichste“ Wahlgesetz auf jeden denkenden Arbeiter ausübt, bei den Reichstagswahlen können und werden wir diese wichtigste Grundlage der Junkerherrschaft in Preußen und im Reiche untergraben.

Literarische Rundschau.

John Mitchell, Vorsitzender der Vereinigten Bergarbeiter, **Organisierte Arbeit.** Ihre Aufgaben und Ideale unter Berücksichtigung der gegenwärtigen und zukünftigen Lage der amerikanischen Lohnarbeiterschaft. Einzige autorisierte deutsche Übersetzung von Dr. Hermann Hasse, Leipzig. Dresden 1905, O. V. Böhmert. XV und 206 Seiten.

Über die von Samuel Gompers und John Mitchell geleitete Richtung der amerikanischen Gewerkschaftsbewegung (American Federation of Labor) ist in dieser Zeitschrift schon vieles veröffentlicht worden, und im besonderen auch über den letzten großen Bergarbeiterstreik.

Entsprechend dem Standpunkt der „Neuen Zeit“, der weit entfernt ist von dem der Leiter des amerikanischen Arbeiterbundes, wurde stets eine scharfe Kritik an dessen Wirken geübt. Das vorliegende Buch wird kaum an diesen Urteilen viel zu ändern vermögen, aber es wird die Leser interessieren, weil vom Standpunkt dieser durchaus auf dem Boden der heutigen Gesellschaftsordnung stehenden Organisation deren Bestrebungen und Ziele dargelegt werden. Ob dies freilich in voller Reinheit geschieht, läßt sich aus der Entfernung schwer beurteilen. Man kann sich nicht des Eindrucks entschlagen, daß bei der Abfassung dieses Buches viele Rücksichten mitgespielt haben, so zum Beispiel auf die Civic Federation, die auf die Schlichtung des Bergarbeiterstreiks ihren Einfluß ausgeübt hat und deren Bedeutung für die Versöhnung der widerstreitenden Interessen im wirtschaftlichen Kampfe der Verfasser stark überschätzt und entsprechend seinem Standpunkt sehr sympathisch beurteilt.

Bei aller Gegensätzlichkeit halten wir das Buch für sehr lesenswert, aber nicht bloß unter dem Gesichtspunkt einer Information über die amerikanische Gewerkschaftsbewegung, sondern auch mit Rücksicht auf eine Befruchtung der Kampfmethoden der deutschen Gewerkschaften. Das merkwürdigste an dem Buche ist, daß der Gedanke des Klassenkampfes, wenn auch verhüllt und abgeschwächt, sich immer wieder in der Darstellung vordrängt, weil eben auch die auf dem Boden der heutigen Wirtschaftsordnung sich entfaltenden Bestrebungen zur Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen Klassengegensätze zeitigen müssen. Der Verfasser vertritt den Standpunkt, daß die amerikanischen Arbeiter durch eine Beeinflussung der von den bürgerlichen Parteien aufgestellten Kandidaten mehr erreichen können als durch die Konstituierung einer von den bürgerlichen Richtungen unabhängigen Arbeiterpartei. Aber es scheint sich auch innerhalb der amerikanischen Gewerkschaften die Erkenntnis langsam Bahn zu brechen, daß die auf diesem Wege erzielten Vorteile nur groß hinsichtlich der Versprechungen, aber desto kleiner hinsichtlich der Leistungen sind, daß

die Zeit nicht ferne sein wird, wo auch die großen amerikanischen Gewerkschaften das sie mit den bürgerlichen Parteien verbindende Schlepptau zerschneiden werden. Schreibt doch der Freund von Marcus A. Hanna: „... Wir können die Zukunft unserer politischen Entwicklung nicht voraussehen, sollten die beiden großen Parteien sich einst der Arbeitergesetzgebung widersetzen, so wie sie sie heute begünstigen (!! Referent), so wäre die Gründung einer dritten Partei sofort eine zwingende Pflicht." Und an einer anderen Stelle schreibt er: „Aus Mangel an Organisation und einsichtiger Leitung haben die Arbeiter heute noch nicht den wünschenswerten Einfluß auf unsere Städteverwaltungen, sie haben für die eine oder andere Partei je nach deren Haltung oder auch nach persönlichen Beziehungen gestimmt, ohne ihr Klasseninteresse zu berücksichtigen." Es ist auch interessant, daß Mitchell, wenn auch nicht im Zusammenhang mit politischen Erörterungen, die Feststellung macht, daß in fast allen Organisationen die Beamten der Zentrale, also die obersten Leiter der Organisation, konservativer sind als die große Masse der Mitglieder. Sicherlich gilt dies, vielleicht nicht nur in Amerika, auch für den politischen Standpunkt der Leiter der Gewerkschaften.

Der instinktive Klassencharakter jeder von Arbeitern geleiteten Arbeiterorganisation tritt besonders hervor in den speziell gewerkschaftlichen Kapiteln, die auch für deutsche Leser vieles Interessante enthalten und publizistisch und agitatorisch sehr wohl verwertbar sind. Manchmal kommt da ein schrofferer Standpunkt zum Ausdruck, als wir ihn in der deutschen Gewerkschaftsbewegung gewohnt sind, was sehr wohl gegen die Feinde der gewerkschaftlichen Bestrebungen in Deutschland ins Feld geführt werden kann. Wenn sich unsere Unternehmer entrüsten über die Begehrlichkeit der deutschen Arbeiter, so kann man ihnen vorhalten, was Mitchell für einen ungelernten Arbeiter mit Durchschnittsfamilie in Städten von 5000 bis 10000 Einwohnern für notwendig hält: „Ein hübsches Häuschen mit wenigstens sechs Räumen, Salon, Speisezimmer, Küche, Bad und genügende Schlafräume, um Sittlichkeit und Gesundheit aufrechtzuerhalten. Teppiche, Bilder, Bücher und Möbel, die den Aufenthalt daheim angenehm machen; reichliche Kleidung für Sommer und Winter und ein genügender Vorrat gesunder, nahrhafter Speisen. Ferner sollte er seine Kinder wenigstens bis zum sechzehnten Jahre zur Schule schicken und genügend für Zeiten von Krankheit und für sein Alter zurücklegen können, dazu seine Familie für den Fall seines frühen Todes oder Verunglückung sicherstellen." Wir glauben, wenn deutsche Gewerkschaftler, die im Gegensatz zu dem konservativen Mitchell als Untergraber der Staats- und Gesellschaftsordnung angegriffen werden, Forderungen dieser Art aufstellen würden, kämen sie in psychiatrische Behandlung. In bezug auf die Arbeitszeit strebt er den Achtstundentag an. Aber wichtiger als die Forderungen sind die Begründungen derselben, die sehr wohl auch bei uns angewandt werden können. Wichtig ist auch, daß er auf die geistige, kulturelle und moralische Hebung der Arbeiterklasse sehr großen Wert legt.

Die in Amerika häufiger angewandten Kampfmittel des Boykotts und der Kontrollmarke werden in lichtvoller Weise behandelt. Treffend sind seine Ausführungen über die Streiks und über die Streikbrecher. Beachtenswert ist auch das, was der Bergarbeiterführer über die bei amerikanischen Streiks häufig gemeldeten Zusammenstöße mit der bewaffneten Macht schreibt. Den Schluß des Buches bilden eingehende Ausführungen über den Bergarbeiterstreik, den größten Streik unserer Zeit, an dessen Führung der Verfasser in erster Linie beteiligt war.

So wertvoll seine Ausführungen über die Gewerkschaften sind, so unklar ist er über das Wesen und die Methoden des Sozialismus. Beruht sein Gegensatz gegen denselben sicherlich in einer ganzen Reihe von Ursachen, so sicherlich nicht zuletzt darin, daß er ihn nicht begriffen hat. Das kann man sich aus amerikanischen Verhältnissen erklären, nicht aber, daß ein Verfasser, der durch seine ganze Wirksamkeit auf die Klassengegensätze und ihre Verschärfung hingewiesen wird, der dieselben in seinem Buche auch nicht verschweigen kann, es fertig bringt, in der Vorrede unter

nderem folgende Sätze zu schreiben: „... Eine freie Anerkennung, die ein unlös-
ares Freundschaftsband zwischen Arbeiter und Unternehmer schlingt, würde
eber und Empfänger gleichermaßen segnen. ..." „... Ich wünsche die Interessen
on Arbeit und Kapital versöhnt, nicht durch eine Niederlage des einen, sondern
urch gegenseitiges Verständnis. ..." Endlich schließt die Einleitung mit folgendem
atze: „Dem besseren Verständnis dieser Rechte und Verantwortlichkeiten von Arbeit
nd Kapital und dem besseren Sichverstehen dieser beiden großen Produktionsfaktoren
idme ich dies Buch."

Auch der Übersetzer scheint sich nicht durch allzu große Klarheit auszuzeichnen,
scheint er zu glauben, daß Bebel den Revisionismus deshalb bekämpft, weil er
uf radikalem Boden die Partei eher einig und mächtig erhalten kann. Die Gewerk-
haftsliteratur scheint er nicht besonders zu kennen, denn er hält Brentano, dessen
erdienste um die Kenntnis der englischen Gewerkschaftsbewegung auf einem ganz
nderen Gebiet liegen, für den Übersetzer des Webbschen Buches. Die Schwierig-
iten der Übersetzung hat er nicht überwunden, indem er amerikanische Ausdrücke
nfach ins Deutsche übernimmt, während er andererseits statt der den Kennern ver-
auten amerikanischen Bezeichnungen wieder deutsche einführt, die absolut nicht
ar machen, was sie eigentlich bedeuten. Man kann zum Beispiel nicht unter dem
Bürgerbund" die „National civic federation" erkennen, man hilft sich doch bei Be-
ichnungen dieser Art besser mit einer Anmerkung statt mit einer gezwungenen und
otz des heimischen Lautes fremd klingenden Verdeutschung. In seinem Kampfe
egen fremde Ausdrücke fehlt dem Übersetzer jede Konsequenz, so zum Beispiel wenn
davon spricht, daß man in völkischen Fragen Toleranz übt; verständlicher
äre es wohl, von der Duldung in nationalen Fragen zu sprechen. Obgleich wir
as Wort Kontrollmarke besitzen, spricht er vom Label. Wir haben die englische
usgabe nicht zur Hand, aber unserer Erinnerung nach ist sie doppelt so umfang-
eich wie die deutsche Ausgabe.

Wir möchten bezweifeln, ob der Übersetzer beim Ausscheiden des für deutsche
eser minder Interessanten immer eine glückliche Hand gehabt hat. Was über eng-
sche Gewerkschaften, was Sozialgeschichtliches über Amerika gesagt wird, ist zu kurz,
m nicht zu sagen zu unselbständig und zu oberflächlich, um zu informieren, es
ätte auch leicht ganz gestrichen werden können. Trotz all der Mängel des Buches
t es lesenswert, wir wünschen, daß es den gewerkschaftlichen Arbeitern Deutschlands
icht unbekannt bleibe. ad. br.

Notizen.

Nutzen des Zechenlegens. In Nr. 46 der „Neuen Zeit" gibt Genosse German
ie Gründe an, die ihn dazu bestimmen, in der Stillegung von Syndikatszechen und
er Übertragung ihrer Anteilsquoten auf andere, besser rentierende Syndikatszechen
inen technischen und wirtschaftlichen Fortschritt zu sehen. In meiner Antwort auf
iese Ausführungen kann ich mich sehr kurz fassen, denn sie bestätigen nur meine
us den früheren Darlegungen Germans gezogene Ansicht, daß er zu seiner Auf-
assung durch eine allzu schablonenmäßige Anwendung Marxscher Lehrsätze bestimmt
wird, die nicht genügend die im Ruhrkohlenbergbau durch die Syndikatsherrschaft
ervorgerufenen besonderen Verhältnisse berücksichtigt.

German schreibt: Verringerung des fixen Kapitals, notwendig zur Er-
ielung eines bestimmten Produktes, ist ein Kennzeichen „technischer Betriebs-
erbesserungen".

Damit bin ich einverstanden — unter der Einschränkung, daß zwar nicht in
edem Falle eine solche Verringerung des fixen Kapitals einer technischen Betriebs-
verbesserung entspringen muß, daß sie aber immer einen wirtschaftlichen Fort-
chritt bedeutet. In diesem Punkte sind wir also im wesentlichen gleicher Auffassung;

dagegen irrt Genosse German sehr, wenn er meint, ich vermöchte nur deshalb in dem Zechenlegen keinen Fortschritt zu erkennen, weil ich nicht einsähe, „daß eine große moderne Schachtanlage, die nicht voll ausgenutzt wird, bei der Steigerung des Betriebs noch mehr Vorteil bietet, als die Möglichkeit, große moderne Schächte abzuteufen". Nein, Genosse German, der Grund meiner Verstocktheit ist ein ganz anderer — nämlich der, daß ich nicht einzusehen vermag, daß die Zechenstillegung und die Übertragung der Anteilsquoten unter den bestehenden Syndikatsverhältnissen eine Verringerung des zur Erzielung eines bestimmten Produktes notwendigen Kapitals bewirkt. Ich bin vielmehr der Ansicht, daß auch ohne die Manipulation des Zechenaufkaufs und der Zechenstillegung die aufkaufenden Zechengesellschaften bei gleichem fixem Kapital genau dieselbe Förderungsvermehrung vornehmen könnten, daß durch diese Manipulation das zur Erzielung eines bestimmten Produktionseffektes tatsächlich notwendige Kapital sich durchaus nicht verringert oder, anders ausgedrückt, die wirkliche Leistungsfähigkeit keineswegs im Verhältnis zur Größe des in Arbeitsmitteln angelegten Kapitalteils steigt, sondern daß nur die vom Syndikat verfügte Beschränkung oder richtiger nicht volle Ausnutzung der Leistungsfähigkeit für die betreffenden aufkaufenden Zechen wieder teilweise aufgehoben wird. So wie German in rein schablonenmäßiger Anlehnung an Marxsche Sätze sich die Vorgänge rekonstruiert, verlaufen diese nicht. Die Sache liegt nicht so, daß vor der Übertragung der Anteilsquoten die aufkaufenden Zechen tatsächlich mit ihrem fixen Kapital gar nicht zur Förderungsvermehrung befähigt waren und nun nach der Übertragung plötzlich diese wirtschaftliche Fähigkeit erlangen. Die Sache liegt vielmehr so, daß diese Leistungsfähigkeit (Produktivkraft) schon vorher vorhanden ist; aber die Zechen sind an ihrer vollen Ausnutzung gehindert. Warum? Nicht aus Gründen, die im Wirtschaftsprozeß selbst liegen, sondern weil das Kohlensyndikat, um seine Verkaufspreise auf einer bestimmten Höhe halten zu können, verfügt hat, daß die normale Leistungsfähigkeit nur zu 70 oder 80 Prozent ausgenutzt werden darf. Und demnach bedeutet die Erhöhung der Anteilsquote einer oder mehrerer Zechen durch Übertragung der bisher von anderen Gruben geförderten Kohlenmengen auf sie denn auch keine Vergrößerung ihrer Leistungsfähigkeit, sondern nur einen Wegfall der die Ausnutzung dieser Leistungsfähigkeit bisher hindernden künstlichen Beschränkungen. Eine solche ganze oder halbe Elimination der Beschränkungen mag für die beteiligten Zechen ja sehr vorteilhaft sein, an der Leistungsfähigkeit des Kohlenbergbaus selbst wird dadurch jedoch nichts geändert; wie denn auch dann, wenn das Kohlensyndikat aufhört und damit wieder die Möglichkeit voller Ausnutzung der Leistungsfähigkeit gegeben wird, der Vorteil sofort verschwindet.

Im Gegenteil, wenn das Kohlensyndikat aufhört, stellt sich für die Zechengesellschaften, die während der Syndikatsherrschaft Gruben aufgekauft und stillgelegt haben, insofern ein Nachteil heraus, als sie außerdem die Zinslast des zum Ankauf verwendeten Anleihekapitals zu tragen haben, eines „toten" Kapitals, wie ich es genannt habe — „tot" deshalb, weil die dafür angeschafften Arbeitsmittel in der Produktion keinen Wert an das erzeugte Produkt, die Fördermenge, abgeben und demnach für die Wertbildung nicht in Betracht kommen. Daraus folgt aber keineswegs, wie German schließt, daß nun dieses Kapital für den Unternehmer überhaupt nicht existiert, in keinerlei Form, obgleich er dafür alljährlich seine Zinsen bezahlen muß. Zu dem von ihm zur Produktion vorgeschossenen Gesamtkapital zählt dieses Kapital, wenngleich die dafür gekauften Produktionsmittel nicht in den Produktionsprozeß eingehen, trotzdem, und insofern bildet es ein konstitutives Element seines (von Marx so genannten) „kapitalistischen Kostpreises", des Kapitalwertes, den er bei der Herstellung verausgabt hat und den er zum allermindesten im Verkaufspreis wieder erlangen muß, will er nicht direkt mit Verlust produzieren.

Heinrich Cunow.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 49 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Eine neue Reformation?

Berlin, 29. August 1905.

In die herbstliche Stille dringt ein mächtiger Trompetenstoß. Ein zweiter Luther soll in Berlin erschienen sein und seine Thesen zwar nicht an die Tür des neuen Domes angeschlagen, aber doch in J. F. Lehmanns Verlag in München zum Preise von 5 Mark deutscher Reichswährung veröffentlicht haben. So verkündet dieser Verlag unter dem stolzen Motto: Die Zeit des Schweigens ist vorbei, die Zeit des Redens ist gekommen, und wenn man ihm glaubt, so hat Professor Doktor Pfleiderer in seinem Buche über die Entstehung des Christentums den Eckstein für die neue sich vorbereitende Reformation gelegt.

Wir haben ihm geglaubt — was glaubt man nicht alles in der politisch toten Jahreszeit, in der sogar die Seeschlange ihr unausrottbares Heimatsrecht hat? Indessen wenn das, was Herr Pfleiderer zu sagen hat, auch in keiner Weise den pomphaften Ankündigungen seines Verlegers entspricht, so bietet es doch manches Interesse, und wenn wir nicht das Königreich gefunden haben, das wir suchten, so doch auch gewiß keine Eselin. Herr Pfleiderer steht mit seinen Untersuchungen über die Entstehung des Christentums etwa zwischen Harnack und Kalthoff; er gibt die Geschichtsklitterungen Harnacks endgültig auf, die als einen Fortschritt über Bruno Bauer und Friedrich Engels hinaus zu betrachten der deutschen Sozialdemokratie erst vor wenigen Jahren angeraten wurde — und das kann man einem Berliner Professor aufrichtig danken —, aber er untersucht nicht die sozialen Kräfte, die bei der Entstehung des Christentums mitgespielt haben, worin Kalthoffs Hauptstärke liegt, und er will den historischen Jesus retten, als die bahnbrechende Kraft bei der Entstehung des Christentums. Er will die richtige Mitte halten zwischen einem romantischen Personalismus, der die Bedeutung der sozialen Umwelt übersieht, und einem sozialen Evolutionismus, der die Bedeutung der Persönlichkeit in der Geschichte unterschätzt.

Was Herr Pfleiderer gegen Kalthoff ausführt, können wir hier übergehen, da wir unsere eigene Ansicht über Kalthoffs Arbeiten wiederholt dargelegt haben. Er hebt mit Recht hervor, daß Kalthoff, was dieser niemals selbst hervorgehoben hat, in Bruno Bauers Fußtapfen tritt, wenn er auch bedeutend über ihn hinausgeht, indem er auf die sozialen Ursprünge des Christentums hinweist. Aber Herr Pfleiderer tritt auch in Bruno Bauers Fußtapfen, den er mit so vornehmer Handbewegung wegschieben möchte; er hält allerdings jene richtige Mitte ein, die wir oben mit seinen eigenen Worten gekennzeichnet haben, jedoch sehr wider seinen Willen. Er möchte das kirchliche Lehrgebäude zerstören, das der Apostel Paulus um die Person Jesu aufgeführt hat, und auf den Kern der christlichen Lehre zurückgehen, wie sie der Mensch Jesus Heiland gepredigt hat. Allein was er tatsächlich beweist, ist nicht, daß Jesus jemals gelebt hat, geschweige denn der Stifter einer neuen Religion gewesen ist, sondern daß Paulus die historische Persönlichkeit war, die alle auf das Entstehen der christlichen Kirche wirkenden Tendenzen der Zeit in eine historische Tat umzusetzen verstand.

Die bürgerlichen Historiker wissen heute so viel von ihrer „exakten geschichtlichen Methode“ zu erzählen, die ihnen alle Rätsel der Geschichte erschließen soll, und es darf auch nicht geleugnet werden, daß sie, wo ihre bürgerlichen Tendenzen nicht ins Spiel kommen, in dieser Beziehung große Fortschritte gemacht haben. Aber eben wo ihre bürgerlichen Tendenzen ins Spiel kommen, da vergessen sie auch die einfachsten Grundsätze ihrer berühmten „Methode“, so namentlich den obersten aller dieser Grundsätze, daß nämlich Tendenzgeschichten, wie die vier Evangelien, die von den unglaublichsten Wundergeschichten wimmeln und, soweit sie in ihren Angaben über gleichzeitige Ereignisse historisch kontrollierbar sind, sich als historisch völlig unzuverlässig erweisen, niemals historische Quellen sein können. Keine Persönlichkeit und keine Tatsache, von der nur die vier Evangelien berichten, darf als eine historische Persönlichkeit oder als eine historische Tatsache angesehen werden, wenn nicht die berühmte „Methode“ mit Füßen getreten werden soll. Denn mit dem noch so scharfsinnigen Nachweis, daß diese Persönlichkeit oder jene Tatsache, von denen solche historisch wertlose Quellen berichten, wohl existiert haben oder passiert sein *können*, wird eben nichts bewiesen, gemäß der „Methode“, die gerade hierin ihre „Exaktheit“ sieht. Das ist dann einfache *Glaubens-* und keineswegs *Wissenschafts*sache, und soweit sich Herr Pfleiderer auf diesem Gebiet bewegt, unterscheidet sich seine Schrift nicht von unzähligen anderen, in denen sich die Männer der „richtigen Mitte“ qualvoll winden zwischen der mahnenden Stimme ihres wissenschaftlichen Gewissens und der mahnenden Stimme ihrer gut bürgerlichen Gesinnung, die „dem Volke die Religion zu erhalten“ befiehlt.

Viel interessanter und lehrreicher als Herrn Pfleiderers Kapitel über Jesus ist sein Kapitel über Paulus. Er gibt einerseits zu, daß ohne das Dazwischentreten dieses Pharisäers das Christentum eine der zahlreichen Sekten geblieben wäre, die im damaligen Judentum existierten, und mit dem Untergang des jüdischen Staates wahrscheinlich verschwunden sein würde, und er gibt anderer-

seits zu, daß die Theologie des Paulus vom geschichtlichen Leben und den geschichtlichen Lehren Jesu fast ganz abstrahiert habe. Das heißt also: nicht Jesus, sondern Paulus war der historische Stifter der christlichen Kirche, soweit einer weltgeschichtlichen Erscheinung gegenüber von einem Stifter gesprochen werden kann; er war die historische Persönlichkeit, die in den allgemeinen Tendenzen der Zeit die treibenden Kräfte zu erkennen und in eine neue Form zu bannen verstand. Das weist Herr Pfleiderer in einer sehr anziehenden Weise nach, wobei er wirklich nach der historischen Methode verfährt, wenn auch freilich nicht ohne Tendenz.

Dem Apostel Paulus stehen die Männer der „richtigen Mitte" nämlich mit einem lachenden und einem weinenden Auge gegenüber. Zu einem Teile ist er ganz ein Mann nach ihrem Herzen. Hören wir nur, wie Herr Pfleiderer zu dieses Apostels Ruhm in die Harfe stürmt: „Paulus hat den urchristlichen Enthusiasmus sittlich gezügelt und veredelt, seine revolutionäre, auf das nahe Weltende fieberhaft gespannte und die bestehende Gesellschaftsordnung radikal verneinende Stimmung hat er überwunden und damit die Möglichkeit geschichtlichen Bestehens und Sichentwickelns der neuen Religion begründet. . . . Er hat Staat, Ehe, Eigentum und Arbeit in ihr Recht eingesetzt und den kommunistischen Neigungen, der Müßiggängerei und Bettelei der ältesten Messiasgemeinden einen Riegel vorgeschoben." Also — Heil dem Apostel Paulus! Aber zum anderen Teile rühren von demselben Apostel Paulus alle die verzwickten Dogmen her, die den modernen Theologen so schwer im Magen liegen, und ihre „neue Reformation" muß damit beginnen, die „paulinische Theologie" wegzuräumen, wobei sie denn um die Tatsache, daß man mit dieser Theologie die christliche Theologie überhaupt wegräumt, dadurch herumzukommen suchen, daß sie auf das „geschichtliche Leben" und die „geschichtlichen Lehren" Jesu zurückgehen.

Dies ist der Weg, den Herr Pfleiderer einschlägt. Aber so wenig sich eine neue Kirche auf das bauen läßt, was er aus den vier Evangelien nach seinem subjektiven Dafürhalten heraus- oder hineinliest, so hat er allerdings die paulinische Theologie als ein Produkt ihrer Entstehungszeit, als ein Konglomerat von jüdischer Religion, griechisch-römischer Philosophie und heidnischer Kultur trefflich nachgewiesen. Damit wandelt er auch auf den Bahnen Bruno Bauers, und zwar nicht ohne einen Fortschritt auf ihnen zu machen. Wenn Kalthoff die Forschungen Bruno Bauers dadurch erweitert, daß er die sozialen Kräfte würdigt, die bei der Entstehung des Christentums mitgewirkt haben, so erweitert sie Herr Pfleiderer dadurch, daß er nachweist, wie viel die paulinische, das heißt die christliche Theologie heidnischer Kultur entlehnt hat, und gerade in ihren hehrsten und zartesten Geheimnissen, in den Sakramenten von der Taufe und vom Abendmahl, in der göttlichen Geburt Jesu, in seinem Sterben und Wiederauferstehen.

Paulus stammte aus der griechischen Stadt Tarsus, die nächst Alexandrien ein Hauptsitz der hellenistischen Bildung, besonders der stoischen Schule war, wo die Grundsätze eines Seneca und Epikur täglich auf Märkten und Gassen gepredigt wurden. Bekanntlich bieten die Briefe des Apostels Paulus die auf-

fallendsten Parallelen namentlich mit den Schriften des Seneca. Allein Tarsus war auch ein Hauptsitz der Mithrareligion, die von Persien ausgegangen, in Vorderasien sich mit den Kulten der Sonnengottheit vermischt, insbesondere in Phrygien gewisse Bräuche aus der orgiastischen Religion des Attis und der Cybele übernommen hatte. Die Weihen, durch die man unter die Genossen der Mithrareligion aufgenommen wurde, werden in einer noch erhaltenen Mithrasliturgie dargestellt als ein mystisches Sterben und Wiedergeborenwerden, wodurch die Schuld des alten Lebens gereinigt und getilgt und ein neues unsterbliches Leben durch den Geist gezeugt werde, weshalb die Geweihten sich „wiedergeboren auf ewig" nannten. Die Verwandtschaft dieser Vorstellungen mit der Lehre des Apostels Paulus ist offenbar.

Weiter aber gehörte zu den Mithrasakramenten das heilige Mahl, bei dem das geweihte Brot und ein Kelch mit Wasser oder auch Wein als mystische Symbole zur Mitteilung des göttlichen Lebens an die Mithragläubigen diente, die bei dieser Feier in Tiermasken erschienen, um durch diese Abbildung der Attribute des Gottes Mithra anzudeuten, daß die Feiernden ihren Gott „angezogen" hätten, das heißt in innige Lebensgemeinschaft mit ihm getreten seien. Auch dies hat seine nächste Parallele in der paulinischen Lehre vom Abendmahl als einer „Gemeinschaft des Leibes und des Blutes des Christus", den der Getaufte „angezogen" hat.

In der syrischen Hauptstadt Antiochia, wo Paulus längere Zeit wirkte, war das Hauptfest die Adonisfeier im Frühling. Da wurde zuerst der Tod des Adonis („des Herrn") und die Bestattung seiner durch ein Bild dargestellten Leiche unter wilden Klagegesängen der Frauen gefeiert, dann am folgenden Tage erscholl die Kunde, daß der Gott lebe, und man ließ ihn (sein Bild) in die Luft aufsteigen. Bei der verwandten Attisfeier salbte der Priester am Freudenfest der Auferstehung des Gottes den Mund der Klagenden mit Öl und sprach dabei die Formel:

Getrost, ihr Frommen, da der Gott gerettet ist,
So wird auch uns aus Nöten Rettung werden.

Die Rettung des Gottes aus dem Tode ist die Bürgschaft für die gleiche Rettung seiner Kultgenossen; daß aber diese durch mystische Teilnahme am Tode des Gottes zur Teilnahme an seinem Leben gelangen, wurde in den Mysterien des Attis, der Isis, des Mithras durch solche Bräuche dargestellt, die unter irgendwelchen Symbolen ein Sterben und in die Unterwelt Herabsteigen und wieder daraus Aufsteigen des Einzuweihenden veranschaulichten. Die Verwandtschaft dieser Vorstellungen und Bräuche mit der mystischen Theorie des Paulus vom Tode und der Auferstehung Christi und vom Mitsterben und Mitauferstehen der auf Christum Getauften liegt wiederum auf der Hand.

Wir übergehen andere ähnliche Parallelen Pfleiderers, so den Nachweis, daß die Geburtsgeschichte Jesu, wie sie zwar nicht Paulus selbst, aber ein Pauliner, der Verfasser des dritten Evangeliums, zu erzählen weiß, der Buddhalegende nachgebildet worden ist. Natürlich ist das alles sehr behutsam und vorsichtig ausgedrückt, wie es sich für einen Berliner Professor der Theologie

schickt, aber im ganzen sind diese Kapitel der Schrift doch ein wertvoller Beitrag zur Geschichte des Urchristentums. Wie sie eine „neue Reformation“ vorbereiten sollen, bleibt freilich ein Geheimnis, aber vielleicht hat Herr Pfleiderer die Luthermaske auch nur vorgebunden, um seine ketzerischen Offenbarungen veröffentlichen zu können, ohne allzu große Gefahr vor den Zionswächtern zu laufen.

Die Fortsetzung einer unmöglichen Diskussion.

Von **K. Kautsky**.

(Schluß.)

4. Gefühlssozialismus und wissenschaftlicher Sozialismus.

Der „Vorwärts“ von heute ist nicht derselbe, der er in den ersten Jahren nach dem Sozialistengesetz war. Damals herrschte in ihm die ökonomische Denkweise vor. Seine Politik wurde von Leuten gemacht, die in Nationalökonomie und Wirtschaftsgeschichte wohl zu Hause waren und für die Zusammenhänge zwischen Ökonomie und Politik das lebhafteste Interesse und größte Verständnis besaßen. Diese Zusammenhänge zu erfassen und darzustellen und dadurch das moderne gesellschaftliche und politische Leben zu begreifen und die Leser darüber aufzuklären, erschien ihnen als ihre Hauptaufgabe. Ihr Denken war ein vorwiegend wissenschaftliches, denn dies ist in der Sozialdemokratie, ja in der modernen Politik überhaupt, wesentlich ökonomisch-historisches Denken.

Heute überwiegt im „Vorwärts“ das ethisch-ästhetische Denken. Es handelt sich diesem weniger um das Begreifen der Dinge als um das Aburteilen über sie. Es trachtet vor allem danach, starke moralische und ästhetische Wirkungen zu erzielen, dem Leser Abscheu gegen die Unmoralität und Häßlichkeit der bestehenden Zustände einzuflößen. Kann man die erstere Denkrichtung die des wissenschaftlichen Sozialismus nennen, so die zweite die des Gefühlssozialismus; nicht in dem Sinne, daß dessen Vertreter weniger wissenschaftlich gebildet wären oder weniger wissenschaftliche Interessen verträten, sondern in dem, daß ihnen in der Politik nicht wissenschaftliche Einsicht, sondern die Erzielung moralischer und ästhetischer Gefühle und Empfindungen die Hauptsache ist.

Um nur ein Beispiel zu geben, das uns gerade zur Hand — wir sammeln nicht „drei Jahre lang Berge von Material“ gegen ein Parteiorgan —, sei auf den Artikel hingewiesen, den die Redaktion des „Vorwärts“ zum zehnten Todestag von Friedrich Engels am 5. August veröffentlichte, neben persönlichen Erinnerungen von Bernstein und einer Auslese von Zitaten aus den Werken des Meisters. Der Artikel ist ganz „Stimmung“. Über das, was Engels in seinem Leben geleistet, nur allgemeine Redensarten, wie die, daß jeder von uns zu „seinen Schülern und Jüngern“ gehört — „in irgend einer Weise“, wie er vorsichtig hinzufügt. Die einzige Tatsache, die wir aus dem Artikel erfahren, bezieht sich auf die Behandlung des Engelsschen Leichnams, die allerdings eines stimmungsvollen Reizes nicht entbehrt. Davon handeln drei Vierteile des einleitenden Artikels.

Ich habe natürlich nicht die Absicht, hier einen philosophischen Exkurs über den Gegensatz zwischen dem ökonomischen und dem ethisch-ästhetischen Denken

in der Theorie des Sozialismus zu schreiben. Das kann um so weniger meine Absicht sein, als wohl das erste einen sehr präzisen Ausdruck in der marxistischen Theorie gefunden hat, das andere aber noch eines Theoretikers harrt, wenn es je einen solchen produzieren sollte.

Hier handelt es sich bloß um die Wirkung der beiden Denkarten auf unsere politische Praxis. Auch da geraten sie leicht in Gegensatz zueinander, der in ihrem Wesen begründet und daher unabhängig ist von dem Wollen der einzelnen Personen.

Natürlich will ich nicht behaupten, daß Ethik und Ästhetik dem Kampfe der Sozialdemokratie fern zu bleiben hätten. In der politischen Ökonomie hat die Ethik freilich nichts zu suchen, auch nicht in dem auf sie begründeten wissenschaftlichen Sozialismus. Dieser hat die gesellschaftlichen Zusammenhänge zu erforschen. Wenn er daraus Schlußfolgerungen für die Zukunft zieht, so sind diese ebensowenig aus ethischen Forderungen abgeleitet wie die praktischen Konsequenzen, welche die Hygiene aus ihren Forschungen ableitet. Aber der wissenschaftliche Sozialismus bildet nur die eine Seite der Sozialdemokratie; diese ist Einheit von Theorie und Praxis, von Wissenschaft und Kampf, und so wenig Ethik oder gar Ästhetik in die wissenschaftliche Forschung dreinzureden haben, so wichtig sind sie für den Klassenkampf des Proletariats. Keine Klasse kann in ihren Klassenkämpfen völlig der ethischen Mächte, der Hingebung und Begeisterung ihrer Anhänger für ihre Ziele entbehren, aber am allerwenigsten eine Klasse wie das Proletariat, das den Zwangsmitteln des Staates und der ökonomischen Abhängigkeit nur die einmütige Entschlossenheit der Massen entgegenzusetzen hat, die um so kraftvoller wirken wird, je stärker ihr ethisches Empfinden.

Aber auch das ästhetische Element kann im Klassenkampf, in der Politik eine große Rolle spielen. Politik und Kunst, namentlich Dichtkunst, haben mannigfache Berührungspunkte; beide suchen sie den Menschen auf das stärkste zu erschüttern und zu erheben, beide müssen sie trachten, die Menschenseele aufs tiefste zu ergründen und auszuschöpfen. Weit entfernt davon, daß politisch Lied ein garstig Lied, können Politik und Kunst einander auf das mannigfachste befruchten, kann die Politik dem Künstler die erhabensten Stoffe, die leidenschaftlichsten Antriebe geben, kann die Kunst die Kräfte des Politikers gewaltig steigern.

So scheint es, als müßte eitel Harmonie zwischen den beiden Denkweisen in der politischen Praxis herrschen. Aber tatsächlich können nicht beide gleichzeitig dominieren. Wo nicht das ökonomische wissenschaftliche Denken überwiegt und den ethischen und ästhetischen Faktoren ihre Aufgaben und Richtungen anweist, müssen diese mit jenem in Konflikt geraten. Das illustriert der „Vorwärts" in deutlicher Weise.

Schon in der Bewertung der Bedeutung der Tagesereignisse zeigt sich der Gegensatz zwischen dem wissenschaftlichen und dem Gefühlssozialisten. Was den einen aufs höchste anzieht und interessiert, erscheint dem anderen oft unwichtig, ja bedeutungslos. Denn das, was die stärkste momentane Wirkung auf das Empfinden übt, ist nicht immer das, was Staat und Gesellschaft am nachhaltigsten und tiefsten beeinflußt.

Die Ereignisse und Fragen, die auf die Gesamtentwicklung die stärksten und dauerndsten Einwirkungen ausüben, sind oft unscheinbarer Natur, schwer zu erkennen und meist nur durch eine Gedankenarbeit zu begreifen, die mit ethischen

Wirkungen sehr wenig zu tun hat. Der Hinweis auf einen Wucherer, der erbarmungslos Existenzen vernichtet, wirkt ganz anders aufreizend als eine Theorie des Kapitals. Die ethisch wirksamsten Erscheinungen und Fragen sind aber jene, die an der Oberfläche der Dinge liegen. So wird der vorwiegend ethisch gerichtete Schriftsteller geneigt, die oberflächlichen, in die Augen fallenden, sensationellen Erscheinungen des Augenblicks für die politisch wichtigsten zu halten und alles Tiefergraben als eine Arbeit zu betrachten, die für die Politik wenig Bedeutung hat. Die Untersuchung der Bedingungen und Aussichten des Massenstreiks zum Beispiel erscheint ihm ganz unwichtig, solange dieser nicht vor der Türe steht. Ein Ruhstratprozeß dagegen wird ihm zu einem Ereignis, dem man nicht genug Interesse und Aufmerksamkeit widmen kann.

Aber das Überwiegen des ethischen Interesses verführt den politischen Parteischriftsteller nicht bloß zur Oberflächlichkeit und Sensationssucht, zur Unterschätzung des Forschens nach den Gründen der Erscheinungen — was nicht verhindert, daß er in der Theorie für solche Arbeiten, wie für alle „Wissenschaft" und „Aufklärung" die größte Hochachtung bezeugt. Dieses Tiefergraben wird ihm in der Praxis oft direkt ein Greuel.

Nichts leichter, als die Menschen „ethisch" zu einigen, ihre moralische Entrüstung gegen bestimmte krasse Erscheinungen zu erregen. Diese Erscheinungen der Oberfläche sind in der Regel sehr einfache, und es ist meist nicht schwer, darüber, ob sie gut oder schlecht, zu einem Urteil zu gelangen. Nichts war zum Beispiel leichter, als die öffentliche Meinung der ganzen zivilisierten Welt gegen die Urheber der Judenmetzeleien von Kischeneff zu erregen. So träumt denn auch der „Vorwärts" davon, wir könnten einmal einen solchen Eindruck auf die öffentliche Meinung hervorrufen, daß nur „wenige Prozent" der Bevölkerung uns entgegen und diese wenigen Prozent durch ihre Isolierung „zur Ohnmacht verurteilt" wären.

Begnügt man sich dagegen nicht mit dem Verurteilen, sucht man zu begreifen, betrachtet man die abstoßenden, krassen Erscheinungen unserer Gesellschaft nicht für sich allein, sondern in ihren Zusammenhängen, sucht man ihre Gründe zu erforschen, sich darüber klar zu werden, wie weit und wie sie zu überwinden seien, da stoßen wir auf Fragen höchst komplizierter Natur, über die wir je nach der Vorbildung und der Klassenstellung zu den verschiedensten Anschauungen kommen. Greifen wir zum Beispiel zu einer anscheinend so einfachen Frage zurück wie den Judenmetzeleien von Kischeneff. Nichts selbstverständlicher, als sich darüber zu entrüsten. Dagegen treten sofort die größten Differenzen auf, sobald man fragt: Woher rühren diese Erscheinungen, wie ist ihnen abzuhelfen? In welchem Zusammenhang stehen sie mit den politischen und sozialen Verhältnissen Gesamtrußlands, ja der Welt? Sollen wir nach der Assimilation der Juden streben, ihrem Aufgehen in der übrigen Bevölkerung oder nach ihrer ungehinderten Organisierung als selbständige Nation? Und wenn wir für letzteres sind, sollen wir ihre nationale Selbständigkeit in Rußland fordern oder den Aufbau eines neuen Staates für sie? Aber alle diese Fragen hängen wieder zusammen mit der des russischen Absolutismus. Wo liegen die Wurzeln seiner Kraft, wie sind sie zu unterwühlen? Auch darüber treten die mannigfachsten Differenzen zutage.

Führt also die ethische Methode zur leichten Einigung der verschiedensten Elemente, so die ökonomisch-materialistische ebenso leicht zum Streite, zur Ent-

zweiung selbst solcher Elemente, die zusammengehören. Da liegt es nahe, daß die erstere Methode sich in ihrer Wirksamkeit durch die zweite gestört und gehemmt sieht, daß sie dieser vorwirft, sie säe Zwietracht, wo jene vereinigt, daß sie alle die „inneren Parteifragen" zum Teufel wünscht, welche anscheinend nur dazu dienen, die einheitliche moralische Entrüstung zu stören, die sie hervorgerufen hat oder zu haben glaubt.

Diese Vorwürfe sind freilich unbegründet. Nicht die Einheitlichkeit der moralischen Entrüstung, der „öffentlichen Meinung" ist es, was die Welt bewegt und unsere Gegner zur „Ohnmacht verurteilt", sondern die Einheitlichkeit der Aktion. Die wird aber durch bloße moralische Entrüstung noch lange nicht geschaffen. Um noch einmal auf unser Beispiel zurückzukommen. Wenn je Einheitlichkeit in der öffentlichen Meinung der ganzen zivilisierten Welt herrschte, so war das der Fall gegenüber dem Gemetzel von Kischeneff. Wurde aber dadurch der russische Absolutismus „zur Ohnmacht verurteilt"? Nicht ein Härchen wurde ihm dadurch gekrümmt, nicht ein Deut seiner Gewalt dadurch genommen, nicht einmal eine einzige russische Anleihe beim europäischen Finanzjudentum wurde verhindert.

Aber auch wo die „öffentliche Meinung", die moralische Entrüstung, stark genug ist, zu einer Aktion zu drängen, braucht diese noch lange nicht so einig zu sein wie die Entrüstung. Diese sagt nur, daß man etwas nicht will, daß man es verurteilt, aber sie sagt gar nichts darüber, was an dessen Stelle treten und wie es erreicht werden soll. Und die Anschauungen darüber werden um so mehr auseinandergehen, die Aktion wird um so zersplitterter sein, je weniger man vorher den „Streit" der theoretischen Diskussion gehabt und die Anschauungen geklärt hat.

In den romanischen Ländern ist die Spielart des ethischen Gefühlssozialismus weit stärker verbreitet, auch in der Tagespresse, und die belletristisch-ethische Politik spielt dort eine größere Rolle als bei uns. Aber gerade dort finden wir die stärkste Zersplitterung in der Organisation und Aktion. Die Einheitlichkeit der Organisation und Aktion, welche die deutsche Sozialdemokratie so rühmend auszeichnet, ist nicht zum wenigsten eine Folge davon, daß sie seit jeher dem vom „Vorwärts" bedauerten „grundsätzlichen Irrtum" huldigte, den inneren Parteifragen auf den Parteitagen wie in der Parteipresse das größte Interesse zu schenken. So wäre zum Beispiel auch in der Frage des Massenstreiks eine einheitliche Aktion von Partei und Gewerkschaften nur möglich nach den eingehendsten Diskussionen über seine Bedingungen und seine Taktik. Würden sich Partei und Gewerkschaften mit der Konstatierung begnügen, wie unser Zentralorgan bei seiner Kritik des Roland-Holstschen Buches, daß im Falle eines Staatsstreichs alle Mittel, also auch der Generalstreik, moralisch berechtigt, daß in einem solchen Falle sogar alle Staatsbürger zum Streik moralisch verpflichtet sind, würden sie nur diese moralische, ganz nichtssagende Seite der Frage ins Auge fassen und das Studium ihrer materiellen Seite als gänzlich belanglos ablehnen, so könnte wohl mancher „Parteistreit" vermieden werden, es würde aber am Tage der Aktion die einmütige moralische Entrüstung in ein kopfloses Chaos der Anwendung aller Mittel, auch der widersprechendsten und unzweckmäßigsten, hinauslaufen.

Das Überwiegen des ethischen, des Gefühlsmomentes in der Parteijournalistik zeitigt aber noch eine andere Erscheinung. Ich habe schon darauf hingewiesen, daß es sehr leicht ist, über einzelne krasse Erscheinungen der heutigen Gesell-

schaft sittliche Entrüstung bei der großen Mehrheit der Menschen zu erregen. In der Tat sind ja alle Menschen im Durchschnitt sittlich gleich veranlagt und entrüsten sich in gleicher Weise über jede Scheußlichkeit, aus der sie keinen Nutzen ziehen. Wer empört sich nicht über die Abrackerung von Frauen und Kindern, über die Behandlung der Kohlengräber durch die Grubenmagnaten usw.? Der „Vorwärts" hat recht, wenn er annimmt, zu dieser Entrüstung sei die ganze Bevölkerung durch die nötige Aufklärung zu bringen, „mit Ausnahme der wenigen Prozent derer, die durch ihre bevorzugte Stellung in der heutigen Ordnung der Dinge naturgemäß Feinde der Arbeiterbewegung und der Volksrechte sind". Das beweist aber nicht, daß nun mit Ausnahme dieser „wenigen Prozent" alle Volksklassen schon bei der augenblicklichen Schichtung der Gesellschaft für den Kampf der Sozialdemokratie zu gewinnen sind, sondern daß diese Entrüstung kein besonderes Kennzeichen des Sozialisten bildet; daß er sich in dieser Beziehung von der übrigen Volksmasse nur durch stärkere Intensität seines Empfindens auszeichnet. Was ihn aber von den Angehörigen aller anderen Parteien wie von der Masse der Indifferenten unterscheidet, das ist seine *ökonomische Einsicht* in den *Zusammenhang* dieser Scheußlichkeiten mit dem *Gesamtprozeß* der heutigen Gesellschaft; das ist seine Erkenntnis, daß sie nur mit dieser selbst überwunden werden können.

Das ist natürlich eine Anschauung, die jeder Parteigenosse teilt, die ihn erst zum Parteigenossen macht. Aber sie kommt um so weniger zum Ausdruck, je mehr man einseitig in der Politik die ethische Seite hervorhebt, jene Seite, die uns nicht allein eigentümlich, sondern mit zahlreichen bürgerlichen Elementen, zum Beispiel den Philanthropen und Sozialreformern, sowie den bürgerlich Radikalen, ja selbst ausgesprochenen Reaktionären, frommen Christen und dergleichen gemeinsam ist.

Auch das macht sich im „Vorwärts" geltend, das heißt in jenen seiner Partien, von denen allein hier die Rede, in denen seine ethisch besonders veranlagten Redakteure zum Worte kommen — das sind aber gerade die leitenden Partien. Ohne daß ihr sozialistisches Empfinden irgendwie schwächer wäre, ohne irgend ein Bedürfnis nach Kompromisselei — ich betone das ausdrücklich, um nicht wieder von meinen Kollegen mißverstanden zu werden — lassen sie doch in ihren Ausführungen häufig das spezifisch Sozialistische vermissen.

Als ein Beispiel aus der jüngsten Zeit sei der Artikel des „Vorwärts" vom 22. August über den Katholikentag angeführt. Kein Satz darin, der spezifisch sozialdemokratisch wäre; der ganze Artikel könnte in der „Hilfe" oder der „Frankfurter Zeitung" ebensogut stehen wie im Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie. Das ist kein Wunder, denn es sieht nur die oberflächlichsten Gründe der Macht des Klerikalismus, Gründe, die Deutschland besonders eigentümlich sind. Es sieht nicht, daß diese Macht überall zunimmt, und daß dies in letzter Linie der ökonomischen Entwicklung geschuldet ist. So ist auch seine Schlußerwartung ganz ungerechtfertigt, daß der Klerikalismus ohne jede ökonomische Umwälzung, durch bloße „Aufklärung" die Herrschaft über die „Massen" verlieren, damit aber auch für die herrschenden Klassen wertlos gemacht, für „*alle*" als „*Kulturgeisel*" gelten werde. Es ist nicht möglich, im Rahmen des vorliegenden Artikels die Irrigkeit dieser Anschauung nachzuweisen; es genügt, zu konstatieren, daß alle ökonomisch-materialistisch geschulten Denker der Sozialdemokratie einmütig zu der Überzeugung gekommen sind, daß der Klerikalismus tiefe Wurzeln in den bestehenden ökonomischen

Verhältnissen hat, die namentlich die Massen der versinkenden Klassen, Kleinbürgertum, Bauernschaft, an ihn ketten, daß erst in einer sozialistischen Gesellschaft seine Macht über *diese* Massen gebrochen werden kann.

Hätte der Artikelschreiber versucht, den ökonomischen Wurzeln des Klerikalismus nachzugraben, er wäre von selbst, ungezwungen zur Hervorhebung spezifisch sozialistischer Gesichtspunkte gekommen. Da er an der Oberfläche der Erscheinungen blieb, äußerte er nur Anschauungen, die auch ein bürgerlicher Demokrat entwickeln konnte.

Das ist natürlich nur ein Beispiel. Das Zurücktreten des spezifisch Sozialistischen gegenüber dem allgemein Demokratischen läßt sich durch einzelne Beispiele bloß illustrieren, nicht erweisen. Wer nicht den „Vorwärts" jahrelang liest und von selbst zu dieser Einsicht kommt, dem kann sie nicht zwingend erwiesen werden. Es ist aber eine Tatsache, daß zahlreiche Parteigenossen und nicht bloß eifersüchtige „Literaten", sondern auch Arbeiter zu der gleichen Anschauung gekommen sind, daß der „Vorwärts" die sozialistische Aufklärung zu sehr vernachlässigt. Die Klagen würden noch lauter werden, wenn nicht viele Mitarbeiter und einige seiner Redakteure in ökonomisch-materialistischem Sinne wirkten.

Nie war es dringender geboten als jetzt, die theoretische sozialistische Schulung in der Parteipresse in den Vordergrund zu stellen, nicht bloß ethische Entrüstung gegen Byzantinismus, Volksverdummung und Ausbeutung zu säen, sondern auch die Richtigkeit und Notwendigkeit des Sozialismus an den Tagesereignissen zu beleuchten und deren tiefste ökonomische Triebkräfte nachzuweisen. Immer größer wird der Zuzug ungeschulter Elemente zur Partei und den Gewerkschaften, immer zahlreicher die praktischen Aufgaben hier und dort und immer geringer die Zeit, die dem einzelnen zu ruhigem Studium zu Gebote steht. Im Verhältnis zur Zahl der Parteigenossen und der Gewerkschaften nimmt unsere Bücher- und Broschürenliteratur an Bedeutung ab und wird verdrängt durch die *tägliche Zeitung*. Dieser fällt nun mehr als je die Aufgabe zu, theoretische *Einsicht* und sozialistisches *Verständnis* zu verbreiten, nicht bloß in wissenschaftlichen Beilagen, die von der Masse der Leser nicht beachtet werden, sondern gerade in jenen Gebieten, die der Aktualität gelten, der Politik, dem Gerichtswesen, den ökonomischen Kämpfen. Hier gilt es, die Blicke der Leser von den oberflächlichen Sensationen abzulenken, mit denen sie die bürgerliche Presse füttert, und ihnen Interesse einzuflößen für die Erkenntnis der tieferen sozialen Zusammenhänge und ihrer Entwicklungsrichtungen.

Hier hätte der „Vorwärts" mit seinen großen Mitteln und allen den Möglichkeiten, die ihm sein Sitz in der Reichshauptstadt verleiht, vor allem die Pflicht, führend voranzugehen. Aber diese Aufgabe kommt bei ihm nicht minder zu kurz als die, in unsere inneren Parteifragen anregend und befruchtend einzugreifen. In unserer Provinzpresse ist im allgemeinen weit mehr theoretisches Interesse und weit mehr das Bedürfnis nach Hervorhebung des spezifisch Sozialistischen wahrzunemen als im „Vorwärts".

Das beruht natürlich nicht darauf, daß dessen Redakteure schlechte Sozialisten oder unfähige Köpfe sind, wohl aber darauf, daß sie, das heißt die ethischgerichteten unter ihnen, unter sozialistischer Aufklärung, unter der „Revolutionierung der Köpfe" etwas ganz anderes verstehen als die ökonomisch-materialistisch Denkenden in unseren Reihen.

Zu allen diesen Gegensätzen in der Auffassung der Art unserer Propaganda gesellt sich aber schließlich auch noch ein taktischer. Der Ethiker, der die Klassengegensätze nicht untersucht oder praktisch mitten in ihren Kämpfen drin steht, ist naturgemäß geneigt, das ethische Element auch bei den Gegnern zu überschätzen, deren ethischer Entrüstung größere Bedeutung beizulegen, als sie verdient. Das kann den „Vorwärts" freilich nur selten zur Überschätzung des deutschen Liberalismus führen, der zu kläglich ist und mit dem unsere Partei zu lange im Kampfe. Indessen hat es trotzdem der „Vorwärts" fertig gebracht, zum Beispiel zur Zeit des Bergarbeiterstreiks, auf die Kraft der öffentlichen Meinung der Bourgeoisie besondere Hoffnungen zu bauen. Am 11. Februar schrieb er: „Die öffentliche Meinung war so gut wie vollständig auf Seite der Streikenden. . . . Das ist wahrlich ein moralischer Efolg, wie ihn deutsche Arbeiter noch nie errungen haben. Das, sollte man meinen, muß mit der Zeit auch materielle Folgen haben." Am schlimmsten aber äußerten sich die ethischen Illusionen des „Vorwärts" gegenüber dem französischen und russischen Liberalismus und brachten ihn in lebhafte Konflikte mit den Marxisten der genannten Länder.

Diese Andeutungen dürften genügen, zu zeigen, wie auch dort, wo die vorwiegend ethische Denkweise sich nicht zu einer besonderen Theorie und Taktik im Gegensatz zur ökonomisch-materialistischen verdichtet hat, wo sie vielmehr mehr Sache des Instinktes und Gefühls ist und nicht im geringsten beabsichtigt, zur marxistischen Theorie und Taktik in revisionistischen Widerspruch zu treten: wie auch dort diese ethische Denkweise in Gegensatz zur ökonomisch-materialistischen geraten muß in der journalistischen Praxis, durch verschiedene Bewertung der Tagesereignisse, durch Vernachlässigung der sozialistischen Aufklärung, die durch Appelle an die moralische Entrüstung zurückgedrängt wird, durch steigende Verständnislosigkeit und Abneigung gegenüber der Erörterung innerer Parteifragen, endlich durch Überschätzung der Kraft und des guten Willens der „ethischen" Schichten der Bourgeoisie.

5. Persönliche Literatenreibungen.

Die ethische Denkweise ist im „Vorwärts" sehr stark geworden, aber sie beherrscht ihn nicht ausschließlich. Neben dem ethischen finden wir auch das ökonomisch-materialistische Denken in ihm stark vertreten, indes nicht so stark, daß es das erstere überwöge, dem „Vorwärts" seinen Charakter gäbe. Es dient nicht dazu, die aus der ersteren Denkweise entstammenden Schwächen aufzuheben, sondern eher dazu, sie noch zu verstärken. Das Bestehen des Gegensatzes in den beiden Denkweisen, der durchaus kein persönlicher ist und die Kameradschaftlichkeit nicht hindert, erzeugt einen hohen Mangel an Einheitlichkeit, einen der schlimmsten Mißstände, der einem Organ anhaften kann, das bestimmt ist, führend zu wirken. Er erzeugt Unentschiedenheit in allen inneren Parteifragen, Schwanken und Widersprüche in der Gesamtpolitik, lähmt das Organ auch dann, wenn der Gegensatz der beiden Richtungen nicht offen zutage tritt, was natürlich nur in äußersten Fällen vorkommt.

Nicht minder unerfreulich als dieser Gegensatz innerhalb der Redaktion ist aber der Gegensatz, der seit dem Vorherrschen der ethischen Denkweise in unserem Zentralorgan zwischen diesem und einem Teil unserer Parteigenossen erwachsen ist, gerade solchen Parteigenossen, die sich die Verbreitung und Vertiefung des ökonomisch-wissenschaftlichen Denkens in unserer Partei besonders

angelegen sein lassen. Da der Gegensatz der beiden Denkrichtungen kein gelegentlicher, sondern ein ständiger ist, erzeugt er auch immer wieder Friktionen, so sehr beide Teile dieses Zustandes müde sein mögen und nach Ruhe verlangen.

Der „Vorwärts" möchte diese Friktionen mit seinen Kritikern gern als sinn- und zweckloses Werk bloßer persönlicher Rankünе und zwar speziell nur der „Leipziger Volkszeitung" erscheinen lassen. Aber außerhalb dieses Blattes empfinden zahlreiche Parteigenossen, denen die ökonomisch-materialistische Auffassung und die dieser entsprechende Schulung des Proletariats besonders am Herzen liegt, ganz in der gleichen Weise die Unzulänglichkeit des „Vorwärts". Und wenn die Kritiker des „Vorwärts" sich öffentlich äußern, sind sie nicht einmal immer der angreifende Teil — obwohl die Kritik naturgemäß stets nur angreifend, nie defensiv auftreten kann.

Da der „Vorwärts" auch mir persönliche Kampfesweise vorgeworfen hat, seien hier meine Rencontres mit ihm seit einem Jahre kurz zusammengefaßt. Sie geben ein Bild der sachlichen Berechtigung unserer Differenzen.

Die Äußerungen Bebels auf dem Amsterdamer Kongreß über die Republik hatten auch mich zu einigen Äußerungen darüber veranlaßt. Darob wurde ich von Kurt Eisner im „Vorwärts" vom 30. August 1904 angegriffen. Ich empfand das als einen vom Zaun gebrochenen Streit mit mir, aber selbstverständlich fiel es mir nicht ein, darüber zu klagen. Nur meine ich, brauchte deshalb Eisner nicht gerade, wie er es jüngst tat, derartige Diskussionen als „persönliche Literatenreibungen ohne Sinn und Zweck" den Parteigenossen zu denunzieren.

Zur Verherrlichung der französischen Bourgeoisrepublik brachte Eisner im Laufe der Diskussion die unglaublichsten Dinge über die trefflichen Richter Frankreichs, seine „antikapitalistische" Steuergesetzgebung und derartiges vor.

Das veranlaßte mich, in der „Neuen Zeit" das Wesen der französischen Bourgeoisrepublik und ihren arbeiterfeindlichen Charakter in sieben ausführlichen Artikeln zu kennzeichnen. Ich vermied es fast vollständig, dabei nochmals auf die Eisnerschen Anzapfungen einzugehen, weil mir der persönliche Streit zuwider war, und beschränkte mich darauf, ein ausgedehntes Tatsachenmaterial vorzuführen. Ich liebe eben das „tiefe Niveau der persönlichen Reibereien"!

Aber Eisner begnügte sich nicht damit, die französische Bourgeoisrepublik zu verherrlichen. Er, der allen „persönlichen Literatenreibereien" so abhold ist, griff in seinen Artikeln ohne jede vorhergegangene Provokation unseren verdienten Parteiveteranen Jules Guesde auf das schärfste an. Er behauptete, daß dessen „Taktik in jedem Punkte der deutschen Taktik widerspricht". „Mit einem solchen Guesde könnte, wenn er in Deutschland wirkte, die Sozialdemokratie niemals einig werden, er würde sich unter anarchistischen Eingängern verlieren. Kann man es da für möglich halten, daß auf Grundlage dieses Programms eine Einheit in Frankreich zustande kommen kann? Das ist unmöglich, und deshalb sollten wir im Interesse der französischen Einheit ernst und nachdrücklich gegen derartige Auffassungen Stellung nehmen, anstatt sie scheinbar zu unterstützen."

Wenige Wochen später war die Einigkeit in Frankreich perfekt, perfekt mit demselben und durch denselben Guesde, den Eisner so lebhaft als das Hindernis aller Einigung bezeichnete, und ohne daß dieser auch nur ein Wort von jenem

Programm zurückgezogen hätte, von dem Eisner so entschieden behauptete, es mache die Einigung in Frankreich unmöglich.

Vielleicht noch nie haben die Tatsachen einen unberechtigten Angriff, wie den Eisners auf Guesde, so rasch in seiner vollen Nichtigkeit enthüllt wie damals.

Soviel über diese „Literatenreibung“.

Und nun unsere nächste.

Die französische Regierung hatte ihre Offiziere auf ihre politischen Gesinnungen hin geheim bespitzeln lassen, und das war von den Klerikalen herausgebracht und an die große Glocke gehängt worden. Selbst ein großer Teil der eigenen Anhänger der Regierung fand ihr Spitzelsystem wenig anständig und bestritt bloß ihren klerikalmonarchistischen Anklägern das Recht, sich darüber zu entrüsten, da es deren eigene Methoden seien, die da angewendet würden. Der „Vorwärts“ dagegen mußte auch hier sich für die bürgerlich-republikanische Regierung einsetzen, rechtfertigte ihr Vorgehen, erklärte es für unbedingt notwendig zur Rettung der Republik. Er schloß aus den Kammerdebatten, die eine Mehrheit für die Regierung brachten, daß die „militaristische Reaktion eine entscheidende Niederlage erlitten habe“, der Sturm auf den Kriegsminister abgeschlagen sei und das Ministerium fester stehe als je.

Mir erschien diese Auffassung sehr zweifelhaft. Die Enthüllungen waren so skandalös, daß sie das Ministerium trotz eines Augenblickssieges aufs tiefste erschüttern mußten. Die Auffassung des „Vorwärts“, wenn sie unwidersprochen blieb, erschien mir aber auch gefährlich, weil sie einmal, auch in Deutschland, gegen uns selbst gerichtet werden konnte.

Daher protestierte ich dagegen im „Vorwärts“. Dessen Redaktion behielt natürlich das letzte Wort gegen mich, aber sie konnte nicht verhindern, daß die Ereignisse sie abermals ebenso desavouierten wie damals, als Eisner Guesdes Taktik für das unüberwindliche Hindernis jeder Einigung erklärt hatte. Kaum hatte unsere Diskussion einen Abschluß gefunden, da war auch schon nicht bloß der Kriegsminister, sondern die ganze radikale Regierung mit ihrem Latein zu Ende, um dem reaktionären Ministerium Rouvier Platz zu machen. Die Bespitzelung der Offiziere hatte nicht, wie der „Vorwärts“ gemeint, das radikale Regime gerettet, sondern es unmöglich gemacht.

Das war im November. Aber mein unstillbarer Trieb nach „Literatenreibungen“ ließ mich im Februar schon wieder gegen den „Vorwärts“ polemisieren. Der „Vorwärts“ hatte, verführt durch liberale Berichterstattung, sich etwas pessimistisch über die russische Revolution geäußert. Da hielt ich es für geraten, diese Befürchtungen zu zerstreuen in meinem Artikel der „Neuen Zeit“ über die „Bauern und die Revolution in Rußland“. Ich darf wohl sagen, daß die seitherigen Erfahrungen meine damalige Auffassung bestätigten.

Dazu kam im März ein weiterer Differenzpunkt. Der „Vorwärts“ hatte wiederholt, so im Januar, unsere russischen Genossen angegriffen, weil diese sich geweigert hatten, eine Konferenz einiger oppositionellen — teilweise liberalen — Organisationen in Paris zu beschicken. Er hielt die Teilnahme an dieser Konferenz für notwendig, um ein Stück „Erziehungswerk an den bürgerlichen Elementen“ zu vollziehen. Endlich im März warf er, allerdings nur indirekt, den russischen Sozialdemokraten vor, daß sie nicht bereit seien, sich mit den Sozialrevolutionären zu vereinigen.

Diese ständigen Angriffe konnten kein anderes Ergebnis haben, als unsere russischen Genossen in den Augen des deutschen Proletariats zu diskreditieren. Dabei waren sie sachlich völlig ungerechtfertigt. Die Pariser Konferenz, die dem „Vorwärts“ so imponierte, blieb völlig bedeutungslos und zeitigte nicht die geringste Aktion. Nebenbei bemerkt: Heute schwärmen verschiedene der bürgerlichen Teilnehmer an dieser „revolutionären“ Konferenz für eine „starke Regierung“, manche davon organisieren sogar, wie mir mitgeteilt wird, gelbe Gewerkschaften und rufen die Polizei zur Niederschlagung der proletarischen Revolution auf. Zur Rechtfertigung der russischen Sozialdemokratie hielt ich es damals für notwendig, die deutschen Genossen über die Sachlage aufzuklären, und veröffentlichte meine Artikel darüber in der „Leipziger Volkszeitung“ und in der „Neuen Zeit“.

Dazu gesellten sich endlich unsere Differenzen wegen des Massenstreiks. Vom 22. bis 28. Mai hatte der Gewerkschaftskongreß getagt und in der Parteipresse eine reiche Diskussion über das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft und den Massenstreik entfesselt. Diese Diskussion hatte schon im wesentlichen ihr Ende erreicht, als erst unser Zentralorgan auf dem Plane erschien mit seinem Leitartikel vom 8. Juni, der es sich zur Hauptaufgabe stellte, die Verhandlungen des Gewerkschaftskongresses über den Massenstreik und die Fernhaltung der Politik von den gewerkschaftlichen Organisationen zu rechtfertigen — im Gegensatz zu der Auffassung der großen Mehrheit der übrigen Parteipresse. Dagegen wendete ich mich in meinem Vorwort zur Roland-Holstschen Broschüre, die den gegenteiligen Standpunkt vertritt.

Die Diskussion fand eine Fortsetzung durch die Besprechung dieser Broschüre im „Vorwärts“ und meine Antwort darauf in der „Neuen Zeit“.

Man sieht, um welche „Kleinigkeiten“ sich unsere „persönlichen Literatenreibungen ohne jeden Sinn und Zweck“ drehten: um die französische Einigung, unsere Stellung zur Bourgeoisrepublik, die Mittel, die Republik zu retten, die russische Revolution, das Verhältnis von Partei und Gewerkschaft, den Massenstreik — lauter Fragen, die von der ganzen internationalen Sozialdemokratie aufs eifrigste diskutiert werden. Und ich verfocht dabei nicht persönliche Schrullen, sondern Anschauungen, die ich mit weiten und ernsten Parteikreisen gemeinsam hatte. Aber wenn man da in Konflikt mit unserem Zentralorgan gerät, sieht dieses in solchen Diskussionen sofort bloße persönliche Reibereien, in denen es weder Zweck noch Sinn zu entdecken vermag. Es kommt ihm gar nicht in den Sinn, statt sich ethisch zu entrüsten, tiefer zu graben und zu untersuchen, ob diese fortgesetzten Zusammenstöße nicht vielmehr dem Umstand zuzuschreiben sind, daß alle die Gebiete, auf denen sie erfolgen, in innerem *sachlichem* Zusammenhang stehen als Teile unseres großen Emanzipationskampfes und ob nicht unsere Anschauungen darüber so weit auseinandergehen, daß sie immer wieder feindlich aufeinanderstoßen *müssen*.

Ich sprach hier nur von mir, aber schon diese paar, mir besonders naheliegenden Beispiele zeigen, daß der „Vorwärts“ auch in Kampf geriet mit den Marxisten Frankreichs, Rußlands, wie er denn auch tatsächlich im Gegensatz steht zu allen entschieden marxistischen Elementen der *internationalen Sozialdemokratie* und nicht bloß zu denen von Leipzig.

Je länger dieser Zustand dauert, der sich historisch, unmerklich, gebildet hat, um so mehr häufen sich natürlich die Reibungen zwischen den gegensätzlichen Elementen, um so größer wird ihre gegenseitige Irritation, die dann nur zu

leicht bei geeigneten und mitunter auch ungeeigneten Anlässen explodiert und sich in mehr oder weniger heftigen Tönen Luft macht, die sicher für den Zuhörer, sehr oft auch für den Beteiligten höchst unerquicklich sind.

Kein Zweifel, das sind Zustände, die, wenn sie fortdauern, die Partei schädigen müssen. Sie werden aber nicht dadurch beseitigt, daß die Parteigenossen nun ihrerseits in moralische Entrüstung verfallen, nach dem Karnikel suchen, das angefangen hat, und es gehörig abkanzeln. Möge diese Entrüstung die eine oder die andere Seite treffen, sie wäre in jedem Falle verfehlt und würde die Zustände nicht ändern.

Wir haben gesehen, daß die Wurzel der Unzulänglichkeit des „Vorwärts" in dem Überwiegen des ethisch-ästhetischen Gefühlssozialismus innerhalb seiner Redaktion zu suchen ist. Diese erzeugt Gegensätze in seinem Innern und damit Mangel an Einheitlichkeit. Wir haben aber auch gesehen, daß das Überwiegen der ersteren Elemente ihn nicht nur daran hindert, seinen Aufgaben der sozialistischen Aufklärung und der geistigen Fortentwicklung der Partei gerecht zu werden, sondern auch die Grundursache seines Gegensatzes zu einer Reihe der wichtigsten Elemente der internationalen Sozialdemokratie geworden ist. Damit ist auch gesagt, in welcher Richtung wir die Heilung seiner schwachen Seiten zu suchen haben.

Wollte man ihn zur vollen Höhe seiner Aufgabe erheben, ihn zu einem allseitig befruchtenden, auf allen Gebieten führenden Organ gestalten, dann müßte man trachten, in seiner Redaktion *volle Einheitlichkeit* herzustellen.

Aber viel wäre schon gewonnen, wenn es gelänge, das ökonomisch-wissenschaftliche Element in dieser Redaktion so zu stärken, daß es imstande ist, den inneren Parteifragen und der sozialistisch-ökonomischen Aufklärung zu dem ihnen gebührenden Rechte zu verhelfen.

Wenn die ethische Methode im „Vorwärts" nicht mehr dominierte, würde die Grundursache des dauernden sachlichen Gegensatzes verschwinden, der zwischen ihm und einer Reihe der eifrigsten und wichtigsten Parteiorgane besteht, damit aber auch die Irritation zwischen ihnen, die so peinlich geworden ist. Gelegentliche sachliche Differenzen würde es auch dann noch geben, *müßte* es geben — die inneren Parteifragen werden nicht aussterben. Aber die gegenseitige Reizbarkeit, das gegenseitige Mißtrauen wird aufhören und damit der schlechte Ton, der nicht die Ursache, sondern die Folge der ständigen Reibereien ist.

Weiter zu gehen und bestimmte Vorschläge zu machen, steht mir nicht zu. Ich glaube meine Pflicht erfüllt zu haben, wenn ich den Parteigenossen darlegte, wo nach meinem Ermessen die Gründe der ewigen Kämpfe mit dem „Vorwärts" und um den „Vorwärts" zu suchen sind. Das Recht zu diesen Ausführungen glaube ich schon daraus abzuleiten, daß ich selbst in diese Kämpfe verwickelt bin und von ihnen den Parteigenossen Rechenschaft zu geben habe. Ich halte es aber auch für meine *Pflicht*, darüber zu reden als *Parteigenosse*, der, wie jeder andere Parteigenosse, das lebhafteste Interesse daran hat, daß unser Zentralorgan den großen Aufgaben, die ihm seine Stellung auferlegt, auch gerecht zu werden vermöge. In dieser meiner Pflichterfüllung lasse ich mich auch dadurch nicht beirren, daß das Zentralorgan selbst mich darob auf das „*niedrige Niveau persönlicher Reibereien*" versetzt.

Die Idylle im Sumpfe.

Von **Paul Lensch.**

Friedrich Engels macht einmal die Bemerkung, daß es ebenso, wie es periodisch wiederkehrende Wirtschaftskrisen gibt, auch politische Krisen gebe, die nicht weniger einem bestimmten Zyklus unterworfen seien wie jene. Im Gegensatz aber zur Wirtschaftskrise, die sich zirka alle acht Jahre wiederhole, bedürfe die politische Krisis eines Zeitraums von fünfzehn bis achtzehn Jahren für ihren Umlauf. Diese Äußerung machte Engels Mitte der achtziger Jahre, und es versteht sich, daß er diese seine Anschauung nicht etwa auf Grund irgendwelcher kabbalistischer Zahlenspielerei gewann, sondern im Gegenteil auf Grund seiner exakten Kenntnis der politischen und wirtschaftlichen Geschichte. Die Krise, die Engels damals erwartete, trat Ende der achtziger Jahre mit dem Sturze Bismarcks und dem Falle des Sozialistengesetzes ein. Wer diese Zeit in der Partei miterlebt hat, der wird wissen, daß es damals wie eine ungeheure Erwartung, wie eine Ahnung vom tausendjährigen Reiche durch die Reihen der Sozialdemokratie ging. Man hatte ein deutliches Bewußtsein davon, daß man am Beginn einer neuen Periode stand.

Diese Periode ist jetzt abgelaufen. Sie hat fast nichts gehalten von dem, was sie versprochen. An ihrer Schwelle erscholl das arbeiterfreundliche Trara des internationalen Arbeiterschutzkongresses, an ihrem Ausgang hallte das wütend-freche Gebell der Ordnungsmeute beim Kampfe um den Zolltarif. Und dazwischen lag das kleine Ausnahmegesetz, die Zuchthausvorlage, die Lex Heinze-Debatte, die Intrigen des Zentralverbandes der Scharfmacher. An die Stelle eines Kampfes mit geistigen Waffen, wie man ihn von bürgerlicher Seite so zuversichtlich der Sozialdemokratie angesagt hatte, trat ein nichtsnutziger, subalterner Polizeikampf, zwar nicht mehr geführt mit der ausgesuchten Infamie aus der Zeit des Ausnahmegesetzes, aber doch von niederziehender Borniertheit und kläglicher Einfalt. Aus dem Kampfe auf freiem Meere wurde eine Idylle im Sumpfe.

Für keine Partei wurde dieses Stilleben so gefährlich, wie für die Sozialdemokratie; denn sie, die geborene Kampfpartei, schöpft Kraft und Leben nur aus dem Kampfe. Jedes Abflauen in der Energie des Klassenkampfes spürt sie sofort am eigenen Leibe.

Es dünkt uns kein zufälliges Ereignis zu sein, daß ebenso, wie am Beginn der verflossenen Periode die Bewegung der „Jungen“ einsetzte, auch jetzt am Beginn der neuen Epoche eine ähnliche Erscheinung sich bemerkbar macht. So konfus es in den Köpfen derjenigen Berliner Genossen aussehen mag, die für die Resolution der „Anarchosozialisten“ stimmten, und so viel an dieser Richtung durch lokale Verhältnisse erklärt werden dürfte, mit ihren wahren Wurzeln liegen derartige Bewegungen doch tiefer. Sie entstehen nur in Zeiten großer politischer Entscheidungen und Krisen, für deren Herannahen die Arbeiterklasse eine sehr feine Witterung hat. So sehr also die anarchosozialistische Bewegung zu bekämpfen ist, so darf sie uns doch ein Symptom dafür sein, daß die Idylle im Sumpfe zu Ende ist, daß wir großen welthistorischen Ereignissen entgegengehen, die die revolutionäre Energie des Proletariats von neuem aufflammen lassen, indem sie an diese die größten Anforderungen stellen.

Bis vor kurzer Zeit galt der Verlauf der großen französischen Revolution immer noch als die Norm, nach der sich jede künftige Revolution entwickeln

werde. Man dachte sich auch die proletarische Revolution im Sinne Lassalles als die Göttin im wildwehenden Lockenhaar und mit erzenen Sandalen an den Füßen, und so sehr man auch in der Theorie den Satz von Marx als richtig anerkannte, daß die soziale Revolution ihre Poesie nicht aus der Vergangenheit, sondern nur aus der Zukunft schöpfen könne, so haperte es in der Praxis mit dieser Poesie aus der Zukunft ganz gewaltig. Je mehr nun gleichzeitig die Sozialdemokratie die Aussichtslosigkeit jedes gewaltsamen Kampfes mit den Mächten der Reaktion darlegte, desto nebelhafter und ungewisser wurden die Vorstellungen über die Möglichkeit und die Gestalt einer proletarischen Revolution. Die Anschauung, daß man so ganz gemütlich peu à peu in den Zukunftsstaat „hineinwachse", daß man die bestehenden Gewalten „aushöhle", erfreute sich wachsender Beliebtheit, und daneben wurde eine überlegene Verhöhnung der „rrradikalen Rrrevolutionäre" bei manchen Parteigenossen immer üblicher. Die Anschauung kam auf, daß der proletarische Emanzipationskampf grundsätzlich jede Anwendung von Gewalt ausschließe. Mit Hilfe des Parlamentes und des Stimmzettels werde man alles in Frieden und Güte erledigen. Es war umsonst, daß bereits im Jahre 1902 Genossin Luxemburg in ihren Artikeln über den belgischen Generalstreik an dieser Stelle ausführte, daß sich die parlamentarische Aktion der Sozialdemokratie in einen bloßen Zeitvertreib verwandle, der ebenso geistreich sei, wie etwa das Wasserschöpfen mit einem Siebe, falls nicht hinter der gesamten parlamentarischen Tätigkeit die Gewalt der Arbeiterklasse stehe, bereit, im äußersten Notfall in Aktion zu treten, und daß auch für die Arbeiterklasse die Gewalt die ultima ratio sei. Diese theoretischen Argumente schlugen nicht eher durch, als bis eben die praktische Aufklärung hinzukam: die russische Revolution. Hier wurde zum erstenmal gezeigt, daß das Proletariat unter bestimmten Verhältnissen in die Möglichkeit versetzt wird, mit einem bis dahin nur sporadisch und vorübergehend benutzten Kampfmittel, nämlich dem politischen Massenstreik, einen europäischen Großstaat einfach aus den Angeln zu heben. Damit ist die neue spezifische Form einer proletarischen Revolution gegeben, die sich allerdings von dem Vorbild der bürgerlichen Revolution von 1789 so gründlich wie möglich unterscheidet. Mit der Poesie aus der Vergangenheit ist es jetzt völlig vorbei. Die soziale Revolution schöpft ihre Poesie aus der Gegenwart, die für Marx freilich noch die Zukunft war.

Damit aber hat die Sozialdemokratie ein außerordentlich geeignetes Mittel in der Hand, den etwas abgeschwächten revolutionären Sinn der Massen wieder von neuem zu beleben. Die Agitation für den politischen Massenstreik bietet der Gefahr, im Kleinkram des politischen wie gewerkschaftlichen Tageskampfes zu ersticken, das beste Gegengewicht, indem sie das Bewußtsein in den Reihen der Genossen dafür schärft, daß der Moment für sie kommen kann, in dem sie bereit sein müssen, die parlamentarische Aktion der Arbeitervertreter mit ihren eigenen Leibern zu decken.

So endet die Idylle im Sumpfe, bei deren Beginn die Schalmeientöne der kaiserlichen Erlasse erklangen, mit dem rauhen Aufruf zum politischen Massenstreik. Die revolutionäre Dialektik der Weltgeschichte hat wieder einmal Recht behalten.

Die „Wiedergeburt“ des Liberalismus in Sachsen.

Von **Hans Block.**

(Schluß.)

Die konservativ-agrarische Herrschaft ist also im Parlament wie in der Verwaltung, in der Beamtenschaft fest gegründet. Und wenn die Person des Monarchen als politischer Faktor in Frage käme, was freilich zurzeit in Sachsen ganz ausgeschlossen erscheint, so brauchten auch von ihr die Agrarier sicherlich keine Störung ihrer Kreise zu befürchten. Friedrich August, der vor noch nicht ganz Jahresfrist seinem Vater in der Regierung folgte, hat durch mehrere Kundgebungen deutlich gezeigt, daß er sich ganz in konservativen und agrarischen Vorstellungen bewegt. Er sandte dem Reichskanzler zum Abschluß der Handelsverträge ein Glückwunschtelegramm und feierte diese Handelsverträge in einer Rede zu Leipzig als ein Glück für Sachsen. Die Industriellen machten saure Gesichter dazu, und die liberale Presse wagte bei dieser Gelegenheit sogar, als ihrer Majestät allergetreueste Opposition aufzutreten. Die konservativ-autoritative Weltanschauung des Königs spiegelte die Antwort wieder, die er dem Rektor der Leipziger Universität auf seine Ansprache zuteil werden ließ, worin nach geheiligter Tradition des Professoren-Byzantinismus das Fürstenhaus als Schützer der Freiheit der Wissenschaft gefeiert wurde. Friedrich August ließ die Freiheit der Wissenschaft ruhig beiseite und sagte den Hütern der Wissenschaft: „... Ihre Aufgabe ist es, meine Herren, unsere Jugend nicht bloß wissenschaftlich zu bilden, sondern ihr auch die wahren Gefühle der Gottesfurcht, Pflichttreue, Hingabe und Treue für König und Vaterland, Kaiser und Reich einzuflößen. Ja, ich halte diese Seite der Tätigkeit von Hochschullehrern für die allerwichtigste. ...“ Von einem ähnlichen Nützlichkeitsstandpunkt, wie hier die Pflege der Wissenschaft, hat der König ein andermal die Religion gewertet, indem er einige evangelische Geistliche seines Wohlwollens versicherte, weil sie die „schlechten Lehren“ bekämpfen. Die Anführung dieser Personalien rechtfertigt der Umstand, daß es wahrhaftig in Sachsen einige Leute gab, die diesem Monarchen liberale Neigungen angedichtet haben — die Götter mögen wissen, auf Grund welcher Beobachtungen! — und von einer Änderung des Regierungssystems in liberaler Richtung durch den neuen König träumten. Es kennzeichnet die Qualität des Liberalismus wenigstens eines Teiles der sächsischen Nationalliberalen, daß er den Umschwung, den zu erkämpfen er sich zu schwach fühlt, vom Einfluß des Monarchen erwartete — von einem Einfluß, der sich gegen den Willen des Parlamentes hätte durchsetzen müssen, was bei den sicheren konservativ-agrarischen Mehrheiten beider Kammern ein schwieriges Unternehmen gewesen wäre.

Friedrich August hat offenbar nie an dergleichen gedacht. Die Agrarier dürfen fest darauf rechnen, daß von seiner Seite niemals der Versuch gemacht werden wird, ihre Herrschaft zu brechen. Und es ist begreiflich, daß die Industriellen von der Fortdauer dieses Regimentes Schlimmes befürchten und zurzeit mit Bangen die Entscheidung der sächsischen Regierung in der Frage der Schiffahrtsabgaben erwarten. Die von Preußen ausgehende Anregung, die natürlichen Wasserstraßen für „Wasserstraßen mit künstlich vertiefter Fahrtrinne“ zu erklären — nur so läßt sich ja der unbequeme § 54 der Reichsverfassung umgehen, der auf allen natürlichen Wasserstraßen Abgaben nur für die Benutzung besonderer Anlagen erlaubt —, hat anscheinend bei

achsens Regierung verständnisvolle Aufnahme gefunden. Wenigstens hat die Leipziger Zeitung“, das offizielle Regierungsorgan, einen Artikel veröffentlicht, er einer Befürwortung der neuen Abgaben sehr ähnlich sah. Und sie würden uch in den Ideenkreis des Finanzministers Dr. Rüger vortrefflich passen. Diesem Manne, der durch die irrationellste Sparmethode auf Kosten der Zuunft, der Kulturaufgaben, der Betriebssicherheit der Eisenbahnen und der ebenshaltung der unteren und mittleren Eisenbahner die von den Konervativen furchtbar in den Dreck gefahrenen Finanzen sanieren will, ist jede lbgabe recht, die dem mageren Staatssäckel etwas einbringt.[1] Wie sie aufs rwerbsleben wirkt, ob sie in eine Zeit des Verkehrs paßt, das ist Nebensache. Herr Rüger beklagt zum Beispiel den Fortfall der Chausseegelder. Man muß hn daher im Verdacht haben, den Schiffahrtsabgaben geneigt zu sein. Bisher at die Regierung auf alle Anfragen der nationalliberalen Presse über ihre Stellung zu den Plänen Preußens geschwiegen und nur verkünden lassen, daß e mit ihren Erwägungen noch nicht fertig ist. Dabei hat sie seit Monaten chon einen ganzen Haufen abratender Gutachten in Händen, die von sämtichen Handelskammern, von einer großen Zahl industrieller und kaufmännischer Vereine und von mehreren Stadtvertretungen erstattet wurden. Die Industriellen rwarten die Entscheidung um so ungeduldiger, als die vier Stimmen Sachsens m Bundesrat, wie ein sächsisches Blatt herausgerechnet hat, wahrscheinlich den lusschlag in der Frage geben werden. Die große Bedeutung der Elbe als illiger Verkehrsweg für die sächsische Industrie ist aber den Unternehmern erst urch die vorjährige Wassernot nachdrücklich eingepaukt worden.

Außer den Schiffahrtsabgaben haben die Industriellen noch andere agrarische Bescherungen zu befürchten. Eine Gemeindesteuerreform, die durch Sonderbelastung der Industrie und des Gewerbes den Grundbesitz zu entlasten sucht, Umsatzsteuerexperimente, die vom Gebiet des Detailhandels auf das der Industrie übertragen werden sollen usw. Das Wachsen des Verbandes sächsischer Industrieller und seine größere Rührigkeit in der Öffentlichkeit ist die natürliche Reaktion auf dieses immer ungeniertere Heraustreten der agrarischen Herrschaft. Auf die Arbeit dieses Verbandes aber ist die ganze nationalliberale Renaissance, die jetzt angeblich in Sachsen angebrochen sein soll, zurückzuführen. Mit wirkichem Liberalismus, mit einer Wiederbelebung liberaler Grundsätze und Anchauungen hat diese Bewegung verzweifelt wenig zu tun. Der Verband sächsischer Industrieller steht den Scharfmachern nicht ganz fern — er ist Mitglied der Vereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände. Sein Syndikus, Dr. Stresemann, vor einigen Jahren noch nationalsozial, jetzt nationalliberal, beweist die Notwendigkeit des Zusammenschlusses der Unternehmer mit dem Hinweis auf — Crimmitschau! Der Verband gestaltet seine politische Tätigeit nach dem Muster des Bundes der Landwirte. Er bleibt „über den Parteien“ und tritt mit einer Reihe von Forderungen an die Kandidaten der bürgerlichen Parteien heran. Er wird seinen Mitgliedern jene Kandidaten empfehlen, die hm am weitesten entgegenkommen. Wo zwei industriefreundliche Parteien eine

---

[1] Fast der ganze Ertrag der Einkommensteuer von 46 Millionen Mark wurde 1904/05 ur Tilgung und Verzinsung der Staatsschuld in Anspruch genommen, nämlich 41 Millionen Mark. Dabei ist die Tilgung seit mehr als einem Jahrzehnt völlig ungenügend gewesen; eit 1894 sind nach Angabe eines Landtagsabgeordneten jährlich 1283000 Mark zu wenig getilgt worden, während die Staatsschuld kräftig wuchs und demnächst wieder um 100 Millionen gesteigert werden wird.

agrarische Kandidatur bekämpfen, richtet der Verband an sie die dringende Bitte, den Wahlkampf zwischen ihnen so zu führen, „daß sich eine Verständigung für die Wahl ohne Schwierigkeiten ermöglichen läßt und nicht durch eine derartige Zersplitterung der agrarische Kandidat zum Siege gelangt". Dem Verband ist also das politische Glaubensbekenntnis der Kandidaten ziemlich gleich, sofern es ihnen nur die Verpflichtung auf die Forderungen des Verbandes erlaubt. Bis jetzt ist der Verband mit der Liste der von ihm empfohlenen Kandidaten nicht herausgekommen. Es läßt sich daher noch nicht sagen, ob auch einzelne gemäßigt-konservative Kandidaten sein Plazet erhalten werden.[1] Unmöglich wäre das nicht bei dem Umstand, daß die Nationalliberalen verhältnismäßig wenig Lust zum Angriff auf konservative Wahlkreise zeigen. Zudem beteuern jetzt natürlich die Konservativen krampfhaft ihre warme Freundschaft für die Industrie. Das interessanteste Dokument dieser konservativen Anstrengungen ist eine Erklärung, die achtzehn konservative Landtagsabgeordnete im Februar dieses Jahres im „Vaterland" veröffentlichten. Sie lautete:

„Die unterzeichneten, der Industrie wie dem Handel und Gewerbe angehörenden Mitglieder der konservativen Fraktion der Zweiten Kammer erklären hiermit vor dem Lande, daß nach ihrer auf Grund langjähriger Erfahrung feststehenden Überzeugung die Interessen ihrer Berufszweige durch die konservativen Mitglieder der Zweiten Kammer im Landtag allezeit auf das nachdrücklichste vertreten worden sind, und daß innerhalb der konservativen Fraktion diesen Interessen stets, soweit es nur möglich war, Rechnung getragen worden ist. Ebenso sind sie, gestützt auf eingehendste Kenntnisse, der Überzeugung, daß dies auch in Zukunft in gleicher Weise der Fall sein werde. Sie betonen daher, daß alle gegenteiligen Ausstreuungen, insbesondere, daß die Interessen der Industrie durch die Konservativen der Zweiten Kammer nicht entsprechend vertreten wurden, den Tatsachen zuwiderlaufen."

Die liberale Presse hat diese famose Erklärung freilich mit dem verdienten Hohne behandelt, es ist aber bemerkenswert, daß einige Monate später die „Kölnische Zeitung" einen aus Sachsen stammenden Artikel veröffentlichte, worin nicht mehr von der Zerschmetterung der konservativen Industriefeinde die Rede war, sondern viel bescheidener erklärt wurde, daß die Industriellen, einerlei, wie das Stärkeverhältnis der Parteien sich gestalten werde, mit dem Ergebnis der Landtagswahlen zufrieden sein würden. Denn die neue Kammer werde auf alle Fälle ein industriefreundlicheres Gesicht tragen als die alte.

Das ist natürlich nur mit großer Einschränkung richtig. Während die Forderungen des Verbandes der sächsischen Industriellen in die Landtagswahlaufrufe der Nationalliberalen und Freisinnigen dem Inhalte nach restlos aufgenommen sind, hat die konservative Partei eine klare Aussprache dazu möglichst vermieden. Daß sie aber trotz all ihrer feierlich beteuerten Industriefreundlichkeit nicht über ihren agrarischen Schatten springen kann, zeigt ein neuerlicher Artikel des „Vaterland", der als die Auslassung des Parteiführers Mehnert angesehen wird. Der Artikel bespricht die Forderungen der Industriellen, geht aber unumwundenen Erklärungen über die Stellung der Konservativen möglichst aus dem Wege. Über die Schiffahrtsabgaben sagt er zum Beispiel, es sei der „Wunsch" der Konservativen, daß die Industrie durch solche Ab-

[1] Ist inzwischen in dem nach Abschluß dieses Artikels erschienenen Aufruf des Verbandes geschehen!

gaben nicht belastet werde. Der Ausbau des Kanalnetzes wird als ein Punkt bezeichnet, über den sich „unter bestimmten Voraussetzungen", die der Artikelschreiber aber nicht bestimmt, reden lasse. Einer Eisenbahn-Betriebsmittelgemeinschaft stimmen die Konservativen zu unter der Voraussetzung, daß sie „nicht zu einer die sächsische Staatshoheit schmälernden Betriebsgemeinschaft führt", wofür ihnen ausdrückliche Garantien gegeben werden müssen. Sie geben zu, daß die Befreiung des landwirtschaftlichen Betriebskapitals von der Ergänzungs-(Vermögens-)Steuer eine Ungerechtigkeit gegen die Industrie ist. (Die Haltung der Ersten Kammer gibt ihnen die Garantie, daß an dem Gesetz so bald nichts zugunsten der Industrie geändert wird!) Und da sie ihren Zollraub herein haben, so versprechen sie sogar, den Einfluß des sächsischen Landtags einzusetzen, damit die industriellen Interessen bei den noch abzuschließenden Handelsverträgen und Meistbegünstigungsabkommen „in einer der Industrie entsprechenden Weise gewahrt werden".

Schwieriger aber wird die konservative Partei, wo es sich um die mehr politischen Forderungen der Industriellen handelt. Einer Reform der Ersten Kammer, die heute neben den Prinzen, einigen Bürgermeistern und vom Könige ernannten Mitgliedern nur geborene oder gewählte Gesetzgeber aus dem Großgrundbesitz enthält, wollen die Konservativen allenfalls „nicht widersprechen", wenn „nicht zu radikale Forderungen aufrecht erhalten werden". (Der Verband der Industriellen fordert eine gleichstarke Vertretung der Industrie wie die des Großgrundbesitzes.) Zu einer runden Absage aber kommt es bei der Forderung nach einer „gesunden" Wahlreform für die Zweite Kammer. Die Industriellen wissen ganz genau, daß der agrarische Einfluß so lange kaum zu brechen sein wird, als das jetzige Wahlsystem und namentlich die jetzige Wahlkreiseinteilung besteht, die von den 82 Landtagsmandaten 45 den ländlichen Wahlkreisen zuerteilt. Der Unternehmerverband fordert deshalb vor allem die Aufhebung der Scheidung zwischen ländlichen und städtischen Kreisen, die Zusammenlegung der zusammenhängenden Gebietsteile zu einheitlichen Wahlkreisen. Das aber wollen die Konservativen aus leicht begreiflichen Gründen nicht zugeben. Das Äußerste, wozu sie sich allenfalls verstehen würden, ist eine schwache Vermehrung der Wahlkreise in den drei Großstädten Leipzig, Dresden und Chemnitz, wo die Einwohnerzahl der Kreise die Durchschnittseinwohnerzahl der übrigen Wahlkreise fast um das Doppelte übersteigt. Die Änderung des Wahlrechtes aber lehnen die Konservativen überhaupt glatt ab. Das Dreiklassenwahlrecht, das die Arbeiterwähler durch die Zusammenpferchung in der dritten Klasse völlig „unschädlich" macht und die konservative Zweidrittelmehrheit schuf, wollen sie unverändert erhalten wissen. Und die Bewegung der Industriellen wird ihnen die Beute nicht entreißen. Denn die Unternehmer sind doch nur eine dünne Schicht der Bevölkerung, und ihre Gefolgschaft aus anderen Berufen und Klassen ist gering. In den Städten selbst haben die Konservativen Bundesgenossen wider sie in den Trümmern des Reformertums, im neugegründeten sächsischen Mittelstandsbunde, dessen zünftlerisches Programm das „Vaterland" schleunigst und ohne Vorbehalt akzeptierte. Und dieser Umstand, daß nicht einmal die städtische Bevölkerung, soweit sie nicht zur Arbeiterklasse zählt, ihm sicher ist, erklärt manches an der schwachmütigen Haltung des Nationalliberalismus. Die Rücksicht auf die „kleinen Leute", auf die Handwerker und Kleinhändler hindert ihn, so energisch und unumwunden für die Forderungen der Industriellen einzutreten, wie es die direkte Interessenvertretung der Unternehmer

tun kann. Zudem müssen die Nationalliberalen damit rechnen, daß wenigstens ein Teil der Industriellen durch einige wirtschaftliche Zugeständnisse wieder mit der konservativen Herrschaft ausgesöhnt wird.

Die Arbeiterschaft hat bei diesem Streit zwischen Industrie und Großgrundbesitz nichts zu erwarten. Zwar möchten die Nationalliberalen heute das Dreiklassenwahlrecht wieder beseitigen, das sie vor bald zehn Jahren mit schaffen halfen. Denn sie haben erkennen müssen, daß sie dabei die Geprellten sind, daß dieses System den Agrariern auf den Leib zugeschnitten ist. Sie möchten das Unrecht durch ein anderes Unrecht ersetzen, etwa durch ein Pluralwahlrecht. Das verstehen sie und versteht der Verband der Industriellen unter der „gesunden, zeitgemäßen Wahlreform“. Möglich indes, daß das Pluralwahlrecht wieder fallen gelassen wird, wenn die Regierung, wie einige Blätter versichert haben, dem Landtag nachweisen wird, daß das Pluralwahlrecht, vornehmlich auf Altersstufen aufgebaut, wie es der Dresdener Handelskammersyndikus Schulze im letzten Landtag empfahl, der Sozialdemokratie zu wenig Abbruch tut. Das soll das Ergebnis der Erhebungen sein, um die der Landtag im Frühjahr 1904 die Regierung ersuchte, nachdem der schüchterne, schwächliche Versuch des Ministeriums Metzsch gescheitert war, den Landtag für eine Wahlreform zu engagieren, die Klassenwahlen mit Berufswahlen verquickte. Jener Versuch erfolgte unter dem ersten Eindruck der roten Reichstagswahlen des Juni 1903. Heute ist er verwunden, und heute ist der Wahlreformeifer der Regierung tot. Dem neuen Landtag soll keine Wahlreformvorlage, nicht einmal eine Wahlreformdenkschrift zugehen.

Die liberale Presse hat sich bei dieser Ankündigung in die Brust geworfen und emphatisch erklärt, daß die Nationalliberalen der Versumpfung der Wahlrechtsfrage nicht stillschweigend zuschauen werden. Aber wenn die nationalliberalen Taten wirklich diesen Worten entsprechen sollten, so hätte das sächsische Proletariat keinen Anlaß, die Nationalliberalen etwa zu unterstützen, damit an die Stelle des Dreiklassenwahlsystems irgend ein anderes plutokratisches System trete. Die Sozialdemokratie kann auf die angebliche Wiedergeburt des sächsischen Liberalismus nicht die kleinsten Hoffnungen setzen, weil sie weiß, was diese „Wiedergeburt“ ist. Die Beteuerung der liberalen Presse, daß ein neuer Geist die Liberalen überkommen habe, daß der neue linke Flügel jetzt der Partei die Richtung weise, kann die Arbeiterschaft nicht blenden. Der linke nationalliberale Flügel unterscheidet sich vom rechten lediglich durch die energischere Betonung der Industrieinteressen, sonst ist er durchaus der alte, volksfeindliche Nationalliberalismus. Einer der Vertreter des linken Flügels, Herr Langhammer-Chemnitz, erklärte jüngst, wenn er sich zwischen Dreiklassenwahlrecht und allgemeinem, gleichen und direkten Wahlrecht entscheiden müßte, so würde er zum Dreiklassenwahlsystem gehen!

Nicht viel besser ist der Freisinn, der überhaupt nur noch in kümmerlichen Resten in Sachsen vorhanden ist. In seinem Wahlprogramm erklärt er sich für das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht, setzt aber gleich vorsichtig hinzu: „... mindestens aber für die Rückkehr zum 1868er (Zensus-)Wahlrecht“. In den Wahlreformdebatten des letzten Landtags hat übrigens der einzige Abgeordnete der Freisinnigen die Forderung nach dem allgemeinen, direkten und gleichen Wahlrecht nicht einmal gestreift; er hat von vornherein das alte Zensuswahlrecht gefordert, und zwar mit der famosen, vielsagenden Begründung, daß es nicht zu einer sozialdemokratischen Majorität im Landtag führen werde.

Das war sein durchschlagendster Grund — fiele er, so verlöre also auch in den Augen des Freisinns das allgemeine, gleiche, direkte Wahlrecht seine Existenzberechtigung. Derselbe Abgeordnete hat es jetzt mit seinem Freisinn für vereinbar gehalten, sich ziemlich vorbehaltlos auf die Forderungen der sächsischen Hausbesitzerorganisation zu verpflichten.

Es ist nach alledem klar, daß für die Sozialdemokratie Wahlkartelle mit diesen Liberalen völlig ausgeschlossen sind. Die „Frankfurter Zeitung“ hat freilich den Liberalen und der Sozialdemokratie vorgestellt, daß sie nur durch ein Bündnis die Macht der Agrarier brechen könnten, und für den Liberalismus mag das schon zutreffen. Jungnationalliberale Kreise sollen auch davon geträumt haben, daß die Sozialdemokraten den Nationalliberalen Wahlhilfe gegen die Konservativen leisten würden. Gegenleistung hielten sie natürlich für ausgeschlossen und hätten sie auch nie versprechen können. Selbst wenn die Sozialdemokratie Sachsens zu einer Bündnispolitik mit dem Liberalismus bereit sein könnte, sie würde noch viel weniger als die Sozialdemokratie Preußens die Partei finden, die den Mut hätte, mit ihr ein Bündnis einzugehen.

Den Kampf gegen die sächsische Reaktion hat die sächsische Sozialdemokratie allein zu führen. Für sie handelt es sich bei den Landtagswahlen darum, wuchtigen Protest durch die Eroberung der dritten Wählerklasse zum Ausdruck zu bringen. Direkte Erfolge, die sich in Mandatsgewinnen ausdrücken, sind so gut wie unmöglich. Nur in Ausnahmefällen, wie sie nur in industrialisierten ländlichen Kreisen mit fast ausschließlich proletarischer Bevölkerung möglich sind, könnte einmal die Eroberung eines Landtagssitzes gelingen. (Bei den Wahlen von 1903 wäre sie im vierzigsten ländlichen Wahlkreis geglückt, wenn nicht einer der gewählten sozialdemokratischen Wahlmänner kassiert worden wäre, weil er die Ansässigkeitsfrist nicht erfüllt hatte.)

Allenfalls kann die Sozialdemokratie bei Stichwahlen das kleinere Übel unterstützen. Es versteht sich von selbst, daß dieses kleinere Übel mindestens im Punkte des Wahlrechtes hasenrein sein müßte. Ob das auf freisinnige Kandidaten zutreffen wird, ist nach dem Angeführten zweifelhaft.

Denn die Furcht vor der Sozialdemokratie ist schließlich das alles beherrschende Prinzip der bürgerlichen sächsischen Politik in all ihren verschiedenen Färbungen. Sachsen liefert den Beweis, daß die wirtschaftliche Entwicklung, daß die Erstarkung der Sozialdemokratie die Klassengegensätze verschärft, nicht mildert, daß ein Bündnis einer starken Arbeiterpartei mit dem Bürgertum gegen die Agrarier nicht möglich ist. Die Renaissance des sächsischen Liberalismus, der Nationalliberalen und des Freisinns scheint dem zu widersprechen. Aber es scheint dem nur so. Sieht man tiefer, so erkennt man, daß die Bewegung lediglich eine Auseinandersetzung zwischen dem agrarischen und dem industriellen Flügel der „einen reaktionären Masse“ darstellt, eine Auseinandersetzung, die, so zahm sie schließlich auch auslaufen wird, die Industriellen doch nur gewagt haben, nachdem der agrarische Übermut sie aufs härteste mißhandelt hatte und — und das ist die Hauptsache — nachdem die Sozialdemokratie durch das Dreiklassenwahlsystem geknebelt worden ist. Der liberale Aufschwung, der große Kampf zwischen Reaktion und Liberalismus in Sachsen ist Legende. Sachsen wird das Musterland der Reaktion bleiben, bis die Sozialdemokratie die Fesseln des sächsischen Volkes zerbricht.

Die Hamburger Volksschullehrer im Kampfe gegen die Reaktion.

Von E. Kr.

Es war seit Jahren — auch über Hamburg hinaus — bekannt, daß in der Hamburger Volksschullehrerschaft ein ausgezeichneter Geist stecke, daß sie beseelt sei von einem heißen idealen Streben nach gesundem Fortschritt auf allen Gebieten des Lebens. Zahlreiche Reformen in wichtigen Schulfragen sind aus den Kreisen der Hamburger Lehrerschaft angeregt. Das Bestreben der Lehrerschaft, vom Jugendschriftenmarkt das billige und schundige Grossobuch zu verbannen, ist von Hamburg ausgegangen, und die Jugendschriftenausschüsse haben noch heute ihre Zentrale in Hamburg. Die ersten Anfänge der großen Bewegung, die die künstlerische Erziehung, die Benutzung der Kunst als Mittel der Erziehung und auch des Unterrichts propagiert, sind mit den Namen der Hamburger Volksschullehrer Otto Ernst, Karl Götze und Heinrich Wolgast untrennbar verknüpft. Aber nicht nur in Kunst-, Erziehungs- und Unterrichtsfragen dokumentierte sich der frische fortschrittliche Geist der Hamburger Volksschullehrerschaft. Auch in anderen Fragen des öffentlichen Lebens, kommunalpolitischen und allgemein politischen, hat diese Lehrerschaft — die der höheren Schulen ist bis auf wenige Personen von vornherein auszuscheiden — nicht selten eine Haltung eingenommen, die Scharfmacher, Reaktionäre und sonstige Dunkelmänner in helle Wut versetzt hat. So sind die berufenen Führer der Lehrerschaft und ihr ausgezeichnetes Fachorgan, die „Pädagogische Reform", zum Beispiel von jeher kräftig eingetreten für eine verständige fortschrittliche Reform des Hamburger Bürgerschaftswahlrechts, die auch den Massen des Volkes die Mitwirkung bei der Gesetzgebung und Verwaltung sichern sollte.

Natürlich behagte ein solcher Geist in der zur Erziehung der Volksjugend berufenen Lehrerschaft den „republikanischen" Regierungskreisen nicht. Und mit sehr kleinlichen Mitteln hat man ihn immer zu bekämpfen gesucht. So hat zum Beispiel der Senat, obwohl über ein Jahrzehnt lang das eine Lehrer- und Lehrerinnenseminar den Bedarf an Lehrkräften bei weitem nicht deckte, sich nicht eher entschlossen, ein zweites Seminar zu errichten, ehe er nicht die Hoffnung haben zu dürfen glaubte, daß sich zur Aufnahme in die Lehrerseminare nun nicht mehr ausschließlich Kinder des Volkes, sondern auch die Kinder Gutsituierter melden würden, weil die Gehaltsverhältnisse der Volksschullehrerschaft inzwischen sehr erheblich aufgebessert waren. Und der Senat hat sich auch gar nicht geniert, das in einem Antrag an die Bürgerschaft offen auszusprechen. Um den Lehrermangel während dieser Zeit zu decken, zog man Zöglinge anderer Seminarien, mit Vorliebe aus kleinen Landstädten und Dörfern, heran, weil man hoffen durfte, sie seien von der fortschrittlichen Gesinnung der eigentlichen Hamburger Lehrerschaft noch nicht angesteckt. So ist es denn auch kein Wunder, daß in den letzten Jahren sich innerhalb der Lehrerschaft allerhand Kämpfe abspielten, die den Geist der Dörfler und Kleinstädter und einiger Hamburger Rückschrittler einerseits und auf der anderen Seite die frohgemute fortschrittliche Gesinnung der Majorität der Hamburger Lehrerschaft widerspiegelten.

Recht heftig platzten die beiden Parteien aufeinander, als die Mitglieder des Jugendschriftenausschusses unter Mithilfe des aus organisierten Arbeitern bestehenden „Vereins für Kunstpflege" und der parteigenössischen Buchhandlung von Auer & Co. letzte Weihnacht einen mit einer Ausstellung von Büchern und billigen Kunstwerken verbundenen Vortragszyklus veranstaltet hatten. Die „Hamburger Nachrichten" denunzierten den Jugendschriftenausschuß als im Dienste des sozialdemokratischen Parteivorstandes stehend, und die Oberschulbehörde sprach den Mitgliedern des Ausschusses eine Rüge aus. Heller aber noch flackerte der Zorn auf, als der Vorstand der „Gesellschaft der Freunde des vaterländischen Schul- und Erziehungswesens" — das ist der Hamburger Lehrerverein — im Juni dieses Jahres eine

Erklärung gegen die bekannte Wahlrechtsverschlechterungsvorlage des Hamburger Senats veröffentlichte. Der Vorstand des Lehrervereins hatte das für seine Pflicht gehalten, weil er der Überzeugung ist, daß — wie es in der Erklärung heißt — „von unseren herrschenden Kreisen eine durchgreifende Förderung unserer Volksschule nicht zu erwarten ist“. Diese Überzeugung ist wohl gegründet. In allen Schulfragen hat die frühere sozialistenreine Bürgerschaft einen den Intentionen der Lehrerschaft widersprechenden Standpunkt eingenommen. Und vor allem hat sie sich der Hauptforderung der Hamburger Volksschullehrer nach der allgemeinen Einheitsschule, die als einziger ja auch der Hamburger Harro Köhncke auf dem letzten deutschen Lehrertag in Königsberg vertrat, strikte ablehnend gegenüber verhalten.

Natürlich brachte die Erklärung des Vorstandes des Lehrervereins die „Hamburger Nachrichten“ in Aufregung. Sie hetzte die Behörde und die dissentierenden Elemente in der Lehrerschaft derart gegen die „Söldlinge der roten Fahne“, bis die Opponenten einen Skandal hervorriefen und die Behörde sich auch mit Maßnahmen gegen den Lehrerverein beschäftigte. Die beiden Schulräte, die bis dato Mitglieder gewesen waren, mußten sofort austreten. Dazu will die Behörde, wie es heißt, wenn die Lehrerschaft nicht zu Kreuze kriecht, die Schulbücher, die im Verlage des Vereins erscheinen und seinen Witwen- und Waisen- und sonstigen wohltätigen Kassen außerordentliche Summen zuführen, aus der Schule verbannen und die widerspenstigen Lehrer so an ihren Witwen, Waisen und sonstigen Hilfsbedürftigen strafen. Die Rückwärtser in der Lehrerschaft veranlaßten den Vorstand durch ihren geschickt angezettelten Skandal, vom Amte zurückzutreten.

Das war vor den Ferien. Eine außerordentliche Generalversammlung am 24. August dieses Jahres in Hamburgs größtem Saal sollte nun über das fernere Schicksal der „Gesellschaft der Freunde usw.“ entscheiden, denn fiel der Vorstand endgültig den Protestlern zum Opfer, so bedeutete das auch gleichzeitig einen Richtungswechsel in der bisher höchst ersprießlichen Tätigkeit der „Gesellschaft“. Und daß er ihnen zum Opfer fiele, dafür glaubten die Protestler mit Sicherheit zu sorgen, wenn sie den Mitgliedern recht intensiv die materielle Seite der Frage vor Augen hielten, nämlich die zweifellos bestehende Gefahr, daß die Oberschulbehörde der „Gesellschaft“ die großen Einkünfte aus ihren Verlagsgeschäften nehmen würde, wenn die „Gesellschaft“ nicht ihren bei der Behörde diskreditierten Vorstand fallen ließe.

Aber die Reaktionäre haben sich in der Hamburger Volksschullehrerschaft getäuscht. In der Generalversammlung hat der Idealismus unserer Jugenderzieher glänzend obgesiegt über den ihnen so warm ans Herz gelegten Mammonismus, der Fortschritt über die Rückwärtserei. Mit einer Zweidrittelmehrheit hat die Gesellschaft den alten Vorstand ersucht, seine Amtsniederlegung zurückzunehmen. Das ist ein Vertrauensvotum für den tapferen Vorstand, das um so höher anzuschlagen ist und um so mehr auch von uns anerkannt werden darf, als es nach Lage der Sache nicht mehr und nicht weniger bedeutet, als daß die übergroße Majorität der Hamburger Volksschullehrerschaft gewillt ist, den ihr von der vorgesetzten Oberschulbehörde angedrohten Kampf aufzunehmen.

Man darf zu den Hamburger Volksschullehrern das Vertrauen haben, daß sie in diesem Kampfe nicht unterliegen werden.

Zur polnischen Parteifrage.

Von Dr. **Estera Golde**, Kattowitz.

In Nummer 47 der „Neuen Zeit“ hat Genosse Bruhns in seinem Artikel „Der oberschlesische Industriebezirk“ auch die neuen Einigungsverhandlungen zwischen der Polnischen Sozialistischen Partei (P. P. S.) und dem deutschen Parteivorstand erwähnt. Bruhns vertritt den Standpunkt, die P. P. S.

solle „ihre das Ziel verfehlende jetzige Selbständigkeit aufgeben"; auch habe der letzte Kattowitzer Parteitag der P. P. S. einseitig neue Bedingungen für die Vereinigung aufgestellt, „die von der anderen nicht gehörten Seite abgelehnt wurden und abgelehnt werden mußten".

Bruhns sagt gleichzeitig, welche Gründe für ihn maßgebend sind, indem er ausführt, „kein deutscher Parteigenosse aber dürfte wohl den vom Kattowitzer Parteitag der P. P. S. aufgestellten Bedingungen zustimmen, laut welchen für alle die polnische Arbeiterbevölkerung (ausschließlich, ist nach dem Beschluß hinzuzufügen) betreffenden Angelegenheiten der Parteitag der P. P. S. die höchste Instanz bleiben muß".

Damit sind wir am Kern der Angelegenheit angelangt, den ich in aller Kürze erörtern will, da die Redaktion mir nur wenig Raum zur Verfügung stellen kann.

Die praktisch-organisatorischen Gründe, die Bruhns vorbringt, können mich in keiner Weise überzeugen. Unser Parteitag ging von der prinzipiellen Auffassung aus, die internationale Sozialdemokratie sei verpflichtet, das Selbstbestimmungsrecht jeder Nation zu respektieren, in jeder Hinsicht, speziell aber in ihren eigenen Organisationsverhältnissen. Wir bestreiten ja gar nicht, daß es den deutschen Genossen viel leichter wäre, eine einheitliche Organisation zu schaffen, wenn das Deutsche Reich ein völlig einheitlicher Nationalstaat wäre. Sind aber in einem Staate verschiedene Nationen, oder auch nationale Minderheiten ansässig, so muß auch hier die Frage vom Standpunkt des Selbstbestimmungsrechts gelöst werden, wenn auch die Lösung einige Schwierigkeiten bereitet. So ist in Österreich mit seinen sechs größeren Völkern die Frage von unseren Genossen glänzend gelöst worden: das Proletariat eines jeden Volkes bildet eine selbständige Partei. Jede Partei hat ihren eigenen Parteitag und eigene Parteileitung. Die Gesamtheit aller Parteileitungen bildet die Gesamtexekutive; die Einheit der Bewegung wird noch durch österreichische Gesamtparteitage verkörpert. Dies föderative Parteiverhältnis ist das prinzipiell richtigste im gegenseitigen Verhältnis des Proletariats verschiedener Nationalitäten in einem Staate.

So weit ist der Parteitag der P. P. S. nicht gegangen. Wir haben nicht aus dem Auge gelassen, daß unserer kleinen Organisation die gewaltige deutsche Sozialdemokratie gegenübersteht, und daß wir unter Berücksichtigung dieses erdrückenden Mißverhältnisses von den deutschen Genossen keine einschneidende Änderung ihrer Organisation zu unseren Gunsten fordern können. Durchdrungen von der Überzeugung der gemeinsamen wirtschaftlichen und politischen Interessen des deutschen und des polnischen Proletariats im Deutschen Reiche, konnte sich dennoch unser Parteitag der Einsicht nicht verschließen, daß die Lösung der Organisationsfragen, wenn sie auch nur die Form des proletarischen Kampfes bilden, den Tendenzen unserer Grundsätze entsprechen müsse. Deshalb hat unser Parteitag die nachstehende Resolution angenommen:

„Unter Berücksichtigung der Resolution des internationalen Kongresses zu Amsterdam und des Wunsches der Gesamtheit der Polnischen Sozialistischen Partei, unsere Agitations- und Organisationsarbeit solle für die polnische Arbeiterschaft im Deutschen Reiche die allergrößten Vorteile bringen, spricht der Parteitag die Überzeugung aus, daß die P. P. S. mit der sozialdemokratischen Partei Deutschlands Hand in Hand gehen muß zum Zweck der gemeinsamen Unterstützung bei der Organisation sowohl des polnischen wie des deutschen Proletariats.

Der Parteitag erkennt aber keinerlei nationale Privilegien an und stützt sich in diesen Beziehungen auf die Grundsätze, die von der Allgemeinheit der internationalen Sozialdemokratie anerkannt sind, indem er für die polnische Sozialdemokratie dasselbe Selbstbestimmungsrecht über ihr Volk fordert, wie es allen anderen Völkern zuerkannt wird."

Worauf sollte nun die Wahrung unseres Selbstbestimmungsrechts beruhen, wenn wir von vornherein auf ein föderatives Verhältnis verzichtet hatten? Eben in dem Satz unseres Einigungsvorschlags, der so energisch vom Genossen Bruhns beanstandet wird und der im Zusammenhang wörtlich lautet:

„Die polnische Organisation bildet einen Bestandteil der Gesamtpartei Deutschlands. Die polnische Organisation erkennt ausdrücklich das Programm der Gesamtpartei an, ebenso die Parteiinstanzen einschließlich des Parteitags der sozialdemokratischen Partei Deutschlands als höchste Parteiinstanz in allen gemeinsamen politischen Angelegenheiten, wogegen in Angelegenheiten, welche ausschließlich die polnischen Arbeiter betreffen, der Parteitag der Polnischen Sozialistischen Partei die höchste Instanz bildet."

Auf einen anderen Standpunkt konnten wir uns ja gar nicht stellen. In dieser gerechten Lösung der Angelegenheit können wir auch keinen Nachteil für die deutsche Parteiorganisation erblicken. Handelt es sich doch um Angelegenheiten, welche die Interessen der deutschen Arbeiterschaft in keiner Weise berühren. Nur diese sollten der alleinigen Kompetenz unseres Parteitags vorbehalten bleiben. Ist denn der Kampf gegen die nationale Unterdrückungspolitik der Regierung, der Kampf für die polnische Schule, für Einführung der polnischen Sprache im Gericht und Ämter usw. nicht ein Kampf, über den die polnischen Arbeiter allein und letztinstanzlich zu bestimmen haben? Und wenn wir schon heute davon ablassen, das Volk über seine eigenen Sachen allein entscheiden zu lassen — und der Sozialismus hat doch die Aufgabe, erzieherisch zu wirken —, wie soll das Volk in späteren Zeiten zur Selbstverwaltung und Selbstregierung fähig sein?

Demgegenüber konnte die Einigung auf Grund des Ultimatums des deutschen Parteivorstandes vom März dieses Jahres nicht zustande kommen. Der Entwurf des deutschen Parteivorstandes läßt sich in seinen Hauptzügen folgendermaßen charakterisieren: Völlige Aufgabe der Selbständigkeit der P. P. S.; ausnahmegesetzliche Kontrolle der polnischen Parteipresse durch den deutschen Parteivorstand; schematische Unterordnung der polnischen Parteibewegung unter die deutschen Parteiinstanzen; Auflösung der P. P. S., ohne deren Parteitag die Möglichkeit zu geben, das Ultimatum anzunehmen oder abzulehnen.

Irrtümlich ist schließlich, wenn man die Einigungsfrage von dem Standpunkt aus behandelt: Die P. P. S. muß ihre Selbständigkeit aufgeben, der deutsche Parteivorstand kann dann erst Geld zur Agitation geben. Geldmangel und Geldaussicht haben eine sozialdemokratische Organisation wohl niemals veranlaßt, von ihrer politischen Überzeugung abzugehen.

Zum Schlusse unterstreichen wir mit Befriedigung die Ausführungen des Genossen Bruhns über das friedliche Zusammenarbeiten der deutschen und polnischen Genossen in Oberschlesien.

* * *

Nachschrift der Redaktion. Der Artikel erscheint zu spät, als daß es noch möglich wäre, vor dem Parteitag noch eine Diskussion über ihn zu eröffnen. Daher müssen wir uns hier einige Bemerkungen dazu gestatten. Allerdings zu prinzi-

piellen Auseinandersetzungen haben wir nicht mehr Zeit und Platz, wir wollen daher nicht untersuchen, ob für Sozialdemokraten das oberste Prinzip nicht der Klassenkampf des Proletariats ist, dem sich der Kampf um die Selbständigkeit der Nation unterzuordnen hat; wir wollen auch nicht untersuchen, wie weit der Kampf um die Selbständigkeit Polens identisch ist mit der Forderung der P. P. S., innerhalb der deutschen Sozialdemokratie eine privilegierte Stellung zu erhalten. Es genügt, darauf hinzuweisen, daß die Einheitlichkeit und damit auch die Wirksamkeit einer Partei davon abhängen, daß eine einzige höchste Instanz besteht, die alle strittigen Fragen in letzter Linie entscheidet.

Die Genossin Golde spricht von der Organisation der Partei in Österreich. Aber sie gibt ein sehr schiefes Bild davon, wenn sie erklärt: das Proletariat eines jeden Volkes bildet dort eine selbständige Partei. Das ist nicht richtig. Das Organisationsstatut der „Gesamtorganisation der Sozialdemokratie Österreichs“ spricht nur von einer „Gliederung der sozialdemokratischen Partei nach nationalen Gruppen“. Der Gesamtparteitag wird nicht etwa durch Delegierte der einzelnen „selbständigen Parteien“ gebildet, sondern durch Delegierte der einzelnen Wahlkreise. Die Parteileitung der Gesamtpartei setzt sich allerdings aus den Exekutivkomitees der einzelnen nationalen Organisationen zusammen, aber die Kontrolle, die über der Parteileitung steht, wird vom Gesamtparteitag erwählt. Von irgend einer Bestimmung, daß ein Kongreß einer der einzelnen nationalen Organisationen in irgend einer Frage die höchste Instanz sei, findet sich in dem Statut keine Spur.

Wollte man den Genossen von der P. P. S. das Privilegium einräumen, daß sie in allen Dingen, „die ausschließlich die polnischen Arbeiter betreffen“, die höchste Instanz seien, dann hätte die Partei nicht das Recht, den Genossen anderer Landesteile das gleiche Privilegium zu versagen. Dann dürften auch die bayerischen Genossen verlangen, daß der bayerische Landesparteitag in allen Dingen, die „ausschließlich die bayerischen Arbeiter betreffen“, die höchste Instanz bilde.

Wer soll aber entscheiden, wenn ein Streit darüber entsteht, ob irgend eine Angelegenheit ausschließlich die polnischen Arbeiter betrifft? Nach der Meinung der Genossin Golde sicher die P. P. S. Was da aber unter „ausschließlich“ polnischen Angelegenheiten verstanden würde, gibt sie selbst an: den Kampf gegen die nationale Unterdrückungspolitik der Regierung und ähnliches. Mit Verlaub, Genossin Golde, das sind politische Angelegenheiten, die mit der Gesamtpolitik der gesamten deutschen Sozialdemokratie aufs innigste verknüpft sind und die gesamte deutsche Sozialdemokratie, vor allem die gesamte preußische, aufs tiefste berühren. Wollten die Genossen der P. P. S. in diesen Angelegenheiten als Glieder der deutschen Sozialdemokratie auf eigene Faust vorgehen, so würden sie entweder von selbst ebendieselbe Haltung einnehmen wie der Gesamtparteitag, und dann wäre ihre „Selbständigkeit“ gegenüber dieser höchsten Instanz zwecklos. Oder sie würden eine andere Haltung einnehmen im Gegensatz zu dieser Instanz, und dann wäre ein Bruch unvermeidlich.

Können die Genossen von der P. P. S. sich also nicht entschließen, die Parteitage der Sozialdemokratie als höchste Instanz anzuerkennen, dann ist es allerdings besser, es bleibt bei dem jetzigen friedlichen Zusammenarbeiten.

Dunkle Andeutungen, wie die im vorletzten Absatz des Artikels von der Genossin Golde gemachten, fördern ein solches Zusammenarbeiten aber nicht. Das sieht danach aus, als wollte die P. P. S. den deutschen Parteivorstand anklagen, er habe ihre Geldnot ausnutzen wollen, um Konzessionen von ihr zu erpressen. Will man das behaupten, dann rücke man offen mit der Beschuldigung heraus. Will man das nicht, dann lasse man Andeutungen, die nur böses Blut erregen und Mißtrauen säen können. Sollte die P. P. S. Anschauungen dieser Art über die deutsche Sozialdemokratie im polnischen Proletariat verbreiten, so würde sie damit nicht nur jener, sondern auch diesem einen schlechten Dienst erweisen, denn sie würde es den einzigen treuen und tatkräftigen Freunden entfremden, die es im Deutschen Reiche hat.

Literarische Rundschau.

Zur Geschichte der deutschen Fabrikgesetzgebung. Der erste sozialpolitische Versuch in einem deutschen Parlament. Rede von Franz Josef Ritter von Buß, badischer Landtagsabgeordneter, im Jahre 1837. Mit einem Geleitwort von A. Bebel, einem biographischen Vorwort von Ad. Geck, Offenburg, Ad. Geck. 41 Seiten, 40 Pfg.

Die brutale Rücksichtslosigkeit, mit der die kapitalistische Entwicklung alle Bande heiliger Scheu löste und Männer, Frauen und Kinder in unendlich langer Arbeitszeit bei der Fabrikarbeit verwenden ließ, erweckte anfänglich auch innerhalb der bürgerlichen Schichten Widerspruch, ja Empörung, namentlich in jenen Kreisen, die nicht von der neuen Methode der Profitmacherei Nutzen zogen. Aus dieser Zeit stammen sowohl die entrüsteten Proteste zahlreicher Menschenfreunde, wie die Angstrufe der Verehrer der „alten guten Zeit", welche die wirtschaftliche Entwicklung rückwärts schrauben wollten. Ein Widerhall beider Richtungen findet sich in der ersten Rede, die in einem deutschen Parlament zur Frage des Arbeiterschutzes gehalten wurde. Es ist eine eigenartige Persönlichkeit, die am 23. April 1837 in der Zweiten badischen Kammer den Antrag begründete, die Regierung möge der Kammer einen „Entwurf einer Fabrikpolizeiordnung vorlegen, durch welche den mit der fabrikmäßigen Industrie verbundenen Nachteilen für die Fabrikarbeiter, für die Fabrikherren und für den Staat möglichst vorgebeugt würde". Franz Josef Buß, 1803 als Schneiderssohn geboren, war außerordentlich begabt; schon in jungen Jahren glänzte er als Doktor der Philologie und Philosophie, der Jurisprudenz und Medizin, wurde eifriger Politiker und Freigeist, der als Dreißigjähriger die Ketzer Huß und Hieronymus feierte — um fünf Jahre später ebenso eifrig an der Spitze der ultramontanen Bewegung gegen die neuen Ketzer — die Deutsch-Katholiken — zu kämpfen.

Seine Rede für den Arbeiterschutz ist reich an zutreffenden Urteilen über die Lage der Fabrikarbeiter. Unsere heutigen ultramontanen Sozialreformer wagen es nicht mehr, dem Kapitalismus so die Maske vom Gesicht zu reißen, wie dies Buß an einigen Stellen seiner Rede tat. Die Mittel, die er zur Linderung der Not vorschlägt, sind freilich noch recht kleinlich: durch Sparkassen soll dem Fabrikarbeiter Gelegenheit gegeben werden, sich ein Kapital zu sammeln, das ihm ermöglicht, sich selbständig zu machen. Damit aber nicht durch Krankheiten und andere vorübergehende Unfälle der Arbeiter genötigt werde, seine Ersparnis anzugreifen, sollen besondere Hilfskassen errichtet werden, in welche wöchentlich ein kleiner Abzug vom Lohne von den Arbeitern eingelegt werden muß. Der Fabrikherr selbst soll die Hälfte der Abzüge sämtlicher Arbeiter in der Hilfskasse beitragen. Auch Verbote gegen das Trucksystem fordert Buß, ferner, daß dem Fabrikherrn nicht die Vermietung eigener Wohnungen an die Arbeiter erlaubt sein soll, „weil alle diese Einrichtungen dazu mißbraucht werden können, den Lohn der Arbeiter zu schmälern". Ferner fordert Buß: Um dem Arbeiter die Auffindung einer Unterkunft zu erleichtern, soll der Fabrikherr zu einer vierteljährlichen Kündigung vor der Entlassung des Arbeiters verpflichtet sein. „Die Unsicherheit der Existenz des Arbeiters bewirkt," sagt Buß, „eine mittelbare Gefährdung der Gesundheit durch den ewigen Kummer über ihre unsichere Zukunft; diese folternde Angst der Seele wirkt sehr auf den leiblichen Organismus zurück, und um so erschöpfender, weil sie unablässig martert." Daß für Buß „eine Erschwerung der Erlangung der Heiratserlaubnis wohl keinem Bedenken bei der unsicheren Stellung der Fabrikarbeiter" unterliegt, darf nicht wundernehmen. Zum Schutze der Kinder fordert er, daß sie „erst mit einem bestimmten Alter" zur Fabrikarbeit zugelassen werden — in welchem Alter, sagt er nicht; im Winter darf die Arbeitszeit nicht länger als sechs, im Sommer nicht mehr als acht Stunden dauern, Nachtarbeit soll

verboten sein. Für Erwachsene soll die Maximalarbeitszeit **vierzehn** Stunden betragen! Es sind also ungefähr die Bestimmungen der englischen Gesetzgebung jener Zeit, die Buß forderte — und die die Kommission der Kammer **ablehnte**; 1840 legte aber die Regierung das erste Sozialgesetz dem Landtag vor.

Die Rede ist schon deshalb lesenswert, weil sie die erste in einem deutschen Parlament für den Arbeiterschutz war; ihr Inhalt macht sie zu einem interessanten Dokument der Entwicklung der Arbeiterschutzgesetzgebung. E. W.

Eberhard D'Avis, **Die natürlichen Aufgaben des Staates und die heutige deutsche Staatswissenschaft.** Berlin 1905, Puttkammer & Mühlbrecht. 43 S. Preis 80 Pfennig.

In Roms alten Zeiten zogen sich die greisen Staatsmänner am Abend ihres mühe- und verdienstvollen Lebens auf das bescheidene väterliche Landgut zurück und verbrachten die ihnen von den Parzen beschiedenen Tage in stiller und frommer Betrachtung der ewig jungen Mutter Natur. Leider sind die guten alten Sitten schon längst in Vergessenheit geraten. Jetzt drängt es jeden Staatsmann a. D. unwiderstehlich, an die Öffentlichkeit zu treten und gelegentlich noch die Jüngeren auf Grund seiner langjährigen „Erfahrungen" zu belehren. So tut es zum Beispiel Herr Wirkl. Geh. Oberregierungsrat D'Avis. Er ist sehr unzufrieden mit den übermäßigen Forderungen, die man „dank der noch heute allgemein herrschenden Unklarheit über die Zweckbestimmung des Staates" an diesen in Deutschland stellt, und unternimmt es, in „gemeinverständlicher Darstellung", in einer Broschüre von ganzen 43 Seiten die Frage von den „natürlichen" Aufgaben des Staates doch endlich glücklich zu lösen.

Die Sache ist einfacher als man glauben möchte. Der Staat muß nur für „jedermann gleiche, durch das gleichberechtigte Mitleben der Mitmenschen beschränkte wirtschaftliche Freiheit", „das natürliche Recht freien eigennützigen Verhaltens" sichern und beschützen. So muß der Staat vor allem mit allen Gesetzen aufräumen, die dieses Recht verletzen — hierher gehören die Schutzzollgesetze, Kranken-, Alters- und Invalidenversicherungsgesetze sowie die Gesetze über die Festsetzung von Arbeits- und Ruhezeiten für die Arbeiter, das Gesetz über den Zwangs- und Fortbildungsunterricht junger Leute „und dergleichen mehr". Wie man sieht, sieht es in dem Register der „Zwangsgesetze", die „das natürliche Recht freier eigennütziger Tätigkeit verkümmern", recht bunt aus.

Das Palladium der, natürlich, „durch Polizei und Strafgesetz" geschützten wirtschaftlichen Freiheit besteht für die Gemeinde-, Kreis- und Provinzverbände in der „Einsetzung einer außer und über ihnen stehenden Aufsichtsbehörde", für die Staatsverbände — „in der Einräumung der Machtbefugnis an das dieserhalb über der Landesbevölkerung thronende Staatsoberhaupt".

Der Staat kann auch positive Aufgaben lösen, so zum Beispiel die Postbeförderung übernehmen. Leider aber, bemerkt der Verfasser, gibt es und kann es überhaupt nur sehr wenige Bedürfnisse geben, die billigst oder bestens vom Staate zu befriedigen wären. Und das kommt davon, daß „der an der Spitze des Staates oder eines Staatszweigs stehende Beamte mit befriedigendem Erfolg nur einfache, für jeden gleiche Leistungen zu übernehmen vermag, deren Ausführung er durch wenige, auf **Dauer berechnete schablonenhafte Anordnungen** leiten und überwachen kann".

Nach diesem „Glaubensbekenntnis" muß man gestehen, der Verfasser habe vollkommen recht mit seinen „natürlichen" Aufgaben des Staates. Die Bureaukratie — sei es im absolutistischen, sei es im konstitutionellen Staate — kann **nur** nach der Schablone schalten und walten. Ihr das Vermögen zu einer lebendigen Arbeit zuzumuten, würde eine große Naivität, wenn nicht mehr, bezeugen.

So bricht der Verfasser — selbst ein Bureaukrat — unbewußt den Stab über die Bureaukratie und stellt ihr ein vollständiges „Armutszeugnis" aus. S.

Bücherverzeichnis der Allgemeinen Arbeiterbibliothek Brandenburg a. H. Zweite Auflage. Abgeschlossen im Juni 1905. Druck von O. Sidow & Co., Brandenburg a. H. 112 Seiten. Preis 25 Pf.; nach auswärts gegen Einsendung von 40 Pfennig franko.

Die rührige Tätigkeit des Bibliothekars der Allgemeinen Arbeiterbibliothek, Genossen Ad. Bär, hat es zuwege gebracht, daß Brandenburg eine verhältnismäßig große Arbeiterbibliothek besitzt, indem die etwa 700 Bände der einzelnen Gewerkschaften und des Wahlvereins im März 1902 zu einer gemeinsamen Bibliothek vereinigt wurden und die organisierten Arbeiter einen regelmäßigen Beitrag leisten: die 3500 bis 4000 Gewerkschaftsmitglieder zahlen vierteljährlich je 5 Pfennig, der Wahlverein außerdem 50 Mark jährlich. So konnte innerhalb der ersten drei Jahre der Bücherbestand verdoppelt werden, und die Bibliothek fand in stetig steigendem Maße Benutzung. Sie wird durch die Neuauflage des Katalogs sicher noch gesteigert werden, denn er bietet eine vortreffliche Übersicht über die vorhandenen Bücher. Ganz besonders wertvoll — und *nachahmenswert für andere Bibliotheken* — ist dabei, daß er nicht allein die einzelnen Werke gut gruppiert und durch ein Namen- und Sachregister ihr leichtes Auffinden ermöglicht, sondern daß die bedeutenderen Aufsätze, die in *Sammelwerken und Zeitschriften* erschienen, ferner Referate auf *Kongressen* usw., *einzeln* in den entsprechenden Rubriken aufgeführt sind; auch fanden Erzählungen und Romane, die in der „Neuen Welt“, „In freien Stunden“ veröffentlicht wurden, unter dem Namen ihrer Autoren Aufnahme. Nachahmenswert ist ferner, daß bei den einzelnen Werken angegeben wird, ob sie *für die reifere Jugend oder für Kinder* vom 8., 10., 13. Jahre empfehlenswert sind, und daß die sämtlichen in der Bibliothek vorhandenen Jugendschriften im Zusammenhang, nach Altersstufen geordnet, aufgeführt werden. Unsere Arbeiterbibliotheken werden durchweg viel zu wenig und viel zu wenig erfolgreich benützt, weil es meistens an einem brauchbaren und jedermann zugänglichen Katalog mangelt. Das Vorgehen der Brandenburger Genossen ist deshalb dringend zur Nachahmung zu empfehlen. e. w.

Eduard Gräf, **Ärzte und Krankenkassen.** Ein Beitrag zur Frage *Freie Arztwahl*. Frankfurt a. M., Union-Druckerei. 80 Seiten, 40 Pfennig.

Der Verfasser, Vorsitzender der Allgemeinen Ortskrankenkasse zu Frankfurt a. M., veröffentlicht seine langjährigen Erfahrungen über die freie Arztwahl. Er untersucht die Frage, ob die Ärzte durch die Krankenversicherung geschädigt werden, und kommt zu dem Resultat, daß nicht die Krankenkassen, sondern die Überproduktion an Ärzten den Rückgang ihrer Einnahmen verschuldet, die die Ärzte wesentlich erhöhen könnten, wenn sie mit der Arbeiterschaft Hand in Hand gingen, leistungsfähige Krankenkassen zu schaffen. Gräf ist Gegner der freien Arztwahl und sucht den Nachweis zu führen, daß sie teurer ist als andere Systeme — wie weit Gräf dies gelungen ist, darüber werden die Anhänger der freien Arztwahl anderer Meinung sein wie er. Zuzugeben ist ihm aber, daß völlig freie Arztwahl, ohne alle Kautelen, kassentechnisch unmöglich ist, das heißt: bei der *heutigen* Struktur der Kassen! Richtiger ist es jedoch, die *Ursache der Kassennot auf sozialpolitischem* Gebiet zu suchen als in der Arztfrage. Zentralisation der Kassen und freieste Selbstverwaltung, Erhöhung der Beiträge der Arbeitgeber, ohne ihnen *irgend welches* Recht auf die Kassenverwaltung einzuräumen — das muß das Ziel sein, das die Kassen zu erstreben haben. Der Beitrag, den der Arbeitgeber an die Kasse zahlt, ist nichts als ein Teil des Lohnes, und er sollte über diesen Teil ebensowenig Verfügungsrecht besitzen wie über den in bar ausgezahlten. Erhöhte Beitragsleistung durch die Unternehmer ist eine Lohnsteigerung und müßte mit demselben Nachdruck erkämpft werden wie jede andere Lohnerhöhung. Freilich, daß ihre Honorare erhöht werden durch stärkere Heranziehung der *Unternehmer*, davon wollen die meisten Ärzte als deren getreue *Klassengenossen* nichts wissen, und daher rührt auch im letzten Grunde ihre

feindselige Stellung gegen die Selbstverwaltung der Kassen. Gräf hat darin vollkommen recht, daß diejenigen Ärzte sich täuschen, welche glauben, daß nach dem etwaigen Fall des Selbstverwaltungsrechts die freie Arztwahl leichter einzuführen wäre. Ein Blick auf die Unfall- und Invalidengesetzgebung müßte ihnen dies deutlich beweisen, und diejenigen Ärzte, die unter dem Beifallsgebrüll der Reaktion gegen die Kassenvorstände wettern und das Selbstverwaltungsrecht in Gefahr bringen, sind eigentlich die Totengräber der freien Arztwahl zu nennen. E. W.

Notizen.

Metzgermeister und Unfallberufsgenossenschaft. Die ehrsamen Metzgermeister holen wohl Prinzessinnen zu Pferde ab, beeilen sich aber gar nicht, ihre Betriebe zur Unfallversicherung anzumelden! Bei der Rückständigkeit der Gehilfenschaft werden ja zahlreiche Unfälle gar nicht gemeldet und sparen deshalb die Meister durch ihre Drückebergerei viele Beiträge. Interessant ist es daher, was die Fleischerei-Berufsgenossenschaft in ihrem soeben erschienenen Geschäftsbericht für 1904 hierzu bemerkt: „Es ist aus dem häufigen (?) Eingang von Unfallanzeigen von nicht in das Genossenschaftskataster aufgenommenen Betrieben und nach dem Ergebnis der Gewerbezählung anzunehmen, daß eine große Anzahl von Unternehmern noch immer nicht ihrer Pflicht zur Anmeldung ihrer Betriebe nachgekommen ist". Auch die Großstadt München scheint viele dieser Schlauberger zu haben, denn der Bericht erklärt: „Erst in neuerer Zeit wurden in München einige hundert zum Teil ziemlich umfangreiche Betriebe durch unseren Rechnungsbeamten ermittelt und durch Inanspruchnahme der Behörde zur Mitgliedschaft herangezogen." Die Berufsgenossenschaft kam aber, dadurch aufmerksam gemacht, noch weiteren „Unregelmäßigkeiten" endlich auf die Spur! „Durch Vergleich der Kataster mit einem Verzeichnis der deutschen Wohnplätze wurde festgestellt, daß aus rund 3300 Ortschaften mit 800 bis 3000 Einwohnern überhaupt keine Fleischereibetriebe angemeldet worden sind." Ei, ei!! Daß die ehrsamen Metzgermeister auch nichts von einer Kontrolle der 51131 versicherten Betriebe, die 96994 Arbeiter beschäftigen, wissen wollen, ist da begreiflich. Das Reichsversicherungsamt hatte bereits im Jahre 1901 die Anstellung weiterer Revisionsbeamten „gewünscht", doch wurde von der Genossenschaftsversammlung der Antrag, zwei Beamte anzustellen, im Vorjahr abgelehnt und nur ein Beamter bewilligt! Wenn man eine Berufsgenossenschaft „allein" verwalten kann, wird man sich als „Meister" doch nicht selbst schädigen! Die Regierung „wünscht" ja auch nur! Wenn auch der einzige Aufsichtsbeamte, ein „Gewerbeinspektor a. D." in seinem Bericht bemerkt, daß er von 50000 Betrieben, darunter 8000 Kraftbetriebe, nur 461 Betriebe kontrollieren konnte, und von 100 revidierten Betrieben 73 zu Beanstandungen Anlaß gaben, nicht einmal die Unfallverhütungsvorschriften ausgehängt waren, was kümmert das die Metzgermeister?! Gemeldet wurden im Jahre 1904: 4331 Unfälle, wovon 2951 Verletzungen der Arme und Hände zur Folge hatten. Vor Ablauf der dreizehnten Unfallwoche waren 2617 Unfälle geheilt, davon in weniger als 3 Tagen 172, in 3 bis 8 Tagen 166, in 8 Tagen bis 4 Wochen 1094 und in 4 Wochen bis 13 Wochen 1050 Fälle. In 18 Fällen (!) wurde das Heilverfahren in der Wartezeit übernommen und dafür der Riesenbetrag von — 357 Mark aufgewendet! Von 226 Berufungen wurden 171 zugunsten der Berufsgenossenschaft und nur 55 zugunsten der Verletzten erledigt. Denselben „Erfolg" hatte die Berufsgenossenschaft auch mit den Rekursen. Von 48 eigenen Rekursen gewann sie 30 und hatte nur 18 verloren, während die Verletzten von ihren 60 Rekursen nur 10 gewonnen, 50 verloren haben! Trotzdem kritisiert der Bericht die Zusammensetzung der Schiedsgerichte, weil zu wenig — Metzgermeister darin vertreten sind! E. G.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 50 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Friedens- und Verfassungsfragen.

↗ **Berlin**, 6. September 1905.

Der Friedensschluß zwischen Japan und Rußland hat im ersten Augenblick den Eindruck einer japanischen Niederlage gemacht; er schien in starkem Widerspruch mit den gewaltigen Kriegserfolgen der Japaner zu stehen, und in Japan selbst macht sich nach den Berichten der Presse eine große Enttäuschung bemerkbar, etwa in dem Sinne, worin der alte Blücher nach dem Pariser Frieden von 1815 sagte, die Federn der Diplomaten hätten wieder verdorben, was die Schwerter der Soldaten erworben hätten.

Indessen wird damit den Federn der Diplomaten eine Macht zugeschrieben, die sie nicht haben, weder im Guten noch im Schlimmen. Sie können die tatsächlichen Machtverhältnisse, die sich im Kriege herausgestellt haben, nur registrieren, aber nicht revidieren. Nicht die Wucht und Zahl der Siege entscheidet, sondern was jeder der Kriegführenden beim Friedensschluß noch an tatsächlicher Macht besitzt. Japan hat in dem Frieden alles erreicht, was es nach dem Maße seiner Interessen und Kräfte erreichen konnte; insoweit hat es einen vollen Sieg erfochten und den Zweck des Krieges durchgesetzt. Aber deshalb hat es die russische Macht noch nicht niedergeworfen, und diese gab nicht mehr heraus, als sie nach Lage der gegenseitigen Machtverhältnisse nicht mehr halten konnte.

Ließen sich die Machtverhältnisse zweier Staaten, wie sie sich in der Feuerprobe des Krieges herausgestellt haben, genau in Ziffern ausdrücken, so könnten sich die Diplomaten überhaupt trollen; die Friedensbedingungen wären dann ein sehr einfaches Rechenexempel. So geht es nun freilich nicht, und so müssen sich die um den Frieden feilschenden Mächte aneinander abringen, bis das richtige Machtverhältnis zwischen ihnen klar wird. Dabei hat die größere oder geringere Fähigkeit der Diplomaten, einander übers Ohr zu hauen, allerdings einen gewissen Spielraum, aber doch nicht mehr, als auf dem Warenmarkt der pfiffige Händler über den minder pfiffigen hat: die Warenpreise unterliegen

bestimmten Gesetzen, auch wenn sie in einem einzelnen Falle dem willkürlichen Belieben preisgegeben zu sein scheinen.

Ganz besonders war es von vornherein sicher, daß die Japaner nicht die Zahlung einer Kriegsentschädigung von den Russen erlangen würden, worin vielfach das Hauptkennzeichen ihrer angeblichen diplomatischen Niederlage erblickt wird. Man übersieht dabei, daß die Zahlung von Kriegsentschädigung wenigstens für moderne Großstaaten den äußersten Grad der Niederlage darstellt, wozu sie sich erst bequemen, wenn ihnen schlechterdings keine einzige Waffe gegen den Feind mehr übrig ist und sie seine mit unerträglicher Wucht auf ihnen lastende Gewalt nicht anders abschütteln können. Unter dieser Voraussetzung zahlte Preußen 1807 im Frieden von Tilsit und zahlte Frankreich 1871 im Frieden von Frankfurt gewaltige Kriegsentschädigungen. Rußland in ähnlicher Weise niederzuwerfen, lag und liegt für Japan ganz außerhalb der Möglichkeit. Es ist schwer zu glauben, daß so gescheite Leute wie die Japaner je im Ernste gehofft haben, eine Kriegsentschädigung von den Russen herauszuschlagen; jedenfalls aber gehörte keine besondere Gewandtheit der russischen Diplomaten dazu, sich der Forderung zu entziehen.

Zudem tritt diese finanzielle Frage, so wichtig sie sein mag, vollkommen zurück hinter die weltgeschichtlichen Folgen, die der japanisch-russische Krieg haben muß. Asien wird durch die neue Großmacht Japan industriell revolutioniert werden, und Europa atmet auf, befreit von dem Vampir, der ihm seit anderthalb Jahrhunderten klammernd im Nacken gesessen hat. Die russische Hegemonie hat für immer ein Ende genommen. Der zarische Absolutismus liegt im Sterben; die Revolution bereitet sich vor, ihm den Gnadenstoß zu geben, und er selbst erkennt diese Tatsache an, indem er sich entschließt, eine Verfassung zu verleihen.

Auch diese Verfassung hat der erwartenden Welt eine große Enttäuschung bereitet, zumeist denen, die im Hoffen und Harren auf Gnadengaben von oben nicht müde werden, aber bis zu einem gewissen Grade auch denen, die schon mit einer größeren Kraft der revolutionären Entwicklung gerechnet hatten, als sich in dieser Verfassung widerzuspiegeln scheint. Und gewiß ist sie so schäbig wie ihre Urheber. Sie schafft nicht ein Parlament, sondern höchstens den Schatten eines Parlamentes; die neue Duma hat nicht beschließende, sondern nur beratende Funktionen; höchstens kann sie mit Zweidrittelmehrheit in gewissen Dingen ein Veto ausüben. Dazu kommt die beschränkte Öffentlichkeit, ein nicht minder beschränkter Wahlmodus, der namentlich das städtische Proletariat ausschließt, und die gänzliche Abwesenheit von Preß-, Vereins- und Versammlungsrecht. Diese Verfassung gleicht also aufs Haar jedem Lichtenbergischen Messer, dem der Griff wie die Klinge fehlt.

Gleichwohl scheint uns selbst diese Verfassung zwar gewiß nicht an sich, aber als Gradmesser der revolutionären Entwicklung in gewisser Hinsicht unterschätzt zu werden. Die Erfahrung zeigt, daß in der Geschichte des sterbenden Despotismus die Art, *wie* eine Verfassung aussieht, viel weniger bedeutet als die Tatsache, *daß* sie gegeben wird. Die „Preußischen Jahrbücher“ machen darauf aufmerksam, daß der englische Parlamentarismus, den man von der

Magna Charta (1215) zu datieren pflegt, vierhundert Jahre lang, nicht mehr gewesen sei als die russische Duma, die Väterchen verheißt. Sie schreiben: „Der heutige englische Parlamentarismus ist erst geschaffen worden durch die Revolution im siebzehnten Jahrhundert, nach der Vertreibung der legitimen Dynastie. Bis dahin waren die beiden Häuser zwar zuweilen einflußreiche, dann aber auch wieder ganz in die Ecke gestellte Stücke in dem Regierungsmechanismus einer überaus starken monarchischen Autokratie. Das Steuerbewilligungsrecht ist dem Unterhaus nie prinzipiell konzediert worden, sondern es übte es nur gewohnheitsmäßig aus. . . . Vom freien Worte und allem anderen, was wir heute zu den verfassungsmäßigen Freiheiten rechnen, war im Volke gar nicht die Rede, und auch für die Parlamentarier mußte Freiheit der Rede und Freiheit vom Personalarrest immer erst als besondere königliche Gnade erbeten werden. Anwesenheit von Ministern bei den Verhandlungen wurde nicht gewünscht, weil die Abgeordneten sich dadurch eingeschüchtert gefühlt hätten. ‚Morgen passiert meine Bill oder dein Kopf', sagte König Heinrich VIII. zu einem Parlamentarier, der Opposition machen wollte." Allerdings wurden die Mängel dieser Verfassung einigermaßen ausgeglichen durch den Königsmord; man zählte von Eduard II. bis Richard III. sechs ermordete Könige, wozu dann noch Karl I. kommt, dessen schuldiges Haupt auf dem Schafott fiel. Aber gerade zu diesem Ergänzungsmittel unvollkommener Verbesserungen wäre in Rußland wohl bald Rat zu schaffen; wie bisher der zarische Despotismus nach dem bekannten Worte durch Mord gemildert wurde, so könnte die politische Kraft der neuen Duma durch Mord verstärkt werden.

Doch diese Erinnerungen haben wesentlich nur ein historisches Interesse; soll es vierhundert Jahre dauern, bis aus der russischen Duma etwas Ordentliches wird, so würde es freilich verzweifelt lange währen, und die russische Verfassung wäre dann allerdings nur ein Schattenspiel an der Wand, das auch als symptomatische Erscheinung nicht der Rede wert wäre. Näher liegt und lehrreicher ist aber die Erinnerung an die Sterbetage des preußischen Despotismus. In der Zeit von 1815 bis 1840 war eine Verfassung, wie sie jetzt in Rußland angekündigt wird, das Ideal aller deutschen Patrioten, mit Ausnahme etwa einer Handvoll radikaler Burschenschaften, und um auch nur eine solche Verfassung nicht geben zu müssen, hat der „Heldenkönig" Friedrich Wilhelm III. sein feierlich verpfändetes Wort ein Vierteljahrhundert lang gebrochen. Ebenso schlug sein Sohn noch sieben Jahre lang mit Händen und Füßen um sich gegen eine Volksvertretung, wie die russische Duma sein soll, bis die bitterste Finanznot sie ihm in dem Vereinigten Landtag abrang, der freilich ein wenig mehr Rechte besaß, jedoch nicht so sehr viel mehr, daß es einen großen Unterschied gemacht hätte. Diese Versammlung aber schoß sehr schnell in die Halme, und als der König sie unwillig nach Hause schickte, kam ein paar Monate später die Revolution, die das alte Preußen zertrümmerte.

Es gehört zu den besten Seiten des Geschichtswerkes, das Treitschke über die Deutsche Geschichte des neunzehnten Jahrhunderts mehr gedichtet als geschrieben hat, daß es die geheimen Verhandlungen, die von 1815 an zwischen dem König, den Junkern und der Bureaukratie in der preußischen Verfassungs-

frage gepflogen wurden, ausführlich nach den Archiven darstellt. Da Treitschke beweisen will, daß die damals in Preußen herrschenden Klassen recht daran getan hätten, mit dem Erlaß der Verfassung äußerst vorsichtig zu sein, so kramt er alle ihre Gründe ganz treuherzig aus, und so viel törichtes Zeug, so viel reines Angstprodukt sich darunter befinden mag, so doch auch manche höchst gescheite Ausführung in dem Sinne, der sich später vollkommen erfüllt hat, daß wenn einmal eine Verfassung existiere, und wäre es nur in der allerdürftigsten Form, nun auch kein Aufhalten mehr sei. Das Fürstentum hat praktische Diener, wie Lassalle einmal sagt, und diese bureaukratisch-feudale Opposition gegen die Verleihung einer Verfassung besaß zehnmal mehr politischen Verstand als die damaligen Liberalen, die sich feierlich vermaßen, daß wenn Majestät nur ein klein wenig Konstitutionalismus verleihen wolle, sein Thron auf einen Felsen von Erz gegründet sein würde.

Um eine Verfassung zu geben, muß ein Despot entweder eine ungeheure Entschlußkraft besitzen, wie sie noch kein Despot besessen hat und am allerwenigsten der gegenwärtige Zar besitzt, oder er muß das steigende Wasser schon am Halse spüren. Dies ist die gute Seite an dem Wische, mit dem sich Nikolaus II. von den Sünden seines Geschlechtes loskaufen möchte.

Zum Parteitag.

Von **K. Kautsky.**

1. Die Vertretung der Fraktion auf dem Parteitag.

Noch jedem Parteitag sahen wir bisher mit frohen Erwartungen entgegen, und noch keiner hat getrogen, jeder nützliche Arbeit verrichtet, Hindernisse der Bewegung aus dem Wege geräumt, neue Kampfesmittel geschaffen, unsichere oder strittige Richtungslinien schärfer bestimmt. Mögen dabei die Geister mitunter schärfer aufeinander platzen, als sie selbst beabsichtigen und ihnen lieb ist; wer tiefer gräbt, dem wird jeder Parteitag eine Fundgrube reichen Gewinns werden. Und so dürfen wir erwarten, daß die Tage von Jena sich ihren Vorgängern würdig anschließen werden.

An Gegensätzen wird es ja auch hier nicht fehlen, aber es werden doch nur *sachliche* Gegensätze sein, namentlich in den beiden Hauptpunkten, die uns beschäftigen werden, der *Parteiorganisation* und dem *politischen Massenstreik*.

Die Fragen der Organisation werden vornehmlich die *Praktiker* der Partei auf die Tribüne rufen. Die vorliegenden Abänderungsvorschläge beabsichtigen ja nicht, die Partei auf eine neue organisatorische Basis zu stellen, sondern nur die bestehende Organisation etwas straffer zu gestalten. Diese wurde unmittelbar nach dem Sozialistengesetz geschaffen und trug noch seine Spuren: sie war ungemein lose, um ihre Störung durch behördliche Eingriffe möglichst zu erschweren; sie konnte so lose sein, da die Verfolgungen des Sozialistengesetzes bewirkten, daß nur die treuesten und bewährtesten Genossen an der Arbeit in der Organisation teilnahmen, eine Kerntruppe, deren Zusammenhalten schon durch die Bedürfnisse des Kampfes erzielt wurde.

Seitdem sind fünfzehn Jahre relativen inneren politischen Friedens ins Land gegangen und die Partei ist enorm gewachsen; damit haben sich aber

auch ihre Elemente mannigfaltiger gestaltet. Die Partei ist nicht mehr eine große Familie, die zu ihrem Zusammenwirken besonderer Gesetze nicht bedarf. Diesen ungeheuren und mannigfaltigen Körper zusammenzuhalten zu einheitlichem Tun, müssen die äußeren Bande etwas straffer gezogen werden. Das ist die natürliche Folge unseres Wachstums; die Möglichkeit dazu wird aber dadurch gegeben, daß, momentan wenigstens, das Feld des Kampfes der Behörden gegen uns etwas verschoben ist. Glaubten diese in den siebziger und achtziger Jahren noch mit uns fertig zu werden durch einfache Auflösung unserer Organisationen und Verfolgungen unserer Presse, so haben sie seitdem gelernt, daß uns auf diesem Wege allein recht wenig beizukommen ist. Sollte eine neue Ära energischsten Kampfes gegen uns anbrechen, so wird er in erster Linie dem bestehenden Reichstagswahlrecht gelten. Solange dieser Kampf nicht gefochten und ausgefochten wird, haben wir die Möglichkeit, unsere politische Organisation straffer zu gestalten, und wir tun gut, diese Möglichkeit auszunutzen.

Aber im Prinzip bleibt dabei unsere Organisation die gleiche, die sie bisher gewesen. Es kann sich bei ihrem Ausbau nur um Details handeln, über die ausreichend nur derjenige urteilen kann, der mit der praktischen Organisationsarbeit hinreichend vertraut ist.

Wir haben es daher auch bisher vermieden, in die Diskussion darüber einzugreifen. Aber über zwei Punkte möchten wir uns doch einige Bemerkungen erlauben.

Eine der meistumstrittenen Fragen wird die der Vertretung der Fraktion auf dem Parteitag sein. Sowohl für wie wider sind eine Reihe sehr wichtiger Argumente vorgebracht worden. Auf der einen Seite ist es sicher höchst wünschenswert, daß die Fraktion an den Verhandlungen des Parteitags teilnimmt. Der Abgeordnete soll der Vertreter der Gesamtheit der Partei sein, nicht bloß des einzelnen Wahlkreises. Das vornehmste Mittel, mit ihr in Fühlung zu bleiben, ist aber der Parteitag. Andererseits aber ist der parlamentarische Kampf eine der wichtigsten Funktionen der Partei, und wer soll darüber am sachgemäßesten Auskunft geben können, als wieder die Abgeordneten? Wie die anderen obersten Parteifunktionäre, Parteivorstand und Kontrolleure, gehört auch die Fraktion auf den Parteitag. In Österreich haben sogar die Redaktionen der Parteiblätter das Recht, Vertreter zum Parteitag zu entsenden, jedoch ohne Stimmrecht.

Aber andererseits hat der Parteitag nicht bloß die Aufgabe, die Abgeordneten zu kontrollieren, sondern auch die, ihnen Weisungen zu geben für ihre kommende Wirksamkeit, sie erkennen zu lassen, wie die Mehrheit der Genossen darüber denkt. Unter Umständen kann aber diese Erkenntnis bei dem bisherigen System der Zusammensetzung der Parteitage sehr erheblich verdunkelt werden, wenn die Mehrheit der Fraktion in diesen Punkten anders denkt als die Mehrheit der Genossen im Lande. Die nächste Wahl kann die Zahl unserer Abgeordneten so sehr vermehren, daß sie allein vielleicht schon ein Drittel der Teilnehmer eines Parteitags zu bilden vermöchten.

Das ist ein Bedenken, welches gegen Parteivorstand und Parteikontrolleure nicht zu erheben ist. Deren Zahl ist beschränkt; überdies werden sie von Jahr zu Jahr vom Parteitag selbst neugewählt, während der Abgeordnete sein Amt für fünf Jahre erhält, und zwar nicht bloß von den organisierten Parteigenossen, sondern den Wählern.

Wie aus dieser Zwickmühle herauskommen? Dadurch, daß man an Stelle der gesamten Fraktion bloß eine Abordnung derselben setzt? Aber wenn es wünschenswert ist, daß die Abgeordneten überhaupt auf dem Parteitag erscheinen, dann kann die Delegation von ein paar unter ihnen diesen Zweck nicht erfüllen. Und gerade für jenen Fall, daß die Anwesenheit der Abgeordneten auf dem Parteitag dessen Ergebnisse verdunkeln könnte, würde ihre Ersetzung durch eine bloße Delegation nicht am Platze sein. Denn jener Fall könnte doch nur dann eintreten, wenn über eine Streitfrage die Majorität der Fraktion im Gegensatz stände zur Majorität der Genossen im Lande. In diesem Falle aber vermöchte die Majorität der Fraktion ausschließlich ihre Anhänger zum Parteitag zu delegieren und die Minorität davon auszuschließen. So würden dadurch gerade jene Abgeordneten, die die Mehrheit der Partei im Lande repräsentieren, vom Parteitag ferngehalten. Oder will man etwa diese Delegation durch den Zufall, das Los, bestimmen lassen?

Es sind noch viele andere Gesichtspunkte zu dieser Frage vorgebracht worden, so unter anderem der sehr erhebliche, daß, wenn die Abgeordneten danach trachten müssen, Mandate zu erhalten, um auf dem Parteitag anwesend zu sein, dadurch die Zahl der anderen Delegierten verringert wird. Mancher Wahlkreis würde dann vielleicht nur durch seinen Abgeordneten vertreten sein, und das wäre auch kein gesundes Verhältnis.

Auf alle diese Gesichtspunkte sei hier jedoch nicht weiter eingegangen. Wir haben sie nur gestreift, um zu zeigen, wie schwierig eine Entscheidung in dieser Frage ist.

Die Frage wird aber noch mehr kompliziert durch eine andere: Jeder Wahlkreis hat das Recht, die gleiche Anzahl Delegierte zu entsenden. Kann das aber nicht auch ein Mittel werden, daß auf dem Parteitag eine Majorität zutage tritt, die nicht identisch ist mit der Majorität in der Partei? Haben wir nicht unzählige Male die schreiende Ungerechtigkeit denunziert, die darin liegt, daß Wahlkreise mit 700000 Einwohnern im Reichstag nicht stärker vertreten sind als solche mit 40000 Einwohnern? Aber wir selbst bauen unsere Parteivertretung nicht bloß auf diese selbe Ungerechtigkeit auf, sondern verschärfen sie noch maßlos; denn die Unterschiede in der Stärke der Partei zwischen den einzelnen Wahlkreisen sind noch weit größer als die in ihrer Bevölkerungszahl. Der 6. Berliner Wahlkreis hat 700000 Einwohner und Schaumburg-Lippe nur 43000. Aber der 6. Wahlkreis brachte 1903 79500 sozialdemokratische Stimmen auf, Schaumburg-Lippe dagegen 2300. Der 6. Wahlkreis hat also 16mal mehr Einwohner, aber 34mal mehr sozialdemokratische Wähler als Schaumburg-Lippe. Beide Wahlkreise haben aber das gleiche Recht, 3 Delegierte zum Parteitag zu schicken.

Wie aber das ändern? Es ist vorgeschlagen worden, die Zahl der Delegierten der Wahlkreise entweder nach der Zahl ihrer Mitglieder oder der sozialdemokratischen Stimmen, die sie aufgebracht, abzustufen, etwa so, daß die kleinsten nur 1, die größten bis 5 Delegierte entsenden könnten. Das würde die Ungleichheit ihrer Vertretung etwas, wenn auch lange nicht ganz beseitigen. Aber dafür wäre nun ein anderer Mißstand in Kauf zu nehmen. Die Parteitage sollen nicht bloß über innere Parteifragen entscheiden, sie sollen auch den Zusammenhang der Partei stärken und den rückständigen Wahlkreisen Anregungen geben dadurch, daß sie die Delegierten aus allen Teilen des Reiches zu gemeinsamem Arbeiten vereinigen. Diese Einwirkung

wird aber um so stärker werden, je mehr Delegierte gerade die kleineren, rückständigen Wahlkreise entsenden. Für diese sind die Parteitage Schulen, durch die sie neue Kenntnisse erwerben, ihren Horizont erweitern, den Parteicharakter besser erkennen lernen. Gerade für den Proletarier wird die Schule des Lebens oft wichtiger als das Buchwissen.

Diese Wirksamkeit der Parteitage wird aber erheblich eingeengt, wenn den kleinen Wahlkreisen die Zahl der Delegierten verkleinert wird. Es wäre daher nicht wünschenswert, das Minimum der Delegiertenzahl zu verkleinern. Vergrößerte man aber entsprechend die Delegiertenzahlen der größeren Wahlkreise, käme man zu abenteuerlichen Ziffern.

Soll Berlin 6 das Recht haben, 100 Delegierte zu entsenden, weil Schaumburg 3 schickt? Schon bei dem heutigen Vertretungsmodus würde der Parteitag zu einer Massenversammlung, die völlig außerstande wäre, parlamentarisch zu verhandeln, wenn alle Wahlkreise von ihrem Rechte Gebrauch machten. Das gäbe fast 1200 Delegierte. Eine alte Erfahrung sagt, daß eine Versammlung, die über 400 Mitglieder zählt, aus technischen und anderen Gründen kaum noch zu parlamentarischen Verhandlungen fähig ist. Da geht es doch nicht gut an, die Zahl der Delegierten noch erheblich zu vermehren.

Freilich machen nicht alle Wahlkreise von ihrem Rechte Gebrauch, 3 Delegierte zu entsenden, und man könnte meinen, daß dadurch die Benachteiligung der größeren und stärkeren Wahlkreise etwas gemildert wird; denn diese sind naturgemäß auch die reichsten und können die Delegiertenkosten am ehesten aufbringen. Aber das ist nur zum Teil richtig. Der Umstand, daß die Entsendung von Delegierten von der Fähigkeit der Wahlkreise abhängt, die Kosten dieser Delegation zu tragen, wird gerade ein weiteres Moment, die Ungleichmäßigkeit in der Vertretung der Genossen auf dem Parteitag zu verstärken. Denn die Fähigkeit, die Delegationskosten zu tragen, wächst nicht nur mit den finanziellen Mitteln des Wahlkreises, sondern auch mit der zunehmenden Geringfügigkeit dieser Kosten. Am geringfügigsten sind diese für die Genossen am Kongreßort selbst und in seiner Umgebung. Diese Wahlkreise werden naturgemäß immer am stärksten vertreten sein. So wird der Charakter eines Parteitags auch durch das geographische Moment bestimmt, die Lage des Kongreßortes.

Alles das sind Umstände, die einmal bewirken könnten, daß ein Parteitag nicht den getreuen Repräsentanten der Stimmung der Mehrheit bildete.

Aber wie diesen störenden Umständen abhelfen? Sie alle scheinen uns schwer überwindlich, wenn wir daran festhalten, daß der bisherige Modus der Abstimmungen auf den Parteitagen nach *Personen* der einzige sei, der in Betracht kommen könne. Dagegen verschwinden diese Schwierigkeiten sofort, wenn man einen neuen *Abstimmungsmodus* einführt, statt nach *Personen* nach *Wahlkreisen* abstimmen läßt.

Ein derartiges Abstimmungsverfahren ist nichts Unerhörtes. Etwas Ähnliches haben wir schon auf vielen Gewerkschaftskongressen, namentlich internationalen, gesehen, wo nicht nach *Köpfen*, sondern nach *Organisationen* abgestimmt wird. Jede Organisation repräsentiert so viel Stimmen, als sie Mitglieder zählt. Auch auf den internationalen Sozialistenkongressen wird bekanntlich nach *Nationen*, nicht nach *Köpfen* abgestimmt.

Das Verfahren brauchte gar kein kompliziertes zu sein. Die Delegierten der einzelnen Wahlkreise würden sich noch leichter untereinander über ihre

Abstimmung verständigen, als die der einzelnen Nationen auf internationalen Kongressen. Wo nur zwei Delegierte sind und diese sich nicht einigen können, fällt die Stimme des Wahlkreises aus. Das Resultat ist in diesem Falle dasselbe wie nach dem bisherigen Modus, wo auch die eine Stimme die andere aufheben würde.

Wird aber nach Wahlkreisen abgestimmt, so bekommt man damit die Möglichkeit, jedem Wahlkreis so viel Stimmen zuzurechnen, als ihm nach seiner Stärke zukommen, ohne an der Zahl der Delegierten das geringste zu ändern. Auf diese Weise wird es möglich, daß bei den Abstimmungen auf dem Parteitag die Genossen jedes Wahlkreises so viel Gewicht in die Wagschale legen, als ihnen gebührt. Wie stark dann die Fraktion auf dem Parteitag vertreten sein, wie ungleichmäßig die Stärke der Partei in den einzelnen Wahlkreisen sich gestalten mag, wie ungleichmäßig ihre Vertretung infolge der finanziellen Momente, das alles kann dann nicht hindern, daß die Anschauungen der Genossen bei den Abstimmungen so getreu zur Geltung kommen, als beim Repräsentativsystem möglich.

Nebensächlich ist es, ob man die Stärke der Wahlkreise nach der Zahl der organisierten Genossen oder nach den Stimmen bemißt, die bei der Reichstagswahl abgegeben worden. Der letztere Maßstab wäre wohl der einheitlichere für das ganze Reich. Die Organisationsbedingungen in den einzelnen deutschen Vaterländern sind zu verschieden.

Man braucht nicht zu befürchten, daß bei diesem Stimmverfahren zu viel Zeit verloren ginge. Es wäre ja nicht absolute mathematische Genauigkeit bis auf die letzte Einheit bei der Summierung der Stimmenzahlen notwendig. Es genügte, für den Fall, daß nach der Zahl der Reichstagsstimmen entschieden würde, nur die Tausende zu zählen. Um bei unserem Beispiel zu bleiben, so hätte Schaumburg-Lippe 2 Stimmen und der 6. Berliner Wahlkreis 79. Aber es würde auch hinreichen, etwa nur auf je 5000 Stimmen und Bruchteile davon eine Stimme zu geben. Dann erhielte Schaumburg-Lippe trotz der 3 Delegierten, die ihm zuständen, 1 und Berlin 6 bei eben so vielen Delegierten deren 16; die Mehrzahl der durch Delegierte vertretenen Wahlkreise 2 bis 3.

Die Zahl der Stimmen jedes Wahlkreises für den Parteitag könnte sofort nach jeder allgemeinen Reichstagswahl festgestellt werden und würde bis zur nächsten Wahl gelten.

Selbstverständlich wäre auch in dieser vereinfachten Form das Verfahren immer noch zu kompliziert, um bei *jeder* Abstimmung vorgenommen zu werden. Das wäre indes gar nicht nötig. Auch auf den internationalen Kongressen wird vielfach nach Köpfen abgestimmt. Nur bei wichtigen Entscheidungen kommt es zur Abstimmung nach Nationen. Diese vertritt die namentliche Abstimmung. So wäre es vollständig hinreichend, wenn man die *Möglichkeit* schüfe, sobald eine bestimmte Anzahl Delegierte es verlangt, nach Wahlkreisen abzustimmen.

Auch die Wahl der Parteifunktionäre — Vorstand und Kontrolle — könnte nach Wahlkreisen geschehen. Man brauchte bloß den Delegierten eines jeden Wahlkreises so viele Stimmzettel auszufolgen, als sie Stimmen auf dem Parteitag haben.

Im *Organisationsstatut* könnte natürlich dieser Abstimmungsmodus keinen Platz finden. Er müßte in der *Geschäftsordnung* festgesetzt werden,

an der Stelle des jetzigen Punkt 7. Damit aber würden unseres Erachtens alle Einwendungen hinfällig, die gegen den bisherigen Vertretungsmodus auf den Parteitagen vorgebracht wurden. An dem brauchte nichts geändert zu werden.

2. Die Zusammensetzung des Parteivorstandes.

Die Frage der Vertretung der Fraktion auf dem Parteitag hat den meisten Staub aufgewirbelt. Viel weniger eine andere, die uns nicht weniger wichtig erscheint, die der Zusammensetzung des Parteivorstandes. Hier wären vor allem die Erfahrungen zu berücksichtigen, die wir in der letzten Zeit über das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften gemacht haben.

Der Kölner Gewerkschaftskongreß war uns eine ernste Mahnung, und es wäre das Verkehrteste, wollten wir, um das gute Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften aufrecht zu halten, uns jenen Beschwichtigungshofräten zugesellen, die da erklären, das Verhältnis zwischen Partei und Gewerkschaften sei das denkbar beste. Nein, die Gefahr ihrer wachsenden Entfremdung liegt vor, und darum ist es unsere dringendste Aufgabe, alles aufzubieten, um diesem Prozeß entgegenzuwirken.

Man lasse sich dabei nicht beirren durch den Ruf, daß die Partei nicht das Recht habe, in das innere Leben der Gewerkschaften einzugreifen. Es handelt sich hier nicht um die Aufgaben der Gewerkschaften, sondern um die Aufgaben der Parteigenossen in den Gewerkschaften. Nicht darum, ob die Gewerkschaften, sondern ob die Parteigenossen in den Gewerkschaften neutral sein sollen, ob sie nicht vielmehr die Pflicht haben, in den Gewerkschaften, wie überall, als Sozialdemokraten aufzutreten und sozialdemokratisches Denken zu verbreiten. Darüber zu urteilen ist der Parteitag kompetent, und sollte er auf diese Frage zu sprechen kommen, wird er es wohl an der nötigen Betonung dieser Verpflichtung für alle gewerkschaftlich organisierten Parteigenossen nicht fehlen lassen.

Die Kräftigung des sozialistischen Geistes in den Gewerkschaften und das Zusammenarbeiten dieser mit der Partei würde aber sehr gefördert, wenn im Parteivorstand Genossen säßen, die in der gewerkschaftlichen Bewegung praktisch tätig sind.

Es wäre überhaupt wünschenswert, daß im Parteivorstand alle Seiten des proletarischen Klassenkampfes ihre Vertretung fänden. In den Parteileitungen der meisten sozialdemokratischen Parteien des Auslandes ist das mehr oder weniger der Fall. In der Leitung der deutschen Sozialdemokratie Österreichs zum Beispiel ist nicht bloß die Reichsratsfraktion vertreten, sondern auch die Parteipresse, die Gewerkschaften, mitunter auch die Frauenbewegung, ja — horribile dictu — wir finden darin sogar Genossen, die leitende Stellungen in Konsumvereinen und Krankenkassen einnehmen. Natürlich werden sie nicht von diesen Institutionen entsendet, sondern als Parteigenossen vom Parteitag gewählt. Ihre Haltung und Befähigung als Parteigenossen kommt in erster Linie in Betracht. Aber man legt bei ihrer Auswahl Wert darauf, daß möglichst alle Seiten der Arbeiterbewegung dadurch zu einer Vertretung in der Parteileitung kommen, ähnlich wie bei uns die Kontrolleure auch vom Parteitag, nicht von den Organisationen einzelner Gegenden gewählt werden, bei ihrer Auswahl aber getrachtet wird, möglichst allen Teilen des Reiches zu einer Vertretung in der Kontrollkommission zu verhelfen.

Der Vorstand unserer Partei ist dagegen eine ausschließlich parlamentarische Körperschaft geworden. Nur die Reichstagsfraktion ist darin vertreten. Das mochte früher nicht viel ausmachen, wo alle unsere Institutionen kleiner, die Arbeitsteilung und Spezialisierung in der Arbeiterbewegung nicht weit vorgeschritten waren. Heute nimmt jedes ihrer Gebiete den Menschen vollständig gefangen, erlaubt ihm nur mühsam und unvollständig die anderen Gebiete zu verfolgen. So werden die Parlamentarier des Parteivorstandes von der Parteiarbeit und den parlamentarischen Aufgaben, zu denen bei manchen noch die von Stadtverordneten kommen, völlig absorbiert. Es ist ganz menschenunmöglich, daß sie auf allen anderen Gebieten so sattelfest sind, daß sie die Mitarbeit von Genossen entraten könnten, die dort ihr spezielles Arbeitsgebiet gefunden haben. So eifrig sie auch die anderen Gebiete durch Lektüre und persönliche Informationen studieren, sie werden nicht immer das erfahren, was gerade für die Parteileitung das wichtigste: die nötige Beleuchtung der werdenden Dinge. Gewordene Dinge, vollzogene Tatsachen sind höchst hartnäckiger Natur, sie lassen sich wohl kritisieren, aber meist schwer ändern, nie ohne Friktionen. Werdenden Dingen gegenüber ist eine Beeinflussung leichter und in der Regel schmerzloser, als gewordenen. Um die werdenden richtig abzuschätzen, kann man aber, namentlich bei so großen Körperschaften wie den Gewerkschaften, das Urteil derjenigen nicht entbehren, die praktisch mitten in ihnen drinstehen.

Man wird vielleicht befürchten, daß durch das Eindringen von gewerkschaftlichen und anderen Elementen in den Parteivorstand dieser mit konservativen Tendenzen erfüllt werde, die sich in den ökonomischen Institutionen leichter und stärker entwickeln als in den politischen. Aber man vergesse nicht, daß diese Institutionen auf die Partei in jedem Falle einwirken. Die Mehrzahl ihrer Mitglieder sind Parteigenossen, und zwar nicht die schlechtesten, und wenn sie einen konservativen Geist entwickeln, so wirkt das auf die Genossen und damit auf die Partei zurück. Aber eben darum haben wir alle Ursache, uns um die Genossen in diesen Organisationen zu kümmern, und dürfen wir sie nicht aus mißverstandener Neutralität einfach allen Einflüssen überlassen, die dort auf sie einwirken. So viel Zutrauen zu der Kraft des politischen Klassenkampfes müssen wir aber haben, daß diese sich stark genug erweist, die konservativen Tendenzen der ökonomischen Institutionen zu überwinden, sobald wir uns einmal dahinter machen, darauf zu achten, daß die Tätigkeit der Genossen in ihnen mit unseren großen Prinzipien im Einklang bleibt.

Das eben geäußerte Bedenken, daß der Parteivorstand durch die Einführung gewerkschaftlicher und anderer Elemente konservativer werde, könnte höchstens dann gerechtfertigt sein, wenn nicht der Parteitag, sondern die ökonomischen Institutionen selbst deren Auswahl zu treffen hätten. Davon kann aber natürlich aus den mannigfachsten Gründen keine Rede sein. Niemand wird aber leugnen wollen, daß unter unseren Gewerkschaftern alle Richtungen vertreten sind, der Parteitag daher stets in der Lage ist, jene Richtung unter ihnen in den Vorstand zu berufen, die der Mehrheit entspricht.

Hält man es aber für notwendig, den Parteivorstand mannigfaltiger zu gestalten, dann muß man auch im Organisationsstatut die Möglichkeit dazu schaffen. Niemand denkt daran, einen Personenwechsel im jetzigen Vorstand vorzunehmen. Aber selbst wenn man einen solchen Wechsel vornehmen wollte,

würde damit die Möglichkeit, die Parteileitung mannigfaltiger zu gestalten, nicht gegeben. Denn daß die politische, also die parlamentarische Tätigkeit im Vorstand einer politischen Partei stets die erste Violine zu spielen hat, ist selbstverständlich. Man müßte also wieder Parlamentarier in den Vorstand wählen, und diese wären von ihren Arbeiten wieder so absorbiert, daß sie nicht vermöchten, daneben noch auf anderen Gebieten praktisch tätig zu sein.

Will man den Parteivorstand mannigfaltiger gestalten, dann kann dies nur dadurch geschehen, daß man ihn erweitert, daß man zu seinen jetzigen Mitgliedern neue hinzufügt.

Der deutsch-österreichische Parteivorstand ist 8 Mann stark — von denen mitunter einer eine Frau war — ohne die 8 Kontrolleure; und doch hat dieser Vorstand nur die Geschäfte des deutschen Teiles der österreichischen Bewegung zu besorgen. Da sollte man annehmen, daß für die Leitung der viel größeren Sozialdemokratie des Deutschen Reiches 11 bis 13, ja selbst 15 Mitglieder nicht zu viel wären. Man muß bedenken, daß der größeren Mannigfaltigkeit des Parteivorstandes auch eine Vermehrung der Mannigfaltigkeit, damit aber auch der Zahl seiner Geschäfte folgen, daß damit manches neue Arbeitsgebiet sich ihm erschließen dürfte.

In welcher Weise man diese Erweiterung vollzöge, ob man neue Sekretäre einstellte oder aber nur die Zahl der Beisitzer vergrößerte, ist eine praktische Frage, die uns hier nicht zu beschäftigen braucht. Für uns ist jetzt nur die Tatsache wichtig, daß eine derartige Vergrößerung des Parteivorstandes um 4 bis 8 Mitglieder dem Parteitag die Möglichkeit böte, Vertreter der Gewerkschaften, der Parteipresse, der Frauenbewegung, vielleicht noch anderer Spezialgebiete des proletarischen Emanzipationskampfes in den Parteivorstand zu entsenden. Eventuell nur mit beratender Stimme, wenn man fürchtet, die neuen, mit der Parteiverwaltung noch nicht vertrauten Elemente könnten den Parteivorstand überfluten und durch übermäßigen Tatendrang gefährliche Experimente und Schwankungen herbeiführen. Es würde genügen, wenn sie das Recht besäßen, jederzeit in der Parteileitung gehört zu werden, und das Mittel würden, eine engere Fühlung zwischen den verschiedenen Gebieten der proletarischen Bewegung herbeizuführen und ihr planmäßiges Zusammenwirken zu erleichtern.

Daß in dieser Beziehung etwas geschehen muß, dafür ist der Kölner Gewerkschaftskongreß ein warnendes Menetekel.

Natürlich ist es unmöglich, vorherzusehen, wie der Parteitag in diesen und den anderen Fragen der Organisation schließlich entscheiden wird. Aber aus der Richtung der Masse der Anträge dazu kann man schon ersehen, daß sie alle das gleiche Streben zeigen wie die Vorschläge der Organisationskommission, ja eher es noch schärfer betonen: das Streben, die Organisation der Partei straffer und einheitlicher zu gestalten. Wir dürfen daher mit gutem Fug erwarten, daß der Parteitag hier nützliche Arbeit schaffen und die organisatorischen Grundlagen der Partei befestigen wird.

3. Der Massenstreik.

Mit dem größten Vertrauen dürfen wir auch den Verhandlungen des Parteitags über den Massenstreik entgegensehen. Wohl kann man hier noch weniger voraussagen als in der Frage der Organisation, wie die Beschlüsse des Parteitags ausfallen werden. Hier bestehen unter den Genossen

nicht bloß Differenzen über die Details, sondern weitgehende Gegensätze über die grundlegenden Fragen selbst. Das ist kein Wunder, wenn man erwägt, wie neu noch die Idee des politischen Massenstreiks für die große Mehrzahl der Parteigenossen ist und wie relativ wenig zahlreich noch die praktischen Erfahrungen, auf die man seine Schlußfolgerungen bauen kann.

Es gibt vielleicht keine andere Frage der Parteitaktik, über die in unseren Reihen augenblicklich die Meinungen so sehr auseinandergehen und in der noch vieles so dunkel ist, die Tatsachen so deutbar sind. Man kann hier im ganzen und großen nicht weniger als fünf Richtungen in unserer Partei unterscheiden.

Einmal diejenige, die noch auf dem Standpunkt steht, der Generalstreik sei Generalunsinn, die ihn unbedingt, unter allen Umständen verwirft. Diese Anschauung, noch vor wenigen Jahren die weitaus überwiegende, ist unter dem Eindruck der Erfahrungen der letzten Zeit in raschem Rückgang begriffen, scheint aber immer noch ziemlich stark zu sein.

Dann die zweite, die den politischen Massenstreik nicht unbedingt verwirft, aber ihn für Deutschland entschieden ablehnt, weil hier seine Bedingungen nicht gegeben und auch in absehbarer Zeit ausgeschlossen seien.

Neben diesen beiden Richtungen, die den Massenstreik ablehnen, haben wir nicht weniger als drei, die ihn befürworten. Da zunächst die Richtung, deren bekanntester Repräsentant in Deutschland Friedeberg ist, die sich an die *anarchistische* Anschauung vom Generalstreik anlehnt, trotzdem aber auch in unseren Reihen mehr oder weniger bewußte Anhänger gefunden hat.

Dieser steht gegenüber jene Auffassung, die bisher ihren systematischesten Ausdruck in der Schrift der Genossin Roland-Holst gefunden hat. Daneben kommt endlich noch eine dritte Richtung in Betracht, die man wohl als die Katzenstein-Bernsteinsche bezeichnen kann.

Wodurch unterscheiden sich diese drei Richtungen? Alle drei stehen der Idee des Massenstreiks sympathisch gegenüber. Aber die erstere, die halbanarchistische, wie die letztere, nehmen an, wenn ich sie recht verstanden habe, daß der politische Massenstreik ähnlichen Bedingungen unterliegt und eine ähnliche Taktik erfordert wie der gewöhnliche, ökonomische Streik. Seine Vorbedingungen seien eine ausreichende gewerkschaftliche Organisation, ein energisches Klassenbewußtsein sowie das Vorhandensein eines rücksichtslosen Gegners. Wo diese Bedingungen gegeben sind, da könnne man den Massenstreik ebenso inszenieren wie jeden anderen Streik und eventuell wieder abbrechen. Diese beiden Richtungen unterscheiden sich jedoch dadurch, daß die eine dem Streik gegenüber den Parlamentarismus vernachlässigt, und daß sie jenen als das souveräne Mittel betrachtet, das Proletariat mit revolutionärem Drange zu erfüllen und revolutionäre Situationen herbeizuführen, indes die andere Richtung im Gegenteil den Parlamentarismus sowie Friedlichkeit und Gesetzlichkeit über alles schätzt und im Massenstreik ein legales und friedliches Mittel sieht, dort, wo der Parlamentarismus auf demokratischer Grundlage zu versagen droht, ihn zu stärken und sein gedeihliches Wirken zu sichern.

Die dritte Richtung sieht in ihm weniger ein legales und friedliches Pressionsmittel, als vielmehr ein revolutionäres Kampfmittel; wohl könne er unter Umständen als ersteres dienen, in den modernen militaristischen Großstaaten dürfte er aber nur als revolutionäres Mittel in Betracht kommen. Aber gerade weil der Massenstreik ein revolutionäres Mittel ist, wird er — wenigstens in modernen

Großstaaten mit einer zentralisierten Bureaukratie und starken Armee und bei hochgespannten Klassengegensätzen — ein untaugliches, ja ein verderbliches Mittel in nichtrevolutionären Zeiten, ein Mittel, dessen Anwendung in solchen Zeiten nur bewirken könnte, die Organisationen der Arbeiter zu gefährden, unter Umständen zu vernichten. Es war ein sehr gesunder Instinkt, der die sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands bis vor kurzem den Gedanken des politischen Massenstreiks ablehnen ließ.

Wenn sie diese Ablehnung jetzt immer mehr fahren lassen, geschieht es deswegen, weil die Verhältnisse sich ändern und die Notwendigkeit an sie herantritt, mit der Möglichkeit, ja Wahrscheinlichkeit revolutionärer Situationen zu rechnen und dafür kampfbereit zu sein.

Das sind die fünf Auffassungen des Massenstreiks, die in der deutschen Sozialdemokratie zu finden sind. Sie treten nicht immer so scharfumrissen auf, da ja der Gedanke noch neu, noch in voller Gärung begriffen ist. Aber im ganzen und großen wird man alle die verschiedenen Auffassungen in unseren Reihen auf diese fünf Grundtypen zurückführen können.

Daneben kommen aber noch jene Genossen in Betracht, die sich über den Massenstreik gar nicht äußern und nicht äußern wollen, sondern meinen, so etwas tut man, von so etwas spricht man nicht. Je weniger man darüber rede, um so besser. Kommt Zeit, kommt Rat.

Wie immer der Parteitag schließlich entscheiden mag, diese letztere Richtung wird dort sicher nicht auf ihre Kosten kommen. Alle Versuche, die Diskussion des Massenstreiks zu unterbinden, sind bisher fehlgeschlagen, haben das Gegenteil erreicht, diese Diskussion auf das lebhafteste angeregt. Die Verhandlungen des Parteitags werden sie aufs neue beleben und in die entlegensten Enden der Partei tragen. Aber wir dürfen erwarten, daß er noch mehr leisten wird, wie immer sein schließliches Urteil über den Massenstreik lauten mag. Er wird nicht bloß das Interesse für die Frage des Massenstreiks aufs höchste steigern, seine Verhandlungen werden auch dahin wirken, die Frage selbst präziser zu gestalten, die Diskussion darüber auf ein höheres Niveau zu heben und eine Menge von Mißverständnissen aus ihr hinwegzuräumen.

Mag dabei der Kampf der Geister noch so heftig entbrennen, was schadet's! Es wird um große Dinge dabei gestritten werden. Und nur der Kampf um *kleine* Differenzen wirkt lähmend und degradierend. Dagegen wachsen die Partei und ihre Glieder mit den größeren Zwecken, die sie sich setzen, um die sie kämpfen.

So dürfen wir erwarten, daß der Parteitag sich würdig erweisen wird der großen historischen Situation, in der er tagt; daß der befreiende revolutionäre Geist, der das Proletariat der ganzen Welt durchweht, auch die Verhandlungen von Jena beherrschen wird.

Noch nie, seit dem Bestehen unserer Partei, hat einer ihrer Parteitage in einer so gewaltigen revolutionären Situation getagt, wie der jetzigen. Selbst die Ereignisse von 1870 und 1871 verblassen gegenüber denen der russischen Revolution. Damals fiel das Kaiserreich beim ersten Rucke zusammen, aber nur um einer Republik Platz zu machen, die nicht viel mehr ist als das Kaiserreich ohne Kaiser. An die Herrschaftsinstitutionen, Bureaukratie und Armee, wurde gar nicht gerührt. Und die Erhebung der Pariser Kommune, so herrlich sie war, bedeutete doch nur die Empörung einer einzigen Stadt für ein paar Wochen.

In Rußland dagegen haben wir eine Revolution, die die Grundfesten des ganzen Staates aufs tiefste erschüttert und die gerade die Herrschaftsinstitutionen, Bureaukratie und Armee, völlig desorganisiert. Eine Revolution, in der das Proletariat nicht bloß einer Stadt, sondern aller großen Städte des Reiches kämpft, nicht wochenlang, sondern monatelang — wahrscheinlich jahrelang. Eine Revolution, in der von Anfang an das industrielle Proletariat die mächtigste Triebkraft bildet.

Aber nicht nur nach ihrer Ausdehnung und Bedeutung, sondern mehr noch nach den Konsequenzen, die sie nach sich ziehen muß, unterscheidet sich die heutige Revolution Rußlands von der Frankreichs 1870/71. Diese bildete, trotz des gelegentlichen starken Hervortretens eines sozialistischen Proletariats, den Abschluß der Ära der bürgerlichen Revolutionen in Europa. Die russische Revolution bildet, trotz des bürgerlichen Charakters, den sie noch trägt, den Beginn der Ära der proletarischen Revolutionen, der wir entgegengehen. Die Ereignisse von 1870/71 brachten daher Ruhe für ganz Europa, die Konsolidierung seiner Verhältnisse; eröffneten für Europa, mit der einzigen vorübergehenden Ausnahme Rußlands und der Türkei, ein Zeitalter des Friedens und ungestörter ökonomischer Entwicklung.

Die Ereignisse von 1905 dagegen bringen alle Verhältnisse ins Wanken, so fest sie bisher erscheinen mochten, sie bergen in ihrem Schoße Krieg, Teuerung, wo nicht Hungersnot, gewaltsamen Umsturz der gegebenen gesetzlichen Ordnungen durch Junker und Scharfmacher, gewaltsamen Widerstand des Proletariats, revolutionäre Situationen aller Art.

Wie rasch heute solche Situationen in Ländern auftauchen, wo gestern noch alle Welt sie für unmöglich gehalten hätte, zeigt jetzt wieder Ungarn.

Noch wissen wir nicht, welche Formen des Kampfes, welche Aufgaben aus diesem gärenden Hexenkessel für uns hervorkommen werden. Aber eines ist sicher: auf alles andere müssen wir eher gefaßt sein, als auf die gemütliche Fortdauer des augenblicklichen Zustandes. Kein Politiker wird eher Schiffbruch leiden als derjenige, der nur mit den Zuständen rechnet, wie sie gerade bestehen.

Heute heißt es jeden Moment auf Überraschungen gefaßt sein; heißt es stets die Augen offen haben, jede Änderung des politischen Horizonts genau beachten, sich stets bereit halten für die äußersten Anforderungen, denn das politische Barometer deutet auf Sturm.

Und als eine Prüfung der Ausrüstung des Parteischiffs vor dem Sturme begrüßen wir den Jenaer Parteitag!

Die „Gerichtschronik" in der Parteipresse.

Von **Mich. Sursky.**

Im achtzehnten Jahrhundert hatte der deutsche Spießbürger keine Presse, die wie jetzt ihm jeden Morgen breitspurig über die „merkwürdigen Fälle", die in seiner Vaterstadt vorkamen, berichtete — er brauchte sie ja auch nicht. Damals lebte die Justitia mitten im Volke, jeden Tag war da auf dem Markte, auf dem Rathaus für die Neugierigen etwas zu sehen. Da stand einer am Pranger oder saß im Käfig. Dann und wann wurde ein Dieb in der ihm „von Rechts wegen gebührenden" Tracht herumgeführt oder mußte zum großen

Gaudium der Bevölkerung einen Ritt auf dem Esel durch Dorf und Stadt machen. Prächtige und — gottlob — nicht seltene Schauspiele waren endlich die Hinrichtungen. Da war die ganze Stadt und Umgegend vom grauen Morgen an zur Stelle; man erzählte, man erläuterte den Fall, man unterrichtete sich über alle Einzelheiten des Verbrechens.

In unserem Zeitalter vollziehen die irdischen Vertreter der göttlichen Gerechtigkeit ihr Amt hinter Mauern, als ob sie sich ihrer Tätigkeit selbst schämten: die Hinrichtung ist längst „intramuran“ geworden, geprügelt wird nur in Zuchthäusern und, was gewiß eine falsche Sentimentalität ist, erst nach einem ärztlichen Gutachten. Man steckt keinen mehr in einen Käfig auf dem Markte, sondern schreibt Dunkelarrest vor. Man scheut sich, öffentlich zu brandmarken, aber der „Vermerk“ in den Papieren, die „Überweisung an die Landespolizeibehörde“ genügt vollkommen. So sind die Zeiten andere geworden, aber die müßige Neugierde der Menschen, die Leidenschaft, mit der man über die städtische Skandalchronik unterrichtet sein will, ist dennoch dieselbe geblieben, wenn nicht in höherem Maße gestiegen. Was früher von einem Nachbarn dem anderen erzählt ward, das erfährt man jetzt aus der Presse. Bereits im vorigen Jahrhundert begann dieser Unfug. Buntfarbig malte man das „in dieser Nacht“ begangene Verbrechen mit allen Einzelheiten aus. Scharfsinnige Vermutungen wurden ausgesprochen, wer denn der Täter sein möchte. Wurde einer aber ergriffen, so beschäftigte man die Leser mit seiner Persönlichkeit und Vergangenheit, seinen Ansichten und Anschauungen. Man kümmerte sich natürlich wenig um die Wahrheit, vor allem mußte der Täter zu einer „romantischen“ Person gemacht werden. Ganze Spalten nahm die Gerichtschronik in Anspruch. So entwickelte sich allmählich jener dankenswerte Kreis von Lesern, die nach der Zeitung nur schauen, um zu lesen, „wer sich da gestern erhängt hat und wer totgeschlagen ist“. Und man begnügt sich nicht mit dem, was sich in der eigenen Stadt ereignete, wäre sie auch eine Weltstadt. Die sogenannten sensationellen Prozesse sind längst ein „Gemeingut der Nationen“ geworden, die Zeitungen schrecken nicht zurück vor den Kosten und kommandieren den „eigenen“ Berichterstatter von einem Ende Europas an das andere, um sich ganze Seiten telegraphieren zu lassen, wenn nur ein Prozeß „interessant“ zu sein verspricht.

Von sozialdemokratischer Seite wird immer darauf hingewiesen, wie kulturschädlich die parteilose Presse ist, wie sie die Leser vom politischen Denken und Fühlen entwöhnt. Seine Anziehungskraft verdankt dieses elende Produkt des Kapitalismus unter anderem seiner „reichen“ Gerichtschronik. Fürwahr, diese Presse begeht nach dem Worte Lassalles „das höchste Verbrechen“, denn „sie vergiftet um schnöden Gewinstes willen alle Brunnen des Volksgeistes und kredenzt dem Volke den geistigen Tod aus tausend Röhren“.[1]

---

[1] Von den Kriminalisten wurde der Einfluß dieser Schundpresse auf die Kriminalität vielfach und früh erwiesen. Die Schauderromane sind minder gefährlich, denn sie sind nicht so zugänglich für die breiten Massen des Publikums als die billige Zeitung. Einen interessanten Vortrag hielt darüber Dr. P. Aubry auf dem internationalen Kongreß „gegen die unsittliche Presse“ (Lausanne 1893): „De l'influence contagieuse de la publicité des faits criminels.“ Abgedruckt in „Archives d'anthropologie criminelle“, 1893, Band 8, Seite 565. Darin auch die ältere Literatur angezeigt.

Von besonderer Schädlichkeit sind die „ausführlichen“ Berichte für die Jugend, sie erwecken die Eitelkeit, „einmal etwas über sich in den Zeitungen zu lesen“. Siehe darüber: Ferriani, „Minderjährige Verbrecher“, deutsche Übersetzung, Berlin 1896.

Diesen Vergiftern des Volksgeistes gegenüber kann in der heutigen Gesellschaft nur die sozialdemokratische Presse ein Gegengewicht bilden, denn sie arbeitet nicht um des schnöden Gewinstes willen, viel höhere Zwecke will sie erfüllen. Unsere Presse soll die Arbeiter aufklären, sie politisch und moralisch erziehen, ihr Klassenbewußtsein wecken. Um das zu erreichen, muß sie vom Leitartikel bis zu den „lokalen Nachrichten“ hinab vom Geiste des wissenschaftlichen Sozialismus durchdrungen sein. Und was die politischen und ökonomischen Kämpfe angeht, tut unsere Presse ihr Bestes. Auch die Soldatenmißhandlungen, die Opfer der Partei- und Gewerkschaftsbewegung werden als Erscheinungen der Klassengesellschaft aufgefaßt und beleuchtet. Wie aber werden in unserer Presse die sogenannten „gemeinen“ Verbrechen behandelt, wie werden in ihr diese Erscheinungen des heutigen sozialen Lebens beleuchtet?

Was die äußere Seite betrifft, so nehmen die „kriminellen Fälle“ in den Zeitungen keinen besonderen Platz ein. Bald ist es „Polizeiliches“ oder „Gerichtliches“, auch „Soziales“, was unter anderem die „faits criminels“ vorbringt. Wie die Leute in Konflikte mit der Justiz geraten, erfahren wir „Aus den Vororten“, „Aus dem Lande“, sogar „Aus dem Reiche“. Diese „Chronik“ nimmt in kleineren Parteiblättern, in der Mehrzahl der Volkstribünen, Volksstimmen, Volksfreunden usw. einen recht bescheidenen Platz ein. Und das ist ja selbstverständlich. In so einem Herzogtum, das man in ein paar Stunden umreisen kann, hat die Polizei weniger zu schaffen, als in irgend einem Berliner Stadtviertel. Das verbrecherische Leben konzentriert sich in den Großstädten — da hält man sich am längsten und am besten verborgen. Und dazu sind die Provinzialblätter blutarm und die ganze Arbeit wird nicht selten vom „Chefredakteur“ bewältigt. Man ist öfters nicht imstande, den Berichterstatter, der für die bürgerlichen Blätter arbeitet, auch für sich in Anspruch zu nehmen. Ja, wie mir ein ehemaliger provinzialer „Chefredakteur“ erzählte, terrorisierten die bürgerlichen Blätter seiner Stadt den örtlichen Gerichtskorrespondenten derart, daß er sich verpflichtete, nichts den „Sozis“ mitzuteilen. So traf ich mehr als einmal nur die melancholische Notiz, daß die „diesjährige Schwurgerichtssession beendigt ist“. Es wird recht oft nur sehr knapp und kurz berichtet, und auch in solchen Zeitungen wie „Hamburger Echo“, „Leipziger Volkszeitung“, daß so und so viel Einbruchsdiebstähle, Körperverletzungen usw. begangen sind. In den kleineren Provinzialblättern bildet der rein tatsächliche Bericht die Regel, ausführlichere Beschreibungen kommen selten vor. Und man kann getrost sagen: zum Glück. Denn diese Ausführlichkeit und besonders die Art und Weise, wie die Fälle beschrieben und beleuchtet werden, das Kommentieren, das wird in unserer Presse oft verhängnisvoll: in der Regel sind das Notizen, die nur in einem parteilosen Blatte an rechter Stelle wären. Die glücklichen Ausnahmen stehen in desto krasserem Widerspruch zu dem Grundton. Zu diesen Ausnahmen gehören zum Beispiel allgemeine — leider nur seltene — Betrachtungen über die Bestrafung der Bettelei, über die polizeilichen Maßregeln gegen Prostituierte, auf die ich im „Vorwärts“ traf. Oder ein provinziales Blatt vergleicht die Statistik der Roheitsdelikte der „Akademiker“ mit der der Arbeiter. Es wird dann und wann im „Vorwärts“ und anderen Parteizeitungen über die „Tragödien des Elends“ berichtet, wie Verbrechen aus Armut und Not begangen werden. So zum Beispiel verstand es der „Vorwärts“, eine traurige Erscheinung des heutigen Lebens ins richtige Licht zu setzen. Es wird erzählt, wie ein Mädchen, Tochter eines höheren Beamten,

selbständig ihr Brot verdienen wollte. Sie wurde Fabrikarbeiterin, konnte es aber nicht längere Zeit aushalten, es gebrach ihr an Kräften. Zu stolz, um reumütig zu ihren Eltern zurückzukehren, warf sie sich der Prostitution in die Arme. Einige Jahre glänzte sie in den Kreisen der Halbwelt. Dann erkrankte sie, wie dies fast immer bei diesen armen Geschöpfen früher oder später der Fall ist, und die Krankheit entstellte ihr das Gesicht. Von den Eltern verstoßen, kam sie immer tiefer und tiefer herunter und suchte den Trost im Alkohol. Einige Jahre später, schon mehrmals bestraft, stahl sie in stark betrunkenem Zustand ein paar Flaschen Likör. Das Ende davon — zwei Jahre Zuchthaus. Dies veranlaßt den „Vorwärts“ zu der richtigen Bemerkung: „Die bürgerliche Gesellschaft hatte für dieses Weib, das in ihrem Leben genug gebüßt, keine andere Zufluchtsstätte als das Zuchthaus.“ (25. Februar 1905.)

Ich könnte noch einige Beispiele (viele allerdings nicht) vorführen, wo unsere Presse bei solchen Erscheinungen den Zusammenhang des sozialen Elends mit der geltenden Gesellschaftsordnung zu würdigen verstand. Im allgemeinen aber — und das ist ja die Hauptsache — vergißt unsere Presse, daß die gesamte heutige Kriminalität ein Produkt der kapitalistischen Ordnung ist. Betrachten wir zum Beispiel, wie manchmal die Eigentumsverbrechen in unseren Blättern behandelt werden. Es fällt natürlich nie einem Sozialdemokraten ein, das Privateigentum durch Diebstahl und Einbruch aus der Welt schaffen zu wollen. Aber wir dürfen uns doch auch nicht zum Priester dieses für die bürgerlichen Klassen „heiligen“ Instituts herabwürdigen. Wenn man aber den letzten halben Jahrgang des „Vorwärts“ durchsieht, so bekommt man den Eindruck, als ob unser Zentralorgan einen Kreuzzug gegen die Einbrecher und Betrüger unternommen hätte. Die Berichte über die Einbruchsfälle erscheinen in ihm fast täglich, sie bilden eines der liebsten Themata seiner Gerichtskorrespondenten. Ausführlich und liebevoll wird geschildert, wie dem oder jenem „alten“ Einbrecher nun endlich „das Handwerk von der Kriminalpolizei gelegt worden ist“, wie „Verbrechergilden und -banden“ abgefaßt werden, wie ein zu unvorsichtiger Dieb „in die Falle geht“, während er „den Besuch in einer verlassenen Wohnung abstattet“. Voll sittlicher Entrüstung ist der „Vorwärts“ gegen diese „alten Sünder“, die ihr „unredliches Gewerbe“ treiben. Man ist erst dann beruhigt, wenn man vernimmt, daß „endlich ein alter Verbrecher“, „ein Unverbesserlicher“ einmal „unschädlich gemacht ist“ — so auf 15 Jahre und mehr ins Zuchthaus gesteckt wird. Zwar gibt sich der „Vorwärts“ auch mit 3, 4, 5 Jahren Zuchthaus zufrieden, es ist doch jedenfalls sicherer als so ein Gefängnis mit ein paar armseligen Monaten. Ebenso eifrig wie die Einbrecher verfolgt der „Vorwärts“ die „Schwindler“. Kein Betrüger, der ja fast immer ein „geriebener“ oder „dreister“ Schwindler ist, kann bei ihm Gnade erwarten. Außerdem sind sie fast immer „unverbesserlich“. So zum Beispiel dieser „alte Hoteldieb“, ein Mann „mit schneeweißem Barte“. Er hatte schon 15 Jahre Zuchthaus abgesessen, aber geht wiederum an die „Arbeit“, kein Wunder, daß der „alte Sünder“ wiederum ins Zuchthaus zurückkehrt. (11. Januar 1905.) Dann und wann bringt der „Vorwärts“ die beruhigende Nachricht, daß ein „alter Stadtbahnfledderer wieder einmal unschädlich gemacht ist“ (15 Jahre Zuchthaus) oder daß „ein gefährlicher, entflohener Warenschwindler endlich von der Kriminalpolizei ergriffen wurde“. Jetzt kann man völlig beruhigt sein, denn der Flüchtling hat 40 Jahre abzusitzen, und die Verwaltung der Strafanstalt wird doch sicher mehr auf ihn aufpassen. (6. Juli 1905.) Es wird aus-

führlich erzählt, wie sich die Kriminalpolizei auf die „Jagd" begibt, und wie sie auf derselben glücklich eine ganze Masse von „Paletotmardern", „Langfingern" usw. „abfaßt". Mit Freude kann man lesen, wie ein „neuer Gaunergriff" ganz gerechterweise mit 8 Jahren Zuchthaus bezahlt wird — und jetzt versuche man, zu beweisen, daß es keine „vergeltende Gerechtigkeit" auf der Welt gibt!

Und die übrige Parteipresse? Im großen ganzen schwärmt auch sie für die „Unschädlichmachung". Zwar ist sie in ihren Ansprüchen bescheidener. So zum Beispiel berichtet die „Erfurter Tribüne" vom 9. August 1905, daß „ein Fahrraddieb schlimmster Sorte auf lange Zeit unschädlich gemacht ist", nämlich 1 Jahr Gefängnis bekommen hat. „Es ist eine schwere Strafe", fügt die „Tribüne" hinzu, „aber die Dreistigkeit und Gemeingefährlichkeit war ebenfalls groß." Nur ein Jahr, und Gefängnis dabei, für Menschen von solcher Qualität — das ist fürwahr bescheiden.

Verdienen vielleicht diese Unglücklichen in der Tat so eine Behandlung? Oder ist nicht die Gesellschaft gegen sie viel schuldiger, als die „Unverbesserlichen" gegen diese letztere? Man lese nur eine Notiz, auf die ich in der „Leipziger Volkszeitung" (21. Juni 1905) traf. Es kommt ein 56 Jahre alter Einbrecher vor Gericht. Er hatte schon viele Strafen im Gefängnis und Zuchthaus abgebüßt. Einige Wochen nach seiner letzten Entlassung wird er wiederum abgefaßt. „Eine kleine verschobene, buckelige Gestalt", liest man, „macht J. schon äußerlich den Eindruck eines beklagenswerten Menschen, der sich noch erhöht, wenn seine vielfachen und schweren Vorstrafen zur Verlesung gelangen, die auf eine verkehrte Erziehung zurückgeführt sein dürften." Der Unglückliche mußte von Betrug und Diebstahl leben, weil er, wie er ausführte, keine dauernde Arbeit wegen Gedächtnisschwäche finden konnte. Aber der Sachverständige erklärte ihn für zurechnungsfähig und normal, und so wandert er von neuem ins Zuchthaus auf 5 Jahre und wird dazu mit einer Geldstrafe von 3500 Mark belegt, die in 440 Tagen Zuchthaus umgewandelt ist.

„Damit dürfte das Schicksal dieses Unglücklichen besiegelt sein", schließt die Notiz, die uns „ein düsteres Bild aus dem Klassenstaate" zeigen will.

Sind aber andere „alte Sünder", „unverbesserliche Einbrecher", von denen auch dieselbe „Leipziger Volkszeitung" an anderen Stellen ganz kaltblütig berichtet, wie sie auf Jahre ins Zuchthaus wandern, glücklicher, wird ihr Schicksal nicht ebenso von der Gesellschaft besiegelt?[1]

Und wie wird in der Presse die Frage der jugendlichen „Verbrecher" behandelt? Hier finden wir ebenfalls nicht die sozialistische Auffassung konsequent durchgeführt. Es protestiert freilich der „Vorwärts", wenn ein zwölfjähriger Schulknabe, ein Brotausträger, wegen einer Geldunterschlagung auf ein halbes Jahr ins Gefängnis kommt, es empört die „Sächsische Arbeiterzeitung" das „erschreckende Urteil", demzufolge zwei Knaben von 13 und 14 Jahren mit 1 Jahr Gefängnis bestraft werden, weil sie Steine auf eine Bahn legten, um zu sehen, was daraus wohl entstehen wird. Obgleich dies frühzeitig bemerkt wurde und kein Unheil passierte, wurden die Knaben doch wegen „vorsätzlicher Gefährdung des Eisenbahntransports" zur oben erwähnten Strafe verurteilt. Ich könnte noch einige Beispiele vorführen, wo die Fälle der jugendlichen Kriminalität von unserer Presse ganz richtig beurteilt wurden. Aber in über-

---

[1] Man lese nur aus den „Großstadt-Dokumenten" von Hans Ostwald, Band I, („Dunkle Winkel" in Berlin) das Kapitel „Entlassene Gefangene".

wiegender Mehrzahl werden die zwölf- bis fünfzehnjährigen Kinder als „freche“, „dreiste Burschen“ bezeichnet. Die „jungen Taugenichtse“ sind schon „von früh auf verlottert und Feinde ehrlicher Arbeit“. Man zählt so einen Taugenichts sehr bald zu „jenen dunklen Existenzen“ ... usw. Man findet für einen fünfzehnjährigen Knaben, der seiner Mutter — einer armen Witwe — das Geld stiehlt und ihr darüber einen Brief schreibt, der allen, außer dem Berichterstatter, klar und deutlich zeigt, wie noch ganz naiv und kindisch der Knabe sein „Verbrechen“ auffaßt, keinen anderen Namen als „nettes Früchtchen“ (mit vollem Rechte bekommt der Bursche für seine „gemeine Handlungsweise“ ein halbes Jahr Gefängnis. — „Leipziger Volkszeitung“ 6. Februar 1905). Ein Glück ist es für die Kinder wohlhabender Eltern, daß sie über ihr eigenes Taschengeld verfügen; wie viele von ihnen würden sonst zu einer solchen „gemeinen Handlungsweise“ gegriffen haben.

Und es ist um so betrübender, daß solche Urteile und Bemerkungen in unserer Presse zu lesen sind, als von den bürgerlichen Kriminalisten, die eine soziologische Richtung in der Strafrechtswissenschaft anschlagen, längst die Parole ausgegeben worden ist: es gibt keine verbrecherischen Kinder — nur von verwahrlosten kann man reden; nicht Strafe, sondern Erziehung muß eingreifen.

Und unsere Presse ist hier so rückständig, daß sie sich den Satz der Römer zu eigen macht: malitia supplet ætatem, die Bosheit ergänzt das Alter, das heißt: auch die kleineren Kinder müssen bestraft werden, wenn sie größere Verbrechen begehen.

Am tiefsten hat mich folgende Notiz im „Vorwärts“ berührt (17. Juni 1905): „Die achtzehnjährige Else Z. hat sich im Untersuchungsgefängnis erhängt. Sie war seit ihrem fünfzehnten Lebensjahr eine unverbesserliche Diebin.“ Sie stahl zuerst einen Tausendmarkschein bei einem Nachbar, lief ihrer Mutter davon, kaufte sich allerlei Putzsachen und „trieb sich mit jungen Burschen, die auf ihre Kosten lebten, umher“. Nachdem sie im ganzen 280 Mark verbraucht hatte, wurde sie gefaßt und zu einigen Wochen Gefängnis verurteilt. Die Strafe aber wurde mit Rücksicht auf ihr Alter ausgesetzt. „Statt sich zu bessern“, liest man im „Vorwärts“ weiter, „setzte die Verurteilte ihre Diebereien fort, bis sie kürzlich wieder abgefaßt wurde.“ Sie entwendete nämlich in Geschäften, in denen sie Arbeit fand, Blusen, Bänder, Tücher und dergleichen. Der Bericht schließt: „Im Untersuchungsgefängnis machte sie jetzt ihrem Leben durch Erhängen ein Ende. Die Selbstmörderin hatte bereits mehrere Liebesverhältnisse und war Mutter eines jetzt ein Jahr alten Kindes.“

Was für ein Drama wird das Mädchen durchlebt haben, bis es den Entschluß faßte, sich das Leben zu nehmen? Und was hat sie verschuldet? Sie stahl Geld, um sich Schmucksachen zu verschaffen, sie stahl Blusen und Bänder. Sind diese denn so viel wert, daß man sie mit dem Leben bezahlen muß? Eine erschreckende *soziale* Tragödie! Aber der Bericht des „Vorwärts“ findet kein mitleidiges Wort für das arme Mädchen, für ihn ist sie nur „*früh verdorben*“ — so ist die Notiz betitelt. Ja, er hat recht, man „verdirbt“, man geht zugrunde recht früh in unserer christlichkapitalistischen Gesellschaft! Und die Worte kommen uns in Erinnerung, die wie das Totenglöcklein dumpf und schaurig lauten:

Opfer fallen hier,
Weder Lamm noch Stier,
Aber Menschenopfer unerhört.

Und was nutzt es, wenn der „Vorwärts" dann und wann gute Bemerkungen über die Nutzlosigkeit der Mädchenfürsorgeerziehung — wie sie jetzt gestaltet ist — macht, wenn er so kaltblütig über ein so früh und so tief unglücklich geendetes Menschenleben zur Tagesordnung übergeht!

Vor kurzem berichtete der „Vorwärts" aus Steglitz über „eine Rabenmutter":

„Am Sonntag wurde in Steglitz die zweiundzwanzigjährige unverehelichte T. von der Kriminalpolizei unter dem Verdacht, ihr drei Wochen altes Kind dem Hungertod preisgegeben zu haben, verhaftet. Die T. versah außer dem Hause Aufwartestellen und kam in letzter Zeit erst in späteren Nachmittagsstunden zurück, nachdem sie schon in aller Frühe weggegangen war. In ihrer Abwesenheit überließ sie das Kind sich selbst, so daß es ohne Nahrung war. Am Sonntag starb es nun plötzlich, die Sache kam zur Kenntnis."

Selbst vom Standpunkt der bürgerlichen Gerechtigkeit dürften wir das Weib nicht brandmarken, denn seine Schuld ist noch nicht erwiesen; es ist nur als verdächtig verhaftet. Aber gesetzt, der Verdacht würde sich als berechtigt erweisen, die Frau hätte wirklich ihr Kind getötet, so haben wir doch kein Recht — vom rein menschlichen Standpunkt aus —, sie zu steinigen, sie eine „Rabenmutter" zu nennen. Sie ist unverehelicht — wahrscheinlich verlassen von dem Vater ihres Kindes, sie muß an die Arbeit gehen, um nicht zu verhungern. Ist es nicht die Gesellschaft, die solche Kinder tötet? Vor mehr als einem Jahrhundert trat ein Kinderfreund wie Pestalozzi mit aller Glut seines edlen Herzens als Verteidiger der armen Mütter auf.[1]

Die Notiz ist auch in die Provinzialpresse übergegangen — wörtlich wie sie im „Vorwärts" gedruckt war.

Und das Traurige in der Gerichtschronik unserer Partei ist noch das, daß ihr ein gewisser Galgenhumor nicht fern bleibt. Man lese zum Beispiel die Beschreibung einer Hochstaplerin, die von der Polizei aufgesucht wird, um, natürlich, „unschädlich" gemacht zu werden: „die stattliche junge Unbekannte, deren Haar ebenso dunkel ist wie ihre Persönlichkeit". . . . Oder es wird in ganz nettem Tone erzählt, wie „die ‚lieben süßen Mägdelein' mittelbar zu Verrätern eines alten Verbrechers geworden sind", wie er mit ihnen schön die Zeit durchbrachte und doch endlich ins Zuchthaus zurückkehren muß, um seine 15 oder 20 Jahre Zuchthaus (vielleicht auch mehr, ich kann mich der Zahl genau jetzt nicht erinnern) abzusitzen. Wie humorvoll sind „die Abenteuer eines

---

[1] „Über Gesetzgebung und Kindermord", 1783 erschienen. „Menschen, Gesetzgeber und Richter! Laßt mich reden und die Umstände des Kindermordes, wie sie sein müssen, und nicht anders sein können, euch vormalen; und dann laßt mich euch fragen: sind sie nicht fast allgemein immer mit einem Gefühl von Selbstverteidigung und Notwehr verbunden, bei solchen man sonst in ähnlichen Fällen beinahe allgemein den Mord zu entschuldigen geneigt ist — das Kind, welches das Mädchen gebären soll, raubt ihm Ruhe und Ehr und allen Lebensgenuß — und ich töte den Mann, der wider meine Börse die Hand ausstreckt, und werde gerechtfertigt" (S. 60).

Die Schrift, die ein rühmliches Denkmal der Aufklärungsepoche bleibt, wurde durch eine „Preisfrage" ins Leben gerufen. Ein „Menschenfreund zu Mannheim" setzte um 1780 einen Preis auf die Arbeit: „Welches sind die besten ausführbarsten Mittel, dem Kindermord abzuhelfen, ohne die Unzucht zu begünstigen?" Bezeichnend dafür, wie damals die bürgerlichen Ideologen ein wahres Interesse für solche soziale Probleme hatten, ist die Tatsache, daß mehr als 400 Schriften als Antwort auf die obengenannte „Frage" erschienen (Dr. Johann Pfeil in seiner „Preisschrift", 1788, S. 147).

biederen Provinzialen" mit einer „liebenswürdigen jungen Dame", die dann 1½ Jahre Gefängnis bekommt usw.

Genug der Beispiele. Was mich bewog, den Artikel zu schreiben, war gewiß nicht der Wunsch, dem oder jenem Parteiblatt einen Tadel auszusprechen.

Nein, ich wollte nur auf einige Gebrechen unserer Presse hinweisen, wollte nur zeigen, daß sie auf einigen Gebieten nicht auf der Höhe sozialistischer Anschauungen sich bewegt. Daran sind aber keineswegs die leitenden Personen in unserer Presse schuldig, wenn man überhaupt von Schuld sprechen will. Der Grund dieser Erscheinung steckt meiner Meinung nach etwas tiefer, er liegt in Anschauungen und Ansichten der breiten Parteimasse überhaupt. Wir leben mitten in einer bürgerlichen Gesellschaft, wo der Kapitalismus schon seit langer Zeit feste und tiefe Wurzeln faßte, wo seit Jahren „Ordnung" herrscht. Und diese „Ordnung" kennt kein Mitleid, wenigstens nicht in dem Maße, wie es das Volk kennt, in dem noch die Traditionen einer Naturalwirtschaft lebendig sind. In Deutschland werden die gefangenen Verbrecher nicht als „Unglückliche" bezeichnet, wie das russische Volk sich so gefühlvoll ausdrückt. Und wer in Westeuropa aufgewachsen ist, dem ist es schwer, alle Vorurteile der bürgerlichen Gesellschaft, in deren Gewühl er lebt, wie Staub abzuschütteln. Es ist viel leichter, auf dem hohen Meere der Politik als Sozialdemokrat zu steuern, mit „tausend Masten" zu segeln, als im alltäglichen Leben, wo man für sein Stück Brot kämpfen muß, in seinem Familienkreis die sozialistische Gesinnung zu betätigen. Man lebt sich so leicht in das bürgerliche Milieu ein. Aber gerade in diesem Punkte muß und kann Wandel geschafft werden. Wer sich zu unserer Partei zählt, muß auch im alltäglichen Leben als Sozialdemokrat denken und fühlen. Und hierher gehört unter anderem auch das richtige Verständnis der Kriminalität, der Erscheinungen des sozialen Elends. Den Schwerpunkt dürfen wir nicht auf Kriminalpolizei und Zuchthäuser legen und auf die „Unschädlichmachung" gleich den bürgerlichen Kriminalisten pochen. Der historische Materialismus hat uns Mittel genug zur wahren Erkenntnis aller sozialen Erscheinungen geliefert, und hier eröffnet sich für die Tagespresse ein breites Arbeitsfeld. Sie muß nur das Philisterhafte, das auf diesem Gebiet ihr hie und da noch anhaftet, abstreifen und von der ersten bis zur letzten Zeile vom sozialistischen Geiste erfüllt sein. Nur eine solche Presse kann den ganzen Menschen erziehen.

Die Organisationsfrage und der Parteitag.

Von **Heinrich Schulz.**

Nie zuvor hat sich in den breitesten Schichten der organisierten Parteigenossen ein derartig reges Interesse für die Frage der Neuregelung unserer Organisation gezeigt wie in diesem Jahre. Das ist kein Zufall. Abgesehen von dem Umstand, daß für die Organisationsfrage nicht nur die paar redegewandten „Führer" in den einzelnen Orten zuständig sind, sondern fast alle tätigen Genossen, sehe ich in dem heißen Bemühen allerorts, unsere organisatorische Rüstung zu verbessern, vor allen Dingen eine Rückwirkung der schlechten Nachwahlergebnisse im letzten Jahre. Die Genossen fühlen, daß in dem organisatorischen Gefüge der Partei und somit auch in der agitatorischen Schlagfertigkeit nicht alles so ist, wie es sein sollte. Würden die Organisationen

größer und leistungsfähiger gewesen sein, und würden sie die bislang nur mangelhaft und ungleichmäßig erfüllte Aufgabe, die Masse der Genossen durch planmäßige Maßnahmen in prinzipieller Hinsicht besser zu schulen, gründlicher besorgt haben, so würde uns wahrscheinlich mancher Zank im Innern in den letzten Jahren und auch das unerfreuliche Ergebnis bei den letzten Nachwahlen erspart geblieben sein. Schon im Jahre 1894 klagte Kautsky:[1] „Die große Schwierigkeit für unsere Partei ist heute nicht die übermäßige Langsamkeit, sondern die Schnelligkeit ihres Wachstums. Seit 1890 sind uns so massenhaft neue Elemente zugeströmt, daß die alten Genossen gar nicht ausreichen, sie zu bilden und aufzuklären, um so weniger, als auch die praktischen Aufgaben enorm wachsen und die geschulten Kräfte absorbieren. Woran wir Mangel leiden, sind nicht Anhänger, sondern klare, durchgebildete Parteigenossen. Deren Zahl wird relativ immer geringer. Diesem Mangel abzuhelfen, ist heute eine unserer wichtigsten, vielleicht die wichtigste unserer nächsten Aufgaben. Ihre Lösung wird nicht gefördert durch die Anlockung von Elementen, die von unseren letzten Zielen nichts wissen wollen, und durch die Politik der homöopathischen Dosen."

Diese Klage ist heute leider noch viel berechtigter als vor elf Jahren. Das Gros der „Anhänger" ist ungeheuer gewachsen; die damals von Kautsky schon als wichtigste unserer Aufgaben bezeichnete Pflicht der Partei dagegen, für die Durchdringung der Massen mit prinzipieller Klarheit und unerschütterlicher Überzeugungstreue zu sorgen, ist in dem letzten Jahrzehnt völlig ungenügend erfüllt worden. Die beste Aufklärungsliteratur stammt aus früheren Zeiten und befindet sich nur in den Händen einer verhältnismäßig geringen Zahl von Genossen; was neu hinzugekommen ist, bezieht sich zumeist — etliche Ausnahmen abgerechnet — auf vergängliche Tagesereignisse und ist deshalb ohne tieferen Wert. Die mündliche Aufklärung der Genossen liegt noch mehr im argen. Sie beschränkt sich fast immer noch neben den traditionellen Fest- und Gedenkreden auf die gelegentlichen Referate dieser und jener mit vieler Mühe herbeigeholten Reichstagsabgeordneten, die sich meistens über eine politische Tagesfrage verbreiten. Von systematischer Aufklärung, von planmäßigem Vorgehen ist dabei nicht die Rede. Der Parteivorstand erklärt in seinem Geschäftsbericht kühl, daß er den Wünschen nach Rednern nicht immer Rechnung habe tragen können, „da ihm die geforderten Kräfte nicht immer zur Verfügung stehen". Dabei wird es auch bleiben, solange man in den Reichstagsabgeordneten die einzigen brauchbaren „auswärtigen" Redner sieht und nicht für eine Schar tüchtiger, wissenschaftlich geschulter Redner sorgt.

Hier kann nur Wandel geschaffen werden, wenn das neu zu schaffende organisatorische Gewand der Partei elastisch und zugleich widerstandsfähig genug ist, um dem nach Betätigung drängenden neuen Leben in der Partei zugleich die nötige Bewegungsfreiheit zu gewähren und ihm doch auch einen festen Halt zu geben.

Die seit Jahren viel diskutierten Ausschlußbestimmungen rechne ich bei aller ihrer Notwendigkeit nicht zu den wichtigeren Punkten des neuen Organisationsstatuts. Die mannigfachen dazu vorliegenden Anträge sind auch wesentlich formeller Natur und werden keine innerlich bewegten Debatten hervorrufen.

---

[1] „Neue Zeit", XIII, 1, S. 281.

Anders steht es dagegen um die „Gliederung“ der Partei. Der aus der Dreiundzwanzigerkommission — leider ohne Verhandlungsbericht und ohne Motive — herausgekommene Entwurf stellt in dieser Frage ein unschönes Kompromiß zwischen der einstigen Vertrauensmännerorganisation und der seit Mainz immer mehr bevorzugten Vereinsorganisation dar. Der Entwurf wagt es nicht, hier resolut mit dem Alten zu brechen. Weil in einigen kleineren Bundesstaaten aus gesetzlichen Gründen und in einigen Wahlkreisen wegen politischer Rückständigkeit die Vereinsorganisation noch nicht durchführbar ist, sollen die übrigen 90 Prozent oder noch mehr der organisierten Parteigenossen unter einem schwerfälligen Dualismus leiden. Wohl ist den wenigen Ausnahmewahlkreisen, die noch nicht die abgerundete Vereinsorganisation durchführen können, Rechnung zu tragen. Aber es werde dieser Zustand deutlich als Ausnahme gekennzeichnet, während für alle übrigen Wahlkreise die Vereinsorganisation obligatorisch zu machen ist. Es ist übrigens sehr interessant, daß auf dem Anfang September stattgefundenen Mecklenburger Parteitag der Genosse Starosson-Rostock in einem Referat über den Organisationsentwurf erklärte, daß er „es mit Freuden begrüßen würde, wenn die Zentralisation noch straffer ausgebaut würde“. Damit wird den Befürwortern der nebenamtlichen Beibehaltung des Vertrauensmännersystems ein wichtiges Argument aus der Hand geschlagen; denn der Hinweis auf die Rechtlosigkeit der mecklenburgischen Genossen galt bislang als wichtiger Grund gegen die straffere Zentralisation.

Zentralisation heißt nicht Bureaukratisierung und Schablonisierung. Darum muß die zentrale Organisationsform dehnbar genug sein, um der historisch gewordenen Gliederung der Parteiorganisation in Landes- und Bezirksverbänden Lebensfähigkeit zu belassen. Es wäre weltfremder Schematismus, wenn man aus fanatischem Zentralisationsbedürfnis über die nun einmal noch vorhandenen Landesgrenzen, die im politischen Leben eine Rolle spielen, hinwegstürmen wollte. Nicht weltfremd, sondern engherzig partikularistisch wäre es, wenn umgekehrt die Landesgrenzen als unübersteiglich für die Organisationsgliederung betrachtet würden. Die Anregungen des Genossen Dittmann, da wo es ratsam erscheint, die Landesgrenzen zu durchbrechen und nach natürlichen wirtschaftlichen Interessensphären Zweckverbände zu bilden, sind daher wohl zu beachten.

Der Organisationsentwurf ist in dieser Beziehung sehr unklar. Wahrscheinlich hat man sich mit Rücksicht auf die Verschiedenartigkeit der einschlägigen Verhältnisse möglichst unbestimmt ausgedrückt. Über die finanzielle Grundlage der Bezirks- beziehungsweise Landesverbände enthält der Entwurf nur die beiläufige Wendung, daß die Vorstände dieser Verbände alljährlich einen Bericht über ihre Tätigkeit und über „die Verwendung der ihnen vom Parteivorstand überwiesenen Gelder“ zu erstatten haben. Sollen danach die Bezirks- und Landesverbände finanziell vollständig abhängig vom Parteivorstand gemacht werden?

Die Bestimmungen über den Parteitag hat die Dreiundzwanzigerkommission fast unverändert gelassen. Sie hat nur den Termin für die Einreichung von Anträgen für den Parteitag früher angesetzt und dabei noch vergessen, daß dann auch der Termin für die Einberufung des Parteitags entsprechend früher gelegt werden muß, um den Genossen im Lande Zeit zur Besprechung der Tagesordnung und zum Einbringen von Anträgen zu lassen. Die Kritik, die der Entwurf in der Presse und in Versammlungen gefunden hat, beschäftigt

sich aber gerade besonders eingehend mit den Bestimmungen über die Zusammensetzung des Parteitags. Darin erblicke ich ein gutes Zeichen. Die Genossen wollen die oberste Instanz für die Partei anders, demokratischer zusammensetzen mit der bewußten oder instinktiven Absicht, daß das für die Auffrischung des Parteilebens nur von Vorteil sein kann. In je weiterem Maße es gelingt, die Masse der organisierten Parteigenossen die Zusammensetzung des Parteitags bestimmen zu lassen, um so besser; mit um so größerem Verantwortungsgefühl wird der einzelne Genosse zu den Verhandlungen und Entscheidungen des Parteitags herangezogen.

Der Entwurf läßt die bisherige Zufallsdelegation aus den einzelnen Wahlkreisen bestehen. Kreise mit großem Portemonnaie können sich den Luxus leisten, drei Delegierte zu entsenden; Kreise, in denen ein ebenso reges Parteileben herrscht, die aber durch die Schwierigkeiten der von ihnen zu betreibenden Agitation weniger große Kapitalien ansammeln können, müssen sich mit zwei Delegierten, oft nur mit einem begnügen; häufig genug müssen sie auch von der Delegation ganz Abstand nehmen. Auch tragen bei dem jetzigen Delegationsmodus die Parteitage oft entsprechend der geographischen Lage des Parteitagsortes ein bestimmtes provinzielles Gepräge. Die vorliegenden Abänderungsvorschläge stimmen durchweg darin überein, daß sie ein Proportionalwahlverfahren für die Delegation aus den Wahlkreisen einführen wollen. Auseinander gehen sie zunächst insofern, als ein Teil der Anträge die Proportion nach der Zahl der abgegebenen Stimmen bei der letzten Reichstagswahl, ein anderer Teil die Proportion nach der Zahl der im Wahlkreis organisierten Genossen bestimmen will. Der letztere Modus ist zweifellos vorzuziehen. Aber die diesbezüglichen Anträge gehen hinsichtlich der Proportion selbst wieder sehr auseinander. In einigen der Anträge spukt sogar die unbestimmte Wendung „etwa". Es wird schwer sein, auf dem diesjährigen Parteitag die gültige Proportion festzusetzen. Die notwendigen statistischen Grundlagen fehlen. Aber es ist auch nicht ratsam, daß die Proportion durch das Organisationsstatut ein für allemal festgesetzt wird. Zahlen, die in diesem Jahre gelten, können schon für das nächste oder übernächste Jahr durch die Entwicklung überholt sein. Es empfiehlt sich deshalb, in dem Statut nur auszusprechen, daß die Wahlen zum Parteitag nach einem Proportionalwahlverfahren zu erfolgen haben, die Proportion selbst aber von dem Parteitag jedesmal festzusetzen beziehungsweise wieder zu bestätigen ist. Für den nächstjährigen Parteitag könnte der Parteivorstand nach vorheriger Einholung der notwendigen Zahlen aus den einzelnen Wahlkreisen eine Wahlordnung ausarbeiten, wonach die Wahlen zu erfolgen haben. Bewährt sich die Wahlordnung hierbei, so kann sie bis auf weiteres beibehalten werden, im andern Falle ist sie zu korrigieren.

Über die Teilnahme der Fraktion an den Parteitagen herrscht gleichfalls große Meinungsverschiedenheit. Daß weite Kreise der Parteigenossen das durch die Entwicklung überholte Vorrecht der Reichstagsabgeordneten beseitigen wollen, ohne weiteres an den Verhandlungen des Parteitags, abgesehen vom parlamentarischen Bericht, als vollberechtigte Mitglieder teilnehmen zu können, halte ich für ein erfreuliches Zeichen. Auch hierin scheint das Erstarken des demokratischen Bewußtseins bei den Parteigenossen zum Ausdruck zu kommen.

Die Bestimmungen über den P a r t e i v o r s t a n d hat die Kommission gleichfalls fast unangetastet gelassen. Sie hat sich darauf beschränkt, die Zahl der Parteivorstandsmitglieder auf acht festzusetzen, womit sie übrigens nur einen

schon bestehenden Zustand statutarisch sanktionierte. Ferner hat sie dem Parteivorstand das Recht zugesprochen, bei der Aufstellung von Reichstagskandidaturen das letzte Wort zu sprechen. Ob es nicht möglich ist, dieses Recht dem letzten vor den Reichstagsneuwahlen stattfindenden Parteitag zuzuweisen und es dem Parteivorstand nur in Ausnahmefällen, wo ein Parteitag nicht mehr sprechen kann, zu übertragen, lasse ich dahingestellt. Für die Zusammensetzung des Parteivorstandes wünschen mehrere Anträge, daß in Zukunft die Zahl der Vorstandsmitglieder nicht mehr durch das Organisationsstatut festgesetzt wird. Mit Recht wird darauf aufmerksam gemacht, daß dann jede notwendig werdende Vergrößerung des Parteivorstandes auch jedesmal eine Statutenänderung notwendig machen würde. Daß aber die Frage der Vergrößerung des Parteivorstandes sehr leicht und sehr bald akut werden kann, steht für mich fest. Immer mehr drängt es in der Partei darauf hin, den Parteivorstand zu einer wichtigeren Institution umzuwandeln, als er sie jetzt darstellt. Heute ist er vornehmlich ein gewissenhaftes Verwaltungsbureau mehr passiven Charakters. Nach meiner Auffassung wäre es sehr wünschenswert, wenn der Parteivorstand in Zukunft mehr Initiative entfalten würde, beziehungsweise könnte. Im Statut heißt es jetzt über die Aufgaben des Parteivorstandes kurz und summarisch, er „besorgt die Parteigeschäfte". Mehrere Wahlkreise verlangen, daß hinzugefügt wird, „insbesondere hat er durch geeignete Maßnahmen die prinzipielle Aufklärung und Schulung der Parteigenossen zu fördern". Durch diesen Antrag wird die Frage vor den Parteitag gebracht, ob es dem Parteivorstand möglich ist, mehr als bisher führend, aufrüttelnd, aufklärend und die prinzipielle Durchbildung der Genossen fördernd tätig zu sein. Wenn der Parteitag diese Frage bejaht, so reicht die jetzige Zusammensetzung des Parteivorstandes nicht aus. Die jetzigen Vorstandsmitglieder sind bereits mit Arbeiten überlastet. Seine Ergänzung durch geeignete frische Kräfte wird dann notwendig. In welchem Umfang sie notwendig wird, das kann nicht sofort für längere Zeit entschieden werden. Es ist besser, man überläßt es jedem Parteitag, je nach den neuen Bedürfnissen die Zahl der Vorstandsmitglieder zu bestimmen.

Eine viel und heiß umstrittene Frage ist die finanzielle Basierung der Parteiorganisation. Die vom Statutenentwurf für die Zentralkasse geforderten 25 Prozent der Einnahmen werden meistens als zu hoch verworfen. Wenn man die jetzigen Aufgaben des Parteivorstandes in Betracht zieht, mag dieses Bedenken nicht ohne Berechtigung sein. Wenn aber dem Parteivorstand neue und kostspielige, aber allen Organisationen zugute kommende und ihre Tätigkeit erleichternde Aufgaben überwiesen werden sollen, so können nach meiner Überzeugung die verlangten 25 Prozent bedenkenlos bewilligt werden.

Wie wird sich die geschäftliche Erledigung der Organisationsfrage auf dem Parteitag gestalten? Es liegt darüber ein Antrag aus Frankfurt a. M. vor, wonach schon in der Eröffnungssitzung eine Kommission gewählt werden soll, die unter Prüfung der dazu gestellten Anträge den Organisationsentwurf einer Umarbeitung zu unterziehen hat. Der Vorschlag ist beachtenswert. Aber es ist doch zu überlegen, ob nicht zuvor eine Generaldiskussion über den Entwurf und die gestellten Anträge stattfinden muß. Vielleicht wäre es richtiger, den Punkt „Parteiorganisation" an die erste Stelle der Tagesordnung zu setzen, noch vor den Geschäftsbericht des Vorstandes. Das wäre zwar ungewöhnlich, aber durch die Eigenart der Situation doch gerechtfertigt.

Mindestens aber sollte die Frage der Parteiorganisation an die dritte Stelle der Tagesordnung, also vor den Bericht der Reichstagsfraktion, gesetzt werden. Wenn dann durch eine Generaldiskussion im großen zunächst die Spreu von dem Weizen gesondert und der Kommission dadurch eine Direktive gegeben worden ist, so wird sowohl die Tätigkeit der Kommission als auch die spätere definitive Entscheidung im Plenum dadurch erleichtert werden.

Jedenfalls muß die Organisationsfrage auf dem Jenaer Parteitag endgültig erledigt werden. So erfreulich der rege Eifer der Genossen in der bisherigen Diskussion dieser wichtigen Parteiangelegenheit auch war, so ist doch zu befürchten, daß er erlahmt, wenn nicht endlich ein definitives Ergebnis zustande kommt. Hoffen wir, daß es dem diesjährigen Parteitag gelingt, die organisatorische Rüstung der Partei so hieb- und stichfest zu gestalten, daß die Partei darin noch ganz andere Waffengänge mit den bürgerlichen Gegnern wagen kann als bisher.

Sozialdemokratie und Volksbildung.

Von **Ad. Bär** (Brandenburg).

Die Jugendschriftenfrage wie die Erziehung der Jugend bildet seit Jahren besonders auch in der „Neuen Zeit" eine ständige Rubrik; ein Beweis, daß man in unseren Kreisen die Gefahren nicht verkennt, die namentlich die Arbeiterjugend, darüber hinaus aber auch weite Volkskreise bedrohen, wenn sie gewissenlosen Ausbeutern ihrer mangelhaften Erziehung und Schulbildung zum Opfer fallen.

Wollte ich nun die ganze Frage der künstlerischen Erziehung, wie sie Heinrich Wolgast in seinem lehrreichen Vortrag auf der Chemnitzer Lehrerversammlung 1902[1] so erschöpfend behandelt hat, nochmals hier zur Erörterung bringen, so müßte ich manches wiederholen, was an dieser Stelle von berufener Seite schon gesagt ist, besonders von O. Amedorf,[2] Heinrich Schulz,[3] K. Bl.,[4] Sjoukje Troelstra[5] und anderen.

Wie kommt es nun, daß wir trotz dieser eingehenden Diskussion, trotz mehrmaliger Beschäftigung der Parteitage mit dieser gewiß nicht zu unterschätzenden Frage praktisch doch nicht so recht vorwärts kommen können? Mit nur zu großer Berechtigung — das kann ich aus eigenen Erfahrungen im Bekanntenkreis bestätigen — konnte Genossin Troelstra in ihrem vorgenannten Artikel über Jugendliteratur („Neue Zeit", XXII, Nr. 11) fragen: „Und was lesen unterdes die Kinder unserer Genossen — die zukünftigen Stützen der Partei? Leider mußte ich selbst aus dem Munde hervorragender Parteigenossen vernehmen, daß selbst *ihre* Kinder immer wieder von Freunden und Verwandten die schlechten ‚Grossobücher' aus den Warenhäusern geschenkt bekommen, und daß sie ihnen die Lektüre dieser Schundware nicht versagten."

---

[1] Heinrich Wolgast, „Die Bedeutung der Kunst für die Erziehung". Herausgegeben von der Lehrervereinigung zur Pflege der künstlerischen Bildung, Hamburg. Leipzig, Verlag E. Wunderlich. 50 Pfennig.

[2] „Hamburgische Schriften zur künstlerischen Erziehung." „Neue Zeit", XVII, 2, S. 274 ff.

[3] „Sozialdemokratische Jugendliteratur?" Ebenda, XIX, 2, S. 172 ff.

[4] „Jugendliteratur und Erziehung zum Sozialismus." Ebenda, XXII, 1, S. 153 ff.

[5] „Noch einmal unsere Jugendliteratur." Ebenda, XXII, 1, S. 326 ff.

Durch eine von Fachleuten geführte Aufklärungsarbeit, die sich nicht nur auf die Spalten unserer wissenschaftlichen Zeitschriften beschränkt, sondern den Weg in die breitesten Volksmassen sucht, muß diesem größten Mißstand, der Gleichgültigkeit der Parteigenossen gegenüber dem Lesestoff ihrer Familienangehörigen, zunächst einmal energisch zu Leibe gegangen werden. Daß das Verzeichnis empfehlenswerter Jugendlektüre, welches die von Lehrern gebildeten Prüfungsausschüsse herausgeben, nicht in allen Fällen für Sozialdemokraten sich eignet, wenigstens soweit Werke belehrenden, insbesondere geschichtlichen Inhaltes in Frage kommen, wurde mir ja selbst von hervorragenden Mitgliedern der Prüfungsausschüsse bestätigt. Zufälligkeiten konnten sogar nach der bisherigen Prüfungsmethode zur Aufnahme literarisch minderwertiger Lektüre in das Verzeichnis führen. Diese Möglichkeit ist ja nun infolge der Königsberger Beschlüsse, nach denen jeder Ausschuß berechtigt ist, selbst ein durch Mehrheitsbeschluß angenommenes Buch zu beanstanden, worauf eine nochmalige Prüfung stattzufinden hat, so ziemlich beseitigt. Aber noch immer stehen wir vor der Frage: Können wir den Arbeitern unbedenklich empfehlen, nach dem Hamburger Verzeichnis jede Lektüre für ihre Kinder zu kaufen? Diese Frage, die ich auch auf Grund eigener Prüfung verneinen muß, führt uns zu der mehrmals laut gewordenen Forderung der Aufstellung eines eigenen Verzeichnisses. Das bedarf aber einer eingehenden Erörterung der Grundsätze für die in unser Verzeichnis aufzunehmenden Bücher, wobei in erster Linie die für die vereinigten Prüfungsausschüsse geltenden Prinzipien zu beachten wären mit der Modifizierung allerdings für die belehrenden Schriften, daß diese nicht der sozialistischen Weltanschauung entgegenwirken dürften. Bei der belehrenden und wissenschaftlichen Literatur könnte übrigens unsererseits zunächst an die Schaffung einer eigenen Jugendlektüre gedacht werden.

Daraus, daß sich die Sozialdemokratie mit den Fragen der Jugenderziehung befaßt, erwächst für ihre Anhänger unbestreitbar die Verpflichtung des eigenen guten Beispiels. Stehen wir aber mit unserer bisherigen literarischen und künstlerischen Produktion und Reproduktion wirklich auf der Höhe? Und was vertreiben unsere Parteibuchhandlungen und Kolporteure alles?! Ich brauche nur an jene so schön farbig lackierten Bilder bekannter Parteigenossen zu erinnern — Bilder, die man jetzt noch in Schaufensterauslagen unserer Buchhandlungen sehen kann und die in ihrer Charakterlosigkeit geradezu eine Beleidigung für den Dargestellten sind! Die Inserate unserer Parteibuchhandlungen, noch mehr aber ein Blick in das Lager um die Weihnachtszeit, geben da auch eine schöne Blütenlese. Wenn auch ehrenhalber einiges, hier und da vielleicht auch etwas mehr, von den im Hamburger Verzeichnis genannten Büchern vorrätig gehalten wird — auf den Vorrat kommt es in erster Linie an —, den Hauptvertriebsartikel aber bilden doch, von ganz rühmlichen Ausnahmen abgesehen, jene bekannten „Bilderbücher von 5 Pfennig an“,[1] denn für die

[1] In einer älteren Publikation: „Über Bilderbuch und Illustration“ (Hamburg 1894, Kommissionsverlag Kloß, 40 Pfennig) hat Heinrich Wolgast auf die Bedeutung des Bilderbuchs für die Erziehung in folgenden, heute noch beachtenswerten Sätzen hingewiesen: „Der Zweck des Bildes für das Kind geht dahin, daß durch das Bild das Kind zum Kunstgenuß erzogen werden soll. Über den Wert und Unwert eines Kunstproduktes entscheidet der Geschmack des künstlerisch empfindenden Teiles der gebildeten Menschheit; die Jugend ist also vom Urteil ausgeschlossen, und die geringere oder größere Befriedigung der kindlichen

Kleinen werden von Arbeitern überhaupt in den meisten Fällen nur noch Geldausgaben für Bücher gemacht. Später überläßt man die Kinder den oft recht zweifelhaften Schülerbibliotheken und der Lektüre der massenhaft im Umlauf befindlichen Indianergeschichten und anderer Grossobücher. Hierin bedarf es also einer noch nachdrücklicher als bisher, und nicht nur zur Weihnachtszeit, geführten Aufklärung durch die Arbeiterpresse.

Eine Organisation, die ebenfalls in hervorragendem Maße in den Dienst der künstlerischen Jugend- und Volkserziehung gestellt werden könnte, ist der „Neue Welt-Kalender". In Tausenden von Reproduktionen nach modernem Verfahren könnten da nach vorbildlichen Unternehmungen anderer Verlage unsterbliche Werke echter Kunst (ältere und neuere) ins Volk gehen und die leider noch in den meisten Arbeiterwohnungen zu findenden Öldruckbilder verdrängen helfen. In der Aufklärung über schlechte und der Vorführung wie dem Hinweis auf gute Literatur und Kunstblätter könnte der „Neue Welt-Kalender" praktisch und theoretisch in die Förderung des künstlerischen und literarischen Geschmacks des Volkes eingreifen.

Unsere Bestrebungen haben dahin zu gehen, durch Erziehung die Jugend fähig zu machen, im vorgeschritteneren Lebensalter über die tieferen Probleme der Gesellschaft ernstlich nachzudenken, mit offenen Augen alle Vorgänge des Lebens zu beobachten. Es bleibt nun die Frage, ob eine „Jugendzeitschrift" die Aufgaben erfüllen kann, unsere Jugend für den Sozialismus vorzubereiten, das heißt zu ernsthafter Beschäftigung mit einer Sache anzuregen. Wer sich überzeugen will, ob eine Zeitschrift in diesem Sinne wirken kann, der beobachte einmal, wie die Jugend die in großen Massen aus den „Volksbibliotheken" geholten Familienblätter „studiert". Zu welcher Oberflächlichkeit es schon bei Erwachsenen führt, die es fertig bringen, in kleinen Dosen nacheinander mehrere Zeitungs- und Zeitschriftenromane-Fortsetzungen, dazwischen noch allerhand „Vermischtes" usw. usw. zu verschlingen, weiß jeder ästhetisch genießende Leser zu würdigen. Nun erst die Häppchenlektüre für unsere Jugend?! Und was soll die „Jugendzeitschrift" bringen? Genosse Bröcker hat ja in der

---

Schaulust kann absolut keinen Maßstab für den Wert eines Bilderbuchs abgeben. So selbstverständlich dieser Satz zu sein scheint, so wenig wird er von den Kunstproduzenten (heute hat sich die Sache doch etwas gebessert) und vom kaufenden Publikum beherzigt. Unter tausend Bilderbüchern ist kaum eines, das Höheres anstrebte, als die kindliche Schaulust zu befriedigen, und unter tausend Kindern wird neunhundertneunundneunzig das Bilderbuch nach dem Prinzip des kindlichen Gefallens geboten. Diesem Grundsatz wird am rücksichtslosesten da gehuldigt, wo es sich um das vorschulpflichtige Alter handelt: ‚Für die Kleinen ist es gut genug!' Für den Erzieher liegt auf der Hand, daß hierdurch viel brachliegendes Feld nicht nur der Kultur vorenthalten, sondern sogar mit unausrottbarem Unkraut besät wird. Zweierlei steht außer Zweifel: daß die Eindrücke der ersten sechs Lebensjahre von grundlegender Bedeutung für die geistige Entwicklung sind, und daß die Bildung der Sinne, vorzüglich des Auges, in hervorragendstem Maße eine Sache der Übung, das heißt der wiederholten Betätigung ist. Hieraus ergibt sich, unter der stillschweigenden Voraussetzung, daß die Erziehung unter allen Umständen auf das größtmögliche Maß harmonischer Bildung abzielen muß, die Forderung, daß in keinem Alter das Bilderbuch etwas Unschönes bieten darf, daß vielmehr schon das erste Bilderbuch des zweijährigen Kindes den Anforderungen des gebildeten Geschmacks genügen muß." — Einwendungen bezüglich des Preises guter Bilderbücher lassen sich heute nicht mehr in dem Maße wie früher geltend machen, da dank der Tätigkeit der Prüfungsausschüsse immer mehr Verlagsanstalten mit billigen Unternehmungen künstlerischer Art hervortreten.

„Neuen Zeit", XXII, Nr. 50, einen kleinen Wunschzettel nach dieser Richtung aufgemacht und dabei bemerkt: „Auch schriftstellerische Versuche aus dem Leserkreis, als solche gekennzeichnet, könnten aufgenommen werden." Das ist ja gerade eine der Klippen, an denen die „Jugendzeitschrift" scheitern muß. Die Jugend genießt naiv, meint Genosse Bröcker, kommt aber doch nicht zu dem Schluß, daß gerade deshalb solche schriftstellerischen Versuche aus einer Jugendzeitschrift von vornherein auszuscheiden hätten.

Das meiste, was selbst eine gutgeleitete Jugendzeitschrift teelöffelweise bieten kann, ist doch, soweit wegen des Kostenpunktes aus den Quellen der „frei"-gewordenen guten Literatur geschöpft werden muß, in Büchern noch viel billiger erreichbar. Und es gibt gute und billige Bücher, die selbst aus dem Besten der modernen Literatur schöpfen, auch für die Jugend dank der unermüdlichen Arbeit der Prüfungsausschüsse, insbesondere des Hamburger Ausschusses, mit dessen Unterstützung es sogar ein Arbeiterverein, der Hamburger „Verein für Kunstpflege" unternommen hat, im vorigen Jahre ein Buch[1] herauszugeben, das in Tausenden von Exemplaren von der Hamburger Arbeiterschaft und anderwärts gekauft wurde.

Schlagen wir also einmal endgültig den Gedanken einer Jugendzeitschrift aus dem Sinn; halten wir uns die Gefahren vor Augen, die unsere Jugend durch das Vielerlei der Zeitschrift bedrohen und auf die erst neuerdings Otto Hild, ein Mitglied des rührigen Gothaer Prüfungsausschusses, in einer von edler Begeisterung für die Sache getragenen Broschüre[2] hingewiesen hat, dann werden wir auf den von mir angedeuteten Wegen sicher unser Teil zu einer Förderung der Jugenderziehung beitragen können!

Einiges aus dem Schlußkapitel der Hildschen Broschüre möge anregen zu weiterem Studium dieser Frage und gleichzeitig meine Auffassung über die „Jugendzeitschrift" mit fachmännischem Urteil belegen: „Nichts hat die Zeitschrift vor dem Buche voraus, als daß durch sie die Förderung der Zerstreuung, des flüchtigen und vielen Lesens den meisten Menschen die Fähigkeit nimmt, ein gutes Buch lesen zu können, daß sie so weite Kreise erobert, so viele Kräfte aufgesaugt hat, daß eine allgemeine Verflachung des geistigen und seelischen Lebens der Erfolg ihrer Bemühung ist. (Wozu allerdings bei der Arbeiterjugend das sinnlose Verschlingen der Indianergeschichten noch sein Teil beiträgt. B.) Diese Verflachung des Geistes zeigt sich darin, daß die große Menge der Menschen eben an dem Seichtesten und Abgeschmacktesten unserer Literatur Genüge findet, am Journal, am Schundroman. . . . Fein bewahrt vor jeder Arbeit des Denkens und jeder tieferen seelischen Erregung bleiben alle Leute, die bei diesen literarischen Nichtigkeiten sich wohl fühlen, aber sie bleiben auch bewahrt vor dem Höchsten und Schönsten, was der menschliche Geist hervorgebracht hat. Sie können kein Buch mehr lesen, es fehlt ihnen dazu die Kraft — sie freilich nennen es Zeitmangel. . . . Und aus der Unfähigkeit, die Werke unserer Großen zu verstehen, folgt überhaupt die Unfähigkeit zu jeglichem

[1] Andersens „Märchen und Geschichten". Ausgewählt vom Hamburger Jugendschriftenausschuß für Kinder von dreizehn Jahren an und für Erwachsene. Bilder und Buchschmuck von Ernst Eitner. Preis bei direktem Bezug von mindestens acht Exemplaren für Arbeitervereine 1,25 Mark portofrei durch A. Look, Hamburg 6, Sedanstr. 9 (Voreinsendung). Im Buchhandel 2 Mark.

[2] Otto Hild, „Die Jugendzeitschrift in ihrer geschichtlichen Entwicklung, erziehlichen Schädlichkeit und künstlerischen Unmöglichkeit". Leipzig, Verlag E. Wunderlich. 1,20 Mark.

Flug der Gedanken. Den Blick am Boden, begreifen sie das Auge nicht, das an den Menschenhöhen und Menschenzukünften hängt. Sie gurgeln und pusten, wenn es gilt, in die Tiefen zu tauchen, und halten sich krampfhaft am Rande fest. Er fehlt ihnen nicht, der große Gedanke, dem sie all ihr Tun unterordnen könnten, aber sie vermögen ihn nicht zu fassen und drücken sich feige um ihn herum."

Nach dieser treffenden Charakteristik der Alles- und von jedem Etwas-Leser, wobei er aber das ernsthafte Lesen politischer Zeitungen ausdrücklich ausnimmt („denn darin besteht ein Teil der politischen Betätigung des Staatsbürgers"), kommt Hild zu dem Resultat: „Keine Jugendzeitschrift der Vergangenheit und Gegenwart genügt den Anforderungen, welche die heutige Pädagogik an die Jugendlektüre stellt. Darum, und aus theoretischen Erwägungen heraus, halten wir die gute Jugendzeitschrift überhaupt für eine Unmöglichkeit. Eine Notwendigkeit aber, an ihrer Form festzuhalten, die zu Kompromissen zwingt, liegt nicht vor, da sich an sie viel mehr schädliche als nützliche Einflüsse knüpfen. Das sind die Gründe, weshalb wir jegliche in Form einer Zeitung oder Zeitschrift verbreitete Jugendlektüre mit aller Entschiedenheit bekämpfen."

Neue Briefe von Ferdinand Lassalle.[1]

Von **Rudolf Hilferding.**

Das Urteil über Lassalles Persönlichkeit hat nicht nur bei den Gegnern, sondern auch in der Sozialdemokratie oft geschwankt. Als er selbst noch lebte, hielt freilich seine mächtige Persönlichkeit wohl alle in ihrem Banne, und die deutschen Arbeiter, denen er selbst noch vor Augen gestanden, haben ihm Liebe gehalten und Treue bewahrt. Dann aber, als der Kampf ausgefochten wurde zwischen jenen, die seinen Namen führten, und denen, die auf anderen Wegen dasselbe Ziel verfolgten, da wurde durch die Staubwolken, die der Kampf aufwarf, auch sein Bild verdunkelt. Und hielten auch die glänzenden Schriften, die zuerst eine Masse deutscher Proletarier sozialistisch denken und sozialistisch fühlen lehrten, die ihnen nicht nur die Erkenntnis, sondern auch den Stolz der Erkenntnis brachten, immer jeder Anzweiflung stand, so blieben doch an seiner Person, an der Unentwegtheit seines Wollens, an der Richtigkeit selbst seiner politischen Taten Zweifel hängen, die lange verhinderten, daß Lassalle sein Recht gegeben wurde gerade in unseren Reihen. Selbst die Gesamtausgabe seiner Schriften wurde durch den Kommentar, den sie erhielten, keine Abtragung der Ehrenschuld des deutschen Proletariats. Erst in der „Geschichte der deutschen Sozialdemokratie" und in der Ausgabe des Nachlasses von Marx, Engels und Lassalle hat Mehring — und das ist mit eines der größten Verdienste dieser Arbeiten — Lassalle den Platz eingeräumt, der ihm gebührt, und die Selbständigkeit nachgewiesen, mit der Lassalle die geschichtliche Aufgabe löste, die dem Erwecker des deutschen Proletariats aus der politischen Situation Deutschlands erwuchs und die dem Politiker Lassalle seine eigene historische Bedeutung neben Marx und Engels gibt.

Die klare Erkenntnis der Größe Lassalles hat dann auch jenem in seiner kleinlichen Philisterhaftigkeit und boshaften spießbürgerlichen Verständnislosigkeit unleidlichen Geschwätz über die „persönlichen Schwächen" Lassalles endlich das längst verdiente Ende bereitet. Dies Geschwätz zeigte sich dann in seiner ganzen Lächerlich-

---

[1] Intime Briefe Ferdinand Lassalles an Eltern und Schwester. Herausgegeben von Eduard Bernstein. Berlin 1905, Buchhandlung Vorwärts. 3 Mark.

keit, als die Briefe an Marx und Engels erschienen waren, die gerade die Persönlichkeit Lassalles, seine Aufopferungs- und Freundestreue, seine Größe dort, wo Größe not tut, gewürdigt und verstanden werden kann, aufs glänzendste offenbarte und in dem Leser aufs neue das Gefühl begeisterter Liebe erweckte, das in den Arbeitern lebte, die noch selbst unter seiner Führung gekämpft hatten. Und jene vielberufenen „Schwächen" und „Fehler", wer würde sie missen wollen, nachdem er sie als die unvermeidlichen Fehler seiner Vorzüge begriffen hätte, ja wer müßte sich nicht sagen, daß dann die Bewunderung für die Persönlichkeit vielleicht nicht größer, die Liebe für sie aber sicher geringer wäre? Freilich sind es gerade diese Briefe — Briefe an Marx —, die Lassalles Wesen in seinem ganzen Glanze zeigen. Aber es wäre doch ein lächerliches Verlangen, daß Lassalle sich hätte geben sollen, wie er wirklich war, auch dort, wo seine Hingabe auf geringeres Verständnis gestoßen wäre.

So bieten auch die anderen Briefe Lassalles nicht jenes große Interesse. Und vollends „intime" Briefe können bei einem Manne, der der Geschichte und der Öffentlichkeit so ganz lebte wie Lassalle, im vorhinein nur einzelne Züge von geringerer Wichtigkeit hinzufügen. Denn es wäre falsch, zu verkennen, daß die Männer der Geschichte in ihren „Intimitäten" ja füglich weniger geben als andere, da ihnen an die letzte Stelle rückt, was anderen das Leben ausmacht.

So sind auch die Briefe Lassalles an die Eltern und die Schwester mit einzelnen Ausnahmen fast banale Zeilen, nur interessant durch den historischen Hintergrund, den sie oft andeuten, interessant auch, weil sie das Bild des Freundes Lassalle ergänzen durch das Bild des liebenden, stets besorgten Sohnes. Das Verhältnis zum Vater namentlich ist das zum Freunde, dem er auch einmal grollen kann, den er denn auch, fast als ob der Sohn der ältere Freund wäre, einmal schilt, dem er aber immer in Liebe und Achtung verbunden bleibt, die ihm der Vater durch Anteilnahme und möglichstes Verständnis seiner Pläne zu vergelten strebt. Es sind gemütliche Familienbriefe, geschrieben von einem in rastloser Hast und Ungeduld sich Verzehrenden. Sogar an geschäftlichen Ratschlägen über Börsenoperationen fehlt es nicht, die Lassalle nach seiner Voraussicht der politischen Ereignisse einzurichten sucht, wie es scheint, nicht immer mit Erfolg. Doch einzelne Briefe heben sich durch Inhalt und Form von anderen ab, so wenn er seinen Eltern für eine Geburtstagssendung von Ungarwein dankt oder wenn er ein andermal sich und die Art seiner Liebe schildert. Es ist echter Lassalle, der, vom Ungarwein begeistert, die Dithyramben schreibt: „Hart geh' ich durchs Leben; alle weicheren Regungen des Herzens unterdrückend, führt mich mein Pfad von Felsgeröll zu Klippe und Gestein, und mit der Axt muß ich den Weg mir bahnen. Im steten Kampfe, der um mich tobt und stets bereite Kraft verlangt, müssen des Herzens sanfte Regungen, muß jede tiefere Wehmut schweigen! Dafür verlangt mich mehr nur als die anderen von Zeit zu Zeit, in langem Zwischenraum, und sei's des Jahres einmal, im Ozean der Liebe mich zu baden, unterzutauchen in die heiligen, reinen Wogen, und neue Kraft und neue Unverwundbarkeit aus ihnen mir zu schöpfen. Denn wie aus dem Quell die Glieder badend Frische saugen, und wie das nachgiebige Element der Flut den Körper stärkt zu neuem Ringen, so saugt sich aus der weichen, wahren Liebe Schoß der Geist die Kraft, um einer Welt des Hasses zu begegnen!"

Noch bezeichnender vielleicht für Lassalle ist eine Stelle aus einem Briefe an eine Geliebte, der im Anhang abgedruckt ist: „Ich habe alle Art von Unglück und Qual bereits ertragen — bis auf eine einzige, die mir nie nahen durfte, nie nahen soll: die innere Spaltung. Diese innere Einheit, die ich mir stets zu bewahren gewußt habe, ist mein Stolz und mein einziges Glück gewesen und wird es bleiben. Charaktere wie ich können auf keine andere Art von Glück Anspruch machen. Diese innige Harmonie muß ich mir also vor allem und absolut erhalten."

So tragen auch diese Briefe einige Züge zu dem Bilde Lassalles bei und werden deshalb viele Leser finden.

Noch einmal die unmögliche Diskussion.

Von **K. Kautsky.**

1. Kleineres.

Der „Vorwärts“ hat eine Artikelserie gegen mich begonnen, deren Ende ich nicht abwarten kann, soll meine Entgegnung noch vor dem Parteitag in der „Neuen Zeit“ erscheinen. Ich antworte daher hier auf die ersten drei Artikel der Serie: „Debatten über Wenn und Aber“.

Leider muß ich wieder etwas ausführlicher werden, aber es handelt sich dabei auch um eine nicht geringe Sache: um die Frage, ob unser Zentralorgan den Aufgaben gewachsen sei, die ihm aus seiner Stellung zukommen.

In dem Artikel über den Massenstreik hatte ich als Beweise dafür, daß die heutige Redaktion unfähig ist, bei der Diskussion der inneren Parteifragen vertiefend und klärend voranzugehen, folgende Behauptungen aufgestellt und Fragen aufgeworfen:

1. Der „Vorwärts“ hat erst sehr verspätet in die Diskussion der Partei über den Massenstreik eingegriffen.
2. Er hat sich dabei in Widersprüche verwickelt.
3. Er hat den alten Unfug der Staatsanwälte wiederholt, wissenschaftliche Untersuchungen über die Revolution als „Drohen mit der Revolution“ zu denunzieren.
4. Er hat erklärt, wenn uns die Gesetzlichkeit versperrt sei, werde die Stilllegung der Produktion Pflicht aller Staatsbürger, und in diesem Falle sei jedes Mittel des Kampfes gerechtfertigt.
5. Er hat die Schrift der Genossin Roland-Holst gründlich mißverstanden.

Darauf entgegnet der „Vorwärts“ folgendes:

1. Er beantwortet einen Vorwurf, den ich nicht erhoben, indem er erklärt, er sei das erste Parteiorgan gewesen, das die Schrift der Genossin Roland-Holst kritisch beleuchtete. Das habe ich nie geleugnet. Aber schon vor dem Erscheinen dieser Schrift war der Massenstreik in unserer Partei lebhaft diskutiert worden, namentlich im Anschluß an den Kölner Gewerkschaftskongreß. Will der „Vorwärts“ leugnen, daß er dabei den anderen Parteiorganen nachgehinkt ist?

2. Als einen seiner Widersprüche hatte ich die Tatsache hingestellt, daß der „Vorwärts“ am 8. Juni die Diskussion des Massenstreiks für eine Aufgabe erklärte, die nur die politische Partei angehe, am 25. Juni für eine Aufgabe, die, wenn sie überhaupt für uns von Interesse sei, nicht bloß der Partei, sondern auch den Gewerkschaften zufalle. Darauf antwortet der „Vorwärts“ einmal, das sei kein Widerspruch, sondern nur eine „Nuance“, dann aber, seine Redakteure seien eben „selbständige Köpfe“, die nicht auf Kommando denken und umlernen. Damit wird aber die Tatsache, daß Widersprüche in der Haltung des „Vorwärts“ vorkommen, nicht widerlegt, sondern nur erklärt. Diese Erklärung beweist aber bloß, daß entweder die selbständigen Köpfe in der Redaktion so uneinig sind, daß sie nicht vermögen, sich über eine Frage zu einigen wie die, welchen Organisationen die Diskussion des Massenstreiks zufalle, oder daß diese Frage ihnen zu unwichtig erscheine, eine Einigung darüber zu versuchen.

Nachdem der „Vorwärts“ aber das Lob seiner „selbständigen Köpfe“ gesungen, entrüstet er sich sehr über mich, daß ich mich mit „den internen Redak-

tionsverhältnissen" des „Vorwärts" beschäftige, was „ein frivoler Parteizank" sei, wobei ich meine Urteile nicht „nach sachlichen Leistungen", sondern „vermuteten Personen" einrichte. Man sieht, die „selbständigen Köpfe" im „Vorwärts" sind sehr empfindlich. Ich habe in Wirklichkeit von den „internen Redaktionsverhältnissen" des „Vorwärts" nicht das mindeste enthüllt und keine einzige Person angegriffen. Meine Ausführungen über den „Vorwärts" beruhten einzig auf seinen eigenen Artikeln, die er selbst vor aller Welt veröffentlicht hat, die er also nicht zu den „internen Redaktionsverhältnissen" rechnen wird, und ich weiß bis heute nicht, wer die Verfasser der einzelnen Artikel sind. Daß der eine von ihnen aus Bernsteins Feder, des früheren Mitredakteurs der „Neuen Zeit", stammt, mag Joc für ein glänzendes Argument gegen mich halten. Ernsthafte Leute werden darüber nur lächeln.

Was ich tat, war nicht, Redaktionsinterna, die der Welt unbekannt waren, auszukramen und zu „enthüllen", sondern zu versuchen, allbekannte Tatsachen sachlich zu erklären. Es blieb dem „Vorwärts" vorbehalten, daraus den Vorwurf der „ethischen und ästhetischen Verlumpung" gegen eine bestimmte Person herauszulesen.

3. Der „Vorwärts" hatte sich nicht gescheut, dies eifrige Diskutieren des Massenstreiks als ein „Drohen mit der Revolution" zu bezeichnen. Auf die Frage, wo bei dieser Diskussion eine derartige Drohung vorgekommen, antwortet er gar nicht, wiederholt aber, er halte das „verantwortungslose Drohen mit der Revolution, das billige Schwatzen über sie für widerwärtig". Er wiederholt also seine Verdächtigung, als ob die Genossin Roland-Holst oder ich oder sonst jemand bei der Erörterung des Massenstreiks mit der Revolution gedroht oder billig darüber geschwätzt hätte. Ich fordere den „Vorwärts" nochmals auf, klipp und klar meine Frage zu beantworten: Wer hat mit der Revolution gedroht?

Solange er diese Frage nicht beantwortet, bleibt der Vorwurf auf dem Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie sitzen, daß es sich in seiner Diskutierung innerer Parteifragen alter Polizeikniffe bedient.

4. Auch auf die Fragen, was sich der „Vorwärts" unter der Arbeitseinstellung „aller Staatsbürger" denkt, und welches alle Mittel sind, die uns in äußersten Fällen neben dem Massenstreik zu Gebote stehen, antwortet er mit keinem Worte, wenn er auch viele Worte darüber macht. Oder ist das eine Antwort, wenn er erklärt: „Jedes Mittel ist dann anwendbar, sofern es tauglich ist, und nicht bloß der Generalstreik"? Aber die Frage ist ja eben die, ob es noch andere taugliche Mittel gibt!

Man sieht, auf alle meine Fragen weiß der „Vorwärts" keine Antwort, und er sucht bloß über sie hinwegzureden.

Aber das alles waren nur Kleinigkeiten. Nun jedoch werden wir den Dingen auf den Grund kommen, wenn wir das eigentliche „große Mißverständnis" behandeln, Nummer 5.

2. Endkampf und Klassenkampf.

Ich hatte dem „Vorwärts" vorgeworfen, er habe das Buch der Genossin Roland-Holst gründlich mißverstanden, indem er seinen Inhalt in folgender Weise darstellte:

„Der politische Streik wird (in dem Buche) aus einem unter ganz bestimmten Verhältnissen möglichen und erforderlichen Akte der proletarischen Notwehr zur

Methode des Klassenkampfes, zum eigentlichen Mittel des proletarischen Sieges."

Ich hatte ein Zitat vorgebracht, das das Gegenteil besagte; die Genossin Roland-Holst selbst bestritt, daß die vom „Vorwärts" wiedergegebene Anschauung die ihrige sei. Was weiß dieser zu erwidern?

„Unsere Kritik", sagt er, „wies auf die Zwiespältigkeit der Schrift der Genossin Roland-Holst hin: Einmal der Massenstreik als auch ein Mittel zur Erzwingung bedeutender politischer Veränderungen, und zweitens der Generalstreik als das einzige Kampfmittel in jenem politischen Endkonflikt, in dem sich die alle politischen Rechte raubende Bourgeoisie mit dem um die Eroberung der politischen Macht ringenden Proletariat mißt."

Wo ist da die Methode des Klassenkampfes hingeraten? Kann ein einzelner Konflikt, sei es ein Endkonflikt oder ein anderer, jemals identifiziert werden mit dem Klassenkampf? Das scheint allen Ernstes die Meinung des „Vorwärts" zu sein, denn weiter unten führt er aus:

„Der realistische, revolutionäre Generalstreik, der in bestimmter Situation möglich ist, verflüchtigt sich bei der Genossin Roland-Holst in den, wenn nicht utopistischen, so doch spekulativen Generalstreik, des großen Zusammenbruchs, der Entscheidungsschlacht, der dann ebenso notwendig angewandt werden muß, wie der Endkonflikt selbst unvermeidlich ist. Damit aber wurde ein Mittel des Klassenkampfes zu dem Mittel des Klassenkampfes — das ist der klaffende Widerspruch des Werkes."

Wer das nicht begreift, dem ist nicht zu helfen.

Da wir nicht erwarten dürfen, daß alle unsere Leser das Buch der Genossin Roland-Holst kennen, wollen wir versuchen, ihnen seinen Gedankengang in einfachen Sätzen klarzulegen und zu zeigen, was hinter dem „realistisch-revolutionären" und dem „wenn nicht utopistischen, so doch spekulativen" Generalstreik eigentlich steckt.

Genossin Roland-Holst untersucht in ihrem Buche zuerst die verschiedenen Arten von Streiks und dann Ziel und Formen sowie Voraussetzungen des politischen Massenstreiks. Sie zeigt, daß diese Art Streik allerdings möglich ist, jedoch nur selten, in bestimmten geschichtlichen Situationen. Ist er aber auch nötig? Das ist die Frage, die sie nun untersucht. Aus der fortschreitenden Verschärfung der Klassengegensätze schließt sie, daß in dem Maße, in dem das Proletariat an Kraft zunimmt und die demokratischen Rechte immer mehr zu Angriffswaffen gegen das Kapital zuspitzt, daß in demselben Maße in den herrschenden Klassen die Geneigtheit wächst, dem Proletariat diese demokratischen Rechte zu nehmen, und daß, wenn es so weit kommt, dem Proletariat als einziges letztes Mittel, diese Rechte zu verteidigen oder, wo sie verloren gegangen, wieder zu erobern, der politische Massenstreik bleibt.

Dies der Inhalt des Buches der Genossin Roland-Holst. Man sollte meinen, es sei unmöglich, ihn mißzuverstehen, so einfach und klar ist er. Und ebenso sollte man annehmen, daß der Weg klar ist, auf dem allein man ihre Schlußfolgerungen widerlegen könnte. Wer das wollte, müßte nachweisen, entweder daß die Verschärfung der Klassengegensätze nicht eintritt oder daß dem Proletariat außer den demokratischen Rechten und dem Massenstreik noch andere Mittel des politischen Kampfes zu Gebote stehen.

Aber freilich, es dürfte etwas schwer fallen, diese Nachweise zu führen. Der „Vorwärts" schlägt einen anderen Weg ein. Zunächst wird der Gedankengang

des Buches etwas ins Lächerliche verzerrt. Er läßt die Genossin Roland-Holst den Massenstreik als Waffe im „Endkonflikt“ mit der Bourgeoisie hinstellen und spricht von „ihrem revolutionären, universalen Endstreik“. Das riecht allerdings nach lächerlichem Utopismus: wer vermöchte auch über die Endkonflikte im proletarischen Klassenkampf etwas zu sagen? Aber ich kann mich nicht entsinnen, diese Worte im Roland-Holstschen Buche gesehen zu haben, konnte sie auch trotz eifrigsten Suchens nicht finden; sie widersprechen aber ganz dem Gedankengang der Verfasserin, die ausdrücklich den Massenstreik als eine Waffe bezeichnet, „die die Arbeiterschaft ihrem Ziele — der Eroberung der politischen Macht als Hebel zur Umgestaltung der kapitalistischen in eine sozialistische Gesellschaft — näher bringen kann.“ (S. 161.)

Das ist etwas ganz anderes als die Waffe im „Endkonflikt“, als der „universale Endstreik“.

Aber das ist nur Nebensache, die Hauptsache der „klaffende Widerspruch“, den zu begreifen mir unmöglich war und auch heute noch unmöglich ist. Dieser Widerspruch wird auf folgende kunstvolle Art konstruiert: Das Buch untersucht zuerst die Möglichkeit, dann die Notwendigkeit des Massenstreiks. Diese Betrachtung derselben Art Streiks von zwei verschiedenen Gesichtspunkten aus verwandelt der „Vorwärts“ im Handumdrehen in zwei verschiedene Arten Streiks, denen er gleich höchst gelahrte Namen beilegt: hier den „realistischen, revolutionären Generalstreik“, der in bestimmten Situationen möglich, und dort den „wenn nicht utopistischen, so doch spekulativen Generalstreik“, der „ebenso notwendig ist wie der ‚Endkonflikt‘“. Daß das Buch diese beiden Arten Streiks einander gleichsetzt, darin soll der große, klaffende Widerspruch liegen, der Grundfehler des ganzen Buches, die Ursache „der heillosen Verwirrung, die es hier und dort angerichtet hat“, wie der „Vorwärts“ sagt.

Ich bin der letzte, diese „heillose Verwirrung“ zu bestreiten. Und ebensowenig will ich bestreiten, daß hier in der Tat ein „klaffender Widerspruch“ vorhanden ist, wenn auch nicht im Buche, so doch in dem „selbständigen Kopfe“ seines Kritikers.

Der Widerspruch liegt darin, daß der Nachweis der Möglichkeit des Massenstreiks den „Vorwärts“ gar nicht geniert, daß ihn dagegen der Nachweis höchlichst empört, wie die Klassengegensätze sich immer mehr zuspitzen und die herrschenden Klassen infolgedessen dem Proletariat seine Rechte immer mehr verkümmern, so daß dieses nach neuen Kampfmitteln ausschauen muß, von denen nur eines Erfolg verspricht, der Massenstreik.

Dieser Nachweis der Notwendigkeit des Massenstreiks erbittert ihn; aber was kann er dagegen sagen? Widerlegen kann er ihn nicht. So muß er versuchen, die Methode dieses Nachweises zu verdächtigen. Die theoretische Untersuchung der kommenden Entwicklung wird zuerst als „Drohung mit der Revolution“ gebrandmarkt, dann als „Träumerei und Spielerei“, dann als Gerede von „Wenn und Aber“, als „mystische Mathematik“, als „Verkoppelung der Idee des Generalstreiks mit der Zusammenbruchstheorie“ verhöhnt, bis schließlich der „selbständige Kopf“ sich in den famosen Satz verrennt: „Die spekulative, wie immer aus dem Boden der wissenschaftlichen Erkenntnis über Entwicklungen der Dinge erwachsene Tatsache stellt sich lauter Undenkbarkeiten vor.“

Weiter kann man den „philosophischen“ Gallimathias nicht mehr treiben.

In Wirklichkeit ist gerade das, was dem „Vorwärts" als „Träumerei und Spielerei" und „mystische Mathematik" erscheint, dasjenige, was dem Massenstreik heute seine Bedeutung gibt. Die Möglichkeit des politischen Massenstreiks in bestimmten Fällen ist seit einem dutzend Jahren, seit dem belgischen Beispiel erwiesen. Allgemeine Bedeutung hat aber seine Theorie und Praxis erst in den letzten Jahren erlangt, seitdem die Anzeichen sich häuften, daß die Klassengegensätze sich zuspitzen und die Aussichten auf eine friedliche Entwicklung sich immer mehr verdüstern.

Eine Diskussion des Massenstreiks wäre heute ganz unzulänglich, sie würde aller sicheren Grundlage entbehren, baute sie sich nicht auf den Nachweis der Zuspitzung der Klassengegensätze und deren Konsequenzen auf. Von diesem logischen und notwendigen Zusammenhang hat freilich der „Vorwärts" keine Ahnung, der es fertig bringt, ihn als eine äußerliche und überflüssige „Verkoppelung" zweier Ideen, die gar nicht zusammengehörten, hinzustellen. Es ist charakteristisch für ihn, daß er dabei die Theorie der Verschärfung der Klassengegensätze nach revisionistischer Unsitte als „Zusammenbruchstheorie" bezeichnet. Die Revisionisten haben nämlich diese Theorie in einer lächerlichen Form dargestellt, die sie Zusammenbruchstheorie tauften und uns in die Schuhe schoben.

Schlimm genug, wenn unser Zentralorgan für Untersuchungen über den Zusammenhang von Massenstreik und Verschärfung der Klassengegensätze nichts übrig hat, als Widerwillen und Verständnislosigkeit. Die Methode, die es dabei so arg verhöhnt, ist keine andere als die im „Kommunistischen Manifest" begründete. Wer die Schrift der Genossin Roland-Holst so auffaßt wie der „Vorwärts", kann das „Kommunistische Manifest" und seine Methode nie begriffen haben.

Das erhellt aber auch deutlich aus der Art und Weise, wie der „Vorwärts" schließlich beweist, daß für die Genossin Roland-Holst trotz ihres Protestes dagegen der Massenstreik „die Methode des Klassenkampfes" ist. Er schreibt:

„Gerade in diesem revolutionären, universalen Endstreik gipfelt die Tendenz des Buches. Und das ist auch ganz konsequent. Kommt es notwendig und überall zu gewaltsamen Entscheidungskämpfen, so ist eben der politische Streik das Mittel, die Form des Klassenkampfes, und alles andere, wie zum Beispiel der Parlamentarismus, verflüchtigt sich zu einer Bedeutungslosigkeit — er verschwindet, sobald er ernsthaft wird —, daß man tatsächlich dann zu der anarchistischen Konsequenz gedrängt werden kann, ob es überhaupt lohne, diesen mühsamen und nutzlosen Umweg zu machen, ob sich der Weg nicht abkürzen lasse durch die direkte Aktion."

So zu lesen im Zentralorgan der deutschen Sozialdemokratie.

Aber freilich, daran ist nicht zu zweifeln. Aus den Voraussetzungen der Genossin Roland-Holst, daß die Klassengegensätze sich verschärfen, daß die demokratischen Rechte immer gefährdeter sind, immer drohender die Notwendigkeit des Massenstreiks auftaucht — aus diesen Voraussetzungen kann man sich gedrängt fühlen, anarchistische Konsequenzen zu ziehen, aber nur dann, wenn man keine Ahnung von ökonomisch-materialistischem oder, wenn man lieber will, marxistischem Denken hat.

Für uns Marxisten ist der Massenstreik wie jede andere Form des Kampfes an bestimmte historische Voraussetzungen geknüpft, die in letzter Linie

in den ökonomischen Verhältnissen wurzeln. Ohne diese Voraussetzungen ist seine erfolgreiche Anwendung unmöglich, und Sache der wissenschaftlichen Forschung und der Parteidiskussion ist es eben, herauszufinden, wann diese Voraussetzungen gegeben und zu erwarten sind. Wer auf diesem Standpunkt steht, kann sich unmöglich „zu der Konsequenz gedrängt fühlen", den Weg der notwendigen Entwicklung dieser Voraussetzungen nach eigenem Belieben abzukürzen, der kann auch unmöglich den Weg dieser Entwicklung für einen „mühsamen und nutzlosen Umweg" halten, der weiß ganz gut, daß gerade die eifrigste Ausnutzung der jetzigen politischen Rechte durch das Proletariat einer der wichtigsten unter jenen Faktoren ist, die erst die Voraussetzungen des Massenstreiks schaffen.

Man muß völlig bar sein jener Denkweise, die im „Kommunistischen Manifest" begründet ist, wenn man behauptet, die Voraussetzungen der Genossin Roland-Holst könnten zu anarchistischen Konsequenzen drängen oder, wie der „Vorwärts" früher sagte, die „Schrift nähert sich auf halbem Wege der anarchistelnden Auffassung des Generalstreiks".

Indem der „Vorwärts" diese Konsequenz zieht und immer wieder hervorhebt, beweist er damit nur, wie nahe ihm jene Denkweise liegt, die diese „anarchistelnden" Konsequenzen und Auffassungen erzeugt. Und in der Tat, wenn man näher zusieht, so wird man finden, daß die ethisch-ästhetische Denkweise der „selbständigen Köpfe" des „Vorwärts", die sich von „Marxschem Dogmatismus" frei zu halten gewußt, verteufelte Ähnlichkeit hat mit der Anschauung Friedebergs von dem psychischen Antrieb, den psychischen Einwirkungen, die Friedeberg als selbständige Macht neben die ökonomische Entwicklung setzt.

Daraus erhellt aber auch die Aktualität unserer Diskussion und ihre sachliche Bedeutung. Wenn es Friedeberg gelingt, in der Berliner Arbeiterschaft einen so starken Resonanzboden zu finden, so wird es eine sehr praktische Frage, ob der „Vorwärts" in seiner jetzigen Gestalt das richtige Mittel ist, ihm entgegenzuwirken.

Nicht etwa, daß ich nun meinerseits den „Vorwärts" beschuldigen wollte, er huldige „anarchistelnden Tendenzen" und ziehe „anarchistische Konsequenzen". Nicht im entferntesten. Aber wenn wir Friedebergs Erfolge verstehen wollen, müssen wir zweierlei unterscheiden: einmal sein revolutionäres Temperament, das einem tiefgehenden revolutionären Drange der Arbeitermassen entspricht, der aus den Verhältnissen entspringt, daher unausrottbar ist, sich immer mehr verstärken muß; und dann seine theoretische Konfusion, die die Notwendigkeit der Zusammenhänge zwischen Politik und Ökonomie nicht begreift und glaubt, sie durch die Kraft seines psychischen Antriebs überspringen zu können.

Tritt man Friedebergs revolutionärem Drange entgegen, wird man nie mit ihm fertig, schafft man ihm nur Triumphe. Dagegen ist es keineswegs aussichtslos, dem Proletariat die theoretische Konfusion klar zu machen, an der Friedeberg leidet. Das ist aber eine mühsame Arbeit, die nur von Köpfen geleistet werden kann, die sich in unsere Theorie völlig eingelebt haben und imstande sind, die Klarheit, die sie selbst erreicht haben, auch anderen mitzuteilen.

Im „Vorwärts" aber herrscht die Abneigung gegen den revolutionären Drang, Friedebergs starke Seite, und dafür Übereinstimmung mit ihm in der Denkweise, in der Überschätzung des „psychischen" oder „ethischen" Faktors,

also Übereinstimmung mit ihm in der Grundlage der theoretischen Konfusion, seiner schwachen Seite. Mögen die „selbständigen Köpfe" des „Vorwärts" noch so viel über Friedebergs Konfusion zetern, sie können sie nicht ausreichend widerlegen, weil sie in demselben Grunde wurzelt wie ihre eigene Denkweise. Sie werden Friedeberg stets am unrechten Ende anpacken und die revolutionären Massen nie von der Irrigkeit seiner Anschauungen überzeugen.

3. Mein Anarchismus.

Nachdem der „Vorwärts" aus der Schrift der Genossin Roland-Holst glücklich zu anarchistischen Konsequenzen gelangt, vollzieht er das gleiche Experiment im nächsten Artikel an mir. Hier hört er auf, in der Defensive zu bleiben, kühn ergreift er die Offensive und erklärt mich für einen Parteischädling. Er preist es „als ein wirkliches Glück für die Partei, daß die ‚Neue Zeit' nicht entfernt den Einfluß auf die Massen hat, den sie von Rechts wegen haben sollte". Denn meine „resignierten Auffassungen könnten, wenn sie in der Partei Beachtung finden würden, logisch nur zu zweierlei Richtungen führen", „links zu den antiparlamentarischen Anarchisten", rechts zu den Nurgewerkschaftlern". So säe ich „Verwirrung und Schädigung".

Diese wutschnaubende Philippika hat mich nun nicht etwa mit gleicher Wut erfüllt, sondern ich habe sie als ein nützliches, aufklärendes Gewitter empfunden. Nach diesen Ausführungen ist es dem „Vorwärts", wenn er ein bißchen auf Logik hält, nicht mehr möglich, zu erklären, wie er seit Jahr und Tag tut: zwischen uns beständen keine sachlichen Gegensätze, sondern nur persönliche Reibereien. Hier hat der „Vorwärts" selbst aufgedeckt, daß zwischen ihm und mir — und ich darf wohl sagen uns Marxisten — ein „klaffender Widerspruch" existiert, sachliche Differenzen von der größten Bedeutung. Hat der „Vorwärts" recht, dann ist er nicht bloß berechtigt, sondern verpflichtet, solche Parteischädlinge, wie wir Marxisten infolge unserer verwirrenden und irreführenden Anschauungen sind, auf das entschiedenste zu bekämpfen, den Parteischädlingen selbst aber muß das Recht und die Möglichkeit entzogen werden, im Namen der Partei zu sprechen.

Hat aber der „Vorwärts" unrecht, sind alle seine so schweren Beschuldigungen unbegründet, dann beruhen sie bloß auf der Unfähigkeit, mich zu verstehen. Doch das Urteil über den „Vorwärts" überlasse ich am besten den Genossen.

Stimme ich nun dem „Vorwärts" darin zu, daß ich mit ihm tiefgehende sachliche Gegensätze zwischen uns sehe, so weiche ich doch gleich darin ab, daß ich diese Gegensätze ganz wo anders suche als er.

Er will „Wandlungen" bei mir entdeckt haben, die mich den Anarchisten nähern und ihnen Vorschub leisten. Ein schwerer Vorwurf, den unser Zentralorgan sicher nicht wagen wird ohne ein erdrückendes Beweismaterial.

Wenigstens qualitativ erdrückend, denn quantitativ ist es etwas spärlich. Es enthält nur eine einzige Tatsache. Aber freilich eine gewichtige: — meine „Kompaniearbeit mit dem Halbanarchisten Labriola ließ schon merkwürdige Wandlungen ahnen."

Du ahnungsvoller Engel du! Da nicht alle Parteigenossen imstande sein werden, zu „ahnen", welche Verruchtheit ich mit dem „Halbanarchisten" ausgeheckt, sei sie hier enthüllt:

Artur Labriola, Mitglied unserer italienischen Bruderpartei, bereitete für deren Kongreß im Frühjahr 1904 eine Resolution vor, die er mir zur Begut-

achtung übersandte. Ich besitze nicht eine Abschrift meiner Antwort, erinnere mich nur so viel, daß ich ihm riet, einige Stellen, die anarchistisch klangen, im sozialdemokratischen Sinne zu ändern.

Das ist es, was die „selbständigen Köpfe“ des „Vorwärts“ eine „Kompaniearbeit“ mit einem „Halbanarchisten“ zu nennen belieben. Basilio hätte die Benennung nicht feiner erfinden können. Dafür hat aber auch K. E. einen sehr erbaulichen Sermon im „Vorwärts“ über guten Ton und schlechte Logik veröffentlicht, in dem er sehr eindringlich von den verheerenden Wirkungen der Verleumdungsfreiheit zu handeln wußte.

Was der „Vorwärts“ sonst noch vorbringt, um meine Verworrenheit und Schädlichkeit darzutun, ist eine Deutung eines einzigen Satzes. Daraus wird folgende Anklage formuliert:

„Was tut Kautsky? Um das neue — sollen wir bloß sagen Diskussionsthema — Kampfmittel des Generalstreiks zu empfehlen, verdunkelt er den elementaren Wert politischer Rechte. Es ist wahrhaft empörend, mit welcher kalkulatorischen Ruhe Kautsky (Nr. 42 der „Neuen Zeit“) von den Wahlrechtsattentaten in Hamburg und Lübeck spricht. Er hält es für die größte Torheit, ‚wollte man heute in Hamburg zur Verteidigung des dortigen Wahlrechtes einen Massenstreik inszenieren! Den Massenstreik für eine einzelne Stadt; das Aufgebot der letzten und schärfsten Waffe des Proletariats, die seine vollste Hingebung und seinen höchsten Opfermut erfordert, bloß zu dem Zwecke, um das jetzige, schon miserable Klassenwahlrecht gegen weitere Verschlechterungen zu schützen!‘“

Diese meine Worte, deren letzte der „Vorwärts“ mit fettem Druck hervorhebt, entfesseln nun einen Wasserfall ethischer Entrüstung über mein unglückliches Haupt, das „kaufmännisch kalkuliert“ und „buchmäßig rechnet“, statt mit „Löwenstimme“ zu brüllen.

Ich kann's dem „Vorwärts“ eben nie recht machen. Eben wirft er mir Drohen mit der Revolution und reichliches Reden davon vor, dann wieder krämerhaften Opportunismus.

Ich werde meinen Gedankengang und dann den des „Vorwärts“ wiedergeben. Wir sehen da so klar wie noch nie den Gegensatz der materialistischen und der ethischen Denkweise.

Der „Vorwärts“ wirft mir vor, ich hätte, um den Generalstreik zu empfehlen, den Wert der politischen Rechte verdunkelt und mit Gleichgültigkeit von den Wahlrechtsattentaten in Hamburg und Lübeck gesprochen. In Wirklichkeit habe ich keine Silbe gesagt, die den Wert der politischen Rechte verdunkeln konnte, schon deswegen, weil ich von diesem Werte gar nicht sprach. Der Satz, den der „Vorwärts“ mir vorwirft, erhält einen ganz anderen Sinn, als er mir unterschiebt, wenn man ihn im Zusammenhang liest. Ich erkläre:

„Unter den besonderen politischen Verhältnissen Deutschlands ist ein erfolgreicher Massenstreik nur denkbar in einer revolutionären Situation, und wäre es darum aussichtslos, ja verderblich, wollte man ihn anwenden in einer Situation, die zu einer revolutionären nicht werden kann. Es wäre zum Beispiel die größte Torheit, wollte man heute in Hamburg zur Verteidigung des dortigen Wahlrechtes einen Massenstreik inszenieren“ usw.

Ich frage, wo ist da ein Wort, das geeignet wäre, den Wert der politischen Rechte zu verdunkeln? Sage ich, das Hamburger Wahlrecht sei eine gleichgültige Sache? Ich untersuche den Wert des Wahlrechtes gar nicht, spreche nicht davon, nicht, weil er mir geringfügig erscheint, sondern weil es

mir überflüssig erschien, über eine selbstverständliche Sache zu reden. Ich untersuchte also nur, was zweifelhaft, die Aussichten eines Massenstreiks, um das Hamburger Wahlrecht zu retten. Und da fand ich nach „kaufmännischem" Abwägen, daß er eine Torheit wäre, denn unter den heutigen Verhältnissen Deutschlands kann nicht in einer einzelnen Stadt der Massenstreik siegen, ohne ein Eingreifen der Reichsregierung nach sich zu ziehen. Der Kampfpreis sei aber, bei aller Bedeutung des Wahlrechtes, doch kein solcher, daß man um seinetwillen eine sichere Niederlage riskieren dürfe.

Das war meine „empörende", „buchmäßige", „kaufmännische", materialistische Kalkulation.

Ganz anders der „Vorwärts". Hören wir seinen ethischen Wasserfall dröhnen:

„Heißt das die Arbeiter politisch und theoretisch aufklären, wenn man die hanseatische Wahlrechtsfrage lediglich unter dem Gesichtspunkt eines opportunistischen Krämers betrachtet, ob das künftige Wahlrecht gegenüber dem bestehenden einen mehr oder minder großen Nachteil leidet, ja ob vielleicht bei der Endrechnung noch ein kleiner Überschuß herausgewirtschaftet werden könnte? Ganz abgesehen davon, daß es sich ja nicht um den Schutz des bestehenden, sondern um den Kampf für das in unserem Programm geforderte Wahlrecht handelt, wie darf ein wissenschaftlicher Führer der Sozialdemokratie die politischen Rechte als eine kaufmännische Kalkulation behandeln, statt dem Proletariat mit Löwenstimme den ersten Grundsatz seiner geschichtlichen Aufgabe immer wieder aufs neue ins Gewissen zu rufen: Es gibt keine größere Verletzung der Würde der Proletarier, als politische Rechte sich rauben, als politische Entrechtung sich gefallen zu lassen. Ein unsühnbares Kapitalverbrechen an dem Proletariat ist der Wahlrechtsraub in den Hansastädten, er ist eine schamlose Verhöhnung des Proletariats.... Die in Hamburg und Lübeck eingeführte Methode des kontingentierten Wahlrechtes ist eine Politik gegen — Aussätzige. Kautsky aber findet den Vorgang kaum eines Wortes des Empörung wert.... Wir verstehen unter dem Studium des politischen Streiks, daß eine Dreimillionenpartei im Kampfe um politische Rechte nicht buchmäßig rechnen und nicht in die Ferne spekulieren dürfe, sondern daß sie, wenn es gilt, auch Niederlagen wagen müsse. Nichtswürdig ist das Volk, das nicht sein Alles setzt in seine Rechte" usw.

Also vorwärts, los, wer wird noch in feigem Opportunismus buchmäßig rechnen. Wir müssen Niederlagen wagen, wollen wir uns nicht der ärgsten Nichtswürdigkeit schuldig machen! Drauf und dran zur Aktion!

Gemach, gemach, so ist die ethische Entrüstung nicht gemeint: „Wir reden kein Wort darüber", sagt der „Vorwärts" in demselben Artikel, „ob man in Hamburg und Lübeck hätte einen Generalstreik machen sollen." Darüber, über die Hauptsache, kein Wort! Aber Hunderte, um mit Löwenstimme sich zu entrüsten. Und dieses sich Entrüsten mit Löwenstimme gilt als die Hauptaufgabe eines „wissenschaftlichen Führers der Sozialdemokratie" bei dem „Studium des politischen Streiks". Eine Untersuchung darüber, ob und wie eine Aktion möglich sei, wird als erbärmliches, empörendes kaufmännisches Kalkulieren bezeichnet. Auf das Handeln kommt es dem Ethiker nicht an, nur auf das moralische Verurteilen. Die Hauptsache ist, große Worte prägen, an denen man sich berauschen kann. Dann hat man seine Pflicht getan und geht ruhig schlafen. Nachdem der Wasserfall gehörig gedonnert und Schaumblasen geworfen, plätschert man wohlgemut im alten Sumpfe weiter. Und wenn ein Mann kommt wie Friedeberg, der den Wasserfall mit seinem Donnern und Schäumen ernst nimmt und zum Treiben einer Mühle einrichten will, wird man wieder einmal moralisch entrüstet und schreit mit der bekannten

Löwenstimme: Hinaus mit dem Ruhestörer! Für praktische Zwecke ist unser ethisches Gewässer nicht da.

Hier hat die ethische Methode der selbständigen Köpfe des „Vorwärts“ sich in klassischester Gestalt gezeigt, und darum war es wohl am Platze, sie eingehender zu charakterisieren. Deutlicher konnte es nicht zutage treten, wie absolut unfähig diese Methode ist, unsere, die materialistische, mit der „empörenden kalkulatorischen Ruhe“, zu begreifen.

Soll ich nach alledem noch weiter mich gegen den Vorwurf unseres Zentralorgans verteidigen, daß ich mich im anarchistischen Sinne gewandelt habe?

Soll ich ausführlicher darlegen, daß ich nie eine Zeile geschrieben, um die Notwendigkeit und Bedeutung der politischen Rechte zu verkleinern, daß das, was der „Vorwärts“ als solches ansieht, nichts ist als eine Erklärung des tatsächlichen Niederganges und der tatsächlichen Machtlosigkeit des deutschen Reichstags?

Soll ich darauf hinweisen, daß Marx in diesem Sinne noch viel „anarchistischer“ gewirkt, der das Wort vom parlamentarischen Kretinismus prägte und zum Beispiel im Jahre 1848 die Frankfurter Nationalversammlung, namentlich ihre Linke, aufs grausamste wegen ihrer Impotenz verhöhnte? Soll ich auf Engels verweisen, der 1891 beifällig Liebknechts Worte zitierte, daß der deutsche Reichstag nichts sei als das Feigenblatt des Absolutismus? Soll ich daran erinnern, daß K. E. vor einem Jahre dieselben Vorwürfe wie gegen mich gegen Jules Guesde richtete, von dem er behauptete, „Guesdes Konsequenz ist der völlige Verzicht auf den Parlamentarismus“, Guesde müßte sich, wäre er in Deutschland, unter „anarchistischen Eingängern“ verlieren? Soll ich daran erinnern, daß Guesdes Auffassung der bürgerlichen Republik, die K. E. so empörte, jene Auffassung ist, die Marx 1848 nach der Junischlacht bekannte, dann wiederholt aussprach und die seitdem zur Gesamtauffassung der Marxisten geworden ist?

Nein, ich glaube, wie immer man über meine Leistungen denken mag, ich habe es nicht notwendig, auf solche Argumente solchen Kritikern gegenüber noch lange auseinanderzusetzen, welche Bedeutung ich den politischen Rechten für den Emanzipationskampf des Proletariats beimesse.

Aber ich verüble es den „selbständigen Köpfen“ des „Vorwärts“ nicht, wenn sie mir anarchistelnde Wandlungen vorwerfen. Sie kleben an der Bewunderung der demokratischen Formen und vermögen ihre proletarische von ihrer bürgerlichen Art nicht scharf zu scheiden. So erscheint ihnen alles „anarchistisch“, was Kritik des bürgerlichen Parlamentarismus, der bürgerlichen Demokratie, der bürgerlichen Republik bedeutet. So müssen sie gerade in den entschiedensten Marxisten mehr oder weniger anarchistische Elemente sehen, einmal in Guesde, dann in der Genossin Roland-Holst, jetzt in mir, morgen vielleicht in der Genossin Zetkin.

So wenig ich ihnen das verüble, so sehr stimme ich ihnen darin zu, daß ein „klaffender Widerspruch“ zwischen uns besteht, der sich durch nichts verkleistern, durch nichts überbrücken läßt.

Aber es ist unmöglich, daß zwischen den beiden Zentralorganen der Partei ständig ein so tiefer Gegensatz bestehen bleibt. Die Partei müßte darunter aufs schwerste geschädigt werden. Sie leidet heute schon unter ihm. Ihn zu beseitigen ist dringend notwendig. An der Partei ist es daher, sich jetzt zu entscheiden für die materialistische oder die ethische Methode.

Einstimmigkeiten und Unstimmigkeiten auf dem Ortskrankenkassentag zu Dresden.

Die Verhandlungen der Jahresversammlung der deutschen Ortskrankenkassen zu Dresden, die im Juli dieses Jahres stattfand, haben, wie das vorauszusehen war, einen sehr interessanten und bewegten Verlauf genommen und dürften zweifellos noch eine sehr lebhafte nachträgliche Diskussion hervorrufen.

In der arbeiterfeindlichen Presse hat schon die Ausschlachtung der Unstimmigkeiten bei der Aussprache über das Verhältnis der Beamten zu den Kassenvorständen begonnen. Man kann bereits in den Organen der verschiedensten bürgerlichen Parteirichtungen den zwar schon herzlich abgebrauchten, aber doch noch immer bei ihnen beliebten Titel: „Sozialdemokraten als Arbeitgeber“ lesen. Es ist ja die bekannte kleinliche und unehrliche Manier der enragierten Feinde der Arbeiterbewegung und jeglicher Sozialreform, den Wald vor lauter Bäumen nicht zu sehen, die kleinen und geringfügigen Unstimmigkeiten in behaglicher Weise breitzutreten, die eigentliche Tätigkeit und das wirkliche Resultat der Tagung aber vollständig zu ignorieren.

Das wichtigste Ergebnis des Kongresses ist jedoch zweifellos die Tatsache, daß einmütig Arbeiter- und Unternehmervertreter und Kassenbeamte die unerschütterliche Ansicht ausgesprochen haben, daß ohne Selbstverwaltung die ganze so vielgerühmte deutsche Sozialreform, von der ja die drei Versicherungsgesetze den wertvollsten Bestand bilden sollen, ein Pappenstiel für die deutschen Arbeiter ist. Wenn man das sozial fortgeschrittenste Element bei der Verwaltung ausscheidet, dann sinken eben diese Institutionen — dafür wird Sankt Bureaukratius in Verbindung mit dem rückständigsten Unternehmertum schon sorgen — zu Gebilden herab, die sich auch äußerlich von der Armenunterstützung nicht unterscheiden. Alle wahrhaft sozial gesinnten Elemente unter den Kassenvorständen würden sich dann mehr und mehr zurückziehen.

Mit gebührender Schärfe wurden auch all die wahnwitzigen Lügen und Verleumdungen zurückgewiesen, die offen und versteckt von den Feinden der Arbeiterbewegung in die Welt gesetzt werden. Eine, und zwar die am häufigsten wiederkehrende Behauptung ist bekanntlich die, daß die „sozialdemokratischen“ Kassenvorstände Mittel zur Förderung sozialdemokratischer Zwecke verwendeten — eine Behauptung, die zugleich eine schwere Beschuldigung der Aufsichtsbehörden bedeutet, die ja dann gegebenenfalls in gröbster Weise ihre Pflicht vernachlässigt hätten. Und auch die Arbeitgeber, die in den Kassenvorständen der Ortskassen sitzen, und die, wenn sie schon überhaupt Parteigänger sind, am wenigsten der Sozialdemokratie angehören dürften, müßten ja einen hohen Grad von Duldsamkeit und Selbstentäußerung besitzen, wenn sie das zulassen würden. Es war denn auch ein guter Rat, um die heimtückischen Verleumder ein für allemal abzuführen, eine Umfrage bei den Arbeitgebervertretern der einzelnen Kassen zu halten, ob und inwiefern solche Beschuldigungen realen Hintergrund haben. Es ist das nötig. Angesichts der bevorstehenden „Reform“ kann man derartige Vorwürfe nicht mit der sonst angebrachten Verachtung strafen; denn solche Behauptungen finden leider bei gewissen Kreisen, das zeigte die Herrenhausrede Bülows, einen günstigen Boden und wachsen lustig weiter, wenn sie nicht

beizeiten im Keime erstickt und als das gekennzeichnet und gebrandmarkt werden, was sie sind: gemeine Lügen und Verleumdungen. Solche Behauptungen können nur wider besseres Wissen aufgestellt werden.

Ein weiterer Punkt der Tagesordnung war die Frage der Zulässigkeit sozialer Prophylaxe (vorbeugender Tätigkeit) der Ortskrankenkassen. Jetzt ist durch die Praxis der Aufsichtsbehörden diese im Interesse der öffentlichen Wohlfahrt liegende Tätigkeit unterbunden, und die Aufsichtsbehörden wachen peinlich genau darüber, daß die Krankenkassen die ihnen gezogenen Tätigkeitsgrenzen auch nicht um einen Fuß breit überschreiten. Die Kassen haben das Recht, Kranke zu heilen, aber das Recht, Mittel und Wege zu suchen, um Krankheit zu verhüten, die Gesundheit den Versicherten zu erhalten, haben sie nicht. Das hat ja das preußische Oberverwaltungsgericht mit aller Deutlichkeit in einem von der Ortskrankenkasse der Kaufleute, Handelsleute und Apotheker zu Berlin provozierten Urteil gesagt. Diese Kasse wollte bekanntlich in ihr Statut eine Bestimmung aufnehmen, nach der die Beschickung von Kongressen, die das Tätigkeitsfeld der Krankenkassen sehr nahe berühren, wie zum Beispiel zur Bekämpfung des Alkoholismus, der Tuberkulose, der Geschlechtskrankheiten sowie der Wohnungskongresse gestattet sein soll. Es sollten dafür höchstens jährlich 1500 Mark aufgewendet werden dürfen — eine für den Etat einer großen Kasse lächerlich geringe Summe. Der Bezirksausschuß versagte diesem Nachtrag die gesetzlich vorgeschriebene Genehmigung. Er war der Meinung, die Kasse überschreite damit ihre gesetzlich vorgeschriebenen Befugnisse. Der Vertreter der Kasse legte beim Oberverwaltungsgericht gegen dies von starrem Bureaukratismus diktierte Urteil Berufung ein, indem er begründend geltend machte: Zu den Angelegenheiten der Kasse gehöre es nicht nur, Krankheiten zu behandeln, sondern auch Krankheiten zu verhüten. Um vorbeugend wirken zu können, sei es aber erforderlich, den Ursachen auf den Grund zu gehen und die Institutionen zu finden, die geeignet seien, die in Frage kommenden Krankheiten einzudämmen. Und dazu sollen doch die Kongresse dienen. Es bedeute einen Verstoß gegen die den Krankenkassen vom Gesetz zugewiesenen sozialen Aufgaben, wenn man das verhüten wolle. Das Oberverwaltungsgericht stellte sich aber trotz dieser durchaus zwingenden Beweisführung auf einen ablehnenden Standpunkt. Zu dem Urteil wurde klipp und klar ausgeführt, es sei nicht die Aufgabe der Krankenkassen, dem einzelnen Mittel zuzuwenden, damit er nicht krank werde; denn sonst müßten sie ja auch jemanden, der mit einem Schwindsüchtigen zusammenwohne, eine andere Wohnung mieten.... Punktum! Den Krankenkassen sind also die Hände gebunden in dieser Beziehung. Bisher haben ja auch die Aufsichtsbehörden meistens die Verwendung von Mitteln selbst zum Besuch der Ortskrankenkassentage versagt. In diese Praxis dürfte allerdings eine große Bresche durch das angezogene Urteil geschlagen sein, denn der Schluß desselben sagt:

„Auch für Belehrung dürften die Kassen Gelder nur so weit aufwenden, als es den Aufgaben der Kasse zugute kommt, zum Beispiel für Vorträge über Rechte und Pflichten der Mitglieder.“

Nun dienen zur Belehrung der Vorstandsmitglieder alle Kongresse und zum allermeisten die Ortskrankenkassentage und deren Beschickung dürfte nunmehr nichts mehr entgegenstehen, wie ja auch von einem Delegierten aus Krefeld mitgeteilt wurde, daß seine Kasse auf Grund des Urteils die Genehmigung zur Delegation auf Kosten der Kasse bekommen hätte.

Schon aus dieser lehrreichen und für den Geist der deutschen Sozialreform und deren Beurteilung durch Juristen außerordentlich bezeichnenden Angelegenheit ist zu ersehen, wie peinlich darüber gewacht wird, daß kein Pfennig zu anderen „als von dem Gesetz bestimmten" Dingen verwandt werden darf und auch verwandt wird.

Einmütigkeit herrschte auf dem Kongreß über die Notwendigkeit, daß die Arzneipreise herabgesetzt, die Invalidenversicherungsbeiträge durch die Ortskrankenkassen einheitlich erhoben und die Kassen dafür angemessen entschädigt werden.

Dagegen führte die Frage der Einbeziehung der Heimarbeiter und Hausindustriellen in die Versicherungspflicht zu Meinungsverschiedenheiten. Zwar waren im Prinzip alle Delegierten des Kongresses — so unsozial denkt kein Besucher desselben — der Ansicht, daß diesen Ärmsten der Armen die „Wohltaten der Sozialreform" und besonders der Krankenversicherung am allerdringendsten not tun, aber ein Teil forderte erst eine Zentralisierung der Krankenkassen, damit eine größere Verteilung des Risikos herbeigeführt werde, Aufhebung der Betriebs-, Innungs- usw. Kassen. Denn beim Fortbestehen des jetzigen Zustandes ist die große Gefahr vorhanden, daß diese Krankenkassen alle die schlechten Risiken — und dazu zählen aus bekannten Gründen die Heimarbeiter — den Ortskrankenkassen aufhalsen würden. Es käme dann dahin, daß sie wieder auf die Gewährung der Mindestleistungen zurückgehen müßten und darunter die jetzigen Mitglieder schwer zu leiden hätten. An eine Aufrechterhaltung der Familienunterstützung wäre wohl kaum — füge ich hinzu — zu denken. Und was das bedeuten will, weiß jeder, der auch nur etwas Einblick in das Arbeiterleben hat.

Die Freunde des Antrags, die die sofortige Ausdehnung des Gesetzes ohne Kautelen fordern, wiesen demgegenüber auf das Prinzip hin und glaubten, eine Einschränkung der Heimarbeit von der Einführung der Versicherungspflicht der Heimarbeiter erhoffen zu dürfen. Diese Hoffnung ist aber nur eine sehr problematische meiner Meinung nach; denn die Beschäftigung von Heimarbeitern bietet dem Unternehmer eine solche Menge verschiedenartiger Vorteile, daß der geringe Versicherungsbetrag diese bei weitem nicht aufwiegt. Und er müßte doch für die dann eventuell in dem Betrieb mehr beschäftigten Arbeiter auch die Versicherungsbeiträge zahlen. Die knappe Mehrheit des Kongresses entschied sich aber doch für das Prinzip, während die Minorität nur unter Voraussetzung der Zentralisation für die Versicherungspflicht zu haben war. Also im Grunde auch hier Einstimmigkeit im Prinzip, nur über die Ausführung, respektive die Möglichkeit der Ausführung gingen die Ansichten auseinander.

Zu scharfen Zusammenstößen kam es bei der Regelung der Beamtenfrage, wie es an dieser Stelle schon vorausgesagt wurde. Es ist ohne weiteres klar, daß Leute, die sonst in jeder Beziehung ihre soziale Einsicht betätigen, auch in erster Linie verpflichtet sind, ihre Beamten anständig zu behandeln, anständig zu besolden. Das ist schon nötig, um eine entsprechende Arbeitsfreudigkeit in ihnen zu erwecken. Die Tätigkeit in den sozialen Institutionen verträgt sich nicht mit lediglich kalter Pflichterfüllung. Sie erfordert ein gewisses Verständnis für die sozialen Verhältnisse der Versicherten, der Mitglieder, besonders der Kranken.

Aber die Vorstände haben sich bis auf verschiedene unrühmliche Ausnahmen dieser Pflicht auch nicht entzogen. Freilich können die Arbeitervertreter nicht

mit einem Male die Verhältnisse der Beamten so stellen, wie es das in München als Grundlage für die Anstellungsverhältnisse angenommene Regulativ vorsieht. Aber zu solchen Ausführungen, wie sie das Organ des Verbandes der Ortskrankenkassenbeamten gebracht hat, hatte dieses kein Recht. Und mit Recht wurde ein derartiger Ton unter Leuten, die doch alle an einem Strange ziehen und das gleiche Interesse an der gesamten Entwicklung der Kassen haben sollten, aufs schärfste verurteilt. In der Zurückweisung dieser Angriffe ist denn auch nach dem bekannten Sprichwort: Wie man in den Wald hineinruft, schallt es zurück, weit über die Schnur gehauen worden. Und man kann aus diesen unliebsamen Erörterungen nur einen bedauerlichen Mangel an Verantwortlichkeitsgefühl und an Kaltblütigkeit der Öffentlichkeit gegenüber konstatieren. Schließlich fanden sich aber beide Teile auf dem gemeinsamen Boden wieder. Die Münchener Beschlüsse sollen revidiert und eine Art Tarifgemeinschaft alsdann abgeschlossen werden. Es ist zu hoffen, daß dadurch ein dauernder Friede hergestellt wird; denn gerade angesichts der Gefahren, die der Selbstverwaltung der Krankenkassen durch das angekündigte „Reform"werk drohen, ist ihre Geschlossenheit und ihre Einigkeit dringend vonnöten. Sie liegt aber auch im Interesse des Ausbaues der Kassen in gegenwärtiger Gestalt. Der eifrige Rendant der Berliner Kasse der Kaufleute traf durchaus das Richtige, als er meinte: Alle sollen zusammenarbeiten im Dienste des Proletariats.

So ist auch schließlich in dieser schwierigen Frage ein Kompromiß zustande gekommen, das sich hoffentlich zu einem dauernden gedeihlichen Verhältnis auswachsen wird, so daß der nächste Ortskrankenkassentag in Düsseldorf derartige Unstimmigkeiten, die bloß unseren Gegnern Wasser auf ihre reaktionären Mühlen geben, nicht wieder sieht.

Vorwärts im Ausbau der Sozialreform zum Wohle der leidenden Proletarier und nieder mit allen Plänen gegen die Selbstverwaltung! Das muß die Parole für jeden sein, der auf diesem Gebiet mitarbeiten will. Das war auch im großen und ganzen trotz der gekennzeichneten Unstimmigkeiten der Grundzug der ganzen Verhandlungen des Zwölften deutschen Ortskrankenkassentags.

Literarische Rundschau.

Dr. Alexander Tille, **Der soziale Ultramontanismus und seine „katholischen Arbeitervereine".** Sozialwirtschaftliche Streitfragen. Berlin 1905, Verlag von Otto Elsner. 1 Mark.

In der vorliegenden Schrift rechnet die liberale Demagogie mit ihrer klerikalen Schwester, dem „sozialen Ultramontanismus" einmal tüchtig ab. Als „Grundlage" des sozialen Ultramontanismus betrachtet der Verfasser der Schrift das Rundschreiben des Papstes Leo XIII. vom 15. Mai 1891, „De conditione opificum", gewöhnlich nach den Anfangsworten die Enzyklika „Rerum Novarum" genannt. In dieser Enzyklika habe das Papsttum „in Anlehnung an einzelne scholastische Gedankengänge und unter Zugrundelegung eines künstlich eigens für diesen Zweck zugestutzten Naturrechtes, in loser Anlehnung an einige Grundsätze der christlichen Sittenlehre und mit dem Anspruch, die allein gültige Wahrheit zu besitzen und zur Weltherrschaft berufen zu sein . . . mit vollem Unfehlbarkeitsanspruch ein flüchtiges Bild von einem ihm wünschenswerten Gesellschaftsleben" aufgestellt. Das Ganze sei

„eine Spottgeburt von Theorie und Stimmung“ dank der „geradezu beispiellosen Unkenntnis der wirklichen Verhältnisse und der Nichtachtung der Wirtschaftswissenschaft“, welche auf jeder Seite zutage trete. Die Enzyklika rede davon, die wirtschaftliche Entwicklung müsse „den Prinzipien der Gerechtigkeit gemäß“ beeinflußt werden. Die Frage aber, zu welchen Bedingungen ein Arbeitsvertrag geschlossen werden soll, sei, so führt Dr. Tille aus, keine Rechtsfrage, sondern eine Wirtschaftsfrage. Ob ich zu einem bestimmten Preise eine bestimmte Menge Wolle kaufe, hänge doch nicht von einem Rechtsanspruch des Verkäufers auf Absatz seiner Wolle ab, sondern lediglich davon, ob ich den Kauf für mich wirtschaftlich für vorteilhaft halte. Genau so sei es bei der Frage, ob ich zu einem bestimmten Lohne einen bestimmten Arbeiter beschäftigen will. Ist dessen Lohnforderung nach meinem Ermessen zu hoch, so lehne ich eben die Schließung des Arbeitsvertrags ab. Keine Macht der Welt könne mich dazu zwingen, den Vertrag einzugehen. Das Wirtschaftsleben regele diese Dinge ganz von selbst.

Man sieht: hier steht dem heiligen Thomas von Aquino der heilige Manchester gegenüber.

Hören wir aber weiter, was Dr. Tille auf dem Herzen hat: Nachdem der soziale Ultramontanismus das ganze Wirtschaftsleben zum Reiche des Moralismus erklärt habe, ziehe er aus dieser Eroberung die Nutzanwendung, daß der katholischen Kirche alle Hoheitsrechte in diesem Reiche verliehen werden müssen. Demgemäß habe seit dem Jahre 1895 der soziale Ultramontanismus ein Netz über das Deutsche Reich ausgesponnen, das von vornherein einzig dazu bestimmt war, „in seinen Maschen die katholische Arbeiterschaft einzufangen, sie den Zielen und den Führern des Zentrums zu unterwerfen und mit geschlossenen Händen und Füßen als Machtmittel der Papstherrschaft zu benutzen“.... „Jetzt herrscht einzig der soziale Ultramontanismus und schwingt seine Knute über den Arbeiterhäuptern — und wehe dem Haupte, das sich ihm nicht beugt!“ Ganz besonders entsetzt aber ist Dr. Tille über das „Maß von Wühlarbeit“, das der soziale Ultramontanismus seit 1902 auf die katholischen Arbeitervereine aufgewendet habe.... „Da werden von außen, von der ultramontanen Geistlichkeit, erst Wünsche und Forderungen in die katholische Arbeiterschaft hineingetragen, ... von denen die Arbeiter vorher ... gar nichts gewußt haben. Es werden ihnen Beschwerden aufgenötigt, die sie vorher gar nicht empfunden haben, und es wird ihnen ein Zukunftsstaat des sozialen Ultramontanismus als Ziel gepredigt, von dem sie an und für sich gar nichts wissen wollen.“ Und in der Tat: das Sündenregister, welches Dr. Tille dem sozialen Ultramontanismus vorhält, ist gar schrecklich: Die Gebildeten unter den Sozialdemokraten, erzählt der Herr, seien über die Verelendungstheorie gründlich hinaus. Die ultramontanen Heiligen stecken noch bis an den Hals in ihr. Die Enzyklika „Rerum Novarum“ habe ja dekretiert: „Das Kapital ist in den Händen einer geringen Zahl angehäuft, während die große Menge verarmt.“ Ferner werde vom sozialen Ultramontanismus ein „Sozialer Roman“ verbreitet, in dem ein Bergmann mit einem Tagelohn von 80 Pfennig vorkomme. „Wenn man dergleichen verhetzende Erfindungen liest, kann man nur bedauern lernen, daß der Grobeunfugparagraph herkömmlich nicht auf Behauptungen in literarischen Erzeugnissen angewendet zu werden pflegt.“ Ferner werde davon geredet, daß sich eine „neue Sklaverei“ anbahne. Mit solchen „offenkundigen Erfindungen und Verdrehungen“ arbeite der soziale Ultramontanismus. Auch das „Märchen“ vom Arbeiter als dem schwächeren Teile werde wieder aufgewärmt und von „einer kapitalistischen und einer unvermögenden Klasse“ gesprochen. Die Agitatoren des sozialen Ultramontanismus stellen sich so, als ob sie von den Arbeiterschutzgesetzen gar nichts wüßten, und die deutsche Arbeiterversicherung suchen sie „herabzusetzen“. Auf der anderen Seite erkennen sie den Arbeitern ein „Recht auf ein gutes Auskommen“ zu, versprechen ihnen einen Anteil am Geschäftsertrag, unterstützen sie bei Maßregelungen und Streiks und wollen durch Fabrikausschüsse, Bezirksfabrikausschüsse, Provinzialfabrikausschüsse und einen Reichsfabrikausschuß,

sowie durch Arbeitskammern, Bezirks-, Provinzial- und Reichsarbeitskammern die Lohn- und Arbeitsverhältnisse regeln. „Eine Arbeitermehrheit . . . wird sich künftig ihre eigenen Gesetze geben und die übrigen Teile der Gesellschaft nach ihrem Belieben auf ultramontan-gesetzlichem Wege ausbeuten.“

„Wie sich diese Arbeitsordnung von derjenigen des sozialistischen Zukunftsstaats unterscheiden soll,“ kann Tille nicht „absehen“. Ja, „der sozialistische Zwangsstaat“ erscheint ihm „als liberale freie Gemeinschaft gegenüber einer sozialen Zuchthausordnung, wie sie der soziale Ultramontanismus vorschlägt“. Dieser vertrete „eine reine Klassenpolitik“ trotz aller tönenden Worte für das Gegenteil und betreibe „eine Agitation nach dem Muster der Sozialdemokratie, eine Agitation zu einer Umgestaltung unserer Gesellschaftsordnung und mit in letzter Linie politischen Zielen“.

Obgleich Dr. Tille eine von *seinem* Standpunkt aus durchaus zutreffende Kritik des sozialen Ultramontanismus geliefert hat, wird seine Schrift den gewünschten Erfolg nicht haben. Denn sie läßt einen entscheidenden Umstand außer Betracht, nämlich den, daß sich das Zentrum, nur der Not gehorchend, nicht dem eigenen Triebe, auf jene gefährliche Bahn begeben hat. Der soziale Ultramontanismus, wie ihn Dr. Tille schildert, hat sich erst herausgebildet, nachdem die Erfahrung gezeigt hat, daß die katholischen Arbeiter mit den bisherigen Mitteln der katholischen Kirche nicht mehr von der Sozialdemokratie ferngehalten werden können. Das Zentrum hätte dann, wird uns Dr. Tille antworten, die „liberalen“ Lehren annehmen und den katholischen Arbeitern klar machen sollen, daß schon jetzt alles aufs gerechteste eingerichtet sei, daß unter dem Segen der freien Konkurrenz jeder nach Gebühr belohnt werde: „Wer viel leistet, der verdient heute auch durchschnittlich viel, und wer wenig leistet, wenig. Wenn irgend etwas, so ist das soziale Gerechtigkeit.“ Dem Zentrum war jedoch bereits so viel sozialpolitisches Verständnis aufgegangen, daß es einsah, mit solchen Redensarten, deren Widersinn den Arbeitern tagtäglich vor Augen tritt, läßt sich auch nicht ein einziger Arbeiter, der nachzudenken anfing, wieder einfangen. Es konnte sich daher beim besten Willen nicht mit den liberalen Wassersuppen begnügen, sondern mußte den Ultramontanismus mit einem Körnchen Sozialismus für die Arbeiter schmackhaft machen. Daß das Körnchen im Laufe der Zeit immer größer werden, der soziale Ultramontanismus immer weniger als Lockmittel für den Ultramontanismus, sondern als Bahnbrecher für den Sozialismus wirken mußte: das entspricht nur dem Gesetz der Entwicklung.

So beweist auch diese Auseinandersetzung zwischen der liberalen und der ultramontanen Demagogie nicht etwa, daß die eine wirksamer als die andere sei, sondern daß sie beide der Sozialdemokratie den Weg nicht versperren können.

Gustav Hoch.

Notizen.

Die Unfallgefahr ausländischer Arbeiter. In den Industriebezirk Rheinland-Westfalen geht der Zug der fremden Arbeiter. Die Agenten der Unternehmer schleppen sie als billige Arbeitskräfte, als Streikbrecher usw. in dieses Gebiet. Bald stellt sich aber heraus, daß diese Arbeiter weit hinter den inländischen Arbeitern zurückstehen. *Auch die Unfallgefahr dieser Arbeiter ist größer, als man gewöhnlich annimmt.* Darüber gibt uns der soeben erschienene Geschäftsbericht der Rheinisch-Westfälischen Hütten- und Walzwerksberufsgenossenschaft näheren Aufschluß. Diese Berufsgenossenschaft der Großindustrie hat nur 221 Betriebe versichert, welche aber 136961 Arbeiter beschäftigen. Obwohl im Jahre 1904 nur ein Betrieb in das Kataster der Berufsgenossenschaft aufgenommen, jedoch fünf Betriebe gelöscht wurden, ist die Zahl der versicherten Arbeiter doch um 5900 gegen das Vorjahr gestiegen, der Durchschnittslohn der Versicherten um 39,19 Mark auf 1366,53 Mark pro Kopf und Jahr. Einen Rückgang der Zahl der Versicherten haben nur die Bezirke Aachen,

Dortmund und Siegen zu verzeichnen, den größten Zugang: Essen, mit allein 2848 Arbeitern (Krupp). Die Zahl der gemeldeten Unfälle ist von 24083 im Vorjahr auf 26238 gestiegen! Auf 1000 versicherte Personen entfallen im Durchschnitt 192 Verletzte! Über diesem Durchschnitt stehen die Sektionen Essen mit 213 und Oberhausen mit 244, während die niedrigsten Ziffern Hagen und Siegen mit 99 und 93 Verletzten aufweisen. Der Revisionsbeamte der Berufsgenossenschaft wagt es aber nicht, gegen diese schrecklichen Zahlen direkt aufzutreten, sondern druckt im Bericht lieber diesbezügliche Bemerkungen der Gewerbeinspektoren der Bezirke Arnsberg und Düsseldorf ab. Nur aus den Bemerkungen, daß diese Berichte „so interessant, daß deren Kenntnisnahme durch alle Genossenschaftsmitglieder wünschenswert ist", daß sie „Äußerungen über die Ursachen der immerwährenden Vermehrung der Unfälle" enthalten, schließt man, daß dieser „vorsichtige" Beamte die Ansicht der Gewerbeinspektoren teilt!

Arnsberg berichtet, daß „verhältnismäßig die meisten Unfälle in der Großindustrie vorkommen, namentlich in der Großeisenindustrie, beim Transport und beim Verladen". Der Düsseldorfer Beamte geht etwas näher auf die Ursachen der „unverhältnismäßig hohen Zahl der Unfälle" dieser Berufsgenossenschaft ein und bemerkt: „Hierzu gehört in erster Linie der in Hütten- und Walzwerksbetrieben besonders starke Arbeiterwechsel! Derselbe schwankt in den Hütten- und Walzwerksbetrieben des Essener Aufsichtsbezirkes zwischen 20,3 und 71,9 Prozent und ließ seine Einwirkung auf die Unfallgefahr in den einzelnen Werken deutlich erkennen." Der Beamte fügt weiter hinzu, daß mehr als ein Zehntel aller Unfälle des Duisburger Bezirkes „sich innerhalb des ersten Monats, mehr als zwei Fünftel im ersten Jahre der Beschäftigung des Arbeiters in dem Werke beziehungsweise bei der verhängnisvollen Arbeit" ereignet haben! „Die gleiche Wirkung wie der Arbeiterwechsel übt naturgemäß auch die Inbetriebsetzung größerer Neuanlagen und die zurzeit der Hochkonjunktur unvermeidliche Überanstrengung des Betriebs aus, womit in der Regel die Heranziehung zahlreicher fremder Arbeiter, insbesondere Polen, verbunden ist! Mangel an Übung, Unkenntnis der Sprache und die an sich geringere körperliche und geistige Gewandtheit vieler dieser Arbeiter wirken zusammen, um die Unfallgefahr bei ihnen wesentlich zu erhöhen!!" Auch über die Zahl der ausländischen Arbeiter auf einzelnen Hüttenwerken gibt uns der Beamte einigermaßen Aufschluß, indem er bemerkt, daß „eines dieser Werke neben 4816 einheimischen — 1030 ausländische, darunter 979 Polen beschäftigte, ein anderes Werk neben 4295 einheimischen 625 ausländische, darunter 300 Polen, und ein drittes neben 368 einheimischen 52 ausländische, darunter 37 Polen"!! Arme Polen! Mit dem Rückgang der Konjunktur nehme auch die Zahl der fremden Arbeiter verhältnismäßig stark ab, bleibe aber auch „unter normalen Verhältnissen recht hoch, da für gewisse Arbeiten einheimische Arbeiter in genügender Zahl nicht zu haben sind". Die alte Ausrede! Und was man unter „gewisse Arbeiten" versteht, wird nicht verraten. Der Bericht bemerkt nur, daß zu „Transportarbeiten auf den Hochofenwerken fast ausschließlich polnische oder andere ausländische Arbeiter verwendet werden" und daß „gerade bei diesen Arbeiten sich die meisten und schwersten Unfälle ereignen"! Also nur der Pole kann „transportieren"? Er transportiert „billiger und williger", das wird die Lösung dieses Rätsels sein! Aus den graphischen Darstellungen des Berichtes ersieht man ferner, daß der Arbeiterwechsel von 39,8 Prozent im Jahre 1902, 42,3 Prozent im Jahre 1903 auf 43,5 Prozent im Jahre 1904 gestiegen ist, die Zahl der Unfälle im ersten Jahre der Beschäftigung 36,6 Prozent gegen 34,8 Prozent des Vorjahres, im ersten Jahre der Beschäftigung mit der unfallbringenden Arbeit 42,4 Prozent beträgt!! Mit drei Jahresrenten schickt man dann den verkrüppelten Ausländer wieder in die „liebe Heimat" zurück!

E. G.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 51 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Zur „Gerichtschronik“ der Parteipresse.

↗ Berlin, 13. September 1905.

In der vorigen Nummer der „Neuen Zeit“ hat M. Sursky in dem Artikel über die „Gerichtschronik“ in der Parteipresse ein Thema berührt, das längst einmal einer ausführlicheren Erörterung wert gewesen wäre. Von der kapitalistischen Presse, so namentlich von dem Organ des braven Eugen Richter, sind seine Darlegungen mit schalem Spott übergossen worden, aber damit ist nur bewiesen, daß sie wirklich des Nachdenkens wert sind.

Mit vollem Rechte tadelt Genosse Sursky an der Parteipresse, und zwar ohne jeden Unterschied der Blätter, daß sie in der Berichterstattung über die bürgerliche Strafrechtspflege die sozialistische Auffassung oft genug vermissen lasse und in den bürgerlichen Moraljargon verfalle. Auch sucht er den tieferen Grund dieser Erscheinung vollkommen zutreffend in den Anschauungen und Ansichten der breiten Parteimasse, in der die „Ordnungs“vorstellungen der bürgerlichen Gesellschaft seit manchem Jahrhundert fest gewurzelt seien. Diese Wurzeln lassen sich nicht in einem oder in ein paar Jahrzehnten ausrotten; wir glauben nicht zu irren, wenn wir sagen, daß die große Masse der Arbeiter im Diebstahl ein viel entehrenderes Vergehen sieht als in einer Körperverletzung, obgleich die Schädigung eines Mitmenschen an Leib und Leben nach unserer Auffassung sicherlich schwerer wiegt als die Kränkung einer Gesellschaftsordnung, die innerlich verfault und die verkörperte Ungerechtigkeit selbst ist.

Immerhin ist die Frage aber doch komplizierter, als Sursky annimmt. Schon in der Einrichtung einer „Gerichtschronik“ liegt ein schwer zu lösender Widerspruch. Sie ist auf der einen Seite unvermeidlich, denn die bürgerliche Strafrechtspflege bedarf der öffentlichen Kontrolle, um wenn auch noch lange zu keiner idealen, so doch zu einer halbwegs erträglichen Einrichtung zu werden; schon der absolute Staat hat, wenigstens als es mit ihm zur Rüste ging, die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen als eine unbedingte Notwendigkeit anerkannt. Sie ist seitdem für jeden Kulturmenschen eine selbstverständliche

Sache, und wir brauchen nicht erst darzulegen, wie sie gerade auch für den proletarischen Klassenkampf eine unbedingte Notwendigkeit ist.

Unter den Zuständen, wie sie durch die entwickelte kapitalistische Gesellschaft geschaffen worden sind, ist die Öffentlichkeit der Gerichtsverhandlungen jedoch nur möglich durch die Presse. Hier aber entsteht nun sofort eine schreiende Ungerechtigkeit. Es ist unmöglich, daß die Presse über alle Kriminalverhandlungen berichtet, aber es ist auch klar, daß die Angeklagten und Verurteilten in den Fällen, über die sie berichtet — von politischen Prozessen natürlich abgesehen —, eine außerordentliche Verschärfung ihrer Strafe erleiden, eine Verschärfung, die sie sogar viel schwerer treffen kann als die Strafe selbst. Ja selbst Freigesprochene können dadurch, daß ihre intimsten Angelegenheiten auf Markt und Gassen ausgebreitet werden, viel härter betroffen werden, als sie die Verurteilung zu einer Geld- oder selbst Gefängnisstrafe betroffen haben würde. Hier liegt eines jener Probleme vor, die sich in der kapitalistischen Gesellschaft niemals völlig lösen lassen, weil diese Gesellschaft innerlich zwiespältig ist, aber solange wir in ihr leben, sind auch wir an ihre Gesetze gebunden. Wie soll die sozialdemokratische Presse dem eben geschilderten Übelstand abhelfen? Soll sie über alle Gerichtsverhandlungen berichten? Dann müßte sie auf alle ihre großen Aufgaben verzichten, und dennoch würde ihr Raum nicht ausreichen. Oder soll sie überhaupt auf die „Gerichtschronik" verzichten? Dann würde ein und bis zu einem gewissen Grade sogar das Schwergewicht fehlen, das die bürgerliche Strafrechtspflege vor all zu argen Entgleisungen bewahrt.

Ähnlich liegt es nun mit dem Problem, das Genosse Sursky angeschnitten hat. Daß die Verbrecher nur Opfer der kapitalistischen Gesellschaft, daß sie nach dem russischen Worte, das Sursky zitiert, nur „Unglückliche" und keine Schuldigen sind, das wissen wir aus unserer sozialistischen Überzeugung. Aber aus eben dieser Überzeugung heraus machen wir es der kapitalistischen Gesellschaft zur bittersten Anklage, daß sie Verbrecher züchtet und züchten muß, sozusagen entmenschte Menschen, die sich mehr oder weniger der Bestialität nähern. Es sind Opfer, es sind Unglückliche, gewiß, aber der Aussatz der kapitalistischen Gesellschaft, den sie verkörpern, ist deshalb nicht minder scheußlich, und die Empfindung dieser Scheußlichkeit zu mindern, kann sicherlich nicht Aufgabe der sozialdemokratischen Presse sein. Es gibt hier gewisse psychologische Unmöglichkeiten: ein Arbeiterblatt kann einen Zuhälter, der seine Dirne täglich halbtot prügelt, damit sie genügenden Sündenlohn herbeischafft, nicht als einen „Unglücklichen" schildern. Solange die Voraussetzungen der kapitalistischen Gesellschaft bestehen, läßt sich die proletarische Moral nicht rein durchführen; es bleibt immer ein Rest, zu tragen peinlich. Es mag roh erscheinen, mit verächtlichen Worten von Menschen zu sprechen, von denen wir wissen, daß sie nur unglückliche Opfer der Gesellschaft sind, aber dann dürfen wir auch nicht mit leidenschaftlichen Worten die Träger der kapitalistischen Macht bekämpfen, die in ihrer Art ebenfalls Opfer der Gesellschaft und unglückliche dazu sind, wenn anders die kapitalistische Verkröpfung der Intelligenz und die kapitalistische Verseuchung der Moral ein Unglück ist. Will man also nicht in

einen ganz nebelhaften Fatalismus flüchten, so muß man die Ausbeutung im Zuhälter nicht minder als im Kapitalisten bekämpfen.

Insofern scheint uns Genosse Sursky die Frage, die er behandelt, nicht scharf und tief genug erfaßt zu haben, und insofern erscheinen ihm die „Gebrechen unserer Presse" größer, als sie sind. Aber sonst ist seine Anregung in hohem Grade dankenswert; die „Gerichtschronik" unserer Zeitungen könnte auf einer ungleich höheren Stufe stehen, als sie tatsächlich steht. Bei den meisten Parteiblättern legt hier wohl die finanzielle Frage ihr Veto ein, aber gewisse üble Gewohnheiten, die sich aus der bürgerlichen Presse in sie eingeschlichen haben, könnten überall beseitigt werden, so die herkömmlichen Tiraden des bürgerlichen Moraljargons und namentlich die „witzigen" Gerichtsreferate, die Genosse Sursky mit Recht als besonders traurig tadelt. Und im allgemeinen könnten die sozialen Hintergründe der Kriminalität mehr hervortreten, wenn auch nicht zu leugnen ist, daß diese Aufgabe mit viel Takt und Verständnis gelöst sein will.

Es ist notwendig, der Arbeiterklasse zu zeigen, daß die Verbrecher nur Produkte der Klassengesellschaft sind, aber es ist auch notwendig, den kräftigen Widerstand des Proletariats gegen die kriminalisierenden Tendenzen der Klassengesellschaft, von denen es in erster Reihe bedrängt wird, nicht durch sentimentale Schilderung der Verbrechen und der Verbrecher abzuschwächen. Das ist nicht bürgerliche Moralfexerei, sondern eine notwendige Voraussetzung für den Sieg der modernen Arbeiterklasse: nur das arbeitende Proletariat vermag diesen Sieg zu erringen, das Lumpenproletariat verfault da, wo der Sumpf der kapitalistischen Gesellschaft am tiefsten ist.

Der mögliche Abschluß einer unmöglichen Diskussion.

Von **K. Kautsky.**

1. Begeistern und Kalkulieren.

Der Parteitag hat schon begonnen, wenn diese Zeilen in die Hände unserer Leser kommen. Trotzdem enthalten sie nicht eine Antwort auf die Gesamtheit der Polemik des „Vorwärts". Erst der siebente Artikel der Serie über „Wenn und Aber" war erschienen, als unsere Entgegnung in Satz mußte. Eine Reihe weiterer, wuchtiger Streiche wird mir angedroht — aber vielleicht ist es ein Glück, daß ich sie nicht mehr erwidern kann, denn es beschleicht mich das unbehagliche Gefühl, als sei unsere Diskussion an jenem gefährlichen Punkte angelangt, wo sie anfängt, die Masse der Leser zu langweilen, weil sie nicht mehr neue Gesichtspunkte, sondern nur noch Richtigstellungen oder Erläuterungen früherer Ausführungen zu bringen vermag. Trotzdem kann ich mich nicht entschließen, die Behauptungen des „Vorwärts" ohne jeden Widerspruch hinzunehmen, aber ich werde versuchen, mich möglichst kurz zu fassen.

So sehr es mich locken würde, ich verzichte daher darauf, die Theorie des notwendigen Modenwechsels der Weltanschauungen zu beleuchten, die der „Vorwärts" entwickelt, um nachzuweisen, daß Marx, wenn er heute lebte, selbst nicht Marxist, sondern Ethiker wäre, und daß es bloß mein verständnisloses

Epigonentum und mein Kleben am toten Buchstaben sei, wenn ich nicht diese Wandlung mitmache. Begründet wird diese famose Auffassung durch ein philosophisches Kuddelmuddel, in dem zwei ganz verschiedene Dinge, die aber den gleichen Namen führen, philosophischer und ethischer Materialismus, einander gleichgesetzt und durcheinander gewirrt werden. Das wirft ein sonderbares Licht auf die philosophische Klarheit der Ethiker des „Vorwärts“, für die doch die Philosophie eine besonders hochgehaltene Spezialität ist.

Aber es würde uns zu weit führen, wollten wir diese Verwirrung entwirren, so interessant es wäre, da es eine Reihe neuer Einblicke in das Wesen der ethischen Denkweise ermöglichte. Wir verzichten darauf und begnügen uns damit, darauf hinzuweisen, daß diese Ausführungen des „Vorwärts“, mögen sie gelungen oder mißglückt sein, jedenfalls eines dartun — allerdings sehr wider seinen Willen: daß zwischen uns ein schroffer sachlicher Gegensatz besteht. Auf den Namen kommt dabei wenig an. Ob man ihn als Gegensatz zwischen veraltetem, gegenstandslos gewordenem und modernisiertem Marxismus hinstellt, wie er es tut, oder als Gegensatz zwischen materialistischer und ethischer Denkweise, wie ich tat, das kommt auf dasselbe hinaus, und man begreift wirklich nicht den kolossalen Aufwand von Entrüstung und vernichtendem Hohn, den der „Vorwärts“ gegen mich aufbietet, weil ich diese Unterscheidung mache.

Hat er aber selbst in einem unbewachten Moment den großen sachlichen Gegensatz zwischen uns konstatiert, so hat er ebenfalls auf das präziseste seinen eigenen ethischen Standpunkt gekennzeichnet in seinem fünften Artikel, wo er von den revolutionären Krisen meint:

„Das Studium der materiellen Bedingungen in solchen Situationen ist kinderleicht und kann von jedem Kalkulator recht und schlecht erledigt werden, die Entfachung der Begeisterung aber ist das schwierigste Problem politischer Erziehung, die Entschlossenheit zur Tat vielleicht das ungeheure tragische Problem der Weltgeschichte.“

Diese Worte verdienen in goldenen Lettern über dem Eingang zum „Vorwärts“ eingegraben zu werden, denn sie sind die Quintessenz der Prinzipien, nach denen er redigiert wird. Und sie bezeugen von neuem den großen Gegensatz zwischen ihm und uns Marxisten. Denn was ihm kinderleicht erscheint, ist uns das schwierigste Problem und umgekehrt.

Diese verschiedene Bewertung ist sehr natürlich, sie entspringt aus den verschiedenen Arten unserer Betätigung. Man kann die Schwierigkeiten eines Gebiets nur dann völlig ermessen, wenn man selbst darin gearbeitet hat.

Nun war uns Marxisten die „Entfachung der Begeisterung“ nie ein Problem, dessen Lösung uns besonders beschäftigte. Wir glaubten, daß uns genügende Begeisterung zuströmte aus dem Klassenkampf, an dem wir teilnahmen, und aus der wissenschaftlichen Erforschung der Bedingungen und Aufgaben dieses Kampfes, die uns eine solche Fülle der begeisterndsten neuen Einsichten, der herrlichsten Ausblicke in die Zukunft, der erhebendsten Ziele brachten, daß wir glaubten, einer besonderen Quelle der Begeisterung daneben nicht mehr zu bedürfen. Und die Verbreitung dieser Begeisterung und ihre Konzentration zur Tat durch Konzentrierung des Klassenkampfes und durch Verbreitung wissenschaftlicher Aufklärung erschien uns nichts weniger als „das ungeheure tragische Problem der Weltgeschichte“, sondern als ein sehr hoffnungsfrohes, herzerfreuendes Tun.

Da wir also nie die „Entfachung der Begeisterung“ besonders betrieben haben, so ist das wohl der Grund, warum uns diese Tätigkeit gegenüber dem „Studium der materiellen Bedingungen“ „kinderleicht“, als ein bloßes Berauschen in großen Worten und höchstens noch als ein Hinreißen zu Augenblickstaten, nicht aber als eine Grundlage dauernder, hingebender Arbeit erscheint.

Aber ebenso müssen wir es umgekehrt aus der ungenügenden Beschäftigung unserer ethischen Genossen mit dem „Studium der materiellen Bedingungen“ erklären, wenn dies Studium ihnen „kinderleicht“ erscheint, oder wenn sie behaupten: „Über die ökonomischen Zusammenhänge denkt heute schon jeder Banklehrling nach, jeder Professor doziert sie als die Seele der Erkenntnis — diese Wahrheit braucht man wahrhaftig nicht immer aufs neue zu entdecken.“ Was uns dagegen fehle, das sei die Ethik.

Wären sie nicht so mit dem ungeheuren tragischen Problem der Ethik beschäftigt, hätten sie Zeit, in unsere ökonomische Literatur einen Blick zu werfen, dann müßten sie gesehen haben, daß jene „ökonomischen Zusammenhänge“, welche jeder Banklehrling studiert und jeder Professor doziert, trotz des gleichlautenden Wortes „Ökonomie“ ganz anderer Natur sind als jene, die wir „kaufmännischen Kalkulatoren“ des wissenschaftlichen Sozialismus „studieren“ und „dozieren“, und daß gerade die Aufdeckung dieser Differenzen zwischen bürgerlicher und proletarischer Auffassung der ökonomischen Zusammenhänge für die Erkenntnis des proletarischen Klassenkampfes unerläßlich ist. Unsere ethischen Genossen hätten dann aber vielleicht auch eine Ahnung davon erhalten, wie viele und wirklich schwere Probleme es da gibt, deren Lösung weit davon entfernt ist, „daß man sie nicht immer aufs neue zu entdecken braucht“. Und hätten unsere ethisch gerichteten Genossen die Geschichte der revolutionären Bewegungen mit weniger ethischen Augen gelesen, dann wäre es ihnen vielleicht auch nicht entgangen, wie in revolutionären Zeiten die Erkenntnis der „materiellen Bedingungen“ eine so ungeheuer schwierige Sache ist, daß selbst unseren größten Denkern und gründlichsten Kennern der gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse dabei mitunter Irrtümer unterliefen. Von Begeisterung und Tatenlust überfließt dagegen in solchen Zeiten jedermann, so daß in dieser Beziehung die große Schwierigkeit nicht darin besteht, wie sie zu entfachen, sondern wie dabei die kühle Überlegung nicht zu verlieren.

Wir verübeln es unseren ethischen Genossen nicht, wenn sie vor lauter Begeisterung alles das übersehen haben; wir bezweifeln auch durchaus nicht, daß sie ebenso gute Sozialdemokraten sind wie wir, vielleicht noch bessere, vermöge ihrer Begeisterung. Aber wir bezweifeln, daß die Prinzipien, die sie da ausgesprochen, diejenigen sind, nach denen unser Zentralorgan redigiert werden sollte. Ein „Entfachen der Begeisterung“, das nicht aus den materiellen Bedingungen und ihrem Studium hervorgeht, scheint uns nichts anderes zu sein als Augenblicksagitation, welche die Partei immer mehr verflachen muß. Dem entgegenzuwirken, die Partei zu vertiefen, die wissenschaftliche Einsicht in ihr zu vermehren, war niemals mehr geboten als jetzt; der Ruf danach erschallt auch immer dringender in den Reihen der Genossen. Wie könnte uns aber das Zentralorgan dabei führend vorausgehen, solange seine Redaktion über das „kinderleichte Studium der materiellen Bedingungen“ selbst die kindlichsten Vorstellungen hegt?

Nun meint freilich der „Vorwärts“, meine Anklage, wenn sie berechtigt sei, treffe nicht ihn, sondern das Wesen der Tagespresse überhaupt, die „im

wesentlichen aus Improvisation" bestehe; „prinzipiell-aktuelle Abhandlungen über Zeitereignisse" seien nur in einer Wochenschrift möglich.

Aber was ich verlangt habe, war ja gar nicht, daß er lange theoretische Abhandlungen bringe; die gehören nicht zu seinen Aufgaben und werden von den wenigsten gelesen; sondern daß seine „Improvisationen", seine Behandlung der Tagesereignisse von einer anderen Denkweise getragen würden. Jeder schreibt aus seinem Geiste heraus, und auch die flüchtigste Improvisation, die kleinste Notiz wird anders, wenn der Verfasser ökonomisch-materialistisch oder ethisch-ökonomisch geschult an die Dinge herantritt. Schon beim bloßen Zeitungslesen sieht der eine Dinge, die der andere nicht sieht, packt den einen, was den anderen kalt läßt. So wird der eine auch von vornherein anders an die Behandlung der Dinge herangehen, und in allen ihren Teilen muß eine Tageszeitung ganz anders aussehen, wenn sie von geschulten Marxisten, als wenn sie von bloßen Ethikern redigiert wird. Der Unterschied zwischen der ethischen und der ökonomischen Denkweise hat gar nichts zu tun mit dem Unterschied zwischen den Aufgaben der Tagespresse und der Wochenschriften. Die Arbeiten der Ethiker haben in Wochenschriften genau denselben Charakter wie in der Tagespresse, und das gleiche gilt von den Marxisten.

2. Die ‚Neue Zeit'.

Am Schlusse seiner Ausführungen über das Wesen der Tagespresse erhebt der „Vorwärts" einen merkwürdigen Vorwurf gegen die „Neue Zeit". Ihre Aufgabe sei es, den „Vorwärts" bei seiner Aufklärungsarbeit zu unterstützen. Diese Arbeit aber sei ihm „insofern außerordentlich erschwert, als seine notwendige Ergänzung, die ‚Neue Zeit' völlig versagt, da sie keine entfernt angemessene Verbreitung gefunden hat und nicht sowohl das wissenschaftliche Zentralorgan als vielmehr das Organ einer kleinen Gruppe von Parteischriftstellern ist".

Neu sind diese Vorwürfe nicht. Sie wurden schon auf dem Münchner Parteitag gegen uns erhoben. Die Ethiker des „Vorwärts" sind hier auch nur „Epigonen", allerdings nicht von Marx, sondern von Wolfgang Heine, David und Südekum. Der letztere der Vorwürfe des „Vorwärts" will besagen, daß die „Neue Zeit" vorwiegend nur von Parteischriftstellern als ihr Organ betrachtet wird, die auf dem Boden jener Denkweise stehen, der das Kommunistische Manifest und unser Parteiprogramm entsproß. Die Ethiker der Partei halten sich von uns fern. Seitdem ihnen die Hardensche „Zukunft" durch die Partei verschlossen worden, haben sie ihre Gunst einer Reihe neugegründeter Wochenschriften zugewandt.

Was aber die wenig „angemessene" Verbreitung der „Neuen Zeit" anbelangt, so hängt die Richtigkeit dieser Behauptung von dem Maßstab ab, mit dem man mißt. Unsere Verbreitung bleibt sicher erheblich zurück hinter der mancher Sensationswochenschriften mit kurzen, pikanten Artikeln. Dagegen haben mich Kenner des Buchhandels wiederholt versichert, daß die „Neue Zeit" eine der verbreitetsten unter den ernsten politischen Revuen Deutschlands sei.

Und doch stehen unserer Verbreitung große Schwierigkeiten entgegen. Wir wenden uns an ein Publikum, das weit weniger Geld, Zeit und oft auch Vorbildung hat wie die Kreise, aus denen sich die Leser der bürgerlichen Revuen rekrutieren, und haben gleichzeitig die Aufgabe, unseren Lesern weit

schwerere Kost vorzusetzen, als die ernsteste bürgerliche Revue. Denn eine unserer Aufgaben besteht in der Veröffentlichung ökonomischer und philosophischer Abhandlungen. Die Bourgeoisie hat für solche Arbeiten eigene Fachzeitschriften, dicke Monats- und Vierteljahrsrevuen, die oft nur wenige Hunderte von Lesern zählen. Sozialdemokratische Arbeiten dieser Art können dagegen nur in der „Neuen Zeit" veröffentlicht werden, und sie müssen dort erscheinen, denn sie sind von größter Notwendigkeit für die Entwicklung und Vertiefung unserer Theorie. Aber eine Massenlektüre bilden sie nicht.

Ihrem ganzen Charakter nach ist die „Neue Zeit" nicht ein Organ der Propaganda in den Massen. Sie ist vielmehr als Organ der Anregung und Information für jene bestimmt, die zu den Massen sprechen, unsere Redakteure, Abgeordnete, Vertrauensmänner, Vortragende und Agitatoren. Deren Zahl wächst aber nicht so rasch wie die unserer Wähler und der Leser unserer Tagespresse. Immerhin ist die Verbreitung der „Neuen Zeit" in stetem Wachstum begriffen, obwohl gerade in letzter Zeit manche uns ungünstige Momente auftraten, so die Gründung äußerst billiger, mehr oder weniger sozialistischer Wochenschriften, die bloß die leichteste Lektüre bringen und deren Verbreitung in Arbeiterkreisen von jenen Elementen gefördert wird, denen die Haltung der „Neuen Zeit" unbequem ist — Nurgewerkschaftern, Revisionisten, Ethikern.

Der „Vorwärts" selbst hat jetzt erklärt, es sei „ein wirkliches Glück für die Partei", daß die „Neue Zeit" „nicht entfernt den Einfluß auf die Massen hat, den sie von Rechts wegen haben sollte". Ich denke nicht so gering von den Ethikern des „Vorwärts" und ihren Freunden, um nicht anzunehmen, daß sie stets nach Kräften bemüht sind, das „wirkliche Glück der Partei" zu fördern und den Einfluß der „Neuen Zeit" auf die Massen gebührend zu beschränken. Jedenfalls beweisen diese Bemerkungen unseres Zentralorgans über die „Neue Zeit" wieder einmal eines: den großen sachlichen Gegensatz, in dem es sich zu uns befindet und den es leugnet.

3. Meine Beweisstücke.

Neben der geringen Verbreitung der „Neuen Zeit" spielt eine gewichtige Rolle in der Entgegnung des „Vorwärts" der Hinweis auf die Beispiele, mit denen ich den Unterschied zwischen ethischer und materialistischer Denkweise zu illustrieren suchte. Das seien „Beweisstücke, die dem Angreifer ins Gesicht prallen".

Die Beweisführung des „Vorwärts" in diesem Punkte besteht in einer Verschiebung des Diskussionsfeldes. Er glaubt, ich behauptete, Marxisten könnten sich nie sittlich entrüsten und Ethiker nie ökonomische Argumente gebrauchen. Nun hätten aber auch Marxisten sich im „Vorwärts" sittlich entrüstet, und die Beweisstücke, die ich vorgebracht, enthielten auch ökonomische Argumente, die ich indes wohlweislich aus meinen Zitaten ausgelassen habe.

Ich habe natürlich in Wirklichkeit nie behauptet, daß Marxisten sich nicht entrüsten können. Da wären wir traurige Patrone. Ebensowenig habe ich gesagt, daß Ethiker unfähig seien, ökonomische Argumente vorzubringen. Wäre das der Fall, könnten sie in einer Parteiredaktion sich keine Stunde lang behaupten. Worüber sollte denn auch ein sozialistischer Ethiker sich mehr entrüsten können, als über ökonomische Dinge, das Elend und die Not der Massen? Ich habe bloß behauptet, ihr ethischer Standpunkt hindere sie, den tieferen Gründen der ökonomischen Erscheinungen nachzuforschen und sie zu erfassen.

Dann aber soll ich aus meinen Zitaten einzelne Sätze ausgelassen und dadurch deren Sinn gröblich entstellt haben. Da ich diesen Artikel nicht allzu ungebührlich anschwellen lassen will, muß ich mich mit einem Beispiel begnügen, um die Methode zu zeigen, wie dieser schwere Vorwurf konstruiert wird.

Ich hatte behauptet, seine ethische Denkweise habe den „Vorwärts" verführt, zur Zeit des Bergarbeiterstreiks „auf die Kraft der öffentlichen Meinung der Bourgeoisie besondere Hoffnungen zu bauen". Als Beweis dafür zitierte ich aus dem „Vorwärts" den Satz:

„Die öffentliche Meinung war so gut wie vollständig auf Seite der Streikenden. (Die parlamentarische Aktion, die zu Sympathieerklärungen der übergroßen Mehrheit der politischen Parteien für die Streikenden führt. Die Forderungen der Parteien, Schutzgesetze für die Streikenden zu geben. Die Zusicherung der Regierung, mit einer bisher unbekannten Schnelligkeit eine Gesetzesvorlage zur Erfüllung wesentlicher Forderungen der Streikenden einzubringen. Die öffentliche Belobigung der Streikenden für ihre ruhige Haltung und schließlich die allgemeine Anerkennung bei dem Ausgang des Streiks:) Das ist wahrlich ein moralischer Sieg, wie ihn deutsche Arbeiter noch nie errungen haben. Das, sollte man meinen, muß mit der Zeit auch materielle Folgen haben."

Die in Klammer gesetzten Sätze hatte ich, um Raum zu sparen, in meinem Zitat weggelassen. Was, frage ich, wird im mindesten durch die von mir weggelassenen Sätze geändert? Sie verstärken nur durch eine Reihe von Illustrationen meine Behauptung, daß der „Vorwärts" „auf die Kraft der öffentlichen Meinung der Bourgeoisie besondere Hoffnungen baute".

Kann der „Vorwärts" leugnen, daß er den Satz geschrieben, dieser unerhörte moralische Sieg deutscher Arbeiter müsse mit der Zeit auch materielle Folgen haben? Nein, aber er bringt es fertig, ihn wegzudeuten, indem er behauptet, „die weiteren Zeilen des Artikels wandten sich gegen diese Auffassung, die an sich natürlich wäre, als eine Illusion". Er behauptet, er habe, „im Gegensatz" zu meinem „ökonomisch gekürzten Zitat", die Arbeiter aufgefordert, keine Illusionen über die wertlosen bürgerlichen Sympathien zu hegen und sich bloß auf die eigene Kraft zu verlassen.

Wäre das richtig, dann bewiese das nur, daß das Ende des Artikels seinem Anfang widersprach. Aber damit täte man dem „Vorwärts" unrecht. Die Zeilen, in denen er alle diese Warnungen vor der Bourgeoisie und den Hinweis auf die eigene Kraft ausgesprochen haben will, sind folgende:

„Die Arbeiter haben ihren bisherigen moralischen Erfolg sich selbst zu danken. Von ihnen allein wird es auch abhängen, ob, wann und in welchem Umfang er auch zu einem materiellen Erfolg wird. In ihrer Organisation, in ihrer Einigkeit und Disziplin liegt das einzige Mittel, auch wirkliche Erfolge zu erringen."

Weiter zitiert der „Vorwärts" in seiner Entgegnung nicht, und das ist sehr klug. Denn wenn auch in dem eben zitierten Absatz kein Wort davon steht, daß die bürgerlichen Sympathien wertlos seien, so könnte man immerhin den Hinweis auf Organisation und Disziplin als einziges Mittel, Erfolge zu erringen, als eine Aufforderung ansehen, nur der eigenen Kraft zu vertrauen. Aber ein ganz anderes Gesicht erhält der Passus, wenn man weiterliest: Der „Vorwärts" bezeichnet nämlich weiter als „einziges Mittel", noch einen wirklichen Erfolg zu erzielen, die einmütige Wiederaufnahme der Arbeit. Darin soll sich die „Organisation, Einigkeit, Disziplin" bewähren.

Der Beschluß, die Arbeit wieder aufzunehmen, mag durch die Machtverhältnisse geboten gewesen sein. Davon rede ich hier nicht. Aber in der Wiederaufnahme der Arbeit ein Mittel zu sehen, das materielle Erfolge verspricht, kann nur jemand, der die Macht der öffentlichen Meinung aufs höchste schätzt. Und man muß ein Ethiker sein, wenn man die Aufforderung, die Arbeit aufzunehmen, um dadurch materielle Erfolge zu erzielen, in die Aufforderung zu verwandeln vermag, die bürgerlichen Sympathien für wertlos zu halten und bloß der eigenen Kraft zu vertrauen. Noch mehr Ethik aber gehört dazu, mir „grobe Fälschung" vorzuwerfen, weil ich in diesem Artikel einen Beweis dafür sehe, daß der „Vorwärts" „auf die Kraft der öffentlichen Meinung der Bourgeoisie besondere Hoffnungen baut".

Von der Überschätzung der öffentlichen Meinung handelt aber auch ein anderes meiner „Beweisstücke", das den „Vorwärts" in besonders wuchtige Entrüstung versetzt. Er hatte nämlich geschrieben:

„Die Macht der Reaktion beruht auf den proletarischen Wählern, die eigentlich zu uns gehören und ohne die kein Reaktionsstreich möglich ist. Es bleibt daher die wesentliche Aufgabe der Sozialdemokratie, die ihr noch verständnislos gegenüberstehenden Massen mit Verständnis zu erfüllen oder doch wenigstens einen solchen Einfluß auf die öffentliche Meinung zu gewinnen, daß die wenigen Prozent derer, welche durch ihre bevorzugte Stellung in der heutigen Ordnung der Dinge naturgemäß Feinde der Arbeiterbewegung und aller Volksrechte sind, zur Ohnmacht verurteilt sind."

„Das soll nun e.-ä. sein", ruft der „Vorwärts" mit gebührender sittlicher Entrüstung aus. Und er fährt fort:

„Wenn wir nicht sehr irren, hat am Beginn der modernen Arbeiterbewegung niemand anders wie Lassalle gerade dieses Argument mit dem größten Nachdruck immer wieder in die Massen geworfen!"

Und so weiter und so weiter, bis es schließlich heißt:

„Diese fundamentale Erkenntnis der internationalen Sozialdemokratie, diese in Tausenden von Artikeln, Broschüren, Reden immer wiederholten Gedanken brauchen nur im ‚Vorwärts' zu stehen und Kautsky bucht sie als Beweis für das mangelhafte ökonomische Denken der schuldigen Redakteure. Uns dünkt, als ob damit Kautsky die ganze Geschichte der Sozialdemokratie zu einer e.-ä.-Gefühlsepisode umwertet!"

Man sieht, ein ethischer Wasserfall erster Güte, dessen vernichtende Wucht nicht geschwächt, sondern nur anmutig geziert wird durch das Kichern eines schelmischen Nixchens, das als e.-ä.-Joc in dem tosenden Gewässer seinen Schabernack treibt.

Wartet man aber ab, bis die Gewässer sich verlaufen haben und man wieder zu ruhigerer Überlegung kommt, dann macht man vor allem die seltsame Entdeckung, daß mir da wohl mit der größten Kraft die Leugnung „dieses Argumentes" Lassalles, „dieser fundamentalen Erkenntnis der internationalen Sozialdemokratie" entgegengeschleudert, nirgends aber bestimmt gesagt wird, welches Argument, welche Erkenntnis ich eigentlich leugne. Man läßt nur ahnen, daß ich den ganzen Inhalt des ganzen oben zitierten Satzes für eine „e.-ä.-Illusion" erklärt hätte. Dann natürlich verdiente ich, aus der Partei herauszufliegen. Wer etwa leugnen wollte, daß es „die wesentliche Aufgabe der Sozialdemokratie ist, die ihr noch verständnislos gegenüber-

stehenden Massen mit Verständnis zu erfüllen“, braucht nicht widerlegt, braucht bloß ausgelacht zu werden.

Diesen Satz kann ich also nicht bezweifelt haben. Aber auch gegen die Angabe, daß nur wenige Prozent der Bevölkerung an der heutigen Ordnung der Dinge interessiert seien, habe ich mich nicht gewendet, obwohl über die Zahl dieser Prozent sehr verschiedene Anschauungen möglich und die Lassalleschen Zahlen, die auf einer ungenügenden Statistik beruhten, längst überholt sind.

Was ich in dem Satze beanstandet hatte, war die Anschauung, es sei möglich, daß die öffentliche Meinung allein genüge, unsere Gegner zur Ohnmacht zu verurteilen. Es ist mir nicht bekannt, daß diese Anschauung irgendwo in unserer Parteiliteratur als eine „fundamentale Erkenntnis“ figuriert. Wenn mich also der „Vorwärts“ hier wegen meiner Leugnung der Fundamente der Partei mit einem Hagel von Geschossen überschüttet, so erinnert mich das lebhaft an jene berühmte andere Kanonade, welche die Flotte Roschdjestwenskys gegen japanische Torpedoboote richtete, die ebenso leibhaftig in der Nordsee waren, wie die Untergrabung der Fundamente der Partei in meinem Artikel.

Die Überschätzung der Kraft der öffentlichen Meinung, weit entfernt, ein Fundament der Partei zu bilden, ist vielmehr bloß eine Spezialität einiger unserer Ethiker innerhalb und außerhalb des „Vorwärts“. Da ihr Vertrauen in die Kraft unserer „demokratischen“ Einrichtungen doch etwas erschüttert ist, sie den Massenstreik nicht wollen, das Gottvertrauen bei uns noch nicht üblich ist, bleibt ihnen nichts übrig, als das, was die frommen Christen vom lieben Gott erbitten, nun von der öffentlichen Meinung zu erwarten: Schutz vor allen Nöten und Gefahren, in denen Menschenkraft versagt.

4. Lassalle und der Kampf um die Macht.

Der „Vorwärts“ beruft sich mir gegenüber auf Lassalle. Dafür bin ich ihm sehr dankbar, denn dieser Appell rief mir Lassalles Anschauung über die Macht der öffentlichen Meinung und damit zwei Schriften ins Gedächtnis, die gerade jetzt, wo wir den Massenstreik diskutieren, wieder von größter Aktualität geworden sind, seine beiden Vorträge „Über Verfassungswesen“.

Mit dem Hinweis auf sie möchte ich zu dem Ausgangspunkt unserer Diskussion, zum Massenstreik, zurückkehren und sie damit schließen.

Die genannten Vorträge entsprangen einer Situation, die mit der heutigen viel Ähnlichkeit hat. Wie heute die deutsche Sozialdemokratie stand damals die preußische Demokratie vor einem Kampfe um die politischen Rechte. Was nun? war die allgemeine Frage damals wie heute und das Resultat ein lebhafter Streit innerhalb der Demokratie selbst.

Bernstein berichtet in seiner Vorbemerkung zu der in Rede stehenden Broschüre darüber:

„In die Zeit der Vorbereitungen zu den Wahlen (Frühjahr 1862) fällt der in einer Reihe von liberalen Bezirksvereinen gehaltene Vortrag Lassalles: „Über Verfassungswesen. . . . Klar und unzweideutig, in gedrungener, vortrefflich angeordneter Darstellung weist er nach, um was sich der Streit in Wirklichkeit dreht, und daß er nur dann in befriedigender Weise zu Ende geführt werden würde, wenn er in dieser seiner wahren Natur begriffen und entsprechend behandelt werde: als eine Machtfrage.

Daß es sich im Verfassungskonflikt um eine solche handelte, wußten allerdings die liberalen Parteiführer auch, aber sie glaubten, besonders klug zu tun, wenn sie es nicht offen aussprachen. Sie wollten die faktische Macht mit Hilfe der Verfassung ‚konstitutionell‘ der Regierung abhandeln und rechneten dabei ausschließlich auf die Zaubergewalt dessen, was Lassalle in der vorliegenden Rede ‚das allgemeine Bewußtsein‘ nennt und von dem er sehr richtig sagt, daß es ‚in gewissen Fragen‘ auch ein Stück Verfassung sei: die öffentliche Meinung. Diese sollte alles für sie machen, und darum wurde die Verfassungsfrage als eine reine Rechtsfrage hingestellt, als ein Streit um das formale Recht, das allerdings auf Seite der Kammer war.“

Zunächst wurde dieser Vortrag von den Liberalen totgeschwiegen, denen er höchst unbequem war. Aber der zweite, der im November folgte, konnte nicht totgeschwiegen werden. Hier machte sich's Lassalle zur Aufgabe, die parlamentarischen Illusionen zu zerstören und den Scheinkonstitutionalismus in seiner Ohnmacht zu kennzeichnen. Er fand als das geeignetste Mittel des Kampfes gegen den Absolutismus die Einstellung der Arbeit — allerdings nicht der industriellen Arbeit — davon konnte damals noch keine Rede sein —, sondern der parlamentarischen Arbeit, den Streik der Parlamentarier.

Dieser Vortrag konnte nicht mehr ignoriert werden. Er entfesselte eine wütende Hetzjagd der liberalen Führer und ihrer gesamten Presse, bis zur äußersten Linken, unter ihnen voran die Berliner „Volkszeitung“, die damals unter den Arbeitern Berlins dieselbe Bedeutung hatte wie heute der „Vorwärts“. Der sachliche Kampf versprach freilich wenig Erfolg, und so bemühten sich denn die liberalen Federhelden, die Person Lassalles möglichst zu diskreditieren. Seine Motive wurden verdächtigt. Nur Literateneitelkeit habe ihn angestachelt, das Ganze sei ein bloßer Literatenkrakeel, um so verwerflicher, je dringender die politische Situation die Einigkeit aller demokratischen Elemente gegenüber der Regierung fordere. Was er vorbringe, sei ein Drohen mit der Revolution, wodurch nur die reaktionären Zettelungen gestärkt würden. Seine Kritik des Parlamentarismus sei „hohler Pessimismus“ und könne nur dahin wirken, den Wählern das Wählen zu verekeln, also die Demokratie zu schwächen — der Vorwurf des „Anarchismus“ war damals für solche Fälle noch nicht erfunden. Und endlich wurde Lassalle gewaltig der schlechte Ton verübelt, den er, der Demokrat, in der Diskussion mit den demokratischen Kameraden anschlug. Und in der Tat, der Ton war „schlecht“ genug. Lassalle schrieb damals von der „Verleumdungskunst“, der „Geistesarmut“, der „politischen Schädlichkeit“, der „pfäffischen Verlogenheit“ der „Volkszeitung“, und diese antwortete ebenso saftig. Es gibt eben keinen ärgeren Köhlerglauben als den, es seien jemals Parteidiskussionen geführt worden, in denen kein „schlechter Ton“ vorgekommen wäre.

Die Taktik der „Volkszeitung“ wirkte. Was der sachlichen Kritik nicht gelungen wäre, gelang der persönlichen Diskreditierung. Lassalle wurde unter den Arbeitern Berlins zunächst ganz unmöglich. Aber freilich, das war der letzte Triumph der Fortschrittspartei gewesen. Der Sieg ihrer Taktik bedeutete das Einschlagen einer Richtung, die sie ihrem politischen Ruin entgegenführte.

Die Analogien mit den heutigen Zuständen liegen auf der Hand. Aber zum Glücke wiederholt sich die Geschichte nicht, und die Situation von heute weist neben großen Ähnlichkeiten doch auch große Unterschiede von der dama-

ligen auf. Die Ähnlichkeiten müßten uns entmutigen. Wenn selbst ein Lassalle der „Volkszeitung“ erliegen mußte, wie sollten wir gegen den „Vorwärts“ aufkommen können? Die Unterschiede zwischen damals und heute aber geben uns die beste Zuversicht. Das Proletariat von heute ist ein ganz anderes als das, vor dem Lassalle seine Agitation begann. Es ist kraftvoll und selbständig, und so dürfen wir wohl erwarten, es werde ihm gelingen, den sachlichen Kern unseres Konfliktes aus den Äußerlichkeiten herauszuschälen, in die ihn der „Vorwärts“ eingewickelt. Liegt aber dieser Kern vor ihm bloß, dann kann sein Verdikt nicht zweifelhaft sein.

Parlamentarismus und Massenstreik.

Von **Rudolf Hilferding.**

I.

Seitdem auf dem Amsterdamer Kongreß die große Auseinandersetzung über die sozialdemokratische Taktik geführt wurde, ist die Frage von Jaurès an die deutsche Sozialdemokratie, warum ihre große Partei so wenig Einfluß auf die Regierung ihres Landes ausübe, immer wiedergekehrt. Und hier ist in der Tat das eigentliche Problem gelegen, das den taktischen Differenzen sowohl in der Internationale als in den nationalen Parteien zugrunde liegt.

Die Frage selbst aber entspringt notwendig aus dem Wesen des Parlamentarismus, der die Zahl einer Partei zum Exponenten ihrer politischen Macht zu machen scheint. Unter dem Gesichtswinkel des Parlamentarismus betrachtet ist es ein Widerspruch, daß dem Stimmenzuwachs nicht auch ein Machtzuwachs entspricht. Da dies aber in Deutschland offensichtlich nicht der Fall ist, so erscheint dies als Schuld einer falschen Taktik, die eben nicht versteht, ihre Macht auszunutzen, weil sie sich vor der Verantwortung scheut, oder aber als ein Mangel im deutschen parlamentarischen System, das nicht genug entwickelt ist. Etwas mehr Parlamentarismus, und der Einfluß der Sozialdemokratie werde endlich den gebührenden Raum einnehmen.

Jede dieser Auffassungen mag sich auf das ausländische Beispiel berufen, etwa auf Frankreich, wo der reine Parlamentarismus der Sozialdemokratie großen Einfluß gewähre, oder auf Österreich, wo zwar der Parlamentarismus gleichfalls noch unentwickelt ist, aber eine geschickte Taktik der Sozialdemokratie einen sehr hohen Grad von Bewegungsfreiheit erkämpft hat und ihrer Politik einen gewissen Einfluß auf die Entschließungen der Regierung gibt, den in dem entwickelteren Deutschland die größere Partei nicht besitzt.

Der Schluß, der daraus gewöhnlich gezogen wird, lautet dann, daß eine zu wenig realistische Taktik einerseits, eine zu geringe Entwicklung des Parlamentarismus in Deutschland andererseits die Schuld an dem zu geringen Einfluß der Partei trage. Die Taktik müsse also geändert werden, indem einmal alle Kraft auf die Stärkung und Erweiterung des Parlamentarismus zu konzentrieren sei; um dies Ziel zu erreichen, müssen sodann die Augenblicksforderungen der Demokratie und Sozialpolitik schärfer betont werden. Dies sei um so leichter möglich, als der Sozialismus, den die „ökonomische Entwicklung“ ohnehin mit sich bringen werde, ja erst ein Wechsel auf eine lange und unbestimmte Zukunft sei.

Uns will es scheinen, als beruhe diese Auffassung auf einer allzu schematischen Betrachtung des parlamentarischen Instrumentes. Es wird zu sehr die bloße Zahl der Stimmen als Ausdruck politischer Macht genommen und übersehen, wie die Zahlen ebensowenig wie die Namen der Parteien an sich alles bedeuten und wie sehr es darauf ankommt, daß die Änderung in der gegenseitigen Stellung der Parteien das politische Gewicht der Zahlen verändert.

Man betrachtet den Parlamentarismus gewöhnlich als ein Sicherheitsventil; der Parlamentarismus bringe dort, wo er genügend entwickelt ist, die in der Bevölkerung vorhandenen Gegensätze zum offenen und zahlenmäßigen Ausdruck und gestatte somit eine genaue Abschätzung ihrer Stärke. Die Einsicht in die Machtverhältnisse der Parteien erspare jede weitere Erprobung in einem gewaltsamen Kampfe. An Stelle der gewaltsamen sei eine friedliche Entwicklung getreten, die ohne große Erschütterung die Ablösung der Herrschaft der einen durch die andere Partei ermögliche.

Diese Betrachtung des parlamentarischen Systems nimmt aber darauf nicht genügend Rücksicht, daß dieses System ganz verschieden funktioniert und funktionieren muß, je nach dem Charakter der Gegensätze, die innerhalb des Parlamentes jeweils zum Austrag gelangen sollen. Es wird verkannt, daß je nach der Größe dieser Gegensätze einmal das Parlament wirklich das taugliche Instrument zu ihrer Überwindung ist, daß es aber ebenso ein andermal versagt, wenn die Größe des Gegensatzes die Parteien zwingt, die Probe auf das Exempel zu machen und ihre wirkliche Macht zur Behauptung ihrer Positionen einzusetzen. Denn das parlamentarische System drückt ja die unmittelbare Macht der Parteien keineswegs direkt aus. Die Wahl gibt zunächst nur die Zahl der Anhänger der Parteien an und schon dies nur in annähernder Weise, da ja das Stimmen für eine Partei noch gar nicht die Identifizierung mit all ihren Zielen voraussetzt. Und diese Zahlen selbst wieder drücken durchaus nicht irgendwie kommensurable Machtfaktoren aus. Zunächst schon deshalb, weil es sich bei der Vergleichung der Machtverhältnisse in erster Linie um Machtmittel ganz verschiedener Art handeln kann. Hier spielt die Frage der Organisation der Machtmittel und der Verfügung über diese Organisation die größte Rolle; jeder Machtkampf ist in modernen Verhältnissen der Kampf von Organisationen, deren Stärke durch die bloße Zahl ihrer Angehörigen noch gar nicht bestimmt ist. Aber selbst die Verfügung über die Organisation ist ein völlig unbestimmbares, durch das Ergebnis einer Wahl kaum angedeutetes Element. Dies ist der Fall, wenn der Gegensatz zwischen den Parteien auch einen möglichen Gegensatz innerhalb der Machtorganisation selbst, einen Gegensatz zwischen den Leitern der Organisation und ihren Angehörigen, anzeigt, wie etwa bei der militärischen Zwangsorganisation. Wie weit in einem solchen Falle die Verfügung der Leiter der Organisation respektiert werden wird, darüber sind kaum Vermutungen gestattet. So bringt der Parlamentarismus durchaus keine absolute Sicherheit über die wirklichen Machtverhältnisse der Parteien und muß daher in wirklich großen Fragen ebensowenig die Vermeidung des Kampfes bedeuten, wie ein Schiedsgericht in internationalen Fragen die Vermeidung des Krieges.

Wenn trotzdem diese Wertung des Parlamentarismus als eines Mittels, alle gesellschaftlichen Konflikte in friedlicher Weise auszutragen, so viele Anhänger in allen Parteien zählt, so deshalb, weil die normalen parlamenta-

rischen Vorgänge dieser Ansicht recht zu geben scheinen. Vielleicht wird aber eine Analyse dieser Vorgänge, die allerdings in diesem Rahmen nur kurz und zum Teil schematisch sein kann, es ermöglichen, die Berechtigung einer anderen Ansicht zu erweisen.

II.

Es gibt im wesentlichen zwei Wege, die die parlamentarische Majorität einschlagen kann, um Majorität zu bleiben. Sie kann zunächst versuchen, jene Forderungen der Minorität, welche die meiste Werbekraft besitzen, zu einem mehr oder minder großen Teile selbst zu erfüllen, um so der Minorität den „Wind aus den Segeln zu nehmen". Diese Taktik wird dann am leichtesten möglich sein, wenn die Forderungen der Minorität nicht prinzipiell verschieden von denen der Majorität sind, ihre Erfüllung die Herrschaft der Majorität nur modifiziert, bisher feindliche Kreise aber damit für die Majorität gewonnen werden oder wenigstens der weitere Abfall bisheriger Anhänger vermieden wird. Durch diese Zugeständnisse hofft die Majorität die Minorität als solche zu verewigen, zum mindesten deren Majoritätswerdung möglichst lange hinauszuschieben. Ist aber der Gegensatz zwischen Majorität und Minorität prinzipieller Natur, so ist diese Politik zunächst gleichfalls möglich, gewinnt aber einen anderen Charakter. Sie wird demagogisch. Die Majorität macht Konzessionen in minder wichtigen Dingen, indem sie hofft, auf diese Weise die Anhänger der Minorität mit ihrer Herrschaft zu versöhnen, Indifferente oder Schichten, die ihr bisher noch folgten, bei ihrer Fahne zu halten und so der Minorität die Erreichung der prinzipiell mit der Herrschaft der bisherigen Majorität unvereinbaren Forderungen unmöglich zu machen.

Im ersteren Falle, wenn die Minorität tatsächlich Vertreterin stärkerer, aber mit der Majorität prinzipiell gleichartiger Interessen ist, wenn es sich etwa um den Kampf zweier Schichten innerhalb derselben Klassen handelt, so mag die Minorität schließlich ihre Forderungen allmählich verwirklicht sehen, wo es dann eine Frage zweiten Ranges ist, wenn auch nicht für die Personen der Politiker, wer diese Reformen durchführt.

Ganz anders aber, wenn es sich um prinzipielle Gegensätze, um einen Kampf zweier Klassen handelt. Dann wird die Majorität sehr bald am Ende ihrer Konzessionen angelangt sein, deren Ausmaß ihr Klasseninteresse bald die Grenze setzt; sie wird einsehen, daß weitere Konzessionen nicht mehr ihre, sondern die Position ihrer Gegner stärken; ihre Taktik ändert sich, sie wird intransigent und sucht die Minorität bei den Wählern zu diskreditieren durch den Nachweis, daß mit diesen Vertretern nichts zu erreichen sei, daß deren unrealistische und utopistische Politik nur die Majorität von allem Entgegenkommen abschrecken müsse. Erscheint im früheren Falle die Minorität als einflußreich, indem sie die Gegner zur Nachgiebigkeit zwingt und Erfolge aufzuweisen hat, so erscheint sie jetzt einflußlos und ohnmächtig, während die Gegner mehr als je rücksichtslosen Gebrauch von ihren Machtmitteln machen. Da aber das Wachstum der Parteien nur in sekundärer Weise von dem Verhalten ihrer Gegner und ihren augenblicklichen Errungenschaften abhängt, sondern in viel höherem Maße von der Stärke der Interessen, die die Parteien vertreten, so kann die Partei sehr angewachsen sein, während ihr augenblicklicher, in unmittelbare Erfolge sich umsetzender Einfluß sehr zurückgegangen sein kann.

Die Minorität selbst wird je nach der Klarheit, mit der sie sich ihres Gegensatzes zur Majorität bewußt ist, ihre Taktik einrichten. Der Übergang der Majorität zur Intransigenz, der die Minorität erfolglos machte, wird in ihr zum Teil das Bestreben erwecken, durch Abschwächung des prinzipiellen Gegensatzes, durch Hervorkehrung ihrer nächsten, leicht realisierbaren Forderungen die Schärfe des Kampfes zu mildern, die Majorität für neue Konzessionen zu gewinnen.

Ist es der Majorität möglich, in diesem Stadium weitgehende Konzessionen zu gewähren — wie etwa die englische Bourgeoisie durch die Ausbeutung der Kolonien und die Beherrschung des Weltmarktes imstande war, die materiellen Forderungen der englischen Arbeiterklasse zu befriedigen — ist der prinzipielle Gegensatz nicht weit genug gediehen, um dieses Vorgehen sehr zweifelhaft oder aussichtslos erscheinen zu lassen, dann mag ein mehr oder minder dauernder Kompromiß den parlamentarischen Kampf friedlich abschließen, bis es doch wieder zu neuen Kämpfen kommt.

Bleiben diese Konzessionen aber aus, weil die Gegensätze sei es von der herrschenden oder von der oppositionellen Partei zu klar erkannt und gefühlt werden oder weil die Opfer den Herrschenden für den doch ungewissen Erfolg zu groß erscheinen, dann werden die taktischen Differenzen innerhalb der Minorität schließlich mit der Überwindung der opportunistischen Strömung, mit dem Siege der prinzipiellen Richtung ein Ende finden und die Gegensätze zwischen den Parteien beiden Teilen in ihrer ganzen Schärfe zum Bewußtsein kommen.

Das parlamentarische System wird komplizierter, wenn an die Stelle zweier mehrere Parteien treten und besonders wenn, durch die Parteienspaltung begünstigt, eine vom Parlament in mehr oder minder hohem Grade unabhängige Regierung vorhanden ist. Diese kann ihre verhältnismäßig unabhängige Stellung nur behaupten, wenn keine Partei ausschlaggebend wird. Hier wird die Regierung im vorhinein geneigt sein, mit verschiedenen Parteien zu verschiedenen Zwecken zu kompromittieren, bald der einen, bald der anderen zu Konzessionen zu verhelfen, sei es, um keine vollständig in den Augen der Wähler zu diskreditieren und sie dadurch übermäßig zu schwächen, sei es, um im Gegenteil durch eigene Ausführung mancher Forderungen die Wähler von der Unterstützung einer Partei, die ihre Herrschaft bedroht, abzuhalten. Ebenso sind die Parteien selbst, die allein nicht herrschen können, zu gegenseitigen Kompromissen und Konzessionen geneigt, die ihre Gegensätzlichkeit abschwächen und mildern. Keine Partei besitzt die Alleinherrschaft, aber dafür wird auch keine absolut einflußlos sein.

Solange das Proletariat noch schwach ist und seiner Ziele sich nicht bewußt, dient es den bürgerlichen parlamentarischen Parteien als Sturmbock für deren eigene Forderungen. Es wird Mittel für die politischen Zwecke anderer Parteien oder der zäsaristische Politik treibenden Regierungen. Für die Gefolgschaft tauscht das Proletariat Konzessionen ein. Von deren Größe einerseits, von der Gestaltung der ökonomischen und politischen Entwicklung andererseits hängt die Dauer der unselbständigen Stellung des Proletariats ab. Das Fehlen des prinzipiellen Gegensatzes innerhalb des Parlamentarismus erlaubt dem Bürgertum, das Parlament auszubauen, diesem die Herrschaft zu sichern, die Regierung vom Parlament völlig abhängig zu machen. *Denn die politische Schwäche des Proletariats ist die Stärke des bürgerlichen Parlamentarismus*, da sonst das Bürgertum Gefahr laufen würde, daß ein selbst-

bewußtes Proletariat das demokratisch gewählte Parlament aus einem bürgerlichen zu einem proletarischen Herrschaftsmittel gestalten könnte.

Anders, wenn das Proletariat sich als unabhängige Partei konstituiert und sich unter dem Zeichen seiner letzten Ziele sammelt. Der scharfe Gegensatz zu allen bürgerlichen Parteien, die in diesem ersten Stadium des proletarischen Kampfes ihm gegenüber als eine reaktionäre Masse empfunden werden, wird äußerst klar gefühlt. Dafür sorgt die proletarische Partei selbst, die ihr neues Prinzip mit aller Klarheit und Rücksichtslosigkeit formulieren muß, um die Arbeiter von der Gefolgschaft der bürgerlichen Parteien loszureißen. Kein Wunder, daß dieser Gegensatz eine Verfolgungs- und Unterdrückungspolitik von seiten der herrschenden Klassen auslöste, die ihr Lebensprinzip von einer kleinen Schar „Aufwiegler und Hetzer" verneint sahen. Sie durften hoffen, diese in den Gefängnissen mundtot zu machen. Die Partei war klein, unterdrückt, absolut einflußlos.

Erwachsen aus den Lebensbedingungen des Proletariats, konnte aber die Partei durch die Verfolgungen in ihrem Fortschritt nicht gehemmt werden. Ihr Wachstum wurde eine Drohung für die anderen Parteien, die um ihre Gefolgschaft zu fürchten begannen. Die bürgerlichen Majoritätsparteien beginnen die Taktik der Konzessionen, um der Sozialdemokratie „den Wind aus den Segeln zu nehmen". Hierbei teilen sich die verschiedenen Parteien, die „reaktionäre Masse" verliert in ihrer Konkurrenz um die Arbeiterstimmen, die je nach den verschiedenen in den Parteien vertretenen Interessen verschieden getrieben wird, ihre Geschlossenheit.

Es beginnt die „Ära der Sozialreform". Der Versuch ist in Deutschland (und schon gar in Österreich) im vorhinein zum Scheitern bestimmt. Die junge, eben zur Herrschaft gelangende deutsche Bourgeoisie hat keine Weltmachts- und Kolonialherrschaft, aus der sie die Konzessionen für das Proletariat bezahlen kann. Die geringfügigen Versicherungsgesetze werden vom Proletariat weitaus überzahlt durch die Lasten der neuen Schutzzollpolitik. Selbst einem unklareren, prinzipiell ungeschulteren Proletariat gegenüber hätte diese Politik scheitern müssen. Gleichzeitig, und dies mußte den demagogischen Charakter dieser Politik völlig auch dem Stumpfesten enthüllen, geht Hand in Hand mit der Sozialreform in Deutschland wie in Österreich die Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie. Der Zweck dieser ganzen Politik war ja, durch Gewährung materieller Konzessionen das Proletariat mit der Herrschaft des Bürgertums auszusöhnen, nicht aber seine politische Macht und Bewegungsfreiheit zu verstärken. Und es schien richtig, dem Proletariat zu beweisen, daß es seine Errungenschaften nicht durch die Sozialdemokratie, sondern trotz ihrer erhalten hatte. So endet die Politik der Konzession wie der Unterdrückung in gleichem Maße mit dem Bankrott und beschließt damit ein zweites Stadium in dem Kampfe der beiden Klassen.

Bis hierher ist die Entwicklung in Deutschland und in Österreich die gleiche. In Frankreich hatte die Niederlage der Kommune die Bourgeoisie von ihrer Angst vor dem Proletariat befreit, war die Republik gegründet, die sich zunächst nicht viel um das Proletariat zu kümmern brauchte, das, uneinig und mutlos, sich von seiner Niederlage nur langsam erholte und skeptisch sich von der politischen Betätigung fernhielt.

In den letzten Jahren aber gewinnen die Dinge ein anderes Aussehen. In Österreich und Frankreich wächst die Sozialdemokratie allmählich, ihr

politischer Einfluß wird gleichzeitig und vielleicht in noch höherem Maße, als ihrem Wachstum entspricht, stärker. In Deutschland, wo das Wachstum der Partei bei weitem am rascheſten vor sich geht, erscheint ihr Einfluß gering, ja mit dem weiteren Wachstum sich stetig zu verringern. Hier scheint ein Widerspruch vorzuliegen, und doch ist es nur das notwendige Resultat verschiedener ökonomischer Verhältnisse, die eine verschiedene Politik der herrschenden Klassen bedingen. Die Politik der Herrschenden wieder und nicht eine Verschiedenheit der Taktik der Sozialdemokratie ist es, die die Unterschiede ihres Einflusses bedingen.

In Deutschland ist die ökonomische Entwicklung am weitesten vorgeschritten; hier ist die Konzentration des Kapitals auf der einen, die Entstehung und Anhäufung großer Proletariermassen auf der anderen Seite so weit gediehen, daß die technischen und organisatorischen Vorbedingungen der sozialistischen Gesellschaft hier am ehesten gegeben sind. Der Sozialismus selbst, nicht mehr nur einzelne Forderungen des Proletariats an die gegenwärtige Gesellschaft stehen hier bereits in Frage. Das hindert, nebenbei bemerkt, natürlich nicht, sondern macht nur desto dringlicher, daß noch eine Reihe von Vorbedingungen durch Erfüllung proletarischer Forderungen zu verwirklichen sind. Aber, was immer unser Standpunkt war, daß diese Forderungen an den Gegenwartsstaat nicht ein Mittel der Versöhnung, sondern eine Revolutionierung und Stärkung des Proletariats bedeuten, das wird damit auch zur Einsicht der Gegner, deren Widerstand zunimmt mit der Angst, die hinter jeder Forderung des Proletariats den ganzen „Zukunftsstaat“ wittert — und mit Recht.

Innerhalb der bürgerlichen Klasse hat die ökonomische Entwicklung eine weitgehende Umgestaltung gebracht. Vor allem ist die Bevölkerung immer mehr städtisch-industriell und der landwirtschaftliche Teil derselben zu einer stets sich verringernden Minorität geworden. Die städtische Bevölkerung selbst aber hat eine vollständige Umlagerung ihrer Struktur erfahren. Der alte Mittelstand ist gänzlich verändert. Der selbständige Handwerker mit seinen bestimmt ausgeprägten Klasseninteressen hat seine dominierende Stellung verloren, der „neue Mittelstand“, wie der irreführende Ausdruck lautet, ist keine Einheit mehr, weder politisch noch ökonomisch, sondern ein Gemenge von mehr oder minder notleidenden Handwerkern, Kleinkapitalisten, Vorarbeitern, Werkführern, Angestellten, Beamten, Rentnern, Intellektuellen aller Art. Seine Grundlage wird beständig durch die kapitalistische Entwicklung revolutioniert, seine Zusammensetzung variiert fortwährend, die Existenz seiner Angehörigen ist nie völlig gesichert. Die sozialen und politischen Interessen innerhalb dieser Gruppen sind oft völlig verschieden. Dieser neue Mittelstand ist daher im Gegensatz zum alten unfähig, die Grundlage für eine große politische Partei zu bilden. Seine verschiedenen Elemente bilden vielmehr ein Rekrutierungsgebiet anderer Parteien, deren unzuverlässigste Anhänger sie meist darstellen. Aber auch die anderen historischen Parteien sind gänzlich verändert.

Der ausschließend scharfe Gegensatz zwischen Agrariern und Industriellen besteht nicht mehr, ihre handelspolitischen Kämpfe haben aufgehört, und sie sind in der modernen Schutzzollpolitik zu gemeinsamem Raube verbündet, seitdem das Aktienwesen die immer größere Teilnahme der Agrarier an industriellen Interessen ermöglicht, die Kartellorganisation den Schutzzoll auch den entwickeltsten Exportindustrien erstrebenswert gemacht hat. Und dies Bündnis ist

befestigt durch das gemeinsame Interesse an der Machtpolitik des Staates, am Militarismus, am Marinismus und einer kolonialen Expansionspolitik, deren Nutznießer beide Klassen wenn auch in verschiedener Weise sind; es wird unzerreißbar, sobald das Wachstum der Sozialdemokratie die Grundlage ihrer Macht zu bedrohen scheint.

Dieselbe ökonomische Entwicklung, die das Proletariat vermehrt und die Sozialdemokratie groß gemacht hat, hat ebenso den Unterschied innerhalb der bürgerlichen Parteien verringert, auf einer höheren Stufe die „reaktionäre Masse" wieder hergestellt und dadurch die Geschlossenheit und die Widerstandskraft des Bürgertums vermehrt.

Je mehr aber die Sozialdemokratie wuchs, je mehr die anderen Parteien die Reste proletarischen Anhangs, die sie noch hatten, verlieren, desto mehr schwinden auch jene Rücksichten, die sie aus wahlpolitischen Gründen auf die Arbeiterschaft nehmen müssen, desto mehr lassen sie sich von rein bürgerlichen Klasseninteressen leiten. Auch hier vermehrt das Wachstum der Sozialdemokratie die Geschlossenheit ihrer Gegner. Heute ist es nur das Zentrum, das noch ansehnliche proletarische Massen in seiner Gefolgschaft hat, das versucht, die Politik demagogischer Konzessionen fortzusetzen.

Ist aber die ökonomische Entwicklung einmal so weit gediehen, daß die Verwirklichung des Sozialismus nur mehr als eine bloße Frage der politischen Macht erscheint, dann ist diese Taktik, die versucht, das Proletariat mit Konzessionen abzuspeisen, nicht mehr möglich. Sie erscheinen viel zu klein und unbedeutend, gemessen an der Möglichkeit, den Klassenstaat und die Ausbeutung zu beseitigen.

Erscheinen sie aber dem Proletariat zu klein, so den herrschenden Klassen zu groß. Denn es müßten diese Konzessionen sehr bedeutend sein, sollten sie irgend eine Aussicht auf Erfolg haben. Es müßten materielle Konzessionen sein, da politische Konzessionen die Partei des Proletariats ja in ihrer Bewegungs- und Agitationsfreiheit nur stärken könnten. Diese Konzessionen müßten also sehr groß sein und damit die Interessen der herrschenden Klassen empfindlich verletzen. Gleichzeitig ist aber ihr Erfolg durchaus unsicher, da dem Proletariat schon klar bewußt ist, was auf dem Spiele steht, dafür die Gefahr um so größer, gerade durch diese Konzessionen nur die Macht der Sozialdemokratie zu stärken. Kein Wunder, daß die herrschenden Klassen sich zu diesem Versuche nicht verstehen wollen.

In diesem dritten Stadium der Entwicklung sind der unmittelbare Einfluß und die direkten Erfolge der Sozialdemokratie also notwendig gering. Denn jetzt bleibt den herrschenden Klassen nur die Hoffnung, durch Einschüchterung die noch indifferenten Massen von dem Anschluß an die Sozialdemokratie abzuhalten. Keine Konzessionen! Denn jede Konzession stärkt nur die Sozialdemokratie, macht sie „übermütig", verstärkt den Glauben ihrer Anhänger, durch sie etwas erreichen zu können. Selbst dort und dann, wo einmal der Widerstand erlahmt, sucht man wenigstens den Schein zu retten, daß es nicht die Sozialdemokratie, sondern bürgerliche Parteien oder gar das „soziale Königtum" sei, das etwas für die Arbeiterschaft geleistet habe. So erscheint jetzt die Sozialdemokratie ausgeschaltet aus der unmittelbar erfolgreichen Politik, so ist Reaktion und Entrechtung die Signatur der deutschen Politik, noch verschärft und um so aufreizender, weil sie die Formen der Ausnahmegesetzgebung nicht mehr anzunehmen wagt. Denn war noch im früheren Stadium der

Entwicklung in mehr oder minder gutem Glauben der Unterschied zwischen Sozialdemokratie und Arbeiterschaft gemacht, so wird jetzt dieser Schein selbst verschmäht.

Es ist das Bürgertum, es sind die herrschenden Klassen Deutschlands, welche die Identität von Sozialdemokratie und Arbeiterschaft bezeugen. Keine Ausnahmegesetzgebung gegen die Sozialdemokratie mehr, dafür aber der Ausschluß aller Arbeiter vom Wahlrecht, das Wüten der Klassenjustiz gegen alle Arbeiter, ob sie sich politisch oder auch nur rein wirtschaftlich betätigen, die Verfolgung und Einschränkung aller Lebensäußerungen der Arbeiterklasse, soweit die Macht des Staates reicht.

Eine ganz andere Stellung nehmen dagegen die sozialistischen Parteien in Österreich und Frankreich ein, und auch hier erklärt sich dies in erster Linie aus der sozialen Struktur dieser Länder, wenn auch die ganz anderen politischen Verhältnisse mit in der gleichen Richtung wirksam sind.

Die langsame industrielle Entwicklung verändert das Verhältnis der städtischen zur ländlichen Bevölkerung hier nur allmählich. Die geschlossene Phalanx der bäuerlichen Bevölkerung bleibt unberührt von der sozialdemokratischen Bewegung und läßt diese als keine allzu große Gefahr erscheinen. Aber auch das städtische Kleinbürgertum ist hier noch viel kräftiger, und der Handwerker dominiert in ihm; es ist ökonomisch und politisch reaktionär und hat noch parteibildende Kraft, die in Österreich überdies durch das Wahlsystem verstärkt wird. Die Industriellen sind gar nicht sicher, ihre wichtigsten Interessen gegenüber den zünftlerischen Kleinbürgern, den bäuerlichen und großen Agrariern immer durchsetzen zu können, und nehmen ganz gerne die Unterstützung des Proletariats in manchen wirtschaftspolitischen Fragen an, die in Deutschland längst keine Rolle mehr spielen. Die Sozialdemokratie erscheint hier eben wegen ihrer relativen Kleinheit, vor allem aber, weil die Angst vor ihrer Expansion eine viel geringere ist, den Gegnern und der Regierung als Partei, die nur mit einigen augenblicklichen Gegenwartsforderungen in Betracht kommt; gerade die ihr eigentümlichen Forderungen erscheinen als etwas Utopisches, mit dem der „Realpolitiker" nicht oder, wie die Gescheiteren meinen, wenigstens „noch nicht" zu rechnen hat. Nicht der Sozialismus, nur einige Gegenwartsforderungen des Proletariats stehen hier in Frage. Die Sozialdemokratie erscheint so als eine Partei wie die anderen, mit der sich unter Umständen auch kooperieren läßt. Die „rote Gefahr" tut ihre Schuldigkeit bei der Wahlagitation, ist aber mehr demagogische Phrase als wirklicher Inhalt der bürgerlichen Politik. Gewiß, die Klassengegensätze werden auch hier gefühlt, der Klassenkampf oft mit vollem Nachdruck geführt, aber trotzdem ist der Gegensatz nicht annähernd so scharf wie in Deutschland. Man sucht noch durch einzelne Konzessionen die indifferenten Arbeiter im eigenen Lager zu behalten, man sucht die Partei als Gegengewicht gegen andere Parteien zu gebrauchen. Auch ist der bürgerlich-ideologische Einschlag vielleicht größer, weil die rückständige Entwicklung reaktionäre, unmoderne Klassen zur Herrschaft zu bringen droht, die auch die Kreise der bürgerlichen Intelligenz abstoßen. Diese Reaktion ist so ganz anderer Natur als die deutsche. Diese entspringt nicht der Herrschaft alter und überlebter Klassen, sondern der Furcht vor der Herrschaft des Proletariats; sie ist deshalb gegen dieses allein und vor allem gerichtet, wenn auch die gesellschaftlich notwendige Heuchelei die Form allgemein gültiger Gesetze nackten Ausnahmegesetzen vorziehen läßt. So arbeitet diese Reaktion mit

Wahlrechtsentrechtungen, Kontraktbruchgesetzen und ähnlichem, während sie kein Gewicht darauf legt, eine Lex Heinze durchzuführen. Freilich ist es das Wesen der Reaktion, immer reaktionärer zu werden, die Erfolglosigkeit der einen Maßregel durch eine noch reaktionärere wett machen zu wollen. Einmal begonnen, kennt sie keinen Halt, und schließlich greift sie auch zu den Mitteln der feudal-kleinbürgerlichen Reaktion. Doch zeigt die Reaktion in Deutschland darin ihren anderen Charakter, daß sie dem Kapitalismus seine volle Bewegungsfreiheit läßt, wenigstens in allen irgend wesentlichen Fragen, während sie zum Beispiel in Österreich kleinbürgerlich-reaktionär, klerikal, zünftlerisch ist, dabei aber sich mit der Bewegungsfreiheit des Proletariats abzufinden weiß. Diese alte Reaktion ist viel zu sehr mit ihrem Kampfe gegen alle modernen Entwicklungstendenzen beschäftigt, um Zeit und Kraft zu finden, sich mit ihren Gegnern vereint ausschließlich auf das Proletariat zu stürzen. Die Sozialdemokratie wird auch nicht in erster Linie ihr, sondern gerade ihren bürgerlichen Gegnern gefährlich.

So hat hier die rückständigere soziale Struktur die Gesellschaft in viel mehr Parteien gespalten, sie hat damit aber gleichzeitig auch die Stellung der Regierung geschwächt. Die deutsche Regierung hat in allen wichtigen Fragen immer mehr alle bürgerlichen Parteien hinter sich. Selbst wenn dies ausnahmsweise einmal nicht der Fall, hat die bürgerliche Opposition keine rechte Aggressivkraft mehr, ist sie mit dem geringsten Scheinzugeständnis vollständig zufrieden. In Frankreich dagegen und auch bisweilen in Österreich kann sich die Regierung jedesmal einer Koalition feindlicher Parteien gegenüber sehen, der sie leicht erliegen kann.

Zu diesen Unterschieden, die unmittelbar aus der Verschiedenheit der sozialen Struktur entspringen, treten dann andere historisch-politischer Natur, die allerdings hier nur angedeutet werden können: In Österreich das Wahlrecht, das die Expansion der Sozialdemokratie noch ungefährlicher erscheinen läßt, sowie die Ausschaltung der Militärfragen und der auswärtigen Politik durch die Delegationen. In Frankreich die Spaltung des Proletariats, die die Bourgeoisie hoffen ließ, Teile des Proletariats zu gewinnen, und die Partei selbst hinderte, dem Bürgertum gerade dort mit voller Kraft Opposition zu machen, wo es am stärksten in seinen Interessen getroffen wird, in der Frage des Handels und der auswärtigen Politik, des Militarismus und der Kolonialpolitik.

Ausschlaggebend ist aber doch in erster Linie die soziale Struktur, die einmal das Wachstum der Sozialdemokratie als stets stärkere Bedrohung der bürgerlichen Gesellschaft, das andere Mal nur als eine Unannehmlichkeit, die eben in Kauf genommen werden muß, empfinden läßt. Sie erklärt auch zum größten Teile den Gegensatz der Politik der herrschenden Klassen in Nord- und Süddeutschland, wo ein starkes Bauerntum und ein infolge der geringeren und langsameren industriellen Entwicklung verhältnismäßig schwächeres Proletariat Wahlrechtsverbesserungen ohne Gefahr möglich machte, so daß dies schwächere Proletariat dort größeren Einfluß zu besitzen scheint als das stärkere Proletariat in Preußen, Sachsen oder in den Hansastädten.

So zeigt sich die auf den ersten Blick verwunderliche Tatsache, daß die Sozialdemokratie, je mächtiger sie in den Massen, desto ohnmächtiger in ihrem unmittelbaren Einfluß auf die Politik ist, als notwendig entsprungen aus der Entwicklung der sozialen Verhältnisse. Je stärker die gesellschaftliche Stel-

lung, desto schwächer erscheint die staatliche Stellung der Partei. Es ist die Entfaltung jenes Gegensatzes zwischen Staat und Gesellschaft, der in der russischen Revolution ganz bewußt erscheint; in der russischen politischen Terminologie werden Staat und Gesellschaft als gegensätzliche Begriffe einander gegenübergestellt.

Die parlamentarische Einflußlosigkeit der Sozialdemokratie ist somit nicht das Ergebnis einer schlechten Taktik, sondern notwendiges Produkt einer historischen Entwicklung, die den Gegensatz in der bürgerlichen Gesellschaft erst zur vollen Entfaltung bringen muß, ehe er überwunden werden kann.

Die sozialdemokratische Taktik selbst ist im wesentlichen durch dies Verhalten der Gegner naturgemäß beeinflußt. Nur in jenem Stadium, wo die Partei noch mäßig entwickelt ist, aber doch die Anfangsschwierigkeiten schon hinter sich hat, wird es zu Divergenzen kommen, die bis zur Spaltung der Partei gehen können. Denn nur dann hat die rein reformistische Strömung innerhalb der Partei Aussichten, wenn sie auf sofortige Erfolge und Zugeständnisse der Gegner, die sie ihrer Taktik zuschreibt, hinweisen kann. Denn es ist ja das Wesen der reformistischen Taktik, daß sie die wesentlichen und bleibenden Klasseninteressen des Proletariats zugunsten momentaner und minder wichtiger hintansetzt. Diese Taktik scheitert von selbst in dem Moment, wo irgendwelche Konzessionen von Seite der Herrschenden nicht mehr gemacht werden können, weil der prinzipielle Gegensatz bereits so klar herausgearbeitet ist, daß er durch keine Zugeständnisse mehr überbrückt werden könnte. Wenn in Deutschland auch in jenem zweiten Stadium keine Spaltung, ja nicht einmal weitgehendere Differenzen aufkamen, so war es die politische Rechtlosigkeit, unter die die Partei gestellt wurde. In gleicher Weise verhindert der Mangel des gleichen Wahlrechtes in Österreich größere Divergenz der Meinungen. In Frankreich oder in Italien aber ist dieser „Einfluß" der Partei zeitweise eine Gefahr für die Bewahrung ihres Klassencharakters geworden.

III.

So ist es kein Wunder, wenn der praktische „Revisionismus" in Deutschland keinen direkten Erfolg in der Partei erringen konnte. Dazu kam er zu spät. Die Ausnahmegesetzgebung hinderte seinerzeit überhaupt sein Aufkommen, und als sie gefallen war, war die Entwicklung bereits zu weit gediehen, als daß seine Bestrebungen bei den herrschenden Klassen jenes Verständnis hätten finden können, ohne das sie nicht existieren können. Aber der Revisionismus ist auch heute nur in seiner ersten und primitiven Form überwunden, dagegen ist er noch wirksam in der Stellung zum Parlamentarismus. Wir haben gesehen, daß der Revisionismus auf alle Fälle Konzessionen braucht. Diese Konzessionen kann er nicht erhalten. Aber er findet die Ursache nicht durch eine Analyse der ökonomischen Entwicklung, sondern er sucht sie auf der Oberfläche der Politik. Da gleichzeitig mit der Reaktion in Deutschland in Frankreich der Sozialismus zu bedeutendem Einfluß gelangt war, sucht er die „Rückständigkeit" Deutschlands in dem Mangel eines genügend entwickelten Parlamentarismus. Er sieht nicht, daß die Schwäche des bürgerlichen Parlaments wieder nur die Folge ist der Stärke des Proletariats. Ist einmal die Gefahr vorhanden, daß das Proletariat sich des Parlaments bemächtigen kann, dann ist es das Interesse der herrschenden Klassen, dieses Parlament möglichst aller Macht zu entkleiden. Je machtloser

das Parlament, desto geringer ist einmal die Intensität des politischen Lebens, desto größer die Anzahl derjenigen, die sich um Politik, wenigstens um die parlamentarische Politik, und um die Wahlen nicht kümmern. Desto größer aber ist auch die Aussicht, die Macht außerhalb des Parlaments einmal gegebenenfalls gegen das Parlament benutzen zu können. Daher das bewußte Hinarbeiten der herrschenden Klassen in Deutschland auf die möglichste Ausschaltung des Parlaments. Sie suchen ihre Macht auf andere Weise geltend zu machen, sei es durch direkte Beeinflussung der Regierungsgewalt mit Hilfe ihrer persönlichen Beziehungen zu deren Trägern, sei es durch den Druck, den sie mittels ihrer wirtschaftlichen Verbände ausüben. Wo es sonst irgendwie angeht, suchen sie die Macht des demokratisch gewählten Parlaments einzuschränken durch die möglichste Erweiterung der Kompetenz der Landtage, wo sie unter sich sind. *Der preußische Landtag ist einflußreich bei der Regierung, weil er keine proletarische Vertretung hat, der deutsche Reichstag einflußlos wegen seiner sozialdemokratischen Fraktion.* Der Revisionismus will nur das Symptom kurieren, wenn er mehr Parlamentarismus verlangt und meint, damit eine einfache Forderung der Demokratie aufzustellen. Er übersieht oder sieht mindestens nicht deutlich genug, daß hinter dieser Forderung in Deutschland die Entscheidung über die politische Herrschaft zweier Klassen steht und damit die Frage der Gesellschaftsordnung gestellt ist. In dieser Machtlosigkeit des Parlaments aber liegt der Grund für eine merkwürdige Täuschung, die auch die Funktion des Parlaments als Sicherheitsventil immer problematischer macht. Da im Parlament die Sozialdemokratie keine unmittelbar entscheidende Macht darstellt, so entsteht in den nur parlamentarisch denkenden Köpfen die Neigung, auch in der realen Welt die Sozialdemokratie als quantité négligeable zu behandeln. Die Wünsche der Scharfmacher werden unterstützt durch die Einbildung, die aus dem parlamentarischen Scheine sich herausbildet, daß die Bezwingung der Sozialdemokratie ohne allzu große Gefahren möglich ist. Der Weizen der Scharfmacher blüht.

Das Proletariat dagegen wieder, einen Moment stutzig gemacht durch seine parlamentarische Ohnmacht, besinnt sich auf seine reale Macht, die es einzusetzen bereit ist, wenn es anders nicht mehr möglich ist. So ist in Deutschland trotz des allgemeinen Wahlrechts die Idee des politischen Massenstreiks so lebendig geworden, die ursprünglich in Belgien wie in Österreich nur als Mittel zur Eroberung des allgemeinen Wahlrechts entstanden ist. Dieser Unterschied aber ist zugleich ein Unterschied der verschiedenen Funktionen, die der Massenstreik erfüllen kann. Denn in weniger entwickelten Ländern sind die Fragen der Demokratie, wenn das Proletariat noch auf lange Zeit eine Minorität ist, Fragen innerhalb der bürgerlichen Gesellschaft, die nur ihre Herrschaft modifizieren, sie von der einen auf die andere Schicht übertragen mag, sie selbst aber zunächst unangetastet läßt.

Die gleichen Forderungen des Proletariats begegnen also je nach dem Stande der Entwicklung in verschiedenen Ländern ganz verschiedenen Widerständen von seiten der herrschenden Klassen. Daraus erklärt sich einerseits, daß Kampfmittel, die in einem Lande höchst erfolgreich und daher oft benutzt sind, in einem anderen Lande nicht oder nicht mehr angewendet werden können, weil der Widerstand der Herrschenden durch sie nicht mehr gebrochen werden könnte, ihre Erfolglosigkeit vielmehr der eigenen Partei nur schaden würde. Dann aber gewinnt auch jenes Kampfmittel, das unmittelbar eine Machtprobe

zwischen den beiden Klassen darstellt, eine ganz andere Bedeutung. Wie weit immer die Entwicklung vorgeschritten oder zurückgeblieben ist, im Massenstreik erscheint die proletarische Macht in ihrer Unabhängigkeit von jeder Kontrolle und jedem Einfluß der organisierten bürgerlichen Gewalt und in ihrer Rebellion gegen sie. Der Massenstreik wird daher immer und überall auf eine heftige Abwehr der bürgerlichen Gesellschaft gefaßt sein müssen. Trotzdem wird diese Abwehr einen ganz verschiedenen Grad von Intensität, Energie, Rücksichtslosigkeit und Geschlossenheit in den verschiedenen Ländern aufweisen.

In Deutschland und in Österreich steht der politische Massenstreik auf der Tagesordnung der Parteitage.

Und doch handelt es sich in den beiden Ländern um politisch ganz verschiedene Dinge. Der politische Massenstreik, angewandt von der weitaus stärksten Partei Deutschlands gegen die stärkste Regierung und geschlossenste Herrschaftsorganisation der Welt, ist ein ganz anderes Ding als der politische Massenstreik in Österreich, angewandt von einer kleineren Partei, der eine schwache Regierung und ein Hause stets miteinander hadernder bürgerlicher Parteien gegenüberstehen. In Deutschland muß der Massenstreik, mag er entstehen wie er wolle, auf den allerschärfsten Widerstand gefaßt sein. Denn die herrschenden Klassen Deutschlands vertragen infolge der Entwicklung der ökonomischen Verhältnisse keinen Sieg des Proletariats, und sei es in welcher Frage immer. Die einzelne Frage erscheint ihnen nebensächlich und wichtig nur, daß die proletarische Machtorganisation aus eigener Kraft und in direkter Weise die bürgerliche Machtorganisation überwunden hat. Der Entscheidung der *einen* Frage zugunsten des Proletariats wird, so müssen die Gegner fürchten, die Entscheidung der anderen Fragen nachfolgen. Hat das Proletariat hier gesiegt, so kann es auch dort siegen. Mag die Frage vom Proletariat gestellt sein wie immer, die herrschenden Klassen werden immer nur ihr Sein oder Nichtsein heraushören.

Deshalb ist der Massenstreik für Deutschland eine entscheidende Phase, ein Kampf, der bis zum Ende ausgefochten werden muß, der nur mit dem Siege des Proletariats enden darf, soll er nicht für das Proletariat eine schwere Niederlage werden. Nicht weil das deutsche Proletariat im Massenstreik eine Entscheidungsschlacht kämpfen *will*, sondern weil die Gegner in jedem Massenstreik, in jeder und sei es noch so friedlichen und legalen Auflehnung gegen ihre Herrschaft ihr nahendes Ende erblicken und ihm deshalb mit all ihrer Macht entgegentreten werden, ist der Massenstreik für Deutschland nur ein letztes entscheidendes Mittel in dem Kampfe zwischen Bourgeoisie und Proletariat.

Der politische Massenstreik ist also für Deutschland kein Demonstrationsmittel, weil es von den Gegnern als solches kaum ertragen werden kann. Er ist kein Mittel, das angewandt werden kann für irgend eine Einzelforderung, sondern ein Mittel, das, wenn alle anderen versagen, über die politische Herrschaft entscheiden wird. Wie immer auch der politische Massenstreik vom Proletariat gemeint wäre, seinen Gegnern wäre er die Todesdrohung. Ganz anders in Österreich. Hier kann der Massenstreik nichts anderes sein als ein besonders kräftiges Demonstrations- oder Pressionsmittel für eine Forderung, deren Erfüllung dem Proletariat für seinen weiteren Fortschritt *in* der bürgerlichen Gesellschaft unentbehrlich scheint. Denn hier kommt die politische Herrschaft des Proletariats noch gar nicht in Frage. Der Widerstand der herrschenden

Klasse braucht hier durchaus nicht ein äußerster und zu allem entschlossener zu sein. Die bürgerlichen Parteien sind selbst uneins, zum Teil in gegenseitiger Opposition, die öffentliche Meinung geteilt. Das Proletariat erscheint als Gegner einer einzelnen Schicht, nicht der ganzen bürgerlichen Gesellschaft. Gerade weil das Proletariat schwächer ist, ist auch der Widerstand der bürgerlichen Parteien schwächer und der Erfolg leichter, da er nur ein Teilerfolg ist und nicht den ganzen Sieg des Proletariats bedeuten kann. Deshalb ist es nicht im vorhinein verfehlt, in Österreich den Massenstreik für Einzelaktionen des Proletariats ins Auge zu fassen, ein Vorgehen, das in Deutschland nur aus einer gefährlichen Selbsttäuschung entspringen könnte. Der politische Massenstreik ist so eine Waffe, die unter verschiedenen Umständen verschiedenen Zwecken dient und ganz verschiedene Bedingungen ihrer Anwendung hat. Es ist sehr gut möglich, daß in dem einen Lande die Bedingungen für den Streik zu einzelnen Zwecken noch gegeben sind, während sie für das andere Land schon vorüber sind und der Massenstreik nur noch als Moment der proletarischen Revolution in Frage steht.

Diejenigen aber, welche die historische Stellung des Parlamentarismus in Deutschland nicht erkennen, ihn gleichsam nur rein quantitativ werten als zu wenig entwickelt gegenüber dem französischen, und nicht sehen, daß seine Schwäche bedingt ist durch die Stärke des Klassengegensatzes, täuschen sich über das Objekt des Kampfes und zugleich über den Widerstand, den sie in diesem Kampfe finden werden. Sie meinen, es handle sich um parlamentarische Reform, während es sich um eine gesellschaftliche Revolution handelt. Denn sobald das deutsche Proletariat siegreich aus einem Massenstreik hervorgegangen, die Regierung unterlegen, die Machtorganisation des Bürgertums überwunden ist, — dieses Proletariat würde das Parlament durch seinen Sieg völlig umgewandelt haben. Es würde aufgehört haben, ein bürgerliches Parlament zu sein, es wäre ein Herrschaftsmittel des Proletariats. Es heißt unseres Erachtens die Größe des Klassengegensatzes in Deutschland völlig verkennen, wenn man hier den Massenstreik anders als einen letzten Schritt zur Eroberung der politischen Macht betrachtet.

Das mag denjenigen, die es ablehnen, sich Gedanken über die Ziele des Tages hinaus zu machen, nun in der Tat „eine müßige Zukunftsspekulation" bedeuten, und sie mögen meinen, daß ein Massenstreik zur Erringung des preußischen Landtagswahlrechtes oder zur Abwehr der Wahlrechtsentrechtung in Lübeck demgegenüber weise Realpolitik bilde. Wir meinen aber, daß gerade in den entscheidenden Aktionen die Überlegenheit proletarischer Politik darin sich zeigen müsse, durch eingehende Analyse der Bedingungen und der Möglichkeiten des Kampfes die Gefahren durch ihre Kenntnis zu verringern. Es mag manchem sonderbar erscheinen, ist aber doch nur logisch folgerichtig, daß die Politik der „Gemäßigten", die nur am Tage klebt, an den Bedürfnissen des Tages und den Erkenntnissen des Tages, für das Proletariat viel gefährlicher werden kann, als die Auffassung der „Radikalen". In diesem Falle bedeutet diese Auffassung für Deutschland die Unterschätzung der gegnerischen Kräfte, die in letzter Instanz entsprungen ist aus der pessimistischen Unterschätzung der Reife der ökonomischen Entwicklung und der Kraft des Proletariats. Sie sehen deswegen in Deutschland auch dort nur eine Episode im Kampfe, wo es sich bereits um die Entscheidung des ganzen Krieges handelt.

Der wissenschaftliche Charakter von Malthus und Ricardo.[1]

Von **Karl Marx.**

Grundgemeinheit der Gesinnung charakterisiert den Malthus; eine Gemeinheit, die nur ein Pfaffe sich erlauben kann, der in dem menschlichen Elend die Strafe für den Sündenfall erkennt und überhaupt „ein irdisches Jammertal“ braucht, zugleich aber, mit Rücksicht auf die von ihm bezogenen Pfründen und mit Hilfe des Dogmas von der Gnadenwahl, es durchaus vorteilhaft findet, den herrschenden Klassen den Aufenthalt im Jammertal zu „versüßen“.

Die Gemeinheit dieser Gesinnung zeigt sich auch wissenschaftlich. Erstens in seinem schamlos und handwerksmäßig betriebenen Plagiarismus. Zweitens in der rücksichtsvollen, nicht rücksichtslosen Konsequenz, die er aus wissenschaftlichen Vordersätzen zieht. Ricardo betrachtet mit Recht, für seine Zeit, die kapitalistische Produktionsweise als die vorteilhafteste für die Produktion überhaupt, als die vorteilhafteste zur Erzeugung des Reichtums. Er will die Produktion der Produktion halber und dieses [mit] Recht. Wollte man behaupten, wie es sentimentale Gegner Ricardos getan haben, daß die Produktion nicht als solche der Zweck sei, so vergißt man, daß Produktion um der Produktion halber nichts heißt als Entwicklung der menschlichen Produktivkräfte, also Entwicklung des Reichtums der menschlichen Natur als Selbstzweck. Stellt man, wie Sismondi, das Wohl der einzelnen diesem Zwecke gegenüber, so behauptet man, daß die Entwicklung der Gattung aufgehalten werden muß, um das Wohl des einzelnen zu sichern, daß also zum Beispiel kein Krieg geführt werden dürfe, worin einzelne jedenfalls kaput gehen. Sismondi hat nur recht gegen die Ökonomen, die diesen Gegensatz vertuschen, leugnen. Daß diese Entwicklung der Fähigkeiten der Gattung Mensch, obgleich sie sich zunächst auf Kosten der Mehrzahl der Menschenindividuen und gewisser Menschenklassen [vollzieht], schließlich diesen Antagonismus durchbricht und zusammenfällt mit der Entwicklung des einzelnen Individuums, daß also die höhere Entwicklung der Individualität nur durch einen historischen Prozeß erkauft wird, worin die Individuen geopfert werden, wird nicht verstanden, abgesehen von der Unfruchtbarkeit solcher Betrachtungen, da die Vorteile der Gattung im Menschenreich wie im Tier- und Pflanzenreich sich stets durchsetzen auf Kosten der Vorteile von Individuen. Die Rücksichtslosigkeit Ricardos war also nicht nur wissenschaftlich ehrlich, sondern wissenschaftlich geboten für seinen Standpunkt. Es ist ihm aber deshalb auch ganz gleichgültig, ob die Entwicklung der Produktivkräfte Grundeigentum totschlägt oder Arbeiter. Wenn dieser Fortschritt das Kapital der industriellen Bourgeoisie entwertet, so ist es ihm ebenso willkommen. Wenn die Entwicklung der Produktivkraft der Arbeit das vorhandene fixe Kapital um die Hälfte entwertet, was liegt daran, sagt Ricardo. Die Produktivität der menschlichen Arbeit hat sich verdoppelt. Hier ist also wissenschaftliche Ehrlichkeit. Wenn die Auffassung Ricardos im ganzen im Interesse der industriellen Bourgeoisie ist, so nur, weil und soweit deren Interesse zusammenfällt mit dem der Produktion, oder der produktiven Entwicklung der menschlichen Arbeit. Wo sie in Gegensatz dazu

[1] Vorliegende Ausführungen bilden ein Stück aus dem eben erscheinenden zweiten Bande der von Kautsky herausgegebenen „Theorien über den Mehrwert“ von Karl Marx. Die Redaktion.

tritt, ist er ebenso rücksichtslos gegen die Bourgeoisie, als er es sonst gegen das Proletariat und die Aristokratie ist.

Mit Bezug auf die Charakteristik von Ricardo sind wichtig, schlagend die beiden folgenden Sätze:

„Ich würde es höchlichst bedauern, wenn die Rücksichten auf irgend eine besondere Klasse es gestatten würden, den Fortschritt des Reichtums und der Bevölkerung des Landes zu hemmen“ (Ricardo, An Essay on the Influence of a low Price of corn on the Profits of Stock etc. 2nd ed. S. 49. London 1815).

Beim freien Import von Korn „wird Boden aufgegeben“ (l. c. S. 40). [Aber die industrielle Produktion wird gefördert.] Also wird das Grundeigentum der Entwicklung der Produktion geopfert.

Aber bei derselben freien Korneinfuhr:

„Es kann nicht geleugnet werden, daß etwas Kapital verloren ginge. Aber ist der Besitz oder die Erhaltung von Kapital der Zweck oder das Mittel? Unzweifelhaft das Mittel. Was wir brauchen, ist ein Überfluß von Gütern,[1] und wenn bewiesen werden könnte, daß wir durch die Aufopferung eines Teiles unseres Kapitals die jährliche Produktion jener Güter, die zu unserem Genuß und unserem Glücke beitragen, erweitern könnten, dann dürften wir wohl nicht murren über den Verlust eines Teiles unseres Kapitals“ (On Protection to Agriculture. 4th ed. S. 60. London 1822).

„Unser Kapital“ nennt Ricardo das Kapital, das nicht uns oder ihm gehört, sondern von den Kapitalisten in Grund und Boden fixiert ist. Aber wir! ist der Durchschnitt der Nation. Die Vermehrung „unseres“ Reichtums ist die Vermehrung des gesellschaftlichen Reichtums, die als solche Zweck ist, gleichgültig mit Bezug auf die Partizipanten an diesem Reichtum!

„Für einen Menschen mit einem Kapital von 20000 Pfund Sterling, dessen Profit jährlich 2000 Pfund Sterling beträgt, wäre es höchst gleichgültig, ob sein Kapital hundert oder tausend Mann beschäftigt, ob das erzeugte Produkt um 10000 oder 20000 Pfund Sterling verkauft wird, vorausgesetzt, daß in keinem Falle sein Profit unter 2000 Pfund Sterling herabginge. Ist nicht das wirkliche Interesse eines Volkes das gleiche? Vorausgesetzt, sein wirkliches reines Einkommen, seine Grundrenten und Profite blieben die gleichen, so ist es von gar keiner Bedeutung, ob das Volk aus zehn oder zwölf Millionen Einwohnern besteht“ (Principles of Political Economy. 3rd ed. S. 416).

Hier ist das Proletariat dem Reichtum geopfert. Sofern es gleichgültig für die Existenz des Reichtums, ist der Reichtum gleichgültig für seine Existenz. Es ist bloße Masse — Menschenmasse — ist nichts wert.

Hier wird an drei Beispielen die wissenschaftliche Unbefangenheit Ricardos dargetan.

Aber Malthus, dieser Elende, zieht aus den wissenschaftlich gegebenen und von ihm stets gestohlenen Vordersätzen nur solche Schlüsse, die der Aristokratie gegen die Bourgeoisie, und beiden gegen das Proletariat angenehm sind und nützen. Er will deshalb nicht die Produktion um der Produktion willen, sondern nur soweit sie das Bestehende erhält oder ausbaut,[2] dem Vorteil der herrschenden Klassen konveniert. Gleich seine erste Schrift ist eines der merkwürdigsten literarischen Beispiele von Erfolg des Plagiats auf

[1] Reichtum überhaupt.
[2] Im Manuskript steht: ausbauscht. K.

Kosten der Originalwerke, hatte den praktischen Zweck, die Perfektibilitätstendenzen der französischen Revolution und ihrer Anhänger in England im Interesse der bestehenden englischen Regierung und Grundaristokratie als Utopie „ökonomisch“ nachzuweisen. Das heißt, es war ein panegyrisches Pamphlet für die bestehenden Zustände gegen die historische Entwicklung, dazu eine Rechtfertigung des Krieges gegen das revolutionäre Frankreich. Seine Schriften 1815 über Schutzzölle und Grundrente sollten teils die frühere Apologie des Elends der Produzenten bestätigen, speziell aber das reaktionäre Grundeigentum gegen das „aufgeklärte“, „liberale“ und „progressive“ Kapital verteidigen, ganz speziell einen beabsichtigten Rückschritt der englischen Gesetzgebung im Interesse der Aristokratie gegen die industrielle Bourgeoisie rechtfertigen. Endlich seine „principles of political economy“, gegen Ricardo, hatten wesentlich den Zweck, die absoluten Forderungen des industriellen Kapitals und die Gesetze, unter denen sich seine Produktivität entwickelt, in Grenzen zurückzuführen, die im Interesse der Grundaristokratie, der Staatskirche, zu der Malthus gehörte, der Regierungspersonen und Steuerverzehrer „vorteilhaft“ und „wünschenswert“ wären. Einen Menschen aber, der die Wissenschaft einem nicht aus ihr selbst, wie irrtümlich sie immer sein mag, sondern von außen, ihr fremden, äußerlichen Interessen entlehnten Standpunkt zu akkomodieren sucht, nenne ich „gemein“. Es ist nicht gemein von Ricardo, wenn er die Proletarier der Maschinerie, oder dem Lastvieh, oder der Ware gleichstellt, weil es die „Produktion“, von seinem Standpunkt aus, erfordert, daß sie bloß Maschinerie oder Lastvieh seien, oder weil sie wirklich bloß Waren in der kapitalistischen Produktion sind. Es ist dieses stoisch, objektiv, wissenschaftlich. Soweit es ohne Sünde gegen seine Wissenschaft geschehen kann, ist Ricardo immer Philanthrop, wie er es auch in der Praxis war. Der Pfaffe Malthus dagegen setzt [freilich auch] der Produktion wegen die Arbeiter zum Lasttier herab, verdammt sie selbst zum Hungertod und zum Zölibat. Wo [aber] dieselbe Forderung der Produktion dem Landlord seine „Rente“ schmälert, oder dem „Zehnten“ der Staatskirche oder dem Interesse der Steuerverzehrer zu nahe tritt oder auch den Teil der industriellen Bourgeoisie, dessen Interesse den Fortschritt hemmt, dem Teile der Bourgeoisie opfert, der den Fortschritt der Produktion vertritt — wo es also irgend ein Interesse der Aristokratie gegen die Bourgeoisie, oder der progressiven Bourgeoisie gegen die konservative und stagnante gilt — in allen diesen Fällen opfert „Pfaffe“ Malthus das Sonderinteresse nicht der Produktion, sondern sucht, soviel an ihm, die Forderungen der Produktion dem Sonderinteresse bestehender herrschender Klassen oder Klassenfraktionen zu opfern, und zu diesem Zwecke verfälscht er seine wissenschaftlichen Schlußfolgerungen. Das ist seine wissenschaftliche Gemeinheit, seine Sünde gegen die Wissenschaft, abgesehen von seinem schamlosen und handwerksmäßig betriebenen Plagiarismus. Die wissenschaftlichen Konsequenzen von Malthus sind rücksichtsvoll gegen die herrschenden Klassen im allgemeinen und gegen die reaktionären Elemente dieser herrschenden Klassen im besonderen; das heißt er verfälscht die Wissenschaft für diese Interessen. Sie sind dagegen rücksichtslos, soweit es die unterjochten Klassen betrifft. Er ist nicht nur rücksichtslos. Er affektiert Rücksichtslosigkeit, gefällt sich zynisch darin, und übertreibt die Konsequenzen, soweit sie sich gegen die im Elend Lebenden richten, selbst über das Maß, das von seinem Standpunkt aus wissenschaftlich gerechtfertigt wäre.

Der Haß der englischen Arbeiterklasse gegen Malthus — den „mountebank-parson“ (den marktschreierischen Pfaffen), wie ihn Cobbet roh nennt — ist also völlig gerechtfertigt; und das Volk ahnte hier mit richtigem Instinkt, daß es keinen Mann der Wissenschaft, sondern einen gekauften Advokaten, Plaideur seiner Gegner, einen schamlosen Sykophanten der herrschenden Klassen gegenüber habe.

Der Erfinder einer Idee mag sie ehrlich übertreiben; der Plagiarius, der sie übertreibt, macht stets ein Geschäft aus dieser Übertreibung.

Prostitution und Frauenfrage.

Von **Therese Schlesinger-Eckstein.**

I.

So wie in vielen Werken über die Entwicklung der Familie bis in unsere Tage der Prostitution keine Erwähnung geschieht und wir daraus weder erfahren, welche sozialen und wirtschaftlichen Kräfte am Werke sind, um zahllose Frauen aus dem regulären Leben heraus unter die Parias der Gesellschaft zu stoßen, noch durch welche sozialen und wirtschaftlichen Ursachen das Bedürfnis nach Prostitution entsteht, so wird auf der anderen Seite über die Prostitution, ihre Ursachen und die Mittel zu ihrer Bekämpfung zumeist geschrieben, ohne daß dabei das heute gebräuchliche Ehe- und Familienleben besprochen und daraufhin untersucht würde, inwieweit es die Prostitution zur Voraussetzung hat oder hervorruft.

In die Reihe dieser letzteren Autoren hat sich auch Willy Hellpach mit seiner kürzlich erschienenen kleinen Schrift[1] gestellt. Er geht von dem Postulat aus, daß die Prostitution nicht von der Nachfrage aus, sondern nur auf Seite des Angebots bekämpft werden könne, und kommt nach einigen richtigen und einigen falschen Folgerungen zu dem überraschenden Schlusse, daß es gelte, das Weib des Proletariats „der Arbeit zu entreißen und es dem Hause wiederzugeben, sein ganzes Aufwachsen auf die altmodische Dreiheit der Hausfrau, Gattin und Mutter zuzuschärfen“.

Da dieses „Zuschärfen auf die altmodische Dreiheit“ auch unter Sozialdemokraten mehr als einen Apostel gefunden hat, wofür der Artikel des Genossen Edmund Fischer in den „Sozialistischen Monatsheften“[2] symptomatisch ist, so verlohnt es sich der Mühe, das bewährte Spießbürgerideal, dem nun plötzlich ein Ehrenplatz unter den Zukunftsforderungen der Sozialdemokratie eingeräumt werden soll, auch einmal von dieser Seite zu betrachten.

Wenden wir uns zu jenen Ursachen der Prostitution, die Hellpach als die anthropologischen bezeichnet: erotische Stumpfheit oder Überreiztheit, sowie Arbeitsscheu und Verlogenheit als angeborene Anlagen der Mädchen, deren Los es ist, der Prostitution zu verfallen.

Ich will es ganz dahingestellt sein lassen, ob diese Gruppierung von angeborenen Eigenschaften so häufig, als Hellpach es annimmt, und ob sie wirklich in so hohem Maße zur Prostitution prädestiniert, so viel scheint mir außer Zweifel zu stehen, daß derartig abnorme Veranlagungen auch bei Knaben vor-

---

[1] „Prostitution und Prostituierte“, Pan-Verlag, Berlin.
[2] Jahrgang 1905, Band I, S. 258.

kommen, Veranlagungen, die es diesen schwer machen, sich in jene Normen zu finden, die in der bürgerlichen Gesellschaft eine friedliche und geachtete Existenz ermöglichen.

Gelingt es aber sozialen Einflüssen, die angeborene Arbeitsscheu und Unaufrichtigkeit des Knaben zu überwinden, so kann er später als reguläres Glied der Gesellschaft arbeiten und leben, und diese wird in der Regel keinen Anlaß finden, sich um seine Erotik zu kümmern, auch wenn sie dem Geschmack und den Anschauungen der Mehrheit nicht entsprechen sollte. Am wenigsten aber wird eine etwaige Vorliebe für Abwechslung in der Liebe, oder was man sonst als geschlechtliche Ausschweifung zu bezeichnen und bei Männern sehr milde zu beurteilen pflegt, allein imstande sein, ihn aus seiner bürgerlichen Existenz herauszuwerfen.

Wenn die Gesellschaft Frauen gegenüber es um so viel anders hält, wenn sie das Weib, das sich vermißt, sein erotisches Leben nach seinen eigenen Bedürfnissen einzurichten, in eine eigene Kaste zu sperren trachtet, die zwar der Gesellschaft gewisse Dienste leisten muß, aber für sie auch eine ständige Quelle körperlicher, geistiger und sittlicher Verderbnis ist, ein Seuchenherd, der alle schwankenden und kranken Elemente der Gesellschaft magnetisch anzieht und sich dadurch in beunruhigender Weise vergrößert, so hat das eben nicht anthropologische, sondern soziale Ursachen.

Soziale und vor allem ökonomische Ursachen bewirken es, daß Weiber, die gleich so vielen Männern zur Unmäßigkeit in sexueller Beziehung neigen, nicht dabei stehen bleiben, ihren Körper gleich diesen zu mißbrauchen, sondern auch dahin gedrängt werden, ihn für Geld preiszugeben.

Ökonomische Ursachen zwingen heute zahllose Frauen wie Männer, alles zu Geld zu machen, was nur irgend einen Käufer finden kann. Wenn der Verkauf des eigenen Leibes bei Männern relativ selten vorkommt, so liegt die Ursache in der geringeren Nachfrage, die bewirkt, daß Männer viel öfter ihre Gesinnung als ihren Körper verkaufen, und daß sie in ähnlichen Notlagen wie diejenigen, welche die Weiber der Prostitution zutreiben, dem Zuhälter- und Verbrechertum verfallen.

II.

Wenn wir von der Gesellschaftsschicht absehen, die ein arbeitsloses, lediglich auf Besitz gegründetes Dasein führt, so können wir feststellen, daß heute die Existenz des Mannes auf seine soziale Arbeit, die der Frauen aber nur zu einem Teile auf ihre Arbeit, zum anderen aber auf ihre Geschlechtsfunktionen gegründet ist. Daraus ergibt sich, daß sie diese so wenig ganz verschenken können, als der Mann seine volle Arbeitskraft verschenken kann. Sie sind vielmehr gezwungen, sich zu deren Ausübung ein für allemal und ausschließlich an einen Mann gegen die notwendigen, ihrer Klassenlage entsprechenden Subsistenzmittel zu verpflichten, in diesem Falle werden sie Gattinnen; oder sie gegen jeweilige Vergütung einzeln zu verkaufen, das heißt sich zu prostituieren.

Das „Zuschärfen" der Stellung der Frau „auf die altmodische Dreiheit der Hausfrau, Gattin und Mutter" hieße also, wenn ein solches Zurückschrauben der ökonomischen Entwicklung überhaupt möglich wäre, die Prostitution, die gerade durch diese Stellung nicht nur von Seite des Angebots, sondern vielfach auch von Seite der Nachfrage bedingt wird, zu einer dauernden Einrichtung machen.

Auch von Seite der Nachfrage, denn wenn auch die späte Eheschließung nicht die alleinige Ursache dieser Nachfrage ist (ohne Zweifel wird die Prostitution auch von verheirateten Männern stark in Anspruch genommen, ebenso wie von Knaben, die unter gar keinem gesellschaftlichen Regime für die Ehe reif wären), so trägt sie doch sehr wesentlich zu dieser Nachfrage bei. Die späte Eheschließung aber hat wieder die Stellung der Frau als vorwiegend geschlechtliches Wesen, ihre Versorgung durch den Mann vielfach, wenn auch nicht ausschließlich, zur Ursache.

Daß die heutige Ehe die Prostitution zur Voraussetzung hat und darum jedes Bekämpfen der letzteren ohne die gründlichste Umgestaltung der ersteren zur Danaidenarbeit werden muß, ist ja auch wiederholt von Sozialdemokraten ausgesprochen worden und muß wohl auch den Aposteln der „altmodischen Dreiheit" geläufig sein. Wie kommt es nur, daß sie es nicht für notwendig halten, sich mit dieser Behauptung auseinanderzusetzen, ehe sie für das Hinübernehmen der bürgerlichen Ehe in die sozialistische Gesellschaft eintreten?

Vielleicht stehen jene Genossen auf dem Standpunkt, daß zwar in der heutigen Gesellschaft die Ehe die Prostitution als notwendige Ergänzung bedürfe, daß aber diese Ergänzung entbehrlich sein werde, sobald jeder Mann die ökonomische Möglichkeit haben wird, eine Familie anständig zu erhalten. Das hieße aber behaupten, daß in der künftigen Gesellschaft jeder Jüngling sich verheiraten werde, sobald er den geschlechtlichen Umgang nicht mehr entbehren will.

Ist das aber wahrscheinlich oder widerspricht es nicht vielmehr ganz und gar der Erfahrung, die uns zeigt, daß die Sitte der späten Eheschließung sich weit mehr in ökonomisch sichergestellten als in Proletarierkreisen eingebürgert hat? Widerspricht es nicht auch zugleich Entwicklungsrichtungen, für die wir nicht blind sein können, wie dem langsameren Ausreifen der Persönlichkeit und der Vertiefung und feineren Differenzierung der Geschlechtsliebe, die sich gegenwärtig geltend machen, eine Entwicklung, welche die sozialistische Gesellschaft wird weder aufhalten können noch aufhalten wollen?

Man wende nur nicht ein, die Ehe werde dann leichter als heute zu lösen sein! Was sie heute schwer löslich macht, das sind viel weniger die Gesetze, die ihren Bestand sichern, als die *ökonomische Lage der Frauen und Kinder*, denen es den Ernährer zu erhalten gilt, auch wenn es sein muß gegen dessen Wunsch und Willen. Diese ökonomische Lage der Frauen und Kinder bewahren, heißt also die relative Unlöslichkeit der Ehe bewahren.

Nun aber eine andere Frage: Soll der Vater künftig die Tochter bis zu ihrer Verheiratung erhalten? Ist es unser Ideal, daß alle jungen Mädchen dereinst dem Müßiggang und dilettantischen Spielereien leben, zu „höheren Töchtern" werden? Gewiß nicht! Das meinen auch unsere in bezug auf die Familie so konservativen Genossen nicht. Wenn ich diese recht verstehe, so ist ihre Meinung die: die unverheirateten Frauen sollen sozial tätig und ökonomisch unabhängig sein, und nur diejenigen, welche Gattinnen, und erst wenn sie Gattinnen werden, sollen der sozialen Arbeit entsagen und sich in die Abhängigkeit vom Manne begeben.

Darf man aber annehmen, daß die geistig erweckten, ökonomisch sichergestellten und bürgerlich gleichberechtigten Frauen der sozialistischen Gesellschaft sich dazu entschließen werden? Werden sie nicht die mäßige und in jeder Beziehung er-

leichterte Arbeit mit ihrer Begleitung von Freiheit und Eigenberechtigung vorziehen?

Ich höre schon die eifervollen Beteuerungen, daß unsere Frauen wohl nie so schwer entartet sein werden, daß sie nicht die Liebe und vor allem die neunmal heilige Mutterschaft der Freiheit und Gleichberechtigung vorzögen. Wie will man sie aber zu dieser Alternative zwingen? Wodurch will man sie hindern, sowohl der Liebe als auch der sozialen Gleichstellung mit dem Manne teilhaftig zu werden?

Heute sehen sie sich wirklich vor diese Alternative gestellt, wenn nicht die eiserne Not sie zwingt, die Plage der Lohnarbeiterin mit der Plage und Gebundenheit der Familienmutter zu vereinen.

Auf der einen Seite winkt die relative Freiheit der selbständigen Arbeiterin. Die Frau aber, die dieses Los erwählt, muß der Liebe entsagen, will sie nicht Gefahr laufen, in die Schmach der Prostitution hinabzusinken. Auf der anderen Seite steht Liebe und Mutterschaft, die aber mit der Gedrücktheit und Gebundenheit des Eheweibs erkauft sein wollen. Da ist es nur allzu natürlich, daß die Mehrzahl das letztere wählt, oder, besser gesagt, überhaupt nicht wählt, sondern, sobald die Liebe über sie Herrschaft gewonnen und die Mutterschaft sich eingestellt hat oder doch mit aller Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, froh ist, wenn sich aus dieser Lage diejenigen Konsequenzen ziehen lassen, die heute die ökonomisch besseren sind und zugleich für die ehrenvolleren gelten.

Die Frau der sozialistischen Gesellschaft aber wird keinen Grund haben, ihre persönliche Freiheit und die Würde eines gleichberechtigten Gliedes der Gesellschaft aufzugeben, wenn sie sich weder durch Verlust ihres Arbeitspostens noch durch die Sorge um ihr Kind, noch durch die Gefahr, daß die Mutterschaft ihr Schande bringen könnte, zu einem solchen Verzicht wird gedrungen sehen.

Will man sie also in die Abhängigkeit der unlöslichen Ehe hineinlocken, so wird man darauf bedacht sein müssen, auch die ganz unzureichenden Frauenlöhne, die Ächtung der unehelichen Mutterschaft, die Verlassenheit des unehelichen Kindes und vor allem das Schreckgespenst der Prostitution in die künftige Gesellschaft hinüberzuretten.

Die Prostitution würde man aber um so sicherer erhalten wollen, als wirklich nicht abzusehen ist, wie dieses „notwendige Übel“ dann überflüssig werden sollte.

Nehmen wir an, daß sich wirklich die „guten und braven“ und nicht „entarteten“ Frauen in die Abhängigkeit vom Manne begeben würden, sobald ihnen das nur irgend möglich gemacht würde, so blieben übrig die „Entarteten“, das heißt diejenigen, die ihre Freiheit und Gleichwertigkeit mit dem Manne höher schätzen als die Ehe, ferner diejenigen, die keinen Mann bekämen, entweder weil sie keinem begehrenswert erscheinen, oder weil nicht genug Männer da wären, daß jede einen haben könnte.

Von den Frauen nun, die aus irgend einem Grunde nicht heiraten, wird ein Teil wie heute zu braven alten Jungfern werden, ein anderer Teil aber wird sich zwar ohne Ehe, aber nicht ohne Liebe behelfen, und diesem wird es dann so gehen, wie es ihm heute geht, er wird im Ansehen einer Gesellschaft, die wieder alles Heil in der bürgerlichen Ehe sieht, tief sinken.

Es würde also wieder Weiber geben, die wegen ihres sündhaften Lebenswandels außerhalb der Gesellschaft stünden. Mit wem aber werden sie sündigen? Mit jenen Männern, die nicht heiraten können, weil sich kein Weib an sie

binden will, oder die nicht heiraten wollen, weil ihnen die gebräuchliche Eheform nicht gefällt, und schließlich mit jenen, die in ihrer Ehe keine Befriedigung finden, kurz mit dem weitaus größten Teil all derjenigen Männer, die heute nicht ohne die Prostitution auskommen können und es dann ebensowenig imstande sein werden.

Nun könnte man vielleicht einwenden: unehelicher Geschlechtsverkehr wird gewiß auch in der sozialistischen Gesellschaft nichts Seltenes sein, aber er muß nicht notwendig zur Prostitution führen, muß nicht die Existenz weiblicher Parias unentbehrlich machen. Er kann innerhalb der Gesellschaft ohne Tadel geduldet werden, wenn auch die bürgerliche Ehe als die den Bedürfnissen der Gesellschaft besser angepaßte und darum achtenswertere Form gilt.

Das ist genau in dem Maße richtig, als es auch auf die bürgerliche Gesellschaft zutrifft. Auch innerhalb der heutigen Gesellschaftsordnung machen sich Strömungen geltend, die dahin gehen, die Frau, die außerhalb der Ehe Mutter wird, von dem Banne des mittelalterlichen Vorurteils zu befreien und ihren „Fehltritt" milder zu beurteilen. Aber diese Bewegung wird nicht so weit gehen können, den Bann ganz zu brechen und es auszusprechen, daß hier von einem Fehltritt überhaupt keine Rede sein kann, solange die Ehe mit ihrer erzwungenen Dauerhaftigkeit und der Abhängigkeit des Weibes als eine soziale und darum sittliche Forderung gilt, und noch viel weniger wird sie es vermögen, dem Weibe eine geachtete Stellung zu wahren, dessen Sinn überhaupt nicht auf die Mutterschaft gerichtet ist und das sich herausnimmt, in bezug auf Erotik die Freiheit in Anspruch zu nehmen, die bisher nur den Männern gewährt wurde.

Dasselbe müßte aber von jeder Gesellschaftsform gelten, in der persönliche Abhängigkeit des Weibes noch denkbar wäre, auch wenn ein großer Teil der Ursachen wegfiele, die heute Angebot und Nachfrage auf dem Prostitutionsmarkt bedingen. Solange der Bestand der Gesellschaft es notwendig macht, daß das Weib um seiner Funktionen als Gattungswesen willen unterhalten wird, kann weder die Ehe im allgemeinen zu einem freien Bund freier Menschen werden, noch kann sich die Liebe ohne Ehe, und wäre sie die reinste und höchste, der schimpflichen Begutachtung durch Dritte entziehen.

Solange die Ehe dem Manne ökonomische Lasten auferlegt, wird es das Streben vieler Männer sein, sich diesen Lasten zu entziehen und den geschlechtlichen Verkehr billiger zu kaufen als um die Erhaltung einer Familie, und solange es Weiber gibt, die aus irgend einem Grunde nicht zur Ehe gelangen, wird dieser Verkehr auch billiger zu haben sein, und immer werden wie in unseren Tagen Nachfrage und Angebot einander gegenseitig in die Höhe treiben, bis das „notwendige Übel" in all seiner Scheußlichkeit sich wieder breit machen wird.

Es wäre ja denkbar, daß sich unter unseren Parteigenossen einzelne fänden, die auch vor jenen letzten Konsequenzen ihrer Doktrin nicht zurückscheuten und erklären würden, die Erhaltung der bürgerlichen Familienform sei für die Erziehung der Kinder so wichtig, daß die sozialistische Gesellschaft so wenig wie die bürgerliche es werde vermeiden können, das Wohl und die Würde des Weibes der Erhaltung der Art aufzuopfern, und daß sie ihre Kinder lieber den Gefahren und Schädigungen durch die Prostitution aussetzen, als sie der Erziehung in der bisher üblichen Weise berauben werden.

Das hieße nun freilich nichts anderes behaupten, als daß die Sozialdemokratie einen großen Teil dessen, was bisher als ihre historische Aufgabe be-

trachtet wurde, anderen sozialen Kräften überlassen müsse und daß mit ihrem Sieg der soziale Kampf keineswegs zum Abschluß gelangen kann. Am gleichen Tage, an dem das männliche Proletariat von den politischen Machtmitteln Besitz ergriffe, müßten die Frauen, die bis dahin seine Kampfgenossen waren und ihm mit zur Macht verholfen haben wie einst die Proletarier dem aufsteigenden Bürgertum, sich als eine neue Opposition zu organisieren anfangen, deren historische Aufgabe es nun sein würde, ihre eigene Revolution zu machen und die Gesellschaft endlich auf jenen Punkt zu bringen, den wir bis jetzt als das Endziel der sozialdemokratischen Bewegung betrachtet haben.

Ehe wir uns aber entschließen, die Erwartungen, die wir an den Sieg der Sozialdemokratie zu knüpfen gewohnt sind, derart zu verändern und einzuschränken, ehe wir uns damit abfinden, daß die „völkerbefreiende" Sozialdemokratie nur die Hälfte jedes Volkes wird befreien können, müssen wir doch genauer untersuchen, ob denn das Interesse der kommenden Generationen wirklich ein solches Opfer fordern würde oder auch nur rechtfertigen könnte. Ich stimme mit Fischer und Genossen darin vollkommen überein, daß die Erziehung durch noch so begabte und geschulte Pädagogen niemals den Einfluß der Eltern wird ganz entbehrlich machen. Ja ich gehe noch weiter und behaupte, daß die Kinder ebenso dringend notwendig die elterliche Erziehung als die Eltern der Erziehung durch ihre Kinder bedürfen, und daß unsere heutige Gesittung auch daran krankt, daß ein großer Teil der Kinder ohne den Einfluß gebildeter und zärtlicher Eltern aufwachsen muß, während auf der anderen Seite so viele Leute nie zu wirklichen Kulturmenschen heranreifen, weil ihnen das Feingefühl und die Milde und Weisheit fehlen, die man im allervertrautesten und hingebenden Verkehr mit seinen Kindern am leichtesten erlangen kann, und die darum heute besonders den Männern fehlen, die ja in der so hochgepriesenen bürgerlichen Familie gewöhnlich auf die Kinder nur wenig Einfluß nehmen und noch viel weniger von ihnen beeinflußt werden.

Ich bestreite es aber entschieden, daß die Mutter, um auf die Kinder erzieherisch einzuwirken und von ihnen beeinflußt und geistig gereift zu werden, ganz in der Erziehung der Kinder aufgehen und ihnen ihre ganze Zeit widmen muß. Ein großer Teil der körperlichen Pflege, Unterricht und Beaufsichtigung könnte sehr wohl in öffentlichen Anstalten von geschulten Fachleuten besorgt werden, während die Mutter ihrer Arbeit nachgeht. Ein paar sorglose, heitere, durch keine anderen Aufgaben belastete Stunden, die die künftige Mutter mit ihren Kindern verbringen wird, werden zu unendlich reicherem und segensvollerem Austausch zwischen ihr und den Kindern führen, als das fortwährende Zusammensein dieser mit einer überbürdeten, gedrückten, ungebildeten und verdrossenen Mutter ihnen heute geben kann und als das Zusammensein mit einer immerhin abhängigen und im Einerlei der Häuslichkeit eingeengten Mutter ihnen auch künftig geben könnte.

Wie hoch oder wie niedrig man aber den Wert des heutigen Familienlebens einschätzen mag, wir dürfen doch eines nicht vergessen: heute wächst doch nur ein Bruchteil aller Kinder unter der Leitung und Pflege ihrer Mutter in geordneten und gesunden Familienverhältnissen heran, und auch in der künftigen Gesellschaft könnten unmöglich alle Kinder in regulären Familien geboren und erzogen werden. Und der Rest?

Sollen wir dann nicht nur ehrbare und nichtehrbare Frauen, sondern auch legitime und illegitime Kinder unterscheiden und über das Los der letzteren

mehr oder minder gleichgültig hinweggehen? Oder sollen Kinderbewahranstalten, Kindergärten, Anstalten, in welchen die Kinder in schulfreien Stunden gemeinsam beschäftigt werden und sich gemeinsam vergnügen, nur für illegitime Kinder errichtet werden? Da bliebe es wohl sehr die Frage, ob nicht entweder diese Anstalten wieder von der Gesellschaft vernachlässigt würden oder, wenn nicht, ob man nicht sehr bald dahin käme, auch die legitimen Kinder ihrer Segnung teilhaftig werden zu lassen, und dann bedürften diese doch sicher nicht der ganzen Kraft und Zeit ihrer Mutter.

Und soll denn die sozialistische Gesellschaft wirklich das Los der Kinder wieder der Einsicht und dem guten Willen der einzelnen Eltern so schrankenlos anheimgeben, wie die jetzige es zum Verderben eines großen Teiles ihres jungen Nachwuchses tut? Sollen Kindervernachlässigung, Kindermißhandlung und Kinderselbstmord auch sie entehren? Und das würde nicht ausbleiben, wenn auch die ökonomischen Ursachen zum Teil wegfielen, die bisher die Leiden so vieler Kleinen verursacht haben, und nur ein Teil davon als ökonomische Abhängigkeit der Mutter und außerdem diejenigen Ursachen bestehen blieben, die in krankhaften und perversen Veranlagungen der Eltern zu suchen sind.

Nein, die Kinder wurden im allgemeinen bisher nicht so herrlich verpflegt und erzogen, daß ein besseres Erziehungssystem als das bisher geübte undenkbar erscheinen und daß dieses um den Preis der fürchterlichsten Opfer erhalten werden müßte.

„Opfer?" fragen vielleicht die neuen Apostel. „Die Mehrzahl der Frauen will es ja selbst nicht anders und würde sich ungern ohne die Versorgung und Bevormundung durch den Mann behelfen!"

Aber hat es nicht auch unter den Negersklaven und den russischen Leibeigenen viele gegeben, die voll Angst fragten, wer sie denn ernähren und schützen werde, wenn sie aus der Abhängigkeit von ihren Herren entlassen würden? Und kann ein ernster Mensch diese Verzagtheit des Langgeknechteten, Schmachgewöhnten als Grund dafür bezeichnen, daß man etwa die Sklaverei und Leibeigenschaft nicht hätte abschaffen dürfen oder daß man sie heute wieder einführen sollte? Gewiß nicht, selbst wenn solch eine rückläufige Entwicklung möglich wäre. So unmöglich sie aber ist, so wenig wird man die Hörigkeit der Frau, die bisher in steigendem Maße Unheil und Schande über sie und die ganze bürgerliche Gesellschaft gebracht hat, über den Bestand dieser hinaus verlängern können oder verlängern wollen.

Literarische Rundschau.

Arbeitende Jugend. Monatsschrift für die Interessen der jugendlichen Arbeiter und Arbeiterinnen. Organ des Vereins der Lehrlinge und jugendlichen Arbeiter Berlins und Umgegend. Redaktion: K. Böttcher, Berlin, Ansbacherstraße 56, Expedition: J. Wachsner, Berlin, Veteranenstraße 8. Vereinsmitglieder erhalten die Zeitung unentgeltlich. Postabonnement exklusive Bestellgeld vierteljährlich 25 Pfennig. Nr. 9.

Als am 1. Januar dieses Jahres die erste Nummer des Ende September 1904 begründeten Vereins erschien, begrüßten wir sie als ein neues Organ der kämpfenden Arbeiterschaft mit großer Freude. Die jetzt zum Stiftungsfest erschienene Nummer 9 zeigt, daß das Blatt wie der Verein sich kräftig und gesund entwickelt haben; aus den 500 Mitgliedern im Januar sind 1000 geworden, trotz innerer Krisen, die der

Verein leider durchmachen mußte, und trotz der vor keinem Mittel zurückschreckenden Bekämpfung durch Handwerksmeister, Innungen und namentlich durch die „christlichen" Jünglingsvereine, die unter Leitung des Lizentiaten Mumm Versammlungen zu sprengen und den Verein als „politisch" der Polizei auszuliefern versuchten.

Nr. 9 des Blattes enthält unter anderem ein anfeuerndes Gedicht von Otto Krille: Gesang der Jungen, ferner eine Darlegung der Vereinsgeschichte, einen Überblick über die Arbeiter-Jugendorganisationen aller Länder, sowie zum Andenken an Friedrich Engels dessen Bildnis und einen aus seinem Werke: „Die Lage der arbeitenden Klasse in England" entnommenen Abschnitt über das industrielle Proletariat. Die zahlreichen Versammlungsberichte zeigen das Vereinsleben als ein reges und erfreuliches. Es ist zu wünschen, daß sich auch an anderen Industriezentren wie Berlin solche Arbeiter-Jugendvereine bilden und dem Berliner angliedern; der österreichische „Reichsverband der jugendlichen Arbeiter" zählt über 3300 Mitglieder in 20 Ortsvereinen. ew.

Werner von Heidenstam, **Hans Alienus.** Roman. Autorisierte Übersetzung aus dem Schwedischen von E. Stine. München, Dr. J. Marchlewski & Komp. 541 Seiten.

„Mit ein paar Silbermünzen können wir uns für einen ganzen Tag satt essen, und dennoch sehen wir beständig Menschen, die täglich mit zehn- und hundert- und tausendmal mehr als diesen notwendigen Silbermünzen erwachen, sich mühen und plagen, um mehr zu gewinnen. Ist dies ein Kampf ums Brot? Die Nahrung ist eine notwendige Voraussetzung so wie die Luft, niemals ein tieferes Ziel der Wünsche. Der Hungrige versteht nicht den Sinn des Lebens. Darum wird dieser Sinn oft am klarsten erfaßt von Familien, die Generationen hindurch auf der Spitze der Gesellschaft gelebt wie die Wittelsbacher, bei welchen der Schönheitstrieb sich endlich sogar zu Wahnwitz steigerte ... Es scheint, als hätten die Sardanapale der Macht nur existiert, um die Fackel des Schönen den Menschen voranzutragen und gleichzeitig durch die Züchtigung sie reif zu machen, dereinst in Freiheit gemeinsam den Schaft der Fackel zu ergreifen ... Das Leben ist ein Kampf um das Schöne. Es ist ein Kampf um das feine Tuch deines Rockes, um die Vergoldung auf dem Stuhle, um den Teppich hier am Boden und um die schönsten Weiber. Der Feldarbeiter, der sich im Schweiße seines Angesichts plagt, hat meistens Speise genug in seiner Küche, aber er will einen schöneren Hut, einen schöneren Gaul, ein Piano und ein schöneres Sofa in seiner Stube. Die Krüge, Silberzierate und Gewebe unserer ethnographischen Museen sind die eine Siegesbeute, um welche in vergangenen Zeitaltern Geschlecht um Geschlecht rang; die andere müßte, sofern sie wirklich errungen wurde, geistige und körperliche Selbstverschönerung sein. Des Daseins Zentrum ist der Schönheitstrieb ... Kultur ist Verschönerung ... Das Häßliche ist das Böse. Das Schöne entbehren zu müssen, ist des Lebens größte Pein und wird für eine Schande gehalten ..."

Diese Worte und Meinungen legte Heidenstam dem Helden, nach dem er seine Dichtung getauft, in den Mund. Gedankenwellen der Gegenwart haben sein Buch an den Strand geworfen; Gedanken und Stimmungen, die das Suchen nach dem Sinn des Lebens in Bewegung setzte und hinter denen treibend der Widerspruch gegen die gelehrte materialistische Nüchternheit des verflossenen Jahrhunderts wirkt. Hans Alienus ist, was sein Name besagt: ein Fremdling. In seiner Gegenwart nämlich. Das Leben hat ihn mit großen materiellen Gütern begabt, aber nicht mit der Neigung, sich aufs Geldsacken zu legen. Er will hinaus über die Enge der Lebensauffassung, die sich rings umher breit macht und die typisch die bürgerlichen Merkmale der kapitalistischen Ära trägt. Er sucht nach einer neuen Formung und Erklärung des Lebenssinnes und bekämpft nur den „modernen Geist mit seinen Patentbriefen und Chemikalien" vornehmlich in seinen gelehrten Vertretern. „In

Gesellschaft des deutschen Gelehrten habe ich stets die Empfindung, daß er mich beim Fuß hält und sagt: Laufe nicht, sondern setze dich lieber und erkläre, wie man läuft.“ Er selber ist ein Mensch voll ausgemachter gelehrter Neigungen, der sich im Vatikan anstellen ließ, um so besser vergessene Bücherschätze angraben zu können. Nun rebelliert er gegen die wissenjagenden Gelehrten, um sich gegen sich selber wehren zu können, und immer lauter dröhnt in ihm die Forderung empor: „Zu sein, liegt näher, als zu erklären.“ Er bringt es aber nur bis zum Wünschen, bis zu einem Sein in einer schönheitsehnenden Phantasiewelt: in den Jahrtausenden der Antike, in Babylon und Ninive, wandelt er als lebendig Miterlebender umher und überall ist er zuletzt doch von den Abgöttern seines Schönheitstraums enttäuscht und ist selber ohnmächtig, zu finden und zu gründen, was er sucht. Daß er nicht die Kraft hat, den lebendigen Augenblick zu ergreifen und auszufüllen in dem lebendigen Sinne, den er dem Leben zuweist, daß er also ein Fremdling ist gegenüber der Wirklichkeit des Lebens, das ihn umgibt, das ist das eigentliche und schicksalbestimmende Merkmal dieses an Körper und Seele gesunden Menschen, den man des „Glückes Sonntagskind“ nennt.

In Hans Alienus darf man das Erzeugnis einer ganz bestimmten Kultur sehen. Indem Heidenstam ihn aber als Individuum gibt, das Hemmungen und Unzulänglichkeiten dieser zeitlichen Kultur erkennt und trotzig von sich abwehrt, wird das Naturwesen Mensch in ihm in den Vordergrund gebracht und in die scharfgezeichnete Wirklichkeitsgestalt kommt ein starker symbolischer Zug. In Hans Alienus lebt im Grunde der nordische Kulturmensch, den wir aus einer ganzen Literatur von einigen Jahrzehnten kennen; er ist einer dieser einsamen Menschen, die in abgelegenen, jahrhundertealten Berghäusern aufwuchsen und aus ihrer Enge dies keine Grenzen duldende weltsuchende Verlangen empfingen, das sie aus der Heimat treibt und ihre zähen, in sich selbst gefesteten Naturen zum wurzellosen Fremdtum verurteilt. Ein so feiner Kenner der Weltliteratur wie Otto Hauser sagt, Hans Alienus sei ein Buch, das den schwedischen Geist tiefer erfaßt habe als je eines zuvor. Heidenstam nennt seinen Helden „die Frucht des Bundes zwischen dem glühenden Süd und scheuverschlossenen Norden“ und er gibt ihn als Letzten seines Stammes: Alienus’ Streben, ein Zusammenschmelzen nordischen Wesens mit antiker Kultur über ein bloß gelehrtes Versenken in die Antike bis zum greifbarsten Lebensausdruck hinauszuführen, schließt scheiternd eine Kette bestimmter Kulturarbeit ab. Das ist ein besonderer Sinn dieser Dichtung. Darüber hinaus an Bedeutung geht dies Abhängigsein, dies Erdrücktwerden von großen Vergangenheiten, die das Nutzen der Gegenwart unterbinden, diese Tragik, die schwer auf europäischen Jahrhunderten gelastet hat und immer noch nicht völlig ausgetilgt ist. Und endlich nun dies Ringen, loszukommen von der Gefahr, die aus einem Überwuchern wichtiger Kulturmerkmale der neuen Zeit der freien natürlichen Vervollkommnung der menschlichen Natur droht.

Man kann den Wissensdrang natürlich nicht über Bord werfen, und Heidenstam will mit dem Groll seines wissensdurstigen Helden gegen das Wissen auch nichts anderes erzielen als eine verstärkte Betonung der Forderung: daß der Mensch die Pflicht habe, sich auf die Entwicklungstendenz aller Natur zum Schönen und auf die Tatsache zurückzubesinnen, daß er nichts als ein Teil dieser Gesamtnatur ist. Sein Roman stellt und verteidigt diese Forderung aus der Perspektive eines ästhetisch begehrlichen und alles nach ästhetischem Gesichtspunkt wertenden Individualismus, und das geschieht aus dem Milieu einer Kultur heraus, das sich eigenartig gegen unsere weiter entwickelte Welt abhebt. Das gibt dem Werke für uns einen fremden Zug und hemmt die Kraft des unmittelbaren Wirkens. Aber wer sich dem Werke mit ausdauernder Hingabe zu widmen vermag, der wird die tiefe Wirkung verspüren, die nur von den echten, reichen und großen Dichtungen vom Menschen ausgehen.

Franz Diederich.

Dr. Erich Wulffen, **Reformbestrebungen auf dem Gebiet des Strafvollzugs.** (Neue Zeit- und Streitfragen, herausgegeben von der Gehestiftung zu Dresden, 2. Jahrgang, 6. Heft.) Dresden 1905, Verlag von Zahn & Jänsch.

Durch den „Plötzensee-Prozeß" gegen den „Vorwärts" ist das schon längst aktuelle Thema des Strafvollzugs in den Brennpunkt des öffentlichen Interesses gerückt worden. Die Ansichten, die in unseren offiziellen Kreisen über Zweck und Wesen des Strafvollzugs herrschen, wurden durch diesen Prozeß an das grelle Tageslicht gebracht. Jene Rückständigkeiten finden in der kleinen Wulffenschen Schrift treffende Widerlegung. Wäre sie nicht bereits vor Beginn jenes Prozesses erschienen, so könnte man fast annehmen, der Zweck der Abhandlung sei die Widerlegung der Anschauungen jenes Berliner Gerichts.

„Nicht mitzuhassen, mitzulieben bin ich da." Diese Sophokleischen Worte setzt der Verfasser seiner Arbeit voran. Es berührt außerordentlich sympathisch, daß ein Staatsanwalt, noch dazu ein königlich sächsischer — Dr. Wulffen ist Staatsanwalt in Dresden —, sich ein solches Motto erwählt. Und erfreulich ist es, daß das kleine Schriftchen zu seinem schönen Motto nicht gerade in schreiendem Widerspruch steht. Revolutionäre Gedanken wird niemand von einem Staatsanwalt erwarten, und so ist es denn auch natürlich, daß die vorgeschlagenen Reformen nur solche sind, die sich bei einigem guten Willen ohne Schwierigkeit sofort durchführen ließen. Aber mit dem guten Willen ist es bekanntermaßen bei den zuständigen Behörden nicht weit her. Das Reichsjustizamt hat erklärt, an eine gesetzliche Regelung des Strafvollzugs erst nach Vollendung eines neuen Strafgesetzbuchs herantreten zu wollen. Und da wir uns nach zuverlässiger Schätzung wohl noch ein Dutzend Jahre an den Schönheiten unseres geltenden, seinerzeit in aller Eile zusammengeflickten Strafgesetzbuchs werden erfreuen sollen, würde bis zum Erlaß eines Strafvollzugsgesetzes vermutlich noch ein halbes Menschenalter vergehen. Und doch gibt es kein notwendigeres Gesetz als dieses. Jetzt, wo der blöde Vergeltungsgedanke nur noch in den Köpfen einiger mittelalterlichen Mumien spukt, sollte man meinen, stünde der Strafvollzug im Mittelpunkt einer jeden Strafrechtsreform. In unseren heutigen deutschen Zuchthäusern und Gefängnissen ist noch kein Mensch gebessert worden. Unsere Strafanstalten sind geradezu Treibhäuser der antisozialen Triebe im Menschen. Schon leuchtet aus Amerika die Morgenröte einer Revolution im Strafvollzug herüber — es sei nur an das berühmte Gefängnis in Elmira erinnert —, aber in Deutschland ist wenig davon zu spüren.

Im ersten Kapitel seiner Schrift tritt Dr. Wulffen für eine Herabsetzung der Strafen verschiedener Delikte ein, wobei er freilich die rein politischen Delikte nicht erwähnt. Er scheint also zum Beispiel eine Mindeststrafe von zwei Monaten Gefängnis bei dem „schweren Verbrechen" der Majestätsbeleidigung nicht für zu hoch zu halten, während er bei der Erpressung und der Urkundenfälschung die wahlweise Androhung von Geldstrafe vermißt! Die Ersetzung von Freiheitsstrafen durch Geldstrafen kommt doch aber in der Hauptsache nur den wohlhabenden Klassen zugute, solange der schmachvolle Zustand der eine Armutstrafe bedeutenden Umwandlung nicht beigetriebener Geldstrafen in Freiheitsstrafen andauert.

Zuzustimmen ist dem Verfasser, wenn er sich für den Ersatz der bedingten Begnadigung durch die bedingte Verurteilung ausspricht.

Theoretisch klingt es auch wunderschön, wenn sich der Verfasser gegen das starre Legalitätsprinzip wendet: gegen die Verpflichtung der Staatsanwaltschaft, wegen aller gerichtlich strafbaren Handlungen einzuschreiten. Nur ist wohl kaum anzunehmen, daß die Staatsanwaltschaft, die jetzt die klassenbewußten Arbeiter mit vielen Anklagen in Fällen beglückt, in denen keinerlei gesetzliche Handhabe zum Einschreiten vorliegt, nach Aufhebung des Legalitätsprinzips geneigt sein wird, in Fällen, wo an sich die Strafverfolgung gegen politisch mißliebige Personen angängig ist, diese wegen Geringfügigkeit des Deliktes abzulehnen. Die Klassengenossen des Staatsanwalts werden hier wohl viel eher auf liebevolle Berücksichtigung zu rechnen haben.

Die Aufhebung des Legalitätsprinzips würde also ein Danaergeschenk sein, für das sich zu erwärmen die Sozialdemokratie keinerlei Anlaß hat.

In den nächsten Kapiteln wendet sich Wulffen zu seinem eigentlichen Thema. In klarer, übersichtlicher Weise stellt er hier seine leicht zu verwirklichenden und durchaus einwandsfreien Forderungen auf. Hier kann nur eine Auswahl der wichtigsten wiedergegeben werden.

Eines der Hauptübel unseres Strafvollzugs erblickt der Verfasser ganz richtig in der mangelhaften Vorbildung der Aufsichtsbeamten. Mit Recht wendet er sich gegen die Unsitte, nur ehemaligen Offizieren die Gefängnisverwaltung zu übertragen. Diese sind mit ihrer schematischen Auffassung vom Drill die schlechtesten Erzieher, die sich denken lassen.

Wulffen fordert ferner für die Gefangenen Vergrößerung der Zellen, mehr Bewegung im Freien, Erleichterung der Selbstbeschäftigung, Möglichkeit geistiger Arbeit und Verbesserung der durchaus mangelhaften Gefängnisbibliotheken. Letztere sind meist nichts als eine Sammlung widerlich frömmelnder Traktätchen.

Aus durchaus modernen Gründen wendet er sich gegen die bisherige Praxis, die ganze psychologisch-ethische Behandlung des Gefangenen in die Hände des Geistlichen zu legen. Mit Energie verwirft er die im zwanzigsten Jahrhundert als Disziplinarmittel noch immer statthafte Prügelstrafe. „Wer seitens der gesellschaftlichen Ordnung eine körperliche Züchtigung erhalten hat, wird diese menschliche Gesellschaft niemals wieder lieben, sondern wird sie nur hassen können" (S. 26). Er fordert mehr Berücksichtigung der Psychiatrie in den Strafanstalten. Es klingt fast wie eine leise (ungewollte) Anspielung auf den Plötzensee-Prozeß, wenn er schreibt: „Die Psychiater in den Strafanstalten sollen sich als Pioniere eines künftigen Strafvollzugs fühlen und betätigen" (S. 26).

Zum Schlusse wendet sich der Verfasser der Frage von Arbeitsnachweisen für entlassene Strafgefangene zu. So berechtigt das Bestreben ist, die Entlassenen nicht durch Arbeitslosigkeit sogleich wieder auf die Bahn des Verbrechens zu locken, so ist der Gedanke doch nicht von der Hand zu weisen, daß hierdurch den freien Arbeitern eine lohndrückende, zum Streikbruch geneigte Konkurrenz erwächst. Es wäre notwendig, den Arbeitsnachweis in einer Weise zu gestalten, welche diese Gefahr ausschlösse.

„Erziehung, Psychologie und Innerlichkeit, das sind die drei erhöhten Forderungen, welche wir an den Strafvollzug der Zukunft zu stellen haben. Mit militärischer Disziplinierung, bureaukratischem Formalismus und Handwerkerkenntnissen allein ist nichts gewonnen" (S. 43). So lautet das Schlußergebnis des Verfassers.

Die kleine warmherzige Schrift ist durchaus lesenswert. Natürlich hat die Sozialdemokratie noch ganz andere Forderungen an den Strafvollzug zu stellen, als ein königlich sächsischer Staatsanwalt, Forderungen freilich, nach deren Durchführung von einem „Straf"vollzug überhaupt keine Rede mehr sein kann.

Dr. Siegfrieda.

Dr. Siegfried Weiß, **Säuglingsmilchverteilung.** Vortrag, gehalten am 29. März 1905 in der Vollversammlung der Österreichischen Gesellschaft für Gesundheitspflege. (Separatabdruck aus der „Monatsschrift für Gesundheitspflege".)

In dem interessanten Vortrag gibt der Leiter der Wiener Säuglingsmilchverteilung vorerst einen sehr lehrreichen Überblick über die Bestrebungen zur Verringerung der Säuglingssterblichkeit, die in anderen Ländern sich geltend machen. In einem Lande, wie Frankreich, wo die Bevölkerungszunahme eine allzu geringe ist, mußte man notwendig zuerst darauf kommen, daß die Erhaltung und Aufziehung der schon geborenen Kinder eine volkswirtschaftliche Notwendigkeit sei, während man in Ländern, wo die Frauen des Volkes oft acht bis zehn und mehr Kinder gebären, sich noch immer den Luxus glaubt gestatten zu können, einen ungeheuren Prozentsatz der Geborenen an Hunger und Mangel an Pflege umkommen zu lassen. Darum überläßt man dort die Bestrebungen gegen jene grausame „Auslese", die Bestrebung, auf

die Verbesserung der Milchproduktion im allgemeinen Einfluß zu nehmen, zur Ernährung von Säuglingen geeignete Milch an die Mütter der besitzlosen Klasse zu billigem Preis abzugeben und die Volksbildung in bezug auf Säuglingsernährung zu heben, der ganz unzureichenden privaten Initiative.

Außer in Frankreich wird auch in Amerika und in England die Milchversorgung der Säuglinge aus den besitzlosen Klassen als eine öffentliche Angelegenheit angesehen und von den Landes- oder kommunalen Behörden gefördert. In Frankreich und England sind die Milchverteilungsstellen nach Art der Polikliniken eingerichtet. Die Säuglinge werden von einem Arzt untersucht und nach dessen Weisung mit Nahrung versehen. In Amerika, besonders in New York, wird die Verteilung durch Laien vorgenommen, aber in einem viel großartigeren Maßstab als in den beiden anderen Ländern.

Nach einigen statistischen Angaben über die Verringerung der Säuglingssterblichkeit durch das Wirken der Milchverteilungsstellen in New York und Paris, die nach Dr. Weiß' eigener Angabe mit etwas Vorsicht aufzunehmen sind, aber immerhin vieles für den Segen dieser Veranstaltungen beweisen, berührt der Autor österreichische Verhältnisse, die in ihrer Kraßheit nicht leicht überboten werden können.

In dem Industrieort Floridsdorf nächst Wien, der jetzt eben mit Wien vereinigt wird, fand Knaupp im Jahre 1898, daß von 701 unehelich geborenen Säuglingen 601 gestorben waren. Es waren mehr uneheliche Kinder gestorben, als in Floridsdorf im selben Jahre geboren worden waren. Die Erklärung liegt in dem Überschuß von Kostkindern, die aus Wien dahin gebracht werden. Knaupp veranstaltete eine Abgabe sterilisierter Milch zu den ortsüblichen Milchpreisen und erreichte damit, daß innerhalb von vier Jahren die Säuglingssterblichkeit des Ortes von 28 Prozent auf 17,4 Prozent sank.

In Wien selbst hat der Verein für Säuglingsmilchverteilung in dem fast ganz proletarischen 130000 Einwohner zählenden Bezirk Favoriten, dessen Sterberegister vom Jahre 1897 eine Säuglingssterblichkeit von 30 Prozent aufweist, seine erste Station errichtet. Die eigentlichen Urheber der Bewegung sind die 33 Ärzte des Bezirkes, die sich bei dem furchtbaren Elend, das unter der Favoritener Bevölkerung besteht, ganz unlösbaren Aufgaben gegenübergestellt sahen. Leider aber haben auch diese Ärzte selbst einen sehr schweren Existenzkampf zu führen, was zur Folge hat, daß bei der Einrichtung der Milchverteilungsstation der Grundsatz zur Geltung kommen mußte, „den Säuglingen zu helfen und den Ärzten wirtschaftlich nicht zu schaden“.

In der Milchverteilungsstation ordiniert kein Arzt, sondern es werden nur solche Kinder beteilt, die von den organisierten Ärzten der Milchstation zugewiesen werden. In Anbetracht der sehr geringen Mittel, die dem Institut heute noch zur Verfügung stehen, hat freilich diese Einschränkung wenig praktische Bedeutung. Eine strenge Auswahl nach dem einen oder anderen System ist eben eine traurige Notwendigkeit.

Dr. Weiß weist auch auf den großen erziehlichen Wert hin, den die Veranstaltung auf die jungen Mütter ausübt, und glaubt auch dem Einwand begegnen zu müssen, daß etwa die Milchverteilung (die nicht umsonst, aber zu sehr billigem Preis vorgenommen wird) die Mütter vom Selbststillen abhalten könne. Er sagt sehr treffend, daß die Abnahme in der natürlichen Säuglingsernährung nicht in einer Pflichtversäumnis der Mütter, sondern im Anwachsen des Industrialismus zu suchen sei. Ich glaube, daß trotz der bescheidenen Anfänge einer Bewegung, die dahin geht, die Mütter darbender Säuglinge mit geeigneter Nahrung für diese zu versehen, doch das Selbststillen noch immer die für die Proletarierin bequemste und billigste Art der Säuglingsernährung bleibt und darum in der Regel nur dort nicht durchgeführt wird, wo soziale oder physiologische Ursachen es bis zur Unmöglichkeit erschweren. Da das aber immer öfter der Fall ist, je zahlreicher die Mütter werden, die der Kapitalismus in seinen unmittelbaren Dienst zwingt, muß man die Säuglingsmilchverteilung als ein Mittel betrachten, um dem Proletariat die Bürde zu erleichtern, unter der es keucht. Therese Schlesinger-Eckstein.

Maxim Gorki, **Im Gefängnis.** Wien, Wiener Verlag.

Soweit das im Rahmen einer skizzenhaften Erzählung möglich ist, sucht Gorki Antwort auf die Frage zu geben, die sich wohl jeder vorlegen muß angesichts der kühnen, fast unbegreiflichen Heldentaten, die wir von den Kämpfern der russischen Revolution vollführen sehen, auf die Frage, wie es möglich ist, daß Menschen wie wir, ursprünglich mit denselben Trieben, Wünschen und Befürchtungen ausgestattet, sich plötzlich über diese erheben können, nicht mehr fragen nach der Sicherheit und dem Behagen ihres eigenen und des materiellen Lebens ihrer Angehörigen, nicht mehr den Schmerz zu fürchten und das Leben und die körperliche Freiheit zu schätzen scheinen.

Er führt uns einen gesunden, harmlosen und freimütigen Jüngling vor, der in das revolutionäre Getriebe hineingezogen wird, ohne recht zu wissen, was mit ihm geschieht, und den erst die Erlebnisse im Gefängnis aus seinem knabenhaften Dämmern erwecken und zum Helden reifen.

Indem uns Gorki so den gewöhnlichen Menschen in seiner Entwicklung zum Revolutionär zeigt und die Heldengröße der Despotenbekämpfer ihrer Unbegreiflichkeit zu entkleiden sucht, macht er uns aber auch die Roheiten der Werkzeuge des Despotismus begreiflicher, indem er uns in zwei Gefängniswärtern Leute schildert, die ebenso geknechtet, gequält und dem verbrecherischen System hingeopfert sind wie die Ärmsten und Bedrücktesten von denen, die sie zu bedrücken haben.

Das kleine Kunstwerk enthält nicht die Schilderungen von Gorkis eigenen jüngsten Erlebnissen, wie die Buchhändlerreklame marktschreierisch versichert, sondern es bedeutet, daß des Dichters innere Erlebnisse, die durch die äußeren herbeigeführt worden sind, nach einem künstlerischen Ausdruck verlangten.

Therese Schlesinger-Eckstein.

Notizen.

Das Heilverfahren der Landesversicherungsanstalten. Sehr groß sind wieder die Unterschiede in den Ausgaben für das Heilverfahren nach dem uns vorliegenden 31. Geschäftsbericht der Versicherungsanstalten. Die kapitalkräftigsten Anstalten zeigen sich in dieser Frage wieder am knauserigsten, während kleinere Anstalten schon nennenswerte Zahlen aufweisen. An der Spitze aller Anstalten steht „Berlin“, die für Heilverfahren im Jahre 1903 1505000 Mark verausgabte (Nettoausgaben), während „Niederbayern“ nur 16500 Mark für diese Zwecke übrig hatte! Wie groß die Unterschiede in den Ausgaben sind, ergibt sich aus dem Prozentverhältnis zu der gesamten Ausgabe und dem Vermögen einer Versicherungsanstalt, wie folgt:

		Nettoausgaben 1903		Vermögen		
Versicherungsanstalt	Berlin	19,5	Prozent	62	Millionen	Mark
"	Hessen	13,4	"	20	"	"
"	Baden	12,4	"	35	"	"
"	Rheinprovinz . .	5,8	"	115	"	"
"	Sachsen	4,4	"	111	"	"
"	Schlesien . . .	2,9	"	74	"	"

Die Versicherungsanstalten Bayerns hatten Ausgaben hierfür von 1,6 bis 8,1 Prozent. Die Agitation der Versicherten und Krankenkassen ist notwendig, soll in diesen Dingen eine Besserung eintreten. „Mittel“ sind ja da! E. G.

Ärzte und Krankenkassen. In der Besprechung der gleichnamigen Broschüre von Ed. Gräf in Nr. 49 der „Neuen Zeit“ heißt es: Gräf ist Gegner der freien Arztwahl. Statt dessen muß es aber heißen: Gräf ist Gegner der gesetzlichen Festlegung der freien Arztwahl. E. W.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Nr. 52 23. Jahrgang, 2. Band 1904-05

Nachdruck der Artikel nur mit Quellenangabe gestattet.

Der Untergang des Agrarkommunismus in Frankreich und Deutschland.

Von **Ludwig Quessel.**

I.

Kaum jemals hat ein Schlagwort in den Kreisen der bürgerlichen Gelehrsamkeit einen so dröhnenden Beifall gefunden wie dasjenige Schäffles vom „antikollektivistischen Bauernschädel", an dem sich die Wogen der sozialistischen Agitation machtlos brechen müßten. Selbst die Meister und Jünger der „historischen Schule", bei denen man die Kenntnis gewisser Tatsachen der Agrargeschichte eigentlich hätte voraussetzen müssen, griffen begierig nach dem neuen Schlagwort, das ihnen ein Anhänger der „klassischen Nationalökonomie" zur Beruhigung des bürgerlichen Gewissens geprägt hatte.

Den Kenner der Agrargeschichte mutete dieser „unwiderlegbare Beweis für die Aussichtslosigkeit des Sozialismus" freilich wie der gelungenste Treppenwitz der Weltgeschichte an. Es war in der Tat der Gipfel der Komik, die gelehrten Herren zu einer Zeit von der „angeborenen" Abneigung des Bauern gegen jede Art von Kommunismus dozieren zu hören, da der individualistische Geist nach langen, hartnäckigen Kämpfen soeben erst den Sieg über den Agrarkommunismus davongetragen und sich in den landwirtschaftlichen Genossenschaften schon wieder Ansätze zu neuen Formen des Agrarkollektivismus zeigten.

In der Tat kann man sich kaum einen größeren historischen Nonsens denken als das Schlagwort von dem „antikollektivistischen Bauernschädel", das noch heute zum eisernen Bestand akademischer Sozialistentötung gehört. Die elementarsten Tatsachen der Agrargeschichte reichen vollkommen zum Beweis dafür aus, daß, wenn man überhaupt dem Bauernschädel schon einmal eine angeborene, unwandelbare politische Tendenz zuschreiben will, diese aller historischen Erfahrung nach eigentlich eine „antiindividualistische" sein müßte. Denn fast zwei Jahrtausende waren ja erforderlich, den modernen Typus des individualistischen Bauern herauszubilden, und noch heute straft der Agrarkommunismus der russischen Bauern das bürgerliche Dogma vom „antikollektivistischen Bauernschädel" Lügen.

Es ist nicht ohne Reiz, sich den langwierigen Entwicklungsprozeß einmal kurz zu vergegenwärtigen. Auf der ersten Stufe der Landwirtschaft, als der

gesamte Boden noch in primitivster Weise als wilde Grasweide genutzt wird, tritt uns der Mensch als urwüchsiger Kommunist entgegen. Nicht nur, daß der Grundeigentumsbegriff völlig fehlt, auch die Herden sind nicht das Eigentum einzelner, sondern des Geschlechtes oder der Großfamilie. Auch beim Übergang zur zweiten Stufe der Landwirtschaft, als man einen kleinen Teil des als wilde Weide genutzten Bodens mit der Hacke aufbricht und Gerste darauf sät, bleibt das Gemeineigentum an Grund und Boden noch unberührt. Erst im sechsten Jahrhundert, nachdem das Nomadenleben überwunden war, bahnt sich sehr langsam und allmählich der Übergang eines Teiles des Bodens, des Ackerlandes, in Privateigentum an. Die unermeßlichen Wälder und Weiden bleiben aber noch ein Jahrtausend als gemeine Mark oder Almende der Sphäre des Privateigentums entzogen.[1]

Aber auch das Privateigentum am Ackerland war kein permanentes und unbeschränktes. Das Recht der Brach- und Stoppelweide für alle Gemeindegenossen hob das individuelle Nutzungsrecht auch auf dem Ackerlande für einen Teil des Jahres auf. Die freie Verfügung während der übrigen Zeit wurde aber durch den kollektiven Landwirtschaftsbetrieb, der sich noch zehn bis fünfzehn Jahrhunderte in voller Kraft erhielt, wesentlich eingeschränkt. Kollektiv wurde die Bearbeitung der Äcker, der Anbau der Gewächse, die Dauer der Brach- und Stoppelweide, die Haltung des männlichen Zuchtviehs geregelt.[2] Jahrhunderte trotzte der Agrarkommunismus allen Angriffen der individualistischen Wirtschaftsweise. Erst den Zwangsmaßregeln des Absolutismus gelang es, Bresche in sein festgefügtes Mauerwerk zu legen. Die erste Maßregel war der Verkauf oder die Aufteilung der Gemeindeländereien (Almenden), die zweite sich daran anschließende die Feldregulierung, welche den Flurzwang und die kollektive Beweidung der Äcker und Wiesen beseitigte. Dieser Prozeß gelangte aber erst in der zweiten Hälfte des vorigen Jahrhunderts zum Abschluß, und noch in die Gegenwart ragen Überreste des einstigen kommunistischen Grundbesitzes und kollektiven Landwirtschaftsbetriebs hinein.

In Deutschland fallen Gemeinheitsteilungen und Feldregulierung, die dem alten Agrarkommunismus die Totenglocke läuteten, der Zeit nach fast zusammen. Nicht so in Frankreich. Schon im siebzehnten Jahrhundert sahen sich die Gemeinden infolge des zermalmenden Steuerdrucks unter Richelieu und Mazarin genötigt, die Gemeindeländereien der unentgeltlichen Nutzung der Gemeindegenossen zu entziehen und sie zu verpachten, um mit den Pachterträgen die gewaltig anschwellenden Steuerrückstände der leistungsunfähigen Bauern, für die sämtliche Gemeindegenossen solidarisch hafteten, zu bezahlen.[3] In der Regel folgte aber der Verpachtung die Veräußerung auf dem Fuße.[4] Der Übergang eines großen Teiles der Gemeindeländereien in das Privateigentum des Adels und der Bourgeoisie, die namentlich als Käufer der Almenden auftraten, war für den Kleinbauern ein schwerer Schlag. Wald und Weide hörten nun auf, die gute Mutter zu sein, die ihn mit Holz und sein Vieh mit Futter versorgte.[5]

---

[1] Schröder, Lehrbuch der Rechtsgeschichte. Leipzig 1898. S. 203, 783 ff.

[2] v. d. Goltz, Agrarwesen und Agrarpolitik. Jena 1899. S. 173.

[3] Martin, Histoire de France (Siècle de Louis XIV.). Paris 1865. S. 55.

[4] Araskhaniantz, Die französische Getreidehandelspolitik bis zum Jahre 1789. Leipzig 1882. S. 92.

[5] Karéiew, Les paysans et la question paysanne en France dans le dernière quart du XVIII. siècle. Paris 1889. S. 155—163.

Von der Zeit an, da die unentgeltliche Nutzung der Gemeindeländereien, diese soziale Subvention der Armen, ihr Ende findet, versiegen dem Kleinbauern aber auch alle anderen Hilfsquellen. Immer deutlicher macht sich jetzt das Bestreben des Adels bemerkbar, die Nutzungsrechte der bäuerlichen Bevölkerung an ihren Waldungen zu beseitigen. Von Gesetzgebung und Rechtsprechung unterstützt, drängt der Adel die Bauern Schritt für Schritt aus seinen Wäldern hinaus. Und trotz der zähen Hartnäckigkeit, mit welcher die Bauern ihre Rechte verteidigen, gelingt es ihnen nicht, sie intakt zu halten. Alle Organe der absoluten Staatsgewalt wenden sich gegen sie. Vom siebzehnten Jahrhundert an enthüllt sich dem Forscher die Existenz der bäuerlichen Nutzungsrechte an den adeligen Wäldern nicht mehr durch Urkunden über Vergleiche und Abfindungen, sondern fast ausschließlich durch gewaltige Stöße verworrener Prozeßakten. Und fast immer enden die Rechtsstreitigkeiten zu ungunsten der Bauern.[1]

Das achtzehnte Jahrhundert vollendet, was das siebzehnte begann. Jahrhundertelang hatte die Rechtsprechung das Weiderecht aller Dorfbewohner auf der Brachflur und den Stoppelfeldern wie auch das Recht der Vor- und Nachweide auf Wiesen gegen alle Angriffe der großen Grundbesitzer geschützt. Äcker und Wiesen durften daher nicht eingezäunt werden, denn sie sollten ja einen Teil des Jahres als Gemeinweide der kommunistischen Nutzung aller Dorfbewohner offen stehen. Das ändert sich jetzt. Und zwar ist „die Grundrente die bewegende Kraft, welche das alte Idyll in die Bewegung der Geschichte hineinwirft" (Marx). Der außerordentliche Wertzuwachs des Bodens, der im ersten Viertel des achtzehnten Jahrhunderts einsetzt und den Preis des Ackerlandes pro Hektar im Durchschnitt von 1725 bis 1775 von 265 Franken auf 764 steigert, macht den Grundbesitz kostbarer und die großen Grundbesitzer eifrig darauf bedacht, die produktive Kraft des Bodens allein auszunutzen.[2] Dem standen jedoch die bäuerlichen Nutznießer mit ihren Weiderechten entgegen. Doch nicht umsonst appellierten Bourgeoisie und Adel an die Gesetzgebung und die Gerichte der absoluten Monarchie. Die kommunistische Weideberechtigung, deren Notwendigkeit noch im siebzehnten Jahrhundert ein allgemeines agrikoles Dogma gewesen, an das selbst die höchsten Gerichte nicht zu rühren wagten, wird nun von allen Seiten mit Erbitterung befehdet.[3] Die physiokratische Schule proklamiert den Grundsatz des permanenten und unbeschränkten Grundeigentums. Nur der Staat, so lehrt Quesnay, darf im Wege einer einzigen Grundsteuer ein Nutznießungsrecht an den Erträgen des Bodens geltend machen.[4] Und nun vollzieht sich unter der Parole: „Förderung der Landeskultur!" die Expropriation der bäuerlichen Nutznießer. Unter dem Schutze der höchsten Gerichtshöfe wird die Einzäunung der größeren Wirtschaftskomplexe allgemeiner Brauch. Wie die Kleinbauern mit ihren Weiderechten aus den

---

[1] G. d'Avenel, Paysans et ouvriers depuis sept cents ans. Paris 1899. S. 53.

[2] G. d'Avenel, a. a. O., S. 60—63.

[3] Dareste de la Chavanne, Histoire des classes agricoles. Paris 1854. S. 202 bis 204. — Karéiew, a. a. O., S. 146—150.

[4] „C'est la sûreté de la possession permanente qui provoque le travail et l'emploi des richesses à l'amélioration et à la cultur des terres. . . . Il n'y a que la puissance souveraine qui assure la propriété des sujets, qui ait un droit primitif au partage des fruits de la terre." Quesnay, Œuvres, Frankfurt-Paris 1888. S. 331—332.

grundherrschaftlichen Wäldern hinausgedrängt worden waren, so werden sie jetzt von den Äckern und Wiesen der Großgrundbesitzer vertrieben. Die Brach- und Stoppelweide war die letzte Zuflucht für die kleinbäuerliche Viehhaltung; ihre Beschränkung auf den kleinen Grundbesitz bedeutete für zahlreiche kleinbäuerliche Existenzen, die keine Möglichkeit mehr hatten, ihr Zugvieh zu erhalten, vollständige Proletarisierung. Die Armee der ländlichen Proletarier schwillt jetzt gewaltig an. Kein Wunder daher, daß im Laufe des siebzehnten und achtzehnten Jahrhunderts die Lage der ländlichen Lohnarbeiter sich sukzessive verschlechtert und der Arbeitslohn auf dem Lande von 570 Franken jährlich unter Heinrich IV. auf 410 Franken unter Ludwig XVI. sinkt.[1]

Die Zerstörung des Agrarkommunismus führte aber nicht nur zur Verschlechterung der Lage der Lohnarbeiter, sondern auch zur Entstehung eines ländlichen Lumpenproletariats aus den Reihen der proletarisierten Kleinbauern, dessen Zahl von Jahrzehnt zu Jahrzehnt wächst und das auf allen sozialen Wunden wuchert wie Ungeziefer. Dank den Mißbräuchen des absolutistischen Steuersystems hat diese ständige Armee der Insurrektion am Vorabend der Revolution einen gefahrdrohenden Umfang erreicht. Banden von Wilddieben, Schmugglern, Bettlern und Räubern durchstreifen das Land. Unter ihrem Ansturm bricht die bewaffnete Macht des flachen Landes schon zusammen, ehe noch die Sturmglocke der Revolution die Bauernschaft zum Kampfe gegen Absolutismus und Feudalismus zusammenruft.[2]

II.

Verlassen wir nun den französischen Boden und gehen wir nach Deutschland hinüber. Dort stoßen wir auf Zustände, die in Frankreich längst der Vergangenheit angehören. Am rückständigsten sieht es im nordöstlichen Deutschland aus, wo der Feudalherr selbstwirtschaftender Großgrundbesitzer geworden ist. Der junkerliche Großbetrieb ruht auf dem Arbeitszwang der schollenpflichtigen Bauern, die sich ihren Unterhalt auf eigenen Landstellen erarbeiten müssen. Ihre Kinder werden zum Zwangsgesindedienst auf dem Gutshof gepreßt, wo sie von dem Grundherrn ähnlich wie Sklaven ausgebeutet und verpflegt werden. Überhaupt sieht hier im Dorado der preußischen Junker der landwirtschaftliche Großbetrieb den südamerikanischen Sklavenplantagen zum Verwechseln ähnlich: nur ist es hier nicht Baumwolle, sondern Getreide, das man produziert, und nicht schwarze, sondern weiße Hände sind seine Erzeuger. In der Behandlung haben die Leibeigenen kaum etwas vor den Negern voraus. In Holstein spielen die Junker statt um Geld gelegentlich um Menschen: wer verliert, muß dem Gewinner einen Leibeigenen abtreten. In Mecklenburg gehört der Verkauf von Leibeigenen noch zur täglichen Nahrung des Junkers. Nicht besser sieht es in Ost-, Westpreußen und Pommern aus, wo der Verkauf von Leibeigenen als „wahrer Negerhandel" bezeichnet wird.[3]

Im südlichen Deutschland ist die Lage der bäuerlichen Bevölkerung freier, ungebundener. Hier auf dem Boden älterer Kultur hat es der Junker nicht bis zum Großgrundbesitzer bringen können. Der Großbetrieb ist spärlich gesät; Junker und Prälaten leben von ihren Renten, welche die Bauernschaft an sie teils in Geld, teils in Naturalien zu entrichten hat. Mit den Großbetrieben

[1] G. d'Avenel, a. a. O., S. 50—51.

[2] Taine, L'ancien régime. Paris 1878. S. 510—521.

[3] Knapp, Der Landarbeiter in Knechtschaft und Freiheit. Leipzig 1891. S. 24—25.

fehlen auch die ungemessenen Frondienste, die der Bauernschaft des Nordostens den Stempel sklavenmäßiger Unfreiheit aufdrücken.

Wie stand es nun in Deutschland mit dem Agrarkommunismus? Was in Frankreich der Steuerdruck der absoluten Monarchie, das hatte in Ostelbien der Länderraub der Junker besorgt. Im siebzehnten Jahrhundert erklären sich die Junker zu Eigentümern des Gemeindelandes und erkennen nur noch Nutzungsrechte der Bauern daran an. Ein Jahrhundert später vollzieht sich dann auch die Beseitigung der Nutzungsrechte. Im Laufe des achtzehnten Jahrhunderts arrondieren die Gutsherren ihren Grundbesitz und heben das bäuerliche Recht der Brach- und Stoppelweide auf ihrem Grundbesitz einfach auf. Nicht so einfach konnte sich natürlich die Beseitigung der bäuerlichen Nutzungsrechte an den Gemeindeweiden und -Wäldern vollziehen. Die unentgeltliche Nutzung derselben bildete die Grundlage der bäuerlichen Wirtschaft; die völlige Beseitigung der Nutzungsrechte hätte die Bauern mit einem Schlage leistungsunfähig gegenüber dem Feudalherrn und dem Staate gemacht. Die Gutsherren fanden daher den Ausweg, die bäuerlichen Nutznießer mit einem kleinen Teile des Gemeindelandes abzufinden, den weit größeren Teil aber als permanentes und völlig unbeschränktes Eigentum für sich in Anspruch zu nehmen. Damit war der Agrarkommunismus von den Äckern, Weiden und Wäldern der Rittergüter vertrieben. Nur auf dem bäuerlichen Grundbesitz fristete er fortan eine kümmerliche Existenz.

Ein weit größeres Herrschaftsgebiet hatte sich der Agrarkommunismus im südwestlichen Deutschland erhalten. Zwar war auch hier ein großer Teil der Gemeindewaldungen der Verfügung der Bauern entzogen und in das Eigentum des Staates übergeleitet worden, aber trotz alledem hatten die Gemeindeländereien sich in einem Umfang erhalten, daß man sich kaum eine übertriebene Vorstellung von ihrer Größe machen kann. Wir besitzen zwar keine zuverlässigen Zahlen über die Ausdehnung des Gemeindegrundbesitzes im achtzehnten Jahrhundert, aber der Umstand, daß das Ackerland zum Beispiel in Bayern kaum mehr als 20 Prozent der Gesamtfläche einnahm, Wälder und Weiden aber, die zu einem ansehnlichen Teile im Eigentum der Gemeinden standen, die übrigen 80 Prozent der Gesamtfläche bedeckten, berechtigt zu der Annahme, daß das Gemeineigentum sich über ungeheure Flächen erstreckte. Will man sich eine richtige Vorstellung von dem Verhältnis zwischen Privat- und Gemeineigentum machen, so wird man sich das Privateigentum als ein Festland denken müssen, das im Frühjahr aus dem Meere des Gemeineigentums emportaucht, um im Herbst darin zu versinken. Das Ackerland nahm nur 20 Prozent der Gesamtfläche ein und die privaten Eigentumsrechte daran waren weder permanent noch unbeschränkt. Zunächst war ein volles Drittel des gesamten Ackerlandes, die Brachflur, Jahr für Jahr der individuellen Nutzung der Privateigentümer entzogen und dem kollektiven Gebrauch als Weideplatz übergeben. Sobald aber die Ernte beendet, fielen auch die beiden anderen Drittel des Ackerlandes als Stoppelweide der kollektiven Nutzung anheim. Das Ackerland durfte daher auch nicht eingezäunt werden, weil es ja kein permanentes Privateigentum war, sondern im regelmäßigen Wechsel bald als Brach-, bald als Stoppelweide der Nutzung aller Gemeindegenossen unterstand.

Es läßt sich nicht leugnen, daß der Agrarkommunismus bedenkliche Folgen für Ackerbau und Viehzucht zeitigte. Die Bevölkerungszunahme erheischte dringend eine Vergrößerung des Ackerlandes, da Hungerjahre sich mit perio-

discher Regelmäßigkeit wiederholten. Das Ackerland konnte aber nur auf Kosten der Gemeindeweiden vergrößert werden. So ausgedehnt diese nun auch waren, so reichten sie doch kaum zur Erhaltung der ohnehin nicht großen Viehbestände aus. In dem Maße aber, als die Bevölkerung und der Steuerdruck wuchs, mußte sich die Inanspruchnahme der kommunistischen Weideplätze immer intensiver gestalten. Im achtzehnten Jahrhundert waren dieselben bereits so ausgenutzt, daß sich für sie der Name „Hungerweide" einigermaßen rechtfertigte. Der Agrarkommunismus befand sich somit in einer Sackgasse, aus der er keinen Ausweg zu finden vermochte.

Ein individualistischer Widerspruch gegen den Agrarkommunismus wurde deshalb innerhalb der ländlichen Bevölkerung doch nicht laut. Nicht einmal der Ruf nach Reformen erschallte. Zäh hält die Bauernschaft an ihren kommunistischen Gewohnheiten fest, und selbst das Übermaß des Übels veranlaßt sie nicht, nach einem Heilmittel zu forschen. Wo die Zustände ganz unhaltbar werden, sucht man sich durch die Beschränkung der Nutzungsrechte zu helfen, wodurch die sozialen Schäden des alten Agrarkommunismus aber nicht beseitigt, sondern nur verschleiert werden. Die Armut und Kulturlosigkeit, in welcher der Absolutismus die bäuerliche Bevölkerung gefangen hält, ist zu groß, als daß sie selbst den Ausgang aus der Sackgasse finden könnte, in die der wachsende Steuerdruck und die Bevölkerungszunahme den Agrarkommunismus leitete.

Zur selben Zeit aber, da die Schäden des Agrarkommunismus immer offenbarer werden, hatte sich jenseits des Ärmelkanals im Kampfe gegen den Gemeinbesitz und die Weiderechte ein neues Ackerbausystem auf kapitalistisch-individualistischer Grundlage herausgebildet, das wie auf einen Zauberschlag alle Übel, an denen die alte Landwirtschaft krankte, zu beseitigen schien. Durch den Anbau von Futtergewächsen auf dem Acker machte das neue System die Weiden zum größten Teile überflüssig, da die auf diesem Wege gewonnenen großen Futtervorräte es gestatteten, das Vieh nicht nur in den Wintermonaten reicher zu ernähren, sondern auch im Sommer im Stalle zu füttern. So war plötzlich für das zentrale Übel der alten Landwirtschaft, den Futtermangel, ein Heilmittel gefunden worden: die Stallfütterung mit auf dem Acker gebauten Futtergewächsen. Ohne einen Futtermangel befürchten zu müssen, konnte man getrost die Hälfte oder zwei Drittel der Weide dem Pfluge unterwerfen. Und nicht nur das! Durch die Stallfütterung blieb der Landwirt im Besitz der kostbaren Dünger, die früher beim Weidegang des Viehes auf Wegen und Stegen verzettelt wurden. Der größere Düngervorrat gestattete aber wieder eine stärkere Inanspruchnahme der Äcker und eine Einschränkung der Brachflur. Ackerbau und Viehzucht erfuhren durch das neue Ackerbausystem extensiv und intensiv eine ruckweise Ausdehnung und der menschliche Nahrungsspielraum eine Verdopplung. Auf einer Fläche, wo das Ackerbausystem des Agrarkommunismus kaum 2000 Menschen erhalten konnte, ernährte die neue Art der Landwirtschaft 4000 und mehr Menschen.[1]

[1] Thünen, Der isolierte Staat. Rostock 1842. Band 1, S. 130—131. Die Ausweitung des Nahrungsspielraums durch die moderne Landwirtschaft stellt sich heute übrigens weit bedeutender dar, als selbst die optimistischsten Agrarökonomen im ersten Viertel des neunzehnten Jahrhunderts annahmen. Die Erträge der deutschen Landwirtschaft haben sich im Verlauf eines Jahrhunderts nicht nur verdoppelt, sondern vervierfacht. Vergl. Oppenheimer, Das Bevölkerungsgesetz. Berlin 1901. S. 148—150.

Kein Wunder wahrlich, daß die neue Landwirtschaftslehre, die nicht nur theoretisch gut begründet, sondern auch praktisch erprobt war, wie mit Zaubermacht die Blicke des Hofadels und der Bureaukratie auf sich lenkte. Der Strom der Bevölkerung und des Reichtums, den Ackerbau und Viehzucht auf individualistischer Grundlage über das Land ergießen konnte, schien ungeheuer. Je größer die Ebbe in der Staatskasse, um so verführerischer winkte die neue Methode, sich Gold und Menschen zu verschaffen. Es lag durchaus im Wesen des Fortschrittsdespotismus der alten Monarchie, dem, was sich in anderen Ländern als praktisch erwiesen, durch drakonische Strafbestimmungen im eigenen Lande Eingang zu verschaffen. Und an erster Stelle richtete die absolutistische Agrarpolitik ihre Ukase natürlich gegen den Agrarkommunismus, den die durchweg individualistisch gesinnten Agrarökonomen ja als das wesentlichste Hindernis für die Verbreitung des neuen Ackerbausystems denunziert hatten.

III.

Es war bisher nicht leicht, den Prozeß der Aufteilung der Gemeindeländereien, den der aufgeklärte Absolutismus mit Feuereifer förderte, in seinen einzelnen Phasen zu verfolgen, da zusammenfassende Darstellungen der zum Zwecke der Gemeinheitsteilung in den einzelnen deutschen Staaten ergriffenen Maßnahmen fehlten. Diese Lücke der agrarpolitischen Literatur ist jetzt, was die süddeutschen Staaten anbetrifft, zum Teil ausgefüllt durch die von der Universität München preisgekrönte „Geschichte der Teilung der Gemeindeländereien in Bayern“ von Franz X. Wismüller.[1] Die Arbeit Wismüllers gibt freilich nur eine trockene Aufzählung aller gegen den Agrarkommunismus von der Mitte des achtzehnten Jahrhunderts bis zur Gegenwart ergriffenen Maßnahmen, ohne uns über die treibenden Kräfte genügend aufzuklären und die einzelnen Tatsachen mit dem Ganzen der agrarökonomischen Entwicklung ausreichend zu verbinden. Im übrigen erweist sich Wismüller als ein gelehriger Schüler Brentanos; nirgend gehen seine Betrachtungen über den engen ökonomischen Horizont seines Lehrers hinaus. Immerhin ist aber das von Wismüller gelieferte Material ausreichend, um die Klasseninteressen zu erkennen, die zur Sprengung des alten Agrarkommunismus führten.

Der Anstoß zur Beseitigung des Agrarkommunismus ging auch in Bayern nicht von der ländlichen Bevölkerung, sondern vom Hofadel und der Bureaukratie aus. In der zweiten Hälfte des achtzehnten Jahrhunderts beginnt die Agrarfrage die Salons zu interessieren. Die physiokratische Doktrin, daß Bevölkerungsdichtigkeit und Reichtum eines Landes am letzten Ende vom Zustand seiner Agrikultur abhängt, wird Gegenstand eifriger Diskussionen. Von England her verbreitet sich die Kenntnis rationeller Formen der Landwirtschaft und läßt in den herrschenden Kreisen den Wunsch entstehen, der für die Staatskasse so vorteilhaft scheinenden modernen Agrikultur auch in Bayern Eingang zu verschaffen. Da der Agrarkommunismus als der eigentliche Feind des agrikolen Fortschritts angesehen wird, so beginnt der Fortschrittsdespotismus mit seiner Unterdrückung. Hofadel und Bureaukratie sind in Bayern die sozialen Träger aller Maßnahmen gegen den Agrarkommunismus. Diesen beiden an der absolutistischen Auswucherung der bäuerlichen Bevölkerung interessierten Schichten

[1] Franz X. Wismüller, Geschichte der Teilung der Gemeindeländereien in Bayern. Münchener volkswirtschaftliche Studien. Herausgegeben von Lujo Brentano und Walter Lotz. 62. Stück. Stuttgart und Berlin 1904. Preis 6 Mark.

ist es natürlich nicht darum zu tun, den Wohlstand der Bauern zu mehren, sondern die Staatskassen, aus denen sie ja gespeist werden, zu füllen. Der leitende Gesichtspunkt bei allen Maßnahmen ist demnach der, durch Entfesselung der produktiven Kräfte des Bodens die Bevölkerung steuerkräftiger zu machen.

Den ersten Schritt zur Aufteilung der Gemeindeländereien macht das Mandat vom 24. März 1762. Dasselbe betont, daß der geringe Nutzen, den die Gemeinden von ihren Gemeindegründen zögen, augenfällig sei. Daher wäre zu wünschen, daß dieselben „nach dem Beispiel anderer auswärtigen Landen" unter sämtliche Gemeindemitglieder verteilt und einem jeden das ihm zugewiesene Stück zur besonderen Kultur und eigenen Benutzung überlassen werde. Gleichzeitig macht das Mandat auch gegen die Brachweide Front und gestattet den Anbau des Brachlandes.

Dieses Mandat rief natürlich den Widerstand der Bauern hervor, die sich nicht vorstellen konnten, wie sie ohne die kommunistischen Weideberechtigungen ihr Vieh erhalten sollten. Besondere Erregung verursachte aber die Bestimmung des Mandates, daß es jedem gestattet sein sollte, durch Bestellung der Brache das Weiderecht der übrigen Gemeindegenossen auf seinen Äckern zu beseitigen. Diese Erbitterung fand ihren Ausdruck in der Zerstörung der Verzäunungen oder Umfriedungen, sowie in der Störung der mit der Bestellung des Brachlandes tätigen Arbeiter. Da erging unter dem 5. Juni 1782 ein drakonisches Mandat gegen die Kulturfrevler, das den dreimaligen Kulturfrevler mit dem Schwerte bedroht. Aber nicht nur, daß die „antikollektivistischen Bauernschädel" der Beseitigung des Agrarkommunismus hartnäckig passiven und aktiven Widerstand entgegensetzten, auch die Grundherren und Prälaten, welche eine Minderung der Leistungsfähigkeit ihrer abgabepflichtigen Bauernschaft befürchteten, traten den Maßnahmen der Regierung offen oder versteckt entgegen.[1]

Im ganzen scheinen die zahlreichen Verordnungen, die bis zum Ende des achtzehnten Jahrhunderts erlassen wurden, keine sonderliche Wirkung gezeitigt zu haben. Das zeigen die folgenden Angaben über die unkultivierten Flächen in verschiedenen Bezirken Bayerns, die den Aufzeichnungen eines zeitgenössischen Agrarökonomen entnommen sind.

Von der Gesamtfläche sind im Bezirk: Aibling $^2/_3$ Öden und Weiden, Tegernsee $^6/_7$ Wald und Weide, Traunstein $^5/_6$ Wald und Weide, Reichenhall $^9/_{10}$ Wald und Weide, Zwiesel $^8/_9$ Wald und Weide, Mitterfels $^2/_3$ Wald, Gemeinweide, Schwarzach $^3/_4$ Wald und Weide, Marquardtstein $^5/_6$ Wald und Weide, Abensberg $^2/_3$ Gemeinweide, Holz, Riedenburg $^2/_3$ Gehölze und Weide.

Der Urheber dieser Statistik, Josef von Hazzi, entwirft von manchen Gegenden ein trostloses Bild; so schreibt er zum Beispiel vom Isartal: „Durchwandert man dieses Tal, welch wüster Zustand! Alles ist öde, wie die Nacht der Natur; alles ist Weide, wilder Hirtenstab!"[2]

Das neue Jahrhundert leitet eine zweite Periode intensiver Tätigkeit gegen den Agrarkommunismus ein. Eine besondere Behörde für das Teilungsverfahren wird geschaffen, die dasselbe derart vereinfacht, daß jedem Antrag auf Teilung der Gemeinländereien, auch wenn er von einer Minderheit in der Gemeinde ausgeht, stattgegeben wird. Der leitende Grundsatz bei der Aufteilung ist, möglichst viel leistungsfähige Steuersubjekte zu schaffen. Das Gemeindeland

---

[1] Wismüller, a. a. O., S. 26, 27, 31.

[2] Josef von Hazzi, Statistische Aufschlüsse über das Herzogtum Bayern, aus echten Quellen geschöpft, 1801—1808, zitiert bei Wismüller, a. a. O., S. 42—43.

wird daher gleichmäßig unter die Gemeindegenossen verteilt. Der Protest der größeren Grundbesitzer, welche die Viehzahl als Verteilungsmaßstab anerkannt wissen wollen, bleibt vorläufig ungehört. Dank letzterer Maßregel, die naturgemäß überall eine teilungslustige Minorität aus den Reihen der Grundbesitzlosen entstehen ließ, mehren sich die Anträge auf Teilung und schreitet die Aufteilung munter fort. In dem kurzen Zeitraum von vier Jahren wurden in Altbayern nicht weniger als 921 Gemeinheitsteilungen vollzogen, die einen Flächeninhalt von 111566 Tagewerk umfaßten.[1]

In dem Maße aber, wie die Aufteilung fortschreitet, wird die Opposition der größeren Grundbesitzer gegen den gleichen Teilungsmaßstab schärfer und mächtiger. Man wirft der Regierung vor, daß sie den Kleinen, der kaum einige Gulden Abgaben zahle, reich, den Großen aber, der Hunderte von Gulden zahle, arm mache. Schon im Jahre 1808 ist der Einfluß der Opposition so erstarkt, daß die Regierung beginnt, den Gemeinheitsteilungen gegenüber zurückhaltender zu werden. Sechs Jahre später ist der Sieg der Opposition entschieden. Das Gesetz vom 11. Mai 1814 bildet einen Wendepunkt in der Geschichte der Teilung der Gemeindeländereien. Nach diesem Gesetz hatte eine Teilung nur dann noch Aussicht auf Verwirklichung, wenn die Großgrundbesitzer sie für ihre Verhältnisse vorteilhaft fanden. Der gleiche Teilungsmaßstab ist aufgegeben und an seine Stelle die Verteilung nach dem Verhältnis der Gemeindelasten getreten.[2]

Die Hoffnungen, die man auf die Teilung der Gemeindeländereien gesetzt hatte, gingen übrigens keineswegs in Erfüllung. Auch nach der Teilung blieb die Dreifelderwirtschaft das noch vorherrschende Ackerbausystem. Da auch der Futterbau auf dem Acker keine wesentliche Fortschritte macht, so vergrößerte die Teilung der Gemeinländereien noch den Futtermangel und führte stellenweise zu einer erheblichen Reduktion der Viehbestände. Diese Erscheinung blieb auf die Regierung nicht ohne Eindruck, und seit 1830 hört nicht nur die staatliche Förderung der Gemeinheitsteilungen auf, sondern es tritt an ihre Stelle sogar eine Politik bewußter Erschwerung, obwohl damals noch 30 Prozent von allem Land mit Wald bedeckt waren, wovon mindestens 20 Prozent auf Gemeinde- und Stiftungswald kamen.[3]

Trotz der Hindernisse, die die Regierung der Gemeinheitsteilung entgegensetzte, schritt dieselbe dennoch langsam vorwärts, da das Interesse der größeren Grundbesitzer an der Verteilung der Gemeindegründe in dem Maße wuchs, als die Grundrenten stiegen. Erst durch die Ministerialverordnung vom 6. März 1854 wurde der Gemeinheitsteilung so ziemlich der Weg abgegraben. Jetzt erst erkennt man, wie sehr man die Gemeinde durch die Gemeinheitsteilungen in ihrem Vermögen geschädigt hat und daß man das erstrebte Ziel, nämlich die Vergrößerung des Ackerlandes und die Ausbreitung des Futteranbaus auf dem Acker ebenso sicher durch bloße Verpachtung der Gemeindeländereien hätte erreichen können. Auch der große Wert kommunistischer Weideplätze für die bäuerliche Viehzucht, namentlich als Tummelplätze für das Vieh, wird jetzt richtig eingeschätzt. Aber die Erkenntnis kam zu spät. Von den einstigen unermeßlichen Kommunalländereien waren nur noch spärliche Reste vorhanden. Ein ungeheures Grundvermögen war aus den Händen der Gemeinschaft in

---

[1] Wismüller, a. a. O., S. 63.

[3] Derselbe, a. a. O., S. 128 und 142.

[2] Derselbe, a. a. O., S. 161, 162, 164.

den Besitz von Privaten übergegangen und damit dem alten Agrarkommunismus die Grundlage seiner Existenz genommen. Die letzten Spuren des einst so mächtigen bayerischen Agrarkommunismus beseitigten dann die Gesetze über die Weideablösung und Arrondierung des ländlichen Grundbesitzes.

Der ökonomische Verlust, den die Gemeinden durch die Verschleuderung ihres Grundeigentums erlitten haben, läßt sich heute nicht mehr zahlenmäßig berechnen, aber die enorme Höhe desselben kann man sich vorstellen, wenn man den kolossalen Umfang der Gemeindeländereien in Beziehung zu der Wertsteigerung des Bodens in den letzten hundert Jahren bringt. Nach der Ansicht der bürgerlichen Nationalökonomen war freilich der Verkauf oder die Teilung der Gemeindeländereien unerläßlich, um dem agrikolen Fortschritt die Tür zu öffnen. Wir sind anderer Meinung. Die neuere Gesetzgebung zeigt uns den Weg, den die Entwicklung hätte nehmen können. Mit Notwendigkeit fallen mußten nur die Weiderechte am Ackerland, weil sie in der Tat mit dem agrikolen Fortschritt unvereinbar waren. Dagegen hätten die Gemeindeländereien, unbeschadet des agrikolen Fortschrittes, ruhig im Eigentum der Gemeinde verbleiben können. Indem die Gemeinde ihren zum Ackerbau geeigneten Boden unter der Bedingung, Futtergewächse im regelmäßigen Wechsel mit Brotgetreide zu bauen, an die Gemeindegenossen pachtweise abgetreten hätte, hätte sie dem Futterbau auf dem Acker und dem Fruchtwechsel, diesen beiden großen Errungenschaften der modernen Kultur, wahrscheinlich schneller Bahn gebrochen, als dies durch die Aufteilung der Gemeinheiten erreicht wurde. Andererseits hätte sich der trostlose Zustand der kommunistischen Weideplätze durch eine rationelle Bewirtschaftung von seiten der Gemeinde auch beseitigen lassen.

Daß die Entwicklung den bezeichneten Weg nicht nahm, erscheint uns aber keineswegs als ein Zufall. Auch der mangelnden Einsicht der herrschenden Klasse vermögen wir keine entscheidende Bedeutung anzuerkennen. Daß sich unter den zahlreichen Agrarökonomen nicht ein einziger fand, der seine Stimme für eine Reform des Agrarkommunismus in dem bezeichneten Sinne erhob, ist uns ein Beweis für die ungeheure Macht, welche die privatkapitalistischen Interessen schon im achtzehnten Jahrhundert über die Köpfe der Wissenschaftler ausübten. Diese Tatsache zeigt uns ferner die völlige Isolierung der bäuerlichen Bevölkerung von den übrigen sozialen Klassen. Die bäuerliche Bevölkerung war, allein auf sich gestellt, aber unfähig, den Weg der Reform für den Agrarkommunismus zu bezeichnen. Der Übergang des alten Agrarkommunismus zum modernen Gemeindesozialismus war somit durch Klassengegensätze versperrt, sein Untergang durch die sozialen Machtverhältnisse besiegelt.

Die Bremer Lehrerschaft und der Religionsunterricht.

Von **Heinrich Schulz.**

Vor kurzem ist an dieser Stelle das Lob der hamburgischen Volksschullehrer verkündet worden. Mit Recht. Die hamburgischen Lehrer haben sich in der Wahlrechtsfrage in ihrer großen Mehrheit als charaktervolle Freunde des arbeitenden Volkes erwiesen. Aber die bremischen Volksschullehrer haben in diesen Tagen eine Tat geleistet, durch die sie sich ihren hamburgischen Kollegen nicht nur ebenbürtig an die Seite stellen, sondern die in ihrer Art noch tapferer ist und sich in ihren Wirkungen für die Zukunft als noch bedeutungs=

voller erweisen wird als die politische Standfestigkeit der hamburgischen Lehrerschaft. Die bremischen Volksschullehrer haben dem Religionsunterricht in der Volksschule den Kampf bis aufs Messer angesagt.

Für die bremischen Lehrer gilt in diesem Kampfe das Wort: Mönchlein, Mönchlein, du gehst einen schweren Gang! Die Kirche ist der machtgerüstete Erbfeind der Volksschule von ihrem Bestehen an. Als im Mittelalter das niedere Bürgertum, die Handwerker, sich deutsche Schulen für ihre Zwecke gründeten, hatten sie von Anfang an mit der lebhaften Feindschaft der Kirche zu kämpfen. Aber im Mittelalter gelang es dem tatkräftigen Bürgertum, sich seine Volksschulen von kirchlichem Einfluß freizuhalten. Die Volksschulen waren damals sogar religionslos! Die Reformation, der man irrtümlicherweise nachrühmt, so viel für die Volksschule getan zu haben, hat im Gegenteil die niederen Schulen zu ihrem großen Schaden unter das Machtgebot der Kirche gebracht, unter dem sie noch heute schmachten. Die Schulen wurden zu untergeordneten Organen der Kirche, die Lehrer zu Knechten der Geistlichen degradiert.

So sehr sich die deutschen Volksschullehrer — besonders im neunzehnten Jahrhundert, seitdem ihnen das Unwürdige ihrer abhängigen Stellung von der Kirche deutlicher zum Bewußtsein gekommen ist — auch bemüht haben, das harte Joch der Kirche von sich abzuschütteln oder es wenigstens zu lockern, so wenig ist es ihnen bisher gelungen. Ist die Abhängigkeit auch äußerlich nicht mehr so in die Augen springend wie früher, ist der Lehrer nicht mehr ganz so augenfällig der Adlatus des geistlichen Herrn, so steht der innere Schulbetrieb doch noch immer in erster Linie unter dem Kommandostab der Kirche. Wie groß dieser kirchliche Einfluß heute noch ist, beweist am besten der gegenwärtige Schulkampf in Preußen, wo die vereinigte Reaktion drauf und dran ist, die Volksschule noch strammer unter die kirchliche Kandare zu nehmen als bisher. Die deutsche Lehrerschaft hat oft dagegen protestiert, sie hat zahme Einwendungen gegen das Übermaß des Memorierstoffs im Religionsunterricht gemacht, sie hat die Beseitigung der geistlichen Schulaufsicht verlangt, sie hat sich auch über die Zweckmäßigkeit der Schulbibel unterhalten — aber eines hat sie nicht getan, dazu hat ihr bislang der Mut gefehlt: sie hat dem kirchlichen Dreinreden in die Schulangelegenheiten nicht resolut den Boden entzogen, indem sie kurzweg die Beseitigung des Religionsunterrichtes aus der Volksschule forderte. Ich habe erst anläßlich der vorjährigen Lehrerversammlung in Königsberg Gelegenheit genommen, an dieser Stelle eine ähnliche Kritik zu üben, als es sich um die an sich berechtigte Forderung des Königsberger Kongresses auf fachmännische Schulaufsicht handelte. Erst durch die Forderung der Abschaffung des Religionsunterrichtes wird die Axt an die Wurzel des kirchlichen Schmarotzers gelegt, der dem Baume der deutschen Volksschule Luft und Licht raubt. Solange die Lehrer noch in törichter Verblendung den Religionsunterricht als die „Sonne der Schule“ hinstellen, solange sie sich nicht mit einem energischen Rucke von der eingerosteten Phrase der „sittlich-religiösen“ Erziehung frei machen, so lange dürfen sie sich nicht wundern, wenn die berufenen Vertreter dieses „Sonnenscheins“, die berufsmäßigen Ausleger des Begriffes „religiös“ beanspruchen, in den Schulangelegenheiten in erster Linie gehört zu werden. Man gebe der Kirche, was der Kirche ist, und beanspruche für die Schule nur das, was ihr zukommt. Die Religion ist Sache der Kirche, also lasse man ihr auch den Religionsunterricht, soweit die Eltern einen solchen Unterricht für notwendig halten. In die Volksschule gehören nach Marx „nur Wahrheiten, die von

allen Parteivorurteilen unabhängig sind und bloß eine Deutung zulassen". Die Religion aber läßt beinahe so viele Deutungen zu, wie es Köpfe gibt, die über die Deutung nachdenken. Darum gehört sie nicht in die Schule.

Zum erstenmal hat es jetzt eine Lehrerkorporation in Deutschland gewagt, sich rückhaltlos auf den Boden dieser Anschauung zu stellen. Als vor einigen Monaten zum erstenmal bekannt wurde, daß die bremischen Volksschullehrer in einer Versammlung die Abschaffung des Religionsunterrichtes verlangt hätten, erregte dieser Beschluß sofort allgemeines Aufsehen. Selbst Freunden dieser Forderung erschien ein solcher Beschluß so ungewöhnlich, daß sie zum mindesten irgendwelche einschränkenden Klauseln dahinter vermuteten. Die Reaktion in ganz Deutschland schrie dagegen sofort Zeter und Mordio und versuchte die bremischen Lehrer für die weiteren Schritte in dieser Sache einzuschüchtern. Aber zunächst hatte das nur die erfreuliche Folge, daß auch die bremischen Lehrerinnen sich in einer tapferen Resolution der Forderung ihrer Kollegen anschlossen und daß die Lehrer selbst den Beschluß nach einigen Wochen abermals mit noch schärferer Akzentuierung aufrecht erhielten. Zur besseren Vertretung der fortschrittlichen Ideen der großen Mehrheit der bremischen Volksschullehrer entstand außerdem neben dem langweiligen und rückständigen „Bremer Schulblatt" ein keckes pädagogisches Monatsblatt, der „Roland, Organ für freiheitliche Pädagogik".

Dann freilich hörte man längere Zeit aus Lehrerkreisen nichts mehr über die Angelegenheit. Die Lehrer hatten sie einer Kommission übertragen, die die ebenso schwierige wie ehrenvolle Aufgabe hatte, die kühne Kriegserklärung der Lehrerschaft gegen den Religionsunterricht ausführlich in Gestalt einer Eingabe an die oberste Schulbehörde in Bremen zu motivieren. Diese Zwischenzeit wurde von den Rückschrittlern aller Art in Bremen, von liberalen und orthodoxen Theologen, von Schulvorstehern und solchen, die es demnächst werden möchten, dazu benutzt, um Mißtrauen und Zwietracht in die bremische Lehrerschaft zu tragen.

Mit welchem winzigen Erfolg sich diese stille, aber eifrige Minierarbeit am Tage der Entscheidung begnügen mußte, zeigt das Abstimmungsergebnis: mit 273 gegen 43 Stimmen wurde die von der Kommission vorbereitete Eingabe der Lehrerschaft an den Senat von einer allgemeinen Versammlung bremischer Lehrer und Lehrerinnen gutgeheißen. Damit ist diese bedeutungsvolle Angelegenheit vorläufig, soweit die Lehrerschaft dabei in Frage kommt, zum Abschluß gebracht. Und zwar zu dem denkbar würdigsten Abschluß, den man nur wünschen konnte. Das beweist ein Blick in die Eingabe.

Schon rein äußerlich unterscheidet sich dieses Schriftstück, das für die Kulturgeschichte einen gewissen dokumentarischen Wert beanspruchen darf, von der sonst üblichen Form von Eingaben Beamter an ihre vorgesetzten Behörden. In dem ganzen langen Schriftsatz findet sich nicht eine einzige devote Wendung, von der Feierlichkeit und der gespreizten Würde des traditionellen Kurialstils findet sich darin keine Spur. Dagegen wird in einfacher, schlichter Form im Stile einer wissenschaftlichen Abhandlung mit Beweisgründen aus dem Gebiet des Staatsrechtes, der Philosophie, der Politik und der Pädagogik die Unhaltbarkeit des Religionsunterrichtes im Rahmen der Volksschule nachgewiesen. Die Eingabe schreckt vor keinen Konsequenzen zurück, sie zieht mit schneidender Schärfe die für eine „hohe Behörde" bittersten Schlußfolgerungen, sie schenkt den Befürwortern des Religionsunterrichtes keine ihrer vielen Ausreden, und keine Hintertür, durch die der Religionsunterricht wieder versteckt in die Schule

hereingemogelt werden könnte, läßt sie unbewacht. Die Eingabe wäre es wert, auch an dieser Stelle im Wortlaut mitgeteilt zu werden. Ich muß mich aber darauf beschränken, sie in ihren markantesten Stellen hier zu skizzieren.

* * *

Die Eingabe beginnt mit dem Kernsatz: „Die Schule ist eine Veranstaltung des Staates; Religion aber ist Privatsache.“ Mit dem Schulzwang einerseits und der Glaubens- und Gewissensfreiheit andererseits begebe der Staat sich des Rechtes, „seinen Angehörigen in den öffentlichen Schulen durch seine bestellten Organe eine bestimmte Glaubensrichtung zu vermitteln und den Unterricht im Sinne einer solchen Glaubensrichtung erteilen zu lassen“. Die Durchführung der Trennung von Kirche und Staat auch auf dem Gebiet des Schulwesens liege im Entwicklungsgang der Zeit begründet. Man gestehe dem Staate wohl das Recht und die Pflicht zu, für die wissenschaftliche, technische und sittliche Bildung der Kinder zu sorgen, nicht aber auch für die dogmatisch-religiöse. Ohne einen bestimmten metaphysischen Vorstellungskreis sei aber keine Religion denkbar. Die Eingabe geht darauf ausführlich ein und entwickelt dabei im zustimmenden Sinne das Wesen der monistischen Weltanschauung. „Neben der soeben gekennzeichneten monistischen Überzeugung beherrscht der Glaube an das Entwicklungsgesetz weite Kreise der modernen Welt, und zwar in dem Sinne, daß es, ebenso wie auch die naturgesetzliche Bedingtheit, auf die leibliche wie geistige Existenz auch des Menschen rückhaltlos ausgedehnt wird.“ Darum verwerfe man auch den Unterschied zwischen „geistlich“ und „weltlich“ und betrachte beispielsweise die Entstehung, die Geschichte und die literarischen Dokumente des Christentums unter demselben Gesichtswinkel wie einen anderen weltgeschichtlichen Vorgang und seine historischen Belege auch. „Überhaupt räumt man den geistig hervorragenden Erzeugnissen der religiösen Bekenntnisliteratur keinen grundsätzlichen Vorrang vor geistig und sittlich gleich hochstehenden Werken des sogenannten weltlichen Schrifttums ein.“ Die metaphysischen Vorstellungen und die damit verwandten Überlieferungen der herrschenden Religionssysteme, deren Ursprünge Tausende von Jahren zurückliegen, entsprächen in wesentlichen Stücken dem Wissen und Denken unserer Zeit nicht mehr, zumal die Konfessionen sich untereinander bekämpften und nicht einmal die Theologen derselben Konfession sich untereinander einig seien.

Aus allen diesen Gründen sprächen die so gesonnenen Kreise dem Staate das Recht ab, öffentlichen Unterricht im Sinne einer dieser Glaubensrichtungen zwangsmäßig zu erteilen, und empfänden den gegenwärtigen Zustand als eine Beschränkung ihrer verfassungsmäßig gewährleisteten Glaubens- und Gewissensfreiheit.

„Diese Tatsache ist um so bedeutsamer, als die gekennzeichneten Anschauungen heutzutage nicht mehr auf kleine und abgeschlossene Kreise von Gelehrten beschränkt sind, sondern infolge des gehobenen Standes der allgemeinen Volksbildung in die breiten Massen der Bevölkerung eingedrungen sind. Längst hat sich in diesen Kreisen ein stillschweigender Gegensatz zwischen Haus und Schule herausgebildet, der, wenn er auch nicht immer zu offenen Zusammenstößen führt, doch ein gedeihliches Zusammenwirken vereitelt und dem Ansehen der Schule wie der Lehrerschaft Abbruch tut.“

„Dazu kommt, daß der weitaus größte Teil der bremischen Lehrerschaft die erwähnten freien Ansichten teilt oder ihnen doch nahe steht. Es ist das erklärlich bei der unbefangen wissenschaftlichen, auf historisch-kritischer Grundlage aufgebauten Art und Weise, wie der Unterricht im Seminar von jeher erteilt

worden ist. In gleicher Richtung wirken die vielfach betriebenen Studien der einzelnen und die Berührung mit Männern der Wissenschaft, wie sie unter anderem durch die von einer hohen Behörde unterstützten Hochschulkurse herbeigeführt wird. So fühlt auch der größte Teil der Lehrerschaft sich unter einem Drucke, der ihr freies Wirken hemmt und sie zwingt, mit ihrem Ansehen hinter Dingen und Anschauungen zu stehen, die sie nicht anerkennt und billigt. Die Bevölkerung aber, die den freien Standpunkt der Lehrerschaft sehr wohl kennt, wird von einem für den Lehrer peinlichen Zweifel an dessen Aufrichtigkeit erfüllt."

Das Recht des Staates, Unterricht in den Sitten zu erteilen, solle nicht in Frage gestellt werden, doch seien die für die Schule in Betracht kommenden sittlichen Grundsätze so allgemein gültiger Art, daß sie des Zusammenhanges mit dogmatischen Vorstellungen entraten könnten. Eher sei die Ableitung sittlicher Grundsätze aus den Schriftstellern des Alten Testamentes geradezu schädlich. Es könne dadurch sogar „die ärgste sittliche Verwirrung in den Köpfen der Kinder angerichtet werden, wenn die heranwachsende Jugend die Sache überhaupt ernst nähme und nicht vielmehr ganz gut wüßte, daß diese Dinge ihr nur im Namen einer ihr im Grunde fremden und seltsamen Anschauungsweise aufgedrängt werden". Selbst die Bergpredigt bilde keinen glücklichen Ausgangspunkt für die sittliche Belehrung, so daß durch den Religionsunterricht eine planmäßige, den Bedürfnissen der Gegenwart entsprechende sittliche Belehrung geradezu verhindert werde.

Mit der viel beliebten Gefühls- und Begriffsspielerei, wonach Religion in alle Unterrichtsstunden zu tragen sei, sowie mit dem Schlagwort der „sittlich-religiösen" Erziehung setzt sich die Eingabe so auseinander: „In der pädagogischen Literatur wird vielfach die Forderung einer ‚sittlich-religiösen' Unterweisung aufgestellt. Wir können den Ausdruck ‚religiös' hier nur in dem Sinne anerkennen, daß er sich auf die religiöse Stimmung und Gesinnung im allgemeinen, nicht auf irgend eine besondere Religion mit bestimmtem dogmatischen Inhalt bezieht. Die religiöse Stimmung würde sich dann etwa im Gefühl der Ehrfurcht vor dem Erhabenen, weil über Menschenmacht und -maß Hinausgehenden, sowie in der Freude an allem Guten, Schönen und Wahren äußern, das Natur-, Geistes- und Kulturleben uns darbieten; die religiöse Gesinnung aber würde sich in dem festen und stetigen Willen betätigen, einen reinen und sittlichen Lebenswandel zu führen und alle in der eigenen Person vereinigten Kräfte und Anlagen zum eigenen Wohle und zum Wohle des Ganzen zu entfalten und auszubilden."

„Eine religiöse Bildung dieser Art läßt sich ebenfalls ohne einen dogmatischen Religionsunterricht besser erzielen als mit ihm. Sie läßt sich ja überhaupt nicht im eigentlichen Sinne auf unterrichtlichem Wege mitteilen; angebahnt und gefördert aber wird sie jedenfalls am besten durch ein gründliches Verständnis der Dinge, Verhältnisse und Gedankengänge der eigenen Zeit und die Kenntnis ihrer Bedeutung und ihres geschichtlichen Werdeganges."

Eine auf bestimmte Stunden festgelegte Sittenlehre verwerfen weite Kreise der bremischen Lehrerschaft ganz, da sie befürchten, „daß ein solcher Unterricht leicht denselben trockenen und schematischen Charakter annehmen könnte, den der jetzige Religionsunterricht hat". Am passendsten werde der Sittenunterricht in den Lesestunden in zwangloser Weise an geeignete Stoffe angeschlossen. Auf der Unter- und Mittelstufe halte die Lehrerschaft die Ansetzung besonderer Stunden zum Zwecke der sittlichen Unterweisung überhaupt nicht für erforderlich.

Auf der Oberstufe ließe sich ein lehrplanmäßiger Unterricht dieser Art eher durchführen, da hier die Behandlung der Rechts- und Verfassungskunde berücksichtigt werden könnte. Auf der Unterstufe möge der durch den Fortfall des Religionsunterrichtes frei werdende Platz dem Anschauungsunterricht zugelegt werden. Auf der Mittelstufe möge kein Ersatz dafür vorgesehen werden, damit kirchengläubige Eltern diese Zeit dazu benutzen könnten, ihren Kindern durch Vermittlung der Kirche dogmatischen Religionsunterricht erteilen zu lassen, wenn die Lehrerschaft auch pädagogische Einwendungen dagegen zu erheben hätte. Die diesbezügliche Betrachtung schließt mit den deutlichen Worten: „Der Lehrerschaft ist es in erster Linie darum zu tun, vom Druck der Kirche und von der Last ihres Überlieferungsstoffs befreit zu werden.“

Besonders wertvoll ist ein weiterer Gedankengang der Eingabe. In Bremen gibt es schon jetzt keinen so engherzigen und weit getriebenen Religionsunterricht wie in Preußen und sämtlichen anderen Bundesstaaten. Der Katechismus ist in den bremischen Schulen unbekannt und der Religionsunterricht selbst umfaßt nur zwei Stunden in der Woche. Dabei wird er im sogenannten „objektiven“ Sinne erteilt, also nach einer Methode, die in anderen Bundesstaaten, auch von weit links stehenden Elementen — sogar Parteigenossen stehen dieser Anschauung nicht fern —, als ein höchst erstrebenswertes Ziel hingestellt wird. Mit dieser falschen Rechnungsträgerei an die Tradition räumt die Eingabe der bremischen Volksschullehrer erbarmungslos auf: „Diese ‚objektive‘ Unterrichtsweise hat sich als unhaltbar und undurchführbar herausgestellt. Der biblische Geschichtsunterricht muß den Traditionsstoff der Kirche bieten. Dieser Stoff aber hat in dem Zusammenhang und in der Fassung, wie die Kirche ihn geschaffen oder ausgewählt und adoptiert hat, nur den Sinn, den die Kirche ihm beilegt, und keinen anderen.“

Auch rein pädagogische Gründe sprechen dafür, daß der Religionsunterricht, wenigstens auf der Unter- und Mittelstufe, abgeschafft wird. Für die Oberstufe sieht die Eingabe einen allgemein religionsgeschichtlichen Unterricht vor, der objektiv, das heißt in wissenschaftlicher Form zu erteilen ist und sich mit allen wichtigeren Religionssystemen der Welt zu beschäftigen hat. Aber es sei ein Unding, „Kinder in den ersten Jahren des Schulbesuchs mit den Sitten, Gebräuchen und Gedankengängen syrisch-arabischer Beduinen der Vorzeit zu behelligen; es ist ein Unding, sie mit Bibelsprüchen und Gesangbuchversen zu plagen, in denen fast jedes Wort ihnen unverständlich ist, und es raubt ihnen alle Lust und Liebe zur Sache, wenn sie unaufhörlich acht Jahre hindurch dieselben Stoffe aufs neue durcharbeiten müssen“.

Zum Schlusse wird noch ein staatsrechtliches Bedenken mit einer nicht üblen satirischen Handbewegung auf das Übermaß des Religionsunterrichtes in den anderen Bundesstaaten abgetan: „Man hat gemeint, die Abschaffung des Religionsunterrichtes werde den Kindern schaden, wenn sie in die Schulen eines anderen Bundesstaats übergingen. Sie würden in niedere Klassen zurückversetzt werden. Das ist aber aus solchen Gründen bei sonst hinreichend begabten Kindern nicht durchführbar. Sonst müßte es schon jetzt geschehen. Denn in Bremen allein wird kein Katechismusunterricht erteilt. Auch läßt sich das Fehlende leicht nachholen bei der Fülle von Gelegenheit, die die Schulen anderer Bundesstaaten vorläufig durchweg leider noch bieten.“

Die Eingabe schließt, indem sie alle ihre Erwägungen und Gründe zu folgenden praktischen Wünschen zusammenfaßt:

„Aus den angeführten Gründen erlaubt sich die bremische Lehrerschaft, eine hohe Behörde zu bitten,

hohe Behörde möge verfügen, daß der Religionsunterricht in den öffentlichen Schulen abgeschafft werde.

Für den Fall, daß eine hohe Behörde geneigt sein sollte, dieser Bitte der Lehrerschaft zu willfahren, erlaubt sich die bremische Lehrerschaft, einer hohen Behörde folgende weiteren Wünsche und Vorschläge zu geneigter Berücksichtigung zu unterbreiten.

1. Die Erteilung des Religionsunterrichtes, soweit die Eltern ihn für ihre Kinder wünschen, wird den einzelnen Religionsgemeinschaften überlassen;
2. der Sittenunterricht wird ohne den bisherigen Anschluß an den Religionsunterricht weiter erteilt;
3. der Sittenunterricht wird dabei im weiteren Sinne einer allgemeinen Welt- und Lebenskunde gefaßt, wie sie schon jetzt bei der Behandlung von sogenannten Musterstücken in der Lesestunde vermittelt wird;
4. der Sittenunterricht wird auf der Unter- und Mittelstufe im Anschluß an geistig, sittlich und literarisch hervorragende und im übrigen für die Stufe passende Stoffe der gesamten Weltliteratur erteilt;
5. im Zusammenhang mit diesen Vorschlägen wird über die im Lehrplan der Schulen wegfallenden Stunden wie folgt verfügt:
   a) auf der Unterstufe (Klasse VIII—VII) werden dem Unterricht Stoffe aus der Märchenwelt und allerlei dem geistigen Fassungsvermögen des Kindes angepaßte und seiner Umwelt entnommene Gegenstände zugrunde gelegt und nach Art des Anschauungsunterrichts behandelt;
   b) auf der Mittelstufe (Klasse VI—III) wird der Sittenunterricht im Anschluß an geeignete Stoffe in den Lesestunden (Literaturstunden) erteilt; die beiden wegfallenden Stunden werden den Religionsgemeinschaften zu ihren Zwecken zur Verfügung gestellt;
   c) die Auswahl der Stoffe wird an der Hand einer planmäßigen Zusammenstellung der beim Sittenunterricht zu berücksichtigenden Momente und Beziehungen getroffen;
   d) auf der Oberstufe (Klasse II und I) wird ein systematischer Sittenunterricht eingeführt, der sich zu einer allgemeinen Gesetzes- und Verfassungskunde erweitert;
   e) auf der Oberstufe (Klasse II und I) wird Unterricht in allgemeiner Religionsgeschichte erteilt.

Ehrerbietigst
im Auftrage der bremischen Lehrerschaft

Bremen, im September 1905.

gez. Chr. Maas. gez. W. Holzmeier. gez. F. Gansberg.
gez. Magda Böttner. gez. Adele Ehlers.

* * *

Ich habe dem Vorstehenden nicht mehr viel anzufügen. Die tapfere Eingabe der bremischen Volksschullehrer spricht für sich selbst. Die Reaktion in Deutschland wird diese mutige Kriegserklärung freilich mit wütendem Gebrüll und mit Gegenmaßnahmen beantworten, und kaum eine einzige bürgerliche Partei in Deutschland wird den Mut haben, die bremischen Lehrer dagegen zu schützen. Nur die Arbeiterschaft Deutschlands wird sich in dieser Sache hinter die bremischen Lehrer stellen und sie in ihrem mutvoll begonnenen Kampfe unterstützen. Wir können das mit um so ruhigerem Gewissen, als die ganze Eingabe — cum grano salis — schließlich nichts anderes ist als die erste Be-

gründung unserer Programmforderung: „Weltlichkeit der Schule“ von fachmännischer Seite.

Wohl ließe sich an diese und jene Stelle der Eingabe eine Kritik anknüpfen. So beruht eine Schwäche der Eingabe in der Tatsache, daß die bremischen Lehrer sich bei ihrer Forderung durchaus auf den Boden der heutigen Schulorganisation stellen und ihre bedeutungsvolle Neuerung durchführen wollen, ohne vorher die heutige Schule in ihrem ganzen inneren und äußeren Bau in Frage zu stellen. Der praktische Erfolg ihres Vorgehens wird ihnen zeigen, daß es ein vergebliches Bemühen ist, vom Dornstrauch des kapitalistischen Staates Feigen schütteln zu wollen. Auch fühlt man hier und da heraus, daß die Lehrer Bremens in anderen, nicht minder wichtigen Fragen der Pädagogik noch nicht so weit vorgeschritten sind wie in der Frage des Religionsunterrichtes. Sonst würden sie zum Beispiel die hohe Bedeutung des Arbeitsunterrichtes, besonders für die Erweckung sittlicher Kräfte im Kinde, nicht außer acht gelassen haben. Doch darf man die Hoffnung hegen, daß die bremischen Lehrer, sofern sie Rückenstärke und Mannesmut genug besitzen, durch die Konsequenzen ihres ersten Schrittes zu weiteren Schritten auf der Bahn des pädagogischen Fortschritts getrieben werden.

Kaufmannsgerichte und Verhältniswahl.

Von **Paul Lange.**

1. Die Wahlvorschlagslisten.

Bekannt ist, daß bei der Verhältniswahl die einzelnen Mitglieder einer Körperschaft nicht in besonderen, selbständigen Wahlkreisen gewählt werden. Zwar läßt sich das ganze Wahlgebiet in mehrere Wahlkreise einteilen, die ja eine Anzahl Vertreter für sich wählen, aber das geschieht auf Kosten der Genauigkeit des Gesamtwahlergebnisses. Zur vollendeten Durchführung der Verhältniswahl ist erforderlich, daß die gesamte Wählerschaft nur einen Wahlkreis bildet. Bei den Verhältniswahlen der Kaufmannsgerichte hat sich nun nach dem Vorbild einiger Gewerbegerichte die Praxis herausgebildet, daß die Stimmenabgabe auf solche Kandidatenlisten beschränkt wird, die von den Wählergruppen bis zu einem festgesetzten Zeitpunkt vor der Wahl bei der zuständigen Behörde eingereicht werden. Diese Kandidatenlisten der Parteien werden als Wahlvorschlagslisten bezeichnet. Die Behörde hat diese Vorschlagslisten in bestimmter — und im Interesse der Wahlagitation nicht zu kurzer — Frist vor der Wahl mit besonderer Kennzeichnung (Angabe einer Nummer oder sonstiger Bezeichnung) bekannt zu machen. Nach der Statistik des Verbandes deutscher Gewerbegerichte hat nur das Kaufmannsgericht Kolberg von der Vorschrift der Wahlvorschlagslisten abgesehen. Dieser pommersche Magistrat hat überhaupt kein Verständnis für den Begriff Verhältniswahl. In dem Kolberger Ortsstatut heißt es zwar: „Die Wahl der Beisitzer erfolgt nach den Grundsätzen der Verhältniswahl“, dann aber: „Die Stimmzettel sind mit der Bezeichnung so vieler Personen zu versehen, als Beisitzer zu wählen sind. Es darf auch derselbe Name auf dem Stimmzettel so oft vorkommen, als Beisitzer zu wählen sind. Als gewählt sind diejenigen Personen zu erachten, welche die meisten Stimmen erhalten.“ In Wirklichkeit wird also in Kolberg den Vorschriften des Reichsgesetzes zuwider nicht nach der Verhältnis-, sondern

nach der Mehrheitswahl gewählt. Und das hat die Genehmigung des Bezirksausschusses zu Köslin gefunden!

Die Wahlvorschlagslisten sollen dazu dienen, die Kandidaten der einzelnen Gruppen offiziell festzustellen, auf sie die für die betreffende Gruppe oder Partei abzugebenden Stimmen zu sammeln und dann unter sie die auf die Partei entfallenden Mandate zu verteilen. Man unterscheidet gebundene und freie Listen.[1]

Bei dem System der gebundenen Vorschlagslisten, das für die Kaufmannsgerichtswahlen in Berlin, München, Leipzig, Stuttgart, Dresden, Breslau, Dortmund, Posen, Stettin, Karlsruhe, Magdeburg usw. gilt, kann am Wahltag nur für vollständig unveränderte Vorschlagslisten gestimmt werden. Der Wähler ist an die Vorschlagsliste gebunden. Jede Änderung und Streichung macht den Stimmzettel ungültig. Daher der Name des Systems. Demgemäß erfolgt die Berechnung des Wahlergebnisses und die Verteilung der Mandate sehr einfach nach der Zahl der für jede Vorschlagsliste abgegebenen gültigen Stimmzettel. Es ist also auch nicht nötig, daß die Stimmzettel die Namen der vorgeschlagenen Kandidaten enthalten; es genügt, was bei einigen Kaufmannsgerichten vorgeschrieben ist, die Angabe der Nummer oder der sonstigen offiziellen Bezeichnung der Vorschlagsliste, für die der Wähler stimmen will. Die auf eine Vorschlagsliste entfallenden Mandate werden auf ihre Kandidaten, und zwar gemäß der auf der Vorschlagsliste gegebenen Reihenfolge verteilt, das heißt die auf der Liste zuerst genannten Kandidaten haben die meiste Aussicht, gewählt zu werden.

Gegen das System der gebundenen Listen, das bei etwas mehr als dem vierten Teile der deutschen Kaufmannsgerichte angewendet wird, machen verbissene Theoretiker und Bureaukraten geltend, daß es „die Parteien, oder genauer gesagt, die Wahlmacher allmächtig mache und den Wähler schutzlos der Tyrannei der Parteien preisgebe“. Ja, dieses System soll sogar gegen den Grundsatz der unmittelbaren Wahl verstoßen und eine indirekte Wahl darstellen. Auf solche Ideen kann ein Bureaukrat wohl kommen, weil er sich die einfachste Sache nicht in ungekünstelter Weise durchgeführt denken kann. Wenn man den Wählern die Einreichung von Vorschlagslisten freistellt und in keiner Weise behindert, so fallen die geäußerten Bedenken von selbst. Aber freilich haben verschiedene Kommunalverwaltungen in ihrer bureaukratischen Schrullenhaftigkeit die Einreichung von Vorschlagslisten nach Möglichkeit erschwert.

Das Freilistensystem ist bei den Kaufmannsgerichten in Elberfeld, Straßburg, Kattowitz, Halle, Kiel usw. eingeführt. Es gestattet, daß der Wähler für die Kandidaten mehrerer Parteien stimmt. Der Wähler darf in seinem Stimmzettel Kandidaten aus allen bei der Behörde eingereichten Vorschlagslisten aufnehmen. Zwecks Feststellung des Wahlergebnisses muß hier zunächst die Zahl der auf jeden einzelnen Kandidaten entfallenen gültigen Stimmen und danach durch Zusammenstellung dieser Stimmen ermittelt werden, welche Zahl auf jede der eingereichten Vorschlagslisten gefallen ist.

Werden, was nach den Ortsstatuten von Hamburg, Forst, Schöneberg, Münster usw. zulässig ist, Stimmen für Personen abgegeben, die auf keiner

---

[1] In der Statistik des „Gewerbegerichtes“ wird das in Berlin usw. geltende System „streng gebunden“, das in Elberfeld usw. „gebunden“, das in Hamburg usw. „frei“ benannt.

der eingereichten Vorschlagslisten benannt waren, so werden diese Kandidaten jeder für sich als besondere Liste gewählt. Macht ein Wähler von dieser Bestimmung Gebrauch, so schädigt er seine Partei dadurch, daß er ihr seine Stimme nicht voll zugute kommen läßt, während der von ihm benannte besondere Name gar keine Aussicht hat, gewählt zu werden. Es läuft dies auf eine Spielerei hinaus.

Nach einer anderen Art der freien Listen, die bei den Gewerbegerichten mehrfach, bei den Kaufmannsgerichten aber fast gar nicht zur Anwendung gekommen ist, wird jeder mit einer Vorschlagsliste übereinstimmende, sowie jeder Stimmzettel, auf dem nicht mehr als ein willkürlich festgesetzter Teil der Namen einer solchen Liste gestrichen oder durch andere ersetzt ist, für diese Liste gezählt. Alle anderen gültigen Stimmzettel, welche größere Änderungen aufweisen, werden gemeinsam als eine besondere (Ergänzungs-)Liste behandelt und für diese gezählt. Mit dieser Art, die selbst von den Bureaukraten über Bord geworfen wird, brauchen wir uns nicht näher zu beschäftigen.

Das System der freien Listen wird vom preußischen Minister für Handel und Gewerbe empfohlen und demgemäß bei der Mehrheit der deutschen Kaufmannsgerichte angewendet. Einer seiner eifrigsten Befürworter, R. Siegfried-Königsberg, begründet es unter anderem so: „Man muß den Sozialdemokraten bei den Wahlen möglichst viel Gelegenheit geben, ihre Zwiespältigkeit und ihre buntscheckig zusammengesetzten Elemente offen an den Tag zu legen; das befördert ganz besonders die Spaltungen innerhalb der Partei und raubt ihr außerdem bei allen, die auf diese Wahlen achten, einen erheblichen Teil ihres Nimbus. Mit aus diesem Grunde, um das kompakte Auftreten der Sozialdemokraten zu sprengen und sie möglichst zu zerklüften, muß es jedem Wähler gestattet sein, sich aus allen Listen die Kandidaten seines Herzens nach Belieben auszusuchen." Die Ansicht Siegfrieds über die Nachteile des Freilistensystems ist insofern nicht zutreffend, als nicht nur eine, sondern alle an der Wahl beteiligten Gruppen und Parteien davon betroffen werden. Da bei diesem System die auf eine Vorschlagsliste entfallenden Kandidaten nicht nach der ihnen bei der Aufstellung gegebenen Reihenfolge, sondern nach der Zahl der ihnen zugefallenen Stimmen entnommen werden, so ist keine Partei in der Lage, von vornherein zu bestimmen, wer aus ihren Reihen in erster Linie gewählt werden soll. Das Resultat hängt nur von einzelnen ab, und jede Partei ist in der Lage, durch Abkommandierung einiger ihrer Anhänger die Führer der Gegner zu Falle zu bringen. Ein lehrreiches Beispiel lieferte die vorjährige Wahl zum Magdeburger Gewerbegericht, bei dem im Gegensatz zum dortigen Kaufmannsgericht nach dem Freilistensystem gewählt wird. Von 12183 eingetragenen Arbeiterwählern gaben 9459 ihre Stimme ab. Davon entfielen 1096 auf die Vereinigung der Hirsch-Dunckerschen und christlichen Organisationen und 8363 auf die Liste des Gewerkschaftskartells. Von den 8363 Wählern hatten nur 11 an ihren Stimmzetteln Streichungen vorgenommen. Zu wählen waren 50 Beisitzer. Das Gewerkschaftskartell erhielt 44, die gegnerische Liste 6 Beisitzer. Von jeder Liste galten gemäß des Listensystems diejenigen als gewählt, die die höchste Stimmenzahl innerhalb ihrer Listen aufwiesen. War irgend ein Kandidat auf einem Stimmzettel gestrichen, so mußte er sofort ins Hintertreffen geraten. Das machten sich die Gegner des Gewerkschaftskartells zunutze, um besonders markante Persönlichkeiten aus der Kartelliste zu Falle zu bringen. Ein als Beisitzer bewährter Kandidat des Gewerkschaftskartells

fiel durch, weil von 8363 Wählern, die zur Kartelliste wählten, 7 Wähler, augenscheinlich abkommandierte Anhänger der Gegenpartei, seinen Namen gestrichen hatten. Zwar hatte er das Vertrauen von 8356 Wählern, aber es genügten 7 Personen, um diese zu überstimmen, schrieb die „Magdeburger Volksstimme". In einem noch krasser gelagerten Falle brachte 1 Stimme gegen 8362 den Kandidaten zu Falle. Irgend ein Querkopf vermag das Vertrauensvotum Tausender umzustoßen. Die Gegenpartei hat es in der Hand, die befähigsten Kandidaten, die ja auch meist im Kampfe an der Spitze stehen, durch Streichungen auszuschalten.

Ähnliche Erfahrungen wurden bei den Kaufmannsgerichtswahlen gemacht. Die im Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen organisierten klassenbewußten Angestellten hatten die Systeme von Anfang an erkannt. Trotzdem ließen sich einzelne seiner Ortsgruppen — weil ihnen nach den Ortsstatuten die selbständige Wahlbeteiligung nicht möglich war — bei Anwendung des Freilistensystems zu Kompromissen verleiten und sind durch Streichung ihrer Kandidaten seitens der Gegner schmählich verraten worden. Der antisemitische Handlungsgehilfenverband, sowie der Verein der deutschen Kaufleute (Hirsch-Duncker) sprechen sich in ihren an den Verbandstag deutscher Gewerbegerichte erstatteten Gutachten ebenfalls für das gebundene System aus, und der Verband deutscher Handlungsgehilfen zu Leipzig, der vor den Wahlen für das Freilistensystem eintrat, spricht jetzt von dem *früher* von ihm vertretenen System.

Den Lehren der Praxis vermochten sich auch die für die freien Listen begeisterten Theoretiker und Bureaukraten nicht zu verschließen. Sie bringen für das Freilistensystem die *Stimmenhäufung* in Vorschlag, das heißt es soll jeder Partei freistehen, weniger Kandidaten zu benennen, als zu wählen sind, dafür aber ihre besten Vertreter auf der Vorschlagsliste mehrmals aufzuführen und ihnen so mehrere Stimmen zuzuwenden. Dieses Mittel ist aber auch nicht ausreichend, namentlich nicht für starke Gruppen. Ein weiterer, beim Kaufmannsgericht in Hagen bereits durchgeführter Vorschlag geht dahin, die vorgenommenen Änderungen und Streichungen bei Verteilung der Mandate innerhalb der Vorschlagslisten nicht zu berücksichtigen, solange sie nicht einen bestimmten Prozentsatz der auf den Kandidaten entfallenen Stimmen ausmachen. Hagen i. W. hat diesen Prozentsatz auf 5 festgesetzt, der dortige erste Bürgermeister schlägt jetzt 10 Prozent als wirksam vor. Da nun aber die Stimmenzersplitterung — denn weiter ist die Abänderung an den freien Listen nichts — nie einen so hohen Prozentsatz ausmacht, so bedeutet eine solche Vorschrift praktisch nichts anderes als die Einführung der gebundenen Listen unter Beibehaltung der Umständlichkeiten des Freilistensystems.

2. Die Verteilung der Mandate.

Ein lebhafter Streit hat sich auch bezüglich der *Verteilung der Kandidaten* auf die einzelnen Vorschlagslisten entsponnen. Grundsatz ist: Als gewählt gilt von den einzelnen Vorschlagslisten diejenige Zahl Kandidaten, die sich zur Gesamtheit der zu wählenden Beisitzer ebenso verhält, wie die Zahl der auf die Liste entfallender Stimmen zu der Gesamtheit der überhaupt abgegebenen gültigen Stimmen. In der Praxis wird sich meist die Tatsache ergeben, daß die Verteilung der Kandidaten sich nicht voll durchführen läßt, weil mehrere Listen gemäß ihrer Stimmenzahl ein Bruchteil Anrecht auf ein oder

mehrere der zuletzt zu verteilenden Mandate haben. Ein Beispiel: Es sind 30 Beisitzer zu wählen. Abgegeben wurden 3000 Stimmen, davon auf Liste A 2430 und Liste B 570. Demnach würde auf je 100 Stimmen ein Beisitzer entfallen und Liste A 24, Liste B 5 Mandate erhalten. Man wird geneigt sein, das verbleibende Mandat der Liste B zuzuteilen, weil sie den größten Rest (Bruchteil) Stimmen aufweist, nämlich 70 gegen 30. Eine Reihe der örtlichen Kaufmannsgerichtsgesetze bestimmen auch so. Gegen dieses sogenannte Bruchteilverfahren wendet sich der bereits erwähnte Theoretiker Siegfried. Er ist für das in dem vom preußischen Minister für Handel und Gewerbe empfohlenen Musterstatut dargelegte Verfahren nach der Verteilungszahl. Halten wir uns an unser Beispiel: Erhält Liste B das verbleibende Mandat noch zugeteilt, also ingesamt 6, so bekommt sie ein Mandat auf durchschnittlich 570 : 6 = 95 (statt 100) Stimmen. Bei Liste A ergibt sich, wenn man ihr das letzte Mandat zuwendet, also insgesamt 25, eine Durchschnittszahl von 2430 : 25 = 96,8 (statt 100) Stimmen. Siegfried meint, daß Liste A trotz der kleineren Restzahl von 30 Stimmen das übrigbleibende Mandat erhalten müsse, weil es die größere durchschnittliche Verteilungszahl aufweise. Seine Rechnung ist zwar an sich richtig, aber es erscheint doch nicht gerecht, daß, wenn eine Partei begünstigt werden muß, es unter allen Umständen die stärkere sein soll. Ist der Größenunterschied zwischen den Parteien erheblich, so hat stets die stärkere Partei die höchste durchschnittliche Verteilungszahl. Bei dem Bruchteilverfahren bekommt die stärkere Partei den verbleibenden Sitz nur dann, wenn sie den größeren Rest Stimmen aufweist, zum Beispiel das Wahlergebnis so war: Liste A 2470, Liste B 530. Besonders unbillig erscheint das Verfahren der Verteilungszahl dann, wenn infolge seiner Anwendung eine kleine Gruppe, der einige Stimmen am einzigen für sie in Frage kommenden Mandate fehlten, ganz leer ausgeht.

Mehrfach findet sich in den Ortsstatuten die Bestimmung: „Werden zwei oder mehrere Vorschlagslisten gleichzeitig eingereicht und von den Unterzeichnern als zusammengehörig bezeichnet derart, daß diese Listen den Vorschlagslisten anderer Wählervereinigungen gegenüber als ein Wahlvorschlag angesehen werden sollen, so gelten sie als verbundene Listen". Verbundene Listen sind nicht ein Listensystem wie freie und gebundene. Ihr Wesen besteht darin, daß die verbundenen Listen Aussicht haben, bei der Verteilung der Mandate einen oder mehrere Sitze mehr zu erhalten, als wenn sie sich nicht zu diesem Zwecke verbinden würden. Sind 1000 Stimmen abgegeben, und zwar auf Liste A 325, Liste B 230 und Liste C 445 und waren 10 Beisitzer zu wählen, so müßte A 3, B 2 und C 4 Sitze erhalten; den restlichen Sitz bekäme noch Liste C, zusammen also 5, wegen ihres größten Stimmrestes beziehungsweise der größten durchschnittlichen Verteilungszahl. Würden sich aber Liste A und B verbinden, so haben sie zusammen 555, Liste C 445 Stimmen. Es hätten A und B jetzt 6, Liste C nur 4 Sitze zu beanspruchen. Liste A und B teilen sich nun verhältnismäßig in die 6 Sitze. — Die verbundenen Listen sind sowohl bei dem System der freien, wie auch bei dem der gebundenen Listen zulässig.

3. Reichs- und ortsgesetzliche Schwierigkeiten.

Was der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen und die Sozialdemokraten im Reichstag voraussagten, hat sich erfüllt. Infolge der Festsetzung der Altersgrenze für das passive Wahlrecht auf das dreißigste und

des aktiven Wahlrechtes auf das fünfundzwanzigste Lebensjahr für männliche Angestellte, war das Kaufmannsgerichtsgesetz in seiner jetzigen Gestalt nicht durchführbar. Da in kleineren Städten jüngere, billige Arbeitskräfte beschäftigt werden, Stellen für ältere Gehilfen aber nur sehr selten zu haben sind, fehlte es verschiedentlich an wahlfähigen Gehilfen. So mußten, wie gemeldet wird, in Wilmersdorf, Allenstein, Zabrze usw. dem Reichsgesetz zuwider jüngere Gehilfen zu Beisitzern gewählt werden. In anderen Orten reichten die beschäftigten Gehilfen im wählbaren Alter gerade zur Besetzung der Beisitzerposten aus. Von einer Wahl konnte da keine Rede sein; an eine Verhältniswahl war noch weniger zu denken. Daß darunter und infolge der Streichung des Frauenwahlrechtes auch die Wahlbeteiligung litt, ist selbstverständlich. In einer rheinischen Stadt gingen 3 Kaufleute und 7 Handlungsgehilfen zur Wahl.

Im übrigen tragen auch die Ortsgesetze sehr oft zur Erschwerung der Verhältniswahl bei. So wird vielfach in denselben Orten, wo man sich über die den gebundenen Listen untergeschobene Wahlbeschränkung entrüstet, die Einbringung von Vorschlagslisten dadurch erschwert, daß man sie von der Beibringung einer größeren Anzahl Unterschriften Wahlberechtigter abhängig macht. Eine andere Schwierigkeit ist, daß man in vielen Orten von den kleinen Gruppen, die nur wenige Beisitzer durchbringen können, die Namhaftmachung von so viel Kandidaten verlangt, als überhaupt zu wählen sind. Da die Gruppen oft nicht so viel Wahlfähige haben, sind sie dann von der Wahlbeteiligung ausgeschlossen. Berlin, Charlottenburg, Rixdorf, Dessau usw. stellen sich auf einen vernünftigeren Standpunkt und lassen auch unvollständige Vorschlagslisten zu. Ebenso Gera. In Gera sind nach dem System der freien Listen 12 Beisitzer zu wählen. Es sind aber dort auch Vorschlagslisten mit 4 Namen zulässig. Davon machte der Zentralverband der Handlungsgehilfen und -Gehilfinnen Gebrauch. Bei der Berechnung des Wahlergebnisses maß aber der Stadtrat nach dem mangelhaften Ortsstatut jedem Zentralverbandswähler nur $^4/_{12}$ Stimmrecht zu. Infolgedessen fiel der Zentralverband bei der Wahl gänzlich durch. Auf Beschwerde beim Ministerium gegen diese Sorte Verhältniswahl erklärte dieses, der Zentralverband habe mit der von ihm gewünschten Berechnungsweise recht, aber die des Stadtrates verstoße auch nicht gegen das Gesetz! Andere Orte, wie Straßburg und Meißen, lassen nur unvollständige Vorschlagslisten zu, ohne daß sich dafür ein vernünftiger Grund anführen ließe. Auf diese Weise werden aber größere Gruppen gezwungen, mehrere Vorschlagslisten aufzustellen. Das hier und da vorgeschriebene turnusmäßige Ausscheiden der Beisitzer paßt mit der Verhältniswahl nicht zusammen. Verschiedene andere Schwierigkeiten, die der Verhältniswahl unnötigerweise bereitet wurden, müssen unerwähnt bleiben, ihre Besprechung müßte zu weit führen. Abgesehen von diesen, der Unfähigkeit der Bureaukratie zu dankenden Bestimmungen kann von einer vollkommenen Durchführung der Verhältniswahl nicht gesprochen werden, solange nicht das Frauenwahlrecht eingeführt und die Wahlaltersgrenze auf das einundzwanzigste Lebensjahr herabgesetzt ist.

Pflichten und Rechte in der Arbeiterversicherung.

Von **Gustav Hoch** (Hanau a. M.).

Die Arbeiterversicherung stellt sich als etwas ganz anderes dar, je nachdem man sie vom Standpunkt der herrschenden Klasse oder vom Standpunkt der Arbeiter betrachtet. Für den Betriebsunternehmer ist einzig und allein maßgebend der „freie" Arbeitsvertrag, in dem mehr oder weniger deutlich all das festgelegt ist, was er von seinem Arbeiter und dieser von ihm zu beanspruchen hat: der Betriebsunternehmer eine bestimmte Arbeitsleistung vom Arbeiter, der Arbeiter die Auszahlung eines bestimmten Lohnes vom Betriebsunternehmer. Sind die Leistungen nach den Bestimmungen des Arbeitsvertrags erfolgt, hat der Arbeiter die vorgesehene Arbeit verrichtet, und hat der Betriebsunternehmer den ausbedungenen Arbeitslohn herausgegeben, dann ist nach dem „freien" Arbeitsvertrag das Verhältnis zwischen dem Betriebsunternehmer und dem Arbeiter gelöst; von einem Rechtsanspruch der einen Partei gegen die andere aus dem Arbeitsverhältnis kann nicht mehr die Rede sein. Demnach muß der Arbeiter für die Zeit, da er, sei es, weil er keine Arbeitsgelegenheit findet, sei es, weil er arbeitsunfähig geworden, ohne Verdienst dasteht — für diese Zeit muß er selbst beizeiten Vorsorge treffen. Hat er das nicht oder nicht genügend getan, so fällt er der Armenpflege anheim.

Nach dieser Auffassung ist die Arbeiterversicherung, soweit sie Zuschüsse der Unternehmer oder des Staates bedarf, nur ein Zweig der Armenpflege. König Stumm, einer der Väter der Arbeiterversicherung nach preußischem Zuschnitt, hat denn auch auf der Bonner Konferenz für die Arbeiterfrage im Juni 1870 den Unternehmern vorgehalten, „daß der Staat vom Standpunkt der Armenpflege aus unzweifelhaft das Recht habe, demjenigen, welcher die Arbeitskraft ausnutze, auch die Verpflichtung zum Unterhalt der nicht mehr Arbeitsfähigen aufzuerlegen".

Bismarck ließ in der Begründung des ersten Unfallversicherungsgesetzentwurfes vom 8. März 1881 erklären: „In Wahrheit handelt es sich ... nur um eine Weiterentwicklung der Idee, welche der staatlichen Armenpflege zugrunde liegt."

Den beweiskräftigsten Beleg aber bieten die Arbeiterversicherungsgesetze selbst: die möglichst starke Belastung der Arbeiter mit den Kosten der Versicherung, die ganz ungenügenden Unterstützungen der Invaliden- und Unfallversicherung und die tatsächliche Rechtlosigkeit der Arbeiter in bezug auf die Verwaltung der Berufsgenossenschaften und der Landesversicherungsanstalten.

Der denkende Arbeiter aber glaubt nicht an den „freien" Arbeitsvertrag. Er ist bestrebt, die jetzige Ausbeutungswirtschaft mehr und mehr zu überwinden und sie schließlich durch die Verwandlung des kapitalistischen Privateigentums an Produktionsmitteln in gesellschaftliches Eigentum und die Umwandlung der Warenproduktion in sozialistische, für und durch die Gesellschaft betriebene Produktion ganz von sich abzuschütteln. So weit heute die Arbeiterklasse noch von diesem ihrem Ziele entfernt ist, hat sie doch bereits hier und dort die herrschende Klasse zu einigen Zugeständnissen gezwungen. Daher die Arbeiterschutzgesetze: diese — wenn auch noch ganz ungenügende — Ansätze zu einer Regelung der Erwerbsarbeit nach dem Willen der Gesamtheit. Daher ferner die Arbeiterversicherungsgesetze, die sich als Versuche darstellen, die Verteilung

des Ertrags der gemeinsamen Arbeit nach dem Willen der Gesamtheit zu beeinflussen.

Die Arbeiterversicherungsgesetze lassen zwar den einzelnen Betriebsunternehmern nach wie vor die „Freiheit“, den Arbeitslohn ihrer Arbeiter so tief herabzudrücken, wie es ihnen möglich ist. Sie sichern aber mit Rücksicht darauf, daß der Arbeitslohn unter den gegenwärtigen Verhältnissen nicht einmal zur Bestreitung der notwendigsten augenblicklichen Ausgaben reicht, den Arbeitern außer dem Lohne während ihrer Arbeit noch ein gewisses Entgelt in der Zeit der Verdienstlosigkeit infolge von Krankheit, eines Unfalls, von Invalidität oder Alter. Sie erkennen den Arbeitern, die ihre Arbeitskraft in den Dienst der gemeinsamen Arbeit stellen müssen, als notwendige Folge dieser Arbeitspflicht das Recht an, unter allen Umständen aus dem Ertrag der gemeinsamen Arbeit die Mittel für ihren Lebensunterhalt nicht nur während der Zeit, da sie arbeiten, sondern während ihrer ganzen Lebensdauer, also auch zur Zeit der Arbeitsunfähigkeit, zu ziehen.

In diesem Zusammenhang der Dinge ergeben sich die Leistungen der Arbeiterversicherung als eine Abschlagszahlung von dem Raube, den die heutige kapitalistische Ausbeutungswirtschaft an den Arbeitern fortwährend verübt. Demgemäß müssen die Kosten der Arbeiterversicherung direkt aus dem Ertrag der gemeinsamen Arbeit gedeckt werden, am praktischsten wohl durch eine progressive Einkommensteuer. Ebenso steht den Arbeitern das Selbstverwaltungsrecht in der Arbeiterversicherung zu, da sie bei der Verwendung der Mittel, die sie ihrer eigenen Arbeit verdanken, und die zu ihrem eigenen Nutzen bestimmt sind, einen Vormund nicht brauchen.

So sind die beiden Forderungen der Arbeiter: Entlastung von den Beiträgen und ungeschmälertes Selbstverwaltungsrecht in der Arbeiterversicherung, unlösbar miteinander verbunden. Sie beide ergeben sich unvermeidlich aus der Auffassung der Arbeiter, müssen dagegen ebenso sicher den Unternehmern als völlig unzulässig erscheinen. Wie irreführend es ist, wenn dieser Gegensatz nicht beachtet wird, das zeigt uns die Stellung des diesjährigen Ortskrankenkassentags in Dresden zu der Vereinheitlichung der Arbeiterversicherung. Der Ortskrankenkassentag hat sich mit der Petition einverstanden erklärt, welche der Vorstand der Ortskrankenkasse in Dresden für sich und als geschäftsführende Kasse des Zentralverbandes von Ortskrankenkassen im Deutschen Reiche dem Reichskanzler unterbreitet hat. In der Petition wird für die gesamte Arbeiterversicherung unter anderem gefordert, daß die Mittel, abgesehen von einem Reichszuschuß, von den Unternehmern und den Versicherten zu gleichen Teilen aufgebracht und die Selbstverwaltung der Arbeiter durchgeführt werden soll. Es ist also die eine Forderung, Entlastung der Arbeiter von den Beiträgen für die Versicherung, fallen gelassen und nur die andere Forderung, Wahrung des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter, vertreten. Dies ist, wie sich aus der Debatte auf dem Ortskrankenkassentag ergibt, in der Meinung geschehen, daß die Arbeiter das Selbstverwaltungsrecht um so sicherer erlangen werden, wenn sie in Sachen der Beitragszahlung ein Zugeständnis machen.

Eine solche Hoffnung ist aber ganz unbegründet. Die Unternehmer schätzen die Frage des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter als mindestens ebenso wichtig ein wie die Frage nach der Verteilung der Lasten. Sie sehen es — und von ihrem Standpunkt mit vollem Rechte — als eine unerhörte Anmaßung

an, daß die Arbeiter nicht nur die Almosen aus der Arbeiterversicherung haben, sondern bei der Bewilligung der Almosen auch noch das entscheidende Wort führen wollen. Sie werden sich daher gegen die eine Forderung sicher ebenso entschieden wehren wie gegen die andere.

Hieran ändert der Vorschlag der Ortskrankenkassen nicht das geringste. Entscheidend für den Ausgang der bevorstehenden Reform der Arbeiterversicherung wird vielmehr einzig und allein sein, wie sich die große Masse der Arbeiter zu den reaktionären Plänen der Gegner des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter in der Arbeiterversicherung stellt. Gelingt es, die gesamte Arbeiterschaft zu einem gemeinsamen, tatkräftig geführten Kampfe für ihr Selbstverwaltungsrecht aufzurütteln, dann — aber auch nur dann — ist den bürgerlichen Parteien die Kraft zu dem beabsichtigten Schlage gegen die Arbeiter genommen. Ja, vielleicht gelingt es dann, die Arbeiterversicherung nach den Wünschen der Arbeiter wenigstens in einigen Punkten zu verbessern. Daher müssen diejenigen, welche für die Selbstverwaltung der Arbeiter in der Arbeiterversicherung eintreten, zunächst alles tun, damit die Arbeiter im entscheidenden Augenblick einen möglichst starken Druck auf die bürgerlichen Parteien ausüben können. Je nach der Stärke dieses Druckes werden dann die verschiedenen Parteien ihre Vorschläge machen und die beteiligten Kreise dazu Stellung nehmen.

Die Ortskrankenkassen haben demnach mit ihrer Petition die Sache am falschen Ende begonnen. Sie *eröffnen* den Kampf mit einem wichtigen prinzipiellen Zugeständnis an den Gegner, also damit, was eventuell den *Abschluß des Kampfes* bilden wird. Diese Voreiligkeit ist deshalb aufs schärfste zu verurteilen, weil sie die Position der Arbeiter schwächt, anstatt sie, wie die Bearbeiter und Befürworter der Petition wähnten, zu stärken. Denn ein gemeinsamer Kampf der gesamten Arbeiterschaft für ihr Selbstverwaltungsrecht in der Arbeiterversicherung ist nur dann möglich, wenn unter den Arbeitern völlige Klarheit über die Bedeutung der Arbeiterversicherung herrscht, wenn namentlich bei ihnen endlich auch der letzte Rest von der Auffassung, daß die Arbeiterversicherung ein gnädiges Geschenk der herrschenden Klasse sei, geschwunden ist. Das Anerbieten der Ortskrankenkassen aber, daß die Hälfte der Beiträge für die gesamte Arbeiterversicherung von dem Versicherten bezahlt werden soll, erleichtert es den bürgerlichen Parteien, die ihnen noch folgenden Arbeiter von dem Anschluß an eine allgemeine Protestbewegung fernzuhalten. Sie werden ihre bisherige Taktik fortsetzen, die „Wohltaten" der Arbeiterversicherung preisen und die Petition als Bestätigung der Arbeiter selbst dafür anführen, daß eigentlich die Arbeiter ihre Versicherung auf eigene Kosten vorzunehmen hätten, daß daher der Zuschuß der Unternehmer und des Staates zu der Arbeiterversicherung ein Geschenk sei, welches die Arbeiter mit Dankbarkeit hinnehmen müssen, aber nicht mit „unberechtigten" weiteren Forderungen beantworten dürfen. Auf diese Weise wird die Aufklärungsarbeit unter den Arbeitern, die gerade auf dem Gebiet der Arbeiterversicherung dringend notwendig ist, wahrlich nicht erleichtert. Um so mehr ist es die Aufgabe der Sozialdemokratie, ihrer Presse und ihrer Redner, sich um eine *gründliche* Aufklärung der Arbeiter auch in diesen Fragen zu bemühen, die *beiden* Forderungen: Entlastung der Arbeiter von den Beiträgen zu der Arbeiterversicherung und Durchführung des Selbstverwaltungsrechtes der Arbeiter, mit Nachdruck zu vertreten.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Von **Paul Hirsch.**

Bei der Lektüre der neuesten Arbeiten über Wohlfahrtseinrichtungen wird man unwillkürlich an das Goethesche Wort von der grauen Theorie und dem grünen Baum des Lebens erinnert. Während man bei den Theoretikern einer höchst bedenklichen Überschätzung dieser Veranstaltungen begegnet, stoßen wir bei den Praktikern, die die Wohlfahrtseinrichtungen, insbesondere die von Arbeitgebern errichteten, aus eigener Anschauung oder doch auf Grund genauer Untersuchungen kennen, auf eine weit nüchternere Beurteilung, ja vielfach sogar auf eine scharfe Verurteilung. Wir greifen aus der Reihe der jüngsten Veröffentlichungen die von Adolf Günther und René Prévôt, die von dem Frankfurter Stadtrat Flesch und die von Dr. Robert v. Erdberg, einem der eifrigsten Mitarbeiter der Zentralstelle für Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen in Berlin, heraus. Günther und Prévôt[1] schildern im Auftrag des Vereins für Sozialpolitik, der sich auf seiner diesjährigen Generalversammlung mit den Arbeitsverhältnissen in den privaten Riesenbetrieben beschäftigen wird, die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland beziehungsweise in Frankreich, Flesch[2] hat für das von Dr. Theodor Weyl herausgegebene „Handbuch der Hygiene" die Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeiter und deren Familien bearbeitet, und v. Erdberg[3] liefert im Verlag von Gustav Fischer in Jena eine sozialwissenschaftliche Studie über die Wohlfahrtspflege.

Günther, der aus der Praxis schöpft und neben einer Darstellung der Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland eine Untersuchung der Wirkung dieser Institutionen liefert, erblickt in ihnen eine große Gefahr für die Arbeiter sowohl in wirtschaftlicher als auch in sozialer und politischer Beziehung. Gewiß gibt es Wohlfahrtseinrichtungen von rein charitativem Gepräge, aber bei der größten Anzahl derselben kann von Selbstlosigkeit und Idealismus nicht die Rede sein; die Arbeitgeber knüpfen an die große Dürftigkeit der Familien der Arbeiter an, sie suchen auf dem Wege der Freiwilligkeit, des Geschenkes gewissen Notständen zu begegnen, gleichzeitig aber den Arbeiter in eine solche tatsächliche Abhängigkeit zu bringen, daß er nicht daran denken kann, von seinen Rechten Gebrauch zu machen. Und dabei machen die Industriellen, die in dieser Weise ihre Philanthropie betätigen, noch ein gutes Geschäft.

Es ist ein offenes Geheimnis, daß die weitaus meisten Unternehmer sich durch Wohlfahrtseinrichtungen einen gefügigen Stamm von Arbeitern sichern wollen, die aus Furcht, ihrer wohlerworbenen Rechte verlustig zu gehen, weder Lohnforderungen zu stellen, noch sich gegen die Willkür ihrer „Brotherren" aufzulehnen wagen. In den Mietskontrakten der Arbeiterwohnungen finden sich häufig die rigorosesten Bestimmungen. Beteiligt sich ein Arbeiter an einem Streik, so kann der Arbeitgeber die sofortige Räumung der Wohnung

---

[1] Die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Deutschland und Frankreich. Von Adolf Günther und René Prévôt. Vom Verein für Sozialpolitik herausgegeben. Leipzig 1905, Duncker & Humblot.

[2] Wohlfahrtseinrichtungen für Arbeiter und deren Familien. Bearbeitet vom Stadtrat Flesch in Frankfurt a. M. Jena 1904, Gustav Fischer.

[3] Die Wohlfahrtspflege. Von Dr. Robert v. Erdberg. Jena 1903, Gustav Fischer.

verlangen. Tritt der Mieter aus dem Dienstverhältnis aus, so hat er an demselben Tage seine Wohnung zu verlassen, im günstigsten Falle wird ihm eine möglichst kurz bemessene Frist gesetzt, die Vertragsposition ist also für den Arbeiter eine außerordentlich schlechte. Oft erstreckt sich der Mietsvertrag auch auf Familienangehörige, auch Familienmitglieder müssen in den Dienst des Unternehmers treten, bei dem das Familienoberhaupt in Arbeit steht. Tun sie es nicht, dann steht ihnen die Exmission bevor. In die gleiche Abhängigkeit wie durch Mietswohnungen geraten die Arbeiter durch Gewährung von Darlehen zum Zwecke des Kaufes oder Baues eines Wohnhauses seitens der Arbeitgeber sowie durch die mit den Betrieben in Verbindung stehenden Unterstützungskassen. Scheidet ein Arbeiter aus dem Betrieb aus, so verliert er entweder alle Ansprüche an die Kasse oder er hat zum mindesten doch so große Verluste, daß er in seiner freien Bewegung erheblich gehindert wird.

Eines der raffiniertesten Mittel, die Arbeiter an den Betrieb zu fesseln, ist in den Prämien, den Lohnzusätzen und der Gewinnbeteiligung zu erblicken. Die Lohnzusätze sind durchaus in das Belieben des Arbeitgebers gestellt, durch die Prämien — meist Verschmelzung von Dienstalters- und Produktionsprämien — werden die Arbeiter zu Mehrleistungen veranlaßt, sie haben aber nicht die Gewähr, daß sie auch entsprechend höher entlohnt werden, die Erlangung der Prämien hängt von einer Reihe Faktoren ab, die dem Einfluß des Arbeiters entzogen sind. Auch bei der Gewinnbeteiligung fehlt es in der Mehrzahl der Fälle an festen und klaren Rechtsnormen, vor allem ist auch hier die Garantie eines Mehreinkommens gegenüber der Mehrleistung meistens nicht gegeben. Ja sogar bei den Konsumanstalten gehen Mitglieder, die vor Rechnungslegung ausscheiden, der Dividende verlustig.

Hat so der Arbeiter keinen wirtschaftlichen Vorteil von den Wohlfahrtseinrichtungen, so erwachsen ihm auf der anderen Seite schwere soziale und politische Nachteile daraus. Für eine große Zahl von ihnen, für die Söhne von in Betrieben mit Wohlfahrtseinrichtungen beschäftigten Vätern, ist das Recht der freien Eingehung und Fortsetzung eines bestimmten Arbeitsverhältnisses nicht vorhanden, die freie Berufswahl und damit die Grundbedingung des freien Arbeitsvertrags ist ausgeschlossen. Auch von dem Rechte der freien Übereinkunft über die Arbeitsbedingungen kann keine Rede sein angesichts der Tatsache, daß gewisse statutarische Bestimmungen der Mietskontrakte jede freie Übereinkunft in Lohnfragen abschneiden und daß hierfür einzig und allein der Wille des Arbeitgebers entscheidend ist. Weiter muß der Arbeiter, der sich im Genuß von Wohlfahrtseinrichtungen befindet, wenn auch nicht formell, so doch tatsächlich auf das Recht der Freizügigkeit verzichten, die Bestimmung des § 122 der Gewerbeordnung, daß Vereinbarungen, durch welche andere als für beide Kontrahenten gleich lange Kündigungsfristen festgestellt werden, als nichtig zu betrachten sind, wird durch eine Anzahl von Wohlfahrtseinrichtungen aufgehoben, von dem ihm gesetzlich gewährleisteten Koalitionsrecht darf und kann der Arbeiter keinen Gebrauch machen, ja sogar das freie Wahlrecht wird illusorisch gemacht.

All das beweist Günther an der Hand eines ungemein reichhaltigen Tatsachenmaterials, vor allem an dem Abdruck zahlreicher Statuten von Wohlfahrtseinrichtungen und an der Schilderung bekannter Vorgänge aus dem öffentlichen Leben. Wir können ihm nur beipflichten, wenn er zu dem Resultat kommt, daß ein großer Teil der deutschen Arbeiterschaft unter einem eisernen

Zwange in ein bestimmtes Arbeitsverhältnis eintritt und in diesem ausharrt, unfähig, durch Aufsuchung besserer Arbeitsgelegenheit, durch Betonung des Vertragscharakters seines Arbeitsverhältnisses, durch Koalition seine Lage von sich aus zu verbessern, daß er durch lange Kündigungsfristen oder deren gänzliches Fehlen gebunden ist, während sich der Arbeitgeber die kurzen bewahrt, daß sein Dienstverhältnis auch in sein außerdienstliches Leben tiefe Schatten wirft und daß vor allem sein politisches Recht davon berührt wird.

Daß das Unternehmertum in seinen Maßnahmen gegen die Arbeiter, mag es sich nun um offene Unterdrückungsversuche, mag es sich um Unterdrückungsversuche unter dem Deckmantel von Wohlfahrtseinrichtungen handeln, international ist, beweist Prévôt durch seinen Überblick über die Wohlfahrtseinrichtungen der Arbeitgeber in Frankreich. Auch hier kommt es nicht selten zu einer Schmälerung der dem Arbeiter vom Gesetzgeber in unzweideutiger Form zugesprochenen Freiheit.

Eine weit höhere Bedeutung als Günther mißt Flesch den Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen bei, er betrachtet sie als sozialwissenschaftliche Experimente, die etwa den Organisationen der sozialen Selbsthilfe an die Seite zu stellen sind. Um sein Ziel, die Herbeiführung einer klareren Erkenntnis der Bedeutung der Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen für unser soziales Leben, zu erreichen, bemüht er sich zunächst, den Begriff wissenschaftlich zu fassen, und gelangt schließlich zu der Definition: Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen sind Veranstaltungen, durch die das Wohl einer, sei es rechtlich, sei es tatsächlich irgendwie abgegrenzten Gruppe von Arbeitern gefördert wird über die gesetzliche Verpflichtung der Urheber hinaus, und bei denen diese Förderung des Wohles der Arbeiter Selbstzweck der Veranstaltung ist. Einen Grund zur prinzipiellen Bekämpfung oder zur Ablehnung der Mitarbeit an Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen gibt es für ihn nicht. Wer den entgegengesetzten Standpunkt vertritt, der tut es seiner Meinung nach nicht auf Grund klarer Erkenntnis des Wesens solcher Veranstaltungen, sondern weil Dinge dafür erklärt werden, die es gar nicht sind, oder weil Erfahrungen verallgemeinert werden, die angeblich bei einer einzelnen Arbeiterwohlfahrtseinrichtung da oder dort einmal gemacht sein sollen, oder endlich aus parteipolitischen Erwägungen heraus. Die Arbeit von Flesch ist vor den Untersuchungen Günthers erschienen; wir glauben kaum, daß er bei vorurteilsloser Prüfung des Güntherschen Materials seinen Standpunkt wird aufrecht erhalten können, er würde dann vielleicht noch schärfer die Anschauung betonen, daß Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen die Arbeiter wohl über ihr Elend hinwegtäuschen, daß sie aber der Ausbeutung der Arbeiter durch das Kapital nun und nimmer ein Ende machen, ja diese Ausbeutung nicht einmal einschränken können. Schon jetzt gibt er ja zu, daß durch Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen auch nicht eine einzelne Beschwerde der Arbeiter beseitigt wird, auch nicht dann, wenn man sich eine bestimmte Art von Einrichtung in unendlicher Wiederholung über das ganze Land ausgedehnt denkt. Auch dann bleibe die so bewirkte Besserung der Lage der Arbeiter etwas Zufälliges, vom guten Willen der Veranstalter Abhängiges.

Ihre Wirkung beschränkt sich nach Flesch vielmehr darauf, daß diejenigen Arbeiter, für welche eine bestimmte Arbeiterwohlfahrtseinrichtung bestimmt ist, auch bei gleicher Lohnhöhe besser gestellt sind als die anderen, die keinen Teil an ihr haben. Daß das nur sehr bedingt zutrifft, beweisen die Darlegungen

von Günther. Ein weiterer Gegensatz zwischen Günther und Flesch besteht darin, daß, während ersterer von den Wohlfahrtseinrichtungen einen Stillstand der Sozialreform befürchtet, letzterer in den bei den Versuchen einzelner Unternehmer gemachten Erfahrungen sicheres Material für den Gesetzgeber erblickt, wenn er beabsichtigt, „seine Schritte in legislatorisch noch unangebaute oder doch unvollkommen gepflegte Gebiete der Sozialpolitik zu lenken“. Die Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen in dem von ihm begrenzten Sinne bedeuten „für das Gebiet der Sozialwissenschaft dasselbe, was die Experimente, das heißt die planmäßig, zielbewußt angestellten Versuche zur Hervorbringung bestimmter Wirkungen für das Gebiet der Naturwissenschaft bedeuten“.

Flesch läßt sich unseres Erachtens von einem zu starken Optimismus, von einer Überschätzung der sozialen Einsicht der Unternehmer leiten, wenn er der Ansicht Ausdruck gibt, daß heute alle Abeitgeber, und die pekuniär mächtigsten am meisten, gezwungen seien, soziale Experimente zu machen, das heißt Versuche, die Lage ihrer Arbeiter auch über das Maß desjenigen hinaus zu bessern, was zu tun sie gesetzlich verpflichtet sind. Es mag sich theoretisch recht schön anhören, daß die öffentliche Meinung so mächtig und das soziale Gewissen so erstarkt ist, daß die Unternehmer zu solchen Versuchen gezwungen sind. In der Praxis sieht es wesentlich anders aus. Welcher Kämpfe bedarf es, um zum Beispiel recht leistungsfähige Gemeinden zu Einrichtungen im Interesse ihrer Arbeiter über das Maß des gesetzlich Vorgeschriebenen hinaus zu bewegen! Wie gering ist die Zahl der Gemeinden, die bisher Leistungen auf diesem Gebiet aufzuweisen haben! Wenn sich aber schon Gemeinden um die öffentliche Meinung recht wenig kümmern, wenn schon in ihren Vertretungen das soziale Gewissen gewöhnlich schläft, um wie viel mehr trifft dies bei privaten Unternehmern zu, die — man mag es drehen und wenden wie man will — in letzter Linie doch immer ihr eigenes Interesse im Auge haben! Sehen wir nicht fast täglich Arbeitskämpfe entbrennen, weil Unternehmer ihren Arbeitern auch die bescheidensten Lohnforderungen rundweg ablehnen? Sehen wir nicht fast täglich Unternehmer von Gewerbegerichten verurteilt werden, weil sie sich ihren gesetzlichen Verpflichtungen zu entziehen suchen? Begegnen wir nicht im Parlament und in einem Teile der bürgerlichen Presse fortwährenden Klagen über die hohe Belastung, die den Unternehmern durch die sozialpolitische Gesetzgebung aufgebürdet ist? Finden wir nicht in den Berichten der Fabrikinspektoren zahllose Beispiele dafür, wie wenig soziale Einsicht in den weitesten Kreisen herrscht? Solche Unternehmer pfeifen auf die öffentliche Meinung, ihnen schlägt nicht das soziale Gewissen, sie würden, wenn sie nicht die Stärke der Arbeiterorganisationen fürchteten, es auch an dem bescheidensten Maße einer sozialen Fürsorge fehlen lassen.

Darin stimmen wir mit Flesch überein, daß die erste Forderung bei jeder Arbeiterwohlfahrtseinrichtung die sein sollte, daß alles aus ihrer Verwaltung entfernt wird, was an Bevormundung der Arbeiter, an Armenkassen oder Almosenfonds erinnert, und daß hierauf um so mehr gehalten werden sollte, als ja die Tatsache selbst nicht aus dem Wege geschafft werden kann, daß der Unternehmer stets absoluter Herr über die Verwaltung der Arbeiterwohlfahrtseinrichtung bleibt, solange er das unbeschränkte Recht der Entlassung mißliebiger oder ihm unbequemer Arbeiter hat. Aber auch hier wieder lehrt die Praxis, daß die Unternehmer — von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen — die Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen direkt als Mittel betrachten, ihre Arbeiter

zu bevormunden und jede Regung der Menschenwürde in ihnen zu unterdrücken. Wollte man alle diejenigen Arbeiterwohlfahrtseinrichtungen, bei denen die von Flesch aufgestellte Forderung nicht erfüllt ist, ausscheiden, so könnte man die noch übrig bleibenden Veranstaltungen, die sich wirklich als Wohlfahrtseinrichtungen charakterisieren, mit Leichtigkeit an den Fingern herzählen.

Ähnlich wie Flesch definiert v. Erdberg in seiner in kürzerer Form bereits im Dezember 1902 in Conrads „Jahrbüchern für Nationalökonomie" erschienenen sozialwissenschaftlichen Studie den Begriff Wohlfahrtseinrichtungen. Er sagt: „Wohlfahrtseinrichtungen sind Einrichtungen, welche beruhen auf freiwilliger Tätigkeit der Gesellschaft und welche geschaffen werden zur Linderung oder Beseitigung solcher aus der wirtschaftlichen Entwicklung notwendig hervorgehenden sozialen Schäden, die auf dem Wege rechtlicher Zwangsnormen noch nicht oder überhaupt nicht gemildert oder beseitigt werden können." Also einmal dürfen Wohlfahrtseinrichtungen nicht durch Gesetz erzwungen werden können, und zweitens dürfen sie nur die Linderung oder Beseitigung solcher Schäden im Auge haben, die sich mit Notwendigkeit aus der wirtschaftlichen Entwicklung ergeben. Es scheiden demnach aus ihrem Gebiet alle Einrichtungen der Gesellschaft aus, die irgendwelche anderen Zwecke verfolgen oder die Schäden heilen wollen, deren Entstehung durch die wirtschaftliche Entwicklung nicht direkt zu erweisen ist.

Diese Definition mag sich theoretisch ganz nett ausnehmen, in der Praxis stößt sie auf Schwierigkeiten, weil der Begriff nicht eng genug gezogen ist und vor allem, weil ein wesentliches Merkmal der Wohlfahrtseinrichtungen, die Selbstlosigkeit ihrer Veranstalter, fehlt. Daher kommt es, daß v. Erdberg alles mögliche als Wohlfahrtseinrichtungen ansieht: sowohl die Gewerkschaften als den Bund der Landwirte (!), Offiziers- und Beamtenvereine, Adelsgenossenschaften, Arbeiterproduktiv- und Erwerbsgenossenschaften, Volksbibliotheken, gemeinnützige Bauvereine — all das fällt für ihn unter den Begriff Wohlfahrtseinrichtungen. Seine Theorie führt ihn schließlich dahin, daß er unter Umständen in Wohlfahrtseinrichtungen die Ursachen neuer sozialer Schäden erblickt. So könnten seiner Ansicht nach die Gewerkschaften, wenn sie zu einer Macht gelangen, welche ihnen die Gestaltung der Produktion vollständig in die Hand gäbe, und wenn sie diese Macht mißbrauchten, zu empfindlichen Schädigungen der Sozialwirtschaft führen und die Gesellschaft zwingen, neue Wohlfahrtseinrichtungen zur Beseitigung dieser Schäden zu schaffen. Diese Ausführungen, die eine völlige Verkennung des Wesens der modernen Gewerkschaften verraten, erinnern nur allzu deutlich an das oft im Reichstag gehörte Wort von dem Mißbrauch, den die Arbeiter mit dem allgemeinen Wahlrecht treiben. Wenn irgend etwas, so müßten sie der Arbeiterklasse die Augen darüber öffnen, daß die Wohlfahrtseinrichtungen für sie völlig wertlos sind und daß sie am besten fährt, wenn sie sich auf ihre eigene Kraft verläßt.

Mit vollem Rechte wendet sich eine aufgeklärte, zum Klassenbewußtsein erwachte Arbeiterschaft von den Wohlfahrtseinrichtungen ab; sie verlangt ihr Recht und weiß sehr wohl, daß sie sich dieses Recht erkämpfen muß. Auf Wohltaten verzichtet sie, und sie verzichtet um so freudiger darauf, wenn, wie es bei den Wohlfahrtseinrichtungen der Fall ist, diese „Wohltaten" ihr aufgedrungen werden, nicht um sie wirtschaftlich, sozial und politisch besser zu stellen, sondern um sie zu knebeln und ihrer winzigen Rechte zu berauben.

Literarische Rundschau.

Josef Popper (Lynkeus), **Fundament eines neuen Staatsrechtes.** Dresden 1905, Verlag von Karl Reisner. 86 Seiten. 2 Mark.

Diese Arbeit des durch seine „Phantasien eines Realisten“ bekannt gewordenen Josef Popper alias Lynkeus hat ihren eigentlichen Ursprung in einem unsäglich albernen Preisausschreiben aus dem Jahre 1880 über die Beseitigung des Pauperismus. Veranstalter desselben war Isaak Péreire, ein französischer Schulze-Delitzsch. An diesem Preisausschreiben beteiligte sich auch Popper. Die Ideen, die er damals entwickelte, liegen diesem Buche zugrunde.

Die Arbeit ist warmherzig geschrieben; das ist so ziemlich das einzige Lob, das man ihr spenden kann. Wäre die soziale Frage mit einigen gutgemeinten Schlagwörtern zu lösen, Popper gehörte zu ihren glücklichen Lösern. So aber kann ihm der Vorwurf äußerster Unklarheit nicht erspart werden. Das Fundament seines neuen Staatsrechtes faßt der Verfasser zusammen in dem Motto (S. 70): „Für sekundäre Bedürfnisse das Majoritätsprinzip; für fundamentale das Prinzip der garantierten Individualität.“ Im krassen Gegensatz hierzu stellt er jedoch im ersten Teile seiner Arbeit die Forderung auf: Im Gebiet des Notwendigen herrscht eine zwangsweise Naturalwirtschaft, im Gebiet des Überflüssigen die freie Privatwirtschaft (S. 11). Das Beste an dem Buche sind die schönen Darlegungen über die vom Verfasser bekämpfte Teilnahmepflicht am Kriege, denen es allerdings an praktischer Verwertbarkeit fehlt. Dr. Siegfrieda.

Dr. Heinrich Pudor, **Fideikommißschutz in Deutschland versus Landarbeiterheimschutz in Dänemark.** Leipzig 1905, Felix Dietrich. 52 S. Preis 1,50 Mark.

Wie man schon aus den früheren Abhandlungen des Verfassers weiß, ist er ein eifriger Befürworter des kleinbäuerlichen Genossenschaftswesens und scharfer Gegner des Großgrundbesitzes. Die jüngst erschienene Arbeit von Dr. Hollmann über die Entwicklung der dänischen Landwirtschaft (1904) und die von Professor Weber über die Fideikommißfrage in Preußen (1905) waren es hauptsächlich, die dem Verfasser das Material zu seiner Agitationsschrift lieferten. Zur Lösung der betreffenden Fragen bringt die Broschüre tatsächlich nichts Neues vor; deshalb halten wir es nicht für notwendig, sie eingehend zu besprechen, verweisen vielmehr auf eine ihrer „Quellen“ — auf das recht interessante Buch von Hollmann, das viel Material in bezug auf die Kleinbauern- und Landarbeiterfrage in Dänemark enthält. Nur den agitatorischen Grundgedanken Dr. Pudors wollen wir kurz erwähnen.

„Errichtet Fideikommisse“, sagt er, „und der Kleinbauer und Tagelöhner wird revolutionieren oder landflüchtig werden, selbst wenn er gut zu essen hat. Gebt ihm dagegen Land und Boden zu eigen, den er selbst bewirtschaften kann, und er wird an dem Orte bleiben, selbst wenn er hungern muß.“ Und so existiert nach Meinung des Verfassers in Deutschland die Landarbeiterfrage insoweit, als es einer Anzahl von Landarbeitern, besonders im östlichen Deutschland, unmöglich ist, Kleinbauer mit eigenem Landbesitz zu werden, und in diesem „Gefühl der Hoffnungslosigkeit“ liege eine der Hauptursachen der Landarbeiterflucht.

Im Schlußwort wendet sich der Verfasser an die deutsche Sozialdemokratie und beschwört sie, doch endlich ihren „veralteten Standpunkt“ in der Agrarfrage zu verwerfen, ja er sieht schon auf diesem Gebiet „das Vorwärtsschreiten des Revisionismus der Sozialdemokratie und Zurückweichen des Radikalismus und der Orthodoxie“. Dr. Pudor begrüßt freudig das Landprogramm von David, das, wie der Verfasser ganz richtig anerkennt, „mit den Grundsätzen der Sozialdemokratie im schärfsten Widerspruch steht“ (S. 45). S.

Notizen.

Die Ermittlung Lungenkranker. Unsere Heilstättenärzte klagen alle, daß ihnen gar so viel Kranke zugewiesen würden, bei denen ein Heilerfolg absolut ausgeschlossen sei, die Krankheit sich leider schon im letzten Stadium befinde. Soll also ein wirklicher Heilerfolg erzielt werden, so gilt es, Lungenkranke für die Heilstättepflege zu gewinnen, die sich noch im ersten Stadium der Krankheit befinden. Das ist aber sehr schwer zu ermöglichen. Die tückische Krankheit macht sich bei und für gar manchen Kranken erst bemerkbar, wenn sie schon ziemlich weit fortgeschritten ist. Eine periodische ärztliche Untersuchung der Bevölkerung existiert nicht und wird bei dem Stande unserer heutigen Gesetzgebung auch nicht einmal bei der Zwangsversicherung möglich sein. Man behilft sich daher mit allerlei Einrichtungen. Zu großen Wert legt man von gewisser Seite auf die sogenannten Fürsorgestellen, die doch zu selten von Leichtkranken besucht werden. Etwas besser erscheint deshalb auf den ersten Blick das von der Thüringischen Landesversicherungsanstalt eingeschlagene Verfahren zu sein. Diese Anstalt hat im Vorjahr an sämtliche Zivilvorsitzende der Ersatzkommission ihres Bezirkes „das Ersuchen gerichtet, Namen und Wohnort der gelegentlich des Musterungs- und Aushebungsgeschäftes als lungenkrank befundener Militärpflichtigen mitzuteilen“! Es wurden jedoch nur 59 Personen namhaft gemacht, von denen auch nur 13 eine Heilstättekur erhalten konnten, während die übrigen „nicht oder nicht genügend versichert waren“ oder sich weigerten, sich einer Kur zu unterziehen usw. Die Versicherungsanstalt erklärt sich „die verhältnismäßig geringe Zahl der auf diese Weise ermittelten Lungenkranken“ damit, daß „bei der Ausmusterung ein bestehendes Lungenleiden dann nicht mit angegeben wird, wenn sich die Untauglichkeit schon durch andere körperliche Fehler hinreichend erweist“.

Aber selbst wenn unsere Militärärzte auch darauf Rücksicht nehmen würden, wie das Reichsversicherungsamt jetzt wünscht, wäre nicht viel geholfen. Die Untersuchung erstreckt sich nur auf männliche Personen und wird nach der beliebten Methode gar nicht gründlich genug vorgenommen, um wirklich Kranke im ersten Stadium zu ermitteln. Wäre dies der Fall, so würden heute nicht so viele Kranke zum Militärdienst ausgehoben und nach monatelanger Qual erst wieder aus dem Dienste entlassen. Aber selbst wenn sich unsere Militärbehörden dazu verstehen würden, mehr Ärzte für diese Zwecke einzustellen, die, mit allen Erfahrungen als Spezialärzte ausgerüstet, eine große Anzahl Leichtkranker ermitteln würden, so hätte dies bei der heutigen Gesetzgebung auch nur geringen Wert. Viele Militärpflichtige sind gar nicht versichert oder nicht „genügend versichert“, da die Versicherungspflicht zur Invalidenkasse ja erst mit dem 16. Lebensjahr beginnt und fast alle Versicherungsanstalten die Übernahme des Heilverfahrens davon abhängig machen, daß der Kranke mindestens 200 Beitragsmarken vorweisen kann. Die Zahl der Invaliden wird also weiter steigen!

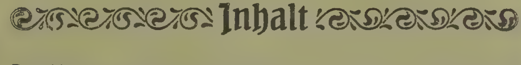
Die Thüringische Versicherungsanstalt berichtet uns auch über ihr Invalidenheim zu Etzelbach, welches 63 Betten hat. Für Frauen habe man endlich eine Anzahl Plätze in einer Stiftung zu Sondershausen gewonnen. Es konnte jedoch nur ein Platz belegt werden, weil sich „Frauen viel schwerer als Männer entschließen können, die Heimat mit einem Invalidenheim zu vertauschen“, Frauen auch leichter ihren Unterhalt in Familien unter Zuhilfenahme ihrer Rente noch selbst verdienen könnten. Wie unzureichend aber die Invalidenrente ist, ergibt sich aus den Pflegekosten des Invalidenheims. Trotz rationeller Verwaltung stellten sich die Ausgaben pro Pflegling im Jahre auf 496 Mark, während die Invalidenrente nur 166 Mark betrug, so daß die Versicherungsanstalt pro Pflegling 330 Mark zuschießen mußte. Wie soll da der Invalide mit seiner Rente allein auskommen? E. G.

Für die Redaktion verantwortlich: Em. Wurm, Berlin W.



Die Neue Zeit

Wochenschrift der Deutschen Sozialdemokratie



Inhalt

Stuttgart
Verlag und Druck von Paul Singer



Die Abonnenten der Neuen Zeit werden freundlichst gebeten, das Abonnement rechtzeitig zu erneuern, damit in der Zustellung des Blattes eine Unterbrechung nicht eintritt.

Abonnements-Bedingungen.

Die **„Neue Zeit“** erscheint wöchentlich einmal und ist durch alle Buchhandlungen und Kolporteure zum Preise von Mk. 3.25 pro Quartal zu beziehen. Das einzelne Heft kostet 25 Pfennig.

Das Jahres-Abonnement beträgt Mk. 13.—

Durch die Post bezogen beträgt der vierteljährliche Abonnementspreis Mk. 3.25 (ohne Bestellgeld).

Bei direktem Bezug unter Kreuzband
innerhalb Deutschlands und Oesterreich-Ungarns vierteljährlich Mk. 3.90,
innerhalb des Weltpostvereins vierteljährlich Mk. 4.55.

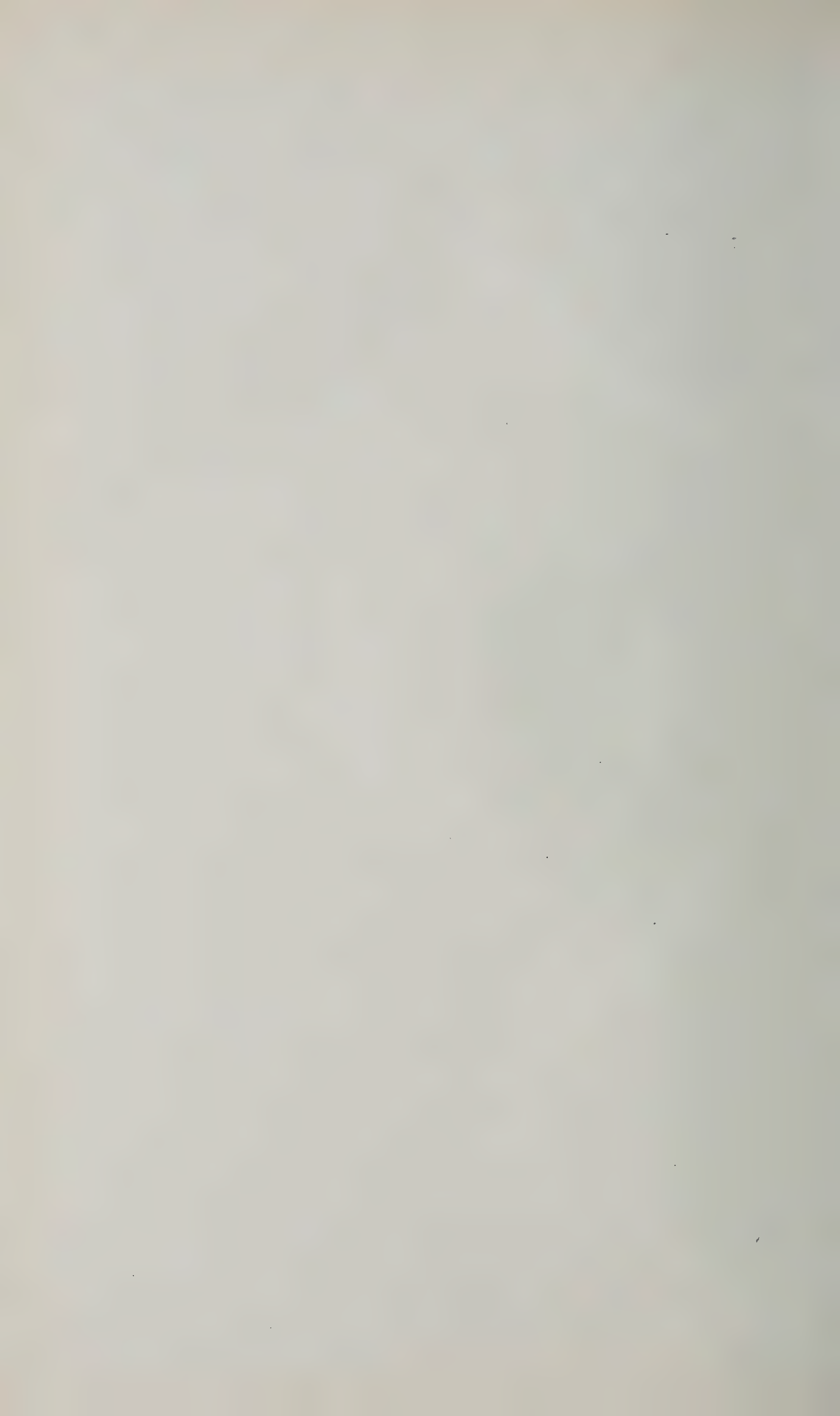
Einband-Decken für Halbjahrsbände sind angefertigt in Halbfranz, Preis Mk. 1.50, in Ganzleinen 70 Pfg.

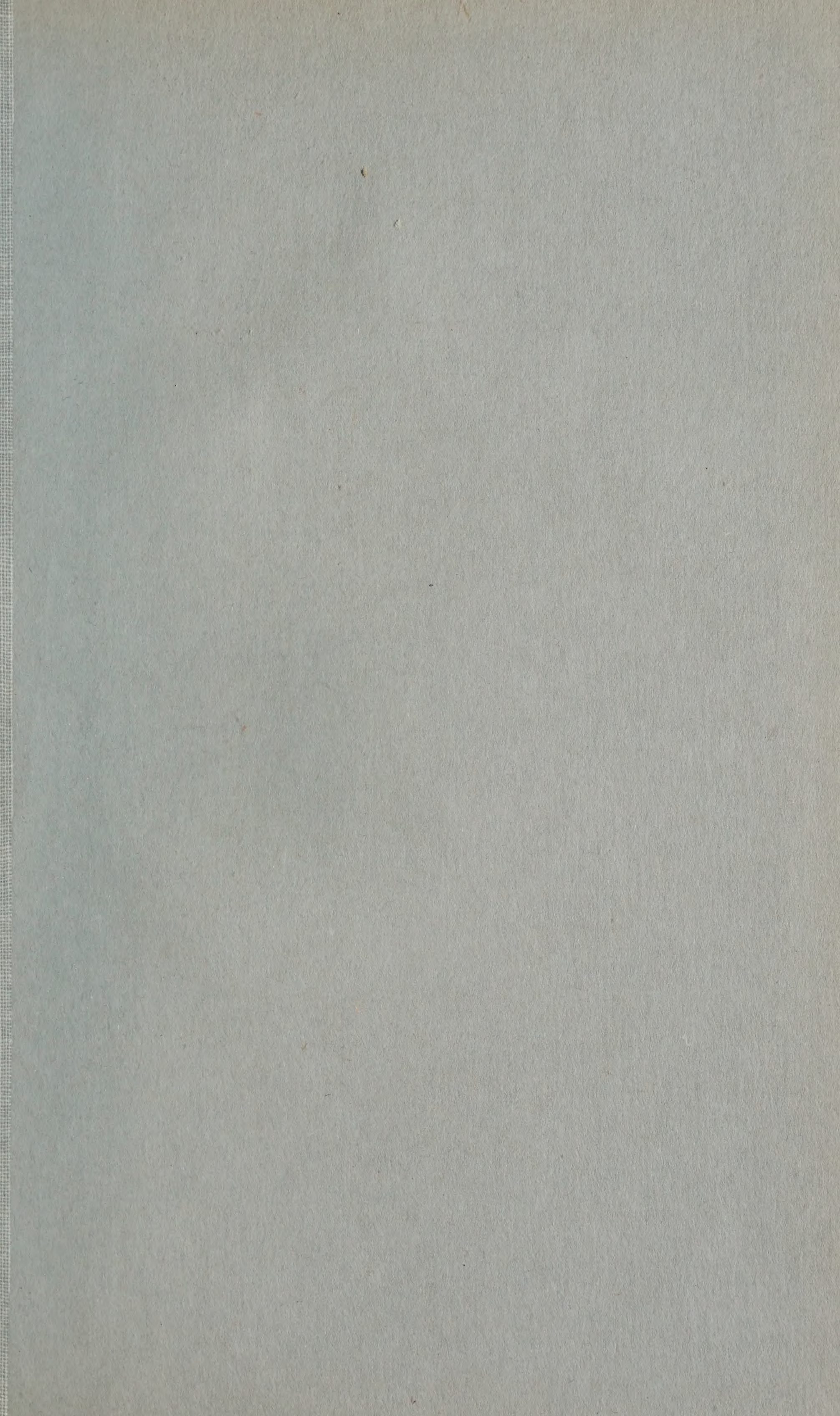
Alle Zusendungen an die **Redaktion** der „Neuen Zeit“ sind an **Karl Kautsky, Berlin-Friedenau,** Saar-Straße **19**, zu richten.

Alle Zusendungen an die **Expedition** der „Neuen Zeit“ sind zu richten an **Paul Singer,** Verlagsanstalt und Buchdruckerei, **Stuttgart,** Furtbachstraße 12.

Der Verlag der Neuen Zeit.












UNIVERSITY OF ILLINOIS-URBANA
3 0112 077842331